

**Hochschule für öffentliche
Verwaltung und Finanzen
Ludwigsburg**
University of Applied Sciences

**Rentenpolitik politischer Parteien in der Bundesrepublik
Deutschland
– Entwicklung zur Klientelpolitik?**

Bachelorarbeit

zur Erlangung des Grades eines
Bachelor of Arts (B.A.)
im Studiengang Rentenversicherung – Public Management

vorgelegt von

Julian Kopp

Studienjahr 2014/2015

Erstgutachter: Prof.'in Dr. Elke Gaugel
Zweitgutachter: Michael Staudigl

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	IV
Abbildungsverzeichnis.....	V
Verzeichnis der Anlagen	VI
1 Einleitung	1
1.1 Gegenstand der Arbeit.....	1
1.2 Zielsetzung und Vorgehensweise	3
2 Theoretische Ausführungen – Begriffsbestimmungen.....	5
2.1 Merkmale des Klientelismus	6
2.1.1 Begriffsbestimmungen im Vergleich	6
2.1.2 Definitorische Merkmale im Wandel	8
2.2 Patronage	16
2.3 Klientelpolitik	18
2.4 Anwendbarkeit – im Folgenden gebräuchliche Begriffsverwendung	23
3 Untersuchung der Grundsatz- und Wahlprogramme.....	28
3.1 Die CDU.....	28
3.1.1 Das aktuelle Grundsatzprogramm der CDU aus rentenpolitischer Sicht.....	29
3.1.2 Rentenpolitische Ausrichtung vor den Wahlen - Die Bundestagswahlprogramme 2005, 2009 und 2013.....	30
3.1.3 Wertung der Aussagen – Bevorzugungen und Benachteiligungen von Wählergruppen	33
3.1.4 Handelt es sich bei der Rentenpolitik der CDU um Klientelpolitik?	41
3.2 Die SPD	43
3.2.1 Das aktuelle Grundsatzprogramm der SPD aus rentenpolitischer Sicht.....	43
3.2.2 Rentenpolitische Ausrichtung vor den Wahlen - Die Bundestagswahlprogramme 2005, 2009 und 2013.....	44

3.2.3 Wertung der Aussagen – Bevorzugungen und Benachteiligungen von Wählergruppen	47
3.2.4 Handelt es sich bei der Rentenpolitik der SPD um Klientelpolitik?	54
4 Fazit	55
Literatur- und Quellenverzeichnis	59
Erklärung des Verfassers	70

Abkürzungsverzeichnis

Anm.	Anmerkung
Art.	Artikel
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BMAS	Bundesministerium für Arbeit und Soziales
bpb	Bundeszentrale für politische Bildung
CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands
CSU	Christlich-Soziale Union in Bayern
dpa	Deutsche Presse-Agentur
ebd.	ebenda
f.	folgende (Seite)
ff.	fortfolgende (Seiten)
Hrsg.	Herausgeber
RV	Rentenversicherung
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
u.a.	unter anderen/m; und andere/s
Verf.	Verfasser
vgl.	vergleiche

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Veranschaulichung des demografischen Wandels	3
Abbildung 2: Durchschnittliches Alter der Mütter bei der Geburt des ersten Kindes	38
Abbildung 3: Wählerschaft der Parteien nach Altersgruppen 2009	42
Abbildung 4: Wählerschaft der Parteien nach Altersgruppen 2013	43

Verzeichnis der Anlagen

Alle Anlagen befinden sich ausschließlich auf der beiliegenden CD-ROM und beinhalten Quellen aus dem Internet.

Anlage 1: „Nicht geschenkt, sondern verdient“, Bundesministerium für Arbeit und Soziales, 2014

Anlage 2: Rentenpaket kurz vorm Ziel/Abstimmung im Bundestag, 2014

Anlage 3: Das Rentenpaket ist ein großer Fehler/Umverteilung im Stil der 70er Jahre, 2014

Anlage 4: Expertenanhörung, Union und SPD halten ihr eigenes Rentenpaket für unsinnig, 2014

Anlage 5: Abstimmung, Bundestag beschließt Rentenpaket, 2014

Anlage 6: Ältere Wähler beeinflussen immer stärker den Wahlausgang, 2014

Anlage 7: Nahles-Entwurf, Bundestag: Scharfe Diskussion über Rentenpaket, 2014

Anlage 8: Veranschaulichung des demografischen Wandels, bpb, 2012

Anlage 9: BGBI zum RV Leistungsverbesserungsgesetz

Anlage 10: CDU Grundsatzprogramm 2007

Anlage 11: CDU Wahlprogramm 2005

Anlage 12: CDU Wahlprogramm 2009

Anlage 13: CDU Wahlprogramm 2013

Anlage 14: SPD Grundsatzprogramm 2007

Anlage 15: SPD Wahlprogramm 2005

Anlage 16: SPD Wahlprogramm 2009

Anlage 17: SPD Wahlprogramm 2013

Anlage 18: Klientelpolitik als kulturübergreifendes Phänomen, Eine Annäherung an Klientelismus-Konzepte, Hüstebeck, 2004

Anlage 19: Geburten in Deutschland

Anlage 20: RV in Zeitreihen, 2014

Anlage 21: RV in Zahlen, 2010

Anlage 22: RV in Zahlen, 2014

Anlage 23: Schwarz-Gelbe-Bilanz, Bündnis 90/Die Grünen, 2013

Anlage 24: Schulpolitik in Italien, Bestandsaufnahme, Hintergründe und Analysen, Schneider, 1999

1 Einleitung

1.1 Gegenstand der Arbeit

„Nicht geschenkt, sondern verdient“¹. Unter diesen Leitspruch stellte die Bundesministerin für Arbeit und Soziales Andrea Nahles den im Januar 2014 beschlossenen Gesetzentwurf zum sogenannten Rentenpaket. Ganz konträr zu dieser Aussage waren die Stimmen aus den verschiedenen politischen Lagern², der Presse³ und einiger Spezialisten auf dem Gebiet des Rentenversicherungsrechts. Landläufig wurde das „Gesetz über Leistungsverbesserungen in der gesetzlichen Rentenversicherung“⁴ eben doch als Wahlgeschenk und Klientelpolitik⁵ gesehen, wenngleich auch bei manchen Aspekten die Richtigkeit des Gerechtigkeitsgedankens nicht von der Hand gewiesen werden konnte.⁶

Der Schritt der Leistungsverbesserungen in der Rentenversicherung war nach den Erfahrungen und Prognosen der vorangegangenen Jahre eine Kehrtwende hinsichtlich der Nachhaltigkeit der Rentenpolitik. So wurden die Bürger⁷ zuvor aus Gründen des demografischen Wandels⁸ mit einer vorausschauenden Politik konfrontiert, die sie auf eine spätere und geringere Rente vorbereitete.⁹

Dies lässt die überlegenswerte Annahme zu, dass die deutsche Rentenpolitik nach Jahren der Konsolidierung nicht mehr entsprechend der Herausforderungen der Zeit ausgearbeitet wird. Vielmehr ist die

¹ BMAS, 2014.

² Vgl. Müller, 2014.

³ Vgl. u.a. Volmer, 2014.

⁴ Deutscher Bundestag, 2014.

⁵ Vgl. u.a. dpa, 2014.

⁶ Inhaltliche Ausführungen zum RV-Leistungsverbesserungsgesetz unterbleiben aus Gründen der Aktualität der Thematik und des Umfangs dieser Arbeit. Für genauere Informationen wird auf das Gesetzeswerk als solches verwiesen.

⁷ In dieser Arbeit wurde sich um eine geschlechtsneutrale Formulierung bemüht. Gleichwohl wird aus Gründen der Lesbarkeit oftmals auf die männliche Form zurückgegriffen. In diesen Fällen sind aber alle Geschlechter gemeint.

⁸ Auf den demografischen Wandel betreffende Ausführungen zu Prognosen und Auswirkungen desselben wird in dieser Arbeit verzichtet. Eine Grafik zur Veranschaulichung befindet sich jedoch in Abbildung 1 auf S.3.

⁹ Vgl. u.a. Deutschlandfunk, 2014.

Vermutung anzustellen, dass die Rentenpolitik auf große Wählergruppen zugeschnitten wird, um deren Stimmen zu gewinnen. Müsste dem zugestimmt werden, wäre eine der zentralen Säulen der sozialen Sicherung zum Spielball kurzfristiger Interessen von Parteien geworden.

Eine mögliche Erklärung eines solchen Schrittes könnte die wachsende „rentennahe“ Wählergruppe bieten. Schon jetzt macht dieser „Personenkreis ab 60 Jahren“ über ein Drittel der Wahlberechtigten aus. Er weist zugleich eine überdurchschnittlich hohe Wahlbeteiligung auf. Der Anteil dieser Personen, die sich eine günstige Rentenpolitik wünschen soll in den nächsten Jahren weiter steigen.¹⁰ Das Ringen um dieses an Einfluss gewinnende Wählerfeld könnte ein Anlass gewesen sein, von der bisherigen vorausschauenden Rentenpolitik abzukommen.

Aber waren die jüngsten Reformen vielleicht doch unumgänglich und sind in den bisherigen Prozess einzuordnen? Waren die Vergünstigungen auf lange Sicht geplant oder haben sie sich erst bei den Koalitionsverhandlungen entwickelt? Kann man allein durch Leistungsverbesserungen, die den älteren Wählern nutzen auf Klientelpolitik schließen?

¹⁰ Vgl. Statistisches Bundesamt, 2014.

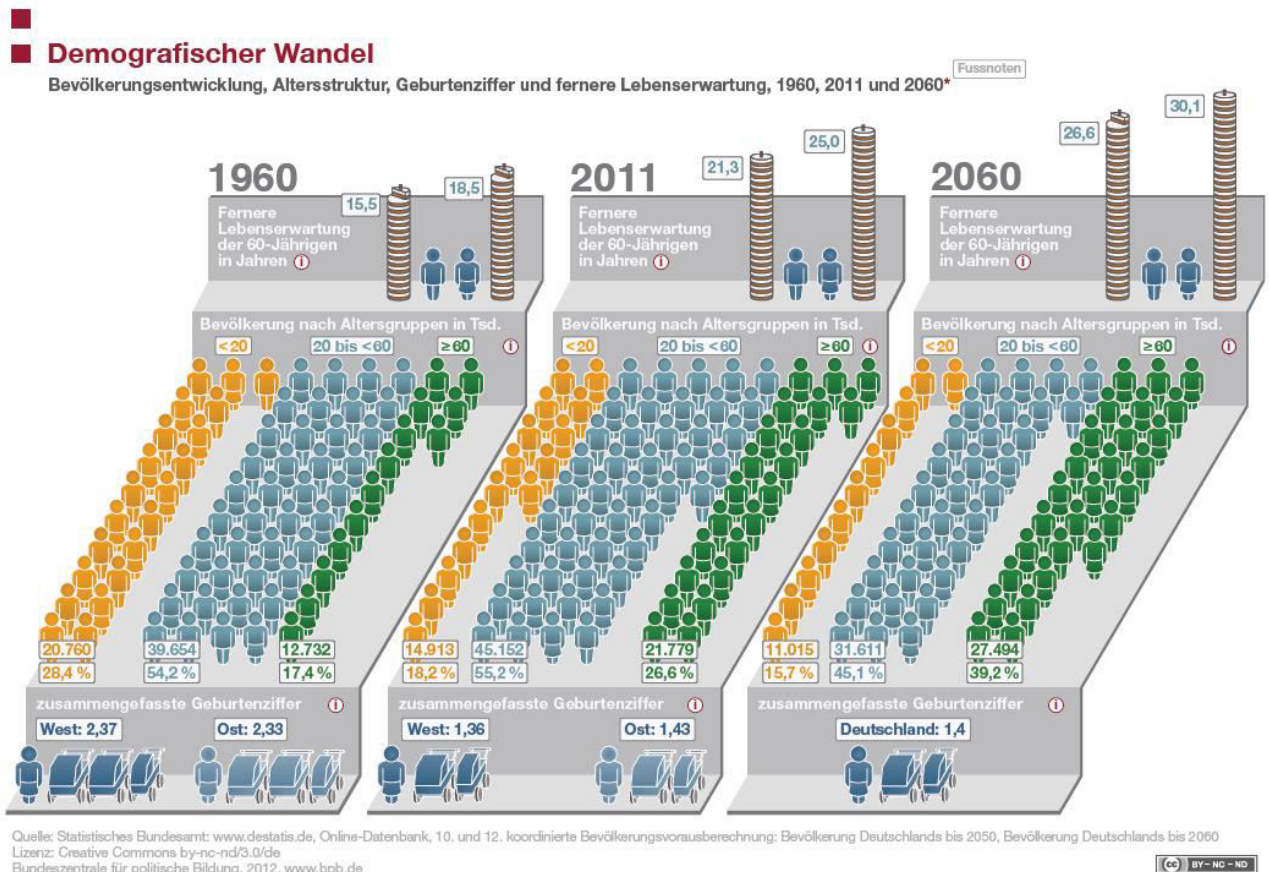


Abbildung 1: Veranschaulichung des demografischen Wandels¹¹

1.2 Zielsetzung und Vorgehensweise

Im Verlauf der vorliegenden Arbeit wird der Frage nachgegangen, ob es in der deutschen Rentenpolitik zu Bevorzugungen bestimmter, insbesondere älterer, Wählergruppen kommt und in diesem Zusammenhang Merkmale von Klientelpolitik erkennbar werden. Auf dem Weg zur Klärung der Fragestellung wird in Kapitel 2 zunächst unter Zuhilfenahme verschiedener definitorischer Abgrenzungen eine begriffliche Einführung zum Thema Klientelpolitik als Basis für die späteren Untersuchungen gegeben. Auf dieser Grundlage sollen anhand verschiedener erarbeiteter Aspekte in Kapitel 3 die Aussagen der Parteien eingeordnet werden, um so die Frage nach etwaigen Bevorzugungen oder gar Klientelpolitik zu beantworten. Grundlage sind hierbei ausschließlich die Parteiziele in den

¹¹ Bundeszentrale für politische Bildung, 2012, nach: Statistisches Bundesamt, 2012.

Wahlprogrammen zu den jeweiligen Bundestagswahlen sowie die Grundsatzprogramme. Dies erlaubt eine klarere Abgrenzung zwischen den Parteien, bevor es zu expliziten Abstimmungen untereinander im Verlauf von Koalitionsverhandlungen kam. Auf die jeweilige Vorstellung der Programme folgt dann die Anwendung der Definitionen und die Analyse möglicher Interessensverschiebungen hin zu möglichen Bevorzugungen oder Klientelpolitik.

Um in dieser Arbeit, innerhalb ihres vorgegebenen Rahmens, eine möglichst genaue Analyse zu gewährleisten, werden ausschließlich die Parteien CDU/CSU und SPD im unten genannten Zeitraum betrachtet. Die beiden großen Volksparteien waren im Betrachtungszeitraum durchweg bestimmend für die deutsche Politik und haben an der Entstehung des diskutierten „Rentenpakets“ mitgewirkt. Eine Volkspartei wird definiert als eine „Partei, die alle Bevölkerungskreise vertritt bzw. anspricht.“¹² Gerade deshalb ist die Untersuchung von möglichen Bevorzugungen bestimmter Wählerkreise derart interessant. Wären bei einer vordergründigen Ausrichtung an bestimmte Klientel die Voraussetzungen einer Interessenpartei gegeben, stünde dies im direkten Gegensatz zu einer Volkspartei.¹³ Gegenstand der Untersuchungen werden, um eine mögliche Entwicklung betrachten zu können, die Wahlprogramme der Bundestagswahlen 2005, 2009 und 2013 sein.¹⁴

¹² Holtmann (Hrsg.), 1994, S.692.

¹³ Vgl. Holtmann (Hrsg.), 1994, S.263.

¹⁴ Eine ausführlichere Betrachtung war in Anbetracht des Umfanges der Arbeit nicht möglich.

2 Theoretische Ausführungen – Begriffsbestimmungen

„Jede wissenschaftliche Arbeit beginnt mit Begriffen, deren Formulierung bereits ein Teil der theoretischen Arbeit ist.“¹⁵

Die spätere Untersuchung der Grundsatz- und Wahlprogramme setzt eine möglichst erschöpfende Klärung der Begriffe Klientelismus, Patronage und Klientelpolitik, voraus. Zunächst werden unter Zuhilfenahme einschlägiger Werke verschiedene Ansätze¹⁶ zur Definition dieser drei Begriffe dargestellt. Ziel ist es dabei, die Gemeinsamkeiten, Unterschiede und den aktuellen Stand der Begriffsbestimmungen herauszuarbeiten. Vor diesem Hintergrund wird dann, anhand einer für den weiteren Verlauf der Arbeit formulierten Definition, die Fragestellung dieser Arbeit betrachtet.

Maczak beschreibt in seinen Ausführungen überaus treffend die Vielschichtigkeit der mit diesem Thema verbundenen Begrifflichkeiten. Es lässt sich im Voraus schon zusammenfassen, dass bis heute keine begriffliche Einigkeit besteht. Hervorzuheben ist der Wandel von der möglichst genauen Begriffsabgrenzung, hin zur (der Bedeutungsverwandtschaft geschuldeten) synonymen Verwendung ähnlicher Begriffe. Weitere Gründe werden in verschiedenen Forschungsbereichen, zeitlichen Unterschieden und im jeweiligen Sprachraum gesehen.¹⁷

Um sich dem Begriff der Klientelpolitik anzunähern, ist vorerst eine Auseinandersetzung mit dem Ausdruck Klientelismus vonnöten, der als übergeordneter Begriff auch außerhalb eines politischen Kontexts verwendet wird.

¹⁵ Von Beyme, 2006, S. 337.

¹⁶ Eine rege Forschung an einem Thema führt jedoch zu vielen Ansichten und allein die Begriffsbestimmung füllt ganze Bücher. Um von der quantitativen Vielfalt ein annähernd umfassendes Bild zu erlangen, kann gleichzeitig die Tiefe der Thematik nicht gleichermaßen genau beleuchtet werden.

¹⁷ Vgl. Maczak, 2005, S.21f.

Bisher hat sich in der Forschung, wie schon angeführt, keine einheitliche Definition dieses Begriffs durchgesetzt, wenngleich eine lebhafte Forschung an und mit diesem Terminus betrieben wird.

Es werden nun verschiedene Begriffsdefinitionen vorgestellt, sodass schrittweise die einheitlichen Merkmale herausgearbeitet werden können, um diese am Ende dieses Abschnitts zu konzentrieren. Daraus lässt sich dann die Anwendbarkeit dieser Begrifflichkeit für den Zweck dieser Arbeit ableiten, woraufhin eine für die spätere Untersuchung gültige Begriffsbestimmung entsteht.

2.1 Merkmale des Klientelismus

2.1.1 Begriffsbestimmungen im Vergleich

Als Einstieg über die Verbindungen und Verhältnisse zwischen den im Klientelismus agierenden Personen sei folgende Definition von Holtmann vorangestellt.

„Informelles Machtverhältnis, das auf dem Tausch von Vergünstigungen zwischen zwei Personen oder Gruppen in ungleicher Position zur Befriedigung beidseitiger Interessen gründet. K. wird näher definiert als Beziehung zwischen einer höhergestellten Person (Patron), welche ihren Einfluß und ihre Mittel geltend macht, um einer niedriger gestellten Person (Klient) Schutz oder Vorteile zu verschaffen und von dieser im Austausch dafür Unterstützung oder Gefolgschaft erhält (z.B. Wählerstimmen gegen materielle Ressourcen). K. dient der Politikwissenschaft v.a. zur Erklärung politischer Systeme in vielen Entwicklungsländern.“¹⁸

In dieser Definition wird vorweg gleich ersichtlich wer (Patron als mächtigere und Klient als schwächere Person¹⁹) wie (durch gegenseitigen Tausch) warum (zum jeweiligen Vorteil) handelt. Diese Zusammenhänge

¹⁸ Holtmann (Hrsg.), 1994, S. 292.

¹⁹ Oder wie von Aretin es formuliert: „Unter Klientel versteht man eine in Abhängigkeit von irgendwelchen Mächtigeren stehende Anhängerschaft“ von Aretin, 1988, S.63.

dienen als Grundlage der folgenden Ausführungen und Definitionen, deren Überschneidungen herausgearbeitet werden.

Sehr ähnlich sind die Ansichten von Weber-Fas, wobei er explizit aus politischer Perspektive argumentiert und aus seiner Sicht in einem „Abhängigkeitsverhältnis“ zum „wechselseitigen Nutzen“ „gewisse Vergünstigungen“ ausgetauscht werden.²⁰ Sowohl er, wie auch Schubert und Klein²¹ nennen die „Wählerstimmen“ als Tauschgegenstand, lassen aber auf der Seite des Patrons die von diesem gewährte „gewisse[n] Vergünstigung“ offen.²²

Dem stimmt Ziemer in seinen Ausführungen im Hinblick auf die Abhängigkeit und die Wechselseitigkeit zu, konkretisiert aber die „zwei[...] Akteure [als] Individuen oder Gruppen[...], die über ungleiche Ressourcen verfügen, die sie zum beiderseitigen Nutzen einsetzen.“²³

Auch Schubert und Klein unterstreichen diesen „gegenseitigen Vorteil“ und das Machtgefälle der handelnden „Personen oder Organisationen.“²⁴

In einer aktuelleren Definition des politischen Klientelismus nennt Ziemer zusätzlich zum „Tausch von Vergünstigungen“ zum „beiderseitigen Vorteil“ noch die Informalität und die persönliche Beziehung als Merkmale.²⁵

Um sich den definitorischen Ausführungen weiterer ausgewählter führender Autoren in diesem Gebiet annähern zu können, lassen sich also zusammenfassend folgende Merkmale des Klientelismus festhalten:

Zweiseitiger (zwischen Personen, Gruppen, Organisationen) Tausch von Vergünstigungen mit wechselseitigem Nutzen, wobei eine gewisse Ungleichheit (in Position, Macht, Ressourcen) besteht, ggf. auch in noch nicht näher bestimmter Abhängigkeit, ggf. als persönliche Beziehungen und ggf. von Informalität geprägt.

²⁰ Vgl. Weber-Fas, 2008, S.148.

²¹ Vgl. Schubert/Klein (Hrsg.), 2001, S.153.

²² Vgl. Weber-Fas, 2008, S.148.

²³ Ziemer, 2002, S.408.

²⁴ Vgl. Schubert/Klein (Hrsg.), 2001, S.153.

²⁵ Vgl. Ziemer, 2011, S.301.

Aufbauend auf diesem Gerüst wird im Folgenden eine weitere begriffliche Auseinandersetzung stehen, welche die Ansichten weiterer ausgewählter Autoren erörtert. Hierdurch wird eine weitere Präzisierung des Begriffes, durch die Einbeziehung und den Ausschluss weiterer Merkmale, ebenso sichergestellt, wie ein möglichst umfassendes Meinungsbild der Forschung.

2.1.2 Definitorische Merkmale im Wandel

Wie in den folgenden Ausführungen erkennbar werden wird, hat der Begriff des Klientelismus in seiner Verwendung einen Wandel durchlaufen. Sei es durch die Anwendung in verschiedenen Wissenschaftsbereichen, durch Gebrauch in und an verschiedenen gesellschaftlichen Kontexten oder durch den unterschiedlichen sprachlichen Hintergrund der Autoren. Bei letzterem steht die Begriffsverwendung in Abhängigkeit davon, ob die Forscher aus dem amerikanischen bzw. englischen, dem deutschen oder dem romanischen Sprachraum stammen.²⁶ Hierbei ist zu erkennen, dass im englischen Sprachraum bevorzugt von Patronage gesprochen wird, während im Romanischen sowie in Mittel-, Nord- und Osteuropa eher der Begriff des Klientelismus verwendet wird. Für die beschriebene Vielseitigkeit der Verwendung der Begrifflichkeiten stehen die folgenden Beschreibungen.

Bei der Untersuchung von Klientelsystemen im Heiligen Römischen Reich werden von Peter Moraw folgende Elemente für Klientelismus genannt: „die Ungleichheit der Macht- und Mittelausstattung von Patron und Klient und ein relativ dauerhaftes, zunächst persönliches Verhältnis dieser Partner auf Gegenseitigkeit, wobei Schutz und Chancen Dienste und Ergebenheit gegenüberstanden.“²⁷ Wenn sich auch der Untersuchungsgegenstand Moraws von dem dieser Arbeit klar unterscheidet, so weisen diese Merkmale, die in Kapitel 2.4 nochmals

²⁶ Vgl. hierzu u.a. Piattoni, 2001a, S.4.

²⁷ Moraw, 1988, S.6.

aufgegriffen werden, doch Überschneidungen mit den obigen allgemeinen Ausführungen auf.

Für die Analyse Englands im 16. und 17. Jahrhundert definiert Morgan Klientelismus als dyadisch, asymmetrisch und reziprok. Er führt hierzu weiter aus, es benötige hierfür persönliche Beziehungen, verschiedene gesellschaftliche Rollen und ein auf Gegenseitigkeit basierendes Geben und Nehmen.²⁸

Unabhängig vom ethnologischen, soziologischen, oder politischen Hintergrund der Forschung gleichen sich laut Berg-Schlosser folgende Aspekte: Asymmetrie, auf „Gegenseitigkeit beruhend[...], vertikal[...] persönliche[...] Beziehungen zwischen [...] Patron und [...] Klient[...]“, wechselseitige, aber andersartige Absichten.²⁹ Außerdem definiert Berg-Schlosser als einen weiteren Kernpunkt die dauerhafte Absicht zur „gegenseitige[n] Solidarität“. Diese würde auf „Freiwilligkeit beruhen“. Die Übereinkünfte werden meist stillschweigend vereinbart und verlaufen nicht selten an den Grenzen der Legalität. Die Grenzen zur „Korruption“³⁰ [oder dem] Nepotismus³¹“ werden aber nicht überschritten.³²

Dieser Ansicht ist auch Piattoni und ergänzt ferner, dass weder eine Verbindung zwischen Klientelismus und Korruption gegeben sein muss noch, dass sich das Eine aus dem Anderen entwickelt.³³ Als zusätzliche Konkretisierung des Begriffs des Klientelismus nennt Berg-Schlosser das Tauschen ungleichartiger Mittel. Er nennt hierfür konkret als Beispiel den Tausch von „materielle[n] Zuwendungen als Gegenleistung für politische Unterstützung“.³⁴ Insbesondere diese Klarstellung in dem von Berg-Schlosser genannten Beispiel unterstreicht die in Kapitel 2.4 weiter zu erörternde Anwendbarkeit des Begriffs Klientelismus auf die Untersuchung politischer Fragestellungen. Außerdem zeichnet den Klientelismus ein

²⁸ Vgl. Morgan, 1988, S.98f.

²⁹ Berg-Schlosser, 1987, S.207.

³⁰ Ein Amtsträger [nimmt] Geld oder geldwerte Leistungen für eine pflichtwidrige Dienstleistung [an], oder [lässt] sich [diese] versprechen.“ von Alemann, 2011, S. 332ff.

³¹ „Eine Form der Patronage durch Bevorzugung von Bluts- oder Geistesverwandten bei der Vergabe weltlicher bzw. kirchlicher Ämter.“ Weber-Fas, 2008, S.192.

³² Vgl. Berg-Schlosser, 1987, S.209f.

³³ Vgl. Piattoni, 2001a, S.7f.

³⁴ Berg-Schlosser, 1987, S.207ff.

„politisches Element“ aus, durch welches es zu Verzerrungen im politischen Entscheidungsfindungsprozess kommt. Nicht gleichzusetzen sind auf Klientelismus basierende Beziehungen mit „Verwandtschafts- oder spirituell-rituellen Beziehungen“, da diese keinen „Tauschcharakter“ aufweisen. Auch zu „rein ökonomischen Beziehungen“ sei eine Grenze zu ziehen, da diese weder über Asymmetrie, oder ein persönliches Verhältnis, noch über gleichartige Güter verfügen. Die konkreten Ausprägungen der Merkmale des Klientelismus werden in der Literatur noch kontrovers diskutiert.³⁵

Für Weber Pazmiño ist Klientelismus ein Phänomen, das sich immer durch ähnliche „Interaktionsmuster“ auszeichnet. Jedoch ist aus ihrer Sicht die Definition des Begriffs schwierig und vom Einzelfall abhängig.³⁶ Obwohl die Forschung an und mit diesem Begriff bis hin zur „Überdehnung [und] Aufblähung“ arbeitete, waren in der von ihr analysierten Literatur keine einheitlichen Definitionen, sondern allenfalls Merkmale zu beobachten.³⁷ Dies gipfelte laut Kaufman darin, dass „beinahe so viel Klientelismusdefinitionen wie Autoren“ zu erkennen waren.³⁸ Drei dieser wiederkehrenden Merkmale sind „die soziale Ungleichheit bzw. Asymmetrie der Partner; der Austausch von Gütern und Diensten [und] der persönliche Charakter der Beziehung.“³⁹ Um jedoch eine genauere Abgrenzung zu ermöglichen, seien diese drei Elemente nicht ausreichend. Um eine exaktere Beschreibung zu gewährleisten, wurden anhand von fünf Dimensionen „definitorische Elemente“ gesucht. Diese Dimensionen sind: „‘Rollen und Struktur‘,[...],Inhalt und Funktion‘,[...],Form und Qualität‘,[...] ,Kontext und Extension‘ [sowie] ,Sinn und Zweck‘.“⁴⁰ Nach der Analyse dieser „Dimensionen“ erarbeitete sich Weber Pazmiño ihre Definition und Beschreibungsmerkmale zum Klientelismus. Demnach sei bezeichnend für Klientelismus

³⁵ Vgl. Berg-Schlosser, 1987, S.207ff.

³⁶ Vgl. Weber Pazmiño, 1991, S.II.

³⁷ Vgl. ebd., S.5ff.

³⁸ Kaufman, 1974, S.285, Anm.3, zitiert bei: Weber Pazmiño, 1991, S.7.

³⁹ Weber Pazmiño, 1991, S.8.

⁴⁰ Ebd., S.13.

„[...]die aufkündbare Dyade und die soziale, rationale Asymmetrie des Rollenverhältnisses zwischen Patron und Klient [...], der Austausch heteromorpher Leistungen und die implizite Reziprozität [...], die Informalität, die Individualität (das Persönliche) und die prinzipielle Freiwilligkeit.“⁴¹

Erst nach der Untersuchung aller hier genannten Merkmale sei eine Bewertung des Für und Wider einer Klientelbeziehung möglich.⁴²

Ein in der Definition nicht explizit genannter Kernpunkt, der sich in Weber Pazmiños Werk zeigt, ist das willentliche gegenseitige Suchen nach dem Partner.⁴³ Als Beispiele von Dyaden werden die Verhältnisse zwischen „Priester und Ministrant“ oder „Arbeitgeber und Arbeitnehmer“ genannt.⁴⁴

Die dort erwähnte Asymmetrie des Status weist im Einzelfall unterschiedlich starke Gefälle auf.⁴⁵ So waren die klientelistischen Beziehungen in Betrachtungen zur Antike⁴⁶ von größerer Ungleichheit geprägt als moderne⁴⁷ Betrachtungen insbesondere jene zwischen Politikern und Wählern. Anderer Ansicht, das Machtgefälle betreffend, ist Landé. Nach ihm können auch „horizontale“ Beziehungen, also solche auf derselben sozialen Stufe, Gegenstand von Klientelismus sein. Jedoch sind auch hier, innerhalb einer Stufe, unwesentliche „Statusunterschiede“ nicht von der Hand zu weisen.⁴⁸ In Anwendung auf die in dieser Arbeit vorliegenden Partei-Wähler-Beziehungen erscheint dieser Standpunkt in der heutigen Zeit wesentlich plausibler. Das frühere Ständedenken mit vertikalen Abhängigkeitsverhältnissen ist seit geraumer Zeit überholt und in diesem Zusammenhang nicht anwendbar.

Die Leistungen einer klientelistischen Beziehung im Sinne von Weber Pazmiños Definition lassen sich in „zeitliche[r] Abfolge und [in der] Art“

⁴¹ Weber Pazmiño, 1991, S.160ff.

⁴² Vgl. Weber Pazmiño, 1991, S.164.

⁴³ Vgl. ebd., S.20f.

⁴⁴ Vgl. ebd., S.22.

⁴⁵ Vgl. ebd., S.33.

⁴⁶ Vgl. hierzu u.a. Nicols, 2014.

⁴⁷ Vgl. hierzu u.a. Kitschelt/Wilkinson (Hrsg.), 2007.

⁴⁸ Vgl. Landé, 1983, S.435ff, zitiert bei: Berg-Schlosser, 1987, S.209.

nach Belieben wählen.⁴⁹ Die geforderte Reziprozität zeichnet sich dadurch aus, dass beide Seiten einen Vorteil erlangen.⁵⁰ Die Einhaltung des versprochenen Vorteils kann jedoch gerade bei Partei-Wähler-Beziehungen nicht mehr im Einzelnen überprüft und eingefordert werden. Jedoch sehen sich beide Seiten als Mittel zur Zielerreichung, für das es sich lohnt, aus freiem Willen seine Zusage zu geben.⁵¹ Hervorzuheben ist nach Weber Pazmiño die „Informalität“, die sich durch die fehlende Regelung und Festschreibung der „Abmachungen“, wie etwa bei Verträgen, auszeichnet.⁵² Dem pflichtet auch Paulus bei, wenn er sagt:

*„Der Zusammenhalt von klientelistischen Netzwerken ist informeller Natur, wird also nicht durch explizite Regeln geleistet, sondern über eine immer wieder zu erneuernde Bestätigung des Funktionierens dieser Beziehung erzeugt. Dies geschieht über einen gemeinsamen Bezug auf Symbole, Personen oder geteilte Werte [...]“*⁵³

Für Weber Pazmiño ist das „Persönliche“⁵⁴ eine nicht angreifbare Eigenschaft, die sie vehement als unerlässlich verteidigt. Hierbei ist nicht die Rede von flüchtigem, sondern von wesentlich direktem Kontakt.⁵⁵ Andere Forscher sprechen dieser Eigenschaft hingegen ihre Bedeutung ab und erweitern somit den Anwendungsbereich umfassend.

Vor allem bei der Betrachtung des Perspektivenwechsels der Forschung von der Antike zur Gegenwart scheint dieser Schritt im Hinblick auf die gesellschaftliche Entwicklung korrekt. So verzichten beispielsweise Piattoni, Kopecky/Mair und Kitschelt/Wilkinson⁵⁶ auf dieses Merkmal in ihren oft politischen Beschreibungen klientelistischer Beziehungen.

⁴⁹ Vgl. Weber Pazmiño, 1991, S.53f.

⁵⁰ Vgl. ebd., S.64f.

⁵¹ Vgl. ebd., S.149f.

⁵² Vgl. ebd., 1991, S.67f.

⁵³ Paulus, 2013, S.35.

⁵⁴ Ergänzend, aber in diesem Zusammenhang von untergeordneter Relevanz, sei noch erwähnt, dass sich in der modernen vor allem englischsprachigen Fachliteratur noch die Rolle des „Brokers“ entwickelt hat. Dieser fungiert, wenn vorhanden, als Vermittler zwischen Patron und Klient ohne eigene Macht und Ressourcen. Er ersetzt die persönliche Beziehung zwischen Klienten und Patron, um das Netzwerk mehrerer Klienten zu festigen. Vgl. hierzu u.a. Paulus, 2013, S.32; Piattoni, 2001a, S.10; Kitschelt/Wilkinson, 2007a, S.8; Kopecky/Mair, 2012a, S.5f.

⁵⁵ Vgl. Weber Pazmiño, 1991, S.77ff.

⁵⁶ Vgl. Piattoni, 2001a, S.6; Kopecky/Mair, 2012a, S.4; Kitschelt/Wilkinson, 2007a, S.7ff.

Dies öffnet nach Weber Pazmiño im negativen Sinn Tür und Tor, um den Begriff Klientelismus „[...]auf sämtliche ‚klientelismusähnlichen‘ Strukturen und Prozesse [...]“ anzuwenden.⁵⁷ Es kann darin aber auch die Chance gesehen werden, das Erklärungskonzept zusätzlich auszuweiten und anzupassen. Dies zeigen die zur Zeit von Weber Pazmiños Arbeit neu aufkommenden Begriffe wie „Massen-Klientelismus“ [und] „Parteien Patronage“⁵⁸. Hierdurch ergaben sich für Weber Pazmiño nachfolgende Autoren neue und erweiterte Untersuchungsgegenstände.

So argumentiert Piattoni, dass Klientelismus durch den Tauschcharakter im öffentlichen Leben in vielen Bereichen anwendbar ist. Sie weicht von der bisherigen herrschenden Meinung ab, indem sie die Voraussetzung der Persönlichkeit der Beziehungen ausklammert. Sie erläutert Stellschrauben wie die „Verabschiedung [bevorzugender] Gesetze“, um mittels „Massenklientelismus“ Wählergruppen zu lenken.⁵⁹ Klientelismus in Demokratien zeige sich nicht mehr in gleich ausgeprägtem Maße, wie bei der historischen Anwendung. Vielmehr verlieren die Abhängigkeit und Persönlichkeit von Patron und Klient an Bedeutung und der Aspekt der Freiwilligkeit erhält eine größere Relevanz.⁶⁰ Piattoni konkretisiert den Tausch als Wesensmerkmal. Er sei gegenseitiger Natur wobei Persönlichkeit im Gegensatz zur Freiwilligkeit der Beziehung bestehen kann, aber nicht zwingend vonnöten ist. Ebenso herrsche über den Tausch beidseitiges Bewusstsein.⁶¹ Wie weitgefasst der Begriff heutzutage ist unterstreicht Piattonis Aussage, die Klientelismus wie folgt beschreibt:

⁵⁷ Weber Pazmiño, 1991, S.113.

⁵⁸ ebd.; Weber Pazmiño verweist in Bezug auf die dankbare Annahme und Weiterentwicklung der neuen Termini und der sich daraus ergebenden neuen Verwendungsmöglichkeiten auf renommierte Autoren des Fachgebiets, wie Clapham, Graziano oder Kaufman.

⁵⁹ Vgl. Piattoni, 2001a, S.6. Eigene Übersetzungen

⁶⁰ Vgl. Piattoni, 2001a, S.7.

⁶¹ Vgl. ebd., S.16.

„[T]he instrumental use of positions of power to distribute jobs, goods, and other public decisions to partisan supporters in order to maintain and strengthen positions of political power.“⁶²

Caciagli und Belloni beschreiben den Wandel von der ursprünglichen Wortverwendung von Klientelismus zur modernen Bedeutung. War früher noch das soziale Gefälle ausschlaggebend, genügt heute schon der Austausch von „Bevorzugungen“ zwischen Parteien und Wählern ohne längerfristige Abhängigkeit.⁶³

Nach Paulus ist den deutschen Bürgern Klientelismus entweder kein Begriff, „oder er wird auf staatliche Bevorzugung von bestimmten Personengruppen oder Firmen reduziert.“⁶⁴ Diese Bevorzugung werde meist so vollzogen, dass der Bürger nur indirekt davon betroffen sei „(z.B. als Steuerzahler)“.⁶⁵ Die Aufzählung der vom Klienten einsetzbaren Tauschgegenstände unterstreicht die Anwendbarkeit von Klientelismustheorien auf die vorliegende Arbeit. So werden beispielhaft auch **„Sozialprogramme** [Hervorhebung d. Verf.]“⁶⁶ genannt.

Auch Paulus hat nach der Untersuchung des bisherigen Forschungsstandes gemeinsame Merkmale in den Definitionen verschiedener Autoren gefunden:

„a) Es handelt sich um eine asymmetrische Beziehung, in der nicht alle Akteure den gleichen Status haben. b) Die Beziehung ist langfristig, und beschränkt sich beispielsweise nicht nur auf einen bestimmten (Wahl-)Tag. c) Zentrales Element ist ein Austauschverhältnis, in dem beide Akteure sowohl nehmen als auch geben.“⁶⁷

Daraus entwickelte Paulus seine Definition:

„Politischer Klientelismus ist ein soziales Phänomen, bei dem ein langfristig angelegter, freiwilliger, reziproker Austausch zwischen

⁶² Piattoni, 2001a, S.6.

⁶³ Vgl. Caciagli/Belloni, 1981, S.36ff.

⁶⁴ Paulus, 2013, S.15.

⁶⁵ Vgl. Paulus, 2013, S.16.

⁶⁶ Vgl. ebd., S.17

⁶⁷ Paulus, 2013, S.27f.

Partnern mit unterschiedlichem sozialen Status zum beiderseitigen Vorteil stattfindet. Der sozial Höherstehende stellt dabei Güter, Dienstleistungen, Informationen oder Schutz bereit, während der Untergebene Informationen und politische Unterstützung anbietet. [Hervorhebung entfernt]“⁶⁸

Fasst man die verschiedenen Ansätze zur Begriffsbestimmung von Klientelismus zusammen, so ergibt sich folgendes Bild:

Die eingangs aufgezählten Elemente des Klientelismus wurden von den genannten Autoren bestätigt. Landé hingegen weicht in Sachen Machtverhältnis dergestalt ab, dass **Klient und Patron auch auf einer Stufe** stehen können. Ein zusätzliches Element ist nach Moraws, Berg-Schlossers und Paulus‘ Ansicht die **Dauerhaftigkeit**. Dem widersprechen gerade im politischen Kontext Caciagli und Belloni. Die **persönliche Beziehung** wird von einigen Autoren als wichtig erachtet oder sogar als unerlässlich angesehen, wohingegen andere ihr die Bedeutung für dieses Phänomen absprechen. Nach Berg-Schlossers Ansicht ist dem Tausch die **Ungleichheit der Leistungen** hinzuzufügen. Für Weber Pazmiño sind die **Leistungen in Art und zeitlicher Erfüllung unbestimmt** und Piattoni, Caciagli und Belloni, sowie Paulus lassen bei der **Art der Leistung** einen **nahezu unermesslichen Spielraum**. Berg-Schlosser und Piattoni ergänzen das Nichtüberschreiten der Grenzen zur Korruption und dem Nepotismus. Die Informalität wird von Weber Pazmiño bestätigt. Die **Freiwilligkeit** führen Berg-Schlosser, Weber Pazmiño, Piattoni und Paulus als Wesensmerkmal an, wodurch die **Abhängigkeit an Bedeutung verliert**.

Klientelismus zeichnet sich also aus durch den **informellen zweiseitigen** (Personen, Gruppen, Organisationen) **Tausch** von **unbestimmten Vergünstigungen** mit **wechselseitigem Nutzen**. Hierbei **können eine gewisse Ungleichheit** betreffend der Position, Macht und Ressourcen sowie das Vorliegen **persönlicher Beziehungen** bestehen. Er ist von

⁶⁸ Paulus, 2013, S.28.

Freiwilligkeit geprägt, sodass sich die gegenseitige **Abhängigkeit** in der modernen Klientelismusforschung **minimiert**.

2.2 Patronage

Ein weiterer Begriff, den die Forschung in diesem Zusammenhang verwendet, ist Patronage. Der Begriff leitet sich vom Wort Patron/Patronus ab. Der Patronus „[war] Schutzherr eines Klienten im alten Rom“.⁶⁹ Patronage beschreibt „Begünstigungen und Förderung von (nahestehenden) Personen, die nicht in erster Linie durch die Leistungen der begünstigten Person (sondern bspw. durch Wohlverhalten) begründet ist“⁷⁰ Demnach wird wie auch beim Klientelismus eine wechselseitige Beziehung zwischen Patron und Klienten beschrieben. In der Literatur werden die Begriffe meist synonym verwendet, einige wenige Autoren bemühen sich jedoch um eine Abgrenzung. Eine einheitliche Abgrenzung und Verwendung ist jedoch nicht auszumachen. Zumindest eine enge Bedeutungsverwandtschaft ist aber nicht von der Hand zu weisen. Zur Untermauerung dieser Aussagen folgen nun einige Stellungnahmen aus der Forschung.

Schon 1972 setzte sich Pflücke mit dem Thema Klientelismus und Patronage auseinander. Er sieht die Begriffe als, in gegenseitiger Abhängigkeit, bedeutungsverwandt an.⁷¹ Er beschreibt in seinen Ausführungen stets die ursprüngliche Bedeutung der Begrifflichkeiten. Wie in den bekannten Ausführungen zum Klientelismus werden zur Beschreibung der beiden Phänomene die gegenseitige Abhängigkeit und der Austausch von ungleichartigen Leistungen genannt.⁷² Auch Kitschelt und Wilkinson sehen Klientelismus und Patronage für ihre politischen Untersuchungen in Entwicklungs- und Industrieländern als

⁶⁹ Weber-Fas, 2008, S.213.

⁷⁰ Schubert/Klein (Hrsg.), 2001, S.220.

⁷¹ Vgl. Pflücke, 1970, S.11f.

⁷² Vgl. ebd., S.112f.

gleichbedeutend an.⁷³ Nach Maczak resultiert eine uneinheitliche Verwendung aus der Bedeutungsverwandtschaft und den unterschiedlichen Forschungskontexten. Aber auch die Wandelbarkeit der Begrifflichkeiten durch die Verwendung in verschiedenen Forschungskontexten und persönliche Auslegungen sowie Präferenzen der Autoren werden als Grund für einen uneinheitlichen Gebrauch der Begriffe angeführt.⁷⁴ Die Unbestimmtheit und Oberflächlichkeit der Begrifflichkeiten geht so weit, dass Reinhard in seiner Abhandlung den Oberbegriff „Verflechtung“ präferiert und ihn in „Landsmannschaft – Verwandtschaft - Freundschaft [und] Patronage“ unterteilen will.⁷⁵ Dass mit „Verflechtung“ ein noch bedeutungsreicherer Ausdruck gewählt wurde, verweist auf die Schwierigkeiten einer trennscharfen Begriffsbestimmung. Piattoni setzt sich in einer ihrer Veröffentlichungen mit Klientelismus in West-Europa auseinander. Sie sieht keinen Bedeutungsunterschied der Ausdrücke Klientelismus und Patronage. Was **beide** Begriffe⁷⁶ beschreiben ist „[...] the trade of votes and other types of partisan support in exchange for public devisible benefits.“⁷⁷ Dies lässt in der Anwendung einen großen Spielraum, da hierbei einige im vorigen Kapitel genannte Eigenschaften in Ihrer Ausprägung völlig offen bleiben. Piattoni erläutert die enge Verwandtschaft und die verschwindenden Unterschiede in der Verwendung.⁷⁸ Sie konkludiert ihre Erörterungen mit der aufschlussreichen Äußerung:

„Patronage and Clientelism, then, are largely the same phenomenon, with the latter being more penetrating and all-encompassing than the former. According to the above characterization, then, clientelism ‘implies’ patronage [...].“⁷⁹

Grund für die Verwendung mehrerer Begriffe sei die Etablierung von unterschiedlichen Ausdrücken in der internationalen Forschung. Es habe

⁷³ Vgl. Kitschelt/Wilkinson, 2007a, S.7.

⁷⁴ Vgl. Maczak, 1988, S. 343.

⁷⁵ Vgl. Reinhard, 1972, zitiert bei: Maczak, 1988, S. 343.

⁷⁶ Hier liegt der Schwerpunkt auf der Beschreibung des gleichen Phänomens.

⁷⁷ Piattoni, 2001a, S.4.

⁷⁸ Vgl.ebd., S.4ff.

⁷⁹ Piattoni, 2001a, S.7.

sich größtenteils im englischsprachigen Raum der Begriff Patronage und im romanischen Sprachgebrauch der Begriff Klientelismus durchgesetzt.⁸⁰

2.3 Klientelpolitik

Auf den Begriff Klientelpolitik stößt man wie in der Einleitung beschrieben oftmals in den Medien, ohne dass sich Sender und Empfänger begrifflich einig sind. Nichtsdestotrotz sind die negative Besetzung sowie das negative Verständnis dieses Ausdrucks meist nach wenigen Zeilen erkennbar. Es scheint, als sei „Klientelpolitik“ trotz der begrifflichen Unklarheit ein Wort, das in der öffentlichen Debatte viel Gewicht erhält. Die Bedeutungsverwandtschaft mit den Begriffen Klientelismus und Patronage ist den Wenigsten bewusst, die umfangreichen Forschungsarbeiten dazu sind – verständlicherweise – nicht allgemein bekannt. So ist es umso auffälliger, dass in vielen dieser wissenschaftlichen Abhandlungen auch Klientelpolitik, als *politischer Klientelismus*⁸¹, eine Rolle spielt, wobei der Begriff *Klientelpolitik*, in seiner Verwendung als nicht näher bestimmtes Schlagwort, als gegeben gilt und nicht hinterfragt wird.

Bereits in den vorigen Kapiteln wurde immer wieder der politische Klientelismusbegriff angeführt. Dieser ist, wie die folgenden Ausführungen zeigen werden, synonym anwendbar mit dem Begriff der Klientelpolitik. Die Schwierigkeit der Abgrenzung⁸² zwischen Klientelismus und Klientelpolitik zeigte sich schon bei der Darstellung des Begriffs Klientelismus. Er wurde schon hier, insbesondere in jüngeren Veröffentlichungen politischen Inhaltes, häufig in einem politischen Zusammenhang verwendet, ohne explizit als politischer Klientelismus bezeichnet zu werden. Die Betrachtung des Kontexts der jeweiligen Veröffentlichung gibt jedoch meist Aufschluss über die dortige Begriffsverwendung.

⁸⁰ Vgl. Piattoni, 2001a, S.4.

⁸¹ Oder sogar rein als „Klientelismus“, der sich aus dem Kontext als politisch erweist.

⁸² Insbesondere weil oftmals aufgrund der synonymen Verwendung keine Abgrenzung vorzunehmen ist.

Während auch Kitschelt und Wilkinson⁸³, die hier stellvertretend für andere Forscher stehen, ausdrücklich die Einflussnahme auf Wahlen in verschiedenen politischen Systemen betrachten, forscht Pflücke⁸⁴ aus kultureller und soziologischer Sicht. Nichtsdestotrotz haben die unterschiedlichen Verwendungen den gleichen Hintergrund und somit auch sehr ähnliche Merkmale, sodass es nicht verwunderlich ist, dass unter den „Merkmale des Klientelismus“⁸⁵ auch einige definitorischen Elemente des politischen Klientelismus verwendet wurden.

Die Begriffe Klientelpolitik und politischer Klientelismus werden also vor dem gleichen Forschungshintergrund meist synonym mit dem Klientelismusbegriff verwendet. Er fungiert aber gleichzeitig als begriffliche Abgrenzung zu Untersuchungen in anderen Wissenschaftsbereichen. So kommt der Begriff Klientelpolitik⁸⁶ meist zur Anwendung, wenn Wähler als Klienten und Parteien oder Parteimitglieder als Patrone agieren. Demnach ist Klientelpolitik nichts anderes als die im politischen Kontext genutzte Begrifflichkeit des Klientelismus. Somit sind die in den vorangegangenen Kapiteln genannten Eigenschaften auf diesen Begriff übertragbar. Immer wenn also explizit ein Tauschverhältnis zwischen Partei/Politiker und Wählern bezeichnet werden soll, kann dieser Begriff Anwendung finden. Oder in Hüstebecks Worten: „Politischer Klientelismus ist ein Austausch zwischen einem Politiker (Patron) und seinen Wählern oder Unterstützern (Klienten).“⁸⁷

Anhand von Ergebnissen aus der Forschung werden im Folgenden ergänzend zu den Ausführungen der letzten Kapitel oder sie ersetzend Merkmale der Klientelpolitik erörtert. Ausgangspunkt bleibt die Feststellung, dass Klientelpolitik die im politischen Kontext verwendete

⁸³ Vgl. Kitschelt/Wilkinson (Hrsg.), 2007.

⁸⁴ Vgl. Pflücke, 1970.

⁸⁵ Vgl. Kapitel 2.1

⁸⁶ Oder der Begriff Klientelismus im Sinne der Klientelpolitik bzw. des politischen Klientelismus.

⁸⁷ Hüstebeck, 2004, S.13.

Unterart des Klientelismus ist und somit wie in Kapitel 2.1.2 folgende Merkmale in die Diskussion einfließen:

Klientelismus zeichnet sich also aus durch den **informellen zweiseitigen** (Personen, Gruppen, Organisationen) **Tausch** von **unbestimmten Vergünstigungen** mit **wechselseitigem Nutzen**. Hierbei **können eine gewisse Ungleichheit** betreffend der Position, Macht und Ressourcen sowie das Vorliegen **persönlicher Beziehungen** bestehen. Er ist von **Freiwilligkeit** geprägt, sodass sich die gegenseitige **Abhängigkeit** in der modernen Klientelismusforschung **minimiert**.

Schneider gebraucht den Begriff des Klientelismus im politikwissenschaftlichen Sinn synonym mit dem Begriff der Klientelpolitik und zitiert nach Graziano:

„Es geht dabei um ein Tauschgeschäft, in dem Parteiexponenten und -funktionäre ihren Zugang zu öffentlichen Ressourcen für ihre Zwecke instrumentalisieren und Begünstigungen verschiedener Art gegen Wählerstimmen gewähren“⁸⁸

Ebenso argumentiert Piattoni⁸⁹ und bezeichnet Klientelpolitik als „[...] the trade of votes and other types of partisan support in exchange for public divisible benefits.“⁹⁰ Maczak beschreibt explizit die Einflussnahme auf Wahlen. So wird eine klientelistische Beziehung zwischen einem ehemaligen Abgeordneten als Firmenchef und seiner nicht geringen Belegschaft beschrieben.⁹¹ Dies ist nur durch die direkte Verbindung und den Einfluss auf die Wähler vom Lobbyismus⁹² abzugrenzen. Nach Kopecky/Mair ist Klientelpolitik seit jeher in vielerlei Fällen zur Anwendung gekommen. Sie definieren Klientelpolitik „[...] as a form of particularistic exchange between the party on the one hand, and a supporter or a group of supporters on the other hand [...]“⁹³ Gerade in Bezug auf Parteien verliert die persönliche Beziehung beim Tauschcharakter als

⁸⁸ Graziano, 1974, S.12, zitiert bei: Schneider, 1999, S.231.

⁸⁹ In diesem Zusammenhang mit dem Schwerpunkt auf der Verwendung im politischen Sinn.

⁹⁰ Piattoni, 2001a, S.4.

⁹¹ Vgl. Maczak, 2005, S.429.

⁹² „Versuchte oder erfolgreiche Beeinflussung von Gesetzgebung und Gesetzesausführung durch Interessensvertreter.[...]“ Holtmann (Hrsg.), 1994, S.344.

⁹³ Kopecky/Mair, 2012a, S.4.

Grundvoraussetzung weiter an Bedeutung, da Parteien, aber auch Wählergruppen einheitlich gemeinsame Interessen verfolgen. Gegenstand dieses auf Gegenseitigkeit beruhenden Austauschs sind auf der einen Seite die Wählerstimmen und jedwede erdenkliche Vergünstigung auf der anderen Seite. Konkretisiert beinhaltet dies u.a. auch „Güter, Leistungen, soziale Vorteile oder [...] patronalen Schutz.“⁹⁴ Patronage und Klientelismus werden von Kopecky/Mair wieder als eng verwandt angesehen, wobei ersteres eher für die moderne und Klientelismus für die historische Ausgestaltung verwendet wird, die von persönlicher Abhängigkeit geprägt ist.⁹⁵

Kitschelt und Wilkinson nehmen in ihrem Werk eine Abgrenzung zwischen direkten und indirekten Verbindungen vor. Hierbei seien die Ersteren klientelistischer Natur und die Letzteren programmatischer Natur. Diese „programmatischen“⁹⁶ Partei-Wähler-Verbindungen können wie Wahlversprechen verstanden werden. Sie setzen kein direktes Verhältnis zwischen Partei und Wählerschaft voraus, da das Angebot von Vergünstigungen nach der Wahl so konzipiert ist, dass eine große Personengruppe angesprochen wird. Dies macht die Stimme des Einzelnen und somit den direkten Kontakt entbehrlich. Im Falle einer Wahlniederlage ist aber keinerlei direkter Vorteil gegeben.⁹⁷ Solche Verbindungen seien jedoch schwer zu erkennen und zu beweisen.⁹⁸

Dahingegen wird Klientelismus lediglich als „exchange between electoral constituencies as principals and politicians as agents in democratic systems“ beschrieben.⁹⁹ Diese Art des Austauschs kann durch direkte persönliche Verhandlungen versinnbildlicht werden, bei denen nur eine bestimmte Gruppe angesprochen wird.

Lemarchand nennt schon 1981 die für ihn wichtigen Eigenschaften von Klientelismus, die sich mit den schon beschriebenen decken und sieht sie

⁹⁴ Hüstebeck, 2004, S.16.

⁹⁵ Vgl. Kopecky/Mair, 2012a, S.3ff.

⁹⁶ Eigene Übersetzung

⁹⁷ Vgl. Kitschelt/Wilkinson, 2007a, S.7ff.

⁹⁸ Vgl. Kitschelt/Wilkinson, 2007b, S.323f.

⁹⁹ Kitschelt/Wilkinson, 2007a, S.7.

als Grundlage für Klientelpolitik.¹⁰⁰ Mit Hilfe der Klientelpolitik können Wähler mit ihrer Stimme jene Wahlvorschläge selektieren, die ihnen persönlich den größten Nutzen bringen.¹⁰¹

Nach Piattoni liegt bei der Klientelpolitik der Fokus auf den Wählern: „how to win their vote, retain their support, command their allegiance.“¹⁰² Piattoni hält Klientelismus auch als einfachstes Mittel der Interessenvermittlung fest.¹⁰³ Es wird also die Wählerschaft als passiv genug gesehen, um anzunehmen, was ihnen angeboten wird. Mit dieser Passivität scheint die Politik zu kalkulieren, da ihr bekannt ist wie gern man eine fertige Lösung angeboten bekommt, anstatt sich intensiv mit inhaltlichen Details von Wahlprogrammen auseinanderzusetzen. Piattoni bringt kurz und präzise die Absicht der Wähler auf den Punkt: „Clientelism is also simple: a vote for a benefit“¹⁰⁴

Dass auch in parteipolitischer Hinsicht Klientelismus und Patronage für die Beschreibung sich gleichender Phänomene benutzt wird zeigt die Definition einer Patronagepartei, die den obigen Ausführungen offensichtlich ähnelt: Der Begriff beschreibt eine

„Partei, in der programmatische Gesichtspunkte in der täglichen Parteiarbeit zurücktreten (im Extremfall überhaupt nicht vorhanden sind) hinter selektiven materiellen Anreizen für Anhänger, Aktivisten und Inhaber von Wahlämtern.[...]. In den P. gehen Austauschprozesse nicht-ideeller Art vor sich. Die Inhaber von Partei- und Wahlämtern belohnen die Stimmabgabe für ihre Partei mit materiellen Gegenleistungen an die Wähler.“¹⁰⁵

In Abgrenzung zum Klientelismus werden bei der Spezifizierung der **Klientelpolitik** die agierenden Personen sowie die Tauschgegenstände konkretisiert. So bieten sich Wähler(-schaften) und Partei oder Politiker

¹⁰⁰ Vgl. Lemarchand, 1981, S.15.

¹⁰¹ Vgl. ebd., S.19f.

¹⁰² Piattoni, 2001a, S.7.

¹⁰³ Vgl. Piattoni, 2001b, S.200.

¹⁰⁴ Piattoni, 2001b, S.202.

¹⁰⁵ Holtmann (Hrsg.), 1994, S.446.

gegenseitig Wählerstimmen bzw. öffentliche Ressourcen an. Die genauen öffentlichen Ressourcen werden jedoch weiterhin offen gelassen. Die Ungleichheit der Handelnden ist auf die anzubietenden Ressourcen anzuwenden. Die Entbehrlichkeit der Persönlichkeit der Beziehung zwischen Wähler und Partei(mitglied) ist in der Literatur strittig, aber im politischen Kontext durchaus anerkannt. Zumindest bei der Betrachtung von Massenklientelismus ist der Verzicht auf dieses Merkmal jedoch angezeigt.

2.4 Anwendbarkeit – im Folgenden gebräuchliche Begriffsverwendung

In diesem Kapitel wird beschrieben, inwiefern die vorangegangenen Ausführungen auf Parteien in einer demokratischen Industrienation wie Deutschland angewendet werden können. Es stellt sich hierbei auch die Frage, ob die in den vorigen Kapiteln erarbeiteten Merkmale angepasst oder modifiziert werden müssen, damit anhand von ihnen die Aussagen der Parteien im Sinne dieser Arbeit untersucht werden können.

Der Begriff Klientelismus wurde ursprünglich „vorwiegend in der Ethnologie und Sozialanthropologie mit Bezug auf traditionale, meist kleinräumige Agrargesellschaften verwendet [...]“. Erst seit Mitte der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts wird der Begriff auch in der Politikwissenschaft verwendet.¹⁰⁶ Viele Werke mit vergleichbarem Inhalt haben sich mit dem Phänomen des Klientelismus in der Antike, dem Mittelalter, der frühen Neuzeit oder der Situation in Südamerika befasst.¹⁰⁷ Jedoch wären im Zusammenhang mit dieser Arbeit die Merkmale umfassend anzupassen, was stellvertretend die in Kapitel 2.1.2 genannten Ansichten Moraws¹⁰⁸ zeigen. So sind die heute zu untersuchenden Beziehungen nicht mehr von gleich starker Abhängigkeit geprägt wie damals. Eine indirekte (auch durch die Wahl und die Wünsche der Wähler

¹⁰⁶ Vgl. Berg-Schlosser, 1987, S.207ff.

¹⁰⁷ Vgl. u.a. Nicols, 2014; Maczak, 2005; Seffer, 2012.

¹⁰⁸ Vgl. Moraw, 1988, S.6.

selbst hergestellte) Abhängigkeit ist aber auch bei Wähler-Parteien-Verhältnissen nicht von der Hand zu weisen. Weiteres lässt sich nach einer Modifizierung vom Mittelalter auf die heutige Zeit zuschneiden. „Schutz und Chancen“ sind hier anwendbar auf den Schutz der eigenen Meinung, welche die Partei durch ihre Wahl vertreten soll. „Dienste und Ergebenheit“ sind direkt übertragbar auf Wählerstimmen. Nicht direkt für diese Arbeit anwendbar wäre die Persönlichkeit der Beziehungen. Hebt man jedoch die Wählerschaft der Rentennahen als Kollektiv mengen- und machtmäßig auf das Niveau einer ganzen Partei, so entsteht zwischen Patron – der Partei – und Klient – der rentennahen Wählerschaft - ein Verhältnis wechselseitiger Wünsche, das persönlichen Beziehungen nahe kommt. Es wäre dann den Akteuren der jeweilige Mitteleinsatz gewissermaßen bekannt, was mit einer persönlichen Absprache zu vergleichen wäre.

Dass Klientelpolitik jedoch auch ein auf moderne Industrienationen anwendbarer Sachverhalt ist, zeigen Kitschelt und Wilkinson mit der Aussage „that a quite different type of *patronage-based, party-voter linkage* exists in many countries, including some advanced industrial democracies.“¹⁰⁹

Und auch Piattoni und Kopecky/Mair/Spirova sehen Klientelismus nicht wie in der bisherigen Forschung als ein Phänomen Lateinamerikas oder des Mittelmeerraums, sondern führen den gleichbedeutenden Begriff der Klientelpolitik zur Beschreibung klientelistischer Beziehungen in allen Ländern der Welt, insbesondere in Europa, an.¹¹⁰

Ähnliche moderne Forschungssachverhalte zeigen also, dass die gegenwärtige Parteienlandschaft in Deutschland zumindest theoretisch nicht von der Betrachtung ausgeschlossen werden muss.

Dennoch sind vergleichbare Werke rar und das Thema Klientelpolitik auch nicht nur aus einer Perspektive zu erforschen wie bereits Kitschelt und

¹⁰⁹ Kitschelt/Wilkinson, 2007a, S.2.

¹¹⁰ Vgl. Piattoni, 2001a, S.4; Kopecky/Mair/Spirova (Hrsg.), 2012.

Wilkinson beschrieben haben. Deshalb sind die theoretischen Ansätze über Klientelismus und Klientelpolitik je nach Untersuchungsgegenstand entsprechend zu modifizieren.¹¹¹ Maczak geht in diesem Zusammenhang sogar so weit, dass er versuchen will, Definitionen zu umgehen, da die jeweilige Anwendung einzelfallabhängig ist und sich je nach Bereich und Perspektive des Forschungsgegenstands verändert.¹¹² Auch Berg-Schlosser befürwortet es, das schwer erfassbare Phänomen Klientelismus im Einzelfall auszulegen.¹¹³ Dass dies möglich ist, zeigt die nicht nur von Paulus zugesprochene „Anpassungsfähigkeit“ des Klientelismusbegriffs.¹¹⁴ Diese Anpassungsfähigkeit sieht auch Piattoni und unterstreicht die Vielseitigkeit der Anwendung mit der Aussage:

“As political strategies, clientelism and patronage have the capacity to adapt to the existing circumstances as well as to alter them.”¹¹⁵

Die Wandlungsfähigkeit, die sich in den unterschiedlichen Untersuchungsgegenständen zeigt, vergrößert den Anwendungsbereich genauso wie die Herausforderung die Merkmale passend zu gestalten und Schwerpunkte zu setzen. Hiermit stimmt auch die in Kapitel 2.1.2 von Weber Pazmiño erkannte und sehr weit gefasste Begriffsverwendung zeitgenössischer Autoren überein.

Auch die Anwendung auf Wahlprogramme ist aus Sicht der Forschung nicht in Frage zu stellen. So spielen Wahlen bei verschiedenen Untersuchungen zur Klientelpolitik jeweils eine wichtige Rolle. Hierzu seien stellvertretend nochmals Maczak und Paulus genannt, die Beispiele in Bezug auf die Einflussnahme bei Wahlen erläutern, bei Letzterem insbesondere auch hinsichtlich des Angebotes von Sozialprogrammen.¹¹⁶ Auch Berg-Schlosser argumentiert, wie schon in Kapitel 2.1.2 genannt, in Hinblick auf einen Tausch mit politischen Absichten.

¹¹¹ Vgl. Kitschelt/Wilkinson, 2007b, S.322.

¹¹² Vgl. Maczak, 2005, S.444.

¹¹³ Vgl. Berg-Schlosser, 1987, S.207ff.

¹¹⁴ Vgl. Paulus, 2013, S.52.

¹¹⁵ Piattoni, 2001a, S.2.

¹¹⁶ Vgl. u.a. Maczak, 2005, S.429; Paulus, 2013, S.15f.

Die vorausgegangenen Ausführungen zeigen die unterschiedliche Verwendung der Begriffe Klientelismus, Patronage und Klientelpolitik in unterschiedlichen Ländern, in unterschiedlichen Zeiten, in unterschiedlichen Kontexten und von unterschiedlichen Autoren. Aus dieser Fülle werden nun jene Merkmale herausgearbeitet, die auf den in der Einleitung erörterten Sachverhalt anzuwenden sind. Ausgangspunkt sind die in den letzten Kapiteln erarbeiteten Merkmale von Klientelpolitik.

Klientelismus zeichnet sich also aus durch den **informellen zweiseitigen** (Personen, Gruppen, Organisationen) **Tausch** von **unbestimmten Vergünstigungen** mit **wechselseitigem Nutzen**. Hierbei **können eine gewisse Ungleichheit** betreffend der Position, Macht und Ressourcen sowie das Vorliegen **persönlicher Beziehungen** bestehen. Er ist von **Freiwilligkeit** geprägt, sodass sich die gegenseitige **Abhängigkeit** in der modernen Klientelismusforschung **minimiert**.

In Abgrenzung zum Klientelismus werden bei der Spezifizierung der **Klientelpolitik** die agierenden **Personen** sowie die **Tauschgegenstände konkretisiert**. So bieten sich **Wähler(-schaften)** und **Partei oder Politiker** gegenseitig **Wählerstimmen** bzw. **öffentliche Ressourcen** an. Die genauen öffentlichen Ressourcen werden jedoch weiterhin **offen gelassen**. Die **Ungleichheit** der Handelnden ist auf die **anzubietenden Ressourcen** anzuwenden. **Die Entbehrlichkeit der Persönlichkeit der Beziehung** zwischen Wähler und Partei(mitglied) ist in der Literatur strittig, aber im politischen Kontext durchaus **anerkannt**. Zumindest bei der Betrachtung von Massenklientelismus ist der Verzicht auf dieses Merkmal jedoch angezeigt.

Die in der Literatur unbestrittene Informalität der Beziehung als Merkmal der Klientelpolitik ist auch in Anwendung auf die vorliegende Fragestellung nicht anzuzweifeln und muss somit in den späteren Untersuchungen der Wahlprogramme zwingend geprüft werden. Gleiches gilt für den zweiseitigen Tausch von Vergünstigungen mit wechselseitigem Nutzen. Die wechselseitigen Vergünstigungen seien jedoch konkretisiert als Wählerstimmen und politische Bevorzugung durch Verteilung öffentlicher Ressourcen. Die zwei handelnden Seiten seien festgeschrieben als Wähler(-schaften) und Partei, wobei auf eine Persönlichkeit der Beziehung im Hinblick auf die mögliche Bevorzugung ganzer Gruppen verzichtet wird.

Die geforderte Ungleichheit soll im Angebot unterschiedlicher Leistungen liegen. Die Freiwilligkeit der Verbindung soll als wichtiger Punkt in die Untersuchung einfließen. Die Abhängigkeit wird nicht als Voraussetzung überprüft, sondern lediglich zur Untermauerung des gegenseitigen Nutzens dienen, da die jeweilige Gegenseite zur Zielerreichung benötigt wird.

Entgegen der Ansicht einiger Autoren, die sich intensiv mit dieser komplexen Thematik beschäftigt haben und sich um eine möglichst genaue Differenzierung der Begrifflichkeiten bemüht haben, wird in dieser Abhandlung nicht weiter auf mögliche Unterscheidungen der unzähligen Ausdrücke eingegangen, sondern viel mehr auf deren enge Verwandtschaft und oft erläuterte Bedeutungsgleichheit verwiesen. Der im Folgenden verwendete Terminus „Klientelpolitik“ wird sich auf die eben erläuterten Eigenschaften beziehen. Um Verwirrungen zu vermeiden und den Kreis zu den in der Einleitung genannten Ansichten zu schließen, wird nur noch auf diesen Begriff zurückgegriffen.

3 Untersuchung der Grundsatz- und Wahlprogramme

In den in diesem Kapitel folgenden Wertungen, insbesondere jener der Wahlprogramme der Bundestagswahlen, wird hauptsächlich aus ökonomischer Sicht argumentiert. Jedoch ist gerade in der Sozialpolitik der soziale Gedanke von eminenter Relevanz. Aber auch die Benachteiligung jüngerer Generationen durch eine finanzielle Mehrbelastung würde einen sozialen Konflikt darstellen. Eine allumfassende Bewertung der Politik ist dem Umfang und dem Ziel dieser Arbeit aber nicht zuträglich. Eine tiefgründige Diskussion des sozialen Aspekts wäre umfassend genug für den Inhalt einer eigenen Abhandlung. Nichtsdestotrotz wird auch diese Sicht in manchen Fällen kurz ins Feld geführt. Im Vordergrund steht in dieser Arbeit weiterhin die Frage, inwiefern die von politischer Seite verfolgte Rentenpolitik Merkmale von Klientelpolitik aufweist.

3.1 Die CDU

Die CDU¹¹⁷ sieht sich als „Volkspartei der Mitte“ und verfolgt ihre Grundwerte „Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit“ orientiert am christlichen Menschenbild. Sie will für alle Bürger des Landes offen sein. Sie etablierte die soziale Marktwirtschaft und forcierte richtungsweisende Politik von den Nachkriegsjahren über die Wiedervereinigung bis in die heutige Zeit. Heute sollen der europäische Gedanke und der Wirtschaftsstandort Deutschland ebenso gestärkt werden, wie das sichere Miteinander und Füreinander in Deutschland und der Welt. Der Staat solle jedem Bürger die Freiheit schaffen, seine Chancen zu verwirklichen und ihn nur gegebenenfalls dabei unterstützen.¹¹⁸

¹¹⁷ Die Parteien werden in alphabetischer Reihenfolge behandelt.

¹¹⁸ Vgl. CDU (Hrsg.), 2007, S.5f.

3.1.1 Das aktuelle Grundsatzprogramm der CDU aus rentenpolitischer Sicht

Das gegenwärtige Grundsatzprogramm der CDU wurde am 03.12.2007 auf dem Parteitag verbindlich vereinbart. Es soll Werte und Ziele und Antworten „auf die Herausforderungen unserer Zeit [geben].“¹¹⁹ Im Folgenden wird nun die grundsätzliche aktuelle rentenpolitische Ausrichtung der CDU als größte Unionspartei vorgestellt. Auf dieser Basis wird dann in Kapitel 3.1.4 analysiert, inwiefern sich hier Merkmale von Klientelpolitik finden.

Die Politik der CDU soll von Solidarität geprägt sein, woraus sich Rechte und Pflichten, sowohl für den Staat, als auch für die Bürger ergeben. In diesem Zusammenhang soll auch die Generationengerechtigkeit gestärkt werden und als politischer Maßstab dienen. Eine Politik auf Kosten zukünftiger Generationen sei zu vermeiden, und Belastungen seien gerecht zu verteilen. Es sei eine Gesellschaft zu formen, die füreinander sorgt.¹²⁰ Der demografische Wandel führe dazu, dass das Sozialversicherungssystem mit den neuen Entwicklungen in Einklang gebracht werden muss.¹²¹ Eine „zukunftsorientierte Politik“ müsse verfolgt werden, um die Chancen der alternden Gesellschaft zu nutzen und gleichzeitig auch für sich daraus ergebende „Herausforderungen“ gewappnet zu sein. Im Hinblick auf den Verlust von Wissen und Erfahrung sollen die Möglichkeiten für ein flexibles Ausklingen der Erwerbsbiografie geschaffen werden.¹²² Die soziale Marktwirtschaft soll als Wegweiser einer solidarischen Sozialpolitik gelten.¹²³ Darüber hinaus sei die Entwicklung eines „aktivierende[n] Sozialstaat[s]“ anzustreben, der die Eigenverantwortlichkeit fördert. Die „Generationengerechtigkeit“ soll dem jedoch nicht zum Opfer fallen.¹²⁴ Die Alterssicherung müsse sich weiterhin

¹¹⁹ Vgl. CDU (Hrsg.), 2007, S.5.

¹²⁰ Vgl. ebd., S.11ff.

¹²¹ Vgl. ebd., S.20f.

¹²² Vgl. CDU (Hrsg.), 2007, S.24ff.

¹²³ Vgl. ebd., S.48f.

¹²⁴ Vgl. ebd., S.60.

aus gesetzlicher, betrieblicher und privater Vorsorge zusammensetzen. Hierbei stellt die gesetzliche Rentenversicherung die Basis dar. Im Hinblick auf den demografischen Wandel muss jedoch der Generationenvertrag dergestalt angepasst werden, dass weder jüngere noch ältere Generationen unter den Modifizierungen der gesetzlichen Rentenversicherung leiden. Deshalb sollen „Mehrfachbelastungen von Erziehenden [anerkannt] und honoriert [werden].“ Die Trennung von Grundsicherung und selbst erwirtschafteter Rente ist nach der Meinung der CDU beizubehalten. Ebenso sind die Renten als Versicherungsleistungen weiterhin an die entrichteten Beiträge zu koppeln und sollen ohne große Einbußen des Rentenniveaus somit im Alter, im Todes- oder Erwerbsminderungsfall absichern. Der CDU ist bewusst, dass die gesetzliche Alterssicherung allein aber in Zukunft nicht mehr ausreichen werde, und die beiden ergänzenden Säulen der betrieblichen und privaten Sicherung zunehmend an Relevanz gewinnen werden.¹²⁵

3.1.2 Rentenpolitische Ausrichtung vor den Wahlen - Die Bundestagswahlprogramme 2005, 2009 und 2013

Das CDU/CSU-Wahlprogramm aus dem Jahr 2005 zielt auf eine klare Abgrenzung zu der, aus ihrer Sicht, destruktiven Politik der rot-grünen Vorgängerregierung ab.¹²⁶ Der demografische Wandel gepaart mit hoher Arbeitslosigkeit führe zu weniger Beiträgen in der Rentenkasse. Trotzdem bleibe die gesetzliche Rente „eine wichtige Säule der Alterssicherung“. Jedoch sei aufgrund der aufgeführten Entwicklungen eine ergänzende private Vorsorge nicht zu umgehen. Um den zweckmäßigen Fortbestand der gesetzlichen Rentenversicherung auf lange Sicht zu gewährleisten, sollten Schritte unternommen werden, die die „Lebensarbeitszeit“ verlängern. So z.B. „kürzere Ausbildungszeiten [sowie ein früherer] Berufseintritt“ und eine Förderung der Arbeitsvermittlung älterer

¹²⁵ Vgl. CDU (Hrsg.), 2007, S.61ff.

¹²⁶ Vgl. CDU (Hrsg.), 2005, S.5ff.

Arbeitnehmer. Auch das Renteneintrittsalter sei nicht haltbar und nach oben zu korrigieren.¹²⁷

Hierbei „müssen drei Leitlinien gelten: Demografiefestigkeit, Familienfreundlichkeit, Generationengerechtigkeit.“¹²⁸

Als konkrete Verbesserung sollte ein monatlicher 50 Euro Beitragserlass für ab dem 01.01.2007 geborene Kinder gewährt werden. Dieser sollte bis zum 12. Lebensjahr berücksichtigt werden. Zudem sollte sich „der Beitragssatz zur Rentenversicherung [...] an der gegenwärtigen Beitragshöhe“ orientieren. Auch die private und betriebliche Altersvorsorge sollte dergestalt verbessert werden, dass Vereinfachungen und Vergünstigungen vorgenommen werden, um den Zugang zu diesen Alterssicherungssäulen zu fördern.¹²⁹

Im Wahlprogramm 2009 werden die Erfolge der von CDU/CSU regierten abgelaufenen Legislaturperiode vorangestellt, um dann die Fortsetzung dieser Politik begründen.¹³⁰ Es sollte älteren Bürgern durch bessere Zugangs- und Weiterbildungsmöglichkeiten die Erwerbstätigkeit auch noch im rentennahen Alter ermöglicht werden. Die Wirksamkeit der drei Säulen der Altersvorsorge wird von der Union bestätigt und soll deshalb ebenso beibehalten werden wie die am Bedarf orientierte Grundsicherung außerhalb der Rentenversicherung. Eine „Erwerbstätigenversicherung“, die alle Erwerbstätigen abdeckt, sei keine Lösung für das Problem des demografischen Wandels. Renten Anpassungen sollen die Rentner an der Einkommensentwicklung beteiligen, ohne die beitragszahlende Generation zu überfordern. Gerechtigkeitslücken, wie bei der Berücksichtigung der Kindererziehung, seien zu schließen. Weiterhin sollte die private staatlich geförderte Altersvorsorge ausgebaut und weiter verbessert werden.¹³¹

¹²⁷ Vgl. CDU (Hrsg.), 2005, S.32.

¹²⁸ CDU (Hrsg.), 2005, S.32.

¹²⁹ Vgl. CDU (Hrsg.), 2005, S.32.

¹³⁰ Vgl. CDU (Hrsg.), 2009, S.5ff.

¹³¹ Vgl. ebd, S.31ff.

Mit den Inhalten des CDU/CSU Wahlprogrammes zur Bundestagswahl 2013 soll die bisherige Politik ihre Fortsetzung und ihren Ausbau aufgrund der zu diesem Zeitpunkt aktuellen Probleme finden.¹³² Eines dieser Probleme ist der demografische Wandel, dem mit einer von der Union auf den Weg gebrachten „Demografiestrategie“ begegnet wurde. Diese Strategie solle weiter ausgebaut werden.¹³³ „[D]ie gesetzliche Rente [soll] auch in Zukunft stabil und sicher [bleiben].“¹³⁴ Hierfür sei die Orientierung am Generationenvertrag beizubehalten und weiterhin die Renten an die Lohnentwicklung zu koppeln, ohne gleichzeitig die die Finanzierung tragende Generation im Übermaß zu belasten. Die dreigliedrige Altersvorsorge solle beibehalten und in diesem Zusammenhang private und betriebliche Altersvorsorge verbessert werden. Die Union beabsichtigte, in diesem Programm die „Mütterrente“ einzuführen. Diese sieht einen Bonus für Mütter vor, deren Kinder vor 1992 geboren wurden.¹³⁵ Dies sei „durch die gute finanzielle Situation der Rentenversicherung und vorhandene Mittel aus dem Zuschuss des Bundes möglich.“¹³⁶ Auch wurde beabsichtigt, die häusliche Pflege besser in der Rentenversicherung zu honorieren. Zudem war ein Rentenzuschuss auf 850 Euro als Anerkennung der „Lebensleistung“ für diejenigen Versicherten vorgesehen, die 40 Jahre Versicherungsbeiträge geleistet haben und privat vorgesorgt haben. Vergünstigend sollten in diese 40 Jahre Kindererziehung, Pflege oder Erwerbsleben in der DDR bis zum Zeitpunkt der Wiedervereinigung einfließen. Im Hinblick auf den Fachkräftemangel und den Wunsch immer mehr älterer Arbeitnehmer länger zu arbeiten, sollten Rahmenbedingungen geschaffen werden, die es ermöglichen das Erwerbsleben flexibel und mit geringeren Abzügen als bisher ausklingen zu lassen. Dazu zählen auch der Ausbau und die Verbesserung von Rehabilitationsleistungen. Außerdem war beabsichtigt, das Sicherungsniveau der Erwerbsminderungsrenten anzuheben.

¹³² Vgl. Merkel/Seehofer, 2013, S.3ff.

¹³³ Vgl. CDU (Hrsg.), 2013, S.24f.

¹³⁴ CDU (Hrsg.), 2013, S.45.

¹³⁵ Vgl. CDU (Hrsg.), 2013, S.45f.

¹³⁶ CDU (Hrsg.), 2013, S.45.

Selbständige ohne „anderweitige Absicherung“ sollten verpflichtet werden, entweder gesetzlich oder privat für die Rente vorzusorgen. Für alle Bürger sollte eine zentrale Anlaufstelle geschaffen werden, die über alle drei Säulen der Alterssicherung informiert.¹³⁷

3.1.3 Wertung der Aussagen – Bevorzugungen und Benachteiligungen von Wählergruppen

Nachfolgend wird mit der Betrachtung des Grundsatzprogrammes von 2007 begonnen, obwohl es zeitlich nach dem Bundestagswahlprogramm 2005 angesiedelt ist. Das Grundsatzprogramm enthält jedoch im Unterschied zu den Wahlprogrammen übergeordnete, langjährige Ziele. Hier bilden sich die grundsätzlichen Standpunkte der Partei ab, womit die Bewertung beginnen soll.

Das aktuelle Grundsatzprogramm zeigt die Prägung der langfristigen rentenpolitischen Vorhaben der CDU durch den demografischen Wandel. Die in Kapitel 3.1.1 genannten Aussagen wie **Chancen nutzen** und **für „Herausforderungen“ gewappnet**, sowie **„zukunftsorientierte Politik“** zeugen von der Absicht, eine verantwortungsbewusste Politik für alle Wähler zu verfolgen. Ebenso wird jedoch kommuniziert, dass das Sozialversicherungssystem einschließlich des Generationenvertrags an die Entwicklungen angepasst werden soll. Es wird das Bestreben verdeutlicht, mit Beiträgen und Steuern verantwortungsvoll umzugehen und somit nicht ausschließlich zu Lasten künftiger Generationen handeln zu wollen, sondern die Belastungen möglichst gerecht zu verteilen. Dies unterstreichen auch die durchgängig genutzten Begriffe „Solidarität“ und „Generationengerechtigkeit“. Der demografische Wandel betrifft also jeden Bürger. Somit soll auch jeder Bürger seinen Teil zur Problemlösung und Überwindung der Schwierigkeiten beitragen und dann weiterhin am Rentensystem partizipieren.

Von der Zielrichtung eines flexiblen Ausklingens der Erwerbsbiografie profitieren auf lange Sicht alle Versicherten, werden aber gleichermaßen

¹³⁷ Vgl. CDU (Hrsg.), 2013, S.45f.

an der nicht einfach zu stemmenden Finanzierung beteiligt, z.B. bei einem frühzeitigen Rentenbeginn. Kurzfristig profitieren jedoch die rentennahen Jahrgänge, ohne sich in gleicher Weise an der Finanzierung zu beteiligen wie die jüngere, noch rentenferne Generation unter den Beitragszahlern.

Die Rentenhöhe weiterhin an die entrichteten Beiträge zu koppeln, erweist sich als beständige Politik etwas beizubehalten, das sowohl aus ökonomischer Sicht der Rentenversicherung, als auch der Versicherten unumgänglich ist. Der Generationenvertrag muss eine gewisse Absicherung gewährleisten können. Diese Ausrichtung, die die oben genannte Gerechtigkeit weiterhin wahren soll, beinhaltet keine ausdrückliche Bevorzugung oder Benachteiligung einer bestimmten Wählerschicht.

Vom Vorhaben, Mehrfachbelastungen von Erziehenden stärker als bisher in die Berechnungen einzubeziehen, würden unmittelbar alle Erziehenden profitieren, gleichzeitig stellt dies einen solidarischen Beitrag aller Versicherten zur Finanzierung nachfolgender Generationen dar. Da die Erziehung aber gleichermaßen ein indirekter Beitrag zur späteren Finanzierung der Rente ist, kann nicht von einer Bevorzugung einer Gruppe bei gleichzeitiger Benachteiligung einer anderen gesprochen werden.

Dass die CDU neben der gesetzlichen Rentenversicherung weiterhin auch auf die beiden anderen Säulen der Alterssicherung bauen will, ist ein Hinweis auf die Beibehaltung des Bewährten und ein Zeichen, dass die gesetzliche Rente in Zeiten des demografischen Wandels nicht mehr alleine ausreicht und zusätzlich individuell (privat wie betrieblich) vorgesorgt werden muss.

Die Absicht einer solidarischen Sozialpolitik bei der trotzdem die Eigenverantwortung an Relevanz gewinnt, zeigt, dass die CDU der Meinung ist, dass sich aufgrund der angespannten finanziellen Lage, der Staat zunehmend auch auf die Schaffung günstiger Rahmenbedingungen, anstatt eines direkten Eingreifens beschränken muss. Unter der CDU würden aber weiterhin Regelungen getroffen werden, die der

Solidargemeinschaft und somit dem Einzelnen zugutekommen ohne andere zu benachteiligen.

Die Christdemokraten sprechen in ihrem Grundsatzprogramm eine Vielzahl in Zukunft relevanter rentenpolitischer Ansätze an, ohne dabei im Hinblick auf deren genaue Ausprägung konkret zu werden. Trotzdem ist ein Solidarität innerhalb der Gesellschaft beabsichtigender Grundgedanke erkennbar. Somit kann nach diesen Ausführungen nicht auf eine politische Ausrichtung geschlossen werden, die rentennahe Jahrgänge im Übermaß bevorzugt.

In jedem der vorliegenden Wahlprogramme der CDU/CSU ist der demografische Wandel als Kernproblem allgegenwärtig. Es wird beabsichtigt, in diesem Zusammenhang sukzessive nach Lösungen und beständigen politischen Zielrichtungen zu suchen, die für alle Alters- und Wählerschichten gleichermaßen geeignet sind. Besonders hervorgehoben wird diese vermittelnde Ausrichtung an den 2005 genannten Schlagworten Demografiefestigkeit, Familienfreundlichkeit und Generationengerechtigkeit, die als Orientierungshilfe zur Ausführung der rentenpolitischen Ziele dienen. Einen möglichen Lösungsansatz führt die Union in Bezug auf den demografischen Wandel im Jahr 2005 an, indem sie vorschlägt, die „Lebensarbeitszeit“ (z.B. durch eine Erhöhung des Renteneintrittsalters) zu verlängern. Dieses Vorhaben erscheint aufgrund der gesellschaftlichen Entwicklung als unumgängliche und somit angebrachte Benachteiligung¹³⁸ aller Wähler. Gleiches gilt für die ebenfalls 2005 geäußerte Intention, den Beitragssatz zur Rentenversicherung zu konsolidieren, was als Vorteil für alle Wähler zu sehen ist, um einen angemessenen Beitrag zur Alterssicherung zu leisten und gleichzeitig nicht überlastet zu werden.

¹³⁸ Hierbei wird davon ausgegangen, dass bei einer gesicherten Altersrente für die Mehrheit der Erwerbstätigen ein möglichst früher Austritt aus dem Erwerbsleben angestrebt wird.

Im Wahlprogramm 2009 wird sich dergestalt von der SPD distanziert, dass eine Erwerbstätigenversicherung nicht die gewünschte Abmilderung der durch den demografischen Wandel resultierenden Herausforderungen bringen würde. Das bestehende System sei vielmehr auch für die kommenden Schwierigkeiten ausgelegt, was sich in der in den Wahlprogrammen durchgängigen Befürwortung der Beibehaltung der dreigliedrigen Altersvorsorge zeigt. In diesem Zusammenhang solle insbesondere die gesetzliche Rente gefestigt und zielführend weiterentwickelt werden. Ebenso wird auch wahlprogrammübergreifend eine Vereinfachung und Vergünstigung von privater und betrieblicher Altersvorsorge gefordert, die in Ergänzung zur gesetzlichen Rente als dem demografischen Wandel geschuldeter Nachbesserungsbedarf zu verstehen sind.

Hiervon profitieren alle Wähler gleichermaßen, die gleichzeitig die in der gesellschaftlichen Entwicklung begründeten Einbußen hinnehmen. Das Genannte vermittelt den Bürgern Zukunftssicherheit sowie politische Präsenz und Kontrolle über die Situation. Das Festhalten an der Notwendigkeit zusätzlicher Sicherungssysteme, ergänzend zur gesetzlichen Rentenversicherung, signalisiert den Wählern jedoch die Einschätzung, dass diese Eigenleistungen für die Altersvorsorge auch in Zukunft relevant sind, und keine ausschließlich kurzfristigen Maßnahmen darstellen. Ein Zurück zur ausschließlich gesetzlichen Form der Altersrente wird damit ausgeschlossen.

Die Wahlprogramme übergreifend, wird das Renteneintrittsalter als Stellschraube in hinsichtlich des demografischen Wandels gesehen. Während jedoch 2005 notwendigerweise beabsichtigt wird, das Renteneintrittsalter in allen Rentenarten zum Nachteil aller Wähler zu erhöhen, wird 2009 und 2013 versucht, die Einschnitte eines solchen Schrittes z.B. durch flexiblere Übergänge in die Rente auszugleichen. Im Wahlprogramm der Bundestagswahl 2009 soll dies durch bessere Möglichkeiten des Arbeitsmarktzugangs sowie durch Weiterbildungsangeboten für ältere Arbeitnehmer gewährleistet werden.

Von dieser auf sie zugeschnittenen Leistung profitieren eben diese rentennahen Wähler. Gleichzeitig wird aber die jüngere Generation nicht unmittelbar belastet, sondern ganz im Gegenteil für die Älteren die Möglichkeit geschaffen, weiterhin zu ihrer eigenen Rente und der Steigerung der Wirtschaftsleistung beizutragen. Im Wahlprogramm von 2013 wird weiterhin, aber in einer noch versichertenfreundlicheren Form, an diesem Punkt angesetzt. Von einem in diesem Jahr geforderten flexibleren Übergang in die Rente profitieren auf lange Sicht alle betroffenen Wähler. Zuerst aber die rentennahen Jahrgänge, während die beitragszahlende Generation die Vergünstigung zunächst finanzieren muss. Gleiches gilt für die „Weiterentwicklung“ der Hinzuverdienstgrenzen. Auch die Kindererziehung lässt nach Ansicht der Union in jeder Legislaturperiode Raum für Nachbesserungen. 2005 soll dies konkret in Gestalt des um 50 Euro verringerten Rentenversicherungsbeitrags erfolgen. Weniger konkret fällt die in diesem Zusammenhang 2009 bekundete Absicht aus, Gerechtigkeitslücken schließen zu wollen. Beide Ansätze bedeuten gewisse Begünstigungen für Erziehende. Wie schon in Bezug auf das Grundsatzprogramm erörtert, ist hinsichtlich des allen zu Gute kommenden gesellschaftlichen Beitrags der Erziehung, dieser Schritt jedoch nicht als Bevorzugung zu sehen, die gleichzeitig andere Wählerschaften benachteiligt. Von der 2013 geplanten Mütterrente profitieren wiederum die Erziehenden. Ob sich Honorierung und gemeinschaftlicher Aufwand im Nachhinein in diesem Ausmaß noch die Waage hält, soll an dieser Stelle nicht bewertet sein. Fakt ist, dass ähnliche Vergünstigungen zur Betterbewertung der Kindererziehung seit längerer Zeit verfolgt werden. Der letztgenannte Schritt im Jahr 2013 passt jedoch in diesem Umfang nicht ins bisher von der CDU vermittelte Bild eines nachhaltigen und verantwortungsvollen Umgangs mit dem demografischen Wandel und den kommenden Generationen. Er belastet somit unabhängig von der Art der Finanzierung kommende Generationen,

während man die Nutznießer im Durchschnitt auf ein Alter von ungefähr 50 Jahren¹³⁹ schätzen kann.

Durchschnittliches Alter der Mütter bei der Geburt des ersten Kindes

	Früheres Bundesgebiet		Neue Länder	
	insgesamt	in bestehen- der Ehe	insgesamt	in bestehen- der Ehe
1965	.	24,9	23,2	.
1970	.	24,3	22,4	.
1975	.	24,8	22,3	.
1980	.	25,2	22,1	.
1985	.	26,2	22,3	.
1989	.	26,8	22,9	.
1995	.	28,2	.	26,9
2000	.	29,0	.	28,4
2005	.	29,7	.	29,1
2009	29,1	30,2	27,2	29,8
2010	29,2	30,2	27,4	29,9

Seit 2005: Früheres Bundesgebiet ohne Berlin-West, neue Länder ohne Berlin-Ost.

Abbildung 2: Durchschnittliches Alter der Mütter bei der Geburt des ersten Kindes¹⁴⁰

Die CDU beabsichtigt laut ihrer Wahlprogramme 2009 und 2013, die Renten in gleichem Maße wie die Löhne zu erhöhen. Hiervon profitieren unmittelbar Rentner und in naher Zukunft die gegenwärtig älteren Arbeitnehmer. Gleichzeitig wird aber die Zusage gemacht, die beitragszahlende Generation nicht zu benachteiligen, was in Anbetracht der dadurch möglicherweise steigenden Beiträge angezweifelt werden kann. Im Hinblick auf die Notwendigkeit der Teilhabe trotz Inflation ist dieser Schritt wie vorliegend in angemessener Weise ein gerechter, notwendiger Schritt für alle Wähler. Er kann deshalb nicht als unangemessene Bevorzugung gesehen werden.

Im Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2009 wurde von Seiten der Union noch die Zielsetzung formuliert, die Grundsicherung weiterhin bedarfsorientiert außerhalb der Rentenversicherung angesiedelt zu lassen

¹³⁹ Das Alter beim ersten Kind lag im Jahr 1992, also unmittelbar vor der Umstellung auf die dreijährige Kindererziehungszeit, im Durchschnitt bei ca. 27 Jahren. Im Durchschnitt sind diese Erziehenden im Jahr 2015 also 50 Jahre alt. Vgl. hierzu Abbildung 2.

¹⁴⁰ Statistisches Bundesamt, 2012, S.11

und somit auf die altbewährte Trennung der Systeme zu setzen. Alle Wähler profitieren von diesem konsistenten Vorgehen und dem daraus resultierenden Sicherheitsgefühl, nur in größter Not auf Grundsicherung zurückgreifen zu müssen. 2013 ist in dieser Hinsicht in Gestalt der Achtung der „Lebensleistung“ jedoch ein Paradigmenwechsel zu verzeichnen. Der Rentenzuschuss auf 850 Euro greift nur bei einem eng gefassten Personenkreis mit wenig Verdienst trotz langer Beschäftigung und eigener Vorsorge. Man könnte sich einen erziehenden Elternteil mit Nebenjob vorstellen, der stetige, aber durch Teilzeitarbeit geringe Beiträge einzahlt. Dieses Vorhaben stellt eine teilweise Abkehr von der Grundsicherung außerhalb der Rentenversicherung dar, und ist nicht mit dem bisherigen Vorgehen in Einklang zu bringen. Diese Grundsicherungsleistung in der Rentenversicherung könnte finanziell zusätzlich die Versichertengemeinschaft belasten und würde dann auf dem Rücken der beitragszahlenden Generationen eine nicht zielführende¹⁴¹, aber durch eine gewisse Besserstellung die Gewinnung von Wählerstimmen beabsichtigende Begünstigung darstellen.

Die folgenden Vorhaben stammen ausschließlich aus dem Wahlprogramm 2013. Von der Absicht, häusliche Pflege besser zu honorieren, profitieren direkt die Pflegenden. Dies muss in gewissem Maße von der solidarischen Gesellschaft anerkannt und getragen werden. Nichtsdestotrotz sind unerwartete Vergünstigungen in Zeiten des Sparens jedoch immer kritisch im Hinblick auf die zukünftige Finanzierbarkeit zu betrachten.

Die Verbesserung und der Ausbau von Rehabilitationsleistungen als vorbeugende Leistung könnte ein längeres Erwerbsleben ermöglichen. Hiervon profitieren auf lange Sicht aus verschiedenen Blickwinkeln alle Wähler, zuerst aber die rentennahen Jahrgänge. Diese Vergünstigung ist zunächst von der zahlenden Generation zu tragen, könnte aber ein richtiger Schritt zur Etablierung einer längeren Erwerbsdauer sein. Dies würde der Sicherung der gesetzlichen Rentenversicherung dienen und

¹⁴¹ Da sich die Absicherung nur unwesentlich (durch den Wegfall der persönlichen Einschnitte bei der Grundsicherung) verbessert und im Übrigen lediglich die leistende Behörde wechseln würde.

somit allen Wählern zugutekommen. Somit kann dieses Vorhaben nicht als Bevorzugung rentennaher Jahrgänge bewertet werden, wenngleich sie je nach Notwendigkeit sofort davon profitieren könnten.

Selbständige ohne „anderweitige Absicherung“ zur Altersvorsorge zu verpflichten, könnte ein wichtiger Schritt im Kampf gegen Altersarmut sein. Hierbei werden lediglich Selbständige direkt tangiert, sowie bei einer individuellen Entscheidung für die gesetzliche Rentenversicherung indirekt die Solidargemeinschaft.

Alle Bürger würden von einer zentralen Anlaufstelle profitieren, die über die drei Säulen der Alterssicherung informiert.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass die CDU/CSU eine Reihe von Verbesserungen und Weiterentwicklungen der Rentenversicherung plante, und dabei eine immer positivere Entwicklung für die Wähler zu erkennen war. Die Vorschläge der Union sind so ausgestaltet, dass sie der allgemeinen Zufriedenheit zuträglich sind und nicht etwa ungeliebte Leistungseinschnitte beinhalten, die durchaus mit der angezeigten Zukunftsorientierung aufgrund des demografischen Wandels zu begründen wären. Das Vorhaben eines flexibleren Übergangs in die Rente würde die jüngeren Beitragszahler sofort mit der Finanzierung belasten, während die rentennahen Jahrgänge davon profitieren könnten. Ob diese Entwicklung jedoch haltbar ist, und die jetzt beitragspflichtigen Generationen noch in den Genuss dieser Verbesserung kommen ist fraglich. Auch mit den 2013 überraschend hinzugekommenen Vergünstigungen, wie der Verbesserung bei der häuslichen Pflege oder dem Rentenzuschuss auf 850 Euro, ist die beitragszahlende Generation sofort belastet, wohingegen nur unwesentliche Verbesserungen zu verzeichnen wären. Zumindest bei letzterem Punkt sei die Sinnhaftigkeit der zusätzlichen Belastung jüngerer Jahrgänge zugunsten älterer in Frage gestellt.

Die Union wird in ihren Programmen selten konkret und formuliert häufiger Ziele als konkrete Pläne, was die genaue Ausprägung und Ausführung der

Vorhaben noch offen lässt. Nach den jüngsten Ausführungen wäre die im Grundsatzprogramm von Generationengerechtigkeit geprägte Politik ausbaufähig, da zum jetzigen Zeitpunkt geldwerte Leistungen angestrebt werden, die eine immer geringer werdende Zahl an Beitragspflichtigen zu tragen hat. Die zukünftigen Generationen werden deshalb aktiv belastet, während rentennahe Jahrgänge in den Genuss von Verbesserungen kommen. Ob diese Entwicklung aber auch als an die Klientel der älteren Wähler gerichtete Klientelpolitik gesehen werden kann, wird im nächsten Kapitel näher betrachtet.

3.1.4 Handelt es sich bei der Rentenpolitik der CDU um Klientelpolitik?

In den Kapiteln 2.3 und 2.4 wurden die ausschlaggebenden Merkmale von Klientelpolitik beleuchtet, nach deren Anwendung auf die Aussagen der Unionsparteien folgendes zu konstatieren ist.

Es agieren zwei Seiten, in Gestalt der Union als Partei auf der einen Seite und der Wähler auf der anderen Seite. Die Beteiligung der Union zeigt sich am Angebot von Politik mit rentennahe Jahrgänge bevorzugenden Elementen¹⁴² und die Beteiligung der Wähler am in den Abbildungen 3 und 4 erkennbaren herausragenden¹⁴³ Wahlinteresse älterer Wähler an der CDU.

¹⁴² Vgl. hierzu Kapitel 3.1.3.

¹⁴³ Allein schon die über 60 Jährigen machen einen Anteil von über 40 Prozent der Unions-wähler aus.

4 Wählerschaft der Parteien nach Geschlecht und Altersgruppen in den Ländern 2009											
4.2 Gültige Zweitstimmen											
Partei	Insgesamt	Davon Wähler im Alter von ... bis unter ... Jahren									
		18 – 25		25 – 35		35 – 45		45 – 60		60 und mehr	
		1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	%
	Deutschland										
	Insgesamt										
SPD	9 990,5	633,1	6,3	858,3	8,6	1 491,2	14,9	2 897,6	29,0	4 110,2	41,1
CDU	11 828,3	727,4	6,1	1 198,6	10,1	1 784,7	15,1	2 941,3	24,9	5 176,4	43,8
FDP	6 316,1	534,2	8,5	925,5	14,7	1 228,5	19,4	1 788,5	28,3	1 839,5	29,1
DIE LINKE	5 155,9	358,8	7,0	529,5	10,3	825,2	16,0	1 884,1	36,5	1 558,3	30,2
GRÜNE	4 643,3	537,4	11,6	700,6	15,1	1 092,8	23,5	1 554,8	33,5	757,8	16,3
CSU	2 830,2	179,9	6,4	305,7	10,8	439,8	15,5	701,5	24,8	1 203,4	42,5
Sonstige	2 606,9	512,7	19,7	542,8	20,8	528,0	20,3	623,1	23,9	400,3	15,4
Zusammen	43 371,2	3 483,4	8,0	5 061,0	11,7	7 390,1	17,0	12 390,8	28,6	15 045,9	34,7

Abbildung 3: Wählerschaft der Parteien nach Altersgruppen 2009¹⁴⁴

Somit kommt es zu einem zweiseitigen Tausch ungleicher Leistungen in Gestalt von ideellen Wählerstimmen gegen die geldwerte Bevorzugung¹⁴⁵ bei der Verteilung öffentlicher Ressourcen. Dieser Tausch basiert auf beidseitigem Interesse und dem Erreichen von wechselseitigem Nutzen, bei Einhaltung der jeweiligen Angebote. Diese Angebote beruhen jeweils auf Freiwilligkeit, da jeder Seite die Einhaltung ihres Angebotes freigestellt bleibt, was sich insbesondere in der Verteilung der Wählerstimmen¹⁴⁶ auf mehrere Parteien, oder der Nichteinhaltung der Wahlversprechen zeigt. Auf beides hat die jeweilige Gegenseite keinen Einfluss, wobei in diesem Rahmen eine gewisse Abhängigkeit durch die Wechselseitigkeit der Interessen besteht. Als letztes Wesensmerkmal ist auch die Informalität der Beziehung erfüllt, da keine vertraglichen oder vergleichbaren Regelungen vorhanden sind, sondern sich der Tausch der Angebote für beide Seite als lohnend darstellt.

Die Betrachtung der Eigenschaften von Klientelpolitik zeigt somit die Vertretbarkeit der Ansicht, dass sich die Rentenpolitik der CDU in die Richtung einer auf die rentennahen Jahrgänge zugeschnittene Klientelpolitik entwickelt.

¹⁴⁴ Bundeswahlleiter, 2009, Tabelle 4.2.

¹⁴⁵ Vgl. Kapitel 3.1.3.

¹⁴⁶ Vgl. Abbildung 3 und 4.

4 Wählerschaft der Parteien nach Geschlecht und Altersgruppen in den Ländern 2013													
4.2 Gültige Zweitstimmen													
Partei	Insgesamt	Davon Wähler im Alter von ... bis unter ... Jahren											
		18 - 25			25 - 35			35 - 45			45 - 60		
	1000	%			1000	%		1000	%		1000	%	
Deutschland													
Insgesamt													
CDU	14921,877	804,774936	5,39325539	1592,32782	10,671096	2000,15074	13,4041498	4139,15025	27,7388043	2237,02811	14,9916	4148,44515	27,8010947
SPD	11252,215	784,863235	6,97518875	1177,06912	10,460777	1320,42659	11,7348148	3460,8711	30,7572429	1812,90162	16,1115089	2696,08334	23,9604677
FDP	2083,533	156,612655	7,51668705	254,80852	12,2296369	294,663377	14,1424867	575,185228	27,6062451	309,757828	14,8669509	492,505391	23,6379933
DIE LINKE	3755,699	237,398693	6,32102554	462,713846	12,3203123	488,099639	12,9962396	1288,36495	34,3042654	641,513764	17,081075	637,608105	16,9770822
GRÜNE	3694,057	382,214893	10,3467514	574,823284	15,5607584	679,110549	18,3838676	1370,50785	37,1003438	370,130265	10,0196144	317,270162	8,5886645
CSU	3243,569	207,689542	6,40311773	371,338827	11,4484639	456,28459	14,0673619	903,653327	27,859846	509,91539	15,7208122	794,687326	24,5003983
Sonstige	4775,906	629,468676	13,1800893	940,40113	19,6905285	832,391641	17,4289787	1439,31717	30,1370498	495,373627	10,3723488	438,953758	9,19100497
dar. PIRATEN	957,721682	242,707679	25,3421932	293,974542	30,6951954	169,796075	17,7291669	192,528029	20,1027118	36,0458322	3,76370639	22,6695249	2,36702638
dar. NPD	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
dar. AfD	2061,58877	170,882829	8,28889018	291,077752	14,1190987	332,756748	16,1407917	706,968325	34,2924029	295,218628	14,3199572	264,684484	12,8388595
Zusammen	43726,856	3203,02263	7,32506959	5373,48254	12,2887466	6071,12713	13,8842068	13177,0499	30,1349127	6376,6206	14,5828472	9525,55323	21,7842171

Abbildung 4: Wählerschaft der Parteien nach Altersgruppen 2013¹⁴⁷

3.2 Die SPD

„[D]ie älteste demokratische Partei in Deutschland“ kämpfte in ihrer ursprünglichsten Ausrichtung für die Rechte der Arbeiter, die deutsche Demokratie und für ein friedliches Miteinander in Deutschland, Europa und der ganzen Welt. Noch heute bleibt die SPD dieser Linie treu und versteht sich weiterhin als Verfechterin des demokratischen Sozialismus mit den Grundwerten „Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität“. ¹⁴⁸

3.2.1 Das aktuelle Grundsatzprogramm der SPD aus rentenpolitischer Sicht

Am 28.10.2007 beschloss die SPD ihr aktuellstes Grundsatzprogramm. Nach angeregten Verhandlungen um zukünftige Standpunkte konnten nach Kurt Becks Auffassung „handfeste Positionen, klare Orientierungen und nachprüfbare Handlungsaufträge“ herausgearbeitet werden.¹⁴⁹ Anhand dessen werden nun die generellen rentenpolitischen Ziele herausgearbeitet und später mit den Wahlprogrammen auf bevorzugte bzw. benachteiligte Zielgruppen hin untersucht.

Die SPD steht für „soziale Gerechtigkeit“ und eine „solidarische Gesellschaft“. Dies soll das Sozialstaatsprinzip gewährleisten, bei dem die

¹⁴⁷ Bundeswahlleiter, 2013, Tabelle 4.2.

¹⁴⁸ Vgl. SPD, 2007, S.12ff.

¹⁴⁹ Vgl. Beck, 2007, S.3f.

Generationen und die Bürger füreinander einstehen.¹⁵⁰ Der Staat ist dazu verpflichtet, hierfür die Rahmenbedingungen zu schaffen.¹⁵¹

Deshalb beabsichtigt die SPD, aus dem Sozialstaat einen „vorsorgenden Sozialstaat“ zu entwickeln, der nicht nur absichert, sondern auch vorbeugt. Hierbei sollen alle Bürger gleichermaßen angesprochen und unterstützt werden, was durch eine Vernetzung der Politikfelder erreicht werden soll.¹⁵²

Seitens der Partei ist man entschlossen, der prognostizierten höheren Lebenserwartung in den politischen Überlegungen Beachtung zu schenken. Deshalb solle, um von den Erfahrungen der älteren Generationen zu profitieren, der „Übergang in den Ruhestand flexibler [gestaltet werden].“ Die gesetzliche Rentenversicherung wird neben privater und betrieblicher Vorsorge weiterhin als Basiselement für finanzielle Sicherheit im Alter gesehen. Auch die Orientierung an Dauer und Einkommen der Erwerbstätigkeit soll bei der Rentenberechnung beibehalten werden. Langfristig wird das Ziel verfolgt, „alle Erwerbstätigen“ in der gesetzlichen Rentenversicherung zu versichern und eine „eigenständige Alterssicherung von Frauen“ zu etablieren.¹⁵³

3.2.2 Rentenpolitische Ausrichtung vor den Wahlen - Die Bundestagswahlprogramme 2005, 2009 und 2013

Die SPD versprach sich durch die vorgezogenen Neuwahlen 2005 eine Bestätigung in ihrer Rolle, mit der eine Fortsetzung der bisherigen Politik möglich wäre. Die Wirtschaft sei zu stärken, Sicherheit zu gewährleisten und Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität voranzubringen.¹⁵⁴ Es seien auch die Chancen des demografischen Wandels zu sehen, insbesondere solle die Lebenserfahrung der Älteren in die Gesellschaft einfließen. Als materielle Grundlage hierfür diene, neben den beiden ergänzenden Säulen der privaten und betrieblichen Altersvorsorge, weiterhin die

¹⁵⁰ Vgl. SPD, 2007, S.5f.

¹⁵¹ Vgl. ebd., S.32.

¹⁵² Vgl. SPD, 2007, S.56f.

¹⁵³ Vgl. SPD, 2007, S.59.

¹⁵⁴ Vgl. SPD, 2005, S.5.

gesetzliche Rentenversicherung. Außerdem sei die Einkommensentwicklung auf die Renten zu übertragen. Die betriebliche und private Altersvorsorge solle ausgebaut und verbessert werden. Die älteren Arbeitnehmer seien länger in den „Arbeitsprozess“ einzubinden und der Renteneintritt mit 65 Jahren zu festigen.¹⁵⁵

Im Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2009 beabsichtigt die SPD, die Bürger vom nötigen Wandel hin zu einer sozialeren Politik zu überzeugen.¹⁵⁶ Hierbei sei das politische Handeln auch an den nachfolgenden Generationen zu orientieren.¹⁵⁷ Die Sozialversicherungssysteme seien aufgrund der gesellschaftlichen Veränderungen anzupassen. So streben die Sozialdemokraten auf lange Sicht eine „Bürgersozialversicherung“ an, die allen Bürgern eine umfassende Absicherung bietet. In der Rentenversicherung wird in diesem Zusammenhang eine „Erwerbstätigenversicherung“ befürwortet. Für die kommende Legislaturperiode wird konkret die Einbeziehung der Selbständigen ohne Mitarbeiter beabsichtigt, die nicht anderweitig abgesichert sind. Die drei Säulen der Alterssicherung seien in ihrer bestehenden Form nicht zu erweitern, die einzelnen Bausteine jedoch zu verbessern. So sei vor dem Hintergrund des demografischen Wandels die schrittweise Anhebung der Regelaltersgrenze auf das 67. Lebensjahr zu befürworten und beizubehalten. Hierzu müssten aber die Arbeitsbedingungen sowie die Übergänge in die Rente für ältere Arbeitnehmer verbessert werden. Die Höhe der Rente müsse weiterhin ein Abbild des Erwerbslebens bleiben. Um den eigenständigen Erwerb von Rentenanwartschaften zu fördern, seien nicht erwerbstätige Personen über 60 öfter in Arbeit zu vermitteln. Die negativen Auswirkungen von Arbeitslosigkeitszeiten und Niedriglöhnen sollen abgeschwächt werden. Die Unterschiede zwischen neuen und alten Bundesländern seien im

¹⁵⁵ Vgl. SPD, 2005, S.53f.

¹⁵⁶ Vgl. SPD, 2009, S.5.

¹⁵⁷ Vgl. ebd., S.12.

Rentensystem gänzlich abzubauen. Außerdem sollen Zusatzbeiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung ermöglicht werden.¹⁵⁸

Die Bundestagswahl 2013 lag im Jahr des 150. Jubiläums der SPD. Nicht nur deshalb wird hier die Aktualität, der schon in den Anfängen der Partei behandelten Themen wie sozialer Gerechtigkeit, unterstrichen.¹⁵⁹ Um soziale Gerechtigkeit zu gewährleisten sei in der gesetzlichen Rentenversicherung eine „Erwerbstätigenversicherung“ weiterhin zu verfolgen.¹⁶⁰ Hierbei wird als Einstieg die Einbeziehung von Selbständigen ohne vergleichbare Absicherung in die gesetzliche Rentenversicherung befürwortet.¹⁶¹ Da Altersarmut aus Erwerbsarmut resultiere, sei der Lösungsansatz schon hier zu sehen. Die Übergänge in die Rente sollten flexibler und individuell gestaltbar werden.¹⁶² Hierzu wird konkret der „abschlagsfreie[...] Zugang zur Rente ab 63 Jahren nach 45 Beitragsjahren [sowie] eine attraktive Teilrente ab dem 60. Lebensjahr oder vergleichbare flexiblere Übergangsmodelle [...] [vorgeschlagen].“¹⁶³ Außerdem sei die Erwerbsminderungsrente ohne Abschläge und mit einer längeren Zurechnungszeit zu gewähren. Auch die Möglichkeit zur Entrichtung von „Zusatzbeiträgen“ zur gesetzlichen Rentenversicherung sei zu schaffen. Die „Anhebung des Renteneintrittsalters“ solle dahingehend überprüft werden, ob für ältere Arbeitnehmer auch eine Beschäftigungsmöglichkeit bestünde. Ist das größtenteils zu verneinen würde sich die Erhöhung rentenmindernd auswirken und sei zu überdenken. Die gesetzliche Rentenversicherung sei in Zeiten des demografischen Wandels an die Entwicklungen anzupassen, um weiterhin die wichtigste Säule der Alterssicherung bleiben zu können. Trotzdem müsse auch der Ausbau und die Verbesserung der betrieblichen und privaten Sicherungsmöglichkeiten weiter vorangetrieben werden.

¹⁵⁸ Vgl. SPD, 2009, S.49f.

¹⁵⁹ Vgl. SPD, 2013, S.4f.

¹⁶⁰ Vgl. ebd., S.72.

¹⁶¹ Vgl. ebd., S.81.

¹⁶² Vgl. SPD, 2013, S.79.

¹⁶³ SPD, 2013, S.79.

Außerdem solle eine Strategie verfolgt werden, um das Rentenniveau zu wahren. Erst im Jahre 2020 solle anhand neuer vorliegender Werte eine aktuelle Betrachtung erfolgen. Bis zu diesem Zeitpunkt wird auch mit dem schrittweisen Abbau der Unterschiede im Rentensystem zwischen Ost und West gerechnet, sodass Rentner im Osten direkt nach der Wahl von den neuen Bedingungen profitieren könnten. Es wurde auch beabsichtigt, eine „Solidarrente“ für langjährige Beitragszahler in Höhe von 850 Euro einzuführen. Dieser Betrag sollte primär durch eine Höherbewertung von Arbeitslosigkeitszeiten und Beschäftigungen im Niedriglohnsektor zustande kommen. Werde die Höhe auf diesem Weg nicht erreicht, sei nach einer Bedürftigkeitsprüfung Grundsicherung auf diesem Niveau zu gewähren. Auch Zeiten der Kindererziehung, die mit (teilweisem) Einkommensverzicht einhergehen, seien günstiger zu bewerten und sollten in die Ermittlung der Solidarrente einfließen. Die Solidarrente sollte aus Steuermitteln finanziert werden, die vorgenannten Verbesserungen durch einen höheren Beitragssatz und eine höhere Nachhaltigkeitsrücklage beglichen werden.¹⁶⁴

3.2.3 Wertung der Aussagen – Bevorzugungen und Benachteiligungen von Wählergruppen

Es wird wiederum das Grundsatzprogramm trotz der abweichenden Chronologie zur kurzen Erläuterung der grundsätzlichen Ausrichtung herangezogen.

Auch die SPD hat den demografischen Wandel erkannt und will ihn in ihrer Politik beachten und ihm mit Solidarität und sozialer Gerechtigkeit in der Politik entgegentreten. Der „vorsorgende Sozialstaat“ soll die Bürger frühzeitig auf die künftigen Belastungen einstellen und sie verteilen. Dadurch würden weiterhin alle Bürger in den Genuss einer Absicherung im Alter kommen.

Die SPD will aus der demografischen Entwicklung nach Möglichkeit auch einen Nutzen für die gesamte Gesellschaft ziehen. Von einem auch

¹⁶⁴ Vgl. SPD, 2013, S.79ff.

deshalb erstrebenswerten flexibleren Übergang in die Rente würden zuerst die rentennahen Jahrgänge profitieren. Zu gegebener Zeit aber auch die im Moment beitragszahlende Generation. Hierbei ist jedoch schon ohne Konkretisierung der Pläne zu konstatieren, dass die Finanzierung im Falle einer Erwerbszeit verkürzenden Flexibilisierung voraussichtlich fast ausschließlich die jüngeren Generationen belasten würde.

Die Sozialdemokraten vermitteln allen Bürgern Sicherheit, indem sie beabsichtigen am bisherigen Konzept der Alterssicherung festzuhalten. Gleichzeitig wird durch das dreigliedrige Alterssicherungssystem auch die Notwendigkeit einer möglichst breiten Vorsorge unterstrichen, was die gesamte Gesellschaft betrifft.

Die SPD sendet die Botschaft, dass die Dauer und Vergütung der Arbeit im Erwerbsleben direkt mit der Alterssicherung zusammenhängt und es in der Rentenversicherung nicht zu einer vollständigen Umverteilung kommen soll, die bestimmte Personengruppen unmittelbar stärker belastet.

Durch eine „Erwerbstätigenversicherung“ soll die flächendeckende Altersvorsorge aller Bürger gewährleistet werden, wovon faktisch alle profitieren, die bisher nicht vorgesorgt haben. Es ist aber auch zu erwarten, dass sich beispielsweise einige in der Gruppe der Selbständigen ihrer Freiheit selbst zu entscheiden, beraubt fühlen.

Auch eine eigenständige Alterssicherung von Frauen soll die finanzielle Absicherung eines großen Personengruppes im Alter gewährleisten. Dies würde voraussichtlich jedoch zu wesentlich höheren Ausgaben der Solidargemeinschaft führen.

Die eben genannten Ausführungen zum Grundsatzprogramm sind jedoch eher als Zielformulierung zu sehen und weniger als konkreter Maßnahmenkatalog wie später bei den jeweiligen Bundestagswahlen. Es werden weniger polarisierende Thesen, sondern eher grundsätzliche, in ihrer Umsetzung offene Absichten erklärt, die auf lange Zeit ausgelegt

sind. Folglich ist auch noch keine überdurchschnittliche Bevorzugung rentennaher Jahrgänge zu erkennen.

Die Forderung nach Gerechtigkeit und Solidarität sowie einer sozialen Politik ist gleichermaßen in allen vorliegenden Wahlprogrammen der Sozialdemokraten zu erkennen. Hierbei ist der demografische Wandel dergestalt zu beachten, dass er die Ausrichtung und Anpassung des politischen Handelns vorgibt und die Chance der Lebenserfahrungen der Älteren einfließen lässt. Der Handlungsbedarf wurde also erkannt, und es werden die Grundprägungen der Politik beschrieben, sodass möglichst viele Bürger von der Rentenpolitik profitieren können.

Auch das Bestreben, weiterhin Rentenanpassungen vorzunehmen, zeugt von beständiger Politik in den Wahlprogrammen. Es dient der gebotenen Teilhabe aller an der Lohnentwicklung, wovon auf lange Sicht bezüglich ihrer zukünftigen Rentenhöhe viele Wähler profitieren, diese aber bei der Finanzierung zum jetzigen Zeitpunkt gleichzeitig, über mögliche steigende Beiträge, belastet werden. Das Vorhaben im Wahlprogramm 2013, das Rentenniveau ungeachtet der Finanzierbarkeit bis 2020 halten zu wollen erscheint zwar unter dem sozialen Aspekt korrekt, muss aber im Hinblick auf die beitragszahlende Generation, die für mehr Rentner aufzukommen hat, mit Bedacht ausgearbeitet werden, was eine nahezu unüberwindbare Herausforderung darstellen könnte. Hierdurch würden Rentner explizit bevorzugt, während jüngere Generationen durch die Last der Finanzierung benachteiligt wäre, was nach den obigen Ausführungen der SPD ausgeschlossen werden sollte. Ein solcher Schritt müsste ungeachtet des sozialen Gedankens auch an die Finanzierbarkeit und Realisierbarkeit gekoppelt sein.

Die seit 2009 zur Debatte stehende Erwerbstätigenversicherung ist als Schritt gegen Altersarmut zu sehen, den alle Versicherten solidarisch mitfinanzieren. Hiervon profitieren die Neuaufnahmen in der Rentenversicherung und damit die soziale Gerechtigkeit.

Die SPD verfolgt durchgängig das Ziel, die Alterssicherung auf drei Säulen aufzubauen. Hierzu gehört die gesetzliche Rente als Grundversorgung, die um betriebliche und private Altersvorsorge ergänzt werden muss, da in Zeiten des demografischen Wandels die vollständige, selbst finanzierte Absicherung außerhalb der Grundsicherung oft nicht mehr gewährleistet ist. Um das Versorgungsniveau weiter möglichst hoch zu halten sind nach Ansicht der SPD betriebliche und private Altersvorsorge attraktiver zu gestalten. Von dieser notwendigen und beständig verfolgten Ausrichtung sind viele Wähler gleichermaßen betroffen, profitieren aber weiterhin von der Sicherungsfunktion, was auf soziale Gerechtigkeit hinweist. Dies zeigt ebenso das Vorhaben, die gesetzliche Rentenhöhe weiterhin an die Beiträge während des Erwerbslebens zu koppeln.

Im Jahr 2005 wurde noch die Ansicht vertreten, man solle die älteren Erwerbstätigen möglichst lange in das Erwerbsleben einbinden und so den damaligen Renteneintritt mit 65 Jahren festigen. Das mögliche Finanzierungsproblem sowie weitere Folgen des demografischen Wandels wurden erkannt und ihnen sollte bestmöglich begegnet werden. Auch 2009 wurde die Problemlösung weiter verfolgt und die Politik des jetzt noch späteren Rentenbeginns befürwortet. Diese Ansicht kann als notwendig und gleichzeitig auch als be- und entlastend gesehen werden. Diese beständige Politik sollte 2013 aufgegeben werden, um das späte Renteneintrittsalter auf seine Wirksamkeit hin zu untersuchen und je nach Ergebnis nach unten zu korrigieren. Trotz Kenntnis der aus dem demografischen Wandel resultierenden Zukunftsaussichten und der darauf basierenden bisherigen Politik ist dieses Vorhaben ein irritierendes Signal in eine ganz neue Richtung.

Im Wahlprogramm 2009 wurde die Betterbewertung von Arbeitslosigkeitszeiten und Zeiten des Bezugs von Niedriglöhnen verfolgt. Schon dieser Schritt hätte, um eine Überlastung der beitrags- und steuerpflichtigen Generation zu vermeiden, in der Finanzierung gut durchdacht und in der Notwendigkeit gut begründet sein müssen. Nutznießer dieses Schrittes wären die unmittelbar Betroffenen.

Gleichzeitig würde die Solidargemeinschaft aber unter den hohen Kosten dieses sozial möglicherweise angebrachten Vorhabens leiden.

2013 wurden die Pläne noch ausgeweitet, indem durch diesen Schritt und eine Betterbewertung der Kindererziehung ein Solidarrentenbetrag von 850 Euro erreicht werden sollte. Erst wenn dieser Betrag durch dieses Vorgehen nicht erreicht werden würde, sei auf die bestehende Grundsicherung zurückzugreifen. Ein Grundsicherungsbetrag außerhalb der Grundsicherung ist in Zeiten der leistungsmindernden Politik nicht nachvollziehbar und als Doppelabsicherung auch ohne nennenswerte Wirkung. Ob die beabsichtigte dauerhafte Finanzierung aus Steuermitteln beibehalten werden würde, bleibt dahingestellt, führt aber in jedem Fall zu einer Mehrbelastung der Versicherten. Gleichzeitig würden unmittelbar diejenigen Rentner profitieren, die bisher aus der Grundsicherung nach Bedürftigkeitsprüfungen ihre Renten aufgestockt erhalten. Profiteure hiervon wären unmittelbar die Rentner und die rentennahen Jahrgänge bei gleichzeitiger doppelter Benachteiligung der beitragszahlenden Generation in Gestalt des höheren und längeren Rentenaufkommens.

Seit 2009 verfolgt die SPD das Ziel, die Arbeitsbedingungen und Übergänge in die Rente für ältere Arbeitnehmer zu verbessern. Im Wahlprogramm 2009 sollte dies noch mit beispielsweise besserer Arbeitsvermittlung gewährleistet werden.

2013 wurde als Konkretisierung des Vorhabens von 2009 mit der abschlagsfreien Rente mit 63 nach 45 Beitragsjahren oder gleichwertigen Modellen ein wesentlich offensiverer Vorschlag ins Feld geführt. Von beidem profitieren ältere Arbeitnehmer unmittelbar, während jüngere Generationen mittelbar oder unmittelbar stärker belastet werden. Ob sie am Erhalt dieser etwaigen Regelung im Hinblick auf die bisherige Politik überhaupt noch partizipieren können, ist nicht sicher. Dieses Vorgehen ist ein Schritt in eine neue, nicht mit der bisherigen Politik zu vereinbarende Richtung. Es ist ein Signal, das suggeriert, dass es trotz des

demografischen Wandels in Zukunft nicht zu Finanzierungsschwierigkeiten kommen kann, und somit auch keine Notwendigkeit des Sparens vorliegt. Ein nicht explizit genannter, aber durchaus zu den Aussagen passender Ansatz, wäre der Ausbau der Flexibilität, sowie die Honorierung von Erwerbstätigkeit nach Erreichen des Renteneintrittsalters als Anreiz länger als geplant zu arbeiten.

Seit dem Wahlprogramm 2009 wird der Abbau der Unterschiede zwischen neuen und alten Bundesländern im Rentensystem verfolgt. Aus Gründen der Gerechtigkeit soll ein einheitliches Rentensystem etabliert werden. Ein Vorteil wäre also für die deutsche Einheit gegeben. Einen Nachteil haben aber die Bürger in Ost und West gleichermaßen zu tragen, die einen solchen Schritt finanzieren müssten. Die finanziellen Auswirkungen auf den einzelnen Rentner sind erst dann absehbar, wenn die genaue Ausgestaltung des Vorhabens beschrieben wird. Es müssten auf jeden Fall die Konsequenzen abschließend durchdacht werden. Ob sich nach Wegbrechen des Ausgleichsfaktors unmittelbare positive Auswirkungen für Ost-Rentner ergeben, bleibt offen.

Die SPD verfolgt seit 2009 die Einführung von Zusatzbeiträgen in der gesetzlichen Rentenversicherung. Hiermit soll der Altersarmut vorgebeugt werden. Je nach genauer Ausgestaltung des Vorhabens würden sich Vor- oder Nachteile für bestimmte Wählergruppen ergeben. Eine explizite Bewertung von Bevorzugungen und Benachteiligungen ist aufgrund des großen Interpretationsspielraums ohne vorliegende Maßnahmenpläne jedoch nicht möglich.

Ausschließlich im Wahlprogramm 2013 findet sich die Absicht, die Erwerbsminderungsrenten ohne Abschläge und mit einer längeren Zurechnungszeit zu berechnen. Profiteure wären hier folglich ausschließlich die Bezieher von Erwerbsminderungsrenten. Für die Finanzierung würden auf lange Sicht die folgenden Generationen sorgen. Ungeachtet des etwaigen sozialen Handlungsbedarfs, der durch die Grundsicherung ausgeglichen werden kann, ist dieses Vorhaben ein

falsches Signal in Zeiten, in denen aufgrund des demografischen Wandels eine sparsame, zukunftsorientierte Politik angezeigt wäre.

In den jüngsten Ausführungen ist also ein Wandel zu einer insgesamt wählerfreundlicher orientierten Rentenpolitik erkennbar, obwohl der demografische Wandel eigentlich als Vorgabe dienen sollte, und deshalb weiterhin Sparpolitik zu verfolgen wäre.

In den Fällen des Beharrens auf die Festigung des Rentenniveaus, der beabsichtigten Überprüfung des späten Rentenbeginns und den günstigen Modellen zum Renteneintritt wurden überwiegend ältere Generationen von der Politik begünstigt, während jüngere ohne Gewissheit des späteren eigenen Vorteils im Übermaß belastet werden. Von der Solidarente und den Verbesserungen bei der Erwerbsminderungsrente profitieren jeweils nur bestimmte, aber wachsende¹⁶⁵ Wählerkreise innerhalb der Wählerschicht der rentennahen Jahrgänge, während die Finanzierung der Vergünstigungen auf den Schultern der schrumpfenden beitragszahlenden Generation liegen würde. Die eben genannten Wählerkreise stellen in Bezug auf die Solidarente die Bezieher niedriger Renten und bei den Erwerbsminderungsrenten die hauptsächlich älteren Betroffenen dar. Bei letzterem kann beim bislang schon recht hohen Durchschnittsalter¹⁶⁶ des Renteneintritts ein weiterer Anstieg durch die Erhöhung der Altersgrenzen erwartet werden, da das Risiko der Erwerbsminderung mit fortschreitendem Alter steigt.

In gleichem Maße ist keine in die Zukunft gerichtete, die gesetzliche Rentenversicherung stärkende Politik zu erkennen. Mit dieser wählerfreundlichen Politik kann die Absicht einer Umkehr weg von einer beständigen, vorausschauenden Rentenpolitik hin zu einer kurzsichtigeren, die rentennahen Jahrgänge bevorzugenden Rentenpolitik unterstellt werden. Im nächsten Kapitel wird behandelt, ob man im Falle der Rentenpolitik der SPD von Klientelpolitik sprechen kann.

¹⁶⁵ Vgl. Deutsche Rentenversicherung Bund, 2014b, S.38f; Deutsche Rentenversicherung Bund, 2010, S.38f.

¹⁶⁶ Vgl. Deutsche Rentenversicherung Bund, 2014a, S.137.

3.2.4 Handelt es sich bei der Rentenpolitik der SPD um Klientelpolitik?

In Anwendung der in den Kapiteln 2.3 und 2.4 erörterten Merkmale der Klientelpolitik ist folgendes zu erkennen.

Es handelt wie gefordert auf der einen Seite die SPD als Partei dergestalt, dass sie eine die rentennahen Jahrgänge bevorzugende Politik betreibt und auf der anderen Seite die Wählerschaft eben dieser Personen, die, wie in den Abbildungen 3 und 4 zu erkennen ist, eine Altersgruppe darstellen, die überdurchschnittlich¹⁶⁷ häufig die SPD wählen. Diese beiden Seiten tauschen demnach ungleiche Ressourcen als materielle Versprechen gegen immaterielle Unterstützung. Zum Einen also das Angebot einer begünstigenden Politik¹⁶⁸, und zum Anderen Wählerstimmen. Hiervon haben beide Seiten, bei jeweiliger Einhaltung, einen Nutzen. Hierbei ist eine gewisse gegenseitige Abhängigkeit ins Feld zu führen. Diese resultiert aus der Tatsache, dass beide Seiten keine gesicherte Zusage ihres Handelns geben, jedoch allein der Wunsch nach Erfüllung für beide Seiten das Angebot als lohnend erscheinen lässt. Trotzdem bleibt bei vorliegendem Verhältnis die Freiwilligkeit erhalten, was die Verteilung der Stimmen auf die Parteien zeigt. Die Bevorzugungen in der Rentenpolitik der SPD sind informeller Natur. Dies zeigt sich am Fehlen von expliziten Vereinbarungen und dem bloßen Angebotscharakter eines Wahlversprechens, das im Grunde gegenüber jedermann gilt.

Nach den Merkmalen der Klientelpolitik können die in den letzten Legislaturperioden in den Wahlprogrammen der SPD zu erkennenden Bevorzugungen folglich in der Tat als eine die rentennahen Jahrgänge betreffende Klientelpolitik gesehen werden.

¹⁶⁷ Allein schon die über 60 Jährigen machen einen Anteil von über 40 Prozent der SPD Wähler aus.

¹⁶⁸ Vgl. Kapitel 3.2.3.

4 Fazit

"Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat." Was das Grundgesetz in Art. 20 normiert, ist als richtungsweisend allen Bürgern gegenüber zu sehen. Umso schwerer wiegt da der Vorwurf, in der Rentenpolitik, als Teil der Sozialpolitik, würde eine bestimmte Wählergruppe bevorzugt. Deshalb liegt auch die Vermutung nahe, dass Vertreter der Regierungskoalition aus Union und SPD, insbesondere solcher aus dem von den Sozialdemokraten geführten BMAS, dagegen argumentieren und ihre politische Ausrichtung als Schritt der Gerechtigkeit verteidigen würden. Jedoch bliebe offen, wem gegenüber diese Gerechtigkeit gilt. Im Sinne des Grundgesetzes sollte sie dem gesamten deutschen Volk gelten. Also aus dem sozialen Blickwinkel gleichermaßen den rentennahen Jahrgängen, die von ihrer Rente gut leben können wollen, und auf der anderen Seite den jüngeren, noch lange zahlenden Generationen, die in der Gegenwart nicht unter den zu hohen Belastungen leiden wollen und gleichzeitig später noch auf das System der Rentenversicherung zurückgreifen möchten.

In keine Richtung sollte also, insbesondere angesichts des demografischen Wandels, die politische Zielsetzung ausschlagen, um nicht vor einem Konflikt bei der Verteilung finanzieller Ressourcen zu stehen. Eine klare und zielführende Linie ist also angezeigt. Als eine solche kann die von Boeckh, Huster und Benz erkannte Etablierung und anhaltende Stärkung von Altersvorsorgeformen außerhalb der gesetzlichen Rentenversicherung gesehen werden.¹⁶⁹ Trotzdem wird weiterhin ein Absinken des Sicherungsniveaus der gesetzlichen Rentenversicherung prognostiziert.¹⁷⁰

Ist die Relevanz der in der Einleitung behandelten Thematik nun wieder präsent, so können im Folgenden die in Titel und Einleitung aufgeworfenen Fragen nun zusammenfassend beantwortet werden. Diese

¹⁶⁹ Vgl. Boeckh/Huster/Benz, 2011, S.340.

¹⁷⁰ Vgl. ebd., S.349.

wurden im Verlauf der vorliegenden Arbeit Stück für Stück bearbeitet. Zunächst durch die Herausarbeitung der Merkmale der Klientelpolitik, die im Zusammenhang dieser Arbeit wie folgt festgehalten wurden: Informalität der Beziehung, zweiseitiger (Wähler und Partei) Tausch von Vergünstigungen (Wählerstimmen und politische Bevorzugung) mit wechselseitigem Nutzen, Ungleichheit der angebotenen Leistungen, Freiwilligkeit der Verbindung. Danach wurde die jeweilige rentenpolitische Ausrichtung der beiden Parteien CDU und SPD analysiert, woraufhin anhand der differenzierten Aufteilung von zehn Jahren parteipolitischer Ausrichtung der Rentenpolitik eine Entwicklung zu einer die rentennahen Jahrgänge bevorzugenden Politik bei gleichzeitiger finanziellen Belastung der jüngeren Generationen festgestellt werden konnte. Nach Maßnahmen, wie z.B. der oben genannten Einführung weiterer Alterssicherungssysteme als Ergänzung, war nicht mit Vergünstigungen zu rechnen. Somit haben einige politische Vorhaben das Ziel der Konsolidierung der gesetzlichen Rentenversicherung verfehlt. Eine beständige Vorgehensweise ist, die vorliegenden Wahlprogramme übergreifend, bei beiden Parteien oft nicht ersichtlich. Dies zeigt sich insbesondere am plötzlichen Aufkommen von Vorhaben, wie dem Rentenzuschuss auf 850 Euro seitens der CDU und der Rente mit 63 seitens der SPD. Konkrete Vorschläge wie diese zeigen, dass durchaus schon vorgefertigte Pläne der Parteien in die Koalitionsverhandlungen mitgebracht wurden. Die oben konstatierten Bevorzugungen wurden dann anhand der eben genannten Merkmale auf Klientelpolitik hin untersucht. Dieses Phänomen konnte daraufhin bei beiden Parteien dem Grunde nach bejaht werden, wobei sich die Klientelpolitik von Seiten der CDU verteilter, bedeutend unterschwelliger und unkonkreter darstellt. Aber nicht allein die Leistungsverbesserungen gegenüber älteren Wählern reichten aus, um von Klientelpolitik sprechen zu können. Vielmehr muss der gesellschaftliche Kontext betrachtet werden, der aus Verbesserungen für die eine Altersgruppe Verschlechterungen für eine andere Altersgruppe macht. Außerdem fordert die Definition der Klientelpolitik ein aktives

Mitwirken der Handelnden. Dies ist insbesondere dann der Fall, wenn die Bevorzugungen schon vor der Wahl angeboten werden und sich nicht etwa erst während des Regierens entwickeln. Bei einem Wähleranteil der rentennahen Altersgruppe von über 40 Prozent der jeweiligen Partei ist jedoch die wechselseitige Beziehung zwischen vielen Stimmen und günstiger Politik für viele durchaus auch nachvollziehbar.¹⁷¹

Trotz dieser grundsätzlichen Bestätigung der Klientelpolitik durch die Merkmale ist nicht von der Hand zu weisen, dass die Parteien keine ausschließlich auf die älteren Wähler zugeschnittene Rentenpolitik verfolgen, sondern nach wie vor am bewährten Rentensystem für alle Wähler festhalten und auch versuchen, Verbesserungen für alle Wähler einzubringen. Es wird versucht, die Klientelpolitik in einem möglichst geringen Rahmen zu halten, um weiterhin als Volkspartei zu gelten. Aus diesem Grund wird insbesondere in den Grundsatzprogrammen, aber auch in den Wahlprogrammen versucht, die Aussagen möglichst allgemein zu halten.

Des Weiteren führt gerade die nicht wissenschaftliche, alltägliche Verwendung des Ausdrucks Klientelpolitik zu einer vorschnellen und zu umfangreichen Verurteilung der Parteien. Journalisten benutzen das Wort nicht einheitlich¹⁷² und in unterschiedlichen Kontexten. Wie man in Zeitungsartikeln¹⁷³ oder anderen Veröffentlichungen des Öfteren erkennen kann, sind sich ebenso die Parteien im Gebrauch oft nicht einig oder in der definitorischen Nutzung ungenau.¹⁷⁴ Der Begriff wird meist dann eingesetzt, wenn die eigene politische Meinung stark konträr¹⁷⁵ ist und der betreffenden Partei etwas Negatives vorgeworfen werden soll. Auch Phänomene wie z.B. Lobbyismus werden bisweilen fälschlicherweise als Klientelpolitik bezeichnet.

¹⁷¹ Dieses Verhältnis wurde an anderer Stelle schon ausgeführt und findet seine Begründung in den Abbildungen 3 und 4.

¹⁷² Vgl. Maczak, 2005, S.433f.

¹⁷³ Ein beispielhafter Artikel wurde in der Einleitung genannt. Artikel mit ähnlicher Aussage finden sich jedoch in großer Menge.

¹⁷⁴ Vgl. afp/dpa, 2014.

¹⁷⁵ Vgl. u.a. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Hrsg.), 2013.

Aber unabhängig davon, wie eine Bevorzugung einer bestimmten Gruppe bei gleichzeitiger Benachteiligung einer anderen Gruppe bezeichnet wird, so ist sie sowohl aus demokratischer, als auch aus sozialer Sicht nicht zu begrüßen. Außerdem sollen Parteien als Interessensvermittler zwischen Bürgern und Politik fungieren.¹⁷⁶ Gemäß Art. 21 des Grundgesetzes „wirken [sie] bei der politischen Willensbildung des Volkes mit.“ Klientelpolitik ist zu personenspezifisch, als dass sie noch Teil politischer Willensbildung der ganzen Bevölkerung gesehen werden kann. Es wird also der verfassungsrechtliche Auftrag teilweise verfehlt.

Ob sich diese Entwicklung auch fortsetzen wird, werden die nächsten Wahlen zeigen. Doch darf generell argumentiert werden, dass ein solch existenziell wichtiges Thema kein Wahlkampfthema werden darf, sondern sich immer an der Möglichkeit zur sozialen Teilhabe aller Bürger orientieren muss. Andernfalls könnte die Politik auf einen Verteilungskonflikt zwischen den Generationen zusteuern, den es bei Fortsetzung einer nachhaltigen Rentenpolitik nicht gegeben hätte. Um solche Diskrepanzen zu vermeiden, ist eine nachhaltige Rentenpolitik anzustreben, die von staatlicher Seite Gleichbehandlung fördert.

¹⁷⁶ Vgl. Schmidt, 2011, S.80.

Literatur- und Quellenverzeichnis

Afp/dpa (Hrsg.):

Nahles-Entwurf, Bundestag: Scharfe Diskussion über Rentenpaket, vom 03.04.2014

<https://www.merkur-online.de/politik/bundestag-beraet-erstmal-ueber-rentenpaket-zr-3453721.html> [02.02.2015]

(zitiert als: afp/dpa, 2014)

Beck, Kurt:

Vorwort, Soziale Demokratie im 21. Jahrhundert, in: SPD-Parteivorstand (Hrsg.): Hamburger Programm, Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, 2007, S.3-4

(zitiert als: Beck, 2007)

Beck-Texte im dtv (Hrsg.):

Grundgesetz mit [Nebengesetzen], 43. Auflage, 2011

Berg-Schlosser, Dirk:

Klientelismus, in: Görlitz, Axel/Prätorius, Rainer (Hrsg.): Handbuch Politikwissenschaft, Grundlagen-Forschungsstand-Perspektiven, 1987, S.207-213

(zitiert als: Berg-Schlosser, 1987)

Boeckh, Jürgen/Huster, Ernst-Ulrich/Benz, Benjamin:

Sozialpolitik in Deutschland, Eine systematische Einführung, 3. Auflage, 2011

(zitiert als: Boeckh/Huster/Benz, 2011)

Bundesministerium für Arbeit und Soziales:

„Nicht geschenkt, sondern verdient“, 2014

<http://www.rentenpaket.de/rp/DE/Service/Meldungen/2014/meldung-nicht-geschent-verdient.html> [02.02.2015]

(zitiert als: BMAS, 2014)

Bundeswahlleiter:

Wählerschaft der Parteien nach Geschlecht und Altersgruppen in den Ländern 2009, Gültige Zweitstimmen, 2009

http://www.bundeswahlleiter.de/de/bundestagswahlen/BTW_BUND_09/veroeffentlichungen/repraesentative/index.html [09.03.15]

(zitiert als: Bundeswahlleiter, 2009)

Bundeswahlleiter:

Wählerschaft der Parteien nach Geschlecht und Altersgruppen in den Ländern 2013, Gültige Zweitstimmen, 2013

http://www.bundeswahlleiter.de/de/bundestagswahlen/BTW_BUND_13/veroeffentlichungen/repraesentative/index.html [09.03.15]

(zitiert als: Bundeswahlleiter, 2013)

Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.):

Demografischer Wandel, Bevölkerungsentwicklung, Altersstruktur, Geburtenziffer und fernere Lebenserwartung, 1960, 2011 und 2060, 2012, nach: Statistisches Bundesamt: Online-Datenbank, 10. und 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung: Bevölkerung Deutschlands bis 2050, Bevölkerung Deutschlands bis 2060, 2012

http://www.bpb.de/system/files/dokument_pdf/Themengrafik%20-%20Demografischer%20Wandel_0.pdf [29.03.2015]

(zitiert als: Bundeszentrale für politische Bildung, 2012, nach: Statistisches Bundesamt, 2012)

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Hrsg.):

Klientel als einziger Kompass, Merkels Schwarz-Gelbe Bilanz, 2013

https://www.gruene.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/Schwarz-Gelbe-Bilanz_Broschuere-06-2013.pdf [14.03.2015]

(zitiert als: BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Hrsg.), 2013)

Caciagli, Mario/Belloni, Frank P.:

The "New" Clientelism in Southern Italy: The Christian Democratic Party in Catania, in: Eisenstadt, Shmuel Noah/Lemarchand, René (Hrsg.): Political Clientelism, Patronage and Development, 1981, S.35-56

(zitiert als: Caciagli/Belloni, 1981)

CDU-Bundesgeschäftsstelle (Hrsg.):

Deutschlands Chancen nutzen. Wachstum. Arbeit. Sicherheit.

Regierungsprogramm 2005-2009, 2005

http://www.kas.de/upload/ACDP/CDU/Programme_Bundestag/2005-2009_Regierungsprogramm_Deutschlands-Chancen-nutzen_Wachstum-Arbeit-Sicherheit.pdf [02.02.2015]

(zitiert als: CDU, 2005)

CDU-Bundesgeschäftsstelle (Hrsg.):

Freiheit und Sicherheit, Grundsätze für Deutschland, Grundsatzprogramm der CDU Deutschlands, 2007

http://www.cdu.de/system/tdf/media/dokumente/071203-beschluss-grundsatzprogramm-6-navigierbar_1.pdf?file=1 [02.02.2015]

(zitiert als: CDU, 2007)

CDU-Bundesgeschäftsstelle (Hrsg.):

Wir haben die Kraft – Gemeinsam für unser Land, Regierungsprogramm 2009-2013, 2009

http://www.kas.de/upload/ACDP/CDU/Programme_Bundestag/2009-2013_Regierungsprogramm_Wir-haben-die-Kraft_Gemeinsam-fuer-unser-Land.pdf [02.02.2015]

(zitiert als: CDU, 2009)

CDU-Bundesgeschäftsstelle (Hrsg.):

Gemeinsam erfolgreich für Deutschland. Regierungsprogramm 2013-2017, 2013

<http://www.cdu.de/sites/default/files/media/dokumente/regierungsprogramm-2013-2017-langfassung-20130911.pdf> [02.02.2015]

(zitiert als: CDU, 2013)

Deutsche Rentenversicherung Bund (Hrsg.):

Rentenversicherung in Zahlen 2010, Statistik der Deutschen Rentenversicherung, 2010

http://www.rentenreform-alternative.de/rv_in_zahlen_2010.pdf [09.03.2015]

(zitiert als: Deutsche Rentenversicherung Bund, 2010)

Deutsche Rentenversicherung Bund (Hrsg.):

Rentenversicherung in Zeitreihen, 2014

http://www.deutsche-rentenversicherung.de/cae/servlet/contentblob/238700/publicationFile/62588/03_rv_in_zeitreihen.pdf [09.03.2015]

(zitiert als: Deutsche Rentenversicherung Bund, 2014a)

Deutsche Rentenversicherung Bund (Hrsg.):

Rentenversicherung in Zahlen 2014, Statistik der Deutschen Rentenversicherung, 2014

http://www.deutsche-rentenversicherung.de/cae/servlet/contentblob/238692/publicationFile/57922/rv_in_zahlen_2013.pdf [09.03.2015]

(zitiert als: Deutsche Rentenversicherung Bund, 2014b)

Deutschlandfunk (Hrsg.):

Abstimmung, Bundestag beschließt Rentenpaket, vom 23.05.2014

http://www.deutschlandfunk.de/abstimmung-bundestag-beschliesst-rentenpaket.1818.de.html?dram:article_id=287184 [02.02.2015]

(zitiert als: Deutschlandfunk, 2014)

Deutscher Bundestag:

Gesetz über Leistungsverbesserungen in der gesetzlichen

Rentenversicherung (RV-Leistungsverbesserungsgesetz) vom 23.06.2014, BGBl Nr.27 veröffentlicht am 26.06.2014

(zitiert als Deutscher Bundestag, 2014)

dpa (Hrsg.):

Expertenanhörung, Union und SPD halten ihr eigenes Rentenpaket für unsinnig, vom 05.05.2014

<http://www.wiwo.de/politik/deutschland/expertenanhoerung-union-und-spd-halten-ihr-eigenes-rentenpaket-fuer-unsinnig/9843526.html> [02.02.2015]

(zitiert als: dpa, 2014)

Eisenstadt, Shmuel Noah/Lemarchand, René (Hrsg.):

Political Clientelism, Patronage and Development, 1981

(zitiert als: Eisenstadt/Lemarchand, 1981)

Görlitz, Axel/Prätorius, Rainer (Hrsg.):

Handbuch Politikwissenschaft, Grundlagen – Forschungsstand – Perspektiven, 1987

(zitiert als: Görlitz/Pätorius, 1987)

Graziano, Luigi (Hrsg.):

Political Clientelism and Comparative Perspectives. International Political Science Review, No.4, 1983

Graziano, Luigi:

Introduzione: Schema concettuale per lo studio del clientelismo, in: Graziano, Luigi (Hrsg.): Clientelismo e mutamento politico, 1974, zitiert bei: Schneider, Ruth: Schulpolitik in Italien, Bestandsaufnahme, Hintergründe und Analysen, Universität Freiburg, Dissertation, 1999

(zitiert als: Graziano, 1974, zitiert bei: Schneider, 1999)

Holtmann, Everhard (Hrsg.):

Politik-Lexikon, 2. Auflage, 1994

(zitiert als: Holtmann, 1994)

Hüstebeck, Momoyo: Klientelpolitik als kulturübergreifendes Phänomen, Eine Annäherung an Klientelismus-Konzepte, 2004

[https://www.uni-due.de/in-](https://www.uni-due.de/in-east/fileadmin/publications/sonstige/Huestebeck_Klientelismus_Uni-Hildesheim-Discuss-paper_2006.pdf)

[east/fileadmin/publications/sonstige/Huestebeck_Klientelismus_Uni-Hildesheim-Discuss-paper_2006.pdf](https://www.uni-due.de/in-east/fileadmin/publications/sonstige/Huestebeck_Klientelismus_Uni-Hildesheim-Discuss-paper_2006.pdf) [25.02.2015]

(zitiert als: Hüstebeck, 2004)

Kaufman, Robert:

The patron-client concept and macro-politics: prospects and problems, 1974, zitiert bei: Weber Pazmiño, Gioia: Klientelismus, Annäherungen an das Konzept, Universität Zürich, Dissertation, 1991

(zitiert als: Kaufman, 1974, zitiert bei: Weber Pazmiño, 1991)

Kitschelt, Herbert/Wilkinson, Steven I. (Hrsg.):

Patrons, Clients and Policies, Patterns of Democratic Accountability and Political Competition, 2007

(zitiert als: Kitschelt/Wilkinson, 2007)

Kitschelt, Herbert/Wilkinson, Steven I.:

Citizen-politician linkages: an introduction, in: Kitschelt, Herbert/Wilkinson, Steven I. (Hrsg.): Patrons, Clients and Policies, Patterns of Democratic Accountability and Political Competition, 2007, S.1-49

(zitiert als: Kitschelt/Wilkinson, 2007a)

Kitschelt, Herbert/Wilkinson, Steven I.:

A research agenda for the study of citizen-politician linkages and democratic accountability, in: Kitschelt, Herbert/Wilkinson, Steven I. (Hrsg.): Patrons, Clients and Policies, Patterns of Democratic Accountability and Political Competition, 2007, S.322-343

(zitiert als: Kitschelt/Wilkinson, 2007b)

Kopecky, Petr/Mair, Peter/Spirova, Maria (Hrsg.):

Party Patronage and Party Government in European Democracies, 2. Auflage, 2012

(zitiert als: Kopecky/Mair/Spirova, 2012)

Kopecky, Petr/Mair, Peter:

Party Patronage as an Organizational Resource, in: Kopecky, Petr/Mair, Peter/Spirova, Maria (Hrsg.): Party Patronage and Party Government in European Democracies, 2012, S.3-16

(zitiert als: Kopecky/Mair, 2012a)

Kopecky, Petr/Mair, Peter:

Conclusion: Party Patronage in Contemporary Europe, in: Kopecky, Petr/Mair, Peter/Spirova, Maria (Hrsg.): Party Patronage and Party Government in European Democracies, 2012, S.357-374

(zitiert als: Kopecky/Mair, 2012b)

Landé, Carl H.:

Political Clientelism in political studies: retrospect and prospect, in: Graziano, Luigi (Hrsg.): Political Clientelism and Comparative Perspectives. International Political Science Review, No.4, 1983, S.435-454 zitiert bei: Görlitz, Axel/Prätorius, Rainer (Hrsg.): Handbuch Politikwissenschaft, Grundlagen-Forschungsstand-Perspektiven, 1987

(zitiert als: Landé, 1983, zitiert bei: Berg-Schlosser, 1987)

Lemarchand, René:

Comparative Political Clientelism: Structure, Process and Optic, in: Eisenstadt, Shmuel Noah/Lemarchand, René (Hrsg.): Political Clientelism, Patronage and Development, 1981, S.7-34

(zitiert als: Lemarchand, 1981)

Maczak, Antoni (Hrsg.):

Klientelsysteme im Europa der Frühen Neuzeit, 1988

(zitiert als: Maczak, 1988)

Maczak, Antoni:

Ungleiche Freundschaft, Klientelbeziehungen von der Antike bis zur Gegenwart, 2005

(zitiert als: Maczak, 2005)

Merkel, Angela/Seehofer, Horst:

Präambel, in: CDU-Bundesgeschäftsstelle (Hrsg.): Gemeinsam erfolgreich für Deutschland. Regierungsprogramm 2013-2017, 2013, S.3-7

(zitiert als: Merkel/Seehofer, 2013)

Moraw, Peter:

Über Patrone und Klienten im Heiligen Römischen Reich des späten Mittelalters und der frühen Neuzeit, in: Maczak, Antoni (Hrsg.): Klientelsysteme im Europa der Frühen Neuzeit, 1988, S.1-18

(zitiert als: Moraw, 1988)

Morgan, Victor:

Some Types of Patronage, Mainly in Sixteenth- and Seventeenth-Century England, in: Maczak, Antoni (Hrsg.): Klientelsysteme im Europa der Frühen Neuzeit, 1988, S.91-116

(zitiert als: Morgan, 1988)

Müller, Sabine:

Rentenpaket kurz vorm Ziel/Abstimmung im Bundestag, vom 23.05.2014

<http://www.tagesschau.de/inland/rente390.html> [02.02.2015]

(zitiert als: Müller, 2014)

Nicols, John:

Civic Patronage in the Roman Empire, 2014

(zitiert als: Nicols, 2014)

Nohlen, Dieter/Schultze, Rainer-Olaf (Hrsg.):

Lexikon der Politikwissenschaft, Theorien , Methoden Begriffe, Band 1 A-M, 2002

(zitiert als: Nohlen/Schultze, 2002)

Nohlen, Dieter/Grotz, Florian (Hrsg.):

Kleines Lexikon der Politik, 2011

(zitiert als: Nohlen/Grotz, 2011)

Paulus, Manuel:

Klientelismus als Inklusion, Ein Vergleich der Fälle Argentinien, Mexiko und Venezuela, 2013

(zitiert als: Paulus, 2013)

Piattoni, Simona (Hrsg.):

Clientelism, Interests, and Democratic Representation, The European Experience in Historical and Comparative Perspective, 2001

(zitiert als: Piattoni, 2001)

Piattoni, Simona:

Clientelism in historical and comparative perspective, in Piattoni, Simona (Hrsg.): Clientelism, Interests, and Democratic Representation, The European Experience in Historical an Comparative Perspective, 2001, S.1-30

(zitiert als: Piattoni, 2001a)

Piattoni, Simona:

Clientelism, interests, and democratic representation, in Piattoni, Simona (Hrsg.): Clientelism, Interests, and Democratic Representation, The European Experience in Historical an Comparative Perspective, 2001, S.193-212

(zitiert als: Piattoni, 2001b)

Pflücke, Rolf:

Beiträge zur Theorie von Patronage und Klientel, Eine vergleichende Soziologie der Gefolgschaft, Ruprecht-Karl-Universität Heidelberg, Dissertation, 1970

(zitiert als: Pflücke, 1970)

Reinhard, Wolfgang:

Freunde und Kreaturen. „Verflechtung“ als Konzept zur Erforschung historischer Führungsgruppen. Römische Oligarchie um 1600, 1972, zitiert in: Maczak, Antoni (Hrsg.): Klientelsysteme im Europa der Frühen Neuzeit, 1988,

(zitiert als: Reinhard, 1972, zitiert bei: Maczak, 1988)

Schmidt, Manfred G.:

Das politische System Deutschlands, Institutionen, Willensbildung und Politikfelder, 2. Auflage, 2011

(zitiert als: Schmidt, 2011)

Schneider, Ruth:

Schulpolitik in Italien, Bestandsaufnahme, Hintergründe und Analysen, Universität Freiburg, Dissertation, 1999

<http://www.freidok.uni-freiburg.de/volltexte/200/pdf/Schneider.pdf>

[11.03.2015]

(zitiert als: Schneider, 1999)

Schubert, Klaus/Klein, Martina (Hrsg.):

Das Politiklexikon, 2. Auflage, 2001

(zitiert als: Schubert/Klein, 2001)

Seffer, Kristin:

Regime-Hybridity in Mexico, The Impact of Clientelism on Transition and Political Regimes, 2012

(zitiert als: Seffer, 2012)

SPD-Parteivorstand (Hrsg.):

Vertrauen in Deutschland. Das Wahlmanifest der SPD, 2005

http://library.fes.de/pdf-files/bibliothek/download/040705_wahlmanifest.pdf

[02.02.2015]

(zitiert als: SPD, 2005)

SPD-Parteivorstand (Hrsg.):

Hamburger Programm, Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, 2007

http://www.spd.de/linkableblob/1778/data/hamburger_programm.pdf
[02.02.2015]

(zitiert als: SPD, 2007)

SPD-Parteivorstand (Hrsg.):

Sozial und Demokratisch. Anpacken. Für Deutschland., Das
Regierungsprogramm der SPD, 2009

http://library.fes.de/prodok/ip-02016/regierungsprogramm2009_if_navi.pdf
[02.02.2015]

(zitiert als: SPD, 2009)

SPD-Parteivorstand (Hrsg.):

Das Wir entscheidet. Das Regierungsprogramm 2013-2017, 2013

https://www.spd.de/linkableblob/96686/data/20130415_regierungsprogramm_2013_2017.pdf [02.02.2015]

(zitiert als: SPD, 2013)

Statistisches Bundesamt (Hrsg.):

Ältere Wähler beeinflussen immer stärker den Wahlausgang, vom
29.01.2014

<https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/ImFokus/Sonstiges/AeltereWae hler.html> [03.02.2015]

(zitiert als: Statistisches Bundesamt, 2014)

Statistisches Bundesamt (Hrsg.):

Geburten in Deutschland, Ausgabe 2012, 2012

https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Bevoelkerung/Bevoelkerungsbewegung/BroschuereGeburtenDeutschland0120007129004.pdf?__blob=publicationFile [27.03.2015]

(zitiert als: Statistisches Bundesamt, 2012)

Volmer, Hubert:

Das Rentenpaket ist ein großer Fehler/Umverteilung im Stil der 70er
Jahre, vom 03.04.2014

http://www.ntv.de/politik/politik_kommentare/Das-Rentenpaket-ist-ein-grosser-Fehler-article12578566.html [02.02.2015]

(zitiert als: Volmer, 2014)

Von Alemann, Ullrich:

Das Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland, 4. Auflage, 2010

(zitiert als: Von Alemann, 2010)

Von Aretin, Karl Otmar:

Die Großmächte und das Klientelsystem im reich am Ende des 18. Jahrhunderts, in: Maczak, Antoni (Hrsg.): Klientelsysteme im Europa der Frühen Neuzeit, 1988, S.63-82

(zitiert als: Von Aretin, 1988)

Von Beyme, Klaus:

Die politischen Theorien der Gegenwart, Eine Einführung, 8. Auflage, 2006

(zitiert als: Von Beyme, 2006)

Weber-Fas, Rudolf:

Lexikon Politik und Recht, Geschichte und Gegenwart, 2008

(zitiert als: Weber-Fas, 2008)

Weber Pazmiño, Gioia:

Klientelismus, Annäherungen an das Konzept, Universität Zürich, Dissertation, 1991

(zitiert als: Weber Pazmiño, 1991)

Ziemer, Klaus:

Klientelismus, in: Nohlen, Dieter/Schultze, Rainer-Olaf (Hrsg.): Lexikon der Politikwissenschaft, Theorien , Methoden Begriffe, Band 1 A-M, 2002, S.408-409

(zitiert als: Ziemer, 2002)

Ziemer, Klaus:

Klientelismus, in: Nohlen, Dieter/Grotz, Florian (Hrsg.): Kleines Lexikon der Politik, 2011, S.301-302

(zitiert als: Ziemer, 2011)

Erklärung des Verfassers

Erklärung

„Ich versichere, dass ich diese Bachelorarbeit selbstständig und nur unter Verwendung der angegebenen Quellen und Hilfsmittel angefertigt habe. Die aus anderen Quellen direkt und indirekt übernommenen Daten und Konzepte sind unter Angabe der Quellen gekennzeichnet.

Es ist mir bekannt, dass die Arbeit mit einer Plagiaterkennungssoftware auf nicht gekennzeichnete Übernahme fremden geistigen Eigentums überprüft werden kann.“

Wolterdingen, im April 2015

Julian Kopp

Anlagen

Anlage 1: „Nicht geschenkt, sondern verdient“, Bundesministerium für Arbeit und Soziales, 2014

Quelle:

<http://www.rentenpaket.de/rp/DE/Service/Meldungen/2014/meldung-nicht-geschenkt-verdient.html> [02.02.2015]

Bundesministerium für Arbeit und Soziales

Nicht geschenkt. Sondern verdient.

Das neue RENTEN PAKET

Start Alle Fakten Ihre Fragen Service Suchbegriff

So denkt Deutschland

Mediathek

Meldungen

Rechner zur Rente ab 63

Suche

"Nicht geschenkt, sondern verdient"

Nicht geschenkt. Sondern verdient.

- ☒ Rente mit 63
- ☒ Mütterrente
- ☒ Erwerbsminderungsrente
- ☒ Höheres Reha-Budget

Das neue RENTEN PAKET

So packen wir Gerechtigkeit.

© C. Plambeck

Das Bundeskabinett hat am 29. Januar 2014 den Entwurf eines Gesetzes über Leistungsverbesserungen in der gesetzlichen Rentenversicherung beschlossen. Das Rentenpaket ermöglicht nach 45 Jahren Beschäftigung den Einstieg in die Rente mit 63, schließt eine Gerechtigkeitslücke bei der Mütterrente, erhöht die Renten bei Erwerbsminderung und lässt das Reha-Budget mit der demographischen Entwicklung atmen.

Anlage 2: Rentenpaket kurz vorm Ziel/Abstimmung im Bundestag, 2014

Quelle: <http://www.tagesschau.de/inland/rente390.html> [02.02.2015]

Abstimmung im Bundestag

Rentenpaket kurz vorm Ziel

Stand: 23.05.2014 04:47 Uhr



Lange hat die Koalition das Rentenpaket diskutiert - vor der Abstimmung im Bundestag sind die schwarz-roten Reihen nun weitestgehend geschlossen. Die Kritiker wurden in letzter Minute beruhigt. Die Grünen lehnen das Paket ab - Hauptproblem sei die Finanzierung.

Von Sabine Müller, HR, ARD Berlin

Die SPD-Abgeordnete Kerstin Grieser ist generell schon ein fröhlicher Mensch, aber in diesen Tagen ist die Vorsitzende im Ausschuss "Arbeit & Soziales" besonders gut gelaunt: "Die SPD-Fraktion stimmt geschlossen für das Rentenpaket, das ist gar kein Zweifel dran. Das ist ein großer Erfolg für uns."

Für alle, die 45 Jahre lang in die Rentenkasse eingezahlt haben, kommt die abschlagsfreie Rente mit 63 - ein Herzensanliegen der Sozialdemokraten. Außerdem war Arbeitsministerin Andrea Nahles eine verbesserte Erwerbsminderungsrente ganz wichtig - mehr Geld für diejenigen, die wegen Krankheit oder Unfall nicht mehr arbeiten können.



Rentenabstimmung im Bundestag

S. Müller-Thum, ARD Berlin

23.05.2014 02:09 Uhr

Download der Audiodatei

Die Mütterrente, die die Union durchgesetzt hat: Nun gut, die hätte die SPD lieber aus Steuern finanziert gesehen und nicht weitestgehend aus der Rentenkasse. Aber in einer Koalition müsse man halt auch Kompromisse machen, sagen die Sozialdemokraten.

Das sehen mittlerweile auch die meisten Kritiker in der Union so. Vizefraktionschef Michael Fuchs sagt zum Beispiel: "Ich werde jetzt für dieses Rentenpaket stimmen - schweren Herzens, aber die wesentlichen Fehler, die in dem Gesetzentwurf drin waren, sind beseitigt und deswegen habe ich mich entschieden, jetzt für das Paket zu stimmen."



Fragen und Antworten

Wer profitiert vom Rentenpaket?

tagesschau.de beantwortet die wichtigsten Fragen zur Milliardenreform. | mehr

Stichtagsregelung und "Flexi-Rente"

So verhandelte die Union bei der abschlagsfreien Rente mit 63 am Montag noch eine Stichtagsregelung ins Gesetz, die verhindern soll, dass es eine Welle an Frühverrentungen schon vor 63 gibt. Und ein zweiter Punkt, der vielen in Union wichtig war: Wer über das gesetzliche

← Nur wenige Abgeordnete wollen "Nein" sagen

Über 60 oder 70 mögliche Nein-Sager in der Unionsfraktion war wochenlang spekuliert worden, jetzt – nach dem Kompromiss vom Montag – sind es nur noch ein paar wenige Abgeordnete vom Wirtschaftsflügel, die Nein sagen wollen. Christian von Stetten etwa: "In dem jetzigen Gesetzentwurf können wir entweder den Koalitionsvertrag umsetzen oder den Generationenvertrag erhalten und da ist mir der Generationenvertrag wichtiger und deswegen werde ich mit Nein stimmen."



Bundestag zu Rentenpaket
tagesschau 12:00 Uhr, 23.05.2014, Tamara Anthony, ARD Berlin
Download der Videodatei

Grüne wollen nicht zustimmen

Genau wie der Hesse Klaus-Peter Willsch, der schon reichlich Übung darin hat, anders als seine eigene Partei zu stimmen. Druck von der Fraktionsführung habe er keinen bekommen, sagt Willsch – der hätte aber auch nichts genutzt: "Dass das dem Fraktionsvorsitzenden nicht gefällt ist doch klar, aber ich muss hier das machen, was ich für richtig halte. Ich habe fünf Kinder, an die muss ich auch denken."

Nicht zustimmungsfähig lautet auch das Urteil der Opposition zum Rentenpaket: "Weil die Finanzierung das Hauptproblem ist." Die sei unsolid, kritisiert Hans-Christian Ströbele stellvertretend für die Grünen, deshalb: Nein zum Rentenpaket.

Enthaltung der Linkspartei

Matthias Birkwald von der Linkspartei sieht Licht und Schatten: "Insgesamt ist das Rentenpaket eines, wo es Schritte in die richtige Richtung gibt, was aber viele Ungerechtigkeiten beinhaltet." Die Linke hat angekündigt, sich bei der Abstimmung zu enthalten. Klar ist: Eine satte Mehrheit der Großen Koalition steht – die Rentenreform wird also verabschiedet und kann schon am 1. Juli in Kraft treten.

ARD-DeutschlandTrend: Die Mehrheit will die Rente mit 63

FAQ: Wer profitiert vom Rentenpaket?

Bundestag zu Rentenpaket, T. Anthony, ARD Berlin | video

Anlage 3: Das Rentenpaket ist ein großer Fehler/Umverteilung im Stil der 70er Jahre, 2014

Quelle:

http://www.n-tv.de/politik/politik_kommentare/Das-Rentenpaket-ist-ein-grosser-Fehler-article12578566.html [02.02.2015]

Donnerstag, 03. April 2014

Umverteilung im Stil der 70er Jahre Das Rentenpaket ist ein großer Fehler

Ein Kommentar von Hubertus Volmer

Wenn Union und SPD gemeinsam Sozialpolitik machen, dann geht es weder um wirtschaftliche Vernunft noch um soziale Gerechtigkeit. Dann geht es ausschließlich darum, der eigenen Klientel vorzugaukeln, dass man an sie denkt.

Es gibt ein paar Sätze, die Bundeskanzlerin Angela Merkel in nahezu jede Rede einbaut. Europa stelle nur etwa sieben Prozent der Weltbevölkerung, schaffe damit aber ein Viertel der globalen Wertschöpfung, rechnet die Kanzlerin ihren Zuhörern immer wieder vor. Dennoch stünden den Europäern 50 Prozent der weltweiten Sozialausgaben zur Verfügung.

Auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos, vor dem Deutschen Bundestag, auf Marktplätzen im Wahlkampf oder erst kürzlich in einer [Berliner Schule](#) - in ermüdender Regelmäßigkeit zieht Merkel den immer gleichen Schluss: "Deshalb sind die Fragen von Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit zentrale Fragen in Europa." Merkel bleibt bei diesem Thema immer ein bisschen vage. "Wenn wir wollen, dass unser einzigartiges europäisches Wirtschafts- und Sozialmodell auf Dauer im globalen Wettbewerb erfolgreich ist, dann dürfen wir jetzt in unseren Anstrengungen nicht nachlassen", sagte sie kürzlich im Bundestag.

Die Wahlgeschenke kosten Milliarden

"Wir", das sind die anderen. Ihre Regierung kann Merkel jedenfalls nicht meinen. Das Rentenpaket, das die Große Koalition an diesem Donnerstag in den Bundestag einbringt, hat rein gar nichts damit zu tun, die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands oder Europas zu stärken, und sie macht das europäische Sozialmodell bestimmt nicht erfolgreicher. Die von der CSU erfundene [Mütterrente](#) ist ein Wahlgeschenk, das vielen in der Union längst peinlich ist, das nun aber durchgezogen werden muss, weil man es im Koalitionsvertrag ja so beschlossen hat. Gleiches gilt für die [Rente mit 63](#), die die SPD erstaunlich mühelos gegen die Union durchsetzen konnte.

UMFRAGE



Ist die Rente mit 63 gerecht?

- ☐ Ja
☐ Nein

Abstimmen

► ERGEBNIS ► ALLE UMFRAGEN

VIDEO



MEDIATHEK 03.04.14 - 01:35 min

Rente mit 63 und Mütterrente
SPD und Union debattieren
Rentenreform im Bundestag

"Wegen der guten Beschäftigungssituation", argumentiert die Koalition, könne die Rentenversicherung derzeit die Rente mit 63 und die Mütterrente finanzieren. Das ist bestenfalls die halbe Wahrheit. Um diese Wahlversprechen zu finanzieren, hat der Bundestag ein Gesetz beschlossen, das den Beitragssatz zur Rentenversicherung in diesem Jahr auf 18,9 Prozent fest schreibt. Eigentlich hätte der Satz sinken müssen, auf 18,3 Prozent. Arbeitnehmern und Arbeitgebern entgehen damit sechs Milliarden Euro.

Schere zu den Beamten geht weiter auf

Die Arbeitgeber befürchten, dass das Rentenpaket die Sozialabgaben schon bald über 40 Prozent ansteigen lassen wird. Statt über Wettbewerbsfähigkeit sprechen CDU und SPD daher lieber über "Gerechtigkeit". Im gesamten Rentenpaket gehe es "immer um Gerechtigkeit", sagt CDU-Generalsekretär Peter Tauber. Und seine SPD-Kollegin Yasmin Fahimi bescheinigt Arbeitsministerin Andrea Nahles, für "mehr Gerechtigkeit" zu sorgen.

Ach ja? Tatsächlich sorgen Rente mit 63 und Mütterrente für neue, absurde Ungerechtigkeiten:

- Die heutigen Beitragszahler müssen die Rentenpläne finanzieren, obwohl ihre eigene Rente in höchstem Maße unsicher ist.
- Von beiden Projekten profitieren vor allem Menschen aus den mittleren und höheren Schichten der Gesellschaft.
- Belastet werden auch die heutigen Rentner: Weil der Bundestag den Rentenbeitrag eingefroren hat, fällt die Rentenerhöhung im kommenden Jahr geringer aus. Damit dürfte auch die Schere zu den Beamten noch weiter aufgehen; bereits im vergangenen Jahr stiegen die Pensionen von Bundesbeamten 22 Mal stärker als die Renten.
- Bis 2030 werden die beiden Rentenprojekte einen dreistelligen Milliardenbetrag kosten. Geld für die Abschaffung der wirklich ungerechten kalten Progression ist - das räumt die CDU ein - nicht mehr da.
- Die stetig zunehmende Altersarmut wird mit dem vielen Geld nicht einmal abgemildert, denn Rentnerinnen in der Grundsicherung, gesundheitlich angeschlagene Handwerker mit Erwerbsminderungsrente und Langzeitarbeitslose profitieren von Mütterrente und Rente mit 63 gleichermaßen: gar nicht.

Das ist Umverteilung im Stil der siebziger Jahre: Der Staat gibt jenen Geld, die es nicht nötig haben. Wenn Union und SPD gemeinsam Sozialpolitik machen, dann geht es weder um wirtschaftliche Vernunft noch um wirkliche Gerechtigkeit.

MEHR ZUM THEMA



03.04.14

Das Rentenpaket wird heiß diskutiert
**Gerecht, verdient oder
Mogelpackung?**



02.04.14

Vor allem Ost-Frauen betroffen
**Bessere Mütterrente nicht
für alle**



22.03.14

Pro Kind ein Entgeltpunkt mehr
**So funktioniert die
Mütterrente**



19.02.14

Union, SPD und Linke sind sich
einig
**Rentenbeitrag soll doch
nicht gesenkt werden**



05.02.14

Opposition sieht "Verschleuderung
von Steuergeldern"
**Nahles ist
Rentenkampagne lieb und
teuer**



29.01.14

Ministerin in der Renten-Falle
**Nahles spielt Pippi
Langstrumpf**

Anlage 4: Expertenanhörung, Union und SPD halten ihr eigenes Rentenpaket für unsinnig, 2014

Quelle:

<http://www.wiwo.de/politik/deutschland/expertenanhoerung-union-und-spd-halten-ihr-eigenes-rentenpaket-fuer-unsinnig/9843526.html>

[02.02.2015]


Wirtschafts Woche | Service | Abo | Shop | Newsletter | Login | Registrieren | Suche: Begriff, WKN, ISIN

UNTERNEHMEN | FINANZEN | POLITIK | ERFOLG | TECHNOLOGIE

Expertenanhörung

05. Mai 2014

Union und SPD halten ihr eigenes Rentenpaket für unsinnig



Union und SPD ist Unsinnigkeit eigenen Rentenpakets bewusst, sagen die Grünen.
Quelle: dpa

Zum schwarz-roten Rentenpaket haben an diesem Montag die Experten das Wort. Union und SPD werden viel Kritik an Mütterrente und Rente mit 63 zu hören bekommen. Kein Wunder: Sie stehen ja selbst nicht zu ihrem Vorhaben.

Vor der der Expertenanhörung im Bundestag zum umstrittenen Rentenpaket der Bundesregierung wird der koalitionsinterne Streit über das Vorhaben neu befeuert. Nach monatelangen Warnungen der Union vor Frühverrentungen infolge des SPD-Projekts Rente mit 63 stellen Sozialdemokraten nun ihrerseits die von der Union durchgedrückte Mütterrente wieder infrage. Der Bundestagsausschuss für Arbeit und Soziales befasst sich an diesem Montag mit der Rentenreform.

Die Ausschussvorsitzende Kerstin Griese von der SPD sagte der „Rheinischen Post“ (Montag): „Wir müssen beispielsweise noch einmal über die Finanzierung der Mütterrente sprechen.“ Diese sei schließlich „dreimal so teuer wie die Reform zur Rente ab 63“.

SPD-Vize Ralf Stegner bestritt in der „Passauer Neuen Presse“ (Montag), dass eine Frühverrentungswelle drohe. „Wir erwarten, dass die Union vertragstreue ist“, sagte er. „Wenn das Rentenpaket Mängel hat, dann nicht bei der Rente mit 63, sondern bei der Mütterrente.“

Auch die Grünen machen vor der Expertenanhörung im Bundestag noch einmal Druck. „Union und SPD scheitern sich nicht um Generationengerechtigkeit“, sagte Fraktionsvize Kerstin Andreae der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“.

Weitere Artikel
Rente mit 63
 Union trotzt gegen Nahles' Renten-Entwurf
Berühmte letzte Worte
 Andrea Nahles: „Also meine Bank ist pleite“

WISSEN
Ihre Geldanlage - 9,5%
 Sichern Sie sich 9,5% Rendite. Kein Agio, keine Gebühren. Legal. Sicher. Mehr Info hier!
Kinderhilfswerk Plan
 Mit nur 92 Cent am Tag helfen Sie Kindern in Not dauerhaft. Werden Sie jetzt Plan-Pate!
Gold-Report 2015
 GRATIS-Gold-Report verrät Ihnen wie sich der Goldpreis 2015 entwickeln wird. Hier
 Hier können Sie sparen

The screenshot shows the homepage of the 'WirtschaftsWoche' website. The header includes the logo, navigation links (Service, Abo, Shop, Newsletter, Login, Registrieren), and a search bar. The main navigation bar lists categories: UNTERNEHMEN, FINANZEN, POLITIK, ERFOLG, and TECHNOLOGIE. The article headline is 'Berühmte letzte Worte: Andrea Nahles: "Also meine Rente ist sicher"'. A sub-headline reads 'Rentenreform erreicht den Bundestag: Wie schwarz-Rot jegliche Gerechtigkeit sprengt'. The main text discusses the pension reform, mentioning the 'Generationengerechtigkeit' and the 'Frankfurter Allgemeinen Zeitung'. It states that both the SPD and the Union are satisfied with their respective pension plans, but both are considered false by the other side. A quote from Lutz Goebel, President of 'Die Familienunternehmer', is included, expressing skepticism about the reform. The article is attributed to 'dpa'.

WirtschaftsWoche

Service | Abo | Shop | Newsletter | Login | Registrieren | Suchbegriff, WKN, ISIN

UNTERNEHMEN FINANZEN POLITIK ERFOLG TECHNOLOGIE

Berühmte letzte Worte
Andrea Nahles: "Also meine Rente ist sicher"

Rentenreform erreicht den Bundestag
Wie schwarz-Rot jegliche Gerechtigkeit sprengt

Generationengerechtigkeit", sagte Fraktionsvize Kerstin Andreae der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ (Montag). „Beide sind zufrieden, wenn sie ihren Teil der Beute nach Hause tragen können": die Union ihre Mütterrente aus Beitragsmitteln, die SPD ihre abschlagfreien Rente ab 63 nach 45 Versicherungsjahren. Beide hielten aber das, was der jeweils andere durchgesetzt habe, für falsch.

Die Familienunternehmen machen Front gegen die von der schwarz-roten Koalition geplante abschlagfreie Rente mit 63. „Alle zahlen, nur wenige profitieren - das Rentenpaket ist Klientelpolitik hoch zehn", sagte der Präsident des Verbandes „Die Familienunternehmer", Lutz Goebel. „Länger leben und kürzer arbeiten, dass diese Rechnung nicht aufgeht, haben die meisten verstanden, nur die SPD und die Union nicht."

dpa

Anlage 5: Abstimmung, Bundestag beschließt Rentenpaket, 2014

Quelle:

http://www.deutschlandfunk.de/abstimmung-bundestag-beschliesst-rentenpaket.1818.de.html?dram:article_id=287184 [02.02.2015]

Die abschlagsfreie Rente mit 63 kommt - genauso wie die Mütterrente und Verbesserungen für Erwerbsgeminderte. Der Bundestag hat das Rentenpaket von Arbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) beschlossen - mit großer Mehrheit. Die Opposition kritisierte das Paket.

Für die Ausweitung der Mütterrente und die neue Rente ab 63 für langjährige Beitragszahler votierten am Freitag 480 Abgeordnete, 64 dagegen. 60 Parlamentarier enthielten sich. Damit verweigerten 44 Abgeordnete aus der Großen Koalition dem Vorhaben ihre Zustimmung. Der Bundesrat soll am 13. Juni entscheiden. Die Zustimmung der Länderkammer ist aber nicht erforderlich.

Zum Auftakt der Debatte im Bundestag verteidigte Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles ihr Rentenpaket. Damit könnten die Arbeit und die Lebensleistung der Bürger gewürdigt werden, sagte sie im Bundestag. "Wir können ein deutliches Signal setzen, dass vom Wohlstand in diesem Land auch diejenigen profitieren, die ihn mit geschaffen haben", sagte Nahles. Union und SPD wollten gemeinsam "gelebte Solidarität als Grundprinzip in unserer Gesellschaft" stärken.

Die Opposition warf Nahles vor, neue Gerechtigkeitslücken zu schaffen. Matthias Birkwald von der Linksfraktion beklagte, der Lebensstandard der Rentner sinke immer weiter. Die Koalition halte an der "unsäglichen Rente erst ab 67" und der privaten Vorsorge fest. Sie tue nichts gegen inakzeptable Arbeitsbedingungen von älteren Bauarbeitern und Krankenschwestern.

SPD will Wahlversprechen einlösen

Das Rentenpaket ist ein zentrales sozialpolitisches Projekt der Großen Koalition. Vor allem die SPD hatte sich dafür eingesetzt. Es sieht vor, dass langjährig Beschäftigte früher in Rente gehen können, wenn sie lange genug in die Rentenversicherung eingezahlt haben. Außerdem wird die Mütterrente ausgeweitet und die Erwerbsminderungsrente verbessert. Die Regelungen sollen ab 1. Juli gelten.

Bis vor wenigen Tagen war zwischen CDU/CSU und SPD strittig, wie bei der abschlagsfreien Rente mit 63 eine Welle von Frühverrentungen verhindert werden kann. Diesen Streitpunkt haben die Fraktionsspitzen aber inzwischen ausgeräumt.

Anhaltende Kritik

Die Kritik an dem Vorhaben bleibt aber. Der Nachhaltigkeit habe man mit der Reform "den schlimmsten Gefallen getan, den man ihr antun konnte", sagte der Freiburger Finanzwissenschaftler Bernd Raffelhüschen. Man habe die Nachhaltigkeit, die man mit Reformen in den vergangenen Jahren herstellen wollte, wieder "ins Ungleichgewicht gebracht".

Neben dem Wirtschaftsflügel der Union sprach sich auch die ehemalige Bundesvorsitzende des Verbands Junger Unternehmer dagegen aus. Im Deutschlandfunk nannte sie die Reform "ein völlig falsches Signal". Der ehemalige Wirtschaftsweisen Bert Rürup sieht in den Plänen "in der Summe eine Rolle rückwärts", wie er ebenfalls im Deutschlandfunk sagte.

(mbo/stfr)

Anlage 6: Ältere Wähler beeinflussen immer stärker den Wahlausgang, 2014

Quelle:

<https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/ImFokus/Sonstiges/AeltereWahler.html> [03.02.2015]

The screenshot shows the homepage of the **STATIS** (Statistisches Bundesamt) website. The header includes the logo and navigation links: Sitemap, Jobs, Barrierefrei, Kontakt, Impressum, RSS/News. Below the header is a main navigation bar with categories: ZAHLEN & FAKTEN, PUBLIKATIONEN, PRESSE & SERVICE, and METHODEN. The breadcrumb trail reads: Startseite > Zahlen & Fakten > Ältere Wähler beeinflussen immer stärker den Wahlausgang. On the left, there is a sidebar with a list of indicators: Indikatoren, Gesamtwirtschaft & Umwelt, Wirtschaftsbereiche, Gesellschaft & Staat, and Länder & Regionen. The main content area features a headline: **Ältere Wähler beeinflussen immer stärker den Wahlausgang**, dated 29.01.2014. The text discusses the 2013 federal election, noting that voters aged 60 and over represented a third of the electorate and that their participation was above average. It also mentions that the voter turnout was 71.5%, an increase of 0.7 percentage points from 2009. At the bottom, it provides links to a press release and election data.

STATIS
Statistisches Bundesamt

Sitemap | Jobs | Barrierefrei | Kontakt | Impressum | RSS/News

ZAHLEN & FAKTEN | PUBLIKATIONEN | PRESSE & SERVICE | METHODEN

Startseite > Zahlen & Fakten > Ältere Wähler beeinflussen immer stärker den Wahlausgang

Indikatoren
Gesamtwirtschaft & Umwelt
Wirtschaftsbereiche
Gesellschaft & Staat
Länder & Regionen

IM FOKUS vom 29.01.2014

Ältere Wähler beeinflussen immer stärker den Wahlausgang

Wahlberechtigte ab 60 Jahren stellten bei der Bundestagswahl 2013 bereits gut ein Drittel aller potentiellen Wähler. Gleichzeitig war die Wahlbeteiligung dieser Altersgruppe vergleichsweise überdurchschnittlich. Angesichts der demografischen Entwicklung beeinflussen damit ältere Wähler immer stärker den Wahlausgang.

Bei der Bundestagswahl 2013 waren insgesamt 61,9 Millionen Bürgerinnen und Bürger wahlberechtigt, davon war knapp die Hälfte im Alter von 30 bis 59 Jahren. Die Generation ab 60 Jahren stellte mit 21,3 Millionen mehr als doppelt so viele wie die jüngere Generation unter 30 Jahren, die mit 9,8 Millionen knapp ein Sechstel aller Wahlberechtigten ausmachte.

Mit 71,5 % war die amtliche Wahlbeteiligung um 0,7 Prozentpunkte höher als bei der Wahl 2009.

Weitere interessante Aspekte der repräsentativen Wahlstatistik können Sie der [Pressemitteilung](#) sowie den [Unterlagen zur Pressekonferenz "Repräsentative Wahlstatistik zur Bundestagswahl 2013"](#) entnehmen.

Anlage 7: Nahles-Entwurf, Bundestag: Scharfe Diskussion über Rentenpaket, 2014

Quelle:

<https://www.merkur-online.de/politik/bundestag-beraet-erstmal-ueber-rentenpaket-zr-3453721.html> [02.02.2015]






 Aktualisiert: 03.04.2014 - 10:20

NAHLES-ENTWURF

Bundestag: Scharfe Diskussion über Rentenpaket

Berlin - Im Bundestag steht am Donnerstag erstmals der Gesetzentwurf zum Rentenpaket von Arbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) zur Debatte.

Vor der ersten Lesung des Rentenpakets im Bundestag hat Grünen-Fraktionschefin Katrin Göring-Eckardt der schwarz-roten Regierung Klientelpolitik vorgeworfen. „Union und SPD machen nichts anderes, als die Interessen ihrer jeweiligen Wählerklientel zu addieren“, sagte sie der „Rheinischen Post“ (Donnerstag). „Die große Koalition macht Politik für bestimmte Gruppen unter den Älteren - und zwar die Gruppen, denen es im Alter bereits vergleichsweise gut geht.“



Göring-Eckardt fügte hinzu: „Das Rentenpaket hilft insbesondere Männern, die in der Mehrzahl eine vergleichsweise gute Rente haben. Bezahlen müssen das Rentenpaket, von dem wenige profitieren, alle Beitragszahler. Das ist nicht fair für die kommenden Generationen und für die jetzigen Rentner.“ Die Fraktionsvorsitzende kündigte an, dass die Grünen das Rentenpaket im Parlament ablehnen werden.

Im Bundestag steht an diesem Donnerstag erstmals der Gesetzentwurf von Arbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) zur Debatte. Enthalten sind darin die abschlagsfreie Rente ab 63 Jahren für langjährig Versicherte und die verbesserte Mütterrente für Frauen, die ihre Kinder vor 1992 zur Welt brachten. Vorgesehen ist auch die Aufstockung von Erwerbsminderungsrenten.

Über einige Details des Entwurfs sind sich Union und SPD nicht ganz einig, etwa bei der Anrechnung von Zeiten der Arbeitslosigkeit auf die für die Rente ab 63 erforderlichen 45 Beitragsjahre. Kritiker halten die geplante Finanzierung der Reform aus der Rentenkasse - sie kostet jährlich zwischen neun und elf Milliarden Euro - für einen grundsätzlichen Fehler.

Nahles zeigt sich offen für Korrektur

Nahles hat ihre Bereitschaft bekräftigt, den umstrittenen Gesetzentwurf zur Rente ab 63 nachzubessern. "Ich habe keine Interesse daran, das diese Regelung ausgenutzt wird, um Frühverrentung zu fördern", sagte die Ministerin bei der ersten Beratung des Rentenpaketes der großen Koalition am Donnerstag im Bundestag. Deshalb werde es dazu noch Gespräche geben. "Wenn es Veränderungen im parlamentarischen Verfahren gibt, bin ich sehr froh darüber."

Nahles rechtfertigte zugleich das Vorhaben, Arbeitnehmer mit 63 Jahren abschlagsfrei in Rente gehen zu lassen, wenn sie 45 Beitragsjahre vorweisen können. Die Betroffenen hätten über drei Generationen hinweg ihre Pflicht erfüllt. Viele junge Menschen fänden die geplanten Neuregelungen "völlig in Ordnung", sagte sie mit Blick auf die vielfach geäußerte Kritik von Nachwuchspolitikern der Union.

Die Bundesarbeitsministerin zeigte sich zugleich offen für eine Neuregelung zum flexiblen Übergang vom Berufsleben in die Rente. Dafür müsse dann aber auch das nötige Geld bereitgestellt werden. Nahles verteidigte zugleich das Rentenpaket der Regierung, zu dem auch die Mütterrente und die Verbesserung der Erwerbsminderungsrente gehören. "Das Rentenpaket umsetzen, heißt Wort halten", sagte sie mit Blick auf Wahlkampfversprechen und den Koalitionsvertrag.

Scharfe Kritik von der Opposition

Linke und Grüne haben das Rentenpaket heftig kritisiert. Das Vorhaben gehe zwar in die richtige Richtung, es sei aber nur „ein Tropfen auf den heißen Stein“ und eine „Mogelpackung“, sagte der Rentenexperte der Linksfraktion, Matthias Birkwald, am Donnerstag im Bundestag. „Manches wird besser, aber nichts wird gut.“

Birkwald nannte es „beschämend“, dass es immer noch unterschiedliche Leistungen in Ost und West gebe, auch bei der neuen Mütterrente. „Wir wollen für jedes Kind rund 86 Euro auf dem Rentenkonto von Müttern oder Vätern haben.“ Das ist der Betrag, den jüngere Mütter im Westen künftig bekommen. Linke und Grüne forderten eine Finanzierung aus Steuermitteln.

Grünen-Fraktionschefin Katrin Göring-Eckardt warf der Regierung vor: „Ihr Paket ist nicht gerecht - und es ist zukunftsvergessen.“ Vergessen würden jene, „die wirklich Unterstützung brauchen“, sagte sie mit Blick auf die Pläne zur Reform der Erwerbsminderungsrente. Diese liege auch danach noch unter dem Existenzminimum. Und es profitierten auch nur jene, die nach dem 1. Juli in Rente gehen. „Das hat mit Gerechtigkeit, so wie wir sie verstehen, nichts zu tun.“ Nahles hatte zuvor das Rentenpaket als „generationengerecht“ verteidigt.

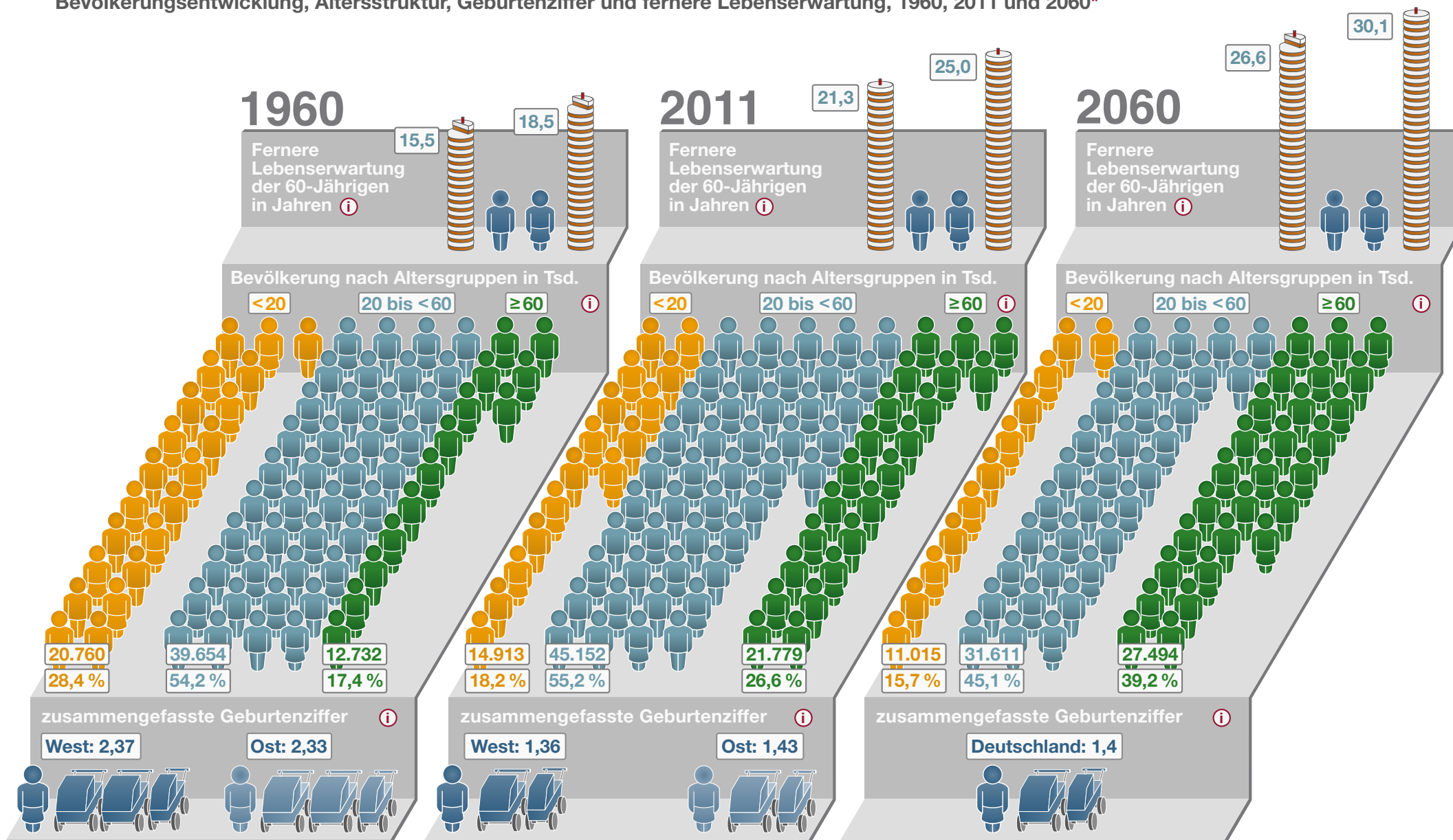
afp/dpa



Demografischer Wandel

Bevölkerungsentwicklung, Altersstruktur, Geburtenziffer und fernere Lebenserwartung, 1960, 2011 und 2060*

Fussnoten



■ ■ Demografischer Wandel

■ Fakten

Die sozialen Sicherungssysteme werden zu großen Teilen über die Sozialversicherungsabgaben und Steuerleistungen der Erwerbstätigen finanziert. Da die meisten Erwerbstätigen in der mittleren Generation zu finden sind – also in der Gruppe der 20- bis unter 60-Jährigen (oder auch 15- bis unter 65-Jährigen) –, ist der demografische Wandel häufig Teil der politischen Diskussion. Je nachdem wie sich die Altersstruktur beziehungsweise das Verhältnis der mittleren Generation zur jüngeren und älteren Generation entwickelt, verändern sich auch die Versorgungsaufgaben der mittleren Generation.

Die seit Mitte der 1970er-Jahre anhaltend niedrigen Geburtenziffern und die beständig steigende Lebenserwartung haben zu einer drastischen Veränderung des Größenverhältnisses zwischen den Generationen geführt. Der Anteil der unter 20-Jährigen an der Bevölkerung reduzierte sich zwischen 1960 und 2011 von 28,4 auf 18,2 Prozent. Parallel stieg der Anteil der Personen, die 60 Jahre und älter waren, von 17,4 auf 26,6 Prozent.

Um Aussagen über die zukünftige Bevölkerungsentwicklung bzw. die Altersstruktur treffen zu können, hat das Statistische Bundesamt mehrere Varianten mit unterschiedlichen Annahmen hinsichtlich der Entwicklung der Geburtenhäufigkeit, der Lebenserwartung und des Wanderungssaldos berechnet. Nach der Variante der Bevölkerungsvorausberechnung, bei der eine annähernd konstante Gebur-

tenhäufigkeit, ein moderater Anstieg der Lebenserwartung sowie ein positiver Wanderungssaldo von 200.000 Personen pro Jahr ab 2020 angenommen wird, wird sich das Generationenverhältnis weiter zu Lasten der Jüngeren verschieben. Der Anteil der unter 20-Jährigen wird zwischen 2011 und 2060 von 18,2 auf 15,7 Prozent zurückgehen, der Anteil der Personen, die 60 Jahre oder älter sind, wird hingegen von 26,6 auf 39,2 Prozent anwachsen. Die Bevölkerungszahl verringert sich bei dieser Variante bis zum Jahr 2060 von derzeit 81,8 auf 70,1 Millionen.

Neben den Entwicklungen in den Bereichen Geburtenziffer, Zuwanderung und Lebenserwartung haben noch zahlreiche andere Faktoren Einfluss darauf, ob die mittlere Generation die oben genannten Versorgungsaufgaben eher leichter oder schwerer erfüllen kann. So zum Beispiel das Lohnniveau, die Vollzeitquote, die Erwerbstätigenquote und die gesamtwirtschaftliche Entwicklung. Und auch diese Faktoren werden ihrerseits vielfach beeinflusst – zum Beispiel durch das Qualifizierungsniveau, den internationalen Handel oder wiederum durch die Zahl der Kinder je Mutter. Zusammengenommen lassen sich demnach keine verbindlichen Aussagen über die Entwicklung der Altersstruktur und noch weniger über die „Belastung“ der mittleren Generation treffen. Allerdings ist zu bedenken, dass der demografische Wandel auf Entwicklungen beruht, die sich zum Teil seit Jahrzehnten beobachten lassen und die sich – zumindest in der Vergangenheit – auch nicht kurzfristig geändert haben.



■ Demografischer Wandel

■ Datenquelle

Statistisches Bundesamt: www.destatis.de, Online-Datenbank, 10. und 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung: Bevölkerung Deutschlands bis 2050, Bevölkerung Deutschlands bis 2060

■ Begriffe, methodische Anmerkungen oder Lesehilfen

Die Angaben für das Jahr 2060 beziehen sich auf eine Variante der Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes, die von einem positiven Wanderungssaldo (Differenz zwischen Zu- und Fortzügen nach bzw. aus Deutschland) von 200.000 Personen pro Jahr ab 2020 ausgeht. Weiter wird eine annähernd konstante zusammengefasste Geburtenziffer von durchschnittlich 1,4 Kindern je Frau sowie eine Zunahme der Lebenserwartung bei Geburt um etwa siebeneinhalb Jahre auf 85,0 Jahre bei den Jungen und um etwa sechseinhalb Jahre auf 89,2 Jahre bei den Mädchen im Jahr 2060 angenommen. Die langfristigen Bevölkerungsvorausberechnungen haben Modellcharakter. Sie sind keine Prognosen, sondern gehen vom gegenwärtigen Altersaufbau aus und setzen die oben beschriebenen Annahmen um.

Die zusammengefasste Geburtenziffer gibt an, wie viele Kinder eine Frau im Laufe ihres Lebens bekommen würde, wenn ihr Geburtenverhalten so wäre wie das aller Frauen zwischen 15 und 49 Jahren im jeweils betrachteten Jahr. Wie viele Kinder ein Frauenjahrgang, auch bezeichnet als Angehörige einer Kohorte, tatsächlich im Durchschnitt geboren hat, kann erst festgestellt werden, wenn die Frauen am Ende des gebärfähigen Alters sind, das zurzeit mit 49 Jahren definiert wird. Zur endgültigen Kinderzahl der Frauen, die jetzt 20 oder 30 Jahre alt sind, können somit heute nur Schätzungen abgegeben werden.

Bei der Lebenserwartung ist zwischen der durchschnittlichen Lebenserwartung bei der Geburt und der ferneren Lebenserwartung zu unterscheiden. Die fernere Lebenserwartung beschreibt, wie viele Lebensjahre beispielsweise eine 60-jährige Person im Durchschnitt noch vor sich hat.

*Stand: 2012

Stand Bevölkerungsvorausberechnung: Ende 2009.

Bei der **Bevölkerungsvorausberechnung** wird eine annähernd konstante Geburtenhäufigkeit, ein moderater Anstieg der Lebenserwartung sowie ein positiver Wanderungssaldo von 200.000 Personen pro Jahr ab 2020 angenommen.

Fernere Lebenserwartung 1960/62: Westdeutschland.

Fernere Lebenserwartung 2009/11: Deutschland.

Fernere Lebenserwartung 2060: „Basisannahme“ der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung.

[zurück](#)

Die **zusammengefasste Geburtenziffer** gibt an, wie viele Kinder eine Frau im Laufe ihres Lebens bekommen würde, wenn ihr Geburtenverhalten so wäre wie das aller Frauen zwischen 15 und 49 Jahren im jeweils betrachteten Jahr.

Freiheit und Sicherheit.



Grundsätze für Deutschland.

Das Grundsatzprogramm.

Beschlossen vom 21. Parteitag
Hannover, 3. – 4. Dezember 2007

CDU

Gliederung

	Seite
Präambel: Christlich demokratische Politik für Deutschland im 21. Jahrhundert	3
I. Wir christliche Demokraten	
1. Wer wir sind – Menschenbild und Grundwerte der CDU	5
2. Unser Gesellschaftsbild	11
– Freie Entfaltung der Person	11
– Zusammenhalt unserer Gesellschaft	13
II. Herausforderungen unserer Zeit – Gestaltungsanspruch der CDU	
1. Herausforderungen unserer Zeit	15
– Die bedrohte Schöpfung	15
– Die globalisierte Welt	16
– Die Anforderungen der Wissensgesellschaft	17
– Die gefährdete Sicherheit	18
– Der demografische Wandel	19
2. Chancengesellschaft Deutschland – Frei und sicher leben	19
III. Starke Familien – Menschliche Gesellschaft	
1. Neue Lebensverläufe – Neues Miteinander der Generationen	22
2. Das Fundament unserer Gesellschaft stärken – Wahlfreiheit für Familien schaffen	25
IV. Bildungs- und Kulturnation Deutschland – Antworten auf die Wissensgesellschaft	
1. Mehr Bildung für alle. Von Anfang an, ein Leben lang	30
2. Neugieriges Deutschland: Forschung sichert Wohlstand	38
3. Kultur: Ausdruck nationaler Identität und Weltoffenheit	40
V. Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft in der globalisierten Welt	
1. Grundsätze einer Ordnung für Wohlstand, Teilhabe und Sicherheit	45

2. Soziale Marktwirtschaft in der globalisierten Welt	48
3. Wirtschaft und Arbeit	51
4. Den demografischen Wandel gestalten – Soziale Sicherheit für alle Generationen	56
5. Solide Finanzen, solides Deutschland	63
6. Auf historischen Leistungen aufbauen – Die neuen Länder voran bringen	66
 VI. Die Schöpfung und das Leben bewahren – Für eine lebenswerte Umwelt	
1. Die Würde des Menschen schützen – Vom Beginn bis zum Ende des Lebens	69
2. Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen	70
3. Zukunft für die Landwirtschaft und den ländlichen Raum	76
 VII. Aktive Bürger, Starker Staat, Weltoffenes Land	
1. Bürgergesellschaft stärken – Eigeninitiative fördern	78
2. Für einen starken Staat: Freiheit und Sicherheit für die Bürger	81
3. Integrationsland Deutschland	88
 VIII. Deutschlands Verantwortung und Interessen wahrnehmen	
1. Deutschlands Chance Europa	91
2. Für Freiheit und Frieden eintreten – Deutschlands Rolle in der Welt	99

Anhang: Stichwortverzeichnis

Präambel

Christlich demokratische Politik für Deutschland im 21. Jahrhundert

Wir Christliche Demokraten bekennen uns im Bewusstsein unserer Verantwortung vor Gott und den Menschen mit diesem Grundsatzprogramm zu unseren Werten und Zielen und geben Antworten auf die Herausforderungen unserer Zeit.

Die CDU ist die Volkspartei der Mitte. In ihr sind auch heute die politischen Strömungen lebendig, aus denen sie nach 1945 entstanden ist: die christlich-soziale, die liberale und die wertkonservative. Wir orientieren uns am christlichen Bild vom Menschen und seiner unantastbaren Würde und davon ausgehend an den Grundwerten Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit. Wir streben nach dem richtigen Verhältnis der Grundwerte zueinander.

In einer sich ändernden Welt bleibt es unser Auftrag, Werte und Wirklichkeit zusammen zu denken und entsprechend zu handeln. Die Einsicht in die Fehlbarkeit des Menschen bewahrt uns vor der Gefahr, Politik zu ideologisieren und zeigt uns die Grenzen der Politik auf.

Die Union hat die entscheidenden Weichenstellungen in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland vorgenommen. Heute stellen wir uns mit gleicher Entschlossenheit den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts.

Nach 1949 legte die CDU mit den grundlegenden Richtungsentscheidungen wie der Sozialen Marktwirtschaft, der Westbindung und der Europäischen Einigung die Fundamente für eine freiheitliche, gerechte und dynamische Entwicklung unseres Landes.

Die CDU hat gegen Widerstände an der Wiedervereinigung Deutschlands festgehalten. Als sich die Chance bot, konnte nach bitteren Jahrzehnten der Teilung die Einheit unseres Vaterlandes in Frieden und Freiheit unter Führung der CDU vollendet werden. Deutschland kann stolz sein auf das, was es geleistet hat. Die CDU hat maßgeblichen Anteil an dieser Erfolgsgeschichte.

Deutschland ist zum ersten Mal in der Geschichte nur von Freunden und Partnern umgeben. Dazu haben unsere Freunde in Amerika und Europa einen wesentlichen Beitrag geleistet. Nie zuvor war der Traum der Gründungsväter Europas so greifbar nahe: ein Europa vereint in Frieden und Freiheit, wirtschaftlich stark, sozial und bereit, mehr Verantwortung in der Welt zu übernehmen. Vertrauen und Verlässlichkeit leiten uns bei der weiteren Einigung und Entwicklung unseres Kontinents.

Diese Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung der Freiheit in Verantwortung ist unser Modell für eine internationale Ordnungspolitik. Die Globalisierung erfordert eine neue Dimension der Sozialen Marktwirtschaft und bietet die Chance, global soziale und ökologische Standards zu setzen.

Angesichts der Herausforderungen des 21. Jahrhunderts ist ein neues Verständnis von Sicherheit notwendig: Es umfasst gleichermaßen die innere und äußere Sicherheit in einer Welt mit immer neuen Bedrohungen. Es umfasst aber auch die soziale Sicherheit unter den Bedingungen einer globalisierten Wirtschaft und der demografischen Veränderungen sowie die des Zusammenhalts in unserer Gesellschaft und die Sicherheit, auch in Zukunft in einer lebenswerten Umwelt leben zu können, die jede Generation für die nächste bewahrt.

Wir wollen Deutschland voranbringen, indem wir die bürgerlichen Werte und Tugenden stärken, die unser Land erfolgreich gemacht haben.

Unser Leitbild für Deutschland ist die Chancengesellschaft, in der die Bürger frei und sicher leben. Sie steht für Respekt vor Leistung und Erfolg. Und wir wollen die soziale Verankerung in die gesellschaftliche Mitte auch für jene, die bisher davon ausgeschlossen sind. Die Schlüssel für bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt liegen insbesondere in gleichen Bildungschancen und lebenslangem Lernen.

Unsere ethischen Überzeugungen und unsere reiche Erfahrung geben uns die Kraft und die politische Vernunft, um die Bundesrepublik Deutschland im Geiste der Freiheit, der

Gerechtigkeit, der Sicherheit und als Chance für alle Menschen zu gestalten. Auf dieser Grundlage handeln wir gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern in unserem Land für eine gute Zukunft.

I. WIR CHRISTLICHE DEMOKRATEN

1. Wer wir sind – Menschenbild und Grundwerte der CDU

Die Volkspartei der Mitte

1. Die Christlich Demokratische Union Deutschlands ist die Volkspartei der Mitte. Sie wendet sich an alle Menschen in allen Schichten und Gruppen unseres Landes. Unsere Politik beruht auf dem christlichen Verständnis vom Menschen und seiner Verantwortung vor Gott.
2. Das christliche Verständnis vom Menschen gibt uns die ethische Grundlage für verantwortliche Politik. Dennoch wissen wir, dass sich aus christlichem Glauben kein bestimmtes politisches Programm ableiten lässt. Die CDU ist für jeden offen, der Würde, Freiheit und Gleichheit aller Menschen anerkennt und die hieraus folgenden Grundüberzeugungen unserer Politik bejaht. Auf diesem Fundament baut unser gemeinsames Handeln in der CDU auf.
3. Die CDU wurde von Bürgerinnen und Bürgern gegründet, die nach dem Scheitern der Weimarer Republik, den Verbrechen des Nationalsozialismus und angesichts des kommunistischen Herrschaftsanspruchs nach 1945 die Zukunft Deutschlands mit einer christlich geprägten Volkspartei gestalten wollten. In ihr fanden sich katholische und evangelische Christen, Frauen und Männer aus allen Regionen und sozialen Schichten zusammen. Die CDU hat konservative, liberale und christlich-soziale Wurzeln. Auf der Grundlage gemeinsamer Wertüberzeugungen haben Mitglieder der CDU im Parlamentarischen Rat an der Erarbeitung des Grundgesetzes aktiv mitgewirkt und für Jahrzehnte die politischen Grundentscheidungen im freien Teil Deutschlands bestimmt – zum Beispiel die Soziale Marktwirtschaft, alle großen Sozialgesetze, die Einbindung der Bundesrepublik Deutschland in die westliche Werte- und Verteidigungsgemeinschaft und die

Einigung Deutschlands und Europas. Der CDU im sowjetisch besetzten Teil Deutschlands blieb dies verwehrt.

4. Die geistigen und politischen Grundlagen der CDU sind in der Sozialethik der christlichen Kirchen, in der liberalen Tradition der Aufklärung, in der wertkonservativen Pflege von Bindungen und dem Wissen darum, dass der Staat nicht allmächtig sein darf, sowie im christlich und patriotisch motivierten Widerstand gegen den Nationalsozialismus zu finden. Zur Identität der CDU gehören auch die friedliche Revolution von 1989, die die kommunistische Diktatur der DDR überwand, und die Wiedervereinigung unseres Vaterlandes. Die Leistungen und die Erfahrungen von Bürgerinnen und Bürgern aus den neuen Ländern bereichern unser Gemeinwesen und die CDU. Die Christlich Demokratische Union Deutschlands ist die Partei der deutschen Einheit.

Das christliche Menschenbild

5. Für uns ist der Mensch von Gott nach seinem Bilde geschaffen. Aus dem christlichen Bild vom Menschen folgt, dass wir uns zu seiner unantastbaren Würde bekennen. Die Würde aller Menschen ist gleich, unabhängig von Geschlecht, Hautfarbe, Nationalität, Alter, von religiöser und politischer Überzeugung, von Behinderung, Gesundheit und Leistungskraft, von Erfolg oder Misserfolg und vom Urteil anderer. Wir achten jeden Menschen als einmalige und unverfügbare Person in allen Lebensphasen. Die Würde des Menschen – auch des ungeborenen und des sterbenden – ist unantastbar.

6. Aus der Würde des Menschen erwächst sein Recht auf die freie Entfaltung der Persönlichkeit und zugleich die Verantwortung gegenüber dem Nächsten. Der Mensch besitzt die Freiheit zur sittlichen Entscheidung. Er steht nach christlichem Verständnis in der Verantwortung vor Gott und vor seinem Gewissen und ist auf Gemeinschaft mit seinen Mitmenschen angelegt.

7. Jeder Mensch ist Irrtum und Schuld ausgesetzt. Darum sind auch der Planungs- und Gestaltungsfähigkeit der Politik Grenzen gesetzt. Diese Einsicht bewahrt uns vor

ideologischen Heilslehren und einem totalitären Politikverständnis. Sie schafft Bereitschaft zur Versöhnung.

8. Wir verstehen den Menschen als Teil der Schöpfung. Es steht ihm nicht zu, nach Belieben über die Natur zu verfügen. Sie ist uns zur Gestaltung und Bewahrung anvertraut. Wir sind dafür verantwortlich, wie wir sie den nachfolgenden Generationen weitergeben.

9. Auf diesem Menschenbild beruhen die Grundlagen der demokratischen Rechts- und Verfassungsstaaten. Das gilt auch für diejenigen, die Würde, Gleichheit und Freiheit des Menschen nicht aus dem christlichen Glauben herleiten.

Unsere Grundwerte: Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit

10. Unser Gemeinwesen lebt von geistigen Grundlagen, die weder selbstverständlich noch für alle Zeiten gesichert sind. Es ist die besondere Selbstverpflichtung der CDU, die christlich geprägten Wertgrundlagen unserer freiheitlichen Demokratie zu bewahren und zu stärken. Sie sind Maßstab und Orientierung unseres politischen Handelns. Aus ihnen leiten sich unsere Grundwerte Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit her. Sie erfordern, begrenzen und ergänzen einander und sind gleichrangig. Ihre Gewichtung untereinander sinnvoll zu gestalten, ist unsere Aufgabe und Kern der politischen Auseinandersetzung. Die Grundwerte als unteilbare Menschenrechte gelten universell und über unsere nationalen Grenzen hinaus.

Freiheit

11. Der Mensch ist frei geschaffen. Als sittliches Wesen soll er vernünftig und verantwortlich entscheiden und handeln. Selbst ein totalitäres System kann ihm die innere Freiheit nicht nehmen. Die Freiheit des anderen bedingt und begrenzt die eigene Freiheit. Wer Freiheit für sich fordert, muss die Freiheit seines Mitmenschen anerkennen. Freiheit umfasst Rechte und Pflichten. Sie ist immer Freiheit in Verantwortung. Es ist Aufgabe der Politik, den Menschen den notwendigen Freiheitsraum zu sichern und sie für das Gemeinwesen in die Pflicht zu nehmen.

12. Der Mensch entfaltet sich in der Gemeinschaft. Wer sich von mitmenschlichen Verpflichtungen löst, macht sein Leben nicht frei, sondern arm und einsam. So wie es Abhängigkeiten gibt, die den Menschen erniedrigen, so gibt es Bindungen, in denen Freiheit sich erst entfaltet.

13. Recht sichert Freiheit, indem es die personale Würde des Menschen schützt. Es regelt das geordnete und friedliche Zusammenleben der Menschen. Einschränkungen der Freiheit sind zulässig, soweit sie zur Wahrung der Freiheit erforderlich sind. Die Verwirklichung der Freiheit bedarf der sozialen Gerechtigkeit. Die Verhältnisse, unter denen der Mensch lebt, dürfen der Freiheit nicht im Wege stehen. Jeder muss die Chance auf ein selbstbestimmtes Leben haben. Leistung und Eigentum müssen geachtet und geschützt sein. Die materiellen Grundlagen der Freiheit sind zu sichern.

14. Freiheit ermöglicht und braucht die eigenverantwortliche Lebensgestaltung. Deshalb ist das gesellschaftliche Leben nach dem Prinzip der Subsidiarität zu ordnen: Was der Bürger allein, in der Familie und im freiwilligen Zusammenwirken mit anderen besser oder ebenso gut leisten kann, soll seine Aufgabe bleiben. Staat und Kommunen sollen Aufgaben nur übernehmen, wenn sie von den einzelnen Bürgern oder jeweils kleineren Gemeinschaften nicht erfüllt werden können. Der Grundsatz der Subsidiarität gilt auch zwischen kleineren und größeren Gemeinschaften sowie zwischen freien Verbänden und staatlichen Einrichtungen. Subsidiarität verlangt, dass die größeren Gemeinschaften, auch die staatliche Ebene, tätig werden, wenn gesellschaftspolitische Erfordernisse die Leistungskraft der Einzelnen oder der kleineren Gemeinschaften überfordern.

15. Freiheit verwirklicht sich im praktischen Leben durch Selbstverantwortung und Mitverantwortung. Der Bürger soll Freiheit in der Familie, Nachbarschaft, Arbeitswelt und Freizeit sowie in Gemeinde und Staat erfahren und leben. Er soll teilnehmen und mitverantworten, wählen und entscheiden. Er darf weder in die Rolle des Bevormundeten gedrängt noch zum bloßen Empfänger staatlicher Leistungen erniedrigt werden. Selbständiges Urteil und verantwortliche Mitarbeit schützen ihn vor der Verführung durch

Ideologien. Wir wollen den Sinn für Verantwortung und Gemeinwohl, für Pflichten und Bürgertugenden stärken.

16. Die eigene Leistung gehört zur freien Entfaltung der Person. Seine Würde und sein Recht hat der Mensch unabhängig von jeder Leistung, aber eigene Leistungsfähigkeit zu erfahren, ist eine wichtige Quelle seiner Lebenskraft. Leistung ist ein unentbehrlicher Antrieb. Es gilt daher, persönlichen Leistungswillen und Initiative zu fördern, ob auf Erwerb gerichtet oder nicht. Ohne persönliche Leistung kann kein Gemeinwesen gedeihen, Wohlstand erlangen und bewahren.

17. Zur Freiheit gehört die Bereitschaft, sich für sie einzusetzen und sie nach außen und innen zu verteidigen. Wir bekennen uns zu wehrhafter Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Wer frei ist, hat die Pflicht, für die Freiheit derer einzutreten, denen Freiheit vorenthalten wird. Freiheit darf nicht auf wenige Völker oder gesellschaftliche Gruppen beschränkt sein. Wir wollen Freiheit für alle Menschen und leisten dazu unseren Beitrag.

Solidarität

18. Solidarität ist ein Gebot der Nächstenliebe und entspricht der sozialen Natur des Menschen. Das Ziel, ein menschenwürdiges Leben für alle zu ermöglichen, verpflichtet uns zu solidarischem Handeln. Solidarität muss vor allem den Menschen gelten, die noch nicht, nicht mehr oder dauerhaft nicht sich selbst die Grundlagen eines freien Lebens schaffen können.

19. Jeder hat das Recht auf und die Pflicht zur Solidarität und trägt mit seiner Arbeit und Leistung dazu bei, dass die Gemeinschaft für den Einzelnen eintreten kann. Wir bekennen uns zu dieser wechselseitigen Verantwortung. Elementare Formen der Solidarität sind Hilfe und Unterstützung im unmittelbaren persönlichen Miteinander - in der Familie, unter Freunden und Nachbarn und in privaten Gemeinschaften. Dort aber, wo die Kräfte des Einzelnen überfordert sind, müssen die Gemeinschaft und der Staat helfen.

20. Die soziale Sicherung beruht auf dem Grundgedanken der Solidarität. Gemeinschaftlich werden die Risiken abgesichert, die der einzelne allein nicht bewältigen kann. Es werden weder Almosen noch eine kostenlose Versorgung gewährt, wohl aber ein Leben in sozialer Sicherheit ermöglicht. Wer Solidarität übt, ist zum Verzicht bereit. Wer auf die Solidarität des Staates baut, hat auch Pflichten dem Staat gegenüber. Die soziale Sicherung hat befriedende und befreiende Wirkung. Solidarität verbietet es, das System der sozialen Sicherung zu missbrauchen.

21. Solidarität erfordert Subsidiarität. Subsidiarität erfordert eigenverantwortliches Handeln. Der Staat soll dem Bürger dieses Handeln ermöglichen und erleichtern.

22. Solidarität verpflichtet uns gegenüber künftigen Generationen. Ohne die Solidarität zwischen den Generationen erreichen wir keine Generationengerechtigkeit. Alle politischen Entscheidungen müssen dieser Verantwortung gerecht werden. Wir dürfen nicht auf Kosten unserer Kinder und Kindeskiner leben. Wir dürfen auch nicht auf Kosten unserer Mitmenschen in anderen Teilen der Welt leben. Wir setzen uns für eine weltweite Solidarität der Völkergemeinschaft ein. Ohne sie ist die Kluft zwischen Arm und Reich nicht zu überwinden und die Bewahrung der Schöpfung nicht möglich.

Gerechtigkeit

23. Grundlage der Gerechtigkeit ist die Gleichheit aller Menschen in ihrer von Gott gegebenen Würde und Freiheit. Gerechtigkeit wahrt diese Würde und Freiheit. Gerechtigkeit verlangt, Gleiches gleich und Ungleiches ungleich zu behandeln. Im Rechtsstaat heißt Gerechtigkeit gleiches Recht für alle. Recht schützt vor Willkür und Machtmissbrauch. Es sichert Freiheit auch für den Schwächeren.

24. Gerechte Chancen zu schaffen, ist die notwendige Ergänzung der Gleichheit vor dem Recht. Jeder soll die gleiche Möglichkeit haben, sich in Freiheit so zu entfalten, wie es seinen persönlichen Fähigkeiten entspricht. Wir setzen uns dafür ein, dass jeder Mensch seine Lebenschancen frei und verantwortlich wahrnehmen kann. Dafür bietet die

Chancengesellschaft die Voraussetzungen und Möglichkeiten. Sie wächst auf dem Boden möglichst gerecht verteilter Lebenschancen. Das erfordert gleiche Startchancen in Bildungswege und in die Arbeitswelt. Dazu gehört nicht, Unterschiede in den persönlichen Anlagen des Einzelnen zu leugnen. Wir wollen gleiche Chancen eröffnen, nicht gleiche Ergebnisse versprechen.

25. Gerechtigkeit fordert Belastungen angemessen zu verteilen. Deshalb ist es gerecht, dass die Stärkeren einen größeren Beitrag für unser Gemeinwesen leisten als die Schwächeren.

Auch wenn wir uns mit äußerster Anstrengung für mehr Gerechtigkeit in unserer Gesellschaft einsetzen, wissen wir, dass absolute Gerechtigkeit nicht erreichbar ist. Wir fühlen uns den Schwachen und sozial Benachteiligten besonders verpflichtet. Niemand darf verloren gehen, keiner darf vergessen werden.

26. Wo das Recht der Menschen auf ein menschenwürdiges Leben missachtet wird, wo die Freiheit Einzelner, bestimmter Gruppen oder ganzer Völker unterdrückt wird, herrschen Gewalt und Unfrieden. Wir treten ein für die Achtung der Menschen- und Bürgerrechte und die Überwindung sozialer und wirtschaftlicher Not. Damit leisten wir einen Beitrag zum Frieden zwischen den Völkern und für eine gerechtere Welt.

2. Unser Gesellschaftsbild

27. Die geistigen Grundlagen unserer christlich demokratischen Union befähigen uns, die Herausforderungen von Gegenwart und Zukunft zu bewältigen. Politik kann gerade in Zeiten des Umbruchs Rahmenbedingungen schaffen, die in Gesellschaft und Staat Kräfte zur Beantwortung drängender Fragen freisetzen. Unsere Politik für Deutschland zielt auf eine Gesellschaft, die jedem Freiheit sichert und alle im Bewusstsein ihrer Zusammengehörigkeit verbindet.

Freie Entfaltung der Person

28. Auf der Suche nach Lebenssinn und Lebensglück müssen alle die Chance haben, sich so zu entwickeln, wie es ihren Neigungen und Fähigkeiten entspricht. Nach christlichem

Verständnis gelingt freie Entfaltung nur in der Gemeinschaft. Das Verhältnis von Individuum und Gesellschaft ist wechselseitige Bereicherung. Der Einzelne kann seine volle Identität nur in der Beziehung zu anderen entfalten. Die Gesellschaft ist für ihre Entwicklung und Zukunftsfähigkeit auf freie, selbstbewusste Persönlichkeiten angewiesen. Das zeichnet die Chancengesellschaft aus. In ihr kann jeder Einzelne Kreativität und Innovation entfalten. Diese freie Entfaltung in der Chancengesellschaft ermöglicht gleichzeitig ihren inneren Zusammenhalt.

29. Die CDU vertraut auf die Fähigkeit und die Bereitschaft der Bürgerinnen und Bürger, ihre Angelegenheiten selbst in die Hand zu nehmen. Aufgabe der Politik ist es, die Eigenverantwortung der Bürger zu fördern und, wo immer es erforderlich ist, Hilfe zur Selbsthilfe zu bieten. Um Verantwortung übernehmen zu können, muss der Mensch seine Kräfte und Anlagen frei entwickeln.

In der Familie erlebt der Mensch zuerst das Wechselspiel von Freiheit und Verantwortung. Zugleich geht aus den Familien die Vielfalt der Persönlichkeiten mit ihren Fähigkeiten hervor, auf die unsere Gesellschaft angewiesen ist. Die CDU will Ehe und Familie als Fundament der Gesellschaft stärken und setzt sich nachdrücklich für eine familien- und kinderfreundliche Gesellschaft und für ein gutes Miteinander der Generationen ein.

Erziehung und Bildung schaffen wesentliche Voraussetzungen für die freie Entfaltung der Person und für die Fähigkeit zur Wahrnehmung von Freiheitsrechten und Bürgerpflichten. Die CDU will differenzierte Bildungsangebote so verbessern, dass jeder die beste Chance auf die Entwicklung seiner Anlagen wahrnehmen kann.

Der Mensch entfaltet sich auch in der Arbeit. Deshalb ist Vollbeschäftigung das Ziel der CDU. Die Soziale Marktwirtschaft ermöglicht dem Bürger die Teilnahme am Wettbewerb und die Erfahrung seiner Leistungsfähigkeit. Wettbewerb hat für die CDU nicht nur in der Wirtschaft eine wichtige Funktion. Wir sind davon überzeugt, dass fairer Wettbewerb Menschen anspricht, das Beste aus ihren Fähigkeiten zu machen.

Der demokratische Rechtsstaat garantiert seinen Bürgern Räume der freien Entfaltung und schützt sie vor Diskriminierungen. Die CDU steht für diese Balance von Freiheit und Ordnung.

30. Die Gleichberechtigung von Frauen und Männern ist ein Grundrecht. Ziel unserer Politik ist, für Frauen und Männer, Mädchen und Jungen gleiche Chancen zu schaffen und Benachteiligungen in allen Bereichen abzubauen. Wir stehen für eine Gleichstellungspolitik, die Frauen und Männer gleichermaßen im Blick hat. Dazu gehören für uns gleiche Berufschancen, Aufstiegsmöglichkeiten und Lohngleichheit im Erwerbsleben, die Aufwertung der Familienarbeit und die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Die spezifischen Sichtweisen und Erfahrungen, die Frauen einbringen, sind von großer Bedeutung für unsere Gesellschaft. Wir fördern auf allen Ebenen die Mitwirkung von Frauen.

Zusammenhalt unserer Gesellschaft

31. Wo der Mensch sich frei entfalten kann, entsteht Gemeinsinn. Das Prinzip der Subsidiarität ermöglicht Gemeinsinn und bürgerschaftliches Engagement. Die CDU strebt eine Gesellschaft an, in der freie und mündige Bürger zusammenhalten und füreinander eintreten: die Jungen für die Alten, die Alten für die Jungen, die Starken für die Schwachen und die Schwachen für die Starken. Die Gesellschaft muss gemeinsam Verantwortung dafür tragen, dass jeder in ihr seinen Platz finden kann.

32. Der Zusammenhalt unserer Gesellschaft hat sein Fundament in unserer Zusammengehörigkeit als Nation. Unsere gemeinsame Sprache, unsere Geschichte sowie das Leben und Handeln in einem wieder vereinten Nationalstaat begründen ein patriotisches Zusammengehörigkeitsgefühl. Wir bekennen uns zu unserer schwarz-rot-goldenen Fahne und zu unserer Nationalhymne als Symbole unserer Demokratie. Die Nation ist eine Verantwortungsgemeinschaft für die Vergangenheit, für die Gegenwart und für die Gestaltung der Zukunft. Jeder, der zu uns kommt und auf Dauer bei uns bleiben will, ist aufgefordert, sich mit diesem Land und seiner Geschichte vertraut zu machen und dadurch seinen Platz in unserem Land zu finden.

33. Ohne die gemeinsame Wertschätzung unseres freiheitlichen Gemeinwesens, ohne Patriotismus, ohne die Bereitschaft, in Heimat und Nation Pflichten zu erfüllen, Verantwortung zu übernehmen und Solidarität zu üben, kann ein Staat nicht gedeihen. Unsere Geschichte ist voller Erfahrungen und großer Leistungen in Wissenschaft und Kunst, in Wirtschaft und Politik. Wir blicken zurück auf eine beachtliche Tradition von Rechtsstaat, Verfassung und guter Verwaltung, wir haben den Sozialstaat begründet und die soziale Marktwirtschaft entwickelt, wir leben seit vielen Jahrzehnten in Frieden und in einer stabilen Demokratie als Teil der europäischen Völkerfamilie, und wir haben die Wiedervereinigung friedlich vollendet. Zu unserer Identität gehört aber auch, dass wir die beschämenden Jahre des menschenverachtenden Nationalsozialismus als dauernde Mahnung bewusst halten, sie nicht verdrängen und gegen nichts aufrechnen. Patriotismus bedeutet für uns, im Bewusstsein der Vergangenheit unseres Landes seine Zukunft verantwortlich zu gestalten.

34. Nur mit dem klaren Bekenntnis zu uns selbst als einer durch Geschichte und Kultur geprägten Gemeinschaft freier Bürger können wir Integration und Teilhabe überzeugend fordern. Denn Teil dieser Gesellschaft zu sein, heißt, an ihrer Geschichte, ihren Traditionen und Erfahrungen, ihren Formen und Normen des Zusammenlebens, also an ihrer Kultur teilzuhaben. Das gilt für jeden Deutschen und für Zugewanderte oder Zuwandernde und ihre Kinder.

Bedingungen unseres Zusammenlebens sind zuerst: die deutsche Sprache zu beherrschen, achtungsvoll dem Mitbürger zu begegnen und zu Leistung und Verantwortung bereit zu sein. Jeder Bürger muss zudem die für uns alle verbindlichen kulturellen Grundlagen unserer gesellschaftlichen und politischen Ordnung anerkennen. Das sind Werte, die unserer Geschichte als einer europäischen Nation entstammen und in unser Grundgesetz eingegangen sind: die Unantastbarkeit der Würde jedes Menschen, sein Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, die Gleichwertigkeit der Menschen und die sich aus ihr ableitende Gleichheit der Rechte der Bürger, die Anerkennung der Lebensentwürfe und geistigen Orientierungen anderer und damit auch der Respekt vor der Freiheit des religiösen Bekenntnisses.

35. Die CDU versteht die Aufgabe der gesellschaftlichen Integration in umfassendem Sinne. Jeder muss sich frei entfalten und am sozialen, politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben teilhaben können. Dabei ist für die CDU die Integration von Zuwanderern und ihren Kindern in unsere Gesellschaft eine politische Schlüsselaufgabe. Sie führt zu gleichberechtigter Teilhabe, zu wechselseitigem Verständnis und zugleich zur Identifikation mit unserem Land.

36. Unsere politische Kultur ist geprägt von den Gemeinsamkeiten der europäischen und den Besonderheiten der deutschen Geschichte. Dazu gehören vor allem die föderale und die konfessionelle Tradition, das besondere Verhältnis zwischen Staat und Kirche und die Verantwortung, die den Deutschen aus den Erfahrungen zweier totalitärer Regime auch für die Zukunft erwächst.

37. Diese kulturellen Werte und historischen Erfahrungen sind die Grundlage für den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft und bilden unsere Leitkultur in Deutschland. Wir wollen sie mit Leben erfüllen.

Unsere Kultur ist in Geschichte, Gegenwart und Zukunft europäisch geprägt und orientiert. Diese europäische Dimension wird im Zuge der fortschreitenden Einigung Europas weiter an Bedeutung gewinnen.

II. HERAUSFORDERUNGEN UNSERER ZEIT – GESTALTUNGSANSPRUCH DER CDU

1. Herausforderungen unserer Zeit

38. Wir leben in einer Zeit epochaler Veränderungen. Die Gefährdungen unserer Umwelt, die Folgen der Globalisierung, die Anforderungen der Wissensgesellschaft, neue Bedrohungen unserer Freiheit und der demografische Wandel sind die wichtigsten Beispiele solcher Herausforderungen. Wir müssen sie annehmen, uns auf sie einstellen und Chancen, die mit ihnen auch verbunden sind, für eine verantwortungsvolle und zukunftsfähige Politik im 21.

Jahrhundert nutzen. Dafür müssen wir aber auch zu Veränderungen bereit sein. So ist etwa unser Land aufgefordert, Fehlentwicklungen und Strukturschwächen des Sozialstaats zu korrigieren. Die CDU als die große Volkspartei in der Mitte unserer Gesellschaft will bewahren, was unser Land voranbringt, und verändern, was unser Land belastet.

Die bedrohte Schöpfung

39. Die Schöpfung wurde uns nach christlichem Verständnis zur Gestaltung und Bewahrung anvertraut. Heute müssen wir feststellen: Die Schöpfung ist bedroht.

40. Neue technologische Entwicklungen führen den Menschen an ethische Grenzen. So tragen biomedizinische und gentechnische Forschung wesentlich zur Heilung von Krankheiten und Linderung von Leid bei. Sie bergen aber zugleich Risiken: Wenn sich grenzenloser Erkenntnisdrang und gewissenlose Vermarktung verbinden, sind Schöpfung und Menschenwürde in Gefahr. Auch die Freiheit der Forschung hat die Unantastbarkeit der Würde des Menschen und die Schöpfung zu achten.

41. Der globale Klimawandel gefährdet unsere Lebensgrundlagen und die Entwicklungschancen der nachfolgenden Generationen. Die Nachfrage nach Energie und der Verbrauch fossiler Energieträger steigen weltweit. Die erhöhten Treibhausgasemissionen und die damit verbundene Klimaerwärmung haben weit reichende Konsequenzen für Mensch und Natur: Abschmelzen von Gletschern, Anstieg des Meeresspiegels, Versauerung der Meere, Überflutungen, Wassermangel, Artensterben, neue Wüsten und Dürrekatastrophen – Katastrophen, die zudem Menschen in Armut stürzen und aus ihrer Heimat in die Migration zwingen.

Die globalisierte Welt

42. Globalisierung bedeutet weltweite Öffnung politischer, wirtschaftlicher und kommunikativer Grenzen. Sie ist gekennzeichnet durch die Mobilität der Menschen und den Austausch von Ideen und Informationen, von Gütern, Leistungen und Kapital sowie durch die Vernetzung der Märkte. Sie ist Ausdruck von Freiheit und verstärkt den Wettbewerb.

43. Die Globalisierung ist ein unumkehrbarer, politisch wie wirtschaftlich fruchtbarer Entwicklungsprozess, der weltweit zunehmend mehr Menschen gesellschaftliche, politische und ökonomische Chancen eröffnen kann. Wir wollen die Globalisierung so gestalten, dass weltweit Demokratie und Menschenrechte gestärkt und soziale und ökologische Ziele gefördert werden. Das Bewusstsein, in einer gemeinsamen Welt zu leben, wächst. Die Globalisierung führt aber auch zu einer anderen Verteilung von Armut und Reichtum in der Welt – zwischen Ländern und innerhalb einzelner Länder. Migration ist auch eine Folge von Globalisierung.

44. Die internationale Vernetzung der Güter- und Dienstleistungsmärkte verstärkt den internationalen Wettbewerb der Standorte, der immer mehr zu einem Wettbewerb der Regionen im Weltmaßstab wird. Globale Finanzmärkte ermöglichen es, Kapital weltweit aufzunehmen und anzulegen. Regionen mit Zukunftspotential und Aussichten auf hohe Renditen fließt Kapital zu, das in weniger attraktiven Regionen fehlt oder verloren geht. Ähnliches gilt für den Markt der Talente und des Wissens. Damit erfährt der weltweite Wettbewerb von Standorten und Wirtschaftssystemen eine neue Dimension. Diese Entwicklung verringert zugleich die nationalen Steuerungsmöglichkeiten und macht einen internationalen Ordnungsrahmen notwendiger denn je.

45. Viele Menschen in Deutschland erleben die Globalisierung und die Anforderungen, die mit ihr einhergehen, als Bedrohung ihres Arbeitsplatzes, der eigenen beruflichen Zukunft und der bislang für selbstverständlich gehaltenen sozialen Absicherung. Diese Ängste gilt es ernst zu nehmen. Deutschland hat jedoch seit jeher von der Öffnung von Grenzen und der zunehmenden Verschmelzung der internationalen Märkte profitiert – Unternehmer durch breitere Marktchancen ebenso wie Arbeitnehmer durch höherwertige Arbeitsplätze, Verbraucher durch mehr und bessere Produkte ebenso wie Anleger durch vielfältige Investitionsmöglichkeiten. Wenn wir uns im globalen Wettbewerb behaupten, sichern wir für unser Land auch künftig die wirtschaftlichen Grundlagen von sozialer Sicherheit und Stabilität und erschließen uns jeden Tag neue Chancen zu ihrer Weiterentwicklung. Möglichst alle Menschen müssen an diesen Wachstumschancen, an Wissen und Kapital teilhaben können. Wer hierfür die Bedingungen schafft, handelt sozial.

Die Anforderungen der Wissensgesellschaft

46. Die moderne Informations- und Kommunikationstechnologie treibt die Entwicklung zur Wissensgesellschaft voran. Der Anteil des Wissens an der Wertschöpfung nimmt zu. Damit entstehen völlig neue Wissensbereiche und Beschäftigungsmöglichkeiten.

47. Das Wissen der Zukunft ist vernetzt und interdisziplinär. Dadurch ändern sich auch die Zugänge zum Wissen. Die Gewinnung, Organisation und Nutzung von Wissen ist schon heute zentral für die Erwirtschaftung von Wohlstand und die Schaffung von Lebenschancen für jeden Einzelnen wie für unsere Gesellschaft als Ganzes. Wissen wird zur wichtigsten Ressource. Darin liegt zwar eine große Chance für ein Land wie Deutschland, das immer arm an Rohstoffen war und auf eine große Bildungs- und Forschungstradition zurückblickt. Darin liegt aber auch eine große Herausforderung angesichts dynamischer neuer Wettbewerber auf den Weltmärkten.

48. In dem Maße, in dem heute das Wissen der Menschheit wächst und der wissenschaftlich-technische Fortschritt bislang Unbekanntes erschließt, wächst die Bedeutung von Bildung. Denn dem Einzelnen gelingt es kaum noch, die immer größer werdende Menge der Informationen, die zur Verfügung steht, zu neuem Wissen zu verarbeiten. Wissen ist ungleich verteilt und veraltet schneller. Umso schwieriger ist es, möglichst viele Menschen daran teilhaben zu lassen. Teilhabe möglichst vieler ist aber die unabdingbare Voraussetzung, damit die Chancengesellschaft in Deutschland Realität wird.

Die gefährdete Sicherheit

49. Erstmals in seiner Geschichte ist unser Land ausschließlich von Freunden und Partnern umgeben. Doch zugleich können Deutschland und Europa heute von überall auf der Welt her bedroht werden. Katastrophen und ihre Folgen, das Scheitern von Staaten, Bürgerkriege, Armut, Hunger, Seuchen und Umweltzerstörung oder grenzüberschreitende Kriminalität wirken sich auch auf uns aus. Terroristen, die über Grenzen hinweg agieren, und die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen stellen große Gefahren dar. Die Auseinandersetzung um den Zugang zu natürlichen Ressourcen und Energiequellen, von denen auch der Wohlstand und die Freiheit Deutschlands abhängen, birgt Risiken für den

Frieden in der Welt.

50. Spätestens seit den Terroranschlägen des 11. September 2001 wissen wir, wie verwundbar freie und offene Gesellschaften sind und vor welchen Herausforderungen unser Land und die internationale Staatengemeinschaft stehen. In der globalisierten Welt werden wir unmittelbar konfrontiert mit den Auswirkungen asymmetrischer Bedrohungen. Diese Entwicklungen fordern uns nicht nur als Staat heraus, sondern auch unsere Gesellschaft und unsere Kultur.

Neue Bedrohungen für die Sicherheit entstehen auch im Inneren. So sind unser freiheitlicher demokratischer Verfassungsstaat, seine Werte und Normen bedroht durch Links- und Rechtsextremismus, gewaltbereiten Fundamentalismus, Terrorismus und organisierte Kriminalität.

Der demografische Wandel

51. Während die Weltbevölkerung stark wächst, werden wir Deutsche weniger. Unsere Geburtenrate gehört zu den niedrigsten weltweit und reicht seit langem nicht mehr aus, den Bevölkerungsstand zu erhalten. Zugleich leben die Menschen in Deutschland erfreulicherweise länger. Die Bevölkerungspyramide wird auf den Kopf gestellt.

52. Eine kleiner werdende Gesamtbevölkerung mit einem immer höheren Anteil von älteren Menschen wird unsere Gesellschaft verändern. Künftig werden viele Ältere keine Kinder und Enkel haben; familiäre Netze werden ausgedünnt. Eine kinderarme, alternde Gesellschaft steht in einer Welt des raschen Wandels vor großen Bewährungsproben.

53. Immer weniger Erwerbstätige müssen für immer mehr Menschen sorgen, die nicht im Erwerbsleben stehen. Die Aufwendungen für Rentner und Pensionäre werden weiter zunehmen. Unsere bisher bewährten sozialen Sicherungssysteme sind diesen Entwicklungen nicht gewachsen: Sie müssen der veränderten Situation angepasst werden. Zwischen den Generationen muss es gerecht zugehen. Zugleich wird die Bevölkerungsentwicklung in den Regionen Deutschlands unterschiedliche Auswirkungen haben. Wir streben eine Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in allen Teilen Deutschlands an.

Insgesamt ist es eine politische Querschnittsaufgabe, sich den Herausforderungen des demografischen Wandels zu stellen, denn er hat Auswirkungen auf nahezu alle Lebensbereiche.

54. Die Herausforderungen, vor denen wir stehen, beunruhigen und verunsichern viele Menschen. Die CDU gibt mit diesem Programm Antworten, die geleitet sind von der Überzeugung, dass Bewährtes erhalten bleiben muss, wir aber auch mit den notwendigen Veränderungen die Chancen für die Gestaltung der Zukunft nutzen müssen.

2. Chancengesellschaft Deutschland – Frei und sicher leben

55. Das christliche Menschenbild leitet uns auch in Zukunft. Jeder Mensch hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Person. Jeder trägt aber auch Verantwortung für seinen Mitmenschen. Unser Leitbild der Chancengesellschaft trägt dieser Balance von Entfaltung und Verantwortung, von Freiheit und Sicherheit Rechnung. Dieses Leitbild entspricht dem aus dem christlichen Menschenbild abgeleiteten Grundverständnis.

Die Chancengesellschaft ist der Kern einer menschlichen Gesellschaft. Sie befähigt den Menschen und eröffnet Möglichkeiten. Wir stehen für Respekt vor Leistung und Erfolg, für das Recht auf eine neue Chance im Falle des Scheiterns und für Solidarität gegenüber den Schwachen.

Wir wollen die soziale Verankerung in die gesellschaftliche Mitte auch für jene, die bisher davon ausgeschlossen sind. Die soziale Herkunft des einzelnen darf nicht über seine Zukunft entscheiden. Für die CDU ist Chancengerechtigkeit und damit die Befähigung zu eigenverantwortlicher Lebensgestaltung das Ziel, nicht die Gleichheit der Ergebnisse. Jeder Mensch ist ein unverwechselbares Individuum, das es zu schützen und bewahren gilt. Für uns steht dieser freie und verantwortliche Mensch im Mittelpunkt aller unserer politischen Überlegungen, nicht der Staat.

Die Soziale Marktwirtschaft des 20. Jahrhunderts ermöglichte „Wohlstand für Alle“. Wir halten daran fest, schaffen aber mit „Chancen für Alle“ die Voraussetzungen, dass sich auch im 21. Jahrhundert die positiven Wirkungen der Sozialen Marktwirtschaft voll entfalten können. Dafür gestalten wir Bedingungen, die Leistungsbereitschaft und Tüchtigkeit, Vertrauen in die eigene Kraft, soziale Verantwortung und Gemeinsinn stärken.

Frei leben

56. In Zeiten, in denen Vieles in Bewegung gerät, müssen wir alle den Mut zur Freiheit aufbringen. Ohne Freiheit können Chancen nicht genutzt werden. Wir müssen auf die Kraft der Freiheit und damit auf uns selbst vertrauen, um die Zukunft zu gewinnen.

Die großen Herausforderungen einer sich rasch ändernden Welt anzunehmen und zu bewältigen, erfordert nicht nur Leistungswillen, Ausdauer und Disziplin, sondern vor allem Neugier und Kreativität. Nur mit neuen und mutigen Ideen – mit wissenschaftlichen, kulturellen, sozialen, wirtschaftlichen, politischen – werden wir das Land bleiben können, in dem wir gut und gerne leben.

Der Staat soll Freiheit sichern. Dazu muss er sich oft mehr zurücknehmen, manchmal aber stärker hervortreten, etwa um die Chancen unserer Jugend zu fördern.

Sicher leben

57. In Zeiten, in denen Vieles in Bewegung gerät, brauchen die Menschen Vertrauen auf ein Leben in Sicherheit. Es ist Aufgabe der Politik, für die Menschen Rahmenbedingungen zu schaffen, in denen sie ein sicheres Leben führen können.

Sicherheit hat heute viele Dimensionen. Die Stärkung der Familie und des Zusammenhalts der Generationen, die Verbesserung von Erziehung und Bildung sowie die Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft schaffen die Bedingungen für soziale Sicherheit. Sozial sicher lebt, wer sich auf Solidarität verlassen kann, wem immer wieder Chancen eröffnet werden, auch neue Chancen, an der globalen Wissensgesellschaft teilzuhaben.

Kulturelle Identität bietet den Menschen in unserem Land die Sicherheit, aus der heraus sie die Kraft zur Gestaltung ihrer Zukunft schöpfen. Wenn wir uns dessen versichern, was uns leitet, dann gewinnen wir inneren Halt, um Freiheit in Verantwortung wahrnehmen zu können. Die gesellschaftliche Integration von Zuwanderern auf der Basis der Leitkultur in Deutschland ist ein wichtiger Beitrag zur kulturellen Sicherheit.

Das Ziel unserer Politik der inneren Sicherheit ist es, mit Augenmaß die Möglichkeiten des Staates zur Gefahrenabwehr und Kriminalitätsbekämpfung zu verbessern. Angesichts weltweiter Bedrohungen gegen unsere Art zu leben ist sie kaum mehr von einer Politik der äußeren Sicherheit zu trennen. Innere und äußere Sicherheit müssen daher zusammenhängend betrachtet werden.

Der Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen, zu dem auch der schonende Umgang mit unserer Umwelt und unserem Klima gehört, eröffnet für nachfolgende Generationen die Perspektive, sicher leben zu können.

58. Die CDU steht für eine Gesellschaft, in der Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit gelebt werden. Wenn die Grundwerte im richtigen Verhältnis zueinander stehen, ist auch das Bedürfnis der Menschen nach Sicherheit erfüllt. Freies und sicheres Leben verwirklicht sich in der Chancengesellschaft.

III. STARKE FAMILIEN – MENSCHLICHE GESELLSCHAFT

1. Neue Lebensverläufe – Neues Miteinander der Generationen

59. Nicht nur die äußeren Verhältnisse haben sich verändert, sondern auch der Charakter der Lebensphasen und die Rolle der Generationen. Eine sensible und zukunftsorientierte Politik muss Antworten suchen, die den neuen Lebensverläufen der Menschen entsprechen und dabei berücksichtigen, dass man heute älter wird und dabei gesünder bleibt.

60. Junge Menschen haben heute weniger als früher die Chance, das gesellschaftliche Miteinander schon in der Familie einzuüben. Unterschiedliche Lebensentwürfe, die früher durch verschiedene Lebensarten und berufliche Ausrichtungen in einer Großfamilie ganz selbstverständlich waren, stehen immer seltener als vielfältige familiäre Vorbilder bereit, an denen sich Kinder und Jugendliche orientieren können. Die junge Generation braucht für ein gelingendes Leben nicht nur viel Wissen, sondern auch soziale Kompetenzen, damit sie ihr Leben meistern kann. Auch in der Jugend gilt: jeder muss sich anstrengen, so gut er kann. Eine Politik, die Menschen zu Eigenverantwortung und Solidarität motiviert, handelt sozial.

61. Durch die Länge von Schul-, Berufsausbildung und Studium rückt die Existenz- und Familiengründung zeitlich eng zusammen. Gleichzeitig ruht auf der Generation der Erwachsenen eine besondere Verantwortung für das Funktionieren des Zusammenlebens der

Generationen: Sie erzieht die Kinder, kümmert sich um die älteren Familienmitglieder, bringt ihren Anteil in den Generationenvertrag ein und muss im höheren Maße als früher für das eigene Alter vorsorgen. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist ein Kernbestandteil christlich demokratischer Politik. Wir wollen, dass diejenigen, die in unseren Familien Arbeit und Verantwortung übernehmen, die breite Unterstützung aus allen Teilen der Gesellschaft erfahren und in den Sozialversicherungen wie im Steuersystem besser gestellt werden.

62. In naher Zukunft lebt etwa ein Drittel der Gesellschaft ein Drittel seiner Lebenszeit nach dem Ausscheiden aus dem Erwerbsleben. Es ist falsch, vom Ruhestand zu sprechen. Im Gegenteil, die Älteren sind eine große Chance und mit ihrer Lebenserfahrung ein gewaltiges Kapital für unsere Gesellschaft. Sie sind bereit, sich einzubringen. Wir wollen mehr und bessere Angebote, um unsere älteren Mitbürger einzuladen, mit Kindern und Jugendlichen, mit Eltern und Erwerbstätigen ein lebendiges Miteinander zu gestalten. Jeder hat eine Aufgabe. Alle werden gebraucht.

63. Ein neues Verständnis einer Gesellschaft des langen Lebens wollen wir für die Gesundheitspolitik. Gesundheitspolitik in einer alternden Gesellschaft kann nicht nur bedeuten, das Leben mit Hilfe der Hochleistungsmedizin zu verlängern, sondern auch die Lebensqualität zu verbessern. Deshalb wollen wir die Eigenverantwortung stärken und die Prävention zu einer eigenständigen Säule im Gesundheitswesen ausbauen. Lebensqualität im Alter heißt auch, dass Menschen so lange wie möglich ein selbstbestimmtes und eigenständiges Leben in der gewohnten Umgebung führen können. Hierzu müssen entsprechende Angebote entwickelt werden.

Wie wir mit den Pflegebedürftigen und Menschen mit Behinderungen umgehen, entscheidet über die soziale Qualität unseres Gemeinwesens. Auch wer pflegebedürftig ist, will ein selbstbestimmtes Altern möglichst in der vertrauten Umgebung und nicht ausgeschlossen werden. Auch wenn Familien nicht selbst pflegen können, wollen sie wissen und sich darum kümmern, dass es ihren Eltern und Großeltern gut geht. Pflegebedürftige Menschen und Pflegekräfte brauchen mehr Unterstützung durch freiwilliges Engagement. Wir wollen eine

bessere Kooperation zwischen Familien, Institutionen, hauptamtlichen Pflegekräften und Ehrenamt aus der Nachbarschaft.

64. Ein neues Verständnis vom Alter und vom Ende der Erwerbstätigkeit bestimmt unsere Politik zum Ende der Erwerbsarbeit. Viele Menschen können und wollen länger arbeiten. Nicht nur die Gesellschaft und das Ehrenamt, auch die Wirtschaft und die Unternehmen brauchen in verstärktem Maße das Wissen, das Engagement und die Tatkraft älterer Menschen. Viele von ihnen erleben es als eine Form der Altersdiskriminierung, wenn sie gegen ihren Willen aus dem Arbeitsleben oder einer ehrenamtlichen Tätigkeit ausscheiden müssen. Wir wollen mehr Flexibilität in diesen Bereichen.

65. Im zunehmenden Maße leiden viele Menschen unter einem Mangel an Zuwendung und unter Einsamkeit. Es gibt seelische Armut in reichen Gesellschaften. Menschen brauchen Menschen, damit es ihnen gut geht.

66. Die sozialen Fragen von heute sind von einer anderen Qualität als in der Vergangenheit und sie erfordern eine andere politische Herangehensweise. Mit traditionellen Methoden allein, wie mehr Geld, mehr Personal und mehr Vorschriften, ist den neuen sozialen Herausforderungen nur unzureichend beizukommen: Ob es sich darum handelt, die Nachbarschaft und ganze Stadtviertel nicht veröden zu lassen, Menschen mit Behinderung nicht auszugrenzen, die Integration von Zuwanderern zu einem Erfolg zu führen – all das erfordert mehr als staatliche Maßnahmen. Um die großen Fragen unserer Zeit erfolgreich anzugehen, brauchen wir neu gelebte Solidarität und Eigeninitiative aus der Mitte der Gesellschaft.

67. Die CDU ist nicht die Partei, die reflexartig vom Staat die Lösung aller gesellschaftlichen Probleme erwartet. Sie ist deshalb besser als andere dazu in der Lage, Antworten auf die sozialen Herausforderungen zu finden. Das Prinzip der Subsidiarität ist heute aktueller denn je. Die CDU will die kleinen Einheiten stärken, aus denen beides erwächst: Entfaltung und Zusammenhalt, Eigenverantwortung und Solidarität. Die erste und wichtigste Gemeinschaft ist die Familie.

2. Das Fundament unserer Gesellschaft stärken – Wahlfreiheit für Familien schaffen

68. Familien werden immer wichtiger und sind das Fundament unserer Gesellschaft. Familie ist überall dort, wo Eltern für Kinder und Kinder für Eltern dauerhaft Verantwortung tragen. Sie ist der Ort, an dem Partnerschaft und Solidarität gelebt und der Sinn für Gerechtigkeit vermittelt wird. In ihr reift der Mensch zur Persönlichkeit heran und entfaltet sich zur Freiheit in Verantwortung. Hier werden Werte gelebt, die sich aus dem christlichen Verständnis vom Menschen ergeben – seiner unveräußerlichen Würde und seiner Mitmenschlichkeit.

69. Familie ist nicht alleine die junge Familie mit kleinen Kindern oder Jugendlichen. Sie umfasst alle Generationen. Die Generationenbeziehungen zwischen Kindern, Eltern, Großeltern und Urgroßeltern sind heute wichtiger denn je und müssen gestärkt werden. Wir schätzen die solidarischen Leistungen von Familien über lange Zeiträume und unterstützen Familien auch in den späteren Lebensabschnitten.

70. Die Ehe ist unser Leitbild der Gemeinschaft von Mann und Frau. Sie ist die beste und verlässlichste Grundlage für das Gelingen von Familie. In der Ehe kommt die gemeinsame Verantwortung von Vätern und Müttern für ihre Kinder verbindlich zum Ausdruck. Auch in Ehen, die ohne Kinder bleiben, übernehmen Männer und Frauen dauerhaft füreinander Verantwortung. Deshalb steht die Ehe unter dem besonderen Schutz unseres Grundgesetzes.

71. Ehe und Familie sind das zuverlässigste soziale Netz, wenn Menschen Menschen brauchen. Familienbeziehungen bleiben ein Leben lang bestehen. Noch nie zuvor haben Eltern und Kinder eine so lange gemeinsame Lebenszeit gehabt wie heute.

Dennoch gibt es immer weniger Familien. Gegenwärtig ist jede nachfolgende Generation um ein Drittel kleiner als die vorhergehende. Das ist der Widerspruch unserer Zeit: Eine reiche Gesellschaft ist arm an Kindern. Die vielen individuellen Entscheidungen summieren sich zu einer Entwicklung, die weit reichende Folgen hat sowohl für die Lebensqualität der Menschen als auch für Wohlstand und Wohlfahrt der Gesellschaft.

72. Zu einem glücklichen Leben gehören für die große Mehrheit von Frauen und Männern Familie und Kinder. Kinder binden uns an das Leben und bereiten Freude. Wer sich für Kinder entscheidet, glaubt an die Zukunft und beweist Zuversicht und Optimismus. Kinder bereichern unser Leben. Deshalb kann von einem Bedeutungsverlust der Familie keine Rede sein, ganz im Gegenteil.

73. Die Entscheidung für Ehe, Kinder und Familie ist eine persönliche Entscheidung, die wir unterstützen: Staat und Gesellschaft dürfen aber den Menschen nicht vorschreiben, wie sie zu leben haben.

74. Wir wollen die Voraussetzungen dafür schaffen, dass viele Familien- und Kinderwünsche in Erfüllung gehen können. Manch eine aufgeschobene oder aufgehobene Entscheidung, Kinder und Familie zu haben, hat gesellschaftliche Ursachen, die wir verändern können und verändern müssen – gerade weil wir Familienwerte engagiert bewahren wollen. Wir wollen Familien stärken und familienfreundliche Strukturen schaffen. Hierzu gehört auch die Unterstützung von Familien, deren Kinderwunsch nur mit medizinischer Hilfe verwirklicht werden kann.

Ziel unserer Familienpolitik ist es, den Familien Gerechtigkeit widerfahren zu lassen; ein Leben mit Kindern und die Verwirklichung von Kinder- und Familienwünschen zu erleichtern. Wir wollen starke Familien, in denen die Kinder zu starken Persönlichkeiten heranwachsen, fähig zu Eigenverantwortung und Solidarität.

75. Unsere Politik für die Familien orientiert sich an traditionellen Werten und neuen Wirklichkeiten. Familien leben nicht für sich allein, sie sind eingebettet in ein kulturelles und soziales Umfeld, umgeben von Strukturen, die ihnen helfen oder aber es ihnen schwer machen, Familie zu leben - und die wir gestalten müssen.

Für eine familienfreundliche Gesellschaft

76. In der Familie lernen Menschen soziale Tugenden, wechselseitige Verpflichtungen, Vertrauen und Verantwortung. Hier erfahren sie das Miteinander der Generationen. Hier werden Menschen angenommen unabhängig von Leistung und Versagen. Familien brauchen

ein Klima, in dem sie sich entfalten können. Die Familienwerte, wie wir sie kennen, sind elementar für die Entwicklung des Einzelnen, aber auch für den sozialen Zusammenhalt. Familienwerte in diesem Sinne und aus diesen Gründen zu bewahren, ist uns eine Verpflichtung.

77. Zu dem Klima gehören auch die Anerkennung der gleichen Entfaltungsrechte der Geschlechter und der Wunsch von jungen Männern und Frauen nach Entfaltung in Familie und Beruf. Familienwerte verpflichten Frauen und Männer gleichermaßen.

78. Es ist das Ziel unserer Familienpolitik, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass sich möglichst viele Menschen für ein Leben mit Kindern entscheiden. Es geht deshalb darum, echte Wahlfreiheit zu schaffen, damit Eltern entscheiden können, ob und wie sie Familie und Beruf miteinander vereinbaren. In der bürgerlichen Familie des 21. Jahrhunderts werden sich häufig beide Eltern sowohl um die wirtschaftliche Basis als auch um die emotionale Qualität der Familie kümmern. Gerade weil Liebe und Zuwendung, wechselseitige Verantwortung und Verpflichtung in der Familie eine Zukunft haben sollen, müssen wir Familie neu denken und gestalten. Zu den Familienwerten gehören Hingabe und Verlässlichkeit, aber auch Respekt vor der Individualität und den Entfaltungswünschen des Partners und der Kinder.

79. Alle, die Kindern Leben schenken und in anderer Weise Familie leben, verdienen Respekt und Anerkennung für die große Verantwortung, die sie übernehmen. Allein erziehende Mütter und Väter erbringen diese bedeutende Leistung nicht selten unter besonderen Schwierigkeiten, bei denen sie Unterstützung brauchen.

80. Wir respektieren die Entscheidung von Menschen, die in anderen Formen der Partnerschaft ihren Lebensentwurf verwirklichen. Wir erkennen an, dass auch in solchen Beziehungen Werte gelebt werden, die grundlegend für unsere Gesellschaft sind. Dies gilt nicht nur für nicht-eheliche Partnerschaften zwischen Frauen und Männern. Dies gilt auch für gleichgeschlechtliche Partnerschaften. Wir werben für Toleranz und wenden uns gegen jede Form von Diskriminierung. Eine Gleichstellung mit der Ehe zwischen Mann und Frau als Kern

der Familie lehnen wir jedoch ebenso ab wie ein Adoptionsrecht für gleichgeschlechtliche Paare.

Familien-Zeit einräumen

81. Familien brauchen Zeit: Eltern für die Kinder, Kinder für die Eltern – Zeit für Zuwendung und Fürsorge, Zeit für gemeinsame Aktivitäten und individuelle Interessen. Wir wollen keine Gesellschaft, in der nur ökonomische Interessen zählen. Deshalb haben wir das Elterngeld eingeführt. Mehr Eltern haben dadurch die Chance, sich ihrem Kind im ersten Lebensjahr ohne finanzielle Sorgen intensiver und gemeinsam zu widmen, ohne die berufliche Perspektive aus den Augen zu verlieren. In einer nächsten Stufe gilt es, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf auch mit Blick auf die Pflege von Eltern oder Großeltern zu schaffen. Pflegeleistungen und Erziehungsleistungen sind gleichermaßen als Familienarbeit anzuerkennen.

82. Wichtiger als manch staatliche Maßnahme für den Alltag der Familien ist eine moderne und familienfreundliche Arbeitszeit in Wirtschaft, Unternehmen und Verwaltung. Viele Unternehmen haben längst bewiesen, dass Rücksichtnahme auf Kinder und Familien möglich ist und für beide Seiten einen Gewinn bringt. Eine familienfreundliche Arbeitswelt macht Betriebe, Unternehmen und öffentliche Einrichtungen attraktiv für die besten Köpfe und stärkt Bindung und Loyalität. Wir erkennen die Leistung der Tarifparteien auf diesem Gebiet an und fordern sie auf, Grundsätze und Strategien für eine bessere Balance von Arbeit und Leben in den Tarifverträgen zu verankern. Wir brauchen familiengerechte Arbeitsplätze und nicht arbeitsplatzgerechte Familien.

83. Familie und Beruf zu vereinbaren ist Aufgabe von Müttern und Vätern. Partnerschaftliche Aufteilung von Erziehung erfüllt das Bedürfnis des Kindes nach Mutter und Vater und kann ein Schlüssel zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf sein. Väter, die die Erziehung ihrer Kinder übernehmen, müssen die gleiche gesellschaftliche Anerkennung erhalten wie Mütter.

Mehr Familiengerechtigkeit

84. Nicht zuletzt brauchen Familien finanzielle Unterstützung. Familienförderung ist unserem Verständnis nach keine soziale Wohltat, sondern ein gerechter Ausgleich für die enormen Leistungen, die die Familien erbringen und eine Investition in die Zukunft der

Gesellschaft. Sie eröffnet Wahlmöglichkeiten, wo materielle Zwänge herrschen. Sie kommt daher den Kindern zugute und trägt zugleich zur Stärkung von familiärer Verantwortung bei. Voraussetzung ist, dass die finanzielle Förderung von Familien effizienter und für die Familien überschaubarer wird. Wir wollen alle Maßnahmen in einer Familienkasse bündeln.

85. Der besonderen Rolle der Ehe als partnerschaftliche Verantwortungsgemeinschaft und Kern der Familie muss auch weiterhin steuerlich spürbar Rechnung getragen werden. Wir treten aber dafür ein, das Ehegattensplitting voll zu erhalten und zu einem Familiensplitting zu erweitern, damit die besonderen Belastungen von Familien mit Kindern besser ausgeglichen werden. Familien mit Kindern müssen steuerlich besser gestellt sein als Kinderlose. Zudem sollen alle Familien mit Kindern einen Splitting-Vorteil haben. Außerdem müssen gezielte Anreize gesetzt werden, damit sich Eltern für mehrere Kinder entscheiden. Wir brauchen nicht nur mehr Familien in der Gesellschaft, sondern auch mehr Kinder in den Familien. Gerade Eltern, die sich für drei oder mehr Kinder entscheiden, brauchen besondere Unterstützung.

86. Eltern üben zugunsten ihrer Kinder Verzicht. Dies kommt der ganzen Gesellschaft zugute. Deshalb müssen Eltern in der gesetzlichen Rentenversicherung grundsätzlich besser gestellt werden als kinderlose Versicherte. Wir wollen dafür die Berücksichtigung von Zeiten der Kindererziehung deutlich verbessern.

Unsere Zukunft: Kinder

87. Kinder brauchen Kinder, um sich zu entfalten und soziale Tugenden zu lernen. Wir wollen auch deshalb den bedarfsgerechten Ausbau von Einrichtungen für Kinder aller Altersklassen, in denen diese auf Wunsch der Eltern flexibel und verlässlich betreut werden und die zugleich einen Beitrag zu Erziehung und Bildung leisten. Für mehr Vielfalt im Angebot der Kinderbetreuung begrüßen wir insbesondere auch private Initiativen und Kindergärten in freier Trägerschaft. Den Kindergartenbesuch wollen wir mittelfristig beitragsfrei ermöglichen und für das letzte Jahr verpflichtend machen; Voraussetzung ist eine solide und nachhaltige Finanzierung. Mittelfristig soll es auch einen Rechtsanspruch auf einen Krippen- oder Tagespflegeplatz geben. Familien brauchen Entlastung und eine unterstützende soziale

Infrastruktur. Damit Familien und Kinder sich gut entwickeln können, müssen Eltern und Kindertageseinrichtungen, Schulen, Kinder- und Jugendhilfe besser als gegenwärtig zusammenwirken.

Mittelfristig wollen wir ein Betreuungsgeld für Eltern schaffen, die ihre Kinder vom vollendeten 1. bis zum 3. Lebensjahr zu Hause betreuen und keinen Platz in einer Kindertagesstätte beanspruchen.

88. Recht und Pflicht zur Erziehung der Kinder liegen in erster Linie bei den Eltern. Der Staat kann und soll die Erziehungsleistung der Eltern nicht ersetzen. Er muss aber leicht zugängliche Angebote der Erziehungsberatung und -hilfe vorhalten und im Bedarfsfalle mit aufsuchender Arbeit bei Jugendlichen und Eltern Unterstützung leisten. Er muss darüber hinaus seiner Schutzpflicht Kindern gegenüber gerecht werden. Gewalt gegen Kinder und ihrer Verwahrlosung muss entschlossen entgegengetreten werden. Das Wohl der Kinder in unserem Land ist uns ein besonderes Anliegen.

89. Kinder sind unsere Zukunft. Deutschland muss wieder ein Land werden, in dem das Leben mit Kindern leichter und selbstverständlich wird. Das ist eine Aufgabe, die alle angeht.

IV. BILDUNGS- UND KULTURNATION DEUTSCHLAND – ANTWORTEN AUF DIE WISSENSGESELLSCHAFT

1. Mehr Bildung für alle. Von Anfang an, ein Leben lang

90. Bildung ist der Schlüssel für individuelle Lebenschancen und hat überragende Bedeutung für die Werte, die wir bewahren – und für die Werte, die wir entfalten wollen. Nur bessere Bildung für mehr Menschen wird Wohlstand nachhaltig sichern. Sie wird es ermöglichen, die Herausforderungen der Zukunft zu bewältigen und die Chancen des Wandels zu ergreifen.

91. Die Freiheit und die Würde des Menschen, der Reichtum und die Fülle menschlicher Möglichkeiten kommen erst zur Entfaltung, wenn die Talente und Fähigkeiten junger Menschen von Anfang an gefördert, gefordert und entwickelt werden. Leistungsbereitschaft und Leistungsfähigkeit entwickeln sich am besten in einem Klima der Neugier und des Entdeckergeistes auch außerhalb der Schule.

92. Die soziale Herkunft von Menschen darf nicht über ihre Zukunft entscheiden. Aufstieg durch Bildung, so lautet unser gesellschaftspolitisches Ziel. Alle müssen einbezogen, keiner darf zurückgelassen werden. Armut beginnt allzu oft als Bildungsarmut. Die Teilhabe aller an Bildung und Ausbildung ist ein Gebot der Chancengerechtigkeit.

93. Die soziale Sicherheit und der gesellschaftliche Zusammenhalt erfordern, dass wir Kinder zu starken Persönlichkeiten heranbilden, die Vertrauen haben in ihre eigenen Fähigkeiten, soziale Rücksicht lernen und fähig sind zu Eigenverantwortung und Solidarität.

94. Durch ein freies, gerechtes und leistungsfähiges Bildungswesen werden wir jene Werte weitergeben und bewahren können, auf denen Wohlstand und Sicherheit gründen. Um unsere moralischen und ökonomischen Werte zu vermitteln, ist Bildung von strategischer Bedeutung.

95. Eine Wissensgesellschaft lebt davon, möglichst jede Begabung zu entdecken und von früh an zu fördern: Es kann gar nicht genug gut ausgebildete Menschen geben. Wenn Menschen länger leben und arbeiten, ist es ein Gebot ökonomischer und sozialer Vernunft und eine Verpflichtung für jeden, in allen Phasen des Lebens neue Kompetenzen zu erwerben. Lebenslanges Lernen wird zur besten Versicherung gegen die Wechselfälle des Lebens. Wenn sich das Wissen rascher als früher erneuert und künftige Berufe anspruchsvoller werden, dann ist die Frage einer optimalen Bildung und Ausbildung die soziale Frage des 21. Jahrhunderts.

96. Um sie zu beantworten, orientieren wir uns an mehreren Leitlinien. Wir wollen mehr Differenzierung, mehr Flexibilität und Durchlässigkeit im Bildungswesen. Wir wollen Qualität und Leistung auf allen Gebieten verbessern. Wir wollen das Lernen in und mit der Praxis aufwerten und den Bildungsbegriff so erweitern, dass er den bewahrenswerten Idealen wie

auch den neuen Notwendigkeiten gerecht wird. Wir wollen Bildung von Anfang an und ein Leben lang, und das aus humanen, sozialen und ökonomischen Gründen. Es ist, bei Kindern wie bei Erwachsenen, besser, gerechter und ökonomischer, in Bildung und Weiterbildung zu investieren, als zu versuchen, durch Transferzahlungen oder soziale Maßnahmen Fehlentwicklungen zu korrigieren. Oft genug gelingt dies auch nicht mit viel Geld. Deshalb orientieren wir uns an der Maxime: Vorbeugen statt nachbessern.

Bildung von Anfang an

97. Kinder und junge Menschen sind kreativ und aufgeschlossen, wenn man ihnen eine entsprechende Umgebung bietet. Wir wollen deshalb Familien stärken sowie neue und anregende Bildungsorte für Kinder schaffen. Eine stärkere Verzahnung von frühkindlicher und schulischer Bildung ist nötig. Die Trennung von Bildung und Betreuung halten wir für künstlich und nicht mehr zeitgemäß. Kinder brauchen frühzeitig eine anregende Umgebung, in der sie die Welt spielerisch erforschen und entdecken können. Betreuungs- und Kindertagesstätten sind auch Bildungseinrichtungen. Deshalb wollen wir die Voraussetzungen dafür schaffen, dass die Drei- bis Zehnjährigen individuell entsprechend ihren Fähigkeiten und Begabungen gefördert werden. Wir treten für eine Weiterentwicklung der Fachkräfteausbildung ein, Laufbahnen müssen durchlässiger werden.

98. Das vielfältige gegliederte Schulwesen hat sich bewährt und erfolgreich weiterentwickelt. Das Konzept der Einheitsschule lehnen wir ab. Unsere Devise lautet vielmehr: Für jeden Abschluss einen Anschluss. Es müssen die richtigen Rahmenbedingungen geschaffen werden, damit die Schulen stetig besser und den Schülern gerecht werden. Jeder Schüler kann etwas und hat eine Schule verdient, die es schafft, seine Stärken zu stärken. Wir erwarten, dass eine Schule unter ähnlichen Bedingungen keine schlechtere Bilanz aufweist als vergleichbare Schulen.

99. Für den Wettbewerb der Schulen um die beste Bildung wollen wir neue Wege gehen. Wir wollen verbindliche nationale Standards und eine wirksame, öffentlich sichtbare Evaluierung, dann aber auch mehr Freiheit und Eigenverantwortung für die Schulen, um ihren Weg für eine bessere Unterrichtsqualität zu finden. Wir müssen einen neuen Schwerpunkt auf

eine fundierte empirische Bildungsforschung und eine kontinuierliche Bildungsberichterstattung legen. Beschlossene Bildungsstandards müssen in allen sechzehn Ländern konsequent umgesetzt werden. Die Zusammenarbeit zwischen den Ländern muss Vergleichbarkeit vor allem bei den Abschlussprüfungen und damit Mobilität ermöglichen. Wir halten an der öffentlichen Verantwortung für das Schul- und Bildungswesen fest, Bildungseinrichtungen in freier Trägerschaft sind ein unverzichtbarer Bestandteil dieses Bildungswesens.

100. Mehr Eigenverantwortung ist der bessere Weg, dieser Aufgabe gerecht zu werden und die Schulen zu befähigen, ihren Auftrag umfassend zu erfüllen. Lehrer leisten einen herausragend wichtigen Beitrag für unsere Gesellschaft. Ihre Ausbildung ist der Schlüssel für die erzieherische Kraft der Schule. Neben der differenzierten und fundierten fachlichen Ausbildung muss die pädagogische Praxis im Mittelpunkt stehen. Aus- und Fortbildungen müssen die erworbenen Kompetenzen regelmäßig ergänzen und aktualisieren. Schulqualität setzt eine ausreichende Zahl qualifizierter Lehrerinnen und Lehrer voraus. Auch für sie muss sich Leistung lohnen.

101. Der Auftrag von Schule und Lehrern geht über die Vermittlung von Wissen weit hinaus. Junge Menschen brauchen auch Werte und soziale Tugenden, um ihr Leben erfolgreich zu meistern. Die Achtung vor Demokratie und Rechtsstaat muss immer wieder neu vermittelt werden. Politische Bildung ist unverzichtbar, den Schüler- und Jugendaustausch in Europa gilt es zu fördern. Musische und religiöse Bildung sind notwendig für eine ganzheitliche Entwicklung der Persönlichkeit. Die CDU tritt dafür ein, dass konfessioneller Religionsunterricht in allen Ländern zum Kanon der Pflichtfächer zählt. Neben dem evangelischen und katholischen Religionsunterricht soll bei Bedarf auch Unterricht in anderen Religionen in deutscher Sprache mit in Deutschland ausgebildeten Lehrern und unter staatlicher Schulaufsicht angeboten werden.

102. Bildung beginnt nicht erst in der Schule, und sie hört nicht mit der Schule auf. Die eigentliche Schul-, Bildungs- und Ausbildungsphase in der Jugend muss kürzer werden, früher beginnen und früher enden, dafür aber immer wieder durch Bildungsphasen im weiteren

Lebensverlauf ergänzt werden. Die Fähigkeit, lebenslang zu lernen, muss am Lebensanfang begründet, in Schule und Ausbildung gefördert und durch eine hochwertige und sinnvolle Weiterbildung in allen Phasen des Lebens ergänzt werden. Hierzu gehört auch die Verantwortung der Unternehmen, jungen Menschen Ausbildungsplätze anzubieten und die Fort- und Weiterbildung von Mitarbeitern zu ermöglichen.

Vielfalt, Differenzierung und Flexibilität

103. Zu den Stärken unseres Bildungswesens gehört die Vielfalt an Lernkonzepten und Lernwegen. Wir bekennen uns zu einem begabungsgerechten, differenzierten Schulwesen, das sowohl praxis- als auch theorieorientierte Ausbildungsmöglichkeiten eröffnet. Die verschiedenen Wege müssen dabei so durchlässig und flexibel wie möglich bleiben. Spitzenleistungen sind für die Zukunft unseres Landes von großer Bedeutung. Hochbegabte müssen entsprechend gefördert werden.

104. Die CDU befürwortet den bedarfsgerechten Ausbau von Ganztagschulen unter Einbeziehung von Vereinen und ehrenamtlichem Engagement. Wir verbinden damit die Erwartung, dass die Ganztagschulen einen pädagogisch strukturierten Tagesrhythmus bieten, der sowohl die herkömmlichen Schulfächer als auch Gesundheitserziehung und Sport, musisch-künstlerische Tätigkeiten und die Vermittlung von sozialen Kompetenzen umfasst.

105. Lernschwache und Menschen mit Behinderung brauchen Förderung und Hilfen, die auf ihre individuellen Bedürfnisse eingehen. Das selbstverständliche Miteinander von Behinderten und Nichtbehinderten, ihren Stärken und Schwächen, ist Kindern schon früh zu vermitteln, damit Barrieren in den Köpfen und im Verhalten gar nicht erst entstehen.

Qualität und Leistung

106. Wir wollen, dass Qualität und Leistung wesentliche Kriterien für das gesamte Bildungswesen sind. In dem Prinzip „Fordern und Fördern“ sehen wir eine allgemeine Maxime für das pädagogische und bildungspolitische Handeln. Sinn und Zweck aller Anstrengungen ist es, bei allen jungen Menschen die Stärken auszubauen, ihren Glauben an sich und ihre Fähigkeiten zu fördern, sie immer wieder die nützliche Erfahrung machen zu lassen, etwas erreichen zu können.

Diese Prinzipien und Maximen gelten nach unserem Verständnis für alle, so vielfältig die Unterschiede nach Talenten, Herkunft oder Begabungen auch sein mögen. Wer von anderen etwas fordert oder ihnen etwas zutraut, was sie leisten können, handelt sozial.

107. Wir wollen deshalb mehr und bessere Bildung für alle. Darüber hinaus wollen wir möglichst viele Schülerinnen und Schüler zu Spitzenleistungen befähigen. Die verbindliche Festlegung von überprüfbaren Lerninhalten und Schlüsselkompetenzen in Kerncurricula leistet hierfür einen entscheidenden Beitrag.

108. Bildung für alle, soziale Durchlässigkeit und Spitzenleistungen sind nur denkbar mit Sprachkompetenz. Sprache ist der Schlüssel für Bildung und Ausbildung, für Integration in den Beruf und in die Gesellschaft. Ein zunehmender Anteil der Kinder, insbesondere mit Migrationshintergrund, verfügt nur über ungenügende Deutschkenntnisse. Damit alle Kinder vom ersten Tag in der Schule mitsprechen und gleichberechtigt an Bildung und Ausbildung teilhaben können, brauchen wir eine gezielte Sprachförderung im Kindergarten, verbindliche Sprachtests vor der Einschulung, bei erkannten Defiziten eine intensive Förderung und schulbegleitende Sprachprogramme. Hierbei ist das Elternhaus intensiv einzubeziehen. Gleichzeitig sollen die Mehrsprachigkeit und die interkulturelle Kompetenz dieser Kinder stärker erkannt und gezielt gefördert werden. Für alle Schüler gilt: Ab der ersten Klasse sollen sie neben der deutschen Sprache altersgerecht mindestens eine Fremdsprache erlernen.

109. Die Qualität der Hochschulausbildung und damit auch die Qualifikation von Hochschulabsolventen und Forschern sind von entscheidender Bedeutung in der Wissensgesellschaft. Wir wollen Qualifikationsvorsprünge sichern und Deutschlands Stellung als international anerkannte Talentschmiede weiterentwickeln. Dieses Ziel zu erreichen, setzt ein differenziertes System von Universitäten, pädagogischen Hochschulen, Musik- und Kunsthochschulen, Fachhochschulen, Berufsakademien sowie privaten Hochschulen voraus. Jeder Hochschultyp soll in seiner Entwicklung gefördert werden. Damit staatliche Hochschulen ihren Aufgaben gerecht werden können, bedarf es einer angemessenen Grundausstattung aus dem Staatshaushalt. Mit sozialverträglichen Studienbeiträgen sollen die Hochschulen ihre Lehrangebote gezielt verbessern und besondere Lehrprofile entwickeln können. Exzellenz auch in der Lehre muss zum Selbstverständnis deutscher Hochschulen gehören.

Studentinnen und Studenten müssen ermutigt werden, ihre Stärken weiter zu entwickeln, sei es bei praxisorientierten Studiengängen oder bei der wissenschaftlichen Ausbildung und in

der Forschung. Ein Wechsel zwischen den Hochschultypen muss bei entsprechender Qualifikation möglich sein. Verstärkter internationaler Studentenaustausch fördert den Erwerb von Schlüsselqualifikationen, die später dem Wirtschaftsstandort Deutschland zugute kommen werden. Hierzu trägt auch eine bessere Vereinbarkeit von Studium, wissenschaftlicher Karriere und Familie bei. Voraussetzung ist ebenso eine Ausweitung des Stipendienwesens.

110. Die Einheit von Forschung und Lehre bleibt eine wesentliche Voraussetzung für die Erfolgsgeschichte der deutschen Hochschulen. Damit sie diesen Weg fortsetzen können, muss universitäre Spitzenforschung gefördert und der Wettbewerb der Hochschulen weiter gestärkt werden. Wir wollen für die Hochschulen mehr Freiheit und Eigenverantwortung und weniger staatliche Vorgaben. Wir werden Forschung in Deutschland von bürokratischen Fesseln befreien.

Praktisches Wissen und Können

111. Wir wollen Theorie und Praxis wieder in ein vernünftiges Gleichgewicht bringen. Viele praktische Berufe brauchen in Zukunft mehr theoretisches Wissen als früher. In vielen akademischen Berufen ist es von Vorteil, früher und intensiver mit der Praxis in Berührung zu kommen. Wir wollen das Lernen in und mit der Praxis aufwerten. Berufsakademien und Fachhochschulen sind auch deshalb eine Erfolgsgeschichte, weil ihnen diese wechselseitige Durchdringung von Theorie und Praxis, Beruf und Studium besonders gut gelungen ist.

112. Für die berufliche Bildung in Deutschland ist das duale System das Modell zur Verbindung von Theorie und Praxis. Es ist ein Standortvorteil im internationalen Wettbewerb und die beste Vorbeugung gegen Jugendarbeitslosigkeit. Betriebe und Schulen tragen in ihm gemeinsame Verantwortung für die Ausbildung. Es bietet Grundlagen für Einstiegs- und Aufstiegschancen und für das lebenslange berufliche Lernen. Dabei gilt es auch, Mädchen und Jungen bei ihrer Berufsorientierung Lust auf die Vielfalt der Wege und Ausbildungsmöglichkeiten zu machen.

Manche junge Menschen sind nicht in der Lage, auf Anhieb eine reguläre Berufsausbildung erfolgreich zu absolvieren. Ihnen wird heute zu oft bescheinigt, was sie nicht können, statt ihnen zu bescheinigen, was sie können. Für uns gilt: Jeder kann etwas. Deshalb brauchen leistungsschwächere Jugendliche zusätzliche Einstiegschancen, die zu arbeitsmarktverwertbaren und bescheinigten Qualifikationen führen und Anschlüsse offen halten. Jeder Einstieg in Ausbildung ist besser als keine Ausbildung.

Dazu brauchen wir flexible Wege in der dualen Ausbildung. Hierzu dienen mehr qualifizierte Stufenausbildungen sowie insbesondere Ausbildungsbausteine als abgegrenzte und standardisierte Lerneinheiten, die eigenständig bescheinigt und als Ausbildungsleistung angerechnet werden. Daneben ist die Zusammenarbeit aller Beteiligten, insbesondere zwischen den allgemeinbildenden Schulen und den Einrichtungen der beruflichen Bildung zu verstärken. Die duale Ausbildung soll auch dadurch attraktiver werden, dass die Übergangs- und Anrechnungsmöglichkeiten für die Zulassung von Absolventen einer beruflichen Ausbildung zum Hochschulstudium verbessert werden.

113. Junge Menschen entfalten ihre kreative Kraft, wenn sie sich am Beginn ihres Berufslebens gebraucht und ermutigt fühlen. Die Rahmenbedingungen müssen deshalb so gestaltet sein, dass die privaten und öffentlichen Arbeitgeber mehr als bislang bereit sind, Ausbildungsplätze anzubieten. Dabei setzen wir auf Freiwilligkeit, Verantwortungsbewusstsein und gezielte Anreize statt auf staatlichen Zwang.

114. Zu den Anforderungen der Arbeitswelt gehört es, mobil zu sein. Deshalb brauchen wir einen europäischen Bildungsraum, in dem Ausbildungsgänge und Bildungsabschlüsse vergleichbar sind und gegenseitig anerkannt werden.

Bildung ganzheitlich

115. Wir sind im Bildungswesen einem großen Erbe verpflichtet. Bildung ist die Anregung aller Kräfte des Menschen, damit dieser sich entfalten und zu einer sich selbst bestimmenden Individualität und Persönlichkeit entwickeln kann. Wir werden das Bildungswesen bewahren, indem wir es erneuern. Gerade in einer unübersichtlichen, aber chancenreichen Zeit gewinnt

die Allgemeinbildung eine neue Bedeutung. Und wir wollen das Wissen darum lebendig halten, dass Ideen und Ideale ihren eigenen Wert besitzen. Zugleich werden wir an unseren Schulen die ökonomische und die mathematisch-naturwissenschaftliche Bildung verstärken.

Eine Bildungs- und Forschungspolitik, deren Horizont nur die praktische Verwertbarkeit kennt, wird auch diese verfehlen. Teilhabe, Sicherheit und Wohlstand für alle durch Bildung für alle wird es nur geben, wenn Bildung ihren Sinn und Zweck in sich selber trägt und ihr Wert anerkannt wird.

2. Neugieriges Deutschland: Forschung sichert Wohlstand und Entwicklung

116. Wissenschaft und Forschung entscheiden über den materiellen und immateriellen Wohlstand einer Gesellschaft und tragen zur Bewältigung der großen Herausforderungen der wachsenden Weltbevölkerung bei. Sie sind wesentlich für Fortschritte in Medizin, Welternährung, Sicherheit, Kommunikation, umweltfreundlicher Mobilität und Energieversorgung. Die Geisteswissenschaften bieten zudem unverzichtbares Orientierungswissen in einer sich schnell verändernden Welt.

Der Ideenreichtum und die Kreativität der Menschen sind wesentliche Vorteile Deutschlands im globalen Wettbewerb. Nur mit Entdeckergeist und Erfindungsreichtum können wir überzeugende Antworten auf die Frage geben, wovon und wie wir morgen leben wollen. Neue Ideen für künftigen Wohlstand erfordern zum einen den höheren Stellenwert der Forschung im öffentlichen Bewusstsein und zum anderen die Umsetzung in marktfähige Produkte in Deutschland. Als größte Volkswirtschaft in Europa muss Deutschland eine führende Rolle in der Forschung und Entwicklung von Schlüsseltechnologien des 21. Jahrhunderts einnehmen, um seine internationale Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten und weiter zu stärken.

117. Die CDU bekennt sich zur Freiheit von Wissenschaft und Forschung. Chancen und Risiken der Forschung sind gewissenhaft abzuwägen. Die Freiheit der Forschung findet ihre Grenzen dort, wo die unantastbare Würde des Menschen verletzt oder die Schöpfung gefährdet ist.

118. Deutschland nimmt auf vielen Gebieten der Forschung eine internationale Spitzenposition ein, die es auszubauen gilt. Gerade die Grundlagenforschung, die in erster Linie dem Erkenntnisgewinn und nur mittelbar wirtschaftlichem Nutzen dient, bedarf der staatlichen Unterstützung. Die Forschung an Hochschulen hat einen besonderen Anspruch auf Forschungsförderung, weil hier auch der größte Teil des wissenschaftlichen Nachwuchses ausgebildet wird.

119. Neue Ideen führen dann zu künftigem Wohlstand und Entwicklung, wenn eine stärkere Umsetzung von grundlegenden Erkenntnissen in konkrete Anwendungen, insbesondere in marktfähige Produkte und Dienstleistungen gelingt. Zukunftsorientiertes Forschen verlangt nach der Vernetzung und strategischen Allianzen von Grundlagen- und angewandter Forschung, von Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Wirtschaft. Innovationsleistungen sind meist nicht mehr geniale Entdeckungen Einzelner. Nationale Grenzen werden durch internationale Forschungskooperationen und Unternehmen aufgehoben. Deshalb müssen wir die Kräfte auf allen Ebenen stärker bündeln.

120. Zu moderner Forschung gehört das Denken über Fachgrenzen hinweg. Die Probleme und Herausforderungen unserer Zeit erfordern in zunehmendem Maße interdisziplinäre Ansätze. Zukunftsorientierte Lösungen entstehen oft in fachübergreifenden Forschungsprojekten. Die CDU erwartet die Bereitschaft zum Zusammenwirken von allen Disziplinen, von Geistes-, Sozial-, Natur- und Ingenieurwissenschaften.

121. Wissenschaft, Wirtschaft und Staat tragen gemeinsam Verantwortung für Innovationen und für die Zukunft des Technologie- und Forschungsstandortes Deutschland. Die Ausgaben für Forschung und Entwicklung sollen bis zum Jahr 2015 auf vier Prozent des Bruttoinlandsprodukts gesteigert werden. Hierzu sind entsprechende Anstrengungen der Unternehmen, des Bundes und der Länder in Deutschland notwendig. Die Finanzpolitik muss sich dabei als Innovationsmotor verstehen und durch steuerliche Anreize die Rahmenbedingungen für zusätzliche Investitionen schaffen. Sie bilden eine wichtige Voraussetzung für mehr Innovationsfähigkeit in Deutschland.

122. Der Transfer von Forschungsergebnissen in die Wirtschaft läuft vor allem über innovative Netzwerke. Der gegenseitige Austausch zwischen Wissenschaftlern, Unternehmern und Kapitalgebern muss als vitales Element unseres Forschungssystems ausgebaut und gestärkt werden. Ausgründungen aus den Hochschulen und damit die Schaffung neuer wissens- und technologiebasierter Unternehmen sowie die Ansiedlung innovationskräftiger Unternehmen insbesondere aus dem Ausland, müssen gefördert und unterstützt werden. Insbesondere bei Hochtechnologieunternehmen ist der Weg vom Forschungsergebnis zu einem marktfähigen Produkt besonders schwierig und bedarf gezielter Anreize.

123. Insbesondere der Mittelstand, der Deutschlands Wirtschaft prägt und die Mehrzahl der Arbeitsplätze in unserem Land schafft, verfügt oftmals nicht über eigene Forschungsabteilungen. Die Stärkung seiner Forschungs- und Innovationskraft ist uns besonders wichtig. Dafür sind transparente, leicht zugängliche Förderinstrumentarien und vor allem Forschungsk Kooperationen notwendig. Regionale Akteure in Wirtschaft, Wissenschaft und Politik müssen bei der Identifikation und beim Ausbau von Innovationspotentialen Unterstützung durch Bund und Länder finden. Ebenso muss die Heranführung des Mittelstandes an die europäische Forschungsförderung weiter verstärkt werden.

124. Damit Innovationen gelingen, dürfen Forscher nicht durch unnötige bürokratische Hürden behindert werden. Forschung braucht flexible Organisationsformen und mehr Experimentierfreude bei der Ausgestaltung wissenschaftlicher Institutionen. Freiheit und Eigenverantwortung, Exzellenz und Wettbewerb sowie ein hohes Ausbildungsniveau sind die Leitlinien der CDU.

3. Kultur: Ausdruck nationaler Identität und Weltoffenheit

125. Deutschland ist eine europäische Kulturnation, geprägt vor allem durch die christlich-jüdische Tradition und die Aufklärung. Kunst und Kultur formen nicht nur die Identität des Einzelnen, sondern auch die unserer ganzen Nation. Wir wollen das reiche kulturelle Erbe unseres Landes bewahren, das geprägt ist durch die Vielfalt seiner Länder und Regionen.

126. Kulturelle Vielfalt gehört zur Lebendigkeit unserer Gesellschaft, trägt zur Lebensqualität in Deutschland bei und fördert die Bereitschaft, Neues zu wagen. Unser kulturelles Leitbild ist ein weltoffenes Deutschland, das auf der Grundlage seiner Traditionen aufgeschlossen ist für die Begegnung mit anderen Kulturen. Die kulturelle Vitalität und Attraktivität Deutschlands beruht bis heute auch auf dem Austausch mit anderen Völkern und Kulturen.

127. Wir bekennen uns zur Freiheit der Kunst. Staat und Politik sind nicht für die Kunst, ihre Ausdrucksformen oder Inhalte zuständig, wohl aber für die Bedingungen, unter denen Kunst und Kultur gedeihen können. Kunst ist eine besondere Form der Auseinandersetzung mit der Wirklichkeit. Sie lebt von Neugier und Wagnis. Die Stärkung kreativer Potenziale ist entscheidend auch für die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands. Die Kulturwirtschaft ist ein wichtiger Standortfaktor. Die CDU bekennt sich zur Förderung von Kunst und Kultur als herausragende öffentliche Aufgabe für Bund, Länder und Kommunen. Das gilt für die Bewahrung des kulturellen Erbes ebenso wie für die Förderung der zeitgenössischen Kunst. Hierzu zählen künstlerische Spitzenleistungen ebenso wie die Breitenkultur, tradierte ebenso wie populäre Ausdrucksmöglichkeiten sowie Beiträge der Vertriebenen, der Spätaussiedler und von Zuwanderern. Kulturförderung ist keine Subvention, sondern eine unverzichtbare Investition in die Zukunft unserer Gesellschaft.

128. Neben der staatlichen Verantwortung ist bürgerschaftliches Engagement in der Kulturförderung unersetzlich. Wir wollen die Rahmenbedingungen für private Kulturförderung durch Stiftungen, Mäzenatentum und Sponsoring weiter verbessern.

129. Lebendige Erinnerung ist Teil unserer Kultur und umfasst für uns die gesamte deutsche Geschichte mit allen Höhen und Tiefen.

Prägend für die Bundesrepublik Deutschland sind die Erfahrungen aus der Zeit des Nationalsozialismus, insbesondere die Singularität des Holocausts.

Einen besonderen Rang besitzt auch die Aufarbeitung der SED-Diktatur. Herausragende Bedeutung kommt der friedlichen Revolution vom Herbst 1989 und der Wiedervereinigung

zu. Die Geschichte des Kommunismus in der DDR ist nicht lediglich ein ostdeutsches Ereignis, sondern - wie die Geschichte des Nationalsozialismus - Teil der deutschen Nationalgeschichte wie der europäischen Geschichte.

Das gilt auch für das Schicksal der Heimatvertriebenen. Das Gedenken an die Opfer der Vertreibung und ihr kulturelles Erbe gehören in den Erinnerungsbogen des ganzen Volkes. Ebenso wenig werden wir die großartige Aufbauleistung und die Integration der Vertriebenen und Flüchtlinge nach dem Zweiten Weltkrieg vergessen.

Ein angemessenes würdiges Gedenken an die Freiheits- und Widerstandsbewegungen, die Friedens- und Versöhnungsbeiträge und die wirtschaftlichen und politischen Aufbauleistungen ist nicht nur für einen ehrlichen Umgang mit der eigenen Geschichte unverzichtbar, sondern auch konstitutiv für das Selbstverständnis der Nation und ihre demokratische Traditionsbildung. Dazu gehört insbesondere die Ablehnung jeglicher Form von totalitären und diktatorischen Systemen.

Vor allem Bildung und Wissenschaft, Literatur und Kunst sind aufgerufen, zum Bewusstsein und zur Auseinandersetzung mit der ganzen deutschen Geschichte beizutragen.

130. Ohne Kultur entsteht keine Bildung, ohne Bildung wächst keine Kultur. Kulturelle Bildung ist unerlässlich, um dem Einzelnen zu helfen, seine Persönlichkeit zu entfalten und an Demokratie und Gesellschaft teilzuhaben. Die kulturelle Dimension ist eine wesentliche Voraussetzung zur Vermittlung von Orientierung und Wissen. Insbesondere junge Menschen müssen frühzeitig an Kunst und Kultur herangeführt werden. Nur so können in Zukunft Angebot und Nachfrage für künstlerische Berufe und Kultureinrichtungen nachwachsen. Kulturelle Bildung muss in der Familie beginnen und darf mit der Schule nicht aufhören. Für die CDU ist kulturelle Bildung ein unverzichtbarer Bestandteil des öffentlich verantworteten und geförderten Bildungssystems.

131. Die deutsche Sprache ist mehr als ein Mittel der Verständigung. Sie ist ein herausragendes Merkmal der Kultur unseres Landes und ein die Gesellschaft einigendes Band.

Deshalb haben wir eine besondere Verantwortung für den sorgfältigen und behutsamen Umgang mit der deutschen Sprache.

132. Die auswärtige Kultur- und Bildungspolitik dient der Vermittlung deutscher Sprache und Kultur und soll den Dialog der Kulturen der Welt ebenso fördern wie die Demokratie und Menschenrechte. Die Arbeit von Auslandsschulen und Wissenschaftseinrichtungen sowie kultureller Mittlerorganisationen für ein authentisches Bild unseres Landes im Ausland muss gestärkt werden. Auswärtige Kulturpolitik fördert das Ansehen Deutschlands in der Welt und die Zusammenarbeit Deutschlands mit seinen internationalen Partnern auch im wirtschaftlichen Bereich.

133. Freie Medien sind ein wesentliches Element unserer demokratischen Ordnung, ein besonders schützenswertes Kulturgut und ein bedeutender Wirtschaftsfaktor mit einer herausgehobenen Verantwortung. In einer sich schnell wandelnden Medienwelt kommt es vor allem auf die Sicherung der Vielfalt und Qualität der Medieninhalte, aber auch auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit deutscher Medienanbieter an. Im Interesse der Unabhängigkeit der Medien wie der Politik lehnen wir eine unmittelbare oder mittelbare finanzielle Beteiligung von politischen Parteien an Medien und Medienunternehmen ab.

Zur Vielfalt der Medienangebote gehört auch das bewährte duale System von öffentlich-rechtlichem und privatem Rundfunk. Medienpolitik muss dafür sorgen, dass ein fairer Wettbewerb stattfinden kann, der beiden Systemen angemessene Entwicklungschancen gewährt. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk muss vor allem eine Grundversorgung mit Bildung, Kultur und Information gewährleisten. Er ist damit Kulturförderer und Kulturproduzent zugleich. Ihm kommt ebenso eine besondere Verantwortung für die Integration und Repräsentation von Menschen mit Migrationshintergrund und ihrer Lebenswirklichkeit zu.

134. Medienanbieter und Journalisten sind angesichts ihrer besonderen Einflussmöglichkeiten in hohem Maße mitverantwortlich für das gesellschaftliche und kulturelle Leben sowie für die politische Bildung. Die Vermittlung einer grundlegenden Medienkompetenz als Orientierungshilfe gehört zum Bildungs- und Erziehungsauftrag von Familie, Kindergarten und Schule. Medienanbieter haben eine Verantwortung vor allem

gegenüber jungen Menschen. Dieser müssen sie auch durch entsprechende Selbstverpflichtungen gerecht werden. Der Jugendschutz muss für die jeweiligen Altersstufen stetig weiterentwickelt, seine Maßstäbe präziser gesetzt und Verstöße spürbar geahndet werden.

V. ERNEUERUNG DER SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT IN DER GLOBALISIERTEN WELT

135. Die Globalisierung ist eine von Menschen gemachte Entwicklung, die wir beeinflussen und gestalten können. Wenn wir darauf achten, dass unsere Politik wirtschaftlich vernünftig und sozial gerecht ist, dann ist die Globalisierung nicht das Ende des Sozialstaats und der Sozialen Marktwirtschaft. Vielmehr kann sie der Beginn ihrer weltweiten Akzeptanz sein. Eine neue Wirtschaftspolitik muss die Standards der Sozialen Marktwirtschaft international verankern. Damit erreicht die Soziale Marktwirtschaft eine neue Dimension.

136. Für die CDU basiert die Gestaltung der Globalisierung auf einer internationalen Verständigung über Bedingungen einer humanen und gerechteren Ordnung für die Welt. Diese muss zum Ziel haben, dass alle Menschen von mehr Freiheit und Wohlstand durch die Globalisierung profitieren können. Sie muss dafür sorgen, dass die gewonnene wirtschaftliche Freiheit dem Menschen dient.

137. Die Soziale Marktwirtschaft ist für die CDU das Erfolgsmodell, das es uns auch in Zukunft ermöglicht, in Freiheit, Wohlstand und Sicherheit zu leben. Die CDU bekennt sich zu diesem Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell auch als Antwort auf die Herausforderungen der globalisierten Welt.

138. Die CDU ist die Partei der Sozialen Marktwirtschaft. Sie hat mit Ludwig Erhard die Soziale Marktwirtschaft in der Nachkriegszeit gegen vielfache Widerstände durchgesetzt und die Bundesrepublik Deutschland mit ihr erfolgreich gemacht. Die CDU lehnt sozialistische und andere Formen des Kollektivismus ab. Dies gilt auch für einen ungezügelten Kapitalismus, der allein auf den Markt setzt und aus sich heraus keine Lösung der sozialen Fragen unserer Zeit

findet. Die Soziale Marktwirtschaft bleibt auch im wiedervereinigten Deutschland und im Zeitalter der Globalisierung unser Leitbild.

1. Grundsätze einer Ordnung für Wohlstand, Teilhabe und Sicherheit

139. Die Soziale Marktwirtschaft geht vom einzelnen Menschen als Geschöpf Gottes aus, dessen Würde unantastbar ist. Sie ist eine Ordnung, in der Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit einander erfordern und ergänzen.

140. Die Soziale Marktwirtschaft ist mehr als ein Wirtschaftssystem. Sie ist ein Gesellschaftsmodell. Sie sorgt für Rahmenbedingungen, in denen sich die schöpferischen Kräfte der Einzelnen gemeinsam entfalten können. Damit ist die Soziale Marktwirtschaft die wirtschaftlich-soziale Ordnung der freiheitlichen Demokratie. Denn sie ist vom gleichen Impuls getragen wie die Staatsverfassung: Es geht ihr um die Wahrung der Würde und Freiheit des Menschen vor Übergriffen des Staates und vor der Willkür von Mitmenschen. Sie trägt so wesentlich zur inneren Stabilität des Gemeinwesens bei.

141. Die Soziale Marktwirtschaft bezieht ihre Stärke daraus, dass Freiheit und Verantwortung, Wettbewerb und Solidarität eine Einheit bilden und einander fördern. Sie ist die untrennbare Verbindung von freiheitlicher Wirtschafts- und solidarischer Sozialordnung. Die Soziale Marktwirtschaft ist sozial, weil sie den Menschen die Möglichkeit gibt, ihrer Bestimmung zur Selbstständigkeit gemäß zu leben und für sich und für die Ihren selbst zu sorgen. Sie ist sozial, weil sie die Kräfte der Einzelnen in ein gesellschaftliches Zusammenwirken führt. Sie ist sozial, weil sie die Solidarität, auf der unsere staatlich organisierten Systeme der sozialen Sicherung beruhen, ökonomisch ermöglicht. Soziale Marktwirtschaft ermöglicht die Chance auf Wohlstand und Sicherheit für alle. Soziale Marktwirtschaft bedeutet Teilhabe auch für die, die einen angemessenen Lebensstandard nicht aus eigener Kraft erarbeiten können. So verwirklicht sie soziale Gerechtigkeit.

142. Die Soziale Marktwirtschaft vereint Leistungswillen und Solidarität. Einrichtungen der Solidarität dürfen nicht den Leistungswillen des Einzelnen lähmen. Leistung ist eine wesentliche Grundlage für Wohlstand. Auf dieser Grundlage kann der soziale Frieden gesichert werden.

143. Die Soziale Marktwirtschaft ist eine Wettbewerbsordnung. Politik in der Sozialen Marktwirtschaft ist Ordnungspolitik. Die Soziale Marktwirtschaft eröffnet den Unternehmen leistungsfördernde Freiheitsräume und schafft für die Bevölkerung ein umfassendes Angebot an Gütern und Dienstleistungen. Sie ermöglicht es jedem, eigenverantwortlich am Markt tätig zu sein. Sie setzt einen handlungsfähigen Staat voraus, der die Wettbewerbsvoraussetzungen sicherstellt. Dazu gehören die Gewerbe- und Vertragsfreiheit, der Schutz vor Marktbarrieren und der Schutz vor Machtmissbrauch durch marktbeherrschende Unternehmen und das Ermöglichen von Markttransparenz. In der Sozialen Marktwirtschaft ist der Schutz des Eigentums Voraussetzung dafür, dass es Nutzen für die Allgemeinheit stiften und damit seiner Sozialpflichtigkeit gerecht werden kann.

144. Unternehmer und Unternehmensführer sind mit ihrer Kreativität und Leistungsbereitschaft eine tragende Säule der Sozialen Marktwirtschaft. Für den Erfolg unseres Landes ist es wichtig, dass Frauen und Männer bereit sind, ein Unternehmen zu gründen und Risiken zu übernehmen. Die ganze Gesellschaft profitiert von Unternehmen, die produktiv arbeiten und Gewinne erzielen. Das Streben nach Gewinn dient der Sicherung und Fortentwicklung des Unternehmens und damit auch der Erfüllung gesellschaftlicher Aufgaben. Die CDU bekennt sich zum freiheitlichen und sozialverantwortlichen Unternehmertum. Unternehmer und Unternehmensführer schaffen zukunftsfeste Arbeitsplätze und prägen auch mit ihrem Ruf und ihrer kulturellen Identität das Ansehen Deutschlands in der Welt. Unternehmer brauchen zum erfolgreichen Handeln Freiräume sowie geeignete Rahmenbedingungen und Anreize. Dabei sollte sich die Unternehmensentwicklung auf die finanzielle Situation des Unternehmers oder des Unternehmensführers auswirken.

145. Wer unternehmerisch handelt, übernimmt Verantwortung. Das gilt für die geschäftlichen und gesellschaftlichen Beziehungen, gegenüber Umwelt und zukünftigen Generationen und ganz unmittelbar gegenüber Mitarbeiterinnen, Mitarbeitern und ihren Familien. Dazu gehört auch, dass Unternehmen die Gleichstellung von Mann und Frau auf allen Ebenen bis zu den höchsten Führungspositionen fördern, sowie die Berücksichtigung des

Prinzips gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige geleistete Arbeit. Weitblickende Unternehmen wissen, dass dies in ihrem eigenen Interesse liegt. Das Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft ist der haftende Eigentümer-Unternehmer. Für angestellte Manager muss deshalb auch in Deutschland die persönliche Haftung gestärkt werden.

146. Soziale Partnerschaft, Tarifautonomie und Mitbestimmung in Form der Unternehmensmitbestimmung und der betrieblichen Mitbestimmung sind Grundlagen unserer Wirtschafts- und Sozialordnung und Ausdruck der Sozialethik der christlichen Kirchen. Unser Verständnis von der Würde des arbeitenden Menschen verlangt seine Teilhabe an Entscheidungen, die die Bedingungen für seine Arbeitswelt setzen.

147. Die Arbeitnehmer tragen ebenso wie die Unternehmer mit ihrer Arbeit, ihrer Leistungsfähigkeit und ihrer Leistungsbereitschaft ganz wesentlich zum Erfolg ihrer Unternehmen, der Volkswirtschaft insgesamt und damit zum Wohlstand und Entwicklung unseres Landes bei. Sie leisten damit zugleich einen wesentlichen Beitrag zur Sicherung ihrer Existenz und der ihrer Angehörigen.

Die Unternehmen brauchen gut ausgebildete, kreative und motivierte Mitarbeiter, um erfolgreich sein zu können. Die Arbeitnehmer benötigen Mitwirkungsmöglichkeiten, Verantwortung und Freiräume, um ihre Fähigkeiten umfassend und erfolgreich entfalten zu können. Bildung und Weiterbildung sichern ihre Beschäftigungs- und Leistungsfähigkeit. Zugleich bedürfen Arbeitnehmer für ihre eigene Lebensplanung einer grundlegenden arbeits- und sozialrechtlichen Absicherung. Sie haben einen Anspruch auf angemessene Teilhabe am gesellschaftlichen Wohlstand.

148. Zur Fortentwicklung eines Unternehmens und der Sicherung von Beschäftigung in Deutschland kann die Verlagerung von Arbeitsplätzen auch ins Ausland notwendig sein. Wir erwarten aber von den Unternehmern, dass sie solche Entscheidungen verantwortungsvoll unter Berücksichtigung der sozialen und gesellschaftlichen Folgen treffen und sich für den Standort Deutschland einsetzen.

2. Soziale Marktwirtschaft in der globalisierten Welt

149. Nicht durch Abschottung und Überregulierung, sondern nur durch mehr Freiheit und Wettbewerb können wir die Stärke der Sozialen Marktwirtschaft erhalten. So viel teurer wir im internationalen Vergleich sind, so viel besser müssen wir sein. Wir brauchen in einer dynamischen Welt ein neugieriges, innovatives und kreatives Deutschland. Wirtschaftlicher Erfolg hängt heute stärker denn je von Technologie, Talenten und Toleranz ab. Nur eine offene und vielfältige Gesellschaft schafft das kreative Umfeld, in dem Ideen geboren werden und Wohlstand durch Innovation gesichert wird.

150. Die CDU berücksichtigt als Volkspartei bei der Gestaltung der Globalisierung gleichermaßen die Interessen von Unternehmern wie Arbeitnehmern, Leistungsträgern wie Leistungsempfängern, städtischen wie ländlichen Regionen. Auf der Basis unseres christlichen Wertefundaments treten wir dafür ein, dass auch die Menschen in weniger entwickelten Regionen der Welt bessere Perspektiven erhalten, selbst wenn dies für uns in Deutschland mehr wirtschaftliche Konkurrenz bedeutet. Unser Ziel ist mehr Chancengerechtigkeit, national wie international. Wir wollen unseren Einfluss in der Welt nutzen. Im Kampf gegen Armut, Hunger, Seuchen, Analphabetentum, Korruption, Verstöße gegen Menschenrechte, Diskriminierung und kriegsrische Konflikte halten wir die wachsende internationale Handelsverflechtung und fortschreitende Öffnung der Märkte für eine wichtige Antriebskraft.

151. Die Wirtschafts- und Wertegemeinschaft der Europäischen Union ist ein erfolgreiches Modell dafür, dass Marktöffnung und Wettbewerb bei gleichzeitiger Wahrung nationaler Identitäten und Berücksichtigung von rechtlichen, sozialen und ökologischen Standards zum Nutzen aller funktionieren können. Gleichzeitig ist Europa gegenüber anderen Macht- und Wirtschaftszentren der Welt ein starker Akteur in der Durchsetzung eines gerechten Ordnungsrahmens für die globalisierte Wirtschaft. Wir wollen die EU für die Wahrnehmung dieser wichtigen Zukunftsaufgabe stärken.

152. Wir setzen uns dafür ein, die Handlungsfähigkeit, Stärke, Transparenz und Effizienz der bestehenden internationalen Organisationen zu verbessern. Sie sind das geeignete Mittel, um die Gestaltung einer freien und humanen Weltordnung voranzubringen. Wirtschaftlich starke Staaten müssen ihre Verantwortung wahrnehmen, um auch den Interessen wirtschaftlich schwacher Staaten zu mehr Geltung zu verhelfen. Die CDU will die bestehenden Institutionen der Völkergemeinschaft für die weltweite Durchsetzung der Menschenrechte und unabdingbarer ökologischer und sozialer Mindeststandards nutzen. Kinderarbeit und die Ausbeutung von Arbeitnehmern dürfen nicht toleriert werden.

153. Die CDU steht seit jeher für eine Politik, die auf die positive Gestaltungskraft freier Märkte und fairen Wettbewerbs vertraut. Der multilaterale Freihandel ist für uns die entscheidende Voraussetzung für globales Wirtschaftswachstum und Gerechtigkeit. Öffnung der Märkte für Handel und Kapital sowie internationaler Wettbewerb müssen unter fairen Bedingungen stattfinden. Diese vergleichbaren und fairen Wettbewerbsbedingungen sind heute noch nicht gegeben. Deshalb werden wir uns dafür einsetzen, dass international anerkannte Standards durchgesetzt werden. Bestehende Handelshemmnisse sind konsequent abzubauen.

154. Der Markt ist nicht immer in der Lage, aus sich heraus die Bildung von Monopolen und Kartellen zu verhindern. Damit internationale, private wie staatliche Akteure an ungebremsster Machtentfaltung gehindert werden, ist ein Schutz der Freiheit der internationalen Märkte notwendig. Das erfordert eine international abgestimmte Wettbewerbsordnung.

155. Unsere wirtschaftspolitischen Überzeugungen stehen zunehmend in einem Wettstreit mit den Handlungen von Staaten, die durch aktives Eingreifen nationale wirtschaftsstrategische Ziele durchzusetzen versuchen. Wir wollen auch diese Staaten von der Richtigkeit des freien und fairen Wettbewerbs überzeugen und den internationalen Ordnungsrahmen stärken. Solange jedoch verzerrte Wettbewerbsbedingungen herrschen und unsere nationalen Interessen in Bereichen von zentraler strategischer Bedeutung bedroht sind, kann es legitim sein, diese Interessen durch eigenes staatliches Handeln durchzusetzen. Im Zweifelsfall hat jedoch dabei die Freiheit des Marktes Vorrang.

156. Klar definierte geistige Eigentumsrechte sind die Grundlage für ein langfristiges Forschungs- und Entwicklungsengagement und damit eine wichtige Voraussetzung für unseren wirtschaftlichen Erfolg. Weltweit wird das Recht auf Eigentum an Patenten und Ideen jedoch vielfältig missachtet. Gerade für den Innovationsstandort Deutschland ist es zentral, in der Welthandelsorganisation verbindliche und akzeptierte Regeln zum Schutz geistigen Eigentums zu entwickeln, durchzusetzen und zu festigen.

157. Global tätige Unternehmen können sich nationaler Gesetzgebung zunehmend entziehen. Da die ordnungspolitische Gestaltung von Märkten nie vollkommen sein kann und Überregulierung zu ökonomischen Hemmnissen führt, setzen wir auf verantwortungsbewusste Unternehmen. Freiwillige Verpflichtungen wie der „Global Compact“ der Vereinten Nationen oder die Leitsätze der OECD für multinationale Unternehmen müssen deshalb unterstützt werden.

158. Der globale Finanzmarkt trägt zur Erhöhung des Wohlstands in der Welt bei und ermöglicht in Form von Investitionen den wirtschaftlichen Aufstieg vieler Schwellenländer. Offene Märkte und freie Wettbewerber sichern Attraktivität und Liquidität des deutschen Kapitalmarktes. Fonds auf der Suche nach Anlagemöglichkeiten, wie die Private-Equity-Fonds, können auch in Deutschland dazu beitragen, Unternehmen wettbewerbs- und innovationsfähiger zu machen. Allerdings übersteigen die Finanzmittel einzelner privater Investmentgruppen mittlerweile die Marktmacht von Unternehmen und Großbanken um ein Vielfaches. Wir wollen deshalb die bestehenden internationalen Organisationen nutzen, um für einen verlässlichen Ordnungsrahmen und mehr Transparenz an den weltweiten Handelsplätzen und Finanzmärkten zu sorgen.

159. Die Verbraucher sind aufgrund des internationalen Wettbewerbs günstigerer Preise und vielfältigerer Produkte zum einen Nutznießer, zum anderen aber auch Mitgestalter der Globalisierung. Durch ihre Kauf- und Anlageentscheidungen nehmen sie ständig auch Einfluss auf den Markterfolg einzelner Produkte und Hersteller. Viele in Deutschland angebotene ausländische Produkte werden nicht unter den gleichen sozialen, rechtlichen und

ökologischen Bedingungen hergestellt wie Produkte aus Deutschland. Wir wollen die Entscheidungsgrundlage für den verantwortungsbewussten Verbraucher verbessern und deshalb die Transparenz durch Einführung von international gültigen und verlässlichen Gütesiegeln fördern.

3. Wirtschaft und Arbeit

160. Viele Menschen haben in den letzten Jahrzehnten Vertrauen in die Soziale Marktwirtschaft verloren. Es entstand der Eindruck, dass sie zentrale wirtschaftliche und gesellschaftliche Probleme – allen voran die hohe Arbeitslosigkeit – nicht lösen kann. Nicht jedoch die Soziale Marktwirtschaft steht der Lösung dieser Probleme im Wege, sondern die oftmalige Verletzung ihrer Grundprinzipien. Durch die Globalisierung werden die Versäumnisse besonders deutlich.

161. Wir müssen uns wieder stärker auf die grundlegenden Ordnungsprinzipien der Sozialen Marktwirtschaft besinnen und sie in die richtige Balance bringen, um die Ziele Vollbeschäftigung, stetiges und angemessenes Wirtschaftswachstum, solide Haushalte und stabile soziale Sicherungssysteme zu erreichen. Dazu gehört auch, die Schöpfung zu bewahren und schonend mit den natürlichen Ressourcen umzugehen. Dann sind wir auch künftig das Land von Freiheit und Gerechtigkeit, Aufstieg und Sicherheit, Miteinander und Füreinander. Leitlinie muss das Subsidiaritätsprinzip sein. Es muss gelten: So wenig Staat wie möglich, so viel Staat wie nötig. Deutschland braucht grundlegende Reformen, damit wir unseren Wohlstand sichern und mehren können und damit es gerecht zugeht. Dabei misst sich soziale Gerechtigkeit vorrangig an den Lebenschancen der Bürger.

162. Durch solche Reformen wird die Soziale Marktwirtschaft den Bürgern wieder besser ermöglichen können, ihre Lebensumstände in eigener Verantwortung zu gestalten statt passive Leistungsempfänger zu sein. Gesellschaftliche Teilhabe und politische Teilhabe bedürfen einander. Nur gemeinsam können Soziale Marktwirtschaft und Demokratie gelingen und Vertrauen gewinnen.

Mehr Wettbewerb, mehr Freiheit, mehr Teilhabe

163. Die Wettbewerbsfähigkeit eines Wirtschaftsstandorts lebt von der Dynamik seiner Unternehmen. Deutschlands Wirtschaft ist begründet auf einer jahrhundertealten Tradition des Handwerks, des Mittelstands, des Handels, der Freien Berufe, der Industrie, einer gut ausgebildeten Facharbeiterschaft sowie einer wohnortnahen Versorgung einerseits und leistungsstarken, global wettbewerbsfähigen und international erfolgreichen Unternehmen andererseits. Mittelständische Unternehmen, Dienstleistungs- und Handwerksbetriebe sowie die Freien Berufe sind das Rückgrat unserer Wirtschaft. Sie schaffen den Großteil der Ausbildungs- und Arbeitsplätze. Aufgabe des Staates ist es daher, gerade Existenzgründer und kleine und mittlere Unternehmen durch optimale Rahmenbedingungen zu fördern. Mehr Markt bedeutet mehr Chancen für erfolgreiche Existenzgründungen. Wir wollen die Staatsquote senken, Bürokratie abbauen, das Arbeitsrecht überschaubar und flexibel sowie das Steuerrecht wettbewerbsfähig gestalten und die Bedingungen für die Unternehmensfinanzierung verbessern.

164. Unser Ziel ist es, Vertrauen als Voraussetzung für mehr Investitionen in Deutschland zu schaffen. Wir wollen Deutschland als attraktiven Standort von Unternehmenszentralen und als Investitionsstandort, auch für internationale Risikokapitalgeber, stärken und einen hohen Anteil der industriellen Wertschöpfung im eigenen Land erzielen. Dem Finanzplatz Deutschland kommt für Wachstum und Beschäftigung eine hohe Bedeutung zu.

165. Wir müssen mehr Freiheit und Wettbewerb ermöglichen. Dies heißt vor allem, Märkte zu öffnen und offen zu halten, unlauteren Wettbewerb zu unterbinden und der Konzentration wettbewerbsgefährdender wirtschaftlicher Macht entgegenzuwirken. Wir wollen staatliche Subventionen begrenzen und abbauen sowie weiterhin Wirtschaftsbetriebe mit staatlicher Beteiligung privatisieren. Auch für die kommunale Ebene gilt: Die öffentliche Hand soll nur dann tätig werden, wenn eine Leistung nicht ebenso gut oder besser durch Private erbracht werden kann.

166. Viele Aufgaben der Wettbewerbspolitik haben sich im europäischen Binnenmarkt auf die europäische Ebene verlagert. Vor dem Hintergrund der stärkeren Herausforderungen des Binnenmarktes und der Globalisierung wollen wir, dass die Wettbewerbskontrolle der EU unter Berücksichtigung der nationalen Wettbewerbsbehörden und -ordnungen modernisiert und weiterentwickelt wird.

167. Wettbewerb ist eine wesentliche Voraussetzung für einen starken Verbraucherschutz. Denn jede den Wettbewerb mindernde Monopolisierung schränkt die Vielfalt und die Wahlfreiheit der Verbraucher ein. Verbraucherrechte sind Bürgerrechte. Verbraucherschutz ist eine politische Querschnittsaufgabe. Er ist Teil einer umfassenden Verbraucherpolitik, die ein ausgewogenes Gleichgewicht zwischen Verbraucher- und Wirtschaftsinteressen sucht, damit in Deutschland ein hohes Maß an Lebensqualität erhalten bleibt. Es gilt, durch eine Balance zwischen Selbstbestimmung und staatlichem Schutz ein Optimum an Verbraucherschutz anzustreben. Zuverlässige, umfassende und sachliche Informationen über Produkte und deren Qualität ermöglichen eigenverantwortliches Konsumverhalten. Unser Leitbild ist das des mündigen und informierten Verbrauchers. Verbraucherschutz ist nicht alleine Sache des Staates, sondern er ist auf die Mitwirkung und Verantwortung von Erzeugern, Verarbeitern, Anbietern und Verbrauchern angewiesen. Wir wollen keine staatliche Konsumlenkung.

168. Zu einem attraktiven Wirtschaftsstandort gehört eine funktionierende Infrastruktur. Gerade für Deutschland als Transitland im Herzen Europas bedeutet die wirtschaftliche Integration Europas anwachsende Verkehrsströme. Bessere Nutzung, weiterer bedarfsgerechter Ausbau und die intelligente Gestaltung der Verkehrsinfrastruktur in allen Bereichen sind auch eine entscheidende Voraussetzung für mehr Wachstum. Das gilt auch vor dem Hintergrund von Entwicklungschancen von Ballungszentren und dem ländlichen Raum. Die Notwendigkeit der Weiterentwicklung der Infrastruktur besteht dabei sowohl in den neuen als auch in den alten Ländern. Der daraus resultierende hohe Investitionsbedarf kann nicht allein durch die öffentlichen Haushalte abgedeckt werden. Daher müssen im Sinne der Nachhaltigkeit rentable Möglichkeiten der privaten Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur

intensiver als bisher genutzt werden. Darüber hinaus ist für die Standortqualität eine sichere, umweltfreundliche und wirtschaftliche Energieversorgung von elementarer Bedeutung.

169. Für eine erfolgreiche Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft ist Deutschland auf die Leistungs- und Innovationsfähigkeit seiner Menschen und der Wirtschaft angewiesen. Wir wollen Zukunftsmärkte erschließen. Innovationen, neue Produkte und Dienstleistungen aus Deutschland werden vor allem dann eine Chance auf dem Weltmarkt haben, wenn sie auch in Deutschland zum Einsatz kommen. Aus dem Land der Erfindungen und Patente muss wieder ein Land auch der Umsetzung von Ideen werden. Deutschland muss helle Köpfe und zupackende Visionäre hervorbringen, weltweit um sie werben und hierfür auch attraktive Rahmenbedingungen bieten. Fachkräfte in Handwerk, Dienstleistung und Industrie werden dringend gebraucht.

Arbeit für Alle

170. Arbeit für Alle ist ein Kernstück sozialer Gerechtigkeit. Arbeit ermöglicht Selbstverwirklichung, stiftet Lebenssinn und ist eine entscheidende Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe. Alle werden gebraucht; keiner darf ausgegrenzt werden. Arbeit schafft Einkommen und Wohlstand. Die Soziale Marktwirtschaft will Vollbeschäftigung. Diesem Ziel sind Staat und Tarifpartner verpflichtet. Massenarbeitslosigkeit ist unerträglich, nicht hinnehmbar und ökonomisch schädlich. Entstehende Perspektivlosigkeit kann ganze Familien erfassen und zu einer Beeinträchtigung der Lebenschancen über Generationen hinweg führen.

171. Die Arbeitslosigkeit in Deutschland ist hauptsächlich strukturell bedingt. Wir brauchen deshalb nicht nur mehr nachhaltiges Wachstum, sondern zielgerichtete Bildungsinvestitionen und eine umfassende Reform des Arbeitsmarktes. Wir wollen bessere Beschäftigungschancen für Ältere, gering Qualifizierte und Langzeitarbeitslose. Gerade sie fühlen sich von Freiheit und Teilhabe ausgeschlossen.

172. In Bezug auf den Arbeitsmarkt geht es um einen fairen Ausgleich zwischen den legitimen Schutzbedürfnissen der Arbeitnehmer, den Beschäftigungschancen der

Arbeitslosen und den Interessen der Unternehmen. Schutzbestimmungen auf dem Arbeitsmarkt bzw. das Arbeitsrecht sollen so ausgestaltet sein, dass sie Arbeitslosigkeit nicht begünstigen. Eine Flexibilisierung des Kündigungsschutzes, die die Beschäftigungsaussichten für Erwerbslose verbessert, ist daher ein Gebot der Gerechtigkeit. Es muss gelten: Vorfahrt für Arbeit. In diesem Sinne muss die Aufgabe des fairen Interessenausgleichs gemeinsam mit den Tarifvertragsparteien angenommen werden.

173. Die Tarifautonomie ist ein Garant für die Stabilität des Standortes Deutschland. Sie gehört unverzichtbar zum Ordnungsrahmen der Sozialen Marktwirtschaft. Die Tarifvertragsparteien haben damit begonnen, auf die sich verändernde Arbeitslandschaft des 21. Jahrhunderts flexible Antworten zu finden. Starre Branchentarifverträge, die alle Betriebe gleich behandeln, sind keine ausreichende Antwort. Die Gewerkschaften und die Arbeitgeberverbände sind aufgerufen, weitere Teile ihrer Verantwortung in die Betriebe abzugeben. So können zentral vereinbarte Rahmentarifverträge dezentral nach den spezifischen Bedürfnissen ausgefüllt werden. Diesen Prozess wollen wir durch eine rechtssichere Gestaltung betrieblicher Bündnisse ergänzen. Die Mitbestimmung werden wir als Interessenvertretung der Arbeitnehmer zukunftsfähig, betriebsnah und beschäftigungsfreundlich fortentwickeln. Sie muss die zunehmende internationale Verflechtung der Unternehmen berücksichtigen.

174. Die CDU will im Rahmen sozialer Kapitalpartnerschaft die Möglichkeiten weiterentwickeln, den einzelnen Arbeitnehmer stärker als bisher am Erfolg und Kapital der Unternehmen zu beteiligen. Dies eröffnet den Beschäftigten zusätzliche Einkommensquellen, eine zusätzliche Vorsorge für das Alter, schafft mehr Gerechtigkeit und steigert die Identifikation der Mitarbeiter mit ihrem Unternehmen. Entsprechende Instrumente, auch der Insolvenzsicherung, müssen möglichst betriebsbezogen sein und die besonderen Verhältnisse des einzelnen Unternehmens berücksichtigen. Zudem stärkt die Beteiligung am Unternehmenskapital die Eigenkapitalquote der Unternehmen.

175. Gesellschaftlicher Wohlstand kommt von Arbeit. Mehr Wachstum und mehr Arbeit bedingen einander. Durch die Nutzung flexibler Arbeitszeitmodelle, z. B. von

Jahresarbeitszeitkonten, kann die Arbeit flexibler und produktiver organisiert werden. Die CDU ermuntert die Tarifpartner in diesem Zusammenhang, die Möglichkeiten der Insolvenzabsicherung von Arbeitszeitkonten auszuloten.

176. Mit dem Erreichen einer gesetzlichen oder betrieblichen Altersgrenze begründete unfreiwillige Ausgrenzung vom Arbeitsleben wird häufig zu Recht von den Betroffenen als unwürdig empfunden. Altersgrenzen haben ihren Sinn für die Bemessung der Rentenansprüche. Wer aber darüber hinaus arbeiten will, darf daran grundsätzlich nicht gehindert werden. Die Arbeitswelt und die Arbeitskräfte müssen sich in gegenseitiger Wechselwirkung so weiterentwickeln, dass die demografischen Veränderungen bestmöglich gemeistert werden können.

177. Alle Bürger sollen Existenz sichernde Einkommen erzielen können. Für unsere Arbeitsmarktpolitik gilt: Leistung muss sich lohnen. Es entspricht dem Grundsatz der Leistungsgerechtigkeit, dass man, wenn man arbeitet, mehr hat, als wenn man nicht arbeitet. Wir wollen Rahmenbedingungen, die eine legale Beschäftigung auch für gering Qualifizierte in einfacher Arbeit mit entsprechend beschäftigungsfreundlichen Löhnen und Gehältern attraktiver machen. Hierfür wollen wir niedrig entlohnte Arbeitnehmer finanziell unterstützen. Dies soll auch Arbeitsuchende motivieren, Beschäftigungschancen zu ergreifen, und die Arbeitgeber ermuntern, neue Arbeitsplätze zu schaffen. Wir wollen Arbeit statt Arbeitslosigkeit fördern.

178. Wir wollen in Deutschland keinen Wettbewerb um die niedrigsten Löhne. Sittenwidrige Löhne, die den ortsüblichen Branchenlohn deutlich unterschreiten, müssen deshalb verboten sein.

179. Hohe Lohnzusatzkosten tragen zur Arbeitslosigkeit und Schwarzarbeit bei. Wir wollen die Lohnzusatzkosten senken und die Sozialkosten von den Arbeitskosten schrittweise und möglichst weitgehend entkoppeln und damit auch die Verlagerung von Arbeitsplätzen ins Ausland oder in die Schwarzarbeit verhindern.

4. Den demografischen Wandel gestalten – Soziale Sicherheit für alle Generationen

180. Solidarität und soziale Sicherheit kommen nicht in erster Linie vom Staat. Der Mensch ist von Natur aus ein soziales, auf Gemeinschaft hin angelegtes Wesen, zur Solidarität fähig und verpflichtet. Von der Familie über die Nachbarschaft, das Ehrenamt, Vereine und Initiativen bis hin zu den Kirchen und christlichen Gemeinschaften gibt es viele soziale Orte und Institutionen, die täglich Solidarität leben. Entsteht Solidarität nicht immer wieder neu aus der Mitte der Gesellschaft heraus, wird sie eines Tages fehlen, wenn es um die Grundlagen der sozialen Sicherheit geht. Ehe, Familie, Kindergarten, Schule und Berufsausbildung sind für die Lebenschancen der Menschen und für ihr späteres soziales Wohlergehen wichtiger als vieles andere.

Die Träger der Wohlfahrtspflege erbringen wichtige Leistungen für die Gesellschaft auf der verfassungsrechtlich legitimierten Basis der Subsidiarität.

181. Die CDU ist einer sozialen Politik verpflichtet, die die Lebenschancen der Menschen und das Miteinander in der Gesellschaft verbessert. Eine nur auf finanzieller Zuwendung beruhende Vorstellung von Sicherheit und Solidarität lehnen wir ab. Nur eine Kombination aus Eigenverantwortung, staatlichen Leistungen und bürgerschaftlichem Engagement kann die Sicherheit schaffen, die die Menschen brauchen.

182. Der Sozialstaat hat Großes geleistet. Er bleibt unverzichtbar. Die Systeme der sozialen Sicherung sind maßgeblich von der CDU gestaltet. Durch die solidarische Absicherung von Risiken geben sie den Menschen Sicherheit. Sie haben breiten Wohlstand, sozialen Frieden und Teilhabe gebracht. Sie können aber ihre Aufgabe in Zukunft nur erfüllen, wenn sie weiter entwickelt und verändert werden. Ziel ist der aktivierende Sozialstaat, der den Einzelnen verstärkt motiviert und in die Lage versetzt, im Rahmen seiner Möglichkeiten Eigeninitiative und Eigenverantwortung zu übernehmen.

183. Bei der Gestaltung der sozialen Sicherungssysteme orientieren wir uns an drei Grundsätzen: Sie müssen das Prinzip der Eigenverantwortung stärken, dem Prinzip der Generationengerechtigkeit entsprechen und dürfen das Prinzip der Leistungsgerechtigkeit

nicht verletzen. Ihre Abhängigkeit von der Erwerbsarbeit muss reduziert werden. Deshalb müssen soziale Sicherheit und Erwerbsarbeit weiter entkoppelt sowie die Finanzierung auf breitere Basis gestellt werden. Unsere sozialen Sicherungssysteme müssen unterschiedlichen Bedürfnissen, Lebensphasen und Lebenslagen Rechnung tragen. Dabei müssen Grundrisiken zuverlässig für alle abgesichert sein. Die Bereitschaft und Fähigkeit zur individuellen Vorsorge müssen gestärkt werden. In allen Sicherungssystemen müssen Wettbewerb, Transparenz, Effizienz, Kosten- und Verantwortungsbewusstsein und das Subsidiaritätsprinzip gestärkt werden. Wir werden Missbrauch von sozialen Leistungen und Schwarzarbeit entschieden bekämpfen, denn sie untergraben die Solidarität.

Krankenversicherung

184. Die CDU will, dass auch in Zukunft jeder in Deutschland – unabhängig von Einkommen, Alter oder gesundheitlichem Risiko – eine gute, wohnortnahe medizinische Versorgung erhält und alle am medizinischen Fortschritt teilhaben können. Freie Arztwahl und freie Gesundheitsberufe gehören zum Kern eines freiheitlichen Gesundheitswesens.

185. Aufgrund des demografischen Wandels und des medizinischen und medizinisch-technischen Fortschritts müssen Struktur, Organisation und Finanzierung der gesetzlichen und der privaten Krankenversicherung zukunftsweisend weiterentwickelt werden. Eigenverantwortung, Vorsorge und Prävention müssen weiter gestärkt, Effizienz- und Wirtschaftlichkeitspotenziale ausgeschöpft sowie individuelle Wahlmöglichkeiten und Entscheidungsspielräume eröffnet werden.

186. Es liegt in der Verantwortung und im Interesse jedes Einzelnen, durch eine gesundheitsbewusste Lebensweise Krankheiten vorzubeugen und seine Gesundheit zu erhalten. Die Prävention wird deshalb zu einer eigenständigen Säule neben der Akutbehandlung, der Rehabilitation und der Pflege ausgebaut. Ein wichtiger Schritt zur Stärkung von Eigenverantwortung, Prävention und Gesundheitsförderung ist der Ausbau von Bonus-Modellen, Wahl- und Selbstbehalttarifen.

187. Um Qualität, Versorgungssicherheit und Finanzierbarkeit unseres freiheitlichen und selbstverwalteten Gesundheitswesens zu erhalten, wollen wir den Qualitätswettbewerb stärken. Dafür müssen Leistungen und Kosten transparenter werden.

188. In der gesetzlichen Krankenversicherung wird die an das Arbeitseinkommen gekoppelte Finanzierung stufenweise durch solidarische Prämienelemente ergänzt. Diese werden so bald wie möglich durch ein solidarisches Prämienmodell mit Kapitalbildung ersetzt. Menschen mit geringen Einkommen erhalten einen sozialen Ausgleich. Da Kinder eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Fortführung der Solidarsysteme sind, wird ihre Versicherung künftig von der Allgemeinheit getragen. Sozialer Ausgleich und Versicherung der Kinder werden aus Haushaltsmitteln finanziert. Mit dieser schrittweisen Abkopplung der Gesundheits- von den Arbeitskosten erhält die Krankenversicherung eine zukunftsfähige Finanzierung.

Alterssicherung

189. Die Alterssicherung in Deutschland ruht auf drei Säulen: der gesetzlichen Rentenversicherung, der betrieblichen und der privaten Vorsorge.

190. Die umlagefinanzierte gesetzliche Rentenversicherung ist gegenwärtig die wichtigste Form der Alterssicherung. Sie beruht auf dem Generationenvertrag. Die Veränderungen im Altersaufbau der Bevölkerung und die langfristig sinkende Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten führen dazu, dass zunehmend weniger Arbeitende einer ständig wachsenden Zahl an Rentnerinnen und Rentnern gegenüberstehen. Der Generationenvertrag muss deshalb auf eine neue, stabile Basis gestellt werden, die den jüngeren Menschen eine sichere Lebensplanung ermöglicht und Älteren ein hohes Maß an Verlässlichkeit bietet.

191. Die aktive Generation erwirtschaftet durch ihre Beiträge einen großen Teil des Einkommens der nicht mehr arbeitenden Generation und sichert durch ihre Kinder den Fortbestand der Solidargemeinschaft. Auch deshalb treten wir für eine familienfreundliche Gesellschaft ein, die die Mehrfachbelastungen von Erziehenden anerkennt und honoriert.

192. Die gesetzliche Rentenversicherung muss auch künftig einen spürbaren Bezug zur Beitragsleistung aufweisen und darf ein bestimmtes Sicherungsniveau nicht unterschreiten ohne dabei die Beitragszahler zu überlasten. Die gesetzliche Rentenversicherung geriete in eine Legitimationskrise, wenn sie nur noch Leistungen erbringen würde, die in anderen Sicherungssystemen beitragsfrei bezogen werden können. Eine Mindestversorgung für alle, wie eine Grundsicherung, wäre die Konsequenz.

193. Die gesetzliche Rente ist mehr als ein Instrument zur Armutsvermeidung im Alter. Sie schafft für jeden Einzelnen ein Stück Freiheit und honoriert die Leistungen, die durch die Zahlung von Beiträgen, die Erziehung von Kindern oder die Pflege von Angehörigen erbracht worden sind. Sie erbringt auch in der Zukunft notwendige Leistungen an Hinterbliebene und Menschen, die krankheitsbedingt nicht mehr im Erwerbsleben stehen.

194. Allein wird die gesetzliche Rente künftig den gewohnten Lebensstandard im Alter nicht mehr sichern können. Daher ist es notwendig, dass andere Formen der Vorsorge, wie die private und die betriebliche Alterssicherung, dazu beitragen, den Lebensstandard im Alter zu sichern. Solche Vorsorgeformen sind effizient und zielgerichtet zu fördern.

195. Die betriebliche Altersversorgung gewinnt weiter an Bedeutung. Von den Arbeitnehmern wird zunehmend Mobilität und Flexibilität erwartet. Dem müssen die Rahmenbedingungen für die betriebliche Altersversorgung Rechnung tragen. Wir treten auch für persönliche, außerhalb der Unternehmen geführte Altersvorsorgekonten ein, auf die Arbeitgeber und Arbeitnehmer einzahlen können und die kurzfristig zu Anwartschaften (Unverfallbarkeitsfristen) führen. Der Anspruch auf diese betriebliche Rente muss bereits nach kurzen Laufzeiten eingeräumt werden.

Pflegeversicherung

196. Die von der Union eingeführte Pflegeversicherung hat sich bewährt. Sie muss auch in Zukunft einen verlässlichen Beitrag zur Absicherung des Pflegerisikos leisten und eine hohe Qualität von Betreuung und Pflege bieten. Eine umfassende Pflicht zur Absicherung ist auch in Zukunft unverzichtbar. Sie entbindet jedoch den Einzelnen nicht davon, seine

Eigenverantwortung und Eigeninitiative zur Absicherung des Pflegerisikos und zur Gestaltung der Pflege wahrzunehmen.

197. Um die soziale Pflegeversicherung auf eine zukunftsfähige Finanzierungsbasis zu stellen, soll die Umlagefinanzierung stufenweise um solidarische Prämienelemente ergänzt und im Sinne der Generationengerechtigkeit baldmöglichst durch ein kapitalgedecktes solidarisches Prämienmodell ersetzt werden. Bei der Höhe der Prämie soll die Erziehungsleistung von Eltern berücksichtigt und ein sozialer Ausgleich aus Haushaltsmitteln vorgenommen werden.

198. Prävention und Rehabilitation sollen Vorrang vor Maßnahmen der Pflege haben. „Ambulant vor stationär“ ist unser Grundsatz. Neue Wohn- und Betreuungsformen müssen entwickelt und gestärkt werden. Durch Pflegebudgets, die von den Pflegebedürftigen eigenverantwortlich im ambulanten, teilstationären oder stationären Bereich eingesetzt werden können, und durch die Pflegezeit wollen wir die häusliche Pflege stärken und das Engagement der pflegenden Angehörigen besser würdigen.

199. Veränderungen in der Struktur und Finanzierung der Pflegeversicherung eröffnen Chancen, die Leistungen der Pflegeversicherung zu dynamisieren und die Pflegebedürftigkeit – vor allem zugunsten von Menschen mit eingeschränkter Alltagskompetenz, wie zum Beispiel Demenz – neu zu definieren. Ziel ist es, ein real konstantes Niveau der Pflegeleistung sicherzustellen und einen steigenden Zuzahlungsbedarf zu Lasten der Pflegebedürftigen, ihrer Angehörigen und der Sozialhilfeträger zu verhindern.

Arbeitslosenversicherung

200. Die Arbeitslosenversicherung bietet auch in Zukunft bei Arbeitslosigkeit eine zeitlich begrenzte Absicherung eines erheblichen Teils der aus der vorangegangenen Beschäftigung erzielten Einkommenshöhe. Durch Arbeitsvermittlung, Erhalt und Wiederherstellung der Beschäftigungsfähigkeit erfüllt sie weitere wichtige soziale, gesundheitliche und ökonomische Funktionen.

201. Die Arbeitslosenversicherung bleibt eine solidarische Versicherung, die jedem die Absicherung eines prozentual gleich hohen Einkommensanteils über einen angemessenen Zeitraum gewährt und die Risiken des Einzelnen solidarisch mindert. Die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes muss auch an die Dauer der Beitragszahlung gekoppelt sein. Aus Sicht der CDU ist die Arbeitslosenversicherung mit Blick auf die Notwendigkeit eines flexibleren Arbeitsmarktes von hoher Bedeutung.

202. Die Arbeitslosenversicherung ermöglicht Arbeitslosen, nicht die erste angebotene Tätigkeit aus Existenznot annehmen zu müssen, sondern eine ihren Fähigkeiten entsprechende zu finden. Andererseits müssen Arbeitslose ihre Verpflichtung zur Flexibilität erkennen und zumutbare Arbeit annehmen. Wir wollen bei Eintritt der Arbeitslosigkeit stärkere Möglichkeiten und Anreize zur Arbeitsaufnahme bei einer weiterhin ausgewogenen Absicherung schaffen.

203. Die Arbeitslosenversicherung muss Beschäftigung fördernd ausgerichtet und grundsätzlich auf ihre Versicherungsfunktion beschränkt sein. Unser erstes Ziel ist mehr Beschäftigung am ersten Arbeitsmarkt – auf dieses Ziel hin wollen wir die Instrumente der aktiven Arbeitsmarktpolitik ausrichten. Gesamtgesellschaftliche Aufgaben, wie die Herstellung von Ausbildungsfähigkeit, werden je nach Zuständigkeit aus Haushaltsmitteln finanziert.

Unfallversicherung

204. Die gesetzliche Unfallversicherung übernimmt bei Arbeitssicherheit, Unfallverhütung und Gesundheitsschutz des Arbeitnehmers eine wichtige Rolle. Sie ist eine wesentliche Stütze von Prävention, medizinischer Versorgung und Rehabilitation. Die selbstverwaltete gesetzliche Unfallversicherung muss sich künftig in ihren größeren Verantwortungsgemeinschaften noch stärker an wirtschaftlichen Kriterien messen lassen und auf Unfälle bei legaler Beschäftigung beschränken.

Soziale Sicherheit für Menschen mit Behinderungen

205. Wir wollen die Teilhabe und die Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderungen für die Zukunft sichern. Das bedeutet für Menschen mit Behinderungen, gleichberechtigt an allem – am geistigen, sozialen, kulturellen, beruflichen und politischen Leben der Gesellschaft – teilnehmen zu können. Dafür wollen wir die Rahmenbedingungen schaffen.

Behinderungen sind häufig mit mehr oder weniger starken Einschränkungen verbunden, die nicht immer kompensiert werden können. Die solidarische Gesellschaft stützt Menschen mit Behinderungen dort, wo Förderung angezeigt ist und individuelle Nachteile auszugleichen sind, aber sie bevormundet sie nicht durch übertriebene Fürsorge.

206. Es gilt, den selbstverständlichen Umgang zwischen Behinderten und Nichtbehinderten, ihren Stärken und Schwächen, schon von klein auf zu lernen. Dies gelingt am besten durch gemeinsame Erziehung und Bildung in Familien, frühkindlichen Einrichtungen und Schulen. Wie in der Pflege und in betreuten Wohnformen gilt auch hier in Abstimmung mit den Menschen mit Behinderungen und ihren Angehörigen der Grundsatz „ambulant vor stationär“. Dies bedeutet für die Kinder, dass ein gemeinsames wohnortnahes Erleben von behinderten und nicht behinderten Kindern im Vordergrund stehen muss. Die Teilhabe behinderter Menschen am Arbeitsleben ist zu fördern mit dem Ziel, mehr Beschäftigungsverhältnisse am ersten Arbeitsmarkt anbieten zu können.

207. Wir wollen ein Lebensumfeld schaffen, in dem sich alle Menschen – auch solche mit Behinderungen und gebrechliche Menschen – gut bewegen können. Dafür ist Barrierefreiheit die notwendige Voraussetzung. Viele behinderte Menschen sind in ihrer Mobilität stark eingeschränkt. In Stadt- und Wohnraumplanung muss das Bewusstsein für das Bedürfnis nach Barrierefreiheit gestärkt werden.

5. Solide Finanzen, solides Deutschland

Schuldenabbau und Neuverschuldungsverbot

208. Die Schuldenlast in Deutschland ist schon jetzt erdrückend. Zudem wird ein zu geringer Teil der finanziellen Leistungskraft unseres Landes in die Zukunft investiert. Die demografische Entwicklung in Deutschland wird die sozialen Sicherungssysteme und die

öffentlichen Haushalte in steigendem Maße belasten. Deshalb müssen wir den Schuldenstand entschlossen zurückführen. Eine dem Grundsatz der konsequenten Entschuldung folgende Politik stärkt das Vertrauen und die Investitionsbereitschaft von Bürgern und Unternehmern in den eigenen Wirtschaftsstandort. Schulden von heute sind Steuern von morgen.

209. Der Wohlstand unseres Landes ist gefährdet, wenn der Staat auf Dauer mehr ausgibt, als er einnimmt. Stoppen wir die Verschuldung nicht, wird der Staat in Zukunft wichtige Aufgaben nicht mehr erfüllen können. Wir wollen ein Land, das die Zukunft seiner Kinder sichert und das nicht auf ihre Kosten lebt. Wir wollen ein Land, in dem der Staat finanziell in der Lage ist, den sozial Schwächeren zu helfen. Mit Blick auf die Menschen, die auf Hilfe angewiesen sind und auch im Sinne der Generationengerechtigkeit gilt: Staatsverschuldung ist unsozial.

210. Zur Begrenzung der Neuverschuldung ist es in einem ersten Schritt notwendig, den Begriff der „öffentlichen Investitionen“ in einem strengerem Sinn zu definieren. Nur noch solche Investitionen dürfen über Kredite finanziert werden, die Werte bzw. Vermögen schaffen. Zudem müssen Schulden aus kreditfinanzierten Investitionen in der Regel nach Ablauf eines bei ihrer Aufnahme festgelegten Zeitplans wieder getilgt sein. Damit stellen wir sicher, dass die verfassungsrechtlichen Verschuldungsregeln die Kreditaufnahme wirksam begrenzen und eine Schuldenbremse eingeführt wird. Spätestens bis zur Mitte des nächsten Jahrzehnts wollen wir auf allen Ebenen ein grundsätzliches Neuverschuldungsverbot einführen, das die Möglichkeiten der Neuverschuldung auf unabwiesbare Ausnahmetatbestände begrenzt. Es soll im Grundgesetz, in allen Landesverfassungen und für die kommunale Ebene verankert werden.

211. Wir streben eine gemeinsame Vereinbarung zur Entschuldung zwischen Bund, Ländern und Kommunen an. In Zeiten des wirtschaftlichen Aufschwungs ist, parallel zur Zurückführung des öffentlichen Schuldenstands, Vorsorge für künftige Konjunkturschwankungen zu treffen. Zudem sollten sämtliche Aufgaben und Ausgaben aller Ebenen immer wieder kritisch auf ihre Notwendigkeit und Wirksamkeit geprüft werden. Um

eine transparente öffentliche Haushaltsführung sicherzustellen, wollen wir Bund, Länder und Kommunen auf die Buchführung nach kaufmännischen Grundsätzen verpflichten.

212. Arbeit für Alle und solide Staatsfinanzen bedingen einander. Wir werden deshalb das Gefüge der Staatseinnahmen so erneuern, dass der Faktor Arbeit entlastet wird. Wir wollen die Lohnzusatzkosten von den Arbeitskosten abkoppeln, um so die Schaffung von mehr Arbeitsplätzen in Deutschland zu ermöglichen. Deshalb wollen wir die direkten Steuern und Sozialbeiträge senken und diese Entlastung über die indirekten Steuern finanzieren. Wichtig ist: Die Entlastungen bei den direkten Steuern und Sozialbeiträgen müssen mindestens so groß sein wie die zusätzlichen Belastungen bei den indirekten Steuern.

Reform der Finanzverfassung

213. Der Föderalismus in Deutschland braucht eine transparente Finanzverfassung. Die Verantwortlichkeiten der verschiedenen staatlichen Ebenen müssen für den Bürger nachvollziehbar sein. Nur dann kann er politische Entscheidungen zuordnen und zur Grundlage seiner Wahlentscheidungen machen. Auf die Einhaltung des Konnexitätsprinzips ist daher strikt zu achten.

Die Finanzverfassung muss die unterschiedlichen Ausgangssituationen berücksichtigen, vergleichbare Rahmenbedingungen in den Ländern schaffen und Anreize setzen, um deren Wirtschafts- und Finanzkraft zu stärken. Wir stehen für föderalen Wettbewerb unter fairen Bedingungen. Die Selbstbehalte für die Länder beim Zuwachs der eigenen Wirtschaftskraft sind deshalb zu vergrößern. Es muss nach einer Übergangsregelung bis 2019 ein einfacher Finanzausgleich ohne Sonderregelungen für alle Länder möglich sein. Auch der Solidarpakt läuft zu diesem Zeitpunkt aus.

214. Wir wollen den Ländern mehr finanzielle Eigenverantwortung ermöglichen und dafür entsprechende Voraussetzungen im Steuerrecht schaffen. Länder, die die Verschuldungsgrenzen der Verfassung und ihren Beitrag zum Erreichen der Maastricht-Kriterien nicht einhalten, müssen sich künftig einem Sanierungsprogramm unterwerfen.

215. Wir wollen mit einem Haushaltsnotlagegesetz ein Frühwarnsystem einführen. Es stellt sicher, dass künftig nicht erst nach der Feststellung von Haushaltsnotlagen gehandelt wird. Zur Bedingung für Hilfen des Bundes soll der Abschluss eines Sanierungsstaatsvertrages zwischen Bund und dem betroffenen Land gemacht werden.

216. Auch den Kommunen muss mehr Eigenverantwortung ermöglicht werden. Ihre finanzielle Leistungskraft wirkt sich auf den Alltag der Bürger unmittelbar aus. Deshalb werden wir die kommunalen Steuern so fortentwickeln, dass die Leistungsfähigkeit der Kommunen für ihre Bürger sichergestellt wird.

Steuern – einfach und gerecht

217. Mit ihren Steuern stellen die Bürger dem Staat die notwendigen finanziellen Mittel zur Verfügung, die er zur Erfüllung seiner Aufgaben braucht. Damit die Bürger das Steuerrecht akzeptieren, muss es den Prinzipien folgen: einfach, niedrig, gerecht. Es entspricht unseren Grundwerten von Solidarität und Gerechtigkeit, dass finanziell Leistungsfähige stärker in die Pflicht genommen werden als Schwache. Zugleich darf das Steuerrecht den finanziellen Freiraum der Bürger nicht durch überzogene Steuersätze einschränken. Ein Steuersystem mit niedrigen Steuersätzen fördert Leistung und Initiative und ermöglicht den Bürgern, Vorsorge zur Absicherung von Lebensrisiken treffen zu können. Ein einfaches Steuersystem schafft mehr Gerechtigkeit als ein kompliziertes, welches jedem Einzelfall gerecht zu werden versucht. Je komplizierter es ist, desto mehr Vorteile hat derjenige, der sich teure Beratung leisten kann, ohne die er in der Regel nicht in der Lage ist, alle Steuersparmöglichkeiten zu nutzen.

218. Eine zukunftsweisende Unternehmensbesteuerung muss von dem Grundsatz ausgehen, dass Unternehmen in erster Linie Wirtschafts- und nicht Steuersubjekte sind. Sie muss die Steuerlast so gestalten, dass es sich lohnt, in unserem Land Betriebe zu gründen und fortzuentwickeln, Arbeitsplätze zu schaffen und in Forschung und Entwicklung zu investieren. Steuerpolitik ist auch Innovationspolitik. Sie soll, unabhängig von der Rechtsform des Unternehmens, Wettbewerbsneutralität gewährleisten sowie einfach und überschaubar sein. Dabei müssen wir uns auf die zunehmende weltweite Vernetzung der Volkswirtschaften einstellen.

6. Auf historischen Leistungen aufbauen – Die neuen Länder voranbringen

219. Mit dem Volksaufstand vom 17. Juni 1953 und besonders mit der friedlichen Revolution von 1989 haben die Menschen in der ehemaligen DDR in Vertrauen auf Freiheit, Demokratie und Soziale Marktwirtschaft die Voraussetzungen für die Wiedervereinigung Deutschlands geschaffen. Auf diese historische Leistung können alle Deutschen – aus Ost und West – stolz sein. Die neuen Länder mit ihren großen historischen und kulturellen Traditionen geben dem deutschen Föderalismus neue Impulse.

220. Die neuen Länder haben einen tief greifenden Umbruch von der totalitären Diktatur zur Demokratie und von der zentralen Planwirtschaft zur Sozialen Marktwirtschaft gestaltet. Durch Engagement und Solidarität in ganz Deutschland, historisch einmalige finanzielle Transferleistungen, Fleiß und Aufbauwillen, sind viele Regionen aufgeblüht und präsentieren sich als moderner Teil Deutschlands im Herzen Europas.

221. Bei Reformen im Bildungsbereich, der Beschleunigung von Planungsverfahren, beim Bürokratieabbau und im engen Zusammenwirken von Wirtschaft, Wissenschaft und Technik haben die neuen Länder und ihre Bürger eine Vorreiterrolle übernommen.

222. Die Folgen von kommunistischer Diktatur, deutscher Teilung und Misswirtschaft sowie der historisch einmalige Verlust der bürgerlichen Mittelschichten sind noch nicht überwunden. Eine selbsttragende Wirtschaftsentwicklung ist noch nicht erreicht. Trotz vieler Modernisierungserfolge bestehen Defizite in der öffentlichen Infrastruktur und in der Wirtschaftsstruktur fort.

223. Mit der Osterweiterung der Europäischen Union entstehen neue Chancen, aber auch ein zusätzlicher Wettbewerbsdruck für die schwach strukturierte ostdeutsche Wirtschaft. Hierauf wie auf die Anforderungen der Globalisierung insgesamt sind viele kleinere und mittlere Unternehmen noch nicht ausreichend vorbereitet.

224. Der demografische Wandel trifft den Osten Deutschlands stärker als den Westen. Drastischer Geburtenrückgang, Alterung sowie die Abwanderung vieler leistungsbereiter, hoch qualifizierter junger Menschen zehren an den ohnehin knappen Ressourcen. Die Geschichte der Bundesrepublik hat vielerorts gezeigt, dass der Wandel von Abwanderungsregionen zu Zukunftsregionen möglich ist. Ziel der Politik der CDU ist es, dass die Regionen im östlichen Deutschland für die Menschen attraktive Lebensbedingungen bieten.

225. Wir brauchen auch in den neuen Ländern eine Stärkung der Bürgergesellschaft – als Grundlage für Demokratie, Rechtsstaat und soziale Marktwirtschaft. Nur eine funktionierende Bürgergesellschaft kann für den Wirtschaftsaufschwung und die Stabilität unserer freiheitlich-demokratischen Gesellschaft sorgen. Wir benötigen nicht nur in den neuen Ländern mehr Freiraum für marktwirtschaftliche Prozesse und wettbewerbsorientierte Politik, für umfangreiche Öffnungs- und Experimentierklauseln gegenüber dem Bundesrecht. Die Menschen müssen größere Chancen erhalten, ihre Zukunft eigenverantwortlich in die Hand zu nehmen. Damit schaffen wir die Bedingungen, dass Leistungsträger mit ihrem Wissen in ihrer Heimat bleiben und Investoren mit ihrem Kapital in die neuen Länder kommen. Ein besonderes Augenmerk richtet die CDU auf die Integration junger Führungskräfte in die regionalen Arbeitsmärkte. Durch Kooperationen aller Akteure soll somit zur demografischen Stabilisierung der Regionen beigetragen werden.

226. Vor allem in Großstädten, Ballungsräumen und Tourismuszentren entstehen innovative, wirtschaftlich dynamische Wachstumsregionen. Wir wollen unternehmerische Initiative dort unterstützen, wo sie zu einer wettbewerbsfähigen Unternehmensstruktur aus Mittelstand und großen, überregional agierenden Unternehmen führt. Hierfür müssen wir Fördermittel auf die Wachstumsregionen mit ihrer Vernetzung aus technologieorientierter Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur konzentrieren. Es gilt, Spitzenforschung und Hochtechnologie mit Unternehmen und Kapitalgebern zu verbinden, um weltmarktfähige Produkte zu entwickeln.

227. Wachstumsregionen müssen durch leistungsfähige Infrastrukturen, insbesondere durch einen attraktiven Personenverkehr, mit strukturschwachen Regionen verbunden werden, damit auch diese am Aufschwung teilhaben können. In den Regionen mit geringerer Bevölkerungsdichte und fehlenden Ballungszentren müssen wir uns auf die Förderung bestimmter Sektoren und Branchen konzentrieren. Die Förderung besonders benachteiligter Regionen in den neuen Ländern durch die Europäische Union muss fortgeführt werden, um im internationalen Standortwettbewerb Schritt zu halten.

228. Die neuen Länder benötigen Solidarpaktmittel bis 2019 in der zugesagten vollen Höhe. Die Mittel sind zweckgerecht für die Schließung noch bestehender Infrastrukturlücken,

gezielte Investitionsförderung und zum Ausgleich der unterproportionalen Finanzkraft der Kommunen einzusetzen, um eine selbsttragende wirtschaftliche Entwicklung und weitere Modernisierung zu erreichen.

229. Der weitere Ausbau der transnationalen Verkehrsinfrastruktur ist eine zentrale Voraussetzung für den Wirtschaftsaufschwung. Die europäischen Verkehrswege insbesondere mit Mittel- und Osteuropa sowie in den Ostseeraum müssen zügig ausgebaut werden.

230. Nachhaltige Investitionen in Wirtschaft und Infrastruktur gelingen nur, wenn die demografische Entwicklung berücksichtigt wird. Zu gering ausgelastete Infrastrukturen müssen der Bevölkerungsentwicklung angeglichen und unterschiedliche Standards in Daseinsfürsorge und Verwaltung akzeptiert werden. Der Staat hat aber für die Wahrung von Mindeststandards zu sorgen. Die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse bleibt unser Ziel. Eigeninitiative muss vor Ort entwickelt werden. Lebensqualität wird in Zukunft nicht nur in den neuen Ländern unterschiedlich zu definieren sein.

VI. DIE SCHÖPFUNG UND DAS LEBEN BEWAHREN – FÜR EINE LEBENSWERTE UMWELT

1. Die Würde des Menschen schützen – Vom Beginn bis zum Ende des Lebens

231. Die unantastbare Würde des Menschen als Geschöpf Gottes ist menschlicher Verfügung nicht zugänglich und ist zu schützen. Der Mensch ist immer Subjekt, er darf niemals Objekt sein. Die Würde des Menschen ist auch für die Bewertung bioethischer Herausforderungen Ausgangs- und Orientierungspunkt. Sie erfordert Achtung und Schutz des menschlichen Lebens in allen Phasen. Das noch nicht geborene Leben bedarf beginnend mit der Verschmelzung von Samen und Eizelle unseres besonderen Schutzes und unseres kritischen Umgangs mit den sich weiter entwickelnden Möglichkeiten der Pränataldiagnostik. Wir treten für ein Verbot der Präimplantationsdiagnostik (PID) ein. Mit den hohen Abtreibungszahlen, die sich auch aus Spätabtreibungen ergeben, finden wir uns nicht ab. Wir müssen Frauen und Männern dabei helfen, sich für das Leben zu entscheiden.

232. Heilung, Leidminderung und die helfende Begleitung von Menschen in lebensbedrohlichen Situationen sind Ausdruck von Humanität, Solidarität und der im christlichen Glauben begründeten Nächstenliebe. Behinderte, Kranke, Sterbende und Menschen in anderen schwierigen Lebensphasen haben ein Anrecht auf ein menschenwürdiges Leben. Wir unterstützen die Palliativmedizin, die Hospize und andere Formen der Sterbebegleitung, die Sterbenden die letzte Lebensphase und ihnen und ihren Angehörigen ein würdiges Abschiednehmen erleichtern. Aktive Sterbehilfe lehnen wir ab. Wir wollen die Bereitschaft zur Organspende stärken.

233. Die biomedizinische Forschung bietet Lösungen für Zukunftsprobleme und trägt wesentlich zur Heilung von Krankheiten und Linderung von Leid bei. Chancen und Risiken sind gewissenhaft abzuwägen. Die Achtung der unantastbaren Würde des Menschen hat für uns Vorrang vor der Freiheit der Forschung und der Sicherung von Wettbewerbsfähigkeit. Wir wollen die Beibehaltung des konsequenten Embryonenschutzes und wenden uns gegen verbrauchende Embryonenforschung. Dafür setzen wir uns auch auf europäischer und internationaler Ebene ein. Das Klonen von Menschen lehnen wir ab.

2. Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen

234. Nach christlichem Verständnis sind Mensch, Natur und Umwelt Schöpfung Gottes. Sie zu schützen, ist unser Auftrag. Das Prinzip der Nachhaltigkeit ist fester Bestandteil christlich-demokratischer Politik: Wir wollen unseren Nachkommen eine Welt bewahren und hinterlassen, die auch morgen noch lebenswert ist. Die nachfolgenden Generationen haben ein Recht auf wirtschaftliche Entwicklung, sozialen Wohlstand und eine intakte Umwelt.

235. Ein zukunftsorientierter Umwelt- und Klimaschutz schafft Chancen für neue Arbeitsplätze. Ökologische Bildung, Forschung und Entwicklung, Umwelttechnologien, Umwelt- und Klimaschutz und darauf aufbauende Innovationen müssen daher nachhaltig gefördert werden. Die weltweit führende Rolle Deutschlands bei den Umwelttechnologien wollen wir im Interesse des Klima- und Umweltschutzes weiter ausbauen. Auf diese Weise

kann ein wesentlicher Beitrag zur Wertschöpfung im eigenen Lande, zur Schaffung neuer Arbeitsplätze und zur Stärkung des Mittelstands geleistet werden.

236. Armutsbekämpfung und Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen gehören untrennbar zusammen. Auch Armut führt zu Übernutzung der Natur. Letztlich werden dadurch die biologische Vielfalt und damit auch Grundlagen der dort lebenden Menschen zerstört. Für uns ist Umweltschutzpolitik daher ein wichtiger Bestandteil der Außen- und Entwicklungspolitik und ein Beitrag zur globalen Gerechtigkeit.

237. Nach unserem Verständnis widersprechen sich wirtschaftliche Entwicklung und Umweltschutz nicht. Besonders in einer Zeit, in der die Grenzen der ökologischen Belastbarkeit der Erde immer deutlicher werden, gilt: Nachhaltiges wirtschaftliches Wachstum ist nur unter Berücksichtigung des Umwelt- und Klimaschutzes möglich. Darüber hinaus ist ein effizienter und sparsamer Ressourceneinsatz auch zunehmend ein Kosten- und Standortvorteil. Aus diesem Grunde setzen wir uns für eine ökologische und soziale Marktwirtschaft ein, die mit verstärkter Forschung und Entwicklung, gezielten Anreizsystemen und Förderprogrammen sowie einem umweltorientierten ordnungspolitischen Rahmen vorgegebene Umweltziele verfolgt. Dazu gehört für uns auch, dass langfristig auf Ressourcenverbrauch oder Umweltbelastungen Abgaben statt Steuern erhoben werden. Damit kommen die Erlöse den Belangen des Umwelt- und Klimaschutzes wieder zweckgebunden zugute.

238. Die CDU steht für einen sorgsamen und sparsamen Umgang mit den endlichen Ressourcen, eine positive Einstellung zur Forschung und Entwicklung sowie einen Umwelt- und Naturschutz, der Kreativität und Verantwortung der Menschen fördert. Wichtig ist eine qualitativ hochwertige Umweltbildung. Gemeinsam mit Schulen, Kommunen, Ländern, Umwelt- und Naturschutzverbänden sowie Land- und Forstwirten wollen wir umweltbewusstes Verhalten in der Gesellschaft verankern.

Das Klima schützen

239. Der globale Klimawandel ist zur ernststen Gefahr für die Schöpfung und die Lebenschancen künftiger Generationen geworden. Wir sehen es als ethische Pflicht und vordringliche politische Zukunftsaufgabe, dieser Entwicklung entgegenzusteuern: Die CDU setzt sich dafür ein, dass Deutschland weiterhin eine führende Rolle beim Klimaschutz einnimmt und international als Impulsgeber auftritt. Gemeinsam mit möglichst vielen Industrie-, Schwellen- und Entwicklungsländern wollen wir den globalen Klimaschutz vorantreiben. Ein internationales Klimaschutzabkommen für die Zeit nach 2012, das auf dem Kyoto-Protokoll aufbaut, marktwirtschaftliche Anreize enthält und die aktive Einbindung bislang abseits stehender Industrie-, Schwellen- und Entwicklungsländer ermöglicht, ist dabei ein wichtiger Schritt.

240. Deutschland hat sich verpflichtet, den Ausstoß von Treibhausgasemissionen bis 2012 um 21 Prozent zu reduzieren. Bis 2020 wollen wir die Treibhausgasemissionen um mindestens 30 Prozent gegenüber 1990 senken. Dabei halten wir es für wesentlich, dass auch die anderen Industrieländer sich zu einer weitreichenden Reduzierung der Emissionen verpflichten.

241. Wir verfolgen eine Klima-Doppelstrategie, die verbindliche Grenzwerte für den Treibhausgasausstoß festlegt und die Einsatz und Entwicklung klimaschonender Technologien fördert. Kohlendioxid muss weltweit einen angemessenen Preis erhalten, damit sich Investitionen in klimaverträgliche Technologien rechnen. Dazu dient der Handel mit Emissionsrechten ebenso wie der Technologietransfer in Entwicklungs- und Schwellenländer mit Hilfe klimagerechter Entwicklungsprojekte. Unser Ziel ist es, dass die Erwärmung der Erdatmosphäre auf maximal 2 Grad Celsius im Vergleich zur vorindustriellen Ausgangssituation begrenzt wird.

242. Das Einsparen von Energie, die Erhöhung der Energieeffizienz und die Nutzung erneuerbarer Energien sind tragende Säulen unserer Politik für den Klimaschutz. Gleichzeitig ist es notwendig, bereits jetzt Strategien für eine Begrenzung der negativen Folgen des Klimawandels zu entwickeln. Dazu gehören beispielsweise ein verstärkter Hochwasser- und Küstenschutz. Darüber hinaus müssen Anpassungsstrategien für eine Landnutzung unter geänderten klimatischen Bedingungen entwickelt werden.

Die Energieversorgung sichern

243. Die Nachfrage nach Energie steigt weltweit. Angesichts der Abhängigkeit Deutschlands vom Import knapper und teurer Energierohstoffe ist eine Energieversorgung, die sicher, umweltfreundlich und wirtschaftlich bereitgestellt wird, eine politische Frage von überragender Bedeutung. Wir wollen die Risiken der Importabhängigkeit mindern. Bezugsquellen und Lieferwege von Energierohstoffen müssen auf eine breitere Basis gestellt und Energiepartnerschaften mit Liefer- und Transitstaaten ausgebaut und intensiviert werden. Durch eine gemeinsame Energiepolitik in der Europäischen Union wollen wir die Energieversorgung auf eine sichere Grundlage stellen.

244. Wir treten dafür ein, die Energievorräte sparsamer zu nutzen, den Ausbau der heimischen erneuerbaren Energiequellen zu beschleunigen und effizientere Erzeugungstechnologien zu entwickeln. Erhebliche Potentiale sehen wir in der energetischen Gebäudesanierung. Bis 2020 streben wir eine Verdopplung der Energieproduktivität im Vergleich zu 1990 an. Dazu tragen auch dezentrale Energieerzeugungseinrichtungen bei.

245. Grundlage einer sicheren, umweltverträglichen und wirtschaftlich tragbaren Energieversorgung ist ein breit gefächelter und ausgewogener Energiemix. Den Einsatz fossiler Energieträger wollen wir so klimaverträglich wie möglich gestalten und damit die Voraussetzungen schaffen, dass in Deutschland einer der umweltverträglichsten Kraftwerksparks der Welt entsteht.

246. Die erneuerbaren Energien als heimische Energieträger können einen wesentlichen Beitrag zur Erhöhung der Versorgungssicherheit und zum Klimaschutz leisten. Sie bieten Chancen für ein umweltverträgliches Wachstum, innovative Geschäftsfelder und neue Arbeitsplätze. Wir wollen den eingeschlagenen Weg hin zum Einsatz nachwachsender Rohstoffe sowie anderer regenerativer Energiequellen konsequent fortsetzen. Dazu gehören, die Entwicklungschancen der Windenergie im Offshorebereich sowie der Solar-, Bio- und Geothermie zu nutzen. Darüber hinaus wollen wir Technologien für die Energiespeicherung forcieren.

247. Durch geeignete Anreize für technologische Innovationen wollen wir den Einsatz von erneuerbaren Energien vorantreiben. Bis zum Jahr 2020 streben wir für Deutschland einen Anteil regenerativer Energien am Gesamtenergieverbrauch in Höhe von mindestens 20 Prozent an. Neben dem verstärkten Einsatz der erneuerbaren Energien im Strom- und Treibstoffbereich muss ihr Anteil an der Wärme- und Kältegewinnung erhöht werden. Ziel ist, dass die erneuerbaren Energien bis zum Jahr 2050 den Hauptanteil an der Energiebereitstellung in Deutschland tragen.

248. Auf absehbare Zeit kann auf den Beitrag der Kernenergie zur Stromerzeugung in Deutschland nicht verzichtet werden. Sie ermöglicht es, den Zeitraum zu überbrücken, bis neue klimafreundliche und wirtschaftliche Energieträger in ausreichendem Umfang verfügbar sind. Im Rahmen unserer Klimaschutzstrategie streben wir eine Laufzeitverlängerung von sicheren Kernkraftwerken an. Für uns ist dabei vorrangig, das größtmögliche Sicherheitsniveau jeder Anlage zu gewährleisten. In diesem Zusammenhang kommt der sicheren Endlagerung radioaktiver Abfälle eine große Bedeutung zu. Die CDU setzt sich dafür ein, dass die vorhandene Wissenschafts-, Technologie- und Sicherheitskompetenz Deutschlands erhalten bleibt. Nur so kann Deutschland seinen Beitrag zur stetigen Verbesserung der Sicherheit kerntechnischer Anlagen weltweit leisten und gleichzeitig Arbeitsplätze in Deutschland sichern.

249. Energieforschung und neue innovative Energietechnologien sind für eine zukunftsfähige Energieversorgung unverzichtbar. Wir wollen eine breit angelegte und offene Energieforschung und Technikentwicklung fördern, die einen Beitrag zur Erschließung aller klimaschonenden Energieträger und Weiterentwicklung klimaverträglicher Energieerzeugungstechnologien sowie zum rationellen Ressourceneinsatz leistet. Moderne saubere Kohle- und Gaskraftwerke gehören dazu, ebenso wie die Forschung im Bereich der Kernfusion. Gerade in der Entwicklung energiesparender Produkte und Dienstleistungen liegt eine große Wachstumschance für unsere Unternehmen und für die Schaffung neuer Arbeitsplätze.

250. Um den Anstieg der Energiepreise zu begrenzen, wollen wir auf einen funktionierenden Wettbewerb im Strom- und Gasmarkt hinwirken. Wir setzen uns ein für den Abbau von Wettbewerbshemmnissen und den beschleunigten Ausbau einer frei zugänglichen Infrastruktur für den grenzüberschreitenden Strom- und Gashandel im europäischen Wirtschaftsraum.

Mobilität umweltverträglich gestalten

251. Mobilität ist ein Grundbedürfnis moderner Gesellschaften und die Voraussetzung für wirtschaftliche Entwicklung und Wohlstand. Diesem Bedürfnis gilt es Rechnung zu tragen, ohne dass Deutschland flächendeckend im Stau steckt oder die Gesundheit unserer Bürger beeinträchtigt wird.

Wir unterstützen konsequent die Verringerung der Umweltbelastungen in allen Verkehrsbereichen und fördern entsprechende Entwicklungen. Den Verkehrslärm wollen wir verringern und die Luftbelastung reduzieren. Intelligente verkehrslenkende Maßnahmen, eine konsequente Senkung der Schadstoffgrenzwerte, die steuerliche Förderung schadstoffarmer Fahrzeuge, die Einbeziehung des Luftverkehrs in den Emissionshandel sowie die Stärkung des Öffentlichen Personennahverkehrs sind für uns Mittel der Wahl. Im Hinblick auf eine umweltgerechte Verkehrsgestaltung kommt auch dem Schiffs- und Schienenverkehr eine wachsende Bedeutung zu. Darüber hinaus werden wir Anreize für die Weiterentwicklung sparsamer Antriebstechniken setzen und den Einsatz alternativer Kraftstoffe befördern.

252. Mit ökologisch wirksamen Rahmenbedingungen und marktwirtschaftlichen Mitteln wollen wir die Klimaverträglichkeit des Luft-, Schiffs- und Kraftfahrzeugverkehrs erhöhen. Wir halten es für notwendig, den CO₂-Ausstoß von Neuwagen durch verbesserte Motortechnik, Einsatz von Biokraftstoffen und andere Maßnahmen deutlich zu senken. Den Kraftstoffeinsatz aller Kraftfahrzeuge wollen wir verstärkt reduzieren – dies schont Umwelt und Geldbeutel der Verbraucher gleichermaßen.

Die Vielfalt der Natur schützen

253. Angesichts des dramatischen, weltweiten Rückgangs der Artenvielfalt setzen wir uns für eine Stärkung der internationalen Zusammenarbeit im Bereich des Umwelt- und

Naturschutzes ein. Wir wollen die Entwicklungsländer bei der Bewahrung der biologischen Vielfalt und der entwicklungsorientierten Nutzung unterstützen und die Instrumente zum Schutz der biologischen Vielfalt wirkungsvoll weiterentwickeln. Vorrangig gilt es, ein europa- und weltweites System von Schutzgebieten und Gebieten mit differenzierter Nutzung zu Lande und auf See als weltweites Netz des Lebens einzurichten. Auch in diesem Zusammenhang setzen wir uns für die Einrichtung einer eigenständigen Umweltorganisation der Vereinten Nationen ein. Ebenso treten wir für eine völkerrechtlich bindende Regelung für den Schutz der Wälder, vor allem den Schutz der Urwälder, ein.

Für den Tierschutz eintreten

254. Der Respekt vor der gesamten Schöpfung verpflichtet uns zu einem verantwortungsvollen Verhalten gegenüber unseren Mitgeschöpfen. Der Schutz der Tiere ist für uns ein wichtiges Anliegen. Wir setzen uns dafür ein, Tiere artgerecht zu halten und sie als Teil der Schöpfung zu achten und zu schützen. Tierversuche sollen soweit möglich reduziert und durch alternative Methoden ersetzt werden.

Unser Naturerbe: Ein Stück Heimat

255. Die vielfältigen Natur- und Kulturlandschaften Deutschlands sind ein besonders wertvoller Teil unserer Heimat. Wir wollen dieses reichhaltige nationale Naturerbe auch für zukünftige Generationen erhalten.

256. Boden und unbebaute Fläche müssen als endliche Ressource besonderen Schutz erfahren gerade im vergleichsweise dicht besiedelten Deutschland. Die Nutzung von Flächenreserven, insbesondere auch die Schließung von Bebauungslücken in den Innenstädten, muss Vorrang vor der Inanspruchnahme von Flächen auf der grünen Wiese haben. Der Flächenverbrauch soll stark gesenkt werden; unsere Politik wird dafür die Rahmenbedingungen schaffen.

3. Zukunft für die Landwirtschaft und den ländlichen Raum

257. Die CDU will eine flächendeckende und lebendige Land- und Forstwirtschaft in Deutschland. In der Produktion hochwertiger Nahrungsmittel sehen wir den Schwerpunktauftrag unserer Landwirtschaft. Die Land- und Forstwirte erzeugen auch wichtige nachwachsende Rohstoffe und erneuerbare Energien. Seit Generationen pflegen sie unsere Kulturlandschaft und prägen den ländlichen Raum. Sie tun dies im Bewusstsein der Verantwortung für Mensch, Tier, Natur und Umwelt. Sie sind wichtige Auftraggeber für Handwerk und Gewerbe. Gleichzeitig sichern Land- und Forstwirtschaft die Grundlagen für Erholung, Freizeit und Tourismus.

258. Bei der Bewahrung und Schonung der Ressourcen spielt das private Eigentum an Grund und Boden eine wichtige Rolle. Die Selbstverantwortung und Identifikation der Menschen mit ihrem Eigentum sind wirksamer als Auflagen des Staates. Die im Umwelt- und Naturschutz im Interesse der Allgemeinheit erbrachten Leistungen müssen honoriert werden. Sie sollten vorrangig über vertragliche Vereinbarungen gestaltet werden.

259. Leitbild der CDU ist eine multifunktionale und unternehmerische Landwirtschaft, die sich zu ihren bäuerlichen Wurzeln bekennt und zugleich Kreativität und Innovationen fördert. Wir halten es für richtig, dass sich der Staat, wo möglich, aus der Steuerung der Agrarmärkte zurückzieht und Bürokratie und Überregulierung vermeidet. Mehr denn je werden damit Marktorientierung, Kreativität, gute Ausbildung und gutes Management wichtige Schlüsselqualifikationen. Wir werden die Land- und Forstwirte darin bestärken. Dabei machen wir keinen Unterschied zwischen Betriebsformen und Produktionsrichtungen, konventionellem und ökologischem Landbau. Vielfalt und Marktorientierung der deutschen Land- und Ernährungswirtschaft bedeuten für uns auch, sowohl auf internationalen wie auch auf regionalen Märkten präsent zu sein.

260. Wir wollen, dass auch im Rahmen der europäischen Agrarpolitik die Produktions- und Arbeitsbedingungen der Landwirte verbessert werden. Unser Ziel sind faire Wettbewerbsbedingungen auf den europäischen und internationalen Agrarmärkten. Wir setzen uns dafür ein, dass die gesetzlichen Rahmenbedingungen in der Europäischen Union harmonisiert und Aspekte des Umwelt-, Natur-, Verbraucher- und Tierschutzes auch international stärker berücksichtigt und abgestimmt werden.

261. Wir wollen lebendige und lebenswerte ländliche Räume. Sie sind Orte für Wirtschaft, Kultur, Natur und Erholung. Sie brauchen Entwicklungsperspektiven, die den dort lebenden Menschen gute Lebens-, Bildungs- und Arbeitsbedingungen ermöglichen. Unser Augenmerk gilt insbesondere den strukturschwachen ländlichen Regionen. Sie benötigen auch weiterhin eine aktive Förderung bei der Entwicklung der sozialen und technischen Infrastruktur und Unterstützung bei der Stärkung ihrer Wirtschaftskraft.

262. Der Anbau von nachwachsenden Rohstoffen bzw. die Nutzung erneuerbarer Energien bietet weit über die Land- und Forstwirtschaft hinaus große Chancen für eine neue wirtschaftliche und technologische Dynamik. In diesem Bereich wollen wir die führende Rolle Deutschlands unter Wahrung einer umweltschonenden Bewirtschaftung weiter sinnvoll ausbauen.

263. Die grüne Gentechnik kann zukünftig einen wichtigen Beitrag sowohl zur Ernährungssicherung als auch zur Energiesicherheit leisten. Gegenüber wirtschaftlichen Überlegungen muss der Frage der Sicherheit und Unbedenklichkeit Vorrang eingeräumt werden. Den Einsatz der grünen Gentechnik zur effizienteren Nutzung von Rohstoffen, Rohstoffsicherung und zur Herstellung von Energiepflanzen gilt es, sorgfältig zu erforschen. Nach einer erfolgreichen Forschung soll auch die praktische Umsetzung in Deutschland zu neuen Produkten führen können.

264. Verstärkt fördern wollen wir eine multifunktionale Landwirtschaft, bei der neben dem Anbau auch die Verarbeitung und Vermarktung der Produkte über regionale Wirtschaftskreisläufe stattfindet.

VII. AKTIVE BÜRGER, STARKER STAAT, WELTOFFENES LAND

1. Bürgergesellschaft stärken – Eigeninitiative fördern

265. Unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung und ihre politischen Institutionen bilden das Fundament für eine lebendige Demokratie. Unser Ziel ist es, die Akzeptanz und das Ansehen dieser Ordnung fortwährend zu festigen. In einer stark sich verändernden Welt hängt die Zukunftsfähigkeit unseres Landes davon ab, dass Bürgerinnen und Bürger Verantwortung für andere übernehmen und dies als Ausdruck ihrer persönlichen und gesellschaftlichen Freiheit verstehen. Wir wollen ein partnerschaftliches und vertrauensvolles Verhältnis zwischen Bürgern und Staat. Wir wollen einen Staat, der dem Bürger zur Seite steht, der gewährleistet, sichert, hilft, befähigt und der jeweils kleineren Einheit Freiheit und Selbstverantwortung ermöglicht.

266. Demokratische Beteiligung des Bürgers drückt sich in Wahlen und Abstimmungen, aber auch in vielfältigen Formen des bürgerschaftlichen Engagements aus. Unsere lebendige Demokratie benötigt freiwilliges und unentgeltliches Engagement für das Gemeinwohl und baut auf aktive Bürger.

267. Bürgersinn stiftet gesellschaftlichen Zusammenhalt. Der Einsatz der Bürger ist durch nichts zu ersetzen. Jeder hat Fähigkeiten, die das Gemeinwesen bereichern können. Jeder Einzelne trägt Mitverantwortung für das Gemeinwohl. Bürgersinn und Verantwortungsbewusstsein zeigen sich in Ehe und Familie, der Kirche, der Arbeitswelt, in Vereinen, Verbänden und Bürgerinitiativen sowie in Kommunen und Staat.

268. Ohne ehrenamtliches Engagement würde unsere Gesellschaft verarmen. Menschen, die ein Ehrenamt ausüben, die freiwillige soziale Arbeit leisten oder bürgerschaftliche Projekte zum Leben erwecken und finanziell unterstützen, müssen gefördert und dürfen nicht durch Vorschriften und Reglementierungen entmutigt werden.

269. Wir wollen Bürger, die offen für bürgerschaftliches Engagement und die Übernahme von Verantwortung sind. Ehrenamtsbörsen und Freiwilligenagenturen können ehrenamtliche Tätigkeit unterstützen und organisieren. Wir setzen uns für die Anerkennung von ehrenamtlicher Arbeit und des Freiwilligenjahrs in den Berufsbiographien ein.

270. Viele Menschen, insbesondere auch Unternehmerinnen und Unternehmer, leisten wertvolle Beiträge für unser Gemeinwohl. Mit einer weiteren Verbesserung des Stiftungs-, Gemeinnützigkeits- und Steuerrechts wollen wir ihr Engagement unterstützen.

271. Verbände und andere gesellschaftliche Organisationen und Gruppen gehören zu einer aktiven und freien Bürgergesellschaft. Sie bestimmen ihre Aufgaben innerhalb der Grenzen des Gemeinwohls selbständig. Sie treiben die gesellschaftliche und politische Diskussion voran.

Sport

272. Sport eint, bildet, aktiviert, begeistert und integriert. Sport trägt zur Ausbildung humaner Werte wie Toleranz, Fairness, Leistung, Wettbewerb, Verantwortung, Erkennen eigener Grenzen und Achtung anderer bei. So kann der Sport ganz wesentlich zu einer friedlicheren und besseren Welt beitragen.

Sport ist ein Sympathieträger unseres Landes! Die Präsenz in den Medien macht Sport für jeden erlebbar, ist ein bedeutender Wirtschaftsfaktor, sichert und schafft Arbeitsplätze. Es ist ein vorrangiges Anliegen unserer Sportpolitik, den Sport in seiner Gesamtstruktur nachhaltig zu unterstützen, seine Autonomie und Eigenverantwortung zu stärken.

Die Vereine sind die Basis des deutschen Sports. Die verlässliche Förderung der Vereine und der dort ehrenamtlich Tätigen sind wesentliche Ziele unserer Sportpolitik. Sport, Bewegung und Ernährung leisten einen wichtigen Beitrag zur Erhaltung der Gesundheit. Die Eigenverantwortung des Einzelnen im Bereich der Gesundheitsvorsorge sollte durch Anreize gestärkt werden. Prävention durch Sport und Bewegung entlastet unsere Sozialsysteme.

Intakte Sportstätten und eine vielfältige Sportinfrastruktur sind unabdingbare Voraussetzungen für ein reges Sporttreiben in Breite und Spitze.

Spitzensport und Breitensport angemessen fördern

273. Wir bekennen uns zum Leistungsprinzip im Sport, zu einem humanen Spitzensport. Spitzensport übt eine wichtige Vorbildfunktion für den Breitensport aus. Die Sportförderung bei der Bundeswehr, der Bundespolizei und dem Zoll ist für den deutschen Spitzensport unverzichtbar und in bisherigem Umfang beizubehalten. Auch die Wirtschaft soll Spitzensportlern berufliche Perspektiven ermöglichen.

Bei der gezielten und systematischen Förderung des talentierten Nachwuchses müssen sportliche, schulische und berufliche Bildung aufeinander abgestimmt und koordiniert werden. Wir setzen uns für den Ausbau von Eliteschulen des Sports ein.

Leistungen von Menschen mit Behinderungen, ob im Bereich des Breiten- oder Spitzensportes, faszinieren, sind Ausdruck von unbändigem Willen und Einsatz. Sport und Bewegung stärkt die persönliche Leistungsfähigkeit, gibt Selbstvertrauen, erleichtert räumliche und soziale Mobilität und ist eine wirksame Lebenshilfe.

Die Möglichkeiten und Anreize für Menschen mit Behinderungen, Sport treiben zu können, müssen erweitert werden. Der (barrierefreie) Zugang zu Sportstätten muss gewährleistet sein.

Kampf dem Doping

274. Doping zerstört die Grundwerte des Sports, täuscht die Mitstreiter im Wettkampf, die Zuschauer und gefährdet nicht zuletzt die Gesundheit der Sportlerinnen und Sportler. Die Akzeptanz des Spitzensportes hängt entscheidend von einer glaubwürdigen und erfolgreichen Bekämpfung des Dopings ab.

Doping ist auch im Fitness- und Freizeitbereich anzutreffen und bedarf gemeinsamer Bekämpfung durch Sport, Politik, Wirtschaft, Medien und nicht zuletzt der ganzen Gesellschaft.

2. Für einen starken Staat: Freiheit und Sicherheit für die Bürger

275. Unser Staat dient der Würde und der Freiheit des Menschen. Er bezieht seine Autorität insbesondere aus seiner Bindung an die Grundrechte. Er soll das Wohl des Einzelnen und der Gemeinschaft fördern. In einem demokratischen Gemeinwesen gibt es kein Recht ohne Pflicht und keine Freiheit ohne Verantwortung.

276. Zu den Kernaufgaben des Staates gehört, die Grundrechte zu schützen und Machtmissbrauch zu verhindern. Er soll den Bürger vor Gefährdungen von innen und außen schützen und seiner Verantwortung für Freiheit und Frieden nachkommen. Er soll die freie Entfaltung der Person ermöglichen, die Schwachen stärken und für die solidarische Absicherung vor Risiken sorgen, die der Einzelne nicht tragen kann. Zudem hat der Staat die für das menschliche Zusammenleben unerlässliche Ordnung zu erhalten und fortzuentwickeln sowie die Freiheit und Vielfalt der gesellschaftlichen Kräfte zu wahren. Er hat die natürlichen Lebensgrundlagen für uns und zukünftige Generationen zu erhalten und zur Bewahrung der Schöpfung beizutragen.

277. Damit sich der Staat auf seine Kernaufgaben konzentrieren kann, darf er weder mit Anforderungen überfrachtet werden noch solche Aufgaben behalten oder an sich ziehen, deren Übernahme den Grundsätzen der Eigenverantwortung, Freiheit und Subsidiarität widerspricht. Ein leistungsfähiger öffentlicher Dienst ist die Voraussetzung für eine verlässliche öffentliche Infrastruktur. Das Berufsbeamtentum bleibt für die Wahrnehmung hoheitlicher Aufgaben unverzichtbar. Wir wollen einen starken, aber schlanken Staat.

Freiheit in Verantwortung vor Gott und den Menschen

278. Unser freiheitlicher Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann. Wertüberzeugungen lassen sich nicht staatlich verordnen. Sie bilden vielmehr den gewachsenen gesellschaftlichen Konsens, aus dem heraus Freiheit und Verantwortung gelebt werden.

279. Wir bekennen uns zur Präambel des Grundgesetzes und damit zu unserer Verantwortung vor Gott und den Menschen. Das Grundgesetz beruht auf Werten, die christlichen Ursprungs sind. Sie haben unser Land und unsere Gesellschaft grundlegend geprägt. Sie im Bewusstsein zu halten, zu bewahren und ihnen Geltung zu verschaffen, verstehen wir nicht nur als Aufgabe der christlichen Kirchen, sondern auch als eine vorrangige Aufgabe von Staat und Bürgern. Christliche Symbole müssen im öffentlichen Raum sichtbar bleiben. Sie sind ebenso zu schützen wie die christlich geprägten Sonn- und Feiertage.

280. Gleichzeitig erkennen wir an, dass auch andere Religionen Werte vermitteln, die einen positiven Einfluss auf unsere Gesellschaft und unsere freiheitliche Grundordnung ausüben können. Wir achten alle Religionszugehörigkeiten. Dies erwarten wir ebenso von allen Angehörigen der unterschiedlichen Religionen. Besondere Verantwortung tragen wir für die jüdischen Gemeinden in Deutschland. Sie sind Teil unserer Kultur und ein unverzichtbarer Bestandteil unserer Gesellschaft. Mit ihrem gesellschaftlichen Engagement tragen sie zugleich zum Ansehen Deutschlands in der Welt bei.

281. Wir bekennen uns zur Eigenständigkeit und Unabhängigkeit der christlichen Kirchen und der anerkannten Religionsgemeinschaften. Wir sehen sie in der Mitverantwortung für das Gemeinwohl und bekennen uns daher zum bestehenden System der Erhebung von Kirchensteuern. Wir anerkennen ihre vorbildlichen Leistungen im praktischen Dienst am Nächsten. Die Freiheit der Kirchen und Religionsgemeinschaften, in die Gesellschaft hinein zu wirken, muss unantastbar bleiben. Unsere freiheitliche Rechtsordnung garantiert das Recht auf freie Religionsausübung. Wir erwarten von den Staaten und Regierungen in aller Welt, dass sie in ihren Ländern Religionsfreiheit gewähren. Wir wollen den ständigen Dialog der Religionen unterstützen.

Freiheitlich-demokratische Grundordnung

282. Grundlage für das Zusammenleben der Menschen in Deutschland ist die Werteordnung des Grundgesetzes. Auf diesem bewährten Fundament hat sich unsere Nation in einem demokratischen, freiheitlichen, sozialen und föderalen Rechtsstaat vereint.

283. Wir bekennen uns zur repräsentativen Demokratie, die politische Führung und demokratische Verantwortung miteinander verbindet. Repräsentative Demokratie schließt Elemente unmittelbarer Demokratie nicht aus. Diese können das repräsentative System auf den regionalen Ebenen sinnvoll ergänzen.

284. Wir leben in einer Gesellschaft mit verschiedenen Weltanschauungen, Meinungen und Interessen. Das erfordert eine demokratische Willensbildung, in der die widerstreitenden Meinungen und Interessen zu Mehrheiten zusammengefasst werden, ohne die Anliegen und

Überzeugungen der Minderheiten nicht zu beachten. Das Mehrheitsprinzip verbindet sich mit dem Schutz der Minderheiten.

285. Politische Parteien tragen eine besondere Verantwortung für Staat und Gesellschaft. Sie greifen gesellschaftliche Anliegen auf, wirken an der politischen Willensbildung mit und fördern die aktive Teilnahme der Bürger am politischen Leben. Sie erfüllen ihren Auftrag, wenn sie das Vertrauen der Bürger gewinnen und klare sachliche und personelle Angebote zur Entscheidung stellen. Ihre Meinungsbildung und Arbeit müssen transparent sein.

Volksparteien wenden sich an alle Menschen in Deutschland. Die CDU als die Volkspartei der Mitte ist ganz besonders in der Lage, unterschiedliche Interessen zu bündeln und auf das Gemeinwohl hin auszurichten.

286. Unserer freien Gesellschaft entsprechen Freiheit und Verantwortung der Medien. Sie wirken bei der Bildung der öffentlichen Meinung mit und tragen zur Kontrolle staatlicher Macht bei. Ihre Unabhängigkeit und Vielfalt sind hierfür die Voraussetzung.

Freiheit und Sicherheit im Rechtsstaat

287. Freiheit zu sichern und das Zusammenleben der Menschen zu ordnen, ist Aufgabe des Rechts. Im Rechtsstaat unterliegt die Ausübung staatlicher Gewalt der Bindung an Recht und Gesetz. Das Recht gibt unserer Gesellschaft einen Ordnungsrahmen. Es setzt Werte und zieht dem Machbaren dort Grenzen, wo Menschenwürde und Freiheit bedroht sind. Unser Rechtsstaat gewährt uns Rechtssicherheit.

288. Freiheit und Sicherheit sind elementare Grundbedürfnisse des Menschen. Sie schließen sich nicht aus, sondern bedingen einander. Aus dem hoheitlichen Anspruch des Staates auf das Gewaltmonopol resultiert seine Verpflichtung, Freiheit und Sicherheit zu gewährleisten. Der Staat, der sich nicht gegen seine Feinde verteidigt, verspielt die Freiheit seiner Bürger. Wir brauchen daher Wachsamkeit gegenüber jeder Form von Intoleranz, Extremismus und Gewalt. Es darf keine Toleranz gegenüber Intoleranz geben. Nach den leidvollen Erfahrungen mit extremistisch motivierter Gewalt sind wir uns der großen Verantwortung im Kampf gegen rechts- und linksextreme Gruppierungen bewusst.

289. Die Verhinderung von Straftaten, der Schutz vor Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung sowie die Aufklärung und Ahndung von Verbrechen und Vergehen sind unabdingbare Voraussetzungen für ein friedliches Zusammenleben. Verhinderung von Kriminalität ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. So müssen sich Familie und Staat unterstützt durch die Medien insbesondere des Kampfes gegen die Gewalt von Jugendlichen annehmen, die sich vielfach aus nicht gelungener Integration, falsch verstandenem Rollenverhalten und Perspektivlosigkeit ergibt. Nur wer ohne Angst um sich, seine Familie und sein Eigentum leben kann, hat Vertrauen in unseren Staat. Wer die Sicherheit vernachlässigt, setzt die Akzeptanz des Staats aufs Spiel.

290. Bagatellisierung von Kriminalität ist der falsche Weg. Wer Recht bricht und sich damit gegen die Werteordnung unserer Gesellschaft stellt, muss mit konsequenter Verfolgung und zügiger Bestrafung rechnen. Polizei und Justiz schützen vor Kriminalität. Eine wehrhafte Demokratie muss es ihren staatlichen Organen erlauben, im Rahmen festgelegter Grenzen die zur Kriminalitätsbekämpfung notwendige Technik zu nutzen und sich die hierfür notwendigen Informationen zu beschaffen. Datenschutzinteressen sind mit dem Interesse an einer wirksamen Kriminalitätsbekämpfung in Einklang zu bringen. Datenschutz darf nicht zum Täterschutz werden.

291. Der international operierende Terrorismus und die organisierte Kriminalität nehmen zu. Die Bürger müssen davor geschützt werden. Die internationale Zusammenarbeit von Strafverfolgungsbehörden und Justiz muss ausgebaut werden. Grenzenloser Kriminalität muss unbegrenzt Recht entgegengehalten werden können.

292. Der politische Islamismus und der terroristische Islamismus, die jeweils ihre radikale Interpretation des Islam über unsere Verfassung stellen, sind eine besondere Gefahr für die Menschen in Deutschland, auch für die verfassungstreue Mehrheit unter den Muslimen. Wir werden den gesellschaftlichen Zusammenhalt aller Demokraten über die Religionsgrenzen hinweg aktiv fördern und zugleich den gewaltbereiten Fundamentalismus konsequent bekämpfen.

293. Wer die Sicherheit im Innern verbessern will, muss die Polizei stärken. Die innere Sicherheit hat durch die neuen Herausforderungen eine globale Dimension bekommen. Instrumente und Organe der inneren und äußeren Sicherheit müssen miteinander verzahnt werden. In einem nationalen Sicherheitskonzept ist die Zusammenarbeit zwischen Bund, Ländern und Kommunen zu verbessern.

Bestandteil eines solchen Konzepts zur Stärkung des Heimatschutzes ist auch die Bundeswehr. In besonderen Gefährdungslagen muss ihr Einsatz im Innern möglich sein. Die Streitkräfte sollen ihre besonderen Fähigkeiten bei der Bewältigung von terroristischen Gefahren und im Katastrophenschutz ergänzend zur Polizei von Bund und Ländern im Rahmen festgelegter Grenzen einbringen können.

Entbürokratisierung vorantreiben

294. Wir lehnen einen Staat ab, der alle Lebensbereiche der Menschen regelt. Wir wenden uns gegen Überregulierung durch Gesetze und Verordnungen und Überbürokratisierung der Verwaltung. Bürgerliche Freiheit und Soziale Marktwirtschaft dürfen nicht in einer Normenflut ertrinken. Bestehende Gesetze und Vorschriften sind regelmäßig auf den Sinn ihres Fortbestandes zu überprüfen. Die Notwendigkeit neuer Gesetze und Vorschriften ist vom Gesetzgeber zu prüfen und zu belegen. Es gilt der Grundsatz: Wenn es nicht notwendig ist, ein Gesetz zu erlassen, dann ist es notwendig, kein Gesetz zu erlassen. Einfachgesetzliche Regelungen und Verordnungen sind künftig grundsätzlich nur zeitlich befristet in Kraft zu setzen. Gesetze müssen verständlich und so kurz wie möglich sein. Die Übersichtlichkeit und Systematik des Rechts müssen weiter verbessert werden. Verwaltungsprozesse und Behördenstrukturen sind zu vereinfachen, die Angebote des E-Governments zu erweitern.

295. Bürokratieabbau muss mit einer Bestimmung der Ziele des Staates beginnen. Überflüssige Bürokratie zugunsten einer leistungsfähigen bürgernahen Verwaltung abzubauen, ist eine dringende und ständige Aufgabe - im Interesse der Bürger, der Wirtschaft und des Staates. Die Bürger können und wollen mehr mit und in unserer Gesellschaft tun, als ihnen eine unübersichtliche und undurchsichtige staatliche Zuständigkeitsverteilung erlaubt. Wir wollen für alle staatlichen Ebenen, wie für die europäische Ebene, klare Zuständigkeiten

und Verantwortungsbereiche. Es gilt, auf allen Ebenen die Anstrengungen zur Entbürokratisierung zu bündeln.

Effektive Justiz und konsequenter Justizvollzug

296. Die unabhängige Justiz ist das Rückgrat unseres Rechtsstaats. Sie schützt die Bürger vor Willkür und Machtmissbrauch und sorgt dafür, dass jeder zu seinem Recht kommt.

Lange Verfahrensdauern vereiteln die zügige Wiederherstellung des Rechtsfriedens. Wir wollen die Leistungsfähigkeit der Gerichte und Staatsanwaltschaften erhalten und wo nötig verbessern.

297. Der Justizvollzug muss den Sicherheitsinteressen der Bürger Rechnung tragen. Eine Wiedereingliederung ehemaliger Straftäter in die Gesellschaft ist unser Ziel, aber vor dauerhaft gefährlichen Straftätern müssen die Bürger auch dauerhaft geschützt werden. Sicherheit und Resozialisierung stehen nicht im Widerspruch zueinander. Auch Resozialisierung hat sich dem Ziel unterzuordnen, die Bürger vor Kriminalität zu schützen. Opferschutz geht vor Täterschutz.

Sozialstaatlichkeit

298. Freiheitlicher Rechtsstaat und Sozialstaat ergänzen sich. Ein gerechtes Sozialsystem muss die Rahmenbedingungen eines menschenwürdigen Daseins für alle sichern und Hilfe in unverschuldeten Notlagen garantieren. Soziale Gerechtigkeit hat sich insbesondere gegenüber den Schwachen zu bewähren. Sozialstaatliche Daseinsvorsorge darf nicht zur Entmündigung durch den Staat führen. Sie muss die Leistungsfähigkeit des Einzelnen fördern und sein solidarisches Engagement fordern - auch hier gilt das Subsidiaritätsprinzip.

Föderalismus und kommunale Selbstverwaltung

299. Die föderale Struktur Deutschlands ist Ausdruck von gewachsenem kulturellem und geschichtlichem Selbstverständnis, von Heimat und Identität seiner Bürger. Föderalismus und kommunale Selbstverwaltung sind wesentliche Ordnungsprinzipien unseres Staates. Wir wollen sie erhalten und weiterentwickeln. Sie tragen dazu bei, die Freiheit der Menschen zu sichern und staatliche Macht aufzuteilen. Sie ermöglichen, die Eigenarten und besonderen Interessen einzelner Regionen und Gemeinden zu fördern. In den Städten und Kommunen

entscheidet sich tagtäglich neu, ob unser Gemeinwesen funktioniert. Im unmittelbaren Lebensumfeld der Menschen beweist sich durch lebendiges Engagement, durch Mitbestimmung und Teilhabe an den örtlichen Entscheidungsprozessen die Akzeptanz unseres Gemeinwesens durch die Bürgerinnen und Bürger. Im Zuge der fortschreitenden Europäisierung und Globalisierung sind die selbstverwalteten Kommunen der wichtigste Bezugs- und Ankerpunkt unserer Gesellschaft.

300. Öffentliche Aufgaben sollen im Sinne der Bürgernähe auf kommunaler Ebene erfüllt werden, wo immer dies möglich und sinnvoll ist. Eine ausreichende Finanzausstattung der Kommunen ist sicherzustellen. Bei der Kompetenzaufteilung zwischen Bund, Ländern und Kommunen müssen das Subsidiaritäts- und das Konnexitätsprinzip Anwendung finden.

301. Die Mitwirkung der Länder an der Gesetzgebung und Verwaltung des Bundes ist ein wichtiger Grundsatz unserer föderalen Ordnung. Dies gilt auch für die Kooperation der Länder untereinander, die wir stärken wollen. Zuständigkeiten und politische Verantwortlichkeiten bei Bund, Ländern und Kommunen müssen erkennbar sein.

302. Der Föderalismus gewinnt vor dem Hintergrund der Globalisierung und der Erweiterung und Vertiefung der Europäischen Union an Bedeutung. Deutschland bereichert den Prozess der europäischen Integration durch seine föderalen Strukturen und die damit verbundenen Erfahrungen.

3. Integrationsland Deutschland

303. Für die CDU ist die Integration von Zuwanderern, insbesondere von Kindern und Jugendlichen der zweiten und dritten Generation, in unsere Gesellschaft eine politische Schlüsselaufgabe. Wir verstehen Integration als einen fortschreitenden positiven Prozess in der Verantwortung der Migranten, der Politik und der gesamten Gesellschaft. Migration und Integration sind zu gestalten; wir verstehen sie als Chance und Bereicherung. Unsere Politik muss sich an den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Interessen Deutschlands orientieren, die europäische Dimension von Migration konsequent berücksichtigen, sich ihrer

humanitären Verpflichtungen und ihrer Verantwortung im Hinblick auf die weniger entwickelten Länder bewusst sein.

304. Wir brauchen eine kontrollierte Zuwanderung von gut ausgebildeten, leistungsbereiten und integrationswilligen Menschen, die bei uns leben, arbeiten, unsere Werte und unser Land als ihre Heimat annehmen wollen. Für diese Menschen muss Deutschland attraktiv sein. Sie sind ein Gewinn für unser Land.

305. Wir halten in historischer Verantwortung an unserer Politik der Aufnahme deutscher Spätaussiedler bei gleichzeitiger Verbesserung der Lebensgrundlagen in den Herkunftsgebieten fest.

306. Deutschland ist ein weltoffenes und tolerantes Land, in dem Deutsche und Zuwanderer friedlich zusammen leben und arbeiten. Deutschland hat immer wieder Menschen aufgenommen und diese zumeist erfolgreich integriert, damit sie ihre Talente entfalten, unser Land geistig, kulturell und sozial befruchten und weiter voranbringen konnten. Durch ihre Leistungen haben sie sich Anerkennung erworben. Gleichzeitig gewährt die Bundesrepublik Deutschland zahlreichen Menschen aus humanitären Gründen Zuflucht, wie es der aus unserem christlich geprägten Menschenbild entspringenden Verantwortung entspricht.

307. Deutschland ist Integrationsland. Integration bedeutet die Einbindung in das gesellschaftliche Gefüge sowie die Akzeptanz kultureller Vielfalt auf der Grundlage allgemein geteilter und gelebter Grundwerte. Integration bedeutet auch, Verantwortung für unser Land zu übernehmen. Ein unverbindendes Nebeneinander und Parallelgesellschaften, in denen unsere Rechtsordnung missachtet wird, lehnen wir ab. Wer in Deutschland leben möchte, muss die zentralen Werte und Normen unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung akzeptieren und annehmen, ohne seine Herkunft zu verleugnen und seine Wurzeln aufzugeben. Wo aber Menschenrechte und Demokratie in Frage gestellt werden, gibt es kein Recht auf kulturelle Differenz. Dies gilt insbesondere für den Grundsatz der Gleichberechtigung von Frauen und Männern. Darüber müssen sich alle einig sein,

Zuwanderer wie Aufnehmende. Wer sich der Integration dauerhaft verweigert, muss mit Sanktionen rechnen.

308. Deutschkenntnisse sind der Schlüssel zur Integration. Klare und nachvollziehbare Anforderungen stellen für uns kein Hindernis, sondern die Grundlage für gesellschaftliche Integration dar. Unser Grundsatz lautet Fordern und Fördern. Die CDU steht für eine umfassende Integrationsförderung. Integration betrifft alle Politikfelder.

309. Gelingende Integration fordert den Einzelnen und liegt auch in der Verantwortung der Gesellschaft und des Staates. Sie braucht das Zusammenwirken aller und berührt alle Lebensbereiche. Integration entscheidet sich im Zusammenleben vor Ort in den Kommunen. Gefordert sind insbesondere die Kirchen, die Religionsgemeinschaften, Kultur- und Bildungseinrichtungen, Migrantenorganisationen, die Medien, der Sport, Stiftungen, Vereine und Verbände, Unternehmen und Gewerkschaften. Dabei profitieren wir alle von einer erfolgreichen Integration und einer gesteuerten Zuwanderung, sowohl in Wirtschaft und Arbeit, als auch im alltäglichen Leben miteinander.

310. Die Einbürgerung als Ausdruck eines erfolgreichen Integrationsprozesses wird von uns als Verwirklichung gleichberechtigter Teilhabe mit allen Rechten und Pflichten verstanden. Dies ist ein entscheidender Moment im Leben des Einzelnen, der damit seine Loyalität gegenüber unserem Staat zum Ausdruck bringt. Dies gilt es anzuerkennen und angesichts rückläufiger Einbürgerungszahlen mit Augenmaß zu fördern.

311. Die CDU hat den Nationalen Integrationsplan angestoßen und steht für ein politisches Gesamtkonzept, das Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, Familien-, Bildungs- und Ausländerpolitik zu einer neuen Integrationspolitik verknüpft. Auf diesem Wege kommen wir zu einer partnerschaftlichen Gesellschaft.

VIII. DEUTSCHLANDS VERANTWORTUNG UND INTERESSEN

WAHRNEHMEN

1. Deutschlands Chance Europa

312. Die CDU ist die deutsche Europapartei. Von Beginn an hat sie den europäischen Einigungsprozess leidenschaftlich vorangetrieben. Von Konrad Adenauer mutig eingeleitet, von Helmut Kohl auch nach Erlangen der Deutschen Einheit weiter vertieft, setzen wir uns für die Fortsetzung der Integration Europas ein. Die Europäische Union ist im Interesse aller Mitgliedsstaaten und deren Bürger. Die Stärke Europas ist immer auch die Chance Deutschlands.

313. Europa ist eine Kultur- und Wertegemeinschaft. Es eint seine Bewohner in dem Bewusstsein einer eigenen europäischen Identität. Die Nationalstaaten und die Identität ihrer Völker sind prägende Bestandteile eines Europas der Einheit in Vielfalt. Die gemeinsamen Traditionen, die religiösen, ideen- und geistesgeschichtlichen Fundamente unseres Kontinents verbinden seine Völker über nationale und regionale, politische und wirtschaftliche Unterschiede hinweg.

314. Das christliche Bild vom Menschen ist als Teil des gemeinsamen europäischen Erbes wesentlich für die europäische Identität. Es bleibt auch im Zeitalter der Globalisierung die Grundlage für die Gestaltung der gemeinsamen Zukunft in Europa.

315. Im eigenen Interesse muss Deutschland eine aktive Rolle bei der Vollendung der Einheit Europas übernehmen. Ein geeintes Europa kann am besten unsere Interessen im Zeitalter der Globalisierung gemeinsam mit den transatlantischen Partnern, mit denen uns gemeinsame Werte, Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit verbinden, wahrnehmen.

316. Die europäische Einigung ist die größte politische Erfolgsgeschichte unseres Kontinents. Sie ist Modell und Orientierungspunkt für viele Teile der Welt. Seit dem Zweiten Weltkrieg bringt sie Europa Freiheit, Frieden und Wohlstand. Die Europäische Einigung ist der Schlüssel,

um dies dauerhaft zu gewährleisten. Heute garantiert uns die Europäische Union mehr Sicherheit im Innern und nach außen. Wir sind überzeugt: Die Europäische Union ist die beste Antwort auf Herausforderungen wie Globalisierung, Migration, neue Bedrohungen unserer Sicherheit, Klimawandel und Energiesicherheit.

Kein einzelner Mitgliedsstaat kann allein diese Herausforderungen meistern. Die Deutschen und ihre Partner in der Europäischen Union sind in einer Schicksalsgemeinschaft vereint. Die Souveränität der einzelnen Mitgliedsstaaten entfaltet sich wirkungsvoll nur dadurch, dass sie gemeinschaftlich ausgeübt wird.

317. Wesentlich für die Europäische Union ist ihre Akzeptanz durch ihre Bürger. Sie muss bei den Bürgern neue Überzeugungskraft gewinnen, weil Frieden, Wohlstand und Sicherheit heute für die meisten Europäer selbstverständlich sind. Wir wollen mit unserer Politik das Vertrauen der Bürger in die Europäische Union stärken.

318. Wir wollen, dass insbesondere junge Menschen aktiv an der Gestaltung der Europäischen Integration mitwirken. Das setzt eine intensive Unterrichtung über die Politik und die Geschichte Europas voraus. Wir wollen ein starkes und handlungsfähiges Europa. Die Europäische Union muss sich daher gemäß dem Subsidiaritätsprinzip auf jene Aufgaben konzentrieren, die die europäische Ebene besser als die Nationalstaaten mit ihren Regionen und Kommunen erfüllen kann. Daher ist es notwendig, die Aufgabenstruktur bei künftigen EU-Vertragsänderungen zu überprüfen. Dabei muss es auch möglich sein, Aufgaben auch teilweise auf die Mitgliedsstaaten wieder zurückzuführen. Die Europäische Union muss demokratisch, transparent, handlungsfähig, unbürokratisch und bürgernah gestaltet werden.

319. Der Einsatz der Finanzmittel der Europäischen Union soll gezielter, effizienter und zukunftsorientierter gestaltet, das Finanzierungssystem grundlegend und entsprechend der Wirtschaftskraft der einzelnen Mitgliedsstaaten reformiert werden, ohne dass die Europäische Union eigene Kompetenzen zur Steuererhebung oder zur öffentlichen Kreditaufnahme erhält. Auch in diesem Zusammenhang werden wir den Menschen

verdeutlichen, welche Vorteile Europa für sie hat und welche Zukunftsperspektiven sich ihnen eröffnen.

320. Die Europäische Union als eine Union der Bürger und der Mitgliedsstaaten steht mit dem Vertrag von Lissabon auf einer neuen Grundlage, die auf den gemeinsamen Werten und dem europäischen Menschenbild – das maßgeblich durch Christentum, Judentum, Antike und Aufklärung geprägt ist – aufbaut. Die Charta der Grundrechte ist ein Ausdruck dieser Werte. Wir treten für einen Gottesbezug ein. An dem langfristigen Ziel, eine Verfassung für die Europäische Union zu schaffen, halten wir fest.

321. Der Nationalstaat wird sich wandeln, aber auf Dauer Bestand haben. Im Rahmen der ihr von den Mitgliedsstaaten zugewiesenen Kompetenzen arbeitet die Europäische Union nach bundesstaatlichen Prinzipien und Methoden.

322. Wir wollen die Demokratie in der Europäischen Union und die Rechte des Europäischen Parlaments weiter stärken. Europäisches Parlament und Rat der Europäischen Union müssen gleichberechtigt an jeder europäischen Gesetzgebung im Sinne eines Zweikammersystems mitwirken. Die nationalen Parlamente der Mitgliedsstaaten müssen auch in Zukunft die Übertragung von Hoheitsbefugnissen der Mitgliedsstaaten auf die Europäische Union legitimieren. Sie sollen auch eine wichtige Rolle bei der Kontrolle des Subsidiaritäts- und Verhältnismäßigkeitsprinzips übernehmen. Das Bürgervotum bei der Wahl des Europäischen Parlaments muss sich in der Wahl des Präsidenten der Kommission durch das Europäische Parlament widerspiegeln. Darüber hinaus befürworten wir ein persönlichkeitsbezogenes Europa-Wahlrecht.

323. Politische Parteien auf europäischer Ebene tragen zur Herausbildung eines europäischen politischen Bewusstseins und zum Ausdruck des Willens der Bürger der Europäischen Union bei. Wir Christliche Demokraten erfüllen diesen Auftrag als Mitglied der Europäischen Volkspartei (EVP). Die europäischen Parteien müssen verstärkt ihren Beitrag leisten, eine europäische Öffentlichkeit herzustellen z. B. durch stärkere Personalisierung der europäischen Politik.

324. Deutschland als Land in der Mitte Europas ist auf gute Beziehungen zu seinen Nachbarn angewiesen. Als die bevölkerungsreichste und größte Volkswirtschaft der Europäischen Union haben wir unseren Beitrag zum europäischen Einigungswerk als selbstbewusstes, weltoffenes und Brücken schlagendes Land zu leisten. Wir sind überzeugt: Europa gelingt nur gemeinsam – im gleichberechtigten Miteinander der großen wie der kleineren, der älteren wie der neuen Mitgliedsstaaten. Frankreich ist der wichtigste Partner Deutschlands in Europa. Diese Beziehung wollen wir ausbauen, damit Frankreich und Deutschland weiterhin Vorreiter bei der Gestaltung der Europäischen Union sind.

325. Für uns ist Europa vor allem auch ein Europa der Regionen. Die Vielfalt und die Eigenständigkeit der Regionen und Kommunen Europas müssen dauerhaft bewahrt werden. Vor allem die Grenzregionen sind die Gebiete, in denen die Realität europäischer Integration in besonderem Maße erfahren und gelebt werden kann. Die wechselseitige Kenntnis und Verständigung über politische, kulturelle, sprachliche, historische und gesellschaftliche Besonderheiten der Nachbarregionen ist Grundlage für die grenzüberschreitende Kooperation. Deshalb wollen wir in Grenzregionen den Erwerb der Sprache unserer Nachbarn fördern. Grenz- und grenzübergreifende Regionen sind damit wichtige Bausteine des europäischen Einigungsprozesses und sollten diese wichtige Brückenkopffunktion bewusst einnehmen.

326. Heimatliche Verwurzelung, nationale Identität und europäische Gemeinsamkeit ergänzen und bedingen sich. Wir treten für ein internationales und europäisches Volksgruppen- und Minderheitenrecht, das Recht auf die Heimat, eigene Sprache und Kultur ein.

327. Auch in einem vereinten Europa mit zunehmend offenen Grenzen erfüllen Heimatvertriebene und Volksgruppen eine wichtige Brückenfunktion zwischen den Nationen. Auch die Deutschen, die in ihrer Heimat außerhalb der Bundesrepublik Deutschland geblieben sind, können diese wichtige Funktion zwischen Deutschland und seinen Nachbarn

beim weiteren Zusammenwachsen Europas wahrnehmen. Vertreibungen jeder Art müssen international geächtet und verletzte Rechte anerkannt werden.

328. Die bisherigen Erweiterungen der Europäischen Union haben die Zone der Stabilität ausgeweitet und Deutschland politischen und wirtschaftlichen Nutzen gebracht. Für viele Menschen auch auf dem westlichen Balkan und in Osteuropa ist die Europäische Union zum Leitbild einer offenen Gesellschaft, eines friedlichen Miteinanders der Völker und damit zum Hoffnungsträger für ihre politische und wirtschaftliche Zukunft geworden. Die Europäische Union muss ihrer Verantwortung gegenüber den Völkern in diesen europäischen Regionen gerecht werden.

Die Vollmitgliedschaft in der Europäischen Union kann nicht in jedem Fall die einzige Antwort hierauf sein. Nicht nur die Erfüllung der Beitrittskriterien ist der Maßstab für die Aufnahme neuer Mitglieder, sondern auch die Aufnahmefähigkeit der Europäischen Union selbst. Wir halten eine privilegierte Partnerschaft der Europäischen Union mit der Türkei für die richtige Lösung.

329. Die weitere Vertiefung der Europäischen Union bestimmt wesentlich den künftigen Erweiterungsprozess. Zusammenhalt und Handlungsfähigkeit müssen verbessert werden, der Integrationsprozess weiter vorangehen. Der europäische Erweiterungsprozess muss zur Stärkung der europäischen Identität beitragen. Assoziierungsverträge und besondere Partnerschaften sowie multilaterale Kooperationsmodelle wie der Europäische Wirtschaftsraum können als Zwischenschritte oder auch als dauerhafte Lösungen vereinbart werden. Nur europäische Staaten können der Europäischen Union beitreten.

330. Für die Sicherheit und den Wohlstand der Europäischen Union und ihrer Mitgliedsstaaten sind die Stabilität und der Wohlstand der Staaten in ihrer unmittelbaren Nachbarschaft von zentraler Bedeutung. Die Europäische Union braucht daher maßgeschneiderte Abkommen und gute Beziehungen mit ihren Nachbarn.

331. Die gemeinsame europäische Währung stärkt den Zusammenhalt und die wirtschaftliche Kraft der Mitgliedsländer. Durch sie wurde die politische Einigung faktisch

unumkehrbar. Die Zollunion, der Binnenmarkt und der Euro haben wesentlich zur Stabilität, zum Wohlstand und zur globalen Konkurrenzfähigkeit Europas beigetragen. Europa ist ein wesentlicher Teil unserer Antwort auf die Globalisierung, denn es macht uns stark im internationalen Wettbewerb.

Die Vollendung und Weiterentwicklung des gemeinsamen Binnenmarkts bleibt eine Daueraufgabe. Der Nutzen des gemeinsamen Marktes darf nicht durch Überregulierung geschmälert werden. Die Europäische Union muss intensive Anstrengungen unternehmen, um verstärkt Wirtschaftswachstum zu schaffen, auf dem Weltmarkt ihren Platz zu behaupten und ihre Wettbewerbschancen zu verbessern. Dazu zählen uneingeschränkte Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank und die strikte Einhaltung des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes. Ebenso müssen Forschung, Entwicklung und Ausbildung erheblich gefördert werden.

332. Technischer Fortschritt ist der wichtigste Faktor für hohe Produktivität und Wirtschaftswachstum. Auch die Europäische Union braucht eine Hochtechnologiestrategie, damit auf Dauer in Europa gut bezahlte und konkurrenzfähige Arbeitsplätze erhalten bleiben.

333. Wir wollen, dass Europa eine Wohlstandsregion bleibt. Wir vertreten die Soziale Marktwirtschaft als europäisches Wirtschafts- und Sozialmodell. In wichtigen Bereichen der Sozial- und auch der Umweltpolitik müssen europaweit einheitliche Mindeststandards verankert werden, die einen fairen Wettbewerb ermöglichen, das Wettbewerbsgefälle innerhalb der Europäischen Union begrenzen und keinen Mitgliedsstaat überfordern. Nur gemeinsam können wir als Europäische Union auch globale, von unseren Werten geprägte Standards durchsetzen. Dabei messen wir der transatlantischen Wirtschaftspartnerschaft hohe Priorität bei.

334. Ein wichtiges Ziel ist es, den Bewegungsspielraum für Bürger und Unternehmen durch den Abbau von Vorschriften und Verwaltungskosten zu erweitern. Ein europäischer unabhängiger Normenkontrollrat kann hierzu einen wesentlichen Beitrag leisten. Auch bei der Umsetzung von europäischem Recht in deutsches Recht muss eine Überreglementierung vermieden werden.

335. Das Gemeinschaftsrecht muss vereinfacht und die Qualität der Folgenabschätzung europäischer Rechtsetzungsvorhaben erhöht werden. Auch in der Europäischen Union muss es eine regelmäßige Überprüfung anhängiger Rechtsetzungsvorhaben geben, wie dies in Deutschland durch das Prinzip der Diskontinuität erreicht wird. Unser Ziel ist ein modernes Europa mit günstigen Standortbedingungen.

336. Die Gewährleistung der Inneren Sicherheit gehört zu den Kernaufgaben nationaler und europäischer Politik. Mit der schrittweisen Verwirklichung des Gemeinsamen Raumes der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts leistet die Europäische Union einen wichtigen Beitrag zu mehr Freiheit und Freizügigkeit für die Bürger. Gleichzeitig ermöglicht sie eine effektivere Bekämpfung von Terrorismus und sonstigen Formen internationaler Kriminalität.

337. Auf der Grundlage des entschlossenen und aktiven Eintretens für unsere gemeinsamen Werte brauchen wir insbesondere einen verbesserten grenzüberschreitenden Informationsaustausch der Polizei- und Sicherheitsbehörden der Mitgliedsstaaten. Die vorhandenen Informationssysteme müssen ausgebaut und unter Einsatz neuester technischer Entwicklungen an die neuen Herausforderungen der Kriminalitäts- und Terrorismusbekämpfung angepasst werden. Hierfür brauchen wir auch eine Stärkung gemeinsamer Institutionen wie EUROPOL und EUROJUST und engere direkte Kooperation der nationalen Polizeibehörden. Die wirksame Bekämpfung der illegalen Migration, die schrittweise Entwicklung einer gemeinsamen europäischen Asylpolitik und ein verstärkter europäischer Erfahrungsaustausch zu Fragen der Integration sind weitere Aufgaben, denen wir uns auf der europäischen Ebene stellen werden.

338. Wir wollen eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik eingebettet in eine integrierte Sicherheitsstrategie, die auch die Energie- und Rohstoffsicherheit umfasst. Sie ist im Interesse unseres Landes. Die Europäische Union muss den Prozess der Globalisierung nach ihren Interessen und Werten gemäß der Größe ihrer Bevölkerungszahl und ökonomischen Leistungskraft entscheidend mitgestalten. Dafür ist es notwendig, dass auch die politischen und institutionellen Voraussetzungen geschaffen werden, damit die

Europäische Union mit einer Stimme sprechen kann und handlungsfähig ist. Dann wird sie sich auch überzeugend mit ihren reichen Erfahrungen beim Aufbau einer regionalen Friedensordnung auf gemeinschaftlicher Grundlage und eines Binnenmarktes als ein attraktiver Partner für andere Weltregionen anbieten können.

339. Ein unverzichtbarer Teil unseres erweiterten Sicherheitsverständnisses ist die Entwicklungszusammenarbeit. Die Europäische Union ist die größte Gebergemeinschaft. Um die dafür erforderliche Akzeptanz in der Bevölkerung zu erhalten, ist es jedoch dringend erforderlich, dass die Mittelvergabe und -verwendung transparent ausgestaltet sowie eng mit den nationalen Politiken abgestimmt wird. Sie muss dem Prinzip Hilfe zur Selbsthilfe, die insbesondere den Menschen vor Ort zugute kommen muss, entsprechen und vor allem gute Regierungsführung und effiziente Verwaltung einschließlich Korruptionsbekämpfung fördern.

340. Die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) muss als verteidigungspolitische Komponente der Europäischen Union ausgebaut werden. Wir bekennen uns zu einer europäischen Verteidigung einschließlich einer politischen und militärischen Beistandsverpflichtung komplementär zur NATO. Die Europäische Union muss daher über Möglichkeiten des eigenen militärischen Handelns verfügen können. Mit der Bundeswehr trägt Deutschland entscheidend zur Entwicklung der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik bei. Wir setzen uns auch weiterhin für eine Integration nationaler Einheiten in europäische Sicherheitsstrukturen mit einer europäischen Armee als Fernziel ein.

341. Die transatlantischen Beziehungen waren stets eine wichtige Grundlage für Frieden, Freiheit und Wohlstand in Deutschland und Europa. Sie bleiben auch in der Zukunft von herausragender Bedeutung. Deshalb setzt sich die CDU dafür ein, in der Partnerschaft zu den USA immer wieder gemeinsame Standpunkte zu suchen. Dabei wird der Ausbau unserer wirtschaftlichen Zusammenarbeit immer wichtiger. Gemeinsam wollen wir mit unseren transatlantischen Partnern USA und Kanada auf der Basis unserer Wertgrundlagen das Gewicht der westlichen Wertegemeinschaft stärken.

342. Die Europäische Union und die USA sind die über Handel und Investitionen am stärksten verbundenen Wirtschaftsräume der Welt. Angesichts der fortschreitenden Verflechtung in den transatlantischen Wirtschaftsbeziehungen setzen wir uns dafür ein, Handelshemmnisse zu überwinden und langfristig einen transatlantischen Markt zu schaffen. Wir treten im transatlantischen Verhältnis für ein selbstbewusstes Europa ein, das sich nicht als Gegengewicht, sondern als Partner der USA versteht.

2. Für Freiheit und Frieden eintreten – Deutschlands Rolle in der Welt

343. Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit sind Richtschnur für unsere Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik. Dies entspricht unserer Verpflichtung, die Freiheit und die Sicherheit der Menschen in Deutschland zu gewährleisten. Wir wollen Gefahren von unserem Land abwehren und uns zugleich weltweit für die Schaffung von Frieden und Freiheit sowie die Geltung der Herrschaft des Rechts und der universellen Menschenrechte einsetzen. So schaffen und erhalten wir die Voraussetzungen dafür, dass unser Land sich in Frieden mit anderen Ländern gesellschaftlich, kulturell und wirtschaftlich austauschen, seinen Wohlstand mehren und seine Gesellschaft entwickeln kann.

344. Seit dem Ende des Kalten Krieges haben sich die Bedingungen unserer Außen- und Sicherheitspolitik grundlegend verändert. Die bipolare Weltordnung gehört der Vergangenheit an. Spätestens am 11. September 2001 hat die freie Welt erfahren, dass wir heute asymmetrischen Bedrohungen ausgesetzt sind, die weit außerhalb unserer Grenzen entstehen können. Wir wollen die internationalen Beziehungen weiter intensivieren, damit Interessenkonflikte möglichst kooperativ und gewaltfrei gelöst werden.

345. Im Zeitalter der Globalisierung ist jedes Land unser Nachbar. Zerfallende Staaten sind häufig Rückzugsräume für den Transnationalen Terrorismus und das internationale Verbrechen. Der Aufbau von und der Einsatz für Rechtsstaatlichkeit und Demokratie in fernen Regionen dient unmittelbar unseren eigenen Interessen und ist aktive Sicherheitsvorsorge. Demokratie und Rechtsstaatlichkeit schaffen Stabilität, auf die wir als exportabhängige Volkswirtschaft besonders angewiesen sind. Wir müssen nicht nur regional, sondern auch global bereit sein, gemeinsam mit anderen Demokratien im Rahmen internationaler Organisationen Verantwortung zu übernehmen. Dabei folgen wir dem Konzept der vernetzten Sicherheit: Ohne Sicherheit keine Entwicklung, ohne Entwicklung keine Sicherheit.

346. Um unserer internationalen Verantwortung gerecht zu werden, sind die Mittel und Instrumente für die Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik den Aufgaben und Verpflichtungen entsprechend bereitzustellen. Erfolgreiche Außenpolitik muss den nationalen

Interessen unseres Landes folgen. Dazu gehört die Erkenntnis: Wenn wir international Solidarität üben, werden wir von anderen Staaten selbst Solidarität erfahren. Es entspricht daher unserem Interesse, unsere Politik nicht national zu verengen, sondern auf einen gerechten Interessenausgleich auszurichten.

347. Erfolgreiche Außenpolitik setzt intellektuelle und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit sowie Attraktivität unserer Gesellschaftsordnung und Kultur voraus. Sie muss verlässlich sein, um das Vertrauen unserer Partner und Verbündeten zu erhalten, und erteilt daher nationalen Sonderwegen eine Absage. Nicht zuletzt muss sie von dem Willen, der Entschlossenheit und der Fähigkeit getragen sein, für unsere Werte, Überzeugungen und Interessen im Dialog mit anderen Kulturen einzutreten. Wir wollen den außen- und sicherheitspolitischen Diskurs in unserem Land und in der Europäischen Union intensivieren.

348. Um die außenpolitischen Herausforderungen der Zukunft zu meistern, wollen wir die Europäische Union weiterentwickeln, die transatlantische Partnerschaft pflegen und ausbauen sowie die globale Ordnung stärken. Zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft wollen wir die transatlantische Wirtschaftsintegration vertiefen.

349. Die NATO bleibt für die Sicherheit Deutschlands und Europas unverzichtbar und das primäre Instrument unserer Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Dabei muss die NATO der ständige Ort des transatlantischen sicherheitspolitischen Dialoges sein.

350. Die transatlantische Gemeinschaft basiert auf einem weltweit einzigartigen Fundament gemeinsamer Werte. Mit den USA und Kanada verbindet uns eine bewährte Partnerschaft und Freundschaft, die wir weiter ausbauen wollen. Beide Staaten wurden von Europäern gegründet. Die Prinzipien der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung waren am Ende des 18. Jahrhunderts Vorbild für die europäischen Länder, zunächst in Frankreich 1789, dann auch in Deutschland.

Insbesondere den USA haben wir zu verdanken, dass Deutschland und Europa vom Nationalsozialismus und Kommunismus befreit wurden. Ohne die Unterstützung der USA wären die deutsche Einheit und die europäische Wiedervereinigung so nicht möglich

gewesen. Mit unseren transatlantischen Partnern USA und Kanada immer wieder gemeinsame Standpunkte zu suchen und zu vertreten, wird zunehmend wichtiger. Wir wollen auf der Basis unserer gemeinsamen Wertgrundlagen das Gewicht der westlichen Wertegemeinschaft stärken.

351. Wir stellen uns der besonderen historischen Verantwortung Deutschlands gegenüber Israel. Wir treten für das Existenzrecht Israels als jüdischer Staat in sicheren Grenzen ein. Deutschland und Europa müssen dazu beitragen, die Krisen des Nahen und Mittleren Ostens in partnerschaftlicher Zusammenarbeit mit den Ländern der Region zu bewältigen und den Nahost-Konflikt zu lösen. Dazu gehört ein existenzfähiger palästinensischer Staat.

352. Wir setzen uns für ein friedliches Miteinander der westlichen Demokratien mit den islamisch geprägten Staaten ein. Wir achten und schätzen die reiche kulturelle Tradition der islamischen Welt. Es ist in unserem Interesse, die moderaten Kräfte in den muslimisch geprägten Gesellschaften auf ihrem Weg zu Rechtsstaatlichkeit und Demokratie zu unterstützen. Islamischer Fundamentalismus und islamisch motivierter Terrorismus sind zunächst eine Bedrohung für die islamisch geprägten Gesellschaften selbst, aber auch für uns. Wir müssen bereit und fähig sein, den islamistischen Terrorismus und Fundamentalismus gemeinsam mit der großen Mehrheit der Muslime zu bekämpfen und ihm den Nährboden zu entziehen.

353. Deutschland, Europa und der Westen insgesamt haben ein großes Interesse an guten Beziehungen zu Russland. Wir streben eine strategische Partnerschaft der Europäischen Union mit Russland an, die auf den universellen Werten des Europarates gründet. Dabei sind auch die Interessen der mittel- und osteuropäischen Staaten zu berücksichtigen. Wir wollen mit Russland die wirtschaftliche, politische und gesellschaftliche Zusammenarbeit intensivieren. Durch einen offenen und umfassenden Dialog wollen wir die demokratische Entwicklung, die Rechtsstaatlichkeit, die Medienvielfalt und die Bürgergesellschaft in Russland stärken.

354. Unseren Nachbarkontinent Afrika wollen wir bei seinen Bemühungen um nachhaltige Entwicklung, Stabilität und gute Regierungsführung unterstützen, damit die Menschen dort eine bessere Lebensperspektive haben. Wir streben eine enge Zusammenarbeit mit der Afrikanischen Union an. Ein besonderes Problem bilden die weit verbreitete Armut, Hunger, mangelnde Bildungschancen und die Ausbreitung von Seuchen und Krankheiten. Gewaltsame Konflikte, Instabilität und Ordnungslosigkeit in Afrika können uns in Europa nicht gleichgültig sein, sind wir doch von den Auswirkungen - nicht zuletzt in Form von wachsenden Migrationsströmen – unmittelbar betroffen.

355. Der Partnerschaft mit Lateinamerika, mit dem Europa durch Geschichte und Werte eng verbunden ist, messen wir einen hohen Stellenwert bei. Wir bestärken dabei auch aufstrebende Länder wie Brasilien und Mexiko, bei der Lösung globaler Probleme mehr Verantwortung zu übernehmen. Durch die Kooperation mit unseren Partnerparteien leisten wir in vielen Ländern einen Beitrag zur Stärkung der Demokratie.

356. Um die vielfältigen Herausforderungen durch die Veränderungen in Asien besser bewältigen und unsere Interessen wahren zu können, müssen wir die Zusammenarbeit zwischen Europa und den Ländern Asiens intensivieren und durch Kooperation und verbindliche Partnerschaften gestalten. Aufgrund ihrer wachsenden Bedeutung wollen wir China und Indien dabei unterstützen, verantwortungsbewusste Teilhaber an und Gestalter der internationalen Ordnung zu werden.

357. Wir treten ein für die Fortsetzung der weltweiten Abrüstung, die Stärkung der Rüstungskontrolle und eine europäisch koordinierte Handhabung der Rüstungsexporte. Die Verhinderung der Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen und ihrer Trägertechnologien fördert den Weltfrieden und trägt zu unserer Sicherheit bei. Wir werden darauf hinwirken, dass die internationale Gemeinschaft mit Entschlossenheit und Geschlossenheit auf solche Kräfte einwirkt, die gegen internationale Regeln und Abkommen verstoßen.

358. Wir stehen für einen umfassenden und vernetzten Ansatz ein, der das gesamte sicherheitspolitische Instrumentarium berücksichtigt und in einem Gesamtkonzept zusammenführt. Wir brauchen eine enge ressortübergreifende Zusammenarbeit und wir wollen bei Einsätzen zur Krisenbewältigung die zivilen und militärischen Instrumente der Vereinten Nationen, der NATO und der EU wirksamer miteinander koordinieren.

359. Der Auftrag der Bundeswehr lässt sich nicht mehr auf die klassische Bündnis- und Landesverteidigung auf eigenem Territorium begrenzen. Im Konzept vernetzter Sicherheit ist die Bundeswehr ein unverzichtbares Instrument sowohl für die Landes- und Bündnisverteidigung unter neuen Vorzeichen als auch für internationale Krisenvorsorge und Krisenbewältigung im gesamten Einsatzspektrum. Zudem muss die Bundeswehr zum Zwecke des Heimatschutzes auch über den Katastrophenschutz hinaus im Innern eingesetzt werden können.

360. Die Bundeswehr muss auch in Zukunft Einsätze bestehen und internationale Verpflichtungen Deutschlands erfüllen können. Deswegen muss die Transformation unserer Streitkräfte konsequent weiter umgesetzt und die Bundeswehr bedarfsgerecht finanziert werden. Nur so kann die Bundeswehr ihren anspruchsvollen Verpflichtungen nachkommen und Deutschland bleibt in der Welt von morgen sicherheitspolitisch handlungsfähig, bündnisfähig und gestaltungsfähig.

361. Die Bundeswehr steht für erfolgreiche Streitkräfte in der Demokratie. Sie hat den Wandel von der Armee der Abschreckung über die Armee der Einheit zur Armee im Einsatz für den Frieden vollzogen und sich dabei bewährt. Für uns bleibt die Bundeswehr Instrument einer im Grundgesetz und im Völkerrecht verankerten Politik.

Die Soldaten der Bundeswehr leisten Hervorragendes und haben durch die Einsätze im Ausland das Ansehen unseres Landes weltweit vermehrt. Wir bekennen uns zur Wehrpflicht. Sie hat sich unter wechselnden sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen bewährt und wird den sicherheitspolitischen Herausforderungen angepasst und entsprechend weiterentwickelt. Einsatzbereitschaft und Durchhaltefähigkeit der Bundeswehr werden nur durch eine

ausreichende Zahl qualifizierter Reservisten gewährleistet. Die Grundlage hierfür ist die allgemeine Wehrpflicht. Wir wollen den Zivildienst als Ersatzdienst erhalten. Er hat große sozial- und jugendpolitische Bedeutung.

362. Die Vereinten Nationen besitzen die größte Legitimität, um globale Probleme anzugehen. Die Vereinten Nationen müssen handlungsfähiger und durchsetzungsstärker werden, um Menschenrechten, Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zum weltweiten Durchbruch zu verhelfen und zur Bewahrung der Schöpfung und zur Weiterentwicklung des Völkerrechts beizutragen.

363. Bei der Reform des Sicherheitsrats befürworten wir einen ständigen Sitz für die Europäische Union. Auf dem Weg zu diesem Ziel bleibt Deutschland bereit, mit der Übernahme eines ständigen Sicherheitsratssitzes mehr Verantwortung zu übernehmen.

364. Wir treten für eine zunehmend integrierte Weltwirtschaft mit einem freien und gerechten Welthandel ein und wollen deshalb Institutionen wie die Welthandelsorganisation stärken. Für Deutschland ist die Sicherheit internationaler Handelswege ein vitales Interesse. Damit wird es unserem Land besser möglich, sich an der weltweiten Mehrung von Wohlstand zu beteiligen. Zugleich fördert freier und gerechter Handel die Überwindung von Armut und trägt damit zur ökonomischen und politischen Stabilisierung von Staaten bei, die sonst zu scheitern drohen.

365. Es liegt in Deutschlands Interesse, bei der Bewältigung der Entwicklungsprobleme vieler Länder – Armut, Unterentwicklung, Menschenrechtsverletzungen, Seuchen, Umweltzerstörung, Kriege, Terrorismus und Staatszerfall – mitzuwirken. Unsere Entwicklungspolitik der partnerschaftlichen Zusammenarbeit ruht auf drei Säulen: Erstens der Verantwortung für die unter Armut Leidenden und für die Schöpfung auf Grundlage unseres christlichen Menschenbildes; zweitens der Abwehr von Risiken und drittens der Stärkung unserer politischen, wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Partnerschaften. Entwicklungspartnerschaft bedeutet für uns, dass wir eigene Reforminitiativen stärken und Mitverantwortung der Entwicklungsländer einfordern.

366. Entwicklungspolitik ist wertgebunden. Sie ist Teil einer Weltordnungspolitik. Wir sehen in freiheitlicher Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, guter Regierungsführung und einer sozial verpflichteten marktwirtschaftlichen Ordnung, die zugleich die natürlichen Lebensgrundlagen schützt, den besten Weg, Entwicklung in armen Ländern zu fördern. Diese Ziele sind Kernelemente unserer Entwicklungspolitik. Entwicklungszusammenarbeit, die langfristig wirken soll, setzt konsequente eigene Anstrengungen insbesondere vonseiten der politischen Entscheidungsträger und der Eliten in den Entwicklungsländern voraus. Wir leisten Hilfe zur Selbsthilfe.

367. Wir erkennen die Leistungen der in der Entwicklungszusammenarbeit Tätigen an. Kirchen und Nichtregierungsorganisationen helfen der Bevölkerung in Entwicklungsländern unmittelbar. Den politischen Stiftungen kommt eine herausgehobene Rolle bei der Förderung des Staatsaufbaus, der Förderung von Rechtsstaatlichkeit, von Parlaments- und Parteienberatung, demokratischer Grundsätze sowie der Durchsetzung der Menschenrechte in Entwicklungsländern zu. Auch durch die Verbesserung der Rahmenbedingungen für wirtschaftliches Engagement kann die Privatwirtschaft verstärkt für entwicklungspolitische Ziele gewonnen werden. Mit der Privatwirtschaft zu kooperieren erlangt ebenso größere Bedeutung wie die zivil-militärische Zusammenarbeit.

368. Die hohe Zahl privater Spenden zeigt die Bereitschaft der Menschen zum Teilen. Der Staat hat die Aufgabe, private Initiativen zu fördern. Wir stehen zur internationalen Verpflichtung, die Mittel für die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit auf 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens zu steigern.

369. Sicherheit, Entwicklung und Menschenrechte gehören zusammen. Menschenrechte sind unteilbar. Die CDU wird auch künftig ihre Stimme erheben, wenn Demokratie, Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und Minderheitenrechte in Gefahr sind. Menschenrechte und Grundfreiheiten müssen in aller Welt gegenüber dem Souveränitätsprinzip Vorrang haben. Wir leisten unseren Beitrag zum Aufbau einer freien, friedlichen und gerechten Welt.

Stichwortverzeichnis zum neuen CDU-Grundsatzprogramm

Hingewiesen wird auch auf Ziffern, in denen sich Sinnentsprechungen und Wortvarianten der entsprechenden Stichwörter finden.

Stichworte	Ziffern
Alterssicherung	s. Soziale Sicherung
Ältere Menschen (Senioren)	52, 59, 61, 62, 63, 64, 65, 171, 176, 190, 194, 195
Arbeit	29, 82, 170, 175
Arbeitgeber	82, 113, 175, 177, 195
Arbeitnehmer	45, 147, 150, 152, 172, 173, 174, 177, 195
Arbeitslosenversicherung	s. Soziale Sicherung
Arbeitsmarkt	112, 171, 172, 177, 201, 203, 225
Ausbildung	61, 92, 95, 100, 102, 103, 108, 112, 113, 114, 124, 163, 331
Behinderte	105, 206, 207, 232
Berufstätigkeit	30, 45, 60, 61, 77, 78, 81, 83, 111, 112, 163
Bildung	29, 48, 87, 90, 92, 94, 95, 96, 97, 99, 101, 102, 103, 106, 107, 108, 115, 130, 132, 171, 206, 221, 235, 309, 311, 354
Bildungswesen	96, 99, 103, 106, 115
Biomedizin	40, 233
Bundeswehr	293, 340, 359, 360, 361
Bürger / bürgerschaftlich	14, 15, 21, 26, 29, 31, 34, 78, 128, 167, 181, 225, 276, 285, 291, 293, 296, 307, 314, 320
Bürgergesellschaft	225, 265, 266, 267, 268, 269, 270, 271, 353

Bürgerrechte	s. Menschenrechte
Bürokratieabbau	163, 221, 259, 295
Chance	13, 24, 28, 29, 30, 38, 43, 45, 47, 48, 55, 56, 57, 58, 81, 90, 92, 112, 115, 117, 150, 161, 163, 171, 172, 177, 180, 181, 199, 223, 225, 233, 235, 246, 249, 262, 303, 312, 331
Chancengesellschaft	24, 28, 48, 55, 58
Christlich	1, 2, 3, 4, 5, 6, 9, 10, 27, 28, 39, 55, 61, 68, 101, 125, 146, 150, 232, 234, 279, 281, 306, 314, 365
Demografie	38, 51, 185, 208, 224, 225, 230
Demokratie / demokratisch	9, 10, 17, 29, 32, 33, 43, 50, 101, 129, 130, 132, 140, 162, 219, 220, 225, 266, 282, 283, 284, 290, 307, 315, 318, 322, 345, 352, 353, 355, 362, 366, 367, 369
Ehe	29, 70, 71, 73, 80, 85, 180, 267
Ehegattensplitting	85
Ehrenamt	63, 64, 104, 180, 266, 268, 272, 269
Eigentum	13, 143, 156, 174, 258, 289
Eigenverantwortung / Selbstverantwortung	14, 29, 74, 93, 100, 110, 124, 181, 186, 196, 214, 216, 258, 265, 274
Eltern	62, 63, 68, 69, 71, 78, 81, 85, 86, 87, 88, 97, 108, 197, 286
Energie	41, 49, 243, 245, 257, 313, 338
• Energieeffizienz	242, 244
• Energieforschung	249, 263

• Energieversorgung	116, 168, 243, 245, 249, 250, 313, 314
• Erneuerbare Energien	244, 246, 247, 257, 260, 262
• Kernenergie	248
Entwicklungspolitik	236, 239, 241, 253, 335, 339, 343, 345, 346, 361, 362, 364-369
Erziehung	29, 57, 81, 83, 86, 87, 88, 97, 193, 197, 206
Europa	33, 34, 36, 37, 114, 123, 125, 129, 151, 220, 250, 300, 310, 311, 312, 323, 331, 333, 335, 337, 340, 341, 342, 349, 350, 351, 353-356
Europäische Union	151, 166, 168, 223, 227, 243, 254, 292, 299, 309, 314-322, 324, 325-336, 338, 339, 340, 342, 344, 348, 349, 359, 363
Familie	29, 57, 60, 61, 63, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 87, 130, 134, 145, 180, 191, 206, 267, 289, 311
Familiensplitting	85
Finanzen	87, 121, 163, 164, 168, 183, 185, 187, 188, 199, 203, 208, 209, 210, 212, 213, 214, 216, 228, 319
Forschung	40, 109, 110, 116, 117, 118, 119, 120, 121, 122, 123, 124, 156, 218, 226, 233, 235, 237, 238, 249, 263, 331
Föderalismus / föderal	36, 213, 219, 279, 299-302
Freiheit / freie Entfaltung der Person	2, 9-17, 23, 24, 26, 27, 28, 29, 34, 38, 42, 49, 55, 56, 58, 68, 91, 99, 117, 127, 136, 137, 138, 140, 141, 143, 144, 149, 154, 155, 165, 167, 187, 233, 265, 266, 271-276, 278, 283, 284, 285, 291, 299, 307, 315, 316, 336, 341, 343, 362, 369
Frieden	20, 26, 33, 49, 129, 142, 276, 316, 317, 338, 341, 343, 357, 361

Generation	8, 22, 29, 41, 57, 59, 60, 61, 69, 71, 76, 145, 170, 191, 234, 239, 255, 273, 300
Gerechtigkeit	10, 13, 23, 24, 25, 55, 58, 68, 74, 92, 138, 141, 150, 153, 161, 170, 172, 174, 177, 217, 236, 298, 343
• Chancengerechtigkeit / gerechte Chancen	24, 55, 92, 150
• Familiengerechtigkeit	84, 85, 86
• Generationengerechtigkeit / Generationensolidarität	22, 53, 190, 209
• Leistungsgerechtigkeit	177, 183
Gesundheit	63, 184, 186, 187, 188, 204, 251, 272
Gewerkschaften	173, 309
Gleichberechtigung	30, 307
Globalisierung	38, 42, 43, 45, 135, 136, 139, 150, 159, 160, 166, 223, 299, 302, 314, 315, 316, 331, 338, 345
Grundgesetz	3, 34, 70, 210, 279, 282, 361
Grundwerte	10, 58, 217, 307
Handwerk	163, 169, 257
Haushalt	109, 161, 168, 188, 197, 203, 208, 210, 211, 215
Heimat	33, 129, 255, 295, 299, 304, 326, 327, 359
Hochschulen	109, 110, 111, 118, 119, 122
Identität	4, 28, 33, 57, 125, 144, 151, 299, 313, 314, 326, 329
Integration	34, 35, 57, 66, 108, 129, 133, 289, 302, 303,

	304, 307-311, 325, 337
Jugend	56, 59, 60, 61, 62, 69, 87, 101, 102, 106, 112, 113, 130, 134, 289, 303
Justiz	290, 291, 296, 297
Kinder	22, 29, 34, 35, 52, 60, 61, 62, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 78, 79, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 93, 96, 97, 105, 108, 152, 188, 191, 193, 206, 209, 234, 303
Kirche	4, 36, 146, 180, 267, 279, 281, 309, 367
Klimaschutz	57, 235, 237, 239, 241, 242, 244, 246, 248, 249, 252
Kommunalpolitik	14, 127, 165, 211, 216, 228, 238, 267, 299, 300, 301, 309, 318, 325
Krankenversicherung	s. Soziale Sicherung
Kultur	34, 35, 36, 37, 50, 56, 57, 75, 125-134, 219, 226, 255, 280, 306, 307, 309, 313, 323, 326, 343, 347
Kündigungsschutz	s. Arbeitsmarkt
Landwirtschaft	257, 259, 260, 262, 264
Lebensschutz	5, 26, 231, 232, 234
Leistung, Leistungsfähigkeit	4, 5, 13, 14, 15, 16, 19, 29, 33, 34, 42, 55, 69, 76, 79, 84, 88, 91, 96, 103, 106, 107, 108, 112, 119, 127, 129, 142, 144, 147, 150, 162, 163, 165, 169, 177, 187, 192, 193, 197, 199, 208, 216, 217, 219, 220, 224, 225, 227, 249, 258, 259, 273, 277, 295, 296, 298, 304, 306, 336, 338, 347, 367
Leitkultur	37, 57
Lohnzusatzkosten	179, 212

Markt	42, 44, 45, 47, 116, 119, 122, 138, 143, 150, 151, 153, 154, 155, 157, 158, 159, 163, 165, 166, 169, 250, 259, 260, 331, 338, 342
Medien	133, 134, 274, 283, 286, 289, 309, 349, 353
Menschenbild	5-9, 55, 306, 320, 365
Menschenrechte	10, 26, 43, 132, 150, 152, 307, 343, 362, 367
Menschenwürde	2, 5, 6, 9, 13, 16, 23, 34, 40, 68, 91, 117, 139, 140, 146, 231, 233, 275, 287
Mitbestimmung	146, 173, 299
Mittelstand	123, 163, 226, 235
Mobilität	42, 99, 195, 251
Nation	32, 33, 34, 125, 129, 255, 282, 311, 313, 318, 321, 326
NATO	340, 349, 358
Naturschutz	238, 253, 258
Neue Länder	4, 219, 220, 221, 222, 224-228, 230
Neuverschuldungsverbot	210
Ordnungspolitik	143, 366
Patriotismus	33
Pflege	63, 81, 186, 193, 206
Pflegeversicherung	s. Soziale Sicherung
Polizei	290, 293, 337
Prävention	63, 185, 186, 198, 204, 272

Rechtsstaat	13, 17, 23, 29, 33, 101, 225, 282, 287, 296, 315, 345, 352, 353, 362, 367, 369
Rentenversicherung	s. Soziale Sicherung
Schulden	s. Haushalt
Schulsystem	96, 98, 99, 100, 104, 108, 112, 115
Sicherheit	20, 45, 50, 55, 57, 58, 93, 137, 161, 180, 181, 182, 187, 204, 248, 263, 284, 285, 286, 290, 294, 313, 326, 332, 333, 334, 335, 339, 340, 343, 345, 346, 349, 357, 359, 364, 369
Solidarität	18, 19, 20, 21, 22, 33, 55, 57, 58, 60, 67, 68, 74, 93, 138, 141, 142, 180, 181, 183, 217, 220, 232, 343, 346
Solidarpakt	213, 228
Sozial	4, 13, 18, 20, 25, 26, 33, 43, 45, 53, 55, 57, 59, 60, 63, 66, 67, 71, 75, 76, 87, 92, 93, 101, 104, 106, 108, 135, 139, 144, 146, 147, 148, 151, 152, 159, 161, 179, 180, 181, 182, 183, 188, 197, 208, 209, 234, 279, 298
Sozialstaat	3, 13, 20, 33, 38, 182, 298
Soziale Marktwirtschaft	3, 29, 33, 55, 57, 135, 137, 138, 139, 140, 141, 142, 143, 160, 162, 170, 225, 237, 294, 333
Soziale Sicherung	20, 141, 188, 194
• Arbeitslosenversicherung	200, 201, 202, 203
• Pflegeversicherung	196, 197, 198, 199
• Rentenversicherung	86, 189, 190, 192
• Unfallversicherung	204
Sport	104, 272, 273, 274, 309

Staatsaufgaben	14, 273
Steuern	61, 85, 121, 163, 208, 212, 214, 216, 217, 218, 237, 251, 270
Subsidiarität	14, 21, 31, 67, 161, 183, 297, 315, 319
Tarifautonomie	146, 173
Tarifparteien	s. Arbeitgeber und Gewerkschaften
Terrorismus	49, 50, 291, 292, 293, 336, 337, 345, 352, 365
Tierschutz	254, 260
Transatlantische Partnerschaft	315, 333, 341, 342, 348, 349, 350
Umwelt	38, 49, 57, 145, 234, 235, 236, 237, 238, 243, 245, 246, 251, 252, 253, 254, 257, 258, 260, 262, 333, 365
Umweltschutz	235, 236, 237, 254
Unfallversicherung	s. Soziale Sicherung
Universitäten	s. Hochschulen
Unternehmer	122, 144, 145, 147, 148, 150, 157, 208, 226, 259, 270
USA	341, 342, 350
Vaterland	4
Verbraucher	45, 159, 167, 252, 259, 260
Volkspartei	1, 3, 38, 150, 285, 323
Vollbeschäftigung	29, 161, 170
Wettbewerb	29, 42, 44, 45, 47, 99, 110, 112, 116, 124, 133, 141, 143, 149, 151, 153, 154, 155, 158, 163, 165, 166, 167, 178, 183, 187, 213, 218, 223,

	225, 226, 227, 233, 250, 260, 331, 333, 348
Wiedervereinigung	4, 33, 129, 219, 350
Wirtschaftsstandort	109, 148, 163, 164, 168, 208
Wissenschaft	116, 117, 118, 120, 121, 122, 123, 124, 129, 132, 221, 226, 248, 365
Wissensgesellschaft	38, 46, 57, 95, 109
Wohlstand	16, 47, 49, 55, 71, 90, 94, 115, 116, 119, 136, 137, 141, 142, 147, 149, 158, 161, 170, 175, 182, 209, 234, 251, 316, 317, 330, 331, 333, 341, 343, 364
Würde	s. Menschenwürde
Zivildienst	361
Zuwanderung	304, 309

Regierungsprogramm 2005 - 2009

Deutschlands Chancen nutzen.

Wachstum. Arbeit. Sicherheit.

CDU



Deutschlands Chancen nutzen.

Wachstum. Arbeit. Sicherheit.

Regierungsprogramm 2005 - 2009

Verabschiedet in einer gemeinsamen Sitzung
des Bundesvorstands der CDU und des Parteivorstands der CSU

Berlin, 11. Juli 2005

Inhaltsverzeichnis

A. Richtungsentscheidung für Deutschland

B. Unsere Ziele – unsere Maßnahmen

1. Vorfahrt für Arbeit

- 1.1 Innovation schafft Arbeit
- 1.2 Weniger Vorschriften, mehr Freiheit
- 1.3 Neue Chancen für Arbeitnehmer: Flexibler Arbeitsmarkt
- 1.4 Senkung von Lohnzusatzkosten für mehr Arbeitsplätze
- 1.5 Unternehmenskultur mit Zukunft
- 1.6 Steuern: einfach, wettbewerbsfähig und gerecht
- 1.7 Mittelstand und Existenzgründer fördern
- 1.8 Energie: nachhaltig und wettbewerbsfähig
- 1.9 Leistungsfähige Infrastruktur sichert Mobilität
- 1.10 Die neuen Länder voranbringen
- 1.11 Neue Perspektiven für Landwirtschaft und Verbraucherschutz

2. Zukunft für Familien – Bildung und Erziehung

3. Verlässliche soziale Sicherheit

- 3.1 Medizinischer Fortschritt für alle
- 3.2 Pflege menschlich sichern
- 3.3 Verlässliche Rente

4. Solide öffentliche Kassen – Beitrag zur Generationengerechtigkeit

5. Lebenswertes Deutschland: weltoffen, sicher, handlungsfähig

- 5.1 Sicherer Lebensraum für Mensch und Natur
- 5.2 Konsequenter Kampf gegen Terror, Kriminalität und Vandalismus
- 5.3 Föderalismusreform: Starkes Deutschland, handlungsfähige Länder
- 5.4 Kunst und Kultur fördern
- 5.5 Zuwanderung begrenzen, Integration stärken

6. Deutschland: Partner in Europa und in der Welt

- 6.1 Neues Vertrauen in Europa
- 6.2 Verantwortung für Frieden, Freiheit und Entwicklung

C. Die Union für Deutschland – Weil es ums Ganze geht

A. Richtungsentscheidung für Deutschland

Globalisierung und Wissensgesellschaft sind die Herausforderungen unserer Zeit. Sie werden von vielen als Bedrohung empfunden. Wir sind überzeugt: Globalisierung, also weltweiter Handel und weltweites Wirtschaften, und Wissensgesellschaft bergen größte Chancen für unser Land - wenn wir sie erkennen und wenn wir sie nutzen wollen. Wir wollen die Bürger unseres Landes zu Gewinnern dieser Entwicklung machen. Wir wollen, dass sich unsere Werte von Demokratie und Sozialer Marktwirtschaft auch in dieser Zeit behaupten können. Wir wollen, dass die Politik wieder dazu beiträgt, Deutschlands Chancen zu erkennen und zu nutzen. Das muss das Ziel einer großen gemeinsamen Anstrengung unseres Landes sein. Das aber geht nicht mit einer Politik des „Weiter so“ wie bisher.

Wo stehen wir? - das schwere Erbe von Rot-Grün

7 Jahre Rot-Grün haben Deutschland in eine tiefe Krise gestürzt. Die sozialen, wirtschaftlichen und finanziellen Fundamente unseres Landes sind akut gefährdet. Erstmals in über 50 Jahren scheint die Fähigkeit der Bundesrepublik Deutschland, ihren Bürgern Wohlstand, Teilhabe am allgemeinen Fortschritt und soziale Sicherheit zu gewährleisten, in Frage gestellt. Es ist ohne Zweifel richtig: Die Wurzeln vieler Probleme reichen weit zurück. Doch die falsche Politik von Rot-Grün hat die bestehenden Probleme dramatisch verschärft.

- Deutschland hat seine wirtschaftliche Dynamik unter Rot-Grün verloren. Das durchschnittliche Wachstum der letzten 7 Jahre hat sich gegenüber den Jahren 1990-1998 fast halbiert. Im Europa der 25 liegt Deutschland auf den letzten Plätzen. Selbst 2004, dem Jahr des größten weltwirtschaftlichen Booms im letzten Vierteljahrhundert, wurden in Deutschland per Saldo keine neuen sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze geschaffen, die Staatsschulden nicht um einen einzigen Euro abgetragen und die Reserven der Sozialversicherung weiter aufgezehrt. In diesem Jahr wird das Wachstum aller Voraussicht nach erneut unter 1 % bleiben, es droht also die Rückkehr zum faktischen Stillstand der letzten Jahre. Eine derart lange Phase der Stagnation hat es in der Geschichte der Bundesrepublik noch nicht gegeben.
- Deutschland zehrt von seiner Substanz, und wir haben Massenarbeitslosigkeit. Allein in den letzten drei Jahren gingen 1,5 Millionen sozialversicherungspflichtige

Arbeitsplätze verloren. Knapp 5 Millionen Menschen sind offiziell arbeitslos, die höchste Zahl seit Bestehen der Bundesrepublik. Hinzu kommen über 1,3 Millionen Menschen, die sich in Betreuungsprogrammen der Arbeitsverwaltung befinden und weitere Hunderttausende, die sich enttäuscht zurückgezogen haben. Die Zahlen der Langzeitarbeitslosen und der arbeitslosen Jugendlichen sind überdurchschnittlich stark angestiegen; fast nirgendwo sonst in den Industriestaaten gibt es so wenige Ältere über 55 Jahre, die noch am Erwerbsleben teilhaben können; fast nirgendwo sonst gibt es so viele Geringqualifizierte, die keine reguläre Arbeitsmöglichkeit finden. Die Arbeitslosigkeit in den neuen Bundesländern ist weiterhin doppelt so hoch wie im Westen. Allein in Ostdeutschland hat sich die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze seit 1998 um 17 % verringert. Unter der rot-grünen Bundesregierung haben sich die Vermittlungserfolge der öffentlichen Arbeitsverwaltung fast halbiert, gleichzeitig sind die Ausgaben des Bundes in der Arbeitsmarktpolitik auf mehr als das Doppelte gestiegen. Kaum ein anderes Land hält an so starren Arbeitsmarktregeln, an einer so hohen Abgabenlast auf die Löhne und an einer so zentralisierten Arbeitsvermittlung fest. So kann es nicht verwundern, dass Deutschland zu den wenigen OECD-Ländern zählt, die es in den letzten fünf Jahren nicht vermocht haben, mehr Beschäftigung zu schaffen. Das verheerende Ergebnis von 7 Jahren Rot-Grün ist auch, dass 1 Million Menschen mehr in Armut lebt.

- Die technologische Leistungsfähigkeit Deutschlands schwindet. Fast alle Kennzahlen in diesem Bereich sind schlechter als Anfang der 90er Jahre. Der Anteil von Forschung und Entwicklung am Bruttoinlandsprodukt ist auf 2,5 % zurückgegangen, die skandinavischen Länder geben hierfür teilweise über 4 % aus. Noch Ende der 90er Jahre steigerte die deutsche Wirtschaft ihre Innovationsausgaben um rund 10 %, inzwischen gehen sie rapide zurück. Rot-Grün wollte die Ausgaben des Bundes für Forschung und Wissenschaft verdoppeln, real sind sie in den letzten 7 Jahren gesunken. Im Bericht zur technologischen Leistungsfähigkeit heißt es, dass Deutschland ohne die Automobilindustrie nicht mehr als High-Tech-Land bezeichnet werden könne. Abwanderung und Verlagerung von Betrieben und Arbeitsplätzen halten an. Die Zahl der Firmen-Insolvenzen liegt in diesem Jahr mit 40.000 fast 50 % höher als im Jahre 1998.

- Die Krise trifft insbesondere die sozialen Sicherungssysteme. Die Finanzen der sozialen Sicherungssysteme sind zerrüttet, ihre Leistungsfähigkeit ist bedroht. Obwohl Rot-Grün die Finanzreserven der Sozialkassen seit 1998 um über 23 Milliarden Euro reduziert, die Bundeszuschüsse um über 30 Milliarden Euro erhöht, Leistungen reduziert und Zuzahlungen erhöht hat, gingen die Beitragssätze im Saldo nicht zurück, sondern verharren bei rund 42 %. Eine nachhaltige Sanierung und Stabilisierung hat die Bundesregierung bei keinem Sozialversicherungszweig erreicht. Der Rentenversicherung droht bereits Ende 2007 eine neue Milliardenlücke, die Mindestreserve der Pflegeversicherung wird spätestens 2008 unterschritten. Auch die Spareffekte der Gesundheitsreform lassen bereits wieder nach. Dabei stehen uns die wirklichen Herausforderungen als Folge der demografischen Veränderungen erst noch bevor.
- Die Verschuldung der öffentlichen Haushalte steigt rasant. Seit 2002 sind die öffentlichen Finanzen völlig aus dem Ruder gelaufen. In diesem Jahr reichen die Steuereinnahmen erstmals nicht mehr aus, um die laufenden Ausgaben für Zinsen, Soziales und Personal zu decken. Die Investitionsquote des Bundes ist auf ein historisches Tief von unter 10 % abgesunken. Das strukturelle Defizit allein des Bundeshaushalts liegt zwischen 50 und 60 Milliarden Euro. Trotz historisch niedriger Zinsen wird die Zinslast in den kommenden vier Jahren auf ca. 50 Milliarden Euro anwachsen und damit ungefähr doppelt so schnell steigen wie die Steuereinnahmen.

Das ist die Bilanz nach 7 Jahren Rot-Grün: Unsere Gesellschaft hat mit zunehmenden Spaltungstendenzen zu kämpfen. Die Verlierer kommen aus allen Bereichen der Gesellschaft. Es sind Arbeitslose, die arbeiten wollen, aber keine Chance bekommen. Arbeitnehmer, die um ihren Arbeitsplatz bangen und mit Abgaben überlastet sind. Mittelständische Unternehmer und Existenzgründer, die in Bürokratie gefesselt sind und Steuergerechtigkeit vermissen. Ältere Menschen und Rentner, die den Lohn für ihre Lebensleistung gefährdet sehen und keine Planungssicherheit mehr haben. Junge Menschen, deren Zukunftschancen durch Schulden und mangelnde Innovationskraft belastet sind. Familien mit Kindern, deren Spielraum für eigene Entscheidungen über ihr Leben immer enger geworden ist.

Rot-Grün hatte seine Chance. Sie wurde nicht genutzt. Mehr noch, die hohen Erwartungen, die viele Menschen mit dem Regierungsantritt von Rot-Grün verknüpften, wurden bitter

enttäuscht. Die 7 Jahre von Rot-Grün waren 7 verlorene Jahre für die Zukunftssicherung unseres Landes. Durch die seit Monaten andauernde Handlungsunfähigkeit und Untätigkeit von Rot-Grün verschärft sich die akute Wirtschafts- und Finanzkrise beständig. Die Wahlprogramme von SPD und Grünen sind rückwärtsgewandt, unfinanzierbar und unseriös. Dies alles zeigt: Nur unter Führung der Union hat Deutschland die Chance auf eine bessere Politik.

Wohin wollen wir? - Chancen nutzen statt „Weiter so“

Eine Politik des „Weiter so“ vergibt Deutschlands Chancen. Unser Land aber kann sich kein weiteres verlorenes Jahr mehr leisten. Deutschland steht an einer entscheidenden Wegmarke, an der wir um das Vertrauen der Menschen für eine Politik werben, die den Mut zu einer Richtungsentscheidung hat: einer Entscheidung für mehr Wachstum. Wir wollen Wachstum schaffen, im umfassenden Sinne: Wachstum an Wissen, an Können, an Teilhabe, an Verlässlichkeit, an Vertrauen. Wirtschaftswachstum. Gerechtigkeitswachstum. Innovationswachstum. Solch ein Wachstum bringt Deutschland voran. Es ist nachhaltig. Es ist Voraussetzung dafür, dass wir Deutschlands Chancen erkennen und nutzen.

So können wir den Abwärtstrend unseres Landes stoppen. So können wir die Weichen wieder auf Zukunft und Erfolg stellen. Auf dieser Grundlage bitten wir die Bürgerinnen und Bürger um ein Mandat für diese Politik:

- Wir bitten um ein Mandat für eine Politik, die Arbeitsplätze sichert und schafft. Für uns hat alles Vorrang, was mehr Menschen in Arbeit bringt. Denn die Massenarbeitslosigkeit verwehrt Millionen von Menschen die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, untergräbt soziale Sicherheit und die Einnahmebasis des Staates. Wir werden jede Maßnahme daran messen, ob sie Arbeitsplätze fördert oder Arbeitsplätze gefährdet.
- Wir bitten um ein Mandat für eine Politik, die unseren Kindern bessere Zukunftschancen eröffnet. Wir fühlen uns verpflichtet, unseren Kindern und Enkelkindern mit konsolidierten Haushalten und erstklassigen Bildungssystemen einen optimalen Start ins Leben zu bieten. Denn wir dürfen nicht zulassen, dass Kinder und Familien weiter in ihren Entfaltungsmöglichkeiten eingeschränkt bleiben und wir auf Kosten künftiger Generationen leben. Wir werden deshalb alles tun, damit unsere Kinder eine gute und gesicherte Zukunft haben.

- Wir bitten um ein Mandat für eine Politik, die neue Handlungsfähigkeit von Staat und Bürger ermöglicht. Denn der Staat ist überfordert. Wir werden deshalb alles tun, um ihn für seine Kernaufgaben wieder stark zu machen und den Bürgern Freiräume zu Selbstentfaltung und Eigeninitiative zu schaffen.
- Wir bitten um ein Mandat für eine Politik, die Deutschlands Rolle und Verantwortung als starker Partner in Europa und der Welt sieht. Denn Europa und das europäische Einigungswerk müssen aus der Krise geführt werden. Wir werden deshalb alles tun, um Deutschlands Rolle als Gestalter und Mittler in Europa und der Welt zu stärken.

Was leitet uns? - Verlässlichkeit und Klarheit

Sagen, was man tun will, und tun, was man sagt - Klarheit und Verlässlichkeit müssen wieder Maximen politischen Handelns werden. Nur so kann Politik Veränderungen erfolgreich gestalten. Nur so können wir den Kreislauf von Versprechungen, Erwartungen und Enttäuschungen durchbrechen. Nur so zeigen wir: Wir nehmen die Menschen ernst. Wir haben Respekt vor ihren Wünschen und Sorgen.

Respektlos aber ist eine Politik, die den Eindruck bei den Menschen zulässt, der Ehrliche sei der Dumme. Respektlos ist eine Politik, die den Menschen mehr zumutet als sich selbst. Respektlos ist eine Politik, die den Menschen nichts zutraut, genauso wie eine Politik, die etwas verlangt, was nicht zu leisten ist. Respektlos ist eine Gesellschaft, die Menschen ausgrenzt, wenn sie beruflich oder privat gescheitert sind, genauso wie eine Politik, die Menschen ächtet, wenn sie erfolgreich sind. Gewohnte Rituale werden der Lage des Landes nicht gerecht. Wir alle müssen mehr für Deutschland tun. Und jeder muss bei sich selbst anfangen. So ist die Wende zum Besseren möglich.

Welche Wirkung eine Politik der Klarheit und Verlässlichkeit für neue Chancen hat, zeigt der Blick auf unsere europäischen Nachbarn. Viele dieser Länder sind erfolgreicher als Deutschland, weil ihre Regierungen die Weichen anders gestellt haben. Wir sind überzeugt: Was andere können, kann Deutschland auch. Das Vertrauen in unser Land und in

uns selbst erwächst auch aus unserer Erfahrung. Aus den Trümmern des Zweiten Weltkrieges ist das deutsche Wirtschaftswunder entstanden. Aus dem Niedergang von 40 Jahren Sozialismus in der DDR entstand die Deutsche Einheit und siegte die Freiheit in ganz Europa. An diese Erfolge knüpft die Union auch heute an.

Es macht heute wie früher einen großen Unterschied, wer regiert, im Bund wie in den Ländern. Denn da, wo die Union regiert, geht es den Menschen besser. Bessere Politik bringt bessere Ergebnisse für die Menschen. Bessere Politik - das bedeutet Mut zu grundlegenden Weichenstellungen. Nur eine Politik ohne Angst vermag die Weichen für das Zeitalter von Globalisierung und Wissensgesellschaft richtig zu stellen, auch wenn Widerstände dabei zu überwinden sind. Bessere Politik - das bedeutet Kraft zum Konsens. Sie setzt nicht auf Feindbilder, sondern stiftet nach Kontroversen neue Gemeinsamkeit. Bessere Politik verliert sich nicht in Beliebigkeit, sondern orientiert sich an einem Kompass, der Wertegebundenheit mit Realismus verbindet und damit eine Kraftquelle für Bewegung und Fortschritt im Sinne der Menschen ist.

Es war immer die große Stärke von CDU und CSU, die Gesellschaft auf ein gemeinsames Ziel auszurichten. Wir werden uns wieder gemeinsam mit den Bürgern auf den Weg in eine bessere Zukunft für Deutschland machen: von einer Gesellschaft, die gefangen ist in dem Versuch der gleichmäßigen Verteilung von „Weniger“, hin zu einer Gesellschaft, die ihre Kräfte auf das Erwirtschaften von „Mehr“ konzentriert. Wir wollen ein Deutschland, das Spitzenprodukte herstellt, um hohe Löhne zahlen zu können. Wir wollen ein Deutschland, in dem die Menschen füreinander eintreten und jeder sich darauf verlassen kann, dass eine starke Gemeinschaft Schutz und Sicherheit vor großen Lebensrisiken und vor inneren und äußeren Gefahren bietet. Wir wollen, dass die Menschen wieder stolz auf ihr Vaterland sein können.

Wir sind überzeugt: In Deutschland ist die Wende zum Besseren möglich. Unser Ziel ist nicht die bessere Verteilung des Mangels. Unser Ziel ist die Rückkehr zu mehr Beschäftigung, Wachstum und Sicherheit.

B. Unsere Ziele – unsere Maßnahmen

1. Vorfahrt für Arbeit

In Deutschland sind in den letzten drei Jahren rund 1,5 Millionen sozialversicherungs-pflichtige Arbeitsplätze verloren gegangen. Täglich über 1.000! Das raubt vielen Menschen und ihren Familien Lebensgrundlage und Perspektive. Es ruiniert die Staatsfinanzen und die sozialen Sicherungssysteme. Deshalb ist unser wichtigstes Ziel: Arbeit schaffen. Denn: Sozial ist, was Arbeit schafft.

1.1 Innovation schafft Arbeit

Wo stehen wir?

Technologiefeindlichkeit hat Spitzentechnologien und Industriebranchen (Chemie, Bio- und Gentechnologie, Kernforschung) mit zukunftssträchtigen, wohlstandssichernden Arbeitsplätzen ins Ausland vertrieben. Technologischer Stillstand führt aber zu wirtschaftlichem Abstieg. Gleichzeitig haben Osteuropa, China, Indien aufgeholt. Sie konkurrieren mit uns um Märkte und Arbeitsplätze. Umsätze und Spitzenlöhne sind auf den Weltmärkten nur durch Spitzenprodukte und Spitzentechnologien zu erwirtschaften.

Was wollen wir?

„Made in Germany“ muss weltweit wieder das Signum einer leistungsfähigen Gesellschaft werden. Nur neue Ideen schaffen neue Produkte und bringen neue Arbeitsplätze. Deshalb werden wir Innovationen konsequent fördern. Deutschland soll ein Land der Ideen werden, in dem Spitzenforscher und Nobelpreisträger Zukunftstechnologien erforschen, in dem wagemutige Unternehmensgründer Premiumprodukte entwickeln und auf den Markt bringen.

- **Wir eröffnen den technologischen Spitzenfeldern der Zukunft in Deutschland die besten Entwicklungschancen:** Bio- und Gentechnologie, Materialforschung, Medizintechnik und Optik, Nanotechnologie, Mechatronik und Verkehrstechnologie, Luft- und Raumfahrttechnik, Informations- und Kommunikationstechnologie, Energie- und Umwelttechnik. Der Technologietransfer muss mit moderner „Clusterpolitik“ gemanagt werden. Wir werden für die Entwicklung der Bio- und Gentechnologie den notwendigen und verantwortbaren Rechtsrahmen schaffen.
- **Wir erhöhen die jährlichen Investitionen in Forschung und Entwicklung zusätzlich zur beschlossenen Exzellenzinitiative um 1 Mrd. Euro.** Dies wird durch den Abbau

von Subventionen finanziert. Unser Ziel: Deutschland muss ab 2010 einen Anteil von 3 % des Bruttoinlandsprodukts jährlich in Forschung und Entwicklung investieren - das ist der Humus, aus dem Arbeit und Fortschritt erwächst.

- **Wir vernetzen universitäre und außeruniversitäre Forschung besser, integrieren sie stärker in die europäische Forschungspolitik und stärken den Wettbewerb im Wissenschaftsbereich.** Damit verbessern wir unsere Chancen im Wettlauf um die zukunftsträchtigsten Ideen.
- **Wir machen den Weg frei für moderne breitbandige Netzinfrastrukturen als Basis für die Zukunft des Industrie- und Forschungsstandorts Deutschland ebenso wie für die Entwicklung moderner und innovativer Dienstleistungen.** Unser Ziel ist es, Anreize für den Aufbau neuer Breitband-Netze zu setzen, in dem wir dafür sorgen, dass Investitionen in diesem Bereich nicht durch staatliche Regulierung behindert werden.

1.2 Weniger Vorschriften, mehr Freiheit

Wo stehen wir?

Ein Dickicht von Vorschriften und Regelwerken ist in Deutschland zur Bremse für Wachstum und Beschäftigung geworden. Seit 1998 gibt es 1000 Gesetze und Verordnungen auf Bundesebene mehr. Die deutschen Unternehmen müssen jährlich insgesamt 46 Mrd. Euro nur für die Erfüllung bürokratischer Pflichten aufwenden.

Was wollen wir?

Deregulierung, Aufgabenabbau und die Entlastung der Wirtschaft von Bürokratiekosten sind unverzichtbare Bausteine, damit sich unternehmerisches Handeln entfalten kann, Arbeitsplätze neu entstehen und Deutschland als Wirtschaftsstandort im internationalen Wettbewerb attraktiver wird. Die Schaffung von Arbeitsplätzen muss Vorrang haben gegenüber anderen Belangen.

- **Wir führen die Gängelung der wirtschaftlichen Betätigung durch Rechtsvorgaben des Bundes zurück und entlasten unsere Wirtschaft von Bürokratiekosten.**
 - Wir räumen der Schaffung von Arbeitsplätzen in wichtigen Planungsvorhaben, beispielsweise im Bereich des Baurechts und des Straßenbaus, einen besonderen gesetzlichen Stellenwert bei der Abwägung mit anderen Zielen ein.
 - Wir stellen Existenzgründer von Statistikpflichten frei. Vollstatistiken werden wir weitestgehend abschaffen und durch repräsentative Stichproben ersetzen.
 - Wir entlasten kleine Unternehmen von Buchführungspflichten.

- Wir bauen überzogene bundesrechtliche Standards ab. Wir begrenzen die Verpflichtung der Betriebe zur Bestellung von Beauftragten auf das notwendige Maß und führen Nachweis- und Dokumentationspflichten zurück.
- Wir schaffen das Verbandsklagerecht bei Planungsverfahren ab, soweit es nicht europarechtlich vorgeschrieben ist.
- **Wir bauen staatliche Aufgaben ab und stärken Eigenverantwortung statt Staatsgläubigkeit.** Nicht alles, was wünschbar ist, ist auch finanzierbar. Der Staat muss sich auf seine Kernaufgaben beschränken. Wir wollen weitere Prüfständigkeiten auf beliehene Unternehmer übertragen.
- **Wir setzen uns dafür ein, das bestehende EU-Recht systematisch zu vereinfachen und zu deregulieren.** Neue EU-Vorschriften sollen erst nach einer gründlichen Gesetzesfolgenabschätzung erlassen werden.
- **Wir setzen EU-Recht wie die Anti-Diskriminierungsrichtlinie nur noch 1:1 in nationales Recht um.** So verhindern wir einseitige Belastungen der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft.
- **Wir wollen bürokratische EU-Regelungen, wie zum Beispiel die Chemikalienrichtlinie, die die Wirtschaft unnötig belasten, auf wirklich unumgängliche Regelungen beschränken.**
- **Wir werden bürokratische Hürden für das Ehrenamt und für bürgerschaftliches Engagement abbauen.** Wir werden auch die Rahmenbedingungen für gemeinnützige Stiftungen und Zustiftungen verbessern.
- **Wir bauen eGovernment zu einem umfassenden Angebot für Unternehmen und Bürger aus.** Ziel ist es, bis 2009 sämtliche staatlichen Angebote des Bundes online zur Verfügung zu stellen. Wir wollen dem Bürger die staatlichen Verwaltungsleistungen rund um die Uhr ohne Gang zur Behörde erschließen. Nicht die Bürger sollen laufen, sondern die Daten.

1.3 Neue Chancen für Arbeitnehmer: Flexibler Arbeitsmarkt

Wo stehen wir?

Im Frühjahr 2005 über 5 Millionen registrierte Arbeitslose - das ist trauriger Rekord in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Der Abbau der Beschäftigung geht weiter. Deutschland leidet unter einer wachsenden Sockelarbeitslosigkeit – im Gegensatz zu Ländern mit weniger Regulierung. Vor allem der Anteil der Langzeitarbeitslosen ist höher als in fast allen anderen Ländern.

Was wollen wir?

Wir wollen Arbeitslosen in Deutschland endlich wieder eine Chance geben. Wir wollen Menschen in Arbeit bringen. Der internationale Vergleich zeigt: Längere Arbeitszeiten und weniger Regulierung bringen mehr Arbeitsplätze. Sozial ist, was Arbeit schafft!

- **Wir sichern betriebliche Beschäftigungsbündnisse rechtlich ab.** Vorfahrt für Arbeit und Beschäftigungssicherung heißt auch, in wirtschaftlich schwierigen Zeiten eine schnellere Anpassung an die veränderten Rahmenbedingungen zu ermöglichen. Wenn Arbeitgeber und Belegschaft erst dann betriebliche Bündnisse zur Rettung von Betriebsstandorten und Arbeitsplätzen schließen können, wenn bereits der Konkurs bevorsteht oder Abwanderungspläne konkret werden, ist es vielfach zu spät. Betriebliche Bündnisse müssen geschlossen werden, solange der Betrieb noch die Kraft hat, im Wettbewerb in die Offensive zu gehen. Deshalb werden wir für betriebliche Bündnisse für Arbeit eine rechtliche Grundlage schaffen.

Wir werden deshalb das Günstigkeitsprinzip im Tarifvertragsgesetz dahingehend ergänzen, dass Arbeitnehmer und Arbeitgeber abweichend von einem Tarifvertrag einzelvertragliche Vereinbarungen schließen können, wenn dies der Beschäftigungssicherung oder dem Beschäftigungsaufbau dient. Als günstiger gilt dabei eine abweichende Vereinbarung, wenn die Zustimmung des Betriebsrats und von 2/3 der Belegschaft vorliegt.

Wir werden im Betriebsverfassungsgesetz eine Vorschrift einfügen, die Abweichungen vom Tarifvertrag zur Beschäftigungssicherung und zum Beschäftigungsaufbau während der Laufzeit des Tarifvertrages auch per Betriebsvereinbarung zulässt. Auch hier müssen der Betriebsrat und 2/3 der Belegschaft zustimmen.

- **Wir schaffen neue Chancen für Arbeit durch einen flexiblen Kündigungsschutz.** Wer Arbeit hat, soll seinen Kündigungsschutz behalten. Wer Arbeit sucht, soll neue Chancen bekommen: Für Neueinstellungen wird das Kündigungsschutzgesetz in Betrieben bis zu 20 Beschäftigten ausgesetzt. In anderen Betrieben wird er für Neueinstellungen erst nach zwei Jahren wirksam. Bei Abschluss des Arbeitsvertrages kann gegen den Verzicht auf eine Kündigungsschutzklage eine Abfindung, deren Mindesthöhe gesetzlich festgelegt wird, vereinbart werden.
- **Wir geben den Empfängern von Arbeitslosengeld II neue Chancen auf Arbeit und Beschäftigung.** Wir schaffen zusätzliche Anreize für Arbeitgeber, sie einzustellen. In den ersten zwei Jahren nach Einstellung eines ALG II-Empfängers soll gelten: Das Arbeitsentgelt kann bis zu 10% unter Tarif liegen. Damit werden mehr Arbeitsplätze für einfachere Tätigkeiten entstehen. Für die Arbeitnehmer sichern wir durch eine ausgewogene Kombination aus Arbeitslohn und ergänzender Sozialleistung ein angemessenes Auskommen. Wir wollen Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren.
- **Wir befürworten die Möglichkeit von Teilzeitbeschäftigung für Kindererziehung und Pflege.** Teilzeit kann mehr Flexibilität für Arbeitgeber wie Arbeitnehmer schaffen. In kleineren Unternehmen kann ein durchsetzbarer Rechtsanspruch auf Teilzeitbeschäftigung Schwierigkeiten machen. Ein Anspruch auf Teilzeit soll daher nur bestehen, wenn ein Kind betreut oder ein naher Angehöriger gepflegt wird.

- **Wir erleichtern befristete Beschäftigung.** Ein auf bis zu zwei Jahre befristeter Arbeitsvertrag kann mit demselben Arbeitnehmer erneut geschlossen werden, sofern kein enger Zusammenhang zwischen den Arbeitsverhältnissen besteht. Die Beschränkung befristeter Verträge auf Neueinstellungen wird damit aufgehoben.
- **Wir werden die Umsetzung von Hartz IV optimieren.** Hartz IV bereitet Bund, Ländern und Kommunen erhebliche Probleme und verursacht enorme Mehrkosten. Wir werden vor allem die Organisationsstruktur überprüfen und allen Kommunen die Option einräumen, diese Aufgabe wahrzunehmen. Wir werden für die Länder Experimentierklauseln schaffen, damit regionale Gegebenheiten besser berücksichtigt werden können.
- **Wir wollen, dass die Menschen im ersten Arbeitsmarkt Arbeitsplätze haben.** Wir wollen daher ein Kombi-Lohn-Modell einführen, das sowohl die Aufnahme einfacher Arbeiten durch eine ausgewogene Kombination aus Arbeitslohn und Sozialleistung lohnend macht, als auch die Betriebe in die Lage versetzt, zusätzliche Arbeitsplätze für einfache Tätigkeiten neu zu schaffen.

1.4 Senkung von Lohnzusatzkosten für mehr Arbeitsplätze

Wo stehen wir?

Der Beitragssatz in der Arbeitslosenversicherung hat international Rekordniveau. Hohe Lohnzusatzkosten vertreiben Arbeitsplätze aus Deutschland. Aus Steuermitteln müssen jährlich rund 4 Mrd. Euro an die Bundesagentur für Arbeit zugeschossen werden, wobei viele Förderprogramme nur unbefriedigende Resultate liefern. Mehr und mehr reduziert die Finanzierung der Arbeitslosigkeit die Wettbewerbsfähigkeit und die Chancen für Investitionen in neue Arbeitsplätze.

Was wollen wir?

Arbeitslose sollen im ersten Arbeitsmarkt Arbeit finden. Dies gelingt umso leichter, je wettbewerbsfähiger die Wirtschaft in Deutschland ist. Die Senkung von Lohnzusatzkosten ist dazu ein entscheidender Schritt. Wir werden die Lohnzusatzkosten dauerhaft senken und verbinden dies mit zukunftssträchtigen Strukturveränderungen in den sozialen Sicherungssystemen. Im Gegenzug erhöhen wir die Mehrwertsteuer von 16 % auf 18 %. Der ermäßigte Mehrwertsteuersatz von 7 %, der beispielsweise für Lebensmittel und den öffentlichen Nahverkehr gilt, bleibt aus Gründen der sozialen Balance erhalten. Bei der Verteilung des Aufkommens aus der Mehrwertsteuererhöhung zwischen Bund und Ländern werden die Länder den Finanzierungsnotwendigkeiten zur Absenkung der Lohnzusatzkosten Rechnung tragen.

- **Wir senken den Beitragssatz in der Arbeitslosenversicherung ab 01.01.2006 um 2 Prozentpunkte von 6,5 % auf 4,5 %.** Im Gegenzug erhöhen wir die Mehrwertsteuer ab 01.01.2006 um 2 Prozentpunkte von 16 % auf 18 % und führen strukturelle Veränderungen in der Bundesagentur für Arbeit mit entsprechenden Einsparungen durch.
- **Alle arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen kommen auf den Prüfstand.** Was sich als unwirksam und ineffizient erweist, wird abgeschafft; was in Arbeit führt, wird weitergeführt.
- **Wir fördern für Arbeitslose den Schritt in die Selbstständigkeit, schaffen aber die Ich-AG ab.** Für bereits genehmigte Ich-AG's gilt Bestandschutz. Die Ich-AG hat sich als ineffektives Arbeitsmarktinstrument erwiesen. Zu viele Unternehmensgründungen zielen nur darauf ab, staatliche Zuschüsse abzugreifen, statt sich mit Erfolg versprechenden Geschäftsideen am Markt zu etablieren.
- **Wir treten dafür ein, dass die Beitragsbezogenheit der Leistungen in der Arbeitslosenversicherung stärker erkennbar wird.** Wer lange in die Arbeitslosenversicherung eingezahlt hat, soll anders gestellt werden als jemand, der nur für kurze Zeit in die Solidarkasse eingezahlt hat. Das können wir aufkommensneutral finanzieren.

1.5 Unternehmenskultur mit Zukunft

Wo stehen wir?

Einzelne Managemententscheidungen haben das Vertrauen in die gewachsene Sozialpartnerschaft von Kapital und Arbeit erschüttert: Unangemessene Abfindungen des Managements auf der einen Seite und Massenentlassungen von Arbeitnehmern auf der anderen Seite passen nicht zusammen. Pauschale Kritik an Unternehmen schadet dem internationalen Vertrauen von Investoren in den Investitionsstandort Deutschland. Das nützt nicht den Arbeitnehmern, sondern vertreibt Kapital und Arbeit.

Was wollen wir?

Nur eine Erneuerung und rechtliche Weiterentwicklung der Sozialpartnerschaft sichern nachhaltige Beschäftigung in Deutschland. Nicht kurzfristige Gewinnmaximierung, sondern langfristige Unternehmenssicherung ist im wohlverstandenen Interesse von Kapitalgebern und Arbeitnehmern. Dort wo Arbeitnehmer und Arbeitgeber Erfolg und Misserfolg gemeinsam teilen, wachsen Erträge und Arbeitsplätze.

- **Wir wollen die verstärkte Teilhabe der Arbeitnehmer an den Unternehmenserträgen mit verbesserten Instrumenten der Gewinnbeteiligung sowohl auf einzelbetrieblicher wie tarifvertraglicher Ebene.** Wir wollen eine neue Balance von Flexibilität und Sicherheit für Unternehmen und Arbeitnehmer, beispielsweise durch befristete

Einstellung von Arbeitsteams für spezielle Produkt- und Verfahrensentwicklungen, wobei die Mitarbeiter aufgabenbezogen am Gewinn beteiligt werden können.

- **Wir wollen die Gleichstellung von Frauen in der Berufswelt.** Dies setzt insbesondere voraus, dass Familie und Beruf besser miteinander zu vereinbaren sind. Die Schaffung familienfreundlicher Unternehmensstrukturen gehört zu den zentralen Aufgaben eines erfolgreichen Managements.
- **Wir fördern langfristige Unternehmensstrategien durch Stärkung der Eigentümerrechte.** Dazu gehört neben der bereits beschlossenen Einzelveröffentlichungspflicht von Vorstandsgehältern bei börsennotierten Unternehmen die Festlegung eines Rahmens für Vorstandsgehälter inklusive Aktienoptionen durch Beschluss der Hauptversammlung. Aktienoptionen als Entlohnungsbestandteile müssen mindestens zehn Jahre gehalten werden, um spekulative Absichten auszuschließen. Wir wollen für Aufsichtsratsmitglieder eine begrenzte Zahl von Aufsichtsratsmandaten.
- **Wir treten ein für faire Wettbewerbsbedingungen für Unternehmen in Europa.** Ein unfairer Steuer - und Subventionswettbewerb zu Lasten deutscher Arbeitsplätze und der öffentlichen Haushalte muss unterbleiben. Bloße Betriebsverlagerungen sollen nicht mehr gefördert werden. Wir setzen uns dafür ein, dass das Fördergefälle zu den EU-Hochfördergebieten deutlich reduziert wird.

1.6 Steuern: einfach, wettbewerbsfähig und gerecht

Wo stehen wir?

Das deutsche Steuerrecht steht wie nirgendwo sonst auf der Welt für Komplexität, Unübersichtlichkeit, überhöhte Steuersätze und verfestigte Besitzstände. Es wirkt leistungshemmend und lenkt die wirtschaftliche Leistungskraft der Menschen fehl. Für in- und ausländische Investoren stellt es ein gravierendes Investitionshindernis dar. Seine Unübersichtlichkeit führt zu Ungerechtigkeit und Staatsverdrossenheit bei Bürgern und Betrieben, Arbeitnehmern und Unternehmern.

Was wollen wir?

Ein neues, zukunftsfähiges Steuerrecht ist eines der zentralen Ziele unserer Politik. Die Menschen müssen erkennen können, dass es bei den Steuern gerecht zugeht. Die Unternehmen brauchen dringend ein international wettbewerbsfähiges Steuerwesen, damit sie in Deutschland investieren und Arbeitsplätze schaffen. Der Staat muss sich endlich wieder auf berechenbare Einnahmen verlassen können, um die Aufgaben des Gemeinwesens finanzieren zu können. Um dies zu erreichen, braucht Deutschland einen steuerpolitischen Neuanfang.

Im Mittelpunkt steht die Vereinfachung und mit ihr die Leistungsgerechtigkeit. Dazu werden wir die Ausnahmen weitestgehend beseitigen und im Gegenzug die Grundfreibeträge erhöhen und die Steuersätze absenken. Für eine Netto-Entlastung besteht angesichts der Krise der öffentlichen Haushalte vorerst kein Spielraum. Es gilt deshalb: Vereinfachung vor Entlastung.

Die Besteuerung von Unternehmen werden wir grundlegend neu ordnen. Die Reform der Unternehmensteuern wird rechtsform- und finanzierungsneutral ausgestaltet und zu international wettbewerbsfähigen Sätzen führen. Wir werden dieses Ziel in mehreren Schritten erreichen, die für Wirtschaft und Verwaltung kostengünstig administrierbar sind.

- **Bereits zum 01.01.2006 ergreifen wir erste steuerpolitische Maßnahmen, um schnell Arbeit und Beschäftigung zu fördern.** Die Maßnahmen werden durch den Abbau von Steuersubventionen und Ausnahmetatbeständen vollständig gegenfinanziert. Bei den Gegenfinanzierungsmaßnahmen wird im Vordergrund das Schließen von Steuerschlupflöchern stehen.
 - **Wir werden Steuerschlupflöcher schließen und Steuersparmodelle abbauen.** Insbesondere werden wir die lukrativen Verlustverrechnungsmöglichkeiten bei Fondsmodellen (etwa Medien, Windkraft, Schiffs- und Flugzeugbeteiligungen) und Sonderregeln im unternehmerischen Bereich abschaffen. Damit vereinfachen wir das Steuerrecht und erzielen bereits im Jahr 2006 Mehreinnahmen von rund 3 Mrd. Euro für Bund, Länder und Gemeinden. Wir schaffen damit mehr Gerechtigkeit. Wir sorgen dafür, dass der Spitzensteuersatz nicht länger nur auf dem Papier steht, sondern von den Spitzenverdienern auch tatsächlich bezahlt wird. So erreichen wir wesentlich mehr für ein gerechtes Steuersystem als die SPD, die am geltenden Recht festhält und eine spezielle „Reichensteuer“ einführen will. Ohne Steuerschlupflöcher zu schließen, gäbe es mit der „Reichensteuer“ der SPD sogar neue Anreize, Steuerumgebungsmöglichkeiten zu nutzen. Nach eigenen Angaben der SPD werden nur 1,3 Mrd. Euro Aufkommen erzielt, mit der zugesagten Ausnahme für Betriebe wird nur ein Bruchteil tatsächlich eingehen. Unsere Maßnahmen sind wesentlich gerechter und wirksamer.
 - Als weiteres Element der Gegenfinanzierung erhöhen wir die Besteuerung von Beteiligungsveräußerungen von Kapitalgesellschaften.
 - Um den Generationenwechsel im Mittelstand zu erleichtern, wird die Erbschaftsteuer beim Betriebsübergang gestundet und entfällt bei einer Unternehmensfortführung von mindestens zehn Jahren gänzlich.
 - Wir entlasten kleine Unternehmen von Buchführungspflichten.
 - Wir erhöhen die Grenze, bis zu der im Umsatzsteuerrecht die Ist-Besteuerung durchgeführt werden kann, auf eine Million Euro Jahresumsatz.

- **Wir setzen zum 01.01.2007 eine Reform der Einkommen- und Körperschaftsteuer in Kraft.**
 - **Bei der Lohn- und Einkommensteuer senken wir den Eingangsteuersatz auf 12 % und den Spitzensteuersatz auf 39 %.** Das sind die niedrigsten Steuersätze in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Im Gegenzug werden in gleichem Umfang eine Vielzahl von Steuerbefreiungen, Steuervergünstigungen und Ausnahmetatbeständen gestrichen oder eingeschränkt. Dazu gehören die Reduzierung der Pendlerpauschale auf eine angemessene Höhe von 25 Cent bis max. 50 Entfernungskilometer und der gleichmäßige Abbau der Steuerfreiheit von Sonn-, Feiertags- und Nachtzuschlägen innerhalb von sechs Jahren. Wir ersetzen die degressiven Abschreibungen durch lineare Abschreibungen.
 - **Wir werden einen einheitlichen Grundfreibetrag für jede Person, sei sie Erwachsener oder Kind, von 8.000 Euro einführen.** Der Kindergrundfreibetrag kann, soweit er durch eigene Einkünfte des Kindes nicht ausgeschöpft wird, auf die Eltern übertragen werden. Dabei bleibt eine Arbeitnehmerfamilie mit zwei Kindern bis zu einem Einkommen von rund 38.200 Euro im Jahr einkommensteuerfrei unter Berücksichtigung des neuen Kindergrundfreibetrages und sonstiger pauschaler Abzüge. Gegenüber heute sind das für diese Familie rund 5000 Euro mehr. Im Zusammenhang mit der Einführung des Kindergrundfreibetrages ist unter Berücksichtigung des Kinderbonus eine Auswirkung auf das Kindergeld zu prüfen.
 - Steuererklärung und Steuerveranlagung werden vereinfacht.
 - Das Ehegattensplitting als Ausdruck des besonderen grundgesetzlichen Schutzes von Ehe und Familie bleibt erhalten. Es ist keine Steuervergünstigung, sondern Ausdruck der Lebens- und Verantwortungsgemeinschaft Ehe.
 - **Wir werden eine Abgeltungssteuer auf Kapitaleinkünfte einführen. Das vereinfacht das Steuerverfahren.** Wer nicht einkommensteuerpflichtig ist, wird nicht belastet. Der Zufluss von Kapital nach Deutschland wird wieder attraktiv. Die Verlagerung aus Deutschland hinaus lohnt sich nicht mehr. Das Bedürfnis für Kontoabfragen im steuerlichen Bereich entfällt.
 - **Als weiteren Schritt zu einer umfassenden Unternehmensteuerreform senken wir die Körperschaftsteuer auf 22 %,** gegenfinanziert im unternehmerischen Bereich.
 - Es bleibt bei der Gewerbesteuer, bis wir im Einvernehmen mit den Kommunen und der Wirtschaft eine sinnvolle Alternative entwickelt haben.
- **Wir verabschieden in dieser Legislaturperiode ein neues Steuergesetzbuch für Einkommensteuer und Unternehmensteuer.** Ziel ist vor allem Vereinfachung, Transparenz und damit mehr Gerechtigkeit. Die Besteuerung von Personen- und Kapitalgesellschaften wird rechtsformneutral für Einzelunternehmen sowie für Personen- und Kapitalgesellschaften zusammengeführt. In diesem Zusammenhang prüfen wir auch die Einführung einer Kapitalrenditeststeuer. Unser Ziel ist ein Unternehmensteuerrecht, das im internationalen Wettbewerb attraktiv ist.

1.7 Mittelstand und Existenzgründer fördern

Wo stehen wir?

Kleine und mittelständische Unternehmen erwirtschaften die Hälfte der steuerpflichtigen Umsätze, beschäftigen rund 70 % der Arbeitnehmer und bilden rund 80 % aller Lehrlinge aus. Allein in den letzten beiden Jahren hatte Deutschland fast 80 000 Unternehmenspleiten zu verkraften. Das Gesamtangebot an Ausbildungsstellen, das entscheidend durch die mittelständische Wirtschaft geprägt wird, ist zwischen 1998 und 2004 um annähernd 7 % zurückgegangen.

Was wollen wir?

Vorfahrt für Arbeit heißt vor allem auch: Förderung von Mittelstand, Handwerk und Existenzgründern. Konzepte für den Mittelstand ziehen sich deshalb wie ein roter Faden durch unser Regierungsprogramm, beispielsweise bei der Deregulierung des Arbeitsmarkts, der Steuerreform, der Entbürokratisierung oder der Energiepolitik. Darüber hinaus wollen wir Mittelstand, Handwerk und Existenzgründer konkret unterstützen:

- **Wir entlasten Betriebe bis 20 Mitarbeiter gezielt von zahlreichen Vorschriften.** Dazu gehört die Überprüfung von Schwellenwerten ebenso wie von Buchführungs- und Statistikpflichten.
- **Wir bekämpfen Lohn- und Sozialdumping in der Folge der EU-Osterweiterung und die Schwarzarbeit.** Im Rahmen der Osterweiterung hat der Missbrauch der Dienstleistungs- und Niederlassungsfreiheit zugenommen. Die Ausweitung des Arbeitnehmerentsendegesetzes auf alle Branchen und gesetzliche Mindestlöhne über die Hintertür können einen Missbrauch der europäischen Dienstleistungsfreiheit nicht verhindern. Deshalb setzen wir auf schnelle, wirksame und grenzüberschreitende Kontrollen und werden zur Bekämpfung des Missbrauchs der Niederlassungsfreiheit die Zusammenarbeit der zuständigen Stellen, Ordnungsämter und Kammern verbessern.
- **Wir verbessern die Rahmenbedingungen für mehr Ausbildung in Deutschland.** Wir werden den Ausbildungspakt fortführen. Ziel muss sein, höhere Freiräume bei der Lehrlingsvergütung zu schaffen, damit sich Ausbildung für die Betriebe wieder rechnet. Wir setzen auf Freiwilligkeit und Verantwortungsbewusstsein statt auf eine Ausbildungsplatzabgabe; sie schafft Bürokratie, aber keine zusätzlichen Lehrstellen.
- **Wir werden die Kreditversorgung des Mittelstandes durch eine Stärkung der Eigenkapitalbildung und mittelstandsgerechte Rahmenbedingungen für die Kreditvergabe verbessern.** Wir entschlacken die Vorschriften zum Kreditwesengesetz und führen die bestehende Überregulierung bei der Bankenaufsicht auf das notwendige Maß zurück.

- **Wir schaffen international attraktive Bedingungen für Wagniskapital**, um die Gründung von innovativen Unternehmen zu fördern. Wer wagt, der gewinnt. Und mit ihm gewinnt das Land – Innovationen, Arbeitsplätze, Wachstum.
- **Die Innovationskraft, vor allem des Mittelstands, soll durch eine verstärkte Zusammenarbeit von Wirtschaft und Wissenschaft gefördert werden.**

1.8 Energie: nachhaltig und wettbewerbsfähig

Wo stehen wir?

Fast nirgends in Europa ist Energie so teuer wie in Deutschland. Das ist das Ergebnis von ideologischer Energiepolitik. Das belastet die privaten Haushalte, erhöht die Produktionskosten, kostet Arbeitsplätze und beschleunigt die De-Industrialisierung. Der Ausstieg aus der Kernenergie ist umweltpolitisch und auch technologisch verheerend. Die dadurch aufgerissene Stromversorgungslücke in Deutschland kann nur mit zusätzlichen fossilen Kraftwerken und mehr schädlichen CO₂-Emissionen geschlossen werden. Dies widerspricht fundamental den Klimaschutzzielen. Er bedroht zudem die deutsche kerntechnische Industrie, bislang technologisches Aushängeschild Deutschlands mit großem Exportpotenzial.

Was wollen wir?

Eine sichere, preiswerte und ökologisch verträgliche Energieversorgung ist für den modernen Industriestandort Deutschland von höchster Bedeutung und schafft das Fundament für Wettbewerbsfähigkeit, Wohlstand und Arbeitsplätze. Wir wollen eine Energiepolitik mit Vernunft und Augenmaß. Dazu gehört ein sparsamer und effizienter Umgang mit Energie. Vor allem brauchen wir einen breit gefächerten Energiemix aus Erdöl, Kohle, Gas, Kernenergie sowie Biomasse, Wasser-, Wind- und Sonnenenergie.

Ohne Kernenergie ist eine globale Lösung der CO₂-Problematik derzeit undenkbar. Mit Wind- und Solarenergie allein sind der drastisch steigende Energiebedarf und die weltweiten Klimaschutzziele nicht in Einklang zu bringen.

- **Wir setzen weiter auf erneuerbare Energien, reduzieren aber ihre zum Teil exorbitante Subventionierung.** Unser Ziel bleibt: Die regenerativen Energien sollen mindestens 12,5 % Anteil am deutschen Stromverbrauch erreichen.
- **Wir setzen Schwerpunkte beim sparsamen und effizienten Umgang mit Energie. Insbesondere in der Altbausanierung liegen ungenutzte und hochwirtschaftliche Potenziale rationeller Energienutzung.** Um diese wichtigen Potenziale heben zu kön-

nen, wollen wir bestehende finanzielle Anreize marktwirtschaftlich weiterentwickeln und in ein unbürokratisches und technologieoffenes Marktanreizprogramm „energetische Sanierung im Gebäudebereich“ überführen.

- **Wir brauchen die Kernkraft auch in Deutschland und stellen die Weichen für eine geordnete Entsorgung.** Die Betriebsdauer der deutschen Kernkraftwerke wird sich ausschließlich an der Gewährleistung des größtmöglichen Sicherheitsniveaus jeder Anlage orientieren. Die durch längere Laufzeiten der Kernkraftwerke resultierende höhere Rendite muss sich auch in niedrigeren Strompreisen niederschlagen.
- **Wir wollen eine offene Energie-Forschung, die nichts ausklammert.** Ideologische Scheuklappen werfen Deutschland im internationalen Wettbewerb zurück.

1.9 Leistungsfähige Infrastruktur sichert Mobilität

Wo stehen wir?

Die Verkehrsbelastung in Deutschland steigt weiter. Allein die Verkehrsleistung des Straßengüterverkehrs in Deutschland ist zwischen 1998 und 2003 um 15 % gestiegen. Trotz massiver Verkehrszunahmen in Deutschland und zusätzlicher Einnahmen durch die LKW-Maut sind in den letzten Jahren die Investitionen des Bundes in die Verkehrsinfrastruktur ständig gesunken. Während beispielsweise der Bundesverkehrswegeplan 2003 von notwendigen Mitteln für Erhalt, Aus- und Neubau des Schienennetzes von 4,2 Mrd. Euro ausging, ist nach aktuellem Stand für 2005 nur noch eine Haushaltslinie von 3,5 Mrd. Euro vorgesehen.

Was wollen wir?

Mobilität ist die Grundvoraussetzung für eine arbeitsteilige, erfolgreiche Wirtschaftsordnung und Schlüsselfaktor für Wachstum und Beschäftigung. Wir brauchen eine systematische und nachhaltige Planung zur Verbesserung von Verkehrsinfrastruktur und Mobilität.

- **Wir beschleunigen den Bau wichtiger Infrastrukturmaßnahmen durch eine Vereinfachung von Planungen und eine Verkürzung von Planungszeiten.** Das bis Ende 2005 befristete Verkehrswegeplanungsbeschleunigungsgesetz wird durch eine effiziente Regelung für ganz Deutschland verbessert.
- **Wir bauen die Verkehrsinfrastruktur leistungsfähig aus und fördern den Wettbewerb auf der Schiene.** Die Verkehrsprojekte Deutsche Einheit werden zügig fertig gestellt. Deutschland wird besser in das europäische Verkehrsnetz eingebunden, die Bahnreform fortgeführt.
- **Wir realisieren eine Transrapidstrecke in Deutschland** als verkehrs- und insbesondere auch industriepolitisch bedeutsames Projekt.

- **Wir fördern neue Formen der Infrastrukturfinanzierung**, zum Beispiel durch eine verstärkte Nutzung der Möglichkeiten öffentlich-privater Partnerschaften (PPP-Projekte) mit verursachergerechter Finanzierung.
- **Wir leiten die Einnahmen aus der LKW-Maut direkt an eine unabhängige Gesellschaft zur Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur.** Unser Grundsatz heißt: Straße finanziert Straße.

1.10 Die neuen Länder voranbringen

Wo stehen wir?

In den neuen Ländern ist in den zurückliegenden 15 Jahren der Erneuerungsprozess weit vorangekommen. Die neuen Länder sind zu einem modernen und attraktiven Standort geworden. Gemessen an der schwierigen Ausgangslage ist die Bilanz des Aufbaus Ost weit überwiegend positiv. Darauf können die Menschen in den neuen Ländern zu Recht stolz sein.

Die allmähliche Angleichung der Wirtschaftskraft Ostdeutschlands an das westdeutsche Niveau ist unter Rot-Grün ins Stocken geraten. Der Strukturwandel dort hat in den zurückliegenden 7 Jahren deutlich an Schwung verloren. Schröder hatte versprochen, den Aufbau Ost zur „Chefsache“ zu machen. Stattdessen wurde von der Bundesregierung eher der Mangel verwaltet, als dass Ostdeutschland neue Impulse erhalten hätte. Die ostdeutschen Länder könnten heute besser da stehen – ohne Rot-Grün.

Was wollen wir?

Nur wenn die Wirtschaft in den neuen Ländern wieder deutlich stärker wächst, kann Deutschland vom Schlusslicht in Europa wieder zum Wachstumsmotor werden. Deshalb werden wir neue Unternehmen und neue Produkte in den neuen Ländern gezielt fördern und alles daran setzen, auch neue Märkte für ostdeutsche Produkte zu erschließen. Wir geben dem Osten Deutschlands neue Perspektiven.

Unsere Maßnahmen für mehr Wachstum und Beschäftigung werden dem Aufbau Ost neuen Schwung verleihen:

- **Für den Zeitraum 2006 – 2019 sind Solidarpaktmittel in Höhe von 156 Mrd. Euro zugesagt.** Diese Zusage gilt unverändert und in voller Höhe.

- **Wir treten dafür ein, dass die Förderung besonders benachteiligter Regionen durch die Europäische Union auch in der Förderperiode 2007 bis 2013 fortgeführt wird.**
- **Zukunft liegt vor allem in der Hochtechnologie.** Wir werden den Ausbau der Spitzenforschung fördern und dabei insbesondere darauf achten, dass neue Produkte und Verfahren rasch zur Markt- und Produktionsreife entwickelt werden. Bei neuen wissenschaftlichen Großgeräten und Forschungsanlagen von internationalem Rang wird ein Schwerpunkt auch in den neuen Ländern gebildet.
- **Bei Ausschreibungen des Bundes werden wir dafür Sorge tragen, dass die Losgrößen so bemessen werden, dass auch mittelständische Betriebe gute Chancen haben, bei öffentlichen Ausschreibungen den Zuschlag zu erhalten.**
- **Durch Öffnungsklauseln in bundesgesetzlichen Regelungen wollen wir es ermöglichen, eigene Lösungswege zu entwickeln und umzusetzen.** Unser Leitbild ist der föderale Wettbewerb um das bessere Konzept. Dies gilt insbesondere für das Planungs- und Genehmigungsrecht, im Blick auf Erleichterungen bei Unternehmensansiedlungen. Wachstumshemmende Bundesgesetze, die europäische Vorschriften verschärfen oder auf ungenügend belegbaren Grenzwerten basieren, werden abgeschafft.
- **Wir sichern die notwendigen Mittelzuweisungen für den Verkehrswegebau.** Wir werden vor allem die seit langem geplanten, aber von Rot-Grün verschleppten oder gestoppten Verkehrsprojekte wieder aufnehmen.
- **Wir wollen, dass die Menschen im ersten Arbeitsmarkt Arbeitsplätze haben.** Wir wollen daher ein Kombi-Lohn-Modell einführen, das sowohl die Aufnahme einfacher Arbeiten durch eine ausgewogene Kombination aus Arbeitslohn und Sozialleistung lohnend macht, als auch die Betriebe in die Lage versetzt, zusätzliche Arbeitsplätze für einfache Tätigkeiten neu zu schaffen.
- **Wir halten an dem Ziel fest, für Menschen, die durch DDR-Willkür geschädigt worden sind, eine Opferpension einzurichten.**

1.11 Neue Perspektiven für Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Wo stehen wir?

Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft sichern in Deutschland rund jeden neunten Arbeitsplatz. Nationale politische Alleingänge und überbordende Bürokratie belasten die Wettbewerbsfähigkeit unserer Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft. Rot-Grüne Ideologien, unberechenbares Zick-Zack und politische Vernachlässigung haben zu einem Vertrauensverlust, zu Investitionsstau, zu vielen Betriebsaufgaben und hohem Verlust an Arbeitsplätzen geführt. Landwirtschaftliche Produktion ist in andere Länder abgewandert.

Was wollen wir?

Wir wollen der großen Bedeutung der Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft mit einer neuen Politik der Verlässlichkeit gerecht werden. Wir werden die Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft stärken und Bürokratie abbauen. Landwirtschaftliche Betriebe sollen wirtschaftlich erfolgreich sein, ausreichendes Einkommen erzielen und Arbeitsplätze schaffen. So entstehen Dynamik, Investitionsbereitschaft und neue Perspektiven für den gesamten ländlichen Raum.

- **Wir wollen eine konsequente 1:1 Umsetzung des EU-Rechts und die Beseitigung nationaler Alleingänge.** Zugleich ist die Rückführung der Vorschriften und Reglementierungen auf das unbedingt Notwendige und in der Praxis Machbare nötig. Wir werden Förderprogramme und Verwaltungsaufwand Schritt für Schritt vereinfachen und sie auf die Ziele Wettbewerbsfähigkeit, Investition und Innovation konzentrieren.
- **Wir setzen uns im Interesse unserer Landwirte und zum Schutze der Verbraucher für faire Wettbewerbsbedingungen auf europäischer und internationaler Ebene ein,** insbesondere durch die Berücksichtigung von Umweltschutz-, Tierschutz- und Hygienestandards bei den WTO-Regeln. Wir wollen ausreichende politische Handlungsfähigkeit zur Sicherung des europäischen Agrarmodells einer ökonomisch, ökologisch und sozial nachhaltigen Landwirtschaft behalten.
- **Wir wollen für die Landwirte eine langfristig verlässliche Perspektive schaffen.** Deshalb prüfen wir eine Einbindung des Agrarsozialsystems in die Gesamtreform der Sozialsysteme.
- **Wir stehen zum einstimmigen Beschluss der Staats- und Regierungschefs vom Oktober 2002.** Wir wollen den Betrieben Planungssicherheit geben und setzen uns daher bei der Weiterentwicklung der EU-Agrarpolitik für eine verpflichtende Kofinanzierung der EU-Zahlungen ein.
- **Wir werden Verbraucherinformationen verbessern.** Die Kennzeichnungsregelungen müssen praktikabel und für den Laien verständlich sein. Wir wollen die Wirtschaft für bessere Verbraucherinformationen gewinnen.

2. Zukunft für Familien – Bildung und Erziehung

Wo stehen wir?

Während viele Mitbürger in Deutschland mit überwältigender Mehrheit die Gründung einer eigenen Familie als persönliches Lebensziel ansehen, verwirklichen immer weniger Menschen den bestehenden Kinderwunsch. Deutschland ist bei der Geburtenrate Schlusslicht in Europa! Die Bundesregierung hat den Stellenwert von Ehe und Familie in den letzten Jahren zunehmend relativiert.

Was wollen wir?

Die Familie ist die wichtigste Form des Zusammenlebens. Wir stehen zum besonderen Schutz von Ehe und Familie. Die Menschen wollen in glücklichen persönlichen Verhältnissen leben. Das können Ehe, Familie und andere Formen des Zusammenlebens sein, die Lebenssinn, Geborgenheit und Glück vermitteln. Weil wir Zukunft wollen, ist unser Maßstab: Vorrang für Familien und Kinder! Deshalb schaffen wir bessere Rahmenbedingungen für Familien und Kinder.

Genau dies ist unsere Politik in den Ländern, in denen wir regieren: Wohlstand für alle setzt Bildung für alle voraus. Die Teilhabe aller an Bildung und Ausbildung ist die zwingende Voraussetzung dafür, dass keine Begabung ungenutzt bleibt. Niemand darf zum Modernisierungsverlierer werden und keiner soll seine Talente verstecken müssen. Alle sollen ihre Leistungskraft und ihre Begabungen entfalten können, damit sich in Deutschland wieder mehr Wachstum, Wohlstand und Innovation entwickeln können.

Gleiche Bildungschancen für alle Kinder verlangen ein familienfreundliches Klima in unserer Gesellschaft, das Eltern bei der frühkindlichen Bildung und Erziehung stärkt und ermutigt. Sprache ist der Schlüssel zur Bildung. Deshalb bauen in den dafür zuständigen Ländern die unionsgeführten Regierungen vorschulische Sprachförderung für alle Kinder und Ganztagsangebote bedarfsorientiert aus. Sie sind wichtig zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Nur so können ungleiche Chancen am Schulbeginn ausgeglichen werden.

Die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands hängt nicht zuletzt von seinen Eliten ab. Unser Land braucht Eliten in allen Bereichen kultureller, forschender, wirtschaftlicher, handwerklicher und sozialer Tätigkeiten. Wir brauchen den Forscher von Weltrang ebenso wie den qualifizierten Facharbeiter. CDU und CSU treten ein für die gezielte Förderung hochbegabter Kinder und Jugendlicher aus allen sozialen Gruppen und Schichten.

Es ist Aufgabe der Erziehung in Familie und Schule, jungen Menschen eine klare Wertorientierung zu vermitteln. Die Schule muss einen Beitrag dazu leisten, dass die Schülerinnen und Schüler auf die Frage nach Gott und nach verbindlichen ethischen Maßstäben Antworten finden können. Diese Aufgabe ist insbesondere dem konfessionellen Religionsunterricht gestellt, der – in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der jeweiligen Religionsgemeinschaft – den Schülerinnen und Schülern Antworten auf Sinnfragen anbietet, die der

Staat nicht geben kann. Wir halten an der Regelung unserer Verfassung fest, dass der Religionsunterricht als ordentliches Lehrfach zu erteilen ist; er darf nicht durch einen allein in Verantwortung des Staates erteilten „Werteunterricht“ verdrängt werden. Darin haben die Kirchen unsere Unterstützung.

- **Wir bewerten die Erziehungsleistung von Eltern in Sozialversicherungen und Steuerrecht höher.**
 - **Wir werden den Grundfreibetrag auf 8.000 Euro erhöhen und einen Kindergrundfreibetrag von 8.000 Euro einführen.** Der Kindergrundfreibetrag kann, soweit er durch eigene Einkünfte des Kindes nicht ausgeschöpft wird, auf die Eltern übertragen werden. So entlasten wir vor allem Familien. Nach unserer Steuerreform bleibt eine Arbeitnehmerfamilie mit zwei Kindern bis zu einem Einkommen von rund 38.200 Euro im Jahr einkommensteuerfrei unter Berücksichtigung des neuen Kindergrundfreibetrages und sonstiger pauschaler Abzüge. Gegenüber heute sind das für diese Familie rund 5.000 Euro mehr. Im Zusammenhang mit der Einführung des Kindergrundfreibetrages ist unter Berücksichtigung des Kinderbonus eine Auswirkung auf das Kindergeld zu prüfen.
 - **Wir werden ab 01.01.2007 für neugeborene Kinder einen Kinderbonus von monatlich 50 Euro als Beitragsermäßigung in der Rentenversicherung einführen.** Damit honorieren wir den Zukunftsbeitrag von Familien zum Generationenvertrag in unserer Gesellschaft.
 - **Durch unsere Gesundheitsreform werden alle Kinder beitragsfrei versichert.** Die Kosten werden aus dem Steueraufkommen getragen.
- **Wir werden die Vereinbarkeit von Familie und Beruf stärker fördern.** Die unionsgeführten Länder werden im Rahmen ihrer Zuständigkeit den Ausbau der Kinderbetreuung für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf forcieren.
 - Wir befürworten die Möglichkeit von Teilzeitbeschäftigung für Kindererziehung und Pflege. Teilzeit kann mehr Flexibilität für Arbeitgeber wie Arbeitnehmer schaffen. In kleineren Unternehmen kann ein durchsetzbarer Rechtsanspruch auf Teilzeitbeschäftigung Schwierigkeiten machen. Ein Anspruch auf Teilzeit soll daher nur bestehen, wenn ein Kind betreut oder ein naher Angehöriger gepflegt wird.

3. Verlässliche soziale Sicherheit

3.1 Medizinischer Fortschritt für alle

Wo stehen wir?

Der medizinisch-technische Fortschritt und die demografische Entwicklung verursachen steigende Kosten im Gesundheitswesen. Gleichzeitig gehen die Einnahmen der gesetzli-

chen Krankenversicherung durch die hohe Arbeitslosigkeit und durch die zunehmende Zahl von Rentnern im Verhältnis zu den Lohnempfängern zurück. Vor diesem Hintergrund ist die Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung massiv gefährdet. Die letzte Gesundheitsreform hat die Lohnzusatzkosten nicht spürbar gesenkt. Die Senkung von Lohnzusatzkosten ist aber entscheidend für neue Arbeitsplätze.

Was wollen wir?

Gesundheit ist ein hohes Gut. Deshalb gilt für uns der Grundsatz: Was medizinisch notwendig ist, muss im Rahmen der gesetzlichen Krankenversicherung für alle Versicherten – unabhängig von Alter, Geschlecht, Gesundheitszustand oder finanzieller Leistungsfähigkeit – erbracht werden. Eine Zwei-Klassen-Medizin wird es mit uns nicht geben.

CDU und CSU werden ein grundlegend neues, zukunftssicheres System der gesetzlichen Krankenversicherung schaffen, das eine qualitativ hochwertige Gesundheitsvorsorge für alle sichert, das besser auf die Veränderungen im Bevölkerungsaufbau reagieren kann, das eine weitere Belastung des Faktors Arbeit vermeidet und das die erheblichen Wachstumschancen der Gesundheitsbranche ausschöpft: die solidarische Gesundheitsprämie.

- **Die Krankenkassen erhalten für jeden erwachsenen Versicherten eine Gesundheitsprämie als kostendeckenden Beitrag.**
- **Die Gesundheitsprämie wird erstens gespeist aus der persönlichen Prämie jedes Versicherten.** Für Versicherte mit niedrigem Einkommen greift automatisch ein sozialer Ausgleich. Dabei ist klar: Niemand zahlt bei Einführung der solidarischen Gesundheitsprämie mehr als bisher.
- **Die Gesundheitsprämie wird zweitens gespeist aus der Arbeitgeberprämie.** Dieser Anteil des Arbeitgebers wird festgeschrieben. Er bleibt dauerhaft begrenzt und damit von der Entwicklung der Krankheitskosten abgekoppelt. Bei Rentnern zahlen die Rentenversicherungsträger den Arbeitgeberanteil.
- **Kinder werden beitragsfrei versichert; die dafür erforderlichen Beträge werden aus Steuermitteln finanziert.**
- **Wir stärken den Wettbewerb unter den Leistungsanbietern.** Wir schaffen einen echten Wettbewerb der Kassen um die Versicherten. Die Krankenkassen müssen wesentlich stärker als bisher an den Wünschen der Versicherten orientierte unterschiedliche Tarife anbieten. Wir streben an, dass der Wechsel von einer privaten Krankenversicherung zu einer anderen erleichtert wird, indem Altersrückstellungen übertragen werden können. Auch der Wettbewerb von Ärzten, Krankenhäusern, Arzneimittelherstellern und Apotheken muss deutlich gestärkt werden.

Die von SPD und Grünen propagierte „Bürgerversicherung“ ist keine geeignete Alternative zur solidarischen Gesundheitsprämie. Wenn alle Bürger in eine einheitliche Zwangsversicherung einzahlen müssen, findet Wettbewerb nicht mehr statt. Die Bürgerversicherung führt nicht zur Entkoppelung von Arbeits- und Gesundheitskosten; steigen die Aufwendungen für die Gesundheit, steigen wie bisher auch die Arbeitskosten. Die Bürgerversicherung gibt keine Antwort auf die Probleme der Bevölkerungsentwicklung. Diese Form der Versicherung wirkt wie eine Sondersteuer für kleine und mittlere Einkommen. Sie werden durch die Beitragsbemessungsgrenze gegenüber höheren Einkommen wesentlich stärker belastet. Das ist ungerecht.

3.2 Pflege menschlich sichern

Wo stehen wir?

Die Pflegeversicherung zehrt seit 1999 von der Substanz, seitdem sind die laufenden Ausgaben höher als die Beitragseinnahmen. Während wir heute rund 2 Millionen Pflegebedürftige haben, werden es im Jahr 2020 schon rund 2,6 Millionen sein, bis zum Jahr 2050 wird sich die Zahl verdoppeln.

Was wollen wir?

Die Pflegeversicherung muss in Zukunft wieder eine verlässliche und bezahlbare Absicherung des Pflegerisikos bieten.

- **Wir werden die Pflegeversicherung als wichtiges Instrument der sozialen Sicherung erhalten und weiterentwickeln.** Die häusliche Pflege soll Vorrang vor der stationären Pflege haben. Alte Menschen sollen so lange wie möglich in ihrer vertrauten Umgebung leben können.
- **Maßnahmen der Prävention und der Rehabilitation räumen wir Vorrang vor Maßnahmen der Pflege ein.** Wir werden im Rahmen einer integrierten Versorgung die Organisation von Prävention und Rehabilitation nachhaltig verbessern.
- Bei der sozialen Pflegeversicherung beginnen wir in dieser Legislaturperiode mit der Einführung einer Kapitaldeckung.

3.3 Verlässliche Rente

Wo stehen wir?

Heute werden in Deutschland pro Jahr nur noch 700.000 Kinder geboren, 1964 waren es mehr als 1,3 Millionen - doppelt so viel wie heute. Gleichzeitig stieg mit der Lebenserwar-

tung die Rentenlaufzeit. Immer weniger Beitragszahler müssen für immer mehr Leistungsempfänger aufkommen. Massenarbeitslosigkeit führt zu massiven Beitragsausfällen. Gleichzeitig sind der Rentenversicherungsbeitrag und die Steuerfinanzierung auf Rekordniveau.

Was wollen wir?

Die gesetzliche Rentenversicherung wird immer eine wichtige Säule der Alterssicherung sein, aber sie bedarf zur Lebensstandardsicherung dringend der privaten Ergänzung. Zur langfristigen Stabilisierung der Rentenversicherung ist eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit notwendig. Wir treten daher für kürzere Ausbildungszeiten und einen früheren Berufseintritt ein. Darüber hinaus wollen wir die Beschäftigungschancen älterer Menschen verbessern. Sobald es die Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt erlauben, kommt auch eine schrittweise Anhebung des Renteneintrittsalters in Frage. Bei den notwendigen Reformen müssen drei Leitlinien gelten: Demografiefestigkeit, Familienfreundlichkeit, Generationengerechtigkeit.

- **Wir werden ab 01.01.2007 für neugeborene Kinder einen Kinderbonus von monatlich 50 Euro als Beitragsermäßigung in der Rentenversicherung einführen.** Diese Leistung gibt es für Kinder bis zum 12. Lebensjahr. Damit honorieren wir den Zukunftsbeitrag von Familien zum Generationenvertrag in unserer Gesellschaft. Der Kinderbonus wird finanziert durch die Abschaffung der Eigenheimzulage.
- **Der Beitragssatz zur Rentenversicherung soll sich längerfristig an der gegenwärtigen Beitragshöhe ausrichten.**
- **Wir geben der privaten und betrieblichen Altersvorsorge einen höheren Stellenwert.** Wir werden die komplizierten Regelungen der gegenwärtigen Förderung der privaten Altersvorsorge grundlegend vereinfachen. Weniger Bürokratie und damit höhere Rendite steigern die Attraktivität dieser wichtigen Säule der privaten Altersvorsorge. Darüber hinaus wollen wir auch den selbst genutzten Wohnraum in die private Altersvorsorge einbeziehen.

4. Solide öffentliche Kassen – Beitrag zur Generationengerechtigkeit

Wo stehen wir?

Deutschland, jahrzehntelang der Stabilitätsanker in Europa, versinkt in einer öffentlichen Verschuldung ohnegleichen. Deutschland lebt von der Substanz, wir leisten uns mehr, als wir leisten! Die Staatsverschuldung liegt mit unvorstellbaren 1,4 Billionen Euro auf Re-

kordhöhe. Seit 2002 verstößt Deutschland kontinuierlich gegen den Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt. Allein die Neuverschuldung des Bundes ist seit 1999 um knapp 200 Milliarden Euro gestiegen. Das heißt: Pro Tag muss der Bund über 100 Millionen Euro nur an Zinsen bezahlen. Dieses Geld fehlt schmerzlich für notwendige Investitionen in die Zukunft. Der Bund hat die niedrigste Investitionsquote seit 1949.

Was wollen wir?

Wir beenden den verhängnisvollen Marsch in den Schuldenstaat. Wir werden eine ehrliche, nachhaltige Haushaltspolitik betreiben, die uns, unseren Kindern und Enkeln wieder Chancen für eine gute Zukunft sichert, dem Staat seine Handlungsfähigkeit zurück gibt und Raum für Zukunftsinvestitionen schafft. Die Ausgaben des Staates müssen sich deshalb wieder nach den Einnahmen richten und nicht umgekehrt. Die Erfahrung und der internationale Vergleich lehren: Solide Finanzen sind eine dauerhafte Grundlage für Arbeitsplätze und Wohlstand.

Solide Finanzen sind zugleich der wichtigste Beitrag zum Erhalt der Generationengerechtigkeit: Es ist eine Frage der Moral, ob wir es zulassen, dass der Konsum von heute mit den Schulden finanziert wird, die wir unseren Kindern hinterlassen. Eine ordentliche Haushaltsführung des Staates ist die wirksamste Politik für Familien mit Kindern.

Die Gesundung der öffentlichen Finanzen ist nur über einen Dreiklang von Maßnahmen zu erreichen: Erstens: eisernes Sparen, strikte Ausgabendisziplin, kein Rütteln am Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt. Zweitens: eine konsequente Wachstumspolitik durch schnelle und weit reichende Strukturreformen. Drittens: Mutige Umschichtungen von konsumtiven Ausgaben hin zu Investitionen, Forschung, Bildung und Innovationen.

Deutschland braucht eine Kraftanstrengung aller! Kein Politikfeld kann von vorneherein ausgenommen werden. Wir werden aber sicherstellen, dass es bei allen Maßnahmen sozial gerecht zugeht!

- **Bis zum Ende der übernächsten Legislaturperiode, also ab 2013, lautet unser Ziel: Neuverschuldung Null, ausgeglichener Bundeshaushalt.**
- **Wir wollen erreichen, dass Deutschland innerhalb der neuen Legislaturperiode den Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt wieder einhält. Zu diesem Zweck wird ein föderaler Konsolidierungspakt beschlossen.** Die notwendige Konsolidierung wird fortgesetzt, bis ein solider und nachhaltiger Bundeshaushalt vorliegt. Bei den

Verhandlungen um den föderalen Konsolidierungspakt wird der Haushaltslage von Bund und Ländern Rechnung getragen.

- **Wir sparen und bauen Subventionen und Finanzhilfen ab.** Mit dem deutschen Steinkohlebergbau, dem Land Nordrhein-Westfalen und dem Saarland werden wir den sozialverträglichen Auslauf des subventionierten Bergbaus abstimmen. Wir werden eine pauschale Kürzung der sonstigen verbleibenden Subventionen in mehreren Schritten vornehmen und steuerliche Vergünstigungen und Ausnahmetatbestände in breitem Umfang streichen.
- **Beim Sparen darf niemand ausgenommen werden:** Deshalb werden wir Pensionsansprüche der Bundesminister und der Parlamentarischen Staatssekretäre nach nur zwei Jahren Amtsdauer abschaffen, Ministerpensionen erst mit 65 Jahren statt bisher 60 Jahren zahlen und die Übergangsgelder reduzieren. Für uns gilt: Beim Sparen mit gutem Beispiel voran gehen.

5. Wir gestalten ein lebenswertes Deutschland

5.1 Sicherer Lebensraum für Mensch und Natur

Wo stehen wir?

Deutschland hat in drei Jahrzehnten international anerkannte Maßstäbe zum Schutz und zur Entwicklung von Natur und Umwelt gesetzt. Wasserqualität, Luftreinhaltung, Ausweisung von Naturschutzflächen - überall wurden große Fortschritte erzielt. Unter Rot-Grün hat sich eine Verabsolutierung und Idealisierung einzelner Umweltbelange breit gemacht, die nicht nur technologischen Fortschritt und Ansiedlung von Industrie und Arbeitsplätzen verhindert, sondern auch noch die Erreichung wichtiger umweltpolitischer Ziele verbaut. Ein Beispiel ist der Ausstieg aus der CO₂-freien Kernenergie.

Was wollen wir?

Es gibt nach wie vor große Aufgaben beim Umwelt- und Naturschutz, vor allem bei Lärmschutz und Klimaschutz. Aber Umweltschutz muss bezahlbar sein. Umweltpolitik hat dort Grenzen, wo sie Entwicklungsmöglichkeiten der Menschen unangemessen behindert. Investitionsverhinderung durch jahrzehntelange Verfahren kann sich Deutschland nicht mehr leisten. Das werden wir bei unserer Umweltpolitik, die auf die nachhaltige Sicherung der Lebensräume angelegt ist, auch berücksichtigen.

- **Wir setzen auf nachhaltigen Naturschutz, der die Artenvielfalt bewahrt.** Den kooperativen Naturschutz sowie den Vertragsnaturschutz entwickeln wir weiter, die Natura 2000-Richtlinie wird mit Augenmaß umgesetzt.

- **Wir forcieren die Anstrengungen zum nationalen und globalen Klimaschutz.** Wir wollen die Klimaschutzvereinbarungen zu einer „Kyoto-Plus-Initiative“ weiter entwickeln, in der auch die weltgrößten CO₂-Produzenten sowie die Schwellen- und Entwicklungsländer eingebunden sind. Mit der Gründung einer „Klima-Allianz Deutschland“ wollen wir einen generationenübergreifenden Klimaschutz fördern. In der Energiepolitik setzen wir auf einen klimaverträglichen Energiemix.
- **Wir ergreifen Initiativen für mehr Luftqualität und weniger Lärm** durch aufkommensneutrale Förderung der Nachrüstung von Rußpartikelfiltern und ein langfristiges „Lärminderungsprogramm Deutschland 2030“.
- **Wir stärken die Eigenverantwortung der Wirtschaft und der Bürger im Umweltschutz.** Wir werden mehr Markt und Wettbewerb im Umweltbereich ermöglichen sowie den kooperativen Umweltschutz und die integrierte Produktpolitik in einem „Umweltpakt Deutschland“ verankern.
- **Wir geben den Interessen der Menschen an Arbeit in Planungsgesetzen und bei Ansiedlungsentscheidungen mehr Gewicht.** Wir halten die Balance zwischen der Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen und dem wirtschaftlichen Wohlergehen der Menschen.

5.2 Konsequenter Kampf gegen Terror, Kriminalität und Vandalismus

Wo stehen wir?

Schreckliche Anschläge nach dem 11. September 2001, in Madrid und jüngst in London haben gezeigt, in welchem Ausmaß auch Europa vom islamistischen Terrorismus bedroht wird. Das ist eine der größten Herausforderungen für die westliche Wertegemeinschaft. Auch die Organisierte Kriminalität (Drogen- und Waffenhandel, Menschenhandel, Zwangsprostitution) nimmt immer stärker internationale Züge an. Die bisherigen gesetzgeberischen und organisatorischen Maßnahmen reichen dazu noch nicht aus.

Was wollen wir?

Alle Menschen in Deutschland sollen vor Terror, Kriminalität und Vandalismus geschützt sein. Der Schutz von Leib, Leben und Eigentum der Bürger ist die ureigenste Aufgabe des Staates. Dabei gilt: Null Toleranz für Kriminalität und Vandalismus! Zum Schutz der Bürger vor Kriminalität und den Gefahren des internationalen Terrorismus müssen bestehende Gesetzeslücken rasch geschlossen und Schwächen in der Organisationsstruktur der Sicherheitsbehörden beseitigt werden.

- **Wir verteidigen Recht und Freiheit gegen Terror und organisierte sowie grenzüberschreitende Kriminalität.** Wir werden den Einsatz der Bundeswehr für die Abwehr von

terroristischen Gefahren zulassen. Wir werden ein gemeinsames Informations- und Analysezentrum sowie gemeinsame Anti-Terror-Dateien von Polizei und Nachrichtendiensten schaffen, schärfere Sicherungsmaßnahmen zum Schutz vor dringend terrorverdächtigen Ausländern einführen, die Sympathiewerbung für kriminelle und terroristische Vereinigungen unter Strafe stellen, effektive Kronzeugenregelungen ermöglichen, die Erhebung und Speicherung von Telekommunikations- und Verbindungsdaten verbessern, eine Visa-Warndatei einführen, die Fachaufsicht für Visa-Erteilungen in die Zuständigkeit des Bundesinnenministeriums überführen und ausländische Straftäter konsequent abschieben.

- **Wir bekämpfen wirksam Kriminalität und geben dazu den Polizeien von Bund und Ländern sowie der Justiz die notwendigen rechtlichen Eingriffsmöglichkeiten.** Dazu gehört die DNA-Analyse. Sie muss zum Fingerabdruck des 21. Jahrhunderts werden. Sexueller Missbrauch von Kindern muss grundsätzlich als Verbrechen bestraft werden.
- **Um Frauen vor dem Menschenhandel besser zu schützen, werden wir Freier von Zwangsprostituierten bestrafen.** Wir werden eine Strafvorschrift einführen, in der die sexuelle Ausbeutung von Opfern des Menschenhandels explizit unter Strafe gestellt wird.
- **Wir gehen konsequent gegen die hohe Kinder- und Jugendkriminalität vor.** Wir werden dafür sorgen, dass das allgemeine Strafrecht in der Regel bei Heranwachsenden angewendet wird. Wir werden das Höchstmaß der Jugendstrafe auf 15 Jahre erhöhen, die Möglichkeit der Sicherungsverwahrung bei Heranwachsenden ausweiten und im Jugendstrafrecht die nachträgliche Sicherungsverwahrung einführen.

5.3 Föderalismusreform: Starkes Deutschland, handlungsfähige Länder

Wo stehen wir?

Unser derzeitiges föderales System ist geprägt von langwierigen und komplizierten Entscheidungsprozessen. Statt klar abgegrenzter Kompetenzen haben wir einen Beteiligungs-föderalismus, der Bund und Ländern immer weniger eigene Gestaltungsspielräume lässt und schnelle Entscheidungen blockiert.

Was wollen wir?

Deutschland braucht eine Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung. Wir wollen eine Föderalismusreform, die Deutschland auch im internationalen Modernisierungswettbewerb handlungsfähig macht. Wir wollen Machtverschränkungen entzerren und gegenseitige Blockademöglichkeiten abbauen. Wir setzen uns für eine Entflechtung der Verantwortlichkeiten und eine Steigerung von Zweckmäßigkeit und Effizienz der Aufgabenerfüllung ein.

- **Wir reduzieren den Anteil der zustimmungspflichtigen Gesetze im Bundesrat.** Im Gegenzug wollen wir die politischen Gestaltungsmöglichkeiten der Länder in ganzen Politikfeldern stärken. Das gilt vor allem für den Bereich der Organisations- und Personalhoheit der Länder und die Bildung.
- **Wir bauen Mischfinanzierungen ab** bei gleichzeitiger finanzieller Absicherung der fortbestehenden Länderaufgaben. In die ausschließlichen Länderzuständigkeiten wird der Bund künftig nicht hinein finanzieren.
- **Wir verbessern die Europatauglichkeit des Grundgesetzes.** Dazu werden wir vor allem die Rahmengesetzgebung abschaffen bei gleichzeitigem Erhalt der derzeitigen Gestaltungsspielräume der Länder. Dann kann der Bund künftig EU-Recht „in einem Guss“ umsetzen. Darüber hinaus wollen wir eine verbesserte Mitwirkung von Bundestag und Bundesrat an der europäischen Rechtsetzung sowie eine stärkere Kontrolle des Grundsatzes der Subsidiarität, damit auch europäische Entscheidungen möglichst bürgernah getroffen werden.
- **Wir stärken die Handlungsfähigkeit des Bundes bei der Bekämpfung des internationalen Terrorismus.**

5.4. Kunst und Kultur fördern

Wo stehen wir?

Deutschland ist eine Kulturnation. Kunst und Kultur sind untrennbar mit der Identität der Deutschen als Nation verbunden. Sie erwachsen aus dem Gestaltungswillen von Menschen und der Kreativität von Künstlern, deren Voraussetzung die Freiheit der Kunst ist.

Was wollen wir?

Wir wissen, dass der Staat nicht für Kunst und Kultur zuständig ist, wohl aber für die Bedingungen, unter denen sie sich entwickeln können. Wir bekennen uns zur Förderung von Kunst und Kultur als öffentliche Aufgabe, an der Kommunen, Länder und Bund mitwirken.

- **Wir werden die Rahmenbedingungen für die Kultur – unter Beachtung besonderer Zuständigkeiten der Länder – weiterentwickeln.** Dazu gehören vor allem die Verantwortung des Bundes für die auswärtige Kulturpolitik, die Förderung von Projekten nationaler Bedeutung, die nationale Erinnerungskultur, die Künstlersozialversicherung sowie das Urheberrecht.
- **Die Rahmenbedingungen für die deutsche Filmwirtschaft sind zu verbessern, um ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit zu sichern.**

5.5 Zuwanderung begrenzen, Integration stärken

Wo stehen wir?

Deutschland ist ein gastfreundliches und weltoffenes Land. Viele der hier lebenden Ausländer haben sich integriert und leisten ihren Beitrag zur Allgemeinheit. Es gibt aber auch Zuwanderer aus fremden Kulturkreisen mit erheblichen Integrationsdefiziten. Weit überdurchschnittliche Arbeitslosenquoten, viele Migrantenkinder ohne schulischen Abschluss, Ghettobildung und eine Entwicklung von Parallelgesellschaften und eine häufig selbst gewählte Abgrenzung ausländischer Jugendlicher von der deutschen Gesellschaft sind Alarmsignale für den sozialen Frieden im Land. Das Zuwanderungsgesetz alleine kann die strukturellen Integrationsdefizite nicht beheben.

Was wollen wir?

Wir wollen, dass Ausländer, die rechtmäßig und dauerhaft bei uns sind, integriert in unserer Gesellschaft auf der Grundlage unserer Kultur und Rechtsordnung leben. Integration ist aber keine Einbahnstraße. Elementar für das Gelingen ist das Erlernen der deutschen Sprache. Ausländische Eltern müssen alles dafür tun, dass ihre Kinder Anteil an den Lebens- und Arbeitschancen unseres Landes haben.

- **Wir werden die Zuwanderung in den Arbeitsmarkt auf Mangelberufe und auf Ausländer begrenzen, die in Deutschland zu Spitzenleistungen in Wissenschaft und Forschung, Wirtschaft und Kultur beitragen können.**
- **Wir werden die Integration konsequent vorantreiben.** Wir werden die Teilnahme an Integrationskursen von Ausländern konsequent einfordern und das rechtliche Instrumentarium dafür nutzen. Wir wollen, dass nachziehende Ehegatten vor der Einreise nach Deutschland ausreichende Deutschkenntnisse erwerben. Wir werden das Kindernachzugsalter senken, damit Ausländerkinder durch Schulbesuch in Deutschland bessere Chancen der Integration in Arbeit und Gesellschaft haben. Wir werden aber auch Zeichen setzen für gelungene Integration, zum Beispiel durch Einbürgerungsfeiern, in denen wir Ausländer als Mitbürger in die Mitte unserer Gemeinden aufnehmen.
- **Wir werden die Menschenrechte der in Deutschland lebenden Mädchen und Frauen aus dem muslimischen Kulturkreis aktiv fördern und schützen.** Die Zwangsverheiratung ist verboten. Die Nötigung zur Zwangsheirat wird ein eigener Straftatbestand.

6. Deutschland: Partner in Europa und in der Welt

6.1 Neues Vertrauen in Europa

Wo stehen wir?

Die europäische Einigung ist der Schlüssel zu dauerhaftem Frieden, Freiheit und Wohlstand auf unserem Kontinent. Dennoch befindet sich die Europäische Union derzeit in einer tiefen Krise, die in der Ablehnung des EU-Verfassungsvertrags in Frankreich und den Niederlanden und im Scheitern des letzten Gipfels sichtbar geworden ist. Mit nationalen Alleingängen, der mutwilligen Schwächung des europäischen Wachstums- und Stabilitätspaktes und einseitigen Parteinahmen im Europäischen Rat hat Rot-Grün Europa gespalten und seine Glaubwürdigkeit beschädigt.

Was wollen wir?

Wir brauchen eine Europapolitik, die verloren gegangenes Vertrauen in die europäische Friedens- und Integrationspolitik zurückgewinnt. Wir wollen das Europa der Bürger stärken, die deutsche Europapolitik auf den Weg des fairen Miteinanders von größeren und kleineren Staaten zurückführen und den Menschen auf unserem Kontinent wieder Hoffnung für ihre Zukunft geben. Die aktuelle Krise Europas begreifen wir als Chance, dass europäische Politik wieder zur Glaubwürdigkeit führt und die Unterstützung der Menschen findet.

- **Wir verhindern weiteren Zentralismus und holen Kompetenzen zurück.** Nicht jedes Problem in Europa ist auch eine Aufgabe für Europa. Die Aufgabenfülle der Europäischen Union muss auf das Notwendige beschränkt werden, das Subsidiaritätsprinzip muss Maßstab für EU-Handeln sein. Dazu gehört eine klare Abgrenzung der Zuständigkeiten zwischen Europäischer Union und den Mitgliedstaaten, Regionen und Kommunen. Europäische Rechtssetzungsakte müssen besser auf ihre Notwendigkeit und ihre Folgen für Bürger, Wirtschaft und Verwaltung geprüft werden. Außerdem werden wir EU-Regelungen künftig nur noch 1:1 umsetzen.
- **Wir werden uns einsetzen für die Fortschritte,** die der Verfassungsvertrag beinhaltet, insbesondere die Grundrechte-Charta, die Bestimmungen zu den Institutionen und zur Verbesserung der Kompetenzabgrenzung sowie zur Verbesserung der Außenpolitik der Europäischen Union. Wir wollen die Rolle der nationalen Parlamente durch die Anwendung des Subsidiaritäts-Frühwarnsystems schon vor dem Inkrafttreten des Verfassungsvertrages spürbar stärken und die innerstaatlichen Beteiligungsrechte des Deutschen Bundestages bei EU-Entscheidungen ausweiten.

- **Wir fordern eine strikte Auslegung des gegen unseren Willen verwässerten Stabilitätspakts**, damit dieser seine disziplinierende Wirkung wieder entfalten kann. Wir wollen den Wert unseres Geldes sichern.
- **Wir werden uns für einen sparsamen EU-Haushalt einsetzen, der die eingeschränkte Leistungsfähigkeit Deutschlands berücksichtigt.** Auch die Europäische Union muss sparen und damit die Konsolidierung der nationalen Haushalte unterstützen. Die Beiträge der Mitgliedstaaten zum EU-Haushalt müssen gerechter werden und sich nach dem jeweiligen wirtschaftlichen Wohlstand bemessen. Die Ausgabenstruktur des EU-Haushaltes muss auch durch eine Konzentration und teilweise Rückführung von Aufgaben auf die Mitgliedstaaten verbessert werden.
- **Wir setzen auf eine privilegierte Partnerschaft mit der Türkei. Eine Vollmitgliedschaft lehnen wir ab, weil das die Integrationsfähigkeit der Europäischen Union überfordern würde.** Mit einer privilegierten Partnerschaft, nicht mit einer unrealistischen Beitrittsperspektive wollen wir die demokratische rechtsstaatliche und wirtschaftliche Entwicklung der Türkei, mit der wir sicherheitspolitisch in der Nato eng verbunden sind, nach Kräften fördern.
- **Wir werden nur beitrittsreife Länder in die Europäische Union aufnehmen.** Bei den geplanten Beitritten Bulgariens und Rumäniens müssen die Beitrittskriterien strikt eingehalten werden. Eine Entscheidung über die Ratifizierung der Beitrittsverträge werden wir daher erst nach Vorliegen der Fortschrittsberichte der EU-Kommission treffen. Beitrittsverhandlungen mit Kroatien als einem in Europa tief verwurzelten, wirtschaftlich prosperierenden Land wollen wir beginnen, sobald noch bestehende Zweifel an der Zusammenarbeit Kroatiens mit dem Internationalen Strafgerichtshof ausgeräumt sind.
- **Wir nutzen die bewährte Freundschaft zwischen Deutschland und Frankreich wieder für eine positive Perspektive Europas.** Wir werden die deutsch-französische Zusammenarbeit wieder in einer Weise gestalten, die dem Vertrauen der anderen EU-Partner gerecht wird, ihre Interessen einbindet, und Gesten der Bevormundung und Dominanz vermeidet. Vertrauensvolle und enge Beziehungen zu allen Nachbarstaaten und EU-Mitgliedern sind von elementarer Bedeutung.
- **Die deutschen Heimatvertriebenen und die deutschen Volksgruppen in Osteuropa haben auch nach der Osterweiterung eine wichtige Brückenfunktion bei der Zusammenarbeit mit unseren östlichen Nachbarn.** Wir wollen im Geiste der Versöhnung mit einem Zentrum gegen Vertreibungen in Berlin ein Zeichen setzen, um an das Unrecht von Vertreibung zu erinnern und gleichzeitig Vertreibung für immer zu ächten.

6.2 Verantwortung für Frieden, Freiheit und Entwicklung

Wo stehen wir?

In den letzten Jahren hat die Bundesregierung ohne außen- und sicherheitspolitisches Gesamtkonzept internationales Vertrauen verspielt und Deutschlands Ansehen in der Welt

beschädigt - durch eine systematische Aushöhlung unserer Bündnisfähigkeit in der NATO, durch eine prinzipienlose Russland- und Chinapolitik, durch eine Visa-Politik, die deutsche Interessen verletzt und letztlich auf Kosten der Menschen geht.

Was wollen wir?

Die Verantwortung Deutschlands für die europäische Einigung, für die transatlantische Partnerschaft, für die Existenz Israels ist Kern der Staatsräson Deutschlands. Deutsche Außenpolitik muss wieder zu diesem Grundkonsens zurückkehren.

- **Europäische Einigung und atlantische Partnerschaft sind keine Gegensätze sondern die beiden wichtigsten Pfeiler unserer Außenpolitik.** Wir beleben die transatlantische Zusammenarbeit mit den USA neu. Europäische Identität und europäisches Selbstbewusstsein brauchen nicht Abgrenzung zu den USA, sondern vertrauensvolle Partnerschaft. Sie bewähren sich im kraftvollen Engagement bei der Lösung von internationalen Konflikten und beim Kampf gegen internationalen Terrorismus. Ein gutes transatlantisches Vertrauensverhältnis schließt Meinungsverschiedenheiten nicht aus, setzt aber statt polemischer Beschimpfungen auf partnerschaftlichen Dialog im Geiste der Freundschaft.
- **Deutschland hat ein besonderes Interesse an einer stabilen und auf Dauer angelegten Anbindung Russlands an die euroatlantischen Strukturen und am Gelingen der schwierigen politischen und wirtschaftlichen Modernisierung des Landes.** Wir wollen gute Beziehungen zu Russland – aber nicht über die Köpfe unserer Nachbarn hinweg. Wir dürfen auch nicht über innenpolitisch problematische Entwicklungen Russlands hinwegsehen.
- **Die NATO ist und bleibt für uns das wichtigste Sicherheitsnetz für Deutschland.** Mit einem verlässlicheren deutschen Beitrag und mit einer Intensivierung des politischen Dialogs werden wir die NATO stärken. Um den europäischen Pfeiler der atlantischen Sicherheitspartnerschaft zu stärken setzen wir uns dafür ein, die Fähigkeiten und Handlungsoptionen der Europäischen Union zu erhöhen und zu verbessern.
- **Wir halten eine erhebliche Verbesserung der internationalen Arbeitsteilung und auch der einschlägigen Instrumentarien der Vereinten Nationen für unerlässlich.**
- **Wichtigstes Instrument für Deutschlands äußere Sicherheit ist und bleibt die Bundeswehr.** Die Balance zwischen der Fähigkeit zu Einsätzen in Krisen in aller Welt und der nach wie vor elementaren Aufgabe der Landesverteidigung ist verloren gegangen. Ihre Effizienz muss angesichts der wirtschaftlichen Lage unseres Landes mit knappen finanziellen Mitteln gesteigert werden. Unsere Sicherheit wird nicht nur in entfernten Regionen und „am Hindukusch“ verteidigt. Heimatschutz und Landesverteidigung dürfen daher nicht länger vernachlässigt werden. In diesem Sinne bleibt Landesverteidigung die verfassungsmäßige Kernaufgabe der Bundeswehr als Wehrpflichtarmee. Dies bedingt auch ihre Präsenz in der Fläche. Eine weiterentwickelte, gerechte Wehrpflicht muss der Verschränkung zwischen innerer und äußerer Sicherheit Rechnung tragen. Dienstleistung muss deswegen auch im Bereich des Katastrophenschutzes ermöglicht

werden. Die Wehrpflicht stärkt den Rückhalt der Bundeswehr bei den Bürgern, erleichtert die Gewinnung qualifizierten Nachwuchses und stellt Aufwuchsfähigkeit in Krisenzeiten sicher.

- **Entwicklungszusammenarbeit gehört unverzichtbar zu einer Strategie für die Stabilisierung von Krisenregionen.** Für CDU und CSU ist die Entwicklungspolitik ein zunehmend wichtiges eigenständiges Politikfeld, das auf drei Säulen ruht: der Verantwortung für die unter Armut Leidenden und für die Schöpfung auf Grundlage unseres christlichen Menschenbildes; der Abwehr globaler Gefahren und der Stärkung unserer strategischen, politischen, wie wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Partnerschaften. Deutschlands Entwicklungspolitik wird sowohl den Interessen der Empfängerländer als auch unseren Interessen gerecht werden. Die Folgen der sich verschärfenden Entwicklungsprobleme in Asien, Afrika und Lateinamerika gefährden im Zuge der Globalisierung Frieden und Wohlstand in Deutschland und Europa unmittelbar. Wir werden uns einsetzen für eine bessere Kohärenz unserer Entwicklungs-, Außen-, Sicherheits- und Außenwirtschafts- und Auswärtigen Kulturpolitik, für eine Erhöhung der Effizienz unserer entwicklungspolitischen Instrumente sowie für die Stärkung einer guten Regierungsführung und der Selbsthilfekräfte in den betroffenen Ländern und Regionen. Dies verlangt eine Konzentration unserer Maßnahmen auf bestimmte Länder und Schlüsselsektoren und die noch intensivere Einbindung aller in der Entwicklungshilfe Tätigen – der Kirchen, Nichtregierungsorganisationen und politischen Stiftungen – wie auch eine engere Kooperation mit der deutschen Privatwirtschaft. Wir stehen dafür, unsere Verpflichtungen zur Erhöhung der deutschen öffentlichen Entwicklungshilfe mittelfristig auf 0,7 % zu steigern, sobald der Zustand von Wirtschaft und Haushalt dies erlaubt.

C. Die Union für Deutschland

In einer gemeinsamen Kraftanstrengung können wir es schaffen, Deutschlands Chancen zu nutzen. Unser Fundament ist das christliche Menschenbild. Unsere Motivation ist Deutschland. Unsere Verpflichtung ist das Wohlergehen der Menschen. Unsere Richtschnur ist Einigkeit und Recht und Freiheit. Deutschland steht an einer Wegmarke. Deshalb rufen wir die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes auf: Lassen Sie uns gemeinsam mehr aus Deutschland machen.

Register von A-Z

A...

Abgeltungssteuer auf Kapitaleinkünfte	S. 17
Anti-Diskriminierungsrichtlinie	S. 11
Anti-Terror-Datei	S. 32
Arbeitslosengeld II	S. 12
Arbeitslosenversicherung	S. 14
Arbeitsmarkt	
- Arbeitslosenversicherung	S. 14
- Arbeitslosengeld II	S. 12
- arbeitsmarktpolitische Maßnahmen	S. 14
- befristete Beschäftigung	S. 13
- betriebliche Bündnisse für Arbeit	S. 12
- Hartz IV	S. 13
- Kombi-Lohn-Modell	S. 13, 22
- Kündigungsschutz	S. 12
- Ich-AGs	S. 14
- Teilzeitanpruch bei Kinderbetreuung und Pflege	S. 12, 25
Atomenergie	S. 19f
Aufbau Ost	S. 21f
Ausbildungsplatzabgabe	S. 18
Außenpolitik	S. 36ff
- Bundeswehr als Instrument der äußeren Sicherheit	S. 37
- deutsch-amerikanische Beziehungen	S. 37
- deutsch-russische Beziehungen	S. 37
- Entwicklungspolitik	S. 38
- NATO	S. 37
- Vereinte Nationen	S. 37

B...

betriebliche Bündnisse für Arbeit	S. 12
Bundeswehr	
- als Instrument der äußeren Sicherheit	S. 37
- Einsatz bei terroristischen Gefahren	S. 31

Bürokratieabbau	S. 10f
Bürgerversicherung	S. 27

D...

DNA-Analyse	S. 32
--------------------	-------

E...

eGovernment	S. 11
Einkommenssteuerreform	S. 17
Ehrenamt - Abbau bürokratischer Hürden	S. 11
Energiepolitik	S. 19f
Entwicklungspolitik	S. 38
Europapolitik, allgemein	S. 35f
- deutsch/französische Beziehungen	S. 36
- EU-Haushalt	S. 36
- Europäischer Verfassungsvertrag	S. 36
- Mitwirkung von Bundestag und Bundesrat an EU-Recht	S. 33
- Stabilitäts- und Wachstumspakt	S. 29, 36
- Türkeibeitritt	S. 36
- Umsetzung von EU-Recht	S. 11, 35
- Vertriebenenpolitik	S. 36
Erbschaftssteuer	S. 16
Existenzgründer	S. 18f

F...

Familienpolitik	S. 23ff
- beitragsfreie Krankenversicherung von Kindern	S. 25
- Gleichstellung von Frauen in der Berufswelt	S. 15
- Kinderbetreuung	S. 25
- Kinderbonus in der Rentenversicherung	S. 25
- Kindergrundfreibetrag bei der Einkommenssteuer	S. 25
- Teilzeitanspruch bei Kinderbetreuung und Pflege	S. 12, 25

Föderalismusreform	S. 32
Forschungspolitik	S. 9f

G...

Gesundheitspolitik	S. 26f
- beitragsfreie Krankenversicherung von Kindern	S. 25, 26
- Bürgerversicherung	S. 27
- Gesundheitsprämie	S. 26

H...

Hartz IV	S. 13
-----------------	-------

I...

Infrastrukturpolitik	S. 20f
- Beschleunigung des Baus von wichtigen Infrastrukturmaßnahmen	S. 20
- Transrapid	S. 20
- Finanzierung von Infrastrukturprojekten durch Public-Private-Partnership	S. 21
- LKW-Maut	S. 21
- Aufbau breitbandiger Netzinfrastrukturen	S. 10
Ich-AGs	S. 14
Innovationsförderung	S. 9
- Aufbau breitbandiger Netzinfrastrukturen	S. 10
- Bio- und Gentechnologie	S. 9
- Clusterpolitik	S. 9
- Investitionen in Forschung und Entwicklung	S. 9f
- Vernetzung von universitärer und außeruniversitärer Forschung	S. 10

K...

Kernenergie	S. 19f
Kinderbetreuung	S. 25
Kohlesubventionen	S. 30

Kombi-Lohn	S. 13, S. 22
Kommunen	
- Gewerbesteuer	S. 17
- Hartz IV	S. 13
Körperschaftssteuer	S. 17
Kulturpolitik	S. 33
Kündigungsschutz	S. 12
Kriminalität	S. 31f
Kyoto-Protokoll	S. 31

L...

Landwirtschaftspolitik	S. 22f
LKW-Maut	S. 21

M...

Mehrwertsteuer	S. 13f
Ministerpensionen	S. 30
Mittelstandsförderung	S. 18f

N...

NATO	S. 37
Neue Länder	S. 21f

O...

Öffentliche Haushalte	S. 28f
------------------------------	--------

P...

Pendlerpauschale S. 17

Pflegeversicherung S. 27

R...

„Reichensteuer“ S. 16

Religionsunterricht S. 25

Rot-Grün S.3ff

- wirtschaftliche Stagnation S. 3
- Massenarbeitslosigkeit S. 3f
- fehlende technologische Leistungsfähigkeit S. 4
- Krise der sozialen Sicherungssysteme S. 5
- öffentliche Verschuldung S. 5

S...

Solidarpakt S. 21

Sozialversicherungssysteme S. 26ff

Gesundheitssystem S. 26f

- beitragsfreie Krankenversicherung von Kindern S. 25, 26
- Bürgerversicherung S. 27
- Gesundheitsprämie S. 26

Pflegeversicherung S. 27

Rente S. 27f

- Kinderbonus S. 28
- Beitragssatz S. 28
- betriebliche und private Altersvorsorge S. 28

Sicherheitspolitik S. 31f

- Kriminalität S. 31f
- Anti-Terror-Datei S. 32
- DNA-Analyse S. 32
- Menschenhandel (Bestrafung von Zwangsprostitution) S. 32
- Kinder- und Jugendkriminalität S. 32
- Terrorismusbekämpfung S. 31f

Sonn-, Feiertags- und Nachtzuschläge S. 17

Staatsverschuldung S. 29

Stabilitäts- und Wachstumspakt S. 36

Steuerpolitik	S. 15ff
- Abbau von Steuersubventionen und Ausnahmetatbeständen	S. 16
- Abgeltungssteuer auf Kapitaleinkünfte	S. 17
- Ehegattensplitting	S. 17
- Einführung eines Kindergrundfreibetrags	S. 17
- Erbschaftssteuer bei Betriebsübergang	S. 16
- Gewerbesteuer	S. 17
- neues Steuergesetzbuch - Vereinfachung, Transparenz	S. 17
- Mehrwertsteuer	S. 13
- Pendlerpauschale	S. 17
- „Reichensteuer“	S. 16
- Reform der Einkommens- und Körperschaftssteuer	S. 17

T...

Teilzeitananspruch bei Kinderbetreuung und Pflege	S. 12, S. 25
Terrorismusbekämpfung	S. 31f
Türkei	
- EU-Beitritt	S. 36
Transrapid	S. 20

U...

Umweltpolitik	S. 30
- Kyoto-Protokoll	S. 31
Unternehmen	
- Veröffentlichung von Vorstandsgehältern	S. 15
- Teilhabe der Arbeitnehmer an Unternehmenserträgen	S. 14
Unternehmenssteuerreform	S. 16

V...

Verbraucherschutz	
- Verbraucherinformationen verbessern	S. 23
Vereinte Nationen	S. 37
Verkehrspolitik	S. 20f

W...

Wehrpflicht S. 37

Werteunterricht S. 25

Z...

Zentrum gegen Vertreibungen S. 36

Zuwanderungspolitik S. 34

WIR HABEN DIE KRAFT GEMEINSAM FÜR UNSER LAND.

REGIERUNGSPROGRAMM 2009 – 2013



WIR HABEN DIE KRAFT- GEMEINSAM FÜR UNSER LAND.

Verabschiedet in einer gemeinsamen Sitzung
des Bundesvorstands der CDU und des Parteivorstandes der CSU

Berlin, 28. Juni 2009

Inhaltsverzeichnis

	Seite
A. Zusammenhalt schafft Zukunft	5
1. Unsere Erfolge in der Regierung	5
2. Unser Weg aus der internationalen Krise	8
B. Unsere Politik für Deutschland	13
I. Unsere Soziale Marktwirtschaft – wirtschaftliche Stärke und soziale Sicherheit	13
I.1 Verantwortungsbewusste Steuerpolitik für Leistungsgerechtigkeit	13
I.2 In Deutschlands Zukunft investieren	17
I.3 Energie – sicher, sauber und bezahlbar	24
I.4 Faire Regeln für internationale Finanzmärkte und Weltwirtschaft	27
I.5 Sozial ist, was Arbeit schafft	29
I.6 Verlässliche Versorgung im Alter sichern	32
I.7 Zukunftsfähige Politik für Gesundheit und Pflege	33
II. Chancen eröffnen – Chancengesellschaft verwirklichen	39
II.1 Miteinander solidarisch handeln	39
II.2 Wahlfreiheit für Familien	42

II.3	Gerechte Chancen in der Bildungsrepublik	46
II.4	Vorfahrt für Integration	48
II.5	Kulturnation: Identität pflegen – Kreativität entfalten	52
II.6	Zur aktiven Bürgergesellschaft ermutigen	54
III.	Deutschland lebenswert erhalten	58
III.1	Aus Verantwortung vor der Geschichte und unseren Werten handeln	58
III.2	Deutschlands Einheit vollenden	60
III.3	Ländliche Räume und Landwirtschaft stärken	62
III.4	Tourismus in Deutschland – vielfältig und attraktiv	67
III.5	Unsere Städte – weltoffen und lebenswert	67
III.6	Umwelt- und Klimaschutz – für die Zukunft unserer Erde	70
III.7	Verbraucherschutz verwirklichen	74
IV.	In Freiheit und Sicherheit leben	78
IV.1	Freiheit und Sicherheit für die Bürger	78
IV.2	Internationale Sicherheit festigen	84
IV.3	Starkes Europa – sichere Zukunft	88
IV.4	Konsequent für Menschenrechte und Entwicklungszusammenarbeit	90

A. Zusammenhalt schafft Zukunft

1. Unsere Erfolge in der Regierung

Die von CDU und CSU geführte Bundesregierung hat unser Land seit 2005 zum Besseren verändert.

- Wir haben gezeigt, dass wir die Finanzen sanieren können. Erstmals seit langem haben wir 2007 einen ausgeglichenen Gesamthaushalt der öffentlichen Hände erreicht.
- Wir haben gezeigt, dass wir die Zahl der Arbeitslosen reduzieren können. Mit unserer Wachstumspolitik haben wir erreicht, dass die Zahl der Arbeitslosen im Herbst 2008 unter drei Millionen gesunken war und wir erstmals über 40 Millionen Erwerbstätige hatten.
- Wir haben gezeigt, dass wir Familien stärken können. Die Wahlfreiheit zwischen Familie und Beruf haben wir durch das Elterngeld, mehr Betreuungsplätze, verbesserte Absetzbarkeit von Kinderbetreuungskosten, die Erhöhung des Kindergeldes und des Kinderfreibetrages verbessert.
- Wir haben gezeigt, dass wir Bildung und Forschung voranbringen können. Der Hochschulpakt, die Exzellenzinitiative

und der Pakt für Forschung und Innovation sollen bis 2019 fortgesetzt werden.

- Wir haben gezeigt, dass wir deutsche Interessen in Europa und der Welt durchsetzen können. Wir haben Vertrauen in der Welt zurückgewonnen und die Handlungsfähigkeit von Europäischer Union, NATO und Vereinten Nationen gestärkt.

Alles in allem steht unser Land heute – 2009 – besser für die Zukunft gerüstet da als 2005. Darauf bauen wir auf.

Die Zeiten fordern uns. Immer wenn unser Land vor wichtigen Weichenstellungen stand, konnten sich die Menschen sicher sein: Mit CDU und CSU ist das Land auf sicherem Kurs. Wir haben gegen große Widerstände die Soziale Marktwirtschaft in Deutschland verankert und damit Wohlstand und soziale Sicherheit ermöglicht. Wir haben gegen große Widerstände die Bundesrepublik Deutschland eng in den Kreis der freien Völker eingebunden und unserem Land mit NATO und Europäischer Union eine Sicherheit gegeben, wie wir sie nie zuvor in unserer Geschichte hatten. Wir haben gegen große Widerstände an der Deutschen Einheit festgehalten und – als sie möglich wurde – beherzt wahr gemacht, sodass heute alle Deutschen in Frieden und Freiheit leben können.

60 Jahre Bundesrepublik Deutschland und 20 Jahre vereintes Deutschland zeigen, was unser Land kann. Sie zeigen auch: Wir haben schon ganz andere Herausforderungen bewältigt.

Heute muss unser Land wie alle anderen Länder eine globale Finanzkrise bewältigen, wie wir sie seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland noch nicht erlebt haben. Die dafür notwendigen Weichenstellungen verlangen wieder nach einer politischen Kraft, die gestalten will und gestalten kann. Das ist die Union.

Das Jahr 2009 darf nicht nur das Jahr einer außergewöhnlichen weltweiten Krise sein, sondern es muss auch das Jahr sein, in dem die Grundlage für einen neuen Aufschwung gelegt wird. Damit unser Land 2013 noch besser dasteht als 2009, nach innen wie nach außen, zum Wohle der Menschen.

Um das zu erreichen, wollen wir, die Christlich Demokratische Union Deutschlands und die Christlich-Soziale Union, in der nächsten Legislaturperiode eine Regierung mit der Freien Demokratischen Partei bilden. So können wir die notwendigen Entscheidungen für die Zukunft unseres Landes treffen.

Für die Menschen. Für Soziale Marktwirtschaft. Für eine sichere Zukunft.

Die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise hat eine Fülle von Ursachen. Trotz ihrer gan-

zen Komplexität lassen sie sich auf einen zentralen Kern zurückführen: auf das Fehlen eines soliden Ordnungsrahmens und auf individuelle Verantwortungslosigkeit.

Kreditvergabe, Geldpolitik, Risikoversicherung, Finanzprodukte – wenn all dies ohne den erforderlichen Ordnungsrahmen und das notwendige Verantwortungsbewusstsein stattfindet, wenn Verantwortungslosigkeit infolgedessen sogar noch mit schwindelerregenden Summen belohnt wird, dann wird ein Kartenhaus errichtet, das irgendwann einstürzen muss. Inzwischen versteht jeder: Wir brauchen international eine Wirtschaftsordnung, die von Verantwortungsbewusstsein getragen wird und sich an den Prinzipien des „ehrbaren Kaufmanns“ orientiert. Diese verantwortungsbewusste Wirtschaftsordnung ist die Soziale Marktwirtschaft.

Die Soziale Marktwirtschaft ist die Ordnung, die CDU und CSU in Deutschland durchgesetzt haben. Sie ist die Ordnung, die unser Land stark gemacht hat. In der Sozialen Marktwirtschaft sichert der Staat den Rahmen, in dem die Menschen frei handeln. Er stellt sicher, dass fairer Wettbewerb Arbeitsplätze schafft, Leistung belohnt und Schwache schützt. Materieller Wohlstand allein ist nie genug – Erfüllung und Zufriedenheit bemessen sich auch danach, wie viel Mitmenschlichkeit, wie viel Zuwendung, wie viel Zusammenhalt es in unserer Gesellschaft gibt. Der Krise und ih-

ren Ursachen setzen CDU und CSU die Wertvorstellungen entgegen, für die wir immer eingetreten sind und eintreten werden: Wir handeln verantwortlich auch über den Tag hinaus und denken an unsere Nachkommen. Wertschöpfung und Wertschätzung gehören zusammen. Diese Prinzipien wollen wir jetzt international verankern, damit wir verhindern, dass uns Verantwortungslosigkeit noch einmal in eine so schwierige wirtschaftliche Lage bringt.

Dabei lassen wir auch in der Krise unsere Ziele nicht gegeneinander ausspielen. Denn auch jetzt müssen Wirtschaft und Umwelt zusammen gedacht werden. Es geht immer um die Menschen. Wohlstand in einer zerstörten Umwelt ist kein Wohlstand. Wir verbinden die wichtigen Ziele und richten unsere Politik daran aus. Wohlstand und Klimaschutz, wie auch Frieden in Freiheit, sind immer die beiden Seiten einer Medaille.

Die Aufgabe unserer Zeit ist nicht einfach. Sie verlangt eine vertrauensvolle, beständige und verlässliche Zusammenarbeit mit allen wichtigen Partnern auf der Welt. Sie verlangt das Vertrauen, das Bundeskanzlerin Angela Merkel heute in Europa und der Welt genießt.

Nur das entschlossene Handeln der von ihr geführten Bundesregierung hat im Herbst 2008 das Schlimmste verhindert. Innerhalb von Tagen haben Bund und Länder angesichts der akuten internationalen

Finanzmarktkrise Entscheidungen getroffen, von denen wir heute sagen können: Sie haben Deutschland vor großem Schaden bewahrt. Für CDU und CSU ist klar: Im Augenblick der Not muss der Staat einspringen – aber nur dann. Denn es wäre ein großer Fehler, wenn wir die Rolle des Staates falsch verstünden und ihm nun auf Dauer immer neue Aufgaben übertragen wollten. Genau das wollen CDU und CSU nicht. Wir haben hohe Achtung vor der unternehmerischen Verantwortungsbe-reitschaft, ohne die Arbeitsplätze nicht geschaffen werden können. Dem Irrglauben, der Staat sei der bessere Unternehmer, treten wir entschieden entgegen. Staatswirtschaften schaffen keinen Wohlstand, sondern sie nehmen den Menschen die Freiheit. Darum lehnen wir es ab, dass der Staat unternehmerische Entscheidungen an sich zieht. Aber wir treten dafür ein, dass er Hüter der Ordnung ist. Er muss helfen, dass die Selbstheilungskräfte der Wirtschaft neu geweckt werden.

Die Welt muss zeigen, dass sie ihre Lektion gelernt hat. Nach der Krise darf es nicht so weitergehen wie vor der Krise. Die erfolgreichen Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft müssen europa- und weltweit verankert werden. Dafür sind die beim G20-Gipfel in London getroffenen Verabredungen für eine neue internationale Finanzverfassung erste Bausteine.

2. Unser Weg aus der internationalen Krise

1. Wir konzentrieren uns in den kommenden vier Jahren auf folgende zehn Punkte:

1. Wir brauchen nachhaltiges Wachstum, um die Folgen der Krise zu überwinden. Um dieses zu erreichen, müssen wir den Haushalt konsolidieren, Investitionen fördern sowie Bürgerinnen und Bürger entlasten.

■ Wir wollen die Neuverschuldung senken, indem wir die zur Krisenbekämpfung notwendigen neuen Ausgaben so schnell wie möglich wieder abtragen. Wir halten am Ziel eines ausgeglichenen Haushalts fest. Dafür haben wir die Schuldenbremse im Grundgesetz auch gegen Widerstände verankert. Sie ist ein Gebot der Generationengerechtigkeit und der Vernunft. Der Staat muss sich die Luft verschaffen, um zu gestalten. Je größer die Fortschritte bei der Haushaltskonsolidierung, desto größer die entsprechenden Gestaltungsspielräume.

■ Wer gestärkt aus der Krise hervorgehen will, muss die richtigen Schwerpunkte setzen. Unser Leitgedanke ist: in Deutschlands Stärken investieren. Wir brauchen Investitionen in

Innovationen und in Bildung. Wenn wir unseren Wohlstand erhalten wollen, sind wir auch in den kommenden Jahrzehnten auf den Ideen- und Erfinderreichtum unseres Landes angewiesen. Made in Germany steht für Wertarbeit und Spitzentechnologie. Dieses Markenzeichen werden wir erhalten.

■ Die Krise wird zuallererst von den Menschen bewältigt, die durch ihren Fleiß, ihre Arbeit und ihren Einsatz unser Land voranbringen. CDU und CSU wollen sie motivieren und sie deshalb entlasten. Wir schaffen Freiräume für die Bürgerinnen und Bürger und lassen ihnen ihre eigenen Gestaltungsmöglichkeiten. Wir setzen Leistungsanreize, denn Leistung muss sich lohnen. Daraus erwächst die Kraft, den Wohlstand und die Solidarität in unserem Land zu sichern.

2. Wir stehen weiter ein für unser Ziel „Arbeit für alle“. Um dies zu erreichen, müssen wir mehr denn je eine Bildungs- und Qualifizierungsoffensive starten. Die deutsche Industrie, der Mittelstand, das Handwerk und die Freien Berufe, Arbeitnehmer wie Arbeitgeber, Besitzer von Arbeitsplätzen und Arbeitslose – alle in unserer Gesellschaft müssen ihren Beitrag leisten, damit Arbeitsplätze erhalten und geschaffen werden.

3. Unser Land soll Bildungsrepublik werden. Bildung darf keine Frage des Einkommens der Eltern sein. Wir wollen unser Bildungsangebot weiter ausbauen. Damit unterstützen wir auch die Familien. Auch dies ist ein wichtiger Beitrag, Deutschland familienfreundlicher zu machen.
4. Wir werden Ehe und Familie weiter stärken. Die Familien sind der Kern unserer Gesellschaft. Es ist unsere Politik, Familien Wahlmöglichkeiten zu schaffen und in unserer Gesellschaft insgesamt ein Klima zu fördern, das auf Respekt für unterschiedliche Lebensmodelle fußt. Dazu werden wir unsere Anstrengungen im Bereich des Ausbaus von Kinderbetreuungsplätzen für unter Dreijährige fortsetzen und ein Betreuungsgeld einführen. Was für die Betreuung der Kinder gilt, muss zunehmend auch für die Pflege von Eltern und Großeltern gelten.
5. Deutschland braucht starke ländliche Räume. CDU und CSU stehen für eine Politik, die die Leistungen der Menschen in ländlichen Räumen anerkennt und ihre Chancen für die Zukunft sichert. Deshalb werden wir weiter in alle Regionen investieren. Faire Rahmenbedingungen für die Landwirte sorgen für Versorgungssicherheit und faire Preise. Eine gesunde und starke Landwirtschaft sichert die Ernährung, erhält unsere Kulturlandschaft, produziert nachwachsende Rohstoffe und trägt zur Energiesicherheit bei.
6. Wir setzen uns weiter für den verantwortungsbewussten Umgang mit knappen Ressourcen und für die Bekämpfung des Klimawandels ein. Dabei fangen wir im eigenen Land an: Dafür müssen neue Energiequellen erschlossen werden. Unsere Energiestrategie setzt auf Energiesicherheit, ökologische Verträglichkeit, bezahlbare und wettbewerbsfähige Energiepreise und Unabhängigkeit. Wir wollen unsere Anstrengungen in Forschung und Entwicklung noch einmal steigern.
7. Die Chancen- und Lohngleichheit von Frauen zu verwirklichen, ist Teil einer Gesellschaft des Zusammenhalts. Wir stehen für eine ausgewogene Berücksichtigung von Frauen in Führungsfunktionen.
8. Wir wollen ein gutes Zusammenleben von Einheimischen und Migranten ermöglichen. CDU und CSU haben Integration zu einer gesamtgesellschaftlichen Aufgabe gemacht. Deutschland ist Integrationsland. Fördern und Fordern stehen dabei im Mittelpunkt. Gute Sprachkenntnisse und gute Bildung sind unverzichtbar. Wer die Werte unserer Gesellschaft und Deutschland als seine Heimat annehmen will, wird seine Chance in unserem Land bekommen und ist uns herzlich willkommen.

9. Wir werden die Sicherheit in unserem Land gegen innere und äußere Gefahren bewahren. Jeder Mensch muss die Möglichkeit haben, sich jederzeit ohne Angst und Befürchtungen auf Straßen und Plätzen bewegen zu können.
10. CDU und CSU wollen die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft auch international verankern. Deutschland hat gute Chancen, dass seine Soziale Marktwirtschaft weltweit zum Modell wird. Deutschlands und Europas Selbstständigkeit und Einfluss sind in der Krise gewachsen. Das wollen wir nutzen, damit sich alle Staaten für zukünftige Generationen und den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen einsetzen und friedlich miteinander leben. Wir wollen ein starkes und bürgernahes Europa.

II. Für diese Politik fördern wir sechs Zukunftsprojekte besonders.

Zukunftsprojekt: Wachstumspotenzial Umwelttechnologien

Die Umwelttechnik ist einer der Wachstumsmärkte des 21. Jahrhunderts. Die effiziente Nutzung von Energie und Rohstoffen, erneuerbare Energien sowie eine nachhaltige Wasser- und Kreislaufwirtschaft vereinbaren Ökonomie mit Ökologie und bieten gewaltige Wachstumspotenziale. Umwelttechnologien können schon bald in ihrer wirtschaftlichen Bedeu-

tung mit aktuell führenden Wirtschaftsbereichen wie der Automobilindustrie oder dem Maschinen- und Anlagenbau gleichziehen. Diese Entwicklung wollen wir durch marktwirtschaftlich orientierte Instrumente und kluge Anreize weiter unterstützen und die notwendigen Rahmenbedingungen setzen. So sichern wir Wohlstand in Deutschland, schaffen neue Exportpotenziale und leisten unseren Beitrag zum Klimaschutz weltweit.

Zukunftsprojekt: Modellregion für Elektroautos

Deutschland baut die besten Autos der Welt. Die Elektromobilität bietet zusammen mit anderen zukunftsweisenden Antriebstechnologien große Potenziale zur Verringerung der Abhängigkeit vom Öl und zur Reduktion von CO₂-Emissionen. Wir wollen in Zukunft auch die besten Elektroautos herstellen. Wir werden eine Modellregion für Elektromobilität in Deutschland einrichten, um weltweiter Vorreiter in dieser Zukunftsantriebstechnologie zu werden. In einer Region soll der Einsatz von Elektrofahrzeugen aller Art mit den dazugehörigen flächendeckenden Elektrotankstellen als Großprojekt getestet werden. Diese Region könnte das erste Gebiet sein, in der die Vision eines CO₂-freien Verkehrs realisiert wird. Wir werden die Voraussetzungen schaffen, dass bis zum Jahr 2020 auf deutschen Straßen mindestens eine Million Elektrofahrzeuge im Einsatz sind.

Zukunftsprojekt: Neue Werkstoffe fördern

Fahrzeug- und Maschinenbau, Chemische Industrie, Elektrotechnik/Elektronik, Informations- und Kommunikationstechnik sowie die Energieversorgung profitieren in besonderem Maße von Entwicklungen in der Materialforschung. Neue Werkstoffe sind wichtig für Produkte und Produktionsverfahren, mit denen sich neue Märkte erschließen und Produktionsschritte effizienter durchführen lassen. Enorme Kosteneinsparungen werden durch neue Werkstoffe möglich. Wir wollen, dass Innovationen im Werkstoffsektor möglichst rasch in wettbewerbsfähige Produkte und Verfahren umgesetzt werden. Deswegen werden wir die wissenschaftliche Zusammenarbeit und das Rahmenprogramm zur Förderung neuer Werkstoffe intensivieren.

Zukunftsprojekt: Dienst am Menschen

Wir fordern mehr Wertschätzung für den Dienst am Menschen. Wir wollen Angebote für Menschen verbessern, die Hilfe und Förderung brauchen. Die demografische Entwicklung und der Wandel im Zusammenleben der Menschen in unserem Land stellen uns vor Herausforderungen, bieten aber auch neue berufliche Chancen. Wir wollen einen Dienst am Menschen, der jeden nach seinen Bedürfnissen ernst nimmt, fördert und Chancen bietet. Als Christdemokraten und Christsoziale wissen wir: Für die persönliche Ansprache und

Zuwendung wird Zeit benötigt. Es ist ein Dienst an den Älteren, die Pflege benötigen, an den Kranken, denen geholfen werden muss sowie an den Jüngsten, die alle Entwicklungsmöglichkeiten bekommen müssen. Wir wollen mehr Chancen und Arbeitsplätze in diesem wichtigen Feld ermöglichen: für Lehrerinnen und Lehrer, für Erzieherinnen und Erzieher, für Pflegerinnen und Pfleger, für Krankenschwestern und Krankenpfleger sowie für Ärztinnen und Ärzte. Bessere Qualifikationsangebote für Menschen, die eine Betreuung eines Angehörigen zu Hause übernommen haben, sind uns besonders wichtig.

Zukunftsprojekt: Gesundheitsforschung

Der Erhalt der Gesundheit ist für uns von zentraler Bedeutung. Krankheiten wie Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Diabetes, Krebs oder Demenz treten in erschreckend hoher Zahl bei uns in Deutschland und anderen Ländern auf. Wir werden durch gezielte Schwerpunktförderung die Forschungsanstrengungen auf diesen Gebieten verstärken und die Arbeiten der verschiedenen Forschungseinrichtungen durch die Schaffung eines Forschungsnetzwerkes koordinieren. Damit bauen wir die Spitzenstellung Deutschlands auf dem Gebiet der Medizinforschung aus. Wir wollen dazu beitragen, dass den Menschen so schnell wie möglich Medikamente und Therapien zur Verfügung gestellt werden, um die Volkskrankheiten zu heilen.

Zukunftsprojekt: Ehrenamt

Viele Menschen sind ehrenamtlich engagiert. Das wollen wir stärker fördern. In Zukunft werden in Deutschland mehr denn je Frauen und Männer gebraucht, die sich ehrenamtlich für das Gemeinwohl einsetzen. Dafür benötigen wir eine neue gesellschaftliche Initiative. Sie führt diejenigen, die helfen, und diejenigen, die Hilfe brauchen, zusammen. Wir werden zukunftsweisend weitere Anreize schaffen, damit die vielen heute schon ehrenamtlich Tätigen auch morgen aktiv bleiben und wir neue für diese Aufgabe hinzugewinnen. Wir werden die Ehrenamtskultur in unserem Land stärken und hierzu ehrenamtliches Engagement gezielt von Bürokratie befreien. Für die öffentliche Würdigung setzen wir uns ebenso ein, wie für die Anerkennung von ehrenamtlicher Arbeit und geleisteten Freiwilligenjahren in den Berufsbiografien. Zudem werden wir Ehrenamtsbörsen einrichten, Freiwilligenagenturen fördern und die Ehrenamtskarte weiterentwickeln.

III. CDU und CSU stehen für die Zukunft Deutschlands.

Die Soziale Marktwirtschaft hat unserem Land Glück gebracht, weil sie auf Verantwortungsbewusstsein beruht. Sie ist gut für die Menschen. CDU und CSU arbeiten daran, die Soziale Marktwirtschaft auch international zu verankern, damit diese internationale Wirtschaftskrise überwunden

wird und sich nicht wiederholt. Das ist das Beste für unsere Zukunft.

CDU und CSU stehen für die Zukunft Deutschlands. Wir bewahren das, was sich bewährt hat, und verändern dort, wo es notwendig ist. Als Volksparteien richten CDU und CSU sich an alle Bürgerinnen und Bürger unseres Landes. Unsere Motivation ist die Liebe zu unserer Heimat. Wir wollen dem Vaterland dienen. Unser Anspruch ist es, Deutschland in eine sichere und gute Zukunft zu führen.

Für die Menschen. Für Soziale Marktwirtschaft. Für eine sichere Zukunft. Dafür stehen CDU und CSU.

B. Unsere Politik für Deutschland

I. Unsere Soziale Marktwirtschaft – wirtschaftliche Stärke und soziale Sicherheit

Die Soziale Marktwirtschaft ist das Erfolgsmodell, dass es uns auch in Zukunft ermöglicht, in Wohlstand zu leben. Sie verbindet Chancen für den Einzelnen mit dem sozialen Ausgleich in unserer Gesellschaft. Seit Ludwig Erhard gilt der Grundsatz „Wohlstand für alle“. Für uns bedeutet das heute vor allem: Arbeit für alle, Leistungsgerechtigkeit und Generationengerechtigkeit. Wir halten Arbeit für alle für möglich und arbeiten für die Erreichung dieses Ziels. Die Leistungsgerechtigkeit erfordert, dass sich Leistung lohnt und die Entlastung der Bürger Vorrang vor neuen staatlichen Aktionsfeldern hat. Mit dem Bürgerentlastungsgesetz und der zweiten Stufe der Steuerreform zur Abmilderung der „kalten Progression“, also der Steuererhöhung durch die Hintertür, werden die Bürger zum Jahresbeginn 2010 um rund 13 Mrd. Euro entlastet. Generationengerechtigkeit erfordert, die Schulden des Staates zu begrenzen und mit Investitionen in Innovationen und Infrastruktur die Grundlagen für das Leben zukünftiger Generationen zu schaffen. Der Staat ist nicht der bessere Unternehmer. Wir sehen ihn in der Pflicht, mit marktkonformen Mitteln Hilfestellungen zu bieten und Anreize zu

setzen, damit Arbeitsplätze erhalten und neue geschaffen werden können.

I.1 Verantwortungsbewusste Steuerpolitik für Leistungsgerechtigkeit

Die Menschen, die arbeiten, Steuern zahlen und sich an die Gesetze halten, erarbeiten und schultern die staatlichen Investitionen und Aufgaben. Mit diesen Leistungsträgern werden wir die Herausforderungen der Zukunft bewältigen. Diese Bürgerinnen und Bürger und ihre Familien wollen wir entlasten. Unsere Steuerpolitik ist leistungsgerecht, familiengerecht, generationengerecht und krisenfest. Unser Ziel ist es, dass die Menschen mehr Netto vom Brutto erhalten. Sie haben einen Anspruch auf ein Steuerrecht nach den Prinzipien „einfach, niedrig, gerecht“. Steuererhöhungen lehnen CDU und CSU ab. Eine höhere staatliche Belastung der Energiepreise wird es mit CDU und CSU nicht geben.

Der Wirtschaftsstandort Deutschland ist stark. CDU und CSU sind optimistisch, dass die Menschen in unserem Land –

wenn wir unsere Wachstumspolitik fortsetzen – in den nächsten Jahren wieder nachhaltiges Wirtschaftswachstum schaffen werden. Wir können auch in Zukunft Wachstum in Deutschland erreichen. Die Haushaltskonsolidierung bleibt unser Ziel. Sie schafft Spielräume, um mit attraktiven steuerlichen Rahmenbedingungen die Grundlage für mehr Wachstum und Beschäftigung zu legen. Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten ist der Staat gefordert. Er muss alles tun, um Brücken für den nächsten Aufschwung zu bauen. Die aus Wachstum folgenden Steuermehreinnahmen wollen wir in etwa gleichen Teilen für Haushaltskonsolidierung, Zukunftsinvestitionen und Entlastung der Bürger verwenden. Eine richtige Steuerpolitik befördert Wachstum. Deshalb werden wir vor allem folgende Entlastungsmaßnahmen umsetzen.

■ CDU und CSU stehen für eine grundlegende Tarifreform, die schleichende Steuererhöhungen allein aufgrund des Tarifverlaufs („Kalte Progression“) mildert. In zwei Schritten wollen wir die Bürgerinnen und Bürger spürbar entlasten:

■ Abflachung des Mittelstandsbauches: Leistung und Einsatzbereitschaft müssen sich wieder mehr lohnen. Durch eine Korrektur des Tarifverlaufs (Abbau des „Mittelstandsbauches“) sorgen wir dafür, dass Lohnerhöhungen auch wirklich bei denjenigen ankommen, die sie erarbeitet haben.

■ Senkung des Eingangssteuersatzes: Jeder Steuerzahler leistet einen wertvollen Beitrag für unser Land, seine Menschen und ihre soziale Absicherung. Es ist für uns eine Selbstverständlichkeit, dass Starke einen größeren Anteil daran zu tragen haben als Schwache. Genauso finden wir es richtig, dass jeder seinen Beitrag leistet, so gut er kann. Vor allem die Bezieher niedriger und mittlerer Einkommen stoßen aber oftmals an die Grenze ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit. Deshalb wollen wir den Eingangssteuersatz in einem ersten Schritt von 14 Prozent auf 13 Prozent und in einem zweiten Schritt auf 12 Prozent senken.

■ Verschiebung des Höchststeuersatzes: Die Höchststeuer betrifft heute nicht mehr nur Spitzenverdiener, sondern bereits viele Facharbeiter, Handwerker und Kleinunternehmer. Diese leistungsfeindliche Wirkung wollen wir ändern. Der Höchststeuersatz, der heute schon ab einem Jahreseinkommen von 52.552 Euro greift, soll künftig ab 55.000 Euro und später ab 60.000 Euro zum Zuge kommen. Der Steuersatz bleibt dabei unverändert.

■ Wir werden die Unternehmensteuerreform krisenfest weiterentwickeln. In einer weltweiten Wirtschaftskrise darf der Staat den Unternehmen keine zusätzlichen Steuer-Steine in den Weg legen,

die ihre Chancen auf Wachstum und Konkurrenzfähigkeit im internationalen Wettbewerb behindern. Wir werden daher die Besteuerung von Unternehmen auf krisenverschärfende Wirkungen überprüfen und die notwendigen Anpassungen vornehmen. Wachstumsfeindliche Steuerpolitik wird es mit CDU und CSU nicht geben.

- Wir werden die steuerliche Förderung der privaten Altersvorsorge flexibler gestalten. Aufgrund der demografischen Entwicklung ist private Vorsorge für alle unerlässlich. Deshalb wollen wir die Förderung der privaten Altersvorsorge entbürokratisieren und vereinfachen. Selbstständige, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sollen so künftig besser vorsorgen können.
- Wir wollen eine strukturelle Überprüfung der Vorschriften zur Mehrwertsteuerbelastung mit dem Ziel, nicht mehr zeitgemäße und für die Bürger nicht nachvollziehbare Belastungswirkungen zu korrigieren und insbesondere die europäische Wettbewerbssituation bestimmter Bereiche zu berücksichtigen.
- Wir werden in der nächsten Legislaturperiode das Besteuerungsverfahren deutlich vereinfachen und die Steuerverwaltung nachhaltig entlasten. Damit gehen wir den Weg weiter, den wir mit der Errichtung des Normenkontrollrates und

der Evaluierung eingeschlagen haben. Von dem dadurch eingesparten Bürokratieaufwand profitieren Bürger und Unternehmen gleichermaßen: Sie sparen Zeit, Geld und Nerven. Diese Entlastung ist auch in Zeiten der Krise möglich.

In der nächsten Legislaturperiode wollen wir finanzielle Spielräume, die sich darüber hinaus ergeben, für weitere Steuersenkungen nutzen. Die Rahmenbedingungen sollen verbessert werden, um Zukunftsinvestitionen zu ermöglichen sowie die Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen zu erleichtern. Familien wollen wir zusätzlich entlasten.

- Wir werden die Bemühungen der Wirtschaft um neue Produkte und Technologien durch eine steuerliche Förderung von klar abgrenzbaren Ausgaben für Forschung und Entwicklung flankieren. Forschung und Innovation sind die Grundlage für wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland und für die Erhaltung zukunftsfähiger Arbeitsplätze. Deshalb muss gerade jetzt die Wirtschaft ihre Forschungs- und Innovationsaktivitäten ausbauen und sich für den nächsten Aufschwung vorbereiten. Die Finanz- und Steuerpolitik muss Innovationsmotor sein. Die Einführung einer steuerlichen Forschungsförderung hilft kleinen und mittelgroßen Unternehmen besonders und muss in Kombination mit der bestehenden themenspezifischen Projektförderung erfolgen. Beides gemeinsam ergibt

ein geschlossenes und international wettbewerbsfähiges Innovationsfördersystem.

- Gerade angesichts der Bankenkrise sind junge und innovative Unternehmen verstärkt auf das Engagement privater Investoren angewiesen. Wir werden deshalb die Rahmenbedingungen für Investitionen in Chancenkaptal verbessern, anfangen von der steuerlichen Förderung der Nutzbarmachung des Kapitals und der Erfahrung ehemaliger Führungskräfte bis hin zur speziellen Unterstützung für junge Unternehmen und deren Kapitalgeber.
- Für CDU und CSU ist das Grundrecht Eigentum zu bilden und zu vererben seit jeher ein elementarer Bestandteil unserer freiheitlichen Gesellschaft. Wir wollen den erzielten Kompromiss zur Erbschaftsteuer insbesondere mit Blick auf seine familiengerechte Ausgestaltung und im Lichte der Wirtschafts- und Finanzkrise überprüfen.
- CDU und CSU bekennen sich zur Ehe als partnerschaftliche Lebens- und Verantwortungsgemeinschaft und als Kern der Familie. Dieser Rolle muss das Steuerrecht weiterhin spürbar Rechnung tragen. Wir wollen daher das Ehegattensplitting voll erhalten. Im Sinne eines realen Familiensplittings wollen wir die steuerliche Berücksichtigung von Kindern auf 8.004 Euro, also auf den für

Erwachsene geltenden Grundfreibetrag, anheben.

Solide Finanzen

Eine Politik der soliden Finanzen entspricht dem Prinzip der Generationengerechtigkeit, denn die Schulden von heute sind die Steuern von morgen. Die Staatsschulden haben eine Höhe erreicht, bei der die Rückführung der Neuverschuldung und der Beginn der Tilgung zu der zentralen Frage der Generationengerechtigkeit geworden sind. Nicht nur das Wohl unserer Generation darf uns interessieren. Wir sind auch dem Wohl der Kinder von heute und dem Wohl noch nicht geborener Generationen verpflichtet. Wir werden die von uns im Bundestag durchgesetzte Schuldenbremse im Grundgesetz einhalten. Unser Anspruch ist, so bald wie möglich einen Bundeshaushalt ohne Neuverschuldung vorzulegen.

- Wir werden Haushaltsdisziplin üben und die staatlich übernommenen Aufgaben auf ihre Notwendigkeit hin überprüfen. Der Einsatz für eine stabile Währung und für solide Staatsfinanzen sind Markenzeichen unserer nachhaltigen Politik. Die Schieflage der öffentlichen Haushalte lässt sich nur durch eine dauerhafte Reformpolitik mit langem Atem korrigieren. Der Wohlstand unseres Landes ist gefährdet, wenn der Staat auf Dauer mehr ausgibt, als er einnimmt. Stoppen wir diese Entwicklung nicht, wird der Staat in Zukunft wichtige Auf-

gaben nicht mehr erfüllen können. Angesichts des demografischen Wandels wird diese Aufgabe immer dringlicher.

- Währungsstabilität und Haushaltssolidität sind die Grundlagen einer funktionsfähigen Marktwirtschaft. Solide Staatsfinanzen erleichtern es der Notenbank, Preisstabilität mit niedrigen Zinsen zu garantieren. Preisstabilität ist die Voraussetzung für ein dauerhaftes Wirtschaftswachstum und ein hohes Beschäftigungsniveau. Inflation dagegen enteignet schleichend die Bürgerinnen und Bürger und belastet vor allem die Bezieher von staatlichen Leistungen. Europa braucht den von Helmut Kohl und Theo Waigel durchgesetzten europäischen Stabilitätspakt. Wir lehnen alle Versuche ab, die Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank durch politische Einflussnahme in Frage zu stellen.

1.2 In Deutschlands Zukunft investieren

Ein starker und innovativer Mittelstand, Forschung, Innovation und Entwicklung sowie leistungsfähige Infrastrukturen sind entscheidende Zukunftsfaktoren für den Wohlstand der Menschen in Deutschland. In Zeiten, in denen zur Bewältigung der konjunkturellen Krise vorübergehend eine enorme öffentliche Verschuldung verkräftet werden muss, gilt: Investitionen in die

Zukunft unseres Landes müssen Vorrang haben. Dadurch werden Ausgaben von heute zu Kapital von morgen.

Mittelstand stärken

Deutschlands Mittelstand ist unser wirtschaftliches Rückgrat im Hinblick auf Beschäftigung, Ausbildung, Investition und technischen Fortschritt. Der Mittelstand, Familienunternehmen, Handwerk und Freie Berufe stehen für nachhaltiges Denken und solides Wirtschaften. Deutschlands mittelständische Unternehmen zeichnen sich durch ihre Standorttreue aus: Sie agieren zwar weltweit, oftmals als Marktführer in hoch spezialisierten Fachbereichen, sind aber gleichzeitig fest in ihrer Heimat verwurzelt. Ihr Handeln vermittelt Zuversicht in den Standort Deutschland. Zugleich ist der Erfolg unseres Mittelstandes eng an die Voraussetzung eines funktionierenden Wettbewerbs und unternehmerischer Freiheit geknüpft.

- Deutschlands Mittelstand darf in der Wirtschafts- und Finanzkrise nicht in eine Kreditklemme geraten. Wir bekennen uns zum deutschen Drei-Säulen-Bankmodell. Banken müssen sich ihrer Finanzierungsverantwortung gegenüber dem Mittelstand bewusst sein. Wir werden uns deshalb für geänderte Rating-Vorgaben für die Banken einsetzen. Wir wollen verhindern, dass durch eine restriktive Bewertungspraxis bei den Banken die Kreditversorgung für den Mittelstand

mitten in der Krise zusammenbricht. Gerade in der aktuellen Konjunktursituation spielen auch staatliche Förderinstrumente eine wichtige Rolle. So setzen wir auch in Zukunft auf die ERP-Programme, die Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur und die Kreditanstalt für Wiederaufbau bei der Unterstützung von Unternehmensinvestitionen in Deutschland.

- Wir wollen die Bürokratie weiter abbauen. Seit 2006 sind Bürokratielasten für unsere Wirtschaft von rund 7 Mrd. Euro im Jahr abgebaut worden. Normenkontrollrat und Standardkostenmessung haben sich bewährt. Nach wie vor trägt Deutschlands Wirtschaft jedoch jährliche Bürokratielasten in Höhe von rund 40 Mrd. Euro. Unser Ziel ist der Abbau aller nationalen Statistik- und Berichtspflichten, netto um 25 Prozent bis 2011. Wir werden den Normenkontrollrat stärken und seine Kompetenzen ausweiten. Wir werden zudem daran arbeiten, alle Gesetzesvorhaben aus der Mitte von Bundestag und Bundesrat auf Bürokratiekosten zu überprüfen.
- Eine einfachere und bessere Gesetzgebung hilft besonders mittelständischen Unternehmen, Wachstumspotenziale zu nutzen. Wir werden die Möglichkeiten der modernen Informations- und Kommunikationstechnologien in den Behörden und für den Kontakt mit den Bürgern noch intensiver nutzen und so für eine Vereinfachung bürokratischer Vorgänge sorgen. Wir werden EU-Richtlinien wettbewerbsneutral („1 zu 1“) umsetzen, damit Unternehmen am Standort Deutschland kein Wettbewerbsnachteil entsteht. Weitere Antidiskriminierungsvorgaben der EU lehnen wir ab. Wir fordern weniger Bürokratie in Europa und einen grundsätzlichen Bürokratiecheck für europäische Entscheidungen.
- Wir werden das Meisterprinzip im Handwerk national wie im europäischen Kontext stärken. Der „Meisterbrief“ sichert einen hohen Qualitätsstandard, eine beeindruckende Ausbildungsleistung. Er sorgt dafür, dass Existenzgründungen im Handwerk weitaus erfolgreicher sind als in anderen Wirtschaftsbereichen. Um die Teilnahme an öffentlichen Ausschreibungen für den Mittelstand zu erleichtern, muss der Rechtsrahmen weiter vereinfacht werden.
- Wir werden uns in Europa für ein verbessertes Patentsystem einsetzen. Denn ein rechtssicheres und für den Mittelstand kostengünstiges europäisches Patentsystem stärkt die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft. Wir werden einen verbesserten Schutz geistigen Eigentums verwirklichen.
- Wir werden die Forschungsförderung für den Mittelstand zur Intensivierung des

Technologietransfers weiter steigern. Wichtig für den Innovationsstandort Deutschland ist es, diese Förderprogramme so effizient wie möglich zu gestalten, damit kleine und mittlere Technologieunternehmen im globalen Wettbewerb noch erfolgreicher sind. Dafür müssen Forschungsergebnisse schneller in Produkte und Dienstleistungen umgesetzt werden. Wir werden deshalb die Zusammenarbeit von Forschungsinstituten und Hochschulen weiter fördern. Gleichzeitig werden wir die wettbewerbsfähige Netzwerkbildung von Mittelstand und Handwerk, Forschungseinrichtungen und verbundenen Institutionen vorantreiben. Insbesondere Hochschulen und Wirtschaft müssen noch intensiver zusammenarbeiten. Unser Zukunftsprojekt „Neue Werkstoffe“ wird beispielhaft die Zusammenarbeit und Netzwerkbildung verdeutlichen.

Forschung, Innovation und Entwicklung fördern

Forschung und Innovation sind ein entscheidender Baustein unseres Programms für Wachstum und zur Überwindung der Wirtschaftskrise. Deutschland hat als Innovationsstandort beste Voraussetzungen: herausragende Forschungseinrichtungen, starke forschende Unternehmen und hervorragend ausgebildete Fachkräfte. Jetzt geht es darum, die globalen Zukunftsherausforderungen anzunehmen und damit auf qualitatives Wachstum zugunsten von

Klimaschutz, Ressourcenschonung und Krankheitsbekämpfung zu setzen. Wir brauchen einen Technologieschub für mehr Nachhaltigkeit. Ein zweites Wirtschaftswunder scheint möglich, wenn jetzt die Weichen für den nächsten Aufschwung richtig gestellt werden.

- Wir wollen, dass Staat und Wirtschaft gemeinsam mindestens drei Prozent des BIP in Forschung und Entwicklung investieren. Forschung und Innovation sind die Grundlage für wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland und für die Erhaltung zukunftsfähiger Arbeitsplätze. Deshalb muss gerade jetzt die Wirtschaft ihre Forschungs- und Innovationsaktivitäten ausbauen.
- Die kommenden zehn Jahre werden weltweit durch große Erkenntnisfortschritte und Innovationswellen auf den Feldern Gesundheit und Ernährung, Energie und Klima, Mobilität, Sicherheit sowie Information und Kommunikation geprägt werden. Die erfolgreiche Hochtechnologie-Strategie werden wir fortführen und auf diese Themen ausrichten. Dazu gehört auch, wo dies sinnvoll ist, die Bündelung der Forschungspotenziale unter einem Dach. Das Karlsruher Institut für Technologie (KIT), das Zentrum für Neurodegenerative Erkrankungen und das Nationale Diabeteszentrum sind wichtige erste Schritte, denen weitere folgen müssen.

- Von entscheidender Bedeutung für den Innovationsstandort sind moderne Informations- und Kommunikationswege. Wir werden die flächendeckende Versorgung der entsprechenden Infrastruktur, insbesondere im Bereich der Breitbandversorgung massiv vorantreiben. Vorhandene nationale Stärken wie in der Verkehrs-, Automobil- und Mobilitätsforschung, in der Entwicklung und Anwendung neuer Werkstoffe und im Anlagen- und Maschinenbau wollen wir ausbauen. Wir werden auch mit dem Zukunftsprojekt „Modellregion Elektroautos“ die Voraussetzungen schaffen, dass bis zum Jahr 2020 auf den deutschen Straßen eine Million Elektrofahrzeuge im Einsatz sind.
- Wir werden in Deutschland die Forschung und Entwicklung insbesondere in den Bereichen Gesundheit, Altern, Medizintechnik, die im Zukunftsprojekt „Gesundheitsforschung“ zusammengefasst sind, sowie Ernährung, Nachhaltigkeit und Umwelt und Anpassung an den Klimawandel, die unser Zukunftsprojekt „Wachstumspotenzial Umwelttechnologien“ ausmachen, stärken. Wir werden den europäischen Forschungsraum aktiv gestalten und die Internationalisierung unserer Hochschulen weiter vorantreiben.
- Wir bekennen uns zur besonderen Bedeutung der Grundlagenforschung und zur wissenschaftlichen Autonomie. Wir werden den „Pakt für Forschung und Innovation“ verwirklichen, der verlässliche staatliche Investitionen in Forschung garantiert. Wir werden die zweite Runde der Exzellenzinitiative für die Hochschulen und den Hochschulpakt konsequent umsetzen. Wir wollen die deutschen Forschungseinrichtungen stärken und die Arbeit von Deutscher Forschungsgemeinschaft, Max-Planck-Gesellschaft, Fraunhofer-Gesellschaft, Helmholtz-Gemeinschaft und Leibniz-Gemeinschaft weiter zukunftsorientiert fördern. Die deutschen Wissenschaftsorganisationen müssen sich in einer immer stärker werdenden internationalen Konkurrenz bewähren. Der Wettbewerb um die besten Köpfe, die Nobelpreisträger von morgen, wird weltweit ausgetragen. Die Wissenschaftsfreiheitsinitiative muss weiter vorangetrieben werden.
- Wissenschaft braucht klare ethische Einbettung und Orientierung. Das gilt gerade für die moderne Bio- und Gentechnologie. Die Auseinandersetzung über ethische Grenzen der Forschung muss sachlich und in der Überzeugung, dass Deutschland im internationalen Wettbewerb forschungsfreundliche Rahmenbedingungen braucht, geführt werden. So werden gesellschaftlich Vertrauen und Akzeptanz geschaffen. Deshalb brauchen wir Sicherheitsforschung in umstrittenen Forschungsbereichen, insbesondere in der grünen Gentechnik.

■ Wir setzen auf ein starkes Selbstbewusstsein der Geistes- und Sozialwissenschaften, die zum kulturellen Gedächtnis und zur Gestaltung unserer Zukunft wichtige Beiträge leisten. Sie fördern die Verankerung und die Diskussion über Werte und schaffen damit Orientierungsangebote. Darüber hinaus eröffnen sie das Verständnis und den Zugang zu anderen Völkern und Kulturen. Wir werden Deutschlands neu geschaffene Nationale Akademie der Wissenschaft für die Politikberatung nutzen.

■ Wir werden die „Hochtechnologie-Strategie“ weiterführen und sie gezielt auf Zukunftsmärkte ausrichten. Wir streben eine Kompetenzbündelung der Forschungsförderung in einem starken Forschungs- und Wissenschaftsministerium an. Wir werden eine stärkere Vernetzung von Grundlagenforschung und Anwendung fördern und dabei insbesondere klassische Innovationsstärken Deutschlands ausbauen.

■ Wir werden den Hochschulpakt konsequent umsetzen und den wissenschaftlichen Nachwuchs gezielt fördern. So werden wir einem drohenden Fachkräftemangel entgegenwirken. Ein Hochtechnologiestandort ist auf exzellente Köpfe, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie auf hervorragend ausgebildete Fachkräfte angewiesen.

Leistungsfähige Verkehrsnetze – Impulse für die Bauwirtschaft

CDU und CSU bekennen sich zur nachhaltigen Weiterentwicklung der Infrastruktur in Deutschland. Orientierungsmaßstäbe sind dabei die berechtigten Erwartungen und Mobilitätsbedürfnisse der Bürger, die Erfordernisse der Wirtschafts- und Logistikabläufe sowie Nachhaltigkeit. Wir treten ein für eine Politik, die die hoch entwickelte Mobilitätskultur in Deutschland bewahrt und den Standort Deutschland stärkt. Wir wollen dabei den Erfordernissen des Umwelt- und Klimaschutzes gerecht werden. Mobilität muss zudem bezahlbar bleiben. Dies gilt für den Individualverkehr, für den Öffentlichen Personenverkehr und für den Wirtschaftsverkehr.

■ Wir werden den Bundesverkehrswegeplan bedarfsgerecht weiterentwickeln und fertig geplante Verkehrsprojekte zügig realisieren. Politik für eine moderne Infrastruktur braucht Kontinuität und Verlässlichkeit in der Planung und Mittelzuweisung. Wir werden dafür sorgen, dass das hohe Niveau unserer Infrastruktur erhalten bleibt und keine Investitionslücken entstehen. Der Verkehrshaushalt muss dauerhaft so ausgestattet sein, dass die Lkw-Mauteinnahmen für die Verbesserung der Infrastruktur verwendet werden. Wir werden die Verpflichtungen des Bundes bei den Bahn-Regionalisierungsmitteln und nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz verlässlich erfüllen.

- Leistungsfähige Infrastrukturen brauchen moderne Finanzierungsinstrumente. Wir werden bei der Infrastrukturfinanzierung PPP-Projekte, wie das Betreibermodell beim Ausbau von Bundesautobahnen, mittelstandsfreundlich weiter entwickeln. Wir brauchen eine starke Verkehrsinfrastrukturfinanzierungsgesellschaft (VIFG), um die Mittel effizienter und zweckgebunden zu bewirtschaften. Die Gesellschaft soll die im Rahmen der Bundesauftragsverwaltung tätigen Länder bei der Substanzerhaltung und Optimierung des Verkehrsnetzes unterstützen.
- Mobilität muss so umweltgerecht wie möglich gestaltet werden. Um umweltfreundliche Mobilität zu ermöglichen, werden wir verstärkte Anstrengungen zur Verlagerung von der Straße auf Schiene und Wasserstraßen unternehmen. Der Straßenverkehr kann und muss umweltfreundlicher gestaltet werden: von der weiteren Reduzierung des Kraftstoffverbrauchs bis zu geräuscharmen Fahrbahnbelägen. Ein generelles Tempolimit auf Autobahnen lehnen wir ab.
- Verkehrssicherheit hat für uns Priorität. Jedes Unfallopfer ist eines zu viel. Wir setzen deshalb auf modernste Sicherheitstechnik für alle Verkehrsträger – ohne Bevormundung der Bürger. Im Dialog mit der Verkehrswirtschaft werden wir deshalb für die Optimierung der Sicherheitssysteme werben.
- Der Wohlstand in Deutschland basiert auf der Einbindung in die internationalen Handelsströme. Wir wollen, dass der Logistikstandort Deutschland seine herausragende Stellung im Herzen Europas noch weiter ausbaut. Deutschland darf nicht nur reines Transitland mitten in Europa sein, sondern muss auch in Zukunft an der Wertschöpfung im Handel und in der Logistik teilhaben. Wir werden die Verkehrsträger durch gezielte Investitionen in Infrastruktur und Umschlagstechnik marktorientiert verknüpfen und Schnittstellen optimieren. Dazu werden wir Deutschlands Rolle als führender Standort für Telematik- und Verkehrsmanagementsysteme stärken. Wir werden die Innovations- und Marktpotenziale im Zusammenhang mit dem Satelliten-Navigationssystem Galileo konsequent nutzen.
- Wir werden den „Masterplan Güterverkehr und Logistik“ weiterentwickeln, um die Effizienz des Güterverkehrssystems zu steigern und maximalen Nutzen für den Logistikstandort Deutschland zu erreichen. Wir wollen dadurch auch die Einbindung in die transeuropäischen Netze verbessern.
- Der Luftverkehr ist Mobilitätsfaktor und Jobmotor für Deutschland. Die „Initiative Luftverkehr“ hat sich als wichtiges Instrument im Zusammenspiel von Politik und Wirtschaft bewährt und wird

fortgesetzt. Gerade für eine weltweit wettbewerbsfähige Wirtschaft braucht Deutschland ein Netz gut erreichbarer Flughäfen. Wir werden die Kapazitäten der Flughäfen dem zukünftigen Wachstum anpassen.

- Wir wollen den Öffentlichen Personennahverkehr als Bestandteil der Daseinsvorsorge stärken. Das Schienennetz muss für alle Anbieter diskriminierungsfrei zugänglich sein. Durch Wettbewerb ergeben sich für Staat und Kunden enorme Optimierungs- und Einsparpotenziale, die wir nutzen wollen. Auch im ländlichen Raum muss ein öffentliches Verkehrsangebot vorgehalten werden, weil viele Bürger gerade dort darauf angewiesen sind.
- CDU und CSU wollen die 1994 begonnene Bahnreform auf ihrem erfolgreich eingeschlagenen Weg weiterführen. Im Sinne einer Teilprivatisierung müssen Schienennetz und Bahnhöfe in der Hand des Bundes bleiben. Politische Infrastrukturverantwortung muss wieder stärker berücksichtigt werden. Wir brauchen eine kundenorientierte und leistungsfähige Bahn in Deutschland. Wir werden die Schienenwege bedarfsgerecht und flächendeckend erhalten und ausbauen. Den Wettbewerb auf der Schiene werden wir stärken und dazu die Kompetenzen der Bundesnetzagentur erweitern.
- Wir werden die Leistungsfähigkeit des deutschen Wasserstraßennetzes und der Binnenschifffahrt stärken. Flussbauvorhaben müssen umweltverträglich sein und den Hochwasserschutz berücksichtigen. Wir wollen in der maritimen Verbundwirtschaft den Standort Deutschland stärken und die Seeschifffahrt unter deutscher Flagge fördern. Wir wollen die Hinterlandanbindung der deutschen Seehäfen verbessern.
- Wir wollen Deutschlands Stellung in den europäischen Verkehrsnetzen stärken. Dazu müssen die seit langem vereinbarten Strecken der „Transeuropäischen Netze“ mit Nachdruck verwirklicht werden – wie etwa die Schienenverbindungen Paris-Stuttgart-Wien, Budapest-Prag-Nürnberg/Dresden und Berlin-München-Brenner. Wir wollen das Konzept der Transeuropäischen Netze um eine leistungsfähige Verbindung von der Ost- und Nordsee bis an die Adria und das Schwarze Meer ergänzen.
- Wir stehen dafür, dass Wohnungsbau und Stadtentwicklung in Deutschland einen hohen Stellenwert genießen. Der Wohnungsbau ist in Deutschland in einigen Regionen stark unter das für einen ausgeglichenen Wohnungsmarkt notwendige Neubauniveau abgesunken, so dass es zumindest in einigen Ballungsräumen wieder Angebotsengpässe gibt. Ein ausreichender Neubau von Wohnun-

gen ist auch in Zukunft dringend erforderlich. Das erleichtert es, die konjunktur- und klimapolitischen Ziele zu erreichen. Auch die Wohneigentumsbildung weist im internationalen Vergleich weiterhin einen deutlichen Rückstand auf. CDU und CSU wollen, dass mehr Menschen sich den Wunsch nach Wohneigentum erfüllen können.

1.3 Energie – sicher, sauber und bezahlbar

Deutschland braucht eine nationale Energiestrategie. Deutsche Energiepolitik muss ihren Beitrag zu einer sicheren, wirtschaftlichen und klimafreundlichen Energieversorgung leisten. Starke Preisschwankungen zeigen, wie drängend die Probleme der Energieversorgung sind. Der weltweit wachsenden Nachfrage stehen begrenzte fossile Ressourcen gegenüber. Hinzu kommen die vom Menschen verursachten Klimaveränderungen und die politische Instabilität wichtiger Erdöl und Erdgas exportierender Länder. Wir müssen Abhängigkeiten verringern, Energie effizienter nutzen und erneuerbaren Energien zum Durchbruch verhelfen. Die Herausforderungen des Klimawandels und der Rohstoffverknappung bieten Zukunftschancen, gerade auch für die deutsche Wirtschaft. Unser Ziel muss es sein, unsere weltweit führende Rolle in der gesamten Bandbreite der Energie- und Klimaschutztechnologien weiter auszubauen.

- Wir setzen uns für einen breiten und klimafreundlichen Energiemix ein und wollen, dass Deutschlands Energie-Importe auf möglichst viele Länder verteilt sind, um einseitige Abhängigkeiten zu vermeiden. Wir setzen dabei auch auf fossile Energiequellen, die effizient und klimaschonend genutzt werden können und müssen. Deutschland braucht voll funktionsfähige Transportnetze für Strom und Gas. Das deutsche Stromverbundnetz muss zum Baustein eines europaweiten Stromtransportnetzes ausgebaut werden. Wir werden nationale Engpässe beseitigen und die nötigen grenzüberschreitenden Kuppelstellen schaffen. Wir wollen, dass aus den derzeit vier Netzregelzonen ein einheitliches deutsches Netzregelsystem wird, wobei eine staatliche Beteiligung nicht zielführend ist. Für die weitere Integration der erneuerbaren Energien in das Verbundnetz sind dringend Ausbaumaßnahmen im Höchstspannungsübertragungsnetz notwendig.
- Wir wollen die Rahmenbedingungen für eine möglichst schnelle Modernisierung des konventionellen Kraftwerkparkes verbessern. Die dezentrale Energieversorgung wollen wir stärken, etwa durch Anlagen mit Kraft-Wärme-Kopplung, um Stromproduktion und Stromverbrauch nahe zueinander zu bringen. Damit senken wir Leitungsverluste. Zudem kann die Technologie zur Abscheidung und

Speicherung von CO₂ (CCS) einen wichtigen Beitrag zur klimafreundlichen Nutzung fossiler Energieträger leisten.

- Der Bau neuer konventioneller Kraftwerke, die Ertüchtigung und der Ausbau der Energienetze und auch der Ausbau erneuerbarer Energien stoßen zunehmend auf Akzeptanzprobleme in der Umgebung geeigneter Standorte. Die Aufklärungsarbeit über energiepolitische Zusammenhänge muss daher verstärkt werden.
- Wir werden durch die Erarbeitung und ständige Fortschreibung eines „Energie-Atlas Deutschland“ regionale und lokale Potenziale erneuerbarer Energien aufzeigen. Ziel ist die intelligente Vernetzung der Energieerzeugungsstellen und Verbraucher. Parallel dazu möchten wir auch im Bereich fossiler Energieträger Rahmenbedingungen für eine verbrauchsnahe und bedarfsgerechte Energieerzeugung setzen.
- Erneuerbare Energien bieten große Chancen im Hinblick auf umweltverträgliches und klimaschonendes Wachstum, innovative Geschäftsfelder, neue Arbeitsplätze und Wertschöpfung im ländlichen Raum. Wir haben uns ehrgeizige Ziele im Bereich des Ausbaus erneuerbarer Energien (20 Prozent bis 2020) gesetzt. Wir wollen unseren Beitrag zu einer höheren Wirtschaftlichkeit und Grundlastfähigkeit leisten. Wir wollen den bisher überwiegend quantitativen Ausbau der Erneuerbaren Energien weiterentwickeln. Wir streben einen qualitativen Ausbau an, insbesondere durch eine zukunftsfähige Strominfrastruktur unter Einschluss „Intelligenter Stromnetze“ und Speichertechnologien. Das bewährte Erneuerbare-Energien-Gesetz werden wir weiterentwickeln und an dem Ziel einer wirtschaftlichen und bedarfsgerechten Energieversorgung ausrichten.
- Die Kernenergie ist ein vorerst unverzichtbarer Teil in einem ausgewogenen Energiemix. Wir verstehen den Beitrag der Kernenergie zur Stromversorgung als Brückentechnologie, weil heute klimafreundliche und kostengünstige Alternativen noch nicht in ausreichendem Maße verfügbar sind. Daher streben wir eine Laufzeitverlängerung der sicheren deutschen Anlagen an. Einen Neubau von Kernkraftwerken lehnen wir ab. Der größte Teil des zusätzlich generierten Gewinns aus der Laufzeitverlängerung der Kernkraftwerke soll nach einer verbindlichen Vereinbarung mit den Energieversorgungsunternehmen zur Forschung im Bereich der Energieeffizienz und der erneuerbaren Energien sowie zur Senkung der Strompreise genutzt werden. Eine verantwortungsvolle Nutzung der Kernenergie beinhaltet auch die sichere Endlagerung radioaktiver Abfälle. CDU und CSU wollen eine sofortige

tige Aufhebung des Moratoriums zur Erkundung des Standortes Gorleben, um so schnell wie möglich die Zwischenlager an den Kraftwerken auflösen zu können. Der Bund bekennt sich zu seiner Verantwortung für die Endlager. Im Zusammenhang mit den Lagerstätten muss alles getan werden, um die Sicherheit der Bevölkerung zu gewährleisten.

- Die Steigerung der Energieeffizienz bietet viele ungenutzte Potenziale. Mit Hilfe moderner Energie-Technologien muss es gelingen, die Entwicklung des wirtschaftlichen Wachstums von dem Ressourcenverbrauch weiter abzukoppeln. Die Forschung an effizienten Technologien muss stärker gefördert werden. Wir wollen gemeinsam mit der Wirtschaft ein „Aktionsbündnis Energieeffizienz“ anstoßen. Dazu gehören unter anderem allgemeine Informations- und Aufklärungskampagnen, Beratungen über Stromsparmöglichkeiten und Möglichkeiten zur Einführung individueller Stromtarife.
- Wir wollen die erfolgreichen KfW-Programme zu energetischen Gebäudesanierung weiterführen und flexibler gestalten. Der Gebäudebereich bietet große Effizienzsteigerungspotenziale. Neben einer flexibleren Gestaltung der Förderinstrumente zur energetischen Gebäudesanierung müssen Anreize zur Modernisierung des Heizungsbestandes gesetzt werden.
- Wir wollen die Energiekompetenz der Verbraucher stärken: durch eine verstärkte Umweltbildung und mehr Beratungsangebote, durch eine klare Kennzeichnung des Energieverbrauchs und transparente Stromzähler. Wir wollen mit marktkonformen Mitteln die Verbreitung energiesparender Geräte fördern. Wir sprechen uns für anspruchsvolle Höchstverbrauchsstandards, Anreize für die Anschaffung besonders energiesparender Geräte und für Stromeffizienz als Kriterium der öffentlichen Beschaffung aus. Wir wollen eine „Effizienzstrategie Mittelstand“, die auf eine verbesserte Aufklärung zielt sowie zinsverbilligte Darlehen und Zuschüsse für Energieeffizienzmaßnahmen bereitstellt.
- Wir treten für eine breit angelegte, technologieoffene Energieforschung ein. Wir wollen die Weichen stellen, dass Deutschland Weltmarktführer bei klimaschonenden Energieträgern und Klimaschutztechnologien in allen Bereichen wird. Hierzu gehören saubere Gas- und Kohlekraftwerke, aber auch die Forschung im Bereich der Erneuerbaren, der Kerntechnik und der Geothermie. Im Bereich der Kernforschung ist für uns die Förderung deutscher Sicherheitskompetenz als Beitrag zur Sicherheit kerntechnischer Anlagen weltweit von hoher Bedeutung. Die Forschung an Speichertechnologien muss ein Schwerpunkt im Bereich der Förderung regenerativer Energieformen sein.

- Wir werden das Zukunftsprojekt Elektromobilität mit der dazu notwendigen Infrastruktur beschleunigen – als Beitrag dazu, Energieeffizienz, Klimaschutz und Mobilität in Einklang zu bringen. Forschung und Entwicklung in den Bereichen Batterie, Brennstoffzelle und Leichtbau müssen stärker gefördert werden. Industrie, Wissenschaft und Politik müssen eine Strategie für Zukunftstechnologien des Automobils entwerfen.
 - Die gegenwärtige Aufteilung der energiepolitischen Entscheidungskompetenzen auf unterschiedliche Politikfelder verhindert Energiepolitik aus einem Guss. Um eine größere Planungs- und Finanzierungssicherheit in der Energiepolitik zu erreichen, wollen wir die Kompetenzen innerhalb der Bundesregierung bündeln.
 - Energiepreise dürfen die Substanz des Wirtschaftsstandortes Deutschlands nicht gefährden oder Energie zu einer sozialen Frage machen. Genauso wie wir daher eine weitere Verteuerung von Energie vermeiden wollen, müssen wir im Energiesektor die Voraussetzungen für einen funktionierenden Wettbewerb setzen.
- #### **1.4 Faire Regeln für internationale Finanzmärkte und Weltwirtschaft**
- CDU und CSU setzen auf die Soziale Marktwirtschaft auch als Ordnungsmodell
- der internationalen Finanz- und Wirtschaftsordnung. Die weltweite Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise hat deutlich gemacht, dass die internationalen Märkte eines weltweiten ordnungspolitischen Rahmens bedürfen, der mit den Innovationen auf den Finanzmärkten Schritt hält. Für uns ist klar: Globale Probleme bedürfen global abgestimmter Lösungen. Hierzu müssen die Abstimmungen zwischen Staaten und Staatengruppen intensiviert, aber auch multilaterale Institutionen gestärkt werden: Die europäisch und international abgestimmten Maßnahmen zur Stabilisierung des Finanzmarktes sind der erste Baustein für eine neue Finanzmarktverfassung. Als zweiter Schritt muss nun eine zügige Umsetzung der europäischen und internationalen Beschlüsse zur Vermeidung zukünftiger Finanzmarktkrisen folgen.
- Wir werden auf international einheitliche Standards der Regulierung und Überwachung dringen. Deutschland wird an einer intensiven Zusammenarbeit der Aufsichtsbehörden konstruktiv mitwirken. Wir werden die Bankenaufsicht in Deutschland unter einem Dach zusammenführen. In der Europäischen Union müssen die Aufsichtsbehörden im Rahmen der Europäischen Zentralbank so zusammengeführt werden, dass für eine effiziente Aufsicht sowie gemeinsame Krisenprävention und Krisenbewältigung gesorgt ist.

- Wir streben eine Überarbeitung der internationalen Standards zur Rechnungslegung an. Wir setzen uns dafür ein, aus europäischer Tradition ein Modell zu entwickeln, das sich vom bisherigen anglo-amerikanisch geprägten unterscheidet. Das vom ehrbaren Kaufmann zu beachtende Prinzip der Vorsicht und Vorsorge muss Bewertungsmaxime sein. Wir werden uns dafür einsetzen, die Vorgaben des Baseler Ausschusses zur Bankenaufsicht zu stärken. Sie müssen so geändert werden, dass nicht prozyklisch wirkende Regeln Krisen verschärfen – und sie müssen dann auch tatsächlich international verbindlicher Standard werden.
- Wir streben eine wirksamere Bankenregulierung an. Für Kreditzusagen an eine nicht konsolidierte Zweckgesellschaft müssen grundsätzlich die gleichen Eigenkapitalvorschriften gelten wie für Aktiva vergleichbaren Risikos in der Bilanz. Institute, die verbriefte Finanzprodukte vertreiben, müssen einen bestimmten Teil davon in den eigenen Bilanzen behalten, um eine vernünftige Risikobewertung sicherzustellen.
- Wir dringen bei den Rating-Agenturen auf Trennung von Bewertung und Beratung. Europäisch wie international muss eine Aufsicht über Rating-Agenturen geschaffen werden, die Standards für die Risikobewertung und die Vergabe von Bonitätsurteilen setzt und ihre Einhaltung überwacht. Wir befürworten, dass Bundesbank und Europäische Zentralbank regelmäßig und nach transparenten Kriterien Bewertungen über die Arbeit der Rating-Agenturen veröffentlichen. Wir werden daran mitwirken, dass es in Zukunft eine europäische Rating-Agentur gibt.
- Wir werden für Finanzinvestoren mehr Transparenz durchsetzen. Ihre Geschäftslage und ihre Verschuldungsposition müssen aus ihrer Rechnungslegung klar erkennbar sein. Hedge Fonds sind einem international abgestimmten Regelwerk zu unterwerfen.
- Wir setzen uns in den WTO-Verhandlungen für einen fairen Ausgleich mit den Entwicklungsländern ein. Wir wollen bessere Rahmenbedingungen für die Teilhabe der Entwicklungsländer am Welt-handel. Dabei treten wir für wirksame Regeln zum Schutz des geistigen Eigentums und für weltweit geltende angemessene Gesundheits-, Tierschutz- und Umweltstandards ein. Soziale Mindeststandards müssen eingehalten werden.
- Wir streben einen Abschluss der Doha-Runde an, um Handelsbarrieren abzubauen und Märkte zu öffnen. Wir bekennen uns zum Grundsatz des freien Welt-handels und lehnen Protektionismus ab. Wir werden Handels- und Wettbewerbsverzerrungen auf den internationalen Märkten konsequent entgegentreten.

1.5 Sozial ist, was Arbeit schafft

Arbeit ist die zentrale Quelle von Einkommen sowie materiellem und immateriellem Wohlstand. Arbeitsteilige Gesellschaften bieten die Chance für Wohlstand und ein gutes Leben. Das Thema Arbeit ist mit Hoffnungen und Befürchtungen gleichermaßen verbunden. Es ist die Hoffnung des Einzelnen, seinen Arbeitsplatz zu behalten, einen neuen zu finden oder Entwicklungs- und Aufstiegsmöglichkeiten für sich und seine Kollegen zu erkennen. Befürchtungen in einer Krisenzeit bestehen hingegen vor dem Verlust des Arbeitsplatzes, schwindenden Kontakten, Aufstiegs- und Beschäftigungsperspektiven sowie sinkenden Einkommen. Jetzt kommt es darauf an, auch mit kurzfristig wirkenden, pragmatischen Maßnahmen Arbeitsplätze zu erhalten und neue zu schaffen. Gleichzeitig geht es uns um mittel- und langfristig wirkende Politik, die dazu führt, dass sich die Beschäftigungsperspektiven verbessern. CDU und CSU bekennen sich zur Tarifautonomie zum fairen Ausgleich der Interessen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern.

■ Wir wollen die Tarifautonomie als ein Garant für die Stabilität des Standortes Deutschland stärken. Sie gehört unverzichtbar zum Ordnungsrahmen der Sozialen Marktwirtschaft. Der wichtigste Ansatzpunkt ist dabei, dass die Lohnfindung nicht verstaatlicht wird, sondern Aufgabe der Tarifpartner bleibt. Wer

Vollzeit arbeitet, soll in der Regel von seinem Einkommen leben können. Das werden wir beim Arbeitnehmerentgeltgesetz weiter gewährleisten. Mit dem Mindestarbeitsbedingungsgesetz greifen wir dort ein, wo keine Tarifbindung vorhanden ist. Zur Verhinderung von Lohndumping wollen wir das Verbot sittenwidriger Löhne gesetzlich klarstellen.

■ CDU und CSU gewährleisten Mindesteinkommen für alle in Deutschland. Das für ein menschenwürdiges Leben notwendige Einkommen sichert nicht ein einheitlicher, gesetzlicher Mindestlohn, sondern, wo dies erforderlich ist, eine Kombination aus fairen Löhnen und ergänzenden staatlichen Leistungen. Für uns gilt: Wer arbeitet, muss mehr haben, als wenn er nicht arbeitet. Ein Mindesteinkommen macht Arbeit gerade auch für die Arbeitsuchenden ohne Berufsabschluss oder mit geringer Qualifikation, aber auch für Ältere in Unternehmen attraktiver. Mit dem Mindesteinkommen gelingt es, Arbeitsplätze zu sichern und zu schaffen – mit dem Mindestlohn werden Arbeitsplätze zerstört. Die Mini-Jobs sollen erhalten bleiben.

■ Unser Ziel bleibt die Stabilisierung der Lohnzusatzkosten. Damit begegnen wir der Verlagerung von Arbeitsplätzen ins Ausland oder in die Schwarzarbeit. Gleichzeitig stärken wir die finanziellen Möglichkeiten gerade von personalin-

tensiven Unternehmen und von Arbeitnehmern.

- CDU und CSU bekennen sich zu Deutschland als Industrie- und Hochtechnologiestandort, der die Herausforderungen des internationalen Wettbewerbs annimmt. Wir werden den dafür notwendigen Technologiewandel, wie zum Beispiel im Bereich der Automobilindustrie, politisch mit Nachdruck unterstützen. Denn die Beschäftigungsperspektiven von vielen Millionen Menschen sind damit eng verknüpft.
- Wir wollen mehr Sicherheit für Arbeitnehmer, die ihren Arbeitsplatz verlieren und wegen der weltweiten Krise keinen neuen Arbeitsplatz finden können. Die Förderung der privaten Altersvorsorge ist eine wichtige Maßnahme zur Verhinderung einer zukünftigen Altersarmut von breiten Bevölkerungsschichten. Deswegen ist der Freibetrag beim Schonvermögen im SGB II pro Lebensjahr wesentlich zu erhöhen. Bedingung dabei ist, dass das Altersvorsorgevermögen erst mit Eintritt in den Ruhestand verfügbar ist. Zusätzlich wollen wir die selbstgenutzte Immobilie umfassender schützen.
- Wir stehen für eine effektive und effiziente Arbeitsmarktpolitik, die Arbeitslose dabei unterstützt, rasch wieder eine Stelle zu finden. Wir begegnen den Sorgen vieler Menschen vor Abstieg und

Überforderung, indem wir marktgerechte Arbeitsplätze fördern statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren. Das Prinzip des „Förderns und Forderns“ wird weiter Maßstab unseres Handelns sein. Nur Maßnahmen, die Arbeitslose wirksam in Beschäftigung mit Perspektive bringen, sollen fortbestehen.

- Wir brauchen eine gut arbeitende Bundesagentur für Arbeit (BA). Die verbesserte Arbeitsvermittlung und die weiteren Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik tragen zur sozialen Stabilität bei. Dennoch ist der Weg der Verbesserung auch in der BA nicht abgeschlossen. Gerade in Zeiten, in denen die Arbeitslosigkeit wieder steigt, muss die BA noch besser werden, um noch mehr Menschen den Weg zurück in das Erwerbsleben zu ermöglichen.
- Der demografische Wandel eröffnet neue Berufsperspektiven. Besonderes Augenmerk ist auf Beschäftigungsperspektiven in personenbezogenen Dienstleistungen, wie etwa dem „Dienst am Menschen“ zu legen. Wir widmen dem „Dienst am Menschen“ ein Zukunftsprojekt. Gerade hier gilt für uns: „Qualifizierung geht vor Zuwanderung.“ Wir werden die Attraktivität der Berufsgruppe der Kranken- und Altenpfleger steigern und Umschulungsprogramme in diese Berufsgruppe stärken. Wir wollen Weiterbildungsmaßnahmen für die Pflege von Angehörigen ausbauen und fördern.

- Wir streben eine Erhöhung der Erwerbsbeteiligung vor allem von Älteren und Frauen an und ermutigen zu mehr Bildungs- und Weiterbildungsanstrengungen. Wir werden die Programme zur Eingliederung Älterer in den Arbeitsmarkt konsequent fortführen.
- Wir wollen den Beruf der Erzieherinnen und Erzieher attraktiver gestalten und einen Schwerpunkt auf Weiterbildung setzen. Der Ausbau der Betreuungs- und Bildungsangebote für Kinder wird neue Berufschancen eröffnen.
- Wir wollen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vor Bespitzelungen an ihrem Arbeitsplatz wirksam schützen. Soweit gesetzliche Regelungen notwendig sind, um den Schutz der Privatsphäre der Mitarbeiter zu gewährleisten, werden wir diese durchsetzen.
- Schwerpunkt der Grundsicherung für Arbeitsuchende muss das Bemühen um Qualifizierung und Vermittlung sein. Wir wollen in der Grundsicherung für Arbeitsuchende die Anreize zur Arbeit durch die Neuordnung der Hinzuverdienstregelungen sowie eine konsequente Missbrauchsbekämpfung verstärken. Die Grundsicherung für Arbeitsuchende soll den Prinzipien des Förderns und Forderns entsprechen.
- Wir halten an dem Prinzip fest, dass die Betreuung von Menschen, die langzeitarbeitslos sind, in enger Kooperation zwischen den Kommunen und der BA erfolgt. Die Leistungen sollen dabei aus einer Hand erfolgen. Dazu werden wir Organisationsstrukturen schaffen, die effizient und ideologiefrei die organisatorische Kompetenz der BA und die gerade bei der Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit wichtigen örtlichen Kenntnis der Kommunen verbinden. Dazu zählt auch unser Bekennnis zu Optionskommunen.
- Arbeit hat gerade für Menschen mit Behinderung einen besonderen Stellenwert. Wir wollen Menschen mit Behinderung mit fein gesteuerten Eingliederungszuschüssen unterstützen, auf dem ersten Arbeitsmarkt eine Beschäftigung zu finden. Alternative Beschäftigungsmöglichkeiten in Berufsbildungswerken und Berufsförderungswerken sind wichtige Eckpfeiler unserer Sozialpolitik.
- Deutschlands leistungsfähige öffentliche Verwaltung ist ein wichtiger Standortvorteil. Der Öffentliche Dienst ist dank seiner engagierten, am Gemeinwohl orientierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ein starkes Stück Deutschland. Wir stehen zum Berufsbeamtentum und wollen Tarifverträge für den Öffentlichen Dienst und Beamtenrecht im Gleichklang weiterentwickeln.

1.6 Verlässliche Versorgung im Alter sichern

CDU und CSU haben seit 2005 erfolgreich eine Politik verfolgt, durch die der Generationenvertrag auf eine solidere Basis gestellt und die gesetzliche Rentenversicherung finanziell konsolidiert wird. Eine zukunfts feste Altersvorsorge ruht auf den drei Säulen gesetzliche Rente sowie private und betriebliche Vorsorge. Die Altersvorsorge in Deutschland ist wieder verlässlich – nicht zuletzt dank der maßvollen Anhebung des Renteneintrittsalters. Das ist die Voraussetzung dafür, auch künftigen älteren Generationen den Lebensstandard sichern zu können. Die Ergänzung der gesetzlichen Rente durch private oder betriebliche Altersvorsorge und zusätzliche Einkommen bieten auch bei geringen Renten in fast allen Fällen einen auskömmlichen Lebensunterhalt. Die Anbindung der Rente an die Lohnentwicklung wirkt der Altersarmut entgegen.

■ Die gesetzliche Rentenversicherung ist das erfolgreichste Instrument zur Vermeidung von Armut im Alter. Wir sind stolz darauf, dass nur wenige Menschen auf ergänzende Sozialleistungen im Alter angewiesen sind. Deshalb halten wir auch in Zukunft am bewährten gegliederten System der Alterssicherung fest. Die Erweiterung der vom Zusammenwirken von Arbeitgebern und -nehmern geprägten gesetzlichen Rentenversiche-

rung zu einer Erwerbstätigenversicherung löst die Herausforderungen einer veränderten Arbeitswelt und der demografischen Entwicklung nicht.

- Wir verschließen die Augen nicht davor, dass durch veränderte wirtschaftliche und demografische Strukturen in Zukunft die Gefahr einer ansteigenden Altersarmut besteht. Wir werden diese Gefahr eindämmen und uns dafür stark machen, dass die Bürgerinnen und Bürger, die ein Leben lang Vollzeit beschäftigt waren, eine Rente oberhalb des Existenzminimums erhalten. Diese werden wir bedarfsabhängig ausgestalten und aus Steuermitteln finanzieren.
- Wir werden uns auch künftig für eine Rentenentwicklung einsetzen, die den Rentnerinnen und Rentnern eine verlässliche und gerechte Beteiligung an der allgemeinen Einkommensentwicklung gewährleistet, ohne der jüngeren Generation Chancen auf Entfaltung und Wohlstand zu nehmen.
- Wir werden bei der Weiterentwicklung der Altersvorsorge sicherstellen, dass bestehende Gerechtigkeitslücken in der Rente geschlossen werden. Wir wollen, dass die Kindererziehung noch besser in der Rente berücksichtigt wird.
- Die geförderte Vorsorge haben wir attraktiver und unbürokratischer gestaltet.

Eine Vielzahl von Menschen nutzt deshalb diesen Weg, um private Vorsorge zu betreiben. Wir möchten, dass künftig weitere Personengruppen die staatlich geförderte Altersvorsorge in Anspruch nehmen können. Wir werden die unterschiedlichen steuerlichen Förderungen der privaten Altersvorsorge vereinfachen und von Bürokratie befreien.

1.7 Zukunftsfähige Politik für Gesundheit und Pflege

CDU und CSU wollen, dass auch in Zukunft jeder in Deutschland – unabhängig von Einkommen, Alter, sozialer Herkunft oder gesundheitlichem Risiko – eine qualitativ hochwertige, wohnortnahe medizinische Versorgung erhält und alle am medizinischen Fortschritt teilhaben können. Im Mittelpunkt der Gesundheitspolitik von CDU und CSU stehen die Patienten und Versicherten. Gerade im Umgang mit Kranken, Älteren und Schwachen zeigt die Gesellschaft ihr soziales Gesicht und ihr Wertefundament.

Leistungsfähiges und modernes Gesundheitssystem

Aufgrund des medizinischen und medizinisch-technischen Fortschritts und des demografischen Wandels müssen Struktur, Organisation und Finanzierung sowohl der gesetzlichen als auch der privaten Krankenversicherung ständig weiterentwickelt

werden. Wir brauchen mehr Transparenz und Wettbewerb und weniger Bürokratie im Gesundheitswesen, damit die Qualität weiter steigt und die Mittel effizienter eingesetzt werden. Zum Erfolg des deutschen Gesundheitswesens haben entscheidend die Freien Berufe beigetragen. Sie gewährleisten eine patientennahe, humane und fachlich hochwertige medizinische Versorgung nicht nur in Ballungszentren, sondern auch in ländlichen Regionen und gewährleisten so Versorgungssicherheit. Regionalität statt Zentralismus hat sich in der Gesundheitspolitik bewährt. Die Freien Berufe müssen deshalb auch weiterhin eine der tragenden Säulen erstklassiger Patientenversorgung sein. Um dies zu gewährleisten, werden wir bürokratische Vorgaben und Dokumentationspflichten drastisch auf ein Maß reduzieren, das zur Abrechnung und Qualitätssicherung unabdingbar notwendig ist. Planbarkeit, Verlässlichkeit und Vertrauen müssen die zukünftige Finanzierung prägen. Im konstruktiven Dialog mit den im Gesundheitswesen Tätigen werden wir die erforderlichen Kurskorrekturen (beispielsweise beim ärztlichen Honorarsystem und beim Risikostrukturausgleich) festlegen, damit unser Gesundheitswesen zukunfts- und tragfähig bleibt.

■ Wir setzen auf eine Kultur des Vertrauens und des Verantwortungsbewusstseins im Gesundheitswesen. Wir wollen, dass die Beteiligten in einem selbstver-

walteten Gesundheitswesen als Partner handeln und lehnen eine Staatsmedizin ab. Vor allem der Selbstverwaltung der Ärzte ist daher die Möglichkeit zu geben, sich wieder als echte Interessenvertretung ihrer Mitglieder zu etablieren. Denn nur eine an der Basis der Ärzteschaft akzeptierte Selbstverwaltung kann ihre Funktion im Gesundheitswesen auch erfüllen.

■ Therapiefreiheit, freie Arzt- und Krankenhauswahl sowie freie Gesundheitsberufe gehören für uns zum Kern eines freiheitlichen Gesundheitswesens. Niedergelassene freiberuflich tätige Haus-, Fach- und Zahnärzte, Apotheker, selbstständige Gesundheitshandwerker und Heilmittelerbringer sind für uns auch in Zukunft Garanten für eine qualitativ hochwertige, patientennahe Versorgung. Diese Strukturen gilt es, neben dem Bereich der stationären Krankenhausversorgung, zu bewahren und geänderten gesellschaftlichen Verhältnissen anzupassen. Der Sicherung einer wohnortnahen Versorgung vor allem in ländlichen Regionen werden wir besondere Aufmerksamkeit widmen.

■ Medizinische Versorgungszentren sollen nur unter bestimmten Voraussetzungen zugelassen werden. Wesentlich ist dabei vor allem, dass diese nur von Ärzten und Krankenhäusern als Träger verantwortlich geführt werden. Eigentümer ge-

führte Apotheken und strikte Grenzen für den Arzneimittelversandhandel sind unverzichtbare Stützen für die Arzneimittelsicherheit. Wir schätzen die große Kompetenz und Leistung in den pflegerischen Gesundheitsberufen und wollen ihre Verantwortung für die Patientinnen und Patienten stärken.

■ Wir werden Eigenverantwortung, Vorsorge und Prävention weiter stärken, Effizienz- und Wirtschaftlichkeitspotenziale ausschöpfen sowie individuelle Wahlmöglichkeiten und Entscheidungsspielräume ausweiten. Wir wollen, dass Versicherte und Patienten bundesweit unkomplizierten Zugang zu unabhängiger Information und Beratung im Gesundheitswesen erhalten. Angesichts der Vielfalt der Angebote wollen wir über verlässliche und verständliche Kriterien zu Leistung, Qualität und Preis zu mehr Transparenz und besserer Orientierung – sowohl bei der Inanspruchnahme von Sachleistungen als auch bei Kostenerstattungstarifen beitragen. Wir werden auch die unabhängige Patientenberatung stärken und die Patientenrechte in einem eigenen Patientenschutzgesetz weiterentwickeln.

■ Wir wollen die Motivation und Leistungsbereitschaft in den Gesundheitsberufen stärken und attraktive Bedingungen auch in ländlichen Regionen sichern. Ziel ist es, eine leistungsgerechte, quali-

tätsorientierte und besonderen regionalen Rahmenbedingungen Rechnung tragende vertragsärztliche Vergütung zu gewährleisten, die die Besonderheiten der Leistungen der einzelnen Arztgruppen berücksichtigt und den Ärzten mit festen Euro-Preisen Planungssicherheit gibt. Es muss gewährleistet werden, dass die Ausgabensteigerungen sich im Rahmen der allgemeinen Kostenentwicklung im Gesundheitswesen bewegen.

- Wir werden die Voraussetzungen dafür schaffen, dass Kassen und Leistungserbringer mehr Möglichkeiten für passgenaue und einzelvertragliche Regelungen erhalten. So können auf die jeweiligen Versorgungserfordernisse in den Regionen individuell zugeschnittene Versorgungskonzepte entstehen, die den regionalen Besonderheiten ebenso Rechnung tragen, wie den aus unterschiedlichen Versichertenstrukturen der Kassen erwachsenden differenzierten Anforderungen an die Vertragsgestaltung. Unabdingbar ist für uns auch künftig eine kollektivvertragliche Regelung zur Sicherstellung der medizinischen Versorgung im ländlichen Raum. Besonderen Qualitätsanforderungen genügende hausarztzentrierte Versorgung hat für uns dabei eine hohe Priorität. Einen ebenso hohen Stellenwert hat für uns in Zukunft aber auch die Erhaltung eines breiten Spektrums an freiberuflichen niedergelassenen Fachärzten.

- Mit den Reformen im Bereich der Krankenhäuser haben wir die Grundlage für einen neuen ordnungspolitischen Rahmen geschaffen. Diesen Rahmen werden wir insbesondere im Hinblick auf die regionalen Besonderheiten weiterentwickeln. Die bestehende Krankenhausfinanzierung hat sich bewährt. Einen bundesweiten Einheitspreis lehnen wir ab. Das Recht der Länder, eigenständig zwischen der Förderung durch Investitionspauschalen und der Einzelförderung von Investitionen zu entscheiden, bleibt erhalten. Zur stärkeren Vernetzung der verschiedenen Fachdisziplinen und Sektoren wollen wir die integrierte Versorgung weiterentwickeln. Um Synergieeffekte zu erschließen, werden wir durch bessere Versorgungsmodelle die Sektorengrenzen durchlässiger machen. Insbesondere werden wir die palliativmedizinischen Versorgungsangebote weiter ausbauen und fördern.

- Unverzichtbare Anforderungen an die Arzneimittelversorgung sind für uns unabhängige Information, Beratung und Betreuung, Sicherheit und Verfügbarkeit sowie Innovation, Vielfalt und Wirtschaftlichkeit. Daher werden wir Auswüchse im Versandhandel eindämmen, den gesetzlichen Rahmen für Rabattverträge im Interesse der Wettbewerbs- und Verbraucherfreundlichkeit überarbeiten und die Vielzahl der zum Teil gegensätzlichen Instrumentarien zur Preisfindung

und -festsetzung auf ihre Wirksamkeit und Sinnhaftigkeit hin überprüfen.

■ CDU und CSU bekennen sich nachdrücklich zu einer Stärkung von Prävention und Gesundheitsförderung im deutschen Gesundheitswesen. Prävention ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, denn deren Ausbau verbessert nicht nur Gesundheit, Lebensqualität und Leistungsfähigkeit der Menschen, sondern kann auch die künftigen finanziellen Belastungen unserer Sozialsysteme mindern. Deshalb wollen wir die Prävention aufwerten ohne dabei eine neue Bürokratie zu schaffen. Prävention braucht keine zentralistische Steuerung sondern klare Regelungen der Zuständigkeiten und Finanzierung nach subsidiären Prinzipien. Vor allem auf kommunaler und regionaler Ebene wollen wir die Kooperation zwischen den gesellschaftlichen Akteuren verstärken, gemeinsame Ziele definieren, vorhandene Maßnahmen auf ihre Wirksamkeit und Effizienz hin prüfen sowie vorhandene Strukturen nutzen. Ein wichtiger Schritt zur Stärkung von Eigenverantwortung, Prävention und Gesundheitsförderung ist die Weiterentwicklung von Bonus-Modellen, Wahl- und Selbstbehalttarifen.

■ Unsere verantwortungsbewusste Drogenpolitik verbindet Prävention, Hilfe zum Ausstieg für Süchtige und eine Bekämpfung der Drogenkriminalität mit

allen rechtsstaatlichen Mitteln. Eine „Legalisierung“ angeblich „weicher Drogen“ lehnen wir ab.

■ Unser Ziel ist es, die Finanzierbarkeit der gesundheitlichen Versorgung zu sichern und die gesetzliche Krankenversicherung mittelfristig auch im Hinblick auf mehr Generationengerechtigkeit konsequent weiterzuentwickeln. Wir wollen für die Versicherten zusätzliche Belastungen in Grenzen halten und Entlastungsspielräume nutzen. Die Steuerfinanzierung versicherungsfremder Leistungen ist dabei ein wichtiges Element. Hohe Qualitätsstandards müssen auch in Zukunft in allen Versorgungsbereichen gewährleistet bleiben. Hinzukommen muss mehr Transparenz und echte Wahlfreiheit für Versicherte.

■ Wir bekennen uns zu leistungsfähigen privaten Krankenversicherungen, die zu einem freiheitlichen Gesundheitssystem in Zukunft als Voll- und Zusatzversicherung gehören. Wir wollen, dass die gesetzlichen Möglichkeiten der Zusammenarbeit von gesetzlicher und privater Krankenversicherung beim Angebot von Wahl- und Zusatzleistungen stärker als bisher genutzt und erweitert werden. Eine staatliche Einheitsversicherung lehnen wir ab.

■ Die Gesundheitswirtschaft ist eine der größten Wachstumsbranchen in

Deutschland. Der medizinisch-technische Fortschritt, der demografische Wandel und ein zunehmendes Gesundheitsbewusstsein sprechen dafür, dass diese Branche auch in Zukunft auf Wachstums- und Beschäftigungskurs bleiben wird. Die Gesundheitsforschung trägt dazu bei, mit Innovationen die Lebensqualität von Menschen aller Lebensalter zu erhöhen und gleichzeitig die Finanzierbarkeit des Gesundheitssystems zu sichern.

Pflegeversicherung

Die von CDU und CSU 1995 eingeführte Pflegeversicherung hat sich bewährt. In der vergangenen Legislaturperiode wurden zudem erstmals die Leistungen angehoben. Dadurch ist es gelungen, mehr Zuwendung für die Betroffenen, insbesondere für Demenzkranke, mehr Qualität und Transparenz und weniger Bürokratie durchzusetzen. Ziel ist es, ein hohes Niveau der Pflegeleistung sicherzustellen und einen steigenden Zuzahlungsbedarf zu Lasten der Pflegebedürftigen, ihrer Angehörigen und der Sozialhilfeträger zu verhindern. Wir verstehen Pflege als einen wichtigen Dienst am Mitmenschen. Wir wissen, dass dafür Zeit für die persönliche Ansprache und Zuwendung notwendig sind.

- Die Pflegeversicherung muss auch in Zukunft einen verlässlichen Beitrag zur Absicherung des Pflegerisikos leisten und eine hohe Qualität von Betreuung und Pflege bieten. Eine umfassende soziale

Absicherung ist unverzichtbar. Sie entbindet jedoch den Einzelnen nicht davon, seine Eigenverantwortung und Eigeninitiative zur Absicherung des Pflegerisikos und zur Gestaltung der Pflege wahrzunehmen.

- Wir wollen eine neue, differenziertere Definition der Pflegebedürftigkeit. Wir wollen mehr Leistungsgerechtigkeit in der Pflegeversicherung. Die Pflegebedürftigen sollen die sie betreffenden Entscheidungen soweit wie möglich selbst treffen können. Die daraus folgenden notwendigen Maßnahmen werden von uns am Beginn der Legislaturperiode in Angriff genommen.
- Die Arbeit der Kranken- und Altenpflege muss attraktiver werden und zur Professionalisierung der Pflege beitragen. Im Rahmen der Reform der Pflegeversicherung haben wir deshalb den Beruf der Kranken- und Altenpfleger gestärkt. Nun können mehr Leistungen eigenverantwortlich übernommen werden. Zukünftig können zum Teil auch ärztliche Tätigkeiten auf das Pflegepersonal übertragen werden.
- Wir achten die Leistung pflegender Angehöriger und wollen die Pflege in der Familie stärken. Wir wollen die Pflege- und Betreuungsqualität älterer Menschen und die Vereinbarkeit von beruflichen Tätigkeiten und privater Pflege

verbessern. Die Unternehmen sollen motiviert werden, sich an Programmen zur Vereinbarkeit von Pflege und Beruf zu beteiligen. Dazu sollen auch Kooperationen der Unternehmen mit Tagespflegeeinrichtungen angestoßen und organisiert werden. Wir wollen Pflegestützpunkte als Anlaufstellen für Angehörige qualifizieren. Wir werden die bereits bestehenden Netzwerke wie z. B. „Erfolgsfaktor Familie“, „Lokale Bündnisse“ und Mehrgenerationenhäuser für die Unternehmen nutzbar machen.

II. Chancen eröffnen – Chancengesellschaft verwirklichen

Auf der Grundlage unseres christlichen Menschenbildes ermöglichen wir jedem Mensch das Recht auf die freie Entfaltung seiner Person. Es bedeutet aber auch Verantwortung jedes einzelnen für sich und seine Mitmenschen. Unser Leitbild der Chancengesellschaft trägt dieser Balance von Entfaltung und Verantwortung, von Freiheit und Sicherheit Rechnung. Unser Ideal ist eine wertegebundene offene Gesellschaft gerechter Chancen. Der Konsens über ein gemeinsames Wertefundament ist unverzichtbar für ein friedliches Zusammenleben.

II.1 Miteinander solidarisch handeln

Für CDU und CSU ist der Zusammenhalt der Generationen eines der entscheidenden gesellschaftspolitischen Ziele. Die großen Herausforderungen zur Gestaltung einer guten Zukunft können wir nur gemeinsam meistern. Die gestiegene Lebenserwartung in unserem Land eröffnet neue Chancen für eine aktive Lebensphase der Älteren. Wir achten die Leistung der Generationen, die Deutschland nach Krieg und Diktatur neu aufgebaut haben. Sie haben in Deutschland Freiheit und Demokratie und einen für frühere Generationen unvor-

stellbaren Wohlstand geschaffen. Wir begrüßen die Vielfalt, in der Ältere ihr Leben heute gestalten. Dadurch werden letztlich neue Vorstellungen vom Alter als positivem Lebensabschnitt geprägt. Die Vorstellungen müssen fester Bestandteil unserer Gesellschaftspolitik werden.

Wir begrüßen die Bereitschaft der jungen Generation, sich den gewachsenen beruflichen Anforderungen in einer Wissensgesellschaft zu stellen und dabei Familie und Beruf miteinander in Einklang zu bringen. Wir unterstützen den Wunsch der jüngeren Generation, eine Familie zu gründen und Kinder großzuziehen. Bedingt durch den demografischen Wandel sieht sich die junge Generation verstärkt finanziellen Belastungen ausgesetzt. In der Arbeitswelt besteht der Trend weg von langfristigen Beschäftigungsmustern hin zu flexibleren Formen der Beschäftigung. Dadurch entsteht verstärkt Unsicherheit für die Jüngeren auf dem Arbeitsmarkt. Wir werden die veränderten Lebensläufe stärker berücksichtigen. Junge Menschen brauchen die Zuversicht, dass sie in der Familienphase nicht überfordert werden.

■ Wir lehnen jegliche Form der Altersdiskriminierung ab. Wir setzen uns für eine

vorurteilsfreie Prüfung bestehender Altersgrenzen, beispielsweise bei öffentlich bestellten Gutachtern, bei ehrenamtlichen Schöffen oder bei Professoren, ein. Wir fordern alle Verantwortlichen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft auf, faktische Altersgrenzen in den Köpfen und im Handeln einzureißen.

- Wir wollen generationenübergreifende Projekte ermöglichen und für sinnvolle Teilhabe-, Beschäftigungs- und Weiterbildungsmaßnahmen für die Älteren nach ihrer aktiven Berufstätigkeit sorgen. Kirchen, Bürgerstiftungen, Verbände und Wirtschaft können bei der Schaffung eines ehrenamtlichen Netzwerkes zur Familienunterstützung wichtige Arbeit leisten. Wir begrüßen und fördern auch die Initiative von Älteren, sich zu Netzwerken und Freiwilligenagenturen zusammenzuschließen, um ihre Lebens- und Berufserfahrung weiterzugeben. Mit den Freiwilligendiensten aller Generationen soll das flexible, für alle Altersgruppen geöffnete Dienstangebot Schritt für Schritt bundesweit flächendeckend umgesetzt und mit den Strukturen vor Ort vernetzt werden.
- Der Zusammenhalt der Generationen erwächst aus der Weitergabe von Lebenserfahrung, aus Toleranz und vor allem aus praktischer Hilfe der Generationen füreinander. Mehrgenerationenhäuser fördern das Miteinander und den Austausch der Generationen und schaffen ein nachbarschaftliches Netzwerk familiennaher Dienstleistungen.
- Wir wollen die lokale Kooperation von Alzheimergesellschaften ausbauen, um die Enttabuisierung des Themas Demenz zu erreichen und damit die betroffenen Familien in die Mitte der Gesellschaft zu holen.
- Wir wollen neue Wohn-, Pflege- und Betreuungsformen ausbauen und fördern. Für alle, ob Jung oder Alt, die nicht fit und beweglich sind, müssen wir die Lebensumwelt barrierefrei gestalten. Dies betrifft beispielsweise die Stadtplanung, den Zugang zu öffentlichen Gebäuden oder zu öffentlichen Verkehrsmitteln.
- Unsere nachhaltige Politik achtet die Rechte künftiger Generationen. Im Interesse der Zukunft unseres Landes brauchen wir selbstbewusste und solidarische junge Menschen, die für die Weiterentwicklung unserer Gesellschaft aufgeschlossen sind, und sich gesellschaftlich und politisch engagieren. Jugendpolitik für alle Jugendlichen in Deutschland ist gleichermaßen Familienpolitik, Bildungspolitik, Integrationspolitik und Sozialpolitik. Gerechte Chancen für alle Kinder und Jugendlichen in unserem Land sind die Grundlagen einer zukunftsorientierten Kinder- und Jugendpolitik. Keiner darf verloren gehen. Jeder hat eine faire Chance verdient.

- Wir werden die Förderung der verbandlichen und offenen Jugendarbeit fortsetzen. Die vielfältige Jugendarbeit in den Jugendverbänden, den Jugendringen der offenen Jugendarbeit, der kommunalen Jugendarbeit und in den Jugendbildungsstätten ist ein Erfolgsmodell.
- Wir geben keinen jungen Menschen verloren, nur weil er in der Schule oder Berufsausbildung schlecht gestartet ist. Alle Jugendlichen haben Stärken und Talente. Wir setzen mit einer Initiative JUGEND STÄRKEN auf flexible Netzwerke, Allianzen und eine Bündelung von Ressourcen. Kreative Lösungen gelingen nur durch die intelligente Zusammenarbeit von bestehenden Einrichtungen, Diensten und Angeboten vor Ort, insbesondere durch die Kooperation mit Trägern der Jugendsozialarbeit sowie durch Selbsthilfe der Betroffenen.
- Wir wollen die Medienkompetenz von Kindern und Jugendlichen stärken und auf einen pädagogisch sinnvollen Umgang mit den Neuen Medien hinwirken. Die Präventionsarbeit, um Abhängigkeiten gleich welcher Art zu vermeiden, soll intensiviert werden. Wir wollen ebenso die Entwicklung hochwertiger, kulturell und pädagogisch wertvoller Unterhaltungsmedien fördern und dazu den deutschen Computerspielpreis aufwerten.

Gleichberechtigung von Frauen und Männern

CDU und CSU wollen die Gleichberechtigung von Frau und Mann in allen Phasen ihres Lebenslaufs in einer partnerschaftlichen Gesellschaft verwirklichen. Frauen und Männer sollen sich in Freiheit und Verantwortung so entfalten können, wie es ihren Neigungen, Begabungen und Wünschen entspricht. Das ist unser Verständnis von Wahlfreiheit. Wir wollen immer noch bestehende Benachteiligungen von Frauen in Arbeitswelt, Politik und Gesellschaft beseitigen. Viele Familien leben heute von zwei Einkommen. Mittlerweile beziehen in jeder fünften Familie Frauen das Haupteinkommen.

- Wir halten den Grundsatz „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ für selbstverständlich und lehnen unterschiedliche Entgelte für Frauen und Männer bei gleicher Arbeit ab. Die Wirtschaft muss dieses Prinzip pragmatisch umsetzen. Ein Instrument hierfür sind freiwillige Lohntests nach Schweizer Vorbild, die Transparenz schaffen.
- Grundvoraussetzung für wachsende Entgeltgleichheit ist die Akzeptanz, dass Kindererziehung und die Pflege von Angehörigen ebenso Aufgabe von Männern wie Frauen ist. Darauf müssen Unternehmen ihre Arbeits- und Karrierestrukturen ausrichten. Tarifparteien müssen die Arbeitsbeschreibungen von typischen „Frauen- und Männerberufen“ in den Tarifverträ-

gen überprüfen. Darüber hinaus sind der Ausbau qualitativ hochwertiger Kinderbetreuung, Ganztagschulen, Tagesangebote für pflegebedürftige Angehörige und ambulante Dienste unverzichtbar.

- Wir werden einen umfassenden Bericht über Wiedereinsteigerprogramme für Berufsrückkehrer – vor allem Mütter und Väter nach einer Familienphase – ins Arbeitsleben vorlegen, gezielte Weiterbildungskonzepte entwickeln und anbieten und die Tarifpartner ermutigen, mit neuen flexiblen Arbeitszeitmodellen den Übergang ins Berufsleben zu erleichtern.
- Wir werden die Vereinbarung der Bundesregierung mit der Wirtschaft zur Förderung der Chancengleichheit, die nachdrücklich die Förderung von Frauen in Führungspositionen als Ziel formuliert, fortschreiben und auf ihre Einhaltung und Umsetzung dringen. Wir fordern von Unternehmen in Deutschland ein, eine höhere Repräsentanz von Frauen im Aufsichtsrat und auch im Vorstand zu gewährleisten.
- Wir wollen mehr Flexibilität zur Berücksichtigung familiärer und betrieblicher Erfordernisse. Deshalb werden wir – ohne Ausweitung des Gesamtanspruchs – den Anspruch der Eltern auf Freistellung bei Krankheit der Kinder um einen Anspruch der Großeltern bei Krankheit ihrer Enkel ergänzen.

- Wir wollen die Zugangsschwelle gewaltbetroffener Frauen zu Hilfsangeboten senken und ihnen durch die Einrichtung einer bundesweiten Notruftelefonnummer die Erstberatung anbieten. CDU und CSU messen der Arbeit der Frauenhäuser und anderer Unterstützungsangebote für von Gewalt betroffene Frauen und deren Kinder große Bedeutung bei.

II.2 Wahlfreiheit für Familien

CDU und CSU wollen eine familiengerechte und kinderfreundliche Gesellschaft in Deutschland. Wir werden es den Familien leichter machen, so zu leben, wie sie es selbst wollen. Jedes Kind ist willkommen. Wir wollen, dass sich mehr junge Menschen in Deutschland für Kinder entscheiden. Wir wollen Zuversicht und Optimismus stärken und objektive Hürden im Alltag senken – denn die Entscheidung für Kinder fällt leichter, wenn die Eltern Vertrauen in die Zukunft haben. Ein Leben mit Kindern macht Freude. Wir wollen, dass Familien mehr finanzielle Gerechtigkeit erfahren und Mütter, Väter und Kinder mehr Zeit füreinander finden. Wir vertrauen den Eltern, dass sie nur das Beste für die Kinder wollen und mit Liebe, Zuwendung und Zeit ihre Kinder ins Leben begleiten. Starke Familien sind der beste Kinderschutz. Deshalb wollen wir Familien unterstützen und ermutigen, die nötigen Fähigkeiten zu erwerben, um Kinder zu verantwortungsbereiten Menschen zu erziehen.

- Wir respektieren die Entscheidungen von Menschen, in vielfältigen Formen des Zusammenlebens ihren Lebensentwurf zu verwirklichen. Dies gilt für die Ehe und für nichteheliche Lebensgemeinschaften von Frauen und Männern ebenso, wie für gleichgeschlechtliche Partnerschaften. Eine vollständige rechtliche Gleichstellung solcher Lebensgemeinschaften mit der Ehe lehnen CDU und CSU ab.
- Kinder zu haben, darf nicht zu Benachteiligung führen. Gemeinsam mit der steuerlichen Besserstellung von Familien durch die Anhebung des Grundfreibetrags ist auch das Kindergeld anzuheben. Weil es Familien mit mehreren Kindern besonders schwer haben, wollen wir das Kindergeld für das dritte Kind und für jedes weitere Kind verbessern.
- Wir wollen das Elterngeld weiterentwickeln und Eltern sowie Betriebe durch die Einführung eines Teilelterngeldes unterstützen: Eltern können wählen, ob sie einen vollen oder einen halben Elterngeldmonat nutzen. Teilelterngeld kann dann bis zu 28 Monate bezogen werden. Die Eltern arbeiten reduziert, erhalten für das ausfallende Einkommen Teilelterngeld und können sich Zeit für ihr Neugeborenes nehmen. Die Unternehmen halten ihre Fachkräfte. Auch Allein-erziehende und Selbstständige profitieren ohne Abstriche.
- Wir wollen nicht, dass Eltern zu einem Lebensmodell gedrängt werden, das sie nicht wollen. Vielmehr sollen sie selbst entscheiden, wie sie ihre Kinder erziehen. Wir sorgen deshalb für mehr und bessere Betreuungsangebote. Für Kinder unter drei Jahren wird bis 2013 mit Unterstützung des Bundes durch Länder, Kommunen und freie Träger ein bedarfsgerechtes Angebot geschaffen. Danach gilt ein Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz ab dem ersten Lebensjahr. Wir werden die Zusage einlösen, dass Eltern ab 2013 ein Betreuungsgeld monatlich erhalten, wenn sie keinen Krippenplatz in Anspruch nehmen. Das Betreuungsgeld ist unbürokratisch auszugestalten. Wenn die Ausbauziele für die Kinderbetreuungseinrichtungen bereits vor 2013 erreicht werden, wollen wir auch das Betreuungsgeld vorzeitig einführen.
- Die frühe Kindheit ist eine Zeit der Prägung, die genutzt werden soll. Zugleich ist es aus Sicht der Kinder eine Zeit der Entwicklung und der spielerischen Entfaltung, die nicht mit Ansprüchen überfrachtet werden darf. Eltern müssen sich darauf verlassen können, dass Erzieherinnen und Erzieher, Tagesmütter und -väter dem gerecht werden. Wir wollen die Qualität in der Aus-, Fort- und Weiterbildung der pädagogischen Kräfte, in der pädagogischen Konzeption und auch in der Zusammenarbeit mit den Eltern fördern. Unser Ziel ist es, diese Inhalte

für Fachkräfte in der Kinderbetreuung gemeinsam mit Ländern und Kommunen praktisch und alltagstauglich zu machen. Wir wollen zwischen Bund, Ländern und den Tarifpartnern konkrete Schritte verabreden, um gut qualifizierte Erzieherinnen und Erzieher zu gewinnen und zu halten.

- Den Kindergartenbesuch wollen wir langfristig beitragsfrei ermöglichen. Voraussetzung ist eine solide und nachhaltige Finanzierung.
- Wir wollen die Bedingungen für den Kinderzuschlag weiter verbessern. Es darf nicht sein, dass erwerbstätige Eltern auf die Grundsicherung angewiesen sind, nur weil sie Kinder haben.
- Wir wollen die von den öffentlichen Händen für Familien und Kinder aufgewendeten Mittel pro Kind erhöhen. Sinkende Kinderzahlen sollen nicht zu Minderausgaben für Familienförderung, Kinderbetreuung oder Bildung führen. Wir wollen die Zuständigkeiten für einzelne Maßnahmen der Familienförderung besser aufeinander abstimmen. Familienleistungen sollen den Eltern möglichst aus einer Hand angeboten werden.
- Wir werden die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern. Gefragt sind familiengerechte Arbeitsplätze und nicht arbeitsplatzgerechte Familien.

Dazu gibt es viele Wege: Familienbedingte Teilzeit, abgestufte Teilzeit nach Erziehungsfreistellung, Kinder-Bonuszeit, Zeitkonten, Telearbeitsplätze, Familienphasen für Mütter und Väter für die Betreuung der Kinder, aber auch von Pflegebedürftigen. Die bisher dominierende starre Ausrichtung der Arbeitswelt auf Vollzeitstrukturen lässt zu wenig Raum, die berufliche Entwicklung mit einer Familienphase zu verbinden. Wir wollen Anreize geben, mit regelmäßigen und umfassenden Audit-Verfahren (selbst gewählte Prüfungsverfahren) die Entwicklung familienfreundlicher Arbeitsbedingungen voranzubringen. Dabei muss der Öffentliche Dienst beispielgebend vorangehen.

- CDU und CSU wollen den unterschiedlichen Lebensumständen und Lebensentwürfen von Alleinerziehenden ebenso gerecht werden wie jedem Kind. Alleinerziehende sind in der Mehrzahl nicht nur ebenso gut ausgebildet wie Eltern in einer Partnerschaft, sie wollen auf eigenen Beinen stehen und ihre Kinder fördern. Weil sie den Alltag mit ihren Kindern allein meistern müssen, brauchen sie Unterstützung.
- Eltern brauchen Solidarität. Die Verantwortung für die eigenen Kinder ist – bei aller Hilfe – letztlich unaufhebbar. Die Erfahrung von Liebe, Bindung, Verlässlichkeit und Rücksichtnahme vermittelt

wichtige soziale und gesellschaftliche Werte. Dabei wollen wir die Familien unterstützen. Wir werden dazu beitragen, Angebote der Familienbildung und der Erziehungs- und Familienberatung weiterzuentwickeln, besser zu vernetzen und breiter bekannt zu machen. Sie sollen allen Eltern und Großeltern offenstehen. Mütter- und Väter-Kind-Kuren müssen Kassenleistung bleiben.

- Der Rückhalt, den Menschen mit Behinderung in ihren Familien finden, verdient hohen Respekt. Wir erkennen insbesondere die hohe Erziehungs- und Fürsorgeleistung an, die Eltern behinderter Kinder erbringen. Wir wollen Angehörige von Behinderten von Bürokratie entlasten und den Behindertenpauschbetrag erhöhen.
- Zur notwendigen Solidarität mit den Eltern gehört auch, grundlegende Wertentscheidungen unmissverständlich deutlich zu machen, die für die Erziehung wichtig und unverzichtbar sind. Der Staat hat die Verpflichtung, durch geeignete gesetzgeberische Maßnahmen und einem konsequenten Vollzug dafür Sorge zu tragen, dass gewaltverherrlichende Computerspiele Kindern und Jugendlichen nicht zugänglich gemacht werden.
- Kinder haben ein eigenständiges Grundrecht auf Pflege und Erziehung, auf Förderung und auf Schutz vor Gefahren für ihre körperliche, geistige und seelische Entwicklung. Das hat das Bundesverfassungsgericht unmissverständlich klargestellt. In Fällen von Misshandlung oder Verwahrlosung muss den Kindern gezielt geholfen werden. Wir wollen für diese Kinder ein wirksames Netz früher Hilfen knüpfen. Gleichzeitig wollen wir die Kooperation zwischen Gesundheitswesen mit Geburtshilfe, Kinderärzten, Hebammen über die Kinder- und Jugendhilfe bis zu den Kindergärten, den Schulen, der Polizei und der Justiz darauf ausrichten.
- Wir werden die Dreifachstrategie gegen Kinderpornografie im Internet weiter vorantreiben: Täter verfolgen, auch solche, die sich außerhalb des Internets, in geschlossenen Foren oder auf anderen Wegen bewegen, Quellen im In- und im Ausland schließen und den Zugang zu den Seiten sperren, so wie dies seit vielen Jahren erfolgreich in vielen Ländern erfolgt. Deutschland wird einen engen Austausch im internationalen Netzwerk sicherstellen und die Opferforschung ausbauen. Wir werden die Präventionskette durch verbesserte Therapieangebote weiter knüpfen und den Aktionsplan zum Schutz von Kindern und Jugendlichen vor sexueller Gewalt und Ausbeutung fortschreiben.
- Wir wollen im Immissionsschutz- und Bauplanungsrecht gesetzlich klarstellen: „Kinderlärm“ darf kein Grund für Nachbar-

schaftsklagen gegen Kindergärten, Spielplätze und ähnliche Einrichtungen sein.

- Wir bekennen uns dazu, dass dem Menschen in allen Stufen seines Lebens – von der Verschmelzung der Samen- und Eizelle bis zu seinem Tod – ungeteilte Menschenwürde zukommt. Unser Ziel ist es, Schwangerschaftsabbrüche aus finanzieller Bedrängnis zu vermeiden und deshalb gerade junge Mütter zu unterstützen. Die Einführung der Großelternzeit war bereits ein erster Schritt dazu.
- Wir halten an den strengen Grundsätzen des deutschen Embryonenschutzgesetzes fest. Wir lehnen eine Legalisierung der aktiven Sterbehilfe ab. Nützlichkeitsabwägungen dürfen nicht über den Schutz allen menschlichen Lebens gestellt werden. Wir unterstützen nachdrücklich den Einsatz für ein Sterben in Würde, wie etwa in der Hospizbewegung.
- Wir wollen Müttern von neugeborenen Kindern helfen, die sich in einer verzweifelten Notlage befinden. Durch das Angebot einer „vertraulichen“ Geburt wollen wir drohende Kindstötungen oder -aussetzungen oder heimliche Entbindungen mit den damit einhergehenden Gefahren für Mutter und Kind verhindern.

II.3 Gerechte Chancen in der Bildungsrepublik

Bildung ist der Schlüssel für ein selbstbestimmtes, solidarisches und verantwortungsbewusstes Leben. Bildung ist die beste Vorsorge für die Zukunft. Das gilt für jede und jeden Einzelnen wie auch für unsere Gesellschaft insgesamt. Gut ausgebildete Menschen sind die Quellen der kulturellen Entwicklung, des sozialen Zusammenhalts wie auch des wirtschaftlichen Erfolgs unseres Landes. Bildung ist die entscheidende Investition in unsere Zukunft. Deshalb müssen wir die Bundesrepublik als Bildungsrepublik ausbauen. Das heißt, dass wir eines der weltweit besten Bildungssysteme haben wollen. Deshalb setzen wir die Ziele und Maßnahmen des Bildungsgipfels konsequent um. Wir wollen bis 2015 gesamtstaatlich zehn Prozent des Bruttoinlandsprodukts in Bildung und Forschung investieren. Bildung bleibt Ländersache, wie es im Grundgesetz geregelt ist. Gleichzeitig wachsen die länderübergreifende Verantwortung und die Notwendigkeit, in zentralen Handlungsfeldern nationale Ziele und abgestimmte Maßnahmen von Bund und Ländern zu verabreden: Bildung hat für CDU und CSU hohe Priorität.

- Gute Bildung für alle braucht Chancengerechtigkeit von Anfang an. Die deutsche Sprache ist der Schlüssel für Bildung und Ausbildung. Wir unterstützen die gezielte Sprachförderung vor der

Schule, verbindliche Sprachstands-Tests für alle Kinder im Alter ab vier Jahren und eine intensive Förderung bei erkannten Defiziten sowie unterrichts begleitende Sprachprogramme.

- Gute Bildung für alle braucht viele Wege, klare Ziele und hochwertige Angebote, die durch das gegliederte Schulsystem geschaffen werden. Zu jedem Abschluss gehört ein Anschluss. Jede Familie muss sich darauf verlassen können, dass ihre Kinder bestmöglich gefördert werden. Wir wollen für die Bildungseinrichtungen und Bildungsabschlüsse bundesweite Leistungsmaßstäbe entwickeln und durchsetzen. Wir brauchen einen transparenten und ehrlichen Leistungsvergleich zwischen den Schulen in Deutschland.
- Unser Bildungssystem ist ein starker Teil des europäischen Bildungsraums. Wir wollen Lernerfolge in Deutschland und international besser vergleichbar machen. Damit stärken wir unsere Bildungsabschlüsse, erhöhen die Durchlässigkeit und erleichtern die Mobilität. Oft sind Abschlüsse der deutschen dualen Berufsausbildung ausländischen Studienabschlüssen gleichwertig. Die erworbenen Qualifikationen müssen anerkannt werden, um international Transparenz herzustellen und Mobilität zu erleichtern. Die Achtung vor Demokratie und Rechtsstaat muss immer wieder neu geweckt werden. Politische Bildung ist daher unverzicht-

bar. Wir stützen die musisch-künstlerischen Fächer und Angebote der Schulen als wichtigen Beitrag zur Entfaltung selbstbewusster Persönlichkeiten.

- Der Auftrag von Schule und Lehrern geht über die Vermittlung von Wissen weit hinaus. Junge Menschen brauchen Werte und soziale Tugenden, um ihr Leben erfolgreich zu meistern. Hier ist vorrangig das Elternhaus in der Pflicht, doch auch den Schulen kommt hohe Bedeutung zu. CDU und CSU treten dafür ein, dass konfessioneller Religionsunterricht in allen Ländern zum Kanon der Pflichtfächer zählt. Neben dem evangelischen und katholischen Religionsunterricht soll bei Bedarf auch Unterricht in anderen Religionen in deutscher Sprache mit in Deutschland ausgebildeten Lehrern und unter staatlicher Schulaufsicht angeboten werden.
- Eine gute Ausbildung ist die beste Vorsorge gegen Arbeitslosigkeit. Unser duales Ausbildungssystem hat in Deutschland einen entscheidenden Beitrag zu einer der niedrigsten Arbeitslosenquoten unter Jugendlichen im europäischen Vergleich geleistet. Die berufliche Ausbildung in Schule und Betrieb bietet jungen Menschen Einstiegs- und Aufstiegsmöglichkeiten. Neue Ausbildungsplätze bleiben auch in schwierigen wirtschaftlichen Zeiten unser vorrangiges Ziel. Wir wollen den erfolgreichen Ausbildungspakt

mit der Wirtschaft über 2010 hinaus fortführen. Jeder junge Mensch muss die Chance auf einen Ausbildungsplatz erhalten. Das bewährte duale System wollen wir durch die kontinuierliche Fortentwicklung der Ausbildungsberufe an veränderte wirtschaftliche und technologische Anforderungen anpassen.

- Wir setzen auf Aufstieg durch Bildung und lebenslanges Lernen – unabhängig von finanzieller Lage und sozialer Herkunft. Arbeitnehmer müssen ihre berufliche Weiterqualifizierung verlässlich planen können. Lernzeitkonten wollen wir vor betrieblichen Insolvenzen schützen.
- Berufliche Aus- und Weiterbildung aus Deutschland wird im Ausland verstärkt nachgefragt. Ausbildung und Weiterbildung in Deutschland genießen weltweit einen hervorragenden Ruf. Wir wollen Deutschland zum Weltmeister im Export beruflicher Bildungsangebote machen und die Vermarktung gezielt fördern.
- Im Rahmen des föderalen Bildungssystems werden wir einen Schwerpunkt in den MINT-Fächern, also Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik, setzen. Wir werden gezielt dem unterdurchschnittlichen Anteil von Frauen in wissenschaftlichen Berufen entgegenwirken.
- Wir werden den Hochschulpakt konsequent umsetzen und damit unseren Bei-

trag zur Schaffung notwendiger zusätzlicher Studienplätze leisten. Dies gilt mit Blick auf unser Zukunftsprojekt Gesundheitswesen auch für die medizinischen Fakultäten. Mehr Autonomie für die Hochschulen soll Forschung und Lehre in Deutschland attraktiver machen. Wir wollen den Wettbewerb zwischen den Hochschulen fördern, auf geringere Studienabbrecherquoten hinwirken und die internationale Attraktivität der deutschen Hochschulen ausbauen. Die Reform der Studienstrukturen nach dem „Bologna-Prozess“ muss unvoreingenommen überprüft und darf nicht schematisch auf alle Studiengänge erstreckt werden. Wir wollen endlich das Hochschulrahmengesetz abschaffen.

II.4 Vorfahrt für Integration

Deutschland ist Integrationsland. Die Integration der Menschen mit Migrationshintergrund ist für Deutschland eine Schlüsselaufgabe. Die von uns durchgesetzte Begrenzung und Steuerung der Zuwanderung hat einen Konsens über Integration in Deutschland möglich gemacht. Wir können dabei auf eine lange Tradition erfolgreicher Integration zurückblicken. Die meisten Menschen, die aus anderen Ländern nach Deutschland gekommen sind, wünschen sich eine gute Integration und tragen erheblich zum Wohlstand unseres Landes bei.

Deutschland ist ein weltoffenes und tolerantes Land. Wir wollen, dass unser Zusammenleben von Respekt, gegenseitigem Vertrauen, Zusammengehörigkeitsgefühl und gemeinsamer Verantwortung geprägt ist. Unser Grundgesetz und unsere gemeinsamen Werte sind von jedem zu achten. Erfolgreiche Integration bedeutet für uns: Identifikation mit unserem Land, gleichberechtigte Teilhabe und Verantwortung. Sie kann nur mit der nötigen Anpassungsbereitschaft der Zuwanderer und der Aufnahmebereitschaft der Einheimischen gelingen; sie braucht das Zusammenwirken aller. Ein erfolgreicher Integrationsprozess enthält die Chance, kulturelle und soziale Vielfalt konstruktiv zu nutzen. Zugleich trägt er dazu bei, für die Erfordernisse der globalisierten Welt besser aufgestellt zu sein. Kulturellen und religiösen Konflikten wollen wir vorbeugen. Die beste Integration ist gesellschaftliche Teilhabe aller. Sie stärkt die innere Einheit und den Zusammenhalt unserer Gesellschaft.

■ Gute Deutschkenntnisse sind Grundvoraussetzung für Bildung und Ausbildung, für Integration in den Beruf, für Mitwirkung und sozialen Aufstieg. Die Integrationskurse haben sich zum wichtigsten Instrument der Sprachförderung entwickelt. Durch stärkeres Fördern und Fordern wollen wir die erfolgreiche Teilnahme weiter erhöhen. Bis 2010 sollen alle Kinder, die eingeschult werden, Deutsch sprechen können. Um ihrer Er-

ziehungsverantwortung jederzeit nachkommen zu können, sind Migranteneltern gefordert, Deutsch zu lernen. Sie tragen Verantwortung dafür, dass ihre Kinder Deutsch lernen sowie für deren kontinuierliche Förderung und Entwicklung. Der frühe Kontakt zu Kindern mit deutscher Muttersprache ist für den Spracherwerb von Migrantenkindern von großer Bedeutung.

■ Wir wollen die Integrationskraft von Kindergärten und Schulen verstärken. Eine frühe Förderung hilft insbesondere auch Zuwandererfamilien. Um dem Einzelnen und seinen Begabungen gerecht zu werden, brauchen Schulen mit vielen Schülerinnen und Schülern aus bildungsfernen Familien mehr Lehrerinnen und Lehrer, darunter auch solche mit Migrationserfahrung. Wir stehen zum bedarfsgerechten Ausbau von Ganztagsschulangeboten. Unser Ziel ist, die Zahl der Schulabbrecher bis 2012 zu halbieren und das Bildungsniveau der Migrantenkinder an das Bildungsniveau der einheimischen Kinder anzugleichen.

■ Die Mitarbeit in Vereinen bietet besondere Chancen zur Integration. Das wollen wir nutzen und fördern. Das Engagement vermittelt die positive Erfahrung der gesellschaftlichen Anerkennung.

■ Unter dem Motto „Muslime in Deutschland – Deutsche Muslime“ wurde im Jahr

2006 die Deutsche Islam Konferenz ins Leben gerufen. Sie ist die Plattform für einen dauerhaft angelegten Dialog zwischen Staat und Muslimen in unserem Land. Wir wollen diesen erfolgreichen Dialog fortsetzen, der auch die Differenzen zwischen den Partnern nicht ausklammert und bereits einen wertvollen Beitrag zum besseren gegenseitigen Verständnis geleistet hat.

- Wir wollen das neu entwickelte Instrument der Fortschrittsberichte zur Integration nach verbindlichen Maßstäben konsequent einsetzen und aus den Ergebnissen jeweils zügig die notwendigen Schlussfolgerungen ziehen. Der „Nationale Integrationsplan“ hat Schluss gemacht mit der als Liberalität missverstandenen Gleichgültigkeit gegenüber entstehenden Parallelgesellschaften und vermeidbaren Konflikten.
- Die EU-Mitgliedstaaten müssen auch künftig die Zuständigkeit behalten, über Zuwanderung in nationaler Verantwortung entscheiden zu können. Die Bestrebungen der EU, das Asylrecht EU-weit weitestgehend einheitlich zu regeln, würden zu einer Aufweichung des deutschen Asylkompromisses führen. Wir lehnen sie deshalb ab.
- Der Wille zur Einbürgerung ist das aktive Bekenntnis zu unserem Land und das Bekenntnis zu den Werten unseres Grundgesetzes. Die Annahme unserer

Staatsbürgerschaft ist – verbunden mit der Aufgabe der bisherigen Staatsangehörigkeit – ein starkes Zeichen der Zugehörigkeit zu unserem Land und zur wechselseitigen Verantwortung seiner Bürger. Sie bringt die vollen staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten. Sie kann Integration nicht ersetzen und ist kein Mittel, sondern stärkster Ausdruck einer erfolgreichen Integration.

- Ein generelles kommunales Wahlrecht für Ausländer lehnen wir ab, denn es eröffnet keine volle Partizipation als Bürgerin oder Bürger. Stattdessen werben wir dafür, dass Ausländer, die schon über Jahre in Deutschland leben, arbeiten und gut integriert sind, die Möglichkeit nutzen, unsere Staatsbürgerschaft anzunehmen. Eine Voraussetzung für die Einbürgerung sind ausreichende deutsche Sprachkenntnisse. Mit CDU und CSU wird es keine Aufweichung der im Jahr 2007 gesetzlich verankerten Sprachanforderungen geben.
- In den nächsten zehn Jahren werden rund 300 000 junge Erwachsene entscheiden, ob sie die deutsche Staatsangehörigkeit oder die Staatsangehörigkeit ihrer Eltern behalten. Wir wollen sie dafür gewinnen, ihre deutsche Staatsangehörigkeit zu behalten und Ja zu sagen zu unserem Land. Eine generelle Hinnahme doppelter Staatsbürgerschaften lehnen wir dabei ab. Um festzustellen,

ob sich das Optionsmodell bewährt, wollen wir Erfahrungen in der praktischen Anwendung des Optionsrechts sammeln und auswerten. Soweit rechtliche und praktische Schwierigkeiten bei der Umsetzung dieses Modells erkennbar werden, wollen wir diese beheben.

- Bislang ist Deutschland viel zu wenig Zielland für die besten Köpfe der Welt. Wir wollen daher die Attraktivität Deutschlands für Hochqualifizierte aus Deutschland und der Welt steigern. Unzureichend genutzte Potenziale der nach Deutschland Zugewanderten und der Aussiedler wollen wir besser ausschöpfen. Wir wollen die Anerkennung der im Ausland erworbenen beruflichen Qualifikationen verbessern und dafür eine zentrale Anlaufstelle einrichten. Gleichzeitig setzen wir alles daran, das heimische Potenzial an Qualifikationen und Fachkräften zu nutzen.
- Wir wollen die Teilnahme von zugewanderten Frauen und Mädchen aus allen Kulturkreisen am öffentlichen und gesellschaftlichen Leben fördern. Dafür brauchen wir eine Bildungs- und Ausbildungsoffensive für Migrantinnen. Auch auf die Aufklärung über Menschenrechte, Bürgerrechte und Sozialrechte und auf die Sensibilisierung für die Gleichberechtigung von Frauen und Männern muss großes Augenmerk gelegt werden. Frauen mit Migrationshintergrund spielen für die Integration von Zuwandererfamilien eine zentrale Rolle. Daher stehen wir Frauen im Integrationsprozess zur Seite und stärken Zuwanderinnen, die sich in einer Notsituation befinden. Mädchen und junge Frauen müssen an allen Angeboten des schulischen Lebens teilnehmen können. Wir wollen ihre Bildungsmöglichkeiten verbessern, damit sie gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben unseres Landes teilhaben können.
- Wir wollen die Erwerbsquote der Frauen mit Migrationshintergrund erhöhen. Sprachangebote wurden bereits in den Integrationskursen speziell für Frauen zugeschnitten und durch eine Kinderbetreuung zugänglicher gemacht. Die fast 600 000 Migrantenunternehmerinnen und -unternehmer leisten heute einen großen Beitrag für die deutsche Volkswirtschaft. Sie haben eine Vorbildfunktion. Durch gezielte Beratung und Qualifizierung wollen wir bestehende Migrantenunternehmen stärken und neue Existenzgründer gewinnen.
- Zwangsverheiratung ist eine Verletzung unseres freiheitlich-demokratischen Werteverständnisses und eine eklatante Menschenrechtsverletzung. Im Kampf gegen Zwangsehen werden wir einen eigenständigen Straftatbestand für Zwangsheirat einführen. Die sexuelle Ausbeutung von Opfern von Menschen-

handel und Zwangsprostitution muss unter Strafe gestellt werden.

II.5 Kulturnation: Identität pflegen – Kreativität entfalten

Deutschland ist eine europäische Kulturnation. Das reiche kulturelle Erbe, das aus der Vielfalt der Länder und Regionen in Deutschland resultiert, prägt unsere nationale Identität. Unsere Gesellschaft ist heute mehr denn je darauf angewiesen, Kreativität zu entfalten, um Wohlstand zu sichern. Wir müssen Menschen die Freiheit und die Sicherheit geben, sich durch ihre künstlerische Gestaltungskraft eine auch wirtschaftlich erfolgreiche Existenz zu schaffen und andere kulturell zu bereichern. Wir bekennen uns zur Freiheit der Kunst. Staat und Politik sind nicht für die Kunst, ihre Ausdrucksformen oder Inhalte zuständig, wohl aber für die Bedingungen, unter denen Kunst und Kultur gedeihen können.

Freie und starke Medien sind ein wesentliches Element unserer freiheitlichen Ordnung. Die Digitalisierung und das Internet stellen Kultur und Medien vor grundlegende Herausforderungen. Wir wollen diesen Innovationsschub in Deutschland unterstützen. Er muss so gestaltet werden, dass neben der Vielfalt und der Qualität der Medien auch das Bewusstsein für den Wert kultureller Leistungen gestärkt wird. Eine unmittelbare oder mittelbare finan-

zielle Beteiligung politischer Parteien an nicht klar in ihrem parteipolitischen Auftrag erkennbaren Medien und Medienunternehmen lehnen wir ab.

- Wir haben die Ausgaben des Bundes für die Kultur in den vergangenen Jahren deutlich erhöht. Dazu stehen wir auch in der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise. Kulturförderung ist keine Subvention, sondern eine unverzichtbare Investition in die Zukunft unserer Gesellschaft.
- Die Kultur- und Kreativwirtschaft sind wichtige Standortfaktoren unseres Landes mit hohem Wachstumspotenzial. Die Stärkung kreativer Potenziale besitzt herausragende Bedeutung für die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands. Wir werden die Initiative Kultur- und Kreativwirtschaft fortführen und weiter ausbauen.
- CDU und CSU haben Änderungen beim Arbeitslosengeld I zur besseren sozialen Absicherung von Kulturschaffenden durchgesetzt, die bisher auf drei Jahre befristet sind. Wir werden sie, wenn sie sich bewähren, entfristen und die Notwendigkeit weiterer Verbesserungen auch für die Kulturbranche prüfen. Die Künstlersozialversicherung ist eine wichtige kulturpolitische Errungenschaft von CDU und CSU und wird fortgeführt. Wir werden bürokratische Erleichterungen im Bereich der Abgabenerhebung prüfen.

- Der Deutsche Filmförderfonds hat unser Land als Filmstandort international gestärkt. Wir stehen zur Fortführung dieser erfolgreichen und transparenten Förderung des deutschen Films über das Jahr 2012 hinaus. Wir werden sie den neuen Herausforderungen auf dem internationalen Filmmarkt verlässlich anpassen. Neue digitale Techniken tragen zu Innovationen und einem deutlichen Wachstum in der Zukunft bei. Wir wollen das Kino als Kulturgut attraktiv erhalten.
- Das Markenkennzeichen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks muss die Qualität sein. Auch der private Rundfunk hat eine gesellschaftliche Verantwortung und darf auf Qualität im Programm nicht verzichten. Die Rundfunkanstalten werden aufgefordert, Qualitätskriterien für ihre Programme unter Einbeziehung der Gremien transparent zu entwickeln und die Einhaltung der Kriterien in der Umsetzung zu überprüfen.
- Es ist eine gemeinsame Aufgabe von Politik und Verlagen, verstärkt das Bewusstsein für den Wert und die Relevanz von Zeitungen und Zeitschriften in der Gesellschaft als Kulturgut zu verankern. Im Online-Bereich dürfen die Verlage nicht schlechter gestellt werden als andere sogenannte Werkvermittler. Falls erforderlich werden wir ein eigenes Leistungsschutzrecht für Verlage zum Schutz der Presseprodukte im Internet schaffen.
- Wir wollen, dass die nationale Identität und die kulturelle Vielfalt in Europa stärker berücksichtigt werden. Kultur- und Medienpolitik auf europäischer Ebene muss von unten nach oben wachsen. Wir streben eine noch engere Zusammenarbeit von Bund und Ländern in der europäischen Medienpolitik an, um deutsche Positionen erfolgreich vertreten zu können.
- Dem zunehmenden Wert des geistigen Eigentums für die Kreativen muss durch die Sicherung der Rechtsstellung der Urheber im digitalen Zeitalter durch das Urheberrecht Rechnung getragen werden. CDU und CSU setzen sich für einen fairen Ausgleich der Interessen von Künstlern, der Kultur- und Kreativwirtschaft, dem Verbraucher- und Datenschutz sowie der Technologieanbieter ein.
- Wir setzen uns dafür ein, national wertvolles Kulturerbe besser zu sichern und leichter zugänglich zu machen. Unser kulturelles Erbe ist ein Schatz, den wir hüten und weitertragen wollen. Dazu gehört auch die Bewahrung unseres Filmerbes.
- Wir werden mit einer engagierten auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik einen wichtigen Beitrag zur Pflege internationaler Zusammenarbeit leisten, die Kenntnis der deutschen Sprache fördern und ihre Stellung in der Welt stärken.

Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik erschließt uns andere Länder und Kulturkreise. Sie soll ein umfassendes, historisch und kulturell breit fundiertes Bild von Deutschland zeigen. Wir werden die Zusammenarbeit mit den Mittlern der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik – den Goethe-Instituten, der Deutschen Welle, der Humboldt-Stiftung, dem Deutschen Akademischen Austauschdienst, den Auslandsschulen, dem Deutschen Archäologischen Institut und vielen mehr – verlässlich fortführen.

II.6 Zur aktiven Bürgergesellschaft ermutigen

CDU und CSU wollen, dass die Gesellschaft in Deutschland ein menschliches Gesicht zeigt und behält. Das ehrenamtliche Engagement und der bürgerschaftliche Einsatz vieler Frauen und Männer bereichern unsere Gesellschaft. Freiheit und Verantwortungsbereitschaft gehören zusammen. Wir wollen eine neue Partnerschaft von Bürgern und staatlichen Institutionen nach dem Konzept der „aktiven Bürgergesellschaft“. Wir wollen Eigeninitiative und Selbstorganisation der gesellschaftlichen Gruppen stärken und so eine neue Balance zwischen Eigen- und Gemeinwohl herbeiführen. Wir wollen ehrenamtliches Engagement erleichtern, die Bürgerinnen und Bürger zu ehrenamtlichem Engagement ermutigen und den ehrenamtlich Tätigen den

Rücken stärken. Mit dem Zukunftsprojekt „Ehrenamt“ werden wir dafür exemplarische Beispiele unterstützen.

■ Wir messen den christlichen Kirchen eine große Bedeutung für das geistige Klima und das menschliche Miteinander in Deutschland zu. Religionsgemeinschaften vermitteln Werte, die einen positiven Einfluss auf unsere Gesellschaft ausüben. Mit ihrem Engagement sind sie Teil unseres Landes. Wir achten religiöse Bekenntnisse. Sie stiften für viele Menschen den Sinn ihres Lebens und tragen so zur Wertorientierung bei.

■ Wir wissen: Die Präsenz der christlichen Kirchen und der vielfältigen mit ihnen verbundenen Organisationen im öffentlichen Raum leistet einen unverzichtbaren Beitrag, die in der christlich-abendländischen Tradition wurzelnden Wertegrundlagen unseres Gemeinwesens zu festigen und an kommende Generationen weiterzugeben. Kirchen und Religionsgemeinschaften leisten mit vielfältigen Verbänden vor allem auf dem Feld der sozialen Dienste, in der Pflege, im Gesundheitswesen und im Bildungsbereich eine hervorragende Arbeit. Am besonderen Verhältnis von Staat und Kirchen im Grundgesetz, wozu die Kirchensteuer gehört, halten wir deshalb fest. Ausdruck der bewährten Partnerschaft sind auch die Seelsorge an den Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr und

die theologischen Fakultäten an deutschen Universitäten.

- Der hohe Anteil der ehrenamtlichen Kräfte bei Feuerwehr, Rettungsdiensten, Hilfsorganisationen und Technischem Hilfswerk stellt ein außergewöhnlich hohes Maß bürgerschaftlicher Mitwirkung dar. Er sichert ein flexibles System effizienter Gefahrenabwehr und Hilfeleistung, das zudem für den Bürger außerordentlich günstig ist. Diejenigen, die sich aufopfernd und unentgeltlich rund um die Uhr für die Sicherheit ihrer Mitmenschen einsetzen, müssen deshalb dauerhaft unterstützt werden. Sie sind Vorbilder in unserer Gesellschaft. Schon jetzt engagieren sich Frauen und Menschen mit Migrationshintergrund bei Feuerwehr und Hilfsorganisationen; mit Blick auf eine immer älter werdende Gesellschaft werden sie mehr denn je gebraucht. Wir wollen daher alles dafür tun, diese Dienste attraktiv zu gestalten und die Angehörigen dieser Dienste dauerhaft zu unterstützen. Wir treten deshalb dafür ein, die Investition in Ausstattung, Aus- und Fortbildung der Angehörigen der Feuerwehren, Hilfsorganisationen und Rettungsdienste deutlich auszubauen.
- Wir werden Nachteile für die Feuerwehren, die Rettungsdienste, die technischen Hilfsdienste und den Katastrophenschutz durch die Umstellung auf die Fahrzeugklassen des EU-Führerscheins so schnell wie möglich beseitigen.
- CDU und CSU unterstützen das große Engagement und den fruchtbaren Wettbewerb der Ideen und Initiativen in der Hilfe für Mitmenschen in unserem Land. Die Arbeit der Wohlfahrtsverbände und privaten Organisationen sowie der vielfältigen Selbsthilfegruppen sind für eine menschliche Gesellschaft unverzichtbar.
- Wir wissen, dass neben der staatlichen Verantwortung bürgerschaftliches Engagement für ein kulturelles Leben unersetzlich ist, an dem alle teilhaben können. Wir wollen den vielfältigen ehrenamtlichen Einsatz für kulturelle Angebote und Entfaltungsmöglichkeiten – von der Musik bis zum darstellenden Spiel, von der Suche nach neuen Ausdrucksformen bis zur Brauchtumspflege – nachdrücklich unterstützen.
- Der Bürger ist durch das Spenden von Zeit und Geld einer der wichtigsten Kulturförderer in Deutschland. Wir haben die Rahmenbedingungen für private Kulturförderung durch Stiftungen, Mäzenatentum und Sponsoring weiter verbessert und damit das Ehrenamt gestärkt. Bürokratische Hürden sollen weiter abgebaut werden. Die Empfehlungen der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ des 15. und 16. Deutschen Bundestages sollten hierbei herangezogen werden.

- Wir werden für mehr Anerkennung für das Ehrenamt sorgen und ehrenamtlich Engagierte von Bürokratie entlasten. Wir dringen auf die Anerkennung von ehrenamtlicher Arbeit und geleisteten Freiwilligen-Jahren in den Berufsbiografien. Wir wollen die Einrichtung von Ehrenamtsbörsen und Freiwilligenagenturen anstoßen und fördern. Wir wollen die Ehrenamtskarte als ein zentrales Element der Ehrenamtskultur weiterentwickeln.
- Dienstleistungen zur organisatorischen Unterstützung von Jugendfreiwilligendiensten, die für einzelne Vereine in deren Dachverbänden erbracht werden, sind bisher umsatzsteuerpflichtig. Das werden wir ändern und Ungleichbehandlungen der Sportvereine im Kinder- und Jugendhilferecht beseitigen. Für ehrenamtlich geführte Vereine mit gelegentlichem Schankbetrieb sollen Form- und Meldevorschriften im Steuerrecht vereinfacht werden.
- Sportler sind Botschafter Deutschlands in der Welt. Der Sport eint, bildet, aktiviert, begeistert und integriert. Sport trägt zur Ausbildung humaner Werte wie Fairness, Gemeinsinn, Leistung, Wettbewerb, Verantwortung, Erkennen eigener Grenzen und Achtung anderer bei.
- Jeder dritte Deutsche gehört einem Sportverein an. Die Vereine sind die Basis des deutschen Sports. Die verlässliche Förderung der Vereine und der dort Ehrenamtlichen sind wesentliche Ziele unserer Sportpolitik. Sport, Bewegung und Ernährung leisten einen wichtigen Beitrag zur Erhaltung der Gesundheit. Vorschulischer Bewegungserziehung und Schulsport kommt eine besondere Bedeutung zu, ebenso dem Seniorensport.
- Wir bekennen uns zum Leistungsprinzip im Sport und zu einem humanen Spitzensport, der eine wichtige Vorbildfunktion hat. Spitzensport übt eine wichtige Vorbildfunktion für den Breitensport aus. Wir werden die bewährte Sportförderung bei der Bundeswehr, der Bundespolizei und im Zoll fortführen.
- Sportverbände müssen Doping konsequent bekämpfen. Wir werden dies tatkräftig unterstützen. Wir werden prüfen, ob die neu eingeführte Strafbarkeit des Besitzes von Dopingmitteln in nicht geringen Mengen für eine effektive Dopingbekämpfung ausreichend ist.
- Wir setzen uns für neue Konzepte der gezielten und systematischen Förderung des sportlichen Nachwuchses ein. Sportliche, schulische und berufliche Bildung müssen aufeinander abgestimmt und koordiniert werden. Intakte Sportstätten und eine vielfältige Sportinfrastruktur sind unabdingbare Voraussetzungen für ein reges Sporttreiben in Breite und Spitze. Die Sportstättenförderung des

Bundes werden wir fortsetzen. Wir werden das Immissionsschutzrecht nach dem Grundsatz umgestalten, dass für Sportplätze und ähnliche Gemeinschaftseinrichtungen keine strengeren Grenzwerte als für Straßen gelten sollen.

- Das bürgerschaftliche Engagement mit und von Zuwanderern zur Gestaltung des Zusammenlebens wirkt identitätsstiftend. Es vermittelt die positive Erfahrung gesellschaftlicher Anerkennung. Wir wollen es daher besonders fördern. Gerade der Sport ist dabei ein wichtiger Vorreiter. Er vermag es, Menschen über die Grenzen der Sprachen, Kulturen und Religionen hinweg zusammenzubringen und dabei Werte und Normen zu vermitteln. Gemeinsam mit dem organisierten Sport sind Fortschritte etwa bei der Ausbildung von Übungsleitern und der Gewinnung ehrenamtlicher Helfer erzielt worden. Über den Sport wollen wir weitere Verbesserungen bei der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland erreichen.
- Wir setzen die Förderung des Behindertensports fort. Die Möglichkeiten und Anreize für Menschen mit Behinderung, Sport treiben zu können, müssen erweitert werden. Der barrierefreie Zugang zu Sportstätten muss gewährleistet sein.
- Unser Grundsatz in der Politik für Menschen mit Behinderungen ist die Beteiligung der Betroffenen als Experten in eigener Sache bei allen Entscheidungen. Ziel ist, alle Lebensbereiche für Menschen mit und ohne Behinderungen zu gestalten. Voraussetzung hierfür ist Barrierefreiheit in allen Bereichen von Schule über Ausbildung bis zum Beruf sowie von Verkehr über Medien und Kommunikationstechnik bis hin zum Städtebau. Politische Entscheidungen, die Menschen mit Behinderungen direkt oder indirekt betreffen, müssen sich an den Inhalten der UN-Konvention über die Rechte der Menschen mit Behinderungen messen lassen.
- CDU und CSU wollen die sogenannten „Gemeinsamen Servicestellen“ so stärken, dass sie die im Gesetz vorgesehene qualifizierte, unabhängige Beratung und Koordinierung tatsächlich leisten. Damit erreichen wir, dass Menschen mit Behinderung ein möglichst selbstbestimmtes Leben führen können. Wir wollen das auch mit Eingliederungszuschüssen und durch Berufsbildungswerke und Berufsförderwerke fair unterstützen.

III. Deutschland lebenswert erhalten

CDU und CSU wissen um den besonderen Wert von Heimat. Gerade in Zeiten wachsender Globalisierung und einer zunehmenden Entwurzelung brauchen die Menschen Halt und Orientierung. Die eigene Herkunft, das gewohnte Umfeld – all das sind mehr als nur äußere Umstände. Heimat ist für uns nicht nur ein Ort. Heimat bedeutet für uns Lebensgefühl, Kultur und das Bekenntnis zu seinen Wurzeln. Wir wollen, dass Deutschland unsere lebens- und liebenswerte Heimat bleibt. Schließlich ist gerade dies ein Urmotiv des bürgerlich-konservativen Handelns in der Politik: die Liebe zur Heimat.

Mit der Bereitschaft unsere Pflichten zu erfüllen, Verantwortung zu übernehmen und Solidarität zu üben, wollen wir unserem Land dienen. Die überwältigende Mehrheit der Menschen in Deutschland identifiziert sich mit unserem Land, mit seiner Sprache und Kultur und den Werten des Grundgesetzes. Demokratie und Rechtsstaat, die Soziale Marktwirtschaft, Innovationskraft und Soziale Sicherheit, Weltoffenheit und ehrliches Interesse für andere Länder und Kulturen, Hilfsbereitschaft in Notlagen überall in der Welt – das alles und vieles mehr ist Grund, stolz auf Deutschland zu sein. Die Identifikation mit dem eigenen Land stärkt Mut und Zuversicht.

III.1 Aus Verantwortung vor der Geschichte und unseren Werten handeln

In diesem Jahr feiern wir 60 Jahre Gründung der Bundesrepublik Deutschland und 20 Jahre friedliche Revolution in der ehemaligen DDR. Das 1949 verabschiedete Grundgesetz hat die Grundlage für die weitere demokratische und rechtsstaatliche Entwicklung Deutschlands in Frieden, Freiheit und Wohlstand gelegt. Mit der friedlichen Revolution von 1989 schufen die Bürger der ehemaligen DDR aus eigener Kraft und im Vertrauen auf Freiheit, Demokratie und Soziale Marktwirtschaft die Voraussetzungen für die historische Chance zur Überwindung der Teilung unseres Landes. Diese historischen Erfahrungen und Werte sind die Grundlage für den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft und tragen die Leitkultur in Deutschland. Unsere Kultur ist in Geschichte, Gegenwart und Zukunft europäisch geprägt und orientiert. Diese europäische Dimension wird im Zuge der fortschreitenden Einigung Europas weiter an Bedeutung gewinnen.

Alle wichtigen historischen Weichenstellungen auf dem Weg zu einem in Frieden und Freiheit vereinten Deutschland – die Westbindung, die Soziale Marktwirtschaft,

die europäische Einigung – wurden von CDU und CSU durchgesetzt. Die Kraft dazu hatten und haben wir, weil unsere Politik auf einer festen Basis von Werten gründet: Das christliche Menschenbild ist und bleibt für CDU und CSU der Orientierungspunkt. Der Mensch ist für uns nicht das Maß aller Dinge, denn wir wissen um seine Fehlerhaftigkeit und seine Verantwortung vor Gott. Zugleich steht der Mensch, zu dessen unantastbarer Würde wir uns bekennen, im Mittelpunkt unserer Politik. Aus diesen Quellen schöpfen wir die Zuversicht, Deutschland gestärkt aus der schwierigen Lage zu führen, in die unser Land durch die internationale Wirtschafts- und Finanzmarktkrise geraten ist.

- Wir erinnern an den Nationalsozialismus und seine grauenhaften Verbrechen, die millionenfach Tod und Leid über die Welt gebracht und vor allem mit der Ermordung von sechs Millionen Juden in Europa eine unauslöschliche Mahnung hinterlassen haben. Diese Erinnerung nicht in Vergessenheit geraten zu lassen ist um so wichtiger, als bald keine Zeitzeugen mehr von ihren Schicksalen berichten können.
- Verantwortung gebietet Gedenken. Wir führen die bewährte Gedenkstättenförderung des Bundes nach der Konzeption „Verantwortung wahrnehmen, Aufarbeitung verstärken, Gedenken vertiefen“ verlässlich fort.

■ Die Geschichte der deutschen Teilung und der SED-Diktatur müssen zentraler Inhalt des Schulunterrichts in ganz Deutschland werden. Dabei sind verstärkt Zeitzeugen zu Gesprächen einzuladen, die den Unterdrückungsapparat der DDR verdeutlichen können. Wir wollen, dass allen Schülerinnen und Schülern einmal die Teilnahme einer Klassenfahrt nach Berlin angeboten werden kann. Berlin macht die Schatten- und Lichtseiten der deutschen Geschichte erlebbar und erfahrbar. Museen in den ehemaligen Stasi-Gefängnissen sollen das Gedenken an die Opfer wach halten.

■ CDU und CSU unterstützen die zügige Umsetzung des Bundestagsbeschlusses zum Bau des Humboldt-Forums am historischen Ort und in der äußeren Gestalt des Berliner Stadtschlosses.

■ Die Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ hat die Aufgabe, in Berlin das Schicksal der deutschen Heimatvertriebenen zu dokumentieren, der Wahrheit zu dienen, Brücken zu bauen und die Völkerverständigung zu fördern. CDU und CSU halten daran fest, dass die Verbände der deutschen Heimatvertriebenen über ihre Vertretung im Rat der Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ selbst entscheiden können.

■ Für uns steht fest: Das kulturelle Erbe der deutschen Vertriebenen ist fester

Bestandteil der deutschen Kulturnation und Teil der deutschen und europäischen Identität. Wir werden dies unter Einbeziehung der Vertriebenen und ihrer Verbände verlässlich weiter fördern, wie zum Beispiel durch die Einrichtung eines Sudetendeutschen Museums in München. Wir werden bei der personenstands- und melderechtlichen Erfassung der Geburtsorte von Vertriebenen die völkerrechtliche Position Deutschlands wahren. Das Recht auf die Heimat gilt. Vertreibungen jeder Art müssen international geächtet und verletzte Rechte anerkannt werden.

- CDU und CSU bekennen sich zur Geschichte aller Deutschen. Wir sehen eine besondere Verantwortung für die Aussiedler, die lange und hart unter den Folgen des Zweiten Weltkrieges und des Stalinismus gelitten haben. Wir treten für das im Grundgesetz garantierte Recht zur Aussiedlung nach Deutschland ein. Wir halten an der gesetzlichen Vermutung des allgemeinen Kriegsfolgeschicksals für die Deutschen aus der ehemaligen Sowjetunion fest. Wir setzen uns dafür ein, dass deutschen Minderheiten in den Ländern, in denen sie leben, eine Perspektive zum Bleiben geboten wird. Alle Deutschen sollen selbst entscheiden können, ob sie in Deutschland leben oder in den Herkunftsgebieten bleiben wollen.

- Wir setzen uns auch weiterhin für öffentliche Gelöbnisse vor dem Deutschen Bundestag ein. Wir wollen dadurch das Bewusstsein für die Leistung der Bundeswehr zur Verteidigung von Demokratie und Rechtsstaat in Deutschland und weltweit schärfen. Die verdiente Anerkennung für den Dienst der Soldatinnen und Soldaten findet in der Tapferkeitsmedaille und dem Ehrenmal für Angehörige der Bundeswehr ihren angemessenen Ausdruck.

III.2 Deutschlands Einheit vollenden

Mit der friedlichen und gewaltlosen Revolution 1989 übten die Menschen in der ehemaligen DDR mit Mut und Kraft ihr Selbstbestimmungsrecht aus. Sie beendeten dadurch den erzwungenen und unfreien Zustand von über 40 Jahren Diktatur und sozialistischer Planwirtschaft. Dafür gebührt den Menschen in Ostdeutschland Respekt und Anerkennung.

Wir wollen eine selbsttragende Wirtschaftsentwicklung in den Neuen Ländern erreichen. Nur mit einer starken Wirtschaft können wir gut bezahlte Arbeitsplätze und soziale Sicherheit erreichen. Die wichtigste Herausforderung bleibt daher, die Wirtschaftskraft in den Neuen Ländern weiterzuentwickeln. Dazu brauchen wir gute Bedingungen für Unternehmensgründungen, wirtschaftliches Wachstum, die Ansiedlung

neuer Unternehmen, eine Fortsetzung des Industriewachstums sowie den weiteren Ausbau der regionalen Innovationsleistungen. Wichtige Aufgaben liegen insbesondere in den ländlichen, strukturschwachen Regionen mit hohen Abwanderungsraten noch vor uns. Die Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit gehören nach wie vor zu unseren zentralen Aufgaben. Wir wollen, dass sich die Neuen Länder in den kommenden Jahren zu den wettbewerbsfähigsten und innovativsten Regionen in der Mitte Europas entwickeln.

- Wir stehen zu dem fest vereinbarten und gesetzlich beschlossenen Solidarpakt II und werden ihn erfüllen. Wir werden die Investitionszulage bis 2013 verlängern und die Gemeinschaftsaufgabe „Regionale Wirtschaftsstruktur“ auf hohem Niveau und nach bundesweit einheitlichen Indikatoren fortführen. Die Verkehrsprojekte Deutsche Einheit (VDE) sollen für die Straße bis 2010 und für die Schiene bis 2017 vollständig abgeschlossen werden.
- Trotz der erfreulichen Entwicklung der Arbeitslosenzahlen in den vergangenen Jahren in Deutschland ist insbesondere der Anteil der Langzeitarbeitslosen in den Neuen Ländern weiterhin hoch. Wir wollen zum Abbau der Arbeitslosigkeit die Chancen des Mindesteinkommens nutzen. Um die Zahl der Langzeitarbeitslosen und der besonders schwer vermittelbaren Arbeitsuchenden zu reduzieren,

wurden mit der „Bürgerarbeit“ in Sachsen-Anhalt neue Wege erprobt. Wir wollen dieses Konzept weiter vorantreiben und seine Übertragbarkeit auf größere Arbeitsmarktregionen prüfen.

- Wir wollen die Programme zu Forschungs- und Innovationsförderung in den Neuen Bundesländern fortsetzen. Die exzellente Hochschulinfrastruktur muss stärker für Bewerber aus ganz Deutschland genutzt werden.
- In Europa und vor allem in Deutschland geht die Bevölkerungszahl zurück. Die Entwicklung verläuft jedoch nicht überall gleich stark. Aufgrund der relativ hohen Abwanderungsraten und des Einbruchs der Geburtenrate sind die ost-deutschen Länder in stärkerem Maße vom demografischen Wandel betroffen als die westdeutschen Bundesländer. Zur Gestaltung des demografischen Wandels setzen wir uns für neue Formen der Sicherung der privaten und öffentlichen Infrastruktur (interkommunale Zusammenarbeit) ein. Insbesondere wollen wir eine stärkere Förderung einer familiennahen Infrastruktur, um jungen Menschen eine Perspektive in geringer besiedelten Regionen aufzuzeigen.
- Das gesetzliche Rentensystem hat sich auch in den Neuen Ländern bewährt. Wir setzen uns für ein einheitliches Rentensystem in Ost und West ein.

- Der Volksaufstand am 17. Juni 1953 und die friedliche Revolution vom Herbst 1989 sind Ereignisse der deutschen Geschichte, die fester und wahrnehmbarer Bestandteil in der Erinnerungskultur der Bundesrepublik Deutschland sein müssen. Der friedlichen Revolution vom Herbst 1989 als einzige erfolgreiche Freiheitsrevolution der Deutschen Geschichte kommt dabei eine zentrale Bedeutung zu. Als sichtbaren Ausdruck setzen sich CDU und CSU für die Errichtung eines Nationalen Freiheits- und Einheitsdenkmals auf der Berliner Schlossfreiheit ein. Wir unterstützen die Errichtung eines Freiheits- und Einheitsdenkmals in Leipzig.
- CDU und CSU setzen sich dafür ein, dass ein Lehrstuhl zur Erforschung und wissenschaftlichen Aufarbeitung des DDR-Unrechtsregimes an einer Berliner Universität dauerhaft etabliert wird.
- Auf Initiative von CDU und CSU ist es 2007 endlich gelungen, eine Opferpension für mehr als 40 000 SED-Opfer einzuführen. Dies ist ein wichtiger Schritt in unseren Bemühungen, Ungerechtigkeiten des SED-Regimes anzuerkennen und auszugleichen.

III.3 Ländliche Räume und Landwirtschaft stärken

Wir wollen ein Miteinander von Stadt und Land. CDU und CSU stehen daher für lebenswerte ländliche Räume und für eine gesunde und leistungsstarke Landwirtschaft. Beides gehört untrennbar zusammen. Ländliche Räume haben ihren eigenen Wert. Sie sind stark und bieten Perspektiven. Die mittelständisch geprägte Land- und Ernährungswirtschaft ist das Rückgrat lebensfähiger ländlicher Räume. Sie ist eine wichtige Zukunftsbranche und gehört zu den bedeutenden Wirtschaftszweigen in Deutschland. Ihre Aufgaben gehen längst über die Produktion hochwertiger Lebensmittel hinaus. Landwirte produzieren nachwachsende Rohstoffe, betreiben Landschaftspflege und betätigen sich im Tourismus. Die Land- und Forstwirtschaft gestaltet maßgeblich Deutschlands Kulturlandschaft, den Lebensraum der Tiere und Pflanzen: Mehr als die Hälfte der deutschen Landesfläche wird landwirtschaftlich genutzt, ein weiteres Drittel ist Wald.

Für lebenswerte ländliche Räume und deren Vielfalt

Deutschland braucht starke ländliche Räume. Die Mehrheit der Deutschen wohnt und arbeitet in ländlichen Regionen. Ländliche Räume geben Millionen Menschen Heimat, Arbeit, sozialen und kulturellen Zusammenhalt. CDU und CSU stehen für eine Politik, die die Leistungen

der Menschen in ländlichen Räumen anerkennt und ihre Chancen für die Zukunft sichert. Wir wollen, dass sie gute Lebens-, Bildungs- und Arbeitsbedingungen haben, eine flächendeckende medizinische, soziale Versorgung und eine moderne Infrastruktur nutzen können. Deshalb werden wir weiter in alle Regionen investieren.

■ Wir werden die Vielfalt der ländlichen Räume erhalten und deren Stärken und Wirtschaftskraft fördern. Wir werden dafür insbesondere die Gemeinschaftsaufgaben zur Förderung der regionalen Wirtschaftsstruktur und der Agrarstruktur einsetzen. Wir werden die Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes aufstocken und mit Blick auf den Schutz der Bergregionen fortentwickeln. Attraktive ländliche Räume benötigen eine dezentrale Versorgung mit erneuerbaren Energien. Die ländlichen Räume müssen mit gezieltem Regionalmanagement und Regionalmarketing ihr Profil schärfen. Das werden wir unterstützen.

■ Wir werden für eine integrierte Entwicklung der ländlichen Räume Sorge tragen und den kontinuierlichen Ausbau der Infrastruktur der ländlichen Räume fördern, besonders in den Bereichen Arbeitsplätze, medizinische Versorgung, Verkehr, Bildungsangebote und Kultur. Den Zugang ländlicher Räume zu den überörtlichen Verkehrsachsen werden

wir durch leistungsfähige Anbindungen voranbringen.

■ Wir werden die bislang noch nicht versorgten ländlichen Gebiete mit Breitbandtechniken anschließen und deren Leistungsfähigkeit schnell ausbauen. Genauso wie Kommunalstraßen, Wasser- und Abwasserleitungen gehören heute auch Breitbandkabel zur Daseinsvorsorge und sind ein wichtiger wirtschaftlicher Standortfaktor. Durch unsere Breitbandoffensive wollen wir die Gemeinden bei ihren Konzepten zur Versorgung des ländlichen Raums mit Breitbandanschlüssen unterstützen. Die Förderung muss sich dabei zukünftig noch stärker an den Bedürfnissen vor Ort ausrichten und auch eigene Kabellösungen einschließen. In engem Dialog mit den Gemeinden werden wir daher die Förderprogramme weiterentwickeln.

Für eine gesunde und starke Land- und Forstwirtschaft

Die Versorgung der Menschheit mit Nahrungsmitteln und Energie sowie der Klimaschutz gehören zu den zentralen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. Diese Herausforderungen machen bewusst, wie wertvoll unsere heimische Landwirtschaft ist. Das vertraute vielfältige Angebot qualitativ hochwertiger Lebensmittel wäre nicht denkbar ohne die starke Landwirtschaft in Deutschland. Faire Rahmenbedingungen für die Landwirte sorgen für Versorgungssi-

cherheit und faire Preise. Eine gesunde und starke Landwirtschaft sichert die Ernährung, erhält unsere Kulturlandschaft, produziert nachwachsende Rohstoffe und trägt zur Energiesicherheit bei. CDU und CSU wollen, dass unsere Landwirte vernünftige Einkommen erwirtschaften können und für ihre Leistungen für das Gemeinwohl die verdiente Anerkennung bekommen. Dabei wollen wir den Reichtum der unterschiedlichen Formen der Landwirtschaft in Deutschland erhalten, denn sie prägen die kulturelle und landschaftliche Vielfalt Deutschlands. Dazu gehört ein wirksamer Verbraucher-, Natur- und Tierschutz, der das Vertrauen der Verbraucher in unsere Lebensmittelproduktion sichert.

- Wir werden die politischen Rahmenbedingungen so setzen, dass sich unsere Land- und Forstwirtschaft – konventionell und ökologisch wirtschaftende, Familienbetriebe und Gemeinschaftsunternehmen – gut entwickeln können. Wir wollen ein Miteinander, kein Gegeneinander in der Landwirtschaft.
- Wir werden dafür sorgen, dass die zeitliche Befristung der Steuersenkung beim Agrardiesel aufgehoben wird und die Entlastung dauerhaft wirksam ist. Die deutsche Landwirtschaft braucht Wettbewerbsgleichheit mit den anderen EU-Ländern. Wir werden weiter auf den Abbau überflüssiger Bürokratie in der EU-Agrarpolitik drängen. Darüber hinaus

tragen wir Sorge für eine wettbewerbsneutrale („1 zu 1“) Umsetzung von EU-Richtlinien. Wir setzen uns in Europa für einheitlich strenge Standards ein. Die EU ihrerseits muss in den weltweiten Handelsübereinkommen für die Anerkennung von Standards des Verbraucher-, Umwelt- und Tierschutzes eintreten.

- Wir werden den Weg der Marktorientierung mit Augenmaß weiter gehen und für faire Rahmenbedingungen für die landwirtschaftlichen Betriebe sorgen. An der Vorsteuerpauschale, am Ausgleich für den Strukturwandel zur Beitragsstabilisierung in der agrarsozialen Sicherung und am Bundeszuschuss zur landwirtschaftlichen Unfallversicherung lassen wir nicht rütteln. Das Instrument der Direktzahlungen ist unverzichtbar, insbesondere für landwirtschaftliche Familienbetriebe und die Sicherung einer flächendeckenden Pflege der Kulturlandschaft.
- Die Milchwirtschaft prägt die Heimat in weiten Regionen Deutschlands. Wir werden die Milchbauern nicht ungeschützt und unvorbereitet dem freien Spiel der Marktkräfte überlassen, sondern die Milchviehbetriebe gezielt unterstützen, auch durch die Mittel des durch Deutschland in Brüssel erwirkten Milchfonds. Für uns stehen dabei die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit durch Investitionsförderung und die Sicherung der Milcherzeugung in natur-

räumlich benachteiligten Regionen, in Grünland-, Berg- und Mittelgebirgsregionen mit der Ausgleichzulage und tierhaltungsbezogenen Grünland- und Weideprämien im Vordergrund.

- Die Verbesserung der Strukturen und der Marktstellung der Molkereien ist eine der zentralen Zukunftsaufgaben der deutschen Milchbranche. Wir werden Sorge dafür tragen, dass die notwendige Entwicklung im Einklang mit dem Kartell- und Wettbewerbsrecht möglich ist. Zudem werden wir den Ausbau von Kooperationen der Milcherzeuger weiter fördern, um die Stellung der Produzenten gegenüber den privaten Molkereien zu stärken. Die vereinbarte Milchmengensteuerung bis 2015 muss vor dem Hintergrund der realen Entwicklung der Weltwirtschaft zukunftsfähig gestaltet werden.
- Wir wollen die steuerrechtlichen Voraussetzungen dafür schaffen, die künftig auf den Märkten zunehmenden Preisschwankungen durch Risikorücklagen abfedern können.
- Die verstärkte Erschließung von Exportmärkten ist für die deutsche Land- und Ernährungswirtschaft unverzichtbar. Wir werden die Exportoffensive fortsetzen und die Stellung der mittelständischen Agrar- und Ernährungswirtschaft auf den Auslandsmärkten mit einem abgestimmten Konzept und zielgerichteten Maßnahmen stärken. Die Veredelungs- und Milchwirtschaft haben dabei hohe Priorität.
- Wir werden Investitionen und Innovationen in der Land- und Ernährungswirtschaft fördern, die sie effizienter machen und gleichzeitig tier- und umweltfreundlich sind. Wir wollen eine Innovations- und Qualifizierungsoffensive über die gesamte Wertschöpfungskette. Dazu gehören eine Stärkung der Agrarforschung und die Sicherung des hohen Niveaus der Ausbildung.
- Wir setzen bei der Weiterentwicklung der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik auf das europäische Agrarmodell einer nachhaltigen, multifunktionalen und vielfältigen Landwirtschaft und die flächendeckende Erhaltung der Kulturlandschaften. Wir wollen es im EU-Haushalt nach 2013 absichern und damit auch einen Beitrag zur Sicherung der Welternährung leisten. Wir treten ein für Marktorientierung, Ausgleich der höheren europäischen Produktionsstandards, Honorierung der Leistungen der Landwirtschaft für Gesellschaft und Natur sowie Schaffung eines verlässlichen Sicherheitsnetzes gegen krisenhafte Preisabstürze. Die produktionsunabhängigen Direktzahlungen sind dabei ein unverzichtbares Instrument und müssen in angemessener Höhe erhalten bleiben. Wir brauchen dafür eine starke erste Säule und eine finanziell gut ausgestattete

zweite Säule der Gemeinsamen EU-Agrarpolitik. Eine Vereinfachung der Gemeinsamen EU-Agrarpolitik und regional angepasste Lösungen werden ihre Akzeptanz in Landwirtschaft und Gesellschaft steigern.

- Politik muss die Sorgen der Bürger bei grüner Gentechnik ernst nehmen und darf keine unnötigen Risiken eingehen.
- Wir werden den Anbau nachwachsender Rohstoffe unterstützen, ohne die Ernährungssicherheit zu gefährden. Biomasse eröffnet als erneuerbarer Energieträger eine Vielfalt von Möglichkeiten – von der Wärme über Biokraftstoffe bis zu Biogas. Wir setzen uns für verlässliche Rahmenbedingungen ein, damit die bäuerliche Landwirtschaft diese Möglichkeiten nutzen kann. Wir halten an der Förderung, etwa durch den Bonus für Strom aus nachwachsenden Rohstoffen, fest. Die Verwendung biogener Reststoffe wird für den energetischen Bereich zukünftig eine größere Rolle spielen. Die Besteuerung wollen wir unter aktueller Berücksichtigung der Ölpreisentwicklung so verlässlich gestalten, dass die heimische Produktion von Biokraftstoffen wettbewerbsfähig bleibt.
- Wir werden die Partnerschaft zwischen Landwirtschaft, Natur- und Umweltschutz über freiwillige Programme weiter stärken. Wir werden uns am Vorrang

des Vertragsnaturschutzes orientieren. Die Umstellung auf den Ökolandbau werden wir weiter fördern und die Forschung intensivieren.

- Wir wollen den Verlust landwirtschaftlicher Flächen durch Baumaßnahmen und ökologische Ausgleichsflächenregelungen eindämmen. Jeder Eingriff, der landwirtschaftliche Nutzfläche der Produktion entzieht, muss abgewogen werden und kommt nur als letzte Möglichkeit in Frage. Wir werden dafür sorgen, dass die Landwirte frühzeitig in geplante Vorhaben eingebunden werden und die Verantwortung für Ausgleichsflächen möglichst beim Landwirt belassen, das Flächenmanagement für Ausgleichsflächen verbessert und die Möglichkeit für einen finanziellen Ausgleich erweitert wird.
- Wir wenden uns gegen Patente auf Tiere und Pflanzen. Die gegenwärtige europäische Gesetzgebung zum Patentrecht muss überprüft und gegebenenfalls angepasst werden. Die Zucht von landwirtschaftlichen Nutztieren durch Kreuzung und Selektion muss patentfrei bleiben.
- Wir wollen eine Politik für Landwirtschaft und ländliche Räume aus einem Guss. Mit dieser Zielrichtung werden wir das Landwirtschaftsgesetz novellieren und ein modernes Gesetz zur Entwicklung der Landwirtschaft und der ländlichen Räume schaffen. Dort werden wir

die gute fachliche Praxis in der Landwirtschaft verankern und viele rechtliche Regelungen und Förderungen für die Landwirtschaft und den ländlichen Raum zusammenfassen.

III.4 Tourismus in Deutschland – vielfältig und attraktiv

Der Tourismus ist eine verlässliche Wachstumslokomotive für Deutschland. CDU und CSU wollen ihn mit guten Rahmenbedingungen weiter stärken. Die deutsche Tourismuswirtschaft steht unter einem enormen Globalisierungs- und Wettbewerbsdruck, wozu auch die Mehrwertsteuerbelastung beiträgt. Unser Ziel ist, Urlaub in Deutschland noch attraktiver zu machen. Wir orientieren uns an einem in sozialer, kultureller und ökologischer Hinsicht verträglichen sowie wirtschaftlich erfolgreichen Tourismus.

- Wir werden eine noch stärkere Vernetzung von Kultur und Tourismus fördern. Wir werden die Anpassung des Tourismus an die demografischen und gesellschaftlichen Herausforderungen in unserem Land unterstützen, beispielsweise durch die Förderung des barrierefreien Tourismus.
- Wir setzen zur Stärkung der regionalen Strukturen auf eine Förderung des Tourismus im ländlichen Raum. Dabei gilt es auch, durch einen gezielten und umwelt-

verträglichen Ausbau der Verkehrsinfrastruktur die Erreichbarkeit von touristischen Zielen zu erhöhen.

- Wir wollen den Bürokratieabbau für unsere mittelständische Tourismuswirtschaft vorantreiben. Wir streben die Erhöhung der Mittel für die Auslandsvermarktung der Tourismusbranche an.
- Wir unterstützen die Bewerbung Münchens, Garmisch-Partenkirchens und des Landkreises Berchtesgadener Land um die Ausrichtung der XXII. Olympischen und XII. Paralympischen Winterspiele 2018. Wir setzen auf eine nachhaltige und ökologischen Anforderungen umfassend gerecht werdende Durchführung. Von den Spielen sollen wichtige Impulse für den Tourismus in Deutschland ausgehen.

III.5 Unsere Städte – weltoffen und lebenswert

Städte sind Schnittpunkte der wirtschaftlichen, kulturellen und gesellschaftlichen Entwicklung. Sie sind Experimentierfelder für Innovation und Fortschritt ebenso wie bevorzugte Ziele der Zuwanderung. Sozialer Zusammenhalt und Integration sind in besonderem Maße Herausforderungen für lebenswerte Städte. Sie müssen in gleichem Maße offen und attraktiv sein für alle – für junge Familien und Ältere. Architektur und Stadtplanung müssen sich die-

sen Zielen verpflichtet fühlen. Attraktiv macht unsere Städte ihr vielfältiges kulturelles Angebot. Städte müssen vor allem auch hochqualifizierten Menschen in der Kultur- und Kreativwirtschaft Raum geben. Sie treten damit in einen internationalen Wettbewerb und müssen diesen als Chance begreifen.

- Voraussetzung für die Attraktivität von Städten ist eine hohe Integrationsfähigkeit. Bildung ist der Schlüssel zur Integration. Mit dem Pakt für Deutschland ermöglichen wir in der Krise kommunale Investitionen in Bildung und damit in die Zukunft.
- Wir wollen die Förderung des Bundes für kulturelle Leuchtturmprojekte in ganz Deutschland verlässlich fortsetzen. Der kulturelle Reichtum vieler Städte prägt Deutschland.
- Lebenswerte Städte brauchen eine verlässliche Perspektive für den demografischen Wandel. Um ein attraktives Stadtumfeld und eine zuverlässige Infrastruktur zu sichern, wollen wir den Stadtumbau als eine wichtige Herausforderung mit milieu- und zielgruppenorientierten Angeboten gestalten. Hierzu zählen insbesondere ein kinder- und familienfreundliches Wohnumfeld und Angebote für barrierefreies Wohnen. Hinzu kommen auch neuen Wohnformen für die ältere Generation. Chancen auf Wohneigentum erhö-

hen die Verbundenheit mit der eigenen Stadt. Dazu gehört auch, die öffentlichen Räume sicher, lebendiger und für die Menschen benutzbar zu gestalten.

- Leben und Arbeiten in der Stadt gehören zusammen. Stadtplanung und Infrastrukturausbau müssen gemeinsam entwickelt und organisiert werden. Attraktive Städte müssen ihre Bedeutung als Kultur-, Tourismus- und Wirtschaftsstandorte stärken. Wir wollen Kooperationen über die Grenzen von Städten und Regionen hinweg weiter fördern.
- Der europäische Integrationsprozess wird die Bedeutung der großen Städte und Metropolen in Europa weiter erhöhen. Vor diesem Hintergrund muss die Bundespolitik darauf hinwirken, die Zukunfts- und Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Städte und die Fortentwicklung des europäischen Modells der Stadt als einem von ihren Bürgern aktiv gestalteten und gelebten Organismus zu fördern.

Leistungsfähige Kommunen

In einer Welt, die einerseits kleiner aber andererseits unübersichtlicher wird, wächst das Bedürfnis nach Identität und Heimat. In unserer Zeit der Globalisierung und der fortschreitenden Europäisierung sind die selbstverwalteten Kommunen ein wichtiger Bezugs- und Ankerpunkt unserer Gesellschaft. Engagement vor Ort und die Möglichkeit, an Entscheidungen teilzuhaben,

führen zu einem Gefühl der Zusammengehörigkeit im Gemeinwesen und stärken die Akzeptanz unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Föderalismus und kommunale Selbstverwaltung sind tragende Säulen unseres Gemeinwesens.

- Für uns steht fest: Zentralismus, also die Bündelung aller Aufgaben beim Bund oder in Europa, ist die falsche Antwort auf die Herausforderungen unserer Zeit. Zur Vielfalt unseres Landes gehört gerade, dass jede Gemeinde unterschiedliche Bedürfnisse, Stärken und Schwächen hat. Was in einer Region richtig ist, muss noch lange nicht in anderen Regionen sinnvoll sein. CDU und CSU wollen diese innovationsfördernde Vielfalt erhalten. Im Interesse der Bürger muss Klarheit über die Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten geschaffen werden, damit Dienstleistungen für den Bürger im Vordergrund stehen.
- Wir wollen die Kommunen als Partner für die Bürger stärken. Die kommunalpolitischen Aufgaben ergeben sich aus dem alltäglichen Miteinander. Deshalb bekennen sich CDU und CSU seit jeher zum Subsidiaritätsprinzip. Wir wollen, dass öffentliche Aufgaben so nah wie möglich bei den Bürgerinnen und Bürgern erfüllt werden und setzen uns auf nationaler und auf europäischer Ebene für dezentrale Strukturen ein. Wir wollen die Kommunen auf allen Ebenen in unsere Gestaltungsmöglichkeiten mit einbeziehen.
- Die Sorge für die Finanzkraft der Kommunen ist für CDU und CSU ein wichtiger Baustein einer erfolgreichen Politik für Wachstum und Beschäftigung. Die finanzielle Leistungskraft der Kommunen wirkt sich auf den Alltag der Bürger unmittelbar aus. Deshalb brauchen wir krisenfeste und zukunftsfähige Kommunalfinanzen. Wir wollen, dass künftig die Bürokratiekosten der Kommunen, aber auch der gesamten öffentlichen Verwaltung gemessen werden.
- CDU und CSU bekennen sich zur Verantwortung der Städte, Gemeinden und Landkreise, ihren Bürgern den Zugang zu allen Gütern und Leistungen, die für ein menschliches Dasein notwendig sind, zu gewährleisten. Die öffentliche Hand stößt bei der Aufgabenerfüllung häufig finanziell an ihre Grenzen. Daher müssen im Sinne der Nachhaltigkeit rentable Möglichkeiten der privaten Finanzierung intensiver als bisher genutzt werden. Dabei ist aber eine vollständige Privatisierung nicht grundsätzlich die beste Lösung. Wir wollen eine optimale Aufgabenverteilung zwischen staatlichen und privaten Wirtschaftseinheiten, die die Vorteile eines fairen Wettbewerbs nutzt, aber nicht zu Lasten einer sicheren und hochwertigen Daseinsvorsorge geht. Unser Ziel ist die Verbesserung von Qualität und Effizienz der Daseinsvorsorge für alle Bürger. Dazu können gerade auch öffentlich-private Partnerschaften beitragen.

III.6 Umwelt- und Klimaschutz – für die Zukunft unserer Erde

Die Bewahrung der Schöpfung und der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen sind Kernanliegen unserer Politik. Der globale Klimawandel ist bereits heute Realität. Er beschleunigt sich und wird zur Gefahr für die Schöpfung und die Lebenschancen künftiger Generationen. Dieser Entwicklung entgegenzusteuern und die negativen Auswirkungen der globalen Erwärmung zu begrenzen, ist unser Ziel. Ökologie wird für die Ökonomie des 21. Jahrhunderts immer wichtiger. Aus dieser engen und sich wechselseitig befruchtenden Verbindung erwachsen für Deutschland immense Entwicklungspotenziale. CDU und CSU steht in Klima- und Umweltpolitik für einen kooperativen Stil, der Verbraucher und Unternehmen dazu selbst ermutigt, Verantwortung für Umwelt und Klima zu übernehmen. Anreize und marktwirtschaftlich orientierte Instrumente sind staatlichen Regulierungen und Vorschriften vorzuziehen. Wir brauchen einen „Umweltpakt Deutschland“ als eine neue Form der Partnerschaft zwischen Wirtschaft und Staat in den Schlüsselfragen von Ökologie und Ökonomie. Unser gemeinsames Ziel ist es, wirtschaftliches Wachstum in einer intakten Umwelt jetzt und für künftige Generationen zu sichern.

Verantwortung für Klimaschutz wahrnehmen

Erfolgreicher Klimaschutz erfordert weltweit gemeinsames Handeln. Unser Ziel ist es, dazu beizutragen, die durchschnittliche Erwärmung der Erdatmosphäre auf maximal zwei Grad Celsius im Vergleich zur vorindustriellen Ausgangssituation zu begrenzen.

- Wir setzen uns für ein verbindliches Kyoto-Plus-Abkommen ein und wollen die Weltklimakonferenz im Dezember 2009 in Kopenhagen zum Erfolg bringen. Wir wollen gemeinsam mit den USA verbindliche Klimaschutzziele vereinbaren und Entwicklungs- und Schwellenländer beim Klimaschutz mitziehen.
- Wir wissen: Der Klimawandel fordert auch Strategien zur Anpassung an seine regional ganz unterschiedlichen voraussichtlichen Auswirkungen. Wir werden uns für den Schutz besonders sensibler Naturräume, wie das Wattenmeer und die Alpen, sowie den Waldumbau hin zu klimaresistenteren Wäldern und für die Stärkung des Hochwasserschutzes einsetzen. Wir wollen verstärkt in ausreichende Wasserrückhalteräume, in die Sicherung der Wasserressourcen und in die stärkere Vernetzung der Wasserversorgungen investieren.
- Wir werden unseren Beitrag dazu leisten, dass Europa durch Erfüllung dieser

ambitionierten Ziele seiner Vorreiterrolle im Klimaschutz gerecht wird. Die Europäische Union hat sich bereits jetzt auf eine Reduzierung ihrer CO₂-Emissionen um mindestens 20 Prozent bis 2020 festgelegt. Darüber hinaus sollen bis 2020 die Energieeffizienz um 20 Prozent im Vergleich zu 1990 gesteigert und der Anteil der erneuerbaren Energien am Endenergieverbrauch ebenfalls auf 20 Prozent erhöht werden.

- Wir sehen im marktwirtschaftlich orientierten europäischen Emissionshandelsystem einen zielführenden Weg zu einer ausgewogenen Balance zwischen Ökonomie und Ökologie. Wir wollen den Emissionshandel unter Beachtung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen und europäischen Industrie fortentwickeln. Wir setzen uns zugleich für eine verstärkte Vernetzung mit Staaten und Handelssystemen außerhalb der Europäischen Union ein. Wachsende einseitige Belastungen aus dem Emissionshandel müssen an anderer Stelle ausgeglichen werden, die Erlöse national verfügbar sein. Langfristig ist unser Ziel, den Emissionshandel zu einem globalen System weiterzuentwickeln und auch weitere Branchen mit einzubeziehen. Wir wollen, dass mit Einnahmen aus dem Emissionshandel auch Maßnahmen zum Klimaschutz und zur Vorbeugung gegen die Folgen des Klimawandels finanziell unterstützt werden.
- Wir setzen Deutschland ehrgeizige Ziele. Bis 2020 soll der CO₂-Ausstoß im Vergleich zu 1990 um 40 Prozent sinken. Der Anteil erneuerbarer Energien an der Stromerzeugung soll dann bei 30 Prozent liegen. Die Energieeffizienz soll sich im Vergleich zu 1990 verdoppeln. Die Förderung erneuerbarer Energien, ein breiter Energiemix sowie Anreize für mehr Energieeffizienz und Energiesparen sind unser Weg zum Klimaschutz. Energieeffizientes Bauen und energetische Gebäudesanierung sind besonders wirksame Maßnahmen zur Treibhausgasreduzierung.
- Wir begreifen die Umwelttechnologien als eine große Chance für den Exportweltmeister Deutschland. In diesem Zusammenhang ist es eine unserer vorrangigsten Zukunftsaufgaben, Klimaschutz und Mobilität in Einklang zu bringen. Ziel müssen sparsamere und von fossilen Brennstoffen unabhängige Antriebstechnologien sein. Um deutsche Arbeitsplätze zu sichern und unsere ehrgeizigen Klimaziele zu erreichen, werden wir den Dialog zwischen Industrie, Wissenschaft und Politik mit dem Ziel einer Strategie für Zukunftstechnologien des Automobils fördern. Dabei setzen wir auch auf eine verbesserte Motorentchnik zur Reduzierung des CO₂-Ausstoßes.
- Die Entwicklung alternativer Kraftstoffe wie Biokraftstoffe, Biogas und Wasserstoff oder innovativer Antriebstechnolo-

gien kann einen wesentlichen Beitrag zur Reduktion von CO₂-Emissionen leisten. Zudem wollen wir die Biokraftstoffstrategie überarbeiten, um die weitere Nutzung der Biomasse wirtschaftlicher und nachhaltiger zu gestalten. Die Entwicklung von Biokraftstoffen der 2. Generation wollen wir ebenfalls vorantreiben.

Umweltpolitik – Schöpfung bewahren und Zukunft sichern

Für CDU und CSU ist die biologische Vielfalt ein Kernelement der Schöpfung. Naturreichtum und eine hohe Artenvielfalt von Pflanzen, Tieren und Mikroorganismen sind Voraussetzungen für sauberes Wasser, reine Luft und fruchtbare Böden, auf denen gesunde Nahrungsmittel in ausreichendem Umfang erzeugt werden können. Eine intakte Natur ist auch ein zentraler Wirtschaftsfaktor. Sie sichert Wertschöpfung und Beschäftigung. Der Schutz der Umwelt in unserem Land war in den vergangenen Jahren eine Erfolgsgeschichte, zu der auch CDU und CSU tatkräftig beigetragen haben. Wir wollen den Naturreichtum und die Artenvielfalt unserer Heimat weiter bewahren und auch unsere Verantwortung für den internationalen Umweltschutz engagiert wahrnehmen. Dabei stehen wir für eine Umweltpolitik mit Augenmaß. Ziel ist, die hohen Umweltstandards zu wahren, aber überflüssige Bürokratie zu vermeiden. Wo Andere verbieten, setzen wir Rahmenbedingungen für einen kooperativen Umweltschutz, der die Eigenverantwortung

der Beteiligten stärkt und ihr neuen Schwung verleiht. Nur so findet Umweltschutz Akzeptanz und Unterstützung.

■ Wir stehen für eine Harmonisierung der Umweltstandards in Europa. Maßgabe muss das Verursacherprinzip sein. Regionale Defizite müssen behoben und Vorleistungen in Mitgliedstaaten mit hohem Umweltniveau wie in Deutschland anerkannt werden.

■ Wir wollen eine innovative und flexible Naturschutzpolitik. Instrumente und Maßnahmen müssen den jeweiligen lokalen und regionalen natürlichen Gegebenheiten sowie den ökonomischen, ökologischen und sozialen Bedingungen angepasst werden. Kooperation mit den Betroffenen vor Ort ist unabdingbare Voraussetzung für eine erfolgreiche Naturschutzpolitik. Dabei ist das ehrenamtliche Engagement, beispielsweise in den Naturschutzverbänden, unverzichtbar.

■ Der Erhalt der Wälder hat eine zentrale Bedeutung, denn sie sind Lebensraum vieler Arten und die Lunge der Welt zugleich. Stärker als jemals zuvor müssen wir den Schutz der Wälder regional, national und international intensivieren. Im Rahmen einer nationalen Strategie fordern wir ein mit Ländern und Kommunen, mit Waldbesitzern und Landnutzern eng abgestimmtes Bundesprogramm zum Schutz der biologischen Vielfalt.

Wir sprechen uns für die Vernetzung ökologisch besonders wertvoller Gebiete in einem Verbundsystem aus. Wir streben ein europa- und weltweites System von Schutzgebieten unter stärkerer Einbindung der regional unterschiedlichen Kulturlandschaften an.

- Wir fordern, dass die bestehende nationale Strategie für die nachhaltige Nutzung und den Schutz der Meere konsequent umgesetzt wird. In diesem Zusammenhang sprechen wir uns auch für ein umfassendes Walfangverbot aus.

- CDU und CSU fühlen sich dem Tierschutz in besonderem Maße verpflichtet. Es ist uns wichtig, den Tierschutz in der landwirtschaftlichen Nutztierhaltung im Einklang mit der Wirtschaftlichkeit voranzubringen. Wir wollen unsere hohen Tierschutzstandards EU-weit durchsetzen. Wir setzen uns dafür ein, dass Tiertransportzeiten in der EU weiter begrenzt werden. Zur Reduzierung von Tierversuchen werden wir die Entwicklung von Ersatzmethoden weiter fördern. Auch im internationalen Tier- und Artenschutz werden wir uns weiter engagieren.

- Wir setzen uns für einen vernünftigen Bodenschutz ein. Die Wiederverwendung bereits genutzter Flächen muss Vorrang vor Flächenneuverbrauch haben. Hierzu müssen die notwendigen Rahmenbedingungen geschaffen werden

wie etwa durch die Setzung von Anreizen für interkommunale, regionale Abstimmung bei Gewerbeansiedlungen. Eine EU-Richtlinie zum Bodenschutz lehnen wir ab.

- Wir wollen die Qualität der deutschen Gewässer weiter verbessern. Hierzu wollen wir anspruchsvolle Anforderungen an die Gewässergüte in Europa gemeinsam mit unseren Nachbarn umsetzen, Schadstoffe weiter vermindern sowie unseren zukunftsweisenden Gewässerschutz entwickeln.
- Die Versorgung der Bevölkerung und Industrie mit Trinkwasser sowie die Entsorgung des Abwassers sind Aufgaben der Daseinsvorsorge und liegen in der Zuständigkeit der Städte und Gemeinden. Sie entscheiden darüber, wie sie im Miteinander mit privaten Unternehmen die Aufgabenerfüllung gestalten. Deutschland muss hier Liberalisierungstendenzen der EU einen Riegel vorschieben. Wir stehen ein für den Erhalt der kommunalen Verantwortung bei Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung.
- Wir wollen die Abfallwirtschaft und das Ressourcenmanagement im europäischen Kontext weiter entwickeln. Unser Ziel ist dabei eine ökologisch und ökonomisch effizientere sowie eine verbraucherfreundliche Ausrichtung der Abfallwirtschaft. Vorrang hat ist die Abfallver-

meidung. Nicht vermeidbare Abfälle müssen soweit wie möglich verwertet werden. Angesichts der zunehmenden rechtlichen Rahmensetzungen durch die europäische Ebene ist eine umfassende Harmonisierung auf hohem Niveau innerhalb der EU in Praxis und Vollzug dringend notwendig.

- Wir wollen dafür sorgen, dass die abfallrechtlichen Regelungen übersichtlicher und die technischen Standards einfacher, klarer und eindeutiger werden. Dabei sind insbesondere die Inhalte der Verpackungsverordnung zu überprüfen. Ein besonderes Anliegen ist uns dabei eine Stabilisierung des Mehrwegsystems, das ökologisch wertvoll und effizient ist.
- Zwei Drittel der Deutschen fühlen sich im Wohnumfeld durch Straßenlärm gestört. Lärm kostet Lebensqualität und schadet der Gesundheit. Die Lärmbekämpfung muss vorrangig an der Quelle erfolgen. Wir fordern, dass die geltenden Lärmsanierungswerte abgesenkt werden. Wir sprechen uns für die Fortführung der Bundesmittel für Lärmsanierung über das Konjunkturprogramm hinaus aus. Wir wollen die Lärmbekämpfung durch verstärkte Verbauung von lärmarmem Asphalt, durch Verkehrsvermeidung und -verlagerung und durch Lärmschutzwände und -wälle entlang von Straßen und Schienenstrecken voranbringen.

- Die Luftqualität ist Ausdruck gesunder Lebensbedingungen. Wir setzen uns dafür ein, die Schadstoffe bereits an der Quelle zu reduzieren. Mit Augenmaß wollen wir uns vor allem für eine Senkung der Feinstaub- und Stickoxidemissionen einsetzen. Unsere besondere Aufmerksamkeit gilt dem Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV). Er trägt zur Senkung der Feinstaubemissionen bei und sichert die Funktionsfähigkeit und Lebensqualität unserer Städte.

III.7 Verbraucherschutz verwirklichen

CDU und CSU setzen auf den mündigen Verbraucher. Verbraucher können heute aus einem sehr großen Angebot auswählen und sind gleichzeitig gefordert wie nie. Wir wollen, dass sie in allen Lebensbereichen und Altersstufen für sich die richtige Entscheidung treffen können. Nicht Bevormundung, sondern Befähigung ist unser Ziel. Unsere Politik ermöglicht den Verbrauchern, sich in einer immer komplexer werdenden Waren- und Dienstleistungswelt zu orientieren. Wir setzen auf klare Regeln, aussagekräftige Kennzeichnungen, Informationspflichten, Verbraucherbildung, effektive Rechtsdurchsetzungsmöglichkeiten und wettbewerblich organisierte Märkte. Wir stehen auch für eine Verbraucherpolitik, die die Menschen vor unsiche-

ren und gesundheitsgefährdenden Produkten schützt und ihnen hilft, wenn sie getäuscht werden.

- Wir werden die Verbraucherforschung und -berichterstattung im Interesse einer effizienten Politikberatung weiterentwickeln. Ziel ist die Einrichtung eines unabhängigen Sachverständigenrates für Verbraucherfragen.
- Verbraucher sollen sich leicht informieren können, sie sollen gut beraten und ihre Interessen gut vertreten werden. Deshalb werden wir die Arbeit der Stiftung Warentest und des Bundesverbandes der Verbraucherzentralen weiterhin verlässlich unterstützen. Das Verbraucherinformationsgesetz werden wir weiterentwickeln. Zudem werden wir ein zentrales Verbrauchertelefon mit Lotsenfunktion an die einheitliche Behördennummer 115 angliedern. Den Medien wollen wir mit einem Preis für guten Verbraucherjournalismus Anreize geben zur Vermittlung von Verbraucherthemen.
- Wir stehen dafür, dass der europäische Binnenmarkt auch den Verbrauchern Vorteile bringt. Das hohe Schutzniveau der deutschen Verbraucher muss erhalten und gestärkt werden. Die Zusammenarbeit der EU-Staaten bei Verstößen gegen Produktsicherheit und Verbraucherrechte, sei es bei belastetem Spielzeug oder bei Verstößen gegen Fahrgastrechte im grenzüberschreitenden Flug- oder Bahnverkehr, werden wir vorantreiben. Das deutsche GS-Prüfzeichen „Geprüfte Sicherheit“ wollen wir erhalten und nach seinem Vorbild ein freiwilliges europäisches Sicherheitszeichen einführen.
- Sichere Lebensmittel haben für uns Priorität. Wir wollen die Lebensmittelsicherheit verbessern, ohne den bürokratischen Aufwand zu steigern. Das Qualitäts- und Sicherheitsbewusstsein über die gesamte Lebensmittelkette bis hin zum Verbraucher muss noch stärker entwickelt werden. Wir setzen auf den Ausbau privatwirtschaftlich organisierter Qualitätssicherungssysteme und ihre Verzahnung mit der staatlichen Lebensmittelkontrolle. Wir werden die Zusammenarbeit von Bund, Ländern und Kommunen weiter intensivieren und ein Frühwarnsystem einrichten.
- Wir wollen die Menschen unterstützen, sich gut zu ernähren. Die Initiative „IN FORM für gesunde Ernährung und mehr Bewegung“ werden wir fortsetzen. Wir werden in diesem Rahmen auch Programme für Menschen und Bevölkerungsgruppen entwickeln, die bisher kaum Zugang zu gesundheitsförderlichen Angeboten haben.
- Eine klare Lebensmittelkennzeichnung ist uns wichtig. Wir setzen uns für übersichtliche Informationen auf der Verpa-

ckung über Nährwerte, Inhaltsstoffe und Abdeckung des Tagesbedarfs auf der Grundlage einheitlicher Bezugsgrößen ein. Wir werden zudem die Transparenz bei der Herkunftskennzeichnung verbessern. Das gilt auch für das Biosiegel. Unser Ziel ist eine verbindliche nationale Herkunftskennzeichnung in Abgrenzung vom Verarbeitungsort. Mit mehr Klarheit bei Zutatenlisten und Bezeichnungen wollen wir verhindern, dass dem Verbraucher beispielsweise Käse oder Milchprodukte vorgespiegelt werden, die gar keine sind. Im Falle einer weiteren Umgehung der zugrunde liegenden Regelungen ohne eine entsprechende eindeutige Kennzeichnung werden wir eine verschärfte Kennzeichnungspflicht auf europäischer Ebene einfordern.

- Wir wollen den Verbrauchern nachhaltigen Konsum einfach machen. Sie sollen mehr Informationen darüber erhalten, unter welchen Bedingungen die Lebensmittel produziert wurden (Zweites Preisschild). Dabei setzen wir vorrangig auf freiwillige Siegel, die internationale Sozial- und Nachhaltigkeitsstandards wiedergeben und die Entwicklung glaubwürdiger Kennzeichnungen für umwelt- und klimafreundliche Produkte.
- Wir wollen, dass Verbraucher besser vor vermeidbaren Verlusten und falscher Finanzberatung geschützt werden. Dafür haben wir bereits das Beratungsproto-

koll verpflichtend gemacht und die Verjährungsfristen verlängert. Wir werden darüber hinaus einheitliche Regelungen für alle Vermittler schaffen. Sie müssen ihre Qualifikation nachweisen und eine Berufshaftpflichtversicherung haben. Kein Produkt und kein Anbieter von Finanzprodukten soll sich mehr der staatlichen Finanzaufsicht entziehen können. Die Finanzaufsicht soll in Zukunft auch im Interesse der Verbraucher tätig sein. Wir werden die Transparenz von Finanzprodukten erhöhen. Die Kunden müssen die wesentlichen Bestandteile einer Kapitalanlage, sämtliche Kosten und Provisionen, das Risiko und die Verfügbarkeit von Finanzprodukten schnell erkennen können. Wir werden für eine eindeutige Kennzeichnung und knappe aussagekräftige Produktinformation sorgen.

- Damit die Menschen die Möglichkeiten des Internets, der Telekommunikation und des elektronischen Geschäftsverkehrs nutzen können, setzen wir uns national und international für fairen Zugang, Datensicherheit sowie Schutz vor Belästigungen und Betrugereien ein. Wir werden Bürgerportale und eine sichere Kommunikation per E-Mail voranbringen. Bei der Einführung von Funkerkennungsetiketten (RFID) gewährleisten wir den Datenschutz. Gleichzeitig werden wir die Bürger, insbesondere die Jugendlichen, verstärkt für einen verantwortlichen Umgang mit persönlichen Daten

sensibilisieren. Kriminellen Datenhandel werden wir ahnden.

- Wir werden die Transparenz über die Qualität von Anbietern im Grenzbereich Gesundheit-Schönheit-Wohlfühlen steigern und für notwendige Schutzregelungen und Mindestqualitätsstandards sorgen. Verbraucherschutz wird zu einem immer wichtigeren Handlungsfeld im Gesundheitsbereich.

IV. In Freiheit und Sicherheit leben

Die Menschen in Deutschland wollen frei und sicher leben. Freiheit und Sicherheit schließen sich nicht aus, sondern bedingen einander. CDU und CSU wollen, dass Deutschland eines der sichersten Länder der Welt bleibt. Sicherheit ist eine Voraussetzung für Freiheit. Recht und Ordnung durchsetzen und die Freiheit der Bürger schützen – diese Ziele bringt eine bürgerliche Politik in ein vernünftiges Gleichgewicht. Denn nur wer keine Angst hat, kann in Freiheit leben. Die Verhinderung von Straftaten, der Schutz vor Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung sowie die Aufklärung und Ahndung von Verbrechen und Vergehen sind unabdingbare Voraussetzungen für ein friedliches Zusammenleben der Bürger und das Vertrauen in den Staat.

IV.1 Freiheit und Sicherheit für die Bürger

Deutschlands Sicherheitsbehörden leisten hervorragende Arbeit und genießen bei den Bürgern ein hohes Maß an Vertrauen. Wir erleben heute neue Formen von Bedrohung. Terrorismus und organisierte Kriminalität gehören zu den größten dieser Bedrohungen. Sie stehen im Widerspruch zu Freiheit und Sicherheit und damit zu den höchsten Werten, die unser Grundge-

setz prägen. Deutschland ist Teil eines weltweiten Gefahrenraums. Darauf müssen wir uns einstellen. Nur so kann der Rechtsstaat Freiheit und Sicherheit seiner Bürger auch künftig schützen und bewahren. Die Unterschiede zwischen innerer und äußerer Sicherheit sind angesichts der heutigen Bedrohungen unscharf. Wir wollen Wege finden, wie alle Potenziale und Mittel der inneren und äußeren Sicherheit optimal genutzt werden können, um Bedrohungen wirksam ab zuwehren. In besonderen Gefährdungslagen muss ein Einsatz der Bundeswehr im Innern mit ihren spezifischen Fähigkeiten im Katastrophenschutz sowie bei der Bewältigung terroristischer Gefahren ergänzend zu Länder- und Bundespolizei im Rahmen festgelegter Grenzen möglich sein. Hierfür sind klare Rechtsgrundlagen zu schaffen. Die strikte Trennung von Polizei und Militär muss dabei gewahrt bleiben.

CDU und CSU sorgen bestmöglich für Sicherheit im Alltag und für Sicherheit vor Ort. Wir wollen, dass sich alle Bürger auf Straßen und Plätzen, in Bussen und Bahnen, auf Bahnhöfen zu jeder Tages- und Nachtzeit ohne Angst vor Verbrechen frei bewegen können. In allen öffentlichen Räumen muss durch präventive Stadtgestaltung, bessere Beleuchtung, den verstärkten Einsatz von Videokameras an

Brennpunkten und präventives Sozialmanagement Verwahrlosung, Graffiti-Schmierereien, Vandalismus, Diebstählen, Wohnungseinbrüchen sowie Gewalt vorgebeugt werden. Es darf keine rechtsfreien, sondern nur angstfreie Räume geben.

■ CDU und CSU setzen Vertrauen in Polizei und Justiz. Eine „sichtbare“ Polizei verstärkt das Sicherheitsgefühl der Bürger, gerade auch der älteren Bürger. Um das bestmögliche Ergebnis im Kampf gegen Kriminalität, Gewalt und Terror zu erzielen, muss die Polizei personell, organisatorisch und technisch, insbesondere im Bereich der Informationstechnologie, handlungsfähig sein. Unser Ziel ist es daher, als Bund unseren Beitrag für einen zeitgemäßen Technologiestandard für ganz Deutschland zu leisten. Dafür wollen wir Sorge tragen. Wir wollen gezielt noch mehr Interessenten mit Migrationshintergrund für den Polizeiberuf und die Justiz gewinnen. Sie sind wichtige „Brückenbauer“. Ihrer beruflichen Aufgabe im Dienst der Allgemeinheit werden gerade auch Polizisten zur Zielscheibe von Gewalt. Die Angehörigen solcher Berufe verdienen unseren Schutz. Der Respekt für ihre wichtige Arbeit gebietet es, den Strafanspruch des Staates in solchen Fällen konsequent zur Geltung zu bringen. Damit die Justiz ihre Aufgabe erfolgreich wahrnehmen kann, wollen wir die rechtlichen Rahmenbedingungen fortentwickeln. Wir wollen die Leistungs-

fähigkeit der Gerichte und Staatsanwaltschaften sowie die Effektivität der Strafverfahren wo nötig verbessern.

- Bagatellisierung von Kriminalität ist der falsche Weg. Das Rechtsbewusstsein nimmt erheblichen Schaden, wenn Delikte nur deshalb nicht strafrechtlich verfolgt werden, weil sie massenhaft begangen werden. Hemmschwellen werden so gesenkt, Rechtsbrecher ermutigt und kriminelle Karrieren begünstigt. Wer Recht bricht und sich damit gegen die Werteordnung unserer Gesellschaft stellt, muss mit konsequenter Verfolgung und zügiger Bestrafung rechnen.
- Wir werden die Bürger vor rückfälligen Straftätern wirksamer schützen. Bestehende Lücken bei der Sicherungsverwahrung werden wir daher schließen. Opferschutz geht vor Täterschutz. Wir wollen die Identifizierung von Kriminellen durch den „genetischen Fingerabdruck“ deutlich verbessern.
- CDU und CSU wollen Sicherheit aktiv gestalten, gedeihliches Zusammenleben fördern und Sozialverträglichkeit stärken. Unsere vorausschauende Politik richtet ihren Fokus darauf, unseren freiheitlich demokratischen Verfassungsstaat so zu gestalten, dass sich so viele Menschen wie möglich dieser Gesellschaft zugehörig fühlen. Je besser dies gelingt, desto weniger Menschen rut-

schen in Gewalt und Extremismus ab. Wir werden daher Angebote stärken, die bereits im Vorfeld Gewalt- und Kriminalitätskarrieren oder das Abgleiten in Extremismus verhindern. Unsere Politik des gesellschaftlichen Zusammenhalts unterstützt mit einer breit angelegten Förderung vielfältige Initiativen. Dies ist entscheidend für eine lebendige Demokratie, ein friedliches Zusammenleben und damit letztlich auch für die Vorbeugung von Straftaten.

- Kinder- und Jugendkriminalität nimmt immer brutalere Formen an. Die Täter werden immer jünger. Kinder- und Jugendkriminalität können nur dann wirkungsvoll bekämpft werden, wenn Prävention, Strafverfolgung, Strafvollstreckung und Opferschutz frühzeitig und konzeptionell zusammenwirken. Der Rechtsstaat muss wachsam bleiben, falls erforderlich gesetzlich nachjustieren und entschlossen mit jungen Straftätern umgehen. Dazu gehört auch, dass Sanktionen rasch spürbar sein müssen.
- Wir wollen, dass das Jugendstrafrecht differenziertere Sanktionen vorsieht, um noch besser auf den einzelnen Täter einwirken zu können. CDU und CSU setzen sich dafür ein, dass neben einer zur Bewährung ausgesetzten Jugendstrafe die Anordnung eines „Warnarrests“ möglich ist. Jugendliche Straftäter müssen frühzeitig - nicht erst nach einer langen kriminellen „Karriere“ - mit einem therapeutischen Gesamtkonzept ein Leben mit fester Struktur und Respekt vor Anderen lernen. Um die Verantwortung für das eigene Handeln bewusst zu machen, sind Jugendliche stärker zur Wiedergutmachung zu verpflichten. Für Täter ab einem Alter von 18 Jahren wollen wir bis zur Vollendung des 21. Lebensjahres die Anwendung des Erwachsenenstrafrechts zum Regelfall, das Jugendstrafrecht zur Ausnahme machen. Wir treten dafür ein, das Fahrverbot oder die Verhinderung des Erwerbs eines Führerscheins als eigenständige Sanktion im Jugendstrafrecht zu verankern und den Anwendungsbereich auf alle Arten von Straftaten zu eröffnen.
- Für uns steht fest: Es darf nichts unversucht bleiben, insbesondere unsere Kinder mit allen rechtsstaatlich zulässigen Möglichkeiten zu schützen. Wir wollen Wertungswidersprüche im Sexualstrafrecht bereinigen und den Kindesmissbrauch grundsätzlich wieder als Verbrechen bestrafen.
- Das Internet ist kein rechtsfreier Raum. Wo es angesichts der geringen Schwere von Straftaten vertretbar ist, soll eine Selbstregulierung greifen. Wir wollen Rechtsverletzungen effektiv unterbinden. Wir werden auf den Ausbau der internationalen Zusammenarbeit gegen Internet-Kriminalität drängen. In

Deutschland treten wir für eine stärkere Bündelung der Aktivitäten im Kampf gegen Internet-Kriminalität ein. Bundeskriminalamt, Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik und die entsprechenden Einrichtungen der Länder sind hierfür personell und technisch weiter zu stärken. Die Bemühungen um die Aufklärung der Nutzer und die Verbesserung der Medienkompetenz müssen intensiviert werden.

- CDU und CSU sind für Datenschutz mit Augenmaß. „Schwarzhandel“ mit Adressen, Diebstahl von Daten bis hin zu illegalen Kontoabbuchungen sind die negativen Begleiterscheinungen der legalen Nutzung von Kundendaten. Der Bürger muss darauf vertrauen können, dass seine Daten vor Missbrauch geschützt sind.
- Für uns gilt: Wer in Deutschland lebt, muss sich auch an unsere Regeln halten. Zur Abwehr der Gefahren durch kriminelle Ausländer und durch Terrorismusverdächtige wollen wir das Ausweisungsrecht konsequent vereinfachen. Ausländer müssen bereits bei einer Gefängnisstrafe von mindestens einem Jahr ohne Bewährung ausgewiesen werden können. Dies soll auch bei ausländischen jugendlichen Intensivtätern möglich sein. Ein Aufenthaltstitel soll bei einer rechtskräftigen Verurteilung wegen vorsätzlicher Straftaten zu mehr als drei Jahren Freiheitsstrafe kraft Gesetzes er-

löschen. Ein neuer Ausweisungstatbestand soll für massiv integrationsfeindliches Verhalten geschaffen werden – wie etwa die Erziehung zur Gewalt oder die Misshandlung Schutzbefohlener.

- CDU und CSU halten eine nationale Visa-Einlader- und Warndatei für dringend geboten, um Visummissbrauch effektiv zu bekämpfen. Gefälschte und erschlichene Visa für Deutschland und Europa werden von der Organisierten Kriminalität in großer Zahl eingesetzt, um vielfältige Delikte bis hin zu Menschenhandel und Zwangsprostitution zu begehen. Auch besteht die Gefahr, dass so Terrorgruppen Täter einschleusen.
- CDU und CSU setzen für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger auf verstärkte europäische Zusammenarbeit. EUROPOL muss als Kompetenzzentrum für Informationen und koordinierende Unterstützung weiter entwickelt werden. Wir werden die grenzüberschreitende polizeiliche Zusammenarbeit zum Schutz der Außengrenzen der EU weiter ausbauen. Für europaweit abrufbare Fahndungsausschreibungen und den notwendigen Abgleich von Ermittlungsdaten werden wir die Entwicklung einer europäischen Strategie zum Informationsaustausch voranbringen. Dabei sind Datenschutzinteressen mit dem Interesse an einer wirksamen Kriminalitätsbekämpfung in Einklang zu bringen. Da-

tenschutz darf aber nicht zum Täter-schutz werden.

- Wir treten Extremisten aller Art entschlossen entgegen. Die wehrhafte Demokratie darf auf keinem Auge blind sein. Es darf in Deutschland keine Landstriche, keine Stadtviertel und keine Plätze geben, in denen Extremisten das Sagen haben. Recht und Freiheit dürfen Unrecht und Willkür nirgendwo weichen. Dafür wollen wir Sorge tragen. Hysterie und Vorverurteilung sind ebenso falsche Reaktionen wie Ignoranz und Verharmlosung. Wir stehen für eine konsequente Verfolgung und Ahndung extremistischer Straftaten. Wir dulden keine Zusammenarbeit mit Extremisten. Vielmehr muss der Schutz unseres Grundgesetzes demokratischer Konsens sein. CDU und CSU unterstützen weiterhin die Beobachtung extremistischer Gruppierungen und Organisationen durch den Verfassungsschutz.
- Der Umfang rechtsextremistischer Straftaten ist zunehmend besorgniserregend. Die Ursachen für rechtsextremistische Einstellungen zu beheben, ist erklärtes Ziel von CDU und CSU. Nur durch langfristiges Engagement und nachhaltige Prävention wird die Ausbreitung rechtsextremistischen Gedankenguts verhindert. Hierzu gehört die Stärkung der Bürgergesellschaft. Wir werden die Unterstützung der bürgerschaftlichen
- Projekte, die Arbeit der demokratischen politischen Nachwuchsverbände im Ring Politischer Jugend (RPJ) und Aussteigerprogramme gegen Extremismus weiterentwickeln und dabei Schwerpunkte in gefährdeten Regionen setzen. Ausstiegsprojekte werden wir konsequent weiter fördern.
- Auch Linksextremisten sind erklärte Gegner unserer freiheitlich demokratischen Staats- und Gesellschaftsordnung. Die Gefahr linksextremistischer Straftaten wird in der Öffentlichkeit unterschätzt. Wir halten an der Beobachtung der extremistischen Strukturen in der Partei „DIE LINKE“ durch den Verfassungsschutz fest.
- Wachsamkeit ist auch gegenüber dem Extremismus islamistischer Gruppen geboten, der sich regelmäßig mit Antisemitismus verbindet. Wir werden nicht zulassen, dass Deutschlands freiheitliche Grundordnung durch islamistische, an der Scharia orientierten Ordnungsvorstellungen ausgehöhlt wird. Wir werden für eine konsequentere Überwachung und Sanktionierung antisemitischer und antiwestlicher Propaganda in islamistischen Zeitungen, Büchern und Webseiten sorgen.
- Der öffentliche Raum darf kein Raum der Gewalt sein. Der Staat muss der durch Extremisten ausgeübten Gewalt wie der alljährlich anlässlich des 1. Mai in Berlin

mit aller Entschlossenheit entgegentreten. Gegenüber gewaltbereiten Chaoten darf es keine Deeskalationsstrategie des Staates geben, die dazu führt, dass die Gesundheit unserer Polizeibeamten auf unverantwortliche Weise aufs Spiel gesetzt wird.

- Die beste Prävention gegen extremistische Ideologien ist die Stärkung der Demokratie. Deshalb müssen wir die politische Bildung, die schulische Bildung und die gesellschaftliche Aufklärung über alle Formen des Extremismus verstärken. Wir werden uns dafür einsetzen, der Extremismusbekämpfung und der Vermittlung demokratischer Werte und Streitkultur in Arbeit der Zentralen für politische Bildung ein weiterer Raum gegeben wird.

Recht sichert Freiheit – für einen starken Rechtsstaat

Unsere Rechtsordnung garantiert Freiheit, Eigentum und soziale Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger. Die hervorragende Arbeit der deutschen Justiz schafft Rechtssicherheit und gewährleistet so, dass jeder seine Rechte auch durchsetzen kann. So entsteht Vertrauen in unseren Staat. Für die deutsche Wirtschaft ist dies ein entscheidender Standortvorteil im globalen Wettbewerb. Auch das deutsche Recht hat im weltweiten Vergleich Vorbildfunktion. CDU und CSU werden dafür sorgen, dass das deutsche Rechtssystem im Interesse

der Bürgerinnen und Bürger, aber auch der Unternehmen, die im globalen Wettbewerb stehen, fortentwickelt und unsere Justiz weiter gestärkt wird.

- In der Globalisierung stehen auch Recht und Rechtspflege in einem internationalen Wettbewerb. Wertvorstellungen und Lösungen des deutschen Rechts wollen wir europaweit und weltweit offensiv vertreten. Dies gilt umso mehr, als sich immer mehr Länder am deutschen Recht orientieren.

- Wir werden das bewährte deutsche Zivilrechtssystem behutsam in den europäischen Binnenmarkt hinein weiterentwickeln. Eine Übernahme struktureller Rechtsfiguren aus dem anglo-amerikanischen Recht, wie z. B. Sammelklagen, lehnen wir ab.

- Wir wollen einen umfassenden Datenschutz garantieren. Wir wollen keine unnötigen Datenmengen speichern und kämpfen gegen den „Gläsernen Bürger“. Das Gebot der Verhältnismäßigkeit muss stets gewahrt bleiben.

- Einheit vollenden bedeutet auch den Rechtsfrieden mit den Menschen herstellen, denen Entschädigungsansprüche zugesprochen sind. Diese müssen unverzüglich auf der Basis der Anfang der neunziger Jahre getroffenen Regelungen erfüllt werden. Die durch den Zeitablauf

eingetretenen Änderungen dürfen nicht zu Lasten der Betroffenen gehen. Fristen müssen angepasst werden.

- Der Bürger muss das Recht verstehen können, wenn er es befolgen soll. Wir fordern ein übersichtlicheres und verständlicheres Recht. CDU und CSU wollen, dass Gesetze und Bescheide der Verwaltung in einer für den Bürger verständlichen Sprache verfasst werden. Wir fordern die konsequente Umsetzung der Grundsätze der „besseren Gesetzgebung“ in Deutschland und der EU.

IV.2 Internationale Sicherheit festigen

CDU und CSU stehen für die weltweite Anerkennung der Menschenwürde, für Freiheit und Frieden, für Freundschaft mit unseren Nachbarn und für Bündnistreue und das Eintreten für die Interessen Deutschlands. Wir sind mit unserer Außen- und Sicherheitspolitik einer großen Tradition verpflichtet und haben die Fundamente der erfolgreichen deutschen Außen- und Sicherheitspolitik gelegt. Die Bundeswehr leistet dazu mit ihren Soldatinnen und Soldaten einen unverzichtbaren Beitrag. Die Werte des Grundgesetzes, die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger, die Interessen und die globale Verantwortung Deutschlands und Europas müssen die Maßstäbe deutscher Außen- und Sicherheitspolitik sein.

Die großen Herausforderungen der Zukunft – die Gestaltung der Globalisierung und die Verhinderung von Wirtschaftskrisen, die Begrenzung des Klimawandels und die Sicherung der Energieversorgung oder die Bewältigung von Migrationsproblemen und die Verhinderung von Terror – kann kein Staat alleine meistern. Ein sicheres Leben in Deutschland ist auf gute Nachbarschaft und stabile Partnerschaften angewiesen. Es ist unsere Verantwortung, dies für die Zukunft zu sichern. Wer auf Partner angewiesen ist, muss auch selbst solidarisch handeln. Deshalb kommt Deutschland seinen Bündnispflichten nach und leistet im Rahmen der Vereinten Nationen und der OSZE, der NATO und der Europäischen Union einen aktiven Beitrag zur Wahrung des internationalen Friedens und der Sicherheit.

- Wir werden jede Chance nutzen, gemeinsam mit dem neuen US-Präsidenten die transatlantische Partnerschaft zu festigen. Europa und Amerika stützen sich auf ein Fundament gemeinsamer Werte. Die transatlantischen Partner können zur Lösung der Probleme der Welt weit mehr erreichen, wenn sie effektiv zusammenwirken. Wir wollen im Rahmen der transatlantischen Wirtschaftspartnerschaft Handelshemmnisse abbauen und langfristig einen transatlantischen Markt schaffen. Von entscheidender Bedeutung ist dabei eine Harmonisierung der Importstan-

dards. In Anlehnung an den europäischen Binnenmarkt wollen wir so den transatlantischen Handel und die Investitionsbeziehungen fördern. Wir wollen eine deutsch-amerikanische Initiative zur Energieeffizienz starten, um unabhängiger von Energieträgern wie Öl und Gas zu werden. Damit können wir Schwellenländern glaubwürdig gegenüber treten und diese für ein Kyoto-Plus-Abkommen gewinnen.

- Wir bekennen uns zur NATO und werden uns für ein neues strategisches Konzept der NATO einsetzen, das auf die sicherheitspolitischen Veränderungen angemessen antwortet. Es muss einen neuen Konsens über Risiken, Bedrohungen, Aufgaben und Reichweite des Bündnisses stiften. Die zentrale Verpflichtung ist und bleibt die kollektive Verteidigung der Mitglieder des Bündnisses – auch wenn Einsätze zur Sicherung von Frieden, Freiheit und Stabilität den Schwerpunkt der aktuellen Aufgaben bilden. Die NATO soll für neue Mitglieder weiterhin offen sein, die die Werte des Bündnisses und seiner Mitgliedstaaten teilen und deren Aufnahme mehr Sicherheit für alle Mitgliedstaaten bringt. Wir werden zu einer gemeinsamen strategischen Kultur von NATO und EU und einer besseren Zusammenarbeit beider Organisationen beitragen. Damit wirken wir darauf hin, dass NATO und EU auf der Grundlage einer pragmatischen

Arbeitsteilung ihre zivilen und militärischen Fähigkeiten zur Krisenprävention und Krisenreaktion effizienter nutzen.

- Wir werden weltweit konsequent und erkennbar für die Werte eintreten, die Deutschland mit seinen Partnern verbinden. Deutschland muss eine einflussreiche Stimme für Recht, Freiheit und Menschenrechte bleiben.
- Wir bekennen uns zu der besonderen Verantwortung Deutschlands gegenüber Israel als jüdischem Staat. Die Sicherung des Existenzrechtes Israels ist Teil der deutschen Staatsräson. Deutschland und Europa haben ein hohes Interesse an Frieden und Stabilität im Nahen und Mittleren Osten. Unser Ziel ist und bleibt eine Zweistaaten-Lösung mit einem Israel in dauerhaft sicheren Grenzen und einem lebensfähigen palästinensischen Staat, die in friedlicher Nachbarschaft leben.
- Ein gutes nachbarschaftliches Verhältnis zu Russland liegt im Interesse Deutschlands und seiner europäischen Partner und Verbündeten. Wir wollen so enge Beziehungen zu Russland wie möglich. Die Tiefe und Breite dieser Beziehungen hängt insbesondere davon ab, ob und wie weit Russland bereit ist, seinen Verpflichtungen im Rahmen der Vereinten Nationen, der OSZE, des Europarats und der Europäischen Energie-Charta sowie aus den Vereinbarungen mit der Euro-

päischen Union nachzukommen. Wir treten für eine zuverlässige, in der Europäischen Union eng abgestimmte Energie-Zusammenarbeit mit Russland auf der Grundlage transparenter und nicht diskriminierender Bedingungen ein.

- Unter deutscher G8-Präsidentschaft wurde der Heiligendamm-Prozess begonnen, der die großen Schwellenländer China, Brasilien, Indien, Mexiko und Südafrika bei der Lösung globaler Probleme einbinden soll. Ob Sicherheitspolitik, Klimaschutz, Armutsbekämpfung oder Weltwirtschaft: Viele der Herausforderungen auf diesen und weiteren Feldern können wir nur zusammen mit den großen Schwellenländern meistern. Wir werden immer bessere Ergebnisse erzielen, wenn wir alle relevanten Akteure einbeziehen und so aus gemeinsamen Interessen gemeinsame Verantwortung erwachsen lassen. Deshalb wollen wir den Ansatz des Heiligendamm-Prozesses festigen und weiter ausbauen.
- Wir setzen uns dafür ein, dass die Vereinten Nationen an Handlungsfähigkeit, Stärke und Effizienz gewinnen – denn die Vereinten Nationen sind unverzichtbar bei der Lösung globaler Probleme. Ihre Stärkung erfordert auch interne Reformen. Bei der Reform des Sicherheitsrates befürworten wir einen ständigen Sitz für die Europäische Union. Auf dem Weg zu diesem Ziel bleibt Deutschland bereit,

mit der Übernahme eines ständigen Sicherheitsratssitzes mehr Verantwortung zu übernehmen. Eine Weiterentwicklung des Völkerrechts trägt dazu bei, dass die Vereinten Nationen einen effektiveren Beitrag zur weltweiten Durchsetzung von Freiheit und Menschenrechten leisten. Wir wollen das Gewaltmonopol der Staaten stärken und setzen uns für eine strikte Kontrolle und Beschränkung der Tätigkeit privater Sicherheitsunternehmen ein. Die UN-Konvention gegen Söldnertum muss erneuert werden.

- Wir werden unserer internationalen Verantwortung gerecht werden und im Rahmen der Vereinten Nationen wirksam und entschlossen gegen Piraterie vorgehen. Denn Schifffahrt braucht Sicherheit. Wir treten für die Einrichtung eines internationalen Pirateriegerichtshof ein.
- Wir verfolgen weiterhin konsequent das Ziel, Frieden zu schaffen mit immer weniger Waffen. Die Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen zu erschweren und eine Weitergabe an Terroristen zu verhindern, ist und bleibt Aufgabe deutscher Sicherheitspolitik. Jede faire und der internationalen Sicherheit dienende Initiative, Nuklearwaffen zu reduzieren und die konventionellen Streitkräfte zu begrenzen, werden wir unterstützen. Eine Vereinbarung über eine drastische Reduzierung der Nuklearpotenziale eröffnet die Aussicht, das Nicht-

verbreitungsregime zu stärken und das Streben weiterer Staaten in den Kreis der Nuklearmächte zu stoppen. Die Überprüfungs- und Verifikationsinstrumente der Internationalen Atomenergieorganisation gilt es zu stärken.

- Wir wollen die Gefahr bannen, dass von Afghanistan Instabilität und Terror auf andere Teile der Welt ausstrahlen – auch auf Europa und Deutschland. Deshalb leisten wir einen Beitrag, damit Afghanistan selbst für seine und damit unsere Sicherheit sorgen kann. Dies erfordert die Bereitschaft zu nachhaltiger Ausbildung und Unterstützung des afghanischen Sicherheitssektors (Armee, Polizei und Justiz) und zum zivilen Wiederaufbau. Die Schaffung tragfähiger staatlicher Strukturen ist die Voraussetzung für eine spätere Reduzierung und schließlich zur Beendigung unseres militärischen Engagements. Militärische Sicherheitspräsenz und ziviler Aufbau sind untrennbar voneinander abhängig. Ohne Sicherheitspräsenz ist kein Wiederaufbau, ohne Erfolge beim Wiederaufbau keine Reduzierung der Sicherheitspräsenz möglich. Dem Ansatz der „vernetzten Sicherheit“ muss auch durch eine enge Koordination der am Afghanistan-Engagement beteiligten Bundesressorts Rechnung getragen werden.
- Wir stehen zum Dienst unserer Soldatinnen und Soldaten und zollen ihrer Leistung hohen Respekt. Deutschland braucht eine leistungsfähige Bundeswehr. Im Konzept vernetzter Sicherheit ist die Bundeswehr ein unverzichtbares Instrument sowohl für die Landes- und Bündnisverteidigung als auch für internationale Krisenvorsorge und Krisenbewältigung.
- Das Leitbild „Staatsbürger in Uniform“ ist und bleibt Markenzeichen der Bundeswehr als Armee in der Demokratie. Die Wehrpflicht ist auch angesichts der neuen Bedrohungen der Sicherheit unseres Landes zukünftig notwendig. Sie ist ein wichtiges Instrument der Sicherheitsvorsorge. Die Wehrpflicht verbindet Bundeswehr und Gesellschaft. Wir wollen jedoch für mehr Wehrgerechtigkeit sorgen und die Wehrpflicht attraktiver gestalten. Den Zivildienst wollen wir als Ersatzdienst erhalten. Er hat große sozial- und jugendpolitische Bedeutung.
- Für uns steht fest: Die Soldatinnen und Soldaten müssen die bestmögliche Ausrüstung, Ausbildung und Betreuung zur Vorbereitung, zur Durchführung und nach ihren Einsätzen erhalten. Dafür müssen der Bundeswehr ausreichend Finanzmittel zur Verfügung gestellt werden. Dies gilt auch für die Gewinnung qualifizierten Personals und für attraktive Rahmenbedingungen des Dienstes. Die deutsche wehrtechnische Industrie hat hohe Bedeutung – sowohl im Hinblick auf ihre technologische Leistungsfähigkeit wie auch ihre hochqualifizier-

ten Arbeitsplätze. Bei internationaler und europäischer Kooperation muss der deutsche Einfluss erhalten bleiben.

- Die Bundeswehr muss wichtige Interessen unseres Landes und seiner Partner verteidigen und dabei auch in geographisch weiter Entfernung zum Einsatz kommen können. Die personellen, militärischen und finanziellen Ressourcen der Bundeswehr sind begrenzt. Die Entscheidung über Auslandseinsätze treffen wir unter Beteiligung des Bundestages nach den Werten und Interessen

Deutschlands und im Lichte unserer internationalen Bündnisverpflichtungen. Auslandseinsätze müssen in Übereinstimmung mit dem Grundgesetz und dem Völkerrecht erfolgen und der Bewahrung oder Wiederherstellung des Friedens und der internationalen Sicherheit dienen. Einsätze müssen eindeutig definierte, erreichbare Ziele verfolgen. Die Bundeswehr muss einen glaubwürdigen Beitrag dazu leisten können, diese Ziele zu erreichen. Der Einsatz muss in seinen Risiken berechenbar sein.

IV.3 Starkes Europa – sichere Zukunft

Das vereinte Europa bietet seinen Bürgern alle Möglichkeiten, ihre Zukunftschancen zu verwirklichen und ihr Leben in Frieden und Freiheit zu führen.

CDU und CSU wollen ein starkes und bürgernahes Europa. Dabei kommt der deutsch-französischen Partnerschaft eine besondere Bedeutung zu. Markenzeichen unserer Europapolitik ist eine Partnerschaft der gleichen Augenhöhe mit allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Wir stehen für den Weg aus der Krise, weil gemeinsames europäisches Handeln international erfolgreicher ist. Wir stehen für kluge nationale und europäische Interessenwahrnehmung. Und wir stehen für eine gefestigte EU, denn Europa muss Grenzen haben.

- Wir wissen: Eine starke Europäische Union ist die beste Voraussetzung für Wachstum, die Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen sowie für soziale Sicherheit in unserem Land. Die Soziale Marktwirtschaft, die wir in Europa und auch international verankern wollen, ist das beste Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell, um diese Ziele zu erreichen und damit unsere Zukunft zu sichern. Sie ist die erfolgreiche und menschliche Antwort auf die gescheiterten Systeme der sozialistischen Planwirtschaft und des ungezügelten Kapitalismus.

- Wir wollen im EU-Binnenmarkt Wettbewerb und Verbraucherschutz garantieren und überflüssige Bürokratie beseitigen. Es bleibt eine ständige Aufgabe in der EU, Bürokratie zu vermeiden. Dazu fordern wir, einen grundsätzlichen Bürokratiecheck für europäische Entschei-

dungen. Die Industrie, kleine und mittlere Unternehmen, landwirtschaftliche Betriebe, die Freien Berufe und das Handwerk müssen von unnötigen Regulierungen entlastet werden. Gerade in der aktuellen Krise darf es keine zusätzlichen Belastungen für die Wirtschaft geben, die Arbeitsplätze gefährden.

- Wir stehen für eine starke, handlungsfähige Außen- und Sicherheitspolitik der EU, um unsere Interessen in der Welt des 21. Jahrhunderts erfolgreich vertreten zu können. Sie muss auf einer weiterentwickelten gemeinsamen Sicherheitsstrategie fußen, den Hohen Beauftragten für Außenpolitik stärken sowie die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik einschließlich einer Beistandsverpflichtung ergänzend zur transatlantischen Partnerschaft ausbauen.
- Wir streben eine langfristige Energiepolitik der Europäischen Union an, die den Einfluss der EU auf den globalen Energiemärkten erhöht. Europa nimmt beim Klimaschutz, der nur gemeinsam erreicht werden kann, eine Vorreiterrolle ein. Das EU-Klimaschutzprogramm ist maßgeblich von CDU und CSU gestaltet worden. Deutschland wird weiterhin einen wichtigen Beitrag zur Bewältigung des globalen Klimawandels leisten. Eine einseitige Belastung einiger weniger EU-Staaten und deren Wirtschaft darf es nicht geben.
- Für uns steht fest: Eine stabile Währung ist Voraussetzung für eine starke Wirtschaft und stabile politische Verhältnisse. Wir stehen für ein Europa der Haushaltsdisziplin und der Beitragsgerechtigkeit sowie Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank. EU-Steuern lehnen wir ab.
- Wir wollen ein Europa, das sich zu seinen christlich-abendländischen Wurzeln und den Ideen der Aufklärung bekennt und aus ihnen lebt. Wir halten an unserem Ziel fest, dieses Werteverständnis auch mit einem Gottesbezug im EU-Vertrag deutlich zu machen.
- Die EU muss die Identität der Nationen mit ihren Regionen und Kommunen achten. Deutsch ist die meistgesprochene Muttersprache und eine der drei Verfahrenssprachen der EU. Wir setzen uns daher für die Stärkung der deutschen Sprache in Europa ein, um ihre faktische Benachteiligung in den europäischen Institutionen zu beenden.
- Wir verlangen, dass gemäß dem Subsidiaritätsprinzip Aufgaben so nah wie möglich bei den Menschen erledigt werden. Brüssel darf sich nicht einmischen, wenn Aufgaben auf bundes-, landes- oder kommunalpolitischer Ebene ausreichend oder besser geregelt werden können. Im Binnenmarkt brauchen wir aber weniger detaillierte Regelungen und

mehr Freiraum. Bei künftigen EU-Vertragsänderungen wollen wir überprüfen, ob Kompetenzen von der europäischen Ebene auf die Nationalstaaten zurückverlagert werden können.

■ Wir wissen: Die bisherigen EU-Erweiterungen waren ein Erfolg und im Interesse Deutschlands und Europas. Nach der Erweiterung um zwölf neue Mitgliedstaaten und einem Beitritt Kroatiens muss es eine Konsolidierungsphase im EU-Erweiterungsprozess geben, um die Identität und die Institutionen der EU zu festigen. Für Staaten mit einer europäischen Beitrittsperspektive gilt, dass für die Aufnahme neuer Mitglieder in die Europäische Union das Kriterium der Aufnahmefähigkeit der EU ebenso wichtig ist, wie die vollständige Erfüllung aller politischen und wirtschaftlichen Kriterien durch die Bewerberländer, zu denen insbesondere die Meinungsfreiheit, die Gleichheit von Frau und Mann, der Minderheitenschutz oder die Religionsfreiheit zählen. Die Türkei erfüllt die Voraussetzungen nicht. Wir halten eine privilegierte Partnerschaft anstelle einer Vollmitgliedschaft der Türkei mit der EU für die richtige Lösung.

■ Für die europäischen Nachbarn der EU, die nicht oder noch nicht Vollmitglied werden können, brauchen wir eigene Formen der Zusammenarbeit wie die „östliche Partnerschaft“. Für nicht-euro-

päische Nachbarn brauchen wir im Rahmen der EU-Nachbarschaftspolitik maßgeschneiderte Partnerschaftsabkommen ohne Beitrittsperspektive.

IV.4 Konsequent für Menschenrechte und Entwicklungszusammenarbeit

Für CDU und CSU basieren Entwicklungspolitik und das Engagement für die Menschenrechte auf unserem christlichen Menschenbild und sind Ausdruck unserer wertegebundenen Politik. Wir bekennen uns zur Unteilbarkeit der Menschenrechte. Unsere Entwicklungspolitik lässt sich von drei Prinzipien leiten: der Verantwortung für die Menschen in Not und für die Schöpfung, der Abwehr globaler Risiken und der Stärkung unserer weltweiten Partnerschaften, von denen Deutschland auf vielfältige Weise profitiert.

Entwicklungspolitik ist für uns keine Einbahnstraße, sondern eine strategische Partnerschaft. Sie dient sowohl den Interessen der Empfängerländer als auch Deutschlands. Im Zeitalter der Globalisierung ist jedes Land unser Nachbar. Diese Tatsache muss zukünftig in jedem Politikfeld berücksichtigt werden. Entwicklungspolitik, die Armut bekämpft und damit Migrationsdruck mindert, die Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit fördert, die zum Frieden beiträgt und Stabilität schafft, die

Klima- und Umweltschutz zum Ziel hat und die den Außenhandel flankiert, dient zugleich Deutschland und seiner Sicherheit.

Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, transparente und gute Regierungsführung sowie die Orientierung am Modell der Sozialen Marktwirtschaft sind die besten Voraussetzungen, damit Entwicklungszusammenarbeit im Sinne der Hilfe zur Selbsthilfe wirken kann. Entwicklung ist die ureigene Verantwortung der Entwicklungsländer selbst. Deshalb fordern und fördern wir Subsidiarität und Eigenverantwortung in den Entwicklungsländern. Insbesondere wirken wir auf Rahmenbedingungen hin, die privatwirtschaftliche Initiativen in Entwicklungsländern stärken.

■ Menschenrechtspolitik und Entwicklungspolitik gehören zusammen und müssen eng aufeinander abgestimmt werden. Bei der Mittelvergabe in der Entwicklungszusammenarbeit müssen gute Regierungsführung und Fortschritte im Bereich der Menschenrechte maßgebliche Kriterien sein. Ein besonderes Anliegen ist uns die Unterstützung von Menschen, die sich weltweit in friedlicher Weise für den Schutz der Menschenrechte einsetzen.

■ Wir wollen die internationale Arbeitsteilung zwischen den Geberländern – auch in der EU – weiter verbessern. Dies bedeutet aber nicht, unkritisch jedem internationalen Trend – wie etwa der

direkten Budgethilfe – zu folgen und bewährte deutsche Grundsätze der Entwicklungspolitik aufzugeben. Zudem werden wir – nicht zuletzt durch eine konsequente Personalpolitik – verstärkt dafür Sorge tragen, dass die deutsche Stimme in internationalen Entwicklungsorganisationen auch dem Gewicht unserer finanziellen Beiträge entspricht. Dem Gedanken einer nachhaltigen Entwicklungspolitik werden wir künftig in allen internationalen Verhandlungen und Foren besondere Beachtung beimessen.

■ Wir wollen für ein effizientes strategisches Vorgehen sorgen. Dazu wollen wir die entwicklungspolitisch relevanten Strukturen des deutschen Außenhandels optimieren und zu einer kohärenten Entwicklungspolitik zusammenführen. Wir werden dazu die Entwicklungspolitik als eigenständiges Politikfeld für die Koordination der Aktivitäten Deutschlands in Entwicklungsländern stärken. Die entwicklungspolitischen Instrumente wollen wir effizienter gestalten. Deshalb werden wir die notwendigen Strukturveränderungen bei staatlichen Durchführungsorganisationen der Entwicklungszusammenarbeit vornehmen. Der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit werden wir wieder größere Bedeutung verschaffen.

■ Die Stärkung der Effizienz der deutschen Entwicklungszusammenarbeit verlangt eine Konzentration unserer Maßnahmen

auf bestimmte Länder und Sektoren. Armutsbekämpfung bleibt ein Kernanliegen unserer Entwicklungspolitik. Unsere entwicklungspolitischen Ziele gehen jedoch weit darüber hinaus. Wir werden auf gute Regierungsführung in den Entwicklungsländern hinwirken. Nur so können wir in den Schlüsselsektoren unserer Entwicklungszusammenarbeit – Wirtschaft und Infrastruktur, Bildung und Gesundheit, ländliche Entwicklung, Frieden und Sicherheit, Umwelt-, Klima- und Ressourcenschutz – erfolgreich wirken. Wir wollen mit moderner Entwicklungspolitik die wirtschaftliche und wissenschaftliche Zusammenarbeit intensivieren. Diese stärkt das Wachstum in Entwicklungsländern. Wir wollen auch die deutsche Wirtschaft und insbesondere den Mittelstand stärker für die Entwicklungszusammenarbeit gewinnen. Entwicklungspolitik ist somit eine Politik zum beiderseitigen Nutzen sowie des gegenseitigen und fairen Interessenausgleichs.

- Wir stehen zu unseren internationalen Verpflichtungen, die Mittel für die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit auf 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens zu steigern. Eine quantitative Erhöhung der Mittel der Entwicklungszusammenarbeit muss aber mit einer Steigerung der Effizienz des entwicklungspolitischen Instrumentariums und der Absorptionsfähigkeit in den Entwicklungsländern einhergehen.

- Wir werden die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit und das unverzichtbare zivilgesellschaftliche Engagement der Kirchen, Nichtregierungsorganisationen und politischen Stiftungen ebenso wie die Kooperation mit der deutschen Privatwirtschaft noch enger miteinander vernetzen. Das zivilgesellschaftliche Engagement wollen wir fördern, denn die Erstverantwortung für die deutsche Entwicklungspolitik liegt bei den Bürgern. Wir wollen in der Bevölkerung den Gedanken der Solidarität mit Menschen in Not wieder stärken.

Herausgeber:

CDU-Bundesgeschäftsstelle | Konrad-Adenauer-Haus Klingelhöferstraße 8 | 10785 Berlin
Telefon 030 220700 | Telefax 030 22070111 | E-Mail: info@cdu.de | www.cdu.de
120/0709 | **Bestell-Nummer: 5579**

***Gemeinsam erfolgreich
für Deutschland.***

Regierungsprogramm 2013 – 2017

CDU



CSU 

Inhaltsverzeichnis

Präambel	3
1 Deutschlands Zukunft in Europa	8
2 Deutschlands Wohlstand sichern	11
2.1 Soziale Marktwirtschaft – Grundlage unseres Erfolgs	11
2.2 Mittelstand und Industrie geben unserem Land Kraft	12
2.3 Rekordbeschäftigung – Arbeit für alle	15
2.4 Solide Finanzen – Deutschlands Stärke	17
2.5 Verantwortungsbewusste Steuerpolitik – Leistung muss sich lohnen	17
2.6 Strenge Regeln für die Finanzmärkte	19
2.7 Nachhaltiges Wachstum schafft Lebensqualität	19
3 Deutschlands Chancen nutzen	21
3.1 Bildungsrepublik Deutschland	21
3.2 Bevölkerungswandel gestalten – Verantwortung für alle Generationen	24
3.3 Technischer Fortschritt und Forschung bringen unser Land voran	26
3.4 Sichere, bezahlbare und saubere Energie	28
3.5 Mobilität für alle – auf Straße, Schiene, Wasser und in der Luft	30
3.6 Gründer schaffen Zukunft	33
3.7 Digitales Wachstumsland Nummer 1 in Europa	34
3.8 Zukunft Ost – Chance für das ganze Deutschland	36
4 Deutschlands Zusammenhalt stärken	38
4.1 Familien fördern – in jeder Lebenssituation	38
4.2 Frauen – Kompetenzen stärker nutzen und Chancen eröffnen	39

4.3 Vielfalt bereichert – Willkommenskultur schaffen	40
4.4 Jede Begabung zählt – Menschen mit Behinderung	42
4.5 Helden des Alltags – Ehrenamt und Sport fördern	43
4.6 Für ein gutes Leben im Alter – sichere Rente	45
4.7 Gesundes Land – gute Versorgung für alle	46
4.8 Aussiedler und Heimatvertriebene – ein Gewinn für unser Land	49
5 Deutschlands lebenswerte Heimat schützen	51
5.1 Intakte Umwelt sichern	51
5.2 Verlässlicher Staat in Stadt und Land	53
5.3 Mehr Wohnraum für bezahlbare Mieten	57
5.4 Gute Lebensmittel – nachhaltige Landwirtschaft	58
5.5 Verbraucher stärken	61
5.6 Kultur und Medien – Kreativität und Vielfalt schützen	63
5.7 Mitmachen! Einmischen! Mehr Bürgerbeteiligung	67
5.8 Werte stärken unser Land – Kirchen und Religionsgemeinschaften	68
6 Deutschland: Einstehen für Freiheit und Sicherheit	69
6.1 Sicheres Deutschland	69
6.2 Europa: Stark in der Welt	73
6.3 Für Frieden und Menschenrechte weltweit eintreten	74
6.4 Nachhaltige Entwicklung und mehr globale Gerechtigkeit	77
7 Wahlauf Ruf	78

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

am 22. September wählen Sie einen neuen Bundestag. Das ist eine Richtungsentscheidung für unser Land und für jeden Einzelnen. Es geht darum, ob Deutschland ein starkes und erfolgreiches Land bleibt. Ein Land mit einem stabilen Euro, in dem die Menschen sichere Arbeitsplätze haben und für sich und ihre Familien sorgen können. Ein Land, in dem jeder Mensch die Chance hat, aus seinem Leben etwas zu machen und zugleich bei Arbeitslosigkeit, Krankheit, Pflege oder im Alter gut abgesichert ist. Ein Land des Zusammenhalts, in dem die Menschen gern und sicher leben. All das kann nur gelingen, wenn Deutschland auch in Zukunft gut regiert wird. Es geht damit am 22. September auch um Ihre persönliche Zukunft!

Vor der letzten Bundestagswahl 2009 waren die Sorgen um die Zukunft groß. Deutschland und Europa erlebten die schwerste Wirtschaftskrise seit dem Zweiten Weltkrieg. Heute ist Deutschland wieder ein erfolgreiches und starkes Land, eines der stärksten weltweit. Das zeigt: Unsere gemeinsamen Anstrengungen haben vieles zum Guten entwickelt. Europa und der Euro kommen voran. Das macht auch unser Land stärker. Noch nie hatten so viele Menschen bei uns einen Arbeitsplatz wie heute. Das bedeutet Sicherheit für die Menschen und die Chance, aus eigener Kraft am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben. Die Einkommen und die Renten steigen, die Preise sind stabil. Das zeigt, von der richtigen Politik von CDU und CSU haben alle Menschen etwas.

Wer sich in den Staaten Europas umschaute, weiß, diese gute Entwicklung unseres Landes ist keine Selbstverständlichkeit. Und die Gefahr ist groß, durch falsche Entscheidungen die Stabilität unserer Währung, Deutschlands wirtschaftliche Stärke und damit Arbeitsplätze aufs Spiel zu setzen. Die Union ist der Garant für eine kluge Politik, für eine solide Währung, stabile Finanzen, wirtschaftliche Stärke und sichere Arbeitsplätze.

Die europäische Schuldenkrise ist noch nicht vorbei. Ihre Bewältigung ist eine Herausforderung von historischem Ausmaß. Als größter Volkswirtschaft und Wachstumsmotor in Europa kommt unserem Land in dieser Situation eine besondere Verantwortung zu. Wir stehen zu dieser Verantwortung, weil wir wissen, dass Deutschland auf Dauer nur stark und erfolgreich sein kann, wenn es auch Europa gut geht.

Deutschland und Europa erleben einen Bevölkerungswandel von bislang noch nicht gekanntem Ausmaß.

Unsere Bevölkerung ist die älteste in Europa, wir werden weniger und die Gesellschaft wird vielfältiger, weil der Anteil der Menschen mit Zuwanderungsgeschichte größer wird. Gleichzeitig wächst die Bevölkerung in anderen Regionen der Welt rasant. Mittlerweile leben über sieben Milliarden Menschen auf der Welt. Die allermeisten außerhalb Europas. Das bleibt nicht ohne Folgen für unsere Wirtschaft. Die großen Absatzmärkte der Zukunft liegen nicht länger nur vor unserer Haustür, sondern in den aufstrebenden Ländern Asiens und Lateinamerikas, in Afrika und der arabischen Welt. Damit eröffnen sich neue Märkte und Chancen, gleichzeitig sind diese Länder aber auch Mitbewerber im weltweiten Wettbewerb.

Der technische Fortschritt, insbesondere die Digitalisierung, verändert mit großer Geschwindigkeit unsere Art zu leben, zu arbeiten und uns miteinander auszutauschen. Das eröffnet viele neue Chancen auf zukunfts-fähige Arbeitsplätze und zukünftigen Wohlstand, aber Branchen und Betriebe verlieren auch den Anschluss, wenn sie nicht rechtzeitig auf die Veränderungen reagieren.

Viel zu lange haben wir in Deutschland, Europa und darüber hinaus auf Kosten kommender Generationen gelebt – das gilt sowohl mit Blick auf die Finanzen als auch auf die Umwelt. Die Grenzen dieses Handelns werden immer stärker sichtbar. Deshalb brauchen wir eine nachhaltige Wirtschaftsweise, die Lebensgrundlagen und Lebenschancen für kommende Generationen sichert.

Wir wollen auch in den kommenden vier Jahren in dieser sich wandelnden Welt die Weichen für die Zukunft richtig stellen. Wir laden alle Menschen in unserem Land ein, diesen Weg mitzugehen, ihn mit ihren Ideen mitzugestalten und unser Land zusammen in eine gute Zukunft zu führen. Auf diesem Weg leiten CDU und CSU klare Vorstellungen und Prinzipien:

Wir wollen, dass Europa gestärkt aus der Krise hervorgeht und der Euro eine starke und stabile Währung bleibt. Dafür brauchen wir weitere Anstrengungen und Reformen vor allem in den Staaten, die unsere Hilfe brauchen. Rot-Grün dagegen setzt auf eine Vergemeinschaftung der Schulden und Eurobonds. Dies wäre der Weg in eine europäische Schuldenunion, in der deutsche Steuerzahler nahezu unbegrenzt für die Schulden anderer Länder einstehen müssten. Das lehnen wir ab.

Wir wollen die Soziale Marktwirtschaft stärken und ihre Prinzipien in Europa und darüber hinaus weiter verankern. Sie hat unserem Land in den vergangenen 60 Jahren Wohlstand und soziale Sicherheit gebracht. Sie stärkt den gesellschaftlichen Zusammenhalt und den sozialen Ausgleich in unserem Land. Sie ist damit eine Voraussetzung für eine starke Mitte in unserem Land. Unsere Ziele bleiben Arbeit für alle – sicher und gut bezahlt – und Sicherheit für die Menschen. Dazu setzen wir auf Tatkraft, Ideenreichtum und technischen Fortschritt – und nicht auf rot-grüne Umverteilungspolitik.

Wir stehen dafür, dass Leistung sich lohnt. Deshalb entlasten wir die Menschen. SPD und Grüne dagegen wollen die Menschen belasten. Von ihren Steuererhöhungsplänen wäre ganz besonders unser starker Mittelstand mit seinen vielen Handwerkern und Familienunternehmern betroffen. Damit würden die gute wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes aufs Spiel gesetzt und Arbeitsplätze vernichtet.

Wir sehen Deutschlands Chancen in einer nachhaltigen und international wettbewerbsfähigen Wirtschaft, deren Kern auch weiterhin eine moderne, industrielle Produktion ist. Bildung und Forschung sind die Grundlagen für gesellschaftliche Teilhabe und wirtschaftlichen Erfolg. Wir wollen, dass die Ergebnisse unserer Forschungsanstrengungen auch in Deutschland und Europa produziert und damit Arbeitsplätze, Wohlstand und soziale Sicherheit bei uns geschaffen werden. Dafür wollen wir ein technikfreundliches Land bleiben, das Ja sagt zu neuen Technologien und verantwortlich mit Risiken umgeht.

Wir gestalten Politik für diejenigen, die sich um ihre Kinder, Enkel und Familien kümmern und mit ihrem ehrenamtlichen Engagement zu einem guten Miteinander in unserem Land beitragen. Diese Männer und Frauen sind die Helden des Alltags, die unser Land stark machen. Sie brauchen einen verlässlichen Staat, der ihnen und ihren Familien Sicherheit und Stabilität gibt. Deshalb wollen wir alle Familien noch besser unterstützen, während Rot-Grün auch Familien belasten will. Für uns zählen die Entscheidungen der Familien, wie sie ihr Leben gestalten wollen. Denn als Parteien mit einem christlichen Menschenbild vertrauen wir den Menschen und ihren Entscheidungen. Rot-grüne Bevormundungspolitik lehnen wir ab.

Wir treten für eine lebenswerte Heimat und gute Zukunftsperspektiven überall in Deutschland ein, egal, ob in der Stadt oder auf dem Land. Wir wollen, dass alle Kin-

der eine Schule besuchen, in der sie das lernen, was wichtig für ihre Zukunft ist. Wir wollen, dass die Menschen sicher und vor Kriminalität geschützt leben können. Wir wollen, dass sie in einem funktionierenden öffentlichen Verkehr unterwegs sind und ordentliche Straßen benutzen können. Wir wollen, dass sie sich auf ein Gesundheitssystem verlassen können, das ihnen überall und jederzeit eine gute Versorgung sichert.

Liebe Bürgerinnen und Bürger, gemeinsam mit Ihnen wollen wir Deutschland in eine gute Zukunft führen. Deshalb haben wir zusammen mit Ihnen an diesem Regierungsprogramm gearbeitet. Tausende haben Ideen und Vorschläge eingebracht und gemeinsam mit uns darüber diskutiert. Daraus ist ein Programm entstanden, mit dem wir aufzeigen, wie unser Land auch in Zukunft erfolgreich und stark bleiben kann. Dabei sind zehn Projekte besonders wichtig:

Zehn Projekte für Deutschlands gute Zukunft:

Europas starke Stellung in der Welt sichern – Wettbewerbsfähigkeit stärken

Deutschland als führender Industrie- und Exportnation geht es auf Dauer nur gut, wenn es auch Europa gut geht. Wir sind davon überzeugt, dass Europa für ein Leben in Frieden, Freiheit und Wohlstand unverzichtbar ist. Daher wollen wir, dass Europa gestärkt aus der Krise kommt. Damit der Euro eine starke und stabile Währung bleibt, brauchen wir weitere Anstrengungen und Reformen vor allem in den Staaten, die Hilfe in Anspruch nehmen. Wir brauchen in ganz Europa eine solide Finanzpolitik, Wachstumsförderung durch Strukturreformen und mehr Investitionen in Bildung und Forschung. Deshalb wollen wir uns für neue Schwerpunkte zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit einsetzen. Wir werden auch dafür werben, unsere erfolgreiche duale Ausbildung in Schule und Betrieb in anderen europäischen Ländern einzuführen, weil sie jungen Menschen eine gute berufliche Zukunft eröffnen kann. Unser Ziel bleibt: Europa gemeinsam mit unseren Partnern gestärkt aus der Krise herausführen. Deshalb werden wir uns gemeinsam mit unseren Partnern dafür einsetzen, dass die Europäische Union – ihre Mitgliedstaaten – ihre Kraft und ihre Anstrengungen bündelt und die nachhaltige Stärkung der wirtschaftlichen Leistungskraft in den Mittelpunkt ihres Handelns stellt. Nur so können wir auf Dauer unser Ziel erreichen: Wachstum und Beschäftigung zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger Europas!

Solide Finanzen – Neuverschuldung stoppen, Schulden zurückzahlen und in die Zukunft investieren

Sparsame Haushaltspolitik ist die Grundlage für stabile wirtschaftliche Verhältnisse und nachhaltiges Wachstum. Deswegen haben wir die Schuldenbremse im Grundgesetz verankert und ihre Regeln von Anfang an eingehalten. Wir werden 2014 im Bundeshaushalt weniger Geld ausgeben als 2010. Gleichzeitig haben wir durch unsere erfolgreiche Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik die Einnahmen auf allen Ebenen des Staates gesteigert, sodass wir die Neuverschuldung konsequent abbauen konnten. Durch Umschichtungen im Bundeshaushalt haben wir Spielräume für neue Schwerpunkte geschaffen. So konnten wir beispielsweise mehr für Bildung und Forschung ausgeben als jede andere Bundesregierung zuvor, den Kita-Ausbau voranbringen und die Kommunen nachhaltig entlasten. Das zeigt: Sparen und Investieren sind kein Widerspruch, sondern zwei Seiten derselben Medaille. So schafft unsere Politik Vertrauen und ermutigt Unternehmer, in die Zukunft ihrer Betriebe zu investieren. Auch dadurch hat die Wirtschaftskraft unseres Landes seit 2009 um mehr als acht Prozent zugenommen. Diesen Kurs der Konsolidierung für Stabilität und Wachstum werden wir deshalb auch künftig entschlossen fortsetzen. Mit soliden Finanzen schaffen wir die Voraussetzung für eine stabile Währung, Wachstum und sichere Arbeitsplätze. Durch unsere erfolgreiche Finanzpolitik ist ein nachhaltig ausgeglichener Haushalt in greifbarer Nähe. Mit der Fortsetzung dieses Erfolgskurses und weiter steigenden Steuereinnahmen können wir in der kommenden Wahlperiode Schulden zurückführen und gleichzeitig vor allem die Familienförderung und wichtige Zukunftsinvestitionen in Bildung, Forschung und Infrastruktur verstärken.

Vollbeschäftigung und tariflicher Mindestlohn

In Deutschland gibt es heute fast 42 Millionen Männer und Frauen, die Arbeit haben. Seit dem Ende der Regierungszeit von Rot-Grün hat sich die Arbeitslosenquote nahezu halbiert. Mehr Menschen als je zuvor können heute in unserem Land durch Arbeit für sich und ihre Familien sorgen und ihr Leben nach ihren Wünschen gestalten. Wir arbeiten für noch mehr Arbeitsplätze. Unser Ziel lautet: Vollbeschäftigung! Dazu setzen wir auf Fleiß, neue Ideen und technischen Fortschritt als Grundlage für den Erhalt und die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Und dazu setzen wir auf gelebte Sozialpartnerschaft in den Betrieben und zwischen den Tarifpartnern. Eine Lohnfestset-

zung durch die Politik lehnen wir ab. Aber es ist Sache der Politik, die Voraussetzungen zu schaffen, dass die Menschen überall in Deutschland die Chance auf einen ordentlichen Lohn haben. Deshalb wollen wir für die Bereiche, in denen es keine Tarifverträge gibt, die Tarifpartner gesetzlich in die Pflicht nehmen. Sie sollen gemeinsam einen tariflichen Mindestlohn festlegen.

Wirtschaftskraft stärken – Mittelstand und Gründer fördern

Wir wollen auch in Zukunft verlässliche Rahmenbedingungen für Betriebe in Deutschland. Deshalb bleibt unser Ziel, die Lohnzusatzkosten stabil zu halten. Deshalb lehnen wir Steuererhöhungen ab. Die Vorschläge von SPD und Grünen bedrohen die Wettbewerbsfähigkeit gerade des deutschen Mittelstands und damit tausende Arbeitsplätze in unserem Land. Wir wollen Betriebe nicht gefährden, sondern im Gegenteil möglichst viele Menschen ermutigen, Betriebe zu gründen und Arbeitsplätze zu schaffen. Gerade Existenzgründer brauchen dafür Zugang zu günstigen Finanzierungsmöglichkeiten und dürfen nicht durch unnötige Bürokratie gebremst werden.

Leistung muss sich lohnen – Bürgerinnen und Bürger entlasten

Wir wollen die Leistungsträger in der Mitte unserer Gesellschaft – anders als Rot-Grün – nicht mit Steuererhöhungen für ihre Anstrengungen und tägliche Arbeit bestrafen, sondern sie entlasten. Wir wollen, dass Lohnerhöhungen, die dem Ausgleich von Preissteigerungen dienen, nicht mehr automatisch von einem höheren Steuertarif aufgezehrt werden. Mit der Abmilderung dieser sogenannten kalten Progression schaffen wir mehr Leistungsgerechtigkeit und helfen gerade Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen.

Wohlstand und Wachstum sichern – in die Zukunft unseres Landes investieren

Grundlage unseres Wohlstands sind kluge Köpfe, Ideen und technischer Fortschritt, aus denen Produkte und Dienstleistungen entstehen, die wir weltweit verkaufen. Dafür brauchen wir Investitionen in Bildung, Forschung und Infrastruktur. Den Anteil für Forschung und Entwicklung am Bruttoinlandsprodukt wollen wir weiter steigern. Dazu soll in Zukunft auch eine steuerliche Forschungsförderung gehören, die unternehmerische Anstrengungen für neue Ideen und Technologien unterstützt. Als eines

der erfolgreichsten Länder beim Export von Gütern und Dienstleistungen sind wir auf leistungsstarke Straßen- und Schienenverbindungen angewiesen. Wir wollen deshalb die Infrastruktur unseres Landes stärken und die Bundesfernstraßen mit einem 25 Milliarden Euro Investitionsprogramm sanieren und ausbauen. Die Energiewende ist eine der größten Herausforderungen unseres Landes. Wir wollen mit dem Aufbau einer heimischen und vor Ort organisierten Energieversorgung Arbeitsplätze und Wertschöpfung im eigenen Land sichern. Zugleich werden wir weiter für bezahlbare Energiekosten für Verbraucher aber auch für unsere Industrie sorgen, damit sie wettbewerbsfähig bleibt. So ermöglichen wir Mittelstand und Industrie, Wachstum und neue Arbeitsplätze zu schaffen.

Chancen der Digitalisierung nutzen – Deutschland fit machen für die digitale Zukunft

Das Internet und die digitale Technologie prägen unser Leben. Smartphones und Tablets sind heute aus dem alltäglichen Leben nicht mehr wegzudenken. Das Internet ist ein Wachstumstreiber für unsere Wirtschaft. Um die Chancen des Internets für unser Land noch besser nutzen zu können, wollen wir bei der Bildung unserer Kinder anfangen. In einem gemeinsamen Pakt von Kommunen, Ländern und Bund wollen wir dafür sorgen, dass unsere Schulen auf der Höhe der Zeit ausgestattet sind. Dazu gehören zum Beispiel eine moderne Ausstattung mit Computertechnik, digitale Lernangebote und eine bessere Vernetzung der Schulen. Wenn das Klassenzimmer den Weg in die digitale Welt findet, erschließt sich eine neue Bildungswelt, in der Kinder ganz selbstverständlich die neuen technischen Möglichkeiten kennenlernen. Damit jeder in Stadt und Land die Chancen des schnellen Internets nutzen kann, wollen wir bis 2018 schnelles Internet flächendeckend verfügbar machen und auf diesem Weg ermöglichen, Internet-TV zu nutzen und Bankgeschäfte, Behördengänge oder telemedizinische Dienstleistungen abzuwickeln. Das ist ein wichtiger Schritt, damit Deutschland zum digitalen Wachstumsland Nr. 1 in Europa wird und sich eine starke Rolle in attraktiven Zukunftsmärkten sichert.

Familien besser unterstützen – Familiensplitting einführen und Zeit für Familie ermöglichen

Wir wollen starke Familien in Deutschland. In der Familie suchen und finden Menschen Liebe, Geborgenheit und gegenseitige Hilfe. Wir werden Ehe und Familie weiter

stärken. Deshalb wollen wir das bestehende Ehegattensplitting erhalten und um ein Familiensplitting ergänzen. Dazu werden wir die steuerliche Berücksichtigung von Kindern schrittweise auf die Höhe des Freibetrags für Erwachsene anheben. Zudem werden wir das Kindergeld ebenso wie den Kinderzuschlag anheben. Wir wollen für alle Mütter und Väter, deren Kinder vor 1992 geboren wurden, die Erziehungsleistung mit einem zusätzlichen Rentenpunkt in der Alterssicherung berücksichtigen und damit besser als bisher anerkennen. Neben Geld brauchen Familien vor allem Zeit füreinander. In unserer beruflichen oft sehr hektischen und anstrengenden Zeit ist das für die Menschen oft das Allerwichtigste. Wir wollen mit einer neuen Lebenszeitpolitik Möglichkeiten eröffnen, um berufliche Auszeiten zur Erziehung von Kindern, zur Weiterbildung, aber auch für die Pflege der eigenen Eltern oder Angehöriger besser zu ermöglichen. Die Frage, was ein gutes Leben ausmacht, stellt sich für immer mehr Menschen. Dazu gehören Zeit für Familie und Freunde, das Erlernen neuer Sprachen und die Pflege eigener Interessen, das Gefühl von Zugehörigkeit, Heimat oder einfach das Wissen, gebraucht zu werden. Wir wollen Lebensqualität durch politisches Handeln besser und gezielter fördern und über Lebensqualität und deren Verbesserung regelmäßig berichten.

Sicheres Deutschland

Wir wollen, dass alle Menschen in Deutschland frei und sicher leben können – zu Hause, in Straßen, auf Plätzen, in Bussen oder Bahnen, bei Tag oder bei Nacht ebenso wie auch angesichts der Gefahren, die zum Beispiel mit dem islamistischen Terrorismus verbunden sind. Wir stehen für Rahmenbedingungen, die es unseren Sicherheitskräften ermöglichen, diese Gefahr weiterhin bestmöglich zu bekämpfen. Deshalb wollen wir, auch um Gewalt und Diebstähle abzuwehren sowie zur Aufklärung von Straftaten, den Einsatz von Videotechnik an Brennpunkten wie etwa auf Bahnhöfen verstärken. Angesichts der steigenden Zahl von Wohnungseinbrüchen und einer zu geringen Aufklärungsquote wollen wir den Fahndungsdruck auf Banden und Einzeltäter, gerade wenn sie grenzüberschreitend tätig sind, erhöhen. Zudem werden wir Aufwendungen für die Sicherung der eigenen Wohnung auch steuerlich begünstigen.

Lebenswerte Heimat – Starke Kommunen, bezahlbaren Wohnraum schaffen und Infrastruktur in den ländlichen Regionen stärken – kulturelles Erbe bewahren und weiterentwickeln.


Wir wollen eine lebenswerte Heimat für die Menschen in der Stadt und in ländlichen Regionen sichern. Voraussetzung dafür sind leistungsfähige Städte und Gemeinden. Deshalb werden wir die Finanzkraft der Kommunen weiter stärken. Gerade in den Städten gehört dazu, dass es ausreichend bezahlbare Wohnungen gibt. Das beste Mittel dafür ist der Bau neuer Wohnungen. Wir wollen dafür mit gezielten Anreizen wie besseren steuerlichen Möglichkeiten und Zuschüssen, die Rahmenbedingungen verbessern. Um flexibel auf die Mietenentwicklung in Ballungsräumen reagieren zu können, haben wir den Ländern die Möglichkeit eingeräumt, in Gebieten mit knappem Wohnraumangebot, die Grenze für Mieterhöhungen innerhalb von drei Jahren von 20 auf 15 Prozent zu senken. Auch bei der Wiedervermietung von bestehenden Wohnungen wollen wir die Möglichkeit eröffnen, in angespannten Märkten die Mieterhöhungen in Zukunft auf 10 Prozent oberhalb der ortsüblichen Vergleichsmiete zu beschränken. Ländliche Regionen müssen auch künftig eine

lebenswerte Heimat bleiben. Dazu gehören eine starke Landwirtschaft, gute Bildungseinrichtungen, Kinderbetreuungsangebote und ein breites ehrenamtliches Engagement. Auch eine qualitativ hochwertige medizinische Versorgung soll weiterhin für jedermann gut erreichbar sein.

Wir wollen dazu die Versorgung durch Ärzte und Krankenhäuser, vor allem in ländlichen Regionen, weiter verbessern und dafür zum Beispiel die Attraktivität des Hausarztberufs steigern.

Deutschland ist eine Kulturnation. Wir werden das reiche kulturelle Erbe unseres Landes bewahren und wollen es auf allen Ebenen weiterentwickeln.

Gemeinsam mit Ihnen wollen wir dafür arbeiten, dass Deutschland weiter erfolgreich bleibt. Dafür bitten wir um Ihr Vertrauen.



Dr. Angela Merkel MdB
Bundeskanzlerin
Vorsitzende der CDU Deutschlands



Horst Seehofer
Ministerpräsident
Vorsitzender der CSU

1. Deutschlands Zukunft in Europa

CDU und CSU wollen ein starkes Europa. Unsere Lehre aus der Geschichte war und ist der Wunsch, „als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen“, wie es in unserem Grundgesetz heißt. Dieses Bekenntnis zu Europa ist für uns eine Frage der Vernunft, aber auch eine Herzensangelegenheit.

CDU und CSU sind die deutschen Europaparteien. Unter unserer Führung ist aus den Anfängen einer engeren wirtschaftlichen Zusammenarbeit in 60 Jahren ein international geachteter und einflussreicher Staatenverbund geworden. Die Europäische Union ist weltweit eine einmalige Werte- und Rechtsgemeinschaft. Sie steht für Freiheit und Menschenrechte, für Toleranz und friedliches Zusammenleben nach innen und nach außen, für Wohlstand und soziale Sicherheit.

Dass unser Alltag in Deutschland und Europa keine Mauern und keine Schlagbäume mehr kennt, dass wir in Europa frei reisen, überall wohnen, arbeiten und lernen können, zeigt den überragenden Erfolg der europäischen Einigung für die Menschen auf unserem Kontinent. Dieser Erfolg verpflichtet und ermutigt uns, den Weg fortzusetzen, der für eine friedliche und demokratische Einigung Europas steht.

Wir wollen ein Europa, das sich zu seinen christlich-abendländischen Wurzeln und den Ideen der Aufklärung bekennt und aus ihnen lebt. Wir halten an unserem Ziel fest, die im Grundgesetz betonte Verantwortung vor Gott auch im EU-Vertrag deutlich zu machen.

Für viele in Europa und in der Welt ist Deutschland heute ein Vorbild, wenn es um gute Politik für eine stabile und nachhaltige Entwicklung geht. Die Soziale Marktwirtschaft und die klugen politischen Entscheidungen zu ihrer Weiterentwicklung dienen anderen als Vorbild für eigene Anstrengungen. Unsere ausgewogene Wirtschaftsstruktur mit einem starken Mittelstand, einer leistungsfähigen Industrie und unserer gelebten Sozialpartnerschaft von Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden gilt weltweit als Vorbild. Diese Erfolge bringen uns weltweit Anerkennung ein. Einer Umfrage des britischen Senders BBC zufolge ist Deutschland 2013 das beliebteste Land weltweit.

Mit der erfolgreichen Politik von CDU und CSU ist Deutschland zum Stabilitätsanker und Wachstumsmotor Europas geworden. Deshalb kommt uns eine besondere Verant-

wortung bei der Lösung der Schuldenkrise in Europa zu. Wir nehmen diese Aufgabe an, weil wir wissen, dass eine gemeinsame Währung Europas Wirtschaftskraft stärkt und Europa unsere Zukunft für ein Leben in Frieden, Freiheit und Wohlstand ist.

Europas Stärke in einer sich verändernden Welt bewahren

In unserer Generation entscheidet sich, ob wir in Europa gemeinsam die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts meistern.

Von den über sieben Milliarden Menschen auf der Welt lebt heute nur noch gut jeder Hundertste in Deutschland. Die Europäische Union steht heute noch für etwa sieben Prozent der Weltbevölkerung. Bis 2050 wird die weltweite Bevölkerung auf über neun Milliarden Menschen ansteigen, während die deutsche und europäische Bevölkerung weiter zurückgeht. Allein China hat heute bereits mehr Einwohner als Europa, Nord- und Mittelamerika zusammen. Auch die Handelsströme und wirtschaftlichen Kraftzentren verschieben sich. China hat Deutschland als Exportweltmeister abgelöst und wächst weiter. Schwellenländer wie Indien, Brasilien und viele andere spielen eine immer größere Rolle.

Angesichts dieser Verschiebungen der wirtschaftlichen Gewichte können wir unseren Wohlstand nur sichern, wenn Europa ein wettbewerbsfähiger Kontinent bleibt, der sich an den weltweit Besten orientiert. Deshalb kämpfen wir für eine starke und wettbewerbsfähige Europäische Union, die gestärkt aus der Schuldenkrise herauskommt. Ein Zurück zu alten Fehlern darf es nicht geben. Dafür wollen wir in den kommenden vier Jahren weiter die Weichen richtig stellen, indem wir gemeinsam mit unseren Partnern auf europäischer Ebene dafür sorgen, dass die Stärkung und Förderung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit Grundlage für Beschäftigung, soziale Sicherheit und Zukunftsfähigkeit Kern unseres Handelns auf allen Ebenen ist. Gemeinsam können wir Europäer dann auch weiterhin unseren Beitrag zur Lösung der großen globalen Herausforderungen leisten.

Erfolgreich Reformen auf den Weg gebracht

Seit dem Ausbruch der Euro-Staatsschuldenkrise vor drei Jahren haben wir den Zusammenhalt der Währungsunion erfolgreich gefestigt und wichtige Reformen für dauerhafte Stabilität auf den Weg gebracht. Wir haben gemein-

sam mit unseren europäischen Partnern Schuldenbremsen nach deutschem Vorbild in den Euro-Ländern durchgesetzt und den Stabilitätspakt verschärft. Zugleich haben wir mit Strukturreformen den Weg zu mehr Wettbewerbsfähigkeit, nachhaltigem Wachstum und Beschäftigung geebnet. Beides gehört zusammen und bildet die Grundlage, um verlorengegangenes Vertrauen zurückzugewinnen.

Die Neuverschuldung in der Eurozone konnte auf diesem Weg in den letzten drei Jahren halbiert werden. Unsere Partner haben wichtige Wirtschaftsreformen in Gang gesetzt. Die Euro-Staatsschuldenkrise wurde dadurch entschärft, aber sie ist noch lange nicht gelöst. Damit der Euro eine starke und stabile Währung bleibt, müssen wir Kurs halten und dürfen in unseren Anstrengungen nicht nachlassen.

Hilfe nur bei eigenen Leistungen

Wir bekennen uns zur Solidarität mit unseren europäischen Nachbarn. Allerdings: Wer Hilfe braucht, muss mit eigenen Leistungen dazu beitragen, die Probleme zu lösen. Dazu gehört, Schuldenberge abzubauen und die eigene Wettbewerbsfähigkeit durch Reformen und Zukunftsinvestitionen in Bildung, Forschung und Technologie zu steigern. Deshalb wollen wir dafür sorgen, dass die Fördermittel der Europäischen Union stärker auf Projekte ausgerichtet werden, die die Wettbewerbsfähigkeit steigern und Arbeitsplätze schaffen. Das gilt ganz besonders für Maßnahmen gegen die hohe Jugendarbeitslosigkeit in vielen europäischen Krisenländern.

Europa muss für stabiles Geld sorgen

Wir stehen für einen starken Euro und stabile Preise. Beides ist eine zentrale Voraussetzung für den Erfolg unserer Wirtschaft und die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen. Knapp 40 Prozent der deutschen Exporte gehen in die Eurozone, 60 Prozent in die EU insgesamt und sichern bei uns Millionen gut bezahlter Arbeitsplätze. Eine gemeinsame Währung ist ein unverzichtbares Instrument im internationalen Handel und in der weltweiten Währungspolitik. Wir treten daher für den weiteren Abbau der Neuverschuldung sowie die strikte Einhaltung nationaler Schuldenbremsen ein.

Zudem setzen wir auf ausgeglichene Haushalte in allen EU-Mitgliedstaaten und verteidigen die Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank, die nach dem Vorbild der

Deutschen Bundesbank von uns durchgesetzt wurde. Dies hat trotz der Krise zu einem hohen Maß an Preisstabilität geführt. Wir wollen, dass alle Eurostaaten zusammen den Euro verteidigen.

Keine Schuldenunion, keine Transferunion

SPD und Grüne haben in ihrer Regierungszeit viermal den Stabilitäts- und Wachstumspakt gebrochen und seine Regeln aufgeweicht. Leider haben sie nichts dazugelernt. Rot-Grün setzt auf eine Vergemeinschaftung der Schulden durch die Einführung von Eurobonds. Dies wäre der Weg in eine europäische Schuldenunion, in der deutsche Steuerzahler nahezu unbegrenzt für die Schulden anderer Länder einstehen müssten. Das lehnen wir ab. Damit wäre das Prinzip „Keine Leistung ohne Gegenleistung“ außer Kraft gesetzt. Wir wollen nicht, dass ein Euro-Staat auf Kosten seiner Nachbarn weiter Schulden macht und sich vor unbequemen Reformanstrengungen drücken kann.

Stärkung der Wirtschafts- und Währungsunion als Stabilitätsunion

Wir wollen das Vertrauen in die Stabilität des Euro und die Zukunft Europas weiter stärken. Dazu sind weitere Reformen und Anstrengungen auf dem Weg zur Stabilitätsunion erforderlich. Dabei setzen wir auf drei zentrale Handlungsfelder:

Europäische Bankenunion

Wir wollen eine wirksame europäische Bankenaufsicht bei der Europäischen Zentralbank für die großen, systemrelevanten Banken sowie Verfahren für die Abwicklung überschuldeter Banken. Für die übrigen Geldinstitute, nicht zuletzt die Sparkassen und Genossenschaftsbanken, bleibt es bei der bisherigen bewährten Bankenaufsicht.

Wir werden dafür sorgen, dass die Auszahlung von Geld aus dem Euro-Rettungsschirm zum Umbau von Banken von der Arbeitsfähigkeit der europäischen Bankenaufsicht abhängt. Sparer müssen sich in jedem Land der EU auf ein funktionierendes Einlagensicherungssystem verlassen können. Dies wird über die vereinheitlichten Mindeststandards der nationalen Einlagensicherungssysteme gewährleistet. Eine europaweite Einlagensicherung lehnen wir ab, denn damit würde das Haftungsrisiko vergemeinschaftet und deutsche Sparer müssten für die Einlagen in anderen Ländern haften.

Einhaltung strikter Haushaltsregeln

Wir treten dafür ein, dass die Regeln des gestärkten Stabilitäts- und Wachstumspaktes und des Fiskalpaktes strikt umgesetzt werden. Wer gegen die vereinbarten Grenzwerte des Stabilitäts- und Wachstumspaktes verstößt, muss mit Sanktionen rechnen. Dazu wollen wir die Möglichkeiten zur Überwachung und Überprüfung der nationalen Haushalte durch die Europäische Kommission stärken. Zudem setzen wir uns dafür ein, innerhalb der Eurozone ein Umschuldungsverfahren für Staaten zu entwickeln, die ihre Schulden nicht mehr tragen können.

Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit in ganz Europa

Wir wollen ein wirtschaftlich starkes und erfolgreiches Europa, das im globalen Wettbewerb auch in Zukunft Erfolg hat. 90 Prozent des weltweiten Wachstums finden außerhalb Europas statt. Wir wollen mit guten und wettbewerbsfähigen Produkten und Dienstleistungen unsere Chancen suchen und nutzen, um auf diesen Märkten erfolgreich zu sein. Wir wollen daher Europa wettbewerbsfähiger machen, um dauerhaft nachhaltiges Wachstum zu ermöglichen und unser Sozialmodell bewahren und fortentwickeln zu können. Dazu brauchen wir eine stärkere wirtschaftspolitische Abstimmung darüber, wie wir die Wettbewerbsfähigkeit Europas verbessern können. Wir wollen dazu einen Pakt für Wettbewerbsfähigkeit beschließen, in dem die Nationalstaaten sich mit der Europäischen Kommission auf konkrete Maßnahmen verständigen, um ihre Situation zielgenau zu verbessern. Dabei ist es unser Ziel, die Schwachen zu stärken und die Leistung der Besten zum Maßstab für alle zu machen. Mit Investitionen in Bildung, Forschung und Zukunftstechnologien wollen wir Europas Chancen auf den internationalen Märkten sichern. Auch werden wir andere europäische Länder dabei unterstützen, die duale Ausbildung in Schule und Betrieb einzuführen, weil sie jungen Menschen eine gute berufliche Zukunft eröffnen kann.

Weitere Schritte auf dem Weg zu einem gemeinsamen europäischen Arbeitsmarkt liegen in einer besseren Vermittlung von Sprachen sowie einer besseren Übertragbarkeit von Bildungsabschlüssen und sozialer Absicherung. Wir wollen die von uns auf den Weg gebrachte EU-Jugend-Offensive fortführen und ausbauen. Mit ihr werden Investitionen und Maßnahmen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit in Europa auf den Weg gebracht.

Europa braucht eine starke deutsch-französische Partnerschaft

Die Herausforderungen, vor denen Europa steht, sind groß. Eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen den Partnern ist für den gemeinsamen Erfolg unerlässlich. Wir wollen möglichst gemeinsam mit allen EU-Partnern vorschreiten und dafür immer wieder Wege finden, die die unterschiedlichen Positionen zusammenführen. Aber wir wissen auch, dass die europäische Integration einen Motor braucht. Deshalb kommt der deutsch-französischen Partnerschaft eine besondere Bedeutung zu. Wir sind uns dieser Verantwortung bewusst und wollen ihr auch in Zukunft im Interesse Europas gerecht werden.

Polen ist einer unserer wichtigsten Partner unter den neuen EU-Mitgliedstaaten. Wir wollen unsere Partnerschaft mit Polen vertiefen und die vielfältigen nachbarschaftlichen Beziehungen nutzen, um die persönlichen Begegnungen zwischen den Menschen auszubauen und die lebendigen wirtschaftlichen Beziehungen weiterzuentwickeln. Diesem Ziel dient auch die Zusammenarbeit von Frankreich, Polen und Deutschland im Weimarer Dreieck.

Einheit in Vielfalt

Für CDU und CSU sind die Nationalstaaten und die Regionen prägende Bestandteile eines Europas der Einheit in Vielfalt. Wir wollen kein zentralistisch organisiertes und regiertes Europa. CDU und CSU wollen ein Europa, das den Bürgern dient. Ein Europa in Vielfalt sichert Lebensqualität in den Regionen und respektiert unterschiedliche Lebensarten. Zur Verbesserung der Nachvollziehbarkeit und im Interesse größerer Bürgernähe sollten alle europäischen Entscheidungen für die Bürger in geeigneter Weise zugänglich sein. Die Informationen müssen einfach, verständlich und leicht zu finden sein. Gerade das Internet bietet hier gute Möglichkeiten.

Deutsch ist die meistgesprochene Muttersprache und eine der drei Verfahrenssprachen in der Europäischen Union. Wir setzen uns dafür ein, die deutsche Sprache in Europa weiter zu stärken. Unser Ziel ist, dass sie in den EU-Behörden und -Verwaltungen mit dem Englischen und Französischen gleich behandelt wird.

Europa lebt von der Begegnung seiner Menschen

Wir wollen, dass Europa für die Bürgerinnen und Bürger unmittelbar erlebbar ist und sie damit ihr berufliches und

privates Leben bereichern können. Daher setzen wir uns für das Erlernen von Fremdsprachen sowie für Austauschprogramme von Jugendlichen, Arbeitnehmern, Studenten und Forschern in Europa ein. Der europäische Gemeinschaftssinn kann so gestärkt werden. Partnerschaften zwischen deutschen und europäischen Städten wollen wir anstoßen und mit neuem Leben füllen, um den europäischen Gedanken sowie das Verständnis füreinander zu stärken. In solchen Partnerschaften werden auch der Austausch von Erfahrungen ermöglicht und Hilfen für Regionen und Länder organisiert, die vor besonderen Herausforderungen mit Blick auf ihre Wettbewerbsfähigkeit, die Stärkung von Bildung und Wissenschaft oder die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit stehen.

2. Deutschlands Wohlstand sichern

2.1. Soziale Marktwirtschaft – Grundlage unseres Erfolgs

Unser Leitbild ist die Soziale Marktwirtschaft. Sie bringt unserem Land Wohlstand und soziale Sicherheit. Denn sie baut auf zwei Säulen auf: auf tüchtige, verantwortungsvolle Bürger und auf einem verlässlichen Staat. Soziale Marktwirtschaft bevormundet die Bürger nicht, sondern traut ihnen etwas zu. Und sie setzt auf einen Staat, der auch morgen noch in der Lage ist, seine Rolle als Hüter der Ordnung zu erfüllen. So verbindet Soziale Marktwirtschaft in einzigartiger Weise die Vorteile einer Marktwirtschaft mit der Verpflichtung zur sozialen Gerechtigkeit und ökologischen Verantwortung. Sie ist daher die beste Wirtschaftsordnung für freie Menschen und eine solidarische Gesellschaft.

Dank der Sozialen Marktwirtschaft ist Deutschland wirtschaftlich stark und verfügt über eines der sichersten Sozialsysteme der Welt. Während Deutschland unter Rot-Grün das Schlusslicht Europas war, ist unser Land heute wieder der Wachstumsmotor. Mit verantwortungsvoller Politik unter Führung von CDU und CSU wollen wir unser Land weiter in eine gute Zukunft führen. Wir stehen für eine Politik, die jedem in unserem Land Chancen auf Aufstieg und eine gute Zukunft eröffnet. Wir sind davon überzeugt, dass Arbeit, stabile Finanzen sowie gute Bildung und Forschung die beste Grundlage für eine gute Zukunft sind. Linke Umverteilungs- und Bevormundungspolitik lehnen wir ab. Steuererhöhungen und die Vergemeinschaftung von Schulden in Europa würden uns zurückwerfen, Arbeitsplätze und Zukunftschancen vernichten.

Politik in der Sozialen Marktwirtschaft ist Ordnungspolitik. Sie braucht einen verlässlichen Staat, der Rahmenbedingungen für einen funktionierenden Wettbewerb, für Rechtssicherheit und für eine gute wirtschaftliche Entwicklung gewährleistet. Dem Öffentlichen Dienst kommt dabei eine wichtige Rolle zu. CDU und CSU sind der Überzeugung, dass ein leistungsfähiger Öffentlicher Dienst und das Berufsbeamtentum wichtige Beiträge zum Wohlstand unseres Landes leisten. Dafür wollen wir auch weiter die Voraussetzungen schaffen und für die Angestellten und Beamten ein verlässlicher Partner sein.

Wir sind überzeugt: Keinem anderen Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell kann es besser gelingen, unseren Wohlstand auch in Zukunft zu sichern. Deshalb verstehen

wir die Soziale Marktwirtschaft in Deutschland als Chancengesellschaft: Wohlstand für alle durch Chancen auf Erfolg und Aufstieg für jeden.

Für eine Chancengesellschaft brauchen wir in einer sich schnell verändernden Welt ein neugieriges und ideenreiches Deutschland. Anders als Rot-Grün bekennen wir uns daher zu neuen Technologien und wollen weiter daran forschen. Wir trauen den Menschen zu, die Chancen neuer Entwicklungen zu nutzen und mit Risiken verantwortungsvoll umzugehen. Wir sind offen für Neues, nicht grundsätzlich dagegen.

Wir wollen eine Gesellschaft und Wirtschaft, die auf ein Wachstum von Ideen und neuen Lösungen setzt, die dazu beitragen, Umwelt und Wirtschaft besser miteinander zu vereinbaren. Solche Lösungen können sowohl neue Formen der Mobilität in Großstädten oder einer umweltfreundlichen, sicheren und preisgünstigen Energieversorgung sein. Es sind Lösungen, die nicht nur Deutschland zukunftsfester und lebenswerter machen können. Es sind auch Lösungen, die nachhaltiges Wachstum zum entscheidenden Wettbewerbsvorteil für unsere Wirtschaft machen, indem sie Antworten auf die globalen Herausforderungen geben und damit die Grundlage für neue Exporterfolge und Arbeitsplätze bei uns bilden.

Wenn aus Ideen neue Produkte und Arbeitsplätze entstehen sollen, brauchen wir tüchtige und gut ausgebildete Arbeitnehmer. Und genauso brauchen wir Menschen, die bereit sind, unternehmerische Verantwortung und persönliche Risiken zu übernehmen. Dazu wollen wir die Menschen ermuntern. Wir wollen Menschen mit Mut unterstützen, aus ihren Geschäftsideen Unternehmen zu entwickeln und Arbeitsplätze zu schaffen. Denn verantwortliches Unternehmertum stärkt unser Land. Dazu zählen vor allem die vielen privaten Firmeninhaber in Handwerk und Mittelstand, die für ihr wirtschaftliches Engagement persönlich haften und gerade stehen. Sie stehen nicht nur für den eigenen Erfolg oder Misserfolg, sondern auch für soziale Verantwortung gegenüber ihren Mitarbeitern und der Gesellschaft. Wir erwarten diese Haltung und Verantwortungsübernahme von allen Unternehmern und Unternehmen. Denn umgekehrt unterstützt der Staat durch gute Rahmenbedingungen, soziale Stabilität, Bildung und Rechtsstaatlichkeit deren Arbeit und Einsatz. Dafür muss jeder seinen Beitrag leisten – auch in Form von Steuern und Beiträgen. Genauso muss jeder, der Gewinnchancen hat, auch für die Verluste haften. Dieser Zusammenhang von Entscheidungsverantwortung und Haftung ist auf den

internationalen Finanzmärkten zu lange missachtet worden. Deshalb treten wir in Europa und international für eine wirksamere Regulierung ein. Deutschland ist unter der Führung der Union Vorbild und Tempomacher zugleich. Gerade auf europäischer Ebene haben wir viel erreicht, was international noch durchgesetzt werden muss.

2.2. Mittelstand und Industrie geben unserem Land Kraft

Der Mittelstand bleibt das Rückgrat unserer Wirtschaft und einer der Garanten für unseren Wohlstand. Seine Betriebe und Unternehmen sind nicht nur die größten Arbeitgeber des Landes, sondern auch Impulsgeber und Ideenfabriken. Aber nicht nur der wirtschaftliche Erfolg ist wichtig. Gerade im Mittelstand werden Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft mit Leben gefüllt: Die Partnerschaft zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern etwa oder verantwortliches Unternehmertum.

Das gilt vor allem in den zahlreichen Familienunternehmen, den Freien Berufen und dem Handwerk. Gerade die Meisterbetriebe des Handwerks sind auch diejenigen, die Traditionen sowie Fertigkeiten teilweise schon seit Jahrhunderten den Herausforderungen der Zeit anpassen und an die nächste Generation weitergeben. Sie bieten damit Beschäftigungsperspektiven für junge Menschen und gestalten als wichtiger Träger von Tradition ein fortschrittliches Deutschland mit.

Wir haben für den Mittelstand die Bedingungen seit 2005 entscheidend verbessert. 2005 beurteilten 90 Prozent der Befragten unter Rot-Grün die Politik für den Standort Deutschland negativ. Heute bewerten 80 Prozent der befragten Mittelständler unsere Standortpolitik positiv. Dieser Erfolg bestätigt unsere Politik und ermuntert uns, unser Land als wettbewerbsfähigen Standort von Industrie und Mittelstand weiter zu stärken. Wir wollen, dass unsere attraktive Wirtschaftsstruktur aus Großindustrie und Mittelstand, in der produzierende Unternehmen und Dienstleister Hand in Hand arbeiten, erhalten und ausgebaut wird. Gerade diese Struktur hat unserem Land in der Krise Stabilität gegeben.

Markтчancen des Mittelstands im In- und Ausland stärken

Mittelstand und Industrie profitieren von einem fairen und funktionierenden Wettbewerb. Gegen Machtmissbrauch und Gefährdung des Wettbewerbs werden wir da-

her entschieden vorgehen. Mit Blick auf die Chancen unserer Wirtschaft auf dem Weltmarkt wollen wir uns auch weiterhin für deutsche Produkte und Forschungsergebnisse stark machen. Das gilt vor allem für Patente und Normen. Zudem wollen wir die Außenwirtschaftsoffensive der Bundesregierung sowie die Kampagne „German Mittelstand“ fortsetzen.

Das Zentrale Innovationsprogramm Mittelstand wollen wir verstetigen. Es gilt, den Zugang zu Forschungsergebnissen zu erleichtern und Innovationen gerade für kleine Unternehmen möglichst unbürokratisch voranzutreiben.

Steuerliche Rahmen- und Finanzierungsbedingungen verbessern

Mittelständische Unternehmer denken, planen und handeln langfristig. Eine verlässliche Steuerpolitik ist für diese Planungssicherheit unverzichtbar. Steuererhöhungen lehnen wir deshalb konsequent ab.

Die Steuerpläne von SPD und Grünen sind ein Angriff auf die Substanz der Unternehmen. Sie bedrohen die Wettbewerbsfähigkeit des deutschen Mittelstands und damit tausende Arbeitsplätze in unserem Land. Das ist verantwortungslos. Wir wollen stattdessen mit verlässlichen Rahmenbedingungen sowie gezielter Förderpolitik die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen stärken.

Dazu zählt für uns die Einführung einer steuerlichen Forschungsförderung. Damit wollen wir die Forschungsanstrengungen insbesondere des Mittelstands weiter steigern und einen Beitrag zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit gerade mit Blick auf die internationale Konkurrenz leisten.

Zudem wollen wir die steuerlichen Rahmenbedingungen für Investoren verbessern, die mit ihrem Geld junge, wachstumsstarke Unternehmen vor allem im High-Tech-Bereich unterstützen.

Auch die steuerlichen Anreize für eine bessere Ausstattung mit Eigenkapital werden wir ausbauen, indem wir Nachteile gegenüber der Fremdfinanzierung abbauen. Eigenkapital spielt gerade für Mittelstand und Familienunternehmen eine große Rolle. Unternehmerische Entscheidungen sollen sich auch bei der Finanzierung in erster Linie nach wirtschaftlichen und nicht nach steuerlichen Gesichtspunkten richten. Dies fördert eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung und Verantwortungsbewusstsein.

tes Unternehmertum. Aus gleichem Grund dürfen auch Betriebsübergaben steuerlich nicht zu hoch belastet werden. Wir wollen die Fortführung der Unternehmen etwa in Familienhand fördern und Unternehmer nicht in Verkauf oder Betriebsaufgabe drängen.

Wir werden bei der Umsetzung der strengeren Eigenkapitalvorschriften („Basel III“) die Belange des Mittelstands berücksichtigen. Uns geht es darum, dass die besondere Finanzierungsstruktur kleinerer und mittlerer Firmen nicht zu Nachteilen bei ihrer Kreditversorgung führt.

Lohnzusatzkosten stabil halten

Für uns gilt: Vorfahrt für Arbeit! Deshalb bleibt unser Ziel, die von Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu gleichen Teilen finanzierten Lohnzusatzkosten stabil unter 40 Prozent zu halten.

Unternehmen entlasten – Bürokratie abbauen

Eine leistungsfähige und bürgernahe öffentliche Verwaltung ist ein wesentlicher Standortvorteil. Überzogene Bürokratie aber ist eine Wachstumsbremse. Wir wollen, dass die Unternehmen ihr Geld für neue Ideen und Arbeitsplätze ausgeben und nicht für Bürokratie. Wir wollen deshalb überflüssige Bürokratie weiter abbauen. Seit 2006 wurden unsere Unternehmen von Bürokratiekosten in Höhe von jährlich 12 Milliarden Euro entlastet und damit das Ziel erreicht, die Bürokratiekosten der Wirtschaft um 25 Prozent zu reduzieren. Das ist ein Wachstumsprogramm zum Nulltarif. Einfachere, zielgenauere Gesetze ohne neue Bürokratielasten helfen allen.

Wir wollen den Normenkontrollrat als bewährten „Bürokratie-TÜV“ stärken. Wir werden neue konkrete Abbauziele festlegen. Künftig sollen auch die Bürokratiekosten der Kommunen und der öffentlichen Verwaltung einbezogen werden. Ebenso wollen wir die Belastung durch die Umsetzung von Gesetzen verringern. So werden wir die Aufbewahrungsfristen für Steuerunterlagen verkürzen, statistische Meldepflichten abbauen und im Vergaberecht für schnellere Verfahren sorgen.

Auch auf europäischer Ebene wollen wir eine Bürokratieüberprüfung verankern. Die Europäische Union soll sich gerade bei Fragen der Bürokratie selbst begrenzen und unnötige Regelungen und Vorschriften vermeiden. Die Industrie, kleine und mittlere Unternehmen, landwirtschaftliche Betriebe, die Freien Berufe und das Handwerk

müssen von unnötigen Regulierungen entlastet werden. Hierzu brauchen wir ein Frühwarnsystem auf europäischer Ebene, insbesondere für Maßnahmen, die den Mittelstand betreffen. Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, dass in allen künftigen EU-Gesetzgebungen geprüft wird, ob kleine und mittlere Unternehmen von bestimmten Regelungen ausgenommen werden.

Faire Wettbewerbsbedingungen für Schlüsselindustrien

Wir wollen unsere Schlüsselindustrien in Deutschland halten und ausbauen. Die Technologieführerschaft unserer Unternehmen ist die Voraussetzung für den Erfolg deutscher Produkte auf den Weltmärkten. Daher wollen wir gezielt in wichtige Zukunftstechnologien, wie zum Beispiel die Mikroelektronik und die Luft- und Raumfahrt, investieren und damit die Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes weiter stärken und ausbauen. Wir setzen uns gegen schädliche Wettbewerbsverzerrungen und für faire Wettbewerbsbedingungen für unsere Unternehmen in allen Ländern ein. Auch der Mittelstand braucht faire Rahmenbedingungen im weltweiten Wettbewerb. Deshalb werden wir bei der Schaffung der Rahmenbedingungen auf nationaler Ebene die Auswirkung auf seine internationale Wettbewerbsfähigkeit im Blick behalten.

Für den Wohlstand von morgen Fachkräfte sichern

Eine der größten Herausforderungen für unsere Wirtschaft ist der Bedarf an gut ausgebildeten Mitarbeitern. Schon heute gibt es Branchen und Regionen, die wirtschaftlich erfolgreicher sein könnten, wenn es ausreichend Fachkräfte geben würde. Deshalb hat die unionsgeführte Bundesregierung mit der Umsetzung ihres Fachkräftekonzepts begonnen. Im Mittelpunkt steht die Qualifizierung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern.

Erfolgsfaktor duale Ausbildung

Die duale Ausbildung in Schule und Betrieb bietet unseren jungen Menschen gute Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Sie werden damit bestmöglich ausgebildet und auf ihren künftigen Beruf vorbereitet. Den ausbildenden Betrieben wiederum bietet sich so frühzeitig die Möglichkeit, junge Menschen als Nachwuchskräfte zu gewinnen. Diese Stärke wollen wir zusammen mit den Arbeitgebern und Gewerkschaften dauerhaft sichern und weiterentwickeln.

Eine wichtige Rolle spielen für uns dabei auch die Jugendausbildungsvertretungen, die die Interessen der Auszubildenden einbringen und auf diesem Weg an der laufenden Verbesserung der Ausbildungsarbeit in den Betrieben mitwirken.

Wir wollen die klügsten Köpfe nach Deutschland holen

Mit Blick auf den Fachkräftemangel brauchen wir weitere hochqualifizierte und leistungsbereite Menschen aus anderen Ländern. Sie sind uns willkommen. Für sie und ihre Familien wollen wir unser Land zum Leben und Arbeiten noch attraktiver machen. Bürger aus EU-Staaten können und sollen die Chancen der Freizügigkeit innerhalb der Europäischen Union nutzen. Bürokratische Hindernisse, die diesen Zielen entgegenstehen, wollen wir weiter abbauen.

Für Hochqualifizierte aus Nicht-EU-Staaten haben wir mit der „Blauen Karte“ die Türen für den deutschen Arbeitsmarkt bereits geöffnet. Wir wollen die Akzeptanz der „Blauen Karte“ regelmäßig überprüfen und fortentwickeln. Zudem wollen wir eine gezielte Ansprache von Hochqualifizierten in ihren Heimatländern erreichen. Dazu wollen wir u. a. die Kooperation der Bundesagentur für Arbeit mit den deutschen Auslandsvertretungen und Außenhandelskammern stärken. Sie sollen sich mit dem Aufbau entsprechender Angebote zu Anlaufstellen für Studierende, Hochschulabsolventen und Hochqualifizierte im Ausland entwickeln. Zum Abbau von Sprachbarrieren wollen wir die Möglichkeiten zum Erlernen der deutschen Sprache verbessern.

Rohstoffe – Versorgung durch Kooperation und strategische Partnerschaften sichern

Viele Bereiche unserer Wirtschaft sind auf Rohstoffe angewiesen, die es in unserem Land nicht gibt. Zur Sicherung einer stabilen Versorgung mit Rohstoffen setzen wir auf strategische Partnerschaften und die Abschaffung von Exportbeschränkungen, die es derzeit in zahlreichen Ländern gibt. Wir wollen das Thema Rohstoffversorgung und -verfügbarkeit stärker als bisher in den Verhandlungen innerhalb der Welthandelsorganisation und in Freihandelsabkommen mit anderen Ländern verankern. Wir wollen im Sinne einer sicheren und nachhaltigen Versorgung mit Rohstoffen auch in den Förderländern auf den verantwortungsvollen Umgang mit Rohstoffen hinwirken. Das gilt vor allem für die Wahrung der Menschenrechte und die Einhaltung international anerkannter sozialer und ökologischer Standards.

Wir begrüßen die Initiativen der deutschen Wirtschaft zum Aufbau einer Rohstoffallianz. Sie soll die Versorgung unserer Wirtschaft mit Rohstoffen langfristig gewährleisten. Wir wollen diese Entwicklung mit verstärkten Forschungsanstrengungen zur Rohstoffsicherung begleiten und dazu die internationale Zusammenarbeit mit wichtigen Rohstoffländern im Wissenschaftsbereich stärken. Auch die Anstrengungen zur Wiederverwendung und die verstärkte Nutzung einheimischer Rohstoffe dienen dazu, die Abhängigkeit von Importen zu verringern. Dazu gehört auch die Nutzung der einheimischen Braunkohle als Grundstoff für die chemische Industrie.

Grünes Licht für den größten Markt der Welt – Freier Handel zwischen EU und USA

Freier Handel stärkt den weltweiten Wohlstand. CDU und CSU lehnen Handelsbeschränkungen ab und wollen den internationalen Freihandel stärken – etwa durch Fortführung der sogenannten „Doha-Runde“, in der über eine weitere Öffnung der Märkte und stärkere Einbeziehung der Entwicklungsländer in den Welthandel verhandelt wird. Insbesondere aber wollen wir zwischen den beiden starken Wirtschaftsräumen EU und USA eine umfassende Partnerschaft für Handel erreichen. Eine nordatlantische Freihandelszone schafft den weltweit größten Wirtschaftsraum. Damit sorgt sie für Wachstum und Beschäftigung auf beiden Seiten des Atlantiks und verbessert für unsere Unternehmen den Zugang zum größten freien Markt der Welt. Wir werden dabei darauf achten, dass die Stärken unserer Unternehmen und Märkte erhalten bleiben.

2.3. Rekordbeschäftigung – Arbeit für alle

Noch nie hatten in Deutschland so viele Menschen Arbeit wie heute. Das ist ein gemeinsamer Erfolg, auf den wir alle stolz sein können. In Deutschland sind fast 42 Millionen Menschen erwerbstätig. Das sind knapp drei Millionen mehr als 2005. Seit dem Ende der Regierungszeit von Rot-Grün hat sich die Arbeitslosenquote nahezu halbiert. Besonders erfreulich: Für unsere Jugend gibt es ausreichend Ausbildungsplätze. Das verschafft unserem Land gute Perspektiven und den Menschen Aussicht auf eine sichere Zukunft.

Einmal mehr zeigt sich, dass das gute Miteinander in den Betrieben für unser Land ein Standortvorteil ist, den wir bewahren und auch weiterhin fördern wollen. Arbeitgeber und Gewerkschaften haben mit verantwortungsvol-

len Entscheidungen sowohl die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen als auch die Teilhabe der Arbeitnehmer an der guten Wirtschaftsentwicklung im Blick behalten. In der Regierungszeit von Rot-Grün war die Schere zwischen den unteren und oberen Einkommen auseinandergegangen. In den letzten Jahren konnte diese Entwicklung gestoppt werden, und die Schere beginnt sich wieder zu schließen. Wir wollen diese Entwicklung fortsetzen. Unser Ziel heißt Vollbeschäftigung. Wir wollen dazu beitragen, dass sich für noch mehr Menschen gute Chancen eröffnen, ihr Leben selbst zu gestalten, und dass sie insgesamt ein Einkommen erzielen können, mit dem sie für sich und ihre Familie sorgen können.

Gute Arbeit gibt Sicherheit und braucht starke Tarifpartner

Sichere Berufsaussichten erleichtern Lebensentscheidungen wie die Eheschließung oder die Gründung einer Familie. Deshalb wollen wir durch eine kluge Wirtschaftspolitik die Voraussetzungen dafür schaffen, dass gerade junge Menschen eine gute Chance auf eine Festanstellung bekommen. Dies muss auch weiterhin der Regelfall sein. Wir sehen aber auch in anderen Formen von Arbeitsverhältnissen wie Zeitarbeit und Befristungen die Möglichkeit, berufliche Perspektiven zu schaffen und beispielsweise Auftragsspitzen zu bewältigen. Wir halten in diesem Zusammenhang auch Werkverträge für ein wichtiges Instrument am Arbeitsmarkt. Gerade deshalb wollen wir aber mit den Sozialpartnern sicherstellen, dass sie nicht missbraucht werden, um bestehende Arbeitsregeln und Lohnuntergrenzen zu unterlaufen.

Insgesamt sind wir überzeugt, dass die Verantwortung für ein gutes Miteinander zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern in erster Linie bei den Tarifpartnern und in den Betrieben liegt.

Das Zusammenspiel von Gewerkschaften, Betriebs- und Personalräten sowie Arbeitgebern hat sich dabei ebenso wie die Tarifautonomie gerade in der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise bewährt. Für uns bleiben Sozialpartnerschaft, Tarifautonomie und Mitbestimmung wesentliche Grundlagen unserer Sozialen Marktwirtschaft.

Tarifeinheit

Der Grundsatz der Tarifeinheit, d. h. dass in einem Betrieb nur eine einheitliche Tarifregelung angewendet werden darf, hat sich über Jahrzehnte bewährt. Die durch ein

Gerichtsurteil notwendig gewordene Anpassung wollen wir mit einem Gesetz über die Tarifeinheit umsetzen und damit die Tarifpartnerschaft stärken.

Ordentlicher Lohn für gute Arbeit – tariflicher Mindestlohn

Für uns gilt: Wer hart arbeitet, muss ordentlich bezahlt werden. Deshalb haben wir mit den Tarifpartnern Mindestlöhne in zahlreichen Branchen mit insgesamt vier Millionen Beschäftigten geschaffen und wollen für die Bereiche, in denen es keine Tarifverträge gibt, die Tarifpartner gesetzlich in die Pflicht nehmen. Sie sollen gemeinsam in einer Kommission einen tariflichen Mindestlohn festlegen, wobei die unterschiedlichen Situationen in den Regionen und Branchen berücksichtigt werden können. Eine Lohnfestsetzung durch die Politik lehnen wir ab. Aber es ist Sache der Politik, die Voraussetzungen zu schaffen, dass die Menschen überall in Deutschland die Chance auf einen ordentlichen Lohn haben.

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort

Zeitarbeit, Minijobs und Teilzeitbeschäftigung gehören seit langem zum Arbeitsmarkt. Sie ermöglichen vielen Menschen den Einstieg in die Arbeitswelt oder die Chance, sich ohne viel bürokratischen Aufwand Geld dazuzuverdienen. Für Unternehmen und Betriebe bieten sie die Chance, flexibel auf die Auftragslage zu reagieren. Diese Flexibilität darf aber nicht zum Missbrauch führen. Die Unternehmen und Betriebe stehen hier in der Verantwortung. CDU und CSU sprechen sich dafür aus, den Grundsatz „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort“ für Zeitarbeitnehmer konsequent umzusetzen. Wir wollen die Tarifparteien auf dem Weg unterstützen, diesen Grundsatz unter Berücksichtigung geeigneter Übergangs- und Einarbeitungszeiten auch in der betrieblichen Praxis umzusetzen.

Alle werden gebraucht

Für uns gilt: Alle werden gebraucht, keiner darf ausgegrenzt werden. Deshalb wollen wir auch den Leistungsschwächeren zum Berufseinstieg verhelfen oder ihnen den Wiedereinstieg ermöglichen. Gerade junge Erwachsene ohne Berufsausbildung brauchen eine besondere Förderung. Wir wollen dazu weitere Anstrengungen unternehmen, damit möglichst viele ihre Ausbildung nachholen bzw. abschließen können.

Eine wichtige Aufgabe ist es zudem, Langzeitarbeitslose für den ersten Arbeitsmarkt fit zu machen. Deshalb werden wir die Bundesagentur für Arbeit beauftragen, hier einen Schwerpunkt zu setzen. Durch weniger Bürokratie, klare Zielvorgaben, den Vorrang von Qualifizierung und eine anschließend deutlich bessere Vermittlung sollen Langzeitarbeitslose nachhaltiger wieder einen Arbeitsplatz finden. Vor allem alleinerziehende Frauen und Menschen ohne Berufsabschluss erhalten so neue Chancen.

Auch das Programm „Perspektive 50plus“, das darauf abzielt, ältere Menschen wieder in Arbeit zu bringen, werden wir aufgrund seines Erfolgs fortsetzen.

Menschliche Arbeitswelt

Die moderne Arbeitswelt eröffnet viele neue Möglichkeiten für die Arbeitnehmer. Aber wir sehen auch mit Sorge die Zunahme von psychischen Erkrankungen infolge von Stress, Überlastung und dem Druck ständiger Erreichbarkeit durch E-Mail und mobile Kommunikation. Wir wollen mit dazu beitragen, dass Beschäftigte geistig und körperlich gesund bleiben. Hierfür sind neue vorbeugende Konzepte erforderlich. Wir sind davon überzeugt, dass auch hierbei die besten Lösungen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern partnerschaftlich gefunden werden müssen.

Mitarbeiterbeteiligung weiter verbessern

Die Beteiligung von Mitarbeitern an Gewinn und Kapital ist für uns ein zentrales Anliegen. Wir wollen die Voraussetzungen dafür weiter verbessern, indem wir die geltenden steuerlichen und sozialversicherungspflichtigen Rahmenbedingungen prüfen und schrittweise attraktiver ausgestalten.

Wir sind davon überzeugt, dass Unternehmen, die ihre Arbeitnehmer am Erfolg beteiligen, produktiver und damit wettbewerbsfähiger sind. Denn gelebte Partnerschaft stärkt die Verbundenheit der Mitarbeiter mit ihrem Unternehmen, fördert das Miteinander und eröffnet den Beschäftigten eine neue Einkommensquelle. Neben der Vermögensbildung bei den Arbeitnehmern kommt der Mitarbeiterbeteiligung auch angesichts des Bevölkerungswandels eine wachsende Bedeutung zu: Zum einen ist sie ein wichtiges Instrument, um qualifizierte Fachkräfte an das Unternehmen zu binden. Zum anderen lassen sich Unternehmensnachfolgen durch Mitarbeiterkapitalbeteiligungen vereinfachen, indem bisherige Unternehmer den Betrieb oder Teile davon an die Belegschaft übergeben. Dadurch können Unternehmen und Arbeits-

plätze gesichert werden. Wir wollen prüfen, wie in solchen Fällen – beispielsweise durch Darlehen der KfW – wirksam geholfen werden kann.

2.4. Solide Finanzen – Deutschlands Stärke

Ein verlässlicher Staat braucht solide Finanzen. Unsere Erfolge der letzten Jahre zeigen, dass Wachstum für steigende Steuereinnahmen sorgt. Dazu muss man nicht die Steuern erhöhen wie Rot-Grün. Richtig ist vielmehr, sorgsam mit den Staatseinnahmen umzugehen.

Deshalb haben wir die Ausgaben begrenzt, die Schuldenbremse eingeführt und ihre Regeln zum schrittweisen Abbau der Neuverschuldung von Anfang an eingehalten. Erstmals seit 40 Jahren wollen wir in der nächsten Wahlperiode einen Haushalt ohne neue Schulden vorlegen. Das ist auch ein starkes Signal für Europa.

Auf die Schuldenbremse folgt die Schuldentilgung

Wir werden damit beginnen, die über Jahrzehnte angehäuften Schulden zurückzuzahlen. Wir dürfen unseren Kindern und Enkeln keinen immer größer werdenden Schuldenberg hinterlassen. Zugleich wollen wir die Gesamtverschuldung des Staates schrittweise auf maximal 60 Prozent der Wirtschaftsleistung senken. Damit bekennen wir uns nachdrücklich zur Einhaltung des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakts.

Finanzausstattung von Ländern und Kommunen zukunftssicher gestalten

Länder und Kommunen brauchen eine vernünftige Finanzausstattung, um ihre Aufgaben erfüllen zu können. Mit dem Länderfinanzausgleich sieht das Grundgesetz einen angemessenen Ausgleich zwischen finanzstarken und finanzschwachen Ländern vor. Zu einem angemessenen Länderfinanzausgleich stehen wir genauso wie zu den Verpflichtungen des Solidarpakts. Wir wollen den Länderfinanzausgleich für die Zukunft so ordnen, dass die Geberländer nicht über Gebühr belastet und um die Früchte ihrer erfolgreichen Politik gebracht werden, dass es sich für die Empfängerländer mehr als bisher lohnt, ihre Situation zu verbessern, und dass strukturschwache Regionen in den neuen und in den alten Ländern nach einheitlichen Kriterien gefördert werden. Zu dieser Neuordnung der Bund-Länder-Beziehungen werden wir eine dritte Föderalismuskommission einsetzen.

Wir sind davon überzeugt, dass in der Vielfalt unseres Landes und in der Fähigkeit auf unterschiedliche Herausforderungen flexibel reagieren zu können, eine besondere Stärke liegt. Dafür steht der Föderalismus. Wir wollen ihn stärken und weiterentwickeln. Dazu gehört auch das Bekenntnis, neue Bundesbehörden solange vorrangig in den neuen Ländern anzusiedeln, bis es zu einer annähernd gleichwertigen Verteilung der Standorte im Bundesgebiet gekommen ist. Genauso stehen wir uneingeschränkt zu den Vereinbarungen des Bonn/Berlin-Gesetzes. Die Bundesstadt Bonn ist das zweite bundespolitische Zentrum. Wir wollen Bonn als deutschen Standort der Vereinten Nationen, als Sitz internationaler Nichtregierungsorganisationen und Standort für internationale Kongresse und Konferenzen stärken.

2.5. Verantwortungsbewusste Steuerpolitik – Leistung muss sich lohnen

Starke Schultern müssen mehr tragen als schwache. Das ist wegen unseres progressiven Steuersystems schon heute der Fall: So haben im Jahr 2011 die obersten fünf Prozent der Steuerpflichtigen 41,5 Prozent der Einkommensteuerlast getragen. Die oberen 25 Prozent der Steuerpflichtigen haben 76,9 Prozent des Einkommensteueraufkommens geschultert. Wer diese Schraube überdreht, gefährdet den Zusammenhalt und schwächt die Leistungsbereitschaft der Menschen.

Mittelschicht entlasten – die kalte Progression abbauen

Leistung muss sich lohnen. Wir wollen deshalb die Leistungsträger in der Mitte unserer Gesellschaft weiter entlasten. Dazu wollen wir die sogenannte kalte Progression abbauen. Das sorgt dafür, dass Lohnerhöhungen, die lediglich dem Ausgleich von Preissteigerungen dienen, nicht mehr von einem höheren Steuertarif aufgezehrt werden. SPD und Grüne wollen, dass der Staat weiter am Ausgleich der Inflation verdient. Wir aber meinen, das Geld gehört den Arbeitnehmern.

Nein zur Vermögensteuer – Keine Erhöhung der Erbschaftsteuer

Die meisten Menschen glauben, dass sie von einer Vermögensteuer nicht betroffen wären. Das ist ein Irrtum: Wer eine Vermögensteuer einführen will, muss zunächst einmal bei allen 80,2 Millionen Menschen in Deutschland

die Vermögensverhältnisse ermitteln. Nur so kann sichergestellt werden, dass keine Vermögen unentdeckt bleiben. Diesen Zugriff auf alle Deutschen verschweigen SPD und Grüne gerne und streuen den Menschen stattdessen Sand in die Augen.

Klar aber ist, dass deutsche Unternehmen zu den Leidtragenden gehören würden. In Deutschland gibt es rund 1500 Unternehmen, die mit ihren Produkten Weltmarktführer sind. Diese Unternehmen machen uns mit ihren Spitzenprodukten zu einer der führenden Exportnationen. Die allermeisten von ihnen sind mittelständische Unternehmen: 70 Prozent davon sind in Familienbesitz, mehr als 90 Prozent gehören zum produzierenden Gewerbe. Ihre Arbeit erfordert an einem Hochpreisstandort wie Deutschland teure Produktionsstätten. Die Unternehmen verfügen daher über entsprechend hohe Firmenvermögen, die von den rot-grünen Plänen einer höheren Erbschaftsteuer und neuer Vermögensteuern besonders betroffen wären. Dadurch wird diesen Unternehmen die Möglichkeit genommen, in neue Arbeitsplätze, in Aus- und Weiterbildung, in Forschung und Entwicklung zu investieren – oder Weihnachtsgeld zu zahlen.

Auch die Erbschaftsteuer trifft in Deutschland zum überwiegenden Teil Unternehmens- und Grundvermögen. Wenn Erben Teile des Vermögens verkaufen müssen, um die Erbschaftsteuer bezahlen zu können, kann das verheerende Folgen für Arbeitnehmer und Mieter haben. Eine Wiedereinführung der Vermögensteuer und Erhöhung der Erbschaftsteuer schadet daher unserer Wettbewerbsfähigkeit und vernichtet Arbeitsplätze. Deshalb lehnen CDU und CSU beides entschieden ab.

Unternehmensbesteuerung wachstumsfreundlich weiterentwickeln

Die Union steht für eine wachstumsfreundliche Unternehmensbesteuerung. Wir haben die Unternehmenssteuerreform von 2008 mit zahlreichen Maßnahmen krisenfest weiterentwickelt. Es bleibt jedoch auch künftig wichtig, dass das deutsche Unternehmenssteuerrecht mit den internationalen Entwicklungen Schritt hält. Es ist erklärtes Ziel der Union, dass Deutschland ein international attraktiver Industriestandort bleibt. Wir werden weiter daran arbeiten, die Unternehmenssteuern in Europa anzugleichen. Unternehmen sollen über Produkte und Dienstleistungen konkurrieren, nicht mit Hilfe von Steuerkanzleien.

Steuerhinterziehung wirksam bekämpfen

Steuerhinterziehung ist kriminell und fügt unserem Gemeinwesen schweren Schaden zu. Hinterzogene Steuern fehlen dem Staat für den Bau von Straßen, die Sanierung von Schulen, Kindergärten, die Polizei und gehen damit zu Lasten aller Bürger. Wir werden Steuerhinterziehung weiter entschlossen bekämpfen und Steueransprüche auch über die Grenzen der Nationalstaaten hinweg durchsetzen. Wichtigstes Ziel bleibt die Einnahme der Steuern – niemand darf sich entziehen. Wer es dennoch tut, muss die Folgen des Gesetzes zu spüren bekommen.

Steuerstraftaten werden wir weiterhin mit Nachdruck verfolgen. Dazu setzen wir uns auf Länderebene dafür ein, dass Schwerpunktstaatsanwaltschaften eingerichtet werden. Auf internationaler Ebene wollen wir die Zusammenarbeit der Steuerfahndungsbehörden zum Beispiel durch Übereinkommen zum Informationsaustausch verbessern.

Mit dem Schwarzgeldbekämpfungsgesetz hat die unionsgeführte Bundesregierung Anfang 2011 die Regeln zur strafbefreienden Selbstanzeige massiv verschärft. Wir prüfen zusammen mit den Ländern und Fachleuten aus Wissenschaft und Praxis, inwieweit eine noch weitergehende Verschärfung sinnvoll und möglich ist.

Bereits 1996 hat die unionsgeführte Bundesregierung mit einer Initiative bei der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) den Grundstein für das seit 2005 international geltende Musterabkommen zum gegenseitigen Informationsaustausch gelegt. Seit dem Inkrafttreten des Musterabkommens hat die unionsgeführte Bundesregierung 42 solcher Abkommen mit anderen Staaten unterzeichnet – 36 allein in dieser Wahlperiode.

Eine unionsgeführte Bundesregierung wird auch weiterhin dafür sorgen, dass Steueroasen durch eine bessere internationale Zusammenarbeit trockengelegt werden.

Steuervollzug besser koordinieren

Der Steuervollzug soll weiterhin in der Verantwortung der Länder liegen. Unsere Steuerfahnder leisten gute Arbeit. Angesichts oft sehr komplizierter Prüfvorgänge bei international tätigen Unternehmen wollen wir sie dabei besonders unterstützen. Deshalb setzen wir uns für

eine stärkere Zusammenarbeit der Länder beim Steuer-vollzug ein. Wir werden prüfen, inwiefern Fähigkeiten und Erfahrungen gebündelt werden können – etwa im Sinne einer Koordinierungsstelle beim Bundeszentralamt für Steuern.

Internationale Großkonzerne angemessen besteuern

Wer in Deutschland wirtschaftlich aktiv ist, soll hier auch Steuern zahlen. Einem überzogenen und aggressiven Ausnutzen von Unterschieden in den Steuersystemen der verschiedenen Länder ist entgegenzuwirken. Zusammen mit Partnern wie Großbritannien und Frankreich hat sich Deutschland unter Führung der Union erfolgreich dafür eingesetzt, auch auf zwischenstaatlicher Ebene schneller voranzukommen. Durch dieses Engagement steht die Frage eines gemeinsamen Vorgehens gegen überbordende internationale Steuergestaltung jetzt ganz oben auf der Tagesordnung der Beratungen von der G 8, der G 20, dem Internationalen Währungsfonds und der OECD.

2.6. Strenge Regeln für die Finanzmärkte

Soziale Marktwirtschaft bedeutet: Die Wirtschaft muss dem Menschen dienen. Das müssen wir auch für die Finanzmärkte durchsetzen. Für uns gilt erstens: Der Zusammenhang zwischen Entscheidungsverantwortung und Haftung muss gerade im Finanzmarkt gelten. Wer die Freiheit will, mit riskanten Geschäften hohe Gewinne zu erzielen, muss auch dafür einstehen, wenn es schiefgeht. Zweitens sagen wir: Wir wollen Regeln für jedes Produkt und jeden Akteur auf jedem Finanzmarkt. Beim Aufbau dieser Regeln sind wir gut vorangekommen. Deutschland ist dabei nicht nur Vorreiter in der nationalen Umsetzung, sondern auch international treibende Kraft.

Schattenbanken kontrollieren

Besondere Aufmerksamkeit werden wir dabei den sogenannten Schattenbanken widmen. Wir wollen vermeiden, dass Zweckgesellschaften, Geldmarktfonds oder Hedgefonds klassische Bankgeschäfte außerhalb des regulierten Bankensektors abwickeln. Sonst entstehen neue Risiken, die mit allen bisherigen und künftigen Regulierungsmaßnahmen gerade vermieden werden sollen.

Finanztransaktionssteuer weltweit einführen

Wir haben zusammen mit zehn anderen EU-Ländern verabredet, möglichst schnell eine Finanztransaktionssteuer einzuführen. Während andere nur reden, hat die unionsgeführte Bundesregierung gehandelt. Bei der Umsetzung werden wir darauf achten, dass Wettbewerbsverzerrungen vermieden und die Interessen des Finanzplatzes Deutschland gewahrt bleiben. Nur als ein starker und wettbewerbsfähiger Finanzplatz kann Deutschland auch weiterhin aktiv die Regulierung der internationalen Finanzmärkte mitgestalten. Unser Ziel bleibt es dabei, die Steuer nicht nur in Europa, sondern langfristig weltweit einzuführen.

Universalbankensystem erhalten – Mittelstandsfinanzierung sicherstellen

Unsere Bankenstruktur mit Genossenschaftsbanken, Privatbanken und Sparkassen hat sich insbesondere in der Finanzmarktkrise als stabil erwiesen. Wir wollen diese Struktur erhalten und stärken. Denn sie sichert nicht nur die Finanzierung des Mittelstands, sondern stellt den Menschen auch vielfältige Bankangebote für ihren Alltag vor Ort zur Verfügung. Gleichzeitig wollen wir vermeiden, dass Risiken aus Eigenhandelsgeschäften der Banken Sparguthaben und Kreditgeschäfte der Anleger gefährden. Deshalb haben wir dafür gesorgt, dass bestimmte hochspekulative Geschäfte vom Einlagen- und Kreditgeschäft abgetrennt werden.

2.7 Nachhaltiges Wachstum schafft Lebensqualität

Wachstum hat das Leben vieler Menschen in unserem Land, aber auch weltweit, in beispielloser Weise verbessert und Wohlstand ermöglicht. Dabei ist Wachstum in der Sozialen Marktwirtschaft kein Selbstzweck. Marktwirtschaft und Wachstum müssen dem Menschen dienen. In diesem Sinne muss die Soziale Marktwirtschaft immer auch fortentwickelt werden. Dazu gehört, die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten nachkommender Generationen stärker als bisher zu sichern. Deshalb wollen wir ein Wachstum, das Ökonomie, Ökologie und Soziales miteinander verbindet. Dies gilt gerade angesichts der vor uns liegenden Herausforderungen wie dem globalen Klimawandel, der Versorgung einer immer größer werdenden Weltbevölkerung

und der Wirtschafts- und Finanzkrise. Nachhaltiges Wachstum bedeutet nicht einfach „mehr“, sondern vor allem „Besseres“ zu schaffen. Wir wollen eine Wirtschaft, die Vorreiter bei nachhaltigen Produkten, intelligenten Lösungen und Strategien zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Umwelt und Wirtschaft ist.

Nachhaltigkeit in allen Lebensbereichen und weltweit erreichen

Unser Verständnis von Wachstum und Wohlstand weist über den Tag hinaus und muss drei Aspekte von Nachhaltigkeit erfüllen:

1. Nachhaltigkeit muss in einer vernetzten und globalisierten Welt auch international verankert werden. Eine internationale Ordnungspolitik der Nachhaltigkeit muss darauf hinwirken, lokal und global, in entwickelten Industrieländern sowie in Entwicklungs- und Schwellenländern den Übergang in das Zeitalter energieeffizienter umweltfreundlicher Produktion, stabiler Finanz- und hoher sozialer Standards anzustoßen und partnerschaftlich zu begleiten.
2. Ökonomisch und finanziell nachhaltiges Wachstum erfordert vor allem, die Verschuldungspolitik zu beenden. Infolge der internationalen Finanzkrise besteht jetzt die historische Chance, eine nachhaltige Finanzpolitik in Deutschland, Europa und der Welt durchzusetzen.
3. Der Mensch ist Teil der Schöpfung. Sie zu schützen ist unser Auftrag. Das Prinzip der Nachhaltigkeit ist fester Bestandteil unserer Politik. Wir wollen unseren Nachkommen eine Welt bewahren und hinterlassen, die auch morgen noch lebenswert ist. Ganz entscheidend für ökologische Nachhaltigkeit ist, dass bereits eine deutliche Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Ressourcenverbrauch gelungen ist. Diesen Weg gilt es fortzusetzen. Menschen zur Teilhabe zu befähigen und dadurch den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken – das ist soziale Nachhaltigkeit. Jeder Mensch soll sich gemäß seinen Fähigkeiten beteiligen, einbringen und einen Beitrag zum Wohle aller leisten können. Das heißt insbesondere, Bildung weiter in allen Lebensphasen zu fördern, noch mehr Arbeitsuchende in Arbeit zu bringen und die Bereitschaft der Menschen für ehrenamtliches Engagement noch mehr als bisher zu heben.

Neue Maßstäbe für die Wohlstandsmessung

Dieses Verständnis von Wohlstand kann das Bruttoinlandsprodukt (BIP) allein nicht abbilden. Es ist eine gute Kennzahl, um die Wirtschaftsleistung zu messen und dafür ist es auch weiter notwendig. Mehr kann es aber nicht messen. Deshalb sind wir der Auffassung, dass wir ein neues Instrument brauchen, das diesem umfassenden Verständnis von Wohlstand und Lebensqualität gerecht wird. Vor diesem Hintergrund begrüßen wir die Vorschläge der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ des Deutschen Bundestages. So sollen neben dem Bruttoinlandsprodukt unter anderem auch Schulden des Staates und der Privathaushalte, Beschäftigungsquote, Bildungsabschlüsse sowie Fort- und Weiterbildungsquote, Gesundheit, demokratische Mitsprache sowie Luftverschmutzung und Artenvielfalt in nationaler und internationaler Perspektive ermittelt werden. Damit würde eine umfassende Abbildung des Wohlstandes möglich. Als Schritt in diese Richtung wollen wir bei staatlichen Maßnahmen künftig verstärkt den Nutzen im Hinblick auf eine nachhaltige Entwicklung darstellen. Damit schaffen wir die Voraussetzung für eine über reine Kostenberechnungen hinausgehende Betrachtung.

3. Deutschlands Chancen nutzen

3.1. Bildungsrepublik Deutschland

Bildung fängt zu Hause an, bei den Kleinsten: Mutter und Vater beginnen, was Kita, Schule, Betrieb und Hochschule fortsetzen. Doch damit ist noch lange nicht Schluss: Lebenslanges Lernen wird für unser Land und seine Menschen immer wichtiger. Deswegen haben wir die Bildungsrepublik Deutschland auf den Weg gebracht und wollen deren Ausbau in den kommenden Jahren fortsetzen. Jedes Kind verdient beste Startchancen, um seine Fähigkeiten bestmöglich entwickeln zu können. Wir wollen Schule und Ausbildung mit digitalem Lernen verbinden, für erstklassige Schul- und Studienbedingungen sorgen und eine „Nationale Initiative Weiterbildung“ anstoßen.

Bildung steht deshalb weiter im Mittelpunkt unseres Handelns. Seit 2005 haben wir die Ausgaben für Bildung Jahr für Jahr erhöht. Allein die Hilfen des Bundes für die Hochschulen haben sich in den vergangenen acht Jahren verdoppelt. Wir wollen die öffentlichen und privaten Bildungsausgaben weiter steigern.

Gleiche Bildungschancen von Anfang an

Kinder sind geborene Entdecker und Forscher. Von Kindesbeinen an wollen sie herausfinden, wie die Welt um sie herum funktioniert. Mit einer guten frühkindlichen Bildung und Erziehung unterstützen wir sie dabei. Leider gibt es eine wachsende Zahl von Kindern, die zu Hause von ihren Eltern nur unzureichend die deutsche Sprache lernen. Daher setzen wir uns für Sprachtests für alle Kinder ab drei Jahren ein. Wo sich herausstellt, dass die Sprachkenntnisse nicht ausreichen, soll eine verpflichtende Sprachförderung in der Kita und in der Schule erfolgen.

Die bestmögliche Schule für unsere Kinder

Wir bekennen uns zu einem vielfältigen und durchlässigen Bildungsangebot. Das Konzept der rot-grünen Einheitsschule ist ein Irrweg. Es verkennt, dass jedes Kind einzigartig ist und geht damit an den Bedürfnissen und Interessen unserer Kinder vorbei. Bei uns steht das einzelne Kind im Mittelpunkt. Wir wollen jedes Kind entsprechend seiner Möglichkeiten fördern und fordern. Da-

zu setzen wir auf eine gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den Eltern. CDU und CSU stehen zur Zukunft des Gymnasiums, zur leistungsstarken Schule zur Vorbereitung vor allem einer Berufsausbildung und der Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Bildung. Statt Einheitsbrei wollen wir für unsere Kinder eine Vielfalt der Bildungswege, die ihnen vielfältige Berufs- und Lebenswege eröffnen. Für uns gilt das Ziel: kein Abschluss ohne Anschluss.

Pakt für eine gute Bildung

Tag für Tag gehen unsere Kinder morgens in die Schule – von der Grund- bis zur Berufsschule. Sie ist der wichtigste Ort des Lernens. Wir wollen die Chancen auf eine erfolgreiche Schulzeit verbessern. Mit einem Bildungspakt zwischen Bund, Ländern und Kommunen wollen wir dafür die Voraussetzungen schaffen. Dazu gehören:

Ausbau der Ganztagsbetreuung

Hochwertige Ganztagschulen unterstützen dieses Ziel. Daher wollen wir eine bedarfsgerechte Ganztagsbetreuung auch unter Einbeziehung von außerschulischen Kräften, wie beispielsweise Vereinen oder ehrenamtlichen Strukturen, in ganz Deutschland sicherstellen. Gleichzeitig leisten wir so auch einen entscheidenden Beitrag für die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Schule 2.0

Die rasante Entwicklung der Informationstechnologien bietet neue Chancen in der Bildung. Die Nutzung digitaler Medien an unseren Schulen muss mit der digitalen Entwicklung besser Schritt halten. Wir wollen, dass unsere Kinder mit Blick auf die großen Chancen der Digitalisierung für das spätere Arbeitsleben bereits in der Schule einen verantwortlichen und sinnvollen Umgang mit den neuen technischen Möglichkeiten erlernen und ihnen zugleich neue, interessante Wege der Wissensvermittlung eröffnet werden. Wir wollen dafür sorgen, dass unsere Schulen auf der Höhe der Zeit ausgestattet sind. Dazu gehören zum Beispiel moderne Computertechnik, digitale Lernangebote und eine bessere Vernetzung der Schulen. Wenn das Klassenzimmer den Weg in die digitale Welt findet, erschließt sich eine neue Bildungswelt, in der Kinder ganz selbstverständlich die neuen technischen Möglichkeiten kennenlernen. Digitale Bildung muss deutlich mehr als bisher Bestandteil der Aus- und Fortbildung von Lehrern werden.

Gute Lehrerinnen und Lehrer

Gute Schule ist guter Unterricht und Grundlage für guten Unterricht, sind hervorragend ausgebildete und hoch motivierte Lehrkräfte. Wir wollen, dass aus Lehramtsstudierenden Lehrer werden, die diesen Beruf aus Überzeugung ergreifen und mit Herzblut ausfüllen. Um ihnen eine hervorragende Ausbildung mit auf den Weg zu geben, werden wir eine halbe Milliarde Euro für eine „Qualitätsoffensive Lehrerbildung“ bereitstellen, mit der gute Ausbildungskonzepte an den Hochschulen für einen modernen Unterricht auf der Höhe der Zeit unterstützt werden. Der Dienst an den Kindern zählt zu den wichtigsten Aufgaben für eine gute Zukunft unseres Landes. Deshalb wollen wir, dass die Arbeit der Lehrerinnen und Lehrer gesellschaftlich besser anerkannt wird.

Medien- und Informationskompetenz stärken

Die Menschen sollen die Chancen und Risiken der Digitalisierung selbst einschätzen und sich sicher im digitalen Zeitalter bewegen können. Deshalb wollen wir die Medien- und Informationskompetenz verbessern. Wir wollen Menschen jeden Alters mit dem nötigen Wissen ausstatten, das die Grundlage für eigenverantwortliches Handeln online wie offline bildet.

Schulen in freier und privater Trägerschaft garantieren Vielfalt

Neben den öffentlichen Schulen bereichern Schulen in freier und privater Trägerschaft unsere Bildungslandschaft und fördern den Wettbewerb zwischen den Schulen. Sie sind Ausdruck eines großen bürgerschaftlichen und kirchlichen Engagements. Wir stehen verlässlich zu unserer Unterstützung dieser Schulen.

Religionsunterricht gehört in den Fächerkanon

Religionsunterricht muss als eigenständiges Fach an unseren Schulen verankert sein. Wer wie die Grünen die Abschaffung des konfessionsgebundenen Religionsunterrichts fordert, ebnet den Weg zu einer Aushöhlung der für unsere Gesellschaft prägenden christlichen Werte. Dem stellen wir uns entschieden entgegen. Andere Unterrichtsinhalte wie Philosophie oder Ethik sind kein Ersatz für den Religionsunterricht und erfüllen schwerlich

den Auftrag unseres Grundgesetzes. Auf der Grundlage der Verfassung treten wir auch für islamischen Religionsunterricht an den Schulen ein.

Mehr Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern

CDU und CSU stehen für eine zielorientierte Zusammenarbeit in der Bildungspolitik und für klare Zuständigkeiten zwischen Bund und Ländern. Die Menschen sollen wissen, wer die Entscheidungen verantwortet. Die Länder tragen die zentrale Verantwortung für Bildung. Allerdings brauchen wir eine bessere Vergleichbarkeit der Abschlüsse zwischen den Ländern. Gerade mit Blick auf die vielen Familien und deren Kinder, die jedes Jahr aus beruflichen Gründen zwischen den Ländern ihren Wohnort wechseln, brauchen wir gemeinsame Prüfungsstandards, die die Gleichrangigkeit der Abschlüsse sicherstellen.

Wir werden uns deshalb weiter für nationale Bildungsstandards einsetzen. Gemeinsam mit den Ländern wollen wir nach Möglichkeiten für eine bessere Zusammenarbeit suchen und bestehende Hindernisse für eine bessere Zusammenarbeit einvernehmlich abbauen.

Berufliche Ausbildung stärken

Wer eine abgeschlossene Berufsausbildung vorweisen kann, hat beste Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Unser Ziel ist es daher, dass auch künftig jeder ausbildungswillige und -fähige Jugendliche ein Ausbildungsangebot erhält, das zu einem anerkannten Abschluss führt. Unsere duale Ausbildung in Betrieb und Berufsschule gilt dafür weltweit als Vorbild. Sie ist ein wichtiger Grund dafür, dass wir die niedrigste Jugendarbeitslosigkeit in ganz Europa haben und es für junge ausgebildete Menschen nirgendwo einfacher ist, einen Job zu finden als in Deutschland.

Wir wollen, dass noch mehr junge Menschen die Chancen der dualen Ausbildung nutzen können, und wollen dafür zusammen mit der Wirtschaft die Voraussetzungen schaffen. Das gilt ganz besonders für Menschen mit Zuwanderungsgeschichte, in Teilzeitausbildung oder mit einer Behinderung. Wer sein Studium abbricht, soll gezielt für eine berufliche Ausbildung gewonnen werden und die an der Hochschule erfolgreich abgelegten Prüfungen besser anerkannt bekommen.

Übergang Schule – Beruf erleichtern

Der Übergang von der Schule in die Ausbildung ist für nicht wenige junge Menschen schwierig. Bei den einen ist die Schullaufbahn nicht so verlaufen wie gewünscht, und am Ende fehlen die Qualifikationen, um den Anforderungen an eine Lehrstelle gerecht zu werden. Bei anderen Jugendlichen gibt es einen besonderen Förderbedarf. Das kann bei jungen Menschen mit einer Behinderung der Fall sein. In anderen Fällen sind es eine fehlende oder unzureichende Unterstützung aus dem Elternhaus oder eine Zuwanderungsgeschichte, die zu Schwierigkeiten führen. Mit Blick auf die Chancen dieser Jugendlichen und den hohen Fachkräftebedarf unserer Wirtschaft wollen wir zusätzliche Anstrengungen unternehmen, um möglichst vielen dieser Menschen ohne Umwege und Warteschleifen den Weg in das Berufsleben zu ebnen. Gerade Jugendlichen mit Behinderungen muss dabei unbürokratische Unterstützung zur Verfügung stehen. Wir wollen dazu die praxisnahe Berufsorientierung in allen Schulformen weiter ausbauen und mehr Angebote für praktisches Lernen schaffen, die betriebliche Arbeitserfahrung und Unterricht miteinander verbinden.

Auch längere berufsvorbereitende Praktika für schwächere Jugendliche können einen wichtigen Beitrag zum gelungenen Start ins Berufsleben leisten. Wir wollen solche Maßnahmen verstärkt unterstützen. Dazu wollen wir mit der „begleiteten Ausbildung“ vor allem für kleine und mittlere Betriebe im Bereich des Handwerks und Mittelstands eine Brücke zwischen Ausbildungsbetrieb und Auszubildenden schlagen. Die zur Verfügung gestellten Unterstützungsangebote können für beide Seiten einen Beitrag zur erfolgreichen Ausbildung leisten.

Hochschulen zukunftsfest machen

Ein breites und vielfältiges Angebot herausragender Hochschulen ist für unser Land unverzichtbar. Zu Recht sind wir stolz auf unsere hervorragenden Hochschulen, die mit ihrer Leistung in Forschung und Lehre maßgeblich zu unserem Ansehen in der Welt beitragen. Wissenschaftliche Erfolge in Produkte übersetzt, schaffen Arbeitsplätze und sichern unseren Wohlstand. Für uns ist entscheidend, dass sich unsere Hochschulen in jeder Hinsicht mit den Besten in der Welt messen können. Dazu setzen wir auf eine vielfältige Hochschullandschaft, die unterschiedlichen Anforderungen und Interessen Rechnung trägt. So ermöglichen duale Studiengänge und Fernstudienangebote, Beruf und Studium gut mitein-

ander zu verbinden. Auch private Hochschulen bereichern diese Vielfalt. Wir sind ihnen dabei ein verlässlicher Partner.

Studieren darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen – Studienfinanzierung verbessern

Wir wollen, dass jeder seinen Begabungen nachgehen kann und unabhängig vom Geldbeutel der Eltern eine gute Ausbildung bekommt. Deshalb werden wir die Studienfinanzierung weiter ausbauen und dazu das BAföG an die Lebenshaltungskosten sowie veränderte Bildungswege anpassen. Auszubildende, die ihr Studium oder ihre schulische Ausbildung nur in Teilzeit absolvieren können, weil sie betreuungspflichtige Kinder haben, sollen bessere Förderbedingungen erhalten. Das gilt auch für Studierende, die bereits eine abgeschlossene Berufsausbildung und Erfahrungen im Berufsleben haben und sich an der Hochschule weiterqualifizieren wollen. Neben dem bewährten BAföG wollen wir auch Stipendien als eine gute Möglichkeit der Finanzierung und wichtigen Teil der Begabtenförderung weiter voranbringen. Das neue Deutschlandstipendium ist gut angelaufen. Dabei setzen wir für den weiteren Ausbau einer Stipendienkultur nicht nur auf den Staat. Auch private Förderer aus der Wirtschaft sollen verstärkt einen Beitrag leisten.

Der Hochschulpakt ermöglicht gute Studienbedingungen

Immer mehr junge Menschen studieren in Deutschland, die inhaltlichen Herausforderungen nehmen angesichts einer immer stärkeren Internationalisierung zu. Unsere Hochschulen meistern diese neuen Aufgaben hervorragend und dennoch brauchen wir weitere Anstrengungen, um die Leistungsfähigkeit der Hochschulen zu steigern und sie auf weiter anwachsende Zahlen von Studienanfängern vorzubereiten. Wir wollen diese Aufgabe gemeinsam mit den Hochschullehrern, der Studentenschaft, den akademischen und nicht wissenschaftlichen Mitarbeitern der Hochschulen anpacken. Ein wichtiger Schritt ist die Fortsetzung des Hochschulpakts. Einen besonderen Schwerpunkt soll die Verbesserung der Studienbedingungen bilden. Der „Qualitätspakt Lehre“ und die „Qualitätsoffensive Lehrerbildung“ sind wichtige Schritte in diese Richtung. Auch die Internationalisierung der Hochschulen wollen wir weiter voranbringen. Ziel muss es sein, die besten Studierenden und Forscher weltweit an unsere Hochschulen zu holen. Dazu wollen wir eng-

lischsprachige Studienangebote sowie in internationaler Kooperation gemeinsam angebotene Studiengänge weiter ausbauen.

Studieren mit Kind muss leichter werden

Studium und Elternschaft sollen sich nicht ausschließen. Wir wollen, dass junge Menschen sich nicht zwischen Studium und Kind entscheiden müssen, sondern beides miteinander vereinbaren. Dazu gehören bezahlbares Wohnen, eine flexible Gestaltung des Unialltags, wie beispielsweise kindgerechte Sprechzeiten, Kinderbetreuung in der Bibliothek oder Kinderessen in der Mensa. In einem Wettbewerb wollen wir besonders familienfreundliche Hochschulen mit guten Ideen ermitteln und sie dafür auszeichnen. Daneben müssen familienpolitische Elemente bei der Studienfinanzierung stärker berücksichtigt und im Wissenschaftszeitvertragsgesetz konsequent angewendet werden.

Top-Talente für die Wissenschaft

Die Beschäftigungssituation von Nachwuchs-Wissenschaftlern hat sich positiv entwickelt. Mit mehr als einer halben Million Mitarbeitern sind so viele Menschen wie noch nie an deutschen Hochschulen beschäftigt. Das ist ein starkes Signal für die Zukunft. Zugleich steigen damit die Erwartungen an eine bessere Planbarkeit von wissenschaftlichen Karrieren. Hier wollen wir gemeinsam mit den Hochschulen gerade für den akademischen Mittelbau neue Akzente setzen, beispielsweise mit einem Förderprogramm für verlässliche Karrierewege an Hochschulen. Befristungen im akademischen Mittelbau wollen wir abbauen.

Online-Hochschule: Das Internet revolutioniert das Lernen

Das Internet führt zu ganz neuen Formen der Lehre an den Hochschulen. In aller Welt werden neue Online-Studienmodelle entwickelt, die von fachspezifischen Kursen bis zu globalen Plattformen reichen. Hier entsteht ein großer Zukunftsmarkt, der das Hochschulwesen nachhaltig verändern wird. Wir müssen mit dabei sein, wenn die Internet-Hochschule der Zukunft entsteht. Deshalb wollen wir die Hochschulen auf dem Weg zu attraktiven und wettbewerbsfähigen Angeboten zum digitalen Lernen unterstützen und sie ermuntern, Strategien für Qualitätssicherung, Finanzierung, Betreuung der Studierenden und Anrechnung der Studienleistungen zu entwickeln.

Zukunftschancen durch lebensbegleitendes Lernen sichern

Das in der Welt verfügbare Wissen verdoppelt sich heute alle vier Jahre. Angesichts dieser rasanten Entwicklung ist unser Land mehr denn je auf gut ausgebildete Fachkräfte angewiesen. Dafür wollen wir gemeinsam mit Wirtschaft und Beschäftigten ein neues Bewusstsein für ein „Lebenslanges Lernen“ schaffen. Mit attraktiven Bedingungen wollen wir die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer davon überzeugen, noch mehr Zeit und Kraft für ihre berufliche Weiterbildung aufzubringen. Dazu wollen wir Lebenszeitkonten attraktiver gestalten, das Bildungssparen weiterentwickeln und so möglichst vielen Familien eröffnen sowie verbesserte Möglichkeiten zur Förderung von Weiterbildungsmaßnahmen einführen. Im Rahmen einer „Nationalen Initiative Weiterbildung“ werden wir zusammen mit den Sozialpartnern, den staatlichen Akteuren, den Arbeitsagenturen, den Hochschulen und den privaten Anbietern gemeinsame Ziele verabreden und neue Ideen entwickeln, wie zum Beispiel betriebliche Weiterbildung regelmäßig im Arbeitsalltag stattfinden kann.

3.2 Bevölkerungswandel gestalten – Verantwortung für alle Generationen

Noch nie waren die Aussichten auf ein langes, gesundes und erfülltes Leben in unserem Land so groß wie heute. Die Lebenserwartung steigt stetig an. Gleichzeitig aber werden weniger Kinder geboren, und die Einwohnerzahl sinkt. Die Folgen sind u. a.: Immer weniger Erwerbstätige müssen für immer mehr Menschen sorgen, die nicht im Erwerbsleben stehen. Die Zahl der Schüler geht zurück, den Unternehmen droht ein Mangel an Fachkräften. Für die Älteren – und die Menschen mit Behinderung – gibt es zu wenig barrierefreie Wohnungen und Häuser, während in manchen Orten Wohnraum leer steht.

Dies alles macht den Bevölkerungswandel zu einer der größten Herausforderungen unseres Landes. Ihn zu bewältigen sehen wir als eine nationale Aufgabe, die alle gesellschaftlichen Gruppen betrifft. Wir müssen gemeinsam Lösungen auf dringende Fragen finden: Dazu zählen u. a. die Schul- und Arztversorgung auf dem Land, die Zukunft der Rente, die Sicherung von Fachkräften, bessere Chancen von Frauen und Älteren am Arbeitsmarkt und eine gelingende Integration von Zuwanderern.

In der unionsgeführten Bundesregierung haben wir auf diese Herausforderungen mit einer umfassenden Demo-

grafiestrategie reagiert, die wir gemeinsam mit den Ländern, Kommunen und Sozialpartnern weiterentwickeln werden. Uns ist klar: Nur wenn wir gemeinsam als gesamte Gesellschaft anpacken, können wir diese Aufgaben meistern. Und nur gemeinsam können wir auch die Chancen nutzen, die sich daraus ergeben.

Deutschland muss eine gute Heimat für starke Familien sein

Unsere Gesellschaft braucht starke Familien. Sie sind das Fundament unserer Gesellschaft. Und sie umfasst alle Generationen. Deshalb wollen wir Familien stärken. Vor allem sagen wir Ja zu Kindern. Sie sind eine Bereicherung für unser Land. Wir wollen junge Frauen und Männer ermutigen, sich für Kinder zu entscheiden.

Den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken

CDU und CSU stehen für ein gutes Miteinander der Generationen. Wir wollen deshalb auch in Zukunft Brücken zwischen den Generationen bauen und sprechen uns entschieden gegen jede Form der Diskriminierung von Menschen aufgrund ihres Alters aus. Der Erfahrungsschatz gerade unserer älteren Mitbürger ist eine große, bisher oft nicht genutzte Kraft für unser Land, die wir stärker zur Entfaltung bringen wollen. Daher werden wir generationenübergreifende Projekte wie die erfolgreichen Mehrgenerationenhäuser weiter fördern, in denen sich Menschen verschiedenen Alters begegnen und gegenseitig unterstützen. Wir wollen diese Mehrgenerationenhäuser zu Bürgerhäusern weiterentwickeln. Sie bieten ein breites Spektrum an Angeboten für alle Altersgruppen an und sind Drehscheibe für unterschiedliche Dienstleistungen und Anlaufstellen für bürgerschaftliches Engagement.

Nach dem Grundgedanken der „Sorgenden Gemeinschaften“ sollen Nachbarschaftshilfen mit professionellen Dienstleistungen besser verknüpft werden. So wird zum Beispiel die Pflege älterer Mitbürger stärker zur Gemeinschaftsaufgabe. Freiwilliges Engagement, Selbsthilfe und Nachbarschaftshilfe werden dann mit familiärer und professioneller Fürsorge verbunden.

Die Fähigkeiten Älterer stärker nutzen

Die Wirtschaft schätzt den Wert älterer Arbeitnehmer zunehmend. Bei der Erwerbstätigenquote der 55- bis 64-Jährigen liegt Deutschland mit über 60 Prozent inzwi-

schen EU-weit auf Platz 2. In keiner anderen Altersgruppe ist die Beschäftigung stärker angestiegen. Diese Entwicklung wollen wir fortschreiben. Dazu wollen wir uns für ein neues Bild vom Alter einsetzen. Gemeinsame Teams aus älteren und jüngeren Mitarbeitern haben oft mehr und bessere Ideen, verknüpfen unterschiedliche Fähigkeiten und fördern den Zusammenhalt im Unternehmen. Wir wollen für diese altersgemischten Teams werben. Die Betriebs- und Tarifpartner ermuntern wir, verstärkt Weiterbildungsabkommen in den Tarifverträgen und Betriebsvereinbarungen zu verankern.

Gemeinsam mit den Tarifparteien, Krankenkassen und weiteren Partnern wollen wir zudem das betriebliche Gesundheitsmanagement stärken und neue attraktive Angebote entwickeln. Damit wollen wir älteren Arbeitnehmern mehr Chancen auf eine gute Beschäftigung eröffnen.

Wir setzen uns schließlich dafür ein, starre Altersgrenzen auf den Prüfstand zu stellen. Da immer mehr Ältere auch im Rentenalter beruflich aktiv bleiben wollen, werden wir zusammen mit den Tarifpartnern bessere Möglichkeiten dafür schaffen. Der öffentliche Dienst soll hier als Vorbild dienen.

Flexibel auf regionale Unterschiede reagieren

Der Bevölkerungswandel sorgt für größere Unterschiede zwischen wachsenden Städten und dünner besiedelten Regionen. Wir müssen lernen, mit diesen Unterschieden umzugehen und die Bereitschaft entwickeln, darauf mit flexiblen Ansätzen die richtigen Antworten zu geben. Unser Ziel ist es, überall die Voraussetzungen für eine gute Versorgung der Bevölkerung zu schaffen. Dazu setzen wir auf neue Antworten, die flexibel und klug mit den neuen Herausforderungen umgehen, beispielsweise indem sie verstärkt auf digitale und mobile Lösungen setzen.

Demografie-Check für Gesetze und öffentliche Investitionen einführen

Wir werden alle Gesetzesvorhaben, Richtlinien und Investitionen daraufhin überprüfen, welche Auswirkungen damit auf kommende Generationen verbunden sind. Damit soll sichergestellt werden, dass Investitionen beispielsweise in Schulen oder Straßen so geplant werden, dass sie auch bei einer sich verändernden Bevölkerungszahl sinnvoll genutzt werden können und finanzierbar sind.

Im Wettbewerb die besten Lösungen für die Zukunft finden

Wir werden mit einem Wettbewerb Regionen unterstützen, die Antworten auf die Veränderungen der Bevölkerungsstruktur suchen. Unser Ziel ist es, die besten Ideen zu finden und umzusetzen. Die dabei gefundenen Lösungen können zum Vorbild für andere werden, die in einigen Jahren vor den gleichen Herausforderungen stehen wie die Regionen, die als Vorreiter schon heute von den Auswirkungen betroffen sind.

Chancen des Wandels offensiv nutzen

Deutschland hat die besten Voraussetzungen, sich zum Leitmarkt und Leitanbieter neuer Produkte und Dienstleistungen zu entwickeln, die auf die Bedürfnisse der älteren Generation zugeschnitten sind. Wir sind davon überzeugt, dass die Lebensqualität für alle Menschen in unserem Land steigt, wenn es uns gelingt, hier neue Akzente zu setzen. Denn vieles, was gut für ältere Menschen ist, ist auch gut für junge Familien. Busse, Straßenbahnen, U-Bahnen und Züge mit niedrigen Einstiegen sind für Rollatoren und Rollstühle genauso wichtig wie für Kinderwagen.

Deutschland spürt die Auswirkungen der Alterung der Gesellschaft bereits deutlicher als andere Länder. Die meisten Regionen der Welt, vor allem in Europa, Asien und Nordamerika werden in naher Zukunft folgen. Unser Land kann deshalb bei der Bewältigung des demografischen Wandels Vorreiter sein und sich durch frühzeitige Weichenstellungen einen Vorsprung auf den entsprechenden Märkten sichern. Der Bevölkerungswandel bietet eine große Chance für unser Land, Vorreiter bei neuen gesellschaftlichen und technischen Entwicklungen zu sein und unser Land weiterhin lebenswert zu gestalten.

3.3 Technischer Fortschritt und Forschung bringen unser Land voran

Von Johannes Gutenberg über Gottlieb Daimler und Carl Zeiss bis hin zu Max Planck: Deutschland war nicht nur immer ein Land der Dichter und Denker, sondern es war auch immer ein Land der Entdecker, der Forscher und Tüftler. Deutschland ist ein neugieriges Land. Und wenn wir im internationalen Wettbewerb der Ideen weiter vorne bleiben wollen, müssen wir dies als gesamte Gesellschaft bleiben – weltoffen, technikfreundlich und wis-

sensdurftig. Denn auch in Zukunft gilt: Wir werden unsere Produkte im Vergleich zu anderen in der Welt nur so viel teurer verkaufen können, wie sie besser sind.

Die Politik hat die Aufgabe, beste Rahmenbedingungen für Wissenschaft und Technik zu entwickeln. Denn wir wissen: Die Investitionen in Forschung und Entwicklung von heute bedeuten morgen Arbeitsplätze, Wohlstand und Lebensqualität für die Menschen.

Es ist deshalb gut, dass in Deutschland noch nie so viel für Forschung und Entwicklung ausgegeben wurde wie in dieser Wahlperiode. Die Zielmarke von drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts haben wir so gut wie erreicht. Diesen erfolgreichen Weg wollen wir fortsetzen.

Wohlstand von morgen sichern – Planungssicherheit und neue Instrumente für eine erfolgreiche Forschung

Weil der Anteil neuer Produkte am Umsatz immer stärker steigt, ist es wichtig, dass aus Ideen schnell neue Produkte werden. Deshalb wollen wir unsere Forschungsförderung noch stärker darauf ausrichten:

Wir werden Projekte entlang der gesamten Wertschöpfungskette vom Labor bis hin zum Prototyp unterstützen. Für die Umsetzung neuer Erkenntnisse wollen wir auch verstärkt bereichs- und themenübergreifende Projekte ermöglichen.

Wir werden Forschungseinrichtungen zuverlässig fördern, damit sie Sicherheit für ihre Planung und ihre Investitionen haben.

Mit der steuerlichen Forschungsförderung schaffen wir ein neues Instrument, das unseren Unternehmen helfen soll, eigene Forschung voranzutreiben. So können sie weiter im internationalen Wettbewerb erfolgreich sein.

Wissenschaftseinrichtungen und Hochschulforschung stärken

Deutschlands Wissenschaft ist hervorragend aufgestellt und ein Anziehungspunkt für Forscher aus aller Welt. Ihre Stärke liegt in ihrer Vielfalt, die von der grundlagenorientierten Forschung bis hin zur Anwendung alles abbildet. Dies gilt vor allem für die Universitäten und Hochschulen als Herzkammern der Wissenschaft. Das gilt aber auch für die Fraunhofer-Gesellschaft, die Helmholtz-Ge-

meinschaft, die Leibniz-Gemeinschaft, die Max-Planck-Gesellschaft sowie die Deutsche Forschungsgemeinschaft. Auch die wissenschaftlichen Akademien, die Alexander-von-Humboldt-Stiftung und der Deutsche Akademische Austauschdienst nehmen einen bedeutenden Platz am Wissenschaftsstandort Deutschland ein.

Mit der Exzellenzinitiative ist es gelungen, auf die Landkarte der weltweit besten Hochschulen auch deutsche Universitäten zu setzen. Zugleich werden mit dem Hochschulpakt die Hochschulen in Forschung und Lehre gestärkt und 625 000 neue Studienplätze geschaffen.

Wir wissen, dass gute Forschung Verlässlichkeit braucht: Deshalb werden wir zum einen den Pakt für Forschung und Innovation bis 2020 verlängern. Zum anderen werden wir den außeruniversitären Forschungseinrichtungen solide wachsende Haushalte im Umfang von fünf Prozent pro Jahr bis 2020 garantieren. Damit schaffen wir verlässliche Karriereperspektiven für den wissenschaftlichen Nachwuchs.

Die erfolgreiche Exzellenzinitiative wollen wir zusammen mit der Wissenschaft weiterentwickeln und die Weichen so stellen, dass die Förderung über 2017 hinaus fortgesetzt werden kann. Forschungsstarke Hochschulen unterstützen wir durch Projektförderung, aber auch durch sogenannte Programmpauschalen. Diese decken die projektbedingten Zusatzkosten ab und sind für gute Hochschulforschung unerlässlich.

Zusammenarbeit von Universitäten und Forschungseinrichtungen ausbauen

Kluge Politik heißt immer auch zu prüfen, wie leistungsfähige Einrichtungen noch besser werden können. Wir wollen auch in Zukunft herausragende Forschungsleistungen in der Spitze und in der Breite ermöglichen. Damit sich der Bund an dieser Aufgabe dauerhaft stärker beteiligen kann, wollen wir die Möglichkeiten der Zusammenarbeit von Bund und Ländern durch eine Änderung des Grundgesetzes stärken. Wir versprechen uns davon zusätzliche Impulse für Forschung und Ausbildung, die die technologische Leistungsfähigkeit unseres Landes sichern.

Mit einem zeitgemäßen Urheberrecht die Wissenschaft unterstützen

Wissenschaft, Wirtschaft, Kunst und Kultur brauchen den Schutz geistigen Eigentums. Gleichzeitig wollen wir mit einem verlässlichen, modernen Urheberrecht den Einsatz

digitaler Studienmaterialien an den Hochschulen vereinfachen. Wissenschaftliche Erkenntnisse, die mit staatlicher Förderung entstehen, sollen nach einer angemessenen Zeit für alle Bürger frei zugänglich werden. Dazu werden wir zusammen mit der Wissenschaft eine sogenannte „Open-Access-Strategie“ entwickeln.

Hightech-Strategie 2020

Mit unserer Hightech-Strategie 2020 bündeln wir die Forschungs- und Innovationsaktivitäten und richten sie auf die großen Herausforderungen und Zukunftsmärkte aus: Umwelt und Energie, Gesundheit und Ernährung, Mobilität, Sicherheit und Kommunikation. Deutschland soll hier Vorreiter und Ideengeber sein. Wir fördern gezielt Zusammenschlüsse von führenden Unternehmen und Forschungseinrichtungen, die dort ihre Kräfte in einer Region bündeln. Mit einer neuen „Open Innovation“-Initiative wollen wir Chancen gerade für kleine, ideenreiche Unternehmen schaffen. „Open Innovation“ bedeutet, vorhandenes Wissen in Organisationen auch für Außenstehende zugänglich zu machen, um neue Ideen voranzutreiben. Unser Blick geht aber über das Jahr 2020 hinaus. Wir wollen die Weichen dafür stellen, dass unser Land auch im kommenden Jahrzehnt erfolgreich ist. In einer immer stärker globalisierten und wissensbasierten Wirtschaft wird der Anteil forschungsintensiver Branchen weiter zunehmen. Deshalb werden wir die Hightech-Strategie in der kommenden Wahlperiode weiterentwickeln und auf die Herausforderungen der Zukunft vorbereiten.

Forschung in Europa voranbringen – unser Wissenschaftssystem international vernetzen

Gute Forschungsbedingungen sind eine wichtige Grundlage von Wachstum und Wohlstand – das gilt für Deutschland wie für Europa. Deshalb werden wir unsere Anstrengungen für einen Forschungsraum Europa verstärken und dazu das Erfolgsrezept der Hightech-Strategie nach Europa tragen. Motor für diese neue Forschungsentwicklung soll das EU-Programm „Horizon 2020“ werden, das ab 2014 alle Forschungsaktivitäten in Europa bündelt. Wir wollen dafür sorgen, dass deutsche Wissenschaftler und Unternehmen beste Bedingungen erhalten, um die Chancen dieses Programms zu nutzen. Dazu werden wir zum einen ein länderübergreifendes Netz von Innovationsregionen knüpfen. Zum anderen wollen wir enge Kontakte zu starken Wissenschaftseinrichtungen in den neuen EU-Mitgliedstaaten knüpfen.

Technikbegeisterung fördern und Talente für die Zukunft gewinnen

Forschung soll offen und verständlich sein für alle Bürger. Mit dem „Haus der kleinen Forscher“ und Schülerlabors in allen Regionen Deutschlands fördern wir schon heute das Interesse an Technik, Natur und Wissenschaften bei Kindern. Sie sind die Nachwuchswissenschaftler der Zukunft. Wir wollen, dass Deutschland ein technikfreundliches Land bleibt, in dem die Menschen Risiken und Chancen neuer Technologien vernünftig bewerten können. Deshalb wollen wir auch, dass die Wissenschaft noch mehr Anstrengungen unternimmt, um die Menschen zu informieren: über neue Technologien, den Wert der Wissenschaft sowie über die Grenzen des Wissens. Über „Schaufenster der Wissenschaft“ insbesondere auch das „Haus der Zukunft“ in Berlin und Wissenschaftsdialoge wollen wir mit vielen Menschen über die Voraussetzungen guter Wissenschaft ins Gespräch kommen.

Sicherheit und ethische Grenzen beachten

Freiheit der Forschung heißt: Freiheit in Verantwortung für ethische Grenzen. Der Mensch darf nicht alles, was er kann. Forschungen, wie die verbrauchende Embryonenforschung, lehnen wir aus ethischen Gründen ab. Tiere sind für uns Mitgeschöpfe, deshalb werden wir unsere weltweit vorbildliche Forschung zur Entwicklung von Alternativen zu Tierversuchen fortsetzen. Neben besten Forschungsbedingungen wollen wir auch gute geistes- und sozialwissenschaftliche Begleitforschung unterstützen, um den verantwortungsbewussten Umgang mit der Forschung und ihrer Ergebnisse zu stärken.

3.4 Sichere, bezahlbare und saubere Energie

Die Energiewende ist eine der großen politischen, wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Herausforderungen und von entscheidender Bedeutung für die Zukunft unseres Landes. Verbraucher und Wirtschaft benötigen eine langfristig sichere, bezahlbare und saubere Energieversorgung. Mit einer Versorgung, die auf erneuerbare Energien und einen geringeren Energieverbrauch setzt, schützen wir zugleich unsere Umwelt und fördern den Klimaschutz. Auf diesem Weg haben wir bereits viel erreicht. Jede vierte Kilowattstunde Strom wird heute aus erneuerbaren Energien gewonnen. Das macht uns unabhängiger von Öl und Gasimporten. Zugleich sichern wir mit dem Ausbau einer auf erneuerbaren Energien fußenden

Energieversorgung Arbeitsplätze und Wertschöpfung im eigenen Land. Deshalb wollen wir die Energiewende entschlossen, zügig und mit Augenmaß voranbringen.

Deutschland bleibt Industriestandort – mit verlässlichen Rahmenbedingungen und bezahlbaren Energiepreisen

Der Umbau der Energieversorgung braucht stabile und verlässliche Bedingungen. Planungssicherheit ist die Grundlage für Investitionen in den Bau neuer Windparks auf hoher See oder für moderne Kraftwerke. Verbraucher und Unternehmen brauchen Klarheit über die Entwicklung der Energiepreise. Deshalb setzen wir auf marktwirtschaftliche Lösungen mit fairem Wettbewerb, Technologieoffenheit und neuen technologischen Entwicklungen.

Die Energiewende ist eine langfristige Aufgabe und mit großen finanziellen Anstrengungen verbunden. Wir wollen sie volkswirtschaftlich verantwortbar umsetzen. Unser Ziel ist, dass Deutschland ein wettbewerbsfähiges Industrieland bleibt. Bezahlbare Energie ist dafür besonders wichtig, gerade für energieintensive Industrien im Wettbewerb mit ausländischer Konkurrenz. Fast eine Million Beschäftigte und deren Familien wären die Verlierer, wenn ihre Betriebe im internationalen Wettbewerb nicht bestehen könnten. Deshalb wollen wir diese Unternehmen auch künftig zielgenau entlasten, um Nachteile durch unterschiedliche internationale Rahmenbedingungen bei Steuern und Abgaben auszugleichen.

Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) hat den Ausbau regenerativer Energien beschleunigt und Deutschland hierbei eine Spitzenposition gesichert. Nach der rasanten Entwicklung in den letzten Jahren ist es wichtig, die nächsten Schritte eng mit dem beschleunigten Ausbau der Stromnetze und den anderen Energieträgern zu verzahnen: Ein geschicktes Ineinandergreifen unterschiedlicher Elemente und Energieträger stabilisiert die Versorgung und entlastet die Verbraucher von Kosten.

Dazu wollen wir das Erneuerbare-Energien-Gesetz weiterentwickeln. Unser Ziel sind verlässliche Rahmenbedingungen in den kommenden Jahren, die Sicherheit für Investitionen und Planungen schaffen. Vor diesem Hintergrund werden wir keine rückwirkenden Eingriffe in bestehende Anlagen vornehmen. Nach der bisherigen Anschubfinanzierung muss es jetzt darum gehen, wettbewerbsfähige Preise für erneuerbare Energien zu errei-

chen, damit sie sich ohne staatliche Hilfen am Markt behaupten können. Zugleich sollen sie mehr Verantwortung für eine stabile Stromversorgung übernehmen.

Versorgungssicherheit garantieren – Netze und Speicher ausbauen

Damit Strom auch in Zukunft immer an jedem Ort und zu jeder Zeit zur Verfügung steht, treiben wir den Ausbau der Stromnetze voran und entwickeln neue Speichertechnologien. Von besonderer Bedeutung ist der Bau der großen Stromtrassen, die den Strom aus den windreichen Regionen an Nord- und Ostsee in die Ballungszentren im Süden und Westen unseres Landes transportieren.

Die regionalen Netze, die den Strom vor Ort zu den Verbrauchern bringen, wollen wir mit Hilfe moderner Informations- und Kommunikationstechnik zu intelligenten Netzen weiterentwickeln. Ziel dieser „denkenden Netze“ ist es, dass der Strom möglichst dann verbraucht wird, wenn viel Energie produziert und im Netz verfügbar ist. Für den Verbraucher wird der Strom dadurch billiger, weil er ihn dann verbraucht, wenn er kostengünstig angeboten wird. Zugleich werden die Netze gleichmäßiger ausgelastet und sind damit stabiler und weniger ausfallgefährdet.

Der Einsatz der erneuerbaren Energien ist bisher wesentlich davon abhängig, dass die Sonne scheint oder es ausreichend windig ist. Beides ist nicht immer gegeben. Gleichwohl brauchen wir verlässlich zu jeder Tages- und Nachtzeit Strom. Deshalb ist der Erhalt und Ausbau von Speichern von besonderer Bedeutung. Wir setzen uns dafür ein, dass bestehende und künftige Speicher wie beispielsweise Pumpspeicherwerke, aber auch Wasserstoff („Power to Gas“) oder Druckluftspeicher durch geeignete gesetzliche Rahmenbedingungen wirtschaftlich betrieben werden können. Auch Elektrofahrzeuge können beispielsweise überschüssige Windenergie in verbrauchsarmen Zeiten aufnehmen. Sie sind daher auch ein wichtiger Bestandteil der Energiewende. Wir wollen die Entwicklung neuer Speichertechnologien durch Maßnahmen im Rahmen der Hightech-Strategie unterstützen.

Die Energieversorgung von morgen ist vielfältig

Die Energieversorgung der Zukunft wird vielfältiger. Wir wollen die Vielfalt von Windenergie an Land und auf dem Meer, Sonnen- und Bioenergie, Wasserkraft und Erdwär-

me nutzen, sie intelligent miteinander verknüpfen und auf einen gesunden Mix der Energieerzeugungsarten achten.

Wir brauchen größere international aufgestellte Energieversorger, die vielen Stadtwerke und private Energieerzeuger wie auch die Wissenschaft gleichermaßen. Deshalb ermuntern wir alle, im Interesse unseres Landes an einem Strang zu ziehen.

Bis das Zusammenspiel von erneuerbaren Energien, Netzen und Speichertechnik in einigen Jahrzehnten unsere Energieversorgung sichern kann, benötigen wir moderne Kohle- und Gaskraftwerke, um Schwankungen bei den erneuerbaren Energien wirksam auszugleichen. Damit das umwelt- und klimaverträglich geschieht, wollen wir den Bau neuer, effizienter Kraftwerke beschleunigen. Dafür wollen wir für Investoren stabile und verlässliche Bedingungen schaffen, damit der Betrieb solcher Reservekapazitäten wirtschaftlich ist. Durch den Einsatz modernster Technologien kann auch die heimische Braunkohle eine wichtige Rolle spielen.

Im Hinblick auf eine Gewinnung von Gas durch das sogenannte Fracking ist für CDU und CSU klar: Gefahren für die Menschen und unser Trinkwasser müssen dabei ausgeschlossen werden. Die Sicherheit hat für die Union absoluten Vorrang. Eine Gasgewinnung mittels gesundheitsgefährdender Chemikalien lehnen wir ab.

Energiewende braucht Akzeptanz vor Ort

Wir wollen erreichen, dass die Bürgerinnen und Bürger sich auch finanziell am Ausbau und Nutzen der Netze beteiligen können. Das erhöht die Akzeptanz der notwendigen Investitionen und erleichtert die Finanzierung. Vor allem diejenigen, deren Grundstücke oder Region unmittelbar von einem Netzausbau berührt sind, sollen Anteile am Netz erwerben können und über eine „Bürgerdividende“ regelmäßig an den Gewinnen beteiligt werden.

Wir begrüßen und unterstützen die vielfältigen Formen der Energiegenossenschaften, Bürgernetze, Bürgerwindparks oder gemeinsamen Solarprojekte, mit denen sich Bürgerinnen und Bürger unmittelbar an der Energiewende beteiligen.

Beim notwendigen Bau neuer Stromtrassen wollen wir eine frühzeitige Einbindung der Bürger vor Ort sicherstellen und den Dialog suchen. Bei Leitungsverlegungen in

Wohnortnähe wollen wir – wo dies nach Abwägung von Kosten und Nutzen möglich und vertretbar ist – auch Erdkabel verlegen.

Energieeffizienz erhöhen und Energieeinsparung fördern

Jede Kilowattstunde, die nicht verbraucht wird, muss gar nicht erst erzeugt werden. Deshalb ist Energiesparen ein Schlüssel für den Erfolg der Energiewende. Die meiste Energie in Deutschland wird in Gebäuden benötigt – damit es im Winter warm ist, wir nicht im Dunkeln sitzen oder der Kühlschrank läuft. Mit besseren Informationen über sparsame Geräte, Heizungen und eine Beratung über die sinnvolle Dämmung unserer Häuser wollen wir auf die großen Einsparmöglichkeiten hinweisen. Dabei verfolgen wir das Prinzip der Technologieoffenheit: Wir wollen niemandem vorschreiben, welche Technik zum Einsatz kommen soll. Bis zum Jahr 2020 wollen wir so den Energieverbrauch um 20 Prozent und den Stromverbrauch um mindestens zehn Prozent in Gebäuden vermindern. Investitionen in Energiesparmaßnahmen wollen wir finanziell fördern. Die Umsetzung soll sich für Eigentümer und Mieter lohnen. Dazu werden wir das erfolgreiche CO₂-Gebäudesanierungsprogramm fortsetzen. Über eine steuerliche Förderung wollen wir zusätzliche Anreize für private Investitionen bei der Gebäudesanierung auslösen. Das stärkt auch das Handwerk, das die Maßnahmen vor Ort umsetzt.

Europäische Energieversorgung – stärker im Verbund

Schwankungen in der Stromerzeugung können besser ausgeglichen werden, wenn Strom ungehindert über die Grenzen fließen kann und seine europaweite Speicherkapazität verbessert wird. Wir setzen uns daher für einen europäischen Energie-Binnenmarkt ein. Im Norden Europas können beispielsweise große Wasserkraftwerke einen Beitrag zur Stromspeicherung leisten. In südlichen Ländern mit vielen Sonnenstunden ist der Ausbau der Photovoltaik eine erfolversprechende Möglichkeit. Wir setzen auf eine engere Abstimmung in der EU und einen weiteren Ausbau des europäischen Stromverbundes. Für den europäischen Stromaustausch brauchen wir genügend und vor allem leistungsfähige Grenzkuppelstellen zwischen den einzelnen Ländern.

Wir setzen uns dafür ein, die Sicherheit aller Kernkraftwerke in der Europäischen Union zu verbessern. Risiken machen nicht an Grenzen halt. Deshalb wollen wir für un-

seren energiepolitischen Kurs auch bei unseren europäischen Nachbarn werben. Wir treten dafür ein, für alle Kernkraftwerke in der Europäischen Union rechtlich bindende Vorgaben auf der Basis unserer Stresstests einzuführen.

Endlagerfrage lösen – aus Verantwortung für unsere Kinder und Enkel

Wir haben den endgültigen Ausstieg aus der Kernenergie bis 2022 beschlossen. Ein geeignetes Endlager für die sichere Aufbewahrung der hoch radioaktiven Abfälle zu finden, ist für uns ein Gebot der Verantwortung gegenüber unseren Kindern und Enkeln. Wie die Frage des Ausstiegs aus der Kernenergie wollen wir auch die Endlager-suche gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern lösen. Wir haben dazu das Standortauswahlgesetz und die Einsetzung einer Kommission aus Vertretern von Bund, Ländern sowie der Wissenschaft und gesellschaftlichen Gruppen auf den Weg gebracht. Sie wird bis 2015 objektive Kriterien festlegen, die ein Endlagerstandort erfüllen muss. Wir stehen für eine ergebnisoffene, allein an objektiven Eignungskriterien ausgerichtete Suche für einen Endlagerstandort.

Wir bekennen uns zur Verantwortung des Bundes für die sichere Rückholung des im Schacht Asse II eingelagerten Atomülls. Gleichzeitig übernehmen wir Verantwortung für die Region, indem wir den Assefonds mit Mitteln für einen Nachteilsausgleich für die Region ausstatten.

3.5 Mobilität für alle – auf Straße, Schiene, Wasser und in der Luft

Wir wollen, dass Deutschland mobil bleibt. Denn Mobilität, die freie Fahrt von einem zum anderen Ort, ist ein Grundbedürfnis der Menschen. Und in der globalisierten Welt des 21. Jahrhunderts ist sie eine der entscheidenden Voraussetzungen für nachhaltigen Wohlstand. Denn wie kaum ein anderes Land zieht Deutschland seine Wirtschaftskraft aus dem internationalen Handel, vor allem aus dem Export unserer Waren und Güter.

Straßen, Brücken, Schienen und Kanäle sind die Verkehrsadern unseres Landes. Damit Deutschland mobil bleibt, brauchen wir eine starke Verkehrsinfrastruktur. Diese wurde aber in den vergangenen Jahrzehnten massiv beansprucht. Und die Belastung wird gerade durch den weiter zunehmenden Güterverkehr noch steigen. Da-

mit Deutschland auch in Zukunft über eine moderne und leistungsstarke Verkehrsinfrastruktur verfügt, wollen wir diese Herausforderung in der nächsten Legislaturperiode durch zusätzliche Ausgaben zu einem besonderen Schwerpunkt unserer Politik machen.

Wir stehen für einen verlässlichen Staat, der für leistungsfähige Straßen, Schienen, Wasserwege und wettbewerbsfähige Flughäfen ebenso sorgt wie für saubere Luft und eine intakte Umwelt. Wir wollen keinen bevormundenden Staat, der den Menschen vorschreibt, wie sie sich fortbewegen sollen. Deshalb lehnen wir ein generelles Tempolimit auf deutschen Autobahnen ab. Beschränkungen müssen gezielt verkehrlichen Gegebenheiten oder zeitlichen Erfordernissen gerecht werden.

Eine verlässliche Verkehrspolitik für das 21. Jahrhundert muss von den konkreten Bedürfnissen der Menschen und der Wirtschaft her denken. Wir wollen erreichen, dass die Menschen weniger im Stau stecken, die Züge pünktlicher fahren, unsere Güter sicher und schnell dort hinkommen, wo sie gebraucht werden, und die Lärm- und Abgasbelastungen durch den Verkehr zurückgehen. Einer ideologischen Verkehrspolitik, die einseitig auf bestimmte Verkehrsmittel setzt und andere gezielt benachteiligt, treten wir entgegen.

Wir nehmen auch Rücksicht auf die regionalen Unterschiede in Deutschland: In vielen ländlichen Regionen bleibt das eigene Auto unverzichtbar. Gerade in den Städten wiederum bieten sich ganz neue Möglichkeiten, die verschiedenen Verkehrsmittel mit ihren jeweiligen Stärken mit modernster Technik zu verzahnen. Der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur bietet für die Menschen in Deutschland große Chancen – wir wollen sie nutzen.

Standortvorteil Infrastruktur ausbauen

Wir wollen den steigenden Verkehrsbedürfnissen durch Investitionen in unsere Infrastruktur Rechnung tragen. Dazu werden wir die Finanzausstattung für unsere Verkehrswege deutlich erhöhen.

So werden wir mit einem 25 Milliarden Euro Investitionsprogramm für den Erhalt und Ausbau der Bundesfernstraßen in der kommenden Wahlperiode einen besonderen Schwerpunkt setzen. Damit schaffen wir Planungs- und Finanzierungssicherheit und leisten mit einer modernen Infrastruktur einen wichtigen Beitrag zu höherer Wettbewerbsfähigkeit.

Auch werden wir verstärkt die Möglichkeiten der Zusammenarbeit von öffentlichen und privaten Geldgebern in sogenannten Öffentlich-Privaten-Partnerschaften (ÖPP) nutzen, wenn dadurch Kosten gespart und Projekte schneller umgesetzt werden können.

Unsere Rolle als Exportnation festigen – Europäische Verkehrsachsen ausbauen und Luftverkehr stärken

Als erfolgreiche Exportnation brauchen wir ein gut ausgebautes Straßen- und Schienennetz genauso wie leistungsstarke Flughäfen und Wasserstraßen. Dazu gehören auch die großen europäischen Verkehrsachsen, von denen mehr als die Hälfte durch unser Land gehen. Gemeinsam mit der EU wollen wir diese Verkehrsachsen weiter ausbauen. Ebenso unverzichtbar für Wachstum und Wohlstand ist ein wettbewerbsfähiger Luftverkehr. CDU und CSU werden verlässliche Rahmenbedingungen für die deutsche Luftverkehrswirtschaft schaffen, damit sie sich in einem harten internationalen Wettbewerbsumfeld behaupten kann. Dazu gehört der Einsatz für faire internationale Wettbewerbsbedingungen auch im Hinblick auf die Gesamtsteuerbelastung. Deshalb werden wir prüfen, ob die Abschaffung der Luftverkehrssteuer in der nächsten Wahlperiode notwendig und vertretbar ist.

Bundesverkehrswegeplan fertigstellen

Für den Bau von Verkehrswegen werden alle geplanten Baumaßnahmen im Bundesverkehrswegeplan aufgelistet. Wir werden den neuen Bundesverkehrswegeplan (BVWP 2015) zügig fertigstellen. Die Bürgerinnen und Bürger werden wir am Aufstellungsprozess beteiligen und die Festlegungen nachvollziehbar machen. Wir wollen, dass Investitionen in den Verkehr vor allem dort erfolgen, wo sie den größten Nutzen bringen. Die Beseitigung von Engpässen und Lückenschlüsse zur Stauvermeidung spielen hier eine wichtige Rolle. Dabei hat der Erhalt und die Ertüchtigung bestehender Straßen Vorrang vor dem Neubau.

Öffentlichen Personennahverkehr unterstützen – Fahrradverkehr stärken

Ein gut funktionierender öffentlicher Personennahverkehr ist für die Menschen im Alltag von enormer Bedeutung – in den Großstädten wie auf dem Land. CDU und CSU werden dafür sorgen, dass der Bund ein verlässlicher Partner der Kommunen bei der Finanzierung des kommunalen Verkehrs bleibt. Gemeinsam mit den Ländern wollen wir für eine gute Infrastruktur sorgen.

Jeder kann eigenverantwortlich zur Reduzierung der verkehrsbedingten Umweltbelastungen beitragen. Das Fahrrad spielt als umweltfreundliches Verkehrsmittel eine wichtige Rolle. Wir wollen den Anteil des Fahrradverkehrs als attraktive und umweltfreundliche Alternative zum Auto weiter steigern.

Wir werden deshalb das Radwegenetz ausbauen und das Fahrrad besser mit anderen Verkehrsmitteln verzahnen. Die zunehmende Verbreitung von Elektrofahrrädern (Pedelecs) schafft hier neue Möglichkeiten.

Verkehrssicherheit erhöhen

Verkehrssicherheit hat für uns Priorität. Jedes Unfallopfer ist eines zu viel. Die Zahl der Verkehrstoten wollen wir deshalb weiter deutlich senken und damit die rückläufige Entwicklung der letzten Jahre fortsetzen. Deshalb setzen wir zum einen auf technische Maßnahmen wie zum Beispiel mehr Ampeln oder Gefahrenhinweise. Das gilt insbesondere in der Nähe von Schulen und Kindergärten. Zum anderen wollen wir durch Baumaßnahmen bisherige Unfallschwerpunkte sicherer machen. Die Sicherheit von Fußgängern und Radfahrern wollen wir unter anderem mit besseren Fuß- und Radwegen erhöhen.

Logistikstandort Deutschland ausbauen

Der reibungslose Transport von Gütern ist für uns als Exportland eine entscheidende Voraussetzung für wirtschaftlichen Erfolg. Die Logistikbranche hat sich zu einem wichtigen Wachstumsmotor für unsere Wirtschaft entwickelt. Unsere starke Wettbewerbsposition auf den internationalen Märkten wollen wir durch den Ausbau und die Verbesserung der Logistik- und Wertschöpfungsketten festigen und ausbauen. Die im Aktionsplan „Güterverkehr und Logistik“ der Bundesregierung aufgeführten Maßnahmen werden wir fortführen und weiterentwickeln. Wo immer dies sinnvoll ist, werden wir die Verlagerung des Verkehrs auf Schiene und Wasserstraße fördern. Insbesondere werden wir Umschlaganlagen für den kombinierten Verkehr fördern.

Bahnverkehr – umweltfreundlich und serviceorientiert

Der Schienenverkehr ist ein wesentliches Rückgrat unseres Verkehrssystems. CDU und CSU wollen ihn stärken und ausbauen. Dazu gehören eine enge Taktung der Züge, Pünktlichkeit, moderne Bahnhöfe sowie ein gut aus-

gebautes und aufeinander abgestimmtes Nah- und Fernverkehrsnetz. Wir setzen uns für eine wettbewerbsorientierte Eisenbahnregulierung ein, die den Zugang zu Schienenwegen und Bahnhöfen regelt, eine sachgerechte Entgeltregulierung sicherstellt und zugleich die Missbrauchskontrolle durch die Bundesnetzagentur umfasst. Die Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung zwischen Bund und Deutsche Bahn AG zur Erhaltung der bestehenden Schienenwege des Bundes werden wir weiterentwickeln. CDU und CSU wollen die Eisenbahninfrastruktur in der Hand des Bundes belassen. Der von uns eingeleitete Weg zu Marktöffnung und Wettbewerb auf der Schiene hat sich bewährt. Am erfolgreichen Modell des integrierten Konzerns „Deutsche Bahn AG“ halten wir fest. Die Chancen privater Bahnen im Wettbewerb wollen wir sichern.

Maritime Wirtschaft – Schifffahrt und Häfen stärken

Leistungsfähige Seehäfen sind Wachstumstreiber für unsere Küstenregionen und wichtige Stützen für den Standort Deutschland. Daneben gehören auch die Binnenhäfen mit ihren Straßen- und Gleisanschlüssen zu den Kernelementen einer Verkehrspolitik für das 21. Jahrhundert. Das Gesamtsystem aus Seehäfen, Binnenhäfen und Wasserstraßen werden wir nachhaltig stärken. Vorrang haben zum einen der bedarfsgerechte Ausbau der Zufahrten und Hinterlandanbindungen an Nord- und Ostsee, zum anderen die Beseitigung von Kapazitätsengpässen in den Häfen. Die Wettbewerbsfähigkeit der Schifffahrt unter deutscher Flagge werden wir stärken und die erfolgreiche Arbeit im „Maritimen Bündnis für Beschäftigung und Ausbildung“ fortführen. Der deutsche Schiffbau nimmt weltweit eine Spitzenstellung ein. Deutschland ist der weltweit drittgrößte Reedereistandort. Deshalb werden wir die bewährten Förderinstrumente für die Werftindustrie und die Unterstützung für die Reeder fortführen.

Nachhaltige Mobilität

Wir bekennen uns zu einem integrierten Ansatz, der Fahrzeugtechnologie, Kraftstoffe, Infrastruktur, intelligente Verkehrssysteme, Fahrverhalten und Vernetzung der Verkehrsträger gleichermaßen berücksichtigt. Der Ausbau alternativer Antriebskonzepte bietet große Chancen für den Standort Deutschland – auch weil er uns unabhängiger von Erdöl als Treibstoff macht und bei Nutzung erneuerbarer Energien einen Beitrag leistet, die Treibhausgasemissionen zu verringern. Wir wollen

Deutschland zu einem Leitmarkt und Leitanbieter für umweltfreundliche Antriebstechnologien machen. Bis zum Jahr 2020 sollen eine Million Elektrofahrzeuge auf unseren Straßen unterwegs sein. Dafür wollen wir bei uns alle Glieder der Wertschöpfungskette – vom Rohstoff über die Batterieherstellung bis zum Fahrzeug – entwickeln und produzieren. CDU und CSU setzen auf Technologieoffenheit bei der Weiterentwicklung der Antriebstechnologien. Denn auch andere Technologien, wie beispielsweise Wasserstoff-, Erdgas- oder Hybridfahrzeuge, können in Zukunft eine wichtigere Rolle spielen. Wir setzen auf die lange und beeindruckende Erfahrung unserer Autobauer, dass sie diesen Technologien zum Durchbruch verhelfen. Wir wollen die Entwicklung begleiten, indem wir u. a. Pilotprojekte für Ladestationen auf den Weg bringen oder steuerliche und finanzielle Anreize setzen.

Verkehr 2.0 – neue Ideen nutzen

Neue technische Ideen können Pendlern und Reisenden eine wertvolle Unterstützung bei der Planung ihres Alltags sein. Auch für eine leistungsstarke Verkehrsinfrastruktur sind intelligente Systeme zur Steuerung des Verkehrs unerlässlich. Wir wollen diese Systeme entwickeln und nutzen, um etwa die Leistungsfähigkeit unserer Verkehrswege zu verbessern, Staus zu vermeiden oder Informationen für Reisende zur Verfügung zu stellen, wo und wann welcher Zug oder Bus bereit steht und wo ein Stau den Verkehr behindert. Wir wollen dafür sorgen, dass für diese Dienste zum einen eine gemeinsame Datenbasis der Verkehrsträger bereitgestellt wird. Zum anderen wollen wir Verkehrsinformationen und Ticketsysteme besser miteinander vernetzen und den Bürgern eine „digitale Mobilitätsunterstützung“ zur Verfügung stellen. Nach dem Prinzip des „Open Data“, bei dem Daten zur freien Nutzung zur Verfügung gestellt werden, sollen Verkehrsunternehmen und öffentliche Hand hierzu ihren Beitrag leisten.

Neue Möglichkeiten zur besseren Steuerung der Verkehrsflüsse und Steigerung der Sicherheit sehen wir auch in der Umsetzung des Satellitennavigationssystems Galileo in praktische und wirtschaftlich sinnvolle Angebote für die Nutzer.

3.6 Gründer schaffen Zukunft

Die Zukunft unseres Landes liegt in einer leistungsfähigen Wirtschaft, die auch weiter mit Ideenreichtum und Kreativität Produkte und Dienstleistungen entwickelt,

die bei uns und im Ausland nachgefragt sind. Gerade hierfür brauchen wir Existenzgründer, die ihre Ideen verwirklichen wollen und auf diesem Weg Arbeitsplätze und Wohlstand schaffen. Ob dies gelingt, hängt entscheidend davon ab, auch künftig genug Menschen zu haben, die den Mut und die Tatkraft haben, sich selbstständig zu machen und ein eigenes Unternehmen zu gründen.

Bislang sind es vor allem Menschen unter 40 Jahren, die diesen Schritt wagen. Im Zuge des Bevölkerungswandels wird diese Altersgruppe in Zukunft aber besonders stark zurückgehen. Umso wichtiger ist es, in Deutschland passende Rahmenbedingungen mit geeigneten Finanzierungsmodellen zu schaffen, die zu mehr Unternehmensgründungen auch durch Ältere führen.

Wir wollen daher die Gründungsfinanzierung ausbauen. Für Existenzgründer wollen wir einen leichteren Zugang zu Wagniskapital eröffnen, mit dem sich Investoren an jungen Unternehmen beteiligen, in denen vielversprechende Ideen umgesetzt werden. Auch den Zugang zu sogenannten Business Angels, die den jungen Unternehmen in der Startphase mit Rat und Kapital zur Seite stehen, wollen wir erleichtern. Dass es hier Handlungsbedarf gibt, unterstreichen folgende Zahlen: In den USA haben „Business Angels“ pro Jahr zuletzt ein Investitionsvolumen von 20 Milliarden US-Dollar bereitgestellt. Pro Kopf der Bevölkerung ist das 260-mal so viel wie in Deutschland. Bei Wagniskapital insgesamt ist die entsprechende Investitionsrate immer noch 24-mal höher als bei uns. Wir wollen diese Finanzierungsformen deshalb steuerlich attraktiver machen als bisher, um einen neuen Schwung bei den Unternehmensgründungen zu erreichen. Das Programm zur Förderung von Wagniskapital mit Hilfe von Investitionszuschüssen wollen wir verlängern und auf insgesamt 300 Millionen Euro verdoppeln. Damit die Zuschüsse in voller Höhe den jungen Unternehmen zugutekommen und ihre Wirkung entfalten können, wird diese Förderung von der Ertragsbesteuerung freigestellt. Wir werden uns auch in Europa dafür einsetzen, die Rahmenbedingungen für junge, innovative Unternehmen weiter zu stärken.

Zudem wollen wir die guten Rahmenbedingungen für das sogenannte Crowdfunding bzw. -investing, als neues Instrument der Frühphasen-Finanzierung von Technologie-Gründungen, bewahren und weiterentwickeln. Hier können Kleinstanleger über das Internet stille Beteiligungen erwerben und so als Schwarm in der Summe eine größere Menge an Kapital zusammentragen.

Gerade Hightech-Gründungen spielen beim Transfer von neuem Wissen in neue Produkte und Unternehmen eine große Rolle. Wir wollen deshalb mit der Weiterentwicklung der EXIST-Initiative universitäre Gründungsstrategien unterstützen, damit Studierende und Absolventen ihre Forschungserfolge besser in Markterfolge umsetzen können.

Wir wollen Deutschland zu einem starken Standort für IT-Gründer machen. Deshalb wollen wir die Gründer von „Start-Ups“ so unterstützen, dass sie bei uns die besten Bedingungen für die Umsetzung ihrer Geschäftsidee bekommen. Zur Unterstützung wollen wir Programme fördern, um die klassische Industrie enger mit der Gründerszene zu verzahnen.

Gründer sollen sich auf die Entwicklung und Umsetzung ihrer Geschäftsidee konzentrieren können. Deshalb wollen wir sie in der Start- und ersten Wachstumsphase möglichst stark von Bürokratie entlasten und so die Voraussetzungen für Unternehmensgründungen erleichtern. Mit einer Änderung des Insolvenzrechts haben wir die Grundlage geschaffen, dass Unternehmensgründer auch im Falle des Scheiterns besser als bisher eine zweite Chance erhalten.

3.7 Digitales Wachstumsland Nummer 1 in Europa

Internet und digitale Gesellschaft

Wir wollen Deutschland bis zum Ende des Jahrzehnts zum digitalen Wachstumsland Nummer 1 in Europa machen. Schon heute prägen das Internet und die digitale Technologie unser Leben. Während vor 20 Jahren die ersten Mobiltelefone auf den Markt kamen, sind Smartphones und Tablets heute aus dem alltäglichen Leben nicht mehr wegzudenken. Neue, spannende Trends erleichtern schon jetzt unseren Alltag. Dazu zählt die durch das Internet hervorgebrachte Wirtschaft des Teilens (Sharing Economy). Sogenannte Smart Homes werden in naher Zukunft unser Heim und unseren privaten Lebensalltag prägen. Mit 3D-Druckern können bald einfache Gebrauchsgegenstände zu Hause produziert werden: zum Beispiel Kleidung, Schmuck, Ersatzteile für die kaputte Spülmaschine, Spielzeug für die Kleinen oder Zubehör für das neueste Smartphone. Hinzu kommen zum Beispiel intelligente Verkehrssysteme und Stromnetze.

In der Wirtschaft hat unterdessen die vierte industrielle Revolution begonnen. Nach der Erfindung der Dampfmaschine, nach der Industrialisierung und nach der Erfindung des Computers startet jetzt mit dem „Internet der Dinge“ die sogenannte Industrie 4.0. Mit Hilfe neuer Technologien können künftig zum Beispiel einzelne Bauteile in der Auto-Produktion, Container in der Logistik, aber auch Alltagsgegenstände wie Kühlschränke nicht nur über das Internet angesteuert werden. Sie können auch selbstständig untereinander bzw. mit anderen Produkten in Verbindung treten.

Diese Entwicklungen bieten den Menschen und Unternehmen in unserem Land große Chancen, die wir gemeinsam mit ihnen nutzen wollen. All diese Entwicklungen erfordern aber auch kluge Antworten darauf, wie wir sie für das digitale Deutschland und für gute Arbeitsbedingungen nutzen können.

Politik und Sozialpartner, aber auch die Zivilgesellschaft müssen diese Antworten gemeinsam suchen und erarbeiten. Dabei brauchen wir neben einzelnen Entscheidungen über die richtigen Rahmenbedingungen auch eine breite gesellschaftliche Debatte.

Schnelles Internet für alle – Breitband- und Funknetzausbau vorantreiben

Der Zugang zum schnellen Internet ist heute von zentraler Bedeutung. Wir wollen eine flächendeckende Breitbandversorgung bis zum Jahr 2018 sicherstellen, die es ermöglicht, Internet TV zu nutzen und Angebote wie Bankgeschäfte, Behördengänge oder telemedizinische Dienstleistungen online abzuwickeln. Dazu wollen wir sicherstellen, dass der Breitbandausbau auch durch die Mittel der Europäischen Union förderfähig bleibt. Mit Blick auf die besonderen Herausforderungen des ländlichen Raums unterstützen wir die Schaffung einer europäischen Koordinierungsstelle (Connecting Europe Facility), um die digitale Vernetzung zu unterstützen. Beim Ausbau haben wir keine Technologie hervor, da dies die weitere Verbreitung der Breitbandinfrastruktur in ihrer Vielfalt gefährden würde. Nur durch die Nutzung aller geeigneten Technologien, der kabelgebundenen Infrastruktur ebenso wie leistungsstarker Mobilfunktechnologien können wir dieses Ziel gemeinsam mit Unternehmen, Ländern und Kommunen erreichen. Um die Leistungsfähigkeit des Funknetzes für die mobile Internetnutzung zu erhöhen, wollen wir die beim Wechsel von analoger auf digitale Technik freiwerdenden Frequenzen des Rund-

funks (sog. Digitale Dividende II) besser nutzen. Wir sehen eine besondere Aufgabe für die Politik, durch geeignete Rahmenbedingungen sicherzustellen, dass der ländliche Raum ausreichend und gleichwertig mit schnellem Internet versorgt wird.

Zugang zum drahtlosen Internet – WLAN-Netz ausbauen

Jeder Vierte greift heute bereits von unterwegs mobil auf das Internet zu. Darin liegt eine große Chance für neue Dienstleistungen und Geschäftsideen. Deshalb wollen wir auch in Deutschland die Voraussetzungen schaffen, damit gerade in den Städten mobiles Internet über WLAN für jeden verfügbar wird. Wir setzen uns dafür ein, gesetzliche Grundlagen für die Nutzung dieser offenen Netze und deren Anbieter zu schaffen.

Digitale Wirtschaft – Industrie 4.0

Die Internetwirtschaft ist inzwischen ein Wachstumstreiber unserer Wirtschaft geworden: Sie zählt zu den größten privaten Arbeitgebern in Deutschland. Mit ihren umfassenden Lösungen ist die Informations- und Kommunikationstechnik (IKT) schon jetzt zur Schlüsseltechnologie des 21. Jahrhunderts geworden. Sie ist Quelle neuer Ideen und Treiber für neue Industrieprodukte. Die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie hängt deshalb maßgeblich von der gelungenen Verschmelzung von ITK mit klassischen Industriegütern ab, die sogenannte Industrie 4.0. Gerade in den traditionellen Wirtschaftsbereichen wird die Digitalisierung immer stärker zum Wachstumsmotor. Hinter Stichworten wie „Cloud Computing“, „Big Data“, „Smart Grids“, „E-Health“ verbirgt sich eine globale Entwicklung mit ungeheurer Dynamik, die unsere Wirtschaft und unsere Gesellschaft nachhaltig verändern werden. Wir wollen im Interesse zukünftiger Wachstums- und Beschäftigungschancen die Weichen dafür stellen, dass deutsche Unternehmen eine gestaltende Rolle bei dieser Entwicklung spielen.

Die digitalen Technologien eröffnen viele neue Möglichkeiten: für private Internetnutzer, für eine menschliche Arbeitswelt bis hin zur Industrie. Diese Perspektiven wollen wir erforschen und für die Gesellschaft nutzen. Deshalb greifen wir das Thema Digitalisierung gezielt in der Forschung auf. Dazu werden wir die Forschung zu neuen Entwicklungen wie „Cloud-Computing“ und „Big-Data“ verstärken und Zukunftskonzepte für die Industrie 4.0 entwickeln.

Datenpolitik

Wir wollen hin zu einer verantwortungsbewussten Datenpolitik. Sie soll die Menschen weiterhin in ihrer Privatsphäre schützen. Sie soll zugleich die verantwortungsbewusste Nutzung von Daten für die Umsetzung neuer innovativer Projekte ermöglichen. Wenn in einem weltweiten digitalen Netz in Zukunft Maschinen und Alltagsgegenstände beginnen, miteinander Informationen auszutauschen (Internet der Dinge), soll dies auf der Grundlage eines zeitgemäßen Datenschutzes erfolgen. Wir werden uns deshalb dafür einsetzen, dass die Überarbeitung des Europäischen Datenschutzrechts diese aktuelle Entwicklung berücksichtigt. Wenn Software, Speicher und Rechenkapazitäten im Rahmen des sogenannten Cloud Computing über das Internet abgerufen werden, müssen auf die damit verbundenen Fragestellungen Antworten gefunden werden. Wir wollen Deutschland zu einem attraktiven Datenstandort entwickeln, an dem gezielt die Nutzung von Daten gefördert wird und der gleichzeitig die Interessen der Nutzer am Schutz ihrer Daten sicherstellt. Die von uns gegründete Stiftung Datenschutz soll dabei einen wichtigen Beitrag zur Information der Bürger über den Umgang mit Daten leisten.

Querschnittsaufgabe Digitalisierung

Wir sehen, dass die stärkere Nutzung digitaler Technologien mit vielen Fragen verbunden ist, die ganz unterschiedliche Bereiche betreffen. Um für diese politische Querschnittsaufgabe die richtigen Antworten zu finden, brauchen wir eine vernetzte Strategie. Mit der Digitalisierung wandeln sich gesetzliche Anforderungen in vielen Bereichen, zum Beispiel im Datenschutz und im Urheberrecht. Auch müssen spezifische netzpolitische Fragen darauf geprüft werden, ob der Gesetzgeber handeln muss, zum Beispiel zur Sicherung der Netzneutralität. Mit einer modernen Gesetzgebung und passenden Strukturen in Politik und Verwaltung wollen wir dafür sorgen, dass in Deutschland ein geeigneter Rechtsrahmen für die digitale Gesellschaft geschaffen wird. Gesetzesvorhaben sollen daraufhin geprüft werden, ob sie den Anforderungen der fortschreitenden Digitalisierung gerecht werden.

Wir brauchen eine regelmäßige Bestandsaufnahme, wo wir in der digitalen Gesellschaft in Deutschland stehen. Deshalb wollen wir ein digitales Weißbuch, in dem der Stand der Digitalisierung dargestellt wird und das damit eine Grundlage für eine intensive gesellschaftliche Auseinandersetzung schafft.

3.8 Zukunft Ost – Chancen für das ganze Deutschland

Fast ein Vierteljahrhundert liegt der Fall der Mauer zurück. Eine ganze Generation junger Menschen ist bereits im wiedervereinigten Deutschland aufgewachsen. Diese Jahrgänge konnten frei ins Leben treten, weil ihre Eltern und Großeltern mit einer friedlichen Revolution die Diktatur der SED zum Einsturz gebracht haben. Diese junge Generation erlebt, wie sich Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen zu starken Regionen in der Mitte Europas entwickeln: mit modernen Unternehmen, leistungsfähigen Forschungsstrukturen und erfolgreichen Unternehmensansiedlungen. In exzellenten Bildungs- und Hochschuleinrichtungen haben junge Menschen aus Ost und West eine gute Ausbildung bekommen.

Dennoch sind die Folgen der Teilung auch heute noch spürbar. Die Arbeitslosigkeit liegt deutlich höher als in Westdeutschland. Vor allem in den ländlichen, strukturschwachen Regionen sind die Folgen der negativen Bevölkerungsentwicklung deutlich zu spüren. Die Zahl der Großunternehmen mit eigenem Standort zwischen Oder, Ostsee, Harz und Erzgebirge ist weiterhin gering. Deshalb bleibt es richtig, die wirtschaftlichen Kräfte in den neuen Ländern zu stärken. Deswegen wollen wir die Schaffung neuer, hoch qualifizierter Arbeitsplätze weiter unterstützen. Für CDU und CSU steht fest: Wir geben den Herausforderungen der neuen Länder auch in den kommenden Jahren einen besonderen Stellenwert in unserer Politik.

Solidarpakt hilft

Wir wollen eine stabile und positive wirtschaftliche Entwicklung in den neuen Ländern erreichen. Die Mittel aus dem Solidarpakt II sind dafür unverzichtbar. Wir stehen zu den Zusagen und werden die Vorgaben des Solidarpakts verlässlich erfüllen. Auch auf europäischer Ebene setzen wir uns dafür ein, dass der Aufbau Ost weiterhin unterstützt wird.

Wirtschaftsförderung bleibt auf der Tagesordnung

Der Osten unseres Landes leidet noch immer an der Zerstörung seiner wirtschaftlichen Leistungskraft durch den Sozialismus. Ein Symbol dafür ist, dass es dort trotz der großen industriellen Tradition nach wie vor zu wenige

Unternehmenszentralen gibt. Das wollen wir überwinden helfen. Auch die internationale Verflechtung der Unternehmen werden wir weiterhin unterstützen. Unser Ziel bleibt die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit durch eine auf die speziellen Bedürfnisse der neuen Länder zugeschnittene Förderung von Forschung und Entwicklung. Wir wollen weiter arbeiten für eine verlässliche Förderung im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Regionale Wirtschaftsstruktur“ sowie für wettbewerbsfähige Beihilfesätze für Schlüsselindustrien wie die Werften an der Ostseeküste und die Mikroelektronik in Sachsen.

Die Wirtschaftsfördergesellschaften der neuen Länder sollen bei der Erschließung internationaler Märkte und der Gewinnung geeigneter Investoren seitens der Germany Trade & Invest Gesellschaft weiterhin unterstützt werden.

Forschung in den neuen Ländern steigern

Der Osten der Bundesrepublik ist seit der Wiedervereinigung zu einem attraktiven Wissenschaftsstandort geworden, dessen Leistungsfähigkeit den Aufschwung in den neuen Ländern nachhaltig befördert und gestärkt hat. Diese Erfolgsgeschichte wollen wir mit dem Programm „Unternehmen Region“ und mit der Initiative „Zwanzig20“ fortschreiben. Zudem wollen wir die Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Wissenschaft bei aussichtsreichen Zukunftstechnologien verbessern. Auf diesem Weg wollen wir neue Arbeitsplätze und Wachstum in Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen schaffen.

Infrastruktur gesamtdeutsch und paneuropäisch ausrichten

Der Ausbau der Infrastruktur ist zentrale Voraussetzung für eine gute Wirtschaftsentwicklung in den neuen Ländern. Um den Aufbau Ost zum Abschluss zu bringen, gilt es, die letzten großen Infrastrukturungleichgewichte zwischen Ost und West zu beseitigen. Wir wollen deshalb leistungsfähige Anbindungen der See- und Binnenhäfen, Flughäfen und Wirtschaftszentren an das nationale, europäische und internationale Verkehrsnetz schaffen. Unser Ziel bleibt, die neuen Länder bestmöglich zu vernetzen. Die Transeuropäischen Netze mit der wichtigen Achse von der Ostsee bis an die Adria und das Schwarze Meer müssen dafür mit Nachdruck verwirklicht werden. In einer guten Zusammenarbeit gerade der neuen Länder mit den mittel- und osteuropäischen Ländern

liegen besondere wirtschaftliche Möglichkeiten, die für ganz Deutschland von Vorteil sind. Deswegen wollen wir sie nutzen.

Bevölkerungswandel nicht hinnehmen, sondern gestalten

Der Bevölkerungswandel kommt im Osten Deutschlands früher und tiefgreifender zum Tragen als in den westlichen Ländern. In einigen Regionen der neuen Länder wird sich die Bevölkerungsdichte bis zum Jahr 2020 im Vergleich zu 1989 halbiert haben. Das kann das Land nicht unverändert lassen. Hier wurden bereits vielfältige Erfahrungen in diesem Wandlungsprozess gesammelt und Schlussfolgerungen gezogen. Wir unterstützen daher die zunehmende Zusammenarbeit von Kommunen und weiteren Verantwortlichen. Wir wollen die Kommunen und Akteure vor Ort stärken und sehen sie als wichtige Schlüssel bei der Bewältigung der Folgen des Bevölkerungsrückgangs.

Viele dieser Erfahrungen sind in die Demografiestrategie der Bundesregierung eingeflossen. Wir wollen auf der Grundlage dieser Erkenntnisse nunmehr konkrete Projekte umsetzen. Gerade in den neuen Ländern wollen wir erproben und zeigen, wie eine Gesellschaft mit geringerer Bevölkerungszahl und einem höheren Anteil älterer Menschen eine leistungsfähige Infrastruktur erhalten kann.

Dabei setzen wir auf sinnvolle neue technische Möglichkeiten ebenso wie auf neue Formen der Mobilität, Bildung, Pflege und der gesamten sozialen und familiennahen Infrastruktur. Die dabei gewonnenen Erkenntnisse werden auch für die betroffenen Regionen im Westen Deutschlands hilfreich sein.

Rentenangleichung kommt voran – Besonderheiten weiter berücksichtigen

Eine der wesentlichen Entscheidungen von CDU und CSU zur Vollendung der Deutschen Einheit war es, die ostdeutschen Rentner und Arbeitnehmer in die gesamtdeutsche Rentenversicherung einzubeziehen. Dies ist eine eindrucksvolle gesamtdeutsche Solidaritätsleistung.

Die Rentenanpassung in diesem Jahr zeigt, dass eine Angleichung der Renten in Ost und West mit dem geltenden Recht zu erreichen ist. Die gestärkte Wirtschaft im Osten führt voraussichtlich auch in den kommenden Jahren zu

weiteren Anpassungsschritten, die dazu führen werden, dass das jetzige Niveau von 92 Prozent des Westniveaus sich rasch weiterentwickeln wird. Dies wollen wir nicht gefährden. Daher halten wir an der Rentenberechnung nach geltendem Recht fest.

Aufarbeitung SED-Unrecht fortsetzen

Wir setzen uns dafür ein, dass der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR seiner Aufgabe auch künftig uneingeschränkt nachkommen kann. Die umfassende Aufdeckung des Geschehenen schulden wir nicht nur den Opfern und ihren Angehörigen, sondern auch den nachfolgenden Generationen.

Die Arbeit der Stiftung Aufarbeitung der SED-Diktatur ist aus unserer Sicht unverzichtbar sowohl für die Erforschung und Aufarbeitung als auch zur Unterstützung der Opfer. Nicht zuletzt dient sie der Wissensvermittlung. Insbesondere die junge Generation muss wissen, wie die Diktatur in der DDR funktionierte. Wir wollen daher auch in den kommenden Jahren sicherstellen, dass die Stiftung Aufarbeitung ihre verdienstvolle Arbeit weiter fortführen kann.

Bis heute konnten fast 50 000 Opfer des SED-Regimes von der durch die unionsgeführte Bundesregierung geschaffenen Ehrenpension profitieren. In der laufenden Wahlperiode haben wir zahlreiche Verbesserungen zugunsten der SED-Opfer umgesetzt. In der nächsten Wahlperiode werden wir prüfen, ob eine Anpassung der Opferpensionen angesichts der Rentenerhöhungen der letzten Jahre möglich ist.

Kultur

Mit dem Freiheits- und Einheitsdenkmal, das auf der Berliner Schlossfreiheit errichtet wird, erinnern wir dauerhaft an das Geschenk der Deutschen Einheit. Zugleich werden wir dem gewaltfreien Widerstand des Herbstes 1989 in Leipzig ein eigenes Gesicht geben und an die auf den Montagsdemonstrationen nach Freiheit strebenden Menschen mit einem Denkmal erinnern.

Mit dem Programm „Invest Ost – Investitionen für nationale Kultureinrichtungen in Ostdeutschland“ haben wir in vielen Regionen kulturelle „Leuchttürme“ geschaffen, die bundesweit beachtet werden. CDU und CSU sprechen sich für eine Fortführung des Programms aus.

4. Deutschlands Zusammenhalt stärken

4.1 Familien fördern – in jeder Lebenssituation

Ehe und Familie sind das Fundament unserer Gesellschaft. Familie und Kinder gehören für die große Mehrheit der Frauen und Männer in unserem Land zu einem glücklichen Leben. In der Familie suchen und finden Menschen Liebe, Geborgenheit und gegenseitige Unterstützung. Auch in Ehen, die ohne Kinder bleiben, übernehmen Männer und Frauen dauerhaft füreinander Verantwortung.

Wir bekennen uns zum Verfassungsgebot der besonderen Förderung von Ehe und Familie. Die Diskriminierung anderer Formen der Partnerschaft, auch gleichgeschlechtlicher Lebenspartnerschaften, lehnen wir ab. Wir wissen, dass auch in solchen Beziehungen Werte gelebt werden, die grundlegend für unsere Gesellschaft sind.

CDU und CSU wollen Ehe und Familie stärken und mit guten Rahmenbedingungen dazu beitragen, dass die Menschen ihren Wunsch nach Kindern und Familie verwirklichen können.

Familien finanziell besser fördern

Dazu gehört die finanzielle Entlastung und Förderung von Familien, die wir weiter verbessern wollen. CDU und CSU bekennen sich zur Ehe als Kern der Familie. Deshalb werden wir das Ehegattensplitting erhalten. Zusätzlich wollen wir, dass Familien mit Kindern noch besser gefördert werden. Deshalb wollen wir im Sinne eines Familiensplittings die steuerliche Berücksichtigung von Kindern schrittweise auf den für Erwachsene geltenden Freibetrag anheben. Zugleich werden wir das Kindergeld ebenso wie den Kinderzuschlag erhöhen. Wir legen besonderes Augenmerk auf die Bedürfnisse von Alleinerziehenden, denen wir gezielt Rechnung tragen wollen.

Familienfreundliche Arbeitswelt

Ein ebenso zentraler Punkt für Familien ist der Faktor Zeit. Eltern brauchen Zeit für ihre Kinder. Nachhaltige Familienpolitik heißt für CDU und CSU deshalb, mehr Zeit für Familie zu ermöglichen.

Wir wollen eine familienfreundliche Arbeitswelt. Deshalb unterstützen wir Unternehmen dabei, Arbeitsplätze bes-

ser den Bedürfnissen von Familien anzupassen. Dazu zählen flexible Arbeitszeiten, Teilzeit und Telearbeit wie auch Betriebs-Kitas und die Zusammenarbeit mit Kinderbetreuungseinrichtungen mit flexiblen Betreuungszeiten. Wir sind überzeugt, dass Modelle, bei denen beide Elternteile eine sogenannte vollzeitnahe Teilzeit – also gut 30 Stunden pro Woche – arbeiten, auch in Deutschland noch öfter möglich sind.

Zu einer familienfreundlichen Arbeitswelt gehört auch, dass familienbedingte Auszeiten nicht zum Karrierehemmnis werden und ein Wiedereinstieg gut möglich ist.

Deshalb wollen wir gemeinsam mit den Arbeitgebern nach Möglichkeiten suchen, wie Beschäftigte auch während der Familienphase ihre Fachkenntnisse und Fertigkeiten in Weiterbildungsmaßnahmen erhalten und verbessern können. Dies wollen wir durch ein „Wiedereinstiegs-BAföG“ unterstützen, insbesondere in Wirtschaftszweigen, in denen Fachkenntnisse und berufliches Wissen ständig Neuerungen unterliegen.

Familie und Beruf zeitlich besser miteinander zu vereinbaren, kann auch durch Unterstützung im Haushalt erleichtert werden. Dazu werden wir für Familien die Inanspruchnahme von haushalts- und familienunterstützenden Dienstleistungen weiter erleichtern.

Unterstützung für Kinder chronisch kranker Eltern

Wir wollen die Unterstützung für Kinder von seelisch oder körperlich chronisch kranken Eltern verbessern. Eine Möglichkeit kann hier in der Förderung von Patenschaftsprogrammen bestehen.

Wahlfreiheit für Familien

Wir sind davon überzeugt, dass Eltern am besten entscheiden können, wie sie ihre familiäre Lebenssituation, ihre Berufstätigkeit und den Alltag ihrer Familie gestalten. Deswegen finden alle Mütter und Väter unsere Anerkennung und Unterstützung. Ziel unserer Politik ist es, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass sie ihre Vorstellungen auch umsetzen können. Im Zentrum aller Bemühungen muss dabei das Wohl des Kindes stehen.

Die meisten Eltern wollen ihr Kind gerade im ersten Lebensjahr zu Hause betreuen. Um das besser zu ermöglichen, haben CDU und CSU das Elterngeld eingeführt. Wir

wollen, dass Eltern noch mehr Freiräume bei der Gestaltung der Elternzeit haben. Deshalb wollen wir ein Teilentgelt einführen, das bis zu 28 Monate bezogen werden kann.

Allen berufstätigen Großeltern wollen wir mit einer Großelternzeit künftig die Möglichkeit eröffnen, ihre Erwerbstätigkeit zu unterbrechen oder zu verringern, damit sie sich um ihre Enkel kümmern können. Gerade junge Eltern, die beruflich noch Fuß fassen müssen, sollen so zeitlich entlastet werden.

Wir haben den Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für unter dreijährige Kinder geschaffen. Das macht deutlich: Für uns ist der Wille der Eltern entscheidend.

Wir treiben den Ausbau von Kindertagesstätten weiter entschlossen voran. Auch am Ausbau der Kinderbetreuung wollen wir gemeinsam mit Ländern, Städten und Gemeinden weiterarbeiten. Dazu gehört beispielsweise auch, 24-Stunden-Kitas und andere flexible Betreuungsangebote einzurichten, um Eltern mit wechselnden Arbeitszeiten die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erleichtern.

Diejenigen Eltern, die für ihre Kinder auch im zweiten und dritten Lebensjahr keine öffentlich geförderte Kinderbetreuung in Anspruch nehmen wollen, unterstützen wir mit dem Betreuungsgeld und leisten damit einen wichtigen Beitrag zur Wahlfreiheit.

Auch die Förderung von Sprachkenntnissen ist für uns zentral. Deshalb wollen wir Schwerpunkt-Kitas sowie die Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern weiterhin unterstützen. Das Angebot an Tagesmüttern und in der Kindertagespflege wollen wir quantitativ und qualitativ weiter verbessern. Ebenso gilt es, qualifizierte Betreuungseinrichtungen für Schulkinder weiter auszubauen.

Lebenszeitpolitik – mehr Zeit für Familie und Bildung ermöglichen

Mit einer neuen Lebenszeitpolitik wollen wir bessere Möglichkeiten eröffnen, um berufliche Auszeiten zur Erziehung von Kindern, zur Weiterbildung, aber auch für die Pflege der eigenen Eltern oder anderer Angehöriger zu ermöglichen. Die von CDU und CSU eingeführte Familienpflegezeit war ein erster großer Schritt auf diesem Weg. Wir sehen auch, dass in einer wachsenden Zahl von

Unternehmen und Branchen – wie beispielsweise in der Chemieindustrie – bereits Vereinbarungen getroffen wurden, um die Vereinbarkeit von beruflichen und persönlichen Aufgaben zu verbessern. Wir ermuntern die Tarifvertragsparteien, diesen Vorbildern zu folgen und individuelle, branchenbezogene Lösungen zu suchen. Wir wollen diese Bemühungen unterstützen, indem wir prüfen, wie die Attraktivität und Verbreitung von Lebensarbeitszeitkonten erhöht werden kann.

4.2 Frauen – Kompetenzen stärker nutzen und Chancen eröffnen

Kompetenzen von Frauen besser nutzen

Der Anteil berufstätiger Frauen ist bei uns seit 2005 deutlich gestiegen, stärker als in jedem anderen Land der Europäischen Union. Das ist eine gute Entwicklung für Deutschland. Denn wir sind überzeugt: Wir haben bessere Chancen, ein wirtschaftlich erfolgreiches Land zu bleiben, wenn Frauen und Männer, Jüngere und Ältere, Einheimische und Zugewanderte ihre Kompetenzen und Fähigkeiten gleichermaßen in den Betrieben einbringen. Unser Ziel sind gleichwertige Chancen für alle – unabhängig von Geschlecht, Alter oder Hautfarbe.

Dazu gehört, dass Frauen und Männer für gleiche Arbeit den gleichen Lohn bekommen. Deshalb unterstützen CDU und CSU die Durchsetzung des Anspruchs von Frauen auf gleiche Bezahlung für gleiche Arbeit. Ebenso werden wir prüfen, gesetzliche Transparenzpflichten einzuführen, um Entgeltgleichheit von Frauen und Männern zu erreichen.

Gerade bei jungen Frauen, die eine Ausbildung oder ein Studium beginnen, wollen wir für Berufe werben, die bislang als typische „Männerberufe“ gelten. Auch das kann zu besseren Chancen auf dem Arbeitsmarkt führen.

Eine bessere Bezahlung in Berufen, die besonders häufig von Frauen ausgeübt werden, kann zu mehr Lohngleichheit führen. CDU und CSU haben einen Mindestlohn in der Pflege eingeführt und auch damit zu mehr Lohngleichheit beigetragen. Ziel muss es sein, die Arbeit in der Pflege, Betreuung und frühkindlichen Bildung weiter aufzuwerten, auch in der Bezahlung.

Gerade Frauen sind oft in Teilzeit beschäftigt, obwohl sie gerne in größerem Umfang arbeiten würden. CDU und

CSU wollen das gemeinsam mit den Sozialpartnern im Interesse von Beschäftigten und Unternehmen ändern. Dabei werden wir einen Schwerpunkt darauf setzen, die Rückkehr aus einer Familienphase oder von der Teilzeit zur Vollzeitbeschäftigung zu erleichtern. Wir wollen Frauen und Männern nach einer Erziehungs- oder Pflegephase die Rückkehr in Vollzeit mithilfe eines Rechtsanspruchs ermöglichen.

Anteil von Frauen in Führungspositionen erhöhen

Wir wollen, dass mehr Frauen in Führungsverantwortung kommen – in mittleren und höheren Führungspositionen ebenso wie in Vorständen und Aufsichtsräten. Deshalb wollen wir die Erhöhung des Anteils von Frauen in Vorständen und Aufsichtsräten von Unternehmen gesetzlich regeln. Dabei müssen Bund, Länder und Kommunen mit gutem Beispiel vorangehen, zum Beispiel in öffentlichen Betrieben, der Verwaltung oder bei der Besetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten.

Mit einer verpflichtenden „Flexi-Quote“ werden wir von den börsennotierten oder mitbestimmungspflichtigen Unternehmen fordern, eine verbindliche Frauenquote für Vorstand und Aufsichtsrat festzulegen. Diese soll öffentlich ausgewiesen und darf nicht nachträglich nach unten berichtigt werden. Zugleich werden wir gesetzlich regeln, dass ab dem Jahr 2020 eine feste Quote von 30 Prozent für Frauen in Aufsichtsratsmandaten von voll mitbestimmungspflichtigen und börsennotierten Unternehmen gilt.

4.3 Vielfalt bereichert – Willkommenskultur schaffen

Deutschland ist ein erfolgreiches Integrationsland. Wer unsere gemeinsamen Werte teilt, wer mit anpackt und unser Land voranbringen will, ist uns willkommen.

Erfolgreiche Zuwanderer zeigen, welche Chancen mit gelungener Integration verbunden sind. Die ganz überwiegende Mehrheit der rund 15 Millionen Menschen mit Zuwanderungsgeschichte, die bei uns leben und arbeiten, leisten einen bedeutenden Beitrag zum Wohlstand und zur kulturellen Vielfalt unseres Landes. CDU und CSU wollen Aufstiegswillen und Bereitschaft zur Mitgestaltung von Menschen, die in unser Land kommen, gezielt fördern.

Willkommenskultur für kluge Köpfe

Im internationalen Wettbewerb um kluge Köpfe wollen wir weitere hochqualifizierte und leistungsbereite Menschen aus anderen Ländern für uns gewinnen. Für sie und ihre Familien muss unser Land zum Leben und Arbeiten noch attraktiver werden.

Wir brauchen eine Kultur, die eine schnelle und erfolgreiche Integration ermöglicht. Eine solche Willkommenskultur muss sichtbar und spürbar werden – beginnend bereits in den Herkunftsländern. Damit sich Neuzuwanderer auf das Leben in Deutschland gut vorbereiten können, brauchen wir ausreichende Informationsangebote etwa zu Einreise, Schule und Beruf sowie zum Spracherwerb. Wir wollen, dass Rathäuser zu „Willkommenszentren“ werden, die neue Zuwanderer in praktischen und rechtlichen Fragen für den erfolgreichen Einstieg in das Leben in Deutschland und den Start in den Berufsalltag unterstützen.

Kenntnisse und Fähigkeiten besser nutzen und fördern

Menschen mit Zuwanderungsgeschichte verfügen vielfach über abgeschlossene Berufs- oder Hochschulausbildungen ihrer Heimatländer. Dieses Potenzial liegt aber noch zu oft brach, während unserem Arbeitsmarkt zunehmend qualifizierte Fachkräfte fehlen. Ein wichtiger Schritt um hier gegenzusteuern, ist das von CDU und CSU durchgesetzte Anerkennungsgesetz für im Ausland erworbene berufliche Abschlüsse, die nun einfacher und schneller anerkannt werden. Gleichzeitig wollen wir die Anstrengungen verstärken, um die beruflichen Qualifikationen von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte nachträglich zu verbessern, damit sie noch bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben und einen noch stärkeren Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung unseres Landes leisten können.

Mehr Menschen mit Zuwanderungsgeschichte für den Öffentlichen Dienst gewinnen

Wir werben dafür, dass sich mehr junge Menschen mit Zuwanderungsgeschichte für eine berufliche Laufbahn im Öffentlichen Dienst, insbesondere als Lehrerinnen und Lehrer, als Polizistinnen und Polizisten oder in der Justiz entscheiden.

Bildungschancen verbessern und Sprachfähigkeit fördern

Kinder und Jugendliche aus Zuwandererfamilien haben in den vergangenen Jahren deutlich bessere Schul- und Bildungsabschlüsse erzielt. Im Vergleich zu Gleichaltrigen ohne Zuwanderungsgeschichte haben sie jedoch nach wie vor oft Probleme in der Schule und Berufsausbildung.

Wir wollen, dass diese Kinder und Jugendlichen weiter aufholen und bessere Schul- und Bildungsabschlüsse erzielen. Dazu gehört auch, dass Eltern stärker als bisher die Schulvorbereitung und -laufbahn ihrer Kinder aktiv begleiten. Dabei wollen wir sie durch besondere Elternprogramme unterstützen.

Der Schlüssel für eine erfolgreiche Integration sind gute Deutschkenntnisse. Wir werden das frühe Erlernen der deutschen Sprache weiter konsequent fördern. Deutsch als gemeinsame Sprache schafft Identität und stärkt den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft. Wir erwarten von Zuwandernden, dass sie die deutsche Sprache erlernen. Wer sich verweigert, Deutsch zu lernen, hat in unserem Land keine Zukunftschancen.

Konsequente Politik des Forderns und Förderns

Erfolgreiche Integration braucht das Zusammenwirken der zugewanderten und der einheimischen Bevölkerung. CDU und CSU setzen weiterhin auf eine konsequente Politik des Forderns und Förderns. So bauen wir Integrationsversäumnisse und -mängel weiter ab. Unser Fahrplan dafür ist der Nationale Aktionsplan Integration.

Einbürgerung: Bekenntnis zu unserem Land und unseren Werten

Der Wille zur Einbürgerung ist das Bekenntnis zu unserem Land und den Werten unseres Grundgesetzes. Die Annahme unserer Staatsangehörigkeit – verbunden mit der Aufgabe der bisherigen Staatsangehörigkeit – ist ein starkes Zeichen der Zugehörigkeit. Sie bringt die vollen staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten. Sie kann Integration nicht ersetzen und ist kein Mittel, sondern stärkster Ausdruck einer erfolgreichen Integration.

Ein allgemeines kommunales Wahlrecht für Ausländer lehnen wir ab. Wir werben stattdessen bei denen, die

schon über Jahre bei uns leben, arbeiten und gut integriert sind, dass sie die Möglichkeit nutzen, die deutsche Staatsangehörigkeit anzunehmen. Eine generelle Hinnahme doppelter Staatsbürgerschaften lehnen wir ab. Mehrstaatlichkeit ist oft mit Problemen bei der Rechtsdurchsetzung auch in zivilen Auseinandersetzungen verbunden.

In Deutschland geborene Kinder von Ausländern mit unbefristetem Aufenthaltsrecht erlangen mit ihrer Geburt neben der Staatsangehörigkeit ihrer Eltern auch die deutsche Staatsangehörigkeit. Später müssen sie sich entscheiden, welche der beiden sie behalten wollen. Dieses sogenannte Optionsmodell hat sich bisher bewährt. Die meisten jungen Erwachsenen entscheiden sich für die deutsche Staatsbürgerschaft. Dieses Ja zu unserem Land begrüßen wir.

Integration erfordert auch Konsequenz

Vielfalt braucht Zusammenhalt. Deshalb haben wir die Integrationspolitik in das Zentrum politischen Handelns gerückt und umfangreiche Angebote für eine gelingende Integration geschaffen. CDU und CSU treten zugleich Integrationsverweigerern entschieden entgegen, auch im Interesse der großen Mehrheit rechtstreu zuwanderer. Wer unsere Unterstützung will, muss durch sein Verhalten den Willen zur Integration deutlich machen. Wer sich seinen Pflichten entzieht, muss mit Folgen für seinen Aufenthaltsstatus und seine Leistungsansprüche rechnen.

Wenn religiös oder kulturell übermittelte Traditionen zu einer Missachtung unserer Rechtsordnung führen, dürfen wir dies nicht akzeptieren. Der Abschottung in Parallelgesellschaften und islamischen Sondergerichten außerhalb unserer Rechtsordnung treten wir entschieden entgegen. Wir erwarten dabei auch von den muslimischen Verbänden ein erkennbareres Gegensteuern. CDU und CSU rufen deshalb die muslimischen Verbände zu einer engen Zusammenarbeit auf.

Schutz für Schutzbedürftige

CDU und CSU stehen für eine an den Bedürfnissen und Interessen unseres Landes ausgerichtete Zuwanderungspolitik. Die Mitgliedstaaten der Europäischen Union müssen auch künftig die Zuständigkeit behalten, über Zuwanderung in nationaler Verantwortung entscheiden zu können.

Wir treten zugleich für den Schutz politisch Verfolgter ein, wie es unserem Grundgesetz und der aus unserem christlich geprägten Menschenbild entspringenden Verantwortung entspricht. Wer politisch verfolgt wird und schutzbedürftig ist, muss auf Deutschland vertrauen können. Deshalb bekennen wir uns zum Grundrecht auf Asyl. Wir setzen uns auch im Interesse der Betroffenen für zügige Verfahren bei Ausländerbehörden und Verwaltungsgerichten ein.

Auch in Zukunft werden wir Flüchtlingen helfen. Dabei setzen wir uns auch für neue Formen des Schutzes ein, wie die Aufnahme von Flüchtlingen aus Drittstaaten, wenn ihnen eine baldige Rückkehr in das Herkunftsland nicht möglich ist oder wenn sie nicht dauerhaft in das Land, das sie zuerst aufgenommen hat, eingegliedert werden können. Dabei bauen wir weiterhin, ebenso wie bei der Hilfe für Flüchtlinge weltweit, auf die enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit dem Flüchtlingshochkommissar der Vereinten Nationen.

Eine Zuwanderung, die darauf gerichtet ist, die europäische Freizügigkeit zu missbrauchen und die sozialen Sicherungssysteme unseres Landes auszunutzen, lehnen wir ab. Es bedarf einer europäischen Lösung, um die Lage in den Herkunftsländern zu verbessern und Missbrauch zu verhindern. Insbesondere müssen Lebensbedingungen und Integration der Menschen in ihren Heimatländern deutlich verbessert werden, sodass sie dort eine Perspektive haben.

4.4 Jede Begabung zählt – Menschen mit Behinderung

Eine inklusive Gesellschaft ist ein zentrales Ziel von CDU und CSU. Wir werden uns hierbei weiter für die Umsetzung der UN Behindertenrechtskonvention in Deutschland einsetzen. Wir arbeiten dafür, dass Menschen mit Behinderung und gesundheitlichen Beeinträchtigungen ihren Alltag möglichst selbstbestimmt meistern und gestalten können. Wir wollen, dass Menschen mit und ohne Behinderung selbstverständlich zusammen leben, lernen, arbeiten, feiern und gemeinsam unser Land gestalten.

Dafür bedarf es Barrierefreiheit im Wohnungs- und Straßenbau, im öffentlichen Verkehr, in der Kommunikation, im Sport, in der Freizeit und in der Kultur. In einer älter werdenden Gesellschaft wird auch der Anteil der Men-

schen mit gesundheitlichen Einschränkungen steigen, die genau das tun wollen, was für alle selbstverständlich ist: arbeiten, einkaufen, Sport treiben, reisen, ins Kino gehen, Museen und Ausstellungen besuchen oder im Internet surfen.

Auf dem Weg in die inklusive Gesellschaft

Auf diesem Weg haben wir schon viel erreicht: Wir haben die Grundlage dafür gelegt, dass bis zum Jahr 2022 der öffentliche Nahverkehr in ganz Deutschland barrierefrei wird. Ab 2016 muss jeder erstmals zugelassene Fernbus mit mindestens zwei Stellplätzen für Rollstuhlfahrer sowie mit Einstiegshilfen ausgestattet sein. Auch haben wir erstmals Standards festgelegt, wie Gebäude barrierefrei gestaltet werden können. Wir werden weiter daran arbeiten, das Leben für Menschen mit Behinderung und gesundheitlichen Einschränkungen im Alltag zu erleichtern und die vielen kleinen und großen Hürden, die hier noch im Wege stehen, abzubauen. Wir wollen Menschen mit Behinderung bei allen sie betreffenden Angelegenheiten als Experten in eigener Sache beteiligen.

Bildung: Die inklusive Schule weiter voranbringen

Die Unterstützung von Kindern mit Behinderung und ihren Angehörigen liegt uns besonders am Herzen. Wir wollen behinderte Kinder stärker in den Regelunterricht einbeziehen, dabei aber nicht auf individuelle Förderung verzichten. Unser Ansatz dabei lautet: „So viel Inklusion wie möglich – so viel besondere Förderung wie nötig“. Die inklusive Schule werden wir daher weiter voranbringen. Inklusive Schule heißt für uns, dass wir den Menschen in den Mittelpunkt stellen: Jeder Schüler muss bestmöglich gefördert und unterstützt werden. Voraussetzung dafür sind Barrierefreiheit, gut ausgebildete Lehrer und genügend Förderlehrerstunden. Zugleich sprechen wir uns dafür aus, Förderschulen zu erhalten, wo dies im Interesse der Kinder mit besonderem Förderbedarf liegt.

Bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt

Durch Arbeit zum eigenen Lebensunterhalt beitragen zu können, hat für Menschen mit Behinderung eine besondere Bedeutung. Unsere Inklusionspolitik hat auf dem Arbeits- und Ausbildungsmarkt bereits zu deutlichen Verbesserungen geführt, u. a. durch die Initiative „Job 4000“ und das Programm „Initiative Inklusion“. Wir wollen künf-

tig vor allem kleine Betriebe noch stärker einbeziehen, da gerade sie ein vertrautes, oft fast familiäres Arbeitsumfeld bieten können.

Wo möglich, wollen wir die Wege in eine betriebliche Ausbildung unterstützen. Auch älteren schwerbehinderten Menschen sollen durch Lohnzuschüsse neue Brücken in den Arbeitsmarkt gebaut werden.

CDU und CSU haben den Rechtsanspruch auf das Persönliche Budget unterstützt. Damit erhalten Menschen mit Behinderung Geld anstelle von Sachleistungen und können damit ihr Leben stärker selbst bestimmen. Wir wollen, dass dieser Anspruch auf Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben auch dann erhalten bleibt, wenn sie auf dem ersten Arbeitsmarkt ausgebildet und beschäftigt werden. Außerdem wollen wir die Hinzuverdienstgrenzen überprüfen, damit sich zusätzliche Leistung auch für Menschen mit einer Behinderung lohnt.

Wir wollen die Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung neu regeln. Ihnen die gleichberechtigte und selbstbestimmte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben besser zu ermöglichen, ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

Barrierefreier Tourismus

Barrierefreiheit soll zu einem Qualitätsmerkmal des Deutschlandtourismus werden. Sie ist eine Grundvoraussetzung für die selbstbestimmte und gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderung. Wir wollen helfen, bestehende Angebote besser miteinander zu vernetzen und zu vermarkten sowie Mitarbeiter besser in Fragen der Barrierefreiheit zu qualifizieren. Ziel muss die durchgehende Barrierefreiheit sein, von der Buchung über die An- und Abreise bis hin zur Unterkunft.

Inklusion im Sport

CDU und CSU wollen den Behindertensport auf allen Ebenen weiter fördern. Dabei setzen wir uns verstärkt für die Möglichkeit ein, dass Menschen mit und ohne Behinderung gemeinsam Sport treiben. Bei Sportstätten werden wir darauf achten, dass sie barrierefrei gebaut werden.

Wir wollen uns für eine stärkere öffentliche Aufmerksamkeit und mediale Berichterstattung für den Behindertensport einsetzen.

4.5 Helden des Alltags – Ehrenamt und Sport fördern

Das Ehrenamt macht unser Land stark. Jeder Vierte in unserem Land ist ehrenamtlich engagiert und leistet damit einen wichtigen Beitrag zum Zusammenhalt in unserer Gesellschaft. Ohne diesen Einsatz wäre vieles in Deutschland nicht möglich – von den Rettungsdiensten bis hin zum Naturschutz. Gerade in einer älter werdenden Gesellschaft wird die Bedeutung des Ehrenamtes weiter zunehmen.

Ehrenamt stärken – Rahmenbedingungen weiter verbessern

Wir wollen auch in Zukunft diejenigen unterstützen, die bereit sind, sich ehrenamtlich zu engagieren. Dazu wollen wir die steuerlichen Rahmenbedingungen weiter verbessern. Ehrenamtlich Tätige und Vereine wollen wir von Bürokratie entlasten und Erfolgsmodelle wie den Bundesfreiwilligendienst und die Mehrgenerationenhäuser fortentwickeln.

Ehrenamtliche Kräfte bei der Freiwilligen Feuerwehr, den Rettungsdiensten, dem Technischen Hilfswerk und den Hilfsorganisationen sind oft rund um die Uhr in Einsatzbereitschaft. Ohne ihren Einsatz würde es in den allermeisten Städten und Gemeinden keine Hilfe geben, wenn Feuer ausbricht oder schwere Unwetter ihre Spuren hinterlassen. Die Flutkatastrophe im Juni hat uns erneut eindrucksvoll die Bedeutung dieses Einsatzes vor Augen geführt. Deshalb unterstützen wir diejenigen in ihrer Arbeit, die sich aufopfernd und unentgeltlich für die Sicherheit ihrer Mitmenschen einsetzen. Wir werden weiterhin dafür sorgen, dass sie auf eine gute technische Ausstattung bei ihren oft gefährlichen Einsätzen zurückgreifen können.

Wir wollen auch in Zukunft dazu beitragen, junge Menschen für ehrenamtliches Engagement zu gewinnen. Dazu wollen wir mit Kampagnen gezielt werben und deutlich machen, wie wertvoll und sinnstiftend ein solches Engagement ist.

Unser Gemeinwesen ist auf das Engagement der Bürgerinnen und Bürger angewiesen. Wir brauchen vor Ort den breiten Sachverstand der Stadt- und Gemeinderäte, der Ortsvorsteher und der ehrenamtlichen Bürgermeister. Ihren Einsatz wollen wir weiter unterstützen. Deshalb wollen wir auf Dauer sicherstellen, dass Aufwandsentschädigungen für diese Wahlämter nicht die Rente mindern.

CDU und CSU dringen auf mehr Anerkennung für ehrenamtliche Arbeit und geleistete Freiwilligenjahre in den Berufsbiografien. Die Hochschulen sollen künftig bei der Vergabe von Studienplätzen stärker als bisher die Leistungen von freiwillig Wehrdienstleistenden, Bundesfreiwilligen und Jugendfreiwilligen berücksichtigen. Den Deutschen Engagementpreis wollen wir weiter ausbauen. Die Idee der Ehrenamtskarte soll bundesweit zum Einsatz kommen und auf das Engagement von Schüler-, Studenten-, Auszubildenden-, Eltern- und Mitarbeitervertretungen ausgeweitet werden.

Freiwilligendienste stärken

Mit dem Bundesfreiwilligendienst ist uns ein großer Erfolg gelungen. Heute sind mehr Menschen denn je in den Freiwilligendiensten engagiert. Diese Politik wollen CDU und CSU fortentwickeln.

Dabei wollen wir die Vielfalt der Freiwilligendienste erhalten, die Angebote weiterentwickeln und ihre Förderung noch besser an die Bedürfnisse von Freiwilligen und Einsatzstellen anpassen. Auch kleine, verbandsfreie und kommunale Einrichtungen sollen künftig die Möglichkeit erhalten, Freiwillige bei sich aufzunehmen. Die Möglichkeit, einen Freiwilligendienst im Ausland zu leisten, wollen wir ausbauen.

Jugendpolitik ist gesellschaftliche Zukunftspolitik

Jugendpolitik ist aktive Zukunftspolitik. Unser Land braucht für eine gute Zukunft die Ideen und das Engagement der Jugend. CDU und CSU wollen weiter Anwalt der Jugend sein, deren Interessen ernst nehmen und so unterstreichen, dass Generationengerechtigkeit der Maßstab unseres Handelns ist.

Der Bevölkerungswandel führt dazu, dass der Anteil der Jugendlichen in unserem Land zurückgeht. Umso wichtiger ist es, dass sich möglichst viele Jugendliche einmischen und mitgestalten wollen. Wir wollen die Jugendlichen dazu ermuntern und befähigen.

Die Entwicklung einer eigenständigen Jugendpolitik wollen wir vorantreiben. Sie richtet sich an alle Jugendlichen und setzt auf deren aktive Beteiligung. Wir wollen mit unserer Politik Jugendliche unterstützen, ihre Begabungen zu entwickeln, ihren Platz in der Gesellschaft zu finden, aber auch mit Offenheit und Unsicherheit umzugehen.

Eine wichtige Aufgabe fällt dabei den Jugendverbänden zu: Hier üben unsere Jugendlichen von Anfang an demokratische Spielregeln ein: Sie lernen Kompromisse auszuhandeln, zu teilen und Verantwortung für sich und andere zu übernehmen. Damit sind Jugendverbände wichtige Partner einer erfolgreichen Jugendpolitik und unverzichtbar für die Entwicklung und den Bildungsweg junger Menschen. Wir unterstützen sie, auch auf sich ändernde Bedürfnisse Jugendlicher zu reagieren: Zum Beispiel müssen die Jugendverbände ihre Angebote so ausrichten, dass sie auch in den Alltag von Jugendlichen an Ganztagschulen passen.

Der Kinderhilfe- und Jugendplan hat sich als wichtiges Instrument erwiesen, um die Arbeit der Jugendverbände zu unterstützen. Wir werden auch in den kommenden Jahren die vielfältige Jugendarbeit in den Jugendverbänden, den Jugendringen der offenen Jugendarbeit, der kommunalen Jugendarbeit und den Jugendbildungsstätten sowie beim internationalen Jugendaustausch unterstützen.

Die Arbeit der Schüler-, Jugendausbildungs- und Studentenvertretungen ist wichtig, weil Jugendliche so lernen, sich für ihre Interessen in der Schule, im Betrieb oder in der Hochschule einzusetzen und dort den Alltag mitzugestalten. Wir wollen sie weiter unterstützen. Wir begrüßen die Arbeit der Schüler-, Jugend- und Studentenorganisationen in den politischen Parteien. Hier werden die Interessen der Jugendlichen gebündelt, und ihnen wird eine kraftvolle Stimme im politischen Meinungsbildungsprozess der Parteien gegeben.

Sport stärkt den Zusammenhalt der Gesellschaft

Mehr als 27 Millionen Menschen engagieren sich in ca. 90 000 Sportvereinen. Die Vereine leisten unschätzbar viel für die Jugendbetreuung, zur Gesundheitsvorsorge und bei der Integration von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte. Sport vermittelt Leistungswillen, Ausdauer, Zielstrebigkeit und Fairness und stärkt den Zusammenhalt der Menschen in unserer Gesellschaft.

In einer Gesellschaft mit immer weniger Jüngeren brauchen wir neue Konzepte, um sportlichen Nachwuchs zu fördern. Sportliche, schulische und berufliche Bildung müssen dafür enger aufeinander abgestimmt werden. Bei zunehmendem Ganztagschulbetrieb stehen die Vereine im Kinder- und Jugendsport vor neuen Herausforderungen. Damit sie ihre sportlichen und gesellschaftlichen

Aufgaben auch künftig wahrnehmen können, fördern CDU und CSU eine partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen Sportvereinen und Schulen.

Zugleich wollen wir den Schulsport im außerunterrichtlichen Bereich stärken. Wir wollen die Bewegungsentwicklung von Kindern und Jugendlichen fördern. Mit Blick auf die Werteerziehung und Bildung junger Menschen messen wir der Deutschen Sportjugend und der Deutschen Olympischen Akademie große Bedeutung bei.

Wir bekennen uns zum Leistungsprinzip im Sport und zu einem menschlichen Spitzensport, der eine Vorbildfunktion für den Breitensport hat. Wir werden die Sportförderung bei der Bundeswehr, der Bundespolizei und beim Zoll fortführen sowie das Konzept der „Dualen Karriere“ stärken, damit Spitzensportler ihre sportliche und berufliche Laufbahn besser miteinander vereinbaren können.

Voraussetzung für ein attraktives Sportangebot an Schulen und in der Freizeit sind gute Sportstätten. Wir wollen die Bundesförderung für den Bau und Erhalt von Sportstätten fortsetzen.

Wir werden auch künftig Sportverbände in ihrem Kampf gegen Doping unterstützen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Arbeit der Nationalen Anti-Doping Agentur langfristig gesichert ist. CDU und CSU werden sich auch weiterhin für die Austragung von sportlichen Großveranstaltungen wie Welt- und Europameisterschaften in Deutschland einsetzen. Die steuerlichen Rahmenbedingungen dafür wollen wir weiter verbessern. Wir wollen die Position von Vereinen und Verbänden stärken, damit sie ihre berechtigten Interessen zur Vermarktung und Verwertung von Sportveranstaltungen wahren können und damit auch weiterhin in der Lage sind, hochwertige Sportereignisse in Deutschland durchzuführen.

CDU und CSU treten dafür ein, Korruption, Spiel- und Wettmanipulation entschieden zu begegnen. Gefährliche Entwicklungen von Gewalt, Missbrauch und Extremismus im und um den Sport werden wir weiterhin bekämpfen.

4.6 Für ein gutes Leben im Alter – sichere Rente

CDU und CSU stehen dafür ein, dass die gesetzliche Rente auch in Zukunft stabil und sicher ist. Wir wollen auch zukünftig eine Entwicklung der Renten, die Rentnerinnen

und Rentner verlässlich an der allgemeinen Einkommensentwicklung beteiligt, ohne der jüngeren Generation Chancen auf Entfaltung und Wohlstand zu nehmen.

Die erfolgreiche Beschäftigungs- und Wirtschaftspolitik von CDU und CSU führt zu stabilen und sicheren Renten. Der Generationenvertrag zwischen Jung und Alt steht dadurch auf einer soliden und verlässlichen Grundlage. Die erfreuliche Entwicklung der Löhne und Gehälter kommt den Rentnerinnen und Rentnern unmittelbar zugute. Gleichzeitig haben CDU und CSU Arbeitnehmer sowie Unternehmen durch die Beitragssatzsenkungen in den Jahren 2012 und 2013 deutlich entlastet.

Wir wollen, dass sich auch in Zukunft Lebensleistung sowie private und betriebliche Vorsorge für die Menschen lohnt. Denn die Grundlage für finanzielle Sicherheit im Alter wird auch künftig im Erwerbsleben gelegt.

Die drei Säulen der Rente zukunftsfest machen

Eine zukunftsfeste Alterssicherung steht für uns auf drei Säulen: der gesetzlichen Rentenversicherung, der privaten und der betrieblichen Vorsorge.

Die gesetzliche Rentenversicherung bleibt dabei die tragende Säule. Wir haben sie gestärkt, indem wir die Rente mit 67 beschlossen haben. Bis 2029 werden wir sie schrittweise einführen.

Die private und betriebliche Vorsorge wollen wir stärken. Unser Ziel ist dabei, dass die betriebliche Vorsorge auch für kleine und mittlere Unternehmen und deren Mitarbeiter attraktiv ist. Eingriffe durch europäisches Recht auf die betriebliche Altersvorsorge werden wir verhindern und uns für den Erhalt unseres bewährten Systems einsetzen.

Kindererziehung besser anerkennen – Mütterrente anheben

CDU und CSU haben die Kindererziehungszeit in der Rente eingeführt und schrittweise verbessert. Ab 2014 wollen wir für alle Mütter oder Väter, deren Kinder vor 1992 geboren wurden, die Erziehungsleistung mit einem zusätzlichen Rentenpunkt in der Alterssicherung berücksichtigen. Das entspricht bei zwei Kindern durchschnittlich 650 Euro mehr Rente im Jahr. Diese bessere Anerkennung ist durch die gute finanzielle Situation der Rentenversicherung und vorhandene Mittel aus dem Zuschuss des Bundes möglich.

Pflege wertschätzen – Pflegezeiten besser in der Rente bewerten

Ebenso wollen wir die Zeiten der Pflege in der gesetzlichen Rentenversicherung besser berücksichtigen. Wer einen pflegebedürftigen nahen Angehörigen begleitet, betreut und pflegt, leistet einen großen mitmenschlichen Dienst, den wir besser anerkennen wollen.

Lebensleistung achten – Renten aufbessern und Vorsorge stärken

Wir wollen, dass sich Lebensleistung in der Rente auszahlt. Wer jahrzehntelang gearbeitet, in den Generationenvertrag eingezahlt und zusätzlich vorgesorgt hat, muss im Alter eine auskömmliche Rente haben und darf nicht auf Grundsicherung angewiesen sein. Wer 40 Jahre versichert ist und privat vorgesorgt hat, soll einen Zuschuss zur Rente auf 850 Euro erhalten. Die Leistung von Menschen, die Kinder erzogen und/oder Angehörige gepflegt haben, wollen wir dabei in stärkerem Maße anerkennen. Ebenso wollen wir die Erwerbsbiografie der Menschen in den neuen Ländern besonders berücksichtigen.

Wir wollen weiter dafür sorgen, dass Lebensleistung sowie private und betriebliche Vorsorge durch Freibeträge im Alter anerkannt wird. Wer für sein Alter vorgesorgt hat, muss aufgrund dieser Vorsorge besser dastehen, als jemand, der nicht entsprechend vorgesorgt hat. Damit können auch Geringverdiener eine auskömmliche Rente aus eigener Kraft beziehen.

Im Ruhestand arbeiten – Hinzuverdienstregeln flexibler ausgestalten

Immer mehr Ältere wollen auch im Rentenalter beruflich aktiv bleiben. Das wollen wir unterstützen, nicht zuletzt, weil unsere Wirtschaft auf erfahrene Fachkräfte angewiesen ist. So wollen wir Verbesserungen für ältere Menschen beim flexiblen Übergang in den Ruhestand erreichen. Hierfür wollen wir die Hinzuverdienstregelungen bei vorgezogenen Altersrenten weiterentwickeln.

Bezieher von Erwerbsminderungsrenten werden wir mit einer spürbaren Erhöhung ihrer Rentenansprüche besser stellen und ihnen damit eine sichere Versorgung ermöglichen. Die Beschäftigungsmöglichkeiten älterer Menschen wollen wir durch bessere Gesundheitsleistungen und darüber hinaus durch eine bessere Anpassung der Rehabilitationsleistungen an den sich verändernden Altersaufbau unserer Gesellschaft fördern.

Altersvorsorgepflicht bei Selbstständigen einführen

In Deutschland gibt es rund 2,6 Millionen Selbstständige ohne eigene Mitarbeiter. Viele von ihnen sind oft nur unzureichend für das Alter oder Krankheitsfälle abgesichert. Wir wollen ihren sozialen Schutz verbessern und eine Altersvorsorgepflicht für alle Selbstständigen einführen, die nicht bereits anderweitig abgesichert sind. Dabei sollen sie zwischen der gesetzlichen Rentenversicherung und anderen Vorsorgearten wählen können. Wir werden Lösungen entwickeln, die auf bereits heute selbstständig Tätige Rücksicht nehmen und Selbstständige in der Existenzgründungsphase nicht überfordern.

Mehr Transparenz in der Alterssicherung schaffen

Wir wollen, dass sich jeder Bürger über Fragen der Alterssicherung gut informieren und in Zukunft besser nachvollziehen kann, welche Anwartschaften er in den verschiedenen Säulen der Alterssicherung angespart hat. Daher setzen wir uns für eine unabhängige und übergreifende Informationsplattform ein, auf der alle Ansprüche aus gesetzlicher Rente, Betriebsrente und privater Vorsorge sicher, einfach und übersichtlich zusammengefasst sind. Eventuell bestehende Versorgungslücken können so besser aufgedeckt werden. Versicherte können besser erkennen, ob sie ausreichend viel für ihre Altersvorsorge tun.

4.7 Gesundes Land – gute Versorgung für alle

CDU und CSU wollen, dass auch in Zukunft jeder in Deutschland Zugang zu einer guten medizinischen Versorgung hat, unabhängig von seinem Einkommen, Alter oder gesundheitlichen Zustand. Wir stehen für ein leistungsfähiges Gesundheitswesen, das Menschlichkeit, Qualität und Bezahlbarkeit zusammenführt und zu einer hohen Lebensqualität in Deutschland beiträgt.

Wir stehen ebenso für ein solidarisches Gesundheitswesen, in dem Hilfe für Kranke und Ältere sowie Eigenverantwortung zwei Seiten ein und derselben Medaille sind. Wir sichern ein Gesundheitswesen, in dem die Menschen darauf vertrauen können, dass alle Beteiligten in Medizin und Pflege ihre Verantwortung gegenüber Patienten sorgsam wahrnehmen.

Medizinische Versorgung

Die wachsende Zahl älterer Menschen in unserem Land wie auch der rasche Fortschritt in der medizinischen Forschung erfordern fortlaufend Anpassungen unseres Gesundheitswesens. CDU und CSU wollen eine gut erreichbare Versorgung durch Ärzte und Krankenhäuser, vor allem in ländlichen Regionen, sichern und dafür zum Beispiel die Attraktivität des Hausarztberufs steigern. Wir wollen, dass überall in unserem Land Ärzte jederzeit erreichbar sind. Mit dem Versorgungsstrukturgesetz haben wir wichtige Anreize gesetzt, die es für Ärztinnen und Ärzte attraktiver machen, sich an der Versorgung von Regionen mit zu wenigen Ärzten zu beteiligen. Auch für Apotheken im ländlichen Raum gleichen wir über eine sogenannte Notdienstpauschale einen Teil ihrer Mehrbelastung aus. Diesen Weg werden wir weitergehen. Um die Versorgung in dünn besiedelten Gebieten sicherzustellen, setzen wir auch auf neue Lösungen wie den Ausbau der Telemedizin. Dafür wollen wir die erforderlichen technischen und rechtlichen Voraussetzungen schaffen.

Krankenhausversorgung

Die Krankenhäuser leisten einen wichtigen Beitrag in unserem Gesundheitssystem. Patientinnen und Patienten profitieren von der im internationalen Vergleich hohen Qualität. Wir wollen, dass auch weiterhin jedermann auf die hohe Qualität unserer Krankenhäuser vertrauen kann. Mit Blick auf eine gut erreichbare medizinische und pflegerische Versorgung vor allem in ländlichen Regionen, aber auch in strukturschwächeren Stadtteilen, werden wir zusammen mit den Krankenhäusern die Leistungsangebote noch besser aufeinander abstimmen.

Für ein hochwertiges Gesundheitssystem, das den Menschen dient

Durch erfolgreiche Reformen haben CDU und CSU die Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung stabil gehalten. Krankenkassen und Gesundheitsfonds haben erhebliche Rücklagen gebildet. Mit der erweiterten Möglichkeit der Kassen, die Beiträge über Prämienrückerstattungen sowie Zusatzbeiträge zu gestalten, haben wir den Wettbewerb gestärkt.

Krankenkassen, deren Rücklagen die gesetzliche Mindestreserve um ein Mehrfaches übersteigen, sollen in Zukunft zur Prämienrückerstattung an ihre Mitglieder verpflichtet werden. Wir bekennen uns zum Wettbewerb der

Krankenkassen. Eine staatliche Einheitsversicherung für alle lehnen wir ab. Die private Krankenversicherung mit ihren individuellen Kapitalrücklagen, um steigende Kosten im Alter abzumildern, leistet einen wichtigen Beitrag zur Nachhaltigkeit und Umsetzung von Neuerungen im Gesundheitswesen.

CDU und CSU setzen darauf, dass die Beteiligten in der Selbstverwaltung unseres Gesundheitssystems verantwortungsvoll und partnerschaftlich handeln und dabei unnötige Bürokratie vermeiden.

Attraktivität der Gesundheitsberufe steigern

Den Kern unseres freiheitlichen Gesundheitswesens bilden die freie Arzt- und Krankenhauswahl, die Therapiefreiheit und die Unabhängigkeit der freien Gesundheitsberufe. Die Beschäftigten in den Kliniken, Praxen und ambulanten Diensten, niedergelassene freiberuflich tätige Haus-, Fach- und Zahnärzte, Apotheker, selbstständige Gesundheitshandwerker, Hebammen und Heilmittel-erbringer stehen für eine qualitativ hochwertige, patientennahe Versorgung. Dieses Versorgungsniveau wollen wir bewahren und fortentwickeln, um die hohe Qualität in Deutschland zu erhalten.

Die Attraktivität der Gesundheitsberufe wollen wir weiter steigern. Dazu gehören gute Ausbildungsmöglichkeiten ebenso wie die Weiterentwicklung der Berufsbilder im Gesundheitswesen. Bei der Vergabe von Plätzen für ein Medizinstudium soll neben dem Notendurchschnitt die persönliche Eignung der Bewerber für den Arztberuf sowie das Engagement in Einrichtungen berücksichtigt werden, die einen Dienst am Menschen leisten, wie beispielsweise im Rettungsdienst. Eine verstärkte Berücksichtigung sollen auch Bewerber finden, die sich verpflichten, nach ihrem Medizinstudium in einer Region tätig zu werden, in der es einen Mangel an Ärzten gibt.

Freiheitliches Gesundheitswesen für die Patienten

Mit dem Patientenrechtegesetz ist ein großer Schritt zu mehr Rechten für Patienten gelungen. Wir wollen die Rechte der Patienten weiter stärken. Insbesondere müssen sie gut informiert sein, um selbstbestimmte Entscheidungen treffen zu können. Deshalb brauchen Patienten und Versicherte einen einfachen Zugang, etwa über entsprechende Portale im Internet, zu unabhängigen, verlässlichen und verständlichen Informationen über Versi-

cherungs- und Behandlungsmöglichkeiten. Hinweise zu Leistung, Qualität und Preis tragen dazu bei, Kosten, Nutzen und Risiko besser einschätzen zu können. Wir wollen Melde- und Managementsysteme einführen, die dabei helfen sollen, Fehler zu vermeiden und Qualität zu sichern.

Gesundheitsförderung und Vorsorge

In einer älter werdenden Gesellschaft gewinnen Gesundheitsförderung, Eigenverantwortung und Vorsorge weiter an Bedeutung. Sie sind eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und können nicht allein über die sozialen Sicherungssysteme gelöst werden. Es liegt in der Verantwortung und im Interesse eines jedes Einzelnen, durch eine gesundheitsbewusste Lebensweise, Krankheiten vorzubeugen und seine Gesundheit zu erhalten. Ziel von CDU und CSU ist es, Vorsorge und Rehabilitation weiter zu stärken. Bei der Gesundheitsförderung wollen wir Schwerpunkte auf betriebliche Maßnahmen wie auch bei Kitas und Schulen setzen.

CDU und CSU treten dafür ein, alle geeigneten Möglichkeiten auszuschöpfen, medizinische Leistungen möglichst wirksam und wirtschaftlich zu gestalten.

Gesundheitswirtschaft weiter ausbauen

Die Gesundheitswirtschaft zählt zu den innovativsten Branchen in Deutschland. Die hohe Wertschöpfung und Exportorientierung der Branche bieten gute Voraussetzungen, auch in Zukunft einen wichtigen Beitrag zum Wohlstand in unserem Land zu leisten. Angesichts des medizinisch-technischen Fortschritts, einer alternden Bevölkerung und eines zunehmenden Gesundheitsbewusstseins wird dieser Wirtschaftszweig auch weiterhin auf Wachstums- und Beschäftigungskurs bleiben. Das gilt auch für die Telemedizin, in der wir eine gute Möglichkeit sehen, unser leistungsfähiges Gesundheitssystem auf hohem Niveau weiterzuentwickeln.

Medizinische Forschung

Viele Menschen sind von einer der großen Volkskrankheiten betroffen: Krebs, Stoffwechselstörungen, Herz-Kreislaufleiden, Demenz oder Lungenerkrankungen. Wir wollen, dass in Deutschland die neuesten und besten Therapien und Medikamente entwickelt werden, um diese Krankheiten zu bekämpfen. Wir setzen auf die forschenden Arzneimittelhersteller, deren lange Erfahrung

und großen Anstrengungen, um neuen Therapien zum Durchbruch zu verhelfen. Wir werden weitere Deutsche Zentren der Gesundheitsforschung gründen sowie neue integrierte Forschungs- und Behandlungszentren aus-schreiben. Große Fortschritte in der Bio- und Gentechnologie eröffnen neue Chancen, Therapien stärker auf die individuellen Anforderungen der Patienten zuzuschneiden. Damit sind große Chancen für bessere Heilungsprozesse verbunden, die wir durch verstärkte Anstrengungen möglichst schnell erschließen wollen. Damit die Forschung besser die medizinischen Alltagsbedingungen berücksichtigt, werden wir die Versorgungsforschung ausbauen.

Würdevolle und verlässliche Pflege und Betreuung

CDU und CSU stellen die Würde der Pflegebedürftigen und die Menschlichkeit im Umgang mit ihnen weiterhin in den Mittelpunkt ihrer Pflegepolitik. Wir verstehen Pflege als einen wichtigen Dienst am Mitmenschen. Die von CDU und CSU eingeführte Pflegeversicherung hat sich bewährt. Sie muss auch in Zukunft verlässlich dazu beitragen, den Fall der Pflegebedürftigkeit abzusichern und eine würdevolle Pflege und Betreuung zu bieten. Dafür wollen wir die Pflegeversicherung weiterentwickeln. Zugleich entbindet sie jedoch den Einzelnen nicht davon, seine Eigenverantwortung und Eigeninitiative wahrzunehmen. Mit der staatlichen Förderung einer privaten Pflegezusatzversicherung unterstützen wir die Menschen dabei, eigenverantwortlich für den Fall der Pflegebedürftigkeit vorzusorgen.

Wir wollen, dass ältere und pflegebedürftige Menschen selbstständig und selbstbestimmt leben und – so weit wie möglich – am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Wir wollen, dass sie ihren Alltag in der eigenen Wohnung weitgehend ohne fremde Hilfe bewältigen können. Die Entwicklung von Angeboten altersgerechter Begleitung wollen wir daher weiter fördern. Sie sind für ein gesundes und unabhängiges Leben im Alter immer wichtiger.

Mit der zunehmenden Anzahl an älteren, oft dauerhaft kranken Menschen und den sich gleichzeitig wandelnden Strukturen im unmittelbaren familiären Lebensumfeld verändern sich auch die Erwartungen an ein gut erreichbares Angebot an Einrichtungen und Diensten für ältere Menschen. Deshalb werden wir den Strukturwandel in unserer Krankenhauslandschaft – gerade auch in ländlichen Regionen – dazu nutzen, Versorgungsangebote,

-einrichtungen und -strukturen zu entwickeln, die älteren Menschen eine dauerhaft gute Versorgung gewährleisten.

Wir haben zusätzliche Mittel für höhere Leistungen bereitgestellt, die Menschen mit Demenz, die zu Hause betreut werden, pflegenden Angehörigen und der Förderung neuer Wohngruppen zugutekommen. Pflegeleistungen können jetzt auch flexibler an konkrete Pflege- und Betreuungssituationen angepasst werden. Mit zahlreichen Maßnahmen haben wir den Grundsatz „Rehabilitation vor Pflege“ gestärkt. Wir haben dafür gesorgt, dass die Interessen der Betroffenen in Fragen der Begutachtung, Qualitätsentwicklung und der Transparenz von Qualitätsergebnissen stärker berücksichtigt werden.

Unser Ziel ist es, ein hohes Niveau der Pflegeleistungen sicherzustellen. Gleichzeitig wollen wir einen steigenden Zuzahlungsbedarf zu Lasten der Pflegebedürftigen, ihrer Angehörigen und der Sozialhilfeträger verhindern.

Wir wissen, dass mit den gegenwärtigen Voraussetzungen für Pflegebedürftigkeit der Hilfe- und Betreuungsbedarf gerade von Menschen mit Demenz, aber auch Menschen mit geistigen Behinderungen und psychischen Erkrankungen, oftmals nicht ausreichend erfasst werden kann. Deshalb wollen wir eine besser abgestufte Bestimmung der Pflegebedürftigkeit, die den Grad der Selbstständigkeit der Betroffenen berücksichtigt.

Unsere Politik der Stabilisierung der sozialen Sicherungssysteme insgesamt und damit der Begrenzung der Lohnzusatzkosten sowie eine moderate Erhöhung des Beitrags zur Pflegeversicherung werden es in den nächsten Jahren möglich machen, diese Verbesserungen umzusetzen.

Pflegende Angehörige unterstützen

Den Mitgliedern der eigenen Familie kommt eine besondere Verantwortung und Bedeutung bei der Pflege und Betreuung ihrer Angehörigen zu. Ihr oft aufopferungsvoller Einsatz verdient Anerkennung und Wertschätzung. Deshalb haben wir die Rahmenbedingungen für pflegende Angehörige weiter verbessert, beispielsweise durch den Anspruch auf die Hälfte des Pflegegelds während einer Kurzzeit- und Verhinderungspflege oder durch die Möglichkeit, Vorsorge- oder Rehabilitationsmaßnahmen leichter in Anspruch zu nehmen. Auch werden pflegende Angehörige für ihr eigenes Alter noch besser abgesichert, indem bei gleichzeitiger Pflege von zwei oder mehr Pflegebedürftigen die ren-

tenrechtlich wirksamen Zeiten zusammengezählt werden. Die Möglichkeit für Arbeitnehmer, Familienangehörige zu Hause zu pflegen, haben wir verbessert. Heute finden über 70 Prozent der Pflege zu Hause in der Familie statt. Wir werden auch in Zukunft die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf fördern und die Bereitschaft von Unternehmen, sich an Programmen zur Vereinbarkeit von Pflege und Beruf zu beteiligen, weiter stärken.

Die palliativmedizinischen Versorgungsangebote werden wir weiter ausbauen. Wir unterstützen den Einsatz für ein Sterben in Würde, etwa in den Hospizen oder durch ambulante und ehrenamtliche Sterbebegleitung. CDU und CSU lehnen die aktive Sterbehilfe ab und setzen sich dafür ein, dass die gewerbsmäßige und organisierte Hilfe zur Selbsttötung künftig unter Strafe gestellt wird.

4.8 Aussiedler und Heimatvertriebene – ein Gewinn für unser Land

CDU und CSU bekennen sich zur Geschichte aller Deutschen, auch zur Solidarität mit den Deutschen, die wegen ihrer Volkszugehörigkeit ein besonders schweres Kriegsfolgeschicksal zu erleiden hatten. Um die Erinnerung an das Leid der Heimatvertriebenen wachzuhalten, wollen wir den Weltflüchtlingstag am 20. Juni um das Gedenken an die Vertriebenen erweitern und ihn künftig auf nationaler Ebene begehen.

Die erfolgreiche Eingliederung von Millionen Heimatvertriebenen und später von Millionen Aussiedlern ist Ausdruck der solidarischen Leistung aller Deutschen. Ohne die Vertriebenen wäre der Wiederaufbau unseres Landes nach dem Zweiten Weltkrieg so nicht gelungen. Aussiedler sind mit ihrem Können, ihrem Fleiß und ihrer kulturellen Tradition ein Gewinn für unser Land. Das kulturelle Erbe der Heimatvertriebenen und Aussiedler ist heute ein selbstverständlicher und wertvoller Teil unserer Identität.

Wir haben den Nachzug der Angehörigen von Spätaussiedlern erleichtert und damit der Bedeutung des familiären Zusammenhalts für die betroffenen Aussiedlerfamilien Rechnung getragen. Familientrennungen können so vermieden werden. Weitere Erleichterungen hierfür bringen wir auf den Weg. Wir treten weiterhin für das Recht zur Aussiedlung nach Deutschland ein. Unsere Politik der Solidarität wollen wir fortsetzen.

CDU und CSU setzen sich dafür ein, den deutschen Familien aus Ost- und Südosteuropa sowie den Nachfolgestaaten der Sowjetunion, die seit Jahrzehnten hier leben, bessere Möglichkeiten zur Pflege und Darstellung ihres kulturellen Erbes zu bieten.

Wir begrüßen das selbstverantwortliche Engagement von Aussiedlern vor allem im sozialen Bereich und wollen soziale Hilfswerke der Russlanddeutschen unterstützen.

Wir wollen die berufliche Eingliederung der zahlreichen Fachkräfte unter den Spätaussiedlern nachhaltig fördern. Mit dem Anerkennungsgesetz haben wir die Möglichkeit einer erneuten Überprüfung ihrer erworbenen Abschlüsse geschaffen.

Kulturerbe der deutschen Vertriebenen

Das deutsche Kulturerbe im östlichen Europa entfaltet heute an vielen Orten eine verbindende Kraft. Wir wollen zusammen mit den Vertriebenen und ihren Verbänden das Kulturerbe der historischen deutschen Ost- und Siedlungsgebiete als festen Bestandteil der deutschen Kultur und Teil der europäischen Identität verankern. Wir haben es deshalb deutlich stärker gefördert und wollen es auf eine zukunftssichere Grundlage stellen.

Den Ausbau des Dokumentationszentrums der „Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ in Berlin wollen wir zügig vorantreiben. Das Zentrum soll das Schicksal der Heimatvertriebenen und die Hintergründe von Flucht und Vertreibung im 20. Jahrhundert dokumentieren sowie dazu beitragen, Vertreibungen in Gegenwart und Zukunft weltweit zu ächten. Weitere Projekte, die sich für Aussöhnung und Völkerverständigung einsetzen, wie beispielsweise das Sudetendeutsche Museum in München, wollen wir weiterhin unterstützen.

Nationale Minderheiten

Die vier nationalen Minderheiten in Deutschland – Dänen, Sorben, Friesen, deutsche Sinti und Roma – gehören mit ihren Traditionen ebenso wie die niederdeutsche Sprache zur kulturellen Vielfalt unseres Landes, die es zu bewahren gilt. Deshalb sollen bestehende Förderungen fortgeschrieben werden.

CDU und CSU stehen an der Seite der deutschen Volksgruppen in Osteuropa und den Nachfolgestaaten der Sowjetunion. Sie nehmen eine wichtige Brückenfunktion

wahr. Von zentraler Bedeutung ist dabei, die deutsche Sprache lebendig zu halten. Deshalb wollen wir insbesondere deutsche Sprachangebote und Bildungseinrichtungen vor Ort verbessern. Wir setzen uns weiter dafür ein, dass denjenigen, die in ihrer jetzigen Heimat bleiben wollen, eine Perspektive zum Bleiben geboten wird.

5. Deutschlands lebenswerte Heimat schützen

5.1 Intakte Umwelt sichern

Der Schutz unserer Umwelt ist für uns von zentraler Bedeutung. Uns ist bewusst, dass wir nicht nur Verantwortung für die heutige Generation tragen, sondern auch dafür, dass unsere Kinder und Enkel in einer guten und gesunden Umwelt aufwachsen können.

Umweltschutz zusammen mit den Menschen und der Wirtschaft voranbringen

Wir wollen Umweltschutz zusammen mit den Menschen voranbringen und nicht gegen sie. Wir setzen beim Schutz der Umwelt auf marktwirtschaftliche Anreize und orientieren uns an den bewährten Leitlinien der Umweltpolitik: am Vorsorge- und am Verursacherprinzip sowie am Prinzip der Zusammenarbeit mit allen gesellschaftlichen Gruppen und den betroffenen Bürgern.

Die deutsche Umweltwirtschaft und -technologie belegt weltweit den Spitzenplatz. Um den Klima- und Umweltschutz weiter voranzubringen, wollen wir diese führende Rolle noch weiter ausbauen. Das schafft Arbeitsplätze. Umwelttechnologien stärken so unsere Wirtschaft und helfen, knappe Rohstoffe und Energie einzusparen.

Klimaschutz – gemeinsam noch mehr erreichen

Klimaschutz ist eine der großen Herausforderungen der Menschheit. Die Erderwärmung hat weltweit Folgen und erfordert daher ein gemeinsames Handeln. Deutschland als führendes Industrieland trifft dabei eine besondere Verantwortung. Wir stellen uns dieser Verantwortung, weil wir wissen, dass nachhaltiges Wachstum nur im Einklang mit unserer Umwelt und unseren natürlichen Lebensgrundlagen möglich ist.

Deutschland hat seine Klimaschutzverpflichtungen mehr als erfüllt. Wir wollen, dass Deutschland auch in Zukunft weltweiter Impulsgeber für einen wirksamen Klimaschutz ist. Deshalb setzen wir uns für eine Anhebung des europäischen Klimaziels ein: Wir wollen erreichen, dass der Ausstoß klimaschädlicher Treibhausgase in Europa bis 2020 um 30 Prozent gegenüber 1990 vermindert wird. Da die technischen Voraussetzungen dafür innerhalb der EU sehr unterschiedlich sind, wollen wir, dass Deutschland als Hochtechnologieland seine größeren technischen

Möglichkeiten voll ausschöpft und mit einem nationalen Minderungsziel von 40 Prozent einen größeren Beitrag dazu leistet. Auf europäischer Ebene legen wir weiterhin Wert auf die von den EU-Mitgliedstaaten mit Blick auf 2020 vereinbarten Ziele: die Reduzierung der Treibhausgase, die Steigerung der Energieeffizienz um mindestens 20 Prozent und das Ausbauziel für die erneuerbaren Energien in Höhe von 20 Prozent am Gesamtenergieverbrauch.

Wir wollen diese ehrgeizigen Ziele möglichst wirtschaftlich erreichen. Dazu setzen wir auch auf einen europaweiten, marktwirtschaftlich organisierten Emissionshandel. Bestehende Schwächen am jetzigen Handelssystem wollen wir beheben und wirksame Anreize setzen, damit klimaschädliche Treibhausgase vermieden werden können. Zugleich werden wir den Erhalt von Arbeitsplätzen und die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft angemessen berücksichtigen. Die Einnahmen aus dem Zertifikatehandel wollen wir auch für die Energiewende einsetzen. Eine erneuerbare Energieversorgung und Energiesparen sind der beste Klimaschutz.

Klimaschutz kann aber letztlich nur gelingen, wenn alle Staaten mitmachen. Deshalb setzen wir uns für eine schrittweise Einbeziehung weiterer Länder in den Emissionshandel ein. Langfristig ist unser Ziel, ein weltweites Handelssystem zu entwickeln. Zugleich wollen wir andere Möglichkeiten ergreifen, um keine Zeit zu verlieren. So wollen wir die Idee eines „Clubs der Energiewendestaaten“ umsetzen, der alle Vorreiter einer umwelt- und klimaverträglichen Energieversorgung vereinigt. Gemeinsam mit diesen Ländern wollen wir uns für ein neues verbindliches Klimaabkommen einsetzen, das sich an das sogenannte Kyoto-Abkommen anschließt. Wir wollen die Rahmenbedingungen so gestalten, dass sich für private Anleger Investitionen in klimafreundliche Projekte und Produkte lohnen.

Wachstum vom Rohstoffverbrauch entkoppeln

Im Jahr 2050 werden über neun Milliarden Menschen auf der Erde leben. Damit wird zugleich der Bedarf an Wasser, Nahrungsmitteln, Energie und Rohstoffen ganz erheblich steigen. Um diese Bedürfnisse noch angemessen befriedigen zu können, ohne unseren Planeten zu überfordern, brauchen wir eine Entkopplung des weltweiten Wirtschaftswachstums vom Verbrauch an Rohstoffen und Naturgütern sowie ein verantwortungsbewussteres Verhalten der Verbraucher.

In Deutschland haben wir bei der Entkopplung von Wachstum und Rohstoffverbrauch bereits erhebliche Fortschritte gemacht. Der Verbrauch an Rohstoffen ist gemessen am Gesamtwert aller in Deutschland erstellten Waren und Dienstleistungen in den letzten 20 Jahren um fast 50 Prozent verringert worden. Das spart Rohstoffe und damit viel Geld. Wir wollen alle Möglichkeiten ausschöpfen, den Rohstoff- und Energieverbrauch weiter zu senken, und entsprechende Anreize und Beratungsangebote für die Unternehmen weiterentwickeln. Ebenso wollen wir bei den Verbrauchern das Bewusstsein für einen verantwortungsbewussten und nachhaltigen Umgang mit Energie- und Rohstoffen, aber auch Gütern und Dienstleistungen schärfen.

Wir wollen weitergehen auf dem Weg zu einer echten Kreislaufwirtschaft. Nicht Abfälle, sondern die Wiederverwertung ist unser Ziel. Nachdem bereits in den vergangenen Jahren die Wiederverwertungsquoten weiter angestiegen sind, haben wir mit der Neuregelung des Kreislaufwirtschaftsgesetzes einen weiteren wichtigen Erfolg erzielt. Um zukünftig noch mehr Wertstoffe der Wiederverwertung zuzuführen und den Bürgern ein einfaches und zugleich komfortables Wertstoffersorgungssystem anzubieten, wollen wir die Verpackungstonne zu einer einheitlichen Wertstofftonne weiterentwickeln. Wir wollen, dass dabei private und kommunale Entsorger eingebunden bleiben.

Verlust der biologischen Vielfalt eindämmen – unsere Heimat lebenswert erhalten

Wir wollen den Naturreichtum und die Artenvielfalt unserer Heimat bewahren. CDU und CSU stehen für eine Naturschutzpolitik, die sich an die natürlichen Gegebenheiten vor Ort anpasst. Für uns ist eine gute Zusammenarbeit mit allen Beteiligten Voraussetzung für eine gelingende Naturschutzpolitik. Wir wollen alle ehrenamtlich Tätigen in den Umwelt- und Naturschutz- aber auch beispielsweise Landwirtschafts-, Tourismus- oder Anglerverbänden zum Mitmachen einladen.

Das erfolgreiche Bundesprogramm „Biologische Vielfalt“ wollen wir stärken. Das sogenannte Grüne Band entlang der ehemaligen innerdeutschen Grenze ist heute eines der naturreichsten Gebiete unseres Landes, das vielen – oft vom Aussterben bedrohten Tierarten – eine sichere Heimat gibt. Wir wollen die Schutzflächen, wo möglich, ergänzen und dafür weitere Flächen, die im Eigentum des Bundes sind, für den Naturschutz sichern.

Schutz vor Lärm und schädlichen Stoffen – unserer Gesundheit zuliebe

Jeder zweite Mensch in Deutschland fühlt sich durch Lärm gestört. Das wollen wir ändern. Vor allem die Nachtruhe der Menschen wollen wir besser schützen. Deshalb werden wir den Lärmschutz durch ein einheitliches Lärmschutzprogramm verbessern und die Berechnungsgrundlagen bei den Lärmbelastungswerten anpassen und vereinheitlichen.

Vor allem beim Ausbau und der Sanierung von Straßen und Eisenbahntrassen wollen wir dafür sorgen, dass die Lärmbelastung der Bevölkerung dauerhaft vermindert wird. Dazu tragen Lärmsanierungsprogramme und technische Neuerungen wie Flüsterasphalt bei. Auch bei Großprojekten wie Flughäfen steht für uns als Union der Mensch im Mittelpunkt. Wettbewerbsfähigkeit und Lärmschutz müssen miteinander in Einklang gebracht werden. Wir werden daher das Fluglärmgesetz weiterentwickeln und uns dafür einsetzen, die Lärmbelastung für die Menschen zum Beispiel durch leisere Flugzeuge zu vermindern.

Wir wollen in allen Bereichen gesunde Produkte. Schädliche Stoffe wollen wir in allen Verpackungsmitteln, Kleidung und Alltagsprodukten so weit wie möglich vermeiden.

Zur weiteren Verbesserung der Luftqualität setzen wir uns dafür ein, die Schadstoffe bereits an der Quelle zu vermindern. Auch die Feinstaubbelastung in den Städten wollen wir senken und dazu die Förderung von Rußpartikelfiltern weiterführen.

Wasser ist lebenswichtig – Trinkwasser, Gewässer und Meere schützen

Trinkwasser ist ein entscheidendes Lebensmittel. Unser Trinkwasser ist sicher und zählt zu den am besten kontrollierten Lebensmitteln in Deutschland. Die Trinkwasserversorgung und Entsorgung von Abwässern sind für uns Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Wir werden dauerhaft sicherstellen, dass Städte und Gemeinden selbst darüber entscheiden können, ob sie diese Aufgabe eigenständig oder in Partnerschaft mit privaten Unternehmen wahrnehmen.

Flüsse und Seen sind in den letzten Jahren viel sauberer geworden. In der Elbe – vor der Wiedervereinigung einer

der weltweit am stärksten belasteten Flüsse – ist heute wieder der Lachs zu Hause. Wir wollen die Wassergüte weiter verbessern, damit auch in anderen Flüssen und Gewässern der Artenreichtum weiter zunimmt.

Unsere Weltmeere sind durch Verschmutzungen unterschiedlicher Art stark belastet. Vor allem eine starke Überfischung und der Missbrauch der Meere als Müllkippe rauben unzähligen Wassertieren die Lebensgrundlage und drohen langfristig das gesamte Ökosystem Meer zu zerstören. Auch die Polarmeere in Arktis und Antarktis verdienen unseren besonderen Schutz: Mit ihrer einzigartigen Tierwelt und ihrem besonderen Naturhaushalt sind sie wichtige Klimamotoren für unsere Erde. Daher wollen wir, dass sich Deutschland im Rahmen der Staatengemeinschaft für einen weltweit besseren Schutz der Ozeane einsetzt. Wir wollen dabei mit gutem Beispiel vorangehen und die Verantwortung für die beiden Meere vor unserer Haustür stärker wahrnehmen: die Ostsee und die Nordsee mit dem besonders empfindlichen Weltnaturerbe Wattenmeer. Meeresschutz ist für uns eine Querschnittsaufgabe, die viele politische Entscheidungen berührt. Daher wollen wir die Beachtung des Meeresumwelt- und Meeresnaturschutzes in allen Politikfeldern durchsetzen.

Hochwasserschutz weiter voranbringen

Wir setzen uns für einen vorsorgenden Hochwasserschutz ein mit einem sinnvoll vernetzten Maßnahmenbündel für den natürlichen Hochwasserrückhalt, den technischen Hochwasserschutz beispielsweise durch Deiche und Rückhaltebecken sowie mit einer engen Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern sowie auf internationaler Ebene. Der beste Schutz vor Hochwasser ist, den Gewässern wieder mehr Raum zu geben, damit sie sich ungestört ausbreiten können. Deshalb wollen wir überall dort, wo das möglich ist, natürliche Auen wiederherstellen und Flusstälern ihren ursprünglichen Charakter belassen. Dort, wo dies nicht möglich ist, müssen wir die Menschen bestmöglich schützen. Wir wollen die Voraussetzungen schaffen, dass auch Maßnahmen zum technischen Hochwasserschutz zügig umgesetzt werden können.

Flächenverbrauch vermindern

Wir wollen, dass unsere natürlichen Böden für die Natur und die Landwirtschaft erhalten bleiben. Daher wollen wir die Versiegelung der Landschaft eindämmen und den

Flächenverbrauch für Wohnen, Gewerbe und Straßenbau von heute fast 90 Hektar bis zum Jahr 2020 um zwei Drittel auf 30 Hektar pro Tag senken. Wir wollen, dass Stadtplanungskonzepte dies berücksichtigen.

5.2 Verlässlicher Staat in Stadt und Land

Starke Kommunen – ein Gewinn für unser Land

Deutschland braucht starke Städte und einen starken ländlichen Raum. Wir sind stolz auf die regionale Vielfalt unseres Landes. Dort fühlen wir uns zu Hause. Deshalb unterstützen CDU und CSU alle Regionen unseres Landes nach Kräften. Bei unseren Entscheidungen auf der Ebene des Bundes haben wir die Kommunen immer im Blick. Wir wissen, dass unsere bundes- und europapolitischen Entscheidungen vor Ort in den Kommunen, von den ehrenamtlichen Gemeinde- und Stadträten, den Kreistagsabgeordneten, den Bürgermeistern, den Landräten und der Verwaltung umgesetzt und gelebt werden müssen. Die Beachtung kommunaler Anliegen wird unser Handeln daher auch künftig bestimmen. Die kommunale Selbstverwaltung ist ein tragendes Fundament unserer Demokratie, die wir stärken wollen. Kommunalpolitik bedeutet die ehren- und hauptamtliche Gestaltung der eigenen Heimat. Wir vertrauen den Verantwortlichen, dass sie vor Ort die richtigen Lösungen für das Wohl ihrer Städte, Gemeinden und Kreise finden.

CDU und CSU sind verlässliche Partner für die Kommunen

Wir investieren in die Infrastruktur, in hervorragende Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen, in eine gute Betreuungsinfrastruktur für junge Familien und ein attraktives Sport- und Kulturangebot. Wir setzen uns auch künftig für wichtige Infrastrukturvorhaben vor Ort ein, die die Wirtschaft voranbringen, neue Arbeitsplätze schaffen und die Umwelt schonen. Die Grünen dagegen bremsen und behindern allerorten, sobald es um neue Bahnhöfe, Schienen oder Straßen geht. Mit dieser Dagegen-Haltung nehmen sie billigend in Kauf, dass Regionen wirtschaftlich geschwächt und von der Entwicklung in anderen Teilen unseres Landes abgekoppelt werden. Wir wollen, dass unsere Städte und Regionen auch weiterhin alle Voraussetzungen dafür haben, zum Erfolg unseres Landes beizutragen.

Kommunalfinanzen krisenfest und zukunftsicher machen

Voraussetzung für eine gute kommunale Entwicklung sind solide Finanzen. Hierfür haben wir eine Vielzahl von Förderprogrammen zugunsten der Gemeinden, Städte und Landkreise aufgelegt. Die größte Hilfe aber ist, dass der Bund sich in erheblichem Umfang an den kommunalen Ausgaben für Sozialleistungen beteiligt. So übernimmt er künftig die vollständigen Kosten für die Grundversicherung im Alter und bei Erwerbsminderung. Das bedeutet allein bis 2020 eine Entlastung um 50 Milliarden Euro – eine enorme Erleichterung, die die Länder uneingeschränkt an die Kommunen weiterreichen müssen, damit es zu einer Stärkung der Gestaltungsmöglichkeiten vor Ort kommt.

Die Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung wollen wir weiterentwickeln und in ein Bundesleistungsgesetz für Menschen mit Behinderung überführen. Wir wollen, dass der Bund sich schrittweise an den Kosten beteiligt und die Kommunen auf diesem Weg wirksam und dauerhaft entlastet werden. Das stärkt die Finanzkraft der Kommunen und verschafft ihnen finanzielle Spielräume für ihre vielfältigen Aufgaben.

Wir treten dafür ein, dass Bund und Länder ihrer Verantwortung gegenüber der kommunalen Ebene gerecht werden und wollen gemeinsam die Verlässlichkeit der Finanzausstattung der Kommunen sichern. Wir werden auch diese Frage zum Gegenstand der geplanten Föderalismuskommission machen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die besondere Verantwortung gegenüber der kommunalen Ebene auch in Europa angemessen berücksichtigt wird.

Zusammenarbeit zwischen Kommunen stärken

Der Bevölkerungswandel ist eine der größten Herausforderung für die Kommunen. Das gilt besonders in den ländlichen Regionen. Wir wollen unsere Gemeinden und Städte dabei unterstützen und wollen die Möglichkeiten zur Zusammenarbeit von Kommunen verbessern. Eine gute und vertrauensvolle Kooperation zwischen benachbarten Gemeinden und Landkreisen kann helfen, bessere und wirtschaftlichere Lösungen für gemeinsame Aufgaben zu finden. Wo bestehende Regelungen oder steuerliche Fragen einer sinnvollen Zusammenarbeit entgegenstehen, wollen wir für Abhilfe sorgen.

Umnutzung aufgegebenen Bundeswehrstandorte unterstützen

Wenn Kasernen verkleinert oder geschlossen werden, wird der Umbau der Bundeswehr in den Kommunen ganz konkret. Gerade kleinere Kommunen sind schnell am Rande ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit, wenn sie größere Liegenschaften übernehmen sollen oder für die Nachnutzung größere Investitionen erforderlich sind. Wir wollen den Kommunen bei dieser Aufgabe helfen, indem sie beispielsweise Zuschüsse für erforderliche Investitionen zur Entwicklung der Standorte erhalten. Dafür werden wir ein Förderprogramm in Höhe von 100 Millionen Euro auflegen.

Das Rathaus soll den Menschen näher rücken

CDU und CSU stehen für eine bürgernahe Politik. Wir wollen Politik und Verwaltung transparent und nachvollziehbar gestalten, um die Bürgerinnen und Bürger besser als bisher zu informieren und einzubeziehen. Neue Projekte der Verwaltungsmodernisierung können helfen, die Menschen besser mit öffentlichen Dienstleistungen zu versorgen. Ein Schlüsselprojekt dafür ist eine bürgernahe Verwaltung vor Ort und die Nutzung der vielfältigen Möglichkeiten des „E-Government“, mit dem Behördenangelegenheiten bequem und jederzeit von zu Hause aus über das Internet erledigt werden können. Auch mobile Bürgerbüros können in Zukunft eine wichtige Rolle spielen, mit denen die Verwaltung zum Bürger kommt, wenn es vor Ort kein Rathaus oder Behördenstandort gibt.

Unsere Städte für alle attraktiv gestalten

Immer mehr Menschen zieht es in die Städte. Ihre Attraktivität als Wohn- und Arbeitsort ist ungebrochen. Sie sind Anziehungspunkte für Unternehmen sowie für Menschen aus aller Welt, die in unserem Land studieren, arbeiten oder als Touristen zu uns kommen. Wir setzen uns intensiv für unsere Städte ein – für die Metropolen ebenso wie für Städte im ländlichen Raum, weil wir wollen, dass die Menschen überall in Deutschland gut leben können.

Wir wollen, dass unsere Städte für Familien mit Kindern lebenswert sind. Sie sollen dort gute Wohn- und Lebensmöglichkeiten finden. Familien brauchen bezahlbaren Wohnraum in ausreichender Größe mit einem kindgerechten Umfeld. Das gilt es bei der Stadtplanung zu berücksichtigen. Wir wollen mit gezielten Anreizen im Steuerrecht und bei der Förderung mehr bezahlbaren Familienwohnraum schaffen.

Familien brauchen Freiräume: Wir haben dafür gesorgt, dass Kinderlärm durch Kitas und Spielplätze in Wohngebieten künftig kein Klagegrund mehr ist. Wir wollen weitere Signale für eine kinderfreundliche Gesellschaft setzen. Dafür werben wir auch bei Kommunen und Arbeitgebern.

Der Alltag junger Eltern soll entspannter werden. Wir wollen einen „Familientakt“ erproben: Ämter und Behörden, Schulen, Betreuungseinrichtungen, Dienstleistungsanbieter, Arbeitgeber und Verkehrsbetriebe sollen die zeitlichen Bedürfnisse von Familien besser berücksichtigen und ihre Öffnungs- und Sprechzeiten aufeinander abstimmen. Mit dem Familientakt haben Kommunen die Möglichkeit, ihrer Familienfreundlichkeit ein weiteres Kapitel hinzuzufügen. Wir wollen dafür werben und anhand von Pilotprojekten in Stadt und Land zeigen, wie ein Familientakt mit möglichst vielen Partnern umgesetzt werden kann.

Moderne und nachhaltige Stadtentwicklung

Städte sind lebendige Orte für Altansässige und Neubürger sowie für alle Generationen und Bedürfnisse. Wir setzen auf attraktive Innenstädte mit guten Wohn-, Kultur-, Arbeits- und Einkaufsmöglichkeiten.

Das bewährte Instrument der Städtebauförderung wollen wir fortführen und weiterentwickeln. Unser Ziel bleiben lebenswerte Innenstädte und attraktive Stadtquartiere auch im Zuge rückläufiger Bevölkerungszahlen und sich verändernder Strukturen. Wo es notwendig ist, werden wir dazu auch neue Förderschwerpunkte festlegen.

Städte haben mit ihrer Bevölkerungsdichte und als Wirtschaftsstandort eine besondere Rolle beim Umweltschutz. Daran wollen wir die klima- und umweltschonende Stadtplanung ausrichten. Wir wollen den kommunalen Umwelt- und Klimaschutz stärken. Unser Ziel ist die CO₂-neutrale, energie- und klimaangepasste Stadt. Im Rahmen der Hightech-Strategie der Bundesregierung werden wir hier neue Forschungsprojekte auf den Weg bringen.

Städtischen Verkehr intelligent organisieren

Wir unterstützen ein Miteinander der verschiedenen Verkehrssysteme. Ziele in der Stadt müssen zu Fuß, per Auto, per Rad und mit dem öffentlichen Nahverkehr gut erreichbar sein. Zudem setzen wir auf neue Mobilitätskonzepte wie beispielsweise die Elektromobilität, das Car-

Sharing und Mietfahrräder. Die wachsende Attraktivität des Fahrradverkehrs fördern wir weiter und setzen dabei neben dem Ausbau von Radwegen vor allem auf eine bessere Sicherheit für Radfahrer.

Städte als Ideenschmieden – Kulturzentren stärken

Die große Vielfalt der Kultur spielt in den Städten eine besondere Rolle. Wir wollen die Weichen richtig stellen, damit sich Kunst und Künstler entfalten können und möglichst viele Menschen Zugang zu kulturellen Angeboten in den Städten haben. Die Kreativwirtschaft ist für viele Städte ein wichtiger Teil ihrer Wirtschaftskraft geworden. Die Grundlagen für deren Arbeit wollen wir sichern und stärken.

Miteinander der Kulturen

In unseren Städten leben viele Menschen unterschiedlicher Kulturen und Nationen. Das macht unser Leben vielfältiger und reicher. Wir werben für ein gutes und tolerantes Miteinander der Menschen. Entstehende Probleme wollen wir durch dauerhafte Anstrengungen im Bereich der Integration lösen. Ein lebendiges Miteinander aus Alt- und Neubürgern in unseren Städten kann dazu beitragen, Missverständnisse von vornherein zu vermeiden. Deshalb werben wir für eine ausgewogene Vergabe von Mietwohnungen durch die städtischen Wohnungsbauunternehmen.

Reiseziel Stadt stärken

Unsere Städte sind weltoffen, gastfreundlich und bieten hohe touristische Standards. Für viele Menschen aus der ganzen Welt sind sie Anlass, unser Land zu besuchen. Deutschland ist als Reiseziel beliebter denn je. Der Städtetourismus trägt dazu maßgeblich bei und ist ein wichtiger Standbein für die regionale wirtschaftliche Entwicklung. Wir wollen die Deutsche Zentrale für Tourismus weiter stärken und damit der wachsenden Bedeutung des Tourismus als Wirtschaftsfaktor gerecht werden.

Starke ländliche Regionen – gute Heimat

Mit CDU und CSU haben die ländlichen Räume auch in der Bundespolitik wieder einen Stellenwert erhalten. Zusammen mit den Städten sind die ländlichen Regionen das Gesicht unseres Landes. Sie sind Heimat für mehr als die Hälfte der Menschen in unserem Land. Die Wirt-

schaft in den ländlichen Regionen wird stark geprägt von der Land- und Forstwirtschaft, aber auch viele Handwerks- und Gewerbebetriebe sind hier zuhause. Darunter sind viele moderne und leistungsfähige Betriebe, die oft sogar zu den Weltmarktführern ihrer Branche zählen.

In der Demografiestrategie spielen die ländlichen Regionen eine große Rolle. Zahlreiche Förderinstrumente wie zum Beispiel die Programme zur Dorferneuerung und zum Städtebau haben wir stärker auf die Bedürfnisse der ländlichen Räume ausgerichtet. Mit dem sogenannten Versorgungsstrukturgesetz erleichtern wir es Ärzten, sich in ländlichen Regionen niederzulassen und damit die medizinische Versorgung zu sichern.

Heimat bewahren – gute Chancen für morgen schaffen

Wir wollen eine verlässliche Förderung der ländlichen Regionen, damit sie auch künftig eine lebenswerte Heimat bleiben. Wir wollen die Infrastruktur stärken, damit zum Beispiel Bildungseinrichtungen oder Kinderbetreuungsangebote weiterhin auf dem Land gut erreichbar sind.

Eine starke Landwirtschaft, die gute und gesunde Lebensmittel herstellt, wird auch in Zukunft eine wichtige Grundlage für die wirtschaftliche Entwicklung der ländlichen Regionen sein ebenso wie Handwerk und Mittelstand.

Wir werden Förderprogramme, wie zum Beispiel die Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz (GAK), die Gemeinschaftsaufgabe Regionale Wirtschaftsförderung (GRK), und die Regionalförderung noch stärker miteinander vernetzen und bündeln. Die GAK soll zu einem Förderinstrument für den ländlichen Raum ausgebaut werden. Wir wollen auch verstärkt Regionalbudgets einsetzen und damit mehr Entscheidungen in die Hände der Menschen vor Ort legen.

Lebenswerte und attraktive ländliche Räume für Bürger und Wirtschaft

Wir wollen, dass die ländlichen Räume für Menschen und Unternehmen gleichermaßen attraktiv sind. Wir werden die Rahmenbedingungen für Existenzgründungen weiter verbessern, Investitionsanreize setzen und Wachstumsimpulse geben. Die Energiewende ist eine große Chance für den ländlichen Raum. Wenn die Wertschöpfung in den Regionen bleibt, können sich die Menschen direkt fi-

nanziell beteiligen, wenn sie beispielsweise Grund und Boden für Trassen und Energieanlagen zur Verfügung stellen.

Wir wollen ein lebendiges Miteinander in Dörfern und Gemeinden. Angesichts der Veränderung in der Bevölkerungsstruktur ist dies eine besondere Herausforderung. Deshalb geht es uns auch um die Unterstützung des Gemeinwesens und der Heimatkultur, um die Stärkung von Vereinen und Ehrenamt und einen familienfreundlichen Ausbau von Betreuungsplätzen, damit auch junge Familien eine Perspektive finden. Landfrauen, Landjugend, Feuerwehr, Sportvereine, Sozialverbände, kirchliche Gruppen und Vereinigungen der demokratischen Parteien sind eine starke Säule des Engagements in den ländlichen Regionen. Sie werden wir weiterhin verlässlich unterstützen und in die Entscheidungsprozesse einbinden. Dies gilt auch für das Schützenwesen mit seiner tiefen Verwurzelung in das heimatliche Leben und für die vielen Heimat- und anderen Vereine, die Brauchtum erhalten und pflegen.

Die in den Regionen vorhandene kulturelle Vielfalt trägt entscheidend zur Stärkung des Zusammenhalts der ländlichen Gemeinschaften bei. Deshalb werden wir das große ehrenamtliche Engagement, insbesondere im Bereich der Heimatkultur, weiter fördern.

Gute Versorgung und Erreichbarkeit sichern

Vor dem Hintergrund des Bevölkerungswandels sind die Sicherstellung einer flächendeckenden medizinischen, pflegerischen und sozialen Versorgung sowie die gute Erreichbarkeit dieser Einrichtungen eine große Herausforderung. Wir werden weitere Anstrengungen unternehmen und zum Beispiel die rechtlichen und technischen Voraussetzungen für eine bessere Versorgung mit telemedizinischen Leistungen und mobilen Gesundheitsdiensten schaffen. Auch die flächendeckende Versorgung mit Postdienstleistungen hat für uns einen hohen Stellenwert. Wichtig ist uns die Sicherung der Mobilität im ländlichen Raum, damit die Regionen weiterhin als Wohnort für Familien und als Standort für Unternehmen attraktiv sind. Wir werden darauf achten, dass der ländliche Raum an die großen Verkehrsachsen unseres Landes angeschlossen bleibt, ebenso wie an einen attraktiven Schienen- und Busverkehr. Dort, wo der öffentliche Linienverkehr nur eingeschränkt aufrecht zu erhalten ist, setzen wir auf neue Ansätze wie Rufbusse, Senioren- und Jugendtaxen, Mitfahrzentralen und kombinierte Personen-

und Gütertransporte. Für mobile Dienstleistungsangebote (zum Beispiel rollende Verkaufsläden, Apotheken und Banken) wollen wir die Rahmenbedingungen verbessern. Wir wollen den Wachstumstreiber Internet flächendeckend anbieten und dafür sorgen, dass die Menschen auf dem Land genauso Zugang zu schnellem Internet haben wie die Menschen in den großen Städten.

Ländlicher Raum als Ferienziel

Deutschlands reizvolle Landschaften sind ein Aushängeschild und Anziehungspunkt für viele Menschen in der ganzen Welt. Die zahlreichen Naturschutzgebiete, Nationalparks, Naturparks und Biosphärenreservate sind attraktive Urlaubsregionen. Mit Hilfe von Programmen auf Bundes- sowie EU-Ebene sollen sie offensiver beworben werden. Auf diese Weise können Angebote, zum Beispiel für Naturreisende, Wanderer, Bootsurlauber und Angler, Gesundheitsurlauber und für Familien mit Kindern, zur Aufwertung und Belebung des ländlichen Raumes beitragen und so auch die Tourismusbranche stärken. Dazu zählt auch Urlaub auf dem Bauernhof als eine naturnahe und besonders beliebte Form des Familienurlaubs.

5.3 Mehr Wohnraum für bezahlbare Mieten

Für uns haben die Wohn- und Lebensqualität der Menschen in Deutschland einen hohen Stellenwert. Ausreichender und bezahlbarer Wohnraum in ansprechender Qualität ist dafür unerlässlich und ein wichtiges Ziel unserer Politik. Seit 2009 steigt die Zahl neugebauter Wohnungen deutlich an. Wir wollen, dass sich dieser Trend fortsetzt. Dazu gehört für uns auch die weitere Förderung der selbstgenutzten Immobilie. Sie ist nicht nur ein wichtiger Beitrag zur Entlastung der Wohnungsnachfrage, sondern auch ein sinnvolles Instrument mit Blick auf die Altersvorsorge.

Wohn- und Lebensqualität der Menschen erhalten – mehr Wohnraum schaffen

Der Bau ausreichend vieler Wohnungen in Gebieten mit Wohnungsknappheit schützt vor einem zu starken Anstieg der Mieten. Die Wohnungsbauzahlen steigen wieder, reichen jedoch noch nicht aus, um überall dem gewachsenen Bedarf zu entsprechen. Das trifft vor allem auf Ballungszentren und Hochschulstandorte zu, aber auch auf eine Reihe von Mittelstädten. Wir wollen die Rahmenbedingungen verbessern und mit gezielten Anreizen

mehr bezahlbaren Wohnraum schaffen. Konkret wollen wir die degressive Abschreibung für den Mietwohnungsbau wieder einführen.

Stärkung des sozialen Wohnungsbaus

Zur Unterstützung einkommensschwächerer Haushalte bei den Wohnkosten wollen wir den sozialen Wohnungsbau stärken. Seit Jahren sinkt die Zahl der Wohnungen mit einer Mietpreis- und Belegungsbindung. Wir wollen diesen Trend umkehren und die Länder bei der sozialen Wohnraumversorgung unterstützen. Im Gegenzug wird von den Ländern die Zusage erwartet, dass sie diese Mittel zweckgebunden für den sozialen Wohnungsbau einsetzen. Die Schaffung studentischen Wohnraums in unseren Hochschulstädten gehört ausdrücklich dazu. Es geht dabei vor allem darum, ungenutzte Räumlichkeiten zu Studentenunterkünften umzuwandeln sowie den Bau von zusätzlichen Studentenwohnungen anzuregen. Der Bund und mehrere Länder unterstützen diese Maßnahmen bereits im Rahmen der bestehenden KfW-Programme und der sozialen Wohnraumförderung.

Vor Ort besteht eine Fülle an Möglichkeiten, den Wohnungsbau zu unterstützen. Hierzu gehören beispielsweise Bündnisse mit kommunalen Wohnungsunternehmen, die Entwicklung spezieller Fördermodelle, insbesondere für Familien und altersgerechtes Wohnen, sowie die verbilligte Abgabe kommunaler Grundstücke an Wohnungsbauinvestoren. Wir wollen gemeinsam mit den Ländern und Kommunen dazu beitragen, dass solche Initiativen mit Leben gefüllt werden, beispielsweise indem ungenutzte Flächen im Eigentum der öffentlichen Hand oder nicht mehr benötigte Immobilien wie ehemalige Kasernen oder Verwaltungsgebäude zur Verfügung gestellt werden.

Wohnen muss bezahlbar sein

Eines unserer zentralen Anliegen ist bezahlbarer Wohnraum für einkommensschwache Haushalte. Der Bund und die öffentliche Hand insgesamt kommen hier ihrer sozialen Verantwortung in beträchtlichem Umfang nach. Jahr für Jahr werden rund 17 Milliarden Euro für die Wohnkosten einkommensschwacher Haushalte aufgewendet. Das Wohngeld und die Erstattung der Kosten der Unterkunft im Rahmen der Sozialen Grundsicherung sichern die Mietzahlungsfähigkeit von Haushalten mit geringem Einkommen. Für diese Haushalte sollen verstärkt Belegungsrechte erworben werden.

Um Menschen mit geringem Einkommen direkt zu helfen und gutes Wohnen zu ermöglichen, wollen wir die Leistungen des Wohngeldes weiter verbessern. Wir wollen die Leistungshöhe und die Miethöchstbeträge an die Entwicklung der Bestandsmieten anpassen und setzen uns für eine Regelung ein, die für die Zukunft eine Anpassung der Wohngeldleistung an die Entwicklung der Wohnkosten sicherstellt.

Auch die Haushalte, die kein Wohngeld erhalten, werden wir unterstützen. Das soziale Mietrecht schützt vor unangemessenen Mietpreissteigerungen. Um flexibel auf die Mietenentwicklung in Ballungsräumen reagieren zu können, haben wir den Ländern die Möglichkeit eingeräumt, in Gebieten mit knappem Wohnraumangebot die Grenze für Mieterhöhungen innerhalb von drei Jahren von 20 auf 15 Prozent zu senken. Damit Wohnraum in Städten mit angespannten Wohnungsmärkten bezahlbar bleibt, werden wir den Ländern zudem die Möglichkeit einräumen in Gebieten mit angespannten Wohnungsmärkten bei Wiedervermietung von Bestandswohnungen Mieterhöhungen auf zehn Prozent oberhalb der ortsüblichen Vergleichsmiete zu beschränken. Diese Regel gilt nicht für Erstvermietungen in Neubauten.

Klare Regeln für Mieter und Vermieter

Das Dienstleistungsangebot im Immobiliensektor ist gewachsen. Damit verbunden sind oft neue Anforderungen an Haus- oder Wohnungseigentümer und Hausbauer. Auch Mieter und Käufer nutzen immer stärker professionalisierte Dienstleistungsangebote. Wir wollen daher den Verbraucherschutz bei Bau- und Dienstleistungen im Immobiliensektor ausbauen. Das betrifft zum Beispiel das Bauvertragsrecht und die Wohnungsverwaltung. Für Maklerleistungen wollen wir klare bundeseinheitliche Rahmenbedingungen schaffen, um mehr Rechtssicherheit zu erzielen. Vermieter und Mieter sollen weiter als Auftraggeber auftreten können.

Eigener Wohnraum sichert die Altersvorsorge

Wir unterstützen den Wunsch vieler Menschen nach einem Leben in den eigenen vier Wänden. Insbesondere junge Paare mit Kindern gehen dafür in der Gründungsphase ihrer Familie oft an die Grenzen der finanziellen Möglichkeiten, damit sie die oft größte Anschaffung ihres Lebens schultern können. Der Staat hilft beim Bausparen mit der Wohnungsbauprämie sowie mit der Arbeitnehmer-Sparzulage. Mit der Einführung der staatlich geförderten Eigenheimrente – als eine neue Form des Bausparens – haben CDU und CSU eine wichtige Maßnahme auf

den Weg gebracht, um den Eigentumserwerb zu erleichtern. Dieses Finanzpolster hilft, den Wunsch nach eigenen vier Wänden solide zu finanzieren. Die wachsenden Ansparsummen zeigen, dass das Instrument angenommen wird und lassen für die kommenden Jahre auch eine weiter steigende Eigentumsbildung im Wohnungsbau erwarten.

CDU und CSU sehen Wohneigentum auch als bewusste Entscheidung der Menschen für die Region und als Teil der Altersvorsorge. Deshalb wollen wir mit Blick auf die in manchen Regionen rückläufigen Bevölkerungszahlen die Möglichkeit schaffen, dass der Erwerb von Bestandsimmobilien, d. h. bereits vorhandene Wohnungen und Häuser, besser unterstützt wird als der Neubau. Das ist ein wichtiges Signal zur Aufwertung von Immobilien in oft schwierigen Märkten.

Zu Hause ist es am schönsten – auch in Zukunft

Die steigende Lebenserwartung bringt neue Herausforderungen an die Stadtentwicklung und den Wohnungsbau. Unser Ziel ist es, dass die Menschen möglichst lange in ihrer häuslichen Umgebung leben können. Dafür wollen wir mehr generationengerechten Wohnraum, der den Alltagsbedürfnissen von Familien mit Kindern bis hin zu denen von Senioren entspricht. Dazu kann auch der Umbau von vorhandenem Wohnraum beitragen. Ebenso sehen wir, dass gemeinschaftliche Wohnformen auch bei älteren Menschen zunehmend Zuspruch erhalten. Das wollen wir unterstützen. Wohnungsnahe Dienstleistungsangebote entlasten Menschen im Alltag und sollen gezielt ausgebaut werden. Für die verbesserte technische Ausstattung von generationengerechten Wohnungen werden wir die Forschung und Entwicklung in diesem Bereich unterstützen.

Die Stadtumbauprogramme haben sich bewährt. Wir wollen sie zu einem einheitlichen, inhaltlich aufgewerteten und integrierten Stadtumbauprogramm zusammenführen. In das Programm sollen alle Akteure, insbesondere die Wohnungsgesellschaften, die privaten Immobilienbesitzer und die Gewerbetreibenden einbezogen werden.

5.4 Gute Lebensmittel – nachhaltige Landwirtschaft

Die deutschen Land- und Forstwirte produzieren hochwertige Lebens- und Futtermittel, nachwachsende Rohstoffe und einen großen Teil der erneuerbaren Energien.

Sie gewährleisten damit nicht nur die Lebensgrundlage der Menschen, sondern sie prägen unsere Heimat durch die Pflege der Kulturlandschaft und den Erhalt von Traditionen. CDU und CSU wollen eine starke und in der Gesellschaft breit verankerte Land- und Forstwirtschaft. Wir wollen, dass möglichst viel von dem, was wir essen und an nachwachsenden Rohstoffen brauchen, von den Feldern und aus den Ställen unserer Bauern und aus den heimischen Wäldern kommt.

Uns leiten klare Grundsätze für eine verlässliche und nachhaltige Agrarpolitik: Wir haben Vertrauen in die heimische Land- und Forstwirtschaft und bleiben ihr ein verlässlicher Partner. Zugleich fördern wir angesichts sich verändernder Verbrauchervünsche und gesteigener gesellschaftlicher Anforderungen Offenheit, Information und Dialog. Probleme, Fragen und Sorgen der Bürger in Bezug auf die landwirtschaftliche Produktion im Ackerbau und in der Tierhaltung, insbesondere beim Umwelt- und Tierschutz, nehmen wir sehr ernst und lösen sie gemeinsam mit den Landwirten.

Unser Leitbild ist die bäuerlich unternehmerische Landwirtschaft, getragen von den Landwirten und ihren Familien vor Ort. Besonders die regionale Verwurzelung, nachhaltiges Wirtschaften, Eigentum und Verantwortung für den Betrieb, aber auch für Gesellschaft und Umwelt sind uns dabei wichtig. Eine von Kapitalinvestoren bestimmte Landwirtschaft lehnen wir ab.

Wir stehen zur Vielfalt unserer Landwirtschaft – konventionelle und ökologische Wirtschaftsweisen stehen gleichberechtigt nebeneinander. Wir fördern Haupt-, Zu- und Nebenerwerbsbetriebe, weil alle einen wichtigen Beitrag zu unserer leistungstarken Landwirtschaft leisten.

Zukunftsfähige Umsetzung der EU-Agrarpolitik 2014 bis 2020

Für die deutsche Landwirtschaft ist die Agrarpolitik der EU von großer Bedeutung. Wir wollen, dass die Gelder aus Brüssel bei den Landwirten ankommen und möglichst effizient eingesetzt werden. Dafür ist es wichtig, beide Säulen, auf denen die Landwirtschaftspolitik der EU aufbaut, zu erhalten.

Aus der ersten Säule erhalten die Landwirte Direktzahlungen für ihre Leistungen für die Gesellschaft, die nicht über den Markt abgegolten werden, wie beispielsweise die Landschaftspflege und Umwelt-, Tierschutz und Ver-

braucherstandards in Europa. Die zweite Säule unterstützt die Entwicklung in den ländlichen Räumen und die Umsetzung von Maßnahmen für eine umweltgerechte Landwirtschaft. Überlegungen von Rot-Grün, die Direktzahlungen an die Landwirte zu kürzen, lehnen wir ab. Zur Stärkung der bäuerlichen Landwirtschaft und der Familienbetriebe wollen wir die ersten Hektare jedes Landwirtschaftsbetriebs künftig mit einem höheren Betrag an Direktzahlungen fördern. Besonders werden wir Junglandwirte unterstützen und junge Menschen ermuntern, den Beruf des Landwirtes zu ergreifen.

Unser Ziel ist es, Umwelt und Landwirtschaft noch enger miteinander zu verzahnen. Wir stehen zum sogenannten „Greening“, das heißt der noch stärkeren Bindung der Direktzahlungen an Umweltleistungen. Eine verpflichtende Stilllegung von landwirtschaftlichen Flächen wird es mit uns nicht geben. Über die zweite Säule werden wir weiterhin zukunftsfähige Entwicklungen im ländlichen Raum fördern, der ganz besonders von einer starken Land- und Forstwirtschaft lebt. Deshalb werden wir Agrarumweltprogramme ausbauen und Investitionen in die Betriebe ermöglichen. Wir werden auch in Zukunft ein wirksames Sicherheitsnetz spannen zum Schutz unserer Landwirte vor extremen Markteinbrüchen. Wir werden die Beschlüsse aus Brüssel mit so wenig Bürokratie wie möglich umsetzen.

Gute Tierhaltung und bester Tierschutz

Artgerechte Tierhaltung und ein hohes Tierschutzniveau sind für uns von zentraler Bedeutung. Wir wollen Ställe, in denen Tiere gute Haltungsbedingungen haben. Deshalb fördern wir neue tiergerechte Ställe und erhöhen die Forschungsmittel zur Verbesserung der Haltungsformen. Ebenso werden wir die Maßnahmen zur Verringerung des Einsatzes von Antibiotika in der Tierhaltung vorantreiben. Sachkunde und Qualifikation sind für uns unabdingbare Voraussetzung für die Tierhaltung. Wir setzen uns für einheitlich höhere Tierschutzstandards mit einer Reduzierung und festen Begrenzung der Tiertransportzeiten in der EU ein. Der wichtigen Arbeit der Imker gilt unsere Wertschätzung. Zum Schutz der Bienen werden wir Forschungsprojekte ausbauen.

Die Milcherzeuger im Wettbewerb stärken

Wir wollen, dass Deutschland auch nach dem Auslaufen der Milchmengenregelung 2015 Milchland Nummer eins in Europa bleibt. Dazu werden wir die Milcherzeuger bei

der Entwicklung ihrer Betriebe unterstützen, ihre Position am Markt und in der Wertschöpfungskette stärken und die Zusammenarbeit zwischen Erzeugern und Verarbeitern befördern. Zudem werden wir die Milchbauern bei der Erschließung zusätzlicher Einkommensmöglichkeiten, wie z. B. der Gülleverwertung in kleinen Biogasanlagen, unterstützen. Weiterhin wollen wir die Grünlandwirtschaft auch beim Greening anerkennen und prüfen die Einführung einer Raufutterprämie.

Markt- und Verbraucherorientierung auf regionalen wie internationalen Märkten – Bundesregionalprogramm

Die deutsche Landwirtschaft soll sowohl die Chancen der heimischen Märkte als auch des europäischen und des stark wachsenden Weltmarkts nutzen können. Dazu werden wir die deutsche Agrar- und Ernährungswirtschaft bei der Erschließung von Exportmärkten auch weiterhin unterstützen.

Besonders wichtig ist uns die Stärkung der regionalen Märkte. Immer mehr Menschen richten ihre Kaufentscheidung danach aus, woher die Lebensmittel kommen. Dafür brauchen sie verlässliche und schnell erkennbare Informationen. Wir werden ein Bundesregionalprogramm starten, mit dem wir Transparenz beim Einkauf regionaler Lebensmittel schaffen.

Als ein Element werden wir das von der Bundesregierung entwickelte „Regionalfenster“ für die Lebensmittelpackung bundesweit einführen. Die deutschen Ökobetriebe werden wir weiter verlässlich fördern. Unser Ziel ist es, die große Nachfrage nach Bioprodukten mit heimischen Erzeugnissen zu befriedigen.

Schutz land- und forstwirtschaftlicher Flächen verbessern

Wir wollen möglichst viele land- und forstwirtschaftliche Flächen erhalten. Deshalb wollen wir den Bau neuer Gebäude und Straßen so gestalten, dass dafür möglichst wenig unbebaute Flächen genutzt werden müssen. Dort, wo die Nutzung neuer Flächen nicht vermeidbar ist, wollen wir den erforderlichen Naturschutzausgleich verstärkt auf Umweltmaßnahmen der Land- und Forstwirtschaft, die Aufwertung und Pflege schon bestehender Ausgleichsflächen und Naturschutzgebiete sowie die Entsiegelung von bebauten Flächen konzentrieren. Die Möglichkeiten für die Zahlung von Ersatzgeld wollen wir ausweiten. Mit

den Zahlungen wollen wir einen Fonds schaffen, aus dem der Rückbau bebauter, aber nicht mehr gebrauchter Flächen in einen naturnahen Zustand erfolgen kann.

Wettbewerbsfähigkeit und Qualifikation fördern

Investitionen für neue Maschinen, Anlagen und Produkte sowie die Ausbildung der Beschäftigten und deren Weiterqualifikation sind die Grundlagen für eine zukunftsfähige Entwicklung der Agrarwirtschaft und für mehr Tier- und Umweltschutz. Wir werden sie weiter verlässlich mit den Mitteln der Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz (GAK) fördern.

Wir werden die Agrarforschung ausbauen. Schwerpunkte der Forschungen sind die Entwicklung besonders tiergerechter Haltungsverfahren, die effiziente und verantwortungsvolle Nutzung der Biomasse für Nahrungsmittel, Bioenergie und nachwachsende Rohstoffe sowie die Gewährleistung der Lebensmittelsicherheit. Mit einer Innovationsoffensive wollen wir die deutsche Agrarwirtschaft bei der Bewältigung neuer Herausforderungen unterstützen.

Damit die Landwirte sich gegen Preis- und Ertragschwankungen besser absichern können, werden wir unseren Landwirten die steuerliche Risikorücklagenbildung erleichtern.

Bioenergie und nachwachsende Rohstoffe verantwortungsvoll nutzen

Die Erzeugung von Nahrungs- und Futtermitteln durch die deutsche Landwirtschaft hat auch in Zukunft Vorrang vor einer Nutzung zur Energie- oder Kraftstoffgewinnung.

Dort, wo nachwachsende Rohstoffe für die energetische Nutzung verwendet werden, setzen wir auf mehr Marktorientierung, d. h. auf Erzeugung und Lieferung nach Bedarf. Wir werden bei neuen Biogasanlagen insbesondere die bedarfsgerechte Verstromung und die Nutzung von Reststoffen fördern. Zudem werden wir die Erforschung neuartiger Energiepflanzen als Alternative zum Mais ausbauen und uns für die Fortführung der Beimischquoten im Biokraftstoffbereich einsetzen.

Nachhaltige Waldbewirtschaftung

In diesem Jahr erinnern wir an den 300. Jahrestag der Einführung des Nachhaltigkeitsbegriffs durch Hans Carl von

Carlowitz. Der von ihm erstmals beschriebene Begriff hat für uns bis heute Gültigkeit. Mehr als ein Drittel der Fläche Deutschlands ist Wald. Unser Wald ist nicht nur als Lieferant des natürlichen Rohstoffs Holz wichtig, sondern auch für Umwelt und Naturschutz sowie die Erholung der Menschen unverzichtbar. Nachhaltige Forstwirtschaft sichert diese Funktionen. Dazu wollen wir die Wertschöpfungskette Holz weiter stärken. Die Leistungsfähigkeit der überwiegend kleinteiligen Eigentümerstruktur wollen wir erhöhen, indem wir die Zusammenarbeit zum Beispiel in der Vermarktung von Holz fördern. Der Aufbau klimastabilerer Wälder mit unterschiedlichen Baumarten ist uns wichtig. Zur Förderung der Nutzung von nachhaltig erzeugtem heimischem Holz unterstützen wir eine Herkunftskennzeichnung. Wir bekennen uns zur Jagd, die einen wichtigen Beitrag für Natur und Tierwelt sowie für die Umweltpflege leistet. Deshalb werden wir das Jagdrecht in der jetzigen Form erhalten.

Stabiles landwirtschaftliches Sozialversicherungssystem

Das eigenständige Sozialversicherungssystem für die Landwirtschaft hat sich bewährt. Wir stehen dafür ein, dass es sich im Gleichklang mit den anderen gesetzlichen Sozialversicherungen entwickelt und auch in Zukunft die Beiträge der Landwirtschaft bezahlbar bleiben.

Stärkung des deutschen Wein- und Gartenbaus

Wein ist eines der ältesten Kulturgüter Deutschlands. Der Weinbau prägt viele deutsche Landschaften in einzigartiger Weise. Damit die klassischen Weinbaugebiete, insbesondere der Steillagenweinbau in Deutschland erhalten bleiben, setzen wir uns für eine wirksame EU-Weinmarkt-Regelung ein. Der Gartenbau ist Teil unseres starken Mittelstands. Wir werden ihn beispielsweise bei der Entwicklung energiesparender Produktionsweisen weiter unterstützen.

Keine Biopatente auf Nutztiere und Nutzpflanzen

Die breite Vielfalt von Nutztieren und Pflanzen ist eine besondere Stärke unserer Landwirtschaft. Diese wollen wir sichern und auch nicht von der weltweit steigenden Zahl von Patentanmeldungen auf Tiere und Pflanzen gefährden lassen. Für uns gibt es Unterschiede zwischen einem Patent auf ein Auto und einem Apfel. Deshalb spre-

chen wir uns gegen Patente auf herkömmliche Züchtungsverfahren aus und wenden uns auch gegen die Patentierbarkeit von landwirtschaftlichen Nutztieren und Nutzpflanzen daraus.

5.5 Verbraucher stärken

Wir trauen den Menschen etwas zu. Unser Leitbild ist der eigenverantwortlich handelnde Verbraucher. Er braucht transparente, verständliche und vergleichbare Angebote. Aufgabe von Verbraucherpolitik ist es, dafür zu sorgen, dass die Produkte sicher sind und die Verbraucher verständliche Informationen erhalten. Verbraucher brauchen starke Rechte, aber keine Bevormundung. Angesichts des freien Warenverkehrs in Europa und des zunehmenden weltweiten Handels reichen nationale Regelungen allein nicht mehr aus, um Verbraucher wirksam zu schützen. Deshalb setzen wir uns dafür ein, die EU-Verbraucherpolitik auszubauen und das hohe deutsche Schutzniveau in ganz Europa zu verankern.

CDU und CSU haben in der Verbraucherpolitik viel erreicht: Beispiele dafür sind eine bessere Lebensmittelkennzeichnung, die Einführung von Fahrgastrechten mit Entschädigungspflicht bei Verspätungen und die bessere Information bei Geldanlagen. Verbraucher dürfen am Telefon nicht mehr mit Werbeanrufen belästigt werden und wer sich in der Warteschleife von Servicenummern befindet, muss dafür nicht mehr bezahlen.

Einrichtungen zum Schutz des Verbrauchers verlässlich unterstützen und Experten einbinden

Diesen erfolgreichen Weg des Verbraucherschutzes wollen wir konsequent weiter gehen. Deshalb werden wir Organisationen zur Beratung der Verbraucher, wie zum Beispiel die Stiftung Warentest und der Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv), weiter unterstützen. Darüber hinaus werden wir einen „Sachverständigenrat für Verbraucherpolitik“ mit unabhängigen Experten und Wissenschaftlern einrichten.

Er soll regelmäßig einen „Lagebericht der Verbraucher“ mit Empfehlungen an die Politik erstellen. Die in Deutschland in den vergangenen Jahren erfolgreich verankerte Verbraucherforschung werden wir ausbauen und weiter vernetzen, um neueste Erkenntnisse in die Verbraucherpolitik einfließen zu lassen.

Verbraucherbildung von klein an

Verbraucherbildung beginnt von klein an in der Kita, in den Schulen und geht bis zur Erwachsenenbildung, zum Beispiel in den Volkshochschulen. Zusammen mit den Ländern arbeiten wir daran, dass Verbraucherbildung ein fester Bestandteil in den Bildungseinrichtungen wird. Dazu gehört, das Wissen über ausgewogene Ernährung und gute Haushaltsführung, über finanzielle Angelegenheiten und den Umgang mit den digitalen Medien zu stärken.

Wegweiser durch die Konsumwelt

Im Alltag ist es für Verbraucher wichtig, dass sie schnell und einfach auf Verbraucherinformationen zugreifen können und vertrauenswürdige und kundenfreundliche Unternehmen schnell erkennen können. Deshalb wollen wir als Wegweiser für Verbraucher zum Beispiel Verbraucher-Apps und kompakte Informationen anbieten.

Wir werden das Projekt „Klarheit und Wahrheit“ mit der Internetplattform „Lebensmittelklarheit.de“ auch für andere Felder entwickeln, wie zum Beispiel bei Haushaltswaren und Bedarfsgegenständen. Auf dieser Internetplattform können Verbraucher Produkte nennen, von denen sie sich getäuscht fühlen. Die Verbraucherzentrale bewertet die Kennzeichnung und die betroffenen Unternehmen können dazu Stellung nehmen.

Gemeinsam mit Rechtsexperten, Verbraucher- und Datenschützern sowie Wissenschaftlern werden wir Kriterien für einen Check Allgemeiner Geschäftsbedingungen (AGB-Check) entwickeln. Er soll die Verbraucherfreundlichkeit transparent machen.

Wir wollen, dass hochwertige und benutzerfreundliche Produkte ein Markenzeichen der deutschen Wirtschaft bleiben. Dafür werden wir ein Verbrauchersiegel schaffen. Unternehmen können sich damit ihre Verbraucherfreundlichkeit bestätigen lassen. Anhand dieses Gütesiegels lassen sich dann verbraucherfreundliche Unternehmen besonders leicht erkennen. Das schafft ein Mehr an Vertrauen und Sicherheit.

Verbraucherrechte besser durchsetzen

Verbraucher sollen im Streitfall schnell und einfach zu ihrem Recht kommen. Dazu werden wir einen bundesweiten Online-Schlichter einführen, der unbürokratisch hilft, wenn beim Kauf im Internet etwas schief geht.

Sichere Lebensmittel – Betrug europaweit erschweren

Sichere Lebensmittel, klare Kennzeichnung und gesunde Ernährung sind für uns zentral. Dazu gehört Null-Toleranz bei Betrug im Lebensmittelbereich. Wir wollen Lebensmittelbetrug europaweit erschweren und härter bestrafen. Lebensmittelskandale können so rasch und umfassend aufgedeckt werden.

Die staatliche Überwachung auf Ebene des Bundes und der Länder muss verbessert werden. Wir wollen die Einfuhrkontrollen an den Außengrenzen der EU sowie die Kontrollen im Inland stärken. Wir brauchen EU- und bundesweit eine hohe Kontrolldichte und einheitlich hohe Standards.

Private und staatliche Kontrollen werden wir noch besser verzahnen und die Anforderungen an die Eigenkontrollsysteme der Unternehmen erhöhen.

Wir werden ein Frühwarnsystem für den Lebensmittelsektor in Europa entwickeln, das wirtschaftliche Anreize für Betrüger frühzeitig ausfindig machen soll. Keiner soll an Lebensmittelbetrug verdienen. Neben härteren Strafen wollen wir auch die Möglichkeiten zur Abschöpfung von Gewinnen, die durch kriminelle Handlungen im Lebensmittelbereich erzielt wurden, umsetzen.

Klare Kennzeichnung von Lebensmitteln

Für uns gilt: Lebensmittel müssen klar gekennzeichnet sein. Dazu gehört, dass alle Angaben gut lesbar sind und die Verpackung dem Inhalt entspricht. Verbraucher sollen auch wissen, ob Lebensmittel mit gentechnischen Verfahren erzeugt worden sind, aus welcher Region ein Produkt kommt und unter welchen Bedingungen Tiere gehalten werden. Deshalb werden wir gemeinsam mit der Landwirtschaft sowie den Tierschutzverbänden eine „Transparenzoffensive Tierhaltung“ starten, wozu eine verlässliche Tierschutzkennzeichnung gehört. Auch setzen wir uns für eine europaweit verpflichtende Herkunftskennzeichnung von Lebensmitteln, insbesondere von Fleischerzeugnissen, ein. Das Klonen von Tieren zur Nahrungsmittelerzeugung lehnen wir ebenso wie eine Vermarktung solcher Erzeugnisse in Deutschland und Europa ab.

Gesunde ausgewogene Ernährung und sorgsamer Umgang mit Lebensmitteln

Wir wollen das Bewusstsein für ausgewogene Ernährung stärken. Deshalb werden wir die Kampagne „IN FORM –

Deutschlands Initiative für gesunde Ernährung und mehr Bewegung“ mit Informationen und Empfehlungen sowie Projekten und Aktionen für Familien, Bildungseinrichtungen, Unternehmen und Senioren fortführen und ausbauen. Strafsteuern für bestimmte Lebensmittel lehnen wir ab.

Lebensmittel sind hochwertige Güter und dürfen nicht achtlos verschwendet werden. Wir wollen die Menschen für den Wert und den guten Umgang mit Lebensmitteln sensibilisieren und die Information, beispielsweise über Haltbarkeit und Lagerung, verbessern. Wir sagen der Wegwerfmentalität den Kampf an und werden dazu mit dem Lebensmittelhandel, den Verbrauchern und Tafeln sowie anderen Beteiligten an der Erreichung des EU-Ziels zur Halbierung der Lebensmittelabfälle arbeiten.

Sicheres Spielzeug

Kinder als Verbraucher sind besonders schutzbedürftig. Deshalb setzen wir uns weiter für die Sicherheit von Kinderspielzeug auf dem EU-Binnenmarkt ein.

Sicherheit bei Finanzgeschäften

Damit Verbraucher bei Finanzgeschäften besser geschützt sind, haben wir bereits Produktinformationsblätter und das Beratungsprotokoll verpflichtend gemacht. Wir werden beide Instrumente im Hinblick auf die praktische Handhabung überprüfen und mit Verbesserungen für Anleger weiterentwickeln. Die staatlich geförderte private Altersvorsorge werden wir verbraucherfreundlicher gestalten und ihre Verwaltungskosten wirksam begrenzen. Zudem werden wir die Einführung der unabhängigen Honorarberatung, bei der die Provision des Produktanbieters durch ein Honorar des Verbrauchers ersetzt wird, für alle Finanzprodukte vorantreiben.

Wir werden ein Girokonto für Jedermann einführen, damit auch Menschen mit sehr niedrigem Einkommen ihren Zahlungsverkehr abwickeln können. Wir wollen für alle den Bankwechsel erleichtern. Wir wollen Banken verpflichten, Kunden beim Übertritt in den teuren Dispokredit einen Warnhinweis zu geben. Und wir werden ein Vergleichsportal einrichten, damit Kunden auf einen Blick alle wesentlichen Informationen über Bankgebühren erhalten.

Markenzeichen „Seniorenfreundlichkeit“

Seniorinnen und Senioren sind eine große und selbstbewusste Verbrauchergruppe. Deshalb wollen wir älteren

Menschen mehr spezifische Beratung und Information zukommen lassen. Das umfasst auch gezielte Informationen darüber, welche Unterstützungsleistungen und Angebote es für die Pflege und Hilfe zu Hause gibt und wie deren Qualität zu bewerten ist. Ebenso wollen wir die Suche nach dem richtigen Seniorenheim erleichtern.

Verbraucherrechte in der digitalen Welt stärken

Wir wollen, dass Verbraucher die großen Chancen des Internets sicher nutzen können – etwa beim Online-Einkauf, bei Bankgeschäften, bei Reisebuchungen, in sozialen Netzwerken und bei der Recherche von Informationen. Dazu gilt es, einen möglichst umfassenden Datenschutz für die Verbraucher zu gewährleisten und Verbraucherrechte im Netz zu sichern. Das hohe deutsche Datenschutzniveau muss auch bei der Überarbeitung des EU-Datenschutzrechtes erhalten bleiben. Verbraucher haben ein Recht auf Selbstbestimmung über ihre persönlichen Daten und auf den Schutz ihrer Privatsphäre. In der grenzenlosen Welt des Internets brauchen wir international möglichst einheitliche Standards zum Schutz der Verbraucher.

Wir wollen, dass für die Nutzung von persönlichen Daten der Grundsatz der ausdrücklichen Einwilligung gelten muss. Unser Ziel ist es, das Recht auf Löschen der eigenen Daten, verbraucherfreundlich gewählte Voreinstellungen zur Privatsphäre vor allem in sozialen Netzwerken und die Berücksichtigung des Datenschutzes in der Entwicklung neuer Techniken und Produkte durchzusetzen.

5.6 Kultur und Medien – Kreativität und Vielfalt schützen

Deutschland ist eine Kulturnation. Wir wollen das reiche kulturelle Erbe unseres Landes bewahren. Kunst und Kultur prägen unsere Identität. Wir bekennen uns zur Freiheit der Kunst und wollen gute Voraussetzungen schaffen, damit Kunst und Kultur als Grundlage unseres Zusammenlebens erhalten bleiben.

Durch die im Grundgesetz verankerte Aufgabenverteilung sind Länder und Kommunen im Bereich von Kunst und Kultur in besonderer Weise verantwortlich. Wir wollen ihnen weiterhin ein verlässlicher Partner sein: Dazu haben wir die Kulturförderung auf hohem Niveau fortgeführt und dadurch die Rahmenbedingungen für eine lebendige Kulturlandschaft gesichert. Der Kulturhaushalt

des Bundes ist seit 2005 regelmäßig gestiegen, insgesamt um über 21 Prozent. Auch in den kommenden Jahren werden wir diesen Kurs fortsetzen, indem wir mit dem Kulturhaushalt Bewährtes weiter unterstützen und zugleich neue Schwerpunkte setzen. Das gilt für das kulturelle Erbe ebenso wie für zeitgenössische Kunst, für Breitenkultur ebenso wie für künstlerische Spitzenleistungen. Neben der staatlichen Verantwortung ist bürgerschaftliches Engagement unverzichtbar. Unsere Aufgabe sehen wir darin, gute Bedingungen zu schaffen, unter denen Kunst und Kultur gedeihen können.

Freie und starke Medien sind ein zentrales Element unserer freiheitlichen Ordnung. Ihre Vielfalt wollen wir durch geeignete Rahmenbedingungen auch in Zukunft unterstützen. Dazu gehören Maßnahmen zur Sicherung der Qualität der Medien genauso wie Angebote zur Stärkung der Medienkompetenz, die auch künftig zu einem aufgeklärten Umgang mit den Medien beitragen.

Kulturelle Bildung

Ohne Bildung gibt es keine Kultur und ohne Kultur keine Bildung. Deshalb sollen schon die Kleinsten lernen, Kultur als selbstverständlichen Teil des Lebens zu begreifen. Damit jeder seinen ganz eigenen Zugang zu kulturellen Angeboten und Ausdrucksformen, wie Tanz, Musik, Bildende Kunst, Literatur oder digitale Medien, finden kann, wollen wir mit Bundesmitteln Initiativen, wie „Jedem Kind ein Instrument“ (JeKi), „Kulturagenten“ oder „Kinder zum Olymp“, weiter unterstützen. Außerdem werden wir mit dem Programm „Kultur macht stark. Bündnisse für Bildung“ außerschulische Angebote, wie Vorlesepaten, Theater, Musikschulen oder Bibliotheken, fördern und uns so für die musische, ästhetische und kulturelle Entwicklung junger Menschen einsetzen. Um kulturelle Bildung dauerhaft vor Ort anbieten zu können, wollen wir auch Partnerschaften zwischen Schulen und Kultureinrichtungen stärken.

Pflege der deutschen Sprache

Die deutsche Sprache ist wesentlicher Ausdruck unserer reichen Kultur. Wir bekennen uns ausdrücklich zur Pflege unserer Sprache, wollen ihre Ausdruckskraft erhalten und daher auf unnötige Anleihen zum Beispiel aus der englischen Sprache verzichten sowie auf verständliche Texte achten.

Derzeit erleben wir, dass das Interesse an unserer Sprache weltweit zunimmt: Die Goethe-Institute, die deut-

schen Auslandsschulen und die Deutsche Welle leisten einen wichtigen Beitrag dazu, diesen Bedarf zu decken. Wir werden auch in Zukunft für das Deutschlernen werben und die benötigten finanziellen Mittel zur Förderung der deutschen Sprache im Ausland bereitstellen.

Hauptstadt-Kulturvertrag

Deutschland lebt kulturell von und durch seine vielfältigen Regionen. Gleichwohl spielt Berlin als Hauptstadt im kulturellen Selbstverständnis unserer Nation eine bedeutende Rolle. Mit der Bundes-Kulturpolitik erkennen wir die Bedeutung Berlins für unsere Nation an. Da der aktuelle Hauptstadtfinanzierungs-Vertrag Ende 2017 ausläuft, werden wir die Finanzausstattung neu regeln.

Erinnerung an Diktatur und Gewaltherrschaft – Gedenkpoltik

Deutschland steht aufgrund seiner Geschichte besonders in der Pflicht, die Erinnerung an Ursachen und Folgen von Diktatur und Gewaltherrschaft wachzuhalten.

Die Aufarbeitung der NS-Diktatur mit ihrem Völkermord an den europäischen Juden und ihren Verbrechen an den Millionen Menschen, die entrechtet, verfolgt, gequält und ermordet wurden, muss fortgesetzt werden. Hier bleiben wir in der Verantwortung gerade gegenüber der Jugend, damit Rassismus und Extremismus nie mehr eine Chance haben.

Auch die Aufarbeitung der SED-Diktatur muss fortgesetzt werden. Gerade jungen Menschen wollen wir die Zeit der Teilung Deutschlands und die Ursachen und Folgen von Unterdrückung und Unrecht in der DDR durch verstärkte Anstrengungen zur geschichtlichen Aufarbeitung vermitteln.

Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik

Wir sind eine reiche und vielfältige Kulturnation. Kultur ist ein Botschafter unseres Landes. Wir wollen auf die Vielfalt der Kultur in den Ländern und Regionen unseres Landes hinweisen, damit das Interesse an einem Besuch wecken oder zum Lernen unserer Sprache ermuntern. Zugleich leistet die auswärtige Kultur- und Bildungspolitik Deutschlands in anderen Ländern einen wichtigen Beitrag zur Völkerverständigung und europäischen Integration, indem wir selbst mehr über die Lebensumstände, Interessen und Traditionen unserer Nachbarn und anderer Nationen erfahren.

Denkmalschutz vorantreiben

Alte Dorfkirchen, Fachwerkhäuser, Burgen oder Schlösser: In unserem Land gibt es rund 1,3 Millionen Denkmäler. Es gehört zu den wichtigsten Aufgaben unserer Kulturturnation, diese einzigartigen Bauten zu schützen. Wir stehen verlässlich zu dieser Verpflichtung und werden uns weiter für den Erhalt und Schutz unseres Bauerbes einsetzen.

Kultur- und Kreativwirtschaft

Die Kultur- und Kreativwirtschaft ist nicht nur eine vielfältige Branche, sie bringt auch kulturell und wirtschaftlich bedeutende Produkte und Dienstleistungen hervor: Dazu gehört zum Beispiel die besonders qualitativ gestaltete Kita oder der Verleger, der die Klassiker der Weltliteratur als elektronische Bücher für mobile Endgeräte herausbringt. Die Kultur- und Kreativwirtschaft bietet rund einer Million Menschen Arbeit. Um diese Branche weiter voranzubringen, werden wir die „Initiative Kultur- und Kreativwirtschaft“ fortführen. Außerdem werden wir die Zusammenarbeit von Kultur und Tourismus fördern. Die Verbindung von kulturellen Angeboten mit der Kreativwirtschaft trägt dazu bei, Städte und Regionen attraktiver zu machen.

Würdigung der Reformation

Im Jahr 2017 erinnert Deutschland an den Beginn der Reformation vor 500 Jahren. Hierbei handelt es sich um ein Ereignis von Weltrang, das es uns auch ermöglicht, die christliche Prägung unseres Landes zu verdeutlichen. Zahlreiche Schauplätze der Reformation in Ost und West wie die Lutherstadt Wittenberg oder die alte Reichsstadt Augsburg zeugen von der nationalen Bedeutung dieses Ereignisses. Deshalb werden wir das Jubiläum in seiner Vorbereitung und Durchführung unterstützen.

Stabilisierung der Künstlersozialversicherung

Viele selbstständige Künstler, freie Journalisten, Schriftsteller und Autoren leben in wirtschaftlich unsicheren Verhältnissen. Mit der Künstlersozialversicherung, die wir dauerhaft stabilisieren wollen, haben wir ein bewährtes Instrument, um freischaffenden Künstlern und Publizisten Zugang zur gesetzlichen Kranken-, Pflege- und Rentenversicherung zu ermöglichen. Unser vorrangiges Ziel ist es, einen Anstieg des Abgabesatzes zu verhindern.

Bedeutung von Medienvielfalt für die Demokratie

Medien sind in Deutschland zweierlei: Kultur- und Wirtschaftsgut. Meinungs- und Informationsfreiheit sind notwendige Grundlagen unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Wir wollen die Vielfalt und Qualität der Medien sichern – auch in einer sich schnell wandelnden Medienwelt. Voraussetzung für eine vielfältige Medienlandschaft sind gleichberechtigte und gleichwertige Medienarten. Wir wollen Rahmenbedingungen sichern, die einen fairen Wettbewerb gewährleisten. Die Zusammenarbeit von Bund und Ländern ist dafür wichtig – insbesondere bei der Vertretung von Medienfragen in Europa.

Chance Digitalisierung

Entscheidende Triebfeder der aktuellen Medienentwicklung ist die Digitalisierung. Sie verändert das Medienangebot und das Nutzungsverhalten der Menschen grundlegend. Zudem löst sie die klassischen Mediengattungen auf. Wir wollen die Rahmenbedingungen so gestalten, dass sich die Branche national wie international optimal entwickeln und ihrem Kulturauftrag nachkommen kann. Medienpolitik ist für uns mehr als nur Wirtschaftspolitik. Gleichwohl gilt auch hier, dass die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen stimmen müssen.

Duale Medienordnung

Wir bekennen uns zur gewachsenen dualen Medienordnung von privatem und öffentlich-rechtlichem Rundfunk. Zwischen beiden und untereinander muss fairer Wettbewerb stattfinden, um allen Beteiligten angemessene Entwicklungschancen zu ermöglichen.

Wir wollen einen starken, qualitativ anspruchsvollen und vielfältigen öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Gerade im sich verschärfenden Wettbewerb des digitalen Zeitalters wird die Rolle von ARD, ZDF und Deutschlandradio als glaubwürdiger Informationsanker immer wichtiger. Dabei gilt es, den Kern des Auftrags im Blick zu haben.

Privater Rundfunk ist unverzichtbarer Bestandteil der Medienlandschaft auch im digitalen Zeitalter. Inhaltliche Qualitätskriterien müssen auch hier eine angemessene Rolle bei der Programmgestaltung spielen. Unser Ziel ist die Bereicherung der Medien- und Meinungsvielfalt in Deutschland zum Nutzen der Mediennutzer und der Mediensparte. Dafür brauchen wir faire Wettbewerbsbedin-

gungen – national wie international. Außerdem muss der technischen Annäherung der Medien in Regulierung, Aufsichtsstrukturen und politischen Zuständigkeiten Rechnung getragen werden. Dies gilt insbesondere für das Medienkonzentrations- und Kartellrecht.

Deutsche Welle

Die Deutsche Welle ist die mediale Visitenkarte Deutschlands in der Welt. Wir sehen in ihr ein wichtiges und unverzichtbares Schaufenster für die Darstellung unseres Landes. Die zunehmende Konkurrenz anderer Auslandsender sowie das wachsende Interesse an objektiver Berichterstattung stellen den Sender vor neue Herausforderungen. Unser Ziel ist es daher, die Deutsche Welle zu stärken. Ein richtiger Schritt dazu ist es, die Kooperationen mit ARD, ZDF und Deutschlandradio auszubauen.

Vielfalt von Druckerzeugnissen erhalten

Zeitungen und Zeitschriften sind wichtige Informationsquellen – offline wie online. Es ist gemeinsame Aufgabe von Politik und Verlagen, verstärkt das Bewusstsein für den Wert und die Bedeutung von Druckerzeugnissen als Kulturgut in der Gesellschaft zu verankern. Wir wollen die Angebotsvielfalt in diesem Bereich erhalten. Daher halten wir das Presse-Grosso als neutralen Vertriebsweg für unverzichtbar.

Wir wollen auch für das Buch eine sichere und stabile Zukunft. Eine lebendige Literatur ist ein elementarer Bestandteil unserer Kultur. Gleichwohl hat sich die Welt des Buches im digitalen Zeitalter verändert. Wichtig für den Erhalt der Büchervielfalt ist die Buchpreisbindung. Der verminderte Mehrwertsteuersatz für Bücher soll beibehalten werden und in Zukunft auch für elektronische und Hörbücher gelten.

Urheberrecht

Durch die Digitalisierung ist das Spannungsfeld um das Urheberrecht sicht- und spürbarer geworden. Aber auch im digitalen Zeitalter gilt der Anspruch des Urhebers auf Schutz seines geistigen Eigentums und das Recht auf eine angemessene Vergütung seiner Leistung. Es sichert nicht nur das Einkommen der Urheber, es ermöglicht auch künstlerische Vielfalt.

Das Urheberrecht muss zugleich von den Nutzern verstanden und akzeptiert werden sowie Antworten auf die

veränderten digitalen Anwendungsmöglichkeiten geben. Wir wollen daher das Urheberrecht weiterentwickeln, zum Beispiel beim Thema Privatkopie, beim Umgang mit Rechtsverstößen durch Nutzer oder der wachsenden Zahl neuer Formen der digitalen Verwertung. Dazu ist eine technische und rechtspolitische Abwägung notwendig, um den berechtigten Interessen der Urheber, der Rechteinhaber, der Verwerter und der Verbraucher gerecht zu werden. Viele Fragen werden nicht nur national zu lösen sein. Wir müssen unsere Vorstellungen daher auch auf EU-Ebene bzw. international einbringen.

Medienkompetenz und Jugendmedienschutz

Aufgrund der rasanten technischen und gesellschaftlichen Entwicklungen im gesamten Medienbereich ist es erforderlich, dass alle Generationen kompetent mit den gängigen Medien umgehen können. Kinder sollten bereits in der Schule fächerübergreifend Medienkompetenz erlernen. Initiativen wie das „Netz für Kinder“ ermöglichen Kindern einen sachkundigen Umgang mit dem Netz. Das allein reicht jedoch nicht: Kinder und Jugendliche brauchen ausreichend Schutz vor den möglichen Auswüchsen der modernen Medienwelt. Sie müssen im Internet vor entwicklungsbeeinträchtigenden und gefährdenden Angeboten unter anderem durch den Einsatz geeigneter Jugendschutzsoftware geschützt werden. Der Jugendschutzmedien-Staatsvertrag muss neuen Problemfeldern angepasst werden.

Filmförderung

Wir wollen das Kino als Kulturgut attraktiv erhalten. Es gilt, den deutschen Film bei den neuen Herausforderungen auf dem internationalen Filmmarkt zu begleiten. Wir werden daher den Filmstandort Deutschland weiter stärken. Um den Produzenten langfristige Planungssicherheit zu schaffen, soll der Deutsche Filmförderfonds (DFFF) nicht mehr auf drei Jahre begrenzt sein, sondern dauerhaft etabliert werden.

Nationales Filmerbe

Wir werden uns weiter für eine umfassende Sicherung des nationalen Filmerbes einsetzen, insbesondere auch durch dessen Digitalisierung. Zudem werden wir die Arbeit des Kinematheksverbunds und der in ihm zusammengeschlossenen Einrichtungen wie Filmarchive und Kinematheken weiter unterstützen.

Computerspiele sind Bestandteil des kulturellen Lebens

Computerspiele prägen den Alltag vieler, insbesondere jüngerer Menschen in unserem Land. Sie sind ein fester Bestandteil des kulturellen Lebens geworden. Wir erkennen die Vielfalt hochwertiger Angebote, insbesondere pädagogisch wertvoller Computerspiele, sowie die große kreative Leistung und hohe technische Kompetenz der Spieleentwickler an. Dies wollen wir weiter fördern, beispielsweise mit dem Deutschen Computerspielpreis. Wir setzen uns für einen wirksamen Jugendmedienschutz ein, um Kinder und Jugendliche auch im Bereich der Computerspiele vor gefährdenden Inhalten zu schützen.

5.7 Mitmachen! Einmischen! Mehr Bürgerbeteiligung

Demokratie lebt vom Mitmachen! Unsere Demokratie lebt davon, dass Bürgerinnen und Bürger mitentscheiden, dass sie sich einbringen bei der Suche nach den besten Lösungen. Sei es als Gemeinderäte, wenn es darum geht, den Heimatort mitzugestalten, sei es als Betriebsräte oder als Eltern- bzw. Schülervertreter, sei es in Bürgerinitiativen oder politischen Parteien. Hier überall beteiligen sich Bürger an der Entscheidungsfindung und übernehmen Verantwortung für ihre Mitmenschen und unser Gemeinwesen. Das macht unsere Demokratie stark.

CDU und CSU kommt es auf die Meinung der Bürger an, wir wollen, dass sich Bürgerinnen und Bürger aktiv in Debatten einmischen.

Dies gilt besonders mit Blick auf Großvorhaben, wie zum Beispiel bei Flughafenerweiterungen oder beim Ausbau von Windkraftanlagen und Stromnetzen, die unser Land auch in Zukunft dringend braucht, die aber oftmals umstritten sind. Die Menschen vor Ort haben hierzu häufig eine andere Meinung als diejenigen, die solche Vorhaben planen. Große Vorhaben gelingen nur gemeinsam mit den Menschen, nicht gegen sie.

CDU und CSU haben daher für eine bessere Einbindung der Bürger gesorgt. Wir haben Offenheit in allen Verfahrens- und Planungsschritten sowie eine frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit im Genehmigungsprozess gesetzlich verankert. Dadurch erfolgt die Beteiligung bereits, bevor Entscheidungen über ein Vorhaben gefallen sind. Schon die Frage, ob überhaupt Bedarf für ein Vorha-

ben besteht, wird nun mit den Bürgern öffentlich erörtert. Alle wichtigen Unterlagen und auch Alternativentwürfe müssen nun frühzeitig im Netz veröffentlicht werden, damit sie in den Beteiligungsprozess einbezogen werden können. Alle Vorschläge, auch für Alternativlösungen, müssen nun im Genehmigungsverfahren geprüft werden. Die Menschen vor Ort können so ihre Sichtweise besser einbringen.

Durch Bürgerbeteiligung gewinnen alle: Wir erreichen durch nachvollziehbare Verfahren und Planungsschritte mehr Verständnis bei den Bürgern. Entscheidend ist, dass das Engagement und der Sachverstand möglichst vieler genutzt werden. Hierin liegt zugleich die Chance, Bedenken und möglichen Klagen schon im Vorfeld zu begegnen. Das schafft verlässliche Bedingungen für Investoren und trägt dazu bei, dass Großprojekte schneller verwirklicht werden können. So können auch die Kosten besser im Rahmen bleiben.

CDU und CSU wollen Bürgerbeteiligung weiter ausbauen. Sie ist für uns eine Voraussetzung, dass wir unser Gemeinwesen weiter voranbringen und Gegensätze und Schwierigkeiten frühzeitig erkennen und lösen können. Das schafft Verständnis und Sicherheit.

Betroffene zu Beteiligten machen

Das gilt nicht nur für Infrastrukturvorhaben, sondern auch für den Brückenschlag in die Wissenschaft und zu neuen Technologien. Technischer Fortschritt verändert laufend unser Leben. Oft werden Bürgerinnen und Bürger durch neue Technologien aber verunsichert. Deshalb ist es wichtig, darüber aufzuklären und Vorbehalte abzubauen. Wir benötigen dazu den Dialog zwischen Wissenschaft, Politik, künftigen Nutzern und Bürgern. Hierzu werden wir Expertinnen und Experten aus unterschiedlichen Wissensgebieten, Branchen und Organisationen zu Bürgerdialogen zusammenbringen.

Wir wollen für mehr Offenheit gegenüber der interessierten Öffentlichkeit sorgen. Das frühzeitige Beteiligungsverfahren – und bei öffentlichen Vorhaben die Finanzplanung – müssen abgeschlossen sein, bevor der Antrag auf Durchführung des Planfeststellungsverfahrens bei der zuständigen Behörde eingereicht wird. Wir wollen die Geltungsdauer von Genehmigungen und Planfeststellungsbeschlüssen beschränken. Wird ein Großvorhaben nicht in angemessener Frist umgesetzt, soll die Öffentlichkeit erneut beteiligt werden müssen.

5.8 Werte stärken unser Land – Kirchen und Religionsgemeinschaften

Die Bereitschaft vieler Menschen in unserem Land, für sich und andere Verantwortung zu übernehmen und Gemeinsinn zu zeigen, gründet in der Orientierung an Werten, die häufig Ausdruck einer persönlichen Glaubensüberzeugung und Weltanschauung sind. Insofern leisten die Kirchen und Religionsgemeinschaften auch einen wichtigen Beitrag für unser Gemeinwesen insgesamt.

CDU und CSU bekennen sich ausdrücklich zur christlichen Prägung unseres Landes wie auch zum Respekt vor jeder Glaubensüberzeugung.

Diese christliche Prägung zeigt sich auch in der herausragenden Rolle, die die christlichen Kirchen und ihre Wohlfahrtsverbände in vielen Bereichen unserer Gesellschaft spielen. Dies gilt nicht zuletzt im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich, bei der Betreuung, Pflege und Beratung von Menschen sowie in der Kultur. Kirchliche Aktivitäten fördern vielfach die Solidarität vor Ort. Aber auch darüber hinaus stärken sie die Beziehungen mit vielen Teilen der Welt. Zudem hat auch die Zuwanderung in den letzten Jahrzehnten zu einer größeren Vielfalt christlicher Kirchen und Gemeinden in unserem Land geführt.

Zahlreiche Leistungen kirchlicher Einrichtungen für unser Gemeinwesen sind nur möglich, weil die Kirchen im erheblichen Umfang eigene Mittel beisteuern und Kirchenmitglieder sich ehrenamtlich engagieren. Zugleich unterstützt unser Staat zu Recht diese kirchlichen Dienste umfangreich. Dabei achtet er die kirchliche Prägung der entsprechenden Einrichtungen, die auch im kirchlichen Arbeitsrecht zum Ausdruck kommen.

Besonders dankbar sind wir für das Wiedererstarken jüdischen Lebens in Deutschland – auch durch die Zuwanderung zahlreicher neuer Gemeindemitglieder aus der früheren Sowjetunion. Wir unterstützen die jüdischen Gemeinden und die jüdische Wohlfahrtspflege, zum Beispiel bei der Integration dieser Zuwanderer.

Den vielfältigen Beiträgen muslimischer Vereine und Verbände zu unserem Gemeinwesen – etwa zur Integration muslimischer Zuwanderer und ihrer Nachkommen in unsere Gesellschaft, wie auch zum Dialog zwischen den Kulturen und Religionen – gilt unsere Wertschätzung und Unterstützung. In diesem Sinne wollen wir die deutsche Islamkonferenz fortsetzen.

Dabei ist das bewährte Staatskirchenrecht in unserem Land auch eine geeignete Grundlage für eine umfassende partnerschaftliche Zusammenarbeit mit allen Religionsgemeinschaften.

6. Deutschland: Entstehen für Freiheit und Sicherheit

6.1 Sicheres Deutschland

Wir wollen, dass alle Menschen in Deutschland frei und sicher leben können – ob zu Hause, in Straßen und auf Plätzen, in Bussen und Bahnen, bei Tag und Nacht. Sicherheit ist eine Voraussetzung für Freiheit, für ein friedliches Zusammenleben und das Vertrauen in unseren Staat. Deutschland gehört zu den sichersten Ländern der Welt und wird es mit uns auch bleiben.

Sicherheit im Alltag und vor Ort verbessern – Einsatz von Videokameras an Brennpunkten verstärken

CDU und CSU sorgen für Sicherheit im Alltag und vor Ort. Wer Vandalismus, Graffiti-Schmierereien, Verwahrlosungen, Belästigungen oder aggressives Betteln erlebt, fühlt sich nicht sicher. Wir treten diesen Erscheinungen entschieden entgegen, denn dies sind oft Anfangspunkte für Kriminalität. Um Gewalt und Diebstähle abzuwehren sowie Anschläge und andere Straftaten erfolgreich aufzuklären, wollen wir den Einsatz von Videokameras an Kriminalitätsbrenn- und Gefahrenpunkten, wie etwa auf Bahnhöfen, verstärken.

Die Polizei muss die Möglichkeit erhalten, schnell auf Videoaufzeichnungen anderer, wie etwa der Deutschen Bahn, zuzugreifen. Videokameras können Polizisten vor Ort jedoch nicht ersetzen. Unsere Polizei muss im Ernstfall sofort eingreifen können.

Polizisten als Garanten der inneren Sicherheit unterstützen – ihren Schutz weiter verbessern

CDU und CSU haben Vertrauen in Polizei und Justiz. Polizisten verdienen unsere Anerkennung und Unterstützung bei den schwierigen Aufgaben, denen sie im täglichen Dienst gerecht werden müssen. CDU und CSU setzen sich für eine gut ausgestattete Polizei ein, die für die Menschen sofort erreichbar und schnell am Ort des Geschehens ist.

Polizisten wie auch Einsatzkräfte der Feuerwehr, des Katastrophenschutzes, des Technischen Hilfswerks und der Rettungsdienste setzen ihr Leben für uns ein. Gewalt gegen sie richtet sich gegen uns alle. Wir haben dafür ge-

sorgt, dass Widerstand gegen Polizisten und andere Einsatzkräfte strenger bestraft werden kann. Hieran wollen wir anknüpfen und ihren strafrechtlichen Schutz weiter verbessern.

Eine zunehmende Gewaltbereitschaft richtet sich auch gegen Behördenmitarbeiter in Job-Centern, Bürgerämtern und gegen andere öffentliche Bedienstete. Auch sie wollen wir besser im Dienst schützen. Dadurch stärken wir die Achtung und den Respekt vor staatlichen Behörden und ihren Mitarbeitern.

Die eigenen vier Wände besonders schützen

Angesichts einer steigenden Anzahl von Wohnungseinbrüchen und einer zu geringen Aufklärungsquote wollen wir den Fahndungsdruck, insbesondere auf grenzüberschreitend tätige Banden, erhöhen. Dazu gehört ein besserer überregionaler polizeilicher Informationsaustausch. Wir fordern mehr polizeiliche Streifenfahrten in besonders gefährdeten Wohngebieten. Die Beratungsdienste der Polizei müssen noch mehr über geeignete Sicherungstechnik informieren, mit denen man Türen und Fenster zu Hause besser schützen kann. CDU und CSU setzen sich für bessere steuerliche Anreize zugunsten von Investitionen in die Sicherheit der eigenen vier Wände sowie für Mindestanforderungen für die Sicherung gegen Einbrüche beim Neubau von Häusern und Wohnungen ein.

Kinder- und Jugendkriminalität verhindern und bekämpfen

Gewalttätigkeit und Straffälligkeit von Kindern und Jugendlichen muss wirksam entgegen getreten werden. Wir wollen verhindern, dass Kinder und Jugendliche in Kriminalität abrutschen, so ihre Chancen auf ein gelingendes Leben mindern und andere Menschen unschuldig zu Opfern werden. Vorbeugende Angebote in Schule, Freizeit und Jugendarbeit müssen gestärkt sowie Vorbeugung und Strafverfolgung enger miteinander verbunden werden.

CDU und CSU stehen für einen entschlossenen Umgang mit jugendlichen Straftätern. Schnelle erzieherische Reaktionen zeigen Grenzen auf und schützen mögliche Opfer. Gerade für straffällige Jugendliche gilt: Die Strafe muss der Tat auf dem Fuße folgen. Daher ist eine Beschleunigung und Vereinfachung von Jugendstrafverfahren der richtige Weg.

Wiedergutmachung erfüllt bei Jugendstraftätern eine wichtige Funktion. Junge Menschen machen sich so die Folgen ihres eigenen Handelns besser bewusst. CDU und CSU treten dafür ein, sie künftig noch stärker zu Maßnahmen der Wiedergutmachung zu verpflichten. Opfer und deren Hinterbliebene sind dabei mit einzubeziehen.

Für Täter zwischen 18 und 21 Jahren soll im Regelfall Erwachsenenstrafrecht gelten. Die Anwendung des Jugendstrafrechts muss in diesen Fällen eine Ausnahme bleiben. Wir wollen das Fahrverbot oder die Verhinderung des Erwerbs eines Führerscheins als eigenständige Sanktion im Jugendstrafrecht verankern und den Anwendungsbereich auf alle Arten von Straftaten erweitern.

Je häufiger Schüler den Besuch ihrer Schule verweigern, desto häufiger werden sie auch kriminell. Hier wollen wir ansetzen und so das Entstehen krimineller Karrieren verhindern. CDU und CSU fordern eine konsequente Durchsetzung der Schulpflicht. Dabei wollen wir insbesondere die Eltern in die Pflicht nehmen. Kommunen, Schulen, die freien Träger der Jugendhilfe und die Polizei müssen hier eng zusammenarbeiten.

Menschenhandel und Zwangsprostitution entschlossen bekämpfen

Wir wollen Frauen vor Gewalt und Zwangsprostitution besser schützen. Zwangsprostitution ist eine moderne Form der Sklaverei und ein gewinnbringendes Geschäft der Organisierten Kriminalität. Sie geht einher mit einer schwerwiegenden Verletzung der Menschenwürde. Deutschland darf kriminellen Zuhältern und Bordellbetreibern keinen Schutz bieten. Deshalb haben wir dafür gesorgt, dass der Bundestag erste Maßnahmen zur besseren Kontrolle von Prostitutionsstätten beschlossen hat. Wir wollen aber weiter gehen und treten dafür ein, das Strafrecht so zu ändern, dass Menschenhändler bei ausreichender Beweislage auch ohne die Aussage ihrer häufig verängstigten Opfer verurteilt werden können.

Recht sichert Freiheit – Verlässlichkeit schafft Vertrauen

Unsere Rechtsordnung garantiert den Menschen unveräußerliche Rechte und freie Entfaltung sowie die Sicherheit, dass der Staat ihre Rechte schützt. Die Menschen sollen sich hierauf jederzeit verlassen können. Dafür tragen Richter und Staatsanwälte große Verantwortung in unserem Gemeinwesen. CDU und CSU wollen eine bürgernahe und leistungsstarke Justiz sicherstellen.

Alternative Konfliktlösungsmöglichkeiten bei privaten Rechtsstreitigkeiten, wie Mediation und Schiedsverfahren, wollen wir zur Entlastung der Justiz fördern. Die Dauer von Strafverfahren wollen wir verkürzen.

Schutz vor Belästigung und sexuellem Missbrauch verbessern

Wir wollen Kinder und Jugendliche sowie Menschen mit Behinderung besser vor Missbrauch schützen. Dafür wollen wir u.a. den Straftatbestand des sexuellen Missbrauchs von Schutzbefohlenen ausweiten.

Wir wollen die Rechte der Opfer von sexuellem Missbrauch stärken. Sexueller Missbrauch verursacht bei Opfern oftmals lebenslange Traumata. Viele können erst Jahre später darüber sprechen und die Taten zur Anzeige bringen. CDU und CSU wollen die Fristen für die Verjährung von Missbrauchsdelikten ausdehnen, damit solches Unrecht länger geahndet werden kann.

Frauen besser vor Gewalt schützen

Zur Unterstützung von Frauen und ihrer Kinder, die Opfer von Gewalt geworden sind und Schutz in Frauenhäusern suchen, wollen wir die Finanzierung dieser Einrichtungen auf eine verlässliche Grundlage stellen.

Opferschutz verbessern

Wir wollen die Betreuung von Opfern verbessern. Die Arbeit von ehrenamtlich Tätigen wollen wir dafür stärken. Wir treten für eine psychosoziale Prozessbegleitung ein.

Wir wollen zum Schutz der Opfer von Nachstellung (Stalking) die Strafverfolgung verbessern.

Um einen umfassenden Überblick über die Kriminalitätslage gewinnen und gezielte Gegenmaßnahmen ergreifen zu können, treten wir dafür ein, regelmäßig Kriminalitäts- und Opferbefragungen nach internationalem Vorbild durchzuführen.

Vermögen aus Straftaten einziehen

Der Kampf gegen die Organisierte Kriminalität ist auch wegen ihrer Wirtschaftskraft eine große Herausforderung, denn bislang können die teilweise hohen „Gewinne“ der Kriminellen häufig nicht eingezogen werden. Die dafür notwendigen umfangreichen Ermittlungen stehen

oft in zeitlichem Widerspruch zum Beschleunigungsgebot in Strafsachen. Deshalb kann in diesen Fällen das illegale Vermögen nicht abgeschöpft werden. CDU und CSU wollen die Regeln zur Vermögensabschöpfung vereinfachen und ihre Anwendung auch durch eine Erleichterung der vorläufigen Sicherstellung solcher Vermögen beschleunigen. Insbesondere soll die Vermögensabschöpfung bis zu fünf Jahre nach einer rechtskräftigen Verurteilung in einem getrennten Gerichtsverfahren angeordnet werden können.

Mindestspeicherfristen für Verbindungsdaten regeln

Der Staat muss persönliche Kommunikationsdaten der Menschen schützen. Zugleich dürfen wir jedoch Schutzlücken bei Strafverfolgung und Gefahrenabwehr nicht hinnehmen.

Mindestspeicherfristen für Verbindungsdaten sind notwendig, damit bei der Verfolgung von schweren Straftaten auf Anordnung eines Ermittlungsrichters oder zur Abwehr von erheblichen Gefahren für die öffentliche Sicherheit ein Datenzugriff erfolgen kann. Manche Straftaten, wie etwa die Verbreitung von Kinderpornographie im Netz, lassen sich nur darüber aufklären. Gerade auch im Kampf gegen Terroristen ist dies oftmals ein entscheidendes Mittel, um Anschläge verhindern zu können. CDU und CSU wollen daher eine entsprechende Richtlinie der Europäischen Union in nationales Recht umsetzen.

Wehrhafte Demokratie stärken, Extremismus wirksam bekämpfen

CDU und CSU treten jeder Form von Extremismus, jeder Form von Gewalt und Terror entschieden entgegen, unabhängig davon, ob es sich um Rechts- oder Linksextremisten oder gewaltbereite Islamisten handelt. So sehr sich Extremisten auch in ihren Zielsetzungen unterscheiden, so ähnlich sind sie sich in ihrem Hass auf unsere demokratische Gesellschaft und die sie tragenden Werte. Deshalb nehmen wir das gesamte Spektrum des politischen und religiösen Extremismus in den Blick. Die wehrhafte Demokratie darf auf keinem Auge blind sein.

Extremismus konsequent vorbeugen

Zunehmend gehen extremistische Gefährdungen von Einzeltätern und Kleinstgruppen aus, die sich selbst, etwa über Propagandavideos im Netz, radikalisieren. Der

Kampf gegen Extremismus ist eine gesamtgesellschaftliche Daueraufgabe. Die beste Vorbeugung ist die Erziehung zu den Grundwerten unserer freiheitlichen Demokratie. Menschen- und Freiheitsrechte sind keine Selbstverständlichkeit, sondern müssen immer wieder verteidigt werden. Erziehung und Bildung kommen dabei eine besondere Verantwortung zu. Die politische Bildung und das Geschichtsbewusstsein werden wir daher stärken. Das beginnt in der Schule, muss aber auch Teil eines lebensbegleitenden Lernens sein. Vorbeugende Projekte werden wir weiterhin gezielt unterstützen und darauf achten, dass erfolgreiche Ansätze nachhaltig umgesetzt werden. Aussteigerprogramme für Extremisten bauen wir weiter aus.

Extremismus vor Ort wirksam bekämpfen

CDU und CSU werden Länder und Kommunen in ihrem Kampf gegen Extremismus vor Ort stärken. Dazu gehört die Beratung im Umgang mit Verfassungsfeinden in kommunalen Gremien, Einrichtungen oder örtlichen Strukturen. Wichtige Partner sind hierbei vor allem Vereine und Verbände, insbesondere Jugendverbände, u. a. des Sports, der Feuerwehr, der Kirchen, der Religionsgemeinschaften und der Wohlfahrtspflege. CDU und CSU werden weiterhin dafür sorgen, dass öffentliche Gelder zur Extremismusbekämpfung nur an Einrichtungen vergeben werden, die sich zu Freiheit und Demokratie bekennen.

Sicherheitsbehörden im Kampf gegen Extremismus und Terrorismus stärken

CDU und CSU wollen im Rahmen der Aufgabenverteilung zwischen Bund und Ländern die Zusammenarbeit im Sicherheitsgefüge unseres Landes weiter verbessern. Mit dem Zusammenwirken von Verfassungsschutz und Polizei im Gemeinsamen Extremismus- und Terrorismusabwehrzentrum stärken wir die Schlagkraft der Sicherheitsbehörden. Diesen erfolgreichen Ansatz wollen wir weiter ausbauen.

Im Kampf gegen den internationalen Terrorismus und gegen Rechtsextremismus sind die Anti-Terror-Datei und die Rechtsextremismus-Datei unverzichtbare Mittel für den schnellen Informationsaustausch zwischen den Sicherheits- und Verfassungsschutzbehörden. Verfassungsrechtlich gebotene Klarstellungen zu den erfassten Personenkreisen werden wir schnellstmöglich vornehmen. Die Analyse- und Recherchefähigkeiten der Dateien wollen wir erweitern. Auch in den anderen Bereichen wie dem Links- und Ausländerextremismus brauchen wir sol-

che gemeinsamen Verbunddateien. Damit schaffen wir einen weiteren wirksamen Beitrag zur Gefahrenabwehr und Strafverfolgung.

Der Gewinn von Insiderinformationen aus dem extremistischen Milieu durch das Anwerben und Führen sogenannter V-Leute ist unerlässlich, um das Innenleben oftmals abgeschotteter verfassungsfeindlicher Gruppierungen zu durchleuchten. Auswahl und Führung von V-Leuten müssen allerdings verbessert, ihr Einsatz wirksamer kontrolliert werden.

Beim Kampf gegen den Terrorismus ändern sich die Herausforderungen stetig. Deshalb gilt es, Angemessenheit und Wirksamkeit der bestehenden Mittel fortwährend zu prüfen. Wir setzen uns dafür ein, dass gegen jede Form von extremistischen und terroristischen Bestrebungen alle verfassungs- und vereinsrechtlichen Mittel, wie etwa Vereinsverbote, konsequent genutzt werden. Für ausländische Straftäter wollen wir das Ausweisungsrecht verschärfen. Wer religiösen Hass predigt oder Gewalt zur Durchsetzung seiner religiösen Ziele anwendet, missachtet unsere Grundwerte und muss damit rechnen, ausgewiesen zu werden.

Werben für Terrororganisationen bestrafen

Das Werben um Sympathie für eine kriminelle oder terroristische Vereinigung bereitet den Nährboden für terroristische Gewalt. CDU und CSU wollen dieses Werben unter Strafe stellen. Wir wollen dafür sorgen, dass Mitglieder von Zellen, die Brand- und Sprengstoffanschläge verüben, künftig regelmäßig als Mitglieder terroristischer Vereinigungen eingestuft und entsprechend bestraft werden können.

Cybersicherheit erhöhen: Freiheit in einem sicheren Netz

Kriminalität verlagert sich im digitalen Zeitalter immer mehr ins Netz. Neue Formen der Kriminalität werden dadurch erst möglich: vom Datendiebstahl über den Online-Betrug bis hin zur Industriespionage. Widerstandsfähige IT-Infrastrukturen und Netze sind angesichts dieser Bedrohungslage unverzichtbar.

Gefahrenabwehr und Strafverfolgung müssen auch im Netz sichergestellt sein. Die Sicherheitsbehörden müssen dazu die erforderlichen Befugnisse sowie technische und personelle Ausstattung erhalten. Mit der Cyber-Sicherheitsstrategie haben wir die Grundlagen gelegt, um Cy-

bersicherheit auf einem der Schutzwürdigkeit der vernetzten Informationsinfrastrukturen angemessenen Niveau zu gewährleisten, ohne die Chancen und den Nutzen des Cyberraums zu beeinträchtigen. Sie bündelt die Aktivitäten für ein eng verzahntes Vorgehen aller Akteure in Staat, Wirtschaft und Forschung.

Kritische Infrastrukturen besonders schützen

Deutschland als moderner Industriestandort muss seine Grundversorgung sicherstellen. Wasser, Strom, Kommunikationsnetze und andere kritische Infrastrukturen werden wir deshalb vor Attacken aus dem Internet und anderen Angriffen besser schützen. Für einen schnellen Informationsaustausch zwischen den Behörden, für schnelle Bewertungen und daraus folgende Handlungsempfehlungen haben wir das Cyberabwehrzentrum geschaffen. Dieses Zentrum wollen wir der Bedrohungslage fortwährend personell und technisch anpassen.

Mit einem IT-Sicherheitsgesetz wollen wir sicherstellen, dass in allen kritischen Infrastrukturen Mindeststandards bei der Sicherheit eingehalten werden. Wir wollen bei akuten IT-Sicherheitsvorfällen den Informationsaustausch mit den Behörden verbessern, um schnell reagieren zu können. Unser Ziel ist auch hier eine konsequente Strafverfolgung.

Deutsche Wirtschaft vor Cyberspionage schützen

Deutsche Unternehmen werden zunehmend Opfer von Cyberspionage. Wichtige Forschungs- und Entwicklungsergebnisse werden so ausgespäht. Wir wollen den Wirtschaftsstandort Deutschland und damit Arbeitsplätze in unserem Land vor gezielter Industriespionage besser schützen – u. a. durch Sicherheitspartnerschaften und einen besseren Informationsaustausch zwischen Staat und Wirtschaft.

Cybersicherheit ist ein Standortfaktor der Zukunft. Wir werden die Forschung auf diesem Gebiet weiter vorantreiben und neuartige Projekte fördern. Deutschland soll sich zum Marktführer für Cybersicherheitslösungen entwickeln.

Strafbarkeitslücken durch neue digitale Straftatbestände schließen

Wir wollen einschlägige strafrechtliche und strafprozessrechtliche Regelungen mit Blick auf den technischen Fortschritt überarbeiten. Strafbarkeitslücken wollen wir

durch neue Tatbestände für Straftaten im digitalen Raum schließen, etwa zum Schutz unserer Kinder vor Beleidigung und Drangsalierung im Netz („Cybermobbing“).

Grenzüberschreitende Kriminalität bekämpfen

Offene Grenzen in Europa sind ein Gewinn für uns alle. Doch auch bei offenen Binnengrenzen muss die innere Sicherheit in der Europäischen Union gewährleistet bleiben. Mit den Osterweiterungen der EU sind die Herausforderungen hierfür gewachsen.

CDU und CSU treten dafür ein, dass die entfallenen Grenzkontrollen im Schengen-Raum weiterhin durch geeignete Maßnahmen ausgeglichen werden, wie etwa durch anlassunabhängige Kontrollen entlang der Grenze. Wir wollen grenzüberschreitende Kriminalität besser verhindern bzw. verfolgen sowie unkontrollierte Zuwanderung besser beschränken können. Deshalb setzen wir uns für den Aufbau eines EU-weiten Ein- und Ausreiseregisters ein. Dies macht es schwieriger, unentdeckt nach Deutschland einzureisen. Wir wollen die Einführung eines elektronischen Visumverfahrens als Ausgleichsmaßnahme für Lockerungen bei der Visapflicht prüfen.

Besondere Aufmerksamkeit verlangt die Bekämpfung steigender Kriminalität in den grenznahen Regionen zu Polen und Tschechien – vor allem der Menschen- und Drogenhandel sowie Kfz- und andere Diebstähle. CDU und CSU wollen für eine angemessene Ausstattung der Polizeikräfte an den deutschen Grenzen und eine noch engere Verzahnung der Zusammenarbeit von Bundespolizei und Landespolizeien in Grenznähe sorgen, etwa durch weitere gemeinsame Polizeistreifen und gemeinsame Einsatzeinheiten. Die grenzüberschreitende polizeiliche Zusammenarbeit wollen wir weiter stärken. Dabei wollen wir an die bisherigen Erfolge anknüpfen, insbesondere mit den gemeinsam mit unseren europäischen Nachbarn aufgebauten polizeilichen Zentren.

6.2 Europa: Stark in der Welt

Die Europäische Union braucht eine abgestimmte und zugleich handlungsfähige Außen- und Sicherheitspolitik. Sie muss auf einer weiterentwickelten gemeinsamen Sicherheitsstrategie fußen und den Hohen Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik stärken. Dafür wollen wir auch weitere Schritte zur Vertiefung der mili-

tärischen Zusammenarbeit in Europa bei gleichzeitiger Weiterentwicklung der transatlantischen Arbeitsteilung gehen, zum Beispiel durch das Zusammenlegen und gemeinsame Nutzen bisher nationaler militärischer Fähigkeiten. Langfristig streben wir eine europäische Armee an.

Die Europäische Union braucht eine strategische Diskussion, was sie mit zivilen Mitteln und militärischen Einsätzen erreichen kann und will. Zivile Mittel haben für uns Vorrang. Die bestehenden Fähigkeiten der EU in der zivilen Krisenprävention und in der Krisennachsorge müssen dabei im Sinne des vernetzten Ansatzes von EU und NATO mit den militärischen Fähigkeiten verzahnt werden.

Die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten können wertvolle Hilfe beim Aufbau einer leistungsfähigen Verwaltung in Drittländern leisten. Das gilt insbesondere für die Bereiche der Polizei und Justiz. Hierfür werden wir durch gezielte Maßnahmen deutsche Beamte, Richter und Staatsanwälte ermutigen, an solchen Einsätzen teilzunehmen.

Wir wollen, dass gemeinsame europäische Einsätze zur Wahrung und Stärkung der Sicherheit Europas vorrangig in unserer geographischen Nachbarschaft durchgeführt werden. Einsätze jenseits dieser Nachbarschaft sollten vermehrt regionalen Partnern und Organisationen übertragen werden, beispielsweise der Afrikanischen Union (AU), der Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft (ECOWAS) oder dem Golf-Kooperationsrat (GCC), die von Europäischer Union und NATO entsprechend unterstützt und vorbereitet werden sollten.

EU-Erweiterungen müssen den Bürgern dienen

Die bisherigen EU-Erweiterungen sind im Interesse Deutschlands und Europas. Wir stehen dazu, dass die Staaten des Westlichen Balkans eine Beitrittsperspektive haben. Es muss allerdings sorgfältig darauf geachtet werden, dass neue Mitgliedstaaten alle politischen und wirtschaftlichen Beitrittskriterien voll und ganz erfüllen.

Beziehungen der Türkei auf eine neue Ebene heben

Wir sehen die strategische und wirtschaftliche Bedeutung der Türkei für Europa ebenso wie die vielfältigen Beziehungen zwischen den Menschen in unseren beiden Ländern. Wir möchten daher die Beziehungen zwischen

der Europäischen Union und der Türkei weiter vertiefen. Eine enge und besondere Zusammenarbeit dient sowohl den Menschen in Europa als auch in der Türkei. Wir wollen daher eine möglichst starke Kooperation zwischen der Europäischen Union und der Türkei sowie eine enge strategische Zusammenarbeit in außen- und sicherheitspolitischen Fragen. Eine Vollmitgliedschaft der Türkei lehnen wir aber ab, weil sie die Voraussetzungen für einen EU-Beitritt nicht erfüllt. Angesichts der Größe des Landes und seiner Wirtschaftsstruktur wäre zudem die Europäische Union überfordert.

6.3 Für Frieden und Menschenrechte weltweit eintreten

CDU und CSU stehen für die weltweite Anerkennung und Durchsetzung der Menschenrechte, für Freiheit, Frieden und Völkerverständigung, für Verlässlichkeit und Bündnistreue sowie das Eintreten für die Interessen Deutschlands. Die Werte des Grundgesetzes, die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger, die Interessen und die globale Verantwortung Deutschlands und Europas sind die Maßstäbe unserer Außen- und Sicherheitspolitik. Die Bundeswehr leistet dazu mit ihren Soldatinnen und Soldaten einen unverzichtbaren Beitrag.

Die Zukunft Deutschlands in Frieden, Freiheit und Wohlstand ist mit den politischen, wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Entwicklungen in Europa und in der Welt untrennbar verbunden. Die fortschreitende Globalisierung erhöht gegenseitige politische und wirtschaftliche Abhängigkeiten. Der Schutz globaler Güter, wie Sicherheit, ein intaktes Klima oder wirtschaftliche Stabilität, und eine sichere Energieversorgung für alle bestimmen immer stärker die internationale politische Tagesordnung.

Es ist in Deutschlands ureigenem Interesse, sich weltweit für Frieden und Freiheit, für eine faire Weltordnung und die Geltung des Völkerrechts, für nachhaltige Entwicklung und Armutsbekämpfung einzusetzen sowie krisenhafte Entwicklungen frühzeitig zu erkennen und ihnen vorzubeugen. Um in Deutschland sicher leben zu können, brauchen wir gute Nachbarschaft und verlässliche Partnerschaften. Deshalb kommt Deutschland seinen Bündnispflichten nach und leistet im Rahmen der Vereinten Nationen, der OSZE, der NATO und der Europäischen Union einen aktiven Beitrag zur Wahrung und Verbreitung des Friedens und der Sicherheit.

Transatlantische Partnerschaft stärken

Die USA sind der wichtigste Freund und Partner Deutschlands außerhalb Europas. Für CDU und CSU ist daher die Freundschaft mit den Vereinigten Staaten von Amerika ein Grundpfeiler unserer internationalen Zusammenarbeit. Wir haben die Chance, die nordatlantische Partnerschaft weiter zu festigen und mehr Wachstum und Arbeitsplätze auf beiden Seiten des Atlantiks zu schaffen, indem wir Handelshemmnisse im Rahmen einer transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft abbauen.

Wir bekennen uns zur NATO und ihrem neuen strategischen Konzept. Auch nach dem Ende des Kalten Krieges bleibt die zentrale Verpflichtung des Bündnisses die gemeinsame Verteidigung seiner Mitglieder – auch wenn Einsätze zur Sicherung von Frieden, Freiheit und Stabilität den Schwerpunkt der aktuellen Aufgaben bilden. Die NATO soll für neue Mitglieder weiterhin offen sein, die die Werte des Bündnisses und seiner Mitgliedstaaten teilen und deren Aufnahme mehr Sicherheit für alle Mitgliedstaaten bringt.

Besondere Verantwortung Deutschlands gegenüber dem Staat Israel

Wir bekennen uns zu der besonderen Verantwortung Deutschlands gegenüber Israel als jüdischen Staat. Das Existenzrecht und die Sicherheit Israels sind für uns nicht verhandelbar. Deutschland und Europa haben ein hohes Interesse an Frieden und Stabilität im Nahen und Mittleren Osten. Unser Ziel ist eine Zweistaaten-Lösung mit einem Israel in dauerhaft sicheren Grenzen und einem lebensfähigen palästinensischen Staat, die in friedlicher Nachbarschaft leben.

Gutes nachbarschaftliches Verhältnis zu Russland

Ein gutes nachbarschaftliches Verhältnis zu einem politisch und wirtschaftlich modernen Russland liegt in unserem Interesse. Die Tiefe und Breite dieser Beziehungen hängt wesentlich davon ab, wieweit Russland seine internationalen Verpflichtungen zur Einhaltung rechtsstaatlicher und demokratischer Standards erfüllt. Wir streben ein neues Partnerschaftsabkommen zwischen der Europäischen Union und Russland, eine Vertiefung der zivilgesellschaftlichen Zusammenarbeit, eine weitere Liberalisierung der Visaregelungen für Unternehmer, Wissen-

schaftler und Studenten, eine Stärkung der Ostseezusammenarbeit sowie eine Verstärkung der Zusammenarbeit in der Außen- und Sicherheitspolitik an.

Strategische Partnerschaften mit Schwellenländern

Aufstrebende Schwellenländer gewinnen politisch und wirtschaftlich zunehmend an Bedeutung. Bei der Lösung globaler Probleme wollen wir die großen Schwellenländer wie Brasilien, China, Indien, Mexiko, Nigeria und Südafrika noch mehr einbinden, zum Beispiel im Rahmen der Gruppe der wichtigsten Industrie- und Schwellenländer (G 20), und die Beziehungen zu Regionalorganisationen wie ASEAN oder MERCOSUR ausbauen. Ob Sicherheitspolitik, Klimaschutz, Armutsbekämpfung oder Weltwirtschaft: Viele der Herausforderungen auf diesen und weiteren Feldern können wir nur zusammen mit den großen Schwellenländern meistern. Außerdem ist ein reger Wirtschaftsaustausch mit den dynamisch wachsenden Volkswirtschaften von großer Bedeutung für sichere und wettbewerbsfähige Arbeitsplätze bei uns.

Reform der Vereinten Nationen

Wir setzen uns auch künftig dafür ein, dass die Vereinten Nationen an Handlungsfähigkeit und Stärke gewinnen. Ihre Stärkung erfordert auch innere Reformen. Bei der Reform des Sicherheitsrats befürworten wir einen ständigen Sitz für die Europäische Union. Auf dem Weg dorthin ist Deutschland bereit, mit der Übernahme eines ständigen Sicherheitsratssitzes mehr Verantwortung zu übernehmen. Eine Weiterentwicklung des Völkerrechts trägt dazu bei, dass die Vereinten Nationen einen wirksameren Beitrag zur weltweiten Durchsetzung von Freiheit und Menschenrechten leisten.

Unser Einsatz für die Menschenrechte

Unser weltweites Engagement für die universellen und unteilbaren Menschenrechte beruht auf unserem christlichen Menschenbild und dem Verfassungsgebot, die unantastbare Würde des Menschen zu achten und zu schützen. Die Achtung der Würde und Rechte jedes einzelnen Menschen ist Fundament für die demokratische, freiheitliche, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung eines jeden Landes. Menschenrechtsverletzungen sind Verbrechen. Sie bedrohen den Frieden und die internationale Sicherheit. CDU und CSU werden auch künftig die zu Gebote stehenden Mittel einsetzen, um Menschenrechte zu verteidigen.

Die Solidarität mit benachteiligten und unterdrückten religiösen Minderheiten ist uns ein besonderes Anliegen. Wir treten weltweit für Religionsfreiheit aller Menschen ein. Dazu gehört der beharrliche Einsatz für Christen in über 50 Ländern, die wegen ihres Glaubens bedrängt, verfolgt und vertrieben werden. Ihre Zahl geht in die Millionen. Wir wenden uns zugleich entschieden gegen jede Form des Antisemitismus.

Wir engagieren uns weiterhin konsequent für die weltweite Abschaffung der Todesstrafe sowie das Verbot von Folter. Wir bekämpfen Menschenhandel, Sklaverei, Organhandel, Zwangsprostitution und -verheiratung sowie andere menschenverachtende Praktiken auf nationaler und internationaler Ebene. Wir treten weltweit für Presse- und Meinungsfreiheit als wesentliches Fundament einer freiheitlichen Gesellschaft ein.

Wir setzen uns für die Stärkung der Instrumente und einen höheren Stellenwert des Menschenrechtsschutzes bei den Vereinten Nationen ein. Bestrebungen, den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte zu schwächen, treten wir entschlossen entgegen. Für die Arbeit des Internationalen Strafgerichtshof und dessen Unterstützung durch die Staatengemeinschaft machen wir uns stark. Wir wollen, dass der Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen weltweit glaubwürdig gegen Menschenrechtsverletzungen vorgeht.

Moderne Verteidigungspolitik für ein sicheres Deutschland

Die Bundeswehr ist ein Garant für die Sicherheit Deutschlands und seiner Bündnispartner. Die Soldatinnen und Soldaten sowie die Zivilbediensteten der Bundeswehr leisten Großartiges für unser Land. Dafür schulden wir ihnen Dank und Anerkennung.

Die Neuausrichtung der Bundeswehr ist ein Erfolgsprojekt. Damit gestalten wir eine Bundeswehr, die auch künftig über ein breites Spektrum von Fähigkeiten verfügt. Die Politik soll auch weiterhin auf unterschiedliche Herausforderungen schnell und wirksam antworten können. Deutschland wird seine sicherheitspolitischen Aufgaben und Verpflichtungen im internationalen Rahmen auch in Zukunft verlässlich wahrnehmen.

Dafür orientieren wir die Bundeswehr noch stärker als bisher an den Herausforderungen der Zukunft. Unser Ziel ist es, die Fähigkeiten unserer Bundeswehr den sich ver-

ändernden sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen anzupassen und ihre Finanzierung nachhaltig zu gestalten. Wir wollen die Neuausrichtung bis 2017 vollenden. CDU und CSU stehen für Planungssicherheit und Verlässlichkeit.

Die Bundeswehr im Einsatz

Erst wenn alle nicht-militärischen Mittel ausgeschöpft sind, können militärische Einsätze der Bundeswehr in Frage kommen. Solche Einsätze müssen in Übereinstimmung mit dem Grundgesetz und dem Völkerrecht erfolgen und der Bewahrung oder Wiederherstellung des Friedens und der internationalen Sicherheit dienen. Der Einsatz muss in seinen Risiken vertretbar sein und klar festgelegte, erreichbare Ziele verfolgen. Die Bundeswehr muss einen glaubwürdigen Beitrag dazu leisten können, diese Ziele zu erreichen.

Die Anstrengungen der internationalen Verbündeten, die Sicherheitslage in Afghanistan zu verbessern und stabile Strukturen aufzubauen, tragen Früchte. Das Ende des Kampfeinsatzes wird zur Jahreswende 2014/15 erfolgen. Die Bundeswehr wird sich ab 2015 vorrangig für die Ausbildung und Beratung der afghanischen Sicherheitskräfte einsetzen.

Der vorbeugende Schutz vor Piratenangriffen und damit die Stärkung der Seesicherheit ist ebenso eine Aufgabe von hoher sicherheitspolitischer Bedeutung.

Den Dienst noch attraktiver machen

Wir werden weiter dafür sorgen, dass die Soldatinnen und Soldaten im Einsatz schnell und unbürokratisch das Material erhalten, das sie für die Auftragserfüllung und ihren persönlichen Schutz benötigen. Eine moderne Ausrüstung ist mitentscheidend für einen attraktiven Dienst. Die Betreuung von Soldatinnen und Soldaten, die aus einem Auslandseinsatz zurückkehren, wollen wir weiter stärken.

Um junge Frauen und Männer für den Dienst in den Streitkräften zu gewinnen, werden wir weitere Maßnahmen ergreifen. So wollen wir die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern. Dazu zählen zum Beispiel der Ausbau der Kinderbetreuung, möglichst heimatnahe Verwendungen, flexible Einsatzzeiten oder Telearbeitsplätze. Weiterhin wollen wir die soziale Absicherung noch weiter verbessern. Deshalb werden wir zum Beispiel prüfen, ob

die Hinzuverdienstgrenzen für aus dem Dienst ausgeschiedene Berufssoldatinnen und -soldaten aufgehoben werden kann.

Unsere Streitkräfte in der Mitte unserer Gesellschaft

Die Bundeswehr ist fester Teil unserer Gesellschaft. Das gilt für die Bundeswehr in ihrer Gesamtheit, für die Staatsbürger in Uniform, zivilen Mitarbeiter und Veteranen. Die Bundeswehr muss auch künftig öffentlich wahrnehmbar bleiben. Dazu gehören öffentliche Gelöbnisse und Appelle von Soldatinnen und Soldaten, die in den Auslandseinsatz gehen oder von dort wieder nach Hause kommen. Dazu gehört, dass Jugendoffiziere der Bundeswehr – auf Einladung – an Schulen über den Auftrag unserer Streitkräfte und unsere Sicherheitspolitik informieren. Allen Bestrebungen, die Bundeswehr aus der Mitte unserer Gesellschaft hinauszudrängen, stellen wir uns entschlossen entgegen.

Reservisten vermitteln in die Gesellschaft die Bedeutung von Bundeswehr, NATO und EU für die Sicherheit unseres Landes und seiner Bürger. Gerade im Zuge der Neuausrichtung kommt ihnen auch eine erweiterte sicherheitspolitische Bedeutung zu: Für die Durchhaltefähigkeit der Streitkräfte im Auslandseinsatz und national im Heimatschutz sind Reservisten unverzichtbar. Deshalb werden wir die Reservistenstruktur weiter stärken und die zivil-militärische Zusammenarbeit ausbauen.

Eine leistungsfähige wehrtechnische Industrie ist sicherheits- und wirtschaftspolitisch unverzichtbar. Sie ist entscheidend für die moderne Ausrüstung der Bundeswehr. Die deutsche wehrtechnische Industrie steht für technologischen Fortschritt und hochwertige Arbeitsplätze, die wir sichern wollen. Wir streben verstärkt gemeinsame Rüstungsprojekte mit den Partnern in EU und NATO an. Wir halten an den geltenden strengen Richtlinien für die Ausfuhr von Rüstungsgütern fest und setzen uns weiter für eine Angleichung der Rüstungsexportrichtlinien innerhalb der EU ein.

Abrüstung und Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen.

CDU und CSU verfolgen das Ziel, weltweit die Verbreitung von konventionellen Waffen stärker zu kontrollieren. Vor allem die Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen und insbesondere ihre Weitergabe an Terro-

risten gilt es zu verhindern. Jede faire und der internationalen Sicherheit dienende Initiative, Atomwaffen abzubauen und die konventionellen Streitkräfte zu begrenzen, werden wir unterstützen. Eine Vereinbarung über einen drastischen Abbau der Atomwaffen eröffnet die Aussicht, das Regelwerk für die Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen zu stärken und das Streben weiterer Staaten in den Kreis der Atomwaffenmächte zu stoppen. Wir wollen die Überprüfungsmöglichkeiten der Internationalen Atomenergieorganisation stärken.

6.4 Nachhaltige Entwicklung und mehr globale Gerechtigkeit

Die Entwicklungspolitik von CDU und CSU ist wertebestimmt und liegt zugleich im Interesse Deutschlands. Sie beruht auf unserem christlichen Bild vom Menschen und der Solidarität mit den Armen und Unterdrückten. Die Würde des Menschen steht im Mittelpunkt unseres internationalen Einsatzes für nachhaltige Entwicklung.

Daraus leiten sich die Achtung der Menschenrechte, die Stärkung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, die Minderung von Armut im Rahmen einer sozial und ökologisch ausgerichteten Marktwirtschaft, die Bewahrung der Schöpfung und die Durchsetzung und Erhaltung des Friedens und der Freiheit ab. Dies gelingt am besten, indem wir Hilfe zur Selbsthilfe leisten, damit unsere Partner Verantwortung für die wirkungsvolle Gestaltung des eigenen Landes übernehmen können. Unsere Entwicklungspolitik ist zum beiderseitigen Nutzen. Sie trägt in den Partnerländern und bei uns zu Sicherheit, Stabilität und Wohlstand bei.

Schwerpunkte unserer Entwicklungspolitik

Wir wollen erreichen, dass die Weiterentwicklung der Millenniumsentwicklungsziele, von der Armutsbekämpfung bis zur Senkung der Kindersterblichkeit, sowie die Neubestimmung von Nachhaltigkeitszielen zu einer einheitlichen, aufeinander abgestimmten weltweiten Verständigung über die Ziele der Entwicklungszusammenarbeit führen. Diese müssen so klar und verbindlich ausgestaltet sein, dass sich Partnerländer und Geber daran orientieren können.

Wir konzentrieren uns auf die Schlüsselbereiche nachhaltiger Entwicklung und Bekämpfung der Armut. Zentral ist, was in den Partnerländern nachgefragt wird und was Deutschland an Sachverstand einbringen kann: die Förde-

rung von guter Regierungsführung und Rechtsstaatlichkeit, Presse- und Meinungsfreiheit, Bildung und berufliche Ausbildung, Sozialpartnerschaft, Gesundheit, ländliche Entwicklung und Ernährungssicherheit sowie Infrastrukturentwicklung. Darüber hinaus unterstützen wir unsere Partnerländer beim Aufbau einer sozial und ökologisch ausgerichteten Marktwirtschaft und bei dem Ziel, über eine funktionierende, verantwortlich handelnde Privatwirtschaft und eine Stärkung von Arbeitnehmerrechten ein selbsttragendes, breitenwirksames Wachstum und Beschäftigung zu schaffen. Wir tragen zum Schutz der Umwelt, der Artenvielfalt und des Klimas bei. Die Durchsetzung der Rechte von Mädchen und Frauen werden wir zu einer Querschnittsaufgabe deutscher Entwicklungszusammenarbeit machen. Dies ist auch eine wesentliche Voraussetzung jeder erfolgreichen Bevölkerungspolitik.

Entwicklungspolitische Zusammenarbeit und Partner

Die entwicklungspolitische Zusammenarbeit mit den Schwellenländern muss sich auf den Schutz globaler öffentlicher Güter konzentrieren. Unsere Entwicklungs- und Menschenrechtspolitik muss noch stärker nachhaltig stabilisierend wirken. Dabei setzen wir besonders auf die Teilhabe der Zivilgesellschaft. Auch für vom Zerfall bedrohte Staaten müssen Kooperationsmöglichkeiten und Strategien hin zu solider Entwicklung weiterentwickelt werden.

Es ist im Interesse Deutschlands und der Europäischen Union, die Veränderungsprozesse sowohl im südlichen Mittelmeerraum als auch in der östlichen Nachbarschaft noch stärker zu unterstützen. Diese Regionen müssen neben Subsahara Afrika ein besonderer Schwerpunkt unserer Entwicklungs- und Menschenrechtspolitik sein.

Die Europäische Union muss in der Entwicklungs- und Menschenrechtspolitik mit einer Stimme sprechen. Wir wollen daher die Arbeitsteilung zwischen den Mitgliedsstaaten und mit der EU-Kommission weiter verbessern. Die EU soll da tätig werden, wo gesamteuropäisches Handeln Vorteile bietet.

Die Entwicklungspolitik wird auch weiterhin durch ein eigenständiges und starkes Ministerium vertreten sein. Nach der erfolgreichen Gründung der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) stärken wir deren Zusammenarbeit mit der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) weiter.

Wir erhöhen die Wirkung der eingesetzten Gelder auch dadurch, dass der Einsatz von Entwicklungsmitteln – wo möglich – an das Vorliegen vereinbarter Ziele und Wirkungen geknüpft wird. Dies fördert die Eigenverantwortung der Empfänger und erhöht die Akzeptanz in unserem Land aufgrund nachgewiesener Erfolge.

Engagierte Bürger sind die wichtigsten Anwälte einer starken Entwicklungspolitik. Staatliche und nicht-staatliche Entwicklungszusammenarbeit ergänzen sich wirkungsvoll. Wir werden deshalb die Zusammenarbeit mit den Kirchen, den entwicklungspolitischen Nichtregierungsorganisationen und den politischen Stiftungen verbreitern und vertiefen. Dies gilt auch für wohltätige Förderer und Stiftungen, die die internationale Entwicklungszusammenarbeit zunehmend beeinflussen.

Wir stärken die Zusammenarbeit zwischen deutscher Wirtschaft und Entwicklungspolitik. Wir fördern nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung in den Partnerländern und unterstützen zugleich Deutschlands außenwirtschaftliche Interessen. Hierzu gehört eine Rohstoffpolitik, die beiden Seiten dient – durch faire Verträge, die Einhaltung von Umwelt- und Sozialstandards und die gerechte Verteilung der Einnahmen.

Wir wollen bessere Rahmenbedingungen für die Teilhabe der Entwicklungsländer am Welthandel. Deshalb setzen wir uns für einen Fortgang der WTO-Verhandlungen und einen fairen Interessenausgleich mit den Entwicklungsländern ein.

Wir halten an dem Ziel fest, 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens für die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit aufzuwenden. Eine Erhöhung der Mittel muss mit einer weiteren Effizienzsteigerung des entwicklungspolitischen Instrumentariums und der Aufnahmefähigkeit in unseren Partnerländern einhergehen.

7. Wahlauf Ruf

Gemeinsam erfolgreich für Deutschland – mit CDU und CSU in eine sichere Zukunft

Am 22. September geht es um die Zukunft unseres Landes. CDU und CSU stehen in Deutschland, Europa und weltweit für Stabilität und Verlässlichkeit. Mit der Union ist unser Land auf dem Weg zu einem ausgeglichenen Haushalt ohne neue Schulden. Wir verfolgen eine nachhaltige Politik für Wachstum und Arbeitsplätze. Wir stärken den Zusammenhalt in unserem Land und investieren in seine Zukunft. Rot-Grün setzt dagegen auf eine Politik der Steuererhöhungen und der Spaltung. Damit gefährdet Rot-Grün die wirtschaftliche Stärke unseres Landes und hunderttausende Arbeitsplätze.

Dieses Programm ist unser Angebot für einen erfolgreichen Weg in die Zukunft. Unsere Politik ist geprägt vom christlichen Menschenbild. Es gibt uns die Zuversicht, die vor uns liegenden Aufgaben zum Wohle der Menschen und unseres Land zu gestalten. In Deutschland und weltweit leiten uns dabei die Werte Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit.

Wir laden alle Menschen in unserem Land ein, darüber mit uns und unseren Kandidatinnen und Kandidaten für den Deutschen Bundestag ins Gespräch zu kommen. Gemeinsam haben wir viel für unser Land erreicht. Deshalb werben wir erneut um Ihr Vertrauen und rufen alle Wählerinnen und Wähler auf: Geben Sie bei der Bundestagswahl am 22. September beide Stimmen CDU und CSU.



www.cdu.de/regierungsprogramm



Hamburger Programm

Das Grundsatzprogramm der SPD.

SPD

Hamburger Programm

Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Beschlossen auf dem Hamburger Bundesparteitag der SPD am 28. Oktober 2007.

Herausgeber:
SPD-Parteivorstand
Willy-Brandt-Haus, 10963 Berlin
1. Auflage 11-2007
Art.-Nr.: 3000085

Inhalt

Vorwort	3
Einleitung	5
1. Die Zeit, in der wir leben	6
2. Unsere Grundwerte und Grundüberzeugungen	12
3. Unsere Ziele, unsere Politik	19
3.1 Eine friedliche und gerechte Welt	19
3.2 Das soziale und demokratische Europa	26
3.3 Solidarische Bürgergesellschaft und demokratischer Staat	30
3.4 Die Gleichstellung der Geschlechter	40
3.5 Nachhaltiger Fortschritt und qualitatives Wachstum	42
3.6 Gute Arbeit für alle	51
3.7 Der vorsorgende Sozialstaat	55
3.8 Bessere Bildung, kinderfreundliche Gesellschaft, starke Familien	60
4. Unser Weg	67
Stichwortregister	69

Vorwort

Soziale Demokratie im 21. Jahrhundert

Eine Dekade nach Annahme des Berliner Programms beauftragte der Berliner Parteitag im Dezember 1999 eine Kommission damit, ein neues Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu schreiben. Die SPD hatte nach langer Oppositionszeit wieder Regierungsverantwortung für Deutschland übernommen. Die einen wünschten, die anderen fürchteten gerade deshalb eine Modernisierung der programmatischen Grundlagen. Klar war allerdings die Aufgabe, zeitgemäße Antworten auf die Herausforderungen offener Grenzen und sozialer Risiken zu finden.

Das Ringen um die Positionen in unserem neuen Grundsatzprogramm hat der SPD gut getan. Seit wir 2006 auf die Zielgerade unserer Programmarbeit eingebogen sind, haben wir noch einmal bewiesen, dass die SPD den Dialog sucht und organisiert, dass wir über die Zukunft der Sozialdemokratie nicht von oben herab, sondern aus der Mitte der Gesellschaft heraus diskutieren. Noch nie zuvor ist das Programm einer deutschen Partei aus einer so umfassenden demokratischen Beteiligung hervorgegangen. Wir haben damit neue Maßstäbe gesetzt, denn wir wissen, für die SPD und für unsere Gesellschaft sind die Weichenstellungen am Anfang des 21. Jahrhunderts von herausragender Bedeutung.

Immer wieder haben wir in den vergangenen Jahren den Nerv der Zeit getroffen, sei es beim Klimaschutz, in der Friedenspolitik oder mit den Zielen, Kapitalmärkte zu regulieren, den Sozialstaat zu erneuern und gute Arbeit zu ermöglichen.

Unsere Prämisse, dass der Staat handlungsfähig sein muss, dass Demokratie keine Ohnmacht verträgt und Gestalten vor Erdulden geht, setzt sich immer mehr durch. Die Werte und Ziele der Sozialdemokratie finden heute große Zustimmung in unserer Gesellschaft.

Das „Hamburger Programm“ widerlegt diejenigen, die glaubten, das Programm müsse zum Feind der Praxis werden – oder andersherum, die Regierungsverantwortung lasse nur reinen Pragmatismus zu. Das neue sozialdemokratische Grundsatzprogramm enthält handfeste Positionen, klare Orientierungen und nachprüfbare Handlungsaufträge. Aber es hebt den Blick auch immer wieder auf die großen, die grundlegenden Fragen unserer Zeit, vor allem auf die Entscheidungsfrage, ob das noch junge Jahrhundert Frieden und Wohlfahrt für alle Menschen bringt oder ob es in erbitterte Verteilungskämpfe und in entfesselte Gewalt mündet. Wir geben Antworten, wie nachhaltiger Fortschritt und soziale Gerechtigkeit im globalen Zeitalter möglich sind. Und gemeinsam mit der solidarischen Mehrheit in Deutschland und in Europa werden wir für diesen Weg politisch kämpfen.

A handwritten signature in blue ink, which appears to read 'K. Beck'.

Kurt Beck, Parteivorsitzender der SPD

EINLEITUNG

Fortschritt und Gerechtigkeit im 21. Jahrhundert

Die Zukunft ist offen – voll neuer Möglichkeiten, aber voller Gefahren. Deshalb müssen Fortschritt und soziale Gerechtigkeit demokratisch erkämpft werden. Den Menschen verpflichtet, in der stolzen Tradition des demokratischen Sozialismus, mit Sinn für Realität und mit Tatkraft stellt sich die deutsche Sozialdemokratie in der Welt des 21. Jahrhunderts ihren Aufgaben. Für dauerhaften Frieden und für die Sicherung der ökologischen Lebensgrundlagen. Für eine freie, gerechte und solidarische Gesellschaft. Für die Gleichberechtigung und Selbstbestimmung aller Menschen – unabhängig von Herkunft und Geschlecht, frei von Armut, Ausbeutung und Angst.

Wir erstreben eine friedliche und gerechte Weltordnung. Wir setzen auf die Stärke des Rechts, um das Recht des Stärkeren zu überwinden. Das soziale Europa muss unsere Antwort auf die Globalisierung werden. Nur in gemeinsamer Sicherheit und Verantwortung, nur in Solidarität und Partnerschaft werden die Völker, Staaten und Kulturen das Überleben der Menschheit und des Planeten sichern können.

Wir arbeiten für nachhaltigen Fortschritt, der wirtschaftliche Dynamik, soziale Gerechtigkeit und ökologische Vernunft vereint. Durch qualitatives Wachstum wollen wir Armut und Ausbeutung überwinden, Wohlstand und gute Arbeit für alle ermöglichen und dem bedrohlichen Klimawandel begegnen. Es gilt, die natürlichen Lebensgrundlagen auch für künftige Generationen zu sichern und die Qualität des Lebens zu verbessern. Dafür wollen wir die Möglichkeiten des wissenschaftlichen und technischen Fortschritts in den Dienst der Menschen stellen.

Wir entwickeln den vorsorgenden Sozialstaat, der Armut bekämpft, den Menschen gleiche Chancen auf ein selbstbestimmtes Leben eröffnet, gerechte Teilhabe gewährleistet und die großen Lebensrisiken verlässlich absichert. Wir setzen auf das Miteinander der Generationen und die Gleichberechtigung von Frauen und Männern. Unsere Unterstützung gilt den Familien, unsere besondere Solidarität gilt den Schwächsten in

unserer Gesellschaft. Wir wollen ein gesundes Leben und gute Bildung für alle. Wir wollen kein Kind zurücklassen.

Wir setzen auf die Stärken der solidarischen Bürgergesellschaft. Mit der Gestaltungskraft demokratischer Politik wollen wir den Zusammenhalt in unserem Land stärken, Zugehörigkeit und Heimat ermöglichen. In Deutschland wollen wir eine Kultur der Anerkennung fördern: Die Menschen sollen in gegenseitigem Respekt vor der Würde, der Kultur und der Leistung ihrer Mitmenschen zusammenleben. Wir arbeiten für unseren sozialen und demokratischen Rechtsstaat, der Sicherheit in Freiheit gewährleistet.

In unserer Zeit der rasanten Veränderung suchen viele Menschen Orientierung und Perspektive. Wir wissen: Millionen von Menschen aus der gesamten Gesellschaft teilen unsere Werte und unsere Ziele. Diese solidarische Mehrheit wollen wir für sozialdemokratische Politik gewinnen.

1. DIE ZEIT, IN DER WIR LEBEN

Das 21. Jahrhundert ist das erste wirklich globale Jahrhundert. Nie zuvor waren die Menschen weltweit so sehr aufeinander angewiesen. Mit dem Zusammenbruch des Kommunismus wurden die Teilung unseres Landes und die politische Spaltung der Welt überwunden. Seither erleben wir den tiefsten geschichtlichen Umbruch seit der industriellen Revolution. Wissenschaft und Technik treiben ihn voran. Dieses Jahrhundert wird entweder ein Jahrhundert des sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Fortschritts, der allen Menschen mehr Wohlfahrt, Gerechtigkeit und Demokratie eröffnet. Oder es wird ein Jahrhundert erbitterter Verteilungskämpfe und entfesselter Gewalt.

Die heutige Lebensweise unserer industriellen Gesellschaften überfordert die ökologische Belastbarkeit der Erde spätestens dann, wenn nicht mehr sechs, sondern bald neun Milliarden Menschen so wirtschaften und konsumieren, wie wir im reichen Teil der Welt es bisher tun. Auf dem Spiel stehen ein menschenwürdiges Leben, der Frieden auf der Welt und nicht zuletzt die Bewohnbarkeit unseres Planeten. Ein wachsender Teil der

Weltbevölkerung leidet bereits an den Folgen der Erwärmung der Erdatmosphäre, unter Wüstenbildung und Wasserknappheit. Menschen aus Regionen, in denen ökologische Bedingungen zu Hunger führen, drängen immer stärker in weniger gefährdete Teile der Welt. Den Klimawandel zu begrenzen und aufzuhalten, ist daher eine der zentralen Herausforderungen im 21. Jahrhundert.

Die Widersprüche der Globalisierung

Die Welt wächst zusammen. Digitalisierte Medien und andere technische Neuerungen haben die Bedeutung von Raum und Zeit revolutioniert. Wir erleben zum ersten Mal in der Geschichte eine weltweite Arbeitsteilung, in die große Teile der Menschheit einbezogen sind. Die Globalisierung, die Öffnung von Grenzen und von Märkten, ist das Ergebnis nicht nur von technischen Innovationen, sondern auch von politischen Entscheidungen. Sie bietet die Chance, Hunger, Armut und Seuchen zu überwinden. Der Welthandel bringt vielen Menschen neue Arbeit und Wohlstand. Zugleich aber prägt den globalen Kapitalismus ein Mangel an Demokratie und Gerechtigkeit. So steht er dem Ziel einer freien und solidarischen Welt entgegen. Er verschärft alte Ungerechtigkeiten und schafft neue. Deshalb kämpfen wir für eine Politik, die im eigenen Land, in Europa und in der Welt eine soziale Antwort auf den globalen Kapitalismus formuliert.

Der globale Kapitalismus häuft große Mengen an Kapital an, die aber nicht zwangsläufig neuen Wohlstand erzeugen. Entfesselte Finanzmärkte bringen Spekulation und Erwartungen hervor, die einer nachhaltigen und langfristig ausgerichteten Wirtschaftsweise entgegenstehen. Wo das einzige Ziel die schnelle und hohe Rendite ist, werden allzu oft Arbeitsplätze vernichtet und Innovationen verhindert. Kapital muss der Wertschöpfung und dem Wohlstand dienen.

Mit der Globalisierung verschmilzt die Welt immer mehr zu einem einzigen Markt. Die wirtschaftliche Macht konzentriert sich in global agierenden Unternehmen, Banken und Fonds. Transnationale Unternehmen planen ihre Gewinnstrategien über alle Grenzen hinweg, sie unterlaufen demokratisch legitimierte Entscheidungen. Die Nationalstaaten, selbst die

größten unter ihnen, drohen zu bloßen Standorten zu werden, die um Investitionen des globalen Kapitals konkurrieren. Daher müssen sich Nationalstaaten zusammenschließen und ihren Einfluss gemeinsam stärken. Europa hat diesen Weg eingeschlagen. Ein soziales Europa kann Vorbild auch für andere Teile der Welt werden.

Nie zuvor verfügte die Welt über so viel Wissen. Der technische Fortschritt hat ein ungeheures Tempo erreicht. Schwere körperliche Arbeit kann ersetzt werden. Wir können Krankheiten besiegen, die lange als unheilbar galten. Die durchschnittliche Lebenserwartung steigt. Aber das Wissen und andere öffentliche Güter kommen nicht allen Menschen zugute, weil sie zur käuflichen Ware werden. In vielen Ländern nimmt der Abstand zwischen Arm und Reich zu. Weltweit schreitet die Zerstörung der Natur voran.

Wo Grenzen fallen, steigen die Chancen auf ein friedliches Miteinander der Völker und Kulturen. Im selben Maße, wie die Welt zusammenwächst, wird sie jedoch auch verwundbarer. Wir erleben, dass Staaten zerfallen, Brutstätten für Anarchie und Terrorismus entstehen, religiöse und politische Fundamentalisten die Welt willkürlich in Gut und Böse teilen. Privatisierte, entstaatlichte Gewalt und die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen bringen neue Gefahren hervor. Das alles bedroht den Frieden.

Nach zwei mörderischen Weltkriegen und dem Holocaust haben die Völker Europas im 20. Jahrhundert einen Kontinent des Friedens und der offenen Grenzen geschaffen. Die friedlichen Revolutionen von 1989 haben die Spaltung Europas in Ost und West überwunden. Die deutsche Einheit hat Freiheit und Demokratie für unser ganzes Land gebracht. Nicht nur in Deutschland, fast überall in Europa genießen die meisten Menschen Wohlstand und Lebensqualität wie nie zuvor. Aber zugleich durchlebt Europa bei den Bürgerinnen und Bürgern eine Vertrauenskrise. Die Menschen in den europäischen Staaten, auch in Deutschland, verlangen mehr Demokratie, mehr Rücksichtnahme auf soziale Belange, mehr Respekt vor nationalen Identitäten und kulturellen Traditionen. Deshalb muss Europa mehr als ein Staatenverbund sein, es muss ein soziales und demokratisches Bündnis seiner Bürgerinnen und Bürger werden.

Umbruch in Arbeitswelt und Gesellschaft

Erstmals tritt neben den Weltmarkt von Kapital und Waren eine weltweite Konkurrenz von Dienstleistung und Arbeit. Mehr Menschen als je zuvor sind von der Globalisierung und dem internationalen Wettbewerb unmittelbar betroffen. Russland, China und Indien sind für uns Zukunftsmärkte. Mit ihrem Eintritt in den Weltmarkt aber steigt auch die Zahl von Arbeitskräften enorm, die im Rahmen der globalen Arbeitsteilung verfügbar sind. Die Konkurrenz wird härter.

Deutschland zählt dank der Stärke seiner Industrie zu den Gewinnern der Globalisierung. Aber nicht jeder in unserem Land hat gewonnen. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erleben, wie selbst florierende Unternehmen verlagert werden. Anonyme Fondsmanager kaufen und verkaufen Firmen wie Händler ihre Ware auf dem Großmarkt.

Unsere Arbeitsgesellschaft befindet sich in einem tief greifenden Wandel. Das Tempo der Innovationen steigt und die Vielfalt der Beschäftigungsformen nimmt zu. Qualifikation und Wissen werden immer wichtiger. Neue kreative Berufe entstehen. Das traditionelle Normalarbeitsverhältnis – unbefristet und mit geregelten Arbeitszeiten – verliert an Bedeutung. Das Arbeitsleben vieler Menschen ist von einem Wechsel zwischen abhängiger Beschäftigung, Nichterwerbstätigkeit, Phasen der Familienarbeit und Selbstständigkeit bestimmt.

Diese Veränderungen, nicht selten als Zwang erlebt, können Menschen überfordern und ängstigen. Viele fürchten, abgehängt, vernachlässigt oder gar vergessen zu werden, auch von der Politik. Wer gering qualifiziert oder nicht mehr jung ist, wird oft vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen. Frauen haben selbst mit den besten Bildungsabschlüssen noch längst nicht den gleichen Zugang zu beruflichem Aufstieg und zu existenzsichernder Arbeit. Wer Arbeit hat, sieht seine Lebensqualität häufig durch steigenden Druck, härtere Konkurrenz und die Anforderung bedroht, immer verfügbar zu sein.

Nach dem Zweiten Weltkrieg haben Sozialdemokratie, Gewerkschaften und soziale Bewegungen in der Bundesrepublik große Fortschritte erstritten. Nie zuvor konnten so viele Menschen am kulturellen, sozialen und

politischen Leben teilnehmen. Die soziale Absicherung hat ein hohes Niveau erreicht. Der ungezügelter globale Kapitalismus gefährdet diese Erfolge. Armut nimmt wieder zu und die Kluft zwischen Arm und Reich vertieft sich weiter, auch in Deutschland. Nicht jede und jeder kann durch eigene Arbeit den eigenen Lebensunterhalt bestreiten. Dies gilt besonders für viele Menschen in den neuen Bundesländern. Viele Einwandererfamilien und Alleinerziehende haben hart zu kämpfen, wenn ihre Kinder eine Chance bekommen sollen. Manche leben schon in dritter Generation von Sozialhilfe. Armsein vererbt sich nicht zuletzt deshalb, weil in Deutschland stärker als anderswo die Bildung von der Herkunft bestimmt wird. Sozialer Aufstieg ist noch immer nicht für alle gleichermaßen erreichbar.

Auf dem Weg zur Gleichstellung von Frauen und Männern ist unsere Gesellschaft weit vorangekommen. Doch die alte Rollenverteilung ist noch immer nicht überwunden. Rechtliche Gleichheit bedeutet noch keine Gleichstellung. Gerade in Berufs- und Arbeitswelt bestehen alte Benachteiligungen fort. Immer noch ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ganz überwiegend ein Problem der Mütter, verdienen Frauen weniger als Männer, verlieren Frauen leichter ihre Arbeitsplätze und sind häufiger von Armut bedroht.

Die Lebenserwartung in Deutschland steigt. Das ist ein großes Geschenk: Länger leben zu können, bedeutet mehr Zeit für Aktivität, Bildung und Genüsse, die lange zurückstehen mussten. Auf der anderen Seite werden mehr Menschen in hohem Alter, zumal wenn sie allein leben, auf die Hilfe der Gesellschaft angewiesen sein.

Gleichzeitig erfüllen sich weniger junge Männer und Frauen ihren Kinderwunsch. Dies führt zu Veränderungen in vielen Bereichen des Alltagslebens, von der Arbeitswelt bis zu den Sozialsystemen, es verändert insgesamt die Atmosphäre unserer Gesellschaft. Aus ganzen Regionen wandern die wenigen Jungen ab, die Alten bleiben. Wer keine Region aufgeben will, muss den Menschen vor Ort helfen, für ihre Heimat Zukunftsperspektiven zu schaffen.

Die Globalisierung hat auch eine kulturelle Dimension. Religionen und Kulturen begegnen einander mehr denn je. Menschen finden heute an fast allen Orten der Welt Angehörige ihrer Kultur, Produkte aus ihrer

Heimat und Medien, die ihnen den Kontakt zu ihren Herkunftsländern lebendig halten. In ihren Heimatländern begegnen sie anderen Kulturen. Das Fremde rückt näher, auch die Chance, es zu verstehen. Wo die Angst vor dem Fremden überwiegt, wächst die Gefahr, dass aus Vorurteilen Konflikte entstehen. Wo kulturelle Konflikte durch soziale Gegensätze verschärft werden, entsteht Gewalt. Kulturelle Vielfalt aber ist heute ein Merkmal erfolgreicher Gesellschaften.

Demokratie und Politik

Die Globalisierung mindert die Gestaltungsmöglichkeiten des demokratischen Nationalstaates. Gleichzeitig wachsen der Politik neue Aufgaben zu. Hierzu gehören der Klimaschutz, die soziale Integration von Millionen Menschen und der demographische Wandel.

Viele Menschen spüren den Machtverlust des Staates im globalen Zeitalter. Sie glauben nicht mehr an die politische Veränderbarkeit der Dinge. Das Vertrauen in die Gestaltbarkeit der Gesellschaft wiederherzustellen und die Menschen zu ermutigen, ihre Geschicke selbst bestimmt und solidarisch in die Hand zu nehmen, gehört zu den wichtigsten Aufgaben der Sozialdemokratie.

Unsere Demokratie befindet sich in einer Vertrauenskrise. Die traditionellen Parteibindungen nehmen ab. Die Bereitschaft zum gesellschaftlichen Engagement aber ist nach wie vor hoch, denn wir sind in keinem unpolitischen Zeitalter. Die Parteien bleiben unverzichtbares Element einer demokratischen Gesellschaft. Sie bündeln Überzeugungen und Interessen in der Bevölkerung. Sie transportieren im politischen Willensbildungsprozess die Bedürfnisse und Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger in die jeweiligen Entscheidungs- und Handlungsebenen unseres Gemeinwesens. Dazu brauchen sie demokratische innere Strukturen, Beweglichkeit, Fantasie, klare Profile, Verlässlichkeit und Vertrauen.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind überzeugt: Die Menschen haben es selbst in der Hand, ihre Zukunft friedlich, gerecht und solidarisch zu gestalten. Aus einer klaren und realistischen Analyse der Zeit, in der wir leben, leiten wir unsere Vorstellungen von einer

lebenswerten Zukunft ab. Es gibt keinen Weg zurück in die Ära der alten Industriegesellschaft und der Nationalstaaten des 20. Jahrhunderts. Die große Aufgabe des 21. Jahrhunderts lautet, die Globalisierung durch demokratische Politik zu gestalten. Wir richten den Blick nach vorn.

2. UNSERE GRUNDWERTE UND GRUNDÜBERZEUGUNGEN

Die deutsche Sozialdemokratie, die älteste demokratische Partei in Deutschland, war immer Teil einer internationalen Freiheitsbewegung. Nach ihrer Gründung war sie beides: Emanzipationsbewegung der Arbeiter und Demokratiebewegung, die den Obrigkeitsstaat überwinden sollte. Sie war es, die in Deutschland die Ideen der Französischen Revolution und der Revolution von 1848 weiterführte. Demokratiegeschichte ist in Deutschland von der Geschichte der Sozialdemokratie nicht zu trennen. Sie hat Freiheitsrechte und Demokratie erstritten, das Frauenwahlrecht erkämpft, sich jeder Diktatur widersetzt. Sie hat schon früh die Gefahr des Nationalsozialismus erkannt und im Reichstag das Ermächtigungsgesetz abgelehnt. Viele Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten leisteten Widerstand und wurden Opfer des NS-Terrors. Der Wille zur Freiheit machte den Bruch mit den Kommunisten unausweichlich. Die Wiedergründung der Sozialdemokratie in der DDR war ein Signal für die Freiheit.

Die Sozialdemokratie entstand als Teil der Arbeiterbewegung. Sie hat Arbeiterrechte erstritten, den Sozialstaat ausgebaut und zusammen mit den Gewerkschaften aus verachteten Proletarierinnen und Proletariern gleichberechtigte und selbstbewusste Staatsbürgerinnen und Staatsbürger gemacht.

Die Sozialdemokratie war – im Gegensatz zu anderen Parteien – immer internationalistisch und europäisch orientiert. Deshalb arbeiten wir weiter am Projekt des geeinten Europa, das 1925 im Heidelberger Programm der SPD eine Vision war und nun vollendet werden kann. Obwohl viele entschiedene Pazifisten die Sozialdemokratie als politische

Heimat betrachtet haben, war sie nie eine pazifistische Partei. Aber sie war immun gegen Chauvinismus und Militarismus. Wo sie Regierungsverantwortung trug, diente sie dem Frieden. Wir sind stolz darauf, niemals Krieg, Unterdrückung oder Gewaltherrschaft über unser Volk gebracht zu haben.

Die Sozialdemokratie war von Anbeginn die Demokratiepartei. Sie hat die politische Kultur unseres Landes entscheidend geprägt. In ihr arbeiten Frauen und Männer unterschiedlicher Herkunft, verschiedener religiöser und weltanschaulicher Überzeugungen zusammen. Sie verstehen sich seit dem Godesberger Programm von 1959 als linke Volkspartei, die ihre Wurzeln in Judentum und Christentum, Humanismus und Aufklärung, marxistischer Gesellschaftsanalyse und den Erfahrungen der Arbeiterbewegung hat. Die linke Volkspartei verdankt wichtige Impulse der Frauenbewegung und den neuen sozialen Bewegungen.

Wir wissen, dass jede Zeit ihre eigenen Antworten auf die sozialen und politischen Fragen verlangt. Im Ringen um die zeitgemäßen programmatischen Antworten auf die gesellschaftlichen Entwicklungen bekennen wir uns zum freien Meinungsstreit. Wir begrüßen und achten persönliche Grundüberzeugungen und Glaubenshaltungen. Sie können niemals Parteibeschlüssen unterworfen sein. Was uns eint, ist die Überzeugung, dass die Gesellschaft gestaltbar ist und nicht vor dem blinden Wirken der kapitalistischen Globalisierung kapitulieren muss. Und was uns eint, ist die historische Erfahrung, dass sozialdemokratische Politik nur erfolgreich sein kann, wenn sie verbunden ist mit dem demokratischen Engagement der Menschen in den Gewerkschaften, den Friedens-, Frauen-, Umwelt-, Bürgerrechts-, Eine-Welt- und globalisierungskritischen Bewegungen und Netzwerken. Die SPD fühlt sich diesen Bewegungen auch in Zukunft verbunden.

Unser Bild vom Menschen

Die gleiche Würde aller Menschen ist Ausgangspunkt und Ziel unserer Politik. Menschen tragen verschiedene Möglichkeiten in sich. Sie sind weder zum Guten, noch zum Bösen festgelegt. Sie sind vernunftbegabt und lernfähig. Daher ist Demokratie möglich. Sie sind fehlbar, können

irren und in Unmenschlichkeit zurückfallen. Darum ist Demokratie nötig. Jeder Mensch trägt Verantwortung für sein Leben. Niemand kann oder soll sie ihm abnehmen. Menschen dürfen nie zum Mittel für irgendwelche Zwecke erniedrigt werden, weder vom Staat noch von der Wirtschaft. Wir widersprechen jedem politischen Allmachtsanspruch über die Menschen. Wenn Politik selbst Glück und Erfüllung verspricht, läuft sie Gefahr, in totalitäre Herrschaft abzugleiten.

Die Demokratie ist die einzige politische Ordnung, die der Selbstverantwortung der Menschen gerecht wird und die Grenzen der Politik entsprechend bemisst. Die Menschen- und Bürgerrechte legen der Politik und den staatlichen Institutionen Grenzen auf, ohne die es keine Demokratie geben kann. Der Mensch ist aber nicht nur ein Individualwesen mit seinen Rechten und Pflichten, sondern auch ein Sozialwesen, also auf Kooperation angelegt und zu Kooperation bereit. Die Demokratie stützt die Kooperationsbereitschaft durch ihre Institutionen, sie organisiert Solidarität über unterschiedliche soziale Lagen, Generationen und Herkünfte hinweg.

„Frei und gleich an Würde und Rechten“, wie es in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte heißt, soll jeder Mensch sein Leben in Gemeinschaft mit anderen selbst bestimmen können. Wir streben eine Gesellschaft der Freien und Gleichen an, in der jeder Mensch seine Persönlichkeit in Freiheit entfalten kann, ohne die Würde und Freiheit anderer zu verletzen. Wir widersetzen uns jeder Form der Diskriminierung. Die Würde des Menschen ist unabhängig von seiner Leistung und seiner wirtschaftlichen Nützlichkeit. Darum ist die Gesellschaft bei Behinderung, im Alter, am Lebensanfang und am Lebensende zum Schutz der Menschenwürde besonders verpflichtet.

Unsere Grundwerte

„Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“, die Grundforderungen der Französischen Revolution, sind die Grundlage der europäischen Demokratie. Seit das Ziel der gleichen Freiheit in der Moderne zum Inbegriff der Gerechtigkeit wurde, waren und sind Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität die Grundwerte des freiheitlichen, demokratischen Sozialismus. Sie bleiben unser Kriterium für die Beurteilung der politischen Wirklichkeit,

Maßstab für eine bessere Ordnung der Gesellschaft, Orientierung für das Handeln der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten.

Der Sozialdemokratie ging es in ihrer Geschichte immer darum, neben den rechtlichen auch die materiellen Voraussetzungen der Freiheit, neben der Gleichheit des Rechts auch die Gleichheit der Teilhabe und der Lebenschancen, also soziale Gerechtigkeit, zu erkämpfen.

Konservative und Liberale spielen die Grundwerte nicht selten gegeneinander aus: je mehr Freiheit, desto weniger Gerechtigkeit und umgekehrt. Im sozialdemokratischen Verständnis bilden sie eine Einheit. Sie sind gleichwertig und gleichrangig. Vor allem: Sie bedingen, ergänzen, stützen und begrenzen einander. Unser Verständnis der Grundwerte bewahrt uns davor, Freiheit auf die Freiheit des Marktes, Gerechtigkeit auf den Rechtsstaat, Solidarität auf Armenfürsorge zu reduzieren.

Freiheit bedeutet die Möglichkeit, selbstbestimmt zu leben. Jeder Mensch ist zur Freiheit berufen und befähigt. Ob er dieser Berufung entsprechend leben kann, entscheidet sich in der Gesellschaft. Er muss frei sein von entwürdigenden Abhängigkeiten, von Not und von Furcht, und er muss die Chance haben, seine Fähigkeiten zu entfalten und in Gesellschaft und Politik verantwortlich mitzuwirken. Nur wer sich sozial ausreichend gesichert weiß, kann seine Freiheit nutzen.

Die Freiheit des Einzelnen endet, wo sie die Freiheit des Anderen verletzt. Wer anderen Unfreiheit zumutet, kann auf Dauer selbst nicht frei sein.

Gerechtigkeit gründet in der gleichen Würde jedes Menschen. Sie bedeutet gleiche Freiheit und gleiche Lebenschancen, unabhängig von Herkunft oder Geschlecht. Also meint Gerechtigkeit gleiche Teilhabe an Bildung, Arbeit, sozialer Sicherheit, Kultur und Demokratie, gleichen Zugang zu allen öffentlichen Gütern. Wo die ungleiche Verteilung von Einkommen und Vermögen die Gesellschaft teilt in solche, die über andere verfügen, und solche, über die verfügt wird, verstößt sie gegen die gleiche Freiheit und ist darum ungerecht. Daher erfordert Gerechtigkeit mehr Gleichheit in der Verteilung von Einkommen, Vermögen und Macht. Denn große Ungleichheiten in deren Verteilung gefährden die Gleichheit der Lebenschancen. Deswegen ist die soziale Demokratie notwendig.

Gleiche Lebenschancen bedeuten nicht Gleichmacherei. Im Gegenteil: Sie bieten Raum für die Entfaltung individueller Neigungen und Fähigkeiten. Menschen sind und bleiben verschieden. Aber natürliche Ungleichheiten und soziale Herkunft dürfen nicht zum sozialen Schicksal werden. Lebenswege dürfen nicht von vornherein festgelegt sein. Wir wenden uns gegen jede Form von Privilegien oder Benachteiligungen aufgrund der Herkunft, des Standes, der Hautfarbe, des Geschlechts, der sexuellen Orientierung, der Religion.

Leistung muss anerkannt und respektiert werden. Gerecht ist eine der Leistung angemessene Verteilung von Einkommen und Vermögen. Eigentum verpflichtet: Wer überdurchschnittlich verdient, mehr Vermögen besitzt als andere, muss auch mehr zum Wohl der Gesellschaft beitragen.

Solidarität bedeutet wechselseitige Verbundenheit, Zusammengehörigkeit und Hilfe. Sie ist die Bereitschaft der Menschen, füreinander einzustehen und sich gegenseitig zu helfen. Sie gilt zwischen Starken und Schwachen, zwischen Generationen, zwischen den Völkern. Solidarität schafft Macht zur Veränderung, das ist die Erfahrung der Arbeiterbewegung. Solidarität ist eine starke Kraft, die unsere Gesellschaft zusammenhält – in spontaner und individueller Hilfsbereitschaft, mit gemeinsamen Regeln und Organisationen, im Sozialstaat als politisch verbürgter und organisierter Solidarität.

Demokratischer Sozialismus

Unsere Geschichte ist geprägt von der Idee des demokratischen Sozialismus, einer Gesellschaft der Freien und Gleichen, in der unsere Grundwerte verwirklicht sind. Sie verlangt eine Ordnung von Wirtschaft, Staat und Gesellschaft, in der die bürgerlichen, politischen, sozialen und wirtschaftlichen Grundrechte für alle Menschen garantiert sind, alle Menschen ein Leben ohne Ausbeutung, Unterdrückung und Gewalt, also in sozialer und menschlicher Sicherheit führen können.

Das Ende des Staatssozialismus sowjetischer Prägung hat die Idee des demokratischen Sozialismus nicht widerlegt, sondern die Orientierung der Sozialdemokratie an Grundwerten eindrucksvoll bestätigt. Der

demokratische Sozialismus bleibt für uns die Vision einer freien, gerechten und solidarischen Gesellschaft, deren Verwirklichung für uns eine dauernde Aufgabe ist. Das Prinzip unseres Handelns ist die soziale Demokratie.

Primat der Politik und Prinzip der Nachhaltigkeit

Weil wir an diesem Ziel festhalten, bestehen wir auf dem Primat demokratischer Politik und widersprechen der Unterwerfung des Politischen unter das Ökonomische. Dabei haben wir einen weiten Begriff des Politischen, der nicht auf den Staat reduziert werden darf, sondern zivilgesellschaftliche Allianzen und Netzwerke wie auch das freie, selbstbestimmte Handeln der Menschen einschließt. Politik muss dafür sorgen, dass nicht zur bloßen Ware wird, was nicht zur Ware werden darf: Recht, Sicherheit, Bildung, Gesundheit, Kultur, natürliche Umwelt.

Die Demokratie wird sich in Zukunft darin bewähren müssen, dass sie den Zugang zu diesen öffentlichen Gütern gewährleistet, die politische Verantwortung für die Daseinsvorsorge behauptet, die eine gerechte Verteilung von Lebenschancen erst ermöglicht. Das ist in einer Welt knapper werdender Ressourcen mehr denn je erforderlich und darf nicht dem Markt überlassen werden.

Für uns ist der Markt ein notwendiges und anderen wirtschaftlichen Koordinierungsformen überlegenes Mittel. Der sich selbst überlassene Markt ist jedoch sozial und ökologisch blind. Er ist von sich aus nicht in der Lage, die öffentlichen Güter in angemessenem Umfang bereitzustellen. Damit der Markt seine positive Wirksamkeit entfalten kann, bedarf er der Regeln, eines sanktionsfähigen Staates, wirkungsvoller Gesetze und fairer Preisbildung.

Angesichts der Herausforderungen des 21. Jahrhunderts, angesichts von Globalisierung und ökologischer Krise betrachten wir Nachhaltigkeit als das einzig verantwortbare Grundprinzip politischen und wirtschaftlichen Handelns. Das Prinzip Nachhaltigkeit bedeutet: von der Zukunft her denken; dem Primat der Kurzfristigkeit widerstehen und ebenso der Dominanz des Ökonomischen, der rein betriebswirtschaftlichen Logik; von

der Idee der Gesellschaft her die Politik konzipieren und demokratische Vielfalt, ökologische Dauerhaftigkeit, soziale Integration und kulturelle Teilhabe als Leitideen sozialdemokratischer Politik verstehen.

Unser Verständnis von Fortschritt im 21. Jahrhundert verlangt die Verbindung von sozialer, ökonomischer und ökologischer Verantwortung: Sie zielt auf qualitatives Wachstum und Verbesserung der Lebensqualität, Erweiterung von Lebensmöglichkeiten und individueller Freiheit durch Gestaltung der Technik, wissenschaftlichen Fortschritt und verantwortlichen Umgang mit den begrenzten natürlichen Ressourcen und den unbegrenzten Möglichkeiten menschlicher Kreativität.

Politik der Sozialen Demokratie

Die soziale Demokratie setzt dem ökonomisch verkürzten Verständnis der Gesellschaft ein an den humanen Werten der gleichen Würde und des gleichen Respekts orientiertes Bild des Menschen entgegen. Menschen stehen nicht nur in Konkurrenz zueinander, sie brauchen einander. Der Sinn ihres Lebens ergibt sich nicht aus dem Verfügen über marktgängige Wirtschaftsgüter. Menschen sind mehr als Konsumenten und Produzenten, deswegen widersetzen wir uns der Ökonomisierung aller Lebensbereiche.

Lebensqualität ist mehr als die Jagd nach materiellem Wohlstand. Die Menschen verlangen intakte Gemeinschaften, in denen es friedlich und solidarisch zugeht, in denen gleiche Chancen und Rechte gelten, auch zwischen den Geschlechtern. Die Menschen suchen Anerkennung, das Gefühl, gebraucht zu werden, nicht nur im Beruf. Sie leben in und von den Beziehungen in der Familie, zu Partnern, Kindern und Freunden. Dazu brauchen sie Zeit. Wirklich reich sind Menschen nur in einer Gesellschaft, die ihnen mehr selbstbestimmte und freie Zeit gibt. Ein Leben ausschließlich nach der Stoppuhr, im Rhythmus pausenloser Verfügbarkeit, steht dazu im Widerspruch.

Wir wollen eine Gesellschaft, in der Dynamik und Innovation Fortschritt schaffen. Wir wollen dabei aber die Grundlagen des menschlichen Zusammenhalts bewahren und stärken. Individualität und die Chance zur Vielfalt der Lebensentwürfe sind hohe Werte, aber sie können auch

Bindungsverluste und neue Konflikte bewirken. Unübersichtlichkeit ist die Kehrseite von Vielfalt und gesellschaftlichem Wandel, sie verstärken den Wunsch nach Halt und Orientierung. Wir wollen deshalb dazu beitragen, dass Menschen sich angenommen, zugehörig und daher sicher fühlen.

Soziale Demokratie garantiert nicht nur die bürgerlichen, politischen und kulturellen, sondern gleichermaßen die sozialen und wirtschaftlichen Grundrechte aller Menschen. Sie sichert die gleichberechtigte soziale Teilhabe aller durch gesellschaftliche Demokratisierung, vor allem Mitbestimmung, durch den auf Bürgerrechte gestützten vorsorgenden Sozialstaat und durch eine koordinierte Marktwirtschaft, in der der Vorrang der Demokratie vor den Märkten gewährleistet ist.

3. UNSERE ZIELE, UNSERE POLITIK

3.1 EINE FRIEDLICHE UND GERECHTE WELT

Die internationale Politik der deutschen Sozialdemokratie dient dem Ziel, Konflikte zu verhindern und Frieden zu schaffen. Unsere Prinzipien dafür sind Verständigung, internationale Solidarität und gemeinsame Sicherheit durch Kooperation. Wir setzen auf die Überzeugung, dass Macht dem Recht untergeordnet werden muss.

Die Menschheit kann zum ersten Mal in ihrer Geschichte die existenziellen Probleme nur noch gemeinsam lösen. Umfassende Sicherheit lässt sich nur gemeinsam erreichen. Dafür gilt es eine Weltinnenpolitik mit starken Vereinten Nationen auszubilden und eine gerechte Weltwirtschaftsordnung zu schaffen. Bei der Verwirklichung beider Ziele soll Europa eine Schlüsselrolle spielen. Die Europäische Union muss unsere politische Antwort auf die Globalisierung werden.

Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen, dass alle Nationen, Völker und Menschen von Frieden und Wohlstand profitieren. Die SPD steht dafür, dass Zusammenarbeit das Schlüsselwort des neuen Jahrhunderts wird.

Die Sozialdemokratie ist sich der gewachsenen Verantwortung Deutschlands für den Frieden in der Welt bewusst. Wir nehmen diese internationale Rolle aktiv an. Die SPD ist Friedenskraft in Deutschland und Europa. Jegliche Form von Angriffs- und Präventivkriegen lehnen wir ab.

Die Unteilbarkeit und universelle Geltung der Menschenrechte ist für uns nicht verhandelbar. Das Grundgesetz, die Europäische Grundrechtecharta, die Charta der Vereinten Nationen, die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, das humanitäre Völkerrecht und die Millenniumsentwicklungsziele bestimmen unsere internationale Politik. Die Todesstrafe soll weltweit geächtet werden.

Nicht das Recht des Stärkeren, sondern die Stärke des Rechts schafft internationale Sicherheit. Im globalen Zeitalter kann kein Staat langfristig Erfolg haben, der seine Interessen einseitig durchzusetzen versucht. Wir bekennen uns zum Multilateralismus, also zur organisierten Zusammenarbeit von Staaten. Wir knüpfen an die erfolgreiche Entspannungspolitik Willy Brandts in Europa an, für die das Konzept gemeinsamer Sicherheit, vertrauensbildende Schritte und wirtschaftliche wie zivile Zusammenarbeit wichtige Elemente waren. Wir plädieren für eine neue Entspannungspolitik, die Verständigung ermöglicht, Aufrüstung vermeidet und die friedliche Lösung von Konflikten ermöglicht.

Unserer internationalen Politik legen wir einen umfassenden Sicherheitsbegriff zugrunde: Sicherheit für alle Menschen setzt Frieden, Gerechtigkeit und Freiheit, Demokratie, soziale, wirtschaftliche, kulturelle und nachhaltige Entwicklung voraus.

Wir begegnen anderen Völkern mit Freundschaft, Offenheit und Respekt. Zum kulturellen Erbe der Menschheit haben viele Zivilisationen ihren Beitrag geleistet. Denjenigen, die einen Kampf der Kulturen beschwören, erteilen wir eine klare Absage. Auswärtige Kulturpolitik ist Bestandteil einer guten Außenpolitik, die Interesse und Verständnis für unser Land weckt und den Dialog mit anderen Kulturen fördert.

Nach dem Ende des Ost-West-Konflikts hat sich noch keine neue Sicherheitsarchitektur für das globale Zeitalter herausgebildet. Neue Mächte drängen auf die Weltbühne. Unsere Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik muss enge Beziehungen zu den Ländern in Asien, Latein-

amerika und Afrika entwickeln. Sie sind Partner beim Aufbau einer gerechten Weltordnung.

Deutschland hat eine besondere Verantwortung für das Existenzrecht Israels. Auch deswegen engagieren wir uns für einen umfassenden Frieden im Nahen Osten auf der Grundlage internationaler Verträge. Wir setzen uns für die Selbstbestimmung des palästinensischen Volkes und die Schaffung eines lebensfähigen palästinensischen Staates ein.

Die Sozialdemokratie will die transatlantische Partnerschaft erneuern. Deutschland, Europa und die Vereinigten Staaten von Amerika teilen gemeinsame Werte. Auf dieser Grundlage arbeiten sie auch in der NATO eng zusammen. Nach dem Zusammenbruch des Kommunismus braucht das transatlantische Bündnis jedoch eine neue Zielbestimmung, die an den Erfordernissen des globalen Zeitalters ausgerichtet ist. Eine friedliche Weltordnung ist nur mit den Vereinigten Staaten erreichbar, deshalb sind die Beziehungen zu den USA für uns von besonderem Gewicht.

Die deutsch-französische Freundschaft und Zusammenarbeit war und bleibt nicht nur Motor der europäischen Einigung, sie hat und behält ihren Eigenwert. In gleicher Weise wollen wir auch die Beziehungen zu Polen weiterentwickeln.

Die strategische Partnerschaft mit Russland ist für Deutschland und die Europäische Union unverzichtbar. Die Öffnung Russlands sichert Frieden und Stabilität auf unserem Kontinent.

Stärkung globaler und regionaler Kooperation

Um den Frieden in der Welt zu erreichen, gilt es gemeinsame Interessen, Bündnisse und Organisationen zu stärken. Deshalb treten wir dafür ein, die Vereinten Nationen auszubauen als oberste Instanz einer globalen Rechtsordnung. Wir wollen globales Recht schaffen und durchsetzen. Dazu muss die internationale Gerichtsbarkeit gestärkt werden. Internationales Recht wird nur Verbindlichkeit gewinnen und konfliktlösend wirken, wenn Sanktionen durchgesetzt werden können.

Um die Legitimation der Vereinten Nationen zu erhöhen, müssen ihre Institutionen reformiert und demokratisiert werden. Wir wollen die Rechte der UN-Vollversammlung und die Stellung des UN-Generalsekretärs stärken. Bei der Reform des UN-Sicherheitsrats ist die angemessene Beteiligung aller Kontinente sicherzustellen. Das Vetorecht einzelner Mitgliedstaaten lehnen wir ab. Deutschland sollte mehr konkrete Verantwortung in den Vereinten Nationen übernehmen, auch durch einen ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat. Langfristig muss dort die Europäische Union einen Sitz bekommen.

Wir plädieren für einen Globalen Rat der Vereinten Nationen für Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik. Er soll wirtschaftliche Interessen, soziale Bedürfnisse und ökologische Notwendigkeiten aufeinander abstimmen, die Gefahren unkontrollierter Kapitalbewegungen, soziales und ökologisches Dumping begrenzen helfen. Alle Regionen und die internationalen Handels- und Finanzinstitutionen sollen in diesem Rat hochrangig vertreten sein.

Frieden und Sicherheit sind globale öffentliche Güter. Deshalb sind finanzielle und wirtschaftliche Stabilität, Abwendung der Klimakatastrophe, Sicherung der Ökosysteme und Schutz vor Seuchen globale politische Aufgaben. Damit die Vereinten Nationen ihrer Verantwortung dafür nachkommen können, muss die internationale Staatengemeinschaft die notwendigen Mittel im eigenen Interesse aufbringen.

Unkontrollierte Kapitalbewegungen auf den Finanzmärkten können ganze Volkswirtschaften gefährden. Wir streben einen wirksamen ordnungspolitischen Rahmen für die Finanzmärkte auf internationaler Ebene an.

Internationale Institutionen und Organisationen wie der Internationale Währungsfonds, die Weltbank und die Welthandelsorganisation müssen sich am Maßstab wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit, an den Menschenrechten sowie an Arbeitnehmerrechten messen lassen. Ihre Entscheidungen müssen transparent sein. Die Verteilung der Stimmrechte muss die Interessen der Entwicklungsländer, besonders der ärmsten, stärker widerspiegeln.

Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) wollen wir stärken. Bei Entscheidungen des Internationalen Währungsfonds, der Weltbank, der

Welthandelsorganisation und der Vereinten Nationen müssen die Kernarbeitsnormen der ILO stärker verankert und beachtet werden. Um die Rechte von Arbeitnehmern zu stärken, sind freie Gewerkschaften weltweit unverzichtbar.

Der Europarat und die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa sind als regionale internationale Organisationen Vorbilder für die Überwindung von Gegensätzen zwischen den Völkern. Deutschland wird den Aufbau ähnlicher Organisationen auch in anderen Weltregionen unterstützen.

Zivilgesellschaftliche Organisationen haben für die Völkerverständigung eine hohe Bedeutung. Wir verstehen uns als Partner des Internationalen Gewerkschaftsbunds, der Nichtregierungsorganisationen und Kirchen, die immer wieder den Blick auf internationale Konflikte lenken und Lösungsansätze entwickeln.

Wir unterstützen eine stärkere Rolle der Sozialistischen Internationale (SI) als transnationales und politikfähiges Bündnis sozialdemokratischer Parteien in der Welt. Sie muss bei der Demokratisierung der internationalen Politik eine gewichtige Rolle spielen, insbesondere zur Herausbildung einer globalen Öffentlichkeit.

Umfassende Sicherheitspolitik

Frieden bedeutet für uns mehr als die Abwesenheit von Krieg. Frieden ist elementare Grundlage für eine zivilisierte Entwicklung unserer globalen Gesellschaft. Krisenprävention ist die effizienteste Sicherheitspolitik. Wir sind überzeugt, dass dauerhafter Frieden nur möglich ist, wenn strukturelle Konfliktursachen wie Hunger, Armut und Ressourcenmangel überwunden werden. Krieg darf kein Mittel der Politik sein.

Eine gerechte Weltwirtschaftsordnung und eine partnerschaftliche Entwicklungszusammenarbeit sind für uns nicht nur ein Gebot der Menschlichkeit, sondern Bausteine einer umfassenden Sicherheitspolitik. Die Mittel für die Bekämpfung von Armut und Unterentwicklung wollen wir deshalb bis 2015 schrittweise auf 0,7 Prozent des Bruttoinlandsproduktes

erhöhen. Die Bekämpfung von Korruption, die Förderung guter Regierungsarbeit, die systematische Entschuldung von Entwicklungsländern, der Kampf gegen Aids, Seuchen und Epidemien bleiben wichtige Ziele bei der Überwindung von Armut.

Frauen tragen in vielen Gesellschaften die Hauptverantwortung für soziale und wirtschaftliche Entwicklung. Ohne gleichberechtigte Teilhabe von Frauen auf der ganzen Welt sind Demokratie, globale Gerechtigkeit und nachhaltige Entwicklung nicht möglich.

Wir brauchen mehr Gerechtigkeit im Welthandel. Die Entwicklungsländer wollen keine Almosen – sie wollen gerechte Chancen auf den Märkten. Dazu müssen die Industrieländer im Rahmen der Welthandelsorganisation ihre Märkte öffnen und die Subventionierung ihrer Agrarexporte Schritt für Schritt reduzieren und schließlich beenden.

Abrüstung und Nichtverbreitung

Die zunehmende Verbreitung von Massenvernichtungswaffen verlangt eine neue Politik der effektiven Rüstungskontrolle, der Rüstungsbegrenzung und der Abrüstung. Wir treten ein für den Abzug sämtlicher Atomsprengköpfe, die auf deutschem Boden lagern. Wir bekräftigen unser Ziel einer atomwaffenfreien Welt und werben dafür, die Urananreicherung unter internationale Kontrolle zu stellen. Wir setzen uns dafür ein, eine internationale rechtsverbindliche Ächtung des Einsatzes von Atomwaffen durchzusetzen. Der Weltraum muss von Waffen frei sein. Verstärkte Anstrengungen widmen wir der Begrenzung und Kontrolle konventioneller Rüstungsgüter. Gerade bei der Abrüstung setzen wir darauf, bestehende multilaterale Verträge zu stärken und auszubauen. Produktion und Export von Landminen und Streubomben müssen verboten werden.

Wir werden auch künftig sicherstellen, dass Deutschland Herstellung, Besitz und Anwendung von Massenvernichtungswaffen nicht anstrebt. Wir sind einer strengen Rüstungsexportpolitik verpflichtet. Rüstungsgüter sind keine normale Handelsware. Die Einhaltung der Menschenrechte, gute Regierungsführung und das Verbot, Waffen in Konfliktregionen zu liefern, sind für uns maßgeblich bei Ausfuhrgenehmigungen. Rüstungs-

exporte in Entwicklungsländer sind abzulehnen, weil sie die nachhaltige Entwicklung eines Landes gefährden.

Verantwortung für Sicherheit und Frieden

Knapper werdende Ressourcen und Klimakatastrophen bergen ein enormes Konfliktpotenzial. Klimaschutz und Zugang zu Energie, Rohstoffen und Wasser sind im globalen Zeitalter eine herausragende Frage der internationalen Sicherheit. Erneuerbare Energien und die Steigerung der Energieeffizienz sind Schlüssel zu einer friedlichen Entwicklung.

Der Zerfall von Staaten führt zur Ausbreitung von Anarchie und Rechtlosigkeit. Deutschland muss bereit sein, bei der Wiederherstellung von Staatlichkeit und zivilgesellschaftlichen Strukturen Verantwortung zu übernehmen.

Die gefährlichste Ausprägung entstaatlichter Gewalt ist der Terrorismus. Beim Kampf gegen den Terror geht es nicht um Krieg, sondern um Verbrechensbekämpfung. Dies ist die Aufgabe von Polizei, Justiz und Geheimdiensten. Nur wo sie beim internationalen Kampf gegen Terror überfordert sind, ist als letzte Option das Militär am Zug. Auch angesichts des Terrorismus lehnen wir jegliche Aufweichung des Völkerrechts ab.

Konflikte können zwar militärisch entschieden, aber niemals nur militärisch gelöst werden. Deshalb verfolgen wir eine Friedenspolitik, die vorrangig auf Vorbeugung gegen Konflikte basiert.

Ein Einsatz der Bundeswehr muss stets in ein Konzept von politischen, diplomatischen, wirtschaftlichen, entwicklungspolitischen und kulturellen Maßnahmen eingebettet sein. Deshalb wollen wir die Mittel für zivile Krisenprävention und Krisenreaktion erhöhen und die Instrumente dieser Politik ausbauen. Der Einsatz militärischer Mittel bleibt für uns Ultima Ratio. Auch zur Stabilisierung des Friedens wollen wir Soldatinnen und Soldaten nur einsetzen, wenn andere Mittel nicht ausreichen.

Deutschland kann sich an diesen Missionen beteiligen, wenn sie durch ein völkerrechtlich bindendes Mandat der Vereinten Nationen legitimiert

sind, der Einsatz dem deutschen Interesse am Frieden in der Welt und an der Wohlfahrt der Nation nicht widerspricht und der Deutsche Bundestag zustimmt.

Mit der Überwindung der Spaltung Europas und der deutschen Wiedervereinigung hat die Bundeswehr mehr Verantwortung im Rahmen unserer kooperativen Friedens- und Sicherheitspolitik übernommen. Die Soldatinnen und Soldaten genießen durch ihr Auftreten zu Recht weltweit hohes Vertrauen und Ansehen. Die gesellschaftliche Verankerung und die Akzeptanz der Bundeswehr müssen erhalten bleiben. Die Fortentwicklung der Wehrpflicht ist hierfür ein Garant. Deshalb setzen wir uns für eine Stärkung der Freiwilligkeit beim Wehrdienst ein.

Jeder Mensch hat das Recht, den Kriegsdienst aus Gewissensgründen zu verweigern. Dieses Recht gilt es auch international durchzusetzen.

3.2 Das soziale und demokratische Europa

Schon 1925 setzte sich die Sozialdemokratie mit der Forderung nach den Vereinigten Staaten von Europa für die europäische Einheit ein. Was damals unerreichbar schien, ist heute Wirklichkeit: Die europäische Einigung nach zwei Weltkriegen hat die friedlichste Periode in der Geschichte unseres Kontinents ermöglicht. Krieg, Vertreibung und Hunger sind überwunden. Die Europäische Union ist vor allem ein Friedensprojekt, wir wollen sie zur handlungsfähigen Friedensmacht ausbauen. Europa ist aber auch eine demokratische und soziale Wertegemeinschaft. Das europäische Gesellschaftsmodell verbindet wirtschaftlichen Fortschritt, sozialen Ausgleich und individuelle Freiheit. Es setzt Maßstäbe für die Gleichstellung von Frauen und Männern und gewährleistet die Rechte der Minderheiten. Die Sozialdemokratie steht für ein tolerantes Europa, das seine unterschiedlichen Nationen und Regionen, Kulturen und Religionen als Reichtum versteht und pflegt.

Wo der Nationalstaat den Märkten keinen sozialen und ökologischen Rahmen mehr setzen kann, muss dies die Europäische Union tun.

Die Europäische Union muss unsere Antwort auf die Globalisierung werden.

Das demokratische Europa

Die Europäische Union hat heute Züge eigener Staatlichkeit gewonnen. Immer mehr Lebensbereiche werden von europäischen Entscheidungen berührt. Wir wollen das Europa der Bürger schaffen. Wir wollen mehr europäische Demokratie wagen.

Unser Leitbild ist eine politische Union, die allen europäischen Bürgern demokratische Mitwirkungsrechte gibt. Das demokratische Europa braucht eine parlamentarisch verantwortliche Regierung auf der Basis einer europäischen Verfassung.

Wir wollen ein föderales Europa, in dem neben dem Europäischen Parlament die Nationalstaaten an der europäischen Gesetzgebung beteiligt werden.

Was nur die Menschen vor Ort, in der Region, in einem Land betrifft, gehört in ihre politische Zuständigkeit, damit bürgernah entschieden werden kann. Dieses Prinzip darf durch europäische Regeln nicht ausgehebelt werden.

Die Kompetenzen des Europäischen Parlaments müssen gestärkt werden. Nur so kann es gleichberechtigt mit den im Ministerrat zusammengesetzten nationalen Regierungen an der europäischen Rechtssetzung mitwirken.

Das Europäische Parlament braucht umfassende parlamentarische Kontrollrechte gegenüber der Europäischen Kommission sowie das Recht zu eigenen Gesetzesinitiativen. Der Präsident der Europäischen Kommission soll vom Europäischen Parlament gewählt werden.

Europäische Demokratie braucht europäische Öffentlichkeit. Europäische Medien, zivilgesellschaftliche Organisationen, Sozialpartner, aber auch starke europäische Parteien sind dafür unabdingbar. Unser Ziel ist es, die Sozialdemokratische Partei Europas zu einer handlungsfähigen Mitglieder- und Programmpartei weiterzuentwickeln. Wir setzen uns für die Erarbeitung eines sozialdemokratischen Grundsatzprogramms für Europa ein und wollen bei den Wahlen zum Europäischen Parlament mit einem gesamteuropäischen Spitzenkandidaten antreten.

Die Weiterentwicklung der Europäischen Union zu einer echten Demokratie darf nicht am Unwillen einzelner Staaten oder ihrer Regierungen scheitern. Sie kann deshalb die Form einer verstärkten Zusammenarbeit einiger Mitgliedstaaten annehmen. Diese Zusammenarbeit muss für alle Mitgliedstaaten offen bleiben.

Das soziale Europa

Europa hat den größten Binnenmarkt der Welt geschaffen und erfolgreich eine einheitliche Währung eingeführt. Dies war im Interesse der Bürger Europas. Aber weder in Deutschland noch in Europa werden wir hinnehmen, dass aus der Marktwirtschaft eine Marktgesellschaft hervorgeht. Nach der Vergemeinschaftung der Geld- und Währungspolitik plädieren wir für eine wachstums- und beschäftigungsorientierte Koordination der Wirtschafts-, Finanz- und Geldpolitik. Dazu werden verbindliche gesamtwirtschaftliche Vorgaben gebraucht.

Neben die Wirtschafts- und Währungsunion muss die europäische Sozialunion mit gleichem Rang treten. Es gibt unterschiedliche nationale Ausprägungen und Traditionen des europäischen Sozialmodells. Gemeinsame Grundlagen für alle Sozialstaaten in Europa sind aber ein leistungsfähiger Staat, Sozialsysteme zur Absicherung elementarer Lebensrisiken, ein hohes Bildungsniveau, öffentliche Daseinsvorsorge, geregelte Arbeitsbedingungen sowie Beteiligungs- und Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Die europäische Sozialunion respektiert nationalstaatliche Traditionen, schafft aber gleichzeitig verbindliche europäische Regeln und Standards, die nicht unterschritten werden dürfen. Wir wollen Sozialsysteme nicht vereinheitlichen, uns aber mit den anderen Mitgliedstaaten auf einen sozialen Stabilitätspakt verständigen. Für die Vereinbarung eines sozialen Stabilitätspakts zwischen den Mitgliedstaaten schlagen wir Ziele und Standards für die nationalen Sozial- und Bildungsausgaben vor, die sich an der jeweiligen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit orientieren.

Wo wirtschaftliche Aktivität grenzüberschreitend ist, dürfen Arbeitnehmerrechte nicht an den Grenzen Halt machen. Daher wollen wir in den

europäischen Unternehmen die Mitbestimmung der Arbeitnehmer absichern und ausbauen. Um die Tarifautonomie auf europäischer Ebene zu stärken und durchzusetzen, setzen wir uns für eine europäische Rechtsgrundlage für grenzüberschreitende Tarifverhandlungen und Tarifverträge ein.

Damit der Wettlauf um die niedrigsten Unternehmersteuern die Nationalstaaten nicht ruiniert, wollen wir europaweit Mindestsätze und eine einheitliche Bemessungsgrundlage.

Der freie Zugang zu hochwertigen öffentlichen Dienstleistungen gehört zum europäischen Gesellschaftsmodell. Jeder Mitgliedstaat sorgt dafür auf seine Weise, aber das Prinzip soll für die Europäische Union verbindlich festgelegt werden.

Die Länder der Europäischen Union müssen um ihrer Zukunft willen mehr in Bildung, Forschung und Innovation investieren. Diese Schwerpunktsetzung muss sich auch im europäischen Haushalt widerspiegeln. Wir plädieren für weniger Zuweisungen aus den nationalen Haushalten und für den langfristigen Aufbau einer eigenen Einnahmequelle. Dies setzt allerdings eine transparente, effektive und demokratisch kontrollierte Haushaltspolitik der Europäischen Union voraus.

Um Europa für junge Menschen erfahrbar zu machen und unsere gemeinsame europäische Identität zu stärken, setzen wir uns dafür ein, dass alle Jugendlichen die Möglichkeit bekommen, in Austauschprogrammen oder Jugendbegegnungen den Alltag in einem anderen europäischen Land kennen zu lernen.

Friedensmacht Europa

Unser Bestreben ist die Fortentwicklung der Europäischen Union zu einer handlungsfähigen Friedensmacht. Eigenständige europäische Friedenspolitik muss sich auf ihre Stärken konzentrieren: Diplomatie, Dialog und Unterstützung von Demokratie und Menschenrechten, auch durch Hilfen zur wirtschaftlichen Entwicklung in Konfliktregionen.

Europa hat übereinstimmende Sicherheitsinteressen. Wir streben eine gemeinsame Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik an. Dazu müssen auch die Armeen der Mitgliedstaaten enger zusammenwachsen. Langfristig wollen wir eine europäische Armee, deren Einsatz parlamentarisch legitimiert werden muss.

Die Erweiterung der Union hat Frieden, Stabilität und Wohlstand geschaffen. Wir setzen uns dafür ein, die Zusagen gegenüber Ländern einzuhalten, die eine Beitrittsperspektive bekommen haben und die Kriterien erfüllen. Das gilt auch für die Türkei. Eine Türkei, die sich europäischen Werten verpflichtet fühlt, kann eine wichtige Brücke zu anderen islamischen Ländern werden. Dies liegt nicht zuletzt im Interesse Deutschlands und Europas.

Gegenüber Staaten der Region, die auch mittelfristig nicht der Union beitreten können, entwickeln wir die europäische Nachbarschaftspolitik fort.

3.3 SOLIDARISCHE BÜRGERGESELLSCHAFT UND DEMOKRATISCHER STAAT

Die Demokratie lebt durch das Engagement der Bürgerinnen und Bürger. Darum wollen wir eine starke, lebendige Bürgergesellschaft, in der die Menschen die Freiheiten der Meinung, der Vereinigung und Versammlung nutzen. Der demokratische Staat ist die politische Selbstorganisation der Bürgerinnen und Bürger.

Eine lebendige Bürgergesellschaft kann und soll staatliches Handeln kontrollieren, korrigieren, anspornen, entlasten und ergänzen. Ersetzen kann sie es nicht. Nur wo der Staat seinen Pflichten nachkommt, kann sich eine vitale Zivilgesellschaft bilden. Ohne eine wache Zivilgesellschaft ist der demokratische Staat immer gefährdet. Beide brauchen einander.

Eine starke Bürgergesellschaft bietet uns Heimat in Zeiten stürmischen Wandels. Wo Menschen sich für Menschen einsetzen, sind Verantwortungsbereitschaft, Gerechtigkeitssinn, gegenseitige Anerkennung, Solida-

rität und Mäßigung beim Gebrauch individueller Freiheit erfahrbar. Demokratie ist auf solche gelernten und gelebten demokratischen Tugenden angewiesen.

In der Bürgergesellschaft übernehmen Menschen aus eigenem Antrieb Verantwortung für andere, wirken im Sinne des Gemeinwohls. Oft bemerken sie früher als Behörden, wo Abhilfe nötig ist. Sie arbeiten ehrenamtlich in Vereinen, Stiftungen, Initiativen und Nichtregierungsorganisationen. Wir wollen, dass Ehrenämter mehr Anerkennung und eine bessere Absicherung erhalten. Eine Kultur des gemeinnützigen Stiftens kann und soll die Gesellschaft vielfältiger und menschlicher machen.

Träger der Zivilgesellschaft sind auch Parteien, Gewerkschaften, Kirchen, Religionsgemeinschaften, Sozial- und Umweltverbände. Sie sind unsere Partner auf dem Weg zu einer humanen, zukunftsfähigen Gesellschaft.

Sport ist ein wichtiger Teil unserer Kultur. Er dient der Gesundheit, vermittelt Toleranz und Fairness, verbindet Menschen und hilft, soziale Gegensätze zu überwinden. Deshalb fördern wir den Breiten-, Leistungs- und Behindertensport und seine Vereine. Dazu gehört der Kampf gegen Doping.

Autoritäre und totalitäre Herrschaft hat im 20. Jahrhundert den Staat diskreditiert. Dies nutzen Marktradikale, die den Staat auf den Schutz des Eigentums und die Organisation der Märkte beschränken wollen. Wo immer es geht, versuchen sie, staatliche Aufgaben den Märkten zu übergeben. Was immer aber dem Markt überlassen wird, muss zur Ware werden, die einige sich leisten können, andere aber nicht. Der demokratische Rechts- und Sozialstaat, unterstützt und begrenzt durch die Zivilgesellschaft, ist verantwortlich für das, was nicht zur Ware werden darf.

Bildung ist keine Ware, sondern ein Menschenrecht, dem zu dienen der Staat verpflichtet ist.

Sicherheit vor Verbrechen darf niemals zur Ware werden. Sie ist eine Bringschuld des Staates, die Kehrseite seines Gewaltmonopols.

Kultur ist mehr als Ware, sie ist Ausdruck einer humanen Gesellschaft. Der Staat hat nicht vorzuschreiben, was Kultur ist, wohl aber Kultur

möglich zu machen, auch solche, die sich am Markt nicht behaupten könnte. Der Staat ist nicht zuständig für Wahrheit, weder philosophische noch religiöse noch historische, wohl aber für die Bedingungen der Wahrheitsfindung.

Soziale Sicherheit ist keine Ware, sondern die Aufgabe eines Staates, der auf die Würde des Menschen verpflichtet ist.

Der Staat ist dazu da, Recht und damit verbindliche Regeln zu setzen und durchzusetzen. Eine lückenlose Verrechtlichung aller Lebenssituationen führt aber nicht zu mehr Gerechtigkeit. Deregulierung ist immer wieder nötig, wo veraltete Regeln zu Fesseln werden. Deregulierung als Prinzip allerdings widerspricht dem Zweck eines jeden Staates.

Der demokratische Rechtsstaat kann und muss jegliche Gewalt, auch die eigene, dem Recht unterwerfen. Dies legitimiert sein Gewaltmonopol. Dieses Gewaltmonopol werden wir verteidigen, weil es keine ungerechtere Gesellschaft gibt als eine, in der einige Sicherheit kaufen können, die meisten aber nicht.

Die SPD steht für eine leistungsfähige und bürgerorientierte Daseinsvorsorge in öffentlicher Verantwortung ein. Der Staat muss nicht alles selbst leisten, aber er muss den Zugang zu den öffentlichen Gütern gewährleisten.

Privatisierung kann zweckmäßig und verantwortbar sein. Wir widersprechen Privatisierungen aber, wo sie den Zugang zu den öffentlichen Gütern behindern und das Gewaltmonopol des Staates infrage stellen. Wo öffentliche Aufgaben privatisiert werden sollen, fragen wir nicht nur nach dem kurzfristigen Nutzen für die öffentlichen Finanzen, sondern auch nach der Auswirkung auf die künftigen politischen Gestaltungsmöglichkeiten und die demokratische Verantwortung. Kernbereiche öffentlicher Daseinsvorsorge wollen wir nicht den Renditeerwägungen globaler Kapitalmärkte aussetzen.

Der Verbindung von aktivierendem Staat und aktiver Zivilgesellschaft dient auch die direkte Mitsprache der Bürgerinnen und Bürger durch Volksbegehren und Volksentscheide. In gesetzlich festzulegenden Grenzen sollen sie die parlamentarische Demokratie ergänzen, und zwar nicht

nur in Gemeinden und Ländern, sondern auch im Bund. Wo die Verfassung der parlamentarischen Mehrheit Grenzen setzt, gelten diese auch für Bürgerentscheide.

Den meisten Bürgern begegnet der Staat in Form seiner Verwaltung. Daher brauchen wir eine bürgernahe Verwaltung, die den Bürgerinnen und Bürgern dient. Nutzlose Bürokratie bauen wir ab. Wir wollen keinen vormundschaftlichen Staat.

Die demokratischen Parteien haben eine Schlüsselfunktion bei der politischen Willensbildung. Sie sind unentbehrliche Mittler zwischen Bürgergesellschaft und Staat. Sie sollen, was die Bürger bewegt, zum Gegenstand von politischem Handeln machen. Sie sind eine Schule politischer Diskussion und verantwortlich dafür, dass die Wählerinnen und Wähler für Frauen und Männer stimmen können, die der Arbeit in Gemeinderäten und Parlamenten gewachsen sind. Demokratie braucht starke, lebendige, entscheidungsfähige Parteien und ebenso starke Parlamente. Die Parlamente sind das Herz demokratischer Willensbildung.

Starke Kommunen

Die solidarische Bürgergesellschaft hat ihren Ort vor allem in den Kommunen. Sie sind es, die für die Daseinsvorsorge verantwortlich sind und den Alltag der Menschen prägen. In den Kommunen entscheidet sich, ob alle Kinder frühkindliche Förderung bekommen, ob Menschen unterschiedlicher Kulturen miteinander oder nebeneinanderher leben, ob Jugendliche ihre Freizeit sinnvoll gestalten, ob ältere Menschen integriert bleiben, ob sich die Menschen im öffentlichen Raum sicher fühlen. Das gilt für die ländlichen Regionen und die großen Städte gleichermaßen. Es ist die überschaubare kommunale und regionale Lebenswelt mit ihrer einzigartigen Geschichte und Kultur, die Heimat, Gemeinschaft und Sicherheit im Wandel bietet.

Darum stärken wir die kommunale Selbstverwaltung, verbessern ihre Qualität und vergrößern ihre Organisationsfreiheiten. Wir erweitern den finanziellen Handlungsspielraum der Kommunen, und wir übertragen ihnen keine Aufgaben ohne die dafür erforderlichen Mittel.

Soziale Stadtpolitik

Mehr als die Hälfte der Bevölkerung lebt schon heute in städtischen Ballungsräumen. Die Zukunft der Städte entscheidet über die Zukunft der Gesellschaft. Das Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft, sozialer Lage und Lebensorientierung zu gestalten, ist die Aufgabe einer sozialen Stadtpolitik. Leitbild unserer Politik ist die solidarische Stadt, die alle Bewohnerinnen und Bewohner zu gestaltender Teilhabe am gesellschaftlichen, ökonomischen und kulturellen Leben einlädt.

Die Bewahrung und Stärkung bewohnter Innenstädte gelingt nur, wenn es dort auch genügend bezahlbaren Wohnraum gibt. Wohnraum darf nicht zum Spekulationsobjekt werden. Sowohl ältere Menschen als auch Familien mit Kindern in der Innenstadt zu halten, ist Voraussetzung für eine lebendige Stadt.

Ziel sozialdemokratischer Politik ist es, den sozialen Zusammenhalt in den Städten und Quartieren zu verbessern. Wir wollen barrierefreie und generationsübergreifende Wohnformen fördern. Damit auch die älter werdende Stadt lebensfähig ist, wollen wir die Potentiale des aktiven Alters heben und bürgerschaftliches Engagement gerade der älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger fördern. Abwertungs- und Ausgrenzungsprozesse in benachteiligten Stadtquartieren müssen verhindert werden. Für mehr Arbeitsplätze, die Verstärkung von Integration und Teilhabe und die Verbesserung des Zugangs zu Bildung und Qualifikation sind übergreifende Konzepte und gemeinsames Handeln gefragt. Die „soziale Stadt“ ist eine Querschnittsaufgabe für alle Politikbereiche.

Der soziale Bundesstaat

Die Bundesrepublik Deutschland ist und bleibt ein sozialer Bundesstaat. Im föderalen Staat gilt Subsidiarität: Nur was die kleinere Einheit nicht leisten kann, übernimmt die größere. Wir bekennen uns zu diesem föderalen Staat, weil er der deutschen Tradition entspricht, Machtballung verhindert, Machtmissbrauch erschwert und demokratische Willensbildung auf allen Ebenen ermöglicht.

Wir wollen handlungsfähige Länder in einem handlungsfähigen Bund. Dabei muss immer erkennbar sein, wer wofür verantwortlich ist. Die Abgrenzung der Kompetenzen muss sich daran orientieren, wie Aufgaben am besten gelöst werden, und nicht an der Wahrung von Zuständigkeiten.

Die Unterschiede in der Wirtschafts- und Finanzkraft von Regionen und Ländern haben zugenommen. Unser Leitbild ist die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse. Darum setzen wir auf die solidarische Beistandspflicht zwischen allen Teilen Deutschlands, West und Ost, Süd und Nord. Ostdeutschland hat ein Recht auf gesamtdeutsche Solidarität.

Nicht jede Übertragung von Entscheidungsgewalt auf die Europäische Union muss den föderalen Nationalstaat schwächen. Dies gilt auch für die Steuerpolitik. Mindestsätze für Unternehmenssteuern, von der EU beschlossen, würden ihn sogar stärken.

Sicherheit in Freiheit

Freiheit und Rechtsstaatlichkeit sind der Maßstab sozialdemokratischer Rechts- und Innenpolitik. Rechtsstaat bedeutet für uns die unbedingte Achtung der Menschen- und Bürgerrechte durch alle Staatsgewalten, die Gewährleistung einer unabhängigen Justiz und deren Erreichbarkeit für alle Menschen. Menschen haben ein Bedürfnis nach Sicherheit. Sie können auch ihre Freiheit nur wirklich nutzen, wenn sie sich sicher fühlen. Der Rechtsstaat hat für Sicherheit zu sorgen. In Deutschland wird diese bedroht durch Kriminalität, auch organisierte und international vernetzte, durch Extremisten und Terroristen. Wir bekämpfen sie mit den Mitteln des Rechtsstaates. Unmittelbar verantwortlich dafür sind Polizei und Justiz. Den Einsatz der Bundeswehr im Inneren lehnen wir ab. Wer sich gegen die Feinde des Rechtsstaates behaupten will, darf die Prinzipien des Rechtsstaates niemals aufgeben. Nicht die Verteidigung der Bürger- und Freiheitsrechte, sondern deren Einschränkung bedarf einer Rechtfertigung. Das Verbot der Willkür und der Folter gilt absolut. Den Kampf gegen Gewalt, Hass und Verbrechen werden wir aber nur dann gewinnen, wenn wir mit gleicher Konsequenz gegen deren Ursachen vorgehen.

Wir gewährleisten das Recht der informationellen Selbstbestimmung und setzen uns für einen effektiven Datenschutz ein.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ächten Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus. Sie haben Deutschland in seine schlimmste Katastrophe geführt. Wir werden deshalb immer dafür kämpfen, dass unser Land nie wieder in Barbarei abgleitet.

Jede Form von Gewalt, wie auch immer motiviert sie sein mag, ist ein Angriff auf die solidarische Bürgergesellschaft, egal ob es sich um Gewalt unter Männern oder häusliche Gewalt gegen Frauen und Kinder handelt. Zwangsverheiratung, Zwangsprostitution oder so genannte Ehrenmorde an Frauen müssen verhindert oder geahndet werden.

Für religiös begründeten Extremismus ist in unserem Land kein Platz. Menschenrechte lassen sich auch durch Berufung auf religiöse Regeln oder Traditionen nicht außer Kraft setzen, hier liegt die Grenze unserer Toleranz gegenüber anderen Kulturen.

Integration und Einwanderung

Deutschland ist Einwanderungsland. Einwanderung hat unser Land wirtschaftlich und kulturell bereichert. Sie wird weitergehen, und wir wollen unsere Gesellschaft darauf vorbereiten. Wir brauchen mehr qualifizierte Einwanderer.

Einwanderung verlangt Integration. Sie ist eine gemeinsame Anstrengung. Dazu müssen beide Seiten bereit sein. Einwanderer müssen sich integrieren, wir müssen ihnen dazu alle Möglichkeiten geben, am Leben unserer Gesellschaft teilzunehmen. Daher verlangt Integration faire Chancen, aber auch klare Regeln.

Unser Grundgesetz bietet Raum für kulturelle Vielfalt. Daher braucht niemand seine Herkunft zu verleugnen. Es setzt aber auch Grenzen, die niemand überschreiten darf, auch nicht unter Hinweis auf Tradition oder Religion. Daher darf niemand Frauen und Mädchen daran hindern, sich frei zu entfalten und zu bilden.

Wer in Deutschland gleiche Chancen haben und nutzen will, muss die deutsche Sprache lernen und schließlich beherrschen. Wir wollen Bildungsangebote verbessern. Wir hoffen und erwarten, dass sie genutzt werden. Integration, auch die sprachliche, gelingt am besten, wenn sie im Kindesalter beginnt. Die Chancen, die in der Mehrsprachigkeit von Einwanderern liegen, wollen wir nutzen.

Wir streben die Einbürgerung der zu uns kommenden Menschen an. Sie ist nicht das Ende der Integration, aber sie ermöglicht die volle politische Teilhabe. Dabei schließen wir Mehrstaatlichkeit nicht aus. Denen, die noch nicht die deutsche Staatsbürgerschaft haben, aber schon längere Zeit hier leben, wollen wir das kommunale Wahlrecht geben, auch wenn sie nicht aus EU-Staaten kommen.

Wir stehen zum Grundrecht auf Asyl für politisch Verfolgte. Wer vor Verfolgung oder Diskriminierung, seien sie staatlich oder nichtstaatlich oder auch geschlechtsspezifisch, fliehen muss, soll in Deutschland Schutz und Zuflucht, schließlich auch einen gesicherten Aufenthalt bekommen. Wir sind für eine gemeinsame europäische Flüchtlingspolitik, die auch die Ursachen von Flucht und Vertreibung bekämpft.

Menschen mit Behinderungen

Eine solidarische Bürgergesellschaft zeichnet sich auch dadurch aus, dass sie Menschen mit Behinderungen Chancengleichheit und gleichberechtigte Teilhabe ermöglicht. Auf dem Weg dahin ist noch viel zu tun, damit Barrierefreiheit erreicht wird, also Menschen mit Behinderungen Zugang zu bestmöglicher Bildung, existenzsichernder Erwerbsarbeit und ungehinderter Teilhabe am politischen, kulturellen und gesellschaftlichen Leben ermöglicht werden. Wir wollen den Belangen von Menschen mit Behinderungen gerecht werden und ihnen eine umfassende gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen.

Öffentlichkeit und Medien

Demokratie braucht Öffentlichkeit. Freie Medien ermöglichen Aufklärung, Meinungsbildung, politische Beteiligung und Machtkontrolle.

Neben Zeitung, Buch, Rundfunk und Fernsehen treten immer mehr neue Medien, wie Internet und Mobilfunk. Mediensparten wachsen zusammen und prägen immer stärker unseren Alltag. Der Umgang damit will gelernt sein. Wir wollen Medienkompetenz zu einem Bildungsschwerpunkt machen.

Wir verteidigen die Unabhängigkeit der Medien von staatlichen Eingriffen und wirtschaftlichen Machtinteressen. Auf die effektive Selbstkontrolle der Medien und journalistisch-ethische Standards wollen wir nicht verzichten. Zur demokratischen Öffentlichkeit gehört für uns unabdingbar der öffentlich-rechtliche Rundfunk, denn er ist ein wichtiges Korrektiv gegenüber der zunehmenden Kommerzialisierung der Medienangebote. Wir wenden uns gegen Manipulation, politische Einseitigkeit, Jugendgefährdung. Wir bekämpfen sexistische, rassistische, gewaltverherrlichende Inhalte.

Die Kultur der demokratischen Gesellschaft

Die Sozialdemokratie war von Anfang an auch eine Kulturbewegung. Wir hatten immer einen weiten Kulturbegriff. Er reicht über die Künste hinaus und bezieht Bildung, geschichtliches Erbe und die Formen des Zusammenlebens ein. So brauchen wir eine politische Kultur, die unsere Demokratie stützt. Kultur ist in besonderer Weise der Raum, in dem sich die Gesellschaft ihrer Werte- und Zielvorstellungen vergewissert. Sie stärkt die Menschen, schafft Zugehörigkeit, das Bewusstsein von Verwurzelung und gesellschaftlichem Zusammenhalt.

Wir sind für den Dialog zwischen den Kulturen. Er dient dem inneren und äußeren Frieden, aber auch der Integration. Wenn friedliche Globalisierung gelingen soll, brauchen wir eine Kultur der Anerkennung, die der Ausgrenzung von Minderheiten und ebenso der Bildung von Parallelgesellschaften entgegenwirkt. Wir wollen kulturelle Vielfalt statt fundamentalistischer Verengungen und der Politisierung von religiösen und kulturellen Unterschieden, aber auch statt globaler Monokultur. Erst eine lebendige Kultur der Anerkennung ermöglicht eine Gesellschaft, in der wir als Menschen ohne Angst verschieden sein können.

Friedliche Vielfalt wird nur möglich sein, wenn wir uns unserer geistigen Wurzeln in jüdisch-christlicher Tradition – die auch von griechischer Philosophie, römischem Recht, arabischer Kultur beeinflusst worden ist – und in Humanismus und Aufklärung versichern. Nur eine ebenso wertefundierte wie tolerante Kultur kann sich gegen den Versuch behaupten, Kultur und Religion als Mittel der Ausgrenzung zu missbrauchen. Für den Dialog der Religionen und das friedliche Zusammenleben in Deutschland ist der Beitrag der hier lebenden Muslime unverzichtbar.

Kultur ist ein öffentliches Gut. Sie zu fördern, ist Aufgabe der Bürgergesellschaft und des Staates. Privates, bürgerschaftliches Engagement begrüßen und fördern wir. Doch der Staat hat eine nicht delegierbare Verantwortung. Wir bekennen uns zu Deutschland als einem Kulturstaat. Er sichert die Vielfalt der Kulturlandschaft, die kulturelle Bildung, die Pflege unseres Erbes und unserer Erinnerungskultur. Er fördert die Künste und übernimmt Verantwortung für die soziale Absicherung freier künstlerischer Existenzen. Er wirbt für unsere Kultur im Ausland. Kulturförderung ist nicht Subvention, sondern Investition in die Zukunft unseres demokratischen Gemeinwesens.

Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften

Wir bekennen uns zum jüdisch-christlichen und humanistischen Erbe Europas und zur Toleranz in Fragen des Glaubens. Wir verteidigen die Freiheit des Denkens, des Gewissens, des Glaubens und der Verkündigung. Grundlage und Maßstab dafür ist unsere Verfassung. Für uns ist das Wirken der Kirchen, der Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften durch nichts zu ersetzen, insbesondere wo sie zur Verantwortung für die Mitmenschen und das Gemeinwohl ermutigen und Tugenden und Werte vermitteln, von denen die Demokratie lebt.

Wir suchen das Gespräch mit ihnen und, wo wir gemeinsame Aufgaben sehen, die Zusammenarbeit in freier Partnerschaft. Wir achten ihr Recht, ihre inneren Angelegenheiten im Rahmen der für alle geltenden Gesetze autonom zu regeln.

3.4 DIE GLEICHSTELLUNG DER GESCHLECHTER

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen, dass Frauen und Männer gleiche Rechte und Chancen haben – nicht nur auf dem Papier, sondern im täglichen Leben. Wir kämpfen für eine Gesellschaft, in der Frauen und Männer gleich, frei und solidarisch miteinander leben können.

Wir wollen, dass Frauen und Männer ihren Weg – gemeinsam oder getrennt, mit und ohne Familie – selbstbestimmt wählen können.

Die SPD und die Frauenbewegung, beide aus der Freiheitsbewegung des 19. Jahrhunderts kommend, verbindet die Idee der Gleichstellung von Frau und Mann. Viele Rechte für Frauen wurden von Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten erstritten: das Frauenwahlrecht, gleiche Rechte in Ehe und Familie und gleicher Zugang zu Bildung.

Frauen sind heute selbstbewusst und wollen ihr Leben nach ihren Vorstellungen gestalten. Das Verhältnis zwischen Männern und Frauen wandelt sich. Immer mehr Frauen und Männer wollen Beruf und Familienaufgaben partnerschaftlich teilen.

Rechtliche Gleichstellung ist noch keine tatsächliche Gleichstellung. Deshalb brauchen wir eine aktive Frauenförderung genauso wie das Gender Mainstreaming, das jede politische Entscheidung auf ihre Auswirkungen auf das Leben von Frauen und Männern, Mädchen und Jungen überprüft und wo nötig verändert.

Insbesondere in der Berufs- und Arbeitswelt bestehen alte Ungleichheiten fort. Die Schlüsselpositionen in Wirtschaft und Gesellschaft werden ganz überwiegend von Männern besetzt. Frauen erhalten vielfach weniger Lohn als gleich qualifizierte Männer.

Die Ansprüche an Flexibilität und Verfügbarkeit in der Arbeitswelt lassen sich nur schwer vereinbaren mit Familie und Kindern. Gerade für Frauen addieren sich berufliche und familiäre Belastungen im Alltag. Eine partnerschaftliche Teilung der Aufgaben zwischen Frauen und Männern ist

noch nicht die Regel. Ein Großteil der Familienarbeit wird auch heute noch von den Frauen geleistet, oft zusätzlich zu ihrer Erwerbsarbeit, was eine tatsächliche Gleichstellung im Berufsleben erschwert. Allzu oft sind Frauen vor die Alternative gestellt: Verzicht auf Kinder oder Verzicht auf Beruf.

Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie soll mit einem flächendeckenden und bedarfsgerechten Ausbau von Betreuungseinrichtungen für Kinder sowie durch die Absicherung von Erziehungsphasen verbessert werden. In verschiedenen Lebensphasen sind Frauen und Männer unterschiedlich gefordert: Ob berufliches Fortkommen, Erziehung von Kindern, Pflege von Angehörigen oder Qualifizierung, politisches oder bürgerschaftliches Engagement – sie müssen dafür Zeit haben. Wir wollen die Arbeitswelt durch flexible Arbeitszeiten so gestalten, dass Beruf und Privatleben in eine Balance zu bringen sind. Wir wollen mehr Zeitsouveränität für Frauen und Männer. Das ermöglicht überhaupt erst Wahlfreiheit.

Wir wollen eine gleichberechtigte und gerechte Teilhabe von Frauen und Männern an existenzsichernder Erwerbsarbeit. Arbeit, die überwiegend von Frauen gemacht wird, ist oftmals schlechter bezahlt. Für gleichwertige Arbeit muss aber gleicher Lohn gezahlt werden. Wir wollen die Trennung in typische Frauen- und Männerberufe überwinden. Erforderlich sind gesetzliche Maßnahmen für die gleiche Teilhabe von Frauen an Führungspositionen in Unternehmen, Verwaltung, Wissenschaft und Forschung sowie Aufsichtsgremien.

Wir wollen das Steuerrecht so umgestalten, dass es für Frauen keine Hürde darstellt, erwerbstätig zu werden, und ihrer beruflichen Emanzipation nicht im Wege steht.

Wenn wir gleiche Teilhabe für Frauen und Männer verwirklichen wollen, müssen wir alle Lebensbereiche umgestalten: Wer die menschliche Gesellschaft will, muss die männliche überwinden.

3.5 NACHHALTIGER FORTSCHRITT UND QUALITATIVES WACHSTUM

Wohlstand und hohe Lebensqualität für alle waren und bleiben die Ziele sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik. In der Vergangenheit ist Fortschritt vor allem als quantitatives Wachstum verstanden worden. Heute zwingen uns der rasche Klimawandel, die Überlastung der Ökosysteme und das Wachstum der Weltbevölkerung, der Entwicklung eine neue, zukunftstaugliche Richtung zu geben. Davon hängt ab, ob aus Entwicklung Fortschritt wird. Wir wollen nachhaltigen Fortschritt, der wirtschaftliche Dynamik, soziale Gerechtigkeit und ökologische Verantwortung vereint. Dafür ist qualitatives Wachstum mit reduziertem Ressourcenverbrauch nötig. Menschen sollen ihren eigenen Lebensunterhalt frei von Ausbeutung und Angst durch gute Arbeit verdienen können. Jeder Mensch soll einen gerechten Anteil am erwirtschafteten Reichtum erhalten. Wir wollen die natürlichen Lebensgrundlagen auch für kommende Generationen sichern.

Wir setzen auf wissenschaftlichen und technischen Fortschritt, Bildung und Qualifizierung, um nachhaltige Entwicklung zu ermöglichen. Qualitatives Wachstum setzt eine wettbewerbsfähige Volkswirtschaft mit hoher Produktivität und Wertschöpfung voraus. Sie schaffen die Grundlagen dafür, Armut, Ausbeutung und Verschwendung natürlicher Ressourcen ein Ende zu machen.

Wir begreifen die Globalisierung als Chance für neue Arbeitsplätze und für die weltweite Entwicklung des Wohlstands. Die Dynamik der Märkte wollen wir in den Dienst des Menschen stellen. Dazu brauchen wir eine Ordnung für den Wettbewerb, die langfristiges Wachstum entfaltet und die Fixierung auf den kurzfristigen Profit überwindet.

Soziale Marktwirtschaft im 21. Jahrhundert

Im 20. Jahrhundert ist mit der sozialen Marktwirtschaft ein herausragendes Erfolgsmodell geschaffen worden. Sie verbindet wirtschaftliche Stärke mit Wohlstand für breite Schichten. Die soziale Marktwirtschaft, maßgeblich geprägt durch Sozialdemokratie und Gewerkschaften, hat aus

der Beteiligung und Mitbestimmung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer eine Produktivkraft gemacht und den sozialen Frieden gefördert.

Aber die globalen Finanz- und Kapitalmärkte, die keine Grenzen mehr kennen, stellen diese bewährte Ordnung in Frage. Eine ausschließliche Orientierung an kurzfristigen und überzogenen Renditen gefährdet den sozialen Zusammenhalt und ist blind für die ökologischen Notwendigkeiten. Sie untergräbt zugleich den langfristigen wirtschaftlichen Erfolg unserer Unternehmen und unserer Volkswirtschaft.

Märkte bedürfen der politischen Gestaltung – im Zeitalter der Globalisierung auch über nationale Grenzen hinaus. Für uns gilt: so viel Wettbewerb wie möglich, so viel regulierender Staat wie nötig. Für die Zukunft der sozialen Marktwirtschaft ist ein gemeinsames Vorgehen in der Europäischen Union von entscheidender Bedeutung.

Wirtschaftliche Demokratie ist unverzichtbar dafür, die Forderung des Grundgesetzes mit Leben zu erfüllen: „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.“

Die Mitbestimmung in Betrieben und Unternehmen, die Tarifautonomie und das Streikrecht sind grundlegend für die soziale Marktwirtschaft. Innerbetriebliche Demokratie bedeutet Teilhabe am Haben und Sagen. Sie fördert den unternehmerischen Erfolg. Wir bekennen uns zur paritätischen Mitbestimmung in den Aufsichtsräten großer Unternehmen. In einer zunehmend europäisierten Wirtschaft ist es unser Ziel, Arbeitnehmerrechte und Mitbestimmung auf europäischer Ebene auszubauen.

Starke Gewerkschaften sind für uns unverzichtbar. Bei der Gestaltung der Arbeitsbedingungen halten wir an der bewährten Aufgabenteilung zwischen Gesetzgeber, Tarifvertragsparteien, Betriebs- und Personalräten fest. Die Tarifautonomie gilt uneingeschränkt. Den Flächentarifvertrag wollen wir stärken. Wir sichern die Arbeitnehmerrechte. Dazu gehört der Kündigungsschutz.

Einkommen und Vermögen sind in Deutschland ungerecht verteilt. Sozialdemokratische Steuerpolitik soll Ungleichheit begrenzen und gleiche Chancen fördern. Wir unterstützen Lohnzuwächse, die am Wachstum der Produktivität und an der Inflation orientiert sind. Wir wollen mehr

Vermögen in Arbeitnehmerhand. Die Beteiligung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter am Unternehmenskapital als zusätzliche Quelle des Einkommens gewährleistet eine gerechtere Beteiligung der Beschäftigten am Firmenerfolg. Sie fördert zudem Innovation und Produktivität. Überbetriebliche Fonds können gewährleisten, dass das Unternehmensrisiko nicht auf die Arbeitnehmer übertragen wird.

Zusätzliche Arbeitsplätze entstehen vor allem, wo kreative Menschen ihre Ideen umsetzen und auf den Markt bringen. Wir verbessern die Bedingungen für Unternehmensgründungen sowie für kleine und mittlere Unternehmen, Handwerker und Selbstständige. Ein starker Mittelstand stärkt die Wertschöpfung. Gemeinnützige Unternehmen und Genossenschaften sind ein wichtiger Teil der sozialen Marktwirtschaft.

Unternehmerische Freiheit und soziale Verantwortung sind für uns zwei Seiten derselben Medaille. Sozialdemokratische Politik fördert durch einen fairen Wettbewerb verantwortliches Unternehmertum. Wir wollen eine Kultur der Selbstständigkeit in Deutschland. Für gering verdienende Freiberufler und Gewerbetreibende wollen wir eine bessere soziale Sicherung schaffen.

Moderne Dienstleistungspolitik

Nicht alle Arbeitsplätze in Deutschland stehen gleichermaßen im internationalen Wettbewerb. Hochqualifizierte und einfache Dienstleistungen für Menschen in Bildung und Gesundheit, lokalem Handwerk, privaten Haushalten und sozialen Diensten bergen aber die größten Beschäftigungspotenziale. Um sie zu erschließen, brauchen wir mehr öffentliche und private Nachfrage nach diesen Dienstleistungen. Eine höhere Erwerbsquote von Frauen und Männern wird auch die Nachfrage nach Dienstleistungen erhöhen.

Strategische und ökologische Industriepolitik

Die Menschheit steht vor großen sozialen und ökologischen Herausforderungen. Um sie zu meistern, brauchen wir innovative und hochwertige Produkte und Dienstleistungen. Wir setzen auf bessere Ideen, auf neue

Technologien und Verfahren, auf Spezialisierung und Qualität. So können wir Ressourcen schonen und Energie einsparen, den Klimawandel bekämpfen, Krankheiten heilen, Mobilität verbessern und Kommunikation erleichtern.

Der Staat kann und soll die Märkte nicht ersetzen. Aber er kann Leitmärkten Impulse geben. Er muss industriepolitische Prioritäten setzen und sich in Partnerschaft mit Wirtschaft und Wissenschaft auf strategische Felder konzentrieren. Der Staat muss seine Mittel und Instrumente bündeln – von der Forschung über gezielte Regulierung bis hin zur Beschaffung bestimmter Produkte.

Die Industrie ist nach wie vor von entscheidender Bedeutung für die deutsche Volkswirtschaft. Viele Dienstleistungen, qualifizierte und einfache, hängen unmittelbar von der Industrie ab. Industrieprodukte werden immer stärker auf Wissen und Dienstleistungen basieren. Eine strategische Industriepolitik setzt auf den Ausbau der qualitativen Vorsprünge unseres Wirtschaftsstandortes. Sie stärkt industrielle Kerne und regionale Wirtschaftskompetenzen. Auch die Wachstumskerne in den neuen Bundesländern zeigen, wie aus Wissen neue Wirtschaftskraft entsteht. Diese Entwicklung im Osten wollen wir in Zusammenarbeit mit der EU genauso stärken wie regionale Wirtschaftsförderung und regionalisierte Strukturpolitik in ganz Deutschland.

Strategische Industriepolitik muss ökologische Industriepolitik sein. Ökologische Marktanreize sind Antrieb des qualitativen Wachstums. Unsere Chance liegt darin, Problemlösungen zu entwickeln, die sich weltweit anwenden lassen. Damit neue Ideen rasch in neue Produkte und neue Arbeitsplätze umgemünzt werden, wollen wir eine Politik, die Forschung, Produktentwicklung und unternehmerische Investitionen eng miteinander vernetzt.

Handlungsfähiger Staat und aktive Wachstumspolitik

Soziale Demokratie erfordert einen handlungsfähigen Staat. Nur Reiche können sich einen armen Staat leisten. Für politische Gestaltung braucht der Staat ausreichende und verlässliche Einnahmen.

Eine solide Finanzpolitik heißt für uns, dass wir heute nicht auf Kosten zukünftiger Generationen leben. Allerdings darf die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte nicht dazu führen, dass wir der kommenden Generation eine marode Infrastruktur hinterlassen. Unsere Verpflichtung gegenüber kommenden Generationen bedeutet: Wir müssen die Verschuldung der öffentlichen Haushalte senken und gleichzeitig mehr Geld in Bildung, Forschung und Infrastruktur investieren.

An der Finanzierung der staatlichen Aufgaben müssen sich Unternehmen und Privathaushalte entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit beteiligen. Das bedeutet: Wir bekennen uns zur bewährten progressiven Einkommensteuer. Wir wollen eine gerechte Besteuerung von großen Vermögen und Erbschaften.

Wir wollen die sozialen Sicherungssysteme stärker durch Steuern auf alle Einkunftsarten und weniger durch Beiträge finanzieren.

Hohe Binnennachfrage schafft mehr Beschäftigung. Darum ist es nicht nur gerecht, sondern ökonomisch geboten, dass sich Lohnsteigerungen mindestens an der Produktivität und der Inflation orientieren. Um Ausbeutung zu verhindern und fairen Wettbewerb zu sichern, brauchen wir Mindestlöhne.

Unsere Finanz- und Geldpolitik in Deutschland und Europa zielt darauf, die Konjunktur zu festigen und ein stetiges, kräftiges Wachstum zu fördern. Der Staat muss durch nationale wie internationale Stabilisierungspolitik dazu beitragen, konjunkturelle Krisen zu überwinden. Die öffentliche Hand muss Geld ausgeben, damit die Konjunktur Impulse erhält und die gesamte Gesellschaft davon profitiert. Eine nachhaltige Wachstumsentwicklung braucht kontinuierlich ansteigende öffentliche Investitionen in Bildung, Forschung und Infrastruktur.

Kapital- und Finanzmärkte: Chancen nutzen, Risiken kontrollieren

Eine moderne, global vernetzte Volkswirtschaft braucht einen funktionierenden Kapital- und Finanzmarkt. Wir wollen die Potentiale der Kapital-

märkte für qualitatives Wachstum nutzen. Unsere Politik stellt sicher, dass besonders junge, innovative Unternehmen besseren Zugang zu Wagniskapital erhalten.

Wo die Finanzmärkte lediglich kurzfristige Renditen anstreben, gefährden sie langfristige Wachstumsstrategien von Unternehmen und vernichten damit Arbeitsplätze. Wir wollen, auch mit Hilfe des Steuer- und Aktienrechts, Anleger stärken, die statt schneller Rendite ein langfristiges Engagement im Blick haben. Wir brauchen Spielregeln für Investoren und Fonds, die eine einseitige Renditeorientierung zu Lasten des langfristigen Substanzerhalts von Unternehmen verhindern. Mit der zunehmenden internationalen Vernetzung der Güter- und Finanzmärkte wird ihre internationale Regulierung immer bedeutsamer. Nur transparente Finanzmärkte sind effiziente Finanzmärkte. Stabile nationale und internationale Finanzmärkte sind ein wichtiges öffentliches Gut. Um Rechtssicherheit und Vertrauen zu verbessern, wollen wir mit anderen Staaten und internationalen Institutionen gemeinsam handeln. Durch klare Regeln und wirkungsvolle Aufsicht gilt es Stabilitätsrisiken und volkswirtschaftlich schädliche Fehlentwicklungen zu verhindern. Wo möglich, wollen wir dies durch das nationale Steuer- und Aktienrecht unterstützen.

Für kleine und mittlere Unternehmen spielen kleinere Banken und die Sparkassen eine entscheidende Rolle. Darum wollen wir ihre besondere Rolle erhalten. Zahlreiche Banken in Deutschland und vor allem die Sparkassen und Genossenschaftsbanken zeichnen sich durch ihre langfristige Unternehmensfinanzierung aus. Die Sparkassen erfüllen zudem mit ihrer Orientierung am Gemeinwohl eine wichtige gesellschaftliche Aufgabe, deshalb müssen sie auch in Zukunft öffentlich-rechtlich bleiben. Diese wertvollen Stützen unserer Wettbewerbsfähigkeit wollen wir stärken.

Wissen und Ideen als Produktivkräfte

Erfindungsreichtum, gute Ideen und die Innovationen, die daraus entstehen, sind die wichtigsten Produktivkräfte unseres Landes. Sie zu entfalten und für qualifizierte Fachkräfte zu sorgen, betrachten wir als große gemeinsame Aufgabe von Unternehmen, Gewerkschaften und Politik.

Produkt- und Markenpiraterie schädigt nicht nur die Wirtschaft und ihre Innovationskraft, sondern gefährdet durch minderwertige Ware auch die Verbraucher. Deshalb wollen wir geistiges Eigentum schützen und das Urheberrecht sichern. Das schließt die Freiheit ein, das eigene geistige Eigentum der Allgemeinheit zur Verfügung stellen zu können.

Der Kreativwirtschaft kommt wachsende Bedeutung zu. Wir sehen das Erfolgsrezept für mehr Innovation, Kreativität und Wertschöpfung in der richtigen Kombination aus Technologie, Talent und Toleranz. Wir müssen in Deutschland eine Atmosphäre von Offenheit für neue Ideen und Einflüsse von Querdenkern schaffen. Kreativität zu fördern, heißt für uns, möglichst allen den Zugang zu neuen Technologien zu ermöglichen.

Nicht jede Erfindung dient dem Fortschritt. Darum prüfen wir sie darauf, ob sie der freien Entfaltung, der Würde, der Sicherheit und dem Miteinander der Menschen nutzt. Dies gilt auch für die Bio- und Gentechnologie und die neuen Möglichkeiten der Medizin. Sie führen uns in einigen Bereichen in ethische Grenzbereiche. Ihre Erforschung und Anwendung erfordern deshalb eine ethische Reflexion und breite Diskussion. Wir suchen das Gespräch darüber mit der Wissenschaft ebenso wie mit den Kirchen und Glaubensgemeinschaften. Die Würde des menschlichen Lebens darf in all seinen Phasen nicht angetastet werden. Am Verbot des gezielten genetischen Eingriffs in die menschliche Keimbahn halten wir fest.

Energiewende und Schutz der Umwelt

Energie ist ebenso wie Luft und Wasser Lebensgrundlage unserer Zivilisation. Die gegenwärtige Art, Energie und Ressourcen zu verschwenden, hat keine Zukunft mehr. Für uns ist deshalb die Energiewende, die wir eingeleitet haben, eine Schlüsselaufgabe für das 21. Jahrhundert. Wir treiben den Wechsel von erschöpflichen zu unerschöpflichen und von schadstoffhaltigen zu schadstofffreien Ressourcen konsequent voran. Unser Ziel ist ein solares Energiezeitalter.

Um die Erderwärmung zu bekämpfen, muss der weltweite Ausstoß von Treibhausgasen bis 2050 halbiert werden. Wir dringen auf weitere, ehrgeizigere Abkommen zur Reduzierung von Treibhausgasen.

Die Atomspaltung erschien vielen als die große Hoffnung auf dauerhaft verfügbare Energie. Sie kann diese Hoffnungen nicht erfüllen. Ein atomarer Unfall gefährdet Millionen von Menschen. Der atomare Müll ist ein Gefahrenherd für Zehntausende von Jahren. Angesichts neuer terroristischer Bedrohungen ist die Atomwirtschaft eine Gefahrenquelle. Wir verwirklichen den Ausstieg aus der Atomkraft.

Erneuerbare Energien sind überall die jeweils größten und auf Dauer verfügbaren heimischen Energiepotentiale. Effizienzsteigerungen, Ressourceneinsparungen und der Wechsel zu erneuerbaren Energien erfordern vielfältige neue Technologien und Speichermedien. Sie schaffen zahlreiche neue Arbeitsplätze in Industrie, Handwerk und Dienstleistungsberufen sowie in der Land- und Forstwirtschaft.

Wir wollen weg vom Öl und anderen erschöpflichen Energien, bei denen wir auf Importe angewiesen sind. Als Brücke ins solare Energiezeitalter setzen wir auf moderne Kohle- und Gaskraftwerke mit hocheffizientem Einsatz von Kraft-Wärme-Kopplung.

Auch in der Industrie wollen wir erschöpfliche durch erneuerbare Rohstoffe ersetzen. Das ist insbesondere bei chemischen Grundstoffen möglich. Wiederverwertungsverfahren sparen Material ein, vermeiden Müll und Umweltschäden. So kann eine moderne Kreislaufwirtschaft mit dauerhaften Chancen für mittlere und kleinere Unternehmen entstehen.

Notwendige und gewünschte Mobilität fördern wir. Überflüssigen Verkehr wollen wir durch bessere Logistik und klügere Siedlungsstrukturen vermeiden.

In unsere Verkehrsinfrastruktur muss kräftig investiert werden. Dabei geben wir den ökologisch günstigsten Verkehrsträgern und dem kombinierten Verkehr Vorrang. Wir wollen einen modernen und leistungsfähigen Schienenverkehr. Er hat für das Zusammenwachsen Europas eine große Bedeutung. Er sichert die Lebensqualität der Städte und Regionen. Der öffentliche Personennahverkehr bleibt für uns eine öffentliche Aufgabe. Bus und Bahn müssen wirtschaftlicher werden.

Technische Innovationen mindern den Gegensatz zwischen Umwelt und motorisiertem Individualverkehr. Wir wollen sie beschleunigen und die

Chancen der Hybrid-, der Wasserstoff- und der Brennstoffzellentechnologie entschlossen nutzen.

Wir wollen die Natur in ihrer Vielfalt und ihrem Artenreichtum bewahren und den Flächenverbrauch deutlich vermindern, um Räume für Erholung und Muße zu erhalten. Wir wollen den effektiven Schutz der Meere und Küstenregionen. Natur hat für uns Eigenwert, wir wollen von ihr lernen und ihre Kräfte für ein besseres Leben nutzen. Wir schützen das nationale Naturerbe.

Für uns gilt die ethische Verpflichtung zum pfleglichen Umgang mit Tieren auch dort, wo kein unmittelbarer Nutzen für die Menschen daraus folgt. Tierversuche sind wo immer möglich zu vermeiden. Artgerechte Tierhaltung ist durchzusetzen. Tierquälerei bekämpfen wir.

Nachhaltige Landwirtschaft und ländlicher Raum

Die Internationalisierung der Agrarmärkte setzt sich weiter fort. Wir wollen auch zukünftig eine starke Landwirtschaft in Deutschland. Sie soll Kulturlandschaften erhalten, natürliche Lebensgrundlagen schützen und zur nachhaltigen Entwicklung der ländlichen Räume beitragen. Wir fördern eine Landwirtschaft, die den wachsenden Bedarf an gesunden, hochwertigen Lebensmitteln, nicht zuletzt aus ökologischer Erzeugung, decken kann und gleichzeitig die natürlichen Ressourcen schont. Landwirte und Verbraucher haben einen Anspruch auf gentechnikfreien Anbau.

Wir wollen eine Landwirtschaft, in der sich eine umwelt- und tiergerechte Produktion lohnt. Damit sie ihre Position gegenüber einem stark konzentrierten Lebensmitteleinzelhandel stärken können, brauchen die Landwirte neben den klassischen Zusammenschlüssen neue Formen der Kooperation.

Ländliche Räume haben eigene Entwicklungschancen, die sich mit nachhaltiger Landbewirtschaftung verknüpfen lassen. Dazu gehören Tourismus und nachwachsende Rohstoffe. Der Strukturwandel in den ländlichen Räumen, der durch demografische Veränderungen beschleunigt

wird, macht eine Anpassung der Infrastruktur erforderlich. Wir wollen die jeweiligen Stärken ländlicher Räume weiterentwickeln.

Verantwortung und Stärke der Verbraucher

Verantwortungsbewusste Konsumentinnen und Konsumenten sind Vorreiter des nachhaltigen Fortschritts. Jeder kann Einfluss nehmen, mit jedem Kauf. Der Einzelne mag dabei schwach sein, doch die Stärke der Verbraucher nimmt zu und ihre organisierte Kraft ist ein wirksames Mittel, der wirtschaftlichen Entwicklung eine bessere, eine nachhaltige Richtung zu geben. Emanzipierte Verbraucherinnen und Verbraucher, die bereit sind, qualitativ hochwertige Ware zu kaufen, schaffen neue Märkte für innovative Produkte. Wir wollen daher transparent machen, unter welchen Bedingungen Produkte hergestellt und Dienstleistungen erbracht werden, gerade auf globalen Märkten. Aktive Verbraucherpolitik mit erweiterten Informationsrechten stärkt die Käuferinnen und Käufer gegen Unternehmen, die minderwertige Ware anbieten oder Arbeitnehmerrechte missachten. Wir brauchen mehr Transparenz auf dem wachsenden Markt der Finanzdienstleistungen. Eine unabhängige Verbraucherberatung, verlässliche Qualitätskriterien und eine umfassende Verbraucherbildung sind unerlässlich. Die öffentliche Hand muss mit ihren Beschaffungs- und Investitionsentscheidungen Vorbild sein.

3.6 GUTE ARBEIT FÜR ALLE

Jede Frau und jeder Mann hat das Recht auf Arbeit. Arbeit ist der Schlüssel für Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Sie gibt Lebenssinn und Anerkennung. Arbeit verhindert soziale Ausgrenzung und ermöglicht ein selbst bestimmtes Leben. Arbeitslosigkeit dagegen, meist nicht selbst verschuldet, verletzt die Menschenwürde, grenzt aus und kann krank machen.

Jede gut gemachte Arbeit verdient Respekt, aber nicht jede Arbeit ist gute Arbeit. Arbeit gehört zum menschenwürdigen Leben, aber sie muss auch menschenwürdig sein.

Wir wollen Arbeit, die gerecht entlohnt wird, die Teilhabe an den sozialen Sicherungssystemen voll ermöglicht, Anerkennung bietet, nicht krank macht, die erworbene Qualifikationen nutzt und ausbaut, demokratische Teilhabe garantiert und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ermöglicht. Gute Arbeit umfasst auch selbstständige Erwerbsformen. Auch ehrenamtliche und gesellschaftlich wertvolle Arbeit jenseits der Erwerbsarbeit gilt es zu fördern.

Arbeit für alle

Gute Arbeit wollen wir für alle ermöglichen.

Wir geben das Ziel der Vollbeschäftigung nicht auf, auch nach Jahrzehnten hoher Arbeitslosigkeit in Deutschland. Wir wissen, dass dieses Ziel nicht einfach zu erreichen ist. Die Globalisierung verändert den Arbeitsmarkt: Einerseits wächst das Angebot von Arbeitskräften, die jenseits ihrer Heimatgrenzen nach Beschäftigung suchen. Andererseits treten Standorte – nicht zuletzt auch in ein und demselben Konzern – in Konkurrenz zueinander. Die Löhne und Arbeitsbedingungen geraten unter Druck. Vielfach dominieren kurzfristige Unternehmensstrategien. Der Zwang zur permanenten Verfügbarkeit im Arbeitsleben geht einher mit der Zunahme prekärer Arbeitsbedingungen. Durch Befristungen, Unternehmensausgliederungen, Leiharbeit und die massive Zunahme niedrig entlohnter Beschäftigung ist Arbeit für viele keine sichere Lebensgrundlage mehr. Die wachsende wirtschaftliche Dynamik fordert von den Menschen Arbeitsplatz- und auch Berufswechsel, vor allem aber ständiges Dazulernen.

Deshalb bedeutet Vollbeschäftigung heute für uns nicht die unausgesprochene Garantie, dass jeder ein Leben lang in derselben Firma denselben Arbeitsplatz hat. Vollbeschäftigung bedeutet für uns heute: Jeder Mensch soll immer wieder neu die Chance auf gute Arbeit und die dafür nötige Qualifikation erhalten. Notwendige und erwünschte Zeiten der Qualifizierung und Weiterbildung, der Kindererziehung und Familienarbeit, der ehrenamtlichen und politischen Arbeit sollen die angemessene Anerkennung erfahren und deshalb in gesellschaftlicher Solidarität sozial abgesichert sein.

Deutschland geht die Arbeit nicht aus. Es gilt, vorhandene und neue Potenziale zu erschließen.

Sozialdemokratische Politik für Vollbeschäftigung basiert auf vier Säulen: erstens einem möglichst hohen und qualitativen Wachstum, einem Vorsprung bei innovativen Produkten und einer besonderen Beschäftigungsdynamik im Dienstleistungsbereich, die zu einem deutlich höheren Angebot an Arbeitsplätzen führen. Zweitens unterstützt der vorsorgende Sozialstaat durch koordinierte Arbeitsmarkt-, Bildungs-, Gleichstellungs- und Familienpolitik die Menschen dabei, Übergänge und Unterbrechungen in ihren Erwerbsbiografien zu meistern und ihre Beschäftigungsfähigkeit zu erhalten. Drittens sind für Menschen, die auf dem ersten Arbeitsmarkt keine Perspektive haben, besondere Angebote öffentlich geförderter und gemeinwohlorientierter Arbeit nötig. Viertens ist eine moderne Arbeitszeitpolitik erforderlich, die Selbstbestimmung und Flexibilität fördert sowie durch Arbeitszeitverkürzung mehr Menschen in Beschäftigung bringt.

Teilhabe am Haben und am Sagen

Zusammen mit den Gewerkschaften treten wir für einen gerechten Anteil der Arbeitnehmer am Ertrag der gesellschaftlichen Arbeit und für das Recht auf Mitbestimmung im wirtschaftlichen und sozialen Leben ein. Die Tarifautonomie ist ein hohes Gut. Arbeitgeber und Arbeitnehmer entscheiden in Deutschland in eigener Zuständigkeit über Löhne und Arbeitsbedingungen. Dies bleibt unangetastet. Wir wollen starke und handlungsfähige Gewerkschaften, die große Teile der Belegschaften repräsentieren und streikfähig sind.

Angesichts des zunehmenden Einflusses der Finanzmärkte müssen die demokratischen Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmer bei Unternehmensentscheidungen gestärkt werden. Angesichts des Wandels der Arbeitswelt muss die betriebliche Mitbestimmung weiterentwickelt werden. Mitbestimmungsrechte müssen auf europäischer Ebene verankert werden.

Gerechte Teilhabe am erwirtschafteten Ertrag ist das Gebot sozialer Gerechtigkeit und ökonomischer Vernunft. Wir wollen Lohnerhöhungen, die sich an Produktivität und Preissteigerung orientieren. Weil die Schere zwischen Einkünften aus Erwerbseinkommen und Kapitalrenditen auseinandergeht, wollen wir zusätzlich mehr Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand.

Wer Vollzeit arbeitet, soll mit dem Lohn auch seinen Lebensunterhalt bestreiten können. Wir kämpfen für existenzsichernde Mindestlöhne in Deutschland und Europa. Sie müssen tariflich und gesetzlich durchgesetzt werden.

Unser Ziel bleibt: gleicher Lohn für gleiche Arbeit, für Frauen und für Männer.

Sicherheit im Wandel

Nur wer verlässliche Perspektiven in seinem Leben hat, kann seine Talente und seine Leistungsfähigkeit voll entfalten. Gute Arbeit verbindet Flexibilität und Sicherheit.

Das Tempo des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, immer schnellere Veränderungen in der Arbeitswelt, verschärfter Wettbewerb erfordern mehr Flexibilität. Zugleich bietet diese mehr Chancen für individuelle Lebensgestaltung. Immer neu lernen ist Gewinn. Neue berufliche Erfahrungen bereichern. Menschen wollen ihre eigenen Talente entfalten. Mehr Souveränität über die eigene Zeit zu haben, ist für die meisten Menschen erstrebenswert. Menschen haben ein Recht auf freie Zeit.

Um Sicherheit und Flexibilität zu verbinden und Sicherheit im Wandel zu gewährleisten, wollen wir eine moderne Arbeitszeitpolitik entwickeln und die Arbeitslosenversicherung zu einer Arbeitsversicherung umgestalten.

Moderne Arbeitszeitpolitik ist in unterschiedlichen Formen möglich: durch den Abbau von Überstunden, abgesicherte Arbeitszeitkonten, flexible Formen der Arbeitszeitverkürzung. Hinzu kommen gesellschaftlich erwünschte und individuell gewählte Phasen, in denen Menschen Kinder

erziehen, sich weiterbilden, Angehörige pflegen oder eine Auszeit nehmen. Was gesellschaftlich erforderlich ist, muss auch solidarisch gefördert werden. Deshalb müssen unsere Sozialsysteme den sich ändernden Erwerbsbiografien besser angepasst werden. Die Arbeitsversicherung soll berufliche Übergänge und Erwerbsunterbrechungen absichern sowie Weiterbildung in allen Lebensphasen gewährleisten. Dazu werden wir ein Recht auf Weiterbildung durchsetzen. Sie soll die Wahlmöglichkeiten erweitern und die Beschäftigungsfähigkeit erhalten.

Die Humanisierung der Arbeitswelt ist eine ständige Aufgabe. Schlechte Arbeitsbedingungen und hoher Leistungsdruck gefährden die Qualität von Arbeit, aber auch die Gesundheit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Der Arbeits- und Gesundheitsschutz ist weiterzuentwickeln. Arbeitsbedingungen müssen sich an den Bedürfnissen einer älter werdenden Arbeitnehmerschaft orientieren.

Die notwendige Zuwanderung und wachsende Freizügigkeit von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern darf nicht zu Sozial- und Lohndumping führen. Recht und Ordnung auf dem Arbeitsmarkt garantieren gute Arbeit. Illegale Beschäftigung bekämpfen wir.

So sehr Flexibilität erforderlich und auch wünschenswert ist, so wenig darf sie missbraucht werden. Wir wollen unbefristete und sozial versicherte Arbeitsverhältnisse stärken. Wir wollen prekäre Arbeit überwinden, damit Arbeitnehmer nicht schutzlos sind.

Gute Arbeit schließt gesicherte Arbeitnehmerrechte ein: Die Mitbestimmung, die Betriebsverfassung, die Tarifautonomie, der Flächentarif, der Arbeits- und der Kündigungsschutz sind unverzichtbar.

3.7 DER VORSORGENDE SOZIALSTAAT

Der Sozialstaat ist eine große zivilisatorische Errungenschaft des 20. Jahrhunderts. Er ergänzt die bürgerlichen Freiheitsrechte durch soziale Bürgerrechte. Daher gehören für uns Demokratie und Sozialstaat zusammen. Der Sozialstaat hat Millionen von Menschen aus den Zwängen ihrer Her-

kunft befreit, vor Härten des Marktes geschützt und ihnen Chancen auf ein selbstbestimmtes Leben eröffnet. Er ist eine entscheidende Grundlage für die wirtschaftliche Dynamik, die unseren Wohlstand schafft.

Der Sozialstaat ist die organisierte Solidarität zwischen den Starken und den Schwachen, den Jungen und den Alten, den Gesunden und den Kranken, den Arbeitenden und den Arbeitslosen, den Nichtbehinderten und den Behinderten. Das Fundament des Sozialstaates bilden auch in Zukunft staatlich verbürgte soziale Sicherung und Teilhabe, der einklagbare Rechtsanspruch auf Sozialleistungen sowie die Arbeitnehmerrechte.

Der globale Kapitalismus vertieft die Kluft zwischen Reich und Arm. Auch in unserer Gesellschaft verschärfen sich die sozialen Gegensätze. Einige Länder nehmen dies als Schicksal hin. Erfolgreiche Sozialstaaten hingegen schützen Menschen vor Armut und ermöglichen sozialen Aufstieg.

Wo die Erwerbsformen flexibler und häufig auch prekärer werden, wird die zentrale Funktion des Sozialstaates noch wichtiger: Sicherheit im Wandel zu gewährleisten. Angst vor dem Absturz lähmt. Nur wer sich abgesichert weiß, wird Risiken eingehen. Nur wer Chancen hat, wird sich anstrengen.

Um dieses Versprechen von Sicherheit und Aufstieg in unserer Zeit zu erneuern, entwickeln wir den Sozialstaat weiter zum vorsorgenden Sozialstaat. Er bekämpft Armut und befähigt die Menschen, ihr Leben selbstbestimmt zu meistern. Vorsorgende Sozialpolitik fördert existenzsichernde Erwerbsarbeit, hilft bei der Erziehung, setzt auf Gesundheitsprävention. Sie gestaltet den demografischen Wandel und fördert eine höhere Erwerbsquote von Frauen und Älteren. Sie verhindert Ausgrenzung und erleichtert berufliche Integration. Sie entlässt niemanden aus der Verantwortung für das eigene Leben. Der vorsorgende Sozialstaat begreift Bildung als zentrales Element der Sozialpolitik.

Übergeordnete Aufgabe des vorsorgenden Sozialstaates ist die Integration aller Menschen in die Gesellschaft. Deshalb vernetzt vorsorgende Sozialpolitik unterschiedliche Aufgaben wie Wirtschafts-, Finanz- und Arbeitsmarktpolitik, Bildungs- und Gesundheitspolitik, Familien- und Gleichstellungspolitik oder die Integration von Einwanderern.

Die zentralen Ziele des vorsorgenden Sozialstaates sind Sicherheit, Teilhabe und Emanzipation.

Sicherheit bedeutet den Schutz der Menschen vor existenzieller Not, vor Ausbeutung, vor Diskriminierung, vor elementaren Lebensrisiken wie Arbeitslosigkeit, Krankheit und Pflegebedürftigkeit. Zugleich schafft Sicherheit überhaupt erst die Voraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben.

Teilhabe aller Menschen an der wirtschaftlichen, kulturellen, sozialen und politischen Entwicklung ist das Ziel sozialdemokratischer Politik. Zentral dafür sind gute Bildung, existenzsichernde Arbeit und Gesundheit, aber auch die gerechte Verteilung des Wohlstands. Die Qualität des Sozialstaates bemisst sich nicht allein an der Höhe von Transferleistungen, sondern an der Gewährleistung tatsächlicher Lebenschancen, die allen von Anfang an und immer aufs Neue offenstehen müssen.

Emanzipation setzt Sicherheit und Teilhabe voraus. Die Menschen wollen ihr eigenes Leben frei und selbstbestimmt gestalten. Niemand darf wegen seiner Herkunft benachteiligt sein.

Vorsorgende Sozialpolitik will Sicherheit, Teilhabe und Emanzipation für alle verwirklichen – unabhängig von sozialer Herkunft, Geschlecht, Lebensalter oder einer Behinderung.

Je früher, individueller und wirksamer das Prinzip der Vorsorge praktiziert wird, desto besser ist der Sozialstaat in der Lage, die großen Lebensrisiken solidarisch abzusichern. Schon das Berliner Programm der SPD hat formuliert: „Sozialpolitik will nicht nur reparieren und in Notfällen einspringen, sondern vorausschauend gestalten.“

Mehr und bessere soziale Dienstleistungen für Kinder, Jugendliche, Familien, Ältere und Behinderte sind der Schlüssel für eine Gesellschaft, die niemanden ausschließt. In unseren Kindergärten, Schulen und Hochschulen, Krankenhäusern und Pflegestationen wollen wir dafür die Weichen stellen. Wer in sozialen Einrichtungen arbeitet, hat Anspruch auf erstklassige Qualifizierung und Förderung. Wer in sozialen Berufen für andere da ist, verdient Anerkennung, Respekt und faire Bezahlung. Soziale Dienstleistungen müssen nicht vom Staat erbracht werden.

Freie Wohlfahrtsverbände sind für uns wichtige Partner, der Arbeiterwohlfahrt und dem Arbeiter-Samariter-Bund sind wir besonders verpflichtet. Der Staat trägt aber die Verantwortung dafür, dass Qualität und gleicher Zugang für alle gesichert sind.

Gerechtigkeit und Solidarität müssen auch für die Finanzierung unseres Sozialstaates gelten. Die paritätisch von Arbeitnehmern und Arbeitgebern gezahlten Beiträge bilden auch in Zukunft die Grundlage unserer Sicherungssysteme. Wir wollen sie ergänzen durch eine höhere und gesicherte Steuerfinanzierung, die alle nach ihrer Leistungsfähigkeit beteiligt. Auch aus ökonomischen Gründen muss die Finanzierung des Sozialstaates auf eine breitere Grundlage gestellt werden, um Erwerbsarbeit zu entlasten. Der vorsorgende Sozialstaat muss deshalb stärker am Bürgerstatus und weniger am Erwerbsstatus ansetzen.

Gesundheit

Vorsorgende sozialdemokratische Gesundheitspolitik will Krankheit vermeiden, Gesundheit erhalten und Unterschiede in den Gesundheitschancen abbauen. Wir streben gesunde Lebensverhältnisse für alle Menschen an und fördern gesundheitsbewusstes Verhalten. Wir fördern Gesundheitserziehung von Anfang an und verpflichtende Vorsorgeuntersuchungen, auch in Kindertagesstätten und Schulen. Jedes Kind hat ein Recht darauf, gesund aufzuwachsen.

Zugleich müssen die Möglichkeiten des medizinischen Fortschritts dazu genutzt werden, Krankheiten zu heilen und unheilbar Kranke menschenwürdig zu versorgen. Kranke haben unabhängig von Herkunft, Alter oder Geschlecht denselben Anspruch auf Versorgung und gleiche Teilhabe am medizinischen Fortschritt. Wir wollen keine Zweiklassenmedizin. Deshalb wollen wir die solidarische Bürgerversicherung, in die alle Menschen einbezogen werden.

Die Prinzipien der solidarischen Bürgerversicherung wollen wir auch in der Pflegeversicherung anwenden. Für eine menschenwürdige Pflege kommt es darauf an, dass sich Familie, privates Umfeld, ambulante und stationäre Einrichtungen wirksam ergänzen. Menschen bedürfen am Lebensende der besonderen Solidarität. Jeder Mensch hat Anspruch auf ein Sterben in Würde.

Sicher und aktiv im Alter

Die Gesellschaft der Zukunft wird eine Gesellschaft des längeren Lebens sein. Da die Menschen auch länger gesund bleiben, schließt sich an das Arbeitsleben zunehmend eine dritte, ausgedehnte Lebensphase an. Wir wollen den Übergang in den Ruhestand flexibler gestalten. Jeder Mensch soll im Alter aktiv und kreativ am gesellschaftlichen Leben und in der Arbeitswelt teilnehmen können. Das Engagement und die Erfahrung der Älteren bereichern unser Land wirtschaftlich, politisch und kulturell.

Die gesetzliche Rentenversicherung bleibt die tragende Säule einer armutsfesten Alterssicherung. Sie muss allerdings durch Betriebsrenten oder öffentlich geförderte private Vorsorge ergänzt werden, damit die Menschen im Alter ihren Lebensstandard halten können.

Wir wollen die gesetzliche Rentenversicherung langfristig auf alle Erwerbstätigen ausdehnen. Dabei halten wir am Erwerbseinkommen und an der Erwerbsdauer als Maßstab für die Rentenhöhe fest.

Die Rente muss beitragsbezogen bleiben. Eine Einheitsrente lehnen wir ab. Wir wollen Altersarmut vermeiden. Die Einführung der Grundsicherung im Alter war dafür ein wichtiger Schritt. Hinzu kommen muss die eigenständige Alterssicherung von Frauen.

Vorsorgende Sozialpolitik in den Kommunen

Eine gute vorsorgende Sozialpolitik wird vor allem in den Kommunen mit Leben erfüllt – in hochwertigen Kindergärten und Schulen in einem lebenswerten Wohnumfeld, mit vielfältigen Angeboten für die Integration von Zuwanderern, für Beschäftigung und Qualifizierung, für Sport, Erholung und Gesundheit. Wir unterstützen eine Politik für soziale Kommunen, die Stadtteile und Gemeinden in diesem Sinne entwickelt. Dabei kommt es darauf an, die Bereitschaft der Bürgerinnen und Bürger zum Miteinander, zur Selbsthilfe und zur Übernahme von Verantwortung zu ermutigen.

Kommunen haben die Aufgabe, Menschen in spezifischen Notlagen geeignete Hilfe zur Verfügung zu stellen.

Wir unterstützen das Bemühen von Kommunen, bezahlbaren Wohnraum bereitzuhalten. Wir schützen die Rechte der Mieter.

3.8 BESSERE BILDUNG, KINDERFREUNDLICHE GESELLSCHAFT, STARKE FAMILIEN

Soziale Teilhabe und Bildung waren die ersten Ziele der Arbeiterbewegung im 19. Jahrhundert, aus der die Sozialdemokratie hervorgegangen ist. „Unsere Kinder sollen es einmal besser haben“ war ein wichtiges Motiv im Kampf vieler Menschen für eine bessere Zukunft. Diese Ziele müssen unter den veränderten Bedingungen der Gegenwart wieder ins Zentrum der politischen Praxis rücken.

Wir wollen gleiche Lebenschancen für alle. Über gleiche Lebenschancen entscheiden zuerst und vor allem Bildung und Familie. Deshalb wollen wir bessere Bildung für alle durchsetzen und Familien stärken. Unser Ziel ist eine kinderfreundliche Gesellschaft.

Bildung entscheidet unsere Zukunft, sie ist die große soziale Frage unserer Zeit. Sie erst ermöglicht dem Menschen, sich selbstbestimmt Ziele zu setzen und Träume zu verwirklichen. Sie erschließt ihm den Zugang zu einer Welt im Wandel. Sie befähigt ihn zu Demokratie und sozialer Verantwortung. Sie eröffnet ihm die Chance auf Arbeit, sorgt immer neu für Teilhabe und soziale Aufstiegsperspektiven. Sie ist eine wirtschaftliche Produktivkraft von schnell wachsender Bedeutung. Wir wollen den Anteil von besser qualifizierten Beschäftigten deutlich erhöhen. Nur Gesellschaften, die ein offenes, sozial durchlässiges und hoch entwickeltes Bildungssystem haben, gedeihen in der globalen Wissensgesellschaft. Bildung ist mehr als die Vermittlung beruflich verwertbaren Wissens. Wir wollen eine ganzheitliche Bildung, der es gleichermaßen um Erkenntnis und Kenntnisse geht wie um soziale Kompetenzen, Kreativität, ästhetische Erfahrung, ethische Reflexion und Sensibilität für Werte. Orientierung ergibt sich nicht notwendig aus Wissen, daher brauchen wir eine Aufwertung der politischen

Bildung und der Erziehung zur Demokratie. Bildung stärkt die Persönlichkeit und befähigt zur Toleranz.

Das Wissen nimmt in atemberaubendem Tempo zu, erworbene Kenntnisse sind rasch überholt. Schon immer lernen Menschen für das Leben, heute auch ein Leben lang. Wir wollen Freude am Lernen vermitteln und Offenheit für Ergebnisse der Forschung wecken.

Bildung für alle

Der Staat hat dafür zu sorgen, dass alle den gleichen Zugang zu Bildung haben, unabhängig von ihrer Herkunft. Jeder Mensch hat das Recht auf einen gebührenfreien Bildungsweg von Krippe und Kindergarten bis zur Hochschule. Wir wollen es verwirklichen. Ausgrenzung durch mangelnde Bildungschancen ist Unrecht.

Bessere Bildung verlangt höhere Ausgaben. Sie haben als Investition in Menschen Priorität.

Wir brauchen eine Kultur der zweiten und dritten Chance. Wer im Laufe seines Lebens in eine Sackgasse geraten ist, muss die Chance bekommen, Schulabschlüsse gebührenfrei nachzuholen und berufliche Abschlüsse zu erwerben.

Unser Bildungswesen muss von Anfang an die Gleichstellung von Mädchen und Jungen und die Überwindung einschränkender Rollenmuster im Blick haben. Auch für die Integration Zugewanderter ist Bildung der Schlüssel. Gemeinsames Lernen fördert soziale Integration. Dies gilt auch für Menschen mit Behinderungen.

Damit Bildung alle erreicht, bekämpfen wir den Analphabetismus. Wir fördern auch einen kompetenten, bewussten und kritischen Umgang mit Computer, Internet und anderen Medien.

Aber Bildung bleibt immer auf die Menschen angewiesen, die sie vermitteln. Sie alle, ob in Kindertagesstätte, Schule oder Hochschule, können umso erfolgreicher wirken, je mehr sie in der Gesellschaft Verständnis,

Anerkennung und Unterstützung finden. Wir wollen ihre Ausbildung verbessern und ihre Weiterbildung fördern. Wir müssen darauf achten, dass das Zahlenverhältnis zwischen Frauen und Männern unter den Lehrenden von der Kindertagesstätte bis zur Hochschule ausgewogener wird. Nur so finden Jungen und Mädchen Leitbilder.

Niemand kann die Eltern aus der Verantwortung für ihre Kinder entlassen. Wir wollen ihnen durch Bildungs- und Betreuungsangebote helfen, ihrer Verantwortung gerecht zu werden.

Bildung von Anfang an

Da die ersten Wochen, Monate und Jahre über ein Leben entscheiden können, müssen die Eltern, aber auch Hebammen, Ärztinnen und Ärzte, Krankenschwestern und Krankenpfleger auf ihre Aufgabe gut vorbereitet sein.

Kindertagesstätten dienen nicht nur der Betreuung, sondern auch der Bildung. Wir wollen sie zu Eltern-Kind-Zentren ausbauen, in denen Familien Beratung, Weiterbildung und verlässliche Hilfe im Alltag finden. Dort können auch, nicht zuletzt durch Sprachförderung, herkunftsbedingte Benachteiligungen ausgeglichen werden.

Sozialdemokraten haben die Abschaffung des Schulgeldes erkämpft. Jetzt fordern wir die gebührenfreie Ganztagsbetreuung für alle Kinder von Anfang an. Wir verwirklichen den Rechtsanspruch auf gute Betreuung ab dem zweiten Lebensjahr.

Gemeinsam lernen

Über Bildungswege und -chancen wird in unserem Bildungssystem zu früh entschieden. Wir werben daher für ein Schulsystem, in dem Kinder so lange wie möglich zusammen und voneinander lernen. Dies ist am besten zu erreichen in einer gemeinsamen Schule bis zur zehnten Klasse. Wir wollen längeres gemeinsames Lernen verbinden mit besserer individueller Förderung. Erfahrungen aus anderen Ländern zeigen, dass dies nicht nur den Lernschwachen, sondern auch den Lernstarken zugute

kommt. Nur so lässt sich die Abhängigkeit der Bildungschancen von der sozialen Herkunft aufbrechen. Deutschland braucht mehr soziale Durchlässigkeit im Bildungswesen.

Wir wollen die Ganztagschule ausbauen – als Ort des Lernens und des sozialen Miteinanders. Sie wird neben der Familie zu einem Lebensmittelpunkt von Kindern und Jugendlichen. Eltern werden entlastet, Kinder können ihre Stärken entdecken und entwickeln. Die Ganztagschule ist in ein soziales Umfeld eingebettet, dazu gehören Betriebe, Sportvereine, Musikschulen, Volkshochschulen oder Träger der freien Jugendhilfe und Kirchen.

Wir wollen, dass Schulen selbstständiger arbeiten. Sie erhalten verbindliche Standards, und ihre Leistungsfähigkeit wird regelmäßig überprüft. Dabei sollen sie jedoch weit mehr eigene Kreativität und Kompetenz entfalten können. Unser Leitbild ist die demokratische Schule, in der die Lehrenden ebenso wie die Lernenden und deren Eltern in die Entscheidungen eingebunden sind.

Moderne berufliche Ausbildung

Die berufliche Erstausbildung ist eine wichtige Grundlage für den späteren Beruf. Eine breite Grundausbildung schafft die Voraussetzung für das lebenslange berufliche Lernen. Sie soll berufsübergreifende Fähigkeiten vermitteln. Alle Jugendlichen haben das Recht auf Ausbildung.

Das duale System wollen wir weiterentwickeln. Es muss so modernisiert werden, dass es mit den rasanten Entwicklungen in der Arbeitswelt Schritt hält. Solidarische Finanzierungsmodelle wie eine Umlage zugunsten ausbildender Betriebe müssen dabei helfen. Um allen jungen Menschen eine berufliche Erstausbildung zu garantieren, brauchen wir da, wo das duale System nicht mehr genügend Ausbildungsplätze anbietet, eine qualitativ hochwertige öffentlich verantwortete Berufsausbildung. Die allgemeine Bildung muss stärker mit der beruflichen Bildung verknüpft werden, damit Jugendliche besser auf Berufswahl und berufliche Anforderungen vorbereitet werden können.

Im dualen System haben die Unternehmen die Pflicht, für die Ausbildung des Fachkräftenachwuchses zu sorgen. Sie müssen sich solidarisch an den

Kosten der Ausbildung beteiligen. Wir unterstützen Finanzierungsmodelle, die der Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze dienen und Betriebe fördern, die über ihren Bedarf ausbilden.

Studium und Forschung stärken

Wir wollen die Qualität von Lehre und Forschung an unseren Hochschulen verbessern, mehr Studienplätze schaffen. Verantwortlich für die Hochschulen ist und bleibt der Staat, er muss ihre Finanzierung sichern. Dazu ist auch ein finanzieller Ausgleich zwischen den Bundesländern nötig. Trotzdem sollen Hochschulen so weit wie möglich autonom sein. Alle, die am Leben der Hochschule beteiligt sind, sollen mitbestimmen.

Forschung und Lehre gehören zusammen, ihre Einheit und ihre Freiheit müssen das Herz der Universität bleiben. Die Hochschulen sollen insgesamt das breite Spektrum von Lehre und Forschung anbieten. Sozial- und Geisteswissenschaften sind ebenso zu fördern wie Natur- und Technikwissenschaften.

Außeruniversitäre Forschungseinrichtungen sind in den letzten Jahrzehnten zu einer starken Säule in unserem Wissenschaftssystem geworden. Wir fördern eine stärkere Kooperation zwischen außeruniversitärer Forschung und Hochschulen.

Wir wollen einen offenen Zugang zum Studium und den Anteil der Studierenden aus bildungsfernen Familien erhöhen. Ein Studium muss auch für die Menschen finanziell möglich gemacht werden, die sich bereits in einem Beruf qualifiziert haben. Wir sprechen uns gegen Studiengebühren für das Erststudium aus. Die staatliche Ausbildungsförderung ist bedarfsgerecht weiterzuentwickeln.

Die Studienförderung muss dafür sorgen, dass mehr Studierende zu internationaler Erfahrung kommen. Zugleich soll unser Land offen sein für Studierende aus anderen Ländern.

Weiterbildung in der lernenden Gesellschaft

Für die lernende Gesellschaft wollen wir die Weiterbildung zur vierten Säule unseres Bildungssystems ausbauen. Auch sie steht in öffentlicher Verantwortung. Wir wollen Fortbildung finanziell und durch Freistellungsansprüche sicherstellen. Dabei wollen wir Tarifpartner und Betriebe einbeziehen. Die Weiterentwicklung der Arbeitslosenversicherung zur Arbeitsversicherung soll bei der Finanzierung helfen.

Wir werden auch die allgemeine, kulturelle und politische Weiterbildung fördern. Sie muss auch den Älteren zugute kommen. Durch Weiterbildung können ältere Menschen in Beruf und Gesellschaft aktiv bleiben. Bildung ermöglicht Älteren, auf der Höhe der Zeit zu bleiben.

Kinder und Familien stärken

Kinder verkörpern Freude auf die Zukunft. Sie sind das Fundament jeder Gesellschaft. Wir wollen eine Gesellschaft, die Familien mit Kindern beste Bedingungen bietet, und ein Klima der Aufgeschlossenheit gegenüber den Bedürfnissen von Kindern. Eine erfolgreiche Kinder- und Familienpolitik gehört zu den Schlüsselfragen für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes.

Unser Leitbild ist die Familie, in der Mutter und Vater gleichermaßen für Unterhalt und Fürsorge verantwortlich sind. Dies will die große Mehrheit der jungen Menschen. Es entspricht dem Bedürfnis der Kinder nach Mutter und Vater und es sichert die wirtschaftliche Unabhängigkeit der Familie.

In der Familie können Menschen Liebe, Geborgenheit und Halt, Orientierung und gegenseitige Unterstützung erfahren, Sicherheit verspüren und Verantwortung füreinander lernen. Wir orientieren unser Familienbild an der gesellschaftlichen Wirklichkeit. Wir wollen den Menschen kein Lebensmodell vorschreiben. Die meisten Menschen wünschen sich die Ehe, wir schützen sie. Gleichzeitig unterstützen wir andere gemeinsame Lebenswege, nichteheliche Lebensgemeinschaften, gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften, alleinerziehende Eltern. Alleinerziehende Mütter

und Väter bedürfen unserer besonderen Unterstützung. Familie ist dort, wo Kinder sind und wo Lebenspartner oder Generationen füreinander eintreten. Wir wollen die Bedingungen für Familien mit Kindern verbessern, Offenheit und Verständnis für Kinder wecken und ein Klima schaffen, in dem Kinder, auch wenn es nicht die eigenen sind, nicht als Last, sondern als Freude und Ermutigung wahrgenommen werden.

Wir müssen es jungen Paaren leichter machen, sich ihre Kinderwünsche zu erfüllen, ohne beruflich ins Hintertreffen zu geraten. Dies gilt besonders für Eltern, die sich für mehrere Kinder entscheiden. Paare, die sich drei oder mehr Kinder wünschen, sollen nicht aus finanziellen Gründen darauf verzichten müssen. Junge Familien brauchen schon bei der Familiengründung und in jeder Lebensphase gezielte Unterstützung. Dies wollen wir gewährleisten durch gute und verlässliche Betreuungsangebote, familiengerechte Arbeitszeiten und finanzielle Hilfen.

Auch die Wirtschaft trägt Verantwortung für die Familie. Prekäre Erwerbsverhältnisse erschweren die Entscheidung für Kinder. Wo der allzeit verfügbare Arbeitnehmer zum Ideal wird, leiden die Familien. Arbeitszeiten, die sich an den Bedürfnissen von Eltern orientieren, nutzen schließlich auch den Unternehmen. Wir wollen eine familienfreundliche Arbeitswelt, damit Eltern Beruf und Familie vereinbaren und mehr Zeit für Kinder haben können. Dies liegt auch im Interesse der Unternehmen.

Wenn Eltern sich trennen, darf dies nicht zum Armutsrisiko für Kinder werden. Alleinerziehende, in der Regel die Mütter, sind ohne Betreuungsangebote nicht in der Lage, einen Beruf auszuüben. Dies macht Betreuungsmöglichkeiten dringlich.

Elternrecht findet seine Grenzen, wo Kindesrecht verletzt wird. Kinder haben eigene Rechte, nicht zuletzt das Recht auf gewaltfreie Erziehung. Wir wollen diese Rechte in der Verfassung verankern. Wo sie verletzt werden, müssen Staat und Gesellschaft eingreifen.

4. UNSER WEG

Die Zukunft ist offen. Wir versprechen niemandem, dass wir eine Welt voller Konflikte und Widersprüche in ein irdisches Paradies verwandeln können. Wir erkennen Realitäten an, finden uns aber nicht mit den Verhältnissen ab, wie sie sind. Wir wollen den Weg in eine lebenswerte Zukunft gehen. Wir wollen unser Land zukunftsfähig machen.

Wir wollen eine friedlichere und gerechtere Welt.

Wir wollen das soziale und demokratische Europa.

Wir wollen eine solidarische Bürgergesellschaft, eine Kultur des Respekts und der Anerkennung und einen handlungsfähigen demokratischen Staat.

Wir wollen die Gleichstellung der Geschlechter verwirklichen.

Wir wollen durch qualitatives Wachstum Wohlstand und Lebensqualität für alle ermöglichen und unsere natürlichen Lebensgrundlagen schützen.

Wir wollen gute Arbeit und gerechten Lohn für alle.

Wir wollen den vorsorgenden Sozialstaat, der Sicherheit, Teilhabe und gleiche Lebenschancen gewährleistet.

Wir wollen bessere Bildung für alle in einer kinder- und familienfreundlichen Gesellschaft.

Die Geschichte hat uns gelehrt: Nicht Systeme, sondern Menschen ändern die Verhältnisse. Eine bessere Zukunft kommt nicht von selbst, sie muss erdacht und erstritten werden. Eine Partei kann immer nur so stark sein wie die Menschen, die ihre Werte teilen und ihre Ziele unterstützen.

Viele Menschen engagieren sich in Gewerkschaften, Vereinen, Verbänden, Kirchen, sozialen Bewegungen und Netzwerken. Viele Menschen wollen eine bessere und gerechtere Gesellschaft. Die Mehrheit will ein solidarisches Deutschland.

Diese solidarische Mehrheit wollen wir für unsere Politik gewinnen.
Wir werben um Unterstützung und ermutigen zur Mitarbeit.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands kämpft für nachhaltigen
Fortschritt und soziale Gerechtigkeit im 21. Jahrhundert.

STICHWORTVERZEICHNIS

- Abrüstung 24
 - Rüstungsbegrenzung 24
 - Rüstungsexportpolitik 24
 - Rüstungskontrolle 24
- Aktienrecht 47
- Alleinerziehende 10, 65, 66
- Alter 10, 14, 33, 34, 56, 57, 59, 65
 - Alterssicherung 59
 - aktives Alter 34, 59, 65
 - generationsübergreifende Wohnformen 34
- Angriffskrieg 20
- Antisemitismus 36
- Arbeit 5, 7-10, 15, 34, 37, 40-42, 44, 45, 47, 49, 51-57, 60, 63, 66, 67
 - Arbeitnehmerrechte 22, 28, 43, 51, 55, 56
 - Arbeitsbedingungen 28, 43, 52, 53, 55
 - Arbeitsgesellschaft 9
 - Arbeitslosenversicherung 54, 65
 - Arbeitsmarkt 9, 52, 53, 55, 56
 - Arbeits- und Gesundheitsschutz 55
 - Arbeitsversicherung 54, 55, 65
 - Arbeitszeit 9, 41, 53, 54, 66
 - Arbeitszeitkonten 54
 - Arbeitszeitpolitik 53, 54
 - Arbeitszeitverkürzung 53, 54
 - Berufswechsel 52
 - Beschäftigungsfähigkeit 53, 55
 - Beschäftigungsformen 9
 - Erwerbsarbeit 37, 41, 52, 56, 58
 - Erwerbsbiografien 53, 55
 - Erwerbsquote 44, 56
 - Erwerbsstatus 58
 - familiengerechte Arbeitszeiten 66
 - flexible Arbeitszeiten 41
 - Familienarbeit 9, 41, 52
 - gemeinwohlorientierte Arbeit 53
 - gleicher Lohn für gleiche Arbeit 41, 54
 - gute Arbeit 3, 5, 42, 51, 53-55, 67
 - Humanisierung der Arbeitswelt 55
 - Kernarbeitsnormen 23
 - Leiharbeit 52
 - Normalarbeitsverhältnis 9
 - prekäre Arbeit 52, 55, 56, 66
 - Recht auf Arbeit 51
 - Vermögen in Arbeitnehmerhand 44
 - weltweite Arbeitsteilung 7
- Arbeiterbewegung 12, 13, 16, 60
- Arbeiter-Samariter-Bund 58
- Arbeiterwohlfahrt 58
- Armut 5, 7, 10, 23, 24, 42, 56, 59, 66
 - Abstand / Kluft zwischen Arm und Reich 8, 10
- Artenreichtum 50
- Asyl 37
- Atomkraft 49
- Atomwaffen 24
 - atomwaffenfreie Welt 24
- Aufklärung 13, 37, 39
- Ausbildung 62-64
 - Ausbildungsplätze 63, 64
 - Berufsausbildung 63
 - duales System 63
 - Recht auf Ausbildung 63
- Barrierefreiheit 34, 37
- Behinderung 14, 37, 57, 61
 - Menschen mit Behinderungen 37, 61
- Besteuerung 46
- Betreuungseinrichtungen 41
- Betriebsverfassung 55
- Bildung 6, 9, 10, 15, 17, 28, 29, 31, 34, 37-40, 42, 44, 46, 52, 53, 56, 57, 60-65, 67
 - Bildung für alle 6, 60, 61, 67
 - Bildung von Anfang an 62
 - Bildungsangebote 37
 - Bildungsweg 61, 62
 - Ganztagschulen 63
 - gemeinsames Lernen 61, 62
 - gebührenfreier Bildungsweg 61
 - lebenslanges Lernen 63
 - Weiterbildung 52, 55, 62, 65

Binnenmarkt 28
 Binnennachfrage 46
 Brennstoffzellentechnologie 50
 Bürgergesellschaft 6, 30, 31, 33, 36, 37, 39, 67
 - solidarische Bürgergesellschaft 30, 33, 36, 37, 67
 Bürgerrechte 14, 19, 35, 55
 - soziale Bürgerrechte 55
 Bürgerstatus 58
 Bürgerversicherung 58
 Bundesstaat 34
 - sozialer Bundesstaat 34
 Bundeswehr 25, 26, 35

 Chancen 5, 8, 15, 17, 18, 24, 36, 37, 40, 43, 46, 49, 50, 54, 56-58, 60-63, 67
 China 9
 Christentum 13
 - christlich 39

 Daseinsvorsorge 17, 28, 32, 33
 Datenschutz 36
 DDR 12
 Demografischer Wandel 50, 56
 Demokratie 3, 4, 6-8, 11-15, 17-20, 24, 27-33, 37-39, 43, 45, 55, 60, 61
 - europäische Demokratie 27
 - innerbetriebliche Demokratie 43
 - soziale Demokratie 3, 15, 17-19, 45
 - wirtschaftliche Demokratie 43
 Demokratischer Sozialismus 5, 16
 Deregulierung 32
 Deutscher Bundestag 26
 Deutsche Einheit 8
 Deutsch-französische Freundschaft 21
 Dienstleistung 9, 29, 44, 45, 49, 51, 53, 57
 - moderne Dienstleistungspolitik 44
 Dialog 3, 20, 29, 38, 39
 Diktatur 12
 Diplomatie 25, 29

 Ehe 40, 65
 Ehrenamt 31, 52
 Eigentum 16, 31, 43, 48
 Einbürgerung 37
 Einkommen 15, 16, 43, 44, 46, 54, 59
 Einkommensteuer 46
 Einwanderer 10, 36, 37, 56
 - Einwandererfamilien 10
 - Einwanderungsland 36
 - Mehrsprachigkeit von Einwanderern 37
 - qualifizierte Einwanderer 36
 Emanzipation 12, 41, 57
 Energie 25, 45, 48, 49
 - Erneuerbare Energie 25, 49
 - Energieeffizienz 25
 - Energiewende 48
 - Kohle- und Gaskraftwerke 49
 - Kraft-Wärme-Kopplung 49
 - solares Energiezeitalter 48, 49
 Entspannungspolitik 20
 Entwicklung 13, 20, 22-25, 29, 42, 45, 46, 50, 51, 57, 63
 - Entschuldung der Entwicklungsländer 24
 - nachhaltige Entwicklung 20, 24, 25, 42, 46, 50, 51
 Erbschaften 46
 Europa 4, 5, 7, 8, 12, 19-21, 23, 26-30, 39, 46, 49, 54, 67
 - europäische Armee 30
 - Europäische Grundrechtecharta 20
 - europäischer Haushalt 29
 - europäische Identität 29
 - europäische Nachbarschaftspolitik 30
 - europäische Sozialunion 28
 - Europäische Union 19, 21, 22, 26, 27, 28, 29, 30, 35, 43, 45
 - Erweiterung der Europäischen Union 30
 - Europäisches Parlament 27
 - europäische Parteien 27
 - europäisches Sozialmodell 28
 - europäische Währungsunion 28
 - Europarat 23

- föderales Europa 27
- Friedensmacht Europa 26, 29
- Sozialdemokratische Partei Europas (SPE) 27
- soziales Europa 5, 8, 28

Extremismus 36

Familie 5, 9, 10, 18, 34, 40, 41, 52, 53, 56-58, 60, 62-67

- Eltern-Kind-Zentren 62
- Familienpolitik 53, 65
- starke Familien 60
- Vereinbarkeit von Familie und Beruf 10, 41, 52

Finanzpolitik 46

- Finanz- und Geldpolitik 28, 46
- Koordination der Wirtschafts-, Finanz- und Geldpolitik 28

Flächentarifvertrag 43

Flexibilität 40, 53-55

Flüchtlingspolitik 37

Fondsmanager 9

Forschung 29, 41, 45, 46, 61, 64

- außeruniversitäre Forschung 64

Fortschritt 4-6, 8, 9, 18, 26, 42, 48, 51, 54, 58, 68

- nachhaltiger Fortschritt 4, 5, 42, 51, 68

- medizinischer Fortschritt 58

- technischer Fortschritt 5, 8, 42, 54

Frauen 5, 9, 10, 12, 13, 24, 26, 33, 36, 40, 41, 44, 54, 56, 59, 62

- Frauenbewegung 13, 40

- Frauenförderung 40

- Frauenwahlrecht 12, 40

- Gewalt gegen Frauen 36

- gleiche Teilhabe von Frauen an Führungspositionen 41

Freiberufler 44

Freiheit 6, 8, 12, 14, 15, 18, 20, 26, 30, 31, 33, 35, 37, 39-41, 44, 48, 55, 64

- bürgerliche Freiheitsrechte 55

- Freiheit des Denkens 39

- Sicherheit in Freiheit 6, 35

- unternehmerische Freiheit 44, Frieden 3-6, 8, 13, 19-23, 25, 26, 29, 30, 38, 43

- sozialer Frieden 43

Geldpolitik 28, 46

Generationen 5, 14, 16, 42, 46, 66

Genossenschaften 44, 47

Genossenschaftsbanken 47

Gentechnologie 48, 50

Gerechtigkeit 4-7, 14, 15, 20, 24, 30, 32, 42, 54, 58, 68

- soziale Gerechtigkeit 4, 5, 15, 42, 54, 68

Gesellschaft 3-6, 9-19, 23-34, 36-41, 46, 47, 51-57, 59-61, 65-67

- Gesellschaft des längeren Lebens 59

- kinderfreundliche Gesellschaft 60

- solidarische Bürgergesellschaft 6, 30, 33, 36, 37, 67

- zivilgesellschaftliche Organisationen 23, 27

Gesundheit 17, 31, 44, 55-59

- gesunde Lebensverhältnisse 58

- Gesundheitschancen 58

- Gesundheitserziehung 58

- Vorsorgeuntersuchungen 58

- Zweiklassenmedizin 58

Gewaltmonopol 31, 32

Gewerkschaften 9, 12, 13, 23, 31, 42, 43, 47, 53, 67

- Internationaler Gewerkschaftsbund 23

Gleichheit 10, 14, 15, 37, 40

- rechtliche Gleichheit 10, 40

- Gender Mainstreaming 40

- gleiche Lebenschancen 15, 60, 67

- Gleichstellung der Geschlechter 40, 67

- Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse 35

Globalisierung 5, 7, 9-13, 17, 19, 26, 38, 42, 43, 52

Grundgesetz 20, 36, 43

Grundrechte 16, 19, 20

Grundwerte 12, 14-16

Handwerker 44

Haushaltspolitik 29

Heimat 6, 10, 11, 13, 30, 33, 52

Herrschaft 13, 14, 31

- totalitäre Herrschaft 14, 31

Hochschulen 57, 64

Holocaust 8

Humanismus 13, 39

Indien 9

Individualität 18

Industrie 9, 44, 45, 49

Industriepolitik 44, 45

- industrielle Kerne 45

- ökologische Industriepolitik 44, 45

- strategische Industriepolitik 44, 45

Inflation 43, 46

Infrastruktur 46, 49, 51

Innovation 7, 9, 18, 29, 44, 47-49

- technische Innovation 49

Integration 11, 18, 34, 36-38, 56, 59, 61

Internationale Arbeitsorganisation (ILO)
22, 23

Internationaler Währungsfonds 22

Internet 38, 61

Investitionen 8, 39, 45, 46, 51, 61

Israel 21

Judentum 13

Justiz 25, 35

Kapital 7-9, 22, 32, 43, 44, 46, 47, 54

- globales Kapital 8

- globaler Kapitalismus 7, 10, 56

- Wagniskapital 47

Kinder 10, 18, 33, 34, 36, 40, 41, 52, 54,
57-60, 62, 63, 65, 66, 67

- Betreuungsangebote für Kinder 41,
62, 66

- Eltern-Kind-Zentren 62

- Kindererziehung 52

- Kindergärten 57, 59, 61

- Kindertagesstätten 61, 62

Kirchen 23, 31, 39, 48, 63, 67

Klimawandel 5, 7, 42, 45

Kreativwirtschaft 48

Krisen 17, 23, 25, 46

- konjunkturelle Krisen 46

- Krisenprävention 23, 25

Kommunen 33, 59, 60

Kommunismus 6, 12, 21

Konkurrenz 9, 18, 52

Konservative 15

Kooperation 14, 19, 21, 50, 64

Kreislaufwirtschaft 49

Krieg 8, 9, 13, 20, 23, 25, 26

- Angriffs- und Präventivkriege 20

- Krieg kein Mittel der Politik 23

Kriegsdienst 26

Kriminalität 35

Kündigungsschutz 43, 55

Künste 38, 39

Kultur 5, 6, 8-11, 13, 15-20, 25, 26, 31,
33, 34, 36-39, 44, 57, 59, 61, 65, 67

- Dialog zwischen den Kulturen 20, 38

- Erinnerungskultur 39

- Kampf der Kulturen 20

- Kultur der Anerkennung 6, 38

- Kultur der Selbstständigkeit 44

- Kultur der zweiten Chance 61

- kulturelle Vielfalt 11, 36, 38

- kulturelles Erbe der Menschheit 20

- Kulturförderung 39

- Kulturpolitik 20

- Kulturstaat 39

- politische Kultur 13, 38

Landminen 24

Landwirtschaft 50

Ländlicher Raum 50, 51

- Lebensgemeinschaften 65
 - nichteheliche Lebensgemeinschaften 65
 - gleichgeschlechtliche Lebenspartner-schaften 65
- Lebensqualität 8, 9, 18, 42, 49, 57
- Lebensrisiken 5, 28, 57
- Lebenserwartung 8, 10
- Leistung 6, 9, 14, 16, 28, 32, 46, 54-58, 63
- Liberalen 15
- Lohn 40, 41, 43, 46, 52-55, 67
 - gleicher Lohn für gleiche Arbeit 41, 54
 - Lohndumping 55
 - Lohnzuwächse 43
 - Mindestlöhne 46, 54
- Macht 7, 11, 14-16, 19, 20, 26, 29, 34, 37, 38
- Machtkontrolle 37
- Markenpiraterie 48
- Markt 3, 7, 9, 15, 17, 19, 22, 24, 26, 28, 31, 32, 42-47, 50-53, 55, 56
 - Dynamik der Märkte 42
 - Finanzmärkte 7, 22, 46, 47, 53
 - Leitmärkte 45
 - Marktgesellschaft 28
 - Marktradikale 31
 - Marktwirtschaft 19, 28, 42-44
 - soziale Marktwirtschaft 42-44
- Massenvernichtungswaffen 8, 24
- Medien 7, 11, 27, 37, 38, 61
- Medienkompetenz 38
- Mehrheit 4, 6, 33, 65, 67, 68
 - solidarische Mehrheit 4, 68
- Mehrsprachigkeit 37
- Mehrstaatlichkeit 37
- Meinungsbildung 37
- Menschenrechte 14, 20, 22, 24, 29, 31, 36
 - Allgemeine Erklärung der Menschen-rechte 14, 20
 - universelle Geltung der Menschen-rechte 20
 - Verbot der Willkür und der Folter 35
- Menschenwürde 6, 14, 51, 58
- Mieter 60
 - Rechte der Mieter 60
- Millenniumsentwicklungsziele 20
- Militarismus 13
- Minderheiten 26, 38
- Mindestlöhne 46, 54
- Mindestsätze 29, 35
 - Mindestsätze für Unternehmens-steuern 35
- Mitbestimmung 19, 28, 29, 43, 53, 55, 64
 - paritätische Mitbestimmung 43
 - Mitbestimmung auf europäischer Ebene 43
- Mittelstand 44
- Mobilität 45, 49
- Moderne 14, 44
- Multilateralismus 20, 24
- Muslimen 39
 - islamische Länder 30
- Nachhaltigkeit 4, 5, 7, 17, 20, 22, 24, 25, 42, 46, 50, 51, 68
 - Prinzip der Nachhaltigkeit 17
- Nationalsozialismus 12
- Nationalstaaten 7, 8, 11, 12, 26-29, 35
- Nationen 19, 20-23, 25, 26
- NATO 21
- Naturerbe 50
- Nichtregierungsorganisationen 23, 31
- Öffentlichkeit 23, 27, 37, 38
 - europäische Öffentlichkeit 27
 - öffentliche Güter 8, 15, 17, 22, 32, 47
 - öffentliche Hand 46, 51
 - öffentlicher Raum 33
- Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) 23
- Orientierung 4, 6, 15, 16, 19, 34, 43, 47, 60, 65

Palästinensisches Volk 21
 Parallelgesellschaften 38
 Parteien 11, 12, 23, 27, 31, 33
 Partnerschaft 5, 21, 23, 39, 45
 - transatlantische Partnerschaft 21
 - strategische Partnerschaft mit
 Russland 21
 Pflege 39, 41, 55, 57, 58, 62
 Polen 21
 Polizei 25, 35
 Primat der Politik 17
 Privatisierung 32
 Produktivität 42-44, 46, 54
 Programm 3, 4, 12, 13, 27, 57
 - Berliner Programm 3, 57
 - Godesberger Programm 13
 - Heidelberger Programm 12

 Qualifikation 9, 34, 52

 Rassismus 36
 Recht 5, 17-21, 22, 23, 26, 27, 32, 35,
 36, 39, 40, 51, 53-55, 58, 60, 61, 63, 66
 - internationale Gerichtsbarkeit 21
 - Recht auf Ausbildung 63
 - Recht auf Weiterbildung 55
 - Recht der informationellen
 Selbstbestimmung 36
 - Rechte der Mieter 60
 - Rechte der Minderheiten 26
 - Stärke des Rechts 5, 20
 - Rechtliche Gleichheit 10, 40
 - Rechtlosigkeit 25
 - Rechtsanspruch 56, 62
 - Rechtsordnung 21
 - Rechtsstaat 6, 15, 32, 35

 Rechtsextremismus 36
 Regionen 7, 10, 21-24, 26, 27, 29, 30,
 33, 35, 45, 49, 50
 Regulierung 45, 47

Religion 10, 16, 26, 31, 36, 39
 - Religionsgemeinschaften 31, 39
 Rendite 7, 32, 43, 47, 54
 Rentenversicherung 59
 Revolution 6, 8, 12, 14
 - französische Revolution 12, 14
 - industrielle Revolution 6
 - Revolution von 1848 12
 - Revolutionen von 1989 8
 Ruhestand 59
 Rundfunk 38
 Russland 9, 21

 Schienenverkehr 49
 Schulen 57-59, 61-63
 - Ganztagschulen 63
 - gemeinsame Schule 62
 Selbstbestimmung 5, 15, 17, 18, 21, 36,
 53, 56, 57
 Selbstständige 9, 44, 52
 Sicherheit 5, 6, 15-17, 19, 20, 22, 23, 25,
 26, 30-33, 35, 47, 48, 54, 56, 57, 65, 67
 - gemeinsame Sicherheit 19
 - internationale Sicherheit 20, 25
 - Sicherheit im Wandel 33, 54, 56
 - Sicherheit in Freiheit 6, 35
 - soziale Sicherheit 15, 32
 - umfassende Sicherheit 19, 20, 23
 Solidarität 5, 14-16, 19, 35, 52, 56, 58
 - gesamtdeutsche Solidarität 35
 - internationale Solidarität 5, 19
 - organisierte Solidarität 14, 16, 56
 - solidarische Bürgergesellschaft 6, 30,
 33, 36, 37, 67
 - solidarische Mehrheit 4, 6, 68
 Sozialdemokratie 3-5, 9, 11-13, 15, 16,
 19-21, 26, 38, 42, 60
 - Sozialdemokratie in der DDR 12
 - Sozialdemokratische Partei Deutsch-
 lands 3, 27, 68
 - Sozialdemokratische Partei Europas 27
 - soziale Demokratie 3, 15, 17-19, 45
 Sozialhilfe 10

Sozialismus 5, 14, 16
 - demokratischer Sozialismus 5, 14, 16
 Sozialistische Internationale (SI) 23
 Sozialleistungen 56
 Sozialpartner 27
 Sozialpolitik 56, 57, 59
 Sozialstaat 3, 5, 12, 16, 19, 28, 31, 53, 55, 56-58, 67
 - demokratischer Rechts- und Sozialstaat 31
 - sozialer Aufstieg 10, 56, 60
 - soziale Sicherungssysteme 46, 52
 - vorsorgender Sozialstaat 5, 19, 53, 55, 56-58, 67
 Sparkassen 47
 Sport 31, 59, 63
 Sprache 37
 Staat 4, 14, 16, 17, 20, 28, 30-34, 39, 43, 45, 46, 57, 58, 61, 64, 66, 67
 - aktivierender Staat 32
 - föderaler Staat 34
 - handlungsfähiger Staat 4, 45, 67
 - leistungsfähiger Staat 38
 - sozialer Bundesstaat 34
 - Staatengemeinschaft 22
 - Staatsbürgerschaft 37
 - vormundschaftlicher Staat 33
 - Zerfall von Staaten 8, 25
 Stabilitätspakt 28
 Stadtpolitik 34
 Steuerpolitik 35, 43
 - Besteuerung von Vermögen und Erbschaften 46
 - Mindestsätze für Unternehmenssteuern 35
 - progressive Einkommenssteuer 46
 Stiftungen 31
 Streikrecht 43
 Streubomben 24
 Strukturpolitik 45
 Studienförderung 64
 Studiengebühren 64
 Studium 64
 Subsidiarität 34
 Tarifaufonomie 29, 43, 53, 55
 Tarifverträge 29, 43
 Technik 6, 18, 64
 Teilhabe 5, 15, 18, 19, 24, 34, 37, 41, 43, 51-54, 56-58, 60, 67
 Terror 8, 12, 25, 35, 49
 - Terrorismus 8, 25, 35, 49
 Tierhaltung 50
 Todesstrafe 20
 Toleranz 26, 31, 36, 39, 48, 61
 Tourismus 50
 Tradition 5, 8, 28, 34, 36, 39
 Türkei 30
 Umweltpolitik 22
 Umweltverbände 31
 Unternehmen 7, 9, 29, 41, 43, 44, 46, 47, 49, 51, 63, 66
 - gemeinnützige Unternehmen 44
 - kleine und mittlere Unternehmen 44, 47, 49
 - transnationale Unternehmen 7
 - Unternehmensgründungen 44
 Urheberrecht 48
 Verbraucher 48, 50, 51
 Vereinigte Staaten von Amerika 21
 Vereinte Nationen 19-23, 25
 - Charta der Vereinten Nationen 20
 - Globaler Rat der Vereinten Nationen 22
 - Ständiger Sitz im UN-Sicherheitsrat 22
 - UN-Generalsekretär 22
 - UN-Sicherheitsrat 22
 - UN-Vollversammlung 22
 Verfassung 27, 33, 39, 66
 Verkehrsinfrastruktur 49
 Verwaltung 33, 41
 Völkerrecht 20, 25
 Volksbegehren 32
 Volksentscheid 32
 Volkshochschule 63

Volkspartei 13
 - linke Volkspartei 13
 Vollbeschäftigung 52, 53

 Wachstum 5, 18, 28, 42, 43, 45-47, 53, 67
 - langfristiges Wachstum 42, 47
 - qualitatives Wachstum 5, 18, 42, 45, 47, 53, 67
 Wahlrecht 12, 37, 40
 Ware 8, 9, 17, 24, 31, 32, 48, 51
 Wehrdienst 26
 Weiterbildung 52, 55, 62, 65
 Weltanschauungsgemeinschaften 39
 Weltbank 22
 Weltbevölkerung 7, 42
 - Wachstum der Weltbevölkerung 42
 Welthandel 7, 24
 Welthandelsorganisation 22-24
 Weltinnenpolitik 19
 Weltordnung 5, 21
 Weltwirtschaftsordnung 19, 23
 Wertschöpfung 7, 42, 44, 48
 Wettbewerb 9, 42-44, 46, 47, 54
 - fairer Wettbewerb 44, 46
 - Wettbewerbsfähigkeit 42, 47
 Widerstand 12
 Wiedervereinigung 26
 Willensbildung 11, 33, 34
 Wirtschaftsförderung 45,
 - regionale Wirtschaftsförderung 45
 Wirtschaftspolitik 42
 Wirtschaftsstandort 45
 Wissen 5, 6, 8, 9, 18, 41, 42, 45, 47, 48, 54, 60, 61, 64
 - Wissenschaft 5, 6, 18, 41, 42, 45, 48, 54, 64
 - Wissensgesellschaft 60
 - globale Wissensgesellschaft 60
 Wohlfahrtsverbände 58
 Wohlstand 5, 7, 8, 18, 19, 30, 42, 56, 57, 67
 Wohnraum 34, 60

 Zeitsouveränität 41
 Zivilgesellschaft 17, 23, 25, 27, 30-32

Das Stichwortverzeichnis erhebt nicht den Anspruch auf Vollständigkeit.

Beschlossen am 28. Oktober 2007 auf dem SPD-Parteitag in Hamburg.

The SPD logo consists of a red square on the left and a white rectangle on the right. The letters "SPD" are written in white, bold, sans-serif font on the red square.

SPD

VERTRAUEN IN DEUTSCHLAND.

Das Wahlmanifest der SPD.

VERTRAUEN IN DEUTSCHLAND.

Das Wahlmanifest der SPD.



DIE ENTSCHEIDUNG	5
DAS ERREICHTE: ERNEUERUNG UND ZUSAMMENHALT	6
DIE RICHTUNG	13
NEUER FORTSCHRITT IST MÖGLICH	18
DIE SACKGASSE(N)	19
DIE DEMAGOGEN	21
DEUTSCHLAND 2010 – WIE WIR LEBEN WOLLEN IN DEUTSCHLAND – ZIELE UND WEGE –	22

1. Wir wollen, dass Deutschland seine Kräfte bündeln kann
und dass so Wohlstand für alle dauerhaft gesichert ist _____ 22
2. Wir wollen mehr Arbeit schaffen und weniger Arbeits-
losigkeit haben in Deutschland _____ 26
3. Wir wollen, dass das Zusammenwachsen befördert
und der Aufbau Ost vorangetrieben wird _____ 30
4. Wir wollen, dass keine und keiner unter 25 Jahren länger als
3 Monate ohne Arbeit, Ausbildung oder weiterführende
Beschäftigung ist _____ 31
5. Wir wollen Löhne, die existenzsichernd sind _____ 33
6. Wir garantieren Arbeitnehmerrechte _____ 34
7. Wir wollen nachhaltige Mobilität, leistungsfähige
Infrastruktur und lebendige Städte _____ 35
8. Wir wollen eine moderne Energiepolitik für unser Land
und global _____ 38
9. Wir wollen eine wettbewerbsfähige Landwirtschaft _____ 40
10. Wir wollen eine gesunde Umwelt _____ 40

11. Wir wollen gleiche Bildungschancen für alle	42
12. Wir wollen, dass Frauen und Männer in der Gesellschaft und im Beruf gleichgestellt sind	43
13. Wir wollen, dass Deutschland familienfreundlicher wird	45
14. Wir wollen ein Land der Kultur sein	47
15. Wir wollen alle integrieren, die legal und dauerhaft in Deutschland leben	48
16. Kampf dem Rechtsextremismus	50
17. Wir wollen, dass sich die Menschen in Deutschland sicher fühlen	51
18. Land des Sports	52
19. Wir wollen Anerkennung und Sicherheit im Alter	53
20. Wir wollen ein leistungsfähiges, solidarisches und bezahlbares Gesundheitswesen	54
21. Wir wollen gerechte Steuern	56
22. Solide Finanzen	58
23. Wir wollen ein bürgernahes, soziales und starkes Europa	60
24. Wir wollen ein selbstbewusstes und friedliches Deutschland, das seine globale Verantwortung wahrnimmt	61

DIE ENTSCHEIDUNG

Deutschland soll entscheiden.

Ein starkes Land braucht Selbstvertrauen. Und gute Politik braucht das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger. Um unser Land in eine gute Zukunft zu führen, müssen Blockaden aufgebrochen und lähmender Streit überwunden werden.

Jetzt und nicht erst in einem Jahr soll die notwendige Richtungsentscheidung getroffen werden.

Mit Gerhard Schröder als Bundeskanzler wollen wir Antwort geben auf die Herausforderungen dieser Zeit und Voraussetzungen schaffen für eine gute Zukunft – für Arbeit, Sicherheit, Menschlichkeit.

Deshalb wollen wir Neuwahlen zum Deutschen Bundestag noch in diesem Herbst.

Wir wissen, dass politisches Handeln in dieser Zeit den Bürgerinnen und Bürgern nicht alle Sorgen nehmen und nicht alle Wünsche erfüllen kann. Und wir wissen auch, dass es keine einfachen und schnellen Lösungen geben kann.

Doch wir sind sicher, dass wir gemeinsam große Ziele erreichen können. Ziele, die sich lohnen:

- **Wir wollen eine starke Wirtschaft, deren Erträge fair verteilt werden, die Grundlage ist für den Wohlstand aller.**
- **Wir streiten für einen starken und sozialen Staat, der seinen Menschen höchstmögliche Sicherheit gibt.**
- **Wir erstreben eine menschliche Gesellschaft, die sich der Freiheit, der Gerechtigkeit und der Solidarität verpflichtet fühlt.**

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben mit Gerhard Schröder als Bundeskanzler die Grundlagen für eine gute Zukunft geschaffen. Unser Weg ist klar. Wir wollen ihn weitergehen, getragen vom Mandat der Wählerinnen und Wähler.

Wir haben Vertrauen in Deutschland.

DAS ERREICHTE: ERNEUERUNG UND ZUSAMMENHALT

Wir haben 1998 die Regierungsverantwortung übernommen, um Deutschland gerecht und nachhaltig zu erneuern. Der Wechsel war bitter nötig, denn mit jedem Jahr der Regierung von Bundeskanzler Helmut Kohl wuchsen die Probleme. Am Ende der 90er Jahre war unser Land wie gelähmt.

Das schwarz-gelbe Erbe von Helmut Kohl

Helmut Kohl und seine Regierung aus CDU/CSU und FDP haben 1998 ein schweres Erbe hinterlassen; Angela Merkel war mit dabei:

- **Es waren CDU/CSU/FDP, die uns die höchste Steuer- und Abgabenbelastung für Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen sowie Unternehmen in Höhe von 41,7 % hinterlassen haben. Die Lohnnebenkosten stiegen von 35,5 % auf 42,0 %.**
- **Es waren CDU/CSU/FDP, die allein von 1991 bis 1998 die Bundesschulden um 395 Mrd. Euro erhöhten (von 1999 bis 2005 waren es nur noch 138 Mrd. Euro).**
- **Es waren CDU/CSU/FDP, die ein soziales Sicherungssystem der Illusionen und eine Arbeitsmarktpolitik ohne Perspektive zu verantworten hatten, die den Herausforderungen der Globalisierung und dem demografischen Wandel nicht mehr gewachsen waren.**
- **Es waren CDU/CSU/FDP, die den Aufbau der Neuen Länder falsch finanzierten – nämlich erheblich über die Sozialsysteme – und die leichtfertig „blühende Landschaften“ versprochen.**
- **Es waren CDU/CSU/FDP, die deutsche Interessen in Europa schlecht vertraten.**
- **Es waren CDU/CSU/FDP, deren stockkonservative Familienpolitik gescheitert war, die vom Bundesverfassungsgericht als sozial ungerecht kritisiert wurde.**

Helmut Kohls Sprüche von der geistig-moralischen Erneuerung, mit denen er 1982 seine Kanzlerschaft begann, haben sich als hohl erwiesen und als arrogant.

Helmut Kohls selbstgerechter illegaler Umgang mit öffentlichem Geld und Parteifinzen hat sich in der Flickaffäre, im Parteispendskandal 1999/2000 und in Bestechungsskandalen gezeigt und bleibt ein schwarzer Fleck in der deutschen Demokratie. Weder er noch seine Nachfolgerin sind bereit, den Rechtsfrieden wieder herzustellen.

Vieles ist erreicht, vieles ist auf gutem Weg, manches fehlt noch

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben in der rot-grünen Koalition in den sieben Jahren seit 1998 Deutschland wieder vorangebracht. Wir haben Stillstand überwunden. Wir haben mit Entschlossenheit und Durchsetzungskraft gehandelt, auch gegen Widerstände. Wir haben das Land erneuert und wir haben es zusammengehalten.

Die Agenda 2010 ist das wichtigste Reformprojekt seit langem. Es ist die richtige politische Antwort auf globales Wirtschaften und das Älterwerden unserer Gesellschaft. Manche Reformfolge sind schon da, vieles fängt an zu wirken, manches muss noch begonnen werden. Wir wissen: Es gibt noch große Probleme. Das schwerwiegendste und schmerzlichste Problem ist das der Arbeitslosigkeit.

Wir sind stolz auf das Erreichte. Wir sind aber noch nicht am Ziel. Weitere Anstrengungen sind notwendig.

Deutschland kann gewiss sein: Der Wandel ist sinnvoll und gibt neue Sicherheit. Die Agenda 2010 wirkt. Wir setzen sie konsequent um und entwickeln sie weiter.

Die Wirtschaft ist wieder wettbewerbsfähig

Unsere Politik hat den Standort Deutschland und die deutsche Wirtschaft wieder wettbewerbsfähig gemacht. Auch wenn manche

absichtsvoll schwarz malen: Deutschland ist stark. Kein Land der Welt exportiert mehr als wir. Staatsquote und Lohnnebenkosten sinken. Nie waren die Steuersätze in Deutschland niedriger als heute.

Forschung und Entwicklung prioritär

Wir haben die Ausgaben für Bildung und Forschung um 37,5 % gesteigert. Bei den Ausgaben für Forschung und Entwicklung liegt Deutschland heute mit 2,5 % des Bruttoinlandsprodukt in der Spitzengruppe der großen Industrieländer.

Steuersätze sind stärker gesunken

Steuerpolitik ist immer kompliziert. Unsere folgt klaren Grundsätzen und bringt für alle greifbare Ergebnisse. Unternehmen werden entlastet, soweit es für ihre Wettbewerbsfähigkeit sein muss. Wir haben die Gering- und Durchschnittsverdiener stark entlastet. Die soziale Balance wird immer gewahrt. Deshalb wurde auch der Eingangsteuersatz um 11 Punkte gesenkt auf jetzt 15 Prozent. Das steuerfreie Existenzminimum haben wir auf 7.664 Euro erhöht. Die mehrstufige Steuerreform ist das größte Steuersenkungsprogramm der deutschen Nachkriegsgeschichte.

Arbeitsmarktreformen greifen

Unsere Arbeitsmarktpolitik beginnt zu wirken. Neue Wege aus der Arbeitslosigkeit sind durch „Ich-AGs“ und „Mini-Jobs“ eröffnet worden. Der Umbau der Bundesagentur für Arbeit zu einem leistungsfähigen Arbeitsvermittler ist im Gange.

Der Abbau der Langzeitarbeitslosigkeit hat begonnen. Alle Erwerbsfähigen sind jetzt sozial versichert und in der Arbeitsvermittlung. Besonders die Jungen haben bessere Chancen am Arbeitsmarkt. Die Jugendarbeitslosigkeit sinkt. Der Ausbildungspakt funktioniert, aber noch nicht überall. Die Arbeitgeber sind in der Pflicht, ihn zu erfüllen.

Deutschland ist zusammengewachsen

Noch sind Schwierigkeiten zu überwinden. Aber die Erfolge in den Neuen Ländern mehren sich, und mit ihnen wächst der Mut.

Deutschlands Osten gehört inzwischen zu den innovationsstärksten Regionen Europas. Unternehmensneugründungen nehmen zu. Mikroelektronik, Automobilindustrie, Maschinenbau, Chemieindustrie und Schiffbau sind dynamische Wachstumskerne. Die ostdeutsche Industrie wuchs 2004 um 8,8 Prozent.

Der Solidarpakt II trägt unsere Handschrift. Bis 2019 fließen 156 Milliarden in die neuen Länder. Mit der Union hätte statt Aufbau Ost der Abbau Ost seinen Lauf genommen.

Gute Bildung für alle

Es gibt deutliche Fortschritte in der Bildungspolitik. Die BAföG-Mittel wurden fast verdoppelt. Die Zahl der Studienanfängerinnen und der Studienanfänger eines Jahrgangs ist von 27,7 auf 37,5 Prozent gestiegen.

In 3.000 neuen Ganztagsschulen können Kinder mit Erfolg lernen. Der Bund stellt 4 Mrd. Euro bis 2008 für 10.000 neue Ganztagschulen zur Verfügung.

Mehr Hilfen für alle Formen von Familie

Keine Regierung zuvor hat Familien so massiv unterstützt wie die von Gerhard Schröder. Nicht mehr nur 40,2 Milliarden wie 1998, sondern fast 60 Milliarden Euro jährlich kommen den Familien jetzt zu gute.

Auch von unserer Steuerreform profitieren sie erheblich. Ein Ehepaar mit 2 Kindern zahlt bis zu 37.550 Euro Bruttoeinkommen überhaupt keine Steuern mehr, wenn man das erhöhte Kindergeld berücksichtigt – ein Einkommensplus von fast 3.000 Euro pro Jahr.

Damit Kinder besser und früher gefördert werden können, unterstützen wir den Ausbau von Krippenplätzen.

Energieversorgung nachhaltig gesichert

In der Energiepolitik wurde ein grundlegender Wandel hin zu mehr Effizienz und Klimaschutz vollzogen. Der Atomausstieg wurde vereinbart, eine ökologische Steuerreform durchgesetzt und die Erneuerbaren Energien wurden stärker gefördert. Ihr Anteil hat sich seit 1998 verfünffacht. 200.000 Arbeitsplätze sind dadurch neu entstanden. Deutschland ist zum Vorbild geworden.

Der neu eingeführte Emissionshandel vermindert die Emissionen entsprechend dem Kyoto-Abkommen.

Kultur ist Lebensmittel

Wir haben Kulturpolitik aktiv gestaltet.

So haben wir ein bürgerfreundliches Stiftungsrecht, ein umfassendes Gedenkstättenkonzept, eine Neuordnung und Verbesserung der Filmförderung sowie ein nationales Gesetz zur Buchpreisbindung durchgesetzt.

Leuchttürme im Bereich von Kulturgütern, insbesondere in Ostdeutschland haben wir besonders gefördert.

Die neu geschaffene Bundeskulturstiftung unterstützt darüber hinaus den neuen Weg der Zweibahnstraße in der auswärtigen Kulturpolitik.

Wir haben aktiv Kulturpolitik gestaltet und dafür das Amt der Beauftragten für Kultur und Medien beim Bundeskanzler eingerichtet.

Offene Gesellschaft

Deutschland hat endlich ein modernes Zuwanderungsrecht, das der gebotenen Humanität und dem Bedarf an qualifizierten Fachkräften

Rechnung trägt. Die Zuwanderung nach Deutschland sinkt.

Der Staat mischt sich nicht mehr ein in die private Lebensgestaltung der Menschen und unterbindet die Diskriminierung von Minderheiten.

Nichteheliche Kinder und gleichgeschlechtliche Partnerschaften haben heute weitgehend gleiche Rechte und Pflichten wie eheliche Kinder bzw. Ehepaare.

Die Gesundheitsreform wirkt

Die Gesundheitsreform hat die Eigenverantwortung gestärkt, die Versorgung aller gesichert und verbessert und das Solidarprinzip gewahrt. Überschüsse von 4 Milliarden Euro allein in 2004 haben sinkende Beitragssätze und damit sinkende Lohnnebenkosten ermöglicht. Der nächste große Schritt wird die Einführung einer gerechten Bürgerversicherung sein.

Alterssicherung

Mit den Rentenreformen wurde erstmals eine staatlich bezuschusste kapitalgedeckte Altersversorgung eingeführt, die sogenannte Riester-Rente. Ein neuer Nachhaltigkeitsfaktor sorgt jetzt für gerechte Beiträge aller Generationen. Die unzeitgemäßen Anreize zu möglichst früher Verrentung wurden abgebaut. Diese Reformen halten die Rentenbeiträge stabil.

Friede und Freiheit

Wir setzen uns ein für Frieden und Freiheit. Das ist unsere Überzeugung und unsere historische Verpflichtung. Die Regierung von Bundeskanzler Gerhard Schröder hat die Prävention von Kriegen und Konflikten in ihrer Außen- und Entwicklungspolitik in den Mittelpunkt gestellt. Sie hat aber auch mit Soldaten der Bundeswehr dazu beigetragen, in vielen Regionen der Welt Frieden zu sichern oder wiederherzustellen.

Deutschland hat sich nicht am Krieg im Irak beteiligt – aus guten Gründen. Mit einer Kanzlerin Angela Merkel und CDU/CSU stünden deutsche Truppen jetzt in Bagdad – mit allen Konsequenzen.

Die 7 Jahre zeigen:

Deutschland ist mit der Sozialen Demokratie auf der Höhe der Zeit und auf der Gewinnerstraße.

Bundeskanzler Gerhard Schröder führt das Land sicher in eine gute Zukunft.

DIE RICHTUNG

Die Richtung sozialdemokratischer Politik ist klar. Und für diese Politik kämpfen wir. Denn sie ist gut für die Menschen und für das Land.

Bewahren, was wir für die Zukunft brauchen

Deutschland steht im Kampf um seine Zukunft. Wir werden diesen Kampf gewinnen, wenn wir uns auf unsere Stärken besinnen und zu Neuem bereit sind. Dabei gilt: Alles Neue hat nur dann Erfolg und Bestand, wenn es in Bewährtem gründet. Wir erneuern unser Land, aber wir wollen kein anderes Land.

Soziale Gerechtigkeit macht stark

Deutschland ist stark geworden durch die Kraft seiner Menschen. Diese Kraft entsprang der Gewissheit, dass gemeinsam erreichter Wohlstand auch gerecht verteilt wird. Dass es Chancengleichheit gibt und Gerechtigkeit zwischen den Generationen. Soziale Gerechtigkeit muss bleiben. Wir wollen nicht ohne sie leben.

Nur Soziale Marktwirtschaft schafft Wachstum und Arbeit

Auch in Zukunft muss Deutschland seine Wirtschaftsordnung als Soziale Marktwirtschaft gestalten. Soziale Marktwirtschaft steht für das bewährte Zusammenspiel von starker Wirtschaft, starken Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und funktionsfähigem Sozialstaat.

Wir wollen eine erfolgreiche Wirtschaft und tun viel für ihre Wettbewerbsfähigkeit. Das soll auch so bleiben, bei Industrie und Handwerk, bei Produktion und Dienstleistung. Und das gilt auch für Wissenschaft und Forschung.

Dabei sind wirtschaftliche Prosperität und soziale Gerechtigkeit keine Gegensätze. Soziale Marktwirtschaft ist konkurrenzfähig – auch inter-

national. Marktwirtschaften brauchen Spielregeln und Leitplanken, damit sie auch sozial sind. Ihr Kern muss die Sozialpartnerschaft von Unternehmen und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sein. Beide Seiten müssen ihre Interessen bündeln und in freien Verhandlungen erstreiten können. Wir wollen dabei starke, durchsetzungsfähige Gewerkschaften.

Die unternehmerische Mitbestimmung sichert den Beschäftigten Teilhabe an wichtigen Entscheidungen ihres Betriebes. Sie bindet die Belegschaft in Strukturentscheidungen des Unternehmens ein und leistet einen Beitrag zum sozialen Frieden. Die Mitbestimmung und die Arbeitnehmerrechte allgemein sind zentrale Faktoren für Teilhabe und Innovation. Wir wollen Mitbestimmung und Tarifautonomie gesetzlich verankert erhalten.

Solidarität macht sicher

Wir stehen vor Veränderungen, in denen große Möglichkeiten liegen. Aber es gibt auch Risiken, die nicht jede und jeder für sich tragen kann. Wer Angst haben muss um seine Existenz, vor Armut im Alter oder schlechter Versorgung bei Krankheit, der lebt in Unsicherheit. Aber der Mensch braucht Sicherheit, um in Würde zu leben.

Wir wissen: Es ist immer der Mensch, der dem Menschen Schutz und Hilfe gibt. Etwas Besseres gibt es nicht. Aus dieser Gewissheit wächst Solidarität. Auch die organisierte Solidarität der großen sozialen Sicherungssysteme: Die Gemeinschaft steht für Schwächere ein – auf Gegenseitigkeit. In Zeiten des Wandels brauchen wir nicht weniger, sondern mehr Solidarität.

Wir wollen die Freiheit der Vielen

Wir wollen gemeinsam unser Schicksal in die Hand nehmen. Dazu müssen wir bereit, aber auch fähig sein. Nur wer seine Persönlichkeit frei entfalten und seine Begabungen ausschöpfen kann, wird sein eigenes Leben selbst bestimmen und am politischen, gesellschaftli-

chen und kulturellen Leben mitwirken können. Für uns ist Freiheit immer die Freiheit der Vielen, nicht der Egoismus Einzelner. Es ist die Freiheit, die durch soziale Gerechtigkeit ermöglicht wird und die in Solidarität mündet.

Wir bewahren den Sozialstaat

Die Sicherung des sozialen Ausgleichs ist und bleibt eine Hauptaufgabe des Sozialstaats. Wir wollen einen Staat, der das Gemeinwohl über die Einzelinteressen stellt und es durchsetzen kann. Einen Staat, der sich nur einmischt, wenn es nötig ist, der fordert und fördert und der das Prinzip der Subsidiarität beachtet. Einen aktivierenden Staat. Einen Staat, der den Menschen hilft, ein eigenständiges Leben zu führen. Einen starken und solidarischen Staat, der für die Menschen da ist, wenn sie Hilfe brauchen. Denn ohne einen solchen Staat gibt es ein selbst bestimmtes Leben nur für die wenigen besonders Starken.

Dabei wissen wir: Menschen sind unterschiedlich, in ihrer Leistungsfähigkeit und ihrer Leistungswilligkeit. Aber der Druck der Anpassung darf nicht vor allem auf den Schwächsten lasten. Wer stark ist, muss auch einen größeren Beitrag leisten, um dem Land zu dienen.

Wir wollen den Primat der Politik

Wir akzeptieren nicht, dass „Geld die Welt regiert“. Auch nicht im Zeitalter des globalen Kapitalismus. Wir reklamieren den Primat der Politik und halten fest am Ziel, der sozialen Dimension des Wirtschaftens auch auf internationaler Ebene stärkere Geltung zu verschaffen. Dazu ist ein wirtschaftlich starkes und sozial gerechtes Europa unverzichtbar.

Die Idee des Sozialmodells Europa – das vor allem festmacht am Sozialstaat – ist zukunftsfähig und auch exportfähig. Die soziale Marktwirtschaft, die unserem Land wirtschaftliche Stärke und soziale Stabilität gebracht hat, ist ein Modell für globales Wirtschaften.

Nur Weltoffenheit schafft Frieden und neue Märkte

Deutschland ist eine starke Friedensmacht und muss es bleiben. Wir wollen Konflikte durch Verständigung, zivile Krisenprävention und das Angebot der Integration vermeiden. Wir sichern und schaffen Frieden im Rahmen des Völkerrechts, auch mit militärischen Mitteln, wo es nötig ist und die Humanität es gebietet. Wir sagen Nein, wenn wir von der Legitimation und dem Sinn eines kriegerischen Vorgehens nicht überzeugt sind. Aktive Friedenspolitik ist die Lehre aus der deutschen Geschichte.

Deutschlands Ansehen und Einfluss in der Welt sind in den letzten Jahren erheblich gewachsen. Wir wollen unsere selbstbewusste Außenpolitik fortsetzen. Dabei lassen wir uns nicht in falsche Gegensätze treiben. Entschiedenenes Eintreten für Frieden, Demokratie und Menschenrechte steht dem Aufbau neuer Wirtschaftsbeziehungen nicht entgegen. Nur Länder, denen wir wirtschaftliche Perspektiven geben, werden sich für Demokratie und Menschenrechte öffnen. Jedes neue Land der Europäischen Union muss vor dem Beitritt die innere Demokratisierung vollziehen.

Lebendige Demokratie und offene Gesellschaft

Wir wollen eine lebendige Demokratie und eine aktive Bürgergesellschaft. Eigenverantwortung und ehrenamtliches Engagement fordern wir und fördern wir. Die Selbstorganisation und Interessenvertretung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in freien Gewerkschaften ist ein Teil der demokratischen Bürgergesellschaft.

Bürgerschaftliches Engagement ist unverzichtbar für den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft. Wir setzen auf die Vielfalt des Engagements in Vereinen, Wohlfahrtsverbänden, Kirchen, Selbsthilfegruppen, Freiwilligendiensten, Netzwerken und anderen Organisationen in Ehrenämtern und unterstützen es nachhaltig.

Die Kirchen haben eine wichtige Aufgabe für ihre Mitglieder und für die Wertorientierung und das Zusammenleben in der Gesellschaft insgesamt.

Wir wollen starke und finanzkräftige Kommunen; dort entscheidet sich Lebensqualität, da ist die Basis von Demokratie.

Es muss klar sein, wer Verantwortung trägt im Staate. Taktische Blockaden und Lähmungen zwischen Bundestag und Bundesrat müssen ein Ende haben. Wir werden einen neuen Anlauf unternehmen zur Reform der Bundesstaatlichen Ordnung. Föderalismus ist gut, aber er braucht Klarheit in der Verantwortung und Klarheit in der Kooperation zwischen Bund und Ländern. Auch das ist Bedingung für sozialen Fortschritt, dass Demokratie sich zeitgemäß organisiert.

Wir brauchen mehr direkte Demokratie und damit den Volksentscheid.

Wir brauchen eine solidarische Gemeinschaftsanstrengung für mehr Innovationen, damit unser Land nicht hinter seinen Möglichkeiten zurückbleibt. Deutschland hat mit einer hervorragenden Infrastruktur, einer leistungsstarken Wirtschaft, einer innovativen Wissenschaft und erstklassig ausgebildeten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern alle Voraussetzungen für eine gute Zukunft.

In der Wissensgesellschaft werden Industrie, Dienstleistungen und Wissenschaft eng miteinander verzahnt. Arbeit gewinnt wieder stärker an Bedeutung. Als Partei des technischen Fortschritts setzen wir unseren Schwerpunkt auf Bildung, Forschung und Wissenschaft. Diesen Weg der Innovationen haben wir mit dem Regierungswechsel begonnen und die Mittel für Bildung und Forschung stark gesteigert, nachdem sie unter Kohl gekürzt wurden.

In den letzten zwei Jahrzehnten waren die Informationstechnologien der Motor für wirtschaftliches Wachstum. Wir wollen sie in Verbindung mit der Nano- und Opto-Technik sowie der Bio- und Gentechnologie nutzen, um bei der ökologischen Modernisierung unsere weltweite Vorreiterrolle auszubauen. Der effiziente und sparsame Umgang mit Energie und Rohstoffen sowie solare Technologien werden angesichts knapper und teurer Rohstoffe weltweit gebraucht. Sie begründen eine lange Welle von Wachstum und Innovationen, denn hier liegen wichtige Zukunftsmärkte. Deshalb wollen wir ein Bündnis für Arbeit und Umwelt.

Mitbestimmung und Teilhabe, lebensbegleitendes Lernen, Berechenbarkeit und Verantwortungsbewusstsein, Flexibilität und Teamfähigkeit sind wichtige Stärken der sozialen Marktwirtschaft. Diese Stärken sind für eine innovative und leistungsstarke Wirtschaft, die sich in der Globalisierung behaupten kann, ausschlaggebend.

DIE SACKGASSE(N)

Unsere Politik der Sozialen Demokratie steht im harten politischen Wettbewerb mit zwei Varianten des politischen Irrwegs – der sozialen Kälte und der populistischen Illusion.

Der Irrglaube an die entfesselten Märkte

CDU/CSU und FDP wollen eine „grundlegend andere“ Politik. Diese andere Politik würde Deutschland zu einem anderen Land machen, in dem nach 60 Jahren Sozialer Marktwirtschaft soziale Standards und Arbeitnehmerrechte nicht mehr als Bedingung, sondern als Belastung für erfolgreiches Wirtschaften gelten.

CDU/CSU und FDP wollen die globale Wirtschaft nicht politisch gestalten, sondern sich ihr unterwerfen. Sie wollen bewährte Regeln aufgeben, ohne neue zu schaffen. Sie glauben, wenn die Kräfte des Marktes nur ungehindert walten, kommen Wachstum, Arbeit und Wohlstand von allein. Ihre Gleichung ist falsch: Mehr Ungerechtigkeit plus mehr Unsicherheit führt nicht zu mehr Wohlstand für alle.

Die Entsolidarisierung von Staat und Gesellschaft

CDU/CSU und FDP wollen das Solidarprinzip in der Gesundheitsversorgung durch eine für alle gleich hohe Kopfpauschale ersetzen. Auch das höchste Gut des Menschen, seine Gesundheit, soll den Gesetzen des Marktes ausgeliefert werden.

Unter dem Etikett der Vereinfachung soll das Steuersystem zum Vorteil Weniger und zum Nachteil der Vielen verändert werden. Verbraucherinnen und Verbraucher sollen mehr, Spitzenverdienerinnen und Spitzenverdiener noch weniger Steuern zahlen.

CDU und CSU wollen die kulturelle Erneuerung unseres Landes rückgängig machen. Sie haben ein vernünftiges Einwanderungsgesetz blockiert und zögern beim Ausbau einer besseren Kinderbetreuung.

Die Zerstörung der Nachhaltigkeit

CDU und CSU wollen den ökologischen Rückschritt. Sie wollen die Erfolge der Energiewende zunichte machen, ziehen eine unbegrenzte Nutzung der Atomenergie in Betracht und kündigen sogar den Neubau von Atomkraftwerken an.

Ausgrenzung in der Außenpolitik – und Gefolgschaft in der Außenpolitik

CDU und CSU wollen eine andere Außenpolitik. Sie wollen die eigenständige, friedliche und selbstbewusste Rolle Deutschlands wieder aufgeben. Sie wollen Ländern den Eintritt in die EU versperren, denen die Perspektive einer Mitgliedschaft als wichtiger Antrieb für ihre innere Demokratisierung und Modernisierung dient – und die vertraglich verbindliche Zusagen haben für den Beitritt oder für ergebnisoffene Verhandlungen.

Eine Variante des Irrwegs vertreten PDS und WASG, die sich den Anstrich einer gerechten Politik geben, aber die Augen vor den Veränderungen unserer Welt verschließen. Die Rezepte von gestern passen nicht in eine Welt der Globalisierung, der Wissensgesellschaft und der veränderten Demografie. Ihre Vorschläge sind realitätsfern und in der Summe nicht finanzierbar. Deren Populismus bedeutet eine Politik der Verantwortungslosigkeit.

PDS und WASG treiben den Sozialstaat mit ihren Vorschlägen in die Finanzkrise und streuen Menschen, die so dringend auf Arbeit warten, mit vermeintlich einfachen Lösungen Sand in die Augen. Sie leisten damit weiterem Vertrauensverlust in die Demokratie Vorschub. Ihre polemischen Angriffe gegen den europäischen Verfassungsvertrag nehmen sogar das Zusammenspiel mit nationalistischen rechten Kräften in Kauf. Sie belegen die Unfähigkeit, am demokratischen Fortschritt in Europa mitzuwirken.

Wer sich Reformen des Sozialstaats verweigert, setzt ihn am Ende aufs Spiel. Sie betreiben eine bewusste Täuschung der Bürgerinnen und Bürger. Das Menschenbild dieses eitlen Populismus ist verräterisch. Dieser will nicht aktivieren, sondern will den passiven Empfänger staatlicher Leistungen. Er will nicht Hilfe zur Selbsthilfe, sondern eine Kultur der Abhängigkeit. Das ist das Gegenteil von Emanzipation. Das ist nicht linke Politik und so ist keine mehrheitsfähige Politik gegen Marktradikalismus und Entsolidarisierung zu machen.

Populistische Illusionen sind so gefährlich wie soziale Kälte unmenschlich ist – beide sind im Kern unmoralisch.

Beide Wege bringen unser Land nicht voran. Sie machen unfrei.

Sie führen in Sackgassen.

DEUTSCHLAND 2010 – WIE WIR LEBEN WOLLEN IN DEUTSCHLAND – ZIELE UND WEGE –

Wir Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen haben gegen manchen Widerstand mit der Erneuerung Deutschlands begonnen. Wir stellen uns der Realität und den Herausforderungen unserer Zeit. Mit Bundeskanzler Gerhard Schröder haben wir ein großes Reformprogramm durchgesetzt und damit unser Land auf den Weg in eine gute Zukunft gebracht. Diesen Weg wollen wir konsequent weiter gehen und fort entwickeln.

Wir haben Vertrauen in Deutschland. In seine Stärke und in seinen Gemeinsinn.

Vor allem in seine Menschen, die tüchtig sind und bereit anzupacken, wenn es darauf ankommt.

Wir haben klare Ziele, wo wir 2010 in Deutschland angekommen sein wollen. Das wird gelingen, wenn alle – da wo sie stehen – ihre Arbeit tun und ihre Fähigkeiten einbringen.

Die Richtschnur dabei heißt Soziale Demokratie.

1. Wir wollen, dass Deutschland seine Kräfte bündeln kann und dass so Wohlstand für alle dauerhaft gesichert ist

Die Bilanz der bisherigen Regierungszeit von Bundeskanzler Gerhard Schröder zeigt: Der Standort Deutschland ist stark und wettbewerbsfähig. Dazu hat die Politik dieser Koalition entscheidend beigetragen. Die Steuer- und Abgabenlast ist gesunken. Die Dynamik der Lohnnebenkosten wurde gebrochen. Der Export stieg deutlich. Der Aufbau Ost kommt voran. Und die Investitionen in Bildung und Forschung helfen die Zukunftsfähigkeit unseres Landes zu stärken. Diese Politik setzen wir fort, zusammen mit allen Verantwortlichen in Wirtschaft, Gewerkschaft und Wissenschaft.

Die besondere Stärke Deutschlands liegt in der Schaffung qualitativ hochwertiger Arbeitsplätze. Innovationen sind dafür notwendige Voraussetzungen. Davon profitieren unsere starken traditionellen Branchen, auch das Handwerk.

Gut qualifizierte, zuverlässige Menschen haben Deutschland stark gemacht – Unternehmerinnen und Unternehmer, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Frauen und Männer.

- **Wir setzen auf gute Bildung und Qualifikation, vom Kindergarten bis zur Weiterbildung.**
- **Wir setzen auf eine exzellente und offene Forschungsinfrastruktur, auf hervorragende Ausbildung und günstige Rahmenbedingungen für die Entwicklung neuer Märkte. Wir machen eine Innovationspolitik aus einem Guss.**
- **Die Wirtschaft der Zukunft beruht auf Wissen, Innovation und Kreativität – in der Industrie wie in den Dienstleistungen. Staat und Wirtschaft werden gemeinsam den Anteil der Ausgaben von Forschung und Entwicklung am Bruttoinlandsprodukt bis 2010 auf 3,0 % anheben. Davon trägt der Staat ein Drittel und die Wirtschaft zwei Drittel.**
- **Wir wollen mehr junge Menschen für Forschung und Wissenschaft begeistern und unsere Hochschulen und Forschungseinrichtungen zu Orten machen, die die besten Köpfe der Welt interessieren.**
- **Die Exzellenzinitiative für Spitzenuniversitäten ist für unsere Hochschulen ein Sprungbrett in die Weltklasse. Mit zusätzlich 1,9 Mrd. Euro können Deutschlands Hochschulen ihr Profil stärken und endlich auch international zeigen, wie leistungsfähig sie sind. Das ist eine enorme Chance für das deutsche Hochschulsystem und die Zukunftsfähigkeit unseres Landes.**
- **Nur wo die Breite in der Forschung bereits hohen Ansprüchen gerecht wird, kann sich die Spitze entwickeln. Dies wollen wir unterstützen mit einem neuen Innovationsprogramm für**

Hochschulen, das Autonomiemodelle, professionelles Management und die Entwicklung verlässlicher Karrierewege fördert sowie das Prinzip des Gender Mainstreaming konsequent umsetzt.

Im internationalen Wettbewerb müssen wir die technologischen Stärken für Zukunftsmärkte nutzen – in den Bereichen Kommunikation und Mobilität, Energie, Gesundheit, Umwelt und Nachhaltigkeit, Sicherheit, Bauen und Wohnen.

- **Bundeskanzler Gerhard Schröder wird mit seiner Regierung die Anfang 2004 ins Leben gerufene Initiative „Partner für Innovation“ fortführen und gemeinsam weitere Leuchtturmpunkte entwickeln, die den Innovationsstandort Deutschland stärken. Unser Land braucht bei Spitzentechnologien Mut zu den Chancen statt Zögern vor den Risiken. Wir brauchen ein neues Denken: mehr Forschung ohne Fesseln, aber nicht ohne Grenzen. Deshalb brauchen wir eine neue Kultur der Innovation.**

Wir sind sicher: Mit einem ausgewogenen Mix von Angebots- und Nachfragepolitik setzen wir zusätzliche Investitionen in der Wirtschaft und in den privaten Haushalten frei, schaffen Vertrauen und damit eine Grundlage für höheres Wachstum und mehr Arbeitsplätze in Deutschland. Diese Maßnahmen sind mit der Erwartung verbunden, dass die Unternehmen investieren und mehr Beschäftigung schaffen.

- **Der Körperschaftssteuersatz für Kapitalgesellschaften wird von 25 % auf 19 % reduziert. Damit bietet Deutschland zukünftig bessere steuerliche Rahmenbedingungen. Die Absenkung des Körperschaftsteuersatzes wird vollständig aus dem Bereich wirtschaftlicher Betätigung (aufkommensneutral) gegenfinanziert.**
- **Der Anrechnungsfaktor der Gewerbesteuer auf die Einkommensteuer wird von 1,8 auf 2,0 angehoben. Faktisch stellen wir Handwerk und kleinere Betriebe von der Gewerbesteuer frei.**

Diese zwei Punkte waren bereits im Gesetzgebungsverfahren, scheiterten aber an CDU/CSU.

- **Innovative Mittelständler erhalten von der Mittelstandsbank zukünftig Kredite, die 2 Prozentpunkte unter dem Marktzins liegen.**
- **Durch eine rechtsform- und finanzierungsneutrale Unternehmenssteuer sollen künftig alle Betriebe – Kapitalgesellschaften und Personengesellschaften – einheitlich besteuert werden.**
- **Die betriebliche Erbschaftssteuer wird so ausgestaltet, dass kleine und mittlere Unternehmen beim Übergang zur nächsten Generation fortbestehen.**
- **20 % aller privaten Erhaltungs- und Modernisierungsaufwendungen bis zu einer Höhe von 3.000 Euro, also maximal 600 Euro sind – zunächst auf 2 Jahre befristet – von der zu zahlenden Einkommensteuer abziehbar. Damit werden Handwerk und Mittelstand gestärkt und Arbeitsplätze geschaffen. Wir kurbeln die Binnennachfrage an.**
- **Wir wollen eine Stärkung der regionalen Wirtschaft und ihrer Arbeitsplätze über Handwerk und Dienstleistungen als eine Antwort auf die Globalisierung der Wirtschaft.**
- **Für den Ausbau von Straßen- und Schienennetz werden in den nächsten vier Jahren zusätzlich 2 Mrd. Euro zur Verfügung gestellt.**

Politik für die Wirtschaft, das ist für uns vor allem Politik für den Mittelstand.

- **Wir setzen uns mit Nachdruck dafür ein, dass auch in Deutschland das one-stop-shop-Prinzip durchgesetzt wird, damit es für Existenzgründerinnen und Existenzgründer beim Weg in die Selbstständigkeit nur noch eine Anlaufstelle für Behördengenehmigungen und Förderung gibt. Gerade das Handwerk und der Mittelstand müssen von bürokratischen Lasten befreit werden.**

2. Wir wollen mehr Arbeit schaffen und weniger Arbeitslosigkeit haben in Deutschland

Arbeit zu schaffen ist drängender denn je. Und ambitionierter.

Vom langfristigen Ziel der Vollbeschäftigung lassen wir nicht ab; wir wollen ihr näher kommen:

Arbeit sichert Lebensunterhalt.

Arbeit ist Selbstverwirklichung.

Arbeit schafft Wohlstand.

Arbeit ist Teilhabe an der Gesellschaft.

- **Wir sind Exportweltmeister, aber wir bleiben es nur, wenn wir Hochleistungsland bleiben. Deshalb fördern wir noch stärker Forschung und Entwicklung von Hochleistungsprodukten. Innovationen sind der entscheidende Jobmotor.**
- **Die Schaffung neuer Arbeitsplätze ist vorrangig die Aufgabe der Unternehmen im Lande. Wir sorgen dafür, dass sie wettbewerbsfähig sind, was Steuern und Abgaben angeht. Wir haben mit unserer Gesetzgebung die Lohnnebenkosten (Renten- und Krankenversicherung) gesenkt. Die Unternehmen sind in der Pflicht.**
- **Haushaltsnahe Dienstleistungen gewinnen eine immer größere Bedeutung. Wir unterstützen dies und prüfen, wie diese Tendenz zusätzliche Impulse bekommen kann.**
- **Energetische Gebäudesanierung wird weiter hoch gefördert. Wir beginnen ein Programm der energetischen Sanierung der öffentlichen Gebäude und reduzieren damit auch den CO₂-Ausstoß. Wir appellieren an Länder und Kommunen, sich daran zu beteiligen.**
- **Wir schaffen die gesetzlichen Rahmenbedingungen, um stärker als bisher private Investoren an der Finanzierung von öffentlicher Infrastruktur beteiligen zu können (ÖPP).**

- **Die kommunalen Investitionen müssen wieder steigen. Die positive Entwicklung der Gewerbesteuerereinnahmen bietet dazu Gelegenheit, wenn die Kommunen mindestens einen Teil davon in Investitionen statt zur Entschuldung einsetzen dürfen.**

Nur wenn Bund, Länder und Kommunen mit ihren Investitionen einvernehmlich auf Wachstum und Arbeit setzen, können öffentliche Investitionen am Arbeitsmarkt merklich positiv wirken.

- **Wir bekämpfen illegale Beschäftigung massiv. Recht und Ordnung am Arbeitsmarkt müssen durchgesetzt werden. Die Ehrlichen sollen nicht die Dummen sein.**
- **Die nötige Flexibilität in der Arbeitszeit zu vereinbaren, ist Sache der Tarifparteien. Generelle Arbeitszeitverlängerung mit dem Ziel der faktischen Lohnkürzung wäre der falsche Weg.**

Mit unserer großen Arbeitsmarktreform ist es gelungen, neue Wege aus der Arbeitslosigkeit in Beschäftigung zu eröffnen.

Der eingeleitete grundlegende Umbau der Bundesanstalt für Arbeit (BA) zu einem modernen Dienstleister am Arbeitsmarkt wird Ende 2005 abgeschlossen sein. Die BA wird dann den Arbeitssuchenden die bestmögliche Dienstleistung zur Verfügung stellen. Arbeitssuchende und offene Stellen werden künftig sehr viel schneller zusammengebracht.

- **Ich-AGs und Mini-Jobs erleben einen Boom. Wir wollen sie als Einstieg in existenzsichernde Beschäftigung gestalten und steuern.**
- **Mit der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe (Hartz IV) haben wir eine Grundsicherung für alle arbeitsfähigen Langzeitarbeitslosen eingeführt. Dadurch ist die Zahl der Arbeitslosen zwar statistisch um einige Hunderttausende gestiegen. Aber wir haben so über eine Million erwerbsfähige Sozialhilfeempfängerinnen und Sozialhilfeempfänger aus der Sozialhilfe herausgeholt. Sie erhalten jetzt endlich das gleiche**

umfassende Angebot an Förderung und Jobvermittlung wie alle anderen Arbeitssuchenden. Sie sind jetzt kranken- und pflegeversichert und haben die Möglichkeit, mit 5 Euro monatlich eine Alterssicherung aufzubauen.

Ein Vermittler wird sich künftig um nur noch 75 jugendliche Erwerbslose intensiv kümmern müssen, statt wie bisher um 400. Dafür reformieren wir.

- Die SPD will keine Kommunalisierung der Langzeitarbeitslosigkeit und ihrer Finanzierung. Wir räumen den Job-Centern mehr Kompetenzen und Freiräume ein, um entsprechend der regionalen Arbeitsmarktsituation Arbeitssuchende noch besser vermitteln und qualifizieren zu können.
- Wir wollen, dass keine Jugendliche und kein Jugendlicher sein Arbeitsleben mit Arbeitslosigkeit beginnen muss. Deswegen haben wir dafür gesorgt, dass die Arbeitsvermittler besonders viel Zeit und Mühe auf Jugendliche verwenden. Unser Ziel bleibt: Kein junger Mensch unter 25 Jahren soll länger als 3 Monate ohne Arbeit, Ausbildung oder weiterführende Beschäftigung sein.
- Dabei wird uns auch der mit der Wirtschaft vereinbarte Ausbildungspakt helfen. Schon im letzten Jahr ist mit einem Zuwachs von 22.500 Ausbildungsverträgen die Trendwende am Ausbildungsmarkt gelungen. Auch dieses Jahr sollen, das ist unser Ziel, alle ausbildungsfähigen und -willigen jungen Menschen ein Ausbildungsangebot bekommen.
- Auch die älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer benötigen besondere Förderung. Den Trend der Verdrängung Älterer aus dem Arbeitsleben wollen wir stoppen. Mit lebenslangem Lernen, mit Lohnkostenunterstützung der Bundesagentur für Arbeit und mit der Förderung von bis zu 50 regionalen Beschäftigungspakten für Ältere. Hierfür stellen wir bis zu 250 Mio. Euro zur Verfügung.

Weil der Arbeitsmarkt für Ältere in weiten Teilen Deutschlands weiterhin so schwierig ist, haben wir uns entschlossen, die ursprünglich für den 1. Februar 2006 vorgesehene Verkürzung der Bezugsdauer von Arbeitslosengeld I um zwei Jahre auf den 1.2.2008 zu verschieben, und die oben genannte Förderungsmaßnahme zu forcieren.

Wir wollen, dass die vorhandene Arbeit von denen getan wird, die legal in Deutschland sind.

- **Wer trotz aller Hilfen und Förderung nicht den angestrebten Arbeitsplatz findet, muss auch bereit sein, eine andere Arbeit anzunehmen. Wir dürfen nicht akzeptieren, dass Deutschland bei hoher Arbeitslosigkeit in bestimmten Berufen in hohem Maß auf Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer – oft saisonal – aus dem Ausland angewiesen sind.**
- **Die Aussicht auf sozialen Aufstieg und das berufliche Fortkommen muss jederzeit und für alle Altersgruppen und beide Geschlechter gewahrt bleiben. Fördern und Fordern bedeutet immer auch, den Menschen eine faire Chance zu bieten, sich den Zugang zu qualifizierten Arbeitsplätzen zu eröffnen.**
- **Fort- und Weiterbildung wird auch weiterhin ein zentrales Mittel unserer aktiven Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik bleiben. CDU/CSU und FDP wollen diese Förderung abschaffen. Gegen die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.**

Ausbildung und Arbeit zu haben, ist eine wichtige Voraussetzung, damit behinderte Menschen selbstbestimmt am gesellschaftlichen Leben teilhaben können.

- **Deshalb werden wir weiterhin der Sicherung und Schaffung von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen für behinderte und schwerbehinderte Menschen einen hohen Stellenwert einräumen.**

3. Wir wollen, dass das Zusammenwachsen befördert und der Aufbau Ost vorangetrieben wird

- Ein vorrangiges Ziel ist es, Ostdeutschland auf dem Weg der Angleichung der Lebensverhältnisse weiter voranzubringen. Der Solidarpakt II schafft für die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Ost und West eine langfristige und verlässliche Grundlage.
- Klar: Bis die innere Einheit praktisch erreicht ist, liegt noch eine lange Wegstrecke vor uns. Die Entwicklung einer sich selbst tragenden Wirtschaft mit einem stabilen Wachstum vor allem des Verarbeitenden Gewerbes verlangt noch große Anstrengungen.
- Die Zusagen aus dem Solidarpakt II werden vollständig erfüllt. Die finanziellen Hilfen werden entsprechend der jeweiligen Aufgaben effizient und flexibel eingesetzt. Über die Verwendung der Mittel wird eine SPD-geführte Bundesregierung die neuen Länder und die Öffentlichkeit in jährlichen Fortschrittsberichten informieren.
- Ostdeutschland braucht zur Verstärkung seiner Wachstumskräfte weiterhin klare Vorfahrtsregeln für Investitionen. Daher werden wir die bewährten Verfahrensbeschleunigungen im Planungsrecht bis zum Auslaufen des Solidarpakt II verlängern und sie in ganz Deutschland einführen.
- Herzstück des Aufbaus Ost bleibt auch in Zukunft der Dreiklang von Investitionen, Innovationen und Infrastruktur. Die Investitionszulage wird über 2006 hinaus fortgesetzt oder übergeleitet in die Gemeinschaftsaufgabe regionale Wirtschaftsstruktur.
- Die zahlreichen (ostdeutschen) Regionen, die sich am Bundeswettbewerb „Innovationsregionen“ beteiligen, sollen echte Testregionen zur Deregulierung von Bundesrecht werden, die nicht nur Vorschläge zum Bürokratieabbau erarbeiten, sondern

diese auch exklusiv auf ihre Tauglichkeit erproben dürfen.

- Mit dem Programm für den Stadtumbau Ost hat die Regierung von Bundeskanzler Gerhard Schröder eine richtige Antwort auf die Herausforderung des demografischen Umbruchs gegeben. Die Bedeutung der Aufgabe wird in Zukunft weiter wachsen. Wir werden deshalb dafür sorgen, dass der Stadtumbau Ost über das Jahr 2009 hinaus fortgeführt werden kann.
- Die Reintegration von Älteren und Langzeitarbeitslosen in den ersten Arbeitsmarkt ist wichtig. Wir werden dafür sorgen, dass gerade bei kleinen und mittleren Unternehmen die Arbeitsvermittlung mit Hilfen zur betrieblichen Personalentwicklung verknüpft wird.
- Wir werden Pilotprojekte zum demografischen Wandel entwickeln. Ziel ist es, dass dünn besiedelte Regionen in Ost und West auch in Zukunft mit guten Schulen und einer funktionierenden sozialen Infrastruktur ausgestattet sind.
- Die unterschiedliche Höhe des Arbeitslosengeldes II in Ost und West werden wir aufheben (Angleichung Ost an West auf 345 Euro).
- Ziel unserer Bodenpolitik ist es, dass die ostdeutschen Länder die beim Bund befindlichen BVVG-(Bundes-Vermögens-Verwaltungs-Gesellschafts-)Flächen erwerben können. Damit stärken wir die Kompetenz der Länder für strukturpolitische Entscheidungen im ländlichen Raum und festigen die betriebswirtschaftliche Stabilität der Landwirtschaftsunternehmen.

4. Wir wollen, dass keine und keiner unter 25 Jahren länger als 3 Monate ohne Arbeit, Ausbildung oder weiterführende Beschäftigung ist

Wir wollen, dass keine Jugendliche und kein Jugendlicher sein Arbeitsleben mit Arbeitslosigkeit beginnen muss. Wir werden alles dafür tun, dass arbeitslose junge Menschen die Ausbildung

oder Arbeit finden, die ihrer Eignung, Neigung und Leistungsfähigkeit entspricht.

Unser Ziel bleibt:

- **Kein junger Mensch unter 25 Jahren soll länger als 3 Monate ohne Arbeit, Ausbildung oder weiterführende Beschäftigung sein.**
- **Eine der wichtigsten Voraussetzungen für das Berufsleben ist eine Berufsausbildung. Mehr als die Hälfte jeden Jahrgangs entscheidet sich für diesen Einstieg in das Berufsleben. Wir werden den erfolgreichen Ausbildungspakt mit den Spitzenverbänden der deutschen Wirtschaft fortsetzen.**
- **Das duale Bildungssystem hat eine Zukunft, wenn es Schritt hält mit der Entwicklung neuer Märkte und Berufe. Mit der Erneuerung des Berufsbildungsgesetzes und der Modernisierung von rd. 180 Berufen haben wir einen großen Schritt zur Weiterentwicklung der beruflichen Bildung gemacht.**
- **Wir wollen die Anstrengungen verstärken, das Berufswahlspektrum für Frauen zu erweitern, insbesondere in der IT-Branche und in technischen Berufen, und junge Frauen mit Hochschulreife für naturwissenschaftliche und technische Studiengänge gewinnen.**
- **Jugendliche, die Schule oder Ausbildung abbrechen, sollen eine zweite Chance bekommen. Mit einem neuen Programm „Zweite Chance“ wollen wir erreichen, dass Jugendliche ihren Schulabschluss nachholen oder ihre Ausbildung wieder aufnehmen können. Auch für junge Erwachsene ohne Berufsausbildung soll es neue Möglichkeiten zur Nachqualifizierung geben.**
- **Wir wollen mittelfristig die Weiterbildung zur 4. Säule der Bildung machen. Wir wollen eine Weiterbildung mit System. Dabei sollen auch die Hochschulen stärker als bisher einbezogen werden. Wir wollen deshalb die Weiterbildungs-**

beteiligung erhöhen, indem wir Fördermöglichkeiten für Bildungsbenachteiligte schaffen, die Transparenz von Weiterbildungsmöglichkeiten und -strukturen stärken und die Durchlässigkeit zwischen den Ausbildungsgängen erhöhen. Die Prüfung der Qualitätssicherung von Weiterbildungsangeboten kann zum Beispiel durch die Stiftung Warentest auf eine dauerhafte Grundlage gestellt werden.

- **Als wesentliche Nutznießer betrieblicher Weiterbildung kommt den Unternehmen die Hauptverantwortung für betriebliche Bildungsinvestitionen zu. Wir sorgen dafür, dass das Instrument der betrieblichen Lernzeitkonten von den Sozialpartnern verstärkt genutzt wird. Deshalb wollen wir deren Weiterentwicklung fördern und die Rahmenbedingungen hierfür verbessern. Dies ist eine Herausforderung auch an die Tarifparteien.**

5. Wir wollen Löhne, die existenzsichernd sind

In den zurückliegenden Jahren haben die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland erhebliche Opfer gebracht und einen Beitrag zur Stärkung der deutschen Wirtschaft geleistet. Um Arbeitsplätze nicht zu gefährden und die Wettbewerbsfähigkeit ihrer Unternehmer zu sichern, haben Gewerkschaften und Belegschaften Erhöhungen der Arbeitszeit akzeptiert, flexiblen Arbeitszeitmodellen zugestimmt und sich mit sehr moderaten Lohn- und Gehaltserhöhungen begnügt. Das war notwendig und es hat sich gelohnt. Aber generell muss gelten:

- **Die Beschäftigten haben einen Anspruch auf eine gerechte Beteiligung am wirtschaftlichen Erfolg der Unternehmen und Branchen.**

Gute Arbeit muss gerecht entlohnt werden. Jeder Mensch muss die Möglichkeit zur Teilhabe an einer sozial abgesicherten und Existenz sichernden Erwerbsarbeit haben.

- Mit der Ausweitung des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes auf alle Branchen unterstützen wir die Tarifvertragsparteien bei der Verhinderung von Lohn- und Sozialdumping durch entsandte Billigkräfte. Die Tarifvertragsparteien sind aufgefordert, bundeseinheitliche tarifliche Mindestlöhne in allen Branchen zu vereinbaren. Soweit dies nicht erfolgt oder nicht erfolgen kann, werden wir Maßnahmen für einen gesetzlichen Mindestlohn ergreifen.
- Wir werden konsequent gegen Sozial- und Lohndumping vorgehen. Die SPD-geführte Bundesregierung hat dazu eine Task Force zur Bekämpfung des Missbrauchs der Dienstleistungs- und Niederlassungsfreiheit eingesetzt. Ihre Aufgabe ist es, die Einbehaltung des Rechts am Arbeitsmarkt und fairen Wettbewerb durchzusetzen.
- Die Dienstleistungsrichtlinie der EU wird auf Druck von Deutschland und Frankreich grundlegend überarbeitet. Wir werden nur einer Dienstleistungsrichtlinie auf europäischer Ebene zustimmen, wenn diese sozial ausgewogen ist und Verstöße gegen die Ordnung auf dem Arbeitsmarkt nicht zulässt. Das Herkunftslandprinzip, wie es in der EU-Dienstleistungsrichtlinie vorgeschlagen ist, ist nicht akzeptabel.
- Die SPD wird einen wirksamen gesetzlichen Insolvenzschutz für Arbeitszeitkonten schaffen.

6. Wir garantieren Arbeitnehmerrechte

Die soziale Marktwirtschaft ist untrennbar verbunden mit Teilhabemöglichkeiten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Wir werden den Erhalt wichtiger Arbeitnehmerrechte garantieren.

- Der Schutz vor Kündigung, faire Befristungsregeln, das Recht auf Wahl betrieblicher Interessenvertreterinnen und Interes-

senvertreter sowie ein moderner Arbeitsschutz gehören zu den unverzichtbaren Arbeitnehmerrechten. Für diese Rechte treten wir ein. Diese Rechte garantiert nur eine sozialdemokratische Bundesregierung.

Unser Land braucht selbstbewusste Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, deren Antrieb der Wille zum Anpacken und nicht die Angst vor Heuern und Feuern sein muss. Die von Union und FDP gewollte weitgehende Abschaffung des Kündigungsschutzes wird es mit uns nicht geben.

- Die im Grundgesetz garantierte Tarifautonomie hat sich als Grundpfeiler sozialer Marktwirtschaft bewährt. Tarifverträge ermöglichen bei Bedarf flexible Lösungen, die insbesondere auf Beschäftigungssicherung auszurichten sind. Es ist Aufgabe der Tarifparteien, diese Flexibilität gemeinsam weiter zu entwickeln. Gesetzliche Eingriffe in die grundgesetzlich garantierte Tarifautonomie lehnen wir ab. Faire Flexibilität lässt sich nicht gesetzlich verordnen.
- Der Grundsatz der Teilhabe macht auch vor den Betriebstoren nicht halt. Deshalb steht für uns die Mitbestimmung in Deutschland nicht zur Disposition. Gerade in schwierigen Zeiten unterstützt die Mitbestimmung Reformprozesse. Die Mitbestimmung ist ein Standortvorteil für Deutschland. Das Erfolgsmodell Mitbestimmung muss dabei mit globalen und europäischen Herausforderungen Schritt halten. Gemeinsam mit den Sozialpartnern wollen wir die Mitbestimmung zukunftsfest gestalten.

7. Wir wollen nachhaltige Mobilität, leistungsfähige Infrastruktur und lebendige Städte

Mobilität ist die wesentliche Voraussetzung für Wirtschaftswachstum und Beschäftigung. Wir schaffen sie durch eine leistungsfähige Infrastruktur. Der wirtschaftliche und demografische

Wandel stellt auch die Stadtentwicklung vor neue Herausforderungen.

Unser Ziel ist ein ökonomisch effizientes, sozial angemessenes und ökologisch verträgliches Mobilitätsangebot. Individuelle Mobilitätsansprüche als Teilhabe am gesellschaftlichen Leben sichern wir durch eine integrierte Verkehrspolitik mit einer Kombination der unterschiedlichen Verkehrsträger.

Mobilität ist gut und schafft Arbeitsplätze. Logistik ist ein wesentlicher Bestandteil einer arbeitsteiligen Wirtschaft. Mehr als 2,7 Mio. Arbeitsplätze wurden in dieser Branche bis heute geschaffen. Die Signale stehen weiter auf Wachstum. Wir wollen Warenströme intelligent bündeln und koordinieren, damit Deutschland auch zukünftig wettbewerbsfähig bleibt.

- **Die Menschen in unserem Land erwarten eine ausgezeichnete Verkehrsinfrastruktur. Wir werden sie bereitstellen. Ohne Sicherung und Ausbau der Verkehrsinfrastruktur lässt sich das prognostizierte Verkehrswachstum innerhalb des nächsten Jahrzehnts nicht bewältigen.**
- **Mobilität ist wichtig, um den Anforderungen der Menschen in der modernen Gesellschaft gerecht zu werden. Das gilt insbesondere für die Wirtschaft, die eine Verkehrsinfrastruktur auf höchstem Niveau fordert. Die Vernetzung der Verkehrsträger Straße, Schiene und Wasserstraße ist dabei der richtige Schritt, um ökonomische und ökologische Effizienzgewinne zu erzielen. Diesen Weg werden wir fortsetzen.**
- **Wirtschaftswachstum wird auch zukünftig Verkehrswachstum erzeugen. Hinzu kommt Deutschlands Lage im Zentrum der europäischen Waren- und Güterverkehre. Der Einsatz intermodaler Transportketten ist der Kern eines nachhaltigen Verkehrssystems.**

Insbesondere der technische Fortschritt im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologie eröffnet dem wett-

bewerblichen und kooperativen Zusammenspiel und der Verknüpfung von verschiedenen Verkehrsträgern eine realistische Chance. Diese Entwicklung wollen wir fördern.

- Das Planungsrecht muss wirksam gestrafft werden, damit Wachstumsimpulse schneller umgesetzt werden können.**
- Mit dem Einstieg in die LKW-Maut wurde in Deutschland erstmals die Möglichkeit geschaffen, die Infrastrukturfinanzierung im Verkehrsbereich auf eine breitere Basis zu stellen. Der Wechsel zu einer Nutzerfinanzierung im Bereich der Bundesfernstraßen bietet uns die Chance, ein umfassendes neues Finanzierungskonzept zu entwickeln.**
- Oberstes Ziel der Verkehrspolitik muss der Schutz aller Verkehrsteilnehmer sein. Wir wollen unsere nachhaltige und wirkungsvolle Verkehrssicherheitsarbeit fortsetzen und dabei insbesondere Risikogruppen wie jugendliche Fahranfänger und ältere Menschen unterstützen.**
- Vor dem Hintergrund knapper und teurer werdender Kraftstoffe auf der Basis von Erdöl ist der Umstieg auf erneuerbare Kraftstoffe eine Aufgabe der Zukunftsvorsorge. Vor diesem Hintergrund wollen wir gemeinsam mit der Automobilwirtschaft und der Mineralölwirtschaft eine zukunftsfähige Kraftstoffstrategie entwickeln und umsetzen. So sichern wir dauerhaft bezahlbaren Kraftstoff für die Zukunft der Mobilität.**
- Mit den Programmen Soziale Stadt, Stadtumbau Ost, Stadtumbau West und der Städtebauförderung helfen wir den Städten beim notwendigen Strukturwandel. Wir wollen die Städte familienfreundlicher gestalten und das Miteinander von jüngeren und älteren Menschen unterstützen. Die Programme zur Städtebauförderung werden mit den Menschen entwickelt, die dort leben. Sie fördern die demokratische Kultur, stärken die Zivilgesellschaft und die Glaubwürdigkeit politischen Handelns.**

8. Wir wollen eine moderne Energiepolitik für unser Land und global

Wir begegnen der wachsenden Nachfrage nach Energie und den Herausforderungen des Klimawandels mit einer klaren Innovationsstrategie, die auf einen breiten Energiemix und einen effizienten und klimafreundlichen Umgang mit den Energieressourcen setzt. Mit dieser Strategie wollen wir die Abhängigkeit Deutschlands vom Öl reduzieren und die Energiekosten schrittweise senken.

Die Sicherung von Arbeitsplätzen und verantwortliche Umweltpolitik sind für uns keine Gegensätze. Wir setzen auf die Märkte von Morgen: nachhaltige Stoffwirtschaft, Erneuerbare Energien, Energieeinsparung und Effizienzrevolution bei Energie und Rohstoffen und konsequente Minderung von Umwelt- und Gesundheitsrisiken.

- **Mit dem von uns geschaffenen Erneuerbare-Energien-Gesetz werden wir bis 2010 rund 20 Mrd. Euro neue Investitionen auslösen und darüber hinaus zum industriellen Weltmarktführer für die Solar- und Windkrafttechnologie. Das ist „Arbeit und Umwelt“.**
- **Wir setzen auch in Zukunft auf hocheffiziente und klimaverträgliche Kohlekraftwerke und werden dafür sorgen, dass dieser Energieträger auch mit unseren Klimazielen vereinbar ist. Unser Ziel ist ein emissionsfreies Kraftwerk, in dem CO₂ wirksam abgeschieden und gespeichert werden kann. Deshalb werden wir die bereits begonnene Förderung der Forschung und Entwicklung in diesem Bereich fortsetzen.**
- **Den Beschäftigten im Steinkohlebergbau geben wir auch künftig eine klare Zukunftsperspektive, indem wir den sozialverträglichen Strukturwandel im Bergbau weiter begleiten und dabei die in den Regionen vorhandene Innovationskraft stärken. Es bleibt bei der vereinbarten Steinkohlefinanzierung.**

- Wir werden innovative Technologien wie die Erneuerbaren Energien weiter fördern. Ziel ist es, möglichst schnell die Wettbewerbsfähigkeit solcher innovativer Technologien zu erreichen. Den mit der Einbindung der Erneuerbaren Energien verbundenen Umbau unserer Stromversorgungsnetze werden wir beschleunigen.
- Wir stellen sicher, dass Strom- und Gasnetze zu fairen Bedingungen genutzt werden können und sorgen durch Anreizregulierung dafür, dass unsere Netze sowohl zuverlässig als auch kostengünstig betrieben werden.
- Um die Energieeffizienz weiter zu steigern und CO₂-Ausstöße zu reduzieren, werden wir die erfolgreiche Förderung der Gebäudesanierung weiter entwickeln und ausbauen. Mit dem von uns eingeführten Energiepass machen wir den Energieverbrauch von Gebäuden für Mieterinnen und Mieter, Käuferinnen und Käufer von Häusern und Wohnungen transparent.
- Beim Ausbau der Erneuerbaren Energien werden wir die gewachsene Bedeutung der Energieerzeugung aus Biomasse weiter verstärkt fördern. So verbinden wir die Erschließung von zukunftsfähigen Energiequellen mit neuen Möglichkeiten zu mehr Wirtschaftswachstum und der Schaffung neuer Arbeitsplätze.
- Wir sind uns der Verantwortung und der Chance bewusst, erstklassiges deutsches Know-how im Bereich Energie weltweit einzusetzen – im Sinne globaler Umweltpolitik und zum Nutzen deutscher Unternehmen und Beschäftigten.
- Wir halten am Atomausstieg fest. Bei der Umsetzung des vereinbarten Atomausstiegs wird die Sicherheit des Reaktorbetriebs während der Restlaufzeit im Zentrum unserer Aufmerksamkeit stehen. Wir bekennen uns zur nationalen Verantwortung für die Endlagerung radioaktiver Abfälle.

9. Wir wollen eine wettbewerbsfähige Landwirtschaft

Die Landwirtschaft schafft Arbeit und Nahrung und ist Teil aktiver Umweltpolitik. Sie muss sich an den Vorgaben des Tier-, Natur- und Umweltschutzes orientieren und gesunde Nahrungsmittel zu angemessenen Preisen erzeugen. Wir berücksichtigen und unterstützen auch die Interessen unserer Landwirte bei den Entscheidungen auf europäischer Ebene. Weder konventionelle Landwirtschaft noch ökologischer Landbau dürfen benachteiligt werden.

Die Landwirtschaft ist prägend für große Teile des ländlichen Raums. In dieser Aufgabe bestärken wir sie.

- **Die SPD will die ländliche Entwicklungspolitik voranbringen. Es geht um Wachstum und Beschäftigung in ländlichen Problemregionen und die Stärkung des ländlichen Raums als Lebens-, Arbeits-, Natur- und Erholungsraum.**
- **Wir wollen Kontinuität und Planungssicherheit für die deutsche Landwirtschaft. Dabei sind uns faire Wettbewerbsbedingungen auf nationalen und internationalen Agrarmärkten und der Abbau von Subventionen im Rahmen von EU und WTO ebenso wichtig wie die Verlässlichkeit von Zukunftsinvestitionen. Dazu gehören Einkommensalternativen wie im Bereich der Bioenergie und der nachwachsenden Rohstoffe.**
- **Wir setzen uns weiter für ein wirksames Verbraucherinformationsgesetz ein. Denn die Grundlage einer aktiven Verbraucherpolitik sind für uns eine unabhängige und starke Verbraucherberatung sowie Gesetze, die den Verbraucherinnen und Verbrauchern Zugang zu wichtigen Informationen verschaffen und eine Rolle als gleichberechtigter Partner garantieren.**

10. Wir wollen eine gesunde Umwelt

Die ökologische Modernisierung ist ein wichtiges Fundament wirtschaftlicher und technologischer Erneuerung für ein ökonomisches

misch leistungsstarkes und sozial gerechtes Deutschland. Schon heute finden mehr als eine Million Menschen Beschäftigung durch Umweltschutz.

- **Wir brauchen eine Effizienzrevolution bei der Nutzung von Energie und Rohstoffen. Diese Potenziale sind unsere wichtigsten Quellen für qualitatives Wachstum, sie verringern unsere Abhängigkeit von Energieimporten – sie sind Kern unseres Konzepts „Arbeit und Umwelt“.**
- **Wir wollen für Produktion und Produkte ein ökologisches Design. Produkte sollen gesundheitsverträglich, langlebig, wieder verwendbar, recyclingfähig und schadlos zu beseitigen sein. Dafür wollen wir Ziele für Ressourcenschonung und Produktverantwortung setzen.**
- **Die Anzahl chronischer Erkrankungen steigt. Zu den Ursachen gehören auch Umweltbelastungen. Durch einen vorsorgenden Umweltschutz fördern wir das Wohlbefinden, damit die Menschen immer weniger krank werden. Zur modernen Gesundheitswirtschaft gehört auch Umweltschutz.**
- **Schutz und Nutzung der Natur sind keine Gegensätze. Wir setzen mit dem Bundesnaturschutzgesetz Impulse für einen neuen Umgang mit der Natur. Wir wollen bis zum Jahr 2020 den Flächenverbrauch auf 30 Hektar pro Tag reduzieren. Und wir wollen ein „Nationales Naturerbe“ schaffen, um schutzwürdige Flächen zu vernetzen und die Artenvielfalt zu sichern.**
- **Für den Bürokratieabbau wollen wir ein Umweltgesetzbuch schaffen. Unser heutiges Umweltrecht ist zersplittert und unübersichtlich. Wir werden es entrümpeln und entbürokratisieren. Ehrgeizige Innovationsziele müssen durch entsprechende Anreizsysteme gefördert werden, damit der Umweltschutz Schritt für Schritt in alle Politikbereiche integriert wird.**

11. Wir wollen gleiche Bildungschancen für alle

Bildung ist die beste Starthilfe, die wir unseren Kindern geben können. Bildung ist der Schlüssel zu gesellschaftlicher Teilhabe.

Jedem und jeder Einzelnen wollen wir unabhängig von der sozialen Herkunft Zugang zu guter Bildung ermöglichen. Das ist für uns ein Gebot der Gerechtigkeit. Und es entspricht der ökonomischen Vernunft. Im internationalen Wettbewerb werden wir nur bestehen, wenn wir den Reichtum unserer Talente entwickeln und ausschöpfen.

Deutschlands Zukunft entscheidet sich im Wissen und Können unserer Kinder und deren Willen zur Leistungsfähigkeit. Unser Land muss die frühkindliche Bildung und Erziehung mehr als bisher ins Zentrum rücken. Im Kindergartenalter kann erheblich dazu beigetragen werden, Fähigkeiten und Talente zu entwickeln und Kreativität und Entdeckergeist zu fördern. Und wir wollen ein Schulsystem, das stärker auf Durchlässigkeit, Integration und individuelle Förderung ausgerichtet wird.

- **Mit dem von uns auf den Weg gebrachten Tagesbetreuungs- ausbaugesetz werden bis 2010 rund 230.000 zusätzliche Plätze in Kindergärten, Krippen und in der Tagespflege entstehen. Für die Kinder bedeutet das bessere Betreuung und frühe Förderung. Für die Mütter und Väter heißt das echte Wahl zwischen unterschiedlichen Betreuungsmöglichkeiten und bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf.**
- **Wir setzen uns dafür ein, den Bildungsauftrag der Kindergärten ernst zu nehmen. Wir werden die Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern in Kindergärten neu ausrichten und weiterentwickeln. Deshalb setzen wir uns ein für gemeinsame Bildungsstandards und -ziele in Kindertagesstätten.**

Berufs- und Teilhabechancen kann nur erwerben, wer die deutsche Sprache beherrscht. Deshalb fordern wir, den Spracherwerb von Kindern im Vorschulalter gezielt zu fördern. Obligatorische

Tests könnten dabei helfen, Sprachdefizite bereits vor dem Start in die Schule zu erkennen und durch gezielte Förderung zu beheben.

- **Mit dem Ganztagschulprogramm stellen wir den Ländern bis 2008 rund 4 Mrd. Euro für die Einrichtung von 10.000 zusätzlichen Ganztagschulen zur Verfügung. Es ist vor allem Aufgabe der Länder, diesen sinnvollen Weg fortzusetzen.**

Wir stehen für den offenen Zugang zu den Hochschulen, unabhängig von den sozialen oder finanziellen Voraussetzungen der Jugendlichen. Wir stehen dafür, dass auch mehr Jugendliche aus bildungsfernen Schichten ein Studium ermöglicht wird.

- **Deshalb bleibt das Erststudium frei von Studiengebühren.**
- **Der Zugang zur Hochschule muss auch künftig überall besonders qualifizierten Absolventen einer Berufsausbildung ohne Abitur offen stehen.**
- **Das BAföG bleibt und wird nicht in ein Vollدارlehen umgewandelt.**

12. Wir wollen, dass Frauen und Männer in der Gesellschaft und im Beruf gleichgestellt sind

Frauen- und Gleichstellungspolitik ist eine Querschnittsaufgabe. Deshalb werden wir dafür sorgen, dass das Gender-Mainstreaming-Prinzip zur Verwirklichung von Geschlechtergerechtigkeit in allen politischen Bereichen konsequent angewandt wird. Wir befürworten daher auch eine starke institutionelle Verankerung auf allen politischen Ebenen durch Frauenministerien, Frauenausschüsse und Gleichstellungsbeauftragte in Regierungen, Parlamenten, Verwaltungen etc. als durchsetzungsfähige Kontroll- und Umsetzungsinstanzen. Darüber hinaus wollen wir betriebliche Gleichstellungspolitik und informelle Frauennetzwerke unterstützen.

- Durch den Ausbau solcher Netzwerke und Mentoring-Angebote, durch Fortentwicklung der Angebote zur Verbreiterung des Berufswahlspektrums von Frauen und nicht zuletzt durch die Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf wollen wir für mehr Gleichberechtigung in unserer Gesellschaft sorgen.
- Es ist unser Ziel, die Frauenerwerbsquote entsprechend den europäischen Vorgaben auf über 60 Prozent zu steigern und auch die unterdurchschnittliche Rate von selbständigen Frauen auf europäischen Durchschnitt anzuheben. Ferner werden wir das Ziel weiter verfolgen, das Prinzip „gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit“ entsprechend einer europäischen Verpflichtung zu verwirklichen.
- Wir wollen, dass Frauen die gleichen Karrierechancen und den gleichberechtigten Zugang zu Führungspositionen in der Wirtschaft, in der Wissenschaft und in der Forschung erhalten. Wenn dies auf freiwilliger Basis nicht umgesetzt wird, werden wir verbindliche Regelungen schaffen.
- Die betriebliche Weiterbildung für Frauen muss tariflich abgesichert und ausgebaut werden. Die Weiterbildung arbeitsloser Frauen oder Männer – auch solcher, die als Lebenspartnerin/Lebenspartner kein Arbeitslosengeld beziehen – soll gleichermaßen gefördert werden.
- Auch bei der Ausgestaltung von Arbeitslosengeld II ist der Grundsatz der Geschlechtergerechtigkeit zu beachten. Hierzu sind die Beauftragten für Chancengleichheit der Bundesagentur für Arbeit und die kommunalen Frauenbeauftragten in die Entscheidungsprozesse bei den Arbeitsgemeinschaften (Argen) mit einzubeziehen.
- Die einzelnen Förderinstrumente müssen Frauen, vor allem auch Langzeitarbeitslosen und Nichtleistungsempfänger/innen, mindestens entsprechend ihrem Anteil an der Arbeitslosigkeit zugute kommen.

- Für Nichtleistungsempfänger/innen wollen wir den Krankenversicherungs- und Pflegeversicherungsschutz gewährleisten.
- Alle Arbeitsmarkt- und Arbeitslosendaten sind geschlechtsspezifisch zu erstellen, damit die jeweils geschlechterbezogenen Auswirkungen festgestellt und ausgewertet werden können.
- Wir werden sicherstellen, dass das vom Bund geförderte Gender-Kompetenz-Zentrum als anwendungsorientierte Forschungseinrichtung an der Humboldt-Universität in Berlin gestärkt wird. Ferner unterstützen wir nachdrücklich die Einrichtung eines europäischen Genderinstituts.
- Wir werden den Aktionsplan zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen fortschreiben und wirksame Maßnahmen gegen Menschenhandel und Zwangsprostitution ergreifen.
- Eine SPD-geführte Bundesregierung wird erstmals einen „Bericht zur Gleichstellung von Frauen und Männern“ vorlegen und in einer nachfolgenden Regierungserklärung Fortschritte aufzeigen, die verbliebenen Defizite offen legen und die sich daraus ergebenden Konsequenzen darlegen.
- Wir wollen ein Deutschland ohne Diskriminierung. Das Antidiskriminierungsgesetz hilft, dieses Ziel zu erreichen. Dazu wird eine Gleichstellungsstelle eingerichtet, die personell und materiell so ausgestattet werden wird, dass sie ihre Aufgaben erfüllen kann.

13. Wir wollen, dass Deutschland familienfreundlicher wird

Wir wollen, dass junge Menschen sich ihre Kinderwünsche erfüllen können. Kinder sind Zukunft, Kinder haben macht Freude. Mütter und Väter wollen partnerschaftlich zusammenleben und sich familiäre und berufliche Pflichten teilen. Unsere Gesellschaft braucht für ihren Zusammenhalt, auch für mehr Wachstum und Wohlstand, starke Familien mit mehr Kindern.

Gute Kinderbetreuung, Zeit für Kinder und Familie, effiziente Geldleistungen für Familienpolitik, Unterstützung der Kinderwünsche der Mehrheit junger Menschen – das ist unsere Familienpolitik.

- **Wir bauen Quantität und Qualität der Tagesbetreuung aus, wie wir es mit der Tagesbetreuung für die unter 3-Jährigen begonnen haben. Der Ausbau hin zum Rechtsanspruch ab dem 2. Lebensjahr hat Priorität und soll bis 2010 erreicht werden. Wir wollen gemeinsam mit Ländern und Gemeinden schrittweise die Gebührenfreiheit für Kitas umsetzen.**
- **Wir werden das bisherige Erziehungsgeld in ein für ein Jahr gezahltes Elterngeld mit Einkommensersatzfunktion umwandeln. Wir stellen dadurch sicher, dass Familien ihren Lebensstandard, auch wenn sie ihre Berufstätigkeit unterbrechen, halten können. Die Gleichstellung der Frau wird so gefördert. Väter haben dadurch bessere Möglichkeiten Elternzeit in Anspruch zu nehmen.**

Durch bessere Betreuungsmöglichkeiten für unter 3-Jährige und Elterngeld vermeiden wir insbesondere bei Alleinerziehenden Kinder- und Familienarmut und sichern allen Eltern eine ununterbrochene Erwerbsbiographie. Wir halten an der 3-jährigen Elternzeit mit Arbeitsplatzgarantie und Teilzeitananspruch fest.

- **Die Herkunft eines Kindes darf nicht länger über seine Bildungschancen entscheiden. Wir treten deshalb für die Einrichtung von Eltern-Kind-Zentren ein – um Eltern bei ihrer Erziehungsaufgabe zu helfen und Kinder früh zu fördern. Alle Kinder müssen mit ausreichenden deutschen Sprachkenntnissen die Schule besuchen.**
- **Ziel bleibt es, Leistungen für Familien in einer Familienkasse zu bündeln. Wir wollen Familien helfen, Armutsrisiken zu vermeiden, insbesondere den Geringverdienenden und Alleinerziehenden. Der Kinderzuschlag soll fortentwickelt werden.**

- Die erfolgreiche Allianz für die Familie mit den flächen-deckend entstehenden lokalen Bündnissen ist vorbildlich in der Art der Zusammenarbeit, in ihrer Zielsetzung und ihren Maßnahmen. Frauen- und familienfreundliche Arbeitsbedingungen, der Ausbau betriebsnaher Kinderbetreuung, ein guter Wiedereinstieg nach der Elternzeit und entsprechende Betriebsvereinbarungen stehen auf der Agenda der Allianz. Eine Weiterführung ist in aller Interesse.

14. Wir wollen ein Land der Kultur sein

Kultur stärkt die Kreativität und die Zukunftsfähigkeit der Gesellschaft, sie mobilisiert Phantasie und unabhängiges Denken. Sie ist immer international, grenzüberschreitend und dialogisch. Die Kunst und die Künstlerinnen und Künstler sind geistige Kraftquellen einer Gesellschaft. Sie brauchen Freiheit, aber auch Schutz und Förderung.

- Wir wollen die Kultur als Staatsziel im Grundgesetz verankern.
- Die kulturelle Bildung ist in allen Schulformen zu fördern.
- Kulturgüter sind Träger von Identität und Wertvorstellungen, aber auch wichtiger Wirtschaftsfaktor. Mit der Förderung des Denkmalschutzes sichern wir nicht nur das bauliche Erbe unseres Landes, sondern schaffen und sichern Arbeitsplätze, ganz besonders in Ostdeutschland.
- Mit dem Filmförderungsgesetz hat die Regierung von Bundeskanzler Gerhard Schröder die Produktionsbedingungen für den deutschen Film erheblich verbessert. Wir wollen den deutschen Film mit neuem Risikokapital zusätzlich fördern. Denn mit der für 2006 geplanten Erweiterung des European Film Market wird die Berlinale eine der wichtigsten Drehscheiben des internationalen Filmhandels.
- Medien in einem pluralistischen System und der kompetente Umgang mit ihnen sind ein unverzichtbarer Bestandteil einer

freiheitlichen und demokratischen Gesellschaft. Die Wahrung der Vielfalt ihrer Inhalte und Perspektiven in allen Verbreitungswegen bilden dafür eine Grundlage: die Zukunftsfähigkeit des öffentlich-rechtlichen Rundfunks ist uns wichtig.

- **Durch eine neue Balance von öffentlichem und privatem Engagement konnte die Vielfalt des Kulturlebens in Deutschland erhalten und weiterentwickelt werden. Wir werden diese Art von zivilgesellschaftlichem Engagement weiter fördern, damit sich kulturelle Initiativen entwickeln können.**
- **Alle Kulturpolitik handelt auch vom Erinnern. Für uns ist klar: Es kann keinen Schlussstrich geben. Wir werden unser Engagement in der Erinnerungspolitik weiter verstärken und die Gedenkstätten zu den NS-Verbrechen auf Dauer sichern.**
- **Die Aufarbeitung der SED-Diktatur ist nicht nur für jene Deutschen, die nach 1945 in der DDR lebten, von großem Interesse, sondern auch im gesamtstaatlichen Interesse. Bund und Länder sollen in diesem Sinne zusammenarbeiten.**
- **Kulturelle und mediale Vielfalt ist ein wertvolles Gut, das es auf europäischer und internationaler Ebene zu verteidigen gilt.**

Es geht darum, Deutschlands Verpflichtung als europäisch verwurzelte Kulturnation in Zukunft überall gerecht zu werden.

15. Wir wollen alle integrieren, die legal und dauerhaft in Deutschland leben

Deutschland ist seit Jahrzehnten ein Einwanderungsland. Wir haben diesem Umstand endlich Rechnung getragen. Den von uns begonnenen Weg der Steuerung, Begrenzung und Integration von Zuwanderung wollen wir konsequent fortführen. Wir sind gegen die Existenz von Parallelgesellschaften. Ziel ist die Einbürgerung der Menschen, die Deutschland legal zu ihrem Lebensmittelpunkt gemacht haben.

- Ohne fundierte Kenntnisse der deutschen Sprache, ist eine erfolgreiche Teilnahme am Unterricht nicht möglich. Beginnend mit Sprachförderung im frühen Kindesalter im Rahmen der Kinderbetreuung bis zu berufsvorbereitenden Maßnahmen zum Ende der Schulzeit, wie sie derzeit von einigen Stiftungen in Deutschland durchgeführt werden, werden wir feste Grundlagen für die Bildung von Kindern und Jugendlichen ausländischer Herkunft und für den Einstieg in ihr Berufsleben legen.
- Wir wollen Kindern und Jugendlichen ausländischer Herkunft eine adäquate Zukunftsperspektive in Deutschland geben und ihnen den Übergang ins Berufsleben ermöglichen.
- Wir setzen uns dafür ein, dass verstärkt islamischer Religionsunterricht von in Deutschland ausgebildeten oder anerkannten Lehrerinnen und Lehrern unter Aufsicht der Schulbehörden in deutscher Sprache angeboten wird.
- Beim Integrationsprozess von Frauen ausländischer Herkunft stehen ihre gleichberechtigte Teilhabe am politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben, die Vermittlung der deutschen Sprache für den Einstieg in Bildung und Beruf im Vordergrund. Deswegen werden wir unsere erfolgreich begonnenen Maßnahmen zur Integration ausländischer Frauen weiter verstärken und ihre gesellschaftliche und berufliche Integration voranbringen. Ihre Integration ins Arbeitsleben wird eine weitere tragende Säule unserer Integrationspolitik sein. Die Gleichberechtigung von Frauen wird als wichtiger thematischer Schwerpunkt in die Maßnahmen zum interreligiösen Dialog aufgenommen.
- Wir dulden keine Zwangsheirat. Damit diese Tatsache stärker in das Bewusstsein der betroffenen Gruppen rückt, werden wir die Zwangsheirat explizit als Straftatbestand in das Strafbuch aufnehmen.

16. Kampf dem Rechtsextremismus

Rechtsextremismus ist eine Herausforderung für die deutsche Demokratie – widerlich, aber nicht zu unterschätzen. Die SPD wird bei Prävention und Bekämpfung von Rechtsextremismus nicht nachlassen.

- Im Mittelpunkt steht dabei die Stärkung demokratischer und zivilgesellschaftlicher Kräfte. Die SPD wird Projekte und Initiativen, die sich gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus engagieren, nicht im Stich lassen, sondern weiterhin unterstützen. Die Bundesregierung stellt 2005 dafür 19 Mio. Euro zur Verfügung.
- Wir werden weiterhin konsequent gegen rechtsextreme Straf- und Gewalttäter vorgehen. Repressive Maßnahmen können und werden die politische Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus nicht ersetzen, unterstreichen aber, dass die wehrhafte Demokratie dem Missbrauch der Freiheit durch die Feinde der Freiheit entschieden entgegentritt.
- Für Gewalt, rechtsextremes Gedankengut sowie Intoleranz und Missachtung gegenüber Minderheiten ist in Deutschland kein Platz!
- Der Rechtsextremismus in Deutschland lebt von einer Verherrlichung des Nationalsozialismus und der Leugnung seiner Gräueltaten. Wir müssen die jungen Menschen über diese Zusammenhänge aufklären. Dazu ist die Verstärkung der politischen Bildung in allen Schulen, Weiterbildungseinrichtungen und Hochschulen notwendig. Die Zerschlagung der politischen Bildung durch die CDU in den Ländern muss gestoppt werden.

17. Wir wollen, dass sich die Menschen in Deutschland sicher fühlen

Sicherheit und Schutz vor Verbrechen und Willkür ist für uns ein grundlegendes Bürgerrecht. Wir wollen Sicherheit für alle – nicht nur für die, die sich einen privaten Sicherheitsdienst leisten können.

- Hierfür werden wir bis zum Jahr 2010 die jugendspezifische Kriminalität (wie Rohheitsdelikte, rechtsradikale Gewalt, Graffiti delikte, Drogen- und Alkoholmissbrauch) durch gesetzliche Maßnahmen im Bereich der Prävention, Strafverfolgung und Justiz bekämpfen.
- Gerade im Bereich der Jugendkriminalität ist Prävention unverzichtbar. Wir setzen auf eine konsequente Anti-Gewalt-Politik in den Medien und Schulen, die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit und ein Jugendstrafrecht, das kriminelle Karrieren früh unterbricht.
- Wir werden weiter für eine wirkungsvolle Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen eintreten, für eine konsequente Täterbestrafung sorgen und einen bundesweiten Notruf für Frauen einrichten, die von Gewalt betroffen sind.
- Die Steuerungs- und Koordinierungskompetenz des Bundes für die Bewältigung von Großkatastrophen und Terrorismusbekämpfung wollen wir stärken.
- Wir wollen die technische Ausstattung der Sicherheitsbehörden durch die Einführung des weltweit größten Digitalfunksystems ausbauen.
- Wir werden im Bereich der neuen Kriminalität (z.B. im Bereich Internet, E-Commerce, Geldwäsche, Kreditkartenbetrug) wirkungsvolle Bekämpfungsinstrumente entwickeln.
- Wir wollen die Kriminalitätsbekämpfung europaweit vorantreiben und insbesondere den Datenaustausch von Polizei und Justiz in Europa verbessern.

- **Innere Sicherheit endet nicht an unseren Grenzen. Die terroristischen Verbrechen vom 11. September 2001 vergessen wir nicht – sie sind auch eine Mahnung, solchen Gefahren entschlossen zu begegnen. Gemeinsam mit unseren Freunden werden wir auch in Zukunft auf diese Dimensionen des internationalen Terrorismus mit entsprechenden Gesetzen schnell und wirkungsvoll reagieren, möglichst präventiv, wo nötig repressiv.**

18. Land des Sports

Deutschland ist ein attraktives Sportland und ein attraktiver Sportstandort. Die Welt ist während der Fußballweltmeisterschaft 2006 bei uns zu Gast.

- **Wir werden die Rahmenbedingungen für diejenigen, die sich ehrenamtlich in Sportvereinen und -verbänden engagieren, weiter kontinuierlich verbessern. Sport lebt vom Ehrenamt. Deshalb ist die Übungsleiterpauschale, die durch uns erhöht wurde, ein wichtiger Bestandteil ehrenamtlicher Tätigkeit.**
- **Wir werden die Neuorganisation des deutschen Spitzensports (DSB/NOK) nach Kräften unterstützen, ohne die Autonomie des Sports anzutasten.**
- **Wir sind für einen sauberen und fairen Sport mit gleichen Chancen für alle Athletinnen und Athleten. Wir forcieren weiterhin die Bekämpfung des Dopings und werden über eine gesetzliche Regelung nachdenken.**
- **Wir setzen uns für die Gleichrangigkeit von Behinderten- und Nichtbehindertensport ein. Deshalb unterstützen wir insbesondere die Förderung des Behindertenleistungssports.**

19. Wir wollen Anerkennung und Sicherheit im Alter

Eine Gesellschaft, die älter wird, ist auch eine Gesellschaft mit neuen Chancen. Dass Menschen heute länger leben, ist ein großer gesellschaftlicher Fortschritt und entspricht einer tiefen menschlichen Sehnsucht. Voraussetzungen waren eine humanisierte Arbeitswelt, die Entwicklung der modernen Medizin und ein gestiegener Wohlstand. Unser Ziel ist, dass alle Menschen auch in hohem Alter Anerkennung finden, aktiver Teil unserer Gesellschaft sind und in materieller Sicherheit leben können.

Deutschland muss den reichen Erfahrungsschatz der älteren Menschen nutzen, im Berufsleben und im bürgerschaftlichen Engagement. Die ältere Generation ist ein Aktivposten des Ehrenamts und der familiären und gesellschaftlichen Netzwerke und damit unverzichtbares soziales Kapital unserer Gesellschaft.

- **Städte- und Wohnungsbau müssen sich zunehmend an den Bedürfnissen älterer Menschen ausrichten. Die Entwicklung altersgerechter Produkte und Dienstleistungen ist ein wichtiger Zukunftsmarkt.**

Die gesetzliche Rentenversicherung ist und bleibt die wichtigste Säule der Altersversicherung.

- **Wenn die Wirtschaft wächst, Einkommen und Beschäftigung steigen, werden auch in Zukunft die Rentnerinnen und Rentner daran teilhaben. Die Vorschläge aus CDU/CSU, die gezahlten Renten zu kürzen, lehnen wir ab.**
- **Wir wollen die betriebliche und private Altersvorsorge weiter stärken, um eine bessere Versorgung im Alter zu erreichen. Neben der im Umlageverfahren finanzierten Rente fördern wir deshalb weiterhin den Aufbau einer zusätzlichen kapitalgedeckten Altersvorsorge.**
- **Wir wollen, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht schon mit 55 Jahren oder ähnlich früh aus dem Erwerbsleben ausscheiden müssen, sondern länger am Arbeitsprozess teil-**

nehmen können. Unser Ziel ist, das faktische Renteneintrittsalter an das gesetzliche Eintrittsalter von 65 Jahren heranzuführen.

- **Wir wollen die Finanzierung der sozialen und der privaten Pflegeversicherung verbinden. Die Pflegeversicherung wird zu einer Pflege-Bürgerversicherung ausgebaut. Alle Bürgerinnen und Bürger sollen sich angemessen und gerecht an der Finanzierung der Pflegeversicherung beteiligen. Niemand wird privilegiert, niemand ausgegrenzt. Die seit Einführung der Pflegeversicherung unveränderten Leistungssätze wollen wir unter Beachtung der Preisentwicklung anpassen und die Leistungen in der ambulanten Pflege und insbesondere für Demenzerkrankte verbessern. Pflege in Familien, professionelle Pflege und ehrenamtliches Engagement sollen sich wirksam ergänzen.**

20. Wir wollen ein leistungsfähiges, solidarisches und bezahlbares Gesundheitswesen

Unser Gesundheitswesen ist gut, auch im internationalen Vergleich. Jeder erhält notwendige medizinische Leistungen auf der Höhe des medizinischen Fortschritts. Das Gesundheitswesen ist auch unsere größte Branche, in ihr finden über 4 Mio. Menschen sinnvolle Beschäftigung. Das soll auch so bleiben.

Leistungsfähige, solidarisch finanzierte Sicherungssysteme sind das Rückgrat unseres Sozialstaats. Wer den Grundgedanken der Solidarität aufgibt, gefährdet Wohlstand und gesellschaftlichen Frieden. Solidarität heißt: Wer Hilfe braucht, der bekommt sie. Aber Solidarität heißt auch: Rücksicht nehmen auf die, die die Hilfe finanzieren und damit garantieren.

Mit der Gesundheitsreform haben wir die gesetzliche Krankenversicherung zukunftsfähig gemacht. Jetzt gilt es, die langfristige Finanzierung unseres Gesundheitswesens zu sichern.

Der medizinische Fortschritt und der veränderte Altersaufbau der Gesellschaft erfordern nicht weniger, sondern mehr Solidarität, aus der sich niemand ab einer bestimmten Einkommensgrenze verabschieden darf.

- **Wir werden die Krankenversicherung zu einer Bürgerversicherung weiterentwickeln, in der gesetzliche und private Krankenversicherung nebeneinander Bestand haben.**

Dabei gilt:

- **Jeder muss versichert sein. Auch Gutverdienende, Beamte, Selbständige und Politiker werden in die solidarische Krankenversicherung einbezogen.**
- **Jede Kasse muss jeden und jede ohne Ansehen des Risikos versichern. Niemand wird ausgegrenzt. Auch kranke und behinderte Menschen können wählen. Es bleibt beim heutigen gesetzlichen Leistungskatalog.**
- **Jeder zahlt entsprechend seiner Leistungsfähigkeit. Die Beiträge zur Bürgerversicherung richten sich wie bisher nach dem Einkommen – bei Löhnen, Gehältern und Renten. Die Beitragsbemessungsgrenze bleibt bestehen. Zukünftig werden auch Kapitalerträge zur Finanzierung herangezogen. Freibeträge schonen Durchschnittersparnisse. Mieten und Pachten bleiben beitragsfrei.**
- **Die beitragsfreie Familienversicherung bleibt erhalten. In der Bürgerversicherung sind im bisherigen Umfang Familienmitglieder ohne Einkommen mitversichert.**

- **Das Nebeneinander von gesetzlichen und privaten Krankenversicherungen wird in einen Wettbewerb um die beste Versorgung umgewandelt.**

Die Bürgerversicherung macht unser Gesundheitssystem gerechter. Sie ist eine Entscheidung für die Stärkung des Zusammenhalts in der Gesellschaft. Gesunde sorgen für Kranke, Junge für Alte, Alleinstehende für Familien, Gutverdienende für die, die weniger haben.

Mit der Einrichtung der Stelle des Patientenbeauftragten haben wir das Gewicht von Patientinnen und Patienten im politischen Entscheidungsprozess erhöht und deren Rechte gestärkt. Diesen Weg werden wir weiter fortsetzen.

21. Wir wollen gerechte Steuern

Wir haben seit 1998 mit unserem historisch einmaligen Steuersenkungsprogramm für mehr Gerechtigkeit gesorgt. Hiervon haben insbesondere private Haushalte mit geringen bis mittleren Einkommen sowie Familien profitiert. Die untersten 20 % der Einkommen sind von der Steuer befreit. Eingangs- und Spitzensteuersatz bei der Einkommensteuer sind historisch niedrig. Weitere Steuersatzsenkungen sind daher weder erforderlich noch finanzierbar. Richtschnur für weitere Reformschritte in der Steuerpolitik ist die Aufkommensneutralität und Gerechtigkeit.

- **Wir wollen an dem bewährten Einkommensteuersystem festhalten: Es gilt der Grundsatz der Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit. Weder der Stufentarif von CDU/CSU noch die einheitliche Kopfsteuer (flat tax) der FDP entsprechen dem Grundsatz eines sozial gerechten Steuersystems. Beides wollen wir nicht.**
- **Durch eine rechtsform- und finanzierungsneutrale Unternehmenssteuer sollen die Betriebe künftig einheitlich besteuert werden.**

- Die Gewerbesteuer als wichtige Haupteinnahmequelle der Kommunen ist auf unsere Initiative hin zu einer verlässlichen und stetigen Finanzierungsquelle geworden. Wir wollen die Gewerbesteuer als kommunale Steuer erhalten.
- Wir wollen, dass hohe Individualeinkommen – ab einem Jahreseinkommen von 250.000 Euro (Ledige) bzw. 500.000 Euro (Verheiratete) – stärker zur Finanzierung von notwendigen staatlichen Aufgaben – vor allem für Bildung und Forschung – herangezogen werden und dafür eine 3 % erhöhte Einkommensteuer bezahlen. Betriebe werden davon nicht betroffen, weil die betriebliche Sphäre durch die Unternehmensteuerreform von der privaten getrennt wird.
- Die private Erbschaftssteuer und das hiermit zusammenhängende Bewertungssystem werden wir sozial gerecht und verfassungsfest umgestalten. Das gilt insbesondere für große Erbschaften.
- Wir streben eine effektivere Anwendung des Steuerrechts durch Vereinfachung an. Steuerliche Subventionstatbestände müssen weiter abgebaut werden. Wir werden auch die Bekämpfung der Steuerhinterziehung fortführen. Im Ergebnis werden wir damit noch mehr Steuergerechtigkeit verwirklichen.
- Wir unterstützen Bemühungen, praktikable Formen einfacher Steuererklärungen zu ermöglichen. Nordrhein-Westfalen hat dafür gute Beispiele entwickelt.
- An der Steuerfreiheit von Sonn-, Feiertags- und Nachtarbeitszuschlägen halten wir fest.
- Und wir wollen den zum Teil ruinösen europäischen Standortwettbewerb über Steuern begrenzen, der die finanzielle Leistungsfähigkeit der öffentlichen Haushalte gefährdet. Deswegen streben wir eine Harmonisierung der Bemessungsgrundlagen und Mindeststeuersätze für Unternehmensgewinne auf Ebene der EU an.

22. Solide Finanzen

Die nachhaltige Konsolidierung der öffentlichen Haushalte bleibt eine der zentralen Aufgaben der nächsten Wahlperiode. Wir brauchen einen handlungsfähigen Staat mit entsprechender Finanzausstattung, um die notwendigen Aufgaben für die Bürgerinnen und Bürger und die Unternehmen erfüllen zu können. Auf der Ausgabenseite haben wir einen konsequenten Konsolidierungskurs verfolgt. Die Staatsquote ist mit 46,9 % auf den niedrigsten Stand seit der Wiedervereinigung gesunken.

Wir haben mittlerweile aber auch eine der niedrigsten Steuerquoten in der gesamten Europäischen Union, weil CDU/CSU und FDP im Bundesrat den Abbau von Steuervergünstigungen seit 3 Jahren blockieren und sich einer verantwortungsvollen Finanzpolitik verweigern. Deshalb ist die Haushaltslage bei Bund und Ländern jetzt dramatisch: Privatisierungen müssen in großem Umfang zur Finanzierung laufender Ausgaben eingesetzt werden, mehr als die Hälfte der Bundesländer hat verfassungswidrige Haushalte: Das ist die Folge des unverantwortlichen Verhaltens von CDU/CSU und FDP im Bundesrat.

Die Steuerquote muss angesichts der notwendigen Zukunftsinvestitionen und der absehbaren demographischen Entwicklung wieder auf ein vernünftiges Maß ansteigen. Der konsequente steuerliche Subventionsabbau ist deshalb unabdingbar, um die Einnahmeseite des Staates zu sichern. Wir müssen die Verschuldung und die Zinslasten der öffentlichen Haushalte in Deutschland bremsen und nachhaltig zurückführen. Das geht nicht schnell und es erfordert das konstruktive Zusammenwirken von Bund und Ländern:

- **Wir werden einen neuen Anlauf zum Abbau von Steuervergünstigungen unternehmen.**
- **Eine Anhebung der Mehrwertsteuer würde angesichts der derzeit schwachen Binnennachfrage in die falsche Richtung weisen und die sich abzeichnende wirtschaftliche Erholung gefährden.**

Die Neuverschuldung des Bundes ist in den vergangenen Jahren mit durchschnittlich 21 Mrd. Euro/Jahr deutlich geringer gestiegen als in der Zeit der Kohl-Regierung mit über 35 Mrd. Euro/Jahr. Aber wir geben uns damit nicht zufrieden und halten fest am Kurs sparsamen Haushaltens.

- **Die Konsolidierung der Staatsfinanzen muss konjunkturgerecht umgesetzt werden und darf nicht das Wachstum gefährden. Wir werden bei einem noch nicht gesicherten kräftigen Aufschwung auch weiterhin keine zusätzlichen Sparrunden durchführen.**
- **Nicht zuletzt deshalb haben wir den Stabilitäts- und Wachstumspakt im Hinblick auf seine konjunktur- und wachstums-gerechte Anwendung modernisiert. Ziel des Paktes bleibt es, einen ausgeglichenen Haushalt möglichst schnell zu erreichen. Hierdurch wird das Wirkenlassen der automatischen Stabilisatoren in konjunkturellen Schwächephasen ermöglicht, ohne dass es direkt zu einer Überschreitung des zulässigen 3 %-Defizit-Zieles kommt.**

Wir wollen eine gerechte internationale Finanzarchitektur schaffen.

- **Wir werden deshalb den Kampf gegen Steuerhinterziehung international vorantreiben.**
- **Wir werden für Transparenz und Regulierung der Offshore-Finanzzentren sorgen.**
- **Um Fehlentwicklungen vorzubeugen, werden wir uns deshalb auf europäischer und internationaler Ebene für einheitliche Mindeststandards bei Hedge-Fonds einsetzen.**
- **Des weiteren wollen wir die Transparenz der Eigentümerstrukturen von börsennotierten Unternehmen verbessern.**
- **Wir werden daher zusätzliche Meldeschwellen beim Erwerb wesentlicher Beteiligungen einführen.**

23. Wir wollen ein bürgernahes, soziales und starkes Europa

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind für ein bürgernahes, soziales und starkes Europa.

Freiheit und Gerechtigkeit, Solidarität und Gleichstellung von Frauen und Männern, das soll in ganz Europa gelten.

Bundeskanzler Gerhard Schröder hat diese Idee von Europa zur klaren Richtschnur deutscher Europapolitik gemacht. Diesen Weg unterstützen wir nachdrücklich.

- **Wir wollen eine Europäische Union, die entscheidungsfähig und zugleich politisch führbar ist, deren Zuständigkeiten klar beschrieben und so auch begrenzt sind. Und deren demokratischer Charakter gestärkt ist. Der Europäische Verfassungsvertrag ermöglicht dies. Die Vereinbarung einer gemeinsamen, in Menschenrechten gründenden, demokratisch legitimierten Grundlage für die zukünftige Arbeit in Europa bleibt aktuell und für uns ein Ziel.**
- **Grundlage hierfür ist eine erfolgreiche Strategie für mehr Wachstum und Beschäftigung, an deren Umsetzung sich Deutschland aktiv beteiligen wird.**
- **Wir wollen das europäische Gesellschafts- und Sozialmodell erhalten und festigen. Es geht um die Teilhabe des Einzelnen am Haben und Sagen in einer Gesellschaft und am gemeinsam erarbeiteten Wohlstand. Und es geht um die gestaltende Rolle des Sozialstaates und den freien Zugang zu öffentlichen Gütern. Grundlage hierfür ist eine erfolgreiche Strategie für mehr Wachstum, Beschäftigung und sozialen Zusammenhalt. Notwendig sind abgestimmte wirtschafts- und beschäftigungspolitische Initiativen, insbesondere in der Eurozone.**
- **Wir wollen ein Europa, auf das man sich verlassen kann. Die EU-Erweiterungspolitik war im Kern immer Friedenspolitik. Europa wird nur dann eine Region des Friedens und der Stabilität bleiben, wenn alle Verträge und Zusagen in Sachen**

Erweiterung eingehalten werden. Wer unsere Partner in Europa verunsichert und Verträge in Frage stellt, denen die 25 Mitgliedstaaten einstimmig zugestimmt haben, stellt ein Friedensrisiko für Europa dar. Einem Wortbruch gegenüber Bulgarien und Rumänien, deren Beitrittsverträge sich bereits im Ratifizierungsprozess befinden, und gegenüber der Türkei, mit der nach Erfüllung der Vorraussetzungen am 3. Oktober 2005 die langjährigen Beitrittsverhandlungen beginnen sollen, treten wir entschieden entgegen.

- Europa muss seine Handlungsfähigkeit in Sachen Frieden und Sicherheit weiter ausbauen. Für uns ist die gemeinsame europäische Strategie „Ein sicheres Europa in einer besseren Welt“ mit ihrer Verpflichtung zur Konfliktprävention und zum Einsatz für eine gerechtere Weltordnung als Friedensvoraussetzung eine verbindliche Richtschnur bei allen internationalen Aktivitäten der Europäischen Union.

24. Wir wollen ein selbstbewusstes und friedliches Deutschland, das seine globale Verantwortung wahrnimmt

Deutschland ist ein hoch respektierter Partner in der internationalen Politik und bei der gerechten Gestaltung der Globalisierung. Unser Rat und unsere Hilfe werden gesucht. Bundeskanzler Gerhard Schröder hat das Ansehen und das Gewicht Deutschlands in der Welt gemehrt.

- Wir verfolgen eine Politik des Friedens, der gerechten Weltordnung und der rechtzeitigen Konfliktvermeidung. Unser Land sehen wir als starke Friedensmacht in Europa, das weltweit Verantwortung übernimmt.
- Wir haben gelernt, dass Sicherheit nicht allein aus militärischer Stärke erwächst. Wir werden unsere Fähigkeiten zur vorausschauenden Friedenspolitik, zur Konfliktprävention, Krisenbewältigung und Friedenskonsolidierung weiter ausbauen. Dazu gehören auch die Ausweitung des Zivilen Friedensdiens-

tes und die weitere Förderung der Friedens- und Konfliktforschung in Deutschland. Unsere Sicherheitspolitik umfasst auch diplomatische Vermittlung, die Stärkung rechtsstaatlicher Prinzipien sowie ökologische, soziale und entwicklungspolitische Ansätze. Wir fördern das wechselseitige Verständnis zwischen den Kulturen sowie ihr Miteinander und treten den Fürsprechern eines „Kampfs der Kulturen“ entschieden entgegen.

- Wir unterstützen das Prinzip des Multilateralismus. Wir kämpfen für die Geltung des Völkerrechts und wollen handlungsfähige Weltorganisationen. Deshalb wollen wir die Vereinten Nationen als die wichtigste Weltorganisation durch Reformen stärker machen. Deutschland ist bereit, international noch mehr Verantwortung zu übernehmen, auch im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen.
- Wir übernehmen, Seite an Seite mit unseren Partnern in der NATO und in der Europäischen Union, militärische Verantwortung dort, wo das zur Sicherung des Friedens und zum Schutz der Menschen unumgänglich ist. Und wir sagen dort Nein, wo wir nicht vom Einsatz militärischer Mittel überzeugt sind. Auch das ist Ausdruck und Folge außenpolitischen Selbstbewusstseins.
- Den erfolgreich eingeleiteten Transformationsprozess der Bundeswehr mit der konsequenten Ausrichtung an den Aufgaben der internationalen Krisenbewältigung werden wir fortsetzen. Die Leistungen der Bundeswehr, deren Personalumfang bei gleichzeitiger Steigerung der Investitionen in ihre Modernisierung reduziert wurde, finden weltweite Anerkennung. Wir bleiben bei dem bewährten Prinzip der klaren Trennung zwischen den Aufgaben der Streitkräfte und der Polizei für die äußere und für die innere Sicherheit.
- Eine besondere und zunehmende Gefahr für Frieden und Stabilität erwächst aus der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen. Wir wollen die Instrumente zur Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung weiter stärken.

- Für uns ist Entwicklungszusammenarbeit ein unverzichtbarer Teil unserer Friedens- und Sicherheitspolitik. Die deutsche Stimme in der internationalen Entwicklungspolitik hat deutlich an Einfluss und Gewicht gewonnen. Damit dies erfolgreich fortgesetzt werden kann, brauchen wir weiterhin ein eigenständiges Ministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.
- Wir bekennen uns zu unserer Verantwortung in der einen Welt und zur Umsetzung der Millenniumsziele. Wir werden unseren Beitrag für die Entwicklungszusammenarbeit von 2006 bis 2010 auf 0,51 % und bis 2015 auf 0,7 % des Bruttosozialprodukts erhöhen. Zur Finanzierung gehören: wachsende Haushaltsmittel, die Fortsetzung der Entschuldung der ärmsten Entwicklungsländer und innovative Finanzierungsinstrumente.
- Wir werden in den kommenden Jahren die Entschuldung der ärmsten Entwicklungsländer weiter vorantreiben und uns im Rahmen der Welthandelsorganisation für gerechte Welthandelsbeziehungen einsetzen, einschließlich der Beendigung der Agrarexportsubventionen.
- Wir wollen das Bündnis mit den Nichtregierungsorganisationen und Kirchen zur positiven Gestaltung der Globalisierung weiterentwickeln.
- Wir bringen die weltweite Energiepartnerschaft für nachhaltige Entwicklung im Sinne der „Renewables-Konferenz“ von Bonn 2004 mit Erneuerbaren Energien voran. Dies mindert auch die weltweite Abhängigkeit vom Öl.
- Der weltweite Einsatz für Menschenrechte ist zentraler Bestandteil unserer Politik. Menschenrechtspolitik ist fundamentale Friedens- und Stabilitätspolitik, da sie die Schaffung von Stabilität und Wohlstand befördert und Krisen und Kriege vermeiden hilft. Damit dient sie zugleich den eigenen Interessen unseres Landes.

WIR SIND SICHER:

**Unser Ziel ist richtig –
Soziale Demokratie:
Arbeit, Sicherheit, Menschlichkeit.**

**Und wir sind auf dem richtigen Weg –
wir erneuern Deutschland Schritt für Schritt
und wir halten das Land zusammen.**

Sozialer Fortschritt ist möglich.

WIR WISSEN:

**Gerhard Schröder
ist der richtige Bundeskanzler
für diese schwierige Aufgabe.**

Wir haben Vertrauen in Deutschland.

Weitere Informationen erhalten Sie über den Bürgerservice des SPD Parteivorstandes im Willy-Brandt-Haus, Wilhelmstraße 141, 10963 Berlin, Tel.: 030/25991-500, Fax: 030/25991-375, E-Mail: Parteivorstand@spd.de

Sozial und Demokratisch.

Anpacken. Für Deutschland.

Das Regierungsprogramm der SPD



SPD

Inhalt

I. Ein neues Jahrzehnt 5

1. Zeit für Entscheidungen 5
2. Eigentum verpflichtet: Die Soziale Marktwirtschaft 7
3. Deutschland ist stark 11
4. Unsere Ziele 12

II. Unsere Politik 15

1. Wohlstand erhalten und sichern 15
2. Deutschland als Pionier für nachhaltige Energiepolitik und Mobilität 24
3. Gute Arbeit sichern 30
4. Bildung ist Menschenrecht 39
5. Handlungsfähiger Staat – solidarisch finanziert 45
6. Sozialstaat – Fortschritt und Zukunft 49
7. Familien stärken – Gleiche Chancen für jedes Kind ermöglichen 55
8. Die soziale Gesellschaft im Wandel 59
9. Die Soziale Einheit vollenden 67
10. Sicher leben in Deutschland 68
11. Ein verantwortungsvoller Umgang mit Umwelt und Natur 73
12. Kultur und Medien 76
13. Mehr Demokratie wagen 79
14. Für eine globale Verantwortungsgemeinschaft 81
15. Ein starkes und soziales Europa 85
16. Weltweit für Frieden und Abrüstung 89

III. Eine solidarische Mehrheit für Deutschland 93

I. Ein neues Jahrzehnt

1. Zeit für Entscheidungen

Am 27. September 2009 entscheidet sich, wer Deutschland in den nächsten vier Jahren regiert. Wem die Menschen sich anvertrauen. Wem sie zutrauen, dass er unser Land sicher durch die Krise führt. Dass er für Arbeitsplätze kämpft und die Wachstumskräfte stärkt. Dass er über einen klaren Kompass verfügt, in unruhigen Zeiten Kurs hält und Sicherheit gibt.

Aber es entscheidet sich noch viel mehr. Es entscheidet sich, wie es nach der Krise in unserem Land weitergeht. Ob daraus ein Aufbruch zu mehr Demokratie und neuer Gemeinsamkeit wird. Ob Verantwortungsgefühl und Vernunft wieder die Oberhand gewinnen. Ob wir die richtigen Lehren aus der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise ziehen und den Kräften des Marktes Regeln und Grenzen setzen. Ob wir ein nachhaltiges Deutschland schaffen, das ein Gleichgewicht zwischen wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Zielen herstellt. Es entscheidet sich, ob wir eine solidarische Gesellschaft sein wollen, in der die Starken größere Lasten tragen und die Schwachen wirkliche Chancen bekommen, stark zu werden. Und ob die vielen Menschen, die zu uns gekommen sind, mit ihren Kindern in unserem Land eine gute Heimat finden.

Viele sagen: „Diese Krise war ein Betriebsunfall. Lasst ihn uns beheben, dann geht es weiter wie bisher.“ Diese Auffassung ist falsch! Denn diese Krise ist mehr als ein normaler Konjunktureinbruch. Sie ist das Ergebnis einer Ideologie, bei der maximaler Profit und nicht der Mensch im Mittelpunkt steht. Und deshalb muss unsere Antwort mehr als ein Konjunkturprogramm sein. Wir stellen fest: Das marktradikale Zeitalter ist gescheitert. Wir befinden uns in einer Zeitenwende. Die Beantwortung der Verteilungsfragen im sozialdemokratischen Sinne stärkt unsere Demokratie und unsere Soziale Marktwirtschaft. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen Soziale Demokratie. Und das heißt auch: Sozialstaat und Soziale Marktwirtschaft in Deutschland, in Europa und weltweit.

Die Wirtschaft ist für die Menschen da und nicht umgekehrt.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten laden alle Menschen ein, mit uns gemeinsam den Weg der Erneuerung zu gehen.

Denn darum geht es: Kraftvolle Erneuerung für unser Land!

Unser Regierungsprogramm ist ein Angebot an die gesamte Gesellschaft. Es richtet sich an alle, die unser Land besser, gerechter und menschlicher machen wollen. An alle, die sich den Grundsätzen der Fairness und der Solidarität verpflichtet fühlen.

Allen Bürgerinnen und Bürgern sagen wir:

Wir wissen, wie hart ihr für euch und eure Familien arbeitet. Wir machen euch ein faires Angebot: Mehr Unterstützung für Familien und für bessere Kindergärten und Schulen, ein einfacheres Steuersystem. Wir wollen, dass sich Ältere im öffentlichen und politischen Leben ohne Einschränkung beteiligen und ihre Lebenserfahrung einbringen können.

Wir wissen, dass manche Hilfe brauchen. Wir lassen niemanden allein. Wir wollen, dass alle Menschen ein selbstbestimmtes Leben führen können, einen gerecht bezahlten Arbeitsplatz haben und Aufstieg durch Bildung möglich ist.

Wir wissen, dass es viele langfristig denkende Unternehmer und Manager gibt, für die Leistung und Verantwortung zusammengehören. Wir wollen mit ihnen dafür sorgen, dass die Wirtschaft dem Menschen dient. Helft mit, dass unser Bildungssystem besser wird. Und lasst uns gemeinsam die Wirtschaft erneuern und zukunftsfähige Arbeitsplätze schaffen.

Uns eröffnet sich eine historische Chance, wie sie sich vielleicht nur einmal in einer Generation ergibt. Wir können die Idee der Sozialen Marktwirtschaft neu begründen. Und diese Chance wollen wir nutzen. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben in den letzten zehn Jahren in der Regierung gezeigt, dass wir den Mut zur Verantwortung haben. Wir sind schwierigen Entscheidungen nicht ausgewichen. Wir haben seit 1998 die Fenster mutig aufgestoßen und das Land positiv verändert:

- Deutschland hat sich als Friedensmacht in Europa und der Welt bewährt.
- Deutschland ist moderner und weltoffener geworden – der Mief der Kohl-Jahre ist überwunden.
- Deutschland ist internationaler Vorreiter bei der Bekämpfung des Klimawandels und hat sich für den Ausstieg aus der Atomenergie entschieden.
- Deutschland hat seine sozialen Sicherungssysteme durch mutige Reformen zukunftsfähig gemacht.

Wir haben in dieser Zeit nicht alles richtig gemacht und manches noch nicht erreicht. Aber unser Kompass ist intakt, die Richtung stimmt. Jetzt nehmen wir einen neuen Anlauf.

Jubiläumsjahr 2009: Erinnern und der Blick nach vorn

In diesem Jahr erinnern wir uns und wir schauen nach vorne. Vor zwanzig Jahren haben mutige Frauen und Männer im Osten Deutschlands durch ihren friedlichen Widerstand die Einheit unseres Landes möglich gemacht. Viel ist in den vergangenen Jahren erreicht worden, viel ist noch zu tun. Wir wollen die soziale Einheit vollenden und die Schritte entschlossen gehen.

Vor 60 Jahren wurde nach dem furchtbaren Terror der Nazis und dem Krieg, der von Deutschland ausging und der Europa verwüstete, auch unser Land neu aufgebaut. Mit dem Grundgesetz haben wir eine demokratische Verfassung, die ein lebendiges, forderndes und humanes Fundament unseres Zusammenlebens ist. Das Grundgesetz bestimmt die Prinzipien unseres Zusammenlebens. Dahinter darf niemand zurück. Klarer und besser geht es nicht:

- Die Würde des Menschen ist unantastbar.
- Die Freiheit der Person ist unverletzlich.
- Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.
- Männer und Frauen sind gleichberechtigt.
- Jeder hat das Recht, seine Meinung frei zu äußern.
- Eigentum verpflichtet.
- Wir sind ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.

Wir wollen ein Land und eine Gesellschaft, die nach den Regeln des Grundgesetzes leben und die diesen Regeln Achtung verschaffen, wo es sich als nötig erweist.

2. Eigentum verpflichtet: Die Soziale Marktwirtschaft

Wir stehen vor gewaltigen Aufgaben. Das unverantwortliche und zum Teil skrupellose Handeln an den internationalen Finanzmärkten hat die Welt in eine schwere wirtschaftliche Krise gestoßen. Deutschland als eines der wichtigsten Industrieländer bleibt davon nicht verschont.

Millionen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern auf der ganzen Welt und unzählige Unternehmen müssen jetzt ausbaden, was andere bei ihrer bedenkenlosen Renditejagd hinterlassen haben. Die Aufgabe der Politik ist es, die Folgen zu bewältigen und eine Wiederholung dieser Krise auszuschließen.

Sicherheit und Gerechtigkeit: Handeln in der Krise

Mit dem Rettungsschirm für den Finanzmarkt haben wir die Kreditversorgung der deutschen Wirtschaft gesichert und den Kollaps verhindert. Frank-Walter Steinmeier hat gleichzeitig die Initiative für einen Schutzschirm für die Arbeitsplätze ergriffen.

- **Sicherheit schaffen.** Die Bundesregierung hat auf unsere Initiative hin die privaten Spareinlagen garantiert. Niemand muss sich Sorgen um seine Sparguthaben machen.
- **Impulse setzen.** Mit den beiden Konjunkturprogrammen in Höhe von mehr als 80 Milliarden Euro geben wir kräftige Impulse für das Wachstum, die vor allem in den Kommunen ankommen und Jobs bei kleinen und mittleren Unternehmen sichern.
- **Arbeit sichern.** Wir kämpfen um jeden Arbeitsplatz. Die Verlängerung des Kurzarbeitergeldes hat hunderttausende Arbeitsplätze in Deutschland gesichert. Wir fördern die Qualifizierung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Qualifizieren statt entlassen – das ist unser Prinzip. Wir werden die Angebote für Weiterbildung massiv ausbauen. Qualifizierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben eine bessere Zukunft.
- **Arbeitslose unterstützen.** Wir kümmern uns um diejenigen, die ihren Arbeitsplatz verlieren. Wir wollen, dass sie so schnell wie möglich wieder in Arbeit kommen. Wir brauchen deshalb mehr Vermittler bei den Arbeitsagenturen und Jobcentern – und bessere Vermittlung. Qualifizierungsmöglichkeiten für Arbeitsuchende müssen zügig und zielgenau eingesetzt werden. Wo in Unternehmen trotz aller Anstrengungen der Arbeitsplatzabbau nicht verhindert werden kann, helfen Transfergesellschaften. Sie sind der sozialpartnerschaftliche Weg, damit Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sich auf dem Arbeitsmarkt neu orientieren können. Deshalb werden wir sicherstellen, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Transfergesellschaften eine intensive Unterstützung und Qualifizierung erhalten. Ihnen müssen alle Förderinstrumente der Arbeitsmarktpolitik offen stehen.
- **Lasten gerecht verteilen.** Die Lasten der Krise dürfen nicht einseitig den Bürgerinnen und Bürgern aufgebürdet werden. Wir brauchen einen solidarischen Lastenausgleich, der die für die Krise Verantwortlichen und die Vermögenden an der finanziellen Bewältigung der Lasten beteiligt.
- **Neue Regeln durchsetzen.** Die Finanzmärkte brauchen neue Regeln. Die Gier muss gestoppt werden. Wir haben im nationalen Rahmen erste Regeln durchgesetzt und erreichen nun auch – nach vielen Jahren der Anstrengungen sozialdemokratischer Finanzminister – Fortschritte im internationalen Rahmen. Aber es wird noch ein langer Weg sein, bis das Primat der Politik durchgesetzt ist.

Jetzt bewährt sich, dass wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten immer auch auf die industrielle Basis Deutschlands gesetzt und anders als Teile der Union und der FDP den Charakter Deutschlands als Industrieland nie in Frage gestellt haben.

Jetzt bewährt sich, dass wir auf Innovation und die konsequente Modernisierung unserer Volkswirtschaft gesetzt haben.

Jetzt bewährt sich, dass wir den deutschen Arbeitsmarkt durch Reformen krisenfechter gemacht haben.

Aber: Politik darf nicht nur reparieren, Politik muss vorausschauend handeln, Ursachen der Krisen erkennen und beseitigen. Der Marktradikalismus ist weltweit gescheitert und damit auch die Politik maßgeblicher Teile von Union und FDP.

Neustart der Sozialen Marktwirtschaft

Die Jagd nach immer höheren Renditen, die Kurzfristorientierung in Teilen der Wirtschaft, die Maßlosigkeit bei der persönlichen Vergütung ist lange Jahre für normal erklärt worden. Der Gier sollten keine Grenzen gesetzt werden. Der Marktradikalismus hat dieses Unwesen zur Grundbedingung des Wirtschaftens erklärt. Jeder Versuch, Regeln, Transparenz und Kontrolle durchzusetzen, wurde als falsche Einmischung in das freie Spiel der Kräfte denunziert.

Wir setzen auf den handlungsfähigen demokratischen Staat, der klare Regeln für die Soziale Marktwirtschaft setzt.

Ein **Neustart der Sozialen Marktwirtschaft** muss eine Antwort auf den entfesselten Kapitalismus des 21. Jahrhunderts sein. Soziale Marktwirtschaft bedeutet für uns mehr als Ordnungspolitik. Einem wirklichen Neustart legen wir **zehn Grundprinzipien** zugrunde:

1. **Märkte müssen in eine starke und solidarische Gesellschaft eingebettet sein.** Unsere Wirtschaft braucht eine Gesellschaft der gleichen Rechte und gleichen Chancen. Das produktive Zusammenspiel von Staat, Markt und Gesellschaft unter Einbeziehung von Arbeitgebern, Arbeitnehmern und Gewerkschaften ist Grundlage der Sozialen Marktwirtschaft. Heute zeigt sich, dass die **Mitbestimmung in Betrieben und Unternehmen** ein unverzichtbarer stabiler Erfolgsfaktor ist.
2. Ein **handlungsfähiger Staat**, der den Bürgern Sicherheit bietet und eine starke öffentliche Daseinsvorsorge garantiert. Es ist originäre Aufgabe des Staates, über eine gute Bildung die Grundlage für individuelle Chancen und gesell-

schaftlichen Wohlstand zu schaffen. Ein leistungsfähiger Öffentlicher Dienst ist die Voraussetzung für eine verlässliche öffentliche Infrastruktur und die öffentliche Daseinsvorsorge. Dafür braucht der Staat verlässliche Einnahmen und konsolidierte Finanzen.

3. Die faire Teilhabe der Arbeitnehmer am gesellschaftlichen Wohlstand und eine **gerechte Verteilung von Einkommen und Vermögen** – aus sozialen und aus volkswirtschaftlichen Gründen.
4. **Das Prinzip „Investition statt Spekulation“**. Artikel 14 unseres Grundgesetzes besagt: „Eigentum verpflichtet“. Darum sind Regeln erforderlich, die darauf hinwirken, dass Kapital „produktiv“ verwendet wird und den Interessen des Gemeinwohls dient. Der Staat hat durch eine strategische und ökologische Industriepolitik Möglichkeiten, Anreize dafür zu schaffen, dass Kapital in zukunftsfähige, ökologisch verträgliche Wachstumsfelder fließt.
5. **Öffentliche Zukunftsinvestitionen** spielen eine zentrale Rolle, wenn es darum geht, wirtschaftliche und gesellschaftliche Innovationskraft mit sozialer Gerechtigkeit zu verbinden.
6. Deutschland ist eine starke Exportnation und soll es bleiben. Doch ebenso wichtig ist die Kaufkraft im Inneren. Wir brauchen eine **Balance zwischen Exportstärke und Binnenmarkt**.
7. Eine **Kultur der Langfristigkeit und Nachhaltigkeit**. Die Soziale Marktwirtschaft steht einer dynamischen Wirtschaft und freiem Unternehmertum nicht entgegen. Doch eine ihrer wesentlichen Aufgaben besteht darin, Rahmenbedingungen und Anreize für die Marktteilnehmer so zu setzen, dass wirtschaftlich, sozial und ökologisch nachhaltiges Verhalten sich mehr auszahlt als nicht nachhaltiges Verhalten.
8. Ein **fairer Wettbewerb** um bessere Ideen und Produkte. Wo mithilfe von niedrigen Löhnen und schlechteren Arbeitsbedingungen konkurriert wird, verlieren am Ende alle. Wir brauchen eine neue Phase der Kooperation statt nur der Konkurrenz.
9. Die **Garantie sozialer Bürgerrechte** durch solidarische Sozialversicherungen, ein gebührenfreies Bildungssystem und einen Mindestlohn für Arbeit.
10. Diesen Grundprinzipien der Sozialen Marktwirtschaft wollen wir auch auf **europäischer und internationaler Ebene** Geltung verschaffen.

Manches davon wurde in der jüngeren Vergangenheit infrage gestellt. Doch „Zeitenwende“ bedeutet: Es geht heute um nicht mehr und nicht weniger als einen Neustart für die Soziale Marktwirtschaft – in Deutschland, in Europa und international.

Ein solcher Neustart setzt voraus, eine oft marktradikal verengte Sichtweise auf die Wirtschaft zu überwinden. Dies ist nicht nur Aufgabe der Politik. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen mit Gewerkschaften und Arbeitgebern, mit Wissenschaft und Verbänden eine gesellschaftliche Debatte darüber führen, wie wir uns eine Soziale Marktwirtschaft des 21. Jahrhunderts vorstellen. Hierzu gehört auch, dass sich die wirtschaftswissenschaftliche Politikberatung praxisorientierter, pragmatischer und internationaler ausrichtet.

3. Deutschland ist stark.

Unser Land ist stark.

Wir sind stark auch im Wandel. Wir haben in den vergangenen Jahrzehnten schwierige Herausforderungen gemeistert und unser Land gemeinsam immer wieder auf die Höhe der Zeit gebracht.

Wir sind dazu in der Lage, weil wir mit dem Sozialstaat Sicherheit geben und Solidarität im Land organisieren. Weil wir dem Markt sittliche Ziele und faire Regeln geben. Und weil wir eine lebendige und aktive soziale Gesellschaft sind, in der sich viele Menschen engagieren und mit anpacken.

Angesichts der historischen Tiefe und Schwere der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise werden wir im Herbst anhand der dann gültigen Wirtschaftsdaten prüfen müssen, welche unserer vorgeschlagenen Maßnahmen sofort realisiert werden können und welche erst im Laufe der Legislaturperiode.

Fortschritt ist unser Ziel. Fortschritt, um Wohlstand auf hohem Niveau für alle zu erreichen und dauerhaft zu sichern. Sozial gerecht, fair verteilt, nachhaltig und ökologisch verantwortlich.

Deutschland braucht neue Gemeinsamkeit. Wir tragen mit unserer Politik dazu bei. Gemeinsamkeit ist eine zentrale Triebkraft für den sozialen Fortschritt in unserem Land. Das gelingt, wenn alle ihren Beitrag leisten und die Regeln für alle gelten. Niemand darf sich aus der Verantwortung stellen.

Unser Deutschland soll ein Land sein, in dem Fairness gilt.

4. Unsere Ziele

Frank-Walter Steinmeier: Ein sozialdemokratischer Bundeskanzler.

Frank-Walter Steinmeier soll Kanzler der Bundesrepublik Deutschland sein. Der vierte sozialdemokratische in unserer Geschichte. Drei sozialdemokratische Bundeskanzler vor ihm haben die Republik mitgeprägt und in schwierigen Zeiten Verantwortung übernommen und Mut bewiesen. Sie haben dem Land gut gedient und es vorangebracht.

Willy Brandt hat mit der Ostpolitik die Grundlage gelegt für die Überwindung der Blockkonfrontation. Er hat mehr Demokratie gewagt.

Helmut Schmidt hat unser Land mit klarem Kurs durch schwierige Zeiten gesteuert und das Ökonomische und das Soziale sinnvoll verknüpft.

Gerhard Schröder hat unser Land vor dem Irakkrieg bewahrt, den Ausstieg aus der Atomenergie und die Energiewende eingeleitet und Deutschland mit einer entschlossenen Reformpolitik auf einen guten Weg geführt.

Wir brauchen in den kommenden Jahren wieder einen sozialdemokratischen Kanzler.

Einen Kanzler, der mit klaren Überzeugungen führt und nicht nur moderiert.

Einen Kanzler, der Mut zum Entscheiden hat.

Wohlstand für alle – auf hohem Niveau – dauerhaft

- Wir werden es schaffen, wenn wir die Leistungsfähigkeit unseres Landes garantieren und Gute Arbeit für alle zum zentralen politischen Ziel machen. Die Potenziale sind vorhanden. In den Unternehmen und bei den Fachkräften.
- Wir werden es schaffen, wenn das kommende Jahrzehnt das Jahrzehnt der Investitionen in Bildung und Forschung wird.
- Wir werden es schaffen, wenn unsere Politik sich an dem Leitgedanken der Nachhaltigkeit orientiert. Wir sind mitverantwortlich auch für die kommenden Generationen.

Arbeit, Bildung und Nachhaltigkeit: das sind die Triebfedern des Fortschritts in der kommenden Zeit.

Wir sind ein demokratischer und sozialer Rechtsstaat und wollen es bleiben.

Dafür ist der handlungsfähige Sozialstaat unverzichtbar. Er ist zukunftsfähig und überlegen gegenüber anderen Modellen, die Absicherung im Alter, bei Krankheit oder Pflegebedürftigkeit privatisieren wollen.

Die Soziale Marktwirtschaft ist unser Weg. Auf Wohlstand ausgerichtet, dem Sozialen verpflichtet, unverzichtbar, nicht nur in unserem Land, sondern auch in Europa und weltweit.

Die Sozialpartnerschaft ist die gemeinsame Verantwortung von Unternehmen und Gewerkschaften. Sie trägt entscheidend zum sozialen und inneren Frieden in Deutschland bei.

Die soziale Gesellschaft ist das Feld, in dem Bürgerinnen und Bürger besonders intensiv Verantwortung übernehmen und aktiv mitmachen.

Die soziale Stadt ist der Lebensort. Heimat, Ausgangspunkt für ein mobiles Leben, Ort, an dem Lebensqualität erfahren und gelernt wird.

Dies ist unser Deutschland. Ein Land, das friedfertig seinen Platz und seine Verantwortung in Europa und der Welt wahrnimmt.

Das neue Jahrzehnt stellt uns vor viele Aufgaben. Aber acht Ziele stehen für uns im Mittelpunkt:

1. Alle sollen Arbeit haben, gerecht entlohnt. Weil Arbeit eine so zentrale Rolle spielt, bleibt Vollbeschäftigung ein Ziel, das eine Soziale Marktwirtschaft nicht aufgibt, weil sie ihren Bürgerinnen und Bürgern auch in schwierigen Zeiten die Perspektive auf persönliche Entfaltung und Wohlstand gibt. Dazu brauchen wir erfolgreiche Unternehmen und starke Belegschaften.
2. Alle Jugendlichen sollen einen Schul- und Bildungsabschluss haben. Faire Bildungschancen für alle sind die Grundlage für soziale Gerechtigkeit überhaupt. Bildung ist Menschenrecht. Kein Kind darf von der Gesellschaft zurückgelassen werden.
3. Der Klimawandel fordert uns alle. Nachhaltig leben und wirtschaften ist keine bloße Utopie, sondern die Voraussetzung dafür, dass kommende Generationen auch in Zukunft gut leben können. Wir wollen die Klimaziele erreichen und die umfassende ökologische Modernisierung der Infrastruktur, der Gebäude, des Kapitalstocks in unserem Land voranbringen. Deutschland soll die Ideenschmiede der Welt in Sachen Klimaschutz werden – das schafft neue Jobs.

4. Wir wollen Familien stärken. Sie sind die wichtigste soziale Einheit in unserer Gesellschaft. Wir wollen die Bedingungen so gestalten, dass der Zusammenhalt zwischen den Generationen tragfähig ist. Familien brauchen verlässliche Strukturen. Sie sollen sozial sicher sein, die Eltern sollen Beruf und Familie miteinander verbinden können. Die Kinder müssen geschützt sein. Die Lage der Alleinerziehenden wollen wir deutlich verbessern.
5. Wir wollen die Gleichstellung von Männern und Frauen in allen gesellschaftlichen Bereichen weiter voranbringen. Dazu gehören die gleiche Teilhabe an existenzsichernder Arbeit und berufliche Aufstiegsmöglichkeiten sowie gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit ebenso wie die partnerschaftliche Teilung der familiären Sorge. Gleichberechtigung muss zur Gleichbehandlung und tatsächlichen Gleichstellung führen.
6. Integration ist eine zentrale Aufgabe für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes. Ihr Gelingen entscheidet sich in den Städten und Gemeinden. Besonders die Kinder und Jugendlichen wollen und müssen wir erreichen. Sie brauchen besondere Förderung, damit Chancengleichheit in Kindergarten, Schule und Beruf möglich wird.
7. Im ersten globalen Jahrhundert kann und will Deutschland nicht alleine agieren, sondern als ein wichtiger Teil Europas. Dieses Europa soll nicht nur wirtschaftlich stark sein, sondern eine klare soziale Ordnung haben. Europa steht international für Frieden, Kooperation und fairen Ausgleich unterschiedlicher Interessen.
8. Wir müssen unser Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell nicht neu erfinden. Die Soziale Wirtschaftsordnung als Wirtschaftsordnung einer Sozialen Demokratie hat sich bewährt. Die Soziale Marktwirtschaft ist das Erfolgsmodell unseres Wohlstand und unserer Demokratie. Sie hat Deutschland stark gemacht und sie kann es auch in Zukunft tun. Sie wurde in den 60 Jahren unserer Bundesrepublik durch Sozialdemokratie und Gewerkschaften maßgeblich mitgeprägt. Aber sie muss nun neu gestartet werden. Sie braucht frische Impulse und entschlossenes Handeln.

II. Unsere Politik

1. Wohlstand erhalten und sichern

Die globale Krise hat auch die deutsche Wirtschaft schwer getroffen. Mit zwei umfangreichen Konjunkturprogrammen haben wir Brücken gebaut, um unsere Wirtschaft und unseren Arbeitsmarkt gut über die Krise zu bringen und uns die Chance zu erarbeiten, stärker und krisenfester als zuvor in den nächsten Aufschwung zu starten.

Mit dieser Politik knüpfen wir an die Reformen der beiden sozialdemokratisch geführten Bundesregierungen an, die dazu beigetragen haben, dass Deutschland heute das wettbewerbsfähigste Land in der gesamten Europäischen Union ist. Das Gerede vom „kranken Mann Europas“ ist lange vorbei. Jetzt stehen wir international wieder auf einem Spitzenplatz.

Wir wollen, dass Deutschland auf Dauer ein Land hohen Wohlstands ist. Die Quellen des Wohlstands sind vor allem Qualifikationen, Ideen, Wissen, Kreativität, gut ausgebildete Fachkräfte und die Neugier auf Neues. In zentralen Technologiefeldern ist Deutschland Spitzenreiter. Diese Position wollen wir halten und ausbauen.

Wirtschaftskompetenz – gerade in und nach der Krise – bedeutet für uns, das wirtschaftliche Ganze im Blick zu haben. Wir wollen eine Wirtschaft, die auf zwei stabilen Säulen steht: Einem innovativen, produktiven Exportsektor und einem starken Binnenmarkt. Darum machen wir eine Wirtschaftspolitik, die die zentralen volkswirtschaftlichen Ziele in eine neue Balance bringt: Mehr zielgerichtete öffentliche Investitionen und Abbau der Staatsverschuldung. Internationale Wettbewerbsfähigkeit und starke Binnennachfrage durch gerechte Einkommensverteilung. Wachstum und ökologische Nachhaltigkeit.

Darum ist eine gute Bildungs- und Forschungspolitik, eine Politik, die für eine leistungsfähige Infrastruktur sorgt und die Regeln für einen fairen Wettbewerb durchsetzt, langfristig die beste und erfolgreichste Wirtschaftspolitik.

■ ■ ■ Was wir wollen:

Neue Regeln für die Finanzmärkte

- **Regeln für die Banken.** Die Finanzdienstleister müssen wieder zu ihrer dienenden Funktion für die Gesellschaft und die Realwirtschaft zurückfinden und mehr Verantwortung für die Risiken übernehmen. In Zukunft darf es keine Geschäfte mehr außerhalb der Bilanz geben. Eine bessere Eigenkapitalausstattung von Unternehmen ist eines der Ziele unserer Kapitalmarktpolitik, gerade in Krisenzeiten. Kurzfristige und spekulative Beteiligungen zu Lasten von

Standorten und Arbeitsplätzen lehnen wir weiter ab und ergreifen international abgestimmte Initiativen für Transparenz und Kontrolle. Vermögenswerte müssen so bewertet werden können, dass sie bei sich stark veränderndem Markt nicht prozyklisch und somit krisenverschärfend wirken.

- **Regulierung von Hedge-Fonds und Private-Equity-Fonds.** Beide Typen von Fonds operieren mit hohen Risiken – sie müssen daher strenger reguliert werden. Wir fordern eine Registrierung und lückenlose Überwachung von Hedge-Fonds und Private-Equity-Fonds auf europäischer und internationaler Ebene, eine Verbesserung der Transparenz sowie höhere Eigenkapitalanforderungen auch bei der Vergabe von Krediten an die Fonds. Wir wollen Regeln gegen die zu starke Verschuldung von Unternehmen durch Fonds. Banken dürfen nur mit registrierten Fonds Geschäfte abwickeln. Schädliche Leerverkäufe, die vor allem von Hedge-Fonds eingesetzt werden, müssen unterbunden werden können.
- **Unabhängigere Ratingagenturen.** Wir wollen uns von der Abhängigkeit und Dominanz einiger weniger amerikanischer Ratingagenturen lösen. Dies kann am besten auf europäischer Ebene geschehen. Wir setzen uns für eine wirkungsvolle Registrierung, für klare Regeln zur Verhinderung von Interessenkonflikten sowie für Transparenz in und von Ratingagenturen ein. Wir wollen den Stellenwert von Ratingagenturen im Rahmen der notwendigen Neuregelung der Finanzmarktregulierung reduzieren.
- **Starke Finanzmarktaufsicht.** Stabile Finanzmärkte sind ein öffentliches Gut. Auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene muss es eine starke und handlungsfähige Finanzmarktaufsicht geben: kein Markt, kein Produkt, kein Akteur, kein Territorium und kein Staat darf in Zukunft unbeaufsichtigt bleiben. In Deutschland müssen die Bundesbank und die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) besser zusammenarbeiten und mehr Prüfungs- und Eingriffsrechte haben. Wir wollen eine Stärkung und qualitative Verschärfung der Finanzmarktaufsicht in der Bundesrepublik. Dies bedeutet: Besondere Geschäftsrisiken müssen mit höheren Eigenkapitalanforderungen abgesichert werden. Die Liquiditätsvorsorge von Finanzinstituten muss verbessert und verstärkt zu einem Gegenstand der Regulierung werden. Zudem brauchen wir frühzeitigere Ausschüttungs- und Zahlungsverbote an Mutterhäuser: Die Bankenaufsicht muss bei einer sich abzeichnenden Krise früher Ausschüttungsverbote verhängen können. So schützen wir inländische Anleger auch vor dem vorschnellen Abzug von Finanzmitteln aus Instituten in der Bundesrepublik. Auf europäischer Ebene unterstützen wir die Neuregelung der für alle europäischen Staaten relevanten Eigenkapitalrichtlinie mit schärferen Regeln für Verbriefungsgeschäfte und einer einheitlichen Definition von Kernkapitalan-

forderungen. Wir wollen, dass die Vergütungsstrukturen zum Aufsichtsgegenstand der Finanzmarktregulierung gemacht werden.

- **Begrenzung von Managergehältern.** Verantwortungsvoll handelnde Bankmanager brauchen Anreiz- und Vergütungssysteme, die auf mehr Nachhaltigkeit statt auf schneller Rendite ausgerichtet sind. Gehaltsexzesse und goldene Handschläge für unfähige Manager dürfen nicht von der Allgemeinheit mitfinanziert werden. Die Große Koalition hat bereits einige Maßnahmen auf den Weg gebracht; diese reichen aber nicht aus. Wir wollen, dass Vorstandsvergütungen und -abfindungen oberhalb von einer Million Euro nur noch zur Hälfte steuerlich geltend gemacht werden können. Erfolgsabhängige Vergütungsbestandteile wie etwa Bonuszahlungen sollen künftig mehrjährige Bezugszeiträume haben und erst am Ende dieser Mehrjahresperiode ausgezahlt werden. Der Wechsel bisheriger Vorstandsmitglieder in den Aufsichtsrat einer börsennotierten Aktiengesellschaft soll erst nach zwei Jahren möglich sein, es sei denn die Wahl erfolgt auf Vorschlag von Aktionären, die über mindestens ein Viertel der Stimmrechte verfügen.
- **Bekämpfung von Steuerhinterziehung.** Wir wollen eine gerechte Chancen- und Lastenverteilung. Hierzu zählt die konsequente Bekämpfung von Steuerhinterziehung und Verlagerung von Geldern in Steueroasen. Konservative und Marktliberale waren sich für keinen Trick zu schade, um unsere Gesetzesinitiative zu verschleppen. Wir werden den Weg der Bekämpfung der Steuerhinterziehung konsequent weitergehen, denn die Steuerhinterziehung schadet uns allen und verhindert eine gerechte Lastenverteilung. Wir stehen ein für ein Gesetz zur Bekämpfung der Steuerhinterziehung, auf dessen Grundlage die Ermittlungsmöglichkeiten der Steuerbehörden gegenüber international tätigen Steuerhinterziehern gestärkt werden. Wir setzen auch weiter auf die geschickte Kombination von Druck auf unkooperative Steueroasen und gezielte Zusammenarbeit mit kooperationswilligen Ländern. Hier haben wir bereits gute Fortschritte erzielt. Die Drohung mit der „Schwarzen Liste“ der OECD zeigt Wirkung! Immer mehr Staaten weltweit setzen auf Transparenz und Informationsaustausch. Wir werden wachsam darauf achten, dass diesen Ankündigungen auch Taten folgen.
- **TÜV für Finanzprodukte.** Wir werden zudem den Verbraucherschutz stärken und einen Finanz-TÜV einrichten. Verbraucherinnen und Verbraucher wurden oftmals ungewollt zum Kauf von Finanzprodukten gedrängt, die ihrer speziellen Lebenssituation nicht entsprochen haben. Zum Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher setzen wir auf eine verstärkte Verantwortung und Haftung der Berater und Vermittler von Finanzprodukten. Ferner müssen Risiken und Auswirkungen von Finanzprodukten dokumentiert

und überprüft werden. Hier kann die Schutzwirkung eines „Finanz-TÜV“ am besten ansetzen.

- **Börsenumsatzsteuer.** Zur Eindämmung kurzfristiger Spekulationen wollen wir zunächst eine Börsenumsatzsteuer nach dem Vorbild der britischen Stempelsteuer einführen. Gleichzeitig setzen wir uns dafür ein, dass eine solche Steuer europaweit eingeführt und auf weitere Finanztransaktionen erhoben wird.

Fairer Wettbewerb als ordnungspolitische Leitidee

- **Wirkungsvolle Wettbewerbs- und Kartellpolitik.** Wir fördern verantwortliches Unternehmertum durch einen fairen Wettbewerb. Unternehmerische Freiheit und soziale Verantwortung gehören in einer sozialen Marktwirtschaft untrennbar zusammen. Wir werden dafür sorgen, dass bei Zusammenschlüssen von Unternehmen das Wettbewerbsprinzip erhalten bleibt und die Interessen von Verbrauchern nicht verletzt werden.
- **Unterstützung des Qualitätswettbewerbs im Vergaberecht.** Wir unterstützen den Wettbewerb um die Qualität der Produkte und Dienstleistungen. Er darf aber nicht zu Lasten der Arbeitsbedingungen und Löhne gehen. Wir werden die Möglichkeiten des neuen Vergaberechts nutzen, um mittelständische und tarifreue Unternehmen zu stärken.

Vorrang für eine am langfristigen Erfolg ausgerichtete Unternehmensführung

- **Verantwortung von Unternehmen gegenüber dem Gemeinwohl.** Wir werden im Aktiengesetz festschreiben, dass Unternehmen nicht nur den Aktionären, sondern auch den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sowie dem Gemeinwohl verpflichtet sind.
- **Stimmrecht für Aktionäre nach Haltefrist.** Die Einflussnahme auf Unternehmen sollte nicht im kurzfristigen Profitinteresse erfolgen. Das volle Stimmrecht für Aktionäre auf Hauptversammlungen sollte daher an eine Mindesthaltedauer der Aktien von einem Jahr geknüpft werden.
- **Mitarbeiterkapitalbeteiligung ausbauen.** Mit der Neuregelung der Mitarbeiterkapitalbeteiligung haben wir in Deutschland einen wichtigen Schritt vollzogen, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer am wirtschaftlichen Erfolg der Unternehmer zu beteiligen. In der Krise gilt: Wo Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vorübergehend auf Einkommen verzichten, um ihre Unternehmen zu stabilisieren, müssen sie im Gegenzug auch mit allen Rechten an den Unternehmen beteiligt werden.

- **Managerinnen und Manager besser ausbilden.** Jahrzehntelang wurden Fragen der Unternehmensführung ausschließlich aus der Marktlogik heraus betrachtet. Dies hatte auch Auswirkungen auf die Ausbildung von Managerinnen und Managern. Im Studium geht es bisher vor allem um die Vermittlung von analytischen und quantitativen Techniken und noch viel zu wenig um die Entwicklung von Verantwortungsgefühl und sozialer Kompetenz. Wer verantwortungsvolle Unternehmen fordert, braucht verantwortungsbewusste Manager. Dies muss sich zukünftig schon in der Ausbildung widerspiegeln.
- **Freiwillige Initiativen der Wirtschaft unterstützen.** Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft können nur gemeinsam die Grundlagen für nachhaltiges wirtschaftliches Wachstum legen. Verantwortlich handelnde Unternehmen und Banken im Sinne einer Corporate Social Responsibility werden langfristig bessere Ergebnisse, höhere Qualität liefern und selbstbewusste, motivierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben.
- **Bilanzen und Rechnungslegung für Langfristigkeit und Nachhaltigkeit.** Unternehmen sind für uns nicht nur dem finanziellen Gewinn der Eigentümer („shareholder value“) verpflichtet. Investoren und die Öffentlichkeit brauchen gesicherte Erkenntnisse über die Leistungen von Unternehmen in den Bereichen Klimaschutz, soziale Verantwortung und Qualität der Unternehmensführung („Corporate Governance“). Gezielte und aussagekräftige Berichtssysteme über diese Indikatoren sind eine Grundlage für langfristige und nachhaltige organisierte Kapitalmärkte.
- **„Gute Arbeit“ als Bewertungsmaßstab.** Wir werden durchsetzen, dass sich Unternehmen an dem Prozess der Erstellung eines Human-Potential-Index beteiligen, der die Qualität ihrer Arbeitsplätze unter dem Gesichtspunkt „Gute Arbeit“ vergleichbar macht. Dadurch kann Rating-Agenturen und Banken ein weiteres Kriterium für die Unternehmensbewertung zur Verfügung stehen. Der Human-Potential-Index ist daher eine wichtige Ergänzung zum DGB-Index Gute Arbeit.

Nachhaltiges Wachstum und Stabilität – Eine Wirtschaftspolitik, die das Ganze in den Blick nimmt.

- **Aktive Konjunkturpolitik.** In einer konjunkturellen Ausnahmesituation muss der Staat entschieden und gezielt mit einer antizyklischen Finanzpolitik, also mit zusätzlichen staatlichen Ausgaben für eine begrenzte Zeit, gegensteuern. Er kann die fehlende private Nachfrage zumindest teilweise auffangen, um so eine Brücke zum nächsten Aufschwung zu bauen.
- **Neue Schuldenregel.** Schulden auf Dauer sind ein ernsthaftes Problem für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes. Wir stehen dafür, dass die Schulden, die

jetzt für die Konjunkturstabilisierung notwendig sind, in guten Zeiten wieder konsequent zurückgefahren werden. Schuldenabbau darf aber nicht dazu führen, dass notwendige Investitionen verhindert werden. Grundsätzlich gilt: Eine erfolgreiche Konsolidierung der Haushalte erfordert stabile Einnahmen und wirtschaftliches Wachstum. Wir stehen für eine konjunkturgerechte Schuldenregel, die das Defizit von Bund und Ländern begrenzt. Die Regel sieht größere Spielräume in Zeiten des konjunkturellen Abschwungs und in besonderen Krisensituationen vor; die Defizite müssen jedoch in wirtschaftlich besseren Zeiten wieder ausgeglichen werden.

- **Erhalt der industriellen Basis.** Deutschland braucht auch in Zukunft eine starke Industrie als Basis einer wissensintensiven und wettbewerbsfähigen Volkswirtschaft. Der Staat kann und muss in der Krise mit aktiver Industriepolitik dazu beitragen, die industrielle Basis und die damit verbundenen Arbeitsplätze zu erhalten und zu modernisieren.
- **Innovative Dienstleistungen.** Eine große Mehrheit der Beschäftigten ist im Dienstleistungssektor tätig. Eine starke Industrie und innovative Dienstleistungen sind keine Gegensätze, sondern bedingen einander.
- **Strategische und ökologische Industriepolitik der Zukunft.** Eine strategisch ausgerichtete Industriepolitik kann mehr leisten als Substanz zu erhalten: Von zentraler Bedeutung ist für uns der Ausbau zukunftssträchtiger Leitmärkte wie Klima- und Umwelttechnik, Gesundheitstechnologien oder der Bereich der Kreativwirtschaft. Hier hat unsere Wirtschaft die größten Wachstumschancen. Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik hat gezeigt, dass intelligente staatliche Instrumente unverzichtbar sind, um neue Märkte zu erschließen: Unsere Politik zur Förderung der erneuerbaren Energien wird weltweit kopiert. Strategische Industriepolitik verzahnt die Förderung von Forschung, den Infrastrukturausbau, Anreize für private Nachfrage, Regulierungen und den gezielten Einsatz der öffentlichen Nachfragemacht. Ökologische Industriepolitik betrifft nicht nur „grüne Produkte“, sondern wird von uns als Querschnittsaufgabe verstanden – mit dem Ziel, durch effizientere Technologien Ressourcen einzusparen.

Neue Arbeit in den Märkten der Zukunft schaffen

- **Vollbeschäftigung.** Auch wenn uns die Wirtschaftskrise zurückwirft – ein zentrales Ziel sozialdemokratischer Politik bleibt, dass alle Menschen ihren eigenen Lebensunterhalt durch gerecht bezahlte Arbeit verdienen können. Neue Arbeitsplätze entstehen vor allem in den Feldern des veränderten gesellschaftlichen Bedarfs. Der Klimaschutz, die wachsende internationale Arbeitsteilung und die älter werdende Gesellschaft bringen Bedarf nach neuen Produkten und Dienstleistungen hervor.

- **Arbeit und Umwelt.** Wir müssen unsere Industriegesellschaft umbauen, wesentlich effizienter mit Ressourcen umgehen und auf erneuerbare Rohstoffe umstellen. Dafür wollen wir unsere Wirtschaft in einer sich verändernden internationalen Arbeitsteilung besser positionieren und wettbewerbsfähig halten: als globaler Anbieter von Umwelttechnologien und -dienstleistungen des 21. Jahrhunderts.
- **Arbeit „Menschen für Menschen“.** Neue Arbeit entsteht zudem dort, wo Menschen Dienstleistungen für Menschen erbringen: in der Betreuung, der Bildung, der Pflege. Im Gesundheitswesen ist schon heute jeder zehnte Erwerbstätige beschäftigt. Mit steigender Lebenserwartung und höherer Erwerbsbeteiligung der Frauen steigt die Nachfrage nach personalintensiven Dienstleistungen weiter an. Um diese Beschäftigungspotenziale zu nutzen, wollen wir auch private Haushalte als Auftraggeber und Arbeitgeber stärker unterstützen.
- **Kreative Arbeit.** Die Kreativwirtschaft trägt seit Jahren immer stärker zum Wirtschafts- und Beschäftigungswachstum bei. Wir wollen Unternehmensgründungen durch den Zugang zu Gründungskapital sowie Mikrokrediten erleichtern. In der digitalen Welt brauchen wir einen Ausgleich zwischen Nutzerfreundlichkeit und der gerechten Vergütung kreativer Arbeit. Wir streben eine bessere soziale Absicherung von Selbständigen und Beschäftigten in der Kreativwirtschaft an.

Mehr Impulse für Forschung und Innovation

- **Intensivierung der Forschungsausgaben.** Unser Wissen und unser Erfindungsreichtum sind die Basis unseres Wohlstands. Wir wollen die Steigerung der gesamtwirtschaftlichen Forschungs- und Entwicklungsausgaben auf drei Prozent des Bruttoinlandsproduktes bis 2015.
- **Steuergutschriften für Forschung.** Um dieses Ziel zu erreichen, werden wir neue finanzpolitische Spielräume nutzen und die bestehenden Formen der Projektförderung durch eine steuerliche Förderung von Forschungsanstrengungen von Unternehmen in Form einer Steuergutschrift („tax credit“) für kleine und mittlere Unternehmen ergänzen.

Mittelstand und Unternehmertum

- **Die Soziale Marktwirtschaft braucht starke Unternehmerinnen und Unternehmer.** Ohne die Ideen und Initiativen, aber auch ohne die gesellschaftliche Verantwortung von Unternehmerinnen und Unternehmern ist eine dynamische und Soziale Marktwirtschaft nicht denkbar. Wir wollen in Deutschland einen starken Mittelstand erhalten.

- **Mittelstandsförderung.** Wir wollen für einen sicheren Kapitalzugang für den Mittelstand sorgen. Zur Mittelstandsförderung gehört auch eine stärkere Unterstützung des genossenschaftlichen Sektors.
- **Neue Gründungskultur.** Wir werden für Existenzgründerinnen und Existenzgründer flächendeckend neue Anlaufstellen in Form eines One-Stop-Shops schaffen, ihnen den Zugang zu Wagniskapital erleichtern und gezielte Beratungsangebote – insbesondere für ältere Gründer und Frauen – entwickeln, umsetzen und ausbauen.
- **Weniger Bürokratie.** Wir setzen uns für weitere Erleichterungen in Verwaltungsverfahren ein, indem wir u. a. die Informations- und Statistikpflichten weiter reduzieren und die Erfüllung von Dokumentationspflichten auch auf elektronischem Wege ermöglichen werden.
- **Modell des High-Tech-Gründerfonds stärken und auf andere Bereiche ausdehnen.** Der Staat soll als Ko-Investor zusammen mit privaten Kapitalgebern in den strategischen Bereichen Energie, Verkehr und soziale Dienstleistungen tätig werden können.
- **Unterstützung des Handwerks.** Das Handwerk ist eine zentrale Säule unserer Wirtschaft. Seit Anfang 2009 gelten noch bessere Möglichkeiten für private Haushalte, Handwerkerleistungen steuerlich abzusetzen. Unser Programm zur energetischen Gebäudesanierung setzen wir fort.

Infrastruktur und Netze zukunftsorientiert ausbauen – Daseinsvorsorge sichern

- **Öffentliche Daseinsvorsorge.** Der Staat ist in der demokratischen Verantwortung, den Zugang aller Bürgerinnen und Bürger zu den Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge sicherzustellen. Kommunale Unternehmen und Einrichtungen sichern qualitativ hochwertige öffentliche Güter und eine leistungsfähige Infrastruktur. Daher setzen wir uns für faire Wettbewerbsregeln für öffentliche Unternehmen im nationalen und europäischen Recht ein. In der EU setzen wir uns dafür ein, dass die Entscheidung darüber, welche Leistungen der Daseinsvorsorge wie erbracht werden, den EU-Mitgliedsstaaten und ihren Gebietskörperschaften überlassen bleibt.
- **Fairer Wettbewerb und angemessene Preise.** Für die Bereiche der liberalisierten Netzindustrien wie Energie, Telekommunikation und Post sowie für die kommunalen Dienstleistungen wollen wir einen stabilen und verlässlichen Rechtsrahmen schaffen, der Verbraucherinnen und Verbraucher schützt, zu Investitionen anreizt und diese honoriert sowie qualitativ hochwertige Arbeitsplätze sichert und schafft.

- **Finanzierung sicherstellen.** Wir wollen die Finanzierungsinstrumente der Verkehrsinfrastruktur weiterentwickeln. Der Staat muss nicht alles selbst leisten, aber er muss den Zugang zu den öffentlichen Gütern gewährleisten. Wo Private beteiligt werden, fragen wir nicht nur nach dem kurzfristigen Nutzen für die öffentlichen Finanzen, sondern auch nach den Auswirkungen auf die künftigen politischen Gestaltungsmöglichkeiten.
- **„Netze der Zukunft“.** Für die Stromnetze der Zukunft sind große Investitionen erforderlich, gerade wenn künftig erneuerbare Energien einen größeren Anteil an der Stromversorgung haben werden. Wir wollen eine Regulierung der Energienetze, die zu Investitionen tatsächlich anreizen. Wir treten für die Gründung einer Deutschen Netz AG ein. Dabei können wir uns auch eine staatliche Beteiligung vorstellen.
- **Ausbau des Breitbandnetzes.** Wir werden die Breitbandinitiative vorantreiben und dafür sorgen, dass alle Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen Zugang zu einem leistungsfähigen Breitbandanschluss bekommen. Zugleich sollen möglichst viele Haushalte an die besonders leistungsfähige Glasfasertechnologie angeschlossen werden.

Verantwortungsvolle Verbraucherinnen und Verbraucher in der Sozialen Marktwirtschaft

- **Verbraucherinnen und Verbraucher stärken und schützen.** Die Menschen sollen darauf vertrauen können, dass Lebensmittel gesund, Geräte sicher und Telefone keine Kostenfallen sind und dass Finanzanlagen halten, was sie versprechen.
- **Die Nachfrage entscheidet mit.** In einer Marktwirtschaft entscheiden auch die Verbraucherinnen und Verbraucher über Erfolg oder Misserfolg von Unternehmen und somit über die Zukunftsfähigkeit einer Volkswirtschaft und die soziale und ökologische Qualität einer Gesellschaft. Konsumentinnen und Konsumenten haben Einflussmöglichkeiten, die es zu nutzen gilt. Verbraucherpolitik ermöglicht ein Zusammenwirken von Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Ziele unserer Verbraucherpolitik sind Information, Transparenz und Sicherheit.
- **Verbraucherinformation.** Verbraucherinnen und Verbraucher wollen sich informieren. Sie sollen dazu mehr Rechte bekommen und schnell und unkompliziert Produkte vergleichen und eine bewusste Kaufentscheidung treffen können. Deshalb wollen wir die Ampelkennzeichnung für Nährwerte bei Lebensmitteln und klare Aussagen über Inhalte, Eigenschaften und Herkunft von Produkten.

- **Verbraucherrechte durchsetzen.** Wir wollen Verbraucher stärken und sie unterstützen, damit sie ihr Recht auch bekommen. Dazu brauchen wir starke Verbraucherorganisationen. Wir wollen die Verbraucherorganisationen – zusätzlich zu den bisherigen Aufgaben – als „Marktwächter“ beauftragen, die Verbraucherinnen und Verbraucher zu informieren, zu warnen und bei der Durchsetzung ihrer Rechte zu unterstützen.
- **Wahlfreiheit in Sachen Gentechnik.** Die große Mehrheit der Verbraucherinnen und Verbraucher lehnt Genveränderungen in Lebensmitteln ab. Um Transparenz im gesamten Europäischen Binnenmarkt herzustellen, setzen wir uns für die Ausweitung der Kennzeichnung von gentechnisch veränderten Futter- und Lebensmitteln auf Erzeugnisse ein, die von mit gentechnisch veränderten Pflanzen gefütterten Tieren stammen. Die von der SPD durchgesetzte „ohne Gentechnik“-Kennzeichnung wollen wir mit einem einheitlichen Label vorantreiben. Wir werden auf eine Änderung des europäischen Rechts hinarbeiten, die die verbindliche Einrichtung gentechnikfreier Regionen ermöglicht.
- **Lebensmittelkennzeichnung.** Bei einer Lebensmittelkennzeichnung ist entscheidend, dass die Nährwertangaben der Lebensmittel schnell und unkompliziert erkennbar sind, damit die Verbraucherinnen und Verbraucher die Produkte vergleichen und eine bewusste Kaufentscheidung treffen können. Eine Ampelkennzeichnung ist auch eine wichtige Maßnahme vorsorgender Gesundheitspolitik.

2. Deutschland als Pionier für nachhaltige Energiepolitik und Mobilität

Wir stehen zu Beginn des 21. Jahrhunderts vor einer doppelten strukturellen Herausforderung: Einerseits die weltweite Finanzkrise, deren Ende und Auswirkungen für die Realwirtschaft noch lange nicht absehbar sind. Andererseits die Klima- und Umweltkrise, deren Bewältigung nicht weniger dringlich ist. Beide Krisen dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Vielmehr müssen Politik und Gesellschaft eine umfassende und nachhaltige Erneuerung leisten. Wir brauchen als Antwort auf diese Krisen ein klares politisches Konzept, das neue Felder realer, zukunftsorientierter Wertschöpfung erschließt. Im Zentrum unserer modernen und nachhaltigen Wirtschaftspolitik stehen Arbeit, Umwelt und Innovation.

Wachsende Bevölkerungszahlen und die schnell zunehmende Industrialisierung weltweit führen zu einer drastisch weiter wachsenden Nachfrage nach Rohstoff-

fen. Daraus entsteht eine doppelte Herausforderung: Eine ökologische und eine ökonomische. Wie erhalten wir die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft und wie machen wir sie unabhängiger von Rohstoffen, die nur begrenzt auf der Erde verfügbar sind und deren Preise steigen werden? Wie verhindern wir die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen durch die mit der Industrialisierung verbundene Übernutzung unserer Umwelt? Die Antwort der SPD ist der bewusste Wandel hin zu einer nachhaltigen Wirtschaft.

Um den Wandel zu gestalten, brauchen wir eine neue Fortschrittsidee. Umweltpolitik wird heute nicht mehr alleine unter dem Schutzaspekt betrieben. Sie ist zugleich Motor für Innovation und wirtschaftliche Erfolge. Dies ist unter anderem ein Erfolg unserer Politik.

Wir haben Arbeit und Umwelt nie als Gegensätze gesehen, sondern immer als zwei Seiten einer Medaille. Die Einführung von Umweltstandards, die Förderung neuer Formen der Energieerzeugung, aber auch der Ausstieg aus der Kernenergie waren Bestandteile einer Strategie der Erneuerung Deutschlands und des Schutzes unserer Umwelt. Unsere ambitionierte Klimaschutzpolitik führt bis zum Jahr 2020 im Saldo aller gesamtwirtschaftlichen Effekte zu 500.000 zusätzlichen Jobs. Bis 2030 können es sogar 800.000 Stellen sein. Diese Potenziale wollen wir nutzen.

Unser Konzept ist das der ökologischen Industriepolitik. Sie macht die deutsche Wirtschaft unabhängiger von den Preisentwicklungen an den Rohstoffmärkten. Sie stärkt strategische Zukunftsindustrien und bereitet die deutsche Wirtschaft auf die Leitmärkte der Zukunft – wie Energie, Ressourceneffizienz und Mobilität – vor. Sie fördert Innovationen, initiiert Technologiesprünge und sorgt dafür, dass Technologien schneller zur Anwendung und auf den Markt kommen. Ökologische Industriepolitik stellt die industrielle Struktur unserer Ökonomie auf die knapper werdenden Ressourcen ein und stellt die stoffliche Basis unserer Industrie in wichtigen Bereichen zunehmend auf nachhaltige Technologien und nachwachsende Rohstoffe um. So können neues Wachstum, neue Wertschöpfung, neue Produkte und neue Beschäftigung entstehen.

■ ■ ■ Was wir wollen:

Leitprojekt „Weg vom Öl“

- **Weg vom Öl.** Wir verbinden Ökonomie und Ökologie zu einem schlüssigen Konzept des Umbaus unserer Industriegesellschaft. In einem zentralen Leitprojekt „Weg vom Öl“ bringen wir dies zum Ausdruck. Deutschland soll im Bereich der Energie mittelfristig unabhängig von Ölimporten werden.

- **Ausbau Erneuerbarer Energien.** Wir werden den Ausbau der erneuerbaren Energien konsequent fortsetzen. Im Jahre 2020 wollen wir mindestens 35 Prozent der Stromerzeugung auf erneuerbare Energien umgestellt haben, 2030 soll der Anteil schon bei 50 Prozent liegen. Das international vereinbarte Ziel, die CO₂-Emissionen in Industriestaaten bis 2050 gegenüber 1990 um 80-95 Prozent zu reduzieren, ist nur erreichbar, wenn
 - wir jetzt in die Modernisierung unserer Kohle- und Gaskraftwerke investieren, um weniger CO₂ zu emittieren;
 - wir die Emissionsbudgets im Rahmen der EU und der internationalen Vereinbarungen weiter absenken;
 - der Anteil erneuerbarer Energien über das Jahr 2030 hinaus weiter ansteigt und der jetzt bereits geltende Vorrang bei der Einspeisung ins Netz erhalten bleibt.
- **Das Zukunftsauto – Made in Germany.** Deutschlands wirtschaftliche Stärke wird nicht zuletzt durch die Ingenieurskunst im Automobilbau begründet. Das Auto der Zukunft wird der Tatsache knapper werdenden Öls Rechnung tragen müssen. Wir wollen, dass es in Deutschland entwickelt wird und flächendeckend zum Einsatz kommt.

Klimaschutz voranbringen – Der Energiemix der Zukunft: Sauber, sicher und bezahlbar

- **Reduzierung der Treibhausgasemissionen.** Unser Ziel ist, die Treibhausgasemissionen in Deutschland bis zum Jahr 2020 gegenüber 1990 um mindestens 40 Prozent zu senken.
- **Klimaschutzfonds.** Wir werden einen speziellen Klimaschutz-Innovationsfonds etablieren, der umfassend Risikokapital für innovative Klimaschutztechnologien zur Verfügung stellt.
- **Energiesparoffensive.** Die wichtigste Energie im Energiemix der Zukunft ist diejenige, die nicht verbraucht wird. Wir brauchen eine Energiesparoffensive. Wir werden ein Hocheffizienz-Gesetz einführen, mit dem Ziel, bis 2020 elf Prozent des jetzigen Strombedarfs einzusparen. Wir werden die Anforderungen der Energieeinsparverordnung für Neubauten um 30 Prozent anheben, und wir werden den bedarfsorientierten Energiebedarfsausweis für alle Gebäude verpflichtend einführen. Wir werden die Sanierungsrate von Gebäuden auf 2-3 Prozent pro Jahr erhöhen und dazu die Zuschüsse aus dem CO₂-Gebäudesanierungsprogramm auf jährlich 2 Mrd. Euro aufstocken. Wir werden die Ener-

giesteuerprivilegien für das produzierende Gewerbe an die Einführung von Energiemanagementsystemen knüpfen.

- **Top Runner fördern.** Grundlage für die Umsetzung einer ökologischen Verbraucherpolitik ist die Festlegung von Kriterien für umweltfreundliche Produkte und Dienstleistungen. Es müssen die „Top Runner“, also die besten am Markt verfügbaren Produkte, ermittelt werden. Die so entwickelten Benchmarks bilden die Grundlage für den Einsatz der verbraucherpolitischen Instrumente.
- **Energieberatung.** Wir werden angesichts vieler bislang ungenutzter Energiespar- oder Effizienzmaßnahmen die Energieberatung für die Verbraucherinnen und Verbraucher vorantreiben.
- **Mehr Investitionen in Energieeffizienz.** Bis 2020 wollen wir die Energieproduktivität gegenüber 1990 verdoppeln. Wir werden ein Klimaschutz-Investitions-Gesetz einführen, das im Steuerrecht klare und verlässliche Anreize für Investitionen in Energieeffizienz und Erneuerbare Energien schafft. Die Einnahmen aus der Versteigerung der Emissionszertifikate werden wir für Klima- und Umweltschutzmaßnahmen nutzen. Wir werden den Gebäudebestand im Falle ohnehin fälliger Sanierungsmaßnahmen in die Pflicht zur Nutzung Erneuerbarer Energien einbeziehen und den Einsatz Erneuerbarer Energien gleichzeitig finanziell weiter fördern.
- **Nationaler Aktionsplan Erneuerbare Energien.** Erneuerbare Energien sind einer der wichtigsten Leitmärkte. Technologischer Vorsprung und Anwendung im eigenen Land sind zwei Seiten der gleichen Medaille. Wir werden einen Nationalen Aktionsplan Erneuerbare Energien vorlegen, der zur Beschleunigung des Ausbaus Erneuerbarer Energien in der Stromversorgung, im Wärmebereich und im Transportsektor beitragen wird. Den Vorrang Erneuerbarer Energien in diesen Bereichen wollen wir stärken. Wir werden die Technologieführerschaft bei der Nutzung der Windenergie auch auf dem Meer nutzen. Hierfür streben wir bis 2013 eine installierte Leistung von rd. 1.500-2.000 Megawatt an. Bei der Photovoltaik wollen wir bis Ende 2013 annähernd die Netzparität erreichen: Strom aus einer neuen Anlage in Deutschland wird dann nur noch so viel Geld kosten wie Strom aus der Steckdose. Bis 2010 werden lückenlose und umfassende Zertifizierungssysteme geschaffen, die den nachhaltigen Anbau von Pflanzen zur Erzeugung von Bioenergie sicherstellen.
- **Internationale Verbreitung Erneuerbarer Energien.** Wir werden uns dafür einsetzen, dass die neu gegründete Internationale Agentur für Erneuerbare Energien (IRENA) schnell zu einem zentralen Akteur bei der weltweiten Verbreitung von Erneuerbaren Energien wird.

- **Atomausstieg umsetzen, Sicherheit gewährleisten.** Die Nutzung der Atomenergie birgt zu große Risiken. Nicht zuletzt ist die Frage der Endlagerung des Atommölls bis heute ungelöst. Der im Atomgesetz geregelte Ausstieg wird durchgesetzt. Wir steigen bis 2021 komplett aus der Atomenergie aus. Bis zum Ausstieg gelten die hööstmöglichen Sicherheitsstandards in allen Anlagen mit der Pflicht zur ständigen Nachrüstung. Eine Verlängerung der Laufzeiten würde dringend nötige Investitionen in neue Technologien verzögern.
- **Lösung der Endlagerung.** Wir halten daran fest, dass zur Endlagerung hochradioaktiver Abfälle keine politische Vorentscheidung für den Standort Gorleben getroffen werden darf. Vielmehr brauchen wir ein ergebnisoffenes und an internationalen Standards ausgerichtetes Auswahl- und Vergleichsverfahren, um den bestmöglichen Standort in Deutschland zu finden. Dies wurde bisher von CDU, CSU und FDP verhindert.
- **Beteiligung der Atomwirtschaft.** Die notwendige Sanierung der atomaren Endlagerstätten in den ehemaligen Salzbergwerken Asse II und Morsleben verursacht hohe Kosten, die nicht der Allgemeinheit zur Last fallen dürfen. Wir werden die Voraussetzung für eine zusätzliche und angemessene Beteiligung der Energiekonzerne der Atomwirtschaft schaffen. Im Fall des Endlagers Asse II schließt dies ausdrücklich die Möglichkeit einer vollständigen Rückholung des Atommölls und dessen sichere Entsorgung ein.
- **Effiziente Nutzung fossiler Energieträger.** Auf absehbare Zeit kann auf die Nutzung von Kohle und Gas nicht verzichtet werden. Wir werden dafür sorgen, dass die deutschen und europäischen Klimaschutzziele erreicht werden und zugleich die deutschen und europäischen Energieunternehmen langfristige Planungssicherheit erhalten. Der Emissionshandel ist das zentrale Instrument, um neue Investitionen in hochmoderne, effiziente fossile Kraftwerke zu ermöglichen. Das Genehmigungsrecht werden wir anpassen, um alte ineffiziente Kohle- und Gaskraftwerke durch neue, effizientere Kraftwerke zu ersetzen und um eine dezentrale flexible Energieversorgung sicherzustellen. Wir beabsichtigen, die Technologie zur Abscheidung von Kohlendioxyd in Deutschland weiterzuentwickeln – auch durch geförderte Demonstrationsprojekte der Europäischen Union. Dabei soll die Wiederverwendung Vorrang vor der Endlagerung haben, und die Unternehmen müssen auf der Grundlage der höchsten Umweltstandards die Langzeitsicherheit der Speicher gewährleisten. Wir werden eine umfassende Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger bei der Genehmigung sicherstellen. Kraft-Wärme-Kopplung ist die effizienteste Form der Energieerzeugung. Wir werden sie bis 2020 massiv auf einen Anteil von mindestens 25 Prozent an der gesamten Stromversorgung ausbauen. Bei neuen Kraftwerken werden wir der umweltfreundlichen Kraft-Wärme-Kopplung Priorität einräumen.

- **Zukunft der Steinkohle.** Der deutsche Steinkohlebergbau hat wesentlich zum Aufbau des Landes und zum Wohlstand beigetragen. Er ist inzwischen reduziert auf einen niedrigen, aber zukunftsfähigen Sockel. Wir wollen deshalb, dass die Revisionsklausel für den deutschen Steinkohlebergbau schon rechtzeitig vor 2012 wirksam gemacht und so das faktische Auslaufen des Steinkohlebergbaus verhindert wird.
- **Energieforschung der Zukunft.** Wir werden die Energieforschung ausweiten. Im Rahmen des 6. Energieforschungsprogramms werden wir die Schwerpunkte auf Energieeffizienz, Erneuerbare Energien und Speichertechnologien legen.

Verkehr und Mobilität

- **Mobilität muss bezahlbar bleiben.** Mobilität ermöglicht persönliche Entfaltung und gesellschaftliche Teilhabe. Sie ist Voraussetzung für die Teilnahme am Arbeitsleben, an Bildung und Kultur sowie am gesellschaftlichen Leben insgesamt. Mobilität darf daher nicht zum Luxusgut werden. Zugleich leistet auch die Verkehrspolitik einen wichtigen Beitrag, wenn es darum geht, unsere Klimaschutzziele zu erreichen. Grundlegendes Ziel unserer modernen Verkehrspolitik ist es, die gesellschaftlich und wirtschaftlich notwendige Mobilität umweltfreundlich und bezahlbar zu gestalten.
- **Moderne Infrastruktur.** Mobilität ist zugleich ein Leitmarkt. Ein gut ausgebauten Verkehrssystem ist wesentliche Voraussetzung für Wachstum und Beschäftigung. Deutschland ist der wichtigste Logistikstandort in Europa. Investitionen in unsere Infrastruktur sind deshalb Investitionen in unsere Zukunft. Wir werden sie auch künftig auf hohem Niveau fortsetzen. Wir legen einen besonderen Fokus auf den Ausbau umweltfreundlicher Verkehrsträger, insbesondere der Schiene. Mit gezielten Investitionen werden wir die Engpässe im Straßenverkehr beseitigen. Zugleich werden wir den Lärmschutz vorantreiben.
- **Optimale Nutzung der vorhandenen Verkehrswege.** Wir investieren in moderne Verkehrslenkungstechnologien. Bis 2015 wollen wir alle hoch belasteten Autobahnstrecken komplett mit modernen Verkehrssteuerungs- und Verkehrsmanagementsystemen ausrüsten, um vorhandene Kapazitäten auf unseren Autobahnen besser zu nutzen und Staus zu vermeiden. Wir werden die Einführung des europaeinheitlichen Verkehrsleitsystems ETCS („European Train Control System“) beschleunigen, um die Bahn im grenzüberschreitenden Verkehr konkurrenzfähiger zu machen.
- **Neue Technologien fördern – „weg vom Öl“.** Um Mobilität dauerhaft zu sichern, brauchen wir einen technologischen Innovationssprung. Das Auto wird auch in Zukunft eine zentrale Rolle spielen. Zum einen muss die Effizienz bei

der Nutzung fossiler Energieträger, z. B. durch Hybridtechnologien, weiter erhöht werden. Mit einem „Nationalen Entwicklungsplan Elektromobilität“ wollen wir die Markteinführung batterieelektrischer Antriebstechnologien vorantreiben. Zugleich setzen wir unsere Anstrengungen zur Markteinführung der Wasserstoff- und Brennstoffzellentechnologie im Rahmen der Clean-Energy-Partnership fort. Deutschland soll zum Vorreiter werden, wenn es darum geht, „weg vom Öl“ zu kommen.

- **Für eine starke und bürgerfreundliche Bahn.** Wir wollen mehr Verkehr von der Straße auf die Schiene verlagern. Um die Attraktivität des Schienenverkehrs weiter zu erhöhen, setzen wir auf ein leistungsfähiges Schienennetz, auf attraktive, barrierefreie Bahnhöfe, eine gute Vernetzung der unterschiedlichen Angebote und ein kundengerechtes, leicht verständliches Tarifsysteem. Die Bahn muss stark, wettbewerbsfähig und kundenfreundlich sein. Eine Zerschlagung der Deutschen Bahn AG lehnen wir ab. Die Bahn soll auch künftig als integrierter Konzern bestehen bleiben. Wir werden die ausreichende finanzielle Ausstattung der Bahn in der kommenden Legislaturperiode gewährleisten. Deshalb findet eine Kapitalprivatisierung nicht statt, auch nicht teilweise.
- **Sichere und umweltfreundliche Mobilität.** Wir wollen den Stadtverkehr durch die Einführung neuer Technologien und den Ausbau des ÖPNV sicherer, umweltfreundlicher und sozialer gestalten. Öffentlichen Personennahverkehr, Radverkehr und Fußgänger werden wir in unseren Kommunen gleichberechtigt behandeln und so Mobilität für alle sicherer machen.
- **Faire Entfernungspauschale.** Wir wollen eine stärkere Berücksichtigung sozialer und umweltpolitischer Aspekte bei der Entfernungspauschale umsetzen mit dem Ziel, dass alle Pendler gleich behandelt werden und unabhängig vom Einkommen pro Kilometer die gleiche Rückerstattung erhalten.

3. Gute Arbeit sichern

Arbeit ist die Grundlage unseres Wohlstandes. Wir sind die Partei der Arbeit. Wir haben Grundsätze, die der zentralen Bedeutung der Arbeit entsprechen:

- Wer sich anstrengt, muss etwas davon haben. Leistung muss sich lohnen – diese Forderung ist für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer richtig.

- Wer sich Mühe gibt, muss damit sein Leben verbessern können und darf nicht auf unüberwindbare Hürden stoßen. Das Aufstiegsversprechen unserer Gesellschaft gilt.
- Niemand darf am Wegesrand zurückbleiben. Wir stehen solidarisch füreinander ein und helfen denen, die nicht mit Arbeit allein ihr Leben bestreiten können.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen, dass alle Menschen Arbeit haben. Darum haben wir die Arbeitsvermittlung verbessert. Aber auch eine gute Arbeitsvermittlung braucht eine wachsende Wirtschaft und Nachfrage nach Arbeit. Wir wollen dazu beitragen, dass mehr Arbeitsplätze zur Verfügung stehen. Für den Arbeitsmarkt des neuen Jahrzehnts gibt es zwei Szenarien: Entweder wir haben ausreichend Fachkräfte und geringe Arbeitslosigkeit. Oder aber wir klagen über Fachkräftemangel und zugleich über hohe Arbeitslosenzahlen. Die Entwicklung ist von uns gestaltbar. Wir wollen eine abgeschlossene Berufsausbildung oder Abitur für jede und jeden.

Unser Ziel bleibt Vollbeschäftigung.

Unser Ziel ist Gute Arbeit. Sie muss fair bezahlt sein, darf nicht krank machen, muss Möglichkeiten zur Weiterbildung eröffnen und familienfreundlich gestaltet sein.

■ ■ ■ Was wir wollen:

Verteidigung und Stärkung der Arbeitnehmerrechte

- **Erhalt von Arbeitnehmerrechten.** Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben soziale Rechte. Das ist grundlegend für eine Soziale Marktwirtschaft. Der Schutz vor Kündigung und die Wahl von Betriebsräten sind für die SPD unverzichtbare Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Wir beschützen diese Rechte. Wir brauchen starke Gewerkschaften.
- **Leiharbeit:** Wir werden Leiharbeitsverhältnisse rechtlich besser absichern. Neben einer Lohnuntergrenze gehört dazu auch die Stärkung des Prinzips „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“. Nach einer angemessenen Einarbeitungszeit soll für die Arbeit in demselben Unternehmen der Grundsatz „equal pay“ uneingeschränkt gelten. Die konzerninterne Verleihung wollen wir begrenzen.
- **Praktika dürfen nicht zur Sackgasse werden.** Deshalb wollen wir eine rechtlich bessere Absicherung von Praktikantinnen und Praktikanten gegen die Ausnutzung als billige oder gar kostenlose Arbeitskräfte.

- **Arbeitnehmerdatenschutz.** Zahlreiche Übergriffe der letzten Jahre haben deutlich gemacht, dass wir ein eigenes Arbeitnehmerdatenschutzgesetz benötigen, das die Rechte der Beschäftigten sichert. Ein solches Vorhaben dient dazu, bislang verstreute Vorschriften zu bündeln und da zu ergänzen, wo durch neue Technologien Bedarf besteht.
- **Informantenschutz.** Beschäftigte sind häufig die einzigen, die Rechtsverletzungen im Betrieb wahrnehmen, aus denen unter Umständen sogar Gefahren für Dritte hervorgehen. Daher wollen wir, dass Beschäftigte vor Sanktionen des Arbeitgebers geschützt sind, wenn sie auf Missstände hinweisen.
- **Arbeitsvertragsgesetzbuch.** Wir halten ein Arbeitsvertragsgesetzbuch für begrüßenswert, wenn es von den Sozialpartnern im Konsens erarbeitet wird und vollständig und verständlich die bestehenden Regelungen ohne einen Abbau von Arbeitnehmerrechten bündelt.
- **Schutz der Arbeitnehmer bei Insolvenzen.** Die Wirtschaftskrise wird auch im Jahr 2010 noch zu einem Anstieg der Unternehmensinsolvenzen führen. Wir müssen deshalb die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Insolvenzverfahren so gut wie möglich schützen. Durch Gesetz muss klargestellt werden, dass in der Insolvenz der Lohn für bereits geleistete Arbeit nicht missbräuchlich entzogen werden darf.

Gerechte Löhne und Einkommen

- **Tarifautonomie und Tariftreue sichern.** Wir werden die Tarifautonomie in Deutschland und Europa verteidigen. Sie ist eine Grundlage für Gute Arbeit. Wir wollen, dass Tariftreue bei der Vergabe öffentlicher Aufträge zu einem zentralen Kriterium wird. Und wir unterstützen Initiativen gegen Sozialdumping im europäischen und internationalen Raum. Gute Arbeit darf nicht durch einen sich globalisierenden Arbeitsmarkt gefährdet werden.
- **Mindestlöhne.** Wir haben in der Großen Koalition gegen den Widerwillen der Union eine Ausweitung des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes und die Neufassung des Mindestarbeitsbedingengesetzes durchgesetzt, um mehr Branchen gegen Dumpinglöhne abzusichern. Diesen Weg gehen wir konsequent weiter. Wir werden in möglichst vielen Branchen allgemeinverbindliche tarifliche Mindestlöhne ermöglichen. Und wir werden überall dort Mindestarbeitsbedingungen vorantreiben, wo die Sozialpartner dazu aus eigener Kraft nicht mehr in der Lage sind. Unser Ziel ist ein allgemeiner gesetzlicher Mindestlohn, der eine Grenze markiert, unter die Löhne nicht fallen dürfen. Eine Mindestlohn-Kommission soll ihn festsetzen. Wir gehen davon aus, dass ein Mindestlohn von 7,50 Euro zurzeit eine sinnvolle Orientierungsmarke ist.

- **Bonus für Arbeit.** Wir wollen eine grundlegende Neuordnung des unteren Einkommensbereichs in Angriff nehmen. Dabei wird ein gesetzlicher Mindestlohn im Mittelpunkt stehen. Steuern und Sozialabgaben werden mit anderen staatlichen Transferleistungen so aufeinander abgestimmt, dass eine existenzsichernde, sozialversicherungspflichtige Vollzeitarbeit gestärkt wird. Wir wollen Zuschüsse zum Einkommen so gestalten, dass niemand, weil er oder sie Kinder hat, in die Grundsicherung für Arbeitsuchende abrutscht. Zu diesem Zweck wollen wir den Kinderzuschlag in Verbindung mit dem Wohngeld weiterentwickeln, um erwerbstätige Eltern zu fördern. Wir wollen ein Wahlrecht zwischen Kinderzuschlag und Wohngeld auf der einen und Grundsicherung auf der anderen Seite schaffen.
- **Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung stärken.** Die Ausweitung unsicherer Beschäftigungsverhältnisse wollen wir eindämmen. Gute Arbeit bedeutet, dass sozialversicherungspflichtige Beschäftigung die Regel ist. Bei den so genannten Minijobs wollen wir die Begrenzung auf 15 Wochenstunden wieder einführen.

Gleiche Chancen – gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit

- **Gleiche Löhne.** Gerechte Löhne sind leider immer noch auch eine Frage der Gleichstellung der Geschlechter. Wir werden dafür sorgen, dass sich die Lücke zwischen den Löhnen von Männern und Frauen schließt. Der Mindestlohn hilft dabei, weil viele Frauen immer noch in strukturell gering bezahlten Bereichen arbeiten. Wir wollen darüber hinaus eine Stelle einrichten, die Lohnmessungen bei Unternehmen veranlassen kann. Gleichzeitig sollen Betriebsräte das Recht erhalten, vom Arbeitgeber eine statistische Diagnose darüber zu verlangen, ob die Löhne im Unternehmen gerecht sind. Zusätzlich wollen wir im Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz die Möglichkeit der Zusammenarbeit des Betriebsrats mit der genannten Stelle verankern. Damit werden die bereits heute bestehenden individuellen Rechte der betroffenen Frauen bei einem Verstoß gegen das Benachteiligungsverbot effektiv erweitert. Außerdem sollen bei der Vergabe öffentlicher Aufträge nur Betriebe zum Zuge kommen, die Frauen und Männer in der Entlohnung gleich behandeln.
- **Mehr Frauen in Führungs- und Aufsichtsfunktionen.** Wir werden mit verbindlichen Regelungen und Zielvorgaben dafür sorgen, dass Frauen und Männer gleiche Aufstiegschancen in den Unternehmen haben und der Frauenanteil in den Führungspositionen deutlich erhöht wird. Ausländischen Beispielen folgend wollen wir in den Aufsichtsgremien von Unternehmen eine Frauenquote von mindestens 40 Prozent einführen.
- **Beratung bei der Berufs- und Studienfachwahl.** Wir wollen die geschlechtsspezifische Berufs- und Studienfachwahl aufbrechen. Hierzu ist eine enge Zusam-

menarbeit zwischen Schule, Berufs- und Studienberatung sowie Elternhaus erforderlich.

- **Teilzeitbeschäftigung – heraus aus der Sackgasse.** Mit dem Teilzeit- und Befristungsgesetz haben wir einen Rechtsanspruch auf Teilzeitbeschäftigung und die Teilnahmemöglichkeiten an beruflicher Qualifizierung durchgesetzt. Trotzdem sind oftmals die Qualifizierungs- und Karrierechancen von Teilzeitbeschäftigten noch unzureichend und die Bezahlung nicht existenzsichernd. Besonders betroffen sind Frauen. Wir werden Maßnahmen ergreifen, die die rechtlichen Bedingungen für die (Wieder-) Aufnahme einer Vollzeitbeschäftigung verbessern und mehr Teilnahmemöglichkeiten an beruflicher Qualifizierung bieten.

Ausbildung und Chance auf berufliches Fortkommen

- **Recht auf Nachholen eines Schulabschlusses für alle.** Wir werden nicht hinnehmen, dass bis zu 80.000 Schülerinnen und Schüler pro Jahr die Schule ohne einen Abschluss verlassen. Jede und jeder erhält eine zweite oder dritte Chance. Deshalb wollen wir das Recht für alle durchsetzen, den Schulabschluss jederzeit gefördert nachholen zu können. Wir werden dafür sorgen, dass Schülerinnen und Schüler mit rechtzeitiger Berufsorientierung und Berufseinstiegsbegleitung schon in der Schule auf die Ausbildung vorbereitet werden.
- **Starkes duales System.** Wir werden das duale System stärken und die Ausbildungsberufe modernisieren. Wir wollen mehr Ausbildungsangebote, die eine betriebliche Ausbildung mit einem akademischen Studium verbinden.
- **Eine Berufsausbildung für alle.** Die Berufsausbildung ist nach wie vor die wichtigste Grundlage für den Berufseinstieg. Selbst wenn wir es erreichen, 40 Prozent eines Jahrgangs an die Hochschulen zu bringen, bleiben 60 Prozent, die eine klassische Berufsausbildung suchen. Wir werden vor diesem Hintergrund den Ausbildungspakt weiterentwickeln und streben an, die Ausbildungsplatzverpflichtungen der Wirtschaft weiter zu erhöhen. Wir sorgen für Ausbildungsplätze auch für die geringer qualifizierten Bewerberinnen und Bewerber. Wir helfen mit dem Ausbildungsplatzbonus auch denen, die schon länger vergeblich eine Lehrstelle suchen. Den Betriebsräten wollen wir ein Mitbestimmungsrecht verschaffen, damit sie in ihrem Betrieb mehr Ausbildungsplätze durchsetzen können. Wir wollen eine Berufsausbildungsgarantie für alle, die älter als 20 Jahre sind und weder Berufsabschluss noch Abitur haben. Sie sollen eine Chance in außerbetrieblichen Ausbildungsangeboten bekommen und sich dort in Berufen mit Arbeitskräftebedarf qualifizieren können. Außerdem werden wir jungen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ohne Ausbildung ermöglichen, möglichst ohne Einkommensverlust in ihrem Betrieb eine Ausbil-

dung nachzuholen. Wir wollen den Übergang von Schule zu Arbeitsleben neu ordnen und aus Warteschleifen übersichtliche Wege von der Schule in die Ausbildung machen.

- **Leichterer Zugang zur Hochschule.** Wir wollen ein durchlässiges Bildungssystem. Deshalb wollen wir die Möglichkeit für Berufsschülerinnen und -schüler schaffen, auch eine Fachhochschulreife zu erwerben. Darüber hinaus wollen wir die Möglichkeiten des Zugangs zu einem integrierten Fachhochschulstudium und einer beruflichen Ausbildung vergrößern. Zusätzlich wollen wir Technikerinnen und Technikern, Meisterinnen und Meistern sowie anderen Berufstätigen mit Ausbildung gezielt den Zugang zu den Hochschulen und Universitäten öffnen. Zu diesem Zweck soll der Bezug von BAföG auch nach dem 30. Lebensjahr möglich sein.
- **Sicherung des Fachkräftebedarfs.** Wir wollen eine Weiterbildung mit System und Rechtsansprüchen. Die Beteiligung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer an Weiterbildungsmaßnahmen ist in Deutschland mit 43 Prozent zu gering. Wir wollen sie bis 2015 auf mindestens die Hälfte erhöhen. Insbesondere sollen Geringqualifizierte verstärkt an Weiterbildungsmaßnahmen teilnehmen können. Wir wollen den Arbeitsmarkt für ausländische Akademikerinnen und Akademiker, Absolventen deutscher Auslandsschulen und Bildungsinländer weiter offen halten. Außerdem werden wir uns mit Nachdruck um die Verbesserung der Qualifikation von Migrantinnen und Migranten einschließlich der Sprachförderung und der Anerkennung ihrer ausländischen Qualifizierungen kümmern. Wir wollen ein Anerkennungsgesetz, auf dessen Grundlage jeder nach spätestens sechs Monaten weiß, welche seiner im Ausland erworbenen Abschlüsse auch bei uns anerkannt werden.

Arbeitsversicherung und Lebensarbeitszeitkonto

- **Das Langzeitkonto – ein neues Modell der Arbeit.** Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wollen souverän mit ihrer Zeit umgehen. Dazu schaffen wir die rechtlichen Möglichkeiten. Mit der Insolvenzsicherung und Übertragbarkeit der Wertguthaben aus Langzeitkonten haben wir dafür wesentliche Grundlagen gelegt. Wir wollen, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Wertguthaben ansparen und im Laufe ihres Berufslebens flexibel entnehmen können – für Weiterbildung, Kindererziehung oder Pflege von Angehörigen. Diese Aspekte können durch branchenspezifische Arbeitszeitkonten von den Tarifpartnern geregelt werden. Zusammen mit den bereits etablierten Rechten auf Teilzeitarbeit generell und auf Teilzeitarbeit bei Kindererziehung ermöglichen wir einen flexiblen und jeder Lebensphase angemessenen Umgang mit Arbeitszeit. Daraus kann sich ein neues Modell der Arbeit entwickeln, das Flexibilitäts- und Sicherheitsansprüche miteinander verbindet.

- **Die Arbeitslosenversicherung wird zur Arbeitsversicherung.** Wir wollen die Arbeitslosenversicherung zu einer Arbeitsversicherung weiterentwickeln, die Arbeitslosigkeit nicht nur schnell beendet, sondern dabei hilft, sie zu vermeiden. Zu diesem Zweck werden wir bundesweit für jede Arbeitnehmerin und jeden Arbeitnehmer einen Rechtsanspruch auf eine kostenlose Überprüfung des individuellen Qualifizierungsbedarfs einrichten. Dieses Angebot soll wohnortnah durch die Agentur für Arbeit in Zusammenarbeit mit regionalen Weiterbildungsnetzwerken bereitgestellt werden. Diese Qualifizierungsberatung kann auch von Selbstständigen genutzt werden. Mit der neuen Arbeitsversicherung wollen wir dazu beitragen, dass in den Betrieben Langzeitkonten für Weiterbildung attraktiver werden. Es soll ein öffentlich finanzierter Anteil auf jedes Langzeitkonto gezahlt werden, der aber nur für Qualifizierungszwecke genutzt werden kann.

Vermittlung in Arbeit

- **Beste Vermittlung in Arbeit.** Wir wollen, dass Deutschland die weltweit beste Arbeitsvermittlung hat. Wer arbeitslos wird, der muss wissen, dass ihm oder ihr die bestmögliche Betreuung und Vermittlung offen stehen. Eine Hauptaufgabe bleibt die Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit. Wir werden die Zahl der Arbeitsvermittlerinnen und -vermittler in Zeiten der wirtschaftlichen Krise aufstocken, damit das Vermittlungsangebot für jeden Einzelnen gerade auch dann auf einem hohen Niveau bleibt, wenn der persönliche Unterstützungsbedarf am größten ist.
- **Betreuung vor Ort.** Wir werden schnellstmöglich eine verfassungskonforme Nachfolgeregelung für die Arbeitsgemeinschaften von Bundesagentur für Arbeit und Kommunen schaffen. Die Zusammenarbeit von Vermittlungssachverständigen und örtlichem Wissen hat sich bewährt.
- **Förderinstrumente verbessern.** Wir werden das Instrumentarium der Arbeitsvermittlung kontinuierlich weiter verbessern. Wir wollen insbesondere die Existenzgründung aus der Arbeitslosigkeit heraus besser fördern. Einen weiteren Schwerpunkt werden wir auf die Integration von Einwanderinnen und Einwanderern legen, die noch besser bei der Einbeziehung in den Arbeitsmarkt unterstützt werden müssen. Für Langzeitarbeitslose mit besonderen Vermittlungshemmnissen wurden neue Perspektiven eröffnet. Der Kommunal-Kombi für Regionen mit besonders verfestigter Langzeitarbeitslosigkeit wird weiter ausgebaut.
- **Bedarfsgerechte Regelsätze.** Arbeitslosigkeit darf nicht zu Armut führen. Es wird auch weiterhin eine regelmäßige Überprüfung der Regelsätze des Arbeitslosengeldes II und gegebenenfalls dessen bedarfsgerechte Erhöhung geben.

- **Schonvermögen.** Altersvorsorge ist wichtig. Vermögen, das der privaten Altersvorsorge dient, wird nicht auf das Arbeitslosengeld II angerechnet. Voraussetzung ist, dass unwiderruflich mit Beginn des Ruhestandes eine monatliche Rente garantiert wird.

Für eine neue Kultur der Arbeit – Menschen- und familiengerechtes Arbeiten

- **Humane Arbeitsbedingungen zum Erhalt der Beschäftigungsfähigkeit.** Arbeit nimmt einen großen Teil der Lebenszeit ein. Deshalb muss die Arbeit so gestaltet werden, dass sie mit dem Lebenszyklus der Einzelnen in Einklang steht. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen die Chance haben, bis zur Rente arbeiten zu können. Eine neue Kultur der Arbeit ist daher menschlich und wirtschaftlich notwendig. Wir werden verstärkt moderne Arbeitsbedingungen fördern: Betriebe können voneinander lernen. Modellprojekte mit Sozialpartnern, Betrieben und Forschung sollen helfen, branchenspezifisch gute Lösungen zu entwickeln und zu identifizieren.
- **Humane Arbeitszeiten.** Arbeit muss auch zeitlich gesundheitsverträglich gestaltet werden. Das gilt gerade für Schicht- und Wochenendarbeit. In Zusammenarbeit mit Sozialpartnern, Betrieben und Forschung sollen Modellprojekte weiterentwickelt werden, die es ermöglichen, dass Ältere länger gesund arbeiten können.
- **Vorausschauende Personalentwicklungsplanung.** Die Belegschaften in den Betrieben werden älter. Darum kann eine vorausschauende Personalentwicklungsplanung sowohl das Qualifikationsniveau der Belegschaften als auch alters- und altersgerechte Arbeitsbedingungen verbessern.
- **Betriebliches Gesundheitsmanagement.** Zusätzlich zur bereits bestehenden steuerlichen Absetzbarkeit von Aufwendungen des Arbeitgebers für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ist zu überlegen, ob in diesem Bereich durch Förder- bzw. Zuschussregelungen Fortschritte zu erzielen sind. Die Gesundheitskompetenz der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer muss gefördert werden.
- **Berufliche Rehabilitation.** Wir wollen die berufliche Rehabilitation weiter modernisieren und dabei insbesondere das betriebliche Wiedereingliederungsmanagement stärken und der Rehabilitation so weitgehend wie möglich den Vorrang vor der Erwerbsminderungsrente geben.
- **Vereinbarkeit von Beruf und Familie.** Neben den familienpolitischen Initiativen, wie dem Ausbau der Kindertagesbetreuung und dem Rechtsanspruch

auf einen Betreuungsplatz, die wir durchgesetzt haben, wollen wir auch den Ausbau von Betriebskindergärten weiter vorantreiben. Wir müssen uns ganz besonders um diejenigen kümmern, die in der so genannten „rush hour des Lebens“ stecken und im Alter zwischen 25 und 40 Jahren gleichzeitig berufliche Karriere, Familiengründung und möglicherweise Pflege von Angehörigen bewältigen müssen. Daher muss ein Anspruch auf Teilzeitarbeit auch befristet mit einer Mindestdauer von zwei Jahren ermöglicht werden. Für unerwartet eintretende Pflegesituationen wollen wir bis zu zehn Tage bezahlte Freistellung einführen. Der Aufbau einer wohnortnahen Infrastruktur für Familien muss bei der Sozialraumplanung entsprechend berücksichtigt werden.

- **Zeitsouveränität.** Arbeit ist das halbe Leben. Wir wollen, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer selbstbestimmter mit ihrer Arbeitszeit umgehen können. Flexibilisierung von Arbeitszeit kann und soll ein Vorteil für Arbeitnehmer sein. Das lässt sich durch den gezielten Einsatz von Langzeitkonten erreichen, mit denen Beschäftigte Freizeiten ansparen können. Darüber hinaus muss Zeitsouveränität für Familien, aber auch für ehrenamtliches Engagement, Kultur, Sportvereine, etc. gewährleistet sein. Wir wollen die nötigen Rahmenbedingungen setzen, um Betriebsräten Initiativrechte und den Tarifparteien mehr Spielraum in diesen Fragen zu geben.

Mitbestimmung in Betrieb und Unternehmen als Kernelement der Sozialen Marktwirtschaft

- **Erhalt und Stärkung des deutschen Mitbestimmungsmodells.** Gerade in diesen Zeiten zeigt sich, dass Unternehmer und Arbeitnehmer nur gemeinsam die Krise bewältigen können. Deshalb ist und bleibt Mitbestimmung in Deutschland und Europa ein ebenso wichtiger Grundpfeiler der sozialen Marktwirtschaft wie die Tarifautonomie. Und wir werden auch künftig in den europäischen Verhandlungen – beispielsweise zur Sitzverlagerungsrichtlinie und zur Europäischen Privatgesellschaft – darauf achten, dass das deutsche Mitbestimmungsmodell Zukunft hat. Die Möglichkeit, Europäische Betriebsräte zu bilden, ist eine gute Gelegenheit, die Mitbestimmung in Europa weiter voranzutreiben.
- **Ausweitung der mitbestimmungspflichtigen Geschäfte.** Im Bereich der Unternehmensmitbestimmung muss ein gesetzlicher Mindestkatalog zustimmungsbedürftiger Geschäfte festgelegt werden. Feindliche Übernahmen dürfen kein mitbestimmungsfreier Raum mehr sein.
- **Mitbestimmungsfreie Zone reduzieren.** Die Umgehung der Mitbestimmung durch Auslagerung in faktisch beherrschte Tochterunternehmen, durch die

Wahl der Rechtsform (wie Stiftungen und Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit) sowie durch Auslandsgesellschaften mit Verwaltungssitz in Deutschland wollen wir beenden.

- **Beteiligungsrechte erweitern.** Wir haben die rechtliche Grundlage dafür geschaffen, dass Betriebsräte bei technischen Neuerungen entsprechende Qualifizierungen durchsetzen können. Wir wollen künftig die Mitbestimmung auch generell bei Fragen der Ausbildung und Weiterbildung im Betrieb ausbauen. Die Mitbestimmung beim Einsatz von Zeitarbeit muss gestärkt und Leiharbeiter müssen bei den betriebsverfassungsrechtlichen Schwellenwerten berücksichtigt werden. Auch bei der Weiterbildung brauchen Betriebsräte mehr Rechte, ebenso um einen Sozialplan bei Betriebsübergang zu verhandeln. Und wir wollen die Rechte der Betriebsräte bei der Frauenförderung in den Betrieben stärken.
- **Betriebsratswahlen 2010 – Initiative zur Gründung von Betriebsräten.** Nur jeder 17. Betrieb mit 5 bis 50 Beschäftigten hat einen Betriebsrat. In vielen Fällen wird ein Betriebsrat von den Beschäftigten gewünscht, aber vom Unternehmen blockiert. Die nächste SPD-geführte Bundesregierung wird im Vorfeld der Betriebsratswahlen 2010 eine Kampagne zur Gründung von Betriebsräten starten. Wir wollen, dass die Möglichkeiten des Betriebsverfassungsgesetzes möglichst umfassend genutzt werden.

4. Bildung ist Menschenrecht

Bildung ist ein Menschenrecht. Jeder Mensch hat das gleiche Recht auf eine gute Bildung – als Grundlage für ein erfülltes Leben und als Eintrittskarte für gute, qualifizierte Arbeit. Das gilt unabhängig von der Herkunft, unabhängig vom Einkommen der Eltern. Bildung als Menschenrecht ist die Voraussetzung für echte Chancengleichheit. Solange in unserem Bildungssystem Hürden für benachteiligte Menschen bestehen, bleiben die Chancen ungerecht verteilt.

Lebenslanges Lernen ist für die Persönlichkeitsentwicklung eines jeden Menschen unersetzlich. Es gibt Orientierung, um sich in einer immer komplexer werdenden Welt zurechtzufinden und am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben. Allgemeine, berufliche, politische und kulturelle Bildung vermittelt den Menschen Grundorientierungen und Kompetenzen. Dies macht es ihnen möglich, den politischen und gesellschaftlichen Wandel in unserer Gesellschaft aktiv mitzugestalten. Wir plädieren für eine enge Zusammenarbeit von Schulen mit Volkshochschulen und an-

deren außerschulischen Bildungseinrichtungen sowie kulturellen Institutionen wie Bibliotheken, Museen, Theatern und Kinos.

Das Menschenrecht auf Bildung endet nicht mit dem Erwachsenwerden. Wer es im ersten Anlauf nicht geschafft hat und einen erneuten Versuch machen möchte, der verdient das Recht auf eine zweite und dritte Chance. Bildung muss immer möglich sein – ein Leben lang, auch nach der Erwerbsphase. Wir bekennen uns zu Bildung als öffentlichem Gut und sehen Staat und Politik in der Verantwortung, mehr Bildung für alle von Anfang an und ein Leben lang zu organisieren.

Das Menschenrecht auf Bildung können wir nur gemeinsam verwirklichen. Bildung ist eine Gemeinschaftsaufgabe, denn von der Bildung der und des Einzelnen profitiert die gesamte Gesellschaft. Gute Bildung für alle ist Voraussetzung für Fortschritt und den zukünftigen Wohlstand des Landes.

Lehrerinnen und Lehrer in allen Bildungsbereichen leisten viel – ihr Engagement verdient mehr Anerkennung. Gemeinsam mit den Eltern legen sie das Fundament unserer Zukunft.

Kinder und Eltern fragen nicht, welche politische Ebene für ihre Bildung zuständig ist. Kinder brauchen qualifizierte und motivierte Lehrkräfte, eine gute Ausstattung mit Lehrmitteln und renovierte Klassenzimmer. Der notwendige Qualitätssprung im Bildungswesen wird nur gelingen, wenn Bund, Länder und Kommunen gemeinsam handeln und alle Glieder der Bildungskette ineinander greifen. Wir wollen im Grundgesetz die Voraussetzungen dafür schaffen, dass eine solche Kooperation möglich ist.

■ ■ ■ Was wir wollen:

Wir brauchen einen neuen Bildungskonsens und gemeinsame Ziele

- **Alle Schülerinnen und Schüler brauchen einen Abschluss.** Unser erstes und wichtigstes Ziel wird sein, die Zahl der Schulabbrecher drastisch zu reduzieren. Wir wollen es nicht länger hinnehmen, dass jährlich 80.000 Schülerinnen und Schüler ohne Abschluss bleiben. Über klare Zielvereinbarungen wollen wir erreichen, dass diese Zahl jährlich um mindestens 10 Prozent gesenkt wird.
- **Mehr Geld für Bildung.** Bildung muss unserer Gesellschaft mehr wert sein. Unser Ziel: bis 2015 mindestens 7 Prozent des BIP für Bildung und 3 Prozent für Forschung und Entwicklung. Wir haben dieses Ziel beim Bildungsgipfel 2008 durchgesetzt.

- **Solidarbeitrag für Bildung.** Gerade in der Krise kommt es darauf an, dass wir ausreichend Geld in die Bildung investieren, um gestärkt aus der Krise hervorzugehen. Und gerade in der Krise kommt es darauf an, diese Kosten gerecht zu verteilen. Darum werden wir einen Bildungszuschlag auf sehr hohe Einkommen einführen.
- **Ausbildung und Beruf.** Wir brauchen in Zukunft mehr gut qualifizierte Fachkräfte. Unser Ziel ist, dass alle Jugendlichen einen Berufsabschluss oder Abitur haben. Wir wollen das duale System stärken und mehr Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern den regelmäßigen Zugang zu beruflicher Weiterbildung ermöglichen (siehe Kapitel „Gute Arbeit sichern“).
- **Integration.** Gemeinschaft und Zusammengehörigkeitsgefühl entstehen durch gemeinsame Bildung und Erziehung. Ausgrenzung ist keine Lösung –das gilt für Kinder mit Behinderung, für Lernschwache und für solche, die im Elternhaus unzureichende Hilfestellung erfahren.
- **Die Benachteiligung von Einwanderkindern beenden.** Deutschland ist ein Einwanderungsland. Ein Viertel aller Kinder hat mindestens einen Elternteil, der aus einem anderen Land eingewandert ist. Viele dieser Kinder sind in unserem Bildungssystem immer noch erheblich benachteiligt. Auch sie haben ein Recht auf die gleichen Bildungschancen, auf die Anerkennung ihrer besonderen Fähigkeiten wie die Mehrsprachigkeit und ihrer kulturellen Erfahrungen.

Eine starke Ausbildungsförderung für mehr Gerechtigkeit in der Bildung

- **BAföG: Tradition verpflichtet.** Die Sozialdemokratie hat das BAföG zu Beginn der 70er Jahre eingeführt, weil es eine wichtige Bedingung für Chancengleichheit in der Bildung ist. An dieser Tradition knüpfen wir an.
- **BAföG für Schüler.** Schüler und Schülerinnen aus einkommensschwachen Familien sollen auf dem Weg zum Abitur ab ihrem Eintritt in die gymnasiale Oberstufe finanziell unterstützt werden.
- **BAföG für Studierende.** Wir werden das Studierenden-BAföG so ausweiten, dass Studieren auch in späteren Phasen der Erwerbsbiografie möglich wird. Dazu gehört, dass auch Teilzeitstudiengänge und weiterbildende Master-Studiengänge gefördert werden können. Dazu gehört auch, die Altersgrenze für den BAföG-Bezug anzuheben.
- **Meister-BAföG.** Wir werden die Regeln des Meister-BAföG und des BAföG in einem Erwachsenenfortbildungsgesetz zusammenfassen.

- **Das BAföG muss zum Leben reichen.** Darum werden wir es regelmäßig an die Lebenshaltungskosten anpassen.

Gute Bildung für alle von Anfang an

- **Betreuung ab eins.** Wir haben dafür gesorgt, dass es ab 2013 für jedes Kind vom ersten Geburtstag an einen Rechtsanspruch auf Betreuung gibt. Wir wollen daraus ein Recht auf Ganztagsbetreuung machen.
- **Bessere Qualität und Gebührenfreiheit.** Die Verbesserung der Qualität in der frühkindlichen Bildung steht für uns an erster Stelle aller Anstrengungen, denn es geht um das einzelne Kind. Wir brauchen einen besseren Personalschlüssel in Krippen, Kindertagesstätten und in der Tagespflege, der bundesweit einheitlich im SGB VIII geregelt wird. In weiteren Schritten geht es um eine vollständige Gebührenfreiheit. An den dafür erforderlichen Mitteln wird sich der Bund beteiligen. Wir erwarten das auch von den Ländern, soweit es noch nicht hinreichend geschieht.
- **Erziehungsarbeit aufwerten.** Erzieherinnen und Erzieher leisten wichtige Arbeit, sie tragen große Verantwortung. Die SPD wird daher für eine bessere Aus- und Weiterbildung für Erzieherinnen und Erzieher sorgen und damit die Voraussetzungen für eine angemessenere Bezahlung verbessern.
- **Verbindliche Zusammenarbeit von Kita und Schule.** Wir wollen, dass alle Kinder mit guten Startchancen in die Schule kommen. Deshalb wollen wir die Schulvorbereitung in der Kita stärken. Die verbindliche Sprachförderung muss Schwerpunkt der vorschulischen Bildung sein, damit alle Kinder gut vorbereitet in die erste Klasse kommen.

Gemeinsames Lernen, alle Kinder fördern, kein Kind zurücklassen

- **Mehr Durchlässigkeit.** Unser Ziel ist ein sozial gerechtes, leistungsstarkes und durchlässiges Schulsystem, das kein Kind und keinen Jugendlichen zurücklässt. Wir wollen, dass Schülerinnen und Schüler länger gemeinsam lernen können. Das werden wir mit einer besseren individuellen Förderung verbinden. Die SPD wird sich weiterhin für den Ausbau von integrativen Schulformen stark machen. Wir wollen langfristig das gegliederte Schulwesen überwinden.
- **Ganztagschulen ausbauen.** Mit dem Ganztagschulprogramm haben wir in der Zeit der rot-grünen Regierung einen Durchbruch in der Bildungspolitik geschafft. Unser Ziel ist es, das Angebot an Ganztagschulen flächendeckend auszubauen. Alle Kinder sollen sowohl in Ganztagschulen als auch in Kindertagesstätten an einem gesunden Mittagessen teilnehmen können.

- **Sozialarbeit an jeder Schule mit Bedarf.** Schulen, die besondere Integrationsleistungen erbringen, müssen mehr Unterstützung erhalten. Jede Schule mit besonderem Bedarf soll mindestens eine/n Schul-Sozialarbeiter/in erhalten.
- **Inklusive Bildung.** Wir werden dafür eintreten, dass möglichst alle Kinder mit Behinderungen gemeinsam mit Kindern ohne Behinderungen zur Schule gehen.
- **Berufsorientierung an allen Schulen.** Wir wollen die Arbeits- und Berufsorientierung in der Schule fest verankern. Sie soll gemeinsam mit einer umfangreichen Beratung und Berufswahlvorbereitung Pflichtangebot in allen allgemeinbildenden Schulen sein. Schule und Betrieb müssen dafür besser verzahnt werden.

Offene Hochschulen

- **Keine Studiengebühren.** Ein Studium darf nicht am Geld scheitern. Wir stehen zu einem gebührenfreien Erststudium bis einschließlich zum Master.
- **Geld folgt Studierenden.** Verantwortlich für die Hochschulen bleibt der Staat. Wir werden eine gerechte Verteilung der Lasten herstellen und die Hochschulfinanzierung auf ein wettbewerbliches Anreizsystem nach dem Prinzip „Geld folgt den Studierenden“ umstellen. Damit wollen wir einen positiven Wettbewerb der Länder um die Studierwilligen erreichen.
- **Mehr Studienplätze.** Wir halten an dem Ziel fest, die Zahl der Studienplätze zu erhöhen. Wir werden den Hochschulpakt konsequent und überprüfbar umsetzen.
- **Gute Lehre und Beratung.** Neben dem quantitativen Ausbau der Studienplätze setzen wir uns auch die Verbesserung der Lehre an den Hochschulen zum Ziel. Die SPD fordert, dass der durch die Studienstruktureform erhöhte Beratungsbedarf der Studierenden abgesichert wird und die Hochschulen ausreichend ausgestattet sind, um den Studierenden dabei zu helfen, ihre Studienziele zu erreichen.
- **Zugang erleichtern.** Wir wollen, dass mehr Fachkräfte ohne Abitur studieren können, und werden den Zugang zu den Hochschulen für diese Personengruppe weiter öffnen. Eine qualifizierte Berufsausbildung ist für uns gleichrangig mit einem allgemeinbildenden Abschluss.
- **Zulassung zentral regeln.** Wir werden die Hochschulzulassung bundeseinheitlich regeln. Alle Hochschulen müssen beteiligt sein am zentralen Servicever-

fahren. So können alle Kapazitäten ausgenutzt werden und die Studierenden gemäß ihrer Neigung studieren.

- **Gesellschaftliche Verantwortung lehren.** Hochschulen dürfen nicht nur Orte der Wissensvermittlung sein. Wir setzen uns dafür ein, dass dort nicht nur Inhalte weitergegeben werden, sondern der Sinn für gesellschaftliche Verantwortung gestärkt wird.
- **Demokratische Hochschule.** Wir stehen für starke, offene und demokratische Hochschulen ein. Wir stehen zur Hochschulautonomie und zur universitären Selbstverwaltung. Wir wollen die inneruniversitäre Demokratie stärken: Alle Statusgruppen müssen fair in Entscheidungen und Gremien eingebunden werden.
- **Mehr Frauen in Leitungsfunktionen.** Wir wollen, dass mehr Frauen Leitungsfunktionen in Hochschulen und Forschungseinrichtungen übernehmen. Deshalb werden wir konkrete Zielvereinbarungen mit finanziellen Sanktionsmöglichkeiten bei Nichteinhaltung abschließen.
- **Professorinnen-Programm.** Wir wollen den Frauenanteil des wissenschaftlichen Personals bis 2020 auf 40 Prozent erhöhen. Dafür planen wir ein Professorinnen-Programm sowie ein Investitionsprogramm für Kindertagesstätten und Krippen an den Hochschulen.

Wissenschaftspolitik

- **Exzellenzinitiative fortsetzen.** Die Exzellenzinitiative ist ein sozialdemokratisches Erfolgsprojekt, das den Wissenschaftsstandort Deutschland erheblich aufgewertet hat. Wir werden sie über das Jahr 2011 hinaus fortsetzen.
- **Internationaler Wissenschaftsstandort.** Wir wollen die Internationalisierung von Lehre und Forschung weiterentwickeln, damit mehr Spitzenkräfte aus dem Ausland zu uns kommen und Forscherinnen und Forscher in unserem Land bleiben. Das Einwanderungsrecht und Verdienstmöglichkeiten sind dafür wesentliche Faktoren. Wir müssen sie so gestalten, dass die besten Köpfe zu uns kommen und bei uns ihre Arbeit leisten. Studiengänge und Abschlüsse müssen international vergleichbar sein.
- **Wissenschaftlichen Nachwuchs fördern.** Wir wollen die Juniorprofessur nachhaltig ausbauen. Wir werden ein Förderprogramm für den akademischen Mittelbau sowie für attraktive Anwerbe- und Rückholprogramme auflegen.
- **Wissenschaftliche Kooperation erleichtern.** Um die Bildung von Clustern und Forschungsnetzen zu erleichtern, wollen wir die Integration von Hochschulen

und Forschungseinrichtungen vereinfachen und Wissenschaftsstrukturen flexibilisieren.

- **Forschungseinrichtungen besser fördern.** Wir werden den Pakt für Forschung fortsetzen und weiterentwickeln.

5. Handlungsfähiger Staat – solidarisch finanziert

Um wichtige Investitionen vor allem in Bildung, Familien, Forschung, Infrastruktur, Kultur oder Sicherheit zu ermöglichen, ist der Staat auf solide und stabile Einnahmen angewiesen. Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in Regierungsverantwortung stehen dafür, dass sich die Gesamtsteuerlast gerecht nach Leistungskraft verteilt. Das heißt für uns: Starke Schultern müssen mehr tragen als schwache. Denn sie können mehr tragen als schwache.

Unsere Steuerpolitik folgt dem Prinzip, wirtschaftliche Dynamik mit sozialer Gerechtigkeit zu verbinden. Bei der Besteuerung von Unternehmen haben wir wichtige Fortschritte erzielt. Einem weitergehenden Steuersenkungswettbewerb werden wir entschieden entgegentreten. Gewinnverlagerung, Steuergestaltung und übermäßiger Fremdfinanzierung globaler Konzerne wollen wir auch weiter Einhalt gebieten. Wer seine Gewinne in Deutschland erwirtschaftet, soll hierzulande seine Steuern zahlen. Wer das nicht tut, schadet allen, die mit ihren Steuern die Leistungen des Staates finanzieren müssen. Deshalb bekämpfen wir den internationalen Steuerbetrug und den schädlichen Steuerwettbewerb.

Wer durch hohe Einkommen und Vermögen Vorteile genießt, muss einen stärkeren Solidarbeitrag vor allem zur Finanzierung von Kinderbetreuung und Bildung leisten. Dass Vermögende einen ihrer Leistungsfähigkeit entsprechenden steuerlichen Beitrag zur Finanzierung des Gemeinwesens leisten, ist sozial gerecht und wirtschaftlich vernünftig.

■ ■ ■ Was wir wollen:

Lohnsteuerbonus einführen

- **Konsequente Vereinfachung.** Wir wollen, dass Millionen von Steuerpflichtigen mit ihrer Steuererklärung keinen Aufwand mehr betreiben müssen.
- **300 Euro Lohnsteuer-Bonus.** Wir bieten allen 30 Millionen Lohnsteuerpflichtigen an, künftig per Postkarte an das Finanzamt auf die jährliche Einkommensteuererklärung verzichten zu können. Damit sich das für die Steuerzahler

rechnet, erhalten Ehepaare einen Lohnsteuer-Bonus in Höhe von 600 Euro und Singles in Höhe von 300 Euro pro Jahr. Der Bonus entlastet alle, die ihn nutzen wollen, und vereinfacht das Steuerverfahren.

- **Millionen Steuerpflichtige profitieren.** Das Angebot richtet sich an alle 30 Millionen Lohnsteuerpflichtigen – und wird sich für viele lohnen. Allein zwei Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer geben zurzeit keine Lohnsteuererklärung ab, da sie den Aufwand scheuen, weil sie keine Erstattung erwarten oder weil ihnen das Steuerrecht schlicht zu kompliziert ist. Hinzu kommen all diejenigen, die nur eine geringe Erstattung erwarten oder sich künftig gern den Aufwand für die Erstellung einer Lohnsteuererklärung sparen wollen.
- **Maximale Transparenz und Vereinfachung.** Die Lohnsteuer wird nach geltendem Recht ermittelt, also auch unter Berücksichtigung des Arbeitnehmer-Pauschbetrags oder des Entlastungsbetrages für Alleinerziehende. Der Arbeitgeber zieht sie wie bisher ein. Wenn sie vollständig gezahlt ist, gibt es künftig anstelle des aufwändigen „einkommensteuerlichen Veranlagungsverfahrens“ die Alternative der Postkarte ans Finanzamt.
- **Berechenbar und gerecht.** Jeder, der das Angebot annimmt, weiß sofort, wie hoch seine Entlastung ausfällt. Besonders attraktiv ist diese Option für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit niedrigem Einkommen – so wird der Lohnsteuer-Bonus zu einem Ausgleich für die Sozialversicherungsbelastungen im (nahezu steuerfreien) Niedriglohnbereich.
- **Auch die Finanzämter profitieren.** Die Finanzämter werden deutlich entlastet, denn dort fällt weniger Arbeit an. Damit werden Kapazitäten frei, die wir für eine konsequente Verfolgung der Steuerhinterziehung nutzen können.
- **Erst durch die Abgeltungssteuer möglich.** Durch die Abgeltungssteuer werden Kapitalerträge bereits an der Quelle belastet. Deshalb müssen diese Einkünfte nicht mehr steuerlich erfasst werden. Erst die Abgeltungssteuer macht es möglich, den Lohnsteuer-Bonus sehr vielen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern anzubieten.

Gerechte Steuern

- **Entlastung der Normalverdienenden.** Eine verantwortungsvolle Haushalts- und Finanzpolitik muss akzeptieren, dass es auf absehbare Zeit keinen Spielraum für flächendeckende Steuersenkungen gibt. Wir wollen die Entlastungen daher auf die Bezieher niedriger und mittlerer Einkommen sowie die Familien konzentrieren.

- **Absenkung des Eingangssteuersatzes auf 10 Prozent.** Mit der Absenkung des Eingangssteuersatzes von bislang 14 Prozent auf 10 Prozent entlasten wir gezielt untere und mittlere Einkommen. Wir wollen den Tarifverlauf so gestalten, dass es Entlastungen bis zu einem versteuernden Jahreseinkommen von 52.882 Euro (Verheiratete 105.764 Euro) gibt. Hiervon werden im Vergleich zum Tarifverlauf 2010 über 24,6 Millionen Menschen profitieren.
- **Geschlechtergerechtes Steuersystem.** Unser Einkommenssteuerrecht zementiert mit dem Ehegattensplitting und der Steuerklasse V die alten Rollenmuster. Mit der Einführung des so genannten „Faktorverfahrens“ ist ein erster Schritt für eine gerechtere Verteilung der Steuerlast zwischen den Eheleuten erfolgt. Der Vorteil des Ehegattensplittings ist umso größer, je höher das Einkommen und je größer die Einkommensunterschiede zwischen den Ehegatten sind. Wir wollen das Ehegattensplitting so verändern, dass für beide Partner Erwerbsanreize gegeben sind, die Steuerlast zwischen den Eheleuten gerecht verteilt wird und der Splittingvorteil bei hohen Einkommen gekappt wird. Frei werdende Mittel werden wir in die Erziehung und die Bildung von Kindern investieren.
- **Gerechter Kindergrundfreibetrag.** Wir werden den Kinderfreibetrag von derzeit 3.864 Euro schon ab dem 1. Januar 2010 um weitere 200 Euro je Kind erhöhen und damit eine verfassungsgemäße Familienbesteuerung garantieren. Wir wollen zudem mittelfristig den Familienleistungsausgleich so umgestalten, dass die Wirkung für alle Familien gleich ist – gleichgültig, ob sie mehr oder weniger Einkommen haben. Um das zu erreichen, streben wir die Umgestaltung der Kinderfreibeträge in einen Kindergrundfreibetrag an, der alle Kinder gleich fördert. Während der Kinderfreibetrag umso stärker wirkt, je höher das Einkommen ist, gewährleistet der Kindergrundfreibetrag für alle die gleiche Entlastung.
- **Steuergerechtigkeit durch Abzug von der Steuerschuld.** Spitzenverdiener profitieren in besonderer Weise von Fördertatbeständen, die als Abzug von der Bemessungsgrundlage ausgestaltet sind. Je höher das Einkommen ist, desto höher ist die Entlastung. Wir wollen daher die steuerliche Förderung stärker auf den Abzug von der Steuerschuld ausrichten, der für alle zu gleich hohen Entlastungen führt.

Solidarischer Lastenausgleich in und nach der Wirtschaftskrise

- **Solidarischer Lastenausgleich.** Die Bewältigung der Finanz- und Wirtschaftskrise verlangt unserer Gemeinschaft enorme Lasten ab. Die öffentlichen Haushalte werden durch Mehrausgaben und Mindereinnahmen belastet. Während die Ursachen der Krise in erster Linie im unverantwortlichen Handeln der Fi-

nanzmanager liegen und die Vermögenden von diesem Fehlverhalten profitiert haben, hat die Allgemeinheit die Kosten zu tragen. Um zumindest einen teilweisen Ausgleich der Lasten zu erreichen, bündeln wir wichtige Maßnahmen zu einem solidarischen Lastenausgleich.

- **Anhebung des Spitzensteuersatzes als „Bildungssoli“.** Wir machen mit dem Ziel des Bildungsgipfels 2008 Ernst, die gesellschaftlichen Ausgaben für Bildung und Forschung bis zum Jahr 2015 auf 10 Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu erhöhen und unser Land im Bildungsbereich zukunftsfähiger zu machen. Um dieses Ziel erreichen zu können, schlagen wir einen Zuschlag als „Bildungssoli“ bei der Besteuerung höchster Einkommen vor. Dabei wird der Spitzensteuersatz auf 47 Prozent ab einem zu versteuernden Jahreseinkommen von 125.000 Euro (Verheiratete 250.000 Euro) angehoben.
- **Börsenumsatzsteuer.** Zur Eindämmung kurzfristiger Spekulationen wollen wir eine Börsenumsatzsteuer nach dem Vorbild der britischen Stempelsteuer in Höhe von 0,5 Prozent (Normalsatz) bis 1,5 Prozent (Sonderfälle) des Kurswertes auf börsliche Wertpapiergeschäfte ab einem Umsatz von 1.000 Euro einführen. Gleichzeitig setzen wir uns dafür ein, dass eine solche Steuer europaweit eingeführt und auf weitere Finanztransaktionen erhoben wird.
- **Steuerhinterziehung bekämpfen und Steuerschlupflöcher schließen.** In Deutschland werden jährlich viele Milliarden Euro an den Finanzämtern vorbeigeschleust und in Steueroasen verlagert. Die daran beteiligten Staaten müssen dazu gebracht werden, sich an die internationalen Standards des Informationsaustausches im Besteuerungsverfahren zu halten. Besteht diese Kooperationsbereitschaft nicht und kommt der Steuerpflichtige selbst seinen Mitwirkungspflichten ebenfalls nicht nach, so müssen Sanktionen verhängt werden können, wie z. B. die Einschränkung der Anerkennung von Betriebsausgaben/Werbungskosten. Nur mit entsprechenden Sanktionen kann die gesetzmäßige Durchsetzung des Steueranspruchs wieder sichergestellt werden. Wer Steuern hinterzieht, muss in Zukunft zudem einen deutlich höheren Zinssatz als die geltenden sechs Prozent zahlen. Durch diese Maßnahmen ist eine merkbliche Einschränkung des bisherigen Steuerausfallvolumens zu erwarten.
- **Umsatzsteuerbetrug und organisierte Kriminalität bekämpfen.** Ähnlich der internationalen Steuerhinterziehung werden der Gemeinschaft der Steuerzahler auch beim Betrug mit der Umsatzsteuer jährlich Milliarden Euro vorenthalten, häufig auch durch betrügerische „Karussellgeschäfte“. Dieser kriminellen Energie muss entschieden entgegengetreten werden, und der Fahndungs- und Prüfungsdruck auf Umsatzsteuerbetrüger muss erhöht werden.

6. Sozialstaat – Fortschritt und Zukunft

Der Sozialstaat ist organisierte Solidarität: Er gründet sich darauf, dass Menschen füreinander eintreten – Starke für Schwache, Junge für Alte, Gesunde für Kranke und Pflegebedürftige, Arbeitende für Arbeitsuchende: Die Gemeinschaft für Hilfebedürftige. Er erweitert die liberalen Bürgerrechte um soziale Rechte: Die großen Lebensrisiken werden auf Grundlage vorheriger Beiträge abgesichert – soziale Sicherung ist damit kein Almosen oder von willkürlichen Entscheidungen abhängig, sondern es besteht ein Rechtsanspruch auf Grundlage vorheriger Gegenleistungen.

Damit die Systeme der sozialen Sicherung diese Aufgaben auch in Zukunft erfüllen können, müssen wir sie an veränderte Bedingungen anpassen. Der vorsorgende Sozialstaat ist unser Leitbild organisierter Solidarität. Wir wollen eine Modernisierung der Sozialversicherungen, um damit auf den Wandel in der Arbeitswelt zu reagieren.

■ ■ ■ Was wir wollen:

Alle für alle – Das Prinzip Bürgersozialversicherung

Die Bürgersozialversicherung als Leitprinzip. Unser System der sozialen Sicherung wird einer „Gesellschaft des längeren Lebens“ und einer veränderten Arbeitsgesellschaft zum Teil nicht mehr gerecht. Der Umbau der sozialen Sicherung hin zu Bürgersozialversicherungen ist unser Leitprinzip weit über eine Legislaturperiode hinaus. Am Ende des Prozesses soll ein Sozialstaat stehen, der alle Bürgerinnen und Bürger bei der Absicherung von Krankheit und Pflege und alle Erwerbstätigen bei der Altersversorgung und der Absicherung von Arbeitslosigkeit in die Solidarität einbezieht. Dieser Gedanke setzt einen umfassenden gesellschaftlichen Konsens für einen bürgerorientierten Sozialstaat voraus. In der kommenden Legislaturperiode werden wir weitere Schritte in diese Richtung gehen.

Solidarische Alterssicherung

- **Stabilisierung der bestehenden Alterssicherung.** Zur umlagefinanzierten gesetzlichen Rente, ergänzt um die betriebliche und private Altersvorsorge, gibt es keine bessere Alternative. Die Bedeutung der gesetzlichen Altersrente wird gerade in Zeiten der Finanzkrise deutlich. Um in einer Gesellschaft mit immer mehr alten Menschen keine Generation zu überfordern, waren die Veränderungen im Rentenrecht unumgänglich. Hierzu gehört auch die schrittweise Anhebung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre bis zum Jahr 2029. Wir wissen

aber auch, dass die Menschen während ihrer Erwerbsphase unterschiedlichen Belastungen ausgesetzt sind und die Erwerbsbeteiligung älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer noch weiter verbessert werden muss. Auch wollen wir den individuellen Bedürfnissen der Menschen beim Übergang von Erwerbs- zu Ruhestandsphase besser entsprechen und vor Altersarmut bewahren. Dabei ist für uns klar: Die Renten müssen auch in Zukunft die Gegenleistung für die während der Erwerbstätigkeit gezahlten Beiträge bleiben.

- **Beschäftigungsfähigkeit erhalten.** Die zentrale Voraussetzung der Altersvorsorge ist, dass Menschen möglichst lange zu guten Bedingungen im Erwerbsleben bleiben können. Wir wollen daher alle Möglichkeiten nutzen, um die Arbeitswelt so zu verändern, dass alle Beschäftigten möglichst lange gesund am Arbeitsleben teilhaben können und psychisch und körperlich belastende Arbeitsbedingungen weitgehend vermieden werden.
- **„Gute Arbeit“ für existenzsichernde Renten.** Voraussetzung für armutsfeste Renten sind existenzsichernde Löhne und eine möglichst ungebrochene Erwerbsbiographie – für Männer und Frauen. Deshalb setzen wir uns für flächendeckende Mindestlöhne ein. Wir werden einen Anspruch auf geförderte sozialversicherungspflichtige Beschäftigung für deutlich leistungsgeminderte Langzeitarbeitslose über 60 Jahren schaffen, um dieser Gruppe die Gelegenheit zur Teilhabe an Arbeit und zum Erwerb von Rentenanwartschaften zu geben.
- **Schließen von Lücken in der Versicherungsbiographie.** Niedriglöhne und Arbeitslosigkeit haben in der Vergangenheit zu Lücken in der Versicherungsbiographie geführt. Deshalb wollen wir das Risiko reduzieren, dass langjährig Erwerbstätige im Alter auf die Grundsicherung angewiesen sein werden. Um geringe Anwartschaften bei Geringverdienerinnen und Geringverdienern besser zu bewerten, werden wir das Instrument der Rente nach Mindesteinkommen bei langjährig Versicherten noch einmal für Beitragszeiten bis Ende 2010 verlängern. Zeiten der Langzeitarbeitslosigkeit werden wir begrenzt höher bewerten, wenn zum Zeitpunkt des Rentenzugangs weniger als 30 Entgelt-punkte vorhanden sind.
- **Alterssicherung in der zweiten und dritten Säule.** Der Ausbau der betrieblichen Altersversorgung als zweiter Säule und der geförderten privaten Vorsorge („Riester-Rente“) als dritter Säule ist ein Erfolg sozialdemokratischer Politik. Wir wollen die Absicherung durch diese zusätzlichen Säulen verbessern. Zukünftig soll auch das Risiko der Erwerbsunfähigkeit obligatorisch und zu gleichen Konditionen abgesichert werden.

- **Einheitliches Rentensystem in Ost und West.** Wir werden in der kommenden Legislaturperiode ein einheitliches Rentensystem in Ost und West durchsetzen.

Förderung des flexiblen Übergangs vom Erwerbsleben in die Altersrente

- **Mehr Flexibilität im Übergang.** Wir wollen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in Zukunft mehr Flexibilität beim Übergang vom Erwerbsleben in die Rente ermöglichen.
- **Geförderte Altersteilzeit.** Die von der Bundesagentur für Arbeit geförderte Altersteilzeit werden wir bis 2015 verlängern, wenn ein Unternehmen eine frei werdende Stelle mit einem Auszubildenden oder Ausbildungsabsolventen neu besetzt. Zudem wollen wir im Rahmen der Altersteilzeit individuellen und betrieblichen Bedürfnissen besser gerecht werden.
- **Teilrente.** Die Möglichkeit, eine Altersrente auch als Teilrente bei paralleler Teilzeitbeschäftigung in Anspruch zu nehmen, wollen wir bereits ab dem 60. Lebensjahr ermöglichen.
- **Zusätzliche Beiträge.** Auch im Rahmen der Rentenversicherung ist eine höhere Flexibilität möglich, ohne die Rentenversicherung mit Kosten zu belasten: Hierzu soll sowohl den Versicherten als auch den Unternehmen und tariflichen Fonds die Möglichkeit gegeben werden, mit zusätzlichen Beiträgen zur Rentenversicherung bei einem früheren Rentenzugang die Abschläge abzukaufen oder Zuschläge zur Rente zu erwerben und so den Schutz im Alter oder bei Erwerbsminderung zu erhöhen.

Erweiterung der Rentenversicherung

- **Einbeziehung der Solo-Selbstständigen.** Die Arbeitswelt hat sich verändert. In den heutigen Erwerbsbiographien sind Übergänge von abhängiger Beschäftigung, Selbständigkeit oder freiberuflicher Tätigkeit häufiger, als dies in der Vergangenheit der Fall war. Deshalb wollen wir die Rentenversicherung langfristig zu einer Erwerbstätigenversicherung weiterentwickeln. In einem ersten Schritt wollen wir alle Solo-Selbstständigen einbeziehen, sofern sie nicht in einem berufsständischen Versorgungswerk eine der gesetzlichen Rentenversicherung vergleichbare Altersversorgung haben.

Bürgerversicherungen bei Gesundheit und Pflege

- **Mehr Gesundheit für alle.** Gleiche Gesundheitschancen und die solidarische Absicherung der allgemeinen Lebensrisiken Krankheit und Pflege für alle Menschen sind wesentliche Voraussetzungen für Freiheit und für gleichberechtigte

gesellschaftliche Teilhabe. Dies trägt zu einem würdigen Leben, zu einer guten Lebensqualität, zu gesellschaftlichem Wohlstand, zu ökonomischer Prosperität und damit zu sozialem Frieden bei. Für uns ist die Verbesserung und Erhaltung der Gesundheit aller Bürgerinnen und Bürger Aufgabe und Verantwortung staatlicher Daseinsvorsorge.

- **Alle Bürgerinnen und Bürger einbeziehen.** Mit der Versicherungspflicht für alle, einem gerechten Ausgleich der unterschiedlich verteilten sozialen Risiken und der Krankheitsrisiken (Risikostrukturausgleich) sowie dem Einstieg in die Steuerfinanzierung haben wir wichtige Schritte zu einem solidarischen Gesundheitswesen für alle Bürgerinnen und Bürger getan. Diesen Weg wollen wir fortsetzen.
- **Solidarische Finanzierung.** Wir wollen alle Einkommen zur Finanzierung der Gesundheitsaufgaben heranziehen und deshalb den Steueranteil für die gesetzliche Krankenversicherung erhöhen. Im Rahmen des Gesundheitsfonds wollen wir den neuen Risikoausgleich, der die unterschiedlichen Krankheitsrisiken berücksichtigt, („morbiditätsorientierter Risikostrukturausgleich“) weiterentwickeln und die private Krankenversicherung einbeziehen. Und wir werden dafür sorgen, dass der Beitrag zur gesetzlichen Krankenversicherung – auch der bisherige Sonderbeitrag von 0,9 Beitragssatzpunkten – wieder paritätisch von Arbeitnehmer und Arbeitgebern getragen wird. Wir werden einen Risikoausgleich zwischen gesetzlicher und privater Pflegeversicherung einführen. Wenn sich alle Bürgerinnen und Bürger zu gleichen Bedingungen beteiligen, ist die Finanzierung der Pflegeversicherung einschließlich der notwendigen zusätzlichen Pflege- und Betreuungskräfte ohne Beitragsanhebung auch längerfristig gesichert.

Gute Versorgung für alle

- **Gute Versorgung in allen Regionen.** Wir wollen auch in Zukunft keine Zweiklassen-Medizin, sondern eine gute Versorgung, zu der alle Bürgerinnen und Bürger in allen Regionen den gleichen Zugang haben. Um eine gleichmäßige Versorgung sicherzustellen, Über- und Unterversorgung abzubauen, brauchen wir weitere Schritte zur Flexibilisierung des Vertragsgeschehens. Kollektiv- und Einzelverträge gewährleisten zusammen eine ausreichende flächendeckende Versorgung. Um das Honorarsystem transparent und gerecht zu gestalten und um eine Diskriminierung gesetzlich Versicherter zu vermeiden, wollen wir eine einheitliche Gebührenordnung für die ambulante medizinische Versorgung.
- **Öffnung der Krankenhäuser für ambulante Versorgung.** Wir wollen die Krankenhäuser weiter für die ambulante Versorgung öffnen. Wir wollen für gleiche

Leistungen – unabhängig davon, wo oder für wen sie erbracht werden – die gleiche Vergütung zahlen. Dabei darf es nicht zu Verzerrungen in Folge der unterschiedlichen Finanzierungsregelungen für die ambulante und stationäre Versorgung kommen.

- **Auf erfolgreichen Reformen aufbauen.** Mit der Gesundheitsreform von 2007 haben wir die Basis für ein modernes, leistungsfähiges und faires Gesundheitswesen und für eine gerechte Verteilung der Beitragsmittel geschaffen. Wir haben trotz notwendiger Kompromisse dafür gesorgt, dass die Zuzahlungen nicht ausgeweitet wurden und dass alle Menschen auch in Zukunft Zugang zur notwendigen medizinischen Versorgung auf dem jeweils aktuellen Stand des medizinischen Wissens haben.
- **Am medizinischen Fortschritt teilhaben.** Unser Ziel ist und bleibt, dass alle Menschen am medizinischen Fortschritt teilhaben können. Angesichts dieses Fortschritts und der damit verbundenen Gesellschaft des längeren Lebens müssen wir dafür sorgen, dass das Geld der Beitragszahler genau dorthin fließt, wo es benötigt wird. Nur der verantwortliche Umgang aller Akteure mit den zur Verfügung stehenden Mitteln sichert eine gute Zukunft unseres Gesundheitssystems. Daran werden wir weitere Reformen – insbesondere auch der Institutionen – des Gesundheitswesens ausrichten.
- **Wohnortnahe ärztliche Versorgung.** In einer „Gesellschaft des längeren Lebens“ gilt es, die Teilhabe aller auch am Gesundheitswesen zu sichern. Dazu gehören eine wohnortnahe ambulante Versorgung durch niedergelassene Haus- und Fachärzte, die Sicherung der freien Arztwahl und die Stärkung der Zusammenarbeit der ambulant tätigen Haus- und Fachärzte mit Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen.

Qualität sichern – Patienten stärken

- **Zukunft der Gesundheitsberufe.** Auch die Gesundheitsberufe müssen sich verändern. Es bleibt der freien Wahl der Ärztinnen und Ärzte überlassen, ob sie selbstständig oder als Angestellte arbeiten wollen, in niedergelassener Praxis oder im Medizinischen Versorgungszentrum. Ärztliche und nicht-ärztliche medizinische Berufe müssen stärker als bisher zusammenarbeiten, so dass jeder im Gesundheitswesen seine Kompetenz optimal einbringen kann. Flache Hierarchien, Entlastung der Ärzte von bürokratischen Aufgaben durch spezialisierte Assistenzkräfte und mehr technologische Unterstützung, mehr Kompetenzen für pflegerische Berufe sind der Weg der Zukunft. Eine ganz besondere Herausforderung ergibt sich aus dem demographischen Wandel: Für alle Gesundheitsberufe müssen die Geriatrie und die Palliativversorgung wichtige Schwerpunkte in Ausbildung, Forschung und Arbeit werden. Dem Genderge-

danken wollen wir im Gesundheitswesen durch geschlechterspezifische Forschung und Versorgung Geltung verschaffen.

- **Ausbau der integrierten Versorgung.** Jede Patientin und jeder Patient muss die Sicherheit haben, dass alle an der Behandlung Beteiligten verlässlich zusammenarbeiten und abgestimmte Behandlungsstrategien verfolgen. Dazu wollen wir die integrierte Versorgung ausbauen und deren Finanzierung sicherstellen. Gleiches gilt für die Versorgung chronisch kranker Menschen durch leitliniengestützte und evidenzbasierte Behandlungsprogramme.
- **Neutrale Nutzenbewertung von Leistungen.** Der Ausbau der Kosten-Nutzen-Bewertung neuer Arzneimittel und Therapien sowie der Ausbau der patientenverständlichen Information durch neutrale Institutionen tragen zur Stärkung der Wirtschaftlichkeit des Gesundheitswesens bei.
- **Prävention stärken.** Zu einer vorsorgenden Gesundheitspolitik gehört es, Krankheiten vorzubeugen, gesundheitsförderliche Lebens-, Wohn- und Arbeitsbedingungen zu realisieren und soziale Unterschiede in Gesundheitschancen und Lebenserwartung auszugleichen. Mit einem Präventionsgesetz wollen wir die Primärprävention stärken und Gesundheitsziele als Handlungsrahmen definieren. Es muss bei sozialen Lebenswelten (Stadtquartier, Arbeitsplatz, Schule etc.) ansetzen. Bund, Länder und Kommunen, die Sozialversicherungsträger sowie die Private Krankenversicherung müssen in die Verantwortung bei der Finanzierung einbezogen werden. Arbeitsverdichtung und unsichere Beschäftigungen können krank machen: nicht zuletzt ist daher der Einsatz für Gute Arbeit ein wichtiger Beitrag zu einer präventiven Gesundheitspolitik.
- **Patientenrechte.** Eine leistungsfähige und an den Bedürfnissen der Menschen ausgerichtete Gesundheitspolitik bedarf besserer und transparenterer Patientenrechte. Dazu gehört auch, die bislang zersplitterten und undurchsichtigen Rechte der Patienten und Patientinnen in einem Gesetz zusammenzuführen und insbesondere hinsichtlich Fehlervermeidung und Risikomanagement sowie Regulierung bei eingetretenen Schäden zu stärken. Darüber hinaus werden wir die unabhängigen Patientenberatungsstellen auf eine dauerhaft sichere finanzielle Grundlage stellen.
- **Gesundheitswesen als Wachstumssektor.** Die soziale Gesundheitswirtschaft ist eine der beschäftigungstärksten Branchen Deutschlands. Die Wachstumspotenziale sind enorm. Investitionen in Gesundheit sind Zukunftsinvestitionen.

Menschenwürdige Pflege

- **Qualität der Pflege.** Mit der Pflegereform 2008 haben wir die Leistungen für – insbesondere auch an Demenz erkrankte – Pflegebedürftige und ihre Angehörigen deutlich verbessert und die Grundlagen für mehr Pflegequalität und Transparenz geschaffen. Gerade die ambulante Pflege wird gestärkt durch die neuen Möglichkeiten für Angehörige, bei befristeter Freistellung von der Arbeit und voller sozialer Sicherheit die Pflege zu übernehmen (Pflegezeit). Auch die neue quartiersnahe Pflegeberatung aus einer Hand in den Pflegestützpunkten leistet hierzu einen Beitrag.
- **Neuer Begriff der Pflegebedürftigkeit.** Mit der Weiterentwicklung des Pflegebedürftigkeitsbegriffs werden wir die Hilfen der Pflegeversicherung zielgenauer auf die individuellen Bedürfnisse der Pflegebedürftigen ausrichten. Wir wollen weg von der „Minutenpflege“ hin zu einer Pflege, die den Menschen in seiner Gesamtheit wahrnimmt und den Hilfebedarf an dem Grad der Einschränkung seiner Selbstständigkeit ausrichtet.
- **Wohnortnahe Angebote.** Zusammen mit Ländern und Gemeinden müssen die Hilfen vor Ort in den nächsten Jahren so weiterentwickelt werden, dass für pflegebedürftige Menschen und ihre Angehörigen überall wohnortnahe Unterstützungsangebote zur Verfügung stehen und die häusliche Pflege gestärkt werden kann.
- **Freistellungsanspruch.** Für nahe Angehörige wollen wir einen Anspruch auf bezahlte Freistellung von der Arbeit von bis zu 10 Tagen einführen, damit sie bei akut auftretender Pflegebedürftigkeit die nötige Zeit zur Organisation der Pflege zur Verfügung haben.

7. Familien stärken – Gleiche Chancen für jedes Kind ermöglichen

In der Familie gilt das Prinzip der Solidarität: Jeder steht für den anderen ein. Diese Solidarität verdienen Familien auch von der Gesellschaft.

Wir müssen jungen Paaren Sicherheit und Freiräume geben, damit der Wunsch nach Kindern auch realisiert werden kann. Familien brauchen ein kinderfreundliches Umfeld: am Arbeitsplatz und am Wohnort, auf dem Land oder in der Stadt. Sie brauchen eine gute Unterstützungsinfrastruktur, die im Alltag entlastet, und

die Gewissheit, mit ihrer Aufgabe nicht allein gelassen zu werden. Familie ist der Ort, wo Ehe und Partnerschaft gelebt werden, wo Ehe- und Lebenspartner vereinbaren, wie sie Erwerbsarbeit und Kinderbetreuung aufteilen, und an dem Gleichberechtigung konkret wird. Wir haben in den vergangenen Jahren viel dafür getan: Elterngeld, der Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz ab dem ersten Geburtstag und Ganztagsschulen ermöglichen mehr Familien mehr Entscheidungsfreiheit und die partnerschaftliche Bewältigung der Aufgaben. Deshalb wollen wir unser Steuersystem geschlechtergerecht ausgestalten, damit es für Frauen keine Hürde darstellt, erwerbstätig zu werden, und ihrer beruflichen Emanzipation nichts im Wege steht. Alleinerziehende müssen täglich mehr leisten als andere, um ihren Alltag zu organisieren. Bei dieser Aufgabe verdienen sie die besondere Unterstützung der Gesellschaft.

Kein Kind soll in Armut aufwachsen. Das ist leider noch nicht Realität. Der beste Schutz vor Kinderarmut ist eine existenzsichernde Erwerbsarbeit der Eltern. Zur Bekämpfung der Kinderarmut wollen wir eine intensive Abstimmung der kinder-, jugend-, sozial- und bildungspolitischen Instrumente über die politischen Ebenen hinweg. Wir wollen eine kinder- und familienfreundliche Gesellschaft.

■ ■ ■ Was wir wollen:

Familien brauchen mehr Zeit, finanzielle Unterstützung und eine bessere Infrastruktur

- **Bessere Kinderbetreuung.** Wir haben durchgesetzt, dass es ab 2013 für jedes Kind vom ersten Geburtstag an einen Rechtsanspruch auf Betreuung gibt. Dieser Rechtsanspruch soll zu einem Anspruch auf Ganztagsbetreuung ausgeweitet werden. Wir wollen eine Verbesserung der Qualität der Kinderbetreuung.
- **Eltern-Kind-Zentren – als Regelangebot und an jedem Ort.** Wir wollen die Kindertagsstätten zu Eltern-Kind-Zentren ausbauen. Sie bieten umfassende Hilfe und Beratung für Eltern.
- **Nationale Kinderkonferenz.** Um in allen Fragen des Betreuungsausbaus zügig voranzukommen, wollen wir eine Nationale Kinderkonferenz einrichten.
- **Elterngeld und Partnermonate verbessern.** Das Elterngeld und die Partnermonate wollen wir so weiterentwickeln, dass die partnerschaftliche Arbeitsteilung in der Familie noch mehr als bisher gefördert wird. Wir wollen, dass Mütter und Väter gleichzeitig Elterngeld und Elternzeit in Anspruch nehmen können. Dafür wollen wir die Zahl der Partnermonate von zwei auf vier („12+4-Modell“) erhöhen und den gleichzeitigen Anspruch auf Teilzeitbeschäftigung und Elterngeld von sieben auf sechzehn Monate erweitern.

- **Gezielte Unterstützung für Alleinerziehende.** Elternteile, die ihre Kinder allein erziehen, meistern besondere Belastungen und tragen mit ihren Kindern ein erhöhtes Armutsrisiko. Ihnen wollen wir – neben dem bedarfsgerechten Ausbau der Kinderbetreuung – mit gezielten Maßnahmen helfen. Hierzu gehört eine spezialisierte Betreuung in den Arbeitsagenturen, die besser als bisher auch mit der Kinder- und Jugendhilfe und anderen Hilfesystemen vernetzt ist. Wir werden Familien mit niedrigem Einkommen dabei unterstützen, personen- und haushaltsnahe Dienstleistungen in Anspruch nehmen zu können.
- **Unterhaltsvorschuss.** Die Situation von Alleinerziehenden ist seit Jahren prekär. Deshalb werden wir die Voraussetzungen für den Unterhaltsvorschuss flexibel gestalten und damit die Situation von Alleinerziehenden und ihren Kindern verbessern. Bund, Länder und Kommunen werden Maßnahmen verabreden, damit zukünftig der Vorschuss konsequent von den Unterhaltspflichtigen zurückgefordert wird.

Gleiche Chancen für alle Kinder und Jugendlichen: Aktionsplan gegen Armut

- **Aktionsplan gegen Kinderarmut.** Zur Bekämpfung der Armut von Kindern und Jugendlichen brauchen wir eine abgestimmte Politik zwischen Bund, Ländern und Kommunen. Die Hauptursachen von Armut sind Arbeitslosigkeit oder ein unzureichendes Erwerbseinkommen der Eltern. Neben der materiellen Armut gefährden ungleiche Bildungschancen, gesundheitliche Beeinträchtigungen und soziale Ausgrenzung die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen. Deshalb werden wir einen abgestimmten Aktionsplan gegen die Armut von Kindern und Jugendlichen umsetzen, in dem wir Maßnahmen aus allen Politikbereichen zu einer integrierten Strategie bündeln. Besonders wichtig sind dabei:
- **Gute Arbeit für die Eltern.** Vermittlung in Gute Arbeit und Qualifizierung, ein gesetzlicher Mindestlohn, die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf und die Weiterentwicklung von Kinderzuschlag und Wohngeld helfen entscheidend, um Familien vor Armut zu schützen.
- **Gleiche Bildungschancen.** Jedes Kind muss unabhängig von seiner sozialen Herkunft von Beginn an gefördert werden. Gemeinsam mit Ländern und Kommunen setzen wir uns für integrative Schulformen und den Ausbau von Ganztagschulen ein. Und wir wollen Jugendlichen das Recht geben, einen Schulabschluss nachzuholen. Wir stehen für eine gebührenfreie Bildung von der Kita bis zur Hochschule.

- **Grundsicherung für Kinder.** Mit dem Schulstarterpaket, dem einmaligen Kinderbonus und der Einführung und Anhebung des Regelsatzes in der Grundsicherung für die 6- bis-13-Jährigen haben wir viel erreicht. Wir wollen eigenständige, bedarfsgerechte Kinderregelsätze durch eine zielgenauere Bedarfsermittlung verbessern.

Kinder- und Jugendpolitik

- **Kinderrechte ins Grundgesetz.** Um Kindern eine stärkere Stimme in unserer Gesellschaft zu geben, wollen wir die Kinderrechte ins Grundgesetz aufnehmen.
- **Eine eigenständige Jugendpolitik.** Die Jugend ist eine spezielle Phase der Orientierung und der Herausbildung der eigenen Persönlichkeit. Die Anforderungen an die heutige junge Generation sind durch gesellschaftliche, ökonomische und demografische Veränderungen gestiegen. Mit einer starken Jugendpolitik wollen wir den besonderen Bedürfnissen von Jugendlichen Rechnung tragen.
- **Freiwilliges Engagement fördern.** Die Jugendfreiwilligendienste sind eine besondere Form des bürgerschaftlichen Engagements und ein Bildungsjahr. Wir werden die Jugendfreiwilligendienste stärken. Mittelfristig wollen wir allen Jugendlichen, die ein Freiwilliges Ökologisches Jahr oder ein Freiwilliges Soziales Jahr absolvieren wollen, einen Platz anbieten. Einen allgemeinen Pflichtdienst für junge Frauen und Männer lehnen wir ab.
- **Gesundes Aufwachsen.** Wir setzen uns dafür ein, dass alle Kinder und Jugendlichen gesund aufwachsen können. Deshalb werden wir Gesundheitsförderung und Prävention zu einer eigenständigen Säule des Gesundheitswesens ausbauen. Mit einem Präventionsgesetz, das einen besonderen Fokus auf junge Menschen legt, werden wir die systematische Vernetzung des lokalen Gesundheitswesens mit der Kinder- und Jugendhilfe fördern.
- **Kinder und Jugendliche als „kritische Konsumenten“.** Wir werden Kinder und Jugendliche als Verbraucher stärker in den Fokus nehmen: Sie brauchen besonderen Schutz – vor gefährlichen Produkten und unseriösen Anbietern. Für eine gesunde Ernährung brauchen sie einwandfreie Lebensmittel, sie brauchen sichere Produkte und eine Anleitung zum „kritischen Konsum“.

8. Die soziale Gesellschaft im Wandel

In unruhigen Zeiten wächst das Bedürfnis nach Zusammenhalt. Der Marktradikalismus hat die soziale Schere vergrößert, die Fliehkräfte in der Gesellschaft haben sich verstärkt. Wir brauchen eine neue Gemeinsamkeit. Und wir müssen uns neu darüber verständigen, wie wir Zusammenhalt organisieren und öffentliche Güter bereitstellen.

In den Städten und Gemeinden entscheidet sich, ob wir als gute Nachbarn zusammenleben, ob alle Bürgerinnen und Bürger teilhaben und mitwirken können. Besonders in den großen Städten müssen wir Menschen aus dem wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Abseits holen.

Unser Ziel ist eine Gesellschaft, in der man ohne Angst verschieden sein kann, in der alle frei und gleichwertig sind, mit gleichen Chancen und Möglichkeiten. Wir brauchen Akzeptanz, eine Kultur der Anerkennung. Alle Formen der Diskriminierung, ob wegen ethnischer Herkunft, Geschlecht, Religion und Weltanschauung, Behinderung, Alter oder sexueller Identität, bekämpfen wir. Deutschland ist ein Einwanderungsland. Einwanderer haben mitgeholfen, unser Land erfolgreich zu machen. Jetzt ist es an der Zeit, mit deren Kindern und Enkeln ein modernes, gemeinsames Deutschland zu schaffen.

Unsere Gesellschaft verändert sich. Familien leben in den unterschiedlichsten Formen zusammen. Immer mehr junge Frauen und Männer wollen Erwerbsarbeit und Familienarbeit partnerschaftlich vereinbaren. Die Gesellschaft ist in der Pflicht, ihnen diesen Lebensentwurf zu ermöglichen.

Der Sozialstaat braucht organisierte Solidarität – und Menschen, die füreinander eintreten, in Vereinen, Verbänden, Initiativen, Stiftungen und Freiwilligendiensten. Besonders ältere Menschen zeigen eine wachsende Bereitschaft, sich für das Gemeinwohl einzusetzen, Verantwortung für das Ganze zu übernehmen.

Bürgerschaftliches Engagement ist für uns unverzichtbar, wenn es darum geht, Werte wie Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität, Eigenverantwortung und Teilhabe in unserer Gesellschaft zu aktivieren und zu pflegen. Wir setzen nach wie vor auf die Vielfalt des Engagements in Vereinen, Wohlfahrtsverbänden, Kirchen, Selbsthilfegruppen, Stiftungen, Freiwilligendiensten, Netzwerken und anderen Organisationen mit Ehrenämtern.

Wir wollen unsere erfolgreiche Arbeit für den Ausbau einer solidarischen Bürgergesellschaft durch den Ausbau von Infrastruktur und Rahmenbedingungen fortsetzen.

■ ■ ■ Was wir wollen:

Deutschland braucht Einwanderung – Einwanderung braucht Integration

- **Kultur der Anerkennung.** Deutschland ist ein Einwanderungsland. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten treten dafür ein, dass in unserem Land Menschen mit verschiedener Herkunft eine gemeinsame Zukunft aufbauen können. Dazu brauchen wir eine Kultur der Anerkennung, die kulturelle Vielfalt nicht leugnet, sondern kulturelle Unterschiede als Möglichkeit neuer Gemeinsamkeit begreift. Wir wollen Einwanderer in ihrem Mut stärken, in Deutschland ihre Heimat zu finden, und sie in ihren Anstrengungen fördern, an der gemeinsamen Kultur in unserem Land teilzuhaben. Dazu ist der Spracherwerb die erste und wichtigste Voraussetzung. Das allein genügt aber nicht. Sondern dazu gehören auch die öffentliche Förderung der Migrantenkulturen und ganz besonders der Bereich der interkulturellen Bildung.
- **Integration durch Teilhabe.** Integration bedeutet die gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Leben. Dazu brauchen wir eine bessere Förderung und gleiche Chancen vor allem im Bildungssystem. Wir wollen mit besonderen Förderprogrammen und Modellprojekten dazu beitragen, dass die Position von Migrantinnen und Migranten im Erwerbsleben besser wird.
- **Interkulturelle Qualifizierung der öffentlichen Verwaltung.** Die öffentlichen Institutionen und die Verwaltung wollen wir interkulturell öffnen und den Migrantenanteil an den Angestellten im öffentlichen Dienst erhöhen.
- **Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft.** Wir erleichtern den Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit für Menschen, die in unserem Land geboren sind oder seit langem mit uns zusammenleben. Doppelte Staatsbürgerschaft akzeptieren wir – die Menschen sollen sich mit dem Land ihrer Herkunft und mit Deutschland identifizieren.
- **Deutschland muss für Fachkräfte attraktiver werden.** Wir müssen und wollen für Einwanderer attraktiver werden. Wir wollen qualifizierte Einwanderung besser ermöglichen und steuern. Gleichzeitig wollen wir die Menschen, die bereits im Lande sind, in den Arbeitsmarkt integrieren.

- **Abschlüsse aus Herkunftsländern anerkennen.** Viele Einwanderer sind gut ausgebildet, müssen aber erleben, dass ihre Qualifikationen in Deutschland nicht anerkannt werden. Damit sie in Zukunft mehr Möglichkeiten haben, ihre Fähigkeiten zum Einsatz zu bringen, planen wir eine bessere Anerkennung von Qualifikationen aus Herkunftsländern.
- **Kettenduldungen vermeiden.** Mit dem rot-grünen Zuwanderungsgesetz wurde die Duldung zwar nicht gänzlich abgeschafft, aber für Geduldete der erste Schritt zum Übergang in einen gesicherten humanitären Aufenthalt getan. Ergänzt wurden die Regelungen zum humanitären Aufenthalt mit der erfolgreichen Bleiberechtsregelung 2007. Wir setzen uns für die Abschaffung der Kettenduldungen ein – kann der Aufenthalt aus humanitären Gründen nicht beendet werden, soll ein Aufenthaltstitel erteilt werden.
- **Ehegattennachzug.** Wir wollen den Zuzug von ausländischen Ehegatten zu Deutschen und Ausländern erleichtern.
- **Humane Flüchtlingspolitik.** Für die Menschen, die aus ihrer Heimat nach Deutschland geflüchtet sind, muss gelten, dass wir die humanitären Spielräume konsequent nutzen. Außerdem müssen Flüchtlinge angemessenen Zugang zu sozialen Leistungen erhalten. Für Opfer von Zwangsheirat wollen wir ein erweitertes Wiederkehrrecht einführen.

Gleichstellung

- **Gleiche Chancen, gleiche Bezahlung.** Für gleichwertige Arbeit müssen gleiche Löhne gezahlt werden. Wir werden mit verbindlichen Regelungen und Zielvorgaben dafür sorgen, dass Frauen und Männer gleiche Aufstiegschancen in den Unternehmen haben und der Frauenanteil in den Führungspositionen deutlich erhöht wird. Ausländischen Beispielen folgend wollen wir in den Aufsichtsgremien von Unternehmen eine Frauenquote von mindestens 40 Prozent einführen.
- **Bessere Möglichkeiten der Vereinbarkeit von Beruf und Familie.** Wir werden den Ausbau der Kinderbetreuung und des Ganztagsangebotes weiter fortsetzen. Das Elterngeld ist ein Erfolgsprojekt, wir werden es weiterentwickeln.
- **Bekämpfung von Gewalt.** Gewalt gegen Frauen, die Verletzung ihrer Menschenwürde, Ausbeutung und Frauenhandel werden wir nicht dulden – sie zerstören das gesellschaftliche Zusammenleben und den inneren Frieden.

- **Gleichstellung eingetragener Lebenspartnerschaften.** Eingetragene gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften werden mit der Ehe gleichgestellt und bestehende Benachteiligungen abgeschafft.
- **Gleichstellungspolitik als Querschnittsaufgabe.** Wir werden neben der aktiven Frauenförderung die Gleichstellungspolitik zu einer Querschnittsaufgabe machen. In allen Politikbereichen werden wir jede Maßnahme dahingehend überprüfen, ob sie die Gleichstellung von Frauen und Männern voranbringt. Wir werden für das GenderKompetenzZentrum eine dauerhafte Finanzierung sicherstellen.
- **Respekt gegenüber Homosexuellen, Bisexuellen und Transgendern.** Wir werden den Respekt gegenüber Homosexuellen, Bisexuellen und Transgendern fördern und Vorurteile in der Gesellschaft abbauen.

Teilhabe und Einbeziehung von Menschen mit Behinderung

- **Teilhabe und Einbeziehung in allen Lebensbereichen.** Alle Menschen mit Behinderungen müssen an unserer Gesellschaft gleichberechtigt aktiv teilhaben und einbezogen werden – so wie sie sind (Inklusion). Das Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen ist für uns Grund, die Reformen von Rehabilitation, Teilhabe und Gleichstellung konsequent fortzusetzen und das Antidiskriminierungsrecht auf europäischer und nationaler Ebene weiterzuentwickeln. Wir wollen erreichen, dass möglichst alle Menschen mit Behinderungen so lernen, arbeiten, wohnen und leben können, wie sie es selbst möchten. Dafür brauchen wir ein Gesamtkonzept für Teilhabe und Inklusion behinderter, pflegebedürftiger und alter Menschen, das sich nicht auf Versorgung beschränkt, sondern an den Bürger- und Menschenrechten dieser gesellschaftlichen Gruppen orientiert. Die Eingliederungshilfe soll mit Unterstützung eines Teilhaberates weiterentwickelt werden, damit die Leistungen den Menschen folgen und nicht umgekehrt.
- **Nationaler Aktionsplan.** Dies wird Bestandteil eines Nationalen Aktionsplans, der zunächst für den Zeitraum 2010-2020 Maßnahmen zur Umsetzung der UN-Konvention bündelt. In diesem Prozess sind alle gefordert: die nationale, föderale und kommunale Ebene, Wirtschaft und Gewerkschaften, Verbände, Selbsthilfegruppen, Zivilgesellschaft und – nicht zuletzt – die Betroffenen selbst. Das Ziel, an dem alle mitwirken werden, ist das Leitbild der Konvention: eine inklusive Gesellschaft!
- **Von Anfang an gemeinsam – Trennungen überwinden.** Teilhabe von Anfang an bedeutet, gemeinsames Leben und Lernen für alle von der Kita bis zur beruflichen Ausbildung und zum Studium zu ermöglichen. Gemeinsam mit den Ländern wol-

len wir einen Paradigmenwechsel zu gemeinsamer Erziehung und Bildung erreichen. Parallel zu den Bemühungen der Länder im Vorschul- und Schulbereich wird der Bund die integrative Berufsausbildung und Weiterbildung, die Übergänge von Menschen mit Behinderungen in den allgemeinen Arbeitsmarkt weiter ausbauen und Sozialleistungen auf das Integrationsziel abstimmen.

- **Teilhabe am Arbeitsleben.** Die Beschäftigungssituation von Menschen mit Behinderungen werden wir weiter verbessern. Dazu gehört, die Pflicht zur Beschäftigung schwerbehinderter und mehrfachbehinderter Menschen besser durchzusetzen. Das betriebliche Eingliederungsmanagement werden wir einfordern, und es soll besser durch alle Sozialleistungsträger unterstützt werden. Den mit der „Unterstützten Beschäftigung“ und den Integrationsunternehmen eingeschlagenen Weg werden wir fortsetzen, damit noch mehr Menschen mit schwerer Behinderung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt realistische und dauerhafte Perspektiven erhalten.
- **Barrierefreiheit.** Barrierefreiheit ist für uns ein umfassendes Prinzip bei der Gestaltung des öffentlichen Raums, der Kommunikationsmittel und der sozialen Leistungen. Insbesondere beim Wohnraum, im öffentlichen Nah- und Fernverkehr, beim Internet sowie im Gesundheitswesen wollen wir verbindliche Vorgaben. Die Entwicklung von leicht handhabbaren Produkten (universelles Design) bringt Wirtschaft und Gesellschaft insgesamt weiter.
- **Persönliches Budget.** Wir wollen, dass mehr behinderte Menschen ihre benötigten Leistungen in größtmöglicher Selbstbestimmung als Geldbudget in Anspruch nehmen können. Dazu werden wir dieses in allen Bereichen fördern und ausbauen und die Möglichkeiten für die Inanspruchnahme geeigneter Budgetassistenz verbessern.
- **Teilhaberecht verbessern.** Wir wollen, dass die Leistungen zur Teilhabe dem Menschen folgen und nicht umgekehrt. Die mit dem SGB IX begonnene Vereinheitlichung des Rechts für Menschen mit Behinderung wollen wir für alle Leistungsträger, einschließlich der Sozialhilfe und Pflege, weiterführen. Wir werden prüfen, wie die Zuständigkeiten vereinfacht werden können, damit behinderte Menschen Leistungen aus einer Hand erhalten. Die Rehabilitationsträger sollen verpflichtet werden, auf allen Ebenen im Interesse der Leistungsberechtigten zusammenzuarbeiten. Das Wunsch- und Wahlrecht werden wir stärken. Voraussetzungen für ein selbstbestimmtes Leben nach dem Motto „Daheim statt Heim!“ müssen durch mehr ambulante Dienste und Wohnangebote geschaffen werden. Hilfsmittel und Dienstleistungen für behinderte Menschen werden bedarfsgerecht und dem technischen Fortschritt entsprechend bereitgestellt. Wir wollen langfristig ein Teilhabegeld einführen.

- **Verbände stärken.** Das Motto „Nichts über uns ohne uns“ ist unser Maßstab. Wir werden die Autonomie bei Klagerechten der Verbände und den Einsatz von Zielvereinbarungen mit der Einrichtung entsprechender Kompetenzzentren weiter fördern und die Verbände an der Entwicklung der Teilhabepläne und am Teilhaberat beteiligen.

Solidarische Bürgergesellschaft

- **Ehrenamt besser fördern.** Ehrenamtliches Engagement in Vereinen und Initiativen ist die Grundlage einer solidarischen Bürgergesellschaft. Besonders die Wohlfahrtsverbände sind dafür unverzichtbare Träger. Aber das Ehrenamt darf nicht Lückenbüsser für fehlende staatliche Ressourcen sein und werden. Wir werden die Rahmenbedingungen und die finanzielle Unterstützung für Ehrenamtliche weiter verbessern.
- **Kirchen und Religionsgemeinschaften.** Eine solidarische Bürgergesellschaft ist ohne den Einsatz von Kirchen und Religionsgemeinschaften nicht denkbar. Sie sind für uns zugleich wichtige Partner auf dem Weg zu einer humanen Gesellschaft und im ethischen Diskurs.
- **Sport bringt Menschen zusammen.** Der Sport ist ein wichtiger Teil unserer Kultur. Er dient der Gesundheit, vermittelt Toleranz und Fairness, verbindet Menschen und hilft, soziale Gegensätze zu überwinden. Deshalb fördern wir den Breiten- und Leistungssport und seine Vereine. Unser besonderes Augenmerk gilt dem Sport für Kinder und Jugendliche, aber auch für Menschen mit Behinderungen. Wir setzen uns konsequent für einen sauberen Sport ein und kämpfen deshalb gegen jede Art von Doping. Wir wollen den Sport ins Grundgesetz aufnehmen.
- **Geförderte Arbeit nutzen.** Wir werden die Möglichkeiten der aktiven Arbeitsmarktpolitik stärker für gesellschaftlich sinnvolle Aufgaben in den Gemeinden nutzen, z.B. bei Sport und Kultur.
- **Soziale Netzwerke vor Ort.** Unter Einbeziehung geregelter Freiwilligendienste werden wir soziale Netzwerke vor Ort – für Ältere, Alte, Behinderte – festigen und systematisieren. Jugendfreiwilligendienste wollen wir stärken und mittelfristig jedem Jugendlichen einen Platz anbieten können. Einen allgemeinen Pflichtdienst für junge Frauen und Männer lehnen wir ab.

Teilhabe in der älter werdenden Gesellschaft

- **Aktive Teilhabe.** Wir wollen mehr Mitwirkung und Mitbestimmung für Ältere in der Gesellschaft und in der Politik. Wir werden generationenübergreifende Freiwilligendienste fördern und setzen uns für die Einrichtung von Seniorenbeiräten ein.

- **Gewonnene Jahre sind gewonnene Chancen.** Wir wollen die Solidarität der Generationen fördern und ausbauen, um den Zusammenhalt der Gesellschaft zu stärken.
- **Mitverantwortung** in unserer Gesellschaft ist auch für die gesellschaftliche Beteiligung und die Lebenszufriedenheit des einzelnen Menschen wichtig. Damit das Leitbild der Mitverantwortung verwirklicht werden kann, setzen wir uns dafür ein, dass in unserer Gesellschaft ältere Menschen viel stärker als aktive und kompetente Bürgerinnen und Bürger angesprochen und einbezogen werden.
- **Lebenslanges Lernen verbindet die Generationen.** Wir setzen uns dafür ein, dass Alt und Jung Zugang zu Bildung und Weiterbildung haben.
- **Altersgerechtes Wohnen und Leben.** Städtebauförderung, Stadtentwicklung, Wohnungsbau und soziale Infrastruktur werden wir stärker den Bedürfnissen einer älter werdenden Gesellschaft anpassen. Das Zusammenleben mehrerer Generationen unter einem Dach unterstützen wir. Wir fördern den Umbau von Wohnungen für ältere Menschen und Menschen mit Behinderungen. Bei neuen Investitionen in die öffentliche Infrastruktur (z. B. Bahnhöfe) muss das Prinzip der Barrierefreiheit gelten.

Starke und soziale Kommunen

- **Handlungsfähige Kommunen.** Wir wollen lebenswerte Städte, Gemeinden und Kreise, die den Bürgerinnen und Bürgern eine sichere Heimat und eine leistungsfähige Infrastruktur bieten. Deshalb stärken wir die Kommunen und machen sie zu handlungsfähigen Partnern von Bund, Ländern und Europa. Wir bleiben die Kommunalpartei, die für eine gute Finanzausstattung der Kommunen sorgt, die Daseinsvorsorge sichert und lokale Handlungsmöglichkeiten erweitert. Wir haben die Gewerbesteuer gestärkt und wollen sie als wichtige Einnahmequelle der Kommunen erhalten. Wenn der Bund den Kommunen neue Aufgaben auferlegt, muss er ihnen auch die Finanzen zur Verfügung stellen. Zudem werden wir uns mit den Ländern dafür einsetzen, dass Kommunen in extremer Haushaltsnotlage wieder eigenständige Gestaltungsmöglichkeiten erhalten.
- **Kooperation aller Ebenen.** Wir wollen, dass die staatlichen Ebenen zusammenwirken, um allen Menschen die Teilhabe am gesellschaftlichen, ökonomischen und kulturellen Leben zu ermöglichen. Kooperation und gleichwertige Lebensverhältnisse sind Voraussetzungen für eine gesicherte Zukunft und hohe Lebensqualität.

- **Gleichwertige Lebensbedingungen.** Wir halten an dem Ziel „Gleichwertige Lebensbedingungen in allen Teilräumen Deutschlands und Europas“ fest. Wir setzen uns daher für die Solidarität zwischen allen Teilen Deutschlands ein. Jede Region, jeder Kreis, jede Stadt braucht eine Perspektive. Wir wollen helfen, dass strukturschwache Regionen, egal ob städtisch oder ländlich geprägt, in ihren Stärken gefördert und bei der Bewältigung des Strukturwandels unterstützt werden. Wir werden in den ländlichen Räumen die Grundversorgung auch zukünftig sicherstellen. Wir entwickeln neue Wege, damit dünn besiedelte Regionen in Ost und West auch in Zukunft mit guten Schulen und einer funktionierenden sozialen und medizinischen Infrastruktur ausgestattet sind. Junge Familien müssen auch auf dem Land eine Zukunft haben.

Soziale Stadt

- **Programm Soziale Stadt.** Zur Überwindung sozialer Unterschiede und Spannungen werden wir das Programm „Soziale Stadt“ für eine bessere soziale, wirtschaftliche und kulturelle Integration fortentwickeln und auf weitere Städte ausweiten.
- **Stadtumbau Ost und West.** Die Programme für den Stadtumbau Ost und West werden wir fortsetzen und in einem eigenen Programm die Aufwertung von Stadt- und Ortsteilzentren unterstützen.
- **Bezahlbares Wohnen sichern.** Wir haben das Wohngeld aufgestockt und auf die Heizkosten ausgedehnt. Steigende Energiepreise dürfen nicht dazu führen, dass sich Menschen Wohnen nicht mehr leisten können oder deshalb umziehen müssen. Auch künftig werden wir einkommensschwache Haushalte gezielt unterstützen, wenn die Wohnkosten steigen. Die Mietnebenkosten müssen für alle erschwinglich bleiben. Möglich ist das, wenn es gelingt, den Energieverbrauch zu senken. Hier ist eine bessere Gebäudedämmung der effizienteste Weg. Die Modernisierung von Wohnungen darf jedoch nicht zur Explosion der Mieten führen. Heute ist es möglich, aufgrund von Modernisierungsmaßnahmen die Miete dauerhaft anzuheben. Das wollen wir ändern. Künftig sollen nur noch die wirklichen Kosten umgelegt werden dürfen. Allgemeine Mieterhöhungen aufgrund von Modernisierung sind damit ausgeschlossen. Ein wichtiger Garant moderater Mieten sind öffentliche und genossenschaftliche Wohnungsunternehmen. Wir bekennen uns zum Gemeinwohlaufrag dieser Unternehmen und beziehen sie in die soziale Stadtteilentwicklung ein.
- **Stadt der kurzen Wege.** Wir wollen, dass Wohnen, Arbeitsplätze, Einkaufen und Freizeitgestaltung in räumlicher Nähe zueinander und gut erreichbar sind. Auch dafür wollen wir den öffentlichen Nahverkehr, Fahrrad- und Fußgängerverkehr weiter stärken.

9. Die Soziale Einheit vollenden

Vor 20 Jahren haben die Bürgerinnen und Bürger in Ostdeutschland den Fall der Mauer herbeigeführt. Die Menschen in beiden Teilen des Landes haben in den vergangenen zwei Jahrzehnten große Solidarität gezeigt. Das Land ist zusammengewachsen. Wer 2009 zum ersten Mal wählen kann, hat das geteilte Deutschland nie bewusst persönlich erlebt. Die Modernisierung Ostdeutschlands ist mittlerweile weit vorangeschritten, ohne jedoch zu Westdeutschland aufzuschließen. Wir haben beim Aufbau Ost viel erreicht. Doch es bleibt weiterhin viel zu tun. Gleichzeitig ist der Osten vielfach auch Vorreiter und Vorbild für den Westen – zum Beispiel bei der Kinderbetreuung und dem Einsatz erneuerbaren Energien.

Um die soziale Einheit zu vollenden, brauchen wir mehr sozialversicherungspflichtige Beschäftigung im Osten, gleiche Löhne in Ost und West, einen einheitlichen Mindestlohn und ein einheitliches Rentensystem. Eine wesentliche Voraussetzung ist die Stärkung der Wirtschaftskraft im Osten. Darum setzen wir auf eine an den Potenzialen Ostdeutschlands orientierte Investitions- und Innovationspolitik, die dem Prinzip „Stärken stärken“ verpflichtet ist. Ostdeutschland hat das Potenzial, seine Vorreiterrolle für eine moderne und ökologische Industriepolitik zu stärken und sich als Leitregion aussichtsreicher Zukunftsfelder weiterzuentwickeln. Dazu gehören: Erneuerbare Energien, Gesundheitswirtschaft, Chemie, Informations- und Kommunikationstechnologien, neue Werkstoffe, Bio- und Nanotechnologie, optische Technologien, Mikroelektronik und auch Tourismus.

■ ■ ■ Was wir wollen:

Wirtschaftliche Potenziale ausbauen

- **Solidarpakt II.** Der Solidarpakt II ist und bleibt die wichtigste gesetzliche Grundlage für den Aufbau Ost. Er muss bis zum Jahr 2019 uneingeschränkt gelten.
- **Forschung und Entwicklung.** Wir brauchen verstärkte Investitionen in nachhaltige Bereiche mit einem Vorrang für Innovationen in Bildung, Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft sowie für eine gute Infrastruktur. Im Bereich Forschung und Innovation ist Ostdeutschland noch ein gutes Stück vom Niveau der westdeutschen Länder entfernt. Deshalb sind die Chancen des Hochschulpaktes für die ostdeutschen Hochschulen zu nutzen und die industriennahe FuE-Tätigkeit von Unternehmen und Forschungseinrichtungen zu unterstützen. Den neuen Pakt für Forschung und Innovation werden wir für die Ansiedlung neuer Forschungsinstitute in den neuen Ländern nutzen.

- **Investitionsförderung.** Die Investitionsförderung muss fortgesetzt werden. Dazu müssen die Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur (GA RW) fortgesetzt und die Gemeinschaftsaufgabe für Agrarstruktur und Küstenschutz (GAK) weiterentwickelt werden. Mit der Investitionszulage bleibt ein weiteres Wirtschaftsförderinstrument mindestens bis 2013 erhalten.
- **Potenziale des ländlichen Raums nutzen.** Wir werden Perspektiven für den ländlichen Raum in den Bereichen Industrie und Agrarwirtschaft sowie im Tourismus weiterentwickeln.

Arbeit und Soziales

- **Fachkräfte in der Region halten.** Gut ausgebildete Fachkräfte sind das wichtigste Potenzial für einen starken Osten. Wir wollen Jugendlichen Anreize bieten, nicht in andere Regionen abzuwandern. Gleiche Löhne und eine gute Infrastruktur leisten hierzu einen wichtigen Beitrag.
- **Gute Arbeit und faire Löhne.** Wir setzen uns für die Stärkung von sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung ein. Wir fordern gleiche Löhne für gleiche Arbeit in Ost und West und werden einen einheitlichen, flächendeckenden Mindestlohn durchsetzen.
- **Einheitliches Rentensystem in Ost und West.** Wir werden in der kommenden Legislaturperiode ein einheitliches Rentensystem in Ost und West durchsetzen.

10. Sicher leben in Deutschland

Sicherheit heißt Lebensqualität, heißt sich frei und ohne Angst vor Gewalt und Kriminalität zu bewegen. Sicherheit ist ein öffentliches Gut. Dieses Gut muss jedem Menschen im Lebensalltag garantiert werden. Egal, wie hoch sein Einkommen ist und in welchem Stadtteil er lebt.

Um Sicherheit für alle zu schaffen, reicht es nicht, Kriminalität zu bekämpfen, wir müssen auch ihre Ursachen beseitigen. Es gibt einen Zusammenhang zwischen Armut, Chancenlosigkeit und Kriminalität. Wer ihn leugnet und nur höhere Strafen fordert, erreicht das Gegenteil von Sicherheit.

Sicherheit setzt gegenseitige Akzeptanz voraus. Nur so können wir in Deutschland ohne Angst verschieden sein. Das marktradikale Denken der letzten Jahrzehnte

hat das Klima rauer gemacht, den Konkurrenzkampf verschärft. Wir brauchen eine neue Solidarität und Kooperation.

Sicherheit und Gerechtigkeit gehören zusammen. Gerechtigkeit braucht eine starke Justiz und bedeutet auch: Gleichheit vor dem Gesetz. Recht und Gesetz gelten für alle. Deshalb müssen wir auch Wirtschaftskriminalität entschlossen bekämpfen.

Der Kampf gegen den Terrorismus ist wichtig. Trotzdem dürfen dabei Menschenwürde und Grundrechte nicht verletzt werden. Wir wollen kein Klima der Überwachung und der Unfreiheit.

Wir haben in der Bundesrepublik Deutschland die gute Tradition, die Bundeswehr nicht im Inneren einzusetzen und Polizeiarbeit nicht mit Geheimdienstarbeit zu vermischen. An dieser Tradition wollen wir festhalten, weil sie die Freiheit der Bürgerinnen und Bürger schützt.

■ ■ ■ Was wir wollen:

Mehr Sicherheit im Alltag

- **In Sicherheit leben.** Die Angst vor Straftaten beeinträchtigt die Lebensqualität und die freie Entfaltung der Persönlichkeit. Mit einer präsenten Polizei und klugen städtebaulichen Maßnahmen wollen wir das Sicherheitsgefühl der Menschen erhöhen. Dazu dienen auch lokale Sicherheitspartnerschaften. Bürgerwehren lehnen wir ab. Vandalismus bekämpfen wir konsequent. Die Überwachung öffentlicher Kriminalitätsbrennpunkte per Video ist ein polizeitaktisches Instrument, aber sie ersetzt die Polizeiarbeit nicht.
- **Sicherheit als öffentliches Gut.** Sicherheit darf keine Ware werden. Es ist Aufgabe des Staates, für die Sicherheit seiner Bürgerinnen und Bürger zu sorgen. Wir brauchen diesbezüglich eine gute Ausstattung von Schulen, Polizei, Justiz und Jugendhilfe. Eine Privatisierung von staatlichen Sicherheitsaufgaben lehnen wir ab.
- **Konsequent gegen Kriminalität und Gewalt, aber auch hart gegen ihre Ursachen.** Ungleiche Lebenschancen, Perspektivlosigkeit, mangelnde Bildung, gesellschaftliche Benachteiligung sind Ursachen von Kriminalität. Junge Menschen aus Einwandererfamilien sind davon oft besonders betroffen. Eine gute Bildungs- und Integrationspolitik ist daher gleichzeitig Sicherheitspolitik. Wir ächten jede Form von Gewalt und setzen auf präventive Maßnahmen gegen Jugendgewalt. Hierzu gehört der verstärkte Einsatz von Streetworkerinnen und -workern und Schulsozialarbeiterinnen und -sozialarbeitern. Den na-

tionalen Aktionsplan zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen werden wir fortentwickeln.

- **Zugang zu Waffen erschweren.** Wir haben seit 2002 kontinuierlich das Waffenrecht verschärft. Heute hat Deutschland eines der restriktivsten Waffenrechte der Welt. Aber es hat sich schmerzhaft gezeigt, dass Unbefugte immer noch zu einfach an Waffen gelangen. Wir wollen, dass weniger Waffen in privater Hand sind, und den Zugang zu ihnen deutlich erschweren. Die Kontrollen von Sportschützen und Jägern, die Waffen privat aufbewahren, werden wir verschärfen, die Anforderungen an die private Aufbewahrung erhöhen und den Ordnungsbehörden mehr Möglichkeiten geben, die Einhaltung dieser Vorschriften zu überwachen.
- **Bekämpfung von Rauschgiftkriminalität.** Wir verfolgen einen dreiteiligen Ansatz gegen Rauschgiftkriminalität: Präventiv gegenüber den möglichen Konsumentinnen und Konsumenten – repressiv gegenüber den Anbietern – therapeutisch gegenüber den Abhängigen.
- **Jugendkriminalität schnell bestrafen.** Werden Jugendliche kriminell, muss die Sanktion der Tat „auf dem Fuß“ folgen. Jugendstrafverfahren müssen rasch eröffnet und eine verhängte Strafe muss umgehend vollstreckt werden. Nur dann wird den Jugendlichen der Zusammenhang zwischen Tat und Strafe klar und kann die erzieherische Wirkung des Jugendstrafrechts wirksam werden. Bloßes Wegsperrern auf Basis des Erwachsenenstrafrechts lehnen wir ab.
- **Opferschutz.** Wir haben die Stellung von Kriminalitätsopfern im Strafverfahren kontinuierlich verbessert. Sie haben jetzt mehr eigene Rechte im Prozess und werden als Zeugen besser geschützt.
- **Gewalt in Familien brandmarken.** „Häusliche Gewalt“ ist weder ein Tabuthema noch „Privatsache“, sondern kriminelles Unrecht. Wir wollen daher eine konsequente Umsetzung des Gewaltschutzgesetzes. Den nationalen Aktionsplan zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen werden wir fortentwickeln.
- **Kinder schützen.** Sexueller Gewalt gegen Kinder und Kinderpornographie sagen wir den Kampf an – mit Hilfe des Strafrechts und auch im Internet. Wenn nötig, müssen Kinder auch vor ihren Eltern geschützt werden. Die Familiengerichte haben mehr gesetzliche Möglichkeiten bekommen, um schneller, effektiver und nachhaltiger einzugreifen, wenn Kinder gefährdet sind. Jetzt kommt es darauf an, diese Verbesserungen in der Praxis zu nutzen.

Wirtschaftskriminalität und organisierte Kriminalität bekämpfen

- **Gleiches Recht für alle.** Unsere Gesetze müssen in allen Teilen der Gesellschaft befolgt und durchgesetzt werden. Wirtschaftskriminalität und Steuerhinterziehung sind keine Kavaliersdelikte. Darum haben wir die Höchstgrenzen für Geldstrafen deutlich angehoben. Wir brauchen spezialisierte Staatsanwaltschaften und eine bessere personelle und sachliche Ausstattung der Justiz, um „Waffengleichheit“ zu schaffen mit den Beschuldigten und ihren Spitzenverteidigern. Die zivilrechtliche Haftung von Managern gegenüber ihren Unternehmen muss konsequenter durchgesetzt und verschärft werden.
- **Korruption bekämpfen.** Wir schaffen ein Register für Korruptionsfälle und weitere Erscheinungsformen von Wirtschaftskriminalität. Auffällige Unternehmen oder Personen sollen dadurch von der Vergabe öffentlicher Aufträge ausgeschlossen werden. Auch mit einem modernen Disziplinar- und Nebentätigkeitsrecht tragen wir zur Korruptionsbekämpfung bei.
- **Verfolgung von organisierter Kriminalität.** Organisierte Kriminalität, wie Schutzgelderpressung, Drogen- und Menschenhandel sowie Produkt- und Markenpiraterie verfolgen wir konsequent.

Terrorismus bekämpfen – Bürgerrechte schützen

- **Effektive Terrorismusbekämpfung.** Die SPD hat die Voraussetzungen für eine effektive Terrorismusbekämpfung in allen staatlichen Bereichen kontinuierlich verbessert: Die Sicherheitsbehörden haben die notwendigen gesetzlichen Befugnisse bekommen. Wir haben sie personell besser ausgestattet und dafür gesorgt, dass sie technisch auf der Höhe der Zeit bleiben. Außerdem haben wir die Koordination der Behörden untereinander verbessert – national, europaweit und international.
- **Bürgerrechte schützen.** Zum Schutz der Freiheitsrechte der Bürgerinnen und Bürger haben wir die Kompetenzen der Sicherheitsbehörden klar begrenzt und an enge Voraussetzungen geknüpft. Unsere Gesetze, die mit Grundrechtseingriffen im Kampf gegen den internationalen Terrorismus verbunden sind, werden wir regelmäßig auf Verhältnismäßigkeit und Erforderlichkeit überprüfen.
- **Klare Unterscheidung zwischen innerer und äußerer Sicherheit.** Wir bleiben bei der klaren Trennung von Polizei und Geheimdiensten im Sinne des Trennungsgebotes. Den Einsatz der Bundeswehr zur Gefahrenabwehr im Inneren lehnen wir ab.

Gerechtigkeit braucht eine starke Justiz

- **Leistungsfähige Justiz.** Wir brauchen eine starke Justiz, um Kriminalität zu bekämpfen, Bürgerrechte zu schützen und Gerechtigkeit in allen Teilen der Gesellschaft durchzusetzen. Genug Personal, eine verantwortungsgerechte Besoldung und eine moderne Ausstattung sichern die Leistungsfähigkeit der Justiz.
- **Wer Recht hat, muss auch Recht bekommen.** Der Zugang zur Justiz darf nicht vom Geldbeutel abhängen. Das ist ein Gebot des sozialen Rechtsstaats. Wir setzen uns deshalb für den Erhalt der Prozesskosten- und Beratungshilfe ein.
- **Keine Privatisierung der Justiz.** Mit uns wird es keinen Ausverkauf von Hoheitsaufgaben geben. Vieles kann der Staat besser und günstiger als Private. Wir lehnen deshalb eine Privatisierung beispielsweise des Strafvollzugs, der Grundbuchämter, des Gerichtsvollzieherwesens und der Handelsregister ab.

Datenschutz in Staat und Wirtschaft

- **Datenschutz sichert persönliche Freiheit und Selbstbestimmung.** Wir wollen keinen gläsernen Bürger, deshalb müssen die Voraussetzungen für staatliche Datenerhebungen und die Nutzung der Daten gesetzlich klar geregelt und strikt begrenzt werden. Einen Präventionsstaat, der auf der Suche nach Gefahrenquellen auch die Daten Unbeteiligter vorbeugend sammelt und überwacht, lehnen wir ab.
- **Verbraucherdatenschutz verbessern.** Unternehmen sammeln immer mehr persönliche Daten ihrer Kundinnen und Kunden und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Sie gefährden zunehmend das Recht der Bürgerinnen und Bürger, selbst darüber zu entscheiden, wer was über sie weiß. Wir haben die gesetzlichen Vorschriften über die Weitergabe von Kundendaten verschärft und werden auf die strikte Einhaltung dieser Bestimmungen achten.
- **Arbeitnehmerdatenschutz gesetzlich regeln.** Keine Arbeitnehmerin und kein Arbeitnehmer soll von seinem Arbeitgeber ausgespäht und bespitzelt werden. Die Datenskandale in vielen Unternehmen haben gezeigt, dass wir ein besonderes Arbeitnehmerdatenschutzgesetz brauchen.

11. Ein verantwortungsvoller Umgang mit Umwelt und Natur

Unsere natürlichen Lebensgrundlagen sind ein öffentliches Gut, das vor zu starker Inanspruchnahme geschützt werden muss. Der Naturschutz in Deutschland, in Europa und in der Welt muss in den nächsten Jahren weiter deutlich verstärkt werden. Dies ist eine ethische Verantwortung. Aber nicht nur die Natur wird davon profitieren, sondern auch die Wirtschaft: Der Schutz und die nachhaltige Nutzung der Biodiversität stiften großen volks- und betriebswirtschaftlichen Nutzen. Natur- und Umweltschutz ist auch vorsorgende Gesundheitspolitik. Sozial schwächere Bevölkerungsgruppen sind von Lärm und Luftbelastungen stärker betroffen als andere. Es ist deshalb auch ein Gebot sozialer Gerechtigkeit, hier für Verbesserungen zu sorgen. Mehr Umweltschutz nützt auch den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern an ihrem Arbeitsplatz, weil sie gesundheitlich von umweltschonenden, innovativen Produktionsverfahren oder verbesserten Technologien profitieren. Eine Schlüsselrolle kommt hier den Konsumenten zu: Verantwortungsbewusste und informierte Verbraucherinnen und Verbraucher spielen eine wachsende Rolle in der Sozialen Marktwirtschaft und der solidari-schen Bürgergesellschaft.

■ ■ ■ Was wir wollen:

Umwelt- und Naturschutz

- **Effizienter Umgang mit Ressourcen.** Wir werden weitere Maßnahmen ergreifen, um die effiziente Nutzung von Materialien einerseits und die Wiederverwendung und das Recycling andererseits zu verstärken. Die Förderung neuer Produkte werden wir auch an ihrer Recyclingfähigkeit und der Recyclingbereitschaft der Produzenten ausrichten. Dabei setzen wir nicht nur auf ordnungsrechtliche Maßnahmen, sondern auch auf freiwillige Selbstverpflichtungen. Bis 2020 werden wir die Ressourceneffizienz im Vergleich zu 1990 verdoppeln.
- **Umweltgesetzbuch.** Die mit CDU/CSU in der Bundesregierung nicht mögliche Umsetzung eines Umweltgesetzbuchs und eines Waldgesetzes, das die nachhaltige Sicherung unserer Wälder garantiert, wird eine SPD-geführte Bundesregierung in den ersten Monaten auf den Weg bringen.
- **Naturschutz stärken.** Die SPD hat mit dem Programm „Nationales Naturerbe“ und der nationalen Biodiversitätsstrategie den Naturschutz in Deutschland gestärkt. Naturschutz bedeutet den Erhalt unserer Heimat. Biodiversität ist

gleichzeitig ein wichtiger und häufig unterschätzter Wirtschaftsfaktor. Diesen Weg werden wir mit neuen Instrumenten konsequent fortsetzen.

- **Investitionsoffensive Naturschutz.** Wir werden eine Investitionsoffensive Naturschutz starten. Diese beinhaltet ein Nationales Programm für Auen, Moore und andere Feuchtgebiete sowie für Naturwälder. Wir wollen einen Internationalen Waldschutzfonds realisieren, um den Schutz von Wäldern und anderen Kohlenstoff speichernden Ökosystemen sicherstellen zu können. Wir werden ein Bundesalleenprogramm und ein Grünbrückenprogramm starten, mit dem wir Alleen erhalten und mit Grünbrücken die bestehende Zerschneidung der Landschaft vermindern. Zum internationalen Waldschutz werden wir dafür sorgen, dass der Import illegal eingeschlagenen Holzes und daraus hergestellter Produkte in die EU endlich wirksam eingedämmt wird.
- **Meeresschutz.** Wir werden die Schaffung eines weltweiten, repräsentativen Netzwerkes von Meeresschutzgebieten bis 2012 vorantreiben und den ersten Meeresnationalpark schaffen, in dem der Naturschutz Vorrang vor allen Nutzungen hat.
- **Beschränkung des Flächenverbrauchs.** Wir werden dem inakzeptablen Flächenverbrauch von über 100 ha pro Tag Einhalt gebieten. In einem großen Pilotvorhaben wollen wir das Konzept von Flächenzertifikaten erproben: Nach einer Verständigung auf Obergrenzen für künftige jährliche Siedlungsausweitungen erhalten Kommunen Flächenzertifikate, die sie untereinander handeln können.

Umweltschutz ist Gesundheitsschutz

- **Umweltschädliche Produkte vermeiden.** Wir brauchen klare Regeln, um Gesundheitsschäden durch bedenkliche Produkte zu vermeiden. Hierzu werden wir Grenzwerte verschärfen.
- **Schadstoffausstoß reduzieren.** Um die Feinstaubbelastung zu vermindern, werden wir die Emissionsgrenzwerte für Stickoxide und Staub in Industrie und Gewerbe absenken. Die Grenzwerte für Staub werden wir für alle Kleinfeuerungsanlagen, die feste Brennstoffe einsetzen, verschärfen.
- **Emissionen und Lärm durch Verkehr reduzieren.** Wir werden die Anreize für schadstoffarme Fahrzeuge ausweiten. Zudem werden wir das Lärmschutzprogramm des Bundes für Straßen und Schienenstrecken weiter ausbauen und die Betroffenen von Fluglärm durch Schallschutz an ihren Gebäuden entlasten. In der Europäischen Union werden wir uns dafür einsetzen, die Lärmvorschriften für Geräte, Maschinen, Motorräder, Autos, Schiffe und Flugzeuge deutlich zu verschärfen.

Chance für die ländlichen Räume

- **Innovationsoffensive ländliche Räume.** Ländliche Räume machen längst einen Transformationsprozess von der reinen Agrarproduktion zu einer multifunktionalen Entwicklung durch. Die ökologische Industriepolitik findet in ländlichen Räumen ihr Pendant in einer nachhaltigen Regionalentwicklung. Wir werden eine „Innovationsoffensive ländliche Räume“ starten, um das Potenzial der ländlichen Räume als Zukunftsräume Deutschlands auszuschöpfen. Außer durch die Bürgerinnen und Bürgern, die in diesen Regionen leben und arbeiten, zeichnen sich diese Räume besonders durch ihr Naturkapital aus. Damit dieses Kapital nachhaltig auch für kommende Generationen Früchte tragen kann, müssen innovative Konzepte für eine naturverträgliche ländliche Entwicklung umgesetzt werden. Neben der umweltverträglichen Produktion gesunder, hochwertiger Lebensmittel sind Tourismus, Naturschutz und Landschaftspflege, Gesundheitsvorsorge, erneuerbare Energien sowie die Entwicklung von Regionalmarken entscheidende Bereiche einer dynamischen ländlichen Entwicklung. Wir wollen die Voraussetzungen dafür schaffen, dass gerade in strukturschwachen ländlichen Regionen mehr Chancen für Teilhabe und Beschäftigung geschaffen werden.
- **Neue Ausrichtung in der Landwirtschaftspolitik.** Unsere Landwirtschaft bietet nicht nur Arbeit und die Herstellung wichtiger Agrarprodukte. Sie erhält Kulturlandschaften, schützt unsere natürlichen Lebensgrundlagen und trägt zur nachhaltigen Entwicklung ländlicher Räume bei. Wir haben einen Paradigmenwechsel in der Landwirtschaftspolitik vorgenommen. Die Interessen einzelner Branchen der Land- und Ernährungswirtschaft sollten nicht mehr über die Ziele des Verbraucher- und Umweltschutzes dominieren. In der EU wollen wir weg von der Subventionspolitik landwirtschaftlicher Produktion mit der Gießkanne und hin zu einer Umwidmung dieser Mittel für die Unterstützung der Entwicklung ländlicher Regionen und die Erbringung gesellschaftlich gewünschter Leistungen wie Gewässerschutz, Offenhaltung der Kulturlandschaften und Sicherung der Erholungsräume. Wir sind für klare Leitplanken zur nachhaltigen natur- und umweltschonenden Produktion. Wir wollen die biologische Vielfalt erhalten, Böden und Wasser schützen. Die Landwirtschaft muss mehr zum Klimaschutz beitragen; dabei wollen wir sie unterstützen.

Den Tierschutz verbessern

- **Reform des Tierschutzgesetzes.** Tierschutz ist uns ein wichtiges Anliegen. Wir würdigen das hohe Engagement vieler Bürgerinnen und Bürger in den Tierschutzverbänden. Die SPD hat durchgesetzt, dass der Tierschutz im Grundgesetz verankert wird. Wir streben eine Novellierung des Tierschutzgesetzes an. Wir wollen eine Reduzierung der Tierversuche. Wir wollen die Bedingungen

von Haltung und Transport landwirtschaftlicher Nutztiere tiergerechter ausgestalten.

- **Tierschutzsiegel.** Der so genannte „Tierschutz-TÜV“, von der SPD durchgesetzt, bildet die Grundlage für die Einführung von Tierschutzsiegeln. Wir werden diese, wenn nötig, auch als Vorreiter auf nationaler Ebene einführen, wenn keine europaweite Regelung kurzfristig möglich ist. Verbraucherinnen und Verbraucher können dann beim Einkauf direkt Einfluss auf mehr Tierschutz nehmen.

12. Kultur und Medien

Kultur ist die elementare Basis unserer demokratischen Gesellschaft. Ohne den Beitrag der Kultur sind politische Zukunftsaufgaben nicht zu lösen. Der kulturelle Dialog ist zudem die Grundlage internationaler Verständigung und wirtschaftlichen Austauschs. Die SPD wird auch in Zukunft das Gespräch mit und den Rat von Künstlerinnen und Künstlern suchen, die Freiheit der Künste stärken und der sozialen Verantwortung gegenüber den Kulturschaffenden einen hohen Stellenwert einräumen.

Unser offener Kulturbegriff beschränkt sich nicht auf die Künste und ihre Förderung. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten treten ein für eine Kultur der Demokratie, in der Kunst und Kultur für die gesellschaftliche Verständigung über Werte und Ziele in einer Welt beschleunigter Umbrüche eine zentrale Bedeutung zukommt. Denn Kunst und Kultur prägen als geistige Lebensgrundlagen die Menschen und stärken den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Sie halten einer Gesellschaft den Spiegel vor, reflektieren Lebensstile, formulieren Identitätsangebote und geben Orientierung. Eine Kultur der Demokratie und in der Demokratie muss deswegen auch immer eine Kultur der Teilhabe sein.

■ ■ ■ Was wir wollen:

- **Kultur als Staatsziel.** Deutschland ist als Gesamtstaat verpflichtet, Kultur zu schützen und zu fördern. Darum werden wir Kultur als Staatsziel im Grundgesetz verankern. In der Verfassung drückt sich die Werte- und Sinnordnung unserer Gesellschaft aus, Kultur gehört dazu. Kultur ist für uns geistige Lebensgrundlage und ein öffentliches Gut. Förderung von Kultur ist keine Subvention, sondern Investition in die Zukunft.

- **Kultur für alle.** Jeder Mensch soll Zugang zu Kultur haben, denn kulturelle und mediale Spaltung führt zu sozialer Spaltung. Kultur und Bildung ermöglichen Teilhabe, Selbstverwirklichung und persönliche Entfaltung. Sie sind gerade in unserer Einwanderungsgesellschaft zugleich ein wichtiges Element der Integration und Gemeinsamkeit. Wir werden eine breit angelegte Initiative für die kulturelle Bildung von der frühkindlichen Erziehung an starten. Öffentliche Bibliotheken, Musik- und Jugendkunstschulen, aber auch Museen, Theater und Kinos müssen als Orte der kulturellen Bildung stärker genutzt und gefördert werden. Die Förderung öffentlicher Kulturinstitutionen sollte an kulturelle Bildungsangebote geknüpft werden.
- **Ausbau der kulturellen Infrastruktur.** Grundlegend für eine vitale und sich entwickelnde Kultur- und Kreativwirtschaft ist eine flächendeckende kulturelle Infrastruktur. Wir wollen eine aktivierende Kulturpolitik des Staates, die kulturelle Infrastruktur gezielt fördert und die Förderung von Kultur als eine Pflichtaufgabe des Staates versteht, in gemeinsamer Verantwortung mit Zivilgesellschaft und Markt.
- **Förderung der Kultur- und Kreativwirtschaft.** Wissen und Ideen sind die wichtigsten Rohstoffe unseres Landes. Deshalb wollen wir die Kultur- und Kreativwirtschaft in einem besonderen Maße fördern. Wir schlagen einen Kreativpakt zwischen Politik, Wirtschaft, Künstlern und Kreativen vor, in dem wirtschaftliche Fragen, Fragen der sozialen Sicherung, der Bildung und der Teilhabe gemeinsam erörtert werden.
- **Absicherung von Kultur- und Medienschaffenden.** Die soziale Absicherung von Kultur- und Medienschaffenden ist zentraler Bestandteil unseres Kreativpaktes. Wir werden die Künstlersozialversicherung (KSV) als ein weltweit einzigartiges Modell erhalten und weiter stärken. Wir setzen uns für Tarifverträge und soziale Mindeststandards auch im Kultur- und Medienbereich ein und werden die Förderung des Bundes an die Einhaltung dieser Mindeststandards knüpfen.
- **Gerechte Vergütung kreativer Arbeit.** Wir wollen im Rahmen des sozialdemokratischen Kreativpaktes erreichen, dass Kultur- und Medienschaffende, Künstlerinnen und Künstler und Kreative von ihrer Arbeit leben können. Es kommt darauf an, das geistige Eigentum zu schützen und angemessen zu vergüten. Das Urheberrecht und das Urhebervertragsrecht sollen in der digitalen Welt ein angemessenes Einkommen aus der Verwertung geistigen Eigentums ermöglichen. Die Zukunft der Digitalisierung stellt uns vor neue Herausforderungen beim Schutz immaterieller Produkte und Güter. Wir brauchen einen vernünftigen Ausgleich zwischen Nutzerfreundlichkeit und den Rechten der

Kreativen. Dabei werden wir im Rahmen des Kreativpaktes die Netzbetreiber und Internet-Service-Provider in den Dialog mit Rechteinhabern und Verwertungsgesellschaften einbeziehen. Wir setzen uns für die Prüfung einer Kultur-Flatrate ein.

- **Film als wichtiges Kulturgut.** Wir wollen mit dem Kreativpakt die Rahmenbedingungen für den Film weiter verbessern und die Filmförderung stärken. Kinos sind wichtige Orte des kulturellen und sozialen Zusammenlebens. Deswegen wollen wir die Digitalisierung unserer Kinolandschaft unterstützen. Wir werden das Filmfördergesetz zu einem Medienfördergesetz weiterentwickeln, um den Herausforderungen einer digitalen Medienwelt zu entsprechen.
- **Den öffentlich-rechtlichen Rundfunk stärken – die duale Rundfunkordnung erhalten.** Wir setzen auf beide Säulen unserer dualen Rundfunkordnung. Der im Grundgesetz verankerte Kultur-, Bildungs- und Informationsauftrag des öffentlich-rechtlichen Rundfunks folgt anderen Kriterien als der Maximierung von Einschaltquoten. Wir setzen uns dafür ein, dass diese besondere Rolle des öffentlich-rechtlichen Rundfunks erhalten bleibt. Neue Medien müssen dabei immer Teil des Angebots des öffentlich-rechtlichen Rundfunks sein. Zugleich setzen wir auf die Weiterentwicklung der Bürgermedien als Teil demokratischer Beteiligung und als dritter Säule einer zukünftigen Medienordnung.
- **Eine moderne Medienordnung im digitalen Zeitalter.** Für unsere Demokratie ist ein unabhängiges und vielfältiges Mediensystem unverzichtbar. Informationsfreiheit und Meinungsvielfalt sind die Voraussetzung für eine soziale und demokratische Gesellschaft. Dazu gehört der Zugang für alle Menschen zu allen Übertragungswegen, Kommunikationsformen, zu Wissen und Information. Die digitale Spaltung in Deutschland wollen wir überwinden. Daher ist der Ausbau des Breitbandnetzes für uns eine zentrale Aufgabe. Wir wollen eine Medienordnung entwickeln, die den Erfordernissen der digitalen Welt gerecht wird. Wir wollen dabei die Vielfalt der Medien erhalten und Monopole und Konzentrationsentwicklungen verhindern. Als ein wichtiges Instrument halten wir deshalb die Einrichtung einer Medienanstalt der Länder für unverzichtbar.
- **Informationelle Selbstbestimmung.** Der Schutz der eigenen Daten und das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung gewinnen in der digitalen Welt noch an Bedeutung. Der Datenschutz muss weiterentwickelt werden. Wir wollen überdies, dass der Einzelne sich in der digitalen Welt sicher bewegen kann und lernt, welche Folgen die freiwillige Preisgabe persönlicher Daten haben kann.

- **Medienführerschein für Kinder und Jugendliche.** Medienkompetenz ist nicht nur die Schlüsselqualifikation in der Informations- und Kommunikationsgesellschaft, sondern auch ein zu förderndes Bildungsthema. Wir werden eine Stiftung Medienkompetenz einrichten und das Angebot eines Medienführerscheins für alle Kinder und Jugendlichen einführen.

13. Mehr Demokratie wagen

Demokratie ist Herrschaft des Volkes. Das heißt: Es sind die Bürgerinnen und Bürger, die sich frei und selbstbestimmt Regeln für ihr Zusammenleben geben. Wir in Deutschland wissen, dass das eine große zivilisatorische Errungenschaft ist, die wir gegen alle Gefahren verteidigen müssen. Unsere Demokratie ist von verschiedenen Seiten bedroht, nicht zuletzt von der Dominanz der Märkte und von der Gleichgültigkeit der Menschen. „Mehr Demokratie wagen“, hat Willy Brandt vor 40 Jahren gefordert.

Vor 60 Jahren ist das Grundgesetz in Kraft getreten. Das Grundgesetz, seine Werteorientierungen und Rechte bestimmen die zentralen Prinzipien des Zusammenlebens in unserem Land. Es formuliert die Grundlagen unseres Verständnisses von Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit. Und es enthält den dauerhaften Auftrag, immer wieder zu überprüfen, ob unsere Gesellschaft diesen Grundsätzen noch gerecht wird. Im Grundgesetz steht: Die Würde des Menschen ist unantastbar. Das bezieht sich ausdrücklich auf alle Menschen. Wir lehnen eine Leitkulturdebatte ab, denn sie ist mit der Idee von Freiheit und Gleichheit nicht vereinbar. Wir betrachten den Kampf gegen Rechtsextremismus als eine der wichtigsten Aufgaben unserer Gesellschaft.

Im Grundgesetz steht weiter: Eigentum verpflichtet. Das gilt auch für den Besitz von Geld und Aktien. Die Wirtschaft und die Finanzmärkte müssen der Gesellschaft dienen, nicht umgekehrt. Das ist nicht nur eine Frage der Gerechtigkeit, sondern entscheidet über die Zukunft der Demokratie, über die Bereitschaft der Bürgerinnen und Bürger, sich für die Demokratie und in der Demokratie zu engagieren. Und im Grundgesetz steht: Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Jede Form von Diskriminierung verstößt gegen dieses Gleichheitsgebot. Das gilt auch für die Bezahlung am Arbeitsplatz. Demokratie hört nicht an der Bürotür und am Werktor auf. Gleiche Augenhöhe und Mitbestimmung am Arbeitsplatz gehören zu unserer sozialdemokratischen Demokratietradition. Sie gilt es zu erhalten und auszubauen.

■ ■ ■ Was wir wollen:

- **Demokratie kommt nicht von selbst.** Demokratie ist nicht vererbbar. Die Familien, Schulen und alle gesellschaftlich relevanten Gruppen müssen jeder Generation aufs Neue vermitteln, dass Demokratie notwendig ist und wie sich jede Bürgerin und jeder Bürger in unserer Gesellschaft beteiligen kann.
- **Demokratie bedeutet für uns auch klare soziale Rechte und die Wahrung der Menschenwürde – gerade auch im Arbeitsleben.** Dazu gehören starke Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer durch einen wirkungsvollen Kündigungsschutz und eine funktionierende Mitbestimmung.
- **Kommunales Wahlrecht ausweiten.** Für Nicht-EU-Bürgerinnen und -Bürger, die seit sechs Jahren in Deutschland leben, werden wir das kommunale Wahlrecht durchsetzen.
- **Direkte Demokratie.** Wir wollen Volksbegehren und Volksentscheide auch auf Bundesebene ermöglichen und dabei die Erfahrungen in den Ländern berücksichtigen.
- **Politische Bildung:** Demokratie braucht politisch informierte Bürgerinnen und Bürger. Daher ist eine Intensivierung der politischen Bildung, auch durch die Bundeszentrale für politische Bildung, erforderlich.
- **Gesetzliches Lobbyregister.** Zur Demokratie gehört es, dass gesellschaftliche Gruppen versuchen, auf ihre Anliegen und Interessen aufmerksam zu machen. Lobbyismus von Verbänden, Unternehmen, Gewerkschaften und Initiativen ist demokratische Normalität. Allerdings hat die demokratische Öffentlichkeit ein Anrecht auf Transparenz. Dazu gehört auch, dass Lobbyisten offen legen müssen, welche Interessengruppen hinter ihnen stehen und sie bezahlen. Wir werden ein entsprechendes Lobbyregister beim Deutschen Bundestag durchsetzen.
- **Neue Technologien nutzen.** In der Kommunikation mit den Bürgern werden wir neue Informationstechnologien einsetzen, um die Beteiligung am demokratischen Prozess zu stärken. Wo das Internet dazu beitragen kann, öffentliche Meinungsbildungs- und Beteiligungsprozesse zu verbessern, werden wir diese Möglichkeit im Sinne einer starken Demokratie nutzen.

Starke Demokratie - Bekämpfung von Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus

- **Gesamtgesellschaftliche Aufgabe.** Der Kampf gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus ist für uns eine gesamtgesellschaftliche und gesamtstaatliche und alle Generationen betreffende Aufgabe. In der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus verfolgen wir einen vielfältigen Ansatz: Von einer Jugendpolitik mit präventivem Ansatz und einem Schwerpunkt in Schule, Jugendarbeit und Bildungsarbeit über arbeitsmarktpolitische Programme, die Integration, Bildung und Arbeitsmarktchancen verbinden bis hin zu besonderen Aktivitäten für Städte und Stadtteile, in denen vermehrt Rechtsextreme auftreten. Im politischen Diskurs dulden wir keine rassistischen oder antisemitischen Parolen und Stereotype.
- **Kontinuität und Vielfalt beim Engagement gegen Rechtsextremismus.** Wir verstehen Rechtsextremismus-Prävention nicht als Projekt, sondern als institutionalisierte Arbeit. Wir wollen das Engagement für Demokratie und Toleranz nachhaltig und kontinuierlich unterstützen. Dabei setzen wir bewusst auf die Vielfalt der Aktivitäten und Initiativen vor Ort. Die SPD wird die Bundesprogramme für den Kampf gegen Rechts verstetigen und spätestens in der nächsten Legislaturperiode eine Bundesstiftung aufbauen, um so die notwendige Arbeit der zahlreichen zivilgesellschaftlichen Projekte und Initiativen gegen Rechtsextremismus zu bündeln.
- **Schutz der Opfer.** Wir werden die Beratungsangebote zum Schutz von (potenziellen) Opfern ausbauen, sowie die Vernetzung und Unterstützung der Aktiven in der Arbeit gegen Rechtsextremismus verbessern.
- **Verbot der NPD.** Die NPD ist eine Partei, die den Nationalsozialismus offen verherrlicht und eine aggressiv-kämpferische Grundhaltung gegenüber unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung aufweist. Deshalb muss das Verbot der NPD angestrebt werden.

14. Für eine globale Verantwortungsgemeinschaft

Die Globalisierung der Märkte verlangt nach politischer Globalisierung, nach gemeinsamer politischer Gestaltung und fairen Regeln. Nur so werden wir unserem

großen Ziel einer friedlichen und gerechten Welt näher kommen und die globale Wirtschafts- und Finanzkrise als Aufbruchsignal für die Weltgemeinschaft nutzen können. Deshalb setzen wir uns für eine globale Strukturpolitik ein. Dazu brauchen wir eine starke Europäische Union, eine Erneuerung der transatlantischen Beziehungen, aber auch die partnerschaftliche Einbeziehung der neuen wirtschaftlichen und politischen Kraftzentren Asiens, Lateinamerikas und Afrikas. Gemeinsam müssen wir die Regeln für die Welt des 21. Jahrhunderts aufstellen – Regeln für eine globale Verantwortungsgemeinschaft, die verlässlich und stabil, gerecht und solidarisch ist.

Unsere besondere Aufmerksamkeit muss dabei den Ärmsten gelten: Finanz-, Wirtschafts- und Ressourcenkrisen dürfen nicht auf den Schultern der Schwachen abgeladen werden. Globale Solidarität und der Kampf gegen die Armut haben für uns höchste Priorität. Deshalb wollen wir unser entwicklungspolitisches Engagement verstärken und unsere Fähigkeiten in den Bereichen Konfliktprävention, Krisenbewältigung und Friedenskonsolidierung weiter ausbauen.

■ ■ ■ Was wir wollen:

- **Vereinte Nationen stärken.** Die Vereinten Nationen sind die oberste Instanz einer globalen Rechtsordnung. Wir wollen eine starke UN und unterstützen daher auch weiterhin den eingeleiteten Reformprozess. Deutschland ist bereit, international noch mehr Verantwortung zu übernehmen, auch im Sicherheitsrat.
- **Weltweite Finanzarchitektur neu ordnen.** Die globale Wirtschafts- und Finanzkrise eröffnet neue Möglichkeiten zur politischen Neuordnung der weltweiten Finanzarchitektur. Wir wollen starke internationale Institutionen, die für Transparenz und Risikokontrolle sorgen und Fehlentwicklungen verhindern. Kein Markt, kein Akteur, kein Staat und Territorium, kein Produkt darf unbeaufsichtigt bleiben! Wir treten ein für eine Stärkung von IWF und Weltbank, für mehr Rechte und Pflichten für die Schwellenstaaten und für eine vernehmbare europäische Stimme in den internationalen Finanzinstitutionen.
- **Freier und fairer Welthandel.** Wir stehen zu dem Prinzip eines freien und fairen Welthandels. Die Bewältigung der Wirtschaftskrise darf nicht zu Abschottung und Protektionismus führen. Gerade die Entwicklungsländer wären die ersten Leidtragenden. Im Rahmen der WTO-Entwicklungsrunde muss den armen Ländern eine bessere Teilhabe am Welthandel ermöglicht und die Agrarexportsubventionen müssen beendet werden. Soziale und ökologische Mindeststandards sollten verbindlich in das Regelwerk der WTO aufgenommen werden.

- **G8 erweitern.** Wir wollen die G8 um wichtige Schwellenländer erweitern und sie nutzen, um die politische Globalisierung voranzutreiben. Die großen Zukunftsfragen lassen sich ohne Staaten wie China, Indien oder Brasilien nicht mehr lösen. Auch die islamische Welt sollte in einer erweiterten G8 vertreten sein. Langfristig verfolgen wir den Plan für einen Globalen Rat der Vereinten Nationen für Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik. Er soll wirtschaftliche Interessen, soziale Bedürfnisse und ökologische Notwendigkeiten aufeinander abstimmen.
- **Menschenrechte stärken.** Der weltweite Einsatz für Menschenrechte ist zentraler Bestandteil unserer Politik. Menschenrechte, Solidarität und Demokratie gehören zusammen. Menschenrechtspolitik ist auch Friedenspolitik. Wir wollen die Menschenrechtsschutzsysteme der Vereinten Nationen, der EU und des Europarates weiter stärken.
- **Frauenrechte stärken.** Wir setzen uns für die Stärkung der Rechte von Frauen ein. Frauen sind die entscheidenden Akteurinnen der Entwicklung. Wir wollen den Kampf gegen die Genitalverstümmelung fortsetzen und weltweit helfen, Gewalt gegen Frauen zu beenden.
- **Homophobie weltweit ächten.** Wir setzen uns aktiv für die Verhinderung der Verfolgung Angehöriger sexueller Minderheiten ein. Auf internationaler Ebene wollen wir die Umsetzung der Yogyakarta-Prinzipien befördern.
- **Menschenrechtsdialoge ausbauen.** Das Instrument der Menschenrechtsdialoge wollen wir national wie auf europäischer Ebene ausbauen. Nur wenn wir auch mit schwierigen Staaten im Dialog bleiben, haben wir die Chance, die Menschenrechte zu fördern und den Menschen tatsächlich zu helfen.
- **Kampf gegen Folter und Todesstrafe.** Wir unterstützen nachdrücklich die europäischen und internationalen Initiativen zur Abschaffung von Todesstrafe und Folter.
- **Internationale Strafgerichtsbarkeit stärken.** Wir unterstützen die internationale Strafgerichtsbarkeit, damit Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen geahndet und die Täter zur Rechenschaft gezogen werden.
- **Mehr Rechte für Kinder.** Wir setzen uns für die Stärkung der Rechte von Kindern ein. In Deutschland selbst treten wir für die Rücknahme der Vorbehalts-erklärung zur UN-Kinderrechtskonvention und für ein Individualbeschwerderecht ein.

- **Für eine kooperative Energie- und Ressourcenpolitik.** Wir stehen für eine kooperative Energie- und Ressourcenpolitik ein. Wir wollen verhindern, dass aus einem immer härteren Wettbewerb um knappe Güter die Konflikte von morgen erwachsen. Wir fördern regionale Kooperation bei der nachhaltigen Ressourcennutzung und setzen uns für starke internationale Institutionen im Energiebereich ein. Wir wollen Entwicklungsländer beim Zugang zu moderner, nachhaltiger Energieversorgung unterstützen. Die Herstellung von Agrartreibstoffen darf die Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln nicht gefährden. Hierzu benötigen wir verbindliche Nachhaltigkeitsstandards und effektive Zertifizierungssysteme.
- **Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik stärken.** In einer zusammenwachsenden Welt wird die auswärtige Kultur- und Bildungspolitik immer wichtiger. Wir können nicht mehr davon ausgehen, dass europäische Wertvorstellungen selbstverständliche Geltung beanspruchen können. In einer Welt mit einer Vielzahl neuer, selbstbewusster Akteure ist der kulturelle Austausch die Grundlage für den politischen oder gesellschaftlichen Dialog. Deshalb haben wir in den letzten Jahren die Goethe-Institute, die Partnerschulen im Ausland und den wissenschaftlichen Austausch reformiert, gestärkt und ausgebaut. Sie sind Ankerpunkte der Verständigung und werben für unsere Haltungen und Werte. Diesen Weg wollen wir weiter gehen.
- **Informations- und Kommunikationstechnologien für Entwicklung nutzen.** Die Dynamik der globalen Wissensgesellschaft hängt zunehmend von Informations- und Kommunikationstechnologien ab. Das gilt insbesondere für ihr Innovationspotenzial. Wir wollen, dass auch die Menschen in den Entwicklungsländern von den Möglichkeiten der neuen Technologien profitieren und dass diese sinnvoll zur Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele genutzt werden.
- **Ein eigenständiges Entwicklungsministerium erhalten.** Deutschland gehört zu den Ländern mit einem eigenständigen Entwicklungsministerium. Auch in Zukunft wollen wir, dass die Entwicklungszusammenarbeit kohärent von diesem Ministerium gesteuert wird. Mit der Eigenständigkeit dieses Ministeriums machen wir deutlich, dass globale Solidarität und der Kampf gegen die Armut für uns höchste Priorität haben.
- **Mehr Geld für Entwicklung.** Wir stehen zu unserer Zusage, bis 2010 0,51 Prozent und bis 2015 0,7 Prozent des Bruttoinlandsproduktes für die weltweite Bekämpfung von Armut und Hunger zur Verfügung zu stellen. Neben der Bereitstellung von klassischen Haushaltsmitteln wollen wir weitere, innovative Finanzierungsquellen erschließen. Ein Teil des Aufkommens aus der Versteigerung von CO₂-Verschmutzungsrechten soll für die Armutsbekämpfung und

den internationalen Klimaschutz eingesetzt werden. Als die Friedenspartei Deutschlands setzen wir uns für eine Abkehr vom globalen Ungleichgewicht zwischen Rüstungs- und Entwicklungsausgaben ein.

- **Milleniums-Entwicklungsziele erreichen.** Wir wollen alles tun, um die Millenniums-Entwicklungsziele bis zum Jahr 2015 zu erreichen. Im Rahmen unserer Entwicklungspolitik werden wir mehr in die ländliche Entwicklung, in den Klimaschutz, in die Anpassung an den Klimawandel und in Erneuerbare Energien investieren. Wir wollen unsere Partnerländer beim Ausbau sozialer Sicherungssysteme sowie eines effizienten und gerechten Steuersystems unterstützen. Ein wichtiger Schwerpunkt wird die Unterstützung Afrikas bleiben, denn das Erreichen der Millenniums-Entwicklungsziele wird entscheidend von den Fortschritten in Afrika abhängen.
- **Zivilgesellschaftliche Kräfte stärken.** Die Zusammenarbeit mit und Förderung von Nichtregierungsorganisationen, Gewerkschaften, Kirchen und Wirtschaft wollen wir auch in Zukunft intensiv fortsetzen.

15. Ein starkes und soziales Europa

Europa ist unsere gemeinsame Chance, im globalen 21. Jahrhundert unsere Vorstellung von Fortschritt und sozialer Gerechtigkeit zu verwirklichen. Wo die Gestaltungskraft der Nationalstaaten an Grenzen stößt, kann und muss ein in Solidarität geeintes Europa das Primat demokratischer Politik gegenüber dem freien Spiel der Marktkräfte durchsetzen.

Im letzten Jahrhundert haben SPD und Gewerkschaften in Deutschland bewiesen, dass es möglich ist, den Kapitalismus zu zivilisieren – durch Mitbestimmung in Betrieben und Unternehmen, durch Arbeitnehmerrechte, durch soziale und ökologische Regeln und Standards, die dem freien Wirtschaften Grenzen setzen, und durch eine gerechte Teilhabe aller am gesellschaftlich erwirtschafteten Wohlstand. Im globalen 21. Jahrhundert müssen wir diesen Beweis erneut antreten. Jetzt ist Europa die Bühne.

Als die Europapartei Deutschlands sind wir die treibende politische Kraft für ein handlungsfähiges und demokratisches Europa der Bürgerinnen und Bürger. Vertiefung und Erweiterung der Europäischen Union bleiben die prägenden Grundkonstanten unserer Politik.

■ ■ ■ Was wir wollen:

Das soziale Europa schaffen – Lohn- und Sozialdumping verhindern

- **Europa sozial.** Die europäische Tradition der Sozialstaatlichkeit wollen wir progressiv weiterentwickeln. Dazu muss auch das Wirtschaften im europäischen Binnenmarkt in eine politische und soziale Ordnung eingefasst sein. Die europäische Wirtschafts- und Währungsunion muss durch eine europäische Sozialunion ergänzt werden. Wir wollen europäische soziale Mindeststandards vereinbaren, um eine Abwärtsspirale bei Löhnen und Sozialstandards in Europa zu verhindern und sozialen Fortschritt europäisch durchzusetzen. Dies ist auch ein notwendiger Schritt, um Sozialstaatlichkeit in Deutschland auf hohem Niveau zu bewahren.
- **Für einen sozialen Stabilitätspakt.** Als wesentliches Element einer zukünftigen europäischen Sozialunion fordern wir einen europäischen sozialen Stabilitätspakt. Er soll Ziele und Vorgaben für Sozial- und Bildungsausgaben festlegen, die sich an der jeweiligen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der EU-Mitgliedstaaten orientieren und flexibel an diese anzupassen sind. Bei steigender wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit eines Landes wäre dieses dann auch zu höheren Ausgaben für die Bildung und die sozialen Sicherungssysteme verpflichtet. Auf diese Weise kann gemeinsamer europäischer Fortschritt zu mehr Bildung und verbesserten sozialen Schutzstandards führen und zugleich kann die Eigenständigkeit der jeweiligen sozialen Sicherungssysteme der EU-Mitgliedstaaten erhalten werden.

Als zweites Element eines sozialen Stabilitätspaktes für Europa fordern wir, dass in allen EU-Mitgliedstaaten Mindestlohnregelungen gelten. Das ist ein wichtiger Schritt, um Lohndumping europaweit zu unterbinden.

In einem ersten Schritt sollte der soziale Stabilitätspakt im Rahmen der Offenen Methode der Koordinierung (OMK) verwirklicht werden. Sollte der soziale Stabilitätspakt zunächst nicht bei allen EU-Mitgliedstaaten Unterstützung finden, könnte eine Kerngruppe fortschrittswilliger EU-Mitgliedstaaten im Rahmen einer verstärkten sozialen Zusammenarbeit vorangehen.

- **Steuerdumping bekämpfen.** Wir wollen auch in Europa gegen Steuerdumping vorgehen. Wir treten deshalb für eine einheitliche Bemessungsgrundlage und für Mindestsätze bei den Unternehmenssteuern in Europa ein.
- **Gute Arbeit in Europa.** Wir treten für eine soziale Fortschrittsklausel im EU-Primärrecht sowie für eine Überarbeitung der EU-Entsenderichtlinie ein. Diese muss über den Schutz bloßer Mindeststandards hinausgehen. In ganz Europa

muss gelten: Gleiche Lohn- und Arbeitsbedingungen für gleiche Arbeit am gleichen Ort! Weiterhin muss im EU-Vergaberecht die Zulässigkeit ökologischer und sozialer Kriterien bei der Vergabe öffentlicher Aufträge konkretisiert und erweitert werden.

- **Mitbestimmung stärken.** Ein konstitutives Element des sozialen Europa und Voraussetzung für Gute Arbeit ist das Prinzip der Mitbestimmung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Betrieben und Unternehmen. Die weitreichenden Mitbestimmungsstandards bei Europäischen Aktiengesellschaften (SE) müssen Maßstab und Richtwert für die Weiterentwicklung des europäischen Gesellschaftsrechts sein. Wir fordern eine Richtlinie zur Sitzverlegung von Unternehmen, bei der die Wahrung von Mitbestimmungsstandards sichergestellt wird. Auch bei der Einrichtung einer Europäischen Privatgesellschaft für kleine und mittlere Unternehmen achten wir darauf, dass das deutsche Mitbestimmungsrecht nicht ausgehöhlt wird.
- **Mehr Rechte für Betriebsräte.** Wir wollen die Rechte der europäischen Betriebsräte ausbauen. Sie müssen frühzeitig informiert, umfassend angehört und effektiv in die Unternehmensentscheidungen eingebunden werden. Um darüber hinaus die Tarifautonomie auf europäischer Ebene zu stärken, wollen wir eine Rechtsgrundlage für grenzüberschreitende Tarifverhandlungen und Tarifverträge schaffen.
- **Für Gleichstellung, gegen Diskriminierung.** Mit einer ambitionierten Politik für Gleichstellung und gegen Diskriminierung wollen wir Europa zu einem diskriminierungsfreien Raum der Chancengleichheit machen. Die Rechtsetzung der Europäischen Union auf dem Gebiet der Anti-Diskriminierung gilt es in Richtung eines umfassenden Schutzes weiterzuentwickeln.
- **Rechtssicherheit für Daseinsvorsorge.** Für öffentliche Dienstleistungen der Daseinsvorsorge wollen wir mehr europäische Rechtssicherheit schaffen. Wasserversorgung, Abwasser- und Müllentsorgung, Personennahverkehr, Flughäfen und Flugsicherung, wichtige Gesundheits- und Sozialdienste und auch der öffentlich-rechtliche Rundfunk dienen dem Gemeinwohl. Sie dürfen nicht einem einseitigen Zwang zur Liberalisierung und Privatisierung ausgesetzt werden.
- **Europäischer Zukunftspakt für Arbeit.** Wir brauchen Vorfahrt für Beschäftigung in Europa und schlagen deshalb einen Europäischen Zukunftspakt für Arbeit vor. Alle europäischen Programme sind auf ihre beschäftigungsfördernde Wirkung zu prüfen.

Europa demokratischer und handlungsfähiger

- **Vertrag von Lissabon verwirklichen.** Die Selbstbehauptung Europas und der Europäischen Union im ersten wirklich globalen Jahrhundert setzt politische Handlungsfähigkeit voraus. Wir wollen, dass der Vertrag von Lissabon bald in Kraft tritt. Durch ihn wird die EU demokratischer, handlungsfähiger, bürgernäher und auch sozialer.
- **Europa zur Bürgerunion weiterentwickeln.** Wir wollen Europa langfristig zu einer demokratisch verfassten Bürgerunion weiterentwickeln. Das demokratische Europa der Zukunft braucht eine parlamentarisch verantwortliche Regierung auf der Basis einer europäischen Verfassung.
- **Europa als Friedensmacht.** Wir wollen die Identität Europas als globale Friedensmacht weiter stärken, die Verantwortung für Frieden und Entwicklung in der Welt übernimmt, die Menschenrechte und das Völkerrecht durchsetzt, Demokratie und einen Dialog der Kulturen fördert und sich für soziale und ökologische Standards in der globalisierten Wirtschaft einsetzt. Wir wollen die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) ausbauen und insbesondere ihre zivile Komponente stärken.
- **Die Türen offen halten.** Die EU-Erweiterungspolitik wollen wir als erfolgreiche Friedenspolitik fortführen. Wir unterstützen einen EU-Beitritt der Türkei, wenn diese die erforderlichen Kriterien voll erfüllt. An der Beitrittsperspektive der Staaten des westlichen Balkan halten wir fest.

Eine starke europäische Wirtschafts- und Industriepolitik

- **Wirtschafts- und finanzpolitische Koordinierung verbessern.** Wir wollen die wirtschafts- und finanzpolitische Koordinierung auf Ebene der EU, vor allem in der Eurogruppe, verbessern und verbindlicher regeln. Wir begrüßen die Stärkung und weitere Institutionalisierung der Eurogruppe durch den Vertrag von Lissabon. Gerade in der aktuellen Wirtschafts- und Finanzkrise brauchen wir jetzt einen qualitativen Schritt hin zu einer starken gemeinsamen europäischen Wirtschaftspolitik.
- **Starker Mittelstand, weniger Bürokratie.** Wir fordern eine neue europäische Offensive zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit insbesondere der kleinen und mittleren Unternehmen und des Handwerks in Europa, mit erleichtertem Zugang zu Krediten und dem weiteren Abbau von bürokratischen Hürden im europäischen Binnenmarkt.
- **Für ein innovatives Europa.** Wir fordern verstärkte europäische Investitionen in Innovation, Forschung und Entwicklung sowie in eine zukunftsfähige europäi-

sche Infrastruktur, etwa in die Energienetze oder die Breitbandversorgung. Wir wollen auch in Europa eine ökologische Industriepolitik durchsetzen. Dazu brauchen wir eine europäische Forschungsoffensive bei Umwelttechnologien und erneuerbaren Energien.

- **Moderne Agrar- und Strukturpolitik.** Wir wollen gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Europa. Wir treten für eine soziale und zukunftsgerichtete Agrar- und Strukturpolitik der EU ein. Die Schaffung von Arbeitsplätzen, Bildung und Weiterbildung, Forschung, Umweltschutz, die Unterstützung sozial schwacher Stadtteile und ländlicher Regionen sowie eine zukunftsfähige Infrastruktur müssen noch stärker zu Schwerpunkten der EU-Förderpolitik gemacht werden.

16. Weltweit für Frieden und Abrüstung

Sozialdemokratische Außen- und Sicherheitspolitik hat unser Land geprägt – von der Entspannungspolitik Willy Brandts bis zu Gerhard Schröders Ja zum Afghanistan-Engagement und seinem Nein zum Irak-Krieg. Sie hat die Voraussetzungen für die deutsche Einheit geschaffen und Deutschlands Ansehen in der Welt vermehrt. Sie hat ein Konzept der zivilen Krisenprävention und des zivilen Konfliktmanagements entwickelt und national und auf europäischer Ebene mit angemessenen Instrumenten verankert. Diese Politik wollen wir fortsetzen. Drohende Aufrüstung weltweit verlangt nach einer neuen Entspannungspolitik. Statt Drohung und Abgrenzung brauchen wir mehr Dialog. Der internationale Terrorismus muss wirksam bekämpft werden, dem Mythos vom Kampf der Kulturen wollen wir aber ebenso deutlich entgegengetreten.

■ ■ ■ Was wir wollen:

- **Die transatlantische Partnerschaft erneuern.** Mit dem Amtsantritt von Barack Obama ergibt sich die Chance einer Erneuerung der transatlantischen Partnerschaft. Wir wollen diese Chance nutzen, um neue Impulse bei der Abrüstung zu setzen, Klimaschutz und Energiesicherheit zu befördern und gemeinsam neue Regeln für eine gerechtere Weltordnung zu entwickeln.
- **Ein gemeinsamer Raum der Sicherheit von Vancouver bis Wladiwostok.** Die NATO bleibt wichtigster Garant unserer Sicherheit. Mit unseren Partnern wollen wir eine neue Verständigung über die zukünftige strategische Ausrichtung des Bündnisses erarbeiten, indem seine Verantwortung für Abrüstung und Rü-

stungskontrolle gestärkt wird. Wir plädieren für einen gemeinsamen Raum der Sicherheit von Vancouver bis Wladiwostok, in dem NATO und Russland vertrauensvoll zusammenarbeiten. Die bisherigen amerikanischen Pläne für einen Raketenschirm sind mit diesem Ziel nicht vereinbar und werden von uns deshalb abgelehnt.

- **Eine Welt ohne Atomwaffen.** Abrüstung, Nichtverbreitung und Rüstungskontrolle sind für uns zentrale Überlebensfragen von morgen. Unser Ziel bleibt eine Welt ohne Atom- und Massenvernichtungswaffen. Wir plädieren für einen neuen Anlauf bei der nuklearen Abrüstung. Wir wollen, dass alle sub-strategischen Nuklearwaffen aus Europa vollständig abgezogen werden. Das gilt auch für die noch in Deutschland verbliebenen Nuklearwaffen. Sie sind ein Relikt des Kalten Krieges und heute militärisch obsolet. Wir werden uns dafür einsetzen, dass dies im Rahmen der geplanten amerikanisch-russischen Abrüstungsgespräche thematisiert wird.
- **Konventionelle Abrüstung wieder beleben.** Wir wollen den Vertrag über konventionelle Abrüstung in Europa (KSE) wieder beleben und erneuern. Regionale Abrüstungsvereinbarungen stärken Stabilität und Sicherheit. Wir wollen überall Unterstützung anbieten, wo Regionen kooperative Sicherheitssysteme anstreben.
- **Wirksame Rüstungsexportkontrolle und Rüstungskontrolle.** Wir stehen zu einer restriktiven Rüstungskontrollpolitik, die zudem auf hohem Niveau weiter europäisch harmonisiert werden sollte. Rüstungsexporte in Krisengebiete und eine Aufweichung der rüstungsexportpolitischen Grundsätze lehnen wir ab. Eine restriktive Rüstungsexportpolitik, die insbesondere auch Kleinwaffen einschließt, trägt zu Konfliktprevention und Friedenssicherung bei und hilft Menschenrechtsverletzungen zu vermeiden. Wir setzen uns für die Einhaltung der Ächtung von Antipersonenminen und für die Durchsetzung des völkerrechtlichen Verbots von Streumunition ein. Wir fordern, die Raketenabwehr in die vertragliche Rüstungskontrolle einzubeziehen. Eine Begrenzung und Verifikation derartiger Waffensysteme könnten Vertrauen und Kooperation fördern.
- **Staatliches Gewaltmonopol sichern.** Wir wollen den Einfluss privater Söldnerarmeen und Sicherheitsdienste zurückdrängen und setzen uns für strenge nationale und internationale Regeln für private Militär- und Sicherheitsfirmen ein. Ein Schutz schwacher Staaten muss völkerrechtlich abgesichert sein. Gewaltökonomien wollen wir durch präventive Politik und die Unterstützung einer internationalen Sicherheitsarchitektur den Boden entziehen.

- **Russland als verantwortlicher Partner.** Eine gute Kooperation mit Russland ist im vitalen deutschen und europäischen Interesse. Wir brauchen Russland als Partner in der gemeinsamen Verantwortung für Sicherheit und Stabilität in Europa und der Welt. Daher wollen wir die Bindung Russlands an Europa festigen, Russland bei seiner Modernisierung unterstützen und seine rechtsstaatliche Entwicklung fördern.
- **Eine europäische Perspektive für unsere östlichen Nachbarn.** Wir treten für eine rasche Umsetzung der östlichen Partnerschaft mit der Ukraine, Weißrussland, der Republik Moldau und den Staaten des Südkaukasus ein. Unser Ziel ist die umfassende Teilhabe dieser Länder an einem Europa des Friedens und des Wohlstands.
- **Für Frieden im Nahen und Mittleren Osten.** Zentrales Ziel unserer Politik im Nahen Osten ist und bleibt eine Zwei-Staaten-Lösung: Mit einem Israel, das in Frieden, Sicherheit und in von seinen Nachbarn anerkannten Grenzen lebt, – und einem lebensfähigen palästinensischen Staat, in dem die Menschen eine lebenswerte Zukunft haben. Im Konflikt über das Atomprogramm des Iran setzen wir uns für eine verhandelte Lösung im Rahmen der Vereinten Nationen ein, die Kooperationsanreize bietet, aber auch Sanktionen – wenn notwendig – nicht ausschließt.
- **Afghanistan unterstützen.** Gemeinsam mit unseren Partnern haben wir unsere Afghanistan-Strategie überarbeitet, Ziele klarer definiert. Wir werden das deutsche Engagement in Afghanistan weiterhin konstruktiv und kritisch begleiten. Afghanistan darf nicht wieder zum Zufluchtsort für Terroristen werden. Die Regierung muss Sicherheit und Stabilität aus eigener Kraft gewährleisten können. Die elementaren Menschenrechte müssen gewahrt sein. Wir werben einerseits für unseren zivilgesellschaftlichen und entwicklungspolitischen Ansatz, nach dem wir beispielsweise den Aufbau der Infrastruktur, Projekte des kulturellen Dialogs sowie bildungspolitische Initiativen fördern. Wir werben andererseits für unseren zivil-militärischen Ansatz, nach dem wir die Ausbildungsanstrengungen für die afghanischen Sicherheitskräfte verstärken. Je schneller wir diese Ziele erreichen, desto schneller können wir unser militärisches Engagement in Afghanistan beenden.
- **Internationale Einsätze der Bundeswehr verantwortlich gestalten.** Internationale Einsätze der Bundeswehr können für uns nur das äußerste Mittel sein, wenn andere Instrumente zur Sicherung des Friedens und zum Schutz der Menschen keine Lösung herbeiführen können. Die Einsätze der Bundeswehr müssen durch ein Mandat des UN-Sicherheitsrates sowie einen konstitutiven Beschluss des Deutschen Bundestages legitimiert und in ein politisches Gesamtkonzept integriert sein.

- **Die Bundeswehr modernisieren.** Wir wollen den Transformationsprozess der Bundeswehr aktiv vorantreiben und den Umbau weiterhin sozialverträglich gestalten. Das bedeutet insbesondere, für eine leistungs- und zukunftsfähige Ausrüstung der Bundeswehr zu sorgen, die Sozialstandards für den Dienst und die Unterbringung der Soldatinnen und Soldaten zu erhöhen und einem modernen Familienbild anzupassen sowie geeignete Maßnahmen zur Steigerung der Attraktivität des Dienstes in der Bundeswehr einschließlich einer Reform der Besoldungsstruktur zu ergreifen. Wir treten dafür ein, den Rechtsstreit um die künftige Nutzung der Kyritz-Ruppiner-Heide zu beenden und auf eine militärische Nutzung zu verzichten. Zugleich treten wir dafür ein, die Belastung der Bevölkerung durch die übrigen Luft-Boden-Schießplätze der Bundeswehr so gering wie möglich zu halten, wo es geht, diese weiter zu reduzieren und für eine gerechte Lastenverteilung zu sorgen. Wir befürworten eine europäische Lösung für die Übungskapazitäten der europäischen NATO-Luftstreitkräfte.
- **Die Wehrpflicht weiterentwickeln.** Wir setzen auf die Fortentwicklung der Wehrpflicht, die unter Beibehaltung der Musterung die Möglichkeit einer flexiblen Bedarfsdeckung des erforderlichen Bundeswehrpersonals mit einer Stärkung des freiwilligen Engagements in der Bundeswehr verbindet. Wir streben an, zum Dienst in den Streitkräften künftig nur noch diejenigen einzuberufen, die sich zuvor bereit erklärt haben, den Dienst in der Bundeswehr zu leisten.

III. Eine solidarische Mehrheit für Deutschland

In diesem Jahr stellt Deutschland die Weichen für das nächste Jahrzehnt. Wir können den Anstrengungen und Risiken, die vor uns liegen, nicht ausweichen. Aber wir können bestimmen, welchen Kurs wir einschlagen wollen: Den Weg in eine Gesellschaft, in der die Menschen auf sich selbst zurückgeworfen werden, in der Egoismus vorherrscht und Zynismus zugelassen wird. Oder den Weg der Verantwortung, den alle Bürgerinnen und Bürger für das Gemeinwohl gehen. Wir sagen: Nur mit der Kraft des gemeinsamen, verantwortlichen Handelns kann Vertrauen in unser Land zurückkehren.

Die vor uns liegenden Aufgaben sind gewaltig. Sie brauchen sozialdemokratische Antworten. Voraussetzung dafür ist eine starke SPD. Unser Land braucht wieder eine klare Führung: eine sozialdemokratisch geführte Bundesregierung.

Wir rufen alle Bürgerinnen und Bürger unseres Landes auf:

- Wer will, dass unser Land die Lehren aus der Krise zieht und den Aufbruch hin zu mehr Demokratie und neuer Gemeinsamkeit wagt, **muss SPD wählen.**
- Wer das Land zusammenführen und die Spaltung zwischen den Starken und den Schwachen überwinden will, **muss SPD wählen.**
- Wer Gute Arbeit will, menschenwürdig und zu fairen Löhnen, **muss SPD wählen.**
- Wer starke Arbeitnehmerrechte will, funktionierenden Kündigungsschutz und Mitbestimmung, **muss SPD wählen.**
- Wer die Gleichberechtigung von Männern und Frauen praktisch durchsetzen will, **muss SPD wählen.**

- Wer Kinderarmut entschlossen bekämpfen und Alleinerziehende besser unterstützen will,
muss SPD wählen.
- Wer eine verlässliche Altersvorsorge und die echte Teilhabe älterer Menschen will,
muss SPD wählen.
- Wer will, dass die Lasten fair verteilt werden,
muss SPD wählen.
- Wer auch in Zukunft einen handlungsfähigen Sozialstaat will,
muss SPD wählen.
- Wer keine neuen Atomkraftwerke will,
muss SPD wählen.
- Wer Steuerhinterziehung nicht für ein Kavaliersdelikt hält,
muss SPD wählen.
- Wer auch in Zukunft sozialdemokratische Politik will,
muss SPD wählen.
- Wer für internationale Abrüstung und eine konsequente Friedenspolitik ist,
muss SPD wählen.
- Wer für globale Gerechtigkeit eintritt,
muss SPD wählen.

Wir wollen am 27. September als stärkste Fraktion in den Bundestag ziehen. Deutschland darf nicht wieder von Schwarz-Gelb regiert werden. Unser Land braucht nicht die Rückkehr zum Alten, sondern den Aufbruch zum Besseren.

In einer Koalitionsregierung wollen wir unsere sozialdemokratischen Inhalte durchsetzen. Dies gelingt am besten in einem Regierungsbündnis mit den Grünen. Falls eine Dreier-Koalition notwendig wird, halten wir eine Ampelkoalition mit der FDP für geeignet, die anstehenden Aufgaben – Arbeit schaffen, soziale Sicherheit garantieren, gesellschaftlichen Fortschritt gestalten – erfolgreich anzupacken.

Die Große Koalition von SPD, CDU und CSU ist in der Demokratie der Ausnahmefall und sollte es bleiben. Darum streben wir kein neues Bündnis mit der Union an. Wenn andere Konstellationen aber nicht möglich sind und unserem Land die Regierungsunfähigkeit droht, werden wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten unsere Verantwortung kennen und danach handeln.

Ein Bündnis mit der Partei „Die Linke“ schließen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten auf Bundesebene für die gesamte nächste Legislaturperiode aus. Wir werden auch keine Minderheitsregierung bilden, die von der Linkspartei geduldet wird. Unser Land braucht in der schwierigen Zeit, die vor uns liegt, Stabilität und Erfahrung. Beides kann die Linkspartei nicht gewährleisten.

Wir sind für die kommenden Jahre gut gerüstet. Mit frischen Ideen und Mut zum Handeln.

**Und wir haben den besseren Kanzler:
Frank-Walter Steinmeier.**

Herausgeber:

SPD-Parteivorstand, Wilhelmstraße 141, 10963 Berlin

Artikel-Nr.: 390 15 25

Druck:braunschweig-druck GmbH, 38112 Braunschweig, Ernst-Böhme-Str. 20

www.spd.de

www.wahlkampf09.de





DAS WIR ENTSCHEIDET.

**DAS REGIERUNGSPROGRAMM
2013 – 2017**



BÜRGER/INNEN-PROJEKTE IM REGIERUNGSPROGRAMM

Der SPD Bürger-Dialog ist das größte Projekt zur Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern in der Geschichte der SPD!

Auf bundesweit mehr als 350 Veranstaltungen haben wir Menschen gefragt:

„Was muss in Deutschland besser werden?“

Zehntausende ausgefüllte Dialog-Karten haben die SPD seit September 2012 erreicht: Insgesamt über 40.000 Vorschläge, Anregungen, Ideen, Kritik zu den verschiedensten Politikbereichen – vom Schutz vor Altersarmut über die Gesundheitsversorgung, bessere Schulen und Hochschulen, faire Löhne, Schutz vor unsicheren Arbeitsverhältnissen bis zur schärferen Regulierung des Banken- und Finanzmarktes.

Die interessantesten Anregungen wurden ausgewählt, die Absenderinnen und Absender eingeladen zum großen SPD-Bürgerkonvent. Mehrere Hundert haben diskutiert. Gemeinsam haben sie aus den Ideen konkrete Projekte und Vorschläge erarbeitet. Und damit unmittelbar am Regierungsprogramm der SPD mitgeschrieben.

Ein Regierungsprogramm neuen Typs, transparent und im intensiven Dialog ist entstanden – mit „klassisch“ erarbeiteten Programmpunkten UND den Projekten der Bürgerinnen und Bürger. Die Projekte der Bürgerinnen und Bürger sind entsprechend hervorgehoben.

INHALT

	Vorbemerkung	4
I.	 Deutschland besser und gerechter regieren:	
	Für ein neues soziales Gleichgewicht in unserem Land	6
II.	 Finanzkapitalismus bändigen – Wirtschaft und Mittelstand stärken –	
	Gute Arbeit schaffen	13
II.1	Märkte brauchen Regeln – für nachhaltiges Wachstum	13
II.2	Gute Arbeit in einer modernen Gesellschaft	17
II.3	Miteinander für mehr Soziale Marktwirtschaft in Europa	24
II.4	Den wirtschaftlichen Erfolg unseres Landes sichern	26
II.5	Sichere und bezahlbare Energie – Die Energiewende zum Erfolg führen	35
III.	 Bildung, Gleichberechtigung und Zusammenleben	
	in einer modernen Gesellschaft	42
III.1	Chancengleichheit und Aufstieg durch Bildung	42
III.2	Gleichberechtigung und Gleichstellung verwirklichen	49
III.3	Familien gehen vor	52
III.4	Jugendpolitik	55
III.5	Gleichberechtigte Teilhabe: Für eine moderne Integrationspolitik	58
III.6	Kultur-, Medien- und Netzpolitik	60
IV.	 Für eine gerechte Steuerpolitik	66
V.	 Soziale Sicherheit und Vorsorge	72
V.1	Gesundheit und Pflege	72
V.2	Gute Arbeit, gute Rente	79
V.3	Gemeinsam leben – Menschen mit und ohne Behinderungen	82
VI.	 Gute Nachbarschaft	84
VI.1	Soziale Stadt und Zusammenhalt der Regionen	84
VI.2	Die Stadt als Motor wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Entwicklung	85
VI.3	Aktionsprogramm für eine solidarische Stadt und bezahlbares Wohnen	86
VI.4	Ländliche Räume	88
VII.	 Umwelt und Verbraucherschutz	91
VII.1	Lebensqualität und Innovation durch gute Umweltpolitik	91
VII.2	Verbraucherinnen und Verbraucher schützen und stärken	93
VIII.	 Demokratie leben	96
VIII.1	Demokratie als Gesellschaftsprinzip	96
VIII.2	Bürgerschaftliches Engagement und Ehrenamt stärken	97
VIII.3	Für Freiheit in Sicherheit	99
IX.	 Für ein besseres Europa	103
X.	 Unsere Idee der Globalisierung:	
	Gerechtigkeit für alle statt Reichtum für wenige	108
XI.	 Deutschland besser regieren!	118

VORBEMERKUNG

Dieses SPD-Regierungsprogramm 2013 steht in einer Reihe und zugleich großen Tradition von Programmen unserer Partei. Mit unseren Regierungsprogrammen haben wir immer wieder den Nachweis von Regierungswilligkeit und Regierungsfähigkeit geliefert. Vor allem aber haben wir stets bewiesen, dass wir – programmatisch gerüstet und geschlossen – die wirtschaftlichen, sozialen und gesellschaftlichen Verhältnisse für die Menschen in unserem Land nachhaltig verändern wollen.

Gerade im Vorfeld von Wahlen ist es unerlässlich, dass sich die SPD ganz konkret darüber im Klaren ist, was politisch zu tun ist, wenn es die Verhältnisse im Lande, um uns herum in Europa und in der Welt erfordern. Auf der Höhe der Zeit zu sein, bedeutet zuerst, dass wir uns daran erinnern: Die Kraft der Erneuerung hat in der SPD eine Tradition, die Gründungsgedanke und Gegenwartsaufgabe zugleich ist. Wir haben unser Land zum Besseren verändert und wollen dies weiter tun.

In diesem Jahr fällt die Bundestagswahl mit unserem historischen Jubiläum zusammen: Die SPD feiert ihr 150jähriges Bestehen. Damit sind wir die älteste demokratische Partei Deutschlands und die traditionsreichste sozialdemokratische Partei der Welt. Seit ihrer Gründung 1863 kämpfen Millionen unserer Mitglieder für Freiheit, Demokratie und Gerechtigkeit. Sie treten ein für eine solidarische und fortschrittliche Gesellschaft, die den Einzelnen schützt und ihn zur Selbstbestimmung befähigt.

Wir wissen: Die Frage von sozialer Gerechtigkeit und gleichen Rechten ist heute und in Zukunft genauso aktuell wie immer wieder in den vergangenen 150 Jahren. Ohne die SPD sähe unser Land anders und ärmer aus, gäbe es keinen Acht-Stunden-Tag, keine Arbeitnehmerrechte, keine Arbeitsschutzgesetzgebung und keine Sozialstaatlichkeit in unserer Verfassung. Der Kampf um soziale Gerechtigkeit bleibt daher eine Daueraufgabe.

Die SPD ist und bleibt die große politische Kraft für Demokratie und Emanzipation in Deutschland. Die Ablehnung des Ermächtigungsgesetzes der Nazis vor 80 Jahren durch die SPD ist bis heute ein beispielloser Ausweis für unsere demokratische Grundhaltung und Überzeugung.

Dafür wurden Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten immer wieder in der deutschen Geschichte verfolgt, unterdrückt, interniert, gedemütigt und getötet. Sich daran immer wieder zu erinnern, macht uns demütig, stolz, aber eben auch selbstbewusst.

Zu dieser großen sozialdemokratischen Geschichte gehört auch die Gründung der SDP oder Ost-SPD im Oktober 1989, mit der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ihren Beitrag zur friedlichen Revolution in Deutschland geleistet haben. Wir leben Demokratie und werden dies weiter tun.

Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stehen seit dem 19. Jahrhundert für die Gleichstellung von Frauen und Männern, in diese Tradition gehören die Einführung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts 1919, die Verankerung der Gleichberechtigung im Grundgesetz 1949 und die Durchsetzung des Selbstbestimmungsrechts der Frau in den 1970er Jahren. Sie kämpfen seit Jahren für gleichen Lohn für Frauen und Männer, mehr Frauen in Führungspositionen von Staat, Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft. Dieser Einsatz ist für uns aber keine Frage von Kalkül und Wahlkämpfen, sondern von Haltung und Grundüberzeugungen. Mut und Entschlossenheit zeichnen sozialdemokratische Bundeskanzler aus. Dazu gehört die visionäre Ostpolitik Willy Brandts genauso wie das weltwirtschaftliche Krisenmanagement Helmut Schmidts, die Überwindung des Reformstaus durch die rot-grüne Bundesregierung, das Nein Gerhard Schröders zum Irak-Krieg und das erfolgreiche Krisenmanagement in der Wirtschafts- und Finanzkrise.

Im Jahr unseres 150jährigen Bestehens blicken wir selbstbewusst und zuversichtlich nach vorn. Wir wollen und werden weiter als die starke politische Kraft für wirtschaftlichen, sozialen und gesellschaftlichen Fortschritt in Deutschland und in Europa kämpfen. Wir wissen um die gewaltigen globalen Herausforderungen in den kommenden Jahrzehnten. Doch wir wissen genauso um die Interessen, Nöte, Sorgen und Leidenenschaften von Millionen Menschen in Deutschland, die Hoffnung und Vertrauen in eine starke Sozialdemokratie setzen. Diesen Menschen fühlen wir uns zuallererst verpflichtet. Für sie wollen wir Politik machen – mit dem „Blick von unten“ und mit Leidenschaft und Beharrlichkeit. Gemeinsam mit traditionellen, aber auch mit neuen Bündnispartnern wollen wir ein neues Kapitel in der Geschichte unseres Landes schreiben.

**Diese Kraft der Erneuerung bleibt Kern unserer Politik:
Wir wollen eine bessere Zukunft für alle Menschen und für unser Land,
in Europa und in der Welt.**

I. DEUTSCHLAND BESSER UND GERECHTER REGIEREN: FÜR EIN NEUES SOZIALES GLEICHGEWICHT IN UNSEREM LAND

Wir wollen und werden besser und gerechter regieren. Wahlversprechen werden heute skeptischer denn je betrachtet. Zu häufig wurde von Parteien und Regierungen vor Wahlen zu viel versprochen und nach der Wahl zu wenig gehalten. In einer Welt, die sich ständig wandelt, fällt es zudem immer schwerer, Gewissheiten zu verkünden und Garantien abzugeben.

Für den Fall unserer Regierungsübernahme bei der Bundestagswahl 2013 wollen wir deshalb in diesem Regierungsprogramm keine unrealistischen Wahlversprechen vorstellen, sondern vor allem unsere Idee von einem neuen Miteinander in unserem Land und vom Zusammenleben in Europa und in der Welt.

Deutschland ist ein starkes Land. Wir können und wir brauchen wirtschaftlichen Erfolg. Deutschland soll aber auch ein Land sein, in dem alle am Erfolg teilhaben. Die Politik muss dem Gemeinwohl verpflichtet sein und nicht wirtschaftlichen Einzelinteressen. Die stärkste Lobby in Deutschland müssen endlich wieder die Bürgerinnen und Bürger sein.

Wir versprechen, dass wir dieses neue Miteinander und das Gemeinwohl in allen vor uns liegenden Herausforderungen unseres Landes wieder zur Leitlinie unseres Handelns machen werden. Und dort, wo wir Veränderungen bewirken wollen, die finanzielle Folgen haben, sichern wir auch deren solide und nachhaltige Finanzierung. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten versprechen nicht allen alles, aber was wir versprechen, werden wir halten.

Unsere Idee von einem neuen Miteinander.

Wir wollen mehr Zusammenhalt in unserer Gesellschaft: Junge und Ältere, Frauen und Männer, Deutsche und Nicht-Deutsche, Gesunde und Kranke, Menschen mit und ohne Behinderung. Wir alle gehören zusammen. Wir alle sind Deutschland. Und wir alle gehören zu Europa, dem einzigen Kontinent, der die individuelle Freiheit jedes Einzelnen mit der Verantwortung und Solidarität aller Menschen füreinander verbindet.

Die SPD steht für Gerechtigkeit auch über Generationen hinaus: Wir orientieren unsere Politik daran, sowohl heutigen als auch kommenden Generationen eine angemessene Lebensgrundlage zu ermöglichen. Unser Verständnis von Fortschritt im 21. Jahrhundert beinhaltet deswegen qualitatives Wachstum und Verbesserung der Lebensqualität, Erweiterung von Lebensmöglichkeiten und individueller Freiheit und einen verantwortungsbewussten Umgang mit den begrenzten natürlichen Ressourcen unseres Planeten.

Deutschland steht trotz der Krise gut da. Die Menschen in unserem Land haben in den vergangenen Jahren Enormes geleistet. Ihnen ist es zu verdanken, dass es Deutschland heute vergleichsweise gut geht.

Auch die Lebensverhältnisse in den ostdeutschen Bundesländern haben sich verbessert. Mehr als zwei Jahrzehnte nach der Vereinigung können Ost- und Westdeutsche stolz sein auf das bisher Erreichte. Aber noch gibt es schmerzliche ökonomische und soziale Ungleichheiten zwischen Ost und West, die wir durch eine solidarische Politik überwinden wollen.

Die Voraussetzungen für den wirtschaftlichen Erfolg unseres Landes sind von der SPD-geführten Bundesregierung mit Gerhard Schröder gelegt worden: Statt wie andere europäische Länder nur auf die Finanzmärkte und neuen Dienstleistungen der so genannten „new economy“ zu setzen, stärkte der SPD-Kanzler Gerhard Schröder auch das produzierende Gewerbe, Industrie und Handwerk.

Während andere Staaten aufgrund ihrer Deindustrialisierung heute enormen wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen gegenüberstehen, wuchs mit dieser von der SPD vorangetriebenen aktiven Industriepolitik Deutschland zu einer modernen und zugleich einer der erfolgreichsten Volkswirtschaften Europas und der Welt. Dazu trug auch die vor zehn Jahren begonnene Reformpolitik der SPD-geführten Bundesregierung bei. Diese Reformpolitik der „Agenda 2010“ erhöhte die Investitionen in Forschung und Innovation, beschleunigte den Ausbau der Erneuerbaren Energien und holte hunderttausende Menschen vom Abstellgleis der Sozialhilfe und bezog sie erstmals ein in die aktive Arbeitsmarktpolitik.

Den in diesem Prozess auch entstandenen Missbrauch von Leiharbeit, Minijobs und Niedriglohnbeschäftigung allerdings werden wir korrigieren. Das ist ein Gebot der Gerechtigkeit und ist notwendig, um das Vertrauen in die Arbeitsmarktpolitik sicherzustellen. Denn Menschen unabhängig von Transfers zu machen und Zugänge zu guter, sicherer und sozialversicherter Arbeit zu schaffen, bleibt das Ziel unserer Politik.

Verbunden mit Investitionen in die frühe Förderung der Kinder in Kindertagesstätten und dem Start des ersten bundesweiten Ganztagschulprogramms, haben wir vor zehn Jahren mit dieser Reformpolitik den Paradigmenwechsel zu einem vorsorgenden Sozialstaat eingeleitet. Sozialstaat, Sozialpartnerschaft und aktive Wirtschaftspolitik haben sich in der Krise der Finanzmärkte als Garanten von Stabilität und Erfolg erwiesen.

Als die Konjunktur 2008 und 2009 einbrach, haben wir mit gezielten Investitionsprogrammen in den Kommunen und für die Autoindustrie den Wachstumsmotor neu in Gang gesetzt. Kurzarbeit hat Massenentlassungen verhindert und eine Beschäftigungsbrücke zum Aufschwung gebaut, der ab dem Sommer 2009 einsetzte. Das Ergebnis ist eindeutig: Die sozialdemokratische Politik in den Jahren 1998 bis 2009 hat Deutschland zu einem starken Land mit großen Potenzialen gemacht.

Daraus erwächst Verantwortung. In Europa, aber auch für die Schwächeren in unserer Gesellschaft. Gerade aus der wirtschaftlichen Stärke unseres Landes heraus ist es möglich,

die Voraussetzungen für eine bessere und solidarischere Gesellschaft zu schaffen: Für ein neues Miteinander, mehr Chancengleichheit und ein neues soziales Gleichgewicht.

Die Bundesregierung aus CDU/CSU und FDP hat diese Chance nicht genutzt. Im Gegenteil: Das Risiko, arm zu werden, nicht mehr am Leben in der Gesellschaft teilnehmen zu können, ist in den vergangenen vier Jahren größer geworden für viele Menschen, die weniger qualifiziert sind, länger arbeitslos oder in unsicherer und niedrig bezahlter Arbeit beschäftigt sind, für Alleinerziehende, für Menschen, die in ihrer Leistungsfähigkeit eingeschränkt oder behindert sind oder bereits in armen Familien aufwachsen. Benachteiligungen bei Gesundheit, auf dem Arbeitsmarkt und bei der Bildung sind nicht überwunden.

Wir werden die Probleme und Sorgen der Bürgerinnen und Bürger wieder in den Mittelpunkt der Politik stellen – und nicht die Interessen anonymer Finanzmärkte. Deshalb haben wir als erste Partei in Deutschland in einem breit angelegten Bürgerdialog die Menschen in Deutschland gefragt, was in unserem Land besser werden muss. Die Antworten und Projekte aus diesem Bürgerdialog sind in dieses Regierungsprogramm eingeflossen. Aus unserem Bürgerdialog wissen wir, dass Bürgerinnen und Bürger unseres Landes vor allem Fragen der sozialen Sicherung, der guten Arbeit, der Situation von Familien, eines gerechten Finanzsystems und der sozialen Gerechtigkeit interessieren. Wir wollen das Gemeinwohl in den Mittelpunkt unserer Politik stellen.

Eine moderne Gesellschaft ist eine Gesellschaft, in der jede und jeder Einzelne Freiheit leben kann. Eine Gesellschaft, die allen die gleichen Chancen zur persönlichen Entfaltung und für ein selbstbestimmtes Leben bietet. Das gilt mehr als 20 Jahre nach der Wiedervereinigung Deutschlands für die Bürgerinnen und Bürger im Osten wie im Westen unseres Landes.

Das gilt 95 Jahre nach der Einführung des Frauenwahlrechts und 64 Jahre nach Inkrafttreten des Artikels 3 des Grundgesetzes für Frauen wie für Männer. Und das gilt 150 Jahre nach der Gründung der Sozialdemokratie in Deutschland für Menschen aller Schichten, Berufe und unabhängig von ihrer Herkunftsgeschichte. Die Voraussetzungen dafür kann nur eine starke und solidarische Gemeinschaft schaffen. Eine Gesellschaft, die weiß, dass die Chancen jeder und jedes Einzelnen auch immer vom Fortkommen aller anderen abhängen. Und von einer Politik des Gemeinwohls, nicht einer des Egoismus und der Lobby- und der Sonderinteressen.

In den vergangenen 20 Jahren wurde den „Märkten“ viel Raum gegeben, sie sollten die Regeln unseres Zusammenlebens prägen. Das Wettbewerbsprinzip der Wirtschaft wurde genauso auf Staaten und Regionen wie auf das Verhältnis der Menschen untereinander übertragen. Konkurrenz war angeblich die einzige Triebkraft gesellschaftlicher Entwicklung. Wer nicht mithalten konnte, wurde an den Rand gedrängt. Demokratisches Engagement, soziale, ökologische und wirtschaftliche Regeln galten als Hindernis in diesem Wettbewerb, wurden zu unnützen Kostentreibern erklärt, die es zu minimieren oder am besten ganz abzuschaffen galt. Die Erfolgsgeschichte der sozialen Regelsetzung für die Marktwirtschaft wurde zu einem unzeitgemäßen Hindernis im globalen Wettbewerb erklärt.

Das Ende ist bekannt. Spätestens seit der Finanz- und Eurokrise wissen wir: Diese Regellosigkeit machte aus der erfolgreichen Sozialen Marktwirtschaft eine geldgetriebene Marktgesellschaft. In ihr zählt, was schnell Geld bringt. Und in ihr hat Chancen, wer über ausreichend Geld verfügt. Volkswirtschaften, die nicht mithalten konnten, versuchten, sich Wohlstand über Schulden zu erkaufen. Nachhaltigkeit, langfristige Investitionen, Verantwortung und Vorsorge für die Zukunft zählten immer weniger. Bildung, Gesundheit, Kultur, private und öffentliche Sicherheit und Daseinsvorsorge wurden nicht mehr für alle garantiert, sondern sie wurden zum Marktprodukt, das man sich kaufen und leisten können muss.

Heute bemerken wir, dass diese Entwicklung unsere Gesellschaft gespalten hat. Sozial und kulturell. Nicht nur Besitz und Einkommen sind immer ungleicher verteilt, sondern auch Zugänge zu Bildung, Gesundheit, Mobilität und Kultur. Die Armut wächst ebenso wie der Reichtum – die Mittelschicht kommt unter Druck. Das Gleiche erleben wir in Europa.

Demgegenüber strebt die Sozialdemokratische Partei Deutschlands eine Gesellschaft an, die den Menschen in den Mittelpunkt stellt. 150 Jahre nach der Gründung der Sozialdemokratie in Deutschland sind ihre Ziele weder erreicht noch überlebt. Das Streben nach Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität bleibt eine dauernde Aufgabe, die sich immer wieder neu stellt. Heute heißt das, wieder für ein neues soziales Gleichgewicht in unserem Land und in Europa zu sorgen. Wir wollen die Soziale Marktwirtschaft neu begründen und ein soziales Europa schaffen.

Ein neues soziales Gleichgewicht in Deutschland.

Arbeit, Anstrengung und Fleiß lohnen sich für viele Menschen in Deutschland nicht mehr. Schulerfolg und Bildungslaufbahn hängen mehr als sonst irgendwo in Europa vom Einkommen der Eltern ab. Trotz guter Ausbildung oder Studium finden immer weniger einen sicheren und angemessen bezahlten Einstieg in den Beruf. Zu viele Familien und vor allem Alleinerziehende sind von Armut bedroht. Eine gute Gesundheitsversorgung und Pflege gibt es längst nicht mehr für alle. Die Lasten für die Finanzierung unseres Gemeinwesens sind unfair verteilt: Menschen mit normalem Einkommen tragen immer mehr, Kapital- und Vermögenseinkünfte und sehr große Einkommen immer weniger. Und nicht zuletzt: Heimat geht verloren, weil Städte und Gemeinden finanziell so ausgeblutet sind, dass kulturelle und soziale Angebote geschlossen, Stadtteile und Infrastruktur vernachlässigt werden. Die soziale und kulturelle Spaltung Deutschlands ist in den letzten Jahren gewachsen.

Das alles muss sich wieder ändern. Deutschland ist nicht wirtschaftlich stark und erfolgreich geworden, weil die Ungleichheit wuchs, sondern weil die Idee der Sozialen Marktwirtschaft alle Menschen teilhaben lassen wollte am wachsenden Wohlstand unseres Landes. Wir wollen deshalb die Sozialpartnerschaft und ihre Institutionen stärken. Wir wollen mehr Verteilungsgerechtigkeit bei Einkommen und Vermögen erreichen. Dazu tragen zuerst gerechte Löhne bei, aber auch eine Politik, die öffentliche Aufgaben gerecht finanziert. Wir wollen dafür sorgen, dass gute Ausbildung und gute Arbeit wieder guten Lohn und sichere Arbeit zur Folge haben. Und dass endlich Frauen

und Männer in Deutschland für gleiche und gleichwertige Arbeit auch den gleichen Lohn bekommen und die Vereinbarkeit von Beruf, Kindererziehung und Unterstützung bei Pflege in unserem Land zur Normalität wird. Wir wollen gleichwertige Lebensverhältnisse im Osten wie im Westen Deutschlands erreichen. Wir wollen, dass unsere Städte und Gemeinden sozial und kulturell lebendig bleiben und Junge wie Ältere guten und bezahlbaren Wohnraum finden. Wir wollen die Chance des Alters nutzen und die Herausforderung durch eine moderne und gerechte Politik meistern. Wir wollen, dass Menschen in Deutschland keine Angst mehr vor Armut im Alter haben müssen. Und wir werden dafür sorgen, dass Gesundheit und Pflege wieder Kernaufgabe unseres Sozialstaates werden und nicht die Privatisierung dieser Aufgaben immer mehr zur Zwei- oder Dreiklassen-Gesellschaft führt.

Wir wollen mehr als vier Jahre regieren, denn es wird Zeit brauchen, um alle Maßnahmen für eine Neubegründung der Sozialen Marktwirtschaft und mehr soziale Gerechtigkeit auf den Weg zu bringen und ihre nachhaltige Finanzierung sicherzustellen. Deshalb beschreiben wir in diesem Programm Projekte, die wir in den nächsten vier Jahren umsetzen wollen, ebenso wie solche, die nur mittelfristig zu erreichen sind und machen dies durch die jeweiligen Formulierungen deutlich. Denn die einzelnen Forderungen können nur umgesetzt werden, wenn ausreichende Finanzmittel zur Verfügung stehen. Um die Handlungsfähigkeit des Staates zu erhöhen, wollen wir Steuermittel verantwortungsvoll einsetzen, konjunkturelle Mehreinnahmen für den Schuldenabbau nutzen sowie die Einnahmen der öffentlichen Hand grundsätzlich verbessern.

Den wirtschaftlichen Erfolg unseres Landes sichern.

Wir wissen: Vor uns stehen stürmische Zeiten. Die europäische Krise macht vor Landesgrenzen keinen Halt. Die Politik der konservativen deutschen Bundesregierung hat alle Länder Europas zeitgleich in eine reine Kürzungs- und Austeritätspolitik ohne jeden Wachstumsimpuls gezwungen. In der Folge bricht das Wirtschaftswachstum Europas ein. Statt sinkender Schulden, explodieren die Staatsschulden Europas ebenso wie die Arbeitslosigkeit in fast allen Ländern Europas. Als Exportland, dessen Arbeitsplätze davon abhängen, dass vor allem in den anderen Ländern Europas deutsche Produkte gekauft werden, spürt unser Land die Folgen dieser immer größer werdenden europäischen Wirtschaftskrise. Sinkende Wachstumsprognosen für die deutsche Wirtschaft und eine nachlassende Innovationstätigkeit, vor allem des deutschen Mittelstandes auf den Feldern Forschung und Entwicklung, bedrohen zunehmend die Arbeitsplätze und damit den Wohlstand unseres Landes.

Der drohende Fachkräftemangel und die Folgen der durch CDU/CSU und FDP völlig fehlgeschlagenen Energiepolitik gefährden zusätzlich die Grundlagen des wirtschaftlichen Erfolges in Deutschland.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen den Weg zu soliden Staatsfinanzen begleiten durch Impulse für Wachstum und Arbeitsplätze. Vor allem die Bekämpfung der dramatisch gestiegenen Jugendarbeitslosigkeit muss dabei im Mittelpunkt europäischer Politik stehen. Deshalb unterstützen wir das europäische Projekt der Jugendgarantie. Die finanziellen Mittel für die Rückkehr zu einer wachstumsorientierten

Wirtschaftspolitik dürfen dabei allerdings nicht durch neue Schulden aufgebracht werden, sondern durch die gerechte Besteuerung der Finanzmärkte. Die Folgen unverantwortlicher Spekulationen auf diesen Finanzmärkten sind es gewesen, die zu einer dramatisch gestiegenen Staatsverschuldung in Europa geführt haben. Nicht zuletzt deshalb muss der Finanzsektor jetzt auch dazu beitragen, diese Schulden wieder abzutragen.

So wichtig und bedeutend der Dienstleistungssektor in unserem Land auch geworden ist: Deutschland muss auch ein erfolgreicher und starker Standort einer vielfältigen Industrie und des produzierenden Gewerbes bleiben. Deutschland steht heute so erfolgreich da, weil insbesondere die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung unter Gerhard Schröder den Industriestandort Deutschland verteidigt und ausgebaut hat. Nach wie vor ist der Wohlstand unseres Landes abhängig von unserer Innovationsfähigkeit und der industriellen Produktion. Deshalb wollen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten durch die Erneuerung der Infrastruktur, Investitionen in Bildung, Ausbildung und Qualifizierung und vor allem durch eine echte Energiewende den Produktions- und Industriestandort Deutschland sichern und stärken.

Unseren besonderen Schwerpunkt wird dabei die Mittelstandsförderung bilden. Die Verbindung zwischen vielen hochinnovativen und flexiblen mittelständischen Unternehmen mit großen und erfolgreichen Industriebetrieben und einer exzellenten Bildungs- und Wissenschaftsstruktur macht den wirtschaftlichen Erfolg unseres Landes aus. Wir wollen durch bessere Abschreibungsbedingungen, steuerliche Anreize für Investitionen in Forschung und Entwicklung und eine gute Kreditversorgung diese Struktur auch in den kommenden Jahren erhalten und stärken.

Wir leben heute in einer radikal veränderten Welt. Deshalb wollen wir die Demokratie stärken und das Vertrauen daraus zurückgewinnen, dass demokratisches Engagement und demokratische Politik unser Zusammenleben besser und gerechter machen können. Deshalb sind vor allem wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten gefordert, auf neuen Wegen, die sozial und ökologisch ausgerichtet sind, unser historisches Projekt der Emanzipation neu zu begründen und zu verwirklichen. Das ist heute die Leitidee der Nachhaltigkeit, die heutiges Handeln mit der sozialen und ökologischen Erneuerung unserer Wirtschaft und Gesellschaft verbindet.

Wir leben in einer Zeit, in der alte Konflikte aufbrechen und sich neue große Herausforderungen stellen: Wir haben es mit gewaltigen ökologischen Herausforderungen zu tun; die zusammenwachsende Welt darf nicht zu einer Welt der sozialen Ausgrenzung werden; die gewaltigen technischen und ökonomischen Möglichkeiten müssen für eine „Green Economy“ genutzt werden; die Digitalisierung der Welt wollen wir für mehr internationale Verständigung und Solidarität einsetzen.

Es ist eine Zeit großer Möglichkeiten. Dafür setzen wir erneut auf die große Idee der sozialen Emanzipation. Mehr Demokratie, Teilhabe und gemeinsame Verantwortung können verwirklicht werden. Das ist seit 150 Jahren die Programmatik der deutschen Sozialdemokratie. Und sie ist es auch heute. Sie wird auch von uns vertreten, um mehr Freiheit, Gerechtigkeit und Wohlstand möglich zu machen – nachhaltig und damit für alle.

Die Finanzierung unseres Gemeinwesens.

Zwischen 2009 und 2013 haben CDU/CSU und FDP trotz höchster Steuereinnahmen und niedrigster Zinsen noch einmal 100 Milliarden Euro neue Schulden gemacht. Die Zahlungsverpflichtungen für die Euro-Rettung sind hier noch nicht einmal eingerechnet. Diese Politik wachsender Neuverschuldung, selbst in Zeiten wirtschaftlicher Hochkonjunktur, war unverantwortlich und wird von uns nicht fortgesetzt werden. Wir stehen zur Einhaltung der Schuldenbremse.

Die doppelte Aufgabe in Deutschland – die Schulden unseres Landes abzubauen und gleichzeitig vor allem in Bildung und Infrastruktur zu investieren – lässt sich nicht mit dem Wahlversprechen verbinden, gleichzeitig die Steuern zu senken. Sondern im Gegenteil: Wir werden Steuern sogar erhöhen müssen. Nicht alle Steuern für alle, aber einige Steuern für wenige.

Denn in unserem Land gibt es eine neue soziale Frage: Wie kommen wir wieder zu einer fairen Verteilung der Lasten für unser Gemeinwohl? Nie waren wenige Menschen in Deutschland wohlhabender, und nie haben sie geringere Beiträge zum Gemeinwohl tragen müssen. Noch nie war die Schere zwischen arm und reich so groß wie in diesen Zeiten. Noch nie mussten Vermögende der Gesellschaft, die ihnen den Reichtum ermöglicht hat, so wenig zurückgeben wie heute.

Das muss sich ändern. Wir brauchen eine Neuverteilung der Gemeinwohlkosten, ebenso wie eine gerechte Neuverteilung der Chancen in unserer Gesellschaft: Leistung und Anstrengung müssen wieder eher zu Wohlstand führen als Herkunft, Beziehungen und großes Vermögen.

Wir wissen: Niemand freut sich über Steuererhöhungen, auch die nicht, die sie finanziell leicht verkraften können.

Wir sind aber auch sicher: Viele der von diesen Steuererhöhungen betroffenen Bürgerinnen und Bürger mit hohem Einkommen oder großem Kapital- und Vermögensbesitz werden diese akzeptieren, wenn sie sicher sein können, dass die dadurch erzielten Einnahmen auch tatsächlich nur und ausschließlich für die Senkung der Verschuldung und für Investitionen in Bildung und Infrastruktur genutzt werden.

Wir werden deshalb nachweisen, wie hoch die zusätzlichen Einnahmen durch die genannten Steuererhöhungen sind und dass wir sie für den Abbau der Neuverschuldung sowie für Investitionen in Bildung und Infrastruktur nutzen.

Das ist unser Weg, um Deutschland zu erneuern. Wirtschaftlich stark, sozial gerecht und ökologisch verantwortlich.

II. FINANZKAPITALISMUS BÄNDIGEN – WIRTSCHAFT UND MITTELSTAND STÄRKEN – GUTE ARBEIT SCHAFFEN

II.1 MÄRKTE BRAUCHEN REGELN – FÜR NACHHALTIGES WACHSTUM

Das Zeitalter des Marktradikalismus ist zu Ende. Die Ideologie von Konservativen und Neoliberalen, die Märkte sorgten schon selbst für das Gemeinwohl und die Steigerung des Wohlstands, ist spätestens unter den Trümmern der weltweiten Finanzkatastrophe begraben worden.

Statt nach marktwirtschaftlichem Prinzip Risiko und Haftung in einer Hand zu lassen, hat der Marktradikalismus Gewinne privatisiert und Verluste der Allgemeinheit aufgebürdet. Er hat seine eigenen Grundlagen zerstört und weltweit Billionen von Schulden hinterlassen. Sie bedrohen heute noch immer die Weltwirtschaft und müssen mühsam und mit schweren Belastungen für viele Menschen abgebaut werden. Nichts wirkt dabei verheerender auf die öffentliche Moral als die Tatsache, dass die Verursacher der gigantischen Schuldenberge bis heute kaum zu deren Beseitigung beitragen müssen. Konservative und liberale Regierungen wie in Deutschland schützen lieber Banken und Finanzjongleure, als die Menschen vor deren rücksichtslosen Spekulationen.

Wir wissen: Märkte – vor allem Finanzmärkte – brauchen Regeln, die das Gemeinwohl sichern und verhindern, dass die Demokratien der Welt von Banken und Börsen erpressbar gemacht werden. Eine Neubegründete Soziale Marktwirtschaft kann wieder zum weltweit erfolgreichen Beispiel für wirtschaftlichen Erfolg, soziale Sicherheit und ökologische Nachhaltigkeit werden. Allerdings werden wir dafür mehr als rein nationalstaatliche Mittel brauchen. Die internationale Zusammenarbeit, allem voran die europäische Zusammenarbeit, ist dafür die zwingende Voraussetzung.

Für uns gilt: **Kein Finanzmarktakteur, kein Finanzprodukt, kein Markt darf in Zukunft unreguliert sein.** Unser Grundsatz lautet dabei: Vorrang für realwirtschaftliche Investitionen gegenüber der Spekulation und Rückführung des Finanzsektors auf seine eigentliche Aufgabe: Dienstleister der Realwirtschaft zu sein.

Europa muss Vorreiter einer neuen Marktordnung werden, mit der wir die Finanzmärkte bändigen. Neben einer umfassenden Finanzmarktregulierung brauchen wir eine stärkere Demokratisierung Europas: Europa gehört den Bürgerinnen und Bürgern. Das gilt auch für die Eurozone. Wir benötigen politische Mechanismen und Institutionen, die sozialen Ausgleich, eine nachhaltige Haushaltspolitik und ein ausgewogenes wirtschaftliches Wachstum in der EU gewährleisten.

Unsere Maßnahmen für die Neubegründung der Sozialen Marktwirtschaft.

Wir wollen einen Kurswechsel in der Wirtschaftspolitik. Das bestehende Stabilitäts- und Wachstumsgesetz von 1967 muss zu einem modernen Stabilitäts- und Wohlstands-gesetz 2020 weiterentwickelt werden. Vier Dimensionen der Nachhaltigkeit bestimmen unser Verständnis von einer zukunftsfähigen und gerechten Wirtschaft:

- Staatliche Nachhaltigkeit: Ein Abbau der öffentlichen Schuldenlast ist unausweichlich. Er darf aber nicht zu Lasten der öffentlichen Zukunftsaufgaben erfolgen.
- Wirtschaftliche Nachhaltigkeit: Wohlstand und der Erfolg unserer Wirtschaft bemessen sich für uns nicht allein am Bruttosozialprodukt, sondern auch an einem hohen Beschäftigungsstand und einer möglichst ausgeglichenen Leistungsbilanz.
- Soziale Nachhaltigkeit: Sie zeigt sich vor allem in der Bekämpfung von Armut, in einer gerechten Einkommensverteilung, Bewertung und Entlohnung von Arbeit und in besseren Bildungschancen.
- Ökologische Nachhaltigkeit: Es gilt, Wachstum und Ressourcenverbrauch absolut zu entkoppeln, die Treibhausgasemissionen zu senken und Ressourcen produktiver zu nutzen.

Dazu gehören auch eine Reform des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, ein Jahreswohlstandsbericht und die stärkere Harmonisierung von europäischer Arbeits-, Wirtschafts-, Finanz-, Steuer- und Investitionspolitik.

Wir wollen wieder eine Kultur der Nachhaltigkeit in der Wirtschaft etablieren.

Dazu fordern wir

- eine wirksame **Langfristorientierung der Vergütungs- und Bonisysteme**,
- ein festgeschriebenes Maximalverhältnis zwischen Grundgehalt und Boni, ebenso wie die Begrenzung der steuerlichen Absetzbarkeit von Vorstands- und sonstigen Managergehältern, einschließlich Boni und von Abfindungen auf maximal 50 Prozent der Beträge, die 500.000 Euro übersteigen.

Wir wollen zusätzlich eine neue Unternehmensverfassung.

Im Aktiengesetz muss festgeschrieben werden, dass Unternehmen nicht nur den Aktionärinnen und Aktionären, sondern auch den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sowie dem Wohl der Allgemeinheit verpflichtet sind.

Im Bereich der **Unternehmensmitbestimmung** muss ein gesetzlicher Mindestkatalog zustimmungsbedürftiger Geschäfte festgelegt werden.

Die **Mitarbeiterkapitalbeteiligung** ist ein Schlüssel, um Mitarbeiter am Erfolg des Unternehmens zu beteiligen. Wir wollen sie weiter ausbauen.

Wir setzen uns für eine Förderung des **Genossenschaftswesens** ein. Genossenschaften haben sich gerade in Zeiten großer struktureller wirtschaftlicher Veränderungen als innovative und stabile Unternehmensformen erwiesen. Nicht ohne Grund sind etwa in der Finanzkrise die Genossenschaftsbanken Volks- und Raiffeisenbanken im Vergleich zu Instituten anderer Rechtsformen am besten durch die Krise gekommen.

Die neuen gesellschaftlichen Herausforderungen beispielsweise aus dem demografischen Wandel und beim Wohnungsbau können mit Hilfe von Genossenschaften erleichtert werden. Auch bei der Regelung der Unternehmensnachfolge bietet das Genossenschaftsmodell eine Alternative. Wir wollen deshalb das Genossenschaftsrecht weiterentwickeln, um die Attraktivität des Genossenschaftswesens zu steigern und die Gründung von neuen Genossenschaften zu erleichtern, auch durch Erleichterungen für Kleinstgenossenschaften.

Der Staat muss als Auftraggeber der Wirtschaft neue Standards setzen. Deswegen setzen wir uns dafür ein, dass soziale und ökologische Kriterien bei der Anwendung des Vergaberechts Berücksichtigung finden. Wir wollen, dass die öffentliche Hand ausreichend personelle und inhaltliche Kompetenzen behält, damit kein Zwang zur Privatisierung und Auslagerung an private Anbieter entsteht.

Wir brauchen eine wirkungsvollere Wettbewerbs- und Kartellpolitik mit Augenmaß.

Das Wettbewerbs- und Kartellrecht dient dazu, die Interessen der Verbraucherinnen und Verbraucher zu wahren. Wir werden bei Zusammenschlüssen von Unternehmen die Interessen der Verbraucher wahren. Das Wettbewerbs- und Kartellrecht ist aber kein Wert an sich und muss mit anderen Interessen abgestimmt werden, etwa im Gesundheitsbereich.

Die **Verbraucherinnen und Verbraucher** sollen sich als Patientinnen und Patienten, bei Bank-, Börsen- und Versicherungsgeschäften oder beim Bestellen und Einkaufen sicher und auf Augenhöhe der Unternehmen bewegen können. Unsere Verbraucherpolitik ist zukunftsfähige Wirtschaftspolitik. Sie stärkt faire Marktbedingungen, verantwortungsvolles unternehmerisches Handeln, nachhaltigen Konsum und einen funktionierenden Qualitätswettbewerb. Insofern brauchen wir mehr **Markttransparenz** für Verbraucherinnen und Verbraucher. Die Zugänge zu Informationen müssen erleichtert werden. Wir wollen klare Aussagen über Herkunft, Eigenschaften und Inhalte von Produkten und Dienstleistungen, schnell vergleichbare Informationen, wie die Ampelkennzeichnung für Nährwerte bei Lebensmitteln. Unternehmen sollen die sozialen und ökologischen Bedingungen in der Herstellung offenlegen. Damit können Verbraucherinnen und Verbraucher informiert auswählen und verantwortungsvolles unternehmerisches Handeln belohnen. Im Gegenzug wird deutlich, wo Dumpinglöhne und repressive Marktpraktiken vorherrschen. Wir werden die **Verbraucherforschung** ausbauen, um der Vielfalt der Verbraucherinnen und Verbraucher und ihrer Bedürfnisse Rechnung zu tragen.

Unsere Maßnahmen zur umfassenden Regulierung der Finanzmärkte.

Wir wollen die Finanztransaktionssteuer. Um die Finanzmarktakteure endlich an den Kosten der Krise und an der Finanzierung des Gemeinwohls zu beteiligen, werden wir eine europäische Finanztransaktionssteuer einführen – in einem ersten Schritt im Rahmen der verstärkten europäischen Zusammenarbeit in der EU. Mit der Finanztransaktionssteuer wollen wir dazu beitragen, kurzfristige Spekulation zu verteuern und wichtige Einnahmen für den Staat zu erzielen, die für Zukunftsprojekte, europäische Wachstumsimpulse und eine faire Weltwirtschaft eingesetzt werden könnten.

Unser Ziel: Keine Bank darf ganze Staaten mit in den Strudel ziehen. Durch strengere Eigenkapitalvorschriften muss die Krisenfestigkeit von Banken, Versicherungen und anderen Finanzinstituten gestärkt werden. Banken, die als systemrelevant gelten, sollen mit deutlich mehr Eigenkapital für Verluste vorsorgen. Das international vereinbarte Baseler Regelwerk für die Eigenkapitalausstattung muss deswegen umgesetzt und, wo nötig, ergänzt werden, z. B. durch flexible Obergrenzen für die Beleihung von Immobilien. Dabei beachten wir die besonderen Bedingungen des genossenschaftlichen und öffentlichen Bankensektors, z.B. bei Sparkassen und Volksbanken.

Bürger/innen-Projekt vom Bürgerkonvent am 2. März 2013:

„Keine Sozialisierung von Verlusten und Kosten bei Privatisierung von Gewinnen.“



Unser Ziel: Der Staat darf nicht länger für Spekulationen haften. Anstatt weiter Verluste zu sozialisieren und Gewinne zu privatisieren, müssen Risiken und Haftung wieder zusammengeführt werden. Steuerzahlerinnen und Steuerzahler dürfen nie wieder in Geiselschaft der Banken und Spekulanten genommen werden. Je größer eine Bank ist, desto besser muss ihr Risikomanagement sein und umso höhere Eigenkapitalvorschriften muss sie erfüllen. Wir wollen eine deutliche Einschränkung des Eigenhandels und eine klare **Trennung von Investment- und Geschäftsbanken.** **Dann liegt die Haftung für Risiken dort, wo auch die Gewinne aus den Risiken erzielt werden. Und fallen in einem riskanten Geschäftsbereich hohe Verluste an, bleibt der Schaden auch auf diesen Geschäftsbereich beschränkt. Wir wollen, dass die Substanz des Bankgeschäftes stabiler, hochriskante Spekulation eingedämmt wird und der mögliche Schaden nicht mehr auf die Gesellschaft übertragen werden kann.**

Wir wollen einen transparenten Finanzsektor. Akteure des so genannten Schattenbanksektors, das sind vor allem die hochspekulativen Hedgefonds, müssen endlich reguliert werden. Auf Grund der wachsenden Risiken im Schattenbankensektor für die Stabilität des gesamten Finanzsystems müssen die gleichen Maßstäbe und Pflichten gelten wie im klassischen Bankensektor. Um stabile und transparente Finanzmärkte zu schaffen, müssen Offshore-Finanzplätze, die durch niedrige Steuern, Intransparenz und eine minimale Finanzmarktregulierung gekennzeichnet sind, bekämpft werden.

Wir wollen schädliche Finanzprodukte verbieten und den Verbraucherschutz stärken. Rein spekulative Finanzprodukte, die keinen wirtschaftlichen Nutzen haben, wollen wir verbieten. Derivate müssen künftig grundsätzlich auf transparenten und geregelten Handelsplattformen gehandelt werden. Notwendig sind Regeln, die es der Aufsicht erlauben, den Verkauf von bestimmten komplexen und riskanten Finanzprodukten an private Verbraucherinnen und Verbraucher zu untersagen. Auch Verbraucherschutzorganisationen kommt eine wichtige Rolle als Marktwächterinnen zu, wenn sie den Markt im Interesse der Verbraucherinnen und Verbraucher beobachten, unlautere Praktiken aufspüren, Hinweise systematisch erfassen und Missstände an die Aufsicht weitergeben.

Wir wollen den Hochfrequenzhandel einschränken, um unkontrollierte Börseneinbrüche künftig zu verhindern. Mehr und mehr wird der Börsenhandel von Hochleistungs-

computern dominiert, die in Sekundenbruchteilen eine unkontrollierbare Menge von Transaktionen durchführen. Wir wollen diesen automatisierten Spekulationsmechanismus durch Mindesthaltefristen entschleunigen und mit den Algorithmen auch direkt die Hochfrequenz-Händler streng überwachen.

Die Spekulation mit Nahrungsmitteln wollen wir unterbinden. Gleiches gilt für Rohstoffspekulationen, die keinen realwirtschaftlichen Bezug haben.

II.2 GUTE ARBEIT IN EINER MODERNEN GESELLSCHAFT

Unser Ziel ist Recht und Ordnung auf dem Arbeitsmarkt. Der Wert der Arbeit muss wiederhergestellt werden. Anstrengung und Fleiß müssen sich für die Menschen wieder lohnen. Der Einstieg in einen gesicherten Beruf muss für alle ebenso möglich sein wie existenzsichernde und sozial abgesicherte Arbeit und für möglichst viele auch der Aufstieg im Beruf.

Die Integration in den Arbeitsmarkt ist für die Menschen Voraussetzung für Teilhabe, Selbstbestimmung und Anerkennung. Der erzwungene Ausschluss von Erwerbsarbeit bedeutet deshalb Ausschluss von Teilhabechancen in unserer Gesellschaft. Verantwortliche Politik im Interesse der Menschen darf sich daher niemals mit verbreiteter Arbeitslosigkeit oder gar Langzeitarbeitslosigkeit abfinden. Wirtschafts-, Finanz- und Arbeitsmarktpolitik müssen auf das **Ziel der Vollbeschäftigung in guter Arbeit** ausgerichtet sein. Auch die Unternehmen müssen ihrer beschäftigungspolitischen Verantwortung gerecht werden.

Arbeit ist und bleibt die Quelle gesellschaftlichen Wohlstands. Die Menschen, die den Reichtum dieser Gesellschaft erarbeiten, verdienen Anerkennung und Belohnung. Wir treten der zunehmenden Entwertung der Arbeit entgegen. Wir brauchen starke Gewerkschaften und bekennen uns zur Tarifautonomie. Wir werden das **Normalarbeitsverhältnis stärken** und der Ausbreitung prekärer Beschäftigungsverhältnisse Einhalt gebieten.

Bürger/innen-Projekt vom Bürgerkonvent am 2. März 2013:

„Mehr Wertschätzung durch bessere Entlohnung bei Arbeitnehmern im sozialen Bereich (personenbezogene Dienstleistungen)“



Qualifizierte Beschäftigte, gute Produkte und Produktionsverfahren sind wesentliche Voraussetzungen, um im internationalen Wettbewerb bestehen zu können. Das geht nicht mit Billiglohnstrategien. Wenn wir im globalen Wettbewerb besser sein wollen, brauchen wir gute Fachkräfte und hochqualifizierte Belegschaften. Die gesellschaftliche Entwicklung erfordert ebenso eine deutlich stärkere gesellschaftliche **Anerkennung und Förderung der Dienstleistungen am Menschen**, beispielsweise in den Bereichen Erziehung, Alten- und Krankenpflege. Dazu gehört auch, die bestehende Benachteiligung bei der Ausbildung zu überwinden.

Wirtschaftlicher und technischer Fortschritt müssen für Fortschritte in der **Qualität der Arbeitsbedingungen** genutzt werden. Wir wollen, dass die Beschäftigten Arbeit und Leben besser miteinander vereinbaren können.

Die Arbeitswelt wandelt sich durch die **Digitalisierung** grundlegend. Digitale Technologien können neue Freiheitsräume im Arbeitsalltag der Beschäftigten schaffen, beispielsweise mit Blick auf orts- und zeitflexible Arbeit. Ob Erwerbstätige diese auch tatsächlich zu ihrem eigenen Nutzen realisieren können und nicht neue Formen der (Selbst-)Ausbeutung entstehen, hängt von vielen Faktoren ab, nicht zuletzt auch von arbeitsrechtlichen Rahmenbedingungen. Wir wollen deshalb das Arbeitsrecht und den Arbeitsschutz den neuen Herausforderungen anpassen, so dass Flexibilität ermöglicht und zugleich Schutz für neue Arbeitsformen geschaffen wird. Unser Bildungssystem muss jeden in die Lage versetzen, die Aufstiegschancen der Digitalisierung für sich zu nutzen.

Die Veränderungen in der Altersstruktur der Bevölkerung stellen besondere Herausforderungen an **alters- und altersgerechtes Arbeiten** in der Zukunft. Wir brauchen die Kreativität älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die mit einer Kombination aus ihren Erfahrungen und aktuellem Wissen ein wertvolles Potenzial darstellen. Der demographische Wandel löst die Arbeitsmarktprobleme nicht von alleine. Ohne deutlich erhöhte Investitionen in die Ausbildung und Qualifizierung der Menschen besteht die Gefahr eines Fachkräftemangels bei gleichzeitig hoher Arbeitslosigkeit von geringqualifizierten Menschen.

Prekäre Arbeit wollen wir überwinden, einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn einführen und über eine Stärkung des Tarifsystems gerechte Löhne ermöglichen. Für gleiche und gleichwertige Arbeit muss gleicher Lohn gezahlt werden.

Der Arbeitsmarkt in Deutschland ist tief gespalten. Der Niedriglohnsektor ist deutlich gewachsen, prekäre Beschäftigungsformen, insbesondere sachgrundlose Befristungen und geringfügige Beschäftigungsverhältnisse, haben zugenommen. Die vordergründig gute Arbeitsmarktentwicklung kann auch nicht darüber hinwegtäuschen, dass Langzeitarbeitslose und Ältere weiter deutlich geringere Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben. Die Spaltung des Arbeitsmarktes verläuft insbesondere auch zwischen Männern und Frauen. Während die meisten Männer einer Vollzeitbeschäftigung nachgehen, sind mehr als die Hälfte der erwerbstätigen Frauen teilzeitbeschäftigt – häufig ist die tatsächliche Arbeitszeit **von Frauen** niedriger oder **von Männern** höher als die gewünschte. Bei steigender Frauenerwerbsquote geht das Arbeitszeitvolumen und damit die Vollzeitbeschäftigung von Frauen zurück. Gleichzeitig sind 67 Prozent der im Niedriglohnsektor Beschäftigten Frauen. Der Lohnunterschied zwischen Frauen und Männern beträgt 22 Prozent, und beruflicher Aufstieg gilt immer noch als Männersache, während die Vereinbarkeit von Beruf und Familie als Frauensache gilt. Diese Struktur der Frauenerwerbstätigkeit ist in vielen Fällen nicht existenzsichernd und sie führt geradewegs in die Altersarmut.

Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben über Jahre Reallohnverluste hinnehmen müssen. Über viele Jahre hat in unserem Land ein Lohnsenkungswettkampf statt-

gefunden. Dies ist das Ergebnis des Irrglaubens, dass sich die Wettbewerbsfähigkeit erhöht, wenn sich die Arbeitsbedingungen der Menschen verschlechtern. Rund ein Viertel der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer arbeiten im Niedriglohnbereich. Wir wollen nicht Arbeit um jeden Preis, sondern gute Arbeitsbedingungen und Arbeit, die gerecht entlohnt wird. **Nach Jahren der Lohnzurückhaltung haben die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Anspruch auf die gerechte Beteiligung am wirtschaftlichen Erfolg. Deutliche Lohnsteigerungen und die Stärkung der Binnennachfrage sind im gesamtwirtschaftlichen Interesse.**

Die Zahl der Beschäftigten in Leiharbeit und mit Schein-Werkverträgen, in befristeten und geringfügigen Arbeitsverhältnissen steigt zu Lasten unbefristeter und sozial abgesicherter Normalarbeitsverhältnisse. Diesen Trend wollen wir umkehren. Sozial abgesicherte und gute Arbeit muss wieder die Norm sein.

Bürger/innen-Projekt vom Bürgerkonvent am 2. März 2013:
 „Einführung eines gesetzlich geregelten Mindestlohnes.“



Wir wollen einen gesetzlichen, flächendeckenden **Mindestlohn** in Höhe von mindestens 8,50 Euro einführen – einheitlich in Ost und West, der auf Vorschlag einer vom BMAS eingesetzten Mindestlohnkommission jährlich angepasst wird. Den Mindestlohn werden wir mit klaren Regeln zur Kontrolle und Sanktionen bei Umgehung verbinden. Wir werden den Geltungsbereich des Arbeitnehmerentsendegesetzes auf alle Branchen ausweiten und stärken damit die Möglichkeit, einen tariflich vereinbarten Mindestlohn auf alle Beschäftigten einer Branche zu erstrecken.

Wir brauchen aber auch wieder eine **Stärkung des bewährten Tarifvertragssystems und der Tarifbindung**. Beides sind unabdingbare Voraussetzungen, um dem Grundsatz, dass sich Leistung lohnen muss, auch in der Realität des deutschen Arbeitsmarktes wieder Geltung zu verschaffen. Die gerechte Beteiligung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer am wirtschaftlichen Erfolg ist ökonomisch notwendig zur Stärkung der Binnennachfrage und ein unverzichtbarer Beitrag für mehr Verteilungsgerechtigkeit in unserem Land. Wir wollen die Möglichkeit der Allgemeinverbindlicherklärung von Tarifverträgen erleichtern. Die Bedingung, dass mindestens 50 Prozent der Beschäftigten bei tarifgebundenen Arbeitgebern arbeiten, wollen wir durch eine Prüfung des öffentlichen Interesses ersetzen. Ziel ist dabei die Vermeidung von unfairen Wettbewerbsbedingungen, bei denen nicht die Qualität der Leistung und Produkte zählt, sondern die Konkurrenz um die schlechtesten Arbeitsbedingungen.

Wir treten für das Prinzip der Tarifeinheit ein.

Die schnellere Angleichung der Lebens- und Arbeitsbedingungen in Ost- und Westdeutschland auf der Basis guter Arbeit ist unser Ziel. Mit einem einheitlichen und flächendeckenden Mindestlohn von mindestens 8,50 Euro in Ost und West kommen wir diesem Ziel näher. Wir unterstützen die Gewerkschaften dabei, die zum Teil noch

gravierenden Lohnunterschiede zwischen den Tarifgebieten in Ost und West schneller zu beseitigen. Die Stärkung der Tarifbindung ist dazu unabdingbar, denn in Ostdeutschland arbeiten nur noch 49 Prozent der Beschäftigten in Betrieben, die an einen Branchen- oder Firmentarifvertrag gebunden sind.

Bund, Länder und Kommunen haben als öffentliche Arbeitgeber eine besondere Verantwortung für den tariflichen Schutz aller Beschäftigten und Vorbildfunktion für gute Arbeitsbedingungen. **Tariftreue** werden wir daher genauso wie soziale Kriterien (Entgeltgleichheit und Frauenförderung) zu einem verbindlichen Kriterium bei der Vergabe öffentlicher Aufträge machen.

Es muss sichergestellt werden, dass kein Arbeitsuchender auf einen Arbeitsplatz unterhalb der ortsüblichen Entlohnung verwiesen wird. Der Mindestlohn von 8,50 Euro muss in jedem Fall gewährleistet sein.

Frauen werden trotz bester Ausbildung auch zu Beginn des 21. Jahrhunderts auf dem Arbeitsmarkt benachteiligt. Sie werden strukturell schlechter bezahlt, auch wenn es sich um die gleiche Tätigkeit handelt wie bei Männern. Mit einem **Entgeltgleichheitsgesetz** werden wir die strukturelle Lohnbenachteiligung von Frauen beenden.

Leiharbeit ist in den letzten Jahren zunehmend zur Umgehung von Tarifverträgen und für Lohndumping genutzt worden. Wir werden das **Prinzip des gleichen Lohns für gleiche Arbeit** und der gleichen Arbeitsbedingungen für Leiharbeitsbeschäftigte und Stammbeschafteten gesetzlich durchsetzen. Der Einsatz von Leiharbeiterinnen und Leiharbeitern als Streikbrecher soll verboten werden. Die zunehmend verbreitete konzerninterne Verleihung durch Leiharbeitsgesellschaften der Unternehmen werden wir untersagen. Es soll wieder der Grundsatz gelten, dass Leiharbeiter bei wechselnden Unternehmen eingesetzt werden, aber unbefristet bei den Leiharbeitsunternehmen beschäftigt werden. Deshalb sollen die Befristung eines Leiharbeitsverhältnisses und die Koppelung der Befristung an einen Arbeitseinsatz (Synchronisation) unzulässig sein. Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter sollen bei der Ermittlung der Arbeitnehmerzahl für die betriebsverfassungsrechtlichen Schwellenwerte mitgezählt werden.

Die SPD hat durchgesetzt, dass es mittlerweile einen tariflichen Mindestlohn für den Bereich der Leiharbeit gibt. Mehr Unternehmen nutzen seitdem fragwürdige **Werkvertragskonstruktionen**, um diese erste Regulierung der Leiharbeit zu umgehen. Wir wollen klarer fassen, was ein echter und was ein Schein-Werkvertrag ist, und die Sanktionen bei Missbrauch verschärfen. Auch Schein-Selbstständigkeitsverträge sollen klarer definiert werden.

Für viele junge Menschen ist der Berufseinstieg prekär: Viele werden nicht übernommen, andere bekommen nur ein Praktikum oder einen befristeten Vertrag angeboten. Das alles schafft Unsicherheit. Verständlicherweise zögern viele junge Menschen deshalb, eine Familie zu gründen und sich eine eigene Existenz aufzubauen. Auch und gerade für junge Menschen sind die Regulierung von Leiharbeit, die Abschaffung der sachgrundlosen Befristung sowie die Einführung eines Mindestlohns wichtig.

Wir werden außerdem den Missbrauch von Praktika wirkungsvoll bekämpfen, indem wir Mindeststandards einführen. Praktika und Arbeitsproben sind Lern- und Ausbildungsverhältnisse. Wo reguläre Arbeit geleistet wird, muss diese auch regulär bezahlt werden. Zu den Mindeststandards bei Praktika gehören ein Vertrag, eine Mindestvergütung, ein qualifiziertes Zeugnis sowie bei Praktika, die nicht Teil der Berufsausbildung sind, die Befristung auf maximal drei Monate.

Die Möglichkeit der **sachgrundlosen Befristung** von Arbeitsverträgen wollen wir abschaffen, den Katalog möglicher Befristungsgründe überprüfen.

Wir werden den Missbrauch von geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen zu Lohndumping und zur Verdrängung regulärer Beschäftigung stoppen. Wir wollen dafür sorgen, dass die Umgehung des Arbeitsrechtes auch bei **Mini-Jobs** künftig ausgeschlossen **und deren soziale Absicherung verbessert** wird. Grundlegende Ansprüche wie Urlaub, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall oder Kündigungsschutz werden häufig in der Praxis nicht gewährt. Wir werden gesetzlich regeln, dass bei gewerblichen Mini-Jobs die grundlegenden arbeitsrechtlichen und tariflichen Ansprüche in einem schriftlichen Arbeitsvertrag niedergelegt werden und die Möglichkeit der Kontrolle ihrer Einhaltung verbessert wird. Wir wollen gleitende Übergänge in reguläre Beschäftigung verbessern und Barrieren, die dem entgegenstehen, abbauen. Auch geringfügige Beschäftigung muss nach Tarif bezahlt werden. Der von uns angestrebte gesetzliche Mindestlohn von mindestens 8,50 Euro muss in jedem Fall eingehalten werden. Wir werden weitere Schritte für eine eigenständige soziale Absicherung aller Beschäftigungsverhältnisse in den Zweigen der Sozialversicherung einleiten.

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer brauchen am Arbeitsplatz einen besseren **Schutz vor Überwachung** und dem unkontrollierten Abspeichern sensibler Personaldaten. Für den besseren Persönlichkeitsschutz der Beschäftigten am Arbeitsplatz ist ein eigenes Arbeitnehmerdatenschutzgesetz notwendig. Gewerkschaftliche Vertrauensleute und so genannte Whistleblower brauchen verlässlichen Schutz vor Diskriminierung am Arbeitsplatz.

Druck und verdichtete Arbeitsabläufe führen zunehmend zu psychischen Belastungen am Arbeitsplatz. Das weit entwickelte Arbeitsschutzrecht werden wir daher den neuen Herausforderungen anpassen. Wir wollen, dass die Umsetzung von Gefährdungsbeurteilungen in den Betrieben stärker kontrolliert wird, insbesondere hinsichtlich psychischer Belastungen. Wir wollen mit einer **Anti-Stress-Verordnung** im Arbeitsschutzrecht mehr Verbindlichkeit schaffen und den Handelnden und Betroffenen in den Betrieben Rechtssicherheit bieten.

Wir wollen mehr Demokratie im Betrieb. Mitbestimmte Unternehmen sind auch wirtschaftlich erfolgreicher. Mitbestimmung ist ein wesentliches Element unserer Vorstellung von Wirtschaftsdemokratie und hat sich bewährt. Wirtschaftsdemokratie durch Mitbestimmung erfüllt die Forderung des Grundgesetzes: „Eigentum verpflichtet“. Wir wollen die Mitbestimmung – auch auf europäischer Ebene – stärken und eine Flucht aus der Mitbestimmung wirkungsvoll verhindern.

Wir wollen, dass wesentliche Entscheidungen über Produktionsstandorte nicht ohne Mitbestimmung gefällt werden. Dazu werden wir einen gesetzlichen **Mindestkatalog zustimmungsbedürftiger Geschäfte** im Aufsichtsrat eines Unternehmens schaffen. Wir wollen den **Schwellenwert für die Geltung der paritätischen Mitbestimmung** auf 1.000 Beschäftigte senken. Das deutsche Mitbestimmungsrecht muss zudem auf Unternehmen in ausländischer Rechtsform und Sitz in Deutschland erstreckt werden.

Die **Betriebsräte brauchen mehr Mitbestimmungsrechte**, um prekäre Beschäftigung zurückzudrängen. Dies gilt insbesondere für Umfang und Dauer von Leiharbeit, befristeter Beschäftigung und Werkverträgen im Betrieb, für den der Einsatz erfolgt. Beim Einsatz von Fremdbeschäftigung wollen wir die frühzeitigen Beratungs- und Verhandlungsrechte der Betriebsräte ausweiten und das Zustimmungsverweigerungsrecht verbessern. Wir wollen die Mitbestimmungsrechte auch für die Ausgestaltung der innerbetrieblichen Weiterbildung oder den Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz ausweiten. Die SPD steht für einen leistungsfähigen und bürgernahen Öffentlichen Dienst. Öffentliche Sicherheit und öffentliche Dienstleistungen sind die Basis für ein gutes und sicheres Leben der Bürgerinnen und Bürger. Um seine Leistungen zu sichern, wollen wir den öffentlichen Dienst weiterentwickeln. Der öffentliche Dienst soll weiter demokratisiert und modernisiert werden. In diesem Sinne wollen wir die **Mitbestimmungs- und Beteiligungsrechte der Personalräte** im Bund und in den Ländern stärken.

Soweit die Kirchen und ihre Einrichtungen in Caritas und Diakonie Arbeitgeber sind, muss die Grenze ihres Selbstordnungs- und Selbstverwaltungsrechts als Arbeitgeber von den Grundrechten ihrer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer her bestimmt werden und nicht umgekehrt. Gleiche Arbeitnehmerrechte für Beschäftigte bei Kirchen sind vereinbar mit dem kirchlichen Selbstverwaltungsrecht. Das Streikrecht ist elementares Grundrecht aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und muss auch im kirchlichen Bereich gelten. Tarifverträge zu verhandeln und frei in der Wahl der Mittel zu ihrer Durchsetzung zu sein, sind also mit dem so genannten Selbstordnungs- und Selbstverwaltungsrecht vereinbar.

Wir wollen eine aktive Arbeitsmarktpolitik, die sich an modernen Erwerbsbiografien orientiert. Sie soll Arbeitslosigkeit verhindern, die Arbeitsvermittlung verbessern und verfestigte Langzeitarbeitslosigkeit aufbrechen. Wir werden weiterhin ein hohes Augenmerk auf die Situation von älteren Arbeitslosen und Langzeitarbeitslosen richten. Vollbeschäftigung ist unser Ziel.

Der Arbeitsmarkt regelt sich nicht von selbst. Arbeitsmarktpolitik muss dazu beitragen, dass Arbeitslosigkeit schon im Ansatz verhindert wird. Ein hohes Niveau der **Mittel für aktive Arbeitsförderung** ist unerlässlich, um verfestigte Langzeitarbeitslosigkeit aufzubrechen. Arbeit zu fördern, statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren, bleibt ein zentrales Ziel.

Wir wollen die Arbeitslosenversicherung wieder stärken und die finanziellen Mittel für aktive Arbeitsförderung auf hohem Niveau verstetigen, um jedem Langzeitarbeitslosen ein passgenaues und zumutbares Angebot machen zu können. Vorrangig geht es um Beschäftigung auf dem ersten Arbeitsmarkt. Ein nicht unerheblicher Teil von Langzeitarbeitslosen mit mehrfachen Vermittlungshemmnissen hat aber derzeit geringe

Chancen auf Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt. Wir dürfen diese nicht zurücklassen. Das gilt auch für Langzeitarbeitslose, die wegen der Anrechnung von Partnereinkommen bisher keinen Anspruch auf aktivierende Leistungen nach dem SGB II haben.

Deshalb werden wir mittelfristig einen **öffentlich geförderten Beschäftigungssektor** mit Angeboten sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung schaffen, der auch durch den Transfer von passiven in aktive Leistungen finanziert wird. Dabei wollen wir, dass eine adäquate sozialpädagogische Begleitung sowie Qualifizierungsmaßnahmen Bestandteile dieses Angebots sind.

Die Schutzfunktion der Arbeitslosenversicherung ist für viele Arbeitslose nicht mehr gegeben. Viele Menschen erreichen aufgrund unsteter und kurzzeitig befristeter Beschäftigung keine Anwartschaft auf Arbeitslosengeld mehr, obwohl sie Beiträge zahlen. Wir wollen dies durch eine Änderung der Anwartschaftsregelungen wieder verbessern. Wir werden die Rahmenfrist, in der ein Anspruch auf Arbeitslosengeld erworben werden kann, von zwei auf drei Jahre verlängern. Wir setzen uns für Betreuungsschlüssel in den JobCentern ein, die eine echte Betreuung möglich machen, nicht nur eine Verwaltung der Akten.

Wir wollen die Arbeitslosenversicherung zu einer **Arbeitsversicherung** weiterentwickeln und dafür die Arbeitsmarktdividende nutzen. Durch sinkende Arbeitslosigkeit freiwerdende Mittel werden wir für den Aufbau der Arbeitsversicherung nutzen. Denn Arbeitslosigkeit soll nicht nur schnell beendet, sondern möglichst von vornherein vermieden werden. Qualifizierung und Weiterbildung über den gesamten Verlauf des Erwerbslebens sind zentral für den Erhalt der individuellen Beschäftigungsfähigkeit. Die Arbeitsversicherung soll außerdem Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bei der Verwirklichung ihrer beruflichen Ziele unterstützen.

Die Arbeitsversicherung stellen wir auf drei Säulen: den bestehenden sozialrechtlichen Anspruch auf Qualifizierung durch die Arbeitsmarktförderung der Bundesagentur für Arbeit im Falle von Arbeitslosigkeit, einen gestärkten arbeitsrechtlichen Anspruch gegenüber dem Arbeitgeber auf Sicherung und Erhalt der Qualifikation und einen neuen individuellen Rechtsanspruch auf Weiterbildung und Qualifizierung, über den die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer selbst entscheiden.

Nur wenn wir das Potenzial aller in Deutschland lebenden Menschen erschließen, können wir einem Fachkräftemangel entgegenwirken und unsere Wirtschaft zukunftsfest machen. Dazu ist ein enges Bündnis zwischen Wirtschaft und Politik erforderlich.

Mit einer klugen Politik können aus dem wachsenden Bedarf an Fachkräften neue Aufstiegsmöglichkeiten für viele Beschäftigte werden. Dafür bedarf es einer Doppelstrategie: Zum einen wollen wir allen die Chance geben, so qualifiziert wie möglich zu arbeiten. Zum anderen wollen wir allen, die unfreiwillig von Arbeit ausgeschlossen sind, neue Zugänge eröffnen.

Deshalb ist es auch notwendig, dass keine Jugendliche und kein Jugendlicher nach dem Schulabschluss ohne Anschluss bleibt. Voraussetzung dafür sind eine systematische

und realistische Berufsorientierung und Berufsvorbereitung bereits innerhalb der letzten drei Schulbesuchsjahre.

Eine gute Berufsausbildung und stetige Qualifizierung und Weiterbildung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind die Grundlage für wirtschaftlichen Erfolg und die Sicherung der Fachkräftebasis in der Zukunft.

Jeder Jugendliche hat ein **Recht auf Ausbildung**. Rund 1,5 Millionen junge Erwachsene zwischen 25 und 35 Jahren ohne Schul- oder Berufsabschluss brauchen besondere Förderung. Für sie wollen wir ein Sofortprogramm „2. Chance auf Berufsausbildung“ auflegen, das mit passgenauen Instrumenten auf die speziellen Lebenslagen der jungen Menschen reagiert und sie zum Ausbildungsabschluss führt. Wir wollen, dass das Nachholen eines Schulabschlusses finanziell gefördert wird. Auch insgesamt wollen wir, dass die Qualifizierung und Weiterbildung aller Beschäftigten mit verbindlichen Ansprüchen gefördert werden.

Wir wollen, dass die vielen Menschen mit **ausländischen Berufs- und Hochschulabschlüssen** nicht mehr unterhalb ihres Qualifikationsniveaus arbeiten bzw. als ungelernnt gelten müssen. Das 2012 verabschiedete Anerkennungsgesetz für ausländische Abschlüsse konnte die Erwartung einer Trendwende in der restriktiven Anerkennungspraxis in keiner Weise erfüllen.

Deshalb ist es erforderlich, die Anerkennungsverfahren zu beschleunigen, die persönliche Beratung von Betroffenen sicherzustellen und anfallende Gebühren oder Kosten für Anpassungsmaßnahmen auf einem sozial verträglichen Niveau zu halten. Das ist eine wesentliche Voraussetzung für die gesellschaftliche Integration in unserem Land. Nicht nur die Betroffenen selbst profitieren von einer konsequenteren Anerkennung ihrer Bildungsabschlüsse, auch für unsere Wirtschaft ist dies in Zeiten eines Fachkräftemangels von hoher Wichtigkeit.

II.3 MITEINANDER FÜR MEHR SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT IN EUROPA

Europa hat die Krise noch nicht überwunden. Der Finanzmarkt- und Bankenkrise ist auch aufgrund der immensen Rettungsmaßnahmen die Schuldenkrise der südeuropäischen Staaten gefolgt.

Die Wirtschaft liegt in einigen europäischen Ländern am Boden. Die Arbeitslosigkeit steigt besonders unter jungen Menschen teils bedrohlich. Die gesellschaftliche Spaltung nimmt weiter zu, das Vertrauen in die Demokratie nimmt ab. Bleiben wir auf dem aktuellen Kurs, steuern wir in Europa auf eine Demokratiekrise zu, die die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Errungenschaften der europäischen Gesellschaften und des europäischen Einigungsprozesses ernsthaft bedroht. Wir brauchen deshalb in Europa eine Neubegründung der Sozialen Marktwirtschaft mit klaren Regeln für die Märkte.

Die Politik der Bundesregierung aus CDU/CSU und FDP hat in Europa nicht mehr Stabilität, sondern wachsende Instabilität geschaffen. So wichtig solide Finanzen sind, Sparen allein führt nicht ans Ziel. Stabilität und Prosperität setzen Wachstum und soziale Gerechtigkeit voraus. Das macht die Soziale Marktwirtschaft im Kern aus.

Wir wollen kein Europa, das Spielball der Märkte ist, sondern eines, das im Interesse der Menschen handelt. Nur geeint und im festen Zusammenschluss der Europäischen Union hat Europa eine Chance im globalen Wettbewerb von Ideen und Werten, von Politik und Wirtschaft. Aus diesem Grund wollen wir die politische Union Europas weiter vertiefen.

Dafür brauchen wir eine klare Regelsetzung für Banken und Finanzmärkte. In der EU benötigen wir eine schlagkräftige gemeinsame Bankenaufsicht für die großen, grenzüberschreitend tätigen Institute. Das kann derzeit so nur die Europäische Zentralbank (EZB) leisten. Dabei muss eine strikte Trennung von Geldpolitik und Aufsichtsfunktion gewährleistet sein. Perspektivisch streben wir eine Ausgliederung der Aufsichtseinheit aus der EZB in eine eigenständige europäische Aufsichtsbehörde an. Die Aufsicht über kleine und mittlere Banken soll auf nationaler Ebene verbleiben und nur in Krisenfällen auf die EZB übertragen werden. Bei der Aufsicht müssen die Unterschiede zwischen den Geschäftsmodellen der Banken berücksichtigt werden. Komplexität und Risikoorientierung müssen sich auch konkret in der Intensität der Aufsicht und der Prüfungen widerspiegeln.

Wir setzen uns auch für europäische Abwicklungsregeln für Banken ein, im Krisenfall müssen Boni zurückgefordert, Dividenden einbehalten und die Eigentümer durch Schuldverzicht oder Schuldumwandlung an den Verlusten beteiligt werden. Wir fordern die Einrichtung einer europäischen Abwicklungsbehörde und eines europäischen Restrukturierungsfonds für große Banken. Dieser Bankenfonds soll über eine Bankenabgabe finanziert werden, deren Höhe sich nach der Systemrelevanz, dem Risikoprofil und dem Verschuldungsgrad der Banken richtet. Er muss zumindest die Zinsvorteile abschöpfen, die systemrelevante Banken derzeit aus unterstellten Staatsgarantien genießen. Wir werden dafür sorgen, dass die Schiedsrichter nicht auch Mitspieler sind. Neben der Verschärfung der bestehenden Regeln für Ratingagenturen fordern wir die Einrichtung einer Europäischen Ratingagentur.

Wir setzen uns für eine engere Abstimmung der Steuerpolitik der Mitgliedstaaten ein. Verbindliche Steuer-Mindeststandards für Unternehmensgewinne und Kapitaleinkommen sind nicht nur ein Gebot der fiskalischen Stabilität, sondern auch unverzichtbar, um fairen Wettbewerb im Binnenmarkt zu ermöglichen. Im Kampf gegen Steuerhinterziehung und unfairen Steuerwettbewerb auf europäischer Ebene wollen wir den Anwendungsbereich der EU-Zinsrichtlinie auf alle Kapitaleinkünfte und alle natürlichen und juristischen Personen ausdehnen und den automatischen Auskunftsaustausch in Europa zum Standard machen, auch im Verhältnis zu Drittstaaten wie der Schweiz.

Bessere Regeln auf den Finanzmärkten reichen noch nicht aus, um die europäische Wirtschaft aus ihrer Schieflage zu holen. Dafür müssen wir dauerhafte und exzessive

wirtschaftliche Ungleichgewichte bekämpfen. Eine Währungsunion braucht auch eine gemeinsame Wirtschaftspolitik mit längerfristig ausgeglichenen Leistungsbilanzen. Alle EU-Mitgliedstaaten müssen ihren Beitrag leisten, damit die wirtschaftlichen Ungleichgewichte innerhalb der Eurozone abgebaut werden. Wir müssen in den Mitgliedstaaten und in Europa abgestimmte und gemeinsame Maßnahmen für nachhaltiges Wachstum, Beschäftigung und Wettbewerbsfähigkeit ergreifen.

Europas Wirtschaften brauchen einen neuen Impuls für nachhaltiges Wachstum. Wachstum und wirtschaftliche Dynamik sind notwendig, um die zum Teil dramatisch hohe Jugendarbeitslosigkeit in Europa zu bekämpfen. Die gemeinsame Verpflichtung zu soliden Finanzen muss deshalb durch ein gemeinsames Verständnis und konkrete gemeinsame Zielvorgaben für eine europäische Wachstumsstrategie ergänzt werden, die wirtschaftliche Innovation mit sozialer Gerechtigkeit und ökologischer Erneuerung zusammenbringt. Dabei wollen wir auch die industrielle Erneuerung Europas auf den Weg bringen. Wir streben einen **Europäischen Investitions- und Aufbaufonds** an, der die Finanzierung und Durchführung von europaweiten Programmen zur Förderung eines nachhaltigen und tragfähigen Wachstums, zur Stärkung der Binnennachfrage sowie zur Förderung von gerecht entlohnter Beschäftigung verbindlich macht. Um diese Maßnahmen zu finanzieren, setzen wir uns für eine gerechte Besteuerung von Vermögen in Europa ein. Wir brauchen Projektanleihen, die Umschichtung bestehender Strukturfondsmittel, die Aufwertung der Europäischen Investitionsbank und Mittel aus der Finanztransaktionssteuer. Die Mittel sollen bei Investitionen in Bildung, Forschung und Entwicklung, den Ausbau transeuropäischer Infrastrukturnetze und ein Sofortprogramm gegen die hohe Jugendarbeitslosigkeit in vielen Ländern der EU eingesetzt werden. Dazu muss es einen Strukturwandel im EU-Budget mit der Ausrichtung auf Wachstum, Beschäftigung, Innovation und Ausbildung und die Modernisierung der Verwaltungen geben.

Mit einem **europäischen Schuldentilgungsfonds** wollen wir die Handlungsfähigkeit aller Mitglieder in der Währungsunion sicherstellen. Mit einem verbindlichen Schuldenabbau- und Reformplan nimmt er die Staaten in die Pflicht, damit die Europäische Zentralbank nicht weiter gezwungen ist, auf den Anleihemärkten einzugreifen. Solidarität ist wichtig, um die Stabilität unserer Währung zu sichern. Sie darf aber keine Einbahnstraße sein, sondern muss an Anstrengungen der Krisenstaaten für tragfähige Haushalte geknüpft sein.

II.4 DEN WIRTSCHAFTLICHEN ERFOLG UNSERES LANDES SICHERN

Deutschland ist wirtschaftlich stark und wettbewerbsfähig auf den Weltmärkten. In der Finanz- und Wirtschaftskrise der letzten Jahre hat sich unser Wirtschafts- und Sozialsystem als erfolgreich, flexibel und robust bewährt.

Eine starke industrielle Basis, ein leistungsfähiger Mittelstand mit einem erfolgreichen Handwerk und verantwortungsbewusste Tarifpartner sind die Erfolgsfaktoren der

Sozialen Marktwirtschaft. Unternehmerische Freiheit, soziale Verantwortung und Teilhabe gehören untrennbar zusammen.

Wohlstand und hohe Lebensqualität für alle bleiben die zentralen Ziele sozialdemokratischer Wirtschafts- und Industriepolitik. Wir wollen nachhaltigen Fortschritt, der wirtschaftliche Dynamik, soziale Gerechtigkeit und ökologische Verantwortung vereint. Es geht für uns um erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung, um sichere Arbeitsplätze, um gerechte Teilhabe und eine hohe Lebensqualität.

Unsere Ziele:

- Deutschland ist ein Industrieland und braucht auch in Zukunft eine starke Industrie als Basis einer wissensintensiven und wettbewerbsfähigen Volkswirtschaft. Wir stehen für eine **integrierte Industriepolitik** als Querschnittspolitik zur Schaffung industriefreundlicher Rahmenbedingungen.
- **Dienstleistungen** haben bereits heute einen Anteil von 70 Prozent an der Wertschöpfung und werden auch zukünftig weiter wachsen. Unser Ziel ist eine integrierte Dienstleistungspolitik, die durch die Verzahnung von Wirtschafts- und Strukturpolitik sowie Forschungs- und Innovationspolitik Dienstleistungen von hoher Qualität fördert.
- Deutschlands Potenzial sind **hochqualifizierte Fachkräfte**. Nachhaltiges wirtschaftliches Wachstum braucht qualifizierte Frauen und Männer, die mit guten Löhnen ihren Anteil am Erfolg ihrer Unternehmen erhalten und zu einer kräftigen Binnenkonjunktur beitragen.
- Eine **leistungsfähige Infrastruktur** ist Voraussetzung für den weiteren Erfolg unseres Wirtschaftsstandortes. Als Grundlage für neues Wachstum braucht Deutschland eine Modernisierung seiner Energie-, Verkehrs- und Kommunikationsinfrastruktur mit entsprechenden Investitionen. Die Mobilität der Zukunft muss bezahlbar und umweltschonend sein und den Wirtschaftsstandort Deutschland sichern.
- **Kreativität** ist der Rohstoff des 21. Jahrhunderts mit immensen Wachstums- und Beschäftigungspotenzialen. Wir werden zusammen mit Kreativen die Rahmenbedingungen schaffen, um diese Potenziale zu entfalten und gleichzeitig sozial besser abzusichern.

Eine integrierte Industriepolitik ist Grundlage für die Sicherung einer erfolgreichen Wirtschaft. Wir brauchen in Deutschland die gesamte Wertschöpfungskette – von der industriellen Grundstoffproduktion bis zum hoch spezialisierten Hightechmittelstandler, sie ist eine wichtige Voraussetzung für Innovationen.

Um im internationalen Wettbewerb zu bestehen, muss Deutschland noch mehr in moderne Produkte und nachhaltige Prozesse investieren. Deshalb wollen wir die Anstrengungen für **Forschung und Innovationen intensivieren** und die Forschungsinvestitionen über die Marke von drei Prozent des BIP hinaus steigern. Für Deutschland stehen

dabei die Entwicklung von „High-End-Produkten“ und der Wandel in der Produktion im Vordergrund. Besonders erwünschte Investitionen, z.B. im Bereich der Energie- und Ressourceneffizienz, wollen wir durch verbesserte Abschreibungsmöglichkeiten (Sonderabschreibung, degressive AfA) oder mit einer Investitionszulage fördern. Neben der Projektförderung wollen wir eine neue Form der steuerlichen Forschungsförderung etablieren, die kleinen und mittleren Unternehmen zugute kommt.

Wir wollen eine **Erneuerung der klassischen Industrien und die Erschließung neuer Leitmärkte** voranbringen. Dort, wo die deutsche Industrie ihre Stärken hat, gilt es, den Vorsprung gegenüber der internationalen Konkurrenz zu halten. Dort, wo Potenziale existieren, muss die Industrie erneuert und wettbewerbsfähig gemacht werden. Dazu gehören die Leitmärkte Mobilität, Gesundheit, Energie und Infrastruktur. Wir brauchen für den Standort Deutschland die Weiterentwicklung von IT-Infrastruktur. Denn: **Digitalisierung und Vernetzung** spielen heute in Unternehmensstrukturen und Produktionsabläufen eine bedeutende Rolle. Die Softwareindustrie hat hierzulande nicht nur mit Blick auf Arbeitsplätze und neue Geschäftsmodelle großes Potenzial. Gleichzeitig gibt sie als Querschnittstechnologie wichtige Impulse auch für andere Wirtschaftszweige.

Deutschlands wirtschaftliche Stärke kann nur gesichert und ausgebaut werden, wenn die Industriepolitik ergänzt wird durch eine **moderne und integrierte Dienstleistungspolitik**. Dienstleistungen und Produktion sind keine Gegensätze, sondern bedingen sich immer stärker, z.B. im Bereich der industrienahen Dienstleistungen.

Die überwiegend mittelständisch geprägte dienstleistungsintensive Tourismusbranche ist ein Beispiel für eine Dienstleistungsbranche, die wir durch die Verbesserung von Rahmenbedingungen stärken wollen. Gute Arbeit ist im Bereich aller Dienstleistungen unser Leitbild.

Der Postuniversaldienst, der die flächendeckende Versorgung des Landes mit Postdienstleistungen zu erschwinglichen Preisen vorsieht, muss auch in Zukunft in gleicher Qualität erbracht werden. Der Wettbewerb bei den Postdienstleistungen darf zum einen nicht weiterhin in erster Linie über Dumpinglöhne geführt werden; zum anderen müssen die rechtlichen Rahmenbedingungen für die Deutsche Post so gestaltet werden, dass die Gewährleistung des Universaldienstes und der wirtschaftliche Erfolg des Unternehmens gleichermaßen gesichert werden.

Die Kreativbranche wird immer wichtiger für den Erfolg unserer Wirtschaft. Wir wollen die Kreativwirtschaft noch stärker fördern und ausbauen. **Unsere Maßnahmen für einen Kreativpakt:** Der Innovationsbegriff in den Förderprogrammen der Wirtschafts- und Infrastrukturförderung muss für die Kreativwirtschaft angepasst und geöffnet werden, die bestehenden Existenzgründungsprogramme des Bundes hinsichtlich Eigenkapitalanteil-Forderungen, Anerkennung von Immaterialgütern, Beratung und Qualifizierung müssen an die Bedürfnisse der Kreativwirtschaft angepasst und dabei neben der Gründungs- auch die Wachstumsphasen der Unternehmen berücksichtigt werden.

Mittelstand und Handwerk sind das Zentrum unserer Wirtschaft. Sie garantieren wirtschaftliche Stabilität und Nachhaltigkeit. Als kleine und mittlere Unternehmen sind sie flexibel, innovativ und ihrer Region stark verbunden. Gerade in Ostdeutschland prägen sie die regionalen Wirtschaftsstrukturen maßgeblich. Wir wollen die Rahmenbedingungen zur Entfaltung von Mittelstand, Selbstständigkeit und Existenzgründung verbessern.

Deutschlands wirtschaftlicher Wohlstand beruht zu einem erheblichen Teil auf dem Einsatz seiner Selbstständigen. Die Selbstständigenquote in Deutschland ist dabei mit ca. zehn Prozent im internationalen Vergleich nach wie vor unterdurchschnittlich. Gerade beim Sprung ins Informations- und Wissenszeitalter muss Deutschland sich stärker als Selbstständigengesellschaft aufstellen. Vor allem in den kleinen und mittleren Unternehmen und auch in den freien Berufen entstehen Ausbildungs- und Arbeitsplätze von morgen. Deshalb wollen wir auf die Förderung dieses Bereichs in unserer Wirtschaftspolitik ein besonderes Augenmerk legen und bereits in der schulischen und beruflichen Ausbildung mehr junge Menschen für die Selbstständigen begeistern.

Wir wollen die berufsständische Selbstverwaltung der Freien Berufe durch die Berufskammern bewahren und stärken.

Das Handwerk.

Handwerksbetriebe und Handel erbringen die Hauptleistung der beruflichen Bildung. Diese Stärke wollen wir erhalten und, wo nötig, unterstützen. Gleichzeitig stehen auch sie in einem harten Wettbewerb um Fachkräfte, haben einen eingeschränkten finanziellen Spielraum und sind vom bürokratischen Aufwand vergleichsweise stärker betroffen.

Bei der Mittelstandsfinanzierung wollen wir Hemmnisse, insbesondere für neu gegründete Unternehmen, gar nicht erst entstehen lassen. Wir wollen eine Vermögensteuer, die der besonderen Situation des deutschen Mittelstandes, von Personengesellschaften und Familienunternehmen Rechnung trägt und ihre zukunftsichernde Eigenkapitalbildung sichert, sowie ihre Investitionsspielräume nicht belastet.

Darüber hinaus werden wir uns für eine mittelstandsfreundliche Ausgestaltung von Basel III einsetzen. Dazu könnte auch eine adäquate Bewertung der systemischen Risiken im Rahmen einer Kreditvergabe beitragen. Gleichzeitig werden wir die Diversifizierung der Finanzquellen erleichtern, indem wir Förderprogramme für Leasingfinanzierungen und Factoring ermöglichen und den Zugang von größeren mittelständischen Unternehmen zu Kapitalmarktrefinanzierung erleichtern. Dabei kann die Einrichtung einer Ratingagentur für den Mittelstand einen wesentlichen Beitrag dazu leisten, die hohen Transaktionskosten durch die Erstellung von Unternehmensratings zu dämpfen.

Gleichzeitig werden wir im Bereich der Existenzgründungen dafür sorgen, dass Fördermöglichkeiten nicht ausschließlich auf technologische Innovationen beschränkt bleiben. Auch sozial-innovative Gründungen sollen als Social Entrepreneurs verstärkt Zugang zu Förderungen und Beratung bekommen und so mittelständische Beiträge

zur Lösung gesellschaftlicher Probleme unterstützen, genauso wie die Wohlfahrtsverbände.

Um die Rahmenbedingungen für den Mittelstand zu verbessern, setzen wir auf den Abbau von Bürokratie. Die nationale und europäische Rechtsetzung soll besser auf den Mittelstand ausgerichtet und, wo möglich, sollen Verwaltungswege verkürzt werden.

Gemeinsam mit Wirtschaft und Gewerkschaften, Ländern und Kommunen werden wir eine politische **Initiative zur Sicherung des Fachkräftebedarfs** in Deutschland starten. Wir wollen **Bildungsmobilität und Aufstiegschancen** verbessern. Mit der beruflichen Aufstiegsfortbildung (Meisterin/Meister, Technikerin/Techniker, Fachwirtin/Fachwirt) steht bereits eine bewährte Karriereform zur Verfügung. Diese „Oberstufe“ des dualen Systems wollen wir weiter ausbauen. Sie bietet auch eine Alternative zum Hochschulabschluss. Weitere Aufstiegswege für Fachkräfte sind die Hochschulen und deren Studienangebote. Im Sinne einer besseren Durchlässigkeit wollen wir die **Hochschulen noch mehr für beruflich Qualifizierte öffnen** und die Zugänge erleichtern, z.B. durch Anerkennungs- und Kompetenzfeststellungsverfahren.

Auch die **Berufsbilder im Dienstleistungsbereich** müssen zeitgemäß ausgestaltet und nach dem Berufsbildungsgesetz neu geregelt werden. Geschlechterspezifische Zuordnungen müssen überwunden werden. Dazu werden wir mit den Sozialpartnern neue Qualifikationen, Berufe und Ausbildungsfelder erschließen. Nur so können die Beschäftigungspotenziale im Dienstleistungsbereich erschlossen werden.

Unser Ziel ist es, die **Erwerbsbeteiligung zu erhöhen**. Wir werden dazu die Möglichkeiten zur Berufstätigkeit für Ältere, Berufsrückkehrerinnen und Berufsrückkehrer, Migrantinnen und Migranten sowie Langzeitarbeitslose erweitern durch die Fortführung des Eingliederungszuschusses für Ältere, den Ausbau der Betreuungsstrukturen für Kinder und Pflegebedürftige sowie des Sprachkurs-Angebotes und die Rücknahme der Kürzungen bei den Qualifizierungskosten für Arbeitssuchende. Auch **nachholende Qualifizierung** wollen wir erleichtern. In den letzten beiden Jahrzehnten standen häufig nicht genügend betriebliche Ausbildungsplätze für Jugendliche zur Verfügung.

Investitionen in die Realwirtschaft fördern.

Die deutsche Wirtschaftspolitik ist zu wenig auf die Zukunft ausgerichtet. In den Bereichen Bildung, Infrastruktur und Investitionen auf Zukunftsmärkten – also den Grundlagen für zukünftiges Wirtschaftswachstum – gerät Deutschland immer mehr ins Hintertreffen. Mit einer Nettoinvestitionsquote von gerade einmal drei Prozent im Jahr 2011 liegt Deutschland im OECD-Vergleich weit hinten. Die öffentlichen Investitionen decken im Durchschnitt der letzten Jahre nicht einmal den Ersatzbedarf.

Zugleich sind die Möglichkeiten zur Mobilisierung von privatem Kapital für Investitionen in die Realwirtschaft enorm und bei weitem nicht ausgeschöpft. In Deutschland gibt es so viel Reichtum wie nie zuvor. Allein das Geldvermögen erreichte jüngst den neuen Rekordstand von 8,5 Billionen Euro. In Deutschland wird mehr gespart als in den meisten anderen Ländern. Das Staatsvermögen hingegen verringert sich bereits seit

Jahren. Zwischen 1992 und 2012 ging es um über 800 Milliarden Euro zurück. Im gleichen Zeitraum hat sich das Netto-Gesamtvermögen der privaten Haushalte von knapp 4,6 auf rund 10 Billionen Euro mehr als verdoppelt.

Wir brauchen mehr öffentliche wie private Investitionen. Dazu wollen wir Anreize schaffen. Und wir werden ein neues Anreizsystem auf den Kapitalmärkten prüfen, das langfristige Realinvestitionen fördert und den gesamten Lebenszyklus einer Investition im Blick hat.

Es geht auch um die aktive Einbindung der Bürgerinnen und Bürger in die Gestaltung des Gemeinwesens und ihre materielle Teilhabe am technologischen Fortschritt. Investive Beteiligungsmöglichkeiten der Bürger auf Zukunftsmärkten und Infrastrukturen mit moderaten Renditemöglichkeiten (z.B. im Bereich Energiewende) können Akzeptanz und Identifikation stärken und sollten ausgebaut werden.

Die Einheit Deutschlands vollenden.

Die ostdeutschen Länder haben in den beiden letzten Jahrzehnten einen enormen Entwicklungsprozess durchlaufen. Ost- und Westdeutsche können gemeinsam stolz sein auf das Erreichte. Trotz aller Anstrengungen gibt es aber noch deutliche Unterschiede in Wirtschaftsentwicklung und Lohnniveau.

Viele Herausforderungen haben die ostdeutschen Länder bereits seit Jahren zu meistern: die Bewältigung der Auswirkungen des demografischen Wandels, die Ärzteversorgung im ländlichen Raum oder drohende Altersarmut. Diese Probleme haben inzwischen ganz Deutschland erreicht. Um sie zu bewältigen, werden wir uns gemeinsam auf den Weg machen müssen. Man kann aber schon jetzt aus den in Ostdeutschland gesammelten Erfahrungen lernen. Es bleibt jedoch noch viel zu tun.

Eine wachsende Disparität der regionalen Entwicklungsverläufe sowie unvermindert große Unterschiede bei den Löhnen und Einkommen erschweren den Aufholprozess. Der Ausbaustand der Infrastruktur ist weit vorangeschritten. Eine Reihe ostdeutscher Unternehmen ist in ihren Branchen zu Weltmarktführern aufgestiegen, international gefragte Produkte werden mit dem **Gütesiegel „Made in Ostdeutschland“** produziert. Dennoch zeigen sämtliche Wirtschaftsindikatoren, dass der ökonomische Aufholprozess ins Stocken geraten ist. Hinzu kommt, dass 20 Prozent aller Ostdeutschen für Löhne von unter 8,50 Euro/Stunde arbeiten. Die Bruttolöhne liegen je nach Branche 15 bis 45 Prozent unter Westniveau. Auch deshalb brauchen wir einen in Ost und West einheitlichen Mindestlohn, der den ostdeutschen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern besonders zu Gute kommt und der Einkommensentwicklung insgesamt neuen Schub verleiht.

Mehr als 20 Jahre nach der deutschen Einheit ist die Abschaffung des geteilten Rentenrechts ebenfalls eine der entscheidenden Gerechtigkeitsfragen zur Vollendung der inneren Einheit unseres Landes. In unserem Rentenkonzept ist der Stufenplan zum Erreichen dieses Ziels ein wichtiger Punkt. Damit sind wir die erste Partei, die ein in sich geschlossenes Konzept umsetzen will.

Wir werden den drängenden Fragen in den ostdeutschen Ländern nicht ausweichen, sondern klare, eigene Ziele auf dem gemeinsamen Weg abstecken und mit Klarheit und Entschlossenheit verfolgen. Eine lebendige Demokratie ist für uns ein stets wichtiges Ziel. Gerade in den ostdeutschen Ländern müssen wir weiterhin dafür streiten, dass möglichst viele Menschen die Demokratie und unser Gemeinwesen mitgestalten. Mit Blick auf die ostdeutschen Länder bildet der unter Kanzler Gerhard Schröder gemeinsam mit den Ländern auf den Weg gebrachte Solidarpakt II die wichtigste Finanzierungsgrundlage für den weiteren „Aufbau Ost“. Er darf nicht angetastet werden. Darüber hinaus werden wir Anschlussregelungen z.B. im Rahmen der Neujustierung des Länderfinanzausgleichs prüfen. Denkbar ist etwa ein gesamtdeutscher „Solidarpakt strukturschwache Regionen“ (Solidarpakt III) ab 2020, der die besonderen Gegebenheiten strukturschwacher Regionen in Ost- und Westdeutschland berücksichtigt.

Investitionen fördern. Teilhabe ermöglichen.

Wir wollen, dass Investitionen insbesondere dort begünstigt werden, wo sie auf die zentralen Bereiche des öffentlichen Lebens bei Infrastrukturen und Zukunftsmärkten und auf die Deckung gesellschaftlicher und sozialer Bedürfnisse gerichtet sind. Hierzu bedarf es Anreize und Fördermechanismen zugunsten eines Kurswechsels in Richtung Realwirtschaft.

Wir wollen bürgerschaftlicheeteiligungsformen fördern, da sie die öffentliche Akzeptanz von Infrastruktureinrichtungen stärken. Eine grundlegende Beteiligung der Menschen vor Ort stellt dabei unverändert die kommunale Trägerschaft dar. Deshalb unterstützen wir Infrastrukturen in der Hand von Städten, Gemeinden und Kreisen und werden die Rahmenbedingungen zur Kommunalisierung entsprechender Einrichtungen weiter verbessern.

Wir wollen außerdem Modelle prüfen und entwickeln, mit denen sich die Bürgerinnen und Bürger direkt an der Finanzierung gesellschaftlich wünschenswerter Investitionen beteiligen.

Regionale „Bürger-Fonds“ sollen den Erwerb von Anteilen an Infrastrukturen ermöglichen. Schon bestehende Beteiligungen wie „Bürgerwindparks“ und Energiegenossenschaften sollten substanziell ausgebaut und auch auf leitungsgebundene Infrastrukturen – etwa im Bereich der Strom- und Breitbandnetze – Anwendung finden. **Netze in Bürgerhand** stärken die öffentliche Akzeptanz von Infrastruktureinrichtungen.

Auch durch **kommunale Anleihen** können Investitionsmittel für kommunale Vorhaben generiert werden. Sie können einen wichtigen Finanzierungsbeitrag leisten. Die Zeichner solcher Anleihen erkennen außerdem den konkreten Zweck bestimmter Projekte. Ein Einsatzbereich könnte der Ausbau von Breitbandnetzen für schnellere Internetverbindungen sein. Erforderlich ist, dass die Kommunen selbst über solche Projekte entscheiden und dass die Haushalts- und Entscheidungshoheit der demokratisch gewählten Gremien in Städten, Gemeinden und Kreisen gewahrt bleibt. Daneben wollen wir genossenschaftliche Organisationsformen in allen Bereichen stärken und deshalb die gesetzlichen Voraussetzungen für erleichterte Gründungen, bessere Förderbedingungen durch die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) sowie die Förderung von Genossenschaftsan-

teilen, insbesondere bei Bau- und Wohngenossenschaften, schaffen. Für kleine kooperative Unternehmensformen, beispielsweise die Gründung von Kindertagesstätten durch Elterninitiativen, wollen wir eine unkomplizierte „Kleinstgenossenschaft“ schaffen.

Ein neuer gesellschaftlicher Konsens für Fortschritt und Infrastruktur.

Eine leistungsfähige Infrastruktur ist das Rückgrat einer starken Wirtschaft. Wir wollen einen neuen gesellschaftlichen Konsens für Fortschritt und Infrastruktur erreichen, indem wir die Bürgerinnen und Bürger früher und intensiver bei der Planung und Umsetzung von Infrastrukturprojekten beteiligen und Planungsverfahren beschleunigen.

Bürgerbeteiligung ist für uns nicht Gegensatz, sondern Bestandteil einer modernen Wirtschafts- und Infrastrukturpolitik. Wir setzen auf das Verantwortungsbewusstsein und den Sachverstand der Bürgerinnen und Bürger und wollen ihn in die Planungsprozesse früher und stärker einbinden. Mehr Teilhabe beschränkt sich nicht allein auf mehr Transparenz und Mitentscheidung, sondern erstreckt sich auch auf materielle Teilhabe. Investive Beteiligungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger auf Zukunftsmärkten und Infrastrukturen mit moderaten Renditemöglichkeiten (z.B. im Bereich Energiewende) können Akzeptanz und Identifikation stärken. Sie sollten ausgebaut und eine Förderung geprüft werden.

Unser Land braucht einen Neuanfang in der Verkehrspolitik mit klaren Prioritäten. Gute Mobilitätspolitik sichert wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit, erhält und schafft Arbeitsplätze und trägt zu Wohlstand und Lebensqualität bei. Der Prozess des zusammenwachsenden Europas und der Globalisierung ist erst durch Mobilität möglich geworden.

Steigende Mobilität, die Zunahme des Güter- und Transitverkehrs und immer längere Reiseentfernungen mit immer schnelleren Verkehrsmitteln führen aber auch zu immer stärkeren Belastungen von Mensch und Umwelt.

Künftige Mobilität muss daher zugleich wirtschaftlich vernünftig, sozial gerecht und ökologisch sinnvoll sein. Sie orientiert sich an langfristigen Zielen und lang anhaltenden Wirkungen. Langfristige Mobilitätssicherung ist deshalb eine zentrale Zukunftsaufgabe.

Deshalb werden wir die Bundesverkehrswegeplanung zu einer verkehrsträgerübergreifenden Netzplanung im Einklang mit den europäischen Verkehrsbedürfnissen umbauen, bei der das verlässliche Funktionieren des **Verkehrsnetzes** als Ganzes im Vordergrund steht. Dafür brauchen wir eine belastbare Finanzierungsgrundlage: Unsere Verkehrssysteme sind heute chronisch unterfinanziert – es gelingt immer weniger, die Substanz zu erhalten. Wir wollen ausreichend Mittel zuverlässig für die Bundesverkehrswege zur Verfügung stellen. Auch für Brückenbauwerke im Straßen- und Schienenverkehr.

Wir wollen mehr Verkehr auf Schiene und Binnenschiff bringen und die Zahl der Staus auf Deutschlands Straßen drastisch verringern. Wir werden deshalb ein Nationales Verkehrswegeprogramm auflegen, in das 80 Prozent der Neu- und Ausbaumittel fließen.

Damit werden wir die Engpässe an hoch belasteten Verkehrsachsen schnellstmöglich beseitigen.

Pünktlichkeit und Zuverlässigkeit müssen wieder zum Markenzeichen der **Bahn** werden. Wir wollen deshalb einen Deutschland-Takt aus bundesweit funktionierenden und aufeinander abgestimmten Anschlüssen. Wir streben zudem eine deutliche Erhöhung der Kapazität für den Schienengüterverkehr bis zum Jahr 2030 an. Dazu werden wir die Schienenanbindung unserer See- und Binnenhäfen verbessern.

Das entlastet die Umwelt und den Straßenverkehr. Damit Bahnhöfe und Gleise schnellstmöglich wieder in einen guten Zustand kommen, werden wir unseren Einfluss dahingehend geltend machen, dass die Infrastruktur gestärkt wird und ausreichende Mittel in das Schienennetz und Bahnhofssanierungen fließen. Eine Zerschlagung und Privatisierung, auch Teilprivatisierung der Deutschen Bahn lehnen wir ab.

Wir wollen den Schutz vor Bahn- und anderem Verkehrslärm verbessern. Wir werden dafür sorgen, dass die Lärmsanierungsmittel für die Schiene auf 200 Mio. Euro jährlich verdoppelt werden. Wir unterstützen die Abschaffung des Schienenbonus und werden ein wirksames lärmabhängiges Trassenpreissystem einführen. Darüber hinaus wollen wir den Lärmschutz an Flughäfen und Straßen verbessern. Wir brauchen ein zwischen Bund und Ländern abgestimmtes Luftverkehrskonzept.

Um die Mobilität bezahlbar zu halten, wollen wir die Energieeffizienz des Verkehrs verbessern und seinen CO₂-Ausstoß deutlich vermindern. Dazu werden wir die technische Steigerung der Effizienz bestehender Antriebssysteme vorantreiben, die Entwicklung und Markteinführung neuer Antriebe und Kraftstoffe sowie eine ökologisch und ökonomisch effiziente Organisation von Verkehr und Logistik fördern.

Wir wollen, dass unsere Verkehrswege sicherer werden. Deswegen messen wir der Verkehrssicherheit und der Arbeit in diesem Bereich – professionell und ehrenamtlich – hohe Priorität bei.

Wir wollen, dass Gemeinde- und Landstraßen in gutem Zustand und ohne Schlaglöcher sind, und dass der öffentliche Nahverkehr reibungslos funktioniert. Von besonderer Wichtigkeit ist eine vollständige Teilhabe auch von Menschen, die in ihrer Mobilität eingeschränkt sind. Wir wollen, dass alle Menschen sich barrierefrei fortbewegen können.

Die Länder sollen sich, wenn sie Investitionsmittel für die kommunale Verkehrsinfrastruktur erhalten, im Gegenzug verpflichten, die Gelder zweckgebunden für die kommunale und regionale Verkehrsinfrastruktur zu verwenden. Wir setzen uns für den weiteren Ausbau der Radwege ein.

Deutschland braucht ein schnelles Internet – für alle und überall. Wir wollen deshalb rasch eine **flächendeckende Versorgung mit schnellen Internetanschlüssen**. Darüber hinaus werden wir den weiteren Ausbau des Hochgeschwindigkeitsdatennetzes vorantreiben.

II.5 SICHERE UND BEZAHLBARE ENERGIE – DIE ENERGIEWENDE ZUM ERFOLG FÜHREN

Nach dem Ausstieg aus der Atomenergie schaut die Welt auf Deutschland. Gelingt die Energiewende, kann das für Schwellenländer wie China und Indien zum Wachstumsmodell werden und damit dem Klimaschutz weltweit zum Durchbruch verhelfen.

Denn klar ist: Die Energiewende bedeutet den grundlegenden Umbau der Energieversorgung und einen Quantensprung für die Modernisierung unserer Volkswirtschaft. Die Energiewende verbindet Energiesparen, Energieeffizienz und Erneuerbare Energien. Das gilt für alle Einsatzbereiche: Strom, Wärme und Mobilität. Oberstes Ziel ist die Vermeidung eines nicht notwendigen Energieverbrauchs auch, damit durch einen sinkenden Verbrauch Energie für alle Einkommensgruppen bezahlbar bleibt.

Chancen und Perspektiven der Energiewende sind allerdings gefährdet. Die Grundpfeiler unserer Energieversorgung – Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit und Umweltverträglichkeit – geraten ins Wanken. Dabei bilden diese das Fundament für das Wirtschafts- und Sozialmodell in unserem Land. Sie sind die Voraussetzung für die breite industrielle Basis Deutschlands – von der Grundstoffproduktion bis zu Hightech-Dienstleistern – deren große Bedeutung für stabile wirtschaftliche Entwicklung, Wohlstand und Arbeitsplätze in der jüngsten Finanz- und Wirtschaftskrise erneut eindrucksvoll bewiesen wurde. Sie sind wichtig für die Menschen in unserem Land.

Weltweit wachsen Interesse und Nachfrage nach Zukunftsenergien und Energieeffizienz. Eine erfolgreiche Energiewende ist auch eine große Chance für den Industriestandort Deutschland. Mit dem Know-how ihrer Ingenieure und Fachkräfte können Unternehmen als Ausrüster profitieren. Ein solches Transformationsprojekt braucht angemessene politische Rahmenbedingungen und Weichenstellungen. Die Bundesregierung aus CDU/CSU und FDP ist mit ihrem „Management“ auf bestem Wege, die Energiewende gegen die Wand zu fahren. Mit ihrem Zick-Zack-Kurs ist sie zu einem unkalkulierbaren Risiko für Wirtschaftskraft und Arbeitsplätze geworden.

Die Stärke Ostdeutschlands bei den Erneuerbaren Energien muss genutzt werden, der notwendige Umbau des Energiesystems kann und wird zu „der“ Standortfrage für die Zukunft werden. Dazu ist der Ausbau der Offshore-Windenergie auch vor der Ostseeküste unverzichtbar. Nur in Windparks auf See können auf regenerativer Basis große Strommengen produziert werden. Wir setzen aber ebenso (noch) auf konventionelle Energieerzeuger, wie Kohle- und Gaskraftwerke, als Brückentechnologie, solange wir sie brauchen.

Die eklatante Unfähigkeit der Bundesregierung zur Steuerung und Koordinierung hat dazu geführt, dass es in Deutschland keine abgestimmte Energiepolitik zwischen Bund, Ländern, Kommunen und den übrigen Akteuren der Energiewende gibt. Hinzu kommt die ständige Flickschusterei am Förderregime für die erneuerbaren Energien, die das Vertrauen der Marktteilnehmer in den energiepolitischen Rahmen nachhaltig erschüttert hat. Das Ergebnis sind Investitionsrisiken, Planungsunsicherheit und steigende Strompreise. Auch die fehlende Abstimmung mit den europäischen Partnern

hat Deutschland Ansehen als verlässlicher energiepolitischer Partner gekostet. Eine der größten industriepolitischen Chancen Deutschlands – der Aufbau einer wettbewerbs- und zukunftsfähigen Energieinfrastruktur – wird so leichtfertig verspielt.

In dieser Situation ist ein Politikwechsel erforderlich, der der breiten gesellschaftlichen Verantwortung zur Realisierung der Energiewende gerecht wird und damit die Energiewende zu einem Erfolg führt. Planungs- und Investitionssicherheit, eine stabile Stromversorgung, ein hohes Maß an Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit müssen zum Kennzeichen des ökologischen Umbaus der deutschen Energiepolitik werden.

Unsere Ziele:

Die Energiewende ist die technologische und ökonomische Herausforderung, deren Bewältigung Deutschland in das 21. Jahrhundert katapultiert. Unsere Ziele sind dabei klar: Wir wollen

- eine bessere politische Koordinierung beim Management der Energiewende;
- die Bezahlbarkeit der Energiewende gewährleisten und weitere Belastungen für die produzierende Wirtschaft und die privaten Haushalte vermeiden, etwa durch die Senkung der Stromsteuer;
- die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft, insbesondere der energieintensiven Industrie, erhalten;
- den Ausbau der Erneuerbaren Energien und die Umsetzung von Maßnahmen für höhere Energieeffizienz vorantreiben, indem wir: 40 bis 45 Prozent Stromanteil durch Erneuerbare Energien und 25 Prozent durch Kraft-Wärme-Kopplung, insbesondere durch den Ausbau der Fernwärme bis zum Jahr 2020, anstreben und bis 2030 75 Prozent des Stroms aus erneuerbaren Quellen gewinnen wollen;
- 20 Prozent des Wärmebedarfs durch Erneuerbare Energien decken;
- eine für Mieter bezahlbare energetische Sanierung von Gebäuden fördern;
- die Energieproduktivität deutlich steigern und bis 2020 gegenüber dem Stand von 1990 verdoppeln;
- die Stärkung dezentraler Strukturen mit einem wesentlichen Gestaltungsauftrag für die Kommunen und ihre Unternehmen.

Ein Management für die Energiewende aufbauen.

Die Energiewende wird nur gelingen, wenn die Bundesregierung eine zentrale Koordinierungsfunktion und ein effektives Management wahrnimmt. Das Nebeneinander von siebzehn Energiekonzepten in Bund und Ländern schadet der Energiewende. Nur ein koordiniertes Vorgehen beim Ausbau der Erneuerbaren Energien wie auch beim Netzausbau erhält Versorgungssicherheit, schafft Investitionssicherheit und bringt die Systemintegration der Erneuerbaren Energien voran. Erforderlich sind deshalb neue Governance-Strukturen, die die Kompetenzen in der Energiepolitik bündeln und eine regelmäßige Koordination und Kooperation zwischen Bund, Ländern und den europäischen Nachbarländern institutionalisieren.

Wir wollen die Kompetenzen, insbesondere in den Bereichen Erneuerbare Energien,

Netzausbau und Speicher, in einem **Energieministerium** bündeln. Darüber hinaus muss der Bund seine Rolle auf europäischer Ebene in engerer Abstimmung als bisher mit den europäischen Partnern wahrnehmen.

Außerdem muss der Bund eine Abstimmung der Länder-Energiekonzepte mit der Energiepolitik des Bundes sicherstellen. Im neu zu schaffenden Energieministerium ist ein **„Deutscher Energie-Rat“** einzurichten, der die Abstimmungsprozesse zwischen Bund, Ländern und Kommunen unter Einbindung von Wirtschaft, Wissenschaft, Gewerkschaften und Zivilgesellschaft institutionalisiert und eine kontinuierliche Zusammenarbeit und Abstimmung sicherstellt. Aufgrund der technologischen Eigenschaften der Erneuerbaren Energien und der Liberalisierung der Energiemärkte verbindet sich die Energiewende mit einer deutlichen Dezentralisierung der Energieversorgungsstrukturen. Dabei sind die Kommunen mit ihren vielfältigen Funktionen – als Planungsträger für die Ansiedlung von EEG-Anlagen, als Besitzer von rund 176.000 Gebäuden, als größter öffentlicher Auftraggeber von umweltfreundlichen Waren und Investitionen sowie als Versorger mit Strom und Wärme durch kommunale Energieunternehmen – besonders wichtige Akteure für eine erfolgreiche Umsetzung der dezentralen Energiewende. Wir schaffen Rechtssicherheit für die Kommunen bei der Übernahme der Verteilnetze.

Städte, Gemeinden und Kreise betreiben seit vielen Jahren in enger Kooperation mit den kommunalen Energieversorgern, der kommunalen Kreditwirtschaft und den kommunalen Wohnungsunternehmen, aber ebenso zusammen mit karitativen Verbänden, Verbraucherzentralen und Energieberatungsagenturen eine qualitativ hochwertige Energieberatung für Privathaushalte. Wir werden die Energieberatung für Privathaushalte, Hauseigentümer und Wirtschaft ausbauen, erfolgreiche Kooperationen weiter fördern und mit neuen Anreizen deutlich verbreitern.

Zur Umsetzung der Energiewende wollen wir einen **Bundestagsausschuss „Energie“** einrichten.

Es ist ein **„Masterplan Energiewende“** aufzustellen und jährlich fortzuentwickeln. Der Masterplan wird nach einer umfassenden Konsultation mit den Akteuren der Energiewende aufgestellt und soll alle wichtigen Aspekte der Erzeugung und Nutzung Erneuerbarer Energien, des Netzausbaus und der Speichertechnik, der Vorhaltung konventioneller Erzeugungskapazitäten und des Energieeffizienzpotenzials zusammenführen.

Die Weichen für eine neue Strommarktordnung stellen.

Das im Jahr 2000 von der rot-grünen Koalition beschlossene Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) hat zu einem international beispiellosen Ausbau der Erneuerbaren Energien geführt – heute beträgt ihr Anteil am Stromverbrauch bereits über 25 Prozent. Allerdings hat die Überförderung in einigen Bereichen auch zu einem drastischen Anstieg der EEG-Umlage und damit auch zu einem Anstieg der Strompreise geführt. Umgekehrt wurden die gesunkenen Strompreise auf der Beschaffungsseite, die auf die hohe Stromerzeugung aus Erneuerbaren Energien zurückzuführen sind, von den Energieversorgern nicht oder kaum an die Stromverbraucher weitergegeben. Hinzu kommt, dass der Ausbau der Stromnetze nicht mit dem Ausbau der Erneuerbaren Energien Schritt hält.

Eine weitere Begleiterscheinung des Erfolgs der Erneuerbaren Energien sind die Konsequenzen für konventionelle Kraftwerke. Aufgrund des Ausbaus der Erneuerbaren Energien sinken die Betriebsstunden von konventionellen Kraftwerken und damit deren Wirtschaftlichkeit. Deshalb werden keine neuen Kraftwerke gebaut und bestehende Anlagen stillgelegt. Das birgt Risiken für die Versorgungssicherheit. Denn solange Erneuerbare Energien nicht in der Lage sind, Strom bedarfsgerecht zu liefern, müssen auch weiterhin hocheffiziente regelbare Kraftwerke zur Verfügung stehen.

Wir wollen den Ausbau der Erneuerbaren Energien sozial- und naturverträglich fördern und das System der Strompreisbildung unter den Prämissen der Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit grundlegend neu konzipieren. Das ist zusammen mit der Steigerung der Energieeffizienz und dem Energiesparen entscheidend für das Gelingen der Energiewende.

Wir wollen eine grundlegende **Reform des EEG**, die den Ausbau langfristig und berechenbar sichert, die konsequent die Kosten begrenzt und die Strompreise im Blick hat. Deshalb muss das EEG so ausgerichtet werden, dass eine Fehlsteuerung zukünftig ausgeschlossen ist. Der Einspeisevorrang für Erneuerbare Energien ist weiterhin erforderlich. Technischer Fortschritt und Innovationen im Bereich der Erneuerbaren Energien werden dazu führen, dass die Herstellungskosten mittel- bis langfristig sinken. Dies ermöglicht, die Einspeisevergütung schrittweise zu reduzieren.

Mit ihrem stetig wachsenden Anteil an der Stromerzeugung müssen die **Erneuerbaren Energien mehr Verantwortung für eine stabile Versorgung** übernehmen. Wir wollen Erneuerbare Energien untereinander (z.B. Wind mit Wasser und/oder Biomasse), Erneuerbare Energien und fossile Energieerzeugung sowie Erneuerbare Energien und Verbrauchsmanagement so miteinander verknüpfen, dass Strom bedarfsgerecht zur Verfügung steht. Erneuerbare Energien müssen und können auch Systemdienstleistungen, wie etwa Blindleistung und Speicherung, bereitstellen. Anreize für erhöhte Volllaststunden pro Anlage können in der Systembetrachtung zur Kostenentlastung beitragen.

In einem künftigen Strommarkt müssen gesicherte Kapazitäten bereitstehen, um die Stromerzeugung aus Erneuerbaren Energien jederzeit zu komplettieren. Wir wollen die regionalen Probleme kurzfristig pragmatisch lösen und erst einmal Erfahrungen sammeln, bevor umfassende Kapazitätsmärkte für die Finanzierung von Kraftwerken geschaffen werden. Zukünftig müssen Kraftwerke entsprechend flexibel einsetzbar sein, um komplementär zu wirken. Dabei sind europäische Kraftwerkskapazitäten zu berücksichtigen.

Modernisierung und Ausbau der Netzinfrastruktur vorantreiben.

Der Ausbau der Netze hält nicht Schritt mit dem Ausbau regenerativer Energien. Bislang erfolgt der Ausbau der Erneuerbaren ungesteuert und ohne Rücksicht auf die Verfügbarkeit und Leistungsfähigkeit der Netzinfrastruktur. Die Folge sind regionale Netzengpässe und Abriegelungen von Erzeugungsanlagen, die volkswirtschaftlich ineffizient sind und das Risiko von Versorgungsengpässen erhöhen. Erforderlich ist eine Syn-

chronisierung des Ausbaus der Erneuerbaren mit dem Ausbau der Netzinfrastruktur. Ein hohes Maß an Netzstabilität und Versorgungssicherheit ist dauerhaft nur gesichert, wenn die Netzintegration der Erneuerbaren Energien in effizienter und systemoptimaler Weise gelingt.

Ausbau und Modernisierung ist auf allen Netzebenen erforderlich, sowohl im Übertragungs- als auch im Verteilernetz. Die regionalen Verteilernetze müssen zu „intelligenten“ Leitungssystemen ausgebaut werden, weil zunehmend mehr Verbraucher zu Erzeugern werden und ihren Strom unregelmäßig einspeisen. Die überregionalen Übertragungsnetze müssen mit bedarfsgerecht innovativer Technik, wie etwa Hochspannungsgleichstromübertragung, ertüchtigt bzw. ausgebaut werden, um die Erzeugungszentren im Norden mit den Lastzentren im Süden Deutschlands zu verbinden.

Wir streben die Zusammenführung der Übertragungsnetze in einer **Deutschen-Netz-Gesellschaft** an. Die öffentliche Hand beteiligt sich an der Netz-AG (und ihren Erträgen) durch Investition in den Anschluss von Offshore-Parks und anderen wichtigen Großprojekten und nimmt somit eine Steuerungsfunktion wahr.

Die **Anreizregulierung** muss Innovationen und Investitionen in den Verteilnetzen besser abbilden als bisher. Der Netzbetrieb muss intelligenter auf die zunehmende Einspeisung auf unteren Spannungsebenen reagieren können, um Systemstabilität zu gewährleisten. Die Anreizregulierung muss so ausgestaltet werden, dass sie den Aufbau von Intelligenten Netzen, Stromspeichern und Komplementärkapazitäten fördert.

Zur Netzstabilität und Kostensenkung trägt auch eine **Flexibilisierung der Energienachfrage** („Demand-Side-Management“) bei. Neben der Vergütung abschaltbarer Lasten von Großverbrauchern ist dazu auch das Potenzial des Mittelstands wie der privaten Verbraucher zu nutzen.

Für **Akzeptanz** und Durchsetzbarkeit von Energieinfrastrukturprojekten ist die frühzeitige Konsultation und Beteiligung der betroffenen Bevölkerung in Zusammenarbeit mit den Kommunen unabdingbar. Hilfreich sind auch unmittelbare Beteiligungen der Bevölkerung, wie z. B. in Form von „Bürger-Windparks“, Energiegenossenschaften, Netzbeteiligungen etc.. Wir werden eine **Clearingstelle „Naturschutz und Energiewende“** einrichten. Als Anlaufstelle für Kommunen, Bürgerinitiativen, Planungsträger, Energiewirtschaft und Umweltverbände soll sie die Interessen der Energiewende und des Naturschutzes in Einklang bringen.

Wir brauchen zu unseren Nachbarländern mehr **grenzüberschreitende Kuppelstellen**, um ein leistungsfähiges europäisches Stromnetz zu schaffen.

Komplementär zum Netzausbau müssen **Speichertechnologien** gefördert werden. Neue Speichertechnologien sollen mit Hochdruck entwickelt und im industriellen Maßstab erprobt werden, damit sie mittel- und langfristig zur Verfügung stehen. Auch europäische Speichermöglichkeiten, etwa Wasserspeicher in Skandinavien und den Alpen, sollten gefördert werden.

Das geltende **Atomgesetz** lässt den Betreibern von Atomkraftwerken nach deren Stilllegung die Wahl zwischen dem Antrag auf Genehmigung eines „sicheren Einschlusses“ und auf Rückbau eines Atomkraftwerks. Der „sichere Einschluss“ ist ein für die Bevölkerung unzumutbares Verfahren im Umgang mit stillgelegten Atomkraftwerken. Wir wollen diese Option im Atomgesetz streichen. Wir werden nicht nur an den Atomausstiegsbeschlüssen in Deutschland festhalten, sondern uns auch international für mehr Sicherheit bei Atomkraftwerken bzw. für deren Abschaltung engagieren. Auch darf der Export von Atomtechnologie etwa zum Bau neuer Reaktoren im Ausland nicht unterstützt werden.

Wir gestalten die Suche nach einem nationalen Atommülllager mit breiter gesellschaftlicher Beteiligung auf der Grundlage transparenter wissenschaftlicher Kriterien neu, um einen gesellschaftlichen und politischen Konsens zu erreichen.

Es fehlen noch viele und grundlegende Informationen, um die Auswirkungen und Risiken der **Fracking-Technologie** zu beurteilen. Wir setzen uns für einen Verzicht des Einsatzes von Fracking ein, bis alle Risiken für Gesundheit und Umwelt bewertet und ausgeschlossen wurden. Dieses Moratorium soll so lange gelten, bis Fracking-Methoden ohne den Einsatz giftiger Chemikalien, die zu einer schädlichen Veränderung des Grund- und Trinkwassers führen, zur Verfügung stehen.

Die Energieeffizienz zur Priorität machen.

Die konsequente Steigerung der Energieeffizienz ist die richtige Antwort auf steigende Energiepreise. Sie ist gleichzeitig die kostengünstigste Maßnahme für einen wirksamen Klimaschutz. Nicht nur im Verkehrsbereich und im Wohnungsbau, sondern auch in den so genannten Querschnittstechnologien (z. B. Beleuchtung, Kühlung, Pumpen, Motoren, Druckluft) stehen innovative Technologien zur Verfügung, die den Strombedarf drastisch vermindern.

Bei den Energiesteuern darf es für die Industrie in Zukunft nur noch Steuervergünstigungen geben, wenn im Rahmen eines angemessenen **Energiemanagements** nachgewiesen wird, dass der Energieverbrauch tatsächlich so weit vermindert wurde, wie es betriebswirtschaftlich sinnvoll ist.

Der deutliche Ausbau der dezentralen, effizienten und klimafreundlichen **Kraft-Wärme-Kopplung (KWK)** ist einer der wesentlichen Beiträge zur Erreichung der Energie- und Klimaschutzziele. Wir wollen Anreize für den Ausbau der KWK durch Unternehmen und Privatpersonen schaffen und sorgen für die notwendigen Infrastrukturmaßnahmen für Nah- und Fernwärme.

Die **Gebäudesanierung** bietet noch immer große Potenziale zur Energieeinsparung. Wir wollen das KfW-Programm zur energetischen Gebäudesanierung wieder deutlich erhöhen. Von den Bauaufträgen profitieren vor allem örtliche Handwerksbetriebe aus dem Mittelstand. Die Mittel sollen zweckgebunden mit geringem Verwaltungsaufwand zur Verfügung gestellt werden. Um einen möglichst hohen Effizienzgewinn zu erreichen, sollte beim CO₂-Gebäudesanierungsprogramm die Förderung an der tatsächlich eingesparten Energie und nicht am erreichten Effizienzstandard ausgerichtet werden. Bisher geht es um die Verbesserung der Energieeffizienz einzelner Gebäude.

In Zukunft wird sich der Blick stärker auf die Steigerung der energetischen Effizienz von Wohnungsgesellschaften, Stadtquartieren und Wohngebieten richten müssen. Wir werden dabei dafür sorgen, dass Mieterinnen und Mieter nicht aus ihren sanierten Wohnungen verdrängt werden.

Der daniederliegende **europäische Emissionshandel** ist zu reaktivieren. Er muss wieder das zentrale marktwirtschaftliche Instrument werden, um Investitionen in Energieeffizienz anzureizen.

Europäische Verbrauchsstandards für Autos, Haushaltsgeräte, Beleuchtung, die bisher weit hinter den technischen Möglichkeiten zurückbleiben, sollen sich am fortschrittlichen Stand der technischen Entwicklung orientieren, ohne bestimmte Technologien festzulegen (Top-Runner-Ansatz).

Die Energiewende muss sozialverträglich gestaltet werden.

Die Energiewende gibt es nicht zum Nulltarif. Umso wichtiger ist es, sie effizient umzusetzen und die Lasten gerecht zu verteilen. Deutschland hat bereits heute mit die höchsten Strompreise in Europa. Knapp die Hälfte des Strompreises sind Steuern, Abgaben und Umlagen. Ziel muss es sein, die Belastungen sowohl für den einfachen Stromkunden als auch für die in Deutschland produzierende Industrie so gering wie möglich zu halten. Preissenkungs-Potenziale auf der Erzeugungs- und der Verbrauchsseite müssen ausgeschöpft werden.

Bürger/innen-Projekt vom Bürgerkonvent am 2. März 2013:

„Wie die Bergwerke sollten auch die Energiekonzerne für Folgeschäden haften, indem sie Rückstellungen bilden.“



Wir sorgen dafür, dass die Kosten für den Atommüll und den Abriss von Atomkraftwerken auf jeden Fall durch die Verursacher getragen werden. Die Sanierung von untauglichen Atom-Endlagern wie Asse II soll durch eine höhere Kernbrennstoffsteuer mitfinanziert werden.

Der Anteil von Steuern und Abgaben am Gesamtstrompreis ist in den letzten Jahren deutlich gestiegen und sollte reduziert werden. Die Stromsteuer muss spürbar gesenkt werden. Wir wollen eine von der Steuer weitestgehend befreite Grundversorgung einführen. Dies kann durch erhöhte Einnahmen aus der Mehrwertsteuer auf die EEG-Umlage finanziert werden.

Damit alle Einkommensgruppen sich energieeffiziente Geräte und Anlagen leisten können, werden wir neben Energieberatungen auch Förderprogramme mit Mikrokrediten und Zuschüssen für private Haushalte und kleine Unternehmen auflegen. Bei Leistungsbeziehern ist sicherzustellen, dass Zuschüsse nicht auf Leistungen der Grundsicherung angerechnet werden.

III. BILDUNG, GLEICHBERECHTIGUNG UND ZUSAMMENLEBEN IN EINER MODERNEN GESELLSCHAFT

Sozialdemokratische Politik will allen Menschen ein selbstbestimmtes Leben ermöglichen. Alle Menschen sollen gleiche Chancen und Perspektiven haben, unabhängig von Herkunft, Geschlecht, Weltanschauung oder einer bestehenden Behinderung. Freiheit, damit meinen wir nicht allein eine Freiheit von etwas, sondern auch eine Freiheit zu etwas: die Freiheit, sich zu entfalten, teilzuhaben und selbst zu entscheiden. Es geht darum, sein Leben in die eigenen Hände nehmen, aus seinem Leben etwas machen zu können. Dass Freiheit kein leeres Versprechen ist, sondern eine Realität, die für alle gilt, ist unser Anspruch an eine moderne und gerechte Gesellschaft.

Bildung ist der Schlüssel zu einem selbstbestimmten und freien Leben. Deshalb ist für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten **Bildung ein Grundrecht**, und zwar für alle Menschen, unabhängig vom Geldbeutel, von Herkunft, Hautfarbe, Religion oder Geschlecht. Ein leistungsfähiges und sozial gerechtes Bildungssystem ist entscheidend für die individuellen Lebenschancen unserer Kinder und zugleich eine zentrale Voraussetzung für den ökonomischen Erfolg und den sozialen Zusammenhalt in unserem Land. Solidarisches Miteinander, gegenseitige Unterstützung und das Stärken der jeweiligen individuellen Fähigkeiten prägen unsere Bildungspolitik.

Fortschritt und Erfolg einer Gesellschaft bemessen sich auch daran, wie Menschen miteinander leben und arbeiten. Nur eine **gleichgestellte Gesellschaft** ist eine moderne Gesellschaft. Und nur eine gleichgestellte Wirtschaft ist eine zukunftsfeste Wirtschaft. Gleichstellung und Selbstbestimmung machen es möglich, aus eingefahrenen Rollen auszubrechen und die Herausforderungen im Alltag, in Beruf und Familie partnerschaftlich zu teilen, ohne dass einer der Partner den Kürzeren zieht. Dafür brauchen wir klare Regeln für die Wirtschaft und eine Politik des Miteinander.

Die Gleichstellungspolitik in Deutschland braucht neue Impulse und ein modernes Leitbild. Dabei wollen wir den gesamten Lebenslauf von Frauen und Männern in den Blick nehmen und passgenaue Rahmenbedingungen anbieten, die in jeder Lebensphase jeder und jedem die gleichen Wahlmöglichkeiten und Teilhabechancen eröffnen. Wir wollen eine in sich konsistente Gleichstellungspolitik quer über alle Politikfelder. „Gender-Mainstreaming“ soll wieder durchgängiges Leitprinzip im Regierungshandeln sein.

III.1 CHANCENGLEICHHEIT UND AUFSTIEG DURCH BILDUNG

Internationale Vergleiche zeigen die hohe Abhängigkeit des Bildungserfolgs von der sozialen Herkunft. Insbesondere finanzielle Hürden verstärken soziale Benachteiligungen und halten Menschen von Bildung fern. Unser Ziel ist die gebührenfreie Bildung von der Kita bis zur Hochschule.

Wo wir Verantwortung tragen, gibt es keine Studiengebühren und werden Kita-Gebühren soweit möglich schrittweise abgeschafft. Und wir unterstützen Menschen in Schule, Berufsbildung und Studium, wenn sie Hilfe brauchen. Allein die Ziele und Wünsche, der Eifer und die Potenziale der Menschen sollen über Bildungswege entscheiden.

Unser Ziel ist es, ein leistungsfähiges und sozial gerechtes Bildungssystem zu schaffen, in dem individuelle Förderung gelebt wird. Wir wollen Aufstieg durch Bildung ermöglichen und Chancengleichheit im Bildungssystem verwirklichen.

Wir wollen, dass alle Menschen von Anfang an gleiche Chancen haben, ihr Potenzial zu entwickeln.

Frühkindliche Bildung ist entscheidend für gleiche Startchancen. Deshalb müssen wir sowohl das Angebot an Kindertagesstätten bedarfsgerecht ausbauen, als auch die Qualität der Bildungsinhalte erhöhen. Der **Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz** muss umfassend eingelöst werden, damit nicht länger der Zufall des Wohnorts oder die Höhe der Kita-Gebühren über Bildungschancen der Kinder entscheidet. Um Chancengleichheit zu erreichen, muss Gebührenfreiheit gelten. Daher müssen wir diejenigen, die Kitaplätze bereitstellen, insbesondere die Kommunen, angemessen finanziell ausstatten. Auch daher werden wir das bildungsfeindliche **Betreuungsgeld abschaffen**. Die bis zu **2 Mrd. Euro**, die dafür mittelfristig jährlich anfallen würden, werden wir komplett in den Ausbau von Kitas und Tagespflege investieren.

Kitas sind frühkindliche Bildungseinrichtungen mit einer Vielzahl von Angeboten für Kinder und deren Familien. Dazu gehört die individuelle Förderung aller Kinder, einschließlich der gezielten Sprachförderung zur besseren Integration von Kindern, die aufgrund ihrer sozialen Situation oder den geringen deutschen Sprachkenntnissen ihrer Eltern benachteiligt sind. Die gestiegenen Anforderungen müssen ihren Niederschlag auch in einer guten, inklusions- und praxisgerechten Ausbildung des Fachpersonals finden. Wir werden dies von der Bundesseite durch eine **Fachkräfteoffensive für Erzieherinnen und Erzieher** unterstützen.

Im Schulbereich wollen wir durch mehr und bessere Ganztagsangebote und längeres gemeinsames Lernen mehr Chancengleichheit erreichen. Die **Ganztagschule** ist ein Erfolgsmodell, das mehr Zeit zum Lernen bietet. Hier gibt es Möglichkeiten für die gezielte Förderung für jede und jeden Einzelnen und für den Umgang mit heterogenen Lerngruppen. Gemeinsam mit den Ländern wollen wir schrittweise jedem, der möchte, einen Ganztagsplatz anbieten – egal wo und in welcher Schulform. Wir wollen im Rahmen eines zweiten Ganztagsschulprogramms aber auch die Qualität der Angebote verbessern und das erforderliche Lehr- und Fachpersonal fördern. Nur mit ihnen können wir die großen Potenziale der Ganztagschule wirklich heben und mit Leben füllen.

Wir sind davon überzeugt, dass eine gute und leistungsfähige Schulsozialarbeit einen wichtigen Beitrag leisten kann, gute Ganztagschulen und eine inklusive Bildung zu schaffen und die Übergänge im Bildungssystem zu verbessern. Wir halten deshalb daran fest, gemeinsam mit den Ländern die Schulsozialarbeit auszubauen. Wir werden deshalb zunächst dafür sorgen, dass die von uns im Bildungs- und Teilhabepaket 2011

durchgesetzten Bundesmittel auch zukünftig zur Verfügung stehen, damit die eingesetzten Schulsozialarbeiter ihre erfolgreiche Arbeit fortsetzen können.

Von der Kita bis zur Erwachsenenbildung ist Inklusion für uns ein grundlegendes Prinzip und integraler Bestandteil in allen Bildungseinrichtungen. Sport und Bewegung spielen dabei eine wichtige Rolle. Unser Ziel ist es, gleiche Bildungschancen und ein Recht auf Teilhabe für alle Kinder und Jugendlichen zu schaffen. Die Schaffung eines inklusiven Bildungssystems wollen wir sorgfältig vorbereiten und durch einen intensiven Dialog mit allen Beteiligten begleiten.

Eine bessere, individuelle Förderung von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund ist ebenfalls eine zentrale Voraussetzung für gleiche Bildungschancen. Die Grundlagen müssen schon in der Kita gelegt werden, aber auch die Schulen müssen einen Beitrag leisten, um besonders bei der Sprachförderung vorhandene Defizite auszugleichen und gemeinsam mit den Eltern die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Bildungslaufbahn zu schaffen. Wir sehen in der natürlichen Zwei- oder Mehrsprachigkeit ein wichtiges Potenzial, das durch eine gezielte sprachliche Förderung realisiert werden kann.

Die Qualität von Schule ist uns ein wichtiges Anliegen, denn auch hier gilt unsere Grundüberzeugung, dass Leistungsfähigkeit und soziale Gerechtigkeit im Bildungssystem zwei Seiten derselben Medaille sind. Gute Bildung ist nicht denkbar ohne professionelle, engagierte Lehrerinnen und Lehrer. Wir wollen den Stellenwert der Lehrerausbildung an den Universitäten stärken. Außerdem wollen wir für alle, die schon im Berufsleben stehen, Angebote zur Lehrerfortbildung ausbauen, um sie bei der Vorbereitung auf neue Aufgaben zu unterstützen.

Es ist eine berechtigte Erwartung an unser Schulsystem, dass Umzüge von einem Bundesland ins andere keine unnötigen Probleme schaffen. Der bereits eingeschlagene Weg hin zu mehr Vergleichbarkeit und Mobilität durch die Einführung nationaler Bildungsstandards ist richtig und muss konsequent weiter beschritten werden.

Bürger/innen-Projekt vom Bürgerkonvent am 2. März 2013:
 „Bund soll Gesetzgebungskompetenz für Bildung bekommen durch
 Grundgesetz-Änderung“



Die großen Herausforderungen, vor denen wir in Bildung und Wissenschaft stehen, erfordern neue Formen der Zusammenarbeit von Bund, Ländern und Kommunen. Mit dem Kooperationsverbot in der Bildung ist die Politik einen Irrweg gegangen. Wir wollen es durch einen kooperativen Bildungsföderalismus ersetzen, indem wir das Kooperationsverbot bei der Bildung im Grundgesetz aufheben, und sprechen uns für einen neuen Grundgesetzartikel 104c aus, in dem dauerhafte Finanzhilfen des Bundes für Bildung und Wissenschaft ermöglicht werden.

(Fortsetzung)

Die SPD wird dafür sorgen, dass die zwischen den Ländern bereits vereinbarten nationalen Bildungsstandards auch verbindlich umgesetzt werden. Die Vergleichbarkeit von Schulabschlüssen wird sich dadurch deutlich verbessern. Insbesondere für die gymnasiale Oberstufe sollen in weiteren Fächern nationale Standards entwickelt werden. So machen wir das Abitur bundesweit vergleichbar.

Der weitere Ausbau der öffentlichen Bildungsinfrastruktur und die Bewältigung der großen Herausforderungen in Bildung und Wissenschaft erfordern massive Investitionen, die aber nicht zuletzt aus volkswirtschaftlicher Sicht lohnend sind: Durch Bildungsinvestitionen kann der zukünftige Fachkräftebedarf besser gedeckt werden. Zugleich können soziale Folgekosten, die sich aus zu geringen oder unterlassenen Bildungsinvestitionen ergeben, vermieden werden.

Wir wollen die staatlichen Bildungsausgaben massiv erhöhen. Ab 2014 wollen wir schrittweise aufbauend jährlich 20 Mrd. Euro mehr für Bildung investieren. Davon soll der Bund 10 Mrd. Euro bereitstellen. Die Länder sollen in ihrer eigenen finanziellen Handlungsfähigkeit so gestärkt werden, dass sie weitere 10 Mrd. Euro mehr in Bildung investieren können. Wir halten an dem Ziel fest, die staatlichen Bildungsausgaben in Deutschland mindestens auf das Durchschnittsniveau der OECD-Staaten zu heben. Dem Ziel von sieben Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Bildung kommen wir mit 20 Mrd. Euro mehr pro Jahr einen großen Schritt näher und schaffen damit die Grundlage für einen neuen Bildungsaufbruch in Deutschland.

Duale Ausbildung als tragende Säule der Fachkräfteausbildung stärken und Fachkräftemangel abwenden.

Eine gute Berufsausbildung und stetige Qualifizierung und Weiterbildung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind die Grundlage für wirtschaftlichen Erfolg und die Sicherung der Fachkräftebasis in der Zukunft. Viele junge Menschen haben nach wie vor Probleme beim Einstieg in das Erwerbsleben. Immer noch erhalten jährlich über 80.000 Jugendliche keinen Ausbildungsplatz und fast 270.000 junge Menschen stecken in Maßnahmen, ohne eine qualifizierende Ausbildung zu erreichen. Und es ist nicht hinnehmbar, dass junge Menschen allein aufgrund des Namens oder der Herkunft bei der Ausbildungs- oder Arbeitsplatzsuche benachteiligt werden.

Wir wollen jungen Menschen einen reibungslosen Start in ihren Lebensweg ermöglichen. Von Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden getragene branchenbezogene Ausbildungsfonds können das Angebot betrieblicher Ausbildungsplätze erhöhen. Mit der Berufsausbildungsgarantie werden wir jedem jungen Menschen eine klare und vollwertige Qualifizierungsperspektive geben und setzen dabei zuallererst auf eine Stärkung der betrieblichen Ausbildungsplätze. Wir werden ihnen mit der Bündelung und Intensivierung der zahlreichen Beratungsangebote und gemeinsam mit den Berufsschulen den Einstieg in eine Ausbildung erleichtern und den Übergang in die duale Berufsausbildung fördern.

Dabei wollen wir auch dafür sorgen, dass Mädchen und Jungen gleichermaßen gut beraten in den Beruf starten. Gerade vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels im Bereich der mathematisch-naturwissenschaftlich-technischen Berufe sowie der Sozial-, Bildungs- und Gesundheitsberufe wollen wir eine Beratungsgarantie vor der Ausbildung für junge Menschen, die verbindlich Informationen über alle Berufs- und Verdienstmöglichkeiten für Mädchen und Jungen gewährleistet. Obwohl es rund 350 Ausbildungsberufe gibt, legen sich fast 80 Prozent der Jugendlichen nur auf etwa 40 Berufsmöglichkeiten fest.

Für die Sozialdemokratie bildet die **duale Ausbildung** eine leistungsfähige und tragende, zu akademischen Bildungswegen gleichwertige Säule der Fachkräfteausbildung in Deutschland. Auf diese Stärke der dualen Ausbildung wollen wir weiter bauen. **Zu einer guten Ausbildung gehört aber nicht nur ein Ausbildungsplatz. Auch die Ausbildungsqualität muss stimmen.** Wir wollen die Qualität der schulischen Ausbildungen und die Bedingungen in den Ausbildungsbetrieben verbessern und werden deshalb gemeinsam mit den Tarifpartnern eine Qualitätsoffensive für die betriebliche Ausbildung starten. Dazu gehört für uns auch eine Mindestausbildungsvergütung. Die drei- und dreieinhalb-jährigen Ausbildungsgänge werden wir wieder stärken. Die berufliche Aufstiegsfortbildung werden wir stärken, indem wir die Förderung verbessern und die Absolventinnen und Absolventen auf ihrem Weg in unternehmerische Verantwortung besser unterstützen.

Wir wollen die **Übergänge** von frühkindlicher Bildung in die Grundschulen, vom Primar- in den Sekundarbereich und von der allgemeinbildenden Schule in die Berufsausbildung verbessern. Auch die Übergänge zwischen verschiedenen Schulformen sollen erleichtert werden. Wir begrüßen die Vielfalt von Schulträgern, wo sie mit diesen Zielen vereinbar ist.

Wir setzen uns dafür ein, Räume der non-formalen Bildung zu stärken, da hier ebenso wichtige Ergebnisse in Bildungsprozessen erreicht werden.

Gute Hochschulen sind Motoren für die erfolgreiche und nachhaltige Entwicklung unserer Gesellschaft.

Als Bildungsinstitutionen und als zentrale Orte der Wissenschaft sind Hochschulen Motoren einer erfolgreichen und nachhaltigen Entwicklung unserer Gesellschaft. Ein gutes Studium für alle Studierenden zu ermöglichen – das muss an den Hochschulen wie auch in der Hochschulpolitik in den nächsten Jahren eine herausgehobene Rolle spielen. Akademische Bildung muss in ihrem Anspruch dem Heranführen der Studierenden an eigenständige und eigenverantwortliche, an den Prinzipien der Wissenschaft orientierte Arbeit gerecht werden.

Das Thema gute Lehre und Initiativen zur **Qualitätsverbesserung von Lehre und Studium** gehören ins Zentrum unserer hochschulpolitischen Anstrengungen, denn gute Lehre ist ein, wenn nicht das wesentliche Qualitätsmerkmal einer guten Hochschule. Für bessere Lehre an den Hochschulen werden wir den Pakt „Gute Lehre“ ausbauen.

Es kommen immer mehr Studierende mit unterschiedlichen Bildungsbiographien,

sozialen und kulturellen Hintergründen und Lebensentwürfen an die Hochschulen – dem müssen die Hochschulen durch gezielte Angebote, aber auch durch eine bessere Durchlässigkeit zwischen Fachhochschulen und Universitäten gerecht werden. Die **Öffnung der Hochschulen** für beruflich Qualifizierte wollen wir weiter vorantreiben, indem wir die Hochschulen bei der Schaffung und dem Ausbau von Angeboten des **Studiums ohne Abitur** unterstützen.

Die gestiegenen Studierendenzahlen sind ein Erfolg. Wir wollen durch eine **Ausweitung des Hochschulpakts** die zunehmende Studiennachfrage aufgreifen und Hochschulen dabei helfen, ihr Studienangebot deutlich auszubauen. Wir setzen uns für die Anerkennung des Bachelors als ersten berufsqualifizierenden Abschluss ein. Für uns gilt: Ein erfolgreich abgeschlossenes Bachelor-Studium ist eine allgemeine **Master-Zugangsberechtigung**.

Gemeinsam mit den Bundesländern wollen wir auf der Grundlage neuer verfassungsrechtlicher Möglichkeiten die **Grundfinanzierung der Hochschulen** stärken, um durch verlässliche Finanzstrukturen vor allem die Qualität der Lehre zu verbessern.

Zu einem guten Studium gehört eine gute **soziale Infrastruktur an Hochschulen**. Wir wollen das Angebot an günstigem studentischem Wohnraum, Beratungsmöglichkeiten und Mensen bedarfsgerecht ausbauen. In Zukunft müssen außerdem die Probleme von Studierenden mit Kindern besser berücksichtigt und Kinderbetreuungsangebote an Hochschulen erweitert werden.

Ein **gebührenfreies Studium** und ein starkes **BAföG** sind wichtige Voraussetzungen dafür, dass finanzielle Gründe niemanden vom Studium abhalten. Wir wollen das BAföG bedarfsgerecht weiterentwickeln. Das Schüler-BAföG wollen wir revitalisieren.

Das von der schwarz-gelben Bundesregierung eingeführte Deutschlandstipendium wollen wir auslaufen lassen und die frei werdenden Mittel zur Verbesserung des BAföG verwenden.

Forschung und Entwicklung für den Fortschritt.

Die Stärkung von Wissenschaft und Forschung ist für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes von herausragender Bedeutung. Innovationen aus Wissenschaft und Forschung tragen wesentlich zur Modernisierung unserer Gesellschaft und Wirtschaft bei. Mit der Forschungsförderung aus öffentlichen Mitteln gewährleisten wir, dass Forschung und Entwicklung in gesellschaftlicher Verantwortung stattfinden.

Forschung und Entwicklung sind entscheidend, um die großen Herausforderungen unserer Zeit zu meistern. Energiewende und ressourcenschonendes Wirtschaften, Gesundheit und Demographie, sozialer Zusammenhalt und digitale Sicherheit – dazu brauchen wir neue Vorstöße aus allen Wissenschaftsdisziplinen.

Gute Hochschulen sind ohne **Forschung** nicht denkbar. Sie leisten einen zentralen Beitrag zu Wissenschaft und Forschung in Deutschland. Durch eine entsprechende Aus-

richtung der Forschungsfinanzierung wollen wir dafür Sorge tragen, dass Forschung an Hochschulen so gefördert wird, wie es ihrer zentralen Rolle im Wissenschaftssystem entspricht. Der Schlüssel liegt in einer besseren Grundfinanzierung der Hochschulen, für die Bund und Länder gemeinsam Verantwortung tragen.

Die außeruniversitären Forschungseinrichtungen leisten exzellente Arbeit. Um ihnen eine verlässliche Planung über längere Zeit hinweg zu ermöglichen, haben sich Bund und Länder im **Pakt für Forschung und Innovation** verpflichtet, die Förderung der großen Forschungsorganisationen jährlich zu steigern. Diese verlässliche Förderung wollen wir auch in Zukunft fortsetzen. Die Wissenschaft in Deutschland hat durch die Exzellenzinitiative deutlich an internationaler Sichtbarkeit gewonnen. An vielen Universitäten wurden strategische Entwicklungen in Gang gesetzt, interdisziplinäre Cluster wurden gegründet und der Ausbau von Graduiertenschulen hat einen Schwung erfahren. Es ist wichtig, dass diese positive Entwicklung auch zukünftig fortgesetzt wird.

Das Prinzip der „**Guten Arbeit**“ muss auch in **Wissenschaft und Forschung** gelten. Wir wollen für Tätigkeiten in Wissenschaft und Forschung mehr unbefristete Beschäftigungschancen und verlässliche Berufsperspektiven schaffen, auch und gerade jenseits der Professur auf Lebenszeit, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern. Klar ist aber auch, dass Befristungen und Zeitverträge bei Qualifizierungsstellen nicht zu vermeiden sind. Wir werden im **Wissenschaftszeitvertragsgesetz** Mindeststandards für Befristungen schaffen und für mehr Gestaltungsspielräume der Tarifparteien sorgen.

Um den zahlreichen **Nachwuchswissenschaftlerinnen und Nachwuchswissenschaftlern**, die insbesondere im Rahmen der Exzellenzinitiative in das deutsche Wissenschaftssystem gekommen sind, **verlässliche Karriereperspektiven** zu bieten, brauchen wir zusätzliche Stellen in allen Personalkategorien: Professuren, Juniorprofessuren und akademischer Mittelbau.

Frauen sind in Wissenschaft und Forschung nach wie vor deutlich unterrepräsentiert. Wir wollen den **Frauenanteil im Wissenschaftssystem** durch am Kaskadenmodell orientierte Zielquoten nachhaltig erhöhen. In wissenschaftlichen Führungsgremien wollen wir einen Anteil von mindestens 40 Prozent erreichen.

Transparenz und Partizipation bei der Festlegung von Forschungszielen und deren finanzieller Ausstattung wird von der Zivilgesellschaft zu Recht eingefordert. Wir richten daher beim Bundesministerium für Bildung und Forschung ein Wissenschaftsforum ein, in dem der Zivilgesellschaft eine signifikante Partizipation, insbesondere bei der Bearbeitung zentraler Zukunftsfragen (z.B. Klimawandel, Energiewende, Ernährungssicherheit, Urbanisierung, Armutsbekämpfung), in öffentlich geförderten Projekten sichergestellt wird. Das Wissenschaftsforum unterhält zudem einen eigenen Wissenschaftsfonds, durch den partizipative und transdisziplinäre Projekte mit besonderer gesamtgesellschaftlicher Ausrichtung zusätzlich unterstützt werden können.

Niemand darf zurückbleiben.

Niemand darf zurückbleiben. Unser Bildungssektor muss immer wieder neue Chancen

eröffnen und durchlässig sein. Das ist in Deutschland bisher nicht erreicht. Im Gegenteil: 7,5 Millionen Menschen in Deutschland verfügen heute nicht über notwendige Lese- und Schreibkompetenzen. Rund 2,2 Millionen junge Erwachsene unter 35 haben keinen Berufsabschluss und bleiben überwiegend in gering bezahlten Hilfstätigkeiten. Wir wollen diesen Gruppen durch gezielte Maßnahmen neue Perspektiven eröffnen. Mit einer Alphabetisierungs-Dekade wollen wir die **direkten Grundbildungsangebote** ausbauen.

Jungen Erwachsenen ohne Schulabschluss wollen wir eine nachholende, vollwertige Qualifizierung anbieten.

Wir wollen einen Rechtsanspruch auf Weiterbildung für alle, der den Bürgerinnen und Bürgern gute Beratung und abgesicherte Freistellungsphasen garantiert. In diesem Sinne wollen wir die Arbeitslosenversicherung zu einer Arbeitsversicherung weiterentwickeln. Die Tarifpartner wollen wir unterstützen, tarifliche Weiterbildungsvereinbarungen zu treffen und mit Weiterbildungsfonds abzusichern. Denjenigen Berufstätigen, die ihren beruflichen Aufstieg durch Bildung durch Lehrgänge oder ein Studium in die Hand nehmen, wollen wir helfen, unabhängig von ihrem Alter oder bisherigen Bildungsstand. Das Aufstiegsstipendium für beruflich Qualifizierte wollen wir zu einem Förderanspruch für ein Studium ohne Abitur weiterentwickeln.

Wir wollen, dass die vielen Menschen mit **ausländischen Berufs- und Hochschulabschlüssen** nicht mehr unterhalb ihres Qualifikationsniveaus arbeiten bzw. als ungelernnt gelten müssen. Das 2012 verabschiedete Anerkennungsgesetz für ausländische Abschlüsse konnte die Erwartungen auf eine Trendwende in der restriktiven Anerkennungspraxis in keiner Weise erfüllen.

Deshalb ist es erforderlich, die Anerkennungsverfahren zu beschleunigen, die persönliche Beratung von Betroffenen sicherzustellen und anfallende Gebühren oder Kosten für Anpassungsmaßnahmen auf einem sozial verträglichen Niveau zu halten. Das ist eine wesentliche Voraussetzung für die gesellschaftliche Integration in unserem Land. Nicht nur die Betroffenen selbst profitieren von einer konsequenteren Anerkennung ihrer Bildungsabschlüsse, auch für unsere Wirtschaft ist es in Zeiten eines Fachkräftemangels von hoher Wichtigkeit.

III.2 GLEICHBERECHTIGUNG UND GLEICHSTELLUNG VERWIRKLICHEN

Wir leben in einer vielfältigen Gesellschaft, in der Menschen ganz unterschiedliche Leben führen. Wir streben eine Gesellschaft an, in der jeder Mensch sich frei entfalten kann, ohne die Würde und Freiheit anderer zu verletzen. Wir widersetzen uns jeder Form der Diskriminierung. Jeder Form des Sexismus und allen Formen von frauenverachtendem Verhalten und Gewalt gegen Frauen sagen wir den Kampf an. Politik muss das Rüstzeug bereitstellen für unterschiedliche Lebensmodelle. Unser Leitbild ist eine offene und sozial gerechte Gesellschaft, in der jede und jeder ohne Angst verschieden sein kann.

Die umfassende und chancengleiche Möglichkeit der Teilhabe ist Grundvoraussetzung dafür, dass Menschen sich als Teil der Gesellschaft verstehen und sich in ihr engagieren. Wir wollen eine Gesellschaft, deren sozialer Zusammenhalt durch gegenseitige Wertschätzung und Anerkennung im Umgang miteinander in jeder Situation gestärkt wird. Wir wollen eine Gesellschaft, die sich jeder Form der Diskriminierung widersetzt und eine Kultur des Widerspruchs fördert, wenn bewusst oder unbewusst Rechte und Würde des Menschen verletzt werden, und einen Staat, der diese Würde und Rechte wirksam schützt. Wir bekämpfen jede Form der Diskriminierung, ob wegen Herkunft, Geschlecht, sexueller Identität, Religion und Weltanschauung, Behinderung oder Alter. Deswegen wollen wir die Gleichheitsrechte im Grundgesetz Art. 3 um die sexuelle Identität ergänzen. Wir gehen entschieden vor gegen Homophobie und tragen zur Akzeptanz von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, trans- und intergeschlechtlichen Menschen bei. Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) werden wir weiterentwickeln und eine bessere Finanzierung für die Antidiskriminierungsstelle des Bundes sicherstellen. Wir achten und schätzen die Religionsfreiheit und die religiöse und weltanschauliche Vielfalt in Deutschland. Deutschlands große Stärke ist seine vielfältige Gesellschaft. Integration findet aus der Mitte der Gesellschaft statt.

Frei in ihren Entscheidungen sein und den eigenen Lebensentwurf verwirklichen – das wollen auch gleichgeschlechtliche Paare. Die Gleichstellung von eingetragenen Lebenspartnerschaften allein mittels Gerichtsurteilen ist für uns keine politische Option. Wir wollen die Ehe für gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften öffnen und diese damit auch im Adoptionsrecht und im Steuerrecht gleichstellen.

Nicht jeder Mensch fühlt sich dem Geschlecht zugehörig, das bei der Geburt festgestellt wurde. Und nicht jeder Mensch wird eindeutig weiblich oder männlich geboren. Im Bewusstsein dieser Realität setzen wir uns für die Achtung der Menschenwürde, der geschlechtlichen Selbstbestimmung und des Rechts auf körperliche Unversehrtheit trans- und intergeschlechtlicher Menschen ein.

Die Rollen von Frauen und Männern haben sich verändert, ebenso die Vorstellungen von **Partnerschaft und Familie**. Die Menschen leben in unterschiedlichen Modellen allein oder miteinander. Sie sind verheiratet oder unverheiratet, sie sind Singles oder geschieden, allein erziehend oder in Patchwork-Familien. Sie leben in einer oder mit zwei oder drei Generationen unter einem Dach. Das erfordert eine in sich schlüssige Politik, die nicht länger nur unverbunden repariert, sondern sich am Lebensverlauf orientiert.

Das gilt auch für das Einkommensteuerrecht. Das **Ehegattensplitting** begünstigt die Einverdienerehe und die Steuerklassenkombination III/V führt zu einer unangemessen hohen monatlichen Belastung des niedrigeren Einkommens. Dies hindert Frauen an Erwerbstätigkeit und hält sie hartnäckig in der Rolle von Zuverdienerinnen. Außerdem ist es gesellschaftlich ungerecht: Der Splittingvorteil ist am größten einerseits für Spitzenverdiener und andererseits für Paare mit der größten Einkommensdifferenz zwischen den Partnern. Wir wollen das Steuersystem so erneuern, dass sich die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit auch für verheiratete Frauen lohnt und die Vielfalt der Familienformen berücksichtigt wird. Wir wollen Alleinerziehende steuerlich mehr als bisher entlasten. Das Familiensplitting lehnen wir ab, weil es nur die Spitzeneinkommen begünstigt.

In Ehen und eingetragenen Lebenspartnerschaften stehen Partner füreinander ein. Deshalb wollen wir für künftige Ehen ab einem Stichtag anstelle des Ehegattensplittings einen Partnerschaftstarif für Ehegatten einführen, bei dem beide Partner individuell besteuert werden, wobei aber die gegenseitigen Unterhaltsverpflichtungen berücksichtigt werden. Für Ehepartner, die ihre Lebensplanung auf das bisherige Steuersystem ausgerichtet haben, wollen wir nichts ändern. Anstelle der Steuerklassenkombination III/V wollen wir das so genannte Faktorverfahren zur Norm machen. Dabei werden beide Einkommen mit einem gleich hohen Durchschnittssatz besteuert.

Wir wollen, dass Frauen und Männer im Berufsleben gleichgestellt sind: beim Start in das Erwerbsleben, beim Lohn, bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie ebenso wie bei beruflichem Aufstieg und der Beteiligung in wirtschaftlichen Entscheidungen.

Immer mehr Frauen sind berufstätig. Finanziell auf eigenen Beinen stehen viele deshalb noch lange nicht. Frauen werden trotz bester Ausbildung weiterhin benachteiligt. Diese Geschlechterdiskriminierung auf dem Arbeitsmarkt muss beendet werden. Dass Frauen erheblich weniger verdienen als Männer hat strukturelle, keinesfalls aber selbst verschuldete Gründe.

Frauen müssen für gleiche und gleichwertige Arbeit gleich bezahlt werden wie Männer. Wir werden mit einem **Entgeltgleichheitsgesetz** die Betriebe verpflichten, Lohndiskriminierung von Frauen aufzudecken und zu beenden. Durchschlagskraft hat ein solches Gesetz nur, wenn Betriebe bei Untätigkeit sanktioniert werden.

Auch um die gläserne Decke für Frauen einzureißen, braucht es einen gesetzlichen Rahmen. Wir werden deshalb eine **40-Prozent-Geschlechterquote für Aufsichtsräte** und Vorstände börsennotierter und mitbestimmter Unternehmen verbindlich festlegen, auch weil eine ausgewogenere Führungsstruktur die Unternehmenskultur auf allen Ebenen verbessern kann. Bei der Beteiligung von Frauen in Führungspositionen muss der öffentliche Sektor beispielhaft vorangehen.

Das Bundesgremienbesetzungsgesetz und das Bundesgleichstellungsgesetz werden wir überarbeiten. Der öffentliche Sektor muss mit gutem Beispiel vorangehen. Damit werden wir bei der Besetzung von Aufsichtsgremien und Führungsfunktionen in Unternehmen mit mehrheitlicher Bundesbeteiligung im Vorgriff auf gesetzliche Regelungen beginnen.

Wir wollen analog dem Bundesgleichstellungsgesetz verbindliche Regelungen für die Förderung von Frauen in allen Betriebshierarchien, in denen sie unterrepräsentiert sind, für die Privatwirtschaft einführen.

Wir wollen den Raum dafür schaffen, dass Menschen besser über ihre Zeit verfügen können. Wir wollen sie stärker dabei unterstützen, Beruf, Familie und Engagement zu vereinbaren.

Dauer und Lage der Arbeitszeit beeinflussen die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, an kulturellen, sozialen und ehrenamtlichen Betätigungen der Menschen. Wir sehen

den generellen Trend zu wieder längeren Arbeitszeiten kritisch. Wir unterstützen die Gewerkschaften in ihrem Bestreben, den **Beschäftigten mehr Zeitautonomie zu verschaffen** und die Belastungen durch überlange Arbeitszeiten abzubauen.

Es bedarf sowohl familiengerechter Arbeitszeiten im Betrieb, als auch einer besseren Infrastruktur und verlässlicher Rechtsansprüche bei der Bildung und Betreuung von Kindern und Pflegebedürftigen. Auch Väter wollen sich verstärkt in die Familie einbringen und mehr Zeit investieren. Dabei brauchen sie unsere Unterstützung.

Eine **Familienarbeitszeit** soll Eltern erlauben, ihre Arbeitszeit zeitlich befristet partnerschaftlich zu reduzieren (z.B. 30-Stunden-Woche), ohne dass dies zu Lasten ihrer beruflichen Entwicklung geht.

Wir werden im Teilzeit- und Befristungsgesetz für Eltern und pflegende Angehörige den Rechtsanspruch auf Reduzierung der Arbeitszeit um ein Rückkehrrecht zur alten Arbeitszeit ergänzen. Wir werden das bestehende Diskriminierungsverbot im Teilzeit- und Befristungsgesetz durchsetzen. Arbeit muss mit Leben und Familie vereinbar sein. Es geht darum, den Bedürfnissen der Beschäftigten über verschiedene Phasen des Erwerbslebens besser gerecht zu werden.

Jobs auf unterschiedlichen Hierarchieebenen müssen flexibel mit verschiedenen Wochenstunden geleistet werden können. Die Möglichkeiten von **Job-Sharing** sollen ausgebaut werden. Die Arbeitszeiten sollen dem Lebensverlauf folgen. Dafür werden wir den **Rechtsanspruch auf Arbeitszeitreduzierung** konkretisieren und stärken.

Wir wollen Betriebe in dieser Revolution des Arbeitsmodells unterstützen: Sie brauchen Anreizsysteme zur Einführung von **Lebensarbeitszeitkonten** und **Arbeitszeitkonten**, die kurzzeitige Arbeitsunterbrechungen bspw. für Pflege und Betreuung oder längere Unterbrechungen für Weiterbildung ermöglichen. Wir setzen uns auch für mehr **Mitbestimmung** für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ein, wenn Arbeitszeiten aus betrieblichen Gründen reduziert werden.

Wir brauchen eine **neue Arbeitskultur**. Es muss um Ergebnisse der Arbeit gehen, statt um Anwesenheitszwang und Überstunden. Die Möglichkeiten von mobilen und internetbasierten Arbeitsformen können helfen, mehr Zeitsouveränität für Beschäftigte zu schaffen. **Aber:** Freizeit muss Freizeit sein. Wir unterstützen die Tarifpartner darin, Flexibilität im Sinne der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu ermöglichen. Wir wollen familienfreundliche und gesunde Arbeitsbedingungen statt Dauerbelastung.

III.3 FAMILIEN GEHEN VOR

Für die SPD ist Familie überall dort, wo Menschen dauerhaft füreinander Verantwortung übernehmen. Dazu gehören Paare – ob mit oder ohne Kinder und Trauschein – ebenso wie Alleinerziehende, Patchwork- oder Regenbogenfamilien sowie Großeltern und Menschen, die für ihre pflegebedürftigen Eltern sorgen. Zur Familie gehören

Jung und Alt. Es geht uns um ein solidarisches Miteinander der Generationen. Eine moderne Familienpolitik muss mit guten Rahmenbedingungen die Familien dabei unterstützen, ihre unterschiedlichen Lebensentwürfe bestmöglich zu verwirklichen und eine moderne Partnerschaftlichkeit leben zu können.

Dafür brauchen wir vor allem eine familienfreundliche Arbeitswelt, gute Ganztagsbildungs- und -betreuungsangebote und eine gute materielle Absicherung aller Kinder. Unsere moderne Familienpolitik orientiert sich an diesem Dreiklang von Infrastruktur, Zeit und Geld.

**Bürger/innen-Projekt vom Bürgerkonvent am 2. März 2013:
„Förderprogramm von Ganztagskitas und -schulen durch den Bund“**



Wir wollen in ganz Deutschland stufenweise ein flächendeckendes, bedarfsgerechtes Angebot an Ganztagskitas und Ganztagssschulen ausbauen. Der Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz muss umfassend eingelöst werden, damit nicht länger der Zufall des Wohnorts über Bildungschancen der Kinder entscheiden. Um Chancengleichheit zu erreichen, muss Gebührenfreiheit gelten. Daher müssen wir diejenigen, die Kitaplätze bereitstellen, insbesondere die Kommunen, angemessen finanziell ausstatten. Auch deshalb werden wir das bildungsfeindliche Betreuungsgeld abschaffen. Die bis 2 Mrd. Euro, die dafür mittelfristig jährlich anfallen würden, werden wir komplett in den Ausbau von Kitas und Tagespflege investieren.

Die SPD hat bereits einen Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz ab einem Jahr durchgesetzt. Wir werden diesen zu einem Rechtsanspruch auf Ganztagsbildung und -betreuung weiterentwickeln. Mit einem Stufenplan soll ein flächendeckendes Angebot von Ganztagskitas und Ganztagssschulen entstehen.

Wir wollen gute frühkindliche Bildung.

Kitas sind frühkindliche Bildungseinrichtungen mit einer Vielzahl von Angeboten für Kinder und deren Familien. Familienzentren bieten wichtige Angebote der Elternbildung und -beratung. Wir wollen sie weiter fördern. Wir wollen auch die Qualität der Einrichtungen weiterentwickeln. Die gestiegenen Anforderungen an die Erzieherinnen und Erzieher müssen ihren Niederschlag auch in einer guten Ausbildung finden. Wir werden dies vom Bund aus durch eine Fachkräfteoffensive für Erzieherinnen und Erzieher unterstützen.

Auch die Kindertagespflege muss konsequent in das Gesamtkonzept einer qualitativ hochwertigen frühkindlichen Bildung und Betreuung eingebunden werden, um Eltern bei Bedarf eine Alternative zu Krippe oder Kita zu bieten und den Rechtsanspruch für unter dreijährige Kinder auch im ländlichen Raum zu realisieren. Bislang bleibt jedoch ihr Ausbau deutlich hinter den gesetzten Zielen zurück. Wir werden deshalb gemeinsam mit den Ländern bessere Voraussetzungen für eine qualitativ hochwertige

Kindertagespflege schaffen. Dazu gehört unter anderem eine aktivere Steuerungsrolle der Jugendämter in der Kindertagespflege, eine stärkere Vernetzung von Kindertagespflege und Kindertageseinrichtungen sowie die bessere und überregional vergleichbar geregelte Qualifizierung, Fortbildung und Bezahlung von Tagespflegepersonen.

Wir wollen, dass alle Kinder in materieller Sicherheit aufwachsen können.

Neben einer guten Infrastruktur brauchen Familien aber auch eine gute materielle Absicherung. Wir wollen für mehr Gerechtigkeit und Zielgenauigkeit in der Familienförderung sorgen. Heute bekommt ein Spitzenverdiener mehr Entlastung für seine Kinder als ein Normalverdiener, dies ist ungerecht. Gleichzeitig gelingt es im aktuellen System nicht, materielle Kinderarmut wirksam zu bekämpfen. Deshalb werden wir den Familienleistungsausgleich vom Kopf auf die Füße stellen. Mit unserem „sozial gestaffelten Kindergeld“ werden wir ein einkommensabhängiges Kindergeld für geringe und untere mittlere Einkommen einführen, in das wir den bisherigen Kinderzuschlag integrieren. Es wird künftig **Familien mit kleineren Einkommen überdurchschnittlich fördern** und nicht mehr die mit den höchsten Einkommen. Beispielsweise sollen berufstätige Familien mit zwei Kindern und einem Einkommen von unter 3.000 Euro monatlich künftig ein um bis zu 140 Euro pro Kind und Monat **erhöhtes Kindergeld** erhalten. Alle anderen Familien erhalten je Kind einheitlich wie bisher ein Kindergeld von 184 Euro im Monat. Der darüber hinaus gehende bisherige Steuervorteil für Familien mit hohen Einkommen entfällt. Für dritte und weitere Kinder bleibt es bei den erhöhten Kindergeldsätzen. Für die Finanzierung des sozial gestaffelten Kindergeldes werden wir auch die Familienleistungen einer Überprüfung unterziehen.

Das Neue Kindergeld ist eine wichtige Ergänzung des flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns in Höhe von 8,50 Euro. Mindestlohn und Neues Kindergeld sorgen gemeinsam dafür, dass Eltern, die Vollzeit arbeiten, nicht in die Bedürftigkeit abrutschen.

Der flächendeckende Ausbau von Ganztagsangeboten in Kitas und Schulen, gekoppelt mit dem Neuen Kindergeld, ist unsere sozialdemokratische Kindergrundsicherung. Sie verbindet gute Bildungschancen für alle Kinder mit einer gerechten materiellen Absicherung für Familien.

Alle Kinder haben ein Recht auf Teilhabe. Dieses Recht gilt es sicherzustellen. Das Bildungspaket für bedürftige Kinder, das 2011 eingeführt wurde, erfüllt diesen Anspruch nicht in zufriedenstellender Form. Wir werden es reformieren.

Um die Kinder von Alleinerziehenden zu stärken, werden wir den Unterhaltsvorschuss ausbauen und Alleinerziehende besser dabei unterstützen, Unterhaltsansprüche durchzusetzen.

Wir wollen mehr Zeit für Familie schaffen, indem wir Eltern besser dabei unterstützen, Beruf, Familie und Engagement zu vereinbaren.

Wir brauchen mehr Zeit für Familie. Neben einer besseren Infrastruktur ist eine familienfreundliche Arbeitswelt notwendig. Eine **Familienarbeitszeit** soll Eltern erlauben,

ihre Arbeitszeit zeitlich befristet partnerschaftlich zu reduzieren (z.B. 30-Stunden-Woche), ohne dass dies zu Lasten ihrer beruflichen Entwicklung geht.

Wir wollen sicherstellen, dass Teilzeit nicht zur Sackgasse wird. Wer familienbedingt in Teilzeit gegangen ist, soll einen Rechtsanspruch erhalten, in Vollzeit zurückzukehren. Das erfolgreiche Elterngeld werden wir so weiterentwickeln, dass Partnerschaftlichkeit gestärkt wird. Mütter und Väter können heute nur sieben Monate lang gleichzeitig Teilzeit arbeiten und Elterngeld beziehen. Das werden wir ändern: Auch sie sollen künftig 14 Monate lang Elterngeld beziehen können.

Wir werden auch Alleinerziehenden mit gemeinsamer Sorge den Bezug von maximal 14 Monaten Elterngeld ermöglichen, wenn vom anderen Elternteil kein Elterngeld beansprucht wird. Wir wollen das Basiselterngeld für SGB II Empfänger/innen wieder anrechnungsfrei stellen.

Aufgrund des demografischen Wandels sind immer mehr Menschen pflegebedürftig. Die meisten von ihnen werden von Familien gepflegt. Die große Herausforderung für die Angehörigen von Pflegebedürftigen hat längst die Familien erreicht. Die Doppel- manchmal Dreifachbelastung der Betroffenen führt oft zu Ausfällen, die weder der Einzelne noch die Gesellschaft verkraften kann. Es ist wichtig, dass Frauen und Männer trotz der Pflege von Angehörigen im Arbeitsprozess bleiben und nicht dauerhaft aussteigen müssen. Deshalb ist es dringend erforderlich, dass wir Angehörige von Pflegebedürftigen besser dabei unterstützen, Beruf, Pflege und Sorgearbeit zu vereinbaren. Die zehntägige Auszeit für Angehörige, die kurzfristig Zeit für die Organisation einer neuen Pflegesituation benötigen, werden wir aufbauend auf der geltenden gesetzlichen Regelung mit einer Lohnersatzleistung analog dem Kinderkrankengeld koppeln. Für länger andauernde Pflegesituationen wollen wir eine flexible Pflegezeit mit Lohnersatzleistung entwickeln. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die ihre Arbeitszeit für die Pflege Angehöriger verringert haben, müssen wieder auf die alte Arbeitszeit zurückkehren können. Beide Maßnahmen sollen aus der Pflegeversicherung finanziert werden.

III. 4 JUGENDPOLITIK

Gestiegene Bildungserfordernisse, Globalisierung von Wirtschaft und Arbeitsmärkten, Leistungs- und Zeitdruck – die Anforderungen an junge Menschen sind gewachsen. Aufgrund dieser gestiegenen Anforderungen ist für ein gutes Aufwachsen aller jungen Menschen mehr denn je öffentliche und gesellschaftliche Verantwortung gefragt. Wir wollen junge Menschen befähigen, ihre Talente zu entdecken und ihre Persönlichkeit zu entwickeln. Sichtbare und unsichtbare Hindernisse, die durch soziale, kulturelle, ethnische oder gesundheitliche Unterschiede bestehen, wollen wir aus dem Weg räumen – wie auch Hindernisse, die auf das Geschlecht oder die sexuelle Identität zurückzuführen sind. Wir wollen allen jungen Menschen gutes Aufwachsen und Aufstieg durch gleiche Chancen und echte Teilhabe ermöglichen. Passgenaue Rahmenbedingungen müssen an den unterschiedlichen Bedürfnissen und Gegebenheiten der

jungen Menschen ausgerichtet sein. Dies geht nur mit einer schlüssigen und stimmigen Jugendpolitik, die auf die Bedürfnisse der jungen Menschen abgestimmte Angebote für verschiedene Lebenslagen macht. Notwendig ist, Jugendpolitik als zentrales Politikfeld, als Zukunftspolitik zu begreifen und zu gestalten.

Gute Jugendpolitik lässt deshalb Zeit und Raum für Entwicklung. Jugendpolitik muss der Persönlichkeitsentfaltung verpflichtet sein. Deshalb wollen wir alle jungen Menschen dabei unterstützen, ihren Weg zu gehen und sich selbst zu entfalten durch ein selbstbestimmtes Leben. Dazu brauchen Jugendliche lokale, zeitliche, partizipative und ökonomische Freiräume.

Besonders bei den **Übergängen von Schule in Ausbildung oder Studium** und dann in den Beruf müssen Jugendliche immer wieder Hindernisse und Schwierigkeiten überwinden. Wir wollen eine Politik, die Fehler verzeiht und zweite, dritte und jede weitere Chance gewährt, die ein junger Mensch braucht, um seinen Weg zu finden. Gute Jugendpolitik ist „integrierte soziale Lebenslaufpolitik“, die in der jeweiligen Lebenslage die optimale Unterstützung gewährt.

Damit junge Menschen ihre Persönlichkeit entwickeln können, damit sie ihre Freiräume nutzen können, müssen sie frei sein von existenziellen Sorgen. Sie brauchen eine **verlässliche soziale Sicherung**. Deshalb setzen wir auf gute Arbeit, existenzsichernde Löhne, soziale Sicherung – für die Eltern und für die Jugendlichen selbst. Für ältere Jugendliche und junge Erwachsene ist das Armutsrisiko besonders hoch, wenn der Übergang in eine existenzsichernde und sozial abgesicherte Beschäftigung schwierig ist oder nicht gelingt. Deshalb wollen wir allen Jugendlichen einen Schul- und Berufsabschluss ermöglichen. Ein fairer Einstieg ins Berufsleben und gute Arbeit müssen sich anschließen. Dabei darf uns kein junger Mensch verloren gehen. Das BAföG muss sicherstellen, dass Bildungsbeteiligung nicht an mangelndem Geld scheitert.

Gute Jugendpolitik stellt gute Infrastruktur zur Verfügung. Zum guten Aufwachsen brauchen junge Menschen verlässliche Strukturen und gute Angebote. Dazu gehören Angebote zur Bildung und zur Freizeitgestaltung, Mobilität, Zugang zum Internet und vieles mehr. Es ist Aufgabe von Kommunen, Ländern und Bund, im Rahmen der öffentlichen Daseinsvorsorge solche Angebote flächendeckend, bedarfsgerecht und in guter Qualität zur Verfügung zu stellen. Den Kommunen kommt dabei eine besondere Bedeutung zu. Sie brauchen eine solide finanzielle Ausstattung, um Rahmenbedingungen für gutes Aufwachsen aufrechterhalten und neu schaffen zu können. So leisten sie einen wichtigen Beitrag zu einer starken Demokratie. Denn dort, wo soziale Infrastruktur wegbricht, werden antidemokratische Strukturen gestärkt.

Für uns ist dabei klar: Orte der **Jugendarbeit** gehören genauso wie Kita und Schule zur Grundversorgung. Jugendarbeit muss gestärkt werden und bedarfsgerecht ausgestattet sein. Die Kinder- und Jugendpläne von Bund und Ländern sind hierfür die zentralen Förderinstrumente. Hierzu zählt auch eine ausreichende Förderung bundeszentraler Infrastruktur der Jugendverbände.

Wir wollen eine **Gesamtstrategie für ein gutes Aufwachsen junger Menschen** unter

Einbeziehung aller relevanten Politikfelder und föderalen Ebenen entwickeln. Diese Gesamtstrategie umfasst die vier Dimensionen, die das Bundesjugendkuratorium 2009 in seiner „Neupositionierung von Jugendpolitik“ entwickelt hat. Das sind Schutz- und Unterstützungspolitik, Befähigungspolitik, Teilhabepolitik und Generationenpolitik.

Eine gute Jugendpolitik muss flexibel bleiben. Denn die Bedingungen, unter denen junge Menschen heranwachsen, sind im Fluss, die Jugendphase verändert sich stetig. Was gute Jugendpolitik ausmacht, muss deshalb ständig neu ausgehandelt werden. Wir wollen diesen Dialog suchen und führen und hierfür entsprechende Strukturen zur Verfügung stellen. Dabei ist wichtig, junge Menschen als gleichberechtigte Partnerinnen und Partner anzuerkennen. Wir wollen das Wahlalter auf 16 Jahre senken.

Ein zentrales Instrument sind die Strukturen der **Jugendverbandsarbeit**. Jugendverbände sind breit und heterogen zusammengesetzt und demokratisch legitimierte Interessenvertretung junger Menschen. Wir wollen Vereine, Jugendverbände, Jugendinitiativen und Jugendzentren in ihren Strukturen fördern und stärken. Sie können wichtige Beiträge im Rahmen der Entwicklung einer eigenständigen Jugendpolitik leisten.

Gerade das freiwillige Engagement junger Menschen ist wichtig für die Entwicklung unserer Zivilgesellschaft. Bei dem neu eingeführten Bundesfreiwilligendienst sehen wir erheblichen Nachbesserungsbedarf. Wir setzen auf den konsequenten Ausbau der bewährten Jugendfreiwilligendienste. Wir wollen Transparenz und Rechtssicherheit für Jugendfreiwilligendienste durch ein Freiwilligendienststatusgesetz schaffen und mehr Anerkennung für Freiwilligendienstleistende erreichen.

Wir wollen auch die Rahmenbedingungen für das Engagement junger Menschen gezielt verbessern. Deshalb werden wir gesellschaftspolitisches Engagement in Vereinen und Verbänden bei der Bemessung der Förderzeiten im Rahmen des BAföG dem hochschulpolitischen Engagement gleichstellen. Zudem werden wir prüfen, wie wir Auszubildenden mehr Zeitautonomie für gesellschaftspolitisches Engagement geben können.

Gute Jugendpolitik hat die vollständige Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention und damit die Verwirklichung der **Rechte von Kindern und Jugendlichen** zum Ziel. Wir wollen jede politische Maßnahme, jedes Gesetz daraufhin überprüfen, ob sie vereinbar sind mit den international vereinbarten Kinderrechten. Außerdem wollen wir die **Kinderrechte im Grundgesetz verankern**.

Das Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen soll frei von jeder Form von Gewalt, auch sexualisierter Gewalt stattfinden. Um sexualisierter Gewalt entschieden entgegenzutreten und ihr zum Schutz der Kinder und Jugendlichen möglichst frühzeitig vorzubeugen, fördern wir verstärkt Präventionskonzepte und -maßnahmen. Betroffenen wollen wir verbesserte Hilfen ermöglichen. Wir wollen die strafrechtliche Verfolgbarkeit von Kindesmissbrauch durch Verlängerung der strafrechtlichen Ruhens- und Verjährungsfristen ausweiten. Zudem ist für uns die unabhängige Aufarbeitung des Missbrauchsgeschehens in der Vergangenheit eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung, die wir unterstützen werden.

III.5 GLEICHBERECHTIGTE TEILHABE: FÜR EINE MODERNE INTEGRATIONSPOLITIK

Deutschland ist ein offenes Land. Wir setzen uns für ein gleichberechtigtes gesellschaftliches Miteinander in Vielfalt ein. Integrationspolitik neu zu denken heißt letztendlich auch, den Begriff der Integration zu überwinden und durch den selbstverständlichen gesellschaftspolitischen Anspruch auf Teilhabe und Partizipation zu ersetzen. Diesem Prinzip müssen sich alle Ressorts der Bundesregierung verpflichten.

Gemeinsam mit den Ländern wollen wir deshalb die Ausländerbehörden zu Willkommensbehörden, zu Anlauf- und Leitstellen für Integration und Einbürgerung weiterentwickeln.

Wir brauchen sowohl eine Willkommenskultur als auch eine Teilhabestruktur. Nur so können Freiheit, Chancengleichheit, Bildung und Arbeit für alle geschaffen werden. Wir wissen aber auch: Das erfolgreiche Miteinander hängt vor allem von sozialen Faktoren ab. Unterschiede in der Herkunft, Religion oder Kultur dürfen nicht verdrängt, aber auch nicht grundsätzlich zum Problem erklärt werden. Wir setzen uns für alle Menschen in unserem Land ein, Diskriminierungen und Vorurteilen treten wir entschieden entgegen. Eine offene Gesellschaft bietet im Rahmen der Grundrechte allen Religionen den Freiraum zur Entfaltung ihres Glaubens.

Vielfalt verstehen wir als eine Zukunftsressource unserer offenen Gesellschaft. Rechtliche Gleichstellung und Chancengerechtigkeit sind die Grundlagen einer solchen Gesellschaft. Unser Ziel ist es, dass die kulturelle, weltanschauliche und religiöse Vielfalt innerhalb unserer rechtsstaatlichen und sozialstaatlichen Grundordnung in Politik und Verwaltung, Wirtschaft, Kunst und Kultur selbstverständlich mitgedacht wird. Aber ob Integration und Zusammenleben gelingen, entscheidet sich in der Kommune, in den Stadtteilen, in den Nachbarschaften. Deshalb dürfen die Kommunen mit den Herausforderungen von Einwanderung und Integration nicht alleine gelassen werden. Stadtteile, die besondere Aufnahme- und Integrationsleistungen erbringen, bedürfen gezielter Unterstützung. Die massiven Kürzungen beim Programm „**Soziale Stadt**“ durch die schwarz-gelbe Bundesregierung aus CDU/CSU und FDP haben verheerende Folgen für die Integration vor Ort. Dies betrifft insbesondere die komplette Streichung sozial-integrativer Maßnahmen, wie etwa zum Spracherwerb oder zur Betreuung von Jugendlichen. Auf kommunaler Ebene wollen wir unter Einbeziehung der Migrantenorganisationen die lokalen Bündnisse für Teilhabe und sozialen Zusammenhalt wieder stärken.

Denjenigen, die nach Deutschland eingewandert sind, wollen wir mehr Teilhabe ermöglichen. Deutschland ist ein Einwanderungsland und lebt von seiner Vielfalt, dem Engagement und den Ideen der Menschen ganz unterschiedlicher Herkunft. Jetzt müssen wir den nächsten Schritt tun und ein Einbürgerungsland werden. Dazu gehört eine **Modernisierung des Staatsangehörigkeits- und Wahlrechts**. Deshalb wollen wir die doppelte Staatsbürgerschaft von Bürgerinnen und Bürgern akzeptieren. Was wir brauchen ist ein Staatsbürgerschaftsrecht, das unserer vielfältiger werdenden Gesellschaft entspricht, faire Chancen auf Teilhabe und Zugehörigkeit für alle eröffnet und das Selbstbild Deutschlands als ein weltoffenes Land unterstreicht.

Insbesondere wollen wir, dass Deutschlands Kinder auch deutsche Staatsbürger sind und bleiben. Mädchen und Jungen, die hier geboren werden, sollen die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten und behalten. Die Optionspflicht, die junge Menschen mit der Volljährigkeit zwingt, sich für eine Staatsangehörigkeit zu entscheiden, werden wir abschaffen und insgesamt die doppelte Staatsbürgerschaft von Bürgerinnen und Bürgern akzeptieren. Die Optionspflicht ist ein integrationspolitischer Missgriff und ein bürokratisches Monstrum, das den Kommunen enorme Verwaltungskosten aufbürdet. Ausländischen Studierenden, die in Deutschland einen Hochschulabschluss oder eine vergleichbare Qualifikation (z.B. Meisterprüfung) erwerben, wollen wir ermöglichen, ohne Einschränkungen in Deutschland zu arbeiten.

Der Zusammenhalt in den Städten ist gefährdet, wenn Menschen, die aus Nicht-EU-Staaten stammen, wie bislang vom kommunalen Wahlrecht ausgeschlossen bleiben. Wir werden uns darum bemühen, eine verfassungsändernde Mehrheit im Bundestag zu erreichen, damit jede Frau und jeder Mann das **kommunale Wahlrecht** nach einem fünfjährigen legalen Aufenthalt in Anspruch nehmen kann. Wir werden die Integrationsförderung auf Verbesserungsmöglichkeiten überprüfen und die Qualität der Integrationskurse, einschließlich der Arbeitsbedingungen der Lehrkräfte weiter verbessern. Den Familiennachzug werden wir erleichtern.

Der Öffentliche Dienst gewinnt seine demokratische Legitimation daraus, dass er innerhalb seiner Strukturen die Vielfalt der Bevölkerung widerspiegelt. Deshalb wollen wir den Öffentlichen Dienst weiter für Menschen mit Migrationshintergrund öffnen und ihren Anteil an der Gesamtbeschäftigtenzahl signifikant erhöhen. Mit weiteren Modellversuchen werden wir prüfen, ob auch die anonymisierte Bewerbung geeignet ist, dieses Ziel zu erreichen. Zudem wollen wir die interkulturelle Kompetenz der Beschäftigten stärken.

Für eine menschenwürdige Flüchtlingspolitik.

Die SPD steht für eine **menschenwürdige Flüchtlingspolitik**. Fluchtursachen – Verfolgung, Krieg und Bürgerkrieg, Diskriminierung und Armut in den Herkunftsländern – müssen bekämpft werden, um den Menschen in ihren Heimatländern Perspektiven zu eröffnen. Menschen, die dennoch fliehen müssen, wollen wir in Deutschland und der Europäischen Union Schutz gewähren. Schutz benötigen insbesondere Mädchen und Frauen, die Opfer von Menschenhandel oder Gewalt geworden sind.

Entsprechend der UN-Kinderrechtskonvention werden wir zügig dafür Sorge tragen, dass alle Kinder im deutschen Flüchtlingsrecht endlich auch wie Kinder behandelt werden. Wir wollen die so genannte Residenzpflicht für Asylbewerber und Geduldete aufheben und zwecks gerechter Kostenverteilung zwischen den Ländern wie auch den Kommunen auf eine Wohnsitzauflage beschränken, die aber auch durchgesetzt werden muss.

Das sogenannte Flughafenverfahren hat heute angesichts sehr geringer Fallzahlen nur noch eine geringe Bedeutung. Deshalb wollen wir das Verfahren, das mit erheblichen Restriktionen verbunden ist, aussetzen.

Im Rahmen verfügbarer Kursplätze wollen wir Asylbewerber und Geduldeten künftig auch die Teilnahme an Integrationskursen ermöglichen. Die Leistungen für Asylbewerber werden wir nach den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts reformieren und den Zugang zum Arbeitsmarkt erleichtern. Um lange in Deutschland lebenden geduldeten Menschen eine Perspektive zu geben, wollen wir eine weitergehende Bleiberechtsregelung schaffen: Wir werden das Aufenthaltsgesetz so ändern, damit bislang ausreisepflichtigen Jugendlichen und Heranwachsenden nach erfolgreichem Schulbesuch sowie sonstigen ausreisepflichtigen Personen in Fällen nachhaltiger Integration ein stichtagsunabhängiges Bleiberecht eingeräumt wird.

Wir werden eine menschenrechtskonforme Flüchtlingspolitik in der EU voranbringen, einschließlich eines solidarischen Ausgleichs. Gemeinsam mit dem UNHCR werden wir ein bundesweites Programm für Resettlement für Kontingentflüchtlinge ausbauen und verstetigen.

Die EU-Mitgliedstaaten sehen sich aktuell mit Armutszuwanderung aus Südosteuropa konfrontiert. Asylsuchende aus Serbien oder Mazedonien, aber auch EU-Bürgerinnen und -Bürger aus Rumänien und Bulgarien verlassen ihre Herkunftsländer, um den prekären Verhältnissen, in denen sie leben, zu entkommen. Nur wenige der von außerhalb der EU Kommenden haben dabei Aussicht, als Flüchtlinge anerkannt zu werden.

Die armutsbedingte EU-Binnenwanderung stellt besonders die Kommunen vor gewaltige Herausforderungen. Die betroffenen Kommunen brauchen schnell die Unterstützung des Bundes.

Die SPD wird für die besonders von Armutszuwanderung betroffenen Städte ein Sofortprogramm des Bundes zur Verfügung stellen. Das Programm soll sich sowohl an die Zuwanderinnen und Zuwanderer und ihre Kinder richten als auch an die ortsansässige Bevölkerung, um eine gemeinsame Entwicklung der Stadtteile und Quartiere zu ermöglichen, das friedliche Zusammenleben zu gewährleisten und die Bildungs- und Integrationsangebote der Städte zu finanzieren.

Entscheidend ist aber auch hier eine rasche Verbesserung der Lebensbedingungen in den Herkunftsstaaten. Die Mitgliedstaaten der EU müssen den Schutz ihrer Minderheiten in rechtlicher und tatsächlicher Hinsicht gewährleisten.

III.6 KULTUR-, MEDIEN- UND NETZPOLITIK

Kunst und Kultur bereichern uns, sind vielfältig, kritisch, lebendig und anregend. Sie sind in ihrem Eigenwert essentiell für eine offene und demokratische Gesellschaft. Ihre Förderung ist keine Subvention, sondern Investition in die Zukunft. Und diese Investition muss zuallererst bei den Künstlern selbst ankommen – um ihre Lebensgrundlagen zu sichern.

Für Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stehen die **Künstlerinnen und Künstler** im Mittelpunkt. Die SPD ist die Partei der Arbeit – auch der künstlerischen und kreativen Arbeit. Die Arbeits- und Lebensbedingungen von Künstlerinnen und Künstlern

verändern sich, vor allem durch die Digitalisierung. Wir wollen die Rahmenbedingungen so gestalten, dass Kultur- und Kreativschaffende von ihrer Arbeit leben können. Dafür braucht es erstens eine Reform des Urheberrechts, die das Recht der Urheber auf ihr geistiges Eigentum auch in der digitalen Welt anerkennt und die Interessen von Urhebern, Nutzern und Verwertern zum Ausgleich bringt. Dafür braucht es zweitens eine bessere soziale Absicherung von Kreativen. Wir haben vor gut dreißig Jahren die Künstlersozialversicherung auf den Weg gebracht. Heute ist die KSK eine Erfolgsgeschichte und nimmt an Attraktivität zu. Deshalb müssen wir sie stärken, damit sie auch in Zukunft die solidarische Finanzierung der Absicherung von künstlerisch und kreativ Selbstständigen leisten kann. Zugleich müssen Menschen, die in der Kreativbranche arbeiten, in den klassischen Sozialsystemen einen Platz haben. Solo-Selbstständige, befristet Beschäftigte und andere Formen prekärer Beschäftigung wollen wir besser absichern, etwa durch eine Ausweitung der Rahmenfrist zum Erwerb von Anwartschaften in der Arbeitslosenversicherung auf drei Jahre, durch die Aufnahme von Solo-Selbstständigen in die gesetzliche Rentenversicherung sowie die Durchsetzung sozialer Mindeststandards und -honorare in öffentlich geförderten Projekten und Einrichtungen.

Für Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist **Teilhabe** ein entscheidender Grundsatz auch in der Kulturpolitik. Kunst und Kultur sollen allen Menschen zugänglich sein. Wir wollen mit öffentlicher Kulturförderung ein breites kulturelles Angebot zu sozialverträglichen Preisen ermöglichen. Zugleich müssen öffentlich geförderte Kultureinrichtungen mit ihren Angeboten möglichst viele Menschen erreichen. Im Einwanderungsland Deutschland heißt das heute auch, die Vielfalt von Lebensformen, Kulturen und Weltanschauungen aufzugreifen. Und schließlich brauchen wir kulturelle Bildung, um Teilhabe überhaupt zu ermöglichen und Lust an Kultur zu wecken. Wir rufen nicht nur „Kultur für alle“, sondern schaffen Voraussetzungen dafür.

Wir wollen Kunst um ihrer selbst willen fördern und nicht erst dann, wenn sie ökonomischen, sozialen oder politischen Zwecken nützt. Künstlerische Freiheit und kulturpolitische **Verantwortung des Staates** sind vereinbar. Unser Ziel ist die Stärkung von Orten der gesellschaftlichen Begegnung und des Gesprächs sowohl unabhängig von Kunstmarkt und Kulturindustrie als auch in Kooperation mit ihnen. Die vorhandene kulturelle Infrastruktur wollen wir erhalten und stärken.

- Angesichts zunehmend knapper öffentlicher Mittel sind strukturelle Veränderungen der **öffentlichen Kulturfinanzierung** unvermeidlich. Wir werden dafür sorgen, dass Bund, Länder und Kommunen ihre Förderaktivitäten stärker als bislang miteinander abstimmen und gemeinsam im Sinne einer konzeptionellen Kulturpolitik Prioritäten (u.a. stärkeres Engagement für freie Szene, kulturelle Bildung) setzen. Voraussetzung ist die Aufhebung des Kooperationsverbotes zugunsten einer gemeinsamen strukturierten Konzeption von Kulturförderung.
- **Denkmalschutz und Denkmalpflege** zählen zu den wichtigsten kulturpolitischen Aufgaben von Bund, Ländern und Kommunen. Zum Erhalt des kulturellen Erbes, aber auch mit Blick auf die damit verbundenen Arbeitsplätze setzen wir uns für eine Verstetigung des Denkmalschutz-Sonderprogramms ein. Die SPD tritt dafür ein, dass sich der Bund am Bauhaus-Jubiläum 2019 beteiligt.

- Das **Gedenken an die beiden deutschen Diktaturen** darf weder zu einer Relativierung der NS-Terrorherrschaft führen, noch darf das Unrecht der SED-Diktatur bagatellisiert werden. Die SPD bekennt sich zur Aufarbeitung des SED-Unrechts und will diese fortentwickeln. Wir werden eine Expertenkommission einsetzen, um die bisherige Arbeit der Stasi-Unterlagenbehörde zu evaluieren und Vorschläge zu deren Zukunft zu machen. Wir wollen das „Europäische Netzwerk Erinnerung und Solidarität“ stärken. Es soll den Nukleus für eine sich entwickelnde europäische Geschichtsschreibung bilden, im Geiste europäischer Versöhnung und Demokratie. Austausch und gemeinsame Projekte mit europäischen Nachbarn wollen wir vertiefen.
- Wir wollen das Erfolgsmodell des Deutschen Filmförderfonds (DFFF) kontinuierlich fortsetzen und finanziell stärken, um den **Filmstandort Deutschland** international wettbewerbsfähig zu erhalten und **Wirtschaft und Beschäftigung in der deutschen Filmbranche** zu stärken. Ziel der Förderung ist für uns, eine breite Vielfalt des Film-schaffens in Deutschland zu sichern. Dazu zählt auch der unabhängige Kinderfilm.
- Das positive Bild eines weltoffenen Deutschland in der Welt zu vermitteln, Freundschaften zu pflegen und Freunde zu gewinnen, sind wichtige Aufgaben der **Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik**. Geprägt ist sie von einem nach innen und außen offenen Austausch für Freiheit, Emanzipation und Entwicklung von ärmeren Ländern, für Krisenprävention und –bewältigung. Die SPD tritt dafür ein, auch eine **gemeinsame Europäische Auswärtige Kulturpolitik** zu entwickeln, die nach außen und innen wirkt und so – gemeinsam mit der Europäischen Kulturförderpolitik – eine gemeinsame Idee von Europa vermittelt, die kulturelle Vielfalt in Europa fördert und den Zusammenhalt in Europa stärken kann – jenseits von ökonomischen Interessen.

Netzpolitik ist für uns Gesellschafts- und Zukunftspolitik und ein Instrument der Gestaltung für die digitale Welt. Sie gehört in die Mitte der politischen Debatte. Uns ist zuallererst der **Zugang zum Internet als demokratisches Bürgerrecht** wichtig. Wir brauchen dafür die Stärkung der Bürgerrechte durch wirksamen Datenschutz und den Schutz der Persönlichkeitsrechte. Wir wollen, dass digitale Chancen für die Gestaltung des täglichen Lebens, für Teilhabe und auch für soziale Dienste so genutzt werden, dass Bürgerinnen und Bürger auch künftig souverän über ihre persönlichen Daten bestimmen können. Im Internet und bei sozialen Netzwerken sind wir für einen rechtlichen Ordnungsrahmen, der die Verbraucher schützt, die Meinungsvielfalt gewährleistet und für einen fairen Wettbewerb sorgt. Dafür setzen wir uns auf nationaler Ebene und in Europa ein.

Eine flächendeckende Breitbandversorgung auch in ländlichen Räumen wollen wir durch eine **Universaldienstverpflichtung** gesetzlich absichern. Darüber hinaus brauchen wir den dynamischen Ausbau von Hochgeschwindigkeitsnetzen. Dabei setzen wir auf zusätzliche private Investitionen, für die wir die entsprechenden Rahmenbedingungen schaffen werden. Wir werden die Netzneutralität gesetzlich verankern. Wir wollen dafür sorgen, dass in öffentlichen Räumen ein Zugang zum WLAN ermöglicht wird. Die SPD wird sich für eine Änderung der WLAN-Betreiberhaftung einsetzen, um mehr Rechtssicherheit für die Anbieter zu schaffen. Wir wollen überdies mehr Transparenz staatlichen Wissens durch **Open-Data-Projekte**, soziale Sicherheit in der digitalen

Arbeitswelt und das Nutzen emanzipatorischer Freiräume durch digitale Arbeit auch für die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf und schließlich das Nutzen der Chancen der digitalen Gesellschaft für eine Revitalisierung der Demokratie.

Die Veränderung unserer Gesellschaft durch das Internet darf allerdings nicht dazu führen, den Schutz von individuellen Rechten zu relativieren. Auch in der digitalen Welt müssen Urheber einen wirtschaftlichen Ertrag aus der Nutzung ihrer Werke ziehen können. Wir setzen uns deshalb für eine **Modernisierung des Urheberrechts** ein, das Kreative, Urheber und ihre Partner stärkt und das Recht mit neuen digitalen Nutzungspraktiken in Einklang bringt. Die Verbindung zwischen Urheber und Werk ist dabei unverbrüchlich und darf nicht in Frage gestellt werden.

Das geistige Eigentum ist der Rohstoff der Kultur- und Kreativwirtschaft. Die unverbrüchliche Verbindung zwischen Urheber und Werk darf nicht relativiert werden. Der Schutz des geistigen Eigentums ist für die SPD deshalb essentiell. Dennoch ist eine Modernisierung des Urheberrechts notwendig, um Kreative und Urheber in der digitalen Ökonomie zu stärken und die Rahmenbedingungen neuer digitaler Nutzungspraktiken urheberrechtlich verbindlich zu klären. Unser Ziel ist es, einen fairen und gerechten Ausgleich der Interessen von Urhebern, Verwertern und Nutzern sicherzustellen, der die kulturellen und ökonomischen Rahmenbedingungen der Kultur- und Kreativwirtschaft gewährleistet.

- Wir wollen Geschäftsmodelle fördern, die eine legale Nutzung geschützter Inhalte rechtssicher ermöglichen. Dazu müssen wir die Erprobung neuer Geschäftsmodelle auch rechtlich ermöglichen, z.B. durch eine vereinfachte Lizenzierung.
- Das von Schwarz-Gelb beschlossene Leistungsschutzrecht lehnen wir ab. Wir werden nach der Regierungsübernahme ein neues Gesetz auf den Weg bringen. Wir wollen unter Einbeziehung aller Akteure einen Vorschlag entwickeln, der die Möglichkeiten der Presseverleger zur Rechtsdurchsetzung im Hinblick auf ihre bereits bestehenden Urheberrechte stärkt, dabei die Interessen der Urheber (hier insbesondere Journalistinnen und Journalisten) vollständig wahrt, den Grundsatz der Informationsfreiheit gewährleistet und die Auffindbarkeit von Informationen gewährleistet.
- Wir wollen die Position des Urhebers stärken. Dazu müssen die im Urhebervertragsrecht vorgesehenen Verhandlungs- bzw. Konfliktlösungsmechanismen effizienter ausgestaltet und ggf. um wirksame Kontroll- und Sanktionsinstrumente ergänzt werden.
- Wir wollen insbesondere gewerbsmäßig betriebene Urheberrechtsverletzungen konsequent unterbinden. Dazu bedarf es keiner flächendeckenden Inhaltefilterung des Datenstroms, keiner Internetsperren und auch keiner Androhung einer individuellen Sperrung des Internetzugangs. Derartig weitreichende Eingriffe in Grundrechte lehnen wir ab. Wir werden vielmehr gegen die illegalen Plattformen vorgehen, auf denen 90 Prozent aller Rechtsverletzungen stattfinden. Wir werden verhindern, dass sich diese Angebote künftig weiterhin auf allgemeine Haftungsprivilegien berufen können. Wir werden ihre Finanzierung unterbinden, indem wir ihre Koope-

ration mit Werbetreibenden und Zahlungsdienstleistern sanktionieren. Insgesamt gilt es, dem Nutzer eine echte Orientierung bezüglich der Freiheiten und Grenzen zu geben, die nach unserer Überzeugung wichtig für das soziale Miteinander im Netz ist. Medienkompetenz im Internet soll die Möglichkeiten von Nutzern und Anbietern maximieren und Teilhabe und Bildungschancen, aber auch Kritikfähigkeit und Verantwortlichkeit ausbilden. Verantwortliches, solidarisches und nachhaltiges Handeln prägt sich nicht zwangsläufig von selbst aus.

- Wir wollen ein bildungs- und wissenschaftsfreundliches Urheberrecht. Wissenschaftliche Autorinnen und Autoren müssen ihre Beiträge neben der Verlagspublikation z.B. auf den Seiten der Hochschule zugänglich machen können. Wir treten außerdem für eine Überprüfung der Bildungs- und Wissenschaftsschranken ein, um die dauerhafte Intranetnutzung in Schulen und Hochschulen zu ermöglichen. Um das kulturelle Erbe auch in Zukunft zu erhalten, muss die Digitalisierung verwaister und vergriffener Werke ermöglicht werden.

Es ist abzusehen, dass wir mittel- und langfristig internationale und europäische Lösungen finden und zur Anwendung bringen müssen. Dies ist eine komplexe und langfristige Herausforderung, der wir uns jedoch stellen müssen, um sie mit unseren bundesdeutschen Wertvorstellungen zu prägen. Denn am Ende steht die Vision eines gerechten und sozialen Raumes, die nur dann Wirklichkeit werden kann, wenn sich ein wesentlicher Teil der Gesellschaft auf einheitliche Regeln einigt und damit einen gesellschaftlichen Konsens abbildet.

Die SPD ist die Partei der Arbeit – auch der kreativen Arbeit. Wir haben vor gut dreißig Jahren die Künstlersozialversicherung auf den Weg gebracht. Wir stehen zu diesem Sondersystem der gesetzlichen Sozialversicherung, weil Künstlerinnen und Künstler sowie Publizistinnen und Publizisten nach wie vor besonders schutzbedürftig sind. Die solidarische Finanzierung der Künstlersozialversicherung durch Künstler und Unternehmen ist für die SPD nicht verhandelbar. Die SPD sieht darüber hinaus die Notwendigkeit einer besseren Absicherung von prekärer Selbstständigkeit, von der besonders viele in der Kulturwirtschaft Tätige betroffen sind.

Unabhängige und vielfältige Medien sind ein Grundpfeiler für eine lebendige Demokratie und somit unverzichtbarer Bestandteil unseres Alltags. Sie bieten Information, Kommunikation, sichern politische Teilhabe und Zugang zu Wissen. Die Medienwelt befindet sich in einem grundlegenden Wandel, ausgelöst durch Digitalisierung und wirtschaftliche Veränderungen. Um diesem Wandel zu begegnen, wollen wir in enger Abstimmung mit den dafür in erster Linie verantwortlichen Bundesländern Maßnahmen zur Fortentwicklung der Medienordnung der digitalen Gesellschaft, der verfassungsrechtlich garantierten Bestands- und Weiterentwicklungsgarantie des öffentlich-rechtlichen Medienangebotes und zum Erhalt der Vielfalt unserer Medienlandschaft ergreifen.

Der **öffentlich-rechtliche Rundfunk ist Garant für hochwertige Inhalte** im publizistischen Wettbewerb mit anderen Anbietern – online wie offline. Öffentlich-rechtliche Medien müssen ihre besondere Stellung allerdings auch selbst immer wieder rechtfertigen: durch die besondere Qualität ihres Programms ebenso wie durch die Qualität ihrer Beschäftigungs- und Arbeitsverhältnisse. Zugleich setzen wir uns für eine Weiterentwicklung der Rahmenbedingungen privater Fernseh- und Rundfunksender ein. Denn die Verantwortung für qualitätsvolle Angebote liegt nicht nur beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk, sondern auch bei den privaten Anbietern.

Eine **freie Presse und ein unabhängiger Journalismus** gehören zum unverzichtbaren Kern einer Demokratie. Jedoch bedrohen die ökonomischen Umbrüche, wie Auflagen- und Anzeigenrückgänge, zunehmend die Finanzierungsmöglichkeiten journalistisch-redaktioneller Produkte und damit mittelbar auch Pressefreiheit, Medienvielfalt und allgemeine Arbeitsbedingungen von Journalistinnen und Journalisten. Wir müssen die Rahmenbedingungen so gestalten, dass Herstellung und Vertrieb journalistisch-redaktioneller Produkte auch künftig profitabel sein können. Wir wollen außerdem dabei helfen, neue Modelle der Finanzierung journalistischer Leistungen zu entwickeln. Dabei ist die grundgesetzlich verankerte Freiheit der Presse zu garantieren.

Medienkompetenz – nicht nur für Kinder und Jugendliche, sondern alle Generationen – ermöglicht es, sich in einer von Medien durchdrungenen Welt zurechtzufinden. Ermöglicht und gefördert werden muss die „digitale Selbstständigkeit“, die jeden in die Lage versetzt, alle Möglichkeiten der „Digitalen Gesellschaft“ möglichst selbstständig nutzen und sich vor damit verbundenen Risiken gut schützen zu können. Notwendig sind hierzu die Ausstattung der Schülerinnen und Schüler mit einem mobilen Computer und die Schaffung eines digitalen Lernumfeldes und digitalen Klassenzimmers. Das ist nur sinnvoll, wenn eine entsprechende Ausbildung der Lehrkräfte und entsprechende Bildungskonzepte zur Verfügung stehen. Dazu bedarf es auch der Digitalisierung von Schulbüchern und Lehr- und Lerninhalten und deren Zugänglichmachung im Netz.

IV. FÜR EINE GERECHTE STEUERPOLITIK

Wir wollen eine gerechte und moderne Gesellschaft. Dafür brauchen wir einen handlungsfähigen Staat, der in der Lage ist, seine Aufgaben für ein solidarisches Gemeinwesen zu erfüllen. Die Menschen müssen sich darauf verlassen können, dass Daseinsvorsorge, Sicherheit, soziale Sicherung, Bildung, Infrastruktur und Kultur für alle verfügbar sind. Stabile Staatsfinanzen bilden die Grundlage dafür, dass der Staat diese Aufgaben erfüllen kann. Sie sind auch Voraussetzung für nachhaltiges und qualitatives Wachstum, um Wohlstand für alle zu schaffen und zu sichern. Die Neubegründung der Sozialen Marktwirtschaft baut auf einem gerechten Steuersystem auf. Unsere Politik steht in der Pflicht einer soliden Finanzierung. Es darf keine Lastenverlagerung auf künftige Generationen geben. Die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse muss eingehalten werden.

Mit unserer Finanzpolitik schaffen wir die Grundlage für nachhaltiges Wachstum und Gerechtigkeit. Es gibt klare Prioritäten, die den aufgezeigten wirtschaftspolitischen Zielen und finanziellen Handlungsspielräumen im Rahmen unseres Steuer- und Finanzkonzeptes folgen: An erster Stelle stehen der Schuldenabbau und Investitionen in Bildung. Es folgt die Stärkung der sozialen und kulturellen Handlungsfähigkeit unserer Städte und Gemeinden. Wichtig sind die Stärkung der Binnennachfrage durch eine gerechtere Lohn- und Einkommensentwicklung sowie die Investitionen in Forschung und Entwicklung, Infrastruktur und Energiewende.

Die ungestüme Privatisierungspolitik der letzten Jahre hat sich nicht selten als teurer Irrweg erwiesen. Wir widersprechen Privatisierungen insbesondere, wo sie den Zugang zu den öffentlichen Gütern behindern und das Gewaltmonopol des Staates infrage stellen. Privatisierungen dürfen nicht gegen den Willen der Bürgerinnen und Bürger durchgeführt werden. Die SPD steht für einen leistungsfähigen und bürgernahen öffentlichen Dienst mit einem modernen Berufsbeamtentum.

Die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte rückt mit der Schuldenbremse stärker als bisher in den Mittelpunkt. Bund und Länder müssen ihren Beitrag dazu leisten. Dabei setzen wir auf den gelebten Föderalismus und das Prinzip, füreinander einzustehen.

Die Wahrung einheitlicher Lebensverhältnisse im gesamten Bundesgebiet bleibt ein zentrales politisches Anliegen. Die Sicherung von stabilen Flächentarifverträgen und die Begrenzung des Auseinanderdriftens der Einkommen, auch im öffentlichen Dienst, sind Ausdruck bundesstaatlicher Solidarität.

Angesichts des Verschuldungsverbots für die Länder ab 2020 sind zukünftig gemeinsame Anleihen von Bund und Ländern vernünftig. Vor diesem Hintergrund werden wir die Voraussetzungen dafür schaffen, dass für Bund und Länder eine gemeinsame Kreditaufnahme („Huckepackverfahren“) möglich ist.

Steuerpolitik ist für uns Gesellschaftspolitik. Das Steuersystem folgt allerdings einem Gesellschaftsbild, das vielfach die aktuelle Lebenswirklichkeit nicht mehr hinreichend abbildet. Es wird den sich abzeichnenden Herausforderungen der Zukunft nicht mehr

gerecht. In Ehen und eingetragenen Lebenspartnerschaften stehen Partner füreinander ein. Deshalb wollen wir für künftige Ehen ab einem Stichtag anstelle des Ehegattensplittings einen Partnerschaftstarif für Ehegatten einführen, bei dem beide Partner individuell besteuert werden, wobei aber die gegenseitigen Unterhaltsverpflichtungen berücksichtigt werden. Für Ehepartner, die ihre Lebensplanung auf das bisherige Steuersystem ausgerichtet haben, wollen wir nichts ändern. Anstelle der Steuerklassenkombination III/V wollen wir das sogenannte Faktorverfahren zur Norm machen. Dabei werden beide Einkommen mit einem gleich hohen Durchschnittssatz besteuert. Mit dieser Umgestaltung passen wir das Steuerrecht in einem ganz zentralen Bereich der Einkommensbesteuerung den Realitäten unserer heutigen Gesellschaft an und erreichen mehr Steuergerechtigkeit. Darüber hinaus wollen wir Alleinerziehende steuerlich gerechter behandeln.

Steuerpolitik begreifen wir als ein wichtiges Mittel, das solidarische Miteinander in unserem Land zu ermöglichen und zu fördern und der sozialen Spaltung entgegenzuwirken. Sie muss gerecht und zugleich wirtschaftlich vernünftig sein. Und sie muss den Lebensentwürfen in einer modernen Gesellschaft entsprechen.

Anspruch unserer Steuerpolitik ist es, die Förderung wirtschaftlicher Dynamik mit sozialer Gerechtigkeit zu verbinden. Gerechtigkeit ist der zentrale Anker unserer Steuerpolitik, denn sie ist Grundbedingung für die soziale Stabilität der Gesellschaft. Steuerpolitik auf der Grundlage stabiler Staatsfinanzen ist dann sozial gerecht und wirtschaftlich vernünftig, wenn starke Schultern mehr tragen als schwache. Deutschland ist hier aus dem Gleichgewicht geraten. Die Schere der **Einkommens- und Vermögensverteilung** geht auseinander: Die Löhne im oberen Bereich sind in den letzten zehn Jahren gestiegen. Die unteren 40 Prozent der Vollzeitbeschäftigten haben nach Abzug der Inflation Reallohnverluste erlitten. Das Vermögen privater Haushalte wächst und beträgt fast 10 Billionen Euro. Vor allem die obersten zehn Prozent der Haushalte haben von den Zuwächsen profitiert. Während sie 1970 44 Prozent des gesamten Nettovermögens besaßen, sind es heute über 60 Prozent.

Bürger/innen-Projekt vom Bürgerkonvent am 2. März 2013:

„Das Einnahmenvolumen erhöhen. Z.B. Reichensteuer, Spitzensteuer erhöhen, Sozialabgaben für alle Einkommensbereiche.“



Unsere Steuerpolitik ist kein Selbstzweck, sondern dient einer fairen Lastenverteilung und dem Gleichgewicht in der Gesellschaft. Wir wollen zukünftig Bezieher hoher Einkommen und Vermögende stärker zur Finanzierung unseres Gemeinwesens heranziehen. Dazu wollen wir den Spitzensteuersatz von 42 bzw. 45 Prozent auf 49 Prozent für zu versteuernde Einkommen ab 100.000 Euro bzw. 200.000 Euro bei Eheleuten erhöhen.

Vermögen wird in Deutschland im internationalen Vergleich weit unterdurchschnittlich besteuert. Wir werden die **Vermögenssteuer** auf ein angemessenes Niveau heben, um den Ländern die notwendige Erhöhung der Bildungsinvestitionen zu ermöglichen.

Wir wollen eine Vermögensteuer, die der besonderen Situation des deutschen Mittelstandes, von Personengesellschaften und Familienunternehmen Rechnung trägt und ihre zukunftssichernde Eigenkapitalbildung sichert, sowie ihre Investitionsspielräume nicht belastet. Bei der Vermögensteuer stellen hohe Freibeträge für Privatpersonen sicher, dass das normale Einfamilienhaus nicht von der Vermögensteuer betroffen sein wird.

Auch bei der **Besteuerung von Erbschaften** steht für uns die Steuergerechtigkeit im Vordergrund. Wir wollen die missbräuchliche Ausnutzung von steuerlichen Gestaltungsmöglichkeiten zugunsten einer geringen Zahl reicher Erben nicht länger hinnehmen. Wir werden deshalb die von der schwarz-gelben Koalition eingeführten Begünstigungen zurücknehmen und Begünstigungen bei der Erbschaftsbesteuerung künftig viel stärker an den dauerhaften Erhalt von Arbeitsplätzen koppeln und damit auch mittelstandsfreundlich ausgestalten. Gerade für Familienunternehmen ist es von herausragender Bedeutung, dass der Generationenübergang durch die Besteuerung nicht zusätzlich erschwert wird, und natürlich ist es auch im Interesse des Gemeinwesens, wenn Unternehmen weitergeführt und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer dauerhaft weiterbeschäftigt werden.

Arbeit darf nicht höher besteuert werden als Einkommen aus Kapitalvermögen. Deshalb wollen wir in einem ersten Schritt die **Abgeltungssteuer unter Beibehaltung des Optionswahlrechtes von 25 Prozent auf 32 Prozent erhöhen**. Sollten wir feststellen, dass das Aufkommen dieser Abgeltungssteuer geringer ausfällt als die voraussichtlichen Einnahmen bei der Besteuerung mit dem persönlichen Einkommensteuersatz, wollen wir die Abgeltungssteuer innerhalb von drei Jahren abschaffen und die Kapitalerträge wieder der synthetischen Besteuerung unterwerfen.

Wir wollen eine **Finanztransaktionssteuer** mit einer möglichst breiten Bemessungsgrundlage und niedrigen Steuersätzen. Das heißt für uns, dass alle Transaktionen von Aktien, Anleihen, Derivaten und Devisen einer Besteuerung unterliegen müssen.

Dabei werden wir die Finanztransaktionssteuer so ausgestalten, dass sie nicht als Betriebsausgabe abzugsfähig ist, weder von der Einkommen- noch von der Körperschaft- und Gewerbesteuer.

Schließlich werden wir die **steuerliche Absetzbarkeit von Vorstands- und sonstigen Managergehältern, einschließlich Boni und von Abfindungen**, auf maximal 50 Prozent der Beträge begrenzen, die 500.000 Euro übersteigen.

Besondere steuerliche Privilegien für einzelne Interessengruppen, etwa Hoteliers und reiche Erben, die CDU/CSU und FDP in den vergangenen Jahren neu geschaffen haben, werden wir **zurücknehmen**.

Wir wollen steuerliche **Subventionen** – insbesondere solche mit ökologisch schädlicher Wirkung – gemäß unserem Steuer- und Finanzierungskonzept streichen. Dazu gehören unter anderem der Abbau der steuerlichen Vergünstigung für Agrardiesel, die Begrenzung der Absetzbarkeit von Kraftstoffkosten bei großen Firmenwagen sowie im

Rahmen einer europäischen Lösung die Streichung der Begünstigung von Flugbenzin. Darüber hinaus ist es für die SPD von zentraler Bedeutung, die Subventionierung von Niedriglöhnen endlich zu beenden. Das ist nicht nur ein Gebot sozialer Gerechtigkeit und ökonomischer Vernunft; die **Einführung eines Mindestlohns** von 8,50 Euro würde zudem zu Steuermehreinnahmen, Minderausgaben bei ALG II sowie „Zweitrundeneffekten“ von über 7 Mrd. Euro führen.

Bürger/innen-Projekt vom Bürgerkonvent am 2. März 2013:
 „Neue Lastenverteilung, da Gemeinden überproportional belastet sind.“



Unser Land braucht starke **Städte, Gemeinden und Kreise**. Sie sind der unmittelbare Lebensraum der Menschen in unserem Land und ihre finanzielle Ausstattung entscheidet über Chancengleichheit und gesellschaftliche Teilhabe. Die solidarische Gesellschaft hat ihren Ort vor allem in den Kommunen. Sie sind es, die für die Daseinsvorsorge verantwortlich sind und den Alltag der Menschen prägen. In den Kommunen entscheidet sich, ob alle Kinder frühkindliche Förderung bekommen, ob Menschen unterschiedlicher Kulturen miteinander oder nebeneinanderher leben, ob Jugendliche ihre Freizeit sinnvoll gestalten, ob ältere Menschen integriert bleiben, ob sich die Menschen im öffentlichen Raum sicher fühlen. Die finanziellen Rahmenbedingungen für nachhaltiges kommunales Handeln haben sich in den letzten Jahren verschlechtert, so dass die Leistungs- und Integrationsfähigkeit ebenso wie die Investitionsfähigkeit der Kommunen auf dem Spiel steht. Vielen Kommunen geht es mittlerweile an die Substanz. Die Lebensverhältnisse in den Städte gehen weiter auseinander. Wir wollen Städte und Gemeinden wieder stärken. Deswegen wollen wir eine aufgabengerechte Finanzausstattung der Kommunen herstellen.

Wir streben deshalb einen **Investitions- und Entschuldungspakt für die Kommunen in Deutschland** an. Wir wollen damit einen dauerhaften Beitrag zur Stabilisierung der Kommunalfinanzen und zur Investitionsfähigkeit der Städte, Gemeinden und Kreise leisten.

Die Kommunen profitieren anteilig von der Rücknahme der schwarz-gelben Klientelgesetze, vom Subventionsabbau und der Einführung eines gerechteren Steuersystems. Teil des Paktes ist daneben die **Weiterentwicklung der Gewerbesteuer**.

Wichtig bleibt ferner eine **Entlastung von steigenden Sozialausgaben**. Ein erster wichtiger Schritt wurde auf Druck der SPD-geführten Länder mit der Übernahme der Kosten der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung durch den Bund getan. Wir werden die Übernahme weiterer Sozialleistungen durch den Bund prüfen.

Auch künftig steht den Kommunen **bei Standarderhöhungen und neuen Leistungsansprüchen eine auskömmliche Finanzierung zu**. Konnexität ist im Verhältnis zu den Ländern zwingend, muss aber in der Sache auch auf Bundesentscheidungen Anwendung finden.

In der nächsten Wahlperiode des Deutschen Bundestages muss der bis 2019 befristete Länderfinanzausgleich neu verhandelt werden. Wir stehen für einen solidarischen Bundesstaat. Die SPD hat unter Führung von Gerhard Schröder 2001 den Solidarpakt II durchgesetzt, der den ostdeutschen Ländern die Chance auf eigene Entwicklung gegeben hat. Die Klagen der CDU und der CSU gegen den Länderfinanzausgleich machen deutlich, dass diese Solidarität in Gefahr ist. Nur die SPD als gesamtdeutsche Partei steht für einen Interessenausgleich zwischen wirtschaftlich schwachen und starken Regionen. Der Interessenausgleich darf sich nicht mehr nach Ost oder West orientieren, sondern muss die Strukturprobleme aller Kommunen und Regionen berücksichtigen. Im Zuge der Neuordnung des bundesstaatlichen Finanzausgleichs werden wir eine Lösung für die Altschulden der Länder und Kommunen u.a. durch Einrichtung eines nationalen Schuldentilgungsfonds finden.

Steuerbetrug ist kein Kavaliersdelikt, sondern eine Straftat, die das Vertrauen in den Rechtsstaat untergräbt und den Zusammenhalt unserer Gesellschaft gefährdet. Wir nehmen nicht hin, dass dem Gemeinwesen Milliarden Euro an Steuergeldern entgehen, weil einige Finanzinstitute nicht ausreichend mit den Finanzämtern kooperieren, Steuerbetrug dulden oder sogar im Rahmen ihrer Geschäftsmodelle durch das Angebot entsprechender Bankprodukte billigend unterstützen. Wir wollen deshalb alle in Deutschland tätigen Finanzinstitute verpflichten, keine Bankprodukte und -dienstleistungen anzubieten, mit denen ihre Kunden Steuern hinterziehen können, und mit den Finanzämtern zu kooperieren. Leistet ein Finanzinstitut mit Sitz in Deutschland oder eine Zweigniederlassung eines ausländischen Instituts nachweislich Beihilfe zum Steuerbetrug oder verweigert sich der Kooperation mit den Steuerbehörden, soll dies bei zukünftigen Fällen stärker zur Rechenschaft gezogen werden können: Wir wollen eine sich **steigernde Strafbewehrung**, die mit Strafzahlungen beginnt und über die Möglichkeiten der **Abberufung der Geschäftsführung und Berufsverböten** bis zur **Einschränkung der Banklizenz** und als ultima ratio zum Entzug der Banklizenz führen kann.

Wir wollen die Kooperation zwischen Bundes- und Landesverwaltungen weiter optimieren, um bei Ermittlungen in Fällen grenzüberschreitender Steuerkriminalität von erheblicher bzw. grundsätzlicher Bedeutung schneller und koordinierter handeln zu können. So soll auch ein einheitlicher Umgang mit Informationsangeboten privater Dritter über mutmaßliche Steuerhinterzieher sichergestellt werden. Darüber hinaus wollen wir die **Befugnisse der bestehenden Schwerpunktstaatsanwaltschaften** in Fragen des Steuerbetrugs **stärken**.

Wir streben einen **gleichmäßigen Steuervollzug** an und wollen zur Schaffung einheitlicher Standards bei der Steuererhebung und Steuerprüfung zusammen mit den Bundesländern **bundesweite Standards** festlegen.

Die **Verjährungsfristen für Steuerbetrug** werden wir **anpassen**. Verstöße gegen das Steuerrecht sollen künftig nicht mehr automatisch schon nach zehn Jahren verjähren, sondern zumindest die Laufzeit verdächtiger Finanzkonstrukte abdecken. Unsere Reform der Verjährungsfristen soll sich an der Praxis in den Vereinigten Staaten orientieren: Dort beginnt die Verjährungsfrist erst mit der Abgabe einer korrekten Steuererklärung.

Wir wollen **Steuer-oasen** mindestens europaweit **trockenlegen**. Der zwischenstaatliche Informationsaustausch muss effektiver werden. Dazu wollen wir den Anwendungsbereich der EU-Zinsrichtlinie auf alle Kapitaleinkünfte und alle natürlichen und juristischen Personen ausdehnen und den automatischen Informationsaustausch zum Standard in Europa machen, auch im Verhältnis zu Drittstaaten wie der Schweiz. Wir wollen uns intensiv für die Bekämpfung des **Betrugs bei der Umsatzsteuer** auf nationaler wie auf europäischer Ebene einsetzen. Die Bekämpfung von Steuerbetrug kann in einem gemeinsamen europäischen Markt nur europäisch gelingen. Wir werden uns in den europäischen Gremien für eine engere und **koordinierte Zusammenarbeit der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union** einsetzen und die Initiativen der Europäischen Kommission auch gegenüber Drittstaaten unterstützen. Wir werden konsequent den Kampf gegen Steuerdumping und Steuerbetrug zur Bedingung für Finanzhilfen im Rahmen der Euro-Rettungspakete machen. Wir wollen, dass gerade auch in Ländern mit hoher Staatsverschuldung, die auf Hilfe angewiesen sind, Finanzkriminalität aufgedeckt und Steuerehrlichkeit durchgesetzt wird. Regierungen, die sich auf die Solidarität anderer stützen, dürfen Steuerflucht nicht mehr zum nationalen „Geschäftsmodell“ machen.

Auf **europäischer Ebene** setzen wir uns für die schnellstmögliche Einführung der Finanztransaktionssteuer ein. Sie ist ein wirksames Instrument, um die Verursacher der Finanz- und Wirtschaftskrise an den Kosten der Aufräumarbeiten zu beteiligen. Sie ist gerecht und wirtschaftlich notwendig.

Innerhalb der Europäischen Union wollen wir künftig sicherstellen, dass zwischen Mitgliedsstaaten **einheitliche Mindeststeuersätze und Mindestbemessungsgrößen bei Ertrags- und Unternehmenssteuern** entwickelt werden.

V. SOZIALE SICHERHEIT UND VORSORGE

Freiheit und Selbstbestimmung haben Voraussetzungen: soziale Sicherheit und die Chance, am gesellschaftlichen Leben teilnehmen zu können. Dafür brauchen wir ein solidarisches Sozialsystem und eine gute soziale Infrastruktur, die Bürgerinnen und Bürger vor Ort unterstützt.

Und wir stellen fest: Die Menschen in unserem Land leben länger. Unser Ziel ist, dass sie die Sicherheit haben, gesund und ohne materielle Not in Würde alt werden zu können. Das geht nur mit Sozialsystemen, die alle Bürgerinnen und Bürger versichern und ihnen in jeder Lebenslage Schutz und Unterstützung bieten. Und wir wollen die Bürgerinnen und Bürger in besonderen Lebenslagen mit besser aufeinander abgestimmten sozialen Leistungen unterstützen. Dazu wollen wir die Kooperation zwischen den Sozialleistungsträgern verbessern. Die Leistungen müssen dem Bedarf der Menschen folgen, nicht den Institutionen.

Für uns heißt das: Alle Bürgerinnen und Bürger sollen durch die Bürgerversicherung unabhängig von ihrer Lebenslage oder ihrem Erwerbsstatus eine **gute Kranken- und Pflegeversicherung** haben. Wir wollen die Arbeitslosenversicherung zu einer **Arbeitsversicherung** für alle weiterentwickeln. Das hilft den Menschen, ihre Beschäftigungsfähigkeit zu erhalten und in Beschäftigung zu bleiben. Mit der Ausweitung des Versichertenkreises in der gesetzlichen Rentenversicherung machen wir einen Schritt zu einer **Erwerbstätigenversicherung**, in der alle zu gleichen Bedingungen für das Alter und bei Erwerbsminderung versichert sind. Wir werden die Grundsicherung im SGB II und SGB XII so gestalten, dass sie die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts erfüllt. Das heißt: ein transparentes und sachgerechtes Verfahren, realitätsnah und nachvollziehbar. Dies gilt insbesondere für eine eigenständige Ermittlung der Bedarfe von Kindern.

Wir werden die **Armuts- und Reichtumsberichterstattung** so fortführen, dass sie als Grundlage für Konzepte und Maßnahmen zur wirksamen Bekämpfung von Armut und für eine sozial gerechte Verteilungspolitik taugt.

V.1 GESUNDHEIT UND PFLEGE

Sozialdemokratische Gesundheitspolitik orientiert sich an den Patientinnen und Patienten, nicht an Interessengruppen im Gesundheitswesen. Wir wollen eine gute medizinische Versorgung für alle Bürgerinnen und Bürger verlässlich sichern und finanzieren.

Unser Ziel ist es, mehr und gleiche Gesundheitschancen für alle Bürgerinnen und Bürger zu schaffen. Ein gesundes Lebensumfeld, Arbeit, die nicht krank macht, und ein gleich guter Zugang zu Medizin und Pflege erhöhen die Lebensqualität und tragen insgesamt zu Wohlstand und guter wirtschaftlicher Entwicklung bei. Sie fördern das soziale Miteinander. Deshalb sind der Erhalt und die Verbesserung der Gesundheit für uns eine Aufgabe der öffentlichen Daseinsvorsorge.

Bürger/innen-Projekt vom Bürgerkonvent am 2. März 2013:
 „Einbeziehung aller Personen in die Krankenversicherung.“



Gleicher und wohnortnaher Zugang zu medizinischer Versorgung und Pflege und gleiche Teilhabe am medizinischen Fortschritt sind für uns besonders wichtig. Denn soziale Spaltung in der Gesundheitsversorgung bedroht die Zukunft unserer Gesellschaft als Ganzes. Darum muss die Finanzierung durch Beiträge verlässlicher werden – und gerechter. Mit der Bürgerversicherung sollen alle Bürgerinnen und Bürger, unabhängig von ihrem Einkommen, ihrer Lebenslage oder ihrem Erwerbsstatus, eine gute Kranken- und Pflegeversicherung bekommen. Und wir wollen die beste Versorgung ermöglichen und einen fairen Wettbewerb zwischen den Krankenkassen. Gleiche solidarische Wettbewerbsbedingungen für alle Krankenkassen sind hierfür die Voraussetzung.

Bürgerversicherung für Gesundheit und Pflege.

Die **Bürgerversicherung** wird als Krankenvoll- und Pflegeversicherung für alle Bürgerinnen und Bürger eingeführt. Dazu werden wir für alle Kassen, die an der Bürgerversicherung in Gesundheit und Pflege teilnehmen, einen einheitlichen und solidarischen Wettbewerbsrahmen schaffen. Mit der Bürgerversicherung halten wir an einem gegliederten, öffentlich-rechtlichen und selbstverwalteten Kassensystem als tragender Säule der gesetzlichen Krankenversicherung fest. Wir wollen es stärken. Für alle Neu- und bislang gesetzlich Versicherten wird die Bürgerversicherung verbindlich eingeführt. Menschen, die bisher privat versichert sind, können für ein Jahr befristet wählen, ob sie wechseln wollen.

Wir wollen in der Bürgerversicherung die Solidarität zwischen den hohen und den niedrigen Einkommen stärken. Und Arbeitgeber sollen wieder den gleichen Beitrag leisten wie Beschäftigte, die **tatsächliche Parität muss wiederhergestellt werden**. Wir werden mehr Nachhaltigkeit durch die Einführung einer stetig ansteigenden Steuerfinanzierung erreichen. Wir werden den Zusatzbeitrag abschaffen und den Krankenkassen die Beitragssatzautonomie zurückgeben. Unser Ziel ist, für alle einen gleich guten Zugang zu medizinischer Versorgung zu schaffen und Privilegierungen im Gesundheitssystem abzubauen, also die Zwei-Klassen-Versorgung beenden.

Mit der Bürgerversicherung werden wir ein **einheitliches Versicherungssystem mit einer einheitlichen Honorarordnung** für die gesetzlichen wie privaten Krankenversicherungen einführen. Das Gesamthonorarvolumen wird dabei nicht geschmälert, sondern gerechter verteilt. Die Honorierung ambulanter Leistungen im niedergelassenen und stationären Bereich wird angeglichen.

Wir werden für alle Kassen, die an der Bürgerversicherung in Gesundheit und Pflege teilnehmen, einen einheitlichen solidarischen Wettbewerbsrahmen schaffen. Das erreichen wir, indem nicht die „Rosinenpickerei“, die Auswahl der „guten Risiken“, belohnt wird, sondern das Angebot der besten Qualität.

Prävention und Gesundheitsförderung.

Gesundes Aufwachsen, ein gesundes Lebens- und Arbeitsumfeld und möglichst gesund alt zu werden, dürfen nicht länger von der sozialen Lage abhängen. Deshalb werden wir Prävention und Gesundheitsförderung zu Schwerpunkten unserer Politik machen.

Umfassende **Prävention** ist mehr als Vorbeugemedizin – sie umfasst alle gesellschaftlichen Bereiche. Prävention und die Stärkung von Gesundheitskompetenzen müssen bei der Gestaltung des Wohnumfelds, der Arbeitswelt und in der Bildung und Ausbildung wichtiger werden. Der Sport und die aktiven Vereine sind dabei sehr hilfreich. Die Gesundheitskompetenz von Einzelnen und Organisationen muss gestärkt werden.

Ebenso muss Prävention in der Aus- und Fortbildung medizinischer und Gesundheitsberufe einen höheren Stellenwert bekommen.

Wir wollen mit einem umfassenden Präventions- und Gesundheitsförderungsgesetz in der nächsten Wahlperiode eine wirksame **Präventionsstrategie** umsetzen. Insbesondere Prävention in Lebenswelten wie Kita, Schule und Arbeitswelt muss ausgebaut werden, um sozial ungleiche Gesundheitschancen auszugleichen. Dazu gehört eine Erhöhung der Ausgaben für Prävention und eine Steuerung gemeinsamer Maßnahmen von Ländern, Kommunen und allen Sozialversicherungsträgern auf der Ebene der Länder.

Wir brauchen endlich die wirkliche Gleichstellung der medizinischen Rehabilitation mit der medizinischen Akutversorgung. Zugangshürden müssen abgebaut, Reha-Deckel und Reha-Budgetbegrenzungen müssen beseitigt werden. Zur Vermeidung von Pflegebedürftigkeit brauchen wir eine Offensive in der geriatrischen Rehabilitation. Deshalb müssen die Kosten für diese Leistungen von den Pflegekassen erstattet werden.

Nach wie vor ist Tabakkonsum das größte vermeidbare Gesundheitsrisiko in Deutschland. Im Sinne einer vorsorgenden Gesundheitspolitik wollen wir verstärkte Anstrengungen bei der Tabakprävention und beim Schutz aller vor den Gefahren des Passivrauchens unternehmen.

Flächendeckende Sicherstellung einer guten Versorgung.

Das Nebeneinander von medizinischer Unter-, Fehl- aber auch Überversorgung ist ein ernstes Problem. Die Situation in ländlichen und strukturschwachen Regionen sowie in sozialen Brennpunkten wird sich ohne Gegenmaßnahmen in den kommenden Jahren weiter verschärfen. Wir wollen die **Versorgungsstrukturen** so weiterentwickeln, dass Versorgungsmängel und damit einhergehende soziale Ungerechtigkeit und Zugangsbarrieren überwunden werden. Ebenso muss die Versorgung insgesamt auf das Alterwerden der Gesellschaft ausgerichtet werden. Wir wollen allen Bürgerinnen und Bürgern den Zugang zu guter medizinischer Versorgung ermöglichen, unabhängig vom Wohnort, der sozialen Lage oder dem Versichertenstatus. Der Erfolg unserer Gesundheitspolitik hängt davon ab, ob Verbesserungen in der medizinischen Versorgung für alle Menschen im Alltag spürbar werden.

Wir wollen die bedarfsgerechte Versorgung in **strukturschwachen Regionen** besonders fördern, die von Unterversorgung bedroht sind. Dazu werden wir die flächendeckende hausarztzentrierte Versorgung sowie die Vernetzung zwischen Leistungserbringern der verschiedenen Gesundheitsberufe stärken. Die Primärversorgung ist das Rückgrat einer starken, wohnortnahen Versorgung. Gleichzeitig werden wir die integrierte Versorgung mit einer eigenständigen zweckgebundenen Finanzierung neu anstoßen und verstetigen. Damit wollen wir eine qualitätsgesicherte Zusammenarbeit zwischen haus-, fach- und spezialärztlichem Bereich, den nicht ärztlichen Heilberufen, den ambulanten und stationären Sektoren sowie zwischen pflegerischem, rehabilitativem und medizinischem Bereich gewährleisten. So erhalten alle Patientinnen und Patienten einen guten Zugang auch zu spezialisierten medizinischen Leistungen. Wir werden die integrierte Versorgung mit innovativen Mobilitäts- und Telemedizin konzepten verknüpfen.

Um die Versorgung regional sicherzustellen, wollen wir in Zukunft eine sektorübergreifende Bedarfsplanung schaffen, die konsequent an den Bedürfnissen der Patientinnen und Patienten orientiert ist. Städten und Gemeinden kommt bei der Gestaltung der lokalen Gesundheitsversorgung eine zunehmend stärkere Rolle zu. Denn jede Situation vor Ort erfordert die dazu passenden, integrierten Versorgungslösungen. Viele Kommunen haben schon Erfahrungen gesammelt. Wir werden mit einem **Programm Gesunde Stadt** beziehungsweise **Gesunde Region** diese Entwicklung fördern.

In Deutschland nimmt die Zahl psychisch bedingter Erkrankungen zu. Psychische Erkrankungen müssen ebenso wie jede andere Erkrankung gut und schnell behandelt werden.

Wir wollen gemäß dem Gedanken „ambulant vor stationär“ den Anteil teilstationärer und ambulanter Hilfen sowohl in der Akutbehandlung als auch in der Rehabilitation ausbauen. Ambulante und stationäre Hilfen müssen enger verknüpft werden. Patientinnen und Patienten sollten Hilfe aus einer Hand erhalten. Die psychiatrischen Institutsambulanzen, Modelle integrierter Versorgung und gemeindepsychiatrische Verbünde wollen wir stärken.

Qualitätssicherung und Verbraucherschutz.

Wir wollen die Qualität der medizinischen Versorgung steigern, indem wir die integrierte Versorgung verbessern. Dabei wollen wir Patientenrechte ausbauen und den Verbraucherschutz stärken.

Unser Ziel ist, die Rechte der Patientinnen und Patienten und den **Verbraucherschutz im Gesundheitssystem** insgesamt zu stärken. Ein modernes Gesundheitssystem zeichnet sich vor allem dadurch aus, dass es eine gute Versorgung für chronisch Kranke, Multimorbide oder für Menschen, die einen besonderen Bedarf haben, bietet. Wir werden deshalb Versorgungsstrukturen so umbauen und Versorgungsprozesse so gestalten, dass sie diesem Ziel gerecht werden. Das Gesundheitswesen ist ein hochinnovativer Bereich. Die Möglichkeiten der modernen Medizin wachsen. In pharmakologischen und medizintechnischen Innovationen stecken erhebliche Potenziale für die Verbesserung von Gesundheit und Lebensqualität der Patientinnen und Patienten sowie für die wirtschaftliche Prosperität unseres Landes. In der sozialen Verantwortung kann die

Versichertengemeinschaft aber nur das tragen, was für die Gesundheitsversorgung notwendig, zweckmäßig und wirtschaftlich ist. Aus der ethischen Verantwortung heraus kann in einem sozialen Gesundheitswesen nur das Anwendung finden, was den Menschen nützt. Wir wollen deshalb den Nutzengedanken in der Versorgung der Patientinnen und Patienten mit Arzneimitteltherapien, diagnostischen und therapeutischen Verfahren sowie Medizinprodukten stärken.

Immer wieder zeigen Skandale bei Medizinprodukten, dass die unabhängige Überprüfung, Kontrolle und Versorgungsforschung ausgebaut werden muss. Ebenso werden wir die Patientinnen und Patienten wirksam vor Missbrauch mit unnötigen „IGel“-Leistungen schützen. Für einen wirksamen Verbraucherschutz im Gesundheitssystem wollen wir echten medizinischen Fortschritt statt Scheininnovationen.

Wir werden mit einem Patientenrechtegesetz die Menschen, insbesondere bei Behandlungsfehlern, unterstützen. Auch die Korruption im Gesundheitswesen werden wir wirksam bekämpfen.

Qualität in der Versorgung erhöht sich entscheidend durch eine bessere Organisation. Vor allem in den Versorgungsstrukturen liegt großes Innovationspotenzial. Unser Ziel ist es, dass Schwerkranke noch schneller zu den Spezialistinnen und Spezialisten kommen, die ihnen die beste Behandlung bieten können. Und dass nur die Einrichtungen Innovationen und hochspezialisierte Therapien anwenden, die die entsprechende Erfahrung haben. Deshalb werden wir den Grundsatz sicherstellen, dass das Geld dem Bedarf an Leistungen folgt und nicht Institutionen.

Wir werden die integrierte Versorgung für multimorbide und **chronisch kranke Menschen** zur Regel machen. Wir wollen eine verlässliche Versorgungsorganisation. Fall- und Pflegemanagement sind für uns der Schlüssel zu einer nachhaltigen Gesundheitssicherung. In der flächendeckenden Haus- und Facharztversorgung wollen wir die Qualität durch bessere Fortbildung und Standards steigern.

Transparenz über die Qualität von Behandlungsangeboten, unabhängige Beratung und die Förderung der Selbsthilfe sind für Versicherte und die Patientinnen und Patienten wichtig, um selbstbestimmt Entscheidungen mit zu treffen. Wir wollen die unabhängigen Informations- und Beratungsmöglichkeiten, wie die Unabhängige Patientenberatung (UPD), und die Selbsthilfe im Gesundheitssystem stärken und eine verlässliche Finanzierung dafür schaffen. Deshalb werden wir mit den beteiligten gesellschaftlichen Akteuren mit dem Ziel der Einrichtung einer Unabhängigen Deutschen Patientenorganisation in Dialog treten.

Gerechte und verlässliche Krankenhausfinanzierung.

Die SPD setzt sich für eine qualitativ hochwertige stationäre Versorgung ein. Dazu gehören vor allem gute Arbeitsbedingungen und zufriedene Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Wir werden die Krankenhausfinanzierung so reformieren, dass die flächendeckende Versorgung und Trägereielfalt gesichert und Qualität besser honoriert wird. In einem gerechten Finanzierungssystem müssen die Personalkosten ausreichend be-

rücksichtigt werden, damit die Krankenhäuser nicht auf ungerechtfertigte Mengenausweitungen ausweichen. Deshalb werden wir uns für Personalmindeststandards in Krankenhäusern einsetzen. Patienten und Patientinnen müssen sich darauf verlassen können, dass ihre Behandlung allein medizinisch begründet ist. Wir werden einen Anspruch auf eine Zweitmeinung vor bestimmten Behandlungen verbindlich einführen und damit allen Betroffenen einen Zugang zu den besten Spezialistinnen und Spezialisten ermöglichen.

Die Qualitätsberichte der Krankenhäuser werden wir weiterentwickeln. Die Krankenkassen sollen zur Verbesserung der Versorgungsqualität selektive Verträge mit Krankenhäusern abschließen können. Qualität und Patientensicherheit sollen bei der Krankenhausplanung und -finanzierung eine stärkere Rolle spielen.

Zehn Jahre nach Einführung der Fallpauschalen werden wir Unter- und Überdeckungen beseitigen, damit Krankenhäuser sich nicht auf finanziell attraktive Leistungen beschränken. Das dient dem fairen Wettbewerb und der bedarfsgerechten Versorgung.

Gute und menschenwürdige Pflege.

Wir wollen Pflegebedürftigkeit vermeiden, die Pflege verbessern und für die Zukunft sicherstellen. Dafür muss die gesamte Gesellschaft auf das Älterwerden vorbereitet werden. Wir wollen Selbstbestimmung und Teilhabe bis ins hohe Alter ermöglichen: Dazu müssen die Bedingungen verbessert werden, um auch bei Pflege weiter in den eigenen vier Wänden wohnen zu können. Dafür wollen wir die verschiedenen Angebote vor Ort ausbauen und besser vernetzen, die Leistungen der Pflegeversicherung passgenauer ausgestalten und Angehörige besser unterstützen. Gute Pflege muss für alle bezahlbar sein und die Arbeit in der Pflege muss gut bezahlt sein.

Die Reform der Pflege ist mehr als nur die Reform der Pflegeversicherung. Wir werden zügig eine umfassende Pflegereform einleiten. Eine echte Pflegereform beginnt für uns zuallererst mit einer **Neuausrichtung des Leitbilds der Pflege**: Es geht darum, die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben weiter zu ermöglichen. Dabei hat die Vermeidung von Pflegebedürftigkeit Vorrang – wir werden den Anspruch auf Prävention und Rehabilitation vor und bei Pflege bei den Leistungen und dem Zusammenwirken der Sozialversicherungsträger stärken.

Menschen wollen in Würde und möglichst in ihrer gewohnten Umgebung alt werden. Deshalb wollen wir die Pflege verbessern und für die nachfolgenden Generationen sicherstellen. Ob sich in Deutschland künftig eine strukturelle Zwei-Klassen-Pflege oder ein würdevolles Altern unabhängig von der sozialen Situation entwickelt, hängt davon ab, ob wir die Pflege insgesamt – nicht nur die Pflegeversicherung – sozial gerecht weiterentwickeln.

Wir müssen das **Wohnumfeld alters- und altersgerecht gestalten** und die notwendige Unterstützungsinfrastruktur aufbauen. Dabei steht die Selbst- und Mitbestimmung der Menschen im Vordergrund. Die Neuausrichtung des Pflegesystems erfordert Veränderungen in allen mit der Pflege zusammenhängenden Bereichen. Gute Pflege ist

für uns mehr als die Leistungen der Pflegeversicherung. Damit mehr Menschen länger zu Hause leben können, brauchen wir eine bessere soziale und bauliche Infrastruktur vor Ort, die Hilfe im Alltag und gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht. Wir wollen lokale Hilfenetzwerke fördern, die einen neuen Mix an unterstützenden Alltagshilfen bieten: haushaltsnahe Dienstleistungen, Begegnungsmöglichkeiten oder Hilfen im Notfall.

Dazu wollen wir Rahmenbedingungen schaffen, um Unterstützungsnetzwerke aus Angehörigen, professionellen Dienstleistungen und bürgerschaftlichem Engagement vor Ort aufzubauen. Besonders die Kommunen sollen eine stärkere Rolle dabei spielen, eine am Bedarf vor Ort orientierte integrierte Pflege- und Versorgungslandschaft zu gestalten, in der die Träger und Leistungserbringer der Pflege besser zusammenarbeiten können.

Und wir müssen die medizinische und pflegerische Versorgung enger verzahnen, um die geriatrische Versorgung zu verbessern. Wir wollen hierzu die Pflegeforschung weiter stärken und mit der Teilhabe- und Versorgungsforschung vernetzen. Investitionen in eine bessere geriatrische Ausbildung von Ärztinnen und Ärzten sind eine Voraussetzung dafür.

Wir wollen die Pflegerisiken solidarischer absichern und den verschiedenen Lebenslagen gerechter werden – vor allem bei Demenz. Deshalb muss ein neuer **Pflegebedürftigkeitsbegriff** Kernelement einer Pflegereform sein. Die Leistungen werden wir so differenzieren, dass sie den Betroffenen im Gegensatz zur Minutenpflege besser gerecht werden. Wir wollen die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf verbessern. Wir wollen Pflege weiter professionalisieren und mehr Dienstleistungen anbieten, um pflegende Angehörige zu unterstützen. Ebenso wichtig ist die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements.

Wir wollen pflegenden Angehörigen helfen: Mit einer flexiblen Pflegezeit, die mit Rechtsanspruch auf Job-Rückkehr und Lohnersatzleistung ausgestattet ist, wollen wir Angehörigen helfen, die Pflegesituation zu gestalten. Dazu gehören auch der Ausbau der Pflegeberatung sowie bessere Pflegeleistungen und bezahlbare Dienstleistungen im Haushalt, die die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf weiter voranbringen. Unser Ziel ist es, die bedarfsgerechte umfassende Versorgung der Altershaushalte aufzubauen.

Fachkräfteoffensive im Gesundheits- und Pflegebereich.

Wir wollen **gute Arbeit in Gesundheit und Pflege**. Gute Ausbildung, Entwicklungsperspektiven, gute Bezahlung, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und bessere Arbeitsbedingungen sind die Voraussetzungen, um die Attraktivität von Gesundheits- und Pflegeberufen zu steigern. Wir wollen eine gemeinsame Alten- und Krankenpflegeausbildung mit dem Berufsbild „Pflege“ einführen. Die demografische Entwicklung führt zu einem noch stärkeren Fachkräftebedarf in Pflegeberufen. Um diesen möglichst schnell zu decken, ist das Ausbildungsangebot staatlicher Berufsfachschulen zu stärken, denn die Pflegeausbildung muss für die Absolventinnen und Absolventen kostenfrei sein und eine Ausbildungsvergütung ist einzuführen.

Die Einkommen der Pflegerinnen und Pfleger bilden deren Leistung und hohe gesellschaftliche Bedeutung in keiner Weise ab. Wer auch in Zukunft noch genug Fachkräfte in der Pflege haben will, muss sie besser bezahlen. Soziale Arbeit muss aufgewertet werden. Wir unterstützen daher die Bemühungen für einen Branchentarif Soziale Arbeit, den wir für allgemein verbindlich erklären wollen. Damit kann dem Lohndumping effektiv begegnet und die Arbeit der Beschäftigten im Sozial- und Pflegebereich gewürdigt werden.

Die SPD setzt sich für eine qualitativ hochwertige stationäre Versorgung ein. Dazu gehören vor allem gute Arbeitsbedingungen und zufriedene Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Deshalb werden wir uns für Personalmindeststandards in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen einsetzen. Eine bessere Personalausstattung und eine höhere Versorgungsqualität können zu Anpassungen in der Krankenhaus- und Pflegefinanzierung führen.

V.2 GUTE ARBEIT, GUTE RENTE

Wer über Altersarmut redet, darf über Erwerbsarmut nicht schweigen, denn ohne die Bekämpfung der Erwerbsarmut kann der Altersarmut nicht wirksam begegnet werden. Das Rentensystem kann nicht dauerhaft die während des Arbeitslebens entstandenen sozialen Ungerechtigkeiten am Ende korrigieren. Wir werden uns deshalb vor allem an den konkreten Maßnahmen zur Bekämpfung von Erwerbsarmut und prekärer Beschäftigung messen lassen.

Wir brauchen **bessere Übergänge**. In einer zunehmend differenzierten Arbeitswelt ist es schwieriger geworden, für alle Arbeitnehmer/innen-Gruppen gleiche Formen des Eintritts ins Rentenalter zu schaffen. Nicht jeder Rentenzugang passt für alle, aber für alle muss es einen passenden Rentenzugang geben.

Vor allem für diejenigen Berufsgruppen und Beschäftigten, die bereits heute wegen der Arbeitsbelastung oder aufgrund von Invalidität nicht bis zum 65. Lebensjahr arbeiten können, wollen wir den Übergang ins Rentenalter ohne große Einkommensverluste ermöglichen.

Dafür schlagen wir differenzierte Angebote für den Übergang vom Erwerbsleben in die Rente vor:

- den abschlagsfreien Zugang zur Rente ab 63 Jahren nach 45 Versicherungsjahren,
- eine attraktive Teilrente ab dem 60. Lebensjahr oder vergleichbare flexible Übergangsmodelle, bei denen auf der Grundlage gesetzlicher Regelungen Tarifverträge abgeschlossen werden können,
- den abschlagsfreien Zugang zur Erwerbsminderungsrente und eine Verlängerung der Zurechnungszeit,
- erleichterte Möglichkeiten für Zusatzbeiträge an die Rentenversicherung.

Wir wollen nicht, dass sich die **Anhebung des Renteneintrittsalters** wie eine Kürzung der Renten auswirkt. Sie ist erst dann möglich, wenn mindestens die Hälfte der 60- bis 64-jährigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sozialversicherungspflichtig beschäftigt ist und weitere Rentenansprüche erwerben kann. In diesem Sinne werden wir die Überprüfungsklausel im Gesetz anwenden.

Wir wollen die **Alterssicherung stärken**. Die gesetzliche Rentenversicherung bleibt die erste Säule der Alterssicherung und Grundlage für den Schutz vor Armut im Alter. Sie bildet zugleich die persönlichen Leistungen der Versicherten in ihrem Arbeitsleben ab. Sie muss den Veränderungen der Gesellschaft und der Arbeitswelt Rechnung tragen.

Wir werden das derzeitige Niveau bei den Leistungen der gesetzlichen Rentenversicherung bis zum Ende des Jahrzehnts aufrechterhalten.

2020 gilt es neu zu bewerten, wie über die Wirkungen der Reformen auf dem Arbeitsmarkt im Hinblick auf Beschäftigung, Einkommen und Produktivität die Ankoppelung der Renten an die Erwerbseinkommen vorzunehmen ist. In diese Überprüfung sind auch die vorgeschlagenen Änderungen in der gesetzlichen Rentenversicherung einzubeziehen. So werden realitätsnahe Festlegungen für den notwendigen Ausgleich zwischen einem maximal tolerierbaren Beitragssatz und einem lebensstandardsichernden Rentenniveau möglich.

Vor allem die **betriebliche Altersversorgung** hat in vielen Branchen zusätzliche Sicherheit im Alter ermöglicht. Wir wollen die Stärkung und eine größere Verbreitung der betrieblichen Altersvorsorge als Ergänzung der gesetzlichen Rentenversicherung.

Die betriebliche und tarifvertraglich abgesicherte Altersversorgung ist aus unserer Sicht die beste Form der privaten und zugleich kollektiven Altersversorgung. Wir wollen sie stärken und durch die Erleichterung der Allgemeinverbindlichkeit auch in den Regionen und Branchen durchsetzen, in denen sie derzeit wegen geringer Tarifbindung nur wenig genutzt wird. Der Ausbau der betrieblichen Altersvorsorge darf dabei nicht allein von den Beschäftigten getragen werden.

Bei der **Riester-Rente** werden wir für eine deutliche Verbesserung der Kostentransparenz und der Effizienz sorgen.

Wir wollen eine **Solidarrente einführen**: Wer langjährig der gesetzlichen Rentenversicherung angehört und Beiträge gezahlt hat, muss eine Rente deutlich oberhalb der Grundsicherung erhalten. Parallel zu einem gesetzlichen Mindestlohn werden wir darum eine „Solidarrente“ einführen. Sie sorgt dafür, dass für langjährig Versicherte (30 Beitragsjahre / 40 Versicherungsjahre) die Rente nicht unter 850 Euro liegt.

Wer diese Solidarrente in Höhe von mindestens 850 Euro durch die Höherwertung der Zeiten der Arbeitslosigkeit und der Beschäftigungszeiten im Niedriglohnssektor innerhalb der gesetzlichen Rentenversicherung nicht erreicht, erhält diesen Betrag innerhalb einer zweiten Säule der Grundsicherung, bei der eine Bedürftigkeitsprüfung erfolgt.

Zur Solidarrente zählt auch, familienbedingte Erwerbsverläufe in der Alterssicherung besser abzubilden. Wir wollen in angemessenem Umfang Berücksichtigungszeiten auch auf Eltern ausdehnen, deren Kinder vor 1992 geboren wurden, und so gezielt Rentenansprüche für Eltern verbessern, die wegen fehlender Betreuungsinfrastruktur nicht Vollzeit arbeiten konnten.

Die Kosten der Solidarrente finanzieren wir aus Steuermitteln. Die Finanzierung des abschlagsfreien Rentenzugangs nach 45 Versicherungsjahren, der verbesserten Erwerbsminderungsrente und der Stabilisierung des Rentenniveaus werden wir durch einen höheren Rentenversicherungsbeitrag und den Aufbau einer höheren Nachhaltigkeitsreserve sicherstellen.

Die Einbeziehung der Selbstständigen ohne obligatorische Altersversorgung in die gesetzliche Rentenversicherung reduziert ihr Armutsrisiko im Alter. Dies ist der erste Schritt auf dem Weg zu unserem Ziel, die gesetzliche Rentenversicherung zur Erwerbstätigenversicherung auszubauen.

Mehr als 20 Jahre nach der Wiedervereinigung werden Unterschiede im Rentenrecht in Deutschland nicht mehr akzeptiert. Wir werden deshalb den Weg zu einem **einheitlichen Rentensystem für Ost und West bis 2020** einleiten.

Voraussetzung für die Angleichung der Renten sind Fortschritte bei der Angleichung der Löhne. Ein in Ost und West gleicher, gesetzlicher Mindestlohn, eine bessere Tarifbindung und ein höheres Lohnniveau werden in den ostdeutschen Ländern besonders wirksam werden und die derzeitige Lücke bei Löhnen und damit Rentenansprüchen weiter schließen.

Die vollständige Angleichung des Rentenwertes Ost an West wollen wir in Stufen bis 2020 erreichen. So nehmen auch die jetzigen Rentnerinnen und Rentner in Ostdeutschland an der Angleichung teil.

Wir werden als ersten Schritt alle pauschal bewerteten Versicherungszeiten (Kindererziehungszeiten, Versicherungszeiten für pflegende Angehörige, Zeiten des Wehr- und Zivildienstes sowie Zeiten für die Beschäftigung in Behindertenwerkstätten) einheitlich mit dem aktuellen Rentenwert West berechnen.

Mit der Angleichung der Rentenwerte wird der Aufwertungsfaktor für Löhne in Ostdeutschland abgeschafft.

Für Menschen, die im Rentenrecht nicht lösbare Ungerechtigkeiten bei der Überleitung der Alterssicherung der DDR in das bundesdeutsche Recht erfahren haben, müssen die Probleme in einem Rentenüberleitungsabschlussgesetz abschließend geklärt und beseitigt werden. Für Härtefälle soll ein steuerfinanzierter Fonds eingerichtet werden.

V.3 GEMEINSAM LEBEN – MENSCHEN MIT UND OHNE BEHINDERUNGEN

Das Zusammenleben von Menschen mit und ohne Behinderungen und Beeinträchtigungen ist unser Ziel. Wir brauchen Orte und Gelegenheit für Begegnungen, für gemeinsames Arbeiten, Lernen und vieles mehr – so genannte „inklusive Sozialräume“. Gesellschaftlicher Zusammenhalt heißt: nicht unterscheiden und trennen, sondern Integration, Personenorientierung, Abbau von Barrieren und zielgerichtete Hilfe.

Die UN-Behindertenrechtskonvention ist hierfür wegweisend. Die Entwicklung eines Aktionsplans im Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention erfolgt **inklusiv und gemeinsam** mit Menschen mit Behinderungen und ihren Organisationen nach dem Motto „Nichts über uns ohne uns!“.

Inklusive Sozialräume entstehen dort, wo Menschen mit und ohne Beeinträchtigungen gemeinsam die Möglichkeit haben, ihre räumliche und soziale Umwelt im Hinblick auf ein gleichberechtigtes Zusammenleben nachhaltig zu gestalten. Inklusion ist deshalb auch kein Zustand, sondern ein gesamtgesellschaftlicher Prozess, in dem alle daran mitwirken können, dass schrittweise die gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen zur Leitmaxime im Denken und Handeln, bei der Planung und Gestaltung unseres inklusiven Gemeinwesens wird.

Selbstbestimmte Teilhabe gelingt nur, wenn Barrieren vermieden und abgebaut werden und der gleichberechtigte Zugang zu Gebäuden und Einrichtungen, zu Verkehrsmitteln, zu Waren und Dienstleistungen und allen Kommunikationswegen möglich ist. Jeder Fortschritt beim Abbau von Barrieren bedeutet mehr Selbstbestimmung, mehr Wahlfreiheit, weniger Hilfebedarf. Dies kommt gerade in einer alternden Gesellschaft allen zu Gute.

Teile eines **inklusive Sozialraums** in allen Lebensbereichen sind vor allem inklusive Betreuungs- und Bildungseinrichtungen, Schulen, Universitäten, Einrichtungen der Erwachsenenbildung und Sportvereine, die einen großen Beitrag zu Inklusion und Integration leisten, und nicht zuletzt die selbstbestimmte **Wahl des Wohnorts** und der Wohnform.

Außerdem zählen dazu ein inklusiver Arbeitsmarkt, der allen Menschen gemäß ihres Könnens und ihrer Leistungsfähigkeit Berufstätigkeit ermöglicht. Die Beschäftigungssituation von Menschen mit Behinderungen muss deutlich verbessert werden, und die Rechte der Schwerbehindertenvertretungen müssen gestärkt werden. Wir werden die Tarifpartner, Job-Center und Arbeitsagenturen stärker in die Pflicht nehmen und den Weg fortsetzen, die Durchlässigkeit zwischen Werkstätten für Menschen mit Behinderungen und dem allgemeinen Arbeitsmarkt zu verbessern. Alle Menschen sollen auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt faire Perspektiven haben.

Inklusiver Sozialraum entsteht auf allen Ebenen durch politische und gesellschaftliche Initiativen. Hierfür brauchen wir eine **gemeinsame Koordinierung** und neue rechtlich-

organisatorische Voraussetzungen für die Zusammenarbeit des Bundes mit den bisherigen Trägern der Behindertenhilfe in Kommunen, Institutionen und Einrichtungen.

Wir haben bereits unter der Regierung von Bundeskanzler Gerhard Schröder einen Paradigmenwechsel von der Fürsorge zur Teilhabe eingeleitet. Diesen Weg wollen wir weitergehen bis hin zur vollständigen Inklusion und gleichberechtigten und selbstbestimmten Teilhabe. Damit darf aber die Hilfe für Menschen mit Behinderung nicht länger im nachrangigen Fürsorgesystem der sozialen Sicherung verbleiben, das bislang allein von den Kommunen getragen wird. Ziel der Reform ist ein flexibles und passgenaues Unterstützungssystem: für Teilhabe, Gleichstellung und Selbstbestimmung behinderter Menschen. Wir wollen, dass die Leistungen zur Teilhabe den Menschen folgen und nicht umgekehrt. Die mit dem SGB IX begonnene Vereinheitlichung des Rechts für Menschen mit Behinderung wollen wir fortsetzen. Inklusion ist ein uneinschränkbares Ziel aller Sozialgesetzbücher und Hilfeeinrichtungen – unabhängig von Art und Ausprägung einer Behinderung und der Höhe des Unterstützungsbedarfs.

Wir wollen ein für alle Sicherungssysteme und Leistungsträger einheitliches Bedarfs-ermittlungssystem schaffen. Damit sollen individuelle Beeinträchtigungen von Menschen erkennbar und tatsächliche Hilfebedarfe ermittelt werden. Problematische Schnittstellen zwischen Trägern von Sozialleistungen müssen zugunsten einheitlicher Verfahren abgebaut werden.

Der Anspruch auf Hilfe zur Inklusion wird nicht mehr als Fürsorgeanspruch, sondern als Anspruch zum Ausgleich von Nachteilen ausgestaltet. Finanzielle Leistungen müssen unabhängig von Einkommen und Vermögen sein. Das persönliche Budget ist eine geeignete Leistungsform für selbstbestimmte Teilhabe.

Wir werden deshalb unter Einbeziehung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen ein Bundesleistungsgesetz schaffen, das der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention dient und die Eingliederungshilfe in ihrer bisherigen Form ablöst. Damit müssen wir auch eine dringend notwendige Teilentlastung der Kommunen von den Kosten der Eingliederungshilfe erreichen.

Konkrete Hilfe zu Inklusion und Teilhabe bleibt eine Aufgabe, die **wohnortnah in der Kommune** zu erfüllen ist. Hilfeplanung und die Realisierung des Wunsch- und Wahlrechts der Hilfeberechtigten sind Teil des inklusiven Sozialraums. Berechtigte und Leistungsträger müssen gemeinsam an einem individuellen und bedarfsgerechten **Teilhabeplan** arbeiten. Die im SGB IX vorgesehenen Servicestellen sind dafür die koordinierenden Beratungsstellen.

VI. GUTE NACHBARSCHAFT

VI.1 SOZIALE STADT UND ZUSAMMENHALT DER REGIONEN

Die Kommunen stehen im Zentrum unserer Politik. Denn in den Städten und Gemeinden entscheidet sich, wie Menschen aufwachsen und leben. In ihnen entscheidet sich, ob Kinder gute Kindergärten und Schulen finden. Ob Integration und das Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft gelingen. In ihnen entscheidet sich, ob Menschen in Sicherheit leben und am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Und deshalb wollen wir, dass es in allen Wohnquartieren gesellschaftliche Teilhabe und Aufstiegsmöglichkeiten gibt.

Wir werden die von der Bundesregierung aus CDU/CSU und FDP zusammengestrichene **Städtebauförderung** wieder verlässlich ausstatten. Wir werden das Zusammenwirken der föderalen Ebenen in der Städtebauförderung fortsetzen und die Programme im Dialog mit Ländern und Kommunen weiterentwickeln. Dabei wird geprüft, wo der Finanzierungsanteil des Bundes erhöht werden kann, um Kofinanzierungsprobleme zu mindern. Wir wollen die Umsetzung und Bündelung mit anderen Förderprogrammen vereinfachen.

Wir packen die großen Herausforderungen an: sozialer Zusammenhalt, Integration, demografischer Wandel, altersgerechter Umbau und Klimaschutz.

Heimat ist vor der Haustüre.

Unsere Gesellschaft bleibt im Wandel – wirtschaftlich, technisch und sozial. Mit dieser Einsicht wächst ein Bedürfnis nach Verwurzelung, nach Orientierung, nach Verbindlichkeit und nach einem festen Platz.

Die Menschen haben ein wachsendes Bedürfnis nach Vertrautheit und sozialer Sicherheit. Sehnsuchtsort ist die „Heimat“, die wir als Ausdehnung der „eigenen vier Wände“ auf das Stadtviertel oder die Gemeinde verstehen, in dem oder der man zum Beispiel groß und alt werden möchte.

Hier wird demografischer Wandel als gelebte Alltäglichkeit konkret. Die gesellschaftliche Spaltung in Arm und Reich spiegelt sich auch in Tendenzen zur Ghettoisierung wider. An den Rand gedrängte Armutsviertel einerseits und Luxusghettos andererseits. Der „Doorman“ wird zum Schutzmann der Privilegierten. Das gesellschaftspolitische Scheitern der „Privat vor Staat“-Ideologie offenbart sich auch beim Wohnen und in der Stadtentwicklung. Sozialer Zusammenhalt braucht Gemeinschaftsinitiative und Partnerschaft der jeweils gesellschaftlich relevanten Akteure. **So wird Stadtentwicklung mehr denn je zur Stadtteil- und Quartiersentwicklung.**

Damit die Kommunen wieder handlungsfähig werden, müssen Bund und Länder die **kommunale Finanzkraft stärken**. Nur finanziell ausreichend ausgestattete Kommunen sind in der Lage, einer Privatisierung zentraler öffentlicher Aufgaben zu widerstehen und ihre Verantwortung für die öffentliche Daseinsvorsorge wahrzunehmen. Nur finanziell ausreichend ausgestattete Kommunen haben Gestaltungskraft.

Kurzfristig streben wir einen **Investitionspakt von Bund und Ländern** an, von dem insbesondere finanzschwache Kommunen mit Haushaltsnotlagen oder mit Haushaltssicherungskonzepten und hohen Kassenkrediten profitieren. Wir werden mit einem **„Eigenanteilfonds“** dafür sorgen, dass auch Städte und Gemeinden in Haushaltsnotlage die Bundesförderung nutzen können. Sie dürfen nicht von der Förderung ausgeschlossen bleiben, weil ihnen die Eigenmittel fehlen. Denn gerade dort ist der Bedarf am größten.

Wir wollen aber auch die Vollfinanzierung von Projekten ermöglichen, die beispielsweise die Herausforderungen der wachsenden Metropolen bewältigen.

Bürger/innen-Projekt vom Bürgerkonvent am 2. März 2013:
 „Wasserversorgung sollte weiterhin in staatlicher Hand bleiben.“



Wir unterstützen eine aktive Rolle der Kommunen im Rahmen ihrer **Verantwortung für die Daseinsvorsorge** – sei es durch eigene Unternehmen oder eine aktivere Steuerung: zum Beispiel bei der Wasserversorgung, aber auch im öffentlichen Personennahverkehr. Wir werden uns dafür einsetzen, dass der bundes- und EU-rechtliche Rahmen den Kommunen diesen Gestaltungsspielraum lässt. Im Gegensatz zur Regierung Merkel wird sich eine SPD-geführte Bundesregierung in Brüssel und bei anderen EU-Partnern dafür einsetzen, dass insbesondere die Wasserversorgung aus der Konzessionsrichtlinie ausgenommen wird. Das sichert das hohe deutsche Versorgungsniveau.

VI.2 DIE STADT ALS MOTOR WIRTSCHAFTLICHER UND GESELLSCHAFTLICHER ENTWICKLUNG

Viele Bürgerinnen und Bürger wollen in der Stadt leben, weil sie hier Lebensperspektive und Lebensqualität erhoffen und finden. Städte bedeuten für viele Menschen Zukunft. Vor allem die großen Städte wachsen.

Die große Zahl sehr unterschiedlicher Arbeitsplätze, die Universitäten, Forschungseinrichtungen, die Schulen, die Sportmöglichkeiten und Freizeitangebote, die Kulturinstitutionen und die Off-Kultur, die großen und kleinen Unternehmen, die Start-ups, die auf das städtische Umfeld angewiesenen Dienstleistungen, Nahversorgung und kurze Wege, die Verbindung mit der Welt durch Flughäfen, Bahnhöfe und Häfen machen die Städte zu Motoren des Wachstums und des Fortschritts.

Städte haben einen Arbeitsmarkt, der breit genug ist, dass im Laufe eines Arbeitslebens der Wechsel des Arbeitgebers auch ohne Wohnortwechsel möglich ist. Und immer wichtiger: Städte haben einen Arbeitsmarkt sowie Bildungs- und Kinderbetreuungsangebote, die es modernen berufstätigen Paaren und Alleinerziehenden ermöglichen, die eigenen beruflichen Wünsche zu realisieren.

Städte ermöglichen es, bekannte Lebensentwürfe zu verlassen und neue auszuprobieren. Gerade in den Städten können immer wieder Chancen für diejenigen eröffnet werden, die bisher gesellschaftlich benachteiligt wurden. Städte sind „Schmelztiegel“ der Integration und können in besonderer Weise Gemeinsinn und Gemeinschaft schaffen.

Neben den starken Wirtschaftszentren gibt es aber auch eine Vielzahl von Kommunen, deren Bevölkerungszahlen rückläufig und die besonders von der Alterung der Bevölkerung betroffen sind. Hier verändert sich der Infrastrukturbedarf in besonderer Weise, indem zum Beispiel die Nachfrage nach Schulen und Kindergärten ab- und die Nachfrage nach altengerechten Einrichtungen und Angeboten gleichzeitig zunimmt.

Um uns den Herausforderungen zu stellen und die Chancen zu nutzen, müssen wir uns an den Menschen und ihren Bedürfnissen orientieren. Deshalb müssen wir verstärkt in Quartieren denken und handeln. Denn hier finden die wirklichen Begegnungen von Mensch zu Mensch statt. Städte sind mehr als Stein und Beton. Sie sind Heimat. Sie geben Halt und Hoffnung. In unseren Städten entscheidet sich, wie die Menschen aufwachsen und alt werden, ob Menschen unterschiedlicher Herkunft zusammenfinden, ob sie sicher und gesund leben und gute Chancen erhalten.

Die soziale Stadtentwicklung ist Grundlage und Voraussetzung für Innovation, Fortschritt und soziale Gerechtigkeit. Die soziale Gesellschaft beginnt im unmittelbaren Lebensumfeld, dem Quartier. Dort gilt es, für ausreichend gute und bezahlbare Wohnungen zu sorgen und Zusammenhalt, sozialen Ausgleich, Teilhabe, Verantwortung und Solidarität zu ermöglichen. Das stärkt auch demokratisches Bewusstsein und Handeln – und macht Werte erlebbar. So gelingt die inter- und intrakulturelle Integration. Das „Aktionsprogramm für eine solidarische Stadt und bezahlbares Wohnen“ soll dafür wichtiger Impulsgeber sein.

VI.3 AKTIONSPROGRAMM FÜR EINE SOLIDARISCHE STADT UND BEZAHLBARES WOHNEN

Die Wohnung und das Wohnumfeld sind eine wichtige Voraussetzung für ein erfülltes und selbstbestimmtes Leben. Deswegen muss es uns alarmieren, wenn Wohnraum in immer mehr Städten knapp und für untere und mittlere Einkommensgruppen unerschwinglich wird. Wenn Familien, Studierende, Rentnerinnen und Rentner in den Innenstädten keine bezahlbaren Wohnungen mehr finden und aus ihren Wohnungen verdrängt werden, dann droht die soziale Spaltung der Städte.

Bürger/innen-Projekt vom Bürgerkonvent am 2. März 2013:
 „Sozialer Wohnungsbau muss ausgebaut werden, auch für
 altersgerechte Wohnungen.“



(Fortsetzung)

Eine sozialdemokratisch geführte Bundesregierung wird in der nächsten Legislaturperiode ein „Aktionsprogramm für eine solidarische Stadt und bezahlbares Wohnen“ initiieren – in einem Bündnis mit den Ländern, Kommunen, den Mieter- und Sozialverbänden, der Bau- und Wohnungswirtschaft und den Gewerkschaften. Unser Ziel ist zukunftsgerechter und zugleich bezahlbarer Wohnraum in intakten und lebendigen Nachbarschaften.

Mit dem „Aktionsprogramm für eine solidarische Stadt und bezahlbares Wohnen“ werden wir

- das Zusammenleben von Menschen verschiedenen Alters, verschiedener Herkunft und aus unterschiedlichen sozialen Schichten verbessern, indem wir bauliche, wirtschaftliche, ökologische und soziale Verbesserungen in Stadtquartieren, Städten und Regionen durch demokratische Prozesse ermöglichen und bessere Voraussetzungen für Integration sowie die Stärkung von Verantwortung, Toleranz und gegenseitigem Respekt schaffen.
- die Mietpreisspirale bremsen und den Anstieg der Mieten bei bestehenden Mietverträgen stärker begrenzen. Bei der Wiedervermietung von Wohnungen haben die Vermieter nach geltendem Recht weitgehend freie Hand, die Miete zu vereinbaren. Die Folge sind häufig deutliche Mietsteigerungen. Deshalb soll eine Obergrenze für Mieterhöhungen bei Wiedervermietungen von maximal zehn Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete eingeführt werden. Erstvermietungen von neugebauten Wohnungen sind davon grundsätzlich ausgenommen.
- für effiziente, für Mieterinnen und Mieter bezahlbare und städtebaulich verträgliche neue Wege bei der energetischen Sanierung sorgen. Die Kosten für Sanierungen dürfen nicht einseitig den Mieterinnen und Mietern aufgebürdet werden. Wir werden umgehend die Einschränkung von Mieterrechten rückgängig machen.
- den Neubau fördern, da ohne eine deutliche Zunahme neuer Wohnungen alle Maßnahmen zur Mietpreisdämpfung ins Leere laufen. Unser Ziel ist zukunfts- und altersgerechter und zugleich bezahlbarer Wohnraum.
- kommunale und genossenschaftliche Wohnungsunternehmen als Garanten für Mietsicherheit und sozial ausgewogene Nachbarschaften stärken. Wir wollen eine Weiterentwicklung des Genossenschaftsgedankens, der für Selbsthilfe, Selbstverantwortung und Solidarität steht.
- die Kompensationszahlungen an die Länder für die soziale Wohnraumförderung bis 2019 verstetigen. Die Länder sollen die Mittel zweckgebunden für Wohnungsneubau und -modernisierung einsetzen.

- bei Grundstücksvergaben mit gutem Beispiel vorangehen und gute Konzepte für bezahlbaren Wohnraum und eine lebendige Stadt unterstützen. Auch Bauland der Kommunen und der Länder darf nicht immer nur an den Meistbietenden gehen.
- den Heizkostenzuschuss beim Wohngeld wieder einführen und das Wohngeld als zielgenaues Instrument der sozialen Sicherung stärken.
- die Maklergebühren neu regeln. Künftig muss der Grundsatz gelten, der sonst überall in der Marktwirtschaft gilt: Wer bestellt, der bezahlt. Es kann nicht sein, dass Wohnungseigentümer und Makler ein Geschäft zu Lasten Dritter, nämlich der wohnungssuchenden Mieter machen.

VI.4 LÄNDLICHE RÄUME

Wir wollen die Lebensqualität und Attraktivität der ländlichen Räume erhöhen. Der ländliche Raum ist Heimat für seine Bewohnerinnen und Bewohner. Wir halten am Ziel der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in allen Teilen Deutschlands fest, unabhängig von der Größe der Gemeinde, unabhängig ob in Ost oder West. Denn eine gute Versorgungs- und Mobilitätsinfrastruktur, und damit auch der Zugang zu sozialer Infrastruktur, sind wesentliche Bedingungen dafür, dass alle Regionen gesellschaftliche und ökonomische Entwicklungschancen haben.

Ländliche Räume übernehmen vielfältige Funktionen. Sie sind Wohn- und Arbeitsort, genauso wie Ziel von Erholungssuchenden und Urlaubern. Die Natur- und Kulturlandschaften prägen unser Bild von Heimat. Wir werden deshalb durch eine Politik der ländlichen Entwicklung den Erhalt von Kulturlandschaften mit ihren Dörfern und kleinen Städten unterstützen.

Wir sehen in **Kooperationen auf regionaler Ebene** und zwischen Stadt und Umland einen Schlüssel für eine zukunftsfähige Entwicklung insbesondere ländlicher und schrumpfender Räume. Auf regionaler Ebene ist es möglich, **Konzepte zur Sicherung der Daseinsvorsorge** und für eine zukunftsfähige wirtschaftliche Entwicklung zu erarbeiten und umzusetzen.

Wir werden Anreize für stärkere interkommunale Kooperation und Regionsbildung setzen, indem wir regionale integrierte Entwicklungskonzepte in der **Wirtschafts- und Strukturförderung** des Bundes zur Fördervoraussetzung machen und durch bessere Förderbedingungen belohnen. Unser Ziel ist es, Regionalbudgets zu schaffen – für einen gebündelten und zielgerichteten Fördermitteleinsatz im Rahmen regional angepasster integrierter Entwicklungsstrategien.

Beim Verkauf von Flächen des Bundes setzen wir uns für eine Stärkung der Länder ein.

Schnelle Internetzugänge sind für die **Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft der Regionen** von enormer Bedeutung. Mit zunehmender digitaler Vernetzung können da-

mit hochwertigen Dienstleistungen abseits der Boom-Regionen angeboten und neue, qualifizierte Arbeitsplätze geschaffen werden. Um ländlichen und strukturschwachen Regionen diese Chance zu eröffnen, sichern wir den flächendeckenden Zugang zu leistungsfähigen Internet-Anschlüssen.

Die **Ernährungs- und Landwirtschaft** hat eine große wirtschaftliche, ökologische und soziale Bedeutung, gerade im Bereich des Klimaschutzes. Sie hat einen maßgeblichen Einfluss auf die Nutzung von natürlichen Ressourcen. Wir wollen eine nachhaltige, bäuerliche Landwirtschaft, die zum Erhalt und zur Entwicklung lebenswerter ländlicher Räume und unserer Kulturlandschaft beiträgt. Regionalvermarktungsstrategien und lokale Wertschöpfung werden dabei von uns gestärkt.

Eine multifunktional ausgerichtete Landwirtschaft bildet die Grundlage für eine lebenswerte und leistungsfähige Kulturlandschaft. Die vielfältigen Leistungen, die Landwirte und andere Landnutzer für Natur- und Artenschutz erbringen, können auch künftig nur bedingt über die Rohstoffmärkte abgegolten werden. Daher müssen Landwirte und andere Landnutzer einen Anreiz erhalten, die gewünschten öffentlichen Güter bereitzustellen.

Das bestehende System der **EU-Agrarförderung** muss konsequent so umgebaut werden, dass es diesen Zielen ebenso konsistent dient wie alle Politikbereiche, die darauf Auswirkung haben: Agrar- und Ernährungsforschung, Bildung, Natur- und Tierschutzrecht oder die Verpflegung in öffentlichen Kantinen. Es ist richtig, die Förderung breiter auf den ländlichen Raum auszurichten und stärker an Leistungen für die Gesellschaft zu binden.

Wichtig sind neue Entwicklungsimpulse für unsere ländlichen Räume. Die Mittel müssen wirksamer werden, indem sie eine breitere Palette an wirtschaftlichen Impulsen für den ländlichen Raum fördern: regionale Veredelungswirtschaft, Handwerk, Tourismus, Gesundheitswesen und Dienstleistungen. Regionalvermarktungsstrategien werden dabei von uns gestärkt. Die Fördermittel müssen dazu beitragen, die immer noch zu hohen Umweltschäden durch Teile der Landwirtschaft, Gewässer- und Luftbelastungen, Artenschwund und Bodenbeeinträchtigungen zu mindern. Mittelfristig treten wir dafür ein, dass die so genannte „erste Säule“ der pauschalen Agrarsubventionen bis auf einen kleinen Sockelbetrag abgeschmolzen und in die „zweite Säule“ zur Stärkung und Wiederbelebung des ländlichen Raums umgeschichtet wird.

Wir begreifen Landwirtschaftspolitik über den klassischen Produktionsbereich hinaus als Politik für die ländlichen Räume. Wir wollen die Strukturpolitik stärker mit der Agrarförderung verzahnen, damit kleinere und mittlere Unternehmen ihre Innovationspotenziale besser nutzen können. Die Förderprogramme für den ländlichen Raum müssen gezielter als bisher ausgerichtet werden: für die Förderung von Mikrounternehmen, kleiner und mittelständischer Unternehmen sowie für kommunale Basisdienste und zur Erhaltung des Kultur- und Naturerbes. Wir wollen die **Wertschöpfung** im ländlichen Raum erhöhen. Dafür wollen wir die Potenziale der deutschen Agrar- und Ernährungswirtschaft weiter ausbauen. Für die erforderlichen Investitionen in die Menschen und Weiterbildung der Unternehmen wollen wir verlässlichere und gesellschaftlich akzeptierte Rahmenbedingungen schaffen. Wir fordern gerechte Löhne für gute Arbeit.

Ein gesetzlicher Mindestlohn muss in allen Bereichen der Ernährungswirtschaft durchgesetzt werden. Dabei sehen wir einen besonderen Förderungsbedarf für beschäftigungsintensive Formen der Landwirtschaft. Zustände wie in einigen Schlachthöfen, die per Werkvertrag moderne Sklaverei betreiben, nehmen wir nicht hin.

Tierschutz ist ein unverzichtbarer Bestandteil verantwortungsvoller Ernährungs-, Landwirtschafts-, Verbraucher- und Umweltpolitik. Wir sind stolz darauf, dass es unter unserer Regierungsverantwortung gelungen ist, den Tierschutz im Grundgesetz zu verankern, und werden dieses Prinzip auch auf die Einzelgesetzgebung anwenden, z.B. in der Unterbindung von Qualzucht.

Mit einem Verbandsklagerecht werden wir Tierschutzorganisationen die rechtliche Handhabe geben, wirkungsvoller gegen Tierschutz-Verstöße vorzugehen. Die landwirtschaftliche Nutztierhaltung muss sich stärker an den Bedürfnissen der Tiere ausrichten. Dafür müssen die Forschung für eine moderne Landwirtschaft gestärkt, entsprechende Haltungssysteme vorgegeben und der Antibiotika-Einsatz in der Tierhaltung drastisch vermindert werden. Die Intensivtierhaltung werden wir durch geeignete gesetzliche Maßnahmen zurückdrängen und insbesondere den Kommunen mehr Möglichkeiten zur baurechtlichen Steuerung geben. Es braucht eine **Kennzeichnung** von Lebensmitteln aus artgerechter Haltung: transparent, einfach und verbraucherfreundlich. Ein weiteres Ziel ist die systematische Qualitätskontrolle für die Tiergesundheit in der Landwirtschaft.

Den Handel mit und die Haltung von Tieren, insbesondere auch von Wildtieren und exotischen Tieren, wollen wir bundeseinheitlich regeln. Der Import von Wildfängen soll generell verboten werden und gewerbliche Tierbörsen werden wir schließen. Die Anzahl der Tierversuche wollen wir verringern und uns für die Verbreitung der 3-R-Methoden (zu deutsch: Vermeiden, Verringern, Verbessern) in der Forschung einsetzen. Wir wollen alternative Forschungsmethoden fördern, die ohne oder mit weniger Tieren auskommen bzw. weniger schmerzhaft Verfahren beinhalten.

Die Förderung landwirtschaftlicher Betriebe muss konsequent auf eine klimaschonende Landbewirtschaftung ausgerichtet werden. Dazu gehört auch eine **nachhaltige Biomasseproduktion**, mit der den problematischen Veränderungen in der Agrarstruktur entgegengewirkt wird. Der zunehmende Biomasse-, insbesondere Maisanbau konkurriert mit den Arten- und Naturschutzziele der nationalen **Biodiversitätsstrategie** und führt zu einem verstärkten Stickstoffeintrag in die Gewässer sowie in der Regel zu einer Verschlechterung der Bodenqualität. Im Rahmen einer integrierten Biomassestrategie wollen wir die Nutzungskonkurrenzen entschärfen. Durch einen effizienteren Wissenstransfer kann die Wettbewerbsfähigkeit der kleinen und mittleren Betriebe im ländlichen Raum verbessert werden. Kooperationen zwischen den Wirtschaftsbeteiligten entlang von Wertschöpfungsketten, zwischen Stadt und Land sowie zwischen Regionen wollen wir besonders fördern.

Der Rückgang des Grünlandes überall in Europa muss ebenso gebremst werden wie der Einsatz von Düngemitteln und Pestiziden. Wir brauchen eine vielfältigere Fruchtfolge, um Monokulturen zurückzudrängen.

VII. UMWELT- UND VERBRAUCHERSCHUTZ

VII.1 LEBENSQUALITÄT UND INNOVATION DURCH GUTE UMWELTPOLITIK

Für uns ist Umweltschutz immer auch eine zukunftsorientierte Investition in gesundheitliche Vorsorge und Lebensqualität. Luftreinhaltung (u.a. Schutz vor Feinstaub), Lärmschutz, gesunde Böden, saubere Gewässer, gesunde Lebensmittel und intakte Ökosysteme sind Voraussetzungen für Lebensqualität, auf die alle Menschen einen Anspruch haben. Umweltschutz ist damit kein Luxusthema, sondern eine Frage sozialer Gerechtigkeit.

Vor allem finanziell schwache Haushalte in einfachen Wohngebieten leiden beispielsweise häufig unter Lärm und Schadstoffeinwirkungen. Umweltschutz dient deshalb auch dem sozialen Ausgleich. Ziele unserer Umweltpolitik sind darum insbesondere die Reduzierung von (Verkehrs-)Lärm und die Verringerung von Schadstoffen in Luft und Böden. Wir werden ministeriumsübergreifend ein Aktionsprogramm **Lärmschutz** mit dem Ziel umsetzen, die Zahl der von Lärm gesundheitlich beeinträchtigten Menschen in Deutschland bis 2020 zu halbieren.

Der weltweit rasant steigende Verbrauch von natürlichen Ressourcen wird in naher Zukunft zu Problemen führen, die vor allem nachfolgende Generationen belasten werden. Wir wollen Gerechtigkeit zwischen den Generationen. Durch eine Senkung der Materialintensität, der Minimierung von Abfall und durch Kreislaufsysteme wollen wir eine **Entkoppelung** von Wohlstand und quantitativem Wachstum erreichen. Eine Grundlage bilden dabei die Ergebnisse der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“. Unser Ziel ist eine nachhaltige Entwicklung. Ein wichtiger Beitrag dazu ist eine ökologische Industriepolitik mit innovativen Produkten und Dienstleistungen. Der verminderte Einsatz von Ressourcen bei Material- und Energiekosten stärkt zugleich die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft. Im Bereich der Abfallwirtschaft sehen wir die Kommunen als zentrale Akteure, die Aufgaben der Daseinsvorsorge erfüllen.

Umwelt- und Naturschutzverbände haben als Anwälte der Natur eine wichtige Bedeutung. Wir werden die Voraussetzungen dafür bieten, dass sie beim Umbau zur ökologischen Industriegesellschaft ihre Rolle moderierend und gestaltend erfüllen können.

Wir werden den **Klimawandel** bekämpfen und bis zum Jahr 2050 mindestens 95 Prozent unserer CO₂-Emissionen im Vergleich zum Basisjahr 1990 absenken. In der EU setzen wir uns für eine Reaktivierung des Emissionshandels und eine unkonditionierte Zusage zur Verminderung der Treibhausgasemissionen bis 2020 um 30 Prozent ein. Um die Klimaschutzziele zu erreichen, werden wir ein verbindliches nationales Klimaschutzgesetz mit Zwischenschritten (40 Prozent Senkung bis 2020, 60 Prozent bis 2030 und mindestens 80 Prozent bis 2040) erarbeiten. Dieses Gesetz wird Ziele für alle klimarelevanten Sektoren, wie Industrie, Verkehr sowie Land- und Forstwirtschaft, beinhalten.

Im Rahmen des Klimaschutzgesetzes werden zudem feste Zwischenschritte auf dem Weg zu einer Halbierung des Endenergieverbrauchs bis 2050 festlegt.

Deutschland hat noch immer einen besonders hohen **Flächenverbrauch**, wertvolle Bodenfläche geht verloren. Das bedroht die Artenvielfalt, führt zu Überschwemmungen und trägt zum Klimawandel bei. Um das Reduktionsziel der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie von 30ha zusätzlichen Flächenverbrauch pro Tag zu erreichen, muss erheblich mehr getan werden. Langfristig müssen sich Ver- und Entseigelung die Waage halten. Eine kluge Raumordnungspolitik kann eine positive wirtschaftliche Entwicklung in ländlichen Räumen mit zusätzlichem Wohnungsbau in Einklang bringen.

Um **Wälder und Forste** für heutige und zukünftige Generationen zu erhalten, setzen wir uns für eine naturnahe Waldwirtschaft ein, die Waldnutzung und Waldschutz miteinander verbindet. Dies wollen wir in Form der „Guten fachlichen Praxis“ auch gesetzlich verankern und die einseitig nutzungsorientierte Waldstrategie der Bundesregierung ablösen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass zehn Prozent der Waldflächen der öffentlichen Hand und fünf Prozent der gesamten Waldfläche der natürlichen Entwicklung überlassen werden. Die Wälder im Eigentum des Bundes sollen nach den Grundsätzen des naturnahen Waldbaus bewirtschaftet und stufenweise Forest Stewardship Council (FSC)-zertifiziert werden. Wir sehen es als sinnvoll an, das Bundesjagdgesetz zu überarbeiten und stärker an waldökologischen Anforderungen und am Tierschutz auszurichten.

Die **Biologische Vielfalt** ist Grundlage unseres Handelns und Wirtschaftens, wir verstehen ihre Erhaltung und nachhaltige Nutzung als unmittelbare Daseinsvorsorge für unsere Bürger.

Nur durch eine konsequente Umsetzung der nationalen Biodiversitätsstrategie werden wir außerdem erreichen können, dass das dramatische Artensterben und der dauerhafte Verlust an Biodiversität kurzfristig verringert und langfristig gestoppt werden können. Hierfür ist das Bundesprogramm Biologische Vielfalt von besonderer Bedeutung, daher werden wir administrative Hemmnisse beseitigen. Wir wollen, auch zur Erreichung des 2 Prozent-Wildnis-Ziels der Nationalen Biodiversitätsstrategie, das Nationale Naturerbe um mindestens 30.000 ha erweitern und zu seiner Erhaltung für eine angemessene Finanzierung sorgen.

Wir werden die Renaturierung von Flüssen vorantreiben, um ihnen auch aus Gründen des Hochwasserschutzes mehr Raum zu geben mit dem Ziel, bei der Umsetzung des bundesweiten Biotopverbundes stärker mit den Ländern zusammenzuarbeiten. Dafür ist auch eine Vernetzung der deutschen Naturschutzgebiete, auch im Küstenbereich, notwendig. Wir werden uns aber nicht nur in Deutschland, sondern auch weltweit für den Erhalt unserer Umwelt einsetzen und international für den Meeresschutz auf hoher See und gegen die drohende Überfischung außerhalb staatlicher Hoheitsgebiete eintreten.

Wie wichtig der umsichtige Umgang mit der Natur für unsere Zukunft ist, muss für alle verständlich vermittelt werden. Das dafür notwendige Wissen muss in Bildung und Ausbildung fest verankert werden. **Umweltbildung** kann in allen Bereichen ein Bewusstsein für Nachhaltigkeit schaffen: Energieeffizienz, Lebensmittelverbrauch, ökologische Landwirtschaft.

VII.2 VERBRAUCHERINNEN UND VERBRAUCHER SCHÜTZEN UND STÄRKEN

Abzocke bei Banken, explodierende Energiekosten, Internethandel und seitenlange Allgemeine Geschäftsbedingungen, die kein Mensch versteht: Der Alltag ist für Verbraucherinnen und Verbraucher in den letzten Jahren komplexer und für viele zur unüberwindbaren Herausforderung geworden. Für den Einzelnen steht heute mehr als früher auf dem Spiel. Wer beispielsweise die falsche private Altersvorsorge abschließt, kann diese Entscheidung kaum mehr korrigieren und hat später einen deutlich schlechteren Lebensstandard.

Für uns ist **Verbraucherpolitik** ein wesentlicher Baustein einer gerechten und solidarischen Gesellschaftspolitik. Der Markt muss den Menschen dienen, nicht umgekehrt. Dies gilt umso mehr, wenn Menschen in existenziellen Fragen – wie der Vorsorge fürs Alter, für Gesundheit und Pflege – zunehmend auf Leistungen angewiesen sind, die nicht mehr vom Staat bereitgestellt, sondern auf dem freien Markt angeboten werden. Einfache, merkbare und nachvollziehbare Regelungen sollen dafür sorgen, dass nicht nur Expertinnen und Experten zu ihrem Recht kommen, sondern dass der „gesunde Menschenverstand“ ausreicht.

Deshalb stellt unsere Verbraucherpolitik den Menschen in den Mittelpunkt. Unabhängig von Herkunft, Bildungsstand und finanziellen Möglichkeiten sollen Verbraucherinnen und Verbraucher Märkte aktiv mitgestalten und hinsichtlich der Arbeitsbedingungen und Umweltstandards verantwortlich handeln können. Soziale und ökologische Aspekte der Produktion und des Unternehmensverhaltens dürfen nicht bloß als unverbindliche Werbung in Nachhaltigkeitsberichten eingesetzt werden, sondern müssen ernst genommen werden. Wir setzen uns für eine Erweiterung und Präzisierung der Berichtspflichten von Unternehmen ein, damit künftig soziale und ökologische Herstellungsbedingungen klar und verbindlich ausgewiesen sind.

Die **digitale Welt** verändert rasant Techniken und Märkte. Diese müssen so ausgestaltet sein, dass die Verbraucherinnen und Verbraucher die sich daraus ergebenden Möglichkeiten sicher nutzen können. Sie müssen sicher sein vor unlauteren Geschäftspraktiken, vor dem Missbrauch ihrer Daten. Ebenso müssen sie geschützt werden vor gefährlichen Produkten und vor existenzbedrohenden Fehlentscheidungen, zum Beispiel bei der Altersvorsorge, aber auch beim Immobilienkauf. Abmahnmissbrauch muss wirksam eingedämmt werden, indem der Streitwert für Urheberrechtsverletzungen im Internet im privaten Bereich begrenzt wird. Sie müssen mit ihren Bedürfnissen und Interessen ernst genommen werden. Hierzu gilt es, die Marktmacht der Verbraucherinnen und Verbraucher gegenüber den Anbietern zu stärken. Diesem Ziel wollen wir auch durch die Einrichtung eines unabhängigen Sachverständigenrates für Verbraucherfragen Rechnung tragen. Um bestehende Interessenskonflikte aufzuheben, werden wir die Zuständigkeit für den Bereich Verbraucherpolitik in den Bundesministerien ändern.

Wir wollen mehr **Markttransparenz**: Der Zugang zu Informationen muss erleichtert und Anbieter müssen zu einer klaren und leicht verständlichen Darstellung von Informationen verpflichtet werden. Wir wollen die Menschen in ihren Rechten, ihrem Wissen und

ihren Möglichkeiten stärken, damit sie Einfluss nehmen können auf den Markt. Sie sollen schnell und unkompliziert Produkte vergleichen und eine bewusste Kaufentscheidung treffen können. **Verbraucherinformationen** können aber keine wirksame Marktkontrolle, die u.a. unsichere Produkte von vornherein vom Markt fernhält, und keine Rechtsdurchsetzung ersetzen. Wir wollen klare Aussagen über Herkunft, Eigenschaften und Inhalte von Produkten, leicht verständliche und schnell vergleichbare Informationen wie die Ampelkennzeichnung für Nährwerte bei Lebensmitteln und aussagekräftige und klare Informationen bei Finanz- und Versicherungsprodukten. Wir wollen die unabhängige Honorarberatung als echte Alternative zur Provisionsvermittlung ausbauen. Dazu werden alle Anbieter zum Angebot von Nettotarifen verpflichtet.

Versicherungsnehmer haben einen Anspruch auf Einhaltung ihrer Verträge. Ansprüche aus Lebensversicherungen dürfen deshalb nicht nach Kassenlage der Versicherungsunternehmen gekürzt werden.

Beratung, Forschung und starke „Marktwächter“.

Wir wollen die **Beratung und Information** in Bund und Ländern weiter ausbauen. Besondere Bedeutung kommt dabei der Stiftung Warentest, dem Verbraucherrat des DIN und den Verbraucherzentralen zu. Verbraucherinnen und Verbraucher sollen mehr Rechte auf gute Information bekommen. Dazu werden wir das durch Schwarz-Gelb schwach ausgestaltete **Verbraucherinformationsgesetz verbessern**: Der Anwendungsbereich muss auf alle Produkte und Dienstleistungen erweitert, die Informationspflicht der Behörden klar geregelt und sogar ein begrenzter Informationsanspruch gegenüber den Unternehmen geschaffen werden.

Wir werden die Verbraucherforschung ausbauen und ihre Ergebnisse nutzen, um Instrumente und Maßnahmen zu entwickeln, die der Vielfalt der Verbraucherinnen und Verbraucher und ihrer Bedürfnisse Rechnung tragen.

Wichtig ist auch die **Verbraucherbildung**. Wir setzen uns für entsprechende Angebote der Bildungseinrichtungen ein – vom Kindergarten über Schulen und außerschulische Einrichtungen bis in die Erwachsenenbildung. Schon Kinder und Jugendliche müssen den Umgang mit Geld, Werbung und anderen Anbieterstrategien erlernen. Kinder stehen als Konsumenten von Morgen besonders im Fokus von Wirtschaft und Werbung. Sie brauchen besonderen Schutz: sicheres Spielzeug, eine unbelastete Umwelt, gesundes Essen und werbefreie Räume. Werbung und Sponsoring durch Lebensmittelkonzerne in Kindergärten und Schulen werden wir verbieten.

Wir werden die **Bankautomatengebühren auf maximal zwei Euro deckeln**, die Banken zu sicherem Onlinebanking ohne Mehrkosten verpflichten, angemessene Dispozinsen in Höhe von maximal acht Prozent über Basiszinssatz gesetzlich sicherstellen und den Zugang zu einem preiswerten Pfändungsschutzkonto erleichtern. Und wir wollen, dass jede und jeder ein Recht **auf ein Girokonto** bei der von ihr/ihm gewählten Bank hat.

Nicht zuletzt aufgrund der regional angespannten Lage auf dem Immobilienmarkt stellt der Verkauf minderwertiger und/oder auch mangelhafter Objekte eine Existenzbedro-

hung für eine zunehmende Zahl von Betroffenen dar. Hier müssen nicht zuletzt Vermittlern und Finanzinstituten deutliche Schranken gesetzt werden.

Wir wollen Strukturen schaffen, die das Verhältnis von Verbraucherinnen und Verbrauchern und Anbietern neu austarieren und ein hohes Schutzniveau für Bank- und Versicherungskunden garantieren – unabhängig davon, wo Produkte gekauft werden. Dazu braucht es ein einheitliches und zuverlässiges Aufsichtssystem für alle Teilbereiche des Versicherungs- und Finanzmarktes.

Dazu werden wir die staatlichen Institutionen stärken und zum Beispiel die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, die Bundesnetzagentur und die Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung mit neuen Aufgaben in der Verbraucherpolitik betrauen. Zudem prüfen wir die Einrichtung einer staatlichen „Verbraucher-Ombudsperson“ nach dem Vorbild Dänemarks, die die Durchsetzung von Gesetzen und Verordnungen beaufsichtigen soll. Wir wollen mit der **Etablierung von „Marktwächtern“** in allen wichtigen Feldern – Finanzen, Gesundheit, Lebensmittel, Energie und digitale Welt – den Verbraucherschutz stärken. „Marktwächter“ sind – staatlich beauftragte – zivilgesellschaftliche Verbraucherschutzorganisationen wie die Verbraucherzentralen. Die „Marktwächter“ sollen den Markt beobachten, unlautere Praktiken aufspüren, Hinweise systematisch erfassen und Missstände an die Aufsicht weitergeben.

Die Ergebnisse der amtlichen **Lebensmittelüberwachung** müssen grundsätzlich auch unterhalb von Grenzwertüberschreitungen veröffentlicht werden. Zudem wollen wir Verbraucherinnen und Verbraucher mittels einer leicht verständlichen Form wie der Hygieneampel in Restaurants und sämtlichen Lebensmittelbetrieben vor Ort über Überwachungsergebnisse informieren. Mit einem **Hinweisgeberschutzgesetz** wollen wir erreichen, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Hinweise über rechtswidrige Vorgänge in ihren Betrieben an die Behörden weitergeben können, ohne von Kündigung oder anderen Nachteilen bedroht zu sein. Die Einrichtung von Schwerpunktstaatsanwaltschaften in Deutschland und Europa zur Bekämpfung von organisierter Kriminalität in der Lebensmittel- und Nahrungsmittelbranche ist überfällig. Um Verbraucherrechte effektiv durchzusetzen, wollen wir Unrechtsgewinne einziehen.

Wir lehnen – wie 80 Prozent der deutschen Bevölkerung – den Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen ab, denn die **Grüne Gentechnik** darf den Menschen nicht aufgezwungen werden. Damit sie wirklich die Wahl haben, fordern wir eine EU-Kennzeichnungspflicht für Produkte von Tieren, die mit genveränderten Pflanzen gefüttert wurden. An der Nulltoleranz gegenüber nicht zugelassenen gentechnisch veränderten Bestandteilen in Lebensmitteln halten wir fest – ebenso wie an der Saatgutreinheit. Das entspricht dem Vorsorgeprinzip und ist zudem Voraussetzung dafür, dass auch künftig Lebensmittel erzeugt werden können, die den Bedürfnissen der Verbraucherinnen und Verbraucher entsprechen: ohne Gentechnik.

VIII. DEMOKRATIE LEBEN

VIII.1 DEMOKRATIE ALS GESELLSCHAFTSPRINZIP

Für die Sozialdemokratie ist Demokratie mehr als Wahlen und Abstimmungen. Voraussetzung für eine demokratische und offene Gesellschaft sind demokratische Kultur und Öffentlichkeit genauso wie Transparenz und Partizipation.

Dazu gehört auch der Zugang für alle zu qualitativ hochwertiger Information. Zugang zu allen Informationsmöglichkeiten ist ein demokratisches Bürgerrecht. In der Sicherung, Aktualisierung und Ausdehnung dieser Voraussetzungen, sehen wir die Sozialdemokratie als Treiber einer umfassenden Demokratisierung der Gesellschaft.

Wir wollen unsere **Demokratie stärken**, damit das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger gegenüber Politik und staatlichen Institutionen wieder wächst, damit wieder mehr Menschen zur Wahl gehen und damit politische Entscheidungen mehr Legitimität erhalten. Wir wollen das Wahlalter auf 16 Jahre senken.

Dazu setzen wir auf **mehr Offenheit und Transparenz** politischer Entscheidungen und der politischen Entscheidungsträgerinnen und -träger: Wir werden die gesetzlichen Bestimmungen so reformieren, dass alle Bundestagsabgeordneten Einkünfte aus ihren **Nebentätigkeiten** vollständig auf Euro und Cent offen legen müssen. Für **Parteispenden** sollte es eine Höchstgrenze geben von 100.000 Euro pro Spender im Jahr. Zudem unterstützen wir die Forderung, Sponsoring in den Rechenschaftsberichten der Parteien aufzuführen.

Damit Entscheidungsprozesse nachvollziehbar werden, wollen wir ein verpflichtendes **Lobbyregister** auf gesetzlicher Grundlage beim Deutschen Bundestag einrichten. Deutschland hat als einzige parlamentarische Demokratie die UN-Antikorruptionskonvention noch nicht ratifiziert, da CDU/CSU und FDP die Strafbarkeit der **Abgeordnetenbestechung** blockieren. Wir werden unmittelbar nach der Wahl erneut einen entsprechenden Gesetzentwurf im Bundestag einbringen. Auch der Einsatz von externen Beratern in Bundesministerien muss nachvollziehbar sein. Wir wollen deshalb eine „**legislative Fußspur**“ einführen, aus der hervorgeht, welchen signifikanten Beitrag externe Berater bei der Ausarbeitung eines Gesetzentwurfs geleistet haben. Über Umfang und Art der Tätigkeit von externen Beschäftigten in der Bundesverwaltung soll ein jährlicher Bericht Transparenz schaffen.

Um keine Zweifel an der Integrität und Unabhängigkeit ausscheidender Mitglieder der Bundesregierung aufkommen zu lassen, die innerhalb einer Karenzzeit wieder eine berufliche Tätigkeit aufnehmen wollen, brauchen wir einen **Verhaltenskodex**, der die Genehmigung der Tätigkeit durch eine Ethikkommission bzw. den Bundeskanzler/die Bundeskanzlerin vorsieht. Der Verhaltenskodex für Mitglieder der Europäischen Kommission ist hier als Vorbild bestens geeignet.

Wir wollen mehr Mitwirkungsrechte der Menschen bei der politischen Willensbildung.

Dazu werden wir auf auch Bundesebene **Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheide** einführen. Für die notwendige Mehrheit einer Grundgesetzänderung werden wir bei den anderen Fraktionen werben. Wir wollen mehr Menschen an der politischen Willensbildung teilhaben lassen und setzen uns dafür ein, dass Menschen, die unter umfassender Betreuung stehen, das Wahlrecht nicht automatisch entzogen wird.

Die **digitale und technische Innovation** eröffnet zusätzliche Mitwirkungsmöglichkeiten (z.B. durch Internetplattformen, liquid democracy und soziale Medien). Diese Möglichkeiten wollen wir aufgreifen, weiterentwickeln und sinnvoll einsetzen. Die Verwaltung soll Transparenz als Chance für mehr Vielfalt und Innovation begreifen. Gleichzeitig ermöglicht mehr Transparenz auch Kontrolle.

Manche sehen im gesteigerten Bedürfnis von Menschen, an politischen Entscheidungs- und Umsetzungsprozessen aktiv mitwirken zu wollen, eine Bedrohung für staatliche Handlungsfähigkeit. Als Sozialdemokratie begrüßen wir dieses Bedürfnis und die mit ihm verbundene **Bereitschaft an aktiver Beteiligung**. Woran es jedoch in vielen Fällen fehlt, sind geeignete Partizipationsinstrumente, um auch sozial Schwächeren oder Minderheiten eine faire Chance zur Mitwirkung zu geben.

Wir wollen darum unsere klassisch-repräsentative Demokratie um **neue und weitergehende Formen der demokratischen Partizipation auf allen politischen Ebenen** ergänzen. Eine Möglichkeit ist die Nutzung neuer digitaler Technologien, zum Beispiel in Form von Online-Petitionen und -Befragungen oder Ideen-Wettbewerben („Crowdsourcing“), wenn sie eine ermöglichende Rolle spielen. Selbstverständlich ist für uns als SPD aber auch, dabei jene Menschen mitzunehmen, die mit diesen neuen Möglichkeiten noch nicht vertraut sind.

Damit mehr Partizipation in politischen Prozessen erreicht werden kann, müssen Politik und Verwaltung transparenter werden. Transparenz bedeutet dabei nicht gläserne Politiker, sondern konsequente Offenheit bei all jenen Daten, Verträgen und Verfahren, an denen ein öffentliches Interesse besteht.

Wir setzen uns deshalb auch auf Bundesebene dafür ein, **nach Hamburger Vorbild das Informationsfreiheits- um ein Transparenzgesetz zu erweitern**. Ziel soll es sein, möglichst alle für die Öffentlichkeit relevanten Datenbestände, Statistiken, Dokumente und sonstige öffentlich finanzierten Werke frei im Internet zugänglich zu machen. Daneben wollen wir die Ministerien für mehr Bürgerbeteiligung an Gesetzentwürfen und anderen wichtigen Vorhaben öffnen.

VIII.2 BÜRGERSCHAFTLICHES ENGAGEMENT UND EHRENAMT STÄRKEN

Die Qualität des gesellschaftlichen Miteinanders hängt nicht allein an Wirtschaftsdaten. Es muss gelebt werden, deshalb erfordert das Ehrenamt unsere uneingeschränkte Anerkennung und Förderung.

Eine Gesellschaft des längeren Lebens eröffnet neue Chancen – auch für mehr Solidarität zwischen den Generationen. Freundschaften, Netzwerke, Dienstleistungen für Menschen und ehrenamtliche Tätigkeiten gewinnen an Bedeutung. Dazu zählen neben den klassischen Freiwilligendiensten beispielsweise auch Bildungs-, Familien- und Sozialpatenschaften sowie Freizeitassistenzen für Menschen mit Behinderungen. Wir wollen auch „Generationenbündnisse“ zwischen Jung und Alt ermutigen. Hilfe von Mensch zu Mensch, die einfach mehr ist als nur eine erkaufte Dienstleistung. Wir setzen auf die Vielfalt des Engagements in Vereinen, Wohlfahrtsverbänden, Umweltorganisationen, Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften, Selbsthilfegruppen, Migrantenorganisationen, Stiftungen, Freiwilligendiensten, Netzwerken und anderen Organisationen mit Ehrenämtern.

In den **Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften** arbeiten viele für ein solidarisches Miteinander. Sie sind wichtige Partner für uns auf dem Weg zu einer besseren Gesellschaft und im Diskurs ethischer Fragen.

Wir würdigen das Engagement von **Wohlfahrtsverbänden**. In ihnen engagieren sich zahlreiche Bürgerinnen und Bürger in der direkten Hilfe und im sozialen Miteinander. Wir wollen vor Ort **Freiwilligenagenturen, Engagementzentren** oder -börsen, Seniorenbüros und Selbsthilfekontaktstellen initiieren und unterstützen. Wir wollen, dass der Bund die **Kommunen** bei der Engagementförderung direkt unterstützen kann. Deshalb setzen wir uns für die Streichung des entsprechenden Kooperationsverbots im Grundgesetz ein. Die für das Miteinander der Generationen so wichtigen **Mehrgenerationenhäuser** werden wir durch eine bessere finanzielle Ausstattung der Kommunen weiter fördern. Bei Projekten und Unternehmungen mit kulturellen und sozialen Zwecken wollen wir genossenschaftlich organisierte Betriebsformen ermöglichen. Hierzu sollen die Gesetze angepasst werden.

Sport ist die größte Bürgerbewegung in Deutschland. Sport vermittelt Werte wie Toleranz und Fairness. Sport bringt Menschen zusammen. Sport ist Teil eines gesunden Lebensstils und unterstützt Integration und Bildung. Wir fördern den Breiten- und den Leistungssport und betrachten beides als geeignetes Instrument, um die Inklusion für eine gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit und ohne Behinderung voranzutreiben. Wir setzen uns dafür ein, die Sportförderung für alle transparent und nachvollziehbar zu gestalten und schaffen dafür mit der Verankerung des Sports im Grundgesetz eine klare Grundlage.

Ehrenamt braucht die richtigen Bedingungen: Bildungszeiten, Arbeitszeiten, Übergangszeiten, Engagement und Freizeit müssen in eine neue Balance gebracht und die Voraussetzungen für lebenslanges Lernen geschaffen werden. Dies ist eine wichtige Säule unserer Initiative für mehr Zeitsouveränität. In diesem Zusammenhang gibt es besondere Faktoren für bürgerschaftliches Engagement wie Unkostenerstattung, Versicherungsschutz, Freiwilligenmanagement, Fortbildungsangebote. Das Engagement muss Möglichkeiten zur Teilhabe und Mitgestaltung bieten und Engagierten Handlungs- und Kreativitätsspielräume einräumen. Wir wollen darum **gute Rahmenbedingungen und verlässliche Förderstrukturen** schaffen für Hospiz- und Besuchsdienste, für Engagierte in Alzheimergesellschaften, für Pflegebegleiter, für Seniorenorganisa-

tionen und für Seniorengenossenschaften. Auch für erfolgreiche Integration ist ehrenamtliches Engagement unverzichtbar: in der Nachbarschaft, im Sportverein, in sozialen Einrichtungen, bei den Wohlfahrtsverbänden oder in den Migrantenorganisationen.

VIII.3 FÜR FREIHEIT IN SICHERHEIT

Wir spielen nicht Sicherheit und Freiheit gegeneinander aus, sondern sehen in einem umfassenden und sozialen Verständnis von Sicherheit das Fundament für demokratische Freiheit und Offenheit. In der Demokratie gehören Freiheit und Sicherheit zusammen. Frei sind nur Menschen, die nicht in ständiger Furcht vor Gewalt, Kriminalität und Terror leben.

Sicherheit und Bürgerrechte dürfen keine Gegensätze sein. Wir wollen eine **Sicherheitspolitik mit Augenmaß**. Die Polizei leistet unverzichtbare Arbeit für unser Gemeinwohl. Ein friedliches Zusammenleben braucht professionelle und permanent gut geschulte **Polizistinnen und Polizisten**, die vor Ort präsent sind und die, wo sinnvoll, in Sicherheitspartnerschaften eingebunden sind. Die Arbeit der Polizei muss anerkannt und angemessen ausgestaltet sein. Eine Privatisierung von Sicherheitsaufgaben lehnen wir ab.

Kriminalpolitik mit Augenmaß heißt auch: Die **Ursachen von Kriminalität und Gewalt bekämpfen**. Mit gezielter Bildungs- und Jugendarbeit, mit Ausbildungs- und Jobperspektiven wollen wir insbesondere verhindern, dass Jugendliche zu Tätern werden. Werden sie dennoch straffällig, so müssen Jugendliche unmittelbar den **Zusammenhang zwischen ihrer Tat und der verhängten Strafe** erfahren: Dieses Ziel kann dadurch erreicht werden, dass Ermittlungsverfahren effektiv und effizient, d.h. in engerer Kooperation und Vernetzung aller beteiligten Behörden, geführt und zum Abschluss gebracht werden, Hauptverfahren zeitnah nach Anklageerhebung eröffnet und abgeschlossen werden. Erziehungsmaßnahmen und Strafen sollen zeitnah nach Rechtskraft des Urteils vollstreckt werden.

Wir wollen eine **Offensive gegen Wirtschafts- und Steuerkriminalität**: Wir lassen nicht zu, dass man die Großen laufen lässt. Dazu brauchen wir mehr Steuerfahnder und an manchen Stellen neue Sanktionsmöglichkeiten. Wir wollen bessere Möglichkeiten der Vermögensabschöpfung, wie auch die Einführung eines Unternehmensstrafrechts. Darüber hinaus werden wir ein bundesweites Korruptionsregister und den gesetzlich verankerten Schutz von Hinweisgeberinnen und Hinweisgebern einführen. Korruption und Bestechlichkeit müssen scharf geahndet werden.

Die so genannte **Cyberkriminalität**, also die Kriminalität im und aus dem Internet, steigt besorgniserregend. Die IT-Abhängigkeit von Unternehmen, Staat und Bürgerinnen und Bürgern nimmt zu – und damit auch das Schadenspotenzial.

Wir wollen, dass unsere **Ermittlungsbehörden auf Augenhöhe mit hochtechnisierten Kriminellen** bleiben. Die für die digitale Welt vorhandene Sicherheitsarchitektur muss stetig auf ihre Effektivität und Effizienz, aber auch Verhältnismäßigkeit überprüft und gegebenenfalls an die Erfordernisse eines wachsenden Kriminalitätsfeldes angepasst

werden. Auch die Unternehmen müssen ihren Beitrag gegen Cyberangriffe leisten. Wir wollen, dass sie Attacken melden, damit Polizei und Staatsanwaltschaft rasch Ermittlungen führen können und so Schäden für die Unternehmen, die Kunden und letztlich die Volkswirtschaft minimiert werden. Aber auch jeder und jede Einzelne kann einen Beitrag zur eigenen Sicherheit im Netz leisten. Hierfür wollen wir die Aufklärung und Schulung von Nutzerinnen und Nutzern zur wirksamen Eigenverantwortung in den neuen Netzen vorrangig effektiv fördern. Dazu muss die Vermittlung von Medienkompetenz frühzeitig und lebenslang gefördert werden.

Bei alledem stehen wir dazu: Vertrauliche Kommunikation muss vertraulich bleiben. Ausnahmen kann es nur geben, um schwerste Straftaten zu verfolgen, und auch dann nur unter engsten Voraussetzungen und nach rechtsstaatlichen Grundsätzen. Den Umgang mit Verbindungsdaten werden wir auf die Verfolgung schwerster Straftaten beschränken, die Datenarten und Speicherdauer hinsichtlich ihrer Eingriffsintensität differenzieren und Regelungen klar, einfach und zukunftsfähig fassen. Die Speicherung von Bewegungsprofilen wird es mit uns nicht geben.

Wir treten auch in der EU für einen effektiven **Datenschutz** ein. Ziele sind ein hohes Schutzniveau und ein wirksamer Rechtsschutz sowie starke und unabhängige Datenschutzbeauftragte. Der Datenschutz muss auch den Bedingungen der digitalen Welt entsprechen. Die bewährte Zusammenarbeit mit Experten der Netz-Community und Bürgerrechtsorganisationen wollen wir fortsetzen.

Gewalt gegen Frauen bekämpfen.

Wir kämpfen entschlossen gegen **Gewalt gegen Frauen** und werden dazu einen Aktionsplan III zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen entwickeln. Gemeinsam mit den Ländern werden wir ein Konzept entwickeln, mit dem durch institutionelle Förderung die Frauenhausfinanzierung auf neue, sichere Füße gestellt und eine bessere finanzielle Ausstattung von Beratungseinrichtungen sichergestellt wird. Wir werden Schutz und Hilfe für von Gewalt betroffene Frauen und ihre Kinder rechtlich gewährleisten. Wir werden das Ineinandergreifen von Gewaltschutzgesetz und Umgangsrecht verbessern. Die Europaratskonvention zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt muss in deutsches Recht umgesetzt werden.

Frauenhandel, „Ehrenmorde“ und Zwangsheirat werden wir scharf bekämpfen und die rechtliche Regelung zum Aufenthaltsrecht sowie zum Zeuginnen- und Zeugenschutz und Opferschutz verbessern. Genitalverstümmelung ist ein schweres Verbrechen an Mädchen und Frauen. Als solches wollen wir sie künftig im Strafgesetzbuch ausdrücklich unter Strafe stellen und hierfür auch die Möglichkeit eines eigenen Straftatbestandes prüfen. Zudem werden wir Genitalverstümmelung in den Katalog der Straftaten im Strafgesetzbuch aufnehmen.

Rechtsextremismus bekämpfen.

Die von der rechtsextremistischen Terrorgruppe „NSU“ begangenen zehn Morde an türkisch- bzw. griechisch-stämmigen Bürgern und an einer Polizistin sowie die verübten Sprengstoffanschläge waren ein feiger Angriff auf rechtschaffende Mitbürger und zugleich ein Angriff auf unsere Demokratie.

Die Arbeit der Untersuchungsausschüsse im Bund und in mehreren Ländern haben eine Vielzahl an Fehlern und Versäumnissen auf allen Ebenen (Polizei, Verfassungsschutz und Justiz) offenbart, die mit dazu beigetragen haben, dass die Terrorzelle nicht frühzeitig gestoppt werden konnte.

Das Vertrauen in unsere Sicherheitsbehörden müssen wir dringend wiederherstellen. Das wollen wir erreichen durch rückhaltlose **Aufklärung** der Vorgänge, durch **institutionelle Reformen** und dadurch, dass wir jede Form von **Rechtsextremismus frühzeitig und umfassend bekämpfen**. Wir werden uns deshalb dafür einsetzen, dass die mit großem Engagement durch den NSU-Untersuchungsausschuss des Bundestages entwickelten Forderungen und Vorschläge in der nächsten Wahlperiode wirkungsvoll umgesetzt werden.

Wir wollen einen Verfassungsschutz, der unsere Verfassung schützt. Mit institutionellen Reformen werden wir den Verfassungsschutz besser aufstellen für den Schutz unserer Demokratie und dazu unter anderem ein transparentes Verfassungsschutzgesetz, das klare Regeln im Umgang mit V-Leuten enthält, einführen. Wir werden die Zusammenarbeit von Bund und Ländern beim Verfassungsschutz, den Polizeien und den Staatsanwaltschaften verbessern – und, wo notwendig, neue Kompetenzen schaffen, ohne in bestehende Länderkompetenzen einzugreifen. Und wir werden unsere Sicherheitsbehörden noch stärker und stetig sensibilisieren für die Gefahren, die unserer Demokratie von Rechts drohen.

Wir bekämpfen auch den organisierten Rechtsextremismus. Deshalb wollen wir die NPD verbieten. Sie ist in aggressiver Form rassistisch, antisemitisch und fremdenfeindlich und missbraucht das Parteienprivileg unserer Verfassung. Wir wollen nicht länger zulassen, dass ihre mithin gewaltbereite Menschenfeindlichkeit auch noch durch Steuermittel finanziert wird.

Klar ist aber auch: Kein NPD-Verbot, keine Sicherheitsbehörde ist so wirkungsvoll im Kampf gegen Rechtsextremismus wie eine wachsame und aktive Zivilgesellschaft. Deshalb müssen wir vor allem die **Zivilgesellschaft stärken**. Mit einem integrierten Konzept gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus wollen wir die Kräfte der Zivilgesellschaft, der Ermittlungsbehörden und der Politik in Kommunen, Land und Bund bündeln. Mit einer Demokratieoffensive wollen wir das Rückgrat unserer Gesellschaft durch Bildung, Ausbildung, Antidiskriminierungsmaßnahmen, Aufklärung und Schulung stärken.

Für uns ist der Kampf gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus eine gesamtgesellschaftliche Daueraufgabe – des Bundes, der Länder, der Kommunen wie der Zivilgesellschaft und der Wirtschaft.

Zudem werden wir beim Kampf gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus notwendige Anschlussförderungen sichern und gemeinsam mit der Zivilgesellschaft im Rahmen eines abgestimmten Aktionsplans ein neues Förderkonzept erarbeiten und umsetzen. Ziel ist es dabei, die Kurzatmigkeit der Hilfen zu beenden und stattdessen Projekte, Initiativen sowie Strukturen auf einer eigenen gesetzlichen Grundlage unbürokratisch, langfristig und auskömmlich zu fördern. Die derzeitige Gängelung, die verqueren Verdächtigungen und bürokratischen Popanze der Bundesregierung aus CDU/CSU und FDP werden wir beenden. Die groteske „Extremismusklausel“ wird abgeschafft. Auf Bundesebene wollen wir eine **unabhängige Monitoringstelle** einrichten, die die zivilgesellschaftlichen Aufklärungs- und Präventionsprojekte bündelt und den Kampf gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus sowie die Opferbetreuung aktiv begleitet.

Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe stärken.

Klimawandel und die wachsende Abhängigkeit unserer modernen Industrie- und Kommunikationsgesellschaft von kritischen Infrastrukturen wie Stromversorgung oder Internet stellen auch den **Bevölkerungsschutz und die Katastrophenhilfe** vor neue Herausforderungen. Wir haben in Deutschland ein weltweit anerkanntes Hilfeleistungssystem, das von dem großen Engagement der Ehren- und Hauptamtlichen bei den Feuerwehren, dem THW und den privaten Hilfsorganisationen getragen wird. Wir wollen unseren Beitrag dazu leisten, dass dieses Hilfeleistungssystem für die Zukunftsherausforderungen gut gerüstet ist und das breite ehrenamtliche Engagement als Basis erhalten bleibt und unterstützt wird.

IX. FÜR EIN BESSERES EUROPA

Die europäische Idee fasziniert die Menschen weltweit – aber die Form und der Zustand, in dem sich die EU derzeit befindet, schreckt viele ab. Das ist kein Widerspruch. Denn im Zuge von immer neuen Reformen in den vergangenen Jahrzehnten, bei denen an immer neuen Stellen repariert und justiert wurde, sind die Institutionen der EU so unübersichtlich geworden, dass sie keiner mehr versteht. Es liegt an uns, der EU die Form zu geben, damit die Faszination der europäischen Idee wieder sichtbar wird: die Idee nämlich, nach kriegerischen Jahrhunderten mit Europa einen Ort zu schaffen, an dem Frieden und soziale Gerechtigkeit herrschen, der Stabilität in die Welt exportiert und der als transnationale Demokratie organisiert ist, bei der die regionale, nationale oder europäische Ebene jeweils das regelt, was sie am besten kann. Ein solches europäisches Projekt ist in der Geschichte einmalig und deshalb ist die EU 2012 zu Recht mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet worden. Die SPD als die Europapartei in Deutschland ist stolz auf diesen Preis, der den europäischen Völkern und Menschen gehört.

Gerade in Zeiten, in denen offensichtlich ist, wie notwendig der europäische Zusammenschluss ist, damit Europa seinen Wohlstand und seine Stabilität im Wettstreit mit den aufstrebenden Weltregionen bewahren kann, scheint die Bundesregierung aus CDU/CSU und FDP keinerlei Begeisterung oder Inspiration für unser Europa zu haben. Sie hat in den vergangenen Jahren versagt, in denen Europa mit unterschiedlichen Krisen zu kämpfen hatte: Sie hat alle Maßnahmen zur Krisenbekämpfung zu spät und nur halbherzig vollzogen und dadurch die Kosten für die Krisenbekämpfung unnötig erhöht. Trotz der großen Solidarität, zu der Bürgerinnen und Bürger in den vergangenen Jahren bereit waren, hat die Bundesregierung zunächst kaltherzig auf die Krise reagiert und so getan, als gingen die Probleme unserer Nachbarn und Freunde uns nichts an. Eine Krise, die in manchen EU-Mitgliedsländern verheerende soziale Verwerfungen ausgelöst hat und die in Südeuropa unter den jungen Leuten eine „verlorene Generation“ heranwachsen lässt. Verschiedentlich haben Mitglieder der Bundesregierung aus CDU/CSU und FDP sogar öffentlich über das Ende unserer gemeinsamen Währung nachgedacht und so in unverantwortlicher Weise die Spekulation gegen den Euro befeuert und die Sparbemühungen einiger Krisenstaaten konterkariert. Damit hat die Bundesregierung mit dazu beigetragen, dass Europa zeitweise am Abgrund stand, und sie hat somit den Interessen unseres Landes geschadet.

Wir wissen: Scheitert Europa, dann scheitert auch das europäische Gesellschaftsmodell, das auf Solidarität und einen fairen Ausgleich der Interessen angelegt ist. Europa muss der Ort sein und noch mehr werden, der dem Neoliberalismus und Markttradikalismus sein Modell einer sozialen und nachhaltigen Demokratie und Marktwirtschaft entgegenstellt. Dem kalten Wettbewerbseuropa muss endlich eine sozial verantwortlich handelnde EU entgegengesetzt werden. Nur im gemeinsamen europäischen Staatenverbund wird es uns gelingen, unsere Interessen im 21. Jahrhundert global durchzusetzen und dadurch unseren Wohlstand zu erhalten. Das gilt bei Wirtschafts-, Währungs- und Handelsfragen genauso wie im Bereich des Umwelt- und Verbraucherschutzes, der Konfliktprävention und Abrüstung und bei der Migrationspolitik.

Die transnationale Demokratie wird aber nur funktionieren, wenn wir das Gewaltenteilungsmodell, das wir aus den nationalen Staaten kennen, auch auf die europäische Ebene übertragen: Deshalb muss die Europäische Kommission zu einer Regierung ausgebaut werden, die vom Europaparlament gewählt und kontrolliert wird und ggf. abgesetzt werden kann. In einer zweiten Kammer, in der die Regierungen der Mitgliedsstaaten in einem gemeinsamen Rat sitzen, werden dann die nationalen Interessen vertreten. Dieser Rat beschließt Gesetze gleichberechtigt mit dem Europaparlament. Regierung, Europaparlament und der Rat der Mitgliedsstaaten haben jeweils das Recht, eigene Gesetzesinitiativen zu starten. Der Europäische Gerichtshof ist weiterhin die oberste europäische Judikative, und dabei wacht sie auch darüber, dass die Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger durch die EU nicht verletzt werden. Damit werden zukünftig die Institutionen klarer als bisher für ihre Entscheidungen sichtbar verantwortlich sein. Eine solche Reform hilft, Entscheidungen transparenter und nachvollziehbarer zu machen, und sie ist damit ein Beitrag zur Stärkung der europäischen Demokratie.

Die SPD findet sich nicht damit ab, dass seit den ersten Wahlen zum Europaparlament im Jahr 1979 die Wahlbeteiligung immer weiter gesunken ist. Appelle helfen hier nicht, diesen Trend aufzuhalten, sondern es muss zukünftig klarer sein, welche politischen Inhalte und welche Personen zur Wahl stehen. Deshalb begrüßen wir es, dass die europäischen Parteien für die Europawahl 2014 jeweils einen gemeinsamen Spitzenkandidaten aufstellen, die oder der in allen EU-Ländern als Kandidat für die jeweilige Parteienfamilie antritt. Diese Spitzenkandidaten bewerben sich um das Amt des EU-Kommissionspräsidenten. Die SPD bekennt sich dazu, dass sie zukünftig nur einen Kommissionspräsidenten mittragen wird, der zuvor als Spitzenkandidat bei der Europawahl sein politisches Programm zur Wahl gestellt hat und der eine Mehrheit im Europäischen Parlament bekommt. Ein so gewählter Kommissionspräsident, mit einer hohen parlamentarischen Legitimation als Resultat eines vorausgegangenen Wahlkampfes, macht die EU insgesamt demokratischer. Gleichzeitig werden sich dann im Europaparlament Fraktionen gegenüberstehen, die für bzw. gegen diesen Präsidenten gestimmt haben. Auch so wird ein Stück Parlamentstradition, die in den Mitgliedsstaaten selbstverständlich ist, auch auf die EU-Ebene gebracht. Wir wollen außerdem die Funktionsfähigkeit des Europäischen Parlaments dadurch stärken, dass wir uns in Deutschland sowie in der EU für Sperrklauseln bei der Europawahl einsetzen.

Das Prinzip der Gewaltenteilung und der vollen Parlamentarisierung der EU muss in allen Bereichen gelten, in denen die EU zuständig ist. Im Zuge einer solchen Reform muss dabei geprüft werden, ob sich die Kompetenzverteilung zwischen nationaler und europäischer Ebene bewährt hat oder ob es hierbei Korrekturen bedarf. Bei diesem Prozess kann es auch zu Rückübertragungen in die Mitgliedsstaaten kommen, wenn sich eine europäische Zuständigkeit als nicht sinnvoll erwiesen hat. Die SPD steht hinter dem Subsidiaritätsprinzip.

Eine sich vertiefende EU, die nach der Währungsunion auch endlich die Wirtschaftsunion nachvollziehen muss, braucht nach Euro, Binnenmarkt und einer gemeinsamen Zentralbank (EZB) auch eine **gemeinsame Wirtschaftsregierung**. Denn es hat sich nicht bewährt, dass siebzehn und mehr Regierungen in einem gemeinsamen Währungsraum ihre unterschiedlichen ökonomischen Vorstellungen gegeneinander durchzusetzen ver-

suchen, sondern dieser gemeinsame Währungsraum muss mit einer Stimme sprechen. Nachdem durch den Fiskalpakt und andere europäische Kontrollmechanismen strenge und wirkungsvolle Auflagen für die nationale Haushaltsdisziplin aufgestellt worden sind, darf nun das Thema der gemeinsamen Haftung kein Tabu mehr bleiben. Schon jetzt haftet durch die Euro-Rettungsschirme und die Politik der EZB der deutsche Steuerzahler mit Hunderten von Milliarden. Die SPD hat diese Politik mitgetragen, denn es liegt im deutschen Interesse, dass wir unsere Währung verteidigen und dass der Währungsraum nicht auseinander bricht. Ein Instrument zur Abwehr von Spekulationen gegen Staaten der Währungsunion kann dabei ein europäischer Schuldentilgungsfonds aller Mitglieder in der Währungsunion sein.

Die SPD begrüßt es, dass es durch sozialdemokratischen Druck in Europa gelungen ist, die Finanztransaktionssteuer in elf EU-Mitgliedsstaaten vorzubereiten. In der Regierung werden wir die anderen Euro- und EU-Staaten ermutigen, auch diese Steuer einzuführen, durch die Spekulanten einen gerechten Anteil an der öffentlichen Finanzierung leisten.

Mehr Koordination in Europa braucht auch mehr demokratische Kontrolle und Mitsprache. Wir wollen eine parlamentarisch kontrollierte Wirtschaftsregierung einrichten. Die im Rahmen dieses integrierten wirtschaftspolitischen Rahmens getroffenen Maßnahmen müssen durch eine parlamentarisch kontrollierte Wirtschaftsregierung getroffen werden. Im Rahmen der Eurozone werden wir dabei sicherstellen, dass die Maßnahmen im Rahmen der gemeinsamen Wirtschafts- und Haushaltspolitik demokratisch legitimiert werden. Wir wollen kein „Weiter-so“ – Europa darf nicht noch weiter ein Europa der Regierungen werden. Es muss ein Europa der Bürgerinnen und Bürger werden. Hierzu müssen Europäisches Parlament und nationale Parlamente weiter gestärkt werden. **Die europäische Soziale Marktwirtschaft braucht eine starke europäische Sozialunion.** Die Sozialunion muss ihr Fundament in einer sozialen Werteordnung mit starken sozialen Grundrechten haben, wie sie bereits in der EU-Grundrechtscharta angelegt sind. Diese sozialen Grundrechte dürfen nicht den Marktfreiheiten im europäischen Binnenmarkt untergeordnet werden, sondern müssen ihnen vorgehen. Mit einer sozialen Fortschrittsklausel muss dieses Prinzip vertraglich im europäischen Primärrecht festgeschrieben werden. In Europa muss gelten: gleiche Lohn- und Arbeitsbedingungen für gleiche Arbeit am gleichen Ort. Lohn- und Sozialdumping darf kein Raum gegeben werden. Dazu müssen auch die Spielräume für Mitbestimmung in den europäischen Unternehmen erweitert, die Rechte der europäischen Betriebsräte gestärkt und der soziale Dialog zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern auf europäischer Ebene ausgebaut werden. Arbeitnehmer aus unterschiedlichen EU-Staaten dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden, sondern müssen die Chance haben, ihre Interessen gemeinsam zu vertreten. Wir wollen den **Sozialen Stabilitäts-pakt einrichten.** Um Sozialdumping zu verhindern, müssen Ziele und Vorgaben für Sozial- und Bildungsausgaben festgeschrieben werden – gemessen am BIP der jeweiligen Staaten. Dasselbe gilt für existenzsichernde Mindestlöhne in allen EU-Mitgliedstaaten, gemessen am jeweiligen nationalen Durchschnittseinkommen. Wir wollen aber nicht, dass europäische Standards nationale Standards ersetzen. Wir wollen, dass nationale Standards geschützt werden. Wir brauchen soziale Mindeststandards gegen den schädlichen Wettbewerb um die niedrigsten sozialen Rechte und Standards.

Wir müssen die Währungsunion zu einer Wirtschafts- und Sozialunion weiterentwickeln. Dabei geht es uns nicht um die Vereinheitlichung der bewährten nationalen Sozialsysteme in Europa. Wir brauchen aber gemeinsame Standards, um unsere Sozialsysteme zu schützen und so zu entwickeln, dass sie den Menschen zugute kommen.

Die öffentliche Daseinsvorsorge darf durch die EU nicht in Frage gestellt werden. Es kann nicht sein, dass die Interpretation der Marktfreiheiten die nationalen Besonderheiten in der öffentlichen Daseinsvorsorge bedrohen. Hier müssen klare Stoppschilder für die EU gelten, die im Primärrecht der Union festgeschrieben werden müssen. **Unser Ziel ist die Stärkung der öffentlichen Daseinsvorsorge.** Wir stellen den Zugang aller Bürgerinnen und Bürger zu deren Leistungen sicher. Diese wird oftmals von kommunalen Unternehmen und Einrichtungen in sehr guter Qualität bereitgestellt. Daher setzen wir uns für faire Wettbewerbsregeln für öffentliche Unternehmen im nationalen und europäischen Recht ein. Wir wollen – auch auf europäischer Ebene – sicherstellen, dass Kommunen selber entscheiden können, wie sie ihre öffentlichen Aufgaben erbringen. Wasserversorgung, Abwasser- und Müllentsorgung, Personennahverkehr, Flughäfen und Flugsicherung, wichtige Gesundheits- und Sozialdienste und der öffentlich-rechtliche Rundfunk dienen dem Gemeinwohl. Wir werden uns Vorhaben, die einen Zwang zur Privatisierung beinhalten, entgegenstellen. Wir wollen die Stellung der zahlreichen Dienstleistenden durch gute Arbeitsbedingungen und Wahrung ihrer Rechte unabhängig von Rechts- und Organisationsform verbessern.

Wir wollen Europa verändern, um es zu verbessern. Ein starkes und gerechtes Europa im Sinne der Menschen muss sich vor allem auf die großen Zukunftsaufgaben konzentrieren: die Bändigung der Finanzmärkte, nachhaltiges Wachstum durch eine moderne, innovative Industrie und Investitionen in die Zukunft, eine friedensstiftende Politik gegenüber den Nachbarn und in der Welt.

In diesen Bereichen muss Europa durch handlungsfähige gemeinschaftliche Institutionen und vor allem ein starkes Europäisches Parlament noch enger zusammenarbeiten. Doch wir nehmen auch die Sorgen vieler Menschen bezüglich einer Europäischen Union ernst, die sich in zu vielen Bereichen einmischt. Dort wo Aufgaben besser national, regional oder lokal gelöst werden können, muss das Prinzip der **Subsidiarität** gelten. Subsidiarität heißt, dass Politik da gemacht wird, wo sie am besten aufgehoben ist.

Um die Reformmaßnahmen, die für dieses neue Europa notwendig sind, auf den Weg zu bringen, müssen zunächst alle Spielräume der bestehenden Verträge ausgeschöpft werden. Darüber hinausgehende vertragliche Reformschritte müssen durch einen Konvent erarbeitet werden, in dem Parlamente und Regierungen gleichberechtigt arbeiten und die Zivilgesellschaft effektive Mitwirkungsmöglichkeiten hat. Der nächste Europawahlkampf kann in seiner neuen Form bereits der Anfang einer umfassenden Debatte über die Richtung der EU sein. Ein neu gewähltes Europäisches Parlament und eine neue Kommission können dann die Weichen für die konkreten Reformen stellen.

Die Europäische Union droht weiter an Vertrauen zu verlieren, wenn es nicht gelingt, ihre Politik demokratischer und sozial gerechter auszugestalten. Um die Tür für eine solche politische Veränderung zu öffnen, kommt es darauf an, die Mehrheit der

Konservativen und Liberalen in den EU-Institutionen zu brechen und ihre einseitige Politik des Sparens und der Liberalisierung zu korrigieren. Sowohl die Bundestagswahl in diesem Jahr als auch die Europawahl 2014 sind deshalb wichtige Wegmarken, um Europa auf einen anderen, besseren politischen Kurs zu bringen. Die EU muss wieder Vertrauen zurückgewinnen und sie ist dabei darauf angewiesen, dass die Regierungen der Mitgliedsländer dabei mithelfen. Die SPD-geführte Bundesregierung wird dies tun, indem sie einen Reformprozess initiiert, der die EU demokratischer, transparenter, gerechter und effizienter macht.

X. UNSERE IDEE DER GLOBALISIERUNG: GERECHTIGKEIT FÜR ALLE STATT REICHTUM FÜR WENIGE

Unsere Welt ist im Umbruch. Es ist ein Umbruch, dessen Ausgang offen ist. Noch erscheint vieles widersprüchlich. Chancen und Risiken liegen eng beieinander. Wir wollen die Chancen dieses Wandels nutzen und alles dafür tun, dass dieser Umbruch ein Aufbruch zu mehr Frieden, Demokratie und Gerechtigkeit wird.

Wir erleben, wie sich in vielen Staaten die Menschen gegen Diktatur und Unterdrückung auflehnen, für Freiheit und Demokratie auf die Straße gehen, ihr Leben einsetzen. Doch es bleibt ungewiss, ob in diesen Staaten tragfähige demokratische Strukturen entstehen werden. Wir erleben, wie sich immer mehr Menschen global vernetzen, sich für eine sozial gerechte und ökologisch verantwortliche Wirtschafts- und Finanzordnung engagieren und so eine kritische Weltöffentlichkeit entsteht. Doch gerade die Stimmen der Menschen in den ärmsten Ländern der Welt, die unter den Folgen des Klimawandels und eines unfairen Welthandels besonders leiden, werden nicht ausreichend gehört. Wir erleben, wie Verständigung und Zusammenarbeit über alte staatliche Grenzen hinweg vielerorts besser gelingen. Doch wir sehen auch die Gefahren neuer Konflikte entlang ethnischer oder religiöser Trennlinien, durch Ressourcenmangel, versagende Staatlichkeit, Armut und Perspektivlosigkeit. Wir sehen, dass Ungleichheit in allen Gesellschaften zunimmt. Mit China, Indien oder Brasilien streben neue Mächte auf, deren ökonomischer Aufstieg die Weltwirtschaft antreibt. Doch es bleibt offen, ob und in welchen Strukturen mit diesen Staaten zusammen eine sozial und ökologisch verantwortliche Globalisierung gelingen wird.

Die Menschheit wird im globalen 21. Jahrhundert die existenziellen Herausforderungen der Zeit nur noch gemeinsam lösen können: den Klimawandel begrenzen, die entfesselten Finanzmärkte wieder vernünftigen Regeln unterwerfen, der gewachsenen Ungleichheit in den Gesellschaften entgegenwirken. Frieden und Menschenrechte als globale öffentliche Güter sichern, die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen unterbinden, Hunger und Armut endlich überwinden. Das alles sind Herausforderungen, die nicht gegeneinander, sondern nur miteinander zu bewältigen sind. Zugleich sind es Herausforderungen an eine neue Ordnung der Welt, die erst noch entstehen muss.

Wir wollen eine kooperative Weltordnung mit aufbauen, die gemeinsame Problemlösung und Zukunftsgestaltung im Rahmen einer Weltinnenpolitik möglich macht. Gemeinsam mit den Gruppen der Zivilgesellschaft, sozialen Bewegungen, Gewerkschaften, Kirchen und ihren Entwicklungsorganisationen wollen wir diese Zukunft gestalten, um europäisch und global Frieden, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit voranzubringen. Die demokratischen Grundlagen einer neuen Weltinnenpolitik dürfen sich nicht in staatlicher Zusammenarbeit erschöpfen. Sie müssen zivilgesellschaftliche Beteiligung einschließen.

Unsere Außen- und Sicherheitspolitik – dem Frieden verpflichtet, auf Kooperation gerichtet.

Die SPD hat sich immer als Friedenspartei verstanden. Als Urheberin der Entspannungspolitik während des Ost-West-Konflikts hat sie eine lange Tradition für vertrauensbildende Politik, Interessenausgleich, Transparenz staatlichen Handelns und bei der vertragsgestützten Abrüstung und Rüstungskontrolle. Diese vorausschauende Friedens- und Entspannungspolitik wollen wir zeitgemäß erneuern und weiterentwickeln. In der Außenpolitik wissen wir um die Verantwortung Deutschlands, nicht im Alleingang zu handeln, sondern zusammen mit seinen europäischen Partnern, im transatlantischen Bündnis und mit den zivilgesellschaftlichen Akteuren.

Dringend erforderlich sind wieder eine klare Orientierung und die Festlegung von Prioritäten im Bereich der Friedensförderung und Konflikttransformation. Wir treten nachdrücklich dafür ein, dass zivile Krisenprävention und Konfliktregelung wieder Vorrang in der deutschen und europäischen Außenpolitik haben. Dazu gehört auch eine übergreifende, abgestimmte und umfassende Strategie, um Strukturen und Entscheidungsprozesse effektiver zu gestalten. Wir wollen das unter sozialdemokratischer Führung entwickelte Konzept „Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“ weiterentwickeln. Der Zivile Friedensdienst hat sich als ein zivilgesellschaftliches Element der Krisenprävention bewährt und soll wieder gestärkt werden.

Wir wollen, dass Deutschland wieder ein verlässlicher Partner in der internationalen Politik ist. Wir wollen eine kluge, mit den Partnern abgestimmte Außenpolitik mit Augenmaß zum Wohle Deutschlands und Europas. Deutschlands Verantwortung innerhalb der EU ist mit der Wirtschafts- und Finanzkrise in der Eurozone gewachsen. Die Bundesregierung aus CDU/CSU und FDP jedoch hat das internationale Vertrauen in Deutschlands Europapolitik geschwächt. Auch aus vielen internationalen Krisen und Konflikten vom Nahen Osten über Iran bis Afghanistan hat Deutschland sich in den letzten vier Jahren als gestaltende Kraft verabschiedet. Wir wollen Vertrauen wiederherstellen und unserer Verantwortung auf internationaler Ebene gerecht werden.

Die **Außen- und Sicherheitspolitik der EU** muss dringend an Substanz und Kontur gewinnen. Europa hat gemeinsame Interessen und wir werden diese nur vertreten können, wenn wir als EU gemeinschaftlich auftreten. Wir brauchen deshalb neue politische Impulse für eine zukunftsfähige, noch stärker vergemeinschaftete, gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU. Unser Ziel ist die Fortentwicklung der Europäischen Union zu einer handlungsfähigen Friedensmacht. Eigenständige europäische Friedenspolitik setzt vor allem auf politische Mittel und Diplomatie, auf Handel, gerechte Entwicklung und zivile Krisenprävention. Besonders in der Entwicklungspolitik muss Europa noch deutlicher als bisher einen integrierten gemeinsamen Ansatz verfolgen. Eine zentrale Herausforderung für die gemeinsame Europäische Außen- und Sicherheitspolitik in der Zukunft liegt zudem darin, die spezifischen außen- und sicherheitspolitischen Erfahrungen, Kompetenzen und Partnerschaften der einzelnen EU-Staaten so zu vernetzen und in die gemeinsame Außenpolitik der EU einzubringen, dass hieraus ein konkreter Mehrwert entsteht. Nur gemeinsam kann Europa seine Werte und Interessen in einer Welt im Wandel wirksam behaupten. Die deutsche Außenpolitik

muss deshalb viel stärker noch als bisher in eine gemeinsame europäische Außenpolitik einfließen.

Europa muss zudem weiterhin seine Türen für neue Mitglieder offen halten. Die **Erweiterungspolitik der EU** hat sich als vorausschauende Friedenspolitik bewährt. Gegenüber den Ländern, die bereits Beitrittsverhandlungen mit der EU führen, sowie den Ländern, die eine Beitrittsperspektive erhalten haben, muss Europa zu seinem Wort stehen. Wir treten dafür ein, dass die EU die Verhandlungen mit der Türkei mit dem klaren Ziel eines EU-Beitritts der Türkei weiterführt und ihnen neue Dynamik verleiht. Ein EU-Beitritt der Türkei ist im wechselseitigen politischen und ökonomischen Interesse und kann wichtige kulturelle Brücken schlagen. Auch an der Beitrittsperspektive der Staaten des westlichen Balkans halten wir fest. So wichtig eine auf Frieden und Wohlstand gerichtete Erweiterungspolitik der EU weiterhin ist, klar ist dabei aber auch, dass ein Beitritt zur EU nur dann möglich ist, wenn die beitrittswilligen Länder die erforderlichen Kriterien voll erfüllen. Zugleich muss durch weitere Reformschritte der EU die Handlungsfähigkeit einer erweiterten Europäischen Union gewährleistet werden.

Sozialdemokratische Außenpolitik ist Friedenspolitik. Frieden und Sicherheit erreichen wir am besten durch die Förderung von Demokratie und Menschenrechten sowie von fairen Produktions- und Handelsbedingungen.

Wir vertrauen bei unserer vorausschauenden Friedenspolitik auf eine enge Integration politischer, wirtschaftlicher, entwicklungspolitischer und humanitärer Mittel. Zivile Krisenprävention und Konfliktregelung haben für uns immer eindeutig Vorrang. Militärische Mittel kommen überhaupt nur als letzte Möglichkeit in Betracht: mit einem klaren Mandat der Vereinten Nationen, einem Beschluss des Deutschen Bundestages und eingebettet in ein politisches Gesamtkonzept. Den Einfluss privater Söldnerarmeen und Sicherheitsdienste wollen wir zurückdrängen und strengen nationalen und internationalen Regeln unterwerfen.

Abrüstung, Nichtverbreitung und Rüstungskontrolle sind für uns zentrale Überlebensfragen von morgen. Unser Ziel bleibt eine Welt ohne Atom- und Massenvernichtungswaffen. Wir unterstützen regionale Ansätze für Zonen frei von Massenvernichtungswaffen. Wir wollen, dass im Rahmen eines gesamteuropäischen Abrüstungsvertrages die verbliebenen taktischen Atomwaffen aus Deutschland abgezogen werden. Wir wollen zugleich der konventionellen Abrüstung und Rüstungskontrolle neue Impulse geben.

Wir wollen zurück zu den restriktiven Exportrichtlinien der rot-grünen Regierungszeit. Rüstungsexporte in Krisengebiete und in Länder, in denen die Menschenrechte massiv missachtet und verletzt werden, lehnen wir ab. Eine Ausweitung von Rüstungsexporten aus wirtschaftlichen Gründen und als Ersatz für eine gestalterische Außenpolitik lehnen wir entschieden ab. Dies bedeutet auch, ein parlamentarisches Gremium im Deutschen Bundestag zu schaffen, das bei zentralen Waffenexportentscheidungen die Bundesregierung kontrolliert und das zeitnah Transparenz gegenüber Parlament und Öffentlichkeit herstellen kann. Eine mögliche Weitergabe aus Deutschland exportierter Waffen an Dritte ist wirksam zu kontrollieren und Verstöße gegen Endverbleibsklauseln sind streng zu sanktionieren.

Wir haben frühzeitig eine Exit-Strategie für Afghanistan eingefordert. Inzwischen steht fest, dass der Kampfeinsatz 2014 beendet werden soll. Wir wollen den Prozess des **Übergangs von ISAF zu einer neuen Mission in Afghanistan mit dem Schwerpunkt Ausbildung** aktiv begleiten. Afghanistan und die internationale Gemeinschaft können sich darauf verlassen, dass wir zu unseren Zusagen stehen – gerade auch mit Blick auf die **zivile Hilfe**.

Wir werden gegenüber den Vereinigten Staaten auf einen neuen Anlauf im Nahost-Friedensprozess drängen. Zentrales Ziel unser Politik im Nahen Osten ist und bleibt eine Zwei-Staaten-Lösung: Mit einem Israel, das in Frieden, Sicherheit und in von seinen Nachbarn anerkannten Grenzen lebt – und einem lebensfähigen palästinensischen Staat, in dem die Menschen eine lebenswerte Zukunft haben. Deutschland hat einmal hohes Ansehen bei allen Konfliktparteien genossen. Dahin wollen wir zurück und unseren Beitrag zur Realisierung einer Zwei-Staaten-Lösung leisten.

Der Konflikt in **Syrien** birgt die ernste Gefahr, die gesamte Region in eine Spirale politisch und religiös motivierter Gewalt hineinzuziehen. Wir wollen, dass Deutschland bei der Lösung dieses Konflikts nicht länger abseits steht, sondern seine diplomatischen Möglichkeiten stärker als bislang nutzt, um eine weitere Eskalation zu verhindern. Gleichzeitig müssen die Anstrengungen zur Hilfe für die syrischen Flüchtlinge verstärkt werden.

Die **arabischen Staaten im Umbruch** wollen wir bei ihren Bemühungen unterstützen, die gewonnene Freiheit zu nutzen, um neue wirtschaftliche Perspektiven und rechtsstaatliche und demokratische Strukturen zu entwickeln. Der sich ausbreitende militante Islamismus in den Staaten der Sahel-Zone ist eine ernst zu nehmende Bedrohung für Deutschland und Europa. Dieser Bedrohung wird man mit militärischen Mitteln allein auf Dauer nicht begegnen können. Wir brauchen eine Strategie zur politischen und wirtschaftlichen Stabilisierung der gesamten Region, um das Problem an der Wurzel zu packen.

Um die Identität Deutschlands und Europas als Friedensmacht für Menschenrechte und das Völkerrecht zu fördern, wollen wir den Menschenrechtsschutz der Vereinten Nationen, der EU und des Europarates stärken. Menschenrechte sollen unser Handeln in allen Politikfeldern bestimmen. Die Rechte von Frauen und Kindern sowie von Menschenrechtsverteidigern sind uns besonders wichtig.

Die **Bundeswehr** ist eine Parlamentsarmee, die in die europäischen und transatlantischen Sicherheitsstrukturen integriert ist. Das Parlament hat bewiesen, dass es mit seinem konstitutiven Entscheidungsrecht verantwortungsvoll umgeht. Eine Aufweichung des Parlamentsvorbehalts lehnen wir ab. Wir wollen, dass die begonnene Reform der Bundeswehr zu einer weiteren Europäisierung der Streitkräfte im Rahmen einer gemeinsamen europäischen Verteidigungsplanung führt. Dazu gehört auch, dass die europäische Zusammenarbeit in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik wiederbelebt wird.

Hier wollen wir neue Impulse setzen. Wenn wir unsere Streitkräfte besser europäisch zusammenführen, entstehen hierdurch auch Spielräume für weitere Abrüstungsschritte. Langfristig wollen wir den Aufbau einer gemeinsamen europäischen Armee, deren Einsatz parlamentarisch legitimiert sein muss. Die Verankerung der Bundeswehr in unserer demokratischen und pluralen Gesellschaft muss erhalten und gestärkt werden. Wir treten dafür ein, dass die Fragen zum Verhältnis von Bundeswehr und Gesellschaft, die der Umbau zu einer Freiwilligenarmee aufwirft, in einem breiten gesellschaftlichen Diskurs beantwortet werden. Gelingen kann dieser Umbau nur, wenn alle Beschäftigten der Bundeswehr auf diesem schwierigen Weg mitgenommen werden. Daher setzen wir uns ein für ein umfassendes Konzept zur Nachwuchsgewinnung und ein Attraktivitätsprogramm, das eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf mit sich bringt. Eine überstürzte Entscheidung zur Beschaffung von Kampfdrohnen lehnen wir ab. Wir fordern, dass vorher alle sicherheitspolitischen, völkerrechtlichen und ethischen Fragen umfassend beantwortet werden.

Das Ansehen Deutschlands in der Welt hat unter der Bundesregierung aus CDU/CSU und FDP gelitten. Wir wollen dieses Ansehen wieder stärken und so auch die Spielräume der deutschen Außenpolitik erweitern. Wir wollen daher an der erfolgreichen Förderung der auswärtigen Kulturpolitik aus unserer Regierungszeit ansetzen und die Auslandsarbeit der Goethe Institute, der deutschen Auslandsschulen und der politischen Stiftungen weiter fördern.

Der deutsche UN-Standort Bonn wird als Ort der Internationalen Zusammenarbeit ausgebaut. In diesem Zusammenhang wird die Rolle der Bundesstadt Bonn als zweitem bundespolitischem Zentrum Deutschlands auf Grundlage des Berlin/Bonn-Gesetzes gestärkt und im Dialog mit der Region sowie den Landesregierungen in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz eine dauerhafte vertragliche Regelung vorbereitet.

Wir wollen eine Neubelebung und Stärkung der transatlantischen Beziehungen. Die USA sind Deutschlands und Europas wichtigster strategischer Partner. Die stärkere Hinwendung der US-Außen- und Sicherheitspolitik auf den Pazifik bedeutet keine Abwertung des transatlantischen Verhältnisses. Sie stellt Europa vor neue Herausforderungen, eröffnet aber auch neue Chancen der Kooperation. Diese müssen genutzt werden.

Wir wollen die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten mit neuem Leben füllen, weiterentwickeln und vertiefen. Wir streben eine enge Abstimmung und gemeinsame Initiativen im Nahen Osten und der arabischen Welt an. Unsere Beziehungen in den asiatischen Raum wollen wir nutzen, um gemeinsame transatlantische Strategien für den asiatischen Kontinent und den Pazifischen Raum zu entwickeln. Wir bieten an, als Mittler eines notwendigen fortgesetzten amerikanisch-russischen Dialogs zu wirken. Die Bemühungen um ein transatlantisches Freihandelsabkommen finden unsere ausdrückliche Unterstützung. Hierbei sollen die jeweils fortschrittlichsten Regeln hinsichtlich ökonomischer, sozialer und ökologischer Standards, der Regulierung der Finanzmärkte und deren Transparenz zugrunde gelegt werden.

Darüber hinaus wollen wir strategische Partnerschaften zu anderen aufstrebenden Staaten wie zum Beispiel Brasilien, Indien, Südafrika oder China aufbauen bezie-

hungsweise weiterentwickeln. Bereits bestehende strategische Partnerschaften wie mit Russland müssen mit neuem Leben erfüllt werden. Neben Asien mit seiner politischen und wirtschaftlichen Dynamik wird der afrikanische Kontinent in unserer unmittelbaren europäischen Nachbarschaft an Bedeutung zunehmen. Das gilt auch für die aufstrebenden Mächte in Lateinamerika.

Wir setzen gegenüber **Russland** auf eine Politik, die wirtschaftliche Kooperation, politischen und gesellschaftlichen Dialog in einer umfassenden **Modernisierungspartnerschaft** verbindet. Wir streben im wechselseitigen Interesse Fortschritte in Richtung Visaliberalisierung an.

Deutschland und Europa müssen ihren politischen Einfluss in **Asien** und der **pazifischen Region** als zentralen politischen und wirtschaftlichen Schauplatz der Zukunft entschlossen ausbauen. Wir wollen die Asienpolitik der Europäischen Union auf eine breitere Grundlage als bisher stellen und in den letzten Jahren vernachlässigte Ansätze wie die EU-Zentralasienstrategie revitalisieren.

Die Partnerschaft mit diesen aufstrebenden Ländern und Regionen darf sich jedoch nicht auf die ökonomische Zusammenarbeit beschränken. Wir wollen, dass Deutschland und Europa die eigenen Werte in diese Zusammenarbeit einbringen und demokratische, soziale und menschenrechtliche Fragen nicht aussparen.

Unser Ziel ist eine kooperative, gerechte Weltordnung.

Wir wollen, dass auf die Globalisierung der Märkte die politische Globalisierung folgt. Multilaterale Organisationen betrachten wir als Brücke in eine gerechte globale Ordnung. Die Vereinten Nationen bleiben als wichtigste Weltorganisation hauptverantwortlich für Frieden und Sicherheit. Wir treten daher für eine notwendige politische Reform und Stärkung der UNO ein, was eine Reform und Stärkung des Sicherheitsrates einschließt. Die OSZE, die NATO und die EU haben als Regionalorganisationen mit unterschiedlichen Schwerpunkten eine gemeinsame Verantwortung für Frieden in und für Europa. Wir wollen, dass Deutschland in diesen Organisationen wieder eine aktive und konstruktive Rolle spielt. In der WTO und im Rahmen der G20 soll Deutschland sich stark machen für ein gerechtes und nachhaltiges Wirtschaftsmodell. Fairer Wettbewerb braucht Regulierung. Offene Märkte brauchen gemeinsame Regeln.

Wir stehen für eine **Stärkung des Systems der Vereinten Nationen**. Wir möchten die Vereinten Nationen mit ihrer universellen Mitgliedschaft und Legitimität in den Mittelpunkt der politischen Globalisierung stellen. Wir unterstützen die Reform der Vereinten Nationen hin zu einer leistungsstarken und effizienten Organisation. Wir wollen uns im Sinne sozialdemokratischer Friedenspolitik für eine Stärkung der Krisen- und Konfliktprävention und des Schutzes der Menschenrechte einsetzen. Das Prinzip der Schutzverantwortung muss sich vor allem auf die zivilen Maßnahmen konzentrieren.

Eine Einbeziehung der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) hat sich gerade auch in der aktuellen Wirtschaftskrise als wichtig erwiesen. Ihre Stimme muss bei der Gestaltung einer sozialen und nachhaltigen Finanz- und Wirtschaftsordnung gehört werden.

Wir lehnen ungerechte und unmenschliche Produktionsweisen ab, die klar gegen die elementaren **Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO)**, wie das „Verbot von Kinder- und Zwangsarbeit, Diskriminierungsverbot und Vereinigungsfreiheit“, das Recht auf Tarifverhandlungen und freie Gewerkschaften sowie gegen die internationalen Umweltstandards verstoßen. Deshalb werden wir uns einsetzen für die Durchsetzung von sozialen Mindeststandards weltweit, für die Schaffung menschenwürdiger Beschäftigungsmöglichkeiten mit ausreichendem Einkommen und die Stärkung der sozialen Sicherheit und des Dialogs zwischen den Sozialpartnern. Die EU-Handelsabkommen müssen an die Einhaltung und Überwachung der ILO-Kernarbeitsnormen gekoppelt werden. Freihandel darf nicht zum Einfallstor für Lohn- und Sozialdumping werden.

Internationale Politik muss sich dringend mit den **Herausforderungen der Ressourcensicherheit** und des Klimaschutzes befassen. In diesem Sinne treten wir für eine ökologisch und wirtschaftlich verantwortungsvolle Energie- und Klimaaußenpolitik ein. Statt immer auf „das langsamste Schiff im Geleitzug“ zu warten wie in der bisherigen Klimapolitik, wollen wir Allianzen derer schaffen, die vorangehen – und sich dabei die Vorteile der Pioniere erarbeiten.

Menschenrechte umfassend schützen und international durchsetzen.

Die Menschenrechte bilden die verpflichtende Grundlage unserer Gesellschaft – sowohl in Deutschland wie auch in Europa. Sie sind unteilbar und gelten universell – deshalb setzen wir uns innerstaatlich und im Bereich der Europäischen Union, aber auch global für den Schutz und die Förderung der Menschenrechte ein. Nur das macht unsere Politik im Inneren und nach Außen friedensfähig, sozial gerecht und damit nachhaltig.

Dabei tritt unsere Politik für die Weiterentwicklung und Umsetzung der Menschenrechtstandards ebenso ein wie für wirksame Instrumente des Menschenrechtsschutzes. Besonders wichtig sind insbesondere der bessere Schutz der Menschenrechtsverteidiger, aber auch die weltweite Ächtung der Todesstrafe und Folter sowie eine wirksamere Verfolgung von Menschenrechtsverletzungen auch im internationalen Rahmen.

Überall auf der Welt werden, wenn auch unterschiedlich, Menschenrechte von Frauen immer noch vielfältig verletzt: Systematische Diskriminierung, häusliche Gewalt, die schrecklichen Verletzungen von Frauen durch Genitalverstümmelung, Zwangsheirat, Menschenhandel oder fälschlich so genannte „Verbrechen im Namen der Ehre“ werden wir deshalb mit besonderem Nachdruck bekämpfen.

Auch Kinder, Menschen mit Behinderungen, aber auch kranke und alte Menschen haben ein Recht auf ein Leben in Würde und Selbstbestimmung, das häufig genug nicht respektiert wird. Das erfordert unsere stärkere Aufmerksamkeit und unser politisches Eingreifen. Auch der Schutz von Minderheiten gehört zu den wichtigen Bereichen der Menschenrechtsarbeit. Deshalb treten wir aktiv für die Menschenrechte von religiösen und ethnischen Minderheiten ein, die häufig genug zu Opfern politischer Konflikte und sozialer und wirtschaftlicher Spannungen in den Krisengebieten der Welt werden.

Auch in Europa müssen durch wirksames Eingreifen der Verantwortlichen in den Mitgliedstaaten und auf EU-Ebene die diskriminierten Minderheiten zu ihrem Recht kommen.

Wir unterstützen aktiv die unverzichtbare Tätigkeit des Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen und setzen uns in der Europäischen Union für mehr Solidarität mit Flüchtlingen und für eine gerechtere Lastenverteilung bei ihrer Integration ein.

Entwicklungspolitik ist für uns globale Friedens- und Strukturpolitik.

Leitbild unserer Entwicklungspolitik bleibt eine globale Strukturpolitik, die die internationalen Rahmenbedingungen entwicklungsfreundlich und nachhaltig gestaltet und die großen Zukunftsaufgaben als gemeinsame Herausforderung begreift. Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität sind auch dabei unsere Grundwerte.

Ziele unserer Entwicklungspolitik sind die Überwindung von Armut und Hunger in der Welt, der Schutz der globalen öffentlichen Güter und die Verwirklichung der Menschenrechte. Wir stehen zu unseren internationalen Verpflichtungen. Mit unserer Hilfe unterstützen wir die eigenen Anstrengungen der in Armut lebenden Menschen. Damit sie wirkt, braucht es verantwortliche Regierungen, aktive Bürgerinnen und Bürger sowie Rahmenbedingungen, die soziale Gerechtigkeit, nachhaltige Entwicklung und Frieden fördern.

Wir stehen zu einem eigenständigen BMZ als Bundesministerium für globale Zusammenarbeit und nachhaltige Entwicklung mit der Zuständigkeit für globale Zukunftsaufgaben. Nur ein solches Ministerium kann glaubwürdig und leistungsfähig den Herausforderungen begegnen.

Wir wollen zukünftig die Zusammenarbeit verstärkt auf die ärmsten Entwicklungsländer sowie fragile Staaten und Regionen konzentrieren, ohne aber die Zusammenarbeit mit schon weiter fortgeschrittenen Ländern aufzugeben.

Notwendig für die Überwindung von Armut ist ein breitenwirksames, nachhaltiges Wachstum. Dafür bedarf es der Überwindung von Ungleichheiten in den Gesellschaften und der Schaffung von guter Arbeit, die sich an der Decent Work Agenda der ILO orientiert, der Investitionen in landwirtschaftliche Entwicklung, der Hilfen beim Auf- und Ausbau sozialer Sicherungssysteme im Sinne eines Basisschutzes nach dem Konzept des Social Protection Floors der UN und der ILO sowie der Gleichstellung von Männern und Frauen. Notwendige Bedingungen dafür sind der Zugang zu guter Bildung, Gesundheitsversorgung und Ernährung.

Wir wollen den Hunger bekämpfen und Ernährungssicherheit verwirklichen. Deshalb nutzen wir alle Möglichkeiten, um die Spekulation mit Nahrungsmittelpreisen zu verhindern.

Wir wirken in den Partnerländern auf eine Verwirklichung von Menschenrechten und die Förderung demokratischer Beteiligung und Rechtsstaatlichkeit hin. Wir wollen dazu

beitragen, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Menschenrechte und die politischen Menschenrechte zu verwirklichen.

Frauen sind zentrale Akteurinnen für Entwicklungsprozesse. Voraussetzung dafür ist es, ihre persönlichen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Selbstbestimmungsrechte zu stärken. Ihr Zugang zu Familienplanung ist zu gewährleisten. Gewalt gegen Frauen in jeder Form ist zu bekämpfen.

Die Millenniums-Entwicklungsziele wollen wir entschlossen verfolgen und unseren Beitrag leisten, damit sie bis 2015 umgesetzt werden. Dies gilt vor allem für die Bekämpfung der Mütter- und Kindersterblichkeit sowie von HIV/AIDS, Tuberkulose und Malaria. Wir wollen uns beteiligen an der Weiterentwicklung der Millenniumsentwicklungsziele zu „Zielen der nachhaltigen Entwicklung“ (Sustainable Development Goals), die Teil des neuen Rahmenwerks für globale Entwicklungspolitik von 2015 bis 2030 werden sollen. Bei all dem ist die Zivilgesellschaft ein zentraler Partner. Wir erkennen ihren wichtigen Beitrag für Gerechtigkeit, den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen, politische Teilhabe und demokratische Entwicklung an – gerade auch in fragilen Staaten. Ihre wichtige Bildungs- und Anwaltschaftsarbeit werden wir verstärkt unterstützen. Wir wollen das Freiwilligenprogramm „weltwärts“ als einen wertvollen Beitrag zur entwicklungspolitischen Bildungsarbeit ausbauen.

Private Investitionen leisten einen erheblichen Beitrag für die wirtschaftliche Entwicklung und die Überwindung von Armut. Wir wollen den Auf- und Ausbau des privaten Sektors in den Partnerländern unterstützen, soweit er den Prinzipien nachhaltiger sozialer und ökologischer Entwicklung folgt. Auch global tätige Unternehmen tragen Verantwortung für die Einhaltung der Menschenrechte. Wir setzen uns ein für erweiterte Transparenzanforderungen für transnationale Unternehmen, insbesondere im Rohstoffsektor, durch länder- und projektbezogene Berichtspflichten.

Am Ziel, 0,7 Prozent des BIP für Entwicklungszusammenarbeit aufzuwenden, halten wir fest. Die Bundesregierung aus CDU/CSU und FDP hat dieses Ziel so vernachlässigt, dass vereinbarte Zeitpläne dafür nicht mehr zu halten sind. Um das Ziel dennoch grundsätzlich zu erreichen, wollen wir jährlich 1 Mrd. Euro zusätzlich für Entwicklungszusammenarbeit bereitstellen und verstärkt neue und innovative Finanzierungsinstrumente in Deutschland und europaweit nutzen, insbesondere auch Mittel aus der Finanztransaktionssteuer nutzen. Wir unterstützen Entwicklungsländer beim Aufbau leistungsfähiger Steuersysteme, um für ihre Aufgaben verstärkt eigene Ressourcen zu mobilisieren.

Entwicklungspolitik muss die Strategien der Partnerländer einbeziehen. Budgethilfe trägt wesentlich zu einer stärkeren Selbstverantwortung der Partnerländer bei.

Aufstrebende Schwellenländer haben an Bedeutung und Einfluss gewonnen und müssen verstärkt Mitverantwortung bei Armutsbekämpfung und friedenspolitischen Initiativen vor allem bei regionalen Konflikten übernehmen.

Es gilt, die multilaterale Zusammenarbeit zu stärken. Dafür muss die deutsche Entwicklungspolitik in ein europäisches Gesamtkonzept eingebettet werden und konsequent auf eine abgestimmte und arbeitsteilige Zusammenarbeit hinarbeiten. Die Trennung von technischer und finanzieller Entwicklungszusammenarbeit, die so nur in Deutschland besteht und zu Doppelstrukturen führt, ist zu überwinden.

In den internationalen Finanz- und Wirtschaftsinstitutionen sollen die Entwicklungs- und Schwellenländer größeres Gewicht haben. Insgesamt gilt es, die Stimmen von Entwicklungs- und Schwellenländern in der Global Governance zu stärken. Gleichzeitig treten wir weiterhin für einen Globalen Rat der Vereinten Nationen für Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik ein. Er soll wirtschaftliche Interessen, soziale Bedürfnisse und ökologische Notwendigkeiten aufeinander abstimmen.

Nachhaltige Entwicklungspolitik muss eng mit globaler Umweltpolitik verbunden sein. Die ärmeren Länder bedürfen besonderer Unterstützung, um den Klimaveränderungen entgegenzuwirken und um einen schnelleren Ausbau Erneuerbarer Energien und mehr Energieeffizienz zu erreichen. Auch den Schutz des Regenwaldes und anderer Ökosysteme müssen wir voranbringen. Die deutschen Finanzausgaben für den Schutz der Wälder und der biologischen Vielfalt werden wir umsetzen.

Wir wissen: Umfassender Frieden setzt soziale Gerechtigkeit und faire Entwicklung voraus. Ohne das eine kann das andere nicht gelingen. Diese Überzeugung ist und bleibt Kern unserer vorausschauenden sozialdemokratischen Friedenspolitik.

XI. DEUTSCHLAND BESSER REGIEREN!

Unser Wahlprogramm folgt einem einfachen Grundsatz: Wir wollen regieren zum Wohle aller Bürgerinnen und Bürger in Deutschland. Wir wollen etwas bewegen in unserem Land. Wir wollen die Soziale Marktwirtschaft neu begründen und gemeinsam ein neues soziales Gleichgewicht schaffen. Wir wollen Schluss machen mit vier Jahren politischem Stillstand und Koalitionschaos. Wir wollen eine andere, eine bessere und gerechtere Politik für die Bürgerinnen und Bürger Deutschlands machen.

Die Regierung von Angela Merkel hat viel versprochen und genauso viele Versprechen gebrochen. Wir wissen sehr genau, was wir wollen. Wir drehen uns nicht wie Fähnchen im Wind. Wir halten Kurs. In stürmischen Zeiten muss Politik handlungsfähig sein. Politik muss ihrer Verantwortung gerecht werden. Sie muss einen klaren Kompass haben. Unser Wahlprogramm ist dieser Kompass. Es steht auf festem Grund – unseren Grundwerten Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Unser Programm ist die Anleitung für unser Handeln. Unser Programm ist die Aufforderung zum Handeln. Unser Programm soll allen Bürgerinnen und Bürgern konkret in ihren unterschiedlichen Lebenssituationen nutzen. Unser Programm ist der Auftrag, dass Politik endlich wieder konkrete Ergebnisse liefert.

Unser Wahlprogramm ist der Plan für eine bessere Politik in Deutschland und Europa. Eine Politik, die Soziales und Wirtschaft, Nachhaltigkeit und Wettbewerbsfähigkeit, Bürger und Staat, Europa und Deutschland, Globalisierung und Gemeinden, Werte und Wirklichkeit wieder in Einklang bringt.

Unser Programm ist die Grundlage für eine Richtungsentscheidung über unsere Gesellschaft, ohne dabei Maß und Mitte aus dem Blick zu verlieren. Unser Wahlprogramm ist die Alternative zu Angela Merkels „Alternativlosigkeit“.

Dafür braucht Deutschland klare Mehrheiten: Nur mit Rot-Grün schaffen wir die Erneuerung unseres Landes! Nur eine rot-grüne Regierung steht für den Richtungswechsel in Deutschland!

Die SPD ist die Partei in der Mitte der Gesellschaft und für das Miteinander in Deutschland. Seit 150 Jahren machen wir Politik für eine bessere Gesellschaft. Darauf bauen wir auf.

**DARUM SPD.
DARUM PEER STEINBRÜCK.**

Herausgeber:

SPD-Parteivorstand
Willy-Brandt-Haus
Wilhelmstr. 141, 10963 Berlin
Fon: 030 25991-500
Fax: 030 25991-375
Mail: parteivorstand@spd.de

Druck:

Braunschweig Druck
Ernst-Böhme-Str. 20, 38112 Braunschweig

Artikelnummer: 3000525

www.spd.de

DYNASTIES AND FEMALE POLITICAL LEADERS IN ASIA

Project Discussion Paper No. 6/2004

Klientelpolitik als kulturübergreifendes Phänomen. Eine Annäherung an Klientelismus-Konzepte.

Momoyo Hüstebeck

The project is funded by the „Deutsche Forschungsgemeinschaft“ (DFG).
The discussion papers published in this series are edited by
Claudia Derichs and Mark Thompson.

**Universität Duisburg-Essen und Universität Erlangen-Nürnberg
(University of Duisburg-Essen and University of Erlangen-Nürnberg)**

Email: huestebeck@uni-duisburg.de

© by the author
June 2004

Klientelismus und informelle Machtbeziehungen

Wenn es um die Erklärung von politischen Prozessen geht, in denen nicht nach den in der westlichen Demokratietheorie als „formaldemokratisch“ eingestuften Regeln verfahren wird, spielt der Begriff der informellen Politik häufig eine prominente Rolle. Der 2000 von Lowell Dittmer herausgegebene Band *Informal Politics in East Asia* belegte dies noch einmal deutlich für den ostasiatischen Kulturraum.¹ Wenngleich die Bedeutung informeller in Relation zu formalen politischen Verfahrensweisen statistisch schwer erfassbar ist, wird allgemein die Annahme vertreten, dass informelle Politik in Ostasien eine vergleichsweise wichtigere Rolle spiele als in westlichen Staaten. Zur Informalität gehören auch auf Loyalität beruhende Bindungen, strukturelle Merkmale der politischen Organisation wie die häufige Existenz von Erbabgeordneten oder von Familienclans dominierte Parteien, eine stärkere Personen- statt Programmbezogenheit der Wählerschaft u.a.m. Auch in Bezug auf die asiatischen Länder, in denen Frauen an der Spitze von Regierung, Staat oder Opposition stehen, werden solche Merkmale angeführt, um das Erreichen einer politischen Spitzenposition durch eine Frau in eigentlich hochgradig patriarchal angelegten Gesellschaften zu erklären. Ein Begriff, der dabei stets genannt wird und zu einer Art Oberbegriff für personale Beziehungen im Kontext informeller politischer Verfahren geworden ist, ist Klientelismus. Patron, Klient, Patronage, Protektion und *Mentoring* kreisen alle um das Phänomen des Klientelismus als einer in fortgeschrittenen Demokratien als nicht mehr relevant wahrgenommenen Form von zwischenmenschlichen Bindungen. Ist Klientelismus deswegen ein vormodernes Phänomen? Was bedeutet der Begriff konkret und welchen Bedeutungswandel hat er im Laufe der Zeit erfahren? Was unterscheidet „Klientelpolitik“ in einer Demokratie von „Klientelismus“ in einem autoritären Regime? Ist Klientelismus anti-demokratisch? Diesen und anderen Fragen gehen die folgenden Ausführungen nach. Im Rahmen des Forschungsprojektes „Dynastien und politische Führerinnen in Ost- und Südostasien“ stellen sie eine notwendige Vorüberlegung für die Untersuchung des Phänomens dynastisch basierter Politik-Karrieren dar. Dynastien beruhen in hohem Maße auf klientelistischen Verbindungen, insofern bedarf es einer eingehenden Begriffsklärung, die auch für eine klare – oder eben gerade nicht klar vornehmbare – Abgrenzung zu verwandten Begriffen sorgt.

¹ Cambridge: Cambridge University Press.

1. Einführung

Da der Begriff „Klientelismus“ in so unterschiedlichen sozialen, ökonomischen, politischen und kulturellen Zusammenhängen und diversen gesellschaftlichen Kontexten genannt wird, verwundert die Vielfalt der Einzelstudien zu diesem Thema nicht.

Insbesondere Anfang der 1970er Jahre wurde eine Vielzahl von Studien zu Patron-Klient-Verhältnissen publiziert, die vornehmlich in Lateinamerika, dem Mittelmeerraum oder Südostasien angesiedelt waren. Die Autoren maßen dem Klientelismus in diesen Regionen eine entscheidende Rolle zu, da er zentrale Institutionen des öffentlichen Lebens durchdrungen habe. Die hierarchisch strukturierte Patron-Klient-Beziehung regle den interpersonalen und organisatorischen Austausch, den Fluss von Ressourcen sowie den Zugang zum Markt, Macht und Entscheidungen (Roninger 1994a: 5).

Trotz dieser zahlreichen Einzelstudien finden sich nur einige wenige aktuelle konzeptionelle Arbeiten zum Thema². Vielmehr legen Autoren häufig ihren empirischen Studien eigene Definitionen des Klientelismus zu Grunde. Zudem ist angesichts fließender Übergänge zu anderen Phänomenen, wie dem der Korruption (vgl. Wewer 1998: 371), des Lobbyismus oder Nepotismus, eine klar definierte Abgrenzung klientelistischer Beziehungen nicht auszumachen. Auch der Begriff „Patronage“ wird zuweilen als Synonym gebraucht, jedoch auch von einigen Autoren vom Klientelismus-Begriff unterschieden. Klientelismus wird eher in romanischen und Patronage im angelsächsischen Sprachraum verwendet. Nach vorwiegender Meinung sind beide Begrifflichkeiten austauschbar (Piattoni 2001a: 4).

Auf Grund der geschilderten Fülle von einzelnen Fallstudien kann hier lediglich an Hand einiger Anthologien eine Bestandsaufnahme der politikwissenschaftlichen Klientelismusforschung seit den 1970er Jahren geleistet werden. Unter Berücksichtigung eines möglichst weitgreifenden Konsenses in der Klientelismusforschung soll vor dem forschungsgeschichtlichen Hintergrund ein Klientelismus-Konzept entworfen werden, dass die Patron-Klient-Dyade beleuchtet.

² z.B. Weber, Gioa (1991): Klientelismus. Annäherung an das Konzept. Dissertation der Universität Zürich. Zürich: ADAG.

Diese definitorische Annäherung an den Kern klientelistischer Phänomene dient dazu, deren kulturübergreifende Gültigkeit zu untersuchen. Im Laufe der Forschungsgeschichte wurde die Patron-Klient-Dyade auf klientelistische Netzwerke komplexer Gesellschaften ausgeweitet. Daraus ergibt sich die Frage nach dem Zusammenhang zwischen gesellschaftlicher, politischer sowie ökonomischer Entwicklung und Klientelismus. Es gilt zu prüfen, was eine kulturübergreifende Ausweitung klientelistischer Phänomene auf demokratische Industriestaaten noch mit dem konzeptionellen Kern, der Patron-Klient-Dyade gemein hat oder ob die vermeintlich klientelistischen Netzwerke lediglich Formen reiner Interessenspolitik sind.

2. Geschichte und Stand der Klientelismusforschung

Patronage fand zunächst vor allem in ethnologischen Studien Beachtung. Ab Ende der 1960er Jahre stießen die Patron-Klient-Beziehungen zudem auf zunächst soziologisches, dann auch auf politikwissenschaftliches Interesse. Mit der verstärkten sozialwissenschaftlichen empirischen Beschäftigung mit dem Klientelismus wurden auch Arbeiten gefertigt, die sich theoretisch dem Phänomen näherten (Eisenstadt und Lemarchand 1981: 1).

In der Anfangsphase der Klientelismusforschung wurden Patron-Klient-Beziehungen als charakteristisches Phänomen vormoderner Gesellschaften interpretiert und damit als ein Zeichen der Unterentwickeltheit dieser Gesellschaften bewertet. Als kulturelles Problem wurde Klientelismus deshalb langläufig mit „Orientalismus“, Stammes- sowie Clankultur oder zumindest mit interpersonalen Beziehungen zwischen Mächtigen und Machtlosen assoziiert. Wird wie in der anfänglichen Forschung davon ausgegangen, dass Klientelismus ein strukturelles Merkmal für kulturanalytische (z.B. Katholizismus) und entwicklungstheoretische (z.B. Demokratisierung) Untersuchungen politischer Systeme ist, so ist die häufige Erforschung in Studien Lateinamerikas oder südeuropäischer Länder plausibel (Piattoni 2001a: 1)³.

Vielfach nahm die Klientelismusforschung an, dass eine Modernisierung nur gelänge, wenn sich die Gesellschaft von klientelistischen Strukturen befreie und

³ Die Vielzahl der Studien aus dem mediterranen oder lateinamerikanischen Raum mag aufgrund etymologischer Ähnlichkeiten auch aus voreiligen Gleichsetzungen von in der Region vorhandenen Bezeichnungen mit dem wissenschaftlichen Begriff des Patrons resultieren (vgl. z.B. Hall 1977: 510) Ob das Phänomen in diesen Regionen tatsächlich stärker als z.B. in Nordeuropa verbreitet ist oder lediglich offener über weniger institutionalisierte sowie inoffizielle soziale Beziehungen gesprochen wird, bleibt dahin gestellt (Nolte 1989: 3).

komplexere, impersonale Organisationsformen schaffe (Nolte 1989: 1). Die Annahme, dass klientelistische Beziehungen aufgrund von Modernisierung und Entwicklung ihre Bedeutung in industrialisierten, komplexeren Gesellschaften gänzlich verlieren, wurde jedoch im Laufe der Forschungsgeschichte revidiert. Zunehmend setzte sich die Auffassung durch, dass dem Klientelismus auch in modernen Gesellschaften, wenn auch in komplexeren Formen, strukturelle Bedeutung zukomme (vgl. Robinson und Verdier 2002: 4; Nolte 1989: 1). Die Ausweitung der Klientelismusforschung auf komplexere Gesellschaften konfrontierte die Forschenden mit der Frage, was Gesellschaften an sich zusammen halte. Vor dem Hintergrund von Netzwerkanalysen wurden Modelle von komplexeren Klientelbeziehungen in Form von Pyramiden entwickelt, welche die dyadischen Ketten vertikal zusammenfassen (Weber Pazmiño 1991: 95-96).

Betonten vorherige Studien die Dyade zwischen Klient und Patron, so wurde im Laufe der Forschung diese Organisationsstruktur ausgebaut. Die Ausweitung der Dyade auf komplexere Beziehungsstrukturen machte es jedoch schwerer, darin dieses patronale Kernmerkmal zu erkennen. Auf komplexe gesellschaftliche Phänomene angewendet wurden die Mängel der Definitionen deutlich, die sich auf die dyadische, interpersonale Grundstruktur zwischen Patron und Klient beschränken (Weber Pazmiño 1991: 11). Die Flut an empirischen Studien und wenige theoretische Arbeiten während des Klientelismus-Booms in den 1970er Jahren höhlte durch die weitergefasste strukturelle und geographische Ansiedlung des Phänomens die Begrifflichkeit aus (Eisenstadt und Lemarchand 1981: 2; Weber Pazmiño 1991: 4-5). Zu schnell vollzog sich die konzeptionelle Entwicklung von anthropologischen Peripherien hin zur Anwendung dieser Konzepte auf die Politik. Kaum ein Bereich des politischen Lebens blieb von Untersuchungen zu klientelistischen Phänomenen unberührt. Zu ausufernd wurden patronale Konzeptionen auf allerlei gesellschaftliche Phänomene ausgeweitet, wobei nur unzureichend situationsbedingte Zusammenhänge berücksichtigt wurden (Lemarchand 1981: 7-8). Als eines der während des Booms umfassendsten Werke zur Klientelismusforschung ist die von Schmidt, Scott, Lande und Guasti 1977 herausgegebene Anthologie *Friends Followers and Factions* zu nennen (vgl. Eisenstadt und Lemarchand 1981: 1).

Bei der Frage, inwiefern Klientelismus in das gesellschaftliche Umfeld eingebunden ist, wurden mögliche Interdependenzen zwischen Patron-Klient-Beziehungen und staatlichem Kontext sowie die Korrelation zwischen dem Vorkommen

von klientelistischen Strukturen und politischer und sozioökonomischer Entwicklung untersucht. Die in den 1970er Jahren von entwicklungstheoretischen Konzepten dominierte Klientelismusforschung suchte nach Kausalzusammenhängen zwischen historischen Voraussetzungen und Konstellationen sowie der Entstehung und Transformation von Klientelismus. Es folgte eine Literaturflut zu „Klientel und Entwicklung“ oder „Klientelismus und Staat“. Ausgehend von einer linearen Entwicklung stellte die Forschung Zusammenhänge zwischen dem Grad der Durchdringung des Staates mit klientelistischen Strukturen und der Entwicklungsstufe des Staates auf (Weber Pazmiño 1991: 103-105). Klientelismus schloss in diesen entwicklungstheoretischen Konzepten die Lücke zwischen gesellschaftlicher Mikro- und Makroebene. Dabei galt Klientelismus als Variable für das Funktionieren einer Gesellschaft, die sich auf einer bestimmten Entwicklungsstufe befindet. Diese Variable erwies sich für aussagekräftige Messungen der gesellschaftlichen Entwicklung als zu schablonenhaft. Die aus diesem Problem resultierenden Bemühungen, nach weltweiten Typologien oder abstrakten Theorien zu suchen, blieben nach Ansicht Weber Pazmiños (1991: 106-109) zu praxisfern, um durch empirische Studien überprüft werden zu können.

Die weitere Beschäftigung mit dem Thema Klientelismus hängt u.a. mit der unerwarteten Beharrlichkeit patronaler Phänomene auch noch im späten 20. Jahrhundert zusammen, die den entwicklungstheoretischen Konzepten nicht entsprachen. Trotz anzunehmender weltweit größerer Gleichheit, demokratischer Konsolidierung und Stärkung der Zivilgesellschaft überraschte die Erkenntnis, dass sich trotz anders lautender vorheriger entwicklungstheoretischer Annahmen klientelistische Strukturen hielten. Diese Einsicht eröffnete Debatten, wann und wieso Patronage zur beständigen Matrix für die institutionelle Entscheidungsfindung wurde. Auf viele damit aufgeworfene Fragen wurden bisher keine abschließenden Antworten gefunden (Roninger 1994b: 207). Die zahlreichen deskriptiven Studien haben die konzeptionelle Klientelismusforschung nicht weitergebracht. Forschungsdefizite zeigen sich nach wie vor in der Schwierigkeit, scharfe Definitionen zu entwerfen. Auch wenn funktionale Aspekte, wie die Minderung von institutionellen Leistungsdefiziten, gut erarbeitet sind, so mangelt es insbesondere bei Makrostudien an Arbeiten, welche diejenigen sozialstrukturellen Faktoren hinreichend beachten, die nicht vom Patron-Klient-Konzept abgeleitet werden können. Schließlich sind die systematischen Analysen, um

den Zeitpunkt und die Entstehung von Klientelbeziehungen zu erklären, nicht verifizierbar (Ziemer 1998: 316).

Beschäftigten sich frühere Studien vor allem mit der organisatorischen Vielfalt von Patron-Klient-Beziehungen, so betrachten neuere Studien die Kontinuitäten und Diskontinuitäten von Klientelismus unter vergleichbaren institutionellen Konditionen. Dabei interessieren die Bedingungen, unter denen Klientelismus in unterschiedlichen Strukturen und Kulturen komplexer Gesellschaften greift (Roninger 1994a: 5). Das politikwissenschaftliche Interesse gilt vor allem den klientelistischen Mediationsformen (*brokerage*) in größeren sozialen und politischen Einheiten auf der Meso-Makroebene. Patronage und Klientelismus in politischen Organen, Bürokratien, öffentlichen Institutionen oder Parteien, etc. werden untersucht (Weber Pazmiño 1991: 3).

3. Unklare Definitionen

Insbesondere während seines Booms diente Klientelismus als Erklärungsmuster für unterschiedlichste gesellschaftliche Phänomene. Deshalb lässt sich trotz zahlreicher empirischer Studien keine allgemeingültige Definitionsgrundlage des Phänomens Klientelismus erkennen (Weber Pazmiño 1991: ii). Eine klare Definition wird zudem aufgrund der Dynamik klientelistischer Phänomene erschwert, die darüber hinaus auf unterschiedlichen Entwicklungsstufen ausgemacht werden können. Manchmal überwiegt die Schutzfunktion der Patron-Klient-Beziehung. Einmal suchen potentielle Klienten die Patrone. Ein anderes Mal haben Patrone einen Bedarf an Klienten. Gerade weil sich nur eine gemeinsame Definition durch den kleinsten gemeinsamen Nenner finden lässt, dürfen diese nicht statisch verstanden werden (Topolski 1989: 22).

Trotz vieler Variationen finden sich in fast allen Definitionen zum Klientelismus folgende Elemente:

- Soziale Ungleichheit bzw. Asymmetrie des Verhältnisses zwischen den Partnern
- Verhältnis dient dem Austausch von Gütern oder Diensten
- Persönlicher Charakter der Beziehung

Der minimale definatorische Nenner beinhaltet die dyadische Struktur als den Kern des Klientelismus im klassischen Verständnis. Weber Pazmiño (1991: 8-9) hat diese Kernelemente wie folgt zusammengefasst: „Eine Patron-Klient-Beziehung ist eine persönliche Beziehung zwischen zwei sozial ungleichen Partnern, die miteinander die

Güter und Dienste austauschen.“ Für Christopher Clapham (1982: 4) stellt die Asymmetrie der Beziehung ein markantes Merkmal dar: “The simplest definition is likely to be the most useful: clientelism is a relationship of exchange between unequals.“ Die bereits genannten definitorischen Elemente können durch zusätzliche Aspekte (Informalität, Freiwilligkeit und Reziprozität) ergänzt werden (Weber Pazmiño 1991: 10). Klaus Ziemer (1998: 316) zählt bereits die Wechselseitigkeit zu den zentralen Elementen. Er definiert Klientelismus „als Beziehung zwischen Akteuren bzw. Gruppen von Akteuren, die zum beiderseitigen Vorteil sich austauschen“. Nolte (1989: 11) sieht für eine Definition im engeren Sinne auch das auf Dauer angelegte Verhältnis und seinen i.d.R. inoffiziellen Charakter als wichtig an.

Klientelismus wird wie bereits oben angedeutet auf drei Ebenen wirksam (Landé 1977b: xxxv; Nolte 1989: 4):

- Mikroebene: Dyade zwischen Patron und Klient
- Meso-Makroebene: dyadische nicht-korporative Gruppen, die nicht wie tatsächliche Gruppen organisiert sind, sondern vielmehr ziellose Ansammlungen sind.
- Makroebene: soziale Netzwerke in Parteien, Bürokratie oder staatlichen

Die unterschiedlichen Ebenen erschweren neben den unklaren Definitionen eine einheitliche Analyse klientelistischer Strukturen. Insbesondere stellt sich die Frage, in wieweit über die Mikroebene hinaus die Dyade als analytisches Konzept angewendet werden kann. Es besteht die Gefahr, die Definition zu überdehnen (Lemarchand 1981: 13-15). Angesichts zahlreicher beliebiger Ausweitungen klientelistischer Phänomene warnt René Lemarchand (1981: 11-12) vor ihrer isolierten Betrachtung. Je weiter die Untersuchungsgegenstände von der Mikroebene entfernt seien, müssten zusätzliche Faktoren, die nicht auf das ursprüngliche Konzept der Dyade zurückzuführen sind, in Betracht gezogen werden.

Auch wenn eine historische Ableitung der Patronage von altrömischen Vorbildern nicht nachweisbar ist, so haben aufgrund der etymologischen Ähnlichkeiten diese historischen Formen einige Forscher bei ihren Analysen der gegenwärtigen Patron-Klient-Beziehungen beeinflusst. Eine Betrachtung der klientelistischen Frühformen bietet die Möglichkeit, sich über die Definition des heutigen Klientelismus klarer zu werden. Es handelte sich beim römischen *patrocinum* oder der *clientela* um eine Schutzgemeinschaft mit zentraler gesellschaftlicher Bedeutung. Der Terminus *cliens* ist auf *cluere* (gehören) oder auf *clinare* (sich anlehnen, bei jemanden Schutz

suchen) zurückzuführen. Bei einem *cliens* handelte es sich ursprünglich um einen Klient, Hörigen oder Schützling, der zu Dienstleistungen verpflichtet war oder halbfreie Abhängige einer Patrizierfamilie, die ihm in einer Notlage half und ihn vor Gericht schützte. In der Kaiserzeit war der *cliens* in der Regel ein ärmerer Bürger, der sich bei einem Vornehmen (*patronus*) durch Dienstleistungen Unterhalt und sonstige Vorteile verschaffte. Die Plebier mussten sich dem Schutz eines Patriziers unterstellen, wenn auch sie sich ihren *patronus* frei wählen konnten.

Der *patronus* war moralisch verpflichtet, dem *cliens* in sämtlichen öffentlichen und privaten Belangen beizustehen, wofür dieser ihm seinerseits Respekt und Dankbarkeit schuldete. Die feste persönliche Bindung zwischen *patronus* und dem nur bedingt rechtsfähigen *cliens* bzw. dessen Hausgemeinschaft war ursprünglich von einem Gewaltverhältnis geprägt. Im Laufe der Geschichte nahm jedoch der Schutz- und Treuecharakter zu. Das Treuverhältnis war auf Lebzeiten ausgelegt und wurde vererbt. Als gesellschaftliche Institution war die das Patron-Klient-Verhältnis rechtlich wenig genormt (Weber Pazmiño 1991: 18-19; Callies 1989: 26-27).

4. Fünf analytische Dimensionen

Weber Pazmiño (1991: 6) bemängelt die definitorische Ungenauigkeit der gegebenen Klientelismuskonzepte. Daraus leitet sie ihre Forderung ab, sich auf das Wesentliche zu konzentrieren und die Unterscheidung des Klientelismus von anderem Phänomen verstärkt auszuarbeiten. Die vorliegende Arbeit soll sich vornehmlich an ihrem fünfdimensionalen Konzept orientieren:

STRUKTURELLE DIMENSION	FUNKTIONALE DIMENSION	QUALITATIVE DIMENSION	GESELLSCHAFT-LICHE DIMENSION	KULTURELLE DIMENSION
<p>„Rollen und Struktur“</p> <p>Dyade; Asymmetrie</p> <p>Verhältnis der beiden Akteure (Patron-Klient) zueinander</p> <p>Beider Verhältnis zu einem dritten Akteur (broker)</p>	<p>„Inhalt und Funktion“</p> <p>Tausch; Reziprozität</p> <p>Inhaltliches Geschehen, Verhältnis der getauschten Leistungen zueinander</p> <p>Art des Funktionierens der Beziehung</p>	<p>„Form und Qualität“</p> <p>Informalität; Individualität; Freiwilligkeit</p> <p>Besondere Form und Beschaffenheit der Beziehung</p> <p>Freie Entscheidung, eine solche Beziehung einzugehen</p>	<p>„Kontext und Extension“</p> <p>Interdependenzen</p> <p>Problematik angeblicher „klientelismusfördernder“ Rahmenbedingungen</p> <p>Mögliche Interdependenzen zwischen der patronalen Beziehung und ihrem Umfeld</p>	<p>„Sinn und Zweck“</p> <p>Zweckorientierung</p> <p>Sinn einer Klientelbeziehung</p> <p>Ziele, die mit Patron-Klient-Beziehungen erreicht werden sollen</p>
<p>Wer sind die beteiligten Personen?</p> <p>Im welchen Verhältnis stehen die Personen zueinander?</p>	<p>Was ist der Inhalt klientischer Beziehungen?</p> <p>Was ist Gegenstand des Tausches?</p> <p>Im welchen Verhältnis stehen die Tauschleistungen zueinander?</p> <p>Was macht die Klientbeziehung lohnenswert?</p>	<p>Wie sind die Patron-Klient-Beziehungen?</p> <p>In welcher Form sind sie anzutreffen?</p> <p>Welche spezifischen Eigenschaften und Qualitäten zeichnen klientelistische Beziehungen aus?</p> <p>Wie werden sie eingegangen und gegebenenfalls wieder aufgelöst?</p>	<p>Wo, in welchen gesellschaftlichen Bereichen, kommen klientelistische Beziehungen zum Tragen?</p> <p>Wie wirkt sich der Klientelismus aus?</p> <p>Welche Interdependenzen sind zwischen Klientelismus und dem gesellschaftlichen Umfeld festzustellen?</p>	<p>Warum kommt Klientelismus in der einen Gesellschaft eher vor als in der anderen?</p> <p>Welche kulturellen Werte und kognitiven Vorstellungen begünstigen das Phänomen?</p> <p>Warum werden Klientbeziehungen überhaupt eingegangen?</p> <p>Welche Ziele werden angestrebt?</p> <p>Wessen und welche Interessen werden damit durchgesetzt?</p>

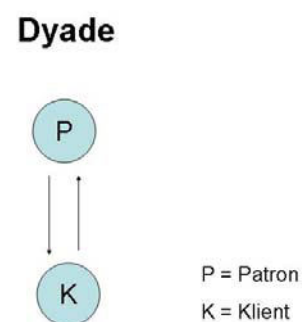
In: Weber Pazmiño, Gioia (1991): Klientelismus. Annäherung an das Konzept. Zürich: ADAG, S. 12-13.

4.1 Die strukturelle Dimension (Dyade, Asymmetrie)

Wird die strukturelle Dimension betrachtet, so stellen sich die Fragen: *Wer* sind die beteiligten und am Klientelismus interessierten Personen? Im welchen Verhältnis stehen die Personen zueinander? - Patron und Klient bilden eine Dyade, eine direkte, interpersonale und kündbare Beziehung. Da die Rollen als Klient oder Patron nicht angeboren sind, erwerben sie diese gesellschaftlich. Klient oder Patron suchen bewusst den Kontakt zum Partner (Weber Pazmiño 1991: 20).

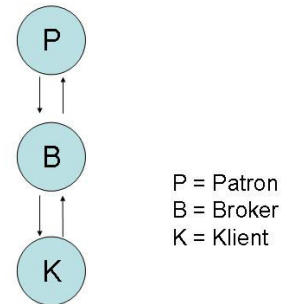
Die verschiedenen Phänomene, die unter dem Begriff von Klientelismus zusammengefasst werden, teilen als analytisches Charakteristikum die Asymmetrie. Die Chancen von Klient und Patron (individuelle Potentiale an Macht, Einfluss und Reichtum) sind ungleich verteilt. Diese Asymmetrie liegt in der unterschiedlichen Kontrolle der Partner über Zugang und Fluss von materiellen Ressourcen und Diensten begründet. Die diskutierte höhere Stellung des Patrons geht nicht zwingend mit einem höheren sozialen Status von Geburt einher. Patron oder Klient sind keine spezifischen gesellschaftlichen Rollen, sondern die Träger müssen die Rollen erwerben. Die strukturelle, soziale Ungleichheit zwischen Patron und Klient ist nur dann von Bedeutung, wenn beide Partner die ungleichen Ausgangspositionen zur Grundlage ihrer Beziehung machen (Weber Pazmiño 1991: 28-31). Einzelne Autoren sehen neben den vertikalen Beziehungen auch im Austausch zwischen gleichberechtigten Partnern einen klientelistischen Tausch, bei dem bei Bedarf dieselbe Art von Gütern ausgetauscht wird (vgl. Ziemer 1998: 316). Die Asymmetrie kann sich im Laufe der Beziehung verändern und differiert von Fall zu Fall (Weber Pazmiño 1991: 32-33). Auch ist zu bedenken, dass die Transaktionen ein offenes Ende haben und der Tausch als weiteres Kriterium von Gegenseitigkeit geprägt sein soll (Roninger 1994a: 3; Landé 1977a: 508).

Die Patron-Klient-Dyade kann durch einen Broker (Vermittler, Zwischenhändler) in Form einer asymmetrischen Triade ergänzt werden. Der Broker vermittelt zwischen einem Patron und Klienten, wenn durch religiöse, soziale, ökonomische oder ethnische Gründe keine konkrete Verbindung zwischen den beiden



Beteiligten besteht. Er kennt sich in beiden sozialen Einheiten der Tauschpartner aus. In Lateinamerika wird für den *broker* häufig die Metapher *palanca* (Hebel) verwendet (Weber Pazmiño 1991: 35-39). Der Broker wird über seine Funktion definiert. Er hat nicht zwingend einen höheren sozialen Status als der Klient inne. Daher ist nicht jeder Vermittler dazu befähigt, selbst auch Patron zu sein. Aufgrund der Statusunabhängigkeit des Vermittlers muss sein Verhältnis zum Patron jedoch auch nicht wie das Verhältnis zwischen Klient und Patron zwingend durch ein Symmetriegefälle geprägt sein (Weber Pazmiño 1991: 160).

Brokerage



4.2 Die funktionale Dimension (Tausch, Reziprozität)

Als nächstes soll auf die funktionale Dimension der Patron-Klient-Beziehung eingegangen werden: *Was* ist Inhalt und Funktion dessen? *Was* wird getauscht und in welchem Verhältnis stehen die Tauschleistungen zueinander, so dass die Klientbeziehungen den Partnern lohnenswert erscheinen?

Wie bereits in der Kerndefinition erwähnt, gibt der soziale oder ökonomische Tausch der Patronage ihre funktionale Bedeutung. Die (im)materiellen Leistungen und entsprechende Gegenleistungen sind von einer auffälligen Unbestimmtheit gezeichnet (Weber Pazmiño 1991: 53). Die sozialen Vorgänge des Austauschs, geprägt von Gabe, Gegenleistung und Annahme, dienen dazu, sich permanent der Gruppenzugehörigkeit und des Zusammenhalts zu vergewissern sowie Gruppe zu stabilisieren (Ahlers und Gholamasad 1989: 143). Die Tauschleistungen zwischen Patron und Klient unterteilt Weber Pazmiño (1999: 160) in jeweils zwei Kategorien. Die patronalen Leistungen umfassen Schutz und Sicherheit sowie Vermittlung (*brokerage*) und Interessensvertretung. Die klientelistischen Gegenleistungen charakterisiert sie mit den Kategorien Arbeits- und Dienstleistungen sowie Gefolgschaft und Loyalität. Ein *broker* unterscheidet sich auch nach den Leistungskriterien von einem Patron: Ersterer leistet zwar die Vermittlung und Interessensvertretung, er übernimmt jedoch keine Schutzfunktionen wie ein Patron (Weber Pazmiño 1991: 161). Zur Veranschaulichung

sind die von Weber Pazmiño für den politischen Klientelismus angeführten Beispiele der Bereiche „Gefolgschaft und Loyalität“ bzw. „Vermittlung und Interessensvertretung“ von Interesse:

Leistungskategorien des Patrons: Vermittlung (brokerage) und Interessensvertretung

Bsp: Interessensvertretung gegenüber Dritten
Empfehlung jeglicher Art an Dritte
Vermittlung von Mitteln aus Drittquellen
Vermittlung öffentlicher Aufträge und Mittel u. sonstiger öffentlicher Dienstleistungen an den (die) Klienten
Vermittlung des Zugangs zu Ämtern und anderen öffentlichen Institutionen
Erstellung von Kontakten zwischen Zusammenführung von Klient(en) und Dritten
Vermittlung bei staatlichen Eingriffen wie zu hohen Steuern o. Einberufung zur Armee
Unterstützung und Vertretung bei Rechtsstreitigkeiten und Gerichtsfällen etc.

Leistungskategorien des Klienten: Gefolgschaft und Loyalität.

Bsp: Förderung patronaler Interessen
Politische Agitation für Patron
Wahlhilfe
Propaganda für den Patron
Zutragung von Informationen und Gerüchten
Förderung des Rufes des Patrons
Spitzeldienste
Rekrutierung weiterer Klienten
Einsatz von besonderen Fähigkeiten zugunsten des Patrons etc.

Politischer Klientelismus ist ein Austausch zwischen einem Politiker (Patron) und seinen Wählern oder Unterstützern (Klienten). Dafür besteht ein soziales Netzwerk (Robinson und Verdier 2002: 2). Vom Tausch von Wahlstimmen und anderer parteiischer Unterstützung gegen öffentliche Entscheidungen profitieren zwar beide Tauschpartner, jedoch ist er im Sinne der demokratischen Entscheidungsfindungen zu problematisieren. Bei demokratischen Mehrheitsentscheidungen wird - zumindest der Theorie nach - nach Kompromissen zwischen Partikularinteressen und dem Allgemeinwohl gesucht. Klientelpolitik klammert hingegen das Gemeinwohl aus, bzw. die involvierten Entscheidungsträger treffen sogar auf Kosten der Allgemeinheit Entscheidungen (Piattoni 2001a: 4; 2). Werden die Parteien von patronalen Strukturen geprägt, so sind die Wahlkämpfe nicht programm-, sondern personenorientiert. Die Wahlen legitimieren somit die Macht von Politikern, die über Einfluss und Vermögen verfügen und mit ihren Anhängern Partikularinteressen vertreten. Geleitet von persönlicher Loyalität zum Patron vernachlässigen die patronalen Wähler, ihre eigenen Interessen individuell abzuwägen (Ahlers und Gholamasad 1989: 151).

Der an der Klientelpolitik veranschaulichte gegenseitige Austausch von heteromorpher Leistungen ist nicht in seiner Art, dem Wert und der Abfolge der

Leistungen reglementiert. Häufig wird jedoch eine Reziprozität impliziert. Die überwiegende Mehrheit der Klientelismusforscher sieht in der Reziprozität ein unverzichtbares Merkmal der Patron-Klient-Beziehung. Reziprozität unterscheidet klientelistische von ungleichen Tauschbeziehungen, wobei auch Leistungen auf- bzw. erzwungen werden können (Weber Pazmiño 1991: 163-164). Dem Merkmal der Reziprozität widersprechen hingegen die Autoren, die den „repressiven“ Charakter klientelistischer Strukturen hervorheben. Die ursprüngliche „patrimoniale“ Dyade habe sich in ein Instrument der Ausbeutung gewandelt. Lemarchand (1981: 17) begründet die Repressionen damit, dass sich auch in der dritten Welt der Kapitalismus ausgebreitet habe. Die politische Modernisierung Südostasiens, Afrikas und Südamerikas habe fundamental das traditionelle Verhältnis zwischen Klient und Patron gewandelt, der in der vormodernen Gesellschaft eine angesehene Persönlichkeit war. Die Annahme, dass Patronage Abhängigkeiten oder Ausbeutung des Klienten fördere, relativiert hingegen Ziemer (1998: 316). Wenn sie aufträten, würden sie durch die Verpflichtung des Patrons zu Hilfeleistungen und Solidarität gemildert. Jedoch stellt sich die berechnete Frage, ob sich in diesen Fällen die Patrone moralisch verpflichten lassen. Andererseits entspricht ein einseitiges, erzwungenes Verhältnis ohne Vorteile oder Gegenleistungen für den Schwächeren nicht den Definitionen einer Klientelbeziehung.

Die Gleichwertigkeit von Leistung und Gegenleistung ist jedoch nur messbar, wenn eine qualitativ bestimmbare, objektive Größe angenommen wird. Ferner stellt sich die Frage, nach welchem Maßstab die Gleichwertigkeit messbar ist? Zu bedenken ist, dass Leistungen aus der Sicht des Empfängers einen anderen Wert als aus der Sicht des Gebers haben können. Bei der Wertschätzung spielen die soziale Asymmetrie zwischen Patron und Klient sowie die Kosten-Nutzen-Rechnung für die Partner hinein. Eine Ausgewogenheit ist jedoch dadurch gegeben, dass die Beziehung prinzipiell auf Freiwilligkeit beruht und beide Partner auf ihren Vorteil aus sind. Die subjektive Zufriedenheit der Partner ist entscheidend. Es gibt keine objektiv messbare Gleichwertigkeit in der Klientelbeziehung (Weber Pazmiño 1991: 57-66).

4.3 Die qualitative Dimension (Informalität, Individualität, Freiwilligkeit)

Die dritte, die qualitative Dimension zeichnet sich in der Form durch Informalität, Individualität (das Persönliche) und prinzipielle Freiwilligkeit aus.

Klientelbeziehungen lassen sich durch ihren informellen, nicht vertraglich festgeschriebenen und damit rechtlich nicht oder kaum abgesicherten Charakter definieren. Beide Partner sind nicht durch Verträge etc. bezüglich Leistung und Gegenleistung, Inhalt oder Form des Austausches rechtlich gebunden. Die Informalität der Klientbeziehung ist jedoch nicht grundsätzlich illegal oder verstößt gegen das durch die jeweilige Kultur bedingte Rechtsempfinden. Der außergesetzliche, informelle Charakter schützt bei nichterbrachten Gütern oder Dienstleistungen vor öffentlichen Klagen. Verstöße sind moralisch durch Ächtung, üble Nachrede etc. sanktionierbar. Das Ansehen jedoch, das sich aus dem patronalen Tausch ergibt, pflanzt sich im öffentlichen Bewusstsein fort (Weber Pazmiño 1991: 67-69; 162; Roninger 1994a: 4).

Nach Ansicht Weber Pazmiños (1991: 162; 77-79) zeichnen sich klientelistische Verhältnisse zudem durch ihre Personalität aus. Damit schließt sie Klientelismus zwischen juristischen Personen aus. Das Persönliche sei entscheidend, da die potentiellen Partner den anderen nach seinen individuellen Eigenschaften und Kapazitäten auswählten. Andere Autoren sehen hingegen in der Individualität kein zwingendes Kriterium. Deshalb machen sie auch Klientelbeziehungen auf der Makroebene, z.B. international aus.

Ein weiteres definitorisches Element ist die freiwillig eingegangene, wieder aufkündbare Verbindung. Suchen Patron oder Klient bewusst den Kontakt zum potentiellen Partner, so ist von einer grundsätzlichen Freiwilligkeit der Patron- Klient-Beziehung auszugehen. Die Kündbarkeit des Verhältnisses macht den Unterschied zu anderen asymmetrischen Beziehungen, wie z.B. das der Sklaverei deutlich (Weber Pazmiño 1991: 20-21; 163). Da die Dyade auf dem Prinzip der Reziprozität beruht, ist nach Ansicht Landés (1977a: 508) ihre Freiwilligkeit charakteristisches Merkmal. Beide Partner nehmen für das Verhältnis, von dem sie sich eigene Vorteile versprechen, auch Einschnitte in Kauf, die ihnen die Beziehung Wert ist. Ist einer der Partner mit dem Tausch unzufrieden, so ist zu erwarten, dass er die Dyade auflöst. Es liegt nicht im Interesse des Patrons, den Klienten soweit zu schaden, dass er nicht mehr willig ist, Gegenleistungen zu erbringen (Weber Pazmiño 1991: 92, 94).

Die Zugehörigkeit zu einer bestimmten gesellschaftlichen Gruppe (Askription) ist keine Vorbedingung, um eine Klientenbeziehung zu etablieren. Die Partner werden nicht in ihre Rollen hineingeboren, sondern übernehmen sie aus eigener Entscheidung. Das Eingehen der Klientenbeziehung ist nicht erzwungen. Allerdings weisen einige Autoren darauf hin, dass sich ein Klient aufgrund seiner schlechten Lebensverhältnisse gezwungen sehen kann, sich in die Abhängigkeit eines Patrons zu begeben. Anthony Hall (1977: 511) relativiert im Bezug auf agrarische Klientelbeziehungen die Reziprozität und Freiwilligkeit. Die ländliche Bevölkerung, wie z.B. Landpächter in Brasilien, müsse unter Zwang ihre Ausbeutung durch die Landbesitzer akzeptieren. Die Gewalt im repressiven System äußere sich nicht unbedingt nur auf physische Art. Der innere Zwang sei weniger offensichtlich. Die Patronage belasse jedoch die Armen und Schwachen in einem Teufelskreis der Armut. Die Isoliertheit der ländlichen Regionen und der damit verbundene geringe Austausch biete keinen alternativen Lebensunterhalt und lasse die Werte fortbestehen, die diese Machtkonstrukte legitimierten. Weber Pazmiño (1991: 83-88) gibt jedoch zu bedenken, dass auch eine schwierige Lebenslage es dem Klienten ermögliche, Alternativen, wie Abwanderung etc. für sich zu suchen. Wenn Reziprozität als Charakteristika einer Klientelbeziehung angenommen werde, sei seine Entscheidung, die Patronage einzugehen, prinzipiell als eine freiwillige zu bewerten. Die Freiwilligkeit wird allerdings relativiert, wenn keine möglichen Alternativen zum Eingehen einer Klientelbeziehung gegeben sind.

Das Patron-Klient-Verhältnis birgt Widersprüche in sich: einerseits ist es von Ungleichheit geprägt, andererseits werden Solidarität, potentielle oder vorhandene Freiheit und Freiwilligkeit betont (Clapham 1982: 4). Der Tausch wird institutionalisiert. Der Klient fügt sich in die Regularien des Austausches von Ressourcen. Gleichzeitig ist jedoch auch die Position des Patrons nicht so gefestigt, wie aufgrund der Asymmetrie angenommen werden mag. Zwar ist seine soziale Stellung durch Verwandtschaft (*kinship*) oder andere Kriterien garantiert, jedoch verwendet der Patron viel Zeit und Energie, um Einfluss über seine Klienten zu gewinnen oder zu erhalten. Seine Position kann er nie ganz legitimieren. Sie wird gefährdet durch Tauschforderungen, die Konkurrenz mit anderen Patronen und soziale Kräfte, die vom Klientelismus ausgeschlossen sind. Der Patron muss zeitweise einen Teil seiner Vorteile abtreten, um seine Position zu festigen. Die Klienten profitieren ihrerseits von den Gütern, Leistungen, sozialen Vorteilen oder dem patronalen Schutz. Sie müssen sich jedoch der patronalen Kontrolle über den Zugang zu den Ressourcen fügen. Zusammengefasst

verzichtet der Klient auf Eigenständigkeit. Der Patron seinerseits muss seine hierarchischen Kontrollmöglichkeiten beschränken. Strategische Überlegungen und eine Art von Solidarität in der Beziehung lassen die Partner Kompromisse eingehen und Zugeständnisse machen (Roninger 1994a: 4-5).

4.4 Die gesellschaftliche Dimension (Interdependenzen)

Die im Vorherigen ausgeführten Definitionsmerkmale der strukturellen, funktionalen und qualitativen Dimension finden in der Klientelismusliteratur ausgiebige Behandlung. Bei den beiden letzten Dimensionen des fünfdimensionalen Konzeptes, der gesellschaftlichen und kulturellen, bleiben jedoch selbst in der aktuellen Klientelismusforschung einige Frage offen. Dennoch soll im Folgendem die gesellschaftliche Dimension anhand zu hinterfragender „klientelismusfördernder“ Rahmenbedingungen und möglicher Interdependenzen zwischen Klientelismus und seinem sozialen Umfeld beleuchtet werden.

Die Frage nach der gesellschaftlichen Dimension, dem Zusammenhang zwischen Klientelismus und Gesellschaft bzw. Staat ist nicht eindeutig zu beantworten. Im Laufe der Forschungsgeschichte wurden unterschiedliche Modelle zur Dependenz von Klientelismus und Gesellschaften entwickelt. Vor allem bis in die 1960er Jahre wurde Klientelismus in Korrelation zur Entwicklung gesetzt. Geleitet von evolutions- und modernisierungstheoretischen Annahmen erwartete die Forschung, dass Klientelismus ein niedriges Stadium auf dem Weg zur universalen Entwicklung sei, die in freiheitlich-westlichen Formen münde (Piattoni 2001a: 2).

Die patronale Durchdringung politischer, gesellschaftlicher und ökonomischer Strukturen wird z.T. auch in aktuellen Studien mit dem Entwicklungsgrad der Gesellschaft in Zusammenhang gebracht. Klientelismus sei in den Ländern stark ausgeprägt, die nur mit geringer Technologie und niedriger Produktivität ausgestattet sind und in denen große sozioökonomische Ungleichheiten vorherrschen. Klientelismus sei deshalb gleichzeitig Urasche und Folge von Armut. Die politische Loyalität sei bei geringen Durchschnittseinkommen einfach durch Berufsangebote zu erkaufen. Damit werde die Klientelpolitik als Mittel der politischen Unterstützung angesichts vorherrschender politischer Ineffizienz für Politiker attraktiv (Robinson und Verdier 2002: 2-3). In der Patronage wird ein Relikt vormoderner Gesellschaften gesehen, das sich dort - meistens in ländlichen Regionen - halten kann, wo die

(zentral)staatliche Politik nicht greift. Deshalb schließen einige Autoren Klientelismus in modernen, komplexen Gesellschaften aus. In hoch industrialisierten Gesellschaften des Westens gebe es zwar „Klüngel, Postengeschiebe und Seilschaften, aber die politische Durchsetzung der Macht“ erfolge nicht durch private Patronage (Ahlers und Gholamasad 1989: 148).

Die vorherrschende Meinung, infolge von politischen Veränderungen und Modernisierung sei zu erwarten, dass Klientelismus aussterbe, wurde ab Mitte/Ende der 1970er Jahre zunehmend nicht mehr von den Autoren geteilt. Veränderte soziopolitische Strukturen wirkten vielmehr dynamisch auf den Klientelismus, der sich wandlungsfähig zeige (Roninger und Güneş-Ayata 1994: vii). Mit den Analysen zur weiten Verbreitung von Patronage in modernen Gesellschaften veränderten sich die Einstellungen bezüglich des Zusammenhanges von Klientelismus und Entwicklung. Es zeigte sich, dass Klientelismus nicht mit der Gründung eines modernen demokratischen oder autoritären Regimes oder durch wirtschaftliche Entwicklung obsolet wurde. Die Stärkung der Zivilgesellschaft muss nicht zwingend Hand in Hand mit einer Demokratisierung einhergehen. Vielmehr bildeten sich neue Formen des Klientelismus, denen keine geringere Bedeutung als ihren Vorgängern zugemessen wurde (Weber Pazmiño 1991: 95-98, Roninger 1994a: 3; 8). Das Forschungsinteresse an komplexeren, heterogenen Gesellschaften ging mit der Frage nach gesellschaftlichen Verbindungsstrukturen und Kommunikationskanälen sowie deren religiöse, sprachliche und ethische Prägung einher. Die Klientelismusforschung richtete ihr Augenmerk vermehrt auf klientelistische Phänomene in der Politik. Klientelismus verstanden als Bindeglied zwischen nationaler und subnationaler Ebene ließ die Bedeutung von Modellen klientelistischer Triaden wachsen. Es wurden seit Ende der 1970er Jahre vermehrt komplexere Patronagebeziehungen methodologisch auch als Netzwerke analysiert oder Studien zum Zusammenhang zwischen Klientelismus und Entwicklung eingebracht.

Die dyadische Pyramide ist dadurch gekennzeichnet, dass der Patron gleichzeitig die Rolle des Patrons und des Klienten innehat. In der Regel geht ein Patron mehrere Beziehungen zu unterschiedlichen Klienten ein. Theoretisch spitzt sich die dyadische Pyramide auf einen Patron zu. Die Kette oder Ketten von vertikalen Dyaden sind mit dem auf der höchsten Stufe stehenden, einflussreichsten Patron verbunden. Auch die vielgestaltigen großen patronalen Netzwerke entspringen der persönlichen Patron-Klient-Beziehung (*face-to-face relationship*). Das Merkmal des persönlichen

Austausches ist für Landé (1977a: 508-509), anders als einige Modelle des Massen-Klientelismus, auch für die Pyramiden-Modelle entscheidend. Kein Klient würde sich in eine Beziehung geben, bei der er sich nicht sicher sein könne, dass er von seinem Patron die Einhaltung von dessen Verpflichtung fordern könne. Die Modelle können durch Fraktionen, Clans oder Cliques untergliedert sein (Nolte 1989: 2). Auch bei den patronalen Netzwerken sind die dyadischen Verbindungen vertikal zum Gruppenführer hin zentriert orientiert. Die Klienten folgen ihrem Patron jeder einzeln für sich, ohne dass horizontale Verbindungen gepflegt werden. Die Gruppenidentifikation beschränkt sich darauf, dass alle den gleichen Patron gewählt haben.

Die Analyse von Rekrutierungs- und Partizipationsformen auch in komplexeren Gesellschaften brachte die Erkenntnis mit sich, dass auch in westlichen Demokratien Partizipation und Organisation in vertikalen, dyadischen Beziehungssträngen, wie z.B. Fraktionen organisiert sein kann (Weber Pazmiño 1991: 98-101). Eine Untersuchung klientelistischer Strukturen in demokratischen, industrialisierten Staaten begründet Piattoni (2001a: 29) damit, dass auch in diesen Staaten ein rein impersonales, universelles System der Entscheidungsfindung nicht möglich ist. Partikularinteressen beeinflussen unvermeidbar die politischen Entscheidungen.

Weber Pazmiño (1991: 113-115) und Piattoni (2001a: 6) kritisieren jedoch, dass Patronage auf impersonale Strukturen und Prozesse ausgedehnt wurde, die dem Klientelismus lediglich ähneln. Klientelismus wurde auf jedes Phänomen als Erklärung angesetzt. Klientelismus dient dem Aufbau politischer Parteien, parteiinternen Interaktionen und Prozessen, der Bildung von Interessensgruppen, bürokratischen Strukturen sowie der Karriere von Politikern etc. Patronage wird dabei in der Regel auf zwei definitorische Elemente, Asymmetrie und Tausch, reduziert. Damit werden wesentliche weitere definitorische Elemente gestrichen. Piattoni (2001b: 200) weicht diese Anwendungskritik insofern auf, als sie den Klientelismus als die unterste Stufe von Partikularinteressen bewertet. Als Interesse von Familien oder Individuen gesehen bleibt die geforderte interpersonale Dyade gewahrt.

4.5 Die kulturelle Dimension (Zweckorientierung)

Die kulturelle Dimension von Klientelismus findet nur ein geringes Interesse bei den Forschern. Fragen, warum überhaupt Patron-Klient-Beziehungen eingegangen werden

oder welche Rolle dabei möglicherweise kognitive Orientierungen und kulturelle Erfahrungswerte spielen, finden wenig Beachtung (Weber Pazmiño 1991: 131).

Ein nicht unerheblicher Teil der Studien geht davon aus, dass Patronagen durch kulturelle oder verhaltensbedingte Regelungen begünstigt werden. Häufig werden sie mit religiösen Überzeugungen, Personalismus oder Paternalismus in Verbindung gebracht (Weber Pazmiño 1991: 146). Die Ausbreitung des Katholizismus im Mittelmeerraum und in Lateinamerika hat, so Hall (1977: 511), zur Verbreitung des Klientelismus beigetragen. Gott, Christus und die Heiligen bieten Schutz vor den täglichen Unsicherheiten und halten Wohltaten bereit. Die Gläubigen hingegen erweisen den „heiligen Patronen“ mit Geschenken und Gebeten ihren Dank und Respekt.

Auch wenn sich traditionell Klientelismusstudien häufig auf katholisch geprägte Gesellschaften (Mittelmeerraum oder Lateinamerika) beziehen, ist Klientelismus trotz streng gefordertem Glaubensgehorsam und hierarchischer Kirchenstruktur jedoch nach Ansicht Weber Pazmiños (1991: 141-142) kein spezifisch katholisches Phänomen. Eine schicksalsergebene Lebenshaltung könne auch in anderen Religionen ausgemacht werden.

Wird Klientelismus als Austausch ungleich verteilter Ressourcen verstanden, der dem Klienten einen Zugang zu bestimmten Ressourcen gewährt, so wird Patronage in Gesellschaften mit strukturellen Schwächen angesiedelt. Diese strukturellen Defizite, wie die allgemeine Unzugänglichkeit zu entscheidenden gesellschaftlichen Zentren oder wichtigen Märkten müssen jedoch nicht mit einem „niedrigen Lebensstandard korrelieren“ (Nolte 1989: 3). Ingolf Ahlers und Dawud Gholamasad (1989: 142) sehen hingegen im Klientelismus „vorgesellschaftliche Verkehrsformen“, die die Lücke von fehlenden institutionellen staatlichen Strukturen schließen. Der Klientelismus wirke in ländlichen, traditionell geprägten Regionen, in denen die Gemeinden aufgrund der Schwäche der zentralstaatlichen Regierung isoliert sind. Der Klientelismus bildet „eine informelle Zusatzbeziehung zu der über Staat und Markt vermittelten formellen Matrix.“ Das asymmetrische Patron-Klient-Verhältnis sei eine Art Schutzherrschaft ('domination means protection'), da sich das zentralstaatliche Gewaltmonopol nur unzureichend durchgesetzt habe. Die „innere Pazifizierung der Gesellschaft“ sei noch nicht geglückt, so dass es privater Schutzverhältnisse bedürfe. Der Klientelismus biete den Schwachen Schutz bei einem mächtigen Patron, der ihnen für ihre Gefolgschaft ökonomische und politische Unterstützung gewährt (Hall 1977: 511).

Simona Piattoni (2001a: 2) misst hingegen den genannten Bedingungen bei der Verbreitung von Klientelstrukturen wenig Bedeutung bei. Die Patronage könne sich als politische Strategie an die gegebenen kulturellen Umstände anpassen oder diese verändern. Gehe man davon aus, dass Klientelismus immer fakultativ von der Frage nach Kosten und Vorteilen geleitet werde, dann bleibe dem Individuum (Patron bzw. Klient) der Spielraum für individuelle Entscheidungen. Auch Weber Pazmiño (1991: 136) gibt zu bedenken, dass bei der Suche nach Gründen, die Klientelismus in einigen Gesellschaften begünstigen, andere zweckmäßige Alternativen vernachlässigt werden.

Der Klientelismus als persönliche Beziehung weist auch unter unterschiedlichen Gegebenheiten sehr ähnliche Verhaltensweisen der Beteiligten auf. Der Zweck des patronalen Verhältnisses kann trotz weit divergierender sozialer und kultureller Hintergründe eine begrenzte Erklärung für die Ähnlichkeiten im menschlichen Verhalten bieten. Als Zweck der Klient-Patron-Beziehungen mögen allgemeine Ziele wie Macht, Sicherheit oder wirtschaftliches Wohlergehen dienen (Clapham 1982: 30). Dabei wird ein Klientelverhältnis als zielgerichtete Allianz oder Zweckbündnis interpretiert. Über das Mittel der Klientelbeziehung versuchen die Partner trotz der Kosten, Gewinne in Form von Gegenleistungen zu erzielen. Der Klient strebt nach Sicherheit, Schutz und Zugang zu Drittquellen. Der Patron verspricht sich Loyalität, Treue, Ergebenheit seiner Anhänger, Macht, Prestige oder Ansehen. Die Patron-Klient-Beziehung wird als sinnvolle Strategie angesehen, um an bestimmte Leistungen heranzukommen, die ohne die Klientbeziehung nur schwer zu erreichen oder Alternativstrategien nicht vorhanden sind (Weber Pazmiño 1991: 149-150).

Simona Piattoni (2001a: 2) warnt allerdings davor, Klientelismus lediglich isoliert als Strategie zum Machterwerb, -erhalt oder -erweiterung zu betrachten. Institutionelle und historische Bedingungen oder Transformationen lassen diese politischen Strategien ineffizienter oder weniger gesellschaftlich akzeptabel werden. Vielmehr können sich in derselben politischen Kultur gleichzeitig Bedingungen finden, die der Patronage Anreize geben oder sie auch in Schranken weisen.

Klientelismus dient nicht nur u.a. als Mediationsform zwischen nationaler und subnationaler Ebene, sondern sein Vermittlungspotential kann auch bei politischen Transformationsprozessen, wie sie sich in den 1970er/80er Jahren in Südeuropa und 1989 in Osteuropa vollzogen, zum Tragen kommen. Die Schwächung des Staates geht mit dem Aufbau einer durch die Bürgerbeteiligung gestärkten Zivilgesellschaft einher. Diese strukturelle Transformation wird von klientelistischen Phänomen begleitet.

Andererseits gerät während einer Demokratisierung Klientelismus zunehmend in Kritik (Roninger und Güneş-Ayata 1994: vii; Roninger 1994a: 1).

Für Klientelismus als politische Strategie sind laut Piattoni (2001b: 198-200) keine kulturellen oder entwicklungstheoretischen Erklärungen relevant. Vielmehr sei seine Wirksamkeit eine Sache von Angebot und Nachfrage. Ein gewisser Grad von Partikularismus könne nicht unterdrückt werden. In Europa gehöre die Kanalisierung von Partikularinteressen in institutionelle politische Entscheidungsfindungen eher der Regel als der Ausnahme an. Institutionelle, impersonale Kanäle der politischen Repräsentation und Interessenförderung stellen die Bürger nicht ganz zufrieden. Deshalb versuchen Individuen, Gruppen oder Allianzen ihr Partikularinteresse durch zusätzliche, parallel zu den institutionellen Strängen laufende Kanäle durchzusetzen. Dabei können die Patron-Klient-Beziehungen als Zusatz zu den institutionellen Entscheidungswegen Defizite der Institutionen ausgleichen (Landé 1977b: xxi; Güneş-Ayata 1994:20). Der Klientelismus beugt öffentliche Entscheidungsprozesse dem individuellen Interesse von Patron und Klienten. Er suggeriert, dass die Strukturen der öffentlichen Entscheidungsfindung einfach für die partikularen Interessen zu beeinflussen sind (Piattoni 2001a: 17; Clapham 1982: 6). Mit klientelistischen Strukturen reagiert die Zivilgesellschaft auf die vom Staat oder der Bürokratie vorgegebene Öffentlichkeit. Die modernen klientelistischen Formen der Partizipation suchen nach flexiblen Lösungen und orientieren sich am individuellen Bedarf (Güneş-Ayata 1994: 26).

Als den Klientelismus begünstigende Bedingungen wurden Tradition und kulturell legitimierte Loyalität, aber auch zweckorientierte Gründe (Ressourcenzugang, Partikularinteresse oder Schutz) genannt. Die konzeptionelle Trennung kulturell bedingter und zweckorientierter Motive ist durch unterschiedliche Auffassungen zum Verhältnis von Demokratisierung/Modernisierung und Klientelismus geprägt. In den einzelnen Fallstudien verschwimmt jedoch zum Teil diese Trennung.

5. Klientelismuskonzepte und der Fall Japan

Die zuvor dargestellten theoretischen Klientelismuskonzepte werden im Laufe der projektbezogenen Länderstudien auf ihre Erklärungskraft für weibliche dynastische politische Führerschaft hin untersucht. Dabei stellt sich insbesondere die Frage nach dem Verhältnis zwischen Entwicklung und Klientelismus. Entspricht etwa das

Fallbeispiel Japan den Klientelismuskonzepten? Gibt es trotz oder auch in einer Demokratie traditionelle Phänomene, die Patron-Klient-Verhältnisse im engen Sinne begünstigen? Oder wird der Klientelismusbegriff zwar auf die politische Kultur eines Landes angewandt, findet sich jedoch nur im weiten Sinne als Interessenspolitik? Zur exemplarischen Untersuchung werden die vorangegangenen theoretischen Ausführungen nachfolgend in skizzierender Weise auf das Fallbeispiel Japan angewandt.

Japans Gesellschaft wurde vor allem bis in die 1980er Jahre als gruppenorientiert und hierarchisch strukturiert dargestellt: Die persönliche Beziehung zwischen Individuen oder Gruppen sei nach dem Senioritätsprinzip hierarchisch angelegt (Ike 1982: 51). Deshalb passe in Japan Klientelismus „nahtlos in das vorherrschende Grundmuster sozialer Gruppen“ (Hartmann 1992: 64). Die vertikale Gesellschaft (*tate shakai*) begünstige asymmetrische Klient-Patron-Beziehungen. Diese stark paternalistisch strukturierten persönlichen Bindungen würden durch die Betonung von Loyalität, Freundschaft und regelmäßigen Austausch gestärkt. Die sozialen Bindungen innerhalb und außerhalb der Gruppe seien aufgrund ihrer vertikalen Orientierung horizontal kaum entwickelt (Ike 1982: 16-20).

Die Bedeutung von Vertikalbeziehungen habe auch in der politischen Kultur zu einer geringen horizontalen Vernetzung geführt. Verbände oder Interessensgruppen seien schwach entwickelt. Dadurch ergeben sich zum Beispiel innerhalb von Unternehmen Koalitionen zwischen Gewerkschaften und Firmenleitung, so dass den funktionalen Erfordernissen des Marktes oder der staatlichen Bürokratie problemlos entsprechen werden könne (Hartmann 1992: 64). Für das Beziehungsgeflecht zwischen Politikern der regierenden Liberaldemokratischen Partei (LDP), der Ministerialbürokratie und führenden Kreisen der Wirtschaft- und Finanzwelt wurde der Begriff des Eisernen Dreiecks (*aian toraiangeru*) geprägt. Informelle Netzwerke nehmen nach wie vor eine wichtige Rolle in der japanischen Politik ein. Die sozialen Netzwerke sind wichtige Kanäle für politische Informationen und politischen Einfluss (vgl. Schmidt 2003: 9).

Patronale Strukturen werden in der Literatur insbesondere mit der konservativen Regierungspartei LDP (Liberaldemokratische Partei Japans) in Verbindung gebracht, auch wenn sich die Bedingungen für ihre Aufrechterhaltung seit 1993 durch Gesetze zur Parteienfinanzierung oder zur Wahlkreisreform verschlechtert haben. W. Detlef Murphy (1998: 65) sieht selbst in der gegenwärtigen LDP „noch Züge eines Konglomerats zum Teil reaktionärer Honoratioren und ihrer Klientel“. Der klientelistische Einfluss zeige

sich vor allem im agrarischen und kleinstädtischen Bereich sowie im innerparteilichen Faktionalismus.

Der Wahlerfolg eines Kandidaten unter dem bis 1993 gültigen Wahlsystems stützte sich auf 3 *ban* (*sanban*). *Jiban* (lokale Hochburg), *kanban* (bekannter Name) und *kaban* (Geldkoffer) bildeten vor allem für LDP-Kandidaten die Voraussetzungen für einen Wahlerfolg. Insbesondere konservative Abgeordnete zeigen eine starke Bindung an ihren lokalen Wahlkreis. Die Unterstützergruppe (*kôenkai*) in seinem Wahlkreis festigt die Patron-Klient-Beziehung eines Kandidaten, da sie ohne organisatorische Bindung an die Partei auf den einzelnen Politiker zugeschnitten ist (Schmidt 2003: 66). Die Unterstützergruppe garantiert dem Kandidaten einen hohen Stimmenanteil bei den Wahlen. Die Loyalität erkaufte sich der Politiker durch (Geld-)geschenke bei zeremoniellen familiären Anlässen oder lokalen Festivitäten. Die Loyalität der „Wählerfamilie“ kann auch von einem verstorbenen Abgeordneten an seinen Sohn oder seine Tochter, Neffen etc. vererbt werden. Bei den Unterhauswahlen 1996 waren 40 % der LDP-Fraktion Erbabgeordnete. Die patronalen Loyalitäten werden damit erfolgreich über Generations- und Geschlechtergrenzen hinaus transformiert (Bowen 2003: 20, 102).⁴

Die Klienten erhoffen sich von der dyadischen Pyramide Zugang zu höheren Schichten und sogar an die Spitze des Netzwerkes. Durch die Vermittlung ihrer Anliegen ziehen die Klienten effektiven Nutzen aus ihren persönlichen Kanälen. Die Klienten haben damit das Gefühl, Zugang zum politischen System zu haben und über politische Kompetenz zu verfügen. Diejenigen, die in die dyadische Pyramide integriert sind, fühlen sich als Teil des Systems, dass ihren persönlichen Bedürfnissen und Anforderungen entspricht (Ike 1982: 30).

Häufig werden die ländlichen Regionen aufgrund ihrer traditionellen Prägung als patronagefördernd angesehen. Ike Nobutaka (1982: 30) weist darüber hinaus auf strukturelle Faktoren hin, die sich aus der ländlichen Gemeinschaft ergeben. Aufgrund der stark personalisierten Politik werden bei einem Kandidaten dessen persönliche

⁴ Als prominente Beispiele für weibliche Erbabgeordnete sind die Töchter zweier ehemaliger Ministerpräsidenten, Tanaka Makiko (2001-2002 erste japanische Außenministerin) und Obuchi Yuko zu nennen, die nach dem plötzlichen Tod ihres Vaters ohne politische Erfahrungen dessen Wahlkreis im Alter von 26 Jahren gewann (BBC News 21.06.2000).

⁶ Die Stärke der LDP über Jahrzehnte ist darauf zurück zu führen, dass es ihr gelang, Kandidaten an sich zu ziehen, die von einer großen Zahl von Wählern unterstützt wurden.

Qualitäten und seine Reputation als zentral erachtet.⁶ Die vorhandenen persönlichen Kontakte in ländlichen Regionen vereinfachen es im Vergleich zu den Städten, persönliche Kontakte zu Mandatsträgern zu knüpfen. Die Wähler sehen sich stärker an ihren Kandidaten gebunden.

Da das Rekurren allein auf traditionelle Werte wie Loyalität und Paternalismus zu kurz gegriffen ist, müssen auch bei Einzelfallstudien diese strukturellen Faktoren berücksichtigt werden. Trotz der vorherrschenden Meinung in der Klientelismusforschung, dass Klientelismus und Modernisierung/Demokratie sich nicht widersprechen, implizieren die meisten japanischen Fallstudien, dass der Klientelismus auf unterentwickelte, vormoderne Strukturen zurückzuführen sei. Zwar stärken ländliche Strukturen den Klientelismus, jedoch wird deutlich, dass auch strukturelle Faktoren hinter den vermeintlich analysierten traditionellen Werten wie Loyalität und moralische Pflicht stehen. Das zentralistische Zuweisungssystem für die benachteiligten ländlichen Regionen förderte die politischen personalen Netzwerke. Zudem gehen die Fallstudien von den ländlichen LDP-Hochburgen aus, die in dieser extremen Ausprägung seit den Wahlreformen 1993 nicht mehr bestehen. Die für Japan charakteristischen Beispiele klientelistischer Phänomene scheinen im Abnehmen begriffen.

6. Schlussbemerkung

Es bleibt abschließend die Frage, ob die klientelistischen Phänomene Indizien für Demokratiedefizite in Japan sind. Beispielsweise sehen Ike (1982: 32, 34) und Hartmann (1992: 64) einen Widerspruch zwischen der demokratiethoretisch gebotenen Mehrheitsentscheidung und der vom Klientelismus geleiteten partikularen politischen Entscheidungsfindung. Bei aller Berechtigung dieser Bedenken ist zu hinterfragen, ob selbst in weniger vom Klientelismus geprägten Demokratien als Japan rein funktionale Beziehungen zwischen Wählern und Mandatsträgern möglich sind. Die patronale Gefährdung der Demokratie kann durch den Vergleich mit Politikprozessen in anderen Demokratien relativiert werden, da auch diese von Partikularinteressen beeinflusst werden. Mandatsträger ziehen häufig eine Einigung mit der Opposition oder den Kauf von Wahlstimmen vor, statt sich dem parteilichen Wettbewerb oder tiefgreifenden Konflikten zu stellen. Gewinnen klientelistische Strukturen in Demokratien jedoch zu

starken Einfluss, so besteht die Gefahr, dass die Patronage öffentliche Diskussionen zur Farce werden lässt. „Privatisierte“ Entscheidungen werden als Entscheidungen im allgemeinen öffentlichen Interesse präsentiert. Sonia Piattoni (2001a: 29; 2001b: 206) schlägt deshalb vor, die schlechten Seiten des Klientelismus zu reformieren, da er sich aufgrund seiner Wandlungsfähigkeit so unauslöschbar zeige. Individuelles Partikularinteresse könne zu Interessen korporativer, funktionaler oder regionaler Gruppen, z.B. in ein kollektives „Wahlkreisinteresse“ gewandelt werden. Bei den persönlichen Netzwerken allerdings müsse die Anfälligkeit für Korruption dezimiert werden.

Wird Klientelismus als ein auch in gefestigten Demokratien weit verbreitetes Phänomen und als eine zusätzliche Form der Interessensrepräsentation betrachtet, so bringt er auch Vorteile mit sich. Dadurch dass patronale Strukturen den Zugang zu den Entscheidungsinstanzen vereinfachen sowie Interessen erfolgreich und konfliktvermeidend kanalisieren, kann Klientelismus nicht als „pathologische“ Form der Interessensrepräsentation bewertet werden (Piattoni 2001b: 202).

Abschließend ist festzuhalten, dass die Phänomene der Klientelpolitik in Japan dem vorgegebenen fünfdimensionalen Konzept entsprechen. Sie weisen die klassischen zentralen Merkmale der dyadischen Pyramide und der Asymmetrie auf. Der Tausch von persönlichen Zuwendungen und Wahlunterstützung ist reziprok. Da die persönlichen Netzwerke und die Unterstützerorganisation sich unabhängig von der Partei bilden, haben die Beziehungen informellen und freiwilligen Charakter. Die dyadischen Pyramiden in der Politik sind gerade durch ihre Personalität geprägt. Da die beschriebenen Phänomene die patronalen Kernelemente enthalten, er gibt sich in diesen Einzelstudien das häufige Problem der Überdehnung des Klientelismusbegriffs nicht.

Für das Projekt „Dynastien und politische Führerinnen in Asien“ mag das hier ausführlich diskutierte Verhältnis zwischen sozioökonomischer und politischer Entwicklung und Klientelismus von Interesse sein. Darüber hinaus verdeutlicht das Fallbeispiel Japan anhand des Phänomens der Erbabgeordneten, dass klientelistische Strukturen, die häufig mit Paternalismus in Verbindung gebracht werden, politische Karrieren von Frauen fördern können. Obwohl Frauen im internationalen Vergleich mit anderen Industrieländern in der japanischen Politik unterrepräsentiert sind, haben diejenigen gute Karriereaussichten, die auf die 3 *ban* zumeist ihres Vaters zurückgreifen können. Hat sich der dyadische Tausch bewährt, so können die Frauen

auf die Anhänger in der Unterstützergruppe und damit auf das vererbte Kontakt-, Informations- und Finanznetzwerk zählen.

Bibliographie

- Ahlers, Ingolf und Dawus Gholamasad (1989): Klientelismus und private Patronage. Eine sozialwissenschaftliche Betrachtungsweise (das Beispiel der Türkei). In: Nolte, Hans-Heinrich (Hg.): Patronage und Klientel. Ergebnisse einer polnisch-deutschen Konferenz. Köln und Wien: Böhlau, S. 142-151.
- BBC News/ASIA PACIFIC/ Japanese politics: A family affair, 21.06.2000: <http://news.bbc.co.uk/1/world/asia-pacific/800564.stm>, 12.11.2003.
- Bowen, Roger (2003): Japan's Dysfunctional Democracy. The Liberal Democratic Party and Structural Corruption. Armon, New York und London: M.E. Sharpe.
- Callies, Horst (1989): Zum römischen Klientelsystem, zumal in den politischen Auseinandersetzungen der späten Republik. In: Nolte, Hans-Heinrich (Hg.): Patronage und Klientel. Ergebnisse einer polnisch-deutschen Konferenz. Köln und Wien: Böhlau, S. 26-34.
- Clapham, Christopher (1982): Clientelism and the State. In: Private Patronage and Public Power: Political Clientelism in the Modern State. London: Frances Printer, S. 1-35.
- Dittmer, Lowell (Hg.) (2000): Informal Politics in East Asia. Cambridge: Cambridge University Press.
- Eisenstadt, Shmuel Noah und René Lemarchand (1981): Introduction. In: Eisenstadt, Shmuel Noah und René Lemarchand (Hg.): Political Clientelism, Patronage and Development. Beverly Hills und London: Sage, S. 1-6.
- Güneş-Ayata, Ayşe (1994): Clientelism: Premodern, Modern, Postmodern. In: Roninger, Luis und Ayşe Güneş-Ayata (Hg.): Democracy, Clientelism and the Civil Society. London und Boldor: Lynne Rienner, S. 19-28.
- Hall, Anthony (1977): Patron-Client Relations: Concepts and Terms. In: Schmidt, Steffen W., Laura Guasti, Carl H. Landé und James C. Scott (Hg.): Friends, Followers, and Factions. A Reader in Political Clientelism. Berkely, Los Angeles und London: University of California Press, S. 510-512.
- Hartmann, Jürgen (1992): Politik in Japan. Das Innenleben einer Wirtschaftsmacht. Frankfurt am Main und New York: Campus Verlag.
- Ike, Nobutaka (1982): A Theory of Japanese Democracy. Boulder, Colorado: Westview Press.
- Landé, Carl H. (1977a): Group Politics and Dyadic Politics. Notes for a Theory. In: Schmidt, Steffen W., Laura Guasti, Carl H. Landé und James C. Scott (Hg.): Friends, Followers, and Factions. A Reader in Political Clientelism. Berkely, Los Angeles und London: University of California Press, S. 506-508.
- Landé, Carl H. (1977b): Introduction: The Dyadic Basis of Clientelism. In: Schmidt, Steffen W., Laura Guasti, Carl H. Landé und James C. Scott (Hg.): Friends, Followers, and Factions. A Reader in Political Clientelism. Berkely, Los Angeles und London: University of California Press, S. xiii-xxxvii.
- Lemarchand, René (1981): Comparative Political Clientelism: Structure, Process and Optic. In: Eisenstadt, Shmuel Noah und René Lemarchand (Hg.): Political Clientelism, Patronage and Development, Beverly Hills und London: Sage, S. 7-34.

- Murphy, Detlef (1998): Bürgerliche Parteien. In: Nohlen, Dieter (Hg.): Wörterbuch Staat und Politik. München und Zürich: Piper, S. 63-65.
- Nolte, Hans-Heinrich (1989): Patronage und Klientel: Das Konzept der Forschung. In: Nolte, Hans-Heinrich (Hg.): Patronage und Klientel. Ergebnisse einer polnisch-deutschen Konferenz. Köln und Wien: Böhlau, S. 1-17.
- Piattoni, Simona (2001a): Clientelism in Historical and Comparative Perspective. In: Piattoni, Simona (Hg.): Clientelism, Interests and Democratic Representation: the European Experience in Historical and Comparative Perspective. Cambridge: Cambridge University Press, S. 1-30.
- Piattoni, Simona (2001b): Clientelism, Interests, and Democratic Representation. In: Piattoni, Simona (Hg.): Clientelism, Interests and Democratic Representation: the European Experience in Historical and Comparative Perspective. Cambridge: Cambridge University Press, S. 193-212.
- Robinson, James und Thierry Verdier (2002): The political Economy of Clientelism (= Centre for Economic Policy Research. Discussion Paper No. 3205).
- Roninger, Luis und Ayşe Güneş -Ayata (1994): Preface. In: Roninger, Luis und Ayşe Güneş-Ayata (Hg.): Democracy, Clientelism and the Civil Society. London und Boldor: Lynne Rienner, S. vii-viii.
- Roninger, Luis (1994a): The Comparative Study of Clientelism and the Changing Nature of Civil Society in the Contemporary World. In: Roninger, Luis und Ayşe Güneş-Ayata (Hg.): Democracy, Clientelism and the Civil Society. London und Boldor: Lynne Rienner, S. 1-18.
- Roninger, Luis (1994b): Conclusion: The Transformation of Clientelism and Civil Society. In: Roninger, Luis und Ayşe Güneş-Ayata (Hg.): Democracy, Clientelism and the Civil Society. London und Boldor: Lynne Rienner, S. 207-214.
- Schmidt, Carmen (2003): Kleines kommentiertes Wörterbuch zur Politik in Japan. Japanisch-Deutsch. Mit einem deutsch-japanischen Stichwortverzeichnis. Marburg: Tectum.
- Topolski, Jerzy (1989): Patronage und Klientel. Methodologische Erwägungen. Nolte, Hans-Heinrich (Hg.): Patronage und Klientel. Ergebnisse einer polnisch-deutschen Konferenz. Köln und Wien: Böhlau, S. 18-25.
- Weber Pazmiño, Gioa (1991): Klientelismus. Annäherung an das Konzept. Dissertation der Universität Zürich. Zürich: ADAG.
- Wewer, Göttrik (1998): Korruption. In: Nohlen, Dieter (Hg.): Wörterbuch Staat und Politik. München und Zürich: Piper, S. 370-371.
- Ziemer, Klaus (1998): Klientelismus. In: Nohlen, Dieter (Hg.): Wörterbuch Staat und Politik. München und Zürich: Piper, S. 315-317.

GEBURTEN IN DEUTSCHLAND

Ausgabe 2012



Statistisches Bundesamt

Herausgeber

Statistisches Bundesamt, Wiesbaden

Autorin

Olga Pötzsch

Redaktion & Gestaltung

Statistisches Bundesamt

Erschienen im Januar 2012

Bestellnummer: 0120007-12900-1

Fotorechte

Umschlag

© iStockphoto.com / Miodrag Gajic

© iStockphoto.com / cunfek

Seite 5 © Fancy / F1online

Seite 7 © stefankr77 / Fotolia.com

Seite 9 © Fancy by Veer / Parents and Tots

Seite 10 © Lena S. / Fotolia.com

Seite 15 © maunzel / Fotolia.com

Seite 16 © Ingo Bartussek / Fotolia.com

Seite 18 © iStockphoto.com / Kernter

Seite 21 © Emin Ozkan / Fotolia.com

Seite 23 © Fancy / F1online

Seite 25 © Sandra Cunningham / Fotolia.com

Seite 27 © Fancy / F1online

Seite 31 © detailblick / Fotolia.com

Seite 33 © Fancy by Veer / Workplace Play

Seite 35 © Fancy / F1online / Young Urbanites

Seite 39 © Statistisches Bundesamt

Seite 40 © Fancy / F1online

Seite 43 © Statistisches Bundesamt

Seite 45 © iStockphoto.com / Renee Keith

Seite 47 © Fancy / F1online

© Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2012

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

Einleitung	4
-------------------	----------

1 Kennzahlen zu Geburten im Zeitvergleich	6
--------------------------------------------------	----------

2 Kennzahlen zum Geburtenverhalten und seinen soziodemografischen Aspekten	24
-----------------------------------------------------------------------------------	-----------

3 Geburten in Europa	40
-----------------------------	-----------

Glossar	44
----------------	-----------

Jede Geburt eines Kindes ist auch statistisch gesehen ein Ereignis

Die Zahlen zur Geburtenentwicklung stehen im Fokus des gesellschaftlichen Interesses. Auf sie kommt es bei der Planung von Einrichtungen zur Kinderbetreuung und Schulen an. Sie sind für die Stärke eines Jahrgangs und damit für die Nachfrage von Ausbildungs- oder Studienplätzen maßgeblich. Da die Geburtenentwicklung einer der wichtigsten Faktoren des demografischen Wandels in Deutschland ist, sind statistische Kennzahlen zu Geburten in der politischen Diskussion ständig präsent.

→ Die Neuauflage der Broschüre „Geburten in Deutschland“ gibt **im ersten Abschnitt** einen Überblick über Kennzahlen, die wichtige Veränderungen zwischen den einzelnen Zeiträumen (zum Beispiel Jahren oder Monaten) beschreiben. Hier wird über die Berechnungsverfahren und Aussagekraft der Kennzahlen sowie über die ausgewählten Ergebnisse informiert.

→ **Im zweiten Abschnitt** richtet sich der Blick auf das Geburtenverhalten von Frauenjahrgängen (in der Fachsprache Kohorten). Die wichtigste Kennzahl ist hier die Kohortenfertilität. Sie zeigt, wie viele Kinder ein Frauenjahrgang im Laufe seines Lebens durchschnittlich zur Welt bringt. Die Beschreibung der Kohortenfertilität wird um ihre beiden Einflussfaktoren – die Zahl der Kinder je Mutter und die Kinderlosigkeit – ergänzt. Anschließend werden einige soziodemografische Aspekte beleuchtet, die im Zusammenhang mit dem Geburtenverhalten der Frauen stehen, wie zum Beispiel Bildung, Beruf oder Migrationserfahrung.

→ **Der dritte Teil** der Broschüre zeigt die wichtigsten Indikatoren der Geburtenentwicklung im europäischen Vergleich.

Die meisten Indikatoren werden für Deutschland insgesamt sowie für das frühere Bundesgebiet und die neuen Länder dargestellt. Diese Differenzierung ist immer noch wichtig, da es trotz Annäherung während der zwanzig Jahre seit der deutschen Vereinigung immer noch gravierende Unterschiede in bestimmten Aspekten des Geburtenverhaltens gibt.

Datengrundlagen sind ausschlaggebend für die Qualität der Informationen zur Geburtenentwicklung

Die Geburtenstatistiken im ersten Abschnitt beruhen in erster Linie auf Informationen, die in den Standesämtern nach der Geburt eines Kindes aufgenommen werden. Diese Daten sind sehr zuverlässig. Eine weitere Datengrundlage bilden die Angaben zum Bevölkerungsstand. Sie sind mit zunehmendem zeitlichen Abstand von den letzten Volkszählungen immer ungenauer geworden. Zwischen der letzten Volkszählung und dem Zensus 2011 liegen im früheren Bundesgebiet 24 Jahre und in der ehemaligen DDR 30 Jahre. Die in diesem Zeitraum fortgeschriebenen Bevölkerungszahlen, die auf Meldungen zu Geburten, Sterbefällen sowie Zu- und Fortzügen basieren, können erst nach der Auswertung des Zensus 2011 neu justiert werden. Schätzungen geben Hinweise darauf, dass die fortgeschriebene Bevölkerungszahl zu hoch ist. Damit kann nicht ausgeschlossen werden, dass die durchschnittliche Kinderzahl je Frau leicht unterschätzt wird. Allerdings verlieren

die auf dieser Datengrundlage beschriebenen Entwicklungen dadurch nicht an Aussagekraft.

Die Datengrundlage für den zweiten Teil bilden neben den Daten der laufenden Geburtenstatistik die Ergebnisse des Mikrozensus 2008. Der Mikrozensus ist eine Stichprobenerhebung, in der circa 1 % der Bevölkerung befragt wird. Die Angaben zur Geburt leib-

licher Kinder sind im Mikrozensus freiwillig und werden seit 2008 alle vier Jahre erfragt. Die daraus gewonnenen Ergebnisse liefern repräsentative Aussagen, allerdings können sich die einzelnen Werte in einem Toleranzbereich bewegen.

Bei internationalen Vergleichen ist die Datenverfügbarkeit je nach Land sehr unterschiedlich. Im dritten Teil wurden deshalb

neben den Daten von Eurostat auch Ergebnisse aus anderen Datenquellen wie zum Beispiel die OECD oder nationale Statistiken herangezogen. Für die Unterstützung bei der Datenrecherche gilt Michaela Kreyenfeld, Anne Hornung (beide Max-Planck-Institut für demografische Forschung), Karel Neels (Universität Antwerpen) und Tomáš Sobotka (Vienna Institute of Demography) ein besonderer Dank.



1 Kennzahlen zu Geburten im Zeitvergleich

1.1

Geborene

Die Geburtenstatistik weist lebend und tot geborene Kinder nach. Beide Größen sind für demografische, medizinische und soziale Fragestellungen wichtig. Im Hinblick auf die Geburtenentwicklung steht die Zahl der lebend geborenen Kinder innerhalb eines Jahres im Fokus. „Geborene“ oder „Geburten“ bezeichnen in dieser Broschüre nur lebend geborene Kinder.

2010 wurden in Deutschland 678 000 Kinder geboren. Das waren 1,9% oder 13 000 Kinder mehr als im Vorjahr. Allerdings war 2009 das Jahr mit der niedrigsten Geburtenzahl nach dem Zweiten Weltkrieg. Die höchste Zahl wurde im Jahr 1964 während des Baby-Booms erreicht, sie betrug knapp 1,4 Millionen Geburten und war damit doppelt so hoch wie 2010.

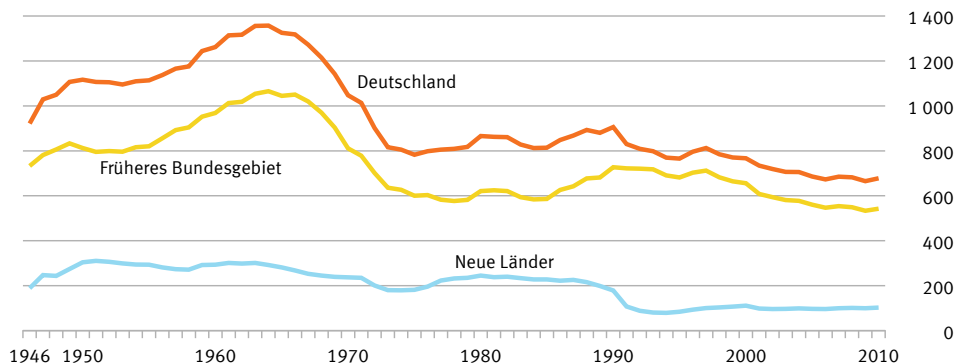
Weniger Geburten nach dem Baby-Boom

Im Jahrzehnt nach dem Baby-Boom nahm die Zahl der Geburten in beiden Teilen Deutschlands beeinflusst durch veränderte Einstellungen zur Familie und die Verbreitung der Antibaby-Pille ab. Im früheren Bundesgebiet setzte sich der Geburtenrückgang bis Mitte der 1980er Jahre fort. Zwischen 1975 und 1985 erreichte die Zahl der Geborenen nur etwa 56% des Niveaus des Jahres 1964.

In den 1990er Jahren gab es wieder mehr Geborene, was vor allem damit zusammenhing, dass es mehr Frauen im gebärfähigen Alter gab (siehe 1.2). Auch ein leichter Anstieg der durchschnittlichen Kinderzahl pro Frau trug dazu bei. Seit 1998 sinken die Geburtenzahlen im früheren Bundesgebiet. Ein geringfügiger Zuwachs wurde lediglich in den Jahren 2007 (+1,3%) und 2010 (+1,9%) verzeichnet.

Geburten im Zeitverlauf

in Tausend



Seit 2001: Früheres Bundesgebiet ohne Berlin-West, neue Länder ohne Berlin-Ost.

Neue Länder: Geburtenzahlen haben sich stabilisiert

In der ehemaligen DDR gab es wegen der rückläufigen Geburtenentwicklung in den 1970er Jahren umfangreiche staatliche Fördermaßnahmen für Familien mit Kindern.

Dies führte zunächst zu höheren Geburtenzahlen vom Ende der 1970er bis Mitte der 1980er Jahre. Dann ging auch hier die Zahl der Geburten allmählich wieder zurück. Dieser Rückgang wurde in den neuen Ländern in Folge der wirtschaftlichen und sozialen Umbrüche nach der Deutschen Vereinigung beschleunigt.

Von 1990 bis 1994 sank die Zahl der jährlich Geborenen drastisch um mehr als die Hälfte von 178 000 auf 79 000. Danach nahm die Zahl der Geburten wieder leicht zu. Seit 2000 kommen in den neuen Ländern pro Jahr rund 100 000 Kinder zur Welt. Der relative Geburtenzuwachs in den Jahren 2007 und 2010 war hier mit 3,5 % beziehungsweise 2,6 % stärker ausgeprägt als in den alten Bundesländern.

Die meisten Kinder in Deutschland werden im früheren Bundesgebiet geboren. Aus den neuen Ländern kommt derzeit etwa jedes siebte Neugeborene (15 %).



1 Kennzahlen zu Geburten im Zeitvergleich

1.2

Frauen zwischen 15 und 49 Jahren

Die Zahl der geborenen Kinder (siehe 1.1) hängt vor allem von der Zahl der Frauen in dem Alter ab, in dem sie Kinder bekommen können. Statistisch gesehen liegt das gebärfähige Alter einer Frau zwischen 15 und 49 Jahren. Das ist aktuell internationaler Standard. Dabei wird nicht berücksichtigt, dass ein Teil der Frauen aus gesundheitlichen Gründen keine Kinder bekommen kann. Auch Frauen unter 15 und über 49 Jahren, die Kinder bekommen, werden nicht einbezogen. Allerdings gehen die Geburten dieser Frauen in die Gesamtzahl der Geburten ein.

Nicht alle Frauen leben während des gesamten Jahres, auf das sich die Daten beziehen, in Deutschland oder einem bestimmten Bundesland. Für die Geburtenstatistik ist deshalb die durchschnittliche Zahl der Frauen relevant, die in diesem Jahr im betrachteten Gebiet gewohnt haben.

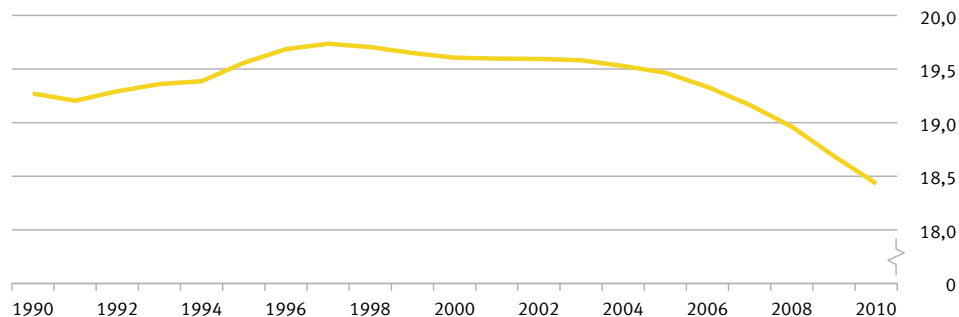
Anzahl potenzieller Mütter ist seit 1998 rückläufig...

2010 gab es in Deutschland insgesamt 18,4 Millionen Frauen im Alter von 15 bis 49 Jahren. Das waren 1,3 Millionen weniger als 1997, dem Jahr mit den meisten Frauen in der relevanten Altersgruppe nach der Deutschen Vereinigung. Die Zahl potenzieller Mütter geht seit 1998 zurück, besonders stark war dieser Rückgang in den Jahren 2006 bis 2010.

... und wird zukünftig weiter abnehmen

Im Jahr 1997 waren Frauen der Jahrgänge von 1948 bis 1982 im gebärfähigen Alter. Dazu gehörten die geburtenstarken Jahrgänge der 1950er und 1960er Jahre. Bis 2010 schieden diese Jahrgänge zum Teil aus der Altersspanne von 15 bis 49 Jahre aus, dafür rückten die deutlich schwächer besetzten Jahrgänge von 1983 bis 1995 nach.

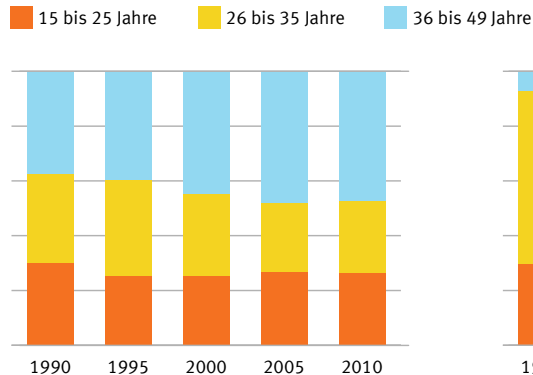
Anzahl der Frauen im Alter von 15 bis 49 Jahren Jahresdurchschnitt, in Millionen



Bei der Mädchengeneration der heute unter 15-Jährigen ist fast jeder jüngere Jahrgang kleiner als der vorherige. Deshalb wird die Frauengruppe im gebärfähigen Alter von 15 bis 49 Jahren in den nächsten 15 Jahren immer mehr schrumpfen.

81 % der Frauen im gebärfähigen Alter lebten 2010 im früheren Bundesgebiet, 14 % in den neuen Ländern und 5 % in Berlin.

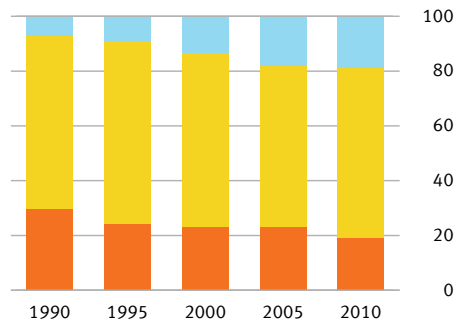
Frauen nach Altersgruppen in %



Die meisten Kinder werden von Frauen zwischen 26 und 35 Jahren geboren

Die Geburtenzahl hängt nicht nur von der Gesamtzahl der 15- bis 49-Jährigen ab. Wichtig ist die Zahl der Frauen in einem Alter, in dem die Geburtenhäufigkeit besonders hoch ist. Über 60 % aller Neugeborenen werden von 26- bis 35-jährigen Müttern zur Welt gebracht.

Geburten nach Alter der Mutter in %



Diese Gruppe ist zwischen 1990 und 2010 um 1,5 Millionen Frauen kleiner geworden und ihr Anteil an allen Frauen im Alter zwischen 15 und 49 Jahren ist von 33 % auf 26 % zurückgegangen. Im kommenden Jahrzehnt bleibt die Zahl der 26- bis 35-jährigen voraussichtlich relativ stabil. Nach 2020 wird diese Altersgruppe allerdings nach Ergebnissen der Bevölkerungsvorausberechnung kontinuierlich schrumpfen.



1 Kennzahlen zu Geburten im Zeitvergleich

1.3

Alter der Mütter bei der ersten Geburt

Je länger eine Frau mit dem ersten Kind wartet, desto kürzer wird die Lebensphase, in der sie eine Familie gründen kann. Wird das Aufschieben der ersten Geburt auf ein höheres Alter zu einem verbreiteten Phänomen, kann dies (bei einem insgesamt geringen Geburtenniveau) zur Abnahme der endgültigen Kinderzahl beziehungsweise zu einer höheren Kinderlosigkeit führen.

Das Alter der Frauen bei der ersten Geburt gehört neben dem Anteil der nichtehelichen Geburten (siehe 1.7) zu den Merkmalen, die die Unterschiede im Geburtenverhalten der Frauen in West- und Ostdeutschland sichtbar machen.

Den Angaben zum durchschnittlichen Gebäralter liegen in dieser Broschüre die absoluten Zahlen der Geborenen zugrunde. Ebenso ist es möglich, das durchschnittliche Alter auf Grundlage der altersspezifischen Geburtenziffern zu ermitteln (siehe 1.4). Die Differenzen in den Ergebnissen sind vernachlässigbar gering.

Für das frühere Bundesgebiet war bis 2009 lediglich bekannt, wie alt Mütter bei der Geburt ihres ersten Kindes in der bestehenden Ehe waren. Da bis Anfang der 1990er Jahre über 90 % aller Kinder in einer Ehe geboren wurden, war dieser Indikator lange Zeit zuverlässig. Der Anteil der Geburten außerhalb der Ehe und die Zahl der zweiten und weiteren Ehen nahmen allerdings in den 1990er Jahren stark zu. Dadurch wurden die Ergebnisse zum Durchschnittsalter der Mütter beim ersten Kind zunehmend verzerrt.

Seit 2009 wird deshalb das Alter der Mütter bei der Geburt des Kindes nach der so genannten „biologischen Geburtenfolge“ statistisch nachgewiesen. Das Alter der Mütter bei der ersten Geburt bezieht sich in diesem Fall auf das erste Kind im Leben der Frau, unabhängig davon, ob sie zum Zeitpunkt der Geburt verheiratet war oder nicht.

Mütter im Westen sind heute bei der ersten Geburt fünf Jahre älter als in den 1960er Jahren

Zwischen 1965 und 1970 nahm das Alter der westdeutschen Frauen bei der ersten Geburt leicht von 25 auf 24 Jahre ab. Ab 1970 stieg es dann aber beständig. 2010 waren die Mütter beim ersten Kind mit durchschnittlich 29,2 Jahren bereits fünf Jahre älter als vor vierzig Jahren.



Im Osten vollzog sich der Wandel noch schneller

In den neuen Ländern wurden bereits seit Ende der 1960er Jahre viele Kinder außerhalb der Ehe geboren. Die Aussagen darüber, wie alt Mütter bei der Geburt ihrer Kinder waren, beziehen sich deshalb nur auf die Angaben zum Alter der Mütter nach der biologischen Geburtenfolge. Sie liegen für Ostdeutschland für den Zeitraum 1954 bis 1989 sowie für die Jahre 2009 und 2010 vor.

Das Alter bei der ersten Geburt schwankte hier bis Ende der 1980er Jahre nur leicht zwischen 22 und 23 Jahren. In der Zeit nach der Deutschen Vereinigung veränderte sich das Geburtenverhalten schnell. In den letzten einundzwanzig Jahren nahm das Gebäralter beim ersten Kind von 22,9 auf 27,4 Jahre, also um knapp fünf Jahre zu. Damit stieg es in der Hälfte der Zeit beinahe so stark an, wie im früheren Bundesgebiet zwischen 1970 und 2010.

Die Ursachen dieser raschen Entwicklung liegen vor allem in den veränderten Voraussetzungen für eine junge Mutterschaft.

Dazu gehören auch Unsicherheiten auf dem Arbeitsmarkt, der Wegfall der Familienförderung der ehemaligen DDR und die Notwendigkeit der Neuorientierung in

der Gesellschaft. Für die jüngere Frauengeneration haben längere Ausbildungszeiten und ausgedehnte Phasen der beruflichen Etablierung eine wichtige Rolle gespielt.

Durchschnittliches Alter der Mütter bei der Geburt des ersten Kindes

	Früheres Bundesgebiet		Neue Länder	
	insgesamt	in bestehen-der Ehe	insgesamt	in bestehen-der Ehe
1965	.	24,9	23,2	.
1970	.	24,3	22,4	.
1975	.	24,8	22,3	.
1980	.	25,2	22,1	.
1985	.	26,2	22,3	.
1989	.	26,8	22,9	.
1995	.	28,2	.	26,9
2000	.	29,0	.	28,4
2005	.	29,7	.	29,1
2009	29,1	30,2	27,2	29,8
2010	29,2	30,2	27,4	29,9

Seit 2005: Früheres Bundesgebiet ohne Berlin-West, neue Länder ohne Berlin-Ost.

1 Kennzahlen zu Geburten im Zeitvergleich

1.4

Altersspezifische Geburtenhäufigkeit

Die Geburtenhäufigkeit kann für jedes Alter der Frauen zwischen 15 und 49 Jahren ermittelt werden. Dabei werden die innerhalb eines Jahres geborenen Kinder von Müttern eines bestimmten Alters auf alle Frauen dieses Alters bezogen, das heißt auf die durchschnittliche weibliche Bevölkerung, die im beobachteten Jahr das entsprechende Alter erreicht hat. Die so berechneten altersspezifischen Geburtenziffern zeigen, wie viele Kinder von Frauen eines bestimmten Alters durchschnittlich geboren werden. Da diese Zahlen meist sehr klein sind, werden sie in Geburten je 1000 Frauen dargestellt. Um die Entwicklungen anschaulich darstellen zu können, werden im Weiteren die 35 einzelnen Altersjahre von 15 bis 49 zu Altersgruppen zusammengefasst.

Höchste Geburtenhäufigkeit zwischen 30 und 34 Jahren

2010 wurde die höchste Geburtenhäufigkeit in Deutschland in der Gruppe der 30- bis 34-jährigen Frauen beobachtet. An zweiter Stelle folgten die 25- bis 29-Jährigen. Noch Anfang der 1970er Jahre hatten die 20- bis 24-jährigen Frauen die meisten Kinder zur Welt gebracht. In den darauffolgenden Jahrzehnten verlief die Entwicklung im Osten und im Westen Deutschlands sehr unterschiedlich.

Geburtenhäufigkeit jüngerer Frauen nahm im Westen schon vor über 30 Jahren ab ...

Im früheren Bundesgebiet ging die Geburtenhäufigkeit der 20- bis 24-Jährigen in den 1970er Jahren besonders stark zurück. Von 1974 bis 2001 brachten die 25- bis 29-Jährigen die meisten Kinder zur Welt. 2002 wurden sie durch die Altersgruppe der 30- bis 34-Jährigen abgelöst, deren

Geburtenhäufigkeit im Vergleich zu den 1970er Jahren sehr stark angestiegen ist. Derzeit steigt in den alten Ländern vor allem die Geburtenhäufigkeit im höheren gebärfähigen Alter, allerdings auf niedrigerem Niveau.

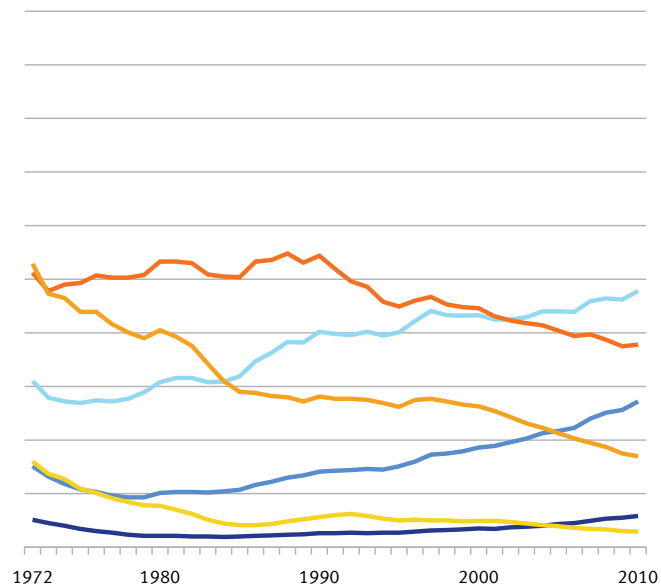
... in den neuen Ländern erst nach der Deutschen Vereinigung

In der ehemaligen DDR war die Geburtenhäufigkeit der 20- bis 24-jährigen Frauen bis Anfang der 1990er Jahre noch vergleichsweise hoch. Die Geburtenhäufigkeit der übrigen Altersgruppen war deutlich geringer und von Ende der 1970er Jahre bis 1990 relativ stabil. Nach dem drastischen Absturz der Geburtenhäufigkeit im Zuge der Deutschen Vereinigung traten in den neuen Ländern deutliche Verschiebungen zwischen den einzelnen Altersgruppen auf. Zum Wiederanstieg der Geburtenhäufigkeit ab Mitte der 1990er Jahre trugen hier vor allem Frauen im Alter zwischen 25 und 34 Jahren bei.

Durchschnittliche Zahl der Geburten je 1000 Frauen nach Altersgruppen

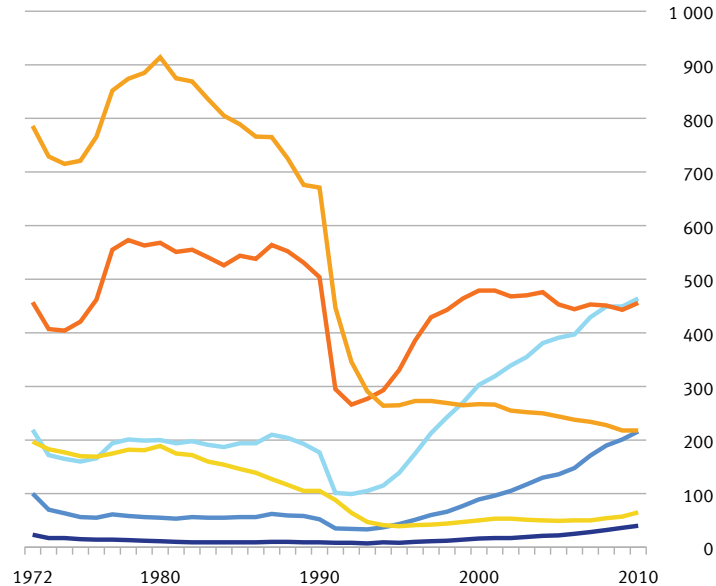
15-19 20-24 25-29 30-34 35-39 40-49

Früheres Bundesgebiet



Seit 2001 ohne Berlin-West.

Neue Länder



Seit 2001 ohne Berlin-Ost.

1 Kennzahlen zu Geburten im Zeitvergleich

1.5

Zusammengefasste Geburtenziffer

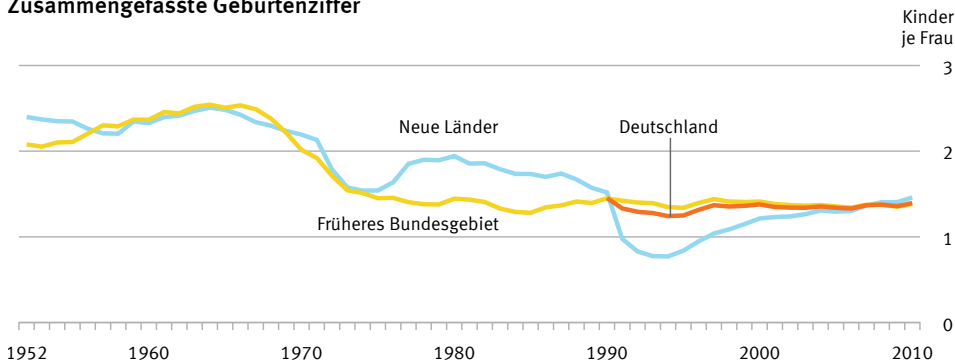
Die Entwicklung der Geburtenhäufigkeit wird anhand der so genannten „zusammengefassten Geburtenziffer“ für einzelne Kalenderjahre gemessen. Diese Ziffer ist die Summe (und damit Zusammenfassung) der für jedes Alter von 15 bis 49 Jahren berechneten altersspezifischen Geburtenziffern eines Jahres (siehe 1.4).

Die so ermittelte durchschnittliche Kinderzahl (je Frau oder je 1000 Frauen) bezieht sich nicht auf einen Frauenjahrgang, sondern auf 35 aufeinander folgende Jahrgänge von Frauen, die im betrachteten Kalenderjahr zwischen 15 und 49 Jahren alt waren.

Diese zusammengefasste Geburtenziffer zeigt zeitnah, wie sich die relative Geburtenhäufigkeit (unabhängig von der Altersstruktur der weiblichen Bevölkerung) von Jahr zu Jahr verändert. Bei der Beurteilung der Geburtenentwicklung muss sie allerdings immer in

Verbindung mit anderen Kennzahlen betrachtet werden, vor allem mit den altersspezifischen Geburtenziffern und der endgültigen Kinderzahl realer Frauenjahrgänge (siehe 2.1).

Zusammengefasste Geburtenziffer



Seit 2001: Früheres Bundesgebiet ohne Berlin-West, neue Länder ohne Berlin-Ost.

Höchstes Geburtenniveau wurde in den 1960er Jahren erreicht

Zu Beginn der 1960er Jahre erlebten beide Teile Deutschlands einen kurzfristigen Anstieg der Geburten mit der höchsten zusammengefassten Geburtenziffer der Nachkriegszeit mit über 2,5 Kindern je Frau. Die damals geborenen Kinder bilden heute die geburtenstarken Jahrgänge der Mittvierziger. Das folgende Sinken der Geburtenhäufigkeit setzte in der ehemaligen DDR bereits 1965 ein, seit 1967 hat auch im früheren Bundesgebiet die Zahl der Geburten kontinuierlich abgenommen. Der Rückgang im früheren Bundesgebiet dauerte fast zwanzig Jahre und erreichte Mitte der 1980er Jahre ein vorläufiges Tief mit 1,28 Kindern je Frau. Danach schwankte die zusammengefasste Geburtenziffer geringfügig zwischen 1,35 und 1,45 Kinder je Frau und lag im Jahr 2010 bei 1,39.

Die ehemalige DDR wirkte mit umfangreichen staatlichen Fördermaßnahmen für Familien mit Kindern einer Absenkung des Geburtenniveaus ab Mitte der 1970er Jahre entgegen. Die zusammengefasste Geburtenziffer stieg sogar kurzfristig auf über 1,9 Kinder je Frau. Dann ging auch hier die Geburtenhäufigkeit allmählich zurück. In Folge der wirtschaftlichen und sozialen Umbrüche, die mit der Deutschen Vereinigung einhergingen, brach das Geburtenniveau stark ein: Zwischen 1989 und 1994 sank die zusammengefasste Geburtenziffer in den neuen Ländern von 1,57 auf 0,77. Seit 1995 nimmt sie wieder zu.

Geburtenhäufigkeit in den neuen Ländern wieder höher als im früheren Bundesgebiet

2008 stieg die zusammengefasste Geburtenziffer in den neuen Ländern erstmals seit der Deutschen Vereinigung auf ein höheres Niveau als in den alten Ländern. 2010 brachten die ostdeutschen Frauen mit 1,46 Kindern je Frau das dritte Mal in Folge durchschnittlich mehr Kinder zur Welt als die westdeutschen (1,39).



1 Kennzahlen zu Geburten im Zeitvergleich

1.6

Saisonalität der Geburten

Die Verteilung der Geburten nach einzelnen Monaten wird anhand von absoluten und relativen Maßzahlen berechnet. Dazu gehören die Zahlen der Lebendgeborenen nach Monaten und die prozentualen Anteile der Geburten in einzelnen Monaten an den Geburten des gesamten Jahres.

Um die monatlichen Geburtenzahlen unabhängig von den unterschiedlichen Monatslängen vergleichbar zu machen, werden die Geburtenzahlen pro Tag berechnet und auf einen Jahresdurchschnitt von 1000 Geburten pro Tag normiert.

Die Geburten bilden innerhalb des Jahres eine relativ stabile Saisonfigur

Die monatlichen Geburtenzahlen zeigen, dass sich die Geburten nicht gleichmäßig über das Jahr verteilen. Der geburtsstärkste Monat ist der Juli. Im Jahr 2010 kamen 9,3 % aller Neugeborenen im Juli zur Welt (61 900). Berücksichtigt man zusätzlich unterschiedliche Monatslängen, war die Zahl der

Geburten pro Tag im September 2010 am höchsten: An jedem Septembertag kamen durchschnittlich 97 Kinder mehr zur Welt als im Jahresdurchschnitt. Der Monat Juli lag mit täglich 75 Geburten über dem Jahresdurchschnitt erst an zweiter Stelle.

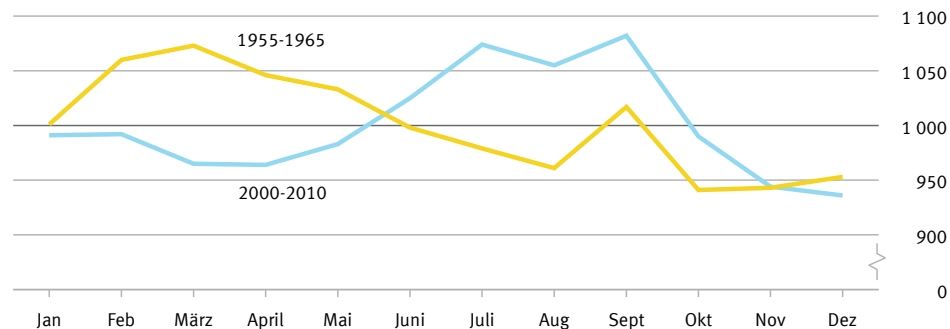
Diese Saisonfigur mit den meisten Geburten in den Monaten Juli bis September kann deutschlandweit beobachtet werden. Sie bildete sich allerdings erst seit Anfang der 1980er Jahre heraus. Vor dem Zweiten Weltkrieg und auch noch Jahrzehnte später lag



das Maximum der Geburten in den Monaten Februar und März. In den Folgemonaten nahm die Geburtenzahl ab, schnellte im September kurz nach oben und flachte zum Jahresende wieder ab. Der September war also schon damals der geburtenreichste Monat in der zweiten Jahreshälfte. Seit Mitte der 1970er Jahre verschob sich auch das Jahresmaximum der monatlichen Geburtenzahlen allmählich von März auf September.

Durchschnittliche Zahl der Geburten pro Tag

Jahresdurchschnitt = 1000



Geburten nach Monaten

	1990	2000	2010		1990	2000	2010
Januar	75 800	65 715	55 273	Juli	81 098	67 564	61 918
Februar	70 491	62 509	50 314	August	81 563	68 256	59 845
März	76 630	64 465	55 486	September	80 349	66 465	61 125
April	72 614	61 215	52 020	Oktober	76 756	62 978	58 816
Mai	76 566	65 004	56 054	November	70 483	58 676	54 576
Juni	73 072	63 467	57 531	Dezember	70 253	60 685	54 989
				Jahr	905 675	766 999	677 947

1 Kennzahlen zu Geburten im Zeitvergleich

1.7

Geburten in und außerhalb der Ehe

Die Kennzahlen zu den ehelich und nicht-ehelich geborenen Kindern sind für die Familienpolitik und für rechtliche Fragen zur Gleichstellung der Kinder von großer Bedeutung. Mit der Reform des Kindschaftsrechts 1998 wurde die Rechtsstellung ehelich und außerehelich geborener Kinder weitgehend angeglichen. Zwischen einer Ehe und einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft bestehen dagegen nach wie vor Unterschiede im Steuer- und Sozialrecht. Immer mehr werdende Eltern lassen sich deshalb Zeit mit der Entscheidung für oder wider eine Eheschließung.

Der Anteil der außerhalb einer Ehe geborenen Kinder lag in Deutschland bis Mitte der 1990er Jahre unter 15 %. In den letzten 15 Jahren ist dieser Anteil erheblich gestiegen – eine Heirat ist nicht mehr die Voraussetzung für die Gründung einer Familie mit Kindern. 1995 wurden in Deutschland 15 % der Kinder nichtehelich geboren, 2010 hat

sich dieser Anteil auf 33 % mehr als verdoppelt.

Bei den Erstgeborenen ist der Anteil nicht verheirateter Eltern besonders hoch. 2010 lag er bei 43 %. Bei den zweiten Kindern wurden bereits deutlich weniger außerhalb der Ehe geboren (24 %), bei den Dritten waren es 21 %.



Im Westen werden 27 % der Kinder außerhalb der Ehe geboren...

Im früheren Bundesgebiet war der Anteil außerehelicher Geburten 1990 mit 10 % erheblich niedriger als in den neuen Ländern (35 %). Die Zahl der Kinder, die von verheirateten Müttern zur Welt gebracht wurden, ging aber zwischen 1990 und 2010 um 39 % zurück, während sich die Zahl der nichtehelichen Kinder fast verdoppelte. Der Anteil der außerehelichen Geburten stieg infolgedessen auf 27 % im Jahr 2010.

... im Osten 61 %

In den neuen Ländern nahm der Anteil nichtehelicher Geburten schon seit Ende der 1960er Jahre rapide zu. Diese Entwicklung dürfte neben gesellschaftlicher Anerkennung der nichtehelichen Lebensgemeinschaften vor allem auf staatliche Förderung für Alleinerziehende zurückzuführen sein. Nach der Deutschen Vereinigung hat die Reform des Kindschaftsrechts im Jahr 1998 einen weiteren Impuls zum Anstieg des Anteils außerehelicher Geburten gegeben. Seit

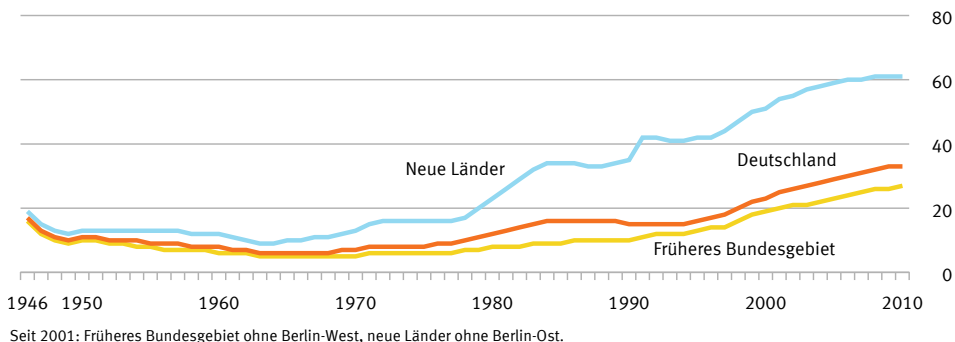
2000 ist der Anteil der nichtehelich geborenen Kinder höher als der Anteil der ehelich Geborenen. 2010 stieg er auf rund 61 %, bei den Erstgeborenen erreichte er bereits 74 %.

37 % der Kinder in der EU werden außerehelich geboren

Der Anteil der außerehelich Geborenen in Deutschland liegt unterhalb des Durchschnitts in der Europäischen Union – dieser lag nach Angaben von Eurostat 2009 bei knapp 37 %. Am höchsten war der Anteil der außerehelichen Geburten 2009 in Estland (59 %), besonders gering war er in Griechenland (7 %). In Frankreich waren bei 53 % der Neugeborenen die Eltern nicht miteinander verheiratet, im Vereinigten Königreich bei 46 % und in Österreich bei 39 %.

Geborene nicht verheirateter Eltern

Anteil an allen Geborenen in %



1 Kennzahlen zu Geburten im Zeitvergleich

1.8

Staatsangehörigkeit der Geborenen und ihrer Eltern

Ein Kind hat mit der Geburt die deutsche Staatsangehörigkeit, wenn mindestens ein Elternteil deutsch ist. Seit Anfang des Jahres 2000 kann auch ein Kind ausländischer Eltern, das in Deutschland geboren wird, von Geburt an die deutsche Staatsangehörigkeit haben. Dafür müssen die Eltern bestimmte Voraussetzungen erfüllen (siehe Glossar). In diesen Fällen hat das Kind eine andere Staatsangehörigkeit als die Mutter.

Die Zahl der Geburten in Deutschland hat seit dem Inkrafttreten des neuen Staatsangehörigkeitsrechts im Jahr 2000 bis 2010 um insgesamt 12 % auf 678 000 abgenommen. Die Zahl deutscher Neugeborener sank um 10 % auf 644 000 und die der ausländischen Kinder um 33 % auf 33 000.

Die Anteile der Geburten nach Staatsangehörigkeit des Kindes und der Eltern sind seit 2005 stabil: Etwa 95 % der Neugeborenen hatten die deutsche und 5 % eine ausländische Staatsangehörigkeit. Bei den

meisten deutschen Kindern (95 %) hatte mindestens ein Elternteil die deutsche Staatsangehörigkeit. Nur 5 % der deutschen Kinder erwarben die deutsche Staatsangehörigkeit nach dem Geburtsortsprinzip.

Mehr Geburten in binationalen Ehen

Die meisten Kinder mit deutscher und ausländischer Staatsangehörigkeit werden in einer Ehe geboren. Verheiratete deutsche Paare bekommen immer weniger Kinder. 2010 lag die Zahl der Geburten nur noch bei 56 % des Niveaus von 1991 (328 000 Geburten gegenüber 584 000 Geburten). Die Zahl der Geburten in binationalen Ehen stieg dagegen von 39 000 im Jahr 1991 auf 82 000 Geburten im Jahr 2007. Danach ging sie zwar leicht zurück, war jedoch mit 76 000 Geburten im Jahr 2010 fast doppelt so hoch wie im Jahr 1991.

Die Zahl der Geburten ausländischer Eltern nahm zwischen 2000 und 2010 von 91 000 auf etwa 63 000 ab. Diese setzten sich zusammen aus 33 500 Geborenen mit ausländischer Staatsangehörigkeit und 29 500 deutschen Kindern ausländischer Eltern.

Geborene nach Staatsangehörigkeit

	Insgesamt	Deutsche	Ausländische
1991	830 019	739 266	90 753
1995	765 221	665 507	99 714
2000	766 999	717 223	49 776
2005	685 795	655 534	30 261
2010	677 947	644 463	33 484

Angaben zur Staatsangehörigkeit der Mütter sind wichtig, um Veränderungen im Geburtenverhalten deutscher und ausländischer Frauen zu beobachten.

Die Geburtenzahl deutscher Frauen ist (unabhängig von der Staatsangehörigkeit des Partners) mit Ausnahme einzelner Jahre kontinuierlich gesunken: von 722 000 im Jahr 1991 auf 564 500 im Jahr 2010 (–22 %). Die Geburtenzahl der ausländischen Frauen stieg zwischen 1991 und 1997 um 27 % von 108 000 auf 137 000 an, danach ging aber auch sie zurück. Im Jahr 2010 lag die Zahl der Geburten ausländischer Mütter bei 113 500. Damit hatten 83 % aller Geborenen eine Mutter mit der deutschen und 17 % mit einer ausländischen Staatsangehörigkeit.



1 Kennzahlen zu Geburten im Zeitvergleich

1.9

Geburtenhäufigkeit deutscher und ausländischer Frauen

Die Geburtenhäufigkeit bei deutschen und ausländischen Frauen wird mit den altersspezifischen und zusammengefassten Geburtenziffern beschrieben (siehe 1.4 und 1.5). Berechnungsgrundlage sind die Zahlen der Geborenen mit deutschen beziehungsweise ausländischen Müttern in den einzelnen Altersjahren von 15 bis 49 sowie die durchschnittliche deutsche beziehungsweise ausländische weibliche Bevölkerung in den einzelnen Altersjahren zwischen 15 und 49.

Geburtenhäufigkeit ausländischer Frauen sinkt

Die zusammengefasste Geburtenziffer der deutschen Frauen verharrt schon seit zwanzig Jahren auf dem niedrigen Niveau von 1,3 Kindern je Frau. Das Geburtenniveau der Ausländerinnen geht kontinuierlich zurück.

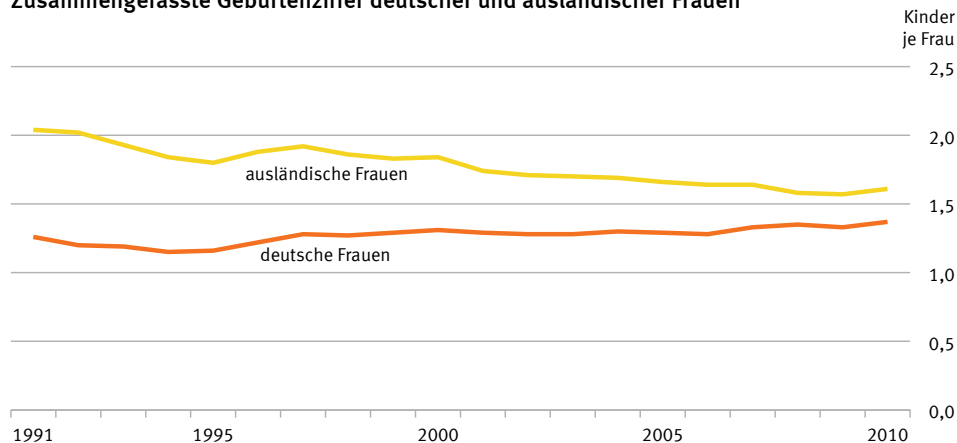
Anfang der 1990er Jahre lag die zusammengefasste Geburtenziffer ausländischer Frauen bei 2,0 Kinder je Frau. Bis 2010 sank sie auf ca. 1,6. Dadurch näherten sich die zusammengefassten Geburtenziffern deutscher und ausländischer Frauen an.

Die sinkende Geburtenhäufigkeit der Ausländerinnen ist einerseits eine Folge des

globalen Geburtenrückgangs, der auch die Ursprungsländer der Migrantinnen erfasst hat, zum anderen spiegelt sie die Anpassung an das Verhalten der deutschen Frauen wider.

Außerdem verändert sich die Zusammensetzung der ausländischen Bevölkerung und beeinflusst die Geburtenhäufigkeit aller Aus-

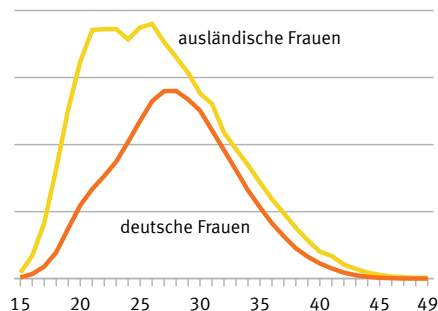
Zusammengefasste Geburtenziffer deutscher und ausländischer Frauen



länderinnen. Der Anteil von Frauen mit einer bisher höheren Geburtenhäufigkeit geht zurück, während der Anteil der Osteuropäerinnen, mit einer zum Teil noch niedrigeren Geburtenhäufigkeit als bei den deutschen Frauen, zunimmt. Sollte die Zuwanderung künftig vor allem durch den Arbeitsmarkt bedingt und nicht mehr durch Familiennachzug motiviert sein,

Altersspezifische Geburtenziffern

1991

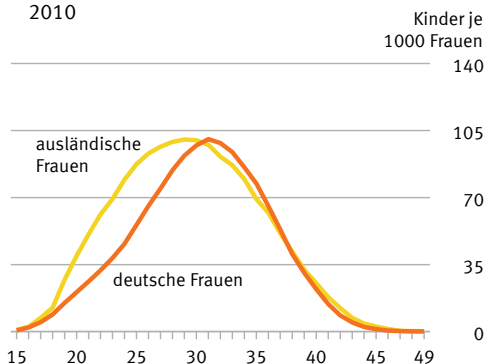


könnte dies einen weiteren Rückgang des Geburtenniveaus ausländischer Frauen nach sich ziehen.

Deutsche und auch ausländische Mütter werden bei Geburt ihrer Kinder immer älter

Diese Veränderungen gingen mit den Verschiebungen in der altersspezifischen Geburtenhäufigkeit ausländischer Frauen

2010



einher. Zwischen 1991 und 2010 nahm die Geburtenhäufigkeit der unter 30-jährigen Ausländerinnen um 42 % ab, während die der 30- bis 49-jährigen um 29 % stieg. Die höchste Geburtenziffer hatten nicht mehr die 26-Jährigen, sondern die drei Jahre älteren Frauen. Die Unterschiede zwischen den deutschen und ausländischen Frauen in der altersspezifischen Geburtenhäufigkeit waren dadurch im Jahr 2010 deutlich geringer als 1991.



2 Kennzahlen zum Geburtenverhalten und seinen soziodemografischen Aspekten

2.1

Kohortenfertilität

Unter diesem Begriff verbirgt sich die durchschnittliche Zahl der Kinder, die ein Frauenjahrgang im Laufe „seines“ Lebens zur Welt bringt. Für Frauenjahrgänge, die ihr 50. Lebensjahr bereits erreicht haben, wird sie auch als endgültige Kinderzahl bezeichnet.

Die durchschnittliche Kinderzahl der Frauenkohorten wird als Summe der für jedes Alter von 15 bis 49 Jahren berechneten altersspezifischen Geburtenziffern (siehe 1.4) eines Jahrgangs ermittelt. Ein realer Bevölkerungsjahrgang erlebt viele Veränderungen durch Zuzug, Fortzug oder Tod. Da diese Veränderungen im Einzelnen unbekannt sind, wird unterstellt, dass zu einer Kohorte die durchschnittliche weibliche Bevölkerung gehört, die in den Jahren nachgewiesen wurde, in denen der entsprechende Jahrgang die Altersstufen von 15 bis 49 Jahren durchlief.

Frauen mit 49 haben im Jahr 2010 rechnerisch 1,6 Kinder zur Welt gebracht

Die jüngste Frauenkohorte, die 2010 ihr 50. Lebensjahr erreicht hat, wurde 1961 geboren. Die endgültige Kinderzahl für alle Frauen des Jahrgangs 1961 beträgt in Deutschland durchschnittlich 1,6 Kinder je Frau. Zwischen dem früheren Bundesgebiet und den neuen Ländern zeigen sich erhebliche Unterschiede im aktuellen Niveau und in der bisherigen Entwicklung der Geburtenzahl der Kohorten.

Die Frauen des Geburtsjahrgangs 1937 hatten in beiden Teilen Deutschlands im Durchschnitt noch gleich viele Kinder zur Welt gebracht (2,1 je Frau). In den Jahrgängen zwischen 1937 und 1961 nahm die endgültige Kinderzahl je Frau im früheren

Bundesgebiet mit –25 % deutlich stärker ab, als in den neuen Ländern (–15 %). Die Frauen der Kohorte 1961 brachten im früheren Bundesgebiet durchschnittlich rund 1,6 Kinder und in den neuen Ländern knapp 1,8 Kinder zur Welt.

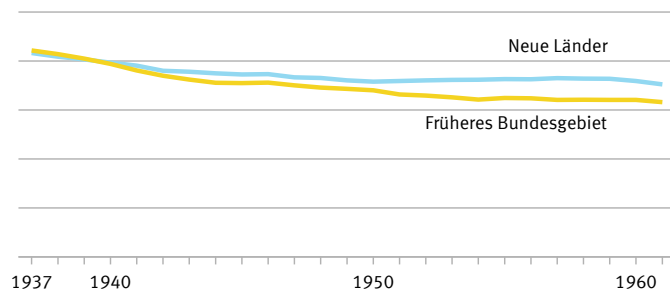
Für die Geburtsjahrgänge der 1960er Jahre ist in beiden Teilen Deutschlands mit einer weiteren Abnahme der endgültigen Kinderzahl auf etwa 1,5 Kinder je Frau zu rechnen. In den folgenden 1970er Jahrgängen zeichnet sich eine Stabilisierung der Kohortenfertilität ab. Auf diese Entwicklungen deutet zumindest die bis zum 35. Lebensjahr erreichte Kinderzahl hin.

Die durchschnittliche Kinderzahl der 34-jährigen Frauen sank im früheren Bundesgebiet zwischen den Jahrgängen 1961 und 1968

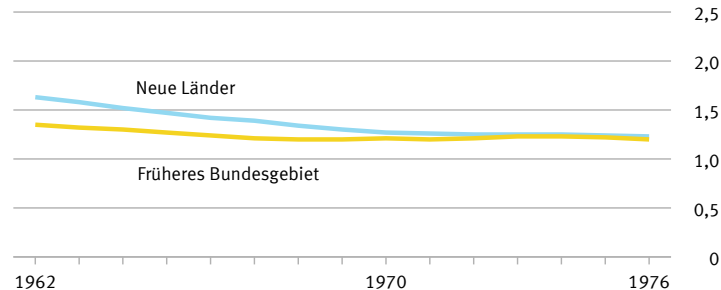
um 13 %, danach blieb sie relativ stabil. In den neuen Ländern war der Rückgang der Kinderzahl der 34-Jährigen bis zum Jahr 2010 kontinuierlich und betrug zwischen den Kohorten 1961 und 1976 27 %. Obwohl die Geburten im höheren Alter aktuell zunehmen, ist nicht zu erwarten, dass dieser Rückstand zwischen dem 36. und 50. Lebensjahr der Frauenjahrgänge noch aufgeholt werden kann.



Endgültige Kinderzahl
je Frau des entsprechenden Jahrgangs



Kinderzahl bis zum 35. Lebensjahr
je Frau des entsprechenden Jahrgangs



2 Kennzahlen zum Geburtenverhalten und seinen soziodemografischen Aspekten

2.2

Mütter nach der Zahl ihrer Kinder

Die durchschnittliche Kinderzahl von Müttern ist in Deutschland im Unterschied zur Kinderzahl je Frau relativ stabil. Nach einem Rückgang von 2,4 auf 2,1 Kinder je Mutter zwischen den 1930er und 1940er Jahrgängen blieb sie auf dem Niveau von etwa zwei Kindern. Auch die Mütter der Jahrgänge 1969 bis 1973 hatten – zum Zeitpunkt der Mikrozensus-Befragung im Jahr 2008 im Alter von 35 bis 39 Jahren – bereits durchschnittlich 1,9 Kinder zur Welt gebracht.

Fast die Hälfte aller Mütter hat zwei Kinder

Nicht nur die durchschnittliche Kinderzahl je Mutter variierte in den letzten 30 Jahren nur gering. Auch die Anteile der Mütter mit unterschiedlicher Kinderzahl blieben stabil. Etwa 30 % der Mütter zwischen 35 und 64 Jahren haben in Deutschland ein Kind, beinahe jede zweite Mutter hat zwei und jede fünfte drei oder mehr Kinder.

Zwischen den Müttern im früheren Bundesgebiet und in den neuen Ländern bestehen im Hinblick auf die Kinderzahl Unterschiede. Bei den Frauen der 1960er Jahrgänge, die bei

der Befragung zwischen 40 und 49 Jahren alt waren, sind sie am deutlichsten. Während im früheren Bundesgebiet nur etwa jede vierte Mutter ein Kind hatte (26 %), war es in

Mütter nach Zahl ihrer Kinder 2008

in %

Jahrgang und Alter der Mütter im Jahr 2008	Eins	Zwei	Drei oder mehr	Ohne Angabe
1989–1992 (16–19)	85	/	/	/
1984–1988 (20–24)	80	18	3	/
1979–1983 (25–29)	61	31	8	/
1974–1978 (30–34)	46	40	14	/
1969–1973 (35–39)	35	45	18	2
1964–1968 (40–44)	29	43	19	9
1959–1963 (45–49)	27	44	20	9
1954–1958 (50–54)	27	45	21	7
1949–1953 (55–59)	30	46	21	4
1944–1948 (60–64)	30	45	23	2
1939–1943 (65–69)	27	43	29	1
1933–1938 (70–75)	25	39	35	1

den neuen Ländern jede Dritte (33 %). Die Mütter von zwei Kindern waren in beiden Teilen Deutschlands mit 44 % gleich stark vertreten. Im früheren Bundesgebiet hatte jede fünfte Mutter drei oder mehr Kinder (21 %), in den neuen Ländern lediglich jede Siebte (14 %). Da es in den neuen Ländern bisher kaum Anzeichen für eine Anpassung

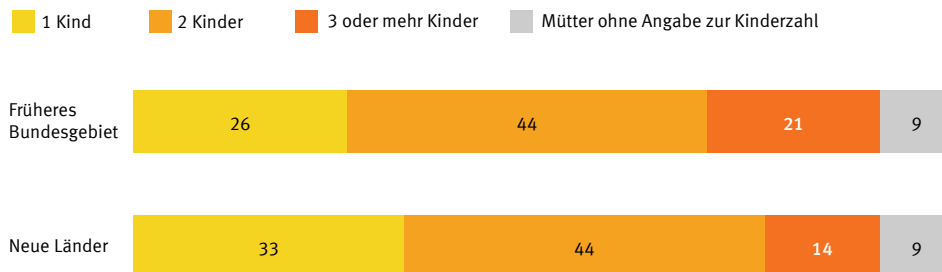
an die westdeutschen Familienmuster gibt, könnten sich diese Unterschiede verfestigen.

Muttersein ist immer weniger selbstverständlich

Die rückläufige Entwicklung der Kinderzahl je Frau wird vor allem durch den sinkenden Anteil der Mütter beziehungsweise den

steigenden Anteil von Frauen ohne Kind beeinflusst. In den Jahrgängen 1933 bis 1948 lag der Mütteranteil nur leicht unter 90 %. In den späteren Frauenjahrgängen nahm er kontinuierlich ab. Bei den Jahrgängen 1964 bis 1968, die zum Zeitpunkt der Befragung 40 bis 44 Jahre alt waren, betrug er 79 %.

40- bis 49-jährige Mütter (Jahrgänge 1959 bis 1968) nach Zahl ihrer Kinder in %



2 Kennzahlen zum Geburtenverhalten und seinen soziodemografischen Aspekten

2.3

Kinderlosigkeit

Der Anteil der kinderlosen Frauen (ohne leibliches Kind) bezieht sich auf Frauen eines entsprechenden Jahrgangs. Er wird als endgültig betrachtet, wenn ein Frauenjahrgang sein 50. Lebensjahr erreicht hat. Tatsächlich ändert sich das Kinderlosigkeitsniveau eines Jahrgangs im Alter zwischen 40 und 49 Jahren kaum noch, da eine erste Geburt im Alter von über 40 Jahren nach wie vor relativ selten vorkommt.

Bei Jahrgängen unter 40 Jahren wird der Anteil der Frauen ohne Kind an allen Frauen als eine Momentaufnahme betrachtet. Dieser wird sich künftig verändern, da viele Frauen dieser Jahrgänge noch Mutter werden.

Die durchschnittliche Kinderzahl je Mutter liegt seit fast drei Jahrzehnten relativ stabil bei etwa zwei Kindern (siehe 2.2). Der Anteil der Frauen ohne Kind ist dagegen im Laufe der letzten Jahrzehnte kontinuierlich angestiegen. Das Ausmaß der Kinderlosigkeit ist bei den Frauen der 1960er Jahrgänge, die heute zwischen 40 und 50 Jahre alt sind, der bestimmende Faktor für das niedrige Geburtenniveau.

Mehr kinderlose Frauen in den alten Bundesländern

Bei den Geburtsjahrgängen 1933 bis 1938 lag der Anteil kinderloser Frauen im Westen Deutschlands bei 11 % und im Osten bei 9 %. Unter den Frauen der Jahrgänge 1939 bis 1963 vergrößerte sich dieser Abstand allmählich. In den alten Ländern nahm die endgültige Kinderlosigkeit von 12 % auf 19 % zu, während sie in den neuen Ländern zunächst auf dem sehr niedrigen Niveau von etwa 7 % verharrte. Hier werden nicht nur unterschiedliche familienpolitische Ansätze sichtbar, sondern verschiedene Lebensentwürfe und Lebenshaltungen, die durch die getrennte gesellschaftliche Entwicklung

im früheren Bundesgebiet und in der ehemaligen DDR bis 1989 beeinflusst wurden.

Bei den zwischen 1964 und 1968 geborenen Frauen nahm in den neuen Ländern der Anteil der Kinderlosen erstmals auf 11 % zu. Damit war er nur halb so hoch wie im früheren Bundesgebiet: Hier war jede fünfte Frau in dieser Jahrgangsgruppe (zum Zeitpunkt der Befragung zwischen 40 und 44 Jahren) kinderlos (22 %). Bei den Frauen dieser Jahrgänge wird sich der Kinderlosenanteil nicht mehr verändern.

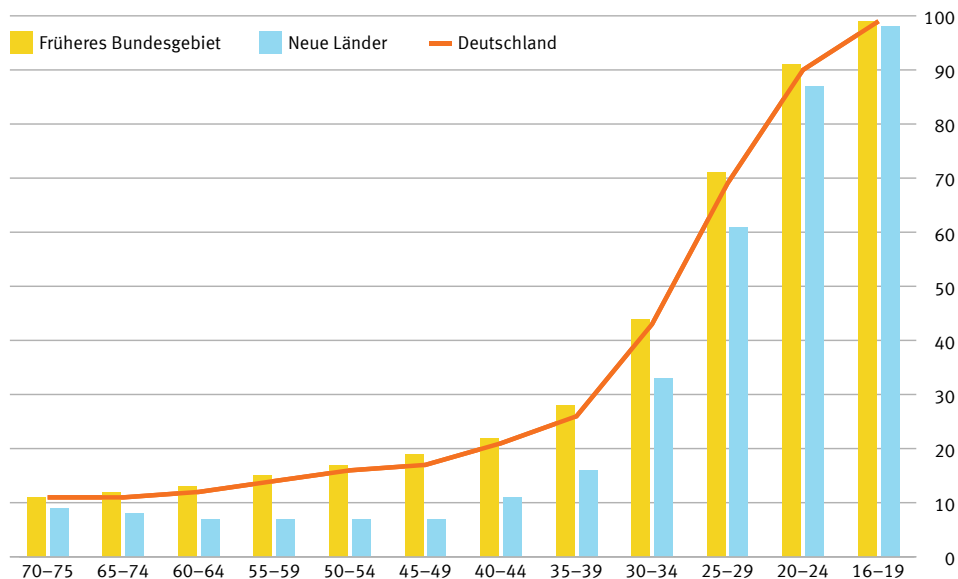
In den ostdeutschen Jahrgängen 1969 bis 1973, die zum Zeitpunkt der Deutschen Vereinigung 1990 zwischen 17 und 21 Jahren alt waren, waren im Jahr 2008 16 % der Frauen ohne Kind. Der Kinderlosenanteil war damit bereits deutlich höher als bei den fünf Jahre älteren Frauen (11 %). Auch im früheren Bundesgebiet war der Kinderlosenanteil bei den 35- bis 39-Jährigen mit 28 % erheblich höher als bei den vorhergehenden Frauenjahrgängen. Bemerkenswert ist, dass deutliche Unterschiede zwischen den Kinderlosenanteilen in West- und Ostdeutschland nicht nur bei den älteren Frauenjahrgängen

gängen bestanden, sondern auch bei den ganz jungen, im vereinigten Deutschland aufgewachsenen Frauen deutlich sichtbar sind.

Jede dritte Frau in den Stadtstaaten hat keine Kinder

Besonders hoch ist der Anteil der kinderlosen Frauen in den Stadtstaaten. Bei den Jahrgängen 1959 bis 1973, die 2008 zwischen 35 und 49 Jahre alt waren, war hier fast jede dritte Frau kinderlos (30 %), das waren neun Prozentpunkte mehr, als im Bundesdurchschnitt (21 %).

**Anteil kinderloser Frauen 2008
nach Altersgruppen, in %**



2 Kennzahlen zum Geburtenverhalten und seinen soziodemografischen Aspekten

2.4

Partnerschaft

Die Angaben zur Partnerschaft im Mikrozensus zeigen, ob Frauen zum Zeitpunkt der Befragung mit einem Partner oder einer Partnerin zusammen gelebt und einen gemeinsamen Haushalt geführt haben. Dabei ist unerheblich, ob es sich um eine Ehe, eine Lebensgemeinschaft ohne Trauschein oder um eine eingetragene Lebenspartnerschaft nach dem Lebenspartnerschaftsgesetz handelt. Zum Familienstand „verheiratet“ zählen hier nur „verheiratet zusammen Lebende“.

Es wird nur die aktuelle Partnerschaft oder Ehe nachgewiesen, dabei ist nicht bekannt, ob diese bereits zum Zeitpunkt der Geburt des Kindes oder der Kinder bestand.

Verheiratete Frauen haben am häufigsten Kinder

Frauen, die mit einem Partner in einem Haushalt leben, waren 2008 häufiger Mutter als Frauen, die keinen Partner im Haushalt hatten. Bei verheirateten Frauen war der

Mütteranteil am höchsten. Er lag bei den Frauen im Alter zwischen 35 und 49 Jahren zwischen 89 % und 91 %.

Ähnlich hoch war der Mütteranteil bei früher verheirateten Frauen, auch wenn diese zum Zeitpunkt der Befragung ohne Partner waren (Geschiedene, Verwitwete und getrennt lebend Verheiratete). Besonders gering war

dagegen der Anteil der Mütter bei ledigen Frauen ohne Partner. Er lag 2008 bei Frauen zwischen 35 und 49 Jahren unter 30 %.

Auch bei jüngeren Frauen waren diese Unterschiede deutlich ausgeprägt. Bei den 25- bis 29-jährigen Frauen mit Partner hatten bereits 49 % mindestens ein Kind, bei den verheirateten unter ihnen sogar 69 %.

Anteil der Mütter bei den Frauen mit und ohne Partner 2008 in %

Jahrgang und Alter	an allen Frauen	mit Partner ¹		ohne Partner ¹		
		insgesamt	Ehe-frauen ²	insgesamt	Ledige	nicht ledige ³
1979–1983 (25–29)	31	49	69	13	9	66
1974–1978 (30–34)	57	71	82	28	17	76
1969–1973 (35–39)	74	84	89	45	24	84
1964–1968 (40–44)	79	87	90	58	29	89
1959–1963 (45–49)	83	89	91	66	27	89

1 Im gleichen Haushalt lebend zum Zeitpunkt der Befragung.

2 Verheiratet zusammen Lebende.

3 Geschiedene, verheiratet getrennt Lebende und Verwitwete.

Bei gleichaltrigen ledigen Frauen ohne Partner im Haushalt betrug der Anteil der Mütter nur 9 %.

Immer weniger junge Frauen sind verheiratet

Bei verheirateten Frauen ist die Wahrscheinlichkeit, dass sie Kinder haben, am höchsten. Allerdings hat die Ehe als Lebensform für jüngere Frauen in den letzten 25 Jahren rasant an Bedeutung verloren: 2008 war nicht einmal ein Drittel (28 %) der Frauen in der Altersgruppe zwischen 25 und 29 Jahren verheiratet. Nur jede Zweite (50 %) in dieser Altersgruppe lebte 2008 mit einem Partner zusammen. Vor 25 Jahren lag die Verheiratetenquote bei den Frauen dieses Alters bei zwei Dritteln (68 %).

In der Altersgruppe der 30- bis 34-jährigen Frauen waren 2008 51 % der Frauen verheiratet und 68 % lebten mit einem Partner zusammen. Der Anteil der Ledigen, die keinen Partner im Haushalt hatten, war mit 27 % relativ hoch.



2 Kennzahlen zum Geburtenverhalten und seinen soziodemografischen Aspekten

2.5

Bildungsstand

Mit steigendem Bildungsniveau der Frauen nimmt die Zahl der geborenen Kinder ab. Dieser Effekt kann weltweit beobachtet werden, er spiegelt jedoch nur eine allgemeine Tendenz wider. Es gibt eine Vielzahl von Faktoren und Rahmenbedingungen, die ihn verstärken oder relativieren können. Neben kinderfreundlichem gesellschaftlichen Klima oder moderner Unternehmenskultur, die flexible Arbeitszeiten für Eltern mit kleinen Kindern ermöglicht, können auch familienpolitische Maßnahmen die Vereinbarkeit zwischen der angestrebten beruflichen Entwicklung und der Mutterschaft erleichtern. Insbesondere für höher gebildete Frauen hängt eine Entscheidung für Kinder oft vom Angebot zur Kinderbetreuung ab. Denn das vorübergehende Ausscheiden aus dem Berufsleben bedeutet für sie sowohl im Hinblick auf die Karriere als auch auf das Einkommen besonders spürbare Einschnitte.

Die drei Kategorien hoher, mittlerer und niedriger Bildungsstand beruhen auf der international vergleichbaren Klassifikation formaler Bildungsabschlüsse „International Standard Classification of Education“ (ISCED). Personen mit einem hohen Bildungsstand verfügen über einen akademischen Abschluss oder Fachhochschulabschluss. Berufsqualifizierende Abschlüsse oder das (Fach-)Abitur gehören zur Kategorie mittlerer Bildungsstand und alle übrigen Abschlüsse zur Kategorie niedriger Bildungsstand.

Die folgenden Aussagen beziehen sich auf die Frauen der Geburtsjahrgänge 1959 bis 1968, die im Erhebungsjahr 2008 zwischen 40 und 49 Jahren alt waren. Da die Frauen ab 40 Jahren ihre berufliche Ausbildung in der Regel abgeschlossen haben und nur noch selten Kinder bekommen, werden sich die dargestellten Ergebnisse kaum noch verändern.

Mütter mit mehr als zwei Kindern sind bei Frauen mit niedrigem Bildungsstand am stärksten vertreten

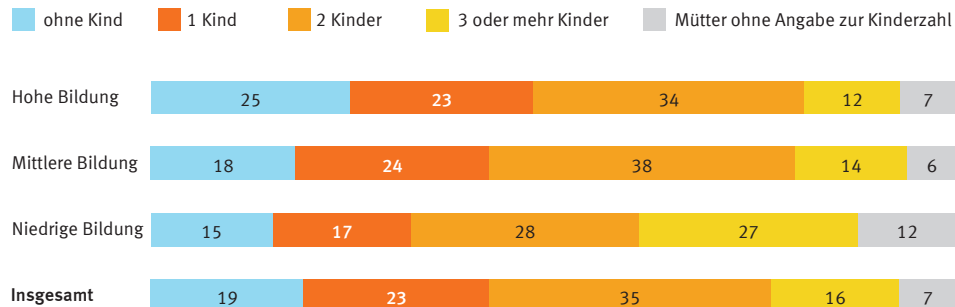
Mütter zwischen 40 und 49 Jahren mit niedrigem Bildungsstand hatten 2008 häufiger drei oder mehr Kindern als Mütter mit einem mittleren und hohen Bildungsstand. 27 % der Mütter mit niedriger Bildung hatten drei oder mehr Kinder, 28 % hatten zwei und nur 17 % hatten ein Einzelkind.

Anders bei Müttern mit mittlerem und hohem Bildungsstand: Die größte Gruppe bei den 40- bis 49-Jährigen stellten die Mütter von zwei Kindern (38 % und 34 %), der zweitgrößte Anteil entfiel auf Mütter von Einzelkindern (24 % und 23 %) und die kleinste Gruppe auf Mütter mit drei oder mehr Kindern (14 beziehungsweise 12 %).

Je höher der Bildungsstand, desto weniger Kinder

Der Anteil der Frauen ohne Kind lag 2008 bei allen 40- bis 49-jährigen Frauen bei 19%. Je nach Bildungsstand variierte das Niveau der Kinderlosigkeits stark: Frauen mit niedrigem Bildungsstand hatten zu 15 % kein Kind, Frauen mit mittlerer Bildung zu 18% und bei Frauen mit hohem Bildungsstand war jede vierte kinderlos (25 %). Die Kinderlosigkeit ist demnach bei Frauen mit hoher Bildung besonders stark ausgeprägt.

40- bis 49-jährige Frauen nach Bildungsstand und Zahl der Kinder 2008 in %



2 Kennzahlen zum Geburtenverhalten und seinen soziodemografischen Aspekten

Immer mehr Frauen haben hohe Bildung, deshalb steht die Kinderlosigkeit der Akademikerinnen im Fokus

Immer mehr Frauen in Deutschland erwerben inzwischen höhere Bildungsabschlüsse. Im früheren Bundesgebiet stieg der Anteil der Frauen mit hohem Bildungsstand von 6 % bei den 1930er Jahrgängen auf 25 % bei den 1970er Jahrgängen. In den neuen Ländern lag dieser Anteil stabil bei rund 30 %. Da die Kinderlosigkeit in dieser wachsenden Bildungsgruppe am höchsten ist, gilt dem Geburtenniveau bei Akademikerinnen ein besonderes Interesse.

Für Deutschland insgesamt gilt: Je höher der Bildungsstand, desto höher der Anteil der Frauen ohne Kind. Zwischen den Frauen in West- und Ostdeutschland zeigen sich aber große Unterschiede. Im früheren Bundesgebiet war 2008 der Anteil der kinderlosen Frauen mit hohem Bildungsstand durchschnittlich um zehn Prozentpunkte höher als der Durchschnittswert.

Dagegen weicht in den neuen Ländern der Anteil der Kinderlosen mit hoher Bildung nur in einzelnen Jahrgangsgruppen leicht vom

allgemeinen Kinderlosigkeitsniveau der ost-deutschen Frauen ab. Sogar bei den Frauen der jüngeren Jahrgänge, die ihre beruflichen Abschlüsse im vereinigten Deutschland erworben haben, war der Kinderlosenanteil in den neuen Ländern nur etwa halb so hoch wie im früheren Bundesgebiet.

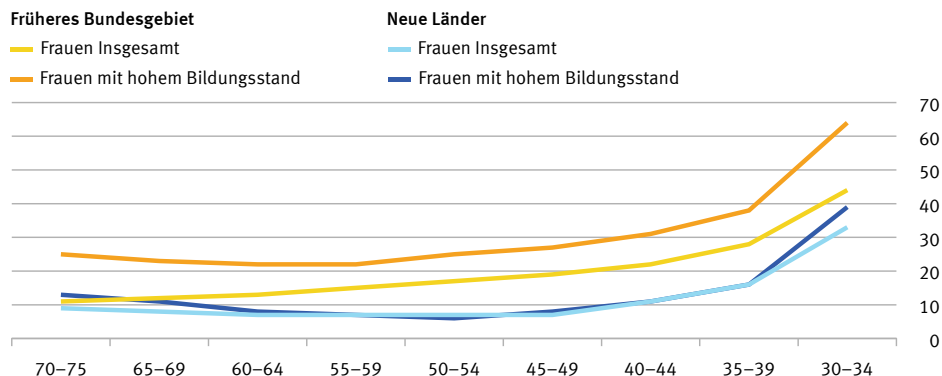
Regional übergreifend war die durchschnittliche Kinderzahl je Mutter bei Hochgebildeten geringer als die durchschnittliche

Kinderzahl bei allen Müttern (unabhängig vom Bildungsstand).

Dieser Abstand variierte jedoch zwischen den Frauenjahrgängen. Die 1933 bis 1943 geborenen Mütter mit hohen Bildungsabschlüssen hatten eine um etwa 11 % geringere Kinderzahl als die Mütter insgesamt. Bei den Jahrgängen, die Anfang der 1950er Jahre geboren wurden, betrug die Differenz dagegen lediglich 2 %.

Kinderlose Frauen 2008

nach Altersgruppen, in %

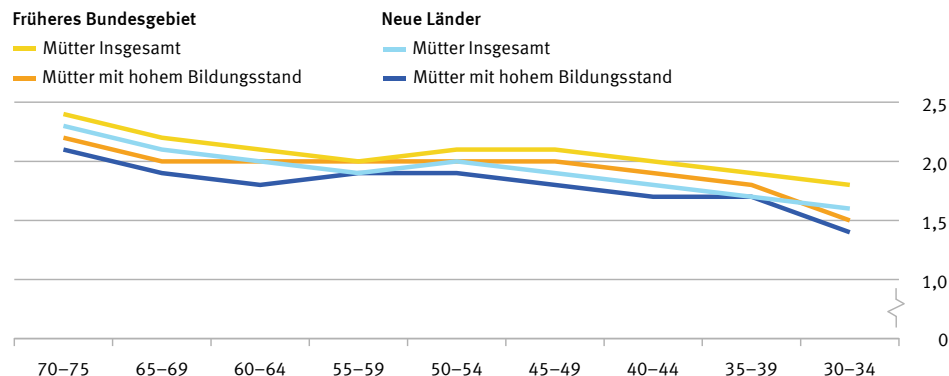


Bei den jüngeren Jahrgängen weicht die durchschnittliche Kinderzahl bei hoch gebildeten Müttern in Westdeutschland viel stärker vom Durchschnitt ab als in den neuen Ländern. Da Akademikerinnen im früheren Bundesgebiet später Familien gründen, bekommen sie weitere Kinder in höherem Alter als die übrigen Mütter. Deshalb haben die hoch gebildeten Frauen der Jahrgänge 1964 bis 1978 noch eine deutlich geringere Kinderzahl als alle Mütter im Durchschnitt.

Es ist zu erwarten, dass sich diese Unterschiede noch etwas reduzieren.

In den neuen Ländern öffnet sich eine ähnliche Lücke erst bei den 1974 bis 1978 geborenen Müttern. Die meisten Frauen haben hier bis zum Alter von 35 bis 39 Jahren ihre Familienplanung bereits abgeschlossen. Frauen mit akademischen Abschlüssen haben sich in dieser Hinsicht wenig von anderen Müttern unterschieden.

Durchschnittliche Kinderzahl je Mutter 2008



2 Kennzahlen zum Geburtenverhalten und seinen soziodemografischen Aspekten

2.6

Erwerbsbeteiligung und Beruf

Im Folgenden werden nur ausgewählte Aspekte des Zusammenhangs zwischen Kinderlosigkeit (siehe 2.3) und Erwerbsbeteiligung von Frauen aufgezeigt. Eine umfassende Darstellung der komplexen Wechselwirkungen zwischen familiärer Lage und den Erwerbsbiografien der Frauen würde an dieser Stelle den Rahmen sprengen.

Die hier dargestellten Ergebnisse beziehen sich auf die Altersgruppe der 35- bis 49-jährigen Frauen (im diesem Alter waren im Jahr 2008 die Jahrgänge 1959 bis 1973). Theoretisch können diese Frauen zwar ihr erstes Kind noch bekommen, die meisten von ihnen haben sich jedoch bereits für oder gegen eine Familie mit Kind entschieden.

77 % der 35- bis 49-jährigen Frauen waren 2008 erwerbstätig. Als erwerbstätig gilt entsprechend den Vorgaben der International Labour Organization (ILO), wer in der Berichtswoche mindestens eine Stunde gegen Bezahlung gearbeitet hat (auch selbstständig oder als unbezahlt mithelfendes Familienmitglied).

Kinderlosigkeit bei erwerbstätigen Frauen im Westen mehr als doppelt so hoch wie im Osten

21 % der Frauen im Alter von 35 bis 49 Jahren waren 2008 kinderlos, bei den erwerbstätigen Frauen war es sogar jede Vierte (24 %).

Im früheren Bundesgebiet hatten 26 % der erwerbstätigen Frauen kein Kind, bei den nichterwerbstätigen gleichaltrigen Frauen waren nur 12 % kinderlos. In den neuen Ländern waren dagegen fast 90 % der Frauen unabhängig von ihrem Erwerbsstatus Mütter, der Kinderlosenanteil betrug bei den Erwerbstätigen nur 11 % und bei den Nichterwerbstätigen 12 %.

Dieser starke Kontrast im Niveau der Kinderlosigkeit der erwerbstätigen Frauen in

West- und Ostdeutschland weist darauf hin, dass es immer noch deutliche Unterschiede bei der Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Familie mit Kind(ern) gibt.

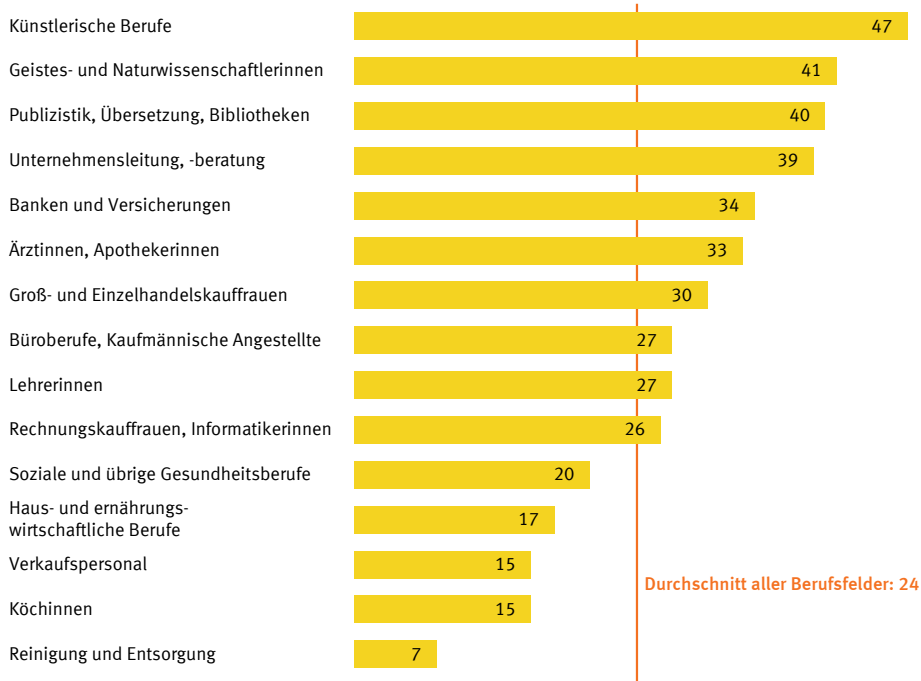
Der Anteil der Frauen ohne Kind variiert beträchtlich nach der beruflichen Stellung. Beamtinnen und Richterinnen zwischen 35 und 49 Jahren sind zu 31 % kinderlos, gefolgt von Selbstständigen ohne Beschäftigte (27 %) und Angestellten (26 %). Bei Arbeiterinnen (15 %) und mithelfenden Familienangehörigen (6 %) waren diese Anteile deutlich geringer.

Dass der Anteil der Frauen ohne Kind mit höherer beruflicher Qualifikation zunimmt, wurde bereits unter 2.5 beschrieben. Bei der Betrachtung einzelner Berufsfelder zeigt sich jedoch, dass dieser Zusammenhang nicht

bei allen Berufen, die höhere Qualifikationsanforderungen haben, gleichermaßen besteht.

Frauen in künstlerischen Berufen (zum Beispiel Musikerinnen, Schauspielerinnen, bildende Künstlerinnen) waren mit 47 % am häufigsten kinderlos und lagen damit deutlich über dem Durchschnittswert für alle erwerbstätigen Frauen zwischen 35 und 49 Jahren (24 %). Bei Ärztinnen und Apothekerinnen war jede Dritte ohne Kind (33 %), Lehrerinnen lagen mit 27 % bereits deutlich näher am Durchschnittswert für alle Berufsfelder. Bei Beschäftigten in sozialen oder Gesundheitsberufen war ihr Anteil leicht unterdurchschnittlich. Am geringsten war der Anteil kinderloser Frauen bei Verkäuferinnen, Köchinnen sowie in Reinigungsberufen.

Anteil kinderloser Frauen zwischen 35 und 49 Jahren in ausgewählten Berufsfeldern in %



2 Kennzahlen zum Geburtenverhalten und seinen soziodemografischen Aspekten

2.7

Migrationserfahrung

Frauen mit Migrationserfahrung sind im Ausland geboren und nach Deutschland zugewandert. Sie haben einen Teil ihres Lebens in ihrem Herkunftsland verbracht und sind somit zumindest teilweise durch andere Verhältnisse und Erfahrungen geprägt, als die in Deutschland geborenen Frauen. Migrationserfahrungen haben sowohl Frauen mit deutscher als auch mit ausländischer Staatsangehörigkeit. Frauen mit deutscher Staatsangehörigkeit können als Aussiedlerinnen oder als Spätaussiedlerinnen nach Deutschland zugewandert sein. Sie konnten aber auch als Ausländerinnen gekommen sein, die dann später in Deutschland eingebürgert wurden.

15 % der in Deutschland lebenden Frauen zwischen 16 und 75 Jahren sind im Ausland geboren und zugewandert, verfügen also über Migrationserfahrung. Bei Frauen, die 2008 im Alter zwischen 16 und 49 Jahren waren, sind es 17 %.

Knapp 8 % entfielen dabei auf Frauen mit deutscher und knapp 10 % auf Frauen mit ausländischer Staatsangehörigkeit.

Starker Geburtenrückgang betrifft Frauen mit und ohne Migrationserfahrung

Die durchschnittliche Kinderzahl je Frau sank zwischen den Jahrgangsgruppen 1933 bis 1938 und 1959 bis 1963 bei Frauen ohne Migrationserfahrung um 24 % und bei Frauen mit Migrationserfahrung um 18 %.

Innerhalb der Frauen mit Migrationserfahrung gab es deutliche Unterschiede in der durchschnittlichen Kinderzahl zwischen Frauen mit deutscher und Frauen mit ausländischer Staatsangehörigkeit bei den älteren Frauenkohorten der heute über 60-Jährigen. Bei den Jüngeren wurden sie immer geringer und sind nun bei den 49-jährigen und jüngeren Frauen fast verschwunden.

Die durchschnittliche Kinderzahl war lange Zeit bei Frauen mit Migrationserfahrung konstant um rechnerisch 0,4 Kinder höher

als bei den in Deutschland geborenen Frauen. In den Jahrgangsgruppen der zwischen 1964 und 1978 geborenen Frauen nahmen die Unterschiede in der durchschnittlichen Kinderzahl je Frau leicht zu.

Kinderlosenanteil bisher nur bei Frauen ohne Migrationserfahrung stark angestiegen

Bei älteren Frauenkohorten unterschied sich das Niveau der Kinderlosigkeit zwischen den Frauen mit und ohne Migrationserfahrung noch nicht sehr stark. Für die Differenzen in der endgültigen durchschnittlichen Kinderzahl war vor allem die Kinderzahl je Mutter ausschlaggebend, die bei den Frauen mit Migrationserfahrung höher war als bei den in Deutschland geborenen Frauen. Zwischen den Jahrgängen 1954 und 1983 vergrößerte sich der Abstand beim Anteil der Kinderlosen zwischen beiden Gruppen deutlich von 7 auf 23 Prozentpunkte. Die Unterschiede in der durchschnittlichen Kinderzahl je Mutter

Durchschnittliche Kinderzahl je Frau mit und ohne Migrationserfahrung

Kinderlose Frauen mit und ohne Migrationserfahrung Anteil in %

Jahrgang	Ohne Migrationser- fahrung	Mit Migrationserfahrung			Ohne Migrationser- fahrung	Mit Migrationserfahrung		
Alter im Jahr 2008		insge- samt	Staatsangehörigkeit			insgesamt	Staatsangehörigkeit	
			deutsch	auslän- disch			deutsch	auslän- disch
1979–1983 (25–29)	0,4	0,8	0,7	0,8	74	51	53	50
1974–1978 (30–34)	0,8	1,4	1,4	1,4	48	28	27	28
1969–1973 (35–39)	1,3	1,9	1,8	1,9	29	14	13	15
1964–1968 (40–44)	1,5	2,0	2,0	2,0	22	12	10	14
1959–1963 (45–49)	1,6	2,0	2,0	2,1	19	10	9	11
1954–1958 (50–54)	1,6	2,1	2,0	2,1	17	10	9	11
1949–1953 (55–59)	1,7	2,1	2,0	2,2	15	11	9	12
1944–1948 (60–64)	1,7	2,2	1,9	2,4	13	9	10	8
1939–1943 (65–69)	1,9	2,4	2,2	2,7	11	9	9	8
1933–1938 (70–75)	2,1	2,5	2,4	2,6	11	10	9	11

blieben aber fast unverändert. Der leichte Anstieg der Differenz bei der durchschnittlichen Kinderzahl je Frau insbesondere bei

den Jahrgängen 1969 bis 1978 ist deshalb vor allem auf die Unterschiede im Niveau der Kinderlosigkeit zurückzuführen.



3 Geburten in Europa

3.1

Zusammengefasste Geburtenziffer im europäischen Vergleich

Im gesamten EU-Raum variierte die zusammengefasste Geburtenziffer (siehe 1.5) im Jahr 2009 zwischen 1,3 Kindern je Frau in Lettland, Ungarn und Portugal einerseits und rund 2,0 Kindern je Frau in Irland, Frankreich, Schweden und im Vereinigten Königreich andererseits.

Dauerhaft niedriges Geburtenniveau wurde bisher nur in Deutschland beobachtet

Deutschland – und speziell das frühere Bundesgebiet – ist weltweit das einzige Land, in dem das niedrige Geburtenniveau um circa 1,4 Kinder je Frau bereits seit fast 40 Jahren zu beobachten ist. In Europa war die Bundesrepublik Deutschland bereits Anfang der 1970er Jahre das Land mit der niedrigsten Geburtenhäufigkeit. 1977 sank die Geburtenziffer erstmalig auf 1,4 Kinder je Frau. Zu diesem Zeitpunkt war die Geburtenhäufigkeit in Italien, Griechenland und Spanien mit 2,0 bis 2,7 Kindern je Frau noch deutlich höher. Von Ende der 1970er bis

Ende der 1990er Jahre erlebten auch diese Staaten einen starken Geburtenrückgang. Die zusammengefasste Geburtenziffer sank dort für einige Jahre unterhalb des deutschen Niveaus. In den letzten 15 Jahren hat die Geburtenhäufigkeit in den drei südeuropäischen Staaten wieder leicht zugenommen und lag 2009 zwischen 1,4 und 1,5 Kinder je Frau. Die nord- und westeuropäischen Staaten weisen stabil ein höheres Geburtenniveau als Deutschland auf.

Osteuropa: Geburtenrückgang nach Zusammenbruch des Sozialismus

In den osteuropäischen EU-Mitgliedstaaten wurde der Zusammenbruch des Sozialismus Anfang der 1990er Jahre auch durch Veränderungen im Geburtenverhalten begleitet. Von Ende der 1980er bis Ende der 1990er Jahre erlebten diese Staaten, ähnlich wie die neuen Länder, einen rapiden Geburtenrückgang. Noch 1985 wiesen die Osteuropäerinnen eine zusammengefasste Geburten-



ziffer zwischen 1,7 Kindern je Frau in Slowenien und 2,3 in der Slowakei auf. Anfang der 2000er Jahre fiel hier das Geburtenniveau bis auf 1,1 Kinder je Frau. Seit 2003 nimmt die Geburtenhäufigkeit in Osteuropa wieder zu. Besonders ausgeprägt ist der Wiederanstieg in der Tschechischen Republik, in Bulgarien, Slowenien und Estland.

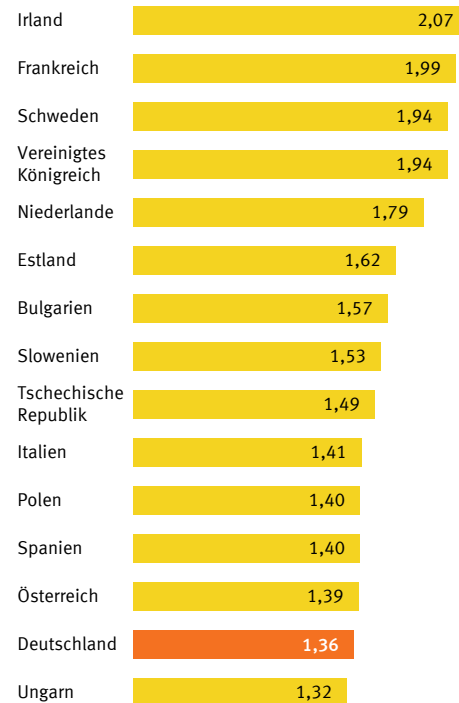
Alter der Frauen bei Geburt ist in allen EU-Mitgliedstaaten gestiegen

Diese Entwicklungen gehen in allen EU-Staaten mit der Erhöhung des durchschnittlichen Alters der Frauen bei der Geburt des Kindes einher. Zwischen 2000 und 2009 stieg das durchschnittliche Alter am stärksten in den osteuropäischen Ländern, angeführt von der Tschechischen Republik (+2,3 Jahre). In Deutschland stieg es

um 1,4 Jahre an. Am geringsten war die Zunahme des Alters in Spanien (+0,3).

Die Verschiebungen im so genannten Timing der Geburten können zeitweilig zu einem deutlichen Absinken des jährlichen Geburtenniveaus führen. Wenn jüngere Frauenjahrgänge die Geburt eines Kindes auf später aufschieben und gleichzeitig die Frauenjahrgänge im höheren gebärfähigen Alter nur noch wenige Kinder bekommen, geht die Zahl der Geburten insgesamt zurück. Eine solche Situation entstand in den 1990er Jahren in den ost- und einigen süd-europäischen Staaten sowie in Ostdeutschland in einer besonders ausgeprägten Form. Kommen die ehemals jüngeren Jahrgänge nun in das Alter, in dem sie die aufgeschobenen Geburten nachholen, nimmt das Geburtenniveau wieder zu.

Zusammengefasste Geburtenziffer 2009 Kinder je Frau in ausgewählten EU-Mitgliedstaaten



3 Geburten in Europa

3.2

Kohortenfertilität im europäischen Vergleich

Die periodenbezogene zusammengefasste Geburtenziffer kann mehr oder weniger stark von den Veränderungen des Alters der Frauen bei der Geburt beeinflusst werden. Für die internationalen Vergleiche des Geburtenverhaltens sind deshalb Kennzahlen, die auf Frauenjahrgänge bezogen sind (Kohorten), von besonderer Bedeutung (siehe 2.1).

Die durchschnittliche Zahl der Kinder, die ein Frauenjahrgang im Laufe seines Lebens zur Welt gebracht hat, kann – statistisch gesehen – erst nach dem Erreichen des 50. Lebensjahrs des Jahrgangs nachgewiesen werden. Vergleichbare Ergebnisse für die meisten EU-Staaten liegen für den Jahrgang 1958 vor.

Der deutsche Frauenjahrgang 1958 nimmt bei der Kohortenfertilität mit 1,7 Kindern je Frau den letzten Platz unter den 27 EU-Mitgliedstaaten ein. Irland weist für diesen Jahrgang die höchste endgültige Kinderzahl auf: 2,5 Kinder je Frau. Augenfällig ist, dass die Kohortenfertilität in den osteuropäischen Staaten für den Jahrgang 1958 über 1,9 und damit deutlich höher als in den meisten westeuropäischen Staaten liegt. Diese Frauenkohorte war in den 1990er Jahren, im Jahrzehnt der starken politischen und sozioökonomischen Umbrüche, über dreißig Jahre alt und hatte ihre Familienplanung bereits weitgehend abgeschlossen. Es ist zu erwarten, dass die Kohortenfertilität der 1960er Jahrgänge – beeinflusst durch das Geburtentief in den 1990er Jahren – geringer ausfallen wird.

Immer mehr Frauen in Europa bleiben kinderlos

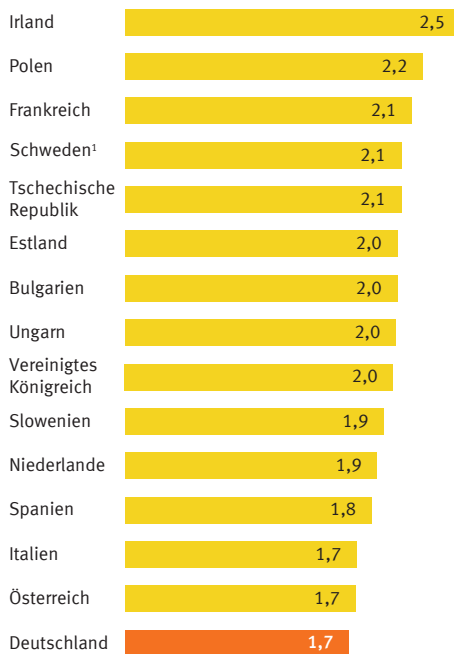
Nicht nur in Deutschland ist der Anteil kinderloser Frauen gestiegen (siehe 2.3). Jede fünfte Frau des Jahrgangs 1964 hatte mit 45 Jahren auch im Vereinigten Königreich, Italien und Finnland (20%) kein Kind. Es ist davon auszugehen, dass sich der Kinderlosenanteil in diesem Jahrgang nicht mehr verändern wird.

Im Vereinigten Königreich ist die Kohortenfertilität trotz des hohen Kinderlosigkeitsniveaus relativ hoch. Der vergleichsweise geringe Anteil der Mütter an allen Frauen des Jahrgangs wird hier durch eine relativ hohe Kinderzahl je Mutter teilweise kompensiert. Dieser Zusammenhang gilt auch für Irland, wo es neben einer endgültigen Kinderzahl

von über zwei Kindern je Frau einen relativ hohen Anteil kinderloser Frauen gibt (in der Kohorte 1964 18 %). Für die Gesellschaft bedeutet dies ein Nebeneinander von zwei verschiedenen Lebensentwürfen: Familien mit mehreren Kindern einerseits und einer kinderlosen Partnerschaft beziehungsweise dem Single-Dasein andererseits.

Anders ist es in Frankreich: Hier führen sowohl eine relativ hohe Kinderzahl in der Familie als auch eine vergleichsweise geringe Kinderlosigkeit zu einer hohen Geburtenziffer.

Endgültige durchschnittliche Kinderzahl des Frauenjahrgangs 1958 Kinder je Frau in ausgewählten EU-Mitgliedstaaten



1 Kohorte 1955.



Altersspezifische Geburtenziffer

Die Geburtenhäufigkeit kann für jedes Alter der Frauen zwischen 15 und 49 Jahren ermittelt werden. Dabei werden die während eines Kalenderjahres geborenen Kinder von Müttern eines bestimmten Alters auf alle Frauen dieses Alters bezogen. Das heißt, auf die durchschnittliche weibliche Bevölkerung, die in diesem Kalenderjahr das entsprechende Alter erreicht hat. Diese altersspezifischen Geburtenziffern zeigen, wie viele Kinder durchschnittlich von Frauen eines bestimmten Alters geboren werden.

Beruf

Die Zuordnung der beruflichen Tätigkeiten erfolgt im Mikrozensus entsprechend der Klassifikation der Berufe 1992 (KldB 92). In den Vergleich wurden nur Berufsfelder mit mindestens 70 000 beschäftigten Frauen einbezogen. Die hier dargestellten Ergebnisse beziehen sich auf die gegenwärtige Haupterwerbstätigkeit der Frau.

→ Endgültige Kinderzahl

Siehe „Kohortenfertilität“.

Erwerbstätige

Dazu zählen Personen im Alter ab 15 Jahren, die im Berichtszeitraum wenigstens eine Stunde für Lohn oder sonstiges Entgelt einer beruflichen Tätigkeit nachgehen beziehungsweise in einem Arbeitsverhältnis standen (einschl. Soldatinnen sowie mithelfende Familienangehörige), selbstständig ein Gewerbe oder eine Landwirtschaft betreiben oder einen freien Beruf ausüben.

Früheres Bundesgebiet und neue Länder

Die Angaben für das frühere Bundesgebiet und die neuen Länder sind ab dem Berichtsjahr 2001 ohne Berlin-West beziehungsweise Berlin-Ost dargestellt. In den Angaben für Deutschland ist Berlin enthalten.

Geborene und Geburten

In der Geburtenstatistik werden lebend und totgeborene Kinder nachgewiesen. Im Mittelpunkt des Interesses steht hier die Zahl der lebend geborenen Kinder, die auch die Bevölkerungszahl beeinflusst. Die Bezeichnungen „Geborene“ und „Geburten“ werden in dieser Broschüre als Synonyme verwendet und beziehen sich nur auf die lebend geborenen Kinder.

Geborene in und außerhalb der Ehe

Als Kind verheirateter Eltern gilt seit der Neuregelung vom 1. Juli 1998 ein Kind von Eltern, die zum Zeitpunkt der Geburt miteinander verheiratet sind, oder das bis 300 Tage nach Auflösung der Ehe durch den Tod eines Ehepartners geboren wird. Wird ein Kind nach Auflösung der Ehe durch Scheidung geboren, so gilt es – unabhängig vom Abstand zwischen Scheidung und Geburt – als Kind nicht verheirateter Eltern.

ISCED-97

Nach der international vergleichbaren Klassifikation für das Bildungswesen „International Standard Classification of Education 1997“ wird der höchste erreichte Bildungsstand kombiniert aus den Merkmalen allgemeiner Schulabschluss und beruflicher Bildungsabschluss nachgewiesen. In der vorliegenden Publikation werden die einzelnen ISCED-Level zu den drei Kategorien hoher, mittlerer und niedriger Bildungsstand zusammengefasst.

Kinderlosigkeit

Der Anteil der Frauen ohne Kinder bezogen auf die Frauen der entsprechenden Altersgruppe. Für die Frauen im Alter von 50 Jahren und älter, die in der Regel keine Kinder mehr bekommen, ist die Kinderlosigkeit endgültig. Für die jüngeren Altersgruppen kann sich der Kinderlosenanteil noch ändern und ist deshalb als Momentaufnahme zu verstehen.

Kohorte

Eine Kohorte besteht hier aus Personen, die im gleichen Jahr geboren wurden. Ein realer Geburtsjahrgang erlebt viele Veränderungen durch Zuzug, Fortzug oder Tod. Diese Veränderungen sind im Einzelnen unbekannt. Daher wird hier eine Kohorte aus der Bevölkerung zusammengesetzt, die in den einzelnen Kalenderjahren nachgewiesen wurde, in denen der entsprechende Geburtsjahrgang das Alter von 15 bis 49 Jahren durchlaufen hat.

Kohortenfertilität

Die Kohortenfertilität zeigt, wie viele Kinder die Frauen eines Geburtsjahrgangs im Laufe ihres Lebens durchschnittlich geboren haben. Diese so genannte endgültige Kinderzahl wird als Summe der altersspezifischen Geburtenziffern berechnet, die in den Jahren nachgewiesen wurden, in denen der entsprechende Jahrgang die Altersstufen von 15 bis 49 Jahren durchschritt. Für die jüngeren

Frauen entspricht die kumulierte Summe der altersspezifischen Geburtenziffern der bis zum entsprechenden Alter erreichten durchschnittlichen Kinderzahl.

Migrationserfahrung

Frauen mit Migrationserfahrung oder Zugewanderte sind im Ausland geboren und nach Deutschland eingewandert. Zu ihnen gehören sowohl Deutsche als auch Ausländerinnen. Frauen mit deutscher Staatsangehörigkeit können als Aussiedlerinnen beziehungsweise Spätaussiedlerinnen nach Deutschland zugewandert sein. Oder sie sind als Ausländerinnen eingewandert und wurden später in Deutschland eingebürgert.

Mikrozensus

Der Mikrozensus ist die größte Haushaltsbefragung in Europa. Rund 1 % der Bevölkerung in Deutschland gibt jährlich Auskunft zu ihren Lebens- und Arbeitsbedingungen. Eine Änderung des Mikrozensusgesetzes ermöglichte, dass im Jahr 2008 alle am Mikrozensus teilnehmenden Frauen im Alter zwischen 15 und 75 Jahren nach der Zahl der von ihnen geborenen Kinder gefragt wurden. Die Angabe zur Geburt der leiblichen Kinder ist freiwillig und wird nur alle vier Jahre erhoben. Vor 2008 lagen der amtlichen Statistik nur die Angaben zur Zahl der im Haushalt lebenden Kinder vor. Die Frage zur Zahl der geborenen Kinder wird das nächste Mal beim Mikrozensus 2012 gestellt.

→ Neue Länder

Siehe „Früheres Bundesgebiet und neue Länder“.

Staatsangehörigkeit

Nach dem ab 1. Januar 2000 geltenden Staatsangehörigkeitsrecht erwerben neben Kindern, deren Väter oder Mütter Deutsche sind, auch Kinder ausländischer Eltern die deutsche Staatsangehörigkeit durch Geburt, wenn bestimmte Voraussetzungen erfüllt sind. Dafür muss zumindest ein Elternteil seit mindestens acht Jahren rechtmäßig in Deutschland leben und ein unbefristetes Aufenthaltsrecht oder als Staatsangehöriger der Schweiz oder dessen Familienangehöriger eine entsprechende Aufenthaltserlaubnis besitzen. Deutsche Kinder ausländischer Eltern müssen sich bei Erreichen der

Volljährigkeit für die deutsche oder die ausländische Staatsangehörigkeit entscheiden. Wenn bis zur Vollendung des 23. Lebensjahres keine Erklärung dazu abgegeben wurde, verlieren sie die deutsche Staatsangehörigkeit.

Zusammengefasste Geburtenziffer

Die zusammengefasste Geburtenziffer eines Kalenderjahres gibt die durchschnittliche Kinderzahl an, die eine Frau im Laufe ihres Lebens hätte, wenn die altersspezifischen Geburtenziffern, die im betrachteten Kalenderjahr nachgewiesen wurden, von ihrem 16. bis zu ihrem 50. Lebensjahr gelten würden. Sie wird berechnet, indem die altersspezifischen Geburtenziffern des beobachteten Jahres für die Frauen im Alter von 15 bis 49 Jahren addiert werden.





www.destatis.de

Informationsservice

Tel.: +49 (0) 611 / 75 24 05

Fax: +49 (0) 611 / 75 33 30

Schriftliche Anfragen: www.destatis.de/kontakt

Weitere Veröffentlichungen zum Download oder Bestellen unter
www.destatis.de/publikationen

Rentenversicherung in Zeitreihen

Oktober 2014



Herausgeber:
Deutsche
Rentenversicherung
Bund

Rentenversicherung in Zeitreihen

Ausgabe 2014

Hinweise

Aus drucktechnischen Gründen und um die bessere Lesbarkeit zu gewährleisten, werden in der vorliegenden Ausgabe ältere Jahrgangsdaten zum Teil nur in Fünf-Jahres-Schritten ausgewiesen.

Die vollständigen Zeitreihen können zur besseren Weiterverarbeitung von allen Nutzern im Internet – permanent aktualisiert – unter

<http://www.forschung.deutsche-rentenversicherung.de>

bzw. über die Hauptseite

<http://www.deutsche-rentenversicherung.de>

jeweils unter der Rubrik Statistik eingesehen und heruntergeladen werden. Dort finden Sie auch weitere Statistikpublikationen (vgl. auch die Übersicht in Kapitel 17 dieser Broschüre).

Die Zeitreihentabellen werden kapitelweise als Exceldateien bereitgestellt. Zusätzlich wird der Inhalt dieser Broschüre als pdf-Datei (kapitelweise und komplett) angeboten.

Sofern nicht ausdrücklich in den Tabellen die unterschiedlichen Versicherungszweige allg. RV und KnV genannt werden, handelt es sich um Zahlenangaben zur Rentenversicherung insgesamt.

Einige Tabellen beinhalten Zahlen nur für das gesamte Bundesgebiet, wenn eine Unterteilung zwischen alten und neuen Bundesländern nicht möglich bzw. ausdrücklich vermerkt ist. Hierbei wird Berlin bei den Daten der Rentenversicherung getrennt, d. h. Berlin-West wird den alten Bundesländern, Berlin-Ost den neuen Bundesländern zugeordnet. Auslandssachverhalte (z. B. Auslandsrenten) sind pauschal den Tabellen „alte Bundesländer“ zugeordnet.

Für die Zeit vor dem 01.01.2002 ermittelte DM-Beträge werden zum amtlich festgelegten Umrechnungskurs 1 EUR = 1,95583 DM in Euro ohne kaufmännische Rundung umgerechnet. Kenngrößen und Bemessungswerte vor 2002 müssen in DM ausgewiesen werden.

Die Ausgabe 2014 berücksichtigt den Stand vom 08. Oktober 2014.

Ansprechpartner:

E-Mail-Adresse: statistik-bln@drv-bund.de

Herr Bütefisch	Tel.: (0 30) 865 – 89555
Herr Dannenberg	Tel.: (0 30) 865 – 89565
Frau Degtjarjev	Tel.: (0 30) 865 – 89524
Herr Ellert	Tel.: (0 30) 865 – 89532
Frau Hinz	Tel.: (0 30) 865 – 89517
Frau Dr. Kaldybajewa	Tel.: (0 30) 865 – 89563
Herr Dr. Keck	Tel.: (0 30) 865 – 89533
Herr Krickl	Tel.: (0 30) 865 – 89548
Herr Kruse	Tel.: (0 30) 865 – 89522
Frau Urbisz	Tel.: (0 30) 865 – 89528
oder	
Referat Statistisches Berichtswesen Würzburg	
Herr Dr. Stegmann	Tel.: (0 931) 6002 – 73519

Vorwort

Die DRV-Schrift „Rentenversicherung in Zeitreihen“ liegt jetzt in der aktualisierten Fassung vor. Berücksichtigt ist der Datenstand Anfang Oktober 2014. Die Veröffentlichung enthält eine umfangreiche Auswahl von Zeitreihen, die die Entwicklungen in der Alterssicherung anhand von Zahlen nachvollzieht. Die Zeitreihen erscheinen seit 1990 in der mittlerweile 20. Auflage.

Kernstück von „Rentenversicherung in Zeitreihen“ bilden Daten zur Entwicklung der Versicherten, des Rentenzugangs, des Rentenbestandes, der Rehabilitation und der Finanzen. Darüber hinaus werden volkswirtschaftliche und demographische Daten sowie die relevanten Kenngrößen und Bemessungswerte der Rentenversicherung dargestellt.

Zur Orientierung dient ein Glossar mit den wichtigsten Begriffen rund um die gesetzliche Rentenversicherung sowie ein Stichwortverzeichnis. Schließlich bietet Kapitel 17 einen Überblick über weitere Statistikveröffentlichungen der Deutschen Rentenversicherung Bund. Auf S. 323 finden Sie eine Kurzbeschreibung des erstmalig erschienenen Versichertenberichts 2014, der eine kommentierte Darstellung statistischer Kennzahlen und Entwicklungen zu den Versicherten der Deutschen Rentenversicherung bietet.

Weitere Hinweise, Ansprechpartner und Adressen zur Nutzung der elektronischen Fassung der Zeitreihen und weiterer Statistikergebnisse finden sich auf der Seite 2.

Die früher in dieser Broschüre enthaltene Gesetzeschronik wurde im Herbst 2014 aktualisiert und im Internet bereitgestellt.

Sollten Sie Anregungen für zukünftige Auflagen haben, nehmen wir diese gern entgegen. Die Druckfassung der „Rentenversicherung in Zeitreihen“ erscheint jeweils im Herbst eines Jahres. Die Zeitreihen werden laufend aktualisiert im Internet angeboten.

Berlin, im Oktober 2014



Dr. Ulrich Reineke
Geschäftsbereichsleiter „Finanzen und Statistik“
der Deutschen Rentenversicherung Bund

Verwendete Abkürzungen und technische Hinweise

A	Österreich
AAÜG	Anspruchs- und Anwartschaftsüberführungsgesetz. Siehe auch Glossar.
Abs.	Absatz
AFG	Arbeitsförderungsgesetz
AG	Aktiengesellschaft
allg. RV	Rentenversicherungszweig: allgemeine Rentenversicherung (früher ArV und AnV)
AloV	Arbeitslosenversicherung
AnV	Angestelltenversicherung bis 12/2004 (Finanzverfassung aber noch bis 12/2005)
AOK	Allgemeine Ortskrankenkasse
ArV	Arbeiterrentenversicherung bis 12/2004 (Finanzverfassung aber noch bis 12/2005)
AVG	Angestelltenversicherungsgesetz
B	Belgien
BA	Bundesagentur für Arbeit
BBG	Beitragsbemessungsgrenze
BfA	Bundesversicherungsanstalt für Angestellte bis Sept. 2005 existierende Organisation, zuständig für die Angestellten in der Rentenversicherung
BIP	Bruttoinlandsprodukt. Siehe auch Glossar.
BMAS	Bundesministerium für Arbeit und Soziales
BMG	Bundesministerium für Gesundheit
CA	Neubildungen (Krebs)
ca.	circa
D	Deutschland
DEÜV	Datenerfassungs- und -übermittlungsverordnung
DM	Deutsche Währung vor der Einführung des Euro.
DO-	Ein Dienstordnungsangestellter ist ein Beschäftigter einer Sozialversicherungseinrichtung, der zwar in einem privatrechtlichen Arbeitsverhältnis steht,
Ange-	für den aber beamtenrechtliche Grundsätze gelten.
stellter	
DRV	Deutsche Rentenversicherung, Zeitschrift der Deutschen Rentenversicherung Bund
E	Spanien
ECU	Die Europäische Währungseinheit (engl. ECU) war von 1979 bis 1998 die Rechnungseinheit der Europäischen Gemeinschaften (EG), später der Europäischen Union (EU) und Vorläufer des Euro
einschl.	einschließlich
ESVG	Das Europäische System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995) ist das System der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung innerhalb der Europäischen Union. Es geht um eine vergleichbare Beschreibung der Volkswirtschaften der Union. Das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) hat einen Methodenband zum ESVG veröffentlicht. Siehe auch Glossar.
EUR	Euro. 1 EUR = 1,95583 DM. Siehe auch Glossar.
F	Frankreich
f.	für
gem.	gemäß
GKV	Gesetzliche Krankenversicherung
HEZG	Hinterbliebenen- und Erziehungszeitengesetz
I	Italien
IAB	Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (der Bundesagentur für Arbeit)
ICD	Internationale statistische Klassifikation der Krankheiten und verwandter Gesundheitsprobleme

ILO	englisch: International Organization (Internationale Arbeitsorganisation)
inkl.	inklusive
IRL	Irland
Kfz-Hilfe	Kraftfahrzeughilfen, besondere Leistung zur Teilhabe
KLG	Kindererziehungsleistungsgesetz
KnV	Rentenversicherungszweig: Knappschaftliche Rentenversicherung. Siehe auch Glossar.
KV	Krankenversicherung
KVdR	Krankenversicherung der Rentner. Siehe auch Glossar.
L	Luxemburg
LVA	Landesversicherungsanstalt
Mio.	Millionen
NL	Niederlande
P	Portugal
PV	Pflegeversicherung
PVdR	Pflegeversicherung der Rentner
RAV	Rentanpassungsverordnung
rd.	rund, ungefähr
RKG	Reichsknappschaftsgesetz
RRG '92	Rentenreformgesetz 1992
RSVwV	Allgemeine Verwaltungsvorschrift über die Statistik in der gesetzlichen Rentenversicherung
RÜG	Rentenüberleitungsgesetz. Siehe auch Glossar unter „Renten nach Art. 2 RÜG“.
RV	(gesetzliche) Rentenversicherung
RV-BEVO	Rentenversicherungs-Beitragsentrichtungsverordnung
RVO	Reichsversicherungsordnung
S.	Seite
SF	Finnland
SGB	Sozialgesetzbuch
Sp.	Spalte
SVR	Sachverständigenrat
Tbc	Tuberkulose
UMTS	englisch: Universal Mobile Telecommunications System, besser bekannt unter der Abkürzung UMTS, steht für den Mobilfunkstandard der dritten Generation, mit dem deutlich höhere Datenübertragungsraten möglich sind.
v.H.	vom Hundert
VDL	Verband Deutscher Landesversicherungsanstalten. Vorgängerorganisation des seit September 2005 aufgelösten VDR
VDR	Verband Deutscher Rentenversicherungsträger (bis September 2005 existent)
versch.	verschiedene
vgl.	vergleiche
VGR	Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen
wg.	wegen
z.B.	zum Beispiel
ZfA	Zentrale Zulagenstelle für Altersvermögen
-	Fallzahl kleiner als 1 (jeweilige Dimension)
0	Fallgruppe nicht besetzt
x	Angabe liegt noch nicht vor oder keine Angabe möglich

Das hier zusammengestellte Zahlenmaterial ist der laufenden statistischen Berichterstattung der Rentenversicherungsträger entnommen, die als jährliche Querschnittsstatistik kontinuierlich veröffentlicht wird. Für nicht rentenversicherungsspezifische Zahlen wurden allgemein zugängliche Statistiken anderer Institutionen, insbesondere des Statistischen Bundesamtes, herangezogen. Genauere Quellenangaben finden sich jeweils unter den einzelnen Tabellen.

Tausendertrennung erfolgt durch einen Punkt, Dezimalstellen werden durch ein Komma abgetrennt.

Zusammengefasste Ergebnisse

Jahr	Versicherte am 31.12. ¹	Rentenzugang im Jahr	Rentenbestand am 31.12.	abgeschlossene Leistungen zur medizinischen Rehabilitation im Jahr
Alte Bundesländer (bis 1991) bzw. Deutschland (ab 1992)				
1960	x	661.646	7.872.473	548.916
1962	25.880.000	695.301	8.120.453	652.359
1965	25.683.000	780.546	8.605.163	693.105
1970	26.032.000	906.485	9.879.105	700.806
1975	25.915.000	1.014.046	11.480.297	840.856
1980	26.998.000	932.521	12.454.138	798.848
1981	27.411.000	918.893	13.029.482	838.900
1982	30.337.000	917.815	13.257.749	771.625
1983	34.920.483	946.236	13.651.983	521.224
1984	35.473.387	986.850	13.860.033	589.446
1985	36.003.257	905.199	14.014.838	696.743
1986	37.200.861	931.664	14.134.325	694.366
1987	37.660.114	966.603	14.322.925	726.716
1988	38.438.928	1.001.847	14.539.840	769.324
1989	39.312.107	1.020.162	14.782.055	774.186
1990	40.953.112	1.031.199	15.012.633	728.319
1991	40.812.903	917.827	15.293.201	839.789
1992	49.853.504	968.997	19.272.916	918.705
1993	49.739.635	1.519.641	19.839.562	944.283
1994	49.512.258	1.766.806	20.500.062	963.901
1995	49.432.325	1.742.471	21.060.962	985.415
1996	49.450.384	1.562.617	21.547.596	1.021.570
1997	49.569.039	1.498.902	21.962.687	629.752
1998	49.951.550	1.438.395	22.337.316	642.436
1999	50.675.640	1.470.170	22.652.016	717.388
2000	51.107.248	1.469.661	23.144.467	835.878
2001	50.844.812	1.384.441	23.464.860	892.687
2002	51.423.909	1.323.886	23.679.032	894.347
2003	51.422.085	1.409.737	23.974.241	845.618
2004	51.415.053	1.363.233	24.253.612	803.159
2005	51.728.532	1.312.124	24.483.745	804.064
2006	51.965.606	1.300.352	24.603.634	818.433
2007	52.135.362	1.241.647	24.733.713	903.257
2008	52.223.698	1.247.447	24.803.709	942.622
2009	52.204.849	1.247.364	24.932.492	978.335
2010	52.222.842	1.236.702	25.012.987	996.154
2011	52.423.284	1.255.878	25.167.500	966.323
2012	52.672.224	1.204.165	25.180.430	1.004.617
2013	x	1.209.241	25.164.401	988.380

¹ Bis 1982 Angaben gem. Mikrozensus, vgl. Glossar.

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung, Statistisches Bundesamt, BMAS

Inhaltsverzeichnis

ZUSAMMENGEFASSTE ERGEBNISSE 6

1 VERSICHERTE 13

Aktiv und passiv Versicherte am 31.12.	14
Versichertenstruktur am 31.12.	15
Aktiv Versicherte am 31.12. nach Wohnort (Bundesland) der Versicherten	18
Aktiv Versicherte ohne geringfügig Beschäftigte am 31.12. nach Altersgruppen	24
Ausländische aktiv Versicherte am 31.12. nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten	27
Pflichtversichertenstruktur am 31.12.	28
Pflichtversicherte im Berichtsjahr	31
Versicherungspflichtig Beschäftigte des Berichtsjahres/ und Entgelte	32
Freiwillig Versicherte im Berichtsjahr	35
Selbstständige im Berichtsjahr	36
Selbstständige am 31.12.	37

2 RENTENANTRÄGE 41

Unerledigte Anfangsbestände und effektive Antragszugänge.....	42
---------------------------------------------------------------	----

3 RENTENZUGANG 43

Rentenzugänge nach Zweigen.....	44
Insgesamt	44
Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit und wegen Alters	45
Rentenzugang nach Wohnort (Bundesland) des Rentenempfängers	46
Insgesamt	46
Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit - Männer und Frauen	48
Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit - Männer	50
Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit - Frauen	52
Renten wegen Alters - Männer und Frauen	54
Renten wegen Alters - Männer	56
Renten wegen Alters - Frauen	58
Renten wegen Todes.....	60
Versichertenrenten nach Rentenarten	62
Männer und Frauen.....	62
Männer	63
Frauen	64
Männer und Frauen - Anteile in v.H.	65
Männer - Anteile in v.H.	66
Frauen - Anteile in v.H.	67
Versichertenrenten: Versicherungsstatus am 31.12. im Jahr vor dem Leistungsfall	68
Männer und Frauen.....	68
Männer	69
Frauen	70
Erwerbsminderungsrenten: Versicherungsstatus am 31.12. im Jahr vor dem Leistungsfall	71
Männer und Frauen.....	71
Männer	72
Frauen	73
Renten wegen Alters: Versicherungsstatus am 31.12. im Jahr vor dem Leistungsfall ..	74
Männer und Frauen.....	74
Männer	75
Frauen	76
Männer und Frauen - Anteile ausgewählter Versicherungsverhältnisse in % an Insgesamt...	77
Männer - Anteile ausgewählter Versicherungsverhältnisse in % an Insgesamt	78
Frauen - Anteile ausgewählter Versicherungsverhältnisse in % an Insgesamt	79
Abschlüsse im Rentenzugang: Versichertenrenten	80
Männer und Frauen.....	80

Männer	81
Frauen	82
Abschläge im Rentenzugang: Erwerbsminderungsrenten	83
Männer und Frauen.....	83
Männer	84
Frauen	85
Abschläge im Rentenzugang: Altersrenten.....	86
Männer und Frauen.....	86
Männer	87
Frauen	88
Versichertenrenten von Kohorten nach Rentenarten	89
allg. RV - Männer und Frauen.....	89
allg. RV - Männer	90
allg. RV - Frauen	91
allg. RV - Männer und Frauen - Anteile in v.H.	92
allg. RV - Männer - Anteile in v.H.	93
allg. RV - Frauen - Anteile in v.H.	94
Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit nach Rentenarten	95
Männer und Frauen.....	95
Männer	96
Frauen	97
Männer und Frauen - Anteile in v.H.	98
Männer - Anteile in v.H.	99
Frauen - Anteile in v.H.	100
Arbeitsmarktbedingte Erwerbsminderungsrenten	101
Männer und Frauen.....	101
Männer	102
Frauen	103
Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit nach ausgewählten Diagnosehauptgruppen.....	104
Männer und Frauen.....	104
Männer	106
Frauen	108
Männer und Frauen - Anteile in v.H.	110
Männer - Anteile in v.H.	112
Frauen - Anteile in v.H.	114
Rentenzugänge nach Zweigen	116
Renten wegen Todes.....	116
Renten wegen Todes nach Rentenarten	117
Witwen-/Witwerrenten nach Rentenarten	118
Rentenzugänge mit Anwendung des Fremdrentenrechts	119
Rentenzugang nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten.....	120
Rentenzugang nach Nationalität, Zahlungsland und Abkommen.....	122
Durchschnittliche Zahlbeträge der Versichertenrenten nach Rentenarten	123
Männer und Frauen.....	123
Männer	124
Frauen	125
Durchschnittliche Zahlbeträge der Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit nach Rentenarten.....	126
Männer und Frauen.....	126
Männer	127
Frauen	128
Durchschnittliche Zahlbeträge der Renten wegen Todes nach Rentenarten	129
Durchschnittliche Zahlbeträge der Witwen-/Witwerrenten nach Rentenarten	130
Durchschnittliche Versicherungsjahre der Versichertenrenten	131
nach Rentenarten - Männer und Frauen	131
nach Rentenarten - Männer.....	132
nach Rentenarten - Frauen	133
Durchschnittliche Entgeltpunkte je Versicherungsjahr der Versichertenrenten	134

nach Rentenarten – Männer und Frauen.....	134
nach Rentenarten – Männer.....	135
nach Rentenarten – Frauen.....	136
Durchschnittliche Zugangsalter der Versichertenrenten.....	137
nach Rentenarten – Männer und Frauen.....	137
nach Rentenarten und Geschlecht.....	138
Versichertenrenten nach Altersgruppen.....	139
Relative Anteile (in %) der Zugangsalter an allen Zugängen eines Berichtsjahres – Männer und Frauen.....	139
Relative Anteile (in %) der Zugangsalter an allen Zugängen eines Berichtsjahres – Männer.....	140
Relative Anteile (in %) der Zugangsalter an allen Zugängen eines Berichtsjahres – Frauen.....	141
Durchschnittliche Zugangsalter von Kohorten.....	142
allg. RV – Versichertenrenten nach Rentenarten und Geschlecht.....	142
Verteilung der Zugangsalter von Kohorten.....	143
allg. RV – Versichertenrenten – Männer.....	143
allg. RV – Versichertenrenten – Frauen.....	144
Durchschnittliche Zugangsalter.....	145
Renten wegen Todes.....	145
Faktorenreihe zur Berechnung der Bruttorente.....	146
4 RENTENWEGFALL.....	149
Rentenwegfälle nach Zweigen.....	150
Insgesamt.....	150
Versichertenrenten Männer und Frauen.....	151
Versichertenrenten Männer.....	152
Versichertenrenten Frauen.....	153
Renten wegen Todes.....	154
Durchschnittliche Wegfallsalter.....	155
Versichertenrenten nach Geschlecht.....	155
Renten wegen Todes nach Rentenarten.....	156
Durchschnittliche Rentenbezugsdauer.....	157
Versichertenrenten.....	157
Fernere Lebenserwartung von Versichertenrentnern in Jahren.....	158
Männer.....	158
Frauen.....	159
5 RENTENUMWANDLUNGEN.....	161
Rentenumwandlungen nach Zweigen.....	162
Insgesamt.....	162
Versichertenrenten Männer und Frauen.....	163
Versichertenrenten Männer.....	164
Versichertenrenten Frauen.....	165
Renten wegen Todes.....	166
6 RENTENBESTAND.....	167
Rentenbestand nach Zweigen.....	168
Insgesamt.....	168
Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit und wegen Alters.....	169
Renten der Sozialversicherung der Arbeiter und Angestellten – DDR.....	170
Rentenbestand nach Auffüllbeträgen bzw. Erstattungen nach dem AAÜG.....	171
Renten mit Auffüllbeträgen/ Rentenzuschlägen bzw. überführter Zusatz- oder Sondernversorgung.....	171
Rentenbestand nach Wohnort (Bundesland) des Rentenempfängers.....	172
Insgesamt.....	172
Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit – Männer und Frauen.....	174
Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit – Männer.....	176
Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit – Frauen.....	178
Renten wegen Alters – Männer und Frauen.....	180
Renten wegen Alters – Männer.....	182

Renten wegen Alters - Frauen	184
Renten wegen Todes.....	186
Rentenbestand nach Zweigen	188
Renten wegen Todes.....	188
Rentenbestand nach Rentenarten	189
Versichertenrenten - Männer und Frauen	189
Versichertenrenten - Männer	190
Versichertenrenten - Frauen	191
Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit nach Rentenarten	192
Männer und Frauen.....	192
Männer	193
Frauen	194
Renten wegen Todes nach Rentenarten	195
Witwen-/Witwerrenten nach Rentenarten	196
Rentenbestand nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten der Versicherten	197
Rentenbestand nach Nationalität, Zahlungsland und Abkommen.....	199
Durchschnittliche Zahlbeträge nach Zweigen	200
Renten der Sozialversicherung der Arbeiter und Angestellten - DDR.....	200
Durchschnittliche Zahlbeträge der Versichertenrenten nach Rentenarten	201
Männer und Frauen.....	201
Männer	202
Frauen	203
Durchschnittliche Zahlbeträge der Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit nach Rentenarten.....	204
Männer und Frauen.....	204
Männer	205
Frauen	206
Durchschnittliche Zahlbeträge der Renten wegen Todes nach Rentenarten	207
Durchschnittliche Zahlbeträge der Versichertenrenten	208
am jeweiligen Anpassungstermin	208
Rentenbestand nach Rentnergruppen	209
Männer und Frauen am 1. Juli - RV	209
Männer am 1. Juli - RV.....	210
Frauen am 1. Juli - RV.....	211
Faktorenreihe zu den Zahlbeträgen	212
7 ANTRÄGE AUF LEISTUNGEN ZUR REHABILITATION	215
Anträge auf Leistungen zur Rehabilitation	216
Insgesamt	216
Besondere Fallgruppen.....	217
8 BEWILLIGTE ANTRÄGE AUF LEISTUNGEN ZUR REHABILITATION.....	219
Bewilligte Anträge auf Leistungen zur Rehabilitation	220
Insgesamt	220
Besondere Fallgruppen	221
9 ABGESCHLOSSENE LEISTUNGEN ZUR REHABILITATION	223
Leistungen zur medizinischen Rehabilitation	224
Medizinische Leistungen nach ausgewählten Diagnosehauptgruppen	225
Männer	225
Männer - Anteile in v.H.....	226
Frauen	227
Frauen - Anteile in v.H.	228
Stationäre medizinische Leistungen nach ausgewählten Diagnosehauptgruppen.....	229
Männer	229
Männer - Anteile in v.H.....	230
Frauen	231
Frauen - Anteile in v.H.	232

Medizinische Leistungen nach ausgewählten Diagnosehauptgruppen pro 1000	
Versicherte	233
Männer	233
Frauen	234
Stationäre medizinische Leistungen nach ausgewählten Diagnosehauptgruppen	
pro 1000 Versicherte - altersstandardisiert	235
Männer	235
Frauen	236
Anschlussheilbehandlungen nach ausgewählten Diagnosehauptgruppen	237
Männer	237
Frauen	238
Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben	239
Aufwendungen für Leistungen zur Teilhabe	240
10 FINANZDATEN.....	241
Einnahmen.....	242
Ausgaben	243
Anteil der KVdR- und PVdR-Ausgaben an den Rentenausgaben	244
Rentenausgaben nach Rentenartengruppen	245
RV Insgesamt	245
RV Insgesamt - Anteile.....	246
Ausgewählte Bundesmittel an die gesetzliche Rentenversicherung	247
Einnahmen.....	248
allg. RV	248
Ausgaben	249
allg. RV	249
Anteil der KVdR- und PVdR-Ausgaben an den Rentenausgaben	250
allg. RV	250
Rentenausgaben nach Rentenartengruppen	251
allg. RV	251
allg. RV – Anteile	252
Nachhaltigkeitsrücklage und Bar- und Anlagevermögen	253
allg. RV	253
Einnahmen.....	254
KnV	254
Ausgaben	255
KnV	255
11 KENNGRÖßEN UND BEMESSUNGSWERTE	257
Entwicklung des Standardrentenniveaus	258
Standardrente und Verfügbare Eckrente am jeweiligen Anpassungstermin	259
Bemessungswerte der RV	260
Durchschnittliche Bruttojahresarbeitsentgelte	260
Rentenanpassungen, aktueller Rentenwert und allg. Bemessungsgrundlage	261
Beitragssätze zur Sozialversicherung	262
Beitragssätze zur KVdR und PVdR	263
Beitragsbemessungsgrenzen	264
Jährliche Höchstwerte an Entgeltpunkten	265
Weitere Bemessungswerte	266
Historische Beitragssätze zur Sozialversicherung	267
Rentenanpassungen durch Gesetz und Verordnungen RAV und RWBestV seit 2005	268
Erläuterungen und Fußnoten zur Tabelle Rentenanpassungen	270
Basiswerte zur Bestimmung der Faktoren für die Rentenanpassung seit 2005	271
Preisniveau	272
12 ALTERSSICHERUNG	273
Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung am 31.12.	274
Fälle mit und ohne Rentenbezug	274

Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung mit Rentenbezug	275
Männer und Frauen	275
Männer	276
Frauen	277
Zusätzliche kapitalgedeckte Altersvorsorge (Riester - Rente)	278
Zahl der Zulagekonten und gezahlte Zulagen am 31.12. des Kalenderjahres	278
Zulageempfänger nach Beitragsjahren	278
Durchschnittliche Förderung nach Beitragsjahren	279
Zulagequoten nach Beitragsjahren	280
13 VOLKSWIRTSCHAFTLICHE DATEN	281
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit	282
Erwerbstätige und geleistete Arbeitsstunden im Inland	283
Abhängig Erwerbstätige nach Art der ausgeübten Tätigkeit	284
Bruttolöhne und -gehälter, Bruttoinlandsprodukt und Bruttonationaleinkommen	285
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte und seine Verwendung	286
Arbeitnehmerentgelt, Löhne und Gehälter (Inländer)	287
Volkswirtschaftliche Kennziffern	288
14 DEMOGRAPHIE	289
Bevölkerungsstruktur	290
Geburten und Nettofortpflanzungsrate	291
Entwicklung der Lebenserwartung und der Überlebenden	292
15 PERSONALBESTAND	293
Personalbestand Insgesamt	294
16 GLOSSAR	295
17 ÜBERBLICK ÜBER UNSERE STATISTIKPUBLIKATIONEN	319
18 STICHWORTVERZEICHNIS	329

1 Versicherte

Versicherte**Aktiv und passiv Versicherte am 31.12.**

Jahr	Insgesamt	Aktiv Versicherte ¹		Passiv Versicherte
		Insgesamt	darunter KnV	
	in Tausend			
Alte Bundesländer (bis 1991) bzw. Deutschland (ab 1992)				
1962	25.880	18.612	571	7.268
1965	25.683	18.969	500	6.714
1966	25.929	18.957	444	6.972
1967	25.733	18.435	385	7.298
1968	25.675	18.601	361	7.074
1969	25.735	18.927	351	6.808
1970	26.032	19.568	354	6.464
1971	25.998	19.643	340	6.355
1972	25.726	19.847	316	5.879
1973	25.779	19.997	301	5.782
1974	25.901	20.153	303	5.748
1975	25.915	19.486	299	6.429
1976	26.164	19.595	293	6.569
1977	26.094	19.899	288	6.195
1978	26.511	20.163	276	6.348
1979	27.050	21.003	279	6.047
1980	26.998	21.570	293	5.428
1981	27.411	21.819	293	5.592
1982	30.337	22.157	280	8.180
1983	34.920	22.029	402	12.891
1984	35.473	21.683	392	13.791
1985	36.003	22.391	381	13.612
1986	37.201	23.004	376	14.197
1987	37.660	23.446	364	14.214
1988	38.439	23.551	347	14.888
1989	39.312	23.792	332	15.521
1990	40.953	24.128	328	16.825
1991	40.813	24.148	330	16.665
1992	49.854	32.495	518	17.358
1993	49.740	32.314	482	17.426
1994	49.512	31.878	459	17.634
1995	49.432	31.430	450	18.002
1996	49.450	31.497	431	17.954
1997	49.569	31.225	423	18.344
1998	49.952	30.596	398	19.355
1999	50.676	33.250	384	17.426
2000	51.107	33.830	379	17.277
2001	50.845	33.611	356	17.234
2002	51.424	33.921	598	17.503
2003	51.422	33.357	598	18.065
2004	51.415	33.542	593	17.873
2005	51.729	34.722	582	17.007
2006	51.966	35.019	575	16.947
2007	52.135	34.988	559	17.147
2008	52.224	35.009	544	17.214
2009	52.205	35.127	531	17.078
2010	52.223	35.370	517	16.853
2011	52.423	35.546	501	16.877
2012	52.672	35.714	485	16.958

Bis 1982 Angaben gem. Mikrozensus, vgl. Glossar.

Ab 1983 Angaben aus der Statistik der Deutschen Rentenversicherung.

¹ ab 1999 einschl. geringfügig Beschäftigte.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Rentenversicherungsbericht und

Statistik der Deutschen Rentenversicherung - Versicherte, verschiedene Jahrgänge

Versicherte

Versichertenstruktur am 31.12.

Männer und Frauen

Jahr	Versicherte ohne Renten- bezug	Aktiv Versicherte ¹	und zwar ²			Passiv Versicherte
			Pflichtver- sicherte ³	freiwillig Ver- sicherte	Anrech- nungszeit- versi- cherte ³	
Alte Bundesländer						
1983	34.920.483	22.029.214	19.613.034	557.853	1.858.327	12.891.269
1985	36.003.257	22.391.282	19.608.261	861.314	1.921.707	13.611.975
1990	40.953.112	24.127.744	21.439.013	801.550	1.887.181	16.825.368
1992	41.116.510	25.099.103	24.205.233	787.476	106.394	16.017.407
1995	40.646.703	24.315.332	23.484.043	718.041	113.248	16.331.371
2000	42.403.255	27.017.457	23.813.040	551.889	234.070	15.385.798
2001	42.613.711	26.970.958	23.810.721	504.902	225.035	15.642.753
2002	43.122.096	27.272.371	24.166.823	471.875	220.776	15.849.725
2003	43.175.781	26.831.774	23.861.130	429.598	220.376	16.344.007
2004	43.186.600	27.071.735	23.810.569	402.242	200.773	16.114.865
2005	43.430.935	28.135.498	24.903.258	374.195	182.030	15.295.437
2006	43.627.320	28.408.143	25.177.302	350.090	201.188	15.219.177
2007	43.814.547	28.447.435	25.321.007	329.287	183.543	15.367.112
2008	43.942.458	28.524.958	25.479.746	310.087	141.316	15.417.500
2009	43.986.738	28.669.996	25.649.908	290.499	146.089	15.316.742
2010	44.079.887	28.966.745	26.010.708	273.655	133.839	15.113.142
2011	44.339.151	29.208.004	24.106.257	257.475	1.925.368	15.131.147
2012	44.634.628	29.434.345	24.538.224	243.005	1.848.821	15.200.283
Neue Bundesländer						
1992	8.736.994	7.396.349	7.304.841	77.257	14.251	1.340.645
1995	8.785.622	7.114.838	6.958.591	132.952	23.295	1.670.784
2000	8.703.993	6.812.663	6.480.688	110.536	74.505	1.891.330
2001	8.231.101	6.639.607	6.316.759	96.677	75.374	1.591.494
2002	8.301.813	6.648.290	6.329.963	88.049	78.929	1.653.523
2003	8.246.304	6.525.521	6.191.122	79.186	89.172	1.720.783
2004	8.228.453	6.470.378	6.132.499	73.245	72.031	1.758.075
2005	8.297.597	6.586.408	6.212.928	66.417	85.020	1.711.189
2006	8.338.286	6.610.687	6.228.308	61.543	93.177	1.727.599
2007	8.320.815	6.540.965	6.170.195	58.793	84.368	1.779.850
2008	8.281.240	6.484.512	6.150.984	56.195	64.811	1.796.728
2009	8.218.111	6.456.663	6.139.403	52.948	59.258	1.761.448
2010	8.142.955	6.403.190	6.102.296	48.877	52.214	1.739.765
2011	8.084.133	6.338.019	5.266.705	45.718	702.930	1.746.114
2012	8.037.596	6.279.463	5.277.750	42.260	652.755	1.758.133
Deutschland						
1992	49.853.504	32.495.452	31.510.074	864.733	120.645	17.358.052
1995	49.432.325	31.430.170	30.442.634	850.993	136.543	18.002.155
2000	51.107.248	33.830.120	30.293.728	662.425	308.575	17.277.128
2001	50.844.812	33.610.565	30.127.480	601.579	300.409	17.234.247
2002	51.423.909	33.920.661	30.496.786	559.924	299.705	17.503.248
2003	51.422.085	33.357.295	30.052.252	508.784	309.548	18.064.790
2004	51.415.053	33.542.113	29.943.068	475.487	272.804	17.872.940
2005	51.728.532	34.721.906	31.116.186	440.612	267.050	17.006.626
2006	51.965.606	35.018.830	31.405.610	411.633	294.365	16.946.776
2007	52.135.362	34.988.400	31.491.202	388.080	267.911	17.146.962
2008	52.223.698	35.009.470	31.630.730	366.282	206.127	17.214.228
2009	52.204.849	35.126.659	31.789.311	343.447	205.347	17.078.190
2010	52.222.842	35.369.935	32.113.004	322.532	186.053	16.852.907
2011	52.423.284	35.546.023	29.372.962	303.193	2.628.298	16.877.261
2012	52.672.224	35.713.808	29.815.974	285.265	2.501.576	16.958.416

¹ ab 1999 einschl. geringfügig Beschäftigte.² ab 2004 Mehrfachnennungen möglich, bis 2003 nach Priorität zugeordnet.³ Seit 2011 sind Leistungsempfänger nach dem SGB II (Arbeitslosengeld II) nicht mehr pflichtversichert.

Sofern sie aus keinem anderen Versicherungsverhältnis Beiträge in die RV einzahlen, werden sie als Anrechnungszeitversicherte ausgewiesen.

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung - Versicherte, verschiedene Jahrgänge

Versicherte

Versichertenstruktur am 31.12.

Männer

Jahr	Versicherte ohne Renten- bezug	Aktiv Versicherte ¹	und zwar ²			Passiv Versicherte
			Pflichtver- sicherte ³	freiwillig Ver- sicherte	Anrech- nungszeit- versi- cherte ³	
Alte Bundesländer						
1983	19.316.964	13.437.981	11.922.060	337.079	1.178.842	5.878.983
1985	19.658.965	13.603.452	11.837.574	575.274	1.190.604	6.055.513
1990	22.012.886	14.476.864	12.831.110	568.210	1.077.544	7.536.022
1992	21.994.191	14.860.322	14.269.429	563.401	27.492	7.133.869
1995	21.472.711	14.250.686	13.695.008	518.687	36.991	7.222.025
2000	22.112.404	14.572.114	13.599.481	424.655	83.548	7.540.290
2001	22.128.064	14.432.626	13.506.013	387.518	73.318	7.695.438
2002	22.422.685	14.599.442	13.695.449	361.066	75.866	7.823.243
2003	22.433.639	14.438.314	13.537.025	329.633	80.934	7.995.325
2004	22.429.940	14.440.571	13.483.692	307.260	69.690	7.989.369
2005	22.484.528	14.740.358	13.794.343	286.415	60.293	7.744.170
2006	22.553.662	14.790.037	13.842.015	268.424	66.842	7.763.625
2007	22.620.437	14.785.846	13.864.063	252.824	60.620	7.834.591
2008	22.670.280	14.788.851	13.886.156	237.919	49.369	7.881.429
2009	22.690.627	14.811.023	13.902.437	223.044	51.959	7.879.604
2010	22.743.477	14.942.179	14.038.763	210.472	45.069	7.801.298
2011	22.904.189	15.067.202	13.098.688	197.403	939.102	7.836.987
2012	23.069.687	15.185.274	13.279.112	184.620	905.646	7.884.413
Neue Bundesländer						
1992	4.596.985	3.935.180	3.884.165	48.867	2.148	661.805
1995	4.628.223	3.729.862	3.635.193	90.299	4.370	898.361
2000	4.630.922	3.553.641	3.407.049	79.181	20.413	1.077.281
2001	4.309.903	3.442.268	3.301.170	68.986	21.490	867.635
2002	4.361.119	3.465.614	3.327.882	62.918	23.683	895.505
2003	4.338.842	3.409.519	3.269.414	56.617	27.036	929.323
2004	4.323.433	3.371.172	3.231.924	52.087	21.208	952.261
2005	4.343.623	3.398.502	3.255.251	46.981	25.212	945.121
2006	4.360.800	3.394.965	3.250.813	43.255	28.163	965.835
2007	4.345.421	3.356.295	3.217.816	40.891	24.148	989.126
2008	4.320.563	3.325.994	3.197.613	38.591	19.369	994.569
2009	4.287.840	3.310.827	3.184.945	36.166	19.209	977.013
2010	4.249.044	3.280.403	3.159.642	33.407	16.414	968.641
2011	4.218.498	3.251.036	2.732.815	31.288	360.068	967.462
2012	4.183.920	3.216.109	2.728.704	28.804	337.534	967.811
Deutschland						
1992	26.591.176	18.795.502	18.153.594	612.268	29.640	7.795.674
1995	26.100.934	17.980.548	17.330.201	608.986	41.361	8.120.386
2000	26.743.326	18.125.755	17.006.530	503.836	103.961	8.617.571
2001	26.437.967	17.874.894	16.807.183	456.504	94.808	8.563.073
2002	26.783.804	18.065.056	17.023.331	423.984	99.549	8.718.748
2003	26.772.481	17.847.833	16.806.439	386.250	107.970	8.924.648
2004	26.753.373	17.811.743	16.715.616	359.347	90.898	8.941.630
2005	26.828.151	18.138.860	17.049.594	333.396	85.505	8.689.291
2006	26.914.462	18.185.002	17.092.828	311.679	95.005	8.729.460
2007	26.965.858	18.142.141	17.081.879	293.715	84.768	8.823.717
2008	26.990.843	18.114.845	17.083.769	276.510	68.738	8.875.998
2009	26.978.467	18.121.850	17.087.382	259.210	71.168	8.856.617
2010	26.992.521	18.222.582	17.198.405	243.879	61.483	8.769.939
2011	27.122.687	18.318.238	15.831.503	228.691	1.299.170	8.804.449
2012	27.253.607	18.401.383	16.007.816	213.424	1.243.180	8.852.224

¹ ab 1999 einschl. geringfügig Beschäftigte.

² ab 2004 Mehrfachnennungen möglich, bis 2003 nach Priorität zugeordnet.

³ Seit 2011 sind Leistungsempfänger nach dem SGB II (Arbeitslosengeld II) nicht mehr pflichtversichert.

Sofern sie aus keinem anderen Versicherungsverhältnis Beiträge in die RV einzahlen,
werden sie als Anrechnungszeitversicherte ausgewiesen.

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung - Versicherte, verschiedene Jahrgänge

Versicherte

Versichertenstruktur am 31.12.

Frauen

Jahr	Versicherte ohne Renten- bezug	Aktiv Versicherte ¹	und zwar ²			Passiv Versicherte
			Pflichtver- sicherte ³	freiwillig Ver- sicherte	Anrech- nungszeit- versi- cherte ³	
Alte Bundesländer						
1983	15.603.519	8.591.233	7.690.974	220.774	679.485	7.012.286
1985	16.344.292	8.787.830	7.770.687	286.040	731.103	7.556.462
1990	18.940.226	9.650.880	8.607.903	233.340	809.637	9.289.346
1992	19.122.319	10.238.781	9.935.804	224.075	78.902	8.883.538
1995	19.173.992	10.064.646	9.789.035	199.354	76.257	9.109.346
2000	20.290.851	12.445.343	10.213.559	127.234	150.522	7.845.508
2001	20.485.647	12.538.332	10.304.708	117.384	151.717	7.947.315
2002	20.699.411	12.672.929	10.471.374	110.809	144.910	8.026.482
2003	20.742.142	12.393.460	10.324.105	99.965	139.442	8.348.682
2004	20.756.660	12.631.164	10.326.877	94.982	131.083	8.125.496
2005	20.946.407	13.395.140	11.108.915	87.780	121.737	7.551.267
2006	21.073.658	13.618.106	11.335.287	81.666	134.346	7.455.552
2007	21.194.110	13.661.589	11.456.944	76.463	122.923	7.532.521
2008	21.272.178	13.736.107	11.593.590	72.168	91.947	7.536.071
2009	21.296.111	13.858.973	11.747.471	67.455	94.130	7.437.138
2010	21.336.410	14.024.566	11.971.945	63.183	88.770	7.311.844
2011	21.434.962	14.140.802	11.007.569	60.072	986.266	7.294.160
2012	21.564.941	14.249.071	11.259.112	58.385	943.175	7.315.870
Neue Bundesländer						
1992	4.140.009	3.461.169	3.420.676	28.390	12.103	678.840
1995	4.157.399	3.384.976	3.323.398	42.653	18.925	772.423
2000	4.073.071	3.259.022	3.073.639	31.355	54.092	814.049
2001	3.921.198	3.197.339	3.015.589	27.691	53.884	723.859
2002	3.940.694	3.182.676	3.002.081	25.131	55.246	758.018
2003	3.907.462	3.116.002	2.921.708	22.569	62.136	791.460
2004	3.905.020	3.099.206	2.900.575	21.158	50.823	805.814
2005	3.953.974	3.187.906	2.957.677	19.436	59.808	766.068
2006	3.977.486	3.215.722	2.977.495	18.288	65.014	761.764
2007	3.975.394	3.184.670	2.952.379	17.902	60.220	790.724
2008	3.960.677	3.158.518	2.953.371	17.604	45.442	802.159
2009	3.930.271	3.145.836	2.954.458	16.782	40.049	784.435
2010	3.893.911	3.122.787	2.942.654	15.470	35.800	771.124
2011	3.865.635	3.086.983	2.533.890	14.430	342.862	778.652
2012	3.853.676	3.063.354	2.549.046	13.456	315.221	790.322
Deutschland						
1992	23.262.328	13.699.950	13.356.480	252.465	91.005	9.562.378
1995	23.331.391	13.449.622	13.112.433	242.007	95.182	9.881.769
2000	24.363.922	15.704.365	13.287.198	158.589	204.614	8.659.557
2001	24.406.845	15.735.671	13.320.297	145.075	205.601	8.671.174
2002	24.640.105	15.855.605	13.473.455	135.940	200.156	8.784.500
2003	24.649.604	15.509.462	13.245.813	122.534	201.578	9.140.142
2004	24.661.680	15.730.370	13.227.452	116.140	181.906	8.931.310
2005	24.900.381	16.583.046	14.066.592	107.216	181.545	8.317.335
2006	25.051.144	16.833.828	14.312.782	99.954	199.360	8.217.316
2007	25.169.504	16.846.259	14.409.323	94.365	183.143	8.323.245
2008	25.232.855	16.894.625	14.546.961	89.772	137.389	8.338.230
2009	25.226.382	17.004.809	14.701.929	84.237	134.179	8.221.573
2010	25.230.321	17.147.353	14.914.599	78.653	124.570	8.082.968
2011	25.300.597	17.227.785	13.541.459	74.502	1.329.128	8.072.812
2012	25.418.617	17.312.425	13.808.158	71.841	1.258.396	8.106.192

¹ ab 1999 einschl. geringfügig Beschäftigte.

² ab 2004 Mehrfachnennungen möglich, bis 2003 nach Priorität zugeordnet.

³ Seit 2011 sind Leistungsempfänger nach dem SGB II (Arbeitslosengeld II) nicht mehr pflichtversichert.

Sofern sie aus keinem anderen Versicherungsverhältnis Beiträge in die RV einzahlen, werden sie als Anrechnungszeitversicherte ausgewiesen.

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung - Versicherte, verschiedene Jahrgänge

Versicherte**Aktiv Versicherte am 31.12. nach Wohnort (Bundesland) der Versicherten****Männer und Frauen**

Jahr	Insgesamt	Ausland und unbe- kannt ¹	Bundes- gebiet	Schleswig- Holstein	Hamburg	Nieder- sachsen	Bremen	Nordrhein- Westfalen	Hessen	Rheinland- Pfalz
Anzahl										
1992	32.495.452	582.674	31.912.778	1.008.428	638.700	2.809.089	255.519	6.412.507	2.256.168	1.413.981
1993	32.313.869	624.002	31.689.867	997.809	632.466	2.796.677	251.714	6.360.387	2.240.031	1.410.976
1994	31.878.010	262.594	31.615.416	1.003.889	630.241	2.801.075	246.945	6.307.398	2.234.515	1.403.051
1995	31.430.170	242.578	31.187.592	1.001.807	614.219	2.781.726	241.424	6.287.697	2.213.215	1.410.079
1996	31.496.878	240.272	31.256.606	1.010.728	620.635	2.813.365	242.552	6.303.976	2.229.598	1.417.430
1997	31.224.692	234.583	30.990.109	998.369	604.658	2.800.144	238.872	6.317.548	2.209.812	1.410.802
1998	30.596.080	227.520	30.368.560	975.120	602.971	2.755.158	227.769	6.170.822	2.159.362	1.406.136
1999	33.249.736	260.732	32.989.004	1.069.224	647.503	3.068.771	253.180	6.914.371	2.370.261	1.538.982
2000	33.830.120	251.683	33.578.437	1.101.603	672.121	3.129.178	257.323	7.068.927	2.429.217	1.586.429
2001	33.610.565	247.590	33.362.975	1.099.098	673.257	3.120.854	254.207	7.023.490	2.435.001	1.587.398
2002	33.920.661	254.266	33.666.395	1.109.695	675.135	3.154.794	260.315	7.139.968	2.442.552	1.611.056
2003	33.357.295	251.515	33.105.780	1.087.814	666.193	3.112.551	254.849	7.013.400	2.410.716	1.582.050
2004	33.542.113	236.727	33.305.386	1.092.430	670.538	3.137.210	254.759	7.075.220	2.429.077	1.601.175
2005	34.721.906	265.944	34.455.962	1.140.291	733.128	3.233.635	276.509	7.413.748	2.494.443	1.656.585
2006	35.018.830	282.286	34.736.544	1.152.082	745.645	3.257.496	279.197	7.474.900	2.529.095	1.668.920
2007	34.988.400	304.907	34.683.493	1.144.560	745.303	3.266.984	277.444	7.479.377	2.533.244	1.667.687
2008	35.009.470	289.392	34.720.078	1.149.419	752.826	3.273.943	278.172	7.496.723	2.544.150	1.672.088
2009	35.126.659	276.964	34.849.695	1.166.962	765.194	3.302.608	280.767	7.517.510	2.547.080	1.679.639
2010	35.369.935	293.672	35.076.263	1.177.626	775.131	3.340.604	283.854	7.587.722	2.573.788	1.696.312
2011	35.546.023	348.308	35.197.715	1.178.471	775.377	3.362.126	283.536	7.608.378	2.581.525	1.704.869
2012	35.713.808	396.397	35.317.411	1.181.181	784.262	3.378.297	284.408	7.622.226	2.584.671	1.707.544

¹ Überwiegend Fälle mit unbekanntem Wohnort; die Qualität des Merkmals Wohnort hat sich ab 1994 deutlich verbessert.

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung - Versicherte, verschiedene Jahrgänge

Baden-Württemberg	Bayern	Saarland	Berlin (West)	Berlin (Ost)	Brandenburg	Mecklenburg-Vorpommern	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Thüringen	Jahr
Anzahl										
3.992.927	4.537.293	372.008	819.809	595.216	1.197.475	871.948	2.177.315	1.326.389	1.228.006	1992
3.941.242	4.517.456	364.745	806.778	598.151	1.208.425	878.525	2.142.253	1.321.807	1.220.425	1993
3.916.346	4.526.585	362.291	796.848	599.799	1.215.294	877.496	2.160.351	1.322.750	1.210.542	1994
3.891.946	4.503.222	360.104	767.315	575.406	1.176.767	843.919	2.081.507	1.270.318	1.166.921	1995
3.892.130	4.535.866	368.070	762.770	566.325	1.176.127	840.103	2.064.980	1.258.751	1.153.200	1996
3.866.147	4.525.143	366.130	738.834	554.927	1.165.320	822.263	2.017.519	1.234.532	1.119.089	1997
3.824.883	4.472.386	363.013	723.094	543.030	1.123.386	789.782	1.920.635	1.206.382	1.104.631	1998
4.181.051	4.953.667	387.979	748.791	553.497	1.168.736	812.090	1.994.393	1.210.575	1.115.933	1999
4.301.335	5.064.205	406.848	748.588	560.946	1.166.014	810.208	1.975.150	1.191.756	1.108.589	2000
4.303.781	5.081.444	404.454	740.384	560.394	1.145.081	789.174	1.920.899	1.147.411	1.076.648	2001
4.352.625	5.122.211	410.189	739.565	561.862	1.150.475	784.679	1.924.959	1.151.121	1.075.194	2002
4.281.355	5.048.261	401.257	721.813	551.971	1.131.263	773.043	1.890.462	1.123.465	1.055.317	2003
4.341.490	5.114.234	403.029	715.846	548.643	1.127.223	762.772	1.872.674	1.116.414	1.042.652	2004
4.457.179	5.247.414	422.049	794.573	585.683	1.129.367	782.962	1.911.564	1.122.659	1.054.173	2005
4.493.849	5.300.246	424.952	799.475	595.112	1.136.099	784.532	1.913.606	1.127.267	1.054.071	2006
4.500.855	5.316.437	421.928	788.709	595.920	1.145.955	768.147	1.879.338	1.112.558	1.039.047	2007
4.518.573	5.333.904	421.404	794.364	600.293	1.136.837	757.287	1.866.201	1.096.354	1.027.540	2008
4.540.847	5.358.694	423.667	810.064	612.180	1.132.016	753.638	1.859.596	1.083.747	1.015.486	2009
4.571.630	5.415.381	425.300	825.725	619.939	1.126.826	744.587	1.838.640	1.069.162	1.004.036	2010
4.608.898	5.496.228	426.138	834.150	625.833	1.110.922	732.971	1.824.595	1.053.072	990.626	2011
4.670.244	5.554.638	425.477	845.000	632.000	1.104.001	718.987	1.808.223	1.038.415	977.837	2012

Versicherte**Aktiv Versicherte am 31.12. nach Wohnort (Bundesland) der Versicherten****Männer**

Jahr	Insgesamt	Ausland und unbekannt ¹	Bundes- gebiet	Schleswig- Holstein	Hamburg	Nieder- sachsen	Bremen	Nordrhein- Westfalen	Hessen	Rheinland- Pfalz
Anzahl										
1992	18.795.502	342.143	18.453.359	582.698	354.112	1.673.491	148.205	3.916.324	1.326.526	860.311
1993	18.578.512	328.857	18.249.655	575.973	348.562	1.659.449	145.964	3.881.089	1.314.926	855.681
1994	18.356.952	169.673	18.187.279	577.176	347.127	1.665.301	143.159	3.841.875	1.309.087	847.737
1995	17.980.548	152.102	17.828.446	573.860	337.240	1.629.322	138.453	3.788.822	1.287.781	844.713
1996	17.988.000	147.293	17.840.707	576.537	341.505	1.652.398	139.467	3.788.684	1.290.791	845.176
1997	17.785.846	141.778	17.644.068	567.398	331.198	1.638.921	137.035	3.779.112	1.275.120	837.666
1998	17.360.734	141.253	17.219.481	551.012	331.519	1.608.705	129.302	3.662.260	1.242.854	830.042
1999	17.975.877	149.827	17.826.050	573.901	342.662	1.682.333	138.147	3.832.706	1.296.533	843.149
2000	18.125.755	145.084	17.980.671	585.413	352.747	1.693.730	138.698	3.862.508	1.308.306	857.875
2001	17.874.894	144.005	17.730.889	580.292	351.935	1.679.319	137.050	3.782.431	1.306.184	850.630
2002	18.065.056	149.449	17.915.607	583.807	351.976	1.693.321	139.322	3.867.784	1.308.074	860.813
2003	17.847.833	149.818	17.698.015	574.248	348.622	1.680.726	137.407	3.817.484	1.293.925	850.774
2004	17.811.743	147.976	17.663.767	571.533	348.114	1.679.649	136.159	3.817.730	1.291.548	851.095
2005	18.138.860	163.783	17.975.077	584.536	373.698	1.696.474	142.788	3.908.759	1.302.140	864.714
2006	18.185.002	163.408	18.021.594	586.216	377.228	1.699.171	143.518	3.916.527	1.313.996	866.866
2007	18.142.141	168.565	17.973.576	580.284	376.554	1.701.988	142.614	3.913.027	1.313.919	864.817
2008	18.114.845	160.805	17.954.040	581.868	379.084	1.702.097	142.810	3.911.143	1.315.340	865.513
2009	18.121.850	153.992	17.967.858	590.376	384.666	1.711.681	144.180	3.906.651	1.310.436	866.696
2010	18.222.582	166.858	18.055.724	595.371	389.008	1.729.233	145.491	3.934.651	1.322.751	872.579
2011	18.318.238	214.299	18.103.939	593.722	388.148	1.740.527	145.488	3.936.779	1.325.070	875.919
2012	18.401.383	252.436	18.148.947	594.127	392.068	1.748.135	146.093	3.937.215	1.326.919	876.266

¹ Überwiegend Fälle mit unbekanntem Wohnort; die Qualität des Merkmals Wohnort hat sich ab 1994 deutlich verbessert.

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung - Versicherte, verschiedene Jahrgänge

Baden-Württemberg	Bayern	Saarland	Berlin (West)	Berlin (Ost)	Brandenburg	Mecklenburg-Vorpommern	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Thüringen	Jahr
Anzahl										
2.336.543	2.636.546	235.476	447.947	306.719	642.454	467.553	1.148.851	714.314	655.289	1992
2.304.691	2.621.011	230.005	441.037	305.738	637.975	466.200	1.117.466	700.791	643.097	1993
2.288.090	2.624.540	226.095	432.654	305.481	639.287	465.295	1.134.790	700.172	639.413	1994
2.267.319	2.597.699	220.448	412.927	293.666	616.520	445.799	1.093.509	666.456	613.912	1995
2.257.855	2.608.624	223.535	412.408	292.212	618.766	443.513	1.083.616	658.570	607.050	1996
2.241.156	2.593.795	221.969	397.772	286.047	610.963	432.811	1.061.337	644.923	586.845	1997
2.213.732	2.553.475	218.428	390.061	282.142	583.751	412.356	994.922	631.202	583.718	1998
2.268.041	2.659.281	211.449	394.956	286.747	612.847	425.423	1.043.517	630.876	583.482	1999
2.314.956	2.698.210	222.486	392.101	289.450	608.862	423.221	1.032.562	619.647	579.899	2000
2.307.107	2.689.364	217.913	386.396	288.126	594.826	410.579	997.099	590.983	560.655	2001
2.326.233	2.711.502	221.447	385.714	289.607	600.045	408.873	1.003.556	598.389	565.144	2002
2.303.297	2.688.005	218.569	375.439	283.881	590.208	403.369	986.918	586.474	558.669	2003
2.315.631	2.694.193	216.782	370.161	280.818	585.410	396.669	976.240	581.975	550.060	2004
2.347.886	2.732.615	222.249	400.716	295.270	581.796	403.621	985.301	581.068	551.446	2005
2.354.865	2.745.657	222.599	399.986	299.092	581.916	401.146	982.738	581.370	548.703	2006
2.357.747	2.753.263	220.409	392.659	298.645	586.091	392.076	964.936	573.391	541.156	2007
2.360.455	2.755.382	219.462	394.892	299.991	580.427	385.891	958.412	566.200	535.073	2008
2.363.691	2.756.137	219.802	402.715	305.843	577.335	383.717	954.182	561.049	528.701	2009
2.374.060	2.782.155	219.821	410.201	309.950	574.286	377.999	942.684	553.117	522.367	2010
2.388.909	2.823.930	219.610	414.801	313.290	566.203	371.884	937.706	546.005	515.948	2011
2.418.924	2.854.794	218.802	419.495	315.901	561.950	363.601	928.019	538.236	508.402	2012

Versicherte**Aktiv Versicherte am 31.12. nach Wohnort (Bundesland) der Versicherten****Frauen**

Jahr	Insgesamt	Ausland und unbekannt ¹	Bundesgebiet	Schleswig-Holstein	Hamburg	Niedersachsen	Bremen	Nordrhein-Westfalen	Hessen	Rheinland-Pfalz
Anzahl										
1992	13.699.950	240.531	13.459.419	425.730	284.588	1.135.598	107.314	2.496.183	929.642	553.670
1993	13.735.357	295.145	13.440.212	421.836	283.904	1.137.228	105.750	2.479.298	925.105	555.295
1994	13.521.058	92.921	13.428.137	426.713	283.114	1.135.774	103.786	2.465.523	925.428	555.314
1995	13.449.622	90.476	13.359.146	427.947	276.979	1.152.404	102.971	2.498.875	925.434	565.366
1996	13.508.878	92.979	13.415.899	434.191	279.130	1.160.967	103.085	2.515.292	938.807	572.254
1997	13.438.846	92.805	13.346.041	430.971	273.460	1.161.223	101.837	2.538.436	934.692	573.136
1998	13.235.346	86.267	13.149.079	424.108	271.452	1.146.453	98.467	2.508.562	916.508	576.094
1999	15.273.859	110.905	15.162.954	495.323	304.841	1.386.438	115.033	3.081.665	1.073.728	695.833
2000	15.704.365	106.599	15.597.766	516.190	319.374	1.435.448	118.625	3.206.419	1.120.911	728.554
2001	15.735.671	103.585	15.632.086	518.806	321.322	1.441.535	117.157	3.241.059	1.128.817	736.768
2002	15.855.605	104.817	15.750.788	525.888	323.159	1.461.473	120.993	3.272.184	1.134.478	750.243
2003	15.509.462	101.697	15.407.765	513.566	317.571	1.431.825	117.442	3.195.916	1.116.791	731.276
2004	15.730.370	88.751	15.641.619	520.897	322.424	1.457.561	118.600	3.257.490	1.137.529	750.080
2005	16.583.046	102.161	16.480.885	555.755	359.430	1.537.161	133.721	3.504.989	1.192.303	791.871
2006	16.833.828	118.878	16.714.950	565.866	368.417	1.558.325	135.679	3.558.373	1.215.099	802.054
2007	16.846.259	136.342	16.709.917	564.276	368.749	1.564.996	134.830	3.566.350	1.219.325	802.870
2008	16.894.625	128.587	16.766.038	567.551	373.742	1.571.846	135.362	3.585.580	1.228.810	806.575
2009	17.004.809	122.972	16.881.837	576.586	380.528	1.590.927	136.587	3.610.859	1.236.644	812.943
2010	17.147.353	126.814	17.020.539	582.255	386.123	1.611.371	138.363	3.653.071	1.251.037	823.733
2011	17.227.785	134.009	17.093.776	584.749	387.229	1.621.599	138.048	3.671.599	1.256.455	828.950
2012	17.312.425	143.961	17.168.464	587.054	392.194	1.630.162	138.315	3.685.011	1.257.752	831.278

¹ Überwiegend Fälle mit unbekanntem Wohnort; die Qualität des Merkmals Wohnort hat sich ab 1994 deutlich verbessert.

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung - Versicherte, verschiedene Jahrgänge

Baden-Württemberg	Bayern	Saarland	Berlin (West)	Berlin (Ost)	Brandenburg	Mecklenburg-Vorpommern	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Thüringen	Jahr
Anzahl										
1.656.384	1.900.747	136.532	371.862	288.497	555.021	404.395	1.028.464	612.075	572.717	1992
1.636.551	1.896.445	134.740	365.741	292.413	570.450	412.325	1.024.787	621.016	577.328	1993
1.628.256	1.902.045	136.196	364.194	294.318	576.007	412.201	1.025.561	622.578	571.129	1994
1.624.627	1.905.523	139.656	354.388	281.740	560.247	398.120	987.998	603.862	553.009	1995
1.634.275	1.927.242	144.535	350.362	274.113	557.361	396.590	981.364	600.181	546.150	1996
1.624.991	1.931.348	144.161	341.062	268.880	554.357	389.452	956.182	589.609	532.244	1997
1.611.151	1.918.911	144.585	333.033	260.888	539.635	377.426	925.713	575.180	520.913	1998
1.913.010	2.294.386	176.530	353.835	266.750	555.889	386.667	950.876	579.699	532.451	1999
1.986.379	2.365.995	184.362	356.487	271.496	557.152	386.987	942.588	572.109	528.690	2000
1.996.674	2.392.080	186.541	353.988	272.268	550.255	378.595	923.800	556.428	515.993	2001
2.026.392	2.410.709	188.742	353.851	272.255	550.430	375.806	921.403	552.732	510.050	2002
1.978.058	2.360.256	182.688	346.374	268.090	541.055	369.674	903.544	536.991	496.648	2003
2.025.859	2.420.041	186.247	345.685	267.825	541.813	366.103	896.434	534.439	492.592	2004
2.109.293	2.514.799	199.800	393.857	290.413	547.571	379.341	926.263	541.591	502.727	2005
2.138.984	2.554.589	202.353	399.489	296.020	554.183	383.386	930.868	545.897	505.368	2006
2.143.108	2.563.174	201.519	396.050	297.275	559.864	376.071	914.402	539.167	497.891	2007
2.158.118	2.578.522	201.942	399.472	300.302	556.410	371.396	907.789	530.154	492.467	2008
2.177.156	2.602.557	203.865	407.349	306.337	554.681	369.921	905.414	522.698	486.785	2009
2.197.570	2.633.226	205.479	415.524	309.989	552.540	366.588	895.956	516.045	481.669	2010
2.219.989	2.672.298	206.528	419.349	312.543	544.719	361.087	886.889	507.067	474.678	2011
2.251.320	2.699.844	206.675	425.505	316.099	542.051	355.386	880.204	500.179	469.435	2012

Versicherte**Männer und Frauen - Aktiv Versicherte ohne geringfügig Beschäftigte am 31.12. nach Altersgruppen****Relative Anteile (in %) an allen Aktiv Versicherten ohne geringfügig Beschäftigte**

Jahr	vollendetes Alter									Anzahl
	unter 30	30-34	35-39	40-44	45-49	50-54	55-59	60-64	65 und älter	
Alte Bundesländer										
1983	35,85	11,15	10,03	12,81	12,14	8,88	7,16	1,93	0,04	22.039.204
1985	36,07	10,85	10,48	10,71	12,88	9,40	7,56	2,01	0,03	22.391.282
1990	33,44	12,73	11,15	10,51	10,30	11,74	7,70	2,38	0,05	24.127.744
1992	30,99	13,60	11,90	11,33	9,64	11,73	8,53	2,23	0,04	25.099.103
1995	26,90	14,81	13,26	11,78	10,73	9,88	10,31	2,29	0,04	24.315.332
1996	25,65	15,05	13,73	12,07	11,19	9,27	10,58	2,41	0,04	24.437.392
1997	24,61	15,17	14,15	12,40	11,51	9,24	10,35	2,53	0,04	24.311.042
1998	24,03	14,94	14,54	12,76	11,64	9,28	10,11	2,65	0,04	23.908.233
1999	23,40	14,69	14,96	13,22	11,72	9,50	9,61	2,86	0,04	24.220.151
2000	23,09	14,21	15,23	13,73	11,82	10,16	8,58	3,13	0,04	24.598.999
2001	22,87	13,57	15,41	14,15	12,05	10,54	7,97	3,38	0,05	24.540.658
2002	22,40	12,76	15,49	14,58	12,38	10,86	8,01	3,47	0,05	24.859.474
2003	21,85	11,83	15,34	15,12	12,86	11,12	8,21	3,62	0,05	24.511.104
2004	21,88	11,04	14,94	15,38	13,29	11,22	8,45	3,76	0,05	24.298.977
2005	22,71	10,63	14,28	15,25	13,43	11,09	8,95	3,62	0,05	25.336.268
2006	22,69	10,21	13,63	15,37	13,76	11,24	9,31	3,74	0,05	25.577.152
2007	22,92	9,97	12,77	15,32	14,05	11,45	9,52	3,94	0,05	25.644.472
2008	22,96	9,91	11,80	15,14	14,46	11,80	9,64	4,24	0,05	25.708.349
2009	22,81	10,02	11,04	14,77	14,75	12,19	9,71	4,67	0,05	25.844.370
2010	22,52	10,27	10,50	14,21	14,93	12,57	9,80	5,15	0,04	26.160.927
2011	22,21	10,47	10,14	13,58	15,10	12,96	10,00	5,48	0,06	26.339.818
2012	22,11	10,63	9,97	12,76	15,06	13,29	10,23	5,85	0,09	26.641.975
Neue Bundesländer										
1992	25,29	13,40	12,81	11,62	9,12	13,19	10,90	3,62	0,04	7.396.349
1995	23,57	14,42	13,76	13,66	9,94	10,98	12,63	1,02	0,01	7.114.838
1996	23,08	14,10	14,18	13,73	11,32	9,62	12,88	1,08	0,01	7.059.486
1997	22,59	13,70	14,66	13,81	12,29	9,27	12,54	1,13	0,00	6.913.650
1998	22,38	12,92	14,94	13,75	13,19	8,92	12,47	1,43	0,00	6.687.846
1999	22,37	12,39	15,08	13,93	13,65	8,89	11,88	1,81	0,01	6.726.494
2000	22,03	11,91	15,10	14,22	13,91	10,00	10,56	2,26	0,00	6.665.729
2001	21,69	11,55	14,81	14,62	13,94	11,33	9,13	2,93	0,01	6.488.810
2002	21,46	10,90	14,27	14,99	13,90	12,26	8,89	3,32	0,01	6.496.941
2003	21,46	10,21	13,68	15,44	13,93	13,14	8,51	3,63	0,01	6.359.480
2004	21,65	9,53	13,08	15,56	14,12	13,59	8,55	3,89	0,01	6.270.759
2005	23,54	9,10	12,34	15,03	13,89	13,32	9,25	3,53	0,01	6.355.278
2006	23,52	8,60	11,87	14,70	14,19	13,26	10,44	3,41	0,02	6.371.653
2007	23,34	8,62	11,23	14,22	14,58	13,23	11,18	3,59	0,02	6.297.338
2008	23,04	8,95	10,49	13,59	14,96	13,22	11,93	3,79	0,02	6.246.986
2009	22,44	9,48	9,85	12,99	15,06	13,39	12,36	4,40	0,02	6.223.222
2010	21,50	10,13	9,32	12,50	15,06	13,63	12,58	5,26	0,02	6.174.467
2011	20,45	10,69	8,93	12,16	14,86	14,06	12,67	6,15	0,04	6.109.933
2012	19,67	11,01	9,08	11,58	14,40	14,47	12,62	7,11	0,05	6.056.758
Deutschland										
1992	29,69	13,55	12,11	11,40	9,52	12,06	9,07	2,55	0,04	32.495.452
1995	26,15	14,72	13,37	12,21	10,55	10,13	10,83	2,00	0,03	31.430.170
1996	25,08	14,83	13,83	12,44	11,22	9,35	11,10	2,11	0,03	31.496.878
1997	24,16	14,84	14,26	12,71	11,69	9,24	10,84	2,22	0,03	31.224.692
1998	23,67	14,50	14,63	12,97	11,98	9,20	10,63	2,39	0,03	30.596.080
1999	23,17	14,19	14,98	13,38	12,14	9,37	10,10	2,63	0,03	30.946.640
2000	22,86	13,72	15,21	13,83	12,26	10,13	9,00	2,95	0,04	31.264.728
2001	22,62	13,15	15,28	14,25	12,44	10,71	8,21	3,29	0,04	31.029.468
2002	22,21	12,37	15,24	14,66	12,70	11,15	8,19	3,44	0,04	31.356.415
2003	21,77	11,49	15,00	15,19	13,08	11,54	8,27	3,62	0,04	30.870.584
2004	21,83	10,73	14,56	15,42	13,46	11,70	8,47	3,79	0,04	30.569.736
2005	22,87	10,32	13,89	15,21	13,52	11,54	9,01	3,60	0,04	31.691.546
2006	22,85	9,89	13,28	15,24	13,85	11,65	9,53	3,68	0,04	31.948.805
2007	23,00	9,71	12,46	15,10	14,16	11,80	9,85	3,87	0,05	31.941.810
2008	22,98	9,72	11,54	14,84	14,56	12,08	10,09	4,15	0,04	31.955.335
2009	22,73	9,92	10,81	14,42	14,81	12,42	10,22	4,61	0,04	32.067.592
2010	22,32	10,25	10,28	13,89	14,96	12,77	10,33	5,17	0,03	32.335.394
2011	21,88	10,51	9,91	13,31	15,05	13,17	10,50	5,61	0,05	32.449.751
2012	21,66	10,70	9,81	12,54	14,94	13,51	10,67	6,09	0,08	32.698.733

Seit 1999 sind unter den aktiv Versicherten die geringfügig Beschäftigte ohne Verzicht auf die Versicherungsfreiheit nicht berücksichtigt.

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung - Versicherte, verschiedene Jahrgänge

Versicherte**Männer - Aktiv Versicherte ohne geringfügig Beschäftigte am 31.12. nach Altersgruppen****Relative Anteile (in %) an allen Aktiv Versicherten ohne geringfügig Beschäftigte**

Jahr	vollendetes Alter									Anzahl
	unter 30	30-34	35-39	40-44	45-49	50-54	55-59	60-64	65 und älter	
Alte Bundesländer										
1983	32,32	11,53	10,54	13,52	12,96	9,58	7,33	2,20	0,02	13.447.981
1985	32,48	11,26	10,97	11,16	13,68	10,14	8,08	2,22	0,02	13.603.452
1990	30,69	13,23	11,36	10,57	10,47	12,31	8,30	3,05	0,02	14.476.864
1992	28,94	14,28	12,09	11,11	9,56	12,08	9,05	2,87	0,02	14.860.322
1995	25,33	15,79	13,66	11,48	10,42	9,85	10,68	2,78	0,02	14.250.686
1996	24,29	16,03	14,17	11,78	10,79	9,17	10,83	2,91	0,02	14.284.273
1997	23,30	16,16	14,70	12,17	11,04	9,08	10,50	3,03	0,02	14.162.920
1998	23,16	15,85	15,09	12,49	11,07	9,02	10,12	3,19	0,02	13.872.644
1999	22,51	15,54	15,51	12,97	11,14	9,23	9,58	3,49	0,02	13.981.420
2000	22,24	15,03	15,83	13,49	11,26	9,84	8,54	3,75	0,02	14.107.684
2001	22,20	14,34	16,03	13,93	11,49	10,15	7,90	3,94	0,02	13.966.849
2002	21,70	13,50	16,10	14,41	11,87	10,43	7,96	4,00	0,02	14.132.381
2003	21,18	12,57	16,01	15,01	12,37	10,62	8,11	4,10	0,03	13.947.592
2004	21,17	11,68	15,62	15,37	12,83	10,71	8,35	4,24	0,03	13.851.930
2005	21,80	11,07	14,93	15,43	13,14	10,71	8,88	4,03	0,03	14.131.280
2006	21,82	10,56	14,18	15,59	13,56	10,93	9,21	4,13	0,03	14.165.220
2007	22,16	10,28	13,24	15,54	13,89	11,18	9,40	4,26	0,04	14.162.457
2008	22,27	10,23	12,24	15,32	14,33	11,55	9,50	4,53	0,04	14.155.078
2009	22,12	10,30	11,43	14,94	14,65	11,96	9,58	4,98	0,04	14.156.857
2010	21,95	10,51	10,81	14,33	14,83	12,35	9,68	5,51	0,03	14.271.850
2011	21,75	10,73	10,42	13,64	14,96	12,73	9,87	5,85	0,05	14.346.408
2012	21,77	10,92	10,23	12,79	14,90	13,05	10,10	6,16	0,09	14.467.869
Neue Bundesländer										
1992	25,99	13,10	12,25	11,02	8,49	12,39	10,18	6,51	0,08	3.935.180
1995	25,04	14,28	13,36	13,20	9,56	10,52	12,28	1,75	0,01	3.729.862
1996	24,78	13,96	13,73	13,21	9,88	9,15	12,50	1,79	0,01	3.703.727
1997	24,22	13,64	14,22	13,29	11,85	8,84	12,16	1,78	0,01	3.622.926
1998	24,43	12,87	14,37	13,13	12,60	8,42	11,93	2,24	0,01	3.488.091
1999	24,45	12,42	14,50	13,28	12,99	8,36	11,19	2,78	0,01	3.542.975
2000	24,05	12,03	14,53	13,53	13,24	9,45	9,86	3,30	0,01	3.506.643
2001	23,75	11,58	14,30	13,94	13,27	10,72	8,46	3,97	0,01	3.391.646
2002	23,48	11,14	13,71	14,25	13,19	11,61	8,27	4,33	0,01	3.414.483
2003	23,49	10,49	13,20	14,68	13,23	12,42	7,91	4,56	0,01	3.353.067
2004	23,67	9,86	12,65	14,76	13,41	12,89	8,02	4,73	0,02	3.304.187
2005	24,88	9,40	12,12	14,49	13,34	12,77	8,80	4,18	0,02	3.325.923
2006	24,81	8,90	11,76	14,18	13,67	12,73	9,95	3,97	0,03	3.320.153
2007	24,69	8,93	11,19	13,71	14,05	12,69	10,69	4,03	0,03	3.280.192
2008	24,30	9,27	10,52	13,13	14,42	12,72	11,43	4,19	0,03	3.251.907
2009	23,47	9,83	9,95	12,60	14,54	12,90	11,86	4,82	0,03	3.236.115
2010	22,34	10,49	9,47	12,17	14,53	13,12	12,06	5,80	0,02	3.205.190
2011	21,20	11,05	9,08	11,89	14,30	13,53	12,11	6,79	0,04	3.173.811
2012	20,34	11,42	9,25	11,40	13,86	13,94	12,09	7,63	0,06	3.139.818
Deutschland										
1992	28,32	14,03	12,12	11,09	9,34	12,14	9,29	3,63	0,04	18.795.502
1995	25,27	15,48	13,60	11,84	10,24	9,99	11,01	2,56	0,02	17.980.548
1996	24,39	15,61	14,08	12,08	10,81	9,17	11,18	2,68	0,02	17.988.000
1997	23,49	15,65	14,60	12,40	11,21	9,03	10,84	2,77	0,02	17.785.846
1998	23,41	15,25	14,94	12,62	11,38	8,90	10,48	3,00	0,02	17.360.734
1999	22,90	14,91	15,31	13,03	11,51	9,06	9,91	3,35	0,02	17.524.395
2000	22,60	14,44	15,57	13,50	11,65	9,76	8,80	3,66	0,02	17.614.327
2001	22,50	13,80	15,69	13,94	11,84	10,26	8,01	3,95	0,02	17.358.495
2002	22,05	13,04	15,63	14,38	12,13	10,66	8,02	4,07	0,02	17.546.864
2003	21,63	12,17	15,47	14,94	12,54	10,97	8,07	4,19	0,02	17.300.659
2004	21,66	11,33	15,05	15,25	12,94	11,13	8,29	4,33	0,02	17.156.117
2005	22,38	10,75	14,39	15,25	13,18	11,10	8,86	4,06	0,02	17.457.203
2006	22,39	10,24	13,72	15,33	13,58	11,27	9,35	4,10	0,03	17.485.373
2007	22,63	10,03	12,86	15,20	13,92	11,46	9,64	4,22	0,04	17.442.649
2008	22,65	10,05	11,92	14,91	14,35	11,77	9,86	4,46	0,04	17.406.985
2009	22,37	10,21	11,16	14,51	14,63	12,14	10,00	4,95	0,04	17.392.972
2010	22,02	10,50	10,57	13,94	14,78	12,50	10,11	5,56	0,03	17.477.040
2011	21,65	10,79	10,17	13,32	14,84	12,87	10,27	6,02	0,05	17.520.219
2012	21,52	11,01	10,06	12,54	14,71	13,21	10,45	6,42	0,08	17.607.687

Seit 1999 sind unter den aktiv Versicherten die geringfügig Beschäftigte ohne Verzicht auf die Versicherungsfreiheit nicht berücksichtigt.

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung - Versicherte, verschiedene Jahrgänge

Versicherte**Frauen - Aktiv Versicherte ohne geringfügig Beschäftigte am 31.12.
nach Altersgruppen****Relative Anteile (in %) an allen Aktiv Versicherten ohne geringfügig Beschäftigte**

Jahr	vollendetes Alter									Anzahl
	unter 30	30-34	35-39	40-44	45-49	50-54	55-59	60-64	65 und älter	
Alte Bundesländer										
1983	41,39	10,55	9,25	11,69	10,86	7,79	6,91	1,50	0,06	8.591.223
1985	41,64	10,22	9,72	10,01	11,65	8,26	6,76	1,68	0,06	8.787.830
1990	37,56	11,99	10,84	10,43	10,04	10,87	6,81	1,39	0,08	9.650.880
1992	33,96	12,61	11,63	11,66	9,76	11,23	7,78	1,31	0,07	10.238.781
1995	29,13	13,43	12,69	12,22	11,17	9,92	9,78	1,59	0,06	10.064.646
1996	27,58	13,66	13,10	12,47	11,76	9,42	10,23	1,72	0,07	10.153.119
1997	26,44	13,78	13,38	12,73	12,17	9,46	10,14	1,83	0,07	10.148.122
1998	25,25	13,68	13,78	13,12	12,43	9,65	10,11	1,92	0,07	10.035.591
1999	24,60	13,53	14,20	13,58	12,52	9,87	9,64	1,99	0,07	10.238.731
2000	24,23	13,11	14,43	14,05	12,57	10,59	8,63	2,31	0,07	10.491.315
2001	23,76	12,56	14,58	14,45	12,79	11,07	8,07	2,65	0,08	10.573.809
2002	23,32	11,78	14,69	14,79	13,06	11,42	8,08	2,78	0,08	10.727.093
2003	22,73	10,85	14,46	15,27	13,52	11,78	8,33	2,99	0,08	10.563.512
2004	22,80	10,20	14,04	15,40	13,90	11,89	8,58	3,12	0,07	10.447.047
2005	23,85	10,08	13,46	15,03	13,79	11,57	9,04	3,10	0,08	11.204.988
2006	23,76	9,78	12,95	15,09	14,01	11,63	9,43	3,26	0,08	11.411.932
2007	23,86	9,59	12,18	15,04	14,25	11,79	9,67	3,55	0,07	11.482.015
2008	23,81	9,51	11,25	14,93	14,62	12,11	9,81	3,88	0,07	11.553.271
2009	23,63	9,69	10,57	14,56	14,87	12,46	9,86	4,29	0,06	11.687.513
2010	23,21	10,00	10,13	14,07	15,05	12,84	9,95	4,72	0,04	11.889.077
2011	22,75	10,17	9,80	13,50	15,26	13,24	10,16	5,04	0,06	11.993.410
2012	22,51	10,29	9,67	12,73	15,26	13,57	10,39	5,49	0,09	12.174.106
Neue Bundesländer										
1992	24,49	13,75	13,45	12,31	9,84	14,11	11,72	0,33	0,00	3.461.169
1995	21,96	14,57	14,21	14,16	10,36	11,50	13,01	0,23	0,00	3.384.976
1996	21,20	14,25	14,67	14,31	11,80	10,14	13,31	0,30	0,00	3.355.759
1997	20,79	13,77	15,15	14,38	12,78	9,75	12,96	0,42	0,00	3.290.724
1998	20,14	12,98	15,56	14,42	13,83	9,47	13,05	0,54	0,00	3.199.755
1999	20,05	12,36	15,72	14,64	14,37	9,46	12,65	0,73	0,00	3.183.519
2000	19,79	11,79	15,73	14,98	14,65	10,61	11,33	1,12	0,00	3.159.086
2001	19,43	11,53	15,38	15,35	14,67	11,99	9,87	1,79	0,00	3.097.164
2002	19,22	10,64	14,89	15,80	14,68	12,99	9,57	2,21	0,00	3.082.458
2003	19,19	9,89	14,22	16,30	14,71	13,93	9,18	2,59	0,01	3.006.413
2004	19,40	9,17	13,56	16,46	14,92	14,38	9,14	2,96	0,01	2.966.572
2005	22,06	8,77	12,59	15,61	14,48	13,92	9,75	2,81	0,01	3.029.355
2006	22,12	8,29	11,99	15,25	14,75	13,83	10,96	2,81	0,01	3.051.500
2007	21,87	8,28	11,28	14,78	15,16	13,81	11,72	3,10	0,01	3.017.146
2008	21,67	8,60	10,46	14,10	15,55	13,77	12,48	3,37	0,01	2.995.079
2009	21,32	9,10	9,75	13,41	15,64	13,92	12,89	3,94	0,02	2.987.107
2010	20,60	9,74	9,15	12,87	15,64	14,17	13,13	4,69	0,01	2.969.277
2011	19,63	10,29	8,77	12,46	15,47	14,62	13,26	5,46	0,03	2.936.122
2012	18,96	10,57	8,90	11,78	14,98	15,03	13,19	6,55	0,05	2.916.940
Deutschland										
1992	31,57	12,90	12,09	11,82	9,78	11,96	8,78	1,06	0,05	13.699.950
1995	27,33	13,72	13,08	12,71	10,97	10,32	10,59	1,25	0,05	13.449.622
1996	25,99	13,81	13,49	12,93	11,77	9,60	11,00	1,37	0,05	13.508.878
1997	25,05	13,77	13,82	13,13	12,32	9,53	10,83	1,49	0,05	13.438.846
1998	24,01	13,51	14,21	13,44	12,77	9,61	10,82	1,58	0,05	13.235.346
1999	23,52	13,25	14,56	13,83	12,96	9,78	10,35	1,69	0,05	13.422.250
2000	23,20	12,80	14,73	14,26	13,05	10,60	9,26	2,03	0,06	13.650.401
2001	22,77	12,32	14,76	14,65	13,22	11,28	8,48	2,45	0,06	13.670.973
2002	22,40	11,53	14,73	15,02	13,42	11,77	8,42	2,65	0,06	13.809.551
2003	21,94	10,63	14,40	15,49	13,78	12,26	8,52	2,90	0,06	13.569.925
2004	22,05	9,97	13,93	15,63	14,12	12,44	8,71	3,09	0,06	13.413.619
2005	23,47	9,80	13,27	15,16	13,93	12,07	9,19	3,04	0,07	14.234.343
2006	23,42	9,47	12,75	15,13	14,17	12,10	9,75	3,17	0,06	14.463.432
2007	23,45	9,32	11,99	14,99	14,44	12,21	10,09	3,46	0,06	14.499.161
2008	23,37	9,33	11,09	14,76	14,81	12,45	10,36	3,78	0,05	14.548.350
2009	23,16	9,57	10,41	14,32	15,03	12,76	10,48	4,22	0,05	14.674.620
2010	22,69	9,94	9,93	13,83	15,17	13,10	10,59	4,71	0,04	14.858.354
2011	22,14	10,19	9,60	13,30	15,30	13,51	10,77	5,12	0,06	14.929.532
2012	21,83	10,35	9,52	12,54	15,21	13,85	10,93	5,69	0,08	15.091.046

Seit 1999 sind unter den aktiv Versicherten die geringfügig Beschäftigte ohne Verzicht auf die Versicherungsfreiheit nicht berücksichtigt.

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung - Versicherte, verschiedene Jahrgänge

Versicherte**Ausländische aktiv Versicherte am 31.12. nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten**

Jahr	Ausländer		darunter:					
	insgesamt	Quote	Griechen	Italiener	Jugoslawen und Nachfolgestaaten ¹	Polen	Spanier	Türken
Alte Bundesländer (bis 1991) bzw. Deutschland (ab 1992)								
1983	1.585.125	7,2%	100.986	213.867	285.619	11.383	68.100	507.698
1984	1.481.555	6,8%	97.008	200.358	273.536	12.448	62.463	458.549
1985	1.482.507	6,6%	95.823	199.130	270.469	14.279	62.104	460.200
1986	1.538.839	6,7%	95.199	206.857	273.825	16.215	61.694	481.007
1987	1.576.621	6,7%	96.626	211.594	274.551	18.452	60.285	491.604
1988	1.623.498	6,9%	106.923	213.616	277.411	21.547	58.120	506.260
1989	1.699.502	7,1%	115.284	217.950	284.474	27.223	57.100	531.716
1990	1.804.664	7,5%	126.116	222.550	293.850	36.627	56.193	562.826
1991	1.948.855	8,1%	128.471	220.196	312.164	45.421	54.418	582.324
1992	2.470.234	7,6%	147.051	248.468	401.356	62.964	58.414	685.577
1993	2.509.845	7,8%	143.955	247.244	437.036	64.454	56.959	689.277
1994	2.495.110	7,8%	139.889	244.705	442.258	64.687	54.705	684.633
1995	2.496.113	7,9%	136.830	243.555	447.109	65.261	52.499	678.429
1996	2.502.898	7,9%	134.952	245.578	441.433	65.848	51.263	683.040
1997	2.467.534	7,9%	131.273	243.763	407.843	66.474	49.924	683.873
1998	2.405.492	7,9%	127.054	238.074	371.736	67.186	47.299	672.520
1999	2.697.810	8,1%	137.535	258.170	394.147	71.949	50.364	771.791
2000	2.755.946	8,1%	136.728	259.679	386.599	75.877	49.985	786.050
2001	2.836.239	8,4%	135.012	254.673	391.155	79.013	48.348	785.095
2002	2.848.526	8,4%	131.192	249.885	390.188	82.455	47.290	787.918
2003	2.769.159	8,3%	125.982	238.802	378.695	82.069	44.780	763.363
2004	2.777.170	8,3%	121.685	234.115	377.619	102.505	43.606	765.579
2005	3.083.039	8,9%	122.998	240.446	396.142	122.115	43.370	849.960
2006	3.157.196	9,0%	120.159	239.627	372.912	130.799	42.873	867.730
2007	3.177.964	9,1%	116.294	237.357	389.710	137.346	42.045	866.546
2008	3.216.229	9,2%	113.336	237.237	385.169	143.686	41.640	869.816
2009	3.288.055	9,4%	112.522	239.533	382.616	153.213	41.954	885.024
2010	3.381.184	9,6%	114.604	243.147	380.337	165.488	43.084	902.508
2011	3.549.340	10,0%	121.189	247.454	376.565	215.798	46.576	909.390
2012	3.736.837	10,5%	131.631	254.837	373.797	260.337	53.032	911.387

¹ Serben, Slowenen, Kroaten, Bosnier, Herzegowiner, Montenegriener,
die Staatsangehörigen aus Mazedonien und Kosovo sind nicht berücksichtigt.
ab 1999 einschl. geringfügig Beschäftigte.

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung - Versicherte, verschiedene Jahrgänge

Versicherte Pflichtversichertenstruktur am 31.12.

Männer und Frauen

Jahr	Insgesamt	Pflichtversichert und zwar als ¹						
		Beschäftigte ²		Selbstständige ³	Wehr- und Zivildienstleistende ⁴	Leistungsempfänger nach dem SGB III / SGB II ^{5, 6}	sonstige Leistungsempfänger ⁶	Pflegerpersonen
		Insgesamt	darunter Alters- teilleistungsbeschäftigte					
Alte Bundesländer								
1983	19.613.034	19.339.036	x	121.867	152.131	x	x	x
1985	19.608.261	19.300.057	x	112.848	152.744	x	x	x
1990	21.439.013	20.983.048	x	100.826	156.918	x	x	x
1992	24.205.233	21.737.698	x	144.820	180.510	1.776.540	316.332	6.698
1995	23.484.043	20.622.417	x	164.263	112.353	2.070.466	376.603	105.816
2000	23.810.040	21.104.418	174.024	179.361	106.296	1.872.929	255.305	251.043
2001	23.810.721	20.908.912	227.072	178.200	136.690	2.060.254	247.633	236.842
2002	24.166.823	20.843.951	269.758	177.540	126.705	2.500.328	251.774	214.907
2003	23.861.130	20.390.413	321.647	192.126	94.782	2.680.769	243.203	208.597
2004	23.810.569	20.308.293	375.436	261.009	85.475	2.716.484	272.844	270.299
2005	24.903.258	20.312.321	400.036	296.906	79.410	4.084.834	253.954	266.806
2006	25.177.302	20.814.791	420.423	278.587	75.949	3.931.407	269.099	254.866
2007	25.321.007	21.397.652	423.633	228.132	76.562	3.225.456	294.826	248.183
2008	25.479.746	21.687.697	421.803	209.364	82.292	3.108.541	328.618	246.398
2009	25.649.908	21.499.913	532.735	207.310	88.833	3.443.910	346.487	246.186
2010	26.010.708	22.127.571	458.175	213.134	76.932	3.180.804	373.495	228.622
2011	24.106.257	22.750.629	388.836	222.227	9.182	606.087	396.208	237.442
2012	24.538.224	23.064.034	339.928	222.856	5.638	700.047	426.241	247.008
Neue Bundesländer								
1992	7.304.841	5.406.785	x	42.573	34.733	1.308.751	62.726	156
1995	6.958.591	5.494.198	x	37.142	38.996	1.151.517	119.904	7.316
2000	6.480.688	5.033.654	34.487	38.007	40.422	1.261.407	75.776	19.874
2001	6.316.759	4.820.041	50.372	38.240	47.281	1.294.859	69.196	18.951
2002	6.329.963	4.729.240	64.354	36.954	42.031	1.412.621	71.925	18.350
2003	6.191.122	4.618.235	77.388	46.119	35.765	1.388.349	70.167	18.665
2004	6.132.499	4.554.598	91.519	82.962	29.313	1.380.303	74.608	43.547
2005	6.212.928	4.507.535	100.253	98.234	25.410	1.682.387	62.237	43.956
2006	6.228.308	4.628.547	108.124	89.710	23.748	1.618.704	61.811	44.247
2007	6.170.195	4.731.074	109.992	61.936	23.184	1.297.015	69.423	44.526
2008	6.150.984	4.784.263	110.949	50.079	23.077	1.225.435	79.397	44.050
2009	6.139.403	4.746.814	139.754	45.825	22.760	1.246.316	88.640	44.131
2010	6.102.296	4.821.589	120.671	47.322	14.951	1.138.533	95.199	42.358
2011	5.266.705	4.901.042	103.530	49.421	3.095	202.836	99.609	41.101
2012	5.277.750	4.883.428	87.745	49.020	1.402	226.359	108.887	40.577
Deutschland								
1992	31.510.074	27.144.483	x	187.393	215.243	3.085.291	379.058	6.854
1995	30.442.634	26.116.615	x	201.405	151.349	3.221.983	496.507	113.132
2000	30.293.728	26.138.072	208.511	217.368	146.718	3.134.336	331.081	270.917
2001	30.127.480	25.728.953	277.444	216.440	183.971	3.355.113	316.829	255.793
2002	30.496.786	25.573.191	334.112	214.494	168.736	3.912.949	323.699	233.257
2003	30.052.252	25.008.648	399.035	238.245	130.547	4.069.118	313.370	227.262
2004	29.943.068	24.862.891	466.955	343.971	114.788	4.096.787	347.452	313.846
2005	31.116.186	24.819.856	500.289	395.140	104.820	5.767.221	316.191	310.762
2006	31.405.610	25.443.338	528.547	368.297	99.697	5.550.111	330.910	299.113
2007	31.491.202	26.128.726	533.625	290.068	99.746	4.522.471	364.249	292.709
2008	31.630.730	26.471.960	532.752	259.443	105.369	4.333.976	408.015	290.448
2009	31.789.311	26.246.727	672.489	253.135	111.593	4.690.226	435.127	290.317
2010	32.113.004	26.949.160	578.846	260.456	91.883	4.319.337	468.694	270.980
2011	29.372.962	27.651.671	492.366	271.648	12.277	808.923	495.817	278.543
2012	29.815.974	27.947.462	427.673	271.876	7.040	926.406	535.128	287.585

¹ ab 2004 Mehrfachnennungen möglich, bis 2003 nach Priorität zugeordnet.

² ab 1999 einschl. geringfügig Beschäftigte mit Verzicht auf die Versicherungsfreiheit

und ab 2003 einschl. Beschäftigte mit Entgelt in der Gleitzone.

³ ab 2003 einschl. Existenzgründer, ab 1992 einschl. Künstler und Publizisten.

⁴ bis 30.06.2011 Wehr/Zivildienst, ab 01.07.2011 freiwilliger Wehrdienst nach § 54 WPfG.

⁵ ab 2005 bis 2010 einschließlich Leistungsempfänger nach dem SGB II (Arbeitslosengeld II).

⁶ von 1983-1991 nicht pflichtversichert.

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung - Versicherte, verschiedene Jahrgänge

Versicherte Pflichtversichertenstruktur am 31.12.

Männer

Jahr	Insge- samt	Pflichtversichert und zwar als ¹						
		Beschäftigte ²		Selbst- ständige ³	Wehr- und Zivil- dienst- leistende ⁴	Leistungs- empfänger nach dem SGB III / SGB II ^{5, 6}	sonstige Leistungs- empfänger ⁶	Pflege- perso- nen
		Insgesamt	darunter Alters- teilzeit- beschäftigte					
Alte Bundesländer								
1983	11.922.060	11.670.623	x	99.306	152.131	x	x	x
1985	11.837.574	11.557.829	x	90.307	152.744	x	x	x
1990	12.831.110	12.530.215	x	77.780	156.918	x	x	x
1992	14.269.429	12.700.054	x	105.235	180.510	1.060.572	191.187	424
1995	13.695.008	11.916.023	x	117.237	112.353	1.309.870	225.761	3.173
2000	13.599.481	12.052.698	136.936	122.986	106.296	1.150.836	147.754	9.776
2001	13.506.013	11.808.464	162.534	120.012	136.690	1.281.697	141.695	9.456
2002	13.695.449	11.714.670	181.367	116.981	126.705	1.575.106	145.154	9.274
2003	13.537.025	11.471.886	208.371	123.232	94.782	1.689.997	140.518	9.401
2004	13.483.692	11.421.937	239.466	156.085	85.475	1.696.456	153.763	16.124
2005	13.794.343	11.397.126	250.119	167.822	79.410	2.160.324	142.361	17.221
2006	13.842.015	11.670.898	258.791	155.887	75.949	1.989.373	148.663	17.166
2007	13.864.063	11.945.554	256.364	129.694	76.562	1.605.367	160.740	17.332
2008	13.886.156	12.002.767	253.523	120.787	82.292	1.560.077	176.946	17.861
2009	13.902.437	11.772.673	320.982	118.100	88.833	1.789.658	186.500	18.493
2010	14.038.763	12.106.904	278.942	119.212	76.932	1.604.518	199.081	17.972
2011	13.098.688	12.451.854	240.184	122.419	9.118	343.536	208.021	19.207
2012	13.279.112	12.555.313	212.718	120.462	5.395	409.094	224.211	20.608
Neue Bundesländer								
1992	3.884.165	2.961.557	x	31.551	34.733	599.117	30.341	6
1995	3.635.193	2.966.819	x	26.180	38.996	499.189	58.118	382
2000	3.407.049	2.641.608	16.700	26.019	40.422	648.973	42.444	1.762
2001	3.301.170	2.501.379	22.663	25.868	47.281	681.185	38.247	1.830
2002	3.327.882	2.447.469	27.852	24.781	42.031	765.985	40.561	1.858
2003	3.269.414	2.396.080	32.930	30.530	35.765	760.683	40.433	2.022
2004	3.231.924	2.356.698	38.027	50.559	29.313	759.668	40.517	5.676
2005	3.255.251	2.325.571	40.651	57.375	25.410	910.829	33.744	6.087
2006	3.250.813	2.412.779	42.728	51.592	23.748	840.819	33.150	6.243
2007	3.217.816	2.466.926	42.243	36.219	23.184	670.903	36.969	6.399
2008	3.197.613	2.476.211	41.919	29.829	23.077	640.966	41.144	6.345
2009	3.184.945	2.433.609	54.127	26.736	22.760	668.908	46.070	6.519
2010	3.159.642	2.484.192	47.680	27.151	14.951	600.335	48.487	6.446
2011	2.732.815	2.536.658	42.083	27.822	3.084	120.351	50.160	6.414
2012	2.728.704	2.512.650	36.073	27.169	1.359	138.426	55.174	6.302
Deutschland								
1992	18.153.594	15.661.611	x	136.786	215.243	1.659.689	221.528	430
1995	17.330.201	14.882.842	x	143.417	151.349	1.809.059	283.879	3.555
2000	17.006.530	14.694.306	153.636	149.005	146.718	1.799.809	190.198	11.538
2001	16.807.183	14.309.843	185.197	145.880	183.971	1.962.882	179.942	11.286
2002	17.023.331	14.162.139	209.219	141.762	168.736	2.341.091	185.715	11.132
2003	16.806.439	13.867.966	241.301	153.762	130.547	2.450.680	180.951	11.423
2004	16.715.616	13.778.635	277.493	206.644	114.788	2.456.124	194.280	21.800
2005	17.049.594	13.722.697	290.770	225.197	104.820	3.071.153	176.105	23.308
2006	17.092.828	14.083.677	301.519	207.479	99.697	2.830.192	181.813	23.409
2007	17.081.879	14.412.480	298.607	165.913	99.746	2.276.270	197.709	23.731
2008	17.083.769	14.478.978	295.442	150.616	105.369	2.201.043	218.090	24.206
2009	17.087.382	14.206.282	375.109	144.836	111.593	2.458.566	232.570	25.012
2010	17.198.405	14.591.096	326.622	146.363	91.883	2.204.853	247.568	24.418
2011	15.831.503	14.988.512	282.267	150.241	12.202	463.887	258.181	25.621
2012	16.007.816	15.067.963	248.791	147.631	6.754	547.520	279.385	26.910

¹ ab 2004 Mehrfachnennungen möglich, bis 2003 nach Priorität zugeordnet.

² ab 1999 einschl. geringfügig Beschäftigte mit Verzicht auf die Versicherungsfreiheit und ab 2003 einschl. Beschäftigte mit Entgelt in der Gleitzone.

³ ab 2003 einschl. Existenzgründer, ab 1992 einschl. Künstler und Publizisten.

⁴ bis 30.06.2011 Wehr-/Zivildienst, ab 01.07.2011 freiwilliger Wehrdienst nach § 54 WpflG.

⁵ ab 2005 bis 2010 einschließlich Leistungsempfänger nach dem SGB II (Arbeitslosengeld II).

⁶ von 1983-1991 nicht pflichtversichert.

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung - Versicherte, verschiedene Jahrgänge

Versicherte Pflichtversichertenstruktur am 31.12.

Frauen

Jahr	Insgesamt	Pflichtversichert und zwar als ¹						
		Beschäftigte ²		Selbstständige ³	Wehr- und Zivildienstleistende ⁴	Leistungsempfänger nach dem SGB III / SGB II ^{5, 6}	sonstige Leistungsempfänger ⁶	Pflegerpersonen
		Insgesamt	darunter Alters- zeitbeschäftigte					
Alte Bundesländer								
1983	7.690.974	7.668.413	x	22.561	x	x	x	x
1985	7.770.687	7.742.228	x	22.541	x	x	x	x
1990	8.607.903	8.452.833	x	23.046	x	x	x	x
1992	9.935.804	9.037.644	x	39.585	x	715.968	125.145	6.274
1995	9.789.035	8.706.394	x	47.026	x	760.596	150.842	102.643
2000	10.213.559	9.051.720	37.088	56.375	x	722.093	107.551	241.267
2001	10.304.708	9.100.448	64.538	58.188	x	778.557	105.938	227.386
2002	10.471.374	9.129.281	88.391	60.559	x	925.222	106.620	205.633
2003	10.324.105	8.918.527	113.276	68.894	x	990.772	102.685	199.196
2004	10.326.877	8.886.356	135.970	104.924	x	1.020.028	119.081	254.175
2005	11.108.915	8.915.195	149.917	129.084	x	1.924.510	111.593	249.585
2006	11.335.287	9.143.893	161.632	122.700	x	1.942.034	120.436	237.700
2007	11.456.944	9.452.098	167.269	98.438	x	1.620.089	134.086	230.851
2008	11.593.590	9.684.930	168.280	88.577	x	1.548.464	151.672	228.537
2009	11.747.471	9.727.240	211.753	89.210	x	1.654.252	159.987	227.693
2010	11.971.945	10.020.667	179.233	93.922	x	1.576.286	174.414	210.650
2011	11.007.569	10.298.775	148.652	99.808	64	262.551	188.187	218.235
2012	11.259.112	10.508.721	127.210	102.394	243	290.953	202.030	226.400
Neue Bundesländer								
1992	3.420.676	2.445.228	x	11.022	x	709.634	32.385	150
1995	3.323.398	2.527.379	x	10.962	x	652.328	61.786	6.934
2000	3.073.639	2.392.046	17.787	11.988	x	612.434	33.332	18.112
2001	3.015.589	2.318.662	27.709	12.372	x	613.674	30.949	17.121
2002	3.002.081	2.281.771	36.502	12.173	x	646.636	31.364	16.492
2003	2.921.708	2.222.155	44.458	15.589	x	627.666	29.734	16.643
2004	2.900.575	2.197.900	53.492	32.403	x	620.635	34.091	37.871
2005	2.957.677	2.181.964	59.602	40.859	x	771.558	28.493	37.869
2006	2.977.495	2.215.768	65.396	38.118	x	777.885	28.661	38.004
2007	2.952.379	2.264.148	67.749	25.717	x	626.112	32.454	38.127
2008	2.953.371	2.308.052	69.030	20.250	x	584.469	38.253	37.705
2009	2.954.458	2.313.205	85.627	19.089	x	577.408	42.570	37.612
2010	2.942.654	2.337.397	72.991	20.171	x	538.198	46.712	35.912
2011	2.533.890	2.364.384	61.447	21.599	11	82.485	49.449	34.687
2012	2.549.046	2.370.778	51.672	21.851	43	87.933	53.713	34.275
Deutschland								
1992	13.356.480	11.482.872	x	50.607	x	1.425.602	157.530	6.424
1995	13.112.433	11.233.773	x	57.988	x	1.412.924	212.628	109.577
2000	13.287.198	11.443.766	54.875	68.363	x	1.334.527	140.883	259.379
2001	13.320.297	11.419.110	92.247	70.560	x	1.392.231	136.887	244.507
2002	13.473.455	11.411.052	124.893	72.732	x	1.571.858	137.984	222.125
2003	13.245.813	11.140.682	157.734	84.483	x	1.618.438	132.419	215.839
2004	13.227.452	11.084.256	189.462	137.327	x	1.640.663	153.172	292.046
2005	14.066.592	11.097.159	209.519	169.943	x	2.696.068	140.086	287.454
2006	14.312.782	11.359.661	227.028	160.818	x	2.719.919	149.097	275.704
2007	14.409.323	11.716.246	235.018	124.155	x	2.246.201	166.540	268.978
2008	14.546.961	11.992.982	237.310	108.827	x	2.132.933	189.925	266.242
2009	14.701.929	12.040.445	297.380	108.299	x	2.231.660	202.557	265.305
2010	14.914.599	12.358.064	252.224	114.093	x	2.114.484	221.126	246.562
2011	13.541.459	12.663.159	210.099	121.407	75	345.036	237.636	252.922
2012	13.808.158	12.879.499	178.882	124.245	286	378.886	255.743	260.675

¹ ab 2004 Mehrfachnennungen möglich, bis 2003 nach Priorität zugeordnet.

² ab 1999 einschl. geringfügig Beschäftigte mit Verzicht auf die Versicherungsfreiheit und ab 2003 einschl. Beschäftigte mit Entgelt in der Gleitzone.

³ ab 2003 einschl. Existenzgründer, ab 1992 einschl. Künstler und Publizisten.

⁴ bis 30.06.2011 Wehr/Zivildienst, ab 01.07.2011 freiwilliger Wehrdienst nach § 54 WpflG.

⁵ ab 2005 bis 2010 einschließlich Leistungsempfänger nach dem SGB II (Arbeitslosengeld II).

⁶ von 1983-1991 nicht pflichtversichert.

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung - Versicherte, verschiedene Jahrgänge

Versicherte Pflichtversicherte im Berichtsjahr

Jahr	Insgesamt	Männer	Frauen	darunter Ausländer	
				Männer	Frauen
Alte Bundesländer					
1983	22.471.845	13.564.652	8.907.193	1.323.927	598.692
1985	22.380.026	13.438.203	8.941.823	1.209.026	564.080
1990	24.550.907	14.462.766	10.088.141	1.432.102	720.465
1992	26.898.710	15.700.910	11.197.800	1.826.788	903.994
1995	26.259.395	15.197.613	11.061.782	1.827.957	927.077
1996	26.319.207	15.151.395	11.167.812	1.818.970	936.657
1997	26.401.110	15.147.853	11.253.257	1.813.426	947.345
1998	25.901.250	14.834.979	11.066.271	1.755.973	925.724
1999	26.312.366	14.968.605	11.343.761	1.772.880	954.505
2000	26.746.751	15.139.297	11.607.454	1.792.540	987.955
2001	26.714.729	15.012.938	11.701.791	1.826.009	1.020.559
2002	26.971.946	15.142.411	11.829.535	1.822.581	1.027.236
2003	26.732.344	14.995.009	11.737.335	1.773.301	997.917
2004	26.446.029	14.839.578	11.606.451	1.738.190	975.590
2005	27.487.356	15.109.935	12.377.421	1.810.720	1.208.577
2006	27.793.700	15.167.971	12.625.729	1.831.000	1.274.636
2007	28.059.789	15.225.434	12.834.355	1.840.935	1.314.606
2008	28.189.593	15.230.828	12.958.765	1.847.445	1.343.597
2009	28.241.593	15.198.726	13.042.867	1.848.296	1.369.382
2010	28.638.705	15.339.855	13.298.850	1.888.666	1.427.112
2011 ¹	26.792.951	14.475.331	12.317.620	1.778.633	1.153.245
2012	27.191.622	14.637.189	12.554.433	1.919.095	1.247.551
Neue Bundesländer					
1992	8.027.242	4.219.661	3.807.581	62.499	112.807
1995	7.729.692	4.027.401	3.702.291	66.988	101.477
1996	7.588.260	3.960.920	3.627.340	65.783	96.963
1997	7.448.745	3.895.665	3.553.080	67.581	92.255
1998	7.199.139	3.762.720	3.436.419	63.207	83.787
1999	7.230.341	3.799.922	3.430.419	64.925	82.032
2000	7.161.500	3.769.233	3.392.267	64.426	80.803
2001	6.969.701	3.646.699	3.323.002	64.880	80.261
2002	6.979.025	3.661.357	3.317.668	64.171	74.887
2003	6.880.353	3.620.243	3.260.110	60.391	62.949
2004	6.755.670	3.557.061	3.198.609	59.525	59.351
2005	6.834.755	3.580.481	3.254.274	70.531	73.684
2006	6.822.598	3.566.135	3.256.463	73.667	76.647
2007	6.792.326	3.539.150	3.253.176	74.328	77.864
2008	6.746.549	3.501.679	3.244.870	75.026	78.601
2009	6.697.907	3.468.038	3.229.869	76.363	80.154
2010	6.662.553	3.438.752	3.223.801	79.578	83.050
2011 ¹	5.841.314	3.022.763	2.818.551	70.116	63.474
2012	5.824.119	3.003.126	2.820.993	81.358	69.832
Deutschland					
1992	34.925.952	19.920.571	15.005.381	1.889.287	1.016.801
1995	33.989.087	19.225.014	14.764.073	1.894.945	1.028.554
1996	33.907.467	19.112.315	14.795.152	1.884.753	1.033.620
1997	33.849.855	19.043.518	14.806.337	1.881.007	1.039.600
1998	33.100.389	18.597.699	14.502.690	1.819.180	1.009.511
1999	33.542.707	18.768.527	14.774.180	1.837.805	1.036.537
2000	33.908.251	18.908.530	14.999.721	1.856.966	1.068.758
2001	33.684.430	18.659.637	15.024.793	1.890.889	1.100.820
2002	33.950.971	18.803.768	15.147.203	1.886.752	1.102.123
2003	33.612.697	18.615.252	14.997.445	1.833.692	1.060.866
2004	33.201.699	18.396.639	14.805.060	1.797.715	1.034.941
2005	34.322.111	18.690.416	15.631.695	1.881.251	1.282.261
2006	34.616.298	18.734.106	15.882.192	1.904.667	1.351.283
2007	34.852.115	18.764.584	16.087.531	1.915.263	1.392.470
2008	34.936.142	18.732.507	16.203.635	1.922.471	1.422.198
2009	34.939.500	18.666.764	16.272.736	1.924.659	1.449.536
2010	35.301.258	18.778.607	16.522.651	1.968.244	1.510.162
2011 ¹	32.634.265	17.498.094	15.136.171	1.848.749	1.216.719
2012	33.015.741	17.640.315	15.375.426	2.000.453	1.317.383

Versicherte mit mindestens einem Pflichtbeitrag im Berichtsjahr.

¹ ab 2011 ohne Leistungsempfänger nach dem SGB II (Arbeitslosengeld II).

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung - Versicherte, verschiedene Jahrgänge

Versicherte**Versicherungspflichtig Beschäftigte des Berichtsjahres,
Entgelte und Fälle mit Entgelt ab der Beitragsbemessungsgrenze (BBG)****Männer und Frauen**

Jahr	versicherungs- pflichtig Beschäftigte	durchschnittlich			nachrichtlich:
		erzieltes Jahresentgelt ¹ je Beschäftigter	hochgerechnetes Jahresentgelt ² je Beschäftigter	erzieltes Entgelt je Beschäftigungsjahr	Fälle an/über der jeweiligen jährlichen BBG
	Anzahl	- in € -	- in € -	- in € -	Anzahl
Alte Bundesländer					
1983	22.127.206	13.963	15.554	16.180	626.279
1985	22.030.249	15.261	16.757	17.367	897.189
1990	23.857.158	18.379	20.278	21.004	1.189.895
1992	23.809.044	21.504	23.719	24.482	1.421.084
1995	22.565.301	23.577	25.893	26.736	1.176.809
2000	23.076.336	24.838	27.362	28.656	1.173.040
2001	22.975.872	25.306	27.875	29.169	1.250.699
2002	22.963.749	25.672	28.260	29.575	1.347.318
2003	21.868.369	26.899	29.576	31.010	955.659
2004	21.477.903	27.265	29.804	31.123	979.527
2005	21.071.020	27.689	30.095	31.416	995.383
2006	21.234.297	27.928	30.338	31.727	1.056.732
2007	21.744.726	28.203	30.606	32.016	1.164.600
2008	22.109.319	28.759	31.198	32.603	1.253.331
2009	21.935.223	28.859	31.443	32.821	1.140.488
2010	22.250.240	29.180	31.691	33.150	1.199.125
2011	23.016.551	29.629	32.155	33.633	1.298.285
2012	23.485.561	30.269	32.800	34.274	1.338.389
Neue Bundesländer					
1992	5.942.996	13.045	15.039	15.480	90.356
1995	5.757.330	17.131	19.345	19.995	112.694
2000	5.240.567	17.962	20.711	21.744	123.235
2001	4.982.139	18.451	21.332	22.373	126.614
2002	4.875.639	18.853	21.772	22.833	143.570
2003	4.604.996	19.585	22.572	23.729	86.253
2004	4.479.644	19.913	22.738	23.875	92.695
2005	4.285.513	20.369	23.030	24.155	86.696
2006	4.271.680	20.574	23.190	24.296	91.918
2007	4.365.108	20.924	23.465	24.512	92.239
2008	4.425.902	21.406	23.969	25.023	110.043
2009	4.415.224	21.638	24.301	25.337	107.424
2010	4.479.071	22.057	24.618	25.668	116.388
2011	4.608.600	22.591	25.149	26.177	113.484
2012	4.665.636	23.174	25.707	26.668	125.162
Deutschland bzw. Verhältnis der neuen Bundesländer zu den alten Bundesländern					
1992	29.554.833	60,7%	63,4%	63,2%	x
1995	28.163.502	72,7%	74,7%	74,8%	x
2000	28.110.233	72,3%	75,7%	75,9%	x
2001	27.756.071	72,9%	76,5%	76,5%	x
2002	27.658.644	73,4%	77,0%	77,2%	x
2003	26.317.718	72,8%	76,3%	76,5%	x
2004	25.818.757	73,0%	76,3%	76,7%	x
2005	25.220.251	73,6%	76,5%	76,9%	x
2006	25.353.093	73,7%	76,4%	76,6%	x
2007	25.935.021	74,2%	76,7%	76,6%	x
2008	26.356.191	74,4%	76,8%	76,8%	x
2009	26.192.888	75,0%	77,3%	77,2%	x
2010	26.558.735	75,6%	77,7%	77,4%	x
2011	27.435.589	76,2%	78,2%	77,8%	x
2012	27.969.389	76,6%	78,4%	77,8%	x

Versicherungspflichtig Beschäftigte sind Versicherte mit einem beitragspflichtigen Beschäftigungsentgelt.

Ohne Beschäftigte bzw. Entgelte für eine Berufsausbildung oder während Rentenbezug oder einer Beschäftigung mit Entgelt in der Gleitzone oder Altersteilzeitbeschäftigung sowie ohne geringfügige Beschäftigung.

Zur genauen Abgrenzung, vgl. Glossar: Beschäftigte, versicherungspflichtige sowie Jahresentgelt, beitragspflichtiges.

Auf Grund der Umstellung des Meldeverfahrens (DEÜV) Untererfassung 1998 um rd. 1,5 % und 1999 um rd. 0,7 %.

Im Jahr 2000: Revidiertes Durchschnittsentgelt in einer Fallgruppe auf Grund von verspäteten Entgeltmeldungen.

¹ bis zur jeweiligen jährlichen Beitragsbemessungsgrenze (BBG).

² bei unterjährig Beschäftigten auf ein Jahr hochgerechnet.

³ Versicherte mit einem erzielten Entgelt ab der jeweiligen Beitragsbemessungsgrenze.

Zur Euro-Umrechnung vgl. Glossar.

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung - Versicherte, verschiedene Jahrgänge

Versicherte**Versicherungspflichtig Beschäftigte des Berichtsjahres,
Entgelte und Fälle mit Entgelt ab der Beitragsbemessungsgrenze (BBG)****Männer**

Jahr	versicherungs- pflichtig Beschäftigte	durchschnittlich		erzieltes Entgelt je Beschäftigungsjahr	nachrichtlich: Fälle an/über der jeweiligen jährlichen BBG ³
		erzieltes Jahresentgelt ¹ je Beschäftigter	hochgerechnetes Jahresentgelt ² je Beschäftigter		
	Anzahl	- in € -	- in € -	- in € -	Anzahl
Alte Bundesländer					
1983	13.244.091	16.334	18.212	18.852	601.777
1985	13.115.381	17.992	19.624	20.298	855.776
1990	14.103.167	21.691	23.702	24.498	1.120.176
1992	14.045.295	25.049	27.413	28.296	1.325.236
1995	13.131.118	27.424	29.900	30.910	1.094.376
2000	13.209.812	28.978	31.668	33.149	1.064.414
2001	13.040.820	29.509	32.273	33.766	1.124.166
2002	12.995.962	29.941	32.754	34.298	1.209.564
2003	12.510.774	31.277	34.178	35.842	868.921
2004	12.229.426	31.796	34.546	36.146	888.284
2005	12.012.992	32.216	34.804	36.405	898.262
2006	12.120.083	32.470	35.052	36.742	950.484
2007	12.389.108	32.840	35.362	37.026	1.041.600
2008	12.533.549	33.514	36.051	37.694	1.116.831
2009	12.326.841	33.538	36.292	37.946	1.011.451
2010	12.444.760	33.957	36.605	38.371	1.061.881
2011	12.855.057	34.525	37.149	38.903	1.145.704
2012	13.058.226	35.340	37.953	39.694	1.177.112
Neue Bundesländer					
1992	3.195.596	14.091	16.174	16.545	74.505
1995	3.075.415	18.396	20.757	21.392	94.359
2000	2.742.959	18.879	21.998	23.141	97.762
2001	2.577.431	19.304	22.631	23.814	99.081
2002	2.517.938	19.651	23.045	24.275	108.157
2003	2.405.246	20.338	23.768	25.080	69.495
2004	2.331.518	20.729	24.009	25.344	70.281
2005	2.227.493	21.203	24.320	25.659	69.592
2006	2.234.725	21.406	24.464	25.780	73.642
2007	2.286.415	21.987	24.870	26.064	74.140
2008	2.309.422	22.545	25.394	26.574	86.761
2009	2.283.567	22.742	25.712	26.903	84.333
2010	2.324.834	23.136	26.001	27.203	90.103
2011	2.396.280	23.884	26.678	27.821	88.849
2012	2.413.862	24.627	27.362	28.428	97.270
Deutschland bzw. Verhältnis der neuen Bundesländer zu den alten Bundesländern					
1992	17.090.749	56,3%	59,0%	58,5%	x
1995	16.089.115	67,1%	69,4%	69,2%	x
2000	15.815.274	65,2%	69,5%	69,8%	x
2001	15.486.973	65,4%	70,1%	70,1%	x
2002	15.397.586	65,6%	70,4%	70,8%	x
2003	14.815.321	65,0%	69,5%	70,0%	x
2004	14.469.894	65,2%	69,5%	70,1%	x
2005	14.150.367	65,8%	69,9%	70,5%	x
2006	14.253.351	65,9%	69,8%	70,2%	x
2007	14.560.517	67,0%	70,3%	70,4%	x
2008	14.727.389	67,3%	70,4%	70,5%	x
2009	14.512.447	67,8%	70,8%	70,9%	x
2010	14.661.347	68,1%	71,0%	70,9%	x
2011	15.130.687	69,2%	71,8%	71,5%	x
2012	15.358.809	69,7%	72,1%	71,6%	x

Versicherungspflichtig Beschäftigte sind Versicherte mit einem beitragspflichtigen Beschäftigungsentgelt.

Ohne Beschäftigte bzw. Entgelte für eine Berufsausbildung oder während Rentenbezug oder einer Beschäftigung mit Entgelt in der Gleitzone oder Altersteilzeitbeschäftigung sowie ohne geringfügige Beschäftigung.

Zur genauen Abgrenzung, vgl. Glossar: Beschäftigte, versicherungspflichtige sowie Jahresentgelt, beitragspflichtiges.

Auf Grund der Umstellung des Meldeverfahrens (DEÜV) Untererfassung 1998 um rd. 1,5 % und 1999 um rd. 0,7 %.

Im Jahr 2000: Revidiertes Durchschnittsentgelt in einer Fallgruppe auf Grund von verspäteten Entgeltmeldungen.

¹ bis zur jeweiligen jährlichen Beitragsbemessungsgrenze (BBG).

² bei unterjährig Beschäftigten auf ein Jahr hochgerechnet.

³ Versicherte mit einem erzielten Entgelt ab der jeweiligen Beitragsbemessungsgrenze.

Zur Euro-Umrechnung vgl. Glossar.

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung - Versicherte, verschiedene Jahrgänge

Versicherte**Versicherungspflichtig Beschäftigte des Berichtsjahres,
Entgelte und Fälle mit Entgelt ab der Beitragsbemessungsgrenze (BBG)****Frauen**

Jahr	versicherungs- pflichtig Beschäftigte	durchschnittlich		erzieltes Entgelt je Beschäftigungsjahr	nachrichtlich: Fälle an/über der jeweiligen jährlichen BBG ³
		erzieltes Jahresentgelt ¹ je Beschäftigter	hochgerechnetes Jahresentgelt ² je Beschäftigter		
	Anzahl	- in € -	- in € -	- in € -	Anzahl
Alte Bundesländer					
1983	8.883.115	10.428	11.590	12.087	24.502
1985	8.914.868	11.241	12.539	12.960	41.413
1990	9.753.991	13.590	15.326	15.803	69.719
1992	9.763.749	16.405	18.406	18.890	95.848
1995	9.434.183	18.223	20.316	20.841	82.433
2000	9.866.524	19.296	21.598	22.523	108.626
2001	9.935.052	19.790	22.101	23.032	126.533
2002	9.967.787	20.106	22.401	23.335	137.754
2003	9.357.595	21.047	23.423	24.458	86.738
2004	9.248.477	21.275	23.533	24.417	91.243
2005	9.058.028	21.684	23.849	24.737	97.121
2006	9.114.214	21.888	24.068	24.996	106.248
2007	9.355.618	22.063	24.308	25.275	123.000
2008	9.575.770	22.535	24.846	25.816	136.500
2009	9.608.382	22.857	25.222	26.167	129.037
2010	9.805.480	23.117	25.454	26.443	137.244
2011	10.161.494	23.434	25.837	26.854	152.581
2012	10.427.335	23.918	26.347	27.361	161.277
Neue Bundesländer					
1992	2.747.400	11.829	13.718	14.212	15.851
1995	2.681.915	15.680	17.725	18.381	18.335
2000	2.497.608	16.956	19.298	20.250	25.473
2001	2.404.708	17.536	19.940	20.883	27.533
2002	2.357.701	18.000	20.412	21.355	35.413
2003	2.199.750	18.762	21.264	22.306	16.758
2004	2.148.126	19.026	21.357	22.344	22.414
2005	2.058.020	19.466	21.634	22.593	17.104
2006	2.036.955	19.661	21.792	22.732	18.276
2007	2.078.693	19.755	21.920	22.846	18.099
2008	2.116.480	20.163	22.413	23.360	23.282
2009	2.131.657	20.455	22.789	23.694	23.091
2010	2.154.237	20.894	23.126	24.048	26.285
2011	2.212.320	21.192	23.493	24.416	24.635
2012	2.251.774	21.616	23.932	24.794	27.892
Deutschland bzw. Verhältnis der neuen Bundesländer zu den alten Bundesländern					
1992	12.464.084	72,1%	74,5%	75,2%	x
1995	12.074.387	86,0%	87,2%	88,2%	x
2000	12.294.959	87,9%	89,3%	89,9%	x
2001	12.269.098	88,6%	90,2%	90,2%	x
2002	12.261.058	89,5%	91,1%	91,5%	x
2003	11.502.397	89,1%	90,8%	91,2%	x
2004	11.348.863	89,4%	90,8%	91,5%	x
2005	11.069.884	89,8%	90,7%	91,3%	x
2006	11.099.742	89,8%	90,5%	90,9%	x
2007	11.374.504	89,5%	90,2%	90,4%	x
2008	11.628.802	89,5%	90,2%	90,5%	x
2009	11.680.441	89,5%	90,4%	90,5%	x
2010	11.897.388	90,4%	90,9%	90,9%	x
2011	12.304.902	90,4%	90,9%	90,9%	x
2012	12.610.580	90,4%	90,8%	90,6%	x

Versicherungspflichtig Beschäftigte sind Versicherte mit einem beitragspflichtigen Beschäftigungsentgelt.

Ohne Beschäftigte bzw. Entgelte für eine Berufsausbildung oder während Rentenbezug oder einer Beschäftigung mit Entgelt in der Gleitzone oder Altersteilzeitbeschäftigung sowie ohne geringfügige Beschäftigung.

Zur genauen Abgrenzung, vgl. Glossar: Beschäftigte, versicherungspflichtige sowie Jahresentgelt, beitragspflichtiges.

Auf Grund der Umstellung des Meldeverfahrens (DEÜV) Untererfassung 1998 um rd. 1,5 % und 1999 um rd. 0,7 %.

Im Jahr 2000: Revidiertes Durchschnittsentgelt in einer Fallgruppe auf Grund von verspäteten Entgeltmeldungen.

¹ bis zur jeweiligen jährlichen Beitragsbemessungsgrenze (BBG).

² bei unterjährig Beschäftigten auf ein Jahr hochgerechnet.

³ Versicherte mit einem erzielten Entgelt ab der jeweiligen Beitragsbemessungsgrenze.

Zur Euro-Umrechnung vgl. Glossar.

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung - Versicherte, verschiedene Jahrgänge

Versicherte

Freiwillig Versicherte im Berichtsjahr

Jahr	Insgesamt		Durchschnittlicher Beitrag in €		darunter zahlten einen			
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Mindestbeitrag	Frauen	Männer	Frauen
Alte Bundesländer								
1981	340.951	243.924	x	x	42.186	100.303	24.936	2.237
1983	344.282	226.913	x	x	39.714	78.432	19.633	2.850
1985	555.496	274.444	x	x	229.931	130.414	14.173	1.108
1986	553.094	271.137	x	x	252.500	131.780	12.235	961
1987	585.441	288.499	x	x	286.885	145.269	12.130	1.021
1988	586.208	282.980	x	x	308.165	146.903	11.081	921
1989	583.230	274.580	x	x	330.361	149.500	10.228	825
1990	585.758	257.925	x	x	353.204	149.447	9.900	842
1991	609.730	267.889	x	x	384.991	164.879	13.741	1.468
1992	612.704	268.073	97,26	66,94	406.598	188.528	15.026	1.748
1993	606.513	263.670	97,06	68,45	425.113	197.849	13.732	1.606
1994	603.655	251.825	102,03	75,36	461.035	205.879	11.332	1.343
1995	575.205	247.930	98,90	74,12	444.822	204.331	10.144	1.226
1996	593.899	236.755	97,23	75,99	466.691	194.944	8.235	935
1997	579.260	220.659	97,23	79,77	486.956	194.618	6.419	755
1998	554.898	203.227	95,05	80,49	473.357	179.882	5.410	662
Neue Bundesländer								
1992	46.819	26.231	27,09	27,18	45.458	25.449	0	0
1993	66.948	36.267	35,01	34,86	64.776	35.095	0	0
1994	88.412	43.317	43,10	42,84	84.682	41.703	0	0
1995	90.227	42.784	44,39	44,35	87.416	41.599	0	0
1996	99.211	42.755	48,53	48,51	96.603	41.592	0	0
1997	99.075	41.510	53,30	53,26	98.957	41.450	0	0
1998	94.965	38.421	53,40	53,34	94.889	38.373	1	0
Deutschland								
1992	659.523	294.304	92,28	63,39	452.056	213.977	15.026	1.748
1993	673.461	299.937	90,89	64,39	489.889	232.944	13.732	1.606
1994	692.067	295.142	94,50	70,59	545.717	247.582	11.332	1.343
1995	665.432	290.714	91,51	69,74	532.238	245.930	10.144	1.226
1996	693.110	279.510	90,26	71,79	563.294	236.536	8.235	935
1997	678.335	262.169	90,81	75,57	585.913	236.068	6.419	755
1998	649.863	241.648	88,97	76,18	568.246	218.255	5.411	662
1999	605.099	219.193	86,79	76,38	527.974	194.949	4.414	553
2000	559.427	197.447	82,54	74,07	493.396	176.411	3.768	467
2001	513.885	182.056	80,41	72,29	455.350	162.755	3.262	415
2002	473.290	168.442	79,78	72,51	424.056	152.724	2.720	357
2003	437.828	155.181	90,39	83,63	404.414	145.795	2.095	295
2004	402.636	142.403	93,04	86,80	372.822	133.908	1.767	257
2005	371.631	130.038	93,42	87,67	343.315	121.863	1.532	220
2006	347.268	121.818	94,53	89,59	320.151	113.409	1.269	203
2007	324.900	113.518	97,80	93,30	300.018	105.238	1.308	205
2008	305.634	107.984	99,53	96,49	281.467	99.381	1.284	228
2009	287.339	103.140	101,70	99,55	263.821	94.355	1.289	239
2010	269.092	95.579	102,55	101,06	246.682	87.001	1.312	274
2011	253.811	90.891	103,89	103,07	232.108	82.320	1.443	347
2012	237.704	87.241	105,35	104,44	211.894	74.679	1.748	428

Ab 1999 auf Grund Wegfall der Ost-Anwartschafts-Erhaltungsbeiträge nur noch Ausweisung für Deutschland insgesamt.

Zur Euro-Umrechnung vgl. Glossar.

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung - Versicherte, verschiedene Jahrgänge;

bis 1991 Statistik über die unmittelbare Beitragsentwicklung nach RV BEVO, verschiedene Jahrgänge

Versicherte

Selbstständige im Berichtsjahr

Jahr	Insgesamt	davon				
		Selbstständige		Künstler/ Publizisten	Handwerker	Existenzgründer
		auf Antrag	kraft Gesetzes			
Alte Bundesländer						
1983	128.872	45.194	5.896	x	77.782	x
1985	117.838	39.955	6.460	x	71.423	x
1990	112.397	35.840	10.257	x	66.300	x
1992	165.795	31.072	18.998	47.465	68.260	x
1995	189.390	27.811	18.157	70.469	72.953	x
1996	205.388	27.498	17.206	78.878	81.806	x
1997	210.733	25.764	16.381	85.235	83.353	x
1998	214.330	22.815	16.131	90.794	84.590	x
1999	218.633	21.347	17.125	95.065	85.096	x
2000	215.221	17.876	17.500	97.150	82.695	x
2001	214.397	17.236	17.257	101.167	78.737	x
2002	214.467	15.678	17.941	107.129	73.719	x
2003	236.311	12.981	19.584	111.842	67.683	24.221
2004	305.883	13.331	23.106	94.658	61.220	113.568
2005	364.807	12.318	24.775	122.905	56.444	148.365
2006	353.929	11.384	25.382	129.212	52.954	134.997
2007	309.110	10.634	25.579	134.179	52.313	86.405
2008	259.687	10.174	26.162	138.796	51.687	32.868
2009	243.634	9.767	31.682	141.820	50.387	9.978
2010	239.049	9.565	35.144	144.444	49.896	x
2011	246.695	9.599	38.348	149.226	49.522	x
2012	249.638	9.456	41.811	150.334	48.037	x
Neue Bundesländer						
1992	52.495	11.007	13.446	5.764	22.278	x
1995	44.421	3.350	13.044	9.485	18.542	x
1996	44.053	3.434	11.982	10.934	17.703	x
1997	44.528	3.350	10.978	12.431	17.769	x
1998	45.995	3.169	10.255	13.977	18.594	x
1999	47.372	2.984	10.138	15.095	19.155	x
2000	46.607	2.668	9.457	15.993	18.489	x
2001	46.227	2.477	8.697	17.275	17.778	x
2002	44.797	2.243	8.321	17.423	16.810	x
2003	56.974	1.730	7.959	20.331	16.017	10.937
2004	95.056	2.013	9.143	16.231	14.695	52.974
2005	119.967	1.887	9.282	23.265	13.275	72.258
2006	117.319	1.731	8.901	24.826	11.604	70.257
2007	98.837	1.756	8.503	26.438	11.747	50.393
2008	70.968	1.863	8.199	27.733	12.104	21.069
2009	59.627	2.007	9.738	28.568	12.231	7.083
2010	53.866	2.083	10.370	29.184	12.229	x
2011	55.384	2.143	10.952	30.438	11.851	x
2012	55.504	2.142	11.237	30.975	11.150	x
Deutschland						
1992	218.290	42.079	32.444	53.229	90.538	x
1995	233.811	31.161	31.201	79.954	91.495	x
1996	249.441	30.932	29.188	89.812	99.509	x
1997	255.261	29.114	27.359	97.666	101.122	x
1998	260.325	25.984	26.386	104.771	103.184	x
1999	266.005	24.331	27.263	110.160	104.251	x
2000	261.828	20.544	26.957	113.143	101.184	x
2001	260.624	19.713	25.954	118.442	96.515	x
2002	259.264	17.921	26.262	124.552	90.529	x
2003	293.285	14.711	27.543	132.173	83.700	35.158
2004	400.939	15.344	32.249	110.889	75.915	166.542
2005	484.774	14.205	34.057	146.170	69.719	220.623
2006	471.248	13.115	34.283	154.038	64.558	205.254
2007	407.947	12.390	34.082	160.617	64.060	136.798
2008	330.655	12.037	34.361	166.529	63.791	53.937
2009	303.261	11.774	41.420	170.388	62.618	17.061
2010	292.915	11.648	45.514	173.628	62.125	x
2011	302.079	11.742	49.300	179.664	61.373	x
2012	305.142	11.598	53.048	181.309	59.187	x

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung - Versicherte, verschiedene Jahrgänge;
bis 1991 Statistik über die unmittelbare Beitragsentrichtung nach RV BEVO, verschiedene Jahrgänge

Versicherte Selbstständige am 31.12.

Männer und Frauen

Jahr	Insgesamt	davon				
		Selbstständige		Künstler/ Publizisten	Handwerker	Existenzgründer
		auf Antrag ¹	kraft Gesetzes			
Alte Bundesländer						
1983	121.867	57.155	x	x	64.712	x
1985	112.848	53.305	x	x	59.543	x
1990	100.826	43.664	x	x	57.162	x
1992	144.820	28.162	14.566	41.052	61.040	x
1995	164.263	24.670	13.788	62.145	63.660	x
1996	175.877	23.882	13.227	68.406	70.362	x
1997	179.850	22.140	12.643	74.449	70.618	x
1998	182.694	19.753	12.496	79.838	70.607	x
1999	184.169	18.430	12.664	82.845	70.230	x
2000	179.361	15.465	12.829	83.122	67.945	x
2001	178.200	14.868	12.686	87.304	63.342	x
2002	177.540	13.471	13.201	92.073	58.795	x
2003	192.126	11.306	14.470	95.002	52.084	19.264
2004	261.009	11.545	18.700	88.034	47.860	94.870
2005	296.906	10.594	19.768	112.963	44.806	108.775
2006	278.587	9.896	19.368	121.464	42.757	85.102
2007	228.132	9.229	19.330	123.517	42.336	33.720
2008	209.364	8.837	20.789	127.168	42.360	10.210
2009	207.310	8.562	26.016	130.906	41.826	x
2010	213.134	8.525	29.156	133.370	42.083	x
2011	222.227	8.575	31.930	139.887	41.835	x
2012	222.856	8.449	35.331	137.829	41.247	x
Neue Bundesländer						
1992	42.573	9.606	10.794	4.814	17.359	x
1995	37.142	2.919	10.573	8.260	15.390	x
1996	35.795	2.864	9.527	9.351	14.053	x
1997	36.279	2.750	8.559	10.825	14.145	x
1998	37.678	2.574	8.050	12.209	14.845	x
1999	39.042	2.471	7.938	13.151	15.482	x
2000	38.007	2.258	7.424	13.525	14.800	x
2001	38.240	2.069	6.849	14.902	14.420	x
2002	36.954	1.901	6.608	14.953	13.492	x
2003	46.119	1.478	6.398	17.047	12.347	8.849
2004	82.962	1.707	7.540	14.846	11.625	47.244
2005	98.234	1.551	7.548	20.973	10.287	57.875
2006	89.710	1.439	6.907	23.195	8.974	49.195
2007	61.936	1.474	6.381	23.999	9.223	20.859
2008	50.079	1.580	6.560	25.060	9.670	7.209
2009	45.825	1.754	8.048	26.096	9.927	x
2010	47.322	1.810	8.761	26.734	10.017	x
2011	49.421	1.915	9.305	28.426	9.775	x
2012	49.020	1.902	9.525	28.255	9.338	x
Deutschland						
1992	187.393	37.768	25.360	45.866	78.399	x
1995	201.405	27.589	24.361	70.405	79.050	x
1996	211.672	26.746	22.754	77.757	84.415	x
1997	216.129	24.890	21.202	85.274	84.763	x
1998	220.372	22.327	20.546	92.047	85.452	x
1999	223.211	20.901	20.602	95.996	85.712	x
2000	217.368	17.723	20.253	96.647	82.745	x
2001	216.440	16.937	19.535	102.206	77.762	x
2002	214.494	15.372	19.809	107.026	72.287	x
2003	238.245	12.784	20.868	112.049	64.431	28.113
2004	343.971	13.252	26.240	102.880	59.485	142.114
2005	395.140	12.145	27.316	133.936	55.093	166.650
2006	368.297	11.335	26.275	144.659	51.731	134.297
2007	290.068	10.703	25.711	147.516	51.559	54.579
2008	259.443	10.417	27.349	152.228	52.030	17.419
2009	253.135	10.316	34.064	157.002	51.753	x
2010	260.456	10.335	37.917	160.104	52.100	x
2011	271.648	10.490	41.235	168.313	51.610	x
2012	271.876	10.351	44.856	166.084	50.585	x

¹ bis 1991 einschl. Selbstständige kraft Gesetzes.

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung - Versicherte, verschiedene Jahrgänge

Versicherte Selbstständige am 31.12.

Männer

Jahr	Insgesamt	davon				
		Selbstständige		Künstler/ Publizisten	Handwerker	Existenzgründer
		auf Antrag ¹	kraft Gesetzes			
Alte Bundesländer						
1983	99.306	45.769	x	x	53.537	x
1985	90.307	41.677	x	x	48.630	x
1990	77.780	31.866	x	x	45.914	x
1992	105.235	22.095	7.914	25.778	49.448	x
1995	117.237	19.838	7.383	37.703	52.313	x
1996	125.843	19.384	6.995	41.054	58.410	x
1997	128.003	18.139	6.760	44.244	58.860	x
1998	128.966	16.275	6.475	47.275	58.941	x
1999	128.474	15.223	6.536	48.421	58.294	x
2000	122.986	12.757	6.445	47.741	56.043	x
2001	120.012	12.278	6.212	49.596	51.926	x
2002	116.981	11.093	6.273	51.765	47.850	x
2003	123.232	9.277	7.021	52.844	42.557	11.533
2004	156.085	9.444	8.260	50.334	39.389	48.658
2005	167.822	8.643	8.804	61.219	36.930	52.226
2006	155.887	8.033	8.569	65.265	35.406	38.614
2007	129.694	7.431	8.401	65.502	34.833	13.527
2008	120.787	7.038	8.760	66.654	34.457	3.878
2009	118.100	6.751	9.368	68.237	33.744	x
2010	119.212	6.655	9.806	68.923	33.828	x
2011	122.419	6.643	10.171	72.144	33.461	x
2012	120.462	6.480	10.585	70.547	32.850	x
Neue Bundesländer						
1992	31.551	6.156	6.818	3.361	15.216	x
1995	26.180	1.810	5.947	5.495	12.928	x
1996	25.060	1.814	5.387	6.099	11.760	x
1997	25.426	1.827	4.823	6.978	11.798	x
1998	26.307	1.676	4.545	7.763	12.323	x
1999	27.057	1.592	4.532	8.198	12.735	x
2000	26.019	1.442	4.176	8.297	12.104	x
2001	25.868	1.331	3.864	8.960	11.713	x
2002	24.781	1.223	3.697	8.929	10.932	x
2003	30.530	940	3.628	9.942	10.089	5.931
2004	50.559	1.120	3.892	8.941	9.531	27.075
2005	57.375	1.018	3.823	11.869	8.471	32.194
2006	51.592	931	3.471	13.012	7.399	26.779
2007	36.219	952	3.177	13.381	7.542	11.167
2008	29.829	1.002	3.208	13.810	7.857	3.952
2009	26.736	1.099	3.297	14.303	8.037	x
2010	27.151	1.136	3.421	14.514	8.080	x
2011	27.822	1.196	3.451	15.314	7.861	x
2012	27.169	1.182	3.382	15.089	7.516	x
Deutschland						
1992	136.786	28.251	14.732	29.139	64.664	x
1995	143.417	21.648	13.330	43.198	65.241	x
1996	150.903	21.198	12.382	47.153	70.170	x
1997	153.429	19.966	11.583	51.222	70.658	x
1998	155.273	17.951	11.020	55.038	71.264	x
1999	155.531	16.815	11.068	56.619	71.029	x
2000	149.005	14.199	10.621	56.038	68.147	x
2001	145.880	13.609	10.076	58.556	63.639	x
2002	141.762	12.316	9.970	60.694	58.782	x
2003	153.762	10.217	10.649	62.786	52.646	17.464
2004	206.644	10.564	12.152	59.275	48.920	75.733
2005	225.197	9.661	12.627	73.088	45.401	84.420
2006	207.479	8.964	12.040	78.277	42.805	65.393
2007	165.913	8.383	11.578	78.883	42.375	24.694
2008	150.616	8.040	11.968	80.464	42.314	7.830
2009	144.836	7.850	12.665	82.540	41.781	x
2010	146.363	7.791	13.227	83.437	41.908	x
2011	150.241	7.839	13.622	87.458	41.322	x
2012	147.631	7.662	13.967	85.636	40.366	x

¹ bis 1991 einschl. Selbstständige kraft Gesetzes.

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung - Versicherte, verschiedene Jahrgänge

Versicherte Selbstständige am 31.12.

Frauen

Jahr	Insgesamt	davon				
		Selbstständige		Künstler/ Publizisten	Handwerker	Existenzgründer
		auf Antrag ¹	kraft Gesetzes			
Alte Bundesländer						
1983	22.561	11.386	x	x	11.175	x
1985	22.541	11.628	x	x	10.913	x
1990	23.046	11.798	x	x	11.248	x
1992	39.585	6.067	6.652	15.274	11.592	x
1995	47.026	4.832	6.405	24.442	11.347	x
1996	50.034	4.498	6.232	27.352	11.952	x
1997	51.847	4.001	5.883	30.205	11.758	x
1998	53.728	3.478	6.021	32.563	11.666	x
1999	55.695	3.207	6.128	34.424	11.936	x
2000	56.375	2.708	6.384	35.381	11.902	x
2001	58.188	2.590	6.474	37.708	11.416	x
2002	60.559	2.378	6.928	40.308	10.945	x
2003	68.894	2.029	7.449	42.158	9.527	7.731
2004	104.924	2.101	10.440	37.700	8.471	46.212
2005	129.084	1.951	10.964	51.744	7.876	56.549
2006	122.700	1.863	10.799	56.199	7.351	46.488
2007	98.438	1.798	10.929	58.015	7.503	20.193
2008	88.577	1.799	12.029	60.514	7.903	6.332
2009	89.210	1.811	16.648	62.669	8.082	x
2010	93.922	1.870	19.350	64.447	8.255	x
2011	99.808	1.932	21.759	67.743	8.374	x
2012	102.394	1.969	24.746	67.282	8.397	x
Neue Bundesländer						
1992	11.022	3.450	3.976	1.453	2.143	x
1995	10.962	1.109	4.626	2.765	2.462	x
1996	10.735	1.050	4.140	3.252	2.293	x
1997	10.853	923	3.736	3.847	2.347	x
1998	11.371	898	3.505	4.446	2.522	x
1999	11.985	879	3.406	4.953	2.747	x
2000	11.988	816	3.248	5.228	2.696	x
2001	12.372	738	2.985	5.942	2.707	x
2002	12.173	678	2.911	6.024	2.560	x
2003	15.589	538	2.770	7.105	2.258	2.918
2004	32.403	587	3.648	5.905	2.094	20.169
2005	40.859	533	3.725	9.104	1.816	25.681
2006	38.118	508	3.436	10.183	1.575	22.416
2007	25.717	522	3.204	10.618	1.681	9.692
2008	20.250	578	3.352	11.250	1.813	3.257
2009	19.089	655	4.751	11.793	1.890	x
2010	20.171	674	5.340	12.220	1.937	x
2011	21.599	719	5.854	13.112	1.914	x
2012	21.851	720	6.143	13.166	1.822	x
Deutschland						
1992	50.607	9.517	10.628	16.727	13.735	x
1995	57.988	5.941	11.031	27.207	13.809	x
1996	60.769	5.548	10.372	30.604	14.245	x
1997	62.700	4.924	9.619	34.052	14.105	x
1998	65.099	4.376	9.526	37.009	14.188	x
1999	67.680	4.086	9.534	39.377	14.683	x
2000	68.363	3.524	9.632	40.609	14.598	x
2001	70.560	3.328	9.459	43.650	14.123	x
2002	72.732	3.056	9.839	46.332	13.505	x
2003	84.483	2.567	10.219	49.263	11.785	10.649
2004	137.327	2.688	14.088	43.605	10.565	66.381
2005	169.943	2.484	14.689	60.848	9.692	82.230
2006	160.818	2.371	14.235	66.382	8.926	68.904
2007	124.155	2.320	14.133	68.633	9.184	29.885
2008	108.827	2.377	15.381	71.764	9.716	9.589
2009	108.299	2.466	21.399	74.462	9.972	x
2010	114.093	2.544	24.690	76.667	10.192	x
2011	121.407	2.651	27.613	80.855	10.288	x
2012	124.245	2.689	30.889	80.448	10.219	x

¹ bis 1991 einschl. Selbstständige kraft Gesetzes.

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung - Versicherte, verschiedene Jahrgänge

2 Rentenanträge

Unerledigte Anfangsbestände und effektive Antragszugänge nach Art und Antragserledigungen

Neuanträge und Sonderfälle *

Jahr	Unerledigter Anfangsbestand Renten insgesamt	Effektive Antragszugänge Renten insgesamt	davon:			Erledigungen - Renten insgesamt
			Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit	Renten wegen Alters	Renten wegen Todes	
Alte Bundesländer						
1980	267.289	1.147.917	470.993	354.361	322.563	1.161.833
1985	247.638	1.080.216	327.005	438.311	314.900	1.113.026
1990	266.758	1.326.642	318.699	649.307	358.636	1.284.131
1992	397.031	1.369.588	354.125	652.504	362.959	1.278.893
1995	391.474	1.473.132	385.797	708.360	378.975	1.510.385
2000	256.563	1.505.173	363.458	783.676	358.039	1.500.839
2001	259.994	1.439.063	309.823	774.216	355.024	1.477.396
2002	222.137	1.396.766	291.394	742.429	362.943	1.391.595
2003	227.311	1.471.261	296.670	796.697	377.894	1.447.943
2004	249.793	1.420.000	290.532	761.640	367.828	1.453.673
2005	215.869	1.330.077	284.658	669.060	376.359	1.359.091
2006	184.945	1.349.980	287.997	680.245	381.738	1.360.504
2007	172.795	1.313.668	281.849	650.338	381.481	1.311.719
2008	172.277	1.340.886	280.818	659.865	400.203	1.327.384
2009	176.250	1.357.917	288.650	658.648	410.619	1.336.438
2010	197.171	1.293.778	289.896	602.960	400.922	1.294.844
2011	195.844	1.324.765	285.906	650.126	388.733	1.328.246
2012	191.657	1.241.789	284.290	593.921	363.578	1.251.070
2013	181.894	1.284.953	282.062	614.605	388.286	1.272.563
Neue Bundesländer						
1992 ¹	0	587.718	95.966	218.294	273.458	37.043
1995	290.688	466.491	109.916	239.159	117.416	590.397
1996	162.505	404.528	114.737	185.575	104.216	453.329
1997	113.704	419.022	112.601	207.278	99.143	441.955
1998	86.126	357.488	98.950	167.626	90.912	371.042
1999	72.471	358.287	88.950	181.058	88.279	362.609
2000	67.854	340.985	88.881	164.875	87.229	345.999
2005	42.698	268.900	75.465	117.712	75.723	278.997
2006	32.741	241.601	65.082	108.302	68.217	245.634
2007	28.375	257.079	75.365	118.868	62.846	251.024
2008	33.735	239.420	75.685	115.160	48.575	234.589
2009	34.208	232.974	78.638	111.709	42.627	231.597
2010	35.376	241.016	77.754	113.720	49.542	238.198
2011	38.193	249.192	74.340	118.715	56.137	249.605
2012	36.899	251.538	74.549	99.415	77.574	248.360
2013	38.554	249.878	74.420	110.617	64.841	250.085
Deutschland						
1992	397.031	1.957.306	450.091	870.798	636.417	1.315.936
1995	682.162	1.939.623	495.713	947.519	496.391	2.100.782
1996	521.251	1.913.543	510.284	920.677	482.582	1.969.468
1997	464.688	1.908.643	493.982	943.732	470.929	2.000.067
1998	372.286	1.846.017	464.100	925.613	456.304	1.883.320
1999	334.566	1.869.322	434.955	988.312	446.055	1.878.527
2000	324.417	1.846.158	452.339	948.551	445.268	1.846.838
2005	258.567	1.598.977	360.123	786.772	452.082	1.638.088
2006	217.686	1.591.581	353.079	788.547	449.955	1.606.138
2007	201.170	1.570.747	357.214	769.206	444.327	1.562.743
2008	206.012	1.580.306	356.503	775.025	448.778	1.561.973
2009	210.458	1.590.891	367.288	770.357	453.246	1.568.035
2010	232.547	1.534.794	367.650	716.680	450.464	1.533.042
2011	234.037	1.573.957	360.246	768.841	444.870	1.577.851
2012	228.556	1.493.327	358.839	693.336	441.152	1.499.430
2013	220.448	1.534.831	356.482	725.222	453.127	1.522.648

Evtl. Abweichungen in der Berechnung des unerledigten Anfangsbestandes resultieren aus Bestandsberichtigungen sowie aus einer Umstellung der Ost-/Westtrennung zum Berichtsjahr 1997.

* Ohne Erziehungsrenten, Unterhaltsrenten und Knappschaftsausgleichsleistungen.

¹ Unerledigter Anfangsbestand ohne ostdeutsche "Altfälle", daher auf Null gesetzt.

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung - Rentenanträge, verschiedene Jahrgänge

3 Rentenzugang

Rentenzugänge nach Zweigen

Insgesamt

Jahr	Insgesamt	allg. RV	KnV
Alte Bundesländer			
1960	661.646	595.083	66.563
1965	780.546	734.645	45.901
1970	906.485	863.915	42.570
1975	1.014.046	975.527	38.519
1980	932.521	891.148	41.373
1985	905.199	863.482	41.717
1990	1.031.199	985.921	45.278
1993	1.162.460	1.106.044	56.416
1995	1.207.333	1.161.539	45.794
2000	1.176.802	1.144.736	32.066
2001	1.124.756	1.096.064	28.692
2002	1.081.355	1.043.451	37.904
2003	1.154.512	1.104.902	49.610
2004	1.112.857	1.065.650	47.207
2005	1.072.882	1.030.963	41.919
2006	1.088.294	1.046.723	41.571
2007	1.020.440	980.414	40.026
2008	1.026.328	987.572	38.756
2009	1.027.784	989.926	37.858
2010	1.013.726	977.080	36.646
2011	1.034.321	999.129	35.192
2012	994.158	961.311	32.847
2013	994.339	961.414	32.925
Neue Bundesländer			
1993 ¹	357.181	344.717	12.464
1995	535.138	502.491	32.647
2000	292.859	276.994	15.865
2001	259.685	245.554	14.131
2002	242.531	226.618	15.913
2003	255.225	234.510	20.715
2004	250.376	228.941	21.435
2005	239.242	220.610	18.632
2006	212.058	195.553	16.505
2007	221.207	203.981	17.226
2008	221.119	204.574	16.545
2009	219.580	203.339	16.241
2010	222.976	206.526	16.450
2011	221.557	206.186	15.371
2012	210.007	195.304	14.703
2013	214.902	200.236	14.666
Deutschland			
1993	1.519.641	1.450.761	68.880
1995	1.742.471	1.664.030	78.441
2000	1.469.661	1.421.730	47.931
2001	1.384.441	1.341.618	42.823
2002	1.323.886	1.270.069	53.817
2003	1.409.737	1.339.412	70.325
2004	1.363.233	1.294.591	68.642
2005	1.312.124	1.251.573	60.551
2006	1.300.352	1.242.276	58.076
2007	1.241.647	1.184.395	57.252
2008	1.247.447	1.192.146	55.301
2009	1.247.364	1.193.265	54.099
2010	1.236.702	1.183.606	53.096
2011	1.255.878	1.205.315	50.563
2012	1.204.165	1.156.615	47.550
2013	1.209.241	1.161.650	47.591

¹ Einschließlich der im Jahr 1992 aufgrund technischer Probleme nicht bewilligten Rentenanträge
 Sondereffekt im Jahr 2003 und 2006: Inkl. zusätzlicher Übernahmen von ca. 51.000 Renten (2003)
 bzw. 58.000 (2006) aufgrund von organisatorischen Änderungen im Vertragsbereich.

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung - Rentenzugang, verschiedene Jahrgänge,
 sowie Angaben der Knappschaft

Rentenzugänge nach Zweigen

Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit und wegen Alters

Jahr	Insgesamt	allg. RV	KnV
Alte Bundesländer			
1960	427.754	389.261	38.493
1965	504.274	481.696	22.578
1970	608.054	588.705	19.349
1975	691.712	675.230	16.482
1980	635.280	613.437	21.843
1985	609.620	587.685	21.935
1990	740.639	714.032	26.607
1993	812.824	777.235	35.589
1995	877.636	851.593	26.043
2000	879.357	861.154	18.203
2001	835.742	820.132	15.610
2002	783.064	763.467	19.597
2003	824.526	797.717	26.809
2004	805.235	780.987	24.248
2005	772.175	751.654	20.521
2006	778.773	759.541	19.232
2007	718.169	699.593	18.576
2008	725.640	708.530	17.110
2009	724.515	708.058	16.457
2010	707.651	692.118	15.533
2011	730.220	715.307	14.913
2012	692.808	679.369	13.439
2013	685.968	672.410	13.558
Neue Bundesländer			
1993 ¹	246.537	238.465	8.072
1995	417.613	394.059	23.554
2000	213.246	202.843	10.403
2001	183.479	174.451	9.028
2002	164.827	154.902	9.925
2003	176.644	163.474	13.170
2004	172.626	159.107	13.519
2005	165.052	153.511	11.541
2006	137.935	128.790	9.145
2007	147.807	138.012	9.795
2008	147.609	138.368	9.241
2009	145.470	136.586	8.884
2010	148.573	139.542	9.031
2011	148.771	140.109	8.662
2012	136.642	129.179	7.463
2013	138.973	131.395	7.578
Deutschland			
1993	1.059.361	1.015.700	43.661
1995	1.295.249	1.245.652	49.597
2000	1.092.603	1.063.997	28.606
2001	1.019.221	994.583	24.638
2002	947.891	918.369	29.522
2003	1.001.170	961.191	39.979
2004	977.861	940.094	37.767
2005	937.227	905.165	32.062
2006	916.708	888.331	28.377
2007	865.976	837.605	28.371
2008	873.249	846.898	26.351
2009	869.985	844.644	25.341
2010	856.224	831.660	24.564
2011	878.991	855.416	23.575
2012	829.450	808.548	20.902
2013	824.941	803.805	21.136

Ohne Knappschaftsausgleichsleistungen, reine KLG-Leistungen, Nullrenten u. ohne Renten nach Art. 2 RÜG.

¹ Einschließl. der im Jahr 1992 aufgrund technischer Probleme nicht bewilligten Rentenanträge

Sondereffekt im Jahr 2003 und 2006: Inkl. zusätzlicher Übernahmen von ca. 31.000 Versichertenrenten (2003) bzw. ca. 49.000 (2006) auf Grund von organisatorischen Änderungen im Vertragsbereich.

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung - Rentenzugang, verschiedene Jahrgänge, sowie Angaben der Knappschaft

Rentenzugang nach Wohnort (Bundesland) des Rentenempfängers Insgesamt

Jahr	Insgesamt	Ausland und unbe- kannt	Bundes- gebiet	Schleswig- Holstein	Hamburg	Nieder- sachsen	Bremen	Nordrhein- Westfalen	Hessen	Rheinland- Pfalz
Anzahl										
1993	1.519.641	94.390	1.425.251	45.541	29.050	130.659	10.617	283.090	97.101	63.155
1994	1.766.808	92.719	1.674.089	45.610	28.812	137.457	13.002	302.808	103.024	64.178
1995	1.742.471	87.651	1.654.820	45.477	29.625	136.534	12.802	306.251	103.073	66.132
1996	1.562.617	87.964	1.474.653	46.300	29.026	135.040	12.302	310.099	98.543	65.786
1997	1.498.902	87.084	1.411.818	45.451	27.467	127.004	12.113	295.938	96.157	62.836
1998	1.438.395	89.200	1.349.195	45.568	27.949	128.053	11.730	286.889	94.547	62.250
1999	1.470.170	83.645	1.386.525	48.478	28.076	132.258	11.792	298.738	98.317	64.701
2000	1.469.661	84.871	1.384.790	47.345	27.159	131.358	11.397	297.880	97.839	64.876
2001	1.384.441	83.012	1.301.429	45.704	25.623	125.425	10.817	284.769	92.764	62.299
2002	1.323.886	82.310	1.241.576	44.548	24.552	121.367	10.712	269.854	90.216	59.794
2003	1.409.737	99.473	1.310.264	46.383	25.143	124.651	10.207	280.081	97.902	61.686
2004	1.363.233	102.298	1.260.935	46.215	24.863	121.333	10.352	272.595	90.837	59.917
2005	1.312.124	96.331	1.215.793	43.790	23.991	118.243	10.201	263.501	87.791	58.161
2006	1.300.352	91.728	1.208.624	43.146	23.529	115.205	9.877	257.450	88.978	58.105
2007	1.241.647	87.418	1.154.229	41.865	22.916	111.880	9.694	246.320	84.269	54.193
2008	1.247.447	87.311	1.160.136	42.868	22.938	113.414	9.873	250.479	86.209	54.652
2009	1.247.364	86.965	1.160.399	42.251	22.591	112.975	9.729	253.733	86.018	56.044
2010	1.236.702	103.465	1.133.237	40.152	21.913	108.306	9.170	246.062	83.866	55.213
2011	1.255.878	98.714	1.157.164	41.518	22.654	114.076	9.675	254.772	85.173	55.891
2012	1.204.165	83.746	1.120.419	40.932	21.926	109.296	9.175	247.296	84.758	54.845
2013	1.209.241	79.877	1.129.364	41.295	22.105	110.606	9.212	249.005	84.087	55.723
- Durchschnittlicher Zahlbetrag in €/Monat -										
1993	546	240	567	558	622	552	601	622	589	561
1994	565	187	586	591	638	584	610	631	616	592
1995	607	182	630	605	657	596	624	639	627	601
1996	604	183	629	616	668	606	635	654	640	606
1997	610	184	636	626	688	616	637	649	644	612
1998	610	187	638	634	695	620	629	652	652	612
1999	620	188	646	636	692	618	646	651	653	619
2000	623	185	650	630	679	616	629	657	658	615
2001	615	184	643	621	681	613	626	645	656	613
2002	608	192	636	624	681	606	618	643	645	598
2003	599	194	630	619	670	597	610	631	636	589
2004	581	195	612	602	664	579	598	612	623	569
2005	574	196	604	599	649	572	591	599	609	554
2006	571	199	600	589	643	572	583	596	608	565
2007	589	210	618	610	650	595	601	622	633	586
2008	591	211	620	611	644	596	605	622	637	590
2009	591	221	618	602	644	594	590	621	636	594
2010	591	221	624	618	642	604	598	625	642	614
2011	597	224	629	625	637	609	594	628	648	617
2012	618	226	648	641	648	623	619	647	656	634
2013	631	234	659	654	653	632	629	657	665	645

Ohne Knappschaftsausgleichsleistungen, reine KLG-Leistungen und ohne Renten nach Art. 2 RÜG

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung - Rentenzugang, verschiedene Jahrgänge

Baden-Württemberg	Bayern	Saarland	Berlin (West)	Berlin (Ost)	Mecklenburg-Vorpommern	Brandenburg	Sachsen-Anhalt	Sachsen	Thüringen	Jahr
Anzahl										
176.725	180.090	22.293	29.749	18.930	51.905	52.289	61.507	108.440	64.110	1993
174.030	185.211	19.237	36.538	32.211	61.508	91.873	111.799	178.282	88.509	1994
171.973	189.893	18.886	39.036	39.399	60.058	92.241	94.772	166.503	82.165	1995
168.651	192.793	19.572	40.300	26.812	42.308	58.456	62.076	109.635	56.954	1996
163.732	186.271	17.278	37.765	25.681	39.855	56.327	60.926	103.500	53.517	1997
163.253	185.345	16.783	35.939	21.524	33.126	49.192	53.611	87.074	46.362	1998
167.134	189.879	17.294	36.316	20.799	34.111	50.084	54.081	86.762	47.705	1999
165.903	194.766	18.280	35.128	21.820	33.128	50.658	54.075	85.865	47.313	2000
158.906	184.451	17.301	33.685	18.847	29.472	45.944	47.397	77.258	40.767	2001
152.507	177.764	16.199	31.532	17.777	28.149	42.075	43.930	71.746	38.854	2002
164.574	195.271	16.331	32.810	18.627	29.568	44.577	45.765	76.281	40.407	2003
156.420	179.445	15.644	32.938	18.232	28.041	44.231	44.792	75.322	39.758	2004
148.415	176.011	14.830	31.617	17.640	25.994	41.382	43.432	72.801	37.993	2005
163.057	192.415	14.929	29.875	15.388	23.632	36.660	38.666	62.757	34.955	2006
149.142	169.298	14.375	29.070	15.828	24.678	37.593	40.439	66.261	36.408	2007
141.827	172.826	14.795	29.136	15.658	25.799	37.451	39.531	65.704	36.976	2008
141.492	171.701	15.293	28.992	15.269	25.702	37.183	39.843	65.601	35.982	2009
135.833	166.885	14.747	28.114	15.752	26.368	38.219	39.421	66.803	36.413	2010
139.673	170.288	14.778	27.109	15.236	26.692	37.340	39.059	66.444	36.786	2011
137.311	163.303	14.669	26.901	15.519	25.641	36.553	36.453	61.835	34.006	2012
137.809	161.524	15.629	27.467	16.325	26.303	38.361	37.081	62.056	34.776	2013
- Durchschnittlicher Zahlbetrag in €/Monat -										
589	545	639	637	548	445	508	526	522	505	1993
610	579	627	646	589	535	542	533	556	520	1994
625	592	617	650	694	625	629	654	666	643	1995
633	598	683	661	659	592	616	613	641	620	1996
640	601	618	675	710	616	652	638	647	634	1997
645	606	621	684	711	615	646	627	648	630	1998
655	619	626	682	731	632	671	650	673	656	1999
660	620	643	678	739	648	682	661	683	670	2000
659	618	619	676	725	637	668	645	673	654	2001
648	604	599	665	733	637	664	640	666	648	2002
636	595	602	664	735	651	676	653	676	657	2003
616	578	549	640	717	641	659	638	662	640	2004
610	571	557	629	717	631	656	644	659	642	2005
608	575	550	601	712	620	646	628	647	630	2006
625	598	589	619	690	612	641	623	643	627	2007
633	606	602	602	681	612	644	625	642	624	2008
633	606	600	603	679	615	637	616	636	625	2009
642	615	613	602	666	616	635	621	634	626	2010
655	617	623	600	662	610	638	622	638	629	2011
675	632	642	602	691	647	668	656	669	665	2012
684	644	640	608	707	670	699	669	685	683	2013

Rentenzugang nach Wohnort (Bundesland) des Rentenempfängers Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit - Männer und Frauen

Jahr	Insgesamt	Ausland und unbe- kannt	Bundes- gebiet	Schleswig- Holstein	Hamburg	Nieder- sachsen	Bremen	Nordrhein- Westfalen	Hessen	Rheinland- Pfalz
Anzahl										
1993	271.541	13.338	258.203	7.692	5.796	25.250	2.414	50.598	17.698	11.194
1994	294.484	11.064	283.420	8.022	5.851	28.025	2.911	50.661	19.373	12.053
1995	293.994	9.871	284.123	8.330	5.857	28.195	2.900	51.368	20.184	12.310
1996	279.668	8.850	270.818	7.990	5.170	26.852	2.319	52.687	17.692	12.130
1997	264.203	8.722	255.481	7.317	4.783	24.300	2.362	49.693	17.825	11.145
1998	237.075	8.226	228.849	6.639	4.414	22.808	2.124	44.100	16.366	10.523
1999	218.187	7.116	211.071	6.166	3.864	21.212	1.827	42.436	15.461	9.811
2000	214.082	6.270	207.812	6.055	3.666	20.992	1.688	42.626	14.811	9.581
2001	200.579	5.697	194.882	6.359	3.513	20.259	1.610	40.602	14.178	9.313
2002	176.099	5.123	170.976	5.330	3.184	17.657	1.533	34.491	12.255	8.134
2003	174.361	4.826	169.535	5.303	2.965	16.466	1.346	35.012	12.341	8.078
2004	169.460	4.975	164.485	5.512	2.809	16.649	1.353	33.184	12.013	8.079
2005	163.960	4.639	159.321	5.186	2.718	16.116	1.287	32.525	12.102	7.854
2006	159.715	4.462	155.253	5.128	2.403	15.177	1.175	32.893	12.183	7.581
2007	161.515	4.372	157.143	5.167	2.459	15.579	1.360	32.955	11.381	7.727
2008	162.839	4.174	158.665	5.350	2.531	15.754	1.389	33.790	11.937	8.037
2009	173.028	3.827	169.201	5.893	2.641	16.564	1.440	36.979	12.182	8.260
2010	182.678	3.672	179.006	6.348	3.030	17.518	1.515	39.930	13.425	8.880
2011	180.238	3.251	176.987	6.287	3.444	18.122	1.546	41.056	13.613	8.472
2012	178.683	2.880	175.803	6.553	3.401	17.804	1.440	40.704	14.266	8.520
2013	176.682	2.698	173.984	6.368	3.699	17.651	1.439	39.240	13.674	8.567
- Durchschnittlicher Zahlbetrag in €/Monat -										
1993	654	345	670	710	717	715	693	736	726	719
1994	670	251	687	725	720	735	710	750	738	735
1995	680	247	696	719	715	726	702	746	735	734
1996	690	255	704	724	713	730	708	741	743	735
1997	691	258	706	728	722	725	675	745	747	734
1998	690	262	706	714	710	724	675	737	746	730
1999	703	251	718	721	717	728	695	743	753	740
2000	706	248	720	723	710	730	698	738	756	740
2001	676	243	688	688	695	708	656	688	714	712
2002	658	254	670	676	678	684	643	695	687	683
2003	652	260	663	658	667	676	626	681	685	678
2004	636	269	647	655	662	662	610	663	674	669
2005	627	258	638	648	646	648	598	654	662	648
2006	623	251	634	640	648	646	598	648	648	655
2007	611	263	621	619	629	637	568	636	641	646
2008	599	259	608	607	608	623	557	624	628	628
2009	600	272	608	602	598	617	545	617	627	628
2010	600	276	607	609	583	613	556	611	615	632
2011	596	292	602	608	554	613	521	603	603	634
2012	607	301	612	609	559	621	520	614	607	648
2013	613	324	617	622	553	624	541	617	616	642

Ohne Knappschaftsausgleichsleistungen, reine KLG-Leistungen und ohne Renten nach Art. 2 RUG

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung - Rentenzugang, verschiedene Jahrgänge

Baden-Württemberg	Bayern	Saarland	Berlin (West)	Berlin (Ost)	Mecklenburg-Vorpommern	Brandenburg	Sachsen-Anhalt	Sachsen	Thüringen	Jahr
Anzahl										
31.024	36.898	4.734	7.400	3.118	8.846	8.247	10.294	15.872	11.128	1993
31.627	38.604	4.497	9.334	4.585	9.377	12.705	12.203	23.057	10.535	1994
31.557	41.032	4.564	10.149	4.331	8.623	11.200	11.125	22.157	10.241	1995
29.258	40.353	4.114	10.712	4.244	8.511	9.976	9.727	18.955	10.128	1996
27.269	37.023	3.703	9.183	4.247	8.327	9.180	10.806	18.939	9.379	1997
25.432	34.230	3.374	8.242	3.396	6.730	8.025	9.274	14.531	8.641	1998
23.270	31.978	3.292	7.340	3.058	6.405	7.333	7.953	12.129	7.536	1999
22.802	33.351	3.416	6.649	3.020	5.819	7.289	7.798	11.100	7.149	2000
20.369	29.362	3.073	6.528	2.842	5.547	7.093	7.295	10.251	6.688	2001
18.305	26.210	2.584	4.959	2.441	5.169	6.097	6.708	9.550	6.369	2002
18.930	25.445	2.400	4.876	2.580	5.157	6.197	6.505	9.716	6.218	2003
18.319	23.894	2.270	4.793	2.410	5.028	6.348	6.638	9.259	5.927	2004
17.674	23.086	2.033	4.445	2.290	4.671	6.164	6.160	9.197	5.813	2005
16.701	22.891	2.279	4.283	2.095	4.729	5.834	5.440	8.746	5.715	2006
17.372	22.287	2.509	4.265	2.136	5.008	5.813	6.012	9.160	5.953	2007
16.612	22.763	2.521	4.449	2.267	5.244	6.013	5.353	8.707	5.948	2008
17.135	23.817	2.565	4.445	2.490	5.735	6.424	6.909	9.587	6.135	2009
17.784	24.725	2.816	4.823	2.774	6.078	6.992	6.682	9.441	6.245	2010
16.974	23.157	2.777	4.964	2.770	6.200	6.703	5.986	9.037	5.879	2011
16.791	22.693	2.668	4.915	2.936	5.801	6.837	5.927	8.893	5.654	2012
16.833	22.520	2.638	5.236	2.942	5.898	6.735	5.932	8.775	5.837	2013
- Durchschnittlicher Zahlbetrag in €/Monat -										
692	682	715	706	546	515	519	519	539	517	1993
712	706	726	718	591	549	565	564	569	573	1994
714	710	731	723	628	577	595	598	599	599	1995
719	712	730	721	647	608	621	623	629	630	1996
718	714	707	726	668	615	643	631	632	637	1997
714	712	704	725	674	629	651	637	633	642	1998
727	721	713	729	701	658	682	659	653	666	1999
726	717	723	728	716	674	685	669	669	683	2000
699	683	684	718	687	664	658	650	650	660	2001
671	652	658	679	685	656	646	636	624	640	2002
658	651	658	668	668	656	650	632	628	636	2003
643	634	636	649	650	637	620	616	608	625	2004
639	626	636	640	653	629	618	604	593	620	2005
634	625	621	621	638	619	617	608	598	613	2006
622	614	620	599	625	596	598	591	583	599	2007
615	607	595	569	598	577	592	580	569	580	2008
621	611	603	560	587	587	593	581	577	588	2009
628	612	595	541	580	590	603	581	582	593	2010
625	616	604	529	571	587	605	579	577	588	2011
634	635	608	532	574	597	611	596	589	608	2012
640	644	601	515	583	611	627	608	595	609	2013

Rentenzugang nach Wohnort (Bundesland) des Rentenempfängers Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit – Männer

Jahr	Insgesamt	Ausland und unbe- kannt	Bundes- gebiet	Schleswig- Holstein	Hamburg	Nieder- sachsen	Bremen	Nordrhein- Westfalen	Hessen	Rheinland- Pfalz
Anzahl										
1993	170.800	10.911	159.889	4.998	3.465	17.035	1.460	35.804	11.963	7.863
1994	186.563	8.909	177.654	5.353	3.562	18.944	1.798	35.295	12.854	8.500
1995	184.293	8.061	176.232	5.340	3.544	18.471	1.794	34.851	13.043	8.519
1996	175.066	7.218	167.848	5.016	3.089	17.433	1.465	35.222	11.173	8.198
1997	165.581	7.000	158.581	4.503	2.805	15.678	1.453	33.063	11.329	7.470
1998	149.552	6.584	142.968	4.009	2.597	14.727	1.346	29.261	10.272	7.037
1999	137.390	5.707	131.683	3.694	2.236	13.353	1.120	27.944	9.522	6.433
2000	131.781	4.881	126.900	3.469	2.116	12.840	1.008	27.467	8.758	6.225
2001	119.868	4.354	115.514	3.631	1.980	11.920	890	25.272	8.139	5.719
2002	102.795	3.900	98.895	2.950	1.710	10.215	857	20.651	6.768	4.821
2003	100.479	3.572	96.907	2.823	1.542	9.324	746	20.803	6.778	4.746
2004	96.600	3.723	92.877	2.943	1.442	9.333	749	19.291	6.483	4.690
2005	91.356	3.327	88.029	2.687	1.351	8.748	687	18.528	6.426	4.422
2006	89.186	3.074	86.112	2.681	1.222	8.286	629	19.221	6.556	4.260
2007	89.435	2.886	86.549	2.692	1.256	8.468	733	18.828	6.139	4.368
2008	88.023	2.841	85.182	2.601	1.273	8.251	728	18.803	6.139	4.334
2009	92.326	2.453	89.873	2.952	1.285	8.551	723	20.167	6.318	4.376
2010	96.689	2.416	94.273	3.075	1.484	9.032	785	21.303	6.963	4.766
2011	94.593	2.096	92.497	2.991	1.691	9.259	783	21.816	6.833	4.514
2012	92.166	1.853	90.313	3.091	1.665	8.897	732	21.335	7.044	4.438
2013	90.066	1.662	88.404	2.979	1.695	8.668	672	20.521	6.821	4.460
- Durchschnittlicher Zahlbetrag in € / Monat -										
1993	741	357	767	804	817	807	803	824	816	805
1994	749	248	774	810	808	824	812	835	830	817
1995	756	250	779	801	794	813	787	833	827	817
1996	765	255	787	816	789	820	794	828	837	822
1997	764	259	786	815	799	814	763	833	842	819
1998	757	262	780	800	779	810	755	821	840	816
1999	762	250	784	806	776	816	767	822	844	827
2000	763	247	782	805	753	815	771	813	849	822
2001	727	239	745	759	734	791	727	757	798	795
2002	701	254	718	732	711	755	694	760	763	761
2003	689	256	705	704	685	738	664	740	754	744
2004	667	268	683	701	689	718	645	715	736	729
2005	658	256	673	699	656	703	625	707	725	704
2006	653	249	668	670	672	702	639	691	707	716
2007	641	252	654	657	649	689	603	680	693	699
2008	625	255	637	638	614	676	582	665	677	685
2009	627	273	636	623	616	665	562	660	681	683
2010	625	275	634	629	589	663	589	651	661	688
2011	621	294	628	630	553	655	547	641	644	691
2012	633	296	640	627	563	663	527	656	645	705
2013	639	327	645	642	542	668	564	655	655	697

Ohne Knappschaftsausgleichsleistungen, reine KLG-Leistungen und ohne Renten nach Art. 2 RUG

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung - Rentenzugang, verschiedene Jahrgänge

Baden-Württemberg	Bayern	Saarland	Berlin (West)	Berlin (Ost)	Mecklenburg-Vorpommern	Brandenburg	Sachsen-Anhalt	Sachsen	Thüringen	Jahr
Anzahl										
20.146	24.494	3.477	3.839	1.279	4.134	3.675	4.485	6.842	4.930	1993
20.811	25.467	3.188	4.961	2.315	5.022	6.714	6.391	11.211	5.268	1994
20.563	26.747	3.145	5.429	2.313	4.726	5.895	5.870	10.919	5.063	1995
18.977	26.272	2.879	5.766	2.253	4.728	5.334	5.258	9.519	5.266	1996
17.570	23.990	2.659	4.943	2.323	4.703	5.193	5.844	10.081	4.974	1997
16.378	21.961	2.336	4.432	1.916	3.842	4.623	5.425	8.007	4.799	1998
14.718	20.382	2.307	3.908	1.745	3.861	4.354	4.789	6.976	4.341	1999
13.945	20.915	2.277	3.490	1.700	3.383	4.206	4.709	6.344	4.048	2000
11.923	17.651	2.014	3.392	1.621	3.160	4.062	4.375	5.992	3.773	2001
10.480	15.281	1.649	2.544	1.341	2.946	3.450	4.045	5.542	3.645	2002
10.666	14.670	1.522	2.507	1.398	2.939	3.488	3.852	5.522	3.581	2003
10.230	13.552	1.357	2.441	1.345	2.891	3.559	3.881	5.358	3.332	2004
9.573	12.876	1.220	2.235	1.213	2.553	3.442	3.586	5.222	3.260	2005
8.906	12.452	1.397	2.139	1.135	2.632	3.255	3.058	4.978	3.305	2006
9.196	12.124	1.615	2.114	1.117	2.812	3.170	3.500	5.064	3.353	2007
8.662	12.061	1.580	2.112	1.176	2.943	3.219	3.144	4.820	3.336	2008
8.925	12.481	1.547	2.079	1.303	3.150	3.402	3.998	5.255	3.361	2009
9.220	13.028	1.646	2.225	1.438	3.331	3.677	3.760	5.173	3.367	2010
8.893	12.148	1.663	2.210	1.380	3.407	3.519	3.344	4.868	3.178	2011
8.499	11.730	1.578	2.246	1.448	3.052	3.565	3.289	4.719	2.985	2012
8.394	11.444	1.566	2.385	1.470	3.024	3.422	3.171	4.614	3.098	2013
- Durchschnittlicher Zahlbetrag in € / Monat -										
775	752	796	802	649	589	602	608	624	594	1993
791	777	805	808	661	605	626	631	635	644	1994
790	780	813	806	690	627	656	668	666	668	1995
795	782	814	801	699	659	676	688	692	697	1996
794	786	770	798	714	663	692	692	688	696	1997
789	784	774	786	712	668	690	682	672	687	1998
800	790	787	779	715	669	702	678	666	684	1999
797	783	804	775	727	680	693	682	673	697	2000
770	746	751	751	688	666	662	657	655	672	2001
730	706	718	696	681	655	650	636	622	641	2002
710	700	710	681	661	654	648	632	619	632	2003
688	680	688	660	632	627	611	612	593	618	2004
685	669	683	643	642	622	604	597	575	612	2005
680	668	670	626	620	608	604	602	585	609	2006
670	659	659	602	608	587	585	585	571	590	2007
659	646	635	549	572	563	571	571	558	573	2008
665	652	649	538	558	570	574	570	565	577	2009
672	651	639	523	544	575	583	569	569	587	2010
670	656	647	506	529	570	582	565	563	580	2011
681	676	666	517	534	571	591	577	574	601	2012
694	692	648	486	544	590	608	594	581	593	2013

Rentenzugang nach Wohnort (Bundesland) des Rentenempfängers Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit – Frauen

Jahr	Insgesamt	Ausland und unbe- kannt	Bundes- gebiet	Schleswig- Holstein	Hamburg	Nieder- sachsen	Bremen	Nordrhein- Westfalen	Hessen	Rheinland- Pfalz
Anzahl										
1993	100.741	2.427	98.314	2.694	2.331	8.215	954	14.794	5.735	3.331
1994	107.921	2.155	105.766	2.669	2.289	9.081	1.113	15.366	6.519	3.553
1995	109.701	1.810	107.891	2.990	2.313	9.724	1.106	16.517	7.141	3.791
1996	104.602	1.632	102.970	2.974	2.081	9.419	854	17.465	6.519	3.932
1997	98.622	1.722	96.900	2.814	1.978	8.622	909	16.630	6.496	3.675
1998	87.523	1.642	85.881	2.630	1.817	8.081	778	14.839	6.094	3.486
1999	80.797	1.409	79.388	2.472	1.628	7.859	707	14.492	5.939	3.378
2000	82.301	1.389	80.912	2.586	1.550	8.152	680	15.159	6.053	3.356
2001	80.711	1.343	79.368	2.728	1.533	8.339	720	15.330	6.039	3.594
2002	73.304	1.223	72.081	2.380	1.474	7.442	676	13.840	5.487	3.313
2003	73.882	1.254	72.628	2.480	1.423	7.142	600	14.209	5.563	3.332
2004	72.860	1.252	71.608	2.569	1.367	7.316	604	13.893	5.530	3.389
2005	72.604	1.312	71.292	2.499	1.367	7.368	600	13.997	5.676	3.432
2006	70.529	1.388	69.141	2.447	1.181	6.891	546	13.672	5.627	3.321
2007	72.080	1.486	70.594	2.475	1.203	7.111	627	14.127	5.242	3.359
2008	74.816	1.333	73.483	2.749	1.258	7.503	661	14.987	5.798	3.703
2009	80.702	1.374	79.328	2.941	1.356	8.013	717	16.812	5.864	3.884
2010	85.989	1.256	84.733	3.273	1.546	8.486	730	18.627	6.462	4.114
2011	85.645	1.155	84.490	3.296	1.753	8.863	763	19.240	6.780	3.958
2012	86.517	1.027	85.490	3.462	1.736	8.907	708	19.369	7.222	4.082
2013	86.616	1.036	85.580	3.389	2.004	8.983	767	18.719	6.853	4.107
- Durchschnittlicher Zahlbetrag in €/Monat -										
1993	507	291	512	535	569	526	525	524	538	516
1994	535	264	540	556	583	551	544	554	557	539
1995	553	237	559	572	594	562	564	561	565	548
1996	566	257	571	568	601	563	562	564	581	556
1997	570	254	576	588	613	562	533	570	581	561
1998	576	262	582	582	611	567	538	572	588	556
1999	603	257	609	595	636	580	581	590	608	576
2000	616	254	622	612	651	596	590	604	622	589
2001	599	253	605	593	645	589	569	575	601	580
2002	597	255	603	606	639	586	579	598	593	570
2003	601	273	607	607	648	596	579	595	602	584
2004	594	270	600	603	633	590	567	589	601	586
2005	588	264	594	593	636	584	568	584	589	576
2006	585	258	592	607	623	580	552	587	579	577
2007	574	286	581	578	608	574	528	579	579	576
2008	569	268	575	577	602	565	529	573	577	562
2009	570	270	575	581	582	566	527	566	569	567
2010	571	279	576	589	578	561	521	566	566	567
2011	569	288	573	589	555	569	494	559	561	569
2012	580	311	583	592	556	579	513	567	569	586
2013	586	319	589	604	563	580	521	576	576	582

Ohne Knappschaftsausgleichsleistungen, reine KLG-Leistungen und ohne Renten nach Art. 2 RÜG

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung - Rentenzugang, verschiedene Jahrgänge

Baden-Württemberg	Bayern	Saarland	Berlin (West)	Berlin (Ost)	Mecklenburg-Vorpommern	Brandenburg	Sachsen-Anhalt	Sachsen	Thüringen	Jahr
Anzahl										
10.878	12.404	1.257	3.561	1.839	4.712	4.572	5.809	9.030	6.198	1993
10.816	13.137	1.309	4.373	2.270	4.355	5.991	5.812	11.846	5.267	1994
10.994	14.285	1.419	4.720	2.018	3.897	5.305	5.255	11.238	5.178	1995
10.281	14.081	1.235	4.946	1.991	3.783	4.642	4.469	9.436	4.862	1996
9.699	13.033	1.044	4.240	1.924	3.624	3.987	4.962	8.858	4.405	1997
9.054	12.269	1.038	3.810	1.480	2.888	3.402	3.849	6.524	3.842	1998
8.552	11.596	985	3.432	1.313	2.544	2.979	3.164	5.153	3.195	1999
8.857	12.436	1.139	3.159	1.320	2.436	3.083	3.089	4.756	3.101	2000
8.446	11.711	1.059	3.136	1.221	2.387	3.031	2.920	4.259	2.915	2001
7.825	10.929	935	2.415	1.100	2.223	2.647	2.663	4.008	2.724	2002
8.264	10.775	878	2.369	1.182	2.218	2.709	2.653	4.194	2.637	2003
8.089	10.342	913	2.352	1.065	2.137	2.789	2.757	3.901	2.595	2004
8.101	10.210	813	2.210	1.077	2.118	2.722	2.574	3.975	2.553	2005
7.795	10.439	882	2.144	960	2.097	2.579	2.382	3.768	2.410	2006
8.176	10.163	894	2.151	1.019	2.196	2.643	2.512	4.096	2.600	2007
7.950	10.702	941	2.337	1.091	2.301	2.794	2.209	3.887	2.612	2008
8.210	11.336	1.018	2.366	1.187	2.585	3.022	2.911	4.332	2.774	2009
8.564	11.697	1.170	2.598	1.336	2.747	3.315	2.922	4.268	2.878	2010
8.081	11.009	1.114	2.754	1.390	2.793	3.184	2.642	4.169	2.701	2011
8.292	10.963	1.090	2.669	1.488	2.749	3.272	2.638	4.174	2.669	2012
8.439	11.076	1.072	2.851	1.472	2.874	3.313	2.761	4.161	2.739	2013
- Durchschnittlicher Zahlbetrag in €/Monat -										
540	544	490	603	475	450	453	451	475	455	1993
561	567	533	616	520	484	496	489	507	502	1994
572	579	550	627	558	516	528	520	535	531	1995
580	582	534	627	589	545	558	546	565	558	1996
578	581	547	641	613	553	580	559	568	570	1997
578	583	545	655	626	577	598	575	586	585	1998
602	600	541	671	682	642	652	631	635	642	1999
614	604	560	676	702	666	673	650	663	664	2000
600	590	558	683	684	661	652	641	643	645	2001
593	576	553	661	690	659	639	635	627	638	2002
591	584	566	654	676	658	652	633	639	640	2003
586	573	560	638	672	651	632	620	629	635	2004
584	570	564	637	664	637	635	613	617	630	2005
581	574	545	616	658	634	633	615	615	618	2006
567	560	550	596	644	607	614	599	598	611	2007
568	562	528	587	626	596	615	592	583	589	2008
574	566	533	579	620	608	614	596	591	601	2009
580	568	534	557	617	609	626	597	598	600	2010
576	573	540	547	612	607	632	597	594	597	2011
585	591	525	544	614	626	633	619	607	614	2012
586	595	533	539	622	632	646	624	611	627	2013

Rentenzugang nach Wohnort (Bundesland) des Rentenempfängers Renten wegen Alters - Männer und Frauen

Jahr	Insgesamt	Ausland und unbe- kannt	Bundes- gebiet	Schleswig- Holstein	Hamburg	Nieder- sachsen	Bremen	Nordrhein- Westfalen	Hessen	Rheinland- Pfalz
Anzahl										
1993	787.820	52.359	735.461	23.414	14.224	63.573	4.753	146.851	49.972	33.254
1994	908.357	52.287	856.070	24.530	14.643	68.902	6.222	164.694	55.179	34.949
1995	1.001.255	49.333	951.922	24.817	15.718	70.438	6.191	172.422	55.566	35.921
1996	851.956	50.457	801.499	25.878	15.999	71.025	6.567	173.776	54.540	35.726
1997	836.625	49.600	787.025	26.365	15.657	69.332	6.489	167.309	53.713	34.847
1998	811.902	52.094	759.808	27.235	16.314	70.955	6.300	165.028	53.540	34.724
1999	878.102	49.764	828.338	30.755	17.499	77.433	6.930	180.971	58.806	38.481
2000	878.521	50.222	828.299	29.970	16.792	76.943	6.725	180.969	59.088	38.466
2001	818.642	49.983	768.659	28.248	15.751	72.796	6.307	170.226	55.852	36.911
2002	771.792	49.143	722.649	27.746	14.790	69.645	6.092	160.769	53.482	34.748
2003	826.809	60.842	765.967	29.093	15.465	72.738	5.834	164.752	57.816	35.800
2004	808.401	63.930	744.471	28.873	15.430	70.433	6.014	162.663	54.602	34.855
2005	773.267	59.715	713.552	27.407	14.908	68.407	6.064	154.811	52.178	33.645
2006	756.993	55.996	700.997	26.199	14.582	65.761	5.691	147.812	52.222	33.320
2007	704.461	52.782	651.679	25.235	14.126	62.886	5.470	139.175	49.381	29.643
2008	710.410	52.505	657.905	25.730	13.979	63.624	5.690	141.319	50.209	29.905
2009	696.957	52.804	644.153	24.410	13.764	61.808	5.305	139.982	49.965	30.723
2010	673.546	67.493	606.053	21.923	12.680	56.450	4.827	128.991	46.676	29.294
2011	698.753	61.981	636.772	23.519	12.957	61.906	5.363	137.295	48.532	30.673
2012	650.767	50.666	600.101	22.413	12.319	57.217	4.995	130.824	46.744	29.382
2013	648.259	46.458	601.801	22.453	12.040	57.578	4.909	131.981	46.127	29.982
- Durchschnittlicher Zahlbetrag in €/Monat -										
1993	609	249	635	596	679	585	653	670	638	596
1994	653	191	681	642	708	623	670	674	670	629
1995	680	185	706	656	735	639	696	683	681	643
1996	679	186	710	678	757	658	705	715	705	656
1997	682	187	713	691	780	670	716	702	706	662
1998	683	192	717	705	795	680	710	709	718	666
1999	685	192	714	697	773	668	712	695	709	665
2000	691	190	721	685	758	666	684	706	718	662
2001	687	190	719	677	765	666	697	706	724	662
2002	683	199	716	689	773	666	688	699	721	653
2003	668	206	705	683	759	652	684	684	700	636
2004	643	202	681	659	752	629	673	655	684	608
2005	635	202	671	653	733	622	657	641	665	590
2006	634	204	668	648	727	625	653	641	673	608
2007	671	218	708	689	747	672	692	690	717	654
2008	674	218	710	691	740	673	692	692	724	661
2009	670	231	706	680	731	672	685	689	721	666
2010	673	228	722	713	747	694	686	704	739	698
2011	680	226	724	719	745	695	683	708	744	699
2012	716	235	757	749	762	720	731	738	759	725
2013	737	249	774	770	781	735	745	753	774	743

Ohne Knappschaftsausgleichsleistungen, reine KLG-Leistungen und ohne Renten nach Art. 2 RUG

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung - Rentenzugang, verschiedene Jahrgänge

Baden-Württemberg	Bayern	Saarland	Berlin (West)	Berlin (Ost)	Mecklenburg-Vorpommern	Brandenburg	Sachsen-Anhalt	Sachsen	Thüringen	Jahr
Anzahl										
94.299	90.999	11.180	13.910	9.778	21.517	29.240	34.655	58.724	35.118	1993
95.518	96.660	9.081	17.196	16.204	31.576	45.233	52.806	84.101	38.576	1994
94.897	98.817	8.794	18.405	26.294	38.974	57.955	63.024	109.481	54.208	1995
95.195	101.223	10.266	19.079	15.085	21.612	31.806	32.957	60.455	30.310	1996
95.297	101.411	8.679	19.493	15.279	20.941	32.569	33.530	56.645	29.469	1997
96.675	103.273	8.561	19.270	12.892	16.939	27.616	28.604	47.562	24.320	1998
104.090	112.669	9.254	20.897	12.950	18.296	29.712	31.020	51.283	27.292	1999
103.427	114.125	10.075	20.648	13.520	18.087	30.010	31.100	50.926	27.428	2000
99.797	109.827	9.643	19.538	11.001	14.934	25.922	25.677	44.252	21.977	2001
94.962	104.333	8.901	18.688	10.325	13.962	22.861	22.541	39.155	19.649	2002
100.625	114.839	9.055	19.679	10.965	15.276	25.089	24.588	42.894	21.459	2003
97.423	108.382	8.656	20.124	10.764	14.126	24.557	23.623	42.914	21.032	2004
91.302	106.269	8.232	19.572	10.393	12.819	22.542	23.580	41.302	20.121	2005
106.547	117.886	7.928	17.673	8.571	10.326	18.132	19.297	32.070	16.980	2006
86.653	100.614	7.231	17.540	8.816	11.114	19.280	21.043	35.126	18.346	2007
85.231	103.213	7.602	17.326	8.419	12.006	19.234	20.588	34.968	18.862	2008
83.918	100.968	8.025	17.095	7.981	11.432	18.225	19.022	33.757	17.773	2009
77.565	94.285	7.254	15.747	7.905	11.783	18.517	19.147	34.960	18.049	2010
82.297	100.076	7.318	14.640	7.574	11.969	18.227	19.781	35.594	19.051	2011
79.981	93.484	7.577	14.571	7.710	11.299	17.082	17.170	30.908	16.425	2012
79.529	91.279	8.373	14.696	8.257	11.616	18.528	17.275	30.470	16.708	2012
- Durchschnittlicher Zahlbetrag in € / Monat -										
653	584	687	707	703	595	624	636	659	620	1993
676	621	657	723	780	697	716	728	756	729	1994
694	638	633	733	820	735	756	766	778	749	1995
705	654	754	765	812	734	754	751	773	752	1996
709	654	642	772	858	754	783	768	779	759	1997
720	665	656	779	855	752	777	754	784	757	1998
722	673	652	764	865	759	793	769	793	770	1999
732	677	679	757	877	776	810	784	808	786	2000
735	683	647	760	877	776	804	769	803	781	2001
726	672	618	762	896	790	813	779	809	792	2002
710	656	627	761	898	796	816	787	810	791	2003
681	633	547	728	873	789	803	772	787	771	2004
676	624	557	708	871	785	800	778	785	774	2005
664	631	548	678	887	795	812	774	794	778	2006
722	677	627	708	856	775	795	754	782	764	2007
722	687	651	691	857	775	799	762	781	760	2008
720	683	646	693	852	767	790	752	766	759	2009
741	705	675	707	841	762	782	755	756	754	2010
756	700	688	716	834	750	774	748	754	750	2011
783	723	711	716	880	827	842	826	821	827	2012
800	740	708	728	890	856	877	843	849	854	2012

Rentenzugang nach Wohnort (Bundesland) des Rentenempfängers Renten wegen Alters – Männer

Jahr	Insgesamt	Ausland und unbe- kannt	Bundes- gebiet	Schleswig- Holstein	Hamburg	Nieder- sachsen	Bremen	Nordrhein- Westfalen	Hessen	Rheinland- Pfalz
Anzahl										
1993	391.477	32.550	358.927	10.629	6.249	28.889	2.229	71.719	25.110	16.256
1994	486.547	33.256	453.291	11.330	6.349	31.319	2.832	77.529	26.841	17.185
1995	537.993	31.042	506.951	11.013	6.628	31.328	2.823	80.113	26.228	16.985
1996	413.205	32.609	380.596	11.560	6.932	31.536	2.948	81.372	25.604	16.697
1997	405.767	32.526	373.241	12.310	7.127	31.903	3.039	77.950	25.329	16.534
1998	380.951	34.777	346.174	12.622	7.501	32.157	2.829	76.153	24.822	16.226
1999	401.535	33.093	368.442	14.189	7.871	34.416	3.219	80.965	26.779	17.550
2000	414.764	33.373	381.391	13.809	7.794	34.508	2.991	83.491	27.925	17.596
2001	388.243	33.316	354.927	12.783	7.357	32.813	2.922	79.010	26.499	16.948
2002	372.414	32.956	339.458	13.139	7.159	32.123	2.789	74.705	25.773	16.042
2003	398.106	39.918	358.188	13.777	7.621	32.933	2.743	75.748	27.005	16.177
2004	385.664	41.214	344.450	13.334	7.697	31.082	2.853	72.660	25.554	15.308
2005	383.402	38.593	344.809	13.261	7.701	31.570	3.080	71.496	25.087	15.093
2006	369.860	36.338	333.522	12.475	7.594	30.233	2.810	67.639	25.098	14.883
2007	355.747	33.110	322.637	12.377	7.379	30.338	2.771	67.612	24.699	14.082
2008	349.069	32.473	316.596	12.244	7.141	30.064	2.850	66.684	24.670	13.922
2009	328.812	31.749	297.063	11.058	6.816	28.187	2.527	63.521	23.675	13.811
2010	309.373	37.143	272.230	9.813	6.085	25.462	2.193	57.818	21.561	13.183
2011	321.451	34.160	287.291	10.818	6.112	28.061	2.416	61.668	23.025	13.884
2012	326.715	29.052	297.663	11.155	6.244	27.808	2.503	63.029	23.321	14.298
2013	337.152	27.362	309.790	11.439	6.314	28.926	2.474	65.463	23.573	15.186
- Durchschnittlicher Zahlbetrag in €/Monat -										
1993	842	281	893	886	974	882	951	1.016	909	887
1994	859	206	907	928	974	917	962	1.010	952	925
1995	877	203	918	948	1.005	938	985	1.012	965	943
1996	904	200	965	965	1.013	955	991	1.050	992	961
1997	913	199	976	982	1.032	981	1.007	1.035	1.004	968
1998	912	202	983	992	1.049	985	996	1.039	1.008	969
1999	914	202	978	978	1.012	969	984	1.029	993	973
2000	921	200	984	967	990	970	960	1.039	1.004	977
2001	920	200	987	961	994	972	970	1.033	1.017	982
2002	917	210	986	971	1.001	974	968	1.032	1.010	974
2003	892	222	966	959	973	951	947	1.005	989	948
2004	855	219	932	927	957	926	927	968	955	907
2005	836	220	905	904	924	899	876	933	920	876
2006	832	220	898	887	905	897	874	924	919	891
2007	869	237	934	933	917	940	919	969	957	935
2008	871	239	935	932	908	936	908	970	961	938
2009	865	256	930	920	888	933	903	966	958	942
2010	860	258	942	954	909	950	904	977	968	973
2011	868	254	941	955	905	950	881	975	961	964
2012	899	265	960	971	895	968	921	998	977	981
2013	913	280	969	985	915	968	927	1.007	987	993

Ohne Knappschaftsausgleichsleistungen, reine KLG-Leistungen und ohne Renten nach Art. 2 RÜG

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung - Rentenzugang, verschiedene Jahrgänge

Baden-Württemberg	Bayern	Saarland	Berlin (West)	Berlin (Ost)	Mecklenburg-Vorpommern	Brandenburg	Sachsen-Anhalt	Sachsen	Thüringen	Jahr
Anzahl										
46.040	42.281	5.924	6.523	4.529	10.619	14.944	17.580	30.584	18.822	1993
46.136	44.556	4.600	7.761	9.389	21.500	29.677	35.009	55.870	25.408	1994
44.914	44.444	4.194	8.289	16.934	25.651	38.597	42.377	71.207	35.226	1995
43.058	44.845	5.437	8.944	7.825	11.532	16.697	17.209	32.376	16.024	1996
43.880	45.573	4.049	9.365	7.715	10.731	17.080	17.118	28.716	14.822	1997
43.931	45.499	4.122	9.091	5.803	7.572	12.507	12.982	21.491	10.866	1998
46.507	48.719	4.258	9.836	5.563	7.674	13.152	13.749	22.266	11.729	1999
48.361	51.188	4.801	9.960	6.337	8.240	14.012	14.254	23.636	12.488	2000
47.508	50.438	4.250	9.366	4.956	6.693	12.093	11.428	20.055	9.808	2001
45.891	48.399	3.838	9.192	4.826	6.572	11.003	10.250	18.620	9.137	2002
48.065	52.065	3.917	9.892	5.458	7.543	12.494	11.644	20.776	10.330	2003
45.809	48.531	3.418	10.048	5.438	7.258	12.452	11.554	21.050	10.404	2004
44.744	49.367	3.410	10.304	5.508	7.012	12.160	12.407	21.787	10.822	2005
49.780	54.762	3.271	9.243	4.645	5.572	9.765	10.051	16.953	8.748	2006
44.213	48.829	3.299	9.150	4.632	5.806	10.030	10.395	17.842	9.183	2007
41.407	49.272	3.520	8.821	4.296	5.985	9.695	9.857	17.162	9.006	2008
39.041	46.305	3.592	8.401	3.907	5.381	8.694	8.395	15.710	8.042	2009
35.595	42.665	3.236	7.318	3.521	5.050	8.028	7.920	15.065	7.717	2010
38.335	45.064	3.251	6.899	3.417	5.044	8.039	8.302	14.732	8.224	2011
40.582	45.451	3.620	7.204	3.885	5.880	8.929	8.969	16.024	8.761	2012
41.610	45.806	3.996	7.337	4.307	6.483	10.238	9.880	17.114	9.644	2013
- Durchschnittlicher Zahlbetrag in C/Monat -										
923	838	1.067	936	903	744	776	809	819	756	1993
940	873	1.014	944	917	789	819	842	866	833	1994
954	895	984	933	924	828	850	867	883	847	1995
984	917	1.126	959	937	861	887	895	904	881	1996
992	922	1.003	967	1.016	904	936	923	931	905	1997
1.002	928	997	967	1.014	906	939	912	941	907	1998
1.003	935	996	943	1.012	909	944	915	941	910	1999
1.012	942	1.044	925	1.010	913	950	929	953	921	2000
1.018	952	1.047	934	1.029	909	946	915	954	924	2001
1.009	939	996	931	1.034	936	961	943	965	941	2002
989	920	1.009	922	1.023	931	953	940	958	930	2003
946	885	885	877	991	910	930	910	925	904	2004
926	861	883	845	969	896	909	895	904	892	2005
909	857	853	798	982	907	926	893	909	897	2006
960	906	943	832	947	893	914	884	908	885	2007
968	912	963	806	945	886	913	892	905	885	2008
965	908	952	793	938	874	900	878	892	879	2009
983	929	978	804	914	863	893	874	873	871	2010
996	923	983	808	899	852	880	859	867	861	2011
1.007	941	1.000	812	933	894	916	900	895	904	2012
1.016	949	999	818	936	904	929	905	912	914	2013

Rentenzugang nach Wohnort (Bundesland) des Rentenempfängers Renten wegen Alters – Frauen

Jahr	Insgesamt	Ausland und unbe- kannt	Bundes- gebiet	Schleswig- Holstein	Hamburg	Nieder- sachsen	Bremen	Nordrhein- Westfalen	Hessen	Rheinland- Pfalz
Anzahl										
1993	396.343	19.809	376.534	12.785	7.975	34.684	2.524	75.132	24.862	16.998
1994	421.810	19.031	402.779	13.200	8.294	37.583	3.390	87.165	28.338	17.764
1995	463.262	18.291	444.971	13.804	9.090	39.110	3.368	92.309	29.338	18.936
1996	438.751	17.848	420.903	14.318	9.067	39.489	3.619	92.404	28.936	19.029
1997	430.858	17.074	413.784	14.055	8.530	37.429	3.450	89.359	28.384	18.313
1998	430.951	17.317	413.634	14.613	8.813	38.798	3.471	88.875	28.718	18.498
1999	476.567	16.671	459.896	16.566	9.628	43.017	3.711	100.006	32.027	20.931
2000	463.757	16.849	446.908	16.161	8.998	42.435	3.734	97.478	31.163	20.870
2001	430.399	16.667	413.732	15.465	8.394	39.983	3.385	91.216	29.353	19.963
2002	399.378	16.187	383.191	14.607	7.631	37.522	3.303	86.064	27.709	18.706
2003	428.703	20.924	407.779	15.316	7.844	39.805	3.091	89.004	30.811	19.623
2004	422.737	22.716	400.021	15.539	7.733	39.351	3.161	90.003	29.048	19.547
2005	389.865	21.122	368.743	14.146	7.207	36.837	2.984	83.315	27.091	18.552
2006	387.133	19.658	367.475	13.724	6.988	35.528	2.881	80.173	27.124	18.437
2007	348.714	19.672	329.042	12.858	6.747	32.548	2.699	71.563	24.682	15.561
2008	361.341	20.032	341.309	13.486	6.838	33.560	2.840	74.635	25.539	15.983
2009	368.145	21.055	347.090	13.352	6.948	33.621	2.778	76.461	26.290	16.912
2010	364.173	30.350	333.823	12.110	6.595	30.988	2.634	71.173	25.115	16.111
2011	377.302	27.821	349.481	12.701	6.845	33.845	2.947	75.627	25.507	16.789
2012	324.052	21.614	302.438	11.258	6.075	29.409	2.492	67.795	23.423	15.084
2013	311.107	19.096	292.011	11.014	5.726	28.652	2.435	66.518	22.554	14.796
- Durchschnittlicher Zahlbetrag in €/Monat -										
1993	378	197	388	356	447	337	390	340	365	317
1994	416	165	428	397	505	378	426	375	403	343
1995	452	156	464	424	538	400	453	398	427	373
1996	467	161	480	446	562	421	473	419	450	389
1997	464	164	476	436	568	405	460	411	441	385
1998	481	173	494	456	578	427	476	426	467	399
1999	492	170	503	455	577	427	476	425	472	407
2000	485	170	497	444	557	418	463	420	462	397
2001	477	171	490	442	563	414	461	423	459	390
2002	464	177	476	434	560	402	451	410	452	377
2003	460	176	475	434	551	404	450	410	447	378
2004	449	170	465	429	548	395	445	403	445	374
2005	438	169	453	418	528	384	431	391	429	357
2006	444	175	459	430	535	393	438	401	445	379
2007	469	187	486	454	561	422	460	427	476	400
2008	484	184	502	473	565	437	474	443	494	420
2009	496	194	514	482	577	452	487	458	508	441
2010	514	192	543	518	597	483	504	482	542	473
2011	520	191	546	518	602	483	520	491	548	481
2012	532	194	556	529	625	487	540	495	542	483
2013	546	205	568	546	632	499	561	503	551	486

Ohne Knappschaftsausgleichsleistungen, reine KLG-Leistungen und ohne Renten nach Art. 2 RÜG

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung - Rentenzugang, verschiedene Jahrgänge

Baden-Württemberg	Bayern	Saarland	Berlin (West)	Berlin (Ost)	Mecklenburg-Vorpommern	Brandenburg	Sachsen-Anhalt	Sachsen	Thüringen	Jahr
Anzahl										
48.259	48.718	5.256	7.387	5.249	10.898	14.296	17.075	28.140	16.296	1993
49.382	52.104	4.481	9.435	6.815	10.076	15.556	17.797	28.231	13.168	1994
49.983	54.373	4.600	10.116	9.360	13.323	19.358	20.647	38.274	18.982	1995
52.137	56.378	4.829	10.135	7.260	10.080	15.109	15.748	28.079	14.286	1996
51.417	55.838	4.630	10.128	7.564	10.210	15.489	16.412	27.929	14.647	1997
52.744	57.774	4.439	10.179	7.089	9.367	15.109	15.622	26.071	13.454	1998
57.583	63.950	4.996	11.061	7.387	10.622	16.560	17.271	29.017	15.563	1999
55.066	62.937	5.274	10.688	7.183	9.847	15.998	16.846	27.290	14.940	2000
52.289	59.389	5.393	10.172	6.045	8.241	13.829	14.249	24.197	12.169	2001
49.071	55.934	5.063	9.496	5.499	7.390	11.858	12.291	20.535	10.512	2002
52.560	62.774	5.138	9.787	5.507	7.733	12.595	12.944	22.118	11.129	2003
51.614	59.851	5.238	10.076	5.326	6.868	12.105	12.069	21.864	10.628	2004
46.558	56.902	4.822	9.268	4.885	5.807	10.382	11.173	19.515	9.299	2005
56.767	63.124	4.657	8.430	3.926	4.754	8.367	9.246	15.117	8.232	2006
42.440	51.785	3.932	8.390	4.184	5.308	9.250	10.648	17.284	9.163	2007
43.824	53.941	4.082	8.505	4.123	6.021	9.539	10.731	17.806	9.856	2008
44.877	54.663	4.433	8.694	4.074	6.051	9.531	10.627	18.047	9.731	2009
41.970	51.620	4.018	8.429	4.384	6.733	10.489	11.227	19.895	10.332	2010
43.962	55.012	4.067	7.741	4.157	6.925	10.188	11.479	20.862	10.827	2011
39.399	48.033	3.957	7.367	3.825	5.419	8.153	8.201	14.884	7.664	2012
37.919	45.473	4.377	7.359	3.950	5.133	8.290	7.395	13.356	7.064	2013
- Durchschnittlicher Zahlbetrag in €/Monat -										
397	364	258	505	530	450	464	459	485	462	1993
431	405	289	541	592	501	518	505	541	529	1994
460	429	313	568	631	556	568	557	582	568	1995
475	445	335	595	678	588	607	594	622	607	1996
466	435	327	592	698	596	614	605	622	611	1997
485	459	339	611	725	628	643	623	653	636	1998
495	473	360	606	754	651	672	653	678	665	1999
485	462	347	600	759	661	687	661	683	674	2000
477	454	331	600	753	668	679	652	677	665	2001
461	441	332	598	775	660	675	642	669	662	2002
454	437	335	598	774	665	680	649	672	663	2003
447	428	326	578	753	662	673	640	654	641	2004
436	418	326	556	760	652	673	647	653	636	2005
450	435	334	545	774	664	678	644	665	651	2006
475	461	361	574	755	645	666	628	653	643	2007
490	481	383	573	765	665	683	643	662	645	2008
507	494	398	597	769	673	690	652	656	660	2009
535	520	431	623	782	686	697	671	667	666	2010
546	518	452	635	780	676	691	667	674	665	2011
552	516	448	621	827	754	761	746	742	738	2012
563	529	442	638	841	796	813	761	769	774	2013

Rentenzugang nach Wohnort (Bundesland) des Rentenempfängers Renten wegen Todes

Jahr	Insgesamt	Ausland und unbe- kannt	Bundes- gebiet	Schleswig- Holstein	Hamburg	Nieder- sachsen	Bremen	Nordrhein- Westfalen	Hessen	Rheinland- Pfalz
Anzahl										
1993	460.280	28.693	431.587	14.435	9.030	41.836	3.450	85.641	29.431	18.707
1994	563.967	29.368	534.599	13.058	8.318	40.530	3.869	87.453	28.472	17.176
1995	447.222	28.447	418.775	12.330	8.050	37.901	3.711	82.461	27.323	17.901
1996	430.993	28.657	402.336	12.432	7.857	37.163	3.416	83.636	26.311	17.930
1997	398.074	28.762	369.312	11.769	7.027	33.372	3.262	78.936	24.619	16.844
1998	389.418	28.880	360.538	11.694	7.221	34.290	3.306	77.761	24.641	17.003
1999	373.881	26.765	347.116	11.557	6.713	33.613	3.035	75.331	24.050	16.409
2000	377.058	28.379	348.679	11.320	6.701	33.423	2.984	74.285	23.940	16.829
2001	365.220	27.332	337.888	11.097	6.359	32.370	2.900	73.941	22.734	16.075
2002	375.995	28.044	347.951	11.472	6.578	34.065	3.087	74.594	24.479	16.912
2003	408.567	33.805	374.762	11.987	6.713	35.447	3.027	80.317	27.745	17.808
2004	385.372	33.393	351.979	11.830	6.624	34.251	2.985	76.748	24.222	16.983
2005	374.897	31.977	342.920	11.197	6.365	33.720	2.850	76.165	23.511	16.662
2006	383.644	31.270	352.374	11.819	6.544	34.267	3.011	76.745	24.573	17.204
2007	375.671	30.264	345.407	11.463	6.331	33.415	2.864	74.190	23.507	16.823
2008	374.198	30.632	343.566	11.788	6.428	34.036	2.794	75.370	24.063	17.710
2009	377.379	30.334	347.045	11.948	6.186	34.603	2.984	76.772	23.871	17.061
2010	380.478	32.300	348.178	11.881	6.203	34.338	2.828	77.141	23.765	17.039
2011	376.887	33.482	343.405	11.712	6.253	34.048	2.766	76.421	23.028	16.746
2012	374.715	30.200	344.515	11.966	6.206	34.275	2.740	75.768	23.748	16.943
2013	384.300	30.721	353.579	12.474	6.366	35.377	2.864	77.784	24.286	17.174
- Durchschnittlicher Zahlbetrag in €/Monat -										
1993	376	176	389	415	471	405	466	474	422	405
1994	369	157	381	412	456	413	439	482	430	415
1995	395	154	412	425	462	418	444	482	437	424
1996	400	154	418	419	457	417	451	475	438	420
1997	404	155	423	418	462	423	453	476	433	426
1998	410	155	430	425	461	426	444	483	445	429
1999	421	163	440	431	467	434	468	492	450	437
2000	419	161	440	437	465	430	465	491	449	434
2001	421	160	442	441	467	435	455	480	454	444
2002	431	167	452	443	474	441	466	499	458	445
2003	437	162	462	446	466	447	461	503	481	456
2004	427	170	451	439	460	437	442	497	460	442
2005	426	177	449	442	456	433	447	490	455	440
2006	427	182	449	435	453	437	445	489	451	443
2007	425	188	446	432	444	432	444	489	454	438
2008	430	191	451	436	447	439	451	491	460	443
2009	439	197	460	444	470	445	443	500	463	448
2010	440	199	463	448	456	450	470	499	465	459
2011	443	215	465	446	460	450	461	498	472	458
2012	454	203	476	455	471	462	467	509	482	469
2013	462	204	484	463	471	471	474	513	486	476

Ohne Knappschaftsausgleichsleistungen, reine KLG-Leistungen und ohne Renten nach Art. 2 RÜG

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung - Rentenzugang, verschiedene Jahrgänge

Baden-Württemberg	Bayern	Saarland	Berlin (West)	Berlin (Ost)	Mecklenburg-Vorpommern	Brandenburg	Sachsen-Anhalt	Sachsen	Thüringen	Jahr
Anzahl										
51.402	52.193	6.379	8.439	6.034	21.542	14.802	16.558	33.844	17.864	1993
46.885	49.947	5.659	10.008	11.422	20.555	33.935	46.790	71.124	39.398	1994
45.519	50.044	5.528	10.482	8.774	12.461	23.086	20.623	34.865	17.716	1995
44.198	51.217	5.192	10.509	7.483	12.185	16.674	19.392	30.225	16.516	1996
41.166	47.837	4.896	9.089	6.155	10.587	14.578	16.590	27.916	14.669	1997
41.146	47.842	4.848	8.427	5.236	9.457	13.551	15.733	24.981	13.401	1998
39.774	45.232	4.748	8.079	4.791	9.410	13.039	15.108	23.350	12.877	1999
39.674	47.290	4.789	7.831	5.280	9.222	13.359	15.177	23.839	12.736	2000
38.740	45.262	4.585	7.619	5.004	8.991	12.929	14.425	22.755	12.102	2001
39.240	47.221	4.714	7.885	5.011	9.018	13.117	14.681	23.041	12.836	2002
45.019	54.987	4.876	8.255	5.082	9.135	13.291	14.672	23.671	12.730	2003
40.678	47.169	4.718	8.021	5.058	8.887	13.326	14.531	23.149	12.799	2004
39.439	46.656	4.565	7.600	4.957	8.504	12.676	13.692	22.302	12.059	2005
39.809	51.638	4.722	7.919	4.722	8.577	12.694	13.929	21.941	12.260	2006
45.117	46.397	4.635	7.265	4.876	8.556	12.500	13.384	21.975	12.109	2007
39.984	46.850	4.672	7.361	4.972	8.549	12.204	13.590	22.029	12.166	2008
40.439	46.916	4.703	7.452	4.798	8.535	12.534	13.912	22.257	12.074	2009
40.484	47.875	4.677	7.544	5.073	8.507	12.710	13.592	22.402	12.119	2010
40.402	47.055	4.683	7.505	4.892	8.523	12.410	13.292	21.813	11.856	2011
40.539	47.126	4.424	7.415	4.873	8.541	12.634	13.356	22.034	11.927	2012
41.447	47.725	4.618	7.535	5.126	8.789	13.098	13.874	22.811	12.231	2013
- Durchschnittlicher Zahlbetrag in €/Monat -										
407	380	500	463	300	268	272	299	277	272	1993
407	400	502	448	318	279	302	305	315	301	1994
421	402	498	434	348	315	328	345	356	341	1995
420	398	506	412	356	330	351	372	384	370	1996
428	401	508	416	372	345	365	382	388	381	1997
428	403	503	425	381	359	376	390	399	393	1998
440	414	513	428	390	369	389	401	422	409	1999
437	415	510	429	402	380	395	407	424	412	2000
441	417	517	423	410	389	401	420	430	421	2001
450	428	531	425	419	389	414	428	440	431	2002
463	442	529	429	418	405	425	437	453	440	2003
449	425	513	414	416	408	413	431	450	432	2004
446	426	521	419	422	398	418	432	451	432	2005
446	423	519	418	427	410	422	434	451	432	2006
439	419	514	414	418	409	422	432	446	432	2007
450	427	525	413	420	403	424	434	451	435	2008
457	435	521	423	438	430	438	448	465	446	2009
458	439	527	420	441	432	438	451	467	454	2010
462	442	533	419	449	431	454	456	474	456	2011
478	450	542	427	463	444	464	464	487	469	2012
481	459	541	439	482	465	485	479	500	484	2013

Versichertenrenten nach Rentenarten Männer und Frauen

Jahr	Ver- sicherten- renten insge- samt ¹	Renten wegen verminder- ter Erwerbs- fähigkeit insgesamt	Renten wegen Alters insge- samt ¹	davon					
				Altersrenten ...					
				Regel- alters- renten	für besonders lang- jährig Ver- sicherte	für lang- jährig Ver- sicherte	für schwer- behinderte Menschen	wegen Arbeits- losigkeit/ Altersteil- zeitarbeit	für Frauen
Alte Bundesländer									
1960	427.754	275.758	151.996	120.422	x	x	x	6.914	24.043
1965	504.274	254.020	250.254	203.706	x	x	x	4.771	41.596
1970	608.054	289.067	318.987	234.892	x	x	x	12.471	71.509
1975	691.712	288.257	403.455	171.896	x	116.270	10.000	17.713	87.425
1980	635.280	315.854	319.426	93.009	x	40.532	50.005	30.779	105.053
1985	609.620	228.667	380.953	144.195	x	54.422	42.936	41.779	97.567
1990	740.639	197.953	542.686	257.174	x	77.964	43.353	57.562	106.530
1993	812.824	214.036	598.788	277.009	x	91.611	44.568	88.563	95.656
1995	877.636	226.317	651.319	280.502	x	72.913	45.727	125.028	127.013
2000	879.357	171.907	707.450	275.159	x	83.524	57.790	135.674	154.624
2001	835.742	160.863	674.879	271.499	x	73.447	59.969	124.428	144.941
2002	783.064	139.765	643.299	275.851	x	72.710	57.703	109.633	127.229
2003	824.526	137.988	686.538	316.967	x	73.154	60.512	104.982	130.855
2004	805.235	133.850	671.385	326.979	x	63.413	59.492	93.672	127.764
2005	772.175	129.665	642.510	322.982	x	60.289	54.343	96.991	107.850
2006	778.773	127.156	651.617	325.533	x	60.732	58.162	89.786	117.369
2007	718.169	127.433	590.736	286.747	x	54.981	62.328	78.157	108.478
2008	725.640	129.307	596.333	292.517	x	50.310	65.295	77.149	111.027
2009	724.515	135.748	588.767	300.249	x	48.143	68.966	62.307	109.056
2010	707.651	144.466	563.185	280.237	x	54.454	72.798	52.795	102.852
2011	730.220	143.663	586.557	299.311	x	65.573	70.036	44.934	106.639
2012	692.808	142.635	550.173	254.457	10.417	92.976	64.058	46.198	82.032
2013	685.968	140.563	545.405	252.161	13.716	92.816	65.917	49.734	71.010
Neue Bundesländer									
1993 ²	246.537	57.505	189.032	61.625	x	15.537	1.197	23.275	87.065
1995	417.613	67.677	349.936	47.279	x	24.603	1.836	169.105	106.819
2000	213.246	42.175	171.071	11.877	x	9.450	7.372	61.650	80.625
2001	183.479	39.716	143.763	11.171	x	9.563	10.077	44.503	68.377
2002	164.827	36.334	128.493	11.717	x	10.783	11.063	37.341	57.434
2003	176.644	36.373	140.271	15.681	x	11.494	12.449	40.443	60.023
2004	172.626	35.610	137.016	17.703	x	11.594	12.209	38.557	56.749
2005	165.052	34.295	130.757	18.514	x	13.575	10.973	39.000	48.579
2006	137.935	32.559	105.376	19.927	x	14.359	8.886	23.998	38.196
2007	147.807	34.082	113.725	23.655	x	15.047	10.656	21.456	42.890
2008	147.609	33.532	114.077	25.118	x	13.627	11.016	19.829	44.451
2009	145.470	37.280	108.190	27.760	x	9.803	11.808	16.741	42.035
2010	148.573	38.212	110.361	25.773	x	11.757	13.945	15.840	43.007
2011	148.771	36.575	112.196	24.390	x	14.563	13.592	14.093	45.499
2012	136.642	36.048	100.594	22.176	1.889	20.077	12.143	13.960	30.318
2013	138.973	36.119	102.854	21.921	2.481	21.207	13.567	16.969	26.670
Deutschland									
1993	1.059.361	271.541	787.820	338.634	x	107.148	45.765	111.838	182.721
1995	1.295.249	293.994	1.001.255	327.781	x	97.516	47.563	294.133	233.832
2000	1.092.603	214.082	878.521	287.036	x	92.974	65.162	197.324	235.249
2001	1.019.221	200.579	818.642	282.670	x	83.010	70.046	168.931	213.318
2002	947.891	176.099	771.792	287.568	x	83.493	68.766	146.974	184.663
2003	1.001.170	174.361	826.809	332.648	x	84.648	72.961	145.425	190.878
2004	977.861	169.460	808.401	344.682	x	75.007	71.701	132.229	184.513
2005	937.227	163.960	773.267	341.496	x	73.864	65.316	135.991	156.429
2006	916.708	159.715	756.993	345.460	x	75.091	67.048	113.784	155.565
2007	865.976	161.515	704.461	310.402	x	70.028	72.984	99.613	151.368
2008	873.249	162.839	710.410	317.635	x	63.937	76.311	96.978	155.478
2009	869.985	173.028	696.957	328.009	x	57.946	80.774	79.048	151.091
2010	856.224	182.678	673.546	306.010	x	66.211	86.743	68.635	145.859
2011	878.991	180.238	698.753	323.701	x	80.136	83.628	59.027	152.138
2012	829.450	178.683	650.767	276.633	12.306	113.053	76.201	60.158	112.350
2013	824.941	176.682	648.259	274.082	16.197	114.023	79.484	66.703	97.680

Ohne Knappschaftsausgleichsleistungen, reine KLG-Leistungen, Nullrenten und ohne Renten nach Art. 2 RÜG.

¹ In der Summe sind die Altersrenten für langjährig unter Tage Beschäftigte enthalten

² Einschließlich der im Jahr 1992 auf Grund technischer Probleme nicht bewilligten Rentenansprüche

Sondereffekt im Jahr 2003 und 2006: Inkl. zusätzlicher Übernahmen von ca. 31.000 Versichertenrenten (2003)

bzw. ca. 49.000 (2006) aufgrund von organisatorischen Änderungen im Vertragsbereich.

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung - Rentenzugang, verschiedene Jahrgänge, sowie Angaben der Knappschaft

Versichertenrenten nach Rentenarten Männer

Jahr	Ver- sicherten- renten insge- samt	davon								
		Renten wegen verminder- ter Erwerbs- fähigkeit insgesamt	Renten wegen Alters insge- samt	Altersrenten ...					für langjährig unter Tage Beschäf- tigte	
				Regel- alters- renten	für besonders lang- jährig Ver- sicherte	für lang- jährig Ver- sicherte	für schwer- behinderte Menschen	wegen Arbeits- losigkeit/ Altersteil- zeitarbeit		
Alte Bundesländer										
1960	225.124	136.864	88.260	82.895	x	x	x	5.365	x	
1965	279.798	136.356	143.442	140.076	x	x	x	3.366	x	
1970	316.231	152.389	163.842	154.887	x	x	x	8.955	x	
1975	353.866	130.405	223.461	92.079	x	108.736	9.668	12.978	x	
1980	304.315	150.421	153.894	42.984	x	37.887	47.563	25.412	48	
1985	325.334	142.729	182.605	53.291	x	50.668	39.828	38.764	54	
1990	373.969	134.755	239.214	74.335	x	73.403	40.308	51.065	103	
1993	439.854	145.455	294.399	95.594	x	79.573	37.943	79.908	1.381	
1995	457.508	149.507	308.001	99.643	x	60.353	37.227	110.642	136	
2000	443.188	107.391	335.797	97.037	x	71.592	43.859	122.630	679	
2001	420.095	96.885	323.210	97.214	x	63.027	43.522	118.852	595	
2002	393.832	81.826	312.006	101.619	x	62.841	41.352	106.021	173	
2003	409.560	79.699	329.861	122.162	x	63.479	42.480	101.672	68	
2004	393.742	76.234	317.508	131.827	x	54.502	40.416	90.698	65	
2005	385.786	72.080	313.706	133.810	x	52.597	37.084	90.160	55	
2006	384.949	70.823	314.126	140.718	x	52.443	39.307	81.623	35	
2007	368.278	70.419	297.859	140.483	x	47.298	40.520	69.513	45	
2008	362.453	69.385	293.068	143.730	x	41.312	41.003	66.988	35	
2009	350.540	71.857	278.683	145.464	x	37.770	41.687	53.716	46	
2010	338.015	75.943	262.072	130.189	x	42.182	43.637	46.015	49	
2011	348.590	74.897	273.693	140.382	x	51.983	41.793	39.471	64	
2012	347.375	73.108	274.267	112.157	8.927	74.043	39.506	39.599	35	
2013	350.753	71.267	279.486	111.479	11.643	74.084	39.490	42.739	51	
Neue Bundesländer										
1993 ¹	122.423	25.345	97.078	57.810	x	15.525	1.115	22.295	333	
1995	264.778	34.786	229.992	44.159	x	24.424	1.733	159.382	294	
2000	103.357	24.390	78.967	6.764	x	8.786	5.534	57.786	97	
2001	88.016	22.983	65.033	5.999	x	8.960	6.621	43.381	72	
2002	81.377	20.969	60.408	5.953	x	10.187	7.186	36.927	155	
2003	89.025	20.780	68.245	9.233	x	10.942	7.833	40.056	181	
2004	88.522	20.366	68.156	11.297	x	11.032	7.561	38.062	204	
2005	88.972	19.276	69.696	12.033	x	12.937	6.833	37.777	116	
2006	74.097	18.363	55.734	13.937	x	13.327	5.396	23.064	10	
2007	76.904	19.016	57.888	17.720	x	13.810	6.190	20.147	21	
2008	74.639	18.638	56.001	19.344	x	12.140	6.129	18.352	36	
2009	70.598	20.469	50.129	20.368	x	8.404	6.237	15.077	43	
2010	68.047	20.746	47.301	15.741	x	9.749	7.463	14.309	39	
2011	67.454	19.696	47.758	14.908	x	12.511	7.452	12.828	59	
2012	71.506	19.058	52.448	13.729	1.628	17.245	7.047	12.768	31	
2013	76.465	18.799	57.666	13.698	2.113	18.427	7.595	15.794	39	
Deutschland										
1993	562.277	170.800	391.477	153.404	x	95.098	39.058	102.203	1.714	
1995	722.286	184.293	537.993	143.802	x	84.777	38.960	270.024	430	
2000	546.545	131.781	414.764	103.801	x	80.378	49.393	180.416	776	
2001	508.111	119.868	388.243	103.213	x	71.987	50.143	162.233	667	
2002	475.209	102.795	372.414	107.572	x	73.028	48.538	142.948	328	
2003	498.585	100.479	398.106	131.395	x	74.421	50.313	141.728	249	
2004	482.264	96.600	385.664	143.124	x	65.534	47.977	128.760	269	
2005	474.758	91.356	383.402	145.843	x	65.534	43.917	127.937	171	
2006	459.046	89.186	369.860	154.655	x	65.770	44.703	104.687	45	
2007	445.182	89.435	355.747	158.203	x	61.108	46.710	89.660	66	
2008	437.092	88.023	349.069	163.074	x	53.452	47.132	85.340	71	
2009	421.138	92.326	328.812	165.832	x	46.174	47.924	68.793	89	
2010	406.062	96.689	309.373	145.930	x	51.931	51.100	60.324	88	
2011	416.044	94.593	321.451	155.290	x	64.494	49.245	52.299	123	
2012	418.881	92.166	326.715	125.886	10.555	91.288	46.553	52.367	66	
2013	427.218	90.066	337.152	125.177	13.756	92.511	47.085	58.533	90	

Ohne Knappschaftsausgleichsleistungen, Nullrenten und ohne Renten nach Art. 2 RUG; vor 1980 ohne Knappschaft, da eine Geschlechtertrennung nicht möglich ist.

¹ Einschließlich der im Jahr 1992 auf Grund technischer Probleme nicht bewilligten Rentenansprüche

Sondereffekt im Jahr 2003 und 2006: Inkl. zusätzlicher Übernahmen von ca. 31.000 Versichertenrenten (2003) bzw. ca. 49.000 (2006) aufgrund von organisatorischen Änderungen im Vertragsbereich.

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung - Rentenzugang, verschiedene Jahrgänge

Versichertenrenten nach Rentenarten Frauen

Jahr	Ver- sicherten- renten insge- samt	Renten wegen verminder- ter Erwerbs- fähigkeit insgesamt	Renten wegen Alters insge- samt	davon					
				Altersrenten ...					
				Regel- alters- renten	für besonders lang- jährig Ver- sicherte	für lang- jährig Ver- sicherte	für schwer- behinderte Menschen	wegen Arbeits- losigkeit/ Altersteil- zeitarbeit	für Frauen
Alte Bundesländer									
1960	164.137	108.401	55.736	30.727	x	x	x	1.155	23.854
1965	201.898	101.249	100.649	58.721	x	x	x	544	41.384
1970	272.474	123.809	148.665	76.871	x	x	x	621	71.173
1975	321.364	147.960	173.404	78.372	x	5.488	150	2.341	87.053
1980	330.965	165.433	165.532	50.025	x	2.645	2.442	5.367	105.053
1985	284.286	85.938	198.348	90.904	x	3.754	3.108	3.015	97.567
1990	366.670	63.198	303.472	182.839	x	4.561	3.045	6.497	106.530
1993	372.970	68.581	304.389	181.415	x	12.038	6.625	8.655	95.656
1995	420.128	76.810	343.318	180.859	x	12.560	8.500	14.386	127.013
2000	436.169	64.516	371.653	178.122	x	11.932	13.931	13.044	154.624
2001	415.647	63.978	351.669	174.285	x	10.420	16.447	5.576	144.941
2002	389.232	57.939	331.293	174.232	x	9.869	16.351	3.612	127.229
2003	414.966	58.289	356.677	194.805	x	9.675	18.032	3.310	130.855
2004	411.493	57.616	353.877	195.152	x	8.911	19.076	2.974	127.764
2005	386.389	57.585	328.804	189.172	x	7.692	17.259	6.831	107.850
2006	393.824	56.333	337.491	184.815	x	8.289	18.855	8.163	117.369
2007	349.891	57.014	292.877	146.264	x	7.683	21.808	8.644	108.478
2008	363.187	59.922	303.265	148.787	x	8.998	24.292	10.161	111.027
2009	373.975	63.891	310.084	154.785	x	10.373	27.279	8.591	109.056
2010	369.636	68.523	301.113	150.048	x	12.272	29.161	6.780	102.852
2011	381.630	68.766	312.864	158.929	x	13.590	28.243	5.463	106.639
2012	345.433	69.527	275.906	142.300	1.490	18.933	24.552	6.599	82.032
2013	335.215	69.296	265.919	140.682	2.073	18.732	26.427	6.995	71.010
Neue Bundesländer									
1993 ¹	124.114	32.160	91.954	3.815	x	12	82	980	87.065
1995	152.835	32.891	119.944	3.120	x	179	103	9.723	106.819
2000	109.889	17.785	92.104	5.113	x	664	1.838	3.864	80.625
2001	95.463	16.733	78.730	5.172	x	603	3.456	1.122	68.377
2002	83.450	15.365	68.085	5.764	x	596	3.877	414	57.434
2003	87.619	15.593	72.026	6.448	x	552	4.616	387	60.023
2004	84.104	15.244	68.860	6.406	x	562	4.648	495	56.749
2005	76.080	15.019	61.061	6.481	x	638	4.140	1.223	48.579
2006	63.838	14.196	49.642	5.990	x	1.032	3.490	934	38.196
2007	70.903	15.066	55.837	5.935	x	1.237	4.466	1.309	42.890
2008	72.970	14.894	58.076	5.774	x	1.487	4.887	1.477	44.451
2009	74.872	16.811	58.061	7.392	x	1.399	5.571	1.664	42.035
2010	80.526	17.466	63.060	10.032	x	2.008	6.482	1.531	43.007
2011	81.317	16.879	64.438	9.482	x	2.052	6.140	1.265	45.499
2012	65.136	16.990	48.146	8.447	261	2.832	5.096	1.192	30.318
2013	62.508	17.320	45.188	8.223	368	2.780	5.972	1.175	26.670
Deutschland									
1993	497.084	100.741	396.343	185.230	x	12.050	6.707	9.635	182.721
1995	572.963	109.701	463.262	183.979	x	12.739	8.603	24.109	233.832
2000	546.058	82.301	463.757	183.235	x	12.596	15.769	16.908	235.249
2001	511.110	80.711	430.399	179.457	x	11.023	19.903	6.698	213.318
2002	472.682	73.304	399.378	179.996	x	10.465	20.228	4.026	184.663
2003	502.585	73.882	428.703	201.253	x	10.227	22.648	3.697	190.878
2004	495.597	72.860	422.737	201.558	x	9.473	23.724	3.469	184.513
2005	462.469	72.604	389.865	195.653	x	8.330	21.399	8.054	156.429
2006	457.662	70.529	387.133	190.805	x	9.321	22.345	9.097	155.565
2007	420.794	72.080	348.714	152.199	x	8.920	26.274	9.953	151.368
2008	436.157	74.816	361.341	154.561	x	10.485	29.179	11.638	155.478
2009	448.847	80.702	368.145	162.177	x	11.772	32.850	10.255	151.091
2010	450.162	85.989	364.173	160.080	x	14.280	35.643	8.311	145.859
2011	462.947	85.645	377.302	168.411	x	15.642	34.383	6.728	152.138
2012	410.569	86.517	324.052	150.747	1.751	21.765	29.648	7.791	112.350
2013	397.723	86.616	311.107	148.905	2.441	21.512	32.399	8.170	97.680

Ohne reine KLG-Leistungen, Nullrenten und ohne Renten nach Art. 2 RÜG; vor 1980 ohne Knappschaft, da eine Geschlechtertrennung nicht möglich ist.

¹ Einschließlich der im Jahr 1992 auf Grund technischer Probleme nicht bewilligten Rentenansprüche

Sondereffekt im Jahr 2003 und 2006: Inkl. zusätzlicher Übernahmen von ca. 31.000 Versichertenrenten (2003) bzw. ca. 49.000 (2006) aufgrund von organisatorischen Änderungen im Vertragsbereich.

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung - Rentenzugang, verschiedene Jahrgänge

Versichertenrenten nach Rentenarten Männer und Frauen - Anteile in v.H.

Jahr	Ver- sicherten- renten insge- samt ¹	Renten wegen verminder- ter Erwerbs- fähigkeit insgesamt	Renten wegen Alters insge- samt ¹	davon						
				Altersrenten ...					wegen Arbeits- losigkeit/ Altersteil- zeitarbeit	für Frauen
				Regel- alters- renten	für besonders lang- jährig Ver- sicherte	für lang- jährig Ver- sicherte	für schwer- behinderte Menschen			
Alte Bundesländer										
1960	100	64,5	35,5	28,2	x	x	x	1,6	5,6	
1965	100	50,4	49,6	40,4	x	x	x	0,9	8,2	
1970	100	47,5	52,5	38,6	x	x	x	2,1	11,8	
1975	100	41,7	58,3	24,9	x	16,8	1,4	2,6	12,6	
1980	100	49,7	50,3	14,6	x	6,4	7,9	4,8	16,5	
1985	100	37,5	62,5	23,7	x	8,9	7,0	6,9	16,0	
1990	100	26,7	73,3	34,7	x	10,5	5,9	7,8	14,4	
1993	100	26,3	73,7	34,1	x	11,3	5,5	10,9	11,8	
1995	100	25,8	74,2	32,0	x	8,3	5,2	14,2	14,5	
2000	100	19,5	80,5	31,3	x	9,5	6,6	15,4	17,6	
2001	100	19,2	80,8	32,5	x	8,8	7,2	14,9	17,3	
2002	100	17,8	82,2	35,2	x	9,3	7,4	14,0	16,2	
2003	100	16,7	83,3	38,4	x	8,9	7,3	12,7	15,9	
2004	100	16,6	83,4	40,6	x	7,9	7,4	11,6	15,9	
2005	100	16,8	83,2	41,8	x	7,8	7,0	12,6	14,0	
2006	100	16,3	83,7	41,8	x	7,8	7,5	11,5	15,1	
2007	100	17,7	82,3	39,9	x	7,7	8,7	10,9	15,1	
2008	100	17,8	82,2	40,3	x	6,9	9,0	10,6	15,3	
2009	100	18,7	81,3	41,4	x	6,6	9,5	8,6	15,1	
2010	100	20,4	79,6	39,6	x	7,7	10,3	7,5	14,5	
2011	100	19,7	80,3	41,0	x	9,0	9,6	6,2	14,6	
2012	100	20,6	79,4	36,7	1,5	13,4	9,2	6,7	11,8	
2013	100	20,5	79,5	36,8	2,0	13,5	9,6	7,3	10,4	
Neue Bundesländer										
1993 ²	100	23,3	76,7	25,0	x	6,3	0,5	9,4	35,3	
1995	100	16,2	83,8	11,3	x	5,9	0,4	40,5	25,6	
2000	100	19,8	80,2	5,6	x	4,4	3,5	28,9	37,8	
2001	100	21,6	78,4	6,1	x	5,2	5,5	24,3	37,3	
2002	100	22,0	78,0	7,1	x	6,5	6,7	22,7	34,8	
2003	100	20,6	79,4	8,9	x	6,5	7,0	22,9	34,0	
2004	100	20,6	79,4	10,3	x	6,7	7,1	22,3	32,9	
2005	100	20,8	79,2	11,2	x	8,2	6,6	23,6	29,4	
2006	100	23,6	76,4	14,4	x	10,4	6,4	17,4	27,7	
2007	100	23,1	76,9	16,0	x	10,2	7,2	14,5	29,0	
2008	100	22,7	77,3	17,0	x	9,2	7,5	13,4	30,1	
2009	100	25,6	74,4	19,1	x	6,7	8,1	11,5	28,9	
2010	100	25,7	74,3	17,3	x	7,9	9,4	10,7	28,9	
2011	100	24,6	75,4	16,4	x	9,8	9,1	9,5	30,6	
2012	100	26,4	73,6	16,2	1,4	14,7	8,9	10,2	22,2	
2013	100	26,0	74,0	15,8	1,8	15,3	9,8	12,2	19,2	
Deutschland										
1993	100	25,6	74,4	32,0	x	10,1	4,3	10,6	17,2	
1995	100	22,7	77,3	25,3	x	7,5	3,7	22,7	18,1	
2000	100	19,6	80,4	26,3	x	8,5	6,0	18,1	21,5	
2001	100	19,7	80,3	27,7	x	8,1	6,9	16,6	20,9	
2002	100	18,6	81,4	30,3	x	8,8	7,3	15,5	19,5	
2003	100	17,4	82,6	33,2	x	8,5	7,3	14,5	19,1	
2004	100	17,3	82,7	35,2	x	7,7	7,3	13,5	18,9	
2005	100	17,5	82,5	36,4	x	7,9	7,0	14,5	16,7	
2006	100	17,4	82,6	37,7	x	8,2	7,3	12,4	17,0	
2007	100	18,7	81,3	35,8	x	8,1	8,4	11,5	17,5	
2008	100	18,6	81,4	36,4	x	7,3	8,7	11,1	17,8	
2009	100	19,9	80,1	37,7	x	6,7	9,3	9,1	17,4	
2010	100	21,3	78,7	35,7	x	7,7	10,1	8,0	17,0	
2011	100	20,5	79,5	36,8	x	9,1	9,5	6,7	17,3	
2012	100	21,5	78,5	33,4	1,5	13,6	9,2	7,3	13,5	
2013	100	21,4	78,6	33,2	2,0	13,8	9,6	8,1	11,8	

Ohne Knappschaftsausgleichsleistungen, reine KLG-Leistungen, Nullrenten und ohne Renten nach Art. 2 RÜG; Differenzen in den Summen durch Rundung der Zahlen.

¹ In der Summe sind die Altersrenten für langjährig unter Tage Beschäftigte enthalten.

² Einschließlich der im Jahr 1992 auf Grund technischer Probleme nicht bewilligten Rentenansprüche

Sondereffekt im Jahr 2003 und 2006: Inkl. zusätzlicher Übernahmen von ca. 31.000 Versichertenrenten (2003)

bzw. ca. 49.000 (2006) aufgrund von organisatorischen Änderungen im Vertragsbereich.

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung - Rentenzugang, verschiedene Jahrgänge, sowie Angaben der Knappschaft

Versichertenrenten nach Rentenarten

Männer - Anteile in v.H.

Jahr	Ver-sicherten-renten insge-samt ¹	Renten wegen vermind-ter Erwerbs-fähigkeit insgesamt	Renten wegen Alters insge-samt	davon					
				Altersrenten ...					
				Regel-alters-renten	für besonders lang-jährig Ver-sicherte	für lang-jährig Ver-sicherte	für schwer-behinderte Menschen	wegen Arbeits-lostigkeit/ Altersteil-zeitarbeit	für langjährig unter Tage Beschäf-tigte
Alte Bundesländer									
1960	100	60,8	39,2	36,8	x	x	x	2,4	x
1965	100	48,7	51,3	50,1	x	x	x	1,2	x
1970	100	48,2	51,8	49,0	x	x	x	2,8	x
1975	100	36,9	63,1	26,0	x	30,7	2,7	3,7	x
1980	100	49,4	50,6	14,1	x	12,4	15,6	8,4	0,0
1985	100	43,9	56,1	16,4	x	15,6	12,2	11,9	0,0
1990	100	36,0	64,0	19,9	x	19,6	10,8	13,7	0,0
1993	100	33,1	66,9	21,7	x	18,1	8,6	18,2	0,3
1995	100	32,7	67,3	21,8	x	13,2	8,1	24,2	0,0
2000	100	24,2	75,8	21,9	x	16,2	9,9	27,7	0,2
2001	100	23,1	76,9	23,1	x	15,0	10,4	28,3	0,1
2002	100	20,8	79,2	25,8	x	16,0	10,5	26,9	0,0
2003	100	19,5	80,5	29,8	x	15,5	10,4	24,8	0,0
2004	100	19,4	80,6	33,5	x	13,8	10,3	23,0	0,0
2005	100	18,7	81,3	34,7	x	13,6	9,6	23,4	0,0
2006	100	18,4	81,6	36,6	x	13,6	10,2	21,2	0,0
2007	100	19,1	80,9	38,1	x	12,8	11,0	18,9	0,0
2008	100	19,1	80,9	39,7	x	11,4	11,3	18,5	0,0
2009	100	20,5	79,5	41,5	x	10,8	11,9	15,3	0,0
2010	100	22,5	77,5	38,5	x	12,5	12,9	13,6	0,0
2011	100	21,5	78,5	40,3	x	14,9	12,0	11,3	0,0
2012	100	21,0	79,0	32,3	2,6	21,3	11,4	11,4	0,0
2013	100	20,3	79,7	31,8	3,3	21,1	11,3	12,2	0,0
Neue Bundesländer									
1993 ¹	100	20,7	79,3	47,2	x	12,7	0,9	18,2	0,3
1995	100	13,1	86,9	16,7	x	9,2	0,7	60,2	0,1
2000	100	23,6	76,4	6,5	x	8,5	5,4	55,9	0,1
2001	100	26,1	73,9	6,8	x	10,2	7,5	49,3	0,1
2002	100	25,8	74,2	7,3	x	12,5	8,8	45,4	0,2
2003	100	23,3	76,7	10,4	x	12,3	8,8	45,0	0,2
2004	100	23,0	77,0	12,8	x	12,5	8,5	43,0	0,2
2005	100	21,7	78,3	13,5	x	14,5	7,7	42,5	0,1
2006	100	24,8	75,2	18,8	x	18,0	7,3	31,1	0,0
2007	100	24,7	75,3	23,0	x	18,0	8,0	26,2	0,0
2008	100	25,0	75,0	25,9	x	16,3	8,2	24,6	0,0
2009	100	29,0	71,0	28,9	x	11,9	8,8	21,4	0,1
2010	100	30,5	69,5	23,1	x	14,3	11,0	21,0	0,1
2011	100	29,2	70,8	22,1	x	18,5	11,0	19,0	0,1
2012	100	26,7	73,3	19,2	2,3	24,1	9,9	17,9	0,0
2013	100	24,6	75,4	17,9	2,8	24,1	9,9	20,7	0,1
Deutschland									
1993	100	30,4	69,6	27,3	x	16,9	6,9	18,2	0,3
1995	100	25,5	74,5	19,9	x	11,7	5,4	37,4	0,1
2000	100	24,1	75,9	19,0	x	14,7	9,0	33,0	0,1
2001	100	23,6	76,4	20,3	x	14,2	9,9	31,9	0,1
2002	100	21,6	78,4	22,6	x	15,4	10,2	30,1	0,1
2003	100	20,2	79,8	26,4	x	14,9	10,1	28,4	0,0
2004	100	20,0	80,0	29,7	x	13,6	9,9	26,7	0,1
2005	100	19,2	80,8	30,7	x	13,8	9,3	26,9	0,0
2006	100	19,4	80,6	33,7	x	14,3	9,7	22,8	0,0
2007	100	20,1	79,9	35,5	x	13,7	10,5	20,1	0,0
2008	100	20,1	79,9	37,3	x	12,2	10,8	19,5	0,0
2009	100	21,9	78,1	39,4	x	11,0	11,4	16,3	0,0
2010	100	23,8	76,2	35,9	x	12,8	12,6	14,9	0,0
2011	100	22,7	77,3	37,3	x	15,5	11,8	12,6	0,0
2012	100	22,0	78,0	30,1	2,5	21,8	11,1	12,5	0,0
2013	100	21,1	78,9	29,3	3,2	21,7	11,0	13,7	0,0

Ohne Knappschaftsausgleichsleistungen, Nullrenten und ohne Renten nach Art. 2 RÜG; vor 1980 ohne Knappschaft, da eine Geschlechtertrennung nicht möglich ist; Differenzen in den Summen durch Rundung der Zahlen.

¹ Einschließlich der im Jahr 1992 auf Grund technischer Probleme nicht bewilligten Rentenansprüche

Sondereffekt im Jahr 2003 und 2006: Inkl. zusätzlicher Übernahmen von ca. 31.000 Versichertenrenten (2003) bzw. ca. 49.000 (2006) aufgrund von organisatorischen Änderungen im Vertragsbereich.

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung - Rentenzugang, verschiedene Jahrgänge

Versichertenrenten nach Rentenarten Frauen - Anteile in v.H.

Jahr	Ver- sicherten- renten insge- samt ¹	Renten wegen verminder- ter Erwerbs- fähigkeit insgesamt	Renten wegen Alters insge- samt	davon					
				Altersrenten ...					
				Regel- alters- renten	für besonders lang- jährig Ver- sicherte	für lang- jährig Ver- sicherte	für schwer- behinderte Menschen	wegen Arbeits- losigkeit/ Altersteil- zeitarbeit	für Frauen
Alte Bundesländer									
1960	100	66,0	34,0	18,7	x	x	x	0,7	14,5
1965	100	50,1	49,9	29,1	x	x	x	0,3	20,5
1970	100	45,4	54,6	28,2	x	x	x	0,2	26,1
1975	100	46,0	54,0	24,4	x	1,7	0,0	0,7	27,1
1980	100	50,0	50,0	15,1	x	0,8	0,7	1,6	31,7
1985	100	30,2	69,8	32,0	x	1,3	1,1	1,1	34,3
1990	100	17,2	82,8	49,9	x	1,2	0,8	1,8	29,1
1993	100	18,4	81,6	48,6	x	3,2	1,8	2,3	25,6
1995	100	18,3	81,7	43,0	x	3,0	2,0	3,4	30,2
2000	100	14,8	85,2	40,8	x	2,7	3,2	3,0	35,5
2001	100	15,4	84,6	41,9	x	2,5	4,0	1,3	34,9
2002	100	14,9	85,1	44,8	x	2,5	4,2	0,9	32,7
2003	100	14,0	86,0	46,9	x	2,3	4,3	0,8	31,5
2004	100	14,0	86,0	47,4	x	2,2	4,6	0,7	31,0
2005	100	14,9	85,1	49,0	x	2,0	4,5	1,8	27,9
2006	100	14,3	85,7	46,9	x	2,1	4,8	2,1	29,8
2007	100	16,3	83,7	41,8	x	2,2	6,2	2,5	31,0
2008	100	16,5	83,5	41,0	x	2,5	6,7	2,8	30,6
2009	100	17,1	82,9	41,4	x	2,8	7,3	2,3	29,2
2010	100	18,5	81,5	40,6	x	3,3	7,9	1,8	27,8
2011	100	18,0	82,0	41,6	x	3,6	7,4	1,4	27,9
2012	100	20,1	79,9	41,2	0,4	5,5	7,1	1,9	23,7
2013	100	20,7	79,3	42,0	0,6	5,6	7,9	2,1	21,2
Neue Bundesländer									
1993 ¹	100	25,9	74,1	3,1	x	0,0	0,1	0,8	70,1
1995	100	21,5	78,5	2,0	x	0,1	0,1	6,4	69,9
2000	100	16,2	83,8	4,7	x	0,6	1,7	3,5	73,4
2001	100	17,5	82,5	5,4	x	0,6	3,6	1,2	71,6
2002	100	18,4	81,6	6,9	x	0,7	4,6	0,5	68,8
2003	100	17,8	82,2	7,4	x	0,6	5,3	0,4	68,5
2004	100	18,1	81,9	7,6	x	0,7	5,5	0,6	67,5
2005	100	19,7	80,3	8,5	x	0,8	5,4	1,6	63,9
2006	100	22,2	77,8	9,4	x	1,6	5,5	1,5	59,8
2007	100	21,2	78,8	8,4	x	1,7	6,3	1,8	60,5
2008	100	20,4	79,6	7,9	x	2,0	6,7	2,0	60,9
2009	100	22,5	77,5	9,9	x	1,9	7,4	2,2	56,1
2010	100	21,7	78,3	12,5	x	2,5	8,0	1,9	53,4
2011	100	20,8	79,2	11,7	x	2,5	7,6	1,6	56,0
2012	100	26,1	73,9	13,0	0,4	4,3	7,8	1,8	46,5
2013	100	27,7	72,3	13,2	0,6	4,4	9,6	1,9	42,7
Deutschland									
1993	100	20,3	79,7	37,3	x	2,4	1,3	1,9	36,8
1995	100	19,1	80,9	32,1	x	2,2	1,5	4,2	40,8
2000	100	15,1	84,9	33,6	x	2,3	2,9	3,1	43,1
2001	100	15,8	84,2	35,1	x	2,2	3,9	1,3	41,7
2002	100	15,5	84,5	38,1	x	2,2	4,3	0,9	39,1
2003	100	14,7	85,3	40,0	x	2,0	4,5	0,7	38,0
2004	100	14,7	85,3	40,7	x	1,9	4,8	0,7	37,2
2005	100	15,7	84,3	42,3	x	1,8	4,6	1,7	33,8
2006	100	15,4	84,6	41,7	x	2,0	4,9	2,0	34,0
2007	100	17,1	82,9	36,2	x	2,1	6,2	2,4	36,0
2008	100	17,2	82,8	35,4	x	2,4	6,7	2,7	35,6
2009	100	18,0	82,0	36,1	x	2,6	7,3	2,3	33,7
2010	100	19,1	80,9	35,6	x	3,2	7,9	1,8	32,4
2011	100	18,5	81,5	36,4	x	3,4	7,4	1,5	32,9
2012	100	21,1	78,9	36,7	0,4	5,3	7,2	1,9	27,4
2013	100	21,8	78,2	37,4	0,6	5,4	8,1	2,1	24,6

Ohne reine KLG-Leistungen, Nullrenten und ohne Renten nach Art. 2 RÜG; vor 1980 ohne Knappschaft, da eine Geschlechtertrennung nicht möglich ist; Differenzen in den Summen durch Rundung der Zahlen.

¹ Einschließlich der im Jahr 1992 auf Grund technischer Probleme nicht bewilligten Rentenanträge

Sondereffekt im Jahr 2003 und 2006: Inkl. zusätzlicher Übernahmen von ca. 31.000 Versichertenrenten (2003) bzw. ca. 49.000 (2006) aufgrund von organisatorischen Änderungen im Vertragsbereich.

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung - Rentenzugang, verschiedene Jahrgänge

Versichertenrenten: Versicherungsstatus am 31.12. im Jahr vor dem Leistungsfall

Männer und Frauen

Jahr	Insgesamt	davon Versicherungsverhältnisse:						
		versicherungs- pflichtige Beschäftigung ²	Alters- teilzeit/ Vorruhe- stand	Leistungs- empfang nach dem SGB III/ AFG	Leistungs- empfang nach dem SGB II ³	Anrech- nungs- zeit- versi- cherte ⁴	sonstige aktive Versiche- rungs- verhält- nisse ⁵	passive Versiche- rung
Alte Bundesländer								
1993	673.785	170.198	14.795	115.498	x	x	52.615	320.679
1995	850.394	245.718	6.018	176.436	x	x	59.330	362.892
2000	848.695	275.488	22.854	160.114	x	41.132	88.668	260.439
2005	709.674	159.058	59.439	133.866	x	19.364	84.525	253.422
2006 ⁶	709.092	157.293	71.194	81.819	47.848	20.369	70.377	260.192
2007 ⁶	685.292	156.619	86.190	81.660	53.645	20.770	64.460	221.948
2008 ⁶	700.654	157.732	86.041	86.824	60.454	22.778	63.888	222.937
2009 ⁶	697.790	170.960	88.936	55.471	68.970	20.723	68.507	224.223
2010 ⁶	683.664	177.810	86.548	48.743	73.962	12.956	64.268	219.377
2011 ⁶	708.590	187.264	86.672	55.211	82.301	10.672	65.883	220.587
2012 ⁶	654.631	182.708	71.895	50.866	32.370	50.553	69.352	196.887
2013 ⁶	653.624	193.842	67.833	45.536	7.244	70.832	74.192	194.145
Neue Bundesländer								
1993 ¹	x	x	x	x	x	x	x	x
1995 ¹	x	x	x	x	x	x	x	x
2000	206.058	53.124	4.558	106.221	x	12.580	15.479	14.096
2005	149.597	32.418	14.679	68.705	x	7.478	13.048	13.269
2006 ⁶	134.349	30.632	15.884	33.216	19.532	7.432	9.866	17.787
2007 ⁶	143.548	30.148	19.464	31.579	24.553	9.919	10.166	17.719
2008 ⁶	142.044	29.267	18.481	32.687	25.230	10.343	9.745	16.291
2009 ⁶	140.877	33.406	19.658	18.226	29.241	10.727	11.570	18.049
2010 ⁶	143.837	37.038	20.536	16.949	29.043	8.033	11.731	20.507
2011 ⁶	144.433	39.732	18.941	17.620	29.799	7.009	11.899	19.433
2012 ⁶	131.156	39.716	17.622	16.846	10.797	16.688	12.265	17.222
2013 ⁶	134.050	42.539	15.713	16.495	2.089	25.158	13.976	18.080
Deutschland								
1993 ¹	x	x	x	x	x	x	x	x
1995 ¹	x	x	x	x	x	x	x	x
2000	1.054.753	328.612	27.412	266.335	x	53.712	104.147	274.535
2005	859.271	191.476	74.118	202.571	x	26.842	97.573	266.691
2006 ⁶	843.441	187.925	87.078	115.035	67.380	27.801	80.243	277.979
2007 ⁶	828.840	186.767	105.654	113.239	78.198	30.689	74.626	239.667
2008 ⁶	842.698	186.999	104.522	119.511	85.684	33.121	73.633	239.228
2009 ⁶	838.667	204.366	108.594	73.697	98.211	31.450	80.077	242.272
2010 ⁶	827.501	214.848	107.084	65.692	103.005	20.989	75.999	239.884
2011 ⁶	853.023	226.996	105.613	72.831	112.100	17.681	77.782	240.020
2012 ⁶	785.787	222.424	89.517	67.712	43.167	67.241	81.617	214.109
2013 ⁶	787.674	236.381	83.546	62.031	9.333	95.990	88.168	212.225

Ohne Nullrenten und ohne Renten nach Art. 2 RUG; statistisch nicht auswertbare Fälle wurden nicht in die Auswertung einbezogen.

¹ Merkmal unzureichend beschriftet

² Ohne Altersteilzeitbeschäftigung; ab 2000 inkl. geringfügiger Beschäftigung mit Verzicht auf die Versicherungsfreiheit

³ Von 2005 bis 2010 RV-pflichtige Leistung nach dem SGB II, die wenigen Fälle mit Zugang ab 2012 sind Fälle mit Leistungsfall bis 2011 verbunden mit einer Statusangabe bis 2010.

⁴ Ab Zugang 2012 und mit Leistungsfall ab 2012 sind hier auch die Leistungsempfänger nach dem SGB II enthalten, sofern keine parallele Pflichtversicherung vorliegt.

⁵ Beispielsweise: Handwerker, Pflegepersonen, Künstler, Publizisten, geringfügig Beschäftigte ohne Verzicht auf die Versicherungsfreiheit

⁶ Ab Berichtsjahr 2006 Mehrfachnennungen möglich; vorher Zuordnung nach Priorität.

Hinweis: Ab dem Jahr 2006 erfolgt eine pauschale Korrektur der sonst. aktiven Beschäftigungsverh., damit die Addition aller Verhältnisse die ausgewiesene Fallzahl ergibt.

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung - Rentenzugang, verschiedene Jahrgänge

Versichertenrenten: Versicherungsstatus am 31.12. im Jahr vor dem Leistungsfall

Männer

Jahr	Insgesamt	davon Versicherungsverhältnisse:						
		versicherungs- pflichtige Beschäftigung ²	Alters- teilzeit/ Vorruhe- stand	Leistungs- empfang nach dem SGB III/ AFG	Leistungs- empfang nach dem SGB II ³	Anrech- nungs- zeit- versi- cherte ⁴	sonstige aktive Versiche- rungs- verhält- nisse ⁵	passive Versiche- rung
Alte Bundesländer								
1993	360.244	103.344	13.856	85.332	x	x	29.245	128.467
1995	440.163	136.363	3.701	129.773	x	x	30.123	140.203
2000	428.330	147.221	18.894	111.113	x	20.129	36.485	94.488
2005	355.067	84.249	40.880	86.803	x	7.890	32.251	102.994
2006 ⁶	349.442	81.372	46.730	49.077	31.359	8.986	25.018	106.900
2007 ⁶	347.851	80.850	56.736	48.501	34.573	9.019	24.173	93.999
2008 ⁶	348.220	79.220	55.041	48.333	36.709	9.880	24.157	94.880
2009 ⁶	337.573	84.317	54.983	27.803	40.069	9.150	25.833	95.418
2010 ⁶	325.649	84.690	50.639	24.813	40.678	7.014	23.351	94.464
2011 ⁶	337.389	87.811	51.711	28.907	44.536	5.954	24.689	93.781
2012 ⁶	323.025	89.766	44.993	28.261	17.298	28.645	28.202	85.860
2013 ⁶	330.763	99.809	44.221	26.442	3.738	39.701	31.418	85.434
Neue Bundesländer								
1993 ¹	x	x	x	x	x	x	x	x
1995 ¹	x	x	x	x	x	x	x	x
2000	100.604	23.976	3.231	57.770	x	3.109	7.132	5.386
2005	82.690	17.800	7.260	40.998	x	2.428	7.276	6.928
2006 ⁶	72.339	16.693	7.276	19.961	11.331	2.466	5.144	9.468
2007 ⁶	75.416	16.356	9.383	18.730	13.879	3.366	4.762	8.940
2008 ⁶	72.298	15.710	8.306	17.520	14.337	3.469	4.488	8.468
2009 ⁶	69.040	17.249	8.356	9.307	16.417	3.691	5.101	8.919
2010 ⁶	66.360	17.528	7.776	8.544	15.595	3.388	4.937	8.592
2011 ⁶	66.156	17.801	7.173	8.784	16.097	3.025	5.111	8.165
2012 ⁶	69.001	19.859	7.570	9.306	6.247	9.840	6.537	9.642
2013 ⁶	74.257	22.555	7.368	9.868	1.161	15.010	7.647	10.648
Deutschland								
1993 ¹	x	x	x	x	x	x	x	x
1995 ¹	x	x	x	x	x	x	x	x
2000	528.934	171.197	22.125	168.883	x	23.238	43.617	99.874
2005	437.757	102.049	48.140	127.801	x	10.318	39.527	109.922
2006 ⁶	421.781	98.065	54.006	69.038	42.690	11.452	30.162	116.368
2007 ⁶	423.267	97.206	66.119	67.231	48.452	12.385	28.935	102.939
2008 ⁶	420.518	94.930	63.347	65.853	51.046	13.349	28.645	103.348
2009 ⁶	406.613	101.566	63.339	37.110	56.486	12.841	30.934	104.337
2010 ⁶	392.009	102.218	58.415	33.357	56.273	10.402	28.288	103.056
2011 ⁶	403.545	105.612	58.884	37.691	60.633	8.979	29.800	101.946
2012 ⁶	392.026	109.625	52.563	37.567	23.545	38.485	34.739	95.502
2013 ⁶	405.020	122.364	51.589	36.310	4.899	54.711	39.065	96.082

Ohne Nullrenten und ohne Renten nach Art. 2 RÜG; statistisch nicht auswertbare Fälle wurden nicht in die Auswertung einbezogen.

¹ Merkmal unzureichend beschrieben

² Ohne Altersteilzeitbeschäftigung; ab 2000 inkl. geringfügiger Beschäftigung mit Verzicht auf die Versicherungsfreiheit.

³ Von 2005 bis 2010 RV-pflichtige Leistung nach dem SGB II, die wenigen Fälle mit Zugang ab 2012 sind Fälle mit Leistungsfall bis 2011 verbunden mit einer Statusangabe bis 2010.

⁴ Ab Zugang 2012 und mit Leistungsfall ab 2012 sind hier auch die Leistungsempfänger nach dem SGB II enthalten, sofern keine parallele Pflichtversicherung vorliegt.

⁵ Beispielsweise: Handwerker, Pflegepersonen, Künstler, Publizisten, geringfügig Beschäftigte ohne Verzicht auf die Versicherungsfreiheit

⁶ Ab Berichtsjahr 2006 Mehrfachnennungen möglich; vorher Zuordnung nach Priorität.

Hinweis: Ab dem Jahr 2006 erfolgt eine pauschale Korrektur der sonst. aktiven Beschäftigungsverh., damit die Addition aller Verhältnisse die ausgewiesene Fallzahl ergibt.

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung - Rentenzugang, verschiedene Jahrgänge

Versichertenrenten: Versicherungsstatus am 31.12. im Jahr vor dem Leistungsfall

Frauen

Jahr	Insgesamt	davon Versicherungsverhältnisse:						
		versicherungspflichtige Beschäftigung ²	Alters- teilzeit/ Vorruhe- stand	Leistungs- empfang nach dem SGB III/ AFG	Leistungs- empfang nach dem SGB II ³	Anrech- nungs- zeit- versicherte ⁴	sonstige aktive Versiche- rungs- verhält- nisse ⁵	passive Versiche- rung
Alte Bundesländer								
1993	313.541	66.854	939	30.166	x	x	23.370	192.212
1995	410.231	109.355	2.317	46.663	x	x	29.207	222.689
2000	420.365	128.267	3.960	49.001	x	21.003	52.183	165.951
2005	354.607	74.809	18.559	47.063	x	11.474	52.274	150.428
2006 ⁶	359.650	75.921	24.464	32.742	16.489	11.383	45.359	153.292
2007 ⁶	337.441	75.769	29.454	33.159	19.072	11.751	40.287	127.949
2008 ⁶	352.434	78.512	31.000	38.491	23.745	12.898	39.731	128.057
2009 ⁶	360.217	86.643	33.953	27.668	28.901	11.573	42.674	128.805
2010 ⁶	358.015	93.120	35.909	23.930	33.284	5.942	40.917	124.913
2011 ⁶	371.201	99.453	34.961	26.304	37.765	4.718	41.194	126.806
2012 ⁶	331.606	92.942	26.902	22.605	15.072	21.908	41.150	111.027
2013 ⁶	322.861	94.033	23.612	19.094	3.506	31.131	42.774	108.711
Neue Bundesländer								
1993 ¹	x	x	x	x	x	x	x	x
1995 ¹	x	x	x	x	x	x	x	x
2000	105.454	29.148	1.327	48.451	x	9.471	8.347	8.710
2005	66.907	14.618	7.419	27.707	x	5.050	5.772	6.341
2006 ⁶	62.010	13.939	8.608	13.255	8.201	4.966	4.722	8.319
2007 ⁶	68.132	13.792	10.081	12.849	10.674	6.553	5.404	8.779
2008 ⁶	69.746	13.557	10.175	15.167	10.893	6.874	5.257	7.823
2009 ⁶	71.837	16.157	11.302	8.919	12.824	7.036	6.469	9.130
2010 ⁶	77.477	19.510	12.760	8.405	13.448	4.645	6.794	11.915
2011 ⁶	78.277	21.931	11.768	8.836	13.702	3.984	6.788	11.268
2012 ⁶	62.155	19.857	10.052	7.540	4.550	6.848	5.728	7.580
2013 ⁶	59.793	19.984	8.345	6.627	928	10.148	6.329	7.432
Deutschland								
1993 ¹	x	x	x	x	x	x	x	x
1995 ¹	x	x	x	x	x	x	x	x
2000	525.819	157.415	5.287	97.452	x	30.474	60.530	174.661
2005	421.514	89.427	25.978	74.770	x	16.524	58.046	156.769
2006 ⁶	421.660	89.860	33.072	45.997	24.690	16.349	50.081	161.611
2007 ⁶	405.573	89.561	39.535	46.008	29.746	18.304	45.691	136.728
2008 ⁶	422.180	92.069	41.175	53.658	34.638	19.772	44.988	135.880
2009 ⁶	432.054	102.800	45.255	36.587	41.725	18.609	49.143	137.935
2010 ⁶	435.492	112.630	48.669	32.335	46.732	10.587	47.711	136.828
2011 ⁶	449.478	121.384	46.729	35.140	51.467	8.702	47.982	138.074
2012 ⁶	393.761	112.799	36.954	30.145	19.622	28.756	46.878	118.607
2013 ⁶	382.654	114.017	31.957	25.721	4.434	41.279	49.103	116.143

Ohne Nullrenten und ohne Renten nach Art. 2 RÜG; statistisch nicht auswertbare Fälle wurden nicht in die Auswertung einbezogen.

¹ Merkmal unzureichend beschrieben

² Ohne Altersteilzeitbeschäftigung; ab 2000 inkl. geringfügiger Beschäftigung mit Verzicht auf die Versicherungsfreiheit

³ Von 2005 bis 2010 RV-pflichtige Leistung nach dem SGB II, die wenigen Fälle mit Zugang ab 2012 sind Fälle mit Leistungsfall bis 2011 verbunden mit einer Statusangabe bis 2010.

⁴ Ab Zugang 2012 und mit Leistungsfall ab 2012 sind hier auch die Leistungsempfänger nach dem SGB II enthalten, sofern keine parallele Pflichtversicherung vorliegt.

⁵ Beispielsweise: Handwerker, Pflegepersonen, Künstler, Publizisten, geringfügig Beschäftigte ohne Verzicht auf die Versicherungsfreiheit

⁶ Ab Berichtsjahr 2006 Mehrfachnennungen möglich; vorher Zuordnung nach Priorität.

Hinweis: Ab dem Jahr 2006 erfolgt eine pauschale Korrektur der sonst. aktiven Beschäftigungsverh., damit die Addition aller Verhältnisse die ausgewiesene Fallzahl ergibt.

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung - Rentenzugang, verschiedene Jahrgänge

Erwerbsminderungsrenten: Versicherungsstatus am 31.12. im Jahr vor dem Leistungsfall Männer und Frauen

Jahr	Insgesamt	davon Versicherungsverhältnisse:						
		versicherungs- pflichtige Beschäftigung ²	Alters- teilzeit/ Vorruhe- stand	Leistungs- empfang nach dem SGB III/ AFG	Leistungs- empfang nach dem SGB II ³	Anrech- nungs- zeit- versi- cherte ⁴	sonstige aktive Versiche- rungs- verhält- nisse ⁵	passive Versiche- rung
Alte Bundesländer								
1993	169.948	61.246	93	17.431	x	x	21.160	70.018
1995	218.001	92.295	58	30.505	x	x	15.817	79.326
2000	166.003	94.019	357	33.866	x	3.459	21.838	12.464
2005	122.612	56.229	540	34.709	x	2.795	17.489	10.850
2006 ⁶	118.445	54.480	538	17.290	18.438	3.114	13.275	11.310
2007 ⁶	118.572	53.770	494	15.193	21.921	3.130	13.572	10.492
2008 ⁶	123.492	53.837	492	13.237	27.536	3.139	14.003	11.248
2009 ⁶	129.654	56.673	492	11.439	32.493	2.785	14.433	11.339
2010 ⁶	138.413	61.765	542	11.625	35.983	2.172	14.452	11.874
2011 ⁶	138.481	60.460	711	11.882	38.859	1.879	13.845	10.845
2012 ⁶	137.650	61.818	484	11.080	26.270	12.303	15.369	10.326
2013 ⁶	135.591	61.629	287	10.952	7.115	28.294	17.584	9.730
Neue Bundesländer								
1993 ¹	x	x	x	x	x	x	x	x
1995 ¹	x	x	x	x	x	x	x	x
2000	40.711	18.537	61	14.196	x	929	5.576	1.412
2005	32.550	12.147	112	14.177	x	875	4.017	1.222
2006 ⁶	30.666	11.275	108	4.988	8.653	1.148	2.961	1.533
2007 ⁶	32.125	11.105	108	3.860	11.037	1.599	2.846	1.570
2008 ⁶	31.524	10.620	106	3.044	12.099	1.637	2.485	1.533
2009 ⁶	35.503	12.441	101	2.906	13.545	1.700	3.068	1.742
2010 ⁶	35.989	13.642	138	2.844	12.920	1.369	3.155	1.921
2011 ⁶	34.754	13.482	167	2.703	12.684	1.048	3.008	1.662
2012 ⁶	34.277	13.837	141	2.570	8.423	4.068	3.504	1.734
2013 ⁶	34.293	14.150	79	2.680	2.069	9.435	4.239	1.641
Deutschland								
1993 ¹	x	x	x	x	x	x	x	x
1995 ¹	x	x	x	x	x	x	x	x
2000	206.714	112.556	418	48.062	x	4.388	27.414	13.876
2005	155.162	68.376	652	48.886	x	3.670	21.506	12.072
2006 ⁶	149.111	65.755	646	22.278	27.091	4.262	16.236	12.843
2007 ⁶	150.697	64.875	602	19.053	32.958	4.729	16.418	12.062
2008 ⁶	155.016	64.457	598	16.281	39.635	4.776	16.488	12.781
2009 ⁶	165.157	69.114	593	14.345	46.038	4.485	17.501	13.081
2010 ⁶	174.402	75.407	680	14.469	48.903	3.541	17.607	13.795
2011 ⁶	173.235	73.942	878	14.585	51.543	2.927	16.853	12.507
2012 ⁶	171.927	75.655	625	13.650	34.693	16.371	18.873	12.060
2013 ⁶	169.884	75.779	366	13.632	9.184	37.729	21.823	11.371

Ohne Nullrenten und ohne Renten nach Art. 2 RÜG; statistisch nicht auswertbare Fälle wurden nicht in die Auswertung einbezogen.

¹ Merkmal unzureichend beschrieben

² Ohne Altersteilzeitbeschäftigung; ab 2000 inkl. geringfügiger Beschäftigung mit Verzicht auf die Versicherungsfreiheit.

³ Von 2005 bis 2010 RV-pflichtige Leistung nach dem SGB II, die wenigen Fälle mit Zugang ab 2012 sind Fälle mit Leistungsfall bis 2011 verbunden mit einer Statusangabe bis 2010.

⁴ Ab Zugang 2012 und mit Leistungsfall ab 2012 sind hier auch die Leistungsempfänger nach dem SGB II enthalten, sofern keine parallele Pflichtversicherung vorliegt.

⁵ Beispielsweise: Handwerker, Pflegepersonen, Künstler, Publizisten, geringfügig Beschäftigte ohne Verzicht auf die Versicherungsfreiheit

⁶ Ab Berichtsjahr 2006 Mehrfachnennungen möglich; vorher Zuordnung nach Priorität.

Hinweis: Ab dem Jahr 2006 erfolgt eine pauschale Korrektur der sonst. aktiven Beschäftigungsverh., damit die Addition aller Verhältnisse die ausgewiesene Fallzahl ergibt.

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung - Rentenzugang, verschiedene Jahrgänge

Erwerbsminderungsrenten: Versicherungsstatus am 31.12. im Jahr vor dem Leistungsfall

Männer

Jahr	Insgesamt	davon Versicherungsverhältnisse:						
		versiche- rungs- pflichtige Beschäfti- gung ²	Alters- teilzeit/ Vorruhe- stand	Leistungs- empfang nach dem SGB III/ AFG	Leistungs- empfang nach dem SGB II ³	Anrech- nungs- zeit- versich- erte ⁴	sonstige aktive Versiche- rungs- verhält- nisse ⁵	passive Versiche- rung
Alte Bundesländer								
1993	114.303	43.503	88	11.595	x	x	14.104	45.013
1995	143.516	63.233	43	19.778	x	x	10.466	49.996
2000	103.670	60.034	282	22.111	x	1.259	12.476	7.508
2005	68.439	30.349	309	21.971	x	1.116	8.653	6.041
2006 ⁶	65.446	29.304	311	9.684	12.138	1.275	6.587	6.147
2007 ⁶	64.721	28.135	291	8.578	14.026	1.394	6.589	5.708
2008 ⁶	65.949	27.567	287	7.273	16.384	1.367	6.683	6.388
2009 ⁶	68.266	28.952	302	6.302	18.591	1.246	6.775	6.098
2010 ⁶	72.254	31.163	326	6.511	20.059	1.020	6.735	6.440
2011 ⁶	71.763	29.912	408	6.806	21.336	901	6.479	5.921
2012 ⁶	69.825	29.890	277	6.228	13.972	7.011	6.986	5.461
2013 ⁶	68.133	29.420	152	5.979	3.662	15.954	7.971	4.995
Neue Bundesländer								
1993 ¹	x	x	x	x	x	x	x	x
1995 ¹	x	x	x	x	x	x	x	x
2000	23.669	11.152	33	8.315	x	262	3.198	709
2005	18.613	6.721	47	8.673	x	309	2.171	692
2006 ⁶	17.366	6.140	48	2.837	5.462	474	1.584	821
2007 ⁶	18.110	5.945	49	2.370	6.878	628	1.415	825
2008 ⁶	17.849	5.693	50	1.923	7.529	623	1.239	792
2009 ⁶	19.799	6.583	34	1.783	8.307	684	1.500	908
2010 ⁶	19.809	7.171	61	1.783	7.743	569	1.513	969
2011 ⁶	19.041	6.822	73	1.712	7.671	454	1.482	827
2012 ⁶	18.411	6.734	73	1.574	4.958	2.442	1.733	897
2013 ⁶	18.135	6.740	37	1.555	1.148	5.804	2.035	816
Deutschland								
1993 ¹	x	x	x	x	x	x	x	x
1995 ¹	x	x	x	x	x	x	x	x
2000	127.339	71.186	315	30.426	x	1.521	15.674	8.217
2005	87.052	37.070	356	30.644	x	1.425	10.824	6.733
2006 ⁶	82.812	35.444	359	12.521	17.600	1.749	8.171	6.968
2007 ⁶	82.831	34.080	340	10.948	20.904	2.022	8.004	6.533
2008 ⁶	83.798	33.260	337	9.196	23.913	1.990	7.922	7.180
2009 ⁶	88.065	35.535	336	8.085	26.898	1.930	8.275	7.006
2010 ⁶	92.063	38.334	387	8.294	27.802	1.589	8.248	7.409
2011 ⁶	90.804	36.734	481	8.518	29.007	1.355	7.961	6.748
2012 ⁶	88.236	36.624	350	7.802	18.930	9.453	8.719	6.358
2013 ⁶	86.268	36.160	189	7.534	4.810	21.758	10.006	5.811

Ohne Nullrenten und ohne Renten nach Art. 2 RÜG; Statistisch nicht auswertbare Fälle wurden nicht in die Auswertung einbezogen

¹ Merkmal unzureichend beschriftet

² Ohne Altersteilzeitbeschäftigung; ab 2000 inkl. geringfügiger Beschäftigung mit Verzicht auf die Versicherungsfreiheit

³ Von 2005 bis 2010 RV-pflichtige Leistung nach dem SGB II, die wenigen Fälle mit Zugang ab 2012 sind Fälle mit Leistungsfall bis 2011 verbunden mit einer Statusangabe bis 2010.

⁴ Ab Zugang 2012 und mit Leistungsfall ab 2012 sind hier auch die Leistungsempfänger nach dem SGB II enthalten, sofern keine parallele Pflichtversicherung vorliegt.

⁵ Beispielsweise: Handwerker, Pflegepersonen, Künstler, Publizisten, geringfügig Beschäftigte ohne Verzicht auf die Versicherungsfreiheit

⁶ Ab Berichtsjahr 2006 Mehrfachnennungen möglich; vorher Zuordnung nach Priorität.

Hinweis: Ab dem Jahr 2006 erfolgt eine pauschale Korrektur der sonst. aktiven Beschäftigungsverh., damit die Addition aller Verhältnisse die ausgewiesene Fallzahl ergibt.

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung - Rentenzugang, verschiedene Jahrgänge

Erwerbsminderungsrenten: Versicherungsstatus am 31.12. im Jahr vor dem Leistungsfall Frauen

Jahr	Insgesamt	davon Versicherungsverhältnisse:						
		versicherungs- pflichtige Beschäftigung ²	Alters- teilzeit/ Vorruhe- stand	Leistungs- empfang nach dem SGB III/ AFG	Leistungs- empfang nach dem SGB II ³	Anrech- nungs- zeit- versi- cherte ⁴	sonstige aktive Versiche- rungsver- hält- nisse ⁵	passive Versiche- rung
Alte Bundesländer								
1993	55.645	17.743	5	5.836	x	x	7.056	25.005
1995	74.485	29.062	15	10.727	x	x	5.351	29.330
2000	62.333	33.985	75	11.755	x	2.200	9.362	4.956
2005	54.173	25.880	231	12.738	x	1.679	8.836	4.809
2006 ⁶	52.999	25.176	227	7.606	6.300	1.839	6.688	5.163
2007 ⁶	53.851	25.635	203	6.615	7.895	1.736	6.983	4.784
2008 ⁶	57.543	26.270	205	5.964	11.152	1.772	7.320	4.860
2009 ⁶	61.388	27.721	190	5.137	13.902	1.539	7.658	5.241
2010 ⁶	66.159	30.602	216	5.114	15.924	1.152	7.717	5.434
2011 ⁶	66.718	30.548	303	5.076	17.523	978	7.366	4.924
2012 ⁶	67.825	31.928	207	4.852	12.298	5.292	8.383	4.865
2013 ⁶	67.458	32.209	135	4.973	3.453	12.340	9.613	4.735
Neue Bundesländer								
1993 ¹	x	x	x	x	x	x	x	x
1995 ¹	x	x	x	x	x	x	x	x
2000	17.042	7.385	28	5.881	x	667	2.378	703
2005	13.937	5.426	65	5.504	x	566	1.846	530
2006 ⁶	13.300	5.135	60	2.151	3.191	674	1.377	712
2007 ⁶	14.015	5.160	59	1.490	4.159	971	1.431	745
2008 ⁶	13.675	4.927	56	1.121	4.570	1.014	1.246	741
2009 ⁶	15.704	5.858	67	1.123	5.238	1.016	1.568	834
2010 ⁶	16.180	6.471	77	1.061	5.177	800	1.642	952
2011 ⁶	15.713	6.660	94	991	5.013	594	1.526	835
2012 ⁶	15.866	7.103	68	996	3.465	1.626	1.771	837
2013 ⁶	16.158	7.410	42	1.125	921	3.631	2.204	825
Deutschland								
1993 ¹	x	x	x	x	x	x	x	x
1995 ¹	x	x	x	x	x	x	x	x
2000	79.375	41.370	103	17.636	x	2.867	14.607	5.659
2005	68.110	31.306	296	18.242	x	2.245	12.927	5.339
2006 ⁶	66.299	30.311	287	9.757	9.491	2.513	10.578	5.875
2007 ⁶	67.866	30.795	262	8.105	12.054	2.707	11.121	5.529
2008 ⁶	71.218	31.197	261	7.085	15.722	2.786	11.352	5.601
2009 ⁶	77.092	33.579	257	6.260	19.140	2.555	11.781	6.075
2010 ⁶	82.339	37.073	293	6.175	21.101	1.952	11.311	6.386
2011 ⁶	82.431	37.208	397	6.067	22.536	1.572	8.892	5.759
2012 ⁶	83.691	39.031	275	5.848	15.763	6.918	10.154	5.702
2013 ⁶	83.616	39.619	177	6.098	4.374	15.971	11.817	5.560

Ohne Nullrenten und ohne Renten nach Art. 2 RÜG; Statistisch nicht auswertbare Fälle wurden nicht in die Auswertung einbezogen

¹ Merkmal unzureichend beschrieben

² Ohne Altersteilzeitbeschäftigung; ab 2000 inkl. geringfügiger Beschäftigung mit Verzicht auf die Versicherungsfreiheit

³ Von 2005 bis 2010 RV-pflichtige Leistung nach dem SGB II, die wenigen Fälle mit Zugang ab 2012 sind Fälle mit Leistungsfall bis 2011 verbunden mit einer Statusangabe bis 2010.

⁴ Ab Zugang 2012 und mit Leistungsfall ab 2012 sind hier auch die Leistungsempfänger nach dem SGB II enthalten, sofern keine parallele Pflichtversicherung vorliegt.

⁵ Beispielsweise: Handwerker, Pflegepersonen, Künstler, Publizisten, geringfügig Beschäftigte ohne Verzicht auf die Versicherungsfreiheit

⁶ Ab Berichtsjahr 2006 Mehrfachnennungen möglich; vorher Zuordnung nach Priorität.

Hinweis: Ab dem Jahr 2006 erfolgt eine pauschale Korrektur der sonst. aktiven Beschäftigungsverh., damit die Addition aller Verhältnisse die ausgewiesene Fallzahl ergibt.

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung - Rentenzugang, verschiedene Jahrgänge

Renten wegen Alters: Versicherungsstatus am 31.12. im Jahr vor dem Leistungsfall

Männer und Frauen

Jahr	Insgesamt	davon Versicherungsverhältnisse:						
		versicherungs- pflichtige Beschäfti- gung ²	Alters- teilzeit/ Vorruhe- stand	Leistungs- empfang nach dem SGB III/ AFG	Leistungs- empfang nach dem SGB II ³	Anrech- nungs- zeit- versi- cherte ⁴	sonstige aktive Versiche- rungsver- hält- nisse ⁵	passive Versiche- rung
Alte Bundesländer								
1993	503.837	108.952	14.702	98.067	x	x	31.455	250.661
1995	632.393	153.423	5.960	145.931	x	x	43.513	283.566
2000	682.692	181.469	22.497	126.248	x	37.673	66.830	247.975
2005	587.062	102.829	58.899	99.157	x	16.569	67.036	242.572
2006 ⁶	590.647	102.813	70.656	64.529	29.410	17.255	57.102	248.882
2007 ⁶	566.720	102.849	85.696	66.467	31.724	17.640	50.888	211.456
2008 ⁶	577.162	103.895	85.549	73.587	32.918	19.639	49.885	211.689
2009 ⁶	568.136	114.287	88.444	44.032	36.477	17.938	54.074	212.884
2010 ⁶	545.251	116.045	86.006	37.118	37.979	10.784	49.816	207.503
2011 ⁶	570.109	126.804	85.961	43.329	43.442	8.793	52.038	209.742
2012 ⁶	516.981	120.890	71.411	39.786	6.100	38.250	53.983	186.561
2013 ⁶	518.033	132.213	67.546	34.584	129	42.538	56.608	184.415
Neue Bundesländer								
1993 ¹	x	x	x	x	x	x	x	x
1995 ¹	x	x	x	x	x	x	x	x
2000	165.347	34.587	4.497	92.025	x	11.651	9.903	12.684
2005	117.047	20.271	14.567	54.528	x	6.603	9.031	12.047
2006 ⁶	103.683	19.357	15.776	28.228	10.879	6.284	6.905	16.254
2007 ⁶	111.423	19.043	19.356	27.719	13.516	8.320	7.320	16.149
2008 ⁶	110.520	18.647	18.375	29.643	13.131	8.706	7.260	14.758
2009 ⁶	105.374	20.965	19.557	15.320	15.696	9.027	8.502	16.307
2010 ⁶	107.848	23.396	20.398	14.105	16.123	6.664	8.576	18.586
2011 ⁶	109.679	26.250	18.774	14.917	17.115	5.961	8.891	17.771
2012 ⁶	96.879	25.879	17.481	14.276	2.374	12.620	8.761	15.488
2013 ⁶	99.757	28.389	15.634	13.815	20	15.723	9.737	16.439
Deutschland								
1993 ¹	x	x	x	x	x	x	x	x
1995 ¹	x	x	x	x	x	x	x	x
2000	848.039	216.056	26.994	218.273	x	49.324	76.733	260.659
2005	704.109	123.100	73.466	153.685	x	23.172	76.067	254.619
2006 ⁶	694.330	122.170	86.432	92.757	40.289	23.539	64.007	265.136
2007 ⁶	678.143	121.892	105.052	94.186	45.240	25.960	58.208	227.605
2008 ⁶	687.682	122.542	103.924	103.230	46.049	28.345	57.145	226.447
2009 ⁶	673.510	135.252	108.001	59.352	52.173	26.965	62.576	229.191
2010 ⁶	653.099	139.441	106.404	51.223	54.102	17.448	58.392	226.089
2011 ⁶	679.788	153.054	104.735	58.246	60.557	14.754	60.929	227.513
2012 ⁶	613.860	146.769	88.892	54.062	8.474	50.870	62.744	202.049
2013 ⁶	617.790	160.602	83.180	48.399	149	58.261	66.345	200.854

Ohne Nullrenten und ohne Renten nach Art. 2 RÜG; statistisch nicht auswertbare Fälle wurden nicht in die Auswertung einbezogen.

¹ Merkmal unzureichend beschickt

² Ohne Altersteilzeitbeschäftigung; ab 2000 inkl. geringfügiger Beschäftigung mit Verzicht auf die Versicherungsfreiheit.

³ Von 2005 bis 2010 RV-pflichtige Leistung nach dem SGB II, die wenigen Fälle mit Zugang ab 2012 sind Fälle mit Leistungsfall bis 2011 verbunden mit einer Statusangabe bis 2010.

⁴ Ab Zugang 2012 und mit Leistungsfall ab 2012 sind hier auch die Leistungsempfänger nach dem SGB II enthalten, sofern keine parallele Pflichtversicherung vorliegt.

⁵ Beispielsweise: Handwerker, Pflegepersonen, Künstler, Publizisten, geringfügig Beschäftigte ohne Verzicht auf die Versicherungsfreiheit

⁶ Ab Berichtsjahr 2006 Mehrfachnennungen möglich; vorher Zuordnung nach Priorität.

Hinweis: Ab dem Jahr 2006 erfolgt eine pauschale Korrektur der sonst. aktiven Beschäftigungsverh., damit die Addition aller Verhältnisse die ausgewiesene Fallzahl ergibt.

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung - Rentenzugang, verschiedene Jahrgänge

Renten wegen Alters: Versicherungsstatus am 31.12. im Jahr vor dem Leistungsfall

Männer

Jahr	Insgesamt	davon Versicherungsverhältnisse:						
		versicherungs- pflichtige Beschäftigung ²	Alters- teilzeit/ Vorruhe- stand	Leistungs- empfang nach dem SGB III/ AFG	Leistungs- empfang nach dem SGB II ³	Anrech- nungs- zeit- versi- cherte ⁴	sonstige aktive Versiche- rungsver- hält- nisse ⁵	passive Versiche- rung
Alte Bundesländer								
1993	245.941	59.841	13.768	73.737	x	x	15.141	83.454
1995	296.647	73.130	3.658	109.995	x	x	19.657	90.207
2000	324.660	87.187	18.612	89.002	x	18.870	24.009	86.980
2005	286.628	53.900	40.571	64.832	x	6.774	23.598	96.953
2006 ⁶	283.996	52.068	46.419	39.393	19.221	7.711	18.431	100.753
2007 ⁶	283.130	52.715	56.445	39.923	20.547	7.625	17.584	88.291
2008 ⁶	282.271	51.653	54.754	41.060	20.325	8.513	17.474	88.492
2009 ⁶	269.307	55.365	54.681	21.501	21.478	7.904	19.058	89.320
2010 ⁶	253.395	53.527	50.313	18.302	20.619	5.994	16.616	88.024
2011 ⁶	265.626	57.899	51.303	22.101	23.200	5.053	18.210	87.860
2012 ⁶	253.200	59.876	44.716	22.033	3.326	21.634	21.216	80.399
2013 ⁶	262.630	70.389	44.069	20.463	76	23.747	23.447	80.439
Neue Bundesländer								
1993 ¹	x	x	x	x	x	x	x	x
1995 ¹	x	x	x	x	x	x	x	x
2000	76.935	12.824	3.198	49.455	x	2.847	3.934	4.677
2005	64.077	11.079	7.213	32.325	x	2.119	5.105	6.236
2006 ⁶	54.973	10.553	7.228	17.124	5.869	1.992	3.560	8.647
2007 ⁶	57.306	10.411	9.334	16.360	7.001	2.738	3.347	8.115
2008 ⁶	54.449	10.017	8.256	15.597	6.808	2.846	3.249	7.676
2009 ⁶	49.241	10.666	8.322	7.524	8.110	3.007	3.601	8.011
2010 ⁶	46.551	10.357	7.715	6.761	7.852	2.819	3.424	7.623
2011 ⁶	47.115	10.979	7.100	7.072	8.426	2.571	3.629	7.338
2012 ⁶	50.590	13.125	7.497	7.732	1.289	7.398	4.804	8.745
2013 ⁶	56.122	15.815	7.331	8.313	13	9.206	5.612	9.832
Deutschland								
1993 ¹	x	x	x	x	x	x	x	x
1995 ¹	x	x	x	x	x	x	x	x
2000	401.595	100.011	21.810	138.457	x	21.717	27.943	91.657
2005	350.705	64.979	47.784	97.157	x	8.893	28.703	103.189
2006 ⁶	338.969	62.621	53.647	56.517	25.090	9.703	21.991	109.400
2007 ⁶	340.436	63.126	65.779	56.283	27.548	10.363	20.931	96.406
2008 ⁶	336.720	61.670	63.010	56.657	27.133	11.359	20.723	96.168
2009 ⁶	318.548	66.031	63.003	29.025	29.588	10.911	22.659	97.331
2010 ⁶	299.946	63.884	58.028	25.063	28.471	8.813	20.040	95.647
2011 ⁶	312.741	68.878	58.403	29.173	31.626	7.624	21.839	95.198
2012 ⁶	303.790	73.001	52.213	29.765	4.615	29.032	26.020	89.144
2013 ⁶	318.752	86.204	51.400	28.776	89	32.953	29.059	90.271

Ohne Nullrenten und ohne Renten nach Art. 2 RÜG; statistisch nicht auswertbare Fälle wurden nicht in die Auswertung einbezogen.

¹ Merkmal unzureichend beschrieben

² Ohne Altersteilzeitbeschäftigung; ab 2000 inkl. geringfügiger Beschäftigung mit Verzicht auf die Versicherungsfreiheit.

³ Von 2005 bis 2010 RV-pflichtige Leistung nach dem SGB II, die wenigen Fälle mit Zugang ab 2012 sind Fälle mit Leistungsfall bis 2011 verbunden mit einer Statusangabe bis 2010.

⁴ Ab Zugang 2012 und mit Leistungsfall ab 2012 sind hier auch die Leistungsempfänger nach dem SGB II enthalten, sofern keine parallele Pflichtversicherung vorliegt.

⁵ Beispielsweise: Handwerker, Pflegepersonen, Künstler, Publizisten, geringfügig Beschäftigte ohne Verzicht auf die Versicherungsfreiheit

⁶ Ab Berichtsjahr 2006 Mehrfachnennungen möglich; vorher Zuordnung nach Priorität.

Hinweis: Ab dem Jahr 2006 erfolgt eine pauschale Korrektur der sonst. aktiven Beschäftigungsverh., damit die Addition aller Verhältnisse die ausgewiesene Fallzahl ergibt.

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung - Rentenzugang, verschiedene Jahrgänge

Renten wegen Alters: Versicherungsstatus am 31.12. im Jahr vor dem Leistungsfall

Frauen

Jahr	Insgesamt	davon Versicherungsverhältnisse:						
		versicherungs- pflichtige Beschäftigung ²	Alters- teilzeit/ Vorruhe- stand	Leistungs- empfang nach dem SGB III/ AFG	Leistungs- empfang nach dem SGB II ³	Anrech- nungs- zeit- versi- cherte ⁴	sonstige aktive Versiche- rungs- verhält- nisse ⁵	passive Versiche- rung
Alte Bundesländer								
1993	257.896	49.111	934	24.330	x	x	16.314	167.207
1995	335.746	80.293	2.302	35.936	x	x	23.856	193.359
2000	358.032	94.282	3.885	37.246	x	18.803	42.821	160.995
2005	300.434	48.929	18.328	34.325	x	9.795	43.438	145.619
2006 ⁶	306.651	50.745	24.237	25.136	10.189	9.544	38.671	148.129
2007 ⁶	283.590	50.134	29.251	26.544	11.177	10.015	33.304	123.165
2008 ⁶	294.891	52.242	30.795	32.527	12.593	11.126	32.411	123.197
2009 ⁶	298.829	58.922	33.763	22.531	14.999	10.034	35.016	123.564
2010 ⁶	291.856	62.518	35.693	18.816	17.360	4.790	33.200	119.479
2011 ⁶	304.483	68.905	34.658	21.228	20.242	3.740	33.828	121.882
2012 ⁶	263.781	61.014	26.695	17.753	2.774	16.616	32.767	106.162
2013 ⁶	255.403	61.824	23.477	14.121	53	18.791	33.161	103.976
Neue Bundesländer								
1993 ¹	x	x	x	x	x	x	x	x
1995 ¹	x	x	x	x	x	x	x	x
2000	88.412	21.763	1.299	42.570	x	8.804	5.969	8.007
2005	52.970	9.192	7.354	22.203	x	4.484	3.926	5.811
2006 ⁶	48.710	8.804	8.548	11.104	5.010	4.292	3.345	7.607
2007 ⁶	54.117	8.632	10.022	11.359	6.515	5.582	3.973	8.034
2008 ⁶	56.071	8.630	10.119	14.046	6.323	5.860	4.011	7.082
2009 ⁶	56.133	10.299	11.235	7.796	7.586	6.020	4.901	8.296
2010 ⁶	61.297	13.039	12.683	7.344	8.271	3.845	5.152	10.963
2011 ⁶	62.564	15.271	11.674	7.845	8.689	3.390	5.262	10.433
2012 ⁶	46.289	12.754	9.984	6.544	1.085	5.222	3.957	6.743
2013 ⁶	43.635	12.574	8.303	5.502	7	6.517	4.125	6.607
Deutschland								
1993 ¹	x	x	x	x	x	x	x	x
1995 ¹	x	x	x	x	x	x	x	x
2000	446.444	116.045	5.184	79.816	x	27.607	48.790	169.002
2005	353.404	58.121	25.682	56.528	x	14.279	47.364	151.430
2006 ⁶	355.361	59.549	32.785	36.240	15.199	13.836	42.016	155.736
2007 ⁶	337.707	58.766	39.273	37.903	17.692	15.597	37.277	131.199
2008 ⁶	350.962	60.872	40.914	46.573	18.916	16.986	36.422	130.279
2009 ⁶	354.962	69.221	44.998	30.327	22.585	16.054	39.917	131.860
2010 ⁶	353.153	75.557	48.376	26.160	25.631	8.635	38.352	130.442
2011 ⁶	367.047	84.176	46.332	29.073	28.931	7.130	39.090	132.315
2012 ⁶	310.070	73.768	36.679	24.297	3.859	21.838	36.724	112.905
2013 ⁶	299.038	74.398	31.780	19.623	60	25.308	37.286	110.583

Ohne Nullrenten und ohne Renten nach Art. 2 RÜG; statistisch nicht auswertbare Fälle wurden nicht in die Auswertung einbezogen.

¹ Merkmal unzureichend beschrieben

² Ohne Altersteilzeitbeschäftigung; ab 2000 inkl. geringfügiger Beschäftigung mit Verzicht auf die Versicherungsfreiheit.

³ Von 2005 bis 2010 RV-pflichtige Leistung nach dem SGB II, die wenigen Fälle mit Zugang ab 2012 sind Fälle mit Leistungsfall bis 2011 verbunden mit einer Statusangabe bis 2010.

⁴ Ab Zugang 2012 und mit Leistungsfall ab 2012 sind hier auch die Leistungsempfänger nach dem SGB II enthalten, sofern keine parallele Pflichtversicherung vorliegt.

⁵ Beispielsweise: Handwerker, Pflegepersonen, Künstler, Publizisten, geringfügig Beschäftigte ohne Verzicht auf die Versicherungsfreiheit

⁶ Ab Berichtsjahr 2006 Mehrfachnennungen möglich; vorher Zuordnung nach Priorität.

Hinweis: Ab dem Jahr 2006 erfolgt eine pauschale Korrektur der sonst. aktiven Beschäftigungsverh., damit die Addition aller Verhältnisse die ausgewiesene Fallzahl ergibt.

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung - Rentenzugang, verschiedene Jahrgänge

Renten wegen Alters: Versicherungsstatus am 31.12. im Jahr vor dem Leistungsfall

Männer und Frauen - Anteile ausgewählter Versicherungsverhältnisse in % an Insgesamt (Fallzahl)

Jahr	Insgesamt	davon Versicherungsverhältnisse:						
		versicherungs- pflichtige Beschäftigung ²	Alters- teilzeit/ Vorruhe- stand	Leistungs- empfang nach dem SGB III/ AFG	Leistungs- empfang nach dem SGB II ³	Anrech- nungs- zeit- versi- cherte ⁴	sonstige aktive Versiche- rungs- verhält- nisse ⁵	passive Versiche- rung
Alte Bundesländer								
1993	503.837	21,6	2,9	19,5	x	x	6,2	49,8
1995	632.393	24,3	0,9	23,1	x	x	6,9	44,8
2000	682.692	26,6	3,3	18,5	x	5,5	9,8	36,3
2005	587.062	17,5	10,0	16,9	x	2,8	11,4	41,3
2006 ⁶	590.647	17,4	12,0	10,9	5,0	2,9	9,7	42,1
2007 ⁶	566.720	18,1	15,1	11,7	5,6	3,1	9,0	37,3
2008 ⁶	577.162	18,0	14,8	12,7	5,7	3,4	8,6	36,7
2009 ⁶	568.136	20,1	15,6	7,8	6,4	3,2	9,5	37,5
2010 ⁶	545.251	21,3	15,8	6,8	7,0	2,0	9,1	38,1
2011 ⁶	570.109	22,2	15,1	7,6	7,6	1,5	9,1	36,8
2012 ⁶	516.981	23,4	13,8	7,7	1,2	7,4	10,4	36,1
2013 ⁶	518.033	25,5	13,0	6,7	0,0	8,2	10,9	35,6
Neue Bundesländer								
1993 ¹	x	x	x	x	x	x	x	x
1995 ¹	x	x	x	x	x	x	x	x
2000	165.347	20,9	2,7	55,7	x	7,0	6,0	7,7
2005	117.047	17,3	12,4	46,6	x	5,6	7,7	10,3
2006 ⁶	103.683	18,7	15,2	27,2	10,5	6,1	6,7	15,7
2007 ⁶	111.423	17,1	17,4	24,9	12,1	7,5	6,6	14,5
2008 ⁶	110.520	16,9	16,6	26,8	11,9	7,9	6,6	13,4
2009 ⁶	105.374	19,9	18,6	14,5	14,9	8,6	8,1	15,5
2010 ⁶	107.848	21,7	18,9	13,1	14,9	6,2	8,0	17,2
2011 ⁶	109.679	23,9	17,1	13,6	15,6	5,4	8,1	16,2
2012 ⁶	96.879	26,7	18,0	14,7	2,5	13,0	9,0	16,0
2013 ⁶	99.757	28,5	15,7	13,8	0,0	15,8	9,8	16,5
Deutschland								
1993 ¹	x	x	x	x	x	x	x	x
1995 ¹	x	x	x	x	x	x	x	x
2000	848.039	25,5	3,2	25,7	x	5,8	9,0	30,7
2005	704.109	17,5	10,4	21,8	x	3,3	10,8	36,2
2006 ⁶	694.330	17,6	12,4	13,4	5,8	3,4	9,2	38,2
2007 ⁶	678.143	18,0	15,5	13,9	6,7	3,8	8,6	33,6
2008 ⁶	687.682	17,8	15,1	15,0	6,7	4,1	8,3	32,9
2009 ⁶	673.510	20,1	16,0	8,8	7,7	4,0	9,3	34,0
2010 ⁶	653.099	21,4	16,3	7,8	8,3	2,7	8,9	34,6
2011 ⁶	679.788	22,5	15,4	8,6	8,9	2,2	9,0	33,5
2012 ⁶	613.860	23,9	14,5	8,8	1,4	8,3	10,2	32,9
2013 ⁶	617.790	26,0	13,5	7,8	0,0	9,4	10,7	32,5

Ohne Nullrenten und ohne Renten nach Art. 2 RÜG; statistisch nicht auswertbare Fälle wurden nicht in die Auswertung einbezogen.

¹ Merkmal unzureichend beschickt

² Ohne Altersteilzeitbeschäftigung; ab 2000 inkl. geringfügiger Beschäftigung mit Verzicht auf die Versicherungsfreiheit.

³ Von 2005 bis 2010 RV-pflichtige Leistung nach dem SGB II, die wenigen Fälle mit Zugang ab 2012 sind Fälle mit Leistungsfall bis 2011 verbunden mit einer Statusangabe bis 2010.

⁴ Ab Zugang 2012 und mit Leistungsfall ab 2012 sind hier auch die Leistungsempfänger nach dem SGB II enthalten, sofern keine parallele Pflichtversicherung vorliegt.

⁵ Beispielsweise: Handwerker, Pflegepersonen, Künstler, Publizisten, geringfügig Beschäftigte ohne Verzicht auf die Versicherungsfreiheit

⁶ Ab Berichtsjahr 2006 Mehrfachnennungen möglich; vorher Zuordnung nach Priorität.

Hinweis: Ab dem Jahr 2006 erfolgt eine pauschale Korrektur der sonst. aktiven Beschäftigungsverh., damit die Addition aller Verhältnisse die ausgewiesene Fallzahl ergibt.

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung - Rentenzugang, verschiedene Jahrgänge

Renten wegen Alters: Versicherungsstatus am 31.12. im Jahr vor dem Leistungsfall

Männer - Anteile ausgewählter Versicherungsverhältnisse in % an Insgesamt (Fallzahl)

Jahr	Insgesamt	davon Versicherungsverhältnisse:						
		versiche- rungs- pflichtige Beschäfti- gung ²	Alters- teilzeit/ Vorruhe- stand	Leistungs- empfang nach dem SGB III/ AFG	Leistungs- empfang nach dem SGB II ³	Anrech- nungs- zeit- versi- cherte ⁴	sonstige aktive Versiche- rungs- verhält- nisse ⁵	passive Versiche- rung
Alte Bundesländer								
1993	245.941	24,3	5,6	30,0	x	x	6,2	33,9
1995	296.647	24,7	1,2	37,1	x	x	6,6	30,4
2000	324.660	26,9	5,7	27,4	x	5,8	7,4	26,8
2005	286.628	18,8	14,2	22,6	x	2,4	8,2	33,8
2006 ⁶	283.996	18,3	16,3	13,9	6,8	2,7	6,5	35,5
2007 ⁶	283.130	18,6	19,9	14,1	7,3	2,7	6,2	31,2
2008 ⁶	282.271	18,3	19,4	14,5	7,2	3,0	6,2	31,4
2009 ⁶	269.307	20,6	20,3	8,0	8,0	2,9	7,1	33,2
2010 ⁶	253.395	21,1	19,9	7,2	8,1	2,4	6,6	34,7
2011 ⁶	265.626	21,8	19,3	8,3	8,7	1,9	6,9	33,1
2012 ⁶	253.200	23,6	17,7	8,7	1,3	8,5	8,4	31,8
2013 ⁶	262.630	26,8	16,8	7,8	0,0	9,0	8,9	30,6
Neue Bundesländer								
1993 ¹	x	x	x	x	x	x	x	x
1995 ¹	x	x	x	x	x	x	x	x
2000	76.935	16,7	4,2	64,3	x	3,7	5,1	6,1
2005	64.077	17,3	11,3	50,4	x	3,3	8,0	9,7
2006 ⁶	54.973	19,2	13,1	31,1	10,7	3,6	6,5	15,7
2007 ⁶	57.306	18,2	16,3	28,5	12,2	4,8	5,8	14,2
2008 ⁶	54.449	18,4	15,2	28,6	12,5	5,2	6,0	14,1
2009 ⁶	49.241	21,7	16,9	15,3	16,5	6,1	7,3	16,3
2010 ⁶	46.551	22,2	16,6	14,5	16,9	6,1	7,4	16,4
2011 ⁶	47.115	23,3	15,1	15,0	17,9	5,5	7,7	15,6
2012 ⁶	50.590	25,9	14,8	15,3	2,5	14,6	9,5	17,3
2013 ⁶	56.122	28,2	13,1	14,8	0,0	16,4	10,0	17,5
Deutschland								
1993 ¹	x	x	x	x	x	x	x	x
1995 ¹	x	x	x	x	x	x	x	x
2000	401.595	24,9	5,4	34,5	0,0	5,4	7,0	22,8
2005	350.705	18,5	13,6	27,7	0,0	2,5	8,2	29,4
2006 ⁶	338.969	18,5	15,8	16,7	7,4	2,9	6,5	32,3
2007 ⁶	340.436	18,5	19,3	16,5	8,1	3,0	6,1	28,3
2008 ⁶	336.720	18,3	18,7	16,8	8,1	3,4	6,2	28,6
2009 ⁶	318.548	20,7	19,8	9,1	9,3	3,4	7,1	30,6
2010 ⁶	299.946	21,3	19,3	8,4	9,5	2,9	6,7	31,9
2011 ⁶	312.741	22,0	18,7	9,3	10,1	2,4	7,0	30,4
2012 ⁶	303.790	24,0	17,2	9,8	1,5	9,6	8,6	29,3
2013 ⁶	318.752	27,0	16,1	9,0	0,0	10,3	9,1	28,3

Ohne Nullrenten und ohne Renten nach Art. 2 RÜG; statistisch nicht auswertbare Fälle wurden nicht in die Auswertung einbezogen.

¹ Merkmal unzureichend beschriftet

² Ohne Altersteilzeitbeschäftigung; ab 2000 inkl. geringfügiger Beschäftigung mit Verzicht auf die Versicherungsfreiheit.

³ Von 2005 bis 2010 RV-pflichtige Leistung nach dem SGB II, die wenigen Fälle mit Zugang ab 2012 sind Fälle mit Leistungsfall bis 2011 verbunden mit einer Statusangabe bis 2010.

⁴ Ab Zugang 2012 und mit Leistungsfall ab 2012 sind hier auch die Leistungsempfänger nach dem SGB II enthalten, sofern keine parallele Pflichtversicherung vorliegt.

⁵ Beispielsweise: Handwerker, Pflegepersonen, Künstler, Publizisten, geringfügig Beschäftigte ohne Verzicht auf die Versicherungsfreiheit

⁶ Ab Berichtsjahr 2006 Mehrfachnennungen möglich; vorher Zuordnung nach Priorität.

Hinweis: Ab dem Jahr 2006 erfolgt eine pauschale Korrektur der sonst. aktiven Beschäftigungsverh., damit die Addition aller Verhältnisse die ausgewiesene Fallzahl ergibt.

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung - Rentenzugang, verschiedene Jahrgänge

Renten wegen Alters: Versicherungsstatus am 31.12. im Jahr vor dem Leistungsfall

Frauen - Anteile ausgewählter Versicherungsverhältnisse in % an Insgesamt (Fallzahl)

Jahr	Insgesamt	davon Versicherungsverhältnisse:						
		versicherungs- pflichtige Beschäftigung ²	Alters- teilzeit/ Vorruhe- stand	Leistungs- empfang nach dem SGB III/ AFG	Leistungs- empfang nach dem SGB II ³	Anrech- nungs- zeit- versi- cherte ⁴	sonstige aktive Versiche- rungs- verhält- nisse ⁵	passive Versiche- rung
Alte Bundesländer								
1993	257.896	19,0	0,4	9,4	x	x	6,3	64,8
1995	335.746	23,9	0,7	10,7	x	x	7,1	57,6
2000	358.032	26,3	1,1	10,4	x	5,3	12,0	45,0
2005	300.434	16,3	6,1	11,4	x	3,3	14,5	48,5
2006 ⁶	306.651	16,5	7,9	8,2	3,3	3,1	12,6	48,3
2007 ⁶	283.590	17,7	10,3	9,4	3,9	3,5	11,7	43,4
2008 ⁶	294.891	17,7	10,4	11,0	4,3	3,8	11,0	41,8
2009 ⁶	298.829	19,7	11,3	7,5	5,0	3,4	11,7	41,3
2010 ⁶	291.856	21,4	12,2	6,4	5,9	1,6	11,4	40,9
2011 ⁶	304.483	22,6	11,4	7,0	6,6	1,2	11,1	40,0
2012 ⁶	263.781	23,1	10,1	6,7	1,1	6,3	12,4	40,2
2013 ⁶	255.403	24,2	9,2	5,5	0,0	7,4	13,0	40,7
Neue Bundesländer								
1993 ¹	x	x	x	x	x	x	x	x
1995 ¹	x	x	x	x	x	x	x	x
2000	88.412	24,6	1,5	48,1	x	10,0	6,8	9,1
2005	52.970	17,4	13,9	41,9	x	8,5	7,4	11,0
2006 ⁶	48.710	18,1	17,5	22,8	10,3	8,8	6,9	15,6
2007 ⁶	54.117	16,0	18,5	21,0	12,0	10,3	7,3	14,8
2008 ⁶	56.071	15,4	18,0	25,1	11,3	10,5	7,2	12,6
2009 ⁶	56.133	18,3	20,0	13,9	13,5	10,7	8,7	14,8
2010 ⁶	61.297	21,3	20,7	12,0	13,5	6,3	8,4	17,9
2011 ⁶	62.564	24,4	18,7	12,5	13,9	5,4	8,4	16,7
2012 ⁶	46.289	27,6	21,6	14,1	2,3	11,3	8,5	14,6
2013 ⁶	43.635	28,8	19,0	12,6	0,0	14,9	9,5	15,1
Deutschland								
1993 ¹	x	x	x	x	x	x	x	x
1995 ¹	x	x	x	x	x	x	x	x
2000	446.444	26,0	1,2	17,9	x	6,2	10,9	37,9
2005	353.404	16,4	7,3	16,0	x	4,0	13,4	42,8
2006 ⁶	355.361	16,8	9,2	10,2	4,3	3,9	11,8	43,8
2007 ⁶	337.707	17,4	11,6	11,2	5,2	4,6	11,0	38,8
2008 ⁶	350.962	17,3	11,7	13,3	5,4	4,8	10,4	37,1
2009 ⁶	354.962	19,5	12,7	8,5	6,4	4,5	11,2	37,1
2010 ⁶	353.153	21,4	13,7	7,4	7,3	2,4	10,9	36,9
2011 ⁶	367.047	22,9	12,6	7,9	7,9	1,9	10,6	36,0
2012 ⁶	310.070	23,8	11,8	7,8	1,2	7,0	11,8	36,4
2013 ⁶	299.038	24,9	10,6	6,6	0,0	8,5	12,5	37,0

Ohne Nullrenten und ohne Renten nach Art. 2 RÜG; statistisch nicht auswertbare Fälle wurden nicht in die Auswertung einbezogen.

¹ Merkmal unzureichend beschriftet

² Ohne Altersteilzeitbeschäftigung; ab 2000 inkl. geringfügiger Beschäftigung mit Verzicht auf die Versicherungsfreiheit.

³ Von 2005 bis 2010 RV-pflichtige Leistung nach dem SGB II, die wenigen Fälle mit Zugang ab 2012 sind Fälle mit Leistungsfall bis 2011 verbunden mit einer Statusangabe bis 2010.

⁴ Ab Zugang 2012 und mit Leistungsfall ab 2012 sind hier auch die Leistungsempfänger nach dem SGB II enthalten, sofern keine parallele Pflichtversicherung vorliegt.

⁵ Beispielsweise: Handwerker, Pflegepersonen, Künstler, Publizisten, geringfügig Beschäftigte ohne Verzicht auf die Versicherungsfreiheit

⁶ Ab Berichtsjahr 2006 Mehrfachnennungen möglich; vorher Zuordnung nach Priorität.

Hinweis: Ab dem Jahr 2006 erfolgt eine pauschale Korrektur der sonst. aktiven Beschäftigungsverh., damit die Addition aller Verhältnisse die ausgewiesene Fallzahl ergibt.

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung - Rentenzugang, verschiedene Jahrgänge

Abschläge im Rentenzugang: Versichertenrenten Männer und Frauen

Jahr	Versicherten- renten insgesamt	darunter: Versichertenrentenzugänge mit Abschlägen					
		Fallzahlen	Anteil an Spalte 1	Durchschnitt- liche Anzahl der Abschlags- monate	Durchschnittliche Höhe der Abschläge (brutto) ¹ - in €/ Monat -	nachrichtlich: Renten- zahlbetrag ² - in €/Monat -	Durchschnittlicher Rentenbetrag vor Abschlag ³ - in €/Monat -
Alte Bundesländer							
1997	851.517	1.803	0,2%	5,93	18,55	960,92	1.042,89
1998	840.447	8.475	1,0%	15,41	49,80	963,75	1.077,16
1999	881.322	20.803	2,4%	23,92	81,12	984,35	1.130,44
2000	879.357	99.305	11,3%	13,47	34,11	760,47	844,01
2001	835.742	244.861	29,3%	16,98	43,44	761,51	852,92
2002	783.064	294.716	37,6%	22,73	58,59	747,73	859,41
2003	824.526	322.884	39,2%	29,84	79,98	753,26	893,50
2004	805.235	343.747	42,7%	35,94	98,36	748,74	912,24
2005	772.175	351.420	45,5%	36,90	102,90	757,81	929,67
2006	778.773	353.898	45,4%	36,55	102,52	760,90	934,95
2007	718.169	366.794	51,1%	36,87	103,54	758,88	936,03
2008	725.640	377.719	52,1%	36,96	103,13	751,82	930,13
2009	724.515	374.198	51,6%	37,21	102,55	741,20	918,61
2010	707.651	381.383	53,9%	36,11	99,19	742,21	915,62
2011	730.220	392.375	53,7%	34,95	97,32	753,98	928,21
2012	692.808	333.802	48,2%	29,68	84,89	788,27	953,56
2013	685.968	314.818	45,9%	28,08	81,67	804,93	969,51
Neue Bundesländer							
1997	249.311	626	0,3%	5,74	16,27	862,17	944,83
1998	208.530	3.531	1,7%	16,51	46,85	833,20	945,87
1999	214.967	7.283	3,4%	24,75	71,58	827,12	964,04
2000	213.246	28.045	13,2%	15,68	40,21	755,01	854,87
2001	183.479	86.564	47,2%	19,17	46,60	709,09	810,30
2002	164.827	100.156	60,8%	25,40	62,69	703,67	822,65
2003	176.644	114.128	64,6%	32,97	84,99	714,19	859,17
2004	172.626	121.795	70,6%	38,94	102,00	706,73	873,04
2005	165.052	123.381	74,8%	39,03	104,35	718,01	891,29
2006	137.935	101.238	73,4%	37,13	98,62	717,14	885,32
2007	147.807	110.507	74,8%	38,25	99,94	700,20	870,87
2008	147.609	110.587	74,9%	38,00	98,34	692,85	862,56
2009	145.470	107.893	74,2%	39,74	101,41	677,41	850,62
2010	148.573	114.435	77,0%	39,14	100,68	684,22	857,42
2011	148.771	118.077	79,4%	38,01	98,67	691,86	865,26
2012	136.642	94.519	69,2%	31,05	84,25	740,97	904,50
2013	138.973	93.594	67,3%	27,76	76,94	764,37	923,87
Deutschland							
1997	1.100.828	2.429	0,2%	5,88	17,96	935,47	1.017,97
1998	1.048.977	12.006	1,1%	15,74	49,03	925,36	1.038,23
1999	1.096.289	28.086	2,6%	24,14	78,75	943,58	1.087,44
2000	1.092.603	127.350	11,7%	13,96	35,44	759,27	846,34
2001	1.019.221	331.425	32,5%	17,55	44,29	747,82	841,46
2002	947.891	394.872	41,7%	23,40	59,68	736,56	850,01
2003	1.001.170	437.012	43,7%	30,65	81,34	743,06	884,59
2004	977.861	465.542	47,6%	36,72	99,38	737,76	902,06
2005	937.227	474.801	50,7%	37,45	103,32	747,47	919,56
2006	916.708	455.136	49,6%	36,68	101,71	751,17	924,24
2007	865.976	477.301	55,1%	37,19	102,77	745,30	921,10
2008	873.249	488.306	55,9%	37,19	102,03	738,46	914,33
2009	869.985	482.091	55,4%	37,78	102,40	726,93	903,47
2010	856.224	495.818	57,9%	36,81	99,61	728,83	902,05
2011	878.991	510.452	58,1%	35,66	97,72	739,62	913,52
2012	829.450	428.321	51,6%	29,98	84,78	777,82	942,72
2013	824.941	408.412	49,5%	28,00	80,56	795,63	958,93

Ohne Nullrenten und ohne Renten nach Art. 2 RÜG.

¹ Vor Abzug des Eigenanteils des Rentners zur KvD und PvdR.

Berechnung der durchschnittlichen Höhe der Abschläge (brutto):

$\text{durchschnittliche Höhe der Abschläge (brutto)} = \frac{[(\text{durchschnittlicher Rentenzahlbetrag} * \text{Bruttorentenfaktor}) / (1 - (\text{durchschnittliche Anzahl der Abschlagsmonate} * 0,003)))] - (\text{durchschnittlicher Rentenzahlbetrag} * \text{Bruttorentenfaktor})}{1}$

² Nach Abzug des Eigenanteils des Rentners zur KvD und PvdR unter Berücksichtigung des geminderten Zugangsfaktors;
(zur Vergleichbarkeit siehe Tabelle "Faktorenreihe zu den Zahlbeträgen").

³ Bruttorente vor Abzug der Abschläge und des Eigenanteils des Rentners zur KvD und PvdR.

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung - Rentenzugang, verschiedene Jahrgänge

Abschläge im Rentenzugang: Versichertenrenten Männer

Jahr	Versicherten- renten insgesamt	darunter: Versichertenrentenzugänge mit Abschlägen					
		Fallzahlen	Anteil an Spalte 1	Durchschnitt- liche Anzahl der Abschlags- monate	Durchschnittliche Höhe der Abschläge (brutto) ¹ - in €/ Monat -	nachrichtlich: Durchschnittlicher Renten- zahlbetrag ² - in €/Monat -	Rentenbetrag vor Abschlag ³ - in €/Monat -
Alte Bundesländer							
1997	442.048	1.658	0,4%	6,04	19,41	986,59	1.071,12
1998	430.670	8.045	1,9%	15,38	50,80	985,15	1.100,97
1999	438.726	19.771	4,5%	23,84	82,74	1.007,66	1.156,91
2000	443.188	39.876	9,0%	23,77	80,63	986,00	1.130,72
2001	420.095	118.805	28,3%	20,82	65,79	928,84	1.053,15
2002	393.832	153.034	38,9%	24,37	74,87	886,39	1.024,19
2003	409.560	171.964	42,0%	29,76	94,19	889,55	1.054,90
2004	393.742	184.735	46,9%	34,09	110,22	889,99	1.077,64
2005	385.786	198.809	51,5%	34,40	112,54	896,43	1.090,55
2006	384.949	195.200	50,7%	33,63	111,64	909,41	1.106,53
2007	368.278	195.172	53,0%	33,24	111,21	915,08	1.115,05
2008	362.453	190.817	52,6%	33,00	110,13	911,22	1.112,47
2009	350.540	178.050	50,8%	33,05	109,00	899,36	1.099,19
2010	338.015	179.211	53,0%	31,77	103,92	896,69	1.090,27
2011	348.590	183.764	52,7%	30,35	100,87	913,67	1.107,73
2012	347.375	171.463	49,4%	27,33	91,78	932,57	1.119,46
2013	350.753	167.810	47,8%	27,07	91,67	940,43	1.128,96
Neue Bundesländer							
1997	129.300	585	0,5%	5,91	17,14	881,72	966,75
1998	99.833	3.501	3,5%	16,52	46,99	835,14	948,11
1999	100.199	7.218	7,2%	24,73	71,76	829,97	967,31
2000	103.357	11.880	11,5%	28,44	85,86	853,05	1.006,30
2001	88.016	33.786	38,4%	27,89	77,99	793,13	932,19
2002	81.377	43.088	52,9%	29,33	80,11	768,73	910,33
2003	89.025	52.899	59,4%	34,28	97,32	783,10	946,20
2004	88.522	60.034	67,8%	37,15	106,32	777,02	954,06
2005	88.972	65.780	73,9%	36,00	104,28	785,84	965,56
2006	74.097	53.410	72,1%	33,44	95,94	784,45	956,48
2007	76.904	54.512	70,9%	33,42	94,47	770,04	942,29
2008	74.639	51.188	68,6%	32,91	91,74	759,16	929,09
2009	70.598	46.429	65,8%	34,40	92,37	725,81	895,12
2010	68.047	47.781	70,2%	33,53	90,77	733,84	902,40
2011	67.454	48.913	72,5%	31,71	86,63	743,63	910,57
2012	71.506	46.171	64,6%	28,07	78,84	774,44	936,14
2013	76.465	49.153	64,3%	26,76	76,83	794,30	956,92
Deutschland							
1997	571.348	2.243	0,4%	6,01	18,83	959,24	1.044,26
1998	530.503	11.546	2,2%	15,72	49,72	939,66	1.054,22
1999	538.925	26.989	5,0%	24,08	79,92	960,14	1.106,31
2000	546.545	51.756	9,5%	24,84	82,17	955,48	1.102,62
2001	508.111	152.591	30,0%	22,39	68,98	898,79	1.027,09
2002	475.209	196.122	41,3%	25,46	76,35	860,54	999,71
2003	498.585	224.863	45,1%	30,83	95,24	864,50	1.029,77
2004	482.264	244.769	50,8%	34,84	109,50	862,28	1.047,66
2005	474.758	264.589	55,7%	34,80	110,60	868,94	1.059,48
2006	459.046	248.610	54,2%	33,59	108,30	882,57	1.074,71
2007	445.182	249.684	56,1%	33,28	107,59	883,41	1.077,58
2008	437.092	242.005	55,4%	32,98	106,19	879,06	1.073,16
2009	421.138	224.479	53,3%	33,33	105,73	863,47	1.057,27
2010	406.062	226.992	55,9%	32,15	101,34	862,41	1.050,86
2011	416.044	232.677	55,9%	30,64	98,02	877,92	1.066,36
2012	418.881	217.634	52,0%	27,48	89,11	899,02	1.080,72
2013	427.218	216.963	50,8%	26,99	88,26	907,32	1.089,95

Ohne Nullrenten und ohne Renten nach Art. 2 RÜG.

¹ Vor Abzug des Eigenanteils des Rentners zur KvD und PvdR.

Berechnung der durchschnittlichen Höhe der Abschläge (brutto):

$\text{durchschnittliche Höhe der Abschläge (brutto)} = \frac{[(\text{durchschnittlicher Rentenzahlbetrag} * \text{Bruttorentenfaktor}) / (1 - (\text{durchschnittliche Anzahl der Abschlagsmonate} * 0,003)))] - (\text{durchschnittlicher Rentenzahlbetrag} * \text{Bruttorentenfaktor})}{1}$

² Nach Abzug des Eigenanteils des Rentners zur KvD und PvdR unter Berücksichtigung des geminderten Zugangsfaktors;

(zur Vergleichbarkeit siehe Tabelle "Faktorenreihe zu den Zahlbeträgen").

³ Bruttorente vor Abzug der Abschläge und des Eigenanteils des Rentners zur KvD und PvdR.

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung - Rentenzugang, verschiedene Jahrgänge

Abschläge im Rentenzugang: Versichertenrenten Frauen

Jahr	Versicherten- renten insgesamt	darunter: Versichertenrentenzugänge mit Abschlägen					
		Fallzahlen	Anteil an Spalte 1	Durchschnitt- liche Anzahl der Abschlags- monate	Durchschnittliche Höhe der Abschläge (brutto) ¹ - in €/ Monat -	nachrichtlich: Durchschnittlicher Renten- zahlbetrag ² - in €/Monat -	Durchschnittlicher Rentenbetrag vor Abschlag ³ - in €/Monat -
Alte Bundesländer							
1997	409.469	145	0,0%	4,62	10,00	667,32	721,36
1998	409.777	430	0,1%	16,04	30,37	563,49	631,05
1999	442.596	1.032	0,2%	25,50	47,48	537,66	620,63
2000	436.169	59.429	13,6%	6,56	13,02	609,15	661,77
2001	415.647	126.056	30,3%	13,35	26,77	603,80	668,62
2002	389.232	141.682	36,4%	20,95	42,96	597,95	683,37
2003	414.966	150.920	36,4%	29,91	63,66	597,97	709,47
2004	411.493	159.012	38,6%	38,08	81,97	584,66	717,49
2005	386.389	152.611	39,5%	40,15	86,24	577,22	715,99
2006	393.824	158.698	40,3%	40,14	86,61	578,23	719,19
2007	349.891	171.622	49,1%	40,99	89,41	581,25	727,04
2008	363.187	186.902	51,5%	41,00	90,87	589,07	738,84
2009	373.975	196.148	52,4%	40,98	92,23	597,64	750,23
2010	369.636	202.172	54,7%	39,96	90,68	605,28	756,49
2011	381.630	208.611	54,7%	38,99	89,54	613,33	765,42
2012	345.433	162.339	47,0%	32,16	74,82	635,86	775,53
2013	335.215	147.008	43,9%	29,23	68,94	650,26	786,17
Neue Bundesländer							
1997	120.011	41	0,0%	3,24	6,17	583,29	634,37
1998	108.697	30	0,0%	16,20	33,41	606,14	687,44
1999	114.768	65	0,1%	26,25	47,01	509,70	596,98
2000	109.889	16.165	14,7%	6,30	14,20	682,97	751,12
2001	95.463	52.778	55,3%	13,59	30,01	655,30	735,77
2002	83.450	57.068	68,4%	22,44	51,02	654,56	757,94
2003	87.619	61.229	69,9%	31,84	74,95	654,66	784,60
2004	84.104	61.761	73,4%	40,69	96,86	638,40	793,35
2005	76.080	57.601	75,7%	42,50	102,58	640,54	804,61
2006	63.838	47.828	74,9%	41,27	99,50	641,97	803,74
2007	70.903	55.995	79,0%	42,96	102,99	632,21	799,06
2008	72.970	59.399	81,4%	42,39	102,17	635,70	803,35
2009	74.872	61.464	82,1%	43,77	107,13	640,83	815,88
2010	80.526	66.654	82,8%	43,17	106,72	648,65	824,13
2011	81.317	69.164	85,1%	42,47	106,00	655,25	832,02
2012	65.136	48.348	74,2%	33,88	88,81	709,00	873,67
2013	62.508	44.441	71,1%	28,87	76,83	731,27	887,08
Deutschland							
1997	529.480	186	0,0%	4,32	9,11	648,79	702,67
1998	518.474	460	0,1%	16,05	30,62	566,27	635,97
1999	557.364	1.097	0,2%	25,54	47,55	536,01	620,54
2000	546.058	75.594	13,8%	6,50	13,27	624,94	680,71
2001	511.110	178.834	35,0%	13,42	27,68	619,00	687,53
2002	472.682	198.750	42,0%	21,37	45,16	614,21	704,20
2003	502.585	212.149	42,2%	30,47	66,80	614,33	730,90
2004	495.597	220.773	44,5%	38,81	85,99	599,69	738,45
2005	462.469	210.212	45,5%	40,79	90,53	594,57	739,80
2006	457.662	206.526	45,1%	40,40	89,56	592,99	738,88
2007	420.794	227.617	54,1%	41,48	92,66	593,79	744,64
2008	436.157	246.301	56,5%	41,33	93,46	600,32	753,81
2009	448.847	257.612	57,4%	41,65	95,67	607,95	765,62
2010	450.162	268.826	59,7%	40,75	94,46	616,03	772,71
2011	462.947	277.775	60,0%	39,86	93,44	623,76	781,45
2012	410.569	210.687	51,3%	32,55	77,91	652,64	797,78
2013	397.723	191.449	48,1%	29,15	70,77	669,06	809,42

Ohne Nullrenten und ohne Renten nach Art. 2 RÜG.

¹ Vor Abzug des Eigenanteils des Rentners zur KvD und PVD.

Berechnung der durchschnittlichen Höhe der Abschläge (brutto):

durchschnittliche Höhe der Abschläge (brutto) = [(durchschnittlicher Rentenzahlbetrag * Bruttorentenfaktor) / (1 - (durchschnittliche Anzahl der Abschlagsmonate * 0,003))] - (durchschnittlicher Rentenzahlbetrag * Bruttorentenfaktor)

² Nach Abzug des Eigenanteils des Rentners zur KvD und PVD unter Berücksichtigung des geminderten Zugangsfaktors; (zur Vergleichbarkeit siehe Tabelle "Faktorenreihe zu den Zahlbeträgen").

³ Bruttorente vor Abzug der Abschläge und des Eigenanteils des Rentners zur KvD und PVD.

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung - Rentenzugang, verschiedene Jahrgänge

Abschläge im Rentenzugang: Erwerbsminderungsrenten Männer und Frauen

Jahr	Renten wegen verminderter Erwerbs- fähigkeit insgesamt	darunter: Erwerbsminderungsrentenzugänge mit Abschlägen					
		Fallzahlen	Anteil an Spalte 1	Durchschnitt- liche Anzahl der Abschlags- monate	Durchschnittliche Höhe der Abschläge (brutto) ¹ - in €/ Monat -	nachrichtlich: Durchschnittlicher Renten- zahlbetrag ² - in €/Monat -	Durchschnittlicher Rentenbetrag vor Abschlag ³ - in €/Monat -
Alte Bundesländer							
2001	160.863	63.961	39,8%	4,83	10,22	653,86	705,27
2002	139.765	116.321	83,2%	12,66	28,53	674,72	751,16
2003	137.988	125.610	91,0%	23,36	54,27	666,91	774,54
2004	133.850	125.350	93,6%	32,07	75,27	650,53	782,39
2005	129.665	123.129	95,0%	34,20	79,77	639,50	777,46
2006	127.156	120.465	94,7%	34,32	79,52	633,23	772,28
2007	127.433	121.444	95,3%	34,53	78,82	621,81	760,95
2008	129.307	124.616	96,4%	34,68	77,84	609,46	748,24
2009	135.748	131.036	96,5%	34,54	77,60	609,68	748,85
2010	144.466	139.221	96,4%	34,46	77,11	608,01	745,92
2011	143.663	138.268	96,2%	34,40	76,61	604,13	742,36
2012	142.635	137.258	96,2%	34,28	77,60	614,30	754,56
2013	140.563	135.325	96,3%	34,15	77,86	618,46	760,03
Neue Bundesländer							
2001	39.716	15.721	39,6%	4,85	10,31	648,49	708,73
2002	36.334	30.565	84,1%	12,81	28,28	654,84	735,51
2003	36.373	33.256	91,4%	24,16	53,49	631,56	738,11
2004	35.610	33.538	94,2%	32,82	75,26	631,56	764,30
2005	34.295	32.762	95,5%	34,62	78,86	620,75	759,20
2006	32.559	30.968	95,1%	35,00	79,47	617,48	756,84
2007	34.082	32.470	95,3%	35,18	77,85	599,19	737,56
2008	33.532	32.428	96,7%	35,29	76,31	584,23	720,72
2009	37.280	36.110	96,9%	35,23	76,86	588,06	727,26
2010	38.212	36.662	95,9%	35,09	77,03	591,93	731,70
2011	36.575	35.328	96,6%	34,93	76,46	589,53	729,66
2012	36.048	35.025	97,2%	34,71	77,41	601,59	743,37
2013	36.119	35.068	97,1%	34,49	78,22	611,67	755,95
Deutschland							
2001	200.579	79.682	39,7%	4,83	10,23	652,79	706,11
2002	176.099	146.886	83,4%	12,69	28,48	670,59	748,02
2003	174.361	158.866	91,1%	23,53	54,52	664,15	772,47
2004	169.460	158.888	93,8%	32,23	75,29	646,52	778,71
2005	163.960	155.891	95,1%	34,29	79,58	635,55	773,60
2006	159.715	151.433	94,8%	34,47	79,56	630,01	769,42
2007	161.515	153.914	95,3%	34,67	78,66	617,05	756,17
2008	162.839	157.044	96,4%	34,80	77,49	604,25	742,16
2009	173.028	167.146	96,6%	34,69	77,45	605,01	744,17
2010	182.678	175.883	96,3%	34,59	77,08	604,65	742,80
2011	180.238	173.596	96,3%	34,51	76,58	601,16	739,66
2012	178.683	172.283	96,4%	34,36	77,54	611,71	752,26
2013	176.682	170.393	96,4%	34,22	77,94	617,06	759,17

Ohne Nullrenten und ohne Renten nach Art. 2 RÜG.

¹ Vor Abzug des Eigenanteils des Rentners zur KvD und PvdR.

Berechnung der durchschnittlichen Höhe der Abschläge (brutto):

$\text{durchschnittliche Höhe der Abschläge (brutto)} = \frac{[(\text{durchschnittlicher Rentenzahlbetrag} \cdot \text{Bruttorentenfaktor}) / (1 - (\text{durchschnittliche Anzahl der Abschlagsmonate} \cdot 0,003))] - (\text{durchschnittlicher Rentenzahlbetrag} \cdot \text{Bruttorentenfaktor})}{1}$

² Nach Abzug des Eigenanteils des Rentners zur KvD und PvdR unter Berücksichtigung des geminderten Zugangsfaktors; (zur Vergleichbarkeit siehe Tabelle "Faktorenreihe zu den Zahlbeträgen").

³ Bruttorente vor Abzug der Abschläge und des Eigenanteils des Rentners zur KvD und PvdR.

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung - Rentenzugang, verschiedene Jahrgänge

Abschläge im Rentenzugang: Erwerbsminderungsrenten Männer

Jahr	Renten wegen verminderter Erwerbs- fähigkeit insgesamt	darunter: Erwerbsminderungsrentenzugänge mit Abschlägen					
		Fallzahlen	Anteil an Spalte 1	Durchschnittliche Anzahl der Abschlags- monate	Durchschnittliche Höhe der Abschläge (brutto) ¹ - in €/ Monat -	nachrichtlich: Durchschnittlicher Renten- zahlbetrag ² - in €/Monat -	Rentenbetrag vor Abschlag ³ - in €/Monat -
Alte Bundesländer							
2001	96.885	37.139	38,3%	4,80	11,19	720,50	777,08
2002	81.826	68.009	83,1%	12,60	30,88	733,89	816,87
2003	79.699	72.269	90,7%	23,23	57,97	716,55	831,85
2004	76.234	71.013	93,2%	31,87	79,73	693,80	833,89
2005	72.080	68.068	94,4%	33,90	84,22	681,88	828,15
2006	70.823	66.761	94,3%	33,82	83,10	672,69	819,02
2007	70.419	66.800	94,9%	34,02	82,45	661,28	807,88
2008	69.385	66.598	96,0%	34,15	80,88	644,18	789,48
2009	71.857	69.201	96,3%	33,94	80,66	646,24	792,17
2010	75.943	72.959	96,1%	33,84	79,90	642,83	787,01
2011	74.897	71.832	95,9%	33,79	79,24	637,46	781,72
2012	73.108	70.055	95,8%	33,62	80,25	649,23	795,71
2013	71.267	68.407	96,0%	33,47	80,44	653,35	801,08
Neue Bundesländer							
2001	22.983	8.978	39,1%	4,87	10,58	662,44	724,03
2002	20.969	17.631	84,1%	12,95	28,77	659,07	740,57
2003	20.780	18.826	90,6%	24,23	55,45	652,54	762,80
2004	20.366	19.113	93,8%	32,67	73,76	622,21	752,59
2005	19.276	18.311	95,0%	34,31	76,63	609,33	744,45
2006	18.363	17.403	94,8%	34,75	77,47	606,77	743,09
2007	19.016	18.064	95,0%	34,93	75,77	587,89	723,03
2008	18.638	17.970	96,4%	35,08	74,05	570,80	703,64
2009	20.469	19.783	96,6%	34,99	74,33	573,05	708,13
2010	20.746	19.858	95,7%	34,79	74,20	575,67	710,89
2011	19.696	18.984	96,4%	34,54	73,17	571,29	706,16
2012	19.058	18.492	97,0%	34,30	73,76	580,88	716,79
2013	18.799	18.213	96,9%	34,06	74,56	591,29	729,71
Deutschland							
2001	119.868	46.117	38,5%	4,81	11,07	709,19	767,07
2002	102.795	85.640	83,3%	12,67	30,46	718,49	801,40
2003	100.479	91.095	90,7%	23,44	57,51	703,32	817,80
2004	96.600	90.126	93,3%	32,04	78,52	678,62	816,85
2005	91.356	86.379	94,6%	33,99	82,64	666,50	810,46
2006	89.186	84.164	94,4%	34,02	82,03	659,06	803,70
2007	89.435	84.864	94,9%	34,22	81,11	645,66	790,04
2008	88.023	84.568	96,1%	34,35	79,44	628,59	770,89
2009	92.326	88.984	96,4%	34,18	79,32	629,97	773,55
2010	96.689	92.817	96,0%	34,05	78,72	628,46	770,66
2011	94.593	90.816	96,0%	33,95	78,00	623,62	765,86
2012	92.166	88.547	96,1%	33,76	78,92	634,95	779,27
2013	90.066	86.620	96,2%	33,59	79,22	640,30	786,11

Ohne Nullrenten und ohne Renten nach Art. 2 RÜG.

¹ Vor Abzug des Eigenanteils des Rentners zur KvD und PvdR.

Berechnung der durchschnittlichen Höhe der Abschläge (brutto):

$$\text{durchschnittliche Höhe der Abschläge (brutto)} = \frac{[(\text{durchschnittlicher Rentenzahlbetrag} * \text{Bruttorentenfaktor}) / (1 - (\text{durchschnittliche Anzahl der Abschlagsmonate} * 0,003)))] - (\text{durchschnittlicher Rentenzahlbetrag} * \text{Bruttorentenfaktor})}{1}$$

² Nach Abzug des Eigenanteils des Rentners zur KvD und PvdR unter Berücksichtigung des geminderten Zugangsfaktors;
(zur Vergleichbarkeit siehe Tabelle "Faktorenreihe zu den Zahlbeträgen").

³ Bruttorente vor Abzug der Abschläge und des Eigenanteils des Rentners zur KvD und PvdR.

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung - Rentenzugang, verschiedene Jahrgänge

Abschläge im Rentenzugang: Erwerbsminderungsrenten Frauen

Jahr	Renten wegen vermindelter Erwerbsfähigkeit insgesamt	darunter: Erwerbsminderungsrentenzugänge mit Abschlägen					
		Fallzahlen	Anteil an Spalte 1	Durchschnittliche Anzahl der Abschlagsmonate	Durchschnittliche Höhe der Abschläge (brutto) ¹ - in €/ Monat -	nachrichtlich: Renten- zahlbetrag ² - in €/Monat -	Durchschnittlicher Rentenbetrag vor Abschlag ³ - in €/Monat -
Alte Bundesländer							
2001	63.978	26.822	41,9%	4,87	8,85	561,59	605,82
2002	57.939	48.312	83,4%	12,75	25,19	591,43	658,61
2003	58.289	53.341	91,5%	23,53	49,19	599,66	696,82
2004	57.616	54.337	94,3%	32,33	69,35	593,97	714,99
2005	57.585	55.061	95,6%	34,57	74,12	587,10	714,64
2006	56.333	53.704	95,3%	34,95	74,86	584,18	713,95
2007	57.014	54.644	95,8%	35,15	74,17	573,57	703,38
2008	59.922	58.018	96,8%	35,28	74,16	569,60	700,72
2009	63.891	61.835	96,8%	35,20	73,94	568,77	700,15
2010	68.523	66.262	96,7%	35,15	73,87	569,67	700,51
2011	68.766	66.436	96,6%	35,06	73,59	568,10	699,63
2012	69.527	67.203	96,7%	34,96	74,62	577,88	711,44
2013	69.296	66.918	96,6%	34,84	75,03	582,79	717,85
Neue Bundesländer							
2001	16.733	6.743	40,3%	4,82	9,95	629,91	688,37
2002	15.365	12.934	84,2%	12,63	27,61	649,08	728,61
2003	15.593	14.430	92,5%	24,06	55,26	655,32	765,63
2004	15.244	14.425	94,6%	33,03	77,27	643,96	779,83
2005	15.019	14.451	96,2%	35,02	81,73	635,22	777,93
2006	14.196	13.565	95,6%	35,32	82,07	631,21	774,50
2007	15.066	14.406	95,6%	35,50	80,49	613,37	755,81
2008	14.894	14.458	97,1%	35,56	79,15	600,93	741,98
2009	16.811	16.327	97,1%	35,52	79,97	606,24	750,47
2010	17.466	16.804	96,2%	35,44	80,41	611,14	756,33
2011	16.879	16.344	96,8%	35,38	80,35	610,73	757,04
2012	16.990	16.533	97,3%	35,16	81,55	624,75	773,15
2013	17.320	16.855	97,3%	34,96	82,27	633,69	784,40
Deutschland							
2001	80.711	33.565	41,6%	4,86	9,07	575,31	622,35
2002	73.304	61.246	83,6%	12,72	25,70	603,60	673,36
2003	73.882	67.771	91,7%	23,64	50,46	611,51	711,50
2004	72.860	68.762	94,4%	32,48	71,00	604,45	728,64
2005	72.604	69.512	95,7%	34,66	75,67	597,10	727,70
2006	70.529	67.269	95,4%	35,03	76,34	593,66	726,39
2007	72.080	69.050	95,8%	35,23	75,51	581,88	714,41
2008	74.816	72.476	96,9%	35,33	75,10	575,85	708,53
2009	80.702	78.162	96,9%	35,27	75,19	576,60	710,60
2010	85.989	83.066	96,6%	35,20	75,14	578,06	711,59
2011	85.645	82.780	96,7%	35,12	74,89	576,52	710,79
2012	86.517	83.736	96,8%	35,00	75,98	587,14	723,59
2013	86.616	83.773	96,7%	34,86	76,47	593,03	731,17

Ohne Nullrenten und ohne Renten nach Art. 2 RÜG.

¹ Vor Abzug des Eigenanteils des Rentners zur KvDR und PvdR.

Berechnung der durchschnittlichen Höhe der Abschläge (brutto):

durchschnittliche Höhe der Abschläge (brutto) = [(durchschnittlicher Rentenzahlbetrag * Bruttorentenfaktor) / (1 - (durchschnittliche Anzahl der Abschlagsmonate * 0,003))] - (durchschnittlicher Rentenzahlbetrag * Bruttorentenfaktor)

² Nach Abzug des Eigenanteils des Rentners zur KvDR und PvdR unter Berücksichtigung des geminderten Zugangsfaktors; (zur Vergleichbarkeit siehe Tabelle "Faktorenreihe zu den Zahlbeträgen").

³ Bruttorente vor Abzug der Abschläge und des Eigenanteils des Rentners zur KvDR und PvdR.

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung - Rentenzugang, verschiedene Jahrgänge

Abschläge im Rentenzugang: Altersrenten Männer und Frauen

Jahr	Altersrenten insgesamt	darunter: Altersrentenzugänge mit Abschlägen					
		Fallzahlen	Anteil an Spalte 1	Durchschnitt- liche Anzahl der Abschlags- monate	Durchschnittliche Höhe der Abschläge (brutto) ¹ - in €/ Monat -	nachrichtlich: Renten- zahlbetrag ² - in €/Monat -	Durchschnittlicher Rentenbetrag vor Abschlag ³ - in €/Monat -
Alte Bundesländer							
1997	648.192	1.803	0,3%	5,93	18,54	960,92	1.042,88
1998	653.969	8.475	1,3%	15,41	49,81	963,76	1.077,18
1999	707.549	20.803	2,9%	23,92	81,13	984,35	1.130,44
2000	707.450	99.305	14,0%	13,47	34,11	760,47	844,01
2001	674.879	180.900	26,8%	21,27	57,93	799,57	907,87
2002	643.299	178.395	27,7%	29,29	82,06	795,33	933,85
2003	686.538	197.274	28,7%	33,96	99,01	808,24	971,91
2004	671.385	218.397	32,5%	38,16	113,14	805,12	988,31
2005	642.510	228.291	35,5%	38,35	116,54	821,62	1.012,93
2006	651.617	233.433	35,8%	37,70	115,34	826,78	1.019,84
2007	590.736	245.350	41,5%	38,03	116,79	826,73	1.023,71
2008	596.333	253.103	42,4%	38,08	116,60	821,90	1.020,69
2009	588.767	243.162	41,3%	38,65	117,27	812,08	1.011,37
2010	563.185	242.162	43,0%	37,06	112,74	819,36	1.014,04
2011	586.557	254.107	43,3%	35,25	108,88	835,52	1.029,63
2012	550.173	196.544	35,7%	26,46	86,44	909,76	1.089,00
2013	545.405	179.493	32,9%	23,50	79,10	945,52	1.122,01
Neue Bundesländer							
1997	188.433	626	0,3%	5,74	16,26	862,17	944,82
1998	157.933	3.531	2,2%	16,52	46,87	833,20	945,89
1999	170.553	7.283	4,3%	24,74	71,56	827,12	964,02
2000	171.071	28.045	16,4%	15,68	40,21	755,02	854,87
2001	143.763	70.843	49,3%	22,35	55,93	722,54	834,11
2002	128.493	69.591	54,2%	30,93	80,11	725,12	863,24
2003	140.271	80.872	57,7%	36,60	98,81	739,05	899,95
2004	137.016	88.257	64,4%	41,27	113,36	735,29	915,57
2005	130.757	90.619	69,3%	40,63	114,57	753,17	940,04
2006	105.376	70.270	66,7%	38,08	107,66	761,06	942,54
2007	113.725	78.037	68,6%	39,53	109,96	742,23	927,16
2008	114.077	78.159	68,5%	39,13	108,25	737,91	922,17
2009	108.190	71.783	66,3%	42,01	115,21	722,35	914,13
2010	110.361	77.773	70,5%	41,05	113,04	727,72	917,90
2011	112.196	82.749	73,8%	39,33	109,02	735,55	924,01
2012	100.594	59.494	59,1%	28,89	86,46	823,03	997,55
2013	102.854	58.526	56,9%	23,73	72,68	855,87	1.020,99
Deutschland							
1997	836.625	2.429	0,3%	5,88	17,96	935,47	1.017,97
1998	811.902	12.006	1,5%	15,73	49,00	925,36	1.038,21
1999	878.102	28.086	3,2%	24,14	78,74	943,58	1.087,43
2000	878.521	127.350	14,5%	13,95	35,43	759,27	846,33
2001	818.642	251.743	30,8%	21,58	57,39	777,89	886,62
2002	771.792	247.986	32,1%	29,75	81,55	775,63	913,80
2003	826.809	278.146	33,6%	34,72	99,07	788,13	951,03
2004	808.401	306.654	37,9%	39,05	113,34	785,03	967,45
2005	773.267	318.910	41,2%	39,00	116,06	802,17	992,03
2006	756.993	303.703	40,1%	37,79	113,62	811,58	1.002,29
2007	704.461	323.387	45,9%	38,39	115,24	806,33	1.000,59
2008	710.410	331.262	46,6%	38,33	114,63	802,09	996,92
2009	696.957	314.945	45,2%	39,42	117,00	791,63	989,38
2010	673.546	319.935	47,5%	38,03	113,02	797,09	990,62
2011	698.753	336.856	48,2%	36,25	109,15	810,97	1.003,65
2012	650.767	256.038	39,3%	27,03	86,59	889,60	1.067,82
2013	648.259	238.019	36,7%	23,55	77,50	923,47	1.097,01

Ohne Nullrenten und ohne Renten nach Art. 2 RÜG.

¹ Vor Abzug des Eigenanteils des Rentners zur KvDR und PvdR.

Berechnung der durchschnittlichen Höhe der Abschläge (brutto):

durchschnittliche Höhe der Abschläge (brutto) = [(durchschnittlicher Rentenzahlbetrag * Bruttorentenfaktor) / (1 - (durchschnittliche Anzahl der Abschlagsmonate * 0,003))] - (durchschnittlicher Rentenzahlbetrag * Bruttorentenfaktor)

² Nach Abzug des Eigenanteils des Rentners zur KvDR und PvdR unter Berücksichtigung des geminderten Zugangsfaktors; (zur Vergleichbarkeit siehe Tabelle "Faktorenreihe zu den Zahlbeträgen").

³ Bruttorente vor Abzug der Abschläge und des Eigenanteils des Rentners zur KvDR und PvdR.

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung - Rentenzugang, verschiedene Jahrgänge

Abschläge im Rentenzugang: Altersrenten Männer

Jahr	Renten wegen	darunter: Altersrentenzugänge mit Abschlägen					
	Alters insgesamt	Fallzahlen	Anteil an Spalte 1	Durchschnittliche Anzahl der Abschlagsmonate	Durchschnittliche Höhe der Abschläge (brutto) ¹ - in €/ Monat -	nachrichtlich: Rentenzahlbetrag ² - in €/Monat -	Durchschnittlicher Rentenbetrag vor Abschlag ³ - in €/Monat -
Alte Bundesländer							
1997	309.585	1.658	0,5%	6,04	19,41	986,59	1.071,12
1998	309.730	8.045	2,6%	15,38	50,80	985,15	1.100,97
1999	327.402	19.771	6,0%	23,84	82,74	1.007,66	1.156,91
2000	335.797	39.876	11,9%	23,77	80,63	986,00	1.130,72
2001	323.210	81.666	25,3%	28,11	100,21	1.023,59	1.188,28
2002	312.006	85.025	27,3%	33,78	121,79	1.008,37	1.201,75
2003	329.861	99.695	30,2%	34,50	126,55	1.014,95	1.222,69
2004	317.508	113.722	35,8%	35,48	131,10	1.012,50	1.231,69
2005	313.706	130.741	41,7%	34,66	127,64	1.008,13	1.227,51
2006	314.126	128.439	40,9%	33,53	126,32	1.032,46	1.255,84
2007	297.859	128.372	43,1%	32,84	125,54	1.047,15	1.274,26
2008	293.068	124.219	42,4%	32,38	124,79	1.054,39	1.284,62
2009	278.683	108.849	39,1%	32,49	126,07	1.060,28	1.293,44
2010	262.072	106.252	40,5%	30,35	118,01	1.071,00	1.296,11
2011	273.693	111.932	40,9%	28,15	110,89	1.090,92	1.313,08
2012	274.267	101.408	37,0%	22,98	92,07	1.128,30	1.335,45
2013	279.486	99.403	35,6%	22,66	91,55	1.137,99	1.346,76
Neue Bundesländer							
1997	96.182	585	0,6%	5,91	17,14	881,72	966,75
1998	71.221	3.501	4,9%	16,52	46,99	835,14	948,11
1999	74.133	7.218	9,7%	24,73	71,76	829,97	967,31
2000	78.967	11.880	15,0%	28,44	85,86	853,05	1.006,30
2001	65.033	24.808	38,1%	36,22	110,34	840,42	1.015,47
2002	60.408	25.457	42,1%	40,68	126,81	844,67	1.039,05
2003	68.245	34.073	49,9%	39,84	125,85	855,24	1.052,93
2004	68.156	40.921	60,0%	39,24	123,64	849,33	1.050,26
2005	69.696	47.469	68,1%	36,65	115,61	853,93	1.051,52
2006	55.734	36.007	64,6%	32,80	104,20	870,32	1.058,94
2007	57.888	36.448	63,0%	32,67	102,92	860,32	1.050,14
2008	56.001	33.218	59,3%	31,74	99,95	861,06	1.049,70
2009	50.129	26.646	53,2%	33,96	105,29	839,23	1.033,48
2010	47.301	27.923	59,0%	32,63	101,57	846,33	1.037,61
2011	47.758	29.929	62,7%	29,92	93,19	852,94	1.038,25
2012	52.448	27.679	52,8%	23,91	77,31	903,76	1.077,77
2013	57.666	30.940	53,7%	22,47	73,19	913,80	1.085,68
Deutschland							
1997	405.767	2.243	0,6%	6,01	18,83	959,24	1.044,26
1998	380.951	11.546	3,0%	15,72	49,72	939,66	1.054,22
1999	401.535	26.989	6,7%	24,08	79,92	960,14	1.106,31
2000	414.764	51.756	12,5%	24,84	82,17	955,48	1.102,62
2001	388.243	106.474	27,4%	30,00	103,42	980,91	1.149,07
2002	372.414	110.482	29,7%	35,37	123,63	970,65	1.165,14
2003	398.106	133.768	33,6%	35,86	126,96	974,27	1.180,15
2004	385.664	154.643	40,1%	36,47	129,56	969,32	1.184,18
2005	383.402	178.210	46,5%	35,19	124,64	967,06	1.180,67
2006	369.860	164.446	44,5%	33,37	121,45	996,96	1.213,12
2007	355.747	164.820	46,3%	32,80	120,53	1.005,83	1.224,93
2008	349.069	157.437	45,1%	32,25	119,43	1.013,60	1.234,39
2009	328.812	135.495	41,2%	32,78	127,44	1.060,28	1.295,86
2010	309.373	134.175	43,4%	30,83	114,93	1.024,25	1.242,63
2011	321.451	141.861	44,1%	28,52	107,40	1.040,71	1.255,31
2012	326.715	129.087	39,5%	23,18	89,04	1.080,15	1.280,45
2013	337.152	130.343	38,7%	22,61	87,14	1.084,77	1.284,73

Ohne Nullrenten und ohne Renten nach Art. 2 RÜG.

¹ Vor Abzug des Eigenanteils des Rentners zur KvDR und PvdR.

Berechnung der durchschnittlichen Höhe der Abschläge (brutto):

durchschnittliche Höhe der Abschläge (brutto) = [(durchschnittlicher Rentenzahlbetrag * Bruttorentenfaktor) / (1 - (durchschnittliche Anzahl der Abschlagsmonate * 0,003))] - (durchschnittlicher Rentenzahlbetrag * Bruttorentenfaktor)

² Nach Abzug des Eigenanteils des Rentners zur KvDR und PvdR unter Berücksichtigung des geminderten Zugangsfaktors; (zur Vergleichbarkeit siehe Tabelle "Faktorenreihe zu den Zahlbeträgen").

³ Bruttorente vor Abzug der Abschläge und des Eigenanteils des Rentners zur KvDR und PvdR.

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung - Rentenzugang, verschiedene Jahrgänge

Abschläge im Rentenzugang: Altersrenten Frauen

Jahr	Altersrenten insgesamt	darunter: Altersrentenzugänge mit Abschlägen					
		Fallzahlen	Anteil an Spalte 1	Durchschnittliche Anzahl der Abschlagsmonate	Durchschnittliche Höhe der Abschläge (brutto) ¹ - in €/ Monat -	nachrichtlich: Renten-zahlbetrag ² - in €/Monat -	Durchschnittlicher Rentenbetrag vor Abschlag ³ - in €/Monat -
Alte Bundesländer							
1997	338.607	145	0,0%	4,62	10,00	667,32	721,36
1998	344.239	430	0,1%	16,04	30,37	563,49	631,05
1999	380.147	1.032	0,3%	25,50	47,48	537,66	620,63
2000	371.653	59.429	16,0%	6,56	13,02	609,15	661,77
2001	351.669	99.234	28,2%	15,64	32,19	615,21	686,16
2002	331.293	93.370	28,2%	25,20	52,67	601,33	696,69
2003	356.677	97.579	27,4%	33,40	71,81	597,05	716,62
2004	353.877	104.675	29,6%	41,07	88,57	579,82	718,83
2005	328.804	97.550	29,7%	43,30	93,11	571,64	716,77
2006	337.491	104.994	31,1%	42,80	92,70	575,18	721,94
2007	292.877	116.978	39,9%	43,72	96,85	584,84	738,42
2008	303.265	128.884	42,5%	43,57	98,88	597,83	756,49
2009	310.084	134.313	43,3%	43,64	101,33	610,93	773,96
2010	301.113	135.910	45,1%	42,30	99,55	622,64	784,45
2011	312.864	142.175	45,4%	40,83	97,60	634,46	796,77
2012	275.906	95.136	34,5%	30,18	74,25	676,81	820,10
2013	265.919	80.090	30,1%	24,54	61,94	706,63	841,35
Neue Bundesländer							
1997	92.251	41	0,0%	3,24	6,17	583,29	634,37
1998	86.712	30	0,0%	16,20	33,41	606,14	687,44
1999	96.420	65	0,1%	26,25	47,01	509,70	596,98
2000	92.104	16.165	17,6%	6,30	14,20	682,97	751,12
2001	78.730	46.035	58,5%	14,88	33,16	659,02	742,93
2002	68.085	44.134	64,8%	25,31	58,23	656,17	766,89
2003	72.026	46.799	65,0%	34,24	81,22	654,46	790,65
2004	68.860	47.336	68,7%	43,03	102,96	636,71	797,61
2005	61.061	43.150	70,7%	45,00	109,87	642,32	813,85
2006	49.642	34.263	69,0%	43,62	106,74	646,23	815,65
2007	55.837	41.589	74,5%	45,55	111,31	638,74	814,56
2008	58.076	44.941	77,4%	44,59	110,19	646,89	823,71
2009	58.061	45.137	77,7%	46,75	117,88	653,34	840,47
2010	63.060	49.850	79,1%	45,77	116,41	661,29	847,80
2011	64.438	52.820	82,0%	44,66	114,68	669,03	855,97
2012	48.146	31.815	66,1%	33,22	92,24	752,78	925,57
2013	45.188	27.586	61,0%	25,15	71,51	790,89	947,82
Deutschland							
1997	430.858	186	0,0%	4,32	9,11	648,79	702,67
1998	430.951	460	0,1%	16,05	30,62	566,27	635,97
1999	476.567	1.097	0,2%	25,54	47,55	536,01	620,54
2000	463.757	75.594	16,3%	6,50	13,27	624,94	680,71
2001	430.399	145.269	33,8%	15,40	32,48	629,09	703,09
2002	399.378	137.504	34,4%	25,23	54,38	618,93	718,49
2003	428.703	144.378	33,7%	33,67	74,78	615,66	740,31
2004	422.737	152.011	36,0%	41,68	92,91	597,54	743,03
2005	389.865	140.700	36,1%	43,82	98,07	593,32	745,97
2006	387.133	139.257	36,0%	43,00	96,12	592,66	745,08
2007	348.714	158.567	45,5%	44,20	100,54	598,97	758,21
2008	361.341	173.825	48,1%	43,83	101,67	610,52	773,25
2009	368.145	179.450	48,7%	44,43	105,35	621,60	790,35
2010	364.173	185.760	51,0%	43,23	103,86	633,01	800,80
2011	377.302	194.995	51,7%	41,87	102,01	643,82	812,15
2012	324.052	126.951	39,2%	30,94	78,53	695,85	846,05
2013	311.107	107.676	34,6%	24,70	64,34	728,22	868,30

Ohne Nullrenten und ohne Renten nach Art. 2 RÜG.

¹ Vor Abzug des Eigenanteils des Rentners zur KvD und PvdR.

Berechnung der durchschnittlichen Höhe der Abschläge (brutto):

$\text{durchschnittliche Höhe der Abschläge (brutto)} = \frac{[(\text{durchschnittlicher Rentenzahlbetrag} * \text{Bruttorentenfaktor}) / (1 - (\text{durchschnittliche Anzahl der Abschlagsmonate} * 0,003))] - (\text{durchschnittlicher Rentenzahlbetrag} * \text{Bruttorentenfaktor})}{1}$

² Nach Abzug des Eigenanteils des Rentners zur KvD und PvdR unter Berücksichtigung des geminderten Zugangsfaktors; (zur Vergleichbarkeit siehe Tabelle "Faktorenreihe zu den Zahlbeträgen").

³ Bruttorente vor Abzug der Abschläge und des Eigenanteils des Rentners zur KvD und PvdR.

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung - Rentenzugang, verschiedene Jahrgänge

Versichertenrenten von Kohorten nach Rentenarten allg. RV - Männer und Frauen

Kohorte = Geburts- jahrgang	Ver- sicherten- renten insge- samt	davon							
		Renten wegen verminder- ter Erwerbs- fähigkeit insgesamt	Renten wegen Alters insgesamt	Altersrenten ...					für Frauen
				Regel- alters- renten	für besonders lang- jährig Ver- sicherte	für lang- jährig Ver- sicherte	für schwer- behinderte Menschen	wegen Arbeits- losigkeit/ Altersteil- zeitarbeit	
Alte Bundesländer									
1904	509.605	251.574	258.031	204.639	x	x	x	9.507	43.885
1905	502.463	256.402	246.061	186.899	x	x	x	11.020	48.142
1906	504.109	259.410	244.699	178.681	x	x	x	10.885	55.133
1907	526.087	262.109	263.978	191.030	x	x	x	11.276	61.672
1908	571.660	262.756	308.904	195.560	x	32.881	41	13.646	66.776
1909	580.099	258.109	321.990	166.206	x	75.357	117	10.983	69.327
1910	572.655	249.535	323.120	149.763	x	89.721	2.465	9.128	72.043
1911	560.137	244.213	315.924	133.302	x	95.271	4.228	9.907	73.216
1912	586.930	251.473	335.457	127.182	x	103.128	6.754	12.511	85.882
1913	577.802	249.323	328.479	116.520	x	99.537	9.986	15.874	86.562
1914	562.205	244.121	318.084	108.306	x	86.965	12.693	20.367	89.753
1915	452.477	202.957	249.520	81.618	x	64.520	12.053	19.203	72.126
1916	352.096	163.752	188.344	59.634	x	44.534	10.524	16.963	56.689
1917	319.296	151.482	167.814	51.220	x	37.233	11.145	16.454	51.762
1918	345.431	159.232	186.199	64.642	x	34.455	15.327	17.424	54.351
1919	514.712	221.676	293.036	103.594	x	48.897	30.235	25.748	84.562
1920	674.911	279.082	395.829	142.035	x	60.681	47.484	32.490	113.139
1921	737.624	282.924	454.700	201.371	x	56.727	50.897	33.761	111.944
1922	706.817	266.444	440.373	199.950	x	52.912	48.017	33.734	105.760
1923	677.667	248.223	429.444	197.829	x	51.423	45.077	29.679	105.436
1924	667.046	232.995	434.051	206.163	x	52.876	41.228	29.733	104.051
1925	698.240	224.573	473.667	223.246	x	65.841	41.767	34.796	108.017
1926	668.055	210.763	457.292	201.319	x	71.099	42.270	36.734	105.870
1927	669.585	202.070	467.515	202.071	x	80.430	41.961	40.486	102.567
1928	701.971	207.159	494.812	206.743	x	88.688	44.297	49.666	105.418
1929	698.089	199.524	498.565	214.121	x	82.874	43.827	52.890	104.853
1930	712.778	198.241	514.537	216.435	x	87.780	43.923	59.082	107.317
1931	670.501	190.622	479.879	201.571	x	72.609	41.416	65.497	98.786
1932	645.885	183.717	462.168	192.441	x	69.011	38.393	70.585	91.738
1933	647.696	178.655	469.041	188.622	x	68.526	37.415	79.645	94.833
1934	775.577	201.542	574.035	223.188	x	82.066	44.718	106.733	117.330
1935	823.935	203.951	619.984	234.391	x	88.534	45.208	120.040	131.811
1936	839.031	200.722	638.309	233.739	x	92.193	44.557	127.668	140.152
1937	847.841	195.779	652.062	234.417	x	86.219	45.698	135.013	150.715
1938	887.827	198.308	689.519	248.468	x	77.075	49.743	145.845	168.388
1939	940.274	201.426	738.848	267.530	x	68.792	55.577	156.384	190.565
1940	948.996	195.635	753.361	272.372	x	65.143	64.030	166.326	185.490
1941	883.243	177.739	705.504	260.110	x	60.140	67.972	137.971	179.311
1942	728.364	145.184	583.180	243.003	x	53.374	62.557	80.120	144.126
1943	733.216	139.627	593.589	251.865	x	53.850	64.811	80.903	142.160
1944	721.433	133.216	588.217	258.645	x	52.855	66.213	80.431	130.073
1945	563.468	102.902	460.566	219.311	x	43.158	53.598	67.705	76.794
1946	652.781	115.638	537.143	257.870	x	51.597	63.795	74.390	89.491
1947	691.217	119.967	571.250	205.381	10.211	88.078	72.800	78.754	116.026

Ohne Erziehungsrenten, Nullrenten und ohne Renten nach Art. 2 RÜG.

Ausgewiesen sind lediglich Fälle mit einem Rentenbeginn vor dem 66. Lebensjahr.

Berechnung des vollendeten Zugangsalters (Jahresbasis) aus Jahr des aktuellen Rentenbeginns abzgl. Geburtsjahrgang

Quelle: Sonderauswertungen der Statistiken der Deutschen Rentenversicherung - Rentenzugang 1950-2013

Versichertenrenten von Kohorten nach Rentenarten allg. RV – Männer

Kohorte = Geburts- jahrgang	Versicher- tenrenten insgesamt	davon:						
		Renten wegen verminder- ter Erwerbs- fähigkeit insgesamt	Renten wegen Alters insgesamt	Altersrenten...				
				Regel- alters- renten	für besonders lang- jährig Ver- sicherte	für lang- jährig Versicherte	für schwer- behinderte Menschen	wegen Arbeits- losigkeit/ Altersteil- zeitarbeit
Alte Bundesländer								
1904	291.238	143.710	147.528	138.651	x	x	x	8.877
1905	284.352	147.518	136.834	126.408	x	x	x	10.426
1906	278.903	148.599	130.304	120.092	x	x	x	10.212
1907	286.153	148.285	137.868	127.324	x	x	x	10.544
1908	311.496	147.631	163.865	119.410	x	31.665	38	12.752
1909	316.842	140.604	176.238	93.556	x	72.409	114	10.159
1910	306.431	131.311	175.120	78.800	x	85.605	2.443	8.272
1911	298.251	127.694	170.557	66.972	x	90.654	4.171	8.760
1912	307.441	130.521	176.920	62.057	x	97.437	6.633	10.793
1913	299.330	128.391	170.939	54.263	x	93.395	9.826	13.455
1914	284.358	125.185	159.173	48.205	x	81.224	12.490	17.254
1915	228.732	104.095	124.637	36.172	x	60.434	11.870	16.161
1916	177.287	83.603	93.684	27.684	x	41.564	10.352	14.084
1917	159.831	76.100	83.731	24.410	x	34.835	10.920	13.566
1918	165.479	76.994	88.485	27.078	x	32.226	14.972	14.209
1919	239.072	103.398	135.674	39.833	x	45.575	29.054	21.212
1920	306.417	125.703	180.714	53.185	x	56.035	44.739	26.755
1921	312.626	127.958	184.668	56.433	x	52.464	47.404	28.367
1922	303.341	123.017	180.324	57.658	x	48.876	44.447	29.343
1923	289.612	117.314	172.298	57.170	x	47.249	41.353	26.526
1924	286.080	115.340	170.740	57.946	x	48.335	37.815	26.644
1925	314.385	121.039	193.346	62.966	x	60.697	38.341	31.342
1926	318.596	120.346	198.250	60.514	x	66.063	38.847	32.826
1927	334.708	121.797	212.911	64.287	x	73.799	38.661	36.164
1928	365.677	131.130	234.547	69.668	x	79.583	40.842	44.454
1929	360.681	128.319	232.362	72.728	x	72.386	40.011	47.237
1930	372.203	130.164	242.039	73.831	x	76.282	39.388	52.538
1931	351.428	127.590	223.838	67.767	x	61.163	36.422	58.486
1932	340.987	123.054	217.933	65.144	x	57.405	32.515	62.869
1933	344.237	120.549	223.688	65.390	x	56.590	31.128	70.580
1934	411.437	135.717	275.720	76.894	x	68.654	36.475	93.697
1935	434.198	136.806	297.392	80.985	x	74.446	36.788	105.173
1936	443.130	134.258	308.872	82.421	x	78.252	36.244	111.955
1937	446.831	130.348	316.483	84.178	x	74.706	37.146	120.453
1938	467.448	132.609	334.839	91.693	x	67.218	41.230	134.698
1939	491.819	134.718	357.101	103.382	x	59.730	46.532	147.457
1940	496.676	129.434	367.242	109.884	x	56.298	47.952	153.108
1941	458.958	115.206	343.752	110.158	x	51.505	48.790	133.299
1942	379.082	92.979	286.103	118.277	x	46.168	44.231	77.427
1943	376.535	87.405	289.130	121.638	x	46.106	43.497	77.889
1944	368.147	81.632	286.515	123.500	x	44.615	42.643	75.757
1945	288.168	62.450	225.718	101.454	x	33.623	33.923	56.718
1946	332.550	69.683	262.867	120.305	x	39.703	40.329	62.530
1947	347.264	71.182	276.082	88.111	8.722	67.514	45.147	66.588

Ohne Erziehungsrenten, Nullrenten und ohne Renten nach Art. 2 RÜG.

Ausgewiesen sind lediglich Fälle mit einem Rentenbeginn vor dem 66. Lebensjahr.

Berechnung des vollendeten Zugangsalters (Jahresbasis) aus Jahr des aktuellen Rentenbeginns abzgl. Geburtsjahrgang

Quelle: Sonderauswertungen der Statistiken der Deutschen Rentenversicherung - Rentenzugang 1950-2013

Versichertenrenten von Kohorten nach Rentenarten allg. RV – Frauen

Kohorte = Geburts- jahrgang	Ver- sicherten- renten insge- samt	Renten wegen verminder- ter Erwerbs- fähigkeit insgesamt	Renten wegen Alters insgesamt	davon					
				Altersrenten ...					
				Regel- alters- renten	für besonders lang- jährig Ver- sicherte	für lang- jährig Ver- sicherte	für schwer- behinderte Menschen	wegen Arbeits- losigkeit/ Altersteil- zeitarbeit	für Frauen
Alte Bundesländer									
1904	218.367	107.864	110.503	65.988	x	x	x	630	43.885
1905	218.111	108.884	109.227	60.491	x	x	x	594	48.142
1906	225.206	110.811	114.395	58.589	x	x	x	673	55.133
1907	239.934	113.824	126.110	63.706	x	x	x	732	61.672
1908	260.164	115.125	145.039	76.150	x	1.216	3	894	66.776
1909	263.257	117.505	145.752	72.650	x	2.948	3	824	69.327
1910	266.224	118.224	148.000	70.963	x	4.116	22	856	72.043
1911	261.886	116.519	145.367	66.330	x	4.617	57	1.147	73.216
1912	279.489	120.952	158.537	65.125	x	5.691	121	1.718	85.882
1913	278.472	120.932	157.540	62.257	x	6.142	160	2.419	86.562
1914	277.847	118.936	158.911	60.101	x	5.741	203	3.113	89.753
1915	223.745	98.862	124.883	45.446	x	4.086	183	3.042	72.126
1916	174.809	80.149	94.660	31.950	x	2.970	172	2.879	56.689
1917	159.465	75.382	84.083	26.810	x	2.398	225	2.888	51.762
1918	179.952	82.238	97.714	37.564	x	2.229	355	3.215	54.351
1919	275.640	118.278	157.362	63.761	x	3.322	1.181	4.536	84.562
1920	368.494	153.379	215.115	88.850	x	4.646	2.745	5.735	113.139
1921	424.998	154.966	270.032	144.938	x	4.263	3.493	5.394	111.944
1922	403.476	143.427	260.049	142.292	x	4.036	3.570	4.391	105.760
1923	388.055	130.909	257.146	140.659	x	4.174	3.724	3.153	105.436
1924	380.966	117.655	263.311	148.217	x	4.541	3.413	3.089	104.051
1925	383.855	103.534	280.321	160.280	x	5.144	3.426	3.454	108.017
1926	349.459	90.417	259.042	140.805	x	5.036	3.423	3.908	105.870
1927	334.877	80.273	254.604	137.784	x	6.631	3.300	4.322	102.567
1928	336.294	76.029	260.265	137.075	x	9.105	3.455	5.212	105.418
1929	337.408	71.205	266.203	141.393	x	10.488	3.816	5.653	104.853
1930	340.575	68.077	272.498	142.604	x	11.498	4.535	6.544	107.317
1931	319.073	63.032	256.041	133.804	x	11.446	4.994	7.011	98.786
1932	304.898	60.663	244.235	127.297	x	11.606	5.878	7.716	91.738
1933	303.459	58.106	245.353	123.232	x	11.936	6.287	9.065	94.833
1934	364.140	65.825	298.315	146.294	x	13.412	8.243	13.036	117.330
1935	389.737	67.145	322.592	153.406	x	14.088	8.420	14.867	131.811
1936	395.901	66.464	329.437	151.318	x	13.941	8.313	15.713	140.152
1937	401.010	65.431	335.579	150.239	x	11.513	8.552	14.560	150.715
1938	420.379	65.699	354.680	156.775	x	9.857	8.513	11.147	168.388
1939	448.455	66.708	381.747	164.148	x	9.062	9.045	8.927	190.565
1940	452.320	66.201	386.119	162.488	x	8.845	16.078	13.218	185.490
1941	424.285	62.533	361.752	149.952	x	8.635	19.182	4.672	179.311
1942	349.282	52.205	297.077	124.726	x	7.206	18.326	2.693	144.126
1943	356.681	52.222	304.459	130.227	x	7.744	21.314	3.014	142.160
1944	353.286	51.584	301.702	135.145	x	8.240	23.570	4.674	130.073
1945	275.300	40.452	234.848	117.857	x	9.535	19.675	10.987	76.794
1946	320.231	45.955	274.276	137.565	x	11.894	23.466	11.860	89.491
1947	343.953	48.785	295.168	117.270	1.489	20.564	27.653	12.166	116.026

Ohne Erziehungsrenten, Nullrenten und ohne Renten nach Art. 2 RÜG.

Ausgewiesen sind lediglich Fälle mit einem Rentenbeginn vor dem 66. Lebensjahr.

Berechnung des vollendeten Zugangsalters (Jahresbasis) aus Jahr des aktuellen Rentenbeginns abzgl. Geburtsjahrgang

Quelle: Sonderauswertungen der Statistiken der Deutschen Rentenversicherung - Rentenzugang 1950-2013

Versichertenrenten von Kohorten nach Rentenarten allg. RV - Männer und Frauen - Anteile in v.H.

Kohorte = Geburts- jahrgang	Ver- sicherten- renten insge- samt	davon							
		Renten wegen verminder- ter Erwerbs- fähigkeit insgesamt	Renten wegen Alters insgesamt	Altersrenten ...					
				Regel- alters- renten	für besonders lang- jährig Ver- sicherte	für lang- jährig Ver- sicherte	für schwer- behinderte Menschen	wegen Arbeits- losigkeit/ Altersteil- zeitarbeit	für Frauen
Alte Bundesländer									
1904	100	49,4	50,6	40,2	x	x	x	1,9	8,6
1905	100	51,0	49,0	37,2	x	x	x	2,2	9,6
1906	100	51,5	48,5	35,4	x	x	x	2,2	10,9
1907	100	49,8	50,2	36,3	x	x	x	2,1	11,7
1908	100	46,0	54,0	34,2	x	5,8	0,0	2,4	11,7
1909	100	44,5	55,5	28,7	x	13,0	0,0	1,9	12,0
1910	100	43,6	56,4	26,2	x	15,7	0,4	1,6	12,6
1911	100	43,6	56,4	23,8	x	17,0	0,8	1,8	13,1
1912	100	42,8	57,2	21,7	x	17,6	1,2	2,1	14,6
1913	100	43,2	56,8	20,2	x	17,2	1,7	2,7	15,0
1914	100	43,4	56,6	19,3	x	15,5	2,3	3,6	16,0
1915	100	44,9	55,1	18,0	x	14,3	2,7	4,2	15,9
1916	100	46,5	53,5	16,9	x	12,6	3,0	4,8	16,1
1917	100	47,4	52,6	16,0	x	11,7	3,5	5,2	16,2
1918	100	46,1	53,9	18,7	x	10,0	4,4	5,0	15,7
1919	100	43,1	56,9	20,1	x	9,5	5,9	5,0	16,4
1920	100	41,4	58,6	21,0	x	9,0	7,0	4,8	16,8
1921	100	38,4	61,6	27,3	x	7,7	6,9	4,6	15,2
1922	100	37,7	62,3	28,3	x	7,5	6,8	4,8	15,0
1923	100	36,6	63,4	29,2	x	7,6	6,7	4,4	15,6
1924	100	34,9	65,1	30,9	x	7,9	6,2	4,5	15,6
1925	100	32,2	67,8	32,0	x	9,4	6,0	5,0	15,5
1926	100	31,5	68,5	30,1	x	10,6	6,3	5,5	15,8
1927	100	30,2	69,8	30,2	x	12,0	6,3	6,0	15,3
1928	100	29,5	70,5	29,5	x	12,6	6,3	7,1	15,0
1929	100	28,6	71,4	30,7	x	11,9	6,3	7,6	15,0
1930	100	27,8	72,2	30,4	x	12,3	6,2	8,3	15,1
1931	100	28,4	71,6	30,1	x	10,8	6,2	9,8	14,7
1932	100	28,4	71,6	29,8	x	10,7	5,9	10,9	14,2
1933	100	27,6	72,4	29,1	x	10,6	5,8	12,3	14,6
1934	100	26,0	74,0	28,8	x	10,6	5,8	13,8	15,1
1935	100	24,8	75,2	28,4	x	10,7	5,5	14,6	16,0
1936	100	23,9	76,1	27,9	x	11,0	5,3	15,2	16,7
1937	100	23,1	76,9	27,6	x	10,2	5,4	15,9	17,8
1938	100	22,3	77,7	28,0	x	8,7	5,6	16,4	19,0
1939	100	21,4	78,6	28,5	x	7,3	5,9	16,6	20,3
1940	100	20,6	79,4	28,7	x	6,9	6,7	17,5	19,5
1941	100	20,1	79,9	29,4	x	6,8	7,7	15,6	20,3
1942	100	19,9	80,1	33,4	x	7,3	8,6	11,0	19,8
1943	100	19,0	81,0	34,4	x	7,3	8,8	11,0	19,4
1944	100	18,5	81,5	35,9	x	7,3	9,2	11,1	18,0
1945	100	18,3	81,7	38,9	x	7,7	9,5	12,0	13,6
1946	100	17,7	82,3	39,5	x	7,9	9,8	11,4	13,7
1947	100	17,4	82,6	29,7	1,5	12,7	10,5	11,4	16,8

Ohne Erziehungsrenten, Nullrenten und ohne Renten nach Art. 2 RÜG.

Ausgewiesen sind lediglich Fälle mit einem Rentenbeginn vor dem 66. Lebensjahr.

Berechnung des vollendeten Zugangsalters (Jahresbasis) aus Jahr des aktuellen Rentenbeginns abzgl. Geburtsjahrgang

Quelle: Sonderauswertungen der Statistiken der Deutschen Rentenversicherung - Rentenzugang 1950-2013

Versichertenrenten von Kohorten nach Rentenarten allg. RV - Männer - Anteile in v.H.

Kohorte = Geburts- jahrgang	Versicher- tenrenten insgesamt	davon:						
		Renten wegen verminder- ter Erwerbs- fähigkeit insgesamt	Renten wegen Alters insgesamt	Altersrenten...				
				Regel- alters- renten	für besonders lang- jährig Ver- sicherte	für lang- jährig Versicherte	für schwer- behinderte Menschen	wegen Arbeits- losigkeit/ Altersteil- zeitarbeit
Alte Bundesländer								
1904	100	49,3	50,7	47,6	x	x	x	3,0
1905	100	51,9	48,1	44,5	x	x	x	3,7
1906	100	53,3	46,7	43,1	x	x	x	3,7
1907	100	51,8	48,2	44,5	x	x	x	3,7
1908	100	47,4	52,6	38,3	x	10,2	0,0	4,1
1909	100	44,4	55,6	29,5	x	22,9	0,0	3,2
1910	100	42,9	57,1	25,7	x	27,9	0,8	2,7
1911	100	42,8	57,2	22,5	x	30,4	1,4	2,9
1912	100	42,5	57,5	20,2	x	31,7	2,2	3,5
1913	100	42,9	57,1	18,1	x	31,2	3,3	4,5
1914	100	44,0	56,0	17,0	x	28,6	4,4	6,1
1915	100	45,5	54,5	15,8	x	26,4	5,2	7,1
1916	100	47,2	52,8	15,6	x	23,4	5,8	7,9
1917	100	47,6	52,4	15,3	x	21,8	6,8	8,5
1918	100	46,5	53,5	16,4	x	19,5	9,0	8,6
1919	100	43,2	56,8	16,7	x	19,1	12,2	8,9
1920	100	41,0	59,0	17,4	x	18,3	14,6	8,7
1921	100	40,9	59,1	18,1	x	16,8	15,2	9,1
1922	100	40,6	59,4	19,0	x	16,1	14,7	9,7
1923	100	40,5	59,5	19,7	x	16,3	14,3	9,2
1924	100	40,3	59,7	20,3	x	16,9	13,2	9,3
1925	100	38,5	61,5	20,0	x	19,3	12,2	10,0
1926	100	37,8	62,2	19,0	x	20,7	12,2	10,3
1927	100	36,4	63,6	19,2	x	22,0	11,6	10,8
1928	100	35,9	64,1	19,1	x	21,8	11,2	12,2
1929	100	35,6	64,4	20,2	x	20,1	11,1	13,1
1930	100	35,0	65,0	19,8	x	20,5	10,6	14,1
1931	100	36,3	63,7	19,3	x	17,4	10,4	16,6
1932	100	36,1	63,9	19,1	x	16,8	9,5	18,4
1933	100	35,0	65,0	19,0	x	16,4	9,0	20,5
1934	100	33,0	67,0	18,7	x	16,7	8,9	22,8
1935	100	31,5	68,5	18,7	x	17,1	8,5	24,2
1936	100	30,3	69,7	18,6	x	17,7	8,2	25,3
1937	100	29,2	70,8	18,8	x	16,7	8,3	27,0
1938	100	28,4	71,6	19,6	x	14,4	8,8	28,8
1939	100	27,4	72,6	21,0	x	12,1	9,5	30,0
1940	100	26,1	73,9	22,1	x	11,3	9,7	30,8
1941	100	25,1	74,9	24,0	x	11,2	10,6	29,0
1942	100	24,5	75,5	31,2	x	12,2	11,7	20,4
1943	100	23,2	76,8	32,3	x	12,2	11,6	20,7
1944	100	22,2	77,8	33,5	x	12,1	11,6	20,6
1945	100	21,7	78,3	35,2	x	11,7	11,8	19,7
1946	100	21,0	79,0	36,2	x	11,9	12,1	18,8
1947	100	20,5	79,5	25,4	2,5	19,4	13,0	19,2

Ohne Erziehungsrenten, Nullrenten und ohne Renten nach Art. 2 RÜG.

Ausgewiesen sind lediglich Fälle mit einem Rentenbeginn vor dem 66. Lebensjahr.

Berechnung des vollendeten Zugangsalters (Jahresbasis) aus Jahr des aktuellen Rentenbeginns abzgl. Geburtsjahrgang

Quelle: Sonderauswertungen der Statistiken der Deutschen Rentenversicherung - Rentenzugang 1950-2013

Versichertenrenten von Kohorten nach Rentenarten allg. RV - Frauen - Anteile in v.H.

Kohorte = Geburts- jahrgang	Ver- sicherten- renten insge- samt	davon							
		Renten wegen verminder- ter Erwerbs- fähigkeit insgesamt	Renten wegen Alters insgesamt	Altersrenten ...					
				Regel- alters- renten	für besonders lang- jährig Ver- sicherte	für lang- jährig Ver- sicherte	für schwer- behinderte Menschen	wegen Arbeits- losigkeit/ Altersteil- zeitarbeit	für Frauen
Alte Bundesländer									
1904	100	49,4	50,6	30,2	x	x	x	0,3	20,1
1905	100	49,9	50,1	27,7	x	x	x	0,3	22,1
1906	100	49,2	50,8	26,0	x	x	x	0,3	24,5
1907	100	47,4	52,6	26,6	x	x	x	0,3	25,7
1908	100	44,3	55,7	29,3	x	0,5	0,0	0,3	25,7
1909	100	44,6	55,4	27,6	x	1,1	0,0	0,3	26,3
1910	100	44,4	55,6	26,7	x	1,5	0,0	0,3	27,1
1911	100	44,5	55,5	25,3	x	1,8	0,0	0,4	28,0
1912	100	43,3	56,7	23,3	x	2,0	0,0	0,6	30,7
1913	100	43,4	56,6	22,4	x	2,2	0,1	0,9	31,1
1914	100	42,8	57,2	21,6	x	2,1	0,1	1,1	32,3
1915	100	44,2	55,8	20,3	x	1,8	0,1	1,4	32,2
1916	100	45,8	54,2	18,3	x	1,7	0,1	1,6	32,4
1917	100	47,3	52,7	16,8	x	1,5	0,1	1,8	32,5
1918	100	45,7	54,3	20,9	x	1,2	0,2	1,8	30,2
1919	100	42,9	57,1	23,1	x	1,2	0,4	1,6	30,7
1920	100	41,6	58,4	24,1	x	1,3	0,7	1,6	30,7
1921	100	36,5	63,5	34,1	x	1,0	0,8	1,3	26,3
1922	100	35,5	64,5	35,3	x	1,0	0,9	1,1	26,2
1923	100	33,7	66,3	36,2	x	1,1	1,0	0,8	27,2
1924	100	30,9	69,1	38,9	x	1,2	0,9	0,8	27,3
1925	100	27,0	73,0	41,8	x	1,3	0,9	0,9	28,1
1926	100	25,9	74,1	40,3	x	1,4	1,0	1,1	30,3
1927	100	24,0	76,0	41,1	x	2,0	1,0	1,3	30,6
1928	100	22,6	77,4	40,8	x	2,7	1,0	1,5	31,3
1929	100	21,1	78,9	41,9	x	3,1	1,1	1,7	31,1
1930	100	20,0	80,0	41,9	x	3,4	1,3	1,9	31,5
1931	100	19,8	80,2	41,9	x	3,6	1,6	2,2	31,0
1932	100	19,9	80,1	41,8	x	3,8	1,9	2,5	30,1
1933	100	19,1	80,9	40,6	x	3,9	2,1	3,0	31,3
1934	100	18,1	81,9	40,2	x	3,7	2,3	3,6	32,2
1935	100	17,2	82,8	39,4	x	3,6	2,2	3,8	33,8
1936	100	16,8	83,2	38,2	x	3,5	2,1	4,0	35,4
1937	100	16,3	83,7	37,5	x	2,9	2,1	3,6	37,6
1938	100	15,6	84,4	37,3	x	2,3	2,0	2,7	40,1
1939	100	14,9	85,1	36,6	x	2,0	2,0	2,0	42,5
1940	100	14,6	85,4	35,9	x	2,0	3,6	2,9	41,0
1941	100	14,7	85,3	35,3	x	2,0	4,5	1,1	42,3
1942	100	14,9	85,1	35,7	x	2,1	5,2	0,8	41,3
1943	100	14,6	85,4	36,5	x	2,2	6,0	0,8	39,9
1944	100	14,6	85,4	38,3	x	2,3	6,7	1,3	36,8
1945	100	14,7	85,3	42,8	x	3,5	7,1	4,0	27,9
1946	100	14,4	85,6	43,0	x	3,7	7,3	3,7	27,9
1947	100	14,2	85,8	34,1	0,4	6,0	8,0	3,5	33,7

Ohne Erziehungsrenten, Nullrenten und ohne Renten nach Art. 2 RÜG.

Ausgewiesen sind lediglich Fälle mit einem Rentenbeginn vor dem 66. Lebensjahr.

Berechnung des vollendeten Zugangsalters (Jahresbasis) aus Jahr des aktuellen Rentenbeginns abzgl. Geburtsjahrgang

Quelle: Sonderauswertungen der Statistiken der Deutschen Rentenversicherung - Rentenzugang 1950-2013

Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit nach Rentenarten

Männer und Frauen

Jahr	Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit insgesamt	davon:				darunter	
		wegen		an Bergleute wegen		Anzahl	Anteil an Ingesamt
		teilweiser Erwerbsminderung ²	voller Erwerbsminderung ³	verminderter bergmännischer Berufsfähigkeit	Vollendung des 50. Lebensjahres		
Alte Bundesländer							
1960	275.758	120.127	138.856	5.996	10.779	x	x
1965	254.020	90.945	156.660	4.112	2.303	x	x
1970	289.067	76.368	207.624	3.872	1.203	x	x
1975	288.257	35.923	247.968	1.980	2.386	22.110	7,7%
1980	315.854	23.156	285.528	3.043	4.127	38.637	12,2%
1985	228.667	27.994	195.308	2.139	3.226	41.178	18,0%
1990	197.953	27.206	166.854	2.237	1.656	32.347	16,3%
1993	214.036	30.802	180.417	1.943	874	28.093	13,1%
1995	226.317	30.201	194.128	1.707	281	36.857	16,3%
2000	171.907	23.856	146.536	1.471	44	39.257	22,8%
2001	160.863	28.268	131.158	1.400	37	43.982	27,3%
2002	139.765	27.568	111.141	1.009	47	47.417	33,9%
2003	137.988	25.394	111.589	969	36	51.681	37,5%
2004	133.850	23.456	109.541	820	33	54.151	40,5%
2005	129.665	22.362	106.648	624	31	56.760	43,8%
2006	127.156	19.828	105.421	561	1.346	56.513	44,4%
2007	127.433	20.261	105.140	544	1.488	58.939	46,3%
2008	129.307	19.676	107.627	446	1.558	61.302	47,4%
2009	135.748	19.228	114.204	436	1.880	64.891	47,8%
2010	144.466	19.661	122.453	435	1.917	69.563	48,2%
2011	143.663	18.710	122.829	394	1.730	70.844	49,3%
2012	142.635	18.465	122.221	338	1.611	69.503	48,7%
2013	140.563	17.689	121.008	329	1.537	68.574	48,8%
Neue Bundesländer							
1993 ¹	57.505	2.505	54.973	20	7	9.269	16,1%
1995	67.677	4.089	63.185	383	20	14.102	20,8%
2000	42.175	4.894	36.466	796	19	11.691	27,7%
2001	39.716	6.367	32.560	754	35	13.514	34,0%
2002	36.334	6.679	28.965	652	38	15.580	42,9%
2003	36.373	6.406	29.204	717	46	17.336	47,7%
2004	35.610	5.983	28.813	777	37	17.934	50,4%
2005	34.295	5.955	27.748	568	24	18.026	52,6%
2006	32.559	5.121	26.909	511	18	17.444	53,6%
2007	34.082	5.422	28.139	499	22	18.398	54,0%
2008	33.532	5.383	27.705	428	16	17.957	53,6%
2009	37.280	5.324	31.446	491	19	20.438	54,8%
2010	38.212	5.314	32.400	489	9	20.596	53,9%
2011	36.575	4.854	31.265	445	11	20.143	55,1%
2012	36.048	4.738	30.930	369	11	19.080	52,9%
2013	36.119	4.599	31.188	322	10	19.172	53,1%
Deutschland							
1993	271.541	33.307	235.390	1.963	881	37.362	13,8%
1995	293.994	34.290	257.313	2.090	301	50.959	17,3%
2000	214.082	28.750	183.002	2.267	63	50.948	23,8%
2001	200.579	34.635	163.718	2.154	72	57.496	28,7%
2002	176.099	34.247	140.106	1.661	85	62.997	35,8%
2003	174.361	31.800	140.793	1.686	82	69.017	39,6%
2004	169.460	29.439	138.354	1.597	70	72.085	42,5%
2005	163.960	28.317	134.396	1.192	55	74.786	45,6%
2006	159.715	24.949	132.330	1.072	1.364	73.957	46,3%
2007	161.515	25.683	133.279	1.043	1.510	77.337	47,9%
2008	162.839	25.059	135.332	874	1.574	79.259	48,7%
2009	173.028	24.552	145.650	927	1.899	85.329	49,3%
2010	182.678	24.975	154.853	924	1.926	90.159	49,4%
2011	180.238	23.564	154.094	839	1.741	90.987	50,5%
2012	178.683	23.203	153.151	707	1.622	88.583	49,6%
2013	176.682	22.288	152.196	651	1.547	87.746	49,7%

Ohne Nullrenten und ohne Renten nach Art. 2 RUG

¹ Einschließlich der im Jahr 1992 auf Grund technischer Probleme nicht bewilligten Rentenansprüche² Bei Renten mit Rentenbeginn bis zum 31.12.2000: Renten wegen Berufsunfähigkeit³ Bei Renten mit Rentenbeginn bis zum 31.12.2000: Renten wegen Erwerbsunfähigkeit

Hinweis: Vor 1974 wurde das Merkmal Zeitrente nicht statistisch erfasst

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung - Rentenzugang, verschiedene Jahrgänge sowie Angaben der Knappschaft

Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit nach Rentenarten Männer

Jahr	Renten wegen verminder- ter Erwerbs- fähigkeit insgesamt	davon:				darunter Zeitrrente	
		wegen		an Bergleute wegen		Anzahl	Anteil an Insge- samt
		teilweiser Erwerbs- minderung ²	voller Erwerbs- minderung ³	verminderter bergmänni- scher Berufs- fähigkeit	Vollendung des 50. Lebensjahres		
Alte Bundesländer							
1960	136.864	61.778	75.086	x	x	x	x
1965	136.356	49.655	86.701	x	x	x	x
1970	152.389	39.877	112.512	x	x	x	x
1975	130.405	19.088	111.317	x	x	10.901	8,4%
1980	150.421	18.587	124.679	3.028	4.127	19.815	13,2%
1985	142.729	22.723	114.659	2.121	3.226	24.065	16,9%
1990	134.755	23.398	107.504	2.197	1.656	18.977	14,1%
1993	145.455	26.498	116.207	1.876	874	14.971	10,3%
1995	149.507	26.101	121.495	1.630	281	19.161	12,8%
2000	107.391	20.374	85.549	1.424	44	19.253	17,9%
2001	96.885	21.007	74.497	1.344	37	21.280	22,0%
2002	81.826	18.392	62.414	973	47	23.142	28,3%
2003	79.699	16.213	62.514	936	36	25.419	31,9%
2004	76.234	14.584	60.839	778	33	26.646	35,0%
2005	72.080	13.562	57.886	601	31	27.684	38,4%
2006	70.823	11.910	57.035	532	1.346	27.471	38,8%
2007	70.419	11.496	56.919	516	1.488	28.453	40,4%
2008	69.385	10.962	56.453	412	1.558	28.681	41,3%
2009	71.857	10.515	59.056	406	1.880	30.175	42,0%
2010	75.943	10.320	63.303	403	1.917	32.457	42,7%
2011	74.897	9.800	63.000	367	1.730	32.600	43,5%
2012	73.108	9.225	61.963	309	1.611	31.857	43,6%
2013	71.267	8.466	60.970	294	1.537	31.354	44,0%
Neue Bundesländer							
1993 ¹	25.345	1.405	23.919	14	7	2.711	10,7%
1995	34.786	2.629	31.880	257	20	5.312	15,3%
2000	24.390	3.616	20.119	636	19	5.539	22,7%
2001	22.983	4.217	18.119	612	35	6.773	29,5%
2002	20.969	4.159	16.228	544	38	8.185	39,0%
2003	20.780	3.938	16.212	584	46	8.922	42,9%
2004	20.366	3.687	16.037	605	37	9.357	45,9%
2005	19.276	3.746	15.034	472	24	9.281	48,1%
2006	18.363	3.167	14.757	421	18	9.165	49,9%
2007	19.016	3.145	15.454	395	22	9.541	50,2%
2008	18.638	3.173	15.095	354	16	9.182	49,3%
2009	20.469	3.050	17.006	394	19	10.505	51,3%
2010	20.746	2.994	17.354	389	9	10.424	50,2%
2011	19.696	2.649	16.675	361	11	10.143	51,5%
2012	19.058	2.548	16.202	297	11	9.528	50,0%
2013	18.799	2.357	16.175	257	10	9.515	50,6%
Deutschland							
1993	170.800	27.903	140.126	1.890	881	17.682	10,4%
1995	184.293	28.730	153.375	1.887	301	24.473	13,3%
2000	131.781	23.990	105.668	2.060	63	24.792	18,8%
2001	119.868	25.224	92.616	1.956	72	28.053	23,4%
2002	102.795	22.551	78.642	1.517	85	31.327	30,5%
2003	100.479	20.151	78.726	1.520	82	34.341	34,2%
2004	96.600	18.271	76.876	1.383	70	36.003	37,3%
2005	91.356	17.308	72.920	1.073	55	36.965	40,5%
2006	89.186	15.077	71.792	953	1.364	36.636	41,1%
2007	89.435	14.641	72.373	911	1.510	37.994	42,5%
2008	88.023	14.135	71.548	766	1.574	37.863	43,0%
2009	92.326	13.565	76.062	800	1.899	40.680	44,1%
2010	96.689	13.314	80.657	792	1.926	42.881	44,3%
2011	94.593	12.449	79.675	728	1.741	42.743	45,2%
2012	92.166	11.773	78.165	606	1.622	41.385	44,9%
2013	90.066	10.823	77.145	551	1.547	40.869	45,4%

Ohne Nullrenten und ohne Renten nach Art. 2 RÜG; vor 1980 ohne Knappschaft, da eine Geschlechtertrennung nicht möglich ist.

¹ Einschließlich der im Jahr 1992 auf Grund technischer Probleme nicht bewilligten Rentenansprüche

² Bei Renten mit Rentenbeginn bis zum 31.12.2000: Renten wegen Berufsunfähigkeit

³ Bei Renten mit Rentenbeginn bis zum 31.12.2000: Renten wegen Erwerbsunfähigkeit

Hinweis: Vor 1974 wurde das Merkmal Zeitrrente nicht statistisch erfasst

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung - Rentenzugang, verschiedene Jahrgänge

Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit nach Rentenarten

Frauen

Jahr	Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit insgesamt	davon:				darunter Zeitrente	
		wegen		an Bergleute wegen		Anzahl	Anteil an Ingesamt
		teilweiser Erwerbsminderung ²	voller Erwerbsminderung ³	verminderter bergmännischer Berufsfähigkeit	Vollendung des 50. Lebensjahres		
Alte Bundesländer							
1960	108.401	54.257	54.144	x	x	x	x
1965	101.249	37.266	63.983	x	x	x	x
1970	123.809	33.805	90.004	x	x	x	x
1975	147.960	15.475	132.485	x	x	11.209	7,6%
1980	165.433	4.569	160.849	15	x	18.822	11,4%
1985	85.938	5.271	80.649	18	x	17.113	19,9%
1990	63.198	3.808	59.350	40	x	13.370	21,2%
1993	68.581	4.304	64.210	67	x	13.122	19,1%
1995	76.810	4.100	72.633	77	x	17.696	23,0%
2000	64.516	3.482	60.987	47	x	20.004	31,0%
2001	63.978	7.261	56.661	56	x	22.702	35,5%
2002	57.939	9.176	48.727	36	x	24.275	41,9%
2003	58.289	9.181	49.075	33	x	26.262	45,1%
2004	57.616	8.872	48.702	42	x	27.505	47,7%
2005	57.585	8.800	48.762	23	x	29.076	50,5%
2006	56.333	7.918	48.386	29	x	29.042	51,6%
2007	57.014	8.765	48.221	28	x	30.486	53,5%
2008	59.922	8.714	51.174	34	x	32.621	54,4%
2009	63.891	8.713	55.148	30	x	34.716	54,3%
2010	68.523	9.341	59.150	32	x	37.106	54,2%
2011	68.766	8.910	59.829	27	x	38.244	55,6%
2012	69.527	9.240	60.258	29	x	37.646	54,1%
2013	69.296	9.223	60.038	35	x	37.220	53,7%
Neue Bundesländer							
1993 ¹	32.160	1.100	31.054	6	x	6.558	20,4%
1995	32.891	1.460	31.305	126	x	8.790	26,7%
2000	17.785	1.278	16.347	160	x	6.152	34,6%
2001	16.733	2.150	14.441	142	x	6.741	40,3%
2002	15.365	2.520	12.737	108	x	7.395	48,1%
2003	15.593	2.468	12.992	133	x	8.414	54,0%
2004	15.244	2.296	12.776	172	x	8.577	56,3%
2005	15.019	2.209	12.714	96	x	8.745	58,2%
2006	14.196	1.954	12.152	90	x	8.279	58,3%
2007	15.066	2.277	12.685	104	x	8.857	58,8%
2008	14.894	2.210	12.610	74	x	8.775	58,9%
2009	16.811	2.274	14.440	97	x	9.933	59,1%
2010	17.466	2.320	15.046	100	x	10.172	58,2%
2011	16.879	2.205	14.590	84	x	10.000	59,2%
2012	16.990	2.190	14.728	72	x	9.552	56,2%
2013	17.320	2.242	15.013	65	x	9.657	55,8%
Deutschland							
1993	100.741	5.404	95.264	73	x	19.680	19,5%
1995	109.701	5.560	103.938	203	x	26.486	24,1%
2000	82.301	4.760	77.334	207	x	26.156	31,8%
2001	80.711	9.411	71.102	198	x	29.443	36,5%
2002	73.304	11.696	61.464	144	x	31.670	43,2%
2003	73.882	11.649	62.067	166	x	34.676	46,9%
2004	72.860	11.168	61.478	214	x	36.082	49,5%
2005	72.604	11.009	61.476	119	x	37.821	52,1%
2006	70.529	9.872	60.538	119	x	37.321	52,9%
2007	72.080	11.042	60.906	132	x	39.343	54,6%
2008	74.816	10.924	63.784	108	x	41.396	55,3%
2009	80.702	10.987	69.588	127	x	44.649	55,3%
2010	85.989	11.661	74.196	132	x	47.278	55,0%
2011	85.645	11.115	74.419	111	x	48.244	56,3%
2012	86.517	11.430	74.986	101	x	47.198	54,6%
2013	86.616	11.465	75.051	100	x	46.877	54,1%

Ohne Nullrenten und ohne Renten nach Art. 2 RÜG; vor 1980 ohne Knappschaft, da eine Geschlechtertrennung nicht möglich ist.

¹ Einschließlich der im Jahr 1992 auf Grund technischer Probleme nicht bewilligten Rentenansprüche

² Bei Renten mit Rentenbeginn bis zum 31.12.2000: Renten wegen Berufsunfähigkeit

³ Bei Renten mit Rentenbeginn bis zum 31.12.2000: Renten wegen Erwerbsunfähigkeit

Hinweis: Vor 1974 wurde das Merkmal Zeitrente nicht statistisch erfasst

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung - Rentenzugang, verschiedene Jahrgänge

Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit nach Rentenarten

Männer und Frauen – Anteile in v.H.

Jahr	Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit insgesamt	davon:			
		wegen		an Bergleute wegen	
		teilweiser Erwerbsminderung ²	voller Erwerbsminderung ³	verminderter bergmännischer Berufsfähigkeit	Vollendung des 50. Lebensjahres
Alte Bundesländer					
1960	100	43,6	50,4	2,2	3,9
1965	100	35,8	61,7	1,6	0,9
1970	100	26,4	71,8	1,3	0,4
1975	100	12,5	86,0	0,7	0,8
1980	100	7,3	90,4	1,0	1,3
1985	100	12,2	85,4	0,9	1,4
1990	100	13,7	84,3	1,1	0,8
1993	100	14,4	84,3	0,9	0,4
1995	100	13,3	85,8	0,8	0,1
2000	100	13,9	85,2	0,9	0,0
2001	100	17,6	81,5	0,9	0,0
2002	100	19,7	79,5	0,7	0,0
2003	100	18,4	80,9	0,7	0,0
2004	100	17,5	81,8	0,6	0,0
2005	100	17,2	82,2	0,5	0,0
2006	100	15,6	82,9	0,4	1,1
2007	100	15,9	82,5	0,4	1,2
2008	100	15,2	83,2	0,3	1,2
2009	100	14,2	84,1	0,3	1,4
2010	100	13,6	84,8	0,3	1,3
2011	100	13,0	85,5	0,3	1,2
2012	100	12,9	85,7	0,2	1,1
2013	100	12,6	86,1	0,2	1,1
Neue Bundesländer					
1993 ¹	100	4,4	95,6	0,0	0,0
1995	100	6,0	93,4	0,6	0,0
2000	100	11,6	86,5	1,9	0,0
2001	100	16,0	82,0	1,9	0,1
2002	100	18,4	79,7	1,8	0,1
2003	100	17,6	80,3	2,0	0,1
2004	100	16,8	80,9	2,2	0,1
2005	100	17,4	80,9	1,7	0,1
2006	100	15,7	82,6	1,6	0,1
2007	100	15,9	82,6	1,5	0,1
2008	100	16,1	82,6	1,3	0,0
2009	100	14,3	84,4	1,3	0,1
2010	100	13,9	84,8	1,3	0,0
2011	100	13,3	85,5	1,2	0,0
2012	100	13,1	85,8	1,0	0,0
2013	100	12,7	86,3	0,9	0,0
Deutschland					
1993	100	12,3	86,7	0,7	0,3
1995	100	11,7	87,5	0,7	0,1
2000	100	13,4	85,5	1,1	0,0
2001	100	17,3	81,6	1,1	0,0
2002	100	19,4	79,6	0,9	0,0
2003	100	18,2	80,7	1,0	0,0
2004	100	17,4	81,6	0,9	0,0
2005	100	17,3	82,0	0,7	0,0
2006	100	15,6	82,9	0,7	0,9
2007	100	15,9	82,5	0,6	0,9
2008	100	15,4	83,1	0,5	1,0
2009	100	14,2	84,2	0,5	1,1
2010	100	13,7	84,8	0,5	1,1
2011	100	13,1	85,5	0,5	1,0
2012	100	13,0	85,7	0,4	0,9
2013	100	12,6	86,1	0,4	0,9

Ohne Nullrenten und ohne Renten nach Art. 2 RÜG

¹ Einschließlich der im Jahr 1992 auf Grund technischer Probleme nicht bewilligten Rentenanträge

² Bei Renten mit Rentenbeginn bis zum 31.12.2000: Renten wegen Berufsunfähigkeit

³ Bei Renten mit Rentenbeginn bis zum 31.12.2000: Renten wegen Erwerbsunfähigkeit

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung – Rentenzugang, verschiedene Jahrgänge sowie Angaben der Knappschaft

Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit nach Rentenarten

Männer – Anteile in v.H.

Jahr	Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit insgesamt	davon:			
		wegen		an Bergleute wegen	
		teilweiser Erwerbsminderung ²	voller Erwerbsminderung ³	verminderter bergmännischer Berufsfähigkeit	Vollendung des 50. Lebensjahres
Alte Bundesländer					
1960	100	45,1	54,9	x	x
1965	100	36,4	63,6	x	x
1970	100	26,2	73,8	x	x
1975	100	14,6	85,4	x	x
1980	100	12,4	82,9	2,0	2,7
1985	100	15,9	80,3	1,5	2,3
1990	100	17,4	79,8	1,6	1,2
1993	100	18,2	79,9	1,3	0,6
1995	100	17,5	81,3	1,1	0,2
2000	100	19,0	79,7	1,3	0,0
2001	100	21,7	76,9	1,4	0,0
2002	100	22,5	76,3	1,2	0,1
2003	100	20,3	78,4	1,2	0,0
2004	100	19,1	79,8	1,0	0,0
2005	100	18,8	80,3	0,8	0,0
2006	100	16,8	80,5	0,8	1,9
2007	100	16,3	80,8	0,7	2,1
2008	100	15,8	81,4	0,6	2,2
2009	100	14,6	82,2	0,6	2,6
2010	100	13,6	83,4	0,5	2,5
2011	100	13,1	84,1	0,5	2,3
2012	100	12,6	84,8	0,4	2,2
2013	100	11,9	85,6	0,4	2,2
Neue Bundesländer					
1993 ¹	100	5,5	94,4	0,1	0,0
1995	100	7,6	91,6	0,7	0,1
2000	100	14,8	82,5	2,6	0,1
2001	100	18,3	78,8	2,7	0,2
2002	100	19,8	77,4	2,6	0,2
2003	100	19,0	78,0	2,8	0,2
2004	100	18,1	78,7	3,0	0,2
2005	100	19,4	78,0	2,4	0,1
2006	100	17,2	80,4	2,3	0,1
2007	100	16,5	81,3	2,1	0,1
2008	100	17,0	81,0	1,9	0,1
2009	100	14,9	83,1	1,9	0,1
2010	100	14,4	83,6	1,9	0,0
2011	100	13,4	84,7	1,8	0,1
2012	100	13,4	85,0	1,6	0,1
2013	100	12,5	86,0	1,4	0,1
Deutschland					
1993	100	16,3	82,0	1,1	0,5
1995	100	15,6	83,2	1,0	0,2
2000	100	18,2	80,2	1,6	0,0
2001	100	21,0	77,3	1,6	0,1
2002	100	21,9	76,5	1,5	0,1
2003	100	20,1	78,4	1,5	0,1
2004	100	18,9	79,6	1,4	0,1
2005	100	18,9	79,8	1,2	0,1
2006	100	16,9	80,5	1,1	1,5
2007	100	16,4	80,9	1,0	1,7
2008	100	16,1	81,3	0,9	1,8
2009	100	14,7	82,4	0,9	2,1
2010	100	13,8	83,4	0,8	2,0
2011	100	13,2	84,2	0,8	1,8
2012	100	12,8	84,8	0,7	1,8
2013	100	12,0	85,7	0,6	1,7

Ohne Nullrenten und ohne Renten nach Art. 2 RUG; vor 1980 ohne Knappschaft, da eine Geschlechtertrennung nicht möglich ist.

¹ Einschließlich der im Jahr 1992 auf Grund technischer Probleme nicht bewilligten Rentenansprüche

² Bei Renten mit Rentenbeginn bis zum 31.12.2000: Renten wegen Berufsunfähigkeit

³ Bei Renten mit Rentenbeginn bis zum 31.12.2000: Renten wegen Erwerbsunfähigkeit

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung - Rentenzugang, verschiedene Jahrgänge

Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit nach Rentenarten

Frauen – Anteile in v.H.

Jahr	Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit insgesamt	davon:			
		wegen		an Bergleute wegen	
		teilweiser Erwerbsminderung ²	voller Erwerbsminderung ³	verminderter bergmännischer Berufsfähigkeit	Vollendung des 50. Lebensjahres
Alte Bundesländer					
1960	100	50,1	49,9	x	x
1965	100	36,8	63,2	x	x
1970	100	27,3	72,7	x	x
1975	100	10,5	89,5	x	x
1980	100	2,8	97,2	0,0	x
1985	100	6,1	93,8	0,0	x
1990	100	6,0	93,9	0,1	x
1993	100	6,3	93,6	0,1	x
1995	100	5,3	94,6	0,1	x
2000	100	5,4	94,5	0,1	x
2001	100	11,3	88,6	0,1	x
2002	100	15,8	84,1	0,1	x
2003	100	15,8	84,2	0,1	x
2004	100	15,4	84,5	0,1	x
2005	100	15,3	84,7	0,0	x
2006	100	14,1	85,9	0,1	x
2007	100	15,4	84,6	0,0	x
2008	100	14,5	85,4	0,1	x
2009	100	13,6	86,3	0,0	x
2010	100	13,6	86,3	0,0	x
2011	100	13,0	87,0	0,0	x
2012	100	13,3	86,7	0,0	x
2013	100	13,3	86,6	0,1	x
Neue Bundesländer					
1993 ¹	100	3,4	96,6	0,0	x
1995	100	4,4	95,2	0,4	x
2000	100	7,2	91,9	0,9	x
2001	100	12,8	86,3	0,8	x
2002	100	16,4	82,9	0,7	x
2003	100	15,8	83,3	0,9	x
2004	100	15,1	83,8	1,1	x
2005	100	14,7	84,7	0,6	x
2006	100	13,8	85,6	0,6	x
2007	100	15,1	84,2	0,7	x
2008	100	14,8	84,7	0,5	x
2009	100	13,5	85,9	0,6	x
2010	100	13,3	86,1	0,6	x
2011	100	13,1	86,4	0,5	x
2012	100	12,9	86,7	0,4	x
2013	100	12,9	86,7	0,4	x
Deutschland					
1993	100	5,4	94,6	0,1	x
1995	100	5,1	94,7	0,2	x
2000	100	5,8	94,0	0,3	x
2001	100	11,7	88,1	0,2	x
2002	100	16,0	83,8	0,2	x
2003	100	15,8	84,0	0,2	x
2004	100	15,3	84,4	0,3	x
2005	100	15,2	84,7	0,2	x
2006	100	14,0	85,8	0,2	x
2007	100	15,3	84,5	0,2	x
2008	100	14,6	85,3	0,1	x
2009	100	13,6	86,2	0,2	x
2010	100	13,6	86,3	0,2	x
2011	100	13,0	86,9	0,1	x
2012	100	13,2	86,7	0,1	x
2013	100	13,2	86,6	0,1	x

Ohne Nullrenten und ohne Renten nach Art. 2 RÜG; vor 1980 ohne Knappschaft, da eine Geschlechtertrennung nicht möglich ist.

¹ Einschließlich der im Jahr 1992 auf Grund technischer Probleme nicht bewilligten Rentenansprüche

² Bei Renten mit Rentenbeginn bis zum 31.12.2000: Renten wegen Berufsunfähigkeit

³ Bei Renten mit Rentenbeginn bis zum 31.12.2000: Renten wegen Erwerbsunfähigkeit

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung - Rentenzugang, verschiedene Jahrgänge

Arbeitsmarktbedingte Erwerbsminderungsrenten* Männer und Frauen

Jahr	arbeitsmarktbedingte Erwerbsminderungsrenten insgesamt ¹		davon		nachrichtlich	
			Rentenneu- zugänge	durch Renten- änderung zugegangen	Durch- schnittlicher Renten- zahlbetrag	Durch- schnittlicher Erstattungs- betrag ³
	Anzahl	Anteil in % ²	Anzahl	Anzahl	- in €/Monat -	- in €/Monat -
Alte Bundesländer						
2001	9.507	5,8	6.488	3.019	724,38	x
2002	20.218	13,5	10.228	9.990	745,21	x
2003	21.315	14,4	10.848	10.467	730,28	x
2004	22.549	15,6	11.581	10.968	708,47	x
2005	23.106	16,5	12.989	10.117	695,47	x
2006	22.499	16,5	13.648	8.851	691,63	x
2007	21.306	15,6	12.421	8.885	677,67	x
2008	21.403	15,5	12.405	8.998	664,40	x
2009	21.757	15,0	12.724	9.033	664,58	x
2010	22.417	14,6	13.464	8.953	657,37	x
2011	22.060	14,5	13.085	8.975	654,14	x
2012	20.777	13,8	12.478	8.299	654,89	x
2013	20.687	13,9	12.272	8.415	650,34	x
Neue Bundesländer						
2001	2.967	7,3	2.228	739	698,46	x
2002	6.104	15,7	3.547	2.557	726,02	x
2003	6.292	16,2	3.851	2.441	715,96	x
2004	6.354	16,7	3.968	2.386	704,17	x
2005	6.137	16,8	4.001	2.136	689,87	x
2006	5.820	16,9	4.034	1.786	681,88	x
2007	5.747	16,0	3.877	1.870	667,04	x
2008	5.831	16,4	3.780	2.051	649,14	x
2009	6.388	16,2	4.119	2.269	651,14	x
2010	6.164	15,2	3.916	2.248	659,66	x
2011	5.616	14,6	3.648	1.968	654,31	x
2012	5.649	14,8	3.632	2.017	656,85	x
2013	5.430	14,2	3.410	2.020	671,36	x
Deutschland						
2001	12.474	6,1	8.716	3.758	718,22	415,42
2002	26.322	14,0	13.775	12.547	740,76	429,35
2003	27.607	14,7	14.699	12.908	727,02	423,91
2004	28.903	15,8	15.549	13.354	707,52	412,73
2005	29.243	16,6	16.990	12.253	694,30	405,90
2006	28.319	16,6	17.682	10.637	689,63	403,49
2007	27.053	15,7	16.298	10.755	675,41	397,70
2008	27.234	15,7	16.185	11.049	661,13	390,43
2009	28.145	15,3	16.843	11.302	661,53	391,76
2010	28.581	14,7	17.380	11.201	657,86	389,02
2011	27.676	14,5	16.733	10.943	654,18	388,93
2012	26.426	14,0	16.110	10.316	655,31	389,68
2013	26.117	14,0	15.682	10.435	654,71	389,49

* Nur Fälle nach neuem Recht (Erstattungsfälle)

¹ Volle Erwerbsminderungsrente wegen des verschlossenen Arbeitsmarktes; zu Zahlen vor 2001 vgl. Kruse, in DRV 1998, S. 48 ff.² Spalte 1 / (Rentenneuzugänge EM-Renten insg. + Spalte 4)³ halber durchschnittlicher Rentenbetrag inkl. KVdR-Zuschuss gem. Erstattungsverordnung zu § 224 SGB VI

Das jährliche Erstattungsvolumen der BA an die RV berechnet sich aus Fallzahl * durchschn. Erstattungsbetrag * 15,2 und wird für Deutschland insgesamt berechnet und ausgewiesen. Ab 2010 wird der Wert 15,2 durch 10,4 ersetzt

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung - Rentenzugang, verschiedene Jahrgänge

Arbeitsmarktbedingte Erwerbsminderungsrenten*

Männer

Jahr	arbeitsmarktbedingte Erwerbsminderungsrenten insgesamt ¹		davon		nachrichtlich
			Rentenneu- zugänge	durch Renten- änderung zugegangen	Durch- schnittlicher Renten- zahlbetrag
	Anzahl	Anteil in % ²	Anzahl	Anzahl	- in €/Monat -
Alte Bundesländer					
2001	5.071	5,1	3.120	1.951	823,98
2002	10.201	11,7	4.795	5.406	847,69
2003	11.003	12,9	5.192	5.811	816,61
2004	11.428	13,9	5.397	6.031	786,28
2005	11.615	14,9	5.821	5.794	771,72
2006	11.394	15,0	6.247	5.147	760,43
2007	11.003	14,6	5.887	5.116	744,55
2008	10.768	14,5	5.797	4.971	725,09
2009	10.810	14,1	5.870	4.940	729,75
2010	10.889	13,5	6.229	4.660	715,31
2011	10.551	13,3	5.878	4.673	712,90
2012	9.774	12,6	5.449	4.325	714,99
2013	9.721	12,9	5.397	4.324	709,45
Neue Bundesländer					
2001	1.508	6,4	1.072	436	728,56
2002	3.003	13,5	1.753	1.250	752,75
2003	3.175	14,4	1.915	1.260	736,00
2004	3.196	14,8	1.966	1.230	718,55
2005	3.114	15,2	1.856	1.258	700,01
2006	2.951	15,2	1.892	1.059	694,23
2007	2.939	14,6	1.848	1.091	675,79
2008	2.870	14,5	1.753	1.117	654,37
2009	3.210	14,8	1.947	1.263	657,96
2010	3.091	14,1	1.863	1.228	664,79
2011	2.783	13,4	1.713	1.070	659,78
2012	2.788	13,8	1.686	1.102	661,22
2013	2.699	13,5	1.558	1.141	680,91
Deutschland					
2001	6.579	5,4	4.192	2.387	802,11
2002	13.204	12,1	6.548	6.656	826,10
2003	14.178	13,2	7.107	7.071	798,56
2004	14.624	14,1	7.363	7.261	771,48
2005	14.729	15,0	7.677	7.052	756,56
2006	14.345	15,0	8.139	6.206	746,81
2007	13.942	14,6	7.735	6.207	730,06
2008	13.638	14,5	7.550	6.088	710,21
2009	14.020	14,2	7.817	6.203	713,31
2010	13.980	13,6	8.092	5.888	704,14
2011	13.334	13,3	7.591	5.743	701,81
2012	12.562	12,9	7.135	5.427	703,06
2013	12.420	13,0	6.955	5.465	703,25

* Nur Fälle nach neuem Recht (Erstattungsfälle).

¹ Volle Erwerbsminderungsrente wegen des verschlossenen Arbeitsmarktes; zu Zahlen vor 2001 vgl. Kruse, in DRV 1998, S. 48 ff.

² Spalte 1 / (Rentenneuzugänge EM-Renten insg. + Spalte 4)

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung - Rentenzugang, verschiedene Jahrgänge

Arbeitsmarktbedingte Erwerbsminderungsrenten* Frauen

Jahr	arbeitsmarktbedingte Erwerbsminderungsrenten insgesamt ¹		davon		nachrichtlich
			Rentenneu- zugänge	durch Renten- änderung zugegangen	durch- schnittlicher Renten- zahlbetrag
	Anzahl	Anteil in % ²	Anzahl	Anzahl	- in €/Monat -
Alte Bundesländer					
2001	4.436	6,8	3.368	1.068	610,53
2002	10.017	16,0	5.433	4.584	640,85
2003	10.312	16,4	5.656	4.656	638,17
2004	11.121	17,8	6.184	4.937	628,51
2005	11.491	18,6	7.168	4.323	618,40
2006	11.105	18,5	7.401	3.704	621,04
2007	10.303	17,0	6.534	3.769	606,25
2008	10.635	16,6	6.608	4.027	602,95
2009	10.947	16,1	6.854	4.093	600,23
2010	11.528	15,8	7.235	4.293	602,64
2011	11.509	15,8	7.207	4.302	600,28
2012	11.003	15,0	7.029	3.974	601,51
2013	10.966	14,9	6.875	4.091	597,94
Neue Bundesländer					
2001	1.459	8,6	1.156	303	667,34
2002	3.101	18,6	1.794	1.307	700,14
2003	3.117	18,6	1.936	1.181	695,55
2004	3.158	19,3	2.002	1.156	689,61
2005	3.023	19,0	2.145	878	679,42
2006	2.869	19,2	2.142	727	669,17
2007	2.808	17,7	2.029	779	657,88
2008	2.961	18,7	2.027	934	644,07
2009	3.178	17,8	2.172	1.006	644,25
2010	3.073	16,6	2.053	1.020	654,50
2011	2.833	15,9	1.935	898	648,94
2012	2.861	16,0	1.946	915	652,60
2013	2.731	15,0	1.852	879	661,93
Deutschland					
2001	5.895	7,2	4.524	1.371	624,59
2002	13.118	16,6	7.227	5.891	654,87
2003	13.429	16,8	7.592	5.837	651,49
2004	14.279	18,1	8.186	6.093	642,02
2005	14.514	18,7	9.313	5.201	631,11
2006	13.974	18,6	9.543	4.431	630,92
2007	13.111	17,1	8.563	4.548	617,31
2008	13.596	17,0	8.635	4.961	611,91
2009	14.125	16,5	9.026	5.099	610,13
2010	14.601	16,0	9.288	5.313	613,55
2011	14.342	15,8	9.142	5.200	609,89
2012	13.864	15,2	8.975	4.889	612,05
2013	13.697	15,0	8.727	4.970	610,70

* Nur Fälle nach neuem Recht (Erstattungsfälle)

¹ Volle Erwerbsminderungsrente wegen des verschlossenen Arbeitsmarktes; zu Zahlen vor 2001 vgl. Kruse, in DRV 1998, S. 48 ff.² Spalte 1 / (Rentenneuzugänge EM-Renten insg. + Spalte 4)

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung - Rentenzugang, verschiedene Jahrgänge

Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit nach ausgewählten Diagnosehauptgruppen Männer und Frauen

Jahr	Insgesamt	Skelett/ Muskeln/ Bindegewebe	Herz/ Kreislauf- erkrankungen	Stoff- wechsel/ Verdauung	Neubildungen
Alte Bundesländer					
1983	322.236	75.458	120.638	19.190	24.220
1985	225.426	56.414	69.214	13.257	20.589
1990	196.284	58.253	46.949	10.262	18.971
1993	212.045	68.514	44.489	10.579	20.893
1995	224.190	69.426	40.316	10.714	22.551
2000	170.787	45.009	22.522	7.915	22.087
2001	160.438	41.420	20.173	7.054	19.509
2002	139.656	32.102	17.233	5.958	18.223
2003	137.870	27.780	16.596	5.768	19.166
2004	133.739	24.834	14.807	5.530	18.850
2005	129.539	23.185	13.834	5.127	17.896
2006	125.737	20.760	12.939	4.870	17.435
2007	125.917	20.026	12.520	4.716	17.596
2008	127.749	19.914	12.719	4.772	17.456
2009	133.868	20.013	12.685	5.005	17.587
2010	142.549	20.363	13.560	5.214	18.275
2011	141.933	19.719	13.188	5.202	17.312
2012	141.024	18.958	12.845	5.046	17.012
2013	139.026	18.594	12.441	4.766	16.382
Neue Bundesländer					
1993 ¹	57.133	12.523	12.772	4.412	6.042
1995	69.842	15.474	13.082	4.755	8.105
2000	42.081	9.085	5.806	2.616	6.740
2001	39.655	8.975	5.561	2.540	6.281
2002	36.283	7.690	4.946	2.199	5.990
2003	36.306	7.409	4.931	2.229	6.251
2004	35.557	6.872	4.567	2.209	5.993
2005	34.255	6.515	4.184	1.968	5.785
2006	32.528	5.732	4.097	1.882	5.584
2007	34.055	5.935	4.331	1.847	5.620
2008	33.516	5.868	4.114	1.881	5.415
2009	37.261	6.223	4.569	1.975	5.881
2010	38.203	6.131	4.508	1.796	5.761
2011	36.564	5.713	4.131	1.714	5.425
2012	36.037	5.238	4.208	1.673	5.328
2013	36.109	5.209	4.117	1.582	5.244
Deutschland					
1993	269.178	81.037	57.261	14.991	26.935
1995	294.032	84.900	53.398	15.469	30.656
2000	212.868	54.094	28.328	10.531	28.827
2001	200.093	50.395	25.734	9.594	25.790
2002	175.939	39.792	22.179	8.157	24.213
2003	174.176	35.189	21.527	7.997	25.417
2004	169.296	31.706	19.374	7.739	24.843
2005	163.794	29.700	18.018	7.095	23.681
2006	158.265	26.492	17.036	6.752	23.019
2007	159.972	25.961	16.851	6.563	23.216
2008	161.265	25.782	16.833	6.653	22.871
2009	171.129	26.236	17.254	6.980	23.468
2010	180.752	26.494	18.068	7.010	24.036
2011	178.497	25.432	17.319	6.916	22.737
2012	177.061	24.196	17.053	6.719	22.340
2013	175.135	23.803	16.558	6.348	21.626

Ohne Fälle mit nicht erfasster 1. Diagnose und Renten f. Bergleute wg. Vollendung des 50.

Lebensjahres, 1993-1999 inkl. Renten nach Art. 2 RÜG,

ab 2000 Verschlüsselung der Diagnosen nach ICD 10 (vorher ICD 9)

¹ Einschließlich der im Jahr 1992 auf Grund technischer Probleme nicht bewilligten Rentenansprüche.

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung - Rentenzugang, versch. Jahrgänge

Psychische Störungen	Atmung	Nerven/ Sinne	Haut	Sonstige	Jahr
Alte Bundesländer					
27.619	16.774	12.568	822	24.947	1983
24.498	12.433	11.085	711	17.225	1985
27.134	9.839	10.480	769	13.627	1990
31.694	9.084	11.022	737	15.033	1993
39.874	8.319	12.867	790	19.333	1995
41.690	5.343	8.811	966	16.444	2000
44.161	4.893	8.630	755	13.843	2001
40.876	3.833	7.853	563	13.015	2002
41.418	3.732	8.076	610	14.724	2003
42.997	3.471	8.214	580	14.456	2004
43.338	3.362	8.270	572	13.955	2005
42.432	3.267	8.189	528	15.317	2006
43.963	3.323	8.050	496	15.227	2007
47.209	3.257	8.088	452	13.882	2008
52.411	3.679	8.325	481	13.682	2009
57.977	4.132	8.622	519	13.887	2010
60.115	4.196	8.181	546	13.474	2011
60.980	4.255	8.151	529	13.248	2012
61.018	4.351	8.011	488	12.975	2013
Neue Bundesländer					
9.715	2.499	4.324	151	4.695	1993 ¹
14.768	2.342	4.881	221	6.214	1995
9.760	1.264	2.318	236	4.256	2000
9.420	1.094	2.141	191	3.452	2001
9.278	928	2.015	147	3.090	2002
9.386	906	1.980	132	3.082	2003
9.689	778	2.137	147	3.165	2004
9.639	793	2.094	158	3.119	2005
9.001	751	2.056	141	3.284	2006
9.925	723	2.078	136	3.460	2007
10.202	773	2.135	137	2.991	2008
12.058	947	2.293	147	3.168	2009
12.969	1.022	2.345	162	3.509	2010
13.158	994	2.264	142	3.023	2011
13.480	995	2.114	139	2.862	2012
13.727	1.001	2.213	149	2.867	2013
Deutschland					
41.409	11.583	15.346	888	19.728	1993
54.642	10.661	17.748	1.011	25.547	1995
51.450	6.607	11.129	1.202	20.700	2000
53.581	5.987	10.771	946	17.295	2001
50.154	4.761	9.868	710	16.105	2002
50.804	4.638	10.056	742	17.806	2003
52.686	4.249	10.351	727	17.621	2004
52.977	4.155	10.364	730	17.074	2005
51.433	4.018	10.245	669	18.601	2006
53.888	4.046	10.128	632	18.687	2007
57.411	4.030	10.223	589	16.873	2008
64.469	4.626	10.618	628	16.850	2009
70.946	5.154	10.967	681	17.396	2010
73.273	5.190	10.445	688	16.497	2011
74.460	5.250	10.265	668	16.110	2012
74.745	5.352	10.224	637	15.842	2013

Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit nach ausgewählten Diagnosehauptgruppen Männer

Jahr	Insgesamt	Skelett/ Muskeln/ Bindegewebe	Herz/ Kreislauf- erkrankungen	Stoff- wechsel/ Verdauung	Neubildungen
Alte Bundesländer					
1983	154.787	31.274	57.408	9.952	11.039
1985	139.503	31.509	46.814	8.609	11.349
1990	133.098	37.887	36.667	7.172	11.867
1993	143.694	45.705	35.550	7.569	12.759
1995	148.168	46.306	32.104	7.441	13.617
2000	106.667	29.820	17.534	5.389	12.675
2001	96.577	26.519	15.601	4.668	10.933
2002	81.725	19.782	13.293	3.859	10.027
2003	79.618	16.700	12.618	3.752	10.266
2004	76.137	14.413	11.129	3.636	10.100
2005	71.977	13.073	10.343	3.286	9.394
2006	69.424	11.498	9.708	3.094	9.109
2007	68.912	11.103	9.285	2.948	9.229
2008	67.827	10.656	9.330	2.922	8.831
2009	69.977	10.650	9.197	3.076	8.949
2010	74.026	10.816	9.736	3.056	9.310
2011	73.167	10.335	9.504	3.091	8.701
2012	71.497	9.671	9.189	2.883	8.543
2013	69.730	9.409	8.800	2.779	8.108
Neue Bundesländer					
1993 ¹	25.080	4.059	6.690	2.222	2.386
1995	35.892	5.960	8.120	2.765	3.905
2000	24.304	5.152	4.221	1.745	3.503
2001	22.924	5.131	4.110	1.745	3.255
2002	20.922	4.451	3.682	1.481	3.119
2003	20.721	4.258	3.565	1.494	3.284
2004	20.314	3.962	3.346	1.467	3.109
2005	19.240	3.710	3.100	1.344	2.955
2006	18.333	3.261	3.043	1.238	2.878
2007	18.991	3.291	3.192	1.218	2.985
2008	18.622	3.323	2.993	1.237	2.820
2009	20.450	3.364	3.323	1.290	3.165
2010	20.737	3.388	3.287	1.162	3.039
2011	19.685	3.204	3.020	1.095	2.857
2012	19.047	2.841	3.045	1.062	2.821
2013	18.789	2.749	2.937	997	2.772
Deutschland					
1993	168.774	49.764	42.240	9.791	15.145
1995	184.060	52.266	40.224	10.206	17.522
2000	130.971	34.972	21.755	7.134	16.178
2001	119.501	31.650	19.711	6.413	14.188
2002	102.647	24.233	16.975	5.340	13.146
2003	100.339	20.958	16.183	5.246	13.550
2004	96.451	18.375	14.475	5.103	13.209
2005	91.217	16.783	13.443	4.630	12.349
2006	87.757	14.759	12.751	4.332	11.987
2007	87.903	14.394	12.477	4.166	12.214
2008	86.449	13.979	12.323	4.159	11.651
2009	90.427	14.014	12.520	4.366	12.114
2010	94.763	14.204	13.023	4.218	12.349
2011	92.852	13.539	12.524	4.186	11.558
2012	90.544	12.512	12.234	3.945	11.364
2013	88.519	12.158	11.737	3.776	10.880

Ohne Fälle mit nicht erfasster 1. Diagnose und Renten f. Bergleute wg. Vollendung des 50.

Lebensjahres, 1993-1999 inkl. Renten nach Art. 2 RÜG,

ab 2000 Verschlüsselung der Diagnosen nach ICD 10 (vorher ICD 9)

¹ Einschließlich der im Jahr 1992 auf Grund technischer Probleme nicht bewilligten Rentenansprüche.

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung - Rentenzugang, versch. Jahrgänge

Psychische Störungen	Atmung	Nerven/ Sinne	Haut	Sonstige	Jahr
Alte Bundesländer					
13.085	11.223	6.858	414	13.534	1983
12.937	9.481	6.576	421	11.807	1985
14.766	7.808	6.604	461	9.866	1990
16.841	7.064	6.854	419	10.933	1993
20.811	6.260	7.807	439	13.383	1995
20.898	3.815	5.111	559	10.866	2000
21.372	3.426	4.763	390	8.905	2001
19.441	2.626	4.229	266	8.202	2002
19.975	2.577	4.293	312	9.125	2003
20.789	2.329	4.296	297	9.148	2004
20.524	2.199	4.231	284	8.643	2005
20.092	2.104	4.168	269	9.382	2006
20.595	2.140	4.132	203	9.277	2007
21.512	2.036	4.098	199	8.243	2008
23.394	2.223	4.149	214	8.125	2009
25.822	2.560	4.343	233	8.150	2010
26.847	2.570	4.003	240	7.876	2011
26.742	2.537	4.049	241	7.642	2012
26.489	2.604	3.904	220	7.417	2013
Neue Bundesländer					
4.202	1.252	1.966	47	2.256	1993 ¹
7.376	1.369	2.603	107	3.687	1995
4.767	856	1.286	136	2.638	2000
4.612	686	1.152	107	2.126	2001
4.536	596	1.108	73	1.876	2002
4.587	585	1.054	64	1.830	2003
4.774	495	1.170	73	1.918	2004
4.609	493	1.115	75	1.839	2005
4.362	475	1.044	72	1.960	2006
4.661	448	1.103	67	2.026	2007
4.775	508	1.111	61	1.794	2008
5.612	623	1.146	80	1.847	2009
5.876	658	1.171	82	2.074	2010
5.795	658	1.173	77	1.806	2011
5.774	669	1.089	76	1.670	2012
5.779	660	1.179	72	1.644	2013
Deutschland					
21.043	8.316	8.820	466	13.189	1993
28.187	7.629	10.410	546	17.070	1995
25.665	4.671	6.397	695	13.504	2000
25.984	4.112	5.915	497	11.031	2001
23.977	3.222	5.337	339	10.078	2002
24.562	3.162	5.347	376	10.955	2003
25.563	2.824	5.466	370	11.066	2004
25.133	2.692	5.346	359	10.482	2005
24.454	2.579	5.212	341	11.342	2006
25.256	2.588	5.235	270	11.303	2007
26.287	2.544	5.209	260	10.037	2008
29.006	2.846	5.295	294	9.972	2009
31.698	3.218	5.514	315	10.224	2010
32.642	3.228	5.176	317	9.682	2011
32.516	3.206	5.138	317	9.312	2012
32.268	3.264	5.083	292	9.061	2013

Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit nach ausgewählten Diagnosehauptgruppen Frauen

Jahr	Insgesamt	Skelett/ Muskeln/ Bindegewebe	Herz/ Kreislauf- erkrankungen	Stoff- wechsel/ Verdauung	Neubildungen
Alte Bundesländer					
1983	167.449	44.184	63.230	9.238	13.181
1985	85.923	24.905	22.400	4.648	9.240
1990	63.186	20.366	10.282	3.090	7.104
1993	68.351	22.809	8.939	3.010	8.134
1995	76.022	23.120	8.212	3.273	8.934
2000	64.120	15.189	4.988	2.526	9.412
2001	63.861	14.901	4.572	2.386	8.576
2002	57.931	12.320	3.940	2.099	8.196
2003	58.252	11.080	3.978	2.016	8.900
2004	57.602	10.421	3.678	1.894	8.750
2005	57.562	10.112	3.491	1.841	8.502
2006	56.313	9.262	3.231	1.776	8.326
2007	57.005	8.923	3.235	1.768	8.367
2008	59.922	9.258	3.389	1.850	8.625
2009	63.891	9.363	3.488	1.929	8.638
2010	68.523	9.547	3.824	2.158	8.965
2011	68.766	9.384	3.684	2.111	8.611
2012	69.527	9.287	3.656	2.163	8.469
2013	69.296	9.185	3.641	1.987	8.274
Neue Bundesländer					
1993 ¹	32.053	8.464	6.082	2.190	3.656
1995	33.950	9.514	4.962	1.990	4.200
2000	17.777	3.933	1.585	871	3.237
2001	16.731	3.844	1.451	795	3.026
2002	15.361	3.239	1.264	718	2.871
2003	15.585	3.151	1.366	735	2.967
2004	15.243	2.910	1.221	742	2.884
2005	15.015	2.805	1.084	624	2.830
2006	14.195	2.471	1.054	644	2.706
2007	15.064	2.644	1.139	629	2.635
2008	14.894	2.545	1.121	644	2.595
2009	16.811	2.859	1.246	685	2.716
2010	17.466	2.743	1.221	634	2.722
2011	16.879	2.509	1.111	619	2.568
2012	16.990	2.397	1.163	611	2.507
2013	17.320	2.460	1.180	585	2.472
Deutschland					
1993	100.404	31.273	15.021	5.200	11.790
1995	109.972	32.634	13.174	5.263	13.134
2000	81.897	19.122	6.573	3.397	12.649
2001	80.592	18.745	6.023	3.181	11.602
2002	73.292	15.559	5.204	2.817	11.067
2003	73.837	14.231	5.344	2.751	11.867
2004	72.845	13.331	4.899	2.636	11.634
2005	72.577	12.917	4.575	2.465	11.332
2006	70.508	11.733	4.285	2.420	11.032
2007	72.069	11.567	4.374	2.397	11.002
2008	74.816	11.803	4.510	2.494	11.220
2009	80.702	12.222	4.734	2.614	11.354
2010	85.989	12.290	5.045	2.792	11.687
2011	85.645	11.893	4.795	2.730	11.179
2012	86.517	11.684	4.819	2.774	10.976
2013	86.616	11.645	4.821	2.572	10.746

Ohne Fälle mit nicht erfasster 1. Diagnose und Renten f. Bergleute wg. Vollendung des 50.

Lebensjahres, 1993-1999 inkl. Renten nach Art. 2 RÜG,

ab 2000 Verschlüsselung der Diagnosen nach ICD 10 (vorher ICD 9)

¹ Einschließlich der im Jahr 1992 auf Grund technischer Probleme nicht bewilligten Rentenansprüche.

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung - Rentenzugang, versch. Jahrgänge

Psychische Störungen	Atmung	Nerven/ Sinne	Haut	Sonstige	Jahr
Alte Bundesländer					
14.534	5.551	5.710	408	11.413	1983
11.561	2.952	4.509	290	5.418	1985
12.368	2.031	3.876	308	3.761	1990
14.853	2.020	4.168	318	4.100	1993
19.063	2.059	5.060	351	5.950	1995
20.792	1.528	3.700	407	5.578	2000
22.789	1.467	3.867	365	4.938	2001
21.435	1.207	3.624	297	4.813	2002
21.443	1.155	3.783	298	5.599	2003
22.208	1.142	3.918	283	5.308	2004
22.814	1.163	4.039	288	5.312	2005
22.340	1.163	4.021	259	5.935	2006
23.368	1.183	3.918	293	5.950	2007
25.697	1.221	3.990	253	5.639	2008
29.017	1.456	4.176	267	5.557	2009
32.155	1.572	4.279	286	5.737	2010
33.268	1.626	4.178	306	5.598	2011
34.238	1.718	4.102	288	5.606	2012
34.529	1.747	4.107	268	5.558	2013
Neue Bundesländer					
5.513	1.247	2.358	104	2.439	1993 ¹
7.392	973	2.278	114	2.527	1995
4.993	408	1.032	100	1.618	2000
4.808	408	989	84	1.326	2001
4.742	332	907	74	1.214	2002
4.799	321	926	68	1.252	2003
4.915	283	967	74	1.247	2004
5.030	300	979	83	1.280	2005
4.639	276	1.012	69	1.324	2006
5.264	275	975	69	1.434	2007
5.427	265	1.024	76	1.197	2008
6.446	324	1.147	67	1.321	2009
7.093	364	1.174	80	1.435	2010
7.363	336	1.091	65	1.217	2011
7.706	326	1.025	63	1.192	2012
7.948	341	1.034	77	1.223	2013
Deutschland					
20.366	3.267	6.526	422	6.539	1993
26.455	3.032	7.338	465	8.477	1995
25.785	1.936	4.732	507	7.196	2000
27.597	1.875	4.856	449	6.264	2001
26.177	1.539	4.531	371	6.027	2002
26.242	1.476	4.709	366	6.851	2003
27.123	1.425	4.885	357	6.555	2004
27.844	1.463	5.018	371	6.592	2005
26.979	1.439	5.033	328	7.259	2006
28.632	1.458	4.893	362	7.384	2007
31.124	1.486	5.014	329	6.836	2008
35.463	1.780	5.323	334	6.878	2009
39.248	1.936	5.453	366	7.172	2010
40.631	1.962	5.269	371	6.815	2011
41.944	2.044	5.127	351	6.798	2012
42.477	2.088	5.141	345	6.781	2013

Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit nach ausgewählten Diagnosehauptgruppen Männer und Frauen – Anteile in v.H.

Jahr	Insgesamt	Skelett/ Muskeln/ Bindegewebe	Herz/ Kreislauf- erkrankungen	Stoff- wechsel/ Verdauung	Neubildungen
Alte Bundesländer					
1983	100	23,4	37,4	6,0	7,5
1985	100	25,0	30,7	5,9	9,1
1990	100	29,7	23,9	5,2	9,7
1993	100	32,3	21,0	5,0	9,9
1995	100	31,0	18,0	4,8	10,1
2000	100	26,4	13,2	4,6	12,9
2001	100	25,8	12,6	4,4	12,2
2002	100	23,0	12,3	4,3	13,0
2003	100	20,1	12,0	4,2	13,9
2004	100	18,6	11,1	4,1	14,1
2005	100	17,9	10,7	4,0	13,8
2006	100	16,5	10,3	3,9	13,9
2007	100	15,9	9,9	3,7	14,0
2008	100	15,6	10,0	3,7	13,7
2009	100	14,9	9,5	3,7	13,1
2010	100	14,3	9,5	3,7	12,8
2011	100	13,9	9,3	3,7	12,2
2012	100	13,4	9,1	3,6	12,1
2013	100	13,4	8,9	3,4	11,8
Neue Bundesländer					
1993 ¹	100	21,9	22,4	7,7	10,6
1995	100	22,2	18,7	6,8	11,6
2000	100	21,6	13,8	6,2	16,0
2001	100	22,6	14,0	6,4	15,8
2002	100	21,2	13,6	6,1	16,5
2003	100	20,4	13,6	6,1	17,2
2004	100	19,3	12,8	6,2	16,9
2005	100	19,0	12,2	5,7	16,9
2006	100	17,6	12,6	5,8	17,2
2007	100	17,4	12,7	5,4	16,5
2008	100	17,5	12,3	5,6	16,2
2009	100	16,7	12,3	5,3	15,8
2010	100	16,0	11,8	4,7	15,1
2011	100	15,6	11,3	4,7	14,8
2012	100	14,5	11,7	4,6	14,8
2013	100	14,4	11,4	4,4	14,5
Deutschland					
1993	100	30,1	21,3	5,6	10,0
1995	100	28,9	18,2	5,3	10,4
2000	100	25,4	13,3	4,9	13,5
2001	100	25,2	12,9	4,8	12,9
2002	100	22,6	12,6	4,6	13,8
2003	100	20,2	12,4	4,6	14,6
2004	100	18,7	11,4	4,6	14,7
2005	100	18,1	11,0	4,3	14,5
2006	100	16,7	10,8	4,3	14,5
2007	100	16,2	10,5	4,1	14,5
2008	100	16,0	10,4	4,1	14,2
2009	100	15,3	10,1	4,1	13,7
2010	100	14,7	10,0	3,9	13,3
2011	100	14,2	9,7	3,9	12,7
2012	100	13,7	9,6	3,8	12,6
2013	100	13,6	9,5	3,6	12,3

Ohne Fälle mit nicht erfasster 1. Diagnose und Renten f. Bergleute wg. Vollendung des 50.

Lebensjahres, 1993-1999 inkl. Renten nach Art. 2 RÜG,

ab 2000 Verschlüsselung der Diagnosen nach ICD 10 (vorher ICD 9)

¹ Einschließlich der im Jahr 1992 auf Grund technischer Probleme nicht bewilligten Rentenansprüche.

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung - Rentenzugang, versch. Jahrgänge

Psychische Störungen	Atmung	Nerven/ Sinne	Haut	Sonstige	Jahr
Alte Bundesländer					
8,6	5,2	3,9	0,3	7,7	1983
10,9	5,5	4,9	0,3	7,6	1985
13,8	5,0	5,3	0,4	6,9	1990
14,9	4,3	5,2	0,3	7,1	1993
17,8	3,7	5,7	0,4	8,6	1995
24,4	3,1	5,2	0,6	9,6	2000
27,5	3,0	5,4	0,5	8,6	2001
29,3	2,7	5,6	0,4	9,3	2002
30,0	2,7	5,9	0,4	10,7	2003
32,1	2,6	6,1	0,4	10,8	2004
33,5	2,6	6,4	0,4	10,8	2005
33,7	2,6	6,5	0,4	12,2	2006
34,9	2,6	6,4	0,4	12,1	2007
37,0	2,5	6,3	0,4	10,9	2008
39,2	2,7	6,2	0,4	10,2	2009
40,7	2,9	6,0	0,4	9,7	2010
42,4	3,0	5,8	0,4	9,5	2011
43,2	3,0	5,8	0,4	9,4	2012
43,9	3,1	5,8	0,4	9,3	2013
Neue Bundesländer					
17,0	4,4	7,6	0,3	8,2	1993 ¹
21,1	3,4	7,0	0,3	8,9	1995
23,2	3,0	5,5	0,6	10,1	2000
23,8	2,8	5,4	0,5	8,7	2001
25,6	2,6	5,6	0,4	8,5	2002
25,9	2,5	5,5	0,4	8,5	2003
27,2	2,2	6,0	0,4	8,9	2004
28,1	2,3	6,1	0,5	9,1	2005
27,7	2,3	6,3	0,4	10,1	2006
29,1	2,1	6,1	0,4	10,2	2007
30,4	2,3	6,4	0,4	8,9	2008
32,4	2,5	6,2	0,4	8,5	2009
33,9	2,7	6,1	0,4	9,2	2010
36,0	2,7	6,2	0,4	8,3	2011
37,4	2,8	5,9	0,4	7,9	2012
38,0	2,8	6,1	0,4	7,9	2013
Deutschland					
15,4	4,3	5,7	0,3	7,3	1993
18,6	3,6	6,0	0,3	8,7	1995
24,2	3,1	5,2	0,6	9,7	2000
26,8	3,0	5,4	0,5	8,6	2001
28,5	2,7	5,6	0,4	9,2	2002
29,2	2,7	5,8	0,4	10,2	2003
31,1	2,5	6,1	0,4	10,4	2004
32,3	2,5	6,3	0,4	10,4	2005
32,5	2,5	6,5	0,4	11,8	2006
33,7	2,5	6,3	0,4	11,7	2007
35,6	2,5	6,3	0,4	10,5	2008
37,7	2,7	6,2	0,4	9,8	2009
39,3	2,9	6,1	0,4	9,6	2010
41,0	2,9	5,9	0,4	9,2	2011
42,1	3,0	5,8	0,4	9,1	2012
42,7	3,1	5,8	0,4	9,0	2013

Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit nach ausgewählten Diagnosehauptgruppen Männer – Anteile in v.H.

Jahr	Insgesamt	Skelett/ Muskeln/ Bindegewebe	Herz/ Kreislauf- erkrankungen	Stoff- wechsel/ Verdauung	Neubildungen
Alte Bundesländer					
1983	100	20,2	37,1	6,4	7,1
1985	100	22,6	33,6	6,2	8,1
1990	100	28,5	27,5	5,4	8,9
1993	100	31,8	24,7	5,3	8,9
1995	100	31,3	21,7	5,0	9,2
2000	100	28,0	16,4	5,1	11,9
2001	100	27,5	16,2	4,8	11,3
2002	100	24,2	16,3	4,7	12,3
2003	100	21,0	15,8	4,7	12,9
2004	100	18,9	14,6	4,8	13,3
2005	100	18,2	14,4	4,6	13,1
2006	100	16,6	14,0	4,5	13,1
2007	100	16,1	13,5	4,3	13,4
2008	100	15,7	13,8	4,3	13,0
2009	100	15,2	13,1	4,4	12,8
2010	100	14,6	13,2	4,1	12,6
2011	100	14,1	13,0	4,2	11,9
2012	100	13,5	12,9	4,0	11,9
2013	100	13,5	12,6	4,0	11,6
Neue Bundesländer					
1993 ¹	100	16,2	26,7	8,9	9,5
1995	100	16,6	22,6	7,7	10,9
2000	100	21,2	17,4	7,2	14,4
2001	100	22,4	17,9	7,6	14,2
2002	100	21,3	17,6	7,1	14,9
2003	100	20,5	17,2	7,2	15,8
2004	100	19,5	16,5	7,2	15,3
2005	100	19,3	16,1	7,0	15,4
2006	100	17,8	16,6	6,8	15,7
2007	100	17,3	16,8	6,4	15,7
2008	100	17,8	16,1	6,6	15,1
2009	100	16,4	16,2	6,3	15,5
2010	100	16,3	15,9	5,6	14,7
2011	100	16,3	15,3	5,6	14,5
2012	100	14,9	16,0	5,6	14,8
2013	100	14,6	15,6	5,3	14,8
Deutschland					
1993	100	29,5	25,0	5,8	9,0
1995	100	28,4	21,9	5,5	9,5
2000	100	26,7	16,6	5,4	12,4
2001	100	26,5	16,5	5,4	11,9
2002	100	23,6	16,5	5,2	12,8
2003	100	20,9	16,1	5,2	13,5
2004	100	19,1	15,0	5,3	13,7
2005	100	18,4	14,7	5,1	13,5
2006	100	16,8	14,5	4,9	13,7
2007	100	16,4	14,2	4,7	13,9
2008	100	16,2	14,3	4,8	13,5
2009	100	15,5	13,8	4,8	13,4
2010	100	15,0	13,7	4,5	13,0
2011	100	14,6	13,5	4,5	12,4
2012	100	13,8	13,5	4,4	12,6
2013	100	13,7	13,3	4,3	12,3

Ohne Fälle mit nicht erfasster 1. Diagnose und Renten f. Bergleute wg. Vollendung des 50.

Lebensjahres, 1993-1999 inkl. Renten nach Art. 2 RÜG,

ab 2000 Verschlüsselung der Diagnosen nach ICD 10 (vorher ICD 9)

¹ Einschließlich der im Jahr 1992 auf Grund technischer Probleme nicht bewilligten Rentenansprüche.

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung - Rentenzugang, versch. Jahrgänge

Psychische Störungen	Atmung	Nerven/ Sinne	Haut	Sonstige	Jahr
Alte Bundesländer					
8,5	7,3	4,4	0,3	8,7	1983
9,3	6,8	4,7	0,3	8,5	1985
11,1	5,9	5,0	0,3	7,4	1990
11,7	4,9	4,8	0,3	7,6	1993
14,0	4,2	5,3	0,3	9,0	1995
19,6	3,6	4,8	0,5	10,2	2000
22,1	3,5	4,9	0,4	9,2	2001
23,8	3,2	5,2	0,3	10,0	2002
25,1	3,2	5,4	0,4	11,5	2003
27,3	3,1	5,6	0,4	12,0	2004
28,5	3,1	5,9	0,4	12,0	2005
28,9	3,0	6,0	0,4	13,5	2006
29,9	3,1	6,0	0,3	13,5	2007
31,7	3,0	6,0	0,3	12,2	2008
33,4	3,2	5,9	0,3	11,6	2009
34,9	3,5	5,9	0,3	11,0	2010
36,7	3,5	5,5	0,3	10,8	2011
37,4	3,5	5,7	0,3	10,7	2012
38,0	3,7	5,6	0,3	10,6	2013
Neue Bundesländer					
16,8	5,0	7,8	0,2	9,0	1993 ¹
20,6	3,8	7,3	0,3	10,3	1995
19,6	3,5	5,3	0,6	10,9	2000
20,1	3,0	5,0	0,5	9,3	2001
21,7	2,8	5,3	0,3	9,0	2002
22,1	2,8	5,1	0,3	8,8	2003
23,5	2,4	5,8	0,4	9,4	2004
24,0	2,6	5,8	0,4	9,6	2005
23,8	2,6	5,7	0,4	10,7	2006
24,5	2,4	5,8	0,4	10,7	2007
25,6	2,7	6,0	0,3	9,6	2008
27,4	3,0	5,6	0,4	9,0	2009
28,3	3,2	5,6	0,4	10,0	2010
29,4	3,3	6,0	0,4	9,2	2011
30,3	3,5	5,7	0,4	8,8	2012
30,8	3,5	6,3	0,4	8,7	2013
Deutschland					
12,5	4,9	5,2	0,3	7,8	1993
15,3	4,1	5,7	0,3	9,3	1995
19,6	3,6	4,9	0,5	10,3	2000
21,7	3,4	4,9	0,4	9,2	2001
23,4	3,1	5,2	0,3	9,8	2002
24,5	3,2	5,3	0,4	10,9	2003
26,5	2,9	5,7	0,4	11,5	2004
27,6	3,0	5,9	0,4	11,5	2005
27,9	2,9	5,9	0,4	12,9	2006
28,7	2,9	6,0	0,3	12,9	2007
30,4	2,9	6,0	0,3	11,6	2008
32,1	3,1	5,9	0,3	11,0	2009
33,4	3,4	5,8	0,3	10,8	2010
35,2	3,5	5,6	0,3	10,4	2011
35,9	3,5	5,7	0,4	10,3	2012
36,5	3,7	5,7	0,3	10,2	2013

Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit nach ausgewählten Diagnosehauptgruppen Frauen – Anteile in v.H.

Jahr	Insgesamt	Skelett/ Muskeln/ Bindegewebe	Herz/ Kreislauf- erkrankungen	Stoff- wechsel/ Verdauung	Neubildungen
Alte Bundesländer					
1983	100	26,4	37,8	5,5	7,9
1985	100	29,0	26,1	5,4	10,8
1990	100	32,2	16,3	4,9	11,2
1993	100	33,4	13,1	4,4	11,9
1995	100	30,4	10,8	4,3	11,8
2000	100	23,7	7,8	3,9	14,7
2001	100	23,3	7,2	3,7	13,4
2002	100	21,3	6,8	3,6	14,1
2003	100	19,0	6,8	3,5	15,3
2004	100	18,1	6,4	3,3	15,2
2005	100	17,6	6,1	3,2	14,8
2006	100	16,4	5,7	3,2	14,8
2007	100	15,7	5,7	3,1	14,7
2008	100	15,5	5,7	3,1	14,4
2009	100	14,7	5,5	3,0	13,5
2010	100	13,9	5,6	3,1	13,1
2011	100	13,6	5,4	3,1	12,5
2012	100	13,4	5,3	3,1	12,2
2013	100	13,3	5,3	2,9	11,9
Neue Bundesländer					
1993 ¹	100	26,4	19,0	6,8	11,4
1995	100	28,0	14,6	5,9	12,4
2000	100	22,1	8,9	4,9	18,2
2001	100	23,0	8,7	4,8	18,1
2002	100	21,1	8,2	4,7	18,7
2003	100	20,2	8,8	4,7	19,0
2004	100	19,1	8,0	4,9	18,9
2005	100	18,7	7,2	4,2	18,8
2006	100	17,4	7,4	4,5	19,1
2007	100	17,6	7,6	4,2	17,5
2008	100	17,1	7,5	4,3	17,4
2009	100	17,0	7,4	4,1	16,2
2010	100	15,7	7,0	3,6	15,6
2011	100	14,9	6,6	3,7	15,2
2012	100	14,1	6,8	3,6	14,8
2013	100	14,2	6,8	3,4	14,3
Deutschland					
1993	100	31,1	15,0	5,2	11,7
1995	100	29,7	12,0	4,8	11,9
2000	100	23,3	8,0	4,1	15,4
2001	100	23,3	7,5	3,9	14,4
2002	100	21,2	7,1	3,8	15,1
2003	100	19,3	7,2	3,7	16,1
2004	100	18,3	6,7	3,6	16,0
2005	100	17,8	6,3	3,4	15,6
2006	100	16,6	6,1	3,4	15,6
2007	100	16,0	6,1	3,3	15,3
2008	100	15,8	6,0	3,3	15,0
2009	100	15,1	5,9	3,2	14,1
2010	100	14,3	5,9	3,2	13,6
2011	100	13,9	5,6	3,2	13,1
2012	100	13,5	5,6	3,2	12,7
2013	100	13,4	5,6	3,0	12,4

Ohne Fälle mit nicht erfasster 1. Diagnose und Renten f. Bergleute wg. Vollendung des 50.

Lebensjahres, 1993-1999 inkl. Renten nach Art. 2 RÜG,

ab 2000 Verschlüsselung der Diagnosen nach ICD 10 (vorher ICD 9)

¹ Einschließlich der im Jahr 1992 auf Grund technischer Probleme nicht bewilligten Rentenansprüche.

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung - Rentenzugang, versch. Jahrgänge

Psychische Störungen	Atmung	Nerven/ Sinne	Haut	Sonstige	Jahr
Alte Bundesländer					
8,7	3,3	3,4	0,2	6,8	1983
13,5	3,4	5,2	0,3	6,3	1985
19,6	3,2	6,1	0,5	6,0	1990
21,7	3,0	6,1	0,5	6,0	1993
25,1	2,7	6,7	0,5	7,8	1995
32,4	2,4	5,8	0,6	8,7	2000
35,7	2,3	6,1	0,6	7,7	2001
37,0	2,1	6,3	0,5	8,3	2002
36,8	2,0	6,5	0,5	9,6	2003
38,6	2,0	6,8	0,5	9,2	2004
39,6	2,0	7,0	0,5	9,2	2005
39,7	2,1	7,1	0,5	10,5	2006
41,0	2,1	6,9	0,5	10,4	2007
42,9	2,0	6,7	0,4	9,4	2008
45,4	2,3	6,5	0,4	8,7	2009
46,9	2,3	6,2	0,4	8,4	2010
48,4	2,4	6,1	0,4	8,1	2011
49,2	2,5	5,9	0,4	8,1	2012
49,8	2,5	5,9	0,4	8,0	2013
Neue Bundesländer					
17,2	3,9	7,4	0,3	7,6	1993 ¹
21,8	2,9	6,7	0,3	7,4	1995
28,1	2,3	5,8	0,6	9,1	2000
28,7	2,4	5,9	0,5	7,9	2001
30,9	2,2	5,9	0,5	7,9	2002
30,8	2,1	5,9	0,4	8,0	2003
32,2	1,9	6,3	0,5	8,2	2004
33,5	2,0	6,5	0,6	8,5	2005
32,7	1,9	7,1	0,5	9,3	2006
34,9	1,8	6,5	0,5	9,5	2007
36,4	1,8	6,9	0,5	8,0	2008
38,3	1,9	6,8	0,4	7,9	2009
40,6	2,1	6,7	0,5	8,2	2010
43,6	2,0	6,5	0,4	7,2	2011
45,4	1,9	6,0	0,4	7,0	2012
45,9	2,0	6,0	0,4	7,1	2013
Deutschland					
20,3	3,3	6,5	0,4	6,5	1993
24,1	2,8	6,7	0,4	7,7	1995
31,5	2,4	5,8	0,6	8,8	2000
34,2	2,3	6,0	0,6	7,8	2001
35,7	2,1	6,2	0,5	8,2	2002
35,5	2,0	6,4	0,5	9,3	2003
37,2	2,0	6,7	0,5	9,0	2004
38,4	2,0	6,9	0,5	9,1	2005
38,3	2,0	7,1	0,5	10,3	2006
39,7	2,0	6,8	0,5	10,2	2007
41,6	2,0	6,7	0,4	9,1	2008
43,9	2,2	6,6	0,4	8,5	2009
45,6	2,3	6,3	0,4	8,3	2010
47,4	2,3	6,2	0,4	8,0	2011
48,5	2,4	5,9	0,4	7,9	2012
49,0	2,4	5,9	0,4	7,8	2013

Rentenzugänge nach Zweigen

Renten wegen Todes

Jahr	Insgesamt	allg. RV	KnV
Alte Bundesländer			
1960	233.892	205.822	28.070
1965	276.272	252.949	23.323
1970	298.431	275.210	23.221
1975	322.334	300.297	22.037
1980	297.241	277.711	19.530
1985	295.579	275.797	19.782
1990	290.560	271.889	18.671
1993	349.636	328.809	20.827
1995	329.697	309.946	19.751
2000	297.445	283.582	13.863
2001	289.014	275.932	13.082
2002	298.291	279.984	18.307
2003	329.986	307.185	22.801
2004	307.622	284.663	22.959
2005	300.707	279.309	21.398
2006	309.521	287.182	22.339
2007	302.271	280.821	21.450
2008	300.688	279.042	21.646
2009	303.269	281.868	21.401
2010	306.075	284.962	21.113
2011	304.101	283.822	20.279
2012	301.350	281.942	19.408
2013	308.371	289.004	19.367
Neue Bundesländer			
1993 ¹	110.644	106.252	4.392
1995	117.525	108.432	9.093
2000	79.613	74.151	5.462
2001	76.206	71.103	5.103
2002	77.704	71.716	5.988
2003	78.581	71.036	7.545
2004	77.750	69.834	7.916
2005	74.190	67.099	7.091
2006	74.123	66.763	7.360
2007	73.400	65.969	7.431
2008	73.510	66.206	7.304
2009	74.110	66.753	7.357
2010	74.403	66.984	7.419
2011	72.786	66.077	6.709
2012	73.365	66.125	7.240
2013	75.929	68.841	7.088
Deutschland			
1993	460.280	435.061	25.219
1995	447.222	418.378	28.844
2000	377.058	357.733	19.325
2001	365.220	347.035	18.185
2002	375.995	351.700	24.295
2003	408.567	378.221	30.346
2004	385.372	354.497	30.875
2005	374.897	346.408	28.489
2006	383.644	353.945	29.699
2007	375.671	346.790	28.881
2008	374.198	345.248	28.950
2009	377.379	348.621	28.758
2010	380.478	351.946	28.532
2011	376.887	349.899	26.988
2012	374.715	348.067	26.648
2013	384.300	357.845	26.455

Ohne Nullrenten und ohne Renten nach Art. 2 RÜG.

¹ Einschließlich der im Jahr 1992 auf Grund technischer Probleme nicht bewilligten Rentenanträge

Sondereffekt im Jahr 2003 und 2006: Inkl. zusätzlicher Übernahmen von ca. 20.000 Renten wegen Todes (2003) bzw. ca. 9.000 (2006) aufgrund von organisatorischen Änderungen im Vertragsbereich.

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung - Rentenzugang, verschiedene Jahrgänge, sowie Angaben der Knappschaft

Renten wegen Todes nach Rentenarten

Jahr	Renten wegen Todes insgesamt	Witwen-/Witwerrenten	Witwenrenten	Witwerrenten	Halb-waisenrenten	Voll-waisenrenten	Erziehungsrenten
Alte Bundesländer							
1960	233.892	175.223	x	x	56.186	2.483	x
1965	276.272	196.574	x	x	77.096	2.602	x
1970	298.431	222.274	x	x	73.742	2.415	x
1975	322.334	236.003	x	x	83.493	2.838	x
1980	297.241	220.589	219.560	1.029	73.878	2.748	26
1985	295.579	229.520	228.240	1.280	63.369	2.394	296
1990	290.560	240.783	219.857	20.926	47.503	1.906	368
1993	349.636	288.310	258.269	30.041	59.251	1.251	824
1995	329.697	265.260	235.816	29.444	61.562	1.896	979
2000	297.445	240.658	208.169	32.489	54.640	1.019	1.128
2001	289.014	233.517	201.001	32.516	53.614	833	1.050
2002	298.291	240.688	205.323	35.365	55.512	871	1.220
2003	329.986	269.181	229.912	39.269	58.552	1.012	1.241
2004	307.622	247.165	209.013	38.152	57.934	1.091	1.432
2005	300.707	242.214	203.741	38.473	56.184	936	1.373
2006	309.521	251.908	211.517	40.391	55.246	991	1.376
2007	302.271	245.745	205.089	40.656	54.338	918	1.270
2008	300.688	245.083	203.406	41.677	53.631	860	1.114
2009	303.269	247.405	204.256	43.149	53.771	895	1.198
2010	306.075	249.752	205.907	43.845	54.117	906	1.300
2011	304.101	249.147	204.122	45.025	52.919	866	1.169
2012	301.350	247.993	202.508	45.485	51.265	918	1.174
2013	308.371	255.452	208.182	47.270	50.907	843	1.169
Neue Bundesländer							
1993 ¹	110.644	101.003	70.366	30.637	8.434	26	1.181
1995	117.525	94.871	75.854	19.017	21.238	398	1.018
2000	79.613	62.530	48.303	14.227	16.089	313	681
2001	76.206	60.276	46.257	14.019	15.022	325	583
2002	77.704	61.168	46.426	14.742	15.607	352	577
2003	78.581	62.109	47.109	15.000	15.581	327	564
2004	77.750	61.344	46.423	14.921	15.578	330	498
2005	74.190	59.285	44.438	14.847	14.161	272	472
2006	74.123	60.016	45.091	14.925	13.450	270	387
2007	73.400	59.623	44.302	15.321	13.190	263	324
2008	73.510	60.191	44.419	15.772	12.785	255	279
2009	74.110	61.586	45.440	16.146	12.029	261	234
2010	74.403	62.163	45.677	16.486	11.781	227	232
2011	72.786	61.745	45.219	16.526	10.605	220	216
2012	73.365	62.941	46.111	16.830	10.005	210	209
2013	75.929	66.140	48.232	17.908	9.388	162	239
Deutschland							
1993	460.280	389.313	328.635	60.678	67.685	1.277	2.005
1995	447.222	360.131	311.670	48.461	82.800	2.294	1.997
2000	377.058	303.188	256.472	46.716	70.729	1.332	1.809
2001	365.220	293.793	247.258	46.535	68.636	1.158	1.633
2002	375.995	301.856	251.749	50.107	71.119	1.223	1.797
2003	408.567	331.290	277.021	54.269	74.133	1.339	1.805
2004	385.372	308.509	255.436	53.073	73.512	1.421	1.930
2005	374.897	301.499	248.179	53.320	70.345	1.208	1.845
2006	383.644	311.924	256.608	55.316	68.696	1.261	1.763
2007	375.671	305.368	249.391	55.977	67.528	1.181	1.594
2008	374.198	305.274	247.825	57.449	66.416	1.115	1.393
2009	377.379	308.991	249.696	59.295	65.800	1.156	1.432
2010	380.478	311.915	251.584	60.331	65.898	1.133	1.532
2011	376.887	310.892	249.341	61.551	63.524	1.086	1.385
2012	374.715	310.934	248.619	62.315	61.270	1.128	1.383
2013	384.300	321.592	256.414	65.178	60.295	1.005	1.408

Ohne Nullrenten und ohne Renten nach Art. 2 RÜG; vor 1978 (KnV vor 1980) keine Differenzierung nach Witwen- und Witwerrenten möglich.

¹ Einschließlich der im Jahr 1992 auf Grund technischer Probleme nicht bewilligten Rentenansprüche.

Sondereffekt im Jahr 2003 und 2006: Inkl. zusätzlicher Übernahmen von ca. 20.000 Renten wegen Todes (2003) bzw. ca. 9.000 (2006) aufgrund von organisatorischen Änderungen im Vertragsbereich.

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung - Rentenzugang, sowie Angaben der Knappschaft

Witwen-/Witwerrenten nach Rentenarten

Jahr	Witwen-/Witwerrenten		Witwenrenten			Witwerrenten		
	Kleine	Große	Kleine	Große	Vollständig ruhende	Kleine	Große	Vollständig ruhende
Alte Bundesländer								
1960	3.508	171.715	x	x	x	x	x	x
1965	4.884	191.690	x	x	x	x	x	x
1970	4.328	217.946	x	x	x	x	x	x
1975	4.327	231.676	x	x	x	x	x	x
1980	4.513	216.076	x	x	x	x	x	x
1985	4.722	224.798	x	x	x	x	x	x
1990	4.242	236.541	4.019	215.838	265	223	20.703	15.309
1995	4.596	260.664	4.267	231.549	1.031	329	29.115	23.025
2000	3.049	237.609	2.724	205.445	3.670	325	32.164	24.910
2001	2.851	230.666	2.535	198.466	3.903	316	32.200	24.383
2002	2.744	237.944	2.393	202.930	3.596	351	35.014	24.457
2003	2.585	266.596	2.240	227.672	3.610	345	38.924	26.665
2004	2.446	244.719	2.096	206.917	3.597	350	37.802	25.304
2005	2.199	240.015	1.901	201.840	3.511	298	38.175	24.905
2006	2.109	249.799	1.809	209.708	3.536	300	40.091	25.431
2007	2.069	243.676	1.771	203.318	3.703	298	40.358	24.531
2008	1.821	243.262	1.577	201.829	3.725	244	41.433	25.105
2009	1.765	245.640	1.505	202.751	3.923	260	42.889	25.175
2010	1.606	248.146	1.371	204.536	4.180	235	43.610	25.533
2011	1.495	247.652	1.272	202.850	4.203	223	44.802	25.151
2012	1.379	246.614	1.160	201.348	4.367	219	45.266	25.621
2013	1.246	254.206	1.068	207.114	4.758	178	47.092	26.741
Neue Bundesländer								
1993 ¹	1.622	99.381	1.375	68.991	842	247	30.390	8.416
1995	2.052	92.819	1.796	74.058	961	256	18.761	5.538
2000	876	61.654	696	47.607	704	180	14.047	2.978
2001	743	59.533	587	45.670	665	156	13.863	2.787
2002	786	60.382	642	45.784	633	144	14.598	2.839
2003	717	61.392	580	46.529	669	137	14.863	2.540
2004	653	60.691	519	45.904	690	134	14.787	2.574
2005	608	58.677	497	43.941	687	111	14.736	2.382
2006	551	59.465	439	44.652	739	112	14.813	2.263
2007	516	59.107	414	43.888	775	102	15.219	2.096
2008	479	59.712	392	44.027	850	87	15.685	2.030
2009	395	61.191	329	45.111	788	66	16.080	2.025
2010	342	61.821	271	45.406	864	71	16.415	1.944
2011	291	61.454	228	44.991	940	63	16.463	1.780
2012	235	62.706	198	45.913	1.033	37	16.793	1.979
2013	214	65.926	163	48.069	974	51	17.857	1.835
Deutschland								
1993	7.069	382.244	6.514	322.121	1.672	555	60.123	32.337
1995	6.648	353.483	6.063	305.607	1.992	585	47.876	28.563
2000	3.925	299.263	3.420	253.052	4.374	505	46.211	27.888
2001	3.594	290.199	3.122	244.136	4.568	472	46.063	27.170
2002	3.530	298.326	3.035	248.714	4.229	495	49.612	27.296
2003	3.302	327.988	2.820	274.201	4.279	482	53.787	29.205
2004	3.099	305.410	2.615	252.821	4.287	484	52.589	27.878
2005	2.807	298.692	2.398	245.781	4.198	409	52.911	27.287
2006	2.660	309.264	2.248	254.360	4.275	412	54.904	27.694
2007	2.585	302.783	2.185	247.206	4.478	400	55.577	26.627
2008	2.300	302.974	1.969	245.856	4.575	331	57.118	27.135
2009	2.160	306.831	1.834	247.862	4.711	326	58.969	27.200
2010	1.948	309.967	1.642	249.942	5.044	306	60.025	27.477
2011	1.786	309.106	1.500	247.841	5.143	286	61.265	26.931
2012	1.614	309.320	1.358	247.261	5.400	256	62.059	27.600
2013	1.460	320.132	1.231	255.183	5.732	229	64.949	28.576

Ohne Renten nach Art. 2 RÜG; vor 1987 keine Differenzierung nach kleiner und großer Witwen- oder Witwerrente möglich.

¹ Einschließlich der im Jahr 1992 auf Grund technischer Probleme nicht bewilligten Rentenansprüche

Sondereffekt im Jahr 2003 und 2006: Inkl. zusätzlicher Übernahmen von ca. 20.000 Renten wegen Todes (2003)

bzw. ca. 9.000 (2006) aufgrund von organisatorischen Änderungen im Vertragsbereich.

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung - Rentenzugang, verschiedene Jahrgänge, sowie Angaben der Knappschaft

Rentenzugänge mit Anwendung des Fremdrentenrechts

Jahr	Zugang insgesamt	darunter Rentenzugang mit Anwendung FRG					
		Insgesamt		darunter mit Absenkung der Entgeltpunkte			
				Insgesamt ¹		darunter mit Anwendung § 22b FRG ²	
	Anzahl	Anzahl	Anteil an Spalte 1	Anzahl	Anteil an Spalte 2	Anzahl	Anteil an Spalte 2
nur Altersrenten							
1992 ³	496.686	48.764	9,8%	x	x	x	x
1993	787.820	57.546	7,3%	22.677	39,4%	x	x
1994	908.357	66.028	7,3%	27.185	41,2%	x	x
1995	1.001.255	65.584	6,6%	29.077	44,3%	x	x
1996	851.956	51.581	6,1%	25.414	49,3%	6.432	12,5%
1997	836.625	43.600	5,2%	36.765	84,3%	8.155	18,7%
1998	811.902	50.194	6,2%	38.158	76,0%	7.632	15,2%
1999	878.102	45.638	5,2%	37.066	81,2%	8.380	18,4%
2000	878.521	39.537	4,5%	33.060	83,6%	7.965	20,1%
2001	818.642	36.083	4,4%	30.959	85,8%	7.416	20,6%
2002	771.792	29.405	3,8%	27.122	92,2%	6.508	22,1%
2003 ⁴	796.209	25.652	3,2%	21.821	85,1%	5.511	21,5%
2004	808.401	25.448	3,1%	22.700	89,2%	4.117	16,2%
2005	773.267	21.340	2,8%	19.884	93,2%	2.913	13,7%
2006 ⁴	709.373	17.489	2,5%	16.290	93,1%	1.413	8,1%
2007	704.461	19.399	2,8%	17.589	90,7%	912	4,7%
2008	710.410	16.080	2,3%	15.188	94,5%	502	3,1%
2009	696.957	16.360	2,3%	15.617	95,5%	503	3,1%
2010	673.546	17.871	2,7%	17.178	96,1%	570	3,2%
2011	698.753	20.673	3,0%	19.947	96,5%	607	2,9%
2012	650.767	22.324	3,4%	21.627	96,9%	745	3,3%
2013	648.259	24.777	3,8%	24.008	96,9%	766	3,1%
Rentenzugänge insgesamt							
1992 ³	968.997	97.160	10,0%	x	x	x	x
1993	1.519.641	102.686	6,8%	38.087	37,1%	x	x
1994	1.766.806	115.745	6,6%	44.678	38,6%	x	x
1995	1.742.471	122.969	7,1%	49.039	39,9%	x	x
1996	1.562.617	103.014	6,6%	44.221	42,9%	8.012	7,8%
1997	1.498.902	81.429	5,4%	63.652	78,2%	11.155	13,7%
1998	1.438.395	94.747	6,6%	68.360	72,2%	10.619	11,2%
1999	1.470.170	87.086	5,9%	65.453	75,2%	11.933	13,7%
2000	1.469.661	78.604	5,3%	60.458	76,9%	10.822	13,8%
2001	1.384.441	74.334	5,4%	57.923	77,9%	10.138	13,6%
2002	1.323.886	58.857	4,4%	52.534	89,3%	8.778	14,9%
2003 ⁴	1.358.737	56.539	4,2%	49.240	87,1%	7.132	12,6%
2004	1.363.233	52.808	3,9%	46.979	89,0%	5.523	10,5%
2005	1.312.124	47.245	3,6%	43.427	91,9%	4.164	8,8%
2006 ⁴	1.241.596	43.371	3,5%	39.922	92,0%	2.552	5,9%
2007	1.241.647	52.833	4,3%	46.148	87,3%	1.975	3,7%
2008	1.247.447	41.700	3,3%	38.959	93,4%	1.403	3,4%
2009	1.247.364	42.421	3,4%	39.911	94,1%	1.405	3,3%
2010	1.236.702	44.089	3,6%	41.744	94,7%	1.420	3,2%
2011	1.255.878	46.127	3,7%	43.808	95,0%	1.393	3,0%
2012	1.204.165	47.352	3,9%	45.191	95,4%	1.534	3,2%
2013	1.209.241	49.695	4,1%	47.450	95,5%	1.547	3,1%

¹ 1993 geschätzt² 1996 geschätzt³ Nur alte Länder⁴ Korrigiert um den Sondereffekt "organisatorische Änderungen im Vertragsbereich"

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung - Rentenzugang, verschiedene Jahrgänge; teilweise Schätzungen

Rentenzugang nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten der Versicherten

Jahr	Ausländer insgesamt	darunter				
		Italien	Jugo-slawien und Nachfolge-staaten ¹	Türkei	Spanien	USA
Deutschland						
1994	146.633	23.638	19.932	18.447	12.613	9.543
1995	145.394	21.606	21.682	19.407	12.639	9.215
1996	145.927	24.779	21.960	20.279	13.520	7.794
1997	144.583	24.436	23.976	20.986	14.902	6.559
1998	146.379	27.789	23.849	21.683	14.715	5.722
1999	142.912	26.099	22.378	21.502	14.208	5.902
2000	144.873	26.861	23.952	21.077	14.629	5.295
2001	137.704	26.473	23.181	19.079	13.923	4.781
2002	135.921	26.264	23.109	18.436	13.005	4.168
2003	156.458	28.804	25.582	20.138	13.039	4.788
2004	160.958	30.509	26.353	21.223	12.635	4.898
2005	161.810	32.545	27.505	24.574	12.977	4.417
2006	159.055	32.172	27.781	23.767	10.542	3.793
2007	154.521	29.752	28.394	24.217	11.371	3.382
2008	156.931	29.876	29.124	24.845	12.687	3.384
2009	156.423	29.048	26.917	23.436	12.810	3.503
2010	180.223	28.822	27.487	25.419	14.851	6.029
2011	179.697	30.169	28.103	24.453	14.656	6.587
2012	165.774	27.948	26.226	23.870	12.529	4.325
2013	162.634	28.029	25.276	24.241	11.783	3.227

Ohne Nullrenten und ohne Renten nach Art. 2 RUG

¹ Nationalitäten: Serben, Slowenen, Kroaten, Bosnier, Herzegowiner, Montenegriner, Mazedonier

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung - Rentenzugang, verschiedene Jahrgänge

darunter					Jahr
Österreich	Griechenland	Niederlande	Belgien	Kanada	
Deutschland					
5.537	8.837	4.127	5.116	7.556	1994
5.618	8.408	3.994	3.934	7.341	1995
5.813	8.853	4.404	3.150	6.892	1996
5.941	8.895	3.907	2.802	5.869	1997
5.826	9.481	3.800	2.595	4.593	1998
6.518	9.629	3.934	2.389	4.125	1999
7.039	9.533	4.008	2.463	3.909	2000
7.064	8.706	4.291	2.215	3.451	2001
6.948	8.571	6.316	1.910	2.709	2002
7.342	9.508	8.746	2.202	2.715	2003
8.401	9.752	8.817	2.276	2.525	2004
9.026	10.099	5.347	2.034	2.474	2005
8.993	9.967	5.040	1.568	2.484	2006
9.110	10.092	5.403	1.696	2.018	2007
9.027	9.620	5.393	1.736	1.799	2008
9.251	9.607	5.705	1.568	1.895	2009
8.603	9.639	5.823	1.772	2.520	2010
8.598	9.492	6.142	1.697	2.243	2011
8.388	8.994	6.185	1.655	1.635	2012
8.199	7.859	6.175	1.751	1.223	2013

Rentenzugang nach Nationalität, Zahlungsland und Abkommen

Jahr	Renten insgesamt	Renten an Deutsche			Renten an Ausländer		
		Insgesamt	ins Inland	ins Ausland	Insgesamt	ins Inland	ins Ausland
Alle Renten							
1994	1.776.855	1.630.203	1.620.309	9.894	146.652	67.533	79.119
1995	1.751.032	1.605.620	1.595.337	10.283	145.412	69.109	76.303
1996	1.570.609	1.424.671	1.414.409	10.262	145.938	69.385	76.553
1997	1.501.363	1.356.775	1.346.997	9.778	144.588	68.149	76.439
1998	1.438.682	1.292.302	1.282.154	10.148	146.380	68.081	78.299
1999	1.470.252	1.327.340	1.317.161	10.179	142.912	69.842	73.070
2000	1.469.708	1.324.835	1.314.379	10.456	144.873	71.269	73.604
2001	1.384.470	1.246.766	1.236.856	9.910	137.704	65.239	72.465
2002	1.323.886	1.187.965	1.178.337	9.628	135.921	64.079	71.842
2003	1.409.737	1.253.279	1.240.301	12.978	156.458	70.718	85.740
2004	1.363.233	1.202.275	1.187.963	14.312	160.958	73.606	87.352
2005	1.312.124	1.150.314	1.137.163	13.151	161.810	80.085	81.725
2006	1.300.352	1.141.297	1.128.252	13.045	159.055	82.128	76.927
2007	1.241.647	1.087.126	1.075.028	12.098	154.521	82.095	72.426
2008	1.247.447	1.090.516	1.078.174	12.342	156.931	83.226	73.705
2009	1.247.364	1.090.941	1.078.548	12.393	156.423	83.096	73.327
2010	1.236.702	1.056.479	1.045.493	10.986	180.223	89.088	91.135
2011	1.255.878	1.076.181	1.065.634	10.547	179.697	93.598	86.099
2012	1.204.165	1.038.391	1.028.429	9.962	165.774	92.143	73.631
2013	1.209.241	1.046.607	1.036.205	10.402	162.634	93.359	69.275
Vertragsrenten							
1994	168.051	63.839	56.180	7.659	104.212	29.664	74.548
1995	170.695	67.622	59.373	8.249	103.073	29.305	73.768
1996	167.923	63.220	54.956	8.264	104.703	30.150	74.553
1997	167.893	62.055	54.130	7.925	105.838	31.047	74.791
1998	166.676	60.766	52.481	8.285	105.910	29.642	76.268
1999	161.264	60.455	52.207	8.248	100.809	29.638	71.171
2000	161.134	58.480	50.051	8.429	102.654	30.925	71.729
2001	157.658	58.468	50.339	8.129	99.190	28.464	70.726
2002	153.679	54.349	46.629	7.720	99.330	28.960	70.370
2003	214.993	96.924	85.996	10.928	118.069	34.121	83.948
2004	192.527	69.705	57.454	12.251	122.822	37.146	85.676
2005	185.630	63.671	52.503	11.168	121.959	41.586	80.373
2006	236.802	115.266	104.245	11.021	121.536	45.899	75.637
2007	189.420	73.897	63.704	10.193	115.523	44.294	71.229
2008	177.043	61.139	50.924	10.215	115.904	43.419	72.485
2009	177.542	62.220	51.899	10.321	115.322	43.262	72.060
2010	194.655	59.935	50.880	9.055	134.720	45.180	89.540
2011	190.461	58.652	49.911	8.741	131.809	47.162	84.647
2012	175.599	57.076	48.833	8.243	118.523	46.253	72.270
2013	169.910	56.346	47.612	8.734	113.564	45.681	67.883

Ohne Nullrenten, 1994-2000 inkl. Renten nach Art. 2 RÜG

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung - Rentenzugang, verschiedene Jahrgänge

Durchschnittliche Zahlbeträge der Versichertenrenten nach Rentenarten Männer und Frauen

Jahr	Ver- sicherten- renten insge- samt ¹	davon							
		Renten wegen verminder- ter Erwerbs- fähigkeit insgesamt	Renten wegen Alters insge- samt ¹	Altersrenten ...					für Frauen
				Regel- alters- renten	für besonders lang- jährig Ver- sicherte	für lang- jährig Ver- sicherte	für schwer- behinderte Menschen	wegen Arbeits- losigkeit/ Altersteil- zeitarbeit	
- in €/Monat -									
Alte Bundesländer									
1960	96	80	125	131	x	x	x	130	94
1965	134	108	161	169	x	x	x	225	114
1970	189	157	218	231	x	x	x	342	151
1975	302	220	360	270	x	544	528	472	252
1980	400	321	478	315	x	710	718	653	367
1985	505	462	530	282	x	850	849	838	447
1990	571	619	553	273	x	999	986	938	517
1993	626	690	603	301	x	972	966	1.006	567
1995	653	705	634	314	x	970	991	1.035	624
2000	673	713	664	302	x	1.021	1.010	1.056	637
2001	667	680	664	311	x	999	1.005	1.104	631
2002	659	662	658	320	x	1.001	1.013	1.130	626
2003	642	655	639	336	x	991	1.006	1.114	625
2004	617	640	613	346	x	964	988	1.073	609
2005	608	631	603	355	x	976	971	1.001	595
2006	610	626	607	382	x	940	952	992	591
2007	644	616	650	448	x	957	958	1.003	596
2008	645	604	653	462	x	954	949	1.013	598
2009	642	605	651	476	x	928	951	1.041	599
2010	644	603	655	461	x	933	960	1.072	603
2011	652	599	665	480	x	972	959	1.096	617
2012	677	610	695	426	1.412	925	1.008	1.148	677
2013	694	615	714	437	1.420	911	1.011	1.159	717
Neue Bundesländer									
1993 ²	611	525	637	776	x	778	722	726	487
1995	739	597	766	883	x	915	844	827	581
2000	778	678	802	769	x	1.016	884	904	697
2001	766	658	796	792	x	984	868	908	688
2002	770	641	807	713	x	987	888	928	696
2003	775	641	810	767	x	981	880	922	696
2004	757	621	792	795	x	939	865	884	680
2005	754	613	792	803	x	926	848	858	682
2006	754	611	798	826	x	906	844	861	693
2007	738	594	781	857	x	891	826	813	673
2008	736	580	782	871	x	898	819	810	674
2009	725	584	773	864	x	870	810	794	671
2010	721	589	766	851	x	851	811	812	661
2011	717	586	760	812	x	868	809	809	668
2012	770	597	832	765	1.104	887	860	913	777
2013	793	607	858	764	1.128	896	865	931	830
Deutschland									
1993	623	655	611	387	x	944	960	948	529
1995	680	680	680	396	x	956	986	915	605
2000	694	706	691	321	x	1.021	996	1.008	658
2001	685	676	687	330	x	997	986	1.052	649
2002	678	658	683	336	x	999	993	1.078	648
2003	665	652	668	357	x	990	984	1.060	647
2004	642	636	643	369	x	960	967	1.018	631
2005	634	627	635	380	x	967	950	960	622
2006	632	623	634	408	x	934	938	965	616
2007	660	611	671	479	x	943	939	962	618
2008	660	599	674	494	x	942	930	972	619
2009	656	600	670	509	x	918	930	989	619
2010	657	600	673	494	x	919	936	1.012	620
2011	663	596	680	505	x	953	934	1.028	632
2012	693	607	716	453	1.365	919	985	1.093	704
2013	710	613	737	463	1.375	908	986	1.101	748

Ohne Knappschaftsausgleichsleistungen, Nullrenten und ohne Renten nach Art. 2 RÜG.

Rentenhöhe in €/Monat (zur Vergleichbarkeit siehe Tabelle "Faktorenreihe zu den Zahlbeträgen").

¹ In der Summe sind die Altersrenten für langjährig unter Tage Beschäftigte enthalten.

² Einschließlich der im Jahr 1992 auf Grund technischer Probleme nicht bewilligten Rentenanträge.

Zur Euro-Umrechnung vgl. Glossar.

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung - Rentenzugang, verschiedene Jahrgänge, sowie Angaben der Knappschaft

Durchschnittliche Zahlbeträge der Versichertenrenten nach Rentenarten

Männer

Jahr	Ver- sicherten- renten insge- samt	davon							
		Renten wegen verminder- ter Erwerbs- fähigkeit insgesamt	Renten wegen Alters insge- samt	Altersrenten ...					
				Regel- alters- renten	für besonders lang- jährig Ver- sicherte	für lang- jährig Ver- sicherte	für schwer- behinderte Menschen	wegen Arbeits- losigkeit/ Altersteil- zeitarbeit	für langjährig unter Tage Beschäf- tigte
- in €/Monat -									
Alte Bundesländer									
1960	121	102	151	152	x	x	x	138	x
1965	176	143	207	207	x	x	x	216	x
1970	262	222	300	299	x	x	x	324	x
1975	424	331	478	381	x	554	530	492	x
1980	562	467	655	464	x	730	727	731	954
1985	669	562	753	465	x	877	865	869	1.003
1990	793	698	847	478	x	1.029	1.009	994	1.312
1993	831	766	864	469	x	1.050	1.040	1.051	1.706
1995	850	778	885	474	x	1.075	1.080	1.084	1.406
2000	883	780	916	444	x	1.111	1.109	1.101	1.738
2001	875	742	915	448	x	1.087	1.114	1.129	1.708
2002	869	716	909	461	x	1.086	1.126	1.149	1.526
2003	845	703	879	483	x	1.073	1.123	1.132	1.242
2004	810	682	841	499	x	1.049	1.112	1.092	1.411
2005	793	673	820	511	x	1.053	1.090	1.033	1.396
2006	790	667	817	548	x	1.016	1.071	1.031	1.335
2007	823	656	863	646	x	1.038	1.090	1.048	1.416
2008	822	641	865	657	x	1.042	1.086	1.064	1.325
2009	816	643	860	665	x	1.022	1.095	1.092	1.375
2010	808	639	857	623	x	1.033	1.108	1.117	1.527
2011	818	635	868	644	x	1.072	1.108	1.138	1.484
2012	845	647	898	575	1.465	1.020	1.155	1.198	1.399
2013	860	652	913	587	1.475	1.010	1.167	1.205	1.401
Neue Bundesländer									
1993 ¹	756	608	794	820	x	778	739	737	1.155
1995	839	661	866	923	x	917	856	842	1.279
2000	883	687	943	1.022	x	1.050	927	919	1.344
2001	869	663	942	1.038	x	1.018	928	915	1.229
2002	877	641	959	1.029	x	1.019	950	932	1.348
2003	878	637	952	1.001	x	1.008	942	925	1.428
2004	852	611	924	990	x	964	925	889	1.425
2005	840	601	906	981	x	946	907	866	1.427
2006	836	601	913	964	x	933	910	872	1.481
2007	824	584	903	979	x	921	890	826	1.516
2008	818	567	902	962	x	932	880	824	1.607
2009	798	570	891	951	x	908	867	808	1.502
2010	785	574	878	922	x	893	866	825	1.660
2011	780	568	867	876	x	904	863	820	1.700
2012	817	578	903	835	1.117	926	910	914	1.797
2013	835	589	915	829	1.141	936	920	930	1.722
Deutschland									
1993	815	742	846	601	x	1.006	1.032	982	1.599
1995	846	756	877	611	x	1.030	1.070	941	1.319
2000	883	763	921	482	x	1.104	1.089	1.042	1.688
2001	874	727	920	482	x	1.079	1.090	1.072	1.657
2002	871	701	917	492	x	1.077	1.100	1.093	1.442
2003	851	689	892	519	x	1.064	1.095	1.074	1.377
2004	818	667	855	538	x	1.034	1.082	1.032	1.422
2005	801	658	836	549	x	1.032	1.061	983	1.417
2006	797	653	832	586	x	999	1.052	996	1.368
2007	823	641	869	684	x	1.012	1.063	998	1.448
2008	821	625	871	693	x	1.017	1.060	1.013	1.468
2009	813	627	865	700	x	1.002	1.066	1.030	1.436
2010	804	625	860	655	x	1.007	1.073	1.048	1.586
2011	812	621	868	667	x	1.039	1.071	1.060	1.588
2012	840	633	899	603	1.411	1.002	1.118	1.129	1.586
2013	855	639	913	613	1.423	995	1.127	1.131	1.540

Ohne Knappschaftsausgleichsleistungen, Nullrenten und ohne Renten nach Art. 2 RUG; vor 1980 ohne Knappschaft, da eine Geschlechtertrennung nicht möglich ist.

Rentenhöhe in €/Monat (zur Vergleichbarkeit siehe Tabelle "Faktorenreihe zu den Zahlbeträgen").

¹ Einschließlich der im Jahr 1992 auf Grund technischer Probleme nicht bewilligten Rentenansprüche.

Zur Euro-Umrechnung vgl. Glossar.

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung - Rentenzugang, verschiedene Jahrgänge

Durchschnittliche Zahlbeträge der Versichertenrenten nach Rentenarten Frauen

Jahr	Ver- sicherten- renten insge- samt	davon								
		Renten wegen verminder- ter Erwerbs- fähigkeit insgesamt	Renten wegen Alters insge- samt	Altersrenten ...					wegen Arbeits- losigkeit/ Altersteil- zeitarbeit	für Frauen
				Regel- alters- renten	für besonders lang- jährig Ver- sicherte	für lang- jährig Ver- sicherte	für schwer- behinderte Menschen			
- in €/Monat -										
Alte Bundesländer										
1960	53	42	76	62	x	x	x	71	93	
1965	68	48	89	71	x	x	x	88	113	
1970	96	67	119	90	x	x	x	107	151	
1975	159	111	200	136	x	319	343	164	252	
1980	251	188	314	187	x	424	553	283	367	
1985	317	297	326	175	x	490	635	428	447	
1990	343	449	321	190	x	521	683	498	517	
1993	384	529	352	212	x	455	545	596	567	
1995	438	563	410	226	x	463	604	653	624	
2000	461	602	436	224	x	482	699	634	637	
2001	456	586	433	235	x	466	717	572	631	
2002	446	585	421	238	x	456	728	554	626	
2003	441	589	417	245	x	453	728	545	625	
2004	433	583	408	242	x	444	727	519	609	
2005	423	578	396	245	x	446	715	587	595	
2006	434	575	411	256	x	460	703	609	591	
2007	455	566	434	258	x	461	714	638	596	
2008	468	562	449	273	x	549	717	675	598	
2009	480	562	463	298	x	584	730	724	599	
2010	494	562	479	321	x	590	740	762	603	
2011	500	561	487	335	x	593	737	796	617	
2012	509	571	493	308	1.097	555	772	847	677	
2013	520	576	505	318	1.111	520	777	878	717	
Neue Bundesländer										
1993 ¹	468	460	471	111	x	464	498	485	487	
1995	565	530	574	326	x	600	636	580	581	
2000	679	666	682	434	x	554	756	680	697	
2001	672	650	676	506	x	469	751	645	688	
2002	666	642	672	386	x	453	775	597	696	
2003	670	646	675	431	x	433	775	605	696	
2004	657	635	661	450	x	434	768	516	680	
2005	655	628	661	473	x	509	750	604	682	
2006	660	624	670	506	x	559	743	607	693	
2007	645	608	656	493	x	564	738	613	673	
2008	652	597	667	567	x	622	743	637	674	
2009	656	602	671	624	x	638	746	672	671	
2010	666	607	683	740	x	645	747	693	661	
2011	665	606	681	710	x	647	743	696	668	
2012	718	619	753	652	1.017	650	789	907	777	
2013	742	627	786	655	1.054	625	795	944	830	
Deutschland										
1993	405	507	379	210	x	455	544	584	529	
1995	472	553	452	228	x	465	605	624	605	
2000	505	616	485	230	x	486	706	644	658	
2001	497	599	477	243	x	466	723	584	649	
2002	485	597	464	242	x	456	737	558	648	
2003	481	601	460	250	x	452	738	551	647	
2004	471	594	449	249	x	443	735	519	631	
2005	461	588	438	253	x	450	722	589	622	
2006	466	585	444	264	x	471	709	609	616	
2007	487	574	469	267	x	475	718	635	618	
2008	499	569	484	284	x	559	722	670	619	
2009	509	570	496	313	x	590	733	715	619	
2010	525	571	514	348	x	597	741	750	620	
2011	529	569	520	356	x	600	738	777	632	
2012	542	580	532	327	1.085	568	775	856	704	
2013	554	586	546	336	1.102	534	780	888	744	

Ohne Knappschaftsausgleichleistungen, Nullrenten und ohne Renten nach Art. 2 RÜG; vor 1980 ohne Knappschaft, da eine Geschlechtertrennung nicht möglich ist.

Rentenhöhe in €/Monat (zur Vergleichbarkeit siehe Tabelle "Faktorenreihe zu den Zahlbeträgen").

¹ Einschließlich der im Jahr 1992 auf Grund technischer Probleme nicht bewilligten Rentenanträge.

Zur Euro-Umrechnung vgl. Glossar.

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung - Rentenzugang, verschiedene Jahrgänge

Durchschnittliche Zahlungsbeträge der Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit nach Rentenarten Männer und Frauen

Jahr	Renten wegen verminderter Erwerbs- fähigkeit insgesamt	davon:			
		wegen		an Bergleute wegen	
		teilweiser Erwerbs- minderung ²	voller Erwerbs- minderung ³	verminderter bergmänni- scher Berufs- fähigkeit	Vollendung des 50. Lebensjahres
		- in €/Monat -			
Alte Bundesländer					
1960	80	63	95	x	x
1965	108	83	122	x	x
1970	157	118	171	x	x
1975	220	165	225	x	x
1980	321	297	321	274	450
1985	462	369	478	205	511
1990	619	476	647	237	603
1993	690	555	718	227	632
1995	705	549	734	214	556
2000	713	562	743	221	512
2001	680	489	726	217	481
2002	662	425	725	221	523
2003	655	402	716	214	526
2004	640	381	698	213	502
2005	631	370	688	207	558
2006	626	363	677	225	648
2007	616	362	666	226	652
2008	604	359	650	226	658
2009	605	363	645	230	683
2010	603	363	641	229	692
2011	599	359	636	231	687
2012	610	362	647	200	703
2013	615	366	651	232	705
Neue Bundesländer					
1993 ¹	525	373	532	196	440
1995	597	429	611	158	505
2000	678	473	717	155	344
2001	658	435	713	164	396
2002	641	392	710	154	354
2003	641	384	709	153	401
2004	621	367	687	153	402
2005	613	357	677	149	412
2006	611	351	670	149	417
2007	594	347	650	149	419
2008	580	338	634	158	291
2009	584	343	632	150	483
2010	589	344	635	157	525
2011	586	345	629	152	529
2012	597	342	642	166	527
2013	607	353	649	163	514
Deutschland					
1993	655	542	675	227	630
1995	680	535	704	203	552
2000	706	547	738	198	461
2001	676	479	724	199	440
2002	658	419	722	194	447
2003	652	398	715	188	455
2004	636	378	696	184	449
2005	627	368	686	179	494
2006	623	361	676	189	645
2007	611	359	662	189	649
2008	599	355	647	193	655
2009	600	358	643	188	681
2010	600	359	640	191	691
2011	596	356	634	189	686
2012	607	358	646	182	702
2013	613	363	650	198	704

Ohne Nullrenten und ohne Renten nach Art. 2 RÜG.

Rentenhöhe in €/Monat (zur Vergleichbarkeit siehe Tabelle "Faktorenreihe zu den Zahlungsbeträgen").

¹ Einschließlich der im Jahr 1992 auf Grund technischer Probleme nicht bewilligten Rentenanträge.

² Bei Renten mit Rentenbeginn bis zum 31.12.2000: Renten wegen Berufsunfähigkeit

³ Bei Renten mit Rentenbeginn bis zum 31.12.2000: Renten wegen Erwerbsunfähigkeit

Zur Euro-Umrechnung vgl. Glossar.

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung - Rentenzugang, verschiedene Jahrgänge

Durchschnittliche Zahlbeträge der Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit nach Rentenarten Männer

Jahr	Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit insgesamt	davon:			
		wegen		an Bergleute wegen	
		teilweiser Erwerbsminderung ²	voller Erwerbsminderung ³	verminderter bergmännischer Berufsfähigkeit	Vollendung des 50. Lebensjahres
- in €/Monat -					
Alte Bundesländer					
1960	102	82	118	x	x
1965	143	110	162	x	x
1970	222	165	242	x	x
1975	331	218	350	x	x
1980	467	333	492	275	450
1985	562	400	602	206	511
1990	698	500	752	238	603
1993	766	582	817	229	632
1995	778	572	831	216	556
2000	780	589	835	224	512
2001	742	537	809	220	481
2002	716	472	796	223	523
2003	703	447	777	216	526
2004	682	423	751	217	502
2005	673	411	739	209	558
2006	667	401	726	229	648
2007	656	399	712	229	652
2008	641	396	691	234	658
2009	643	404	687	237	683
2010	639	401	679	237	692
2011	635	397	673	240	687
2012	647	404	684	203	703
2013	652	412	686	238	705
Neue Bundesländer					
1993 ¹	608	414	620	237	440
1995	661	459	682	176	505
2000	687	486	740	157	344
2001	663	456	729	170	396
2002	641	410	717	157	354
2003	637	399	712	156	401
2004	611	380	682	157	402
2005	601	368	674	149	412
2006	601	361	666	153	417
2007	584	355	642	152	419
2008	567	346	623	159	291
2009	570	351	619	155	483
2010	574	351	621	164	525
2011	568	351	612	157	529
2012	578	350	622	166	527
2013	589	360	629	167	514
Deutschland					
1993	742	574	783	229	630
1995	756	561	800	211	552
2000	763	573	817	203	461
2001	727	523	794	204	440
2002	701	460	780	199	447
2003	689	437	763	193	455
2004	667	414	736	190	449
2005	658	402	726	183	494
2006	653	393	714	196	645
2007	641	390	697	196	649
2008	625	384	677	199	655
2009	627	392	672	196	681
2010	625	389	667	201	691
2011	621	387	660	199	686
2012	633	393	671	185	702
2013	639	400	674	205	704

Ohne Nullrenten und ohne Renten nach Art. 2 RÜG;

vor 1980 ohne Knappschaft, da eine Geschlechtertrennung nicht möglich ist.

Rentenhöhe in €/Monat (zur Vergleichbarkeit siehe Tabelle "Faktorenreihe zu den Zahlbeträgen").

¹ Einschließlich der im Jahr 1992 auf Grund technischer Probleme nicht bewilligten Rentenansprüche.

² Bei Renten mit Rentenbeginn bis zum 31.12.2000: Renten wegen Berufsunfähigkeit

³ Bei Renten mit Rentenbeginn bis zum 31.12.2000: Renten wegen Erwerbsunfähigkeit

Zur Euro-Umrechnung vgl. Glossar.

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung - Rentenzugang, verschiedene Jahrgänge

Durchschnittliche Zahlungsbeträge der Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit nach Rentenarten Frauen

Jahr	Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit insgesamt	davon:			
		wegen		an Bergleute wegen	
		teilweiser Erwerbsminderung ²	voller Erwerbsminderung ³	verminderter bergmännischer Berufsfähigkeit	Vollendung des 50. Lebensjahres
- in €/Monat -					
Alte Bundesländer					
1960	42	36	48	x	x
1965	48	38	54	x	x
1970	67	55	72	x	x
1975	111	94	113	x	x
1980	188	152	189	115	x
1985	297	237	301	101	x
1990	449	329	457	176	x
1993	529	388	539	166	x
1995	563	407	573	153	x
2000	602	406	613	138	x
2001	586	350	617	153	x
2002	585	331	634	166	x
2003	589	322	640	137	x
2004	583	312	633	151	x
2005	578	307	627	139	x
2006	575	306	620	146	x
2007	566	314	612	162	x
2008	562	314	605	129	x
2009	562	313	601	135	x
2010	562	321	601	133	x
2011	561	317	597	117	x
2012	571	321	609	167	x
2013	576	324	614	176	x
Neue Bundesländer					
1993 ¹	460	321	465	103	x
1995	530	375	539	120	x
2000	666	437	689	145	x
2001	650	395	693	138	x
2002	642	363	701	135	x
2003	646	358	706	144	x
2004	635	347	693	138	x
2005	628	339	682	148	x
2006	624	334	675	128	x
2007	608	336	660	138	x
2008	597	328	646	157	x
2009	602	333	648	131	x
2010	607	334	652	128	x
2011	606	339	649	128	x
2012	619	333	663	167	x
2013	627	346	671	148	x
Deutschland					
1993	507	374	515	161	x
1995	553	399	562	133	x
2000	616	415	629	143	x
2001	599	360	632	142	x
2002	597	338	648	143	x
2003	601	330	653	143	x
2004	594	319	645	140	x
2005	588	313	638	146	x
2006	585	312	631	132	x
2007	574	319	622	143	x
2008	569	317	613	148	x
2009	570	317	611	132	x
2010	571	323	611	129	x
2011	569	321	607	126	x
2012	580	323	620	167	x
2013	586	329	626	157	x

Ohne Nullrenten und ohne Renten nach Art. 2 RÜG;

vor 1980 ohne Knappschaft, da eine Geschlechtertrennung nicht möglich ist.

Rentenhöhe in €/Monat (zur Vergleichbarkeit siehe Tabelle "Faktorenreihe zu den Zahlungsbeträgen").

¹ Einschließlich der im Jahr 1992 auf Grund technischer Probleme nicht bewilligten Rentenanträge.

² Bei Renten mit Rentenbeginn bis zum 31.12.2000: Renten wegen Berufsunfähigkeit

³ Bei Renten mit Rentenbeginn bis zum 31.12.2000: Renten wegen Erwerbsunfähigkeit

Zur Euro-Umrechnung vgl. Glossar.

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung - Rentenzugang, verschiedene Jahrgänge

Durchschnittliche Zahlbeträge der Renten wegen Todes nach Rentenarten

Jahr	Renten wegen Todes insgesamt	Witwen-/ Witwer-renten	Witwen-renten	Witwer-renten	Halb-waisen-renten	Voll-waisen-renten	Erziehungs-renten
- in €/Monat -							
Alte Bundesländer							
1960	66	78	x	x	31	38	x
1965	91	111	x	x	42	53	x
1970	140	166	x	x	63	80	x
1975	214	256	x	x	98	131	x
1980	288	346	x	x	118	176	151
1985	356	420	421	278	128	214	221
1990	402	455	486	131	135	248	290
1993	408	464	500	151	142	261	521
1995	415	477	516	169	146	285	568
2000	423	484	529	193	150	287	662
2001	423	485	532	197	147	292	654
2002	433	496	547	205	152	295	695
2003	437	499	548	207	152	299	703
2004	426	490	542	206	149	298	698
2005	425	488	541	207	148	299	682
2006	426	486	539	208	146	294	665
2007	424	485	539	208	146	294	655
2008	429	491	548	212	146	294	655
2009	437	499	558	219	149	299	659
2010	438	500	559	223	149	298	665
2011	439	500	561	226	149	304	658
2012	450	512	574	235	151	302	659
2013	456	516	580	237	151	299	667
Neue Bundesländer							
1993 ¹	278	287	355	132	143	248	446
1995	341	384	439	168	143	250	505
2000	407	471	543	226	148	298	734
2001	416	480	555	233	148	311	722
2002	425	492	571	244	151	316	743
2003	436	504	585	249	153	314	769
2004	430	500	580	250	149	323	744
2005	431	496	579	250	149	318	712
2006	433	496	577	251	148	306	694
2007	431	493	575	257	147	304	679
2008	433	494	576	262	145	297	684
2009	448	507	590	272	149	305	683
2010	451	508	592	276	148	318	704
2011	458	511	594	282	147	312	678
2012	469	520	604	291	148	314	687
2013	486	533	619	302	150	325	708
Deutschland							
1993	377	418	469	141	142	260	477
1995	395	453	497	169	146	279	536
2000	419	481	532	203	150	290	689
2001	421	484	536	208	147	298	678
2002	431	496	551	217	152	301	711
2003	437	500	555	218	152	302	724
2004	427	492	549	219	149	304	710
2005	426	490	548	219	148	303	689
2006	427	488	546	220	147	297	672
2007	425	486	546	221	146	297	660
2008	430	491	553	225	146	294	661
2009	439	500	564	234	149	300	663
2010	440	501	565	237	149	302	671
2011	443	502	567	241	149	306	661
2012	454	514	580	250	151	304	663
2013	462	520	587	255	151	303	674

Ohne Nullrenten und ohne Renten nach Art. 2 RÜG; vor 1984 keine Differenzierung nach Witwen- und Witwerrente möglich.

Rentenhöhe in €/Monat (zur Vergleichbarkeit siehe Tabelle "Faktorenreihe zu den Zahlbeträgen").

¹ Einschließlich der im Jahr 1992 auf Grund technischer Probleme nicht bewilligten Rentenansprüche.

Zur Euro-Umrechnung vgl. Glossar.

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung - Rentenzugang, sowie Angaben der Knappschaft

Durchschnittliche Zahlbeträge der Witwen-/Witwerrenten nach Rentenarten

Jahr	Witwen-/Witwerrenten		Witwenrenten		Witwerrenten	
	Kleine	Große	Kleine	Große	Kleine	Große
- in €/Monat -						
Alte Bundesländer						
1960	40	78	x	x	x	x
1965	50	113	x	x	x	x
1970	70	168	x	x	x	x
1975	98	259	x	x	x	x
1980	138	351	x	x	x	x
1985	171	426	x	x	x	x
1990	196	460	201	492	103	132
1993	181	469	185	506	120	151
1995	176	483	179	522	133	170
2000	164	488	166	534	144	194
2001	162	489	163	537	155	197
2002	168	500	169	551	164	205
2003	161	502	162	552	151	207
2004	158	493	160	545	144	207
2005	158	491	161	545	138	208
2006	159	489	161	542	147	208
2007	152	487	156	543	129	209
2008	159	493	160	551	151	212
2009	160	501	161	561	154	220
2010	167	502	167	561	169	223
2011	171	502	174	563	152	227
2012	171	514	169	576	177	235
2013	178	518	173	582	205	237
Neue Bundesländer						
1993 ¹	106	290	111	360	74	132
1995	137	390	142	446	100	169
2000	148	476	152	549	129	227
2001	149	484	152	560	136	234
2002	156	497	156	577	155	245
2003	153	508	151	591	159	250
2004	151	503	154	585	137	251
2005	152	500	155	583	135	251
2006	145	500	148	582	131	252
2007	156	496	162	579	132	257
2008	151	496	153	580	143	262
2009	148	509	148	593	145	273
2010	145	510	144	595	148	276
2011	155	512	153	596	162	283
2012	140	521	145	606	117	291
2013	157	534	158	620	152	302
Deutschland						
1993	164	423	169	475	99	142
1995	164	458	168	504	119	170
2000	160	485	163	537	139	204
2001	159	488	161	541	149	208
2002	165	500	166	556	162	217
2003	159	503	160	559	154	219
2004	156	495	159	553	142	219
2005	156	493	160	552	137	220
2006	156	491	158	549	142	220
2007	153	489	157	549	130	222
2008	157	494	159	556	149	226
2009	158	503	159	567	152	234
2010	163	503	163	567	164	238
2011	168	504	171	569	154	242
2012	166	515	166	582	168	250
2013	175	521	171	589	193	255

Ohne Nullrenten und ohne Renten nach Art. 2 RÜG; vor 1987 keine Differenzierung nach kleiner und großer Witwen- oder Witwerrente möglich.

Rentenhöhe in €/Monat (zur Vergleichbarkeit siehe Tabelle "Faktorenreihe zu den Zahlbeträgen").

¹ Einschließlich der im Jahr 1992 auf Grund technischer Probleme nicht bewilligten Rentenanträge.

Zur Euro-Umrechnung vgl. Glossar.

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung - Rentenzugang, sowie Angaben der Knappschaft

Durchschnittliche Versicherungsjahre der Versichertenrenten nach Rentenarten – Männer und Frauen

Jahr	Ver- sicherten- renten insge- samt ¹	Renten wegen verminder- ter Erwerbs- fähigkeit insgesamt	Renten wegen Alters insge- samt ¹	davon						
				Regel- alters- renten	für besonders lang- jährig Ver- sicherte	Altersrenten ...			wegen Arbeits- losigkeit/ Altersteil- zeitarbeit	für Frauen
						für lang- jährig Ver- sicherte	für schwer- behinderte Menschen			
Alte Bundesländer										
1960	29,8	26,6	35,0	35,1	x	x	x	34,1	34,7	
1965	29,3	26,1	32,5	32,5	x	x	x	34,8	32,4	
1970	29,6	26,2	32,6	32,8	x	x	x	39,1	31,0	
1975	29,2	23,0	33,5	26,8	x	44,4	43,9	38,6	30,1	
1980	29,8	25,0	34,5	26,4	x	43,8	43,6	39,3	32,4	
1985	31,1	30,0	31,8	20,2	x	43,8	43,5	41,7	32,7	
1990	30,3	33,8	29,1	17,6	x	44,2	43,4	41,3	33,5	
1993	32,4	37,4	30,7	18,5	x	43,9	41,9	42,7	34,8	
1995	32,9	37,2	31,4	19,0	x	43,1	41,7	42,4	35,3	
2000	32,4	37,2	31,2	16,7	x	43,4	41,8	42,4	34,5	
2001	32,3	37,1	31,0	16,6	x	43,4	41,7	43,4	34,6	
2002	32,0	37,7	30,7	16,8	x	43,8	41,8	44,1	34,8	
2003	31,9	38,5	30,5	17,4	x	43,9	41,7	44,1	34,9	
2004	31,6	39,3	29,9	18,0	x	43,7	41,7	44,0	35,2	
2005	31,5	39,5	29,7	18,4	x	44,1	41,9	43,5	35,1	
2006	32,0	39,6	30,3	19,7	x	43,9	41,9	43,7	35,9	
2007	33,7	39,7	32,4	22,6	x	44,1	42,1	43,8	36,5	
2008	33,9	39,2	32,7	23,3	x	44,0	41,9	43,8	36,8	
2009	33,5	38,7	32,2	23,6	x	43,4	41,7	43,6	36,4	
2010	34,6	38,6	33,5	24,6	x	43,3	42,0	44,1	37,1	
2011	34,7	38,4	33,7	25,5	x	43,5	42,2	44,3	37,5	
2012	34,8	38,5	33,7	22,6	49,4	43,5	42,8	45,1	38,3	
2013	35,0	38,6	34,0	22,9	49,4	43,2	42,7	45,3	39,2	
Neue Bundesländer										
1993	42,2	38,7	43,2	46,6	x	47,7	44,4	44,6	39,6	
1995	43,3	39,9	43,9	47,2	x	47,8	44,4	44,6	40,6	
2000	42,1	39,7	42,7	37,4	x	45,5	43,4	44,5	41,6	
2001	42,1	39,7	42,7	36,6	x	45,4	43,1	44,9	41,7	
2002	42,4	40,4	42,9	33,7	x	45,7	43,5	45,6	42,2	
2003	42,8	41,2	43,2	36,8	x	45,7	43,5	45,7	42,5	
2004	42,9	41,8	43,2	37,8	x	45,2	43,5	45,6	42,7	
2005	43,1	42,1	43,3	38,2	x	45,7	43,7	45,5	42,7	
2006	43,1	42,5	43,3	38,7	x	45,7	43,7	45,4	43,2	
2007	43,1	42,3	43,4	40,9	x	44,6	43,7	45,4	43,1	
2008	43,1	41,9	43,5	41,0	x	46,0	43,8	44,9	43,4	
2009	42,3	41,5	42,6	40,4	x	45,3	43,2	44,3	42,4	
2010	42,6	41,5	43,0	41,0	x	45,1	43,6	44,7	42,8	
2011	42,6	41,4	43,0	40,0	x	45,3	43,9	44,8	43,0	
2012	42,9	41,6	43,4	36,7	48,7	45,5	44,5	46,2	44,5	
2013	43,1	41,7	43,6	35,9	48,7	45,3	44,5	46,5	45,4	
Deutschland										
1993	34,9	37,7	34,0	24,4	x	44,5	42,0	43,1	37,2	
1995	36,5	37,9	36,1	23,5	x	44,4	41,8	43,7	37,8	
2000	34,5	37,7	33,7	17,6	x	43,6	42,0	43,1	37,1	
2001	34,2	37,7	33,3	17,4	x	43,7	41,9	43,9	37,1	
2002	34,0	38,3	33,0	17,5	x	44,1	42,1	44,5	37,3	
2003	34,1	39,2	33,0	18,5	x	44,2	42,1	44,6	37,5	
2004	33,9	39,8	32,6	19,2	x	44,0	42,0	44,5	37,7	
2005	33,8	40,1	32,3	19,6	x	44,5	42,2	44,1	37,6	
2006	34,0	40,3	32,6	21,1	x	44,4	42,2	44,2	38,0	
2007	35,6	40,3	34,4	24,3	x	44,2	42,4	44,2	38,5	
2008	35,7	39,8	34,7	25,0	x	44,5	42,2	44,0	38,9	
2009	35,2	39,3	34,1	25,3	x	43,8	41,9	43,8	38,2	
2010	36,2	39,2	35,4	26,4	x	43,7	42,3	44,3	38,9	
2011	36,3	39,1	35,5	26,9	x	43,9	42,5	44,5	39,3	
2012	36,3	39,1	35,4	24,0	49,3	43,9	43,1	45,4	40,1	
2013	36,5	39,2	35,7	24,1	49,3	43,7	43,1	45,7	41,1	

Bis 1991 Versicherungsjahre, ab 1992 Summe aus Beitrags- und beitragsfreien Zeiten.

Diese Kenngrößen beruhen auf einer besonderen Fallauswahl; vollständig ruhende Renten, Vertragsrenten und statistisch nicht auswertbare Fälle sind nicht enthalten.

Vor 1980 ohne Knappschaft, da eine Geschlechtertrennung nicht möglich ist.

¹ In der Summe sind die Altersrenten für langjährig unter Tage Beschäftigte enthalten.

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung - Rentenzugang, verschiedene Jahrgänge

Durchschnittliche Versicherungsjahre der Versichertenrenten nach Rentenarten - Männer

Jahr	Ver-sicherten-renten insge-samt	Renten wegen verminder-ter Erwerbs-fähigkeit insgesamt	Renten wegen Alters insge-samt	davon					
				Altersrenten ...					
				Regel-alters-renten	für besonders lang-jährig Ver-sicherte	für lang-jährig Ver-sicherte	für schwer-behinderte Menschen	wegen Arbeits-losigkeit/ Altersteil-zeitarbeit	für langjährig unter Tage Beschäf-tigte
Alte Bundesländer									
1960	34,0	31,7	37,6	37,7	x	x	x	35,5	x
1965	33,5	31,1	35,8	35,8	x	x	x	36,2	x
1970	35,3	32,8	37,7	37,5	x	x	x	40,0	x
1975	35,5	29,8	38,8	31,2	x	44,7	44,0	40,1	x
1980	35,7	31,2	40,0	31,2	x	44,2	43,7	41,8	33,9
1985	36,4	33,6	38,6	26,7	x	44,2	43,7	42,4	30,3
1990	37,3	35,7	38,1	25,6	x	44,8	43,8	42,3	36,4
1993	39,5	39,7	39,4	26,1	x	46,1	44,0	43,5	44,5
1995	39,6	39,5	39,7	27,3	x	46,0	44,0	43,4	44,8
2000	39,7	39,7	39,7	25,0	x	45,9	44,1	43,3	44,3
2001	39,6	39,6	39,7	24,7	x	45,9	44,1	43,9	44,7
2002	39,8	40,0	39,7	25,3	x	46,3	44,3	44,5	44,2
2003	39,5	40,7	39,2	26,2	x	46,3	44,4	44,5	44,1
2004	39,2	41,3	38,7	27,2	x	46,2	44,4	44,4	43,9
2005	39,0	41,5	38,4	27,6	x	46,3	44,6	44,1	44,8
2006	39,1	41,6	38,4	28,9	x	46,2	44,7	44,5	44,5
2007	40,1	41,5	39,8	32,6	x	46,3	44,9	44,6	43,9
2008	39,9	41,0	39,7	32,9	x	46,5	44,8	44,7	43,6
2009	39,4	40,6	39,1	32,7	x	46,1	44,6	44,5	43,3
2010	40,0	40,4	39,9	32,7	x	46,1	44,9	44,8	45,1
2011	39,9	40,1	39,9	33,3	x	46,1	45,1	44,9	44,4
2012	40,1	40,2	40,1	29,6	49,8	46,2	45,5	45,9	45,4
2013	40,2	40,1	40,2	29,7	49,8	46,1	45,5	46,0	45,1
Neue Bundesländer									
1993	46,4	40,8	47,7	48,9	x	47,7	44,8	44,8	44,2
1995	45,3	41,3	45,9	48,6	x	47,8	44,7	44,9	44,8
2000	43,7	40,2	44,8	44,0	x	46,4	44,0	44,7	44,4
2001	43,7	40,2	44,9	43,0	x	46,3	43,9	45,1	43,9
2002	44,2	40,7	45,4	43,2	x	46,6	44,3	45,6	44,6
2003	44,5	41,5	45,4	43,7	x	46,4	44,3	45,7	44,7
2004	44,5	42,0	45,2	43,5	x	45,9	44,3	45,7	44,0
2005	44,5	42,2	45,2	43,3	x	46,2	44,5	45,6	44,1
2006	44,4	42,8	44,9	42,7	x	46,3	44,6	45,6	44,9
2007	44,4	42,5	45,0	44,4	x	45,1	44,5	45,6	43,6
2008	44,2	42,0	44,9	43,8	x	46,6	44,6	45,0	43,7
2009	43,3	41,6	44,0	42,8	x	45,9	44,1	44,4	43,6
2010	43,3	41,5	44,0	42,1	x	45,8	44,3	44,8	44,0
2011	43,2	41,4	44,0	41,1	x	45,9	44,6	45,0	44,1
2012	43,4	41,6	44,1	38,1	48,8	46,2	45,1	46,3	44,4
2013	43,5	41,8	44,1	37,1	48,8	45,9	45,2	46,6	44,5
Deutschland									
1993	41,2	39,9	41,8	36,5	x	46,4	44,0	43,8	44,4
1995	41,9	39,9	42,6	35,4	x	46,6	44,1	44,3	44,8
2000	40,6	39,8	40,8	26,7	x	46,0	44,1	43,8	44,3
2001	40,4	39,7	40,7	26,1	x	46,0	44,1	44,3	44,6
2002	40,6	40,2	40,8	26,6	x	46,3	44,3	44,8	44,5
2003	40,6	40,9	40,5	27,9	x	46,4	44,4	44,9	44,6
2004	40,4	41,5	40,1	29,1	x	46,1	44,4	44,8	43,9
2005	40,3	41,7	39,9	29,3	x	46,3	44,6	44,6	44,2
2006	40,2	41,8	39,7	30,7	x	46,2	44,7	44,7	44,6
2007	41,0	41,7	40,8	34,4	x	46,0	44,8	44,9	43,8
2008	40,8	41,2	40,7	34,6	x	46,5	44,7	44,8	43,7
2009	40,2	40,8	40,0	34,3	x	46,0	44,5	44,5	43,5
2010	40,7	40,6	40,7	34,2	x	46,0	44,8	44,8	44,5
2011	40,6	40,4	40,6	34,3	x	46,1	45,0	44,9	44,3
2012	40,8	40,5	40,9	30,8	49,7	46,2	45,5	46,0	44,8
2013	40,9	40,5	41,0	30,7	49,6	46,0	45,5	46,2	44,7

Bis 1991 Versicherungsjahre, ab 1992 Summe aus Beitrags- und beitragsfreien Zeiten.

Diese Kenngrößen beruhen auf einer besonderen Fallauswahl; vollständig ruhende Renten, Vertragsrenten und statistisch nicht auswertbare Fälle sind nicht enthalten.

Vor 1980 ohne Knappschaft, da eine Geschlechtertrennung nicht möglich ist.

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung - Rentenzugang, verschiedene Jahrgänge

Durchschnittliche Versicherungsjahre der Versichertenrenten nach Rentenarten – Frauen

Jahr	Ver- sicherten- renten insge- samt	davon							
		Renten wegen verminder- ter Erwerbs- fähigkeit insgesamt	Renten wegen Alters insge- samt	Altersrenten ...					
				Regel- alters- renten	für besonders lang- jährig Ver- sicherte	für lang- jährig Ver- sicherte	für schwer- behinderte Menschen	wegen Arbeits- losigkeit/ Altersteil- zeitarbeit	für Frauen
Alte Bundesländer									
1960	23,7	19,8	30,9	27,5	x	x	x	27,3	34,7
1965	23,6	19,3	27,8	24,6	x	x	x	26,2	32,4
1970	22,9	18,0	27,0	23,3	x	x	x	24,9	31,0
1975	22,2	17,0	26,6	21,7	x	39,7	39,3	x	30,1
1980	24,4	19,4	29,4	22,3	x	38,7	40,6	27,2	32,4
1985	25,1	24,1	25,5	16,4	x	38,1	40,4	31,7	32,7
1990	23,2	29,6	22,0	14,3	x	35,7	38,8	33,1	33,5
1993	24,7	32,9	22,9	15,4	x	30,2	30,7	34,8	34,8
1995	26,2	33,1	24,6	15,6	x	29,6	31,6	35,4	35,3
2000	25,5	33,2	24,2	13,4	x	28,9	34,7	34,3	34,5
2001	25,4	33,6	23,8	13,2	x	29,0	35,2	32,5	34,6
2002	24,9	34,6	23,2	13,1	x	29,0	35,5	32,4	34,8
2003	25,0	35,8	23,2	13,3	x	29,0	35,7	32,3	34,9
2004	25,0	36,7	23,1	13,3	x	29,3	36,1	32,8	35,2
2005	24,7	37,1	22,4	13,5	x	29,8	36,1	35,4	35,1
2006	25,7	37,4	23,6	14,2	x	30,8	36,6	36,8	35,9
2007	27,7	37,6	25,7	14,8	x	31,1	37,2	37,5	36,5
2008	28,4	37,2	26,6	15,7	x	33,9	37,4	38,2	36,8
2009	28,4	36,7	26,6	16,4	x	34,3	37,3	38,3	36,4
2010	30,2	36,7	28,5	18,7	x	34,6	37,8	39,6	37,1
2011	30,3	36,7	28,8	19,6	x	34,4	38,0	40,3	37,5
2012	29,8	36,8	27,9	18,0	47,1	33,6	38,4	40,7	38,3
2013	30,0	37,1	27,9	18,3	47,0	32,5	38,7	41,4	39,2
Neue Bundesländer									
1993	38,0	37,0	38,3	10,2	x	34,1	39,1	38,7	39,6
1995	39,8	38,3	40,2	20,2	x	37,8	39,1	40,1	40,6
2000	40,6	38,9	40,9	27,1	x	33,4	41,4	40,9	41,6
2001	40,6	39,1	40,9	27,6	x	31,4	41,6	39,5	41,7
2002	40,6	39,9	40,7	24,0	x	31,1	42,1	39,1	42,2
2003	41,0	40,9	41,1	26,6	x	30,7	42,1	40,3	42,5
2004	41,3	41,5	41,2	27,3	x	31,7	42,2	40,1	42,7
2005	41,2	41,9	41,1	28,2	x	34,7	42,3	41,4	42,7
2006	41,5	42,1	41,4	29,3	x	37,9	42,4	41,8	43,2
2007	41,7	42,1	41,7	29,5	x	38,9	42,7	42,4	43,1
2008	42,0	41,8	42,1	31,8	x	40,7	42,8	43,1	43,4
2009	41,3	41,4	41,3	33,9	x	41,3	42,3	42,7	42,4
2010	42,1	41,5	42,2	39,2	x	41,6	42,8	43,4	42,8
2011	42,1	41,4	42,3	38,4	x	41,5	43,0	43,6	43,0
2012	42,3	41,5	42,6	34,5	47,9	41,9	43,6	45,4	44,5
2013	42,5	41,5	42,8	33,9	48,0	40,8	43,7	45,6	45,4
Deutschland									
1993	28,2	34,2	26,7	15,3	x	30,2	30,8	35,2	37,2
1995	30,0	34,7	28,9	15,6	x	29,7	31,7	37,4	37,8
2000	28,8	34,5	27,7	13,7	x	29,1	35,5	35,9	37,1
2001	28,4	34,8	27,2	13,5	x	29,1	36,4	33,8	37,1
2002	27,9	35,8	26,4	13,5	x	29,1	36,9	33,1	37,3
2003	28,2	36,9	26,6	13,7	x	29,1	37,1	33,2	37,5
2004	28,1	37,8	26,3	13,8	x	29,5	37,4	34,0	37,7
2005	27,6	38,1	25,5	14,0	x	30,2	37,4	36,4	37,6
2006	28,3	38,4	26,3	14,7	x	31,8	37,6	37,4	38,0
2007	30,3	38,6	28,5	15,4	x	32,4	38,2	38,2	38,5
2008	30,9	38,2	29,3	16,4	x	35,0	38,4	38,9	38,9
2009	30,8	37,7	29,2	17,3	x	35,2	38,2	39,0	38,2
2010	32,6	37,7	31,2	20,3	x	35,7	38,8	40,4	38,9
2011	32,6	37,6	31,4	20,9	x	35,5	39,0	40,9	39,3
2012	32,0	37,8	30,4	19,0	47,2	34,9	39,4	41,4	40,1
2013	32,1	38,0	30,4	19,2	47,2	33,8	39,6	42,0	41,1

Bis 1991 Versicherungsjahre, ab 1992 Summe aus Beitrags- und beitragsfreien Zeiten.

Diese Kenngrößen beruhen auf einer besonderen Fallauswahl; vollständig ruhende Renten, Vertragsrenten und statistisch nicht auswertbare Fälle sind nicht enthalten.

Vor 1980 ohne Knappschaft, da eine Geschlechtertrennung nicht möglich ist.

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung - Rentenzugang, verschiedene Jahrgänge

Durchschnittliche Entgeltpunkte je Versicherungsjahr der Versichertenrenten nach Rentenarten – Männer und Frauen

Jahr	Ver- sicherten- renten insge- samt ¹	davon							
		Renten wegen verminder- ter Erwerbs- fähigkeit insgesamt	Renten wegen Alters insge- samt ¹	Altersrenten ...					
				Regel- alters- renten	für besonders lang- jährig Ver- sicherte	für lang- jährig Ver- sicherte	für schwer- behinderte Menschen	wegen Arbeits- losigkeit/ Altersteil- zeitarbeit	für Frauen
Alte Bundesländer									
1960	0,899	0,827	1,017	1,063	x	x	x	1,110	0,796
1965	0,914	0,859	0,969	1,012	x	x	x	1,169	0,743
1970	0,884	0,850	0,915	0,967	x	x		1,170	0,709
1975	0,892	0,812	0,949	0,887	x	1,152	1,138	1,091	0,755
1980	0,876	0,824	0,927	0,836	x	1,139	1,143	1,091	0,776
1985	0,913	0,909	0,915	0,799	x	1,135	1,135	1,134	0,773
1990	0,900	0,935	0,889	0,783	x	1,134	1,123	1,098	0,755
1993	0,890	0,945	0,871	0,718	x	1,066	1,066	1,107	0,781
1995	0,894	0,925	0,883	0,725	x	1,057	1,068	1,123	0,804
2000	0,902	0,901	0,902	0,769	x	1,085	1,042	1,109	0,787
2001	0,906	0,885	0,911	0,786	x	1,077	1,032	1,156	0,782
2002	0,897	0,866	0,904	0,784	x	1,065	1,021	1,166	0,776
2003	0,894	0,854	0,903	0,791	x	1,070	1,016	1,178	0,777
2004	0,882	0,841	0,890	0,789	x	1,061	1,011	1,179	0,775
2005	0,871	0,834	0,879	0,784	x	1,068	0,999	1,129	0,759
2006	0,867	0,824	0,877	0,777	x	1,074	1,000	1,156	0,765
2007	0,874	0,811	0,888	0,797	x	1,079	0,992	1,157	0,764
2008	0,858	0,788	0,874	0,786	x	1,062	0,976	1,147	0,757
2009	0,854	0,773	0,875	0,796	x	1,040	0,974	1,167	0,771
2010	0,828	0,758	0,848	0,744	x	1,023	0,956	1,164	0,752
2011	0,819	0,745	0,840	0,737		1,042	0,952	1,169	0,752
2012	0,815	0,741	0,836	0,695	1,163	1,009	0,959	1,120	0,745
2013	0,812	0,736	0,834	0,690	1,156	0,997	0,949	1,099	0,743
Neue Bundesländer									
1993	0,926	0,865	0,944	1,083	x	1,077	1,081	1,035	0,790
1995	0,979	0,878	0,998	1,069	x	1,117	1,103	1,073	0,822
2000	0,927	0,895	0,936	0,982	x	1,109	1,019	1,021	0,836
2001	0,921	0,880	0,932	0,980	x	1,069	0,985	1,040	0,828
2002	0,914	0,869	0,927	0,881	x	1,045	0,978	1,040	0,829
2003	0,915	0,865	0,928	0,907	x	1,037	0,966	1,034	0,832
2004	0,907	0,851	0,921	0,931	x	1,008	0,958	1,015	0,829
2005	0,902	0,843	0,919	0,928	x	0,991	0,942	0,991	0,827
2006	0,906	0,831	0,927	0,949	x	0,986	0,942	1,006	0,840
2007	0,889	0,810	0,911	0,968	x	0,967	0,923	0,974	0,827
2008	0,872	0,784	0,897	0,957	x	0,955	0,906	0,957	0,816
2009	0,865	0,775	0,895	0,954	x	0,931	0,898	0,945	0,827
2010	0,841	0,766	0,866	0,912	x	0,899	0,876	0,935	0,801
2011	0,831	0,755	0,855	0,880	x	0,913	0,871	0,913	0,800
2012	0,843	0,751	0,876	0,856	1,011	0,896	0,882	0,937	0,836
2013	0,834	0,740	0,866	0,846	1,004	0,883	0,859	0,912	0,830
Deutschland									
1993	0,899	0,927	0,890	0,795	x	1,068	1,067	1,091	0,785
1995	0,924	0,913	0,927	0,779	x	1,073	1,069	1,093	0,813
2000	0,908	0,900	0,910	0,779	x	1,087	1,039	1,080	0,805
2001	0,909	0,884	0,915	0,794	x	1,076	1,024	1,123	0,798
2002	0,900	0,867	0,908	0,788	x	1,062	1,013	1,132	0,794
2003	0,898	0,856	0,908	0,798	x	1,064	1,006	1,134	0,796
2004	0,887	0,844	0,896	0,798	x	1,051	1,001	1,126	0,793
2005	0,877	0,836	0,887	0,793	x	1,051	0,989	1,085	0,782
2006	0,874	0,826	0,885	0,790	x	1,052	0,991	1,118	0,788
2007	0,877	0,811	0,892	0,813	x	1,050	0,981	1,112	0,784
2008	0,861	0,787	0,878	0,802	x	1,035	0,965	1,104	0,775
2009	0,856	0,773	0,878	0,812	x	1,018	0,961	1,115	0,788
2010	0,831	0,760	0,851	0,763	x	0,996	0,942	1,107	0,767
2011	0,822	0,747	0,843	0,751	x	1,014	0,938	1,103	0,767
2012	0,820	0,743	0,843	0,711	1,139	0,984	0,946	1,073	0,772
2013	0,816	0,737	0,840	0,704	1,132	0,971	0,933	1,047	0,769

Bis 1991 Versicherungsjahre, ab 1992 Summe aus Beitrags- und beitragsfreien Zeiten.

Diese Kenngrößen beruhen auf einer besonderen Fallauswahl; vollständig ruhende Renten, Vertragsrenten und statistisch nicht auswertbare Fälle sind nicht enthalten.

Vor 1980 ohne Knappschaft, da eine Geschlechtertrennung nicht möglich ist.

¹ In der Summe sind die Altersrenten für langjährig unter Tage Beschäftigte enthalten.

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung - Rentenzugang, verschiedene Jahrgänge

Durchschnittliche Entgeltpunkte je Versicherungsjahr der Versichertenrenten nach Rentenarten - Männer

Jahr	Ver-sicherten-renten insge-samt	davon							
		Renten wegen verminder-ter Erwerbs-fähigkeit insgesamt	Renten wegen Alters insge-samt	Altersrenten ...					
				Regel-alters-renten	für besonders lang-jährig Ver-sicherte	für lang-jährig Ver-sicherte	für schwer-behinderte Menschen	wegen Arbeits-lostigkeit/ Altersteil-zeitarbeit	für langjährig unter Tage Beschäf-tigte
Alte Bundesländer									
1960	1,112	1,046	1,214	1,216	x	x	x	1,183	x
1965	1,132	1,072	1,190	1,189	x	x	x	1,242	x
1970	1,124	1,068	1,177	1,175	x	x	x	1,207	x
1975	1,125	1,063	1,160	1,150	x	1,172	1,142	1,151	x
1980	1,101	1,045	1,156	1,141	x	1,165	1,153	1,174	1,344
1985	1,097	1,036	1,144	1,106	x	1,162	1,153	1,163	1,232
1990	1,087	1,030	1,117	1,040	x	1,159	1,145	1,145	1,196
1993	1,059	1,037	1,069	0,904	x	1,125	1,125	1,143	1,391
1995	1,056	1,011	1,079	0,889	x	1,134	1,132	1,163	1,155
2000	1,048	0,979	1,071	0,832	x	1,155	1,119	1,147	1,429
2001	1,050	0,962	1,078	0,831	x	1,150	1,118	1,174	1,428
2002	1,037	0,939	1,065	0,823	x	1,136	1,109	1,181	1,331
2003	1,030	0,918	1,060	0,833	x	1,141	1,112	1,192	1,235
2004	1,018	0,902	1,049	0,844	x	1,138	1,115	1,194	1,268
2005	1,001	0,895	1,029	0,844	x	1,137	1,102	1,157	1,249
2006	1,006	0,883	1,038	0,857	x	1,154	1,111	1,195	1,133
2007	1,018	0,868	1,057	0,911	x	1,159	1,111	1,204	1,191
2008	1,006	0,843	1,048	0,909	x	1,153	1,101	1,202	1,206
2009	0,992	0,824	1,040	0,910	x	1,140	1,098	1,220	1,205
2010	0,975	0,808	1,031	0,877	x	1,134	1,086	1,214	1,251
2011	0,966	0,793	1,020	0,870	x	1,145	1,082	1,216	1,252
2012	0,955	0,787	1,007	0,808	1,207	1,105	1,083	1,169	1,223
2013	0,950	0,780	0,999	0,801	1,202	1,095	1,079	1,144	1,323
Neue Bundesländer									
1993	1,066	0,965	1,092	1,112	x	1,077	1,101	1,045	1,360
1995	1,075	0,954	1,093	1,092	x	1,118	1,115	1,089	1,338
2000	1,020	0,906	1,056	1,142	x	1,131	1,059	1,034	1,235
2001	1,015	0,888	1,061	1,148	x	1,091	1,042	1,047	1,188
2002	1,004	0,871	1,051	1,101	x	1,066	1,033	1,043	1,162
2003	1,001	0,865	1,042	1,064	x	1,057	1,020	1,036	1,172
2004	0,984	0,844	1,026	1,059	x	1,026	1,009	1,019	1,144
2005	0,968	0,838	1,005	1,038	x	1,005	0,989	0,997	1,207
2006	0,971	0,826	1,017	1,040	x	1,007	0,996	1,015	1,234
2007	0,953	0,800	1,000	1,034	x	0,990	0,976	0,986	1,277
2008	0,935	0,776	0,987	1,014	x	0,981	0,957	0,972	1,368
2009	0,916	0,761	0,978	1,011	x	0,960	0,942	0,959	1,297
2010	0,892	0,754	0,950	0,972	x	0,934	0,922	0,950	1,333
2011	0,878	0,740	0,933	0,939	x	0,943	0,914	0,926	1,357
2012	0,878	0,734	0,930	0,915	1,022	0,928	0,920	0,939	1,402
2013	0,867	0,721	0,913	0,900	1,013	0,916	0,900	0,912	1,302
Deutschland									
1993	1,061	1,025	1,075	0,999	x	1,117	1,124	1,119	1,385
1995	1,064	0,999	1,086	0,966	x	1,129	1,131	1,117	1,297
2000	1,042	0,964	1,068	0,860	x	1,152	1,112	1,108	1,399
2001	1,043	0,946	1,074	0,856	x	1,141	1,108	1,138	1,397
2002	1,031	0,923	1,063	0,843	x	1,125	1,097	1,143	1,228
2003	1,024	0,906	1,056	0,856	x	1,126	1,096	1,144	1,180
2004	1,011	0,888	1,044	0,868	x	1,115	1,096	1,138	1,179
2005	0,993	0,881	1,024	0,866	x	1,105	1,082	1,105	1,216
2006	0,999	0,871	1,034	0,881	x	1,114	1,094	1,147	1,167
2007	1,005	0,852	1,045	0,930	x	1,112	1,091	1,148	1,229
2008	0,991	0,827	1,036	0,925	x	1,106	1,081	1,147	1,318
2009	0,977	0,809	1,028	0,926	x	1,100	1,075	1,156	1,255
2010	0,958	0,795	1,015	0,892	x	1,088	1,060	1,145	1,291
2011	0,949	0,781	1,004	0,879	x	1,099	1,054	1,138	1,309
2012	0,940	0,775	0,992	0,823	1,177	1,063	1,056	1,107	1,329
2013	0,933	0,767	0,982	0,815	1,172	1,050	1,048	1,075	1,310

Bis 1991 Versicherungsjahre, ab 1992 Summe aus Beitrags- und beitragsfreien Zeiten.

Diese Kenngrößen beruhen auf einer besonderen Fallauswahl; vollständig ruhende Renten, Vertragsrenten und statistisch nicht auswertbare Fälle sind nicht enthalten.

Vor 1980 ohne Knappschaft, da eine Geschlechtertrennung nicht möglich ist.

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung - Rentenzugang, verschiedene Jahrgänge

Durchschnittliche Entgeltpunkte je Versicherungsjahr der Versichertenrenten nach Rentenarten – Frauen

Jahr	Ver- sicherten- renten insge- samt	davon							
		Renten wegen verminder- ter Erwerbs- fähigkeit insgesamt	Renten wegen Alters insge- samt	Altersrenten ...					
				Regel- alters- renten	für besonders lang- jährig Ver- sicherte	für lang- jährig Ver- sicherte	für schwer- behinderte Menschen	wegen Arbeits- losigkeit/ Altersteil- zeitarbeit	für Frauen
Alte Bundesländer									
1960	0,595	0,535	0,704	0,617	x	x	x	0,763	0,796
1965	0,612	0,570	0,654	0,590	x	x	x	0,714	0,743
1970	0,606	0,582	0,626	0,548	x	x	x	0,645	0,709
1975	0,636	0,590	0,676	0,580	x	0,756	0,844	0,759	0,755
1980	0,669	0,623	0,715	0,573	x	0,770	0,954	0,695	0,776
1985	0,702	0,696	0,704	0,619	x	0,765	0,906	0,750	0,773
1990	0,713	0,731	0,709	0,679	x	0,741	0,831	0,730	0,755
1993	0,706	0,765	0,693	0,640	x	0,690	0,755	0,794	0,781
1995	0,732	0,768	0,723	0,657	x	0,699	0,791	0,824	0,804
2000	0,766	0,779	0,763	0,744	x	0,684	0,805	0,763	0,787
2001	0,772	0,774	0,772	0,767	x	0,662	0,807	0,746	0,782
2002	0,768	0,770	0,768	0,767	x	0,642	0,801	0,738	0,776
2003	0,771	0,770	0,771	0,771	x	0,640	0,798	0,724	0,777
2004	0,765	0,766	0,765	0,762	x	0,627	0,799	0,706	0,775
2005	0,755	0,762	0,753	0,751	x	0,623	0,783	0,778	0,759
2006	0,745	0,755	0,743	0,729	x	0,619	0,785	0,795	0,765
2007	0,737	0,747	0,735	0,707	x	0,624	0,783	0,806	0,764
2008	0,725	0,730	0,724	0,687	x	0,681	0,773	0,811	0,757
2009	0,736	0,719	0,740	0,705	x	0,695	0,787	0,849	0,771
2010	0,705	0,707	0,705	0,650	x	0,682	0,767	0,837	0,752
2011	0,696	0,696	0,696	0,637	x	0,679	0,764	0,848	0,752
2012	0,685	0,695	0,682	0,621	0,904	0,654	0,766	0,838	0,745
2013	0,678	0,692	0,674	0,615	0,900	0,627	0,759	0,832	0,743
Neue Bundesländer									
1993	0,783	0,782	0,783	0,633	x	0,731	0,807	0,789	0,790
1995	0,814	0,798	0,818	0,608	x	0,853	0,890	0,824	0,822
2000	0,839	0,878	0,831	0,730	x	0,784	0,899	0,813	0,836
2001	0,833	0,870	0,825	0,744	x	0,697	0,876	0,801	0,828
2002	0,826	0,865	0,817	0,656	x	0,663	0,878	0,785	0,829
2003	0,828	0,865	0,821	0,677	x	0,644	0,875	0,783	0,832
2004	0,825	0,860	0,818	0,695	x	0,638	0,874	0,689	0,829
2005	0,822	0,849	0,815	0,714	x	0,688	0,860	0,785	0,827
2006	0,829	0,838	0,826	0,738	x	0,717	0,860	0,790	0,840
2007	0,818	0,823	0,817	0,749	x	0,708	0,848	0,782	0,827
2008	0,807	0,795	0,810	0,767	x	0,744	0,843	0,780	0,816
2009	0,816	0,791	0,823	0,794	x	0,745	0,848	0,817	0,827
2010	0,799	0,781	0,803	0,818	x	0,729	0,823	0,800	0,801
2011	0,792	0,773	0,797	0,786	x	0,725	0,817	0,782	0,800
2012	0,805	0,770	0,817	0,763	0,943	0,699	0,831	0,916	0,836
2013	0,794	0,761	0,807	0,758	0,947	0,665	0,805	0,920	0,830
Deutschland									
1993	0,726	0,770	0,715	0,640	x	0,690	0,756	0,793	0,785
1995	0,755	0,778	0,750	0,657	x	0,700	0,793	0,824	0,813
2000	0,781	0,801	0,778	0,744	x	0,689	0,817	0,775	0,805
2001	0,784	0,795	0,782	0,767	x	0,664	0,820	0,756	0,798
2002	0,779	0,791	0,777	0,763	x	0,643	0,817	0,743	0,794
2003	0,782	0,791	0,780	0,768	x	0,640	0,815	0,731	0,796
2004	0,776	0,787	0,774	0,760	x	0,628	0,815	0,703	0,793
2005	0,766	0,781	0,763	0,750	x	0,628	0,799	0,779	0,782
2006	0,759	0,773	0,756	0,729	x	0,633	0,798	0,794	0,788
2007	0,752	0,764	0,750	0,709	x	0,638	0,795	0,802	0,784
2008	0,740	0,743	0,740	0,691	x	0,691	0,785	0,807	0,775
2009	0,751	0,735	0,755	0,710	x	0,702	0,798	0,844	0,788
2010	0,724	0,723	0,724	0,663	x	0,690	0,778	0,829	0,767
2011	0,715	0,712	0,716	0,647	x	0,686	0,774	0,835	0,767
2012	0,706	0,710	0,705	0,630	0,910	0,661	0,778	0,850	0,772
2013	0,698	0,706	0,696	0,624	0,907	0,633	0,768	0,846	0,769

Bis 1991 Versicherungsjahre, ab 1992 Summe aus Beitrags- und beitragsfreien Zeiten.

Diese Kenngrößen beruhen auf einer besonderen Fallauswahl; vollständig ruhende Renten, Vertragsrenten und statistisch nicht auswertbare Fälle sind nicht enthalten.

Vor 1980 ohne Knappschaft, da eine Geschlechtertrennung nicht möglich ist.

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung - Rentenzugang, verschiedene Jahrgänge

Durchschnittliche Zugangsalter der Versichertenrenten nach Rentenarten - Männer und Frauen

Jahr	Versicherten- renten	davon Renten wegen	
		verminderter Erwerbsfähigkeit	Alters
Alte Bundesländer			
1960	59,2	56,0	64,7
1965	61,1	57,3	64,8
1970	61,5	58,3	64,3
1975	61,2	57,8	63,6
1980	59,2	56,1	62,2
1985	59,5	53,9	62,8
1990	60,6	53,4	63,2
1993	60,6	53,4	63,3
1995	60,3	52,8	63,0
2000	60,5	51,8	62,6
2001	60,5	51,3	62,7
2002	60,8	50,7	63,0
2003	61,1	50,2	63,2
2004	61,1	50,0	63,3
2005	61,2	50,0	63,4
2006	61,2	50,1	63,4
2007	61,0	50,1	63,3
2008	61,0	50,2	63,3
2009	60,9	50,3	63,4
2010	61,0	50,3	63,8
2011	61,1	50,4	63,7
2012	61,3	50,7	64,1
2013	61,5	50,9	64,2
Neue Bundesländer			
1993	59,2	49,4	62,2
1995	59,6	49,7	61,3
2000	58,7	49,9	60,8
2001	58,6	49,7	61,1
2002	58,7	49,5	61,3
2003	59,0	49,4	61,5
2004	59,1	49,3	61,7
2005	59,3	49,4	61,9
2006	59,3	49,6	62,3
2007	59,3	49,6	62,3
2008	59,5	49,9	62,3
2009	59,2	50,3	62,3
2010	59,2	50,5	62,2
2011	59,4	50,7	62,2
2012	60,0	51,1	63,2
2013	60,4	51,5	63,6
Deutschland			
1993	60,3	52,5	63,0
1995	60,1	52,1	62,4
2000	60,2	51,4	62,3
2001	60,2	51,0	62,4
2002	60,4	50,4	62,7
2003	60,7	50,1	62,9
2004	60,8	49,8	63,1
2005	60,8	49,9	63,2
2006	60,9	50,0	63,2
2007	60,7	50,0	63,1
2008	60,7	50,1	63,2
2009	60,6	50,3	63,2
2010	60,7	50,4	63,5
2011	60,8	50,5	63,5
2012	61,1	50,7	64,0
2013	61,3	51,0	64,1

Die durchschnittlichen Zugangsalter sind für jedes Jahr als Querschnitt berechnet und durch Rechtsänderungen (z.B. Einführung des flexiblen Altersruhegeldes 1973, Herabsetzung der Wartezeit für den Bezug einer Regelaltersrente im Jahr 1984 und Anhebung der Altersgrenzen seit 1997), Sondereffekte und durch sich im Zeitablauf ändernde Altersstrukturen beeinflusst.

Vor 1980 ohne Knappschaft.

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung - Rentenzugang, verschiedene Jahrgänge

Durchschnittliche Zugangsalter der Versichertenrenten nach Rentenarten und Geschlecht

Jahr	Versichertenrenten		Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit		Renten wegen Alters	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen
Alte Bundesländer						
1960	59,5	58,8	55,8	56,2	65,2	63,9
1965	61,4	60,7	57,1	57,6	65,4	63,9
1970	61,6	61,3	57,7	59,0	65,2	63,3
1975	61,2	61,2	56,3	59,2	64,1	63,0
1980	58,5	59,8	54,4	57,7	62,5	61,9
1985	58,7	60,4	53,7	54,3	62,7	62,9
1990	59,5	61,6	53,8	52,6	62,8	63,5
1993	59,9	61,5	53,9	52,2	62,9	63,7
1995	59,6	61,1	53,4	51,5	62,6	63,3
2000	60,1	61,0	52,6	50,5	62,4	62,8
2001	60,1	60,9	52,0	50,2	62,6	62,9
2002	60,4	61,1	51,5	49,6	62,8	63,1
2003	60,8	61,4	50,9	49,3	63,1	63,3
2004	60,8	61,4	50,6	49,2	63,3	63,4
2005	60,9	61,4	50,6	49,3	63,3	63,5
2006	61,0	61,4	50,7	49,3	63,4	63,4
2007	61,0	61,0	50,6	49,4	63,4	63,2
2008	61,0	61,0	50,7	49,5	63,5	63,2
2009	60,9	60,9	50,8	49,7	63,6	63,2
2010	61,0	61,1	50,9	49,8	63,9	63,6
2011	61,1	61,1	51,0	49,8	63,9	63,6
2012	61,4	61,3	51,3	50,0	64,1	64,1
2013	61,6	61,4	51,5	50,3	64,1	64,3
Neue Bundesländer						
1993	60,7	57,6	49,5	49,3	63,8	60,6
1995	60,2	58,6	49,7	49,7	61,8	60,4
2000	58,6	58,7	50,3	49,3	61,2	60,5
2001	58,5	58,7	50,1	49,2	61,5	60,7
2002	58,7	58,7	49,9	48,9	61,7	60,9
2003	59,2	58,8	49,8	48,8	62,0	61,0
2004	59,3	58,9	49,7	48,7	62,2	61,2
2005	59,7	58,9	49,9	48,9	62,4	61,4
2006	59,7	58,9	50,0	49,1	62,9	61,7
2007	59,7	59,0	50,1	49,1	62,9	61,6
2008	59,9	59,2	50,4	49,3	63,0	61,7
2009	59,5	58,9	50,8	49,7	63,1	61,6
2010	59,3	59,1	51,0	49,9	62,9	61,6
2011	59,6	59,2	51,3	50,0	63,0	61,6
2012	60,4	59,6	51,7	50,4	63,6	62,8
2013	60,9	59,9	52,1	50,8	63,7	63,4
Deutschland						
1993	60,1	60,6	53,3	51,3	63,1	63,0
1995	59,8	60,5	52,7	50,9	62,3	62,5
2000	59,8	60,5	52,2	50,3	62,2	62,3
2001	59,9	60,5	51,7	50,0	62,4	62,5
2002	60,1	60,7	51,1	49,5	62,6	62,8
2003	60,5	60,9	50,7	49,2	62,9	62,9
2004	60,5	61,0	50,4	49,1	63,1	63,0
2005	60,7	61,0	50,5	49,2	63,1	63,2
2006	60,8	61,1	50,5	49,3	63,3	63,2
2007	60,8	60,6	50,5	49,3	63,3	63,0
2008	60,8	60,7	50,6	49,5	63,4	63,0
2009	60,7	60,6	50,8	49,7	63,5	62,9
2010	60,7	60,7	50,9	49,8	63,8	63,3
2011	60,9	60,8	51,1	49,9	63,8	63,2
2012	61,2	61,0	51,4	50,1	64,0	63,9
2013	61,4	61,2	51,6	50,4	64,1	64,2

Die durchschnittlichen Zugangsalter sind für jedes Jahr als Querschnitt berechnet und durch Rechtsänderungen

(z.B. Einführung des flexiblen Altersruhegeldes 1973, Herabsetzung der Wartezeit für den Bezug einer Regelaltersrente im Jahr 1984 und Anhebung der Altersgrenzen seit 1997), Sondereffekte und durch sich im Zeitablauf ändernde Altersstrukturen beeinflusst.

Vor 1980 ohne Knappschaft, da eine Geschlechtertrennung nicht möglich ist.

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung - Rentenzugang, verschiedene Jahrgänge

Versichertenrenten nach Altersgruppen

Relative Anteile (in %) der Zugangsalter an allen Zugängen eines Berichtsjahres - Männer und Frauen

Jahr	Zugangsalter in Jahren										Anzahl
	bis 49	50-54	55-59	60	61	62	63	64	65	66 und älter	
Alte Bundesländer											
1965	6,6	5,3	11,2	9,9	6,2	5,4	5,0	4,2	39,7	6,5	481.696
1970	6,2	3,3	9,6	11,4	7,2	5,7	5,6	5,2	37,0	8,7	588.705
1975	5,7	4,9	7,4	13,2	6,6	6,9	17,2	6,5	24,4	7,1	675.230
1980	7,6	7,6	16,9	27,0	7,9	3,9	7,7	2,5	15,1	3,7	635.280
1985	7,9	7,2	14,8	26,0	5,3	3,5	9,6	1,8	19,8	4,1	609.619
1990	5,7	6,1	11,0	24,4	3,5	2,6	10,8	1,2	31,5	3,3	740.639
1993	5,4	5,9	11,5	23,3	4,3	3,0	11,1	1,5	30,4	3,8	812.824
1995	6,2	5,1	11,2	29,2	3,9	2,7	8,1	1,4	28,0	4,0	877.636
2000	5,9	3,8	7,7	32,5	4,7	3,2	9,6	1,3	29,5	1,9	879.357
2001	6,3	4,2	6,9	28,8	5,7	4,5	9,5	1,6	30,7	1,9	835.742
2002	6,4	4,1	5,6	22,7	8,1	5,0	10,3	2,3	33,3	2,0	783.064
2003	6,4	3,9	5,0	19,5	7,8	5,1	11,4	2,4	35,9	2,7	824.526
2004	6,5	4,0	4,7	19,2	4,8	6,8	10,8	2,4	38,2	2,6	805.235
2005	6,6	4,0	4,9	16,5	5,2	6,8	10,4	3,6	40,0	2,1	772.175
2006	6,4	3,9	4,8	18,0	4,3	5,3	11,8	3,4	39,9	2,2	778.773
2007	7,0	4,2	5,3	18,7	3,8	4,2	13,1	3,4	38,7	1,6	718.169
2008	6,9	4,3	5,3	18,2	5,1	4,0	10,4	4,9	39,3	1,5	725.640
2009	7,2	4,4	5,6	18,3	4,5	4,2	10,0	3,7	40,4	1,6	724.515
2010	7,8	4,9	5,9	17,2	4,2	4,6	12,4	2,9	36,0	4,1	707.651
2011	7,4	4,6	5,6	14,9	3,9	5,1	13,2	3,6	38,7	2,8	730.220
2012	7,6	4,8	5,8	5,2	4,0	4,9	17,0	4,4	44,4	2,0	692.808
2013	7,3	4,7	5,7	3,4	2,7	4,8	18,0	4,8	46,7	1,8	685.968
Neue Bundesländer											
1993 ¹	7,9	10,0	4,8	40,9	2,9	1,7	5,1	1,6	23,9	1,2	246.537
1995	5,2	5,3	5,3	49,6	8,2	6,3	6,0	2,7	10,5	1,0	417.613
2000	7,9	3,9	7,4	61,5	5,8	2,5	4,3	0,8	4,3	1,6	213.246
2001	8,9	4,7	7,5	53,2	7,7	5,2	5,9	0,9	4,6	1,6	183.479
2002	9,4	5,2	6,6	41,3	14,7	6,1	7,5	2,0	6,1	1,0	164.827
2003	8,8	5,2	5,8	35,9	16,4	7,5	9,4	2,1	8,1	0,9	176.644
2004	8,8	5,6	5,4	35,4	9,2	12,5	10,6	2,1	9,6	0,7	172.626
2005	8,5	5,9	5,6	29,0	10,8	13,0	11,9	4,0	10,7	0,7	165.052
2006	9,5	6,5	6,7	22,9	7,3	10,1	17,2	4,8	14,1	0,9	137.935
2007	9,1	6,2	6,9	27,1	5,0	7,3	17,5	4,5	15,9	0,5	147.807
2008	8,7	5,8	7,3	25,8	7,3	5,9	13,1	8,4	17,4	0,2	147.609
2009	9,5	6,5	8,5	28,5	6,1	6,0	8,9	6,0	19,9	0,2	145.470
2010	9,3	6,4	8,6	28,8	6,1	6,7	12,6	3,3	18,1	0,2	148.573
2011	8,5	6,2	8,1	27,2	6,7	7,3	14,5	4,4	17,0	0,2	148.771
2012	8,7	6,4	8,7	8,2	7,6	7,7	20,9	5,3	26,4	0,2	136.642
2013	8,1	6,2	8,4	4,0	4,2	7,9	27,2	6,4	27,5	0,2	138.973
Deutschland											
1993	6,0	6,8	9,9	27,4	4,0	2,7	9,7	1,5	28,9	3,2	1.059.361
1995	5,9	5,2	9,3	35,8	5,3	3,9	7,4	1,8	22,4	3,0	1.295.249
2000	6,3	3,8	7,6	38,1	4,9	3,0	8,6	1,2	24,6	1,8	1.092.603
2001	6,8	4,3	7,0	33,2	6,0	4,6	8,8	1,4	26,0	1,8	1.019.221
2002	6,9	4,3	5,8	25,9	9,3	5,2	9,8	2,3	28,6	1,9	947.891
2003	6,8	4,2	5,1	22,4	9,3	5,5	11,0	2,3	31,0	2,4	1.001.170
2004	6,9	4,3	4,8	22,1	5,6	7,8	10,7	2,3	33,1	2,3	977.861
2005	6,9	4,3	5,0	18,7	6,2	7,9	10,7	3,7	34,8	1,8	937.227
2006	6,8	4,3	5,1	18,7	4,7	6,0	12,6	3,6	36,0	2,0	916.708
2007	7,3	4,6	5,5	20,1	4,0	4,7	13,9	3,6	34,8	1,4	865.976
2008	7,2	4,5	5,6	19,5	5,5	4,4	10,9	5,5	35,6	1,3	873.249
2009	7,6	4,7	6,1	20,0	4,8	4,5	9,9	4,1	37,0	1,4	869.985
2010	8,0	5,1	6,4	19,2	4,5	5,0	12,4	2,9	32,9	3,4	856.224
2011	7,6	4,9	6,0	17,0	4,4	5,4	13,5	3,7	35,0	2,4	878.991
2012	7,8	5,1	6,3	5,7	4,6	5,4	17,6	4,5	41,4	1,7	829.450
2013	7,4	5,0	6,2	3,5	3,0	5,4	19,5	5,1	43,4	1,5	824.941

¹ Einschließlich der im Jahr 1992 auf Grund technischer Probleme nicht bewilligten Rentenanträge.

Hinweis: Im Jahr 1991 und 1992 Untererfassung auf Grund RRG '92 und Änderung des Datensatzaufbaus

Die Zugangsalter sind für jedes Jahr als Querschnitt eines Berichtsjahres berechnet und durch Rechtsänderungen

(z.B. Einführung des flexiblen Altersruhegeldes 1973, Herabsetzung der Wartezeit für den Bezug einer Regelaltersrente im Jahr 1984 und

Anhebung der Altersgrenzen seit 1997), Sondereffekte und durch sich im Zeitablauf ändernde Altersstrukturen z.B. der Kohortenstärken beeinflusst.

Sondereffekt im Jahr 2003 und 2006: Inkl. zusätzlicher Übernahmen von ca. 31.000 Versichertenrenten (2003)

bzw. ca. 49.000 (2006) auf Grund von organisatorischen Änderungen im Vertragsbereich.

Vor 1980 ohne Knappschaft.

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung - Rentenzugang, verschiedene Jahrgänge

Versichertenrenten nach Altersgruppen

Relative Anteile (in %) der Zugangsalter an allen Zugängen eines Berichtsjahres – Männer

Jahr	Zugangsalter in Jahren										Anzahl
	bis 49	50-54	55-59	60	61	62	63	64	65	66 und älter	
Alte Bundesländer											
1965	6,3	5,3	11,8	4,4	4,6	5,1	5,1	4,4	48,2	4,8	279.798
1970	6,8	3,4	10,6	4,5	5,0	5,5	5,8	5,8	45,0	7,7	316.231
1975	6,5	4,8	7,4	4,7	5,1	7,3	26,5	8,5	24,1	5,2	353.866
1980	10,1	9,9	16,8	18,2	9,2	4,6	12,4	2,9	13,5	2,3	304.315
1985	9,6	9,1	16,9	20,6	5,9	3,8	15,2	2,3	14,7	2,0	325.333
1990	7,1	8,2	14,7	21,6	4,8	3,0	19,1	1,5	18,1	1,8	373.969
1993	6,0	7,3	14,2	21,5	6,0	3,9	17,6	1,6	19,3	2,5	439.854
1995	7,0	6,3	14,3	27,3	5,4	3,5	12,7	1,7	18,9	3,0	457.508
2000	6,5	4,5	9,8	28,7	6,8	4,3	15,6	1,8	20,5	1,5	443.188
2001	6,8	4,8	8,6	24,7	7,5	6,9	15,3	2,2	21,8	1,5	420.095
2002	6,7	4,7	6,9	20,5	7,9	7,4	16,5	3,4	24,3	1,7	393.832
2003	6,8	4,4	6,1	16,9	7,0	6,6	18,6	3,6	27,8	2,3	409.560
2004	7,1	4,5	5,8	16,9	5,0	6,0	17,4	3,6	31,4	2,3	393.742
2005	6,8	4,3	5,7	14,9	5,5	6,3	15,6	5,9	33,3	1,7	385.786
2006	6,6	4,5	5,7	15,5	4,5	5,7	15,2	5,3	35,3	1,7	384.949
2007	6,9	4,6	6,0	15,3	3,9	4,2	15,7	4,7	37,3	1,4	368.278
2008	6,8	4,6	5,9	14,2	5,4	4,2	13,3	5,2	39,0	1,3	362.453
2009	7,2	4,9	6,3	13,6	4,6	4,2	13,2	3,9	40,7	1,5	350.540
2010	7,8	5,5	6,6	12,0	3,7	5,1	16,5	3,7	35,6	3,4	338.015
2011	7,4	5,1	6,3	9,5	3,0	5,5	17,7	4,6	38,4	2,5	348.590
2012	7,0	5,0	6,1	3,8	2,8	4,5	22,1	5,2	41,8	1,7	347.375
2013	6,6	4,8	5,8	3,2	2,3	4,3	22,5	5,5	43,5	1,6	350.753
Neue Bundesländer											
1993 ¹	7,0	8,1	4,5	10,6	5,7	3,4	10,2	3,2	47,3	0,1	122.423
1995	4,3	4,0	4,2	39,1	9,8	8,3	9,3	4,1	16,2	0,7	264.778
2000	9,0	4,5	9,0	47,5	9,6	4,1	7,9	1,3	5,3	1,7	103.357
2001	10,3	5,5	9,2	35,0	11,2	9,4	11,0	1,5	5,8	1,1	88.016
2002	10,7	6,0	7,7	27,3	13,5	10,4	13,6	3,4	6,7	0,7	81.377
2003	9,5	5,9	6,6	23,1	13,0	10,7	17,1	3,5	10,0	0,6	89.025
2004	9,4	6,2	6,1	23,9	8,6	10,8	18,6	3,5	12,4	0,5	88.522
2005	8,4	6,2	5,9	19,8	10,0	10,6	18,6	6,7	13,3	0,5	88.972
2006	9,5	6,9	7,2	14,6	6,4	9,1	18,6	7,9	18,5	1,3	74.097
2007	9,2	6,8	7,6	16,5	4,7	6,4	18,5	6,6	23,4	0,2	76.904
2008	8,9	6,5	8,3	14,7	6,8	5,2	14,8	7,9	26,7	0,2	74.639
2009	9,9	7,4	10,0	15,7	5,4	5,5	10,7	5,5	29,7	0,2	70.598
2010	10,0	7,6	10,7	15,8	4,5	7,0	16,2	4,2	23,8	0,2	68.047
2011	9,2	7,2	10,0	13,8	4,6	7,1	19,7	5,7	22,6	0,2	67.454
2012	8,0	6,4	9,0	4,8	4,2	5,4	25,9	6,0	30,0	0,2	71.506
2013	6,9	5,8	8,1	3,4	2,8	5,1	31,1	6,8	29,8	0,2	76.465
Deutschland											
1993	6,2	7,5	12,1	19,2	5,9	3,8	16,0	1,9	25,4	2,0	562.277
1995	6,0	5,5	10,6	31,6	7,0	5,2	11,4	2,6	17,9	2,1	722.286
2000	7,0	4,5	9,7	32,3	7,3	4,3	14,2	1,7	17,6	1,6	546.545
2001	7,4	4,9	8,7	26,5	8,2	7,3	14,5	2,1	19,0	1,5	508.111
2002	7,4	4,9	7,1	21,7	8,8	7,9	16,0	3,4	21,3	1,5	475.209
2003	7,3	4,7	6,2	18,0	8,0	7,3	18,3	3,5	24,6	2,0	498.585
2004	7,5	4,8	5,9	18,2	5,7	6,9	17,6	3,6	27,9	2,0	482.264
2005	7,1	4,6	5,7	15,8	6,3	7,1	16,1	6,1	29,6	1,4	474.758
2006	7,0	4,9	5,9	15,4	4,8	6,3	15,7	5,7	32,6	1,6	459.046
2007	7,3	5,0	6,2	15,5	4,1	4,6	16,2	5,0	34,9	1,1	445.182
2008	7,2	5,0	6,3	14,3	5,7	4,4	13,5	5,6	36,9	1,1	437.092
2009	7,7	5,3	6,9	13,9	4,7	4,5	12,8	4,1	38,8	1,2	421.138
2010	8,2	5,9	7,3	12,6	3,8	5,4	16,5	3,7	33,6	2,9	406.062
2011	7,7	5,5	6,9	10,2	3,2	5,8	18,1	4,8	35,8	2,1	416.044
2012	7,2	5,2	6,6	3,9	3,1	4,7	22,8	5,3	39,8	1,5	418.881
2013	6,6	5,0	6,2	3,3	2,4	4,5	24,0	5,7	41,1	1,3	427.211

¹ Einschließlich der im Jahr 1992 auf Grund technischer Probleme nicht bewilligten Rentenanträge.

Hinweis: Im Jahr 1991 und 1992 Untererfassung auf Grund RRG '92 und Änderung des Datensatzaufbaus

Die Zugangsalter sind für jedes Jahr als Querschnitt eines Berichtsjahres berechnet und durch Rechtsänderungen

(z.B. Einführung des flexiblen Altersruhegeldes 1973, Herabsetzung der Wartezeit für den Bezug einer Regelaltersrente im Jahr 1984 und

Anhebung der Altersgrenzen seit 1997), Sondereffekte und durch sich im Zeitablauf ändernde Altersstrukturen z.B. der Kohortenstärken beeinflusst.

Sondereffekt im Jahr 2003 und 2006: Inkl. zusätzlicher Übernahmen von ca. 31.000 Versichertenrenten (2003)

bzw. ca. 49.000 (2006) auf Grund von organisatorischen Änderungen im Vertragsbereich.

Vor 1980 ohne Knappschaft.

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung - Rentenzugang, verschiedene Jahrgänge

Versichertenrenten nach Altersgruppen

Relative Anteile (in %) der Zugangsalter an allen Zugängen eines Berichtsjahres – Frauen

Jahr	Zugangsalter in Jahren										Anzahl
	bis 49	50-54	55-59	60	61	62	63	64	65	66 und älter	
Alte Bundesländer											
1965	7,1	5,3	10,4	17,4	8,4	5,8	4,8	4,0	28,0	8,9	201.898
1970	5,6	3,2	8,5	19,5	9,8	5,9	5,3	4,6	27,7	9,9	272.474
1975	4,9	5,0	7,4	22,6	8,3	6,5	7,1	4,3	24,6	9,3	321.364
1980	5,4	5,5	17,0	35,0	6,8	3,2	3,4	2,2	16,6	4,9	330.965
1985	6,0	4,9	12,4	32,2	4,6	3,2	3,2	1,2	25,7	6,5	284.285
1990	4,2	3,9	7,3	27,2	2,3	2,1	2,3	0,9	45,1	4,8	366.670
1993	4,7	4,2	8,2	25,3	2,3	1,9	3,3	1,3	43,4	5,3	372.970
1995	5,5	3,8	7,9	31,3	2,3	1,9	3,1	1,2	38,0	5,1	420.128
2000	5,4	3,1	5,5	36,3	2,6	2,0	3,4	0,9	38,7	2,2	436.169
2001	5,8	3,6	5,2	32,9	3,8	2,1	3,6	0,9	39,8	2,2	415.647
2002	6,1	3,6	4,4	25,0	8,4	2,5	4,0	1,2	42,5	2,4	389.232
2003	6,0	3,5	3,9	22,0	8,6	3,6	4,2	1,2	44,0	3,1	414.966
2004	6,0	3,5	3,7	21,5	4,7	7,5	4,5	1,1	44,7	2,9	411.493
2005	6,4	3,6	4,1	18,0	5,0	7,3	5,2	1,3	46,6	2,5	386.389
2006	6,2	3,4	4,0	20,3	4,0	4,9	8,6	1,5	44,4	2,7	393.824
2007	7,0	3,9	4,5	22,2	3,7	4,2	10,4	2,1	40,2	1,9	349.891
2008	7,0	3,9	4,7	22,2	4,8	3,9	7,6	4,7	39,6	1,7	363.187
2009	7,2	3,9	4,9	22,8	4,5	4,1	7,1	3,6	40,2	1,7	373.975
2010	7,8	4,2	5,2	22,0	4,7	4,2	8,6	2,2	36,4	4,6	369.636
2011	7,4	4,2	5,0	19,9	4,8	4,6	9,1	2,7	39,0	3,2	381.630
2012	8,1	4,7	5,5	6,6	5,2	5,3	11,9	3,6	46,9	2,2	345.433
2013	8,1	4,7	5,6	3,6	3,2	5,4	13,2	4,1	50,0	2,0	335.215
Neue Bundesländer											
1993 ¹	8,8	11,9	5,2	70,8	0,2	0,0	0,0	0,0	0,8	2,3	124.114
1995	6,8	7,5	7,1	67,8	5,4	2,9	0,3	0,1	0,6	1,5	152.835
2000	6,8	3,3	5,9	74,6	2,3	1,0	0,9	0,4	3,3	1,6	109.889
2001	7,5	3,9	5,9	70,0	4,4	1,3	1,1	0,4	3,5	1,9	95.463
2002	8,2	4,5	5,5	54,9	15,9	1,9	1,4	0,6	5,6	1,3	83.450
2003	8,0	4,5	4,9	48,9	19,8	4,2	1,6	0,6	6,2	1,2	87.619
2004	8,2	4,9	4,6	47,5	9,9	14,4	2,1	0,7	6,7	1,0	84.104
2005	8,6	5,5	5,2	39,8	11,6	15,8	4,1	0,8	7,7	0,9	76.080
2006	9,6	5,9	6,2	32,6	8,3	11,2	15,5	1,1	9,0	0,6	63.838
2007	9,1	5,6	6,1	38,5	5,3	8,3	16,3	2,3	7,7	0,8	70.903
2008	8,5	5,0	6,4	37,0	7,9	6,7	11,4	8,9	7,9	0,2	72.970
2009	9,0	5,6	7,1	40,5	6,7	6,5	7,2	6,5	10,6	0,2	74.872
2010	8,6	5,3	6,9	39,8	7,4	6,4	9,5	2,5	13,3	0,1	80.526
2011	7,9	5,3	6,6	38,3	8,5	7,5	10,1	3,3	12,4	0,1	81.317
2012	9,6	6,3	8,3	11,9	11,2	10,2	15,5	4,5	22,4	0,2	65.136
2013	9,5	6,7	8,7	4,6	6,0	11,4	22,5	5,9	24,6	0,2	62.508
Deutschland											
1993	5,7	6,1	7,4	36,7	1,8	1,5	2,5	1,0	32,8	4,6	497.084
1995	5,8	4,8	7,7	41,0	3,1	2,1	2,4	0,9	28,0	4,2	572.963
2000	5,7	3,1	5,6	44,0	2,5	1,8	2,9	0,8	31,5	2,1	546.058
2001	6,1	3,7	5,3	39,8	3,9	2,0	3,2	0,8	33,0	2,1	511.110
2002	6,5	3,8	4,6	30,2	9,7	2,4	3,6	1,1	36,0	2,2	472.682
2003	6,3	3,7	4,1	26,7	10,6	3,7	3,8	1,1	37,4	2,7	502.585
2004	6,4	3,7	3,8	25,9	5,5	8,7	4,1	1,1	38,2	2,5	495.597
2005	6,8	3,9	4,3	21,6	6,1	8,7	5,0	1,2	40,2	2,2	462.469
2006	6,7	3,8	4,3	22,0	4,6	5,8	9,6	1,4	39,5	2,4	457.662
2007	7,4	4,1	4,8	25,0	3,9	4,9	11,4	2,1	34,7	1,7	420.794
2008	7,3	4,1	5,0	24,7	5,4	4,3	8,2	5,4	34,3	1,5	436.157
2009	7,5	4,2	5,3	25,7	4,9	4,5	7,1	4,0	35,3	1,5	448.847
2010	7,9	4,4	5,5	25,2	5,2	4,6	8,8	2,2	32,3	3,8	450.162
2011	7,5	4,4	5,3	23,2	5,4	5,1	9,3	2,8	34,3	2,6	462.947
2012	8,4	4,9	6,0	7,4	6,2	6,1	12,4	3,7	43,0	1,9	410.569
2013	8,3	5,0	6,1	3,8	3,7	6,3	14,7	4,4	46,0	1,7	397.722

¹ Einschließlich der im Jahr 1992 auf Grund technischer Probleme nicht bewilligten Rentenanträge.

Hinweis: Im Jahr 1991 und 1992 Untererfassung auf Grund RRG '92 und Änderung des Datensatzaufbaus

Die Zugangsalter sind für jedes Jahr als Querschnitt eines Berichtsjahres berechnet und durch Rechtsänderungen

(z.B. Einführung des flexiblen Altersruhegeldes 1973, Herabsetzung der Wartezeit für den Bezug einer Regelaltersrente im Jahr 1984 und Anhebung der Altersgrenzen seit 1997), Sondereffekte und durch sich im Zeitablauf ändernde Altersstrukturen z.B. der Kohortenstärken beeinflusst.

Sondereffekt im Jahr 2003 und 2006: Inkl. zusätzlicher Übernahmen von ca. 31.000 Versichertenrenten (2003)

bzw. ca. 49.000 (2006) auf Grund von organisatorischen Änderungen im Vertragsbereich.

Vor 1980 ohne Knappschaft.

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung - Rentenzugang, verschiedene Jahrgänge

Durchschnittliche Zugangsalter von Kohorten allg. RV - Versichertenrenten nach Rentenarten und Geschlecht

Kohorte = Geburts- jahrgang	Versichertenrenten			Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit			Renten wegen Alters		
	Gesamt	Männer	Frauen	Gesamt	Männer	Frauen	Gesamt	Männer	Frauen
Alte Bundesländer									
1904	61,2	61,8	60,4	58,0	58,5	57,3	64,3	64,9	63,4
1905	61,0	61,5	60,3	58,0	58,4	57,4	64,1	64,9	63,2
1906	60,9	61,3	60,3	57,9	58,2	57,6	64,0	64,8	63,0
1907	60,9	61,2	60,5	57,8	57,9	57,7	63,9	64,8	63,0
1908	61,1	61,4	60,7	57,6	57,6	57,7	64,0	64,8	63,1
1909	60,9	61,2	60,7	57,4	57,1	57,8	63,8	64,5	63,0
1910	60,7	60,8	60,6	57,1	56,5	57,8	63,5	64,0	62,9
1911	60,6	60,6	60,5	57,0	56,3	57,7	63,4	63,8	62,8
1912	60,5	60,5	60,5	56,9	56,2	57,8	63,2	63,7	62,6
1913	60,4	60,4	60,4	56,9	56,1	57,7	63,1	63,6	62,5
1914	60,3	60,2	60,4	56,9	56,2	57,8	62,9	63,5	62,4
1915	60,0	59,9	60,1	56,5	55,7	57,3	62,8	63,3	62,3
1916	59,6	59,5	59,8	56,1	55,2	57,0	62,7	63,3	62,1
1917	59,4	59,2	59,5	55,8	54,9	56,8	62,6	63,2	62,0
1918	59,4	59,1	59,7	55,6	54,5	56,7	62,7	63,1	62,3
1919	59,8	59,4	60,1	56,0	54,8	57,0	62,7	63,0	62,4
1920	59,8	59,5	60,1	56,0	54,7	57,0	62,6	62,7	62,4
1921	60,0	59,3	60,6	55,5	54,4	56,5	62,8	62,7	62,9
1922	59,9	59,1	60,5	55,0	54,0	55,9	62,9	62,7	63,0
1923	59,8	59,0	60,4	54,4	53,5	55,3	62,9	62,7	63,0
1924	59,8	58,9	60,4	53,9	53,2	54,6	62,9	62,8	63,0
1925	59,9	59,1	60,6	53,5	53,3	53,7	63,0	62,8	63,1
1926	59,8	59,1	60,4	53,1	53,1	53,1	62,9	62,7	63,0
1927	59,9	59,3	60,5	53,0	53,2	52,7	62,9	62,8	63,0
1928	60,0	59,4	60,6	53,1	53,5	52,4	62,8	62,7	62,9
1929	60,1	59,5	60,7	53,0	53,5	52,3	62,9	62,8	63,0
1930	60,1	59,6	60,8	53,1	53,6	52,2	62,9	62,8	62,9
1931	60,2	59,5	60,9	53,3	53,8	52,2	62,9	62,8	63,0
1932	60,2	59,5	60,9	53,3	53,8	52,3	62,9	62,7	63,0
1933	60,2	59,5	60,9	53,3	53,7	52,3	62,8	62,6	62,9
1934	60,3	59,6	61,0	53,3	53,7	52,5	62,7	62,5	62,8
1935	60,3	59,7	61,0	53,2	53,6	52,6	62,6	62,5	62,8
1936	60,3	59,7	61,0	53,2	53,4	52,6	62,5	62,4	62,7
1937	60,4	59,8	61,0	53,1	53,3	52,7	62,5	62,5	62,6
1938	60,4	59,9	61,0	52,9	53,1	52,5	62,5	62,5	62,6
1939	60,4	59,9	61,0	52,8	53,0	52,3	62,5	62,6	62,5
1940	60,6	60,1	61,1	52,6	52,7	52,4	62,6	62,7	62,6
1941	60,7	60,3	61,2	52,5	52,6	52,4	62,8	62,9	62,7
1942	60,9	60,6	61,3	52,3	52,4	52,2	63,1	63,2	62,9
1943	61,0	60,7	61,4	52,1	52,1	52,1	63,1	63,3	63,0
1944	61,1	60,8	61,5	51,9	51,9	52,0	63,2	63,3	63,1
1945	61,2	60,8	61,6	51,7	51,6	51,9	63,3	63,3	63,2
1946	61,3	60,9	61,6	51,8	51,7	51,9	63,3	63,4	63,3
1947	61,3	61,0	61,6	51,8	51,7	51,8	63,3	63,4	63,2

Ohne Erziehungsrenten, Nullrenten und ohne Renten nach Art. 2 RÜG.

Ausgewiesen sind lediglich Fälle mit einem Rentenbeginn vor dem 66. Lebensjahr.

Berechnung des vollendeten Zugangsalters (Jahresbasis) aus Jahr des aktuellen Rentenbeginns abzgl. Geburtsjahrgang

Quelle: Sonderauswertungen der Statistiken der Deutschen Rentenversicherung - Rentenzugang 1950-2013

Verteilung der Zugangsalter von Kohorten allg. RV - Versichertenrenten – Männer

Relative Anteile (in %) der Zugangsalter an allen Zugängen
der jeweiligen Kohorte

Kohorte = Geburts- jahrgang	Alter									Anzahl
	bis 49	50-54	55-59	60	61	62	63	64	65	
Alte Bundesländer										
1904	5,16	5,43	12,03	4,19	4,57	5,43	6,12	7,48	49,59	291.238
1905	5,57	5,97	12,13	4,37	4,96	6,10	7,19	7,18	46,51	284.352
1906	6,20	6,28	12,20	4,64	5,44	6,97	6,96	6,16	45,16	278.903
1907	6,32	6,32	12,04	4,87	6,05	6,45	6,13	5,62	46,19	286.153
1908	6,31	5,75	11,31	4,88	5,43	5,45	5,54	5,66	49,67	311.496
1909	6,67	5,43	11,22	4,74	4,84	5,30	6,11	23,04	32,65	316.842
1910	7,20	5,33	11,52	4,53	4,91	6,12	23,64	8,79	27,96	306.431
1911	7,47	5,28	11,70	4,76	6,17	5,85	27,11	7,48	24,18	298.251
1912	7,46	5,09	11,71	5,98	5,19	6,43	30,50	6,09	21,55	307.441
1913	7,53	5,18	12,87	5,02	5,20	8,38	30,87	5,52	19,42	299.330
1914	7,52	5,16	12,84	5,70	6,38	10,15	29,36	4,84	18,06	284.358
1915	8,36	5,61	13,58	6,54	7,23	10,33	27,73	3,96	16,66	228.732
1916	9,46	6,14	13,87	7,91	7,06	10,73	24,69	3,61	16,53	177.287
1917	10,00	6,51	13,91	8,88	7,25	11,47	22,40	3,44	16,15	159.831
1918	10,33	6,88	13,80	9,30	11,76	7,10	20,13	3,53	17,17	165.479
1919	8,56	6,03	14,56	9,24	13,96	6,97	19,88	3,54	17,26	239.072
1920	7,84	5,94	14,90	16,44	8,60	6,72	19,12	2,74	17,69	306.417
1921	8,21	6,16	15,09	18,01	8,75	5,97	17,24	2,20	18,38	312.626
1922	8,68	6,25	14,96	19,74	7,83	5,41	15,63	2,14	19,36	303.341
1923	9,40	6,38	15,36	19,98	7,47	3,66	15,52	2,11	20,11	289.612
1924	9,53	6,86	15,91	20,16	5,51	3,17	15,96	2,23	20,67	286.080
1925	8,80	6,93	15,97	18,81	5,06	3,22	18,52	2,22	20,47	314.385
1926	8,82	7,10	15,03	18,59	5,03	3,78	19,87	2,29	19,49	318.596
1927	8,51	7,04	13,92	17,99	5,60	3,65	20,85	2,51	19,92	334.708
1928	8,12	7,12	13,59	19,05	5,58	3,64	19,41	3,81	19,68	365.677
1929	8,26	7,16	13,11	19,67	5,31	3,80	17,84	3,80	21,04	360.681
1930	8,21	7,02	12,82	19,41	5,25	4,02	17,88	4,67	20,71	372.203
1931	8,20	6,77	13,82	18,10	7,07	5,76	15,82	4,29	20,17	351.428
1932	8,20	6,68	13,59	17,21	8,99	5,86	14,98	4,59	19,91	340.987
1933	8,14	6,51	13,29	19,03	9,08	5,39	14,78	3,94	19,85	344.237
1934	7,77	6,27	12,58	21,64	8,78	5,02	14,33	3,98	19,62	411.437
1935	7,64	5,94	12,35	23,35	8,34	4,33	14,52	3,92	19,60	434.198
1936	7,49	5,62	12,44	24,24	7,68	3,91	15,09	3,97	19,57	443.130
1937	7,29	5,20	12,36	24,34	7,36	4,40	13,97	4,94	20,14	446.831
1938	7,27	5,19	11,86	22,99	7,70	5,71	12,27	5,74	21,25	467.448
1939	7,24	5,16	11,26	22,12	7,59	6,39	12,16	6,02	22,06	491.819
1940	7,03	5,27	10,51	21,16	8,06	5,47	12,21	6,79	23,48	496.676
1941	6,76	5,40	10,37	17,34	8,69	6,42	11,16	7,61	26,25	458.958
1942	6,64	5,62	9,67	14,28	6,09	5,26	13,16	6,03	33,24	379.082
1943	6,57	5,63	8,65	13,94	5,58	6,05	12,67	6,21	34,70	376.535
1944	6,57	5,54	7,75	13,97	6,32	4,65	13,19	6,48	35,53	368.147
1945	6,73	5,65	7,06	14,48	5,44	4,42	13,47	5,62	37,12	288.168
1946	6,59	5,56	6,45	13,25	5,66	5,16	12,66	6,15	38,52	332.550
1947	6,53	5,28	6,16	12,40	5,70	4,98	13,80	6,56	38,59	347.264

Ohne Erziehungsrenten, Nullrenten und ohne Renten nach Art. 2 RÜG.

Ausgewiesen sind lediglich Fälle mit einem Rentenbeginn vor dem 66. Lebensjahr.

Berechnung des vollendeten Zugangsalters (Jahresbasis) aus Jahr des aktuellen Rentenbeginns abzgl. Geburtsjahrgang

Quelle: Sonderauswertungen der Statistiken der Deutschen Rentenversicherung - Rentenzugang 1950-2013

Verteilung der Zugangsalter von Kohorten allg. RV - Versichertenrenten – Frauen

Relative Anteile (in %) der Zugangsalter an allen Zugängen
der jeweiligen Kohorte

Kohorte = Geburts- jahrgang	Alter									Anzahl
	bis 49	50-54	55-59	60	61	62	63	64	65	
Alte Bundesländer										
1904	7,82	6,76	11,13	15,45	7,82	5,79	5,33	5,05	34,85	218.367
1905	7,75	6,91	10,49	16,36	8,53	6,27	5,54	5,28	32,87	218.111
1906	7,43	6,64	9,76	18,03	9,08	6,33	5,93	5,54	31,25	225.206
1907	7,00	6,27	9,05	19,16	9,14	6,29	5,98	5,38	31,74	239.934
1908	6,54	5,49	8,46	18,43	9,46	6,17	5,62	5,68	34,14	260.164
1909	6,77	4,87	8,40	19,33	10,04	6,09	6,51	6,11	31,88	263.257
1910	6,77	4,50	8,29	20,10	10,15	6,81	7,58	5,02	30,79	266.224
1911	6,82	4,37	8,67	21,27	10,40	6,66	7,69	5,17	28,94	261.886
1912	6,39	4,01	8,71	24,40	10,38	6,87	8,03	4,40	26,82	279.489
1913	6,26	4,01	9,85	26,51	8,35	7,14	7,62	4,30	25,96	278.472
1914	5,98	3,85	9,98	28,18	8,57	6,62	7,53	4,22	25,07	277.847
1915	6,73	4,21	11,00	29,56	7,55	6,54	6,89	3,72	23,80	223.745
1916	7,55	4,62	11,49	30,19	7,95	6,21	6,45	3,99	21,56	174.809
1917	7,84	4,84	12,12	31,49	7,47	5,98	6,59	3,81	19,85	159.465
1918	7,52	5,15	11,74	30,05	6,86	5,91	5,82	3,47	23,48	179.952
1919	5,97	4,63	12,15	30,29	8,31	5,96	5,68	3,28	23,72	275.640
1920	5,36	4,52	12,83	32,08	7,41	5,70	5,83	2,00	24,27	368.494
1921	5,02	4,13	12,12	28,14	6,47	5,30	3,79	0,76	34,27	424.998
1922	5,41	4,26	12,82	28,39	6,67	4,11	2,01	0,90	35,43	403.476
1923	5,68	4,29	13,24	30,10	5,18	2,01	2,22	0,83	36,44	388.055
1924	5,75	4,53	14,29	27,95	2,77	2,42	2,20	0,96	39,13	380.966
1925	5,59	4,65	14,09	24,37	3,49	2,34	2,49	0,98	42,00	383.855
1926	5,90	5,10	12,24	27,14	2,97	2,50	2,58	1,03	40,54	349.459
1927	5,82	5,10	10,52	27,38	3,07	2,51	2,51	1,04	42,06	334.877
1928	5,86	5,08	9,30	28,54	3,02	2,37	2,29	2,20	41,36	336.294
1929	5,65	5,37	7,89	28,61	2,87	2,10	3,40	1,61	42,51	337.408
1930	5,53	5,46	6,96	29,15	2,80	2,60	3,22	1,74	42,53	340.575
1931	5,65	4,75	7,38	26,31	5,70	2,28	3,61	1,73	42,60	319.073
1932	5,66	4,50	7,72	26,13	5,13	2,63	4,00	1,93	42,31	304.898
1933	5,57	4,04	7,68	26,18	6,54	2,77	4,44	1,64	41,13	303.459
1934	5,33	3,58	7,41	27,48	6,81	3,06	4,11	1,55	40,66	364.140
1935	5,12	3,15	7,34	29,40	7,05	2,58	4,02	1,51	39,82	389.737
1936	4,76	3,13	7,50	31,65	6,44	2,38	4,04	1,43	38,67	395.901
1937	4,51	2,94	7,59	32,34	6,86	2,47	3,74	1,53	38,02	401.010
1938	4,37	2,98	7,08	33,30	6,89	2,42	3,52	1,57	37,87	420.379
1939	4,23	3,02	6,54	34,72	6,93	2,31	3,60	1,55	37,09	448.455
1940	4,12	3,14	6,22	30,09	10,74	3,47	4,00	1,71	36,52	452.320
1941	3,99	3,34	6,31	23,82	10,97	8,27	5,42	1,84	36,04	424.285
1942	4,06	3,64	6,11	21,29	7,83	8,43	9,24	2,84	36,54	349.282
1943	4,05	3,67	5,72	20,41	7,52	5,38	9,51	5,66	38,08	356.681
1944	4,19	3,75	5,37	20,22	7,17	4,61	7,87	5,81	41,00	353.286
1945	4,36	3,91	5,09	19,51	6,11	4,37	8,69	3,76	44,19	275.300
1946	4,36	3,91	4,67	18,29	6,70	5,03	8,39	4,01	44,64	320.231
1947	4,46	3,87	4,39	18,65	7,21	4,62	8,77	4,46	43,58	343.953

Ohne Erziehungsrenten, Nullrenten und ohne Renten nach Art. 2 RÜG.

Ausgewiesen sind lediglich Fälle mit einem Rentenbeginn vor dem 66. Lebensjahr.

Berechnung des vollendeten Zugangsalters (Jahresbasis) aus Jahr des aktuellen Rentenbeginns abzgl. Geburtsjahrgang

Quelle: Sonderauswertungen der Statistiken der Deutschen Rentenversicherung - Rentenzugang 1950-2013

Durchschnittliche Zugangsalter Renten wegen Todes

Jahr	Witwen			Witwer			Waisen insge- samt
	Insgesamt	der Versicherte bezog		Insgesamt	der Versicherte bezog		
		keine Rente	Rente		keine Rente	Rente	
Alte Bundesländer							
1960	59,4	50,2	64,1	x	x	x	12,0
1965	60,6	51,8	64,5	x	x	x	11,7
1970	61,9	50,4	65,7	x	x	x	12,2
1975	62,4	48,2	66,4	x	x	x	13,0
1980	63,8	48,0	67,6	x	x	x	13,7
1985	64,6	49,5	67,6	x	x	x	14,6
1990	65,2	51,9	68,3	67,0	53,4	70,4	x
1993	65,7	56,5	68,3	67,7	57,1	70,8	16,1
1995	66,1	54,3	68,9	67,4	55,6	70,8	15,7
2000	67,4	52,2	69,8	68,4	55,0	71,4	15,8
2001	67,7	52,0	70,0	68,7	54,9	71,6	15,9
2002	67,9	52,2	70,2	68,9	55,3	71,9	16,1
2003 ¹	68,4	x	70,6	69,4	x	72,2	16,2
2004	68,5	53,4	70,7	69,6	55,8	72,4	16,4
2005	68,8	52,0	71,0	70,1	56,0	72,9	16,5
2006	69,0	53,3	71,2	70,6	56,6	73,3	16,5
2007	69,2	53,0	71,5	71,0	56,8	73,7	16,7
2008	69,9	51,9	71,9	71,8	56,7	74,3	16,8
2009	70,2	52,0	72,2	72,1	57,3	74,6	16,9
2010	70,6	53,3	72,5	72,5	57,8	74,9	17,1
2011	70,9	53,8	72,8	73,0	58,5	75,3	17,1
2012	71,3	53,3	73,2	73,4	58,3	75,6	17,2
2013	71,6	53,3	73,5	73,9	58,7	76,0	17,1
Neue Bundesländer							
1993	59,5	54,6	67,3	64,7	61,3	69,2	12,8
1995	62,6	52,2	67,5	64,9	54,1	68,5	13,9
2000	66,3	51,3	68,7	67,5	52,3	69,7	16,4
2001	66,4	52,4	68,5	67,3	52,6	69,6	16,5
2002 ¹	x	x	x	x	x	x	17,0
2003	67,6	50,1	69,7	69,1	52,9	71,1	17,3
2004	67,8	49,8	69,8	69,6	53,5	71,5	17,7
2005	68,4	49,8	70,3	70,0	53,7	71,9	17,7
2006	68,9	50,6	70,7	70,5	54,3	72,3	17,8
2007	69,1	50,6	71,0	71,2	54,6	73,0	18,0
2008	69,7	51,0	71,4	71,9	55,3	73,6	18,0
2009	70,0	51,3	71,8	72,5	55,4	74,1	18,1
2010	70,4	51,4	72,2	72,7	55,7	74,4	17,9
2011	70,8	52,0	72,6	73,4	56,5	75,0	18,0
2012	71,3	52,4	73,1	73,8	56,6	75,4	17,6
2013	71,7	53,0	73,4	74,2	57,2	75,7	17,5
Deutschland							
1993	64,4	55,7	68,2	66,2	60,1	70,3	15,7
1995	65,3	53,6	68,6	66,4	55,0	69,9	15,2
2000	67,2	52,1	69,6	68,1	54,4	70,9	16,0
2001	67,4	52,1	69,7	68,3	54,3	71,0	16,0
2002	67,4	51,9	69,7	68,1	54,8	70,9	16,3
2003 ¹	68,3	x	70,4	69,3	x	71,9	16,5
2004	68,3	52,9	70,6	69,6	55,4	72,2	16,7
2005	68,7	51,7	70,9	70,1	55,6	72,6	16,7
2006	69,0	52,9	71,2	70,6	56,2	73,0	16,8
2007	69,2	52,7	71,5	71,1	56,4	73,5	16,9
2008	69,8	51,7	71,8	71,8	56,4	74,1	17,0
2009	70,2	51,9	72,2	72,2	56,9	74,4	17,2
2010	70,6	53,0	72,5	72,6	57,4	74,7	17,2
2011	70,9	53,5	72,7	73,1	58,2	75,2	17,3
2012	71,3	53,2	73,2	73,5	58,0	75,5	17,2
2013	71,6	53,2	73,4	74,0	58,4	75,9	17,2

Die durchschnittlichen Zugangsalter sind für jedes Jahr als Querschnitt berechnet und durch Rechtsänderungen und durch sich im Zeitablauf ändernde Altersstrukturen beeinflusst.

Vor 1989 sind in den durchschnittlichen Zugangsaltern der Witwenrenten die (wenigen) Witwerrenten enthalten.

Vor 1980 ohne Knappschaft.

¹ Merkmal zum Teil unzureichend beschickt

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung - Rentenzugang, verschiedene Jahrgänge

Faktorenreihe zur Berechnung der Bruttorente

Anhand der Faktoren der Spalte 1 können für alle im Rentenzugang ausgewiesenen Zahlbeträge vereinfacht Bruttobeträge berechnet werden

Jahr ¹	Brutto- renten- faktor ²	Durchschnittliche Beträge in € bei Versichertenrenten im Rentenzugang			
		RV Männer		RV Frauen	
	1	Zahl- betrag ³	mit Faktor berechnete Bruttorente	Zahl- betrag ³	mit Faktor berechnete Bruttorente
Alte Bundesländer		2	3=1*2	4	5=1*4
Alte Bundesländer					
1983	1,000	643	643	294	294
1984	1,000	648	648	286	286
1985	1,000	669	669	317	317
1986	1,000	687	687	312	312
1987	1,000	714	714	309	309
1988	1,000	751	751	321	321
1989	1,000	770	770	330	330
1990	1,000	793	793	343	343
1991	1,000	823	823	360	360
1992	1,060	780	826	364	386
1993	1,060	831	881	384	407
1994	1,062	839	891	415	441
1995	1,064	850	904	438	466
1996	1,066	868	926	454	484
1997	1,066	870	928	447	476
1998	1,066	870	927	461	492
1999	1,066	877	935	466	497
2000	1,065	883	940	461	491
2001	1,063	875	930	456	485
2002	1,071	869	931	446	477
2003	1,080	845	913	441	477
2004	1,087	810	881	433	470
2005	1,091	793	865	423	462
2006	1,094	790	864	434	475
2007	1,097	823	903	455	500
2008	1,100	822	904	468	515
2009	1,101	816	898	480	528
2010	1,100	808	889	494	544
2011	1,102	818	901	500	551
2012	1,102	845	931	509	561
2013	1,103	860	948	520	573
Neue Bundesländer ⁴					
Neue Bundesländer ⁴					
1993	1,066	756	806	468	499
1994	1,067	805	859	520	555
1995	1,073	839	900	565	606
1996	1,075	843	907	600	645
1997	1,077	869	936	608	655
1998	1,079	860	928	635	685
1999	1,079	868	937	668	721
2000	1,079	883	953	679	733
2001	1,077	869	936	672	723
2002	1,080	877	947	666	719
2003	1,084	878	952	670	726
2004	1,091	852	929	657	716
2005	1,096	840	920	655	717
2006	1,097	836	917	660	724
2007	1,101	824	907	645	711
2008	1,103	818	903	652	720
2009	1,106	798	882	656	725
2010	1,106	785	869	666	737
2011	1,108	780	864	665	737
2012	1,107	817	904	718	795
2013	1,108	835	925	742	822

Jahr ¹	Brutto- renten- faktor ²	Durchschnittliche Beträge in € bei Versichertenrenten im Rentenzugang			
		RV Männer		RV Frauen	
	1	Zahl- betrag ³	mit Faktor berechnete Bruttorente	Zahl- betrag ³	mit Faktor berechnete Bruttorente
Deutschland		2	3=1*2	4	5=1*4
Deutschland		Deutschland			
1993	1,061	815	864	405	430
1994	1,063	828	881	440	468
1995	1,067	846	903	472	503
1996	1,068	863	921	486	519
1997	1,069	870	930	483	517
1998	1,069	868	928	498	532
1999	1,069	875	936	508	543
2000	1,068	883	943	505	539
2001	1,066	874	932	497	529
2002	1,073	871	934	485	520
2003	1,081	851	920	481	520
2004	1,088	818	890	471	512
2005	1,092	801	875	461	504
2006	1,095	797	873	466	510
2007	1,098	823	904	487	535
2008	1,100	821	903	499	549
2009	1,102	813	896	509	561
2010	1,101	804	885	525	578
2011	1,103	812	895	529	584
2012	1,103	840	927	542	598
2013	1,104	855	944	554	612

Zu den gesetzlichen Kenngrößen (Beitragsatz, Beitragszuschuss und Eigenanteil des Rentners zur KVdR und PVdR) vgl. Kapitel 11.

¹ Jahr des Rentenzugangs

² Faktor zur Berechnung der Bruttorentenhöhe aus dem ausgewiesenen Wert (z.B. Rentenzahlbetrag)

³ Mit Einführung der Eigenbeteiligung der Rentner an der KV zum 1. Juli 1983 wurden unterschiedlich abgegrenzte Rentenhöhen ausgewiesen (z.B. Rentenzahlbeträge, d.h. abzgl. der KV/PV-Beiträge).

⁴ Die Zahlbeträge in den neuen Bundesländern enthalten ggf. Auffüllbeträge und Rententeile aus ehem. Zusatz- und Sondersversorgungssystemen.

Zur Euro-Umrechnung vgl. Glossar.

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung - Rentenzugang, verschiedene Jahrgänge

4 Rentenwegfall

Rentenwegfälle nach Zweigen

Insgesamt

Jahr	RV	allg. RV	KnV
Alte Bundesländer			
1960	578.974	536.704	42.270
1965	532.342	491.983	40.359
1970	600.403	556.077	44.326
1975	666.254	604.211	62.043
1980	774.420	728.432	45.988
1985	828.617	780.632	47.985
1990	848.336	798.613	49.723
1993	802.153	762.474	39.679
1995	868.603	827.215	41.388
2000	884.936	850.100	34.836
2001	878.396	840.365	38.031
2002	918.093	878.975	39.118
2003	983.807	943.128	40.679
2004	945.539	905.002	40.537
2005	939.304	898.415	40.889
2006	980.241	936.959	43.282
2007	1.017.299	973.581	43.718
2008	982.420	936.263	46.157
2009	992.781	946.088	46.693
2010	1.006.806	959.591	47.215
2011	1.029.445	983.532	45.913
2012	1.024.255	978.525	45.730
2013	1.056.047	1.009.563	46.484
Neue Bundesländer			
1993	158.111	148.098	10.013
1995	242.740	225.746	16.994
2000	259.327	244.716	14.611
2001	252.584	236.524	16.060
2002	264.886	248.807	16.079
2003	265.825	248.380	17.445
2004	256.796	239.719	17.077
2005	252.201	237.362	14.839
2006	259.708	243.985	15.723
2007	256.210	240.081	16.129
2008	256.405	240.083	16.322
2009	260.573	243.813	16.760
2010	263.541	246.774	16.767
2011	257.673	242.509	15.164
2012	252.420	236.030	16.390
2013	256.065	239.416	16.649
Deutschland			
1993	960.264	910.572	49.692
1995	1.111.343	1.052.961	58.382
2000	1.144.263	1.094.816	49.447
2001	1.130.980	1.076.889	54.091
2002	1.182.979	1.127.782	55.197
2003	1.249.632	1.191.508	58.124
2004	1.202.335	1.144.721	57.614
2005	1.191.505	1.135.777	55.728
2006	1.239.949	1.180.944	59.005
2007	1.273.509	1.213.662	59.847
2008	1.238.825	1.176.346	62.479
2009	1.253.354	1.189.901	63.453
2010	1.270.347	1.206.365	63.982
2011	1.287.118	1.226.041	61.077
2012	1.276.675	1.214.555	62.120
2013	1.312.112	1.248.979	63.133

Ohne Knappschaftsausgleichsleistungen, reine KLG-Leistungen, Nullrenten und ohne Renten nach Art. 2 RÜG.

Sondereffekt im Jahr 2003 und 2006: Inkl. zusätzlicher Abgaben auf Grund von organisatorischen Änderungen im Vertragsbereich

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung - Rentenwegfall, verschiedene Jahrgänge, sowie Angaben der Knappschaft

Rentenwegfälle nach Zweigen

Versichertenrenten Männer und Frauen

Jahr	RV	allg. RV	KnV
Alte Bundesländer			
1960	289.889	267.636	22.253
1965	322.588	299.632	22.956
1970	386.208	361.274	24.934
1975	426.180	393.088	33.092
1980	483.724	461.030	22.694
1985	498.575	476.317	22.258
1990	505.599	482.518	23.081
1993	510.329	491.070	19.259
1995	544.325	524.646	19.679
2000	555.553	539.121	16.432
2001	554.088	535.226	18.862
2002	576.214	556.560	19.654
2003	620.556	599.839	20.717
2004	596.627	576.525	20.102
2005	593.151	572.846	20.305
2006	626.320	604.694	21.626
2007	646.725	625.094	21.631
2008	624.978	601.903	23.075
2009	633.171	610.187	22.984
2010	640.397	617.796	22.601
2011	664.876	643.430	21.446
2012	656.264	634.634	21.630
2013	679.365	657.516	21.849
Neue Bundesländer			
1993	114.712	108.319	6.393
1995	159.188	148.535	10.653
2000	159.840	151.189	8.651
2001	155.540	145.812	9.728
2002	165.813	156.119	9.694
2003	163.199	152.864	10.335
2004	155.983	146.105	9.878
2005	154.061	146.095	7.966
2006	161.828	153.388	8.440
2007	157.678	148.882	8.796
2008	159.587	150.753	8.834
2009	164.006	154.984	9.022
2010	164.656	155.679	8.977
2011	165.496	156.977	8.519
2012	161.554	152.735	8.819
2013	165.497	156.691	8.806
Deutschland			
1993	625.041	599.389	25.652
1995	703.513	673.181	30.332
2000	715.393	690.310	25.083
2001	709.628	681.038	28.590
2002	742.027	712.679	29.348
2003	783.755	752.703	31.052
2004	752.610	722.630	29.980
2005	747.212	718.941	28.271
2006	788.148	758.082	30.066
2007	804.403	773.976	30.427
2008	784.565	752.656	31.909
2009	797.177	765.171	32.006
2010	805.053	773.475	31.578
2011	830.372	800.407	29.965
2012	817.818	787.369	30.449
2013	844.862	814.207	30.655

Ohne Knappschaftsausgleichsleistungen, reine KLG-Leistungen, Nullrenten
und ohne Renten nach Art. 2 RÜG.

Sondereffekt im Jahr 2003 und 2006: Inkl. zusätzlicher Abgaben auf Grund von organisatorischen
Änderungen im Vertragsbereich

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung - Rentenwegfall, verschiedene Jahrgänge,
sowie Angaben der Knappschaft

Rentenwegfälle nach Zweigen

Versichertenrenten Männer

Jahr	RV	allg. RV	KnV
Alte Bundesländer			
1960	x	179.902	x
1965	x	194.634	x
1970	x	229.522	x
1975	x	237.735	x
1980	287.226	265.145	22.081
1985	290.243	268.740	21.503
1990	283.442	261.523	21.919
1993	275.566	257.432	18.134
1995	302.466	284.108	18.358
2000	293.766	278.667	15.099
2001	290.935	273.569	17.366
2002	301.353	283.335	18.018
2003	320.546	301.599	18.947
2004	311.161	292.859	18.302
2005	307.728	289.239	18.489
2006	318.806	299.135	19.671
2007	333.585	313.941	19.644
2008	319.300	298.314	20.986
2009	322.245	301.434	20.811
2010	324.196	303.730	20.466
2011	340.566	321.098	19.468
2012	329.721	310.190	19.531
2013	340.569	320.834	19.735
Neue Bundesländer			
1993	50.577	47.229	3.348
1995	70.822	64.455	6.367
2000	75.060	69.587	5.473
2001	72.757	66.834	5.923
2002	79.206	73.275	5.931
2003	76.132	69.817	6.315
2004	72.985	66.807	6.178
2005	71.583	65.285	6.298
2006	77.607	71.020	6.587
2007	73.588	66.724	6.864
2008	73.192	66.313	6.879
2009	75.724	68.802	6.922
2010	76.347	69.356	6.991
2011	77.568	70.962	6.606
2012	75.776	68.904	6.872
2013	77.862	71.044	6.818
Deutschland			
1993	326.143	304.661	21.482
1995	373.288	348.563	24.725
2000	368.826	348.254	20.572
2001	363.692	340.403	23.289
2002	380.559	356.610	23.949
2003	396.678	371.416	25.262
2004	384.146	359.666	24.480
2005	379.311	354.524	24.787
2006	396.413	370.155	26.258
2007	407.173	380.665	26.508
2008	392.492	364.627	27.865
2009	397.969	370.236	27.733
2010	400.543	373.086	27.457
2011	418.134	392.060	26.074
2012	405.497	379.094	26.403
2013	418.431	391.878	26.553

Ohne Knappschaftsausgleichsleistungen, Nullrenten und ohne Renten nach Art. 2 RÜG.

Vor 1980 ohne Knappschaft, da eine Geschlechtertrennung nicht möglich ist.

Sondereffekt im Jahr 2003 und 2006: Inkl. zusätzlicher Abgaben auf Grund von organisatorischen Änderungen im Vertragsbereich

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung - Rentenwegfall, verschiedene Jahrgänge

Rentenwegfälle nach Zweigen

Versichertenrenten Frauen

Jahr	RV	allg. RV	KnV
Alte Bundesländer			
1960	x	87.734	x
1965	x	104.998	x
1970	x	131.752	x
1975	x	155.353	x
1980	196.498	195.885	613
1985	208.332	207.577	755
1990	222.157	220.995	1.162
1993	234.763	233.638	1.125
1995	241.859	240.538	1.321
2000	261.787	260.454	1.333
2001	263.153	261.657	1.496
2002	274.861	273.225	1.636
2003	300.010	298.240	1.770
2004	285.466	283.666	1.800
2005	285.423	283.607	1.816
2006	307.514	305.559	1.955
2007	313.140	311.153	1.987
2008	305.678	303.589	2.089
2009	310.926	308.753	2.173
2010	316.201	314.066	2.135
2011	324.310	322.332	1.978
2012	326.543	324.444	2.099
2013	338.796	336.682	2.114
Neue Bundesländer			
1993	64.135	61.090	3.045
1995	88.366	84.080	4.286
2000	84.780	81.602	3.178
2001	82.783	78.978	3.805
2002	86.607	82.844	3.763
2003	87.067	83.047	4.020
2004	82.998	79.298	3.700
2005	82.478	80.810	1.668
2006	84.221	82.368	1.853
2007	84.090	82.158	1.932
2008	86.395	84.440	1.955
2009	88.282	86.182	2.100
2010	88.309	86.323	1.986
2011	87.928	86.015	1.913
2012	85.778	83.831	1.947
2013	87.635	85.647	1.988
Deutschland			
1993	298.898	294.728	4.170
1995	330.225	324.618	5.607
2000	346.567	342.056	4.511
2001	345.936	340.635	5.301
2002	361.468	356.069	5.399
2003	387.077	381.287	5.790
2004	368.464	362.964	5.500
2005	367.901	364.417	3.484
2006	391.735	387.927	3.808
2007	397.230	393.311	3.919
2008	392.073	388.029	4.044
2009	399.208	394.935	4.273
2010	404.510	400.389	4.121
2011	412.238	408.347	3.891
2012	412.321	408.275	4.046
2013	426.431	422.329	4.102

Ohne reine KLG-Leistungen, Nullrenten und ohne Renten nach Art. 2 RÜG.

Vor 1980 ohne Knappschaft, da eine Geschlechtertrennung nicht möglich ist.

Sondereffekt im Jahr 2003 und 2006: Inkl. zusätzlicher Abgaben auf Grund von organisatorischen Änderungen im Vertragsbereich

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung - Rentenwegfall, verschiedene Jahrgänge

Rentenwegfälle nach Zweigen

Renten wegen Todes

Jahr	RV	allg. RV	KnV
Alte Bundesländer			
1960	289.085	269.068	20.017
1965	209.754	192.351	17.403
1970	214.195	194.803	19.392
1975	240.074	211.123	28.951
1980	290.696	267.402	23.294
1985	330.042	304.315	25.727
1990	342.737	316.095	26.642
1993	291.824	271.404	20.420
1995	324.278	302.569	21.709
2000	329.383	310.979	18.404
2001	324.308	305.139	19.169
2002	341.879	322.415	19.464
2003	363.251	343.289	19.962
2004	348.912	328.477	20.435
2005	346.153	325.569	20.584
2006	353.921	332.265	21.656
2007	370.574	348.487	22.087
2008	357.442	334.360	23.082
2009	359.610	335.901	23.709
2010	366.409	341.795	24.614
2011	364.569	340.102	24.467
2012	367.991	343.891	24.100
2013	376.682	352.047	24.635
Neue Bundesländer			
1993	43.399	39.779	3.620
1995	83.552	77.211	6.341
2000	99.487	93.527	5.960
2001	97.044	90.712	6.332
2002	99.073	92.688	6.385
2003	102.626	95.516	7.110
2004	100.813	93.614	7.199
2005	98.140	91.267	6.873
2006	97.880	90.597	7.283
2007	98.532	91.199	7.333
2008	96.818	89.330	7.488
2009	96.567	88.829	7.738
2010	98.885	91.095	7.790
2011	92.177	85.532	6.645
2012	90.866	83.295	7.571
2013	90.568	82.725	7.843
Deutschland			
1993	335.223	311.183	24.040
1995	407.830	379.780	28.050
2000	428.870	404.506	24.364
2001	421.352	395.851	25.501
2002	440.952	415.103	25.849
2003	465.877	438.805	27.072
2004	449.725	422.091	27.634
2005	444.293	416.836	27.457
2006	451.801	422.862	28.939
2007	469.106	439.686	29.420
2008	454.260	423.690	30.570
2009	456.177	424.730	31.447
2010	465.294	432.890	32.404
2011	456.746	425.634	31.112
2012	458.857	427.186	31.671
2013	467.250	434.772	32.478

Ohne Nullrenten und ohne Renten nach Art. 2 RÜG.

Sondereffekt im Jahr 2003 und 2006: Inkl. zusätzlicher Abgaben auf Grund von organisatorischen Änderungen im Vertragsbereich

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung - Rentenwegfall, verschiedene Jahrgänge, sowie Angaben der Knappschaft

Durchschnittliche Wegfallsalter Versichertenrenten nach Geschlecht

Jahr	insgesamt	Männer	Frauen
Alte Bundesländer			
1960	68,3	68,6	67,8
1965	69,8	69,9	69,8
1970	70,9	70,6	71,6
1975	72,1	71,6	72,9
1980	72,7	72,1	73,6
1985	73,5	72,3	75,3
1990	75,2	73,2	77,7
1993	75,4	73,1	78,1
1995	75,4	73,1	78,3
2000	75,9	73,2	78,9
2001	76,0	73,3	79,1
2002	76,2	73,4	79,2
2003	76,3	73,5	79,2
2004	76,2	73,5	79,2
2005	76,7	73,9	79,6
2006	76,7	74,1	79,4
2007	76,8	74,2	79,6
2008	77,4	74,8	80,2
2009	77,7	75,2	80,4
2010	78,3	75,7	80,9
2011	77,9	75,5	80,5
2012	78,9	76,3	81,4
2013	79,1	76,7	81,6
Neue Bundesländer			
1993 ¹	x	x	x
1995	74,9	71,7	77,4
2000	74,2	70,3	77,7
2001	74,8	70,9	78,2
2002	74,6	70,6	78,3
2003	75,1	71,0	78,7
2004	74,9	70,7	78,6
2005	75,4	71,4	78,9
2006	75,3	71,4	79,0
2007	75,8	71,8	79,3
2008	76,1	72,3	79,4
2009	76,3	72,8	79,4
2010	76,9	73,5	79,9
2011	76,9	73,8	79,7
2012	77,8	74,5	80,7
2013	78,3	75,1	81,2
Deutschland			
1993 ¹	x	x	x
1995	75,3	72,8	78,0
2000	75,5	72,6	78,5
2001	75,8	72,8	78,8
2002	75,8	72,8	79,0
2003	76,0	73,1	79,1
2004	76,0	73,0	79,1
2005	76,4	73,4	79,5
2006	76,4	73,5	79,3
2007	76,6	73,8	79,6
2008	77,2	74,3	80,0
2009	77,5	74,7	80,2
2010	78,0	75,3	80,7
2011	77,7	75,2	80,4
2012	78,6	76,0	81,3
2013	79,0	76,4	81,5

Die durchschnittlichen Wegfallsalter sind für jedes Jahr als Querschnitt berechnet und durch Rechtsänderungen, Sondereffekte und durch sich im Zeitablauf ändernde Altersstrukturen beeinflusst. Vor 1980 ohne Knappschaff, da eine Geschlechtertrennung nicht möglich ist.

¹ Merkmal unzureichend beschickt

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung - Rentenwegfall, verschiedene Jahrgänge

Durchschnittliche Wegfallsalter Renten wegen Todes nach Rentenarten

Jahr	Witwenrenten	Witwerrenten	Waisenrenten
Alte Bundesländer			
1960	72,4	x	18,9
1965	72,8	x	20,0
1970	74,4	x	19,4
1975	76,0	x	19,8
1980	77,6	x	20,1
1985	79,4	x	20,2
1990	80,8	73,2	x
1993	81,1	73,8	20,8
1995	81,7	74,2	21,4
2000	83,0	75,7	21,4
2001	83,3	75,9	21,3
2002	83,5	76,2	21,3
2003	83,5	76,8	21,4
2004	83,5	76,4	21,4
2005	83,8	76,7	21,3
2006	83,7	77,2	21,3
2007	83,5	77,5	21,4
2008	84,2	78,1	21,4
2009	84,4	78,6	21,4
2010	84,4	79,0	21,4
2011	84,5	79,3	21,5
2012	84,8	79,8	21,6
2013	84,9	80,1	21,7
Neue Bundesländer			
1993	80,2	72,8	20,1
1995	80,6	73,8	20,3
2000	82,5	75,4	20,4
2001	83,0	75,7	20,5
2002	83,3	76,0	20,7
2003	83,4	76,2	20,8
2004	83,4	76,2	20,9
2005	83,6	76,5	21,0
2006	83,6	76,8	21,1
2007	83,8	77,5	21,2
2008	84,1	77,8	21,3
2009	84,0	78,5	21,5
2010	83,5	78,8	21,7
2011	84,2	79,4	21,9
2012	84,7	79,9	22,1
2013	84,7	80,6	22,2
Deutschland			
1993	81,0	73,6	20,8
1995	81,5	74,1	21,2
2000	82,9	75,6	21,1
2001	83,2	75,9	21,1
2002	83,5	76,2	21,2
2003	83,5	76,6	21,2
2004	83,5	76,3	21,3
2005	83,8	76,6	21,2
2006	83,7	77,1	21,3
2007	83,5	77,5	21,3
2008	84,2	78,0	21,4
2009	84,3	78,6	21,4
2010	84,3	78,9	21,5
2011	84,4	79,3	21,6
2012	84,8	79,8	21,7
2013	84,9	80,2	21,8

Die durchschnittlichen Wegfallsalter sind für jedes Jahr als Querschnitt berechnet und durch Rechtsänderungen, Sondereffekte und durch sich im Zeitablauf ändernde Altersstrukturen beeinflusst. Vor 1986 einschl. der (wenigen) Witwerrenten.

Vor 1980 ohne Knappschaft, da eine Geschlechtertrennung nicht möglich ist.

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung - Rentenwegfall, verschiedene Jahrgänge

Durchschnittliche Rentenbezugsdauer Versichertenrenten

Jahr	insgesamt	Männer	Frauen
Alte Bundesländer			
1960	9,9	9,6	10,6
1965	10,5	10,1	11,6
1970	11,1	10,3	12,7
1975	11,6	10,6	13,2
1980	12,1	11,0	13,8
1985	13,1	11,9	14,9
1990	15,4	13,9	17,2
1993	15,6	14,0	17,6
1995	15,7	14,0	17,7
2000 ¹	x	x	x
2001	16,2	14,3	18,3
2002	16,6	14,6	18,8
2003	16,7	14,8	18,8
2004	16,8	14,8	18,9
2005	17,2	15,2	19,3
2006	17,1	15,2	19,0
2007	17,3	15,3	19,4
2008	17,9	15,9	19,9
2009	18,1	16,2	20,1
2010	18,4	16,5	20,5
2011	18,1	16,2	20,2
2012	18,9	16,9	20,8
2013	19,1	17,2	21,0
Neue Bundesländer			
1993 ¹	x	x	x
1995	16,0	11,6	19,6
2000 ¹	16,2	11,5	20,3
2001	16,7	12,0	20,8
2002	16,6	11,8	21,0
2003	17,0	12,2	21,2
2004	17,2	12,4	21,3
2005	17,5	12,9	21,6
2006	17,5	13,0	21,6
2007	18,1	13,6	22,0
2008	18,4	13,9	22,1
2009	18,5	14,4	22,1
2010	18,9	14,9	22,4
2011	18,8	15,0	22,2
2012	19,6	15,7	23,0
2013	20,0	16,3	23,4
Deutschland			
1993 ¹	x	x	x
1995	15,8	13,6	18,2
2000 ¹	x	x	x
2001	16,3	13,8	18,9
2002	16,6	14,0	19,3
2003	16,8	14,3	19,3
2004	16,9	14,3	19,5
2005	17,2	14,7	19,8
2006	17,2	14,8	19,6
2007	17,4	15,0	19,9
2008	18,0	15,5	20,4
2009	18,2	15,8	20,6
2010	18,5	16,2	20,9
2011	18,3	16,0	20,6
2012	19,0	16,7	21,3
2013	19,3	17,0	21,5

Die durchschnittlichen Rentenbezugsdauern sind für jedes Jahr als Querschnitt berechnet und durch Rechtsänderungen, Sondereffekte und durch sich im Zeitablauf ändernde Altersstrukturen beeinflusst.
Vor 1980 ohne Knappschaff, da eine Geschlechtertrennung nicht möglich ist.

¹ Merkmal unzureichend beschickt

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung - Rentenwegfall, verschiedene Jahrgänge

Fernere Lebenserwartung von Versichertenrentnern in Jahren Männer

Tafel	vollendetes Alter					
	65 Jahre	70 Jahre	75 Jahre	80 Jahre	85 Jahre	90 Jahre
Alte Bundesländer						
1982/84	13,53	10,51	7,96	5,94	4,44	3,25
1983/85	13,65	10,62	8,02	5,98	4,43	3,21
1984/86	13,76	10,72	8,09	6,01	4,40	3,20
1985/87	13,84	10,77	8,13	6,04	4,42	3,23
1986/88	13,94	10,87	8,22	6,09	4,47	3,28
1994/96	14,80	11,65	8,86	6,52	4,65	3,30
1995/97	14,93	11,77	8,96	6,61	4,73	3,34
1996/98	15,10	11,91	9,07	6,67	4,78	3,37
1997/99	15,36	12,14	9,25	6,81	4,87	3,41
1998/00	15,55	12,29	9,37	6,88	4,91	3,41
1999/01	15,79	12,47	9,54	7,01	4,99	3,46
2000/02	15,91	12,56	9,61	7,06	5,02	3,49
2001/03	15,97	12,60	9,64	7,07	5,01	3,47
2002/04	16,09	12,68	9,70	7,12	5,04	3,48
2003/05	16,27	12,84	9,81	7,21	5,09	3,51
2004/06	16,54	13,06	9,99	7,35	5,21	3,59
2005/07	16,68	13,18	10,06	7,40	5,23	3,59
2006/08	16,81	13,30	10,14	7,46	5,25	3,58
2007/09	16,92	13,40	10,20	7,48	5,27	3,58
2008/10	17,03	13,51	10,28	7,53	5,30	3,60
2009/11	17,07	13,56	10,36	7,61	5,36	3,64
2010/12	17,20	13,70	10,48	7,69	5,41	3,67
2011/13	17,29	13,79	10,57	7,74	5,44	3,69
Neue Bundesländer						
1994/96	13,80	10,93	8,25	6,03	4,33	3,07
1995/97	14,01	11,08	8,37	6,12	4,40	3,11
1996/98	14,22	11,22	8,49	6,22	4,48	3,18
1997/99	14,70	11,62	8,82	6,49	4,67	3,32
1998/00	15,00	11,86	9,04	6,64	4,78	3,41
1999/01	15,12	11,90	9,05	6,63	4,79	3,45
2000/02	15,08	11,84	9,01	6,59	4,75	3,41
2001/03	15,16	11,87	9,03	6,59	4,71	3,37
2002/04	15,45	12,13	9,27	6,79	4,79	3,37
2003/05	15,86	12,47	9,52	7,00	4,93	3,43
2004/06	16,18	12,74	9,74	7,19	5,05	3,50
2005/07	16,39	12,90	9,85	7,26	5,10	3,49
2006/08	16,57	13,05	9,95	7,33	5,13	3,48
2007/09	16,71	13,18	10,02	7,37	5,16	3,48
2008/10	16,78	13,24	10,05	7,39	5,18	3,50
2009/11	16,83	13,31	10,11	7,43	5,23	3,54
2010/12	17,00	13,47	10,25	7,51	5,30	3,63
2011/13	17,13	13,62	10,36	7,55	5,33	3,65
Deutschland						
1994/96	14,63	11,53	8,75	6,43	4,59	3,25
1995/97	14,77	11,65	8,86	6,52	4,67	3,29
1996/98	14,94	11,79	8,97	6,59	4,72	3,33
1997/99	15,24	12,05	9,18	6,75	4,84	3,39
1998/00	15,46	12,22	9,32	6,85	4,89	3,41
1999/01	15,67	12,38	9,46	6,95	4,96	3,46
2000/02	15,76	12,44	9,52	6,99	4,98	3,47
2001/03	15,83	12,47	9,54	6,99	4,96	3,45
2002/04	15,97	12,59	9,63	7,07	5,00	3,46
2003/05	16,20	12,78	9,77	7,17	5,07	3,50
2004/06	16,47	13,01	9,95	7,33	5,19	3,58
2005/07	16,63	13,14	10,03	7,38	5,21	3,57
2006/08	16,77	13,26	10,11	7,44	5,23	3,56
2007/09	16,88	13,36	10,17	7,47	5,25	3,56
2008/10	16,99	13,46	10,24	7,50	5,28	3,58
2009/11	17,03	13,52	10,32	7,58	5,34	3,63
2010/12	17,16	13,66	10,44	7,66	5,40	3,66
2011/13	17,26	13,76	10,53	7,71	5,43	3,68

Die in den achtziger Jahren publizierten "tatsächlichen Alter = Beobachtungsjahr - Geburtsjahr" wurden in vollendete Alter umgerechnet.

Vor 1986/88 ohne Knappschaft.

Hinweis: Auf Grund unzureichender Merkmalsbeschreibung kein Ausweis in den Jahren 1989-1993.

Quelle: Sterbetafelberechnungen der Deutschen Rentenversicherung Bund, vgl. auch DRV 2000, S.127

Fernere Lebenserwartung von Versichertenrentnern in Jahren Frauen

Tafel	vollendetes Alter					
	65 Jahre	70 Jahre	75 Jahre	80 Jahre	85 Jahre	90 Jahre
Alte Bundesländer						
1982/84	17,43	13,62	10,20	7,39	5,25	3,67
1983/85	17,57	13,75	10,31	7,46	5,29	3,70
1984/86	17,74	13,91	10,44	7,55	5,34	3,75
1985/87	17,82	13,98	10,51	7,60	5,36	3,74
1986/88	18,01	14,16	10,68	7,73	5,44	3,79
1994/96	18,96	14,99	11,39	8,27	5,73	3,91
1995/97	19,14	15,16	11,53	8,39	5,83	3,95
1996/98	19,27	15,27	11,62	8,46	5,88	3,97
1997/99	19,47	15,45	11,77	8,57	5,97	4,02
1998/00	19,61	15,57	11,87	8,64	6,02	4,04
1999/01	19,77	15,71	11,99	8,73	6,08	4,08
2000/02	19,89	15,82	12,08	8,79	6,12	4,10
2001/03	19,91	15,82	12,07	8,76	6,09	4,07
2002/04	20,00	15,89	12,12	8,80	6,10	4,07
2003/05	20,15	16,02	12,22	8,86	6,13	4,10
2004/06	20,38	16,22	12,40	9,01	6,24	4,18
2005/07	20,47	16,30	12,44	9,03	6,24	4,16
2006/08	20,56	16,38	12,51	9,07	6,26	4,17
2007/09	20,62	16,46	12,56	9,10	6,26	4,15
2008/10	20,69	16,54	12,62	9,15	6,29	4,17
2009/11	20,76	16,64	12,71	9,22	6,34	4,20
2010/12	20,84	16,73	12,80	9,28	6,38	4,20
2011/13	20,88	16,79	12,85	9,31	6,39	4,19
Neue Bundesländer						
1994/96	17,60	13,80	10,41	7,58	5,38	3,77
1995/97	17,88	14,05	10,63	7,75	5,49	3,84
1996/98	18,14	14,29	10,82	7,88	5,59	3,90
1997/99	18,53	14,63	11,11	8,10	5,75	4,00
1998/00	18,85	14,91	11,34	8,26	5,85	4,05
1999/01	19,06	15,10	11,50	8,39	5,93	4,09
2000/02	19,18	15,19	11,57	8,43	5,96	4,09
2001/03	19,25	15,23	11,58	8,41	5,90	4,04
2002/04	19,41	15,34	11,66	8,45	5,88	4,02
2003/05	19,65	15,55	11,83	8,57	5,95	4,05
2004/06	19,91	15,77	12,03	8,72	6,07	4,13
2005/07	20,06	15,90	12,11	8,78	6,09	4,14
2006/08	20,16	15,98	12,15	8,81	6,09	4,11
2007/09	20,25	16,06	12,20	8,84	6,09	4,09
2008/10	20,32	16,13	12,23	8,85	6,09	4,07
2009/11	20,42	16,24	12,35	8,94	6,16	4,11
2010/12	20,58	16,39	12,47	9,03	6,22	4,14
2011/13	20,68	16,49	12,57	9,09	6,25	4,14
Deutschland						
1994/96	18,64	14,71	11,14	8,09	5,64	3,87
1995/97	18,85	14,90	11,31	8,23	5,74	3,92
1996/98	19,01	15,05	11,43	8,31	5,81	3,96
1997/99	19,26	15,26	11,62	8,46	5,92	4,02
1998/00	19,44	15,43	11,75	8,55	5,98	4,04
1999/01	19,62	15,58	11,88	8,65	6,04	4,08
2000/02	19,74	15,69	11,97	8,71	6,08	4,10
2001/03	19,77	15,70	11,96	8,68	6,05	4,06
2002/04	19,88	15,78	12,03	8,72	6,05	4,05
2003/05	20,05	15,92	12,14	8,80	6,09	4,09
2004/06	20,28	16,13	12,32	8,95	6,20	4,17
2005/07	20,38	16,21	12,38	8,98	6,21	4,16
2006/08	20,48	16,30	12,43	9,02	6,22	4,15
2007/09	20,55	16,38	12,48	9,05	6,23	4,14
2008/10	20,61	16,46	12,54	9,09	6,25	4,15
2009/11	20,69	16,56	12,64	9,17	6,31	4,18
2010/12	20,79	16,66	12,73	9,23	6,35	4,19
2011/13	20,84	16,73	12,79	9,27	6,36	4,18

Die in den achtziger Jahren publizierten "tatsächlichen Alter = Beobachtungsjahr - Geburtsjahr" wurden in vollendete Alter umgerechnet.

Vor 1986/88 ohne Knappschaft.

Hinweis: Auf Grund unzureichender Merkmalsbeschreibung kein Ausweis in den Jahren 1989-1993.

Quelle: Sterbetafelberechnungen der Deutschen Rentenversicherung Bund, vgl. auch DRV 2000, S. 127

5 Rentenumwandlungen

Rentenumwandlungen nach Zweigen

Insgesamt

Jahr	RV	allg. RV	KnV
Alte Bundesländer			
1960	203.832	164.862	38.970
1965	202.627	170.041	32.586
1970	196.528	170.006	26.522
1975	155.007	139.955	15.052
1980	150.564	134.375	16.189
1985	261.685	244.970	16.715
1990	187.824	162.557	25.267
1993 ¹	149.709	141.310	8.399
1995	210.904	176.668	34.236
2000	170.144	156.567	13.577
2001	173.018	158.869	14.149
2002	175.548	162.059	13.489
2003	178.601	163.986	14.615
2004	178.590	166.517	12.073
2005	163.583	155.249	8.334
2006	151.670	143.799	7.871
2007	141.987	133.832	8.155
2008	134.211	126.685	7.526
2009	140.678	132.907	7.771
2010	128.927	121.357	7.570
2011	116.933	110.696	6.237
2012	106.874	101.076	5.798
2013	104.635	99.222	5.413
Neue Bundesländer			
1993 ¹	551	450	101
1995	29.971	25.055	4.916
2000	38.625	34.826	3.799
2001	44.400	39.665	4.735
2002	50.365	45.377	4.988
2003	60.003	54.558	5.445
2004	60.741	54.671	6.070
2005	53.449	48.782	4.667
2006	47.328	42.669	4.659
2007	41.201	36.613	4.588
2008	38.157	33.752	4.405
2009	42.178	37.580	4.598
2010	37.888	33.379	4.509
2011	27.947	24.181	3.766
2012	27.198	23.575	3.623
2013	25.480	22.084	3.396
Deutschland			
1993	150.260	141.760	8.500
1995	240.875	201.723	39.152
2000	208.769	191.393	17.376
2001	217.418	198.534	18.884
2002	225.913	207.436	18.477
2003	238.604	218.544	20.060
2004	239.331	221.188	18.143
2005	217.032	204.031	13.001
2006	198.998	186.468	12.530
2007	183.188	170.445	12.743
2008	172.368	160.437	11.931
2009	182.856	170.487	12.369
2010	166.815	154.736	12.079
2011	144.880	134.877	10.003
2012	134.072	124.651	9.421
2013	130.115	121.306	8.809

Ohne Knappschaftsausgleichsleistungen, reine KLG-Leistungen,

Nullrenten und ohne Renten nach Art. 2 RÜG.

1960 und 1961 sind in die Renten wegen Todes der KnV nicht enthalten.

¹ Untererfassung auf Grund RRG '92 und Änderung des Datensatzaufbaus.

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung - Rentenumwandlungen,
verschiedene Jahrgänge, sowie Angaben der Knappschaft

Rentenumwandlungen nach Zweigen

Versichertenrenten Männer und Frauen

Jahr	RV	allg. RV	KnV
Alte Bundesländer			
1960	200.548	161.578	38.970
1965	196.327	164.385	31.942
1970	189.541	163.723	25.818
1975	148.272	133.989	14.283
1980	139.890	124.266	15.624
1985	246.913	230.860	16.053
1990	177.724	152.891	24.833
1993 ¹	141.566	133.296	8.270
1995	201.387	167.410	33.977
2000	162.336	149.096	13.240
2001	165.897	151.989	13.908
2002	168.125	154.902	13.223
2003	171.154	156.841	14.313
2004	171.216	159.435	11.781
2005	156.255	148.265	7.990
2006	144.918	137.380	7.538
2007	135.832	127.965	7.867
2008	128.511	121.258	7.253
2009	135.666	128.142	7.524
2010	124.382	117.070	7.312
2011	112.984	106.944	6.040
2012	103.466	97.819	5.647
2013	101.615	96.344	5.271
Neue Bundesländer			
1993 ¹	498	398	100
1995	28.505	23.662	4.843
2000	35.989	32.352	3.637
2001	41.890	37.264	4.626
2002	47.637	42.765	4.872
2003	57.313	52.007	5.306
2004	57.726	51.832	5.894
2005	50.571	46.074	4.497
2006	44.664	40.195	4.469
2007	38.849	34.440	4.409
2008	35.937	31.674	4.263
2009	40.405	35.920	4.485
2010	36.441	32.038	4.403
2011	26.823	23.113	3.710
2012	26.294	22.712	3.582
2013	24.764	21.407	3.357
Deutschland			
1993	142.064	133.694	8.370
1995	229.892	191.072	38.820
2000	198.325	181.448	16.877
2001	207.787	189.253	18.534
2002	215.762	197.667	18.095
2003	228.467	208.848	19.619
2004	228.942	211.267	17.675
2005	206.826	194.339	12.487
2006	189.582	177.575	12.007
2007	174.681	162.405	12.276
2008	164.448	152.932	11.516
2009	176.071	164.062	12.009
2010	160.823	149.108	11.715
2011	139.807	130.057	9.750
2012	129.760	120.531	9.229
2013	126.379	117.751	8.628

Ohne Knappschaftsausgleichsleistungen, reine KLG-Leistungen,
Nullrenten und ohne Renten nach Art. 2 RÜG.

¹ Untererfassung auf Grund RRG '92 und Änderung des Datensatzaufbaus.

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung - Rentenumwandlungen,
verschiedene Jahrgänge, sowie Angaben der Knappschaft

Rentenumwandlungen nach Zweigen

Versichertenrenten Männer

Jahr	RV	allg. RV	KnV
Alte Bundesländer			
1960	x	74.018	x
1965	x	95.511	x
1970	x	104.407	x
1975	x	78.167	x
1980	85.874	70.489	15.385
1985	110.017	94.572	15.445
1990	103.712	79.687	24.025
1993 ¹	87.073	79.094	7.979
1995	138.201	105.308	32.893
2000	113.750	100.997	12.753
2001	115.789	102.398	13.391
2002	112.156	99.428	12.728
2003	112.874	99.125	13.749
2004	110.778	99.388	11.390
2005	98.524	90.865	7.659
2006	88.963	81.793	7.170
2007	81.974	74.502	7.472
2008	76.260	69.419	6.841
2009	78.002	70.912	7.090
2010	70.849	63.996	6.853
2011	64.368	58.769	5.599
2012	57.988	52.797	5.191
2013	56.506	51.643	4.863
Neue Bundesländer			
1993 ¹	407	309	98
1995	26.724	22.011	4.713
2000	17.014	14.151	2.863
2001	20.099	16.284	3.815
2002	22.641	18.670	3.971
2003	27.793	23.576	4.217
2004	29.498	24.524	4.974
2005	25.599	21.812	3.787
2006	22.823	19.070	3.753
2007	20.471	16.744	3.727
2008	19.187	15.595	3.592
2009	20.926	17.241	3.685
2010	19.247	15.662	3.585
2011	14.970	11.859	3.111
2012	14.797	11.791	3.006
2013	14.092	11.273	2.819
Deutschland			
1993	87.480	79.403	8.077
1995	164.925	127.319	37.606
2000	130.764	115.148	15.616
2001	135.888	118.682	17.206
2002	134.797	118.098	16.699
2003	140.667	122.701	17.966
2004	140.276	123.912	16.364
2005	124.123	112.677	11.446
2006	111.786	100.863	10.923
2007	102.445	91.246	11.199
2008	95.447	85.014	10.433
2009	98.928	88.153	10.775
2010	90.096	79.658	10.438
2011	79.338	70.628	8.710
2012	72.785	64.588	8.197
2013	70.598	62.916	7.682

Ohne Knappschaftsausgleichsleistungen, reine KLG-Leistungen,
Nullrenten und ohne Renten nach Art. 2 RÜG.

Vor 1980 ohne Knappschaft, da eine Geschlechtertrennung nicht möglich ist.

¹ Untererfassung auf Grund RRG '92 und Änderung des Datensatzaufbaus.

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung - Rentenumwandlungen, verschiedene Jahrgänge

Rentenumwandlungen nach Zweigen

Versichertenrenten Frauen

Jahr	RV	allg. RV	KnV
Alte Bundesländer			
1960	x	87.560	x
1965	x	68.874	x
1970	x	59.316	x
1975	x	55.822	x
1980	54.016	53.777	239
1985	136.896	136.288	608
1990	74.012	73.204	808
1993 ¹	54.493	54.202	291
1995	63.186	62.102	1.084
2000	48.586	48.099	487
2001	50.108	49.591	517
2002	55.969	55.474	495
2003	58.280	57.716	564
2004	60.438	60.047	391
2005	57.731	57.400	331
2006	55.955	55.587	368
2007	53.858	53.463	395
2008	52.251	51.839	412
2009	57.664	57.230	434
2010	53.533	53.074	459
2011	48.616	48.175	441
2012	45.478	45.022	456
2013	45.109	44.701	408
Neue Bundesländer			
1993 ¹	91	89	2
1995	1.781	1.651	130
2000	18.975	18.201	774
2001	21.791	20.980	811
2002	24.996	24.095	901
2003	29.520	28.431	1.089
2004	28.228	27.308	920
2005	24.972	24.262	710
2006	21.841	21.125	716
2007	18.378	17.696	682
2008	16.750	16.079	671
2009	19.479	18.679	800
2010	17.194	16.376	818
2011	11.853	11.254	599
2012	11.497	10.921	576
2013	10.672	10.134	538
Deutschland			
1993	54.584	54.291	293
1995	64.967	63.753	1.214
2000	67.561	66.300	1.261
2001	71.899	70.571	1.328
2002	80.965	79.569	1.396
2003	87.800	86.147	1.653
2004	88.666	87.355	1.311
2005	82.703	81.662	1.041
2006	77.796	76.712	1.084
2007	72.236	71.159	1.077
2008	69.001	67.918	1.083
2009	77.143	75.909	1.234
2010	70.727	69.450	1.277
2011	60.469	59.429	1.040
2012	56.975	55.943	1.032
2013	55.781	54.835	946

Ohne Knappschaftsausgleichsleistungen, reine KLG-Leistungen,
Nullrenten und ohne Renten nach Art. 2 RÜG.

Vor 1980 ohne Knappschaft, da eine Geschlechtertrennung nicht möglich ist.

¹ Untererfassung auf Grund RRG '92 und Änderung des Datensatzaufbaus.

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung - Rentenumwandlungen, verschiedene Jahrgänge

Rentenumwandlungen nach Zweigen

Renten wegen Todes

Jahr	RV	allg. RV	KnV
Alte Bundesländer			
1960	x	3.284	x
1965	6.300	5.656	644
1970	6.987	6.283	704
1975	6.735	5.966	769
1980	10.674	10.109	565
1985	14.772	14.110	662
1990	10.100	9.666	434
1993 ¹	8.143	8.014	129
1995	9.517	9.258	259
2000	7.808	7.471	337
2001	7.121	6.880	241
2002	7.423	7.157	266
2003	7.447	7.145	302
2004	7.374	7.082	292
2005	7.328	6.984	344
2006	6.752	6.419	333
2007	6.155	5.867	288
2008	5.700	5.427	273
2009	5.012	4.765	247
2010	4.545	4.287	258
2011	3.949	3.752	197
2012	3.408	3.257	151
2013	3.020	2.878	142
Neue Bundesländer			
1993 ¹	53	52	1
1995	1.466	1.393	73
2000	2.636	2.474	162
2001	2.510	2.401	109
2002	2.728	2.612	116
2003	2.690	2.551	139
2004	3.015	2.839	176
2005	2.878	2.708	170
2006	2.664	2.474	190
2007	2.352	2.173	179
2008	2.220	2.078	142
2009	1.773	1.660	113
2010	1.447	1.341	106
2011	1.124	1.068	56
2012	904	863	41
2013	716	677	39
Deutschland			
1993	8.196	8.066	130
1995	10.983	10.651	332
2000	10.444	9.945	499
2001	9.631	9.281	350
2002	10.151	9.769	382
2003	10.137	9.696	441
2004	10.389	9.921	468
2005	10.206	9.692	514
2006	9.416	8.893	523
2007	8.507	8.040	467
2008	7.920	7.505	415
2009	6.785	6.425	360
2010	5.992	5.628	364
2011	5.073	4.820	253
2012	4.312	4.120	192
2013	3.736	3.555	181

Ohne Knappschaftsausgleichsleistungen, reine KLG-Leistungen,
Nullrenten und ohne Renten nach Art. 2 RÜG.

1960 und 1961 wurden die Renten wegen Todes bei der KnV nicht erfasst.

¹ Untererfassung auf Grund RRG '92 und Änderung des Datensatzaufbaus.

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung - Rentenumwandlungen,
verschiedene Jahrgänge, sowie Angaben der Knappschaft

6 Rentenbestand

Rentenbestand nach Zweigen

Insgesamt

Jahr	RV	allg. RV	KnV
Alte Bundesländer			
1960	7.872.473	7.213.815	658.658
1965	8.605.163	7.890.860	714.303
1970	9.879.105	9.142.030	737.075
1975	11.480.297	10.748.450	731.847
1980	12.454.138	11.746.341	707.797
1985	14.014.838	13.320.392	694.446
1990	15.012.633	14.320.399	692.234
1992	15.455.432	14.784.443	670.989
1995	16.527.316	15.849.097	678.219
2000	18.184.863	17.496.611	688.252
2001	18.473.119	17.791.740	681.379
2002	18.668.047	17.982.651	685.396
2003	18.937.980	18.235.685	702.295
2004	19.181.405	18.465.285	716.120
2005	19.420.792	18.683.332	737.460
2006	19.542.560	18.799.229	743.331
2007	19.697.063	18.949.086	747.977
2008	19.782.637	19.035.478	747.159
2009	19.884.928	19.139.062	745.866
2010	19.995.376	19.236.148	759.228
2011	20.096.675	19.352.004	744.671
2012	20.129.972	19.391.859	738.113
2013	20.130.183	19.412.013	718.170
Neue Bundesländer			
1992	3.817.484	3.545.522	271.962
1995	4.533.646	4.223.956	309.690
2000	4.959.604	4.647.388	312.216
2001	4.991.741	4.681.529	310.212
2002	5.010.985	4.699.738	311.247
2003	5.036.261	4.719.458	316.803
2004	5.072.207	4.749.331	322.876
2005	5.062.953	4.764.208	298.745
2006	5.061.074	4.753.965	307.109
2007	5.036.650	4.726.124	310.526
2008	5.021.072	4.707.916	313.156
2009	5.047.564	4.733.128	314.436
2010	5.017.611	4.713.439	304.172
2011	5.070.825	4.747.086	323.739
2012	5.050.458	4.726.226	324.232
2013	5.034.218	4.714.627	319.591
Deutschland			
1992	19.272.916	18.329.965	942.951
1995	21.060.962	20.073.053	987.909
2000	23.144.467	22.143.999	1.000.468
2001	23.464.860	22.473.269	991.591
2002	23.679.032	22.682.389	996.643
2003	23.974.241	22.955.143	1.019.098
2004	24.253.612	23.214.616	1.038.996
2005	24.483.745	23.447.540	1.036.205
2006	24.603.634	23.553.194	1.050.440
2007	24.733.713	23.675.210	1.058.503
2008	24.803.709	23.743.394	1.060.315
2009	24.932.492	23.872.190	1.060.302
2010	25.012.987	23.949.587	1.063.400
2011	25.167.500	24.099.090	1.068.410
2012	25.180.430	24.118.085	1.062.345
2013	25.164.401	24.126.640	1.037.761

Ohne Knappschaftsausgleichsleistungen, reine KLG-Leistungen, Nullrenten und ohne Renten nach Art. 2 RÜG. Bis 1980 Inland, ab 1981 Inland und Ausland.

Quelle: bis 1983: BMAS, jeweils zum Anpassungstermin, sowie Angaben der Knappschaft
ab 1984: Statistik der Deutschen Rentenversicherung - Rentenzahlbestand Dezember
ab 1992: Statistik der Deutschen Rentenversicherung - Rentenbestand am 31.12.

Rentenbestand nach Zweigen

Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit und wegen Alters

Jahr	RV	allg. RV	KnV
Alte Bundesländer			
1960	4.437.415	4.067.244	370.171
1965	5.081.281	4.684.040	397.241
1970	6.017.311	5.626.308	391.003
1975	7.276.972	6.902.949	374.023
1980	8.038.353	7.685.582	352.771
1985	9.339.775	8.983.568	356.207
1990	10.368.875	9.992.450	376.425
1992	10.862.934	10.488.305	374.629
1995	11.815.162	11.431.377	383.785
2000	13.474.914	13.067.857	407.057
2001	13.772.188	13.368.579	403.609
2002	13.968.420	13.563.275	405.145
2003	14.225.375	13.809.910	415.465
2004	14.460.281	14.036.962	423.319
2005	14.680.927	14.246.132	434.795
2006	14.807.451	14.373.632	433.819
2007	14.968.393	14.534.265	434.128
2008	15.073.204	14.642.179	431.025
2009	15.195.036	14.767.476	427.560
2010	15.295.038	14.869.855	425.183
2011	15.433.909	15.011.028	422.881
2012	15.490.593	15.074.634	415.959
2013	15.519.471	15.113.363	406.108
Neue Bundesländer			
1992	2.831.736	2.638.025	193.711
1995	3.334.580	3.127.081	207.499
2000	3.757.099	3.544.691	212.408
2001	3.792.741	3.582.071	210.670
2002	3.816.400	3.605.257	211.143
2003	3.845.949	3.631.248	214.701
2004	3.882.395	3.663.760	218.635
2005	3.899.558	3.701.642	197.916
2006	3.912.077	3.707.928	204.149
2007	3.901.777	3.695.386	206.391
2008	3.884.048	3.676.409	207.639
2009	3.914.537	3.706.571	207.966
2010	3.913.079	3.703.503	209.576
2011	3.919.055	3.707.718	211.337
2012	3.903.569	3.693.057	210.512
2013	3.887.620	3.678.670	208.950
Deutschland			
1992	13.694.670	13.126.330	568.340
1995	15.149.742	14.558.458	591.284
2000	17.232.013	16.612.548	619.465
2001	17.564.929	16.950.650	614.279
2002	17.784.820	17.168.532	616.288
2003	18.071.324	17.441.158	630.166
2004	18.342.676	17.700.722	641.954
2005	18.580.485	17.947.774	632.711
2006	18.719.528	18.081.560	637.968
2007	18.870.170	18.229.651	640.519
2008	18.957.252	18.318.588	638.664
2009	19.109.573	18.474.047	635.526
2010	19.208.117	18.573.358	634.759
2011	19.352.964	18.718.746	634.218
2012	19.394.162	18.767.691	626.471
2013	19.407.091	18.792.033	615.058

Ohne Knappschaftsausgleichsleistungen, reine KLG-Leistungen, Nullrenten und ohne Renten nach Art. 2 RÜG. Bis 1980 Inland, ab 1981 Inland und Ausland.

Quelle: bis 1983: BMAS, jeweils zum Anpassungstermin, sowie Angaben der Knappschaft
ab 1984: Statistik der Deutschen Rentenversicherung - Rentenzahlbestand Dezember
ab 1992: Statistik der Deutschen Rentenversicherung - Rentenbestand am 31.12.

Rentenbestand nach Zweigen**Renten der Sozialversicherung der Arbeiter und Angestellten - DDR**

Jahr	Insgesamt	Alters- renten	Invaliden- altersrenten	Invaliden- renten
1960	1.877.800	1.181.000	396.500	300.300
1965	2.083.200	1.397.000	420.800	265.400
1970	2.325.700	1.584.000	527.800	213.900
1971	2.461.000	1.709.000	531.200	220.800
1972	2.516.000	1.762.000	546.200	207.800
1973	2.602.500	1.847.000	533.400	222.100
1974	2.656.000	1.914.000	523.300	218.700
1975	2.632.900	1.912.000	505.300	215.600
1976	2.606.300	1.901.000	490.600	214.700
1977	2.578.700	1.886.000	471.800	220.900
1978	2.545.100	1.867.000	452.500	225.600
1979	2.543.500	1.876.000	440.900	226.600
1980	2.538.700	1.885.000	426.400	227.300
1981	2.521.100	1.880.000	409.600	231.500
1982	2.491.500	1.863.000	391.000	237.500
1983	2.464.700	1.845.000	374.300	245.400
1984	2.458.200	1.845.000	363.300	249.900
1985	2.448.700	1.844.000	353.400	251.300
1986	2.440.800	1.841.000	344.300	255.500
1987	2.438.000	1.838.000	340.000	260.000
1988	2.434.100	1.833.000	332.800	268.300
1989	2.440.900	1.833.000	328.300	279.600

Aus der Sozialpflichtversicherung und aus der Freiwilligen Zusatzrentenversicherung; jeweils Jahresende.

Quelle: BMAS, Arbeits- und Sozialstatistik, Statistisches Taschenbuch 1996

Rentenbestand nach Auffüllbeträgen bzw. Erstattungen nach dem AAÜG

Renten mit Auffüllbeträgen/ Rentenzuschlägen bzw. überführter Zusatz- oder Sonderversorgung

Jahr	Auffüllbeträge/Rentenzuschläge		Zusatzversorgung		Sonderversorgung	
	Anzahl	durchschn. Auffüllbetrag, brutto in € / Monat	Anzahl	durchschn. Erstattungsbetrag, brutto in € / Monat	Anzahl	durchschn. Erstattungsbetrag, brutto in € / Monat
1992	2.351.048	121	158.470	131	62.586	447
1993	2.352.188	121	164.453	124	63.143	495
1994	2.253.103	120	229.987	151	51.820	519
1995	2.082.633	117	290.179	182	102.567	391
1996	1.868.750	103	342.493	191	145.871	352
1997	1.705.008	88	367.817	225	182.438	414
1998	1.548.210	81	387.111	228	208.197	402
1999	1.355.654	68	409.267	236	229.700	393
2000	1.185.256	68	448.952	247	250.946	388
2001	842.262	75	504.220	263	267.059	385
2002	577.311	86	563.370	272	280.655	383
2003	478.537	89	583.154	284	297.059	371
2004	437.780	89	622.671	281	306.166	361
2005	400.891	89	650.579	279	321.491	349
2006	365.562	89	673.051	277	333.191	342
2007	319.133	91	692.866	277	344.069	335
2008	258.101	87	689.379	277	351.264	332
2009	202.026	100	723.907	280	362.286	337
2010	181.174	100	737.945	276	369.441	329
2011	156.397	102	755.830	280	377.341	328
2012	127.400	105	769.480	282	385.224	330
2013	100.982	110	784.536	287	394.003	335

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung - Rentenbestand am 31.12., versch. Jahrgänge, Tabelle 3.00 G, 10.00 G

Rentenbestand nach Wohnort (Bundesland) des Rentenempfängers Insgesamt

Jahr	Insgesamt	Ausland und unbe- kannt	Bundes - gebiet	Schleswig- Holstein	Hamburg	Nieder- sachsen	Bremen	Nordrhein- Westfalen	Hessen	Rheinland- Pfalz
Anzahl										
1992 ¹	19.272.927	959.377	18.313.550	600.549	416.313	1.698.992	172.649	4.029.334	1.268.411	845.456
1993	19.839.569	961.528	18.878.041	621.515	431.180	1.783.202	182.124	4.096.020	1.320.774	878.423
1994	20.500.062	1.020.344	19.479.718	631.510	435.910	1.832.024	184.670	4.167.592	1.350.739	899.763
1995	21.060.962	1.054.708	20.006.254	643.610	440.637	1.871.012	186.296	4.234.924	1.380.562	920.582
1996	21.547.596	1.083.339	20.464.257	657.601	442.707	1.913.714	188.145	4.337.264	1.406.022	941.290
1997	21.962.687	1.113.971	20.848.716	669.713	443.880	1.950.274	189.212	4.419.141	1.430.599	957.025
1998	22.337.316	1.157.533	21.179.783	684.451	445.815	1.987.484	190.206	4.487.749	1.453.779	974.582
1999	22.652.016	1.198.574	21.453.442	698.725	446.496	2.020.561	190.641	4.555.806	1.474.842	983.923
2000	23.144.467	1.263.093	21.881.374	717.760	447.952	2.066.786	192.218	4.639.202	1.503.395	1.007.682
2001	23.464.860	1.307.157	22.157.703	731.875	448.689	2.099.818	192.952	4.698.281	1.524.522	1.023.592
2002	23.679.032	1.325.604	22.353.428	744.446	448.052	2.127.552	193.005	4.730.226	1.539.848	1.036.619
2003	23.974.241	1.359.902	22.614.339	757.833	448.119	2.157.476	193.287	4.796.738	1.560.954	1.050.357
2004	24.253.612	1.410.003	22.843.609	771.948	448.478	2.181.303	193.850	4.839.158	1.576.844	1.063.364
2005	24.483.745	1.475.435	23.008.310	781.852	448.202	2.197.374	194.673	4.876.801	1.592.478	1.073.548
2006	24.603.634	1.541.382	23.062.252	790.607	447.265	2.212.665	194.225	4.880.394	1.602.981	1.079.294
2007	24.733.713	1.608.746	23.124.967	795.671	445.950	2.221.958	193.747	4.908.916	1.608.708	1.082.346
2008	24.803.709	1.610.154	23.193.555	804.925	444.511	2.233.208	193.701	4.917.172	1.616.935	1.088.669
2009	24.932.492	1.643.469	23.289.023	810.328	444.185	2.243.975	193.141	4.921.259	1.626.406	1.091.153
2010	25.012.987	1.756.052	23.256.935	813.047	442.921	2.243.635	192.225	4.923.934	1.612.449	1.092.067
2011	25.167.500	1.691.724	23.475.776	820.976	443.418	2.263.605	192.289	4.962.024	1.646.520	1.100.745
2012	25.180.430	1.714.805	23.465.625	824.300	441.797	2.264.280	191.304	4.960.327	1.650.608	1.101.293
2013	25.164.401	1.731.594	23.432.807	826.660	439.804	2.261.362	189.829	4.942.817	1.651.936	1.101.326
- Durchschnittlicher Zahlbetrag in €/Monat -										
1992 ¹	529	277	542	548	622	544	591	610	574	534
1993	562	258	578	570	646	566	612	637	598	559
1994	584	262	601	588	664	585	630	656	616	577
1995	595	263	613	591	666	588	631	657	620	581
1996	605	257	623	597	670	594	636	662	624	588
1997	621	256	641	611	683	607	649	674	637	601
1998	628	256	648	619	690	615	653	679	645	608
1999	640	264	661	631	702	626	664	689	656	620
2000	646	268	668	639	707	634	668	694	663	626
2001	659	272	682	652	720	647	680	707	677	639
2002	673	275	697	665	735	660	691	719	690	651
2003	678	271	703	672	741	664	695	722	696	657
2004	671	268	696	666	734	658	687	714	690	651
2005	666	265	692	663	730	654	682	707	686	646
2006	664	267	691	661	729	653	679	704	684	644
2007	665	277	692	662	730	655	680	704	686	644
2008	669	270	697	668	734	660	683	707	691	649
2009	686	277	715	685	752	676	698	722	710	667
2010	684	286	714	685	750	675	695	720	712	668
2011	687	271	717	689	752	679	697	722	714	672
2012	701	277	732	704	766	693	710	736	729	687
2013	706	278	738	706	765	695	710	736	731	690

Ohne Knappschaftsausgleichsleistungen, reine KLG-Leistungen und ohne Renten nach Art. 2 RUG

¹ Im Jahr 1992 Probleme bei der Merkmalsbeschreibung bezüglich der Zuordnung Berlin (Ost) und Ausland

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung - Rentenbestand am 31.12., verschiedene Jahrgänge

Baden-Württemberg	Bayern	Saarland	Berlin (West)	Berlin (Ost)	Mecklenburg-Vorpommern	Brandenburg	Sachsen-Anhalt	Sachsen	Thüringen	Jahr
Anzahl										
2.090.861	2.527.504	228.556	617.433	155.982	410.171	582.941	722.212	1.287.808	658.378	1992 ¹
2.178.928	2.596.510	240.370	537.524	253.277	430.502	604.375	740.025	1.313.386	669.906	1993
2.239.806	2.653.172	252.797	537.804	267.711	463.251	655.097	796.752	1.403.476	707.644	1994
2.292.367	2.710.181	253.806	538.631	286.487	493.460	703.194	835.568	1.467.912	747.025	1995
2.347.966	2.771.245	260.166	545.316	298.290	511.166	731.853	849.939	1.494.865	766.708	1996
2.396.187	2.821.921	265.814	543.874	306.840	527.695	754.933	868.293	1.520.715	782.600	1997
2.443.116	2.875.319	269.601	544.541	311.849	536.811	772.024	878.122	1.533.138	791.196	1998
2.487.275	2.909.313	272.670	543.656	315.274	544.100	785.735	884.589	1.541.941	797.895	1999
2.542.193	2.979.211	278.233	547.138	323.100	556.274	807.316	903.305	1.562.067	807.542	2000
2.586.045	3.028.721	281.750	549.717	327.275	561.228	819.086	905.391	1.566.981	811.780	2001
2.619.643	3.067.810	285.442	549.800	329.789	566.503	826.885	906.011	1.567.767	814.030	2002
2.660.699	3.112.758	287.613	552.244	333.496	571.340	836.299	907.658	1.570.784	816.684	2003
2.696.743	3.154.384	289.990	555.340	337.550	576.090	847.479	910.898	1.579.402	820.788	2004
2.722.248	3.190.836	291.401	575.944	322.155	574.043	855.061	910.385	1.581.115	820.194	2005
2.736.539	3.211.252	290.997	554.959	345.241	575.280	843.588	905.076	1.573.151	818.738	2006
2.754.533	3.230.043	291.532	554.913	344.800	573.133	843.213	896.568	1.564.036	814.900	2007
2.767.754	3.257.945	291.935	555.728	342.720	571.714	844.263	892.689	1.557.817	811.869	2008
2.780.632	3.279.279	293.212	557.889	346.906	576.380	852.493	895.740	1.561.262	814.783	2009
2.779.998	3.286.673	294.683	557.692	346.898	577.426	846.442	882.571	1.552.770	811.504	2010
2.798.649	3.317.896	297.013	561.816	345.708	583.963	866.783	896.093	1.560.603	817.675	2011
2.799.492	3.323.126	297.371	561.269	346.229	584.094	865.967	889.682	1.551.064	813.422	2012
2.801.462	3.324.720	297.374	561.299	349.408	584.579	867.054	882.820	1.540.560	809.797	2013
- Durchschnittlicher Zahlungsbetrag in €/Monat -										
564	529	647	576	456	414	434	433	439	432	1992 ¹
590	554	668	622	535	484	504	510	520	510	1993
609	572	685	643	581	524	543	548	560	549	1994
613	576	680	645	639	569	590	592	607	594	1995
620	582	684	652	672	592	615	617	634	620	1996
634	595	694	664	718	623	650	650	668	652	1997
643	603	698	672	730	633	660	656	676	660	1998
655	615	706	685	753	653	681	676	696	680	1999
663	623	709	692	762	659	689	681	704	686	2000
677	637	718	707	782	675	707	697	722	702	2001
691	650	726	723	807	694	728	717	743	723	2002
697	656	728	728	816	704	738	725	754	731	2003
691	651	716	723	811	701	734	720	748	726	2004
688	648	707	720	808	701	732	718	746	723	2005
687	647	701	715	807	702	737	718	746	724	2006
690	649	698	715	808	702	737	720	747	727	2007
696	656	700	719	814	709	744	725	751	733	2008
714	673	715	737	842	734	767	747	772	753	2009
715	674	712	733	839	733	769	748	770	751	2010
720	679	714	734	842	734	766	747	772	753	2011
736	694	727	746	857	750	782	762	787	768	2012
739	697	726	745	877	772	804	784	809	790	2013

Rentenbestand nach Wohnort (Bundesland) des Rentenempfängers

Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit – Männer und Frauen

Jahr	Insgesamt	Ausland und unbe- kannt	Bundes - gebiet	Schleswig- Holstein	Hamburg	Nieder- sachsen	Bremen	Nordrhein- Westfalen	Hessen	Rheinland- Pfalz
Anzahl										
1992 ¹	1.852.142	100.969	1.751.173	48.712	38.599	167.040	17.644	366.832	115.941	79.883
1993	1.865.896	90.502	1.775.394	48.840	39.325	166.072	18.144	358.280	114.690	78.975
1994	1.877.510	89.418	1.788.092	48.723	38.873	168.273	18.061	347.478	113.874	78.567
1995	1.862.947	86.083	1.776.864	50.099	39.180	169.488	18.159	340.273	113.739	78.596
1996	1.918.195	83.427	1.834.768	51.559	39.164	173.856	18.094	342.635	116.947	79.413
1997	1.933.052	81.379	1.851.673	52.611	38.907	175.263	18.105	340.719	118.705	79.089
1998	1.936.060	79.032	1.857.028	53.304	38.393	176.343	17.925	339.204	119.800	79.263
1999	1.890.196	77.206	1.812.990	52.591	36.715	173.756	17.262	332.194	118.327	75.350
2000	1.894.033	76.642	1.817.391	53.096	35.971	173.979	16.841	330.139	118.794	75.436
2001	1.861.542	73.883	1.787.659	53.300	34.787	172.747	16.301	324.957	118.070	74.492
2002	1.809.136	65.477	1.743.659	52.757	33.630	169.612	15.737	315.401	116.163	73.182
2003	1.761.646	61.950	1.699.696	52.048	32.334	166.178	15.136	313.305	114.374	72.520
2004	1.694.728	58.278	1.636.450	51.309	30.698	161.375	14.488	305.249	110.818	71.289
2005	1.649.767	53.558	1.596.209	50.750	29.470	157.994	14.050	301.398	109.412	70.464
2006	1.602.431	51.039	1.551.392	49.964	28.027	154.081	13.376	296.716	107.712	69.629
2007	1.583.801	50.701	1.533.100	49.940	27.076	152.656	13.199	298.728	107.059	69.785
2008	1.563.807	44.805	1.519.002	50.636	26.626	152.515	13.087	301.963	107.368	70.952
2009	1.567.841	42.268	1.525.573	51.332	26.168	152.504	13.080	305.418	107.300	71.363
2010	1.589.329	40.186	1.549.143	53.002	26.341	155.156	13.216	315.930	109.714	73.149
2011	1.634.126	38.712	1.595.414	55.069	27.299	160.088	13.566	330.535	114.043	75.120
2012	1.677.538	36.749	1.640.789	57.410	28.235	164.764	13.782	344.860	118.526	77.482
2013	1.719.346	34.825	1.684.521	59.763	29.461	169.165	14.099	355.967	122.615	79.907
- Durchschnittlicher Zahlbetrag in €/Monat -										
1992 ¹	600	342	615	636	645	635	631	676	650	652
1993	643	337	658	668	674	675	663	715	686	688
1994	670	349	686	696	698	707	688	738	715	716
1995	682	355	697	703	699	713	689	741	718	722
1996	682	360	696	708	704	720	695	747	725	728
1997	696	369	710	721	715	732	708	759	739	741
1998	703	376	717	728	720	740	712	767	747	746
1999	717	395	731	736	729	748	723	778	758	757
2000	718	404	731	740	730	752	724	780	762	759
2001	728	412	741	747	738	760	728	788	771	767
2002	738	412	750	755	746	769	734	794	780	774
2003	738	407	750	754	745	766	729	791	779	773
2004	725	405	737	739	732	750	714	775	767	761
2005	712	394	722	726	719	735	701	758	751	742
2006	703	392	714	716	713	726	692	747	740	735
2007	696	404	706	708	707	718	680	737	733	722
2008	697	380	707	705	704	716	675	732	729	718
2009	704	391	712	714	711	723	678	737	738	728
2010	695	391	703	704	699	713	664	724	727	719
2011	692	392	699	699	685	707	653	716	719	716
2012	699	400	706	703	684	712	652	721	722	725
2013	699	403	705	698	669	705	643	714	713	719

Ohne Knappschaftsausgleichleistungen, reine KLG-Leistungen und ohne Renten nach Art. 2 RÜG

¹ Im Jahr 1992 Probleme bei der Merkmalsbeschreibung bezüglich der Zuordnung Berlin (Ost) und Ausland

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung - Rentenbestand am 31.12., verschiedene Jahrgänge

Baden-Württemberg	Bayern	Saarland	Berlin (West)	Berlin (Ost)	Mecklenburg-Vorpommern	Brandenburg	Sachsen-Anhalt	Sachsen	Thüringen	Jahr
Anzahl										
193.254	228.301	25.592	58.887	19.058	58.116	67.638	79.260	111.477	74.939	1992 ¹
198.788	229.150	25.543	49.669	32.982	61.973	72.699	83.187	118.472	78.605	1993
191.476	231.897	25.909	52.170	33.544	65.498	77.885	86.055	129.239	80.570	1994
186.376	237.629	25.744	53.362	33.089	64.868	75.887	82.398	129.955	78.022	1995
187.680	243.334	26.206	57.868	34.315	68.899	83.161	86.968	140.782	83.887	1996
187.302	244.216	26.503	59.110	34.318	70.812	84.946	89.067	146.279	85.721	1997
185.901	246.047	26.334	60.472	33.887	71.206	85.317	89.077	147.647	86.908	1998
182.082	239.234	25.918	60.031	32.659	69.515	82.698	85.950	144.121	84.587	1999
181.145	241.041	25.714	60.117	32.570	71.028	84.643	87.478	144.145	85.254	2000
176.994	237.214	24.877	59.997	32.069	69.697	83.437	84.905	140.238	83.577	2001
172.209	232.108	24.288	58.348	31.215	68.667	81.830	81.155	135.702	81.655	2002
169.590	226.987	23.397	56.590	30.041	65.869	78.707	76.392	128.373	77.855	2003
164.710	218.411	22.542	54.221	28.722	62.919	75.106	71.431	119.900	73.262	2004
160.864	212.752	21.889	52.974	26.644	60.822	72.905	68.977	114.311	70.533	2005
157.004	204.849	21.546	49.109	26.938	59.482	70.292	65.894	108.943	67.830	2006
155.282	201.301	21.779	47.281	26.162	58.749	68.206	64.301	105.512	66.084	2007
154.872	200.538	22.005	46.003	24.908	56.680	65.342	60.970	101.170	63.367	2008
153.852	198.831	22.277	44.994	25.480	58.907	67.489	62.903	99.918	63.757	2009
154.943	200.277	23.246	44.706	25.887	60.269	68.343	63.037	98.576	63.351	2010
157.651	203.485	24.177	45.920	26.743	62.530	70.541	64.260	100.087	64.300	2011
160.871	207.233	24.952	46.828	27.669	63.956	72.271	65.254	101.579	65.117	2012
164.151	211.965	25.393	47.982	28.724	65.590	74.101	66.276	103.145	66.217	2013
- Durchschnittlicher Zahlbetrag in €/Monat -										
625	619	677	608	553	510	526	513	517	511	1992 ¹
661	653	715	653	627	584	596	584	588	585	1993
689	683	737	682	660	617	631	620	619	620	1994
696	691	741	692	692	643	659	650	646	648	1995
704	700	746	699	676	621	637	623	630	630	1996
720	715	755	712	690	634	651	640	649	646	1997
730	723	764	721	692	640	656	644	655	652	1998
740	735	770	732	710	662	680	667	674	674	1999
743	740	771	737	706	657	674	661	672	671	2000
753	750	777	749	716	671	685	672	683	682	2001
761	758	783	761	727	682	698	683	695	695	2002
758	759	779	759	726	685	701	684	697	697	2003
744	747	764	746	715	677	692	671	684	686	2004
731	732	744	731	699	667	679	656	670	673	2005
722	722	732	720	691	660	672	649	663	665	2006
715	715	721	708	682	652	664	644	657	660	2007
713	713	717	700	691	666	679	659	663	672	2008
724	723	724	703	690	667	677	657	666	672	2009
717	715	712	685	680	663	673	652	661	666	2010
714	712	709	673	673	663	674	652	661	665	2011
723	722	715	670	676	673	685	663	671	676	2012
719	719	710	656	682	689	700	679	687	692	2013

Rentenbestand nach Wohnort (Bundesland) des Rentenempfängers

Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit - Männer

Jahr	Insgesamt	Ausland und unbe- kannt	Bundes - gebiet	Schleswig- Holstein	Hamburg	Nieder- sachsen	Bremen	Nordrhein- Westfalen	Hessen	Rheinland- Pfalz
Anzahl										
1992 ¹	1.139.499	75.121	1.064.378	28.983	20.649	103.078	9.943	241.369	71.588	54.665
1993	1.146.867	70.262	1.076.605	29.012	21.156	103.295	10.328	237.636	70.863	53.958
1994	1.137.856	69.550	1.068.306	28.894	20.758	104.863	10.285	229.075	69.959	53.218
1995	1.105.075	66.611	1.038.464	29.710	20.852	105.272	10.333	222.697	69.770	52.793
1996	1.115.989	64.206	1.051.783	30.319	20.858	107.498	10.364	223.361	70.460	52.806
1997	1.115.000	62.522	1.052.478	30.668	20.632	107.570	10.373	220.032	70.922	51.950
1998	1.111.981	60.457	1.051.524	30.850	20.251	107.458	10.261	217.857	70.953	51.501
1999	1.083.609	58.904	1.024.705	30.245	19.354	105.055	9.914	212.405	69.505	48.169
2000	1.072.700	57.495	1.015.205	29.805	18.670	103.095	9.599	207.052	68.322	47.264
2001	1.043.848	54.597	989.251	29.389	17.799	100.599	9.086	199.999	66.732	45.711
2002	1.003.438	48.028	955.410	28.557	16.917	97.008	8.670	190.209	64.393	44.064
2003	969.736	45.055	924.681	27.598	16.045	93.425	8.202	186.056	62.233	42.934
2004	924.013	42.027	881.986	26.675	14.976	89.134	7.776	178.061	59.026	41.416
2005	891.749	38.077	853.672	25.969	14.192	85.877	7.440	173.162	57.331	40.222
2006	860.998	35.659	825.339	25.336	13.375	82.823	6.988	169.106	55.684	39.295
2007	844.425	34.088	810.337	25.024	12.784	81.056	6.813	168.560	54.871	38.900
2008	825.907	30.857	795.050	24.958	12.434	79.802	6.660	168.217	54.324	38.946
2009	821.749	28.437	793.312	25.027	12.087	78.819	6.579	168.016	53.744	38.552
2010	827.494	26.585	800.909	25.605	12.042	79.534	6.599	171.933	54.606	39.108
2011	844.321	25.138	819.183	26.334	12.374	81.434	6.763	177.925	56.262	39.765
2012	858.000	23.477	834.523	27.181	12.757	82.844	6.810	183.251	57.839	40.506
2013	867.911	21.790	846.121	27.900	13.177	83.746	6.853	186.154	59.259	41.253
- Durchschnittlicher Zahlbetrag in €/Monat -										
1992 ¹	690	351	714	746	770	754	771	799	767	748
1993	733	346	759	780	797	791	795	836	801	787
1994	761	358	787	808	816	821	817	857	830	815
1995	770	363	796	809	809	821	807	854	821	818
1996	769	367	794	813	807	825	807	855	833	823
1997	782	375	807	824	815	836	818	865	847	835
1998	786	381	809	826	814	840	817	870	852	838
1999	797	401	820	831	818	847	822	879	861	848
2000	795	409	817	832	811	849	818	879	864	848
2001	803	417	824	837	814	857	821	888	873	856
2002	809	416	829	842	817	865	822	891	880	863
2003	804	410	824	836	809	857	811	884	877	859
2004	785	409	803	812	788	833	786	861	859	841
2005	763	396	780	791	766	810	766	837	835	814
2006	748	394	763	769	751	794	751	819	817	796
2007	736	399	750	754	739	780	731	803	805	782
2008	732	385	746	744	730	771	717	792	795	774
2009	733	397	746	748	731	773	714	791	799	780
2010	721	395	732	732	714	758	694	774	781	768
2011	715	395	724	722	692	747	678	763	768	761
2012	720	402	729	723	688	749	673	766	767	769
2013	717	401	725	713	666	739	661	756	754	761

Ohne Knappschaftsausgleichsleistungen, reine KLG-Leistungen und ohne Renten nach Art. 2 RÜG

¹ Im Jahr 1992 Probleme bei der Merkmalsbeschreibung bezüglich der Zuordnung Berlin (Ost) und Ausland

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung - Rentenbestand am 31.12., verschiedene Jahrgänge

Baden-Württemberg	Bayern	Saarland	Berlin (West)	Berlin (Ost)	Mecklenburg-Vorpommern	Brandenburg	Sachsen-Anhalt	Sachsen	Thüringen	Jahr
Anzahl										
112.967	139.724	18.283	29.104	9.826	32.072	38.476	45.647	63.734	44.270	1992 ¹
117.869	140.526	18.208	24.028	17.317	33.737	40.517	46.693	66.055	45.407	1993
113.243	141.780	18.352	25.264	16.836	34.714	41.994	46.541	68.148	44.382	1994
109.678	144.970	17.907	25.711	15.610	32.207	37.651	41.228	62.854	39.221	1995
110.218	147.893	18.136	27.974	15.259	32.385	39.142	40.914	64.277	39.919	1996
109.548	147.393	18.287	28.643	15.192	33.268	39.756	41.663	66.310	40.271	1997
108.164	147.463	18.025	29.187	15.248	33.738	40.213	42.034	67.345	40.976	1998
105.749	142.523	17.671	28.957	14.903	33.496	39.352	41.150	66.343	39.914	1999
103.377	141.662	17.254	28.782	14.998	34.637	40.549	42.456	66.989	40.694	2000
99.184	137.654	16.458	28.540	15.009	34.319	40.512	41.873	66.023	40.364	2001
94.818	132.400	15.904	27.538	14.795	34.265	40.194	40.666	64.932	40.080	2002
91.875	127.641	15.153	26.482	14.351	33.309	39.153	38.962	62.415	38.847	2003
87.734	120.860	14.392	25.184	13.869	32.249	37.703	36.795	59.169	36.967	2004
84.249	116.312	13.777	24.711	12.768	31.420	37.009	35.884	57.286	36.063	2005
81.230	110.599	13.466	22.571	13.217	30.934	35.912	34.438	55.281	35.084	2006
79.226	107.117	13.568	21.661	12.869	30.675	35.012	33.822	53.875	34.504	2007
77.857	105.002	13.640	20.928	12.216	29.624	33.424	32.098	51.798	33.122	2008
76.469	102.792	13.677	20.525	12.545	30.994	34.637	33.409	51.880	33.560	2009
76.371	102.586	14.153	20.328	12.780	31.824	35.106	33.601	51.328	33.405	2010
77.242	103.467	14.594	20.675	13.174	32.981	36.096	34.290	51.933	33.874	2011
78.168	104.296	14.847	20.966	13.514	33.522	36.752	34.717	52.510	34.043	2012
78.956	105.457	14.821	21.336	13.922	34.103	37.244	34.961	52.718	34.261	2013
- Durchschnittlicher Zahlbetrag in €/Monat -										
740	712	765	696	609	560	576	559	554	544	1992 ¹
772	746	805	757	689	646	658	643	635	629	1993
798	775	827	783	730	685	701	687	676	673	1994
798	780	831	787	764	716	734	723	709	709	1995
803	786	835	790	742	689	708	692	690	689	1996
818	800	840	801	758	703	723	711	711	707	1997
824	805	850	803	751	702	722	707	712	708	1998
831	816	856	808	765	719	741	728	727	729	1999
832	819	856	807	753	705	726	714	717	719	2000
841	828	859	815	756	714	732	719	724	726	2001
847	836	863	822	761	719	740	724	731	733	2002
841	833	854	814	750	715	735	716	725	728	2003
819	816	833	794	730	698	716	693	703	707	2004
799	794	805	767	706	679	693	668	679	686	2005
783	779	786	748	691	665	678	653	665	671	2006
773	768	770	728	677	650	663	643	653	661	2007
766	763	761	711	681	659	673	653	655	669	2008
772	769	765	704	671	655	664	645	652	662	2009
761	756	751	680	657	647	658	637	643	654	2010
755	750	747	663	645	645	656	635	642	651	2011
761	758	755	654	644	652	663	643	648	659	2012
756	754	751	635	646	665	676	658	663	673	2013

Rentenbestand nach Wohnort (Bundesland) des Rentenempfängers

Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit - Frauen

Jahr	Insgesamt	Ausland und unbe- kannt	Bundes - gebiet	Schleswig- Holstein	Hamburg	Nieder- sachsen	Bremen	Nordrhein- Westfalen	Hessen	Rheinland- Pfalz
Anzahl										
1992 ¹	712.643	25.848	686.795	19.729	17.950	63.962	7.701	125.463	44.353	25.218
1993	719.029	20.240	698.789	19.828	18.169	62.777	7.816	120.644	43.827	25.017
1994	739.654	19.868	719.786	19.829	18.115	63.410	7.776	118.403	43.915	25.349
1995	757.872	19.472	738.400	20.389	18.328	64.216	7.826	117.576	43.969	25.803
1996	802.206	19.221	782.985	21.240	18.306	66.358	7.730	119.274	46.487	26.607
1997	818.052	18.857	799.195	21.943	18.275	67.693	7.732	120.687	47.783	27.139
1998	824.079	18.575	805.504	22.454	18.142	68.885	7.664	121.347	48.847	27.762
1999	806.587	18.302	788.285	22.346	17.361	68.701	7.348	119.789	48.822	27.181
2000	821.333	19.147	802.186	23.291	17.301	70.884	7.242	123.087	50.472	28.172
2001	817.694	19.286	798.408	23.911	16.988	72.148	7.215	124.958	51.338	28.781
2002	805.698	17.449	788.249	24.200	16.713	72.604	7.067	125.192	51.770	29.118
2003	791.910	16.895	775.015	24.450	16.289	72.753	6.934	127.249	52.141	29.586
2004	770.715	16.251	754.464	24.634	15.722	72.241	6.712	127.188	51.792	29.873
2005	758.018	15.481	742.537	24.781	15.278	72.117	6.610	128.236	52.081	30.242
2006	741.433	15.380	726.053	24.628	14.652	71.258	6.388	127.610	52.028	30.334
2007	739.376	16.613	722.763	24.916	14.292	71.600	6.386	130.168	52.188	30.885
2008	737.900	13.948	723.952	25.678	14.192	72.713	6.427	133.746	53.044	32.006
2009	746.092	13.831	732.261	26.305	14.081	73.685	6.501	137.402	53.556	32.811
2010	761.835	13.601	748.234	27.397	14.299	75.622	6.617	143.997	55.108	34.041
2011	789.805	13.574	776.231	28.735	14.925	78.654	6.803	152.610	57.781	35.355
2012	819.538	13.272	806.266	30.229	15.478	81.920	6.972	161.609	60.687	36.976
2013	851.435	13.035	838.400	31.863	16.284	85.419	7.246	169.813	63.356	38.654
- Durchschnittlicher Zahlbetrag in € / Monat -										
1992 ¹	456	318	461	473	503	445	450	441	462	442
1993	498	309	503	504	531	484	487	477	501	476
1994	530	317	536	532	562	518	517	510	534	508
1995	553	327	558	548	574	536	533	528	553	525
1996	560	337	565	560	585	550	545	545	562	541
1997	577	347	582	577	601	568	560	565	579	561
1998	591	359	596	593	616	583	573	582	595	576
1999	609	375	614	608	630	597	588	598	611	595
2000	618	389	623	622	641	610	599	613	624	608
2001	633	399	639	637	658	625	611	629	640	624
2002	649	401	655	652	674	641	627	647	655	640
2003	656	399	662	661	682	649	633	655	662	649
2004	654	394	660	660	679	648	631	653	662	649
2005	651	391	657	659	676	646	629	651	658	646
2006	651	388	657	660	677	647	628	652	657	646
2007	651	415	656	662	677	649	626	652	657	645
2008	658	370	664	666	682	655	632	657	662	650
2009	671	380	676	681	694	669	641	670	678	667
2010	667	383	672	677	686	665	633	665	672	664
2011	667	387	672	678	679	665	627	662	670	665
2012	678	397	682	686	682	675	632	670	678	677
2013	680	405	684	684	671	672	626	667	675	674

Ohne Knappschaftsausgleichleistungen, reine KLG-Leistungen und ohne Renten nach Art. 2 RÜG

¹ Im Jahr 1992 Probleme bei der Merkmalsbeschreibung bezügl. der Zuordnung Berlin (Ost) und Ausland

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung - Rentenbestand am 31.12., verschiedene Jahrgänge

Baden-Württemberg	Bayern	Saarland	Berlin (West)	Berlin (Ost)	Mecklenburg-Vorpommern	Brandenburg	Sachsen-Anhalt	Sachsen	Thüringen	Jahr
Anzahl										
80.287	88.577	7.309	29.783	9.232	26.044	29.162	33.613	47.743	30.669	1992 ¹
80.919	88.624	7.335	25.641	15.665	28.236	32.182	36.494	52.417	33.198	1993
78.233	90.117	7.557	26.906	16.708	30.784	35.891	39.514	61.091	36.188	1994
76.698	92.659	7.837	27.651	17.479	32.661	38.236	41.170	67.101	38.801	1995
77.462	95.441	8.070	29.894	19.056	36.514	44.019	46.054	76.505	43.968	1996
77.754	96.823	8.216	30.467	19.126	37.544	45.190	47.404	79.969	45.450	1997
77.737	98.584	8.309	31.285	18.639	37.468	45.104	47.043	80.302	45.932	1998
76.333	96.711	8.247	31.074	17.756	36.019	43.346	44.800	77.778	44.673	1999
77.768	99.379	8.460	31.335	17.572	36.391	44.094	45.022	77.156	44.560	2000
77.810	99.560	8.419	31.457	17.060	35.378	42.925	43.032	74.215	43.213	2001
77.391	99.708	8.384	30.810	16.420	34.402	41.636	40.489	70.770	41.575	2002
77.715	99.346	8.244	30.108	15.690	32.560	39.554	37.430	65.958	39.008	2003
76.976	97.551	8.150	29.037	14.853	30.670	37.403	34.636	60.731	36.295	2004
76.615	96.440	8.112	28.263	13.876	29.402	35.896	33.093	57.025	34.470	2005
75.774	94.250	8.080	26.538	13.721	28.548	34.380	31.456	53.662	32.746	2006
76.056	94.184	8.211	25.620	13.293	28.074	33.194	30.479	51.637	31.580	2007
77.015	95.536	8.365	25.075	12.692	27.056	31.918	28.872	49.372	30.245	2008
77.383	96.039	8.600	24.469	12.935	27.913	32.852	29.494	48.038	30.197	2009
78.572	97.691	9.093	24.378	13.107	28.445	33.237	29.436	47.248	29.946	2010
80.409	100.018	9.583	25.245	13.569	29.549	34.445	29.970	48.154	30.426	2011
82.703	102.937	10.105	25.862	14.155	30.434	35.519	30.537	49.069	31.074	2012
85.195	106.508	10.572	26.646	14.802	31.487	36.857	31.315	50.427	31.956	2013
- Durchschnittlicher Zahlbetrag in €/Monat -										
464	473	457	521	494	449	461	450	466	462	1992 ¹
499	506	490	556	559	509	517	508	528	525	1993
533	537	518	587	591	539	549	541	556	555	1994
549	553	535	604	628	571	586	577	586	587	1995
563	567	547	614	623	560	574	562	581	577	1996
582	585	564	629	636	573	588	577	598	592	1997
599	601	577	645	644	584	599	587	608	601	1998
613	616	587	660	664	609	624	611	629	624	1999
625	627	599	672	667	612	625	611	633	628	2000
641	642	615	690	680	629	641	626	646	641	2001
655	656	630	706	697	645	658	642	662	658	2002
661	663	642	710	703	655	668	650	670	666	2003
658	660	641	705	700	655	667	648	666	663	2004
655	656	641	700	693	654	665	643	661	659	2005
655	655	642	696	690	655	667	644	661	659	2006
655	654	641	691	687	653	666	645	661	660	2007
660	659	645	692	701	673	686	665	672	676	2008
676	674	659	703	709	681	691	670	682	683	2009
674	671	651	690	702	680	690	669	680	681	2010
675	673	650	681	700	683	694	672	682	682	2011
686	686	655	683	707	697	707	685	694	695	2012
685	686	652	673	717	716	724	703	712	713	2013

Rentenbestand nach Wohnort (Bundesland) des Rentenempfängers

Renten wegen Alters – Männer und Frauen

Jahr	Insgesamt	Ausland und unbe- kannt	Bundes - gebiet	Schleswig- Holstein	Hamburg	Nieder- sachsen	Bremen	Nordrhein- Westfalen	Hessen	Rheinland- Pfalz
Anzahl										
1992 ¹	11.842.536	557.517	11.285.019	370.432	257.396	1.032.028	103.454	2.424.271	784.506	504.214
1993	12.246.987	552.221	11.694.766	386.361	267.764	1.089.966	109.590	2.504.333	823.095	530.471
1994	12.739.809	596.778	12.143.031	396.728	273.483	1.130.477	112.166	2.589.764	851.744	552.026
1995	13.286.795	632.009	12.654.786	407.343	278.777	1.166.298	114.220	2.668.540	888.001	572.572
1996	13.697.251	658.526	13.038.725	419.637	282.605	1.203.541	116.649	2.764.220	902.567	591.482
1997	14.095.055	690.271	13.404.784	431.953	286.200	1.239.075	118.423	2.844.939	926.386	608.697
1998	14.460.140	725.063	13.735.077	446.000	290.462	1.274.401	120.154	2.918.720	949.301	625.799
1999	14.866.728	762.612	14.104.116	462.354	295.604	1.313.594	122.319	3.004.413	975.121	642.804
2000	15.337.980	810.690	14.527.290	480.608	299.478	1.358.293	124.863	3.093.916	1.003.457	665.464
2001	15.703.387	847.760	14.855.627	495.036	303.312	1.393.878	126.763	3.164.516	1.027.592	683.107
2002	15.975.684	873.148	15.102.536	508.277	305.525	1.424.413	127.916	3.202.816	1.046.008	697.144
2003	16.309.678	900.512	15.409.166	522.341	308.683	1.457.343	129.398	3.269.107	1.068.996	711.440
2004	16.647.948	942.779	15.705.169	536.759	311.926	1.485.915	131.026	3.322.459	1.088.892	725.368
2005	16.930.718	977.592	15.953.126	548.864	314.585	1.510.525	132.743	3.368.163	1.107.490	737.449
2006	17.117.097	1.017.026	16.100.071	558.987	316.773	1.530.931	133.502	3.389.251	1.120.615	745.275
2007	17.286.369	1.072.734	16.213.635	565.263	318.233	1.543.945	133.937	3.417.763	1.129.104	749.063
2008	17.393.445	1.080.106	16.313.339	574.303	318.799	1.556.767	134.504	3.430.376	1.138.182	754.829
2009	17.541.732	1.112.279	16.429.453	579.690	320.443	1.568.820	134.631	3.439.756	1.149.633	758.831
2010	17.618.788	1.156.124	16.462.664	582.095	320.221	1.571.240	134.268	3.441.825	1.155.435	761.362
2011	17.718.838	1.186.294	16.532.544	586.392	320.434	1.580.498	134.410	3.455.963	1.164.012	765.200
2012	17.716.624	1.207.904	16.508.720	588.205	319.180	1.579.472	133.860	3.447.127	1.166.123	765.216
2013	17.687.745	1.223.265	16.464.480	588.893	317.235	1.575.857	132.836	3.431.817	1.166.084	764.740
- Durchschnittlicher Zahlbetrag in €/Monat -										
1992 ¹	568	300	581	576	657	572	621	646	609	566
1993	605	275	620	600	685	595	644	675	636	592
1994	629	276	646	619	704	615	663	695	655	611
1995	641	277	660	622	706	618	665	695	658	616
1996	652	271	671	630	712	625	671	700	664	623
1997	670	270	691	645	728	639	685	713	678	637
1998	678	270	699	655	737	649	692	719	687	646
1999	691	280	713	669	750	662	704	729	699	659
2000	698	285	721	678	757	671	709	735	707	666
2001	712	290	736	692	772	686	723	748	722	680
2002	727	296	752	707	788	700	735	762	736	694
2003	733	290	759	715	796	706	741	766	744	700
2004	725	287	752	709	790	700	734	757	737	693
2005	720	280	747	705	785	696	729	750	733	688
2006	718	280	745	703	784	695	726	746	731	686
2007	718	293	746	706	786	697	728	745	734	686
2008	723	284	752	712	791	704	733	750	741	692
2009	742	292	772	731	810	721	749	766	761	712
2010	740	291	772	732	809	722	747	765	762	713
2011	743	291	776	737	813	727	750	769	768	718
2012	759	296	793	755	829	743	766	785	786	735
2013	766	297	800	758	830	746	767	786	789	739

Ohne Knappschaftsausgleichsleistungen, reine KLG-Leistungen und ohne Renten nach Art. 2 RÜG

¹ Im Jahr 1992 Probleme bei der Merkmalsbeschreibung bezüglich der Zuordnung Berlin (Ost) und Ausland

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung - Rentenbestand am 31.12., verschiedene Jahrgänge

Baden-Württemberg	Bayern	Saarland	Berlin (West)	Berlin (Ost)	Mecklenburg-Vorpommern	Brandenburg	Sachsen-Anhalt	Sachsen	Thüringen	Jahr
Anzahl										
1.318.769	1.571.533	123.737	373.423	97.515	239.169	360.474	456.822	849.811	417.465	1992 ¹
1.377.856	1.627.542	132.981	324.087	156.081	248.128	372.275	465.219	857.343	421.674	1993
1.438.238	1.677.032	142.040	324.657	163.546	267.607	397.852	492.775	895.847	437.049	1994
1.491.077	1.726.377	144.686	326.534	180.383	294.725	438.225	529.378	954.116	473.534	1995
1.541.827	1.777.425	150.778	332.452	189.816	307.169	457.162	540.403	974.500	486.492	1996
1.589.284	1.826.151	156.068	333.523	197.877	319.977	476.289	555.690	994.622	499.630	1997
1.636.519	1.875.765	160.443	336.607	203.589	327.955	491.714	564.597	1.006.397	506.654	1998
1.687.574	1.924.701	165.246	341.076	209.351	337.336	507.924	575.373	1.022.590	516.736	1999
1.741.874	1.988.832	171.219	347.305	217.023	347.401	526.364	591.375	1.043.232	526.586	2000
1.790.308	2.042.956	176.080	353.261	221.744	353.677	538.987	597.337	1.054.388	532.685	2001
1.829.564	2.086.430	180.426	357.841	225.514	359.913	548.569	602.089	1.062.740	537.351	2002
1.871.126	2.133.979	183.907	364.134	230.642	367.790	561.196	609.507	1.075.172	544.405	2003
1.910.440	2.182.329	187.423	371.577	236.078	375.860	575.312	617.869	1.092.877	553.059	2004
1.941.495	2.226.018	190.175	390.253	228.545	380.804	586.636	624.518	1.106.055	558.808	2005
1.960.270	2.258.400	191.881	381.488	245.191	383.203	591.483	624.514	1.106.979	561.328	2006
1.982.363	2.283.033	192.577	385.591	246.984	383.031	592.940	623.483	1.105.196	561.129	2007
1.997.863	2.313.308	193.208	389.589	246.332	383.595	595.437	622.290	1.103.319	560.638	2008
2.013.354	2.339.083	194.659	394.470	250.211	386.626	600.611	624.039	1.110.297	564.299	2009
2.018.533	2.352.438	195.401	396.230	250.266	387.009	601.039	621.580	1.109.400	564.322	2010
2.028.476	2.371.805	195.682	399.078	248.601	387.313	600.852	619.721	1.108.763	565.344	2011
2.029.712	2.377.141	195.878	399.083	248.213	386.221	598.410	613.717	1.099.760	561.402	2012
2.029.950	2.378.023	196.453	399.025	248.730	384.825	596.778	606.697	1.089.230	557.307	2013
- Durchschnittlicher Zahlbetrag in €/Monat -										
602	564	707	613	513	472	494	484	498	491	1992 ¹
631	590	728	659	600	551	569	569	587	577	1993
651	608	746	681	657	599	616	619	637	624	1994
656	612	735	684	723	651	672	668	688	675	1995
663	619	738	694	763	679	701	696	717	703	1996
679	633	747	709	816	714	740	731	753	737	1997
689	643	751	720	828	725	750	738	761	746	1998
702	657	758	735	852	743	771	758	781	766	1999
711	667	760	744	861	751	780	765	790	772	2000
727	681	768	762	883	767	799	782	810	790	2001
742	696	775	779	910	787	821	803	832	812	2002
749	703	776	787	919	797	831	812	843	821	2003
743	698	761	782	911	791	825	805	835	813	2004
739	695	750	782	905	789	820	801	831	809	2005
738	695	742	775	905	790	821	801	830	809	2006
742	697	738	775	904	789	821	800	830	811	2007
749	705	742	779	909	795	827	805	834	817	2008
769	724	757	799	941	824	856	831	857	839	2009
770	726	755	797	939	823	854	830	854	837	2010
776	731	757	800	943	827	858	833	857	840	2011
795	749	772	815	962	845	877	851	874	857	2012
799	752	772	815	987	871	902	876	900	883	2013

Rentenbestand nach Wohnort (Bundesland) des Rentenempfängers

Renten wegen Alters - Männer

Jahr	Insgesamt	Ausland und unbe- kannt	Bundes- gebiet	Schleswig- Holstein	Hamburg	Nieder- sachsen	Bremen	Nordrhein- Westfalen	Hessen	Rheinland- Pfalz
Anzahl										
1992 ¹	4.607.592	336.472	4.271.120	145.466	91.997	423.405	40.209	1.048.382	329.150	225.745
1993	4.827.145	335.540	4.491.605	153.015	96.914	448.889	42.658	1.090.287	348.221	238.345
1994	5.137.771	361.435	4.776.336	158.053	99.638	467.889	43.806	1.134.808	363.356	249.772
1995	5.483.760	383.355	5.100.405	162.570	101.879	482.834	44.745	1.167.881	384.063	258.998
1996	5.716.548	404.161	5.312.387	168.197	103.810	500.215	45.889	1.212.487	387.832	268.248
1997	5.938.894	426.331	5.512.563	174.431	106.106	517.570	46.852	1.252.229	399.945	276.707
1998	6.126.093	449.740	5.676.353	181.247	108.649	534.532	47.754	1.287.429	410.716	284.927
1999	6.328.161	477.573	5.850.588	189.370	111.691	553.269	48.874	1.325.621	422.437	292.660
2000	6.564.673	505.282	6.059.391	198.006	114.257	575.072	50.134	1.368.157	436.668	303.159
2001	6.755.987	530.472	6.225.515	204.974	116.815	592.590	51.213	1.401.596	448.660	311.078
2002	6.906.440	548.274	6.358.166	211.856	118.874	608.129	51.882	1.420.832	458.514	317.293
2003	7.085.114	567.328	6.517.786	219.267	121.445	624.283	52.787	1.451.312	469.937	323.369
2004	7.255.530	595.591	6.659.939	226.263	123.855	637.243	53.689	1.472.785	478.725	328.735
2005	7.411.974	616.594	6.795.380	232.681	126.148	649.615	54.863	1.492.706	488.147	333.612
2006	7.514.866	642.425	6.872.441	237.836	128.384	659.256	55.481	1.499.766	494.367	336.203
2007	7.618.252	671.400	6.946.852	241.522	129.949	666.811	55.949	1.512.679	498.979	337.606
2008	7.683.804	680.581	7.003.223	246.072	131.139	673.365	56.401	1.517.313	503.645	339.556
2009	7.752.991	697.868	7.055.123	248.340	132.247	678.382	56.502	1.518.163	508.435	340.528
2010	7.782.010	720.148	7.061.862	249.014	132.489	678.773	56.298	1.515.565	510.192	340.710
2011	7.819.118	735.616	7.083.502	250.878	132.758	682.224	56.327	1.517.718	513.472	341.440
2012	7.835.056	746.229	7.088.827	252.650	132.682	682.689	56.235	1.513.542	515.014	341.377
2013	7.851.910	754.119	7.097.791	253.859	132.544	682.939	56.006	1.509.173	516.223	341.864
- Durchschnittlicher Zahlbetrag in €/Monat -										
1992 ¹	860	323	902	918	1.033	906	997	1.031	935	871
1993	907	289	953	951	1.068	938	1.030	1.071	970	908
1994	931	292	979	973	1.085	962	1.052	1.096	991	932
1995	936	297	984	972	1.079	962	1.046	1.091	982	934
1996	946	290	996	976	1.077	966	1.045	1.093	994	941
1997	967	290	1.020	992	1.088	983	1.059	1.109	1.011	960
1998	969	290	1.023	997	1.088	989	1.058	1.108	1.015	965
1999	981	304	1.036	1.008	1.093	999	1.063	1.118	1.025	980
2000	982	308	1.039	1.011	1.090	1.005	1.061	1.120	1.030	985
2001	998	314	1.056	1.026	1.102	1.022	1.073	1.136	1.048	1.004
2002	1.015	321	1.075	1.042	1.115	1.040	1.086	1.153	1.065	1.022
2003	1.018	314	1.079	1.047	1.117	1.044	1.087	1.156	1.071	1.030
2004	1.003	313	1.065	1.033	1.099	1.032	1.071	1.140	1.059	1.020
2005	991	304	1.054	1.023	1.085	1.023	1.056	1.126	1.050	1.011
2006	984	305	1.048	1.015	1.075	1.019	1.046	1.119	1.045	1.007
2007	981	318	1.045	1.013	1.070	1.019	1.042	1.115	1.045	1.007
2008	984	311	1.049	1.018	1.070	1.024	1.044	1.118	1.052	1.014
2009	1.005	320	1.072	1.041	1.089	1.046	1.062	1.139	1.076	1.039
2010	999	320	1.068	1.038	1.081	1.044	1.055	1.134	1.074	1.038
2011	1.000	322	1.071	1.042	1.081	1.047	1.054	1.136	1.079	1.043
2012	1.017	329	1.090	1.061	1.096	1.067	1.070	1.155	1.099	1.064
2013	1.020	330	1.094	1.061	1.091	1.067	1.065	1.152	1.099	1.065

Ohne Knappschaftsausgleichsleistungen, reine KLG-Leistungen und ohne Renten nach Art. 2 RÜG

¹ Im Jahr 1992 Probleme bei der Merkmalsbeschreibung bezüglich der Zuordnung Berlin (Ost) und Ausland

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung - Rentenbestand am 31.12., verschiedene Jahrgänge

Baden-Württemberg	Bayern	Saarland	Berlin (West)	Berlin (Ost)	Mecklenburg-Vorpommern	Brandenburg	Sachsen-Anhalt	Sachsen	Thüringen	Jahr
Anzahl										
512.653	620.022	66.118	112.352	23.336	60.312	95.170	125.994	232.773	118.036	1992 ¹
542.704	648.384	70.679	100.443	40.745	66.654	103.018	133.065	243.713	123.871	1993
574.659	673.499	76.310	102.182	47.331	82.034	124.852	157.202	280.710	140.235	1994
600.773	696.785	76.070	104.593	61.788	104.687	158.749	191.173	332.822	169.995	1995
625.080	721.691	78.992	109.489	68.441	114.418	171.943	201.688	352.997	180.970	1996
648.996	746.236	81.575	112.595	73.466	122.158	183.829	211.779	368.354	189.735	1997
671.844	770.303	83.554	116.275	76.174	125.917	191.148	216.486	375.807	193.591	1998
695.602	792.751	85.616	120.634	78.892	129.914	198.761	221.809	384.231	198.456	1999
723.479	824.329	88.282	125.554	82.432	134.421	207.395	228.708	395.680	203.658	2000
749.026	851.633	89.881	130.497	84.988	137.304	213.879	231.904	402.528	206.949	2001
770.683	874.734	91.348	134.698	87.166	140.496	219.052	234.765	408.253	209.591	2002
793.817	899.074	92.186	139.674	90.228	144.840	225.954	239.118	416.781	213.714	2003
812.925	921.662	92.954	144.757	93.322	149.378	233.689	244.132	427.131	218.694	2004
830.007	943.713	93.487	156.284	89.876	153.059	240.645	249.534	437.332	223.671	2005
837.600	959.459	93.486	153.163	99.172	155.039	244.391	251.298	441.335	226.205	2006
852.795	974.156	93.298	156.472	100.506	155.908	246.521	252.283	443.895	227.523	2007
861.229	990.165	93.093	159.626	100.789	156.724	248.585	252.197	444.907	228.417	2008
868.182	1.001.687	93.233	162.647	103.019	158.258	251.818	253.228	449.791	230.663	2009
869.150	1.007.149	93.044	163.941	103.059	158.289	251.758	251.948	449.856	230.627	2010
873.104	1.014.419	92.581	165.677	102.173	158.146	251.459	250.641	449.320	231.165	2011
875.892	1.018.904	92.363	166.344	102.401	158.595	251.445	249.435	448.104	231.155	2012
879.397	1.022.613	92.359	167.003	103.343	159.420	252.737	248.668	447.830	231.813	2013
- Durchschnittlicher Zahlbetrag in €/Monat -										
927	849	1.055	944	709	637	659	678	680	662	1992 ¹
965	883	1.088	1.017	843	756	784	814	816	791	1993
985	904	1.107	1.035	915	812	833	871	876	847	1994
984	905	1.100	1.025	983	869	895	919	936	905	1995
988	910	1.104	1.020	1.027	907	935	960	976	946	1996
1.006	927	1.118	1.027	1.108	962	994	1.012	1.030	998	1997
1.011	932	1.119	1.024	1.112	969	999	1.012	1.032	1.002	1998
1.022	945	1.128	1.027	1.132	989	1.021	1.033	1.054	1.023	1999
1.027	952	1.128	1.023	1.136	991	1.025	1.034	1.057	1.024	2000
1.046	970	1.143	1.033	1.156	1.009	1.045	1.053	1.080	1.043	2001
1.063	987	1.157	1.045	1.183	1.033	1.071	1.077	1.105	1.069	2002
1.069	995	1.161	1.043	1.183	1.037	1.076	1.081	1.111	1.073	2003
1.057	986	1.144	1.026	1.161	1.022	1.059	1.063	1.091	1.055	2004
1.050	978	1.130	1.014	1.143	1.010	1.045	1.047	1.075	1.040	2005
1.047	975	1.119	997	1.133	1.004	1.040	1.039	1.067	1.033	2006
1.048	976	1.115	989	1.123	998	1.034	1.031	1.059	1.028	2007
1.055	983	1.119	986	1.123	1.001	1.036	1.032	1.059	1.030	2008
1.081	1.007	1.142	1.003	1.152	1.030	1.064	1.058	1.080	1.052	2009
1.080	1.007	1.136	994	1.141	1.023	1.057	1.050	1.070	1.043	2010
1.087	1.012	1.139	991	1.139	1.022	1.057	1.048	1.068	1.041	2011
1.110	1.033	1.158	1.004	1.153	1.038	1.073	1.063	1.082	1.055	2012
1.112	1.035	1.155	998	1.173	1.060	1.096	1.086	1.105	1.078	2013

Rentenbestand nach Wohnort (Bundesland) des Rentenempfängers

Renten wegen Alters – Frauen

Jahr	Insgesamt	Ausland und unbe- kannt	Bundes - gebiet	Schleswig- Holstein	Hamburg	Nieder- sachsen	Bremen	Nordrhein- Westfalen	Hessen	Rheinland- Pfalz
Anzahl										
1992 ¹	7.234.944	221.045	7.013.899	224.966	165.399	608.623	63.245	1.375.889	455.356	278.469
1993	7.419.842	216.681	7.203.161	233.346	170.850	641.077	66.932	1.414.046	474.874	292.126
1994	7.602.038	235.343	7.366.695	238.675	173.845	662.588	68.360	1.454.956	488.388	302.254
1995	7.803.035	248.654	7.554.381	244.773	176.898	683.464	69.475	1.500.659	503.938	313.574
1996	7.980.703	254.365	7.726.338	251.440	178.795	703.326	70.760	1.551.733	514.735	323.234
1997	8.156.161	263.940	7.892.221	257.522	180.094	721.505	71.571	1.592.710	526.441	331.990
1998	8.334.047	275.323	8.058.724	264.753	181.813	739.869	72.400	1.631.291	538.585	340.872
1999	8.538.567	285.039	8.253.528	272.984	183.913	760.325	73.445	1.678.792	552.684	350.144
2000	8.773.307	305.408	8.467.899	282.602	185.221	783.221	74.729	1.725.759	566.789	362.305
2001	8.947.400	317.288	8.630.112	290.062	186.497	801.288	75.550	1.762.920	578.932	372.029
2002	9.069.244	324.874	8.744.370	296.421	186.651	816.284	76.034	1.781.984	587.494	379.851
2003	9.224.564	333.184	8.891.380	303.074	187.238	833.060	76.611	1.817.795	599.059	388.071
2004	9.392.418	347.188	9.045.230	310.496	188.071	848.672	77.337	1.849.674	610.167	396.633
2005	9.518.744	360.998	9.157.746	316.183	188.437	860.910	77.880	1.875.457	619.343	403.837
2006	9.602.231	374.601	9.227.630	321.151	188.389	871.675	78.021	1.889.485	626.248	409.072
2007	9.668.117	401.334	9.266.783	323.741	188.284	877.134	77.988	1.905.084	630.125	411.457
2008	9.709.641	399.525	9.310.116	328.231	187.660	883.402	78.103	1.913.063	634.537	415.273
2009	9.788.741	414.411	9.374.330	331.350	188.196	890.438	78.129	1.921.593	641.198	418.303
2010	9.836.778	435.976	9.400.802	333.081	187.732	892.467	77.970	1.926.260	645.243	420.652
2011	9.899.720	450.678	9.449.042	335.514	187.676	898.274	78.083	1.938.245	650.540	423.760
2012	9.881.568	461.675	9.419.893	335.555	186.498	896.783	77.625	1.933.585	651.109	423.839
2013	9.835.835	469.146	9.366.689	335.034	184.691	892.918	76.830	1.922.644	649.861	422.876
- Durchschnittlicher Zahlbetrag in €/Monat -										
1992 ¹	381	266	385	355	449	339	383	353	374	319
1993	408	253	413	370	467	354	398	369	391	334
1994	425	250	430	384	486	369	414	382	404	346
1995	434	246	440	390	492	374	419	386	412	352
1996	442	240	448	398	501	382	428	392	415	358
1997	454	239	461	409	515	392	440	402	425	368
1998	464	239	472	422	527	405	451	412	437	379
1999	476	240	485	435	542	416	464	422	449	391
2000	485	247	494	445	552	427	474	430	459	400
2001	496	249	505	457	565	437	485	440	470	410
2002	508	253	517	468	580	448	496	450	480	419
2003	514	249	524	474	588	452	502	455	487	424
2004	511	243	521	473	586	450	500	452	485	423
2005	509	239	519	472	584	449	498	450	483	421
2006	509	238	520	473	586	450	499	450	484	422
2007	511	251	522	476	590	453	502	452	488	423
2008	516	238	528	483	596	459	508	458	494	430
2009	533	244	546	499	615	474	522	472	511	445
2010	535	242	549	503	617	477	524	475	515	449
2011	541	240	555	510	624	483	530	481	523	456
2012	554	243	570	524	640	496	545	495	538	470
2013	562	244	578	529	643	501	550	499	542	475

Ohne Knappschaftsausgleichsleistungen, reine KLG-Leistungen und ohne Renten nach Art. 2 RÜG

¹ Im Jahr 1992 Probleme bei der Merkmalsbeschreibung bezüglich der Zuordnung Berlin (Ost) und Ausland

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung - Rentenbestand am 31.12., verschiedene Jahrgänge

Baden-Württemberg	Bayern	Saarland	Berlin (West)	Berlin (Ost)	Mecklenburg-Vorpommern	Brandenburg	Sachsen-Anhalt	Sachsen	Thüringen	Jahr
Anzahl										
806.116	951.511	57.619	261.071	74.179	178.857	265.304	330.828	617.038	299.429	1992 ¹
835.152	979.158	62.302	223.644	115.336	181.474	269.257	332.154	613.630	297.803	1993
863.579	1.003.533	65.730	222.475	116.215	185.573	273.000	335.573	615.137	296.814	1994
890.304	1.029.592	68.616	221.941	118.595	190.038	279.476	338.205	621.294	303.539	1995
916.747	1.055.734	71.786	222.963	121.375	192.751	285.219	338.715	621.503	305.522	1996
940.288	1.079.915	74.493	220.928	124.411	197.819	292.460	343.911	626.268	309.895	1997
964.675	1.105.462	76.889	220.332	127.415	202.038	300.566	348.111	630.590	313.063	1998
991.972	1.131.950	79.630	220.442	130.459	207.422	309.163	353.564	638.359	318.280	1999
1.018.395	1.164.503	82.937	221.751	134.591	212.980	318.969	362.667	647.552	322.928	2000
1.041.282	1.191.323	86.199	222.764	136.756	216.373	325.108	365.433	651.860	325.736	2001
1.058.881	1.211.696	89.078	223.143	138.348	219.417	329.517	367.324	654.487	327.760	2002
1.077.309	1.234.905	91.721	224.460	140.414	222.950	335.242	370.389	658.391	330.691	2003
1.097.515	1.260.667	94.469	226.820	142.756	226.482	341.623	373.737	665.746	334.365	2004
1.111.488	1.282.305	96.688	233.969	138.669	227.745	345.991	374.984	668.723	335.137	2005
1.122.670	1.298.941	98.395	228.325	146.019	228.164	347.092	373.216	665.644	335.123	2006
1.129.568	1.308.877	99.279	229.119	146.478	227.123	346.419	371.200	661.301	333.606	2007
1.136.634	1.323.143	100.115	229.963	145.543	226.871	346.852	370.093	658.412	332.221	2008
1.145.172	1.337.396	101.426	231.823	147.192	228.368	348.793	370.811	660.506	333.636	2009
1.149.383	1.345.289	102.357	232.289	147.207	228.720	349.281	369.632	659.544	333.695	2010
1.155.372	1.357.386	103.101	233.401	146.428	229.167	349.393	369.080	659.443	334.179	2011
1.153.820	1.358.237	103.515	232.739	145.812	227.626	346.965	364.282	651.656	330.247	2012
1.150.553	1.355.410	104.094	232.022	145.387	225.405	344.041	358.029	641.400	325.494	2013
- Durchschnittlicher Zahlbetrag in €/Monat -										
395	378	308	470	452	416	435	410	430	423	1992 ¹
414	396	318	499	515	476	487	471	496	488	1993
429	410	327	518	552	505	518	500	528	519	1994
434	414	329	524	588	531	545	526	556	546	1995
441	421	334	534	614	544	560	539	570	559	1996
453	431	341	547	643	561	580	559	590	578	1997
465	443	350	560	659	573	592	568	600	588	1998
478	455	360	576	682	589	610	585	617	605	1999
487	465	368	586	693	599	620	595	627	614	2000
498	475	376	603	714	614	636	610	644	629	2001
508	485	384	619	738	630	656	628	662	647	2002
513	491	388	627	749	641	666	638	674	658	2003
510	489	385	625	748	640	665	637	671	655	2004
508	487	383	626	750	640	664	638	671	655	2005
508	487	383	626	750	644	667	641	674	658	2006
510	490	385	629	754	645	670	643	677	663	2007
516	496	390	635	761	653	677	650	683	670	2008
532	512	404	656	794	682	705	676	705	693	2009
535	515	408	658	797	685	708	680	707	695	2010
541	521	415	664	806	692	715	686	713	701	2011
556	535	427	680	827	711	734	705	731	719	2012
560	539	432	683	854	737	760	730	756	744	2013

Rentenbestand nach Wohnort (Bundesland) des Rentenempfängers Renten wegen Todes

Jahr	Insgesamt	Ausland und unbe- kannt	Bundes - gebiet	Schleswig- Holstein	Hamburg	Nieder- sachsen	Bremen	Nordrhein- Westfalen	Hessen	Rheinland- Pfalz
Anzahl										
1992 ¹	5.578.249	300.891	5.277.358	181.405	120.318	499.924	51.551	1.238.231	367.964	261.359
1993	5.726.686	318.805	5.407.881	186.314	124.091	527.164	54.390	1.233.407	382.989	268.977
1994	5.882.743	334.148	5.548.595	186.059	123.554	533.274	54.443	1.230.350	385.121	269.170
1995	5.911.220	336.616	5.574.604	186.168	122.680	535.226	53.917	1.226.111	378.822	269.414
1996	5.932.150	341.386	5.590.764	186.405	120.938	536.317	53.402	1.230.409	386.508	270.395
1997	5.934.580	342.321	5.592.259	185.149	118.773	535.936	52.684	1.233.483	385.508	269.239
1998	5.941.116	353.438	5.587.678	185.147	116.960	536.740	52.127	1.229.825	384.678	269.520
1999	5.895.092	358.756	5.536.336	183.780	114.177	533.211	51.060	1.219.199	381.394	265.769
2000	5.912.454	375.761	5.536.693	184.056	112.503	534.514	50.514	1.215.147	381.144	266.782
2001	5.899.931	385.514	5.514.417	183.539	110.590	533.193	49.888	1.208.808	378.860	265.993
2002	5.894.212	386.979	5.507.233	183.412	108.897	533.527	49.352	1.212.009	377.677	266.293
2003	5.902.917	397.440	5.505.477	183.444	107.102	533.955	48.753	1.214.326	377.584	266.397
2004	5.910.936	408.946	5.501.990	183.880	105.854	534.013	48.336	1.211.450	377.134	266.707
2005	5.903.260	444.285	5.458.975	182.238	104.147	528.855	47.880	1.207.240	375.576	265.635
2006	5.884.106	473.317	5.410.789	181.656	102.465	527.653	47.347	1.194.427	374.654	264.390
2007	5.863.543	485.311	5.378.232	180.468	100.641	525.357	46.611	1.192.425	372.545	263.498
2008	5.846.457	485.243	5.361.214	179.986	99.086	523.926	46.110	1.184.833	371.385	262.888
2009	5.822.919	488.922	5.333.997	179.306	97.574	522.651	45.430	1.176.085	369.473	260.959
2010	5.804.870	559.742	5.245.128	177.950	96.359	517.239	44.741	1.166.179	347.300	257.556
2011	5.814.536	466.718	5.347.818	179.515	95.685	523.019	44.313	1.175.526	368.465	260.425
2012	5.786.268	470.152	5.316.116	178.685	94.382	520.044	43.662	1.168.340	365.959	258.595
2013	5.757.310	473.504	5.283.806	178.004	93.108	516.340	42.894	1.155.033	363.237	256.679
- Durchschnittlicher Zahlbetrag in €/Monat -										
1992 ¹	424	211	436	467	538	458	517	519	475	438
1993	446	208	460	481	553	471	531	538	490	455
1994	459	215	473	493	566	483	542	551	502	466
1995	465	213	480	493	563	484	541	553	501	468
1996	471	206	487	494	562	485	540	553	502	470
1997	481	199	498	500	567	491	546	560	508	478
1998	481	199	499	501	565	492	544	560	509	479
1999	488	201	507	506	569	498	549	566	514	487
2000	489	206	508	508	568	500	549	567	516	488
2001	497	207	517	516	574	508	555	577	524	497
2002	507	205	528	525	582	518	562	585	533	507
2003	509	206	531	526	581	520	562	587	536	511
2004	503	204	526	520	572	514	553	581	531	507
2005	500	215	523	517	566	511	546	576	527	504
2006	498	225	522	514	561	509	542	575	525	503
2007	499	230	523	514	560	510	541	575	526	503
2008	501	228	526	516	559	513	542	577	529	507
2009	513	232	539	529	572	525	552	588	542	520
2010	512	269	538	527	567	523	550	586	540	519
2011	513	211	540	528	566	525	550	587	542	523
2012	523	217	550	537	574	536	557	597	552	534
2013	526	219	553	537	571	536	556	596	552	535

Ohne Nullrenten und ohne Renten nach Art. 2 RÜG

¹ Im Jahr 1992 Probleme bei der Merkmalsbeschreibung bezüglich der Zuordnung Berlin (Ost) und Ausland

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung - Rentenbestand am 31.12., verschiedene Jahrgänge

Baden-Württemberg	Bayern	Saarland	Berlin (West)	Berlin (Ost)	Mecklenburg-Vorpommern	Brandenburg	Sachsen-Anhalt	Sachsen	Thüringen	Jahr
Anzahl										
578.838	727.670	79.227	185.123	39.409	112.886	154.829	186.130	326.520	165.974	1992 ¹
602.284	739.818	81.846	163.768	64.214	120.401	159.401	191.619	337.571	169.627	1993
610.092	744.243	84.848	160.977	70.621	130.146	179.360	217.922	378.390	190.025	1994
614.914	746.175	83.376	158.735	73.015	133.867	189.082	223.792	383.841	195.469	1995
618.459	750.486	83.182	154.996	74.159	135.098	191.530	222.568	379.583	196.329	1996
619.601	751.554	83.243	151.241	74.645	136.906	193.698	223.536	379.814	197.249	1997
620.696	753.507	82.824	147.462	74.373	137.650	194.993	224.448	379.094	197.634	1998
617.619	745.378	81.506	142.549	73.264	137.249	195.113	223.266	375.230	196.572	1999
619.174	749.338	81.300	139.716	73.507	137.845	196.309	224.452	374.690	195.702	2000
618.743	748.551	80.793	136.459	73.462	137.854	196.662	223.149	372.355	195.518	2001
617.870	749.272	80.728	133.611	73.060	137.923	196.486	222.767	369.325	195.024	2002
619.983	751.792	80.309	131.520	72.813	137.681	196.396	221.759	367.239	194.424	2003
621.593	753.644	80.025	129.542	72.750	137.311	197.061	221.598	366.625	194.467	2004
619.889	752.066	79.337	132.717	66.966	132.417	195.520	216.890	360.749	190.853	2005
619.265	748.003	77.570	124.362	73.112	132.595	181.813	214.668	357.229	189.580	2006
616.888	745.709	77.176	122.041	71.654	131.353	182.067	208.784	353.328	187.687	2007
615.019	744.099	76.722	120.136	71.480	131.439	183.484	209.429	353.328	187.864	2008
613.426	741.365	76.276	118.425	71.215	130.847	184.393	208.798	351.047	186.727	2009
606.522	733.958	76.036	116.756	70.745	130.148	177.060	197.954	344.794	183.831	2010
612.522	742.606	77.154	116.818	70.364	134.120	195.390	212.112	351.753	188.031	2011
608.909	738.752	76.541	115.358	70.347	133.917	195.286	210.711	349.725	186.903	2012
607.361	734.732	75.528	114.292	71.954	134.164	196.175	209.847	348.185	186.273	2013
- Durchschnittlicher Zahlbetrag in €/Monat -										
459	427	543	492	266	243	255	275	259	249	1992 ¹
474	445	557	540	327	294	310	334	325	307	1993
485	456	568	552	369	324	340	361	359	345	1994
486	456	567	549	409	352	372	393	393	377	1995
487	457	569	545	440	379	398	423	423	408	1996
495	463	575	545	473	406	428	451	453	437	1997
496	463	575	542	478	412	434	454	458	442	1998
502	469	581	544	492	427	448	468	473	457	1999
503	471	582	542	495	431	452	470	476	460	2000
511	478	591	547	506	442	463	481	489	472	2001
521	488	601	554	522	457	480	497	504	489	2002
523	491	604	553	526	464	487	502	511	495	2003
518	487	597	544	522	463	484	499	508	493	2004
515	484	593	536	520	464	485	499	509	492	2005
514	483	590	532	521	466	487	499	509	493	2006
516	484	589	530	524	470	492	502	513	499	2007
519	488	592	530	527	476	496	506	517	503	2008
532	500	605	541	546	497	514	523	533	518	2009
531	499	603	536	544	497	514	520	531	518	2010
534	501	604	534	547	500	516	526	535	521	2011
544	512	615	540	557	511	527	537	547	532	2012
545	512	615	538	576	528	544	553	563	548	2013

Rentenbestand nach Zweigen

Renten wegen Todes

Jahr	RV	allg. RV	KnV
Alte Bundesländer			
1960	3.435.058	3.146.571	288.487
1965	3.523.882	3.206.820	317.062
1970	3.861.794	3.515.722	346.072
1975	4.203.325	3.845.501	357.824
1980	4.415.785	4.060.759	355.026
1985	4.675.063	4.336.824	338.239
1990	4.643.758	4.327.949	315.809
1992	4.592.498	4.296.138	296.360
1995	4.712.154	4.417.720	294.434
2000	4.709.949	4.428.754	281.195
2001	4.700.931	4.423.161	277.770
2002	4.699.627	4.419.376	280.251
2003	4.712.605	4.425.775	286.830
2004	4.721.124	4.428.323	292.801
2005	4.739.865	4.437.200	302.665
2006	4.735.109	4.425.597	309.512
2007	4.728.670	4.414.821	313.849
2008	4.709.433	4.393.299	316.134
2009	4.689.892	4.371.586	318.306
2010	4.700.338	4.366.293	334.045
2011	4.662.766	4.340.976	321.790
2012	4.639.379	4.317.225	322.154
2013	4.610.712	4.298.650	312.062
Neue Bundesländer			
1992	985.748	907.497	78.251
1995	1.199.066	1.096.875	102.191
2000	1.202.505	1.102.697	99.808
2001	1.199.000	1.099.458	99.542
2002	1.194.585	1.094.481	100.104
2003	1.190.312	1.088.210	102.102
2004	1.189.812	1.085.571	104.241
2005	1.163.395	1.062.566	100.829
2006	1.148.997	1.046.037	102.960
2007	1.134.873	1.030.738	104.135
2008	1.137.024	1.031.507	105.517
2009	1.133.027	1.026.557	106.470
2010	1.104.532	1.009.936	94.596
2011	1.151.770	1.039.368	112.402
2012	1.146.889	1.033.169	113.720
2013	1.146.598	1.035.957	110.641
Deutschland			
1992	5.578.246	5.203.635	374.611
1995	5.911.220	5.514.595	396.625
2000	5.912.454	5.531.451	381.003
2001	5.899.931	5.522.619	377.312
2002	5.894.212	5.513.857	380.355
2003	5.902.917	5.513.985	388.932
2004	5.910.936	5.513.894	397.042
2005	5.903.260	5.499.766	403.494
2006	5.884.106	5.471.634	412.472
2007	5.863.543	5.445.559	417.984
2008	5.846.457	5.424.806	421.651
2009	5.822.919	5.398.143	424.776
2010	5.804.870	5.376.229	428.641
2011	5.814.536	5.380.344	434.192
2012	5.786.268	5.350.394	435.874
2013	5.757.310	5.334.607	422.703

Ohne Nullrenten und ohne Renten nach Art. 2 RÜG, bis 1980 Inland, ab 1981 Inland und Ausland.

Quelle: bis 1983: BMAS, jeweils zum Anpassungstermin, sowie Angaben der Knappschaft

ab 1984: Statistik der Deutschen Rentenversicherung - Rentenzahlbestand Dezember

ab 1992: Statistik der Deutschen Rentenversicherung - Rentenbestand am 31.12.

Rentenbestand nach Rentenarten

Versichertenrenten - Männer und Frauen

Jahr	Ver-sicherten-renten-insge-samt ¹	Renten wegen vermindert-er Erwerbs-fähigkeit insgesamt	Renten wegen Alters-insge-samt ¹	davon					
				Regel-alters-renten	für besonders lang-jährig Ver-sicherte	für lang-jährig Ver-sicherte	für schwer-behin-derte Menschen	wegen Arbeits-losigkeit/ Altersteil-zeitarbeit	für Frauen
Alte Bundesländer									
1960	4.437.415	1.617.020	2.820.395	2.718.668	x	x	x	24.168	65.160
1965	5.081.281	1.602.583	3.478.698	3.168.338	x	x	x	58.928	208.719
1970	6.017.311	1.627.385	4.389.926	3.761.848	x	x	x	119.726	456.238
1975	7.276.972	1.760.705	5.516.267	4.109.034	x	298.689	45.791	176.586	850.233
1980	8.038.353	1.975.789	6.062.564	3.916.634	x	655.756	130.346	256.387	1.075.813
1985	9.339.775	2.387.205	6.952.570	3.808.080	x	843.096	514.741	447.753	1.570.564
1990	10.368.875	1.846.347	8.522.528	4.515.394	x	1.016.083	732.376	595.963	1.862.876
1992 ²	10.862.934	1.441.654	9.421.280	7.840.377	x	262.800	389.496	317.917	640.231
1995	11.815.162	1.398.728	10.416.434	7.914.254	x	482.346	547.728	600.011	921.379
2000	13.474.914	1.388.915	12.085.999	7.604.319	x	846.015	799.004	1.167.927	1.655.548
2001	13.772.188	1.367.619	12.404.569	7.564.685	x	902.989	867.790	1.269.299	1.785.694
2002	13.968.420	1.328.912	12.639.508	7.496.255	x	956.502	925.967	1.351.176	1.894.612
2003	14.225.375	1.304.409	12.920.966	7.484.428	x	1.007.428	984.221	1.425.761	2.003.276
2004	14.460.281	1.263.388	13.196.893	7.493.874	x	1.048.543	1.040.777	1.487.329	2.109.093
2005	14.680.927	1.235.575	13.445.352	7.502.675	x	1.086.325	1.087.489	1.554.391	2.196.103
2006	14.807.451	1.203.052	13.604.399	7.478.320	x	1.112.963	1.128.450	1.595.309	2.269.885
2007	14.968.393	1.194.787	13.773.606	7.433.226	x	1.143.003	1.182.660	1.640.453	2.353.665
2008	15.073.204	1.191.370	13.881.834	7.364.799	x	1.160.396	1.233.453	1.671.324	2.430.323
2009	15.195.036	1.189.387	14.005.649	7.309.145	x	1.175.110	1.299.983	1.688.815	2.509.992
2010	15.295.038	1.209.866	14.085.172	7.226.371	x	1.195.005	1.370.397	1.697.276	2.572.513
2011	15.433.909	1.245.665	14.188.244	7.181.005	x	1.224.988	1.423.755	1.697.089	2.636.955
2012	15.490.593	1.281.692	14.208.901	7.067.560	10.610	1.281.291	1.459.209	1.693.741	2.671.391
2013	15.519.471	1.315.293	14.204.178	6.942.820	24.441	1.334.541	1.493.542	1.691.066	2.692.138
Neue Bundesländer									
1992	2.831.736	410.480	2.421.256	2.367.142	x	9.509	728	6.496	37.381
1995	3.334.580	464.219	2.870.361	2.251.044	x	57.645	6.282	272.904	280.964
2000	3.757.099	505.118	3.251.981	1.847.504	x	100.745	41.564	574.717	683.583
2001	3.792.741	493.923	3.298.818	1.771.268	x	108.222	59.983	607.775	747.146
2002	3.816.400	480.224	3.336.176	1.702.762	x	116.626	79.841	632.965	799.170
2003	3.845.949	457.237	3.388.712	1.644.525	x	125.517	101.711	659.351	852.459
2004	3.882.395	431.340	3.451.055	1.599.465	x	134.431	123.959	684.422	903.306
2005	3.899.558	414.192	3.485.366	1.544.028	x	144.426	141.655	706.857	942.767
2006	3.912.077	399.379	3.512.698	1.499.238	x	156.439	156.885	718.500	975.850
2007	3.901.777	389.014	3.512.763	1.436.785	x	167.441	173.611	721.608	1.007.470
2008	3.884.048	372.437	3.511.611	1.382.430	x	175.544	188.985	721.566	1.037.180
2009	3.914.537	378.454	3.536.083	1.332.584	x	182.924	214.491	722.612	1.077.533
2010	3.913.079	379.463	3.533.616	1.272.320	x	190.024	239.462	718.258	1.107.585
2011	3.919.055	388.461	3.530.594	1.215.805	x	199.681	257.088	712.295	1.139.743
2012	3.903.569	395.846	3.507.723	1.155.960	1.921	214.805	270.151	704.263	1.154.741
2013	3.887.620	404.053	3.483.567	1.097.079	4.419	230.437	283.747	697.892	1.164.126
Deutschland									
1992 ²	13.694.670	1.852.134	11.842.536	10.207.519	x	272.309	390.224	324.413	677.612
1995	15.149.742	1.862.947	13.286.795	10.165.298	x	539.991	554.010	872.915	1.202.343
2000	17.232.013	1.894.033	15.337.980	9.451.823	x	946.760	840.568	1.742.644	2.339.131
2001	17.564.929	1.861.542	15.703.387	9.335.953	x	1.011.211	927.773	1.877.074	2.532.840
2002	17.784.820	1.809.136	15.975.684	9.199.017	x	1.073.128	1.005.808	1.984.141	2.693.782
2003	18.071.324	1.761.646	16.309.678	9.128.953	x	1.132.945	1.085.932	2.085.112	2.855.735
2004	18.342.676	1.694.728	16.647.948	9.093.339	x	1.182.974	1.164.736	2.171.751	3.012.399
2005	18.580.485	1.649.767	16.930.718	9.046.703	x	1.230.751	1.229.144	2.261.248	3.138.870
2006	18.719.528	1.602.431	17.117.097	8.977.558	x	1.269.402	1.285.335	2.313.809	3.245.735
2007	18.870.170	1.583.801	17.286.369	8.870.011	x	1.310.444	1.356.271	2.362.061	3.361.135
2008	18.957.252	1.563.807	17.393.445	8.747.229	x	1.335.940	1.422.438	2.392.890	3.467.503
2009	19.109.573	1.567.841	17.541.732	8.641.729	x	1.358.034	1.514.474	2.411.427	3.587.525
2010	19.208.117	1.589.329	17.618.788	8.498.691	x	1.385.029	1.609.859	2.415.534	3.680.098
2011	19.352.964	1.634.126	17.718.838	8.396.810	x	1.424.669	1.680.843	2.409.384	3.776.698
2012	19.394.162	1.677.538	17.716.624	8.223.520	12.531	1.496.096	1.729.360	2.398.004	3.826.132
2013	19.407.091	1.719.346	17.687.745	8.039.899	28.860	1.564.978	1.777.289	2.388.958	3.856.264

Ohne Knappschaftsausgleichsleistungen, reine KLG-Leistungen, Nullrenten und ohne Renten nach Art. 2 RUG, bis 1980 Inland, ab 1981 Inland und Ausland.

¹ In der Summe sind die Altersrenten für langjährig unter Tage Beschäftigte enthalten

² Vergleichbarkeit der Rentenarten ab 1992 mit den Vorjahren nur eingeschränkt möglich; neue Zuordnung durch RRG '92

Quelle: bis 1983: BMAS, jeweils zum Anpassungstermin, sowie Angaben der Knappschaft
ab 1984: Statistik der Deutschen Rentenversicherung - Rentenzahlbestand Dezember
ab 1992: Statistik der Deutschen Rentenversicherung - Rentenbestand am 31.12.

Rentenbestand nach Rentenarten

Versichertenrenten - Männer

Jahr	Ver- sicherten- renten insge- samt	Renten wegen verminder- ter Erwerbs- fähigkeit insgesamt	Renten wegen Alters insge- samt	davon					
				Regel- alters- renten	für besonders lang- jährig Versi- cherte	für lang- jährig Ver- sicherte	für schwer- behin- derte Menschen	wegen Arbeits- losigkeit/ Altersteil- zeitarbeit	für langjährig unter Tage Beschäf- tigte
Alte Bundesländer									
1960	2.231.091	677.528	1.553.563	1.534.974	x	x	x	18.589	x
1965	2.487.716	700.464	1.787.252	1.747.237	x	x	x	40.015	x
1970	2.890.575	713.838	2.176.737	2.097.155	x	x	x	79.582	x
1975	3.364.986	655.760	2.709.226	2.282.320	x	270.699	38.072	118.135	x
1980	3.617.087	694.476	2.922.611	2.044.014	x	591.095	114.343	173.159	x
1985	4.352.523	1.004.356	3.348.167	1.756.973	x	768.408	439.928	370.316	12.542
1990	4.667.222	936.538	3.730.684	1.660.717	x	897.465	636.723	528.758	7.021
1992 ¹	4.857.445	905.474	3.951.971	3.134.584	x	240.275	292.541	283.483	1.088
1995	5.340.850	876.304	4.464.546	3.085.426	x	419.675	419.843	534.211	5.391
2000	6.144.756	832.377	5.312.379	2.883.551	x	719.293	654.001	1.042.348	13.186
2001	6.284.183	805.748	5.478.435	2.856.429	x	767.119	701.382	1.139.394	14.111
2002	6.375.623	768.506	5.607.117	2.821.173	x	812.369	739.339	1.219.241	14.995
2003	6.497.178	742.699	5.754.479	2.815.000	x	855.607	775.619	1.292.402	15.851
2004	6.596.445	707.261	5.889.184	2.820.547	x	889.794	808.453	1.353.114	17.276
2005	6.699.176	681.319	6.017.857	2.828.075	x	921.859	834.476	1.415.080	18.367
2006	6.753.558	656.132	6.097.426	2.828.752	x	943.186	855.115	1.450.903	19.470
2007	6.835.284	643.668	6.191.616	2.831.168	x	967.739	883.119	1.488.993	20.597
2008	6.885.810	633.625	6.252.185	2.827.752	x	980.554	907.055	1.515.287	21.537
2009	6.930.938	624.724	6.306.214	2.828.170	x	989.701	936.289	1.529.451	22.603
2010	6.965.923	629.450	6.336.473	2.811.057	x	1.000.922	966.734	1.534.151	23.609
2011	7.018.187	641.973	6.376.214	2.811.299	x	1.021.040	987.976	1.531.448	24.451
2012	7.046.863	652.942	6.393.921	2.774.787	9.079	1.061.534	998.611	1.524.812	25.098
2013	7.068.801	660.702	6.408.099	2.736.699	20.794	1.099.375	1.006.994	1.518.608	25.629
Neue Bundesländer									
1992	889.646	234.025	655.621	639.216	x	9.501	674	6.230	-
1995	1.247.985	228.771	1.019.214	695.035	x	57.410	5.284	259.963	1.522
2000	1.492.617	240.323	1.252.294	580.541	x	97.395	30.795	539.695	3.868
2001	1.515.652	238.100	1.277.552	555.620	x	104.217	41.297	571.994	4.424
2002	1.534.255	234.932	1.299.323	532.880	x	111.996	52.486	597.149	4.812
2003	1.557.672	227.037	1.330.635	517.255	x	120.310	64.403	623.518	5.149
2004	1.583.098	216.752	1.366.346	507.468	x	128.690	76.315	648.401	5.472
2005	1.604.547	210.430	1.394.117	494.837	x	138.088	85.530	670.029	5.633
2006	1.622.306	204.866	1.417.440	488.288	x	149.057	93.305	681.004	5.786
2007	1.627.393	200.757	1.426.636	477.239	x	158.929	101.299	683.321	5.848
2008	1.623.901	192.282	1.431.619	468.297	x	166.015	108.547	682.854	5.906
2009	1.643.802	197.025	1.446.777	466.462	x	172.160	119.537	682.679	5.939
2010	1.643.581	198.044	1.445.537	453.824	x	177.395	130.967	677.384	5.967
2011	1.645.252	202.348	1.442.904	441.593	x	185.125	139.447	670.757	5.982
2012	1.646.193	205.058	1.441.135	428.217	1.657	197.370	145.801	662.208	5.882
2013	1.651.020	207.209	1.443.811	416.119	3.781	210.257	152.377	655.410	5.867
Deutschland									
1992 ¹	5.747.091	1.139.499	4.607.592	3.773.800	x	249.776	293.215	289.713	1.088
1995	6.588.835	1.105.075	5.483.760	3.780.461	x	477.085	425.127	794.174	6.913
2000	7.637.373	1.072.700	6.564.673	3.464.092	x	816.688	684.796	1.582.043	17.054
2001	7.799.835	1.043.848	6.755.987	3.412.049	x	871.336	742.679	1.711.388	18.535
2002	7.909.878	1.003.438	6.906.440	3.354.053	x	924.365	791.825	1.816.390	19.807
2003	8.054.850	969.736	7.085.114	3.332.255	x	975.917	840.022	1.915.920	21.000
2004	8.179.543	924.013	7.255.530	3.328.015	x	1.018.484	884.768	2.001.515	22.748
2005	8.303.723	891.749	7.411.974	3.322.912	x	1.059.947	920.006	2.085.109	24.000
2006	8.375.864	860.998	7.514.866	3.317.040	x	1.092.243	948.420	2.131.907	25.256
2007	8.462.677	844.425	7.618.252	3.308.407	x	1.126.668	984.418	2.172.314	26.445
2008	8.509.711	825.907	7.683.804	3.296.049	x	1.146.569	1.015.602	2.198.141	27.443
2009	8.574.740	821.749	7.752.991	3.294.632	x	1.161.861	1.055.826	2.212.130	28.542
2010	8.609.504	827.494	7.782.010	3.264.881	x	1.178.317	1.097.701	2.211.535	29.576
2011	8.663.439	844.321	7.819.118	3.252.892	x	1.206.165	1.127.423	2.202.205	30.433
2012	8.693.056	858.000	7.835.056	3.203.004	10.736	1.258.904	1.144.412	2.187.020	30.980
2013	8.719.821	867.911	7.851.910	3.152.818	24.575	1.309.632	1.159.371	2.174.018	31.496

Ohne Knappschaftsausgleichsleistungen, Nullrenten und ohne Renten nach Art. 2 RÜG, bis 1980 Inland, ab 1981 Inland und Ausland;
vor 1984 ohne Knappschaft, da eine Geschlechtertrennung nicht möglich ist.

¹ Vergleichbarkeit der Rentenarten ab 1992 mit den Vorjahren nur eingeschränkt möglich; neue Zuordnung durch RRG '92

Quelle: bis 1983: BMAS, jeweils zum Anpassungstermin

ab 1984: Statistik der Deutschen Rentenversicherung - Rentenzahlbestand Dezember

ab 1992: Statistik der Deutschen Rentenversicherung - Rentenbestand am 31.12.

Rentenbestand nach Rentenarten

Versichertenrenten - Frauen

Jahr	Ver- sicherten- renten insge- samt ¹	davon							
		Renten wegen verminder- ter Erwerbs- fähigkeit insgesamt	Renten wegen Alters insge- samt ¹	Regel- alters- renten	für besonders lang- jährig Versi- cherte	Altersrenten ... für lang- jährig Ver- sicherte	für schwer- behin- derte Menschen	wegen Arbeits- losigkeit/ Altersteil- zeitarbeit	für Frauen
Alte Bundesländer									
1960	1.836.153	727.289	1.108.864	1.038.556	x	x	x	5.148	65.160
1965	2.196.324	726.771	1.469.553	1.251.880	x	x	x	8.954	208.719
1970	2.735.733	782.303	1.953.430	1.486.628	x	x	x	10.564	456.238
1975	3.537.963	993.673	2.544.290	1.666.935	x	11.667	1.233	14.222	850.233
1980	4.068.495	1.165.767	2.902.728	1.759.114	x	35.117	3.815	28.869	1.075.813
1985	4.987.252	1.382.849	3.604.403	1.896.843	x	53.551	31.001	52.444	1.570.564
1990	5.701.653	909.809	4.791.844	2.735.997	x	70.062	55.704	67.205	1.862.876
1992 ²	6.005.489	536.180	5.469.309	4.735.676	x	22.525	36.443	34.434	640.231
1995	6.474.312	522.424	5.951.888	4.828.828	x	62.671	73.210	65.800	921.379
2000	7.330.158	556.538	6.773.620	4.720.768	x	126.722	145.003	125.579	1.655.548
2001	7.488.005	561.871	6.926.134	4.708.256	x	135.870	166.408	129.905	1.785.694
2002	7.592.797	560.406	7.032.391	4.675.082	x	144.133	186.628	131.935	1.894.612
2003	7.728.197	561.710	7.166.487	4.669.428	x	151.821	208.602	133.359	2.003.276
2004	7.863.836	556.127	7.307.709	4.673.327	x	158.749	232.324	134.215	2.109.093
2005	7.981.751	554.256	7.427.495	4.674.600	x	164.466	253.013	139.311	2.196.103
2006	8.053.893	546.920	7.506.973	4.649.568	x	169.777	273.335	144.406	2.269.885
2007	8.133.109	551.119	7.581.990	4.602.058	x	175.264	299.541	151.460	2.353.665
2008	8.187.394	557.745	7.629.649	4.537.047	x	179.842	326.398	156.037	2.430.323
2009	8.264.098	564.663	7.699.435	4.480.975	x	185.409	363.694	159.364	2.509.992
2010	8.329.115	580.416	7.748.699	4.415.314	x	194.083	403.663	163.125	2.572.513
2011	8.415.722	603.692	7.812.030	4.369.706	x	203.948	435.779	165.641	2.636.955
2012	8.443.730	628.750	7.814.980	4.292.773	1.531	219.757	460.598	168.929	2.671.391
2013	8.450.670	654.591	7.796.079	4.206.121	3.647	235.166	486.548	172.458	2.692.138
Neue Bundesländer									
1992	1.942.090	176.455	1.765.635	1.727.926	x	8	54	266	37.381
1995	2.086.595	235.448	1.851.147	1.556.009	x	235	998	12.941	280.964
2000	2.264.482	264.795	1.999.687	1.266.963	x	3.350	10.769	35.022	683.583
2001	2.277.089	255.823	2.021.266	1.215.648	x	4.005	18.686	35.781	747.146
2002	2.282.145	245.292	2.036.853	1.169.882	x	4.630	27.355	35.816	799.170
2003	2.288.277	230.200	2.058.077	1.127.270	x	5.207	37.308	35.833	852.459
2004	2.299.297	214.588	2.084.709	1.091.997	x	5.741	47.644	36.021	903.306
2005	2.295.011	203.762	2.091.249	1.049.191	x	6.338	56.125	36.828	942.767
2006	2.289.771	194.513	2.095.258	1.010.950	x	7.382	63.580	37.496	975.850
2007	2.274.384	188.257	2.086.127	959.546	x	8.512	72.312	38.287	1.007.470
2008	2.260.147	180.155	2.079.992	914.133	x	9.529	80.438	38.712	1.037.180
2009	2.270.735	181.429	2.089.306	866.122	x	10.764	94.954	39.933	1.077.533
2010	2.269.498	181.419	2.088.079	818.496	x	12.629	108.495	40.874	1.107.585
2011	2.273.803	186.113	2.087.690	774.212	x	14.556	117.641	41.538	1.139.743
2012	2.257.376	190.788	2.066.588	727.743	264	17.435	124.350	42.055	1.154.741
2013	2.236.600	196.844	2.039.756	680.960	638	20.180	131.370	42.482	1.164.126
Deutschland									
1992 ²	7.947.579	712.635	7.234.944	6.463.602	x	22.533	36.497	34.700	677.612
1995	8.560.907	757.872	7.803.035	6.384.837	x	62.906	74.208	78.741	1.202.343
2000	9.594.640	821.333	8.773.307	5.987.731	x	130.072	155.772	160.601	2.339.131
2001	9.765.094	817.694	8.947.400	5.923.904	x	139.875	185.094	165.686	2.532.840
2002	9.874.942	805.698	9.069.244	5.844.964	x	148.763	213.983	167.751	2.693.782
2003	10.016.474	791.910	9.224.564	5.796.698	x	157.028	245.910	169.192	2.855.735
2004	10.163.133	770.715	9.392.418	5.765.324	x	164.490	279.968	170.236	3.012.399
2005	10.276.762	758.018	9.518.744	5.723.791	x	170.804	309.138	176.139	3.138.870
2006	10.343.664	741.433	9.602.231	5.660.518	x	177.159	336.915	181.902	3.245.735
2007	10.407.493	739.376	9.668.117	5.561.604	x	183.776	371.853	189.747	3.361.135
2008	10.447.541	737.900	9.709.641	5.451.180	x	189.371	406.836	194.749	3.467.503
2009	10.534.833	746.092	9.788.741	5.347.097	x	196.173	458.648	199.297	3.587.525
2010	10.598.613	761.835	9.836.778	5.233.810	x	206.712	512.158	203.999	3.680.098
2011	10.689.525	789.805	9.899.720	5.143.918	x	218.504	553.420	207.179	3.776.698
2012	10.701.106	819.538	9.881.568	5.020.516	1.795	237.192	584.948	210.984	3.826.132
2013	10.687.270	851.435	9.835.835	4.887.081	4.285	255.346	617.918	214.940	3.856.264

Ohne reine KLG-Leistungen, Nullrenten und ohne Renten nach Art. 2 RÜG, bis 1980 Inland, ab 1981 Inland und Ausland;
vor 1984 ohne Knappschaft, da eine Geschlechtertrennung nicht möglich ist.

¹ In der Summe sind die Altersrenten für langjährig unter Tage Beschäftigte enthalten

² Vergleichbarkeit der Rentenarten ab 1992 mit den Vorjahren nur eingeschränkt möglich; neue Zuordnung durch RRG '92

Quelle: bis 1983: BMAS, jeweils zum Anpassungstermin

ab 1984: Statistik der Deutschen Rentenversicherung - Rentenzahlbestand Dezember

Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit nach Rentenarten Männer und Frauen

Jahr	Renten wegen verminder- ter Erwerbs- fähigkeit insgesamt	davon:			
		wegen		an Bergleute wegen	
		teilweiser Erwerbs- minderung ¹	voller Erwerbs- minderung ²	verminderter bergmänni- scher Berufs- fähigkeit	Vollendung des 50. Lebensjahres
Alte Bundesländer					
1960	1.617.020	299.832	1.208.398	83.326	25.464
1965	1.602.583	506.266	1.031.507	40.007	24.803
1970	1.627.385	476.437	1.110.446	33.594	6.908
1975	1.760.705	319.760	1.399.526	29.872	11.547
1980	1.975.789	213.972	1.717.803	26.789	17.225
1985	2.387.205	127.419	2.223.738	20.015	16.033
1990	1.846.347	101.277	1.722.190	13.621	9.259
1992 ³	1.441.654	107.731	1.314.193	12.380	7.350
1995	1.398.728	105.721	1.281.717	8.893	2.397
2000	1.388.915	100.362	1.280.192	7.757	604
2001	1.367.619	96.178	1.263.609	7.399	433
2002	1.328.912	92.686	1.228.910	6.956	360
2003	1.304.409	90.349	1.207.071	6.708	281
2004	1.263.388	87.413	1.169.359	6.401	215
2005	1.235.575	87.090	1.142.125	6.164	196
2006	1.203.052	85.287	1.110.429	5.835	1.501
2007	1.194.787	84.220	1.102.127	5.518	2.922
2008	1.191.370	81.523	1.100.163	5.289	4.395
2009	1.189.387	77.381	1.100.684	5.139	6.183
2010	1.209.866	75.089	1.122.014	5.055	7.708
2011	1.245.665	76.275	1.155.936	5.015	8.439
2012	1.281.692	78.186	1.189.991	4.917	8.598
2013	1.315.293	78.689	1.224.177	3.881	8.546
Neue Bundesländer					
1992	410.480	2.879	386.403	5.144	16.054
1995	464.219	11.893	440.081	4.124	8.121
2000	505.118	20.540	477.632	5.554	1.392
2001	493.923	21.527	466.182	5.529	685
2002	480.224	22.778	451.612	5.361	473
2003	457.237	23.393	428.266	5.225	353
2004	431.340	23.785	402.185	5.097	273
2005	414.192	24.794	384.311	4.859	228
2006	399.379	25.560	368.922	4.709	188
2007	389.014	26.126	358.235	4.472	181
2008	372.437	26.446	341.563	4.267	161
2009	378.454	25.924	348.244	4.139	147
2010	379.463	25.439	349.794	4.097	133
2011	388.461	26.034	358.251	4.051	125
2012	395.846	26.661	365.092	3.965	128
2013	404.053	26.986	373.627	3.334	106
Deutschland					
1992 ³	1.852.134	110.610	1.700.596	17.524	23.404
1995	1.862.947	117.614	1.721.798	13.017	10.518
2000	1.894.033	120.902	1.757.824	13.311	1.996
2001	1.861.542	117.705	1.729.791	12.928	1.118
2002	1.809.136	115.464	1.680.522	12.317	833
2003	1.761.646	113.742	1.635.337	11.933	634
2004	1.694.728	111.198	1.571.544	11.498	488
2005	1.649.767	111.884	1.526.436	11.023	424
2006	1.602.431	110.847	1.479.351	10.544	1.689
2007	1.583.801	110.346	1.460.362	9.990	3.103
2008	1.563.807	107.969	1.441.726	9.556	4.556
2009	1.567.841	103.305	1.448.928	9.278	6.330
2010	1.589.329	100.528	1.471.808	9.152	7.841
2011	1.634.126	102.309	1.514.187	9.066	8.564
2012	1.677.538	104.847	1.555.083	8.882	8.726
2013	1.719.346	105.675	1.597.804	7.215	8.652

Ohne reine KLG-Leistungen, Nullrenten und ohne Renten nach Art. 2 RÜG, bis 1980 Inland, ab 1981 Inland und Ausland;

¹ Bei Renten mit Rentenbeginn bis zum 31.12.2000: Renten wegen Berufsunfähigkeit

² Bei Renten mit Rentenbeginn bis zum 31.12.2000: Renten wegen Erwerbsunfähigkeit

³ Ab 1992 werden alle Erwerbsminderungsrenten nur noch bis zum Alter 64 unter dieser Rentenart statistisch ausgewiesen.

Ab Alter 65 werden diese von Amts wegen in Regelaltersrenten umgewandelt und dort statistisch ausgewiesen.

Quelle: bis 1983: BMAS, jeweils zum Anpassungstermin, sowie Angaben der Knappschaft

ab 1984: Statistik der Deutschen Rentenversicherung - Rentenzahlbestand Dezember

ab 1992: Statistik der Deutschen Rentenversicherung - Rentenbestand am 31.12.

Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit nach Rentenarten Männer

Jahr	Renten wegen verminder- ter Erwerbs- fähigkeit insgesamt	davon:			
		wegen		an Bergleute wegen	
		teilweiser Erwerbs- minderung ¹	voller Erwerbs- minderung ²	verminderter bergmänni- scher Berufs- fähigkeit	Vollendung des 50. Lebensjahres
Alte Bundesländer					
1960	677.528	140.430	537.098	x	x
1965	700.464	210.620	489.844	x	x
1970	713.838	190.851	522.987	x	x
1975	655.760	98.236	557.524	x	x
1980	694.476	68.989	625.487	x	x
1985	1.004.356	91.513	876.885	19.925	16.033
1990	936.538	84.529	829.217	13.533	9.259
1992 ³	905.474	91.566	794.294	12.264	7.350
1995	876.304	89.958	775.218	8.731	2.397
2000	832.377	85.140	739.047	7.586	604
2001	805.748	79.604	718.497	7.214	433
2002	768.506	74.656	686.710	6.780	360
2003	742.699	70.863	665.023	6.532	281
2004	707.261	67.146	633.682	6.218	215
2005	681.319	65.580	609.548	5.995	196
2006	656.132	62.995	585.955	5.681	1.501
2007	643.668	60.112	575.275	5.359	2.922
2008	633.625	56.483	567.615	5.132	4.395
2009	624.724	52.030	561.525	4.986	6.183
2010	629.450	49.343	567.496	4.903	7.708
2011	641.973	49.114	579.558	4.862	8.439
2012	652.942	48.937	590.633	4.774	8.598
2013	660.702	47.575	600.848	3.733	8.546
Neue Bundesländer					
1992	234.025	1.494	211.417	5.060	16.054
1995	228.771	6.558	210.199	3.893	8.121
2000	240.323	13.229	220.902	4.800	1.392
2001	238.100	14.133	218.527	4.755	685
2002	234.932	15.214	214.632	4.613	473
2003	227.037	15.725	206.478	4.481	353
2004	216.752	16.138	196.016	4.325	273
2005	210.430	16.992	189.109	4.101	228
2006	204.866	17.633	183.084	3.961	188
2007	200.757	17.857	179.000	3.719	181
2008	192.282	18.023	170.540	3.558	161
2009	197.025	17.537	175.890	3.451	147
2010	198.044	17.054	177.435	3.422	133
2011	202.348	17.298	181.527	3.398	125
2012	205.058	17.564	184.060	3.306	128
2013	207.209	17.379	187.014	2.710	106
Deutschland					
1992 ³	1.139.499	93.060	1.005.711	17.324	23.404
1995	1.105.075	96.516	985.417	12.624	10.518
2000	1.072.700	98.369	959.949	12.386	1.996
2001	1.043.848	93.737	937.024	11.969	1.118
2002	1.003.438	89.870	901.342	11.393	833
2003	969.736	86.588	871.501	11.013	634
2004	924.013	83.284	829.698	10.543	488
2005	891.749	82.572	798.657	10.096	424
2006	860.998	80.628	769.039	9.642	1.689
2007	844.425	77.969	754.275	9.078	3.103
2008	825.907	74.506	738.155	8.690	4.556
2009	821.749	69.567	737.415	8.437	6.330
2010	827.494	66.397	744.931	8.325	7.841
2011	844.321	66.412	761.085	8.260	8.564
2012	858.000	66.501	774.693	8.080	8.726
2013	867.911	64.954	787.862	6.443	8.652

Ohne reine KLG-Leistungen, Nullrenten und ohne Renten nach Art. 2 RÜG, bis 1980 Inland, ab 1981 Inland und Ausland; vor 1984 ohne Knappschaft, da eine Geschlechtertrennung nicht möglich ist.

¹ Bei Renten mit Rentenbeginn bis zum 31.12.2000: Renten wegen Berufsunfähigkeit

² Bei Renten mit Rentenbeginn bis zum 31.12.2000: Renten wegen Erwerbsunfähigkeit

³ Ab 1992 werden alle Erwerbsminderungsrenten nur noch bis zum Alter 64 unter dieser Rentenart statistisch ausgewiesen. Ab Alter 65 werden diese von Amts wegen in Regelaltersrenten umgewandelt u. dort statistisch ausgewiesen.

Quelle: bis 1983: BMAS, jeweils zum Anpassungstermin, sowie Angaben der Knappschaft
ab 1984: Statistik der Deutschen Rentenversicherung - Rentenzahlbestand Dezember
ab 1992: Statistik der Deutschen Rentenversicherung - Rentenbestand am 31.12.

Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit nach Rentenarten Frauen

Jahr	Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit insgesamt	davon:			
		wegen		an Bergleute wegen	
		teilweiser Erwerbsminderung ¹	voller Erwerbsminderung ²	verminderter bergmännischer Berufsfähigkeit	Vollendung des 50. Lebensjahres
Alte Bundesländer					
1960	727.289	151.363	575.926	x	x
1965	726.771	260.223	466.548	x	x
1970	782.303	255.171	527.132	x	x
1975	993.673	199.349	794.324	x	x
1980	1.165.767	123.485	1.042.282	x	x
1985	1.382.849	35.906	1.346.853	90	x
1990	909.809	16.748	892.973	88	x
1992 ³	536.180	16.165	519.899	116	x
1995	522.424	15.763	506.499	162	x
2000	556.538	15.222	541.145	171	x
2001	561.871	16.574	545.112	185	x
2002	560.406	18.030	542.200	176	x
2003	561.710	19.486	542.048	176	x
2004	556.127	20.267	535.677	183	x
2005	554.256	21.510	532.577	169	x
2006	546.920	22.292	524.474	154	x
2007	551.119	24.108	526.852	159	x
2008	557.745	25.040	532.548	157	x
2009	564.663	25.351	539.159	153	x
2010	580.416	25.746	554.518	152	x
2011	603.692	27.161	576.378	153	x
2012	628.750	29.249	599.358	143	x
2013	654.591	31.114	623.329	148	x
Neue Bundesländer					
1992	176.455	1.385	174.986	84	x
1995	235.448	5.335	229.882	231	x
2000	264.795	7.311	256.730	754	x
2001	255.823	7.394	247.655	774	x
2002	245.292	7.564	236.980	748	x
2003	230.200	7.668	221.788	744	x
2004	214.588	7.647	206.169	772	x
2005	203.762	7.802	195.202	758	x
2006	194.513	7.927	185.838	748	x
2007	188.257	8.269	179.235	753	x
2008	180.155	8.423	171.023	709	x
2009	181.429	8.387	172.354	688	x
2010	181.419	8.385	172.359	675	x
2011	186.113	8.736	176.724	653	x
2012	190.788	9.097	181.032	659	x
2013	196.844	9.607	186.613	624	x
Deutschland					
1992 ³	712.635	17.550	694.885	200	x
1995	757.872	21.098	736.381	393	x
2000	821.333	22.533	797.875	925	x
2001	817.694	23.968	792.767	959	x
2002	805.698	25.594	779.180	924	x
2003	791.910	27.154	763.836	920	x
2004	770.715	27.914	741.846	955	x
2005	758.018	29.312	727.779	927	x
2006	741.433	30.219	710.312	902	x
2007	739.376	32.377	706.087	912	x
2008	737.900	33.463	703.571	866	x
2009	746.092	33.738	711.513	841	x
2010	761.835	34.131	726.877	827	x
2011	789.805	35.897	753.102	806	x
2012	819.538	38.346	780.390	802	x
2013	851.435	40.721	809.942	772	x

Ohne reine KLG-Leistungen, Nullrenten und ohne Renten nach Art. 2 RÜG, bis 1980 Inland, ab 1981 Inland und Ausland; vor 1984 ohne Knappschaft, da eine Geschlechtertrennung nicht möglich ist.

¹ Bei Renten mit Rentenbeginn bis zum 31.12.2000: Renten wegen Berufsunfähigkeit

² Bei Renten mit Rentenbeginn bis zum 31.12.2000: Renten wegen Erwerbsunfähigkeit

³ Ab 1992 werden alle Erwerbsminderungsrenten nur noch bis zum Alter 64 unter dieser Rentenart statistisch ausgewiesen. Ab Alter 65 werden diese von Amts wegen in Regelaltersrenten umgewandelt u. dort statistisch ausgewiesen.

Quelle: bis 1983: BMAS, jeweils zum Anpassungstermin, sowie Angaben der Knappschaft

ab 1984: Statistik der Deutschen Rentenversicherung - Rentenzahlbestand Dezember

ab 1992: Statistik der Deutschen Rentenversicherung - Rentenbestand am 31.12.

Renten wegen Todes nach Rentenarten

Jahr	Renten wegen Todes insgesamt	Witwen- renten	Witwer- renten	Halb- weisen- renten	Voll- weisen- renten	Erziehungs- renten
Alte Bundesländer						
1960	3.435.058	2.725.273	5.897	676.075	27.813	x
1965	3.523.882	3.051.331	6.055	449.717	16.779	x
1970	3.861.794	3.388.412	7.433	451.700	14.249	x
1975	4.203.325	3.693.333	7.560	487.435	14.997	x
1980	4.415.785	3.907.313	7.813	484.860	15.787	12
1985	4.675.063	4.196.931	9.349	452.729	15.217	837
1990	4.643.758	4.222.335	75.887	334.019	10.208	1.309
1992	4.592.498	4.170.526	103.441	307.878	8.497	2.156
1995	4.712.154	4.235.553	157.049	307.903	8.046	3.603
2000	4.709.949	4.163.466	235.781	297.875	7.160	5.667
2001	4.700.931	4.140.361	249.761	297.913	6.956	5.940
2002	4.699.627	4.117.197	269.559	299.658	6.901	6.312
2003	4.712.605	4.105.876	286.540	306.277	7.145	6.767
2004	4.721.124	4.093.191	305.457	308.043	7.196	7.237
2005	4.739.865	4.092.702	321.771	310.610	7.269	7.513
2006	4.735.109	4.076.093	335.059	309.055	7.227	7.675
2007	4.728.670	4.059.423	349.318	305.311	6.971	7.647
2008	4.709.433	4.029.951	361.679	303.452	6.830	7.521
2009	4.689.892	4.001.294	375.366	299.017	6.733	7.482
2010	4.700.338	3.998.386	390.697	297.042	6.680	7.533
2011	4.662.766	3.948.538	401.763	298.336	6.654	7.475
2012	4.639.379	3.918.001	412.966	294.466	6.524	7.422
2013	4.610.712	3.886.498	424.868	285.680	6.278	7.388
Neue Bundesländer						
1992	985.748	874.784	41.220	67.703	1.455	586
1995	1.199.066	1.009.027	91.659	93.671	1.508	3.201
2000	1.202.505	976.535	121.969	97.650	2.207	4.144
2001	1.199.000	969.969	127.395	95.353	2.216	4.067
2002	1.194.585	962.163	133.294	92.920	2.205	4.003
2003	1.190.312	955.140	138.870	90.210	2.187	3.905
2004	1.189.812	952.612	145.296	86.041	2.151	3.712
2005	1.163.395	928.969	148.136	80.863	2.032	3.395
2006	1.148.997	915.665	151.742	76.481	1.998	3.111
2007	1.134.873	903.002	155.753	71.500	1.902	2.716
2008	1.137.024	903.379	161.906	67.434	1.812	2.493
2009	1.133.027	899.820	166.384	62.864	1.653	2.306
2010	1.104.532	873.703	168.934	58.146	1.521	2.228
2011	1.151.770	912.492	177.367	58.180	1.599	2.132
2012	1.146.889	907.653	180.683	54.941	1.537	2.075
2013	1.146.598	907.267	184.777	51.116	1.396	2.042
Deutschland						
1992	5.578.246	5.045.310	144.661	375.581	9.952	2.742
1995	5.911.220	5.244.580	248.708	401.574	9.554	6.804
2000	5.912.454	5.140.001	357.750	395.525	9.367	9.811
2001	5.899.931	5.110.330	377.156	393.266	9.172	10.007
2002	5.894.212	5.079.360	402.853	392.578	9.106	10.315
2003	5.902.917	5.061.016	425.410	396.487	9.332	10.672
2004	5.910.936	5.045.803	450.753	394.084	9.347	10.949
2005	5.903.260	5.021.671	469.907	391.473	9.301	10.908
2006	5.884.106	4.991.758	486.801	385.536	9.225	10.786
2007	5.863.543	4.962.425	505.071	376.811	8.873	10.363
2008	5.846.457	4.933.330	523.585	370.886	8.642	10.014
2009	5.822.919	4.901.114	541.750	361.881	8.386	9.788
2010	5.804.870	4.872.089	559.631	355.188	8.201	9.761
2011	5.814.536	4.861.030	579.130	356.516	8.253	9.607
2012	5.786.268	4.825.654	593.649	349.407	8.061	9.497
2013	5.757.310	4.793.765	609.645	336.796	7.674	9.430

Ohne Nullrenten und ohne Renten nach Art. 2 RÜG, bis 1980 Inland, ab 1981 Inland und Ausland.

Quelle: bis 1983: BMAS, jeweils zum Anpassungstermin, sowie Angaben der Knappschaft
ab 1984: Statistik der Deutschen Rentenversicherung - Rentenzahlbestand Dezember
ab 1992: Statistik der Deutschen Rentenversicherung - Rentenbestand am 31.12.

Witwen-/Witwerrenten nach Rentenarten

Jahr	Witwenrenten			Witwerrenten		
	Kleine	Große	Vollständig ruhende	Kleine	Große	Vollständig ruhende
Alte Bundesländer						
1960	7.767	2.474.378	x	21	5.876	x
1965	16.593	2.754.735	x	x	6.055	x
1970	18.301	3.059.480	x	x	7.433	x
1975	17.491	3.349.834	x	x	7.560	x
1980	23.841	3.554.574	x	x	7.813	x
1985	29.779	4.167.152	x	266	9.083	x
1990	29.129	4.193.206	4.264	614	75.273	70.043
1992	26.069	4.144.457	4.205	687	102.754	63.913
1995	23.954	4.211.599	12.601	1.022	156.027	124.547
2000	16.468	4.146.998	29.583	1.307	234.474	208.352
2001	15.446	4.124.915	33.688	1.304	248.457	233.378
2002	14.989	4.102.208	33.416	1.460	268.099	240.760
2003	14.454	4.091.422	34.842	1.575	284.965	255.557
2004	13.483	4.079.708	34.846	1.606	303.851	268.349
2005	12.103	4.080.599	37.824	1.458	320.313	286.497
2006	10.714	4.065.379	42.918	1.236	333.823	295.926
2007	9.449	4.049.974	45.514	1.139	348.179	310.164
2008	8.374	4.021.577	47.500	976	360.703	316.444
2009	7.320	3.993.974	50.344	914	374.452	334.169
2010	6.513	3.991.873	53.875	792	389.905	346.656
2011	5.821	3.942.717	56.479	709	401.054	357.114
2012	5.026	3.912.975	59.548	578	412.388	369.026
2013	4.200	3.882.298	63.575	466	424.402	388.975
Neue Bundesländer						
1992	724	874.060	359	143	41.077	4.196
1995	4.012	1.005.015	3.559	624	91.035	24.168
2000	4.167	972.368	6.356	891	121.078	30.567
2001	4.086	965.883	6.763	909	126.486	31.908
2002	4.135	958.028	6.480	924	132.370	32.126
2003	4.069	951.071	6.644	902	137.968	32.845
2004	3.824	948.788	6.485	895	144.401	33.349
2005	3.586	925.383	7.161	790	147.346	33.235
2006	3.320	912.345	7.573	703	151.039	33.146
2007	2.899	900.103	7.937	589	155.164	32.804
2008	2.504	900.875	8.440	480	161.426	32.993
2009	1.950	897.870	8.813	340	166.044	33.194
2010	1.441	872.262	9.474	283	168.651	32.974
2011	1.192	911.300	10.662	226	177.141	34.509
2012	903	906.750	11.130	172	180.511	34.402
2013	638	906.629	11.344	129	184.648	34.370
Deutschland						
1992	26.793	5.018.517	4.564	830	143.831	68.109
1995	27.966	5.216.614	16.160	1.646	247.062	148.715
2000	20.635	5.119.366	35.939	2.198	355.552	238.919
2001	19.532	5.090.798	40.451	2.213	374.943	265.286
2002	19.124	5.060.236	39.896	2.384	400.469	272.886
2003	18.523	5.042.493	41.486	2.477	422.933	288.402
2004	17.307	5.028.496	41.331	2.501	448.252	301.698
2005	15.689	5.005.982	44.985	2.248	467.659	319.732
2006	14.034	4.977.724	50.491	1.939	484.862	329.072
2007	12.348	4.950.077	53.451	1.728	503.343	342.968
2008	10.878	4.922.452	55.940	1.456	522.129	349.437
2009	9.270	4.891.844	59.157	1.254	540.496	367.363
2010	7.954	4.864.135	63.349	1.075	558.556	379.630
2011	7.013	4.854.017	67.141	935	578.195	391.623
2012	5.929	4.819.725	70.678	750	592.899	403.428
2013	4.838	4.788.927	74.919	595	609.050	423.345

Ohne Renten nach Art. 2 RÜG, bis 1980 Inland, ab 1981 Inland und Ausland.

Quelle: bis 1983: BMAS, jeweils zum Anpassungstermin, sowie Angaben der Knappschaft
ab 1984: Statistik der Deutschen Rentenversicherung - Rentenzahlbestand Dezember
ab 1992: Statistik der Deutschen Rentenversicherung - Rentenbestand am 31.12.

Rentenbestand nach Nationalität, Zahlungsland und Abkommen

Jahr	Renten insgesamt	Renten an Deutsche			Renten an Ausländer		
		Insgesamt	ins Inland	ins Ausland	Insgesamt	ins Inland	ins Ausland
Alle Renten							
1984	13.859.414	13.298.718	13.208.805	89.912	560.696	56.069	504.627
1985	14.014.001	13.416.016	13.325.703	90.313	597.985	62.347	535.638
1986	14.133.355	13.502.166	13.411.749	90.417	631.189	69.099	562.090
1987	14.321.864	13.655.383	13.564.689	90.694	666.481	75.852	590.629
1988	14.538.706	13.836.066	13.745.522	90.544	702.640	83.673	618.967
1989	14.780.814	14.035.321	13.943.970	91.351	745.493	92.401	653.092
1990	15.011.324	14.221.169	14.129.121	92.048	790.155	101.545	688.610
1991	15.291.794	14.453.811	14.360.607	93.204	837.983	112.937	725.046
1992	19.314.358	18.229.489	18.114.519	114.970	1.084.869	344.076	740.793
1993	19.865.398	18.712.183	18.596.100	116.083	1.153.215	380.205	773.010
1994	20.508.918	19.275.460	19.150.445	125.015	1.233.458	408.572	824.886
1995	21.086.627	19.790.794	19.661.599	129.195	1.295.833	435.340	860.493
1996	21.580.078	20.207.468	20.076.989	130.479	1.372.610	467.208	905.402
1997	21.993.236	20.542.925	20.409.424	133.501	1.450.311	502.471	947.840
1998	22.363.375	20.837.949	20.700.439	137.510	1.525.426	538.218	987.208
1999	22.673.522	21.080.132	20.933.033	147.099	1.593.390	578.832	1.014.558
2000	23.160.077	21.481.685	21.329.309	152.376	1.678.392	617.309	1.061.083
2001	23.454.853	21.705.895	21.546.331	159.564	1.748.958	650.242	1.098.716
2002	23.668.717	21.864.224	21.707.626	156.598	1.804.493	675.114	1.129.379
2003	23.963.569	22.082.793	21.922.108	160.685	1.880.776	712.229	1.168.547
2004	24.242.663	22.287.634	22.116.327	171.307	1.955.029	741.136	1.213.893
2005	24.472.837	22.441.595	22.271.997	169.598	2.031.242	773.399	1.257.843
2006	24.592.848	22.496.416	22.318.371	178.045	2.096.432	800.914	1.295.518
2007	24.723.350	22.562.722	22.376.876	185.846	2.160.628	833.782	1.326.846
2008	24.793.695	22.573.907	22.382.204	191.703	2.219.788	874.625	1.345.163
2009	24.922.704	22.638.842	22.437.952	200.890	2.283.862	907.258	1.376.604
2010	25.003.226	22.636.693	22.430.267	206.426	2.366.533	943.676	1.422.857
2011	25.157.893	22.706.361	22.492.012	214.349	2.451.532	980.429	1.471.103
2012	25.170.933	22.662.115	22.443.925	218.190	2.508.818	1.019.171	1.489.647
2013	25.154.971	22.593.921	22.372.194	221.727	2.561.050	1.058.162	1.502.888
Vertragsrenten							
1984	939.027	398.698	330.561	68.137	540.329	56.069	484.260
1985	999.794	422.394	354.031	68.363	577.400	62.347	515.053
1986	1.052.452	442.170	373.746	68.424	610.282	69.099	541.183
1987	1.112.717	467.099	398.525	68.574	645.618	75.852	569.766
1988	1.173.811	492.303	424.197	68.106	681.508	83.673	597.835
1989	1.246.060	522.299	453.424	68.875	723.761	92.401	631.360
1990	1.320.971	553.063	482.245	70.818	767.908	101.545	666.363
1991	1.401.436	586.715	514.961	71.754	814.721	112.937	701.784
1992	1.494.465	649.167	561.997	87.170	845.298	137.029	708.269
1993	1.566.092	665.709	578.296	87.413	900.382	160.110	740.273
1994	1.658.686	693.306	597.596	95.710	965.380	174.724	790.656
1995	1.753.436	730.880	637.091	93.789	1.022.556	191.162	831.394
1996	1.851.489	767.195	671.156	96.039	1.084.294	208.512	875.782
1997	1.934.608	796.079	697.352	98.727	1.138.529	224.569	913.960
1998	2.021.460	828.114	726.260	101.854	1.193.346	239.623	953.723
1999	2.080.988	845.353	746.859	98.494	1.235.635	253.001	982.634
2000	2.166.374	871.093	767.360	103.733	1.295.281	268.145	1.027.136
2001	2.238.234	893.664	785.563	108.101	1.344.570	280.735	1.063.835
2002	2.296.505	910.533	803.120	107.413	1.385.972	290.138	1.095.834
2003	2.414.771	972.481	858.350	114.131	1.442.290	307.302	1.134.988
2004	2.513.333	1.009.623	886.201	123.422	1.503.710	322.154	1.181.556
2005	2.598.850	1.034.504	903.348	131.156	1.564.346	338.304	1.226.042
2006	2.673.549	1.056.323	918.617	137.706	1.617.226	353.259	1.263.967
2007	2.811.910	1.140.343	995.083	145.260	1.671.567	376.223	1.295.344
2008	2.862.422	1.149.008	998.789	150.219	1.713.414	399.051	1.314.363
2009	2.943.109	1.182.250	1.025.172	157.078	1.760.859	415.149	1.345.710
2010	3.011.208	1.190.262	1.029.381	160.881	1.820.946	429.300	1.391.646
2011	3.078.294	1.199.915	1.033.331	166.584	1.878.379	439.123	1.439.256
2012	3.114.689	1.202.394	1.033.078	169.316	1.912.295	454.500	1.457.795
2013	3.140.064	1.200.196	1.027.654	172.542	1.939.868	468.291	1.471.577

Ohne Erziehungsrenten, teilweise mit Renten nach Art. 2 RÜG, ab 1992 inkl. Neue Bundesländer

Hinweis: Nichtvertragsrenten an Ausländer ins Inland wurden erst ab 1992 erfasst.

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung - Rentenbestand am Jahresende, versch. Jahrgänge
auf Grund von Problemen mit der Merkmalsbeschreibung teilweise Schätzungen

Rentenbestand nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten der Versicherten

Jahr	Ausländer insgesamt	darunter				
		Italien	Jugo- slawien und Nachfolge- staaten ¹	Türkei	Spanien	USA
Alte Bundesländer (bis 1991) bzw. Deutschland (ab 1992)						
1984	565.183	122.396	45.149	34.847	21.083	59.946
1985	597.985	128.635	51.403	36.708	24.094	62.801
1986	631.189	132.150	57.303	39.766	26.725	65.795
1987	666.481	137.406	63.109	41.734	30.076	69.012
1988	702.640	140.921	69.404	43.541	33.948	72.138
1989	745.493	145.785	76.948	45.220	38.732	75.363
1990	790.155	151.528	84.166	47.140	44.273	78.442
1991	837.975	157.520	92.354	49.176	50.816	81.513
1992	1.083.729	173.637	118.940	87.842	62.810	86.109
1993	1.151.130	184.925	129.629	97.868	71.529	87.401
1994	1.233.620	201.525	142.923	109.463	80.921	92.714
1995	1.296.010	212.703	157.012	119.676	90.041	97.462
1996	1.372.805	228.558	172.015	133.180	100.330	101.434
1997	1.450.514	241.906	185.706	147.035	112.189	103.514
1998	1.525.654	257.951	200.028	161.764	123.023	104.674
1999	1.593.661	272.638	210.440	175.462	133.071	104.478
2000	1.678.698	288.819	226.057	190.170	143.222	106.331
2001	1.749.354	304.360	240.762	203.158	152.802	106.217
2002	1.804.923	316.856	253.540	214.690	160.357	104.989
2003	1.881.246	332.825	268.795	228.749	168.427	105.634
2004	1.955.557	350.056	283.080	241.406	175.320	105.711
2005	2.031.818	368.527	297.798	257.424	182.683	104.793
2006	2.097.055	386.194	312.385	271.051	186.906	103.172
2007	2.161.308	399.693	325.511	285.357	192.374	100.989
2008	2.220.524	413.819	339.230	300.001	198.226	98.529
2009	2.284.664	425.779	350.016	313.670	203.859	96.833
2010	2.367.378	437.119	363.946	328.478	211.860	97.179
2011	2.452.422	450.392	376.454	343.493	219.493	97.863
2012	2.509.746	459.540	386.428	354.706	223.517	95.342
2013	2.562.039	469.033	396.023	365.367	226.181	91.910

Ohne reine KLG-Leistungen, Nullrenten und ohne Renten nach Art. 2 RÜG

¹ Nationalitäten: Serben, Slowenen, Kroaten, Bosnier, Herzegowiner, Montenegriner, Mazedonier

Hinweis: Nichtvertragsrenten an im Inland lebende Ausländer wurden erst ab 1992 statistisch erfasst

Quelle: ab 1984: Statistik der Deutschen Rentenversicherung - Rentenzahlbestand Dezember
ab 1992: Statistik der Deutschen Rentenversicherung - Rentenbestand am 31.12.

darunter					Jahr
Österreich	Griechenland	Niederlande	Belgien	Kanada	
Alte Bundesländer (bis 1991) bzw. Deutschland (ab 1992)					
94.637	13.596	26.807	42.045	9.712	1984
96.948	15.526	28.852	42.948	11.027	1985
97.884	17.635	31.477	45.572	12.435	1986
98.478	20.096	34.326	48.423	13.984	1987
99.185	22.966	37.733	51.222	15.776	1988
99.359	25.981	40.613	56.002	19.760	1989
98.898	29.401	43.888	60.011	24.295	1990
99.224	33.319	46.283	60.504	29.138	1991
94.613	42.183	61.759	62.446	37.404	1992
95.473	48.890	62.081	63.359	39.546	1993
95.587	55.492	62.451	64.842	45.152	1994
95.080	61.756	61.292	63.513	50.251	1995
96.212	68.374	61.930	63.106	55.201	1996
96.920	74.730	62.986	63.247	58.738	1997
96.901	81.229	63.016	61.969	61.156	1998
96.470	88.991	62.338	60.139	62.784	1999
101.246	96.020	62.591	58.637	64.512	2000
102.913	102.279	62.896	57.036	65.674	2001
103.275	107.461	63.681	54.862	66.200	2002
106.320	113.812	64.438	53.373	66.574	2003
109.933	119.696	65.189	51.551	66.715	2004
113.673	126.080	66.409	49.850	66.521	2005
117.450	131.782	67.344	47.305	66.304	2006
120.704	137.348	69.298	45.552	65.289	2007
123.512	142.113	70.319	43.422	64.128	2008
128.171	146.380	72.705	41.118	63.156	2009
131.364	151.114	74.904	39.305	62.243	2010
134.767	156.061	77.636	37.653	61.071	2011
137.285	159.757	79.898	35.563	58.976	2012
139.680	162.125	82.171	33.649	56.374	2013

Durchschnittliche Zahlbeträge nach Zweigen

Renten der Sozialversicherung der Arbeiter und Angestellten - DDR

Jahr	Insgesamt	Alters- renten	Invaliden- altersrenten	Invaliden- renten
	- in M/Monat -			
1960	148	152	136	146
1965	165	173	141	163
1970	193	199	166	210
1971	205	211	179	220
1972	245	251	223	258
1973	247	253	224	257
1974	251	256	225	262
1975	253	258	226	264
1976	294	300	267	304
1977	296	302	268	306
1978	298	304	269	307
1979	337	343	312	340
1980	337	343	313	341
1981	338	343	314	343
1982	338	343	314	345
1983	339	343	315	347
1984	362	366	343	368
1985	374	377	359	370
1986	378	378	361	399
1987	380	379	364	402
1988	382	381	367	404
1989	449	447	434	482

Aus der Sozialpflichtversicherung und aus der Freiwilligen Zusatzrentenversicherung,
jeweils Jahresende

Quelle: BMAS, Arbeits- und Sozialstatistik, Statistisches Taschenbuch 1996

Durchschnittliche Zahlungsbeträge der Versichertenrenten nach Rentenarten Männer und Frauen

Jahr	Ver- sicherten- renten insge- samt ¹	davon							
		Renten wegen verminder- ter Erwerbs- fähigkeit insgesamt	Renten wegen Alters insge- samt ¹	Altersrenten ...					für Frauen
				Regel- alters- renten	für besonders lang- jährig Versi- cherte	für lang- jährig Ver- sicherte	für schwer- behin- derte Menschen	wegen Arbeits- losigkeit/ Altersteil- zeitarbeit	
- in €/Monat -									
Alte Bundesländer									
1960	99	79	111	110	x	x	x	121	90
1965	127	94	142	141	x	x	x	189	113
1970	198	138	220	220	x	x	x	320	164
1975	329	206	368	362	x	562	520	519	278
1980	426	272	476	440	x	734	704	680	363
1985	502	351	555	451	x	886	861	848	446
1990	581	485	602	422	x	1.024	998	1.003	527
1992 ²	592	623	587	540	x	1.025	994	1.013	561
1995	638	691	631	553	x	1.033	1.022	1.055	605
2000	682	736	675	538	x	1.045	1.038	1.075	651
2005	697	725	694	514	x	1.052	1.041	1.107	659
2006	693	716	691	506	x	1.046	1.034	1.103	656
2007	693	709	692	503	x	1.043	1.028	1.101	655
2008	698	706	697	503	x	1.047	1.029	1.108	658
2009	714	715	714	512	x	1.068	1.044	1.134	672
2010	712	705	713	507	x	1.061	1.034	1.133	670
2011	715	700	716	507	x	1.062	1.033	1.141	672
2012	730	707	732	512	1.420	1.072	1.050	1.166	686
2013	731	702	734	508	1.420	1.061	1.048	1.169	689
Neue Bundesländer									
1992	495	517	492	492	x	658	656	594	413
1995	674	652	678	664	x	924	858	841	577
2000	767	670	781	739	x	1.073	902	960	692
2005	805	671	820	775	x	1.074	876	990	717
2006	805	664	821	777	x	1.060	871	986	717
2007	805	658	821	779	x	1.046	865	983	716
2008	811	669	826	787	x	1.045	863	987	719
2009	834	669	852	814	x	1.067	881	1.015	743
2010	832	664	850	816	x	1.054	870	1.011	741
2011	834	664	853	822	x	1.047	870	1.014	743
2012	851	674	871	839	1.113	1.052	886	1.035	761
2013	875	689	896	863	1.142	1.066	909	1.064	786
Deutschland									
1992 ²	572	600	567	529	x	1.012	993	1.004	553
1995	646	681	641	577	x	1.022	1.019	988	598
2000	700	718	698	578	x	1.048	1.031	1.037	663
2005	719	712	720	558	x	1.054	1.022	1.070	677
2006	716	703	718	551	x	1.048	1.014	1.067	675
2007	716	696	718	548	x	1.043	1.007	1.065	673
2008	721	697	723	548	x	1.047	1.007	1.071	676
2009	738	704	742	558	x	1.068	1.021	1.098	693
2010	736	695	740	553	x	1.060	1.010	1.097	691
2011	739	692	743	553	x	1.060	1.008	1.103	693
2012	754	699	759	558	1.373	1.070	1.025	1.127	709
2013	760	699	766	556	1.377	1.062	1.026	1.138	718

Ohne reine KLG-Leistungen, Nullrenten und ohne Renten nach Art. 2 RÜG, bis 1980 Inland, ab 1981 Inland und Ausland;

Rentenhöhe in €/Monat (zur Vergleichbarkeit siehe "Faktorenreihe zu den Zahlungsbeträgen").

¹ In der Summe sind die Altersrenten für langjährig unter Tage Beschäftigte enthalten.

² Vergleichbarkeit der Rentenarten ab 1992 mit den Vorjahren nur eingeschränkt möglich; neue Zuordnung durch RRG '92.

Zur Euro-Umrechnung vgl. Glossar.

Quelle: bis 1983: BMAS; jeweils zum Anpassungstermin, sowie Angaben der Knappschaft

ab 1984: Statistik der Deutschen Rentenversicherung - Rentenzahlbestand Dezember

ab 1992: Statistik der Deutschen Rentenversicherung - Rentenbestand am 31.12.

Durchschnittliche Zahlbeträge der Versichertenrenten nach Rentenarten Männer

Jahr	Ver- sicherten- renten insge- samt	davon							
		Renten wegen verminder- ter Erwerbs- fähigkeit insgesamt	Renten wegen Alters insge- samt	Altersrenten ...					für langjährig- unter Tage Beschäf- tigte
				Regel- alters- renten	für besonders lang- jährig Versi- cherte	für lang- jährig Ver- sicherte	für schwer- behin- derte Menschen	wegen Arbeits- losigkeit/ Altersteil- zeitarbeit	
- in €/Monat -									
Alte Bundesländer									
1960	121	94	133	133	x	x	x	132	x
1965	159	118	175	174	x	x	x	184	x
1970	260	192	282	281	x	x	x	304	x
1975	456	324	488	476	x	569	516	518	x
1980	601	433	641	605	x	744	699	679	x
1985	731	547	786	677	x	911	877	919	1.307
1990	851	676	895	699	x	1.058	1.023	1.073	1.528
1992 ¹	860	723	892	848	x	1.073	1.035	1.069	1.493
1995	915	783	941	867	x	1.114	1.087	1.108	1.778
2000	948	817	969	833	x	1.138	1.115	1.125	1.820
2005	957	788	976	781	x	1.147	1.137	1.150	1.749
2006	950	773	969	765	x	1.142	1.133	1.147	1.739
2007	947	761	967	757	x	1.139	1.131	1.146	1.727
2008	950	753	970	753	x	1.145	1.136	1.153	1.737
2009	969	758	990	762	x	1.169	1.159	1.180	1.766
2010	963	744	985	751	x	1.163	1.153	1.180	1.764
2011	964	736	987	746	x	1.166	1.156	1.188	1.777
2012	980	741	1.005	751	1.473	1.180	1.180	1.215	1.817
2013	978	733	1.003	741	1.475	1.170	1.181	1.219	1.825
Neue Bundesländer									
1992	641	560	670	671	x	658	669	601	x
1995	881	720	917	939	x	925	890	854	1.290
2000	989	719	1.040	1.092	x	1.087	963	978	1.449
2005	1.007	682	1.056	1.127	x	1.095	957	1.005	1.502
2006	1.001	668	1.050	1.120	x	1.082	953	1.002	1.498
2007	995	656	1.043	1.112	x	1.070	946	998	1.495
2008	999	662	1.044	1.111	x	1.071	945	1.003	1.507
2009	1.019	656	1.069	1.134	x	1.095	963	1.031	1.544
2010	1.010	648	1.060	1.123	x	1.085	950	1.028	1.546
2011	1.008	645	1.058	1.118	x	1.079	948	1.031	1.561
2012	1.021	652	1.073	1.127	1.127	1.088	964	1.052	1.598
2013	1.042	665	1.096	1.144	1.156	1.105	988	1.082	1.654
Deutschland									
1992 ¹	826	690	860	818	x	1.057	1.034	1.059	1.493
1995	908	770	936	880	x	1.091	1.085	1.025	1.670
2000	956	795	982	877	x	1.132	1.108	1.074	1.735
2005	967	763	991	832	x	1.141	1.120	1.104	1.691
2006	960	748	984	817	x	1.134	1.115	1.101	1.684
2007	957	736	981	808	x	1.129	1.112	1.100	1.676
2008	959	732	984	804	x	1.134	1.116	1.106	1.688
2009	979	733	1.005	815	x	1.158	1.137	1.134	1.719
2010	972	721	999	803	x	1.151	1.129	1.133	1.720
2011	972	715	1.000	797	x	1.153	1.130	1.140	1.735
2012	988	720	1.017	801	1.420	1.165	1.152	1.166	1.775
2013	990	717	1.020	794	1.426	1.159	1.155	1.178	1.793

Ohne Knappschaftsausgleichsleistungen, Nullrenten und ohne Renten nach Art. 2 RÜG, bis 1980 Inland, ab 1981 Inland und Ausland;

vor 1984 ohne Knappschaft, da eine Geschlechtertrennung nicht möglich ist.

Rentenhöhe in €/Monat (zur Vergleichbarkeit siehe "Faktorenreihe zu den Zahlbeträgen").

¹ Vergleichbarkeit der Rentenarten ab 1992 mit den Vorjahren nur eingeschränkt möglich; neue Zuordnung durch RRG '92.

Zur Euro-Umrechnung vgl. Glossar.

Quelle: bis 1983: BMAS, jeweils zum Anpassungstermin

ab 1984: Statistik der Deutschen Rentenversicherung - Rentenzahlbestand Dezember

ab 1992: Statistik der Deutschen Rentenversicherung - Rentenbestand am 31.12.

Durchschnittliche Zahlbeträge der Versichertenrenten nach Rentenarten Frauen

Jahr	Ver-sicherten-renten insge-samt ¹	davon								
		Renten wegen vermind-erter Erwerbs-fähigkeit insgesamt	Renten wegen Alters insge-samt ¹	Altersrenten ...					wegen Arbeits-losigkeit/ Altersteil-zeitarbeit	für Frauen
				Regel-alters-renten	für besonders lang-jährig Ver-sicherte	für lang-jährig Ver-sicherte	für schwer-behin-derte Menschen			
- in €/Monat -										
Alte Bundesländer										
1960	61	52	66	65	x	x	x	79	90	
1965	73	53	83	78	x	x	x	97	113	
1970	110	71	126	114	x	x	x	144	164	
1975	187	110	217	185	x	328	313	222	277	
1980	241	151	278	224	x	429	428	260	362	
1985	303	209	339	241	x	520	630	347	446	
1990	360	289	373	254	x	596	716	447	527	
1992 ²	375	454	367	336	x	509	668	549	561	
1995	410	538	399	352	x	494	646	618	605	
2000	458	614	445	358	x	522	690	661	651	
2005	478	648	465	352	x	517	723	667	659	
2006	478	648	465	349	x	514	723	664	656	
2007	480	648	468	347	x	512	724	664	655	
2008	485	652	473	347	x	516	730	670	658	
2009	500	667	487	354	x	531	748	692	672	
2010	502	663	490	352	x	534	748	695	670	
2011	507	662	495	353	x	541	752	703	672	
2012	520	672	508	358	1.101	554	769	724	686	
2013	524	669	512	356	1.106	553	772	732	689	
Neue Bundesländer										
1992	428	460	425	426	x	594	499	412	413	
1995	551	585	547	541	x	609	687	585	577	
2000	620	626	619	577	x	671	730	688	692	
2005	663	660	663	608	x	602	753	710	717	
2006	666	660	666	611	x	597	752	708	717	
2007	669	659	669	613	x	593	751	705	716	
2008	676	676	676	621	x	597	752	708	719	
2009	700	684	702	642	x	621	777	731	743	
2010	703	682	705	646	x	625	775	730	741	
2011	709	684	711	653	x	633	777	735	743	
2012	727	697	730	670	1.025	651	795	756	761	
2013	752	714	755	691	1.061	666	819	784	786	
Deutschland										
1992 ²	388	456	381	360	x	509	668	547	553	
1995	445	553	434	398	x	494	647	613	598	
2000	496	618	485	405	x	526	693	667	663	
2005	519	651	509	399	x	520	729	676	677	
2006	519	651	509	396	x	517	728	673	675	
2007	521	651	511	393	x	516	729	672	673	
2008	526	658	516	393	x	520	734	677	676	
2009	543	671	533	400	x	536	754	700	693	
2010	545	667	535	398	x	540	754	702	691	
2011	550	667	541	398	x	547	757	709	693	
2012	564	678	554	403	1.090	561	775	731	709	
2013	572	680	562	403	1.100	562	782	743	719	

Ohne reine KLG-Leistungen, Nullrenten und ohne Renten nach Art. 2 RÜG, bis 1980 Inland, ab 1981 Inland und Ausland; vor 1984 ohne Knappschaft, da eine Geschlechtertrennung nicht möglich ist.

Rentenhöhe in €/Monat (zur Vergleichbarkeit siehe "Faktorenreihe zu den Zahlbeträgen").

¹ In der Summe sind die Altersrenten für langjährig unter Tage Beschäftigte enthalten

² Vergleichbarkeit der Rentenarten ab 1992 mit den Vorjahren nur eingeschränkt möglich; neue Zuordnung durch RRG '92.

Zur Euro-Umrechnung vgl. Glossar.

Quelle: bis 1983: BMAS, jeweils zum Anpassungstermin

ab 1984: Statistik der Deutschen Rentenversicherung - Rentenzahlbestand Dezember

ab 1992: Statistik der Deutschen Rentenversicherung - Rentenbestand am 31.12.

Durchschnittliche Zahlbeträge der Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit nach Rentenarten Männer und Frauen

Jahr	Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit insgesamt	davon:			
		wegen		an Bergleute wegen	
		teilweiser Erwerbsminderung ¹	voller Erwerbsminderung ²	verminderter bergmännischer Berufsfähigkeit	Vollendung des 50. Lebensjahres
		- in €/Monat -			
Alte Bundesländer					
1960	79	62	83	77	92
1965	94	75	104	74	111
1970	138	108	152	109	160
1975	206	163	216	189	291
1980	272	237	275	252	423
1985	351	392	348	260	523
1990	485	530	484	248	615
1992 ³	623	548	633	240	618
1995	691	571	705	226	617
2000	736	598	750	221	565
2005	725	533	743	219	516
2006	716	520	734	222	634
2007	709	508	727	225	646
2008	706	501	724	228	657
2009	715	503	732	233	676
2010	705	493	722	234	680
2011	700	488	716	233	686
2012	707	492	723	237	703
2013	702	487	717	238	708
Neue Bundesländer					
1992	517	360	525	111	483
1995	652	517	662	192	559
2000	670	515	683	203	535
2005	671	450	692	155	395
2006	664	440	686	150	389
2007	658	431	681	145	392
2008	669	425	695	143	373
2009	669	429	694	141	393
2010	664	422	688	138	421
2011	664	419	688	135	432
2012	674	423	698	136	427
2013	689	430	713	143	446
Deutschland					
1992 ³	600	543	608	202	525
1995	681	566	694	215	572
2000	718	584	731	213	544
2005	712	515	730	191	451
2006	703	502	722	190	607
2007	696	490	715	189	631
2008	697	482	717	190	647
2009	704	484	723	192	670
2010	695	475	714	191	676
2011	692	471	710	189	682
2012	699	474	717	192	699
2013	699	472	716	194	705

Ohne reine KLG-Leistungen, Nullrenten und ohne Renten nach Art. 2 RÜG, bis 1980 Inland, ab 1981 Inland und Ausland;

¹ Bei Renten mit Rentenbeginn bis zum 31.12.2000: Renten wegen Berufsunfähigkeit

² Bei Renten mit Rentenbeginn bis zum 31.12.2000: Renten wegen Erwerbsunfähigkeit

³ Ab 1992 werden alle Erwerbsminderungsrenten nur noch bis zum Alter 64 unter dieser Rentenart statistisch ausgewiesen. Ab Alter 65 werden diese von Amts wegen in Regelaltersrenten umgewandelt u. dort statistisch ausgewiesen.

Rentenhöhe in €/Monat (zur Vergleichbarkeit siehe "Faktorenreihe zu den Zahlbeträgen").

Zur Euro-Umrechnung vgl. Glossar.

Quelle: bis 1983: BMAS, jeweils zum Anpassungstermin, sowie Angaben der Knappschaft
ab 1984: Statistik der Deutschen Rentenversicherung - Rentenzahlbestand Dezember
ab 1992: Statistik der Deutschen Rentenversicherung - Rentenbestand am 31.12.

Durchschnittliche Zahlbeträge der Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit nach Rentenarten Männer

Jahr	Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit insgesamt	davon:			
		wegen		an Bergleute wegen	
		teilweiser Erwerbsminderung ¹	voller Erwerbsminderung ²	verminderter bergmännischer Berufsfähigkeit	Vollendung des 50. Lebensjahres
	- in €/Monat -				
Alte Bundesländer					
1960	94	80	98	x	x
1965	118	95	128	x	x
1970	192	150	207	x	x
1975	324	237	339	x	x
1980	433	305	447	x	x
1985	547	462	562	261	523
1990	676	577	693	248	615
1992 ³	723	586	748	241	618
1995	783	604	810	227	617
2000	817	627	845	222	565
2005	788	576	817	221	516
2006	773	565	801	224	634
2007	761	555	788	228	646
2008	753	550	779	231	657
2009	758	555	782	236	676
2010	744	545	767	237	680
2011	736	541	758	236	686
2012	741	547	762	239	703
2013	733	543	752	242	708
Neue Bundesländer					
1992	560	404	578	111	483
1995	720	544	742	195	559
2000	719	529	742	212	535
2005	682	453	715	157	395
2006	668	441	702	151	389
2007	656	432	689	145	392
2008	662	425	699	142	373
2009	656	428	689	141	393
2010	648	420	680	137	421
2011	645	417	677	134	432
2012	652	421	684	135	427
2013	665	428	695	142	446
Deutschland					
1992 ³	690	583	712	203	525
1995	770	600	796	217	572
2000	795	614	821	218	544
2005	763	550	793	195	451
2006	748	537	777	194	607
2007	736	527	764	194	631
2008	732	520	761	194	647
2009	733	523	760	197	670
2010	721	513	746	196	676
2011	715	508	739	194	682
2012	720	514	743	196	699
2013	717	512	738	200	705

Ohne reine KLG-Leistungen, Nullrenten und ohne Renten nach Art. 2 RÜG, bis 1980 Inland, ab 1981 Inland und Ausland; vor 1984 ohne Knappschaft, da eine Geschlechtertrennung nicht möglich ist.

¹ Bei Renten mit Rentenbeginn bis zum 31.12.2000: Renten wegen Berufsunfähigkeit

² Bei Renten mit Rentenbeginn bis zum 31.12.2000: Renten wegen Erwerbsunfähigkeit

³ Ab 1992 werden alle Erwerbsminderungsrenten nur noch bis zum Alter 64 unter dieser Rentenart statistisch ausgewiesen. Ab Alter 65 werden diese von Amts wegen in Regelaltersrenten umgewandelt u. dort statistisch ausgewiesen. Rentenhöhe in €/Monat (zur Vergleichbarkeit siehe "Faktorenreihe zu den Zahlbeträgen").

Zur Euro-Umrechnung vgl. Glossar.

Quelle: bis 1983: BMAS, jeweils zum Anpassungstermin

ab 1984: Statistik der Deutschen Rentenversicherung - Rentenzahlbestand Dezember

ab 1992: Statistik der Deutschen Rentenversicherung - Rentenbestand am 31.12.

Durchschnittliche Zahlbeträge der Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit nach Rentenarten Frauen

Jahr	Renten wegen verminder- ter Erwerbs- fähigkeit insgesamt	davon:			
		wegen		an Bergleute wegen	
		teilweiser Erwerbs- minderung ¹	voller Erwerbs- minderung ²	verminderter bergmänni- scher Berufs- fähigkeit	Vollendung des 50. Lebensjahres
		- in €/Monat -			
Alte Bundesländer					
1960	52	41	55	x	x
1965	53	41	60	x	x
1970	71	56	78	x	x
1975	110	91	115	x	x
1980	151	119	154	x	x
1985	209	212	209	126	x
1990	289	292	289	166	x
1992 ³	454	331	458	171	x
1995	538	386	543	167	x
2000	614	433	619	157	x
2005	648	402	658	142	x
2006	648	396	659	150	x
2007	648	391	660	147	x
2008	652	390	665	136	x
2009	667	396	680	150	x
2010	663	394	675	149	x
2011	662	394	675	142	x
2012	672	400	685	144	x
2013	669	400	683	156	x
Neue Bundesländer					
1992	460	313	462	94	x
1995	585	483	588	132	x
2000	626	491	631	152	x
2005	660	445	670	148	x
2006	660	437	672	145	x
2007	659	429	672	145	x
2008	676	424	691	146	x
2009	684	431	698	145	x
2010	682	425	696	140	x
2011	684	422	699	139	x
2012	697	427	712	145	x
2013	714	434	730	149	x
Deutschland					
1992 ³	456	330	459	139	x
1995	553	410	557	146	x
2000	618	452	623	153	x
2005	651	413	661	147	x
2006	651	407	662	146	x
2007	651	401	663	145	x
2008	658	398	671	144	x
2009	671	405	684	146	x
2010	667	402	680	142	x
2011	667	401	681	139	x
2012	678	406	692	145	x
2013	680	408	694	150	x

Ohne reine KLG-Leistungen, Nullrenten und ohne Renten nach Art. 2 RÜG, bis 1980 Inland, ab 1981 Inland und Ausland; vor 1984 ohne Knappschaft, da eine Geschlechtertrennung nicht möglich ist.

¹ Bei Renten mit Rentenbeginn bis zum 31.12.2000: Renten wegen Berufsunfähigkeit

² Bei Renten mit Rentenbeginn bis zum 31.12.2000: Renten wegen Erwerbsunfähigkeit

³ Ab 1992 werden alle Erwerbsminderungsrenten nur noch bis zum Alter 64 unter dieser Rentenart statistisch ausgewiesen. Ab Alter 65 werden diese von Amts wegen in Regelaltersrenten umgewandelt u. dort statistisch ausgewiesen. Rentenhöhe in €/Monat (zur Vergleichbarkeit siehe "Faktorenreihe zu den Zahlbeträgen").

Zur Euro-Umrechnung vgl. Glossar.

Quelle: bis 1983: BMAS, jeweils zum Anpassungstermin

ab 1984: Statistik der Deutschen Rentenversicherung - Rentenzahlbestand Dezember

ab 1992: Statistik der Deutschen Rentenversicherung - Rentenbestand am 31.12.

Durchschnittliche Zahlbeträge der Renten wegen Todes nach Rentenarten

Jahr	Renten wegen Todes insgesamt	Witwenrenten	Witwerrenten	Halb-waisenrenten	Voll-waisenrenten	Erziehungsrenten
- in €/Monat -						
Alte Bundesländer						
1960	62	67	65	30	41	x
1965	85	87	79	38	51	x
1970	139	144	114	60	79	x
1975	238	251	185	101	134	x
1980	320	334	234	122	182	211
1985	389	417	286	138	238	223
1990	453	484	155	137	263	279
1992	460	491	164	137	275	484
1995	485	522	178	148	291	572
2000	495	536	198	155	310	643
2001	502	545	202	157	315	663
2002	510	555	212	160	321	694
2003	512	559	216	160	324	707
2004	505	553	216	158	320	711
2005	501	549	219	156	318	707
2006	499	547	220	155	317	705
2007	499	548	228	154	316	706
2008	501	551	230	154	317	711
2009	511	564	236	157	322	727
2010	510	563	237	155	320	722
2011	511	565	240	155	322	720
2012	520	576	245	157	327	729
2013	519	576	246	156	325	725
Neue Bundesländer						
1992	258	269	134	195	247	384
1995	383	422	168	177	278	502
2000	465	524	222	165	299	658
2001	476	539	230	165	306	683
2002	492	557	245	165	315	727
2003	498	565	250	164	320	747
2004	496	562	253	161	320	749
2005	496	563	258	157	319	747
2006	497	564	260	156	318	749
2007	501	568	271	154	319	750
2008	505	572	275	153	319	758
2009	522	591	287	155	328	781
2010	521	590	289	153	328	775
2011	524	593	294	152	328	775
2012	536	605	302	154	333	788
2013	552	623	313	154	339	811
Deutschland						
1992	424	453	156	148	271	462
1995	465	502	175	155	289	539
2000	489	534	206	158	307	649
2001	497	544	211	159	313	671
2002	507	556	223	161	320	707
2003	509	560	227	161	323	722
2004	503	555	228	159	320	724
2005	500	552	231	156	318	719
2006	498	551	233	155	317	718
2007	499	551	242	154	316	718
2008	501	555	244	154	317	723
2009	513	569	252	156	323	740
2010	512	567	253	155	322	734
2011	513	570	256	155	323	732
2012	523	581	262	157	328	742
2013	526	585	266	156	328	744

Ohne Nullrenten und ohne Renten nach Art. 2 RÜG, bis 1980 Inland, ab 1981 Inland und Ausland.

Rentenhöhe in €/Monat (zur Vergleichbarkeit siehe "Faktorenreihe zu den Zahlbeträgen").

Zur Euro-Umrechnung vgl. Glossar.

Quelle: bis 1983: BMAS, jeweils zum Anpassungstermin, sowie Angaben der Knappschaft
ab 1984: Statistik der Deutschen Rentenversicherung - Rentenzahlbestand Dezember
ab 1992: Statistik der Deutschen Rentenversicherung - Rentenbestand am 31.12.

Durchschnittliche Zahlbeträge der Versichertenrenten am jeweiligen Anpassungstermin

Stichtag	Männer	Frauen	Männer und Frauen
- in € / Monat -			
Alte Bundesländer			
01.07.1990	797	336	544
01.07.1995	918	407	638
01.07.1996	921	414	644
01.07.1997	936	425	657
01.07.1998	937	435	664
01.07.1999	949	447	676
01.07.2000	952	456	682
01.07.2005	962	477	699
01.07.2006	956	477	696
01.07.2007	951	478	694
01.07.2008	955	484	699
01.07.2009	973	498	715
01.07.2010	968	500	714
01.07.2011	969	505	717
01.07.2012	985	519	731
01.07.2013	982	522	731
Neue Bundesländer			
01.07.1990	378	268	302
01.07.1995	861	542	658
01.01.1996	902	555	684
01.07.1996	904	556	687
01.07.1997	946	575	718
01.07.1998	960	586	732
01.07.1999	980	603	751
01.07.2000	982	614	759
01.07.2005	1.006	660	801
01.07.2006	999	663	801
01.07.2007	994	666	802
01.07.2008	995	674	808
01.07.2009	1.023	699	834
01.07.2010	1.015	702	832
01.07.2011	1.010	707	833
01.07.2012	1.024	724	849
01.07.2013	1.046	749	873
Verhältnis der neuen Bundesländer zu den alten Bundesländern			
01.07.1990	47,4%	79,6%	55,5%
01.07.1995	93,7%	133,0%	103,1%
01.01.1996	98,2%	136,3%	107,2%
01.07.1996	98,1%	134,4%	106,8%
01.07.1997	101,2%	135,4%	109,4%
01.07.1998	102,4%	134,6%	110,3%
01.07.1999	103,3%	134,8%	111,1%
01.07.2000	103,2%	134,6%	111,3%
01.07.2005	104,5%	138,3%	114,7%
01.07.2006	104,6%	139,0%	115,2%
01.07.2007	104,5%	139,3%	115,5%
01.07.2008	104,2%	139,3%	115,5%
01.07.2009	105,1%	140,4%	116,7%
01.07.2010	104,8%	140,4%	116,7%
01.07.2011	104,3%	139,9%	116,3%
01.07.2012	104,0%	139,6%	116,2%
01.07.2013	106,5%	143,6%	119,4%

Ohne Knappschaftsausgleichsleistungen, ohne reine KLG-Leistungen und ohne Nullrenten,

inkl. Renten nach Art. 2 RÜG.

Rentenhöhe in €/Monat nach Anpassung (zur Vergleichbarkeit siehe "Faktorenreihe zu den Zahlbeträgen").

Bis 7/91 nur Vollrenten nach altem Recht, ggf. einschl. FZR.

Zur Euro-Umrechnung vgl. Glossar.

Quelle: BMAS, Rentenversicherungsbericht

Rentenbestand nach Rentnergruppen Männer und Frauen am 1. Juli

Jahr	Rentner insgesamt	Einzelrentner			Mehrfach- rentner
		insgesamt	Versicherten- rentner	Witwen-/ Witwer- rentner ²	
Alte Bundesländer					
1993	12.476.999	10.367.090	8.474.462	1.892.628	2.109.909
1995	13.041.302	10.805.254	8.991.842	1.813.412	2.236.048
1996 ¹	13.996.218	11.701.944	9.655.436	2.046.508	2.294.274
1997	14.143.475	11.692.467	9.810.850	1.881.617	2.451.008
1998	14.387.921	11.864.870	10.055.251	1.809.619	2.523.051
1999	14.661.180	12.094.904	10.329.133	1.765.771	2.566.276
2000	15.035.986	12.397.881	10.678.538	1.719.343	2.638.101
2001	15.258.638	12.559.394	10.911.041	1.648.353	2.699.244
2002	15.471.504	12.760.672	11.142.115	1.618.557	2.710.832
2003	15.563.029	12.719.714	11.243.338	1.476.376	2.843.315
2004	15.782.832	12.871.284	11.436.772	1.434.512	2.911.548
2005	15.954.941	13.009.935	11.618.923	1.391.012	2.945.006
2006	16.057.231	13.056.239	11.719.915	1.336.324	3.000.992
2007	16.190.915	13.165.130	11.860.951	1.304.179	3.025.785
2008	16.264.922	13.214.958	11.942.875	1.272.083	3.049.964
2009	16.355.593	13.287.513	12.045.208	1.242.305	3.068.080
2010	16.437.824	13.353.280	12.135.356	1.217.924	3.084.544
2011	16.488.627	13.391.462	12.194.210	1.197.252	3.097.165
2012	16.568.708	13.463.790	12.288.550	1.175.240	3.104.918
2013	16.559.397	13.451.955	12.304.058	1.147.897	3.107.442
Neue Bundesländer					
1993	2.904.626	2.138.645	2.003.441	135.204	765.981
1995	3.311.079	2.510.279	2.323.115	187.164	800.800
1996 ¹	3.717.176	2.864.999	2.629.295	235.704	852.177
1997	3.745.657	2.878.662	2.667.409	211.253	866.995
1998	3.819.857	2.948.607	2.738.652	209.955	871.250
1999	3.884.622	3.006.013	2.801.393	204.620	878.609
2000	3.971.223	3.082.259	2.880.284	201.975	888.964
2001	3.973.700	3.052.031	2.884.059	167.972	921.669
2002	3.992.732	3.073.796	2.908.564	165.232	918.936
2003	3.994.910	3.060.274	2.914.068	146.206	934.636
2004	4.029.540	3.084.952	2.941.836	143.116	944.588
2005	4.056.715	3.112.166	2.972.368	139.798	944.549
2006	4.058.944	3.111.638	2.972.515	139.123	947.306
2007	4.051.908	3.110.606	2.970.468	140.138	941.302
2008	4.051.908	3.108.904	2.970.350	138.554	943.004
2009	4.056.624	3.109.763	2.974.138	135.625	946.861
2010	4.054.397	3.106.986	2.972.332	134.654	947.411
2011	4.045.770	3.098.971	2.965.759	133.212	946.799
2012	4.040.400	3.094.181	2.962.296	131.885	946.219
2013	4.016.537	3.073.563	2.941.008	132.555	942.974
Deutschland					
1993	15.381.625	12.505.735	10.477.903	2.027.832	2.875.890
1995	16.352.381	13.315.533	11.314.957	2.000.576	3.036.848
1996 ¹	17.713.394	14.566.943	12.284.731	2.282.212	3.146.451
1997	17.889.132	14.571.129	12.478.259	2.092.870	3.318.003
1998	18.207.778	14.813.477	12.793.903	2.019.574	3.394.301
1999	18.545.802	15.100.917	13.130.526	1.970.391	3.444.885
2000	19.007.209	15.480.140	13.558.822	1.921.318	3.527.069
2001	19.232.338	15.611.425	13.795.100	1.816.325	3.620.913
2002	19.464.236	15.834.468	14.050.679	1.783.789	3.629.768
2003	19.557.939	15.779.988	14.157.406	1.622.582	3.777.951
2004	19.812.372	15.956.236	14.378.608	1.577.628	3.856.136
2005	20.011.656	16.122.101	14.591.291	1.530.810	3.889.555
2006	20.116.175	16.167.877	14.692.430	1.475.447	3.948.298
2007	20.242.823	16.275.736	14.831.419	1.444.317	3.967.087
2008	20.316.830	16.323.862	14.913.225	1.410.637	3.992.968
2009	20.412.217	16.397.276	15.019.346	1.377.930	4.014.941
2010	20.492.221	16.460.266	15.107.688	1.352.578	4.031.955
2011	20.534.397	16.490.433	15.159.969	1.330.464	4.043.964
2012	20.609.108	16.557.971	15.250.846	1.307.125	4.051.137
2013	20.575.934	16.525.518	15.245.066	1.280.452	4.050.416

Ohne Waisenrenten, Nullrenten, Knappschaftsausgleichsleistungen und ohne reine KLG.

¹ Bis 1995 ohne Knappschaft; im Jahr 1996 geringfügige Übererfassung² Einschl. ErziehungsrentnerQuelle: Postrentenbestand, bis 1996 Rentenbestandsaufnahme des BMAS,
ab 1997 Statistik der Deutschen Rentenversicherung - Rentenzahlbestand, versch. Jahrgänge

Rentenbestand nach Rentnergruppen Männer am 1. Juli

Jahr	Rentner insgesamt	Einzelrentner			Mehrfach- rentner
		insgesamt	Versicherten- rentner	Witwen-/ Witwer- rentner ²	
Alte Bundesländer					
1993	4.613.040	4.542.734	4.506.262	36.472	70.306
1995	4.942.011	4.846.855	4.800.655	46.200	95.156
1996 ¹	5.466.502	5.359.804	5.307.389	52.415	106.698
1997	5.611.520	5.489.642	5.437.191	52.451	121.878
1998	5.772.060	5.637.522	5.582.060	55.462	134.538
1999	5.928.132	5.781.918	5.722.581	59.337	146.214
2000	6.129.423	5.969.932	5.907.256	62.676	159.491
2001	6.261.697	6.078.678	6.025.178	53.500	183.019
2002	6.375.042	6.180.106	6.125.479	54.627	194.936
2003	6.486.824	6.278.083	6.222.213	55.870	208.741
2004	6.609.629	6.382.813	6.322.187	60.626	226.816
2005	6.705.833	6.467.309	6.405.021	62.288	238.524
2006	6.778.012	6.525.337	6.461.317	64.020	252.675
2007	6.860.275	6.596.101	6.530.413	65.688	264.174
2008	6.912.954	6.636.544	6.569.947	66.597	276.410
2009	6.966.896	6.677.997	6.610.346	67.651	288.899
2010	7.003.186	6.701.571	6.632.190	69.381	301.615
2011	7.023.735	6.710.237	6.639.394	70.843	313.498
2012	7.067.153	6.742.227	6.670.166	72.061	324.926
2013	7.083.230	6.747.885	6.675.590	72.295	335.345
Neue Bundesländer					
1993	845.488	824.324	810.911	13.413	21.164
1995	1.124.572	1.076.390	1.045.396	30.994	48.182
1996 ¹	1.348.049	1.291.652	1.258.171	33.481	56.397
1997	1.389.735	1.322.999	1.293.101	29.898	66.736
1998	1.439.902	1.366.839	1.336.023	30.816	73.063
1999	1.476.609	1.396.892	1.365.312	31.580	79.717
2000	1.524.747	1.437.527	1.405.160	32.367	87.220
2001	1.543.117	1.444.161	1.417.307	26.854	98.956
2002	1.560.574	1.456.756	1.430.291	26.465	103.818
2003	1.578.433	1.467.705	1.443.231	24.474	110.728
2004	1.606.018	1.487.640	1.462.903	24.737	118.378
2005	1.633.176	1.510.070	1.485.960	24.110	123.106
2006	1.645.835	1.517.096	1.493.001	24.095	128.739
2007	1.653.724	1.521.919	1.497.445	24.474	131.805
2008	1.662.969	1.525.932	1.501.799	24.133	137.037
2009	1.672.013	1.529.819	1.506.018	23.801	142.194
2010	1.672.784	1.526.359	1.502.333	24.026	146.425
2011	1.667.972	1.518.333	1.493.902	24.431	149.639
2012	1.669.475	1.516.158	1.491.833	24.325	153.317
2013	1.668.436	1.511.730	1.487.547	24.183	156.706
Deutschland					
1993	5.458.528	5.367.058	5.317.173	49.885	91.470
1995	6.066.583	5.923.245	5.846.051	77.194	143.338
1996 ¹	6.814.551	6.651.456	6.565.560	85.896	163.095
1997	7.001.255	6.812.641	6.730.292	82.349	188.614
1998	7.211.962	7.004.361	6.918.083	86.278	207.601
1999	7.404.741	7.178.810	7.087.893	90.917	225.931
2000	7.654.170	7.407.459	7.312.416	95.043	246.711
2001	7.804.814	7.522.839	7.442.485	80.354	281.975
2002	7.935.616	7.636.862	7.555.770	81.092	298.754
2003	8.065.257	7.745.788	7.665.444	80.344	319.469
2004	8.215.647	7.870.453	7.785.090	85.363	345.194
2005	8.339.009	7.977.379	7.890.981	86.398	361.630
2006	8.423.847	8.042.433	7.954.318	88.115	381.414
2007	8.513.999	8.118.020	8.027.858	90.162	395.979
2008	8.575.923	8.162.476	8.071.746	90.730	413.447
2009	8.638.909	8.207.816	8.116.364	91.452	431.093
2010	8.675.970	8.227.930	8.134.523	93.407	448.040
2011	8.691.707	8.228.570	8.133.296	95.274	463.137
2012	8.736.628	8.258.385	8.161.999	96.386	478.243
2013	8.751.666	8.259.615	8.163.137	96.478	492.051

Ohne Waisenrenten, Nullrenten, Knappschaftsausgleichsleistungen und ohne reine KLG.

¹ Bis 1995 ohne Knappschaft; im Jahr 1996 geringfügige Übererfassung.

² Einschl. Erziehungsrentner

Quelle: Postrentenbestand, bis 1996 Rentenbestandsaufnahme des BMAS,
ab 1997 Statistik der Deutschen Rentenversicherung - Rentenzahlbestand, versch. Jahrgänge

Rentenbestand nach Rentnergruppen

Frauen am 1. Juli

Jahr	Rentner insgesamt	Einzelrentner			Mehrfach- rentner
		insgesamt	Versicherten- rentner	Witwen-/ Witwer- rentner ²	
Alte Bundesländer					
1993	7.863.959	5.824.356	3.968.200	1.856.156	2.039.603
1995	8.099.291	5.958.399	4.191.187	1.767.212	2.140.892
1996 ¹	8.529.716	6.342.140	4.348.047	1.994.093	2.187.576
1997	8.531.955	6.202.825	4.373.659	1.829.166	2.329.130
1998	8.615.861	6.227.348	4.473.191	1.754.157	2.388.513
1999	8.733.048	6.312.986	4.606.552	1.706.434	2.420.062
2000	8.906.563	6.427.949	4.771.282	1.656.667	2.478.614
2001	8.996.941	6.480.716	4.885.863	1.594.853	2.516.225
2002	9.096.462	6.580.566	5.016.636	1.563.930	2.515.896
2003	9.076.205	6.441.631	5.021.125	1.420.506	2.634.574
2004	9.173.203	6.488.471	5.114.585	1.373.886	2.684.732
2005	9.249.108	6.542.626	5.213.902	1.328.724	2.706.482
2006	9.279.219	6.530.902	5.258.598	1.272.304	2.748.317
2007	9.330.640	6.569.029	5.330.538	1.238.491	2.761.611
2008	9.351.968	6.578.414	5.372.928	1.205.486	2.773.554
2009	9.388.697	6.609.516	5.434.862	1.174.654	2.779.181
2010	9.434.638	6.651.709	5.503.166	1.148.543	2.782.929
2011	9.464.892	6.681.225	5.554.816	1.126.409	2.783.667
2012	9.501.555	6.721.563	5.618.384	1.103.179	2.779.992
2013	9.476.167	6.704.070	5.628.468	1.075.602	2.772.097
Neue Bundesländer					
1993	2.059.138	1.314.321	1.192.530	121.791	744.817
1995	2.186.507	1.433.889	1.277.719	156.170	752.618
1996 ¹	2.369.127	1.573.347	1.371.124	202.223	795.780
1997	2.355.922	1.555.663	1.374.308	181.355	800.259
1998	2.379.955	1.581.768	1.402.629	179.139	798.187
1999	2.408.013	1.609.121	1.436.081	173.040	798.892
2000	2.446.476	1.644.732	1.475.124	169.608	801.744
2001	2.430.583	1.607.870	1.466.752	141.118	822.713
2002	2.432.158	1.617.040	1.478.273	138.767	815.118
2003	2.416.477	1.592.569	1.470.837	121.732	823.908
2004	2.423.522	1.597.312	1.478.933	118.379	826.210
2005	2.423.539	1.602.096	1.486.408	115.688	821.443
2006	2.413.109	1.594.542	1.479.514	115.028	818.567
2007	2.398.184	1.588.687	1.473.023	115.664	809.497
2008	2.388.939	1.582.972	1.468.551	114.421	805.967
2009	2.384.611	1.579.944	1.468.120	111.824	804.667
2010	2.381.613	1.580.627	1.469.999	110.628	800.986
2011	2.377.798	1.580.638	1.471.857	108.781	797.160
2012	2.370.925	1.578.023	1.470.463	107.560	792.902
2013	2.348.101	1.561.833	1.453.461	108.372	786.268
Deutschland					
1993	9.923.097	7.138.677	5.160.730	1.977.947	2.784.420
1995	10.285.798	7.392.288	5.468.906	1.923.382	2.893.510
1996 ¹	10.898.843	7.915.487	5.719.171	2.196.316	2.983.356
1997	10.887.877	7.758.488	5.747.967	2.010.521	3.129.389
1998	10.995.816	7.809.116	5.875.820	1.933.296	3.186.700
1999	11.141.061	7.922.107	6.042.633	1.879.474	3.218.954
2000	11.353.039	8.072.681	6.246.406	1.826.275	3.280.358
2001	11.427.524	8.088.586	6.352.615	1.735.971	3.338.938
2002	11.528.620	8.197.606	6.494.909	1.702.697	3.331.014
2003	11.492.682	8.034.200	6.491.962	1.542.238	3.458.482
2004	11.596.725	8.085.783	6.593.518	1.492.265	3.510.942
2005	11.672.647	8.144.722	6.700.310	1.444.412	3.527.925
2006	11.692.328	8.125.444	6.738.112	1.387.332	3.566.884
2007	11.728.824	8.157.716	6.803.561	1.354.155	3.571.108
2008	11.740.907	8.161.386	6.841.479	1.319.907	3.579.521
2009	11.773.308	8.189.460	6.902.982	1.286.478	3.583.848
2010	11.816.251	8.232.336	6.973.165	1.259.171	3.583.915
2011	11.842.690	8.261.863	7.026.673	1.235.190	3.580.827
2012	11.872.480	8.299.586	7.088.847	1.210.739	3.572.894
2013	11.824.268	8.265.903	7.081.929	1.183.974	3.558.365

Ohne Waisenrenten, Nullrenten, Knappschaftsausgleichsleistungen und ohne reine KLG.

¹ Bis 1995 ohne Knappschaft; im Jahr 1996 geringfügige Übererfassung² Einschl. ErziehungsrentnerQuelle: Postrentenbestand, bis 1996 Rentenbestandsaufnahme des BMAS,
ab 1997 Statistik der Deutschen Rentenversicherung - Rentenzahlbestand, versch. Jahrgänge

Faktorenreihe zur Berechnung der Bruttorente

Anhand der Faktoren der Spalte 1 können für alle im Rentenbestand ausgewiesenen Zahlbeträge vereinfacht Bruttobeträge berechnet werden

Jahr ¹	Brutto- renten- faktor ²
1	
Alte Bundesländer	
1983	1,000
1984	1,000
1985	1,000
1986	1,000
1987	1,000
1988	1,000
1989	1,000
1990	1,000
1991	1,000
1992	1,059
1993	1,063
1994	1,069
1995	1,074
1996	1,079
1997	1,078
1998	1,079
1999	1,080
2000	1,080
2001	1,080
2002	1,082
2003	1,084
2004	1,092
2005	1,097
2006	1,097
2007	1,101
2008	1,104
2009	1,103
2010	1,103
2011	1,106
2012	1,106
2013	1,107
Neue Bundesländer ⁴	
1992	1,067
1993	1,067
1994	1,069
1995	1,074
1996	1,081
1997	1,084
1998	1,086
1999	1,086
2000	1,085
2001	1,084
2002	1,085
2003	1,086
2004	1,094
2005	1,100
2006	1,100
2007	1,105
2008	1,107
2009	1,108
2010	1,108
2011	1,112
2012	1,112
2013	1,112

Durchschnittliche Beträge in € bei Versichertenrenten im Rentenzugang			
RV Männer		RV Frauen	
Zahl- betrag ³	mit Faktor berechnete Bruttorente	Zahl- betrag ³	mit Faktor berechnete Bruttorente
2	3=1*2	4	5=1*4
Alte Bundesländer			
666	666	282	282
711	711	293	293
731	731	303	303
751	751	314	314
778	778	327	327
802	802	337	337
826	826	348	348
851	851	360	360
891	891	378	378
860	911	375	397
895	952	391	416
917	980	406	434
915	982	410	441
918	991	417	450
932	1.005	427	461
935	1.009	438	473
945	1.021	449	485
948	1.024	458	495
963	1.040	469	506
978	1.059	479	518
982	1.064	483	524
968	1.058	480	524
957	1.050	478	524
950	1.042	478	524
947	1.043	480	528
950	1.049	485	535
969	1.069	500	551
963	1.063	502	553
964	1.066	507	561
980	1.084	520	575
978	1.083	524	580
Neue Bundesländer ⁴			
641	684	428	457
761	812	491	524
819	876	522	559
881	946	551	592
912	986	563	608
962	1.043	582	631
965	1.048	593	644
988	1.073	611	664
989	1.073	620	673
1.008	1.093	636	689
1.031	1.119	655	710
1.037	1.126	665	722
1.022	1.118	663	726
1.007	1.108	663	729
1.001	1.102	666	732
995	1.099	669	739
999	1.105	676	748
1.019	1.129	700	776
1.010	1.119	703	779
1.008	1.120	709	788
1.021	1.135	727	808
1.042	1.158	752	836

Jahr ¹	Brutto- renten- faktor ²	Durchschnittliche Beträge in € bei Versichertenrenten im Rentenzugang			
		RV Männer		RV Frauen	
		Zahl- betrag ³	mit Faktor berechnete Bruttorente	Zahl- betrag ³	mit Faktor berechnete Bruttorente
	1	2	3=1*2	4	5=1*4
Deutschland (einschl. Ausland)					
1992	1,060	826	876	388	411
1993	1,063	874	929	416	442
1994	1,069	900	962	434	464
1995	1,074	908	976	445	478
1996	1,079	917	989	452	488
1997	1,080	938	1.013	465	502
1998	1,081	941	1.017	476	514
1999	1,081	954	1.031	488	527
2000	1,081	956	1.034	496	537
2001	1,081	972	1.050	508	549
2002	1,083	989	1.071	520	563
2003	1,085	992	1.077	525	570
2004	1,092	979	1.069	522	570
2005	1,097	967	1.061	519	570
2006	1,098	960	1.054	519	570
2007	1,102	957	1.054	521	574
2008	1,105	959	1.060	526	582
2009	1,104	979	1.080	543	599
2010	1,104	972	1.073	545	601
2011	1,107	972	1.076	550	609
2012	1,107	988	1.094	564	624
2013	1,108	990	1.097	572	633

Zu den gesetzlichen Kenngrößen (Beitragssatz, Beitragszuschuss und Eigenanteil des Rentners zur KVdR und PvdR) vgl. Kapitel 11.

¹ 1983 zum Anpassungstermin 1.7; ab 1984 mit Rechtsstand 1.1. des Folgejahres, d.h. einschl. der Anpassungen Ost (nachrichtlich: Die in diesem Kapitel ausgewiesenen Zahlbeträge vor 1983 beziehen sich auf den Zeitpunkt (nach Anpassung): 1960-1962 Juli, 1963-1973 Januar, 1974-1977 Juli, 1978 keine Rentenanpassung, 1979-1982 Januar)

² Faktor zur Berechnung der Bruttorentenhöhe aus dem ausgewiesenen Wert (z.B. Rentenzahlbetrag)

³ Mit Einführung der Eigenbeteiligung der Rentner an der KV zum 1. Juli 1983 wurden unterschiedlich abgegrenzte Rentenhöhen ausgewiesen (z.B. Rentenzahlbeträge, d.h. abzgl. der KV/PV-Beiträge).

⁴ Die Zahlbeträge in den neuen Bundesländern enthalten ggf. Auffüllbeträge und Rententeile aus ehem. Zusatz- und Sondersversorgungssystemen.

Zur Euro-Umrechnung vgl. Glossar

Quelle: bis 1983 BMAS, ab 1984: Statistik der Deutschen Rentenversicherung - Rentenzahlbestand Dezember
ab 1992: Statistik der Deutschen Rentenversicherung - Rentenbestand am 31.12.

7 Anträge auf Leistungen zur Rehabilitation

Anträge auf Leistungen zur Rehabilitation

Insgesamt

Jahr	Leistungen zur Rehabilitation insgesamt	davon	
		Medizinische Rehabilitation ¹	Teilhabe am Arbeitsleben (LTA)
Alte Bundesländer			
1970	936.515	880.800	55.715
1975	1.017.323	911.341	105.982
1980	1.170.764	1.062.199	108.565
1985	981.907	890.029	91.878
1990	1.196.646	1.077.004	119.642
1991	1.300.026	1.174.304	125.722
1995	1.379.866	1.177.016	202.850
2000	1.273.436	1.039.778	233.658
2001	1.341.916	1.080.253	261.663
2002	1.397.712	1.145.494	252.218
2003	1.345.062	1.090.619	254.443
2004	1.313.036	1.057.902	255.134
2005	1.295.634	1.041.521	254.113
2006	1.388.717	1.116.722	271.995
2007	1.511.308	1.219.491	291.817
2008	1.577.350	1.289.141	288.209
2009	1.645.636	1.344.528	301.108
2010	1.660.682	1.356.370	304.312
2011	1.668.899	1.375.114	293.785
2012	1.676.343	1.373.784	302.559
2013	1.655.199	1.353.548	301.651
Neue Bundesländer			
1991	127.372	107.984	19.388
1995	298.725	237.376	61.349
2000	332.288	258.174	74.114
2001	344.627	264.149	80.478
2002	369.127	277.995	91.132
2003	363.876	271.578	92.298
2004	356.510	259.977	96.533
2005	339.973	254.470	85.503
2006	352.195	265.847	86.348
2007	380.485	285.149	95.336
2008	397.118	299.963	97.155
2009	392.346	293.766	98.580
2010	421.426	312.772	108.654
2011	419.307	315.704	103.603
2012	420.396	319.017	101.379
2013	422.205	316.591	105.614
Deutschland			
1991	1.427.398	1.282.288	145.110
1995	1.678.591	1.414.392	264.199
2000	1.605.724	1.297.952	307.772
2001	1.686.543	1.344.402	342.141
2002	1.766.839	1.423.489	343.350
2003	1.708.938	1.362.197	346.741
2004	1.669.546	1.317.879	351.667
2005	1.635.607	1.295.991	339.616
2006	1.740.912	1.382.569	358.343
2007	1.891.793	1.504.640 ²	387.153
2008	1.974.468	1.589.104	385.364
2009	2.037.982	1.638.294	399.688
2010	2.082.108	1.669.142	412.966
2011	2.088.206	1.690.818	397.388
2012	2.096.739	1.692.801	403.938
2013	2.077.404	1.670.139	407.265

¹ Ab 1994 ohne Auftragsheilbehandlungen, bis 1985 einschließlich Tbc.

² ohne von der KBS nachgemeldete Fälle der ArGe Krebs NW (insg. 5710).

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung - Reha-Antrags-/Erledigungsstatistik, verschiedene Jahrgänge

Anträge auf Leistungen zur Rehabilitation

Besondere Fallgruppen

Jahr	CA-Leistungen ¹	Kinder-rehabilitation	Kfz-Hilfen
Alte Bundesländer			
1981	36.831	21.250	x
1985	34.505	21.559	7.056
1990	47.066	20.430	6.973
1991	51.943	21.922	7.172
1995	103.082	26.494	8.556
2000	102.836	36.136	6.987
2001	111.400	43.285	7.669
2002	127.268	50.628	7.021
2003	133.054	52.148	6.199
2004	137.179	51.229	6.296
2005	136.586	56.131	6.350
2006	143.475	59.685	6.534
2007	149.967	64.336	5.548
2008	162.718	63.509	5.190
2009	173.724	61.880	5.795
2010	166.837	59.362	5.810
2011	165.648	54.112	5.740
2012	158.083	49.797	5.390
2013	151.757	45.234	5.393
Neue Bundesländer			
1991	2.647	21.876	5.075
1995	27.308	19.164	1.467
2000	41.716	20.244	1.347
2001	44.396	21.449	1.384
2002	48.164	21.745	1.422
2003	49.835	21.042	1.406
2004	50.420	19.570	1.320
2005	50.219	19.505	1.358
2006	51.563	20.458	1.300
2007	54.215	20.830	1.108
2008	56.129	20.702	1.042
2009	49.329	19.168	1.061
2010	55.364	19.176	1.111
2011	55.965	18.071	1.095
2012	52.188	17.410	1.095
2013	49.936	15.933	1.100
Deutschland			
1991	54.590	43.798	12.247
1995	130.390	45.658	10.023
2000	144.552	56.380	8.334
2001	155.796	64.734	9.053
2002	175.432	72.373	8.443
2003	182.889	73.190	7.605
2004	187.599	70.799	7.616
2005	186.805	75.636	7.708
2006	195.038	80.143	7.834
2007	204.182	85.166	6.656
2008	218.847	84.211	6.232
2009	223.053	81.048	6.856
2010	222.201	78.538	6.921
2011	221.613	72.183	6.835
2012	210.271	67.207	6.485
2013	201.693	61.167	6.493

¹ Ab 1994 inkl. Anträge auf CA-Leistungen an Versicherte gem. § 15 SGB VI.

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung - Reha-Antrags-/Erledigungsstatistik
verschiedene Jahrgänge

8 Bewilligte Anträge auf Leistungen zur Rehabilitation

Bewilligte Anträge auf Leistungen zur Rehabilitation Insgesamt

Jahr	Leistungen zur Rehabilitation insgesamt	davon	
		Medizinische Rehabilitation ¹	Teilhabe am Arbeitsleben ² (LTA)
Alte Bundesländer			
1955	317.862	317.862	x
1960	621.078	621.078	x
1965	782.305	763.037	19.268
1970	794.211	764.700	29.511
1975	863.790	822.896	49.034
1980	962.043	919.793	48.853
1985	759.632	738.449	29.595
1990	884.744	837.152	47.592
1991	965.457	915.839	49.618
1995	964.907	875.084	89.823
2000	841.222	738.284	102.938
2001	893.208	766.017	127.191
2002	887.865	751.071	136.794
2003	870.685	718.844	151.841
2004	859.863	701.664	158.199
2005	859.543	700.757	158.786
2006	907.401	738.986	168.415
2007	988.029	800.167	187.862
2008	1.053.637	853.973	199.664
2009	1.111.384	894.990	216.394
2010	1.058.812	853.878	204.934
2011	1.074.295	877.773	196.522
2012	1.082.312	883.409	198.903
2013	1.075.483	873.982	201.501
Neue Bundesländer			
1991	87.124	79.039	8.085
1995	195.792	167.357	28.435
2000	225.116	186.911	38.205
2001	241.383	195.232	46.151
2002	251.902	195.217	56.685
2003	251.811	190.631	61.180
2004	246.676	179.666	67.010
2005	239.803	179.039	60.764
2006	246.143	187.260	58.883
2007	265.191	199.018	66.173
2008	279.608	210.032	69.576
2009	281.813	207.681	74.132
2010	288.536	208.622	79.914
2011	285.204	210.012	75.192
2012	284.710	214.129	70.581
2013	284.679	211.595	73.084
Deutschland			
1991	1.052.581	994.878	57.703
1995	1.160.699	1.042.441	118.258
2000	1.066.338	925.195	141.143
2001	1.134.591	961.249	173.342
2002	1.139.767	946.288	193.479
2003	1.122.496	909.475	213.021
2004	1.106.539	881.330	225.209
2005	1.099.346	879.796	219.550
2006	1.153.544	926.246	227.298
2007	1.253.220	999.185 ³	254.035
2008	1.333.245	1.064.005	269.240
2009	1.393.197	1.102.671	290.526
2010	1.347.348	1.062.500	284.848
2011	1.359.499	1.087.785	271.714
2012	1.367.022	1.097.538	269.484
2013	1.360.162	1.085.577	274.585

¹ Ab 1994 ohne Auftragsheilbehandlungen, bis 1985 einschließlich Tbc.

² Ab 1982 mit durchgeführten Arbeitsplatzwechseln.

³ Ohne von der KBS nachgemeldete Fälle der ArGe Krebs NW (insg. 5434).

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung - Reha-Antrags-/Erledigungsstatistik, verschiedene Jahrgänge

Bewilligte Anträge auf Leistungen zur Rehabilitation Besondere Fallgruppen

Jahr	CA-Leistungen ¹	Stationäre Entwöhnungs- behandlungen	Kinder- rehabilitation	Kfz-Hilfen
Alte Bundesländer				
1983	34.366	31.481	15.190	3.729
1985	28.941	27.766	17.978	2.373
1990	38.004	28.651	16.565	2.883
1991	42.534	31.674	17.274	2.886
1995	92.174	35.454	18.863	4.043
2000	86.321	42.317	23.406	2.977
2001	93.629	44.303	27.062	4.229
2002	103.101	44.190	28.287	3.747
2003	111.935	44.137	28.992	3.319
2004	115.310	43.644	28.193	3.809
2005	114.276	42.972	29.721	4.240
2006	119.445	44.823	29.797	3.788
2007	123.502	48.070	31.191	3.209
2008	134.841	48.645	31.607	3.026
2009	144.518	50.360	31.319	3.394
2010	135.823	46.859	27.212	3.355
2011	132.668	45.511	26.738	3.439
2012	130.052	44.427	26.061	3.266
2013	125.419	42.170	24.729	3.144
Neue Bundesländer				
1991	1.724	1.987	15.988	309
1995	23.365	6.088	13.303	421
2000	34.525	9.360	13.593	455
2001	37.308	9.768	14.326	641
2002	39.668	9.975	13.944	546
2003	41.325	10.321	13.484	676
2004	41.606	10.557	12.019	611
2005	42.194	10.037	11.565	737
2006	43.245	10.927	11.687	637
2007	45.280	11.870	11.754	519
2008	46.544	12.019	11.817	466
2009	40.524	12.088	11.175	473
2010	44.490	11.416	9.891	459
2011	44.188	11.221	9.520	501
2012	42.500	11.063	10.789	520
2013	40.650	11.171	9.933	514
Deutschland				
1991	44.258	33.661	33.262	3.195
1995	115.539	41.542	32.166	4.464
2000	120.846	51.677	36.999	3.432
2001	130.937	54.071	41.388	4.870
2002	142.769	54.165	42.231	4.293
2003	153.260	54.458	42.476	3.995
2004	156.916	54.201	40.212	4.420
2005	156.470	53.009	41.286	4.977
2006	162.690	55.750	41.484	4.425
2007	168.782	59.940	42.945	3.728
2008	181.385	60.664	43.424	3.492
2009	185.042	62.448	42.494	3.867
2010	180.313	58.275	37.103	3.814
2011	176.856	56.732	36.258	3.940
2012	172.552	55.490	36.850	3.786
2013	166.069	53.341	34.662	3.658

¹ Ab 1994 inkl. Anträge auf Ca-Leistungen an Versicherte gem. § 15 SGB VI.

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung - Reha-Antrags-/Erledigungsstatistik
verschiedene Jahrgänge

9 Abgeschlossene Leistungen zur Rehabilitation

Leistungen zur medizinischen Rehabilitation

Jahr	Insgesamt	darunter und zwar ¹				
		stationäre Leistungen an Erwachsene	Entwöhnungen (einschl. ambulant)	Anschlussrehabilitation (AHB)	Kinderrehabilitation	ambulante Leistungen
Alte Bundesländer						
1960	548.916	481.591	x	x	x	x
1965	693.105	598.068	x	x	15.308	x
1970	700.806	619.353	x	x	23.541	x
1975	840.856	785.399	x	x	19.620	x
1980	798.848	752.932	x	x	17.307	x
1985	696.743	666.591	23.114	60.360	15.725	x
1990	728.319	682.419	24.743	77.102	12.757	x
1991	791.168	741.587	25.658	82.854	13.532	x
1995	839.015	775.411	29.823	107.523	14.105	x
2000	665.052	623.702	37.913	133.375	18.309	21.350
2001	715.727	666.215	39.823	150.872	21.702	25.627
2002	710.653	649.584	42.142	155.431	23.837	34.896
2003	667.822	596.372	41.048	157.849	25.346	43.340
2004	636.650	558.031	42.025	164.873	25.614	50.138
2005	638.684	553.570	40.902	172.697	25.957	56.784
2006	652.065	558.907	39.981	186.156	26.145	65.033
2007	721.926	614.548	45.495	207.295	27.032	78.583
2008	755.925	642.216	45.513	213.722	27.159	85.431
2009	782.632	660.684	46.618	227.312	26.206	94.555
2010	797.441	668.168	46.505	249.534	24.788	103.327
2011	778.386	650.973	44.157	257.621	22.611	102.872
2012	809.275	677.545	44.298	258.451	23.672	106.571
2013	796.679	665.454	41.910	259.686	21.841	108.032
Neue Bundesländer						
1991	48.621	37.851	1.303	2.903	9.598	x
1995	146.400	125.562	4.206	21.606	10.263	x
2000	170.826	155.087	8.595	44.306	11.599	3.907
2001	176.960	159.799	9.114	45.940	12.049	4.845
2002	183.694	163.778	9.643	49.740	12.845	6.818
2003	177.796	156.054	10.075	51.080	12.500	8.945
2004	166.509	144.091	10.511	52.292	11.662	10.419
2005	165.380	143.161	9.933	54.650	10.802	11.191
2006	166.368	145.097	9.545	55.989	10.298	10.817
2007	181.331	157.234	10.898	61.084	10.466	13.455
2008	186.697	161.790	10.450	62.034	10.409	14.389
2009	195.703	169.138	10.838	65.861	10.048	16.467
2010	198.713	169.696	10.492	68.584	9.435	19.508
2011	187.937	159.691	9.808	69.736	8.308	19.854
2012	195.342	165.774	9.844	70.489	8.431	21.071
2013	191.701	161.626	9.301	69.017	8.971	21.041
Deutschland						
1991	839.789	779.438	26.961	85.757	23.130	x
1995	985.415	900.973	34.029	129.129	24.368	x
2000	835.878	778.789	46.508	177.681	29.908	25.257
2001	892.687	826.014	48.937	196.812	33.751	30.472
2002	894.347	813.362	51.785	205.171	36.682	41.714
2003	845.618	752.426	51.123	208.929	37.846	52.285
2004	803.159	702.122	52.536	217.165	37.276	60.557
2005	804.064	696.731	50.835	227.347	36.759	67.975
2006	818.433	704.004	49.526	242.145	36.443	75.850
2007	903.257	771.782	56.393	268.379	37.498	92.038
2008	942.622	804.006	55.963	275.756	37.568	99.820
2009	978.335	829.822	57.456	293.173	36.254	111.022
2010	996.154	837.864	56.997	318.118	34.223	122.835
2011	966.323	810.664	53.965	327.357	30.919	122.726
2012	1.004.617	843.319	54.142	328.940	32.103	127.642
2013	988.380	827.080	51.211	328.703	30.812	129.073

Einschl. Tbc und Auftragsheilbehandlungen für die GKV. Ab 1.1.1986 ist die Zuständigkeit für Tbc-Heilbehandlungen an die GKV übergegangen.

¹ Mehrfachnennungen möglich

Sondereffekt im Jahr 2007: Inkl. zusätzlich nachgemeldeter Fälle der Vorjahre (rd. 1,5 %).

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung - Rehabilitation, verschiedene Jahrgänge

Medizinische Leistungen nach ausgewählten Diagnosehauptgruppen an Erwachsene Männer

Jahr	Insgesamt (einschl. Sonstige)	Skelett/ Muskeln/ Bindege- webe	Herz-/ Kreislauf- erkrankun- gen	Stoff- wechsel/ Verdauung	Neubil- dungen	Psychische Störungen
Alte Bundesländer						
1978	355.566	111.544	73.822	47.126	5.339	47.087
1980	423.910	147.884	84.190	51.655	7.295	50.708
1985	383.421	154.538	83.197	35.059	15.231	48.763
1990	400.403	188.206	72.238	28.979	20.978	46.174
1991	433.175	207.669	74.702	30.144	26.089	47.749
1995	437.671	207.885	64.113	23.269	30.143	50.516
2000	358.022	156.172	49.623	15.432	34.182	50.656
2001	378.442	165.218	51.020	15.845	38.976	55.410
2002	372.214	157.466	49.422	15.611	40.605	56.662
2003	347.844	142.617	46.822	13.780	43.242	53.319
2004	328.653	126.286	43.182	12.357	45.936	52.572
2005	326.384	121.595	40.843	11.997	47.632	52.902
2006	330.278	122.417	41.176	12.432	46.151	51.485
2007	367.312	136.578	44.149	13.746	47.691	58.482
2008	380.024	142.112	44.589	14.308	47.006	61.908
2009	394.503	146.613	47.422	14.798	47.972	66.445
2010	402.206	146.108	47.874	14.477	49.695	70.307
2011	392.264	138.397	48.383	13.434	49.571	70.877
2012	403.332	141.181	52.280	13.346	48.592	75.730
2013	400.012	141.408	52.014	13.587	46.763	73.045
Neue Bundesländer						
1991	17.711	5.659	5.596	1.545	511	1.412
1995	53.422	19.175	10.826	3.143	4.832	5.248
2000	76.001	26.135	11.625	4.035	12.496	9.696
2001	79.339	27.236	11.566	3.892	14.346	10.071
2002	83.679	29.001	11.843	3.908	15.906	10.532
2003	82.414	27.564	11.098	3.770	16.974	10.433
2004	77.795	24.275	9.940	3.199	17.341	10.398
2005	77.665	23.166	9.911	3.095	18.190	10.034
2006	76.492	22.644	9.944	3.181	18.566	9.697
2007	86.111	25.306	10.769	3.421	20.300	11.207
2008	86.692	26.444	10.516	3.301	20.277	11.187
2009	91.676	29.292	11.559	3.525	20.687	12.494
2010	92.552	30.212	11.741	3.365	20.345	12.855
2011	87.351	27.833	11.628	3.015	19.559	12.268
2012	90.534	29.036	12.439	3.139	19.106	13.003
2013	88.804	28.704	12.681	3.137	17.492	12.406
Deutschland						
1991	450.886	213.328	80.298	31.689	26.600	49.161
1995	491.093	227.060	74.939	26.412	34.975	55.764
2000	434.023	182.307	61.248	19.467	46.678	60.352
2001	457.781	192.454	62.586	19.737	53.322	65.481
2002	455.893	186.467	61.265	19.519	56.511	67.194
2003	430.258	170.181	57.920	17.550	60.216	63.752
2004	406.448	150.561	53.122	15.556	63.277	62.970
2005	404.049	144.761	50.754	15.092	65.822	62.936
2006	406.770	145.061	51.120	15.613	64.717	61.182
2007	453.423	161.884	54.918	17.167	67.991	69.689
2008	466.716	168.556	55.105	17.609	67.283	73.095
2009	486.179	175.905	58.981	18.323	68.659	78.939
2010	494.758	176.320	59.615	17.842	70.040	83.162
2011	479.615	166.230	60.011	16.449	69.130	83.145
2012	493.866	170.217	64.719	16.485	67.698	88.733
2013	488.816	170.112	64.695	16.724	64.255	85.451

Ohne Mischfälle. Ohne Tbc, bis 1986 einschließlich Auftragsheilbehandlungen. Bis einschließlich 1996 nur stationäre Leistungen.

Sondereffekt im Jahr 2007: Inkl. zusätzlich nachgemeldeter Fälle der Vorjahre (rd. 1,5 %).

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung - Rehabilitation, verschiedene Jahrgänge

Medizinische Leistungen nach ausgewählten Diagnosehauptgruppen an Erwachsene Männer - Anteile in v.H.

Jahr	Insgesamt (einschl. Sonstige)	Skelett/ Muskeln/ Bindege- webe	Herz-/ Kreislauf- erkrankun- gen	Stoff- wechsel/ Verdauung	Neubil- dungen	Psychische Störungen
Alte Bundesländer						
1978	100	31,4	20,8	13,3	1,5	13,2
1980	100	34,9	19,9	12,2	1,7	12,0
1985	100	40,3	21,7	9,1	4,0	12,7
1990	100	47,0	18,0	7,2	5,2	11,5
1991	100	47,9	17,2	7,0	6,0	11,0
1995	100	47,5	14,6	5,3	6,9	11,5
2000	100	43,6	13,9	4,3	9,5	14,1
2001	100	43,7	13,5	4,2	10,3	14,6
2002	100	42,3	13,3	4,2	10,9	15,2
2003	100	41,0	13,5	4,0	12,4	15,3
2004	100	38,4	13,1	3,8	14,0	16,0
2005	100	37,3	12,5	3,7	14,6	16,2
2006	100	37,1	12,5	3,8	14,0	15,6
2007	100	37,2	12,0	3,7	13,0	15,9
2008	100	37,4	11,7	3,8	12,4	16,3
2009	100	37,2	12,0	3,8	12,2	16,8
2010	100	36,3	11,9	3,6	12,4	17,5
2011	100	35,3	12,3	3,4	12,6	18,1
2012	100	35,0	13,0	3,3	12,0	18,8
2013	100	35,4	13,0	3,4	11,7	18,3
Neue Bundesländer						
1991	100	32,0	31,6	8,7	2,9	8,0
1995	100	35,9	20,3	5,9	9,0	9,8
2000	100	34,4	15,3	5,3	16,4	12,8
2001	100	34,3	14,6	4,9	18,1	12,7
2002	100	34,7	14,2	4,7	19,0	12,6
2003	100	33,4	13,5	4,6	20,6	12,7
2004	100	31,2	12,8	4,1	22,3	13,4
2005	100	29,8	12,8	4,0	23,4	12,9
2006	100	29,6	13,0	4,2	24,3	12,7
2007	100	29,4	12,5	4,0	23,6	13,0
2008	100	30,5	12,1	3,8	23,4	12,9
2009	100	32,0	12,6	3,8	22,6	13,6
2010	100	32,6	12,7	3,6	22,0	13,9
2011	100	31,9	13,3	3,5	22,4	14,0
2012	100	32,1	13,7	3,5	21,1	14,4
2013	100	32,3	14,3	3,5	19,7	14,0
Deutschland						
1991	100	47,3	17,8	7,0	5,9	10,9
1995	100	46,2	15,3	5,4	7,1	11,4
2000	100	42,0	14,1	4,5	10,8	13,9
2001	100	42,0	13,7	4,3	11,6	14,3
2002	100	40,9	13,4	4,3	12,4	14,7
2003	100	39,6	13,5	4,1	14,0	14,8
2004	100	37,0	13,1	3,8	15,6	15,5
2005	100	35,8	12,6	3,7	16,3	15,6
2006	100	35,7	12,6	3,8	15,9	15,0
2007	100	35,7	12,1	3,8	15,0	15,4
2008	100	36,1	11,8	3,8	14,4	15,7
2009	100	36,2	12,1	3,8	14,1	16,2
2010	100	35,6	12,0	3,6	14,2	16,8
2011	100	34,7	12,5	3,4	14,4	17,3
2012	100	34,5	13,1	3,3	13,7	18,0
2013	100	34,8	13,2	3,4	13,1	17,5

Ohne Mischfälle. Ohne Tbc, bis 1986 einschließlich Auftragsheilbehandlungen. Bis einschließlich 1996 nur stationäre Leistungen.

Sondereffekt im Jahr 2007: Inkl. zusätzlich nachgemeldeter Fälle der Vorjahre (rd. 1,5 %).

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung - Rehabilitation, verschiedene Jahrgänge

Medizinische Leistungen nach ausgewählten Diagnosehauptgruppen an Erwachsene Frauen

Jahr	Insgesamt (einschl. Sonstige)	Skelett/ Muskeln/ Bindege- webe	Herz-/ Kreislauf- erkrankun- gen	Stoff- wechsel/ Verdauung	Neubil- dungen	Psychische Störungen
Alte Bundesländer						
1978	258.230	96.254	32.913	22.019	17.233	44.137
1980	305.999	124.035	35.715	24.434	20.625	48.895
1985	283.170	122.893	28.220	17.932	34.566	46.311
1990	282.016	131.601	20.837	14.133	38.714	45.561
1991	308.412	143.073	21.623	15.312	45.320	49.009
1995	337.740	147.674	18.942	13.346	49.710	52.513
2000	287.030	121.480	15.109	9.816	47.218	51.497
2001	313.400	132.590	16.157	10.209	51.908	60.323
2002	312.266	127.493	15.250	10.576	55.203	62.754
2003	291.868	117.664	14.518	9.495	54.586	56.700
2004	279.516	105.938	13.768	8.382	57.227	54.397
2005	283.970	105.120	13.629	8.442	60.039	55.963
2006	293.662	109.410	13.549	8.597	58.665	54.527
2007	325.819	120.508	14.519	9.623	61.356	61.049
2008	347.623	129.191	15.432	10.113	63.835	66.667
2009	360.736	132.482	16.067	10.137	67.728	70.934
2010	369.289	134.435	16.224	9.476	68.896	76.132
2011	361.581	127.997	16.389	8.701	63.317	79.263
2012	380.784	135.732	17.996	8.862	63.446	86.851
2013	373.474	133.771	18.429	8.807	62.333	82.287
Neue Bundesländer						
1991	20.140	9.185	3.100	1.436	965	1.255
1995	72.140	29.804	6.574	3.152	9.915	6.265
2000	82.993	32.561	5.287	3.202	18.278	10.915
2001	85.305	33.486	5.179	3.028	19.836	11.881
2002	86.917	33.944	5.027	3.150	20.579	12.864
2003	82.585	31.764	4.561	2.856	20.624	11.929
2004	76.715	27.684	3.934	2.428	20.804	11.413
2005	76.687	26.952	3.825	2.424	21.315	11.573
2006	79.422	27.966	4.003	2.459	21.355	11.990
2007	84.578	29.943	3.973	2.589	21.433	12.978
2008	89.487	32.315	4.304	2.613	22.469	13.913
2009	93.929	34.080	4.557	2.598	24.053	15.540
2010	96.652	34.959	4.613	2.457	24.307	17.206
2011	92.194	32.551	4.455	2.280	22.139	17.966
2012	96.311	33.803	4.905	2.433	22.021	19.453
2013	93.863	32.590	4.906	2.378	21.433	18.764
Deutschland						
1991	328.552	152.258	24.723	16.748	46.285	50.264
1995	409.880	177.478	25.516	16.498	59.625	58.778
2000	370.023	154.041	20.396	13.018	65.496	62.412
2001	398.705	166.076	21.336	13.237	71.744	72.204
2002	399.183	161.437	20.277	13.726	75.782	75.618
2003	374.453	149.428	19.079	12.351	75.210	68.629
2004	356.231	133.622	17.702	10.810	78.031	65.810
2005	360.657	132.072	17.454	10.866	81.354	67.536
2006	373.084	137.376	17.552	11.056	80.020	66.517
2007	410.397	150.451	18.492	12.212	82.789	74.027
2008	437.110	161.506	19.736	12.726	86.304	80.580
2009	454.665	166.562	20.624	12.735	91.781	86.474
2010	465.941	169.394	20.837	11.933	93.203	93.338
2011	453.775	160.548	20.844	10.981	85.456	97.229
2012	477.095	169.535	22.901	11.295	85.467	106.304
2013	467.337	166.361	23.335	11.185	83.766	101.051

Ohne Mischfälle. Ohne Tbc, bis 1986 einschließlich Auftragsheilbehandlungen. Bis einschließlich 1996 nur stationäre Leistungen.

Sondereffekt im Jahr 2007: Inkl. zusätzlich nachgemeldeter Fälle der Vorjahre (rd. 1,5 %).

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung - Rehabilitation, verschiedene Jahrgänge

Medizinische Leistungen nach ausgewählten Diagnosehauptgruppen an Erwachsene Frauen - Anteile in v.H.

Jahr	Insgesamt (einschl. Sonstige)	Skelett/ Muskeln/ Bindege- webe	Herz-/ Kreislauf- erkrankun- gen	Stoff- wechsel/ Verdauung	Neubil- dungen	Psychische Störungen
Alte Bundesländer						
1978	100	37,3	12,7	8,5	6,7	17,1
1980	100	40,5	11,7	8,0	6,7	16,0
1985	100	43,4	10,0	6,3	12,2	16,4
1990	100	46,7	7,4	5,0	13,7	16,2
1991	100	46,4	7,0	5,0	14,7	15,9
1995	100	43,7	5,6	4,0	14,7	15,5
2000	100	42,3	5,3	3,4	16,5	17,9
2001	100	42,3	5,2	3,3	16,6	19,2
2002	100	40,8	4,9	3,4	17,7	20,1
2003	100	40,3	5,0	3,3	18,7	19,4
2004	100	37,9	4,9	3,0	20,5	19,5
2005	100	37,0	4,8	3,0	21,1	19,7
2006	100	37,3	4,6	2,9	20,0	18,6
2007	100	37,0	4,5	3,0	18,8	18,7
2008	100	37,2	4,4	2,9	18,4	19,2
2009	100	36,7	4,5	2,8	18,8	19,7
2010	100	36,4	4,4	2,6	18,7	20,6
2011	100	35,4	4,5	2,4	17,5	21,9
2012	100	35,6	4,7	2,3	16,7	22,8
2013	100	35,8	4,9	2,4	16,7	22,0
Neue Bundesländer						
1991	100	45,6	15,4	7,1	4,8	6,2
1995	100	41,3	9,1	4,4	13,7	8,7
2000	100	39,2	6,4	3,9	22,0	13,2
2001	100	39,3	6,1	3,5	23,3	13,9
2002	100	39,1	5,8	3,6	23,7	14,8
2003	100	38,5	5,5	3,5	25,0	14,4
2004	100	36,1	5,1	3,2	27,1	14,9
2005	100	35,1	5,0	3,2	27,8	15,1
2006	100	35,2	5,0	3,1	26,9	15,1
2007	100	35,4	4,7	3,1	25,3	15,3
2008	100	36,1	4,8	2,9	25,1	15,5
2009	100	36,3	4,9	2,8	25,6	16,5
2010	100	36,2	4,8	2,5	25,1	17,8
2011	100	35,3	4,8	2,5	24,0	19,5
2012	100	35,1	5,1	2,5	22,9	20,2
2013	100	34,7	5,2	2,5	22,8	20,0
Deutschland						
1991	100	46,3	7,5	5,1	14,1	15,3
1995	100	43,3	6,2	4,0	14,5	14,3
2000	100	41,6	5,5	3,5	17,7	16,9
2001	100	41,7	5,4	3,3	18,0	18,1
2002	100	40,4	5,1	3,4	19,0	18,9
2003	100	39,9	5,1	3,3	20,1	18,3
2004	100	37,5	5,0	3,0	21,9	18,5
2005	100	36,6	4,8	3,0	22,6	18,7
2006	100	36,8	4,7	3,0	21,4	17,8
2007	100	36,7	4,5	3,0	20,2	18,0
2008	100	36,9	4,5	2,9	19,7	18,4
2009	100	36,6	4,5	2,8	20,2	19,0
2010	100	36,4	4,5	2,6	20,0	20,0
2011	100	35,4	4,6	2,4	18,8	21,4
2012	100	35,5	4,8	2,4	17,9	22,3
2013	100	35,6	5,0	2,4	17,9	21,6

Ohne Mischfälle. Ohne Tbc, bis 1986 einschließlich Auftragsheilbehandlungen. Bis einschließlich 1996 nur stationäre Leistungen.

Sondereffekt im Jahr 2007: Inkl. zusätzlich nachgemeldeter Fälle der Vorjahre (rd. 1,5 %).

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung - Rehabilitation, verschiedene Jahrgänge

Stationäre medizinische Leistungen nach ausgewählten Diagnosehauptgruppen an Erwachsene Männer

Jahr	Insgesamt (einschl. Sonstige)	Skelett/ Muskeln/ Bindege- webe	Herz-/ Kreislauf- erkrankun- gen	Stoff- wechsel/ Verdauung	Neubil- dungen	Psychische Störungen
Alte Bundesländer						
1978	355.566	111.544	73.822	47.126	5.339	47.087
1980	423.910	147.884	84.190	51.655	7.295	50.708
1985	383.421	154.538	83.197	35.059	15.231	48.763
1990	400.403	188.206	72.238	28.979	20.978	46.174
1991	433.175	207.669	74.702	30.144	26.089	47.749
1995	437.671	207.885	64.113	23.269	30.143	50.516
2000	343.232	149.451	48.715	15.399	34.126	48.813
2001	361.317	156.886	49.889	15.799	38.912	54.351
2002	349.652	145.861	48.011	15.538	40.498	55.394
2003	320.138	128.004	44.892	13.710	43.113	51.924
2004	297.604	110.400	40.745	12.303	45.698	50.773
2005	291.244	103.404	38.027	11.942	47.216	50.907
2006	290.552	101.383	37.818	12.359	45.642	49.437
2007	319.623	111.163	40.395	13.670	46.847	56.013
2008	328.302	113.425	40.246	14.211	46.098	59.077
2009	337.285	113.883	42.370	14.711	47.041	63.559
2010	340.223	110.499	41.993	14.388	48.671	66.979
2011	331.563	103.663	42.419	13.347	48.483	67.565
2012	340.670	106.191	45.527	13.267	47.702	72.195
2013	336.261	105.752	45.127	13.514	45.772	69.469
Neue Bundesländer						
1991	17.711	5.659	5.596	1.545	511	1.412
1995	53.422	19.175	10.826	3.143	4.832	5.248
2000	73.430	25.638	11.527	4.032	12.486	9.626
2001	76.128	26.608	11.424	3.891	14.332	9.979
2002	79.279	27.814	11.619	3.900	15.886	10.438
2003	76.660	25.594	10.824	3.762	16.939	10.270
2004	71.409	22.365	9.663	3.193	17.260	10.193
2005	70.758	21.038	9.551	3.086	18.082	9.841
2006	70.206	20.429	9.605	3.170	18.433	9.477
2007	78.103	22.648	10.329	3.415	20.129	10.954
2008	78.267	22.756	10.044	3.295	20.078	10.948
2009	82.024	24.289	11.003	3.514	20.468	12.157
2010	81.086	23.640	11.112	3.340	20.105	12.493
2011	75.875	20.911	10.929	2.998	19.297	11.914
2012	78.165	21.597	11.637	3.126	18.822	12.581
2013	76.485	21.384	11.853	3.120	17.241	12.018
Deutschland						
1991	450.886	213.328	80.298	31.689	26.600	49.161
1995	491.093	227.060	74.939	26.412	34.975	55.764
2000	416.662	175.089	60.242	19.431	46.612	58.439
2001	437.445	183.494	61.313	19.690	53.244	64.330
2002	428.931	173.675	59.630	19.438	56.384	65.832
2003	396.798	153.598	55.716	17.472	60.052	62.194
2004	369.013	132.765	50.408	15.496	62.958	60.966
2005	362.002	124.442	47.578	15.028	65.298	60.748
2006	360.758	121.812	47.423	15.529	64.075	58.914
2007	397.726	133.811	50.724	17.085	66.976	66.967
2008	406.569	136.181	50.290	17.506	66.176	70.025
2009	419.309	138.172	53.373	18.225	67.509	75.716
2010	421.309	134.139	53.105	17.728	68.776	79.472
2011	407.438	124.574	53.348	16.345	67.780	79.479
2012	418.835	127.788	57.164	16.393	66.524	84.776
2013	412.746	127.136	56.980	16.634	63.013	81.487

Ohne Mischfälle. Ohne Tbc, bis 1986 einschließlich Auftragsheilbehandlungen.

Sondereffekt im Jahr 2007: Inkl. zusätzlich nachgemeldeter Fälle der Vorjahre (rd. 1,5 %).

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung - Rehabilitation, verschiedene Jahrgänge

Stationäre medizinische Leistungen nach ausgewählten Diagnosehauptgruppen an Erwachsene Männer - Anteile in v.H.

Jahr	Insgesamt (einschl. Sonstige)	Skelett/ Muskeln/ Bindege- webe	Herz-/ Kreislauf- erkrankun- gen	Stoff- wechsel/ Verdauung	Neubil- dungen	Psychische Störungen
Alte Bundesländer						
1978	100	31,4	20,8	13,3	1,5	13,2
1980	100	34,9	19,9	12,2	1,7	12,0
1985	100	40,3	21,7	9,1	4,0	12,7
1990	100	47,0	18,0	7,2	5,2	11,5
1991	100	47,9	17,2	7,0	6,0	11,0
1995	100	47,5	14,6	5,3	6,9	11,5
2000	100	43,5	14,2	4,5	9,9	14,2
2001	100	43,4	13,8	4,4	10,8	15,0
2002	100	41,7	13,7	4,4	11,6	15,8
2003	100	40,0	14,0	4,3	13,5	16,2
2004	100	37,1	13,7	4,1	15,4	17,1
2005	100	35,5	13,1	4,1	16,2	17,5
2006	100	34,9	13,0	4,3	15,7	17,0
2007	100	34,8	12,6	4,3	14,7	17,5
2008	100	34,5	12,3	4,3	14,0	18,0
2009	100	33,8	12,6	4,4	13,9	18,8
2010	100	32,5	12,3	4,2	14,3	19,7
2011	100	31,3	12,8	4,0	14,6	20,4
2012	100	31,2	13,4	3,9	14,0	21,2
2013	100	31,4	13,4	4,0	13,6	20,7
Neue Bundesländer						
1991	100	32,0	31,6	8,7	2,9	8,0
1995	100	35,9	20,3	5,9	9,0	9,8
2000	100	34,9	15,7	5,5	17,0	13,1
2001	100	35,0	15,0	5,1	18,8	13,1
2002	100	35,1	14,7	4,9	20,0	13,2
2003	100	33,4	14,1	4,9	22,1	13,4
2004	100	31,3	13,5	4,5	24,2	14,3
2005	100	29,7	13,5	4,4	25,6	13,9
2006	100	29,1	13,7	4,5	26,3	13,5
2007	100	29,0	13,2	4,4	25,8	14,0
2008	100	29,1	12,8	4,2	25,7	14,0
2009	100	29,6	13,4	4,3	25,0	14,8
2010	100	29,2	13,7	4,1	24,8	15,4
2011	100	27,6	14,4	4,0	25,4	15,7
2012	100	27,6	14,9	4,0	24,1	16,1
2013	100	28,0	15,5	4,1	22,5	15,7
Deutschland						
1991	100	47,3	17,8	7,0	5,9	10,9
1995	100	46,2	15,3	5,4	7,1	11,4
2000	100	42,0	14,5	4,7	11,2	14,0
2001	100	41,9	14,0	4,5	12,2	14,7
2002	100	40,5	13,9	4,5	13,1	15,3
2003	100	38,7	14,0	4,4	15,1	15,7
2004	100	36,0	13,7	4,2	17,1	16,5
2005	100	34,4	13,1	4,2	18,0	16,8
2006	100	33,8	13,1	4,3	17,8	16,3
2007	100	33,6	12,8	4,3	16,8	16,8
2008	100	33,5	12,4	4,3	16,3	17,2
2009	100	33,0	12,7	4,3	16,1	18,1
2010	100	31,8	12,6	4,2	16,3	18,9
2011	100	30,6	13,1	4,0	16,6	19,5
2012	100	30,5	13,6	3,9	15,9	20,2
2013	100	30,8	13,8	4,0	15,3	19,7

Ohne Mischfälle. Ohne Tbc, bis 1986 einschließlich Auftragsheilbehandlungen.

Sondereffekt im Jahr 2007: Inkl. zusätzlich nachgemeldeter Fälle der Vorjahre (rd. 1,5 %).

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung - Rehabilitation, verschiedene Jahrgänge

Stationäre medizinische Leistungen nach ausgewählten Diagnosehauptgruppen an Erwachsene Frauen

Jahr	Insgesamt (einschl. Sonstige)	Skelett/ Muskeln/ Bindegewebe	Herz-/ Kreislauf- erkrankungen	Stoff- wechsel/ Verdauung	Neubil- dungen	Psychische Störungen
Alte Bundesländer						
1978	258.230	96.254	32.913	22.019	17.233	44.137
1980	305.999	124.035	35.715	24.434	20.625	48.895
1985	283.170	122.893	28.220	17.932	34.566	46.311
1990	282.016	131.601	20.837	14.133	38.714	45.561
1991	308.412	143.073	21.623	15.312	45.320	49.009
1995	337.740	147.674	18.942	13.346	49.710	52.513
2000	280.470	118.080	14.907	9.802	47.170	50.655
2001	304.898	127.917	15.904	10.189	51.826	59.585
2002	299.932	120.166	14.914	10.551	55.082	61.875
2003	276.234	108.178	14.076	9.467	54.432	55.813
2004	260.427	94.794	13.194	8.353	56.927	52.930
2005	262.326	91.868	12.935	8.411	59.655	54.389
2006	268.355	93.770	12.716	8.556	58.206	52.732
2007	294.925	101.739	13.587	9.580	60.790	59.021
2008	313.914	107.643	14.293	10.040	63.219	64.448
2009	323.399	108.500	14.745	10.093	67.037	68.729
2010	327.945	107.381	14.661	9.427	68.181	73.535
2011	319.410	101.322	14.663	8.641	62.550	76.412
2012	336.875	108.082	16.215	8.817	62.743	83.687
2013	329.193	106.540	16.496	8.766	61.536	79.007
Neue Bundesländer						
1991	20.140	9.185	3.100	1.436	965	1.255
1995	72.140	29.804	6.574	3.152	9.915	6.265
2000	81.657	31.855	5.261	3.202	18.265	10.855
2001	83.671	32.614	5.138	3.026	19.812	11.812
2002	84.499	32.496	4.954	3.146	20.541	12.807
2003	79.394	29.753	4.466	2.852	20.577	11.838
2004	72.682	25.394	3.829	2.421	20.724	11.205
2005	72.403	24.622	3.734	2.421	21.225	11.402
2006	74.891	25.450	3.892	2.452	21.239	11.782
2007	79.131	27.153	3.852	2.584	21.328	12.784
2008	83.523	28.860	4.139	2.606	22.350	13.657
2009	87.114	29.822	4.379	2.595	23.876	15.233
2010	88.610	29.697	4.419	2.445	24.142	16.815
2011	83.816	26.894	4.231	2.270	21.951	17.533
2012	87.609	28.002	4.699	2.421	21.824	18.950
2013	85.141	26.913	4.629	2.370	21.239	18.223
Deutschland						
1991	328.552	152.258	24.723	16.748	46.285	50.264
1995	409.880	177.478	25.516	16.498	59.625	58.778
2000	362.127	149.935	20.168	13.004	65.435	61.510
2001	388.569	160.531	21.042	13.215	71.638	71.397
2002	384.431	152.662	19.868	13.697	75.623	74.682
2003	355.628	137.931	18.542	12.319	75.009	67.651
2004	333.109	120.188	17.023	10.774	77.651	64.135
2005	334.729	116.490	16.669	10.832	80.880	65.791
2006	343.246	119.220	16.608	11.008	79.445	64.514
2007	374.056	128.892	17.439	12.164	82.118	71.805
2008	397.437	136.503	18.432	12.646	85.569	78.105
2009	410.513	138.322	19.124	12.688	90.913	83.962
2010	416.555	137.078	19.080	11.872	92.323	90.350
2011	403.226	128.216	18.894	10.911	84.501	93.945
2012	424.484	136.084	20.914	11.238	84.567	102.637
2013	414.334	133.453	21.125	11.136	82.775	97.230

Ohne Mischfälle. Ohne Tbc, bis 1986 einschließlich Auftragsheilbehandlungen.

Sondereffekt im Jahr 2007: Inkl. zusätzlich nachgemeldeter Fälle der Vorjahre (rd. 1,5 %).

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung - Rehabilitation, verschiedene Jahrgänge

Stationäre medizinische Leistungen nach ausgewählten Diagnosehauptgruppen an Erwachsene Frauen - Anteile in v.H.

Jahr	Insgesamt (einschl. Sonstige)	Skelett/ Muskeln/ Bindege- webe	Herz-/ Kreislauf- erkran- kungen	Stoff- wechsel/ Verdauung	Neubil- dungen	Psychische Störungen
Alte Bundesländer						
1978	100	37,3	12,7	8,5	6,7	17,1
1980	100	40,5	11,7	8,0	6,7	16,0
1985	100	43,4	10,0	6,3	12,2	16,4
1990	100	46,7	7,4	5,0	13,7	16,2
1991	100	46,4	7,0	5,0	14,7	15,9
1995	100	43,7	5,6	4,0	14,7	15,5
2000	100	42,1	5,3	3,5	16,8	18,1
2001	100	42,0	5,2	3,3	17,0	19,5
2002	100	40,1	5,0	3,5	18,4	20,6
2003	100	39,2	5,1	3,4	19,7	20,2
2004	100	36,4	5,1	3,2	21,9	20,3
2005	100	35,0	4,9	3,2	22,7	20,7
2006	100	34,9	4,7	3,2	21,7	19,7
2007	100	34,5	4,6	3,2	20,6	20,0
2008	100	34,3	4,6	3,2	20,1	20,5
2009	100	33,5	4,6	3,1	20,7	21,3
2010	100	32,7	4,5	2,9	20,8	22,4
2011	100	31,7	4,6	2,7	19,6	23,9
2012	100	32,1	4,8	2,6	18,6	24,8
2013	100	32,4	5,0	2,7	18,7	24,0
Neue Bundesländer						
1991	100	45,6	15,4	7,1	4,8	6,2
1995	100	41,3	9,1	4,4	13,7	8,7
2000	100	39,0	6,4	3,9	22,4	13,3
2001	100	39,0	6,1	3,6	23,7	14,1
2002	100	38,5	5,9	3,7	24,3	15,2
2003	100	37,5	5,6	3,6	25,9	14,9
2004	100	34,9	5,3	3,3	28,5	15,4
2005	100	34,0	5,2	3,3	29,3	15,7
2006	100	34,0	5,2	3,3	28,4	15,7
2007	100	34,3	4,9	3,3	27,0	16,2
2008	100	34,6	5,0	3,1	26,8	16,4
2009	100	34,2	5,0	3,0	27,4	17,5
2010	100	33,5	5,0	2,8	27,2	19,0
2011	100	32,1	5,0	2,7	26,2	20,9
2012	100	32,0	5,4	2,8	24,9	21,6
2013	100	31,6	5,4	2,8	24,9	21,4
Deutschland						
1991	100	46,3	7,5	5,1	14,1	15,3
1995	100	43,3	6,2	4,0	14,5	14,3
2000	100	41,4	5,6	3,6	18,1	17,0
2001	100	41,3	5,4	3,4	18,4	18,4
2002	100	39,7	5,2	3,6	19,7	19,4
2003	100	38,8	5,2	3,5	21,1	19,0
2004	100	36,1	5,1	3,2	23,3	19,3
2005	100	34,8	5,0	3,2	24,2	19,7
2006	100	34,7	4,8	3,2	23,1	18,8
2007	100	34,5	4,7	3,3	22,0	19,2
2008	100	34,3	4,6	3,2	21,5	19,7
2009	100	33,7	4,7	3,1	22,1	20,5
2010	100	32,9	4,6	2,9	22,2	21,7
2011	100	31,8	4,7	2,7	21,0	23,3
2012	100	32,1	4,9	2,6	19,9	24,2
2013	100	32,2	5,1	2,7	20,0	23,5

Ohne Mischfälle. Ohne Tbc, bis 1986 einschließlich Auftragsheilbehandlungen.

Sondereffekt im Jahr 2007: Inkl. zusätzlich nachgemeldeter Fälle der Vorjahre (rd. 1,5 %).

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung - Rehabilitation, verschiedene Jahrgänge

Medizinische Leistungen nach ausgewählten Diagnosehauptgruppen pro 1000 Versicherte ¹ Männer – stationär und ambulant

Jahr	Insgesamt (einschl. Sonstige)	Skelett/ Muskeln/ Bindege- webe	Herz-/ Kreislauf- erkrankun- gen	Stoff- wechsel/ Verdauung	Neubil- dungen ²	Psychische Störungen
Alte Bundesländer						
1993	31,2	15,4	5,0	1,9	2,1	3,5
1995	30,2	14,4	4,4	1,6	2,1	3,5
2000	25,6	11,2	3,5	1,1	2,4	3,6
2001	26,8	11,7	3,6	1,1	2,8	3,9
2002	26,6	11,3	3,5	1,1	2,9	4,1
2003	24,6	10,1	3,3	1,0	3,1	3,8
2004	23,6	9,1	3,1	0,9	3,3	3,8
2005	23,6	8,8	2,9	0,9	3,4	3,8
2006	23,4	8,7	2,9	0,9	3,3	3,6
2007	25,9	9,6	3,1	1,0	3,4	4,1
2008	26,8	10,0	3,1	1,0	3,3	4,4
2009	27,9	10,4	3,4	1,0	3,4	4,7
2010	28,4	10,3	3,4	1,0	3,5	5,0
2011	27,5	9,7	3,4	0,9	3,5	5,0
2012	28,1	9,8	3,6	0,9	3,4	5,3
2013	27,6	9,8	3,6	0,9	3,2	5,0
Neue Bundesländer						
1993	7,7	2,6	2,2	0,4	0,5	0,8
1995	13,8	4,9	2,8	0,8	1,2	1,4
2000	21,5	7,4	3,3	1,1	3,5	2,7
2001	22,6	7,8	3,3	1,1	4,1	2,9
2002	24,7	8,6	3,5	1,2	4,7	3,1
2003	24,1	8,1	3,3	1,1	5,0	3,1
2004	23,2	7,2	3,0	1,0	5,2	3,1
2005	23,5	7,0	3,0	0,9	5,5	3,0
2006	23,0	6,8	3,0	1,0	5,6	2,9
2007	25,9	7,6	3,2	1,0	6,1	3,4
2008	26,4	8,1	3,2	1,0	6,2	3,4
2009	28,2	9,0	3,6	1,1	6,4	3,8
2010	28,6	9,3	3,6	1,0	6,3	4,0
2011	27,3	8,7	3,6	0,9	6,1	3,8
2012	28,5	9,1	3,9	1,0	6,0	4,1
2013	28,3	9,1	4,0	1,0	5,6	4,0
Deutschland						
1993	26,3	12,7	4,4	1,6	1,8	2,9
1995	26,8	12,4	4,1	1,4	1,9	3,0
2000	24,8	10,4	3,5	1,1	2,7	3,4
2001	26,0	10,9	3,6	1,1	3,0	3,7
2002	26,3	10,7	3,5	1,1	3,3	3,9
2003	24,5	9,7	3,3	1,0	3,4	3,6
2004	23,5	8,7	3,1	0,9	3,7	3,6
2005	23,6	8,4	3,0	0,9	3,8	3,7
2006	23,3	8,3	2,9	0,9	3,7	3,5
2007	25,9	9,3	3,1	1,0	3,9	4,0
2008	26,8	9,7	3,2	1,0	3,9	4,2
2009	27,9	10,1	3,4	1,1	3,9	4,5
2010	28,4	10,1	3,4	1,0	4,0	4,8
2011	27,4	9,5	3,4	0,9	4,0	4,8
2012	28,2	9,7	3,7	0,9	3,9	5,1
2013	27,8	9,7	3,7	0,9	3,6	4,9

An Erwachsene. Bis einschließlich 1996 nur stationäre Leistungen.

¹ Aktiv Versicherte am 31.12. des Berichtsvorjahres, ohne geringfügig Beschäftigte ohne Verzicht auf die Versicherungsfreiheit

² Relativ viele Leistungen gem. § 31 Abs. 1 Nr. 3 SGB VI an bereits berentete Versicherte

Sondereffekt im Jahr 2007: Inkl. zusätzlich nachgemeldeter Fälle der Vorjahre (rd. 1,5 %).

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung - Rehabilitation und Versicherte, verschiedene Jahrgänge

Medizinische Leistungen nach ausgewählten Diagnosehauptgruppen pro 1000 Versicherte ¹ Frauen – stationär und ambulant

Jahr	Insgesamt (einschl. Sonstige)	Skelett/ Muskeln/ Bindegewebe	Herz-/ Kreislauf- erkrankungen	Stoff- wechsel/ Verdauung	Neubildungen ²	Psychische Störungen
Alte Bundesländer						
1993	33,9	15,9	2,2	1,5	5,0	5,4
1995	33,7	14,7	1,9	1,3	5,0	5,2
2000	28,0	11,9	1,5	1,0	4,6	5,0
2001	29,9	12,6	1,5	1,0	4,9	5,7
2002	29,5	12,1	1,4	1,0	5,2	5,9
2003	27,2	11,0	1,4	0,9	5,1	5,3
2004	26,5	10,0	1,3	0,8	5,4	5,1
2005	27,2	10,1	1,3	0,8	5,7	5,4
2006	26,2	9,8	1,2	0,8	5,2	4,9
2007	28,6	10,6	1,3	0,8	5,4	5,3
2008	30,3	11,3	1,3	0,9	5,6	5,8
2009	31,2	11,5	1,4	0,9	5,9	6,1
2010	31,6	11,5	1,4	0,8	5,9	6,5
2011	30,4	10,8	1,4	0,7	5,3	6,7
2012	31,7	11,3	1,5	0,7	5,3	7,2
2013	30,7	11,0	1,5	0,7	5,1	6,8
Neue Bundesländer						
1993	10,7	4,8	1,3	0,5	1,4	0,8
1995	20,6	8,5	1,9	0,9	2,8	1,8
2000	26,1	10,2	1,7	1,0	5,7	3,4
2001	27,0	10,6	1,6	1,0	6,3	3,8
2002	28,1	11,0	1,6	1,0	6,6	4,2
2003	26,8	10,3	1,5	0,9	6,7	3,9
2004	25,5	9,2	1,3	0,8	6,9	3,8
2005	25,9	9,1	1,3	0,8	7,2	3,9
2006	26,2	9,2	1,3	0,8	7,0	4,0
2007	27,7	9,8	1,3	0,8	7,0	4,3
2008	29,7	10,7	1,4	0,9	7,4	4,6
2009	31,4	11,4	1,5	0,9	8,0	5,2
2010	32,4	11,7	1,5	0,8	8,1	5,8
2011	31,0	11,0	1,5	0,8	7,5	6,1
2012	32,8	11,5	1,7	0,8	7,5	6,6
2013	32,2	11,2	1,7	0,8	7,3	6,4
Deutschland						
1993	28,0	13,1	1,9	1,3	4,1	4,3
1995	30,3	13,1	1,9	1,2	4,4	4,3
2000	27,6	11,5	1,5	1,0	4,9	4,6
2001	29,2	12,2	1,6	1,0	5,3	5,3
2002	29,2	11,8	1,5	1,0	5,5	5,5
2003	27,1	10,8	1,4	0,9	5,4	5,0
2004	26,3	9,8	1,3	0,8	5,8	4,8
2005	26,9	9,8	1,3	0,8	6,1	5,0
2006	26,2	9,7	1,2	0,8	5,6	4,7
2007	28,4	10,4	1,3	0,8	5,7	5,1
2008	30,1	11,1	1,4	0,9	6,0	5,6
2009	31,3	11,4	1,4	0,9	6,3	5,9
2010	31,8	11,5	1,4	0,8	6,4	6,4
2011	30,5	10,8	1,4	0,7	5,8	6,5
2012	32,0	11,4	1,5	0,8	5,7	7,1
2013	31,0	11,0	1,5	0,7	5,6	6,7

An Erwachsene. Bis einschließlich 1996 nur stationäre Leistungen.

¹ Aktiv Versicherte am 31.12. des Berichtsvorjahres, ohne geringfügig Beschäftigte ohne Verzicht auf die Versicherungsfreiheit

² Relativ viele Leistungen gem. § 31 Abs. 1 Nr. 3 SGB VI an bereits berentete Versicherte
Sondereffekt im Jahr 2007: Inkl. zusätzlich nachgemeldeter Fälle der Vorjahre (rd. 1,5 %).

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung - Rehabilitation und Versicherte, verschiedene Jahrgänge

Medizinische Leistungen nach ausgewählten Diagnosehauptgruppen pro 1000 Versicherte¹ – altersstandardisiert Männer – stationär und ambulant

Jahr	Insgesamt (einschl. Sonstige)	Skelett/ Muskeln/ Bindege- webe	Herz-/ Kreislauf- erkrankun- gen	Stoff- wechsel/ Verdauung	Neubil- dungen ²	Psychische Störungen
Alte Bundesländer						
1993	30,4	15,2	4,9	1,9	1,6	3,4
1995	28,7	13,8	4,3	1,6	1,5	3,4
2000	24,1	10,8	3,5	1,1	1,6	3,6
2001	25,2	11,4	3,6	1,1	1,7	3,9
2002	24,9	11,0	3,5	1,1	1,7	4,0
2003	22,4	9,7	3,2	0,9	1,6	3,7
2004	20,9	8,5	3,0	0,9	1,7	3,7
2005	20,5	8,1	2,8	0,8	1,6	3,7
2006	20,1	7,9	2,7	0,8	1,5	3,5
2007	22,0	8,7	2,8	0,9	1,5	4,0
2008	22,6	8,9	2,8	0,9	1,5	4,2
2009	23,2	9,0	2,9	0,9	1,5	4,5
2010	23,2	8,8	2,8	0,9	1,5	4,7
2011	21,9	8,1	2,7	0,8	1,4	4,7
2012	22,2	8,1	2,9	0,8	1,4	4,9
2013	21,6	7,9	2,8	0,8	1,3	4,6
Neue Bundesländer						
1993	7,1	2,3	1,9	0,4	0,4	0,8
1995	12,5	4,6	2,5	0,8	0,8	1,3
2000	19,7	7,1	3,2	1,1	2,3	2,6
2001	20,3	7,4	3,2	1,1	2,5	2,7
2002	21,6	8,1	3,3	1,1	2,6	3,0
2003	20,3	7,5	3,0	1,0	2,4	2,9
2004	19,1	6,7	2,7	0,9	2,2	2,9
2005	18,9	6,4	2,7	0,9	2,2	2,9
2006	18,1	6,2	2,7	0,9	2,1	2,8
2007	20,0	6,8	2,8	0,9	2,2	3,3
2008	20,1	7,0	2,7	0,9	2,1	3,3
2009	21,2	7,7	2,9	0,9	2,1	3,7
2010	21,0	7,7	2,8	0,9	2,1	3,8
2011	19,4	6,9	2,7	0,8	1,9	3,6
2012	20,0	7,0	2,8	0,8	1,9	3,8
2013	19,6	6,8	2,8	0,8	1,7	3,6
Deutschland						
1993	25,3	12,3	4,2	1,6	1,3	2,9
1995	25,0	11,8	3,8	1,4	1,3	3,0
2000	23,1	10,0	3,4	1,1	1,7	3,4
2001	24,1	10,6	3,5	1,1	1,8	3,6
2002	24,2	10,4	3,5	1,1	1,8	3,8
2003	22,0	9,2	3,2	1,0	1,8	3,5
2004	20,5	8,2	2,9	0,9	1,8	3,5
2005	20,1	7,8	2,7	0,8	1,7	3,5
2006	19,7	7,6	2,7	0,8	1,6	3,4
2007	21,6	8,3	2,8	0,9	1,6	3,9
2008	22,1	8,5	2,8	0,9	1,6	4,0
2009	22,8	8,8	2,9	0,9	1,6	4,3
2010	22,7	8,6	2,8	0,9	1,6	4,5
2011	21,4	7,9	2,7	0,8	1,5	4,5
2012	21,8	7,9	2,9	0,8	1,5	4,7
2013	21,2	7,7	2,8	0,8	1,4	4,5

An Erwachsene. Bis einschließlich 1996 nur stationäre Leistungen.

¹ Aktiv Versicherte am 31.12. des Berichtsvorjahres, ohne geringfügig Beschäftigte ohne Verzicht auf die Versicherungsfreiheit. Standardisierungspopulation: Summe Männer u. Frauen 1992 bis einschl. 64 Jahre

² Relativ viele Leistungen gem. § 31 Abs. 1 Nr. 3 SGB VI an bereits berentete Versicherte

Sondereffekt im Jahr 2007: Inkl. zusätzlich nachgemeldeter Fälle der Vorjahre (rd. 1,5 %).

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung - Rehabilitation und Versicherte, verschiedene Jahrgänge

Medizinische Leistungen nach ausgewählten Diagnosehauptgruppen pro 1000 Versicherte¹ – altersstandardisiert **Frauen – stationär und ambulant**

Jahr	Insgesamt (einschl. Sonstige)	Skelett/ Muskeln/ Bindegewebe	Herz-/ Kreislauf- erkrankungen	Stoff- wechsel/ Verdauung	Neubildungen ²	Psychische Störungen
Alte Bundesländer						
1993	35,4	17,7	2,5	1,7	4,3	5,7
1995	33,8	15,4	2,0	1,4	4,1	5,3
2000	26,4	11,8	1,5	0,9	3,3	4,9
2001	28,0	12,5	1,6	1,0	3,4	5,6
2002	27,2	11,8	1,4	1,0	3,5	5,7
2003	24,6	10,6	1,3	0,9	3,3	5,0
2004	23,2	9,5	1,2	0,8	3,3	4,8
2005	23,2	9,3	1,2	0,8	3,3	5,0
2006	22,3	9,0	1,1	0,7	3,0	4,5
2007	23,9	9,6	1,1	0,8	3,0	5,0
2008	25,1	10,0	1,2	0,8	3,0	5,3
2009	25,5	10,1	1,2	0,8	3,1	5,6
2010	25,4	9,9	1,2	0,7	3,1	5,9
2011	24,1	9,1	1,1	0,7	2,7	6,0
2012	24,9	9,3	1,2	0,7	2,7	6,4
2013	23,6	8,9	1,2	0,6	2,5	5,9
Neue Bundesländer						
1993	20,0	5,7	1,5	0,7	10,3	0,8
1995	45,4	8,2	1,7	0,8	22,3	1,7
2000	31,2	9,8	1,7	1,0	11,3	3,2
2001	28,7	10,1	1,6	0,9	8,8	3,5
2002	26,9	10,1	1,5	1,0	7,0	3,8
2003	24,2	9,3	1,4	0,9	6,0	3,5
2004	22,2	8,2	1,2	0,8	5,3	3,4
2005	21,4	7,9	1,1	0,8	4,8	3,5
2006	21,1	8,1	1,1	0,7	4,1	3,6
2007	21,7	8,3	1,1	0,8	3,8	3,8
2008	22,3	8,9	1,2	0,8	3,6	4,1
2009	22,9	9,2	1,2	0,8	3,5	4,5
2010	23,3	9,2	1,2	0,7	3,6	4,9
2011	22,1	8,4	1,1	0,6	3,2	5,1
2012	23,1	8,6	1,2	0,7	3,2	5,5
2013	22,1	8,1	1,2	0,7	3,0	5,3
Deutschland						
1993	28,5	14,0	2,1	1,3	3,6	4,4
1995	29,7	13,3	1,9	1,2	3,7	4,3
2000	25,7	11,2	1,5	1,0	3,6	4,5
2001	27,0	11,9	1,6	1,0	3,7	5,1
2002	26,5	11,4	1,4	1,0	3,8	5,3
2003	24,1	10,3	1,3	0,9	3,5	4,7
2004	22,6	9,1	1,2	0,8	3,5	4,5
2005	22,6	9,0	1,2	0,8	3,5	4,6
2006	21,9	8,8	1,1	0,7	3,1	4,3
2007	23,3	9,3	1,1	0,8	3,1	4,7
2008	24,4	9,8	1,2	0,8	3,1	5,1
2009	24,9	9,8	1,2	0,8	3,2	5,4
2010	24,9	9,7	1,2	0,7	3,2	5,7
2011	23,6	8,9	1,1	0,7	2,8	5,8
2012	24,5	9,2	1,2	0,7	2,8	6,2
2013	23,3	8,7	1,2	0,6	2,6	5,8

An Erwachsene. Bis einschließlich 1996 nur stationäre Leistungen.

¹ Aktiv Versicherte am 31.12. des Berichtsvorjahres, ohne geringfügig Beschäftigte ohne Verzicht auf die Versicherungsfreiheit. Standardisierungspopulation: Summe Männer u. Frauen 1992 bis einschl. 64 Jahre

² Relativ viele Leistungen gem. § 31 Abs. 1 Nr. 3 SGB VI an bereits berentete Versicherte

Sondereffekt im Jahr 2007: Inkl. zusätzlich nachgemeldeter Fälle der Vorjahre (rd. 1,5 %).

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung - Rehabilitation und Versicherte, verschiedene Jahrgänge

Anschlussheilbehandlungen (AHB) nach ausgewählten Diagnosehauptgruppen

Männer

Jahr	Insgesamt (einschl. Sonstige)	Skelett/ Muskeln/ Bindege- webe	Herz-/ Kreislauf- erkrankun- gen	Stoff- wechsel/ Verdauung	Neubil- dungen	Verletzun- gen und Vergif- tungen
Alte Bundesländer						
1988	48.448	12.678	27.134	2.481	2.093	1.586
1990	53.095	14.932	28.000	2.543	2.901	2.053
1991	56.228	16.006	28.806	2.546	3.757	2.372
1995	68.282	19.090	28.092	2.185	7.941	3.234
2000	80.149	25.687	26.171	2.195	15.066	4.336
2001	90.782	30.525	27.729	2.432	17.317	4.855
2002	92.279	28.874	27.458	2.315	21.644	5.185
2003	94.480	29.308	27.654	2.127	24.435	5.148
2004	97.015	28.610	26.470	2.054	26.201	5.090
2005	99.590	29.595	24.993	1.974	27.147	5.133
2006	106.127	30.507	25.390	1.972	28.922	5.255
2007	118.405	34.379	27.483	2.075	30.331	5.579
2008	119.945	34.769	27.599	2.100	29.649	5.512
2009	127.681	38.439	30.019	2.154	30.087	6.070
2010	140.868	43.054	32.662	2.367	32.663	6.169
2011	145.394	42.956	34.431	2.398	34.246	6.410
2012	145.981	43.198	36.961	2.367	33.303	6.203
2013	145.746	43.648	37.393	2.326	31.908	6.315
Neue Bundesländer						
1991	2.218	205	1.847	27	27	77
1995	12.909	3.194	5.065	352	1.562	989
2000	25.627	6.379	6.402	963	8.000	1.524
2001	26.892	6.481	6.524	948	9.219	1.695
2002	29.313	7.225	6.946	994	10.523	1.779
2003	30.295	7.509	6.869	992	11.335	1.645
2004	30.823	7.606	6.296	885	12.093	1.645
2005	32.138	8.101	6.569	915	12.303	1.702
2006	32.563	8.007	6.558	931	12.764	1.618
2007	36.452	9.022	7.094	983	14.203	1.642
2008	36.127	8.816	6.968	994	13.841	1.701
2009	38.590	10.399	7.793	1.060	14.096	1.850
2010	39.840	11.353	8.253	948	13.976	1.961
2011	40.463	11.296	8.642	969	14.246	1.872
2012	41.192	11.659	9.301	946	13.723	1.877
2013	39.758	10.965	9.399	891	12.519	1.782
Deutschland						
1991	58.446	16.211	30.653	2.573	3.784	2.449
1995	81.191	22.284	33.157	2.537	9.503	4.223
2000	105.776	32.066	32.573	3.158	23.066	5.860
2001	117.674	37.006	34.253	3.380	26.536	6.550
2002	121.592	36.099	34.404	3.309	32.167	6.964
2003	124.775	36.817	34.523	3.119	35.770	6.793
2004	127.838	36.216	32.766	2.939	38.294	6.735
2005	131.728	37.696	31.562	2.889	39.450	6.835
2006	138.690	38.514	31.948	2.903	41.686	6.873
2007	154.857	43.401	34.577	3.058	44.534	7.221
2008	156.072	43.585	34.567	3.094	43.490	7.213
2009	166.271	48.838	37.812	3.214	44.183	7.920
2010	180.708	54.407	40.915	3.315	46.639	8.130
2011	185.857	54.252	43.073	3.367	48.492	8.282
2012	187.173	54.857	46.262	3.313	47.026	8.080
2013	185.504	54.613	46.792	3.217	44.427	8.097

Bis einschließlich 1996 nur stationäre Leistungen.

Sondereffekt im Jahr 2007: Inkl. zusätzlich nachgemeldeter Fälle der Vorjahre (rd. 1,5 %).

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung - Rehabilitation, verschiedene Jahrgänge

Anschlussheilbehandlungen (AHB) nach ausgewählten Diagnosehauptgruppen

Frauen

Jahr	Insgesamt (einschl. Sonstige)	Skelett/ Muskeln/ Bindege- webe	Herz-/ Kreislauf- erkran- kungen	Stoff- wechsel/ Verdauung	Neubil- dungen	Verletzun- gen und Vergif- tungen
Alte Bundesländer						
1988	19.578	8.651	4.493	1.091	2.349	992
1990	24.007	10.634	4.948	1.143	3.449	1.415
1991	26.626	11.433	5.323	1.398	4.241	1.599
1995	39.272	14.053	5.852	1.317	9.190	2.036
2000	53.226	21.251	6.419	1.579	15.296	3.041
2001	60.090	24.978	7.109	1.596	16.714	3.252
2002	63.152	24.907	7.062	1.770	20.287	3.583
2003	63.369	25.569	7.199	1.620	20.349	3.422
2004	67.858	26.222	7.345	1.508	22.383	3.393
2005	73.107	27.248	7.296	1.514	24.809	3.624
2006	80.029	28.152	7.231	1.421	27.614	3.631
2007	88.890	30.387	7.800	1.507	29.226	3.686
2008	93.777	31.981	8.107	1.532	30.404	3.898
2009	99.631	34.707	8.727	1.535	32.371	4.052
2010	108.666	39.488	9.520	1.600	33.721	4.665
2011	112.227	39.751	10.121	1.684	34.368	4.752
2012	112.470	40.296	11.037	1.591	33.901	4.822
2013	113.940	40.929	11.401	1.667	33.848	5.090
Neue Bundesländer						
1991	685	246	282	26	38	48
1995	8.712	2.742	1.158	223	2.040	482
2000	18.679	4.880	1.688	479	8.606	723
2001	19.048	5.009	1.712	434	9.423	708
2002	20.427	5.927	1.917	521	9.643	786
2003	20.785	6.216	1.924	471	9.789	796
2004	21.469	6.373	1.837	451	10.287	713
2005	22.512	6.927	1.845	474	10.745	732
2006	23.426	7.020	2.029	430	11.004	759
2007	24.632	7.566	1.997	471	11.052	773
2008	25.907	7.825	2.187	455	11.819	814
2009	27.271	8.639	2.357	521	12.353	909
2010	28.744	9.725	2.635	484	12.363	1.041
2011	29.273	9.899	2.633	549	12.446	1.124
2012	29.297	9.681	2.890	534	12.418	1.103
2013	29.259	9.496	2.927	494	12.269	1.122
Deutschland						
1991	27.311	11.679	5.605	1.424	4.279	1.647
1995	47.984	16.795	7.010	1.540	11.230	2.518
2000	71.905	26.131	8.107	2.058	23.902	3.764
2001	79.138	29.987	8.821	2.030	26.137	3.960
2002	83.579	30.834	8.979	2.291	29.930	4.369
2003	84.154	31.785	9.123	2.091	30.138	4.218
2004	89.327	32.595	9.182	1.959	32.670	4.106
2005	95.619	34.175	9.141	1.988	35.554	4.356
2006	103.455	35.172	9.260	1.851	38.618	4.390
2007	113.522	37.953	9.797	1.978	40.278	4.459
2008	119.684	39.806	10.294	1.987	42.223	4.712
2009	126.902	43.346	11.084	2.056	44.724	4.961
2010	137.410	49.213	12.155	2.084	46.084	5.706
2011	141.500	49.650	12.754	2.233	46.814	5.876
2012	141.767	49.977	13.927	2.125	46.319	5.925
2013	143.199	50.425	14.328	2.161	46.117	6.212

Bis einschließlich 1996 nur stationäre Leistungen.

Sondereffekt im Jahr 2007: Inkl. zusätzlich nachgemeldeter Fälle der Vorjahre (rd. 1,5 %).

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung - Rehabilitation, verschiedene Jahrgänge

Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben

Jahr	Insgesamt ¹	darunter:				nachrichtlich: Vermittlungs- bescheide ¹
		Kfz.- Hilfen ²	Leist. in einer Werkstatt für behinderte Menschen	Weiter- bildung ³ und Ausbildung	Leistungen an Arbeitgeber	
Alte Bundesländer						
1965	22.785	x	x	x	x	x
1970	37.340	x	x	x	x	x
1975	60.044	x	x	x	x	x
1980	48.323	5.113	x	11.033	2.568	x
1985	26.156	2.646	385	4.396	2.426	x
1990	44.068	2.767	839	3.976	2.815	x
1991	43.447	3.032	857	4.333	2.436	x
1995	64.307	3.859	1.503	6.146	2.782	x
2000	54.854	2.753	2.289	10.414	5.916	35.217
2001	62.934	3.540	3.039	7.496	6.670	52.387
2002	58.164	3.586	4.406	8.363	6.495	69.674
2003	72.560	2.391	4.863	10.806	5.805	68.045
2004	75.581	2.692	5.233	12.292	6.898	70.416
2005	79.356	3.106	6.663	12.400	6.220	72.898
2006	76.805	3.159	7.363	10.973	6.107	78.767
2007	82.355	2.744	7.627	9.848	6.380	89.933
2008	91.294	2.712	8.118	9.636	6.530	93.138
2009	101.129	2.968	8.266	10.629	6.118	98.090
2010	103.697	2.977	8.469	11.811	6.331	92.568
2011	100.018	3.153	8.119	11.791	6.703	84.432
2012	98.835	2.999	8.261	11.185	6.486	89.807
2013	100.301	2.929	7.865	9.775	5.802	90.592
Neue Bundesländer						
1991	3.392	364	2.656	10	5	x
1995	22.024	373	2.928	714	594	x
2000	31.498	466	2.520	2.759	2.211	1.311
2001	36.413	591	2.051	2.854	2.536	3.338
2002	43.985	572	2.171	3.387	3.280	6.460
2003	26.582	476	2.128	3.834	3.885	28.805
2004	27.192	402	2.196	4.619	4.234	31.326
2005	30.973	511	2.412	4.806	4.718	26.392
2006	27.354	522	2.651	4.210	4.328	27.208
2007	28.454	419	2.529	3.463	4.165	32.349
2008	29.775	408	2.613	2.994	4.136	34.357
2009	31.130	419	2.540	2.812	4.168	39.925
2010	31.514	378	2.364	2.866	4.181	44.981
2011	30.870	417	2.391	3.017	4.521	40.321
2012	28.082	428	2.299	2.990	3.864	39.500
2013	28.217	409	2.197	2.753	3.446	41.118
Deutschland						
1991	46.839	3.396	3.513	4.343	2.441	x
1995	86.331	4.232	4.431	6.860	3.376	x
2000	86.352	3.219	4.809	13.173	8.127	36.528
2001	99.347	4.131	5.090	10.350	9.206	55.725
2002	102.149	4.158	6.577	11.750	9.775	76.134
2003	99.142	2.867	6.991	14.640	9.690	96.850
2004	102.773	3.094	7.429	16.911	11.132	101.742
2005	110.329	3.617	9.075	17.206	10.938	99.290
2006	104.159	3.681	10.014	15.183	10.435	105.975
2007	110.809	3.163	10.156	13.311	10.545	122.282
2008	121.069	3.120	10.731	12.630	10.666	127.495
2009	132.259	3.387	10.806	13.441	10.286	138.015
2010	135.211	3.355	10.833	14.677	10.512	137.549
2011	130.888	3.570	10.510	14.808	11.224	124.753
2012	126.917	3.427	10.560	14.175	10.350	129.307
2013	128.518	3.338	10.062	12.528	9.248	131.710

¹ Vermittlungsbescheide (bedingte Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben und bedingte Kfz-Hilfen);

Bei diesen "bedingten Leistungen" handelt es sich um eine Bereitschaftserklärung in Form eines Bescheides, eine konkrete Leistung zur Teilhabe am Arbeitsleben (z. B. Weiterbildung, Kfz-Hilfe) zu erbringen, sobald bestimmte Voraussetzungen (z. B. Vorhandensein eines Arbeitsplatzes) erfüllt sind. Vgl. Statistikband Rehabilitation

² ab 2000 ohne statistisch gesondert erfasster Vermittlungsbescheide

³ vor 2000 Umschulung

Sondereffekt im Jahr 2007: Inkl. zusätzlich nachgemeldeter Fälle der Vorjahre (rd. 0,6 %).

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung - Rehabilitation, verschiedene Jahrgänge

Brutto - Aufwendungen für Leistungen zur Rehabilitation

Jahr	Aufwen- dungen insgesamt ¹	davon						
		medizin. Leistungen (ohne ÜG)	Übergangs- gelder (ÜG) bei med. Leistungen	Leistungen zur Teilhabe am Arbeits- leben (LTA, ohne ÜG)	Übergangs- gelder bei LTA	sonstige Leistungen (ohne ÜG)	Übergangs- gelder bei sonst. Leistungen	SV- Beiträge
		- Mio. C -						
Alte Bundesländer								
1975	1.829,0	995,6	241,5	167,1	164,2	193,3	x	67,3
1980	2.053,6	1.383,4	381,4	52,7	39,4	88,8	x	107,9
1985	2.227,1	1.587,8	346,3	81,4	45,5	98,5	x	67,6
1990	2.884,9	2.018,6	409,3	109,6	79,7	135,3	x	132,4
1991	3.194,8	2.239,1	451,5	118,9	91,2	146,5	x	147,6
1992	3.483,2	2.464,7	453,5	139,6	104,0	161,0	1,4	159,0
1993	3.903,0	2.653,0	553,0	160,9	130,1	187,4	3,6	214,9
1994	4.105,8	2.684,9	590,0	205,2	173,8	205,6	6,4	240,0
1995	4.301,6	2.713,3	561,5	290,1	243,7	221,9	7,2	263,9
1996	4.447,1	2.637,2	558,8	406,8	322,2	231,2	7,0	283,9
1997	3.340,8	1.738,3	432,9	385,3	321,3	176,5	5,1	281,4
1998	3.198,9	1.696,4	426,6	365,1	277,5	190,6	5,0	237,7
1999	3.278,6	1.862,4	399,6	342,4	251,1	202,2	3,9	217,1
2000	3.640,5	2.122,1	428,1	376,6	258,3	220,3	3,9	231,2
2001	3.822,3	2.169,7	437,2	401,3	317,7	242,5	3,4	250,5
2002	3.973,7	2.168,1	420,7	478,1	355,8	277,2	2,9	270,8
2003	4.037,7	2.158,9	376,2	535,6	392,4	298,7	2,3	273,7
Neue Bundesländer								
1991	113,4	65,1	1,2	25,9	0,1	19,9	0,0	1,2
1992	212,4	111,4	14,0	48,2	2,2	33,5	0,1	3,0
1993	303,6	173,3	28,9	48,9	8,2	33,4	0,3	10,7
1994	485,3	276,4	58,9	57,5	18,9	50,6	0,9	22,1
1995	710,4	390,1	96,1	79,6	34,2	70,8	2,0	37,7
1996	885,2	437,4	137,1	110,4	52,9	86,9	2,5	58,2
1997	747,6	293,1	124,2	128,4	62,4	75,6	2,0	61,8
1998	888,9	422,8	131,3	126,0	60,2	87,5	2,1	58,9
1999	819,8	377,8	107,7	120,2	63,5	95,3	1,8	53,6
2000	912,6	448,0	102,2	132,4	68,7	104,3	1,9	55,0
2001	960,4	461,3	97,1	146,7	88,5	110,5	1,4	54,9
2002	1.045,6	480,5	101,9	177,1	102,2	121,1	1,2	61,6
2003	1.052,8	463,9	89,4	200,0	111,9	124,3	0,9	62,4
Deutschland								
1991	3.308,2	2.304,2	452,7	144,9	91,3	166,4	0,0	148,8
1992	3.695,6	2.576,1	467,5	187,8	106,2	194,5	1,4	162,0
1993	4.206,6	2.826,3	581,9	209,8	138,3	220,8	3,9	225,6
1994	4.591,1	2.961,2	648,9	262,7	192,7	256,3	7,2	262,1
1995	5.012,0	3.103,4	657,6	369,7	277,9	292,7	9,1	301,6
1996	5.332,3	3.074,6	695,8	517,2	375,1	318,1	9,5	342,0
1997	4.088,5	2.031,3	557,2	513,7	383,8	252,1	7,1	343,2
1998	4.087,9	2.119,2	558,0	491,1	337,7	278,1	7,1	296,6
1999	4.098,4	2.240,1	507,3	462,6	314,6	297,5	5,6	270,8
2000	4.553,1	2.570,2	530,4	509,0	327,0	324,6	5,8	286,1
2001	4.782,7	2.630,9	534,3	548,0	406,2	353,0	4,8	305,4
2002	5.019,2	2.648,6	522,5	655,2	458,1	398,3	4,1	332,4
2003	5.090,6	2.622,9	465,6	735,6	504,2	423,0	3,2	336,1
2004	4.932,8	2.483,9	403,4	769,8	517,9	443,3	2,9	311,6
2005	4.782,1	2.462,4	377,4	745,9	487,1	425,6	2,4	281,4
2006	4.726,1	2.509,4	386,8	689,3	412,9	455,9	2,5	269,4
2007	4.860,3	2.657,7	406,7	682,6	381,6	472,4	2,1	257,2
2008	5.115,9	2.821,8	424,9	724,1	382,8	497,6	2,2	262,6
2009	5.434,3	2.965,9	459,9	769,5	424,7	504,5	2,1	307,7
2010	5.559,3	3.010,8	501,8	811,0	450,7	499,2	2,3	283,6
2011	5.657,8	3.105,9	523,4	804,3	423,9	490,7	2,2	307,3
2012	5.861,5	3.240,4	618,2	759,6	411,9	501,4	2,3	327,4
2013	5.841,0	3.242,2	588,0	766,6	427,5	480,0	1,7	334,5

¹ Brutto-Aufwendungen sind Reha-Ausgaben zuzügl. Erstattungen; ab 2011 ist "Persönliches Budget" in der Summe enthalten.
(2011: 0,1 Mio. €, 2012: 0,3 Mio. €, 2013: 0,5 Mio. €)

² Ab 2004 ist eine Trennung in alte und neue Bundesländer nicht mehr möglich

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung - Rechnungsergebnisse, verschiedene Jahrgänge

10 Finanzdaten

Einnahmen RV

Jahr	Ins- gesamt	davon						Ein- nahme- über- schuss ²
		Bei- träge	Bundes- zuschuss (allgemeiner und zur KnV)	Zusätz- liche Bundes- zuschüsse	Vermö- gens- erträge	Erstat- tungen	Sons- tige Ein- nahmen	
- in Mio. € -								
Alte Bundesländer								
1960	10.734	7.418	2.728	x	393	186	9	718
1965	17.105	12.118	4.127	x	684	163	14	966
1970	28.560	22.302	5.402	x	778	60	18	1.857
1975	51.417	39.889	9.596	x	1.768	114	50	- 253
1980	74.321	58.036	15.010	x	691	551	34	1.483
1985	90.169	71.787	17.155	x	411	790	27	721
1990	114.998	90.758	20.371	x	1.140	2.693	35	4.904
1991	122.193	95.005	22.279	x	1.741	3.132	36	5.454
1995	148.206	116.404	30.254	x	796	640	111	3.051
1996	155.467	121.867	31.457	x	414	646	1.083 ¹	6.059
1997	162.896	128.202	33.640	x	313	635	106	10.084
1998	168.941	128.959	35.170	3.824	322	545	121	11.503
1999	175.755	135.038	33.432	6.272	315	601	97	13.470
2000	179.527	138.676	32.454	7.134	576	587	100	11.847
2001	185.223	140.757	32.845	9.581	674	648	718	12.349
2002	188.068	141.857	33.605	11.397	421	663	125	9.370
2003	195.049	145.457	34.925	13.598	238	706	125	11.555
Neue Bundesländer								
1991	17.259	13.683	3.529	x	43	-	4	264
1995	31.097	23.517	7.216	x	33	268	63	- 8.127
1996	32.546	24.293	7.997	x	20	192	44	- 9.674
1997	34.343	25.456	8.589	x	24	233	42	- 9.113
1998	35.345	24.804	9.136	1.084	24	250	47	- 9.767
1999	36.093	25.468	8.414	1.704	16	438	53	- 8.591
2000	35.039	24.691	8.263	1.944	26	71	43	- 11.267
2001	35.094	23.937	8.320	2.596	33	176	32	- 12.314
2002	35.525	23.624	8.573	3.082	24	185	37	- 13.495
2003	36.833	23.968	8.969	3.682	19	169	26	- 13.546
Deutschland								
1991	139.452	108.688	25.808	x	1.784	3.132	40	5.718
1992	150.268	117.359	29.820	x	2.279	700	110	2.958
1993	155.418	120.559	31.978	x	2.025	769	87	- 3.923
1994	171.598	132.938	36.651	x	1.135	764	109	- 1.017
1995	179.303	139.921	37.470	x	829	909	174	- 5.077
1996	188.014	146.160	39.454	x	434	838	1.127	- 3.615
1997	197.240	153.658	42.229	x	337	868	148	970
1998	204.286	153.763	44.306	4.908	346	795	168	1.735
1999	211.848	160.506	41.846	7.976	332	1.038	149	4.879
2000	214.566	163.367	40.717	9.078	602	658	143	579
2001	220.317	164.694	41.165	12.177	707	824	750	35
2002	223.593	165.481	42.178	14.479	445	848	162	- 4.125
2003	231.882	169.425	43.894	17.280	257	875	151	- 1.991
2004	232.468	169.399	44.131	17.264	179	839	656	- 2.965
2005	231.687	168.954	44.319	17.324	142	776	172	- 3.929
2006	243.099	180.545	43.895	17.463	234	737	225	7.563
2007	238.289	174.726	44.353	17.864	398	755	193	1.183
2008	244.205	180.028	44.329	18.190	770	738	150	3.775
2009	246.044	181.572	44.686	18.680	194	759	153	211
2010	251.254	185.288	45.791	19.095	99	769	212	2.057
2011	255.771	189.850	45.334	19.241	268	762	316	4.726
2012	260.467	193.687	45.446	20.123	202	775	235	5.097
2013	260.669	194.334	44.286	20.990	102	764	194	1.898

Ohne Transferzahlungen zwischen den RV-Zweigen eines Gebietes und ohne Finanzausgleich

Ab 2004 nur noch Ausweisung für Deutschland insgesamt

¹ davon 979 Mio. € aus der Neubewertung von Beteiligungen² Einnahmeüberschuss = Einnahmen - Ausgaben

Zur Euro-Umrechnung vgl. Glossar

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung - Rechnungsergebnisse, verschiedene Jahrgänge

Ausgaben RV

Jahr	Ins- gesamt	davon								Ein- nahme- über- schuss ²
		Renten- aus- gaben ¹	Leis- tungen zur Teil- habe	Kinder- erzie- hungs- leis- tungen	Bei- trags- er- stat- tungen	Verwal- tungs- und Verfah- rens- kosten	KVdR	PVdR	Sons- tige Aus- gaben	
- in Mio. € -										
Alte Bundesländer										
1960	10.024	8.506	461	x	86	225	727	x	19	718
1965	16.139	13.319	941	x	219	365	1.274	x	21	966
1970	26.710	22.245	1.079	x	55	581	2.685	x	65	1.857
1975	51.670	41.158	2.117	x	86	1.165	7.067	x	77	- 253
1980	72.839	61.122	2.248	x	213	1.415	7.621	x	220	1.483
1985	89.449	78.333	2.184	x	753	1.575	6.318	x	287	721
1990	110.093	97.420	2.834	1.302	104	1.954	6.220	x	259	4.904
1991	116.739	103.203	3.135	1.543	120	2.126	6.351	x	262	5.454
1995	145.155	127.486	4.324	1.314	216	2.607	8.311	597	301	3.051
1996	149.409	131.230	4.463	1.210	211	2.629	8.543	842	282	6.059
1997	152.812	135.557	3.337	1.118	87	2.467	8.869	1.104	271	10.084
1998	157.438	139.951	3.127	1.093	123	2.504	9.251	1.140	251	11.503
1999	162.285	144.207	3.202	1.087	144	2.598	9.605	1.174	269	13.470
2000	167.680	148.848	3.563	1.068	190	2.729	9.893	1.211	178	11.847
2001	172.874	153.435	3.744	1.015	218	2.838	10.203	1.247	174	12.349
2002	178.700	158.641	3.894	916	112	2.918	10.758	1.290	171	9.370
2003	183.491	162.832	3.960	812	94	2.953	11.336	1.322	182	11.555
Neue Bundesländer										
1991	16.995	14.709	114	-	-	257	1.898	x	17	264
1995	39.225	35.139	698	37	2	810	2.284	163	92	- 8.127
1996	42.220	37.725	867	30	2	776	2.471	245	105	- 9.674
1997	43.457	38.922	727	22	1	726	2.659	327	73	- 9.113
1998	45.112	40.286	833	25	1	748	2.842	341	37	- 9.767
1999	44.684	39.932	762	25	2	744	2.858	338	23	- 8.591
2000	46.306	41.349	841	24	3	780	2.938	351	20	- 11.267
2001	47.408	42.341	876	26	2	797	2.981	359	26	- 12.314
2002	49.019	43.714	944	25	3	798	3.083	371	81	- 13.495
2003	50.380	44.917	943	23	3	853	3.199	381	61	- 13.546
Deutschland										
1991	133.735	117.912	3.248	1.543	120	2.384	8.250	x	279	5.718
1992	147.310	130.901	3.679	1.498	148	2.780	8.022	x	282	2.958
1993	159.342	141.180	4.218	1.448	177	3.073	8.930	x	316	- 3.923
1994	172.615	152.798	4.665	1.409	227	3.204	9.963	x	351	- 1.017
1995	184.380	162.625	5.022	1.351	217	3.417	10.595	760	392	- 5.077
1996	191.629	168.955	5.329	1.240	212	3.405	11.013	1.087	387	- 3.615
1997	196.269	174.479	4.064	1.141	88	3.193	11.529	1.432	344	970
1998	202.550	180.238	3.960	1.117	124	3.251	12.093	1.481	287	1.735
1999	206.969	184.139	3.964	1.112	146	3.342	12.462	1.512	292	4.879
2000	213.986	190.198	4.404	1.092	193	3.509	12.831	1.561	198	579
2001	220.282	195.776	4.620	1.041	220	3.635	13.184	1.606	200	35
2002	227.719	202.355	4.838	941	115	3.716	13.841	1.661	252	- 4.125
2003	233.871	207.749	4.903	835	97	3.806	14.535	1.703	243	- 1.991
2004	235.433	210.522	4.765	729	97	3.819	14.807	435	259	- 2.965
2005	235.616	211.861	4.621	628	109	3.821	14.320	1	255	- 3.929
2006	235.537	212.421	4.574	536	117	3.693	13.878	-	319	7.563
2007	237.106	213.649	4.691	454	115	3.573	14.502	- 1	123	1.183
2008	240.430	216.182	4.948	380	126	3.575	14.858	- 1	362	3.775
2009	245.833	220.841	5.260	315	132	3.608	15.344	- 0	334	211
2010	249.197	224.352	5.379	258	110	3.521	15.251	- 0	327	2.057
2011	251.045	225.411	5.475	208	104	3.577	15.977	- 0	294	4.726
2012	255.370	229.231	5.679	165	102	3.645	16.247	- 0	302	5.097
2013	258.770	232.297	5.658	127	97	3.737	16.488	- 1	368	1.898

Ohne Transferzahlungen zwischen den RV-Zweigen eines Gebietes und ohne Finanzausgleich

Ab 2004 nur noch Ausweisung für Deutschland insgesamt

¹ von 1999 bis 2010 ohne gem. § 291c SGB VI vom Bund erstattete einigungsbedingte Leistungen

² Einnahmeüberschuss = Einnahmen - Ausgaben

Zur Euro-Umrechnung vgl. Glossar

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung - Rechnungsergebnisse, verschiedene Jahrgänge

Anteil der KVdR- und PVdR-Ausgaben an den Rentenausgaben der RV

Jahr	KVdR- ausgaben*	PVdR- ausgaben*	Renten- ausgaben ¹	Anteil KVdR an Renten- ausgaben	Anteil PVdR an Renten- ausgaben	Anteil KVdR und PVdR an Renten- ausgaben	Ausgaben für Renten, KVdR und PVdR
	- in Mio. € -			- in % -			- in Mio. € -
Alte Bundesländer							
1960	727	x	8.506	8,5	x	8,5	9.233
1965	1.274	x	13.319	9,6	x	9,6	14.593
1970	2.685	x	22.245	12,1	x	12,1	24.930
1975	7.067	x	41.158	17,2	x	17,2	48.225
1980	7.621	x	61.122	12,5	x	12,5	68.743
1985	6.318	x	78.333	8,1	x	8,1	84.651
1990	6.220	x	97.420	6,4	x	6,4	103.640
1991	6.351	x	103.203	6,2	x	6,2	109.554
1992	6.619	x	108.825	6,1	x	6,1	115.445
1993	7.341	x	115.258	6,4	x	6,4	122.599
1994	8.063	x	122.393	6,6	x	6,6	130.456
1995	8.311	597	127.486	6,5	0,5	7,0	136.393
1996	8.543	842	131.230	6,5	0,6	7,2	140.614
1997	8.869	1.104	135.557	6,5	0,8	7,4	145.531
1998	9.251	1.140	139.951	6,6	0,8	7,4	150.342
1999	9.605	1.174	144.207	6,7	0,8	7,5	154.985
2000	9.893	1.211	148.848	6,6	0,8	7,5	159.952
2001	10.203	1.247	153.435	6,6	0,8	7,5	164.885
2002	10.758	1.290	158.640	6,8	0,8	7,6	170.688
2003	11.335	1.323	162.832	7,0	0,8	7,8	175.490
Neue Bundesländer							
1991	1.898	x	14.709	12,9	x	12,9	16.607
1992	1.403	x	22.076	6,4	x	6,4	23.479
1993	1.589	x	25.922	6,1	x	6,1	27.511
1994	1.900	x	30.404	6,2	x	6,2	32.304
1995	2.284	163	35.139	6,5	0,5	7,0	37.587
1996	2.471	245	37.725	6,5	0,7	7,2	40.441
1997	2.659	327	38.922	6,8	0,8	7,7	41.908
1998	2.842	341	40.286	7,1	0,8	7,9	43.469
1999	2.858	338	39.932	7,2	0,8	8,0	43.128
2000	2.938	351	41.349	7,1	0,8	8,0	44.638
2001	2.981	359	42.341	7,0	0,8	7,9	45.681
2002	3.083	371	43.714	7,1	0,8	7,9	47.168
2003	3.199	381	44.917	7,1	0,8	8,0	48.497
Deutschland							
1991	8.250	x	117.912	7,0	x	7,0	126.161
1992	8.022	x	130.901	6,1	x	6,1	138.923
1993	8.930	x	141.180	6,3	x	6,3	150.110
1994	9.963	x	152.798	6,5	x	6,5	162.760
1995	10.595	760	162.625	6,5	0,5	7,0	173.980
1996	11.013	1.087	168.955	6,5	0,6	7,2	181.056
1997	11.529	1.432	174.479	6,6	0,8	7,4	187.439
1998	12.093	1.481	180.238	6,7	0,8	7,5	193.811
1999	12.462	1.512	184.139	6,8	0,8	7,6	198.114
2000	12.831	1.561	190.198	6,7	0,8	7,6	204.590
2001	13.184	1.606	195.776	6,7	0,8	7,6	210.566
2002	13.841	1.661	202.354	6,8	0,8	7,7	217.856
2003	14.534	1.704	207.749	7,0	0,8	7,8	223.987
2004	14.807	435	210.522	7,0	0,2	7,2	225.764
2005	14.320	1	211.861	6,8	0,0	6,8	226.182
2006	13.878	0	212.421	6,5	0,0	6,5	226.299
2007	14.502	- 1	213.649	6,8	- 0,0	6,8	228.150
2008	14.858	- 1	216.182	6,9	- 0,0	6,9	231.039
2009	15.344	- 0	220.841	6,9	- 0,0	6,9	236.184
2010	15.251	- 0	224.352	6,8	- 0,0	6,8	239.603
2011	15.977	- 0	225.411	7,1	- 0,0	7,1	241.388
2012	16.247	- 0	229.231	7,1	- 0,0	7,1	245.478
2013	16.488	- 1	232.297	7,1	- 0,0	7,1	248.784

Ab 2004 nur noch Ausweisung für Deutschland insgesamt

* Beitragszuschuss der Rentenversicherung zur Krankenversicherung - bzw. bis 31.03.2004 zur Pflegeversicherung - der Rentner

¹ von 1999 bis 2010 ohne gem. § 291c SGB VI vom Bund erstattete einigungsbedingte Leistungen

Zur Euro-Umrechnung vgl. Glossar

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung - Rechnungsergebnisse, verschiedene Jahrgänge

Rentenausgaben nach Rentenartengruppen RV insgesamt

Jahr	Renten- ausgaben ^{*1}	davon				
		Renten wegen				
		verminderter Erwerbs- fähigkeit	Alters	Todes	darunter:	
					Witwen/ Witwer- renten	Waisen- renten
- in Mio. € ³ -						
Alte Bundesländer (bis 1991) bzw. Deutschland (ab 1992)						
1960	8.506	1.669	4.072	2.766	2.487	279
1961	9.213	1.755	4.494	2.964	2.707	256
1962	9.964	1.831	4.955	3.177	2.944	234
1963	10.732	1.913	5.412	3.408	3.171	236
1964	11.899	2.016	6.107	3.776	3.538	237
1965	13.319	2.130	6.976	4.213	3.959	255
1966	14.872	2.254	7.909	4.708	4.433	275
1967	16.737	2.418	9.020	5.299	5.000	299
1968	18.486	2.562	10.119	5.806	5.485	321
1969	20.550	2.768	11.375	6.408	6.063	345
1970	22.245	2.898	12.446	6.901	6.537	365
1971	23.976	3.039	13.503	7.434	7.042	392
1972	27.111	3.373	15.354	8.384	7.945	440
1973	31.502	3.767	18.127	9.607	9.097	510
1974	36.442	3.994	21.588	10.860	10.306	554
1975	41.158	4.402	24.623	12.134	11.509	625
1976	46.845	4.956	28.154	13.735	13.024	711
1977	52.440	5.528	31.628	15.284	14.531	753
1978	55.586	5.954	33.430	16.201	15.432	769
1979	58.076	6.313	34.836	16.928	16.152	776
1980	61.122	6.798	36.460	17.864	17.080	784
1981	64.226	7.418	38.200	18.609	17.811	798
1982	68.434	8.250	40.451	19.732	18.932	800
1983	71.174	9.050	41.834	20.291	19.473	817
1984	75.271	9.961	44.103	21.207	20.384	821
1985	78.333	10.075	46.382	21.877	21.077	797
1986	81.157	9.979	48.730	22.447	21.689	756
1987	84.870	10.065	51.621	23.184	22.462	719
1988	88.899	10.275	54.747	23.878	23.235	639
1989	93.052	10.504	58.000	24.548	23.937	606
1990	97.420	10.736	61.468	25.216	24.631	581
1991	103.203	11.273	65.755	26.175	25.609	561
1992 ²	130.901	14.259	86.280	30.363	29.600	747
1993	141.180	15.168	93.685	32.328	31.516	788
1994	152.798	16.060	102.289	34.449	33.581	830
1995	162.625	16.466	110.533	35.626	34.737	841
1996	168.955	16.959	115.801	36.196	35.289	851
1997	174.479	17.196	120.803	36.480	35.572	846
1998	180.238	17.496	125.994	36.747	35.830	849
1999	184.139	17.201	130.414	36.525	35.632	819
2000	190.198	17.297	136.136	36.765	35.853	830
2001	195.776	17.156	141.514	37.106	36.192	829
2002	202.355	16.953	147.484	37.918	36.985	841
2003	207.749	16.611	152.738	38.400	37.446	855
2004	210.522	15.896	156.151	38.475	37.525	848
2005	211.861	15.249	158.300	38.312	37.376	833
2006	212.421	14.644	159.673	38.103	37.188	815
2007	213.649	14.326	161.299	38.024	37.137	790
2008	216.182	14.205	163.784	38.193	37.320	778
2009	220.841	14.248	167.985	38.608	37.749	765
2010	224.352	14.488	170.921	38.942	38.093	756
2011	225.411	14.738	171.758	38.915	38.069	754
2012	229.231	15.235	174.695	39.301	38.464	746
2013	232.297	15.701	177.021	39.575	38.765	718

¹ ohne Beitragszuschuss der Rentenversicherung zur Krankenversicherung - bzw. bis 31.03.2004 zur Pflegeversicherung - der Rentner

² von 1999 bis 2010 ohne gem. § 291c SGB VI vom Bund erstattete einigungsbedingte Leistungen

³ ab 1992 werden alle Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit an Berechtigte im Alter ab der Regelaltersgrenze als Altersrenten ausgewiesen

⁴ Abweichungen von der Summe sind rundungsbedingt

Zur Euro-Umrechnung vgl. Glossar

Quelle: Rentenausgaben - Rechnungsergebnisse, verschiedene Jahrgänge

Anteile der Rentenarten: geschätzt auf Basis der Rentenbestandsstatistiken zum jeweiligen Stichtag

Rentenausgaben nach Rentenartengruppen

RV insgesamt - Anteile

Jahr	Renten- ausgaben ^{*1}	davon				
		Renten wegen				
		verminderter Erwerbs- fähigkeit	Alters	Todes	darunter:	
					Witwen/ Witwer- renten	Waisen- renten
- Anteil der Rentenart an den Rentenausgaben in % ³⁻						
Alte Bundesländer (bis 1991) bzw. Deutschland (ab 1992)						
1960	100	19,62	47,87	32,52	29,23	3,29
1961	100	19,05	48,78	32,17	29,38	2,78
1962	100	18,38	49,73	31,89	29,55	2,34
1963	100	17,82	50,43	31,75	29,55	2,20
1964	100	16,94	51,33	31,73	29,74	1,99
1965	100	15,99	52,37	31,63	29,72	1,91
1966	100	15,16	53,18	31,66	29,81	1,85
1967	100	14,45	53,89	31,66	29,87	1,79
1968	100	13,86	54,74	31,41	29,67	1,74
1969	100	13,47	55,35	31,18	29,50	1,68
1970	100	13,03	55,95	31,02	29,38	1,64
1971	100	12,68	56,32	31,01	29,37	1,64
1972	100	12,44	56,63	30,92	29,30	1,62
1973	100	11,96	57,54	30,50	28,88	1,62
1974	100	10,96	59,24	29,80	28,28	1,52
1975	100	10,70	59,82	29,48	27,96	1,52
1976	100	10,58	60,10	29,32	27,80	1,52
1977	100	10,54	60,31	29,15	27,71	1,44
1978	100	10,71	60,14	29,15	27,76	1,38
1979	100	10,87	59,98	29,15	27,81	1,34
1980	100	11,12	59,65	29,23	27,94	1,28
1985	100	12,86	59,21	27,93	26,91	1,02
1986	100	12,30	60,04	27,66	26,72	0,93
1987	100	11,86	60,82	27,32	26,47	0,85
1988	100	11,56	61,58	26,86	26,14	0,72
1989	100	11,29	62,33	26,38	25,72	0,65
1990	100	11,02	63,10	25,88	25,28	0,60
1991	100	10,92	63,71	25,36	24,81	0,54
1992 ²	100	10,89	65,91	23,20	22,61	0,57
1993	100	10,74	66,36	22,90	22,32	0,56
1994	100	10,51	66,94	22,55	21,98	0,54
1995	100	10,13	67,97	21,91	21,36	0,52
1996	100	10,04	68,54	21,42	20,89	0,50
1997	100	9,86	69,24	20,91	20,39	0,49
1998	100	9,71	69,90	20,39	19,88	0,47
1999	100	9,34	70,82	19,84	19,35	0,44
2000	100	9,09	71,58	19,33	18,85	0,44
2001	100	8,76	72,28	18,95	18,49	0,42
2002	100	8,38	72,88	18,74	18,28	0,42
2003	100	8,00	73,52	18,48	18,02	0,41
2004	100	7,55	74,17	18,28	17,82	0,40
2005	100	7,20	74,72	18,08	17,64	0,39
2006	100	6,89	75,17	17,94	17,51	0,38
2007	100	6,71	75,50	17,80	17,38	0,37
2008	100	6,57	75,76	17,67	17,26	0,36
2009	100	6,45	76,07	17,48	17,09	0,35
2010	100	6,46	76,18	17,36	16,98	0,34
2011	100	6,54	76,20	17,26	16,89	0,33
2012	100	6,65	76,21	17,14	16,78	0,33
2013	100	6,76	76,20	17,04	16,69	0,31

^{*} ohne Beitragszuschuss der Rentenversicherung zur Krankenversicherung - bzw. bis 31.03.2004 zur Pflegeversicherung - der Rentner

¹ von 1999 bis 2010 ohne gem. § 291c SGB VI vom Bund erstattete einigungsbedingte Leistungen

² ab 1992 werden alle Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit an Berechtigte im Alter ab der Regelaltersgrenze als Altersrenten ausgewiesen

³ Abweichungen von der Summe 100% sind rundungsbedingt

Quelle: Rentenausgaben - Rechnungsergebnisse, verschiedene Jahrgänge

Anteile der Rentenarten: geschätzt auf Basis der Rentenbestandsstatistiken zum jeweiligen Stichtag

Ausgewählte Bundesmittel an die gesetzliche Rentenversicherung

Jahr	Bundeszuschüsse zur allg. RV				Weitere Bundesmittel ¹					Bundesmittel insgesamt ¹
	Insgesamt	Allgemeiner Bundeszuschuss	Zusätzlicher Bundeszuschuss	Erhöhungsbetrag zum zusätzlichen Bundeszuschuss	Beiträge für Kindererziehungszeiten	Erstattung einigungsbedingter Leistungen	Erstattung für AAÜG ²	Erstattung für Invalidenten und Aufwendungen für Nachversicherung	Bundeszuschuss an die KnV	
- in Mio. € -										
Alte Bundesländer (bis 1990) bzw. Deutschland (ab 1991)										
1950	341	341	x	x	x	x	x	x	58	399
1955	1.267	1.267	x	x	x	x	x	x	243	1.510
1960	2.096	2.096	x	x	x	x	x	x	631	2.728
1961	2.202	2.202	x	x	x	x	x	x	704	2.906
1962	2.347	2.347	x	x	x	x	x	x	781	3.128
1963	2.540	2.540	x	x	x	x	x	x	875	3.415
1964	2.777	2.777	x	x	x	x	x	x	994	3.771
1965	3.008	3.008	x	x	x	x	x	x	1.118	4.127
1966	3.249	3.249	x	x	x	x	x	x	1.291	4.540
1967	3.511	3.511	x	x	x	x	x	x	1.519	5.030
1968	3.429	3.429	x	x	x	x	x	x	1.565	4.993
1969	3.567	3.567	x	x	x	x	x	x	1.684	5.251
1970	3.660	3.660	x	x	x	x	x	x	1.741	5.402
1971	3.929	3.929	x	x	x	x	x	x	1.862	5.791
1972	4.965	4.965	x	x	x	x	x	x	2.106	7.071
1973	4.251	4.251	x	x	x	x	x	x	2.238	6.489
1974	6.149	6.149	x	x	x	x	x	x	2.482	8.631
1975	6.831	6.831	x	x	x	x	x	x	2.765	9.596
1976	7.582	7.582	x	x	x	x	x	x	3.237	10.819
1977	8.337	8.337	x	x	x	x	x	x	3.575	11.912
1978	9.041	9.041	x	x	x	x	x	x	3.898	12.938
1979	9.603	9.603	x	x	x	x	x	x	3.992	13.595
1980	10.802	10.802	x	x	x	x	x	x	4.208	15.010
1981	9.594	9.594	x	x	x	x	x	x	4.339	13.933
1982	11.352	11.352	x	x	x	x	x	x	4.384	15.737
1983	11.446	11.446	x	x	x	x	x	x	4.443	15.888
1984	12.396	12.396	x	x	x	x	x	x	4.380	16.776
1985	12.853	12.853	x	x	x	x	x	x	4.301	17.155
1986	13.251	13.251	x	x	x	x	x	x	4.340	17.591
1987	13.671	13.671	x	x	x	x	x	x	4.531	18.203
1988	14.118	14.118	x	x	x	x	x	x	4.748	18.866
1989	14.573	14.573	x	x	x	x	x	x	4.959	19.532
1990	15.184	15.184	x	x	x	x	x	x	5.188	20.371
1991	19.624	19.624	x	x	x	x	x	x	6.184	25.808
1992	23.747	23.747	x	x	x	858	193	6.072	30.871	
1993	25.365	25.365	x	x	x	983	216	6.613	33.177	
1994	29.868	29.868	x	x	x	1.166	248	6.784	38.066	
1995	30.445	30.445	x	x	x	1.828	263	7.025	39.561	
1996	32.331	32.331	x	x	x	1.922	280	7.124	41.656	
1997	35.223	35.223	x	x	x	2.246	302	7.006	44.777	
1998	42.083	37.175	4.908	x	x	2.481	302	7.131	51.997	
1999	42.533	34.557	7.976	x	6.954	1.489	2.594	272	7.289	
2000	42.419	33.341	7.749	1.329	11.453	1.199	3.089	270	7.376	
2001	46.007	33.830	8.015	4.162	11.532	982	3.700	260	7.335	
2002	49.264	34.785	7.669	6.810	11.615	803	4.402	258	7.393	
2003	53.869	36.589	8.179	9.101	11.875	706	4.047	246	7.305	
2004	54.365	37.101	8.095	9.169	11.843	619	3.932	235	7.030	
2005	54.812	37.488	8.173	9.151	11.715	564	3.937	226	6.831	
2006	54.909	37.446	8.269	9.194	11.393	515	4.161	217	6.449	
2007	55.944	38.080	8.700	9.164	11.548	479	4.094	201	6.273	
2008	56.431	38.240	8.883	9.308	11.478	427	4.190	193	6.088	
2009	57.333	38.653	9.045	9.635	11.466	361	4.271	182	6.032	
2010	58.980	39.885	9.068	10.028	11.637	317	4.338	175	5.906	
2011	58.882	39.641	9.229	10.012	11.574	x	4.811	162	5.693	
2012	60.018	39.895	9.839	10.284	11.628	x	4.613	154	5.551	
2013	59.852	38.863	10.189	10.801	11.585	x	4.687	145	5.423	

¹ Nicht erfasst sind weitere Bundeszahlungen, die heute nicht mehr existieren

² Leistungen aufgrund des AAÜG für Zusatzversorgung, Sonderversorgung (überführte und nicht überführte), Verwaltungskosten ³ und Zinsen ⁴

³ Bis 1998 pauschale Berechnung, ab 1999 Spitzabrechnung, ab 2013 nur Vorschusswerte

⁴ Bis 1998 Bestandteil der pauschalen Berechnung, 1999 - 2012 gesonderte Abrechnung, ab 2013 nicht enthalten, da die Abrechnung noch aussteht

Zur Euro-Umrechnung vgl. Glossar

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung - Rechnungsergebnisse, verschiedene Jahrgänge; BVA

Einnahmen allg. RV

Jahr	Ins- gesamt	davon						Sons- tige Ein- nah- men	Ein- nahme- über- schuss ¹
		Bei- träge	Bundes- zuschuss (allge- meiner)	Zusätz- liche Bundes- zuschüsse	Vermö- gens- erträge	Erstat- tungen	Aus- gleichs- zahlungen zwischen allg. RV und KnV		
- in Mio. € -									
Alte Bundesländer									
1960	9.857	6.894	2.096	x	380	185	292	9	718
1965	15.931	11.502	3.008	x	667	162	578	14	966
1970	26.249	21.673	3.660	x	762	59	81	13	1.857
1975	47.862	38.992	6.831	x	1.756	109	125	49	- 253
1980	69.053	56.858	10.802	x	684	505	170	34	1.483
1985	84.629	70.385	12.853	x	406	748	210	27	721
1990	108.621	89.433	15.184	x	1.138	2.596	236	34	4.904
1991	115.525	93.734	16.740	x	1.739	3.028	249	36	5.454
1992	121.643	98.838	19.790	x	2.154	562	264	35	5.307
1993	124.001	100.395	20.768	x	1.897	621	280	40	112
1994	136.327	110.315	23.990	x	1.071	604	296	51	4.475
1995	140.926	115.206	23.914	x	793	606	304	102	3.051
1996	148.266	120.683	25.179	x	412	611	307	1.075	6.059
1997	155.805	127.037	27.447	x	312	596	311	103	10.084
1998	161.907	127.855	28.961	3.824	320	515	314	117	11.503
1999	168.763	134.023	27.173	6.272	313	568	319	95	13.470
2000	172.639	137.753	26.200	7.134	573	559	322	99	11.847
2001	178.424	139.894	26.618	9.581	670	622	322	717	12.349
2002	181.312	141.035	27.381	11.397	417	639	319	124	9.370
2003	188.391	144.652	28.793	13.598	235	683	306	124	11.555
Neue Bundesländer									
1991	16.017	13.088	2.884	x	40	-	-	4	264
1992	20.843	16.644	3.957	x	114	99	1	29	- 2.349
1993	23.301	18.433	4.597	x	109	115	7	40	- 4.035
1994	27.027	20.914	5.878	x	49	125	27	35	- 5.492
1995	29.930	22.993	6.531	x	32	261	52	62	- 8.127
1996	31.281	23.816	7.151	x	20	184	66	43	- 9.674
1997	33.151	25.022	7.776	x	24	224	64	40	- 9.113
1998	34.097	24.421	8.214	1.084	24	240	67	46	- 9.767
1999	34.782	25.137	7.384	1.704	16	430	71	40	- 8.591
2000	33.704	24.412	7.141	1.944	26	63	75	42	- 11.267
2001	33.807	23.686	7.212	2.596	33	169	79	32	- 12.314
2002	34.193	23.391	7.404	3.082	23	177	80	36	- 13.495
2003	35.495	23.734	7.796	3.682	18	161	78	26	- 13.546
Deutschland									
1991	131.542	106.822	19.624	x	1.779	3.028	249	40	5.718
1992	142.487	115.482	23.747	x	2.267	662	265	64	2.958
1993	147.302	118.828	25.365	x	2.006	736	287	80	- 3.923
1994	163.354	131.229	29.868	x	1.120	729	322	86	- 1.017
1995	170.856	138.199	30.445	x	825	867	356	164	- 5.077
1996	179.547	144.499	32.331	x	432	795	373	1.118	- 3.615
1997	188.956	152.059	35.223	x	335	820	375	143	970
1998	196.004	152.277	37.175	4.908	343	756	382	163	1.735
1999	203.545	159.160	34.557	7.976	330	998	389	135	4.879
2000	206.343	162.165	33.341	9.078	599	622	397	141	579
2001	212.231	163.580	33.830	12.177	703	791	401	749	35
2002	215.505	164.426	34.785	14.479	440	816	399	160	- 4.125
2003	223.886	168.386	36.589	17.280	253	844	384	150	- 1.991
2004	224.746	168.378	37.101	17.264	175	811	362	655	- 2.965
2005	224.182	167.980	37.488	17.324	137	749	335	169	- 3.929
2006	235.867	179.476	37.446	17.463	227	715	317	223	7.563
2007	231.331	173.773	38.080	17.864	390	732	301	191	1.183
2008	237.425	179.089	38.240	18.190	759	715	283	149	3.775
2009	239.330	180.649	38.653	18.680	189	740	266	153	211
2010	244.692	184.404	39.885	19.095	94	751	250	212	2.057
2011	249.436	188.999	39.641	19.241	261	746	234	315	4.726
2012	254.322	192.889	39.895	20.123	197	760	224	234	5.097
2013	254.683	193.576	38.863	20.990	99	750	213	193	1.898

Ohne internen Finanzausgleich

Ab 2004 nur noch Ausweisung für Deutschland insgesamt

¹ Einnahmeüberschuss = Einnahmen - Ausgaben

Zur Euro-Umrechnung vgl. Glossar

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung - Rechnungsergebnisse, verschiedene Jahrgänge

Ausgaben allg. RV

Jahr	Ins- gesamt	davon								Ein- nahme- über- schuss ²	
		Renten- aus- gaben ¹	Leis- tungen zur Teil- habe	Kinder- erzie- hungs- leis- tungen	Bei- trags- er- stat- tungen	Verwal- tungs- und Verfah- rens- kosten	KVdR	PVdR	Aus- gleichs- zahlungen zwischen allg. RV und KnV		Sons- tige Aus- gaben
- in Mio. € -											
Alte Bundesländer											
1960	9.139	7.286	440	x	85	202	646	x	469	9	718
1965	14.965	11.525	913	x	218	335	1.125	x	848	1	966
1970	24.392	19.630	1.049	x	54	541	2.379	x	736	3	1.857
1975	48.115	37.238	2.057	x	85	1.101	6.323	x	1.306	4	- 253
1980	67.570	55.921	2.186	x	205	1.331	6.545	x	1.361	20	1.483
1985	83.908	72.096	2.140	x	742	1.482	5.670	x	1.768	11	721
1990	103.717	89.923	2.789	1.243	103	1.847	5.609	x	2.193	9	4.904
1991	110.071	95.308	3.084	1.478	117	2.014	5.777	x	2.281	13	5.454
1992	116.337	100.682	3.408	1.435	145	2.173	6.032	x	2.439	22	5.307
1993	123.889	106.788	3.823	1.387	175	2.304	6.695	x	2.695	21	112
1994	131.852	113.507	4.075	1.348	224	2.344	7.364	x	2.965	25	4.475
1995	137.875	118.368	4.222	1.263	214	2.471	7.602	552	3.148	35	3.051
1996	142.208	122.042	4.369	1.164	210	2.491	7.830	780	3.289	34	6.059
1997	145.722	126.332	3.272	1.077	87	2.338	8.139	1.026	3.408	44	10.084
1998	150.404	130.672	3.076	1.053	122	2.391	8.479	1.060	3.510	40	11.503
1999	155.293	134.870	3.156	1.048	144	2.479	8.827	1.094	3.577	98	13.470
2000	160.793	139.491	3.517	1.031	190	2.603	9.130	1.131	3.671	29	11.847
2001	166.075	144.072	3.693	981	217	2.709	9.451	1.167	3.750	35	12.349
2002	171.942	149.194	3.823	886	111	2.781	10.002	1.210	3.904	31	9.370
2003	176.836	153.199	3.874	786	94	2.825	10.577	1.241	4.195	45	11.555
Neue Bundesländer											
1991	15.753	13.634	112	-	-	246	1.747	x	-	13	264
1992	23.192	20.419	204	1	-	464	1.281	x	823	-	- 2.349
1993	27.336	23.942	301	3	-	609	1.448	x	1.022	11	- 4.035
1994	32.519	28.136	490	6	1	691	1.733	x	1.417	46	- 5.492
1995	38.057	32.636	676	37	2	768	2.100	151	1.606	80	- 8.127
1996	40.955	34.963	841	30	2	735	2.268	228	1.806	83	- 9.674
1997	42.264	36.065	701	22	1	687	2.456	303	1.985	43	- 9.113
1998	43.864	37.329	808	24	1	707	2.625	316	2.033	21	- 9.767
1999	43.373	36.905	738	24	2	704	2.618	313	2.058	12	- 8.591
2000	44.971	38.260	813	24	3	737	2.698	325	2.098	14	- 11.267
2001	46.121	39.272	848	25	2	752	2.747	333	2.122	20	- 12.314
2002	47.688	40.553	905	25	3	751	2.845	344	2.191	71	- 13.495
2003	49.041	41.665	892	22	3	808	2.950	353	2.323	25	- 13.546
Deutschland											
1991	125.824	108.942	3.197	1.478	117	2.260	7.524	x	2.281	26	5.718
1992	139.529	121.102	3.612	1.436	145	2.637	7.313	x	3.263	22	2.958
1993	151.225	130.731	4.125	1.390	175	2.913	8.143	x	3.717	32	- 3.923
1994	164.371	141.644	4.565	1.354	224	3.035	9.097	x	4.382	70	- 1.017
1995	175.932	151.004	4.898	1.300	215	3.239	9.703	704	4.755	116	- 5.077
1996	183.163	157.005	5.210	1.193	211	3.226	10.098	1.007	5.095	117	- 3.615
1997	187.986	162.397	3.973	1.099	88	3.024	10.595	1.329	5.393	88	970
1998	194.268	168.001	3.884	1.077	123	3.098	11.105	1.376	5.543	61	1.735
1999	198.667	171.775	3.894	1.072	145	3.183	11.445	1.407	5.635	110	4.879
2000	205.764	177.751	4.331	1.055	192	3.340	11.828	1.456	5.769	42	579
2001	212.196	183.344	4.541	1.006	219	3.461	12.198	1.500	5.872	55	35
2002	219.630	189.747	4.728	911	114	3.532	12.847	1.554	6.095	102	- 4.125
2003	225.877	194.864	4.766	808	97	3.633	13.527	1.594	6.518	70	- 1.991
2004	227.711	197.450	4.651	706	96	3.656	13.810	407	6.807	128	- 2.965
2005	228.111	198.812	4.498	609	109	3.659	13.400	1	6.943	80	- 3.929
2006	228.304	199.423	4.460	520	117	3.548	13.018	0	7.079	139	7.563
2007	230.148	200.658	4.573	441	115	3.452	13.629	- 1	7.328	- 47	1.183
2008	233.650	203.162	4.826	369	125	3.461	14.013	- 0	7.531	163	3.775
2009	239.118	207.642	5.131	306	131	3.490	14.400	- 0	7.893	125	211
2010	242.635	211.042	5.244	251	109	3.412	14.320	- 0	8.143	115	2.057
2011	244.710	212.200	5.350	203	103	3.464	15.014	- 0	8.302	74	4.726
2012	249.226	215.999	5.555	161	102	3.530	15.281	- 0	8.523	75	5.097
2013	252.784	219.084	5.533	124	97	3.627	15.522	- 1	8.682	116	1.898

Ohne internen Finanzausgleich

Ab 2004 nur noch Ausweisung für Deutschland insgesamt

¹ von 1999 bis 2010 ohne gem. § 291c SGB VI vom Bund erstattete einigungsbedingte Leistungen² Einnahmeüberschuss = Einnahmen - Ausgaben

Zur Euro-Umrechnung vgl. Glossar

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung - Rechnungsergebnisse, verschiedene Jahrgänge

Anteil der KVdR- und PVdR-Ausgaben an den Rentenausgaben allg. RV

Jahr	KVdR- ausgaben*	PvDR- ausgaben*	Renten- ausgaben ¹	Anteil KVdR an Renten- ausgaben	Anteil PvDR an Renten- ausgaben	Anteil KVdR und PvDR an Renten- ausgaben	Ausgaben für Renten, KVdR und PvDR
	- in Mio. € -			- in % -		- in Mio. € -	
Alte Bundesländer							
1957	393	x	5.462	7,2	x	7,2	5.855
1960	646	x	7.286	8,9	x	8,9	7.933
1961	746	x	7.919	9,4	x	9,4	8.666
1962	896	x	8.582	10,4	x	10,4	9.478
1963	973	x	9.249	10,5	x	10,5	10.222
1964	1.040	x	10.275	10,1	x	10,1	11.315
1965	1.125	x	11.525	9,8	x	9,8	12.649
1970	2.379	x	19.630	12,1	x	12,1	22.009
1975	6.323	x	37.238	17,0	x	17,0	43.562
1980	6.545	x	55.921	11,7	x	11,7	62.466
1985	5.670	x	72.096	7,9	x	7,9	77.765
1990	5.609	x	89.923	6,2	x	6,2	95.532
1991	5.777	x	95.308	6,1	x	6,1	101.085
1992	6.032	x	100.682	6,0	x	6,0	106.714
1993	6.695	x	106.788	6,3	x	6,3	113.483
1994	7.364	x	113.507	6,5	x	6,5	120.871
1995	7.602	552	118.368	6,4	0,5	6,9	126.522
1996	7.830	780	122.042	6,4	0,6	7,1	130.652
1997	8.139	1.026	126.332	6,4	0,8	7,3	135.496
1998	8.479	1.060	130.672	6,5	0,8	7,3	140.212
1999	8.827	1.094	134.870	6,5	0,8	7,4	144.791
2000	9.130	1.131	139.491	6,5	0,8	7,4	149.752
2001	9.451	1.167	144.072	6,6	0,8	7,4	154.690
2002	10.002	1.210	149.194	6,7	0,8	7,5	160.406
2003	10.577	1.241	153.199	6,9	0,8	7,7	165.017
Neue Bundesländer							
1991	1.747	x	13.634	12,8	x	12,8	15.381
1992	1.281	x	20.419	6,3	x	6,3	21.700
1993	1.448	x	23.942	6,0	x	6,0	25.391
1994	1.733	x	28.136	6,2	x	6,2	29.870
1995	2.100	151	32.636	6,4	0,5	6,9	34.888
1996	2.268	228	34.963	6,5	0,7	7,1	37.458
1997	2.456	303	36.065	6,8	0,8	7,7	38.824
1998	2.625	316	37.329	7,0	0,8	7,9	40.270
1999	2.618	313	36.905	7,1	0,8	7,9	39.835
2000	2.698	325	38.260	7,1	0,8	7,9	41.283
2001	2.747	333	39.272	7,0	0,8	7,8	42.352
2002	2.845	344	40.553	7,0	0,8	7,9	43.742
2003	2.950	353	41.665	7,1	0,8	7,9	44.968
Deutschland							
1991	7.524	x	108.942	6,9	x	6,9	116.466
1992	7.313	x	121.102	6,0	x	6,0	128.415
1993	8.143	x	130.731	6,2	x	6,2	138.874
1994	9.097	x	141.644	6,4	x	6,4	150.741
1995	9.703	704	151.004	6,4	0,5	6,9	161.410
1996	10.098	1.007	157.005	6,4	0,6	7,1	168.110
1997	10.595	1.329	162.397	6,5	0,8	7,3	174.321
1998	11.105	1.376	168.001	6,6	0,8	7,4	180.482
1999	11.445	1.407	171.775	6,7	0,8	7,5	184.626
2000	11.828	1.456	177.751	6,7	0,8	7,5	191.035
2001	12.198	1.500	183.344	6,7	0,8	7,5	197.042
2002	12.847	1.554	189.747	6,8	0,8	7,6	204.148
2003	13.527	1.594	194.864	6,9	0,8	7,8	209.985
2004	13.810	407	197.450	7,0	0,2	7,2	211.667
2005	13.400	1	198.812	6,7	0,0	6,7	212.213
2006	13.018	0	199.423	6,5	0,0	6,5	212.441
2007	13.629	- 1	200.658	6,8	- 0,0	6,8	214.286
2008	14.013	- 0	203.162	6,9	- 0,0	6,9	217.175
2009	14.400	- 0	207.642	6,9	- 0,0	6,9	222.043
2010	14.320	- 0	211.042	6,8	- 0,0	6,8	225.362
2011	15.014	- 0	212.200	7,1	- 0,0	7,1	227.213
2012	15.281	- 0	215.999	7,1	- 0,0	7,1	231.280
2013	15.522	- 1	219.084	7,1	- 0,0	7,1	234.605

Ab 2004 nur noch Ausweisung für Deutschland insgesamt

* Beitragszuschuss der Rentenversicherung zur Krankenversicherung - bzw. bis 31.03.2004 zur Pflegeversicherung - der Rentner

¹ von 1999 bis 2010 ohne gem. § 291c SGB VI vom Bund erstattete einigungsbedingte Leistungen

Zur Euro-Umrechnung vgl. Glossar

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung - Rechnungsergebnisse, verschiedene Jahrgänge

Rentenausgaben nach Rentenartengruppen allg. RV

Jahr	Renten- ausgaben ^{*1}	davon				
		Renten wegen				darunter:
		verminderter Erwerbs- fähigkeit	Alters	Todes		
- in Mio. € ³ -						
Alte Bundesländer (bis 1991) bzw. Deutschland (ab 1992)						
1960	7.286	1.304	3.598	2.384	2.128	256
1961	7.919	1.377	3.978	2.564	2.329	235
1962	8.582	1.443	4.381	2.758	2.543	214
1963	9.249	1.516	4.775	2.959	2.741	218
1964	10.275	1.605	5.389	3.281	3.063	218
1965	11.525	1.717	6.144	3.664	3.430	234
1966	12.914	1.830	6.980	4.104	3.852	252
1967	14.583	1.983	7.981	4.619	4.348	271
1968	16.151	2.131	8.957	5.063	4.769	294
1969	18.037	2.338	10.098	5.601	5.284	317
1970	19.630	2.479	11.097	6.053	5.717	336
1971	21.222	2.619	12.073	6.530	6.170	361
1972	24.144	2.950	13.814	7.380	6.972	408
1973	28.249	3.307	16.445	8.497	8.027	470
1974	32.853	3.515	19.710	9.627	9.112	515
1975	37.238	3.881	22.581	10.776	10.193	583
1976	42.432	4.381	25.864	12.187	11.524	663
1977	47.632	4.896	29.174	13.562	12.862	701
1978	50.616	5.274	30.957	14.385	13.666	719
1979	53.070	5.600	32.413	15.057	14.327	730
1980	55.921	6.033	33.970	15.918	15.178	740
1981	58.828	6.607	35.618	16.603	15.850	753
1982	62.749	7.376	37.745	17.628	16.872	756
1983	65.327	8.148	39.014	18.165	17.391	773
1984	69.187	8.995	41.198	18.994	18.207	779
1985	72.096	9.097	43.373	19.626	18.860	758
1986	74.770	9.005	45.608	20.157	19.434	720
1987	78.256	9.067	48.341	20.849	20.160	685
1988	81.983	9.267	51.223	21.494	20.879	611
1989	85.848	9.556	54.173	22.118	21.534	581
1990	89.923	9.858	57.325	22.740	22.179	557
1991	95.308	10.418	61.271	23.620	23.076	539
1992 ²	121.102	13.181	80.478	27.443	26.705	728
1993	130.731	14.052	87.421	29.258	28.468	718
1994	141.644	15.032	95.405	31.207	30.367	725
1995	151.004	15.592	103.198	32.214	31.352	736
1996	157.005	16.108	108.115	32.782	31.903	736
1997	162.397	16.418	112.904	33.075	32.195	726
1998	168.001	16.705	117.954	33.342	32.452	730
1999	171.775	16.406	122.225	33.144	32.278	720
2000	177.751	16.522	127.845	33.384	32.500	722
2001	183.343	16.418	133.209	33.715	32.829	719
2002	189.747	16.236	139.048	34.463	33.558	722
2003	194.864	15.908	144.100	34.856	33.934	726
2004	197.450	15.216	147.371	34.864	33.948	735
2005	198.812	14.590	149.565	34.657	33.754	802
2006	199.423	13.994	151.019	34.410	33.529	781
2007	200.658	13.683	152.682	34.293	33.441	756
2008	203.162	13.567	155.185	34.410	33.573	744
2009	207.642	13.606	159.285	34.752	33.930	731
2010	211.042	13.829	162.201	35.012	34.199	721
2011	212.200	14.069	163.168	34.962	34.155	716
2012	215.999	14.558	166.155	35.287	34.487	709
2013	219.084	15.021	168.474	35.589	34.806	693

¹ ohne Beitragszuschuss der Rentenversicherung zur Krankenversicherung - bzw. bis 31.03.2004 zur Pflegeversicherung - der Rentner

² von 1999 bis 2010 ohne gem. § 291c SGB VI vom Bund erstattete einigungsbedingte Leistungen

³ ab 1992 werden alle Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit an Berechtigte im Alter ab der Regelaltersgrenze als Altersrenten ausgewiesen

Abweichungen von der Summe sind rundungsbedingt

Zur Euro-Umrechnung vgl. Glossar

Quelle: Rentenausgaben: Rechnungsergebnisse, verschiedene Jahrgänge

Anteile der Rentenarten: geschätzt auf Basis der Rentenbestandsstatistiken zum jeweiligen Stichtag

Rentenausgaben nach Rentenartengruppen allg. RV - Anteile

Jahr	Renten- ausgaben ^{*1}	davon				
		Renten wegen				
		verminderter Erwerbs- fähigkeit	Alters	Todes	darunter:	
					Witwen/ Witwer- renten	Waisen- renten
- Anteil der Rentenart an den Rentenausgaben in % ³ -						
Alte Bundesländer (bis 1991) bzw. Deutschland (ab 1992)						
1960	100	17,90	49,37	32,72	29,21	3,51
1961	100	17,39	50,23	32,38	29,41	2,97
1962	100	16,82	51,05	32,13	29,64	2,49
1963	100	16,39	51,62	31,99	29,63	2,36
1964	100	15,62	52,45	31,93	29,81	2,12
1965	100	14,90	53,31	31,79	29,76	2,03
1966	100	14,17	54,05	31,78	29,83	1,95
1967	100	13,60	54,73	31,67	29,81	1,86
1968	100	13,20	55,46	31,35	29,53	1,82
1969	100	12,96	55,99	31,05	29,29	1,76
1970	100	12,63	56,53	30,84	29,13	1,71
1971	100	12,34	56,89	30,77	29,07	1,70
1972	100	12,22	57,22	30,57	28,88	1,69
1973	100	11,71	58,21	30,08	28,42	1,66
1974	100	10,70	60,00	29,30	27,74	1,57
1975	100	10,42	60,64	28,94	27,37	1,56
1976	100	10,33	60,95	28,72	27,16	1,56
1977	100	10,28	61,25	28,47	27,00	1,47
1978	100	10,42	61,16	28,42	27,00	1,42
1979	100	10,55	61,08	28,37	27,00	1,38
1980	100	10,79	60,75	28,46	27,14	1,32
1981	100	11,23	60,55	28,22	26,94	1,28
1982	100	11,75	60,15	28,09	26,89	1,20
1983	100	12,47	59,72	27,81	26,62	1,18
1984	100	13,00	59,55	27,45	26,32	1,13
1985	100	12,62	60,16	27,22	26,16	1,05
1986	100	12,04	61,00	26,96	25,99	0,96
1987	100	11,59	61,77	26,64	25,76	0,88
1988	100	11,30	62,48	26,22	25,47	0,75
1989	100	11,13	63,10	25,76	25,08	0,68
1990	100	10,96	63,75	25,29	24,66	0,62
1991	100	10,93	64,29	24,78	24,21	0,57
1992 ²	100	10,88	66,45	22,66	22,05	0,60
1993	100	10,75	66,87	22,38	21,78	0,55
1994	100	10,61	67,36	22,03	21,44	0,51
1995	100	10,33	68,34	21,33	20,76	0,49
1996	100	10,26	68,86	20,88	20,32	0,47
1997	100	10,11	69,52	20,37	19,82	0,45
1998	100	9,94	70,21	19,85	19,32	0,43
1999	100	9,55	71,15	19,29	18,79	0,42
2000	100	9,30	71,92	18,78	18,28	0,41
2001	100	8,96	72,66	18,39	17,91	0,39
2002	100	8,56	73,28	18,16	17,69	0,38
2003	100	8,16	73,95	17,89	17,41	0,37
2004	100	7,71	74,64	17,66	17,19	0,37
2005	100	7,34	75,23	17,43	16,98	0,40
2006	100	7,02	75,73	17,25	16,81	0,39
2007	100	6,82	76,09	17,09	16,67	0,38
2008	100	6,68	76,38	16,94	16,52	0,37
2009	100	6,55	76,71	16,74	16,34	0,35
2010	100	6,55	76,86	16,59	16,20	0,34
2011	100	6,63	76,89	16,48	16,10	0,34
2012	100	6,74	76,92	16,34	15,97	0,33
2013	100	6,86	76,90	16,24	15,89	0,32

¹ ohne Beitragszuschuss der Rentenversicherung zur Krankenversicherung - bzw. bis 31.03.2004 zur Pflegeversicherung - der Rentner

² von 1999 bis 2010 ohne gem. § 291c SGB VI vom Bund erstattete einigungsbedingte Leistungen

³ ab 1992 werden alle Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit an Berechtigte im Alter ab der Regelaltersgrenze als Altersrenten ausgewiesen

³ Abweichungen von der Summe 100% sind rundungsbedingt

Quelle: Rentenausgaben: Rechnungsergebnisse, verschiedene Jahrgänge

Anteile der Rentenarten: geschätzt auf Basis der Rentenbestandsstatistiken zum jeweiligen Stichtag

Nachhaltigkeitsrücklage und Bar- und Anlagevermögen allg. RV

Jahr	Nachhaltigkeitsrücklage ¹ am Jahresende		Bar- und Anlagevermögen ² am Jahresende		
	insgesamt	in Monats- ausgaben zu eigenen Lasten	insgesamt	Veränderung gegenüber Vorjahr	
	in Mio. €		in Mio. €	in %	
Alte Bundesländer (bis 1991) bzw. Deutschland (ab 1992)					
1965	x	x	13.349	964	+ 7,7
1966	x	x	13.936	587	+ 4,4
1967	x	x	12.691	- 1.245	- 8,9
1968	x	x	11.811	- 880	- 6,9
1969	x	x	11.546	- 265	- 2,2
1970	x	x	13.299	1.753	+ 15,2
1971	x	x	16.117	2.819	+ 21,2
1972	17.698	x	18.929	2.812	+ 17,4
1973	20.480	x	21.725	2.796	+ 14,8
1974	22.672	8,6	23.863	2.138	+ 9,8
1975	21.975	7,4	22.076	- 1.787	- 7,5
1976	18.297	5,4	18.535	- 3.541	- 16,0
1977	12.951	3,3	13.287	- 5.248	- 28,3
1978	9.285	2,2	10.384	- 2.904	- 21,9
1979	8.370	1,9	10.259	- 125	- 1,2
1980	9.581	2,1	11.590	1.331	+ 13,0
1981	11.115	2,4	13.167	1.577	+ 13,6
1982	10.504	2,1	12.614	- 553	- 4,2
1983	7.684	1,5	9.864	- 2.749	- 21,8
1984	4.997	0,9	7.225	- 2.640	- 26,8
1985	5.725	1,0	8.003	779	+ 10,8
1986	9.091	1,6	11.411	3.407	+ 42,6
1987	10.750	1,8	13.132	1.721	+ 15,1
1988	11.933	1,9	14.374	1.243	+ 9,5
1989	13.207	2,0	15.709	1.334	+ 9,3
1990	17.869	2,6	20.442	4.734	+ 30,1
1991	21.878	2,6	24.276	3.834	+ 18,8
1992	25.082	2,6	28.054	3.777	+ 15,6
1993	19.785	1,9	22.944	- 5.110	- 18,2
1994	17.105	1,5	20.628	- 2.316	- 10,1
1995	11.229	0,9	15.217	- 5.410	- 26,2
1996	7.263	0,6	11.794	- 3.423	- 22,5
1997	7.295	0,6	12.010	215	+ 1,8
1998	9.171	0,7	14.065	2.055	+ 17,1
1999	13.578	1,0	18.482	4.417	+ 31,4
2000	14.196	1,0	19.086	603	+ 3,3
2001	13.781	0,9	18.698	- 388	- 2,0
2002	9.715	0,6	14.593	- 4.105	- 22,0
2003	7.477	0,5	12.339	- 2.254	- 15,4
2004	5.036	0,3	9.870	- 2.469	- 20,0
2005	1.706	0,1	6.594	- 3.276	- 33,2
2006	9.718	0,6	14.630	8.036	+ 121,9
2007	11.499	0,7	16.318	1.688	+ 11,5
2008	15.694	1,0	20.340	4.022	+ 24,6
2009	16.160	1,0	20.685	345	+ 1,7
2010	18.604	1,1	23.067	2.382	+ 11,5
2011	24.073	1,4	28.453	5.385	+ 23,3
2012	29.468	1,7	33.783	5.330	+ 18,7
2013	31.963	1,8	36.213	2.431	+ 7,2

¹ Eine Nachhaltigkeitsrücklage wird erst ab 1972 ausgewiesen, da durch das 3. RVÄndGesetz (s. Chronik) das Finanzierungsverfahren in der Rentenversicherung von einem Abschnittsdeckungsverfahren auf ein Umlageverfahren umgestellt wurde. Erst in diesem Zusammenhang wurde eine Rücklage zur kurzfristigen Überbrückung von konjunkturell bedingten Rückgängen der Einnahmen und der dadurch entstehenden Defizite gebildet.

Name von 1972 bis 1976 nur "Rücklage", 1977 umbenannt in "Schwankungsreserve", ab 2004 umbenannt in Nachhaltigkeitsrücklage.

² Bar- und Anlagevermögen = Nachhaltigkeitsrücklage zzgl. Verwaltungsvermögen

Zur Euro-Umrechnung vgl. Glossar

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung - Rechnungsergebnisse, verschiedene Jahrgänge

Einnahmen KnV

Jahr	Ins- gesamt	davon					
		Bei- träge	Bundes- zuschuss	Vermö- gens- erträge	Erstat- tungen	Aus- gleichs- zahlungen zwischen allg. RV und KnV	Sons- tige Ein- nahmen
	- in Mio. € -						
Alte Bundesländer							
1960	1.391	524	631	13	1	222	1
1965	2.068	616	1.118	17	1	315	-
1970	3.126	629	1.741	15	2	734	5
1975	4.986	897	2.765	12	5	1.306	2
1980	6.800	1.178	4.208	7	46	1.361	1
1985	7.518	1.402	4.301	4	42	1.768	1
1990	8.806	1.325	5.188	3	97	2.193	1
1991	9.198	1.271	5.539	3	104	2.281	-
1992	9.498	1.267	5.701	11	33	2.439	46
1993	9.949	1.185	6.026	10	27	2.695	8
1994	10.426	1.197	6.211	5	28	2.965	19
1995	10.732	1.198	6.341	3	34	3.148	9
1996	10.796	1.184	6.278	3	35	3.289	8
1997	10.810	1.165	6.194	1	39	3.408	4
1998	10.858	1.104	6.209	3	30	3.510	4
1999	10.887	1.015	6.259	2	33	3.577	2
2000	10.881	923	6.254	4	28	3.671	1
2001	10.871	863	6.227	4	26	3.750	1
2002	10.979	822	6.224	4	24	3.904	1
2003	11.159	805	6.132	3	23	4.195	1
Neue Bundesländer							
1991	1.242	595	645	3	-	-	-
1992	1.811	610	371	1	6	823	-
1993	2.170	546	587	9	7	1.022	-
1994	2.523	512	573	10	7	1.417	5
1995	2.825	524	685	2	8	1.606	1
1996	3.138	477	846	-	8	1.806	1
1997	3.242	434	812	1	9	1.985	2
1998	3.348	383	922	-	9	2.033	1
1999	3.440	331	1.030	-	8	2.058	12
2000	3.508	279	1.123	-	8	2.098	1
2001	3.488	251	1.108	-	7	2.122	-
2002	3.602	234	1.169	1	7	2.190	1
2003	3.739	235	1.173	1	7	2.323	-
Deutschland							
1991	10.440	1.866	6.184	5	104	2.281	-
1992	11.309	1.877	6.072	12	39	3.263	46
1993	12.120	1.731	6.613	19	33	3.717	8
1994	12.948	1.709	6.784	15	35	4.382	24
1995	13.557	1.722	7.025	4	41	4.755	10
1996	13.934	1.661	7.124	3	43	5.095	9
1997	14.051	1.598	7.006	2	48	5.393	5
1998	14.207	1.487	7.131	3	39	5.543	5
1999	14.327	1.346	7.289	2	40	5.635	14
2000	14.389	1.202	7.376	4	36	5.769	2
2001	14.359	1.114	7.335	4	33	5.872	1
2002	14.581	1.056	7.393	5	31	6.094	2
2003	14.898	1.040	7.305	4	30	6.518	1
2004	14.891	1.021	7.030	4	28	6.807	1
2005	14.783	974	6.831	5	27	6.943	3
2006	14.628	1.069	6.449	7	22	7.079	2
2007	14.587	953	6.273	8	23	7.328	2
2008	14.594	939	6.088	11	23	7.531	1
2009	14.873	923	6.032	6	19	7.893	1
2010	14.955	883	5.906	4	18	8.143	1
2011	14.871	851	5.693	8	17	8.302	1
2012	14.892	797	5.551	5	15	8.523	1
2013	14.881	758	5.423	3	13	8.682	1

Ab 2004 nur noch Ausweisung für Deutschland insgesamt

Zur Euro-Umrechnung vgl. Glossar

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung - Rechnungsergebnisse, verschiedene Jahrgänge

Ausgaben KnV

Jahr	Ins- gesamt	davon									Sons- tige Aus- gaben ¹
		Renten- aus- gaben	Leis- tungen zur Teil- habe	Kinder- erzie- hungs- leis- tungen	Bei- trags- er- stat- tungen	Verwal- tungs- und Verfah- rens- kosten	KvD <i>r</i>	PvD <i>r</i>	Aus- gleichs- zahlungen zwischen allg. RV und KnV		
		- in Mio. € -									
Alte Bundesländer											
1960	1.372	1.220	20	x	1	22	80	x	18	10	
1965	2.068	1.795	28	x	2	30	149	x	46	20	
1970	3.135	2.615	30	x	1	40	306	x	81	62	
1975	4.986	3.920	59	x	1	64	743	x	125	73	
1980	6.800	5.201	61	x	8	84	1.076	x	170	199	
1985	7.518	6.237	44	x	10	93	648	x	210	276	
1990	8.806	7.497	45	59	2	107	610	x	236	250	
1991	9.198	7.894	51	65	3	112	575	x	249	249	
1992	9.498	8.143	61	62	4	121	587	x	264	256	
1993	9.949	8.470	84	58	3	127	646	x	280	282	
1994	10.426	8.886	87	55	3	129	699	x	296	271	
1995	10.732	9.118	102	51	2	137	708	44	304	265	
1996	10.796	9.188	94	47	1	138	713	62	307	248	
1997	10.810	9.225	65	41	1	130	731	79	311	227	
1998	10.858	9.279	51	40	1	112	772	79	314	211	
1999	10.887	9.337	46	39	1	119	778	80	319	171	
2000	10.881	9.358	46	37	1	126	763	80	322	149	
2001	10.871	9.363	51	34	1	129	752	80	322	139	
2002	10.980	9.446	71	30	1	137	756	80	319	140	
2003	11.159	9.633	86	26	1	128	758	82	306	139	
Neue Bundesländer											
1991	1.242	1.075	1	-	-	11	151	x	-	4	
1992	1.811	1.656	6	-	-	22	122	x	1	4	
1993	2.170	1.980	9	-	-	33	141	x	7	2	
1994	2.523	2.268	13	-	-	39	167	x	27	9	
1995	2.825	2.503	21	1	-	42	184	12	52	11	
1996	3.138	2.763	26	1	-	41	202	18	66	22	
1997	3.242	2.857	25	1	-	39	203	24	64	30	
1998	3.348	2.957	25	1	-	41	216	25	67	16	
1999	3.440	3.028	24	1	-	41	240	26	71	11	
2000	3.508	3.089	27	1	-	43	240	26	75	7	
2001	3.488	3.069	28	1	-	45	234	26	79	6	
2002	3.603	3.161	39	1	-	47	238	27	80	10	
2003	3.741	3.252	52	1	-	45	249	28	78	36	
Deutschland											
1991	10.440	8.970	52	65	3	123	726	x	249	253	
1992	11.309	9.799	67	62	4	143	709	x	265	260	
1993	12.120	10.449	93	58	3	160	786	x	287	284	
1994	12.948	11.154	100	55	3	169	866	x	322	281	
1995	13.557	11.621	124	51	2	178	892	56	356	277	
1996	13.934	11.950	119	47	1	179	915	80	373	270	
1997	14.051	12.082	90	42	1	169	934	103	375	256	
1998	14.207	12.236	76	40	1	153	988	104	382	227	
1999	14.327	12.365	70	39	1	160	1.017	105	389	182	
2000	14.389	12.446	73	37	1	169	1.003	106	397	156	
2001	14.359	12.432	79	35	1	174	986	106	401	145	
2002	14.583	12.607	110	31	1	184	994	107	399	150	
2003	14.900	12.885	138	27	1	173	1.007	110	384	175	
2004	14.891	13.072	114	23	1	163	997	28	362	131	
2005	14.783	13.049	123	19	-	162	920	-	335	175	
2006	14.628	12.998	113	16	1	145	859	-	317	180	
2007	14.587	12.991	118	13	-	121	873	-	301	170	
2008	14.594	13.019	122	10	1	114	845	- 0	283	199	
2009	14.873	13.199	129	8	1	117	943	- 0	266	209	
2010	14.955	13.310	135	7	1	110	931	- 0	250	213	
2011	14.871	13.211	125	5	1	112	963	- 0	234	220	
2012	14.892	13.232	124	4	0	115	966	0	224	227	
2013	14.881	13.212	125	3	0	109	967	- 0	213	252	

Ab 2004 nur noch Ausweisung für Deutschland insgesamt

¹ einschl. Knappschaftsausgleichsleistungen

Zur Euro-Umrechnung vgl. Glossar

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung - Rechnungsergebnisse, verschiedene Jahrgänge

11 Kenngrößen und Bemessungswerte

Entwicklung des Standardrentenniveaus allg. RV

Jahr	Durchschnittliches Jahresarbeitsentgelt		Standardrente mit 45 Vers.-jahren		Rentenniveau ¹ (nominal)	
	- in € -				- in v.H. -	
	brutto	netto vor Steuern ²	brutto	netto vor Steuern ²	brutto	netto vor Steuern ²
Alte Bundesländer						
1957	2.578		1.478	1.478	57,3	
1958	2.725		1.478	1.478	54,2	
1959	2.864		1.568	1.568	54,7	
1960	3.119		1.661	1.661	53,2	
1961	3.437		1.751	1.751	50,9	
1962	3.747		1.838	1.838	49,1	
1963	3.975		1.960	1.960	49,3	
1964	4.329		2.120	2.120	49,0	
1965	4.719		2.319	2.319	49,1	
1966	5.058		2.511	2.511	49,6	
1967	5.225		2.712	2.712	51,9	
1968	5.543		2.930	2.871	52,9	
1969	6.053		3.174	3.111	52,4	
1970	6.822	6.118	3.376	3.376	49,5	55,2
1971	7.634	6.817	3.561	3.561	46,6	52,2
1972	8.352	7.437	3.965	4.091	47,5	55,0
1973	9.354	8.280	4.380	4.380	46,8	52,9
1974	10.421	9.229	4.874	4.874	46,8	52,8
1975	11.150	9.808	5.417	5.417	48,6	55,2
1976	11.931	10.402	6.015	6.015	50,4	57,8
1977	12.754	11.112	6.644	6.644	52,1	59,8
1978	13.417	11.685	6.958	6.958	51,9	59,5
1979	14.155	12.329	7.271	7.271	51,4	59,0
1980	15.075	13.124	7.562	7.562	50,2	57,6
1981	15.799	13.711	7.865	7.865	49,8	57,4
1982	16.463	14.236	8.317	8.317	50,5	58,4
1983	17.022	14.680	8.549	8.506	50,2	57,9
1984	17.533	15.067	8.931	8.751	50,9	58,1
1985	18.041	15.454	9.217	8.870	51,1	57,4
1986	18.727	16.017	9.489	9.028	50,7	56,4
1987	19.289	16.482	9.807	9.262	50,8	56,2
1988	19.887	16.960	10.140	9.542	51,0	56,3
1989	20.484	17.456	10.444	9.799	51,0	56,1
1990	21.447	18.306	10.763	10.071	50,2	55,0
1991	22.712	19.465	11.184	10.486	49,2	53,9
1992	23.939	20.503	11.605	10.889	48,5	53,1
1993	24.633	21.050	12.027	11.248	48,8	53,4
1994	25.126	21.275	12.492	11.655	49,7	54,8
1995	25.905	21.918	12.732	11.822	49,2	53,9
1996	26.423	22.255	12.825	11.885	48,5	53,4
1997	26.660	22.248	12.992	12.011	48,7	54,0
1998	27.060	22.619	13.127	12.129	48,5	53,6
1999	27.358	22.948	13.244	12.235	48,4	53,3
2000	27.741	23.341	13.373	12.356	48,2	52,9
2001	28.231	23.785	13.541	12.512	48,0	52,6
2002	28.626	24.083	13.817	12.746	48,3	52,9
2003	28.938	24.244	14.037	12.925	48,5	53,3
2004	29.060	24.341	14.110	12.891	48,6	53,0
2005	29.202	24.389	14.110	12.821	48,3	52,6
2006	29.494	24.501	14.110	12.796	47,8	52,2
2007	29.951	24.907	14.148	12.781	47,2	51,3
2008	30.625	25.425	14.264	12.840	46,6	50,5
2009	30.506	25.101	14.515	13.055	47,6	52,0
2010	31.144	25.632	14.688	13.232	47,2	51,6
2011	32.100	26.441	14.761	13.253	46,0	50,1
2012	33.002	27.249	14.996	13.465	45,4	49,4
2013 ³	33.659	27.847	15.177	13.612	45,1	48,9

¹ Quotient aus Standardrente und Jahresentgelt x 100² verfügbare Größen vor Steuern, vgl. § 154 Abs.3 SGB VI³ Datenstand Oktober 2014

Zur Euro-Umrechnung vgl. Glossar

Quelle: Statistisches Bundesamt, BMAS, Deutsche Rentenversicherung Bund

Standardrente und verfügbare Eckrente am jeweiligen Anpassungstermin

Stichtag	Standardrente, brutto ¹	Verfügbare Eckrente ²
	- in € / Monat -	
Alte Bundesländer		
01.07.1990	911	852
01.07.1995	1.064	988
01.07.1996	1.074	993
01.07.1997	1.092	1.009
01.07.1998	1.096	1.012
01.07.1999	1.111	1.027
01.07.2000	1.118	1.033
01.07.2005	1.176	1.063
01.07.2006	1.176	1.066
01.07.2007	1.182	1.068
01.07.2008	1.195	1.077
01.07.2009	1.224	1.101
01.07.2010	1.224	1.103
01.07.2011	1.236	1.110
01.07.2012	1.263	1.134
01.07.2013	1.266	1.136
01.07.2014	1.287	1.155
Neue Bundesländer		
01.07.1990	x	344
01.07.1995	836	778
01.07.1996	883	817
01.07.1997	932	859
01.07.1998	940	866
01.07.1999	967	890
01.07.2000	972	896
01.07.2005	1.034	937
01.07.2006	1.034	939
01.07.2007	1.039	940
01.07.2008	1.050	949
01.07.2009	1.086	977
01.07.2010	1.086	978
01.07.2011	1.097	985
01.07.2012	1.121	1.007
01.07.2013	1.158	1.039
01.07.2014	1.188	1.065
Verhältnis der neuen Bundesländer zu den alten Bundesländern		
01.07.1990	x	40,3%
01.07.1995	78,6%	78,8%
01.07.1996	82,2%	82,3%
01.07.1997	85,4%	85,2%
01.07.1998	85,8%	85,5%
01.07.1999	87,0%	86,7%
01.07.2000	87,0%	86,8%
01.07.2005	87,9%	88,1%
01.07.2006	87,9%	88,1%
01.07.2007	87,9%	88,1%
01.07.2008	87,9%	88,1%
01.07.2009	88,7%	88,7%
01.07.2010	88,7%	88,7%
01.07.2011	88,7%	88,7%
01.07.2012	88,8%	88,8%
01.07.2013	91,5%	91,5%
01.07.2014	92,2%	92,2%

¹ eines Durchschnittsverdieners mit 45 Versicherungsjahren nach Anpassung, brutto

Synonym: Eckrente, brutto

² eines Durchschnittsverdieners mit 45 Versicherungsjahren nach Anpassung,
nach Abzug KVdR und PVdR; Synonym: Standardrente netto vor Steuern

Zur Euro-Umrechnung vgl. Glossar

Quelle: BMAS, Rentenversicherungsbericht

Bemessungswerte der RV

Durchschnittliche Bruttojahresarbeitsentgelte

Jahr ²	Gesamt/West		Ost ¹
	allg. RV	KnV	Umrech- nungs- werte
	- in RM/DM/€ -		
1930	2.074	2.110	x
1931	1.924	1.949	x
1932	1.651	1.673	x
1933	1.583	1.604	x
1934	1.605	1.627	x
1935	1.692	1.719	x
1936	1.783	1.811	x
1937	1.856	1.884	x
1938	1.947	1.972	x
1939	2.092	2.114	x
1940	2.156	2.179	x
1941	2.297	2.321	x
1942	2.310	2.335	x
1943	2.324	2.349	x
1944	2.292	2.316	x
1945	1.778	1.797	1,0000
1946	1.778	1.797	1,0000
1947	1.833	1.852	1,0000
1948	2.219	2.243	1,0000
1949	2.838	2.868	1,0000
1950	3.161	3.194	0,9931
1951	3.579	3.617	1,0502
1952	3.852	3.893	1,0617
1953	4.061	4.104	1,0458
1954	4.234	4.279	1,0185
1955	4.548	4.596	1,0656
1956	4.844	4.895	1,1029
1957	5.043	5.096	1,1081
1958	5.330	5.386	1,0992
1959	5.602	5.661	1,0838
1960	6.101	6.165	1,1451
1961	6.723	6.794	1,2374
1962	7.328	7.405	1,3156
1963	7.775	7.857	1,3667
1964	8.467	8.556	1,4568
1965	9.229	9.326	1,5462
1966	9.893	9.997	1,6018
1967	10.219	10.327	1,5927
1968	10.842	10.957	1,6405
1969	11.839	11.965	1,7321
1970	13.343	13.485	1,8875
1971	14.931	15.090	2,0490
1972	16.335	16.508	2,1705

Jahr ²	Gesamt/West		Ost ¹
	allg. RV	KnV	Umrech- nungs- werte
	- in RM/DM/€ -		
1973	18.295	18.489	2,3637
1974	20.381	20.597	2,5451
1975	21.808	22.039	2,6272
1976	23.335	23.582	2,7344
1977	24.945	25.209	2,8343
1978	26.242	26.520	2,8923
1979	27.685	27.979	2,9734
1980	29.485	29.798	3,1208
1981	30.900	31.228	3,1634
1982	32.198	32.540	3,2147
1983	33.293	33.646	3,2627
1984	34.292	34.655	3,2885
1985	35.286	35.660	3,3129
1986	36.627	37.015	3,2968
1987	37.726	38.125	3,2548
1988	38.896	39.307	3,2381
1989	40.063	40.486	3,2330
1990 1. Hj.	41.946		3,0707
1990 2. Hj.	41.946		2,3473
1991	44.421		1,7235
1992	46.820		1,4393
1993	48.178		1,3197
1994	49.142		1,2687
1995	50.665		1,2317
1996	51.678		1,2209
1997	52.143		1,2089
1998	52.925		1,2113
1999	53.507		1,2054
2000	54.256		1,2030
2001	55.216		1,2003
2002	28.626		1,1972
2003	28.938		1,1943
2004	29.060		1,1932
2005	29.202		1,1827
2006	29.494		1,1827
2007	29.951		1,1841
2008	30.625		1,1857
2009	30.506		1,1712
2010	31.144		1,1726
2011	32.100		1,1740
2012	33.002		1,1785
2013 ³	34.071		1,1767
2014 ³	34.857		1,1873

¹ Für Beitragszeiten im Beitrittsgebiet nach dem 8. Mai 1945 werden Entgeltpunkte ermittelt, indem der mit den Umrechnungswerten vervielfältigte Verdienst (Beitragsbemessungsgrundlage) durch das Durchschnittsentgelt für dasselbe Kalenderjahr geteilt wird. Für das Kalenderjahr des Rentenbeginns und für das davor liegende Kalenderjahr ist der Verdienst mit dem Umrechnungswert zu vervielfältigen, der für diese Kalenderjahre vorläufig bestimmt ist

² Bis 1947 Angaben in RM, von 1948 bis 2001 in DM, ab 2002 in €

³ Vorläufig i.S. von maßgeblich für die Ermittlung von Entgeltpunkten

Hinweis: Nach dem Entwurf der SV-Rechengrößenverordnung 2015 (Stand 09.2014), ergeben sich folgende Werte:
2015: vorläufiges Durchschnittsentgelt: 34.999 €; vorläufiger Umrechnungswert: 1,1717
2013: endgültiges Durchschnittsentgelt: 33.659 €; endgültiger Umrechnungswert: 1,1762

Quelle: § 70 Abs. 1 SGB VI sowie Anlage 1 zum SGB VI und § 256a Abs. 1 SGB VI sowie Anlage 10 SGB VI

Bemessungswerte der RV

Rentanpassungen, aktueller Rentenwert und allg. Bemessungsgrundlage

Jahr	Rentanpassungen			Aktueller Rentenwert			Allgemeine Bemessungsgrundlage *	
	zum	- in v.H. -		ab	- in DM/€ -		- in DM -	
		West	Ost		West	Ost	allg. RV	KnV
1957 ¹	x	x	x		5,35	x	4.281	4.326
1960	1.1.	5,94	x		6,34	x	5.072	5.126
1965	1.1.	9,40	x		9,09	x	7.275	7.352
1966	1.1.	8,30	x		9,82	x	7.857	7.939
1967	1.1.	8,00	x		10,61	x	8.490	8.580
1968	1.1.	8,10	x		11,50	x	9.196	9.293
1969	1.1.	8,30	x		12,23	x	9.780	9.883
1970	1.1.	6,35	x		12,90	x	10.318	10.427
1971	1.1.	5,50	x		13,71	x	10.967	11.083
1972	1.1.	6,30	x		15,01	x	12.008	12.136
	1.7.	9,50	x		x	x	x	x
1973	1.7.	11,35	x		16,71	x	13.371	13.513
1974	1.7.	11,20	x		18,59	x	14.870	15.028
1975	1.7.	11,10	x		20,65	x	16.520	16.696
1976	1.7.	11,00	x		22,92	x	18.337	18.531
1977	1.7.	9,90	x		25,20	x	20.161	20.375
1978	1.1.	x	x		x	x	21.608	21.838
	1.7.	x	x		x	x	21.068	21.292
1979	1.1.	4,50	x		26,34	x	21.068	21.292
1980	1.1.	4,00	x		27,39	x	21.911	22.144
1981	1.1.	4,00	x		28,48	x	22.787	23.030
1982	1.1.	5,76	x		30,12	x	24.099	24.356
1983	1.7.	5,59	x		31,81	x	25.445	25.716
1984	1.7.	3,40	x		32,89	x	26.310	26.590
1985	1.7.	3,00	x		33,87	x	27.099	27.387
1986	1.7.	2,90	x		34,86	x	27.885	28.181
1987	1.7.	3,80	x		36,18	x	28.945	29.252
1988	1.7.	3,00	x		37,27	x	29.814	30.129
1989	1.7.	3,00	x		38,39	x	30.709	31.033
1990	1.7.	3,10	x		39,58	x	31.661	31.995
1991	1.1.	x	15,00	1.1.	x	x	33.149	33.499
	1.7.	4,70	15,00	1.7.	41,44	x	x	x
1992	1.1.	x	11,65	1.1.	x	23,57	x	x
	1.7.	2,87	12,73	1.7.	42,63	26,57	x	x
1993	1.1.	x	6,10	1.1.	x	28,19	x	x
	1.7.	4,36	14,12	1.7.	44,49	32,17	x	x
1994	1.1.	x	3,64	1.1.	x	33,34	x	x
	1.7.	3,39	3,45	1.7.	46,00	34,49	x	x
1995	1.1.	x	2,78	1.1.	x	35,45	x	x
	1.7.	0,50	2,48	1.7.	46,23	36,33	x	x
1996	1.1.	x	4,38	1.1.	x	37,92	x	x
	1.7.	0,95	1,21	1.7.	46,67	38,38	x	x
1997	1.7.	1,65	5,55	1.7.	47,44	40,51	x	x
1998	1.7.	0,44	0,89	1.7.	47,65	40,87	x	x
1999	1.7.	1,34	2,79	1.7.	48,29	42,01	x	x
2000	1.7.	0,60	0,60	1.7.	48,58	42,26	x	x
2001	1.7.	1,91	2,11	1.7.	49,51	43,15	x	x
2002 ²	1.7.	2,16	2,89	1.7.	25,86	22,70	x	x
2003	1.7.	1,04	1,19	1.7.	26,13	22,97	x	x
2004	1.7.	x	x	1.7.	x	x	x	x
2005	1.7.	x	x	1.7.	x	x	x	x
2006	1.7.	x	x	1.7.	x	x	x	x
2007	1.7.	0,54	0,54	1.7.	26,27	23,09	x	x
2008	1.7.	1,10	1,10	1.7.	26,56	23,34	x	x
2009	1.7.	2,41	3,38	1.7.	27,20	24,13	x	x
2010	1.7.	x	x	1.7.	x	x	x	x
2011	1.7.	0,99	0,99	1.7.	27,47	24,37	x	x
2012	1.7.	2,18	2,26	1.7.	28,07	24,92	x	x
2013	1.7.	0,25	3,29	1.7.	28,14	25,74	x	x
2014	1.7.	1,67	2,53	1.7.	28,61	26,39	x	x

¹ In diesen Jahren gab es keine Rentenanpassung, die anderen Bemessungswerte gelten nur für Zugangsrenten

² Ab 2002 aktueller Rentenwert in €; bis 2001 in DM

x = Keine Rentenanpassung, der aktuelle Rentenwert gilt weiter

* Die Allgemeine Bemessungsgrundlage war ein Faktor in der Rentenformel von 1957 bis 1991.

Bis 1977 wurden die Zugangsrenten und die Bestandsrenten unterschiedlich angepasst.

Die Werte bis 1977 gelten ausschließlich für Zugangsrenten.

Quelle: Rentenanpassungsverordnungen

Bemessungswerte der RV

Beitragssätze zur Sozialversicherung

Jahr	Beitragssätze zur Sozialversicherung					
	Rentenversicherung		Kranken- versi- cherung ¹	Arbeits- losenversi- cherung	Pflegever- sicherung ²	Insges- amt ³
	allg. RV	KnV				
Alte Bundesländer (bis 1990) bzw. Deutschland (ab 1991)						
1957	14,00	23,50	7,80	2,00	x	23,80
1960	14,00	23,50	8,40	2,00	x	24,40
1965	14,00	23,50	9,80	1,30	x	25,10
1970	17,00	23,50	8,20	1,30	x	26,50
1975	18,00	23,50	10,50	2,00	x	30,50
1980	18,00	23,50	11,40	3,00	x	32,40
1981	18,50	24,00	11,80	3,00	x	33,30
1982	18,00	23,50	12,00	4,00	x	34,00
1983 bis 31.8. ab 1.9.	18,00	23,50	11,80	4,60	x	34,40
	18,50	24,00	11,80	4,60	x	34,90
1984	18,50	25,25	11,40	4,60	x	34,50
1985 bis 31.5. ab 1.6.	18,70	24,45	11,80	4,40	x	34,90
	19,20	24,95	11,80	4,10	x	35,10
1986	19,20	24,95	12,20	4,00	x	35,40
1987	18,70	24,45	12,60	4,30	x	35,60
1988	18,70	24,45	12,90	4,30	x	35,90
1989	18,70	24,45	12,90	4,30	x	35,90
1990	18,70	24,45	12,78	4,30	x	35,78
1991 bis 31.3. ab 1.4.	18,70	24,45	12,36	4,30	x	35,36
	17,70	23,45	12,36	6,80	x	36,86
1992	17,70	23,45	12,71	6,30	x	36,71
1993	17,50	23,25	13,22	6,50	x	37,22
1994	19,20	25,50	13,17	6,50	x	38,87
1995	18,60	24,70	13,15	6,50	1,00	39,25
1996 bis 30.6. ab 1.7.	19,20	25,50	13,48	6,50	1,00	40,18
	19,20	25,50	13,48	6,50	1,70	40,88
1997	20,30	26,90	13,58	6,50	1,70	42,08
1998	20,30	26,90	13,62	6,50	1,70	42,12
1999 bis 31.3. ab 1.4.	20,30	26,90	13,60	6,50	1,70	42,10
	19,50	25,90	13,60	6,50	1,70	41,30
2000	19,30	25,60	13,57	6,50	1,70	41,07
2001	19,10	25,40	13,58	6,50	1,70	40,88
2002	19,10	25,40	13,98	6,50	1,70	41,28
2003	19,50	25,90	14,31	6,50	1,70	42,01
2004	19,50	25,90	14,22	6,50	1,70	41,92
2005	19,50	25,90	13,73	6,50	1,70	41,43
2006	19,50	25,90	14,21	6,50	1,70	41,91
2007	19,90	26,40	14,80	4,20	1,70	40,60
2008 bis 30.6. ab 1.7.	19,90	26,40	14,86	3,30	1,70	39,76
	19,90	26,40	14,86	3,30	1,95	40,01
2009 bis 30.6. ab 1.7.	19,90	26,40	15,50	2,80	1,95	40,15
	19,90	26,40	14,90	2,80	1,95	39,55
2010	19,90	26,40	14,90	2,80	1,95	39,55
2011	19,90	26,40	15,50	3,00	1,95	40,35
2012	19,60	26,00	15,50	3,00	1,95	40,05
2013	18,90	25,10	15,50	3,00	2,05	39,45
2014	18,90	25,10	15,50	3,00	2,05	39,45

¹ bis 1989 Jahresdurchschnitt; ab 1990 jeweils durchschnittlicher ("Allgemeiner") Beitragssatz am 1. Januar,

Ab dem 1.7.2005 ist ein Zusatzbeitrag in Höhe von 0,9% - allein vom Arbeitnehmer - zu zahlen, der im ausgewiesenen Beitragssatz zur gesetzlichen Krankenversicherung (KV) enthalten ist.

Ab dem 1.1.2009 gilt ein einheitlicher Beitragssatz in der KV, der den allein vom Arbeitnehmer zu tragenden Anteil von 0,9 % enthält.

² ab 2005 erhöht sich der hier dargestellte Beitragssatz für Kinderlose um 0,25 %

³ unter Berücksichtigung des Beitragssatzes der allg. RV, ohne Zusatzbeitrag zur PV für Kinderlose in Höhe von 0,25 %

Quelle: BMAS, BMG, Deutsche Rentenversicherung Bund

Bemessungswerte der RV Beitragsätze zur KVdR und PVdR

Jahr	ab/am	Eigenanteil des Rentners		Beitragszuschuss der RV		Beitragsatz KVdR ¹ und PVdR ²	
		zu KVdR ¹ und PVdR ^{2,3}		zu KVdR ¹ und PVdR ^{2,3}			
		- in v.H. -					
		West	Ost	West	Ost	West	Ost
1983	1.7.	1,00	x	10,80	x	11,80	x
1984	1.7.	3,00	x	8,80	x	11,80	x
1985	1.7.	4,50	x	7,30	x	11,80	x
1986	1.7.	5,20	x	6,60	x	11,80	x
1987	1.7.	5,90	x	5,90	x	11,80	x
1988	1.7.	5,90	x	5,90	x	11,80	x
1989	1.7.	6,45	x	6,45	x	12,90	x
1990	1.7.	6,40	x	6,40	x	12,80	x
1991	1.7.	6,10	x	6,10	x	12,20	x
1992	1.1.	6,10	6,40	6,10	6,40	12,20	12,80
	1.7.	6,25	6,35	6,25	6,35	12,50	12,70
1993	1.7.	6,70	6,25	6,70	6,25	13,40	12,50
1994	1.7.	6,70	6,50	6,70	6,50	13,40	13,00
1995	1.1.	7,20	7,00	7,20	7,00	14,40	14,00
	1.7.	7,10	6,90	7,10	6,90	14,20	13,80
1996	1.7.	7,55	7,50	7,55	7,50	15,10	15,00
1997	1.7.	7,50	7,70	7,50	7,70	15,00	15,40
1998	1.7.	7,65	7,85	7,65	7,85	15,30	15,70
1999	1.7.	7,60	7,80	7,60	7,80	15,20	15,60
2000	1.7.	7,60	7,75	7,60	7,75	15,20	15,50
2001	1.7.	7,60	7,60	7,60	7,60	15,20	15,20
2002	1.7.	7,85	7,85	7,85	7,85	15,70	15,70
2003	1.7.	8,00	8,00	8,00	8,00	16,00	16,00
2004 ³	1.4.	8,85	8,85	7,15	7,15	16,00	16,00
	1.7.	8,85	8,85	7,15	7,15	16,00	16,00
2005 ³	1.1.	8,85	8,85	7,15	7,15	16,00	16,00
	^{3,4} 1.7.	9,25	9,25	6,65	6,65	15,90	15,90
2006 ^{3,4}	1.1.	9,25	9,25	6,65	6,65	15,90	15,90
	^{3,4} 1.7.	9,25	9,25	6,65	6,65	15,90	15,90
2007 ^{3,4}	1.1.	9,25	9,25	6,65	6,65	15,90	15,90
2007 ^{3,4}	1.7.	9,55	9,55	6,95	6,95	16,50	16,50
2008 ^{3,4}	1.7.	9,85	9,85	7,00	7,00	16,85	16,85
2009 ^{3,5}	1.1.	10,15	10,15	7,30	7,30	17,45	17,45
2009 ^{3,5}	1.7.	9,85	9,85	7,00	7,00	16,85	16,85
2010 ^{3,5}	1.1.	9,85	9,85	7,00	7,00	16,85	16,85
2011 ^{3,5}	1.1.	10,15	10,15	7,30	7,30	17,45	17,45
2012 ^{3,5}	1.1.	10,15	10,15	7,30	7,30	17,45	17,45
2013 ^{3,5}	1.1.	10,25	10,25	7,30	7,30	17,55	17,55
2014 ^{3,5}	1.1.	10,25	10,25	7,30	7,30	17,55	17,55

¹ Ab 01.07.97 durchschnittlicher allgemeiner Beitragssatz der KV; pflichtversicherte Rentner

zahlen ab 01.07.97 Beiträge auf Basis eines krankenkassenindividuellen Beitragssatzes, hier: Beitragssatz für Berechnungen des Beitragszuschusses für privat Versicherte nach § 106 Abs. 3 SGB VI i.d.F. bis 31.12.2008; ab 2009 vgl. Fußnote 6

² Beitragssatz zur PVdR 01.01.1995-30.06.1996: 1,0 %; ab 01.07.1996: 1,7 %; ab 01.07.2008: 1,95 %; ab 01.01.2013: 2,05 %, ab 01.01.2005 für Kinderlose: 1,95 %; ab 01.07.2008 für Kinderlose: 2,20 %, ab 01.01.2013 für Kinderlose: 2,30 %

³ Ab dem 01.04.2004 entfällt der Zuschuss der Rentenversicherung zur Pflegeversicherung der Rentner (PVdR); Vom 01.04.2004-31.12.2008 gilt für KVdR-pflichtige für die Bemessung der Beiträge aus Renten der gRV die Beitragssatzveränderung vor 3 Monaten: "Beitragssatzveränderungen gelten jeweils vom ersten Tag des dritten auf die Veränderung folgenden Kalendermonats; ab dem 01.01.2009 vgl. Fußnote 6

⁴ Ab dem 01.07.2005 ist von allen Mitgliedern der gesetzlichen Krankenversicherung ein Zusatzbeitrag in Höhe von 0,9 % zu zahlen, der hier ausgewiesen wird. Im Gegenzug waren die Krankenkassen verpflichtet, vom gleichen Zeitpunkt an die krankenkassenindividuellen Beitragssätze um 0,9 % abzuskenken.

⁵ Ab dem 01.01.2009 gibt es einen allgemeinen (einheitlichen) KV-Beitragssatz. Dieser enthält den Anteil von 0,9 %, den das KV-Mitglied allein zu tragen hat. Dieser Beitragssatz ist auch für die KVdR maßgeblich.

Quelle: Bundesanzeiger, Deutsche Rentenversicherung Bund

Bemessungswerte der RV

Beitragsbemessungsgrenzen

Jahr	monatliche Beitragsbemessungsgrenzen					Entgeltgrenze für geringfügige Beschäftigung
	Rentenversicherung		Krankenversicherung	Arbeitslosenversicherung	Pflegeversicherung	
	- in DM/€ -					
Alte Bundesländer						
1957	750	1.000	660	750	x	93,75
1960	850	1.000	660	750	x	106,25
1965	1.200	1.500	900	750	x	150,00
1970	1.800	2.100	1.200	1.800	x	225,00
1975	2.800	3.400	2.100	2.800	x	350,00
1980	4.200	5.100	3.150	4.200	x	390,00
1985	5.400	6.700	4.050	5.400	x	400,00
1990	6.300	7.800	4.725	6.300	x	470,00
1995	7.800	9.600	5.850	7.800	5.850	580,00
1996	8.000	9.800	6.000	8.000	6.000	590,00
1997	8.200	10.100	6.150	8.200	6.150	610,00
1998	8.400	10.300	6.300	8.400	6.300	620,00
1999	8.500	10.400	6.375	8.500	6.375	630,00
2000	8.600	10.600	6.450	8.600	6.450	630,00
2001	8.700	10.700	6.525	8.700	6.525	630,00
2002 ¹	4.500	5.550	3.375	4.500	3.375	325,00
2003 bis 31.3. ab 1.4.	5.100	6.250	3.450	5.100	3.450	325,00
	5.100	6.250	3.450	5.100	3.450	400,00
	5.150	6.350	3.488	5.150	3.488	400,00
2004	5.150	6.350	3.488	5.150	3.488	400,00
2005	5.200	6.400	3.525	5.200	3.525	400,00
2006	5.250	6.450	3.562,5	5.250	3.562,5	400,00
2007	5.250	6.450	3.562,5	5.250	3.562,5	400,00
2008	5.300	6.550	3.600	5.300	3.600	400,00
2009	5.400	6.650	3.675	5.400	3.675	400,00
2010	5.500	6.800	3.750	5.500	3.750	400,00
2011	5.500	6.750	3.712,5	5.500	3.712,5	400,00
2012	5.600	6.900	3.825	5.600	3.825	400,00
2013	5.800	7.100	3.937,5	5.800	3.937,5	450,00
2014	5.950	7.300	4.050	5.950	4.050	450,00
Neue Bundesländer						
1990 ² ab 1.7.	2.700	2.700	2.025	2.700	x	x
1995	6.400	7.800	4.800	6.400	4.800	470,00
1996	6.800	8.400	5.100	6.800	5.100	500,00
1997	7.100	8.700	5.325	7.100	5.325	520,00
1998	7.000	8.600	5.250	7.000	5.250	520,00
1999	7.200	8.800	5.400	7.200	5.400	630,00
2000	7.100	8.700	5.325	7.100	5.325	630,00
2001	7.300	9.000	6.525	7.300	6.525	630,00
2002 ¹	3.750	4.650	3.375	3.750	3.375	325,00
2003 bis 31.3. ab 1.4.	4.250	5.250	3.450	4.250	3.450	325,00
	4.250	5.250	3.450	4.250	3.450	400,00
	4.350	5.350	3.488	4.350	3.488	400,00
2004	4.350	5.350	3.488	4.350	3.488	400,00
2005	4.400	5.400	3.525	4.400	3.525	400,00
2006	4.400	5.400	3.562,5	4.400	3.562,5	400,00
2007	4.550	5.550	3.562,5	4.550	3.562,5	400,00
2008	4.500	5.550	3.600	4.500	3.600	400,00
2009	4.550	5.600	3.675	4.550	3.675	400,00
2010	4.650	5.700	3.750	4.650	3.750	400,00
2011	4.800	5.900	3.712,5	4.800	3.712,5	400,00
2012	4.800	5.900	3.825	4.800	3.825	400,00
2013	4.900	6.050	3.937,5	4.900	3.937,5	450,00
2014	5.000	6.150	4.050	5.000	4.050	450,00

¹ Ab 2002 in €, bis 2001 in DM² Werte laut Gesetz über die Sozialversicherung - SVG - v. 28.6.1990 (GBl. I S. 486) der DDR

Hinweis: Nach dem Entwurf der SV-Rechengrößenverordnung 2015 (Stand 09.2014), ergeben sich folgende Werte:

2015 KV/PV: 4.125 Euro, ALoV wie allg.RV, allg. RV: 6.050 €, KnV: 7.450 €,

allg. RV Ost: 5.200 €, KnV Ost: 6.350 €.

Quelle: BMAS

Bemessungswerte der RV

Jährliche Höchstwerte an Entgeltpunkten

Zeitraum		Allgemeine Rentenversicherung		Knappschaftliche Rentenversicherung	
von	bis	Arbeiter	Angestellten		
01.01.1935	31.12.1935	1,2482	4,2553		
01.01.1940	31.12.1940	1,4360	3,3395		
01.01.1945	31.12.1945	2,0247	4,0495		2,6997
01.01.1950	31.12.1950		2,2778		2,6574
01.01.1955	31.12.1955		1,9789		2,6385
01.01.1960	31.12.1960		1,6719		1,9669
01.01.1965	31.12.1965		1,5603		1,9504
01.01.1970	31.12.1970		1,6188		1,8886
01.01.1971	31.12.1971		1,5270		1,8485
01.01.1972	31.12.1972		1,5427		1,8365
01.01.1973	31.12.1973		1,5086		1,8366
01.01.1974	31.12.1974		1,4720		1,8252
01.01.1975	31.12.1975		1,5407		1,8709
01.01.1976	31.12.1976		1,5942		1,9541
01.01.1977	31.12.1977		1,6356		2,0204
01.01.1978	31.12.1978		1,6919		2,1035
01.01.1979	31.12.1979		1,7338		2,0805
01.01.1980	31.12.1980		1,7093		2,0756
01.01.1981	31.12.1981		1,7087		2,0971
01.01.1982	31.12.1982		1,7517		2,1616
01.01.1983	31.12.1983		1,8022		2,1987
01.01.1984	31.12.1984		1,8197		2,2396
01.01.1985	31.12.1985		1,8364		2,2785
01.01.1986	31.12.1986		1,8347		2,2606
01.01.1987	31.12.1987		1,8131		2,2584
01.01.1988	31.12.1988		1,8511		2,2522
01.01.1989	31.12.1989		1,8271		2,2465
01.01.1990	31.12.1990		1,8023		2,2314
		endgültige	vorläufige	endgültige	vorläufige
01.01.1991	31.12.1991	1,7559	1,7761	2,1611	2,1859
01.01.1992	31.12.1992	1,7428	1,7782	2,1529	2,1966
01.01.1993	31.12.1993	1,7933	1,7397	2,2168	2,1505
01.01.1994	31.12.1994	1,8558	1,7580	2,2954	2,1744
01.01.1995	31.12.1995	1,8474	1,8363	2,2738	2,2601
01.01.1996	31.12.1996	1,8577	1,8784	2,2756	2,3010
01.01.1997	31.12.1997	1,8871	1,8288	2,3244	2,2525
01.01.1998	31.12.1998	1,9046	1,8755	2,3354	2,2997
01.01.1999	31.12.1999	1,9063	1,9216	2,3324	2,3511
01.01.2000	31.12.2000	1,9021	1,8931	2,3444	2,3334
01.01.2001	31.12.2001	1,8908	1,9092	2,3254	2,3480
01.01.2002	31.12.2002	1,8864	1,8935	2,3266	2,3354
01.01.2003	31.12.2003	2,1149	2,0937	2,5917	2,5659
01.01.2004	31.12.2004	2,1266	2,1000	2,6222	2,5894
01.01.2005	31.12.2005	2,1368	2,1103	2,6300	2,5973
01.01.2006	31.12.2006	2,1360	2,1499	2,6243	2,6413
01.01.2007	31.12.2007	2,1034	2,1365	2,5842	2,6248
01.01.2008	31.12.2008	2,0767	2,1141	2,5665	2,6127
01.01.2009	31.12.2009	2,1242	2,0985	2,6159	2,5843
01.01.2010	31.12.2010	2,1192	2,0623	2,6201	2,5498
01.01.2011	31.12.2011	2,0561	2,1805	2,5234	2,6761
01.01.2012	31.12.2012	2,0362	2,0711	2,5089	2,5519
01.01.2013	31.12.2013		2,0428		2,5007
01.01.2014	31.12.2014		2,0484		2,5131

Hinweis: Mit den Werten des Entwurfs der SV-Rechengrößenverordnung 2015 (Stand 09.2014)

ergeben sich: 2015 vorläufig: allg. RV: 2,0743, KnV: 2,5544

2013 endgültig: allg. RV: 2,0678, KnV: 2,5313.

Quelle: Anlage 2b des SGB VI

Bemessungswerte der RV

Weitere Bemessungswerte

Jahr	Kinder- zuschuss monatlich ¹ allg. RV	Mindest- beitrag	Höchstbeitrag				Regel- beitrag für versiche- rungs- pflichtige Selbst- ständige ²	
			Pflichtversicherte		freiwillig Versicherte			
			bis 1967 Klasse, ab 1968 Be- messungs- grenze	Monats- beitrag	bis 1967 Klasse, ab 1968 Be- messungs- grenze	Monats- beitrag		
	in DM/€	in DM/€	in DM/€	in DM/€	in DM/€	in DM/€	DM/€	
Alte Bundesländer								
1957	35,70	14,00	XVI	105,00	H	105,00	x	
1960	42,30	14,00	XVIII	119,00	K	119,00	x	
1965	60,70	14,00	XXV	168,00	R	168,00	91,00	
1970	86,00	17,00	1.800	306,00	1.800	306,00	153,00	
1975	137,70	18,00	2.800	504,00	2.800	504,00	288,00	
1980	152,90	72,00	4.200	756,00	4.200	756,00	394,00	
1985	152,90	87,00	5.400	1010,00	5.400	1010,00	519,00	
1990	152,90	103,00	6.300	1178,00	6.300	1178,00	606,00	
1992	152,90	88,50	6.800	1204,00	6.800	1204,00	620,00	
1995	152,90	107,88	7.800	1450,80	7.800	1450,80	755,16	
1996	152,90	113,28	8.000	1536,00	8.000	1536,00	792,96	
1997	152,90	123,83	8.200	1664,60	8.200	1664,60	866,81	
1998	152,90	125,86	8.400	1705,20	8.400	1705,20	881,20	
1999	bis 31.3. ab 1.4.	152,90	127,89	8.500	1725,50	8.500	1725,50	895,23
		152,90	122,85	8.500	1657,50	8.500	1657,50	859,95
2000		152,90	121,59	8.600	1659,80	8.600	1659,80	864,64
2001		152,90	120,33	8.700	1661,70	8.700	1661,70	855,68
2002 ⁴		78,18	62,08	4.500	859,50	4.500	859,50	447,90
2003	bis 31.3. ab 1.4.	78,18	63,38	5.100	994,50	5.100	994,50	464,10
		78,18	78,00	5.100	994,50	5.100	994,50	464,10
2004		78,18	78,00	5.150	1004,26	5.150	1004,25	470,93
2005		78,18	78,00	5.200	1014,00	5.200	1014,00	470,93
2006		78,18	78,00	5.250	1023,76	5.250	1023,75	477,75
2007		78,18	79,60	5.250	1044,76	5.250	1044,75	487,55
2008		78,18	79,60	5.300	1054,70	5.300	1054,70	494,52
2009		78,18	79,60	5.400	1074,60	5.400	1074,60	501,48
2010		78,18	79,60	5.500	1094,50	5.500	1094,50	508,45
2011		78,18	79,60	5.500	1094,50	5.500	1094,50	508,45
2012		78,18	78,40	5.600	1097,60	5.600	1097,60	514,50
2013		78,18	85,05	5.800	1096,20	5.800	1096,20	509,36
2014		78,18	85,05	5.950	1124,56	5.950	1124,55	522,59
Neue Bundesländer								
1992	x	88,50/53,10 ³	4.800	850,00	6.800	1204,00	371,70	
1995	x	107,88/87,42 ³	6.400	1190,40	7.800	1450,80	611,94	
1996	x	113,28/96,00 ³	6.800	1305,60	8.000	1536,00	672,00	
1997	x	123,83/105,56 ³	7.100	1441,30	8.200	1664,60	738,92	
1998	x	125,86/105,56 ³	7.000	1421,00	8.400	1705,20	738,92	
1999	bis 31.3. ab 1.4.	x	127,89/107,59 ³	7.200	1461,60	8.500	1725,50	753,13
		x	122,85	7.200	1404,00	8.500	1657,50	723,45
2000		x	121,59	7.100	1370,30	8.600	1659,80	702,52
2001		x	120,33	7.300	1394,30	8.700	1661,70	721,98
2002 ⁴		x	62,08	3.750	716,26	4.500	859,50	374,36
2003	bis 31.3. ab 1.4.	x	63,38	4.250	828,76	5.100	994,50	389,03
		x	78,00	4.250	828,76	5.100	994,50	389,03
2004		x	78,00	4.350	848,26	5.150	1004,25	395,85
2005		x	78,00	4.400	858,00	5.200	1014,00	395,85
2006		x	78,00	4.400	858,00	5.250	1023,75	402,68
2007		x	79,60	4.550	905,46	5.250	1044,75	417,90
2008		x	79,60	4.500	895,50	5.300	1054,70	417,90
2009		x	79,60	4.550	905,46	5.400	1074,60	424,87
2010		x	79,60	4.650	925,36	4.650	1094,50	431,83
2011		x	79,60	4.800	955,20	4.800	1094,50	445,76
2012		x	78,40	4.800	955,20	4.800	1097,60	439,04
2013		x	85,05	4.900	926,10	4.900	1096,20	429,98
2014		x	85,05	5.000	945,00	5.000	1124,55	443,21

¹ bis 1983; ab 1984 nur, wenn 1983 Anspruch bestand² bis 1991 Einheitspflichtbeitrag für selbstständige Handwerker³ Besonderer Mindestbeitrag⁴ Ab 2002 in €; bis 2001 in DM

Hinweis: Z.Zt. der Drucklegung lagen noch keine Informationen über die Höhe des Beitragssatzes ab 2015 vor.

Quelle: BMAS, Deutsche Rentenversicherung Bund

Bemessungswerte der RV

Historische Beitragssätze zur Sozialversicherung

Jahr	Beitragssätze zur Sozialversicherung			
	Rentenversicherung			
	allg. RV		KnV ²	
	ArV	AnV	Arb.	Ang.
- in v.H. -				
Alte Bundesländer				
1891	1,7	x	x	x
1895	1,7	x	x	x
1900	1,7	x	x	x
1905	1,7	x	x	x
1910	1,7	x	x	x
1911	1,7	x	x	x
1912	2,1	x	x	x
1913	2,1	5,3	x	x
1914	2,1	5,3	x	x
1915	2,1	5,3	x	x
1916	2,1	5,3	x	x
1917	2,6	5,3	x	x
1918	2,6	5,3	x	x
1919	2,6	5,3	x	x
1920	2,6	5,3	x	x
1921	2,6	5,3	x	x
1922	2,6	5,3	x	x
1923	2,6	5,3	x	x
1924	2,7	3,0	11,6	10,0
1925	4,1	4,0	10,7	6,5
1926	4,1	4,0	11,0	9,3
1927	5,0	4,0	10,6	12,3
1928	5,0	4,0	10,6	12,3
1929	5,0	4,0	8,5	10,3
1930	5,0	4,0	8,5	10,3
1931	5,0	4,0	9,8	10,9
1932	5,0	4,0	9,8	10,9
1933	5,0	4,0	9,8	10,9
1934	5,0	4,0	9,8	10,9
1935	5,0	4,0	9,8	10,9
1936	5,0	4,0	9,8	10,9
1937	5,0	4,0	9,8	10,9
1938	5,0	4,0	9,0	16,0
1939	5,0	4,0	9,0	16,0
1940	5,0	4,0	9,0	16,0
1941	5,0	4,0	9,0	16,0
1942 bis 30.6. ab 1.7.	5,0	4,0	18,5	21,5
1942	5,6		18,5	21,5
1943	5,6		18,5	21,5
1944	5,6		18,5	21,5
1945	5,6		18,5	21,5
1946	5,6		18,5	21,5
1947	5,6		18,5	21,5
1948	5,6		18,5	21,5
1949 bis 31.5. ab 1.6.	5,6		18,5	21,5
1949	10,0		22,50	
1950	10,0		22,50	
1951	10,0		22,50	
1952	10,0		22,50	
1953	10,0		22,50	
1954	10,0		22,50	
1955	10,0		22,50	
1956	11,0		22,50	

¹ Ab 1.7.1942 wurde für Pflichtversicherte das Lohnabzugsverfahren eingeführt, so dass ab diesem Zeitpunkt nur noch freiwillig Versicherte und pflichtversicherte Selbstständige ihre Beiträge im Markenverfahren entrichteten.

² In der Knappschaft wird der Beitrag in der Regel zu zwei Dritteln vom Arbeitgeber und zu einem Drittel vom Arbeitnehmer getragen.

Erst ab 1924 wurde mit dem RKG eine einheitliche Regelung für die Knappschaftsversicherung eingeführt.

Für die Zeiten vorher erfolgen deshalb hier keine Angaben. Es gab vorher den AGB

(allgem. Knappschaftsverband und das preuß. Knappschaftsgesetz).

Die Beitragssätze in der ArV vor 1927, in der AnV vor 1942 und in der KnV vor 1938 stellen Durchschnittswerte aus den Beitragssätzen für die einzelnen Lohn- und Gehaltsklassen dar.

Zu diesen Klassen vgl. Anlagen 3 bis 7 SGB VI.

Quelle: BMAS

Renten Anpassungen durch Gesetz und Verordnungen (RAV und RWBestV) seit 2005

Jahr / Gebiet	Faktor 1 (Löhne)	davon Faktor 1 zerlegt: Sp.(3) * Sp.(4): Veränd. Faktor der un- Entgelt- korrig. BE korrektur (1/"Beta") ¹	Faktor 2 (Beiträge und Altersvor- sorge)	Faktor 3 (Nach- haltig-keit)	aRW alt	neu (rein rechn.)
2005	(RWBestV 2005 ²)					
West	1,0012 0,12	---	---	0,9938 -0,62	0,9939 -0,61	26,13 25,84
Ost	1,0021 0,21	---	---	0,9938 -0,62	0,9939 -0,61	22,97 22,74
2006	(Aussetzung durch Gesetz ³)					
West	1,0048 0,48	1,0060 0,60	0,99881 -0,12	0,9937 -0,63	0,9952 -0,48	26,13 25,96
Ost	1,0081 0,81	1,0151 1,51	0,99309 -0,69	0,9937 -0,63	0,9952 -0,48	22,97 22,90
2007	RWBestV 2007 (BR-Drs. 280/07 v. 27.04.07)					
West	1,0098 0,98	1,0091 0,91	1,00077 0,08	0,9937 -0,63	1,0019 0,19	26,13 26,27
Ost	1,0049 0,49	1,0090 0,90	0,99600 -0,40	0,9937 -0,63	1,0019 0,19	22,97 22,98
2008	Gesetz zur Renten Anpassung 2008 (BT-Drs. 16/874) ⁴					
West	1,0140 1,40	1,0157 1,57	0,99834 -0,17	0,9949 -0,51	1,0022 0,22	26,27 26,56
Ost	1,0054 0,54	1,0154 1,54	0,99012 -0,99	0,9949 -0,51	1,0022 0,22	23,09 23,15
2009	RWBestV 2009 (BR-Drs. 380/09 v. 22.04.09)					
West	1,0208 2,08	1,0233 2,33	0,99759 -0,24	1,0000 0,00	1,0031 0,31	26,56 27,20
Ost	1,0305 3,05	1,0314 3,14	0,99906 -0,09	1,0000 0,00	1,0031 0,31	23,34 24,13
2010	RWBestV 2010 (BR-Drs. 236/10 v. 23.04.10) ⁵					
West	0,9904 -0,96	0,9937 -0,63	0,99666 -0,33	0,9936 -0,64	0,9949 -0,51	27,20 26,63
Ost	1,0061 0,61	1,0119 1,19	0,99434 -0,57	0,9936 -0,64	0,9949 -0,51	24,13 24,00
2011	RWBestV 2011 (BR-Drs. 203/11 v. 13.04.11)					
West	1,0310 3,10	1,0229 2,29	1,00792 0,79	0,9936 -0,64	0,9954 -0,46	27,20 27,74
Ost	1,0255 2,55	1,0231 2,31	1,00229 0,23	0,9936 -0,64	0,9954 -0,46	24,13 24,47
2012	RWBestV 2012 (BR-Drs. 221/12 v. 19.04.12) ⁶					
West	1,0295 2,95	1,0366 3,66	0,99308 -0,69	0,9935 -0,65	1,0209 2,09	27,47 28,68
Ost	1,0228 2,28	1,0198 1,98	1,00298 0,30	0,9935 -0,65	1,0209 2,09	24,37 25,28
2013	RWBestV 2013 (BR-Drs. 287/13 v. 17.04.13)					
West	1,0150 1,50	1,0317 3,17	0,98378 -1,62	0,9974 -0,26	0,9928 -0,72	28,07 28,21
Ost	1,0432 4,32	1,0319 3,19	1,01097 1,10	0,9974 -0,26	0,9928 -0,72	24,92 25,74
2014	RWBestV 2014 (BR-Drs. 187/14 v. 30.04.14) ⁶					
West	1,0138 1,38	1,0218 2,18	0,99215 -0,78	1,0092 0,92	0,9981 -0,19	28,14 28,74
Ost	1,0178 1,78	1,0236 2,36	0,99427 -0,57	1,0092 0,92	0,9981 -0,19	25,74 26,39

Aus Platzgründen erfolgt die Darstellung der Erläuterungen und Fußnoten auf der Folgeseite.

Höhe der aktuellen Rentenwerte (aRW), der Anpassung (Anp.) der Faktoren, der rechnerischen (rechn.) aRW, Anwendung der Schutzklauseln (Schutzkl.), Ausgleichsbedarf und seine Veränderung, Anpassungsfaktor.

Schutzkl. "Faktoren" (ab 2005) oder ab 2010 "Garantie- klausel"?	Rechn. Anp. vor Berücksichtigung von Ausgleichs- bedarf	Hältiger Anpas- sungs- faktor (ab 2011 eingeführt)	Rechn. Anp. vor der Prüfung der Schutzkl. Ost	Schutzkl. Ost (Anzu- wenden?)	aRW end- gültig (An- passungs- satz in %)	Laufende Veränderung des Ausgl.- bedarfs	Ausgl. Bedarf (ab der Anpassung, kumuliert)
ja	0,9889 -1,11	---	26,13 0,00	X	26,13 0,00	0,9889 -1,11	0,9889 -1,11
ja	0,9900 -1,00	---	22,97 0,00	entfällt	22,97 0,00	0,9900 -1,00	0,9900 -1,00
ja	0,9935 -0,65	---	26,13 0,00	X	26,13 0,00	0,9935 -0,65	0,9825 -1,75
ja	0,9970 -0,30	---	22,97 0,00	entfällt	22,97 0,00	0,9970 -0,30	0,9870 -1,30
nein	1,0054 0,54	---	26,27 0,54	X	26,27 0,54	1,0000 0,00	0,9825 -1,75
nein	1,0004 0,04	---	22,98 0,04	ja	23,09 0,54	1,0000 0,00	0,9870 -1,30
nein	1,0110 1,10	---	26,56 1,10	X	26,56 1,10	1,0000 0,00	0,9825 -1,75
nein	1,0026 0,26	---	23,15 0,26	ja	23,34 1,10	1,0000 0,00	0,9870 -1,30
nein	1,0241 2,41	---	27,20 2,41	X	27,20 2,41	1,0000 0,00	0,9825 -1,75
nein	1,0338 3,38	---	24,13 3,38	nein	24,13 3,38	1,0000 0,00	0,9870 -1,30
ja	0,9790 -2,10	---	26,63 -2,10	X	27,20 0,00	0,9790 -2,10	0,9619 -3,81
ja	0,9946 -0,54	---	24,13 0,00	nein	24,13 0,00	0,9946 -0,54	0,9817 -1,83
nein	1,0199 1,99	1,0100 1,00	27,47 0,99	X	27,47 0,99	1,0100 1,00	0,9715 -2,85
nein	1,0141 1,41	1,0071 0,71	24,30 0,70	ja	24,37 0,99	1,0041 0,41	0,9857 -1,43
nein	1,0440 4,40	1,0220 2,20	28,07 2,18	X	28,07 2,18	1,0220 2,20	0,9929 -0,71
nein	1,0373 3,73	1,0187 1,87	24,82 1,87	nein	24,92 2,26	1,0143 1,43	1,0000 0,00
nein	1,0050 0,50	1,0025 0,25	28,14 0,25	X	28,14 0,25	1,0025 0,25	0,9954 -0,46
nein	1,0329 3,29	---	25,74 3,29	nein	25,74 3,29	1,0000 0,00	1,0000 0,00
nein	1,0213 2,13	1,0107 1,07	28,44 1,07	X	28,61 1,67	1,0046 0,46	1,0000 0,00
nein	1,0253 2,53	---	26,39 2,53	nein	26,39 2,53	1,0000 0,00	1,0000 0,00

Erläuterungen und Fußnoten zur Tabelle Rentenanpassungen

Erläuterungen zur vorstehenden Tabelle:

In dieser Form ist die Rentenanpassung erst ab 2005 darstellbar. Zu früheren Verfahren vgl. bspw. Steffen, Rentenanpassung in der Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten 1957 bis 1994, Bremen: 1994 sowie ders., Die Rentenanpassungsformel 1992 bis 2005. Von der Nettoquote über Demographiefaktor bis zum Nachhaltigkeitsfaktor, in: Mitt. der bay. LVAen 6/2005, 263ff.

Bei den Faktorwerten steht jeweils eine Zeile tiefer der entsprechende Prozentwert. Welche Werte den Faktoren zugrundeliegen, kann der folgenden Tabelle "Basiswerte zur Bestimmung der Faktoren für die Rentenanpassung" entnommen werden.

Ein Strich "---" bedeutet, dass entweder diese Komponenten in dem Jahr noch nicht vorgesehen waren oder dass für die Felder in dem betreffenden Jahr keine Berechnung erforderlich war.

Ein "X" bedeutet, dass die jeweilige Größe in dem betreffenden Jahr noch nicht eingeführt war bzw. dass sie generell nicht anzuwenden ist.

Eingerahmte Spalten wurden bei den Werten für die Ausgleichsfaktoren und den Ausgleichsbedarf gesetzt, um die besondere Verfahrensweise zu kennzeichnen. Ab dem Jahr 2011 wurde der seit der Rentenanpassung des Jahres 2005 entstandene Ausgleichsbedarf abgebaut (vgl. §§ 68a Abs.3, §255a Abs. 4 SGB VI).

Fußnoten zur vorstehenden Tabelle:

- ¹ Als Faktor Entgeltkorrektur, der ab 2005 im Gesetz vorgesehen war und 2006 erstmals angewendet wurde, wird hier ein Faktor bezeichnet, mit dem die unkorrigierte Veränderung der Brutto-lohn- und -gehaltssumme (je Arbeitnehmer) des Vorjahres gegenüber dem Vorvorjahr zu multiplizieren ist. Im Gesetz wird dieser Begriff nicht verwendet; er ergibt sich als Zwischenergebnis. Der Faktor wird ungerundet gerechnet. "Beta" wird im Beispiel der Tabelle "Basiswerte zur Bestimmung der Faktoren für die Rentenanpassung seit 2005" beschrieben.
- ² Die Rentenanpassung 2005 wurde zwar nicht ausgesetzt, wegen der Anwendung der Schutzklausel "Faktoren" gab es jedoch im Ergebnis eine Nullanpassung. Die hier genannten Werte wurden auch zur Ermittlung des Ausgleichsfaktors und damit zugleich des Ausgleichsbedarfs für 2005 verwendet.
- ³ Die dargestellten Werte einer hypothetischen Rentenanpassung basieren auf dem Datenstand April 2006 der VGR und Schätzwerten der anpassungsrelevanten Daten der Rentenversicherung; letztere wurden wegen der Aussetzung der Anpassung durch das Weitergeltungsgesetz erst mit der regelmäßigen Datenlieferung zur nächsten Rentenanpassung 2007 gemeldet.
- ⁴ Im Jahr 2008 wurde die Rentenwertbestimmung nicht durch Verordnung, sondern durch Gesetz geregelt. Die im Gesetz "vorgesehenen" Formeln wurden zwar angewendet, aber es wurde vorher beim Faktor 2 der Anstieg der "Riestertreppe" (§ 255e Abs. 3 SGB VI) für die Jahre 2008 und 2009 ausgesetzt und für die Jahre 2011 und 2012 verlängert.
- ⁵ Ab 2010 wurde eine umfassende Schutzklausel eingeführt (§§ 68a Abs. 1 i.V.m. § 255e Abs. 5 und §255a Abs. 1 SGB VI), die Garantieklausel genannt wird. Diese neue Schutzklausel verhindert jetzt auch, dass ein Rückgang der Löhne zu einer Minderung des aktuellen Rentenwertes führt. Nach der bisherigen Schutzklausel wäre dies möglich gewesen.
- ⁶ Mit der Anpassung 2012 wurde der Ausgleichsbedarf Ost und mit der Anpassung 2014 der Ausgleichsbedarf ("West") vollständig abgebaut.

Basiswerte zur Bestimmung der Faktoren für die Renten Anpassung seit 2005

(Diese Tabelle nimmt Bezug auf die voranstehende Tabelle "Rentenanpassungen durch Gesetze und Verordnungen")

RwertBV	Jahr	für Faktor 1 ("Löhne")				für Faktor 2 ("Beiträge+ Altersvor- sorge (AVA)"): hier nur AVA*	für Faktor 3 ("Nachhaltigkeit")		
		Brutto lohn- und -gehalts- summe je Arbeit- nehmer (BE ^{VGR})		Beitrags- pflichtige Bruttolöhne u. - gehälter je Arbeit- nehmer (Vers.-Entgelte, BE ^{RV})			Rentner- quotient	Äqui- valenz- rentner (ÄQR)	Äqui- valenz- beitrags- zahler (ÄQBZ)
		West	Ost	West	Ost	Gesamt	Gesamt		
2005	2002					0,5	0,5320	14.292 Tsd.	26.867 Tsd.
	2003					1,0	0,5450	14.405 Tsd.	26.431 Tsd.
	2004								
2006		ausgesetzt							
2007	2004	27.348	21.291	25.732	20.198				
	2005	27.481	21.575	25.877	20.385	1,5	0,5487	14.504 Tsd.	26.433 Tsd.
	2006	27.730	21.769			2,0	0,5446	14.561 Tsd.	26.735 Tsd.
2008	2005	27.481	21.575	25.877	20.385				
	2006	27.730	21.769	26.068	20.365	2,0	0,5446	14.561 Tsd.	26.735 Tsd.
	2007	28.166	22.104			2,0	0,5397	14.592 Tsd.	27.037 Tsd.
2009	2006	27.730	21.769	26.068	20.365				
	2007	28.166	22.104	26.414	20.659	2,0	0,5397	14.592 Tsd.	27.037 Tsd.
	2008	28.822	22.799			2,0	0,5329	14.651 Tsd.	27.495 Tsd.
2010	2007	28.166	22.104	26.414	20.659				
	2008	28.822	22.799	26.939	21.188	2,0	0,5329	14.651 Tsd.	27.495 Tsd.
	2009	28.639	23.070			2,5	0,5438	14.700 Tsd.	27.032 Tsd.
2011	2008	28.822	22.799	26.939	21.188				
	2009	28.639	23.070	26.980	21.489	2,5	0,5438	14.700 Tsd.	27.032 Tsd.
	2010	29.294	23.603			3,0	0,5537	14.748 Tsd.	26.634 Tsd.
2012	2009	28.639	23.070	26.980	21.489				
	2010	29.294	23.603	27.406	22.051	3,0	0,5537	14.748 Tsd.	26.634 Tsd.
	2011	30.367	24.070			3,5	0,5075	14.755 Tsd.	29.076 Tsd.
2013	2010	29.294	23.603	27.406	22.051				
	2011	30.367	24.070	27.949	22.734	3,5	0,5075	14.755 Tsd.	29.076 Tsd.
	2012	31.330	24.837			4,0	0,5221	14.782 Tsd.	28.312 Tsd.
2014	2011	30.367	24.070	27.949	22.734				
	2012	31.330	24.837	28.609	23.324	4,0	0,5221	14.782 Tsd.	28.312 Tsd.
	2013	32.014	25.424			4,0	0,5261	14.764 Tsd.	28.063 Tsd.

Diese Tabelle "Basiswerte" vertieft die Informationen zur Renten Anpassung, indem sie die den Faktoren (s. hierzu bereits die Tabelle "Rentenanpassungen durch Gesetze und Verordnungen (RAV und RWBestV) seit 2005") ihrerseits zugrundeliegenden Werte dokumentiert. Zur Erklärung wie diese Basiswerte zur Ermittlung der Faktoren führen, ist hier unterhalb dieser Tabelle eingetragt, ein Berechnungs-Beispiel für ein einzelnes Jahr dargestellt.

Bruttolöhne jeweils in EUR.

Gesamt bedeutet, dass die Werte gleichermaßen für West und Ost gelten, wobei beim Faktor 3 im Vorfeld eine West-/Ostbetrachtung stattfindet (s. hierzu die jeweilige Rentenwertbestimmungsverordnung).

* Zu den Beitragssätzen der allg. RV (RVB) vgl. Tabelle "Bemessungswerte der RV - Beitragssätze zur Sozialversicherung".

Quelle: Rentenwertbestimmungsverordnungen bzw. Gesetze von 2005-2014; im Einzelnen vgl. Tabelle Rentenanpassungen

Beispiel zur Verwendung der vorstehenden Werte für die Berechnung der drei Faktoren für die Renten Anpassung anhand des Jahres (t) 2014 (WEST)	
Faktor 1 ("Löhne")	
Zwei Schritte: 1) Veränderung der für 2012 zugrunde gelegten VGR-Löhne durch die Entwicklung der beitragspflichtigen Entgelte (sog. "Beta-Faktor" = hier der "Doppelbruch")	
$BE^x_{t-2} = BE^{VGR}_{t-2} \times \frac{BE^{VGR}_{t-3}}{BE^{RV}_{t-2}} \times \frac{BE^{RV}_{t-3}}{BE^{RV}_{t-3}}$	$31.578 \text{ €} = 31.330 \text{ €} \times \frac{30.367 \text{ €}}{28.609 \text{ €}} \times \frac{27.949 \text{ €}}{27.949 \text{ €}}$
2) dann Faktor 1	$1,0138 = \frac{32.014 \text{ €}}{31.578 \text{ €}}$
Faktor 2 ("Beiträge und Altersvorsorge")	
$\text{Faktor 2} = \frac{100 - AVA_{t-1} - RVB_{t-1}}{100 - AVA_{t-2} - RVB_{t-2}}$	$1,0092 = \frac{100 - 4,0 - 18,9}{100 - 4,0 - 19,6}$
Faktor 3 ("Nachhaltigkeit")	
$\text{Faktor 3} = \left(1 - \frac{\frac{\dot{AQR}_{t-1}}{\dot{AQBZ}_{t-1}} - \frac{\dot{AQR}_{t-2}}{\dot{AQBZ}_{t-2}}}{\frac{\dot{AQR}_{t-1}}{\dot{AQBZ}_{t-1}}} \right) \times \alpha + 1$	$0,9981 = \left(1 - \frac{\frac{14.764}{28.063} - \frac{14.782}{28.312}}{\frac{14.764}{28.063}} \right) \times 0,25 + 1$

Preisniveau

Jahr	Verbraucherpreisindex für Deutschland	Veränderung in v.H.	Früheres Bundesgebiet ¹		Neue Länder und Berlin-Ost ¹
			Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	Preisindex für die Lebenshaltung von 4-Personen-Haushalten von Arbeitern und Angestellten mit mittlerem Einkommen	Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte
	2010 = 100		1995 = 100	1995 = 100	1995 = 100
1950	x	x	x	26,4	x
1951	x	x	x	28,4	x
1952	x	x	x	29,0	x
1953	x	x	x	28,5	x
1954	x	x	x	28,6	x
1955	x	x	x	29,0	x
1956	x	x	x	29,8	x
1957	x	x	x	30,4	x
1958	x	x	x	31,1	x
1959	x	x	x	31,3	x
1960	x	x	x	31,8	x
1961	x	x	x	32,6	x
1962	x	x	33,0	33,5	x
1963	x	x	34,0	34,5	x
1964	x	x	34,8	35,3	x
1965	x	x	35,9	36,5	x
1966	x	x	37,1	37,8	x
1967	x	x	37,8	38,4	x
1968	x	x	38,4	38,8	x
1969	x	x	39,1	39,6	x
1970	x	x	40,5	40,9	x
1971	x	x	42,6	43,0	x
1972	x	x	44,9	45,3	x
1973	x	x	48,1	48,4	x
1974	x	x	51,4	51,7	x
1975	x	x	54,5	54,8	x
1976	x	x	56,8	57,2	x
1977	x	x	58,9	59,2	x
1978	x	x	60,5	60,7	x
1979	x	x	63,0	63,0	x
1980	x	x	66,4	66,3	x
1981	x	x	70,6	70,5	x
1982	x	x	74,3	74,3	x
1983	x	x	76,7	76,7	x
1984	x	x	78,6	78,5	x
1985	x	x	80,2	80,1	x
1986	x	x	80,1	79,9	x
1987	x	x	80,3	80,0	x
1988	x	x	81,3	80,9	x
1989	x	x	83,6	83,2	x
1990	x	x	85,8	85,5	x
1991	70,2	x	89,0	88,7	75,5
1992	73,8	+ 5,1	92,5	92,3	85,6
1993	77,1	+ 4,5	95,8	95,7	94,7
1994	79,1	+ 2,6	98,4	98,4	98,1
1995	80,5	+ 1,8	100,0	100,0	100,0
1996	81,6	+ 1,4	101,3	101,3	101,9
1997	83,2	+ 2,0	103,2	103,1	104,2
1998	84,0	+ 1,0	104,1	104,0	105,3
1999	84,5	+ 0,6	104,8	104,7	105,7
2000	85,7	+ 1,4	x	x	x
2001	87,4	+ 2,0	x	x	x
2002	88,6	+ 1,4	x	x	x
2003	89,6	+ 1,1	x	x	x
2004	91,0	+ 1,6	x	x	x
2005	92,5	+ 1,6	x	x	x
2006	93,9	+ 1,5	x	x	x
2007	96,1	+ 2,3	x	x	x
2008	98,6	+ 2,6	x	x	x
2009	98,9	+ 0,3	x	x	x
2010	100,0	+ 1,1	x	x	x
2011	102,1	+ 2,1	x	x	x
2012	104,1	+ 2,0	x	x	x
2013	105,7	+ 1,5	x	x	x

¹ Die Berechnung wurde mit Einführung der Basis 2000 = 100 eingestellt.

12 Alterssicherung

Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung am 31.12. Fälle mit und ohne Rentenbezug

Jahr	Grundsicherungsfälle im Alter ab der Regelaltersgrenze ¹			Grundsicherungsfälle bei Erwerbsminderung ²		
	Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt	Männer	Frauen
2003	257.734	74.748	182.986	181.097	99.309	81.788
2004	293.137	88.810	204.327	232.897	128.374	104.523
2005	342.855	110.166	232.689	287.439	158.581	128.858
2006	364.535	119.821	244.714	307.703	170.254	137.449
2007	392.368	129.695	262.673	340.234	189.222	151.012
2008	409.958	138.651	271.307	357.724	199.721	158.003
2009	399.837	140.324	259.513	364.027	204.163	159.864
2010	412.081	147.076	265.005	384.565	215.904	168.661
2011	436.210	158.437	277.773	407.820	229.356	178.464
2012	464.836	171.029	293.807	435.010	244.539	190.471

¹ Regelaltersgrenze bis zum Jahr 2011: 65 Jahre, im Jahr 2012: 65 Jahre und einen Monat

² Dauerhaft voll erwerbsgeminderte Empfänger/innen im Alter von 18 Jahren bis unter Regelaltersgrenze¹

Quelle: Statistisches Bundesamt, 2006 ohne Bremen

Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung mit Rentenbezug sowie Inlandsrenten der gRV am 31.12. Männer und Frauen

Jahr	Altersrentner, nur Inlandsrenten	Grundsicherungsfälle im Alter ² mit Rentenbezug		Rentenempfänger der gRV wegen Erwerbsminderung, nur Inlandsrenten	Grundsicherungsfälle bei Erwerbsminderung ³ mit Rentenbezug	
		Fallzahl	Anteil an Sp. 2		Fallzahl	Anteil an Sp. 5
2003	13.207.454	158.269	1,2%	1.362.080	55.559	4,1%
2004	13.707.129	180.773	1,3%	1.273.586	62.471	4,9%
2005	14.209.596	218.105	1,5%	1.202.540	77.989	6,5%
2006	14.615.855	237.989	1,6%	1.132.971	83.827	7,4%
2007	14.844.201	260.372	1,8%	1.097.229	91.075	8,3%
2008	15.040.947	270.909	1,8%	1.065.792	94.233	8,8%
2009	15.222.539	271.749	1,8%	1.064.148	95.305	9,0%
2010	15.194.578	283.327	1,9%	1.075.242	102.578	9,5%
2011	15.228.471	308.421	2,0%	1.100.520	118.622	10,8%
2012	15.256.721	338.371	2,2%	1.131.329	135.376	12,0%

¹ Regelaltersgrenze bis zum Jahr 2011: 65 Jahre, im Jahr 2012: 65 Jahre und einen Monat

² Empfänger/innen von Grundsicherung im Alter ab der Regelaltersgrenze¹ mit Altersrente an der Anzahl an Altersrenten der gRV im Alter ab der Regelaltersgrenze¹ mit Wohnort im Inland

³ Dauerhaft voll erwerbsgeminderte Empfänger/innen von Grundsicherung mit Erwerbsminderungsrente an der Anzahl an vollen Erwerbsminderungsrenten (ohne Zeitrenten) der gRV mit Wohnort im Inland

Quelle: Statistisches Bundesamt, Statistik der Deutschen Rentenversicherung - Rentenbestand, eigene Berechnungen

Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung mit Rentenbezug sowie Inlandsrenten der gRV am 31.12. Männer

Jahr	Altersrentner, nur Inlandsrenten	Grundsicherungsfälle im Alter ² mit Rentenbezug		Rentenempfänger der gRV wegen Erwerbsminderung, nur Inlandsrenten	Grundsicherungsfälle bei Erwerbsminderung ³ mit Rentenbezug	
		Fallzahl	Anteil an Sp. 2		Fallzahl	Anteil an Sp. 5
2003	5.457.881	43.659	0,8%	734.109	30.487	4,2%
2004	5.713.285	52.436	0,9%	681.235	34.850	5,1%
2005	5.975.168	68.115	1,1%	639.458	43.775	6,8%
2006	6.184.440	76.743	1,2%	600.401	47.369	7,9%
2007	6.308.765	84.982	1,3%	578.238	51.886	9,0%
2008	6.414.583	91.091	1,4%	557.568	54.038	9,7%
2009	6.516.227	95.869	1,5%	554.097	55.124	9,9%
2010	6.513.578	102.127	1,6%	556.608	59.272	10,6%
2011	6.540.494	113.664	1,7%	566.477	68.342	12,1%
2012	6.562.942	126.725	1,9%	575.618	77.357	13,4%

¹ Regelaltersgrenze bis zum Jahr 2011: 65 Jahre, im Jahr 2012: 65 Jahre und einen Monat

² Empfänger/innen von Grundsicherung im Alter ab der Regelaltersgrenze¹ mit Altersrente an der Anzahl an Altersrenten der gRV im Alter ab der Regelaltersgrenze¹ mit Wohnort im Inland

³ Dauerhaft voll erwerbsgeminderte Empfänger/innen von Grundsicherung mit Erwerbsminderungsrente an der Anzahl an vollen Erwerbsminderungsrenten (ohne Zeitrenten) der gRV mit Wohnort im Inland

Quelle: Statistisches Bundesamt, Statistik der Deutschen Rentenversicherung - Rentenbestand, eigene Berechnungen

Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung mit Rentenbezug sowie Inlandsrenten der gRV am 31.12. Frauen

Jahr	Altersrentner, nur Inlandsrenten	Grundsicherungsfälle im Alter ² mit Rentenbezug		Rentenempfänger der gRV wegen Erwerbsminderung, nur Inlandsrenten	Grundsicherungsfälle bei Erwerbsminderung ³ mit Rentenbezug	
		Fallzahl	Anteil an Sp. 2		Fallzahl	Anteil an Sp. 5
2003	7.749.573	114.610	1,5%	627.971	25.072	4,0%
2004	7.993.844	128.337	1,6%	592.351	27.621	4,7%
2005	8.234.428	149.990	1,8%	563.082	34.214	6,1%
2006	8.431.415	161.246	1,9%	532.570	36.458	6,8%
2007	8.535.436	175.390	2,1%	518.991	39.189	7,6%
2008	8.626.364	179.818	2,1%	508.224	40.195	7,9%
2009	8.706.312	175.880	2,0%	510.051	40.181	7,9%
2010	8.681.000	181.200	2,1%	518.634	43.306	8,4%
2011	8.687.977	194.757	2,2%	534.043	50.280	9,4%
2012	8.693.779	211.646	2,4%	555.711	58.019	10,4%

¹ Regelaltersgrenze bis zum Jahr 2011: 65 Jahre, im Jahr 2012: 65 Jahre und einen Monat

² Empfänger/innen von Grundsicherung im Alter ab der Regelaltersgrenze¹ mit Altersrente an der Anzahl an Altersrenten der gRV im Alter ab der Regelaltersgrenze¹ mit Wohnort im Inland

³ Dauerhaft voll erwerbsgeminderte Empfänger/innen von Grundsicherung mit Erwerbsminderungsrente an der Anzahl an vollen Erwerbsminderungsrenten (ohne Zeitrenten) der gRV mit Wohnort im Inland

Quelle: Statistisches Bundesamt, Statistik der Deutschen Rentenversicherung - Rentenbestand, eigene Berechnungen

Zusätzliche kapitalgedeckte Altersvorsorge (Riester - Rente)

Zahl der Zulagekonten und gezahlte Zulagen am 31.12. des Kalenderjahres

Jahr	ausgezahlte Zulagen in Tausend Euro	neue Zulagekonten in Tausend	Anzahl Zulagekonten in Tausend
2003	72.491	1.411	1.411
2004	145.530	958	2.369
2005	333.476	633	3.002
2006	562.037	1.415	4.417
2007	1.070.819	1.969	6.386
2008	1.404.885	2.249	8.635
2009	2.488.664	1.800	10.435
2010	2.794.872	1.424	11.859
2011	2.867.474	1.378	13.237
2012	3.022.888	1.170	14.407
2013	3.072.972	606	15.013

Quelle: Daten der Zentralen Zulagenstelle für Altersvermögen (ZfA) zur Förderung der zusätzlichen kapitalgedeckten Altersvorsorge

Zulageempfänger nach Beitragsjahren

Beitragsjahr	Zulageempfänger	davon Anteil der Zulageempfänger in Prozent			
		weiblich	männlich	Ost ¹	West ¹
2002	1.938.000	55,0	45,0	30,0	70,0
2003	2.363.558	56,1	43,9	29,0	71,0
2004	2.824.745	57,5	42,5	32,5	67,5
2005	4.402.763	55,7	44,3	29,7	70,3
2006	6.013.691	56,8	43,2	26,9	73,1
2007	7.808.755	56,9	43,1	25,9	74,1
2008	9.300.419	57,1	42,9	24,4	75,6
2009	9.602.858	56,4	43,6	23,6	76,4
2010	10.238.982	56,5	43,5	23,0	77,0

¹ Ostdeutschland umfasst die neuen Bundesländer und Berlin, Westdeutschland umfasst die alten Bundesländer ohne Berlin

Quelle: Daten der Zentralen Zulagenstelle für Altersvermögen (ZfA) zur Förderung der zusätzlichen kapitalgedeckten Altersvorsorge.

Datenstand ist jeweils der Mai des dritten Kalenderjahres, das auf das ausgewertete Beitragsjahr folgt.

Zusätzliche kapitalgedeckte Altersvorsorge (Riester - Rente)

Durchschnittliche Förderung nach Beitragsjahren

Beitragsjahr	Förderung / geförderte Person in Euro		
	Männer	Frauen	Insgesamt
Grundzulage			
2002	34,3	35,2	34,8
2003	35,6	36,3	36,0
2004	63,9	65,5	64,8
2005	59,3	63,5	61,6
2006	88,9	94,3	91,9
2007	90,4	96,6	93,9
2008 ¹	123,3	132,9	128,7
2009 ¹	118,1	129,4	124,5
2010 ¹	119,5	129,5	125,2
Kinderzulage ²			
2002	81,1	80,5	80,6
2003	84,5	84,0	84,1
2004	153,3	156,4	155,8
2005	144,1	151,5	149,9
2006	214,2	224,5	222,4
2007	217,1	225,1	223,6
2008	294,0	308,9	306,3
2009	294,5	309,9	307,1
2010	306,5	316,7	314,9

¹ ohne Grundzulageerhöhungsbetrag (Berufseinsteiger-Bonus)

² bezogen auf die Zulageempfänger mit Kinderzulagen

Quelle: Daten der Zentralen Zulagenstelle für Altersvermögen (ZfA) zur Förderung der zusätzlichen kapitalgedeckten Altersvorsorge

Datenstand ist jeweils der Mai des dritten Kalenderjahres, das auf das ausgewertete Beitragsjahr folgt.

Zusätzliche kapitalgedeckte Altersvorsorge (Riester - Rente)

Zulagequoten nach Beitragsjahren

Beitragsjahr	Zulagequote in Prozent		
	Männer	Frauen	Insgesamt
Westdeutschland*			
2002	16,3	39,0	26,2
2003	15,8	38,3	25,9
2004	17,4	42,3	29,1
2005	17,2	42,7	29,0
2006	17,8	44,5	30,6
2007	17,1	42,3	29,4
2008	20,0	44,6	32,3
2009	17,7	41,3	29,3
2010	17,2	39,9	28,4
Ostdeutschland*			
2002	21,0	39,6	31,0
2003	20,2	38,9	30,4
2004	21,7	39,3	31,8
2005	21,4	39,4	31,6
2006	22,6	41,7	33,4
2007	21,5	39,1	31,6
2008	24,3	40,3	33,6
2009	21,4	37,7	30,8
2010	20,3	35,8	29,3
Deutschland insgesamt			
2002	17,3	39,2	27,4
2003	16,7	38,4	27,0
2004	18,4	41,4	29,8
2005	18,0	41,8	29,6
2006	18,7	43,8	31,2
2007	17,9	41,5	29,9
2008	20,8	43,6	32,5
2009	18,3	40,5	29,6
2010	17,8	38,9	28,6

* Ostdeutschland umfasst die neuen Bundesländer und Berlin,
Westdeutschland umfasst die alten Bundesländer ohne Berlin

Quelle: Daten der Zentralen Zulagenstelle für Altersvermögen (ZfA) zur Förderung
der zusätzlichen kapitalgedeckten Altersvorsorge

Datenstand ist jeweils der Mai des dritten Kalenderjahres, das auf das ausgewertete
Beitragsjahr folgt.

13 Volkswirtschaftliche Daten

Bevölkerung und Erwerbstätigkeit

Jahr	Bevöl- kerung (Ein- wohner) ¹	Erwerbs- personen	Erwerbstätige Inländer			Erwerbs- lose ³
			Insgesamt	davon		
				Arbeit- nehmer	Selb- ständige ²	
Alte Bundesländer - Revision 2005						
1970	60.651	26.798	26.695	22.354	4.341	103
1971	61.302	26.943	26.811	22.718	4.093	132
1972	61.672	27.131	26.954	22.986	3.968	177
1973	61.976	27.479	27.271	23.393	3.878	208
1974	62.054	27.358	27.012	23.271	3.741	346
1975	61.829	26.947	26.334	22.738	3.596	613
1976	61.531	26.861	26.227	22.802	3.425	634
1977	61.400	26.884	26.284	22.988	3.296	600
1978	61.327	27.109	26.543	23.302	3.241	566
1979	61.359	27.533	27.049	23.881	3.168	484
1980	61.566	27.978	27.495	24.341	3.154	483
1981	61.682	28.329	27.531	24.407	3.124	798
1982	61.638	28.634	27.332	24.241	3.091	1.302
1983	61.423	28.934	27.084	24.027	3.057	1.850
1984	61.175	29.251	27.321	24.262	3.059	1.930
1985	61.024	29.683	27.707	24.646	3.061	1.976
1986	61.066	30.044	28.237	25.153	3.084	1.807
1987	61.077	30.391	28.632	25.571	3.061	1.759
1988	61.450	30.795	29.035	25.979	3.056	1.760
1989	62.063	31.170	29.575	26.494	3.081	1.595
1990	63.254	31.829	30.406	27.301	3.105	1.423
1991	64.074	32.279	31.013	27.866	3.147	1.266
Deutschland - Revision 2014						
1991	79.984	41.010	38.851	35.288	3.563	2.159
1992	80.594	40.840	38.306	34.698	3.608	2.534
1993	81.179	40.843	37.786	34.120	3.666	3.057
1994	81.422	41.103	37.780	34.034	3.746	3.323
1995	81.661	41.113	37.885	34.088	3.797	3.228
1996	81.896	41.395	37.890	34.036	3.854	3.505
1997	82.052	41.669	37.861	33.950	3.911	3.808
1998	82.029	42.047	38.315	34.355	3.960	3.732
1999	82.087	42.330	38.927	34.942	3.985	3.403
2000	82.188	42.929	39.792	35.797	3.995	3.137
2001	82.340	42.860	39.667	35.655	4.012	3.193
2002	82.482	43.021	39.498	35.438	4.060	3.523
2003	82.520	42.993	39.075	34.953	4.122	3.918
2004	82.501	43.378	39.218	34.960	4.258	4.160
2005	82.464	43.791	39.220	34.810	4.410	4.571
2006	82.366	43.804	39.559	35.076	4.483	4.245
2007	82.263	43.860	40.259	35.732	4.527	3.601
2008	82.120	43.941	40.805	36.302	4.503	3.136
2009	81.875	44.073	40.845	36.360	4.485	3.228
2010	81.757	43.929	40.983	36.496	4.487	2.946
2011	81.779	44.024	41.522	36.976	4.546	2.502
2012	81.917	44.295	41.979	37.435	4.544	2.316
2013	82.104	44.496	42.226	37.769	4.457	2.270

¹ Bis vollständige Zeitreihen der laufenden Bevölkerungsstatistik auf Basis des Zensus 2011 vorliegen (Ergebnis zum Stichtag 9. Mai 2011: 80 219 695 Einwohner), werden in den VGR weiterhin die auf Grundlage früherer Zählungen ermittelten Daten der Bevölkerungsfortschreibung nachgewiesen.

² Einschl. mithelfende Familienangehörige

³ Ergebnisse der Arbeitskräfteerhebung; Personen in Privathaushalten im Alter von 15 bis 74 Jahren.

Hochrechnung noch ohne aktualisierte Bevölkerungsseckwerte auf Basis

des Zensus 2011; Umstellung des Hochrechnungsrahmens voraussichtlich im November 2014.

Quelle: Statistisches Bundesamt - Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Inlandsproduktsberechnung
Fachserie 18 / Reihe 1.5 Stand: August 2014

Erwerbstätige und geleistete Arbeitsstunden im Inland

Durchschnittliche Arbeitszeit und Arbeitsvolumen - Wirtschaft insgesamt

Jahr	Erwerbstätige insgesamt		Geleistete Arbeitsstunden * je Erwerbstätigen		Arbeitsvolumen insgesamt	
	in 1000 Personen	Veränderung in v.H.	in Stunden	Veränderung in v.H.	in Mio. Stunden	Veränderung in v.H.
Alte Bundesländer - Revision 2005						
1970	26.589	x	1.966	x	52.285	x
1971	26.710	+ 0,5	1.934	- 1,6	51.668	- 1,2
1972	26.857	+ 0,6	1.911	- 1,2	51.332	- 0,7
1973	27.181	+ 1,2	1.883	- 1,5	51.174	- 0,3
1974	26.924	- 0,9	1.843	- 2,1	49.626	- 3,0
1975	26.248	- 2,5	1.806	- 2,0	47.412	- 4,5
1976	26.139	- 0,4	1.819	+ 0,7	47.542	+ 0,3
1977	26.198	+ 0,2	1.801	- 1,0	47.190	- 0,7
1978	26.457	+ 1,0	1.782	- 1,1	47.154	- 0,1
1979	26.968	+ 1,9	1.770	- 0,7	47.744	+ 1,3
1980	27.420	+ 1,7	1.751	- 1,1	48.012	+ 0,6
1981	27.453	+ 0,1	1.729	- 1,2	47.477	- 1,1
1982	27.241	- 0,8	1.718	- 0,6	46.805	- 1,4
1983	26.993	- 0,9	1.705	- 0,8	46.031	- 1,7
1984	27.226	+ 0,9	1.694	- 0,7	46.113	+ 0,2
1985	27.608	+ 1,4	1.671	- 1,4	46.122	0,0
1986	28.138	+ 1,9	1.652	- 1,1	46.473	+ 0,8
1987	28.531	+ 1,4	1.629	- 1,3	46.488	0,0
1988	28.937	+ 1,4	1.624	- 0,3	46.999	+ 1,1
1989	29.480	+ 1,9	1.601	- 1,4	47.189	+ 0,4
1990	30.409	+ 3,2	1.578	- 1,4	47.973	+ 1,7
1991	31.261	+ 2,8	1.559	- 1,2	48.730	+ 1,6
Deutschland - Revision 2014						
1991	38.790	x	1.554	x	60.261	x
1992	38.283	- 1,3	1.565	+ 0,7	59.902	- 0,6
1993	37.786	- 1,3	1.542	- 1,5	58.250	- 2,8
1994	37.798	+ 0,0	1.537	- 0,3	58.105	- 0,2
1995	37.958	+ 0,4	1.528	- 0,6	57.999	- 0,2
1996	37.969	+ 0,0	1.511	- 1,1	57.352	- 1,1
1997	37.947	- 0,1	1.500	- 0,7	56.907	- 0,8
1998	38.407	+ 1,2	1.494	- 0,4	57.364	+ 0,8
1999	39.031	+ 1,6	1.479	- 1,0	57.716	+ 0,6
2000	39.917	+ 2,3	1.452	- 1,8	57.960	+ 0,4
2001	39.809	- 0,3	1.442	- 0,7	57.401	- 1,0
2002	39.630	- 0,4	1.431	- 0,8	56.705	- 1,2
2003	39.200	- 1,1	1.425	- 0,4	55.850	- 1,5
2004	39.337	+ 0,3	1.422	- 0,2	55.946	+ 0,2
2005	39.326	- 0,0	1.411	- 0,8	55.500	- 0,8
2006	39.635	+ 0,8	1.425	+ 0,9	56.467	+ 1,7
2007	40.325	+ 1,7	1.424	- 0,0	57.437	+ 1,7
2008	40.856	+ 1,3	1.418	- 0,4	57.950	+ 0,9
2009	40.892	+ 0,1	1.373	- 3,2	56.133	- 3,1
2010	41.020	+ 0,3	1.390	+ 1,3	57.013	+ 1,6
2011	41.570	+ 1,3	1.393	+ 0,2	57.912	+ 1,6
2012	42.033	+ 1,1	1.374	- 1,4	57.763	- 0,3
2013	42.281	+ 0,6	1.363	- 0,9	57.608	- 0,3

* Quelle für Arbeitsstunden: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesagentur für Arbeit (BA), Nürnberg

Quelle: Statistisches Bundesamt - Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Inlandsproduktsberechnung
Fachserie 18 / Reihe 1.5 Stand: August 2014

Abhängig Erwerbstätige nach Art der ausgeübten Tätigkeit

Jahr ¹	Abhängig Erwerbstätige			Art der ausgeübten Tätigkeit					
	insgesamt			Vollzeit			Teilzeit		
	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt
- in 1000 Personen, gerundete Werte -									
Früheres Bundesgebiet ²									
1984 ³	14 430	8.853	23.282	14.208	6.383	20.591	221	2.470	2.691
1985	14 429	9.062	23.491	14.232	6.440	20.672	198	2.621	2.819
1990	15 543	10.632	26.176	15.205	7.036	22.241	338	3.596	3.934
1991	15 629	10.851	26.479	15.274	7.131	22.405	355	3.720	4.075
1995	14 947	10.985	25.932	14.473	6.889	21.362	474	4.096	4.570
1996	14 779	11.206	25.985	14.246	7.019	21.265	533	4.187	4.720
1997	14 615	11.225	25.840	14.007	6.838	20.845	608	4.387	4.995
1998	14 593	11.303	25.896	13.933	6.782	20.715	660	4.521	5.181
1999	14 700	11.683	26.384	13.989	6.813	20.802	712	4.870	5.582
2000	14 741	11.874	26.615	14.000	6.897	20.898	740	4.977	5.717
2001	14 766	12.064	26.830	13.983	6.867	20.850	783	5.197	5.980
2002	14 548	12.099	26.648	13.732	6.815	20.547	816	5.284	6.100
2003	14 238	12.091	26.330	13.370	6.684	20.054	868	5.408	6.276
2004	13 966	11.871	25.836	13.105	6.493	19.597	861	5.378	6.239
2005	13 928	11.821	25.749	12.958	6.215	19.173	970	5.607	6.576
2006	14 181	12.186	26.366	12.981	6.211	19.192	1.200	5.975	7.175
2007	14 478	12.489	26.967	13.254	6.366	19.620	1.224	6.123	7.347
2008	14 740	12.747	27.487	13.486	6.539	20.025	1.254	6.208	7.462
2009	14 533	12.904	27.437	13.260	6.627	19.887	1.273	6.277	7.550
2010	14 563	13.069	27.631	13.279	6.702	19.982	1.283	6.366	7.650
2011	14 883	13.456	28.338	13.492	6.900	20.392	1.391	6.556	7.947
2012	15 056	13.620	28.675	13.631	7.019	20.650	1.425	6.601	8.026
Neue Länder und Berlin-Ost ⁴									
1991	3 905	3.502	7.407	3.859	2.887	6.746	47	614	661
1995	3 448	2.850	6.298	3.348	2.259	5.607	100	591	691
1996	3 355	2.849	6.204	3.276	2.308	5.584	79	541	620
1997	3 285	2.791	6.076	3.193	2.220	5.413	93	571	663
1998	3 219	2.764	5.983	3.114	2.166	5.279	105	598	703
1999	3 280	2.833	6.113	3.161	2.211	5.371	119	622	742
2000	3 228	2.795	6.023	3.103	2.159	5.262	125	636	761
2001	3 143	2.770	5.913	3.002	2.093	5.095	141	676	818
2002	3 067	2.754	5.821	2.919	2.068	4.987	148	686	834
2003	2 987	2.726	5.713	2.818	2.003	4.821	169	724	892
2004	2 881	2.688	5.569	2.698	1.942	4.640	182	746	929
2005	3 252	3.064	6.316	2.958	2.084	5.042	294	980	1.274
2006	3 340	3.124	6.464	2.989	2.056	5.045	351	1.069	1.419
2007	3 449	3.190	6.639	3.070	2.075	5.145	379	1.115	1.494
2008	3 505	3.249	6.754	3.114	2.095	5.208	391	1.154	1.546
2009	3 471	3.294	6.765	3.080	2.159	5.239	391	1.135	1.526
2010	3 507	3.320	6.827	3.110	2.171	5.281	397	1.149	1.546
2011	3 532	3.358	6.890	3.138	2.187	5.324	395	1.171	1.565
2012	3 516	3.331	6.847	3.101	2.164	5.265	414	1.167	1.582
Deutschland									
1991	19 534	14.352	33.887	19.133	10.018	29.151	402	4.334	4.736
1995	18 395	13.835	32.230	17.821	9.147	26.968	574	4.688	5.261
1996	18 134	14.054	32.188	17.522	9.326	26.848	612	4.728	5.340
1997	17 900	14.016	31.917	17.199	9.058	26.258	701	4.958	5.659
1998	17 811	14.067	31.878	17.046	8.948	25.994	765	5.119	5.884
1999	17 980	14.517	32.497	17.149	9.024	26.173	831	5.492	6.323
2000	17 969	14.669	32.638	17.104	9.056	26.160	865	5.613	6.478
2001	17 910	14.834	32.743	16.985	8.961	25.946	925	5.873	6.798
2002	17 615	14.853	32.469	16.651	8.884	25.534	964	5.970	6.934
2003	17 225	14.818	32.043	16.188	8.687	24.875	1.037	6.131	7.168
2004	16 846	14.559	31.405	15.803	8.434	24.237	1.043	6.125	7.168
2005	17 181	14.885	32.066	15.917	8.298	24.215	1.264	6.587	7.851
2006	17 520	15.310	32.830	15.970	8.266	24.236	1.550	7.044	8.594
2007	17 927	15.680	33.606	16.324	8.441	24.765	1.603	7.239	8.841
2008	18 245	15.997	34.241	16.599	8.634	25.233	1.645	7.363	9.008
2009	18 004	16.199	34.203	16.340	8.786	25.126	1.664	7.412	9.076
2010	18 070	16.389	34.459	16.390	8.873	25.263	1.680	7.516	9.196
2011	18 415	16.813	35.228	16.629	9.087	25.716	1.785	7.727	9.512
2012	18 571	16.951	35.522	16.733	9.182	25.915	1.839	7.768	9.607

Selbsteinstufung der Befragten.

¹ Ab 2005: Jahresdurchschnitt² Ab 2005: Früheres Bundesgebiet ohne Berlin³ 0,4 %-EG-Arbeitskräfteerhebung⁴ Ab 2005: Neue Länder einschl. Berlin

Quelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus

Bruttolöhne und -gehälter, Bruttoinlandsprodukt und Bruttonationaleinkommen *

Jahr	Bruttolöhne und -gehälter	Bruttoinlandsprodukt				Brutto- national- einkommen	Volks- einkommen	Brutto- inlands- produkt				
		in jeweiligen Preisen			preisbereinigt				in jeweiligen Preisen			
		je Arbeit- nehmer	je Erwerbs- tätigen	je Einwohner	je Erwerbs- tätigen				je Einwohner	je Einwohner	je Einwohner	Mrd. EUR
		- in € -			Index (1991 = 100)				- in € -			
Alte Bundesländer - Revision 2005												
1970	7.086	13.562	5.945	66,81	60,03	5.963	4.652	361				
1971	7.880	14.985	6.529	68,59	61,25	6.539	5.080	400				
1972	8.583	16.248	7.076	71,14	63,50	7.080	5.507	436				
1973	9.527	17.881	7.842	73,65	66,20	7.845	6.136	486				
1974	10.540	19.537	8.477	75,01	66,71	8.481	6.630	526				
1975	11.186	20.992	8.912	76,29	66,37	8.928	6.962	551				
1976	11.969	22.855	9.709	80,39	70,00	9.735	7.602	597				
1977	12.764	24.297	10.367	82,90	72,49	10.378	8.097	637				
1978	13.416	25.662	11.071	84,56	74,77	11.122	8.667	679				
1979	14.148	27.342	12.017	86,39	77,83	12.038	9.343	737				
1980	15.065	28.757	12.808	86,17	78,66	12.831	9.897	789				
1981	15.762	30.080	13.388	86,52	78,92	13.390	10.302	826				
1982	16.327	31.578	13.956	86,85	78,67	13.945	10.701	860				
1983	16.776	33.278	14.624	89,02	80,19	14.659	11.226	898				
1984	17.201	34.599	15.398	90,76	82,78	15.495	11.876	942				
1985	17.618	35.657	16.132	91,59	84,92	16.234	12.493	984				
1986	18.175	36.859	16.984	91,91	86,80	17.050	13.194	1.037				
1987	18.692	37.332	17.439	91,91	88,01	17.482	13.514	1.065				
1988	19.175	38.818	18.280	93,98	90,72	18.416	14.290	1.123				
1989	19.693	40.728	19.346	95,85	93,32	19.514	15.125	1.201				
1990	20.603	42.970	20.658	97,81	96,37	20.836	16.092	1.307				
1991	21.861	45.290	22.096	100,00	100,00	22.128	16.996	1.416				
Deutschland - Revision 2014												
	- in € -			Index (2005 = 100)		- in € -		Mrd. EUR				
1991	19.910	40.727	19.751	83,64	80,84	19.960	15.303	1.580				
1992	21.943	44.284	21.035	86,37	81,77	21.234	16.182	1.695				
1993	22.883	46.275	21.539	86,67	80,41	21.679	16.313	1.749				
1994	23.317	48.423	22.479	88,77	82,14	22.485	16.862	1.830				
1995	24.010	50.004	23.243	89,90	83,29	23.197	17.464	1.898				
1996	24.295	50.692	23.502	90,58	83,70	23.478	17.647	1.925				
1997	24.302	51.774	23.944	92,28	85,06	23.871	17.887	1.965				
1998	24.511	52.471	24.568	92,97	86,76	24.400	18.245	2.015				
1999	24.827	52.825	25.117	93,31	88,43	24.905	18.470	2.062				
2000	25.084	52.947	25.715	93,96	90,95	25.540	18.868	2.114				
2001	25.657	54.681	26.437	95,81	92,32	26.208	19.342	2.177				
2002	26.015	55.672	26.749	96,25	92,17	26.433	19.440	2.206				
2003	26.335	56.557	26.867	96,61	91,47	26.642	19.518	2.217				
2004	26.469	57.645	27.485	97,40	92,57	27.693	20.484	2.268				
2005	26.547	58.430	27.865	98,12	93,27	28.142	20.803	2.298				
2006	26.743	60.305	29.019	100,97	96,84	29.565	21.988	2.390				
2007	27.127	62.247	30.513	102,48	100,13	31.021	22.897	2.510				
2008	27.769	62.611	31.150	102,22	101,36	31.531	23.134	2.558				
2009	27.765	60.077	30.005	96,37	95,94	30.727	22.249	2.457				
2010	28.470	62.804	31.511	100,00	100,00	32.173	23.521	2.576				
2011	29.416	64.929	33.005	102,22	103,56	33.854	24.790	2.699				
2012	30.230	65.422	33.569	101,47	103,77	34.452	25.091	2.750				
2013	30.859	66.448	34.219	100,99	103,65	35.100	25.577	2.809				

* Bis vollständige Zeitreihen der laufenden Bevölkerungsstatistik auf Basis des Zensus 2011 vorliegen

(Ergebnis zum Stichtag 9. Mai 2011: 80 219 695 Einwohner), werden in den VGR weiterhin die auf Grundlage früherer Zählungen ermittelten Daten der Bevölkerungsfortschreibung nachgewiesen.

Quelle: Statistisches Bundesamt - Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Inlandsproduktsberechnung
Fachserie 18 / Reihe 1.5 Stand: August 2014

Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte* und seine Verwendung

Jahr	Ausgabenkonzept		Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	Bezugsgröße für die Sparquote (Sp.1+3)	Sparen (Sp.4-2)	Sparquote (Sp.5 in % von 4)	Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept) je Einwohner ¹
	verfügbares Einkommen	Private Konsumausgaben					
	1	2	3	4	5	6	7
- in Mrd. € -							- in v.H. -
- in € -							
Alte Bundesländer - Revision 2005							
1980	512,88	452,10	7,67	520,55	68,45	13,1	8.331
1981	546,30	478,07	6,61	552,91	74,84	13,5	8.857
1982	563,91	497,15	6,73	570,64	73,49	12,9	9.149
1983	578,86	520,05	7,50	586,36	66,31	11,3	9.424
1984	607,56	543,48	8,36	615,92	72,44	11,8	9.932
1985	629,32	561,99	7,23	636,55	74,56	11,7	10.313
1986	653,00	577,32	6,93	659,93	82,61	12,5	10.693
1987	676,61	597,26	7,78	684,39	87,13	12,7	11.078
1988	710,91	624,50	7,44	718,35	93,85	13,1	11.569
1989	756,74	668,31	7,23	763,97	95,66	12,5	12.193
1990	821,78	717,21	9,17	830,95	113,74	13,7	12.992
1991	881,23	770,50	9,55	890,78	120,28	13,5	13.753
Deutschland - Revision 2014							
1991	1.002,79	889,12	15,14	1.017,93	128,82	12,7	12.537
1992	1.075,96	957,05	17,39	1.093,35	136,30	12,5	13.350
1993	1.119,42	998,46	14,28	1.133,70	135,24	11,9	13.789
1994	1.156,68	1.039,73	15,68	1.172,36	132,62	11,3	14.206
1995	1.187,65	1.073,42	17,82	1.205,47	132,05	11,0	14.544
1996	1.210,68	1.097,33	15,14	1.225,82	128,49	10,5	14.783
1997	1.229,17	1.119,99	16,21	1.245,38	125,38	10,1	14.980
1998	1.246,17	1.139,53	18,59	1.264,76	125,23	9,9	15.192
1999	1.277,63	1.173,57	17,96	1.295,59	122,02	9,4	15.564
2000	1.297,28	1.207,60	28,94	1.326,22	118,61	8,9	15.784
2001	1.356,42	1.248,13	23,55	1.379,97	131,84	9,6	16.473
2002	1.363,52	1.254,01	23,13	1.386,65	132,64	9,6	16.531
2003	1.401,35	1.278,59	23,55	1.424,90	146,31	10,3	16.982
2004	1.423,61	1.301,44	23,04	1.446,64	145,20	10,0	17.256
2005	1.449,54	1.327,45	26,12	1.475,66	148,21	10,0	17.578
2006	1.480,84	1.362,44	33,20	1.514,04	151,60	10,0	17.979
2007	1.504,45	1.383,58	36,21	1.540,65	157,08	10,2	18.288
2008	1.537,62	1.413,88	41,41	1.579,03	165,14	10,5	18.724
2009	1.519,91	1.408,43	44,26	1.564,18	155,75	10,0	18.564
2010	1.560,45	1.445,71	44,69	1.605,15	159,44	9,9	19.086
2011	1.620,25	1.506,80	45,93	1.666,18	159,38	9,6	19.813
2012	1.652,06	1.539,48	47,05	1.699,12	159,64	9,4	20.168
2013	1.681,81	1.571,51	47,20	1.729,01	157,50	9,1	20.484

* Hinweis: Private Haushalte einschl. privater Organisationen ohne Erwerbszweck

¹ Bis vollständige Zeitreihen der laufenden Bevölkerungsstatistik auf Basis des Zensus 2011 vorliegen (Ergebnis zum Stichtag 9. Mai 2011: 80 219 695 Einwohner), werden in den VGR weiterhin die auf Grundlage früherer Zählungen ermittelten Daten der Bevölkerungsfortschreibung nachgewiesen.

Quelle: Statistisches Bundesamt - Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Inlandsproduktsberechnung
Fachserie 18 / Reihe 1.5 Stand: August 2014

Arbeitnehmerentgelt, Löhne und Gehälter (Inländer)*

Jahr	Arbeit- nehmer- entgelt	Sozial- beiträge der Arbeitgeber	Bruttolöhne und -gehälter (Sp.1-2)	Abzüge der Arbeitnehmer		Nettolöhne und -gehälter (Sp.3-4-5)
				Sozial- beiträge	Lohn- steuer	
	1	2	3	4	5	6
- in Mrd. € -						
Alte Bundesländer - Revision 2005						
1970	185,05	26,64	158,41	16,88	19,28	122,25
1971	209,92	30,91	179,01	18,98	23,48	136,55
1972	232,63	35,35	197,28	21,39	24,69	151,20
1973	264,60	41,74	222,86	25,17	32,05	165,64
1974	292,69	47,42	245,27	27,58	37,52	180,17
1975	305,96	51,62	254,34	30,07	36,74	187,53
1976	330,72	57,81	272,91	34,20	41,78	196,93
1977	354,99	61,56	293,43	37,06	46,70	209,67
1978	378,98	66,37	312,61	39,59	47,42	225,60
1979	410,29	72,41	337,88	42,71	50,00	245,17
1980	445,90	79,20	366,70	46,53	57,49	262,68
1981	467,76	83,06	384,70	49,78	59,72	275,20
1982	482,76	86,97	395,79	52,30	62,55	280,94
1983	493,53	90,46	403,07	53,95	65,15	283,97
1984	512,84	95,50	417,34	56,83	69,32	291,19
1985	533,48	99,27	434,21	60,00	74,45	299,76
1986	561,74	104,58	457,16	63,53	76,74	316,89
1987	587,27	109,30	477,97	66,13	83,05	328,79
1988	611,81	113,66	498,15	69,42	84,68	344,05
1989	639,87	118,12	521,75	72,68	91,67	357,40
1990	689,96	127,49	562,47	77,98	89,18	395,31
1991	747,41	138,23	609,18	86,28	105,86	417,04
Deutschland - Revision 2014						
1991	856,75	154,17	702,58	99,03	112,80	490,75
1992	928,75	167,39	761,36	108,81	128,69	523,87
1993	950,55	169,78	780,77	112,98	129,07	538,72
1994	975,54	181,96	793,58	120,54	134,62	538,42
1995	1.010,68	192,22	818,47	125,68	150,14	542,65
1996	1.019,83	192,92	826,91	129,91	147,31	549,70
1997	1.024,16	199,10	825,06	135,67	148,06	541,32
1998	1.045,82	203,75	842,07	137,59	151,02	553,46
1999	1.075,96	208,43	867,52	139,55	154,86	573,12
2000	1.117,39	219,45	897,94	141,92	155,44	600,58
2001	1.134,33	219,53	914,80	143,94	152,15	618,71
2002	1.141,86	219,94	921,92	146,60	153,38	621,95
2003	1.143,60	223,12	920,49	150,72	154,39	615,37
2004	1.146,15	220,79	925,36	150,91	145,94	628,51
2005	1.144,02	219,93	924,09	153,48	143,24	627,37
2006	1.164,38	226,32	938,05	159,27	148,07	630,71
2007	1.197,19	227,88	969,31	162,70	157,68	648,93
2008	1.241,65	233,56	1.008,09	169,54	167,74	670,81
2009	1.246,67	237,13	1.009,55	174,33	162,62	672,59
2010	1.283,81	244,76	1.039,04	179,97	156,90	702,17
2011	1.338,67	250,99	1.087,68	190,94	168,28	728,45
2012	1.389,68	258,02	1.131,66	197,12	178,19	756,35
2013	1.428,32	262,79	1.165,52	201,39	186,91	777,23

* Ab 2009 besteht Krankenversicherungspflicht für alle Arbeitnehmer und Selbstständigen. Die Privaten Krankenversicherungen werden ab 2009 den Sozialschutzsystemen zugeordnet. Die Beiträge an die Privaten Krankenversicherungsunternehmen werden ab diesem Zeitpunkt als Sozialbeiträge gebucht und führen somit zu niedrigeren Brutto- sowie Nettolöhnen und -gehältern.

Quelle: Statistisches Bundesamt - Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Inlandsproduktsberechnung
Fachserie 18 / Reihe 1.5 Stand: August 2014

Volkswirtschaftliche Kennziffern

Jahr	Gesamtwirtschaftliche Sparquote ¹	Sparquote der privaten Haushalte ²	Staatsquote ³	Abgabenquote ⁴	Sozialleistungsquote ⁵		Nettoquote ⁶	Lohnquote ⁷	Arbeitslosenquote ⁸	Erwerbsquote ⁹
					insgesamt	Alter und Hinterbliebene				
	- in v.H. -									
Alte Bundesländer bzw. Deutschland ¹⁰										
1970	20,9	13,8	38,5	34,8	20,2	9,6	77,2	65,6	0,7	44,0
1975	11,4	15,1	48,8	38,1	26,3	11,1	73,7	71,1	4,7	43,7
1976	12,4	13,3	48,3	39,5	26,1	11,4	72,2	70,7	4,6	43,8
1977	12,1	12,2	47,9	40,4	26,1	11,7	71,5	71,4	4,5	44,2
1978	12,7	12,1	47,0	39,9	26,1	11,6	72,2	71,3	4,3	44,9
1979	12,0	12,7	46,5	39,6	25,6	11,2	72,6	71,6	3,8	45,4
1980	10,1	13,1	46,9	39,6	25,7	11,0	71,6	73,2	3,8	45,9
1981	8,2	13,5	47,5	39,1	26,2	11,0	71,5	73,6	5,5	46,5
1982	8,2	12,9	47,5	39,1	25,9	11,0	71,0	73,2	7,5	47,1
1983	8,7	11,3	46,5	38,7	25,5	10,9	70,5	71,6	9,1	47,8
1984	9,3	11,8	45,8	38,9	25,3	10,8	69,8	70,6	9,1	48,6
1985	10,2	11,7	45,2	39,1	25,2	10,8	69,0	70,0	9,3	49,2
1986	12,1	12,5	44,5	38,6	25,1	10,6	69,3	69,7	9,0	49,8
1987	11,1	12,7	45,0	39,0	25,7	10,8	68,8	71,2	8,9	50,1
1988	12,5	13,1	44,6	38,6	25,7	10,8	69,1	69,7	8,7	50,2
1989	13,7	12,5	43,1	38,8	24,6	10,5	68,5	68,2	7,9	50,3
1990	13,6	13,7	43,6	37,3	24,1	10,2	70,3	67,8	7,2	50,4
1991	10,2	12,7	46,2	38,3	25,9	9,9	69,8	70,0	7,3	51,3
1992	9,5	12,5	47,1	39,1	27,3	11,2	68,8	71,2	8,5	50,7
1993	7,7	11,9	48,1	39,5	27,9	10,8	69,0	71,8	9,8	50,3
1994	7,5	11,3	48,0	40,1	27,8	11,0	67,8	71,1	10,6	50,5
1995	7,6	11,0	48,2	40,1	28,3	11,2	66,3	70,9	10,4	50,3
1996	6,8	10,5	49,1	40,5	29,5	11,5	66,5	70,6	11,5	50,5
1997	6,9	10,1	48,2	40,5	29,1	11,6	65,6	69,8	12,7	50,8
1998	7,4	9,9	48,0	40,7	29,1	11,7	65,7	69,9	12,3	51,3
1999	6,7	9,4	48,2	41,5	29,5	11,8	66,1	71,0	11,7	51,6
2000 ¹¹	6,6	8,9	45,1	41,3	29,7	12,0	66,9	72,1	10,7	52,2
2001	6,3	9,6	47,6	39,3	29,7	12,1	67,6	71,2	10,3	52,1
2002	6,0	9,6	47,9	38,9	30,4	12,3	67,5	71,2	10,8	52,2
2003	5,0	10,3	48,5	39,2	30,8	12,4	66,9	71,0	11,6	52,1
2004	8,0	10,0	47,1	38,3	30,0	12,3	67,9	67,8	11,7	52,6
2005	7,7	10,0	46,9	38,2	29,9	12,3	67,9	66,7	13,0	53,1
2006	10,4	10,0	45,3	38,5	28,7	11,9	67,2	64,3	12,0	53,2
2007	13,0	10,2	43,5	38,5	27,7	11,4	66,9	63,6	10,1	53,3
2008	11,5	10,5	44,1	38,8	28,0	11,4	66,5	65,4	8,7	53,5
2009	7,0	10,0	48,3	39,3	31,5	12,2	66,6	68,4	9,1	53,8
2010	9,1	9,9	47,9	38,0	30,6	11,8	67,6	66,8	8,6	53,7
2011	11,0	9,6	45,2	38,4	29,4	11,4	67,0	66,0	7,9	53,8
2012	10,2	9,4	44,7	39,1	29,5 p	11,4 p	66,8	67,6	7,6	54,1
2013	9,6	9,1	44,5	39,3	29,7 s	11,2 s	66,7	68,0	7,7	54,2

Datenstand: zumeist August 2014, revidierte Zahlen von 1980-1990 durch Revision 2005 und revidierte Zahlen 1991-2013 durch Revision 2014

¹ In % des verfügbaren Einkommens der Volkswirtschaft

² Ersparnis der privaten Haushalte in % des verfügbaren Einkommens einschl. Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche (Ausgabenkonzept);

³ Ausgaben des Staates in % des BIP; in der Abgrenzung des ESGV 1995; 2009 bis 2012: Vorläufiges Ergebnis; Stand: August 2013;

⁴ 2013: Vorläufiges Ergebnis; Stand: Mai 2014

⁵ Steuern und Sozialbeiträge (Einnahmen des Staates) in % des BIP

⁶ Sozialleistungen in der Abgrenzung des Sozialbudgets in % des BIP, ab 2009 eingeschränkte Vergleichbarkeit, Quelle: Sozialbudget 2013, Juli 2014.

⁷ Anteil an den Bruttolöhnen- und -gehältern in %. Ab 2009 besteht Krankenversicherungspflicht für alle Arbeitnehmer u. Selbstständigen.

⁸ Unbereinigte Lohnquote, Arbeitnehmerentgelt in % des Volkseinkommens

⁹ Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen (ohne Soldaten); ab 2005 nur eingeschränkt mit Vorjahren vergleichbar

¹⁰ Anteil der Erwerbspersonen an der Bevölkerung (Einwohner) in %

¹¹ Bis 1990 Alte Bundesländer, ab 1991 Deutschland insgesamt

¹² Einmaliger Effekt durch den Verkauf der UMTS-Lizenzen, Staatsquote sonst 47,6 v.H.

p: vorläufig; s: geschätzt

Gesamtwirtschaftliche Sparquote: Volksw. Ersparnis/Verfügbares Einkommen der Volkswirtschaft; Sparquote der privaten Haushalte:

Ersparnis/Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte; Staatsquote: Staatsausgaben/Bruttoinlandsprodukt; Abgabenquote:

Steuern und Sozialbeiträge/Bruttoinlandsprodukt; Sozialleistungsquote, insgesamt: Sozialbudget/Bruttoinlandsprodukt;

Sozialleistungsquote: Sozialbudget nach Funktionen, hier Alter und Hinterbliebene/Bruttoinlandsprodukt; Nettoquote: Nettolöhne

und -gehälter/Bruttolöhne und -gehälter; Lohnquote: Arbeitnehmerentgelte/Volkseinkommen; Arbeitslosenquote: Arbeitslose/Arbeitslose

und abhängige (zivile) Erwerbstätige; Erwerbsquote: Erwerbspersonen in Abgrenzung nach ILO/Bevölkerung (Einwohner)

Quelle: Statistisches Bundesamt: FS 18, R. 1.5 - Lange Reihen, BMAS: Sozialbudget; BMF, BA

14 Demographie

Bevölkerungsstruktur *

Jahr	Insgesamt	Alter von ... bis unter ... Jahren			Anteil der Älteren an der Bevölkerung insgesamt	Alters- quotient (über 65-Jährige an 20-65-J.)
		0-20	20-65	65 und älter		
	- in 1000 -					- in v. H. -
Alte Bundesländer bzw. Deutschland ¹						
1950	50.958	15.544	30.609	4.806	9,4	15,7
1955	53.518	15.982	32.100	5.436	10,2	16,9
1956	53.340	15.767	32.089	5.484	10,3	17,1
1957	54.064	16.004	32.399	5.662	10,5	17,5
1958	54.719	16.013	32.894	5.813	10,6	17,7
1959	55.257	15.947	33.349	5.961	10,8	17,9
1960	55.958	15.918	33.940	6.100	10,9	18,0
1961	56.589	15.911	34.347	6.331	11,2	18,4
1962	57.247	16.163	34.587	6.497	11,3	18,8
1963	57.865	16.421	34.753	6.690	11,6	19,3
1964	58.587	16.720	34.948	6.920	11,8	19,8
1965	59.297	17.216	34.946	7.135	12,0	20,4
1966	59.793	17.590	34.847	7.356	12,3	21,1
1967	59.948	17.828	34.537	7.584	12,7	22,0
1968	60.463	18.058	34.654	7.751	12,8	22,4
1969	61.195	18.227	35.028	7.939	13,0	22,7
1970	61.001	18.125	34.757	8.119	13,3	23,4
1971	61.503	18.220	34.971	8.311	13,5	23,8
1972	61.809	18.196	35.112	8.501	13,8	24,2
1973	62.101	18.119	35.297	8.686	14,0	24,6
1974	61.991	17.944	35.181	8.866	14,3	25,2
1975	61.645	17.662	34.978	9.005	14,6	25,7
1976	61.442	17.380	34.929	9.133	14,9	26,1
1977	61.353	17.079	34.967	9.307	15,2	26,6
1978	61.322	16.794	35.086	9.442	15,4	26,9
1979	61.439	16.521	35.355	9.563	15,6	27,0
1980	61.658	16.278	35.845	9.535	15,5	26,6
1981	61.713	15.933	36.409	9.370	15,2	25,7
1982	61.546	15.485	36.888	9.173	14,9	24,9
1983	61.307	14.943	37.383	8.981	14,6	24,0
1984	61.049	14.366	37.703	8.981	14,7	23,8
1985	61.020	13.908	37.986	9.127	15,0	24,0
1986	61.140	13.537	38.331	9.273	15,2	24,2
1987	61.238	13.147	38.675	9.416	15,4	24,3
1988	61.715	13.001	39.199	9.515	15,4	24,3
1989	62.679	13.071	39.994	9.614	15,3	24,0
1990	63.726	13.260	40.721	9.744	15,3	23,9
1991	80.275	17.294	50.948	12.033	15,0	23,6
1992	80.975	17.403	51.396	12.176	15,0	23,7
1993	81.338	17.508	51.470	12.360	15,2	24,0
1994	81.539	17.552	51.445	12.542	15,4	24,4
1995	81.817	17.629	51.456	12.732	15,6	24,7
1996	82.012	17.674	51.481	12.857	15,7	25,0
1997	82.057	17.661	51.430	12.966	15,8	25,2
1998	82.037	17.584	51.386	13.067	15,9	25,4
1999	82.163	17.530	51.282	13.351	16,2	26,0
2000	82.260	17.390	51.176	13.694	16,6	26,8
2001	82.440	17.259	51.115	14.066	17,1	27,5
2002	82.537	17.089	51.009	14.439	17,5	28,3
2003	82.532	16.904	50.767	14.860	18,0	29,3
2004	82.501	16.713	50.421	15.367	18,6	30,5
2005	82.438	16.486	50.082	15.870	19,3	31,7
2006	82.315	16.204	49.812	16.299	19,8	32,7
2007	82.218	15.925	49.774	16.519	20,1	33,2
2008	82.002	15.619	49.655	16.729	20,4	33,7
2009	81.802	15.340	49.561	16.902	20,7	34,1
2010	81.752	15.082	49.826	16.844	20,6	33,8
2011	81.844	14.913	50.051	16.881	20,6	33,7
2012	82.021	14.809	50.209	17.003	20,7	33,9

Stand: jeweils Jahresende

¹ Bis 1990 Alte Bundesländer, ab 1991 Deutschland insgesamt

*Die neuen Bevölkerungszahlen auf Basis des Zensus 2011 (Ergebnis zum Stichtag 9. Mai 2011:

80 219 695 Einwohner) werden voraussichtlich erst im Jahr 2014 berücksichtigt.

Quelle: Statistisches Bundesamt

Geburten und Nettoreproduktionsraten

Jahr	Einwohner in 1000, Jahres- durch- schnitt ¹	Lebend Geborene abzgl. der im 1. Lebensjahr Gestorbenen	Lebend Geborene abzgl. der im 1. Lebensjahr Gestorbenen je 1000 Einwohner	Zusammen- gefasste Geburten- ziffer je Frau von 15 bis unter 50 Jahren	Netto- reproduktions- rate insgesamt von 15 bis unter 50 Jahren
Alte Bundesländer bzw. Deutschland ²					
1950	49.989	767.383	15,4	2,09	0,933
1955	52.382	785.844	15,0	2,10	0,941
1956	53.008	822.789	15,5	2,20	1,021
1957	53.656	859.749	16,0	2,29	1,063
1958	54.292	871.876	16,1	2,28	1,059
1959	54.876	919.300	16,8	2,36	1,096
1960	55.433	935.905	16,9	2,36	1,098
1961	56.185	980.579	17,5	2,45	1,141
1962	56.837	988.745	17,4	2,44	1,134
1963	57.389	1.025.650	17,9	2,51	1,170
1964	57.971	1.038.489	17,9	2,54	1,181
1965	58.619	1.019.381	17,4	2,50	1,177
1966	59.148	1.025.542	17,3	2,53	1,190
1967	59.286	996.156	16,8	2,48	1,169
1968	59.500	947.715	15,9	2,38	1,119
1969	60.067	882.294	14,7	2,21	1,039
1970	60.651	791.643	13,1	2,01	0,948
1971	61.302	760.385	12,4	1,92	0,901
1972	61.672	685.307	11,1	1,71	0,804
1973	61.976	621.064	10,0	1,54	0,726
1974	62.054	613.141	9,9	1,51	0,711
1975	61.829	588.637	9,5	1,45	0,680
1976	61.531	592.345	9,6	1,45	0,684
1977	61.400	573.322	9,3	1,40	0,658
1978	61.327	567.986	9,3	1,38	0,648
1979	61.359	574.129	9,4	1,38	0,650
1980	61.566	612.836	10,0	1,44	0,679
1981	61.682	617.300	10,0	1,43	0,675
1982	61.638	614.391	10,0	1,41	0,661
1983	61.423	588.078	9,6	1,33	0,625
1984	61.175	578.524	9,5	1,29	0,606
1985	61.024	580.911	9,5	1,28	0,604
1986	61.066	620.608	10,2	1,34	0,645
1987	61.077	636.692	10,4	1,37	0,653
1988	61.449	672.179	10,9	1,41	0,676
1989	62.063	676.463	10,9	1,39	0,670
1990	63.254	722.123	11,4	1,45	0,694
1991	79.984	824.308	10,3	1,33	0,638
1992	80.594	804.122	10,0	1,29	0,620
1993	81.179	793.782	9,8	1,28	0,612
1994	81.422	765.294	9,4	1,24	0,594
1995	81.661	761.168	9,3	1,25	0,598
1996	81.896	792.051	9,7	1,32	0,629
1997	82.052	808.222	9,9	1,37	0,656
1998	82.029	781.368	9,5	1,36	0,649
1999	82.087	767.248	9,3	1,36	0,651
2000	82.188	763.915	9,3	1,38	0,665
2001	82.340	731.594	8,9	1,35	0,649
2002	82.482	716.550	8,7	1,34	0,646
2003	82.520	703.731	8,5	1,34	0,646
2004	82.501	702.704	8,5	1,36	0,654
2005	82.464	683.099	8,3	1,34	0,647
2006	82.366	670.145	8,1	1,33	0,641
2007	82.263	682.206	8,3	1,37	0,660
2008	82.120	680.101	8,3	1,38	0,665
2009	81.875	662.792	8,1	1,36	0,656
2010	81.757	675.625	8,3	1,39	0,674
2011	81.779	660.277	8,1	1,36	0,659
2012	81.917	671.342	8,2	1,38	0,666

¹ Bis vollständige Zeitreihen der laufenden Bevölkerungsstatistik auf Basis des Zensus 2011 vorliegen

(Ergebnis zum Stichtag 9. Mai 2011: 80 219 695 Einwohner), werden in den VGR weiterhin die auf Grundlage früherer Zählungen ermittelten Daten der Bevölkerungsfortschreibung nachgewiesen.

² Bis 1990 Alte Bundesländer, ab 1991 Deutschland insgesamt

Quelle: Statistisches Bundesamt

Entwicklung der (ferneren) Lebenserwartung und der Überlebenden in Deutschland

Sterbetafel	Fernere Lebenserwartung in Jahren				Von 100.000 lebend Geborenen erreich(t)en das Alter 65	
	Zeitpunkt der Geburt	Vollen- detes 65. Alters- jahr	Zeitpunkt der Geburt	Vollen- detes 65. Alters- jahr		
	Männer		Frauen		Männer	Frauen
Deutschland ¹						
1871/1881	35,58	9,55	38,45	9,96	24.802	29.703
1891/1900	40,56	10,12	43,97	10,62	31.294	37.828
1901/1910	44,82	10,40	48,33	11,09	36.079	43.540
1910/1911	47,41	10,38	50,68	11,03	39.527	46.484
1924/1926	55,97	11,46	58,82	12,17	52.715	57.671
1932/1934	59,86	11,87	62,81	12,60	58.106	63.712
1949/1951	64,56	12,84	68,48	13,72	64.999	73.875
1960/1962	66,86	12,36	72,39	14,60	66.941	79.839
1970/1972	67,41	12,06	73,83	15,18	68.242	81.647
1986/1988	71,70	13,77	78,03	17,30	75.121	86.943
1995/1997	73,62	14,91	79,98	18,66	78.234	88.954
1996/1998	74,04	15,13	80,27	18,85	79.025	89.297
1997/1999	74,44	15,36	80,57	19,06	79.784	89.620
1998/2000	74,78	15,56	80,82	19,25	80.372	89.865
1999/2001	75,11	15,79	81,07	19,44	80.855	90.069
2000/2002	75,38	15,93	81,22	19,55	81.282	90.226
2001/2003	75,59	16,07	81,34	19,61	81.623	90.395
2002/2004	75,89	16,26	81,55	19,77	82.042	90.571
2003/2005	76,21	16,47	81,78	19,94	82.460	90.736
2004/2006	76,64	16,77	82,08	20,18	82.970	90.923
2005/2007	76,89	16,93	82,25	20,31	83.316	91.046
2006/2008	77,17	17,11	82,40	20,41	83.631	91.154
2007/2009	77,33	17,22	82,53	20,52	83.838	91.221
2008/2010	77,51	17,33	82,59	20,56	84.042	91.278
2009/2011	77,72	17,48	82,73	20,68	84.297	91.333

¹ Bis 1932/34 Reichgebiet, jeweiliger Gebietsstand, 1949/51 früheres Bundesgebiet ohne Saarland und Berlin, 1960/62 und 1970/72 früheres Bundesgebiet, ab 1986/88 Deutschland

Ergebnisse der allgemeinen (Querschnitts-)Sterbetafeln in abgekürzter Form, 1995/1997 bis 2009/2011 jeweils abgekürzte Sterbetafel

Quelle: Statistisches Bundesamt

15 Personalbestand

Personalbestand insgesamt

Jahr	Insgesamt	Beamte und DO-Ange-stellte	Arbeit-nehmer	Anwärter, Auszubil-dende ¹ , Ärzte im Praktikum	Sonstige u. ruhende Beschäfti-gungs-verhältnisse
Alte Bundesländer					
1981	65.545	x	x	x	x
1985	65.278	10.567	49.762	x	4.949
1990	65.525	10.827	48.917	x	5.781
1992	69.060	10.809	51.006	x	7.246
1995	68.062	11.574	46.835	5.987	3.666
2000	63.601	13.492	43.315	2.265	4.529
2001	62.994	13.303	42.437	2.863	4.390
2002	62.994	13.184	41.938	3.687	4.185
2003	63.147	13.128	41.608	4.193	4.218
2004	62.473	13.130	40.938	4.327	4.078
2005	60.826	13.136	40.581	3.710	3.399
2006	58.672	12.832	39.959	2.960	2.922
2007	55.570	12.534	37.923	2.346	2.766
2008	53.352	12.210	36.453	1.922	2.767
2009	51.512	12.046	35.274	1.719	2.473
2010	50.556	11.842	34.598	1.796	2.320
2011	50.252	11.767	34.506	1.906	2.074
2012	50.609	11.685	35.001	1.997	1.926
2013	50.621	11.585	35.103	2.133	1.800
Neue Bundesländer					
1992	9.536	258	7.936	x	1.342
1995	13.190	705	11.743	546	196
2000	10.685	1.048	8.889	453	296
2001	10.640	1.096	8.768	441	335
2002	11.133	1.152	9.239	437	305
2003	12.156	1.230	10.113	468	345
2004	12.490	1.324	10.254	565	346
2005	12.259	1.318	10.020	614	307
2006	12.535	1.549	10.047	613	325
2007	11.951	1.528	9.532	567	324
2008	11.489	1.464	9.119	536	372
2009	11.231	1.460	8.949	491	330
2010	11.048	1.418	8.828	506	297
2011	10.910	1.416	8.726	495	274
2012	11.012	1.422	8.827	504	259
2013	11.071	1.458	8.863	499	251
Deutschland					
1992	78.596	11.067	58.941	x	8.587
1995	81.252	12.279	58.578	6.533	3.863
2000	74.285	14.540	52.203	2.717	4.824
2001	73.634	14.400	51.206	3.304	4.725
2002	74.127	14.336	51.177	4.123	4.491
2003	75.303	14.358	51.721	4.661	4.563
2004	74.963	14.455	51.192	4.892	4.424
2005	73.085	14.454	50.601	4.325	3.706
2006	71.207	14.381	50.006	3.573	3.247
2007	67.521	14.062	47.455	2.913	3.090
2008	64.842	13.674	45.572	2.457	3.139
2009	62.743	13.506	44.223	2.210	2.803
2010	61.603	13.259	43.426	2.302	2.616
2011	61.162	13.183	43.232	2.401	2.347
2012	61.621	13.107	43.828	2.501	2.185
2013	61.692	13.044	43.966	2.632	2.051

Personal in Hauptverwaltung und Eigenbetrieben sowie in Sonderbereichen;

Teilzeitkräfte sind entsprechend ihrem Beschäftigungsanteil in Vollzeitbeschäftigte umgerechnet

¹ Bis 1994 in Vorspalten enthalten

Quelle: Bis 1994 zum 01.01. VDR-Geschäftsberichte, ab 1995 zum 30.06. Personalstatistik

16 Glossar

Das Glossar enthält in Kurzform Erläuterungen zu Untergliederungen, Personen- und Fallgruppen. Ausführliche Beschreibungen und rechtliche Grundlagen sind in den Anhängen der jährlich erscheinenden „Fachstatistiken der Deutschen Rentenversicherung“ für die einzelnen betrachteten Jahre zu finden. Hier ist der Rechtsstand aus Vereinfachungsgründen auf das letzte Berichtsjahr beschränkt, sofern nichts anderes erwähnt wird. Durch das Kapitel „Chronik“, das ab der Ausgabe 2012 elektronisch im Internet verfügbar ist, werden zusätzlich Hinweise auf wichtige Rechtsänderungen gegeben.

Aktiv Versicherte

Aktiv Versicherte sind alle nach Kenntnis der gesetzlichen Rentenversicherung lebenden Versicherten der gesetzlichen Rentenversicherung, für die rentenrechtliche Zeiten - wie Pflichtbeitragszeiten, freiwillige Beitragszeiten, geringfügige Beschäftigungszeiten oder Anrechnungszeiten - im Versicherungskonto innerhalb des Berichtsjahres (bei Zeitraumbetrachtung) oder für den 31. Dezember des Berichtsjahres (bei Stichtagsbetrachtung) gespeichert sind. Ebenso zählen dazu Versicherte mit Bonus aus Versorgungsausgleich, Beitragserstattungen, Nachzahlungen für Ausbildungszeiten oder der Zahlungen von Beiträgen bei vorzeitiger Inanspruchnahme einer Rente wegen Alters.

Aktueller Rentenwert

Der aktuelle Rentenwert ist der Betrag, der einer monatlichen Rente aus Beiträgen eines Durchschnittsverdieners für ein Jahr entspricht. Er ist der dynamische Teil der Rentenformel. Mit ihm wird die Rente regelmäßig (Rentenanpassung) an die wirtschaftliche Entwicklung angepasst (derzeit unterschiedlich in alten und neuen Bundesländern).

Allgemeine Rentenversicherung

Seit dem 1.1.2005 sind die Rentenversicherung der Arbeiter und die Rentenversicherung der Angestellten zur allgemeinen Rentenversicherung zusammengefasst. Seit diesem Zeitpunkt wird in der →gesetzlichen Rentenversicherung nicht mehr zwischen Arbeitern und Angestellten unterschieden. Für die Erfüllung der Aufgaben der →gesetzlichen Rentenversicherung sind in der allgemeinen Rentenversicherung die Regionalträger, die Deutsche Rentenversicherung Bund und die Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See zuständig.

Alter

Das Alter wird nach der Geburtsjahresmethode durch Differenzbildung aus Berichtsjahr (Vorjahr) und Geburtsjahr bestimmt.

Altersrenten

Als Regelaltersrente ist die Altersrente mit 65 Jahren vorgesehen.

Bei den anderen Altersrenten vor Vollendung des 65. Lebensjahres wird eine schrittweise Anhebung der Altersgrenzen vorgenommen. Bei vorzeitiger Inanspruchnahme (in bestimmten Fällen frühestens mit 60 Jahren) kommt es unter Umständen zu Rentenabschlägen, die aber durch Beitragszahlungen ausgeglichen werden können.

Es gibt folgende Altersrenten:

- Regelaltersrente: Sie erhält, wer das 65. Lebensjahr vollendet und die allgemeine Wartezeit von fünf Jahren (60 Monate) erfüllt hat (§35 SGB VI).

- Altersrente für besonders langjährig Versicherte: Sie erhält wer das 65. Lebensjahr vollendet und die → Wartezeit von 45 Jahren erfüllt hat (§38 SGB VI).
- Altersrente für langjährig Versicherte: Sie erhält vorzeitig, wer das 63. Lebensjahr vollendet, die Berufstätigkeit aufgegeben oder eingeschränkt und die Wartezeit von 35 Jahren (420 Monate) erfüllt hat. Versicherte, die nach 1947 geboren sind, können die Rente frühestens mit 62 Jahren in Anspruch nehmen (§§ 36, 236 SGB VI).
- Altersrente für schwerbehinderte Menschen: Sie ist vorzeitig an mindestens 60-jährige schwerbehinderte Menschen (Grad der Behinderung mindestens 50) zu leisten, wenn die Berufstätigkeit aufgegeben oder eingeschränkt und die Wartezeit von 35 Jahren erfüllt ist (§§ 37, 236 a SGB VI): Vor 1951 Geborene können diese Altersrente auch beanspruchen, wenn an Stelle der Schwerbehinderung „nur“ Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit (nach dem bis 31. Dezember 2000 geltenden Recht) vorliegt.
- Altersrente wegen Arbeitslosigkeit: Sie erhält – derzeit – vorzeitig frühestens mit 60 Jahren, wer vor 1952 geboren und im Zeitpunkt des Rentenbeginns arbeitslos ist, außerdem nach Vollendung des Lebensalters von 58 Jahren und sechs Monaten insgesamt 52 Wochen arbeitslos war, in den letzten zehn Jahren für acht Jahre (96 Monate) Pflichtbeiträge gezahlt und die Wartezeit von 15 Jahren (180 Monate) erfüllt hat (§ 237 SGB VI). Ab 2006 wird die Möglichkeit der vorzeitigen Inanspruchnahme der Rente schrittweise vom 60. Lebensjahr auf das 63. Lebensjahr angehoben (Anlage 19 zum SGB VI). Sofern die Berufstätigkeit nicht völlig aufgegeben ist, müssen bestimmte Hinzuverdienstgrenzen eingehalten werden.
- Altersrente nach Altersteilzeitarbeit: Sie erhält vorzeitig frühestens mit 60 Jahren (ab 2006 schrittweise Anhebung auf frühestens 63 Jahre), wer vor 1952 geboren ist, 24 Kalendermonate Altersteilzeitarbeit im Sinne des Altersteilzeitgesetzes (AtG) zurückgelegt hat, sofern er in den letzten zehn Jahren für acht Jahre (96 Monate) Pflichtbeiträge gezahlt und die Wartezeit von 15 Jahren (180 Monate) erfüllt hat (§ 237 SGB VI). Sofern die Berufstätigkeit nicht völlig aufgegeben ist, müssen bestimmte Hinzuverdienstgrenzen eingehalten werden.
- Altersrente für Frauen: Sie ist vorzeitig frühestens mit 60 Jahren zu zahlen, wenn die Versicherte vor 1952 geboren ist, nach Vollendung des 40. Lebensjahres über zehn Jahre (also mindestens 121 Monate) Pflichtbeiträge gezahlt, die Berufstätigkeit aufgegeben oder eingeschränkt und die Wartezeit von 15 Jahren (180 Monate) erfüllt hat (§ 237 a SGB VI).

Die Altersrenten können als Vollrenten oder Teilrenten beantragt werden. Dabei gelten bis zur Vollendung des 65. Lebensjahres unterschiedliche Hinzuverdienstgrenzen (§ 34 SGB VI).

Beziehen einer Altersrente können Leistungen zur Teilhabe bewilligt werden, sofern ihre Rente weniger als zwei Drittel der Vollrente beträgt (§ 12 SGB VI). Für die onkologische

Rehabilitationsnachsorge gilt diese Einschränkung nicht. Die Altersgrenze für die Regelaltersrente wird schrittweise bis zum Jahr 2029 auf 67 Jahre angehoben. Diese Anhebung im Verbund mit einer neu geschaffenen abschlagfreien Altersrente für besonders langjährig Versicherte (§ 38 SGB VI) wird sich aber erst für Statistikergebnisse ab dem Jahr 2012 auswirken, so dass in dieser Ausgabe noch auf eine detaillierte Darstellung verzichtet wurde.

Anfangsbestand (an Rentenanträgen)

Der Anfangsbestand (an Rentenanträgen) ist gleich der Anzahl sämtlicher unerledigter Anträge zu Beginn des Berichtszeitraums. Er entspricht üblicherweise dem Endbestand des vorhergehenden Betrachtungszeitraums, kann sich von diesem jedoch in Ausnahmefällen durch Bestandsberichtigungen unterscheiden.

Angestelltenversicherung (AnV) (bis 31.12.2004)

Die Angestelltenversicherung war bis 31.12.2004 einer von drei Versicherungszweigen der →gesetzlichen Rentenversicherung. Seit dem 1.1.2005 wird in der gesetzlichen Rentenversicherung nicht mehr zwischen Arbeitern und Angestellten unterschieden.

Anhebung der Altersgrenzen

Mit Ausnahme der Regelaltersrente werden nach geltendem Recht für alle anderen Altersrenten die Altersgrenzen angehoben (Anlage 19 bis 22 SGB VI).

Bei Versicherten, die nach dem 31. Dezember 1936 geboren sind, wird die Altersgrenze von 63 Jahren für die **Altersrente an langjährige Versicherte** schrittweise auf das 65. Lebensjahr angehoben (Anlage 21 SGB VI).

Die Altersgrenze für die **Altersrente für schwerbehinderte Menschen** wird für Geburtsjahrgänge ab 1941 von 60 Jahren schrittweise auf das 63. Lebensjahr angehoben (Anlage 22 SGB VI).

Bei Versicherten, die nach dem 31. Dezember 1936 geboren sind, wird die **Altersgrenze für die Altersrente wegen Arbeitslosigkeit oder nach Altersteilzeitarbeit** von ursprünglich 60 Jahren schrittweise auf das 65. Lebensjahr angehoben (Anlage 19 SGB VI).

Bei weiblichen Versicherten, die nach dem 31. Dezember 1939 geboren sind, wird die Altersgrenze von 60 Jahren bei der **Altersrente für Frauen** schrittweise auf das 65. Lebensjahr angehoben (Anlage 20 SGB VI).

Für alle vorzeitigen Altersrenten bestehen spezielle **Vertrauensschutzregelungen**, die gegebenenfalls eine Anhebung der Altersgrenze ganz oder teilweise ausschließen. Eine vorzeitige Inanspruchnahme der genannten Rentenarten ist grundsätzlich nur mit einem Rentenabschlag möglich. Dieser kann durch Beitragszahlungen ausgeglichen werden (§ 187a SGB VI).

Nach Ende der schrittweisen Anhebung der Altersgrenzen wird es **nur noch zwei Altersgrenzen** geben: das 65. Lebensjahr für die Regelaltersrente und die Altersrente für langjährig Versicherte sowie das 63. Lebensjahr für die Altersrente für schwerbehinderte Menschen. Die speziellen Altersrenten für Frauen und wegen Arbeitslosigkeit oder nach Altersteilzeitarbeit sind für Geburtsjahrgänge ab 1952 nicht

mehr vorgesehen. Die Altersrente für langjährig Versicherte wird vorzeitig weiterhin mit 63 Jahren (später sogar mit 62 Jahren) und die Altersrente für schwerbehinderte Menschen weiterhin mit dem 60. Lebensjahr in Anspruch genommen werden können, allerdings grundsätzlich mit den genannten Rentenabschlägen. Die Altersgrenze für die Regelaltersrente wird schrittweise bis zum Jahr 2029 auf 67 Jahre angehoben. Diese Anhebung im Verbund mit einer neu geschaffenen abschlagfreien Altersrente für besonders langjährig Versicherte (§ 38 SGB VI) wirkt sich aber erst für Statistikergebnisse ab dem Jahr 2012 aus.

Anrechnungszeiten

Anrechnungszeiten sind Zeiten, in denen der Versicherte aus hauptsächlich persönlichen schutzwürdigen Gründen keine Beiträge gezahlt hat (beitragsfreie Zeiten), die aber dennoch für die Wartezeit von 35 Jahren und für die Rentenberechnung berücksichtigt werden. Anrechnungszeiten sind unter bestimmten Voraussetzungen beispielsweise Zeiten, in denen eine versicherte Berufstätigkeit wegen Arbeitsunfähigkeit, Schwangerschaft, Mutterschaft, Arbeitslosigkeit oder einer Ausbildungssuche unterbrochen ist bzw. unterbleibt, ferner Krankheitszeiten zwischen dem 17. und 25. Lebensjahr oder schulische Ausbildungszeiten nach dem 17. Lebensjahr (§ 58 SGB VI). Auch Arbeitsausfalltage in der DDR gehören zu den Anrechnungszeiten (§ 252 a SGB VI).

Anschlussheilbehandlung

Die Anschlussheilbehandlung ist eine in der Regel stationäre medizinische Rehabilitationsleistung, die sich unmittelbar an eine Behandlung im Krankenhaus anschließt und der möglichst raschen Wiedereingliederung des Versicherten ins Erwerbsleben dient.

Antragszugänge, effektive

Effektive Antragszugänge sind berichtigte Rentenantragszugänge. Hierbei dienen Berichtigungen des Antragszuganges dazu, solche Fälle auszuschließen, die als Antragszugänge bereits gezählt wurden, aber wegen einer zunächst unzutreffenden Kennzeichnung (z.B. bezüglich Vorgangs- oder Leistungsart) nicht der richtigen Fallgruppe zugewiesen waren.

Arbeiterrentenversicherung (ArV) (bis 31.12.2004)

Die Arbeiterrentenversicherung war bis 31.12.2004 einer von drei Versicherungszweigen der →gesetzlichen Rentenversicherung. Seit dem 1.1.2005 wird in der gesetzlichen Rentenversicherung nicht mehr zwischen Arbeitern und Angestellten unterschieden.

Arbeitnehmerentgelte

Neue Begrifflichkeit nach dem →ESVG 1995; früher: Einkommen aus unselbstständiger Arbeit. Die Arbeitnehmerentgelte sind die Summe aus den →Bruttolöhnen und -gehältern der Arbeitnehmer und den (tatsächlichen wie unterstellten) Arbeitgeberbeiträgen zur Sozialversicherung.

Arbeitslosigkeit

Arbeitslos ist, wer keine Arbeit hat, der Arbeitsvermittlung zur Verfügung steht und sich in der Regel bei der Agentur für Arbeit arbeitslos gemeldet hat.
Personen, die während dieser Zeit Arbeitslosengeld beziehen,

sind versicherungspflichtig. Für sie werden Pflichtbeiträge zur Rentenversicherung von der Bundesagentur für Arbeit gezahlt. Zeiten der Arbeitslosigkeit können auch für Anrechnungs- und Ersatzzeiten Bedeutung haben und außerdem zum Anspruch auf die Altersrente wegen Arbeitslosigkeit führen. Geregelt sind die Vorschriften im SGB III.

Davon abzugrenzen ist die Grundsicherung für Arbeitssuchende nach dem SGB II, auch unter „Hartz IV“-Leistung in der Öffentlichkeit bekannt. Als arbeitslos gelten Personen in der amtlichen Statistik, die vorübergehend nicht in einem Beschäftigungsverhältnis stehen oder nur kurzfristig beschäftigt sind, aber arbeitsfähig sind und eine Tätigkeit als Arbeitnehmer ausüben wollen; als amtlich registrierte Arbeitslose gelten nur die beim Arbeitsamt gemeldeten.

Arbeitslosenquote

Die amtliche Arbeitslosenquote wird berechnet als Anzahl der registrierten Arbeitslosen in v.H. aller abhängigen zivilen Erwerbspersonen (sozialversicherungspflichtig Beschäftigte einschl. Auszubildende, geringfügig Beschäftigte, Beamte, ohne Soldaten und Arbeitslose).

Arbeitslosenversicherung

Die Arbeitslosenversicherung ist ein eigenständiger Zweig der Sozialversicherung. Ihr obliegen insbesondere die Sicherung von Arbeitsplätzen und die finanziellen Leistungen an Arbeitslose. Träger der Arbeitslosenversicherung ist die Bundesagentur für Arbeit.

Ausländer (ausländische Arbeitnehmer)

Personen mit nichtdeutscher Staatsbürgerschaft. Ausländische Arbeitnehmer, die in der BRD einer entgeltlichen Beschäftigung nachgehen, besitzen die gleichen Rechte und Pflichten wie inländische Arbeitnehmer.

Beitragsbemessungsgrenze

Die Beitragsbemessungsgrenze ist die jährlich festgesetzte Einkommensgrenze, bis zu der Pflichtbeiträge vom (Brutto-) Arbeitsentgelt bzw. -einkommen zu zahlen sind. Darüber liegende Einkommensteile sind nicht beitragspflichtig.

Beitragsfreie Zeiten

Beitragsfreie Zeiten sind Kalendermonate, die mit Anrechnungszeiten, Zurechnungszeiten oder Ersatzzeiten belegt sind. Bei der Rentenberechnung werden die Entgeltpunkte für beitragsfreie Zeiten seit 1992 nach der Gesamtleistungsbeurteilung ermittelt.

Beitragssatz

Der Beitragssatz ist der Prozentsatz des Arbeitsentgelts oder Arbeitseinkommens, der als Beitrag zur Rentenversicherung zu zahlen ist. Er ist für das gesamte Bundesgebiet gleich hoch.

Beitragszeiten

Beitragszeiten sind Zeiten, für die Pflichtbeiträge oder freiwillige Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung gezahlt worden sind. Dazu gehören auch die Beiträge, die zur früheren reichsgesetzlichen Rentenversicherung oder zur Sozialversicherung der ehemaligen DDR gezahlt worden sind. Pflichtbeitragszeiten sind auch Zeiten, für die Pflichtbeiträge nach besonderen Vorschriften als gezahlt gelten (z.B. Zeiten der Kindererziehung).

Beitragszuschuss (zur KVdR)

Der Beitragszuschuss zur → Krankenversicherung (KVdR) bzw. → Pflegeversicherung (PVdR) der Rentner ist eine zusätzliche Leistung der Rentenversicherung. Er dient zum teilweisen Ausgleich der Belastung, die dem Rentner durch seine Kranken-/Pflegeversicherung entsteht. Beiträge zur Pflegeversicherung der Rentner sind vom Rentnempfänger allein zu tragen.

Bemessungsgrundlage

Allgemeine Bemessungsgrundlage: Bis 1992 Faktor in der Rentenformel, durch den die Rente an das Verdienstniveau aller Versicherten angepasst wird. Ihre Höhe wurde jährlich durch ein Rentenanpassungsgesetz festgesetzt. Persönliche Bemessungsgrundlage: Bis 1992 wurde das Verhältnis ermittelt, in dem das beitragspflichtige Entgelt des Versicherten durchschnittlich während seiner Versicherungszeiten jährlich zum jeweiligen durchschnittlichen Entgelt aller Versicherten gestanden hat, wobei freiwillige Beiträge und andere Zeiten gesondert berücksichtigt wurden und den Wert entsprechend beeinflusst haben.

Berücksichtigungszeiten

Berücksichtigungszeiten bei der Rentenberechnung sind Zeiten

- der Erziehung eines Kindes bis zu dessen vollendetem 10. Lebensjahr sowie
- der nicht erwerbsmäßigen Pflege eines Pflegebedürftigen in der Zeit vom 01.01.1992 bis 31.03.1995 (Einführung der Pflegeversicherung), soweit die Pflegeperson wegen der Pflege berechtigt war, Beiträge zu zahlen oder die Umwandlung von freiwilligen Beiträgen in Pflichtbeiträge zu beantragen.

Berufsunfähigkeitsrente (BU-Rente)

Mit Inkrafttreten des Gesetzes zur Reform der Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit zum 01.01.2001 erfolgte eine Neuordnung der Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit. Die bisherige Rente wegen Berufsunfähigkeit ist mit der Neuregelung weggefallen. Bestand jedoch am 31.12.2000 Anspruch auf eine Rente wegen Berufsunfähigkeit, besteht der jeweilige Anspruch bis zur Vollendung des 65. Lebensjahres weiter, solange die Voraussetzungen vorliegen, die für die Bewilligung der Leistung maßgebend waren (§ 302b SGB VI). Rente wegen Berufsunfähigkeit erhält der Versicherte, der berufsunfähig ist, in den letzten fünf Jahren vor Beginn der BU für drei Jahre Pflichtbeiträge gezahlt hat und die allgemeine Wartezeit vor der BU erfüllt hat. Anschließend besteht Anspruch auf Regelaltersrente. Im Rahmen dieser Statistik werden die Renten wegen Berufsunfähigkeit bei den Renten wegen teilweiser Erwerbsminderung ausgewiesen.

Beschäftigte, versicherungspflichtig

Versicherungspflichtig Beschäftigte leisten nichtselbstständige Arbeit, insbesondere in einem Arbeitsverhältnis.

Bruttoinlandsprodukt (BIP)

Das Bruttoinlandsprodukt ist der Ausdruck der im Inland entstandenen wirtschaftlichen Leistung. Es unterscheidet sich vom → Bruttosozialprodukt (BSP) durch den Saldo der von

	<p>Asländern im Inland bezogenen Erwerbs- und Vermögens-einkommen (im BIP enthalten, im BSP nicht) und der von Inländern im Ausland verdienten Einkommen (im BIP nicht enthalten, aber im BSP).</p>
Bruttolöhne und -gehälter	<p>Neue Begrifflichkeit nach dem → ESVG 1995; früher: Bruttolohn- und -gehaltssumme. Die Bruttolöhne und -gehälter ergeben sich als Differenz aus den → Arbeitnehmerentgelten und den (tatsächlichen und unterstellten) Arbeitgeberbeiträgen zur Sozialversicherung.</p>
Bruttonationaleinkommen	<p>Neue Begrifflichkeit nach dem → ESVG 1995; früher: → Bruttosozialprodukt. Das Bruttonationaleinkommen unterscheidet sich vom Bruttosozialprodukt im Wesentlichen im Hinblick auf die Investitionen. So werden beispielsweise nunmehr auch immaterielle Anlagegüter (z. B. gekaufte bzw. selbst erstellte Computerprogramme, Urheberrechte und Suchbohrungen) dazugezählt.</p>
Bruttorente	<p>→ Faktorreihen zu Zahlbeträge</p>
Bruttosozialprodukt (BSP)	<p>Unter Bruttosozialprodukt versteht man das güterwirtschaftliche Ergebnis der Gesamtleistung einer Volkswirtschaft, das aus Konsumgütern, Dienstleistungen, Sachgüternutzungen und Produktivgütern besteht. Es ist die Gesamtheit derjenigen Güter und Leistungen, die in einem Jahr von den Mitgliedern einer Volkswirtschaft bereitgestellt werden. Heutiger Begriff → Bruttonationaleinkommen.</p>
Bundesknappschaft	<p>→ Knappschaftliche Rentenversicherung</p>
Bundeszuschuss	<p>Der Bund leistet zu den Ausgaben der Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten einen Zuschuss. Der Bundeszuschuss wird aus Steuergeldern aufgebracht.</p>
DDR-/SBZ-Renten	<p>Für Zeiten vor der Herstellung der Einheit Deutschlands wurden in dieser Publikation keine Werte aus den Statistiken der SBZ/DDR aufgenommen. Wir verweisen jedoch für Interessierte auf das vom BMAS veröffentlichte Zahlenmaterial hierzu: Statistische Übersichten, Bonn 2006, dort insbesondere Kapitel 4, S. 158-201.</p>
Bundeszuschuss, zusätzlicher	<p>Neben dem regulären Bundeszuschuss wird seit 1999 ein zusätzlicher Bundeszuschuss an ArV und AnV gezahlt, um die nicht beitragsgedeckten Leistungen abzugelten. Der zusätzliche Bundeszuschuss wird ergänzt um Einnahmen des Bundes aus dem Gesetz zur Fortführung der ökologischen Steuerreform.</p>
Eckrentner	<p>Bezieher einer → Standardrente</p>
Eckrentnerquotient	<p>Der globale Indikator wird für Jahre berechnet aus der Anzahl der → Eckrentner (Rentenausgaben dividiert durch Standardrente) bezogen auf 100 Beitragszahler einschließlich Arbeitslose.</p>

Ein-Euro-Jobs

Sind Arbeitsgelegenheiten für erwerbsfähige Hilfebedürftige, die keine Arbeit finden können (§ 16 Abs. 3 SGB II). Den Namen „Ein-Euro-Jobs“ haben die Arbeitsgelegenheiten deshalb erhalten, weil den erwerbstätigen Hilfebedürftigen eine Aufwandsentschädigung in Höhe von ca. 1 bis 2 Euro pro Arbeitsstunde gezahlt wird. Die Zahlungen erhalten die Betroffenen zusätzlich zum Arbeitslosengeld II. Die Zahlungen werden nicht auf das Arbeitslosengeld II angerechnet. Es handelt sich nicht um sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse.

Einkommensanrechnung

Das Einkommen des hinterbliebenen Ehegatten bei Todesfällen wird seit dem 01.01.1986 bei den Witwen-/Witwerrenten, seit dem 01.01.1992 bei Erziehungsrenten auf die Rente angerechnet, bei Waisenrenten seit dem 01.01.1992 auf das eigene Einkommen. Angerechnet werden 40 % des Betrages, um den das monatliche Einkommen den jährlich neu festgesetzten → Freibetrag übersteigt.

Entgeltpunkte

Das in den einzelnen Kalenderjahren durch Beiträge versicherte Arbeitsentgelt bzw. Arbeitseinkommen wird in Entgeltpunkte umgerechnet. Die Versicherung eines Arbeitsentgeltes/Arbeitseinkommens in Höhe des Durchschnittsentgelts eines Kalenderjahres ergibt einen vollen Entgeltpunkt.

Entgeltpunkte (Ost)

An die Stelle der ermittelten Entgeltpunkte treten nach § 254 d SGB VI für bestimmte Zeiten im Beitrittsgebiet und für bestimmte Zeiten im jeweiligen Geltungsbereich der Reichsversicherungsgesetze außerhalb der Bundesrepublik Deutschland (Reichsgebiet-Beitragszeiten) die Entgeltpunkte (Ost).

Ergänzende Leistungen zur Rehabilitation

Als ergänzende Leistungen zur Rehabilitation können außer dem Übergangsgeld

- Haushaltshilfe,
- Reisekosten,
- ärztlich verordneter Rehabilitationssport in Gruppen unter ärztlicher Betreuung und
- Übernahme der Kosten, die mit den Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben in unmittelbarem Zusammenhang stehen, insbesondere für Lehrgangskosten, Prüfungsgebühren, Lernmittel, Arbeitskleidung und Arbeitsgeräte erbracht werden.

Ersatzzeiten

Ersatzzeiten knüpfen an in der Vergangenheit: Hauptsächlich ergeben sie sich aus Zeiten des Wehrdienstes, des Kriegsdienstes oder der Kriegsgefangenschaft im Ersten und Zweiten Weltkrieg, Zeiten der Verfolgung in der Zeit des Nationalsozialismus, Zeiten der Vertreibung oder Flucht infolge des Zweiten Weltkrieges sowie Zeiten der Haft und Verfolgung wegen Verstoßes gegen die Rechtsstaatlichkeit in der ehemaligen DDR (Haftzeiten). Ersatzzeiten zählen bei den Wartezeiten und bei der Rentenberechnung mit. Sie können heute nicht mehr erworben werden.

Erwerbslose	Differenz aus der Anzahl der → Erwerbspersonen und der Anzahl der → Erwerbstätigen.
Erwerbspersonen	Erwerbspersonen sind alle Personen mit Wohnsitz im Bundesgebiet, die eine unmittelbar auf Erwerb gerichtete Tätigkeit ausüben oder suchen.
Erwerbstätige	Personen, die eine auf Erwerb gerichtete Tätigkeit ausüben.
Erwerbsminderungsrente (EM-Rente)	Das Recht der Renten wegen verminderter Erwerbsunfähigkeit wurde neu geordnet. Renten mit Rentenbeginn ab dem 01.01.2001 werden als → Renten wegen teilweiser Erwerbsminderung oder als → Renten wegen voller Erwerbsminderung geleistet.
Erwerbsunfähigkeitsrente (EU-Rente)	Mit Inkrafttreten des Gesetzes zur Reform der Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit zum 01.01.2001 erfolgte eine Neuordnung der Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit. Die bisherige Rente wegen Erwerbsunfähigkeit ist mit der Neuregelung weggefallen. Bestand jedoch am 31.12.2000 Anspruch auf eine Rente wegen Erwerbsunfähigkeit, besteht der jeweilige Anspruch bis zur Vollendung des 65. Lebensjahres weiter, solange die Voraussetzungen vorliegen, die für die Bewilligung der Leistung maßgebend waren (§ 302b SGB VI). Rente wegen Erwerbsunfähigkeit (EU) erhält der Versicherte, der erwerbsunfähig ist, in den letzten fünf Jahren vor Eintritt der EU für drei Jahre Pflichtbeiträge gezahlt und vor Eintritt der EU die allgemeine Wartezeit erfüllt hat. Im Rahmen dieser Statistik werden die Renten wegen Erwerbsunfähigkeit bei den Renten wegen voller Erwerbsminderung ausgewiesen.
Erziehungsrente	Anspruch auf Erziehungsrente haben Versicherte, wenn ihr geschiedener Ehegatte verstorben ist, sie ein eigenes oder ein Kind des geschiedenen Ehegatten erziehen, nicht wieder geheiratet haben und bis zum Tod des geschiedenen Ehegatten die allgemeine Wartezeit von fünf Jahren erfüllt haben. Für die Erziehungsrente bestehen im Beitragsgebiet und im übrigen Bundesgebiet unterschiedliche Regelungen. Im Beitragsgebiet ist es unerheblich, wann die Ehe geschieden wurde. Im übrigen Bundesgebiet muss die Ehe nach dem 30.06.1977 geschieden worden sein. Eigenes Einkommen wird angerechnet, sofern ein Freibetrag überschritten wird.
Erziehungszeiten (Kindererziehungszeiten)	Die Zeit der Erziehung eines Kindes in den ersten zwölf Monaten nach dessen Geburt wird in der Rentenversicherung als Kindererziehungszeit anerkannt. Für Geburten ab dem 01.01.1992 werden der oder dem Erziehenden drei Jahre nach der Geburt des Kindes als Erziehungszeit angerechnet. Erziehungszeiten sind Beitragszeiten, für welche Beiträge als gezahlt gelten. Zeiten der Erziehung eines Kindes bis zur Vollendung des 10. Lebensjahres, die nicht als Beitragszeit anzurechnen sind, sind Berücksichtigungszeiten. Für die Geburtsjahrgänge der Mütter vor 1921 in den alten Bundesländern und Geburtsjahrgänge der Mütter vor 1927 in

den neuen Bundesländern werden keine Erziehungszeiten, sondern eine → Kindererziehungsleistung gewährt.

ESVG 1995

Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen 1995. Dieses System markierte für Deutschland den Übergang des 1960 entwickelten deutschen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen auf europäische Regelungen im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Die Ergebnisse beider Rechenwerke unterscheiden sich durch die Verwendung neuer statistischer Berechnungsgrundlagen, neuer Berechnungsmethoden, einer neuen Preisbasis (neues Basisjahr: 1995) sowie neuer Definitionen, Klassifikationen u. ä. im ESGV.

Euro - Umrechnung

Für die Zeit vor dem 01. Januar 2002 ermittelte DM-Beträge werden zum amtlich festgelegten Umrechnungskurs
1 Euro = 1,95583 DM in Euro ohne kaufmännische Rundung umgerechnet.

Fachstatistiken der Deutschen Rentenversicherung

Zu insgesamt fünf Themenbereichen (Rehabilitation, Rentenanwartschaften, Rentenbestand, Rentenzugang, Versicherte) gibt es jeweils jährlich erscheinende Fachstatistiken, die sich ausführlich mit allen Aspekten des betreffenden Themas beschäftigen, vgl. dazu das Kapitel „Überblick über unsere Statistikpublikationen“ in diesem Buch.

Faktorenreihen zu Zahlbeträgen

In den Statistiken zum Rentenzugang und Rentenbestand wird seit 1992 regelmäßig der Rentenzahlbetrag ausgewiesen.

Der Rentenzahlbetrag berücksichtigt, dass der Rentner regelmäßig noch Aufwendungen für die KVdR bzw. PVdR zu tragen hat. Beim Rentenzahlbetrag handelt es sich in gewisser Weise um ein Nettokonzept vor Steuern.

Multipliziert man den ausgewiesenen Rentenzahlbetrag mit dem jeweiligen Bruttorentenfaktor, erhält man näherungsweise die Bruttorente. Die jeweils gültigen Bruttorentenfaktoren sind am Ende der Kapitel zum Rentenzugang und Rentenbestand (unterschiedliche Werte) ausgewiesen.

Der jeweils für ein Berichtsjahr gültige Faktor kann auf beliebige Tabellen in den Fachstatistiken zum Rentenzugang und Rentenbestand angewendet werden, wobei zu beachten ist, dass für Rentenzugang und Rentenbestand unterschiedliche Faktoren gelten.

Eine genaue Beschreibung des Rentenzahlbetragsschemas (Unterscheidung Brutto- Nettokonzept) findet sich im Vorwort der jeweiligen Statistikbände.

Finanzdaten

Die in Kapitel 10 ausgewiesenen Einnahme- und Ausgabepositionen sind aus der Rechnungslegung gem. dem gesetzlich vorgeschriebenen Kontenrahmen zusammengestellt.

Freiwillig Versicherte

Freiwillig Versicherte sind alle Personen, die freiwillige Beiträge entrichten. Sie erwerben damit - bezogen auf Alter und Tod - den gleichen Versicherungsschutz wie Pflichtversicherte.

Freiwillige Versiche-

Personen, die nicht pflichtversichert sind, haben das Recht, Rentenversicherung in Zeitreihen 2014

Freiwillige Beitragszahlung	freiwillige Beiträge zur Rentenversicherung zu entrichten. Sie können jeden Betrag als Monatsbeitrag wählen, der zwischen Mindest- und Höchstbeitrag liegt. Beamte und Mitglieder berufsständischer Versorgungswerke können sich freiwillig nur versichern, wenn sie bereits die allgemeine Wartezeit zurückgelegt haben. Mit freiwilligen Beiträgen kann kein Schutz auf Berufsunfähigkeits- oder Erwerbsunfähigkeitsrente erworben werden, es sei denn, der Versicherte hatte am 31.12.1983 die Wartezeit von 60 Monaten erfüllt und ab 01.01.1984 für jeden Monat einen freiwilligen Beitrag in beliebiger Höhe gezahlt.
Geburtenziffer	Als zusammengefasste Geburtenziffer wird die Zahl der lebend Geborenen in Relation zur Anzahl der Frauen im fertilen Alter (15 bis 45 Jahre) bezeichnet.
Gesetzliche Rentenversicherung	Hauptsäule der Alterssicherung. Die gesetzliche Rentenversicherung ist als Pflichtversicherung für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer angelegt. Aber auch für bestimmte Gruppen von Selbstständigen und andere Personengruppen. Und den meisten nicht versicherungspflichtigen Personen bietet sie die Möglichkeit der freiwilligen Versicherung oder für nicht versicherungspflichtige Selbstständige die Versicherungspflicht auf Antrag. Das besondere Recht der gesetzlichen Rentenversicherung wird im Wesentlichen im Sechsten Buch des Sozialgesetzbuchs geregelt. Spezielle für die Rentenversicherung maßgebende Regelungen über Leistungen zur Teilhabe finden sich seit dem 01.07.2001 (In-Kraft-treten) auch im Sozialgesetzbuch – Neuntes Buch –. Die gesetzliche Rentenversicherung (allgemeine Rentenversicherung und knappschaftliche Rentenversicherung) gliedert sich seit 1.10.2005 organisatorisch in: ➤ die →Regionalträger und ➤ die →Bundesträger.
Grundsicherung für Arbeitsuchende	Seit dem 1. Januar 2005 gibt es als weiteren Sozialleistungsbereich die Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II. Sie ist in der Öffentlichkeit überwiegend unter der Bezeichnung „Hartz IV“ bekannt geworden. Gefördert werden im Rahmen dieser Grundsicherung erwerbsfähige Hilfebedürftige durch Leistungen zur Eingliederung in Arbeit und zur Sicherung des Lebensunterhalts durch Zahlung des Arbeitslosengelds II. Auch hilfebedürftige Angehörige, die mit dem Betreffenden in einer Bedarfsgemeinschaft leben, können Leistungen erhalten.
Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung	Außerdem gibt es die bedarfsorientierte Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung. Sie ist eine eigenständige, bedürftigkeitsabhängige Leistung und gehört zur Sozialhilfe (SGB XII). Anspruchsberechtigt sind ältere Menschen ab 65 Jahren sowie volljährige, aus medizinischen Gründen dauerhaft voll erwerbsgeminderte Personen. Durch die Grundsicherung wird es für den betroffenen Personenkreis leichter, seine bestehenden Ansprüche auf Sicherung des Lebensunterhalts zu verwirklichen.

Im Rahmen dieser Grundsicherung wird auf den Unterhaltsrückgriff gegenüber den Kindern und Eltern der Leistungsberechtigten verzichtet. Dadurch soll insbesondere eine der Hauptursachen verschämter Altersarmut beseitigt werden. Die Grundsicherungsleistung erhalten die Anspruchsberechtigten zusätzlich zu ihrer Rente. Zuständig sind die jeweiligen Grundsicherungsämter, die sich bei den Kreis-, Stadt- und Gemeindeverwaltungen befinden. Die Rentenversicherungsträger treten lediglich in informierender und beratender Funktion auf.

Hinterbliebenenrente

Nach dem Tod des Versicherten erhalten seine Hinterbliebenen eine Rente, wenn die Wartezeit erfüllt ist. Diese Renten werden heute als → Renten wegen Todes bezeichnet. Grundsätzlich sind rentenberechtigt: Witwen, Witwer und Waisen bis zum 18. Lebensjahr. Waisen, die älter als 18 Jahre sind, erhalten eine Hinterbliebenenrente nur unter besonderen Voraussetzungen (z.B. Schul- oder Berufsbildung), längstens bis zum 27. Lebensjahr. Auf die Rente an Witwen oder Witwer bzw. an über 18 Jahre alte Waisen ist ein evtl. eigenes Einkommen der Rentenberechtigten anzurechnen (→ Einkommensanrechnung).

**Inländerkonzept
(Wohnortprinzip)**

Konzept zur Beurteilung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der im Inland lebenden Personen – unabhängig davon, ob deren Wertschöpfung im In- oder im Ausland erbracht wird.

**Inlandskonzept
(Arbeitsortprinzip)**

Konzept zur Beurteilung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit eines Landes, zu der die Wertschöpfung der im Inland aktiven Wirtschaftseinheiten – unabhängig vom Wohnort der Personen – herangezogen wird.

**Jahresarbeitsentgelt
(der amtlichen Statistik)**

Das Arbeitsentgelt ist die Summe aller aus nichtselbstständiger Arbeit erzielten Einkünfte in einem bestimmten Zeitraum. Das Jahresarbeitsentgelt wird in der amtlichen Statistik als Durchschnitt der (Brutto- bzw. Netto-) Jahresarbeitsentgelte aller Arbeitnehmer errechnet und vom Statistischen Bundesamt bekanntgegeben.

**Jahresentgelt, beitragspflichtiges
(der Statistik der Deutschen
Rentenversicherung)**

Als beitragspflichtiges Jahresentgelt wird die Summe der während der Beschäftigungsdauer im jeweiligen Jahr insgesamt erzielten beitragspflichtigen Arbeitsentgelte (bis zur Beitragsbemessungsgrenze) ausgewiesen. Beitragspflichtig ist bei versicherungspflichtigen Arbeitnehmern das Bruttoarbeitsentgelt aus der die Versicherungspflicht begründenden Beschäftigung, sofern es die Beitragsbemessungsgrenze nicht übersteigt.

Kindererziehungsleistung

Mütter in den alten Bundesländern, die vor 1921 geboren sind, erhalten für im Inland geborene Kinder eine Kindererziehungsleistung. Hatte eine Mutter am 18.05.1990 ihren gewöhnlichen Aufenthalt im Beitrittsgebiet, wird die Kindererziehungsleistung gezahlt, wenn die Mutter vor dem 01.01.1927 geboren wurde und ein Anspruch auf Alters- oder

Invalidenrente auf Grund des im Beitrittsgebiet geltenden Rechts am 31.12.1991 nicht bestand. Die monatliche Höhe der Kindererziehungsleistung beträgt für jedes Kind 75 %, ab 1. Juli 1998 85 %, ab 1. Juli 1999 90 % und ab 1. Juli 2000 100% des jeweils für die Berechnung der Renten maßgebenden aktuellen Rentenwerts und wird in der Regel mit der Rente ausgezahlt.

Kindererziehungszeiten

→ Erziehungszeiten.

Kinderheilbehandlung

Sonstige Leistung zur Rehabilitation aus der Versicherung der Eltern, wenn durch die Heilbehandlung eine erhebliche Gefährdung der Gesundheit des Kindes beseitigt oder die schon beeinträchtigte Gesundheit wesentlich gebessert oder wiederhergestellt werden und dies Einfluss auf die spätere Erwerbsfähigkeit haben kann.

Knappschaftliche Rentenversicherung (KnV) (bis 31.12.2004)

Die knappschaftliche Rentenversicherung ist ein Bereich der →gesetzlichen Rentenversicherung. Träger der knappschaftlichen Rentenversicherung ist die Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See (bis 30.09.2005: Bundesknappschaft). Von der originären knappschaftlichen Rentenversicherung werden Beschäftigte in einem knappschaftlichen Betrieb und andere in § 133 SGB VI genannte Beschäftigte erfasst. Seit der Reform betreut die Knappschaft aber auch zusätzlich Versicherte, die keinen Bezug zu Bergbautätigkeiten haben.

Knappschaftsausgleichsleistungen

Knappschaftsausgleichsleistungen sind besondere Leistungen an Versicherte, deren Beschäftigung im knappschaftlichen Betrieb nach Vollendung des 55. Lebensjahrs endete.

Knappschaftsrenten wegen Berufs- u. Erwerbsunfähigkeit bzw. Erwerbsminderung

Knappschaftsrente erhält der Versicherte unter den Bedingungen, die auch für entsprechende Renten der allgemeinen RV typisch sind.

Knappschaftsruhegehalt

Das Knappschaftsruhegeld wird im Allgemeinen nach den Kriterien der Altersruhegelder der allgemeinen RV vergeben; zusätzlich kann der in der KnV Versicherte ein Ruhegeld bei Vollendung des 60. Lebensjahres und Erfüllung der besonderen Wartezeit nach Beendigung der Beschäftigung im knappschaftlichen Betrieb erhalten (sog. Altersrente für langjährig unter Tage Beschäftigte).

Krankenversicherung der Rentner (KVdR)

Die Krankenversicherung der Rentner (KVdR) ist der gesetzliche Krankenversicherungsschutz für die Rentenempfänger. Pflichtversichert sind die Rentner, die während ihres Arbeitslebens überwiegend in der gesetzlichen Krankenversicherung versichert waren; der Rentner (oder der Verstorbene) muss mindestens neun Zehntel der zweiten Hälfte der Zeit seit der erstmaligen Aufnahme einer Erwerbstätigkeit Pflichtmitglied gewesen sein. Für Rentenantragsteller bis zum 31.12.1993 galten Übergangsregelungen. Danach war es ausreichend, wenn die Pflichtmitgliedschaft seit der erstmaligen Aufnahme einer Erwerbstätigkeit, jedoch frühestens seit dem

	<p>01.01.1950, bis zur Rentenantragstellung mindestens die Hälfte der Zeit umfasste.</p> <p>Rentenbezieher, die freiwillig oder privat krankenversichert sind, erhalten auf Antrag zu ihrer Rente einen Zuschuss zu den Aufwendungen für die Krankenversicherung (→ Beitragszuschuss).</p>
Leistungen zur medizinischen Rehabilitation	<p>Die Leistungen zur medizinischen Rehabilitation umfassen alle medizinischen Hilfen, die bei Krankheit erforderlich sind, um einer drohenden Behinderung vorzubeugen oder eine bereits eingetretene Behinderung zu beseitigen, zu bessern und Erwerbsminderung zu verhindern. Als Leistungen können insbesondere erbracht werden:</p> <ul style="list-style-type: none">➤ stationäre medizinische Leistungen,➤ Leistungen wegen psychischer Störungen,➤ Entwöhnungsbehandlungen,➤ Leistungen wegen bösartiger Erkrankungen,➤ ambulante/teilstationäre Leistungen.
Leistungen zur Rehabilitation	<p>Leistungen zur Rehabilitation ist der umgangssprachliche Begriff für Leistungen zur Teilhabe. Der Teilhabebegriff ist in Anlehnung an den internationalen Sprachgebrauch der Weltgesundheitsorganisation (WHO) im Jahr 2001 durch das SGB IX in das deutsche Sozialrecht eingeführt worden und hat überwiegend den Begriff „Rehabilitation“ abgelöst.</p> <p>Diese sind die von den Rehabilitationsträgern zu erbringenden Leistungen zur medizinischen Rehabilitation und Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben. Sie haben Vorrang vor den Rentenleistungen. Darüber hinaus können sonstige Leistungen zur Rehabilitation erbracht werden.</p>
Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben	<p>Die Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben umfassen alle Hilfen, die erforderlich sind, um die Erwerbsfähigkeit des Rehabilitanden zu bessern oder wiederherzustellen und ihm eine berufliche Wiedereingliederung auf Dauer zu ermöglichen.</p>
Mikrozensus	<p>Der Mikrozensus ist eine amtliche Repräsentativstatistik auf der Grundlage einer jährlichen Ein-Prozent-Stichprobenerhebung zur Erfassung bevölkerungs- und erwerbsstatistischer Daten. Als rentenversicherungsrelevanter Tatbestand wird bei der Erhebung auch der jeweilige Versicherungsstatus in der Berichtswoche oder innerhalb der letzten 12 Monate vor der Berichtswoche der Befragung erfasst.</p>
Nettolöhne und -gehälter	<p>Neue Begrifflichkeit nach dem → ESVG 1995; früher: Nettolohn- und -gehaltssumme. Die Nettolöhne und -gehälter erhält man aus der Differenz aus → Bruttolöhnen und -gehältern sowie Arbeitnehmerbeiträgen zur Sozialversicherung und Lohnsteuer.</p>
Nettonationaleinkommen	<p>Neue Begrifflichkeit nach dem → ESVG 1995; früher: → Nettosozialprodukt. Wegen der konzeptionellen Veränderungen beim → Bruttonationaleinkommen gegenüber dem → Bruttosozialprodukt ergibt sich auch beim Nettonationaleinkommen ein höherer Wertansatz im Vergleich zum Nettosozialprodukt. In den Zeitreihen ist unter dem Begriff Nettonatio-</p>

naleinkommen das Nettonationaleinkommen zu Marktpreisen ausgewiesen. Das Nettonationaleinkommen zu Faktorkosten wird hingegen unter dem Begriff des → Volkseinkommens geführt.

Nettorente

→ Faktorenreihen zu Zahlbeträgen

Nettoreproduktionsrate

Die Nettoreproduktionsrate gibt die durchschnittliche Zahl der lebend geborenen Mädchen einer Frau an, für die während ihres ganzen Lebens die altersspezifischen Geburtenziffern eines bestimmten Jahres und eine bestimmte Sterbetafel gelten. Liegt der Wert über 1, ist die Kindergeneration entsprechend stärker, liegt der Wert unter 1, ist die Kindergeneration entsprechend schwächer besetzt als die vorangegangene Generation.

Nettosozialprodukt

Die Differenz aus → Bruttosozialprodukt und gesamtwirtschaftlichen Abschreibungen ergibt das Nettosozialprodukt zu Marktpreisen. Hierbei geben die Abschreibungen die in Geldeinheiten ausgedrückte Wertminderung der dauerhaften Produktionsmittel durch Verschleiß im Produktionsprozess bzw. durch wirtschaftliches Veralten an. Subtrahiert man vom Nettosozialprodukt zu Marktpreisen die indirekten Steuern und addiert die Subventionen, so erhält man das Nettosozialprodukt zu Faktorkosten, welches auch als → Volkseinkommen bezeichnet wird. Heutiger Begriff: → Nettonationaleinkommen.

Nichtvertragsrenten

Alle Renten, die keine → Vertragsrenten sind, werden als Nichtvertragsrenten bezeichnet. Soweit sich die Berechtigten im Ausland aufhalten, sind die Besonderheiten des zweiten Kapitels, fünfter Abschnitt des SGB VI (§§ 110 bis 114) einschließlich der Sonderregelungen im fünften Kapitel des SGB VI für Leistungen an Berechtigte im Ausland (§§ 271, 272, 317, 318, 319) zu berücksichtigen.

Nullrenten

In Folge der → Einkommensanrechnung bei Witwen-/Witwer- und Waisenrenten kann nach Anwendung der Regeln über das Zusammentreffen von Renten bzw. Rente und Einkommen eine Rentenleistung nicht mehr zur Verfügung stehen. Diese Fälle werden als Nullrenten bezeichnet.

Passiv Versicherte

Die Versicherten der gesetzlichen Rentenversicherung, die innerhalb des Berichtsjahres (bei Zeitraumbetrachtung) oder am 31.12. des Berichtsjahres (bei Stichtagsbetrachtung) als nicht aktiv versichert gelten, jedoch in der Zeit davor, werden passiv Versicherte genannt. Sie teilen sich in latent Versicherte und Übergangsfälle. Dabei handelt es sich bei den latent Versicherten um solche Versicherte, die im ganzen Berichtsjahr einschließlich des 31.12. des Berichtsjahres keinen Tatbestand aktiver Versicherung erfüllt haben. Bei den Übergangsfällen sind innerhalb der Berichtsjahres Zeiten der aktiven Versicherung vorhanden, jedoch reichen sie nicht bis zum 31.12. des Berichtsjahres.

Pflichtversicherte

Pflichtversicherte sind insbesondere Personen, die in einem versicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnis stehen. Pflichtversichert sind auch Auszubildende, nicht erwerbsmäßig tätige Pflegepersonen, Personen, für die Kindererziehungszeiten anzurechnen sind, Personen, die in Einrichtungen der Jugendhilfe für eine Erwerbstätigkeit befähigt werden sollen, Behinderte in anerkannten Werkstätten, Wehr- und Zivildienstleistende, Bezieher von Kranken-, Verletzten- und Übergangsgeld, Bezieher von Arbeitslosengeld bzw. Arbeitslosenhilfe, Unterhaltsgeld und Altersübergangsgeld sowie Empfänger von Vorruhestandsgeld. Auch → Selbstständige können kraft Gesetzes oder auf Antrag pflichtversichert sein.

Private Konsumausgaben

Neue Begrifflichkeit nach dem → ESG 1995; früher: privater Verbrauch. Die privaten Konsumausgaben umfassen die Käufe der privaten Haushalte von Sachgütern und Dienstleistungen zuzüglich der Summe des Eigenverbrauchs der privaten Organisationen ohne Erwerbscharakter ebenso wie unterstellte Transaktionen und den Eigenverbrauch der Unternehmer sowie die Wohnungsnutzung durch die Eigentümer.

Rente für Bergleute (aus Beiträgen zur knappschaftlichen Rentenversicherung)

Dem Versicherten der knappschaftlichen Rentenversicherung wird in zwei Fällen eine Rente für Bergleute gewährt:

- Wegen verminderter bergmännischer Berufsfähigkeit, bei einer Versicherungszeit von mindestens 60 Monaten.
- Wegen Vollendung des 50. Lebensjahres, wenn der Versicherte im Vergleich zur bisher verrichteten knappschaftlichen keine wirtschaftlich gleichwertige Arbeit ausübt und eine Versicherungszeit von 300 Monaten mit Arbeit unter Tage oder gleichgestellten Arbeiten zurückgelegt hat.

Renten nach Art. 2 RÜG

Renten nach den Vorschriften des Beitrittsgebiets; mit dem Artikel 2 des Renten-Überleitungsgesetzes (RÜG) - Übergangsrecht für Renten nach den Vorschriften des Beitrittsgebiets - löst das RÜG die Garantien aus dem Einigungsvertrag vom 31.08.1990 ein. Rentenansprüche sollten dem Grunde und der Höhe nach bei einem Rentenbeginn in der Zeit vom 01.01.1992 bis 30.06.1995 nach dem Recht der ehemaligen DDR beschützt bleiben. Art. 2 RÜG geht über diese Vorgabe insoweit hinaus, als zum einen der Endzeitpunkt des Übergangszeitraums anstatt auf den 30.06.1995 mit dem 31.12.1996 festgeschrieben worden ist und zum anderen der meist gegebene Besitzschutzbetrag nicht zum 30.06.1990, sondern zum 31.12.1991 - also einschließlich der bis dahin erfolgten Erhöhungen - zu ermitteln ist.

Renten wegen Alters

Renten wegen Alters (→ Altersrenten) werden geleistet als

- Regelaltersrente,
- Altersrente für besonders langjährig Versicherte
- Altersrente für langjährig Versicherte,
- Altersrente für schwerbehinderte Menschen,
- Altersrente wegen Arbeitslosigkeit oder nach Altersteilzeitarbeit,
- Altersrente für Frauen und

- Altersrente für langjährig unter Tage beschäftigte Bergleute.

Renten wegen teilweiser Erwerbsminderung

Rente wegen teilweiser Erwerbsminderung erhält bei Beginn der Rente nach dem 31.12.2000 nach § 43 Abs. 1 SGB VI der Versicherte bis zur Vollendung des 65. Lebensjahres, der teilweise erwerbsgemindert ist (§ 43 Abs. 1 Satz 2 SGB VI), in den letzten fünf Jahren vor Eintritt der Erwerbsminderung drei Jahre Pflichtbeiträge gezahlt hat und die allgemeine → Wartezeit vor Eintritt der Erwerbsminderung erfüllt hat. Der Zeitraum von fünf Jahren verlängert sich nach § 43 Abs. 4 SGB VI um

- → Anrechnungszeiten und Zeiten des Bezugs einer → Rente wegen verminderter Erwerbsfähigkeit,
- → Berücksichtigungszeiten,
- Zeiten, die nur deshalb keine → Anrechnungszeiten sind, weil durch sie eine versicherte Beschäftigung oder selbstständige Tätigkeit nicht unterbrochen ist, wenn in den letzten sechs Kalendermonaten vor Beginn dieser Zeiten wenigstens ein → Pflichtbeitrag oder eine der vorher genannten Zeiten liegt, und
- Zeiten einer schulischen Ausbildung nach Vollendung des 17. Lebensjahres bis zu sieben Jahren, gemindert um Anrechnungszeiten wegen schulischer Ausbildung.

Versicherte, die in den letzten fünf Jahren vor Eintritt der Erwerbsminderung nicht ausreichend Pflichtbeiträge gezahlt haben, erhalten auch dann eine Rente wegen teilweiser Erwerbsminderung, wenn bereits vor dem 01.01.1984 die allgemeine → Wartezeit erfüllt war und jeder Monat ab dem 01. Januar 1984 mit einem Pflicht- oder freiwilligen Beitrag oder einer anderen rentenrechtlichen Zeit belegt ist. Für das Beitrittsgebiet gilt diese Anwartschaftsregelung erst ab 01.01.1992, da bis zu diesem Zeitpunkt der gewöhnliche Aufenthalt im Beitrittsgebiet als Anwartschaftserhaltungszeit ausreicht (§ 241 SGB VI).

Eine Pflichtbeitragszeit von drei Jahren ist nicht erforderlich, wenn die Erwerbsminderung aufgrund eines Tatbestandes eingetreten ist, durch den die allgemeine → Wartezeit vorzeitig erfüllt ist (§ 43 Abs. 5 SGB VI).

Eine Rente wegen teilweiser Erwerbsminderung wird abhängig vom erzielten Hinzuverdienst in voller Höhe oder in Höhe der Hälfte bzw. überhaupt nicht geleistet (§ 96a Abs. 1a SGB VI).

Die bisherige Rente wegen Berufsunfähigkeit ist mit der Neuregelung der Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit weggefallen. Aus Vertrauensschutzgründen erhalten jedoch Versicherte nach § 240 SGB VI eine Rente wegen teilweiser Erwerbsminderung bei Berufsunfähigkeit, und zwar längstens bis zur Vollendung des 65. Lebensjahres, wenn sie vor dem 02. Januar 1961 geboren, berufsunfähig (i. S. d. § 240 Abs. 2 SGB VI) sind und die sonstigen versicherungsrechtlichen und wartezeitrechtlichen Voraussetzungen erfüllen. Damit wird der Berufsschutz in das neue System der zweistufigen Erwerbsminderungsrente eingebunden.

Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit

Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit werden geleistet als

- Rente wegen Berufsunfähigkeit (→ Berufsunfähigkeitsrente),
- Rente wegen Erwerbsunfähigkeit (→ Erwerbsunfähigkeitsrente)
- Rente wegen teilweiser Erwerbsminderung
- Rente wegen voller Erwerbsminderung
- Rente für Bergleute.

Renten wegen voller Erwerbsminderung

Rente wegen voller Erwerbsminderung erhält bei Beginn der Rente nach dem 31.12.2000 nach § 43 Abs. 2 SGB VI der Versicherte bis zur Vollendung des 65. Lebensjahres, der voll erwerbsgemindert ist (§ 43 Abs. 2 Satz 2 SGB VI), in den letzten fünf Jahren vor Eintritt der Erwerbsminderung drei Jahre Pflichtbeiträge gezahlt hat und die allgemeine → Wartezeit vor der Erwerbsminderung erfüllt hat. Im Übrigen gelten die Ausführungen zur → Rente wegen teilweiser Erwerbsminderung.

Versicherte, die bereits vor Erfüllung der allgemeinen → Wartezeit voll erwerbsgemindert waren und seitdem ununterbrochen voll erwerbsgemindert sind, haben Anspruch auf Rente wegen voller Erwerbsminderung, wenn sie die → Wartezeit von 20 Jahren erfüllt haben (§ 43 Abs. 6 SGB VI).

Eine Rente wegen voller Erwerbsminderung wird in voller Höhe, in Höhe von drei Vierteln, in Höhe der Hälfte oder in Höhe eines Viertels bzw. überhaupt nicht geleistet, wenn die Hinzuverdienstgrenze überschritten wird (§ 96a Abs. 1a SGB VI).

Renten wegen Todes

Renten wegen Todes sind die → Witwen- und → Witwerrente, die → Erziehungsrente und die → Waisenrente (→ Hinterbliebenenrenten).

Rentenänderung (früher Umwandlung)

Unter Rentenänderung versteht man den Übergang von einer Rentenart zu einer anderen, sofern die entsprechenden Voraussetzungen dafür vorliegen, z.B. von Renten wegen Erwerbsminderung bei Erreichen der Altersgrenze in Regelaltersrenten.

Rentenanspruch

Alle Leistungen der Rentenversicherung müssen beantragt werden. Die Erfüllung der Leistungsvoraussetzungen allein reicht zur Leistungsgewährung nicht aus.

Rentenarten

Renten werden geleistet als

- Renten wegen Alters (Regelaltersrenten, für langjährig Versicherte usw.),
- Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit und
- Renten wegen Todes (Witwen-, Witwer-, Waisen- und Erziehungsrenten).

Rentenbeginn

Der Rentenbeginn ist bei Versichertenrenten der Monat des Beginns der Versichertenrenten. Bei Hinterbliebenenrenten ist der Rentenbeginn, sofern der Versicherte keine Rente bezog, der Zeitpunkt des Todes des Versicherten; wenn der Versicherte eine Rente bezog, ist der Rentenbeginn der Monat nach Beendigung des Sterbemonats.

Rentenbetrag

Als Rentenbetrag wird der nach der Rentenformel ermittelte Monatsbetrag der Rente, vermindert um die Auswirkungen der Vorschrift über das Zusammentreffen von Renten und von Einkommen (→ Einkommensanrechnung), bezeichnet (→ Rentenzahlbetrag sowie ausführliche Erläuterungen in den Vorworten der Fachstatistiken der Deutschen Rentenversicherung Bund, vgl. „Überblick über unsere Statistikpublikationen“ am Ende dieses Heftes).

Rentenbezugsdauer

Die Bezugsdauer der Rente ist der Zeitraum (in Jahren), in dem der Versicherte eine Rente bezieht, d.h. die Differenz zwischen dem Jahr des Rentenwegfalls und dem des → Rentenbeginns.

Rentenformel

Die Rentenformel bestimmt die Höhe der Monatsrente. Der Monatsbetrag der Rente ergibt sich, wenn

- die unter Berücksichtigung des Zugangsfaktors ermittelten persönlichen Entgeltpunkte,
 - der Rentenartfaktor und
 - der aktuelle Rentenwert
- mit ihrem Wert bei Rentenbeginn miteinander multipliziert werden.

Rentenversicherung

Die →gesetzliche Rentenversicherung wird von eigenständigen Körperschaften des öffentlichen Rechts, den Rentenversicherungsträgern, durchgeführt.

Zum 1. Oktober 2005 erfolgte aufgrund der Organisationsreform der gesetzlichen Rentenversicherung eine Neuorganisation der Versicherungsträger. Die Aufgaben der gesetzlichen Rentenversicherung werden von 16 Regionalträgern und zwei Bundeträgern wahrgenommen.

Der Name der Regionalträger der gesetzlichen Rentenversicherung besteht aus der Bezeichnung „Deutsche Rentenversicherung“ und einem Zusatz für ihre jeweilige regionale Zuständigkeit. Welcher örtlich zuständige Regionalträger hierbei das Versicherungskonto führt, richtet sich nach speziellen Zuständigkeitsregelungen (§ 128 SGB VI). Ferner erfolgt ein Wechsel der Zuständigkeit des Regionalträgers aufgrund eines Wohnortwechsels nur in Verbindung mit einem Geschäftsvorfall (z.B. Kontoklärung, Rentenantrag).

Bundeträger sind die Deutsche Rentenversicherung Bund und die Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See.

Rentenzahlbetrag

Der ggf. um Höherversicherungsbeiträge, Rentenzuschläge und Auffüllbeträge erhöhte und um die Eigenbeteiligung des Rentners zur → Kranken- und Pflegeversicherung verminderte → Rentenbetrag wird als Rentenzahlbetrag bezeichnet (→ Rentenbetrag sowie Erläuterungen in den Vorworten der „Fachstatistiken der Deutschen Rentenversicherung Bund“, vgl. dazu „Überblick über unsere Statistikpublikationen“ am Ende dieses Heftes).

Schwankungsreserve

Besteht aus Betriebsmitteln (kurzfristig verfügbare Mittel)

und der Rücklage. Das Verwaltungsvermögen gehört nicht zur Schwankungsreserve.

Selbstständige

Als Selbstständige gelten alle Personen, die eine Tätigkeit in eigener Verantwortung auf eigene Rechnung ausüben. Nur einige Personengruppen der Selbstständigen sind in der RV abgesichert. Dies sind Selbstständige kraft Gesetzes (bestimmte Berufsgruppen z.B. Lehrer und Erzieher, Hebammen und Hausgewerbetreibende), Handwerker - die in der Handwerksrolle eingetragen sind, Künstler und Publizisten sowie Existenzgründer. Darüber hinaus können einige Selbstständigengruppen auf Antrag eine Versicherungspflicht herbeiführen.

Sonstige Leistungen zur Rehabilitation

Hierzu zählen durch die RV erbrachte

- Leistungen zur Eingliederung in das Erwerbsleben, insbesondere nachgehende Leistungen zur Sicherung des Rehabilitationserfolges,
- stationäre medizinische Leistungen für Versicherte, die eine besonders gesundheitsgefährdende Beschäftigung ausüben,
- Krebsnachbehandlung,
- stationäre Kinderheilbehandlungen.

Standardrente

Die Standardrente ist eine fiktive Rente, die einem Versicherten gewährt würde, wenn er über 45 Versicherungsjahre hinweg stets ein Entgelt in Höhe des Durchschnittsentgeltes aller Versicherten erzielt und dementsprechende Beiträge geleistet hätte.

Standardrentenniveau

Das (Brutto- bzw. Netto-) Standardrentenniveau kennzeichnet als statistische Maßzahl die relative Einkommensposition der Rentner im Vergleich zu den Arbeitnehmern. Es ist definiert als Jahresrente eines Standardrentners in v.H. des durchschnittlichen (Brutto- oder Netto-) Jahresarbeitsentgeltes aller abhängig Erwerbstätigen.

Teilhabe und Rehabilitation

Teilhabe umfasst medizinische, sonstige und ergänzende → Leistungen zur Rehabilitation sowie → Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben, welche darauf gerichtet sind, die Erwerbsfähigkeit Kranker oder Behinderter günstig zu beeinflussen. Ein Rentenversicherungsträger erbringt solche Leistungen, wenn bei erheblicher Gefährdung der Erwerbsfähigkeit deren Minderung abgewendet bzw. bei schon geminderter Erwerbsfähigkeit diese wesentlich gebessert oder wiederhergestellt oder der Eintritt einer Erwerbsminderung abgewendet werden kann.

Übergangsgelder

Übergangsgelder sind Lohnersatzleistungen und können im Zusammenhang mit einer medizinischen oder beruflichen Rehabilitationsleistung als → ergänzende Leistung erbracht werden.

Umrechnung von Zahlbeträgen (Nettoren-)

→ Faktorreihen zu Zahlbeträgen

ten) in Bruttorenten**Unternehmens- und Vermögenseinkommen**

Neue Begrifflichkeit nach dem → ESVG 1995; früher: Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen. Unter den Unternehmens- und Vermögenseinkommen werden folgende Einkommen der privaten bzw. öffentlichen Haushalte, der Unternehmen und des Auslandes verstanden: Zinsen, Dividenden, andere Ausschüttungen von Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit sowie Unternehmensgewinne.

Versicherte

Die Versicherten (ohne Rentenbezug) der gesetzlichen Rentenversicherung gliedern sich in „aktiv Versicherte“ und „passiv Versicherte“

Versichertenrente

Versichertenrenten sind Renten, die auf Basis eigener Versicherungsleistungen gezahlt werden. Zu den Versichertenrenten gehören die → Renten wegen Alters und die → Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit.

Die → Erziehungsrente ist eine Rente aus Anlass des Todes des (früheren) Ehegatten oder Eingetragenen Lebenspartners. Dieser Aspekt steht hier im Vordergrund. Sie wird daher in dieser Publikation ausnahmsweise nicht zur Fallgruppe der Versichertenrenten gezählt, obwohl sie auf der Grundlage des Versicherungskontos der den Antrag stellenden Person zu berechnen ist und dort einzuordnen wäre. Zu den Versichertenrenten nach dieser Definition zählen daher nur die Altersrenten und die Renten wegen Erwerbsminderung.

Versicherungsbeginn

Zeitpunkt (Jahr) der ersten versicherungsrechtlichen Zeit.

Versicherungsjahre

Seit der Rentenreform 1992 gibt es die bis dahin verwendete Bezeichnung Versicherungsjahre für die bei der Berechnung der Rente berücksichtigten Zeiten nicht mehr; seitdem werden unter diesem Begriff die → Beitragszeiten und → beitragsfreien Zeiten nach neuem Recht verstanden. Das neue Recht sieht nunmehr die Bezeichnung rentenrechtliche Zeiten vor. In diesen sind zusätzlich zum alten Begriff → Berücksichtigungszeiten enthalten, die es vor 1992 noch nicht gab.

Versicherungsweig

Die gesetzliche Rentenversicherung gliederte sich bis 31.12.2004 in die drei Versicherungsweige:

- Arbeiterrentenversicherung
- Angestelltenversicherung
- Knappschaftliche Rentenversicherung.

Vertragsrenten

Vertragsrenten sind Renten, bei denen die Feststellung des Anspruchs dem Grunde und/oder der Höhe nach oder der → Rentenbetrag oder die Zahlbarkeit der Rente durch Vorschriften des über- oder zwischenstaatlichen Sozialversicherungsrechts (z. B. EU-Verordnungen, Sozialversicherungsabkommen) ermöglicht oder beeinflusst wird.

Volkseinkommen

Das Volkseinkommen wird berechnet durch Abzug der Abschreibungen und indirekten Steuern (abzüglich Subventio-

	nen) vom → Bruttosozialprodukt (BSP); es umfasst die Summe aller Erwerbs- und Vermögenseinkommen, die Inländern letztlich aus dem In- und Ausland zugeflossen sind.
Vorruhestand, Vorruhestandsgeldbezieher	Das Vorruhestandsgeld in den alten Bundesländern ist keine Leistung der gesetzlichen Rentenversicherung; es wird vielmehr vom Arbeitgeber auf Grund tarifvertraglicher Abmachung gezahlt. Der Empfänger des Vorruhestandsgeldes bleibt in der gesetzlichen Rentenversicherung pflichtversichert wie ein Arbeitnehmer.
Waisenrenten	Waisenrente erhalten nach dem Tod des/der Versicherten seine/ihre Kinder bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres, wenn die allgemeine Wartezeit erfüllt ist. Bei Schul- und Berufsausbildung oder bei Gebrechlichkeit ist die Zahlung bis zur Vollendung des 27. Lebensjahres möglich. Eigenes Einkommen eines über 18 Jahre alten Kindes wird angerechnet. Es werden in unterschiedlicher Höhe Halb- und Vollwaisenrenten bezahlt.
Wartezeit	<p>Leistungen aus der Rentenversicherung können nur beansprucht werden, wenn der Versicherte mindestens für die Dauer der Wartezeit der Versicherung angehört hat, wobei diese Mindestversicherungszeiten für bestimmte Leistungen unterschiedlich sind.</p> <p>Es werden unterschieden:</p> <p>Die allgemeine Wartezeit von fünf Jahren und die Wartezeiten von 15 bzw. von 20 Jahren, für welche jeweils Beitragszeiten, Zeiten aus dem Versorgungsausgleich und Ersatzzeiten zu berücksichtigen sind. Für die Wartezeit von 35 Jahren zählen neben diesen Zeiten auch die Anrechnungs-, Zurechnungs- und Berücksichtigungszeiten mit, d.h. sämtliche rentenrechtlichen Zeiten.</p> <p>Die allgemeine Wartezeit kann auch vorzeitig erfüllt werden, z.B. bei einem Arbeitsunfall.</p>
Witwenrente	Anspruch auf Witwenrente hat die Witwe nach dem Tod des versicherten Ehemannes, wenn die allgemeine → Wartezeit von fünf Jahren erfüllt ist. Eigenes Einkommen der Witwe kann auf die Witwenrente angerechnet werden (→ Einkommensanrechnung). Bei unterschiedlichen Voraussetzungen und mit unterschiedlicher Höhe werden kleine und große Witwenrenten gewährt.
Witwerrente bei Tod der Ehefrau bis Dezember 1985	Der Witwer erhält Witwerrente, wenn die Verstorbene den Unterhalt ihrer Familie vor ihrem Tod überwiegend bestritten hat und die allgemeine Wartezeit von fünf Jahren erfüllt ist. Eigenes Einkommen des Witwers ist auf die Witwerrente nicht anzurechnen.
Witwerrente bei Tod der Ehefrau ab Januar 1986	Der Witwer erhält eine Witwerrente unter den gleichen Bedingungen wie eine Witwe ihre Witwenrente; d. h. bei Tod der Ehefrau. Ab Januar 1986 muss nur die allgemeine Wartezeit von fünf Jahren erfüllt sein. Eigenes Einkommen des Witwers ist - soweit es den Freibetrag übersteigt - auf die

Witwerrente anzurechnen (→ Einkommensanrechnung). Bei gemeinsamer Erklärung der Ehegatten bis zum 31.12.1988 konnte das frühere Recht gewählt werden.

Zeitrente

Renten wegen Erwerbsminderung werden grundsätzlich seit dem Jahr 2001 auf Zeit geleistet.

Die Befristung erfolgt zunächst auf längstens drei Jahre ab Rentenbeginn; sie kann verlängert werden.

Sollte der Anspruch allein aufgrund des Gesundheitszustands (also unabhängig von der Arbeitsmarktlage) bestehen, wird die Rente unbefristet geleistet, wenn unwahrscheinlich ist, dass die Erwerbsminderung behoben werden kann (§ 102 SGB VI).

Zurechnungszeit

Um Versicherten, die in jungen Jahren vermindert erwerbsfähig werden, eine ausreichende Rente zu sichern, wird ihnen eine Zurechnungszeit angerechnet. Zurechnungszeit ist dabei die Zeit vom Eintritt der Erwerbsminderung bis zur Vollendung des 60. Lebensjahres. Bei einer → Rente wegen Todes wird die Zurechnungszeit ebenfalls berücksichtigt, wobei sie hier mit dem Tode des Versicherten, bei → Erziehungsrenten mit Beginn dieser Rente beginnt.

Bei Beginn einer Rente vor dem 01.01.2004 endet die Zurechnungszeit mit dem vollendeten 55. Lebensjahr. Die darüber hinausgehende Zeit bis zum vollendeten 60. Lebensjahr wird in Abhängigkeit vom Beginn der Rente zusätzlich als Zurechnungszeit berücksichtigt (§ 253a SGB VI).

17 Überblick über unsere Statistikpublikationen

Fachstatistiken der Deutschen Rentenversicherung

Es gibt fünf Fachstatistiken zu folgenden Bereichen, die in der Regel einmal jährlich aktualisiert werden:

- Rehabilitation
- Rentenzugang/-wegfall
- Rentenbestand
- Rentenanwartschaften
- Versicherte.

Die Fachstatistiken sind auch elektronisch als PDF auf der Internetseite www.deutsche-rentenversicherung.de downloadbar (Statistiken, Statistikpublikationen).

Auszüge findet man unter:

www.forschung.deutsche-rentenversicherung.de (Statistiken),
jeweils thematisch bei den oben genannten fünf Themen.



Fachstatistik „Versicherte“

Hier finden Sie Informationen zur Struktur der aktiv und latent Versicherten, ihre versicherungspflichtigen Entgelte und Beitragshöhen. Diese werden jeweils als Stichtagszahlen zum Jahresende und Zeitraumzahlen angeboten. Rund 250 Seiten als großes Buchformat.

- Ergebnisse zum 31.12. und zum Berichtsjahr
- Struktur der aktiv und latent Versicherten
- Versicherungspflichtig Beschäftigte, Dauer der Beschäftigung und versicherungspflichtige Entgelte



Fachstatistik „Rentenzugang“

Was in einem Jahr an Renten (neu) bewilligt wird oder wegfällt, steht im Mittelpunkt der folgenden Statistik im Umfang von über 350 Seiten, großes Buchformat.

Ziel der Statistik ist die umfassende Auswertung aller Rentenzugänge und –wegfälle des Berichtsjahres. Für die zeitliche Zuordnung ist der Zeitpunkt der Auszahlung, nicht der Zeitpunkt der Rentenfeststellung maßgeblich. Man findet auch eine Aufteilung in alte und neue Bundesländer:

- einschließlich Rentenwegfall, Rentenänderung/Änderung des Teilrentenanteils
- Rentenarten, Rentenhöhe, zeitlicher Umfang der angerechneten Zeiten
- Erwerbsminderungsdiagnosen, Zugangsalter, Wegfallsalter, Rentenbezugsdauer



Fachstatistik „Rentenbestand“

Auswertung des Rentenbestandes der gesamten Deutschen Rentenversicherung nach demographischen und versicherungsrechtlich relevanten Merkmalen, nach Rentenhöhen und den wesentlichen Vorschriften, nach denen die Renten berechnet werden. Umfang: rund 200 Seiten als großes Buchformat:

- Rentenarten, Rentenhöhe, zeitlicher Umfang der angerechneten Zeiten
- Rentenbeginn, durchschnittliche Entgeltpunkte, Zahlungsländer
- Mehrfachrentenbezug



Fachstatistik „Rehabilitation“

Umfangreiches Tabellenwerk (ca. 280 Seiten) zum Thema medizinische Rehabilitation und Teilhabe am Arbeitsleben. Großes Buchformat:

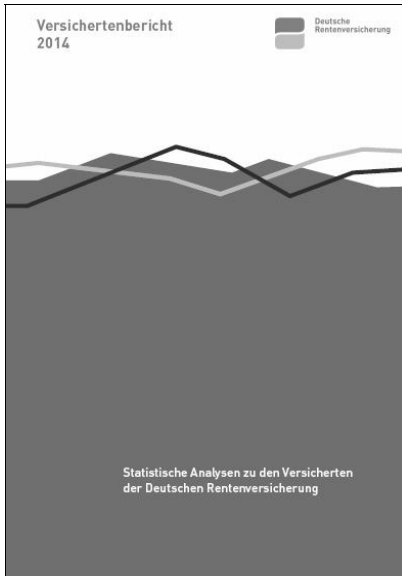
- Leistungen zur medizinischen Rehabilitation, Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben
- Art, Dauer und Ergebnis der Leistung, Diagnosen, Berufsgruppen
- Aufwendungen und Erträge, Bettenbestand in eigenen Einrichtungen



Fachstatistik „Rentenanwartschaften“

Hier erhalten Sie Informationen über die Struktur von Versicherten ohne Rentenbezug nach dem Alter des Versicherten. Die Höhe ihrer Anwartschaften auf eine hypothetische Erwerbsminderungsrente und auf eine Rente ohne Zurechnungszeit wurde berechnet und ausgewertet. Rund 300 Seiten, großes Buchformat:

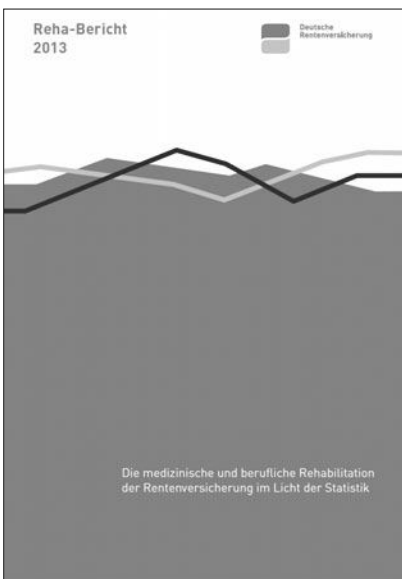
- Höhe der erworbenen Rentenanwartschaften
- Umfang und Bewertung ausgewählter rentenrechtlicher Zeiten
- Versicherungsbeginn, Beitragsdichte, Wartezeiterfüllung



„Versichertenbericht 2014“

Eine kommentierte Berichterstattung zum Statistikband "Versicherte 2012". Der Bericht ist das erste Produkt in dieser Reihe. Es soll jährlich mit den aktuellsten Zahlen erscheinen.

Die Publikation ist elektronisch als PDF-Datei erhältlich: www.deutsche-rentenversicherung.de (Fakten und Zahlen)



„Reha-Bericht 2013“

Der Reha-Bericht stellt die wichtigsten aktuellen Daten und Fakten zur medizinischen und beruflichen Rehabilitation der Rentenversicherung vor. Den Schwerpunkt des vorliegenden Berichts bilden wieder umfassende Informationen zur Rehabilitation, sowohl zu Umfang und Struktur der medizinischen und beruflichen Rehabilitation, als auch zu Prozess und Ergebnis der Reha-Leistungen.

Die Publikation ist elektronisch als PDF-Datei erhältlich: www.deutsche-rentenversicherung.de (Fakten und Zahlen)



„Ergebnisse auf einen Blick“

Hier finden Sie in Form eines Übersichtsblattes wichtige Daten zum Rentenzugang, Rentenbestand, zur Teilhabe und zu den Versicherten.

Die Publikation ist nur elektronisch als PDF-Datei erhältlich: www.deutsche-rentenversicherung.de (Statistiken, Statistikpublikationen)

Sie wird in unregelmäßigen Abständen aktualisiert.



„Rentenversicherung in Zahlen“

Hier finden Sie auf über 90 Seiten eine Zusammenstellung vieler wichtiger Werte der Rentenversicherung. Themen sind Finanzen, Versicherte, Rehabilitation, Renten.

Die Broschüre hat ein kleineres Format als DIN-A5 und eignet sich daher besonders zum Mitnehmen. Sie erscheint einmal jährlich und kann auch auf der Internetseite:

www.deutsche-rentenversicherung.de (Statistiken, Statistikpublikationen) heruntergeladen werden.



„Wo finde ich Zahlen zur Rentenversicherung?“

Dieses Übersichtsblatt informiert über einige wichtige Quellen zur Statistik der Deutschen Rentenversicherung.

Sie hat das Format eines Übersichtsblattes und kann nur elektronisch auf der Internetseite: www.deutsche-rentenversicherung.de (Statistiken, Statistikpublikationen) als PDF-Datei heruntergeladen werden.



„Aktuelle Daten 2014“

Der Flyer "Aktuelle Daten 2014" informiert auf insgesamt fünf Seiten über Berechnungswerte und Auszüge aus den Fachstatistiken der Rentenversicherung.

Die Publikation ist nur elektronisch als PDF-Datei erhältlich: www.deutsche-rentenversicherung.de (Statistiken, Statistikpublikationen).

Sie wird einmal jährlich aktualisiert.



„Eckzahlen 2014“ in 4 Sprachen

Der Flyer „Eckzahlen“ zeigt auf insgesamt 5 Seiten die aktuellen Werte zu den Bereichen: Bemessungswerte, Versicherte, Rehabilitation, Rentenbestand, Rentenzugang, Indikatoren und Finanzen. Besonderheit: Er ist auch in Englisch, Französisch und Russisch erhältlich.

Die Publikation ist nur elektronisch als PDF-Datei erhältlich und erscheint einmal jährlich.

Der Flyer kann auch auf der Internetseite: www.deutsche-rentenversicherung.de (Statistiken, Statistikpublikationen) als PDF-Datei heruntergeladen werden.



„Indikatoren zu Erwerbsminderungsrenten (EM-Renten) im Zeitablauf“

Der Flyer zeigt Ihnen zu den Erwerbsminderungsrenten häufig gefragte Ergebnisse und Indikatoren. Unterthemen sind dabei neben den Anzahlen und durchschnittlichen Zahlungsbeträgen, z. B. durchschnittliches Zugangsalter, Abschläge, Zeitrenten und die Diagnosen als Berentungsursache.

Die Publikation ist nur elektronisch als PDF-Datei erhältlich und erscheint einmal jährlich.

Der Flyer kann auch auf der Internetseite: www.deutsche-rentenversicherung.de (Statistiken, Statistikpublikationen) als PDF-Datei heruntergeladen werden.



„Indikatoren zu Rehabilitationsleistungen im Zeitablauf“

Der Flyer enthält häufig gefragte Ergebnisse und Indikatoren zu den durchgeführten Reha-Leistungen, Reha-Anträgen und ihren Erledigungen sowie Finanzen.

Die Publikation ist nur elektronisch als PDF-Datei erhältlich und erscheint einmal jährlich.

Der Flyer kann auch auf der Internetseite: www.deutsche-rentenversicherung.de (Statistiken, Statistikpublikationen) als PDF-Datei heruntergeladen werden.



„Indikatoren zu Altersrenten im Zeitablauf“

Die Veröffentlichung enthält häufig gefragte Ergebnisse zu Altersrenten für ausgewählte Jahre.

Die Publikation ist nur elektronisch als PDF-Datei erhältlich:
www.deutsche-rentenversicherung.de
(Statistiken, Statistikpublikationen).

Sie wird in unregelmäßigen Abständen aktualisiert.

18 Stichwortverzeichnis

A

Abgabenquote 288
 Aktiv Versicherte 14–27
 nach Altersgruppen 24–26
 nach Wohnort (Bundesland) 18–23
 Aktueller Rentenwert 261
 Allgemeine Bemessungsgrundlage 261
 Alter der Rentenempfänger
 bei Rentenbeginn 137–45
 Altersquotient 290
 Alterssicherung 273–80
 Ambulante Leistungen 224
 Anschlussheilbehandlungen
 abgeschlossene nach ausgewählten
 Diagnosehauptgruppen 237–38
 Arbeitnehmer 282
 Arbeitslosenquote 288
 Arbeitsvolumen(-zeit) 283
 Aufwendungen für Leistungen zur Teilhabe 240
 Ausgaben 243, 249, 255
 Ausgabenkonzept 286
 Ausländer
 Aktiv Versicherte 27
 pflichtversicherte 31
 Rentenbestand 197, 199
 Rentenzugang 120, 122
 Auslandsrenten 122, 199

B

Bar- und Anlagevermögen allg. RV 253
 Beitragsbemessungsgrenzen 32–34, 264
 Beitragseinnahmen 242, 248, 254
 Beitragssätze zur Sozialversicherung ab 1891
 267
 Beitragssätze zur SV 262
 Bemessungsgrundlage, allgemeine 261
 Bemessungswerte 271
 Beschäftigung, versicherungspflichtige *Siehe*
 Versicherte
 Bevölkerung 282, 290
 Bezugsdauer der Rente 157
 Bruttoinlandsprodukt 285
 Bruttojahresarbeitsentgelte 260
 Bruttolöhne und -gehälter 285
 Bruttonationaleinkommen 285
 Bundesmittel 247
 Bundeszuschuss 242, 248, 254

C

Ca-Leistungen
 abgeschlossene (Neubildungen) 225–28
 Anträge 217

Bewilligte Anträge 221

D

Demographische Daten 282–83, 290–92
 Diagnosehauptgruppen
 Abgeschlossene Reha-Leistungen 225–28
 pro 1000 Versicherte 229–36
 Anschlussheilbehandlungen, abgeschlossene
 237–38
 Rentenzugang 104–14
 Durchschnittsbeitrag
 Freiwillig Versicherte 35

E

Eckrente *Siehe* Standardrente
 Einnahmen 242, 248, 254
 Einwohner 282, 290, 291
 Entgeltpunkte 265
 Entgeltpunkte, durchschnittliche 134–36
 Entwicklung der Verbraucherpreise 272
 Entwöhnungsbehandlungen
 Abgeschlossene Leistungen 224
 Bewilligte Anträge 221
 Erwerbsquote 288
 Erwerbstätige 282–83, 284
 Erwerbsunfähigkeit *Siehe* Renten wegen
 verminderter Erwerbsfähigkeit
 Erziehungsrenten
 Bestand
 nach Zahlbeträgen 204–7
 Rentenbestand 195
 Zugang 117
 nach Zahlbeträgen 129
 Existenzgründer 36–39

F

Faktoren der Rentenwertbestimmung 268
 Freiwillig Versicherte *Siehe* Versicherte
 Frührenten *Siehe* Renten wegen verminderter
 Erwerbsfähigkeit

G

Geburten 291
 Grundsicherung 274–77

H

Handwerker 36–39
 Hinterbliebenenrenten *Siehe* Renten wegen Todes
 Höchstbeitrag 35, 266

I

Inlandsrenten 122, 199

J

Jahresarbeitsentgelt 32–34, 258
brutto, durchschnittliches 260

K

Kfz-Hilfen
Abgeschlossene Leistungen 239
Anträge 217
Bewilligte Anträge 221
Kinderheilbehandlungen
Abgeschlossene Leistungen 224
Anträge 217
Bewilligte Anträge 221
Kinderzuschuss 266
Kohorten 89–94, 142–44
Krankenversicherung der Rentner (KVdR)
Aufwendungen 243, 244, 249, 250
Beitragssatz 263
Beitragszuschuss 263
Eigenanteil des Rentners 263
Krebs-Nachsorge *Siehe* Ca-Leistungen

L

Lebenserwartung
der Bevölkerung 292
der Rentner 158, 159
Leistungen
medizinische 224–36
Leistungen zur Teilhabe
Ausgaben 243, 249
Lohnquote 288

M

Mindestbeitrag 35, 266

N

Nachhaltigkeitsrücklage allg. RV 253
Nettoquote 288
Nettoreproduktionsrate 291
Nullrenten
Zugang 118

P

Passiv Versicherte 14–17
Personalbestand 294
Pflegepersonen 28–30
Pflegeversicherung der Rentner (PVdR)
Aufwendungen 243, 244, 249, 250
Beitragssatz 263
Beitragszuschuss 263
Eigenanteil des Rentners 263
Pflichtversicherte 14–17, 28–31
am Jahresende 28–30
nach Versichertenverhältnis 28–30
Selbstständige 28–30

Preisindex für die Lebenshaltung 272

R

Rehabilitationsleistungen
Abgeschlossene
Anschlussheilbehandlungen (AHB) 237–38
medizinische 224–36
medizinische nach Diagnosehauptgruppen
225–28
pro 1000 Versicherte 229–36
Teilhabe am Arbeitsleben
Einzelleistungen 239
Anträge auf 216–17
Ca-Leistungen 217
Kfz-Hilfen 217
Kinderheilbehandlungen 217
medizinische Rehabilitation 216
Teilhabe am Arbeitsleben 216
Bewilligte Anträge auf 220–21
Ca-Leistungen 221
Entwöhnungsbehandlungen 221
Kfz-Hilfen 221
Kinderheilbehandlungen 221
medizinische Rehabilitation 220
Teilhabe am Arbeitsleben 220
Renten wegen Alters
Anträge 42
Bestand
nach Rentenarten 189–94
nach Wohnort (Bundesland) 180–85
nach Zahlbeträgen 201–3
Zugang
nach Abschlägen 86–88
nach Entgeltpunkten 134–36
nach Kohorten 89–94
nach Rentenarten 62–67
nach Versicherungsjahren 131–33
nach Versicherungsstatus 74–79
nach Wohnort (Bundesland) 54–58
nach Zahlbeträgen 123–25
nach Zugangsalter 137–38
Renten wegen Todes
Anträge 42
Bestand
nach Rentenarten 195, 196
nach Wohnort 186
nach Zahlbeträgen 207
nach Zweigen 188
Umwandlungen 166
Wegfall
nach Rentenarten 156
nach Zweigen 154
Zugang
nach Alter 145
nach Rentenarten 117–22
nach Wohnort (Bundesland) 60
nach Zahlbeträgen 129–30
nach Zweigen 116
Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit
Anträge 42
Bestand
nach Wohnort (Bundesland) 174–79
Zugang
Arbeitsmarktbedingte 101–3
nach Diagnosehauptgruppen 104–14
nach Kohorten 142

- nach Rentenarten 95–100
 - nach Wohnort (Bundesland) 48–52
 - nach Zahlbeträgen 126–28, 128
 - nach Zugangsalter 137–38
 - Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit und wegen Alters (Versichertenrenten)
 - Bestand
 - nach Rentenarten 189–94
 - nach Zahlbeträgen 201–3
 - nach Zahlbeträgen Anpassungstermin 208
 - nach Zweigen 169
 - Umwandlungen 163–66
 - Wegfall 151–53
 - nach Bezugsdauer 157
 - nach Wegfallsalter 155
 - Zugang
 - nach Abschlüssen 80–82
 - nach Entgeltpunkten 134–36
 - nach Kohorten (allg. RV) 89–94
 - nach Rentenarten 62–67
 - nach Versicherungsjahren 131–33
 - nach Versicherungsstatus 68–73
 - nach Zahlbeträgen 123–25
 - nach Zugangsalter 137–41
 - nach Zugangsalter von Kohorten (allg. RV) 142–44
 - nach Zweigen 45
 - Renten Anpassungen 261, 268
 - Renten anträge 42
 - Erledigungen 42
 - Renten wegen Alters 42
 - Renten wegen Todes 42
 - Unerledigter Anfangsbestand 42
 - wegen verminderter Erwerbsfähigkeit 42
 - Rentenausgaben 243–46, 249–52, 255
 - Rentenbestand 168–213
 - DDR
 - nach Zahlbeträgen 200
 - nach Zweigen 170
 - Faktorenreihen zu den Zahlbeträgen 212
 - insgesamt 168
 - nach Auffüllbeträgen bzw. Erstattungen 171
 - nach Nationalität 199
 - nach Staatsangehörigkeit (Ausländer) 197
 - nach Wohnort (Bundesland) 172–86
 - Renten wegen Alters
 - nach Wohnort (Bundesland) 180–85
 - nach Zahlbeträgen 201
 - Renten wegen Todes
 - nach Rentenarten 195, 196
 - nach Wohnort (Bundesland) 186
 - nach Zahlbeträgen 207
 - nach Zweigen 188
 - Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit
 - nach Wohnort (Bundesland) 174–79
 - Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit und wegen Alters (Versichertenrenten) 169, 189–94
 - nach Zahlbeträgen 201–3
 - nach Zahlbeträgen Anpassungstermin 208
 - nach Zweigen 169
 - Rentenbezugsdauer 157
 - Rentenniveau 258
 - Rentenumwandlungen 162–66
 - insgesamt 163
 - Renten wegen Todes 166
 - wegen verminderter Erwerbsfähigkeit und wegen Alters (Versichertenrenten) 163–66
 - Rentenwegfall 150–59
 - insgesamt 150
 - Lebenserwartung 158–59
 - nach Alter 155–56
 - nach Bezugsdauer 157
 - nach Zweigen 150–54
 - Renten wegen Todes 156
 - Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit und wegen Alters (Versichertenrenten) 151–53, 155, 157
 - Rentenwert
 - aktueller 261
 - bestimmung 268
 - Rentenwertbestimmung 271
 - Rentenzugang 44–146
 - Abschlüssen 80–88
 - Anwendung des Fremddrentenrechts 119
 - Arbeitsmarktbedingte
 - Erwerbsminderungsrenten 101–3
 - Diagnosehauptgruppen 104–14
 - Entgeltpunkte 134–36
 - Faktorenreihen zur Berechnung der Bruttorente 146
 - insgesamt 44
 - nach Nationalität 122
 - nach Rentenarten 62–67
 - nach Staatsangehörigkeit (Ausländer) 120
 - nach Wohnort (Bundesland) 46–61
 - nach Zugangsalter 137–45
 - Renten wegen Alters 62–67, 74–79
 - Renten wegen Todes
 - nach Alter 145
 - nach Rentenarten 117–22
 - nach Wohnort (Bundesland) 60
 - nach Zahlbeträgen 129–30
 - nach Zweigen 116
 - Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit 95–100
 - nach Diagnosehauptgruppen 104–14
 - nach Zahlbeträgen 128
 - Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit und wegen Alters (Versichertenrenten) 89–94
 - nach Entgeltpunkten 134–36
 - nach Versicherungsjahren 131–33
 - nach Zahlbeträgen 123–25
 - nach Zugangsalter 137–44
 - nach Zugangsalter von Kohorten (allg. RV) 142–44
 - Versicherungsstatus 68–79
 - Zugangskohorten 89–94
 - Rentner 209–11
 - Riester - Rente *Siehe* Zusätzliche kapitalgedeckte Altersvorsorge
- S**
- Selbstständige 37–39
 - pfllichtversicherte 28–30
 - Selbstständige, pfllichtversicherte
 - Regelbeitrag 266
 - Sozialleistungsquote 288

Sparquote 286, 288
Staatsquote 288
Standardrente 258
Standardrente und Verfügbare Rente am Stichtag 259

T

Teilhabe am Arbeitsleben
Anträge 216
Bewilligte Anträge 220
Bewilligte Anträge auf
auf Kfz-Hilfen 221
Einzelleistungen 239

Teilhabe, Leistungen zur
Aufwendungen 240

U

Umwandlungen *Siehe* Renten

V

Versicherte 14–39
Aktiv 14–27
Altersteilzeitbeschäftigte 28–30
Anrechnungszeit- 15–17
Ausländer 27, 31
Beschäftigte, versicherungspflichtig 28–30, 32–34
Existenzgründer 36–39
Freiwillig 15–17, 35
Handwerker 36–39
Jahresentgelt, erzielt, hochgerechnetes und je
Beschäftigungsjahr 32–34
Künstler und Publizisten 36–39
Leistungsempfänger 28–30
nach Altersgruppen 24–26
nach Versicherungsverhältnis 28–30

nach Wohnort (Bundesland) 18–23
Passiv 14–17
Pflegepersonen 28–30
Pflicht- *Siehe* Pflichtversicherte
Selbstständige 36, 37–39
Selbstständige, pflichtversicherte 28–30
Wehr- und Zivildienstleistende 28–30

Versichertenrenten *Siehe* Renten
Versicherungsjahre, durchschnittliche 131–33
Vertragsrenten 122, 199
Verwaltungskosten 243, 249
Volkseinkommen 285
Vollständig ruhende Renten *Siehe* Nullrenten

W

Waisenrenten
Rentenbestand 195
nach Zahlbeträgen 204–7
Wegfall nach Alter 156
Zugang 117
Wehr- und Zivildienstleistende 28–31
Witwen-/Witwerrenten
Rentenbestand 195, 196
nach Zahlbeträgen 204–7
Wegfall nach Alter 156
Zugang 117–22
nach Zahlbeträgen 129, 130

Z

Zeitrenten 95–97
Zugangsalter
durchschnittliche
von Kohorten 142–44
durchschnittliches 137–45
Zusätzliche kapitalgedeckte Altersvorsorge 278–80

Herausgeber: Deutsche Rentenversicherung Bund, Geschäftsbereich Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Kommunikation. Verantwortlich für den Gesamtinhalt: Hauptschriftleiter: Dr. Axel Reimann, Schriftleiter: Dr. Dirk von der Heide, Telefon: 030 86589174, Telefax: 030 86589425.

Die Zeitschrift DEUTSCHE RENTENVERSICHERUNG erscheint 4-mal jährlich und ist über die Deutsche Rentenversicherung Bund, Geschäftsbereich Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Kommunikation, – Vertrieb –, Postanschrift: 10704 Berlin, E-Mail: Abo-Service@drv-bund.de, Telefon: 030 86524536, für 24,00 Euro (Ausland 30,00 Euro) inkl. Versandkosten, jährlich zu beziehen, das Einzelheft 6,50 Euro (Ausland 8,00 Euro) inkl. Versandkosten. Das Abonnement kann nur bis zum 30. September für das folgende Jahr gekündigt werden.

Die mit Namen gekennzeichneten Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Deutschen Rentenversicherung Bund wieder. Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte übernehmen wir keine Gewähr. Nachdruck ist unter Quellenangabe nur mit Genehmigung der Schriftleitung zulässig. Satz und Druck: H. Heenemann GmbH & Co. KG, Berlin.

Die DRV-Schriften sind kostenfreie Sonderausgaben der Zeitschrift „Deutsche Rentenversicherung“.
ISBN 978-3-00-047701-0

Rentenversicherung in Zahlen 2010

In kompakter Form und im praktischen Format finden Sie hier Zahlenmaterial zur deutschen gesetzlichen Rentenversicherung.

Die Tabellen in dieser Broschüre enthalten aktuelle Bemessungswerte, Kenngrößen, Finanzdaten sowie viele Auszüge aus den Fachstatistiken der Deutschen Rentenversicherung.

- Aktuelle Ergebnisse, Stand: 25. Juni 2010
- Entwicklung der Daten bis heute
- Faustdaten, Werte, Finanzen, Versicherte, Rentenbestand, Rentenzugang, Teilhabe



Deutsche
Rentenversicherung



Deutsche
Rentenversicherung

Hinweise

Diese Broschüre beinhaltet ausgewählte Statistikergebnisse der gesetzlichen Rentenversicherung. Ausführlichere Statistiken sind in der Broschüre „Rentenversicherung in Zeitreihen“ und in den Statistikbänden enthalten. Im Internet finden Sie statistische Angaben unter:

- www.deutsche-rentenversicherung.de
- www.forschung.deutsche-rentenversicherung.de

Anfragen zu Statistiken senden Sie bitte an folgende E-Mail-Adresse: statistik-bln@drv-bund.de

Einen Überblick über unsere statistischen Publikationen entnehmen Sie bitte dem hinteren Teil dieses Heftes.

Sofern nicht ausdrücklich in den Tabellen die unterschiedlichen Versicherungszweige allg. RV und KnV genannt werden, handelt es sich um Zahlenangaben zur Rentenversicherung insgesamt.

Einige Tabellen (z. B. Finanzen) beinhalten Zahlen für das gesamte Bundesgebiet, wenn eine Unterteilung zwischen alten und neuen Bundesländern nicht ausdrücklich vermerkt ist. Hierbei wird Berlin „mauerscharf“ getrennt, d. h. Berlin-West wird den alten Bundesländern, Berlin-Ost den neuen Bundesländern zugeordnet.

Auslandssachverhalte (z. B. Auslandsrenten) sind den Tabellen „alte Bundesländer“ zugeordnet.

Die Ausgabe 2010 berücksichtigt den Stand vom 25. Juni 2010.

Inhaltsverzeichnis

5 **Stichwortverzeichnis**

7 **Abkürzungsverzeichns**

Faustdaten

- 9 Faustdaten zur Rentenversicherung
- 10 Faustdaten zur Standardrente
- 10 Faustdaten zu den Rentenfinanzen
- 11 Faustdaten zur Rentensteigerung

Werte

- 12 Bemessungswerte der RV – aktuell
- 14 Durchschnittliche Bruttojahresarbeitsentgelte – Zeitreihe
- 15 Beitragssätze – Zeitreihe
- 16 Rentenanpassungssätze und aktueller Rentenwert – Zeitreihe
- 18 Beitragsbemessungsgrenzen – Zeitreihe
- 19 Mindest-, Regel- und Höchstbeiträge – Zeitreihe

Finanzen

- 20 Einnahmen 2008 und 2009
- 20 Ausgaben 2008 und 2009
- 22 Finanzentwicklung in der allg. RV-Zeitreihe
- 24 Rentenanpassungen – ausgewählte Komponenten
- 27 Entwicklung des Standardrentenniveaus – Zeitreihe

Versicherte

- 28 Anzahl der aktiv Versicherten insg./alte/neue BL
- 31 Aktiv und passiv Versicherte am 31.12. – Zeitreihe
- 32 Versicherte nach Nationalitäten – Zeitreihe
- 33 Rentenanwartschaften am 31.12.2008

Rentenbestand

- 34 Verteilung und durchschnittliche Rentenzahlbeträge der laufenden Renten alte/neue BL
- 38 Rentenschichtung nach monatlichem Zahlbetrag alte/neue BL
- 40 Kreuztabelle Versicherungsjahre alte BL Männer/Frauen

- 44 Kreuztabelle Versicherungsjahre neue BL Männer/Frauen
 48 Entwicklung des Rentenbestandes – Zeitreihe
 50 Mehrfachrentenbezieher am 01.07.2009
 51 Rentner nach Bundesländern am 01.07.2009

Rentenzugang, -wegfall und -anträge

- 52 aktuelle Zahlen zum Rentenzugang alte/neue BL
 56 Abschläge im Rentenzugang 2009
 57 Rentenzugänge 2009 wegen verminderter
 Erwerbsfähigkeit nach Diagnosegruppen
 58 Zugang nach Rentenarten – Zeitreihe –
 Anzahlen insg./Männer/Frauen
 62 Zugang nach Rentenarten – Zeitreihe –
 Anteile insg./Männer/Frauen
 66 Zugang Renten wegen Todes – Zeitreihe
 67 Wegfallsalter und Rentenbezugsdauer – Zeitreihe
 68 Zugangsalter – Zeitreihe
 69 Rentenneuanträge – Zeitreihe

Alterssicherung

- 70 Einkommensquellen der älteren Bevölkerung (ASID 07)
 Volumen, Beträge und Bezieherquoten
 72 Schichtung des Nettoeinkommens alte/neue BL
 74 Personen mit Episoden der Selbstständigkeit
 75 Alterseinkommensquellen – projiziert (AVID 05)
 76 Zulagekonten, -empfänger und gezahlte Zulagen (ZfA)
 77 Einkommensstruktur und Förderung (ZfA)
 78 Kinderzulagen (ZfA)
 79 Zulagenquoten nach Geschlecht und Region

Teilhabe (Rehabilitation)

- 80 Anträge, Bewilligungen und Leistungen – Zeitreihe
 82 Medizinische Rehabilitation nach Diagnosegruppen
 83 Aufwendungen für Reha – Zeitreihe

Überblick über statistische Publikationen

- 87 **Träger der Deutschen Rentenversicherung**

Stichwortverzeichnis

A

- 56 Abschläge
 11–13, 16–17, 24–26 aktueller Rentenwert
 34–37, 52–55, 58–65 Altersrenten
 83 Aufwendungen zur Teilhabe
 20–23 Ausgaben
 32 ausländische Versicherte

B

- 12–13 Beitragsbemessungsgrenzen
 20–23 Beitragseinnahmen
 15 Beitragssätze
 12–14, 27 Bruttojahresarbeitsentgelt
 20–23 Bundeszuschuss

D

- 57, 82 Diagnosen
 34–37, 51–55 Durchschnittsrenten

E

- 38–39 Einkommensquellen Älterer
 20–23 Einnahmen
 40–47 Entgeltpunkte
 34–37, 48, 52–55, EM-Renten
 57–65

F

- 9–11 Faustdaten
 20–27 Finanzen

G

- 34–37, 52–55 Gesamtrentenzahlbetrag

H

- 34–37, 48, 52–55 Hinterbliebenenrenten

K

- 20 KVD-R-Ausgaben

80, 83	L Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben (s. Teilhabe)
80–82 50	M medizinische Rehabilitation Mehrfachrentenbezieher
23 72	N Nachhaltigkeitsrücklage Nettoeinkommen Älterer
12–19 80–83 12–13, 16–17, 24–26 33 58–66 20–23 34–51 67 69 27 40–47 67 34–37, 52–55 52–69 68 76–79	R Rechengrößen Rehabilitation (s. Teilhabe) Rentenanpassungen Rentenanwartschaften Rentenarten, Entwicklung Rentenausgaben Rentenbestand Rentenbezugsdauer Renteneuanträge Rentenniveau Rentenschichtung Rentenwegfallsalter Rentenzahlbetrag Rentenzugang Rentenzugangsalter Riesterrente (ZfA)
10, 27	S Standardrente
80–83	T Teilhabe
28–32 40–47	V Versicherte (Anzahl) Versicherungsjahre
34–37, 48, 52–55 34–37, 48, 52–55	W Waisenrenten Witwen(r)renten

Abkürzungsverzeichnis

AAÜG allg. RV	Anspruchs- und Anwartschaftsüberführungsgesetz Rentenversicherungszweig: allgemeine Rentenversicherung (früher ArV und AnV)
alte BL Anp. AnV	alte Bundesländer Anpassung Angestelltenversicherung bis 12/2004 (Finanzverfassung aber noch bis 12/2005)
Arbeitslosen- geld I	Als Arbeitslosengeld (auch mit dem Zusatz „I“) bezeichnet man eine Versicherungsleistung, durch die Arbeitslosen eine angemessene Lebenshaltung ermöglicht wird. Geregelt im SGB III.
Arbeitslosen- geld II	Arbeitslosengeld II (ALG II) ist die grundlegende Sozialleistung für erwerbsfähige Menschen, die den notwendigen Lebensunterhalt nicht aus eigenen Mitteln bestreiten können („Hartz IV“). Geregelt im SGB II.
ArV	Arbeiterrentenversicherung bis 12/2004 (Finanzverfassung aber noch bis 12/2005)
aRW ASID	aktueller Rentenwert (§§ 68, 255a SGB VI) Alterssicherung in Deutschland, eine spezielle Datenerhebung seit 1986
Ausgl.bedarf	Ausgleichsbedarf (§ 68a Abs. 2 SGB VI). Ergibt sich als Fortschreibung der Ausgleichsfaktoren. Durch den Ausgleichsbedarf sollen nicht durchgeführte Dämpfungen der Rentenanpassung ab 2011 nachgeholt werden (§§ 255g Abs. 2, 68 Abs. 3 SGB VI).
Ausgl.faktor	Ausgleichsfaktor (§ 68a Abs. 2 SGB VI), getrennt für West und Ost. Für jedes Jahr, in dem die Schutzkl. Faktoren anzuwenden sind, wird ein Ausgleichsfaktor ermittelt: Als Quotient von aRW, ohne Schutzklausel, zu aRW, unter Berücksichtigung der Schutzklausel.
BA BE beitragsfr.Z beitragsgem.Z BGBL BJ BMAS BR-Drs. BZ	Bundesagentur für Arbeit Bruttolöhne- und -gehälter (§ 68 Abs. 2 SGB VI) beitragsfreie Zeiten (z. B. Anrechnungszeiten) beitragsgeminderte Zeiten Bundesgesetzblatt Beitragsjahr Bundesministerium für Arbeit und Soziales Bundesrats-Drucksache Beitragszeiten

DEÜV	Datenübermittlungsverordnung
EP	Entgeltpunkte
„Faktoren“	Die Rentenanpassung berücksichtigt drei Veränderungsraten (Löhne, Altersvorsorge, Verhältnis Rentner zu Beitragszahlern) vom Vorjahr zum Vorvorjahr. Diese werden hier kurz Faktoren genannt.
Gesl.Wert	Gesamtleistungswert
ICD	Internationale statistische Klassifikation der Krankheiten und verwandter Gesundheitsprobleme
KLG	Kindererziehungsleistung-Gesetz
KnV	Knappschaftliche Rentenversicherung
KVdR	Krankenversicherung der Rentner
LTA	Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben
neue BL	neue Bundesländer
PVdR	Pflegeversicherung der Rentner
RAW	Rentanwartschaft
RÜG	Rentenüberleitungsgesetz und Rentenüberleitungs-Ergänzungsgesetz
RV	Rentenversicherung
RWBstV	Rentenwertbestimmungsverordnung
Schutz.kl. Faktoren	Schutzklausel Faktoren, auch allgemeine Schutzklausel genannt (§§ 255e Abs. 5, 68a Abs. 1 SGB VI). Ab dem Jahr 2010 wurde eine neue, umfassende Schutzklausel eingeführt (§§ 68a Abs. 1 i. V. m. § 255e Abs. 5 und § 255a Abs. 1 SGB VI), die Garantieklausel genannt wird.
Schutz.kl. Ost	Schutzklausel Ost (§ 255 a Abs. 2 SGB VI). Durch diese wird dafür gesorgt, dass der aktuelle Rentenwert Ost mindestens um den Vmhundertersatz anzupassen ist, um den der aktuelle Rentenwert West angepasst wird.
SGB III	Sozialgesetzbuch III, Arbeitsförderung
SGB VI	Sozialgesetzbuch VI, gesetzliche Rentenversicherung
SV-Beiträge	Sozialversicherungsbeiträge
ÜG	Übergangsgeld
VDR	Verband Deutscher Rentenversicherungsträger (bis 30.09.2005)
Vers.	Versicherte
Vers.jahr	Versicherungsjahr
ZfA	Zentrale Zulagenstelle für Altersvermögen

Faustdaten zur Rentenversicherung

Zahl der Versicherten am 31. Dezember 2008	52,22 Mio.
→ Zahl der aktiv Versicherten	35,01 Mio.
darunter: versicherungspfl. Beschäftigte	26,47 Mio.
→ Zahl der passiv Versicherten	17,21 Mio.
Zahl der Rentennewanträge 2009	1,59 Mio.
→ Zahl der Erwerbsminderungsrenten	0,37 Mio.
→ Zahl der Altersrenten	0,77 Mio.
→ Zahl der Renten wegen Todes	0,45 Mio.
Anträge/Leistungen zur Teilhabe 2009	
Anträge auf Leistungen zur medizinischen Reha	1,64 Mio.
Leistungen zur medizinischen Reha	0,98 Mio.
Anträge auf Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben	0,40 Mio.
Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben	0,13 Mio.
Zahl der Renten am 31. Dezember 2009	24,93 Mio.
→ Zahl der Versichertenrenten	19,11 Mio.
davon: Altersrenten	17,54 Mio.
Erwerbsminderungsrenten	1,57 Mio.
→ Zahl der Renten wegen Todes	5,82 Mio.
darunter: Witwen-/Witwerrenten	5,44 Mio.
Waisenrenten	0,37 Mio.
Zahl der Rentner am 1. Juli 2009	20,41 Mio.
Einnahmen RV insgesamt 2009, vorläufig	246,03 Mrd. Euro
darunter: Beitragseinnahmen	181,57 Mrd. Euro
allgemeiner Bundeszuschuss	38,65 Mrd. Euro
zusätzliche Bundeszuschüsse	
zur allg. RV	18,68 Mrd. Euro
Bundeszuschuss zur KnV	
(Defizithaftung)	6,02 Mrd. Euro
Ausgaben RV insgesamt 2009, vorläufig	245,83 Mrd. Euro
darunter: Rentenausgaben	220,78 Mrd. Euro
Beiträge und Zuschüsse zur KVdR	15,34 Mrd. Euro
Leistungen zur Teilhabe	5,34 Mrd. Euro

Faustdaten zur Standardrente

Die Standardrente ist die Monatsrente eines Versicherten in der allgemeinen RV, der 45 Jahre lang stets ein Entgelt in Höhe des Durchschnittsentgelts aller Versicherten bezogen hat:

	am 01.01.2010	am 01.07.2010*
	brutto in Euro	brutto in Euro
alte Bundesländer	1 224,00	1 224,00
neue Bundesländer	1 085,85	1 085,85

* Keine Rentenanpassung.

Faustdaten zu den Rentenfinanzen 2010

allgemeine RV (ohne KnV), gesamtes Bundesgebiet

	in Millionen Euro	
1 Prozentpunkt Veränderung des Beitragssatzes der allg. RV	±	10 800
davon: Beitragseinnahmen	±	8 990
Bundeszuschuss	±	1 810
1 Prozentpunkt Veränderung des Bruttoentgelts (Pflichtbeiträge)	±	1 580
1 Prozentpunkt Veränderung der Rentenanpassung i. d. Folgejahren inkl. KvDR	±	2 280
Veränderung der Anzahl der Pflichtbeitragszahler um 100 000	±	470
Quelle: Deutsche Rentenversicherung Bund - Schätzung Mai 2010		

Faustdaten zur Rentensteigerung

(in Klammern neue Bundesländer)

Basis: Beitragssatz für 2010 = 19,9 Prozent

alte Bundesländer

Das vorläufige durchschnittliche Bruttojahresarbeitsentgelt für 2010 beträgt 32 003 Euro und der aktuelle Rentenwert des zweiten Halbjahres 27,20 Euro.

neue Bundesländer

Das vorläufige durchschnittliche Bruttojahresarbeitsentgelt, das durch Multiplizieren mit dem Umrechnungswert ermittelt wurde, beträgt für 2010 26 918 Euro und der aktuelle Rentenwert Ost des zweiten Halbjahres 24,13 Euro.

Die nachstehend genannten Rentenbeträge sind dynamisch. Sie verändern sich künftig durch die Rentenanpassungen, die grundsätzlich folgende Faktoren berücksichtigen:

- den letzten aktuellen Rentenwert,
- die Veränderungen
 - der Lohnsummen und der Versichertenentgelte sowie
 - der Beitragssätze und der Altersvorsorgeanteile und
- den sogenannten Nachhaltigkeitsfaktor, der das sich verändernde Verhältnis von Rentnern zu Beitragszahlern berücksichtigt.

Einzelheiten zur Berechnung des aktuellen Rentenwertes finden sich auf den Seiten 24–26.

Im zweiten Halbjahr 2010 ergibt sich somit:

- 1 000 Euro beitragspflichtiges Arbeitsentgelt = 0,85 Euro (0,90 Euro) monatliche Rentensteigerung
- 100 Euro Beitrag = 502,51 Euro (502,51 Euro) Arbeitsverdienst
- 100 Euro Beitrag = 0,43 Euro (0,45 Euro) Rentenanspruch
- 79,60 Euro mtl. Mindestbeitrag für freiwillig Versicherte = 0,34 Euro (0,34 Euro) Rentenzuwachs

Bemessungswerte der RV¹⁾ – aktuell

		2008		2009		2010	
		alte BL	neue BL	alte BL	neue BL	alte BL	neue BL
Rentanpassung (in Prozent)	ab 01.07.	1,10	1,10	2,41	3,38	–	–
aktueller Rentenwert	bis 30.06.	26,27	23,09	26,56	23,34	27,20	24,13
	ab 01.07.	26,56	23,34	27,20	24,13	27,20	24,13
durchschnittliches Jahresarbeitsentgelt		30 625		30 879 ²⁾		32 003 ²⁾	
Umrechnungsfaktor für Beitragsbemessungsgrundlagen, neue Bundesländer			1,1857		1,1868 ²⁾		1,1889 ²⁾
Bezugsgröße	jährlich	29 820	25 200	30 240	25 620	30 660	26 040
	monatlich	2 485	2 100	2 520	2 135	2 555	2 170
Beitragsbemessungsgrenze allg. RV	jährlich	63 600	54 000	64 800	54 600	66 000	55 800
	monatlich	5 300	4 500	5 400	4 550	5 500	4 650
Beitragsbemessungsgrenze KnV	jährlich	78 600	66 600	79 800	67 200	81 600	68 400
	monatlich	6 550	5 550	6 650	5 600	6 800	5 700
Mindestbeitrag freiwillig Versicherte ³⁾	monatlich	79,60	79,60	79,60	79,60	79,60	79,60
Regelbeitrag	monatlich	494,52	417,90	501,48	424,87	508,45	431,83
Höchstbeitrag für Pflichtversicherte, allg. RV	monatlich	1054,70	895,50	1074,60	905,45	1094,50	925,36
Höchstbeitrag für freiwillig Versicherte ³⁾	monatlich	1054,70	1054,70	1074,60	1074,60	1094,50	1094,50

¹⁾ Werte in Euro – bis auf die Rentenanpassung und den Umrechnungsfaktor.

²⁾ Durch Gesetz als vorläufiger Wert bestimmt, der bei der Ermittlung der Entgeltpunkte für diese Jahre anzuwenden ist.

³⁾ Bei freiwilliger Versicherung gibt es zwischen alten und neuen Bundesländern keinen Unterschied.

Durchschnittliche Bruttojahresarbeitsentgelte in DM/ab 2002 in Euro

Jahr	alte Bundesländer		neue Bundesländer
	allg. RV in DM/Euro	KnV in DM/Euro	Umrech- nungswerte
1957	5 043	5 096	1,1081
1960	6 101	6 165	1,1451
1965	9 229	9 326	1,5462
1970	13 343	13 485	1,8875
1975	21 808	22 039	2,6272
1980	29 485	29 798	3,1208
1985	35 286	35 660	3,3129
1990 1. Hj.		41 946	3,0707
1990 2. Hj.		41 946	2,3473
1995		50 665	1,2317
1996		51 678	1,2209
1997		52 143	1,2089
1998		52 925	1,2113
1999		53 507	1,2054
2000		54 256	1,2030
2001		55 216	1,2003
2002		28 626	1,1972
2003		28 938	1,1943
2004		29 060	1,1932
2005		29 202	1,1827
2006		29 494	1,1827
2007		29 951	1,1841
2008		30 625	1,1857
2009 ¹⁾		30 879	1,1868
2010 ¹⁾		32 003	1,1889

¹⁾ Vortäufig.

Beitragssätze in Prozent des Bruttoarbeitsentgeltes

Jahr		allg. RV	KnV
1957–1967		14,0	23,50
1968		15,0	23,50
1969		16,0	23,50
1970–1972		17,0	23,50
1973–1980		18,0	23,50
1981		18,5	24,00
1982–1983	bis 31.08.	18,0	23,50
1983		18,5	24,00
1984		18,5	25,25
1985	bis 31.05.	18,7	24,45
1985–1986	ab 01.06.	19,2	24,95
1987–1991	bis 31.03.	18,7	24,45
1991–1992	ab 01.04.	17,7	23,45
1993		17,5	23,25
1994		19,2	25,50
1995		18,6	24,70
1996		19,2	25,50
1997–1999	bis 31.03.	20,3	26,90
1999	ab 01.04.	19,5	25,90
2000		19,3	25,60
2001–2002		19,1	25,40
2003–2006		19,5	25,90
2007–2010		19,9	26,40

In der allg. RV tragen Arbeitnehmer und Arbeitgeber je die Hälfte,
bei der KnV tragen sie unterschiedlich hohe Anteile vom Beitragssatz.

Werte

Renten Anpassungssätze und aktueller Rentenwert in DM/ab 2002 in Euro

Jahr	Renten- anpassungen		aktueller Rentenwert ²⁾	
	in Prozent		in DM/Euro	
	zum	alte BL	neue BL	
1957 ¹⁾		x		5,35
1960	01.01.	5,94		6,34
1965	01.01.	9,40		9,09
1966	01.01.	8,30		9,82
1967	01.01.	8,00		10,61
1968	01.01.	8,10		11,50
1969	01.01.	8,30		12,23
1970	01.01.	6,35		12,90
1971	01.01.	5,50		13,71
1972	01.01.	6,30		15,01
	01.07.	9,50		x
1973	01.07.	11,35		16,71
1974	01.07.	11,20		18,59
1975	01.07.	11,10		20,65
1976	01.07.	11,00		22,92
1977	01.07.	9,90		25,20
1978	01.01.	x		x
	01.07.	x		x
1979	01.01.	4,50		26,34
1980	01.01.	4,00		27,39
1981	01.01.	4,00		28,48
1982	01.01.	5,76		30,12
1983	01.07.	5,59		31,81
1984	01.07.	3,40		32,89
1985	01.07.	3,00		33,87
1986	01.07.	2,90		34,86
1987	01.07.	3,80		36,18
1988	01.07.	3,00		37,27

Jahr	Renten- anpassungen		aktueller Rentenwert	
	in Prozent		in DM/Euro	
	zum	alte BL	neue BL	
1989	01.07.	3,00		38,39
1990	01.07.	3,10		39,58
1991	01.01.	x	15,00	x
	01.07.	4,70	15,00	41,44
1992	01.01.	x	11,65	x
	01.07.	2,87	12,73	42,63
1993	01.01.	x	6,10	x
	01.07.	4,36	14,12	44,49
1994	01.01.	x	3,64	x
	01.07.	3,39	3,45	46,00
1995	01.01.	x	2,78	x
	01.07.	0,50	2,48	46,23
1996	01.01.	x	4,38	x
	01.07.	0,95	1,21	46,67
1997	01.07.	1,65	5,55	47,44
1998	01.07.	0,44	0,89	47,65
1999	01.07.	1,34	2,79	48,29
2000	01.07.	0,60	0,60	48,58
2001	01.07.	1,91	2,11	49,51
2002	01.07.	2,16	2,89	25,86
2003	01.07.	1,04	1,19	26,13
2004	01.07.	x	x	x
2005	01.07.	x	x	x
2006	01.07.	x	x	x
2007	01.07.	0,54	0,54	26,27
2008	01.07.	1,10	1,10	26,56
2009	01.07.	2,41	3,38	27,20
2010	01.07.	x	x	x

¹⁾ Keine Rentenanpassung.

²⁾ Bis 1978 gilt nur für Zugangsrenten.

x = Keine Rentenanpassung, der aktuelle Rentenwert gilt weiter.

Beitragsbemessungsgrenzen

in DM/ab 2002 in Euro monatlich (jeweils 01.01.)

Jahr	alte Bundesländer		neue Bundesländer	
	allg. RV	KnV	allg. RV	KnV
1957	750	1 000		
1960	850	1 000		
1965	1 200	1 500		
1970	1 800	2 100		
1975	2 800	3 400		
1980	4 200	5 100		
1985	5 400	6 700		
1990	6 300	7 800		
1991	6 500	8 000	3 000	3 000
1995	7 800	9 600	6 400	7 800
1996	8 000	9 800	6 800	8 400
1997	8 200	10 100	7 100	8 700
1998	8 400	10 300	7 000	8 600
1999	8 500	10 400	7 200	8 800
2000	8 600	10 600	7 100	8 700
2001	8 700	10 700	7 300	9 000
2002	4 500	5 550	3 750	4 650
2003	5 100	6 250	4 250	5 250
2004	5 150	6 350	4 350	5 350
2005	5 200	6 400	4 400	5 400
2006	5 250	6 450	4 400	5 400
2007	5 250	6 450	4 550	5 550
2008	5 300	6 550	4 500	5 550
2009	5 400	6 650	4 550	5 600
2010	5 500	6 800	4 650	5 700

Mindest-, Regel- und Höchstbeiträge

in DM/ab 2002 in Euro monatlich (jeweils zum 01.01.)

Jahr	Mindestbeitrag ¹⁾	Regelbeitrag ²⁾		Höchstbeitrag ³⁾
		alte BL	neue BL	
1957	14,00			105,00
1960	14,00			119,00
1965	14,00	91,00		168,00
1970	17,00	153,00		306,00
1975	18,00	288,00		504,00
1980	72,00	394,00		756,00
1985	87,00	519,00		1 010,00
1990	103,00	606,00		1 178,00
1992	88,50	620,00	371,70	1 204,00
1995	107,88	755,16	611,94	1 450,80
1996	113,28	792,96	672,00	1 536,00
1997	123,83	866,81	738,92	1 664,60
1998	125,86	881,20	738,92	1 705,20
1999	127,89	895,23	753,13	1 725,50
2000	121,59	864,64	702,52	1 659,80
2001	120,33	855,68	721,98	1 661,70
2002	62,08	447,90	374,36	859,50
2003	63,38	464,10	389,03	994,50
2004	78,00	470,93	395,85	1 004,25
2005	78,00	470,93	395,85	1 014,00
2006	78,00	477,75	402,68	1 023,75
2007	79,60	487,55	417,90	1 044,75
2008	79,60	494,52	417,90	1 054,70
2009	79,60	501,48	424,87	1 074,60
2010	79,60	508,45	431,83	1 094,50

¹⁾ Normaler Mindestbeitrag für freiwillig Versicherte.

²⁾ Für versicherungspflichtige Selbstständige.

³⁾ Höchstbeitrag für freiwillig Versicherte.

Einnahmen 2008 und 2009 gesamtes Bundesgebiet, in Millionen Euro

	RV insgesamt ¹⁾		allg. RV		KnV	
	2008	2009	2008	2009	2008	2009
Beitragseinnahmen	180 028	181 572	179 089	180 649	939	923
Bundeszuschüsse	44 329	44 667	38 240	38 649	6 089	6 018
zusätzliche Bundeszuschüsse	18 190	18 680	18 190	18 680		
Erstattungen	738	759	715	740	23	19
Ausgleichszahlungen zwischen allg. RV und KnV			283	272	7 531	7 893
Vermögenserträge	770	194	759	188	11	6
sonstige Einnahmen	150	153	149	153	1	–
Einnahmen insgesamt	244 205	246 025	237 425	239 331	14 594	14 859

Ausgaben 2008 und 2009 gesamtes Bundesgebiet, in Millionen Euro

	RV insgesamt ¹⁾		allg. RV		KnV	
	2008	2009	2008	2009	2008	2009
Rentenausgaben	216 182	220 777	203 162	207 578	13 020	13 199
Beiträge und Zuschüsse zur KvDR	14 858	15 335	14 013	14 392	845	943
Leistungen zur Teilhabe	4 948	5 339	4 826	5 209	122	130
Ausgleichszahlungen zwischen allg. RV/KnV			7 531	7 893	283	272
Beitragserstattungen	126	132	125	131	1	1
Verwaltungs- u. Verfahrenskosten	3 575	3 607	3 461	3 502	114	105
Kindererziehungsleistungen	379	316	369	307	10	9
Beiträge und Zuschüsse zur PVdR	–	–	–	–	–	–
sonstige Ausgaben	362	325	163	125	199	200
Ausgaben insgesamt	240 430	245 831	233 650	239 137	14 594	14 859
Einnahmeüberschuss	3 775	194	3 775	194	–	–

¹⁾ Ohne Ausgleichszahlungen zwischen allg. RV und KnV, Differenzen in den Summen entstehen durch Rundungen.

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung – Rechnungsergebnisse; 2009 vorläufig

Finanzentwicklung in der allg. RV (ohne KnV) seit 1957¹⁾

Beträge in Millionen Euro

Jahr	Einnahmen insgesamt ²⁾	darunter Beiträge	Ausgaben Insgesamt ³⁾	darunter Renten ²⁾	Nachhaltigkeitsrücklage				
					Verwaltungs- und Verfahrens- kosten	Leistungen zur Teilhabe	Jahresende	in Monats- ausgaben	
1957	7 261	4 986	1 744	6 374	5 462	137	291		
1960	9 857	6 894	2 096	9 139	7 286	202	440		
1965	15 931	11 502	3 008	14 965	11 525	335	913		
1970	26 249	21 673	3 660	24 392	19 630	541	1 049		
1975	47 862	38 992	6 831	48 115	37 238	1 101	2 057	21 975	7,4
1980	69 053	56 858	10 802	67 570	55 921	1 331	2 186	9 581	2,1
1985	84 629	70 385	12 853	83 908	72 096	1 482	2 140	5 725	1,0
1990	108 621	89 433	15 184	103 717	89 923	1 847	2 789	17 869	2,6
1995	170 856	138 199	30 445	175 932	151 004	3 239	4 898	11 229	0,9
2000	206 343	162 165	42 419	205 764	177 751	3 340	4 331	14 196	1,0
2005	224 182	167 980	54 812	228 111	198 812	3 659	4 498	1 706	0,1
2009	239 331	180 649	57 329	239 137	207 578	3 502	5 209	16 163	1,0

¹⁾ Bis 1990 alte Bundesländer, ab 1995 gesamtes Bundesgebiet.

²⁾ Ab 1999 ohne gem. § 291c SGB VI vom Bund erstattete einigungsbedingte Leistungen.

³⁾ Ohne internen Finanzausgleich.

Für die Zeit vor dem 01.01.2002 ermittelte DM-Beträge werden zum amtlich festgelegten Umrechnungskurs 1 Euro = 1,95583 DM in Euro ohne kaufmännische Rundung umgerechnet.

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung – Rechnungsergebnisse; 2009 vorläufig

Rentanpassungen durch Gesetz und Verordnungen (RAV und RWBestV)

Höhe der aktuellen Rentenwerte [aRW], der Anpassung [Anp.] der Faktoren, der rechnerischen [rechn.] aRW, Anwendung der Schutzklauseln [Schutzkl.], Ausgleichs-[Ausgl.]-faktoren, Ausgleichsbedarf

Jahr/ Gebiet	Faktor 1 (Löhne)		Faktor 2 (Beiträge und Alters- vorsorge)		Faktor 3 (Nach- haltigkeit)		aRW		Rechn. Anp.	Schutzkl. „Fak- toren“ oder ab 2010 „Garantie- klausel“?	Schutzkl. Ost		aRW end- gültig	End- gültige Anp.	Ausgl. faktor	Ausgl. bedarf
							alt	neu (rechn.)			Anzu- wen- den?	Wenn „ja“: Ergeb- nis				
	Faktor 1 zerlegt: Sp.(3) * Sp.(4):															
	Veränd. der un- korrig. BE	Faktor Entgelt- korrektur ¹⁾														
2008 Gesetz zur Rentenanpassung 2008 (BT-Drs. 16/8744) ²⁾																
West	1,0140	1,0157	0,99834	0,9949	1,0022	26,27	26,56	1,0110	nein	X	---	---	26,56	1,0110	1,0000	0,9825
	1,40	1,57	-0,17	-0,51	0,22			1,10						1,10	0,00	-1,75
Ost	1,0054	1,0154	0,99012	0,9949	1,0022	23,09	23,15	1,0026	nein	ja	23,3440	---	23,34	1,0110	1,0000	0,9870
	0,54	1,54	-0,99	-0,51	0,22			0,26						1,10	0,00	-1,30
2009 RWBestV 2009 (BR-Drs. 380/09 v. 22.04.09)																
West	1,0208	1,0233	0,99759	1,0000	1,0031	26,56	27,20	1,0241	nein	X	---	---	27,20	1,0241	1,0000	0,9825
	2,08	2,33	-0,24	0,00	0,31			2,41						2,41	0,00	-1,75
Ost	1,0305	1,0314	0,99906	1,0000	1,0031	23,34	24,13	1,0338	nein	nein	---	---	24,13	1,0338	1,0000	0,9870
	3,05	3,14	-0,09	0,00	0,31			3,38						3,38	0,00	-1,30
2010 RWBestV 2010 (BR-Drs. 236/10 v. 23.04.10) ³⁾																
West	0,9904	0,9937	0,99666	0,9936	0,9949	27,20	26,63	0,9790	ja	X	---	---	27,20	1,0000	0,9790	0,9619
	-0,96	-0,63	-0,33	-0,64	-0,51			-2,10						0,00	-2,10	-3,81
Ost	1,0061	1,0119	0,99434	0,9936	0,9949	24,13	24,00	0,9946	ja	nein	---	---	24,13	1,0000	0,9946	0,9817
	0,61	1,19	-0,57	-0,64	-0,51			-0,54						0,00	-0,54	-1,83

Erläuterungen und Fußnoten zu dieser Tabelle siehe Seite 26

Erläuterungen und Fußnoten zur Tabelle Rentenanpassungen (Seiten 24–25)

Bei den Faktorwerten steht jeweils eine Zeile tiefer der entsprechende Prozentwert. Die zugrunde liegenden Basiszahlen zur Berechnung der Faktoren sind hier nicht aufgeführt; siehe dazu die jeweilige Quelle, insb. die entsprechende BR-Drs. zur Rentenwertbestimmung.

Ein Strich „---“ bedeutet, dass entweder diese Komponenten in dem Jahr noch nicht vorgesehen waren oder dass für die Felder in dem betreffenden Jahr keine Berechnung erforderlich war.

Ein „X“ bedeutet, dass die jeweilige Größe in dem betreffenden Jahr noch nicht eingeführt oder generell nicht anzuwenden ist.

Eingerahmte Spalten wurden bei den Werten für die Ausgleichsfaktoren und den Ausgleichsbedarf gesetzt, um zu kennzeichnen, dass diese nur festzusetzen, aber noch nicht anzuwenden sind. Die Anwendung erfolgt erst ab 2011 (vgl. §§ 68a Abs. 3, §255a Abs. 4 SGB VI).

¹⁾ Als Faktor Entgeltkorrektur, der ab 2005 im Gesetz vorgesehen war, aber erst 2006 erstmals angewendet wurde, wird hier ein Faktor bezeichnet, mit dem die unkorrigierte Veränderung der Brutto Lohn- und Bruttogehaltssumme (je Arbeitnehmer) des Vorjahres gegenüber dem Vorvorjahr zu multiplizieren ist. Im Gesetz wird dieser Begriff nicht verwendet; er ergibt sich als Zwischenergebnis. Der Faktor wird ungerundet gerechnet.

²⁾ Im Jahr 2008 wurde die Rentenwertbestimmung nicht durch Verordnung, sondern durch Gesetz geregelt. Die im Gesetz „vorgesehenen“ Formeln wurden zwar angewendet, aber es wurde vorher beim Faktor 2 der Anstieg der „Riestertreppe“ (§ 255e Abs. 3 SGB VI) für die Jahre 2008 und 2009 ausgesetzt und für die Jahre 2011 und 2012 verlängert.

³⁾ Ab dem Jahr 2010 wurde eine neue, umfassende Schutzklausel eingeführt (§§ 68a Abs. 1 i.V.m. § 255e Abs. 5 und §255a Abs. 1 SGB VI), die Garantieklausel genannt wird. Diese neue Schutzklausel verhindert jetzt auch, dass eine Minderung des Faktors Löhne zu einer Minderung des aktuellen Rentenwertes führt. Nach der bisherigen Schutzklausel wäre dies möglich gewesen.

Entwicklung des Standardrentenniveaus allg. RV, alte Bundesländer

Jahr	durchschnittliches Jahresarbeitsentgelt in Euro		Standardrente mit 45 Versicherungs-jahren in Euro		Rentenniveau ¹⁾ (nominal)	
	brutto	netto vor Steuern ²⁾	brutto	netto vor Steuern ²⁾	brutto in Prozent	netto vor Steuern ²⁾
1957	2 578		1 478	1 478	57,3	
1960	3 119		1 661	1 661	53,2	
1965	4 719		2 319	2 319	49,1	
1970	6 822	6 118	3 376	3 376	49,5	55,2
1975	11 150	9 808	5 417	5 417	48,6	55,2
1980	15 075	13 124	7 562	7 562	50,2	57,6
1985	18 041	15 454	9 217	8 870	51,1	57,4
1990	21 447	18 306	10 763	10 071	50,2	55,0
1995	25 905	21 918	12 732	11 822	49,2	53,9
2000	27 741	23 340	13 373	12 356	48,2	52,9
2005	29 202	24 378	14 110	12 816	48,3	52,6
2009 ³⁾	30 454	25 115	14 515	13 055	47,7	52,0

¹⁾ Quotient aus Standardrente und Jahresentgelt mal 100.

²⁾ Verfügbare Größen vor Steuern, vgl. § 154 (3) SGB VI.

³⁾ Vorläufige, teilweise geschätzte Zahlen für Nettoentgelte.

Für die Zeit vor dem 01.01.2002 ermittelte DM-Beträge werden zum amtlich festgelegten Umrechnungskurs 1 Euro = 1,95833 DM in Euro ohne kaufmännische Rundung umgerechnet.

Quelle: Statistisches Bundesamt, BMAS
Stand Schätzung: Mai 2010

Anzahl der aktiv Versicherten am 31.12.2008 (ohne Rentenbezug)

Deutschland	Männer	Frauen	zusammen
aktiv Versicherte insgesamt und zwar	18 114 845	16 894 625	35 009 470
Pflichtversicherte insgesamt und zwar	17 083 769	14 546 961	31 630 730
versicherungspflichtig Beschäftigte ¹⁾	14 478 978	11 992 982	26 471 960
darunter			
Altersteilzeitbeschäftigte	295 442	237 310	532 752
Wehr-/Zivildienstleistende	105 369		105 369
Leistungsempfänger			
→ nach dem SGB III ²⁾	586 872	402 023	988 895
→ nach dem SGB II ³⁾	1 614 171	1 730 910	3 345 081
Vorruhestandsgeldbezieher	4 943	3 694	8 637
sonstige			
Leistungsempfänger	218 090	189 925	408 015
Pflegepersonen	24 206	266 242	290 448
Selbstständige insgesamt	150 616	108 827	259 443
→ Existenzgründer	7 830	9 589	17 419
→ auf Antrag	8 040	2 377	10 417
→ kraft Gesetzes	11 968	15 381	27 349
→ Künstler/Publizisten	80 464	71 764	152 228
→ Handwerker	42 314	9 716	52 030
freiwillig Versicherte	276 510	89 772	366 282
geringfügig Beschäftigte ohne Verzicht auf die Versicherungsfreiheit	1 681 962	3 382 907	5 064 869
nur auf Grund von Anrech- nungszeiten versichert	68 738	137 389	206 127

¹⁾ Einschließlich geringfügig Beschäftigter mit Verzicht auf die Versicherungsfreiheit. ²⁾ Arbeitslosengeld I; ³⁾ Arbeitslosengeld II.
Bei der Aufgliederung „und zwar“ sind Mehrfachnennungen möglich.
Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung – Versicherte 2008

Anzahl der aktiv Versicherten am 31.12.2008 (ohne Rentenbezug)

alte Bundesländer	Männer	Frauen	zusammen
aktiv Versicherte insgesamt und zwar	14 788 851	13 736 107	28 524 958
Pflichtversicherte insgesamt und zwar	13 886 156	11 593 590	25 479 746
versicherungspflichtig Beschäftigte ¹⁾	12 002 767	9 684 930	21 687 697
darunter			
Altersteilzeitbeschäftigte	253 523	168 280	421 803
Wehr-/Zivildienstleistende	82 292		82 292
Leistungsempfänger			
→ nach dem SGB III ²⁾	424 114	299 730	723 844
→ nach dem SGB II ³⁾	1 135 963	1 248 734	2 384 697
Vorruhestandsgeldbezieher	4 651	3 164	7 815
sonstige			
Leistungsempfänger	176 946	151 672	328 618
Pflegepersonen	17 861	228 537	246 398
Selbstständige insgesamt	120 787	88 577	209 364
→ Existenzgründer	3 878	6 332	10 210
→ auf Antrag	7 038	1 799	8 837
→ kraft Gesetzes	8 760	12 029	20 789
→ Künstler/Publizisten	66 654	60 514	127 168
→ Handwerker	34 457	7 903	42 360
freiwillig Versicherte	237 919	72 168	310 087
geringfügig Beschäftigte ohne Verzicht auf die Versicherungsfreiheit	1 492 738	3 067 613	4 560 351
nur auf Grund von Anrech- nungszeiten versichert	49 369	91 947	141 316

¹⁾ Einschließlich geringfügig Beschäftigter mit Verzicht auf die Versicherungsfreiheit. ²⁾ Arbeitslosengeld I; ³⁾ Arbeitslosengeld II.
Bei der Aufgliederung „und zwar“ sind Mehrfachnennungen möglich.
Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung – Versicherte 2008

Anzahl der aktiv Versicherten am 31.12.2008 (ohne Rentenbezug)

neue Bundesländer	Männer	Frauen	zusammen
aktiv Versicherte insgesamt und zwar	3 325 994	3 158 518	6 484 512
Pflichtversicherte insgesamt und zwar	3 197 613	2 953 371	6 150 984
versicherungspflichtig Beschäftigte ¹⁾	2 476 211	2 308 052	4 784 263
darunter			
Altersteilzeitbeschäftigte	41 919	69 030	110 949
Wehr-/Zivildienstleistende	23 077		23 077
Leistungsempfänger			
→ nach dem SGB III ²⁾	162 758	102 293	265 051
→ nach dem SGB II ³⁾	478 208	482 176	960 384
Vorruhestandsgeldbezieher	292	530	822
sonstige			
Leistungsempfänger	41 144	38 253	79 397
Pflegepersonen	6 345	37 705	44 050
Selbstständige insgesamt	29 829	20 250	50 079
→ Existenzgründer	3 952	3 257	7 209
→ auf Antrag	1 002	578	1 580
→ kraft Gesetzes	3 208	3 352	6 560
→ Künstler/Publizisten	13 810	11 250	25 060
→ Handwerker	7 857	1 813	9 670
freiwillig Versicherte	38 591	17 604	56 195
geringfügig Beschäftigte ohne Verzicht auf die Versicherungsfreiheit	189 224	315 294	504 518
nur auf Grund von Anrech- nungszeiten versichert	19 369	45 442	64 811

¹⁾ Einschließlich geringfügig Beschäftigter mit Verzicht auf die Versicherungsfreiheit. ²⁾ Arbeitslosengeld I; ³⁾ Arbeitslosengeld II
Bei der Aufgliederung „und zwar“ sind Mehrfachnennungen möglich.
Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung – Versicherte 2008

Versicherte aktiv und passiv Versicherte am 31.12. alte Bundesländer (bis 1991) bzw. Deutschland (ab 1992)

Jahr	insgesamt	aktiv Versicherte insgesamt	darunter KnV	passiv Versicherte
1962	25 880	18 612	571	7 268
1965	25 683	18 969	500	6 714
1970	26 032	19 568	354	6 464
1975	25 915	19 486	299	6 429
1980	26 998	21 570	293	5 428
1985	36 003	22 391	381	13 612
1990	40 953	24 128	328	16 825
1995	49 432	31 430	450	18 002
2000	51 107	33 830	379	17 277
2005	51 729	34 722	582	17 007
2008	52 224	35 009	544	17 214

Bis 1982 Angaben gem. Mikrozensus, ab 1983 Angaben aus der Statistik der Deutschen Rentenversicherung.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Rentenversicherungsbericht und Statistik der Deutschen Rentenversicherung – Versicherte

Ausländische aktiv Versicherte am 31.12. nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten

Jahr	Ausländer insgesamt	Quote in Prozent	darunter Italiener	Jugoslawen ¹⁾ und Nachfolgestaaten	Türken	Spanier	Griechen
1983	1 585 125	7,2	213 867	285 619	507 698	68 100	100 986
1985	1 482 507	6,6	199 130	270 469	460 200	62 104	95 823
1990	1 804 664	7,5	222 550	293 850	562 826	56 193	126 116
1992	2 470 234	7,6	248 468	401 356	685 577	58 414	147 051
1995	2 496 113	7,9	243 555	447 109	678 429	52 499	136 830
2000	2 755 946	8,1	259 679	386 599	786 050	49 985	136 728
2005	3 083 039	8,9	240 446	396 142	849 960	43 370	122 998
2008	3 216 229	9,2	237 237	385 169	869 816	41 640	113 336

¹¹ Serben, Slowenen, Kroaten, Bosnier, Herzegowiner, Montenegriener, Mazedonier.

vor 1992: Pflichtversicherte, ab 1999 einschl. geringfügig Beschäftigte,

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung – Versicherte

Rentenwirtschaften am 31.12.2008

Fallgruppe: Deutsche, Kontenklärung bis mindestens 1997, Versicherte ohne Rentenbezug und Alter 30 bis 64 Jahre. Art der Rentenberechnung: hypothetische Rente wegen Erwerbsminderung am Stichtag

Ausgewählte Ergebnisse (hochgerechnet)	alte Bundesländer (einschl. Ausland)		neue Bundesländer	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen
Versicherte mit Beitragszeiten (BZ)	13 184 515	13 042 921	3 493 100	3 382 660
BZ und beitragsfr. Z ohne ZZ (in Jahren)	23,2	20,3	25,9	26,9
Beitragszeiten insgesamt	21,4	18,5	24,8	24,7
- vollwertige Beitragszeiten	19,5	16,4	21,9	20,8
- beitragsgeminderte Zeiten	2,0	2,0	2,9	3,9
beitragsfreie Zeiten (ausschließl. der ZZ) ¹⁾	1,8	1,8	1,1	2,1
nachrichtl. (in Jahren)				
- Berücksichtigungszeiten	0,0	2,2	0,0	0,5
- Zurechnungszeiten ²⁾	13,9	13,8	13,4	13,1
Durchschn. EP aus BZ je Beitragsjahr ³⁾	0,9488	0,738	0,8612	0,8358
Durchschn. Gesl.Wert in EP (jahresbezogen)	0,8400	0,726	0,7944	0,9804
Durchschn. RAW (monatl. in Euro)				
- ohne Zurechnungszeiten	578,79	408,93	527,99	519,60
- einschließlich Zurechnungszeiten	777,27	596,86	680,61	716,10

¹¹⁾ Hier wurden die Zeiten bzw. die Anwartschaften ohne ZZ ausgewiesen, um die bisher erworbene Anwartschaft darzustellen.

²⁾ An dieser Stelle sind die Effekte durchschn. ZZ berücksichtigt bzw. gesondert ausgewiesen. Es wurde für alle Fälle eine

^{a)} Einschließlich zusätzlicher EP für beitragsgeminderte Zeiten nach § 71 Abs. 2 SGB VI.

Versicherte

Verteilung und durchschnittliche Rentenzahlungsbeträge der laufenden Renten¹⁾

am 31.12.2009, alte Bundesländer

Rentenart	Männer		Frauen		Männer und Frauen	
	Anzahl	durchschn. Rentenzahlungsbetrag ²⁾ in Euro	Anzahl	durchschn. Rentenzahlungsbetrag ²⁾ in Euro	Anzahl	durchschn. Rentenzahlungsbetrag ²⁾ in Euro
Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit insgesamt ^{3) 4)}	624 724	758	564 663	667	1 189 387	715
darunter wegen:						
teilweiser Erwerbsminderung ⁵⁾	52 030	555	25 351	396	77 381	503
voller Erwerbsminderung ⁵⁾	561 525	782	539 159	680	1 100 684	732
Renten wegen Alters insgesamt	6 306 214	990	7 699 435	487	14 005 649	714
darunter Altersrente wegen:						
Arbeitslosigkeit/Altersteilzeitarbeit ⁶⁾	1 529 451	1 180	159 364	692	1 688 815	1 134
für Frauen ⁶⁾			2 509 992	672	2 509 992	672
für schwerbehinderte Menschen ⁶⁾	936 289	1 159	363 694	748	1 299 983	1 044
für langjährig Versicherte ⁶⁾	989 701	1 169	185 409	531	1 175 110	1 068
Regelaltersrente ⁷⁾	2 828 170	762	4 480 975	354	7 309 145	512
Renten wegen Todes insgesamt	376 018	237	4 008 124	564	4 689 892	511
davon:						
Witwen-/Witwerrenten	375 366	236	4 001 294	564	4 376 660	535
Waisenrenten ⁸⁾					305 750	160
Erziehungsrenten	652	609	6 830	738	7 482	727
Renten insgesamt	7 306 956	931	12 272 222	521	19 884 928	666
nachrichtlich:						
Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit und wegen Alters insgesamt	6 930 938	969	8 264 098	500	15 195 036	714

¹⁾ Ohne Knappschaftsausgleichsleistungen, Nullrenten, reine Kindererziehungsleistungen und ohne Renten nach Art. 2 RÜG.

²⁾ Rentenhöhe inkl. Auffüllbetrag, nach Abzug des KvDR/PvDR-Beitrags.

³⁾ Inkl. Renten an Bergleute wegen Vollendung des 50. Lebensjahres oder wegen verminderter bergmännischer Berufsfähigkeit.

⁴⁾ Erfasst sind lediglich Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit an unter 65-Jährige; siehe auch Fußnote 7.

⁵⁾ Inkl. Renten wegen Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit mit Rentenbeginn bis zum 31.12.2000.

⁶⁾ Erfasst sind lediglich Altersrenten an Berechtigte im Alter bis einschl. 82 Jahre; siehe auch Fußnote 7.

⁷⁾ Renten an verm. Erwerbsfähige im Alter über 64 und Renten an Bezieher vorgezogener bzw. flexibler Altersrenten im Alter über 82 wurden in die Rentenart Regelaltersrente umgewandelt.

⁸⁾ Geschlechtertrennung nicht möglich, nur in der Summe Männer und Frauen enthalten.

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung – Rentenbestand am 31.12.2009

Verteilung und durchschnittliche Rentenzahlungsbeträge der laufenden Renten¹⁾

am 31.12.2009, neue Bundesländer

Rentenart	Männer		Frauen		Männer und Frauen	
	Anzahl	durchschn. Rentenzahlungsbetrag ²⁾ in Euro	Anzahl	durchschn. Rentenzahlungsbetrag ²⁾ in Euro	Anzahl	durchschn. Rentenzahlungsbetrag ²⁾ in Euro
Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit insgesamt ^{3) 4)}	197 025	656	181 429	684	378 454	669
darunter wegen:						
teilweiser Erwerbsminderung ⁵⁾	17 537	428	8 387	431	25 924	429
voller Erwerbsminderung ⁵⁾	175 890	689	172 354	698	348 244	694
Renten wegen Alters insgesamt	1 446 777	1 069	2 089 306	702	3 536 083	852
darunter Altersrente wegen:						
Arbeitslosigkeit/Altersteilzeitarbeit ⁶⁾	682 679	1 031	39 933	731	722 612	1 015
für Frauen ⁶⁾			1 077 533	743	1 077 533	743
für schwerbehinderte Menschen ⁶⁾	119 537	963	94 954	777	214 491	881
für langjährig Versicherte ⁶⁾	172 160	1 095	10 764	621	182 924	1 067
Regelaltersrente ⁷⁾	466 462	1 134	866 122	642	1 332 584	814
Renten wegen Todes insgesamt	166 533	287	901 977	591	1 133 027	522
davon:						
Witwen-/Witwerrenten	166 384	287	899 820	591	1 066 204	544
Waisenrenten ⁸⁾					64 517	160
Erziehungsrenten	149	613	2 157	793	2 306	781
Renten insgesamt	1 810 335	952	3 172 712	669	5 047 564	764
nachrichtlich:						
Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit und wegen Alters insgesamt	1 643 802	1 019	2 270 735	700	3 914 537	834

¹⁾ Ohne Knappschaftsausgleichsleistungen, Nullrenten, reine Kindererziehungsleistungen und ohne Renten nach Art. 2 RÜG.
²⁾ Rentenhöhe inkl. Auffüllbetrag, nach Abzug des KvDR/PvDR-Beitrags.
³⁾ Inkl. Renten an Bergleute wegen Vollendung des 50. Lebensjahres oder wegen verminderter bergmännischer Berufsfähigkeit.
⁴⁾ Erfasst sind lediglich Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit an unter 65-Jährige; siehe auch Fußnote 7.
⁵⁾ Inkl. Renten wegen Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit mit Rentenbeginn bis zum 31.12.2000.

⁶⁾ Erfasst sind lediglich Altersrenten an Berechtigte im Alter bis einschl. 82 Jahre; siehe auch Fußnote 7.
⁷⁾ Renten an verm. Erwerbsfähige im Alter über 64 und Renten an Bezieher vorgezogener bzw. flexibler Altersrenten im Alter über 82 wurden in die Rentenart Regelaltersrente umgewandelt.
⁸⁾ Geschlechtertrennung nicht möglich, nur in der Summe Männer und Frauen enthalten.

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung – Rentenbestand am 31.12.2009

Rentenschichtung nach monatlichem Zahlbetrag¹⁾

am 31.12.2009, alte Bundesländer

Rentenzahl- betrag von...bis unter... Euro/Monat	Versichertenrenten ²⁾			an Frauen			Witwenrenten			Witverrenten		
	an Männer Anzahl	Anteil in %	Anteil in %	Anzahl	Anteil in %	Anteil in %	Anzahl	Anteil in %	Anteil in %	Anzahl	Anteil in %	Anteil in %
unter 150	465 670	6,7	1 122 999	13,6	409 269	10,2	140 715	37,5				
150- 300	401 456	5,8	1 747 784	21,1	419 108	10,5	117 005	31,2				
300- 450	379 777	5,5	1 212 717	14,7	483 171	12,1	76 079	20,3				
450- 600	416 746	6,0	1 178 998	14,3	731 844	18,3	29 414	7,8				
600- 750	516 920	7,5	1 187 349	14,4	918 529	23,0	8 376	2,2				
750- 900	614 302	8,9	879 592	10,6	631 341	15,8	2 724	0,7				
900-1 050	762 156	11,0	443 218	5,4	281 792	7,0	700	0,2				
1 050-1 200	927 337	13,4	247 875	3,0	83 897	2,1	225	0,1				
1 200-1 350	883 269	12,7	133 993	1,6	23 883	0,6	79	0,0				
1 350-1 500	661 107	9,5	66 617	0,8	10 061	0,3	31	0,0				
1 500 und höher	902 198	13,0	42 956	0,5	8 399	0,2	18	0,0				
insgesamt	6 930 938	100	8 264 098	100	4 001 294	100	375 366	100				

¹⁾ Ohne Knappschaftsausgleichsleistungen, Nullrenten, reine Kindererziehungsleistungen und ohne Renten nach Art. 2 RÜG.

²⁾ Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit und wegen Alters.

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung – Rentenbestand am 31.12.2009

Rentenschichtung nach monatlichem Zahlbetrag¹⁾

am 31.12.2009, neue Bundesländer

Rentenzahl- betrag von...bis unter... Euro/Monat	Versichertenrenten ²⁾			an Frauen			Witwenrenten			Witverrenten		
	an Männer Anzahl	Anteil in %	Anteil in %	Anzahl	Anteil in %	Anteil in %	Anzahl	Anteil in %	Anteil in %	Anzahl	Anteil in %	Anteil in %
unter 150	5 462	0,3	15 020	0,7	28 006	3,1	31 713	19,1				
150- 300	17 869	1,1	99 080	4,4	34 302	3,8	61 261	36,8				
300- 450	23 939	1,5	158 812	7,0	119 369	13,3	52 591	31,6				
450- 600	61 770	3,8	421 644	18,6	299 129	33,2	15 587	9,4				
600- 750	178 813	10,9	762 754	33,6	245 158	27,2	3 973	2,4				
750- 900	301 209	18,3	443 129	19,5	118 248	13,1	845	0,5				
900-1 050	356 089	21,7	199 252	8,8	41 284	4,6	246	0,1				
1 050-1 200	276 502	16,8	96 445	4,2	9 635	1,1	97	0,1				
1 200-1 350	180 454	11,0	47 896	2,1	2 495	0,3	45	0,0				
1 350-1 500	125 193	7,6	19 490	0,9	1 255	0,1	16	0,0				
1 500 und höher	116 502	7,1	7 213	0,3	939	0,1	10	0,0				
insgesamt	1 643 802	100	2 270 735	100	899 820	100	166 384	100				

¹⁾ Ohne Knappschaftsausgleichsleistungen, Nullrenten, reine Kindererziehungsleistungen und ohne Renten nach Art. 2 RÜG.

²⁾ Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit und wegen Alters.

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung – Rentenbestand am 31.12.2009

Rentenbestand

Verteilung nach durchschnittlichen Entgeltpunkten je Versicherungsjahr¹⁾ sowie nach Versicherungsjahren²⁾

Rentenbestand am 31.12.2009, alte Bundesländer, Männer

Höhe der angerechneten Zeiten ²⁾ von ... bis ... Jahre	Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit und wegen Alters ³⁾					Entgeltpunkte je Versicherungsjahr ¹⁾				durchschnittliche(r) Renten- zahl- betrag	pers. Entgeltp. je Vers.- jahr ¹⁾
Anzahl ³⁾	Anteil ³⁾	durchschnittliche persönliche von ... bis unter ...			Entgeltpunkte				in Euro		
insgesamt	in %	unter 0,6	0,6-0,8	0,8-1,0	1,0-1,2	1,2-1,4	1,4-1,6	über 1,6			
unter 5	4 408	0,1	625	338	1 566	1 179	330	142	228	94	0,96
5-9	123 073	2,3	63 120	35 553	14 837	4 940	2 083	1 211	1 329	124	0,63
10-14	139 209	2,6	34 853	53 036	31 616	10 865	4 251	2 827	1 761	240	0,76
15-19	193 594	3,7	40 563	55 982	59 521	24 200	7 878	3 728	1 722	354	0,80
20-24	146 077	2,8	27 558	34 887	43 460	25 730	9 790	3 399	1 253	480	0,84
25-29	150 536	2,8	31 756	35 868	39 748	26 583	11 120	4 333	1 128	586	0,84
30-34	199 892	3,8	42 472	48 821	51 569	33 653	15 121	6 997	1 259	693	0,84
35-39	524 888	9,9	66 374	115 958	144 651	107 566	53 666	32 033	4 640	874	0,93
40-44	1 582 668	29,9	82 858	204 950	395 013	462 396	279 036	146 102	12 313	1 113	1,04
45-49	2 127 282	40,2	31 431	132 878	429 854	700 219	497 350	319 727	15 823	1 319	1,14
50 und mehr	98 253	1,9	1 828	7 275	18 096	28 450	20 396	21 062	1 146	1 437	1,16
Renten											
insgesamt ³⁾	5 289 880	100,0	423 438	725 546	1 229 931	1 425 781	901 021	541 561	42 602	1 055	1,03
Anteil in % ³⁾	100,0	-	8,0	13,7	23,3	27,0	17,0	10,2	0,8	-	-
durchschn. Rentenzahl- betrag in Euro	1 055	-	336	610	889	1 165	1 414	1 644	1 803	-	-
durchschn. Jahre ²⁾	40,2	-	28,4	34,4	39,6	42,9	44,0	44,6	39,1	-	-

¹⁾ Berechnet aus persönlicher Entgeltpunktschritte, dividiert durch entsprechende Monatszahl an Versicherungsjahren²⁾ und multipliziert mit 12.

²⁾ Beitrags- und beitragsfreie Zeiten, Versicherungs- bzw. Arbeitsjahre (aber ohne Berücksichtigungszeiten).

³⁾ Vollständig ruhende Renten, Renten vor 1957, Vertragsrenten und statistisch nicht auswertbare Fälle sind nicht enthalten.

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung – Rentenbestand am 31.12.2009

Verteilung nach durchschnittlichen Entgeltpunkten je Versicherungsjahr¹⁾ sowie nach Versicherungsjahren²⁾

Rentenbestand am 31.12.2009, alte Bundesländer, Frauen

Höhe der angerechneten Zeiten ²⁾ von ... bis ... Jahre	Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit und wegen Alters ³⁾					Entgeltpunkte je Versicherungsjahr ¹⁾				durchschnittliche(r) Renten- pers. zahl- pers. betrag Entgeltp. je Vers.- jahr ¹⁾	
	Anzahl ³⁾	Anteil ³⁾	durchschnittliche persönliche von ... bis unter ...			Entgeltpunkte				in Euro	
	insgesamt	in %	unter 0,6	0,6-0,8	0,8-1,0	1,0-1,2	1,2-1,4	1,4-1,6	über 1,6		
unter 5	52 226	0,8	5 759	7 052	16 527	19 592	1 194	644	1 458	93	0,93
5-9	927 185	13,6	259 841	307 407	165 285	65 200	52 769	56 563	20 120	145	0,81
10-14	653 026	9,6	229 512	241 846	72 842	32 899	27 156	30 445	18 326	234	0,75
15-19	757 301	11,1	363 188	243 550	85 456	30 287	15 795	9 477	9 548	288	0,65
20-24	627 572	9,2	264 018	210 254	88 405	36 216	14 670	7 191	6 818	385	0,68
25-29	703 693	10,4	207 868	295 460	119 801	48 699	18 915	7 817	5 133	500	0,73
30-34	806 363	11,9	165 214	375 243	166 491	66 137	22 689	7 310	3 279	612	0,76
35-39	919 977	13,5	137 337	424 302	224 888	93 391	29 574	8 604	1 881	731	0,79
40-44	1 034 129	15,2	113 118	417 263	277 098	149 148	60 207	16 061	1 234	877	0,84
45-49	306 630	4,5	28 992	118 439	82 388	49 194	20 889	6 329	399	976	0,86
50 und mehr	5 050	0,1	601	2 048	1 135	666	418	169	13	1 066	0,85
Renten											
insgesamt ³⁾	6 793 152	100,0	1 775 448	2 642 864	1 300 316	591 429	264 276	150 610	68 209	512	0,77
Anteil in % ³⁾	100,0	-	26,1	38,9	19,1	8,7	3,9	2,2	1,0	-	-
durchschn. Rentenzahl- betrag in Euro	512	-	267	493	645	812	873	707	722	-	-
durchschn. Jahre ²⁾	26,6	-	22,1	27,9	29,5	30,3	27,4	19,1	15,9	-	-

¹⁾ Berechnet aus persönlicher Entgeltpunktsomme, dividiert durch entsprechende Monatszahl an Versicherungsjahren ²⁾ und multipliziert mit 12.

²⁾ Beitrags- und beitragsfreie Zeiten, Versicherungs- bzw. Arbeitsjahre (aber ohne Berücksichtigungszeiten).

³⁾ Vollständig ruhende Renten, Renten vor 1957, Vertragsrenten und statistisch nicht auswertbare Fälle sind nicht enthalten.

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung – Rentenbestand am 31.12.2009

Verteilung nach durchschnittlichen Entgeltpunkten je Versicherungsjahr¹⁾ sowie nach Versicherungsjahren²⁾

Rentenbestand am 31.12.2009, neue Bundesländer, Männer

Höhe der angerechneten Zeiten ²⁾ von ... bis ... Jahre	Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit und wegen Alters ³⁾					Entgeltpunkte je Versicherungsjahr ¹⁾				durchschnittliche(r) Renten- zahl- betrag	pers. Entgeltp. je Vers.- jahr ¹⁾
Anzahl ³⁾	Anteil ³⁾	durchschnittliche persönliche von ... bis unter ...			Entgeltpunkte				in Euro		
insgesamt	in %	unter 0,6	0,6-0,8	0,8-1,0	1,0-1,2	1,2-1,4	1,4-1,6	über 1,6			
unter 5	55	0,0	34	6	6	2	4	1	2	341	0,55
5-9	2 199	0,1	1 030	535	421	144	47	14	8	104	0,64
10-14	2 579	0,2	923	754	594	221	50	16	21	187	0,69
15-19	3 539	0,2	1 196	1 042	839	344	86	15	17	282	0,71
20-24	3 905	0,3	1 462	1 245	694	341	120	29	14	361	0,69
25-29	6 559	0,4	2 167	2 056	1 130	659	374	140	33	486	0,74
30-34	19 057	1,3	3 462	4 965	4 060	3 529	2 532	463	46	669	0,87
35-39	92 599	6,1	6 114	22 955	31 897	19 881	8 429	3 077	246	801	0,92
40-44	509 994	33,5	21 871	108 443	174 544	121 843	51 114	29 671	2 508	922	0,97
45-49	757 784	49,7	10 872	88 086	228 811	232 154	118 738	72 529	6 594	1 098	1,06
50 und mehr	126 025	8,3	1 191	9 556	27 962	43 782	27 227	14 686	1 621	1 229	1,12
Renten											
insgesamt ³⁾	1 524 295	100,0	50 322	239 643	470 958	422 900	208 721	120 641	11 110	1 017	1,02
Anteil in % ³⁾	100,0	-	3,3	15,7	30,9	27,7	13,7	7,9	0,7	-	-
durchschn. Rentenzahl- betrag in Euro	1 017	-	459	688	893	1 096	1 314	1 527	1 833	-	-
durchschn. Jahre ²⁾	44,9	-	39,5	43,4	44,7	45,5	45,9	46,4	46,6	-	-

¹⁾ Berechnet aus persönlicher Entgeltpunktsomme, dividiert durch entsprechende Monatszahl an Versicherungsjahren²⁾ und multipliziert mit 12.

²⁾ Beitrags- und beitragsfreie Zeiten, Versicherungs- bzw. Arbeitsjahre (aber ohne Berücksichtigungszeiten).

³⁾ Vollständig ruhende Renten, Renten vor 1957, Vertragsrenten und statistisch nicht auswertbare Fälle sind nicht enthalten.

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung – Rentenbestand am 31.12.2009

Verteilung nach durchschnittlichen Entgeltpunkten je Versicherungsjahr¹⁾ sowie nach Versicherungsjahren²⁾

Rentenbestand am 31.12.2009, neue Bundesländer, Frauen

Höhe der angerechneten Zeiten ²⁾ von ... bis ... Jahre	Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit und wegen Alters ³⁾					Entgeltpunkte je Versicherungsjahr ¹⁾				durchschnittliche(r) Renten- zahl- betrag	pers. Entgeltp. je Vers.- jahr ¹⁾
Anzahl ³⁾	Anteil ³⁾	durchschnittliche persönliche von ... bis unter ...			Entgeltpunkte				in Euro		
insgesamt	in %	unter 0,6	0,6-0,8	0,8-1,0	1,0-1,2	1,2-1,4	1,4-1,6	über 1,6			
unter 5	2 610	0,1	473	374	474	364	283	238	404	221	1,07
5-9	19 246	0,9	7 391	5 869	3 049	1 360	797	380	400	199	0,72
10-14	31 073	1,5	15 172	9 291	3 742	1 660	695	277	236	247	0,64
15-19	46 717	2,2	22 105	12 751	7 947	2 868	717	206	123	297	0,65
20-24	66 257	3,1	23 340	18 962	19 201	3 721	784	153	96	374	0,70
25-29	111 761	5,3	22 926	42 998	37 995	6 334	1 176	253	79	471	0,75
30-34	205 792	9,8	26 498	89 681	72 862	12 823	3 189	636	103	569	0,78
35-39	423 924	20,1	33 257	195 540	145 559	35 721	10 840	2 736	271	679	0,81
40-44	908 613	43,2	77 469	402 413	275 843	98 153	40 979	12 996	760	780	0,83
45-49	283 920	13,5	17 352	111 807	95 548	39 575	15 616	3 874	148	866	0,86
50 und mehr	5 078	0,2	800	2 826	910	357	139	45	1	813	0,73
Renten											
insgesamt ³⁾	2 104 991	100,0	246 783	892 512	663 130	202 936	75 215	21 794	2 621	697	0,81
Anteil in % ³⁾	100,0	-	11,7	42,4	31,5	9,6	3,6	1,0	0,1	-	-
durchschn. Rentenzahl- betrag in Euro	697	-	402	627	749	954	1 154	1 316	991	-	-
durchschn. Jahre ²⁾	38,3	-	32,5	38,9	38,7	40,1	40,9	40,6	25,2	-	-

¹⁾ Berechnet aus persönlicher Entgeltpunktsomme, dividiert durch entsprechende Monatszahl an Versicherungsjahren ²⁾ und multipliziert mit 12.

²⁾ Beitrags- und beitragsfreie Zeiten, Versicherungs- bzw. Arbeitsjahre (aber ohne Berücksichtigungszeiten).

³⁾ Vollständig ruhende Renten, Renten vor 1957, Vertragsrenten und statistisch nicht auswertbare Fälle sind nicht enthalten.

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung – Rentenbestand am 31.12.2009

Entwicklung des Rentenbestandes am Jahresende

Jahr	Renten- bestand insgesamt ¹⁾	Versichertenrenten			Renten wegen Todes			
		insgesamt	davon: Renten wegen verminderter Erwerbsfähig- keit ²⁾	Renten wegen Alters ²⁾	insgesamt	davon: Witwen-/ Witwerrenten	Waisen- renten	Erziehungs- renten
alte Bundesländer								
1960	7 872 473	4 437 415	1 617 020	2 820 395	3 435 058	2 731 170	703 888	–
1965	8 605 163	5 081 281	1 602 583	3 478 698	3 523 882	3 057 386	466 496	–
1970	9 879 105	6 017 311	1 627 385	4 389 926	3 861 794	3 395 845	465 949	–
1975	11 480 297	7 276 972	1 760 705	5 516 267	4 203 325	3 700 893	502 432	–
1980	12 454 138	8 038 353	1 975 789	6 062 564	4 415 785	3 915 126	500 647	12
1985	14 014 838	9 339 775	2 387 205	6 952 570	4 675 063	4 206 280	467 946	837
1990	15 012 633	10 368 875	1 846 347	8 522 528	4 643 758	4 298 222	344 227	1 309
1995	16 527 316	11 815 162	1 398 728	10 416 434	4 712 154	4 392 602	315 949	3 603
2000	18 184 863	13 474 914	1 388 915	12 085 999	4 709 949	4 399 247	305 035	5 667
2005	19 420 792	14 680 927	1 235 575	13 445 352	4 739 865	4 414 473	317 879	7 513
2009	19 884 928	15 195 036	1 189 387	14 005 649	4 689 892	4 376 660	305 750	7 482
neue Bundesländer								
1995	4 533 646	3 334 580	464 219	2 870 361	1 199 066	1 100 686	95 179	3 201
2000	4 959 604	3 757 099	505 118	3 251 981	1 202 505	1 098 504	99 857	4 144
2005	5 062 953	3 899 558	414 192	3 485 366	1 163 395	1 077 105	82 895	3 395
2009	5 047 564	3 914 537	378 454	3 536 083	1 133 027	1 066 204	64 517	2 306
Deutschland								
1995	21 060 962	15 149 742	1 862 947	13 286 795	5 911 220	5 493 288	411 128	6 804
2000	23 144 467	17 232 013	1 894 033	15 337 980	5 912 454	5 497 751	404 892	9 811
2005	24 483 745	18 580 485	1 649 767	16 930 718	5 903 260	5 491 578	400 774	10 908
2009	24 932 492	19 109 573	1 567 841	17 541 732	5 822 919	5 442 864	370 267	9 788

¹⁾ Ohne Knappschaftsausgleichsleistungen, Nullrenten, reine Kindererziehungsleistungen und ohne Renten nach Art. 2 RÜG.

²⁾ Die Werte für die Jahre 1995–2009 sind nicht direkt mit den Vorjahren vergleichbar, da die Rentenarten nach dem SGB VI neu definiert wurden.

Quelle: bis 1983 BMAS, jeweils zum Anpassungstermin, sowie Angaben der Knappschaft

ab 1984: Statistik der Deutschen Rentenversicherung – Rentenzahlbestand Dezember

ab 1992: Statistik der Deutschen Rentenversicherung – Rentenbestand am 31.12.

Mehrfachrentenbezieher am 01.07.2009

Mehrfachrentner

	Rentner insgesamt	Einzelrentner insgesamt	Versichertenrentner	Witwen-/Witwerrenter ¹⁾	Mehrfachrentner
alte Bundesländer					
Männer	6 966 896	6 677 997	6 610 346	67 651	288 899
Frauen	9 388 697	6 609 516	5 434 862	1 174 654	2 779 181
insgesamt	16 355 593	13 287 513	12 045 208	1 242 305	3 068 080
neue Bundesländer					
Männer	1 672 013	1 529 819	1 506 018	23 801	142 194
Frauen	2 384 611	1 579 944	1 468 120	111 824	804 667
insgesamt	4 056 624	3 109 763	2 974 138	135 625	946 861
Deutschland					
Männer	8 638 909	8 207 816	8 116 364	91 452	431 093
Frauen	11 773 308	8 189 460	6 902 982	1 286 478	3 583 848
insgesamt	20 412 217	16 397 276	15 019 346	1 377 930	4 014 941

Ohne Waisenrenten, Nullrenten, Knappschaftsausgleichsleistungen und ohne reine KLG.

¹⁾ Einschließlich Erziehungsrentner

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung – Rentenzahlbestand am 01.07.2009

Rentner am 01.07.2009 nach Bundesländern

	Männer		Frauen	
	Anzahl	durchschn. Gesamtrentenzahlbetrag ¹⁾ in Euro	Anzahl	durchschn. Gesamtrentenzahlbetrag ¹⁾ in Euro
Schleswig-Holstein	278 377	1 021	391 570	701
Hamburg	141 819	1 067	212 207	818
Niedersachsen	763 564	1 022	1 056 665	685
Bremen	63 551	1 034	92 254	741
Nordrhein-Westfalen	1 700 719	1 110	2 309 300	711
Hessen	567 007	1 056	767 845	716
Rheinland-Pfalz	382 187	1 016	514 182	648
Baden-Württemberg	945 886	1 062	1 317 497	727
Bayern	1 108 084	990	1 564 364	693
Saarland	108 288	1 098	137 507	659
Berlin (West)	185 676	984	273 819	838
Berlin (Ost)	115 549	1 117	165 091	967
Mecklenburg-Vorpommern	194 143	983	272 215	861
Brandenburg	291 267	1 029	401 357	886
Sachsen-Anhalt	291 671	1 025	420 802	877
Sachsen	509 646	1 053	741 731	900
Thüringen	269 737	1 018	383 415	886
Bundesgebiet insg.	7 917 171	1 047	11 021 821	749
Ausland	715 336	321	739 123	251
ohne Angabe	6 402	723	12 364	540
insgesamt	8 638 909	987	11 773 308	717

Ohne Waisenrenten, Nullrenten, Knappschaftsausgleichsleistungen und ohne reine KLG.

¹⁾ Rentenzahlbetrag aus allen Rentenleistungen (z. B. Versichertenrente und/oder Hinterbliebenenrente) der gesetzlichen Rentenversicherung pro Person.

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung – Rentenzahlbestand am 01.07.2009

Verteilung und durchschnittliche Rentenzahlbeträge der Rentenzugänge¹⁾ 2009

alte Bundesländer

Rentenart	Männer		Frauen		Männer und Frauen	
	Anzahl	durchschn. Rentenzahlbetrag ²⁾ in Euro	Anzahl	durchschn. Rentenzahlbetrag ²⁾ in Euro	Anzahl	durchschn. Rentenzahlbetrag ²⁾ in Euro
Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit insgesamt³⁾	71 857	643	63 891	562	135 748	605
darunter wegen:						
teilweiser Erwerbsminderung ⁴⁾	10 515	404	8 713	313	19 228	363
voller Erwerbsminderung ⁴⁾	59 056	687	55 148	601	114 204	645
Renten wegen Alters insgesamt	278 683	860	310 084	463	588 767	651
darunter Altersrente wegen:						
Arbeitslosigkeit/Altersteilzeitarbeit	53 716	1 092	8 591	724	62 307	1 041
für Frauen	-	-	109 056	599	109 056	599
für schwerbehinderte Menschen	41 687	1 095	27 279	730	68 966	951
für langjährig Versicherte	37 770	1 022	10 373	584	48 143	928
Regelaltersrente	145 464	665	154 785	298	300 249	476
Renten wegen Todes insgesamt	43 270	220	205 333	559	303 269	437
davon:						
Witwen-/Witwerrenten	43 149	219	204 256	558	247 405	499
Waisenrenten ⁵⁾					54 666	151
Erziehungsrenten	121	572	1 077	668	1 198	659
Renten insgesamt	393 810	750	579 308	508	1 027 784	582
nachrichtlich:						
Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit und wegen Alters insgesamt	350 540	816	373 975	480	724 515	642

¹⁾ Ohne Knappschaftsausgleichsleistungen, Nullrenten, reine Kindererziehungsleistungen und ohne Renten nach Art. 2 RÜG.

²⁾ Rentenhöhe inkl. Auffüllbetrag, nach Abzug des KVdR/PVdR-Beitrags.

³⁾ Inkl. Renten an Bergleute wegen Vollendung des 50. Lebensjahres oder wegen verminderter bergmännischer Berufsfähigkeit.

⁴⁾ Inkl. Renten wegen Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit mit Rentenbeginn bis zum 31.12.2000.

⁵⁾ Geschlechtertrennung nicht möglich, nur in der Summe Männer und Frauen enthalten.

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung – Rentenzugang 2009

Verteilung und durchschnittliche Rentenzahlbeträge der Rentenzugänge¹⁾ 2009

neue Bundesländer

Rentenart	Männer			Frauen			Männer und Frauen		
	Anzahl	durchschn. Rentenzahlbetrug ²⁾ in Euro		Anzahl	durchschn. Rentenzahlbetrug ²⁾ in Euro		Anzahl	durchschn. Rentenzahlbetrug ²⁾ in Euro	
Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit insgesamt³⁾	20 469	570		16 811	602		37 280	584	
darunter wegen:									
teilweiser Erwerbsminderung ⁴⁾	3 050	351		2 274	333		5 324	343	
voller Erwerbsminderung ⁴⁾	17 006	619		14 440	648		31 446	632	
Renten wegen Alters insgesamt	50 129	891		58 061	671		108 190	773	
darunter Altersrente wegen:									
Arbeitslosigkeit/Altersteilzeitarbeit	15 077	808		1 664	672		16 741	794	
für Frauen	-	-		42 035	671		42 035	671	
für schwerbehinderte Menschen	6 237	867		5 571	746		11 808	810	
für langjährig Versicherte	8 404	908		1 399	638		9 803	870	
Regelaltersrente	20 368	951		7 392	624		27 760	864	
Renten wegen Todes insgesamt	16 182	273		45 638	590		74 110	448	
davon:									
Witwen-/Witwerrenten	16 146	272		45 440	590		61 586	507	
Waisenrenten ⁵⁾							12 290	152	
Erziehungsrenten	36	566		198	704		234	683	
Renten insgesamt	86 780	700		120 510	631		219 580	631	
nachrichtlich:									
Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit und wegen Alters insgesamt	70 598	798		74 872	656		145 470	725	

¹⁾ Ohne Knappschaftsausgleichsleistungen, Nullrenten, reine Kindererziehungsleistungen und ohne Renten nach Art. 2 RÜG.

²⁾ Rentenhöhe inkl. Auffüllbetrag, nach Abzug des KVdR/PVdR-Beitrags.

³⁾ Inkl. Renten an Bergleute wegen Vollendung des 50. Lebensjahres oder wegen verminderter bergmännischer Berufsfähigkeit.

⁴⁾ Inkl. Renten wegen Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit mit Rentenbeginn bis zum 31.12.2000.

⁵⁾ Geschlechtertrennung nicht möglich, nur in der Summe Männer und Frauen enthalten.

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung – Rentenzugang 2009

Abschläge im Rentenzugang 2009

Versichertenrenten

	insgesamt	alte Bundesländer		neue Bundesländer	
		Männer	Frauen	Männer	Frauen
Versichertenrenten insgesamt	869 985	350 540	373 975	70 598	74 872
durchschn. Rentenzahlungsbetrag in Euro	656	816	480	798	656
Versichertenrenten mit Abschlägen	482 091	178 050	196 148	46 429	61 464
Anteil in Prozent	55,4	50,8	52,4	65,8	82,1
durchschn. Rentenzahlungsbetrag in Euro	727	899	598	726	641
durchschn. Abschlagsmonate	37,8	33,1	41,0	34,4	43,8
durchschn. Höhe der Rentenminderung wegen Abschlägen, brutto in Euro	102	109	92	92	107
Versichertenrenten ohne Abschläge wegen Vertrauensschutz	19 969	10 443	6 836	1 284	1 406
Nichtbetroffene oder „Aufschieber“	367 925	162 047	170 991	22 885	12 002

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung – Rentenzugang 2009

Rentenzugänge 2009 wegen verminderter Erwerbsfähigkeit nach Diagnosegruppen

Diagnosegruppen	Männer		Frauen	
	Anzahl	Anteil in %	Anzahl	Anteil in %
Krankheiten von Skelett/ Muskeln/Bindegewebe	14 014	15,5	12 222	15,1
Krankheiten des Kreislaufsystems	12 520	13,8	4 734	5,9
Krankheiten des Verdauungssystems/ Stoffwechselkrankheiten	4 366	4,8	2 614	3,2
Krankheiten der Atmungsorgane	2 846	3,1	1 780	2,2
Neubildungen	12 114	13,4	11 354	14,1
Krankheiten des Urogenitalsystems	1 027	1,1	658	0,8
psychische Erkrankungen	29 006	32,1	35 463	43,9
Krankheiten des Nervensystems	5 295	5,9	5 323	6,6
sonstige Krankheiten	9 239	10,2	6 554	8,1
insgesamt	90 427	100	80 702	100

Ohne Renten für Bergleute wegen Vollendung des 50. Lebensjahres und ohne Fälle mit nicht erfasster 1. Diagnose, Verschlüsselung nach ICD 10.

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung – Rentenzugang 2009

Entwicklung der A n z a h l e n an Versichertenrentenzugängen¹⁾ nach Rentenarten

RV²⁾ – Männer

Jahr ²⁾	Versicherten- renten ¹⁾ insgesamt	Renten wegen verminderter Erwerbsfähig- keit	Altersrenten wegen Arbeits- losigkeit/ Altersteilzeit- arbeit	für langjährig unter Tage Beschäftigte	für schwer- behinderte Menschen	für langjährig Versicherte	Regel- altersrente
--------------------	----------------------------------------------------	-------------------------------------------------------	---------------------------------------------------------------------------	----------------------------------------------	---------------------------------------	-------------------------------	-----------------------

alte Bundesländer

1960	225 124	136 864	5 365	–	–	–	82 895
1965	279 798	136 356	3 366	–	–	–	140 076
1970	316 231	152 389	8 955	–	–	–	154 887
1975	353 866	130 405	12 978	–	9 668	108 736	92 079
1980	304 315	150 421	25 412	48	47 563	37 887	42 984
1985	325 334	142 729	38 764	54	39 828	50 668	53 291
1990	373 969	134 755	51 065	103	40 308	73 403	74 335
1995	457 508	149 507	110 642	136	37 227	60 353	99 643
2000	443 188	107 391	122 630	679	43 859	71 592	97 037
2005	385 786	72 080	90 160	55	37 084	52 597	133 810
2009	350 540	71 857	53 716	46	41 687	37 770	145 464

neue Bundesländer

1995	264 778	34 786	159 382	294	1 733	24 424	44 159
2000	103 357	24 390	57 786	97	5 534	8 786	6 764
2005	88 972	19 276	37 777	116	6 833	12 937	12 033
2009	70 598	20 469	15 077	43	6 237	8 404	20 368

Deutschland

1995	722 286	184 293	270 024	430	38 960	84 777	143 802
2000	546 545	131 781	180 416	776	49 393	80 378	103 801
2005	474 758	91 356	127 937	171	43 917	65 534	145 843
2009	421 138	92 326	68 793	89	47 924	46 174	165 832

¹⁾ Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit und wegen Alters.

²⁾ Vor 1980 nur allg. RV (ohne KnV); ab 1992 ohne Renten nach Art. 2 RÜG.

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung – Rentenzugang

Entwicklung der A n z a h l e n an Versichertenrentenzugängen¹⁾ nach Rentenarten

RV²⁾ – Frauen

Jahr ²⁾	Versicherten- renten ¹⁾ insgesamt	Renten wegen verminderter Erwerbsfähig- keit	Altersrenten wegen Arbeits- losigkeit/ Altersteilzeit- arbeit	für Frauen	für schwer- behinderte Menschen	für langjährig Versicherte	Regel- altersrente
--------------------	----------------------------------------------------	-------------------------------------------------------	---------------------------------------------------------------------------	---------------	---------------------------------------	-------------------------------	-----------------------

alte Bundesländer

1960	164 137	108 401	1 155	23 854	–	–	30 727
1965	201 898	101 249	544	41 384	–	–	58 721
1970	272 474	123 809	621	71 173	–	–	76 871
1975	321 364	147 960	2 341	87 053	150	5 488	78 372
1980	330 965	165 433	5 367	105 053	2 442	2 645	50 025
1985	284 286	85 938	3 015	97 567	3 108	3 754	90 904
1990	366 670	63 198	6 497	106 530	3 045	4 561	182 839
1995	420 128	76 810	14 386	127 013	8 500	12 560	180 859
2000	436 169	64 516	13 044	154 624	13 931	11 932	178 122
2005	386 389	57 585	6 831	107 850	17 259	7 692	189 172
2009	373 975	63 891	8 591	109 056	27 279	10 373	154 785

neue Bundesländer

1995	152 835	32 891	9 723	106 819	103	179	3 120
2000	109 889	17 785	3 864	80 625	1 838	664	5 113
2005	76 080	15 019	1 223	48 579	4 140	638	6 481
2009	74 872	16 811	1 664	42 035	5 571	1 399	7 392

Deutschland

1995	572 963	109 701	24 109	233 832	8 603	12 739	183 979
2000	546 058	82 301	16 908	235 249	15 769	12 596	183 235
2005	462 469	72 604	8 054	156 429	21 399	8 330	195 653
2009	448 847	80 702	10 255	151 091	32 850	11 772	162 177

¹⁾ Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit und wegen Alters.

²⁾ Vor 1980 nur allg. RV (ohne KnV); ab 1992 ohne Renten nach Art. 2 RÜG.

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung – Rentenzugang

Entwicklung der Anteile an Versichertenrentenzugängen¹⁾ nach Rentenarten in Prozent

RV²⁾ – Männer

Jahr ²⁾	Versicherten- renten ¹⁾ insgesamt	Renten wegen verminderter Erwerbsfähig- keit	Altersrenten wegen Arbeits- losigkeit/ Altersteilzeit- arbeit	für langjährig unter Tage Beschäftigte	für schwer- behinderte Menschen	für langjährig Versicherte	Regel- altersrente
alte Bundesländer							
1960	100	60,8	2,4	–	–	–	36,8
1965	100	48,7	1,2	–	–	–	50,1
1970	100	48,2	2,8	–	–	–	49,0
1975	100	36,9	3,7	–	2,7	30,7	26,0
1980	100	49,4	8,4	0,0	15,6	12,4	14,1
1985	100	43,9	11,9	0,0	12,2	15,6	16,4
1990	100	36,0	13,7	0,0	10,8	19,6	19,9
1995	100	32,7	24,2	0,0	8,1	13,2	21,8
2000	100	24,2	27,7	0,2	9,9	16,2	21,9
2005	100	18,7	23,4	0,0	9,6	13,6	34,7
2009	100	20,5	15,3	0,0	11,9	10,8	41,5
neue Bundesländer							
1995	100	13,1	60,2	0,3	0,7	9,2	16,7
2000	100	23,6	55,9	0,0	5,4	8,5	6,5
2005	100	21,7	42,5	0,1	7,7	14,5	13,5
2009	100	29,0	21,4	0,1	8,8	11,9	28,9
Deutschland							
1995	100	25,5	37,4	0,0	5,4	11,7	19,9
2000	100	24,1	33,0	0,1	9,0	14,7	19,0
2005	100	19,2	26,9	0,0	9,3	13,8	30,7
2009	100	21,9	16,3	0,0	11,4	11,0	39,4

¹⁾ Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit und wegen Alters.

²⁾ Vor 1980 nur allg. RV (ohne KnV); ab 1992 ohne Renten nach Art. 2 RÜG.

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung – Rentenzugang

Entwicklung der Anteile an Versichertenrentenzugängen¹⁾ nach Rentenarten in Prozent

RV²⁾ – Frauen

Jahr ²⁾	Versicherten- renten ¹⁾ insgesamt	Renten wegen verminderter Erwerbsfähig- keit	Altersrenten wegen Arbeits- losigkeit/ Altersteilzeit- arbeit	für Frauen	für schwer- behinderte Menschen	für langjährig Versicherte	Regel- altersrente
alte Bundesländer							
1960	100	66,0	0,7	14,5	–	–	18,7
1965	100	50,1	0,3	20,5	–	–	29,1
1970	100	45,4	0,2	26,1	–	–	28,2
1975	100	46,0	0,7	27,1	0,0	1,7	24,4
1980	100	50,0	1,6	31,7	0,7	0,8	15,1
1985	100	30,2	1,1	34,3	1,1	1,3	32,0
1990	100	17,2	1,8	29,1	0,8	1,2	49,9
1995	100	18,3	3,4	30,2	2,0	3,0	43,0
2000	100	14,8	3,0	35,5	3,2	2,7	40,8
2005	100	14,9	1,8	27,9	4,5	2,0	49,0
2009	100	17,1	2,3	29,2	7,3	2,8	41,4
neue Bundesländer							
1995	100	21,5	6,4	69,9	0,1	0,1	2,0
2000	100	16,2	3,5	73,4	1,7	0,6	4,7
2005	100	19,7	1,6	63,9	5,4	0,8	8,5
2009	100	22,5	2,2	56,1	7,4	1,9	9,9
Deutschland							
1995	100	19,1	4,2	40,8	1,5	2,2	32,1
2000	100	15,1	3,1	43,1	2,9	2,3	33,6
2005	100	15,7	1,7	33,8	4,6	1,8	42,3
2009	100	18,0	2,3	33,7	7,3	2,6	36,1

¹⁾ Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit und wegen Alters.

²⁾ Vor 1980 nur allg. RV (ohne KnV); ab 1992 ohne Renten nach Art. 2 RÜG.

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung – Rentenzugang

Entwicklung der Rentenzugänge wegen Todes¹⁾ nach Rentenarten Anzahl

Jahr ²⁾	Renten wegen Todes ¹⁾ insgesamt	davon Witwen-/Witwerrenten	Waisenrenten	Erziehungsrenten
alte Bundesländer				
1960	233 892	175 223	58 669	–
1965	276 272	196 574	79 698	–
1970	298 431	222 274	76 157	–
1975	322 334	236 003	86 331	–
1980	297 241	220 589	76 626	26
1985	295 579	229 520	65 763	296
1990	290 560	240 783	49 409	368
1995	329 697	265 260	63 458	979
2000	297 445	240 658	55 659	1 128
2005	300 707	242 214	57 120	1 373
2009	303 269	247 405	54 666	1 198
neue Bundesländer				
1995	117 525	94 871	21 636	1 018
2000	79 613	62 530	16 402	681
2005	74 190	59 285	14 433	472
2009	74 110	61 586	12 290	234
Deutschland				
1995	447 222	360 131	85 094	1 997
2000	377 058	303 188	72 061	1 809
2005	374 897	301 499	71 553	1 845
2009	377 379	308 991	66 956	1 432

¹⁾ Ohne wegen Einkommensanrechnung vollständig ruhende Renten.

²⁾ Alle Jahre inkl. KnV; ab 1992 ohne Renten nach Art. 2 RÜG.

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung – Rentenzugang sowie Angaben der Knappschaft

Entwicklung der durchschnittlichen Rentenbezugsdauer und des Wegfallsalters von Rentenwegfällen¹⁾

Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit und wegen Alters nach SGB VI

Jahr ²⁾	durchschnittliche Rentenbezugsdauer in Jahren			durchschnittliches Wegfallsalter in Jahren		
	Männer	Frauen	insg.	Männer	Frauen	insg.
alte Bundesländer						
1960	9,6	10,6	9,9	68,6	67,8	68,3
1970	10,3	12,7	11,1	70,6	71,6	70,9
1980	11,0	13,8	12,1	72,1	73,6	72,7
1990	13,9	17,2	15,4	73,2	77,7	75,2
1995	14,0	17,7	15,7	73,1	78,3	75,4
2001	14,3	18,3	16,2	73,3	79,1	76,0
2005	15,2	19,3	17,2	73,9	79,6	76,7
2009	16,2	20,1	18,1	75,2	80,4	77,7
neue Bundesländer						
1995	11,6	19,6	16,0	71,7	77,4	74,9
2001	12,0	20,8	16,7	70,9	78,2	74,8
2005	12,9	21,6	17,5	71,4	78,9	75,4
2009	14,4	22,1	18,5	72,8	79,4	76,3
Deutschland						
1995	13,6	18,2	15,8	72,8	78,0	75,3
2001	13,8	18,9	16,3	72,8	78,8	75,8
2005	14,7	19,8	17,2	73,4	79,5	76,4
2009	15,8	20,6	18,2	74,7	80,2	77,5

¹⁾ Die durchschnittlichen Alter sind für jedes Jahr als Querschnitt berechnet und durch Rechtsänderungen (z. B. Einführung des flexiblen Altersruhegeldes) und sich im Zeitablauf ändernde Altersstrukturen beeinflusst.

²⁾ Vor 1980 nur allg. RV (ohne KnV).

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung – Rentenwegfall

Entwicklung des durchschnittlichen Rentenzugangsalters¹⁾

Jahr²⁾ Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit und wegen Alters

davon Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit		davon Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit		Alters	
Männer	Frauen	insg.	Männer	Frauen	insg.
alte Bundesländer					
1960	59,5	58,8	59,2	55,8	56,2
1970	61,6	61,3	61,5	57,7	58,3
1980	58,5	59,8	59,2	54,4	56,1
1990	59,5	61,6	60,6	53,8	57,7
1995	59,6	61,1	60,3	53,4	57,7
2000	60,1	61,0	60,5	52,6	57,7
2009	60,9	60,9	60,9	50,8	50,3
neue Bundesländer					
1995	60,2	58,6	59,6	49,7	49,7
2000	58,6	58,7	58,7	50,3	49,9
2009	59,5	58,9	59,2	50,8	50,3
Deutschland					
1995	59,8	60,5	60,1	52,7	52,1
2000	59,8	60,5	60,2	52,2	51,4
2009	60,7	60,6	60,6	50,8	50,3

¹⁾ Die durchschnittlichen Zugangsalters sind für jedes Jahr als Querschnitt berechnet und durch Rechtsänderungen (z. B. Einführung des flexiblen Altersregelgeldes; Anhebung der Altersgrenzen) und sich im Zeitablauf ändernde Altersstrukturen beeinflusst.
²⁾ Vor 1980 nur allg. RV (ohne KnV).

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung – Rentenzugang

Entwicklung der Rentenbeanträge

Jahr insgesamt¹⁾ davon Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit Alters Todes

alte Bundesländer

1980	1 147 917	470 993	354 361	322 563
1985	1 080 216	327 005	438 311	314 900
1990	1 326 642	318 699	649 307	358 636
1992	1 369 588	354 125	652 504	362 959
1995	1 473 132	385 797	708 360	378 975
2000	1 505 173	363 458	783 676	358 039
2005	1 330 077	284 658	669 060	376 359
2009	1 357 917	288 650	658 648	410 619

neue Bundesländer

1992	587 718	95 966	218 294	273 458
1995	466 491	109 916	239 159	117 416
2000	340 985	88 881	164 875	87 229
2005	268 900	75 465	117 712	75 723
2009	232 974	78 638	111 709	42 627

Deutschland

1992	1 957 306	450 091	870 798	636 417
1995	1 939 623	495 713	947 519	496 391
2000	1 846 158	452 339	948 551	445 268
2005	1 598 977	360 123	786 772	452 082
2009	1 590 891	367 288	770 357	453 246

¹⁾ Neuanträge und Sonderfälle (ohne Änderungen der Leistungsart).

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung – Rentenbeanträge und ihre Erledigung

Einkommensquellen der älteren Bevölkerung 2007 ab 65 Jahren (in Prozent des Bruttoeinkommensvolumens)

Einkommensquelle	insgesamt	Ehepaare		alleinstehende Männer		alleinstehende Frauen	
		alte BL	neue BL	alte BL	neue BL	alte BL	neue BL
gesetzliche Rentenversicherung	65	53	86	57	93	67	95
andere Alterssicherungs-systeme	20	23	2	22	1	21	1
Erwerbstätigkeit	3	9	7	7	1	1	1
private Vorsorge	10	14	4	12	3	7	2
Wohngeld/Sozialhilfe/Grundsicherung	1	0	0	1	0	1	0
eigene/abgel. sonstige Renten	1	1	1	1	1	2	1
Summe	100	100	100	100	100	100	100

0 = Weniger als 0,5, jedoch mehr als 0.

Abweichungen der Summe von 100% sind rundungsbedingt.

Quelle: BMAS, Alterssicherung in Deutschland 2007 (ASID 07)

Weitere Daten und Hinweise findet man unter www.alterssicherung-in-deutschland.de.

0 = Weniger als 0,5, jedoch mehr als 0, / = Wert statistisch nicht gesichert, nicht hochgerechnete Faltzahl < 50.
Quelle: BMAS, Alterssicherung in Deutschland 2007 (ASID 07)

Einkommensquellen der älteren Bevölkerung 2007

Anteil der Personen (ab 65 Jahren) und durchschnittlicher Brutto-Betrag je Bezahler pro Monat,
eigene und abgeleitete Alterssicherungsleistungen

Alterssicherungs-system	insgesamt	Männer		Frauen	
		Bezieher- quote in %	Betrag je Bezieher in Euro	Bezieher- quote in %	Betrag je Bezieher in Euro
alte Bundesländer					
gesetzliche Rentenversicherung	90	89	958	90	767
Beamtenversorgung	8	11	2 165	6	1 640
berufsständische Versorgung	1	1	1 737	0	1 048
Alterssicherung der Landwirte	5	5	400	4	341
betriebliche Altersversorgung	21	31	403	12	239
Zusatzversorgung im öffentl. Dienst	11	11	332	12	266
neue Bundesländer					
gesetzliche Rentenversicherung	99	99	1 089	99	1 005
Beamtenversorgung	0	1	1 921	0	2 248
berufsständische Versorgung	0	0	621	0	577
Alterssicherung der Landwirte	0	0	200	0	352
betriebliche Altersversorgung	1	2	199	1	122
Zusatzversorgung im öffentl. Dienst	4	5	121	4	109

Schichtung des Nettoeinkommens von Ehepaaren und Alleinstehenden 2007

Ehepaare und Alleinstehende ab 65 Jahren

alte Bundesländer	Ehe- paare	allein- stehende Männer	allein- stehende Frauen
Zahl der Ehepaare/ Alleinstehenden (in Tausend)	4 112	1 385	4 188
monatl. Nettoeinkommen von ... bis unter ... Euro ¹⁾	in Prozent		
unter 750	1	11	19
750 - 1 000	4	13	23
1 000 - 1 250	8	16	21
1 250 - 1 500	11	20	14
1 500 - 1 750	14	12	10
1 750 - 2 000	13	10	5
2 000 - 3 000	31	13	6
3 000 - 4 000	10	3	1
4 000 und höher	8	2	0
durchschnittliches Netto- einkommen (Euro)			
nachrichtlich: ²⁾ 2007	2 350	1 568	1 201
2003	2 211	1 515	1 181
1999	1 997	1 391	1 115
1995	1 927	1 386	1 062
1992	1 807	1 309	993
Veränderung 1992-1999 [%]	10,5	6,3	12,3
Veränderung 1999-2007 [%]	17,7	13,5	7,7

¹⁾ Abweichungen der Summe von 100% sind rundungsbedingt.

²⁾ 1992-1995 einschl. Heimbewohner, ab 1999 ohne Heimbewohner.

Quelle: BMAS, Alterssicherung in Deutschland (ASID), 1992, 1995, 1999, 2003 und 2007

Schichtung des Nettoeinkommens von Ehepaaren und Alleinstehenden 2007

Ehepaare und Alleinstehende ab 65 Jahren

neue Bundesländer	Ehe- paare	allein- stehende Männer	allein- stehende Frauen
Zahl der Ehepaare/ Alleinstehenden (in Tausend)	979	293	990
monatl. Nettoeinkommen von ... bis unter ... Euro ¹⁾	in Prozent		
unter 750	0	10	12
750 - 1 000	2	22	22
1 000 - 1 250	4	28	30
1 250 - 1 500	13	23	24
1 500 - 1 750	23	11	9
1 750 - 2 000	23	5	2
2 000 - 3 000	32	2	1
3 000 - 4 000	4	-	0
4 000 und höher	1	0	0
durchschnittliches Netto- einkommen (Euro)			
nachrichtlich: ²⁾ 2007	1 937	1 188	1 152
2003	1 938	1 284	1 128
1999	1 783	1 178	1 035
1995	1 594	1 045	926
1992	1 151	710	650
Veränderung 1992-1999 [%]	54,9	65,9	59,2
Veränderung 1999-2007 [%]	8,6	0,9	11,3

¹⁾ Abweichungen der Summe von 100% sind rundungsbedingt.

²⁾ 1992-1995 einschl. Heimbewohner, ab 1999 ohne Heimbewohner.

Quelle: BMAS, Alterssicherung in Deutschland (ASID), 1992, 1995, 1999, 2003 und 2007

Personen mit Episoden der Selbstständigkeit laut AVID 2005

Deutsche der Geburtskohorten 1942–1961, in Prozent

	1942– 1946	1947– 1951	1952– 1956	1957– 1961	gesamt
nie selbstständig	89,1	87,2	85,0	83,5	85,9
mit Zeiten der Selbstständigkeit:					
– ohne obligatorische Alterssicherung	6,7	8,4	10,0	11,6	9,4
– mit obligatorischer Alterssicherung:					
• andere (GRV, Alterssicherung der Landwirte) ¹⁾	3,2	3,6	4,2	3,6	3,7
• verkamert (Berufsständische Versorgungswerke)	1,1	0,8	0,9	1,4	1,0
gesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

¹⁾ In der Gruppe „andere Selbstständige“ sind Personen zusammengefasst, die während ihrer Selbstständigkeit Pflichtbeiträge oder freiwillige Beiträge in die gesetzliche Rentenversicherung geleistet haben wie bspw. Handwerker oder Künstler, aber auch Landwirte, die in der Alterssicherung der Landwirte Anwartschaften erworben haben.

Quelle: Altersvorsorge in Deutschland 2005 (AVID 05), eigene Berechnungen, n = 12.218
Weitere Daten und Hinweise findet man unter www.altersvorsorge-in-deutschland.de

Höhe und Beteiligung der projizierten eigenen Anwartschaften an Alterssicherungssystemen im 65. Lebensjahr

Deutsche der Geburtskohorten 1942–1961, alte und neue Bundesländer, in Euro/Monat¹⁾ und in Prozent

Alterssicherungssysteme	alte Bundesländer				neue Bundesländer			
	Männer		Frauen		Männer		Frauen	
	in Euro	in %	in Euro	in %	in Euro	in %	in Euro	in %
Zahlbetrag pro Bezieher / Beteiligung an Alterssicherungssystemen								
gesetzliche Rentenversicherung	1 074	95	598	98	862	100	748	100
Beamtenversorgung	1 992	11	1 907	4	1 906	3	1 735	3
Alterssicherung der Landwirte	293	2	183	1	*	0	-	0
berufsständische Versorgung	1 956	2	1 542	1	*	1	*	0
betriebliche Altersversorgung	388	34	222	16	232	8	164	9
Zusatzversorgung im Öffentlichen Dienst	354	14	153	16	214	11	187	13
private Vorsorge	280	64	138	51	138	61	97	64
nachrichtlich: Wohneigentum	**	68	**	66	**	49	**	52

¹⁾ Zahlbetrag nach Abzug des Eigenanteils zur Kranken- und Pflegeversicherung der Rentner und vor Veranlagung zur Einkommenssteuer; Basis: aktuelle Rentenwerte von 2005 ohne Ost-West-Angleichung.

* nicht ausgewiesen wegen zu geringer Zellenbesetzung (N < 10).

** keine Berechnung einer kalkulatorischen Eigentüermiete.

Quelle: Altersvorsorge in Deutschland 2005 (AVID 05), Endbericht, Tabelle 4–3, Abbildungen 3–1, 3–3, 3–6
Weitere Daten und Hinweise findet man unter www.altersvorsorge-in-deutschland.de

Daten der Zentralen Zulagenstelle für Altersvermögen (ZfA)

zur Förderung der zusätzlichen kapitalgedeckten Altersvorsorge

Zahl der Zulagekonten und gezahlte Zulagen am 31.12. des Kalenderjahres

Kalenderjahr	ausgezahlte Zulagen in Tausend Euro	neue Zulagekonten in Tausend	Anzahl (Zulagekonten) in Tausend
2003	72 491	1 411	1 411
2004	145 530	958	2 369
2005	333 476	633	3 002
2006	562 037	1 415	4 417
2007	1 070 819	1 969	6 386
2008	1 404 885	2 249	8 635
2009	2 488 664	1 800	10 435

Zulageempfänger nach Beitragsjahren

Beitragsjahr	Zulageempfänger	davon Anteil der Zulageempfänger in Prozent		
		weiblich	männlich	Ost* West*
2002	1 938 000	55,0	45,0	30,0 70,0
2003	2 363 558	56,1	43,9	29,0 71,0
2004	2 824 745	57,5	42,5	32,5 67,5
2005	4 402 763	55,7	44,3	29,7 70,3
2006	6 013 691	56,8	43,2	26,9 73,1

* Ostdeutschland umfasst die neuen Bundesländer und Berlin, Westdeutschland die alten Bundesländer ohne Berlin.

Grundlegende Begriffe siehe unter www.deutsche-rentenversicherung-bund.de, Rubrik „Riester-Rente“

Grundlegende Begriffe siehe unter www.deutsche-rentenversicherung-bund.de, Rubrik „Riester-Rente“

Einkommensstruktur der Zulageempfänger für die Beitragsjahre 2002–2006

zugrunde liegendes Jahreseinkommen

in Euro	Anteile in Prozent				
	2002	2003*	2004*	2005*	2006*
bis 10 000	28,9	27,0	21,4	27,2	31,0
10 000 bis 20 000	22,8	23,8	22,6	21,0	20,2
20 000 bis 30 000	20,9	21,4	23,2	20,6	19,3
30 000 bis 40 000	13,8	14,0	16,4	15,0	14,2
40 000 bis 50 000	6,6	6,8	8,4	7,7	7,2
über 50 000	7,0	7,0	7,9	8,5	8,1

* Mittelbar Berechtigte und Zulageempfänger, die nur den Sonderausgabenabzug geltend gemacht haben bzw. bei denen die Zulageberechtigung ungeklärt ist, wurden nicht berücksichtigt.

Durchschnittliche Förderung nach Geschlecht für die Beitragsjahre 2002–2006

Art der Förderung	Förderung/geförderte Person in Euro		
	Männer	Frauen	insgesamt
Grundzulage			
2002	34,31	35,19	34,80
2003	35,61	36,34	36,02
2004	63,88	65,53	64,83
2005	59,28	63,53	61,64
2006	88,86	94,27	91,94
Kinderzulage*			
2002	81,09	80,51	80,64
2003	84,54	83,97	84,10
2004	153,25	156,44	155,75
2005	144,14	151,49	149,89
2006	214,16	224,45	222,42

* bezogen auf die Zulageempfänger mit Kinderzulagen

Daten der Zentralen Zulagenstelle für Altersvermögen (ZfA) zur Förderung der zusätzlichen kapitalgedeckten Altersvorsorge Anteil der Zulageempfänger mit Kinderzulagen* für die Beitragsjahre 2002–2006

Anzahl der Kinder- zulagen	Anteile in Prozent									
	insgesamt						Frauen			
	2002	2003	2004	2005	2006	2002	2003	2004	2005	2006
ohne	55,6	54,5	54,1	54,9	56,4	38,2	37,0	37,5	36,6	38,5
eine	16,3	16,3	16,9	16,6	16,6	23,0	22,8	23,1	23,3	23,5
zwei	20,0	20,9	20,9	20,7	19,7	28,0	29,0	28,7	29,2	28,1
drei	6,5	6,5	6,3	6,1	5,7	8,7	8,8	8,4	8,5	7,9
vier und mehr	1,6	1,8	1,8	1,7	1,6	2,1	2,4	2,3	2,4	2,0

* Zu beachten ist, dass die Kinderzulage nur jeweils einem Elternteil gewährt wird und nur solange, wie Anspruch auf die Zahlung des Kindergeldes besteht.

Grundlegende Begriffe siehe unter www.deutsche-rentenversicherung-bund.de, Rubrik „Riester-Rente“

Zulagenquoten nach Geschlecht und Region für die Beitragsjahre 2002–2006

Region	Zulagenquote in Prozent		
	Männer	Frauen	insgesamt
Westdeutschland*			
2002	16,3	39,0	26,2
2003	15,8	38,3	25,9
2004	17,4	42,3	29,1
2005	17,2	42,7	29,0
2006	17,8	44,5	30,6
Ostdeutschland*			
2002	21,0	39,6	31,0
2003	20,2	38,9	30,4
2004	21,7	39,3	31,8
2005	21,4	39,4	31,6
2006	22,6	41,7	33,4
Deutschland insgesamt			
2002	17,3	39,2	27,4
2003	16,7	38,4	27,0
2004	18,4	41,4	29,8
2005	18,0	41,8	29,6
2006	18,7	43,8	31,2

* Ostdeutschland umfasst die neuen Bundesländer und Berlin,
Westdeutschland umfasst die alten Bundesländer ohne Berlin.

Grundlegende Begriffe siehe unter:
www.deutsche-rentenversicherung-bund.de, Rubrik „Riester-Rente“

Teilhabe (Rehabilitation)

Jahr	medizinische Rehabilitation			Teilhabe am Arbeitsleben		
	Anträge	Bewilligungen	Leistungen	Anträge	Bewilligungen	Leistungen ¹⁾
alte Bundesländer						
1970	880 800	764 700	700 806	55 733	29 511	37 340
1975	911 341	822 896	840 856	105 982	49 034	60 044
1980	1 062 199	919 793	798 848	108 565	48 853	48 323
1985	890 029	738 449	696 743	91 878	29 595	26 156
1990	1 077 004	837 152	728 319	119 642	47 592	44 068
1992	1 217 889	928 956	854 883	130 554	50 339	43 355
1995	1 177 016	875 084	839 015	202 850	89 823	64 307
2000	1 039 778	738 284	665 052	233 658	102 938	54 854
2005	1 041 521	700 757	638 684	254 113	158 786	79 356
2009	1 344 528	894 990	782 632	301 108	216 394	101 129
neue Bundesländer						
1992	118 277	75 931	63 822	30 661	10 528	9 740
1995	237 376	167 357	146 400	61 349	28 435	22 024
2000	258 174	186 911	170 826	74 114	38 205	31 498
2005	254 470	179 039	165 380	85 503	60 764	30 973
2009	293 766	207 681	195 703	98 580	74 132	31 130
Deutschland						
1992	1 336 166	1 004 887	918 705	161 215	60 867	53 095
1995	1 414 392	1 042 441	985 415	264 199	118 258	86 331
2000	1 297 952	925 195	835 878	307 772	141 143	86 352
2005	1 295 991	879 796	804 064	339 616	219 550	110 329
2009	1 638 294	1 102 671	978 335	399 688	290 526	132 259

¹⁾ Ab 2000 ohne bedingte LTA durch Vermittlungsbescheide und ohne bedingte Kfz-Hilfen.

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung – Rehabilitation sowie Rehaanträge und ihre Erledigung

Stationäre Leistungen zur medizinischen Rehabilitation 2009 nach Diagnosegruppen

Diagnosegruppen	Männer		Frauen	
	Anzahl	Anteil in Prozent	Anzahl	Anteil in Prozent
Krankheiten von Skelett / Muskeln / Bindegewebe	138 172	33,0	138 322	33,7
Krankheiten des Kreislaufsystems	53 373	12,7	19 124	4,7
Krankheiten des Verdauungssystems/ Stoffwechselkrankheiten	18 225	4,3	12 688	3,1
Krankheiten der Atmungsorgane	10 094	2,4	10 331	2,5
Neubildungen	67 509	16,1	90 913	22,1
Krankheiten des Urogenitalsystems	925	0,2	1 709	0,4
psychische Erkrankungen	75 716	18,1	83 962	20,5
Krankheiten des Nervensystems	8 322	2,0	8 347	2,0
sonstige Krankheiten	46 973	11,2	45 117	11,0
insgesamt	419 309	100	410 513	100

Ohne Fälle mit nicht erfasster 1. Diagnose, Verschlüsselung nach ICD 10.

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung – Rehabilitation 2009

Aufwendungen für Leistungen zur Teilhabe, RV insgesamt, in Millionen Euro

Jahr	Aufwen- dungen insg. ¹⁾	darunter medizin. Leistungen (ohne ÜG)	Übergangs- gelder (ÜG) bei med. Leistungen	Leistungen zur Teilhabe am Arbeits- leben (LTA, ohne ÜG)	Übergangs- gelder bei LTA	sonstige Leistungen (ohne ÜG)	Übergangs- gelder bei sonst. Leistungen	SV- Beiträge
alte Bundesländer (bis 1991) bzw. Deutschland (ab 1992)								
1971	1 260,5	797,1	131,8	51,1	40,1	240,4	x	x
1975	1 829,0	995,6	241,5	167,1	164,2	193,3	x	67,3
1980	2 053,6	1 383,4	381,4	52,7	39,4	88,8	x	107,9
1985	2 227,1	1 587,8	346,3	81,4	45,5	98,5	x	67,6
1990	2 884,9	2 018,6	409,3	109,6	79,7	135,3	x	132,4
1995	5 012,0	3 103,4	657,6	369,7	277,9	292,7	9,1	301,6
2000	4 553,1	2 570,2	530,4	509,0	327,0	324,6	5,8	286,1
2005	4 782,1	2 462,4	377,4	745,9	487,1	425,6	2,4	281,4
2009	5 434,3	2 965,9	459,9	769,5	424,7	504,5	2,1	307,7

¹⁾ Brutto-Aufwendungen sind Reha-Ausgaben zuzüglich Erstattungen.

Für die Zeit vor dem 01.01.2002 ermittelte DM-Beträge werden zum amtlich festgelegten Umrrechnungskurs

1 Euro = 1,95583 DM in Euro ohne kaufmännische Rundung umgerechnet.

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung – Rechnungsergebnisse, 2009 vorläufig

Überblick über unsere statistischen Publikationen



Aktuelle Daten der RV

Hier finden Sie auf wenigen Seiten aktuelle Bemessungswerte, Kenngrößen, Finanzdaten, Hinzuverdienstgrenzen und Auszüge aus wichtigen Statistiken.

Die Publikation erscheint einmal jährlich.



Ergebnisse auf einen Blick

Hier finden Sie in Form eines Übersichtsblattes wichtige Daten zum Rentenzugang, Rentenbestand, zur Teilhabe und zu den Versicherten.

Die Publikation wird in unregelmäßigen Abständen aktualisiert.



Rentenversicherung in Zeitreihen

Die Publikation gehört als Band 22 zur Schriftenreihe der Zeitschrift „Deutsche Rentenversicherung“. Sie erscheint jährlich. Hier finden Sie Zahlen, aber auch Informationen zur Thematik Rentenversicherung und Zahlen im weitesten Sinne. Beispiele für weitere interessante Themen sind z. B. eine Chronik der Gesetzesänderungen, eine Erläuterung vieler Begriffe rund um die Statistik. Auch wichtige volkswirtschaftliche und demographische Daten sowie der Personalbestand in der Deutschen Rentenversicherung werden dort vorgestellt.



Statistikbände

Wenn Sie an tiefgehenden Informationen zu den Fachstatistiken in der deutschen gesetzlichen Rentenversicherung interessiert sind, können Sie hier diese Statistiken als Buch im DIN-A4-Format bestellen. Es gibt Fachstatistiken zu folgenden Bereichen:

- Rehabilitation
- Rentenzugang/-wegfall
- Rentenbestand
- Rentenanwartschaften
- Versicherte

Träger der Deutschen Rentenversicherung



Statistik CD

Die CD enthält Statistik-Ergebnisse zu den Bereichen Rehabilitation, Rentenzugang, Rentenbestand, Rentenanwartschaften und Versicherte.

Statistik-Tabellen-Viewer zur Installation unter Windows



Wo finde ich Zahlen zur Rentenversicherung?

Dieses Übersichtsblatt informiert über einige wichtige Quellen zur Statistik der Deutschen Rentenversicherung.

Deutsche Rentenversicherung Baden-Württemberg

76122 Karlsruhe
Telefon 0721 825-0
Telefax 0721 825-21229

Deutsche Rentenversicherung Bayern Süd

81729 München
Telefon 089 6781-0
Telefax 089 6781-2345

Deutsche Rentenversicherung Berlin-Brandenburg

Bertha-von-Suttner-Straße 1,
15236 Frankfurt (Oder)
Telefon 0335 551-0
Telefax 0335 551-1295

Deutsche Rentenversicherung Braunschweig-Hannover

30875 Laatzen
Telefon 0511 829-0
Telefax 0511 829-2635

Deutsche Rentenversicherung Hessen

Städelstraße 28,
60596 Frankfurt am Main
Telefon 069 6052-0
Telefax 069 6052-1600

Deutsche Rentenversicherung Mitteldeutschland

Georg-Schumann-Straße 146,
04159 Leipzig
Telefon 0341 550-55
Telefax 0341 550-5900

Deutsche Rentenversicherung Nord

Ziegelstraße 150,
23556 Lübeck
Telefon 0451 485-0
Telefax 0451 485-1777

Deutsche Rentenversicherung Nordbayern

95440 Bayreuth
Telefon 0921 607-0
Telefax 0921 607-398

Deutsche Rentenversicherung Oldenburg-Bremen

Huntestraße 11,
26135 Oldenburg
Telefon 0441 927-0
Telefax 0441 927-2563

Deutsche Rentenversicherung Rheinland

40194 Düsseldorf
Telefon 0211 937-0
Telefax 0211 937-3096

Deutsche Rentenversicherung Rheinland-Pfalz

Eichendorffstraße 4-6,
67346 Speyer
Telefon 06232 17-0
Telefax 06232 17-2589

Deutsche Rentenversicherung Saarland

Martin-Luther-Straße 2-4,
66111 Saarbrücken
Telefon 0681 3093-0
Telefax 0681 3093-199

Deutsche Rentenversicherung Schwaben

Dieselstraße 9,
86154 Augsburg
Telefon 0821 500-0
Telefax 0821 500-1000

Deutsche Rentenversicherung Westfalen

48125 Münster
Telefon 0251 238-0
Telefax 0251 238-2960

Deutsche Rentenversicherung Bund

10704 Berlin
Telefon 030 865-0
Telefax 030 865-27240

Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See

Pieperstraße 14-28,
44789 Bochum
Telefon 0234 304-0
Telefax 0234 304-53050

Impressum

Herausgeber:

Deutsche Rentenversicherung Bund
Geschäftsbereich Presse- und
Öffentlichkeitsarbeit, Kommunikation
10709 Berlin, Ruhrstraße 2

Postanschrift: 10704 Berlin

Telefon: 030 865-0

Telefax: 030 865-27379

Internet:

www.deutsche-rentenversicherung.de

E-Mail: drv@drv-bund.de

Druck: Color-Druck GmbH, Holzminden

Auflage: 20 000

Rentenversicherung in Zahlen 2014

- Aktuelle Ergebnisse, Stand: 4. Juni 2014
- Entwicklung der Daten bis heute
- Faustdaten, Werte, Finanzen,
Versicherte, Rentenbestand,
Rentenzugang, Rehabilitation



Hinweise

Diese Broschüre beinhaltet ausgewählte Statistikergebnisse der gesetzlichen Rentenversicherung. Ausführlichere Statistiken sind in der Broschüre „Rentenversicherung in Zeitreihen“ und in den Statistikbänden enthalten. Im Internet finden Sie statistische Angaben unter:

→ www.deutsche-rentenversicherung.de

→ www.forschung.deutsche-rentenversicherung.de

Anfragen zu Statistiken senden Sie bitte an folgende E-Mail-Adresse: statistik-bln@drv-bund.de

Einen Überblick über unsere statistischen Publikationen entnehmen Sie bitte dem hinteren Teil dieses Heftes.

Sofern nicht ausdrücklich in den Tabellen die unterschiedlichen Versicherungszweige allg. RV und KnV genannt werden, handelt es sich um Zahlenangaben zur Rentenversicherung insgesamt.

Einige Tabellen (z. B. Finanzen) beinhalten Zahlen für das gesamte Bundesgebiet, wenn eine Unterteilung zwischen alten und neuen Bundesländer nicht ausdrücklich vermerkt ist. Hierbei wird Berlin bei den Daten der Rentenversicherung getrennt, d. h. Berlin-West wird den alten Bundesländern, Berlin-Ost den neuen Bundesländern zugeordnet.

Auslandssachverhalte (z. B. Auslandsrenten) sind pauschal den Tabellen „alte Bundesländer“ zugeordnet.

Die Ausgabe 2014 berücksichtigt den Stand vom 4. Juni 2014.

Inhaltsverzeichnis

5 **Stichwortverzeichnis**

7 **Abkürzungsverzeichnis**

Faustdaten

- 9 Faustdaten zur Rentenversicherung
- 10 Faustdaten zur Standardrente
- 10 Faustdaten zu den Rentenfinanzen
- 11 Faustdaten zur Rentensteigerung

Werte

- 12 Bemessungswerte der RV – aktuell
- 14 Durchschnittliche Bruttojahresarbeitsentgelte – Zeitreihe
- 15 Beitragssätze zur Sozialversicherung – Zeitreihe
- 16 Rentenanpassungssätze und aktueller Rentenwert – Zeitreihe
- 18 Beitragsbemessungsgrenzen – Zeitreihe
- 19 Mindest-, Regel- und Höchstbeiträge – Zeitreihe

Finanzen

- 20 Einnahmen 2012 und 2013
- 20 Ausgaben 2012 und 2013
- 22 Finanzentwicklung in der allg. RV – Zeitreihe
- 24 Rentenanpassungen – ausgewählte Komponenten
- 27 Entwicklung des Standardrentenniveaus – Zeitreihe

Versicherte

- 28 Anzahl der aktiv Versicherten insg./alte/neue BL
- 31 Aktiv und passiv Versicherte am 31.12. – Zeitreihe
- 32 Versicherte nach Nationalitäten – Zeitreihe
- 33 Rentenanwartschaften am 31.12.2012

Rentenbestand

- 34 Verteilung und durchschnittliche Rentenzahlungsbeträge der laufenden Renten alte/neue BL
- 38 Rentenschichtung nach monatlichem Zahlungsbetrag alte/neue BL
- 40 Kreuztabelle Versicherungsjahre alte BL Männer/Frauen
- 44 Kreuztabelle Versicherungsjahre neue BL Männer/Frauen

- 48 Entwicklung des Rentenbestandes – Zeitreihe
 50 Mehrfachrentenbezieher am 01.07.2013
 51 Rentner nach Bundesländern am 01.07.2013

Rentenzugang, -wegfall und -anträge

- 52 aktuelle Zahlen zum Rentenzugang alte/neue BL
 56 Abschlüsse im Rentenzugang 2013
 57 Rentenzugänge 2013 wegen verminderter
 Erwerbsfähigkeit nach Diagnosegruppen
 58 Zugang nach Rentenarten – Zeitreihe –
 Anzahlen insg./Männer/Frauen
 62 Zugang nach Rentenarten – Zeitreihe –
 Anteile insg./Männer/Frauen
 66 Zugang Renten wegen Todes – Zeitreihe
 67 Wegfallsalter und Rentenbezugsdauer – Zeitreihe
 68 Zugangsalter – Zeitreihe
 69 Rentenueuanträge – Zeitreihe

Alterssicherung

- 70 Einkommensquellen der älteren Bevölkerung (ASID 2011)
 Volumen, Beträge und Bezieherquoten
 72 Schichtung des Haushaltsnettoeinkommens
 alte/neue BL
 74 Grundsicherung und Rente
 76 Zulagekonten, -empfänger und gezahlte Zulagen (ZfA)
 77 Einkommensstruktur und Förderung (ZfA)
 78 Kinderzulagen (ZfA)
 79 Zulagenquoten nach Geschlecht und Region

Rehabilitation (Teilhabe)

- 80 Anträge, Bewilligungen und Leistungen – Zeitreihe
 82 Medizinische Rehabilitation nach Diagnosegruppen
 83 Aufwendungen für Reha – Zeitreihe

Überblick über statistische Publikationen

- 87 **Träger der Deutschen Rentenversicherung**

Stichwortverzeichnis

56
 11–13, 16–17, 24–26
 34–37, 52–55, 58–65
 83
 20–23
 32

12–13
 20–23
 15
 12–14, 27
 20–23

57, 82
 34–37, 51–55

38–39
 20–23
 40–47
 34–37, 48, 52–55, 57–65

9–11
 20–27

34–37, 52–55
 74–75

34–37, 48, 52–55

20

A

Abschlüsse
 aktueller Rentenwert
 Altersrenten
 Aufwendungen zur Teilhabe
 Ausgaben
 ausländische Versicherte

B

Beitragsbemessungsgrenzen
 Beitragseinnahmen
 Beitragssätze
 Bruttojahresarbeitsentgelt
 Bundeszuschuss

D

Diagnosen
 Durchschnittsrenten

E

Einkommensquellen Älterer
 Einnahmen
 Entgeltpunkte
 EM-Renten

F

Faustdaten
 Finanzen

G

Gesamtrentenzahlbetrag
 Grundsicherung

H

Hinterbliebenenrenten

K

KVdR-Ausgaben

80, 83	L Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben (siehe Teilhabe)
80–82	M medizinische Rehabilitation
50	Mehrfachrentenbezieher
23	N Nachhaltigkeitsrücklage
72	Nettoeinkommen Älterer
12–19	R Rechengrößen
80–83	Rehabilitation (siehe Teilhabe)
12–13, 16–17, 24–26	Rentenanpassungen
33	Rentenanswartschaften
58–66	Rentenarten, Entwicklung
20–23	Rentenausgaben
34–51	Rentenbestand
67	Rentenbezugsdauer
69	Rentenneuanträge
27	Rentenniveau
40–47	Rentenschichtung
67	Rentenwegfallsalter
34–37, 52–55	Rentenzahlbetrag
52–69	Rentenzugang
68	Rentenzugangsalter
76–79	Riesterrente (ZfA)
10, 27	S Standardrente
80–83	T Teilhabe
28–32	V Versicherte (Anzahl)
40–47	Versicherungsjahre
34–37, 48, 52–55	W Waisenrenten
34–37, 48, 52–55	Witwen(r)renten

Abkürzungsverzeichnis

AAÜG	Anspruchs- und Anwartschaftsüberführungsgesetz
allg. RV	Rentenversicherungszweig: allgemeine Rentenversicherung (früher ArV und AnV)
alte BL	alte Bundesländer
Anp.	Anpassung
AnV	Angestelltenversicherung bis 12/2004 (Finanzverfassung aber noch bis 12/2005)
Arbeitslosen-geld I	Als Arbeitslosengeld (auch mit dem Zusatz „I“) bezeichnet man eine Versicherungsleistung, durch die Arbeitslosen eine angemessene Lebenshaltung ermöglicht wird. Geregelt im SGB III.
Arbeitslosen-geld II	Arbeitslosengeld II (ALG II) ist die grundlegende Sozialleistung für erwerbsfähige Menschen, die den notwendigen Lebensunterhalt nicht aus eigenen Mitteln bestreiten können („Hartz IV“). Geregelt im SGB II.
ArV	Arbeiterrentenversicherung bis 12/2004 (Finanzverfassung aber noch bis 12/2005)
aRW	aktueller Rentenwert (§§ 68, 255a SGB VII)
ASiD	Alterssicherung in Deutschland, eine spezielle Datenerhebung seit 1986
Ausgl.bedarf	Ausgleichsbedarf (§ 68a Abs. 2 SGB VII). Ergibt sich als Fortschreibung der Ausgleichsfaktoren. Durch den Ausgleichsbedarf sollen nicht durchgeführte Dämpfungen der Rentenanpassung ab 2011 nachgeholt werden (§§ 255g Abs. 2, 68 Abs. 3 SGB VII).
Ausgl.faktor	Ausgleichsfaktor (§ 68a Abs. 2 SGB VII), getrennt für West und Ost. Für jedes Jahr, in dem die Schutzkl. Faktoren anzuwenden sind, wird ein Ausgleichsfaktor ermittelt: Als Quotient von aRW, ohne Schutzklausel, zu aRW, unter Berücksichtigung der Schutzklausel.
BA	Bundesagentur für Arbeit
BE	Bruttolöhne- und Gehälter (§ 68 Abs. 2 SGB VII)
BGBL	Bundesgesetzblatt
BJ	Beitragsjahr
BMAS	Bundesministerium für Arbeit und Soziales
BR-Drs.	Bundesrats-Drucksache
BZ	Beitragszeiten
DEÜV	Datenübermittlungsverordnung
EP	Entgeltpunkte

„Faktoren“**GesL.Wert
ICD**

Die Rentenanpassung berücksichtigt drei Veränderungsraten (Löhne, Altersvorsorge, Verhältnis Rentner zu Beitragszahlern) vom Vorjahr zum Vorvorjahr. Diese werden hier kurz Faktoren genannt.

Gesamtleistungswert

KLK

Kindererziehungsleistungs-Gesetz

KnV

Knappschaftliche Rentenversicherung

KVdR

Krankenversicherung der Rentner

LTA

Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben

neue BL

neue Bundesländer

PVdR

Pflegeversicherung der Rentner

RAW

Rentenanwartschaft

RÜG

Rentenüberleitungsgesetz und
Rentenüberleitungs-Ergänzungsgesetz

RV

Rentenversicherung

RWBestV

Rentenwertbestimmungsverordnung

Schutz.kl. Faktoren

Schutzklausel Faktoren, auch allgemeine Schutzklausel genannt (§§ 255e Abs. 5, 68a Abs. 1 SGB VI).
Ab dem Jahr 2010 wurde eine neue, umfassende Schutzklausel eingeführt (§§ 68a Abs. 1 i. V. m. § 255e Abs. 5 und § 255a Abs. 1 SGB VI), die Garantieklausel genannt wird.

Schutz.kl. Ost

Schutzklausel Ost (§ 255 a Abs. 2 SGB VI). Durch diese wird dafür gesorgt, dass der aktuelle Rentenwert Ost mindestens um den Vorhundertersatz anzupassen ist, um den der aktuelle Rentenwert West angepasst wird.

SGB III

Sozialgesetzbuch III, Arbeitsförderung

SGB VI

Sozialgesetzbuch VI, gesetzliche Rentenversicherung

SV-Beiträge

Sozialversicherungsbeiträge

ÜG

Übergangsgeld

VDR

Verband Deutscher Rentenversicherungsträger
(bis 30.09.2005)

Vers.

Versicherte

Vers.jahr

Versicherungsjahr

ZfA

Zentrale Zulagenstelle für Altersvermögen

Faustdaten zur Rentenversicherung**Zahl der Versicherten am 31. Dezember 2012** 52,67 Mio.

→ Zahl der aktiv Versicherten 35,71 Mio.
darunter: versicherungspfl. Beschäftigte 27,95 Mio.
→ Zahl der passiv Versicherten 16,96 Mio.

Zahl der Rentenbeanträge 2013 1,53 Mio.

→ Zahl der Erwerbsminderungsrenten 0,36 Mio.
→ Zahl der Altersrenten 0,73 Mio.
→ Zahl der Renten wegen Todes 0,45 Mio.

Anträge/Leistungen zur Rehabilitation 2013/2012

→ Anträge auf Leistungen zur medizinischen Reha 2013 1,67 Mio.
→ Leistungen zur medizinischen Reha 2012 1,00 Mio.
→ Anträge auf Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben 2013 0,41 Mio.
→ Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben 2012 0,13 Mio.

Zahl der Renten am 31. Dezember 2013 25,16 Mio.

→ Zahl der Versichertenrenten 19,41 Mio.
davon: Altersrenten 17,69 Mio.
verminderte Erwerbsfähigkeit 1,72 Mio.
→ Zahl der Renten wegen Todes 5,76 Mio.
darunter: Witwen-/Witwerrenten 5,40 Mio.
Waisenrenten 0,34 Mio.

Zahl der Rentner am 1. Juli 2013 20,58 Mio.**Einnahmen RV insgesamt 2013** 260,67 Mrd. Euro

darunter: Beitragseinnahmen 194,33 Mrd. Euro
allgemeiner Bundeszuschuss 38,86 Mrd. Euro
zusätzliche Bundeszuschüsse zur allg. RV 20,99 Mrd. Euro
Bundeszuschuss zur KnV (Defizithaftung) 5,42 Mrd. Euro

Ausgaben RV insgesamt 2013 258,77 Mrd. Euro

darunter: Rentenausgaben 232,30 Mrd. Euro
Beiträge und Zuschüsse zur KVdR 16,49 Mrd. Euro
Leistungen zur Teilhabe 5,66 Mrd. Euro

Faustdaten zur Standardrente

Die Standardrente ist die monatliche Regelaltersrente eines Versicherten in der allgemeinen RV, der 45 Jahre lang stets ein Entgelt in Höhe des Durchschnittsentgelts aller Versicherten bezogen hat.

	am 01.01.2014	am 01.07.2014
	brutto in Euro	brutto in Euro
alte Bundesländer	1 266,30	1 287,45
neue Bundesländer	1 158,30	1 187,55

Faustdaten zu den Rentenfinanzen 2014

allgemeine RV (ohne KnV), gesamtes Bundesgebiet

	in Millionen Euro
1 Prozentpunkt Veränderung des Beitragssatzes der allg. RV	± 12 310
davon: Beitragseinnahmen	± 10 420
Bundeszuschuss	± 1 890
1 Prozentpunkt Veränderung des Bruttoentgelts (Beiträge inkl. „Minijobber“)	± 1 970
1 Prozentpunkt Veränderung der Rentenanpassung i. d. Folgejahren inkl. KVdR	± 2 440
Veränderung der Anzahl der Pflichtbeitragszahler um 100 000	± 510
Quelle: Deutsche Rentenversicherung Bund – Schätzung Mai 2014 mit Eckdaten und Kostenschätzung des Rentenpakets der Bundesregierung	

Faustdaten zur Rentensteigerung (in Klammern neue Bundesländer)

Basis: Beitragssatz für 2014 = 18,9 Prozent

Alte Bundesländer

Das vorläufige durchschnittliche Bruttojahresarbeitsentgelt für 2014 beträgt 34 857 Euro und der aktuelle Rentenwert des zweiten Halbjahres 28,61 Euro.

Neue Bundesländer

Das vorläufige durchschnittliche Bruttojahresarbeitsentgelt, das durch Dividieren mit dem Umrechnungswert ermittelt wurde, beträgt 29 358 Euro für 2014 und der aktuelle Rentenwert Ost des zweiten Halbjahres 26,39 Euro.

Die nachstehend genannten Rentenbeträge sind dynamisch. Sie verändern sich künftig durch die Rentenanpassungen, die grundsätzlich folgende Faktoren berücksichtigen:

- den letzten aktuellen Rentenwert,
- die Veränderungen
 - der Lohnsummen und der Versichertenentgelte sowie
 - der Beitragssätze und der Altersvorsorgeanteile und
- den sogenannten Nachhaltigkeitsfaktor, der das sich verändernde Verhältnis von Rentnern zu Beitragszahlern berücksichtigt.

Einzelheiten zur Berechnung des aktuellen Rentenwertes finden sich auf den Seiten 24–26.

Für das zweite Halbjahr 2014 ergibt sich somit:

- 1 000 Euro beitragspflichtiges Arbeitsentgelt = 0,82 Euro (0,90 Euro) monatliche Rentensteigerung
- 100 Euro Pflichtbeitrag = 529,10 Euro (529,10 Euro) Arbeitsverdienst
- 100 Euro Pflichtbeitrag = 0,43 Euro (0,48 Euro) Rentenanspruch
- 85,05 Euro mtl. Mindestbeitrag für freiwillig Versicherte = 0,37 Euro (0,37 Euro) Rentenzuwachs

Bemessungswerte der RV¹⁾ – aktuell

		2012		2013		2014	
		alte BL	neue BL	alte BL	neue BL	alte BL	neue BL
Renten Anpassung (in Prozent)	ab 01.07.	2,18	2,26	0,25	3,29	1,67	2,53
aktueller Rentenwert	bis 30.06.	27,47	24,37	28,07	24,92	28,14	25,74
	ab 01.07.	28,07	24,92	28,14	25,74	28,61	26,39
durchschnittliches Jahresarbeitsentgelt		33 002		34 071 ²⁾		34 857 ²⁾	
Umrechnungsfaktor für Beitragsbemessungsgrundlagen, neue Bundesländer			1,1785		1,1767 ²⁾		1,1873 ²⁾
Bezugsgröße	jährlich	31 500	26 880	32 340	27 300	33 180	28 140
	monatlich	2 625	2 240	2 695	2 275	2 765	2 345
Beitragsbemessungsgrenze allg. RV	jährlich	67 200	57 600	69 600	58 800	71 400	60 000
	monatlich	5 600	4 800	5 800	4 900	5 950	5 000
Beitragsbemessungsgrenze KnV	jährlich	82 800	70 800	85 200	72 600	87 600	73 800
	monatlich	6 900	5 900	7 100	6 050	7 300	6 150
Mindestbeitrag freiwillig Versicherte ³⁾	monatlich	78,40	78,40	85,05	85,05	85,05	85,05
Regelbeitrag	monatlich	514,50	439,04	509,36	429,98	522,59	443,21
Höchstbeitrag für Pflichtversicherte, allg. RV	monatlich	1 097,60	940,80	1 096,20	926,10	1 124,56 ⁴⁾	945,00
Höchstbeitrag für freiwillig Versicherte ³⁾	monatlich	1 097,60	1 097,60	1 096,20	1 096,20	1 124,55	1 124,55

¹⁾ Werte in Euro – bis auf die Renten Anpassung und den Umrechnungsfaktor.

²⁾ Durch Gesetz als vorläufiger Wert bestimmt, der bei der Ermittlung der Entgeltpunkte für diese Jahre anzuwenden ist.

³⁾ Bei freiwilliger Versicherung gibt es zwischen alten und neuen Bundesländern keinen Unterschied.

⁴⁾ Für Arbeitnehmer: 1 124,56 Euro, für Selbständige: 1 124,55 Euro.

Durchschnittliche Bruttojahresarbeitsentgelte in DM/ab 2002 in Euro

Jahr	alte BL allg. RV in DM/Euro	KnV in DM/Euro	neue BL Umrech- nungswerte
1957	5 043	5 096	1,1081
1960	6 101	6 165	1,1451
1965	9 229	9 326	1,5462
1970	13 343	13 485	1,8875
1975	21 808	22 039	2,6272
1980	29 485	29 798	3,1208
1985	35 286	35 660	3,3129
1990 1. Hj.		41 946	3,0707
1990 2. Hj.		41 946	2,3473
1995		50 665	1,2317
1996		51 678	1,2209
1997		52 143	1,2089
1998		52 925	1,2113
1999		53 507	1,2054
2000		54 256	1,2030
2001		55 216	1,2003
2002		28 626	1,1972
2003		28 938	1,1943
2004		29 060	1,1932
2005		29 202	1,1827
2006		29 494	1,1827
2007		29 951	1,1841
2008		30 625	1,1857
2009		30 506	1,1712
2010		31 144	1,1726
2011		32 100	1,1740
2012		33 002	1,1785
2013 ¹⁾		34 071	1,1767
2014 ¹⁾		34 857	1,1873

¹⁾ Vorläufig.

Beitragsätze zur Sozialversicherung/in Prozent des Bruttoarbeitsentgeltes alte Bundesländer (bis 1990) bzw. Deutschland (ab 1991)

Jahr	Rentenversicherung allg. RV	KnV	Kranken- versicherung ¹⁾	Arbeitslosen- versicherung	Pflege- versicherung ²⁾	insgesamt ³⁾
1960	14,00	23,50	8,40	2,00	x	24,40
1970	17,00	23,50	8,20	1,30	x	26,50
1980	18,00	23,50	11,40	3,00	x	32,40
1990	18,70	24,45	12,78	4,30	x	35,78
2000	19,30	25,60	13,57	6,50	1,70	41,07
2005	19,50	25,90	13,73	6,50	1,70	41,43
2010	19,90	26,40	14,90	2,80	1,95	39,55
2011	19,90	26,40	15,50	3,00	1,95	40,35
2012	19,60	26,00	15,50	3,00	1,95	40,05
2013	18,90	25,10	15,50	3,00	2,05	39,45
2014	18,90	25,10	15,50	3,00	2,05	39,45

In der allg. RV tragen Arbeitnehmer und Arbeitgeber je die Hälfte, bei der KnV tragen sie unterschiedlich hohe Anteile vom Beitragsatz.

¹⁾ bis 1989 Jahresdurchschnitt; ab 1990 jeweils durchschnittlicher („Allgemeiner“) Beitragsatz zur gesetzlichen Krankenversicherung (KV) am 1. Januar, ab dem 1./7.2005 ist ein Zusatzbeitrag in Höhe von 0,9 % – allein vom Arbeitnehmer – zu zahlen, der im ausgewiesenen Beitragsatz zur KV enthalten ist, ab dem 1.1.2009 gilt ein einheitlicher Beitragsatz in der KV, der den allein vom Arbeitnehmer zu tragenden Anteil von 0,9 % enthält.

²⁾ ab 2005 erhöht sich der hier dargestellte Beitragsatz für Kinderlose um 0,25 %

³⁾ unter Berücksichtigung des Beitragsatzes der allg. RV, ohne Zusatzbeitrag zur PV für Kinderlose in Höhe von 0,25 %

Quelle: BMA5, BMG, Deutsche Rentenversicherung Bund

Werte

Renten Anpassungssätze und aktueller Rentenwert in DM/ab 2002 in Euro

Jahr	Renten- anpassungen		aktueller Rentenwert ²⁾	
	zum	in Prozent	in DM/Euro	
	alte BL	neue BL	alte BL	neue BL
1957 ¹⁾	x		5,35	
1960	01.01.	5,94	6,34	
1965	01.01.	9,40	9,09	
1970	01.01.	6,35	12,90	
1971	01.01.	5,50	13,71	
1972	01.01.	6,30	15,01	
	01.07.	9,50	x	
1973	01.07.	11,35	16,71	
1974	01.07.	11,20	18,59	
1975	01.07.	11,10	20,65	
1976	01.07.	11,00	22,92	
1977	01.07.	9,90	25,20	
1978	01.01.	x	x	
	01.07.	x	x	
1979	01.01.	4,50	26,34	
1980	01.01.	4,00	27,39	
1981	01.01.	4,00	28,48	
1982	01.01.	5,76	30,12	
1983	01.07.	5,59	31,81	
1984	01.07.	3,40	32,89	
1985	01.07.	3,00	33,87	
1986	01.07.	2,90	34,86	
1987	01.07.	3,80	36,18	
1988	01.07.	3,00	37,27	
1989	01.07.	3,00	38,39	
1990	01.07.	3,10	39,58	
1991	01.01.	x	x	
	01.07.	4,70	41,44	

Jahr	Renten- anpassungen		aktueller Rentenwert	
	zum	in Prozent	in DM/Euro	
	alte BL	neue BL	alte BL	neue BL
1992	01.01.	x	11,65	x
	01.07.	2,87	12,73	42,63
1993	01.01.	x	6,10	x
	01.07.	4,36	14,12	44,49
1994	01.01.	x	3,64	x
	01.07.	3,39	3,45	46,00
1995	01.01.	x	2,78	x
	01.07.	0,50	2,48	46,23
1996	01.01.	x	4,38	x
	01.07.	0,95	1,21	46,67
1997	01.07.	1,65	5,55	47,44
1998	01.07.	0,44	0,89	47,65
1999	01.07.	1,34	2,79	48,29
2000	01.07.	0,60	0,60	48,58
2001	01.07.	1,91	2,11	49,51
2002	01.07.	2,16	2,89	25,86
2003	01.07.	1,04	1,19	26,13
2004	01.07.	x	x	x
2005	01.07.	x	x	x
2006	01.07.	x	x	x
2007	01.07.	0,54	0,54	26,27
2008	01.07.	1,10	1,10	26,56
2009	01.07.	2,41	3,38	27,20
2010	01.07.	x	x	x
2011	01.07.	0,99	0,99	27,47
2012	01.07.	2,18	2,26	28,07
2013	01.07.	0,25	3,29	28,14
2014	01.07.	1,67	2,53	28,61

¹⁾ Keine Renten Anpassung. ²⁾ Bis 1978 gilt nur für Zugangsrenten.

x = Keine Renten Anpassung, der aktuelle Rentenwert gilt weiter.

Beitragsbemessungsgrenzen

in DM/ab 2002 in Euro monatlich (jeweils 01.01.)

Jahr	alte Bundesländer		neue Bundesländer	
	allg. RV	KnV	allg. RV	KnV
1957	750	1 000		
1960	850	1 000		
1965	1 200	1 500		
1970	1 800	2 100		
1975	2 800	3 400		
1980	4 200	5 100		
1985	5 400	6 700		
1990	6 300	7 800		
1991	6 500	8 000	3 000	3 000
1995	7 800	9 600	6 400	7 800
2000	8 600	10 600	7 100	8 700
2001	8 700	10 700	7 300	9 000
2002	4 500	5 550	3 750	4 650
2003	5 100	6 250	4 250	5 250
2004	5 150	6 350	4 350	5 350
2005	5 200	6 400	4 400	5 400
2006	5 250	6 450	4 400	5 400
2007	5 250	6 450	4 550	5 550
2008	5 300	6 550	4 500	5 550
2009	5 400	6 650	4 550	5 600
2010	5 500	6 800	4 650	5 700
2011	5 500	6 750	4 800	5 900
2012	5 600	6 900	4 800	5 900
2013	5 800	7 100	4 900	6 050
2014	5 950	7 300	5 000	6 150

Mindest-, Regel- und Höchstbeiträge

in DM/ab 2002 in Euro monatlich (jeweils zum 01.01.)

Jahr	Mindestbeitrag ¹⁾	Regelbeitrag ²⁾		Höchstbeitrag ³⁾
		alte BL	neue BL	
1957	14,00			105,00
1960	14,00			119,00
1965	14,00	91,00		168,00
1970	17,00	153,00		306,00
1975	18,00	288,00		504,00
1980	72,00	394,00		756,00
1985	87,00	519,00		1 010,00
1990	103,00	606,00		1 178,00
1992	88,50	620,00	371,70	1 204,00
1995	107,88	755,16	611,94	1 450,80
2000	121,59	864,64	702,52	1 659,80
2001	120,33	855,68	721,98	1 661,70
2002	62,08	447,90	374,36	859,50
2003	63,38	464,10	389,03	994,50
2004	78,00	470,93	395,85	1 004,25
2005	78,00	470,93	395,85	1 014,00
2006	78,00	477,75	402,68	1 023,75
2007	79,60	487,55	417,90	1 044,75
2008	79,60	494,52	417,90	1 054,70
2009	79,60	501,48	424,87	1 074,60
2010	79,60	508,45	431,83	1 094,50
2011	79,60	508,45	445,76	1 094,50
2012	78,40	514,50	439,04	1 097,60
2013	85,05	509,36	429,98	1 096,20
2014	85,05	522,59	443,21	1 124,55

¹⁾ Normaler Mindestbeitrag für freiwillig Versicherte.

²⁾ Für versicherungspflichtige Selbstständige.

³⁾ Höchstbeitrag für freiwillig Versicherte.

Einnahmen 2012 und 2013 gesamtes Bundesgebiet, in Millionen Euro

	RV insgesamt ¹⁾		allg. RV		KnV	
	2012	2013	2012	2013	2012	2013
Beitragseinnahmen	193 687	194 334	192 889	193 576	797	758
Bundeszuschüsse	45 446	44 286	39 895	38 863	5 551	5 423
zusätzliche Bundeszuschüsse	20 123	20 990	20 123	20 990	–	–
Erstattungen	775	764	760	750	15	13
Ausgleichszahlungen zwischen allg. RV und KnV	–	–	224	213	8 523	8 682
Vermögenserträge	202	102	197	99	5	3
sonstige Einnahmen	235	194	234	193	1	1
Einnahmen insgesamt	260 467	260 669	254 322	254 683	14 892	14 881

Ausgaben 2012 und 2013 gesamtes Bundesgebiet, in Millionen Euro

	RV insgesamt ¹⁾		allg. RV		KnV	
	2012	2013	2012	2013	2012	2013
Rentenausgaben	229 231	232 297	215 999	219 084	13 232	13 212
Beiträge und Zuschüsse zur KvDr	16 247	16 488	15 281	15 522	966	967
Leistungen zur Teilhabe	5 679	5 658	5 555	5 533	124	125
Ausgleichszahlungen zwischen allg. RV/KnV	–	–	8 523	8 682	224	213
Beiträgererstattungen	102	97	102	97	0	0
Verwaltungs- u. Verfahrenskosten	3 645	3 737	3 530	3 627	115	109
Kindererziehungsleistungen	165	127	161	124	4	3
sonstige Ausgaben	301	367	74	115	227	252
Ausgaben insgesamt	255 370	258 770	249 226	252 784	14 892	14 881
Einnahmeüberschuss	5 097	1 898	5 097	1 898	–	–

¹⁾ Ohne Ausgleichszahlungen zwischen allg. RV und KnV, Differenzen in den Summen entstehen durch Rundungen.

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung – Rechnungsergebnisse

Finanzentwicklung in der allg. RV (ohne KnV) seit 1957¹⁾

Beträge in Millionen Euro

Jahr	Einnahmen insgesamt ³⁾		Ausgaben Insgesamt ³⁾	darunter Renten ²⁾	Verwaltungs- und Verfahrens- kosten	Leistungen zur Teilhabe	Nachhaltigkeitsrücklage	
	darunter Beiträge	Bundes- zuschüsse, allgemeiner und zusätz- liche					Jahresende	in Monats- ausgaben
1957	7 261	4 986	1 744	6 374	5 462	137	291	
1960	9 857	6 894	2 096	9 139	7 286	202	440	
1965	15 931	11 502	3 008	14 965	11 525	335	913	
1970	26 249	21 673	3 660	24 392	19 630	541	1 049	
1975	47 862	38 992	6 831	48 115	37 238	1 101	2 057	21 975
1980	69 053	56 858	10 802	67 570	55 921	1 331	2 186	9 581
1985	84 629	70 385	12 853	83 908	72 096	1 482	2 140	5 725
1990	108 621	89 433	15 184	103 717	89 923	1 847	2 789	17 869
1995	170 856	138 199	30 445	175 932	151 004	3 239	4 898	11 229
2000	206 343	162 165	42 419	205 764	177 751	3 340	4 331	14 196
2005	224 182	167 980	54 812	228 111	198 812	3 659	4 498	1 706
2010	244 692	184 404	58 980	242 635	211 042	3 412	5 244	18 604
2013	254 683	193 576	59 852	252 784	219 084	3 627	5 533	31 963

¹⁾ Bis 1990 alte Bundesländer, ab 1995 gesamtes Bundesgebiet.

²⁾ Von 1999 bis 2010 ohne gem. § 291c SGB VI vom Bund erstattete einigungsbedingte Leistungen.

³⁾ Ohne internen Finanzausgleich.

Für die Zeit vor dem 01.01.2002 ermittelte DM-Beträge werden zum amtlich festgelegten Umrechnungskurs 1 Euro = 1,95583 DM in Euro ohne kaufmännische Rundung umgerechnet.

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung – Rechnungsergebnisse

Renten Anpassungen durch Gesetz und Verordnungen (RAV und RWBestV)

Höhe der aktuellen Rentenwerte (aRW), der Anpassung (Anp.) der Faktoren, der rechnerischen (rechn.) aRW, Anwendung der Schutzklauseln (Schutzkl.), Ausgleichsbedarf und seine Veränderung, Anpassungsfaktor

Jahr/ Ge- biet	Faktor 1 (Löhne)	davon: Faktor 1 zerlegt: Sp.(3) * Sp.(4):	Faktor 2 (Beiträge und Alters- vorsorge)	Faktor 3 (Nach- haltigkeit)	aRW alt	neu (rein rechn.)	Schutzkl. „Faktoren“ oder ab 2010 ²⁾ „Garantie- klausel“?	Rechn. Anp. vor Berücksichtigung von Ausgleichs- bedarf	Hältiger Anpassungs- faktor (ab 2011 eingeführt)	Rechn. Anp. vor der Prüfung der Schutzkl.	Schutzkl. Ost Anzu- wenden?	aRW end- gültig	Laufende Verände- rung des Ausgl.- bedarfs	Ausgl.- bedarf (ab der Anpas- sung, kumuliert)
		Veränd. der un- korrig. BE	Faktor Entgelt- korrek- tur ¹⁾											
2012 RWBestV 2012 (BR-Drs. 221/12 v 19.04.12) ³⁾														
West	1,0295 2,95	1,0366 3,66	0,99308 -0,69	0,9935 -0,65	1,0209 2,09	27,47	28,68	nein	1,0440 4,40	1,0220 2,20	28,07 2,18	X 28,07 2,18	1,0220 2,20	0,9929 -0,71
Ost	1,0228 2,28	1,0198 1,98	1,00298 0,30	0,9935 -0,65	1,0209 2,09	24,37	25,28	nein	1,0373 3,73	1,0187 1,87	24,82 1,87	nein 24,92 2,26	1,0143 1,43	1,0000 0,00
2013 RWBestV 2013 (BR-Drs. 287/13 v 17.04.13)														
West	1,0150 1,50	1,0317 3,17	0,98378 -1,62	0,9974 -0,26	0,9928 -0,72	28,07	28,21	nein	1,0050 0,50	1,0025 0,25	28,14 0,25	X 28,14 0,25	1,0025 0,25	0,9954 -0,46
Ost	1,0432 4,32	1,0319 3,19	1,01097 1,10	0,9974 -0,26	0,9928 -0,72	24,92	25,74	nein	1,0329 3,29	- 3,29	25,74 3,29	nein 25,74 3,29	1,0000 0,00	1,0000 0,00
2014 RWBestV 2014 (BR-Drs. 187/14 v 30.04.14) ⁴⁾														
West	1,0138 1,38	1,0218 2,18	0,99215 -0,78	1,0092 0,92	0,9981 -0,19	28,14	28,74	nein	1,0213 2,13	1,0107 1,07	28,44 1,07	X 28,61 1,67	1,0046 0,46	1,0000 0,00
Ost	1,0178 1,78	1,0236 2,36	0,99427 -0,57	1,0092 0,92	0,9981 -0,19	25,74	26,39	nein	1,0253 2,53	- 2,53	26,39 2,53	nein 26,39 2,53	1,0000 0,00	1,0000 0,00

Erläuterungen und Fußnoten zu dieser Tabelle siehe Seite 26

Erläuterungen und Fußnoten zur Tabelle „Rentenanpassungen durch Gesetz und Verordnungen (RAV und RWBestV)“ (Seiten 24–25)

Bei den Faktorwerten steht jeweils eine Zeile tiefer der entsprechende Prozentwert. Die zugrunde liegenden Basiszahlen zur Berechnung der Faktoren sind hier nicht aufgeführt; siehe dazu die jeweilige Quelle, insb. die entsprechende BR-Drs. zur Rentenwertbestimmung.

Ein Strich „–“ bedeutet, dass entweder diese Komponenten in dem Jahr noch nicht vorgesehen waren oder dass für die Felder in dem betreffenden Jahr keine Berechnung erforderlich war.

Ein „X“ bedeutet, dass die jeweilige Größe in dem betreffenden Jahr noch nicht eingeführt war oder generell nicht anzuwenden ist.

Eingrahmte Spalten wurden bei den Werten für die Ausgleichsfaktoren und den Ausgleichsbedarf gesetzt, um die besondere Verfahrensweise zu kennzeichnen. Ab dem Jahr 2011 wurde der seit der Rentenanpassung des Jahres 2005 entstandene Ausgleichsbedarf abgebaut.

¹⁾ Als Faktor Entgeltkorrektur, der ab 2005 im Gesetz vorgesehen war, aber erst 2006 erstmals angewendet wurde, wird hier ein Faktor bezeichnet, mit dem die unkorrigierte Veränderung der Bruttolohn- und Bruttogehaltssumme (je Arbeitnehmer) des Vorjahres gegenüber dem Vorvorjahr zu multiplizieren ist. Im Gesetz wird dieser Begriff nicht verwendet; er ergibt sich als Zwischenergebnis. Der Faktor wird ungerundet gerechnet.

²⁾ Ab dem Jahr 2010 wurde eine umfassende Schutzklausel eingeführt (§§ 68a Abs. 1 i.V.m. § 255e Abs. 5 und § 255a Abs. 1 SGB VI), die Garantieklausel genannt wird. Diese neue Schutzklausel verhindert jetzt auch, dass eine Minderung des Faktors Löhne zu einer Minderung des aktuellen Rentenwertes führt. Nach der bisherigen Schutzklausel wäre dies möglich gewesen.

³⁾ Mit der Anpassung 2012 wurde der Ausgleichsbedarf Ost vollständig abgebaut.

⁴⁾ Mit der Anpassung 2014 wurde der Ausgleichsbedarf („West“) vollständig abgebaut.

Entwicklung des Standardrentenniveaus allg. RV, alte Bundesländer

Jahr	durchschnittliches Jahresarbeitsentgelt		Standardrente mit 45 Versicherungsjahren		Rentenniveau ¹⁾ (nominal)	
	in Euro		in Euro		in Prozent	
	brutto	netto vor Steuern ²⁾	brutto	netto vor Steuern ²⁾	brutto	netto vor Steuern ²⁾
1957	2 578		1 478	1 478	57,3	
1960	3 119		1 661	1 661	53,2	
1965	4 719		2 319	2 319	49,1	
1970	6 822	6 118	3 376	3 376	49,5	55,2
1975	11 150	9 808	5 417	5 417	48,6	55,2
1980	15 075	13 124	7 562	7 562	50,2	57,6
1985	18 041	15 454	9 217	8 870	51,1	57,4
1990	21 447	18 306	10 763	10 071	50,2	55,0
1995	25 905	21 918	12 732	11 822	49,2	53,9
2000	27 741	23 340	13 733	12 356	48,2	52,9
2005	29 202	24 389	14 110	12 821	48,3	52,6
2010	31 144	25 632	14 688	13 232	47,2	51,6
2013 ³⁾	33 698	27 906	15 177	13 612	45,0	48,8

¹⁾ Quotient aus Standardrente und Jahresentgelt mal 100.

²⁾ Verfügbare Größen vor Steuern, vgl. § 154 (3) SGB VI.

³⁾ Datenstand Mai 2014.

Für die Zeit vor dem 01.01.2002 ermittelte DM-Beträge werden zum amtlich festgelegten Umrechnungskurs 1 Euro = 1,95583 DM in Euro ohne kaufmännische Rundung umgerechnet.

Quelle: Statistisches Bundesamt, BMAS, Deutsche Rentenversicherung Bund
Stand Schätzung: Mai 2014

Anzahl der aktiv Versicherten am 31.12.2012 (ohne Rentenbezug)

Deutschland	Männer	Frauen	zusammen
aktiv Versicherte insgesamt	18 401 383	17 312 425	35 713 808
und zwar			
Pflichtversicherte insgesamt	16 007 816	13 808 158	29 815 974
und zwar			
versicherungspflichtig Beschäftigte ¹⁾	15 067 963	12 879 499	27 947 462
darunter			
Altersteilzeitbeschäftigte	248 791	178 882	427 673
Wehr-/Zivildienstleistende ²⁾	6 754	286	7 040
Leistungsempfänger			
→ nach dem SGB III ³⁾	547 520	378 886	926 406
Vorruhestandsgeldbezieher	4 820	3 681	8 501
sonstige Leistungsempfänger	279 385	255 743	535 128
Pflegepersonen	26 910	260 675	287 585
Selbstständige insgesamt	147 631	124 245	271 876
→ auf Antrag	7 662	2 689	10 351
→ kraft Gesetzes	13 967	30 889	44 856
→ Künstler/Publizisten	85 636	80 448	166 084
→ Handwerker	40 366	10 219	50 585
freiwillig Versicherte	213 424	71 841	285 265
geringfügig Beschäftigte ohne Verzicht auf die Versicherungsfreiheit	1 876 898	3 354 232	5 231 130
nur auf Grund von Anrechnungszeiten versichert ⁴⁾	1 243 180	1 258 396	2 501 576

¹⁾ Einschließlich geringfügig Beschäftigter mit Verzicht auf die Versicherungs-freiheit. ²⁾ Bis 30.06.2011 Wehr-/Zivildienst, ab 01.07.2011 freiwilliger Wehr-dienst nach § 54 WPflG. ³⁾ Arbeitslosengeld I. ⁴⁾ Ab dem Jahr 2011 einschl. Leistungsempfänger nach SGB II, sofern keine andere Pflichtversicherung vorliegt.

Bei der Aufgliederung „und zwar“ sind Mehrfachnennungen möglich.

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung – Versicherte 2012

Anzahl der aktiv Versicherten am 31.12.2012 (ohne Rentenbezug)

alte Bundesländer	Männer	Frauen	zusammen
aktiv Versicherte insgesamt	15 185 274	14 249 071	29 434 345
und zwar			
Pflichtversicherte insgesamt	13 279 112	11 259 112	24 538 224
und zwar			
versicherungspflichtig Beschäftigte ¹⁾	12 555 313	10 508 721	23 064 034
darunter			
Altersteilzeitbeschäftigte	212 718	127 210	339 928
Wehr-/Zivildienstleistende ²⁾	5 395	243	5 638
Leistungsempfänger			
→ nach dem SGB III ³⁾	409 094	290 953	700 047
Vorruhestandsgeldbezieher	4 439	3 105	7 544
sonstige Leistungsempfänger	224 211	202 030	426 241
Pflegepersonen	20 608	226 400	247 008
Selbstständige insgesamt	120 462	102 394	222 856
→ auf Antrag	6 480	1 969	8 449
→ kraft Gesetzes	10 585	24 746	35 331
→ Künstler/Publizisten	70 547	67 282	137 829
→ Handwerker	32 850	8 397	41 247
freiwillig Versicherte	184 620	58 385	243 005
geringfügig Beschäftigte ohne Verzicht auf die Versicherungsfreiheit	1 681 470	3 059 085	4 740 555
nur auf Grund von Anrech-nungszeiten versichert ⁴⁾	905 646	943 175	1 848 821

¹⁾ Einschließlich geringfügig Beschäftigter mit Verzicht auf die Versicherungs-freiheit. ²⁾ Bis 30.06.2011 Wehr-/Zivildienst, ab 01.07.2011 freiwilliger Wehr-dienst nach § 54 WPflG. ³⁾ Arbeitslosengeld I. ⁴⁾ Ab dem Jahr 2011 einschl. Leistungsempfänger nach SGB II, sofern keine andere Pflichtversicherung vorliegt.

Bei der Aufgliederung „und zwar“ sind Mehrfachnennungen möglich.

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung – Versicherte 2012

Anzahl der aktiv Versicherten am 31.12.2012 (ohne Rentenbezug)

neue Bundesländer	Männer	Frauen	zusammen
aktiv Versicherte insgesamt und zwar	3 216 109	3 063 354	6 279 463
Pflichtversicherte insgesamt und zwar	2 728 704	2 549 046	5 277 750
versicherungspflichtig Beschäftigte ¹⁾	2 512 650	2 370 778	4 883 428
darunter			
Altersteilzeitbeschäftigte	36 073	51 672	87 745
Wehr-/Zivildienstleistende ²⁾	1 359	43	1 402
Leistungsempfänger			
→ nach dem SGB III ³⁾	138 426	87 933	226 359
Vorruhestandsgeldbezieher	381	576	957
sonstige			
Leistungsempfänger	55 174	53 713	108 887
Pflegepersonen	6 302	34 275	40 577
Selbstständige insgesamt	27 169	21 851	49 020
→ auf Antrag	1 182	720	1 902
→ kraft Gesetzes	3 382	6 143	9 525
→ Künstler/Publizisten	15 089	13 166	28 255
→ Handwerker	7 516	1 822	9 338
freiwillig Versicherte	28 804	13 456	42 260
geringfügig Beschäftigte ohne Verzicht auf die Versicherungsfreiheit	195 428	295 147	490 575
nur auf Grund von Anrech- nungszeiten versichert ⁴⁾	337 534	315 221	652 755

¹⁾ Einschließlich geringfügig Beschäftigter mit Verzicht auf die Versicherungs-freiheit. ²⁾ Bis 30.06.2011 Wehr/Zivildienst, ab 01.07.2011 freiwilliger Wehr-dienst nach § 54 WPfIG. ³⁾ Arbeitslosengeld I. ⁴⁾ Ab dem Jahr 2011 einschl. Leistungsempfänger nach SGB II, sofern keine andere Pflichtversicherung vorliegt.

Bei der Aufgliederung „und zwar“ sind Mehrfachnennungen möglich.

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung – Versicherte 2012

Versicherte aktiv und passiv Versicherte am 31.12. alte Bundesländer (bis 1991) bzw. Deutschland (ab 1992)

Jahr	insgesamt	aktiv Versicherte insgesamt	darunter KnV	passiv Versicherte
1962	25 880	18 612	571	7 268
1965	25 683	18 969	500	6 714
1970	26 032	19 568	354	6 464
1975	25 915	19 486	299	6 429
1980	26 998	21 570	293	5 428
1985	36 003	22 391	381	13 612
1990	40 953	24 128	328	16 825
1995	49 432	31 430	450	18 002
2000	51 107	33 830	379	17 277
2005	51 729	34 722	582	17 007
2010	52 223	35 370	517	16 853
2011	52 423	35 546	501	16 877
2012	52 672	35 714	485	16 958

Bis 1982 Angaben gem. Mikrozensus, ab 1983 Angaben aus der Statistik der Deutschen Rentenversicherung.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Rentenversicherungsbericht und Statistik der Deutschen Rentenversicherung – Versicherte

Ausländische aktiv Versicherte am 31.12. nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten alte Bundesländer (bis 1991) bzw. Deutschland (ab 1992)

Jahr	Ausländer insgesamt	Quote in Prozent	darunter Italiener	Jugoslawen und Nachfolgestaaten ¹⁾	Türken	Spanier	Griechen
1983	1 585 125	7,2	213 867	285 619	507 698	68 100	100 986
1985	1 482 507	6,6	199 130	270 469	460 200	62 104	95 823
1990	1 804 664	7,5	222 550	293 850	562 826	56 193	126 116
1992	2 470 234	7,6	248 468	401 356	685 577	58 414	147 051
1995	2 496 113	7,9	243 555	447 109	678 429	52 499	136 830
2000	2 755 946	8,1	259 679	386 599	786 050	49 985	136 728
2005	3 083 039	8,9	240 446	396 142	849 960	43 370	122 998
2010	3 381 184	9,6	243 147	380 337	902 508	43 084	114 604
2012	3 736 837	10,5	254 837	373 797	911 387	53 032	131 631

¹⁾ Serben, Slowenen, Kroaten, Bosnier, Herzegowiner, Montenegriener; die Staatsangehörigen aus Mazedonien und Kosovo sind nicht berücksichtigt.
vor 1992: Pflichtversicherte, ab 1999 einschl. geringfügig Beschäftigte.

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung – Versicherte

Rentanwartschaften am 31.12.2012

Fallgruppe: Deutsche Versicherte ohne Rentenbezug im Alter zwischen 30 bis 64 Jahren am Stichtag
Stichprobe: Fälle mit einer Kontenklärung mindestens bis 2006 und mit mindestens einer Beitragszeit

Ausgewählte hochgerechnete Ergebnisse	insgesamt	alte BL (einschl. Ausland)	neue BL
Zahl der Versicherten	33 334 355	13 320 538	13 169 083
Rentanwartschaften (RAW) in Euro		Männer	Frauen
– Ø RAW mit Zurechnungszeiten ¹⁾	744,18	839,88	651,98
– Ø RAW ohne Zurechnungszeiten	557,48	641,61	463,35
Rentenrechtliche Zeiten in Jahren			
– Ø Zurechnungszeit	12,9	13,1	12,5
– Ø zurückgelegte rentenrechtliche Zeiten ²⁾	24,4	23,9	26,4
Anteile von zurückgelegten rentenrechtlichen Zeiten ²⁾ in Prozent			
Beitragszeiten insgesamt	89	92	83
– vollwertige Beitragszeiten	79	83	74
– beitragsgeminderte Zeiten	10	9	9
beitragsfreie Zeiten	8	8	9
Beitragsfreie Zeiten	3	0	8
Berücksichtigungszeiten			
– Ø EP aus Beitragszeiten je Beitragsjahr	0,849	0,958	0,744
– Ø Gesamtleistungswert ³⁾ in EP pro Jahr	0,793	0,830	0,722

¹⁾ Modell einer hypothetischen vollen Erwerbsminderung am 31.12. Die Zeit bis zum 60. Geburtstag wird hinzugerechnet (Zurechnungszeit).

²⁾ Abschlag wegen eines Rentenbeginns vor dem 63. Lebensjahr werden berücksichtigt.

³⁾ Berücksichtigungs- und beitragsfreie Zeiten ohne Zurechnungszeiten.

⁴⁾ Mit dem Gesamtleistungswert werden beitragsfreie Zeiten bewertet und beitragsgeminderte Zeiten höher bewertet.

Versicherte

Verteilung und durchschnittliche Rentenzahlungsbeträge der laufenden Renten¹⁾

am 31.12.2013, alte Bundesländer

Rentenart	Männer Anzahl	durchschn. Rentenzahl- betrag ²⁾ in Euro	Frauen Anzahl	durchschn. Rentenzahl- betrag ²⁾ in Euro	Männer und Frauen Anzahl	durchschn. Rentenzahl- betrag ²⁾ in Euro
Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit insgesamt ^{3), 4)}	660 702	733	654 591	669	1 315 293	702
darunter wegen:						
teilweiser Erwerbsminderung ⁵⁾	47 575	543	31 114	400	78 689	487
voller Erwerbsminderung ⁵⁾	600 848	752	623 329	683	1 224 177	717
Renten wegen Alters insgesamt	6 408 099	1 003	7 796 079	512	14 204 178	734
darunter Altersrente wegen:						
Arbeitslosigkeit/Altersteilzeitarbeit ⁶⁾	1 518 608	1 219	172 458	732	1 691 066	1 169
für Frauen ⁶⁾	–	–	2 692 138	689	2 692 138	689
für schwerbehinderte Menschen ⁶⁾	1 006 994	1 181	486 548	772	1 493 542	1 048
für langjährig Versicherte ⁶⁾	1 099 375	1 170	235 166	553	1 334 541	1 061
für besonders langjährig Versicherte	20 794	1 475	3 647	1 106	24 441	1 420
Regelaltersrente ⁷⁾	2 736 699	741	4 206 121	356	6 942 820	508
Renten wegen Todes insgesamt	425 646	246	3 893 108	576	4 610 712	519
davon:						
Witwen-/Witwerrenten	424 868	246	3 886 498	576	4 311 366	543
Waisenrenten ⁸⁾					291 958	160
Erziehungsrenten	778	594	6 610	741	7 388	725
Renten insgesamt	7 494 447	937	12 343 778	540	20 130 183	682
nachrichtlich:						
Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit und wegen Alters insgesamt	7 068 801	978	8 450 670	524	15 519 471	731

¹⁾ Ohne Knappschaftsausgleichsleistungen, Nullrenten, reine Kindererziehungsleistungen und ohne Renten nach Art. 2 RÜG.

²⁾ Rentenhöhe inkl. Auffüllbetrag, nach Abzug des KVdR/PvDR-Beitrags.

³⁾ Inkl. Renten an Bergleute wegen Vollendung des 50. Lebensjahres oder wegen verminderter bergmännischer Berufsfähigkeit.

⁴⁾ Erfasst sind lediglich Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit bis zur Regelaltersgrenze; siehe auch Fußnote 7.

⁵⁾ Inkl. Renten wegen Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit mit Rentenbeginn

bis zum 31.12.2000.

⁶⁾ Erfasst sind lediglich Altersrenten an Berechtigte im Alter bis einschl. 86 Jahre; siehe auch Fußnote 7.

⁷⁾ Renten an verm. Erwerbsfähige im Alter ab der Regelaltersgrenze und Renten an Bezieher vorgezogener bzw. flexibler Altersrenten im Alter über 86 wurden in die Rentenart Regelaltersrente umgewandelt.

⁸⁾ Geschlechtertrennung nicht möglich, nur in der Summe Männer und Frauen enthalten.

Verteilung und durchschnittliche Rentenzahlbeträge der laufenden Renten¹⁾

am 31.12.2013, neue Bundesländer

Rentenart	Männer Anzahl	durchschn. Rentenzahl- betrag ²⁾ in Euro	Frauen Anzahl	durchschn. Rentenzahl- betrag ²⁾ in Euro	Männer und Frauen Anzahl	durchschn. Rentenzahl- betrag ²⁾ in Euro
Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit insgesamt^{3), 4)}	207 209	665	196 844	714	404 053	689
darunter wegen:						
teilweiser Erwerbsminderung ⁵⁾	17 379	428	9 607	434	26 986	430
voller Erwerbsminderung ⁵⁾	187 014	695	186 613	730	373 627	713
Renten wegen Alters insgesamt	1 443 811	1 096	2 039 756	755	3 483 567	896
darunter Altersrente wegen:						
Arbeitslosigkeit/Altersteilzeitarbeit ⁶⁾	655 410	1 082	42 482	784	697 892	1 064
für Frauen ⁶⁾	-	-	1 164 126	786	1 164 126	786
für schwerbehinderte Menschen ⁶⁾	152 377	988	131 370	819	283 747	909
für langjährig Versicherte ⁶⁾	210 257	1 105	20 180	666	230 437	1 066
für besonders langjährig Versicherte	3 781	1 156	638	1 061	4 419	1 142
Regelaltersrente ⁷⁾	416 119	1 144	680 960	691	1 097 079	863
Renten wegen Todes insgesamt	184 913	314	909 173	623	1 146 598	552
davon:						
Witwen-/Witwerrenten	184 777	313	907 267	623	1 092 044	570
Waisenrenten ⁸⁾					52 512	159
Erziehungsrenten	136	609	1 906	825	2 042	811
Renten insgesamt	1 835 933	968	3 145 773	715	5 034 218	801
nachrichtlich:						
Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit und wegen Alters insgesamt	1 651 020	1 042	2 236 600	752	3 887 620	875

¹⁾ Ohne Knappschaftsausgleichsleistungen, Nullrenten, reine Kindererziehungsleistungen und ohne Renten nach Art. 2 RÜG.

²⁾ Rentenhöhe inkl. Auffüllbetrag, nach Abzug des Kvdr/Pvdr-Beitrags.

³⁾ Inkl. Renten an Bergleute wegen Vollendung des 50. Lebensjahres oder wegen verminderter bergmännischer Berufsfähigkeit.

⁴⁾ Erfasst sind lediglich Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit bis zur Regelaltersgrenze; siehe auch Fußnote 7.

⁵⁾ Inkl. Renten wegen Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit mit Rentenbeginn

bis zum 31.12.2000.

⁶⁾ Erfasst sind lediglich Altersrenten an Berechtigte im Alter bis einschl. 86 Jahre; siehe auch Fußnote 7.

⁷⁾ Renten an verm. Erwerbsfähige im Alter ab der Regelaltersgrenze und Renten an Bezieher vorgezogener bzw. flexibler Altersrenten im Alter über 86 wurden in die Rentenart Regelaltersrente umgewandelt.

⁸⁾ Geschlechtertrennung nicht möglich, nur in der Summe Männer und Frauen enthalten.

Rentenschichtung nach monatlichem Zahlbetrag¹⁾ am 31.12.2013, alte Bundesländer

Rentenzahl- betrag von...bis unter... Euro/Monat	Versichertenrenten ²⁾ an Männer			an Frauen			Witwenrenten			Witwenrenten		
	Anzahl	Anteil in %		Anzahl	Anteil in %		Anzahl	Anteil in %		Anzahl	Anteil in %	
unter 150	517 738	7,3		1 089 986	12,9		418 750	10,8		153 660	36,2	
150- 300	435 312	6,2		1 672 054	19,8		391 014	10,1		127 872	30,1	
300- 450	398 826	5,6		1 220 299	14,4		433 623	11,2		88 284	20,8	
450- 600	423 366	6,0		1 169 507	13,8		646 841	16,6		38 508	9,1	
600- 750	507 337	7,2		1 194 491	14,1		869 397	22,4		11 306	2,7	
750- 900	589 245	8,3		958 144	11,3		659 162	17,0		3 602	0,8	
900-1 050	707 740	10,0		525 396	6,2		319 077	8,2		1 121	0,3	
1 050-1 200	856 117	12,1		298 616	3,5		102 985	2,6		293	0,1	
1 200-1 350	865 785	12,2		166 982	2,0		24 891	0,6		121	0,0	
1 350-1 500	685 703	9,7		87 731	1,0		10 523	0,3		56	0,0	
1 500 und höher	1 081 632	15,3		67 444	0,8		10 235	0,3		45	0,0	
insgesamt	7 068 801	100		8 450 670	100		3 886 498	100		424 868	100	

¹⁾ Ohne Knappschaftsausgleichsleistungen, Nullrenten, reine Kindererziehungsleistungen und ohne Renten nach Art. 2 RÜG.

²⁾ Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit und wegen Alters.

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung – Rentenbestand am 31.12.2013

Rentenschichtung nach monatlichem Zahlbetrag¹⁾ am 31.12.2013, neue Bundesländer

Rentenzahl- betrag von...bis unter... Euro/Monat	Versichertenrenten ²⁾ an Männer			an Frauen			Witwenrenten			Witwenrenten		
	Anzahl	Anteil in %		Anzahl	Anteil in %		Anzahl	Anteil in %		Anzahl	Anteil in %	
unter 150	8 116	0,5		14 289	0,6		26 029	2,9		28 908	15,6	
150- 300	18 480	1,1		77 415	3,5		29 591	3,3		59 836	32,4	
300- 450	28 293	1,7		119 680	5,4		97 222	10,7		64 650	35,0	
450- 600	66 463	4,0		336 348	15,0		272 111	30,0		22 983	12,4	
600- 750	169 045	10,2		631 574	28,2		259 396	28,6		6 251	3,4	
750- 900	271 286	16,4		547 485	24,5		138 916	15,3		1 489	0,8	
900-1 050	330 676	20,0		259 285	11,6		58 261	6,4		387	0,2	
1 050-1 200	281 817	17,1		129 637	5,8		17 818	2,0		144	0,1	
1 200-1 350	188 580	11,4		70 323	3,1		4 822	0,5		77	0,0	
1 350-1 500	129 432	7,8		33 520	1,5		1 609	0,2		30	0,0	
1 500 und höher	158 832	9,6		17 044	0,8		1 492	0,2		22	0,0	
insgesamt	1 651 020	100		2 236 600	100		907 267	100		184 777	100	

¹⁾ Ohne Knappschaftsausgleichsleistungen, Nullrenten, reine Kindererziehungsleistungen und ohne Renten nach Art. 2 RÜG.

²⁾ Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit und wegen Alters.

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung – Rentenbestand am 31.12.2013

Verteilung nach durchschnittlichen Entgeltpunkten je Versicherungsjahr¹⁾ sowie nach Versicherungsjahren²⁾

Rentenbestand am 31.12.2013, alte Bundesländer, Männer

Höhe der angerechneten Zeiten ²⁾ von ... bis ... Jahre	Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit und wegen Alters ³⁾		Entgeltpunkte je Versicherungsjahr ¹⁾							durchschnittliche(r) Renten- pers. zahl- Entgeltp. betrag je Vers.- jahr ¹⁾	
Anzahl ³⁾	Anteil ³⁾	durchschnittliche persönliche von ... bis unter ...			Entgeltpunkte					in Euro	
insgesamt	in %	unter 0,6	0,6–0,8	0,8–1,0	1,0–1,2	1,2–1,4	1,4–1,6	über 1,6			
unter 5	3 330	0,1	779	399	941	730	211	98	172	87	0,89
5– 9	133 714	2,5	74 292	38 496	13 369	3 978	1 613	942	1 024	119	0,59
10–14	149 403	2,8	47 384	58 232	29 118	8 732	3 068	1 847	1 022	227	0,70
15–19	191 995	3,6	47 763	56 190	56 899	21 478	6 201	2 480	984	348	0,77
20–24	141 885	2,7	33 049	33 892	40 192	23 326	8 466	2 270	690	471	0,81
25–29	140 454	2,7	37 252	32 621	33 971	22 844	9 843	3 219	704	574	0,80
30–34	186 826	3,5	50 344	45 038	43 614	27 945	13 246	5 693	946	680	0,80
35–39	488 451	9,2	83 768	112 795	124 911	90 179	46 499	26 736	3 563	865	0,89
40–44	1 530 129	28,9	124 362	234 385	375 963	401 560	253 280	130 813	9 766	1 108	1,01
45–49	2 171 015	41,1	55 335	154 143	452 626	676 356	484 588	328 679	19 288	1 346	1,12
50 und mehr	151 117	2,9	4 374	10 241	29 290	45 597	29 678	29 018	2 919	1 467	1,15
Renten insgesamt ³⁾	5 288 319	100,0	558 702	776 432	1 200 894	1 322 725	856 693	531 795	41 078	1 069	1,00
Anteil in % ³⁾	100,0	–	10,6	14,7	22,7	25,0	16,2	10,1	0,8	–	–
durchschn. Rentenzahl- betrag in Euro	1 069	–	351	635	929	1 210	1 468	1 713	1 933	–	–
durchschn. Jahre ²⁾	40,3	–	29,7	34,9	40,2	43,4	44,4	45,2	41,8	–	–

¹⁾ Berechnet aus persönlicher Entgeltpunktsomme, dividiert durch entsprechende Monatszahl an Versicherungsjahren und multipliziert mit 12.

²⁾ Beitrags- und beitragsfreie Zeiten, Versicherungs- bzw. Arbeitsjahre (aber ohne Berücksichtigungszeiten).

³⁾ Vollständig ruhende Renten, Renten vor 1957, Vertragsrenten und statistisch nicht auswertbare Fälle sind nicht enthalten.

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung – Rentenbestand am 31.12.2013

Verteilung nach durchschnittlichen Entgeltpunkten je Versicherungsjahr¹⁾ sowie nach Versicherungsjahren²⁾

Rentenbestand am 31.12.2013, alte Bundesländer, Frauen

Höhe der angerechneten Zeiten ²⁾ von ... bis ... Jahre	Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit und wegen Alters ³⁾					Entgeltpunkte je Versicherungsjahr ¹⁾				durchschnittliche(r) Renten- zahl- betrag	pers. Entgelt- je Vers.- jahr ¹⁾
Anzahl ³⁾	Anteil ³⁾	durchschnittliche persönliche von ... bis unter ...			Entgeltpunkte		Entgeltpunkte		in Euro		
insgesamt	in %	unter 0,6	0,6–0,8	0,8–1,0	1,0–1,2	1,2–1,4	1,4–1,6	über 1,6			
unter 5	46 802	0,7	5 597	8 565	13 578	14 262	1 890	953	1 957	96	0,94
5– 9	892 818	12,9	244 130	280 317	182 710	60 994	50 756	54 245	19 666	146	0,81
10–14	659 472	9,5	230 296	247 169	78 260	31 085	25 909	28 436	18 317	236	0,75
15–19	699 489	10,1	319 731	232 218	86 519	28 143	14 480	8 657	9 741	298	0,66
20–24	587 273	8,5	251 548	191 074	83 551	33 321	13 834	6 920	7 025	394	0,68
25–29	678 710	9,8	222 630	265 691	113 049	46 075	18 126	7 710	5 429	506	0,72
30–34	807 374	11,7	199 057	347 635	162 699	64 398	22 463	7 470	3 652	619	0,75
35–39	954 377	13,8	180 878	415 287	227 117	91 531	29 087	8 377	2 100	737	0,77
40–44	1 170 792	16,9	174 622	460 097	308 996	151 879	58 837	15 082	1 279	875	0,82
45–49	409 255	5,9	50 403	147 438	110 015	64 699	27 400	8 663	637	999	0,85
50 und mehr	12 690	0,2	1 364	4 063	3 504	2 226	1 069	431	33	1 130	0,88
Renten insgesamt ³⁾	6 919 052	100,0	1 880 256	2 599 554	1 369 998	588 613	263 851	146 944	69 836	538	0,76
Anteil in % ³⁾	100,0	–	27,2	37,6	19,8	8,5	3,8	2,1	1,0	–	–
durchschn. Rentenzahl- betrag in Euro	538	–	295	513	672	865	921	749	759	–	–
durchschn. Jahre ²⁾	27,5	–	23,9	28,5	30,0	31,4	28,1	19,7	16,2	–	–

¹⁾ Berechnet aus persönlicher Entgeltpunktsomme, dividiert durch entsprechende Monatszahl an Versicherungsjahren und multipliziert mit 12.

²⁾ Beitrags- und beitragsfreie Zeiten, Versicherungs- bzw. Arbeitsjahre (aber ohne Berücksichtigungszeiten).

³⁾ Vollständig ruhende Renten, Renten vor 1957, Vertragsrenten und statistisch nicht auswertbare Fälle sind nicht enthalten.

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung – Rentenbestand am 31.12.2013

Verteilung nach durchschnittlichen Entgeltpunkten je Versicherungsjahr¹⁾ sowie nach Versicherungsjahren²⁾

Rentenbestand am 31.12.2013, neue Bundesländer, Männer

Höhe der angerechneten Zeiten ²⁾ von ... bis ... Jahre	Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit und wegen Alters ³⁾		Entgeltpunkte je Versicherungsjahr ¹⁾							durchschnittliche(r) Renten- pers. zahl- Entgeltp. betrag je Vers.- jahr ¹⁾	
Anzahl ³⁾	Anteil ³⁾	durchschnittliche persönliche von ... bis unter ...			Entgeltpunkte				in Euro		
insgesamt	in %	unter 0,6	0,6–0,8	0,8–1,0	1,0–1,2	1,2–1,4	1,4–1,6	über 1,6			
unter 5	43	0,0	25	3	4	3	3	1	4	273	0,63
5– 9	2 704	0,2	1 606	536	384	120	28	15	15	91	0,53
10–14	3 276	0,2	1 690	798	551	172	38	16	11	166	0,56
15–19	4 066	0,3	1 836	1 022	777	321	77	19	14	265	0,62
20–24	4 647	0,3	2 083	1 260	729	379	153	25	18	356	0,64
25–29	14 800	1,0	3 255	3 185	2 688	3 557	1 777	303	35	585	0,86
30–34	24 878	1,6	5 100	5 928	5 104	4 941	3 276	484	45	688	0,86
35–39	91 622	6,0	9 844	23 928	29 567	17 748	7 692	2 638	205	818	0,89
40–44	516 526	33,7	39 832	126 602	166 222	108 198	46 407	26 918	2 347	944	0,93
45–49	780 843	51,0	19 305	116 709	242 485	214 136	114 111	68 676	5 421	1 136	1,03
50 und mehr	88 549	5,8	1 353	8 312	20 805	28 101	18 110	10 796	1 072	1 291	1,10
Renten insgesamt ³⁾	1 531 954	100,0	85 929	288 283	469 316	377 676	191 672	109 891	9 187	1 040	0,99
Anteil in % ³⁾	100,0	–	5,6	18,8	30,6	24,7	12,5	7,2	0,6	–	–
durchschn. Rentenzahl- betrag in Euro	1 040	–	471	729	946	1 156	1 385	1 615	1 961	–	–
durchschn. Jahre ²⁾	44,6	–	39,8	43,6	44,7	45,2	45,6	46,3	46,3	–	–

¹⁾ Berechnet aus persönlicher Entgeltpunktsumme, dividiert durch entsprechende Monatszahl an Versicherungsjahren und multipliziert mit 12.

²⁾ Beitrags- und beitragsfreie Zeiten, Versicherungs- bzw. Arbeitsjahre (aber ohne Berücksichtigungszeiten).

³⁾ Vollständig ruhende Renten, Renten vor 1957, Vertragsrenten und statistisch nicht auswertbare Fälle sind nicht enthalten.

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung – Rentenbestand am 31.12.2013

Verteilung nach durchschnittlichen Entgeltpunkten je Versicherungsjahr¹⁾ sowie nach Versicherungsjahren²⁾

Rentenbestand am 31.12.2013, neue Bundesländer, Frauen

Höhe der angerechneten Zeiten ²⁾ von ... bis ... Jahre	Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit und wegen		Alters ³⁾			Entgeltpunkte je Versicherungsjahr ¹⁾				durchschnittliche(r) Renten- pers. zahl- Entgeltp. betrag je Vers.- jahr ¹⁾	
Anzahl ³⁾	Anteil ³⁾	durchschnittliche persönliche			Entgeltpunkte				in Euro		
	insgesamt	in %	unter 0,6	0,6–0,8	0,8–1,0	1,0–1,2	1,2–1,4	1,4–1,6	über 1,6		
unter 5	1 603	0,1	285	206	266	298	245	138	165	220	1,04
5– 9	14 386	0,7	5 966	4 291	2 230	907	521	252	219	185	0,69
10–14	23 738	1,2	11 949	7 243	2 619	1 054	469	203	201	237	0,63
15–19	35 068	1,7	17 430	9 864	5 274	1 747	471	166	116	293	0,63
20–24	49 188	2,4	18 982	14 864	12 337	2 301	507	106	91	376	0,68
25–29	87 210	4,2	19 880	34 203	26 936	4 994	943	184	70	487	0,74
30–34	169 164	8,2	25 937	73 841	55 633	10 434	2 756	475	88	593	0,77
35–39	378 956	18,4	41 229	168 384	125 726	31 653	9 457	2 280	227	710	0,80
40–44	948 711	46,0	118 228	400 326	279 102	98 595	39 831	11 988	641	811	0,82
45–49	349 450	16,9	31 198	130 929	112 310	49 329	20 607	4 924	153	915	0,85
50 und mehr	5 721	0,3	892	2 840	1 254	494	182	57	2	889	0,75
Renten insgesamt ³⁾	2 063 195	100,0	291 976	846 991	623 687	201 806	75 989	20 773	1 973	748	0,80
Anteil in % ³⁾	100,0	–	14,2	41,1	30,2	9,8	3,7	1,0	0,1	–	–
durchschn. Rentenzahl- betrag in Euro	748	–	446	670	817	1 039	1 253	1 430	1 175	–	–
durchschn. Jahre ²⁾	39,4	–	35,6	39,7	39,8	41,2	41,9	41,6	28,5	–	–

¹⁾ Berechnet aus persönlicher Entgeltpunktsomme, dividiert durch entsprechende Monatszahl an Versicherungsjahren und multipliziert mit 12.

²⁾ Beitrags- und beitragsfreie Zeiten, Versicherungs- bzw. Arbeitsjahre (aber ohne Berücksichtigungszeiten).

³⁾ Vollständig ruhende Renten, Renten vor 1957, Vertragsrenten und statistisch nicht auswertbare Fälle sind nicht enthalten.

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung – Rentenbestand am 31.12.2013

Entwicklung des Rentenbestandes am Jahresende

Jahr	Renten- bestand insgesamt ¹⁾	Versichertenrenten		Renten wegen Todes				
		insgesamt	davon: Renten wegen verminderter Erwerbsfähig- keit ²⁾	Renten wegen Alters ²⁾	insgesamt	davon: Witwen-/ Witwerrenten	Waisen- renten	Erziehungs- renten
alte Bundesländer								
1960	7 872 473	4 437 415	1 617 020	2 820 395	3 435 058	2 731 170	703 888	–
1970	9 879 105	6 017 311	1 627 385	4 389 926	3 861 794	3 395 845	465 949	–
1980	12 454 138	8 038 353	1 975 789	6 062 564	4 415 785	3 915 126	500 647	12
1990	15 012 633	10 368 875	1 846 347	8 522 528	4 643 758	4 298 222	344 227	1 309
1995	16 527 316	11 815 162	1 398 728	10 416 434	4 712 154	4 392 602	315 949	3 603
2000	18 184 863	13 474 914	1 388 915	12 085 999	4 709 949	4 399 247	305 035	5 667
2005	19 420 792	14 680 927	1 235 575	13 445 352	4 739 865	4 414 473	317 879	7 513
2010	19 995 376	15 295 038	1 209 866	14 085 172	4 700 338	4 389 083	303 722	7 533
2013	20 130 183	15 519 471	1 315 293	14 204 178	4 610 712	4 311 366	291 958	7 388
neue Bundesländer								
1995	4 533 646	3 334 580	464 219	2 870 361	1 199 066	1 100 686	95 179	3 201
2000	4 959 604	3 757 099	505 118	3 251 981	1 202 505	1 098 504	99 857	4 144
2005	5 062 953	3 899 558	414 192	3 485 366	1 163 395	1 077 105	82 895	3 395
2010	5 017 611	3 913 079	379 463	3 533 616	1 104 532	1 042 637	59 667	2 228
2013	5 034 218	3 887 620	404 053	3 483 567	1 146 598	1 092 044	52 512	2 042
Deutschland								
1995	21 060 962	15 149 742	1 862 947	13 286 795	5 911 220	5 493 288	411 128	6 804
2000	23 144 467	17 232 013	1 894 033	15 337 980	5 912 454	5 497 751	404 892	9 811
2005	24 483 745	18 580 485	1 649 767	16 930 718	5 903 260	5 491 578	400 774	10 908
2010	25 012 987	19 208 117	1 589 329	17 618 788	5 804 870	5 431 720	363 389	9 761
2013	25 164 401	19 407 091	1 719 346	17 687 745	5 757 310	5 403 410	344 470	9 430

¹⁾ Ohne Knappschaftsausgleichsleistungen, Nullrenten, reine Kindererziehungsleistungen und ohne Renten nach Art. 2 RÜG.

²⁾ Die Werte für die Jahre 1995–2013 sind nicht direkt mit den Vorjahren vergleichbar, da die Rentenarten nach dem SGB VI neu definiert wurden.

Quelle: bis 1983 BMAS, jeweils zum Anpassungstermin, sowie Angaben der Knappschaft

ab 1984: Statistik der Deutschen Rentenversicherung – Rentenzahlbestand Dezember

ab 1992: Statistik der Deutschen Rentenversicherung – Rentenbestand am 31.12.

Mehrfachrentenbezieher am 01.07.2013

Mehrfachrentner

	Rentner insgesamt	Einzelrentner insgesamt	Versichertenrentner	Witwen-/Witwerrenter ¹⁾	Mehrfachrentner
alte Bundesländer					
Männer	7 083 230	6 747 885	6 675 590	72 295	335 345
Frauen	9 476 167	6 704 070	5 628 468	1 075 602	2 772 097
insgesamt	16 559 397	13 451 955	12 304 058	1 147 897	3 107 442
neue Bundesländer					
Männer	1 668 436	1 511 730	1 487 547	24 183	156 706
Frauen	2 348 101	1 561 833	1 453 461	108 372	786 268
insgesamt	4 016 537	3 073 563	2 941 008	132 555	942 974
Deutschland					
Männer	8 751 666	8 259 615	8 163 137	96 478	492 051
Frauen	11 824 268	8 265 903	7 081 929	1 183 974	3 558 365
insgesamt	20 575 934	16 525 518	15 245 066	1 280 452	4 050 416

Ohne Waisenrenten, Nullrenten, Knappschaftsausgleichleistungen und ohne reine KLG.

¹⁾ Einschließlich Erziehungsrentner

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung – Rentenzahlbestand am 01.07.2013

Rentner am 01.07.2013 nach Bundesländern

	Männer		Frauen	
	Anzahl	durchschn. Gesamtrentenzahlbetrag ¹⁾ in Euro	Anzahl	durchschn. Gesamtrentenzahlbetrag ¹⁾ in Euro
Schleswig-Holstein	287 050	1 036	398 739	729
Hamburg	141 888	1 064	207 238	837
Niedersachsen	770 838	1 038	1 061 455	713
Bremen	63 076	1 031	90 302	759
Nordrhein-Westfalen	1 698 699	1 116	2 306 430	736
Hessen	577 096	1 071	774 906	746
Rheinland-Pfalz	384 103	1 037	515 834	682
Baden-Württemberg	957 207	1 090	1 320 047	757
Bayern	1 131 131	1 015	1 581 840	722
Saarland	107 720	1 103	138 063	687
Berlin (West)	189 437	974	272 483	850
Berlin (Ost)	117 068	1 134	165 251	1 027
Mecklenburg-Vorpommern	195 489	1 011	270 292	924
Brandenburg	294 387	1 062	402 714	949
Sachsen-Anhalt	286 713	1 053	408 983	938
Sachsen	505 653	1 081	724 316	958
Thüringen	269 126	1 048	376 545	944
Bundesgebiet insg.	7 976 681	1 065	11 015 438	782
Ausland	771 500	335	801 320	264
ohne Angabe	3 485	765	7 510	588
insgesamt	8 751 666	1 000	11 824 268	747

Ohne Waisenrenten, Nullrenten, Knappschaftsausgleichleistungen und ohne reine KLG.

¹⁾ Rentenzahlbetrag aus allen Rentenleistungen (z. B. Versichertenrente und/oder Hinterbliebenenrente) der gesetzlichen Rentenversicherung pro Person.

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung – Rentenzahlbestand am 01.07.2013

Rentenzahlbestand

Verteilung und durchschnittliche Rentenzahlbeträge der Rentenzugänge¹⁾ 2013

alte Bundesländer

Rentenart	Männer		Frauen		Männer und Frauen	
	Anzahl	durchschn. Rentenzahlbetrag ²⁾ in Euro	Anzahl	durchschn. Rentenzahlbetrag ²⁾ in Euro	Anzahl	durchschn. Rentenzahlbetrag ²⁾ in Euro
Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit insgesamt³⁾	71 267	652	69 296	576	140 563	615
darunter wegen:						
teilweiser Erwerbsminderung ⁴⁾	8 466	412	9 223	324	17 689	366
voller Erwerbsminderung ⁴⁾	60 970	686	60 038	614	121 008	651
Renten wegen Alters insgesamt	279 486	913	265 919	505	545 405	714
darunter Altersrente wegen:						
Arbeitslosigkeit/Altersteilzeitarbeit	42 739	1 205	6 995	878	49 734	1 159
für Frauen	-	-	71 010	717	71 010	717
für schwerbehinderte Menschen	39 490	1 167	26 427	777	65 917	1 011
für langjährig Versicherte	74 084	1 010	18 732	520	92 816	911
für besonders langjährig Versicherte	11 643	1 475	2 073	1 111	13 716	1 420
Regelaltersrente	111 479	587	140 682	318	252 161	437
Renten wegen Todes insgesamt	47 433	238	209 188	580	308 371	456
davon:						
Witwen-/Witwerrenten	47 270	237	208 182	580	255 452	516
Waisenrenten ⁵⁾					51 750	154
Erziehungsrenten	163	572	1 006	682	1 169	667
Renten insgesamt	398 186	786	544 403	543	994 339	620
nachrichtlich:						
Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit und wegen Alters insgesamt	350 753	860	335 215	520	685 968	694

¹⁾ Ohne Knappschaftsausgleichsleistungen, Nullrenten, reine Kindererziehungsleistungen und ohne Renten nach Art. 2 RÜG.

²⁾ Rentenhöhe inkl. Auffüllbetrag, nach Abzug des KVdR/PVdR-Beitrags.

³⁾ Inkl. Renten an Bergleute wegen Vollendung des 50. Lebensjahres oder wegen verminderter bergmännischer Berufsfähigkeit.

⁴⁾ Inkl. Renten wegen Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit mit Rentenbeginn bis zum 31.12.2000.

⁵⁾ Geschlechtertrennung nicht möglich, nur in der Summe Männer und Frauen enthalten.

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung – Rentenzugang 2013

Verteilung und durchschnittliche Rentenzahlbeträge der Rentenzugänge¹⁾ 2013

neue Bundesländer

Rentenart	Männer		Frauen		Männer und Frauen	
	Anzahl	durchschn. Rentenzahlbetrag ²⁾ in Euro	Anzahl	durchschn. Rentenzahlbetrag ²⁾ in Euro	Anzahl	durchschn. Rentenzahlbetrag ²⁾ in Euro
Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit insgesamt³⁾	18 799	589	17 320	627	36 119	607
darunter wegen:						
teilweiser Erwerbsminderung ⁴⁾	2 357	360	2 242	346	4 599	353
voller Erwerbsminderung ⁴⁾	16 175	629	15 013	671	31 188	649
Renten wegen Alters insgesamt	57 666	915	45 188	786	102 854	858
darunter Altersrente wegen:						
Arbeitslosigkeit/Altersteilzeitarbeit	15 794	930	1 175	944	16 969	931
für Frauen	-	-	26 670	830	26 670	830
für schwerbehinderte Menschen	7 595	920	5 972	795	13 567	865
für langjährig Versicherte	18 427	936	2 780	625	21 207	896
für besonders langjährig Versicherte	2 113	1 141	368	1 054	2 481	1 128
Regelaltersrente	13 698	829	8 223	655	21 921	764
Renten wegen Todes insgesamt	17 931	302	48 448	619	75 929	486
davon:						
Witwen-/Witwerrenten	17 908	302	48 232	619	66 140	533
Waisenrenten ⁵⁾					9 550	153
Erziehungsrenten	23	563	216	723	239	708
Renten insgesamt	94 396	734	110 956	688	214 902	684
nachrichtlich:						
Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit und wegen Alters insgesamt	76 465	835	62 508	742	138 973	793

¹⁾ Ohne Knappschaftsausgleichsleistungen, Nullrenten, reine Kindererziehungsleistungen und ohne Renten nach Art. 2 RÜG.

²⁾ Rentenhöhe inkl. Auffüllbetrag, nach Abzug des KVdR/PVdR-Beitrags.

³⁾ Inkl. Renten an Bergleute wegen Vollendung des 50. Lebensjahres oder wegen verminderter bergmännischer Berufsfähigkeit.

⁴⁾ Inkl. Renten wegen Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit mit Rentenbeginn bis zum 31.12.2000.

⁵⁾ Geschlechtertrennung nicht möglich, nur in der Summe Männer und Frauen enthalten.

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung – Rentenzugang 2013

Abschläge im Rentenzugang 2013

Altersrenten

	insgesamt	alte Bundesländer		neue Bundesländer	
		Männer	Frauen	Männer	Frauen
Altersrenten insgesamt	648 259	279 486	265 919	57 666	45 188
durchschn. Rentenzahlbetrag in Euro	737	913	505	915	786
Altersrenten mit Abschlägen	238 019	99 403	80 090	30 940	27 586
Anteil in Prozent	36,7	35,6	30,1	53,7	61,0
durchschn. Rentenzahlbetrag in Euro	923	1 138	707	914	791
durchschn. Abschlagsmonate	23,6	22,7	24,5	22,5	25,2
durchschn. Höhe der Rentenmin- derung wegen Abschlägen,					
brutto in Euro	78	92	62	73	72
Altersrenten ohne Abschläge wegen Vertrauensschutz	759	491	189	42	37
Anteil in Prozent	0,1	0,2	0,1	0,1	0,1
Nichtbetroffene oder „Aufschieber“	409 481	179 592	185 640	26 684	17 565
Anteil in Prozent	63,2	64,3	69,8	46,3	38,9

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung – Rentenzugang 2013

Rentenzugänge 2013 wegen verminderter Erwerbsfähigkeit nach Diagnosegruppen

Diagnosegruppen	Männer		Frauen	
	Anzahl	Anteil in %	Anzahl	Anteil in %
Krankheiten von Skelett/Muskeln/Bindegewebe	12 158	13,7	11 645	13,4
Krankheiten des Kreislaufsystems	11 737	13,3	4 821	5,6
Krankheiten des Verdauungssystems/ Stoffwechselkrankheiten	3 776	4,3	2 572	3,0
Krankheiten der Atmungsorgane	3 264	3,7	2 088	2,4
Neubildungen	10 880	12,3	10 746	12,4
psychische Störungen	32 268	36,5	42 477	49,0
darunter: Sucht	6 393	7,2	1 911	2,2
Krankheiten des Nervensystems	5 083	5,7	5 141	5,9
sonstige Krankheiten	9 353	10,6	7 126	8,2
insgesamt	88 519	100	86 616	100

Ohne Renten für Bergleute wegen Vollendung des 50. Lebensjahres und ohne Fälle mit nicht erfasster 1. Diagnose, Verschlüsselung nach ICD 10.

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung – Rentenzugang 2013

Entwicklung der A n z a h l e n an Versichertenrentenzugängen¹⁾ nach Rentenarten

RV²⁾ – Männer

Jahr ²⁾	Versicherten- renten ¹⁾ insgesamt	Renten wegen verminderter Erwerbsfähig- keit	Altersrenten wegen Arbeits- losigkeit/ Altersteilzeit- arbeit	für langjährig unter Tage Beschäftigte	für schwer- behinderte Menschen	für langjährig Versicherte	für besonders langjährig Versicherte	Regel- altersrente
alte Bundesländer								
1960	225 124	136 864	5 365	–	–	–	–	82 895
1970	316 231	152 389	8 955	–	–	–	–	154 887
1980	304 315	150 421	25 412	48	47 563	37 887	–	42 984
1990	373 969	134 755	51 065	103	40 308	73 403	–	74 335
1995	457 508	149 507	110 642	136	37 227	60 353	–	99 643
2000	443 188	107 391	122 630	679	43 859	71 592	–	97 037
2005	385 786	72 080	90 160	55	37 084	52 597	–	133 810
2010	338 015	75 943	46 015	49	43 637	42 182	–	130 189
2013	350 753	71 267	42 739	51	39 490	74 084	11 643	111 479
neue Bundesländer								
1995	264 778	34 786	159 382	294	1 733	24 424	–	44 159
2000	103 357	24 390	57 786	97	5 534	8 786	–	6 764
2005	88 972	19 276	37 777	116	6 833	12 937	–	12 033
2010	68 047	20 746	14 309	39	7 463	9 749	–	15 741
2013	76 465	18 799	15 794	39	7 595	18 427	2 113	13 698
Deutschland								
1995	722 286	184 293	270 024	430	38 960	84 777	–	143 802
2000	546 545	131 781	180 416	776	49 393	80 378	–	103 801
2005	474 758	91 356	127 937	171	43 917	65 534	–	145 843
2010	406 062	96 689	60 324	88	51 100	51 931	–	145 930
2013	427 218	90 066	58 533	90	47 085	92 511	13 756	125 177

¹⁾ Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit und wegen Alters.

²⁾ Vor 1980 nur allg. RV (ohne KnV); ab 1992 ohne Renten nach Art. 2 RÜG.

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung – Rentenzugang

Entwicklung der A n z a h l e n an Versichertenrentenzugängen¹⁾ nach Rentenarten

RV²⁾ – Frauen

Jahr ²⁾	Versicherten- renten ¹⁾ insgesamt	Renten wegen verminderter Erwerbsfähig- keit	Altersrenten wegen Arbeits- losigkeit/ Altersteilzeit- arbeit	für Frauen	für schwer- behinderte Menschen	für langjährig Versicherte	für besonders langjährig Versicherte	Regel- altersrente
alte Bundesländer								
1960	164 137	108 401	1 155	23 854	–	–	–	30 727
1970	272 474	123 809	621	71 173	–	–	–	76 871
1980	330 965	165 433	5 367	105 053	2 442	2 645	–	50 025
1990	366 670	63 198	6 497	106 530	3 045	4 561	–	182 839
1995	420 128	76 810	14 386	127 013	8 500	12 560	–	180 859
2000	436 169	64 516	13 044	154 624	13 931	11 932	–	178 122
2005	386 389	57 585	6 831	107 850	17 259	7 692	–	189 172
2010	369 636	68 523	6 780	102 852	29 161	12 272	–	150 048
2013	335 215	69 296	6 995	71 010	26 427	18 732	2 073	140 682
neue Bundesländer								
1995	152 835	32 891	9 723	106 819	103	179	–	3 120
2000	109 889	17 785	3 864	80 625	1 838	664	–	5 113
2005	76 080	15 019	1 223	48 579	4 140	638	–	6 481
2010	80 526	17 466	1 531	43 007	6 482	2 008	–	10 032
2013	62 508	17 320	1 175	26 670	5 972	2 780	368	8 223
Deutschland								
1995	572 963	109 701	24 109	233 832	8 603	12 739	–	183 979
2000	546 058	82 301	16 908	235 249	15 769	12 596	–	183 235
2005	462 469	72 604	8 054	156 429	21 399	8 330	–	195 653
2010	450 162	85 989	8 311	145 859	35 643	14 280	–	160 080
2013	397 723	86 616	8 170	97 680	32 399	21 512	2 441	148 905

¹⁾ Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit und wegen Alters.

²⁾ Vor 1980 nur allg. RV (ohne KnV); ab 1992 ohne Renten nach Art. 2 RÜG.

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung – Rentenzugang

Entwicklung der Anteile an Versichertenrentenzugängen¹⁾ nach Rentenarten in Prozent

RV²⁾ – Männer

Jahr ²⁾	Versicherten- renten ¹⁾ insgesamt	Renten wegen verminderter Erwerbsfähig- keit	Altersrenten wegen Arbeits- losigkeit/ Altersteilzeit- arbeit	für langjährig unter Tage Beschäftigte	für schwer- behinderte Menschen	für langjährig Versicherte	für besonders langjährig Versicherte	Regel- altersrente
alte Bundesländer								
1960	100	60,8	2,4	–	–	–	–	36,8
1970	100	48,2	2,8	–	–	–	–	49,0
1980	100	49,4	8,4	0,0	15,6	12,4	–	14,1
1990	100	36,0	13,7	0,0	10,8	19,6	–	19,9
1995	100	32,7	24,2	0,0	8,1	13,2	–	21,8
2000	100	24,2	27,7	0,2	9,9	16,2	–	21,9
2005	100	18,7	23,4	0,0	9,6	13,6	–	34,7
2010	100	22,5	13,6	0,0	12,9	12,5	–	38,5
2013	100	20,3	12,2	0,0	11,3	21,1	3,3	31,8
neue Bundesländer								
1995	100	13,1	60,2	0,1	0,7	9,2	–	16,7
2000	100	23,6	55,9	0,1	5,4	8,5	–	6,5
2005	100	21,7	42,5	0,1	7,7	14,5	–	13,5
2010	100	30,5	21,0	0,1	11,0	14,3	–	23,1
2013	100	24,6	20,7	0,1	9,9	24,1	2,8	17,9
Deutschland								
1995	100	25,5	37,4	0,1	5,4	11,7	–	19,9
2000	100	24,1	33,0	0,1	9,0	14,7	–	19,0
2005	100	19,2	26,9	0,0	9,3	13,8	–	30,7
2010	100	23,8	14,9	0,0	12,6	12,8	–	35,9
2013	100	21,1	13,7	0,0	11,0	21,7	3,2	29,3

¹⁾ Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit und wegen Alters.

²⁾ Vor 1980 nur allg. RV (ohne KnV); ab 1992 ohne Renten nach Art. 2 RÜG.

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung – Rentenzugang

Entwicklung der Anteile an Versichertenrentenzugängen¹⁾ nach Rentenarten in Prozent

RV²⁾ – Frauen

Jahr ²⁾	Versicherten- renten ¹⁾ insgesamt	Renten wegen verminderter Erwerbsfähig- keit	Altersrenten wegen Arbeits- losigkeit/ Altersteilzeit- arbeit	für Frauen	für schwer- behinderte Menschen	für langjährig Versicherte	für besonders langjährig Versicherte	Regel- altersrente
alte Bundesländer								
1960	100	66,0	0,7	14,5	–	–	–	18,7
1970	100	45,4	0,2	26,1	–	–	–	28,2
1980	100	50,0	1,6	31,7	0,7	0,8	–	15,1
1990	100	17,2	1,8	29,1	0,8	1,2	–	49,9
1995	100	18,3	3,4	30,2	2,0	3,0	–	43,0
2000	100	14,8	3,0	35,5	3,2	2,7	–	40,8
2005	100	14,9	1,8	27,9	4,5	2,0	–	49,0
2010	100	18,5	1,8	27,8	7,9	3,3	–	40,6
2013	100	20,7	2,1	21,2	7,9	5,6	0,6	42,0
neue Bundesländer								
1995	100	21,5	6,4	69,9	0,1	0,1	–	2,0
2000	100	16,2	3,5	73,4	1,7	0,6	–	4,7
2005	100	19,7	1,6	63,9	5,4	0,8	–	8,5
2010	100	21,7	1,9	53,4	8,0	2,5	–	12,5
2013	100	27,7	1,9	42,7	9,6	4,4	0,6	13,2
Deutschland								
1995	100	19,1	4,2	40,8	1,5	2,2	–	32,1
2000	100	15,1	3,1	43,1	2,9	2,3	–	33,6
2005	100	15,7	1,7	33,8	4,6	1,8	–	42,3
2010	100	19,1	1,8	32,4	7,9	3,2	–	35,6
2013	100	21,8	2,1	24,6	8,1	5,4	0,6	37,4

¹⁾ Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit und wegen Alters.

²⁾ Vor 1980 nur allg. RV (ohne KnV); ab 1992 ohne Renten nach Art. 2 RÜG.

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung – Rentenzugang

Entwicklung der Rentenzugänge wegen Todes¹⁾ nach Rentenarten Anzahl

Jahr ²⁾	Renten wegen Todes ¹⁾ insgesamt	davon Witwen-/Witwerrenten	Waisenrenten	Erziehungsrenten
alte Bundesländer				
1960	233 892	175 223	58 669	–
1970	298 431	222 274	76 157	–
1980	297 241	220 589	76 626	26
1990	290 560	240 783	49 409	368
1995	329 697	265 260	63 458	979
2000	297 445	240 658	55 659	1 128
2005	300 707	242 214	57 120	1 373
2010	306 075	249 752	55 023	1 300
2013	308 371	255 452	51 750	1 169
neue Bundesländer				
1995	117 525	94 871	21 636	1 018
2000	79 613	62 530	16 402	681
2005	74 190	59 285	14 433	472
2010	74 403	62 163	12 008	232
2013	75 929	66 140	9 550	239
Deutschland				
1995	447 222	360 131	85 094	1 997
2000	377 058	303 188	72 061	1 809
2005	374 897	301 499	71 553	1 845
2010	380 478	311 915	67 031	1 532
2013	384 300	321 592	61 300	1 408

¹⁾ Ohne wegen Einkommensanrechnung vollständig ruhende Renten.

²⁾ Alle Jahre inkl. KnV; ab 1992 ohne Renten nach Art. 2 RÜG.

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung – Rentenzugang sowie Angaben der Knappschaft

Entwicklung der durchschnittlichen Rentenbezugsdauer und des Wegfallsalters von Rentenzugängen¹⁾

Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit und wegen Alters nach SGB VI

Jahr ²⁾	durchschnittliche Rentenbezugsdauer in Jahren			durchschnittliches Wegfallsalter in Jahren		
	Männer	Frauen	insg.	Männer	Frauen	insg.
alte Bundesländer						
1960	9,6	10,6	9,9	68,6	67,8	68,3
1970	10,3	12,7	11,1	70,6	71,6	70,9
1980	11,0	13,8	12,1	72,1	73,6	72,7
1990	13,9	17,2	15,4	73,2	77,7	75,2
1995	14,0	17,7	15,7	73,1	78,3	75,4
2001	14,3	18,3	16,2	73,3	79,1	76,0
2005	15,2	19,3	17,2	73,9	79,6	76,7
2010	16,5	20,5	18,4	75,7	80,9	78,3
2013	17,2	21,0	19,1	76,7	81,6	79,1
neue Bundesländer						
1995	11,6	19,6	16,0	71,7	77,4	74,9
2001	12,0	20,8	16,7	70,9	78,2	74,8
2005	12,9	21,6	17,5	71,4	78,9	75,4
2010	14,9	22,4	18,9	73,5	79,9	76,9
2013	16,3	23,4	20,0	75,1	81,2	78,3
Deutschland						
1995	13,6	18,2	15,8	72,8	78,0	75,3
2001	13,8	18,9	16,3	72,8	78,8	75,8
2005	14,7	19,8	17,2	73,4	79,5	76,4
2010	16,2	20,9	18,5	75,3	80,7	78,0
2013	17,0	21,5	19,3	76,4	81,5	79,0

¹⁾ Die durchschnittlichen Alter sind für jedes Jahr als Querschnitt berechnet und durch Rechtsänderungen (z. B. Einführung des flexiblen Altersruhegeldes), Sondereffekte und sich im Zeitablauf ändernde Altersstrukturen beeinflusst. ²⁾ Vor 1980 nur allg. RV (ohne KnV).

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung – Rentenzugang

Rentenzugang

Entwicklung des durchschnittlichen Rentenzugangsalters¹⁾

Jahr²⁾ Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit und wegen Alters

davon Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit		davon Renten wegen Alters		insg.		insg.		insg.	
Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen
alte Bundesländer									
1960	59,5	58,8	59,2	55,8	56,2	56,0	63,9	65,2	64,7
1970	61,6	61,3	61,5	57,7	59,0	58,3	63,3	65,2	64,3
1980	58,5	59,8	59,2	54,4	57,7	56,1	61,9	62,5	62,2
1990	59,5	61,6	60,6	53,8	52,6	53,4	63,5	62,8	63,2
1995	59,6	61,1	60,3	53,4	51,5	52,8	63,3	62,6	63,0
2000	60,1	61,0	60,5	52,6	50,5	51,8	62,8	62,4	62,6
2013	61,6	61,4	61,5	51,5	50,3	50,9	64,3	64,1	64,2
neue Bundesländer									
1995	60,2	58,6	59,6	49,7	49,7	49,7	60,4	61,8	61,3
2000	58,6	58,7	58,7	50,3	49,3	49,9	60,5	61,2	60,8
2013	60,9	59,9	60,4	52,1	50,8	51,5	63,4	63,7	63,6
Deutschland									
1995	59,8	60,5	60,1	52,7	50,9	52,1	62,5	62,3	62,4
2000	59,8	60,5	60,2	52,2	50,3	51,4	62,2	62,3	62,3
2013	61,4	61,2	61,3	51,6	50,4	51,0	64,1	64,1	64,1

¹⁾ Die durchschnittlichen Zugangsalter sind für jedes Jahr als Querschnitt berechnet und durch Rechtsänderungen (z. B. Einführung des flexiblen Altersruhealters; Anhebung der Altersgrenzen), Sondereffekte und sich im Zeitablauf ändernde Altersstrukturen beeinflusst.

²⁾ Vor 1980 nur allg. RV (ohne KnV).

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung – Rentenzugang

Entwicklung der Rentenneuanträge

Jahr	insgesamt ¹⁾	davon Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit	Alters	Todes
alte Bundesländer				
1980	1 147 917	470 993	354 361	322 563
1990	1 326 642	318 699	649 307	358 636
1992	1 369 588	354 125	652 504	362 959
1995	1 473 132	385 797	708 360	378 975
2000	1 505 173	363 458	783 676	358 039
2005	1 330 077	284 658	669 060	376 359
2010	1 293 778	289 896	602 960	400 922
2013	1 284 953	282 062	614 605	388 286
neue Bundesländer				
1992	587 718	95 966	218 294	273 458
1995	466 491	109 916	239 159	117 416
2000	340 985	88 881	164 875	87 229
2005	268 900	75 465	117 712	75 723
2010	241 016	77 754	113 720	49 542
2013	249 878	74 420	110 617	64 841
Deutschland				
1992	1 957 306	450 091	870 798	636 417
1995	1 939 623	495 713	947 519	496 391
2000	1 846 158	452 339	948 551	445 268
2005	1 598 977	360 123	786 772	452 082
2010	1 534 794	367 650	716 680	450 464
2013	1 534 831	356 482	725 222	453 127

¹⁾ Neuanträge und Sonderfälle (ohne Änderungen der Leistungsart), ohne Unterhalts- und Erziehungsrenten sowie ohne Knappschafts- ausgleichsleistungen.

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung – Rentenbeiträge und ihre Erledigung

Einkommensquellen der älteren Bevölkerung 2011 ab 65 Jahren (in Prozent des Bruttoeinkommensvolumens)

Einkommensquelle	Deutschland		alte Bundesländer		neue Bundesländer	
	insgesamt	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer
gesetzliche Rentenversicherung	64	58	71	54	65	88
andere Alterssicherungssysteme	21	25	15	29	18	3
Erwerbstätigkeit	4	7	1	7	2	4
private Vorsorge	9	8	10	8	11	3
Wohngeld/Sozialhilfe/Grundsicherung	1	1	1	1	1	0
sonstige Einkommen/Renten	2	1	2	1	3	2
Summe	100	100	100	100	100	100

0 = Weniger als 0,5, jedoch mehr als 0.

Abweichungen der Summe von 100% sind rundungsbedingt.

Quelle: BMAS, Alterssicherung in Deutschland 2011 (ASID 2011)

Weitere Daten und Hinweise findet man unter www.alterssicherung-in-deutschland.de.

/ Keine Angabe, da der Zahlenwert nicht sicher genug ist (< 25 Fälle).

() Ausgangswert eingeschränkt, da der Zahlenwert statistisch relativ unsicher ist (< 100 Fälle).

Einkommensquellen der älteren Bevölkerung 2011 Anteil der Personen (ab 65 Jahren) und durchschnittlicher Brutto-Betrag je Bezahler pro Monat, eigene und abgeleitete Alterssicherungsleistungen

Alterssicherungssystem	insgesamt Bezieher- quote in %	Männer		Frauen	
		Betrag je Bezieher in Euro	Bezieher- quote in %	Betrag je Bezieher in Euro	Bezieher- quote in %
alte Bundesländer					
gesetzliche Rentenversicherung	90	1 008	89	1 254	91
Beamtenversorgung	8	2 407	12	2 787	6
berufsständische Versorgung	1	2 003	1	(2 578)	1
Alterssicherung der Landwirte	4	413	4	468	4
betriebliche Altersversorgung	21	471	31	591	14
Zusatzversorgung im öffentl. Dienst	12	343	10	439	13
neue Bundesländer					
gesetzliche Rentenversicherung	99	1 141	99	1 250	99
Beamtenversorgung	1	(1 912)	1	(1 982)	0
berufsständische Versorgung	0	(825)	1	/	0
Alterssicherung der Landwirte	0	/	0	/	0
betriebliche Altersversorgung	2	229	3	(292)	1
Zusatzversorgung im öffentl. Dienst	7	123	7	155	7
					100

Schichtung des Nettoeinkommens von Ehepaaren und Alleinstehenden 2011

Ehepaare und Alleinstehende ab 65 Jahren

alte Bundesländer	Ehe- paare	allein- stehende Männer	allein- stehende Frauen
Zahl der Ehepaare/ Alleinstehenden (hochgerechnet in Tausend)	4 167	1 596	4 130
monatl. Nettoeinkommen von ... bis unter ... Euro ¹⁾	in Prozent		
unter 750	2	10	15
750 – 1 000	3	13	21
1 000 – 1 250	6	16	20
1 250 – 1 500	9	18	15
1 500 – 1 750	11	14	10
1 750 – 2 000	13	9	7
2 000 – 3 000	33	13	10
3 000 – 4 000	13	4	1
4 000 und höher	10	3	1
durchschnittliches Netto- einkommen (Euro)			
nachrichtlich: ²⁾ 2011	2 537	1 615	1 310
2007	2 350	1 568	1 201
2003	2 211	1 515	1 181
1999	1 997	1 391	1 115
1995	1 927	1 386	1 062
1992	1 807	1 309	993
Veränderung 1992–2011 (%)	40,4	23,4	32,0

¹⁾ Abweichungen der Summe von 100% sind rundungsbedingt.

²⁾ 1992–1995 einschl. Heimbewohner, ab 1999 ohne Heimbewohner.

Quelle: BMAS, Alterssicherung in Deutschland (ASID) 1992, 1995, 1999, 2003, 2007 und 2011

Schichtung des Nettoeinkommens von Ehepaaren und Alleinstehenden 2011

Ehepaare und Alleinstehende ab 65 Jahren

neue Bundesländer	Ehe- paare	allein- stehende Männer	allein- stehende Frauen
Zahl der Ehepaare/ Alleinstehenden (hochgerechnet in Tausend)	1 046	346	1 020
monatl. Nettoeinkommen von ... bis unter ... Euro ¹⁾	in Prozent		
unter 750	0	10	9
750 – 1 000	1	18	19
1 000 – 1 250	4	23	26
1 250 – 1 500	12	22	27
1 500 – 1 750	19	14	12
1 750 – 2 000	20	7	4
2 000 – 3 000	37	4	2
3 000 – 4 000	4	1	0
4 000 und höher	2	1	0
durchschnittliches Netto- einkommen (Euro)			
nachrichtlich: ²⁾ 2011	2 019	1 310	1 219
2007	1 937	1 188	1 152
2003	1 938	1 284	1 128
1999	1 783	1 178	1 035
1995	1 594	1 045	926
1992	1 151	710	650
Veränderung 1992–2011 (%)	75,4	84,5	87,5

¹⁾ Abweichungen der Summe von 100% sind rundungsbedingt.

²⁾ 1992–1995 einschl. Heimbewohner, ab 1999 ohne Heimbewohner.

Quelle: BMAS, Alterssicherung in Deutschland (ASID) 1992, 1995, 1999, 2003, 2007 und 2011

Inlandsrenten der gRV und Empfänger/innen von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung mit Rentenbezug am 31.12.

Jahr	Altersrentner ab Regelaltersgrenze, nur Inlandsrenten	Grundsicherungs-fälle im Alter ²⁾ mit Rentenbezug	Anteil an Spalte 2	Rentenempfänger der gRV wegen Erwerbsminderung, nur Inlandsrenten	Grundsicherungs-fälle bei Erwerbs-mind. ¹⁾ mit Renten-bezug	Anteil an Spalte 5
2003	13 207 454	158 269	1,2%	1 362 080	55 559	4,1%
2004	13 707 129	180 773	1,3%	1 273 586	62 471	4,9%
2005	14 209 596	218 105	1,5%	1 202 540	77 989	6,5%
2006	14 615 855	237 989	1,6%	1 132 971	83 827	7,4%
2007	14 844 201	260 372	1,8%	1 097 229	91 075	8,3%
2008	15 040 947	270 909	1,8%	1 065 792	94 233	8,8%
2009	15 222 539	271 749	1,8%	1 064 148	95 305	9,0%
2010	15 194 578	283 327	1,9%	1 075 242	102 578	9,5%
2011	15 228 471	308 421	2,0%	1 100 520	118 622	10,8%
2012	15 256 721	338 371	2,2%	1 131 329	135 376	12,0%

¹⁾ Dauerhaft voll erwerbsgeminderte Empfänger/innen von Grundsicherung mit Erwerbsminderungsrente an der Anzahl an vollen Erwerbsminderungsrenten (ohne Zeitrenten) der gRV mit Wohnort im Inland.

²⁾ Empfänger/innen von Grundsicherung im Alter ab der Regelaltersgrenze mit Altersrente an der Anzahl an Altersrenten der gRV im Alter ab der Regelaltersgrenze mit Wohnort im Inland

Quelle: Statistisches Bundesamt, Statistik der Deutschen Rentenversicherung – Rentenbestand, eigene Berechnungen

Anzahl der Grundsicherungs- bzw. Rentenempfänger wegen voller und dauerhafter Erwerbsminderung und der Altersrentner ab der Regelaltersgrenze am 31.12.2012

Grundsicherung bei voller EM im Alter unter der Regelaltersgrenze am 31.12.2012

insgesamt	insgesamt	Männer	Frauen
davon	435 010	244 539	190 471
– mit Erwerbsminderungsrente	135 376	77 357	58 019
Anteil in Prozent (spaltenweise)	31	32	30
– ohne Erwerbsminderungsrente	299 634	167 182	132 452
Anteil in Prozent (spaltenweise)	69	68	70
Grundsicherung im Alter ab der Regelaltersgrenze am 31.12.2012			
insgesamt	insgesamt	Männer	Frauen
davon	464 836	171 029	293 807
– mit Altersrente	338 371	126 725	211 646
Anteil in Prozent (spaltenweise)	73	74	72
– ohne Altersrente	126 465	44 304	82 161
Anteil in Prozent (spaltenweise)	27	26	28

Quelle: Sonderauswertung der Statistik der Deutschen Rentenversicherung – Rentenbestand am 31.12.2012
 Quelle: Statistisches Bundesamt, G9, Tabelle 9.1, 31.12.2012

Förderung der zusätzlichen kapitalgedeckten Altersvorsorge

Zahl der Zulagekonten und gezahlte Zulagen am 31.12. des Kalenderjahres

Kalenderjahr	ausgezahlte Zulagen in Tausend Euro	neue Zulagekonten in Tausend	Anzahl (Zulagekonten) in Tausend
2003	72 491	1 411	1 411
2005	333 476	633	3 002
2008	1 404 885	2 249	8 635
2009	2 488 664	1 800	10 435
2012	3 022 888	1 170	14 407
2013	3 072 972	606	15 013

Zulageempfänger nach Beitragsjahren

Beitragsjahr	Zulageempfänger	davon Anteil der Zulageempfänger in Prozent		
		weiblich	männlich	West ¹⁾
2002	1 938 000	55,0	45,0	30,0
2005	4 402 763	55,7	44,3	29,7
2008	9 300 419	57,1	42,9	24,4
2009	9 602 858	56,4	43,6	23,6
2010	10 238 982	56,5	43,5	23,0

¹⁾ Ostdeutschland umfasst die neuen Bundesländer und Berlin, Westdeutschland die alten Bundesländer ohne Berlin.

Einkommensstruktur der Zulageempfänger für die Beitragsjahre 2002–2010

zugrunde liegendes Jahreseinkommen in Euro	Anteile in Prozent			
	2002 ¹⁾	2005 ¹⁾	2008 ¹⁾	2010 ¹⁾
bis 10 000	28,9	27,2	31,3	26,2
10 000 bis 20 000	22,8	21,0	19,8	20,3
20 000 bis 30 000	20,9	20,6	19,0	19,2
30 000 bis 40 000	13,8	15,0	14,1	15,7
40 000 bis 50 000	6,6	7,7	7,2	8,5
über 50 000	7,0	8,5	8,6	10,1

¹⁾ Mittelbar Berechtigte und Zulageempfänger, die nur den Sonderausgabenabzug geltend gemacht haben bzw. bei denen die Zulageberechtigung ungeklärt ist, wurden nicht berücksichtigt.

Durchschnittliche Förderung nach Geschlecht für die Beitragsjahre 2002–2010

Art der Förderung	Förderung/geförderte Person in Euro		
Grundzulage	Männer	Frauen	insgesamt
2002	34,31	35,19	34,80
2005	59,28	63,53	61,64
2008 ¹⁾	123,25	132,87	128,74
2010 ¹⁾	119,51	129,49	125,15
Kinderzulage ²⁾			
2002	81,09	80,51	80,64
2005	144,14	151,49	149,89
2008	294,02	308,92	306,28
2010	306,51	316,73	314,86

¹⁾ Ohne Grundzulageerhöhungsbetrag (Berufseinstieger-Bonus).

²⁾ Bezogen auf die Zulageempfänger mit Kinderzulagen.

Grundlegende Begriffe siehe unter www.deutsche-rentenversicherung-bund.de, Rubrik „Riester-Rente“

Daten der Zentralen Zulagenstelle für Altersvermögen (ZfA) zur Förderung der zusätzlichen kapitalgedeckten Altersvorsorge Anteil der Zulageempfänger mit Kinderzulagen¹⁾ für die Beitragsjahre 2002–2010

Anzahl der Kinderzulagen	Anteile in Prozent							
	insgesamt				Frauen			
	2002	2005	2008	2010	2002	2005	2008	2010
ohne	55,6	54,9	59,9	62,1	38,2	36,6	42,3	45,2
eine	16,3	16,6	16,0	15,6	23,0	23,3	23,1	22,7
zwei	20,0	20,7	17,7	16,5	28,0	29,2	25,7	24,1
drei	6,5	6,1	5,0	4,5	8,7	8,5	7,0	6,3
vier und mehr	1,6	1,7	1,4	1,3	2,1	2,4	1,9	1,7

¹⁾ Zu beachten ist, dass die Kinderzulage nur jeweils einem Elternteil gewährt wird und nur solange, wie Anspruch auf die Zahlung des Kindergeldes besteht.

Grundlegende Begriffe siehe unter www.deutsche-rentenversicherung-bund.de, Rubrik „Riester-Rente“

Zulagequoten nach Geschlecht und Region für die Beitragsjahre 2002–2010

Region	Zulagequote in Prozent		
	Männer	Frauen	insgesamt
Westdeutschland¹⁾			
2002	16,3	39,0	26,2
2005	17,2	42,7	29,0
2008	20,0	44,6	32,3
2010	17,2	39,9	28,4
Ostdeutschland¹⁾			
2002	21,0	39,6	31,0
2005	21,4	39,4	31,6
2008	24,3	40,3	33,6
2010	20,3	35,8	29,3
Deutschland insgesamt			
2002	17,3	39,2	27,4
2005	18,0	41,8	29,6
2008	20,8	43,6	32,5
2010	17,8	38,9	28,6

¹⁾ Ostdeutschland umfasst die neuen Bundesländer und Berlin, Westdeutschland umfasst die alten Bundesländer ohne Berlin.

Quelle: Daten der Zentralen Zulagenstelle für Altersvermögen (ZfA) zur Förderung der zusätzlichen kapitalgedeckten Altersvorsorge. Datenstand ist jeweils der Mai des dritten Kalenderjahres, das auf das ausgewertete Beitragsjahr folgt.

Grundlegende Begriffe siehe unter:
www.deutsche-rentenversicherung-bund.de, Rubrik „Riester-Rente“

Rehabilitation (Teilhabe)

Jahr	medizinische Rehabilitation			Teilhabe am Arbeitsleben		
	Anträge	Bewilligungen	Leistungen	Anträge	Bewilligungen	Leistungen ¹⁾
alte Bundesländer						
1970	880 800	764 700	700 806	55 733	29 511	37 340
1975	911 341	822 896	840 856	105 982	49 034	60 044
1980	1 062 199	919 793	798 848	108 565	48 853	48 323
1985	890 029	738 449	696 743	91 878	29 595	26 156
1990	1 077 004	837 152	728 319	119 642	47 592	44 068
1992	1 217 889	928 956	854 883	130 554	50 339	43 355
1995	1 177 016	875 084	839 015	202 850	89 823	64 307
2000	1 039 778	738 284	665 052	233 658	102 938	54 854
2005	1 041 521	700 757	638 684	254 113	158 786	79 356
2010	1 356 370	853 878	797 441	304 312	204 934	103 697
2013	1 353 548	873 982	x	301 651	201 501	x
neue Bundesländer						
1992	118 277	75 931	63 822	30 661	10 528	9 740
1995	237 376	167 357	146 400	61 349	28 435	22 024
2000	258 174	186 911	170 826	74 114	38 205	31 498
2005	254 470	179 039	165 380	85 503	60 764	30 973
2010	312 772	208 622	198 713	108 654	79 914	31 514
2013	316 591	211 595	x	105 614	73 084	x
Deutschland						
1992	1 336 166	1 004 887	918 705	161 215	60 867	53 095
1995	1 414 392	1 042 441	985 415	264 199	118 258	86 331
2000	1 297 952	925 195	835 878	307 772	141 143	86 352
2005	1 295 991	879 796	804 064	339 616	219 550	110 329
2010	1 669 142	1 062 500	996 154	412 966	284 848	135 211
2013	1 670 139	1 085 577	x	407 265	274 585	x

¹⁾ Ab 2000 ohne bedingte LTA durch Vermittlungsbescheide und ohne bedingte Kfz-Hilfen. x liegt noch nicht vor.

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung – Rehabilitation sowie Rehaanträge und ihre Erledigung

Stationäre Leistungen zur medizinischen Rehabilitation 2012 nach Diagnosegruppen

Diagnosegruppen	Männer		Frauen	
	Anzahl	Anteil in Prozent	Anzahl	Anteil in Prozent
Krankheiten von Skelett / Muskeln / Bindegewebe	127 788	30,5	136 084	32,1
Krankheiten des Kreislaufsystems	57 164	13,6	20 914	4,9
Krankheiten des Verdauungssystems/ Stoffwechselkrankheiten	16 393	3,9	11 238	2,6
Krankheiten der Atmungsorgane	10 336	2,5	10 619	2,5
Neubildungen	66 524	15,9	84 567	19,9
Krankheiten des Urogenitalsystems	778	0,2	1 542	0,4
psychische Störungen	84 776	20,2	102 637	24,2
Krankheiten des Nervensystems	8 904	2,1	9 691	2,3
sonstige Krankheiten ¹⁾	46 172	11,0	47 192	11,1
insgesamt	418 835	100	424 484	100

¹⁾ Einschließlich Fälle mit nicht erfasst 1. Diagnose, Verschlüsselung nach ICD 10.

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung – Rehabilitation 2012

Aufwendungen für Leistungen zur Teilhabe, RV insgesamt, in Millionen Euro

Jahr	Aufwendungen insg. ¹⁾	darunter medizin. Leistungen (ohne ÜG)	Übergangs- gelder (ÜG) bei med. Leistungen	Leistungen zur Teilhabe am Arbeits- leben (LTA, ohne ÜG)	Übergangs- gelder bei LTA	sonstige Leistungen (ohne ÜG)	Übergangs- gelder bei sonst. Leistungen	SV- Beiträge
alte Bundesländer (bis 1991) bzw. Deutschland (ab 1992)								
1975	1 829,0	995,6	241,5	167,1	164,2	193,3	x	67,3
1980	2 053,6	1 383,4	381,4	52,7	39,4	88,8	x	107,9
1985	2 227,1	1 587,8	346,3	81,4	45,5	98,5	x	67,6
1990	2 884,9	2 018,6	409,3	109,6	79,7	135,3	x	132,4
1995	5 012,0	3 103,4	657,6	369,7	277,9	292,7	9,1	301,6
2000	4 553,1	2 570,2	530,4	509,0	327,0	324,6	5,8	286,1
2005	4 782,1	2 462,4	377,4	745,9	487,1	425,6	2,4	281,4
2010	5 559,3	3 010,8	501,8	811,0	450,7	499,2	2,3	283,6
2013	5 841,0	3 242,2	588,0	766,6	427,5	480,0	1,7	334,5

¹⁾ Brutto-Aufwendungen sind Reha-Ausgaben zuzüglich Erstattungen; ab 2011 ist „Persönliches Budget“ in der Summe enthalten (2013 rd. 0,5 Mio. Euro).

Für die Zeit vor dem 01.01.2002 ermittelte DM-Beträge werden zum amtlich festgelegten Umrechnungskurs

1 Euro = 1,95583 DM in Euro ohne kaufmännische Rundung umgerechnet.

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung – Rechnungsergebnisse

Überblick über unsere statistischen Publikationen



Aktuelle Daten der RV

Hier finden Sie auf wenigen Seiten aktuelle Bemessungswerte, Kenngrößen, Finanzdaten, Hinzuverdienstgrenzen und Auszüge aus wichtigen Statistiken.

Die Publikation erscheint einmal jährlich.



Ergebnisse auf einen Blick

Hier finden Sie in Form eines Übersichtsblattes wichtige Daten zum Rentenzugang, Rentenbestand, zur Rehabilitation und zu den Versicherten.

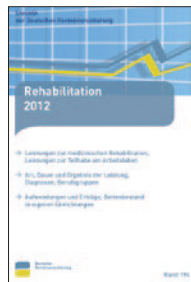
Die Publikation wird in unregelmäßigen Abständen aktualisiert.



Rentenversicherung in Zeitreihen

Die Publikation gehört als Band 22 zur Schriftenreihe der Zeitschrift „Deutsche Rentenversicherung“. Sie erscheint jährlich.

Hier finden Sie lange Zeitreihen, aber auch Informationen zur Thematik Rentenversicherung und Zahlen im weitesten Sinne. Beispiel für weitere interessante Themen ist eine Erläuterung vieler Begriffe rund um die Statistik. Auch wichtige volkswirtschaftliche und demographische Daten sowie der Personalbestand in der Deutschen Rentenversicherung werden dort dargestellt.



Statistikbände

Wenn Sie an tiefgehenden Informationen zu den Fachstatistiken in der deutschen gesetzlichen Rentenversicherung interessiert sind, können Sie hier diese Statistiken als Buch im DIN-A4-Format bestellen. Es gibt Fachstatistiken zu folgenden Bereichen:

- Rehabilitation
- Rentenzugang/-wegfall
- Rentenbestand
- Rentenanwartschaften
- Versicherte



Statistik DVD

Die DVD enthält Statistik-Ergebnisse zu den Bereichen Rehabilitation, Rentenzugang, Rentenbestand, Rentenanwartschaften und Versicherte.

Statistik-Tabellen-Viewer zur Installation unter Windows



Wo finde ich Zahlen zur Rentenversicherung?

Dieses Übersichtsblatt informiert über einige wichtige Quellen zur Statistik der Deutschen Rentenversicherung.

Träger der Deutschen Rentenversicherung

Deutsche Rentenversicherung Baden-Württemberg

76122 Karlsruhe
Telefon 0721 825-0
Telefax 0721 825-21229

Deutsche Rentenversicherung Bayern Süd

81729 München
Telefon 089 6781-0
Telefax 089 6781-2345

Deutsche Rentenversicherung Berlin-Brandenburg

Bertha-von-Suttner-Straße 1
15236 Frankfurt (Oder)
Telefon 0335 551-0
Telefax 0335 551-1295

Deutsche Rentenversicherung Braunschweig-Hannover

30875 Laatzen
Telefon 0511 829-0
Telefax 0511 829-2635

Deutsche Rentenversicherung Hessen

Städelstraße 28
60596 Frankfurt am Main
Telefon 069 6052-0
Telefax 069 6052-1600

Deutsche Rentenversicherung Mitteldeutschland

Georg-Schumann-Straße 146
04159 Leipzig
Telefon 0341 550-55
Telefax 0341 550-5900

Deutsche Rentenversicherung Nord

Ziegelstraße 150
23556 Lübeck
Telefon 0451 485-0
Telefax 0451 485-1777

Deutsche Rentenversicherung Nordbayern

95440 Bayreuth
Telefon 0921 607-0
Telefax 0921 607-398

Deutsche Rentenversicherung Oldenburg-Bremen

Huntestraße 11
26135 Oldenburg
Telefon 0441 927-0
Telefax 0441 927-2563

Deutsche Rentenversicherung Rheinland

40194 Düsseldorf
Telefon 0211 937-0
Telefax 0211 937-3096

Deutsche Rentenversicherung Rheinland-Pfalz

Eichendorffstraße 4–6
67346 Speyer
Telefon 06232 17-0
Telefax 06232 17-2589

Deutsche Rentenversicherung Saarland

Martin-Luther-Straße 2–4
66111 Saarbrücken
Telefon 0681 3093-0
Telefax 0681 3093-199

Deutsche Rentenversicherung Schwaben

Dieselstraße 9
86154 Augsburg
Telefon 0821 500-0
Telefax 0821 500-1000

Deutsche Rentenversicherung Westfalen

48125 Münster
Telefon 0251 238-0
Telefax 0251 238-2960

Deutsche Rentenversicherung Bund

10704 Berlin
Telefon 030 865-0
Telefax 030 865-27240

Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See

Pieperstraße 14–28
44789 Bochum
Telefon 0234 304-0
Telefax 0234 304-53050

Impressum

Herausgeber:

Deutsche Rentenversicherung Bund
Grundsatz- und Querschnittsbereich:
Finanzen und Statistik

Bereich 0760 - Statistische Analysen
10709 Berlin, Ruhrstraße 2

Postanschrift: 10704 Berlin

Telefon: 030 865-0

Telefax: 030 865-89450

Internet:

www.deutsche-rentenversicherung.de

E-Mail: drv@drv-bund.de,

statistik-bln@drv-bund.de



In kompakter Form und im praktischen Format finden Sie hier Zahlenmaterial zur deutschen gesetzlichen Rentenversicherung.

Die Tabellen in dieser Broschüre enthalten aktuelle Bemessungswerte, Kenngrößen, Finanzdaten sowie viele Auszüge aus den Fachstatistiken der Deutschen Rentenversicherung.



Deutsche
Rentenversicherung

KLIENTEL ALS EINZIGER KOMPASS

MERKELS SCHWARZ-GELBE BILANZ

KLIENTEL ALS EINZIGER KOMPASS

MERKELS SCHWARZ-GELBE BILANZ

INHALT

Vorwort: Klientel als einziger Kompass	6
1. Sabotage einer historischen Aufgabe: Merkels Energie- und Klimabilanz	8
▪ Energiewende abgewendet	8
▪ Klimaschutz eingestellt	9
2. Gespaltene Gesellschaft, öffentliche Armut: Ungerechtigkeit in Schwarz und Gelb	11
▪ Niedriglöhne für Millionen	11
▪ Schuldenkönigin mit Sparermaske	12
▪ Mövenpicking: schwarz-gelbe Steuerbegünstigung	14
▪ Kopfpauschale statt Solidarität	15
▪ Lebensleistung nicht erbracht – ab in die Rente!	16
▪ Das Casino bleibt geöffnet	16
▪ Wohnen mit Schwarz-Gelb: unbezahlbar	18
3. Frau im Kanzleramt reicht nicht. Schwarz-gelbe Modernisierungsbremse	19
▪ Gleichstellung am St. Nimmerleinstag	19
▪ Betreuungsgeld statt Vereinbarkeit	21
▪ Ignoranz regiert die schwarz-gelbe Bildungspolitik	22
▪ Verfassungswidrige Politik gegen Lesben und Schwule	23
▪ Verpasste und verpatzte Integrationspolitik	24
4. Kanzlerin der Export-Macht. Merkels Deutschland in der Welt	26
▪ Eurokrisenverschärferin	26
▪ Panzerverkäuferin	28
▪ Ein Ministerium zur Entwicklung des Ministers	29
▪ Flüchtlingspolitik der hohen Zäune	30

5. Kein Licht ins Dunkel, kein Herz für den Laubfrosch.	
Schwarz-gelbe Gleichgültigkeit bei Umwelt und Verbraucherschutz	32
▪ Der schwarz-gelbe Beitrag für die Umwelt: Fracking?	32
▪ Schlechte Masse statt grüner Klasse – schwarz-gelbe Politik für Agro-Industrie und Massentierhaltung	33
▪ Aktionspläne statt Taten – Die VerbraucherInnen bleiben im Dunkeln	35
▪ Bahnhöfe und Milliarden versenkt. Schwarz-gelbe Verkehrspolitik	36
 6. Bürger als lästige Störer. Demokratie unter Merkel	 38
▪ Mehr Schnüffelei hier, weniger Rechtsbeistand da: Bürgerrechte in Schwarz-Gelb	38
▪ Auf dem rechten Auge blind!	39
▪ Business as usual - Schwarz-Gelb und die Lobbyisten	40
▪ Schwarz-gelbe Netzpolitik: Schmalspur statt Breitband	41

KLIENTEL ALS

EINZIGER KOMPASS

VIER JAHRE SCHWARZ-GELB: MERKELS BILANZ

Deutschland und Europa stehen vor großen Herausforderungen. Klimakatastrophe und Umweltzerstörung schreiten weiter voran, die Finanzkrise ist zur Krise Europas geworden, schwach regulierte Finanzmärkte bedrohen realwirtschaftliche Stabilität. Der private Reichtum Weniger wächst bei öffentlicher Rekordverschuldung. Die Arbeitslosigkeit ist zwar gesunken, allerdings arbeiten Millionen Menschen für Niedriglöhne und in befristeten und schlecht abgesicherten Jobs. Der Wirtschaft gehen die Fachkräfte aus. Vielen Kindern und Jugendlichen bleibt trotz ihrer Talente und Fähigkeiten die Chance auf gute Bildung und Arbeit verwehrt. Klarer Kompass und Mut zum Wandel sind gefragt.

Angela Merkel regiert als gäbe es diese Probleme nicht. Schwarz-Gelb ruht sich auf einer guten Konjunktur aus, die viel mit dem Verdienst von UnternehmerInnen wie ArbeitnehmerInnen und nicht zuletzt rot-grünen Reformen zu tun hat, aber wenig mit dieser Regierung. Während sich immer mehr Menschen für Erneuerbare Energien entscheiden, versuchen Merkel und Altmaier das zentrale Zukunftsprojekt Energiewende auszubremsen. Der ökologische Umbau der Industrie ist gestoppt, Arbeitsplätze sind in Gefahr. Natur- und Klimaschutz sind aufs Abstellgleis geschoben. Armut und Chancenlosigkeit werden tatenlos hingenommen, die Finanzbranche darf weiterzocken, der Niedriglohnsektor wird weiter ausgeweitet und aus Steuermitteln subventioniert. Die Interessen von Hoteliers, Banken und Rüstungskonzernen werden bedient, während Kommunen vor der Pleite stehen und die Infrastruktur im Land verfällt.

Angela Merkels Europakurs ist in seiner Einseitigkeit kurzfristig, borniert und riskant – für Europa wie für Deutschland. Die deutsche Export- und Finanzwirtschaft hat jahrelang gut vom zusammenwachsenden Europa profitiert. Die Unterstützung der südeuropäischen Krisenstaaten mit Hilfskrediten war und ist richtig – ein Zusammenbruch des Euros hätte dramatische Konsequenzen für die europäische Einigung. Doch die einseitige Kur aus Sozialstaatsabbau, Lohnsenkungen und Sparen, die Schwarz-Gelb den Krisenstaaten verordnet, hat diese in die Knie gezwungen. Das Resultat heißt verlängerte Rezession und Massenarbeitslosigkeit. Der daraus erwachsende europa-

weite Vertrauensverlust und das Ansteigen des Rechtspopulismus setzen die Zukunft der Europäischen Union insgesamt aufs Spiel.

Die schwarz-gelbe Regierung hat kein Konzept und vor allem keine Idee für eine gemeinsame Zukunft dieses Landes oder die Zukunft Europas. Ihr Handeln bleibt ohne Ziel, ohne Linie, ohne Plan. Es geht zu Lasten Vieler, die auf Unterstützung angewiesen sind, die den Zusammenhalt der Gesellschaft voran bringen wollen, die das Gemeinwesen stärken. Es geht zu Gunsten mächtiger und gut finanzierter Lobbys.

Angela Merkels entpolitisierende Imagepflege wird von PR-Spezialisten bewundert. Sie bietet den Menschen ein Politiktheater, bei dem Merkel und Mitglieder des Kabinetts laut über das reden, was die gesellschaftliche Mehrheit in Deutschland will, während im Hintergrund das Gegenteil geschieht. Angela Merkel steht für eine Politik gegen Klimaschutz, flächendeckenden Mindestlohn, Frauenquoten, Gleichstellung lesbischer und schwuler Paare, konsequente Energiewende, Kampf gegen Steuerhinterziehung, harte Bankenregulierung oder solide Staatsfinanzen. Doch sie gibt wechselweise die Unbeteiligte und die Besorgte. Sie macht einen guten Eindruck und zugleich sinkt bei vielen Menschen die Hoffnung, dass Politik etwas ändern könnte. Je geringer die Erwartungen, umso leichter sind sie zu erfüllen.

Wir halten in dieser Bilanz Punkt für Punkt fest, wofür Schwarz-Gelb und Angela Merkel verantwortlich sind, was sie verhindert, simuliert und blockiert haben, was gegen sie durchgesetzt werden musste. Wir zeigen, wer von ihrer Politik bedient wurde und wer die Verlierer waren und sind. Und wir sagen, wie wir uns den sozialen und ökologischen Umbau dieser Gesellschaft – einen Grünen Wandel – vorstellen.

1. SABOTAGE EINER HISTORISCHEN AUFGABE: MERKELS ENERGIE- UND KLIMABILANZ

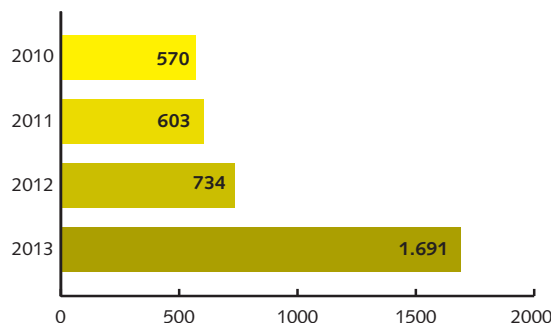
ENERGIEWENDE ABGEWENDET

» Es wird die Frage zu entscheiden sein, wie lange wir Atomkraft noch brauchen – und das wird gewiss über 2020 hinaus sein.«
Angela Merkel, FAZ, 25.2.2010

Als erstes hat Angela Merkel die Laufzeiten der Atomkraftwerke verlängert. Nur sechs Monate später, nach der Atomkatastrophe in Fukushima, musste sie unter dem Druck der deutschen Öffentlichkeit zum Atomausstieg zurückkehren. Nur zögernd hat Schwarz-Gelb überhaupt den Pfad der Energiewende betreten. Doch unter dieser Regierung ist die Energiewende ernsthaft in Gefahr. Schwarz-Gelb verschleppt und blockiert dieses zentrale Projekt. Die Planungssicherheit der Unternehmen ist dahin, seit die Merkel-Regierung ständig am Erneuerbare-Energien-Gesetz herumexperimentiert. 2012 ist die Zahl der Arbeitsplätze in der Erneuerbaren-Branche erstmals zurückgegangen. Schwarz-Gelb hat zudem die Industrieprivilegien bei EEG-Umlage und Netzentgelten drastisch ausgeweitet und die Energiewende so zur Subventionsmaschine für die Großindustrie gemacht. Die Zeche zahlen der Mittelstand und die Verbraucher. Bei der

Energieeffizienz war Merkel die größte Blockiererin in der EU. Noch immer gibt es keine Einsparverpflichtung für Energieversorger, von einem Markt für Energieeffizienz sind wir weit entfernt, von einer Effizienzstrategie ganz zu schweigen. Beim Netzausbau und der Anbindung von Offshore-Windparks hinken wir massiv hinterher. Von 1.800 Kilometern neuer Stromleitungen sind nicht einmal 20 Prozent errichtet und noch immer sind fertige Windparks auf dem Meer nicht ans Stromnetz angeschlossen.

Anzahl der Unternehmen, die von der vollen EEG-Umlage befreit werden.



Quelle: BAFA

WER WIRD BEDIENT?

- Großunternehmen profitieren von Subventionen bei EEG-Umlage und Netzentgelten.
- Kohlekraftwerksbetreiber freuen sich über politisch organisiertes verlangsamtes Wachstum bei Wind und Sonne.

WER MUSS BEZAHLEN?

- Privathaushalte und der Mittelstand zahlen drauf zugunsten der von der EEG-Umlage befreiten Industriekunden. Diese soziale Schieflage gefährdet die gesellschaftliche Akzeptanz der Energiewende.
- Die Verschleppung der Energiewende kostet die nächsten Generationen Milliarden an weiteren Umweltschäden. Deutschland verspielt einen wirtschaftlichen Vorsprung.

SO GEHT DER GRÜNE WANDEL

Wir brauchen ein klares Bekenntnis zur Energiewende. 2020 soll etwa die Hälfte des Stroms erneuerbar erzeugt werden. Dazu wollen wir:

- Das Fördergesetz für Erneuerbare Energien von unnötigen Kosten befreien und die Lasten fair verteilen.
- Den Strommarkt auf die Erneuerbaren ausrichten.
- Energieeffizienz durch eine Einsparverpflichtung für Energieversorger voranbringen.
- Einen Energiesparfonds in Höhe von 3 Milliarden Euro auflegen, um einkommensschwache Haushalte, Kommunen und Unternehmen beim Energiesparen zu unterstützen.
- Eine Deutsche Netzgesellschaft gründen, um den Netzausbau voranzutreiben.

KLIMASCHUTZ EINGESTELLT

»Wir bekräftigen unser Ziel, die Treibhausgas-Emissionen bis 2020 um 40% gegenüber 1990 zu senken.«

Schwarz-gelber Koalitionsvertrag, S. 26

Merkels Klimabilanz: Die Treibhausgasemissionen in Deutschland steigen wieder, um 1,6 Prozent im vergangenen Jahr. Schwarz-Gelb ist nicht bereit, sich völkerrechtlich zum eigenen Klimaziel von 40 Prozent Emissionsminderung zu verpflichten. Der europäische Emissionshandel ist zusammengebrochen. Die Koalitionsparteien haben den Neustart im

Europäischen Parlament verhindert. Im Ergebnis verdrängen schmutzige Kohlekraftwerke die effizienteren Gaskraftwerke im fossilen Kraftwerkspark. Allein die Emissionen aus der Kohleverstromung sind im vergangenen Jahr um 4 Prozent gestiegen. Der Niedergang des Emissionshandels reißt außerdem ein riesiges Loch in den Energie- und Klimafonds, mit dem wichtige Projekte der Energiewende finanziert werden sollten. Allein in diesem Jahr fehlen 1,2 – 1,4 Milliarden für wichtige Förderprogramme, zum Beispiel den Energieeffizienzfonds und das Marktanreizprogramm für erneuerbare Wärme.

WER FREUT SICH ÜBER SCHWARZ-GELBE KLIMAPOLITIK?

- Die energieintensive Industrie bekam einen Nachlass bei der Stromsteuer.
- Für die Autoindustrie verhinderte Merkel in Brüssel strenge Vorgaben zu Verbrauch und Abgasen. Die Industrie hat keinen Anreiz umzusteuern.
- Kohlekraftwerksbetreibern nutzt die schwarz-gelbe Blockade beim Emissionshandel.

WER HAT VERLOREN?

- Wir alle kommen für die Schäden des Klimawandels auf.
- Wir alle bleiben abhängig von teuren Öl- und Gasimporten.
- Der Ausfall Deutschlands beim Klimaschutz schädigt die starke Position der deutschen Unternehmen auf dem Weltmarkt für Umweltschutzgüter. Erst kürzlich sahen sich einige große deutsche Unternehmen dazu genötigt in einem offenen Appell mehr Klimaschutz von der Bundesregierung einzufordern.

GRÜNER WANDEL GEGEN SCHWARZ-GELB

Wir wollen das erklärte nationale Klimaschutzziel von 40 Prozent Minderung der Emissionen bis 2020 erreichen. Dazu wollen wir:

- Ein Klimaschutzgesetz, in dem rechtsverbindlich mittel- und langfristige Emissionsminderungsziele mit nachprüfbaren Zwischenzielen verankert werden und das wirksame Sanktionen enthält, die bei Zielverfehlungen automatisch greifen.
- Ein umfassendes Klimaschutzprogramm, das die notwendigen Maßnahmen zur Erreichung der nationalen Klimaschutzziele enthält.

2. GESPALTENE GESELLSCHAFT, ÖFFENTLICHE ARMUT: UNGERECHTIGKEIT IN SCHWARZ UND GELB

NIEDRIGLÖHNE FÜR MILLIONEN

» Soziale Politik heißt für mich auch, für Lohnuntergrenzen einzutreten, ... nicht etwa für einen von Politikern festgelegten Einheits-Mindestlohn.«

Angela Merkel, Bild, 18.04.2013

Mehr als jedeR Fünfte arbeitet heute in Deutschland im Niedriglohnsektor. 6,8 Millionen Menschen arbeiten für weniger als 8,50 Euro Stundenlohn. 1,4 Millionen Erwerbstätige müssen ihren Lohn durch Arbeitslosengeld II aufstocken. Für mehr als drei Millionen Frauen sind Minijobs die einzige Erwerbsquelle – ohne eigenständige soziale Absicherung und bei hohem Risiko von Altersarmut. Immer mehr Menschen sind arm trotz Arbeit. Merkel hat die gute Konjunktur nicht

dazu genutzt, die Situation von Langzeitarbeitslosen, von prekär Beschäftigten und armen Familien zu verbessern. Nach vier Jahren Schwarz-Gelb gibt es weder einen flächendeckenden Mindestlohn in Deutschland noch Schutz vor Lohndumping. Die sogenannten Lohnuntergrenzen mit denen Merkel und von der Leyen versuchen, den Menschen Sand in die Augen zu streuen, ändern nichts daran, dass etwa eine Floristin im Osten weiter mit 5,39 Euro Tarif-Stundenlohn nach Hause geht. Maßnahmen für ALG II-EmpfängerInnen wurden drastisch gekürzt. Leiharbeit ist unter Schwarz-Gelb weiter angestiegen und wird zur Absenkung von Löhnen genutzt. Werkverträge werden ausgenutzt, um auf Kosten der Beschäftigten immer billiger zu produzieren.

Anzahl der erwerbstätigen ALG-II-EmpfängerInnen, deren Lohn aus Steuermitteln aufgestockt wird (2012):



1.432.701

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Anteil der Beschäftigten mit Niedriglohn (2010):



22,2%

Quelle: Eurostat

WER PROFITIERT:

- Diejenigen Wirtschaftsverbände, die noch immer laut gegen Mindestlöhne protestieren.
- Diejenigen Unternehmen, die Niedriglöhne für einen bodenlosen Unterbietungswettbewerb zu Lasten fair agierender Betriebe nutzen.

WER VERLIERT?

- Millionen Menschen, die von ihrer Hände Arbeit nicht leben können und wenig abgesichert sind, weil sie zu Niedriglöhnen arbeiten.
- Die große Zahl von Unternehmen, die faire Löhne zahlt und im Wettbewerb das Nachsehen hat gegenüber denen, die auf Lohndumping setzen.
- LeiharbeiterInnen und MinijobberInnen, die nur die Hälfte des Lohns von NormalarbeitnehmerInnen verdienen und ohne Aussicht auf reguläre Beschäftigung arbeiten.
- „Aufstocker“ sowie Langzeitarbeitslose, die beim Weg zurück ins Arbeitsleben nicht mehr unterstützt werden.
- SteuerzahlerInnen, die Niedriglöhne hunderttausendfach aufstocken müssen.

GRÜNER WANDEL GEGEN SCHWARZ-GELB:

Wir wollen die Arbeitswelt gerechter gestalten, die Rechte der Beschäftigten stärken und Zugang zum Arbeitsmarkt für alle schaffen. Dazu wollen wir:

- Einen allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn von mindestens 8,50 Euro pro Stunde.
- Gleichen Lohn in der Leiharbeit (Equal Pay).
- MinijobberInnen besserstellen und in ihren Rechten stärken.
- Die gleiche Bezahlung gleicher Arbeit für Frauen und Männer durch ein Gesetz regeln.
- Einen sozialen Arbeitsmarkt für Menschen, die keine Chance auf einen regulären Job haben.

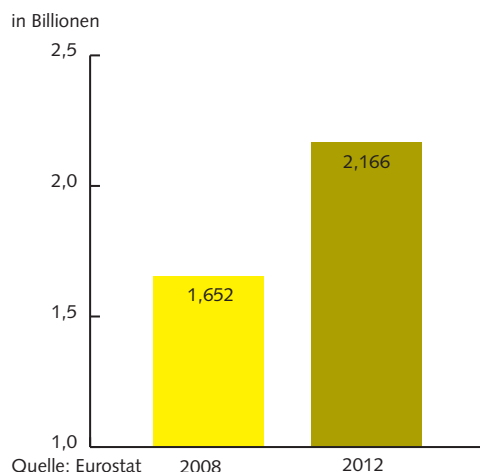
SCHULDENKÖNIGIN MIT SPARERMASKE

» Wohlstand auf Pump geht nicht mehr, das muss allen klar sein.«

Angela Merkel, Bild, 19.04.2013

Die öffentliche Hand ist hoch verschuldet. Nachrichten über „sprudelnde Steuerquellen“ und Slogans über einen „Staat, der genug Geld hat“ verschleiern, dass die öffentliche Hand ihren Aufgaben ohne Schuldenaufnahme nicht gerecht werden kann. Unter Kanzlerin Merkel stiegen die Schulden insgesamt um rund 500 Milliarden Euro auf mehr als 2 Billionen Euro. Die Schuldenquote der Bundesrepublik stieg von 68 Prozent auf 82 Prozent des Bruttoin-

Entwicklung der Staatsschulden unter Angela Merkel



landprodukts. Die Merkel-Koalition redet vom Sparen, hat aber keinerlei Ausgaben überprüft oder gar zurückgeführt. Sie lebt von konjunkturellen Steuermehreinnahmen, die ihr in den Schoß gefallen sind und historischen Niedrigzinsen, die nicht ewig so bleiben. Für das unsinnige Betreuungsgeld werden Milliarden ausgegeben. Steuerbegünstigungen an ihre Klientels kosteten über 35 Milliarden Euro. Und die Sozialversicherungen wurden geplündert, z.B. etwa 3,5 Milliarden Euro aus dem Gesundheitsfonds. Die Gemeinden sind hoch verschuldet, die schwarz-gelbe Antwort: Ihre Steuergesetze entzogen den Kommunen zwischen 2010 und 2013 ca. 5,2 Milliarden Euro. Eine schleichende Verarmungsstrategie der öffentlichen Hand treibt sie in die Verschuldung, begründet Sparzwänge und verödet die Orte, in denen wir alle leben.

WIR ALLE LEIDEN UNTER DER SCHULDENPOLITIK

- Die Zinsen sind mit 33 Milliarden Euro (2013) der zweitgrößte Posten im Bundeshaushalt – Geld, das nicht in Zukunftsinvestitionen wie Bildung fließen kann.
- Die nächste Generation erbt unsere Schulden.
- Wer sich wie Schwarz-Gelb allein auf Konjunktur und Niedrigzinsen verlässt, der wird schon bald bei Zukunftsinvestitionen oder im Sozialbereich kürzen müssen.
- Auf den deutschen Gemeinden lastet ein Schuldenberg von über 133 Milliarden Euro. Dazu kommt ein Investitionsstau, also aus Geldmangel verschleppte Instandsetzungen der kommunalen Infrastruktur, von 128 Milliarden Euro. An allen Ecken fehlt das Geld: Schlaglöcher und mangelhafter Nahverkehr, fehlende Kita-Plätze, undichte Turnhallen, geschlossene Theater, Jugendclubs und Schwimmhallen sind Alltag in vielen Gemeinden.

SO GEHT DER GRÜNE WANDEL

Notwendige staatliche Ausgaben müssen aus Einnahmen finanziert werden, nicht aus Schulden. Grüne Haushaltspolitik setzt auf einen Dreiklang: Unnötige Ausgaben kürzen, schädliche Subventionen abbauen, Steuern für hohe Einkommen und Vermögen maßvoll erhöhen. Wir wollen:

- Durch die Reduzierung der Schwarzarbeit, die Einführung eines Mindestlohns, den Verzicht auf teure und unsinnige Rüstungsprojekte und eine Straffung im Beschaffungswesen Milliarden einsparen.
- Ökologisch schädliche Subventionen wie die steuerliche Bevorzugung schwerer Dienstwagen oder des Flugverkehrs beenden.
- Mit unserer zweckgebundenen Vermögensabgabe auf sehr hohe Vermögen die Schulden aus der Finanzkrise abbauen.
- Die Kommunen finanziell stärken. Durch unsere Steuerpläne erhalten die Kommunen ca. 2 Milliarden Euro zusätzliche Steuereinnahmen zum Schuldenabbau und zur Finanzierung von Kindertagesstätten, Kultur- und Sozialeinrichtungen.

MÖVENPICKING: SCHWARZ-GELBE STEUERBEGÜNSTIGUNG

»Ich bin deshalb eine Gegnerin jeder Art von Vermögenssteuer.«

Angela Merkel, Bild, 18.04.2013

SCHWARZ-GELBE BESCHERUNG! WER HAT PROFITIERT?

- Als eine der ersten Maßnahmen hat die schwarz-gelbe Regierung Steuerbegünstigungen an ihre Klientel verteilt. Die Mehrwertsteuer für Hotels wurde gesenkt. Die Hotelsubvention kostet uns jetzt bereits rund 4 Milliarden Euro.
- Die Erbschaftsteuer wurde gesenkt. Die Regierung behielt auch das Steuerschlupfloch „Cash-GmbH“ in der Erbschaftsteuer bei, bis sie vom rot-grün dominierten Bundesrat gezwungen wurden, es letzte Woche endlich zu schließen. Profitiert haben vor allem reiche ErbInnen, die ihr Vermögen als Betriebsvermögen verkleiden konnten.
- Großen Konzernen wurde die Steuervermeidung über Zinszahlungen ins Ausland oder über Teilverlagerungen erleichtert.
- Merkels Koalition wollte noch mehr: die Abschaffung der Gewerbesteuer als wichtigste Einnahmequelle der Kommunen und die Steuersenkung für Hochverdienende über den Abbau der sogenannten kalten Progression. Das konnten wir im Bundesrat verhindern.
- Steuerhinterziehung bekämpfen Merkel und Schäuble nur vor den Kameras, nicht in der Realität. Auf europäischer Ebene blockierten sie wichtige Projekte wie die einheitliche Bemessungsgrundlage für die Unternehmenssteuern und länderbezogene Berichtspflichten für große Unternehmen. Während Merkel bei der G20 das Ende des Bankgeheimnisses versprach, ließ sie ihren Finanzminister ein Steuerabkommen mit der Schweiz aushandeln, das SteuerhinterzieherInnen dauerhaft Anonymität und Straffreiheit ermöglicht hätte. Auch dieses Vorhaben konnte aber vom mehrheitlich rot-grünen Bundesrat gestoppt werden. Nur dadurch gibt es jetzt Aussicht auf Fortschritt beim automatischen Informationsaustausch zwischen den Banken und Staaten Europas.

WER HAT DAS BEZAHLT?

- Alle normalen SteuerzahlerInnen, vor allem ArbeitnehmerInnen und kleine wie mittlere Unternehmen, die zu solchen Steuertricks keine Gelegenheit haben, verlieren. Denn sie zahlen die Steuern der Merkel-Klientel mit.
- Wir alle zahlen den Preis mit maroder öffentlicher Infrastruktur, geschlossenen Theatern, Schwimmbädern, schlechten Schulen und kaputten Straßen.

So viel haben schwarz-gelbe Steuergesetze gekostet

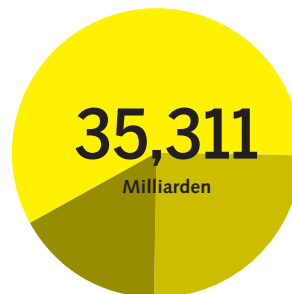
Wachstumsbeschleunigungsgesetz, Steuervereinfachungsgesetz, Spitzenausgleich, jeweils 2010-2013

Gesamt
35,311 Mrd.

● Bund
20,627 Mrd.

● Länder
8,837 Mrd.

● Kommunen
5,847 Mrd.



Quelle: Deutscher Bundestag, Drucksachen 17/15, 17/5125, 17/10744

GRÜNER WANDEL GEGEN SCHWARZ-GELB

Wir wollen ein gerechteres Steuersystem und ein solide finanziertes Gemeinwesen. Wir haben ein durchgerechnetes Konzept, mit dem wir Schulden abbauen und in die Zukunft investieren – in Kinderbetreuung, Bildung, gerechtere Sozialleistungen, in Klimaschutz und Energiewende. Wir entlasten 90 Prozent der EinkommensteuerzahlerInnen. Für ein öffentliches Gemeinwesen in unserer aller Interesse sollen die oberen zehn Prozent dieser Gesellschaft einen maßvoll höheren Beitrag leisten. Wir wollen:

- Kleine und mittlere Einkommen deutlich entlasten, besonders Familien mit Kindern.
- Den Spitzensteuersatz auf 49 Prozent erhöhen.
- Eine Vermögensabgabe auf sehr hohe Vermögen zum Schuldenabbau.

KOPFPAUSCHALE STATT SOLIDARITÄT

Unter Schwarz-Gelb wurde die Zweiklassenmedizin weiter zementiert. Wer privat versichert ist, bekommt den Termin beim Facharzt doppelt so schnell wie gesetzlich Versicherte. Gleichzeitig steigen die Beiträge der Privaten, so dass viele, zum Beispiel kleine Selbständige mit geringem Einkommen kaum noch über die Runden kommen. Das Einkommen von ÄrztInnen und die Einnahmen der Krankenhäuser hängen weniger von der Qualität der Behandlung ab als von der Frage, wie jemand versichert ist. Gleichzeitig geht die Merkel-Regierung beharrlich den Weg zur Kopfpauschale, bei der Verkäuferin und Vorstandsvorsitzende gleich hohe Beiträge zahlen. Um das zu erreichen wurde der Beitragssatz eingefroren. Künftige Kostensteigerungen sollen nicht mehr paritätisch von ArbeitgeberInnen und ArbeitnehmerInnen bezahlt werden, sondern allein von den Versicherten mit pauschalen Zusatzbeiträgen. Ähnlich agiert Schwarz-Gelb bei der Pflegeversicherung. Statt für eine nachhaltige und solidarische Finanzierung zu sorgen, sollen die Menschen immer mehr auf sich selbst angewiesen sein, was die Versorgung bei Pflege und im Alter angeht.

WER PROFITIERT VON DIESER POLITIK?

- Vom schleichenden Weg in die Kopfpauschale profitieren ArbeitgeberInnen und Gutverdienende.
- Von der Trennung in private und gesetzliche Krankenversicherung profitiert die private Versicherungswirtschaft. Während ChefärztInnen und Pharmaunternehmen weiterhin üppig von den Strukturen profitieren, tat Schwarz-Gelb nichts gegen den Pflegenotstand.

GRÜNER WANDEL GEGEN ZWEIKLASSENMEDIZIN

Wir wollen die Zweiklassenmedizin beenden, bei der Wartezeiten und Ausmaß der Behandlung nicht von der Erkrankung, sondern von der Art des Versicherungsschutzes abhängen. Dazu wollen wir:

- Eine Bürgerversicherung einführen; die Trennung von gesetzlicher und privater Kranken- und Pflegeversicherung überwinden.
- ArbeitgeberInnen und ArbeitnehmerInnen durch einen niedrigeren Beitragssatz entlasten.
- Die ärztliche Versorgung wieder flächendeckend und für alle gewährleisten.
- Gegen die Milliardenverschwendung im deutschen Gesundheitssystem kämpfen.

LEBENSLEISTUNG NICHT ERBRACHT – AB IN DIE RENTE!

Die Angst vor Altersarmut ist weit verbreitet, das Vertrauen in unser Rentensystem schwindet weiter. Schwarz-Gelb aber hat im Rentensystem nichts getan. Frau von der Leyen hat viel angekündigt, aber nichts umgesetzt. Dabei sollten nach ihrem letzten Entwurf ohnehin nur noch Versicherte, die „40 Jahre in die Gesetzliche Rentenversicherung eingezahlt und privat vorgesorgt“ haben, eine „Lebensleistungsrente“ beanspruchen können. Im Gespräch waren 850 Euro. Das war Union und FDP deutlich zu hoch. Sie wollen lieber eine Rente, die 10 Euro über der Grundversicherung liegt. 10 Euro für die „Lebensleistung“, echte Schwarz-Gelbe Politik für kleine Leute. Auch diese Großtat allerdings war zu viel verlangt: schwarz-gelb vertagte die Rente.

WER HAT WAS DAVON?

- Niemand. Karl-Josef Laumann, der Vorsitzende des Arbeitnehmerflügels der CDU, bringt es auf den Punkt: Die zurückliegenden schwarz-gelben Regierungsjahre seien »verlorene Jahre« für die Sozialpolitik gewesen.

GRÜNER WANDEL GEGEN ALTERSARMUT

Wir wollen Altersarmut tatsächlich bekämpfen. Dafür wollen wir:

- Eine Garantierente einführen, die Männer UND Frauen erreicht. Wer mindestens 30 Versicherungsjahre hat, erwirbt dadurch einen Anspruch auf eine Rente in Höhe von mindestens 850 Euro und zwar innerhalb der gesetzlichen Rentenversicherung.
- In die Berechnung der Wartezeit gehen auch Zeiten der Arbeitslosigkeit und der Kindererziehung ein.

DAS CASINO BLEIBT GEÖFFNET

»Keine Bank darf so groß sein, dass sie wieder Staaten erpressen darf.«

Angela Merkel, spiegel.de, 24.09.2009

Bilanzsumme Deutsche Bank.

Vor der Krise und heute.



Quelle: Deutsche Bank

Das weltweite Finanzcasino ist zur Bedrohung für die volkswirtschaftliche Stabilität von Gesellschaften weltweit geworden. Die Finanzwirtschaft muss zurückgeführt werden auf ihre dienende Rolle für die Realwirtschaft. Das haben viele nach der Finanzkrise 2008 verstanden, Schwarz-Gelb nicht. Fünf Jahre nach der Krise haben Union und FDP in der Bankenregulierung viel Handeln simuliert, aber nichts geändert. Der zentrale Hebel für eine Eindämmung der Spekulation wäre eine effektive Schuldenbremse für Banken, denn noch immer haben die Banken zu wenig Eigenkapital, um mögliche Verluste auffangen zu können. Die konkrete Höhe des Eigenkapitals dürfen Banken aber weiterhin selbst be-

stimmen und damit Sicherheit vortäuschen. Doch Schwarz-Gelb ist der wichtigste Blockierer einer Schuldenbremse für Banken in Europa und pocht auf die Selbstregulierung einer Branche, die uns in eine tiefe Finanzkrise geführt hat. Noch immer gilt außerdem: Banken, die Milliarden versenken, werden auf Steuerzahlerkosten gerettet. Gewinne streichen AktionärInnen und GläubigerInnen ein. Während in den USA seit Ausbruch der Finanzkrise über 400 Banken ohne Kosten für den Staat abgewickelt wurden, muss in der EU noch immer SteuerzahlerInnen einspringen – siehe Zypern, Spanien oder Frankreich. Merkel blockiert in der EU einen Bankenabwicklungsfonds, der die Beteiligung der Investoren regeln würde. Zur Einführung einer Finanztransaktionssteuer musste die rot-grüne Opposition Merkel zwingen und es besteht akute Verschleppungsgefahr. Eine europäische Bankenaufsicht, die den europäischen Kapitalmarkt effektiv überwacht und reguliert, wird von Schwarz-Gelb bei jeder Gelegenheit aufgeschoben. Ein Trennbankengesetz wurde so ausgestaltet, dass es niemandem weh tut.

WER PROFITIERT?

- Banken und ihre Aktionäre, die ihr riskantes Spiel fortsetzen, weil sie weiterhin die Gewinne einstreichen, ohne die Risiken zu tragen. Der Einfluss der Finanzlobby bei Schwarz-Gelb ist zu groß. Jede effektive Regulierung konnte verhindert werden.

WER WAREN DIE VERLIERER?

- Die SteuerzahlerInnen, die noch immer bei einer Bankpleite gerade stehen müssen, um volkswirtschaftliche Schäden abzuwenden.
- Die europäische Wirtschaft leidet weiter unter der anhaltenden Krise, weil kein Vertrauen in die Finanzmärkte einkehrt.

GRÜNER WANDEL GEGEN SCHWARZ-GELB

Um die seit der Finanzmarktkrise verlorene Stabilität in Europa zurückzugewinnen, um die Rezession zu überwinden und Staatsverschuldung auf Dauer zu senken, müssen wir die Ursachen der Krise, nicht nur ihre Symptome bekämpfen. Wir wollen:

- Eine Schuldenbremse für Banken, um den Freiraum der Banken bei der Berechnung ihrer Eigenkapitalanforderungen einzuschränken.
- Ein europäisches Abwicklungsregime und eine europäische Abwicklungsbehörde für insolvente Banken sowie einen Bankenfonds, mit dem die EigentümerInnen der Banken in Zukunft selbst für die Kosten bei Restrukturierung aufkommen.
- Eine europäische Aufsichtsbehörde, die große Banken effektiv kontrolliert.

WOHNEN MIT SCHWARZ-GELB: UNBEZAHLBAR

Explodierende Mieten, fehlende Wohnungen und soziale Spaltung in den Ballungsräumen: Bezahlbarer Wohnraum wird in immer mehr Städten zum Luxus. Merkels Regierung hat die Lage verschärft, indem sie das Wohngeld drastisch gekürzt, den Heizkostenzuschuss abgeschafft, die Städtebauförderung zusammen gestrichen, das Programm Soziale Stadt um 70 Prozent gekürzt und Mieterrechte abgebaut hat. Die Bundesmittel für das Programm Altersgerecht Umbauen hat die Merkel-Regierung gestrichen, trotz des anerkannt hohen Bedarfs.

Auch gegen den Anstieg der Nebenkosten, der sogenannten „zweiten Miete“, hat Merkel nichts unternommen. Für die Energiewende im Gebäudebereich gibt es weder eine Strategie noch nennenswerte Maßnahmen. Das KfW-Gebäudesanierungsprogramm wurde auf 1,5 Milliarden Euro gekürzt, der Emissionshandel als die Finanzierungsbasis für Energieeinsparmaßnahmen ist in der Krise, das Sondervermögen Energie- und Klimafonds ist chronisch unterfinanziert. Die steuerliche Förderung der Gebäudesanierung scheiterte, weil Schwarz-Gelb das Gesetz stümperhaft auf den Weg brachte und keinerlei Angebote an die Länder und Kommunen zur Kompensation von Einnahmeausfällen unterbreitete. So verhindert die Bundesregierung Planungs- und Investitionssicherheit.

WER PROFITIERT?

- Mit dem Mietrechtsänderungsgesetz wurden trotz der angespannten Lage zu allem Überfluss auch noch Ansprüche der Wohnungswirtschaft erfüllt, das Recht auf Mietminderung bei Sanierungen eingeschränkt sowie Räumungen erleichtert.

WER WAREN DIE VERLIERER?

- Menschen mit niedrigen und ungesicherten Einkommen: Die Zahl der Haushalte, die mehr als 40 Prozent ihres Einkommens für das Wohnen aufwenden müssen und in Transferleistungen gezwungen werden, steigt bedrohlich an.
- Frauen, die häufiger als Männer Kinder allein erziehen und im Schnitt geringere Löhne und Renten haben, sind in besonderem Maß betroffen.

GRÜNER WANDEL GEGEN MERKEL:

Wir wollen:

- Gegen Preistreiberei und Wohnraummangel vorgehen, indem wir Mietanstiege in laufenden Verträgen und bei Wiedervermietung begrenzen.
- Auch im Zuge von Modernisierungen die Mieterhöhung auf maximal 9 Prozent der Kosten pro Jahr senken und sie auf die energetische Sanierung sowie den altersgerechten Umbau beschränken.
- Eine bessere Finanzierung des sozialen Wohnungsbaus.
- Das Wohngeld stärken, um zu verhindern, dass Haushalte in Transferleistungen abrutschen.

3. FRAU IM KANZLERAMT REICHT NICHT. SCHWARZ-GELBE MODERNISIERUNGSBREMSE

GLEICHSTELLUNG AM ST. NIMMERLEINSTAG

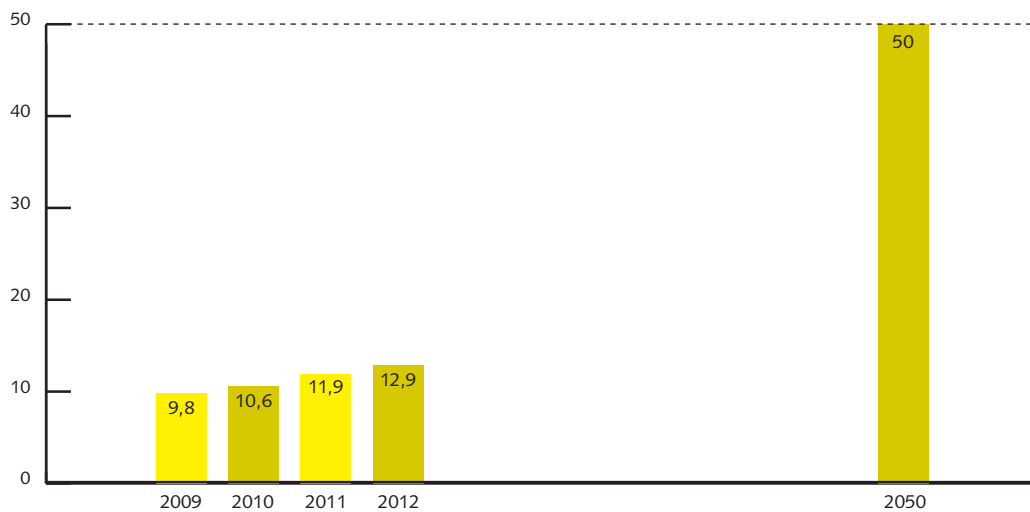
»Und da könnte man jetzt mal langsam dazu kommen, dass auch in Aufsichtsräten mehr Frauen sind.« Angela Merkel beim Spitzengespräch mit den vier führenden Wirtschaftsverbänden auf der Münchner Handwerksmesse. Die Unternehmen müssten freiwillig bis Ende des Jahrzehnts den Frauenanteil in den Aufsichtsgremien auf 30 bis 40 Prozent erhöhen. »Wenn uns das nicht gelingt, dass wir das auf dem freiwilligen Weg schaffen, dann wird die Gefahr oder die Möglichkeit, dass wir gesetzlich handeln müssen, steigen«
prophetezte Angela Merkel, merkur-online.de, 08.03.2013

So klingt Angela Merkel, wenn sie der Wirtschaft ihre Grenzen aufzeigt. Dem entsprechend ihre Erfolge in der Gleichstellungspolitik: Es gibt keine. Schwarz-Gelb hat einen einzigen Punkt in der Frauenpolitik: Die erste Frau im Kanzleramt. Die CDU-Kanzlerin ist der Ansicht, das genüge. Jede weitere Gleichstellungspolitik wurde blockiert. Diskussionen um Entgeltgleichheit oder Sexismus liefen ohne sie. Zur Frauenquote für Führungspositionen in der Wirtschaft inszenierte die CDU mit viel Getöse einen Streit. Als es im Bundestag zum Schwur kam, schlug sich Merkel auf die Seite der QuotenkritikerInnen und speiste die BefürworterInnen mit dem vagen Versprechen auf eine Quote im Wahlprogramm ab. Merkels Frauenministerin Schröder schrieb ein Buch gegen den Feminismus – CDU-Frauenpolitik, wie wir sie seit jeher kennen. Schwarz-Gelb verteidigt das Ehegattensplitting statt gezielt Kinder zu fördern. Statt besserer Vereinbarkeit von Familie und Beruf gab es das Betreuungsgeld. Der Lohnunterschied zwischen Frauen und Männern beträgt weiterhin 22 Prozent. Merkelsche Politiksimulation gab es beim Rückkehrrecht von Teil- auf Vollzeit und bei der Anhebung der Mütterrenten. Beides findet die Kanzlerin echt gut. Ohne es einzuführen.

Frauen in Aufsichtsräten der Top-200-Unternehmen (ohne Finanzsektor)

Bei gleichbleibendem Trend würden 50 % erst im Jahr 2050 erreicht.

in Prozent



Quelle: DIW

WARUM MACHT MERKEL NICHT MEHR DRUCK?

- Weil Wirtschaftsverbände gegen die Quote wettern, obwohl alle Selbstverpflichtungen klar versagt haben.

WEM SCHADET DIE MODERNISIERUNGSBLOCKADE?

- Für die Frauen waren es vier weitere verlorene Jahre. Und auch die Männer, die sich mehr Wahlfreiheit und Rollenspielräume wünschen, haben nichts gewonnen.
- Den Betrieben fehlen die gut ausgebildeten Frauen als Fachkräfte.

GRÜNER WANDEL FÜR GLEICHSTELLUNG

Wir wollen:

- Gleichen Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit durch ein Entgeltgleichheitsgesetz.
- Ein Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft.
- Eine gesetzliche Quote für Aufsichtsräte und Vorstände.
- Ausbau von Kinderbetreuung und Ganztagschulen.
- Ein Arbeitsmarktprogramm für den (Wieder-) Einstieg in existenzsichernde Erwerbsarbeit und ein Rückkehrrecht auf Vollzeit.

BETREUUNGSGELD STATT VEREINBARKEIT

»Die CSU würde ein Scheitern des Betreuungsgeldes nicht hinnehmen. Und die Stimmen der CSU sind in dieser Koalition notwendig«

Horst Seehofer, tagesschau.de, 17.06.2012

Seit Jahren wird der Mangel an Betreuungsangeboten für Kinder beklagt. Merkels Ministerin Schröder hat den Ausbau der Angebote für die unter dreijährigen (U3) Kinder über Jahre schleifen lassen. Im März 2012 fehlten noch rund 220.000 Plätze. Demnach gab es für 28 Prozent der U3-Kinder ein Angebot. 39 Prozent müssen es im Bundesdurchschnitt bis August 2013 werden. Das ist kaum mehr zu erreichen. Ungerührt nimmt der Bund das Chaos beim Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung ab August 2013 in Kauf. Statt mehr

Geld in den Ausbau der Betreuung zu stecken, verschwendet Merkel rund 1,2 Milliarden Euro für das Betreuungsgeld. Damit werden die familienpolitischen Impulse für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf und die Bemühungen um Chancengleichheit und Aufstiegsmöglichkeiten für Kinder aus bildungsfernen Familien konterkariert.

Anzahl der Kita-Plätze,
die mit dem
Betreuungsgeld
jedes Jahr
eingerrichtet
werden könnten



33.332

Quelle: Eigene Berechnungen

WER WURDE BEDIENT?

- Das Betreuungsgeld war ein Geschenk an Horst Seehofer und die CDU/CSU-Klientel, die meint, damit junge Familien ruhig stellen zu können und ihre Vorstellung von Familie zum Maßstab für alle macht.

WER WAREN DIE VERLIERER?

- Familien mit geringem Einkommen. Das Thema Kinderarmut fand schon im schwarz-gelbem Koalitionsvertrag nicht statt, so tat sich auch in der Realität beim Kampf gegen Kinderarmut nichts. Das sogenannte Bildungs- und Teilhabepaket der Merkel-Regierung ist ein bürokratisches Monster; die Hürden für viele von Armut betroffene Kinder sind viel zu hoch.
- Das Betreuungsgeld setzt zudem den Anreiz, Kinder von frühkindlichen Bildungsangeboten fern zu halten.
- Alle Eltern, die politische Unterstützung erwartet haben für die schwierige Aufgabe, den Beruf und ein Leben mit Kindern zu verbinden, sind enttäuscht worden.

GRÜNER WANDEL GEGEN MERKEL

Familien brauchen eine gute Kinderbetreuung und ein flächendeckendes Ganztagschulangebot. Wir wollen:

- Die Investitionen in den Kita-Ausbau erhöhen und ein Sofortprogramm für Kommunen mit einem besonders hohen Bedarf an U3-Plätzen auflegen.
- Bundesweite Qualitätsstandards festlegen und für diese Qualitätsoffensive auf Bundesebene jährlich 1 Milliarde Euro zusätzlich bereitstellen.
- Das Ehegattensplitting reformieren. Statt der Ehe wollen wir Kinder in den Mittelpunkt der Förderung rücken. Wir wollen daher den Einstieg in eine Kindergrundsicherung, in der Kinderregelsätze, Kinderzuschlag sowie die steuerlichen Kinderfreibeträge aufgehen. Dafür werden wir die Mittel nutzen, die durch die Reform des Ehegattensplittings frei werden.
- Kinderarmut bekämpfen. In einem ersten Schritt werden wir unter anderem die ALG-II-Regelsätze für Kinder anheben, damit diese die tatsächlichen Bedürfnisse der Kinder abdecken.

IGNORANZ REGIERT DIE SCHWARZ-GELBE BILDUNGSPOLITIK

Bildung ist der Schlüssel für die Zukunft unserer Gesellschaft und Wirtschaft. Bildung entscheidet über Teilhabe oder Ausschluss – über sozialen Zusammenhalt und Wettbewerbsfähigkeit. Seit Jahren liegt Deutschland bei den Bildungsausgaben international im hinteren Mittelfeld. Schwarz-Gelb hat großspurig eine „Bildungsrepublik“ angekündigt. Aber sie haben keines der entscheidenden Probleme angepackt. Ohne mehr und bessere Ganztagschulen bleibt in Deutschland der Bildungserfolg unentrinnbar verknüpft mit der sozialen Herkunft und der finanziellen Lage der Familie. Gleichzeitig kündigt die Hälfte des Kabinetts Initiativen gegen den Fachkräftemangel an. Wir brauchen mehr BildungsaufsteigerInnen! Schwarz-Gelb verschanzt sich hinter Zuständigkeiten und ignoriert die Mitverantwortung des Bundes für diese zentrale Aufgabe.

Schwarz-Gelb hat eine Schmalspur-Verfassungsänderung vorgelegt: für Leuchttürme in der Wissenschaft. Das reicht nicht aus. An das Verbot der Kooperation zwischen Bund und Ländern bei Bildungsaufgaben will Merkel aus ideologischen Gründen nicht ran. Den dringend notwendigen Bildungsaufbruch schaffen wir aber nur mit einem gemeinsamen Kraftakt, einem zweiten Ganztagsschulprogramm.

WER WAREN DIE VERLIERER?

- Alle Kinder, die mehr brauchen als frontalen Standardunterricht an einer baufälligen Halbtagschule.
- Alle Familien, die für ihre Kinder die Betreuungssicherheit und die Anregungen einer guten Ganztagschule wollen.

GRÜNER WANDEL GEGEN BILDUNGSARMUT:

Wir wollen:

- Das Kooperationsverbot in der Bildung aufheben und die Zusammenarbeit in der Wissenschaft in der Breite erleichtern, damit Bund und Länder ihre Verantwortung gemeinsam übernehmen können.
- Ein neues Ganztagschulprogramm auflegen und damit aus baufälligen Halbtagschulen begeisternde Lern- und Lebensorte machen.
- Den Hochschulpakt um jährlich 1 Milliarde Euro aufstocken, damit er gute Studienbedingungen schafft und nicht mehr ein Viertel der Studierenden das Studium abbricht.

VERFASSUNGSWIDRIGE POLITIK GEGEN LESBEN UND SCHWULE

»Es ist davon auszugehen, dass die behüteten Verhältnisse einer eingetragenen Lebenspartnerschaft das Aufwachsen von Kindern ebenso fördern können wie die einer Ehe.«

Bundesverfassungsgerichtsurteil zur Sukzessivadoption vom 19.02.2013

»Die Union will keine Homo-Ehe, und daran hat sich nichts geändert. Die Ehe von Mann und Frau und gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften betrachten wir nach wie vor unterschiedlich.«

Volker Kauder, Der Spiegel, 04.03.2013

Für gleichgeschlechtliche Paare hat die Merkel-Koalition nur dann etwas getan, wenn sie vom Verfassungsgericht ausdrücklich dazu gezwungen wurde. Alles Weitergehende wurde im Bundestag niedergestimmt. Sogar das eigene Jahressteuergesetz 2013 hat Schwarz-Gelb scheitern lassen, um die steuerrechtliche Gleichstellung von Lebenspartnerschaften zu verhindern, die der Vermittlungsausschuss gefordert hatte. Egal ob Kampf gegen Homophobie, verbriefter Schutz vor Diskriminierung wegen der sexuellen Identität im Grundgesetz, Antidiskriminierungsregeln im Europarecht, Rehabilitation der Menschen, die einst wegen homosexueller Handlungen verurteilt wurden: Schwarz-Gelb blockierte alles mit sonst unbekannter Konsequenz. Am 6.6.2013 entschied das Bundesverfassungsgericht erneut gegen Schwarz-Gelb: Das Ehegattensplitting muss auch für Lebenspartnerschaften gewährt werden.

Was wäre nötig zur Gleichstellung?	Was hat Schwarz-Gelb gemacht?
Gleichstellung lesbischer und schwuler Paare auch bei der Einkommenssteuer (stand sogar im schwarz-gelben Koalitionsvertrag).	Im Bundestag mehrfach abgelehnt.
Gemeinschaftliches Adoptionsrecht.	Abstimmung im Bundestag blockiert.
Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare. Fordert auch der Bundesrat.	Grüne Initiativen abgelehnt, Beratung des Gesetzentwurfs des Bundesrates verschleppt.
Ergänzung von Artikel 3 Grundgesetz um ein Verbot der Diskriminierung wegen der sexuellen Identität.	Im Bundestag abgelehnt.
Ausbau des Diskriminierungsschutzes in der EU für Lesben, Schwule und Transgender.	In Brüssel blockiert.

WER WURDE BEDIENT?

- Das Viertel der Gesellschaft, das Lesben und Schwule weiter ihre Rechte abspricht.

GRÜNER WANDEL GEGEN MERKEL

Wir wollen, dass alle Paare die Ehe eingehen können, die dies wollen. In vierzehn Ländern weltweit können gleichgeschlechtliche Paare bereits heiraten. Diesen Weg muss endlich auch Deutschland gehen. Wir wollen:

- Die Gleichstellung vollenden – etwa im Steuerrecht oder beim gleichberechtigten Adoptionsrecht. Gleiche Liebe verdient gleichen Respekt und die gleichen Rechte.
- Einen bundesweiten „Aktionsplan für Vielfalt“, der Homophobie und Transphobie entgegensteuert.
- Den Gleichheitsartikel des Grundgesetzes ergänzen: Niemand darf wegen der sexuellen Identität diskriminiert werden.

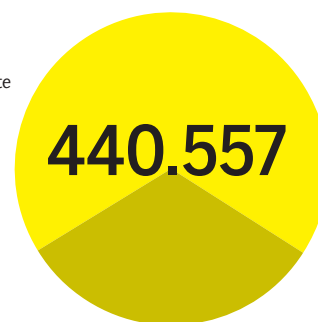
VERPASSTE UND VERPATZTE INTEGRATIONSPOLITIK

Integrationspolitisch hinterlässt Schwarz-Gelb ein Schlamassel: Den Integrationsgipfel hat man einschlafen lassen. Die Islamkonferenz hat der Innenminister an die Wand gefahren. Die Einbürgerungszahlen sind im Keller. Noch immer müssen bei uns aufgewachsene junge Menschen sich mit 23 Jahren zwischen der deutschen Staatsbürgerschaft und der ihrer Vorfahren entscheiden, jedenfalls wenn diese aus der Türkei kamen. Für Schweizer gilt das nicht. Diesen nicht zu rechtfertigenden Optionszwang für junge Menschen im Staatsbürgerschaftsrecht und die Hürden beim Ehegattennachzug verteidigt die schwarz-gelbe Regierung und insbesondere ihr CSU-Innenminister hartnäckig. Die Mittel für die Integrationskurse wurden gekürzt. Und für den Schutz der Opfer von Zwangsverheiratungen hat Schwarz-Gelb nichts unternommen. Vorschläge für ein transparentes, faires und diskriminierungsfreies Punktesystem zur Arbeitskräfteeinwanderung lehnte Schwarz-Gelb ab. Und sobald ein Wahltag naht, werden wieder Ressentiments gegen Einwanderung

mobilisiert. Konservative Integrationspolitik endet regelmäßig dort, wo es darum geht, EinwanderInnen Rechte zu geben. Dabei wäre das doch das effektivste Instrument gegen Rassismus im Alltag. Aber davon ist Schwarz-Gelb meilenweit entfernt. Und für die konservativen WählerInnen setzt Schwarz-Gelb auf Angstkampagnen gegen angebliche „Armutszuwanderung“ bzw. „Roma-Zuwanderung“.

Anzahl junger Deutscher, die sich bis 2033 zwischen zwei Staatsangehörigkeiten entscheiden müssen.

● 68% türkische als zweite Staatsangehörigkeit



Quelle: BAMF, BT-Drucksache 17/12321

WER WAREN DIE VERLIERER?

- MigrantInnen, die längst gern gesehene SteuerzahlerInnen sind und doch nicht gleichberechtigt.
- Von Rassismus bedrohte Menschen wurden weitgehend allein gelassen.
- Vor allem türkeistämmige Menschen bleiben rechtlich benachteiligt: 68 Prozent der Optionspflichtigen kommen aus dieser Gruppe. Türkeistämmigen werden zudem Rechte aus dem Assoziationsabkommen Türkei/EU vorenthalten.

GRÜNER WANDEL GEGEN SCHWARZ-GELB:

Für uns ist eine grüne Politik für Einwanderung und Teilhabe ein Schlüsselprojekt. Wir wollen:

- Eine Einbürgerungsoffensive starten: Im Zuge dessen wollen wir den Erwerb der Staatsbürgerschaft grundsätzlich erleichtern, Mehrstaatigkeit akzeptieren und den Optionszwang abschaffen.
- Das Aufenthaltsrecht von einem Ordnungs- und Abwehrrecht zu einem echten Zuwanderungsrecht umbauen, damit alle Menschen bei uns in Rechtssicherheit leben und ihre Grundrechte wahrnehmen können.
- Wir wollen von der Kita bis zur Universität, vom Verein bis zum Arbeitsplatz unterstützen, wenn Menschen unterschiedlicher Herkunft zusammen kommen, weil Vielfalt bereichert und erfolgreich macht.

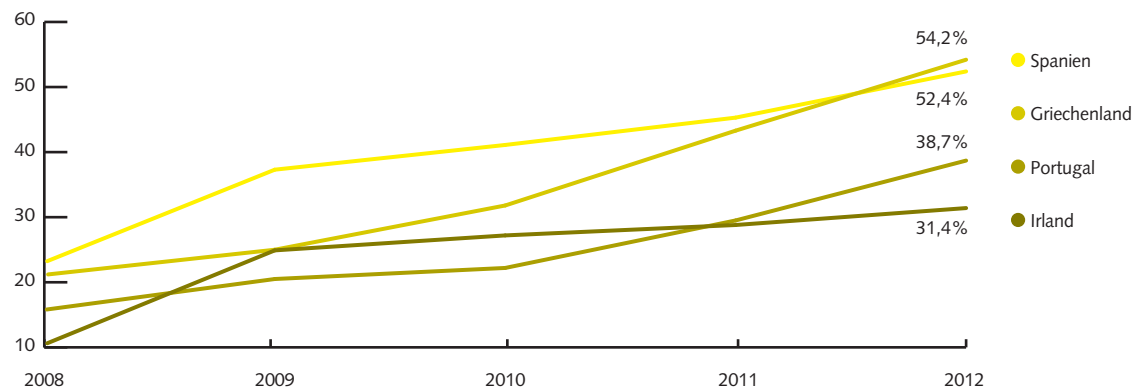
4. KANZLERIN DER EXPORT-MACHT. MERKELS DEUTSCHLAND IN DER WELT

EUROKRISENVERSCHÄRFERIN

Die Eurozone steckt in der längsten Rezession ihrer Geschichte. Die schwarz-gelbe Bundesregierung hat die Krise in der EU verschärft, die Mitgliedsstaaten auseinandergetrieben und die notwendige Unterstützung für die Krisenstaaten erheblich verteuert – auf Kosten der Steuerzahlenden. Die Kanzlerin hat gezögert, geschoben und nachjustiert statt die Ursachen der Krise rasch und entschlossen anzugehen. Wegen ihrer Tatenlosigkeit musste die Europäische Zentralbank einspringen. Das Ergebnis ist eine Vergemeinschaftung von Schulden durch die Hintertür, statt offen zu sagen, der Weg aus der Krise kostet Geld, Solidarität und Kraft. Die Eurokrise legt die Konstruktionsfehler der Währungsunion offen und Schwarz-Gelb tut nichts, diese nachhaltig zu beheben und die Integration voranzutreiben. Die geschaffenen Pakte und Mechanismen sind für die Bevölkerungen unverständlich und wirtschaftspolitisch höchst umstritten. Südeuropa ächzt unter dem deutschen Spardiktat und leidet wie Spanien und Griechenland an einer Jugendarbeitslosigkeit von über 50 Prozent. Dadurch sinkt das Vertrauen in die Europäische Union und das Ansehen Deutschlands.

Jugendarbeitslosigkeit unter 25 Jahren in Südeuropa

in Prozent



WER PROFITIERT?

- Merkels Europapolitik bedient vor allem Ressentiments. Das ist ihr wichtiger als eine langfristig ausgerichtete Europapolitik gegen die Ursachen der Krise. Sie hat nicht den Mut gefunden mit einer überzeugenden europäischen Antwort auf die Krise Führung zu beweisen und sich damit populistischen Forderungen nach dem Austritt einiger Euro-Staaten aus dem schwarz-gelben Lager entgegenzustellen.

WER WAREN DIE VERLIERER?

- Das zögerliche Vorgehen der Kanzlerin hat die Krise verschärft und die Kosten für alle in die Höhe getrieben, für „Retter“ wie „Gerettete“.
- Merkels Spardiktat war einseitig und hat die Krisenstaaten weiter in die Rezession getrieben.
- Mittel- und langfristig schadet Merkel auch der deutschen Exportwirtschaft, die wie keine andere vom europäischen Markt abhängt.
- Unter dem deutschen Spardiktat leiden die Menschen in Südeuropa. Gerade die junge Generation sieht mit der hohen Jugendarbeitslosigkeit keine Perspektive mehr in der Europäischen Union.

GRÜNER WANDEL FÜR EUROPA

Eine gemeinsame Währungszone funktioniert nicht ohne gemeinsame Wirtschaftspolitik.

Wir brauchen daher eine Vertiefung der gemeinsamen Fiskal-, Finanz- und Wirtschaftspolitik.

Wir wollen:

- Den strengen haushaltspolitischen Auflagen soziale Mindeststandards zur Seite stellen.
- Den Jugendlichen in Europa eine Chance geben.
- Einen europäischen Steuerpakt, der dafür sorgt, dass hohe Vermögen europaweit ihren Beitrag zur Lösung der Krise leisten.
- Einen Altschuldentilgungsfonds, wie ihn der Sachverständigenrat der Regierung vorgeschlagen hat.
- Eine europäische Bankenunion, damit Banken in Zukunft einer schlagkräftigen Aufsicht unterstehen und nicht mehr vom Steuerzahler gerettet werden müssen.
- Einen europäischen Konvent, sprich: eine verfassungsgebende Versammlung, die öffentlich Vorschläge zur Lösung der Krise erarbeitet.

PANZERKÄUFERIN

Die deutschen Rüstungsexporte sind unter Angela Merkel dramatisch in die Höhe geschossen. Auch unter Rot-Grün wurden leider viel zu viele Rüstungsgüter exportiert. Doch seit dem letzten Jahr Rot-Grün hat sich der Wert der Ausfuhren von rund 6 Mrd. Euro (2004) auf rund 11 Milliarden Euro (2011) fast verdoppelt. Besonders verheerend ist der Anstieg der Lieferungen in Krisenregionen. Unter Merkel sollen deutsche Waffen offensiv an Staaten außerhalb von NATO und EU geliefert werden. Sie will Hunderte deutscher Kampfpanzer und gepanzerte Fahrzeuge an Staaten wie Saudi-Arabien, Katar, Algerien und Indonesien liefern. Die Genehmigungen gehören zu einer langen Reihe von schwarz-gelben Exportentscheidungen, die mit den eigenen Rüstungsexportrichtlinien und dem Anspruch auf eine restriktive Rüstungsexportpolitik nichts mehr zu tun haben. Mit dem Hinweis

„besser Waffen als Soldaten“ hat Kanzlerin Merkel im September 2011 den Strategiewechsel öffentlich begründet. Damit verfolgt erstmals eine deutsche Bundesregierung eine offensive Rüstungsexportpolitik. Die konfliktverschärfende Wirkung von Waffenexporten wird billigend in Kauf genommen.

Rüstungsexporte unter Merkel



Quelle: Rüstungsexportbericht

WER WURDE BEDIENT?

- Die deutsche Rüstungsindustrie. Aufträge, Gewinne und Jobs in den deutschen Waffenschmieden zählen mehr als Konfliktprävention.

WER WAREN DIE VERLIERER?

- Verlierer sind diejenigen, die durch den Einsatz deutscher Waffen unterdrückt, verletzt oder getötet werden. Die enormen Summen, die Staaten für Rüstung ausgeben, fehlen vor Ort für Investitionen in zivilen Bereichen wie z.B. Bildung oder Gesundheit.

GRÜNER WANDEL GEGEN SCHWARZ-GELB

Wir stehen für eine restriktive und transparente Rüstungsexportpolitik. Wir haben aus den Fehlern der rot-grünen Regierungszeit gelernt. Dazu wollen wir:

- Die „Politischen Kriterien der Bundesregierung für den Rüstungsexport“ durch ein Rüstungsexportgesetz ablösen, das Rüstungsexporte nur nach klaren und strengen Kriterien erlaubt.
- Eine gerichtliche Verbandsklage gegen Rüstungsexportentscheidungen ermöglichen.
- Bedeutsame Rüstungsexportentscheidungen im Kabinett statt im geheim tagenden Bundessicherheitsrat treffen.
- Ein parlamentarisches Gremium einsetzen, das die Rüstungsexportpolitik kontrolliert und bei Entscheidungen über sensible Exporte ein aufschiebendes Veto einlegen kann.

EIN MINISTERIUM ZUR ENTWICKLUNG DES MINISTERS

»Wir streben weiterhin an, 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens für Entwicklungshilfe aufzuwenden.«

Angela Merkel, Generalversammlung der Vereinten Nationen, 21.09.2010

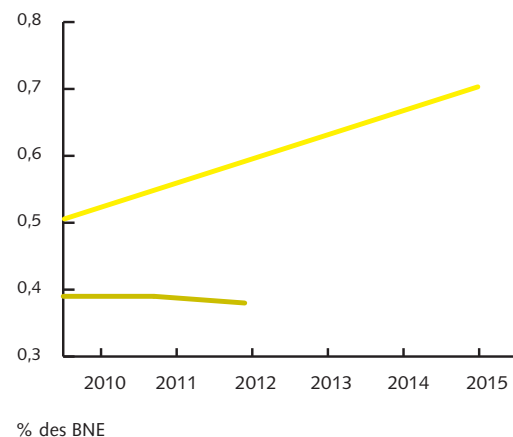
Merkels FDP-Minister Dirk Niebel wollte das Ministerium für Entwicklungszusammenarbeit einst abschaffen. Bis sie ihn zum Minister machte. Dann begann er einen beispiellosen Postenversorgungsfeldzug für FDP-Kollegen. Zugleich baute Niebel die deutsche Entwicklungszusammenarbeit zur Agentur für Exportförderung um. Weil deutsche Unternehmen nur von bilateralen Projekten etwas haben, zieht Niebel diese den multilateralen vor. Der neue „Menschenrechts-TÜV“ des BMZ ist eine Farce, denn immer dort, wo die Interessen der deutschen Wirtschaft berührt sind, schaut der TÜV-Prüfer nicht so genau hin – so bei den bilateralen Rohstoffpartnerschaften und Freihandelsabkommen. Deutschland hat ein Versprechen abgegeben, 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens bis 2015 für die internationale Entwicklung zu investieren. Merkel selbst bekannte sich einst dazu, heute hat sie es faktisch gebrochen. Im letzten Jahr wurden die Mittel für die Entwick-

lungszusammenarbeit sogar gekürzt. Statt Armutsbekämpfung voranzutreiben, ist die Entwicklungspolitik von der Bundesregierung zur Erfüllungsgehilfin nationaler Interessen degradiert worden. Merkel und Niebel haben sich vom Prinzip der Partnerschaftlichkeit verabschiedet, die Entwicklungspolitik renationalisiert und zum Werkzeug für Wirtschafts- und außenpolitische Interessen gemacht.

ODA Quote: Versprechen und Wirklichkeit

● ODA-Stufenplan der EU für Deutschland.

● Reale ODA-Quote für Deutschland



Quelle: BMZ (ODA-Quote = Anteil der Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit am Bruttonationaleinkommen)

WER HAT WAS DAVON?

- Gewonnen haben die FDP-Seilschaften. Das BMZ wurde zu einer Abteilung der FDP-Öffentlichkeitsarbeit umgebaut auf Kosten der Fachlichkeit.

WER HAT DAVON GAR NICHTS?

- Verlierer sind die Ärmsten der Armen und insbesondere die Frauen, da sie weltweit besonders von Armut betroffen sind.
- Viele Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit wurden in ihrer Arbeit eher behindert als befördert.

GRÜNER WANDEL FÜR MENSCHENRECHTE UND ENTWICKLUNG

Wir werden die deutsche Entwicklungspolitik neu ausrichten – Menschenrechte und nachhaltige Entwicklung sind unser Kompass. Dazu wollen wir:

- Die Mittel für Entwicklungszusammenarbeit, zivile Krisenprävention und humanitäre Hilfe bis 2017 auf 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens anheben.
- Im Jahr 2014 zusätzlich 1,2 Milliarden Euro für die Entwicklungszusammenarbeit und 500 Millionen Euro für den internationalen Klimaschutz bereitstellen.
- Für die Anpassung der Entwicklungsländer an den Klimawandel, für die globale Energie- und Agrarwende, den Aufbau sozialer Sicherungssysteme und die Friedensentwicklung deutlich mehr Mittel einsetzen.

FLÜCHTLINGSPOLITIK DER HOHEN ZÄUNE

Die Flüchtlingspolitik von Schwarz-Gelb ist schnell zusammengefasst: Abschotten, Ausgrenzen, Abschieben. Eine aktive Flüchtlingspolitik fand unter Angela Merkel nicht statt. Eifrig war diese Bundesregierung nur beim Errichten immer höherer Hürden, um Flüchtlinge fernzuhalten. Motto: Sie sollen gar nicht erst kommen. Und wenn sie doch an den Stränden Europas anlanden, dann sollen sie dort bleiben – in Griechenland oder Italien. Das gilt auch für Flüchtlinge aus Syrien. Wer es dennoch hierher schafft, trifft auf ein bürokratisches System der Diskriminierung: oft unter schlechten Bedingungen untergebracht, ohne Möglichkeit, sich frei zu bewegen oder zum eigenen Lebensunterhalt beizutragen (Arbeitsverbot). So werden Menschen schikaniert und Vorurteile verstärkt. Das Verfassungsgericht musste der Bundesregierung klarmachen: Die Menschenwürde ist migrationspolitisch nicht zu relativieren. Das Existenzminimum ist für alle gleich. Die eingeschränkten Leistungen für Schutzsuchende sind verfassungswidrig. Anstatt das diskriminierende Asylbewerberleistungsgesetz zu beseitigen, will die Merkel-Regierung es nur neu fassen.

WER WURDE BEDIENT?

- Vorurteile. Mit Kampagnen gegen Roma-Zuwanderung aus Serbien sollte der rechte Rand bedient werden, ebenso mit Gerede über angeblich hohe Sozialleistungen für AsylbewerberInnen in Deutschland – gerade nachdem das Bundesverfassungsgericht diese für menschenunwürdig erklärt hatte.

WER WAREN DIE VERLIERER?

- Auf der Strecke blieb die Menschlichkeit. Flüchtlinge, z.B. aus Syrien, müssen versuchen, auf gefährlichen Wegen über das Meer Europa zu erreichen und laufen Gefahr, dort inhaftiert zu werden. Die schwarz-gelbe Politik ist auch ein Affront gegen zahlreiche BürgerInnen, viele davon in den Kirchen engagiert, die sich für Flüchtlinge einsetzen.

GRÜNER WANDEL GEGEN MERKEL

Wir wollen eine menschenrechtsorientierte Flüchtlingspolitik. Wir setzen uns für eine großzügige Aufnahme von Menschen ein, die vor Krieg, Verfolgung, Vertreibung und Diskriminierung geflohen sind, und engagieren uns für einheitliche Schutzstandards auf hohem Niveau in ganz Europa.

Wir wollen:

- Das Asylbewerberleistungsgesetz vollständig aufheben.
- Die Abschiebungshaft und das entwürdigende Flughafenverfahren, bei dem Asylsuchende bereits am Flughafen festgehalten werden, abschaffen.
- Langjährig hier lebenden, bisher nur geduldeten, Menschen über eine realitätstaugliche stichtagsunabhängige Bleiberechtsregelung eine sichere Zukunftsperspektive geben.

5. KEIN LICHT INS DUNKEL, KEIN HERZ FÜR DEN LAUBFROSCH. SCHWARZ-GELBE GLEICH- GÜLTIGKEIT BEI UMWELT UND VERBRAUCHERSCHUTZ.

DER SCHWARZ-GELBE BEITRAG FÜR DIE UMWELT: FRACKING?

»Ich bin dafür, dass wir diese Technologie nach allen Seiten hin ernsthaft ausleuchten. Im Wahlkampf kann man dieses Thema nicht vernünftig besprechen und entscheiden. Wir brauchen beim Fracking ein Moratorium bis zum Herbst.«

Horst Seehofer, Die Welt, 21.05.2013

Jeden Tag gehen in Deutschland 80 Hektar Fläche verloren, maximal 30 Hektar wären laut deutscher Nachhaltigkeitsstrategie tragbar. Die Schadstoffbelastung unserer Gewässer steigt, weniger als 20 Prozent unserer Gewässer sind in einem ökologisch guten Zustand. Die Hochwassergefahr ist längst nicht gebannt. Es fehlen nicht nur Dämme, sondern vor allem die Renaturierung von Flüssen und die Schaffung von Überflutungsgebieten in den Flussauen. Die hohe Lärmbelastung durch den Verkehr bleibt, Umweltkrankheiten durch Chemikalien, Luftschadstoffe oder durch Produkte werden konsequent geleugnet. Auf all diesen Gebieten sind Merkel und ihr Minister Altmaier untätig. Der dramatische Verlust

an biologischer Vielfalt ist eine der zentralen globalen Herausforderungen. International ist die Bundesregierung umfangreiche Verpflichtungen eingegangen, hält sie aber nicht ein. Gelder für den internationalen Biodiversitätsschutz werden mit Zusagen zum Klimaschutz und zur Entwicklungszusammenarbeit verrechnet. Wenn es um wichtige EU-Richtlinien geht, mauert die Merkel-Regierung bei der Umsetzung: EU-Wasserrahmenrichtlinie, Natura 2000, Bodenrichtlinie. Aktiver ist Schwarz-Gelb bei der Unterstützung der Kohle: Bei der Umsetzung der EU-Industrieemissionsrichtlinie bevorteilt die Bundesregierung die Kohlekraftwerke. Zu allem Überfluss versäumt Schwarz-Gelb es nun, der Gasförderung per Fracking einen Riegel vorzuschieben. Führende Koalitionspolitiker trommeln für die gefährliche Technik.

»Es wäre falsch, Fracking in Deutschland komplett zu verbieten.«

Volker Bouffier, Die Welt, 21.05.2013

WER PROFITIERT?

- Ambitionierte Umweltpolitik scheitert bei Schwarz-Gelb am starken Druck der Besitzstandswahrer aus den Verbänden. Merkels Ohr gehört ganz der konventionellen Energiewirtschaft, der konventionellen Landwirtschaft und der Industrie.

WER VERLIERT?

- Artensterben und kaputte Ökosysteme sind die direkte Folge dieser gleichgültigen Politik. So erodiert unsere Lebensgrundlage weiter.
- Die Kosten für unsere Gesundheitssysteme steigen, da auch immer mehr Umweltkrankheiten einer Behandlung bedürfen. So fallen in Deutschland bis zu sechs Milliarden Euro zusätzliche Gesundheitskosten pro Jahr allein durch die Emissionen aus Kohlekraftwerken an.

GRÜNER WANDEL GEGEN SCHWARZ-GELB

Unsere natürlichen Lebensgrundlagen wollen wir schützen. Dazu wollen wir:

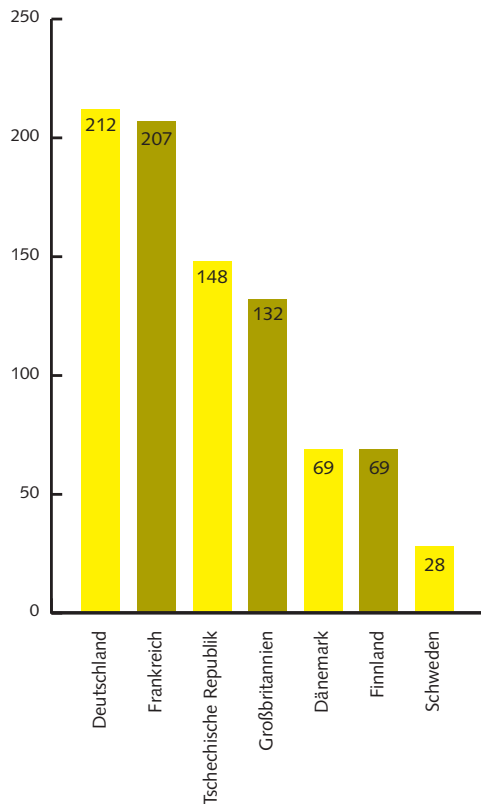
- Grenzwerte, die den aktuellen Stand der Technik widerspiegeln.
- Eine Gesetzgebung, die Fracking untersagt.
- Biodiversität als Querschnittsthema verankern.
- Umweltschädliche Subventionen abschaffen.
- Den Hochwasserschutz ausbauen.
- Die EU_Wasserrahmenrichtlinie, Meeres- und Waldschutz konsequent umsetzen.

SCHLECHTE MASSE STATT GRÜNER KLASSE – SCHWARZ-GELBE POLITIK FÜR AGRO-INDUSTRIE UND MASSENTIERHALTUNG

Billigschnitzel für den Weltmarkt statt Qualitätsprodukte für heimische Märkte – das ist die Devise der schwarz-gelben Agrarpolitik. Die intensivierte Tierhaltung wird weiter gefördert – trotz Welthunger, Tierleid, Antibiotikamissbrauch und Umweltbelastung. Dringend notwendige Gesetzesänderungen für eine bessere Tierhaltung sitzt die schwarz-gelbe Koalition einfach aus. Eine ökologische Reform der EU-Agrarpolitik und eine gerechtere Verteilung der Agrarbeihilfen wollte sie verhindern. Nach dem Scheitern ihrer Totalblockade setzt sie nun darauf, die Reform zu verwässern. In den Verhandlungen zum EU-Finanzrahmen hat Merkel zugestimmt, dass die EU-Förderung von Ökolandbau, Agrarumweltmaßnahmen und ländlicher Entwicklung, die „zweite Säule“ der Agrarförderung, – stark gekürzt wird. Bei der Agrogentechnik spielt die Bundesregierung ein doppeltes Spiel. Während Ministerin Aigner in Bayern und Deutschland die Skeptikerin mimt, stimmt die Bundesregierung in Brüssel 19 Importzulassungen für gentechnisch veränderte Organismen zu.

Höhe des Antibiotikaverbrauchs pro Tonne erzeugtem Fleisch

Gramm pro 1 Tonne



Quelle: DIMDI (2011), ESVAC (2009)

WEM NÜTZT ES?

- Die schwarz-gelbe Agrarpolitik wird vom und für den Deutschen Bauernverband gemacht. Profiteure sind die Agrar- und Lebensmittelindustrie.

WER WAREN DIE VERLIERER?

- VerbraucherInnen, deren Wunsch nach regional, ökologisch und tiergerecht erzeugten Produkten nicht bedient wird.
- Die bäuerliche Landwirtschaft, deren gesellschaftliche Leistung nicht honoriert wird.
- Tiere, Klima, Umwelt, Biodiversität – weil ihr Schutz keine Rolle spielt.
- Die ländlichen Räume – weil die Billigerzeugung Arbeitsplätze und Lebensqualität zerstört.

GRÜNER WANDEL GEGEN SCHWARZ-GELB

Wir stehen für eine Agrarpolitik, die Lebensmittelsicherheit, Nachhaltigkeit, Tierschutz und lebenswerte ländliche Räume nach vorne stellt. Statt Massentierhaltung wollen wir eine artgerechte Tierhaltung, die stärker an die Erzeugung heimischer Futtermittel gebunden ist. Dazu wollen wir:

- Änderungen im Tierschutzgesetz, im Arzneimittelgesetz und im Baugesetz.
- Bei der nationalen Umsetzung der Europäischen Agrarreform alle Spielräume nutzen, um die Gelder ökologischer und gerechter zu verteilen.
- Den ökologischen Landbau fördern, u.a. durch den Ausbau der Forschungsförderung und die verlässliche Honorierung seiner gesellschaftlichen Leistungen.
- Die gentechnikfreie Produktion wirksam vor Verunreinigungen schützen.

AKTIONSPÄNE STATT TATEN – DIE VERBRAUCHERINNEN BLEIBEN IM DUNKLEN

Die Merkel-Regierung hat die Verbraucherpolitik aufs Abstellgleis manövriert. Angesichts von Finanzkrise und Lebensmittelskandalen wäre ein entschlossenes Handeln für mehr Verbraucherschutz dringend notwendig – stattdessen erlebten die VerbraucherInnen eine Flut von wirkungslosen Aktionsplänen. An den entscheidenden Stellen waren Verbraucherministerin Aigner die Lobbyinteressen der Wirtschaft wichtiger als die Interessen der VerbraucherInnen. Eine leicht verständliche Lebensmittelkennzeichnung (Nährwertampel) und eine Herkunftskennzeichnung für Lebensmittel hat Merkel auf EU-Ebene bekämpft. Immer noch fehlen effektive Melde- und Informationspflichten bei Verbrauchertäuschung.

Die von Verbraucherministerin Aigner ausgerufene Qualitätsoffensive Verbraucherfinanzen ist gescheitert, von mehr Transparenz auf dem Finanzmarkt keine Spur. Für eine unabhängige Finanzberatung, die nicht am verkauften Finanzprodukt mitverdient, hat Merkel nichts getan. Die angekündigten verdeckten Testkäufer zur Überprüfung der BankberaterInnen blieben aus. Weder wurde die Abzocke durch zu hohe Dispozinsen beendet noch das Recht auf ein Girokonto eingeführt.

WER PROFITIERT?

- Die Ernährungswirtschaft darf weiterhin hohen Zucker-, Fett- oder Salzgehalt, Herkunft und Produktionsweise verschleiern.
- Negative Kontrollergebnisse zur Hygiene in Gaststätten oder Läden muss diese nicht berichten. Profitiert haben Banken und Finanzdienstleister, die den Markt durch Provisionen lenken können und keine Transparenz oder wirkungsvolle Kontrolle fürchten müssen.

WER VERLIERT?

- Die VerbraucherInnen, die weiterhin auf mehr Transparenz und Schutz vor Ekelfleisch oder Abzocke warten.

GRÜNER WANDEL GEGEN SCHWARZ-GELB

Verbraucherinteressen müssen in der Politik Vorrang haben vor angeblichen Brancheninteressen, die Wettbewerbsvorteile dank mieser Trickereien decken sollen. Dazu wollen wir:

- Die Lebensmittelüberwachung verbessern und die Verbraucherinformationspflichten stärken.
- Tierhaltungsbedingungen und Herkunft von Lebensmitteln müssen erkennbar sein, eine Nährwertampel schnelle Orientierung bringen.
- Für Transparenz über den Hygienestatus von Gaststätten brauchen wir ein Hygienebarometer oder Smiley.
- Die Kennzeichnungslücke für Lebensmittel, für deren Erzeugung Genfutter genutzt wurde, schließen.
- Im Finanzmarkt mehr Transparenz schaffen durch eine provisionsunabhängige Beratung, eine einheitliche und schlagkräftige Finanzaufsicht mit Verbraucherschutz als Kernaufgabe, und verlässliche Gütesiegel für nachhaltige Finanzprodukte.
- Endlich überzogene Dispozinsen begrenzen.

BAHNHÖFE UND MILLIARDEN VERSENKT. SCHWARZ-GELBE VERKEHRSPOLITIK

»Bei völlig rechtmäßig getroffenen Entscheidungen braucht man keine Bürgerbefragung in Stuttgart. Vielmehr wird genau die Landtagswahl im nächsten Jahr die Befragung der Bürger über die Zukunft Baden-Württembergs, über Stuttgart 21 und viele andere Projekte sein.«

Angela Merkel, Deutscher Bundestag,
15.09.2010

Die Bilanz der Merkel-Regierung in der Verkehrspolitik ist mehr als dürrftig. Merkels Minister Ramsauer hat die wichtigen Reformvorhaben liegen lassen und stattdessen Symbolpolitik – meist für Bayern oder unsinnige Projekte wie S21 – betrieben. Für bröckelnde Brücken oder gar für die Energiewende im Verkehr hat er sich hingegen weniger ins Zeug gelegt. Die Investitionen in die Infrastruktur gingen trotz Strohfeuerprogrammen zurück. Die Bahn hat mehr als 2 Milliarden Euro Zwangsdividende an Schäuble überweisen müssen, von denen gerade einmal 25 Millionen Euro pro Jahr zusätzlich in die Schiene

investiert wurden. Merkel erklärte die Landtagswahl in Baden-Württemberg zur Volksabstimmung über Stuttgart 21 und stoppte das Projekt auch nach der erneuten Kostenexplosion auf derzeit 6,8 Milliarden Euro nicht. Beim Pannenflughafen BER ist der Bund Anteilseigner und mitverantwortet daher die bislang vier Eröffnungsabsagen, die Kostenexplosion und die Änderung der Flugrouten, die die AnwohnerInnen auf die Barrikaden treiben, nicht nur in Berlin, sondern auch in Frankfurt. Von Anfang an wurden die Lobbyinteressen der Autoindustrie und der Deutschen Bahn AG bedient. Die Bundesregierung vertritt in Brüssel eins zu eins die Interessen des Verbands der Automobilindustrie (VDA), die die Privilegien der Spritschlucker erhalten wollen. Für die Deutsche Bahn AG kämpft die Bundesregierung in Brüssel gegen eine Trennung von Infrastruktur und Transport, weil die DB die Infrastruktur weiter melken will. 2012 hat allein das Schienennetz 900 Millionen Euro Gewinn an die DB Holding überwiesen, die damit z.B. Busbetreiber in Osteuropa kauft, statt in marode Bahnhöfe zu investieren.

WER PROFITIERT?

- Die Automobilindustrie und die Deutsche Bahn AG, die ihren kurzen Draht ins Kanzleramt nutzen konnten. Die Bahn versucht dann schon mal ein missliebiges Regulierungsgesetz von der Tagesordnung nehmen zu lassen und der VDA setzt durch, dass auch große und schwere Elektroautos begünstigt werden sollen. Der LKW-Lobby wurde gleich im Koalitionsvertrag versprochen, dass die LKW-Maut nicht erhöht wird („Mautmoratorium“) und zusätzlich wurde ein Modellversuch mit Gigalinern („Monstertrucks“) gestartet.

WAS HABEN WIR JETZT DAVON?

- Die Energiewende im Verkehr ist noch nicht einmal eingeleitet worden. Es gibt keine CO₂-Min-
derungsziele für den Verkehrsbereich.
- Kostensteigerungen in Milliardenhöhe bei Stuttgart 21 und dem Flughafen BER werden unkri-
tisch durchgewunken, während die Zuschüsse des Bundes für den öffentlicher Personennahver-
kehr sinken und bis 2019 ganz auslaufen sollen.
- Menschen, die nahe Flughäfen, Bahnstrecken oder großen Straßen leben, werden immer stärker
belastet, weil Wirtschaftsinteressen über den Lärmschutz gehen.
- Schlaglöcher allerorten, weil viel zu wenig Geld in den Erhalt von Straßen fließt.

GRÜNER WANDEL GEGEN SCHWARZ-GELB

Wir wollen die Energiewende endlich auch im Verkehr auf den Weg bringen. Dazu setzen wir:

- Prioritäten zugunsten des öffentlichen Verkehrs, des Radfahrens und des Zufußgehens sowie
eine intelligente Vernetzung mit dem Individualverkehr.
- Auf einen umfassenden Bundesmobilitätsplan mit Bürgerbeteiligung anstelle des Bundesver-
kehrswegeplans.
- Auf mehr Lärmschutz für alle.

6. BÜRGER ALS STÖRER.

DEMOKRATIE UNTER MERKEL.

MEHR SCHNÜFFELEI HIER, WENIGER RECHTSBEISTAND DA: BÜRGERRECHTE IN SCHWARZ-GELB

» Wir brauchen jetzt innerhalb kürzester Zeit einen Gesetzentwurf mit anlassloser Speicherung. [...] Uns fehlt die Möglichkeit, auch nach Wochen noch IP-Adressen ausfindig zu machen.«

Hans-Peter Friedrich, Rheinische Post,
29.03.2012

Unter Schwarz-Gelb ist aus Sicht der Bürgerrechte ständige Wachsamkeit nötig. Die Merkel-Koalition ist ständig in Versuchung, dem Wunsch nach Datenschnüffelei und mehr Überwachung weiter nachzugeben. Nachdem das Bundesverfassungsgericht die Vorratsdatenspeicherung kassiert hat, gab es mehrere Anläufe von Koalitionshardlinern, sie leicht verändert wieder einzuführen. Dass dies nicht gelungen ist, ist die einzige gute Nachricht der schwarz-gelben Bürgerrechtspolitik, der einzige Erfolg der FDP-Ministerin Leutheusser-Schnarrenberger. Die vielen Sicherheitsgesetze der letzten Jahre sollten entlang der Grundrechte bewertet werden, doch eine solche Evaluierung wusste das Innenminis-

terium zu verhindern. Die Behörden durften sich darauf beschränken, selbst ihre eigene Effizienz zu überprüfen. Im Handstreich wollte die Koalition den Verkauf von Bürgerdaten der Meldebehörden an private Werbefirmen erleichtern. Mit der Bestandsdatenauskunft verabschiedete Schwarz-Gelb ein verschärftes Schnüffelgesetz. So geht Bürgerrechtsabbau. Fahrlässigen Dilettantismus gab es bei Staatstrojaner und heimlicher Online-Durchsuchung: Da weiß die Bundesregierung nicht, was ihre privat eingekaufte Software alles kann. Kein Schutz vor Google, Facebook und Co.: Die eminent wichtige EU-Datenschutzreform wurde zunächst verschlafen und wird nun vom Innenminister behindert. Trotz vieler Ausspähungsskandale scheiterte die Koalition krachend mit ihrem Versprechen, ein Beschäftigtendatenschutzgesetz zu verabschieden. Die Stiftung Datenschutz, als Leuchtturmprojekt gepriesen, erweist sich als trübe Funzel: Ein unterfinanzierter Apparat mit einseitig wirtschaftsfreundlicher Ausrichtung. Verbraucherschützer und Datenschutzbeauftragte wollen deshalb nicht mitarbeiten.

WER WURDE BEDIENT?

- Datendealer. Überwachungsfetischisten. Internetdienstleister.

WER WAREN DIE VERLIERER?

- Die BürgerInnen müssen zugucken, wie sie Selbstbestimmung über ihre Daten und ihre Privatsphäre an staatliche Stellen abtreten müssen und sich nicht effektiv gegen die Sammelwut internationaler Unternehmen wehren können.

GRÜNER WANDEL GEGEN MERKEL

Wir stellen Sicherheit in den Dienst der Freiheit und nicht umgekehrt. Deshalb stärken wir die Bürgerrechte. Wir wollen:

- Die nach 2001 erlassenen Sicherheitsgesetze wissenschaftlich und unabhängig evaluieren und die Gesetze anhand der Ergebnisse zugunsten eines echten Grundrechtsschutzes ändern.
- Die Verschärfungen durch Schwarz-Gelb zurücknehmen.
- Die Privatsphäre stärken, die Vorratsdatenspeicherung und andere anlasslose Massenspeicherungen dauerhaft verhindern und das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung stärken.
- Ein Beschäftigtendatenschutzgesetz, das wirksam gegen Bespitzelung und Ausspähung vorgeht.
- Die Unabhängigkeit des Bundesbeauftragten für Datenschutz sicherstellen.
- Einen sozialen Rechtsstaat. Deshalb wenden wir uns entschieden dagegen, die Anrufung der Gerichte zu beschneiden und Prozesskostenhilfe und Beratungshilfe einzuschränken.

AUF DEM RECHTEN AUGE BLIND!

Neonazis sind eine Bedrohung für unsere Demokratie. Mit der Verbreitung ihrer demokratie- und menschenfeindlichen Ideologie, mit ihrem Terror und brutalen Übergriffen auf andere Menschen gefährden sie unsere freiheitliche Gesellschaft. Doch die schwarz-gelbe Merkel-Koalition verharrt beim Kampf gegen Rechtsextremismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Untätigkeit. Die Erkenntnisse der NSU-Untersuchungsausschüsse über gravierende strukturelle Mängel bei den Sicherheitsbehörden haben die Bundesregierung nicht zum Handeln bewegen können. Weiterhin kultiviert sie mit der Extremismusklausel ihr Misstrauen gegen Demokratie-Initiativen aus der Zivilgesellschaft. Der Bundesinnenminister schürt populistisch Vorurteile gegen Roma und gießt so Wasser auf die Mühlen der Rechten. Schwarz-Gelb liefert keinerlei Antworten: keine Verbesserung der Förderung zivilgesellschaftlicher Demokratie-Initiativen; kein wirtschafts- und sozialpolitisches Konzept, das gegen Marginalisierung und Radikalisierung wirkt; keine durchgreifenden Reformen bei Polizei und Verfassungsschutz. Stattdessen neue Dateien und Abwehrzentren – Augenwischerei auf Kosten des Datenschutzes und der Bürgerrechte.

WER WURDE BEDIENT?

- Das eigene ideologische Misstrauen gegen die Zivilgesellschaft.

WER WAREN DIE VERLIERER?

- Durch den Umgang mit den NSU-Morden haben viele Menschen das Vertrauen in den Rechtsstaat verloren, insbesondere EinwandererInnen und andere Gruppen, die im Fadenkreuz rechts-extremer Ideologien stehen. Schikaniert werden zahlreiche Menschen, die sich Tag für Tag in zivilgesellschaftlichen Initiativen gegen Rechtsextremismus engagieren. Verliererin ist die Demokratie.

GRÜNER WANDEL GEGEN RECHTS

Die Bekämpfung von Rechtsextremismus, Rassismus und anderen Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit hat für uns Priorität. Institutioneller Rassismus muss erkannt und entschieden bekämpft werden. Dazu wollen wir:

- Mehr Vielfalt und Interkulturalität in Behörden, um PolizistInnen, StaatsanwältInnen und RichterInnen mehr Sensibilität zu vermitteln.
- Ein unabhängiges Institut gründen, das demokratie- und menschenfeindliche Bestrebungen anhand offener Quellen und mit wissenschaftlichen Mitteln beobachtet und analysiert.
- Das Bundesamt für Verfassungsschutz auflösen und stattdessen eine Inlandsaufklärung gründen, die auf das Wesentliche reduziert wird, mit neuem Personal und starken Kontrollstrukturen.
- Für zivilgesellschaftliche Demokratie-Initiativen ein Bundesprogramm von 50 Millionen Euro und eine dauerhafte Förderung.
- Mehr zivilgesellschaftliche Aussteigerprogramme.
- Die Extremismusklausel abschaffen.

BUSINESS AS USUAL - SCHWARZ-GELB UND DIE LOBBYISTEN

International fordert Merkel gerne Kampf gegen Korruption. Zuhause blockiert Schwarz-Gelb alles: Die Einführung eines aussagekräftigen Lobbyregisters gilt als „Populismus“. Ein Korruptionsregister, um einschlägig auffällig gewordene Unternehmen aufzulisten, wird blockiert. Im Antikorruptions-Aktionsplan der G 20-Staaten von 2010 hat die Bundesregierung explizit angekündigt, sie werde „bis Ende 2012 Regeln zum Whistleblower-Schutz erlassen und umsetzen“. Passiert ist nichts. Schwarz-Gelb will das UN-Übereinkommen gegen Korruption nicht ratifizieren, weil dafür eine gesetzliche Regelung zur Abgeordnetenbestechung erforderlich wäre. 160 andere Länder haben längst ratifiziert. Open Data hat die Regierung völlig verschlafen. Von den vielen Empfehlungen eines wissenschaftlichen Evaluierungsberichts zum Informationsfreiheitsgesetz wurde keine einzige umgesetzt. Wenig überraschend: Lobbyismus ist für die Kanzlerin der Klientel ganz offensichtlich kein Problem. In ihrem Kanzleramt sitzt seit Ende Mai noch bis zur Wahl der künftige Automobillobbyist Eckart von Klaeden, mit dem Vertrag von Daimler in der Tasche.

WER WURDE BEDIENT?

- Mächtige und gut finanzierte Lobbys freuen sich, dass ihre Tätigkeit weiterhin nicht effizient öffentlich kontrolliert werden kann.

WER WAREN DIE VERLIERER?

- Alle BürgerInnen müssen die Folgen von unkontrolliertem Lobbyismus und schlecht bekämpfter Korruption ausbaden.
- Verlierer sind alle integren Unternehmen, wenn sie bei Ausschreibungen gegenüber zwielichtigen Firmen den Kürzeren ziehen.
- Verlierer sind mutige Beschäftigte, die Missstände aufdecken wollen.

GRÜNER WANDEL GEGEN SCHWARZ-GELB

Wir wollen:

- Ein aussagekräftiges Lobbyregister.
- Abgeordnetenbestechung umfassend strafbar machen.
- Ein bundesweites Korruptionsregistergesetz für faire Konkurrenz und korruptionsfreie Auftragsvergabe.
- Eine Transparenzoffensive, die über alle Politikbereiche hinweg Licht ins Dunkel bringt, mit einem Informationsfreiheitsgesetz 2.0.
- Schutz von HinweisgeberInnen, die Missstände aufdecken („Whistleblower“).
- Eine Karenzzeit von drei Jahren für ausgeschiedene Regierungsmitglieder und Führungspersonal in Ministerien, während der keine Lobbytätigkeit auf dem gleichen Feld ausgeübt werden darf.

SCHWARZ-GELBE NETZPOLITIK: SCHMALSPUR STATT BREITBAND

»Deshalb haben wir uns vorgenommen, 75 Prozent der Haushalte bis zum Jahr 2014 zu ermöglichen, dass sie einen Anschluss für Breitband erhalten, der mindestens eine Übertragungsdichte von 50 Megabit pro Sekunde ermöglicht.«

Angela Merkel, netzwelt.de,
02.03.2009

Angela Merkel hat auch dieses Versprechen nicht erfüllt. Der Breitbandausbau ist keinen Schritt voran gekommen, eine Breitbandversorgung per Universaldienst lehnt Schwarz-Gelb ab. Menschen von Buxtehude bis ins Alpenvorland hängen im Modernzeitalter fest. Ein Armutszeugnis für den Standort Deutschland. Seit Jahren drängen wir die Bundesregierung vergebens, die Netzneutralität gesetzlich zu verankern. Ergebnis: Nun drosselt die Te-

lekom bei hoher Nutzung den NeukundInnen zukünftig die Geschwindigkeit auf Schnecken-tempo. Jetzt müssen die BürgerInnen schmerzlich erfahren, dass das schwarz-gelbe Mantra „freiwillige Selbstverpflichtung“ nicht vor Zwangsdrosselung und Bevorzugung eigener Unternehmensdienste schützt. Die großen Chancen der Digitalisierung für eine transparente Politik und Verwaltung blieben ungenutzt. Statt ernst gemeinter digitaler Partizipation hat sich Merkel auf inszenierte Simulation von Bürgerbeteiligung beschränkt. Bei den drängenden Urheberrechtsreformen hat die Bundesregierung trotz vollmundiger Ankündigungen nicht geliefert, weder für die Kreativen noch für Bildung und Wissenschaft. Auch der weiter ausufernden Abmahnindustrie hat diese Bundesregierung keinen Riegel vorgeschoben.

WEM HAT SCHWARZ-GELB GEHOLFEN?

- Der Datensammelwut großer Unternehmen hat Merkel nichts entgegengestellt. Große Dienstleister sollen frei schalten und walten können.

WEM HAT DAS NICHTS GEHOLFEN?

- Verlierer dieser Klientelpolitik sind alle Menschen, deren Daten im Netz abgezogen werden oder die sich nun mit Zwangsdrosselung konfrontiert sehen.
- Alle Menschen, Unternehmen und Regionen, die mangels schnellen Internetzugangs digital abgehängt sind.

GRÜNER WANDEL STATT LEERER VERSPRECHUNGEN:

Wir verstehen Netzpolitik als integralen Bestandteil einer zukunftsgewandten Politik. Wir wollen:

- Ein freies, sicheres und barrierefreies Internet.
- Für jeden Haushalt eine gesetzlich garantierte Basisversorgung mit einem Breitbandinternetanschluss. Grundlegend dafür ist ein Breitbandausbau über einen Universaldienst.
- Echte Bürgerbeteiligung und Transparenz durch Open Data auch digital stärken und ausbauen.
- Einen echten Interessensausgleich im Urheberrecht, der den Kreativen angemessene Vergütung und den BürgerInnen Zugang zu kulturellen Gütern sichert. Das Abmahnunwesen wollen wir beenden, die Verhandlungsposition von Kreativen im Urhebervertragsrecht stärken.

Herausgeberin:
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Platz vor dem Neuen Tor 1
10115 Berlin
Tel.: 030-284 42-0
Fax: 030-284 42-210
E-Mail: info@gruene.de
Internet: gruene.de

V.i.S.d.P.:
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Robert Heinrich
Platz vor dem Neuen Tor 1
10115 Berlin

SCHULPOLITIK IN ITALIEN

**BESTANDSAUFNAHME
HINTERGRÜNDE UND ANALYSEN**



Inaugural-Dissertation
zur
Erlangung der Doktorwürde
der Philosophischen Fakultäten der
Albert-Ludwigs-Universität
zu Freiburg im Breisgau



vorgelegt von

Ruth Schneider
aus Waldkirch

Winter-Semester 1998/1999

Erstgutachter: Prof. Dr. Th. Hanf
Zweitgutachter: Prof. Dr. J. Rösel
Sprecher des Gemeinsamen Ausschusses
der philosophischen Fakultäten I - IV: Prof. Dr. B. Kortmann
Tag der Dissertation: 02.07.1999

Inhaltsübersicht

Glossar	9
Einleitung	11
Grundlagen	16
1. Kurzer Abriß der italienischen Nachkriegspolitik	16
2. Eckdaten zur Entwicklung der italienischen Wirtschaft	30
Teil 1: Das italienische Schulsystem	35
1. Darstellung der Grunddaten des italienischen Schulwesens	36
1.1. Der Aufbau des Schulwesens	36
1.2. Privatschulwesen	47
1.3. Entscheidungsträger und Verwaltung	48
1.4. Aspekte des Personalwesens	53
2. Bildungsexpansion	57
2.1. Schlaglichter	57
2.2. Die Bildungsexpansion von 1945 bis 1993	59
2.3. Zusammenfassung	66
3. Effizienz und Selektion im italienischen Schulsystem	70
3.1. Ansatz, Probleme und Methode	70
3.2. Die vier Kohorten	73
3.2.1. Schulniveaus und -typen	73
3.2.1.1. Die erste Kohorte	73
3.2.1.2. Die zweite Kohorte	79
3.2.1.3. Die dritte Kohorte	82
3.2.1.4. Die vierte Kohorte	85
3.2.2. Unterschiede zwischen Schülern und Schülerinnen	87
3.2.3. Unterschiede zwischen den Landesteilen	88
3.2.4. Zusammenfassung	91
3.3. Die ISTAT-Sondererhebungen	94

3.4.	Kernproblematik der aktuellen Situation	97
3.4.1.	Weitere Charakteristika der aktuellen Situation	98
3.4.2.	Charakteristika der Schülerschaft	101
3.4.3.	Indizien des <i>disagio educativo</i>	105
3.5.	Zusammenfassung	109
4.	Bildungsabschlüsse und Arbeitsmarkt	112

Teil 2:	Chronologie der Schulpolitik in Italien	120
Einleitung		121
1.	Die Phase des Übergangs zur Republik	122
2.	Die Jahre des christdemokratischen Zentrismus	138
3.	Die Zeit der Reformen	146
4.	Die Phase der „schleichenden“ Reform	155
5.	Das Projekt Berlinguer	178
 Teil 3:	 Politikwissenschaftliche Zugänge zur italienischen Schulpolitik	 190
1.	Literaturübersicht	191
2.	Abgrenzung des vorliegenden Ansatzes	201
3.	Internationale und konjunkturelle Einflußgrößen	202
4.	Das politisch-institutionelle System	206
5.	Die Parteien: Profil und schulpolitische Positionen bei DC und PCI	218
6.	Konsensstrategien	227
 Abschließende Bemerkungen		 238
Bibliographie		243
Anhang		254

Verzeichnis der Schaubilder und Tabellen

Schaubild 1:	Das italienische Schulsystem	42
Schaubild 2:	Bildungsabschlüsse der Bevölkerung ab 6 Jahre 1951-1991	57
Schaubild 3:	Schülerzahlen 1945-1993	60
Schaubild 4:	Schülerzahlen im Sekundarbereich 1945-1991	61
Schaubild 5:	Schülerzahlen in IP und IT 1085-1993	63
Schaubild 6a:	Schülerzahlen ITI in verschiedenen Landesteilen	64
Schaubild 6b:	Schülerzahlen IPI in verschiedenen Landesteilen	64
Schaubild 6c:	Schülerzahlen ITC in verschiedenen Landesteilen	65
Schaubild 6d:	Schülerzahlen IPC in verschiedenen Landesteilen	65
Schaubild 7a:	Verteilung der Schüler (erstes Jahr) auf Schultypen, 1. Kohorte	76
Schaubild 7b:	Nichtversetzte in den Gymnasien in %, 1. Kohorte	76
Schaubild 7c:	Nichtversetzte in IT, IM, IP in %, 1. Kohorte	76
Schaubild 8a:	Verteilung der Schüler (erstes Jahr) auf Schultypen, 2. Kohorte	81
Schaubild 8b:	Nichtversetzte in den Gymnasien in %, 2. Kohorte	81
Schaubild 8c:	Nichtversetzte in IT, IM, IP in %, 2. Kohorte	81
Schaubild 9a:	Verteilung der Schüler (erstes Jahr) auf Schultypen, 3. Kohorte	84
Schaubild 9b:	Nichtversetzte in den Gymnasien in %, 3. Kohorte	84
Schaubild 9c:	Nichtversetzte in IT, IM, IP in %, 3. Kohorte	84
Schaubild 10a:	Verteilung der Schüler (erstes Jahr) auf Schultypen, 4. Kohorte	86
Schaubild 10b:	Nichtversetzte in den Gymnasien in %, 4. Kohorte	86
Schaubild 10c:	Nichtversetzte in IT, IM, IP in %, 4. Kohorte	86
Schaubild 11:	Wahl des Schultyps nach Geschlecht (in %)	88
Schaubild 12:	Landkarte der Bildungsqualität nach Provinzen	108
Schaubild 13:	Das italienische Schulsystem im Projekt Berlinguer	179

Tabellen im Text

Tabelle 7	Schlüsselindikatoren, 1. Kohorte	72
Tabelle 8	Schlüsselindikatoren, 2. Kohorte	77
Tabelle 9	Schlüsselindikatoren, 3. Kohorte	80
Tabelle 10	Schlüsselindikatoren, 4. Kohorte	82
Tabelle 13	Quoten von Nachzüglern und Schulabbrüchen in sechs Schuljahren, nach Altersklassen	91
Tabelle 14	Gegenüberstellung der Quoten von Regelhaftigkeit, Wiederholen und Abbrüchen von zwei Altersklassen in drei ISTAT-Sondererhebungen	93
Tabelle 15	nach Schuljahr und Schultyp in öffentlichen und Privatschulen (pro 100 Schüler), Schuljahr 1992/93	94
Tabelle 16	Wiederholer nach Schultyp und -jahr, 1992/93 (pro 100 Nicht-versetzte <i>interni</i> des Vorjahre)	95
Tabelle 17	Schüler, die den Schulbesuche abbrechen, Schuljahr 1992/93 (pro 100 Schüler die dieselbe Klasse besuchen)	96

Tabellen im Anhang

Tabelle 1	Wohnbevölkerung ab 6 Jahre nach Bildungsabschluß in %	256
Tabelle 2	Verteilung der Bevölkerung nach Alter, Geschlecht und Bildungsabschluß 1991	258
Tabelle 3	Geburten- und Schülerzahlen 1945-1993	259
Tabelle 4	Schülerzahlen Sekundarstufe 1945-1993	261
Tabelle 5	Schüler im 1. Schuljahr IT und IP 1985-1993	263
Tabelle 6	Schüler im ersten Jahr IT und IP, Sektoren Industrie und Handel in verschiedenen Landesteilen	263
Tabelle 7	1. Kohorte (1949 - 1962): Schüler und Nichtversetzte nach Geschlecht und Schuljahr, Grundschule, Mittel- und Sekundarstufe	264
Tabelle 8	2. Kohorte (1959 - 1972): Schüler und Nichtversetzte nach Geschlecht und Schuljahr, Grundschule, Mittel- und Sekundarstufe	269
Tabelle 9	3. Kohorte (1969 - 1982): Schüler und Nichtversetzte nach Geschlecht und Schuljahr, Grundschule, Mittel- und Sekundarstufe	274
Tabelle 10	4. Kohorte (1982 - 1995): Schüler und Nichtversetzte nach Geschlecht und Schuljahr, Grundschule, Mittel- und Sekundarstufe	279
Tabelle 11	Wahl des Schultyps (%M, %F)	286
Tabelle 12	Übergänge von Grundschule bis Reifeprüfung nach Landesteilen	287
Tabelle 18	Verteilung der Beschäftigten laut Volkszählungen 1961-1991	292
Tabelle 19	Entwicklung der Bevölkerung nach Bildungsabschluß 1978-1994 (in %)	293
Tabelle 21	Beschäftigte und nicht-beschäftigte Jugendliche nach Altersgruppe und Schulabschluß (jährliche Variation in 1000)	294
Tabelle 22	Anteil der Nicht-beschäftigten Jugendlichen nach Geschlecht und Landesteil (in %)	295
Tabelle 23	Rangfolge der Bildungsqualität nach Regionen	296
Tabelle 24	Rangfolge der Bildungsqualität nach Provinzen	297
Tabelle 25	Die italienischen Nachkriegsregierungen und ihre Schulminister	299

Glossar

Geographische Sammelbegriffe:

Norden: Piemonte, Valle d'Aosta, Ligurien, Lombardei, Trentino-Alto Adige, Veneto, Friuli-Venezia Giulia, Emilia-Romagna

Zentrum: Toscana, Umbria, Marche, Lazio

Süden: Abruzzo, Molise, Campania, Puglia, Basilicata, Calabria, Sicilia, Sardegna

Parteien:

Democrazia italiana		DC
1994 gespalten in	Partito popolare italiano	PPI
	Centro cristiano democratico	CCD
Partito comunista italiano		PCI
1991 <i>gespalten in:</i>	Partito della sinistra democratica	PDS
	(seit 1998: Democratici di Sinistra)	DS
	Rifondazione comunista	RC
Partito socialista italiano		PSI
Partito repubblicano italiano		PRI
Partito liberale italiano		PLI
Partito socialdemocratico italiano		PSDI
Movimento sociale italiano		MSI
1994 <i>umbenannt in:</i>	Alleanza nazionale	AN
Lega Nord (seit 1989)		
Forza Italia (seit 1993)		

Spezielle Begriffe aus dem politischen Bereich:

Centrismo (Zentrismus): Regierungskoalitionen der DC mit kleineren bürgerlichen Parteien des Zentrums (PLI, PRI), die den Bewegungsspielraum der DC gegenüber den klerikalen Kräften erweiterten, ihrerseits aber politisch klar den Zielen der DC untergeordnet blieben.

Centro sinistra (Mitte-Links): Regierungskoalitionen unter Dominanz der DC mit kleineren Partnern (PLI, PRI, PSDI) und seit 1963 dem PSI.

Compromesso storico (Historischer Kompromiß): Strategie des PCI unter Berlinguer, die auf eine gemeinsame Regierung der kommunistischen und progressiven katholischen Kräfte zielte, zu realisieren versucht als große Koalition von DC und PCI.

Corrente (Strömung): innerparteiliche organisierte Fraktionen oder „Unterparteien“, die insbesondere die DC charakterisierten, wo bis zu 10 Strömungen existierten, die über eine Geschäftsstelle, ein Presseorgan und national anerkannte Führer verfügten. Die *correnti* stellten vornehmlich Machtgruppen dar, die der Verteilung von Ressourcen dienten.

Lottizzazione (Parzellierung): Verteilung von Ämtern und Posten nach parteipolitischen Kriterien und Kräfteverhältnissen und nicht aufgrund fachlicher Kompetenz, typisch und konsequent zur Erhaltung der Machtposition eingesetzt von DC und PSI, aber auch von den anderen Parteien im nationalen oder regionalen Rahmen (PCI) angewandt.

Pentapartito (Fünf-Parteien-Koalition): Regierungskoalition aus DC, PSI, PRI, PSDI und PLI, überwiegende Regierungskoalition zwischen 1981 und 1991. Im *Pentapartito* gelangten erstmals Exponenten anderer Parteien an die Spitze der Regierung (Spadolini, PRI; Craxi, PSI).

Sottogoverno (Unterregierung): Vergabe von Ämtern im Bereich der Verwaltung und der öffentlichen Einrichtungen (Banken, Rundfunk, Gesundheitswesen etc.) aufgrund einer politischen Entscheidung (vgl. *Lottizzazione*), die der Stabilisierung von Machtbereichen einzelner Personen oder Parteien dient (Tausch von Stellen gegen Wählerstimmen), aber der Effizienz der Einrichtungen schadet.

Quelle: Brütting 1997

Bezeichnung von Schulen:

Italienische Bezeichnung	Übersetzung/Analogon	Abkürzung
scuola elementare	Grundschule	
scuola di avviamento al lavoro	Arbeitsvorbereitungsschule	
scuola media	Mittelstufe	
scuola secondaria superiore	Sekundarstufe	
Indirizzi scuola secondaria superiore:	Schultypen Sekundarstufe:	
Liceo Classico	humanistisches Gymnasium	LC
Liceo Scientifico	naturwissenschaftliches Gymnasium	LS
Liceo Linguistico	neusprachliches Gymnasium	LL
Istituto Tecnico	Technische Fachschule	IT
Istituto Professionale	Berufsfachschule	IP
Scuola Magistrale	Gymnasium für LehrerInnenausbildung	SM
Istituto Magistrale	Fachschule für ErzieherInnen	IM
Liceo Artistico	Kunstgymnasium	LA
Istituto Artistico	Kunsthochschule	IA

Wenn in dieser Arbeit in allgemeinen Zusammenhängen „männliche“ Begriffe wie „die Schüler“ oder „die Lehrer“ verwendet werden, so sind damit Schüler und Schülerinnen bzw. Lehrer und Lehrerinnen gleichermaßen gemeint. In Fällen, wo weibliche und männliche Personen analytisch getrennt zu halten sind, wird dies sprachlich eindeutig formuliert.

Zitate aus italienischen Quellen wurden, sofern nicht anders angemerkt, von der Autorin dieser Arbeit übersetzt.

Einleitung

Italien ist als Land der Widersprüche bekannt. Mit einer Mischung aus Erstaunen und Bewunderung stellt der ausländische Beobachter fest, daß chaotische Verhältnisse das Land mitunter an den Rand eines Abgrundes bringen, aber daß es dann doch „irgendwie“ wieder weitergeht. Die Rettung wird dabei oft in der italienischen Kreativität gesehen, mit Hilfe derer im letzten Augenblick das Ruder herumgeworfen wird. *Eppur si muove*, und sie bewegt sich doch.

Diese Wahrnehmung kann sich auch beim Betrachten der italienischen Schulpolitik einstellen. Hier handelt es sich um einen Bereich, in dem fast nichts geschehen ist. Eine Reform 1963, danach verschiedentliche kleine Eingriffe, schließlich (1990) noch eine eher halbherzige Reform (Grundschule) - insgesamt stellt sich der Eindruck ein, daß das Schulsystem sich selbst überlassen wurde. Mit hohem Preis, wie die Kritiker unermüdlich betonen.

Unbestritten ist, daß diesen Preis nicht die Regierungspartei¹ bezahlt hat, die mit zwei Ausnahmen von 1946 bis 1994 sämtliche Schulminister stellte.

Wer nun für welche Kosten aufzukommen hat, kann hier nicht geklärt werden. Es soll aber dieses Bild der Untätigkeit, die offensichtlich doch einen Minimalkonsens herzustellen in der Lage war, besser ausgeleuchtet werden, um diese Inkongruenz besser verständlich zu machen.

Absicht der vorliegenden Arbeit ist zum einen, eine Länderstudie zur Schulpolitik in Italien vorzulegen. Es soll der Kenntnisstand zum Thema aufgefrischt werden, da die letzten umfassenden Arbeiten im deutschsprachigen Raum nunmehr 15- 20 Jahre zurückliegen² und weil Schulpolitik als eigenständiges Thema nicht bearbeitet worden ist. Hierin liegt auch das zweite Ziel dieser Arbeit: das Thema aus politikwissenschaftlicher Perspektive aufzuschlüsseln.

Es handelt sich dabei um einen eher schwer zugänglichen Bereich. Zum einen wird das Thema Bildungs- und insbesondere Schulpolitik fast ausschließlich in historischer und pädagogischer Perspektive behandelt, ein politikwissenschaftlicher Zugang wird von vielen Wissenschaftlern als „*scoprire l'aqua calda*“ (so der Politologe Massimo Morisi in einem Gespräch mit mir) abgetan, - es gebe da nichts zu entdecken. Italienische Wissenschaftler sehen das Thema als Exempel des

1 Als „Regierungspartei“ wird die Christdemokratische Partei (DC) bezeichnet, die bis 1993 ununterbrochen die stärkste Partei in verschiedenen Koalitionen war (vgl. Grundlagen, Kap. 1 Die politische Entwicklung und Teil 3, Kap. 4: Das politisch-institutionelle System in dieser Arbeit).

2 Arbeiten zu Teilaspekten des italienischen Schulwesens liegen auch aus jüngerer Zeit vor: Rothlauf (1990) mit einem Vergleich des deutschen und des italienischen Berufsschulwesens, Soldan-Schramm (1991) zum Geschichtsunterricht. Arnold (1981) weist große Kenntnis der Innenansicht der italienischen Schulen auf, ist aber aus pädagogischer Perspektive verfaßt. Die Arbeiten von Blumenthal (1978, 1980, 1983, 1989) beziehen sich auf den Zeitraum bis zu Beginn der 80er Jahre und berücksichtigen zwar auch Aspekte der Schulpolitik, sind aber nicht darauf ausgerichtet. Noch weiter zurück liegen die Arbeiten von Collicelli (1977, 1979), die wiederum Teilaspekte aufarbeitet. Zu bemerken ist allerdings, daß vieles an diesen Arbeiten auch Ende der 90er Jahre noch aktuell ist.

sattsam bekannten „Spiels“ zwischen Christdemokraten und Kommunisten. Allerdings werden auch die Autoren zum Teil dieses „Spiels“, fast alle Arbeiten zum Thema sind auf ein politisches Lager zurückführbar und reflektieren z. T. deutlich das persönliche *Credo* des Autoren bzw. die Parteiposition. Wenn also eine politische Dimension in den Arbeiten spürbar wird, so trägt sie oft persönlichen und parteilichen Charakter, was keineswegs die Ergebnisse desavouieren muß, aber im Umgang mit diesen Quellen berücksichtigt werden sollte.

Als Einstieg und Grundlage werden, bevor auf Schulsystem und Schulpolitik eingegangen wird, Informationen zur allgemeinen politischen und wirtschaftlichen Entwicklung des Landes vorausgeschickt, da ohne dieses Basiswissen das Verständnis erschwert würde.

Das Thema selbst wird in drei thematische Blöcke aufgeteilt: die Darstellung des italienischen Schulsystems, eine Chronologie der Schulpolitik von der Nachkriegszeit bis 1997 und der politikwissenschaftliche Zugang zum Thema. Die ersten beiden Teile legen weitgehend deskriptiv die Grundlagen für eine Interpretation. Diese, oder der Versuch, mit politikwissenschaftlichen Kategorien die Spezifik des vorliegenden Falles zu erläutern, ist zwar in den deskriptiven Teilen mit angelegt, wird jedoch erst im dritten Teil ausgeführt.

Zuerst soll das „Forschungsobjekt“ unter verschiedenen Aspekten beschrieben werden. Dazu wird zunächst das Schulsystem im weiteren Sinne dargestellt, d.h. sein aktueller Aufbau sowie Aspekte von Personal und Verwaltung. Darauf folgt die Darstellung der Bildungsexpansion in Italien seit 1945, die einerseits analog zu anderen Ländern verlief, aber auch Besonderheiten aufweist. Die anschließend behandelte Frage der Selektion im italienischen Schulwesen führt zu zwei Problembereichen hin: 1) die Frage der Qualität und 2) die Frage der Behandlung von statistischen Daten, wie sie von italienischen Autoren und Institutionen gehandhabt werden. Die Analyse von umfassendem Datenmaterial zeigt v. a. die Grenzen von dessen Interpretierbarkeit auf. Aus diesem Grunde werden die Ergebnisse vieler italienischer Autoren zu den Selektionsmechanismen im Schulwesen zwar nicht widerlegt, aber als nicht hinreichend abgesichert kritisiert. Zum Abschluß von Teil 1 wird auf die Frage nach dem „Arbeitsmarkt-Wert“ von Bildungsabschlüssen eingegangen. Nicht nur die wirtschaftliche Entwicklung, sondern auch Versäumnisse auf politischer Ebene haben dazu geführt, daß die Qualifikationen der Schulabgänger auf geringe Nachfrage stoßen, worauf auch die in Italien sehr hohe Jugendarbeitslosigkeit hinweist.

Dieser erste Teil ermöglicht eine Beurteilung des italienischen Bildungswesens: Dieses ist gekennzeichnet durch eine starke Heterogenität, die als ambivalent zu bewerten ist, sowie von deutlichen Funktionsdefiziten. Letztere werden darauf zurückgeführt, daß keine adäquaten Maßnahmen im politischen Bereich getroffen worden sind, werden also zumindest zum Teil

direkt und indirekt als politisch induziert verstanden. Es gilt, die Entstehungszusammenhänge (Teil 2) und die dahinterliegende politische Logik zu untersuchen (Teil 3).

Für Teil 2 wurde, um einen Gesamteindruck der Aktivitäten im schulpolitischen Bereich zu erhalten, die chronologische Darstellung gewählt. Dabei soll und kann keine erschöpfende Darstellung angestrebt werden, sondern es werden die für wichtig befundenen Maßnahmen in ihrem zeitgeschichtlichen Zusammenhang herausgearbeitet. Der Untersuchungszeitraum wird in Phasen unterteilt, die eine Tendenz erkennen lassen, welche anhand der jeweils ergriffenen Maßnahmen illustriert wird.

Zu Beginn wird die Ausgangslage nach dem Zweiten Weltkrieg beschrieben, wie sie in der konfusen Situation der Zweiteilung des Landes, mit den zurückgekehrten Parteien, den Alliierten und den Partisanenorganisationen vorlag. Anschließend wird die Debatte zu schulpolitisch relevanten Themen in der Verfassungsgebenden Versammlung nachgezeichnet, die besonders von den Beiträgen der christdemokratischen und kommunistischen Partei geprägt war. Abschließend werden kurz jene Artikel der Verfassung dargestellt, die das Schulsystem betreffen.

In der Phase des christdemokratischen Zentrismus in den 50er Jahren fand im schulpolitischen Bereich, unter Gonella, die Etablierung von konservativer Politik katholischer Prägung statt. Mit der Krise der Regierungspartei ab Mitte der 50er Jahre begann eine langsame, unstete Öffnung zur parlamentarischen Linken. In dieser Übergangsphase wurde das Thema Bildung aufgewertet.

Der dritte Abschnitt, die Zeit der Reformen, begann 1963 mit der Reform der Mittelschule. Es handelt sich um eine Phase, die zunächst von der Dynamik der Mitte-Links-Koalition, dann vom Protagonismus der aus der Zivilgesellschaft entstandenen Bewegungen charakterisiert wurde. Die getroffenen Maßnahmen waren zwar partiell, veränderten aber das Schulsystem erheblich.

Im folgenden Zeitabschnitt standen die Diskussionen um die Reform der Sekundarstufe und ein „neuer“ Modus der Innovation im Vordergrund: Aufgrund der Entscheidungsunfähigkeit des Parlaments konnte zwar keine Reform verabschiedet werden, durch Versuchsprojekte unterschiedlichen Ausmaßes wurde jedoch eine von italienischen Autoren „schleichend“ genannte Reform eingeleitet. Diese ufernte allerdings aus und sollte durch zentral erstellte Lehrpläne für ein noch zu schaffendes neues System wieder vereinheitlicht werden.

Im gesamten Untersuchungszeitraum war fast ausschließlich die christdemokratische Partei für den Schulbereich verantwortlich. Noch in den „technischen“³ und „nach-christdemokratischen“ Regierungen Amato, Ciampi, Berlusconi und Dini (1992-1996) wurde das Schulministerium

³ Mit dem Terminus „Techniker“ wird solches politisches Personal bezeichnet, das nicht infolge einer Parteikarriere, sondern aufgrund anderer Qualifikationen in ein Amt berufen wird.

weiter mit Christdemokraten besetzt. Mit dem Regierungswechsel 1996 stellte die ehemalige kommunistische Partei (PCI), nun „Partei der demokratischen Linken“ (*Partito della sinistra democratica*, PDS) die stärkste Partei in der Regierungskoalition dar und übernahm mit Luigi Berlinguer die Leitung des Schulministeriums. Er stellte Anfang 1997 eine Strukturreform des gesamten Schulsystems zur Diskussion. Die Darstellung dieses Projekts schließt den zweiten Teil ab.

Bei der Darstellung der italienischen Schulpolitik wurde die chronologische Methode gewählt, da aus dem o.g. Anspruch, aus der Auslandsperspektive zu schreiben, ein Gesamtbild erstellt werden sollte und weil eine auf einzelne Maßnahmen begrenzte Analyse Gefahr läuft, kontingenten Faktoren eine zu große Rolle zuzuschreiben und diachrone Besonderheiten aus dem Blick geraten. Deutlich wird hierbei, daß überwiegend begrenzte Eingriffe in spezifische Bereiche vorgenommen wurden, daß diese Begrenztheit neue Probleme schafft und daß angrenzende Bereiche nicht angeglichen werden: Der politische *output* ist beschränkt auf partielle und unvollständige Maßnahmen, die ein Gesamtkonzept und ein definiertes Ziel vermissen lassen. Eher kann Schulpolitik als Reaktion auf Druck und als nachträgliche juristische Normierung bereits eingetretener Veränderung verstanden werden.

In Teil 3 werden verschiedene Aspekte der schulpolitischen Maßnahmen politikwissenschaftlich aufgearbeitet. Zunächst wird auf die vorliegende italienische Literatur zur Schulpolitik eingegangen. Es werden einige Ergebnisse davon übernommen (internationale und institutionelle Aspekte). Dies führt zur Feststellung, daß sich in der Schulpolitik die allgemeine Strukturproblematik des italienischen politischen Systems wieder findet.

Der hier vorgestellte Ansatz unterscheidet sich von den Arbeiten italienischer Autoren dadurch, daß nicht versucht wird, einen geschlossenen theoretischen Rahmen zu konstruieren, da dies zu großen Abstrichen an der Verschiedenartigkeit der Einflußfaktoren führen würde. Außerdem werden weitere Faktoren in die Interpretation der italienischen Schulpolitik miteinbezogen. Es handelt sich dabei um Charakteristika und Positionen der Parteien, die als Protagonisten der Schulpolitik verstanden werden, nämlich die von 1948 bis 1992 regierende Christdemokratische und die oppositionelle Kommunistische Partei. Diese beiden Parteien werden als Subjekte verstanden, die maßgeblich den Tenor der Diskussion und dem Rahmen für Entscheidungen beeinflußt haben. Darüber hinaus soll der Frage nachgegangen werden, wie sich die beschriebene Politik zur Notwendigkeit der Herstellung von Konsens verhält. Es wird zunächst der spezifisch schulpolitische Ansatz, den Weiler (1983, 1989, 1990) vorgelegt hat, auf den italienischen Fall angewandt. Ferner werden als Spezifika des vorliegenden Falles die Rolle der klientelistischen Kultur und die Bedeutung von Ungleichheit in der christdemokratischen Politik hervorgehoben.

Während in der italienischen Literatur der Vorwurf des Klientelismus gegenüber der christdemokratischen Schulpolitik häufig in parteipolitischer Polemik und als Schlagwort eingesetzt wird, soll hier versucht werden, das Phänomen zu präzisieren und auf seine gesamtkulturelle Dimension hinzuweisen. Das Stichwort Ungleichheit eröffnet einen Interpretationsversuch, der darauf ausgerichtet ist, die als defizitär beschriebene Politik der DC als funktional für einen spezifischen Modus der Herstellung von Konsens zu verstehen. Die beiden letztgenannten Aspekte kreisen um Aspekte der politischen Kultur Italiens, die als eigenständiges Thema aufzunehmen den Rahmen dieser Arbeit überzogen hätte, die aber gerade aus der Auslandsperspektive einen wichtigen Beitrag zum Verständnis des „Erfolges“ einer anerkanntermaßen unzureichenden Bewältigung von gesellschaftspolitisch relevanten Problemstellungen leisten kann.

Grundlagen

1. Kurzer Abriss der italienischen Nachkriegspolitik

Der Übergang vom Faschismus zur demokratischen Staatsform war in Italien von heftigen Partisanenkämpfen und der Zweiteilung des Landes begleitet. Nach der Landung der Alliierten in Sizilien und der Absetzung und Festnahme von Mussolini als Folge innerparteilicher Kämpfe wurden durch die neue Regierung Badoglio zunächst geheime Verhandlungen mit den Alliierten begonnen. Nach der Bekanntgabe des Waffenstillstandes zwischen Alliierten und italienischer Regierung besetzten die deutschen Truppen die wichtigsten strategischen Punkte des Landes, während von Süden die Alliierten und von Norden die Partisanen das Land befreiten. Das Oberkommando der alliierten Streitkräfte arbeitete mit der Organisation der Partisanen *Comitato per la liberazione nazionale*, in dem sich alle antifaschistischen Kräfte, von den Christdemokraten bis zu den Kommunisten, vereinigt hatten, zusammen. Mit der Befreiung der Städte Genua, Milano und Torino im April 1945 und der Festnahme und Hinrichtung des *Duce* durch Partisanentruppen am 27. April 1945 war die Phase des Übergangs beendet (Visani, 1990: 390ff.).

Im Juni 1945 wurde durch ein Abkommen zwischen den Parteien eine Regierung unter Parri (*Partito d'azione*) eingesetzt (Ginsborg, 1989: 82ff.). Die Kräfteverhältnisse zwischen den verschiedenen politischen Parteien zeigten sich bei den Wahlen zur *Assemblea Costituente*, der Verfassungsgebenden Versammlung, am 2. Juli 1946, bei denen die Christdemokraten (*Democrazia cristiana*, DC) 35,2%, die Sozialistische Partei (*Partito socialista italiano*, PSI) 20,7% und die Kommunistische Partei (*Partito comunista italiano*, PCI) 18,9% der Sitze erhielten⁴ (Galli, 1978: 83). Die erste politische Wahl nach dem Faschismus brachte also ein Ergebnis, bei dem die linken Parteien mehr Stimmen erhalten hatten als die Parteien des Zentrums und des konservativen Spektrums.

In den ersten Jahren der Republik blieb die antifaschistische Allianz zwischen den Parteien erhalten, bis Mai 1947 waren Sozialisten und Kommunisten an den verschiedenen Regierungen

4 Die Verfassungsgebende Versammlung umfaßte alle neugegründeten und aus der vorfaschistischen Zeit stammenden politischen Formationen außer der faschistischen und monarchistischen Partei. Neben den drei großen Parteien erhielten die kleineren Parteien und Gruppierungen folgende Stimmenprozente: Partito Repubblicano: 4,4, Partito d'Azione: 1,4, Concentrazione democratica repubblicana (Parri, La Malfa): 0,4, Partito sardo d'azione: 0,3, womit das linke Lager 46% der Stimmen erhielt. Das rechte Spektrum: Partito liberale 6,8%, gruppierte sich zur DC und formierte den gemäßigten Block mit 42% aller Stimmen. Die Stimmen für die extreme Rechte (Uomo qualunque: 5,1%, Monarchisten: 2,8%, Movimento per l'indipendenza della Sicilia: 0,7%) wurden als außerhalb des Systems stehende Opposition nicht zum gemäßigten Block gezählt, so daß dieser also weniger Stimmen als die beiden Parteien der Linken erhielt (Galli, 1978: 83).

(Bonomi, Parri, 1. und 2. Regierung De Gasperi) beteiligt, danach wurde das antifaschistische Bündnis von De Gasperi aufgekündigt. Abgestützt wurde diese Maßnahme vom Vatikan und von den USA; die Zeit des Kalten Krieges hatte begonnen. Diese Strategie erwies sich in den Wahlen 1948 als gewinnend, die Christdemokratische Partei wurde stärkste Partei (48,5%)⁵ (Ginsborg, 1989: 128ff.). Die kommunistische und die sozialistische Partei (PCI und PSI), die in der Volksfront ein Aktionsbündnis geschlossen hatten, erhielten 31% der Stimmen, alle anderen Parteien lagen weit unter diesen Ergebnissen. Damit war die politische Klasse der Vorkriegszeit und des liberalen Italien, die von der liberalen und der republikanischen Partei (PLI und PRI) repräsentiert wurden, in die Bedeutungslosigkeit gefallen, während zwei bisher vom institutionellen politischen Leben ausgeschlossene – sieht man von der kurzen Phase zwischen erster Nachkriegszeit und faschistischem Regime von 1918 bis 1922 ab - Subkulturen nun die politische Szene dominierten.

In den folgenden Jahren baute die Christdemokratische Partei ihre Hegemonialstellung auf verschiedenen Ebenen aus, wobei die Unterstützung der katholischen Kirche im allgemeinen, und deren Organisationen im besonderen, entscheidend war (Ginsborg, 1989: 154f.). Ziel der Politik De Gasperi's war in erster Linie die Unterstützung durch die USA, die als existentiell für den Wiederaufbau der italienischen Industrie eingeschätzt wurde. Wichtige innenpolitische Ziele waren die Isolierung der Kommunisten und die Stärkung der eigenen Position in der Konzentration auf Bürgertum, Mittelstand und Bauern und die Ausgrenzung der Arbeiterklasse (Carocci, 1990: 337ff.). Die Agrarreform von 1950 kann unter dem Gesichtspunkt dieser innenpolitischen Ziele gesehen werden. Sie erfüllte verschiedene Funktionen: Die Unruhen im Süden wurden ihrer Kraft beraubt und damit dem PCI große Teile seiner Konsensbasis in diesem Landesteil entzogen (ebd., 359). Durch die Umsetzung der Reform über eigens geschaffene Körperschaften, die Arbeitsplätze schufen oder technische Hilfe, Kredite u. a. vermittelten, gelang es der DC, sich außerdem ein System der Verteilung (von Arbeit und materieller Unterstützung) nach politischen Kriterien zu schaffen, das die Fortführung der klientelistischen Beziehungen unter eigener Kontrolle ermöglichte - die DC hatte sich an die Stelle der alten Besitzerschicht gesetzt und verfügte nun den Tausch von materiellen Vergünstigungen gegen Wählerstimmen. Ferner war die Umverteilung der Flächen so mäßig, daß keine starke Besitzerschicht außerhalb der Kontrolle der christdemokratischen Partei entstehen konnte (Ginsborg, 1989: 171ff.).

5 Dieser Wähleranteil entsprach der absoluten Mehrheit im Parlament: Die DC stellte 305 von 574 Abgeordneten (Ginsborg, 1989: 188).

Der Versuch, ein Mehrheitswahlgesetz einzuführen, das als *legge truffa* in den italienischen Sprachgebrauch einging, zeigte allerdings die Grenzen des christdemokratischen Konsenses auf: Bei den Wahlen 1953 verlor die Partei 8,4% der Wählerstimmen. Damit war die Ära De Gasperi beendet.

Neuer Parteisekretär wurde Fanfani, der einer eher progressiven *corrente* (innerparteilichen Strömung) angehörte. Sein innenpolitisches Ziel war, die Partei auf nationaler Ebene zum Zentrum der wirtschaftlichen Macht zu machen, sowohl durch enge Zusammenarbeit mit Wirtschaftsexponenten als auch durch Ausweitung des staatlichen Eingriffes. Er verstärkte den organisatorischen Aufbau des Parteiapparates, um die DC aus der Abhängigkeit von den katholischen Organisationen zu lösen, und untermauerte die zentrale Position der Partei durch verschiedene Einzelstrategien, wie den Ausbau der Unternehmen mit staatlicher Beteiligung⁶ und die Schaffung eines eigenen Ministeriums dafür (*Ministero per le partecipazioni statali*, Ministerium für Staatsbeteiligungen, 1956), die Schaffung der *Cassa per il mezzogiorno* (Finanzierungsinstitut für die Entwicklung des Südens) sowie durch zunehmende Kontrolle des Bankensystems. Diese Bereiche wurden zur institutionellen Grundlage des christdemokratischen Klientelsystems (Ginsborg, 1989: 209f.).

Die mit dem Ende der Ära De Gasperi's einsetzenden Krisen der zentristischen⁷ Regierungskoalitionen verstärkten sich im Laufe der 50er Jahre, was sich im Zuwachs der Wählerstimmen im linken und rechten Bereich und in einer steigenden internen Heterogenität der Regierungspartei (*correnti*) reflektierte. Die klare Hegemonie der katholischen Partei war zu Ende, auf der Suche nach Mehrheiten wurden sowohl nach rechts als auch nach links in der Parteienlandschaft neue Koalitionen erprobt (Ginsborg, 1989: 344ff.; Scoppola, 1991: 342).

6 Die wichtigsten und größten Unternehmen mit Staatsbeteiligung sind die Holdings IRI (Istituto per la ricostruzione dell'industria, Institut zum Wiederaufbau der Industrie) und ENI (Ente nazionale idrocarburi, Nationale Körperschaft für Kohlenwasserstoffe).

7 Die zentristische Regierungsformel setzte sich aus DC und den laizistischen Koalitionsparteien zusammen: *Partito repubblicano italiano* (PRI), *Partito socialdemocratico italiano* (PSDI), *Partito liberale italiano* (PLI). Diese entsprechen der Repräsentanz des Mittelstandes und verfügten zusammen über rund 10% der Wählerstimmen. Sie entstammen der Tradition des ausgehenden 19. Jahrhunderts, sind pragmatisch orientiert und an der internationalen Position Italiens (EG, NATO) interessiert. Innenpolitisch gilt ihr Hauptinteresse wirtschaftlichen Fragen, ideologisch sind sie im Rechts-Links-Schema als gemäßigte Parteien zu verorten, vom PRI mit tendentiell progressiver zum PLI mit deutlich konservativer Richtung. Das politische Gewicht dieser Parteien in der Regierungskoalition wird von den Parteiführern selbst als gering eingestuft. Als Verdienste werden verbucht, die Christdemokraten zu einer „opportunistischen Wirtschaftspolitik gezwungen“ und sich mit PSI und PCI für soziale Reformen eingesetzt zu haben. Insgesamt jedoch werden diese Parteien als eher passive Elemente gesehen, die ihre Existenz durch Zugang zu Ministerposten gesichert haben (Wieser/Spotts, 1988: 99ff.).

Die kommunistische und die sozialistische Partei standen seit 1948 im Schatten der christdemokratischen Hegemonie. Die beiden Parteien, die sich 1921 im Konflikt um revolutionäre versus reformistische Strategie gespalten hatten, waren sich durch die Opposition zum Faschismus und im CLN ideell nähergekommen und agierten zunächst als Volksfront gemeinsam. Der PSI stand jedoch vor dem Problem der Abgrenzung einer eigenen Identität, da der PCI sowohl in Bezug auf die Parteiorganisation als auch auf die Wählerstimmen (seit 1948) deutlich stärker war. Schon zu Beginn der 50er Jahre versuchte der PSI, sich als neutrale Kraft zu definieren, 1955 wurde öffentlich die Zusammenarbeit mit der DC in Aussicht gestellt, sofern diese ihr politisch-soziales Reformprogramm realisieren sollte. Hinzu kam der Einmarsch der sowjetischen Truppen in Ungarn 1956, worüber das Aktionsbündnis zwischen Kommunisten und Sozialisten 1957 zerbrach (Ginsborg, 1989: 261).

Der PCI der 50er Jahre orientierte sich stark an der Sowjetunion, Ginsborg spricht von „geradezu serviler Lobhudelei“ im Verhältnis zu Stalin (ders., 1989: 266). Die innerparteilichen Strukturen widersprachen den propagierten Idealen von direkter Demokratie und Arbeiterkontrolle - hinter dem Begriff *centralismo democratico* verbargen sich streng hierarchische Entscheidungsstrukturen und das Verbot der organisierten Opposition (Ginsborg, 1989: 268). Allerdings begann auch im PCI Mitte der 50er Jahre ein vorsichtiger Prozeß der Loslösung von Moskau. Der XX. Parteitag der KPdSU und die Ereignisse in Ungarn hatten viele Austritte aus der Partei zur Folge, so daß diese ihren Kurs zu hinterfragen begann und Togliatti das Prinzip des Polyzentrismus⁸ lancierte (Wieser/Spotts, 1988: 73; Ginsborg, 1989: 276f.). Die soziale Basis des PCI allerdings hing in weiten Kreisen dem revolutionären Traum nach, wie die Massenerhebungen zeigten, z. B. nach dem Attentat auf Togliatti 1948, die Bauernerhebungen im Süden Ende der 40er Jahre sowie die Arbeiterdemonstrationen in der Poebene und den Städten des Nordens zu Beginn der 60er Jahre, die vom politischen Gegner als unmittelbare kommunistische Gefahr wahrgenommen wurden (Scoppola, 1991: 232f.).

Der Übergang zu einer neuen Regierungsformel, bereits seit Mitte der 50er Jahre angelegt, konnte jedoch erst zu Beginn der 60er Jahre konkretisiert werden. Er wurde begünstigt durch Faktoren der internationalen Politik, wie die Erneuerung im Vatikan unter Johannes XXIII⁹ und die neue Einstellung der amerikanischen Verwaltung unter Kennedy (Scoppola, 1991: 342ff.; Gundle,

8 Togliatti hatte schon aufgrund seiner kritischen Haltung gegenüber der Kominform den Handlungsspielraum der westlichen kommunistischen Parteien zu erweitern versucht und förderte mehr Unabhängigkeit von Moskau und stärkere eigene Artikulation für die Parteien und Bewegungen innerhalb der internationalen sozialistischen Bewegung (Ginsborg, 1989: 276).

9 Scoppola vertritt sogar die These, daß die Mitte-Links-Regierung erst durchgesetzt werden konnte, als die Opposition der Kirche nachgelassen hatte, und daß die Verzögerung in der Durchsetzung darin begründet sei (ders., 1991: 344).

1995: 235). Innenpolitisch waren das Ende der 50er und der Anfang der 60er Jahre von extremer Instabilität gekennzeichnet. Die Suche der DC nach einer tragfähigen Regierungsformel war gescheitert; als 1960 eine von der parlamentarischen Unterstützung durch die faschistische Partei¹⁰ (MSI) abhängige Regierung unter Tambroni gebildet wurde, brachen große Unruhen in mehreren Städten aus, die zum Sturz dieser Regierungskonstellation führten. Die Mitte-Rechts-Variante war damit endgültig gescheitert. Somit war die DC zur Öffnung gegenüber dem PSI gezwungen, um an der Regierung zu bleiben. Es wurde zunächst eine Minderheitsregierung unter Fanfani gebildet (1960-1962), die ab 1962 auf die parlamentarische Unterstützung durch den PSI zählen konnte. Nach einer Übergangsregierung unter Leone trat der PSI 1963 in die Regierungskoalition unter Moro ein. Die vorausgegangenen Wahlen (1962) hatten die beiden linken Parteien gestärkt, während die DC über 4% Wählerstimmen verloren hatte (Ginsborg, 1989: 594).

Der PSI hatte den Eintritt in die Regierung an die Realisierung von bestimmten Reformen, wovon die wichtigsten das Schulwesen und die Verstaatlichung der Energiewirtschaft betrafen, geknüpft, die zum Teil erfüllt wurden. Doch schon in der frühen Phase der Regierungsbeteiligung konnte der innovative Elan die Tendenz der Projekte, zu „versanden“, nicht aufhalten. So wird also v. a. die Phase unmittelbar vor dem Eintritt des PSI in die Regierung als besonders einschneidend angesehen (dritte Legislaturperiode, dritte und vierte Regierung Fanfani). Bereits die erste Mitte-Links-Regierung unter Moro (vierte Legislaturperiode) trug die Zeichen der inneren Spannungen sowohl im PSI als auch in der DC (Scoppola, 1991: 347). Der Beginn der zweiten Regierung Moro (Juli 1964) stand im Zeichen des versuchten Staatsstreichs von General De Lorenzo - angesichts dieser Gefahr für die Demokratie und aufgrund von internen Problemen¹¹ erklärte die Sozialistische Partei ihren Regierungseintritt unter weitgehendem Verzicht auf ihre Forderungen. Die „Zwei-Phasen-Politik“ des PSI - erst „Sanierung“, Überwindung der Krise, dann Reformen - erwies sich als ungeeignet und beraubte die Partei ihres politischen Gewichts (Alf, 1977: 234). Damit war erstens die Bedeutung der Sozialistischen Partei als Kontrapunkt in der Regierung geschwächt, zweitens wichen parteiintern die großen Erwartungen des PSI an eine progressive Politik der puren Teilhabe an der Regierungsmacht¹² (Scoppola, 1991: 347; Ginsborg, 1989: 381f.).

10 Trotz des Verfassungsverbots der Gründung einer faschistischen Partei war eine solche unter dem Namen *Movimento sociale italiano* (MSI) gegründet worden. Während die Partei in den 50er Jahren sich eher verdeckt organisierte, sollte der erste Nationalkongreß ausgerechnet in Genua, einer Stadt mit starker antifaschistischer Tradition, abgehalten werden. Dazu kam die Aufwertung der Partei durch die Regierung Tambroni, so daß die Linke und die öffentliche Meinung weder die Provokation Genua noch die Gefahr für die Demokratie durch die parlamentarische Akzeptanz des MSI übersehen wollten (Alf, 1982: 176).

11 1964 spaltete sich der PSI und verlor ein Drittel der Mitglieder an den PSIUP (Scoppola, 1991: 347).

12 In dieser Phase begann laut Ginsborg (1989: 382) auch die Sozialistische Partei, klientelistische Praktiken anzuwenden.

Die Wahlen von 1968 setzten den kontinuierlichen Stimmenzuwachs des PCI fort, der mit den Sozialdemokraten (PSDI) vereinte PSI und die DC verbuchten ebenso leichte Gewinne. Die folgende, fünfte Legislaturperiode bestätigte allerdings hauptsächlich die internen Probleme der Mitte-Links-Koalition: Die Regierungsformel, die „mehr Mißerfolge als Realisierungen“ (Carocci, 1990: 353) zu verbuchen hatte, entwickelte sich immer mehr zum Selbstzweck, zur „Überlebensallianz ohne Inhalte“ (Scoppola, 1991: 352). Eine wichtige Entscheidung wurde 1970 mit der Einrichtung der in der Verfassung vorgesehenen Regionen gefällt. Bei den ersten Regionalwahlen erwiesen sich drei Regionen im nördlichen Zentrum Italiens als mehrheitlich kommunistisch: der „rote Gürtel“ mit Emilia-Romagna, Toscana und Umbria. Nach fünf Regierungsumbildungen endete diese Legislaturperiode mit einer Minderheitsregierung unter Andreotti und der vorzeitigen Auflösung der beiden Parlamentskammern 1972¹³ (Ginsborg, 1989: 443).

Die Gründe der politischen Krise gehen auf eine Umbruchssituation zurück, die sich in verschiedenen Tendenzen in der Zivilgesellschaft andeutete. Eine unmittelbare Bedrohung für die christdemokratische Identität stellte die Säkularisierung der Gesellschaft dar, die sich beispielsweise in der Verabschiedung eines Scheidungsgesetzes (1970) ausdrückte. Per Referendum, 1974 von konservativen christdemokratischen Kreisen durchgeführt, sollte dieses Gesetz revidiert werden, die Wähler aber entschieden anders. Zunächst der Prestigeverlust durch die Legalisierung der Scheidung, dann das Scheitern im Volksentscheid versetzten der DC eine doppelte Niederlage und machten den Abstand zwischen der katholischen Partei und den Bedürfnissen der Bevölkerung deutlich (Ginsborg, 1989: 441).

Zu den politischen Spannungen innerhalb und zwischen den Parteien kam verstärkend die wachsende Politisierung der Bevölkerung hinzu, die in Zeiten starker wirtschaftlicher Entwicklung zwischen 1958 und 1963 (s. folgendes Kapitel) größere Erwartungen bezüglich des eigenen Wohlstandes entwickelt hatte und sich unter der Wirtschaftskrise stärker der Opposition zuwandte. Dies und die politische Polarisierung führten zu kaum noch kontrollierbaren sozialen Unruhen: Zunächst begann die Studentenbewegung mit der Besetzung des soziologischen Instituts der Universität Trento 1966 (Ginsborg, 1989: 409; Pesci, 1991: 444). Zwei Jahre später breitete sich der Protest auch auf die Sekundarschulen aus, 1969 folgte die Mobilisierung der Arbeiter (Ginsborg, 1989: 419ff). Selbst einst gemäßigte Gewerkschaftsbereiche radikalisierten sich, was

13 Aus der Darstellung der Auflösung des Parlamentes 1972 von Ginsborg (1989: 454) geht eine Besonderheit hervor: nicht Parteienzwist, sondern Eintracht war demnach der Auslöser. Katholische Vereinigungen hatten den Versuch unternommen, das Scheidungsgesetz von 1970 per Referendum aufzuheben. Da das Ergebnis einer solchen Volksbefragung für Linke wie Rechte in jenem historischen Moment nicht berechenbar war, sollte das Unterfangen der Katholiken blockiert werden. Die „Regierungskrise“ entsprang also den allseits geteilten Bedenken gegenüber einem Volksentscheid, der die Kräfteverhältnisse offengelegt hätte.

zur Wiedervereinigung der ganzen Bewegung in einer Einheitsgewerkschaft führte und deren Schlagkraft und Radikalität steigerte. 1969 traten 1,5 Millionen Arbeiter in Generalstreik. Unter diesen Bedingungen nahm der Einfluß der Gewerkschaften auf die Politik enorm zu.

Es handelte sich allerdings nicht um einen Linksruck in Gesellschaft und Politik, vielmehr fand bereits seit 1969 eine Polarisierung auf politischer und sozialer Ebene statt: Sowohl die Linke, mit Gewerkschaften und PCI, als auch die extreme Rechte (MSI) gewannen an Einfluß. Terroristische Akte, die größtenteils bis heute nicht aufgeklärt sind, erschütterten während der ganzen 70er Jahre das Land¹⁴. Dieser Aspekt des politischen Lebens wurde mit Begriff der „Strategie der Spannung“ bezeichnet: Es bestand immer der Verdacht, daß Teile der Geheimdienste¹⁵ und okkulte Mächte (v. a. die Geheimloge P2 um Licio Gelli) rechtsradikale Attentate unterstützten¹⁶. Auf der Gegenseite aktivierte sich die Linke in der Studentenbewegung durch zivilen Ungehorsam und später die extreme Linke im bewaffneten Kampf gegen den „Staatsterrorismus“ (Scoppola, 1991: 355ff.).

Neben den Aspekten der Politisierung und Polarisierung der Gesellschaft kam in den Protesten auch eine neue Nachfrage zum Ausdruck. Die Forderungen betrafen den Bereich der Arbeit (Sicherheit des Arbeitsplatzes, Angleichung der Lohnniveaus, Lohnerhöhung, Renten), gingen jedoch auch über den Horizont des Erwerbslebens hinaus und erstreckten sich auf andere grundlegenden Lebensbedingungen. So wurden z. B. Forderungen nach bezahlter Weiterbildung, nach staatlichen Eingriffen im Wohnungsbau und im Gesundheitswesen, nach Reformen im Transportwesen und in der Steuergesetzgebung erhoben: Es handelte sich schlicht um die Forderung nach dem Ausbau des Wohlfahrtsstaats (Ginsborg, 1989: 447).

Die Wahlen von 1972 führten den steten, wenn auch geringen Stimmenzuwachs des PCI fort (+ 0,2%), während sich bei der DC der entgegengesetzte Trend fortsetzte (- 0,4%). Die faschistische Partei erreichte mit 8,7% ihr historisches Maximum (Ginsborg, 1989: 594), das hauptsächlich auf Stimmen aus dem Süden des Landes beruhte, wo die Protestbewegung wenig Resonanz gefunden hatte. Erneut stellte sich das Problem der Regierungsformel: Weder zentristische Koalitionen (Regierungen Andreotti 1968 bis 1973) noch Mitte-Links-Regierungen (nach 1973) erwiesen sich

14 Allein zwischen April 1969 und Mitte 1972 wurden 271 Sprengstoffanschläge verübt (Scoppola, 1991: 358).

15 Nach Galli waren italienische und ausländische Geheimdienste sowie politisierte Gruppen aus Flugabwehr und Marine beteiligt (zit. n. Ginsborg, 1989: 452, Fußn. 23).

16 Es sei erinnert an die versuchten Staatsstriche von General De Lorenzo 1964 und Borghese 1970, bei denen Verwicklungen zwischen Geheimdiensten (SIFAR, SID) und rechtsradikalen Aktivitäten offengelegt wurden, aber zu keiner endgültigen Verurteilung führten (Wieser/Spotts, 1988: 121ff.). Ferner wurde eine Serie von Anschlägen verübt, die nur zum Teil zu Verurteilungen geführt haben, aber mit größter Wahrscheinlichkeit der Rechten anzulasten sind: u. a. die Anschläge von der *Piazza Fontana* in Mailand 1969 sowie auf den Zug *Italicus* und den Bahnhof von Bologna (Ginsborg, 1989: 450f.; Scoppola, 1991: 359).

als stabil. Parallel dazu zeichnete sich die Rolle des PCI als stabilisierender Faktor ab, der, unterstützt von der Gewerkschaftsbewegung, zum Verhandlungspartner der Regierung avancierte (Guarnieri, 22/4/1991). Dies wurde, bezogen auf die Parteebene, als Beginn einer konsoziativen Phase theoretisiert (vgl. Teil 3, Kap. 4 in dieser Arbeit) und stellte den Ausgangspunkt für den Versuch des *compromesso storico*, den historischen Kompromiß zwischen DC und PCI, dar.

Diese neue Strategie wurde in einer Situation der politischen, wirtschaftlichen (s. folgendes Kapitel) und sozialen Krise und der Bedrohung der Demokratie von Enrico Berlinguer, dem damaligen Parteichef des PCI, anvisiert. Nicht mehr durch eine starke Linke, sondern durch eine Allianz über die Parteingrenzen hinweg unter dem Banner der „nationalen Solidarität“ sollten die katholische und kommunistische Subkulturen sich aneinander annähern. Aufgrund der Einsicht, daß in Italien ohne große Mehrheiten der politische Handlungsspielraum nicht ausreichte, um die großen Probleme zu lösen, strebte Berlinguer im „historischen Kompromiß“ eine Regierungskoalition mit der DC an (Ignazi, 1997: 90).

Unter Berlinguer erreichte der PCI in den Wahlen von 1976 mit 34,3% der Stimmen 7,3% mehr als 1972 und damit sein historisches Maximum, die DC erhielt mit 38,8% denselben Stimmenanteil wie 1972. Der PSI blieb bei unveränderten 9,6% stecken (Ginsborg, 1989: 594). Mit diesem Ergebnis kam die Strategie von Berlinguer der Realität ein beträchtliches Stück näher. Es folgten drei Minderheitsregierungen der DC unter Andreotti, die vom PCI parlamentarisch unterstützt wurden: Die Regierungen des „Nicht-Mißtrauens“. Diese Lösung ist letztlich gescheitert, wenngleich die Phase der *solidarietà nazionale* als reformistisch angesehen wird: Es wurde das nationale Gesundheitssystem eingerichtet, die Reform der Psychiatrie durchgeführt, die Mietpreisbindung und ein Gesetz zum Schwangerschaftsabbruch eingeführt - alles für das *Image* der Parteien wichtige Maßnahmen. Allerdings reflektierte sich die Breite der in der „großen Koalition“ vertretenen Interessen in unscharfen Gesetzestexten, die der öffentlichen Verwaltung viel Spielraum bezüglich der Ausführung ließen, womit die Wirkung der Reformen geschmälert wurde. Insgesamt wird das Ergebnis als unsystematisch und als nicht substantielle Modernisierung eingeschätzt (Ginsborg, 1989: 464). Vor allem aber erwies sich diese Phase als negativ für den PCI, denn die Beteiligung an der Regierung hatte nicht genügend sichtbare Erfolge gezeitigt, die Austeritätspolitik, mit der der wirtschaftlichen Krise begegnet werden sollte, hatte die Lebensqualität spürbar verschlechtert, und schließlich wuchs die Opposition zum PCI auf der Linken wegen dessen Bewegung zum Zentrum hin (Guarnieri, 24/4/1991).

Als der PCI 1979 ultimativ die konkrete Regierungsbeteiligung einforderte und nicht erhielt, wurde das Parlament vorzeitig aufgelöst. In der folgenden Wahl erlitten die Kommunisten

Stimmenverluste von 4% (Ginsborg, 1989: 594). Die Krise der DC war nach dem Scheitern des großen Zentrums nicht behoben und ermöglichte zunächst keine stabile Lösung. Nach drei instabilen Regierungen unter Cossiga und Forlani wurde 1981 erstmals seit 1945 nicht ein Repräsentant der DC Ministerpräsident - mit Spadolini übernahm ein Exponent der republikanischen Partei (PRI), die 1979 über 3% der Wählerstimmen verfügte, die Regierung.

Langfristig erwies sich die Sozialistische Partei (PSI) als Nutznießer des Scheiterns der Politik der „nationalen Solidarität“, die mit knapp 10% der Wählerstimmen eine „notwendige, aber keine hinreichende Partei“ (Norberto Bobbio, zit. n. Merkel, 1983: 12) darstellte. Der PSI wurde durch den 1976 gewählten Parteisekretär Bettino Craxi völlig erneuert, er gab sich ein weniger philokommunistisches, intern viel geschlosseneres Profil (Ginsborg, 1989: 508) und beanspruchte die Besetzung des politischen Zentrums für sich. Craxi kamen mehrere allgemeine Tendenzen entgegen: Das Wahlverhalten der italienischen Bevölkerung war lange von den traditionellen Typen der Zugehörigkeits- und der Tauschwahl gekennzeichnet gewesen. Doch die allgemeinen Säkularisierungsprozesse, die in den 70er Jahren eingesetzt hatten, und die Erosion der beiden Subkulturen förderten den „moderner“ Typus des Meinungswählers, der in Italien typischerweise die kleineren Koalitionsparteien bevorzugt (Merkel, 1983: 5). Daneben gab der wirtschaftliche Aufschwung einem dynamischen Leader wie Craxi, dem es gelang, seine Partei als modern und reformistisch zu profilieren¹⁷, Rückenwind. Ferner stieg die Bedeutung des PSI als „Mehrheitsbeschaffer“ (ebd.: 10) für die DC: Bei den Wahlen 1983 erhielten die Sozialisten 11,4% der Stimmen, während die DC auf 32,9% der Wählerstimmen, ihr bisheriges historisches Minimum, gesunken war (Ginsborg, 1989: 594). Letztere waren unter Parteisekretär Ciriaco De Mita mit einem Programm angetreten, das Beschneidungen der öffentlichen Ausgaben, Erneuerung der Partei und Kampf gegen Klientelismus ankündigte, was von der Wählerschaft mit Abwendung quittiert wurde (ebd.: 567).

Die neue Regierungsformel des *pentapartito*, der Fünferkoalition aus DC, PSI, PRI, PSDI und PLI, erwies sich als stabil, wobei insgesamt nicht übersehen werden sollte, daß der PSI nach 1963 nur selten in der Regierung gefehlt hat. Neu an der ersten Legislaturperiode unter dem *pentapartito* war, im Vergleich zum *centro-sinistra*, daß die DC nicht mehr den Ministerpräsidenten stellte: Craxi löste den PSI aus seiner subalternen Rolle in der Koalition und führte, entgegen alle Erwartungen, eine stabile Regierung von 1983 bis 1987 (Braun, 1994: 62). Grundlage der Erfolge Craxis war zum einen die Geschlossenheit seiner Partei, die er durch eine

¹⁷ Merkel zitiert eine Charakterisierung des PSI, welche die Rolle des *Image* verdeutlicht, was durch die Wahlergebnisse der Partei bestätigt wurde: „The PSI is the most modern political party; Italian society is becoming very modern; therefore, Italian voters will increasingly choose the PSI“ (Pasquino, zit. n. Merkel, 1985: 291).

Stärkung der Position des Parteisekretärs, seinen „autokratischen“ Führungsstil und die Schwächung der innerparteilichen Opposition erreichte (Wieser/Spotts, 1988: 91ff.), zum anderen die Nutzung der Partei als „Sprungbrett für Ämter und Pfründen“ (ebd.: 93). Innenpolitisch wichtiger Erfolg Craxis war die Korrektur des automatischen Teuerungsausgleichs, womit der Gewerkschaftsbewegung ein schwerer Schlag versetzt wurde (ebd.: 94; Ginsborg, 1989: 547). In der internationalen Politik wurde die Präsenz Italiens, das Ende der 80er Jahre zur fünftstärksten Wirtschaftsmacht aufstieg, verstärkt (ebd.: 549). Als sich Craxi Mitte März 1987 weigerte, das Regierungsamt gemäß einer Absprache der DC zu übergeben, löste dies eine Krise aus, die zu vorgezogenen Neuwahlen führte (Wieser/Spotts, 1988: 95).

Die Wahlergebnisse von 1987 setzten die Erfolge Craxis fort, seine Partei erhielt ihr historisches Maximum mit 14,3% der Stimmen, auch die DC konnte leichte Gewinne verbuchen (Ginsborg, 1989: 594). Hinter der Kontinuität des *pentapartito* stand aber keine Stabilität, die Beziehungen zwischen PSI und DC basierten nicht auf einem gemeinsamen Programm, sondern waren geprägt von hoher Konflikthaftigkeit, persönlichen Rivalitäten und Machtspielen (ebd.: 568). Die Entwicklung der 80er Jahre führte also nicht zu größerer politischer Produktivität, vielmehr blieb die Situation blockiert (ebd.: 569). Die politische Bilanz der Ära Craxi kann mit dem Begriffspaar „Regierbarkeit“ und „Effizienz“ charakterisiert werden, womit die wirtschaftlichen Erfolge und die scheinbare innenpolitische Stabilität gemeint sind. Gleichzeitig wird aber auch darauf angespielt, daß im Schatten der „erfolgreichen“ Politik in bislang unbekannter Offenheit und Konsequenz Praktiken am Rande der Legalität und der demokratischen Legitimität eingesetzt wurden, daß der Zynismus und die Arroganz der regierenden politischen Elite eine neue Qualität erreicht hat. Ergebnis der Politik Craxis war ein weiterer starker Anstieg der Staatsverschuldung¹⁸, ein Überhandnehmen der Korruptionsphänomene und eine zunehmende Distanz zwischen politischer Elite und Bevölkerung (Braun, 1994: 64f.; Ignazi, 1997: 48ff.).

Nach den Wahlen 1987 blieb die Formel des *pentapartito* mit kurzen Unterbrechungen erhalten, aber das christdemokratische Personal wechselte häufig an der Regierungsspitze: Fanfani (10 Tage, Minderheitsregierung DC), Gorla, De Mita und Andreotti (2x). Dies war u. a. Ausdruck der Machtkämpfe innerhalb der DC, wo erst Zaccagnini und dann De Mita, Exponenten der Linken, die Parteiführung übernahmen, um die Partei mit dem auch von Moro vertretenen Kurs der Konvergenz mit dem PCI aus der Krise zu führen. De Mita scheiterte an innerparteilichen

18 Im Jahr 1989 überstieg die Staatsverschuldung den Wert des Bruttosozialproduktes, was zum Teil mit den zunehmenden Ausgaben für wohlfahrtsstaatliche Einrichtungen zu erklären ist, aber v. a. die Unfähigkeit der Regierungen offenlegt, die Ineffizienz des öffentlichen Sektors unter Kontrolle zu bringen, darin eingeschlossen die massiven Steuerhinterziehungen (Ginsborg, 1989: 551) und die Vergabe von Stellen im öffentlichen Sektor im Tausch gegen Wählerstimmen (Ignazi, 1997: 50; vgl. Teil 3, Kap. 4 in dieser Arbeit).

Kämpfen (Braun, 1994: 47), gegen seine Strategie etablierten Forlani und Andreotti mit Craxi in einer taktischen Konvergenz eine Art Machtkartell, das als „transversale Partei“ unter der Bezeichnung „CAF“ (für Craxi-Andreotti-Forlani) für die Entfernung der Regierenden von der Bevölkerung (Guarnieri, 30/4/1991) und für die skrupellose Benutzung der Regierungsposition zum Ausbau der eigenen Macht stand (Pasquino, 1995: 267).

Neben den Regierungsparteien befand sich auch die Oppositionspartei PCI nach dem Scheitern des historischen Kompromisses in einer Dauerkrise. Mit dem Fall der Berliner Mauer wurde die bereits seit 1981 (Polen) gelockerte Orientierung am sowjetischen Modell hinfällig. Daraufhin setzte ein Prozeß der Neudefinition der Partei ein, der 1991 mit der Änderung des Namens von „Kommunistischer Partei Italiens“ in „Partei der demokratischen Linken“ (*Partito della sinistra democratica*, PDS) und der Abspaltung von *Rifondazione comunista*, welche die Inhalte und Begrifflichkeit des Kommunismus nicht aufgeben wollte, als abgeschlossen betrachtet werden kann. Dies kostete die Partei zunächst weitere Wählerstimmen, bei den Wahlen 1992 erhielt der PDS nur 16% der Stimmen, an *Rifondazione comunista* gingen 6% der Stimmen (Cartocci, 1997: 235).

Drei neue Phänomene charakterisierten das Ende der 80er und den Beginn der 90er Jahre: die Referenden, die „*Lega Nord*“ und die politische Rolle der dritten Gewalt, wie sie der Staatsanwaltschaft Mailand mit den Ermittlungen „*Mani Pulite*“ („Saubere Hände“) zukam (Cartocci, 1994: 229ff.).

Mario Segni, Sohn des ehemaligen Staatsoberhauptes Antonio Segni und Abgeordneter für die DC zwischen 1976 und 1992 (Braun, 1994: 156), hatte seit Mitte der 80er Jahre eine Reform des Wahlsystems angestrebt, um die Blockierung des politischen Systems aufzuheben¹⁹, mit dem Ziel, das Vertrauensverhältnis zwischen Parteien und Wählern wieder herzustellen. Da dies aufgrund der Ablehnung, welche die Parteien gegenüber den verschiedenen Versuchen einer Reformierung der Institutionen gezeigt hatten, auf dem normalen Gesetzeswege aussichtslos war, schien das Referendum ein geeignetes Instrument, die Parteien zu umgehen. Für eine Unterstützung von Segnis Reformprojekt war in der politischen Landschaft Italiens nur der PCI zu gewinnen, die Regierungsparteien riefen, unterstützt durch das Schweigen der öffentlich-rechtlichen und privaten Fernsehanstalten, z. T. explizit zum Boykott der Abstimmung auf (ebd.: 153ff.). Trotzdem war dem Referendum ein durchschlagender Erfolg beschieden: die Beteiligung lag mit über 60% der Wahlberechtigten über den Erwartungen, die Entscheidung fiel völlig klar (95,6%

19 Die von Segni angeführte Referendumsbewegung strebte die Einführung des Mehrheitswahlrechts für den Senat, die Direktwahl der Bürgermeister und die Einschränkung der Präferenzstimmen für die Wahlen der ersten Kammer

der abgegebenen Stimmen) zugunsten von Segni aus. Damit war die Möglichkeit, mehrere Präferenzstimmen für eine Person abzugeben - eine wichtige Grundlage für den Tausch von Wählerstimmen gegen Vorteile verschiedener Art²⁰ - abgeschafft. Mehr noch als die Änderung im Wahlrecht wog die Tatsache, daß fast 27 Millionen Italiener sich damit gegen das Parteienestablishment ausgesprochen hatten. Die Mobilisierung der Wähler in Referenden ging weiter: Nach einem erfolgreichen Einspruch gegen die Entscheidung des Verfassungsgerichtes wurde im April 1993 über die Einführung eines Mehrheitswahlsystems abgestimmt. Dieses Referendum wurde wiederum von einer Mehrheit, die 60% der gesamten Wählerschaft entsprach, angenommen und führte zur Einführung eines gemischten Mehrheitswahlsystems²¹ (Cartocci, 1997: 234).

Das zweite neue Phänomen bildet die Etablierung von Umberto Bossis „*Lega Nord*“ im italienischen Parteienspektrum, die sich durch „Führerglauben und Staatsverdrossenheit als Programm“ profilierte (Braun, 1994: 167). Die Bewegung verleiht der verbreiteten Unzufriedenheit mit der politischen Elite Ausdruck und führte mit teilweise neuen politischen Themen, wie z. B. der Frage um die Stärkung der Regionen²², die als Separatismusdebatte geführt wurde, einen populistisch-demagogischen Stil ein. Die Lega entwickelte sich überraschend schnell zu einer ernstzunehmenden politischen Größe im Norden, die jedoch von den Regierungsparteien lange Zeit unterschätzt wurde (Braun, 1994: 105ff.; Cartocci, 1997: 229ff.).

Das dritte neue Phänomen in dieser Situation der Blockierung und Entfremdung zwischen Bürger und politischer Klasse stellt die Entwicklung der dritten Gewalt zu einem politisch determinierenden Faktor dar. Die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft Mailand brachten nach 1992 ans Licht, was schon lange ein offenes Geheimnis war und als „normal“ betrachtet wurde:

des Parlaments an. Vom Verfassungsgericht wurde jedoch nur die Volksabstimmung über den letzten Punkt zugelassen (Braun, 1994: 153).

²⁰ Bisher konnten vom Wähler drei bis fünf Stimmen (je nach Größe des Wahlkreises) an einen Kandidaten abgegeben werden, unabhängig von dessen Listenplatz. Die Zahl der individuell gewonnenen Präferenzstimmen entschied über den Einzug von Kandidaten ins Parlament und über ihr Gewicht innerhalb der Partei bzw. über die Stärke der *corrente*. Ein „probates“ Mittel, um möglichst viele dieser Präferenzstimmen zu erhalten, war der Tausch von „Leistungen“, z.B. Vermittlung einer Arbeitsstelle, Erteilung einer Ladenkonzession etc. durch den Abgeordneten an „treue“ Wähler. Die Kontrolle, ob die Stimmen des „Begünstigten“ und seines Umfeldes (Familie, Freunde) auch wirklich dem richtigen Kandidaten gegeben wurden, war durch ein ausgeklügeltes System gewährleistet: Provinzen, Gemeinden wurden in Zonen und Unterzonen unterteilt, für die ein „Stimmeneinsammler“ zuständig war. Den Wählern und ihrem Unterstützerkreis wurden anhand von detaillierten Listen individuelle Präferenzschemata, eine bestimmte Reihenfolge von mit einer bestimmten Anzahl von Präferenzstimmen zu wählenden Kandidaten, mitgeteilt. Nach dem Urnengang wurde in sorgfältiger Kleinarbeit überprüft, ob in Wahllokal X mit dem Präferenzschema übereinstimmende Kombinationen vorlagen, ob also Familie Y ihr Soll erfüllt hatte und die Gunst des Abgeordneten verdiente (Braun, 1994: 41ff.).

²¹ Nach dem neuen Wahlssystem, das für beide Kammern gilt, rekrutieren sich 75% der Abgeordneten durch einfache Mehrheit im jeweiligen Wahlkreis, die übrigen 25% nach Proporz über die Parteilisten (Braun, 1994: 157).

²² Weitere Themen waren die Polemik gegen Rom und den „unproduktiven“ Süden, die Stärkung der kleinen und mittleren Unternehmen und die Reform der Institutionen und des Steuersystems.

das System von Korruption, mit dem die Regierungsparteien ihre Machtposition aufrecht erhalten hatten. Es wurde gegen fast 200 Parlamentarier - davon fast alle aus den Regierungsparteien und einige aus dem PDS²³ -, gegen Minister wie Parteisekretäre und hohe Regierungsbeamte, wegen Verdachts auf Korruption, illegale Parteifinanzierung, Steuerbetrug u. ä. ermittelt (Modona, 1994: 526). Dies führte zwischen den Wahlen von 1992 und 1994 zur Auflösung der bisherigen Regierungsparteien. Der PSI versank in Bedeutungslosigkeit, ebenso die ehemaligen Koalitionsparteien PRI, PSDI und PLI. Die DC ist in zwei neuen Parteien²⁴, die früheren Strömungen entsprechen, „wiederauferstanden“.

Bei den Wahlen 1992 vereinigte die alte Regierungsmehrheit zwar noch über die Hälfte der Wählerstimmen auf sich - wobei DC und PSI im Norden bereits Stimmenverluste an die *Lega*-Wähler (die knapp 9% erreichte) hinnehmen mußten, was jedoch vom Zuwachs an Stimmen im Süden wettgemacht wurde -, aber es fand ein Wechsel des Personals statt. Nach einer heftigen Krise, zu der das Verhalten des damaligen Staatspräsidenten Cossiga und die Ermordung des Richters Falcone durch die Mafia beigetragen hatten, bildete Amato (PSI) eine „technische“ Regierung und besetzte die Spitze in 17 von 24 Ministerien neu, unter Ausschluß aller derjenigen Exponenten, gegen die Ermittlungen im Gang waren. Der Handlungsspielraum war definiert durch die extreme Finanzkrise, das Wiederaufleben von Anschlägen der Mafia (kurz nach Falcone wurde dessen Kollege Borsellino ermordet), das enorme Haushaltsdefizit, die demagogisch geführte Separatismus-Diskussion durch die *Lega Nord* sowie die Ermittlungen in Mailand, die als „Nebeneffekt“ eine institutionelle Krise verursachten, da Versuche unternommen wurden, die Unabhängigkeit der Staatsanwälte einzuschränken²⁵. Nach Amato übernahm 1993 mit Ciampi, einem ehemaligen Direktor der *Banca d'Italia*, wieder ein „Techniker“ die Regierung und führte die bereits von Amato eingeleitete rigide Sparpolitik fort (Cartocci, 1997: 240f.).

23 Von den 119 Abgeordneten, gegen die bis November 1993 Anträge auf Aufhebung der Immunität gestellt worden waren, gehörten sechs der PDS an. Zwar ist nachgewiesen, daß der PDS am System der *tangenti*, der Schmiergelder, beteiligt war, soweit eine Beteiligung an der (lokalen) Regierung, z. B. Mailand, gegeben war. Aber eine Mittäterschaft auf höherer, regionaler und nationaler Ebene wurde nie nachgewiesen: dies wohl nicht zuletzt deshalb, weil die Exkommunisten nicht nur von der Regierung, sondern auch vom *sottogoverno* weiterhin konsequent ausgeschlossen blieben. Nach Braun liegt die Verantwortung des PCI und des PDS allerdings darin, schweigend zugesehen zu haben (ders., 1994: 141).

24 Es handelt sich um den *Partito popolare italiano*, benannt nach der 1922 von Don Luigi Sturzo gegründeten ersten christlich inspirierten Partei Italiens, und um das *Centro cristiano democratico*, in dem sich die konservativen Exponenten gesammelt haben (Braun, 1994: 164). Die Spaltungen und Wiedervereinigungen sind damit jedoch nicht beendet, wie das Beispiel Buttiglione (Abspaltung von *Cristiani democratici uniti*, CDU aus dem CCD) und die wiederholten Versuche des ehemaligen Staatsoberhauptes Cossiga, eine neue starke Partei des Zentrums zu bilden, zeigen.

25 Zur Organisation der Staatsanwaltschaft in Italien s. Guarnieri (1991), der ihr eine im internationalen Vergleich besonders hohe institutionelle Unabhängigkeit zuschreibt, die allerdings nicht einer effektiven Autonomie gegenüber den politischen Institutionen (Parteien) entspreche (ebd.: 11).

Die Wahlen 1994 wurden nach dem neuen gemischten Mehrheitswahlrecht durchgeführt. Neben der relativ jungen *Lega Nord* präsentierte sich eine weitere neue Formation, *Forza Italia*, deren Führer Silvio Berlusconi, intimer Freund von Craxi und Mitglied der Geheimloge P2, als Wirtschaftsmagnat und Medienzar über besondere Mittel und Strategien im Wahlkampf verfügte²⁶. Der in populistischem Stil²⁷ geführte Wahlkampf führte diese beiden neuen politischen Formationen, zusammen mit der in *Alleanza Nazionale* (AN) umbenannten faschistischen Partei sowie kleineren konservativen Parteien, in einer Mitte-Rechts-Koalition an die Regierung. Diese Kombination erwies sich als wenig stabil. Erwartungsgemäß traten schwere Spannungen zwischen AN, deren Wähler sich vorwiegend aus dem Süden des Landes rekrutieren, und der *Lega Nord* auf, die explizit die Interessen des Nordens vertritt. Nach zwei Jahren trat die Regierung des *Polo delle Libertà* zurück.

Im folgenden Wahlkampf 1996 kristallisierten sich zwei Aggregationen aus: im *Polo delle Libertà* sammelten sich unter Berlusconi die Parteien des konservativen Spektrums, im *L'Ulivo* mit Romano Prodi an der Spitze fanden sich Parteien von PPI, also progressive Katholiken, über den PDS bis zur *Rifondazione Comunista* zusammen. Die Wähler entschieden sich 1996 für die Mitte-Links-Aggregation. Unter den Ministerpräsidenten Prodi und - nach einer Regierungsumbildung im Oktober 1998 - D'Alema, dem Parteichef des PDS, nimmt erstmals in der italienischen Geschichte die postkommunistische PDS an einer Regierungskoalition teil. Der PDS stellt die stärkste Partei in der Regierungskoalition dar, welche darüber hinaus auf die parlamentarische Unterstützung des Nicht-Regierungsmitgliedes *Rifondazione Comunista* angewiesen ist. Angesichts der politischen Positionen der Minister ist jedoch kein Linksruck zu befürchten, es handelt sich eher um eine gemäßigt progressive Regierung. Neu besetzt wurde auch das Schulministerium: Nach 45 Jahren fast ununterbrochener christdemokratischer Führung übernahm nun mit Luigi Berlinguer ein Exponent des PDS diese Position.

26 Das Firmenimperium von Berlusconi umfaßt Werbefirmen, Verlage, Kaufhäuser, Versicherungen und drei Fernsehsender mit nationalem Sendebereich (Braun, 1994: 171). Aufgrund hoher Verschuldung riskierte Berlusconi bei einem Sieg des linken Parteienbündnisses den Zusammenbruch seines Konsortiums, was als Motiv seines kurzfristigen Entschlusses zum Einstieg in die Politik als auch des aufwendig geführten Wahlkampfes zu sehen ist (ebd.: 165).

27 Als Elemente des Populismus nennt Cartocci (1997: 243) die Einstellung, daß „das Volk“ im Besitz der Wahrheit, des Guten, des Richtigen sei, eine monistische Sicht der politischen Gewalt (als einheitlicher Block, z. B. als „das System“, „Rom“, „die Parteien“), die Behauptung, Institutionen stellten den verlängerten Arm der politischen Konspiration gegen „das Volk“ dar, Transformation von Quantität in Qualität (die sich beispielsweise in einer Feststellung Satz wie: „was viele glauben muß richtig sein“ ausdrückt).

2. Eckdaten zur Entwicklung der italienischen Wirtschaft

Die wirtschaftliche Entwicklung in unserem Betrachtungszeitraum, die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg, wird üblicherweise in folgende Phasen unterteilt²⁸.

Die erste Phase (1945-1950) der Stabilisierung ist durch den Übergang von der Nachkriegswirtschaft zur Etablierung eines liberalen marktwirtschaftlichen Produktionssystems gekennzeichnet, das mangels gezielter staatlicher Eingriffe das historische Gefälle zwischen Norden und Süden perpetuierte, so daß die wirtschaftliche Entwicklung weiterhin auf den Norden begrenzt blieb (Scoppola, 1991: 280ff.).

Es folgte eine Periode der „extensiven“ Entwicklung von 1951-1963, in die das italienische „Wirtschaftswunder“ (59-63) fiel, das von schier unerschöpflich nachfließenden Arbeitskräften aus der Landwirtschaft genährt wurde, wodurch die Lohnkosten niedrig gehalten werden konnten und die internationale Konkurrenzfähigkeit garantiert wurde. Gegen Ende dieser Phase führte die Vollbeschäftigung zu steigenden Lohnkosten, diese wiederum zum Anstieg der internen Nachfrage und zu negativen Auswirkungen auf die Außenhandelsbilanz.

Mit der daraus resultierenden Krise begann die Phase der „intensiven“ Entwicklung (1964-1969). Die Konjunkturkrise 1964/65 führte zu massiven Entlassungen und fiel mit den Reaktionen der Unternehmer auf politische Veränderungen zusammen (erste Mitte-Links-Regierung 1963, Stärkung der Gewerkschaften). Ergebnis waren die Restrukturierung der Industrie durch (1) Konzentration der Produktionsmittel über die Fusion zu Großunternehmen, in der Hoffnung, dadurch dem technischen Wandel besser gewachsen zu sein, und (2) durch Reorganisation der Arbeit: Durch Intensivierung des Arbeitsrhythmus bei gleichbleibenden oder gesenkten Ausgaben für Arbeitskräfte wurde eine starke Reduktion der Produktionskosten erreicht. Durch derart wiederhergestellte internationale Konkurrenzfähigkeit konnten zwar erneut hohe Profite realisiert werden, allerdings wurden diese nicht mehr reinvestiert (Kapitalflucht). Für dieses Verhalten der italienischen Unternehmer wurde der Begriff *sciopero del capitale*, Streik des Kapitals, geprägt.

Die siebziger Jahre waren gekennzeichnet von einer neuen „Phase der großen Krise“, die zum einen den wirtschaftlichen Bereich betraf und auf externen wie internen Faktoren beruhte (Dollarkurs, Ölkrise, Inflation, Haushaltsdefizite), die sich zum anderen aber auch in sozialen und politischen Spannungen ausdrückte. Nach harten Arbeitskämpfen wurden die 40-Stunden-Woche, höhere Löhne und andere Verbesserungen der Arbeitsbedingungen sowie der Anspruch auf 150 Stunden bezahlten Bildungsurlaub pro Jahr vereinbart, was wiederum die Lohnkosten steigen ließ,

28 Nach Campanella (1993: 469ff.), der, soweit nicht andere Autoren angegeben sind, als Quelle dient.

die Produktivität senkte und insofern die externen Faktoren der Krise noch verstärkte. Die Antwort der Unternehmen auf die Arbeitskonflikte war die Auslagerung von Teilen der Produktion in periphere²⁹ Gebiete an kleine Firmen (oft den Ein-Mann-Betrieb eines entlassenen Arbeiters), wo der Einfluß der Gewerkschaften und die Kontrolle seitens Verwaltung und Fiskus gering war. Hier entstand das Modell der dezentralen Produktion, das Regionen wie Veneto, Marche, Emilia-Romagna, Toscana zu Prosperität verhalf und als „drittes“ Italien³⁰ neben das historische Gefälle zwischen industrialisiertem Norden und unterentwickeltem, agrarischem Süden getreten ist.

Die vorläufig letzte definierbare Phase begann mit den 80er Jahren, ihr Kennzeichen war die technologische Revolution. Das Erbe der vorangegangenen Phase war die Notwendigkeit zu einer Austeritätspolitik angesichts der geringen Wachstumsraten des Bruttosozialproduktes, die bis ca. 1983 anhielten. Mitte der 80er Jahre ermittelte ISTAT (vgl. Campanella, 1995: 522) über Schätzungen den Anteil der Schattenwirtschaft am BSP, und man entdeckte, daß es so „schlimm“ um die italienische Wirtschaft nicht stand. Gegenüber negativen Wachstumszahlen, die von der offiziellen Wirtschaft produziert wurden, zeigte die Schattenwirtschaft eine gesunde Dynamik, was das von den offiziellen Daten vorgespiegelte geringe Wachstum in einem anderen Licht erscheinen ließ. Im Zuge der verbesserten internationalen Bedingungen (Dollarkurs, Ölpreis) avancierte Italien zur fünftstärksten Wirtschaftsmacht. Eine wichtige Rolle spielte dabei die dezentrale Produktion, die sich als spezifischer Produktionsmodus³¹ stabilisiert hat. Dieser wirtschaftliche Erfolg der „postfordistischen“ Produktion setzt sich bis heute fort und verstärkt sich durch die Organisation der einzelnen Kleinunternehmen in Distrikten, wodurch Risiken und

29 Peripher in Bezug auf das klassische Industriedreieck Milano-Torino-Genova, was den Beginn der Dezentralisierung betrifft. Später ist diese territoriale Eingrenzung und die Gewichtung von „zentral“ vs. „peripher“ in Bezug auf den Modernisierungsgrad und die Bedeutung für die italienische Wirtschaft nicht mehr zutreffend (B. Vecchi, Interview mit A. Bagnasco, il Manifesto, 12.6.96).

30 Der Ausdruck geht auf Bagnasco (1977) und seine Untersuchung „*Tre Italie*“ über die Beziehungen zwischen zentraler, peripherer und marginaler Wirtschaft zurück. Die periphere Wirtschaft wird oft mit der parallelen oder Schattenwirtschaft gleichgesetzt bzw. entspricht dem informellen Sektor und beruht auf illegalen Produktionsbedingungen (Steuerhinterziehung, keine Sozialabgaben, keine Arbeitsverträge, ungesetzliche Bedingungen bspw. bezüglich der Arbeitszeiten und -sicherheit, Kinderarbeit). In der Tat beruht die Konkurrenzfähigkeit der Kleinunternehmen auf den geringeren Produktionskosten und extremer Flexibilität, die zumindest unter Mißachtung von gewerkschaftlichen Errungenschaften (wie z. B. feste Arbeitszeiten, Kündigungsschutz, usw.) erzielt werden. Die Frage, wie weit Steuerhinterziehung möglich ist, ist strittig. Während davon auszugehen ist, daß Mitte der 70er Jahre weder Fiskus noch Gewerkschaften die entstehenden „autonomen Arbeiter“ zur Kenntnis nahmen, hat sich die Lage in den 90er Jahren deutlich verändert. Nach Sergio Bologna (il Manifesto, 26.3.96) ist Steuerhinterziehung in großem Rahmen in diesem Bereich auszuschließen, aus dem einfachen Grund, daß die Auftraggeber, die Großunternehmen, ihre Kosten und Ausgänge dokumentieren müssen. Der Kreativität ist jedoch keine Grenze gesetzt: Besonders im Süden scheint die Praxis verbreitet, daß Arbeitgeber einen normalen Arbeitsvertrag abschließen, in dem die Höhe der Bezahlung festgehalten ist, sich aber vom Lohn einen beträchtlichen Teil rückerstatten zu lassen (Graziani, il Manifesto, 26.3.96).

31 In den 90er Jahren entwickelte sich in Italien die theoretische Diskussion zum Postfordismus, dessen Entstehung um 1975 datiert wird und dessen Wiege nach Sergio Bologna (il Manifesto, 26.3.96) „im „dritten“ Italien, und nicht, wie ein verbreiteter Irrtum will, in Japan oder den USA“ zu verorten ist.

Gewinnchancen verteilt werden und die internationale Konkurrenzfähigkeit gefördert wird. Charakteristikum dieser Distrikte ist die hohe Spezialisierung auf eine Produktparte, z. B. Möbel in Cantù, Textilien in Prato, Elektronik und Pharmazeutik in Pomezia u. v. a. (Bagnasco, 1996: 64). Beachtung findet neuerdings die „Produktion immaterieller Güter“. Es handelt sich um Dienstleistungen für Personen oder Unternehmen, die auf hoher Spezialisierung beruhen und hauptsächlich in Bereichen wie Kommunikation, Werbung, Information, Freizeit und Unterhaltung, Gesundheits- und Finanzwesen sowie Software vorzufinden sind. Organisatorisch handelt es sich sowohl um abhängige Beschäftigung als auch um individuelle Firmen. Wichtigstes Produktionsmittel ist hier das Wissen: Spezialisierung und ständige Aktualisierung der Kenntnisse, die Investition in „Humankapital“ (ebd.: 30).

Gegenüber diesen globalen Veränderungen der Wirtschaftsformen und des technologischen *Know-how* ist in Italien wenig Veränderung hinsichtlich der Produkte festzustellen. Die Schwerpunkte der italienischen Tradition bleiben bestehen: Möbel, Bekleidung, Haushaltsgeräte, Lederwaren. Dies könnte für die zukünftige Entwicklung zum Problem werden, denn gerade diese Bereiche eignen sich nur bedingt zur technologischen Innovation bzw. produzieren mangels Innovationsbereitschaft der Unternehmer in „antiquierter“ Weise weiter, so daß Konkurrenzunfähigkeit und damit weitere Verluste von Arbeitsplätzen drohen (Graziani, il Manifesto, 25.9.96).

Der Zusammenbruch der bisherigen Regierungsparteien 1992 und die Übernahme der Regierung zunächst durch die „Techniker“ Amato und Ciampi führte zunächst zu einem rigiden Sparkurs angesichts eines Haushaltsdefizits, das die Höhe des Bruttosozialproduktes überstieg. Auch mit neuen politischen Aggregationen wie *Forza Italia*, *Lega Nord* und *Alleanza Nazionale* änderte sich an der Sparpolitik wenig. Zu spürbarer Erholung des Außenhandels führte der Ausstieg der Lira aus dem EWF. Allerdings weckte Regierungschef Berlusconi, - selbst Unternehmer -, als Politiker weder bei der Confindustria noch bei Kleinunternehmern überschwengliche Hoffnungen (Bagnasco, 1996: 41). Der Regierungswechsel 1996, der zur ersten Mitte-Links-Regierung mit dem PDS führte, provozierte in Unternehmerkreisen mitnichten solche Gegenreaktionen wie nach 1963 (vgl. S. 21: „sciopero del capitale“), denn nunmehr steht der Gegner nicht mehr im eigenen Haus: Nicht mehr in der kommunistischen Gefahr, sondern in Globalisierung und internationaler Konkurrenz liegen die Probleme der Zukunft, auch für Italien.

Verdichtet können anhand von vier Zentralbegriffen die Charakteristika und die Problematik des italienischen Arbeitsmarktes beschrieben werden:

- Wirtschaftssektoren: Die Entwicklung führt vom Primärsektor fort zum Sekundärsektor und zum Tertiärsektor. Die Zahl der Beschäftigten in der Landwirtschaft ging kontinuierlich zurück

und sank im Zeitraum 1961-1991 von einem Drittel auf weniger als ein Zwölftel. Der Sekundärsektor expandierte bis 1971, dann ging auch hier die Zahl Beschäftigten zurück. 1991 arbeiteten 36% der Beschäftigten in der Industrie. Zeitgleich kam es zu einer Zunahme der Beschäftigten im Tertiärsektor³² von 30% auf 57%. In diesem Sektor ist der Frauenanteil besonders stark gestiegen (vgl. Anhang, Tab. 18).

- Wirtschaftsstruktur: 1991 stellten Großunternehmen mit mehr als 200 Beschäftigten nur 0,1% aller Unternehmen dar, sie beschäftigten mit 3,4 Mio. Personen 23% der Arbeitnehmer. Die Kleinbetriebe (unter 10 Angestellte) entsprachen 94% aller Unternehmen, in ihnen waren 45,4% aller Arbeitnehmer, 6,6 Millionen Personen, beschäftigt. Hier bildeten die Einzelunternehmen mit 71,7% die überwiegende Mehrheit, nur 27,5% waren als Gesellschaften organisiert (ISTAT, 1995a: 8). Die Tendenz zur selbständigen Beschäftigung ist in Italien sehr ausgeprägt (Bagnasco, 1996: 20), dies erklärt die starke Entwicklung der dezentrierten Produktionsweise.
- Beschäftigung: Abgesehen vom Zeitraum 1959-63, in dem von Vollbeschäftigung gesprochen werden kann, sind die Bedingungen für die Arbeitnehmer immer schlecht: Zwischen Unternehmerstrategien zur Erhöhung der Produktivität, Konjunkturkrisen und Rationalisierung durch technischen Wandel blieb kein Raum für den Ausbau von Arbeitsplätzen. Die Zahl der in der Industrie Beschäftigten ging seit den 70er Jahren kontinuierlich mit geringen Schwankungen zurück (ISTAT, 1995b: 26). Die Verluste sind gerade in traditionellen Industriegebieten hoch, mit bspw. 20% in Piemont, 29% in Ligurien (1981-1991) (ISTAT, 1995a: 12). Im Sekundärsektor konzentriert sich die Beschäftigung tendenziell auf eine bestimmte Personengruppe: Männliche Arbeitnehmer in den zentralen Altersgruppen (Capecchi, 1979: 98). Dagegen wurden im Tertiärsektor mehr weibliche Arbeitskräfte absorbiert: zwischen 1961 und 1991 stieg die Zahl der beschäftigten Frauen auf fast das Dreifache, während bei Männern nur eine Zunahme von 72% vorliegt. Seit dem Ende der 70er Jahre ist die Zunahme der Beschäftigten (bzw. insgesamt der auf dem Arbeitsmarkt Aktiven) der Integration der Frauen zuzuschreiben: Zwischen 1978 und 1994 stieg die Zahl der berufstätigen bzw. Arbeit suchenden Frauen um 1,9 Millionen, während der Anteil an Arbeitskräften bei den Männern leicht abnahm (ISFOL, 1995: 39). 1995 waren knapp 21 Millionen Personen beschäftigt, knapp 2,7 Millionen waren arbeitslos, davon suchten 1,2 Millionen eine erste Beschäftigung. Die Gesamt-Arbeitslosenquote betrug 12,1%, bei Frauen 17%. Jugendliche im Alter zwischen 15 und 24 Jahren waren zu 33,9% von Arbeitslosigkeit betroffen (ISTAT, 1996b: 9).

32 Innerhalb des Tertiärsektors aber verzeichnet der Bereich Handel Zuwachs bis in die 80er Jahre, danach starke Verluste an Beschäftigten (Isfol, 1995: 53).

- Qualifikation: Die von der technologischen Entwicklung induzierte Polarisierung des Arbeitsmarktes in wenige hochqualifizierte und viele immer weniger qualifizierte Beschäftigungen und das tendenzielle Herausfallen der mittleren Ebene zeigt sich auch in Italien (Contini, 1988: 14). Die industrielle Entwicklung Italiens beruhte bis in die 80er Jahre hinein auf dem Prinzip der Taylorisierung des Arbeitsprozesses, d. h. geringen Anforderungen an die Qualifizierung der Arbeiter. Charakteristikum der Arbeit im dezentrierten Sektor ist ebenso die eher geringe berufliche Qualifikation (Bagnasco, 1977: 123), die sich daraus ergibt, daß zwar ein Teil des Produktionsprozesses ausgelagert wird, die Tätigkeit selbst aber identisch bleibt. Die im Laufe der Zeit zunehmende Spezialisierung der (Teil-)Produkte und die Ausweitung der dezentrierten Produktion geht mitunter, aber nicht unbedingt mit höherer Qualifikation auf einem bestimmten Gebiet einher. Flexibilität bedeutet vor allem, als Unternehmer konkurrenzfähig zu bleiben, bei ständig zunehmendem Druck bezüglich der Produktionskosten (Billiglohnländer, Nachbarländer mit niedrigerem Lohnniveau) und technologischer Innovation. Gerade der hohe Anteil von Einzelunternehmen verweist darauf, daß eine Kombination von Kompetenzen (Marktstrategien, Steuer- und Verwaltungsfragen, Logistik, Berufskenntnisse) unerlässlich ist, um als selbständiges Subjekt am Markt bestehen zu können. „Hauptabnehmer“ für akademische Berufe ist der Tertiärsektor, wo dem öffentlichen Bereich großes Gewicht zufällt. In öffentlichen Einrichtungen waren 1991 über 3 Millionen Personen beschäftigt, an der Spitze standen die Ministerien mit fast 1,5 Millionen Beschäftigten. Davon hingen allein 1,1 Millionen vom Schulministerium ab (ISTAT, 1995a: 9).

Teil 1

Das italienische Schulsystem

1 Darstellung der Grunddaten des italienischen Schulwesens

Dieses Kapitel dient als Einführung und Grundlage. Zunächst wird das „Objekt“ der Schulpolitik, das staatliche Schulsystem im engeren Sinn in seiner historischen Genese, in seiner heutigen Struktur sowie in seinem weiteren Organisationszusammenhang dargestellt (1.1.). Anschließend wird kurz auf das Privatschulwesen eingegangen (1.2.). Danach folgen eine knappe, problematisierende Darstellung der zentralen und dezentralen Verwaltung (1.3.) sowie einige Hinweise zum Personalwesen (1.4.). Angrenzende Sektoren wie regionaler Bereich und universitäre Bildung werden in diesen Abschnitten mitbehandelt, sofern sie relevant für das Thema sind.

1.1. Der Aufbau des Schulwesens

Historische Prämissen

Das Schulwesen wurde in Italien 1859 durch ein Gesetzesdekret des damaligen Schulministers Casati der öffentlichen Verwaltung untergeordnet. Wie insgesamt bei der Einigung Italiens, so wurde auch im Schulbereich das Modell der Region Piemont auf das nationale Territorium ausgeweitet. Aufgrund der napoleonischen und österreichischen Tradition in weiten Zonen des Nordens handelte es sich bei Piemont um einen relativ hoch alphabetisierten und gut organisierten Landesteil, dies (Canestri/ Ricuperati, 1976: 18). Die Aufsicht über die Schulpflicht war den Kommunen anheimgestellt, was zu einer direkten Abhängigkeit der Beschulung von den lokalen finanziellen Möglichkeiten führte. Der Sekundarbereich reflektierte den Primat der humanistischen Bildung, der im Universitätsstudium von Philosophie und Literatur gekrönt wurde (Ambrosoli, 1990: 110). Technische Bildung wurde als minderwertige Version der „wahren“, humanistischen Bildung angesehen, 1861 wurden denn auch konsequenterweise die technischen und beruflichen Schulen dem Ministerium für Landwirtschaft und Handel unterstellt. Aus diesen Gründen führte das staatliche Bildungssystem nicht etwa zu einer Erhöhung der allgemeinen Beschulung, zumal eine Schulpflicht von nur zwei Jahren vorgesehen war, sondern zu einer Perpetuierung der Ungleichheiten, insbesondere des Nord-Süd-Gefälles (Canestri/ Ricuperati, 1976: 19). Ferner entstand eine bis in die Zeit der Republik reichende Kluft zwischen den hohen Quoten von nicht alphabetisierter Bevölkerung und verhältnismäßig hohen Anteilen von Hochschulabgängern, deren Qualifikation aber der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes nicht entsprach; es kam also zu einem Herausfallen der mittleren Abschlüsse und zu einer hohen Arbeitslosigkeit unter Universitätsabsolventen (Barbagli 1974).

Um die Jahrhundertwende und im Zusammenhang mit der industriellen Revolution gewann Bildung, insbesondere der Pflichtbereich, an Bedeutung, worauf die Finanzierung der Grundschulen vom Staat übernommen wurde (Gesetz Daneo-Credaro, 1911). In dieser Phase entstand die Diskussion um die Gestaltung der Mittelstufe, wo bereits die einheitliche Variante von einigen Sozialisten vertreten wurde (Canestri/Ricuperati, 1976: 26). Dominant jedoch war im gesamten politischen Spektrum das Konzept, daß Bildung der Rekrutierung der Eliten zu dienen habe; die Bedeutung von sozialer Mobilität für die Entwicklung der Industriegesellschaft wurde noch nicht erkannt (Charnitzky, 1994: 35). Wirtschaftskrise und Krieg ließen das Thema in den Hintergrund treten.

Neben Casati steht der Name Gentile als zweiter bedeutender Politiker in der Geschichte des italienischen Schulsystems. 1922 von Mussolini zum Schulminister ernannt, war Gentiles hervorstechendstes Charakteristikum jedoch weniger die faschistische Überzeugung denn seine Bedeutung als Exponent der Philosophie des Idealismus³³. Er führte 1923 die Neugestaltung des gesamten Schulsystems durch, mit dem Ziel, den sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen der Familien entsprechende Lösungen zu konstruieren und die Schülerpopulation zu reduzieren (Barbagli, 1974: 199). Zwar wurde im Rahmen von internationalen Verpflichtungen Italiens die Schulpflicht auf 14 Jahre erhöht, der Zugang zu den Schulen jedoch durch die Einführung von Eignungs- und Eintrittsprüfungen erschwert (ebd.: 197). Ferner wurden neue Schultypen ins Leben gerufen, die der höheren Nachfrage entsprechen sollten, ohne jedoch höhere Bildungsaspirationen zu schüren, indem sie nicht zum Besuch der Sekundarstufe berechtigten (Ambrosoli, 1990: 121f.). Deshalb wurden ein „integrativer Kurs“ im Anschluß an die Grundschule, der nicht dem Sekundarbereich zugehörig war, und die *scuola complementare* geschaffen, in denen die Massenbeschulung absorbiert werden sollte, ohne den Zugang zu

33 Die wichtigsten Exponenten des italienischen Idealismus dieses Jahrhunderts sind Benedetto Croce und Giovanni Gentile, die beide als Bildungsminister Gelegenheit hatten, ihre Vorstellungen in das Schulsystem einzubringen (Croce noch in der liberalen Epoche unter Giolitti, von Juni 1920 bis Juli 1921, Gentile unter Mussolini von Oktober 1922 bis Juli 1924) (Borghi, 1951: 172; Pesci, 1990: 451). Erziehung ist hier deckungsgleich mit philosophischer Wissenschaft, sie bedeutet Bildung des Menschen als geistige Realität (Borghi, 1951: 178). Insbesondere Gentile betonte das Prinzip, daß die persönliche Existenz des Menschen in etwas Höherem, dem Geist, eingeschlossen sei, das unteilbar sei und das die identische Essenz aller Individuen ausmache (ebd.: 173). Da dieser Geist als unendlich und frei gedacht wird, wird daraus ein Prozeß der Erziehung ohne Ende oder Grenzen abgeleitet, was zum einen zum Konzept von Erziehung als lebenslangem Prozeß und zum anderen, in Bezug auf die Schule, zur Vorstellung führt, daß Bildung als der bewußte Prozeß der Befreiung des Geistes aus seiner Beschränktheit mit der Schulbildung eingeleitet werde. Die Schule könne ihren Auftrag nur erfüllen, wenn sie den Schüler allen äußeren Kontrollen, die von Dingen, Personen, Fächern und Methoden ausgeübt werden könnten, entziehe. Die wahre Methode liege in der Fähigkeit des Lehrers, seinen erzieherischen Eingriff in die Anstrengungen des Schülers, sich selbst und das Reale zu verstehen, einzufügen, also in der Verschmelzung von Lehrendem und Lernendem (ebd.: 178f.). „Im Akt der Lehre hören Lehrer und Schüler als unterschiedene Individuen auf zu existieren (der Schüler verwandelt sich mit dem ‚Meister‘ (*maestro*), und auch der ‚Meister‘ verwandelt sich mit dem Schüler und lernt von ihm), und es findet ein einziger geistiger Prozeß statt, dessen wahre Urheberin und Förderin die Geistesgeschichte ist, die Weltgeschichte an dem Punkt, den sie erreicht hat und den sie in diesem Akt fortführt.“ (Croce, zit. n. Borghi, 1951: 172, Übers. R. S.).

höheren Bildungsstufen³⁴ zu ermöglichen. In dieser Konstruktion spiegelt sich die Notwendigkeit des Faschismus, die Bevölkerung zur faschistischen Ideologie zu sozialisieren, ohne jedoch das soziale Gefüge in Bewegung geraten zu lassen (Barbagli, 1974: 201). Als Sekundarstufe waren schließlich folgende Kanäle vorgesehen: *ginnasio inferiore* und *superiore*, die zum humanistischen Gymnasium und damit zu sämtlichen Fakultäten der Universität führten, technische Institute für Landvermessung und Handel, die über den anschließenden Besuch des *Istituto tecnico* den Besuch der Fakultäten für Statistik, Wirtschaft und Handel sowie Landwirtschaft ermöglichten, und die Schulen zur Lehrerausbildung. Beibehalten wurde ferner die *scuola media* aus dem vorherigen System, über die der Zugang zum wissenschaftlichen Gymnasium möglich war, was wiederum das Studium an allen Fakultäten außer Literatur, Philosophie und Jurisprudenz gestattete. Dieses System, charakterisiert durch größere Selektivität und stärker professionalisierenden Charakter als das System nach Casati (Barbagli, 1974: 199), bestand in seiner Substanz bis in die italienische Republik hinein.

Die Reform Gentile bestätigte erneut die humanistische Prägung des Schulsystems, welche sich in der Hierarchie der Unterrichtsfächer ausdrückte: Latein, Griechisch und Philosophie entsprachen dem Konzept von „reiner Bildung“, während naturwissenschaftliche und technische Inhalte nicht zum eigentlichen Bildungskanon gezählt wurden. Unter Gentile wurde der Religionsunterricht in den Grundschulen wieder eingeführt, gemäß der philosophischen Einstellung des Ministers kam der Religion als „*philosophia inferior*“ für die moralische Erziehung der Menschen eine hohe Bedeutung zu. Der Religionsunterricht sollte allerdings von Lehrern, nicht von Priestern erteilt werden (Charnitzky, 1994: 77).

Absicht und Wirkung der Reform war es, ein Schulsystem zu schaffen, in dem sich die soziale Ordnung reflektierte und das dazu beitrug, die soziale Mobilität möglichst zu blockieren. Damit allerdings setzte sich Gentile in Kontrast zu den kleinbürgerlich-mittelständischen Bereichen, welche die Wählerbasis der Partei darstellten. Es folgten Massenproteste und ein drastischer Schülerrückgang auf allen Ebenen, die *scuola complementare* wurde kaum besucht, so daß Gentile schon kurz nach der Reform Korrekturen anzubringen gezwungen war, die sich in einer „Politik der Retuschen“ perpetuierten (Charnitzky, 1994: 152ff.). Gentiles Werk, die Neugestaltung des gesamten Schulsystems, wurde als „faschistischste aller Reformen“ bezeichnet, eine umstrittene oder zumindest irreführende Etikettierung. Weniger dem Faschismus als einem elitären Bildungskonzept verpflichtet, entsprach die Schule Gentiles einer statischen Gesellschaft, während in Italien die (späte) Industrialisierung im Gange war und das gesellschaftliche Gefüge in

34 eine Ausnahme bildete hier die Weiterführungsmöglichkeit der *scuola complementare* am Mädchengymnasium, was aber keine Zulassung zum Universitätsstudium beinhaltete.

Bewegung geriet - die Reform war weniger faschistisch als reaktionär (ebd.: 150; Barbagli, 1974: 202).

Die Faschisierung der Schule fand verstärkt erst nach Gentile statt (Canestri/ Ricuperati: 1974: 142), der 1924 wegen der Matteotti-Krise³⁵ den Dienst quittierte (Ambrosoli, 1990: 128). Spätere Schulminister waren stärker der faschistischen Ideologie verpflichtet. Die nicht-faschistischen Lehrerorganisationen wurden verboten, Einheitslehrbücher und der Schwur auf den „Duce“ eingeführt, Hierarchie und Kontrolle gestrafft. Nach mehreren Korrekturen an der von Gentile geschaffenen Gestalt des Schulsystems, z. B. der Umformung der *scuola complementare* in *scuola di avviamento professionale*, wurde unter Bottai 1939 erneut eine größere Reform konzipiert. In deutlicher Polemik gegen die philosophische Grundlage der Politik bei Gentile suchte Bottai eine neue Synthese von „modernem Humanismus, Wissenschaft und Technik“ im Zeichen des totalitären, korporativen und imperialistischen Staates (Canestri/Ricuperati 1974: 146). Dem entsprachen die Hervorhebung der manuellen Tätigkeiten, als „Handarbeit“ in der Grundschule eingeführt, und die Zielsetzung, keine Aspirationen auf höhere Bildung bei denen aufkommen zu lassen, deren Platz in der sozialen Hierarchie sie dafür nicht prädestinierte. Aufstiegschancen sollten durch Kollegien kanalisiert werden, die militärisch und faschistisch die „Söhne des Volkes“ erziehen sollten. Der klassische Bildungsweg für die bisherigen und zukünftigen Eliten dagegen sollte, nach bestandener Aufnahmeprüfung, über die *scuola media unica* führen, in der Latein als traditionelles Kriterium für „Bildung“ unterrichtet wurde. Für die Sekundarstufe war strenge Selektion in einer rigiden Hierarchie vorgesehen. Als Unterrichtsmittel sollten die Massenmedien, also das Radio, eingeführt werden - eine ebenso faschistische wie genuin moderne Erneuerung. Der Ausbruch des zweiten Weltkrieges verhinderte weitgehend die Realisierung der Pläne von Bottai, es blieb bei der Einführung der *scuola media unica* (ebd.: 147f.).

Das aktuelle Schulsystem

Nach Art. 33 der italienischen Verfassung von 1948 ist der Staat verpflichtet, ein umfassendes öffentliches Bildungssystem anzubieten.

35 Der sozialistische Parlamentarier Matteotti wurde im Juni 1924 ermordet, nachdem er im Abgeordnetenhaus die gewalttätigen Übergriffe und Wahlfälschungen der Faschisten kritisiert hatte. Darauf folgte der Rückzug vieler oppositioneller Abgeordneter aus dem Parlament mit dem Appell an den König, die demokratische Ordnung und Rechtssicherheit wieder herzustellen (*Secessione dell'Aventino*). Die Untersuchungen im Fall Matteotti ergaben, daß Mitarbeiter Mussolinis am Mord beteiligt waren, wenngleich nie nachgewiesen wurde, daß Mussolini davon Kenntnis hatte. Dadurch wurde Mussolinis Position vorübergehend erschüttert. Er überstand die Krise aufgrund der Unterstützung durch Großgrundbesitzer und Industrielle sowie die unentschlossene Haltung des Königs. Im Januar 1925 übernahm er in einer Ansprache im Senat die Verantwortung für das Verbrechen. Diese Ereignisse gelten als Beginn der autoritären Phase des italienischen Faschismus (Guarnieri, 20/3/91; Visani, 1990: 385).

Das staatliche italienische Schulsystem besteht in seiner heutigen Form aus folgenden Stufen: *scuola materna* (Kindergarten), *scuola elementare* (Grundschule), *scuola media* (Mittelstufe), *scuola secondaria superiore* (Sekundarstufe), Universität. Auf postsekundärer nicht-universitärer Ebene ist das italienische System derzeit nicht konsolidiert. Es gibt regionale Kurssysteme zur beruflichen Bildung, die sehr kurz und direkt auf berufliche Anwendbarkeit ausgerichtet sind. Nach ISFOL (1995: 241) entsprechen die nicht-universitären Fortbildungsmöglichkeiten nicht dem europäischen Niveau³⁶. Seit 1992 werden an verschiedenen Universitäten Kurzstudiengänge, „corsi di diploma universitario“, angeboten, in denen 1994 ca. 50.000 Studenten immatrikuliert waren (ebd.: 181).

Grundstufe und Mittelstufe, *scuola elementare* und *scuola media*, umfassen mit der Dauer von 5 und 3 Jahren den Pflichtschulbereich, reichen also bis zum Alter von 14 Jahren. Nach dem Besuch der Grundschule ist eine Prüfung abzulegen. Die Dauer der Schulpflicht ist in der Verfassung von 1948 festgehalten³⁷. Bis 1963 bestand neben der damaligen *scuola media* die *scuola di avviamento al lavoro* als Anschluß an die Grundschule. Diese zwei Schultypen waren grundverschieden: Für den Besuch der *scuola media* war eine Aufnahmeprüfung vorgeschrieben, Latein war Pflichtfach, nach Abschluß konnte in den Sekundarbereich übergewechselt werden. Dagegen konnte die *scuola di avviamento al lavoro* ohne Prüfung besucht werden, Latein wurde dort nicht unterrichtet. Außerdem wurde in strukturschwachen Gebieten die *scuola complementare* weiter beibehalten. Sie entsprach einer Fortführung der Grundschule, einer Notlösung bei Gebäude- und Personalmangel, mit welcher formal die Möglichkeit des Schulbesuchs für acht Jahre hergestellt wurde. Mit dem Abschluß der *scuola di avviamento al lavoro* und der *scuola complementare* war der Schulpflicht Genüge getan, er berechnete aber nicht zum Besuch einer Schule des Sekundarbereichs. 1963 wurde die *scuola media unica* eingerichtet, die Gesamtmittelschule, in der bis 1977 Latein als Wahlfach (vs. „technische Anwendungen“ als Alternative) weitergeführt wurde, das für den anschließenden Besuch des humanistischen Gymnasiums aber Voraussetzung war. Erst 1977 fiel jede inhaltliche Differenzierung im Pflichtbereich (Fadiga Zanatta, 1976: 109).

Ein Jugendlicher kann die Schule verlassen, wenn er das 14. Lebensjahr abgeschlossen hat bzw. wenn er mindestens acht Jahre lang die Schule besucht hat, unabhängig davon, welche Klasse er erreicht hat. Normalerweise wird zum Abschluß der Pflichtschule eine Prüfung abgelegt, die den

36 Es werden Schweden, Frankreich und Deutschland zum Vergleich angeführt.

37 Costituzione della Repubblica Italiana, Art. 34: *La scuola è aperta a tutti. L'istruzione inferiore, impartita per almeno otto anni, è obbligatoria e gratuita.* (Die Schule ist offen für alle. Die Grundbildung, die für mindestens acht Jahre erteilt wird, ist obligatorisch und kostenfrei.)

Titel *licenza media* verleiht. Dieser ist Voraussetzung für den Besuch der Sekundarstufe und für Bewerbungen für die mittlere Laufbahn im öffentlichen Sektor (Benadusi/Gandiglio, 1978: 11).

Die **Sekundarstufe** besteht in Italien aus berufsbildenden Schulen und Gymnasien (*licei*). Aufgrund der vertikalen Trennung der einzelnen Schultypen untereinander wird dieses System *a canne d'organo* genannt, also mit Orgelpfeifen verglichen. Diesen Aufbau hat das Schulsystem der italienischen Republik von seinem Vorläufer in der faschistischen Ära geerbt, es entspricht in seinen Grundzügen dem mit der Reform Gentile 1923 eingerichteten Schulsystem (s. Schaubild 1).

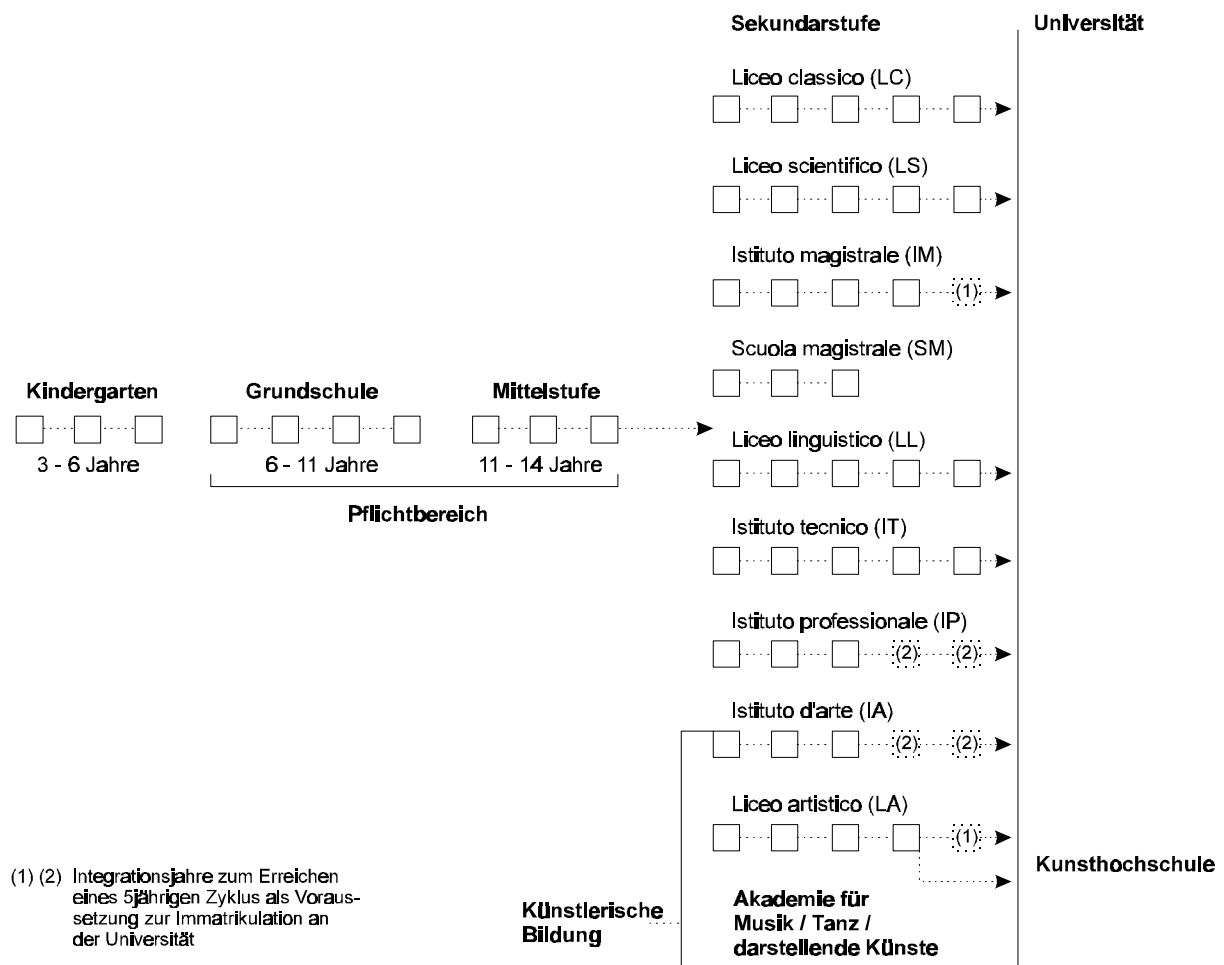
Es gibt drei Typen von Gymnasien: altsprachlich (*Liceo Classico*, im Folgenden abgekürzt LC), naturwissenschaftlich (*Liceo Scientifico*, abgekürzt LS) und neusprachlich (*Liceo Linguistico*, abgekürzt LL). Der letztgenannte Typ entstand 1975 als Versuchsprojekt innerhalb der naturwissenschaftlichen Gymnasien und ist, juristisch gesehen, weiterhin ein „Schulversuch“. Die beiden großen berufsbildenden Schultypen sind *Istituto Tecnico* (abgekürzt IT) und *Istituto Professionale* (abgekürzt IP). Diese sind ihrerseits weiter untergliedert in Zweige (*indirizzo*³⁸), in denen verschiedene Berufe für die unterschiedlichen Wirtschaftssektoren erlernt werden.

Diese Zweige sind in IT und IP teilweise identisch³⁹. Insgesamt gibt es in den IT und IP weit über 100 Spezialisierungen.

38 Es wird im Folgenden unterschieden zwischen Schultypen wie LC, LS, IT, IP und Schulzweigen wie *Istituto Tecnico Commerciale*, *Istituto Professionale Agrario* etc. Im Italienischen wird für Schultypen wie -zweige der Begriff *indirizzo* verwendet. Folgende Zweige gibt es im IT: *aeronautico*, *nautico*, *agrario*, *commerciale*, *femminile*, *industriale*, *per geometri*, *per periti aziendali*. Im IP gibt es die Zweige: *per l'industria e l'artigianato*, *per il commercio*, *agrario*, *femminile*.

39 So gibt es z. B. das *Istituto Tecnico Commerciale*, *ITC* (Fachoberschule für Handel) und das *Istituto Professionale per il commercio*, *IPC* (die Berufsschule für Handel), die beide auf eine große Anzahl von Berufen im Tertiärsektor vorbereiten, oder das *Istituto Tecnico Industriale*, *ITI* (Industriefachoberschule), und *Istituto Professionale per l'Industria e l'Artigianato*, *IPIA* (Fachschule für Industrie und Handwerk), für Berufe im Sekundärsektor sowie das *Istituto Tecnico Agrario*, *ITA* (Landwirtschaftsfachoberschule), und das *Istituto Professionale Agrario*, *IPA* (Landwirtschaftsberufsschule), für Berufe im Primärsektor. Daneben existieren Zweige, in denen nur ein bestimmter Beruf gelehrt wird wie *Istituto Tecnico per Geometri* (Fachoberschule für Landvermessung). Ferner gibt es Zweige für spezifischere Bereiche wie Seefahrt (*IT Nautico*), Tourismus (*IT Turistico*) und Mädchenschulen (*IT Femminile* und *IP Femminile*, neuerdings in *IT per Servizi Sociali* bzw. *IP per Servizi Sociali* umbenannt).

Schaubild 1: Das italienische Schulsystem seit 1963



Quelle: Ventura 1998: 287

Neben IT und IP und deren Zweigen gibt es berufsbildende Schulen für einzelne Bereiche: *Scuola Magistrale* und *Istituto Magistrale* für die Ausbildung von Erziehern bzw. Grundschullehrern⁴⁰ sowie *Istituto Artistico* und *Liceo Artistico* für den Bereich der künstlerischen Berufe.

In Bezug auf die Wochenstunden⁴¹ gibt es signifikante Unterschiede zwischen den einzelnen Schultypen: Nach den Lehrplänen von 1961, die im Prinzip noch gültig, wenngleich durch Versuchsprojekte modifiziert sind, überschreiten die Stundenpläne der Gymnasien nicht 30

40 Bereits in den *decreti delegati* ist die Universitätsbildung für alle Lehrer aller Schulgrade vorgesehen, was mit Gesetz Nr. 3417/1990 bestätigt wurde. Diese Norm war aber bis zur Einrichtung eines spezifischen Studienganges nicht anwendbar (Cives 1990: 97).

41 Eine Unterrichtseinheit dauert in Italien 60 Minuten.

Stunden pro Woche, während in den IT 38, in den IP sogar 48 Stunden⁴² erreicht werden (Fadiga Zanatta, 1971: 168f.).

Alle Schulen der Sekundarstufe sind seit 1969 gleichgestellt und führen, sofern sie fünf Schuljahre vorsehen, zur uneingeschränkten Hochschulreife. Das *Istituto Professionale* und das *Istituto d'Arte* bieten überdies die Möglichkeit, bereits nach drei Jahren mit einer beruflichen Qualifikation (*qualifica professionale, licenza artistica*) auszuscheiden. Das *Liceo Artistico* und das *Istituto Magistrale* sehen nur vier Schuljahre vor, nach denen die eingeschränkte Hochschulreife verliehen werden kann. Es kann jedoch durch ein fünftes, versuchsweise eingeführtes Jahr die allgemeine Hochschulreife erworben werden (Sidoti, 1988: 52ff.).

Aus der historischen Genese der einzelnen Typen, aus Lernzielen und Lehrstoff ergeben sich Unterschiede zwischen diesen Schultypen, was die Qualität des zu vermittelnden und vermittelten Stoffes betrifft. Diese Unterschiede werden in der italienischen Fachliteratur und öffentlichen Meinung als hierarchisches Verhältnis dargestellt, mit dem *Liceo classico* an der Spitze und *Scuola* und *Istituto Magistrale*, den *Istituti Professionali* sowie *Istituto Artistico* am Ende. Es wird davon ausgegangen, daß dieses hierarchische Verhältnis sich in der sozialen Zusammensetzung der Schülerschaft der einzelnen Schultypen spiegelt, mit Kindern aus der Oberschicht in den Gymnasien und Kindern aus weniger wohlhabenden Schichten in den Schultypen, deren (Aus-)Bildung mehr am Arbeitsleben orientiert ist (s. dazu Kap. 3: Selektion).

Das *Liceo classico* (LC) eröffnete seit Gründung des nationalen Schulsystems durch Casati (1859) bis 1969 als einzige Sekundarschule den Zugang zu allen Universitätsfakultäten und gilt infolge dieser Genese als privilegierter Bildungskanal. Das *Liceo scientifico* (LS) wurde mit der Reform Gentile (1923) geschaffen und etablierte sich in der Ausbildung der späteren Naturwissenschaftler und Ärzte im Laufe der Zeit ebenso als Schule für spätere Eliten. Es hat im Zuge der wissenschaftlich-technischen Entwicklung das LC an Bedeutung überholt. Beide Schultypen vermitteln eine am humanistischen Ideal angelehnte breite Bildung, mit mehr naturwissenschaftlichen Inhalten⁴³ im LS (Ambrosoli, 1982: 511).

42 Die Lehrpläne für die IP wurden 1962 als *bozze di stampa*, als Entwürfe, veröffentlicht. Die genannte Stundenzahl bezieht sich auf den zweijährigen Kurs für *addetto ai servizi da sala e bar*, Angestellte in Bar- und Restauration, insgesamt variiert das Stundenpensum in den traditionellen IP von 32 bis 48 Wochenstunden.

43 Nach den Lehrplänen für die LC von 1952, die zwar noch gültig sind, aber durch eine Vielzahl von Versuchsprojekten unterschiedliche Aktualisierungen erfahren haben, wurden im LS zwischen erstem und fünftem Schuljahr zwischen 6 und 9 Wochenstunden den naturwissenschaftlichen Fächern gewidmet, dagegen im LC 4 bis 7 Wochenstunden. Für die Fächer Latein, Griechisch, Literatur, Philosophie, Geschichte sind im LS 14 - 15 (kein Griechisch), im LC 16 - 17 Wochenstunden vorgesehen (Aldisio, 1995: 55f.)

Alle anderen Schulen vermitteln instrumentelles Wissen auf unterschiedlicher Ebene, sie bereitet auf das Arbeitsleben vor und stehen, wie tendenziell bereits das *Liceo scientifico*, mit dem Ideal der reinen Bildung in Kontrast.

Die *Istituti tecnici* (IT) und die *Istituti professionali* (IP) unterscheiden sich zwar in ihrer Genese, sind aber beide an die wirtschaftliche Entwicklung gebunden und haben deshalb eine ähnliche inhaltliche Ausrichtung. Während die IT seit der liberalen Ära Teil des nationalen Schulsystems sind, entstanden die IP außerhalb desselben als Kurse durch Privatinitiative (Unternehmer, Handwerker)⁴⁴. In den 50er Jahren wurden in den IP, die bis dahin auf wenige hochspezialisierte handwerkliche Berufe mit lokaler Tradition beschränkt gewesen waren, als Versuchsprojekte für mehreren Berufssparten Zweige mit zwei oder drei Schuljahren, analog den Zweigen der IT, eingeführt. Nach 1969 wurden die IP, ohne weitere Präzisierung von Inhalten und Zielen, mit Zusatzkursen zur Vervollständigung der fünfjährigen Kursdauer versehen und dadurch mit den anderen Sekundarschulen gleichgestellt. Der Lehrstoff der IT soll speziell in den ersten zwei Jahren eine breite Basis an allgemeinem Wissen legen. In den IP wurden dagegen nach den Lehrplänen von 1962 die „kulturellen“ Fächer Religion und *cultura generale ed educazione civica* (allgemeine Kultur und Staatsbürgerkunde) in nur 4 bis 6 Wochenstunden unterrichtet, die restlichen Stunden wurden berufsspezifischem Unterricht und Praktika gewidmet. Die verschiedenen Niveaus dieser beiden Schultypen bestehen weiter fort in der Ausrichtung der IP auf unmittelbar anwendbare Kenntnisse und in der Orientierung der IT auf die Ausbildung von Personal für die mittlere Ebene in Industrie und Verwaltung, die auch Hintergründe und Zusammenhänge kennen sollten. Im Arbeitsleben wurden die Abgänger der IP oft wie Lehrlinge eingestuft, also wie Personen, die nur den Pflichtschulabschluss absolviert hatten, da die konkret erforderlichen Kenntnisse (und wohl auch Verhaltensweisen) nicht vorlagen (Ambrosoli, 1982: 499; Cesareo/Giovannini, 1978: 65).

Die *Istituti magistrali* (IM) sind als berufsbildende Schulen für die Lehrerausbildung im Prinzip überholt (s.o.). Da die Zulassung an der Fakultät *Magistero* (Pädagogik) auch mit dem Abschluß der vierjährigen *Istituti magistrali* möglich ist, bleibt diesem Schultyp noch die Funktion, einen besonders „ökonomischen“ Weg zum Studium zu ermöglichen. Collicelli (1979: 90) bezeichnet die Ausbildung an den IM als „vereinfachte und vergleichsweise oberflächliche Form der allgemeinbildenden gymnasialen Ausbildung“. Da dieser Schulzweig vorwiegend von Mädchen besucht wird, liegt die Unterstellung nahe, daß dieser Schultyp die gesellschaftliche Bildungshierarchie gemäß dem sozialen Status ergänzt mit dem geschlechtsspezifischen

44 Zur Geschichte von IT und IP s. Tonelli 1964: L'istruzione tecnica e professionale di Stato nelle strutture e nei programmi da Casati ai giorni nostri, Milano.

Parameter: für Mädchen ist durchaus Zugang zu Bildung vorgesehen, jedoch in unterlegener Qualität.

Die Schulen zur Ausbildung im Bereich der künstlerischen Berufe sind *Liceo artistico* (LA) und *Istituto d'arte* (IA). Letzteres ist als Zweig der IP anzusehen und zielt auf Berufe in der Produktion von Kunsthandwerk. Ersteres steht, wie der Name erkennen läßt, der gymnasialen Bildung näher und wendet sich an Personengruppen mit intellektuell und künstlerisch höheren Ansprüchen, die in der Regel im Studium an der *Accademia di Belle Arti* (Kunstakademie) oder der *Facoltà di Architettura* (Hochschule für Architektur) münden, was mit der eingeschränkten Hochschulreife nach vier Jahren möglich ist (Aldisio, 1995: 115; Sidoti, 1988: 55).

Eine Ausbildung im Bereich der Musik kann nach dem Pflichtabschluß an den Musikkonservatorien (*Conservatori di musica*) begonnen werden. Für diese Schulen gelten Spezialregelungen. Dieser Schultyp wird im folgenden nicht weiter betrachtet, er nimmt auch in der italienischen Literatur eine Sonderstellung ein (Sidoti, 1988: 56).

Die prozentuale Verteilung der Gesamtschülerzahl auf die verschiedenen Schultypen⁴⁵ des Sekundarbereiches war im Schuljahr 1990/91:

Technische Fachschulen	<i>Istituti tecnici</i>	IT	43,9%
Berufsfachschulen	<i>Istituti professionali</i>	IP	23,2%
Naturwissenschaftliche Gymnasien	<i>Licei scientifici</i>	LS	14,4%
Humanistische Gymnasien	<i>Licei classici</i>	LC	7,2%
Gymnasien für Lehrerausbildung	<i>Istituti Magistrali</i>	IM	6,0%
Fachschulen für Erzieher	<i>Scuole magistrali</i>	IM	6,0%
Kunstfachschulen	<i>Istituti d'arte</i>	IA	2,4%
Kunstgymnasien	<i>Licei artistici</i>	LA	1,4%
Neusprachliche Gymnasien	<i>Licei linguistici</i>	LL	1,1%

Quelle: eigene Berechnung aufgrund von Tab. 10 Anhang

Innerhalb dieser Schultypen wurden vor allem in den 70er Jahren, als „Ersatz“ der überfälligen Reform der Sekundarstufe, Schulversuche durchgeführt, um neue Berufe, einzelne neue Fächer einzuführen oder auch nur die Inhalte von Fächern zu aktualisieren. Dadurch wurde das ganze System äußerst unübersichtlich. Neben gelungenen Projekten fanden sich wenig sinnvolle

45 Die Übersetzungen entsprechen einer „Quersumme“ derer in Collicelli (1977), Arnold (1981), Rothlauf (1990).

Aktivitäten oder nur verbal neue Versionen der alten Veranstaltungen⁴⁶. Eine systematische zentrale Auswertung hat nicht stattgefunden. In Ermangelung der parlamentarischen Verabschiedung einer gesetzlichen Regelung wurden in den IP seit 1989, an anderen Schulen zeitlich etwas verzögert, per Ministerialdekret bzw. auf Antrag der einzelnen Schulen neue, vom Ministerium verfaßte Lehrpläne eingeführt. Die Beteiligung der Schulen an diesem Homogenisierungsversuch hing zunächst von der Entscheidung des Lehrerkollegiums ab, wurde später jedoch vom Ministerium gesteuert und z. T. per Dekret zur Pflicht erhoben (vgl. Teil 2, Kap. 4).

Diese neuen Lehrpläne teilen die fünf Jahre der Sekundarstufe in zwei Blöcke von je zwei und drei Jahren (mit Ausnahme der IP, die aufgrund der Möglichkeit, nach drei Jahren mit einer Qualifikationsprüfung abzugehen, eine didaktische Unterteilung des Zyklus in 2+1+2 Jahre haben), die sich in der Gewichtung von allgemeinbildenden und berufsspezifischen Fächern unterscheiden. Dies war als erster Schritt in Richtung auf die seit mehr als 25 Jahren diskutierten Reform gedacht, als Anstoß für die Reform auch der institutionellen Gestalt der Sekundarstufe. Ferner sollte damit auch das Pflichtschulalter auf 16 Jahre erhöht werden. Italien erreicht mit seiner nur 8 Jahr dauernden Schulpflicht nicht den europäischen Standard von 10 Jahren. Auch würde mit einem höheren Pflichtschulalter eine potentielle Hürde zur weiteren Expansion im Sekundarbereich beseitigt. Denn im Unterschied zu vielen anderen Ländern sind in Italien der Pflichtbereich und der Sekundarbereich institutionell voneinander getrennt. Dies bedeutet, daß sich ein Schüler nach dem Pflichtbereich für weitere fünf Sekundarschuljahre entscheiden muß (mit Ausnahme derer, die die IP besuchen wollen und nach drei Jahren schon ausscheiden können). Beides, sowohl der nötige Einstieg in einen neuen Schulbereich, als auch die Aussicht auf weitere 5 Schuljahre, können als demotivierende Hürde wirken.

Insgesamt ist das italienische Schulsystem offen in vertikaler Richtung, Prüfungen existieren nur zum Abschluß der Pflichtphase und der Sekundarstufe als Zulassungstitel zur nächsthöheren Bildungsstufe. Der Wechsel in horizontaler Richtung, also von einem Schultyp zu einem anderen, ist nach bestandener Aufnahmeprüfung möglich. Die Vorbereitung auf diese Prüfung muß der Schüler privat leisten. Das Schulsystem ist also formal auch horizontal offen, jedoch kann der Schulwechsel im System der „Orgelpfeifen“ zu keinem Zeitpunkt des Zyklus als begünstigt angesehen werden.

⁴⁶ Die Phase der Versuchsprojekte wurde in unübersehbar vielen Arbeiten begleitet und kommentiert. Eine Sammlung von kritischen Artikeln zu diesem Thema befindet sich in: Becchi/Vertecchi (Hg.), 1988: *Manuale critico della sperimentazione e della ricerca educativa*, Milano.

1.2. Privatschulwesen

Juristische und natürliche Personen haben in Italien das Recht, Privatschulen einzurichten, aber es erwächst ihnen daraus kein Recht auf staatliche Unterstützung. Es wird deshalb z. T. ein recht hohes Schulgeld erhoben. Wie bei staatlichen Schulen stehen den Privatschülern jedoch unter dem Titel „Recht auf Bildung“ kostenloses (Primarschule) bzw. preislich reduziertes Lernmaterial (Mittel-, Sekundarstufe) und Ermäßigungen bei Transportkosten zu (Eurydice 1992: 55).

Der juristische Status der Privatschulen kann je nach Stufe unterschiedlich definiert sein. Im Primarbereich gibt es vollständig private (*scuole private*), staatlich unterstützte (*scuole sussidiate*) und den staatlichen Schulen gleichwertige Privatschulen (*scuole parificate*). Im Sekundarbereich sind zu unterscheiden: vollständig private (*scuole private*), durch eine Absichtserklärung gesetzlich anerkannte (*scuole funzionanti con presa d'atto*), gesetzlich anerkannte (*scuole legalmente riconosciute*), gleichwertige mit staatlichen Schulen (*scuole parificate*). Der Gleichwertigkeitsstatus (*parificazione*) einer Schule wird vom Schulamt auf Provinzebene durch Vereinbarung und nach Genehmigung durch das Schulministerium erteilt, damit verbunden ist eine in der Vereinbarung festgelegte finanzielle Unterstützung von Seiten des Staates. Diese gleichwertigen Schulen können nur von öffentlichen nicht-staatlichen (z. B. kommunalen) oder kirchlichen Trägern, von Körperschaften, Vereinigungen oder juristischen Personen eingerichtet werden und gehören in der Mehrzahl der katholischen Kirche (Eurydice 1992: 56).

Die privaten Einrichtungen unterstehen einer rein formalen Kontrolle: sie haben in ihrer Aktivität die Prinzipien der öffentlichen Moral, Gesundheit und des Gemeinfriedens, also allgemeine Normen einzuhalten (Ribolzi, 1987: 27). In den gesetzlich anerkannten Schulen und gleichwertigen Schulen sind hinsichtlich Lehrinhalten und Lehrerausbildung die gleichen Kriterien zu erfüllen wie bei den staatlichen Schulen. Staatlich anerkannte Prüfungen können nur an den gesetzlich anerkannten und als gleichwertig anerkannten Schulen abgelegt werden, es gelten die gleichen Bedingungen wie an staatlichen Schulen (Eurydice, 1992: 58). Eine Qualitätskontrolle existiert wie im staatlichen Schulwesen nicht - es ist anzunehmen, daß auch im Privatschulwesen enorme Unterschiede bestehen. Dies dürfte sowohl auf die kirchlichen Einrichtungen zutreffen als auch auf die zunehmenden kommerziellen Privatschulen, deren oft unrealistische Angebote von Schnellkursen kaum auf gründliche Vorbereitung schließen lassen. Im Unterschied zu den öffentlichen Schulen müssen die im Zuge der Demokratisierung des Schulsystems definierten Selbstverwaltungsorgane (s. *decreti delegati*) in Privatschulen nicht eingesetzt werden. Dies führt dazu, daß eine z. T. radikale Vereinfachung des staatlichen Bezugsmodells der Entscheidungsträger stattfindet (Ribolzi, 1987: 147).

Numerisch ist das Privatschulwesen in Italien vergleichsweise irrelevant⁴⁷: Im Primarbereich lag der Schüleranteil an nicht-öffentlichen Schulen 1993/94 bei 8,1%, in der Mittelstufe bei 4,6% und im Sekundarbereich um 9,1% (Schizzerotto, 1994: 562). Zwischen den einzelnen Schultypen des Sekundärbereichs variiert der Anteil allerdings erheblich. Besonders starke Präsenz weisen Schulen katholischer Träger im Bereich der Lehrerbildung (SM, IM) auf. Ferner sind katholische Organisationen in der regionalen Berufsbildung sehr aktiv (Benadusi, 1989: 161).

1.3. Entscheidungsträger/Verwaltung

Es handelt sich im italienischen Fall um ein zentralistisches Schulsystem, in dem Direktiven aus Rom über rein bürokratisch dezentralisierte Mittlerstellen weitergegeben werden. Laut Verfassung ist es eine zentrale Aufgabe der Republik, für ein öffentliches Schulsystem zu sorgen. Nur die Berufsbildung wird an die Regionen delegiert. Während fünf Regionen⁴⁸ bereits 1948 ein Sonderstatut eingeräumt worden war, wurden die übrigen 15 Regionen erst 1970 geschaffen, so daß die berufsbildenden Kurse bis zu diesem Zeitpunkt unter der Obhut von Gebietskörperschaften standen. Daneben wurden seit den 50er Jahren zunehmend *Istituti Professionali* als Schulversuche vom Schulministerium eingerichtet, so daß zwei parallele Systeme von peripher und national verwalteten Institutionen für die Vermittlung von praxisbezogenem beruflichen Kenntnissen entstanden sind, deren Kompetenzen nicht klar abgegrenzt sind.

Der zentralistische Charakter der Schulverwaltung hat im Untersuchungszeitraum keine tiefen Veränderungen erfahren. Nach dem Ende der faschistischen Phase wurden sogleich einige der offensichtlich autoritären Elemente beseitigt (wie z. B. der Schwur auf den *Duce*, der von Universitätsprofessoren zu leisten war, Einschränkungen der Lehrbefugnis für Frauen, Einheitslehrbücher), während die interne Gliederung praktisch beibehalten wurde (Ventura 1998: 100; Gigante 1988: 177; Benadusi 1982: 49ff.). Die Diskussionen der Verfassungsgebenden Versammlung (vgl. Teil 2, Kap. 1.) fügten dem nichts Neues zu. Es wurde fast ausschließlich das Problem des Verhältnisses zwischen privatem und öffentlichem Schulsystem behandelt, und die Frage der Neuordnung der Verwaltung war als Problem noch gar nicht in das Bewußtsein der „Verfassungsväter“ gerückt, wenngleich die Regionalisierung der Schule bereits thematisiert wurde (Ventura 1998: 101).

47 Nur im Vorschulbereich liegt mit 47% ein erheblicher Anteil von privaten Einrichtungen vor, da es sich hier um ein traditionelles Aktionsfeld der katholischen Kirche handelt (Schizzerotto, 1994: 562).

48 Friuli-Venezia Giulia, Trentino-Alto Adige, Valle d'Aosta, Sardegna, Sicilia

Die Entwicklung der Schulverwaltung wird von Gigante (1988: 207ff.) mit den Begriffen „Expansion“ für die 50er und den Beginn der 60er Jahre, und mit „Spezialisierung“ für den folgenden Zeitraum charakterisiert. Die Expansion in den 50er und frühen 60er Jahren bestand in einer quantitativen Ausweitung der ministeriellen Aktivitäten, da infolge der beginnenden Bildungsexpansion mehr Schüler in mehr Schultypen (die neuen, versuchsweise staatlichen IP), und damit auch mehr Gebäude sowie mehr Personal zu verwalten waren und die Zahl der zu unterstützenden Bedürftigen gestiegen war. Ebenso zogen auch weitere rechtliche Veränderungen der 60er Jahre (Erweiterung der Fürsorge 1962 und 1964, einheitliche Mittelstufe 1963, Finanzierung von Gebäuden voll zu Lasten des Staates 1967, staatliche Kindergärten 1968) einen quantitativen Zuwachs in der Verwaltung nach sich (Ventura 1998: 103; Gigante 1988: 195).

Dem standen zwei Einschränkungen des Tätigkeitsbereichs gegenüber: die Abkoppelung des Ministeriums für Kulturgüter (1974) und die Einrichtung der Regionen (1970). In diesem Zeitraum wich die Expansion einer Spezialisierung der Bereiche (Vollzeitschule, Kindergarten, Erwachsenenbildung, Fortbildung, Bildungsforschung), was wiederum mit einem Zuwachs an Personal durch die breiter aufgefächerten Leistungen verbunden war (Gigante 1988: 212).

Mit der Politisierung der Gesellschaft nach den Protestbewegungen von 1968 geriet das zentralistische und hierarchische System der Schulverwaltung zunehmend unter Kritik, es kamen Forderungen nach Demokratisierung der Schulverwaltung auf. Zu Beginn der 70er Jahre befanden sich die Gewerkschaften auf dem Höhepunkt ihrer Schlagkraft und verfügten über massive Einflußmöglichkeiten auf politischer Ebene. So wurde auf Druck der Gewerkschaften, der bis hin zur Ausrufung des Generalstreiks für die Schule 1973 ging, innerhalb der Neufassung der Arbeitsverträge auch die Definition einer „sozialen Leitung“ der Schule erwirkt. Es wurde ein Delegationsgesetz vom Parlament an die Regierung gerichtet mit der Aufgabe, Normen zur Demokratisierung der Schule zu verfassen. In fünf Dekreten wurden Kollegialorgane für die Schule (D.P.R. 416, 418), juristischer Status des Personals der verschiedenen Bereiche (D.P.R. 417, 420) und Normen für Bildungsforschung und Weiterbildung (D.P.R. 419) definiert, die unter dem Begriff *decreti delegati* in die Fachliteratur eingegangen sind. Das Schulwesen sollte einer breiteren Partizipation von außen geöffnet werden, schulintern sollten demokratischere Strukturen geschaffen werden⁴⁹. Erklärtes Ziel war, die Schule als Gemeinschaft zu gestalten, die in ihrem Umfeld verankert ist und sich dazu interaktiv zu verhalten imstande ist. Dabei wurde allerdings weniger die überlieferte Struktur des Verwaltungsapparates verändert, sondern es wurden

49 Für ein besonders präzise Auseinandersetzung mit den *decreti delegati* s. Gatullo 1975, ferner Cavallini 1975, beides Positionen in der Nähe der Kommunistischen Partei (PCI).

zusätzliche Kollegialorgane geschaffen, die neben der weiterbestehenden zentralen Struktur operieren (Ventura, 1998: 106).

Das damit definierte System wird im Folgenden knapp beschrieben.

Die Spitze der Verwaltung bildet seit dem Bestehen des nationalen Schulsystems das *Ministero della Pubblica Istruzione*, das Schulministerium⁵⁰, mit dem von der Regierung ernannten Schulminister, dessen Rolle in der Verfassung sowie in Gesetzen, die z. T. noch aus der faschistischen Epoche stammen, definiert ist. Diesem sind alle anderen Instanzen untergeordnet. Er definiert die politischen und allgemeinen Verwaltungsrichtlinien. Die konkreten Befugnisse des Schulministers umfassen u. a.:

- die Erstellung bzw. Änderung der Lehrpläne (oder die Delegation der Erstellung resp. Änderung), welche vom Staatspräsidenten per Dekret verabschiedet werden müssen,
- die Erlaubnis von Versuchsprojekten (Strukturerneuerungen gehen vom Ministerium aus, kleinere Projekte werden vom Lehrkörper vorgeschlagen und vom Minister akzeptiert oder abgelehnt),
- Fragen des Personals (Bewerbungsmodalitäten und -fristen, Einstellungsbedingungen, Freistellung, Versetzung, Konfliktschlichtung, Disziplinarmaßnahmen),
- Terminierung und inhaltliche Definition von Examina, Berufung von Kommissionen,
- Modalitäten der Wahl der Schulgremien,
- Anleitung des Rechnungswesens,
- Ernennung der Repräsentanten der Privatschulen im Nationalen Schulrat (*Consiglio Nazionale della Pubblica Istruzione*, CNPI) (Gatullo 1975: 133).

Unterstützt in seinen Funktionen wird der Schulminister durch den *Consiglio Nazionale della Pubblica Istruzione* (CNPI), den nationalen Schulrat. Er setzt sich aus gewählten Vertretern der verschiedenen Kategorien des Schulpersonals, vom Minister designierten Repräsentanten der Privatschulen und vom nationalen Wirtschaftsrat bestellten Vertretern der Wirtschaft zusammen. Den Vorsitz hat der Bildungsminister inne. Die Funktionen des CNPI sind: die Erstellung eines Jahresrapports über die allgemeinen Schulaktivitäten, die er aufgrund des Berichtes der Verwaltung erstellt, die Formulierung von Gutachten zu normativen Vorlagen zum Schulwesen sowie der Vorschlag und die Bewertung von Versuchsprojekten, Personalfragen vom

⁵⁰ Der Begriff wird im Folgenden mit „Schulministerium“ übersetzt, weil seit der Einführung des *Ministero per l'Università e la ricerca scientifica e tecnologica* („Ministerium für Universität und wissenschaftliche und technologische Forschung“) im Jahr 1989 der Überbegriff „Bildungsministerium“ zu unscharf wäre.

Disziplinarverfahren bis zur Weiterbildung sowie weitere Themen, die kraft Gesetzes oder aufgrund Zuweisung durch den Minister seiner Kompetenz anheimgestellt werden (Marconi 1982: 68f.).

Der CNPI hat weitgehend beratende Funktion, sein Gewicht liegt v. a. in seinem politischen *Bias*: Zwar ist die Entscheidungsgewalt beim Minister konzentriert, aber das Gewicht der Lehrerververtretungen im CNPI als auch die Rolle des Lehrerkollegiums in den einzelnen Schulen für das schulpolitische Geschehen ist ständig gewachsen (Ribolzi 1987: 144; Gigante, 1988: 230ff.). Die traditionelle Zusammensetzung des CNPI wurde durch nicht dem Schulsystem entstammende hochqualifizierte Personen immer mehr zugunsten einer Repräsentanz der Lehrer nach Schulniveaus verändert. Damit fanden erstens andere Interessen mehr Raum: Die technische Verwaltung des Schulwesens mit eher neutralem Charakter wurde ersetzt durch die Interessenvertretung der Lehrer, in der aufgrund ihres Zustandekommens durch Wahlen das (politische) Repräsentationsprinzip vor dem der technischen Kompetenz überwog. Zweitens entsprach diese Vertretung nicht den Interessen der ganzen Kategorie, sondern sie war fragmentiert, da sie nach Schulniveaus getrennt war. Diese Entwicklung wurde als Korporativierung der Schulverwaltung bezeichnet (Gigante, 1988: 277f.).

In der Peripherie wird der Schulminister auf zwei Ebenen vertreten: regional mit der *Sovrintendenza agli Studi* und auf Provinzebene mit dem *Provveditorato agli Studi* (etwa mit „Provinzschulamt“ zu übersetzen). Die Funktionen der erst seit 1982 bestehenden *Sovrintendenza* sind beschränkt auf die Erstellung und Wartung der Schulgebäude und die Ausschreibung und Gestaltung von Bewerbungsprüfungen (*concorsi*) für die Sekundarstufe (Sidoti, 1988: 39). Im Vergleich dazu kommt den beiden historisch konsolidierten Ebenen der Verwaltung (Ministerium und Provinzschulamt) die größere Bedeutung zu. Das Provinzschulamt ist dem Ministerium unterstellt und hat die Aufsicht über das Schulwesen von Grundschule bis Sekundarstufe sowie über die nicht-staatlichen Schulen. Formal dem Ministerium untergeordnet, verfügt es doch über eigene gesetzlich definierte Kompetenzen wie z. B. die Einrichtung von Grundschulen, Aufsicht über den privaten und öffentlichen Unterricht in der Grundschule sowie über die Einhaltung der Schulpflicht, im Sekundarbereich Kompetenzen in bezug auf das Personal (unter anderem Bewerbungsprüfungen, Gehaltserhöhungen, Versetzungen, Ernennung der Schulleiter) (Sidoti, 1988: 40f.).

Unterhalb der Provinzebene ist das *distretto scolastico*, Schuldistrikt, angesiedelt, das durch die *decreti delegati* von 1973 ins Leben gerufen wurde. Mit dem Distrikt sollen die Verwaltungsgrenzen überwunden werden, die oftmals keine befriedigende Infrastruktur aufweisen (Transportmittel, öffentliche Einrichtungen). Juristisch ist das Distrikt finanziell und

organisatorisch autonome Körperschaft. Das Gebiet des Distriktes soll das der Provinz nicht überschreiten, die darin angesiedelte Bevölkerung sollte unter 100.000 Einwohnern liegen (in stark urbanisierten Gebieten unter 200.000). Innerhalb eines Distriktes sollen sämtliche Schultypen verfügbar sein, um die Wanderungsbewegungen in die Zentren zu unterbinden (Sidoti, 1988: 75). Die Kompetenzen dieser Institution sind territorial begrenzt und umfassen Orientierung und Zuarbeit zur Schule in Form von paraschulischen Veranstaltungen (Sport, Grundkurse, psycho-pädagogische Unterstützung, Berufskurse, Erwachsenenbildung, Kulturförderung). Es sind darin Vertreter von Schule, Wirtschaft, Gewerkschaften und lokalen Körperschaften vertreten. Die Effizienz dieser Einrichtung wird allerdings angezweifelt, da sie mangels Verankerung in einem definierbaren Bezugsrahmen kaum operativ wurde und ihre Funktionen besser von den einzelnen Schulen oder der Provinzverwaltung wahrgenommen werden könnten (Aldisio 1995: 35f.; Ambrosoli, 1982: 342f.).

Die Verwaltung der einzelnen Schuleinheiten obliegt dem Direktor (Grundschule) bzw. dem *Preside* (Mittel- und Sekundarstufe). Ersterer wird vom Provinzschulamt, letzterer vom Ministerium ernannt. Die Schulleiter haben v. a. organisatorische Funktionen, die über den Vorsitz der verschiedenen Kollegialorgane bzw. in deren Koordinierung ausgeübt werden. Im Vergleich zur Periode vor den *decreti delegati* sind die hierarchischen und Kontrollfunktionen gegenüber dem Personal reduziert worden: Die Lehrer sind nicht mehr direkt vom *preside* abhängig, seine Disziplinierungsmöglichkeiten wurden beschränkt (Gigante, 1988: 227).

Weitere institutionelle Subjekte des Schulwesens sind:

- die regionalen Institute für Bildungsforschung, Bildungsprojekte und Weiterbildung (*Istituti regionali di ricerca, sperimentazione e aggiornamento educativi*, abgekürzt: IRRSAE), denen die wissenschaftliche Ausarbeitung von Innovationen, die Weiterbildung des Lehrpersonals und die Anbindung der Schuldidaktik an die universitäre Forschung anheimgestellt sind,
- Inspektoren, die auf nationaler, regionaler und Provinzebene den ordnungsgemäßen Verlauf der Verwaltungstätigkeit und der Schulverwaltung kontrollieren.

Insbesondere die innere Strukturierung der Schuleinheiten wurde von den *decreti delegati* als Demokratisierungsterrain begriffen. Sie führten die didaktische Autonomie der einzelnen Schulen und verschiedene, aus Lehrkörper, Eltern und Schülerschaft zusammengesetzte Organe ein. Die wichtigsten Organe, die die Demokratisierung und Partizipation in der Schule verwirklichen sollten, sind der Institutsrat und das Lehrerkollegium. Aufgabe des Lehrerkollegiums ist in erster Linie die Definition eines didaktischen Programms sowie eventueller Versuchsprojekte (die je nach Umfang vom Ministerium genehmigt werden müssen). Daneben entscheidet es über die Wahl der Lehrbücher (innerhalb eines gewissen Rahmens) und formuliert Hinweise für die

Zusammensetzung der Klassen. Ferner wählt es seine Vertreter im Institutsrat und die engeren Mitarbeiter des Schulleiters.

Der Institutsrat setzt sich aus 8 Lehrern, 2 Vertretern des Hilfspersonals, 8 Elternvertretern (in der Sekundarstufe 4 Elternvertretern und 4 Schülern) und dem Schulleiter zusammen. Es besteht also ein klares Übergewicht des Schulpersonals, insbesondere aus dem Lehrkörper, was im Widerspruch mit dem Ziel der gleichberechtigten Beteiligung aller an der „sozialen Leitung“ des Schulgeschehens steht (Aldisio 1995: 20ff.). Die Kompetenzen dieses Organs liegen im Bereich der allgemeinen Organisation (Aktivitäten außerhalb des Lehrplans, Terminplanung), darüber hinaus entscheidet es über die Anschaffung von didaktischem Material und Geräten, übernimmt also organisatorische Aufgaben.

Neu aufgeworfen wurde die Frage der Schulverwaltung Ende der 80er Jahre mit den Diskussionen zum Thema der Autonomie. Mehrere Gesetzesentwürfe wurden seit 1987 von verschiedenen politischen Akteuren vorgelegt, aber diese blieben zwischen ideologischen und institutionellen Hindernissen auf der Strecke, nicht zuletzt wegen der damit verbundenen Frage einer Neuregelung des Verhältnisses zwischen öffentlicher und privater Schule (Ventura 1998: 108ff.). Der seit 1996 amtierende Schulminister Berlinguer agiert gezielt in diese Richtung: Aufgrund des Gesetzes zur Reorganisation der öffentlichen Verwaltung wurde den Schulen der Autonomiestatus verliehen und die rechtliche Situation der Privatschulen innerhalb eines integrierten Systems neu definiert (vgl. Teil 2, Kap. 5).

1.4. Aspekte des Personalwesens

Das dem Schulministerium zuzuordnende Personal umfaßt 1,1 Million Personen, bei insgesamt 1,5 Millionen Angestellten aller italienischen Ministerien. Es handelt sich dabei um Personal im eigentlichen zentralen und peripheren Verwaltungsapparat sowie unterrichtendes und nicht-unterrichtendes Schulpersonal, das ca. 900.000 Personen umfaßt (Dei, 1994: 572).

Es ist eine kontinuierliche Zunahme des Umfangs des Lehrpersonals festzustellen, selbst in Zeiten abnehmender Schülerzahlen. Im internationalen Vergleich ist der Lehrer-Schüler-Schlüssel in Italien mit 8,1 bzw. 8,6 Schülern pro Lehrer in Mittel- und Sekundarstufe und 10,2 in der Grundstufe (für 1995) sehr günstig (zum Vergleich: 17 bzw. 21 in den alten Bundesländern der BRD)⁵¹. Das Nord-Süd-Gefälle bestätigt sich auch hier, denn im Süden des Landes sind auf allen drei Schulebenen die Schülerzahlen pro Lehrer etwas höher als der nationale Wert (ISTAT, 1995c: 59).

⁵¹ Bezogen auf das Schuljahr 90/91.

Allerdings soll die beträchtliche Quantität aufgrund der unkoordinierten Einstellungspraxis keine Steigerung der Qualität mit sich gebracht haben (Dei, 1994: 574). Vielmehr wird die Einstellungspraxis als Indiz dafür interpretiert, daß ein wichtiger Aspekt der Schulpolitik deren distributiver Charakter sei, d. h., daß die ständige Erhöhung des Personals als Instrument zur Herstellung von Konsens benützt worden sei (Ventura 1998: 226, 240). Dies ist eine durchaus schlüssige Argumentation, die von zwei Tatsachen untermauert wird: Der öffentliche Dienst stellt ein wichtiges Absorptionsreservoir für Universitätsabgänger speziell der geisteswissenschaftlichen Fächer dar, ferner bestand durch die starke gewerkschaftliche Präsenz auf politischer und administrativer Ebene immer eine Interessenvertretung des Lehrpersonals, die mitunter auch das *cleavage* katholisch/laizistisch in einer eher korporativen Politik zu überwinden fähig war (Dei, 1994: 575). Dagegen waren die Rahmenbedingungen der Lehrtätigkeit (Ausbildung, Entlohnung, Karrieremöglichkeiten) zwar ständiger Kritik ausgesetzt, wurden aber de facto nicht geändert. Eingriffe werden von Lehrern oft als Angriff auf ihre Autonomie und didaktische Freiheit eingeschätzt und treffen deshalb regelmäßig auf Widerstand (De Fort, 1990: 245). Die fehlende Kontrolle der Lehrer und die unklare Einstellungspraxis wurde oft als Hindernis für effektive Reformen eingestuft, die hinter dem beschäftigungs- und verteilungspolitischen Aspekt der Maßnahme zurücktraten (Ventura, 1998: 225ff.).

Einstellungsvoraussetzung für Lehrer ist für die Grundschule seit 1984 (Dekret Nr. 416 vom 31/5/1984) ein abgeschlossenes Universitätsstudium. Das Gesetz definiert allerdings nicht die Fakultäten, an denen die zukünftigen Grundschullehrer ihr Studium absolvieren sollten, und ein spezifischer Studiengang wurde erst zu Beginn der 90er Jahre eingerichtet, so daß erst gegen Mitte/Ende des Jahrtausends mit akademisch ausgebildeten Grundschullehrern zu rechnen ist (Cives, 1990: 97). Lehrer der Sekundarstufe (*Scuola media* und *Scuola secondaria superiore*) müssen ein abgeschlossenes Hochschulstudium vorweisen und für eine feste Anstellung eine Befähigungsprüfung (*Esame di abilitazione*) ablegen. Letzteres gilt in der Praxis allerdings nicht immer als zwingende Voraussetzung für eine befristete Einstellung und kann nachgeholt werden. Das Lehrpersonal wird ordnungsgemäß durch öffentliche Ausschreibung eines Bewerbungsverfahrens (aufgrund von Titeln und/oder mündlicher Prüfung) rekrutiert, allerdings zeigt die Praxis der Spezialgesetze für den gesamten Zeitraum, daß der weitaus größte Teil des Lehrpersonals kurzfristig und ohne offizielle Ausschreibung eingestellt wurde, d. h. aufgrund der vorliegenden Titel und mit einem zeitlich befristeten Vertrag als Übergangszustand⁵², der dann

52 So wurde beispielsweise in den „Dringenden Maßnahmen für das Schulpersonal“ (*misure urgenti per il personale della scuola, Decreto legge 1/2/1988, n. 20*) dem Lehrpersonal mit Zeitverträgen das Recht auf Weiterbeschäftigung, sofern sie in der offiziellen Rangliste eingetragen sind, erteilt (Sidoti, 1988: 124f.).

später im Rahmen der zahlreichen *sanatorie* (nachträgliche gesetzliche Regelung eines Provisoriums) in eine dauerhafte Anstellung übergang (Gigante, 1988: 246; Ventura, 1998: 225).

Im europäischen Vergleich verdienen die italienischen Lehrer relativ wenig, nämlich rund ein Drittel unter dem Durchschnitt. Der Verdienst eines Grundschullehrers lag 1990 bei etwa 25.200 DM jährlich, Sekundarschullehrer verdienten ca. 28.200 DM und lagen damit etwa auf dem Niveau eines Elektrikers (Censis, 1988: 282). Es liegt oft eine Doppelbeschäftigung vor, über ein Drittel der Lehrer hat eine weitere Einkommensquelle (ohne Nachhilfestunden), was bei Lehrerinnen aus naheliegenden Gründen (Familie, Haushalt) mit 11% viel weniger der Fall ist (Dei, 1989: 159).

Aufstiegsmöglichkeiten liegen, außer dem Altersprinzip, nicht vor. Die Lehrer sind eingestuft nach dem Schulgrad, in dem sie unterrichten. Der juristische Status der Lehrer ist seit den *decreti delegati* für Grundschullehrer und für Mittel- bzw. Sekundarstufenlehrer gleich, unabhängig vom Fach, von geleisteter Fortbildung, von der Lage der Schule. Diese einheitliche Einstufung geht auf die Gewerkschaften zurück und wurde oft als Gleichmacherei kritisiert. Wie generell im öffentlichen Dienst in Italien existieren keine Leistungsanreize, da die Stelle unkündbar⁵³ ist und insbesondere bei Lehrern aufgrund ihrer didaktischen Autonomie eine Kontrolle kaum möglich ist (Aldisio, 1995: 41)

Berufsspezifische Kompetenzen pädagogischer und didaktischer Natur muß sich der Lehrer, sofern er dies für notwendig erachtet, selbst aneignen, da eine eigenständige Ausbildung zum Lehrer in Italien nicht existiert. Angesichts dieser unvollständigen beruflichen Ausbildung während des Studiums wurden mit den *decreti delegati* das Recht und die Pflicht des Lehrers auf Fortbildung festgeschrieben und das erste Berufsjahr der fest angestellten Lehrer als Bildungsjahr konzipiert, in dem verschiedene Qualifizierungsmöglichkeiten bestehen und an dessen Ende der Lehrer einen Bericht vorzulegen hat. Fortbildungskurse finden im übrigen für alle Lehrer statt in Gestalt von Nachmittagskursen, in denen von Verwaltungspersonal, Wissenschaftlern der IRRSAE oder anderen als kompetent ausgewiesenen Personen den einzelnen Fächern zuzuordnende oder interdisziplinäre Themen vertieft werden. Die Qualität dieser Kurse und der Lernerfolg sind äußerst heterogen (Aldisio, 1995: 47).

Die Rolle der Lehrer bzw. der Lehrerergewerkschaften in der Verwaltungsstruktur ist erheblich. Aldisio (1995: 37) weist darauf hin, daß von 80 Vertretern des Schulpersonals im CNPI nur rund 10 direkt aus dem Schuldienst kommen, die anderen dagegen der Gewerkschaftsspitze

⁵³ Allerdings wurden Mitte der 90er Jahre die Anstellungen im öffentlichen Dienst in privatrechtliche Arbeitsverhältnisse umgewandelt, was prinzipiell auch die Kündbarkeit beinhaltet (Aldisio, 1995: 38).

zuzurechnen sind und zumeist schon lange vom Unterricht freigestellt waren. Damit sei zum einen die Wahrnehmung der Schulrealität kaum noch aktuell, zum anderen führe die Dominanz von Gewerkschaften zu einem *cogoverno* („Mitregierung“), zu einer Art Selbstverwaltung der Lehrer durch die Gewerkschaften über den CNPI (Gigante 1988: 246). Gerade die Personalpolitik des Ministeriums seit den 70er Jahren war von der Präsenz der Lehrgewerkschaften geprägt, wobei bereits seit den 50er Jahren ein Rückgang des Einflusses der Lehrervertretung der Verbände festgestellt wird, die für eine Ausrichtung auf schulpolitische, nicht nur personalpolitische Fragestellungen standen (im Sinne von Schutz der im Schulsystem Beschäftigten vom Rechtsstatus bis zur Versetzung) (ebd.: 242, Fußn. 53).

Im statistischen Vergleich mit anderen entwickelten Industrieländern investiert Italien relativ wenig in Bildung, davon aber fast alles in Personal. Im Jahr 1995 wurden von den für Bildung investierten Geldern 97,5% (1995) von Ausgaben für Personal absorbiert (Censis, 1995: 165), eine recht hohe Ziffer im Vergleich zum OECD-Mittelwert von 76,8% (Censis, 1995: 162). Gemessen am Bruttoinlandsprodukt liegen die Ausgaben für alle drei Schulstufen in Italien bei 3,3%, im OECD-Schnitt bei 3,6% (ebd.: 162). Es wird also vergleichbar viel investiert, aber anders: Die hohen festen Personalkosten lassen für andere Investitionen wenig Raum.

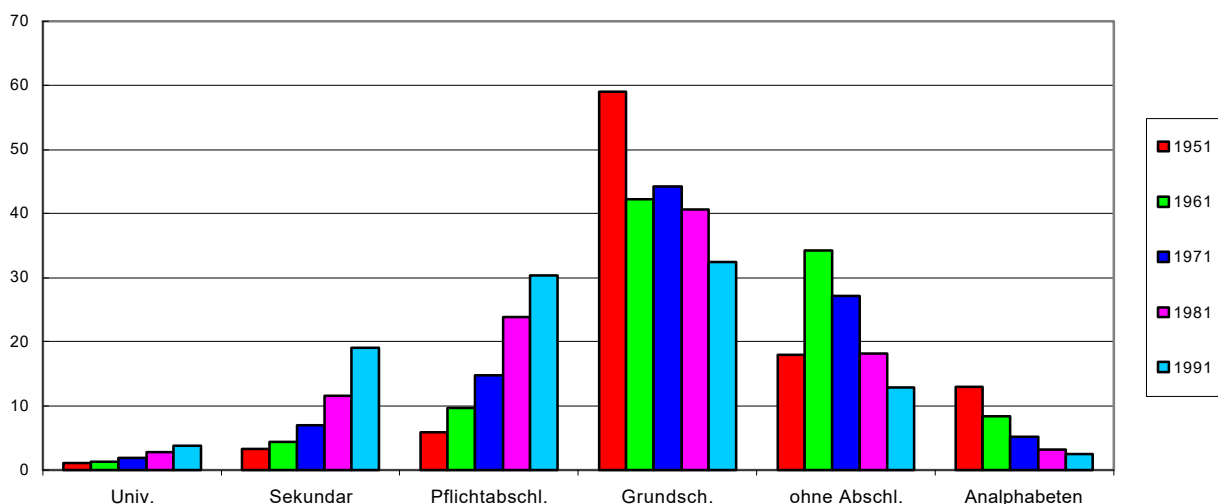
2 Bildungsexpansion

Im Folgenden soll zunächst die allgemeine Entwicklung des Bildungsstandards in Italien seit den 50er Jahren beschrieben, und dann auf die Dynamik in den Bereichen der Pflichtschule und der Sekundarschule genauer eingegangen werden. Abschließend folgt eine Zusammenfassung, in der Elemente zur Interpretation eingeführt werden.

2.1. Schlaglichter

Ein erster Eindruck der Expansion des Bildungswesens in Italien seit den 50er Jahren wird anhand der Daten zur Verteilung der Bildungsabschlüsse, wie sie in Abständen von 10 Jahren in den Volkszählungen von 1951 bis 1991 (vgl. Anhang, Tab. 1) erhoben wurden, vermittelt.

Schaubild 2: Bildungsabschlüsse der Bevölkerung ab 6 Jahre 1951-1991



Quelle: eigene Darstellung aufgrund Tabelle 1 im Anhang

Die erste statistische Erhebung der Gesamtbevölkerung nach dem Zweiten Weltkrieg zeigt Italien als verhältnismäßig rückständiges und geographisch sehr heterogenes Land, auch (aber nicht nur) was die Schulbildung der Bevölkerung betrifft. So betrug die nationale Analphabetenquote der Bevölkerung ab 6 Jahre 12,9% (rund 5,5 Millionen Personen). Die höchsten Analphabetenquoten waren im Süden festzustellen, in den Regionen Calabria, Sicilia, Puglia und Campania. Sie betrugen 1951: 31,8%, 24,5%, 24% und 23%. Die niedrigsten Analphabetenquoten fand man im Norden: in Trentino-Alto Adige mit 0,9% sowie Piemonte und Valle d'Aosta mit 2,6%.

Bis zur Volkszählung 1991 sank die Analphabetismusquote der Gesamtbevölkerung (ab 6 Jahren) auf 2,4%, was immer noch knapp 1,3 Millionen Personen entspricht. Das Nord-Süd-Gefälle blieb erhalten, wenn auch die absoluten Zahlen landesweit zurückgegangen sind. Die Minima liegen in

Trentino-Alto-Adige (0,3%) und Friuli-Venezia Giulia (0,5%), die Maxima in Calabria (7,2%) und Basilicata (6,6%).

Alphabeten ohne Schulabschluß stellten bis 1971 die nach dem Grundschulabschluß am weitesten verbreitete Kategorie dar: 1951 im nationalen Schnitt fast 18%, mit starkem Anstieg bis 1961 auf 34,2%, danach leichtem Rückgang auf 27,1% und in der Tendenz weiter sinkend über 18,2% (1981) auf 12,8% im Zensus 1991.

Der Grundschulabschluß, die *licenza elementare*, wird nach mindestens 5 Jahren Grundschulbesuch und bestandener Prüfung vergeben. 1951 waren 59% der Bevölkerung im Besitz allein dieses Titels, 1961 waren es 42,3%. Danach stieg diese Quote auf 44,3% im Jahr 1971, sank anschließend über 40,6% auf 32,4% im Jahr 1991 und blieb damit trotz der Schulpflicht bis 14 Jahre der am weitesten verbreitete Titel.

Die Verbreitung des Pflichtschulabschlusses, der *licenza media*, der nach mindestens 8 Jahren Schulbesuch und bestandener Prüfung erteilt wird, nahm im Zeitraum von 1951 bis 1991 kontinuierlich von 5,9% auf 30,3% zu. Wie oben bemerkt, bleibt die Verbreitung des Pflichtschulabschlusses bis heute unter der des Grundschulabschlusses, mit Ausnahme der Regionen Trentino Alto-Adige (36,2% vs. 34,7%), Friuli-Venezia Giulia (34,3% vs. 33%), Lazio (30,7% vs. 27,6%), Campania (30,7 vs. 29,7%), und Sardegn (33,1% vs. 30,2%).

Ein stetiger Zuwachs liegt im Untersuchungszeitraum bei den Abschlüssen in den Sekundarschulen vor. Die Anzahl derer, die die Reifeprüfung (*diploma di maturità*) ablegten, stieg zwischen 1951 und 1991 von 3,3% auf 19,1%. Dieser Anstieg fand vor allem in den letzten drei Jahrzehnten statt. Die geographischen Disparitäten manifestieren sich auch bei diesem Bildungsabschluß: Alle südlichen Regionen liegen unter dem nationalen Durchschnitt. Im Zentrum zeichnet sich die Region Lazio als besonders „gebildet“ aus, der Anteil der Personen mit Hochschulreife beträgt hier 23,8%. Im Norden liegen einige Regionen über, aber auch einige unter dem nationalen Durchschnitt: Weniger „gebildet“ ist die Bevölkerung in Piemonte, Valle d'Aosta, Trentino-Alto Adige und insbesondere im Veneto.

Als allgemeine Dynamik ist eine Reduktion der regionalen Unterschiede festzustellen, die aber weiter konsistent bleiben. Die niederen Abschlüsse sind im Süden häufiger als im Norden, während die Verbreitung von Hochschulreife und -abschluß im Süden unter dem nationalen Schnitt liegt. Noch heute gibt es in Süd- und Inselitalien fast gleich viele Personen ohne jeden Schulabschluß wie Abiturienten und mehr Analphabeten als Hochschulabgänger. Dagegen hat sich Mittelitalien als „gebildetster“ Landesteil profiliert: Hier liegen die Abschlüsse des Pflichtbereiches unter dem nationalen Durchschnitt (allerdings gibt es relativ mehr Personen ohne

jeden Abschluß als im Norden), während Sekundarschul- und Universitätsabschlüsse darüber liegen.

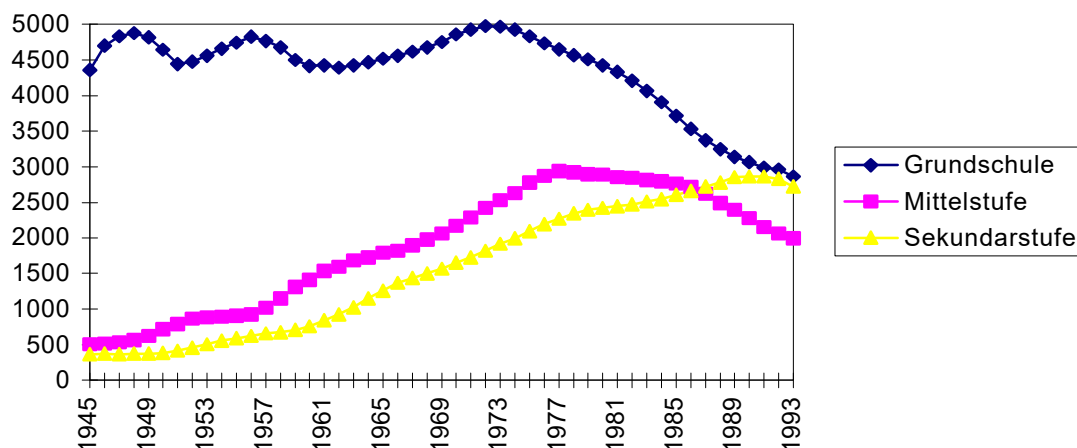
Die Tatsache, daß noch heute der größte Teil der Bevölkerung nur über den Grundschulabschluss verfügt und nicht einmal der gesetzlichen Schulpflicht nachgekommen ist, wird bei Betrachtung der Verteilung der Bevölkerung nach Alter und Bildungsgrad relativiert (Tab. 2 Anhang). Es zeigt sich eine Trennlinie zwischen niederen und höheren Bildungsabschlüssen, die circa beim Alter von 35 Jahren verläuft. Betrachtet man den Teil der Bevölkerung, der als Bildungsabschluß nur über die *licenza elementare* verfügt und über elf Jahre alt ist, so findet man hier 19,7% darunter 35jährigen, aber 62,3% der über 35jährigen. Dieses Bildungsniveau kann also teilweise als Relikt „aus anderen Zeiten“ betrachtet werden. Allerdings sind die 6,7% der Gesamtbevölkerung, die zwischen 11 und 35 Jahren alt und nur im Besitz des Grundschulabschlusses sind und die als *Drop-out* des gegenwärtigen Grund- und Mittelbereiches betrachtet werden müssen, doch keine ganz vernachlässigbare Größe.

Dieser erste Blick auf die Entwicklung des Bildungsgrades der Bevölkerung zeigt, daß die Italienische Republik die zu Beginn sehr mangelhafte Bildungssituation bis heute erheblich verbessert hat und daß eine erhebliche Expansion stattgefunden hat, die im Pflichtbereich in den 70er Jahren mit dem Rückgang des Bevölkerungswachstums in eine Abnahme der Schülerzahlen übergegangen ist. Der Schulbesuch bis 14 Jahre und damit die Befolgung der gesetzlichen Schulpflicht wurde durchgesetzt, darüber hinaus hat die Teilnahme an höheren Schulstufen und die Verbreitung höherer Titel zugenommen.

2.2. Die Bildungsexpansion von 1945 bis 1993

Die absoluten Zahlen der in **Grundschulen** eingeschriebenen Schüler stiegen zwischen 1945 und 1972 in unstetem Verlauf von 4,36 auf 4,974 Millionen an (Schaubild 3 und Tab. 3 im Anhang), danach machte sich die sinkende Geburtenrate bemerkbar, die Schülerzahlen sanken fortan und erreichten 1993 2,863 Millionen. Das Schülervolumen hatte sich also zwischen 1945 und 1972, dem historischen Höchststand, um rund 15% vergrößert und betrug zu Beginn der 90er Jahre etwa 2/3 des Wertes von 1945 bzw. 58% des Höchststandes von 1972. Der Zuwachs war 1946 und 1947 mit 7,9% und 2,8% stark, vermutlich als unmittelbare Folge der Normalisierung nach dem Zweiten Weltkrieg. Danach blieb der jährliche Zuwachs weitgehend unter 2%. Die Wachstumskurve hat insgesamt drei Peaks: 1948, 1956 und 1972, ein stabiler Trend kann nur zwischen 1960 und 1972 ausgemacht und in den darauf folgenden Jahren des Rückgangs werden.

Schaubild 3: Schülerzahlen 1945 - 1993

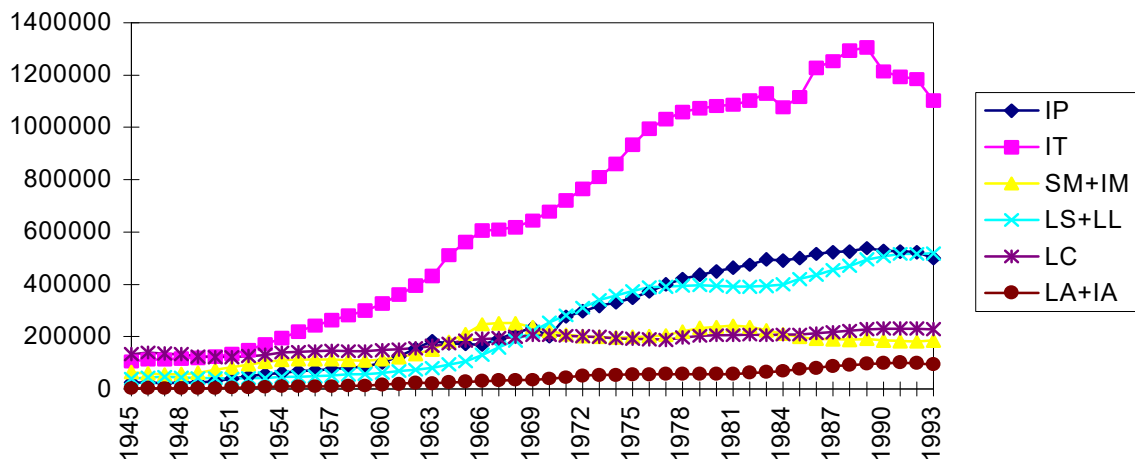


Quelle: eigene Darstellung aufgrund Tabelle 3 im Anhang

Die Nachfrage nach über die Grundschule hinausgehende Schulbildung stieg bereits zwischen 1948 und 1951 kräftig an und erreichte ihr historisches Maximum 1950 mit 14,7% Zuwachs jährlich. Die Expansion der beiden **Mittelschulen** lief im nachweisbaren Zeitraum parallel, aber ab 1958 überholte die *scuola di avviamento professionale* die *scuola media* (s. Anhang, Tab. 3). Zu diesem Zeitpunkt war die Nachfrage für diese beiden Schultypen wieder besonders stark und erreichte mit 12,7 und 14,0% Zuwachs (1959) ein neues Maximum. Fortan ging der Schülerzuwachs zurück und wurde 1978 negativ. Die Expansion der Mittelschule hat dazu geführt, daß zwischen 1945 und 1977 5,8 mal mehr Schüler in diesem Bereich absorbiert wurden. Das Schülervolumen betrug 1993 68% des Höchststandes von 1977, auf den ein kontinuierlicher Rückgang der absoluten Schülerzahl der *scuola media* folgte. Es ist davon auszugehen, daß seit diesem Zeitpunkt die Jugendlichen bis 14 Jahre zu annähernd 100% im Schulsystem erfaßt sind.

Eine ebenso starke Expansion zeigt sich im **Sekundarbereich** (s. Schaubild 4 sowie Tab. 4 im Anhang), die sich erst zu Beginn der 90er Jahre erschöpft und sich, im Gegensatz zum Pflichtschulbereich, nicht in direkter Abhängigkeit von den demographischen Daten entwickelt hat. Die absoluten Zahlen zeigen eine zwischen 1945 und 1991 um den Faktor 7,8 gewachsene Schülerschaft. Zwischen 1950 und 1976 ist der jährliche Zuwachs besonders stark, z. T. über 10% (in den Jahren 1952, 1953, 1961-1964). Ab 1967 bewegt sich der Zuwachs um 5%, nach 1976 sinkt er rapide und erreicht mehr als 2% erst wieder 1985. Das Maximum der Schülerzahl erreicht die Sekundarstufe 1991. Vom anschließenden Rückgang der Schülerzahlen sind nicht alle Schulzweige gleichermaßen betroffen.

Schaubild 4: Schülerzahlen im Sekundarbereich 1945 - 1991



Quelle: eigene Darstellung aufgrund Tabelle 4 im Anhang

Aus Schaubild 4 wird der Trend in den einzelnen Schultypen deutlich. Bis 1950 ist das *Liceo classico* (LC)⁵⁴ der zahlenstärkste Zweig im Sekundarbereich. Im Vergleich zu anderen Zweigen bleibt die Zahl der Schüler des *Liceo classico* recht stabil, die jährlichen Schwankungen überschreiten selten 5%, ein positiver Trend dieser Größenordnung ist nur zu Beginn der 50er und der 60er Jahre auszumachen. Insgesamt erfährt das Liceo Classico von 1945 bis 1993 einen Zuwachs von 72%.

Im *Liceo scientifico* (LS) und im *Liceo linguistico* (LL) liegt ab Mitte der 60er Jahre für ca. 10 Jahre ein starkes Wachstum vor, das bis zu 25% (1966) erreicht. Eine zweite Expansionsphase schließt sich Mitte der 80er Jahre an, dieses Mal jedoch in geringerem Ausmaß (bis 5%) und weniger stabil. Danach geht das Wachstum gegen Null. Desaggregiert man die beiden hier summierten Zweige, so zeigt sich, daß nicht das Liceo Scientifico einen Rückgang zu verbuchen hat, sondern daß das Nullwachstum vom Liceo Linguistico herrührt. Insgesamt steigern diese beiden Schulen ihre Schülerzahl seit 1945 um das 13,5fache.

Die Entwicklung der *Scuola magistrale* (SM) und des *Istituto magistrale* (IM) ist unstet. Sie finden großen Zuwachs zu Beginn der 60er Jahre, zwischen 1963 und 1966 weit über 10% (Maximum 1964 mit fast 20%). Darauf folgt ein Rückgang, ein erneuter leichter Anstieg um 1980 (max. 6,6%), danach ein weiterer Rückgang in analoger Stärke wie in der vorhergehenden Phase

54 Zu den Bezeichnungen und Abkürzungen der verschiedenen Schultypen s. Glossar.

und ab 1987 leicht negative Tendenz. Im Verhältnis zu 1945 erhöht dieser Schulzweig die Schülerzahl auf knapp das Dreifache.

Die *Istituti tecnici* (IT) stellen im gesamten Untersuchungszeitraum den größten Zweig der Sekundarstufe dar. Der Zuwachs ist bereits in den 50er Jahren stark, insbesondere zwischen 1952 und 1956 mit über 10%. Bis 1963 vervierfacht sich die Zahl der Schüler. Zwischen 1961 und 1965 liegt der Zuwachs um 10%, danach folgt ein kurzer, rapider Rückgang und in den 70er Jahren ein stabiles Wachstum um 5-8%. Ende der 70er Jahre folgt eine Phase der Instabilität, mit punktuelltem Rückgang um 4,6% (1984) und einem Zuwachs um 10,1% (1986). Seit 1990 ist die Entwicklung negativ, aber mit schwankendem Ausmaß. Bis zum Höchststand von 1989 erweitert dieser Schultyp seine Schülerschaft auf das Zwölffache.

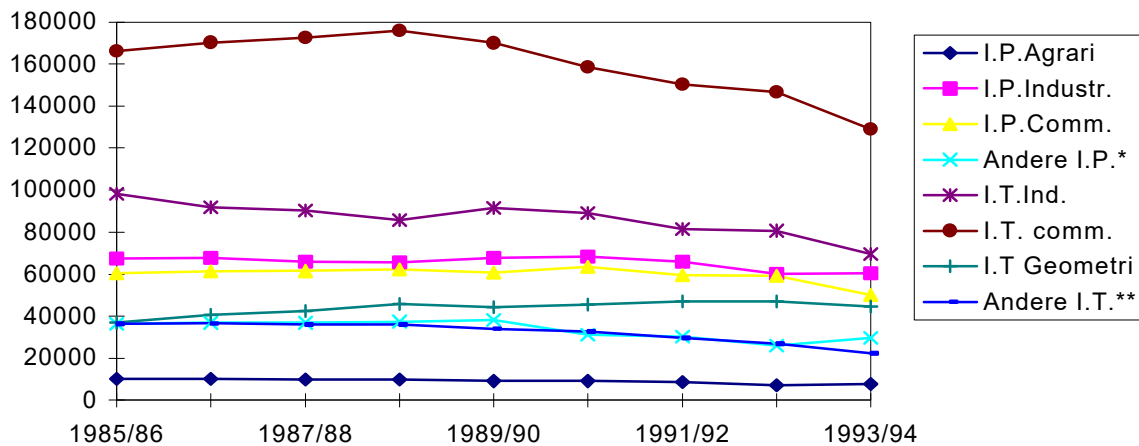
Die *Istituti professionali* (IP) sind ein bis Ende der 60er Jahre wenig konsolidierter Schultyp. Ihre Kurve überkreuzt mehrmals die des *Liceo Scientifico* und ist von mehreren Brüchen gekennzeichnet. Starken Zuwachs erhalten die IP Anfang und Mitte der 50er Jahre, mit einem Maximum von 32% 1951. Ein erneuter Wachstumsschub mit maximal knapp 24% beginnt 1960 und bricht kurz danach brüsk ab: 1964 fällt die Wachstumsquote von 20,6% auf -5,4% im darauffolgenden Jahr. Nach 1966 folgt eine kurze Phase des Zuwachses (Anstieg von 1966-1967 von -0,4% auf 12,1%), die wiederum abrupt abbricht (1970: -13,8%) und ebenso abrupt wieder in starken Zuwachs (1970: -13,8%, 1972: 37,4%) übergeht. Danach bleibt das Wachstum bis 1984 relativ kontinuierlich und wird ab 1990 negativ. Das Maximum der absoluten Schülerzahlen in den IP liegt 1989 21mal höher als die Anfangszahl.

In *Istituto* und *Liceo artistico* (LA und IA) befindet sich seit 1945 die geringste Zahl an Schülern. Diese Schulen zeigten im gesamten Zeitraum bis 1991 eine leichte, aber kontinuierliche Expansion und weisen 1991 fast das Fünzigfache der Zahlen von 1945 vor. Der Sektor der Kunstausbildung erfährt also bei weitem die stärkste Expansion, ist aber trotzdem der kleinste Bereich geblieben.

Gemeinsam ist allen Schultypen, daß der allgemeine Trend der Expansion sich zu Beginn der 90er Jahre erschöpft. Der seit den 70er Jahren bestehende Trend, der sich im relativen Rückgang der Anmeldungen ausgedrückt hatte, zeigt sich nun auch in den absoluten Zahlen.

Gerade die beiden zahlenstärksten Schulzweige, *Istituti tecnici* und *Istituti professionali* sind nun vom Rückgang betroffen. Daneben verzeichnen auch *Istituto magistrale* und *Istituto artistico* sowie *Liceo linguistico* Verluste. Diese negative Tendenz macht sich dagegen beim *Liceo scientifico*, ebenso ein Aufsteiger der vorherigen Jahre, nicht bemerkbar. Hier steigen die Anmeldungen weiter, allerdings nur leicht.

Schaubild 5: Schülerzahlen in IP und IT 1985 - 1993



Quelle: eigene Darstellung aufgrund Tabelle 5 im Anhang

Der Andrang in die technisch-praktischen Massenschulen, die sich im Zuge der Bildungsexpansion seit den 60er Jahren herausgebildet hatten, geht mit den 90er Jahren zurück, und der naturwissenschaftliche, nicht-berufliche Bildungsgang erweist sich als einziger stabil, obwohl die anderen Schultypen die gleiche Universitätsoption bieten.

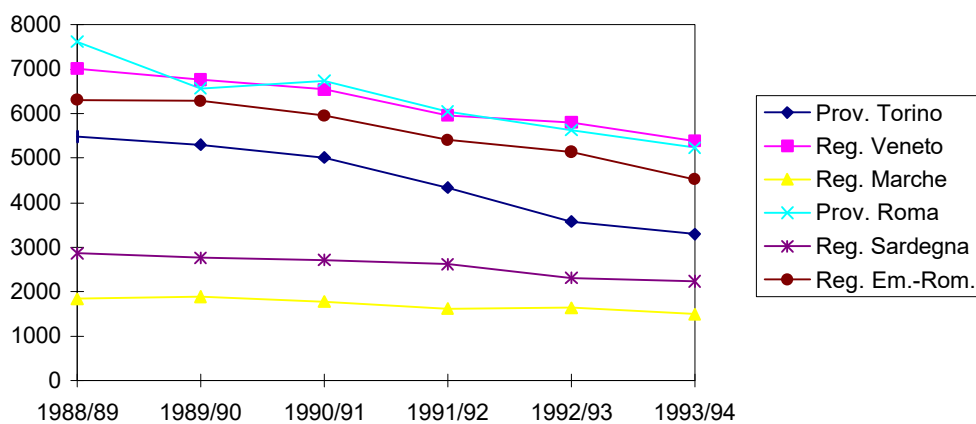
Eine Aufschlüsselung der Zweige der technisch-praktischen Schulen (Schaubild 5) zeigt, daß die Anmeldungen besonders in den technischen Fachschulen zurückgehen, besonders stark im Handels- und im industriellen Bereich. Stablen Zuwachs verzeichnet nur das *Istituto tecnico per Geometri* (Fachschule für Landvermessung), aber 1993 gehen auch hier die Zahlen zurück. Ebenso sind bei den Berufsfachschulen Einbußen zu verzeichnen, insbesondere im Handelssektor, während die auf Industrieberufe zielenden *Istituti professionali* bis 1991 zwar Schwankungen, aber einem deutlichen Zahlenrückgang erst ab 1992 zeigen. Insgesamt verlieren die technischen Fachschulen weit mehr Schüler als die Berufsfachschulen. Die Differenz zum vorigen Schuljahr beträgt 1993/94 für die *Istituti tecnici* 7%, für die *Istituti professionali* 4% der Schüler.

Die Spezialisierungen, die weniger gefragt sind, betreffen in beiden Schultypen den Handelsbereich sowie im IT besonders den industriellen Bereich, also Berufe, die der traditionellen Tätigkeitsstruktur in Sekundär- und Tertiärsektor entsprachen und durch die Verbreitung von Datenverarbeitungssystemen und Informatisierung des Bürobereichs weitgehend ersetzt werden. Dagegen folgen die Anmeldungen für den industriellen Sektor im IP diesem Trend nicht.

Um diese Dynamik weiter zu untersuchen, wurde der Verlauf in bestimmten Landesteilen ermittelt. Die Landesteile wurden nach dem Kriterium der Wirtschafts- und Produktionsstruktur ausgewählt: die Provinz Torino wegen der Dominanz des Sekundärsektors, die Regionen Emilia-

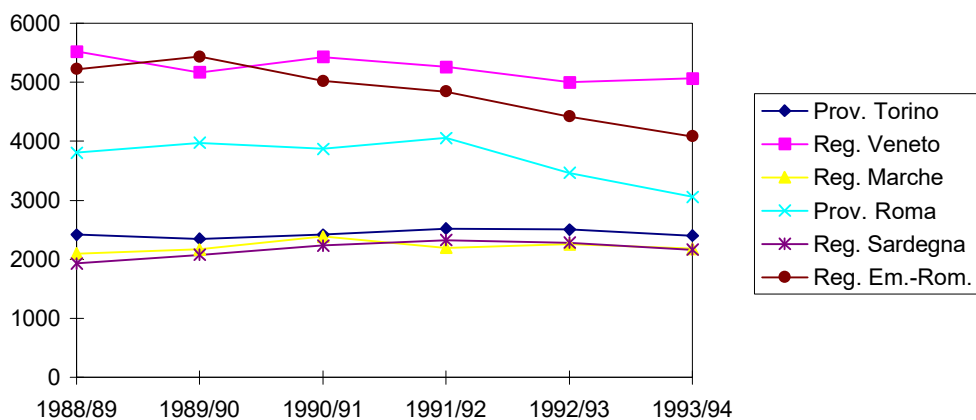
Romagna, Veneto und Marche wegen ihrer gemischten Struktur und weil sie der Krise relativ gut standhalten, die Provinz Rom wegen des Übergewichts des Tertiärsektors durch Ministerialbürokratie und Universität; die Region Sardegna schließlich, weil sie in keine der vorher genannten Kategorien passt: Hier ist der Tertiärsektor mit dem Tourismus vorhanden, der Primärsektor verbreitet und der Sekundärsektor mit dem Tagebau zwar in Dauerkrise, aber noch vertreten. Diese Auswahl wurde aufgrund der Hypothese getroffen, daß die Chancen, eine Arbeitsstelle zu finden, die Wahl des Schultyps beeinflusst, und daß sich darin auch die Wirtschaftsstruktur der näheren Umgebung spiegeln dürfte.

Schaubild 6a: Schülerzahlen ITI in verschiedenen Landesteilen



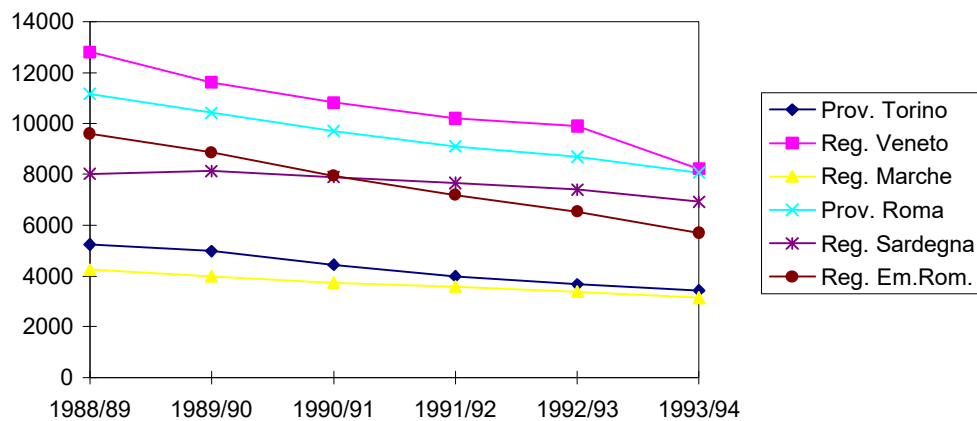
Quelle: eigene Darstellung aufgrund Tabelle 6 im Anhang

Schaubild 6b: Schülerzahlen IPI in verschiedenen Landesteilen



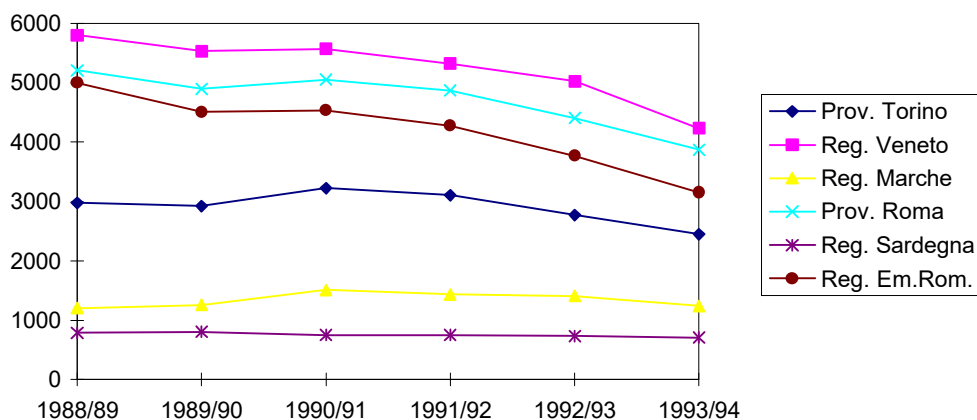
Quelle: eigene Darstellung aufgrund Tabelle 6 im Anhang

Schaubild 6c: Schülerzahlen ITC in verschiedenen Landesteilen



Quelle: eigene Darstellung aufgrund Tabelle 6 im Anhang

Schaubild 6d: Schülerzahlen IPC in verschiedenen Landesteilen



Quelle: eigene Darstellung aufgrund Tabelle 6 im Anhang

Wie aus den Schaubildern 6a-d ersichtlich, ist ein Zusammenhang nicht leicht auszumachen. Der Vergleich der Entwicklung der auf den industriellen Sektor orientierten Schulen in der Provinz Torino zeigt bei den technischen Fachoberschulen einen deutlich negativen Trend, der bei den *Istituti professionali* nicht vorliegt. Auch in der Region Veneto schneiden die *Istituti professionali* besser ab. Bei der Region Marche verlaufen die Entwicklungen der beiden Schultypen etwa gleich, in der Provinz Roma seit 1991 auch. In der Region Sardegna verlieren die *Istituti tecnici* ihren Vorsprung und fallen zahlenmäßig ab 1992 mit den *Istituti professionali* zusammen. Bei den Anmeldungen im Bereich Handel ist dagegen eine allgemeine Tendenz deutlich: Überall gehen die Schülerzahlen zurück, weniger in der Region Marche, mehr im Veneto, aber ohne Ausnahme. Für die oben genannte Hypothese finden sich also keine Hinweise. Bestätigt wird die schon

anhand Schaubild 5 bemerkte Tendenz zugunsten der *Istituti professionali*, und dies auch im Einflußbereich der größten, weitgehend automatisierten italienischen Produktionsstätte FIAT.

2.3. Zusammenfassung

Es wurde gezeigt, daß in der Italienischen Republik eine starke Expansion der Schüler- und Studentenzahlen stattgefunden hat, deren Maximum zunächst den Pflichtbereich und darauf folgend die Sekundarstufe erreichte und sich in die Universität fortsetzte. Die Zahl der Schüler in Grund-, Mittel- und Sekundarschule betrug 1945 über 5 Millionen und war mit knapp 10 Millionen 1977 fast doppelt so hoch. Bis 1991 ist diese Zahl auf 8 Millionen gesunken und betrug damit das 1,5fache von 1945.

Diese Expansion beruht zum einen auf dem Wachstum der Bevölkerung. Dies genügt jedoch nicht, die Zunahme der Beschulungsquote zu erklären. Diese resultiert vielmehr aus der Nachfrage neuer Bevölkerungsschichten nach höheren Abschlüßtiteln. Dies wird auch durch die starke Zunahme der Schülerzahlen in der *scuola di avviamento professionale* Ende der 50er Jahre bestätigt, denn diesen Schultyp frequentierten v. a. Kinder aus einfachen Verhältnissen. Als Gründe für diese neue Nachfrage werden hauptsächlich wirtschaftliche Gründe angenommen: gestiegene Nachfrage nach höheren beruflichen Qualifikationen, gesteigener materieller Wohlstand der Familien, der es erst gestattet, höhere Anteile des Einkommens in die (Aus-)Bildung der Kinder zu investieren⁵⁵. Ferner wurde auch staatlicherseits mehr in das Schulsystem investiert, wie z. B. im Fall der Reform der Mittelschule, und auch die verbesserte Schulausstattung leistete ihren Beitrag zur Bildungsexpansion. Es ist jedoch zu betonen, daß politische Maßnahmen sich im vorliegenden Fall nicht kausal, sondern konsektiv zur Nachfrage verhalten. (Diese These wird später anhand von weiteren Beispielen wieder aufgenommen und weiter belegt.) Über die ökonomischen Aspekte hinaus werden soziokulturelle Faktoren, die aus Industrialisierung und Urbanisierung resultieren, angenommen (Benadusi/ Gandiglio, 1978: 15ff.), die über die Hoffnung auf sozialen Aufstieg und höhere zukünftige Einkommen bei den Familien die Motivation geweckt haben, mehr in die Bildung ihrer Kinder zu investieren⁵⁶. Der

55 Padoa Schioppa (1974: 220) schätzt für das Bezugsjahr 1969 die jährlichen indirekten Kosten, d.h. die Verluste durch ausbleibenden Lohn, die den Familien für die Bildung ihrer Kinder entstehen, für die Mittelschule auf 115.000 Lire, für die Sekundarschule 346.000 Lire, für den Universitätsbesuch 425.000 Lire. Dazu kommen die direkten Kosten des Schulbesuchs (Lehrmaterial, Gebühren): 23.000 Lire für die Mittelschule, 48.000 Lire für die Sekundarschule, 130.000-200.000 Lire für den Universitätsbesuch (ebd., 213). Die Kosten, die das Bildungsministerium im gleichen Jahr pro Schüler aufgebracht hat, sind: 225.000 Lire in der Mittelschule, 295.000 Lire in der Sekundarschule und 450.000 in der Universität (Benadusi/ Gandiglio, 1978: 16).

56 Eine Untersuchung Bildungsmotivation unter Berücksichtigung auch der außerökonomischen, individuellen Faktoren hat Gambetta (1990) vorgelegt.

Rückgang der Schülerzahlen im Pflichtbereich - in der Grundschule seit 1972, in der *scuola media* ab 1977 - ist auf demographische Gründe zurückzuführen. Er resultiert daraus, daß volle Beschulung erreicht ist und daß die nachrückenden Jahrgänge (vgl. Tab 3 Anhang, Spalte 1: Geburten) weniger zahlreich sind (ab 1964 geht die Geburtenzahl zurück).

Es ist in der italienischen Bevölkerung, sogar bei ISTAT-Personal und bei Lehrern, bis heute die Überzeugung verbreitet, daß erst mit der Einführung der *scuola media unica* die Schulpflicht bis 14 Jahre eingeführt worden sei⁵⁷. Richtig ist, daß im Anschluß an diese Reform viele Schulen eingerichtet wurden und andere Maßnahmen getroffen worden sind, die den Schulbesuch erleichtern und die damit verbundenen Kosten mildern sollten (z. B. kostenlose Lehrbücher, Transporte) und so der Besuch der Mittelschule z. T. erstmals materiell ermöglichten. Dennoch ist zu betonen, daß die Schulpflicht laut Verfassung von 1948 acht Jahre dauert und daß die Nachfrage nach mehr Bildung - in diesem Fall auch nur der vom Gesetz vorgeschriebenen - bereits vor dem Ausbau des Schulsystems stark anstieg. Die Demokratisierung des Zugangs zum italienischen Bildungswesen ist demnach weniger auf politische Entscheidungen und innovatorische Maßnahmen zurückzuführen, sondern wurde von außen an dieses herangetragen: Durch das veränderte Verhalten von jenen Teilen der Bevölkerung, deren Zugang zu Schulbildung vor der Einführung der *scuola media unica* mit Schulen wie der *scuola di avviamento al lavoro* in Grenzen gehalten werden sollte. Der starke Zuwachs Ende der 50er Jahre gerade in diesem Schultyp läßt darauf schließen, daß in neuen Bereichen der Bevölkerung der Besuch der Grundschule nicht mehr als genügend empfunden wurde und sich ein wachsendes Interesse an einer längeren Schulbildung entwickelte. Dieses neue Interesse am Schulbesuch ist gerade wegen der oben erwähnten irrtümlichen Einschätzung der Dauer der Schulpflicht besonders interessant, denn daraus kann geschlossen werden, daß die Expansion im Mittelschulbereich Ende der 50er Jahre nicht aus einer verbesserten Erfüllung der Schulpflicht, nicht aus einer neuen Gesetzestreue, sondern aus einer gestiegenen Wertschätzung der Schulbildung in neuen Bevölkerungsschichten resultierte.

Über diese allgemeinen Betrachtungen hinaus sind einige Besonderheiten in der Bildungsexpansion festzustellen. So scheint z. B. die Erhöhung der Quoten der Alphabeten ohne Schulabschluß zwischen 1951 und 1961 und die nur leichte Reduktion bis 1971 gegen die Tendenz der Expansion zu sprechen. Dagegen könnten diese Daten auch auf eine gewachsene Beteiligung am Schulsystem außerhalb der Logik der Abschlußtitel hinweisen. Nach Gatullo (1991: 112f.) eröffnet sich ein besseres Verständnis für das Phänomen des Wiederholens einer

57 So schreibt z. B. ISTAT (1986: 84): „Die Grund- und Sekundarschule ersten Grades (Mittelschule), die das Alter von 6 bis 14 Jahre betrifft, ist mit Gesetz Nr. 1859 vom 31.12.1962 obligatorisch geworden.“

Klasse in den 50er Jahren, wenn es nicht aus dem Blickwinkel der Selektion interpretiert wird, sondern als längerer Verbleib im Schulsystem, als Summierung von Schuljahren verstanden wird. Die Beschulungsquoten in der Grundschule von über 100% und der Rückgang des Analphabetismus lassen darauf schließen, daß die Teilnahme am Grundschulunterricht unabhängig vom Erreichen eines Abschlusses gestiegen ist und bestätigen die Interpretation des genannten Phänomens als rein quantitative Zunahme des Schulbesuchs.

Unübersehbar ist jedoch die Schwierigkeit, die Schulpflicht bis 14 Jahre durchzusetzen, auch nach der Einführung der *scuola media unica*. Zwischen 1963 und 1973 stieg die Zahl der Schüler um den Faktor 1,5, im Jahrzehnt davor, also vor der Einführung der neuen Mittelstufe, um den Faktor 1,9. Es lag also eine stärkere Expansion vor der Reform vor, die als Massenschule konzipierte *scuola media unica* hatte einen geringeren Zuwachs zu verbuchen als die vorherigen Einrichtungen.

Für den Bereich der Sekundarstufe ist festzustellen, daß zwar eine kontinuierliche Expansion stattgefunden hat, aber in Italien - verglichen mit dem europäischen Durchschnitt - relativ wenige Schüler⁵⁸ die Hochschulreife erreichen, was im Zusammenhang mit der kurzen Dauer der Schulpflicht gesehen wird (D'Alessandro, 1996: 27f.).

Die Charakteristika der Expansion können in drei Punkten subsumiert werden:

- der unterschiedliche Beitrag von Frauen und Männern an der Expansion
- Unterschiede in der Entwicklung in verschiedenen Schultypen,
- die Gründe des Schülerrückgangs in den 90er Jahren.

Frauen haben mehr Anteil an der numerischen Expansion im Bildungswesen und am Anstieg der höheren Abschlüsse als die Männer. In den 90er Jahren haben Frauen ihr Bildungsdefizit auf Sekundarschulniveau eingeholt, es legen mehr Frauen als Männer die Hochschulreife ab (Anhang, Tab. 10).

Bei der Betrachtung des Verlaufs der verschiedenen Schultypen fallen die Brüche in der Entwicklung der IP und die zyklisch anmutende Auf- und Abwärtsbewegung der *Istituti magistrali* auf. Bei letzteren kann vermutet werden, daß ein direkter Zusammenhang mit den Beschäftigungschancen besteht. Die Berufsfachschulen dagegen erleiden einen Einbruch im Jahr der Einführung der neuen Mittelschule, 1971 steigen die Schülerzahlen wieder sprunghaft an. In dieser Phase sind die IP der einzige Schultyp, der keine Möglichkeit zum anschließenden

⁵⁸ Der OECD-Durchschnitt beträgt knapp 80% der Schüler des entsprechenden Alters, in Italien sind es nur knapp 51% (D'Alessandro, 1996: 27).

Universitätsstudium bietet. Mit der Öffnung der Universitäten und den Versuchsprojekten zur Ausweitung der Kursdauer in den IP auf fünf Jahre können sich seit 1969 auch Abgänger der IP an jeder Fakultät immatrikulieren. Diese Einschränkung hatte die IP als minderwertigen Zweig der Sekundarstufe marginalisiert, - die Zahl der Interessenten sank. Die formale Gleichstellung durch die schlichte Hinzufügung von 2 oder 3 Schuljahren und die Universitätsoption genügten, diesen Schulzweig zu „rehabilitieren“. „Gleichheit“ wurde hier durch formale Regelungen hergestellt, ob dadurch aber die Bedingungen für mehr „Chancengleichheit“ geschaffen wurden, ist mehr als fraglich.

Die für die verschiedenen Schultypen unterschiedlich ausgeprägte Expansion geht mit den 90er Jahren in eine Sättigung über. Der Rückgang betrifft besonders die beiden Massenschulen, *Istituti tecnici* und *Istituti professionali*, hier insbesondere diejenigen Zweige, die auf Berufe in Industrie und Tertiärsektor zielen. Die Analyse von wirtschaftlich unterschiedlichen Landesteilen hat keine relevanten Divergenzen dieser Entwicklung gezeigt. In einer Krise befinden sich also die Schultypen, die den Wirtschaftssektoren entsprechen, auf denen die Modernisierung beruht und die mit der technologischen Revolution grundlegend verändert worden sind. Die im Vergleich zu den IT geringeren Verluste in den IP und der Zuwachs im LS weisen auf ein akzentuierteres Verhalten der Familien in der Auswahl des Sekundarschultyps hin: Man wendet sich stärker dem beruflich orientierten Schultyp zu (mit der Möglichkeit des Abschlusses nach 3 Jahren), oder die Wahl fällt gleich auf eine Schule, die auf die Weiterführung an der Universität ausgerichtet ist. Es scheint, daß in Krisenzeiten die Polarisierung von Kopf- und Handarbeit, von Bildung vs. Ausbildung zunimmt.

3. Effizienz und Selektion im italienischen Schulsystem

3.1. Ansatz, Methode und Probleme

Mit Hilfe der Begriffe Effizienz und Selektion wird hier versucht, eine „Erfolgsbilanz“ zu erstellen, indem die institutionell für das Absolvieren einer Schule vorgegebene Zeit (fünf Jahre für Grundschule und Sekundarstufe und drei Jahre für die Mittelstufe) und die tatsächlich benötigte Zeit gegenübergestellt werden. Dem idealen Verlaufsmodell einer Schulkarriere wird also ein systemisches Ergebnis gegenübergestellt, nämlich die aggregierten Schülerzahlen und die von diesen realiter absolvierten Schuljahre. Es muß allerdings betont werden, daß diese Zahl allerdings weder das Lernvermögen der Schüler noch die didaktische Leistung der Lehrer abbildet.

Ausgegangen wird von der Annahme, daß hohe Effizienz geringe Verluste impliziert. „Verluste“ werden operationalisiert als der Anteil derjenigen Schüler, die mehr als die vorgesehene Zeit für einen Schulzyklus benötigen oder einen begonnenen Zyklus abbrechen. Als wünschenswert wird ein Schulsystem angesehen, in dem möglichst viele Schüler das Klassenziel erreichen, also wenige Schüler eine Klasse wiederholen, und in dem möglichst alle Schüler die Abschlußprüfung des begonnenen Schulzyklus ablegen (vgl. Ribolzi, zit. nach Mottana, 1992: 11)⁵⁹, da ansonsten „Mehrkosten“ auftreten bzw. die „Investition“ der in der Schule verbrachten Jahre zunichte gemacht wird, weil eine „Bewertung“ (im buchstäblichen Sinn der Verleihung eines Wertes) des erreichten, relativen Lernerfolgs nicht vorgesehen ist. Dieser Ansatz ist in der italienischen Literatur üblich und wurde hier übernommen, hat aber zu methodischen Problemen geführt, die weiter unten ausgeführt werden. Vorerst ist festzuhalten, daß es sich um einen Ansatz handelt, der in Italien nur von wenigen Autoren problematisiert wird.

Neben quantitativen Aspekten ist zu untersuchen, wie sich dieser Prozeß qualitativ darstellt: Wo liegen mehr, wo weniger „Reibungsverluste“ vor, ist ein Muster von Selektion auszumachen? Diese Fragestellung zielt zum einen auf das soziologische Feld der sozialen Mobilität und der Bedeutung, der Bildung dabei zukommt. Zum anderen verweist sie auf historische Konstanten wie das Nord-Süd-Gefälle und das Erbe, das in Gestalt der Struktur des Schulsystems einer Anpassung an neue Bedürfnisse im Wege steht. Durch eine kritische Interpretation der Systemdaten, insbesondere aber in Fallstudien und Sondererhebungen werden neue Aspekte aufgezeigt.

⁵⁹ Darauf, daß ein System gänzlich ohne diese „Reibungsverluste“ nicht überzeugen würde, weist Corrado (1989: 23) hin. Ein Schulsystem, das völlig auf Selektion verzichtet, ist denkbar nur dann, wenn Bildung und *credentials* keinen „Marktwert“ haben.

Das statistische Material zum Schulwesen wird in Italien vom Bildungsministerium erhoben und weitergeleitet zur Bearbeitung und Veröffentlichung an ISTAT (*Istituto centrale di Statistica*), die offizielle Quelle für statistische Daten. Regelmäßige Veröffentlichungen gestatten die Bearbeitung von Systemdaten wie den Zahlen der Schüler und der Nichtversetzten, Prüfungen, Anzahl und Status der Lehrer, Daten zu Schulgebäuden etc. Ferner existieren Sondererhebungen zur Altersverteilung der Schulbevölkerung (z. T. Per Totalerhebung, z. T. per Stichproben und begrenzt auf einzelne Schulniveaus). Die Veröffentlichungen von ISTAT sind oft starker Kritik ausgesetzt, da sie mit erheblicher Verspätung an die Öffentlichkeit gelangen, nicht selten schlecht organisiert und aggregiert sind, Reihen plötzlich verschwinden und andere auftauchen, die Kontinuität der Inhalte also nur bedingt gewahrt wird, unerklärliche Lücken bis über 3 Jahre auftreten, für die beispielsweise keine territorial desaggregierten Daten vorliegen, und als regelmäßig vorgesehene Sondererhebungen keineswegs regelmäßig stattfinden⁶⁰.

Neben diesen mehr oder weniger überwindbaren Hürden stellt sich ein weiteres, grundsätzliches Problem: Kritiker (insbesondere Gatullo, 1991: 109ff. und 141ff.) gehen davon aus, daß die vorliegenden statistischen Daten zu allgemeinen Charakteristika des Schulbetriebes mit der Realität recht wenig gemein haben. Dies aufgrund von Fehlern bei der Erhebung der Daten in den einzelnen Schulen, wo diese z. T. nicht richtig, z. T. überhaupt nicht erfaßt werden, wie z. B. die Personen, die innerhalb eines Zyklus in das Schulsystem eintreten bzw. dieses verlassen. Dieses Problem wird zwar von ISTAT (1980, S. 22, Fußn. a) gestreift, aber nicht gelöst, wenn in den Anmerkungen geschrieben wird: „Unter Schulabbruch wird die nicht erfolgte Anmeldung im Anschlußjahr vor Abschluß des begonnenen Schulzyklus (inbegriffen das Ausscheiden im Laufe eines Schuljahres) verstanden. Es ist zu betonen, daß der Abbruch des Schulbesuches nicht notwendig mit der Aufgabe der Studien gleichzusetzen ist, da nicht selten Schüler zwar die Schule verlassen, aber privat weiter lernen, um sich als *esterni* zu den Prüfungen anzumelden“. Dieser parallele Weg ist sowohl in der von ISTAT beschriebenen Form (Abbruch des Schulbesuchs und später Prüfung im staatlichen System) denkbar, als auch in einer Rückkehr zum Schulbesuch für ein oder mehrere Schuljahre, also nicht nur zum Ablegen der Prüfung. Diese Personen sowie die Fälle von Schulwechsel werden numerisch nicht erfaßt. Erst in einer Veröffentlichung von ISTAT zur Selektion im Sekundarbereich aus dem Jahr 1996 wird versucht, die Zahl der Eintritte über die Zahlen von Nichtversetzten und regulären Schülern rechnerisch zu ermitteln (vgl. Kap. 3.4.1.). Dieses Problem wird im Laufe der Darstellung immer wieder auftauchen. Es wäre also, den Kritikern folgend, die Beschreibung des *Output* des italienischen Schulsystems über aggregierte Daten wie Quoten von Wiederholern, Abbrüchen und regelmäßigen Schulverläufen nicht

60 Zu den Problemen in der Bearbeitung der vorliegenden Daten siehe Kommentar zum Anhang.

zuverlässig. Diese Autoren verweisen deshalb auf die Sondererhebungen zur Altersverteilung der Schulbevölkerung, deren „aktuellste“ allerdings Daten des Schuljahres 1984/85 erfaßt.

Dagegen werden die hier problematisierten Daten u. a. von Institutionen wie ISTAT, Censis und ISFOL, die jährlich Berichte veröffentlichen, in denen der Bereich Schule breiten Raum einnimmt, angewandt, ohne die eben beschriebene Problematik überhaupt zu thematisieren. Ferner greifen viele Autoren auf ISTAT-Daten zurück, um diese mit mehr oder weniger komplexen Verfahren aufgrund des gleichen Konzeptes zu bearbeiten⁶¹ und Rückschlüsse auf das Gesamtsystem zu ziehen. Sie begrenzen sich allerdings auf kurze Zeiträume.

Da es meine Absicht ist, den Zeitraum bis zurück in die 50er Jahre zu verlängern, muß auf die vorhandenen Systemdaten zurückgegriffen werden, um sie - soweit möglich - der Interpretation zugänglich zu machen. Dazu wurden vier Kohorten von ideellen Schülern geschaffen: Die erste tritt 1949 in die erste Grundschulklasse ein und schließt 1962 mit der Reifeprüfung den Schulbesuch ab. Bei Abständen von zehn Jahren würde also die letzte Kohorte 1979 in das Schulsystem eintreten und es 1992 verlassen. Diese letzte Kohorte mußte aber verschoben werden, da bei ISTAT für drei, diese Kohorte betreffende Schuljahre erhebliche Lücken vorliegen. Somit beginnt die Schulkarriere der letzten Kohorte 1982 und endet 1995 mit der Reifeprüfung. Für diese Kohorten wurden Daten bezüglich der Zahlen von Schülern, Nichtversetzten und zu den Prüfungen erhoben. Mittels dieser wurden dann der reguläre Verlauf vom ersten bis zum letzten Jahr eines Zyklus, Prüfungserfolgsquoten und Übergangsquoten berechnet, wobei nach den Kategorien Schultyp, Geschlecht und Landesteil (Norden, Zentrum, Süden) unterschieden wurde. Die Gesamttabellen sind im Anhang einzusehen. Der besseren Anschaulichkeit wegen wurden in den Text Grafiken zur Verteilung der Schülerschaft auf die einzelnen Schultypen (Schaubilder 7a-10a) der Sekundarstufe und zum Verlauf während des fünfjährigen Zyklus der Zahlen der Nichtversetzten in den Gymnasien (Schaubilder 7b-10b) und in den berufsbildenden Schulen (Schaubilder 7c-10c) integriert. Ferner wurde für jede Kohorte eine Tabelle erstellt, in der Schlüsselindikatoren zur Selektion aufgeführt werden. Deren Berechnung wird im Kommentar zum Anhang erklärt. In der Diskussion der Daten im Text beziehe ich mich auf diese Indikatoren, greife jedoch bei Besonderheiten auf die Gesamttabellen zurück. Zu den Abkürzungen der Schultypen wird auf das Glossar verwiesen.

61 Zu den wichtigsten zählen: Fadiga Zanatta, 1976, Bernardi 1982, Trivellato, 1982, Capecchi, 1979, Ribolzi, 1989, die aktuellste Veröffentlichung hat Sante Di Pol (1996) vorgelegt. Er bearbeitet ISTAT-Daten zum Bereich von Kindergarten bis Pflichtabschluß für den Zeitraum von 1947 bis 1991. Sante Di Pol geht zwar auf die Problematik der ISTAT-Daten ein, aber er kommentiert die Methode seiner Berechnungen nicht. Dies ist m. E. bei der Kategorie der Nichtversetzten durchaus tragbar, da diese direkt von ISTAT übernommen werden können, nicht aber bei der Kategorie der Abbrüche, wo eine Erklärung der Berechnung nötig wäre.

Im Anschluß daran werden die Ergebnisse meiner Untersuchung durch die Resultate der Sondererhebungen sowie der bereits erwähnten Untersuchung von ISTAT (1996b) ergänzt. Damit ist die historisierende Untersuchung aufgrund von Systemdaten abgeschlossen. Darauf folgend wird das Problem der Selektion, wie sie sich heute im italienischen Schulwesen darstellt, anhand weiterer Ergebnisse vertieft.

3.2. Die vier Kohorten

3.2.1. Schulniveaus und -typen

3.2.1.1. Die erste Kohorte

Die erste Kohorte bezieht sich auf eine imaginäre Schülergeneration, die in den 50er Jahren die Schule besucht. Der Eintritt ins Schulsystem findet zu einem Zeitpunkt statt, da das Land von der Nachkriegszeit in die Normalisierung übergeht. Die Abschlußprüfung fällt mit dem Beginn eines wirtschaftlichen Aufschwungs zusammen. Im Schulbereich spiegeln sich diese Verhältnisse in der steigenden Nachfrage nach Bildung in den 50er Jahren und der Reform der *scuola media* im Jahr 1963.

Die Daten sind für die Grundschule noch lückenhaft, zeigen aber im ersten Schuljahr eine sehr hohe Quote an Nichtversetzten (25,5% der Schüler), die bis zum Abschlußjahr auf 7% zurückgeht. Die durchschnittliche Quote der Nichtversetzten aller Schuljahre liegt über 17%. Den Grundschulabschluß erreichen 69% der Schüler des ersten Jahres in der hypostasierten regulären Schulkarriere. Die Schülerzahl im 5. Jahr entspricht noch 74,4% des ersten Jahres, es ist also ein Viertel „verloren gegangen“. Dies entspricht mehr als 280.000 Schülern, die nicht einmal die Grundschule kontinuierlich frequentieren. Allerdings legen 92,7% derer, die die 5. Klasse besucht haben, danach erfolgreich die *licenza elementare*, die Prüfung zum Abschluß der Grundschule ab (eigene Berechnung aufgrund von Tab. 7 im Anhang).

Davon treten anschließend 54% zu etwa gleichen Teilen in eine der beiden Schulen, die den eigentlichen Pflichtbereich abschließen, *scuola media* und *scuola di avviamento al lavoro*, ein. Dies entspricht einer Übergangsquote von der ersten Grundschulklasse zu den beiden Mittelschulen von 20% (eigene Berechnung aufgrund von Tab. 7 im Anhang). Der Anteil an Nicht-versetzten in den beiden Schulen der damaligen Mittelstufe ist fast gleich hoch und sinkt von mehr als 15% im ersten auf rund 10% im letzten, dritten Jahr. Unterschiede zwischen diesen beiden Schulen werden deutlich bei der Betrachtung derer, die ohne eine Klasse zu wiederholen „durchkommen“: In der *scuola media* erreichen über 80% „regulär“ die letzte Klasse, in der *scuola di avviamento* sind dies weniger als 60% (s. Tab. 7 im Anhang). Noch deutlicher wird der Unterschied angesichts der Abschlüsse. In der *scuola media* legen mehr Schüler die

Abschlußprüfung ab, als drei Jahre zuvor eingetreten sind, was auf eine nicht abschätzbare Zahl von Personen zurückzuführen ist, die ohne Schulbesuch zur Prüfung angetreten ist. In der nicht weiterführenden *scuola di avviamento* erreichen knapp 60% der drei Jahre zuvor Eingeschulten den Abschluß. Die Wahrscheinlichkeit, ohne Pflichtabschluß die Schule zu verlassen, ist in letzterer also deutlich höher, ganz abgesehen von den 40% der Grundschulabgänger bzw. 80% der Erstklässler, die gar nicht erst in eine dieser Schulen eintreten (berechnet nach Tab. 7 im Anhang).

Ist die Hürde des Abschlusses der *scuola media* überwunden, so geht der Schulbesuch mit großer Wahrscheinlichkeit in der Sekundarstufe weiter: Die Übertrittsquote liegt über 100%. Dies ist vermutlich auf die bereits erwähnten *esterni* zurückzuführen, d. h. Schüler, die die Schule nicht besucht, aber trotzdem die Prüfung abgelegt haben und damit die Voraussetzung zum Besuch der Sekundarstufe erfüllen. Unter Sekundarbereich sind zum einen die Schulen mit fünfjährigem Zyklus und Reifeprüfung als Abschluß zu verstehen. Dies sind in dieser Kohorte nur LC, LS, IT sowie IM (wo nach vier Jahren die Zulassung zum Studium an der *Facoltà di Magistero* erteilt wird)⁶². In eine dieser Schulen treten 81% derer ein, die die *licenza media* abgelegt haben. Zum anderen werden auch berufsbildende Schulen mit kürzerer Dauer zum Sekundarbereich gezählt, wie die drei Jahre dauernden SM und IA und die verschiedenen IP (2 bis 4 Jahre) sowie die *Scuole Tecniche* (2 Jahre) und *Scuole d'Arte* (4 Jahre). Von diesen werden in der ersten Kohorte nur SM und IP betrachtet wegen ihrer Kontinuität in der weiteren Entwicklung des Schulsystems, auch wenn die Vergleichbarkeit insbesondere der frühen IP mit den IP nach 1969 begrenzt ist (vgl. Teil 2, Kap. 3).

Die Verteilung der Schüler auf die weiterführenden Schultypen ist: 18,3% LC, 6,9% LS, 34% IT, 15,2% IM und 0,6% LA (s. Schaubild 7a weiter unten). Auf die Schultypen, die nicht zur Hochschulreife führten, entfallen: 7,9% IP, 0,7% SM, 2,2% kunsthandwerkliche Schulen und 14% *scuole tecniche*.

Der Anteil der Schüler der gesamten Sekundarstufe, die im ersten Jahr nicht versetzt wurden, beträgt rund 10% (s. Tab. 7 weiter unten). In den weiterführenden Schulen schwankte er zwischen 9% und knapp 13%, auffällig nieder war er dagegen an den IP mit 5%. Es ist zu beachten, daß dieser Schultyp in den verschiedenen Zweigen eine unterschiedlich lange Kursdauer aufweist, daß Abgänge bereits nach zwei Jahren regulär sein können. Die meisten Spezialisierungen der IP sehen drei Jahre vor, deshalb wurden die Anteile bis zum dritten Jahr errechnet, wenngleich sie nicht als zuverlässig anzusehen sind. Die Zahl der „drop-out“ nach dem ersten und zweiten Jahr

62 Ferner gehörte das LA zu den Schultypen, an denen die eingeschränkte Hochschulreife, hier für die *Facoltà di Architettura*, erworben werden konnte. Dieser Schultyp kann hier jedoch nicht berücksichtigt werden, da die Datenlage dies nicht erlaubt. Ebenso lückenhaft sind die Daten zum IA.

beträgt 29% und 36,3% (vgl. Tab. 7 im Anhang). Neben den Problemen der Zuverlässigkeit der Daten und der unterschiedlichen Zyklusdauer in den Zweigen dieses Schultyps ist festzuhalten, daß es dem Image dieser Schule entspricht, daß ihre Schüler aus Verhältnissen kommen, in denen Lernen wenig Unterstützung findet und Bildung schlechthin kaum Relevanz besitzt, so daß die Vermutung nahe liegt, daß die Neigung zum Schulabbruch höher ist als beispielsweise in den Gymnasien.

In den SM ist die Zahl der Nichtversetzten vergleichsweise gering mit knapp 8% nach dem ersten Jahr. Für das dritte Jahr sind die vorliegenden Daten nicht eindeutig: Es fehlen 8,2% der Schüler, ob dies Nichtversetzte oder Ausgeschiedene sind, kann nicht festgestellt werden.

Die Anteile der Nichtversetzten in den Gymnasien entwickeln eine Wellenbewegung: Im ersten, dritten und fünften Jahr sind die Werte höher als im zweiten und vierten Jahr (s. Schaubild 7b weiter unten). In der Abschlußklasse ist die Zahl der Nichtversetzten am höchsten: 14% im LC, 16% im LS. Dagegen ist die Quote der Nichtversetzten im IT (s. Schaubild 7c weiter unten) im zweiten Jahr mit 17,3% am höchsten und mit 10% im letzten Jahr relativ niedrig. Im IM wiederum ist der Verlauf ansteigend in den ersten zwei Jahren und mit 17% am höchsten im letzten Jahr. Insgesamt wiederholen in den IM und IT etwas mehr Schüler eine Klasse als in den Gymnasien (s. Tab. 7), der Unterschied ist mit 1,6% allerdings nicht sehr groß.

Schaubild 7a: Verteilung der Schüler (erstes Jahr) auf Schultypen

1. KOHORTE

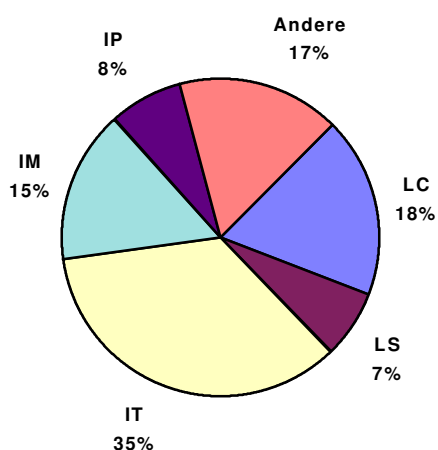


Tabelle 7: Schlüsselindikatoren

	Nichtversetzte in %		Regelmäßigkeit in %	
	1. Schuljahr	Gesamtanteil	Max. Zahl „Drop-out“ (nach Zyklusjahr x)	Abschlußprüfung
Grundschule	25,5	17,3	10,7 (3;4)	69,0
„scuola media“	15,1	13,3	11,7 (1)	101,1
„sc. di avviam.“	15,2	13,6	28,4 (1)	58,9
Sekundarstufe	9,9	10,5	22,4 (4)	56,5
LC	10,6	10,3	14,3 (1)	71,2
LS	9,0	10,8	12,4 (1)	69,0
IT	12,7	12,4	8,9 (2)	79,2
IM	11,2	12,4	9,6 (1)	77,6
IP	4,9	4,4	*	-

* nicht sinnvoll wegen unterschiedlicher Zyklusdauer in verschiedenen Schulzweigen

Schaubild 7b:
Nichtversetzte in den Gymnasien in %

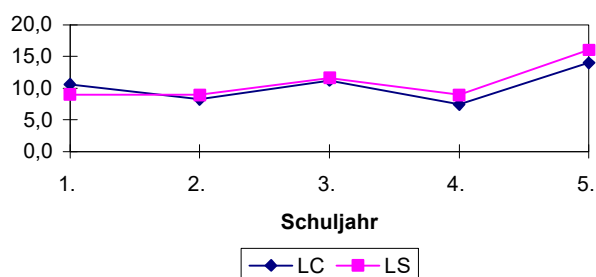
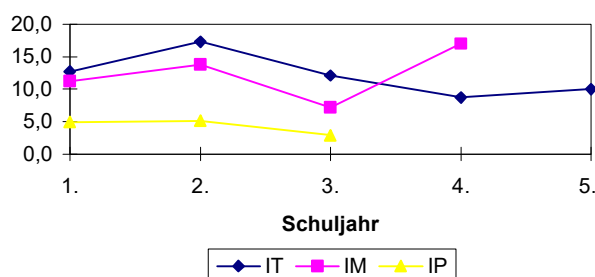


Schaubild 7c:
Nichtversetzte in IT, IM, IP in %



Anmerkungen:

Zu den Abkürzungen: s. Glossar

Zu Schaubild 7a: „Andere“ Schultypen sind: SM, IA, LA, „scuole tecniche“, „scuole d’arte“

Zur Berechnung: Siehe Kommentar zum Anhang

Quelle: Eigene Berechnung und Darstellung nach Tabelle 7 im Anhang

In der „Durchlaufquote“, dem Verhältnis der Schülerzahl, die die Abschlußprüfung abgelegt hat, zur Schülerzahl des ersten Jahres, zeigen sich geringe Unterschiede zwischen Gymnasien und IT: Rund 70% sind in den Gymnasien, knapp 80% im IT regulär. Diese Anteile entsprechen einem leichten Rückgang (3-7%) im Bezug auf die Quote der regulären Schüler im letzten Schuljahr. Groß ist dieser Unterschied aber im IM, wo 89% der Schüler vom ersten Schuljahr ohne Verzögerung ins fünfte Jahr gelangen, während die Abschlußprüfung nur noch knapp 78% bestehen.

Nunmehr sind diese Daten der ersten Kohorte zu diskutieren. Es wird die Annahme übernommen, daß eine hohe Zahl von Nichtversetzten im ersten Schuljahr auf hohe Selektivität hindeutet, erstens im Sinne einer frühen „Abschreckung“ vor den Leistungsanforderungen in einer Schule und zweitens, weil der Mißerfolg der Nichtversetzung oft Vorläufer eines Abbruchs ist (Gambetta, 1990: 55). Dieser Selektionsmodus liegt für die erste Kohorte im Pflichtbereich vor, nicht aber im Sekundarbereich. Insofern kann festgestellt werden, daß in den 50er Jahren die Selektion sich im Zugang zum Pflichtbereich konzentriert hat und daß in den weiterführenden Schulen zwar vergleichsweise hohe Indikatoren zur Selektion vorliegen, diese sich aber über den gesamten fünfjährigen Zeitraum erstrecken, der Zugang sich also als ebenso schwierig wie der gesamte Zyklus dargestellt hat.

Bei der Untersuchung der Verläufe vom ersten bis zum letzten Schuljahr bzw. bis zur Abschlußprüfung, die sich aus den von Nichtversetzten bereinigten Schülerzahlen der einzelnen Jahre ergeben, also der Zahl der Personen, die die jeweilige Schule verlassen haben („Drop-out“) bzw. die einen „regulären“ Verlauf aufweisen, eröffnen sich Probleme im Umgang mit der Datenbasis, die, wie oben ausgeführt, analog zur Methode italienischer Autoren und Institutionen behandelt wurde. Wie bereits festgestellt, ist die Zahl der Eintritte nicht berechenbar. In der Differenz der bereinigten Schülerzahlen der einzelnen Schuljahre sind die Eintritte mit enthalten. Die Zahl der Schüler, die als aus der Schule Ausscheidende registriert werden, ist also tendenziell zu niedrig. Es handelt sich um Konstrukte, die nur mit großer Vorsicht zu interpretieren sind. Das Ausscheiden kann in verschiedenen Modi erfolgen: Wechsel in eine andere Schule, vorübergehendes Verlassen des Schulsystems oder definitives Ausscheiden⁶³.

Auffällig hohe Anteile an „unregelmäßigen“ Verläufen liegen in der ersten Kohorte in den letzten beiden Jahren der Grundschule, in der *scuola di avviamento professionale* und im Sekundarbereich in den Gymnasien vor, was erneut auf eine besonders intensive Selektion im Pflichtbereich hinweist. Es absolvieren zu diesem Zeitpunkt noch sehr viele Schüler nur die ersten drei Jahre der

Grundschule, wie bereits aus den Daten zum Bildungsstand der Bevölkerung hervorgegangen ist (Teil 1, Kap. 2, ferner Tab. 2 im Anhang).

Der Verlauf im Fünfjahreszyklus der Sekundarstufe ist folgendermaßen: Im zweiten Schuljahr fehlen im LC 14,3% der Schüler des ersten Jahres, im LS sind dies 12,4%, dagegen im IT 6,4% und im IM 9,6%. In der dritten Klasse fehlen im LC 1%, im LS 4,0%, im IT 8,9% und im IM 3,2% der Schüler des vorhergehenden Schuljahres. Im vierten Jahr steigt diese Zahl im LC auf 9,5%, im LS auf 8,1%, im IT dagegen sinkt sie auf 2,6%. Ganz anders ist die Tendenz im IM: das letzte Schuljahr besuchen mehr Schüler als das vorletzte, dabei handelt es sich um 409 männliche Schüler, was bei 25 Schülerinnen weniger einen Anteil von 1,7% mehr ergibt (vgl. Tab. 7 im Anhang). Im fünften Jahr sind diese Zahlen deutlich niedriger: 1,9% im LC, 1,8% im LS und 0,6 im IT.

Es muß an dieser Stelle darauf hingewiesen werden, daß die Daten eine klare Interpretation nicht zulassen. Wie im Kommentar zum Anhang dargelegt, ist nicht festzustellen, inwieweit die Differenzen zwischen den Schuljahren Abgängen entsprechen. Die Tatsache, daß auch positive Differenzen zwischen den Schuljahren vorliegen, weist darauf hin, daß die Daten und die Konstrukte „Drop-out“ und „reguläre“ Verläufe keine zuverlässigen Schlüsse erlauben, weshalb die Bezeichnungen in Anführungszeichen gestellt wurden. Eindeutig interpretierbar sind nur die Fälle von Schülerzuwachs, der allerdings nicht nur bei negativen Differenzen, sondern in geringerem Maße auch bei „normalen“, d. h. positiven Differenzen vorliegen kann.

Für den Fall des Zuwachses im IM ist festzustellen, daß es sich um männliche Schüler handelt, die im letzten Jahr die IM besuchen, also eine gänzlich untypische inhaltliche und berufliche Orientierung wählen. Dies legt die Interpretation nahe, daß hier leichter als anderswo ein Abschußtitel erreicht werden kann. Der Verlauf im IT dagegen, nämlich Anstieg der Quote der „Ausgestiegenen“ bis zum dritten Jahr, dann deutlicher Rückgang, läßt, unter Vorbehalt aus o. g. Gründen, den Gedanken aufkommen, daß hier die Möglichkeit, im IP nach drei Jahren mit der *qualifica* einen Abschußtitel zu erlangen, genutzt wird: Es wird nach einem oder zwei Jahren IT in ein affines IP gewechselt und damit eine schwierige Schulkarriere doch noch mit einem Abschuß beendet.

Die Frage der Qualität und Interpretation der vorliegenden Daten, hier: das methodische Problem der Identifikation der Schülerbewegung zwischen den einzelnen Schultypen und -jahren ist bereits in seiner vollen Virulenz aufgegangen und wird sich auch bei den folgenden Kohorten zeigen. Die Qualität der Daten ist nicht geeignet, gesicherte Rückschlüsse auf Erfolgsquoten (im Sinne

63 Dafür sind mehrere Gründe denkbar: Mißerfolg, Auswanderung (die in den 50er und zu Beginn der 60er Jahre höher war als bei den späteren Kohorten), Aufnahme einer Tätigkeit, andere Gründe.

geringer Verluste) in den verschiedenen Abschnitten und Typen des Schulsystems anzustellen, aus hohen Zahlen an Nichtversetzten kann nicht pauschal auf hohe oder geringe Selektivität geschlossen werden.

3.2.1.2. Die zweite Kohorte

Die Schüler der zweiten Kohorte absolvieren den Großteil ihres Schulbesuchs in den 60er Jahren. Es ist dies eine Phase des Umbruchs in der italienischen Gesellschaft und der starken wirtschaftlichen Entwicklung, die sich im Schulbereich in der Reform der Mittelstufe 1963 und anderen, partiellen Innovationen äußern (z. B. der Gleichstellung aller Reifeprüfungen und der versuchsweisen Ausweitung der IP auf einen fünfjährigen Zyklus, s. Teil 2 der vorliegenden Arbeit).

Der Anteil an Nichtversetzten (s. Tab. 8 weiter unten) ist in allen Jahren der Grundschule mit 10% und mehr noch sehr hoch. 90% der Schüler des ersten Jahres erreichen die fünfte Klasse in der Regelzeit, 87% der Schüler legen die *licenza elementare* ab, ohne eine Klasse wiederholt zu haben. Davon besuchen 85% anschließend die *scuola media* (berechnet nach Tab. 8 im Anhang) im Jahr nach der Einrichtung derselben (Schuljahr 1964/65). Damit besuchen fast 80% der vor fünf Jahren Eingeschulten das erste Jahr der Mittelstufe. Hier werden im Eingangsjahr viele Schüler nicht versetzt (14,4%), in den folgenden Jahren reduziert sich diese Zahl auf 9,2%. 73% gelangen regulär zum Abschluß der Schulpflicht mit der *licenza media*, das entspricht einer Übergangsquote vom Eintritt in die Grundschule bis zum Abschluß der Schulpflicht von knapp 55% (berechnet nach Tab. 8 im Anhang). Davon melden sich 90% in einem der Zweige der Sekundarstufe an, die zu diesem Zeitpunkt (1968) nur über LC, LS, IT, IM und LA den (z. T. eingeschränkten) Zugang zur Hochschule ermöglicht. Beim Eintritt in die Sekundarstufe wählen in dieser Generation 10% der Schüler das LC (gegenüber 18% in der ersten Kohorte), 12,5% das LS, 38,5% das IT und 14,1% das IM. Die IP absorbieren mittlerweile 20% der Schüler in der ersten Klasse, 1,9% wählen das SM und 2,9% eine künstlerische Schulbildung (s. Schaubild 8a weiter unten). Es ist also ein starker Zuwachs in den IP (von 7,5% auf 20,3%) und im LS (fast 6% mehr) festzustellen, während das LC und die unter „andere“ subsumierten Schulen (SM, IA, LA) Verluste in der Größenordnung von ungefähr 10% aufweisen.

Die Quote der Nichtversetzten (Schaubilder 8b und c weiter unten) im ersten Schuljahr der gesamten Sekundarstufe ist mit knapp 14% höher als in der vorherigen Kohorte. Im Gegensatz dazu aber ist der Gesamtanteil an Nichtversetzten geringer.

In den Gymnasien LC und LS sind die Anteile der Nichtversetzten im ersten Jahr mit rund 11% praktisch gleich hoch wie 10 Jahre früher, nehmen dann aber stärker ab auf rund 3% im vierten Jahr und steigen im Abschlußjahr nur noch wenig an auf 3,6% im LC bzw. 5,1% im LS. Im

Gegensatz zur ersten Kohorte nehmen die Zahlen also im Verlauf des Zyklus ab. Im IT verlagert sich das Maximum der Nichtversetzten auf das erste Jahr: 19,1% der Schüler müssen die erste Klasse wiederholen, danach bleibt die Tendenz abnehmend, wenn auch erst im 4. und 5. Schuljahr mit rund 6% einstellige Zahlen vorliegen. Im IM wird das Klassenziel seltener als in der vorherigen Generation erreicht. Auch hier hat sich jedoch eine vom ersten zum Abschlußjahr abnehmende Tendenz entwickelt. Mit Anteilen von 21,4% (1. Jahr), 18,1% (2. Jahr) und 6,7% (3. und 4. Schuljahr) liegen hier die höchsten Quoten von Nichtversetzten dieser Kohorte vor. Leicht gesunken sind dagegen die Zahlen der Nichtversetzten in den IP, die bereits vorher mäßig waren. Die Gesamtzahl der Nichtversetzten liegt für das erste Jahr deutlich über der ersten Kohorte, sinkt jedoch im Unterschied zu dieser bis zum 4. Jahr auf 5%, steigt aber im letzten Jahr leicht an, was einen Gesamtanteil von Nichtversetzten von 9,4% ergibt und einer geringen Reduktion im Verlauf von 10 Jahren entspricht. Die Selektion konzentriert sich nun auf das Anfangsjahr und das Ende der Sekundarstufe.

Die Frage nach den Schülern, die im Anschlußjahr nicht mehr die Schule besuchen („Drop-out“), verweist bei dieser Kohorte wieder auf das methodische Problem. Es sind durchgängig (Ausnahme IP) mehr Verluste im ersten Jahr festzustellen, was durchaus im Einklang steht mit der Dynamik der Nichtversetzten und der Logik der Selektion durch härtere Bedingungen am Anfang entspräche. Diese Art der Selektion ist am stärksten im IT (20,5%), gefolgt vom LS mit 14,2%, während der Abbruch in LC mit 6,8% und IM mit 8,2% weniger verbreitet zu sein scheint. Gesondert zu betrachten ist das IP, dessen Abbruchquoten mit 24,7% im ersten und 28,4% im zweiten Jahr weiterhin extrem hoch sind. Diese gehen einher mit niederen Anteilen an Nichtversetzten (4,3% in den beiden ersten Jahren). Wie bereits für die erste Kohorte angemerkt, ist die Kursdauer hier kürzer als in den anderen Schultypen.

Schaubild 8a: Verteilung der Schüler (erstes Jahr) auf Schultypen

2. KOHORTE

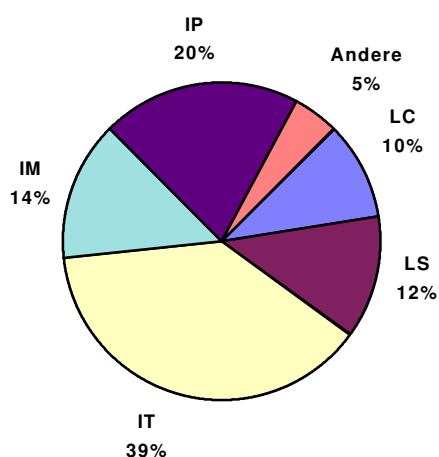


Tabelle 8: Schlüsselindikatoren

	Nichtversetzte in %		Regelmäßigkeit in %	
	1. Schuljahr	Gesamtanteil	Max. Zahl „Drop-out“ (nach Zyklusjahr x)	Abschlußprüfung
Grundschule				
„scuola media“	10,3	10,9	4,3 (4)	87,3
Sekundarstufe				
	13,9	9,4		59,9
LC	10,8	6,3	6,8 (1)	92,4
LS	11,5	7,4	14,1 (1)	79,3
IT	19,1	12,0	20,5 (1)	73,5
IM	21,4	13,9	8,2 (1)	88,4
IP	4,3	4,1	28,4 (2)	-
SM	5,1	3,5	6,2 (1)	-

Schaubild 8b:
Nichtversetzte in den Gymnasien in %

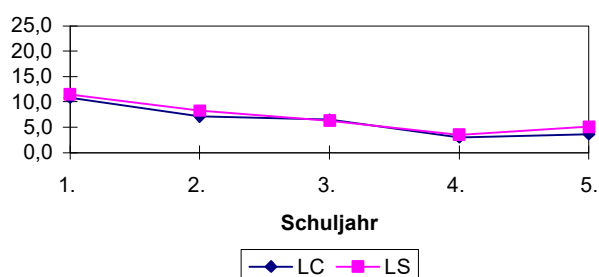
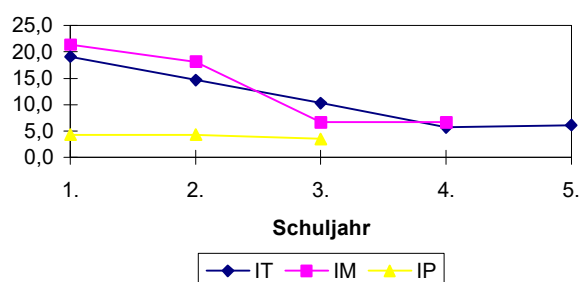


Schaubild 8c:
Nichtversetzte in IT, IM, IP in %



Anmerkungen:

Zu Diagramm 8a: „Andere“ Schultypen sind: SM, IA, LA

Zur Berechnung: Siehe Kommentar zum Anhang

Quelle: Eigene Berechnung und Darstellung nach Tabelle 8 im Anhang

Die Daten könnten aber auch darauf hinweisen, daß hier die Selektion weniger in Gestalt von Nichtversetzten, als in einer anderen, drastischeren Form vorliegt, dem vorzeitigen Abbruch. Schüler ziehen das Verlassen der Schule vor und nehmen möglicherweise eine Arbeit auf, was angesichts der zu diesem Zeitpunkt günstigen Konjunktur durchaus die (zumindest kurzfristig) rationalere Verhaltensweise sein kann.

Zur Hochschulreife gelangen rund 60% der Schüler der Sekundarstufe ohne eine Klasse zu wiederholen, wobei besonders die Zahlen von LC und IM (92,4% bzw. 88,4%) auf eine bessere Effizienz gegenüber den anderen Schultypen (LS: 79,3%, IT: 73,5%) hinweisen könnten. Da jedoch das IM bereits nach dem zweiten Schuljahr Eintritte zu verbuchen hat, wieder von männlichen Schülern (s. Tab. 8 im Anhang), kann für die Frage der Zuverlässigkeit dieses Indikators auf die Überlegungen zu der vorherigen Kohorte verwiesen werden.

3.2.1.3. Die dritte Kohorte

Die dritte imaginäre Schülergeneration durchläuft das italienische Schulsystem der 70er Jahre, in der Zeit, in der alle Schulen der Sekundarstufe mit fünfjährigem Zyklus die uneingeschränkte Hochschulreife verleihen können und die Expansion ihr Maximum erreicht.

Im Pflichtbereich sind die Zahlen der Nichtversetzten insgesamt unter die 10%-Marke gesunken. Allerdings liegen sie im ersten Jahr sowohl in der Grundschule als auch in der *scuola media* mit 10,9% und 9,5% noch recht hoch (Tabelle 9 weiter unten). Danach sinken sie aber kontinuierlich auf 2,5% bzw. 2,7% im Abschlußjahr (Tab. 9 im Anhang).

In der Grundschule liegt ein Zuwachs an Schülern zwischen dem ersten und zweiten sowie zwischen dem dritten und vierten Schuljahr vor (Tab. 9 im Anhang). Dieses Phänomen wird von ISTAT nicht thematisiert. Die Daten wurden dem für den Schulbereich Verantwortlichen bei Censis, Maurizio Sorcioni, vorgelegt, der das Problem nicht klären konnte. Es kann hier nur festgestellt werden, daß Schüler in das Schulsystem eintreten, was in den vorherigen Kohorte bereits der Fall war, nicht aber in der Grundschule, wo Schulpflicht vorliegt und davon ausgegangen werden müßte, daß alle Personen im entsprechenden Alter erfaßt sind. Ebenso sind die Daten zu den Übergängen, die über 100% liegen, nicht interpretierbar. Allerdings wird damit auch eine Zahl wie die 99,9% Schüler, die in einer „regulären“ Schulkarriere die Abschlußprüfung in der Grundschule ablegen, in ihrer Reliabilität entwertet: Es ist ihr nicht anzusehen, wie viele davon während der Schuljahre eingetreten sind. Das Konstrukt „Übergänge“, ein von italienischen Autoren weithin praktiziertes Berechnungsmodell, wird bei dieser schwachen Qualität der Ausgangsdaten fragwürdig.

Das Problem des Schülerzuwachses ist an den Daten zur Mittelstufe nicht zu erkennen. Den Pflichtschulabschluß erreichen 90% der drei Jahre zuvor Eingeschulten in der Regelzeit, davon gehen drei Viertel in die Sekundarstufe über, also weniger als in der vorherigen Kohorte (berechnet nach Tab. 9 im Anhang).

Von den Gymnasiasten wählten 6,1% das LC, 12,5% das LS, 1,1% das als Versuchsprojekt eingeführte LL. Die berufsbildenden Schulen absorbieren nun den weitaus größten Teil der Schüler: 43,7% besuchen die IT; 24% die IP, 8,2% die IM und 1,8% die SM. Ferner wählen 2,7% eine Schule für künstlerische Ausbildung (1,6% IA, 1,1% LA) (s. Schaubild 9a weiter unten).

Der Verlauf der Schulkarrieren (s. Schaubilder 9b und c weiter unten) hat sich in den einzelnen Typen angeglichen. Die Zahl der Nichtversetzten im ersten Jahr der Sekundarstufe (s. Tab. 9 weiter unten) ist auf 8,3 gesunken, bewegt sich in LC und LL deutlich unter der 5%-Marke bzw. bleibt in den anderen Schultypen auf einem Niveau von 5 bis 6%. Ausnahmen bilden das IT mit Anteilen von rund 10%, auch das IM liegt etwas höher (Tab. 9 im Anhang). Häufig steigt der Anteil der Nichtversetzten im zweiten (IM, LL) oder dritten (LC, LS, IT, LA) Jahr leicht an, in den LC und LL auch im Abschlußjahr. Dagegen nimmt er in IT und IP gegen Ende des Zyklus ab.

In den weiterführenden Schulen erreichen 55% der Schüler die Hochschulreife ohne Verzögerung. Aber auch hier ist der Indikator nicht zuverlässig, da innerhalb des Zyklus die Schülerzahlen ansteigen, also Schüler sich reintegriert haben.

Die Bewegung zwischen den Schuljahren ist beträchtlich. Zu Beginn des Zyklus gehen Schüler „verloren“, speziell in den Schulen zur Berufsausbildung. In LL und IT steigen die Schülerzahlen im Abschlußjahr des Zyklus, im IT nimmt die Schülerzahl im 5. Jahr um mehr als 8.000 Personen zu (Tabelle 9 im Anhang). Aussagen über die Effizienz sind unter diesen Bedingungen anhand der Konstrukte „drop-out“ und „Regelmäßigkeit“ nicht möglich.

Schaubild 9a: Verteilung der Schüler (erstes Jahr) auf Schultypen **3. KOHORTE**

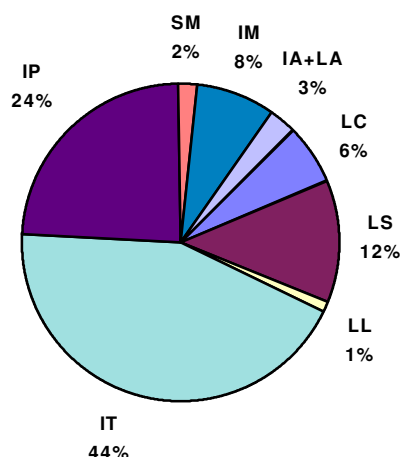


Tabelle 9: Schlüsselindikatoren

	Nichtversetzte in %		Regelmäßigkeit in %	
	1. Schuljahr	Gesamtanteil	Max. Zahl „drop-out“ (nach Zyklusjahr x)	Abschlußprüfung
Grundschule	10,9	6,4	*	99,9
„scuola media“	9,5	6,2	8,8 (2)	89,4
Sekundarstufe	8,3	7,4		55,2
LC	3,4	2,3	6,6 (1)	83,8
LS	6,2	5,3	9,9 (1)	75,8
LL	1,6	2,2	4,3 (1)	93,2
IT	11,1	9,5	22,3 (1)	63,0
IM	8,0	7,2	16,3 (1)	77,4
IP**	6,6	6,1	28,9 (1)	18,2
SM	5,2	3,3	14,9 (1)	-
IA**	4,6	4,5	26,1 (1)	45,6

* aufgrund von Zuwächsen nicht auswertbar

** Abschluß „qualifica“ nach 3 Jahren ist möglich und entspricht der Regel, dazu liegen keine Daten vor

Schaubild 9b:
Nichtversetzte in den Gymnasien in %

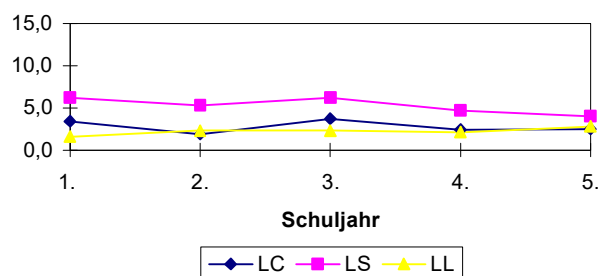
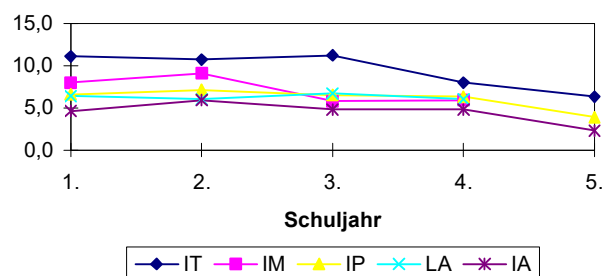


Schaubild 9c:
Nichtversetzte in IT, IM, IP in %



Anmerkungen:

zur Berechnung: s. Anmerkungen unter 1. Kohorte

Quelle: eigene Berechnung und Darstellung nach Tabelle 9 im Anhang

3.2.1.4. Die vierte Kohorte

Diese Kohorte entspricht der aktuellsten statistisch erfaßten Generation im italienischen Schulsystem. Sie verläßt im Schuljahr 1994/95 eine immer noch nicht veränderte Sekundarstufe, in der sich allerdings einige Versuchsprojekte konsolidiert haben.

In der Grundschule ist die Situation deutlich verbessert, im ersten Schuljahr erreichen nur noch 1,7% der Schüler das Klassenziel nicht, diese Zahl sinkt dann auf 0,8% im vierten Jahr. Die regulären Schulabgänge liegen (bei positiven Zahlen zu den „Drop-out“) erneut über 100%, ebenso die Übergänge in die Mittelstufe, weshalb der Indikator als nicht valide betrachtet wird. Dagegen zeigt die *scuola media* weiterhin eine starke Selektivität: Im ersten Jahr werden 12,1% nicht versetzt; die Tendenz ist auch hier abnehmend und sinkt im Abschlußjahr auf 4%. Die Übergangsquoten liegen nun über 90% (berechnet nach Tab. 10 im Anhang). Die volle Beschulung bis 14 Jahre ist mit fast 96% noch nicht ganz erreicht (Übergang von erstem Jahr Grundschule bis Abschluß Mittelstufe, berechnet nach Tab. 10 im Anhang). In der Sekundarstufe ist die Beschulung weiter gestiegen und erreicht 87% der Abgänger aus dem Pflichtbereich (berechnet nach Tab. 10 im Anhang).

Im Vergleich zur vorherigen Kohorte hat sich die Verteilung der Schülerzahlen im Sekundarbereich nur sehr wenig verändert (s. Schaubild 10a weiter unten). Die Tendenz führt mehr zu den Gymnasien (LS: +1,9%, LC: +1,5%) und zur künstlerischen Ausbildung (LA+IA: +1,1%). In den anderen Schultypen, mit Ausnahme der IT (+0,2%) sind die Anteile leicht gesunken: in den IP um 0,8%, im IM von 8,2 auf 6,0%, in den anderen um weniger.

Der Anteil der Nichtversetzten (s. Tab. 10 und Schaubilder 10b und c weiter unten) im Eingangsjahr der Sekundarstufe ist mit 11,6% gegenüber der dritten Kohorte angestiegen. Sie sind in IT, IP, IA und LA mit 11,5 bis 14% am höchsten. Auch die Gymnasien liegen mit knapp 6% deutlich über den Quoten der dritten Kohorte. Auffällig ist die Bewegung in den Gymnasien und im IT: Im ersten und dritten Jahr werden mehr Schüler als im zweiten, vierten sowie dem Abschlußjahr nicht versetzt. Anders ist der Verlauf in IP und IA, also jenen Typen, die Abschlüsse nach drei Jahren ermöglichen: Hier sinken die Quoten der Nichtversetzten vom ersten bis zum vierten Jahr, steigen daraufhin noch einmal an, um dann im letzten Jahr erneut abzunehmen.

Noch sehr zahlreich sind Schüler, die nach dem ersten Jahr ausscheiden. Dies besonders in den IP mit 26% und IA mit 23,5% der Fall. Damit wird die hohe Übergangsquote vom Pflichtbereich in die Sekundarstufe wieder relativiert. Geringer sind diese Zahlen in den Gymnasien mit 8% in LC und LS, am niedersten im LL mit 0,2%.

Schaubild 10a: Verteilung der Schüler (erstes Jahr) auf Schultypen

4. KOHORTE

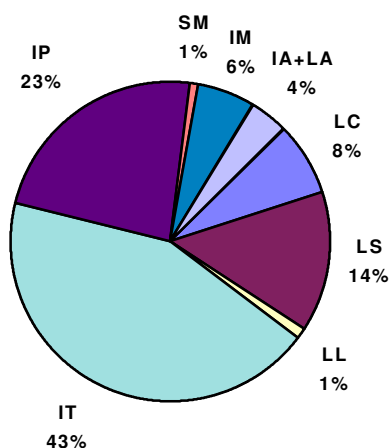


Tabelle 10: Schlüsselindikatoren

	Nichtversetzte in %		Regelmäßigkeit in %	
	1. Schuljahr	Gesamtanteil	Max. Zahl „drop-out“ (nach Zyklusjahr x)	Abschlußprüfung
Grundschule				
„scuola media“	1,7	1,1	*	105,2**
	12,1	8,5	*	90,9
Sekundarstufe	11,6	7,6		70,7
LC	5,8	3,6	*	86,6
LS	5,9	4,3	*	85,3
LL	5,5	2,9	*	101,1**
IT	14,2	10,5	*	76,7
IM	9,4	6,5	*	76,0
IP	12,9	9,6	*	42,9
SM	7,3	6,5	*	34,6
IA	12,4	8,0	*	57,1
LA	11,5	7,7	*	72,9

* aufgrund von Zuwächsen nicht auswertbar

** s. Kommentar zum Anhang

Schaubild 10b:
Nichtversetzte in den Gymnasien in %

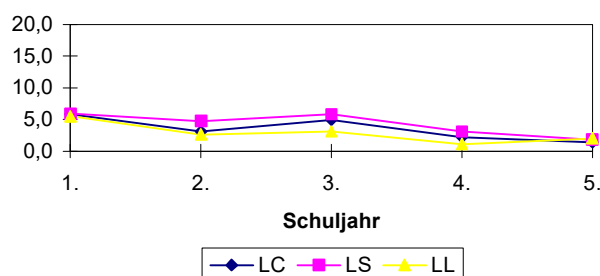
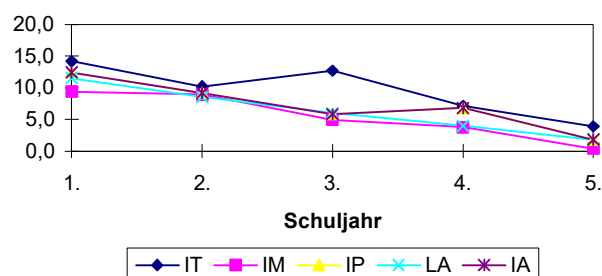


Schaubild 10c:
Nichtversetzte in IT, IM, IP in %



Anmerkungen:

zur Berechnung: s. Anmerkungen unter 1. Kohorte

Quelle: eigene Berechnung und Darstellung nach Tabelle 10 im Anhang

Allerdings ist dieser Indikator auch hier für den weiteren Verlauf nicht anwendbar, da nach dem zweiten Schuljahr in verschiedenen Schultypen Zuwächse vorliegen (Tabelle 10 im Anhang). Dieses Problem schlägt sich auch im Indikator Regelmäßigkeit nieder, Aussagen über die Regelmäßigkeit der Schulkarrieren sind bei der gegebenen Datenqualität nicht möglich. Die Zahl derer, die gemäß der Ausgangshypothese die Reifeprüfung ablegen ohne ein Schuljahr zu wiederholen, ist im Vergleich zur vorigen Kohorte gestiegen und erreicht nun knapp 71%.

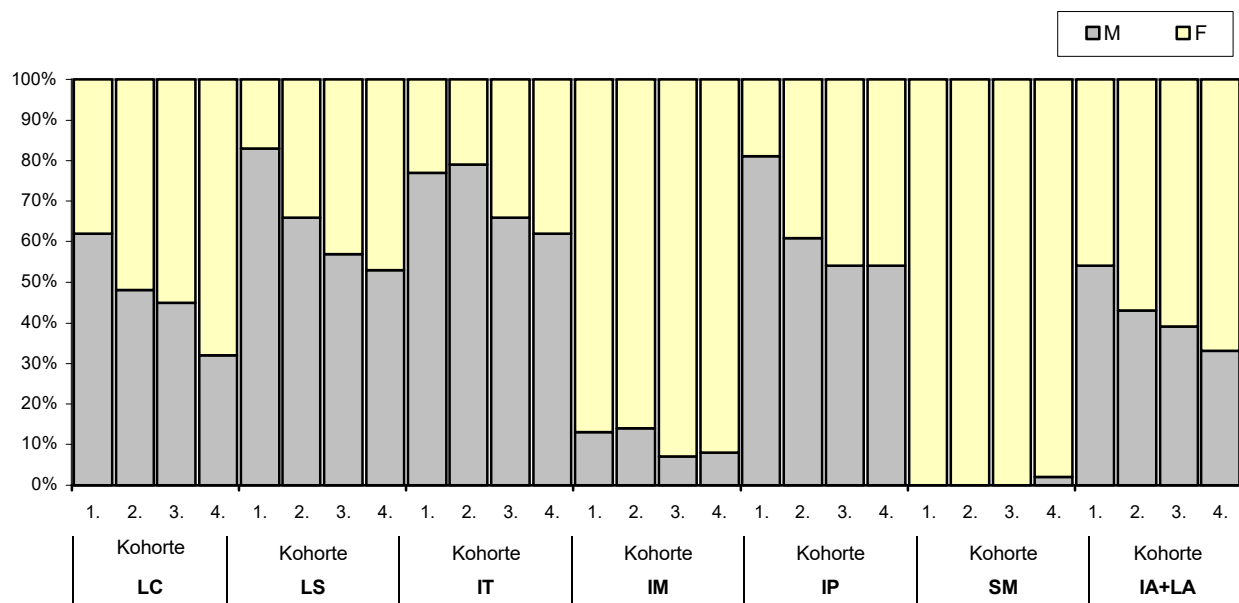
In der vierten Kohorte steigt die Schülerzahl in größerem Ausmaß als zuvor: dieses Phänomen hat nun alle Schultypen, mit Ausnahme der IP und der IA, erfaßt und erstreckt sich - mit Ausnahmen - vom dritten bis zum letzten Schuljahr. Es treten in großem Umfang männliche Schüler in die LL, SM, IM und LA ein (zwischen 33% und knapp 50%), bei den IT ist die Zahl niedriger und das Verhältnis etwas ausgewogener (10,6% männliche vs. 5,7% weibliche „Einsteiger“). Die Spezifik in der Vermehrung der Schülerzahl dürfte die Hypothese bestätigen, daß Eintritte verstärkt in die Schultypen erfolgen, die ein geringeres Anforderungsniveau aufweisen.

3.2.2. Unterschiede zwischen Schülerinnen und Schülern

Deutliche Unterschiede zwischen weiblichen und männlichen Schülern sind bei der Wahl des Schultyps zu registrieren: Es gibt die typischen Mädchenschulen IM und SM, deren Berufsprofil den weithin als weiblich perzipierten Geschlechtscharakteristika entspricht. Ebenso existieren „typisch männliche“ Schulen, die hier unter den Schultypen IT und IP subsumiert sind. Es handelt sich um Spezialisierungen dieser Schultypen wie die IT *nautico* und IP *marinero* (Seefahrt) sowie die Spezialisierungen für den industriellen und landwirtschaftlichen Bereich. Innerhalb der IT und IP liegen auch typisch weibliche Spezialisierungen vor, die bereits in deren Namen zum Ausdruck kommen: IT und IP *femminile*, deren Bestimmung in „soziale Dienstleistungen“ umdefiniert wurde (s. Teil 1, Kap. 1). Die zunehmende Beschulung von Mädchen zeigt sich in den wachsenden Anteilen von Schülerinnen in allen Schultypen. Ehemals typische Jungenschulen wie LS, IT, IP werden immer mehr von Mädchen besucht (bei den IP liegt ab der dritten Kohorte eine Stagnation vor), was im Falle der LS und der IP zu einer nahezu paritätischen Verteilung geführt hat. Das LC und die Schulen zur künstlerischen Ausbildung werden seit der zweiten Kohorte von mehr Mädchen als Jungen besucht. Ein Vordringen der Jungen in Mädchenschulen ist nur in der vierten Kohorte in den IM und, in sehr geringem Ausmaß, in den SM festzustellen.

Der Schulerfolg, gemessen am Anteil der Nichtversetzten, ist bei den Mädchen in allen Schultypen und allen Kohorten größer als der der Jungen (s. Tab. 7 - 10 im Anhang).

Schaubild 11: Wahl des Schultyps nach Geschlecht (in %)



Quelle: eigene Darstellung nach Tab. 11 Anhang

Während Mädchen auch in typisch „männlichen“ Schulen bessere Ergebnisse erzielen, ist dies umgekehrt nicht der Fall. Als Beispiele werden das *Istituto tecnico industriale* (ITI) und das IM herangezogen. Im ITI ist der Frauenanteil in der ersten Kohorte im ersten Schuljahr 1%, der Anteil der Schülerinnen an den Nichtversetzten ist 5,1% gegenüber 11,6% bei den Schülern. Das IM ist mit 85% Mädchen der „weiblichste“ Schultyp der weiterführenden Schulen in der ersten Kohorte. Hier ist die Quote der nichtversetzten Schüler im ersten Schuljahr 14,9% gegenüber 11,0% der Mädchen (ISTAT, 1960: Tab. 139, 159, 146). Dieser Unterschied bleibt in den folgenden Kohorten bestehen und nimmt nur im Rahmen der allgemeinen Reduktion der Selektion ab.

3.2.3. Die Unterschiede zwischen den Landesteilen

Für den Pflichtbereich sind die Daten für die ersten beiden Kohorten lückenhaft, dieser wird daher nur insofern berücksichtigt, als die Übergänge vom ersten Jahr der Grundschule bis zur Abschlußprüfung des Pflichtbereiches berechnet wurden. Die Datengrundlage für die folgenden Ausführungen befindet sich im Anhang, Tabelle 12.

Die Quoten der Abgänger der Pflichtschule, die anschließend die Sekundarstufe besuchen, liegen in der ersten Kohorte in allen Landesteilen über 100%. In den ersten beiden Kohorten weist der Norden die niedersten, der Süden die höchsten Anteile auf. Dies dürfte zu diesem Zeitpunkt auf den Nachholbedarf bei Personen außerhalb des entsprechenden Schulalters zurückzuführen sein.

In der dritten und vierten Kohorte liegen auch Daten zu den Übergängen zwischen erster Klasse Grundschule und Pflichtschulabschluß vor. Die Anteile derer, die vom ersten Schuljahr der Grundschule den Pflichtschulabschluß ohne eine Klasse zu wiederholen, erreichen, sind in der dritten Kohorte mit rund 89% im Norden und Zentrum ähnlich, der Süden liegt mit 60% deutlich darunter. In der letzten Kohorte dagegen liegt der Süden an der Spitze, jedoch nur sehr knapp vor dem Zentrum (rund 97%), während der Norden (93%) an letzter Stelle steht. Für den Pflichtbereich kann also für das Jahrzehnt 1969-1979 ein Anstieg der regulären Verläufe festgestellt werden, insbesondere im Süden.

Für die Sekundarstufe wurden die Anteile von Nichtversetzten, „drop-out“ und regulären Verläufen ermittelt. Die Anteile an Nichtversetzten sind in den ersten beiden Kohorten im Süden am höchsten. In der dritten Kohorte ist diese Zahl im letzten Jahr niedriger als in den anderen Landesteilen, ebenfalls in der vierten Kohorten im ersten Jahr, ansonsten sind die Zahlen der Nichtversetzten auch in diesen beiden Kohorten im Süden am höchsten. Unter dem Gesichtspunkt der Selektion kann hier in den Zahlen an Nichtversetzten ein Anhaltspunkt dafür gesehen werden, daß die Schüler im Süden einer stärkeren Selektion unterworfen sind. Der Verlauf entspricht in allen Landesteilen der schon oben herausgearbeiteten Logik. In der ersten Kohorte liegen über 10% Nichtversetzte in allen Schuljahren vor, danach zeichnet sich eine Dynamik der Selektion ab, die besonders im ersten Schuljahr greift und zum Ende des Zyklus abnimmt. Dies gilt für alle Landesteile.

Das Phänomen der „drop-out“ liegt in allen Landesteilen vor. Diese sind in allen Kohorten im ersten Jahr und in der zweiten und dritten Kohorte in den beiden letzten Jahren besonders zahlreich. Erst in der vierten Kohorte liegen die Anteile unter 20%, wenngleich sie im ersten Jahr noch zwischen 15% und 18% erreichen. Erneut liegen die Maxima fast durchgängig im Süden. Allerdings weist auch der Norden verschiedentlich die höchsten Anteile an „drop-out“ auf, z. B. nach dem dritten Schuljahr in der zweiten und dritten Kohorte.

Anhand der „regulären“ Verläufe sind zwei Feststellungen zu treffen: Der Norden weist in der ersten Kohorte die höchsten, der Süden die geringsten Anteile an Regelmäßigkeit auf, in den folgenden Kohorten liegt meistens das Zentrum an der Spitze. Bei den Abschlüssen liegt der Süden außer in der dritten Kohorte besonders deutlich hinter den anderen Landesteilen zurück.

Mit den vorliegenden Daten und Berechnungen kann also keine für alle drei Indikatoren und alle Kohorten eindeutige Rangfolge nachgewiesen werden, eine Aussage ist insbesondere angesichts der methodischen Probleme kaum möglich. Es erscheint der Süden hinsichtlich der Quoten an Nichtversetzten, der „drop-out“ und regulären Verläufe benachteiligt, während das Zentrum (zweite und vierte Kohorte) und der Norden (erste und dritte Kohorte, mit Ausnahmen) sich an

der ersten Stelle abwechseln. Bezüglich der Übergänge vom Pflicht- in den Sekundarbereich steht der Süden dagegen in der ersten und zweiten Kohorte an erster Stelle, in der dritten an zweiter und in der vierten Kohorte an letzter Stelle, wobei hier die anderen Landesteile Quoten von mehr als 100% aufweisen, die nicht zuverlässig zu interpretieren sind. Die Übergänge in den Sekundarbereich können als Hinweis auf die Beschulung interpretiert werden, die somit im Süden in den 50er und 60er Jahren höher wäre als in den anderen Landesteilen, in der dritten Kohorte höher als im Norden. Dieses Phänomen wurde von Barbagli (1974) in Bezug auf die wirtschaftliche Unterentwicklung des Südens als Zusammenhang zwischen schlechten Perspektiven der Jugendlichen auf dem Arbeitsmarkt und Schulbesuch als „Ventil“ für Jugendarbeitslosigkeit erklärt. Bestätigt wird diese Annahme dadurch, daß im Norden mitunter die niedersten Quoten an Regelmäßigkeit vorliegen. Da die wirtschaftliche Entwicklung im Norden dynamischer war als in den anderen Landesteilen, könnte eine geringere Beschulung auf die besseren Aussichten am Arbeitsmarkt in diesem Landesteil zurückgeführt werden.

3.2.4. Zusammenfassung

Zunächst ist erneut auf das Problem der Validität und Interpretation der Indikatoren unter verschiedenen Aspekten hinzuweisen. Eine hohe Quote an Nichtversetzten kann sowohl Indikator für längeren Verbleib im Schulsystem als auch für anspruchsvolle Leistungskriterien sein. Ersteres kann für den Grundschulbereich, letzteres für die humanistischen Gymnasien zu Beginn des Untersuchungszeitraumes gelten. Am Beispiel der IP wurde deutlich, daß die Zahl derer, die zwischen den Schuljahren „verloren“ gehen, als Quote der „drop-out“ interpretiert werden kann, während dasselbe Phänomen im IT eher darauf hinweisen könnte, daß innerhalb des Schulsystems eine „Abwärtsmobilität“, hier in die IP, vorliegt. Damit ist implizit die Aussage getroffen, daß eine Hierarchie zwischen den Schultypen existiert. Indizien dafür können daraus abgeleitet werden, daß gegen Ende des Zyklus bei manchen Schultypen die Schülerzahlen zunehmen: Die Ansprüche in der Abschlußprüfung sind dort wahrscheinlich nicht so hoch wie in anderen Schultypen. Beispiele dafür sind in geringem Ausmaß im ganzen Untersuchungszeitraum vorhanden, werden jedoch konsistent in der dritten und vierten Kohorte.

Die Beteiligung im Pflichtbereich ist von der ersten zur zweiten Kohorte stark gewachsen: In der ersten Kohorte liegen gravierende Defizite bereits in der Grundschule vor, da nur ein Fünftel der Schülerzahl der ersten Klasse die weiterführende Mittelstufe besucht. Diese Übergangsquote ist schon in der zweiten Kohorte mit 80% erheblich verbessert, wenngleich nun eine geringe Regularität in dieser Stufe vorliegt (55% erreichen den Abschluß). In der dritten Kohorte, also Mitte der 70er Jahre, erreichten 90% der Schüler regulär den Pflichtschulabschluß. Die Tatsache allerdings, daß ein Zuwachs im Pflichtbereich vorliegt, der zu Übergangsquoten von über 100% führt, verweist auf die problematische Qualität der Daten und der Konstrukte, die daraus abgeleitet werden. Mit der vierten Kohorte wird eine Übergangsquote vom ersten Jahr der Grundschule bis zum Abschluß des Pflichtbereiches von 96% erreicht. Es zeigt sich in diesen Zahlen eine Dynamik der Selektion, die sich von der Grundschule in die Mittelstufe verlagert hat. In der ersten Kohorte ist der fünf Jahre dauernde Besuch der Grundschule noch selten, nicht mehr in der zweiten Kohorte, wo allerdings in der Mittelstufe nur die Hälfte in der regulär vorgesehenen Zeit den Abschluß erreicht. Der Schulbesuch nimmt im Pflichtbereich zu, wenn auch die Erfolgsquoten noch auf massive Schwierigkeiten schließen lassen. Dies bestätigt die im vorigen Kapitel getroffene Aussage, daß unabhängig von Maßnahmen zur Modernisierung des Schulwesens eine deutlich höhere Nachfrage nach grundlegender Bildung in der Bevölkerung vorlag und im Bereich der Pflichtschule zu realisieren versucht wurde.

Dagegen sind die Übergänge in die Sekundarstufe in den ersten beiden Kohorten höher als die im Pflichtbereich. In der dritten Kohorte sind die Quoten der Übergänge innerhalb des

Pflichtbereiches und in die Sekundarstufe fast gleich, anschließend kehrt sich das Verhältnis um; die Übergänge innerhalb des Pflichtbereiches sind nun höher als die in den Sekundarbereich. Unter dem Gesichtspunkt der Selektion heißt das, daß eine Verschiebung und Veränderung des Mechanismus stattgefunden hat. In den 50er Jahren hieß Selektion bessere oder schlechtere Bedingungen im Pflichtbereich. Insbesondere die damalige Teilung des Mittelbereiches in *scuola di avviamento professionale* und *scuola media* hat effektiv den Zufluß kanalisiert. Abgesehen davon, daß ein großer Teil der Schüler nicht einmal die Grundschule abschloß, zeigen die gleich hohen Schülerzahlen im ersten Jahr der beiden Schulen der Mittelstufe, daß eine höhere Beschulung angestrebt wurde. Aber die geringere Zahl derer, die die *scuola di avviamento al lavoro* abgeschlossen haben, weist auf eine stärkere Selektion in diesem Schultyp hin. Dagegen sozialisierte die *scuola media* auf höhere Bildungsstufen hin: Hier wurde der Schulbesuch weit öfter zu Ende geführt, anschließend blieben die Schüler mit sehr großer Wahrscheinlichkeit weiter im Schulsystem. Diese Schwierigkeiten im Pflichtbereich bleiben bis zur dritten Kohorte bestehen, erst in der vierten Kohorte wird die Selektion im Pflichtbereich so weit reduziert, daß davon ausgegangen werden kann, daß praktisch alle Schüler eines Jahrgangs zumindest zeitweise⁶⁴ die *scuola media* besuchen, denn die Zahlen von Nichtversetzten und Abbrüchen sind noch recht hoch.

Seit Ende der 60er Jahre konzentriert sich die Selektion aufgrund Nichtversetzung im ersten Schuljahr in der *scuola media*. Das erste Jahr nach der Grundschule wurde zur größten Hürde und determinierend für den weiteren Schulbesuch. Dieser Übergang zwischen den beiden Schulen des Pflichtbereiches bleibt ein neuralgischer Punkt bis hin zur vierten Kohorte.

Für den Sekundarbereich ist zu betonen, daß der Zugang nur in der ersten Kohorte die eigentliche Hürde darstellt, da nur die Abgänger der *scuola media*, also die Hälfte der Schüler der Mittelstufe, dazu berechtigt waren, und daß in allen Kohorten innerhalb des Sekundarzyklus eine starke Selektion vorliegt. Es haben sich aber die Akzente in den vier Kohorten verändert. Während in allen vier Kohorten die Anfangsjahre die selektivsten sind, hat die Zunahme der Selektion im letzten Jahr seit der zweiten Kohorte abgenommen. Diese Dynamik, die innerhalb des Zyklus abnehmende Selektion, erstreckt sich bis hin zu den Prüfungen: Während in der ersten Kohorte die ohnehin höhere Selektivität sich über den ganzen Zyklus, also auch auf die Prüfungen, erstreckt, konzentrieren sich später die Schwierigkeiten auf die ersten Jahre des Zyklus, und die Wahrscheinlichkeit, bei der Reifeprüfung durchzufallen, ist nicht mehr groß.

64 „Zeitweise“ in dem Sinn, daß der Schulpflicht mit 8 Jahren Schulbesuch Genüge getan wird, auch wenn kein Abschluß erreicht wird.

Eine Sonderstellung nimmt die dritte Kohorte ein: Die Übergangsquote zum Sekundarbereich liegt mit knapp 75% deutlich unter der anderen Kohorten, gleichzeitig sind die Zahlen der Nichtversetzten vergleichsweise niedriger. Es handelt sich um den Zeitraum, in dem die Expansion der Schülerzahlen in der *scuola media* ihren Höhepunkt erreicht und in den Sekundarbereich übergeht. Wie aus Kapitel 2.2. und aus Tabelle 3 im Anhang ersichtlich, hat sich die Zahl der Abgänger der *scuola media* fast verdoppelt, während in die erste Klasse der Sekundarstufe ein Drittel mehr Schüler eintreten als zehn Jahre vorher. Der Quotient aus Abgängern der *scuola media* und Anfängern der *scuola secondaria superiore* ist in diesem Fall bei numerisch mehr Übergängen gesunken, es gingen absolut mehr Schüler von der Mittelstufe über in die Sekundarstufe, aber relativ zu den anderen Kohorten war deren Anteil geringer.

Das Phänomen der Schülerbewegung, d. h. der Zahl Schüler, die zwischen zwei Schuljahren „verschwinden“ oder dazukommen, verstärkt sich von Kohorte zu Kohorte. In der letzten Kohorte ist es im Übergang zum dritten Schuljahr in allen Schultypen vorhanden. Beim Übergang in das vierte Schuljahr liegt in LL, IM, LA, ins fünfte Schuljahr in LC, IP, SM, IM, LA, IA Schülerzuwachs vor. Dieser läßt darauf schließen, daß das Schulsystem intern nicht mehr so geschlossen ist, wie angesichts der unveränderten Struktur der *canne d'organo* zu vermuten wäre. Es hat sich einige Mobilität entwickelt, die vermutlich nicht nur von außen herrührt. Eine „Verteilungslogik“ kann nur über die Tatsache, daß nicht alle Schultypen einen positiven Saldo vorweisen, interpretiert werden. Neben dem Problem, daß auch bei negativem Saldo Schülerzuwachs (in geringerem Maß) vorliegen kann, verweist das Phänomen wieder auf die Frage der Hierarchie zwischen den Schultypen, für die allerdings mit den hier zur Verfügung stehenden Daten keine gesicherten Aussagen, sondern nur Vermutungen möglich sind. Es ist nicht nachzuweisen, daß die Gymnasien eine höhere Effizienz aufweisen als die IT und insbesondere die IP oder IM, wenngleich in der allgemeinen Wahrnehmung diese Hierarchie unhinterfragt existiert. Auf dieses Phänomen wird weiter unten (Punkte 3.4.1. und 3.4.2.) noch eingegangen.

Die Wahl der Schule folgt im ganzen Zeitraum traditionellen geschlechtsspezifischen Mustern zu Beginn eines Zyklus. Dies ist nicht so bei den Eintrittten gegen Ende des Zyklus. Daraus wurden Rückschlüsse auf die Qualität bzw. gestellten Ansprüche in diesem Schultyp gezogen, die die Hypothese des hierarchischen Verhältnisses zwischen einzelnen Schultypen bekräftigen.

Die Unterschiede zwischen den Landesteilen bestätigen das Nord-Süd-Gefälle, sind jedoch nicht eindeutig. Die Frage, ob stärkere Selektivität oder geringere Motivation vorliegt, ist schwer zu beantworten, da einerseits die wirtschaftliche Lage die Perspektive der Jugendlichen determiniert, im Süden also in Ermangelung von Aussichten, eine Arbeit aufnehmen zu können, die Neigung zum Schulbesuch verstärken wird (Barbagli, 1974), andererseits Strukturdefizite gerade im Süden

den Schulbesuch und -erfolg beeinträchtigen. Auf diese Mängel wird weiter unten eingegangen (Punkt 3.4.3.).

3.3 Die ISTAT-Sondererhebungen

ISTAT hat in verschiedenen Sondererhebungen, die zwischen 1955 und 1989 veröffentlicht wurden, die Altersverteilung z. T. der gesamten Schülerschaft, z. T. von Stichproben in Schuljahren zwischen 1952/53 und 1984/85 erhoben. Anhand dieser Daten kann die Übereinstimmung von Alter und besuchtem Schuljahr ermittelt werden, wodurch Rückschlüsse auf die Regelmäßigkeit des Schulbesuches möglich sind. Durch das Abgleichen der Zahlen derer, die das Schulsystem frequentieren, und der Gesamtbevölkerung bestimmter Jahrgänge kann zudem die Zahl derer ermittelt werden, die den Schulbesuch abgebrochen haben. Eine besonders präzise Aufarbeitung dieser Daten hat Mario Gatullo (1991) vorgelegt. Auf diese Arbeit wird im folgenden zurückgegriffen.

In der Altersklasse der 10-11jährigen, die also den Grundschulbesuch abschließen, besucht nach der ersten Erhebung, die sich auf das Schuljahr 1952/53 bezieht, über die Hälfte der Schüler nicht die dem Alter entsprechende Klasse, ist also entweder zu spät eingeschult worden oder hat mindestens ein Schuljahr wiederholt (in Tabelle 13: Nachzügler⁶⁵). Diese Zahl sinkt im Laufe der folgenden Untersuchungen: Sie beträgt noch über 30% in den 60er Jahren, 21% im Jahr 1972/73, 7,2% im Jahr 1978/79 und zuletzt, 1984/85, 3,9%.

Im Eintrittsjahr in die Sekundarstufe, also in der Altersgruppe der 14-15jährigen, wiederholen zwischen 20% und 30% der Schüler ein oder mehrere Male eine Klasse. Das Maximum von 30,8% liegt im Jahr 1972/73, gefolgt von 27,1% im Jahr 1966/67, die Zahlen der folgenden Untersuchungen liegen knapp über 20%.

65 Es wird hier der Begriff „Nachzügler“ eingeführt, da Gatullo mit dem Begriff *ritardi* nicht nur die Nichtversetzten, sondern auch die später Eingeschulten erfaßt.

Tabelle 13: Quoten von Nachzüglern und Schulabbrüchen in 6 Schuljahren, nach Altersklassen (M+F)

Alters- klassen	Nachzügler						Abbruch					
Jahr	52/53	59/60	66/67	72/73	78/79	84/85	52/53	59/60	66/67	72/73	78/79	84/85
6-7	-	-	-	-	-	-	6,0	3,3	n.def.	n.def.	2,4	0,5
7-8	29,1	13,7	13,7	7,3	2,1	1,6	3,8	1,4	n.def.	n.def.	n.def.	n.def.
8-9	38,3	24,4	20,8	12,2	4,2	2,7	2,3	1,4	0,5	n.def.	n.def.	n.def.
9-10	46,4	30,1	27,1	16,6	6,0	3,4	4,3	2,2	1,1	n.def.	n.def.	n.def.
10-11	51,0	36,8	32,1	21,0	7,2	3,9	7,8	3,6	1,7	n.def.	n.def.	n.def.
11-12	50,2	41,0	35,6	24,3	9,4	5,3	27,1	18,2	8,3	2,5	1,7	n.def.
12-13	39,9	39,1	38,6	29,6	17,0	15,1	45,2	34,0	15,6	11,0	2,4	0,6
13-14	26,6	31,3	34,2	33,9	21,5	19,9	62,1	48,6	26,6	10,2	5,4	3,0
14-15		21,1	27,1	30,8	22,2	20,5		66,7	43,8	27,2	24,8	18,5
15-16		14,8	24,1	24,3	18,8	18,5		75,9	57,8	43,0	40,3	36,0
16-17		12,7	20,1	20,0	15,5	14,8		79,6	66,3	53,0	49,1	47,0
17-18		10,6	17,4	18,0	14,3	14,2		83,0	77,4	61,1	56,6	54,5
18-19		9,0	14,0	15,1	12,5	12,5		86,3	78,0	68,0	62,5	62,4

Quelle: Gatullo, 1991: 111, eigene Darstellung

Sehr hoch sind die Zahlen derer, die in diesem Alter das Schulsystem verlassen: zwei Drittel zu Ende der 50er Jahre, mit kontinuierlich sinkender Tendenz bis 18,5% im Jahr 1984/85. Mit 15-16 Jahren, also nach dem ersten Zweijahresblock in der Sekundarstufe, verlassen noch mehr Schüler als in den beiden vorherigen Altersklassen das Schulsystem. Die Quoten der Nachzügler liegen hier aber durchgängig unter denen der 14-15-Jährigen. Während die Zahlen der Abbrecher von Ende der 50er Jahre zur Mitte der 80er Jahre von rund 80% auf etwa 55% sinken, steigen die der Nachzügler in der Sekundarstufe bis zur Erhebung von 1972/73 und sinken erst dann. Dieser Trend gilt bis zur letzten Altersgruppe, der 18-19-Jährigen. Die Nachzügler erreichen in den letzten drei Jahren der Sekundarstufe noch Maxima von 15-20% (in den Erhebungen von 1966/67 und 1978/79). Sie sind mit rund 13,5% jedoch auch noch bei den Altersgruppen der letzten Untersuchung erheblich.

Die großen Tendenzen in diesem Zeitraum sind zum einen eine Zunahme der Regelmäßigkeit, die sich kontinuierlich über alle erfaßten Zeitpunkte und alle Altersgruppen erstreckt, zum anderen ein Rückgang der Schulabbrüche. Bei den Nachzüglern liegt in den Altersgruppen ab 13 Jahren bis zur dritten Erhebung eine Zunahme vor. Ferner verschiebt sich das Maximum von der Altersgruppe der 10-11jährigen auf die 14-15jährigen, weist aber insgesamt eine abnehmende Tendenz auf.

Aufgrund dieser Entwicklung konstatiert Gatullo eine Abschwächung der Selektion, da Abbruch als der härtere Selektionsmodus anzusehen ist und eine Zunahme der Anteile an Nachzüglern, angesichts der Alternative des Abbruchs, auch als längerer Verbleib im Schulsystem interpretierbar ist (ders., 1991: 115). Allerdings ist unübersehbar, daß das Ausmaß der Selektion - sowohl im Pflichtbereich, wo im Abschlußjahr fast ein Viertel, als auch im Sekundarbereich, wo im ersten Jahr fast die Hälfte der Schüler die Regelzeit nicht einhalten kann (Summe Nachzügler und Abbrecher 1984/85), und wo in den 3.-5. Klassen die Quoten der Abbrecher von über 80% (1959/60) zwar sinken, aber doch weit über 50% (1984/85) bleiben - noch nicht auf eine vernachlässigbare Größe reduziert worden ist.

Die Unterschiede zwischen Schülern und Schülerinnen, die in diesen Untersuchungen zutage treten, bestätigen das allgemeine Muster, daß Mädchen bei zunehmender Integration in das Schulsystem einen reguläreren Verlauf und weniger Abbrüche zeigen, sowie, unabhängig vom Grad der Integration, seltener nicht versetzt werden.

Die ISTAT-Erhebungen umfassen einen Zeitraum von 32 Jahren, dabei wurden zwei Schülergenerationen jeweils drei Mal erfaßt, und zwar die 1960 und 1966 Geborenen im Alter von 6-7, 12-13 und 18-19 Jahren (Tab. 14).

Nach etwa gleichen Ausgangsdaten der 6-7jährigen beider Jahrgänge folgen bei den 13-14jährigen Divergenzen, die darauf schließen lassen, daß im Pflichtbereich zwischen 1972 und 1978 Verbesserungen stattgefunden haben. Die Zahl der regulären Schulverläufe ist gestiegen, es erreichten mehr Schüler das Klassenziel, die Zahl der Schüler, die den Schulbesuch abbrechen, ist von 11% auf 2,4% gesunken. Die Daten beim Abschluß des Sekundarbereichs, also der 18-19jährigen, sind aber bei beiden Kohorten wieder gleich hoch. Die Verbesserungen, die in den untersuchten Zeitraum von 6 Jahren vorliegen, sind also auf die *scuola media* und in geringem Maße auf die Grundschule beschränkt.

Der Vergleich zwischen Jungen und Mädchen zeigt, daß sich das Verhältnis derer, die die Schule ohne Abschluß verlassen, zwischen den zwei Untersuchungen umgekehrt hat: Bei den 1960 Geborenen sind dies in der früheren Untersuchung mehr Mädchen, in der späteren Untersuchung dagegen die Jungen. Bei den Nachzüglern zeigt sich die entgegengesetzte Tendenz: bei Jungen abnehmend, bei Mädchen zunehmend von der früheren zur späteren Untersuchung; absolut jedoch werden Mädchen seltener nicht versetzt.

Tabelle 14: Gegenüberstellung der Quoten von Regelmäßigkeit, Nachzüglern und Abbrüchen von zwei Altersklassen in drei ISTAT-Sondererhebungen

Altersklassen		1960 Geborene				1966 Geborene			
		Jahr der Untersuchung	Regulär	Wdh.	Abbruch	Jahr der Untersuchung	Regulär	Wdh.	Abbruch
M+F	6-7	66-67	95,2	-	n.def.	72-73	93,6	-	n.def.
	12-13	72-73	55,2	29,6	11,0	78-79	74,6	17,0	2,4
	18-19	78-79	22,7	12,5	62,5	84-85	23,0	12,5	62,4
M	6-7	66-67	94,9	-	n.def.	72-73	93,5	-	n.def.
	12-13	72-73	53,2	33,5	9,1	78-79	72,3	20,3	1,3
	18-19	78-79	23,2	14,8	59,3	84-85	22,0	14,1	61,6
F	6-7	66-67	95,4	-	n.def.	72-73	93,7	-	n.def.
	12-13	72-73	57,3	25,5	13,1	78-79	77,1	13,6	3,5
	18-19	78-79	22,3	10,1	65,7	84-85	24,0	10,8	63,3

Quelle: Gatullo, 1991: 125

Aus diesen Sondererhebungen geht eine deutlich stärkere Selektion als aus den von mir erhobenen Daten hervor. Eine direkte Gegenüberstellung der zwei Erhebungsarten ist allerdings nicht möglich, da meine Daten sich auf einzelnen Schultypen bzw. -niveaus beziehen, die Sondererhebungen dagegen Schülerjahrgänge erfassen, die nicht mit den Kohorten übereinstimmen. Es sind jedoch, wie schon eingangs erörtert, durch die Sonderuntersuchungen gesicherte Angaben zur Dimension des Phänomens „drop-out“ möglich. Es wird gezeigt, daß im Untersuchungszeitraum von Anfang der 50er Jahre bis Mitte der 80er Jahre das Problem reduziert worden ist, daß aber dessen Ausmaß zwischen den beiden letzten Untersuchungen, also zwischen 1978 und 1984 konstant geblieben ist. Nicht nur im Sekundarbereich, sondern auch im Pflichtbereich, der *scuola media*, liegen insofern gerade in den Jahren der starken Expansion gravierende Funktionsschwierigkeiten vor.

3.4. Kernproblematik der aktuellen Situation

Nach diesem Rückblick in die ambivalente Stabilität des italienischen Schulsystems, was den systemischen *Output* anbelangt, soll nun genauer auf die aktuelle Situation eingegangen werden. Es liegen Untersuchungen vor, die eine differenzierte Betrachtung gestatten, da sie Zusammensetzung der Schülerschaft, Leistungen derselben, Ausstattung der Schulen sowie das gesamte Umfeld, in dem diese Indikatoren gemessen werden, also eine weit breitere Palette an

Indikatoren für Qualität einbeziehen. Für die aktuelle Situation können also fundiertere Aussagen zur Qualität des Schulwesens getroffen werden.

3.4.1. Neue „alte“ Ergebnisse zur Spezifik der Selektion

In einem Sonderheft widmet sich ISTAT (1996b) dem Problem der Selektion im Sekundarschulwesen. Hier wird zwischen der Situation am Ende eines Schuljahres und am Anfang des nächsten unterschieden, was möglich ist durch die Gegenüberstellung der Ergebnisse der Notenkonferenzen des Jahres 1992/93 und der Schülerzahlen zu Beginn des folgenden Jahres. Dadurch können die Zahlen der Schüler, die das Klassenziel nicht erreicht haben und nicht in die nächste Klasse versetzt werden (Nichtversetzte, NV), derjenigen, die die Klasse tatsächlich wiederholen (Wiederholer, Wdh.), und derjenigen, die die Schule verlassen (Abbrecher), getrennt werden. Ferner werden die Privatschulen in die Untersuchung mit einbezogen.

Die Anteile der nichtversetzten Schüler sind in den Schultypen unterschiedlich hoch. Für alle Schultypen gilt, daß in Privatschulen weniger Schüler sitzen bleiben (ebd.: Prospetto 14).

Tabelle 15: Wiederholer nach Schuljahr und Schultyp in öffentlichen und Privatschulen (pro 100 Schüler), Schuljahr 1992/93

Schultyp	Gesamt	1. Jahr	2. Jahr	3. Jahr	4. Jahr
öffentliche Schulen					
Gesamt	17,2	23,2	15,1	16,4	11,5
IP	23,2	29,1	18,3	18,9	19,2
IT	19,3	25,8	17,2	20,4	11,8
Gymnasien	9,9	12,8	8,6	10,7	6,6
IM	14,9	19,9	15,8	9,3	4,7
Privatschulen					
Gesamt	6,2	9,2	5,4	5,9	5,5
IP	6,3	8,7	5,6	3,5	5,5
IT	6,7	9,6	6,2	7,3	6,1
Gymnasien	5,3	7,5	4,6	5,3	4,5
IM	6,9	13,2	5,0	4,8	4,9

Quelle: ISTAT, 1996a: Prospetto: 14

Je nach Schultyp ist die Wahrscheinlichkeit, daß ein nichtversetzter Jugendlicher die Schule ganz oder zeitweise verläßt, unterschiedlich (ISTAT, 1996a: Prospetto 15). In den IT besuchen 60% der NV die Klasse noch einmal, in den Gymnasien dagegen wird leichter aufgegeben - hier aber im Sinne eines Wechsels des Schultyps (ebd.: 24.). Diejenigen aber, die von einem Gymnasium in eine andere Schule wechseln, werden dort als Wiederholer erfaßt und erhöhen damit den Schnitt - wodurch auch in dieser Untersuchung methodische Probleme entstehen bezüglich der Zuverlässigkeit der Wiederholerquote als Indikator für Selektion und, daraus abgeleitet, für die

Qualität eines Schultyps. Eine Aussage über die Effizienz einer Schule anhand der Häufigkeit, mit der Schüler als Wiederholer registriert werden, ist also, solange diese nicht nach *interni* und *esterni* unterschieden werden, nicht gut abgesichert.

Tabelle 16: Wiederholer (M + F), nach Schultyp und -jahr, 1992/93 (pro 100 Nicht-Versetzte *interni* des Vorjahres)

Schultyp	Gesamt	1. Jahr	2. Jahr	3. Jahr*	4. Jahr*
Gesamt	56,1	48,0	56,3	69,7	60,4
IP	57,0	42,5	56,7	183,9	61,1
IT	58,9	53,1	59,2	64,8	63,5
Gymnasien	46,4	43,5	46,0	51,9	44,4
Andere	54,7	45,8	56,8	57,9	76,5

* Inkl. NV *interni* der Qualifikationsprüfungen bzw. Reifeprüfungen in IM und LA

Quelle: ISTAT, 1996a: *Prospetto*. 15, Auszug)

Schüler, die die Schule verlassen haben und sich wieder neu einschreiben wollen, müssen eine Aufnahmeprüfung ablegen. Diese wird von knapp 19% in einer öffentlichen Schule absolviert, der Rest wechselt in eine Privatschule (ebd.: 30). Auch hier gibt es im Verlauf des Zyklus große Unterschiede. In den ersten Jahren des Zyklus konzentriert sich die Wiedereingliederung in den öffentlichen Schulen, im dritten und vierten Jahr dagegen im Privatsektor (ebd.: *Prospetto* 21). Dies geschieht vermutlich in der Hoffnung, im Privatsektor bessere Chancen vorzufinden: Während im öffentlichen Bereich 17,1% der Schüler und 22,7% der *esterni* nach der Zulassungsprüfung nicht aufgenommen werden, sind dies in den Privatschulen 6,1% bzw. 6,5% (ebd.: *Prospetto* 19). Auch die Aussichten, versetzt zu werden, sind im Privatsektor besser als im öffentlichen Sektor: In öffentlichen Schulen handelt es sich vom ersten bis vierten Schuljahr um 17,2% Nichtversetzte, in den (anerkannten) Privatschulen nur um 6,2% (s.o., Tab. 14).

Ferner empfiehlt es sich, zumindest den letzten Teil des Zyklus in einer anerkannten öffentlichen oder privaten Schule zu verbringen, weil die Erfolgsaussichten bei der Abschlußprüfung für Personen, die die Schule besucht haben, besser sind: Von den *interni* bestehen 95,3% die Prüfung, von den *esterni*, die nur die Prüfung in einer öffentlichen Schule ablegen, nur 54,8%. Besonders schlecht sind die Erfolgsaussichten für die *esterni* in den IP und IT: Nicht einmal die Hälfte besteht die Prüfung (ebd.: *Prospetto* 22).

Schüler, die im Alleingang bzw. mit Hilfe von Kursen oder Schulen, die nicht gesetzlich anerkannt sind, ihre Weiterbildung organisieren und sich dann wieder ins öffentliche Schulsystem eingliedern, werden in dieser Untersuchung nicht erfaßt. Deutlich jedoch wird, daß die Konsequenzen der Selektion im öffentlichen Sektor in den Privatbereich verlagert werden. Während Privatschulen weniger als ein Viertel der Gesamtzahl der rechtlich anerkannten Schulen

ausmachen, führt dort ein Großteil der aus dem öffentlichen System „Herausgefallenen“ seine Schulkarriere fort. Dazu kommen die nicht anerkannten Schulen, in denen spezielle Kurse zur Reintegration angeboten werden, die sich aber weitgehend der Kontrolle entziehen und mit der Bedeutung von Bildung und der Notwendigkeit eines Titels gute Geschäfte machen.

Wer weder Mittel noch Motivation aufbringt, einen Mißerfolg auf dem Wege der privaten Weiterbildung zu kompensieren, wird das Schulsystem ohne Abschlusstitel verlassen. Es handelt sich im Schuljahr 1992/93 um 225.000 Schüler, was 8,2% der Gesamtschülerschaft entspricht (ebd.: 32).

Tabelle 17: Schüler (M + F), die den Schulbesuch abbrechen, Schuljahr 1992/93 (pro 100 Schüler die dieselbe Klasse besuchen)

Schultyp	1. Jahr	2. Jahr	3. Jahr	4. Jahr	5. Jahr	Gesamt
Gesamt	14,4	7,7	8,2	6,0	2,0	8,2
IP	21,4	10,4	9,1	12,7	1,4	12,6
IT	15,1	9,0	9,8	4,9	2,8	8,7
Gymnasien	6,7	3,3	5,3	1,9	1,0	3,8
IM, LA	13,9	8,7	6,3	10,5	-	9,8

Quelle: ISTAT, 1996a:Prospetto 23, Auszug

Das Phänomen konzentriert sich vor allem auf das erste Jahr eines Zyklus, auf das 43,3% der Abbrüche des gesamten Zyklus fallen. Das Maximum mit über 20% liegt in den IP vor. Im zweiten Schuljahr halbiert sich diese Zahl, in den letzten beiden Jahren sinkt sie noch weiter. In den Gymnasien und IT steigt sie Zahl noch einmal mit dem dritten Jahr, wie auch bei den Zahlen der Wiederholer der vierten Kohorte festgestellt worden ist - ein Hinweis auf die Schwierigkeit des Übergangs von *biennio* zu *triennio*, eine interne Hürde, die in den Lehrplänen als Vorwegnahme der Erhöhung der Schulpflicht auf 16 Jahre angelegt ist, aber nicht in allen Schultypen vorliegt bzw. durchgesetzt ist (ebd. : 34, vgl. auch Teil 1, Kap. 1). Ein analoges Phänomen zeigt sich im IP zu Beginn des vierten Jahres, wo jedoch der Abschluß *qualifica* vorliegt und die Ausgeschiedenen sich voraussichtlich dem Arbeitsmarkt zuwenden werden. Insgesamt zeigen die IP die höchsten Raten an Nichtversetzten und Abbrüchen, gefolgt von den IM und LA, während in den Gymnasien deutlich weniger vorzeitige Abbrüche zu verzeichnen sind. Es erscheint als Paradoxon, daß die Schultypen, deren Schwierigkeitsgrad in der allgemeinen Einschätzung als gering angesehen wird, die höchsten Indikatoren der Selektion zeigen (ebd.: 22, 36). Als Erklärung wird von ISTAT das Schulsystem *tout court* herangezogen, das „keine adäquate Auffächerung der Bildungsmöglichkeiten anbietet und die Jugendlichen in rigide und hierarchisch organisierte Kanäle zwingt“ (ebd.: 22).

3.4.2. Charakteristika der Schülerschaft

Nach dem Stichwort Selektion wird nun auf einen anderen Aspekt des Schulwesens eingegangen. Herausgearbeitet werden soll nun die „Logik“ der Selektion und ob die soziale Mobilität durch Bildung erweitert werden kann: Können die soziokulturellen Determinanten durch Bildung relativiert werden und kann das Schulsystem hierbei als hinderndes oder förderndes Element gesehen werden?

Zur Bearbeitung der Rolle des Schulsystems im Zusammenhang mit sozialer Mobilität wird die Zusammensetzung der Schüler in den verschiedenen Schultypen anhand des soziokulturellen Status eines Schülers i. d. R. über Beruf und Bildungsgrad des Vaters ermittelt. Damit kann, durch Gegenüberstellung der Verteilung dieser Charakteristika in der Gesamtbevölkerung⁶⁶, die Abweichung der Zusammensetzung der einzelnen Schultypen gemessen werden. Viele Autoren haben ISTAT-Daten in dieser Perspektive bearbeitet⁶⁷ und sind zu gleichen Schlüssen gekommen: Die soziale Zusammensetzung im Schulsystem und seinen qualitativ verschiedenen Schultypen reflektiert die sozioökonomische Hierarchie der Gesellschaft. Auch wenn der Zugang zu Bildung nicht mehr den Hindernissen der 50er Jahre ausgesetzt ist, so kann doch nachgewiesen werden, daß hoher Bildungsgrad und Status der Eltern sich unzweideutig in der Wahl des Schultyps der Kinder niederschlagen. Durch diesen wiederum wird die weitere Karriere vordeterminiert oder zumindest stark beeinflusst, denn in unterschiedlichen Schultypen bestehen unterschiedliche Chancen bezüglich des schulischen Erfolgs, dieser wiederum stellt die Weichen für die anschließende Karriere, was die Wahl der Fakultät und den Studienerfolg⁶⁸ betrifft. Der enge Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft, deren Auswirkungen auf die Wahl des Schultyps und das dort herrschende Lernklima, also die Erfolgchancen durch schulische Leistung, ist von der Institution Schule nur geringfügig gelockert worden. Es wird festgestellt, daß die Chancen im Zugang zu Bildung zwar insgesamt verbessert wurden, aber nicht „gleicher“ geworden sind. Bildung bringt bei der Suche der ersten Arbeit für Personen aus der Mittel- und gehobenen Schicht größere Vorteile als für Personen aus den unteren Schichten (Cobalti, 1996: 428). Die Herkunft wirkt also weiter stark konditionierend sowohl auf die Bildungs- als auch die Aufstiegschancen (im Verhältnis zwischen den Generationen), so daß man von einem klaren Vorherrschen der kulturellen, ökonomischen und sozialen „Erbschaft“ vor Leistung als

66 Als der Vätergeneration entsprechender Ausschnitt der Bevölkerung werden berufstätige Männer im Alter von 45 bis 64 Jahren betrachtet (Gatullo, 1991: 142).

67 Als wichtigste Arbeiten, die aus soziologischer Perspektive die Frage nach dem Einfluß von Bildung auf soziale Mobilität stellen, wären zu nennen: Cobalti (1988, 1989, 1996), ders./Schizzerotto (1994), Gatullo (1991), Schizzerotto (1988 a und b, 1990) sowie ältere Arbeiten wie Cappello/Dei, (Hg.), (1982), Cappello/Dei (1982), Fadiga Zanatta (1976), Padoa Schioppa (1974).

Selektionskriterium für den Zugang zu den verschiedenen sozialen und beruflichen Positionen sprechen kann (Cobalti/ Schizzerotto, 1994: 243).

Neuere Untersuchungen (Censis 1995, Gasperoni, 1996)⁶⁹ versuchen, über die sozioökonomischen Daten und die effektiven Zugangschancen hinaus, die Leistungsunterschiede und Lernbedingungen der Schüler in den verschiedenen Schultypen zu beurteilen.

Die Verteilung der Schüler nach dem Bildungsgrad des Vaters zeigt ein Vorwiegen von Hochschulabschlüssen bei den Vätern der Gymnasiasten (LC: 43,6%, LS 34,5%), während bei den IT die am meisten verbreiteten Titel der Väter der Berufsschulabschluß und der Pflicht- und Grundschulabschluß sind (Censis 1995: 107). Bei Gasperoni (ders., 1996: 52) werden die Schulabschlüsse der Mütter miteinbezogen. Es wird das von den Gymnasien zum IT sinkende Bildungsniveau der Eltern bestätigt. Darüber hinaus aber wird innerhalb des Schultyps IT differenziert nach ITC (*Istituto tecnico commerciale*) und ITI (*Istituto tecnico industriale*), also die auf Berufe im Handel (ITC) bzw. in der Industrie (ITI) ausgerichteten Zweige. Dabei zeigt sich ein weiteres Gefälle: Im Industriezweig verfügen die Eltern der Schüler überwiegend nur über Grundschul- und Pflichtschulabschluß, im Verhältnis dazu sind im ITC mehr Sekundarschulabschlüsse und akademische Grade vorhanden. Die Hierarchie von klassischer Bildung über *white collar*- zu *blue-collar*-Tätigkeiten wird also im Bildungsgrad der Eltern reflektiert.

Der Miteinbezug der soziokulturellen Charakteristika der Mütter bei Gasperoni (1996: 52f.) führt zu interessanten Ergebnissen. Er zeigt, daß in den IT rund die Hälfte der Mütter ausschließlich als Hausfrau beschäftigt ist, während die große Mehrheit der Schüler der Gymnasien (über 70%) berufstätige Mütter haben. Es handelt sich zudem um gehobene soziale Positionen; über der Hälfte der Mütter von Schülern in LC und LS sind Angestellte gegenüber einem Fünftel im ITI und einem Viertel im ITC. Darüber hinaus wurden Berufe mit pädagogischem Inhalt getrennt gehalten und herausgefunden, daß unter den Vätern der IT-Schüler weniger als 2% gegenüber rund 10% der Väter der Gymnasiasten einen solchen Beruf ausüben. Noch bezeichnender ist dies bei den Müttern: Während 4-5% der Mütter von Schülern der IT in Schulen oder Kindergärten tätig sind, handelt es sich bei den LS um ein Viertel und in den LC sogar um knapp ein Drittel. Bei Berücksichtigung der Berufstätigkeit beider Elternteile zeigt sich, daß von den Schülern des

68 Gatullo (1991: 149f.) weist nach, daß bei den Hochschulabschlüssen die Abgänger der Gymnasien stark überrepräsentiert sind im Vergleich zu den Immatrikulationen. Dies wird bestätigt in ISTAT (1995e: 39).

69 Censis (1995): Rapporto annuale sulla situazione sociale del paese, Gasperoni (1996): Diplomati e istruiti. Es handelt sich in beiden Fällen um Stichprobenuntersuchungen. Censis bezieht sich auf Daten, die das Bildungsministerium 1994 in 670 Schulen erhoben hat, Gasperoni auf eine Untersuchung des *Istituto Cattaneo*, Bologna, aus dem Jahr 1993, die 92.382 Schüler der Abschlußklassen an 93 Schulen: LC, LS und zwei Zweige des IT, Handel (IT *commerciale*, ITC) und Industrie (IT *industriale*, ITI) im Schuljahr 1992/93 erfaßt.

LC 35%, der LS 29%, der IT aber nur 4-5% einen Elternteil haben, der Lehrer/in oder Erzieher/in ist. Diese Berufskategorie hat eindeutige Präferenzen bezüglich der Wahl der Schule für ihre Kinder: die gymnasiale, nicht berufsspezifische Bildung (ebd.: 49f).

Neben den sozioökonomischen Charakteristika der Eltern werden von Gasperoni der kulturelle Kontext (z. B. Zahl der im Haushalt vorhandenen Bücher, Lesegewohnheiten, Lernmotivation und -intensität) sowie äußere Faktoren wie z. B. die Länge des Schulweges und Erfahrungen mit Erwerbstätigkeit miteinbezogen. Im Ergebnis bestätigt diese Untersuchung die Hierarchie zwischen den Schultypen, wie sie allgemein wahrgenommen wird, vom humanistischen Gymnasium an der Spitze zur Berufsschule am Ende der Skala. Nicht bestätigt wird diese Qualitätshierarchie aber in bezug auf die Leistungen der Schüler, die Gasperoni anhand eines *multiple choice*-Tests gemessen hat (ebd.: 225f).

Vorweg ist darauf hinzuweisen, daß die Schulqualität schon mit der Wahl des Schultyps in der Sekundarstufe determiniert wird: Von den 40% der Schüler, die den Pflichtschulabschluß mit der Mindestnote bestanden haben und sich in einer Schule der Sekundarstufe anmelden, wählen 9,4% das LC und 67,7% ein IP. Die Schwächen der Pflichtschule werden ungleich im anschließenden Bereich verteilt, „gute“ Schüler wählen die „besseren“, bildungsorientierten Schulen, „schlechte“ Schüler tendieren zu den berufsbezogenen Schultypen (Censis, 1995: 114; Gasperoni, 1996: 226).

Was nun die Leistungen in der Abschlußklasse der Sekundarstufe betrifft, stellt Gasperoni den Ergebnissen der Notenkonferenzen und der Reifeprüfung eine eigene Erhebung der Leistungen der Schüler in LC, LS, ITC und ITI mittels eines *multiple choice*-Tests gegenüber und kommt zu neuen Ergebnissen, was die Leistungsunterschiede von Schülern und Schülerinnen und die Qualitätsunterschiede zwischen den Schultypen betrifft. Während mit der institutionellen Beurteilung (Noten, Prüfungen) bessere Leistungen in LC als im LS, im ITC als im ITI sowie Überlegenheit der Mädchen registriert werden, zeigen die Tests zwar ein Gefälle zwischen der Gesamtheit der Gymnasien und dem Typus Fachschule, aber die Hierarchie zwischen LC und LS sowie ITC und ITI wird nicht bestätigt.

Die Ergebnisse des *multiple-choice*-Tests beziehen sich zum einen auf den Lernerfolg, zum anderen auf die Relevanz von Kontextfaktoren. Es wird nachgewiesen, daß die Beschaffenheit der Schulklasse den größten Beitrag zur Erklärung von Lernerfolg liefert, d. h. in einer homogenen Klasse mit guten Ergebnissen ist die Wahrscheinlichkeit für den einzelnen Schüler, gute Ergebnisse zu erzielen, höher (ebd.: 198). Diese Voraussetzung ist in den LC und LS in höherem Maß erfüllt als in den berufsbezogenen Schulen. Ferner wird gezeigt, daß die im *multiple-Choice*-test vergleichsweise schlechteren Leistungen im LC auf die mathematisch-naturwissenschaftlichen und in ITI auf die humanistischen Fächer zurückzuführen sind. Die

bessere institutionelle Bewertung der LC und die schlechtere der ITI wird diesem Umstand zugeschrieben, daß nämlich angesichts der im italienischen Schulwesen verbreiteten idealistischen Kultur gute Leistungen in mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächern weniger wiegen als gute Leistungen in humanistischen Fächern (ebd.: 155). Allerdings haben die Schüler der ITI in den Zweigen Informatik, Chemie und Elektronik sowohl im mathematisch-naturwissenschaftlichen als auch im humanistisch-historischen Bereich die absolut besten Ergebnisse erzielt - und damit nebenbei die verbreitete Vorstellung korrigiert, daß die beiden Wissensgebiete auf unterschiedlichen Fähigkeiten und Talenten aufbauen (ebd.: 153f.). Die Ergebnisse in den ITC liegen sowohl im humanistischen als auch im naturwissenschaftlichen Bereich hinter den anderen Schultypen zurück (ebd.: 155).

Neben der Hierarchie der Schultypen wird das geschlechtsspezifische Leistungsprofil in Frage gestellt. Ergebnis der Tests ist, daß Jungen systematisch bessere Ergebnisse in den mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächern zeigen. Dies wird darauf zurückgeführt, daß der *multiple-choice*-Test, im Gegensatz zur institutionellen Beurteilung, weder Verhaltensangepaßtheit noch kommunikative Fähigkeiten, sondern ausschließlich die kognitive Lernleistung mißt. In einem vom humanistischen Bildungsideal geprägten Schulsystem, wie es in Italien vorliegt, werden - so Gasperoni - auch in den technischen Schulen die humanistischen Disziplinen stärker als andere gewichtet (Italienisch, Recht vs. naturwissenschaftliche oder technische Fächer). Diese wiederum basieren auf sprachlichen Fähigkeiten. Ferner würde Beziehungskompetenz bei der institutionellen Bewertung eine große Rolle spielen. Beide, sprachliche Fähigkeiten wie Beziehungskompetenz, entsprechen den askriptiven weiblichen Geschlechtscharakteristika und werden von Mädchen besser entwickelt. Nicht zufällig liegen in der institutionellen Bewertung LC und ITC, nämlich Schulen mit besonders hohem Mädchenanteil, vorne - im Gegensatz zum Ergebnis der *multiple-choice*-Tests (ebd.: 228).

Ergebnis der Studie ist also, daß sowohl die wissenschaftlichen und insbesondere technischen Fächer als auch das geschlechtsspezifische Leistungsprofil in der humanistischen Kultur des italienischen Schulwesens auf dem institutionellen Wege eine Bewertung erfahren, die nicht ausschließlich auf die Lernleistung der Schüler zurückzuführen ist und insofern kein gerechtfertigtes Urteil über die Qualität der Vermittlung von Wissen in den verschiedenen Schultypen gestattet⁷⁰. Vielmehr würde die bessere Qualität der LC und ITC, die ihnen aufgrund

70 Mit der in Italien unüblichen Methode des *multiple-choice*-Tests zielt Gasperoni ferner auf ein weiteres Problem, das nach Meinung vieler Autoren eine zentrale Schwäche des italienischen Schulsystems darstellt: Die Frage der Leistungsbeurteilung mit einer verallgemeinerten Methode wurde vernachlässigt, was mit der idealistischen Prägung des Schulwesens zusammenhängt, in dem die gesamte Person, „ihr geistiges und moralisches Wachstum bewertet, nicht abgetrenntes abstraktes Wissen gemessen werden sollte“ (Lombardo-Radice, zit. n. Gasperoni, 1996: 91, Fußn. 7, Übers. R. S.). So sind noch heute die wichtigsten Kriterien der Leistungsbewertung der

der institutionellen Leistungsbeurteilungen zugeschrieben wird, eher einer Reproduktion des Prestiges eines Schultyps, das mit der darin vorliegenden sozialen Struktur korrespondiert, entsprechen, als die effektiven Lernleistungen der Schüler wiederzugeben. Die Kriterien der Leistungsbeurteilung seien also zum einen beeinflusst von der sozialen Konnotation des Schultyps, zum anderen vom unhinterfragt wirksamen humanistischen Bildungsideal, mit dem Ergebnis, daß die Hierarchie der Schultypen, wie sie mit der Reform Gentile definiert worden ist, fortbesteht und so die Maßnahmen, mit denen die institutionelle Selektion reduziert werden sollte, tendentiell aufgehoben würden (ebd.: 231f.).

Diese Ausführungen zeigen die vielschichtige Realität des italienischen Schulsystems, und daß Vorsicht angebracht ist bei der Übernahme von Allgemeinplätzen, die nur die oberste Schicht dieser Realitäten wiedergeben. Allerdings ist die Rekonstruktion tieferer Schichten mangels zuverlässiger Anhaltspunkte sehr schwierig. Nicht selten reproduzieren auch Autoren und Institutionen nichts anderes als die griffige Oberfläche, gerade weil empirische Untersuchungen angesichts der fortwirkenden idealistischen Schulkultur, die kaum thematisiert und deshalb nicht kritisch aufgearbeitet wurde, weitgehend fehlen.

3.4.3. Indizien des „*disagio educativo*“

Censis (1985: 247ff.) hat zur Unterscheidung von äußeren Umständen, die sich auf die Qualität der Schulkarrieren auswirken, zwei Begriffe geprägt: *rischio educativo*, etwa: Erziehungsrisiko, und *disagio scolastico*, zu umschreiben als materielle Schwierigkeiten, die bspw. von der Schulausstattung herrühren. Unter *rischio educativo* werden v. a. die soziokulturellen Voraussetzungen des Schülers verstanden, *disagio educativo* ist der institutionellen Vorgabe zugewandt. Während die soziokulturellen Faktoren in den soziologischen Analysen zu Bildung und Mobilität aufgehen, sind die Faktoren des *disagio scolastico* noch nicht thematisiert worden. Diese Probleme liegen v. a. in der Peripherie und im Süden vor und können z. T. zur Erklärung des Nord-Süd-Gefälles auch in den Bildungschancen beitragen. Auslöser dieser Ungleichheiten ist die unterschiedliche Höhe der Aufwendungen der öffentlichen Hand in den strukturschwachen Gebieten, was den gesamten Süden betrifft. Sowohl Staat als auch Gebietskörperschaften wenden pro Schüler im Süden weniger Mittel als in anderen Landesteilen auf (Censis, 1995: 137), was sich u. a. auf die Qualität der Schulausstattung auswirkt. Raumprobleme waren in den Jahren der stärkeren Expansion besonders gravierend: 1976 standen in 10,6% der Grundschulen, 4% der

individuelle Fortschritt, die Motivation und der Fleiß eines Schülers, vor denen das angeeignete Wissen in den Hintergrund tritt (ebd., 98f.). Bezeichnend sind diesbezüglich auch die Erfahrungen mit Lehrern und Schulleitern, die Gasperoni mit seiner Untersuchung gemacht hat, wo er weniger auf Neugier und Interesse an den Ergebnissen als auf Versuche, „eine gute Figur abzugeben“, stieß und typischerweise im humanistischen Gymnasium den größten Widerstand antraf (ebd.: 93f.).

Mittelschulen und 3% der Sekundarschulen nicht genügend Klassenzimmer zur Verfügung (Censis, 1980: 107). Dieses Problem hat sich mit sinkenden Schülerzahlen z. T. von allein gelöst; es gibt aber bis heute Schulen, in denen der Unterricht in doppeltem oder dreifachem Turnus oder in ungeeigneten Räumen erteilt wird. Dabei ist der Süden besonders benachteiligt: Während im Schuljahr 1992/93 im Norden 3,4%, im Zentrum 6,2% der Sekundarschüler in ungeeigneten Räumen unterrichtet wurden, waren dies im Süden 13,8%. Nicht genügend Klassenzimmer standen 2,3% der Schüler im Norden, 2,2% im Zentrum, aber 16,2% im Süden zur Verfügung (ISTAT, zit. n. Gasperoni, 1996: 185).

Andere Indikatoren verweisen wiederum auf die Unterschiede zwischen den Schultypen und darauf, daß sich der Schulbesuch unter mehr oder minder beschwerlichen Bedingungen vollzieht: Häufigkeit des Wechsels von Lehrern und Rektoren, Anzahl der fest in einer einzigen Schule beschäftigten Lehrer, Aufnahme einer (Teilzeit-)Arbeit während des Schuljahres oder in den Ferien, die Zeit, die zum Zurücklegen des Schulweges nötig ist – sie alle deuten darauf hin, daß Gymnasiasten mehr Zeit für sich und zum Lernen haben und daß in den Gymnasien eine größere Kontinuität des Personals vorliegt (Gasperoni 1996: 39ff., Censis 1995: 118, 136ff.).

Ausgehend davon, daß „Informationen über die schulischen Leistungen noch nicht verfügbar sind“ (Censis, 1995: 138), hat das Forschungsinstitut eine Landkarte zu den Kontextbedingungen entwickelt, die gestattet, die Unterschiede in den sozialen und bildungsbezogenen Realitäten in verschiedenen Landesteilen abzubilden. Es wurde ein „synthetischer Index zur Marginalisierung im sozialen und schulischen Bereich“ entwickelt, in den Indikatoren zu wirtschaftlicher und sozialer Marginalisierung sowie der Beschulungsgrad⁷¹ eines definierten Territoriums eingehen.

Dieser Index wurde auf Provinzen und Regionen angewandt (s. Schaubild 12 weiter unten und Tab. 23, 24 im Anhang). Schon ein erster Blick auf die regionale Verteilung bestätigt nicht einfach das Nord-Süd-Gefälle, was mit der Aggregation nach Provinzen noch deutlicher wird, wenn beispielsweise das toskanische Lucca auf Platz 74 vor dem sizilianischen Trapani, Torino auf dem 78. Platz nach Catania rangiert. Das Nord-Süd-Gefälle kann also nicht als alleinige Erklärung für schlechte Bedingungen im sozialen und schulischen Bereich herangezogen werden. Dies soll nicht darüber hinwegtäuschen, daß der Süden Italiens in mehrfacher Hinsicht mit der

71 Zur Bestimmung der wirtschaftlichen und sozialen Marginalisierung benützt (Censis, 1995: 140) über 70 Indikatoren, von denen hier nur einige aufgeführt werden können:

wirtschaftliche Indikatoren: z. B. Anteil der in der Landwirtschaft tätigen Personen, der Arbeitslosen, der weiblichen Arbeitslosen, Zahl der Einkaufszentren pro 100.000 Einwohner, Auswanderungsquote, pro-Kopf-Einkommen u. a.

soziale Indikatoren: z. B. Zahl und Art von Straftaten, Ausmaß der sozialen Unruhen, Grad der Erschließung des Geländes, Wohndichte, Zahl von Krankenhäusern und Altersheimen, Häufigkeit und Art des Konsums von kulturellen Ereignissen, Zahl der Schulen, Beschulungsgrad, Übergangshäufigkeit, Zahl der abgeschlossenen Reifeprüfungen u. a.

Entwicklung einiger Provinzen des Nordens und des Zentrums nicht Schritt hält. Daneben wird aber deutlich, daß sowohl Urbanisierung als auch periphere Lage zur Marginalisierung beitragen können, die sich auf die Schulqualität auswirkt und sich in dieser ausdrückt. Insgesamt wäre also die Frage nach der geographischen Verteilung der Bildungschancen aufzulösen nach dem Kriterium Zentrum-Peripherie. Darauf verweisen auch Cavalli und De Lillo (1993: 19), die feststellen, daß die besten Bedingungen, um zum Schul- bzw. Universitätsabschluß zu gelangen, nicht entlang der Achse Nord-Süd verteilt sind, sondern stärker von der Größe des Wohnorts abhängen und optimal sind in Städten unter 250.000 Einwohnern.

Schaubild 12: Bildungslandkarte nach Provinzen



Quelle: Censis 1993: 208

3.5. Zusammenfassung

Auf drei Ebenen sind Veränderungen festzustellen: Die Logik und Schwerpunkte der Selektion haben sich im Laufe des Untersuchungszeitraumes verändert, im Verhalten der Schüler sind neue Muster zu erkennen, die Fachliteratur kehrt zur Frage der Selektion zurück und entdeckt auch neue Positionen, die alte Übel allerdings nur bestätigen können.

Unabhängig von den dargestellten Daten kann festgehalten werden, daß die Wahl der Schule mit sozioökonomische Determinanten zusammenhängt und daß darüber die Weichen für die anschließende Schulkarriere gestellt werden. In den verschiedenen Schultypen bestehen unterschiedliche Erfolgsaussichten, darüber hinaus zeigt sich in typischen Mustern der Fortführung der Studien an der Universität, daß der besuchte Schultyp durchaus determinierende Funktion haben kann, da die Wahrscheinlichkeit, einen akademischen Abschluß zu erreichen, für Abgänger der Gymnasien höher ist als für die Schüler mit berufsorientiertem Abschluß, welche sich wiederum eher aus sozial schwächeren Schichten rekrutieren (Gatullo, 1991: 151).

Allerdings gibt es Hinweise, daß die allgemein angenommene Hierarchie zwischen den einzelnen Schultypen, die auf dem klassischen humanistischen Bildungsideal beruht - mit den Gymnasien an der Spitze, gefolgt von den berufsorientierten Schulen und mit den Schulen, die auf praktischen ausführenden Tätigkeiten vorbereiten, an letzter Stelle - nicht unbedingt der Realität entspricht. Als Bild, als Vorstellung beispielsweise von Lehrern und Forschern, existiert diese Ordnung des Schulsystems weiter, aber die empirische Kontrolle des qualitativen *Output* einzelner Schultypen bestätigt dieses Bild nicht durchgängig. Davon bleibt aber das Weiterbestehen einer hierarchisch geordneten Qualität an sich unberührt, nur die konkrete Anordnung und die sie determinierenden Kriterien, nämlich humanistisches Bildungsideal vs. technisches Wissen, werden zum Objekt der Diskussion.

Für die Frage der Effizienz des Schulsystems wurde anhand der Entwicklung der Selektion seit den 50er Jahren gezeigt, daß, nachdem die institutionellen Hürden wie *scuola di avviamento al lavoro* und Lateinunterricht in der *scuola media* abgeschafft waren, eine Verlagerung des Schwerpunktes der Selektion vom Pflicht- in den Sekundarbereich stattgefunden hat, daß aber auch die *scuola media* weiterhin stark selektiv bleibt. Ferner konzentriert sich die Selektion immer mehr auf den Beginn eines Zyklus und könnte als meritokratische Selektion verstanden werden, würde sie nicht das Muster der soziokulturellen und -ökonomischen Hierarchie in der Gesellschaft reproduzieren. Die Schultypen, die von Jugendlichen aus den unteren gesellschaftlichen Schichten besucht werden, zeigen die schlechtere Effizienz. Ferner wird gerade durch die kurze Dauer der Schulpflicht indirekt ein Ausschluß praktiziert, denn wer bereits am Anfang auf Schwierigkeiten stößt, wird um so leichter aufgeben, gerade wenn keine Schulpflicht daran hindert. Insgesamt ist

also festzustellen, daß die formellen und informellen Hürden sich gewandelt haben, wenig dagegen das Substrat der Selektion.

Veränderungen im Verhalten der Schüler in jüngerer Zeit wurden über den Zuwachs der Schülerzahlen zwischen den einzelnen Schuljahren im Sekundarwesen festgestellt. Ein- und Austritte scheinen häufiger als früher vorzukommen. Darüber hinaus zeichnet sich ein Einstellungswandel bei Jugendlichen ab, der auch in der Fachliteratur Ausdruck findet. Die übliche Einschätzung, daß der Abbruch des Schulbesuchs Marginalisierung im sozialen und Arbeitsleben sowie Selbstbeschuldigung und Identitätsproblemen bedeute (z. B. Ribolzi, 1990: 50), wird in anderen Untersuchungen (Scanagatta, 1993: 65ff.; Mottana, 1990: 131ff.) in Frage gestellt und relativiert. Hier wird der Funktionsverlust der Schule für viele Jugendliche thematisiert, die das Verlassen der Schule als emanzipatorisch und befreiend erleben und nach kurzer Zeit die Motivation zur Weiterbildung wiederfinden, beispielsweise in Abendkursen und Privatschulen, oft parallel zur Erwerbstätigkeit.

Es ist also denkbar, daß die schulische Selektion weniger für die Individuen, als für die Schule ein Problem wird: ihre Funktion und Zentralität wird in Frage gestellt. Als Sozialisationsinstanz gewinnt die Familie an Bedeutung (Scanagatta, 1993: 69f.), die Relevanz des in der Schule vermittelten Wissens für die Entwicklung einer beruflichen Perspektive ist bestenfalls umstritten (ebd.: 67), Titel, soweit sie nützlich sind, können leichter im privaten Schulsektor erworben werden.

Nichtsdestotrotz steigt die Nachfrage nach Bildung, der Eintritt in die Sekundarstufe wird versucht, und noch ist es vorzuziehen, einen Bildungsabschluß zu erreichen, selbst wenn er nur noch in gewissem Maße vor dem Abstieg schützen kann (D'Alessandro, 1996: 114). Gerade davor, dem Funktionsverlust der Schule nichts entgegenzusetzen und ihre Rolle einseitig auf die Vermittlung von auf dem Arbeitsmarkt verwertbarem Wissen zu reduzieren, wird gewarnt. Wissenschaftler humanistischer Prägung wie Tullio-Altan (Tagung der Lehrgewerkschaft CIDI, Bologna, Mai 1996) beklagen den *analfabetismo di ritorno*, extreme Spezialisierung auf einem Gebiet, z. B. Informatik, und eklatante Lücken in der Allgemeinbildung bis hin zur Unfähigkeit, korrekt zu schreiben. Nicht nur die Vermittlung von Kulturtechniken, auch die selbstdefinierte Aufgabe der Schule, die Individuen mit der Fähigkeit auszustatten, ihre Umwelt kritisch zu reflektieren, werden als Basis einer demokratischen Ordnung eingefordert. Dieser umfassende Bildungsauftrag wird im italienischen Schulsystem nur eingeschränkt umgesetzt. Wie gezeigt wurde, liegen zwei Tendenzen vor, die dem zuwiderlaufen: die Tendenz zur Delegation, die sich im Bedeutungszuwachs des privaten Sektors zeigt, der von der christdemokratischen Partei mehr oder minder offen gefördert wurde, und die Tendenz zum Ausschluß, indem Jugendliche mit

ungenügenden Voraussetzungen, was ihre Bildung sowie Ausbildung betrifft, dem Arbeitsmarkt überlassen werden und somit das Risiko besteht, dass sie von der Arbeitsgesellschaft ausgeschlossen bleiben.

Den Perspektiven, die Jugendliche mit und ohne *Credentials* auf dem Arbeitsmarkt antreffen, ist das nächste Kapitel gewidmet.

4 Bildungsabschlüsse und Arbeitsmarkt

Nachdem das italienische Schulsystem unter verschiedenen Aspekten dargestellt wurde, sollen nun die Chancen untersucht werden, die der erfolgreiche Schulabschluß eröffnet.

Es sollen hier die für das Thema relevanten Charakteristika der allgemeinen Entwicklung herausgearbeitet werden und die Frage nach der Nützlichkeit von Schulbildung in Form von Titeln gestellt werden: Finden Jugendliche mit höheren Abschlüssen leichter Arbeit? Dies wird anhand statistischer Daten zur Beschäftigung bzw. Arbeitslosigkeit von Jugendlichen untersucht. Aufgrund der mangelhaften Datenlage ist jedoch eine zusammenhängende Analyse des gesamten Untersuchungszeitraumes nicht möglich.

Drei relativ unzusammenhängende Rahmenbedingungen seien vorab festgehalten, um den Bedeutungshorizont des Problems „Arbeit“ abzustecken:

1. Eine Konstante, die nicht nur die italienische Wirtschaft, sondern auch die Gesellschaft und allgemeinen Lebensbedingungen prägt, ist die grundsätzliche Knappheit an Arbeitsplätzen. Kennzeichen dafür sind die verschiedenen Migrationswellen, die, im letzten Jahrhundert beginnend, in den ersten Jahren des 20. Jahrhunderts besonders stark waren und dann nach dem Zweiten Weltkrieg viele Italiener nach Übersee, ins europäische Ausland⁷² oder auch „nur“ in den dynamischeren Nordwesten Italiens ziehen ließen.
2. Die Verfassung der Italienischen Republik hält in Artikel 1, Absatz 1 die Bedeutung von Arbeit fest: *L'Italia è una Repubblica democratica, fondata sul lavoro*. Arbeit stellt also die Grundlage der demokratischen Verfassung des Landes dar. Dieser Hinweis ist als normative Setzung eines Gegensatzes zu früheren Ordnungen zu verstehen, die auf anderen Werten gegründet waren (z. B. Besitz). Arbeit soll als höchstes Bewertungskriterium für die Position, die einem Bürger zukommen solle, gesetzt werden, als Mittel zur Selbstverwirklichung der Person und als Pflicht jedes Einzelnen, das ihm mögliche Höchstmaß - gemäß seiner „natürlichen Talente“ - zum allgemeinen Wohlstand beizutragen (Mortati, 1976: 157). Die soziale Stellung soll also vom Beitrag, den ein Individuum erbringt, und nicht von erblichen Privilegien abhängen. Dieser Passus ist eine Besonderheit der italienischen Verfassung, in ihm ist die Stärke der Arbeiterbewegung zu erkennen (Drüke, 1986: 127), durch ihn sollte den historischen und wirtschaftlich-sozialen Charakteristika des Landes Rechnung getragen werden (Falzone et al., 1993: 25).

⁷² Die *Encyclopedia dell'Economia Garzanti* (1992: 745) schätzt, daß zwischen 1871 und 1971 ca. 9,5 Millionen Einwohner das Land verlassen haben.

3. In der Wertehierarchie von Jugendlichen zwischen 15 und 24 Jahren nimmt „Arbeit“ den dritten Platz, nach Familie und Freundschaft/en, ein. Darauf folgen Freizeit, Studium und Kultur, Sport, soziales Engagement, Religion und schließlich politische Aktivität. Zehn Jahre zuvor stand „Arbeit“ an zweiter Stelle. Dies dürfte weniger als Bedeutungsverlust zu interpretieren sein, sondern eher eine Anpassung an die äußeren Bedingungen ausdrücken. Die Dauer der Suche der ersten, nicht unbedingt festen Arbeit provoziert eine Verlängerung des Zeitraumes, in dem eine Person als Jugendliche/r verstanden werden kann, und eine Verlängerung des Verbleibs in der Familie - ein in Italien ohnehin besonders ausgeprägtes Phänomen. Ferner wird davon ausgegangen, daß mehr Jahre in Bildung investiert werden, als dies der Fall wäre, wenn die Arbeitsuche schneller zu einem befriedigenden Ergebnis führte (Cavalli/ De Lillo, 1993: 76ff.).

Aus den Grundlagen zur wirtschaftlichen Entwicklung ist zu entnehmen, daß die Chancen von Jugendlichen auf dem Arbeitsmarkt nie gut waren. Die Ursachen hierfür liegen zum einen in der italienischen Wirtschaftsentwicklung, die weitgehend auf unqualifizierter Arbeit beruhte, zum anderen verweisen sie auf Funktionsdefizite des Bildungssystems.

Barbagli (1974: 308ff.) hat darauf hingewiesen, daß Italien direkt nach dem zweiten Weltkrieg den im europäischen Vergleich höchsten Anteil an Studenten aufwies, gleichzeitig aber auch eine sehr hohe Zahl von Analphabeten. Auf politischer Ebene bestand kein Zweifel, daß die Zahl der Akademiker nicht vom Arbeitsmarkt aufgenommen werden konnte, und die Parteien stritten sich um geeignete Maßnahmen, den Strom der arbeitslosen Intellektuellen, die ein soziales Problem zu werden drohten, zu bremsen. Sowohl bei den Sekundarschulabgängern (*diplomati*), wobei die Grundschullehrer besonders betroffen waren - auf 6.000 Stellen bewarben sich rund 10.000 Lehrer (ebd.: 311) -, als auch bei Universitätsabsolventen (*laureati*) war die Situation schwierig. Abgängern sowohl humanistischer als auch technisch-wissenschaftlicher Fakultäten standen zu Beginn der 50er Jahre wenige angemessene Arbeitsstellen zur Verfügung: für eine Stelle im öffentlichen Bereich bewarben sich durchschnittlich 16 Akademiker⁷³ (ebd.: 312). Die geringe Absorptionsfähigkeit des Arbeitsmarktes führte insbesondere bei den Sekundarschulabgängern häufig zur Bewerbung auf einer tieferen Qualifikationsstufe⁷⁴ (ebd.: 308ff.). Wenn überhaupt, so kamen diese qualifizierten Arbeitskräfte nicht in der Industrie, sondern im Dienstleistungssektor unter: 81% der *diplomati*, 86% der *laureati* fanden 1951 dort eine Anstellung. Dies ist für

73 Barbagli stützt sich auf Daten zu öffentlichen Ausschreibungen, da für den fraglichen Zeitraum nur dazu Daten vorliegen (ders., 1974: 312).

74 Barbagli zitiert den Abgeordneten Sciorilli Borelli (PCI), der 1954 über junge Grundschullehrer berichtete, die sich nachhaltig um eine Anstellung als Maurer beim Bau von Elektrizitätswerken und anderen Konstruktionen

Barbagli ein Hinweis darauf, daß der Stellenausbau im öffentlichen Bereich zu gutem Teil auf den sozialen Druck zurückzuführen ist, daß also die Nachfrage nach Qualifikationen als Reaktion auf das Überangebot anzusehen ist und nicht aus einem genuine Bedarf oder aus der wirtschaftlichen Entwicklung resultierte. Dementsprechend wird die Expansion des öffentlichen Sektors als „verschleierte Arbeitslosenunterstützung“ bezeichnet (Sylos-Labini, zit. n. Barbagli, 1974: 319), die in besonderer Ausprägung im Süden des Landes vorlag (ebd.).

Die Jahre des Wirtschaftswunders führten zur Vollbeschäftigung bei den Universitätsabgängern, deren Zahl allerdings zwischen 1951 und 1961 kaum zunahm (von 20.000 auf 23.000). Bei den Sekundarschulabgängern (mit Ausnahme der Abgänger der IM) hatte sich die Situation insofern entspannt, als deren Anteil an der Arbeitslosenzahl zurückging. Allerdings wurden sie zum großen Teil als Arbeiter oder ausführende Angestellte beschäftigt, erfuhren also eine Deklassierung. Dies galt für die Abgänger praktisch aller Schultypen, einschließlich der IT (mit Ausnahme der IT *per geometri*). Gerade die Deklassierung der an den IT Ausgebildeten läßt Zweifel an der Annahme der Vollbeschäftigung aufkommen, da selbst die Kategorie, die damals als die stärkste Komponente auf der Angebotsseite betrachtet wurde, keine bildungsadäquate Beschäftigung fand (ebd.: 340).

Mit den Wirtschaftskrisen seit Mitte der 60er Jahre verbesserten sich die Chancen der Jugendlichen am Arbeitsmarkt kaum. Die Nachfrage nach Arbeitskräften, insbesondere hochqualifiziertem Personal, stieg in der Industrie wenig, diese Tendenz überkreuzte sich mit dem durch Bevölkerungszuwachs und Bildungsexpansion steigenden Angebot gerade besser qualifizierter Schulabgänger. Pflichtschul- und Sekundarschulabgänger fanden nun leichter eine Stelle, allerdings absorbierte der öffentliche Dienst den Hauptanteil davon (v. Blumenthal, 1978: 136). Dennoch blieb das Angebot an höher Qualifizierten (*diplomati* und *laureati*) weit über der Nachfrage, was bei Personen mit Pflichtabschluß nicht in solchem Ausmaß der Fall war. Die Zahl derer, die eine Erstanstellung suchten, stieg im Falle der Höherqualifizierten zwischen 1960 und 1975 - ihre Chance, einen Arbeitsplatz zu finden, war gesunken (ebd.: 137ff.). Neben der höheren Entlohnung von besser Qualifizierten bewirkte ein anderer Umstand, daß besonders die Sekundarschulabgänger am Arbeitsmarkt schlecht „ankamen“: die geringe Entsprechung zwischen den in der Schule vermittelten und den im Arbeitsleben erforderlichen Kompetenzen. Bereits 1973 wurde vom Schulministerium selbst festgestellt, daß die Spezialisierungen der IT und der IP nicht den Anforderungen des Arbeitsmarktes entsprachen und den technologischen Veränderungen nicht Rechnung trugen. Zwar war formal das Ausbildungsangebot ausgeweitet

bemühten (ders., 1974: 323). Neben der Problematik der Qualifikation verweist die Bemerkung auf das Phänomen des Klientelismus (vgl. Teil 3).

worden, dies erwies sich aber in der Praxis als wertlos und wird deshalb eher im Sinne einer gesellschaftspolitischen Maßnahme als rein formale Steigerung der Chancengleichheit und Aufschub der potentiellen Arbeitslosigkeit von Jugendlichen durch deren Absorption im Bildungssystem interpretiert (Barbagli, 1974: 463; Varine, 1979: 81).

Auch die von der Industrie seit den 70er Jahren geäußerte Kritik am „Qualifikations-*Output*“ der Schulen bezog sich auf die ungenügende technische Ausbildung. Daneben trat aber noch ein anderer Aspekt zu Tage: Die Sozialisationsfunktion der Schule, die Bedeutung der nicht-berufsspezifischen Kompetenzen nahm im Lauf der Zeit zu, wie der aktualisierte „Forderungskatalog“ der Confindustria⁷⁵ zeigt: Die Zentralbegriffe der 90er Jahre sind „Technologie des Wissens“ und „Flexibilität“. Gefragt sind nicht nur neue wissenschaftlich-technische Qualifikationen, sondern Anpassungsfähigkeit auf allen Ebenen. Dazu gehören erstens kognitive Fähigkeiten, die eine kontinuierliche Assimilierung von neuem Wissen gestatten, und zweitens persönliche Charakteristika und Einstellungen, wie Führungsqualitäten und die Fähigkeit, Veränderungen positiv aufzufassen. Aufgabe der Schule wäre, die „Fähigkeit, zu lernen“ zu vermitteln, und nicht nur Wissen als solches (Confindustria, 1988: o. S.).

Zwischen 1978 und 1994 nahm die Zahl der aktiven Bevölkerung um 1,9 Millionen zu. Diese Zahl ist identisch erstens mit dem Zuwachs an Arbeitsuchenden und zweitens mit dem Zuwachs des Aktivitätsgrades der Frauen (ISFOL, 1995: 37ff.). In diesem Zeitraum nahm der Anteil der unteren Qualifikationen in der aktiven Bevölkerung ab, insbesondere bei den Jugendlichen. Dies ist auf die stärkere Verbreitung höherer Titel durch die Bildungsexpansion zurückzuführen. Die 14- bis 29jährigen stellen weiterhin das am stärksten von Arbeitslosigkeit betroffene Bevölkerungssegment dar: Ihr Anteil an der Gesamtarbeitslosigkeit ist von 76% im Jahr 1978 auf 67% im Jahr 1993 gesunken. Dabei sind die Sekundarschulabgänger mit 91% resp. 80% und die Absolventen des Pflichtbereiches mit 89% resp. 71% besonders betroffen (s. Tab. 21 im Anhang).

Dem steht ein Zuwachs an Universitäts- und Sekundarschulabgängern in der beschäftigten Bevölkerung seit 1978 gegenüber (s. Tab. 19 im Anhang), der zu einer - an der Verteilung der Abschlüsse in der Bevölkerung gemessenen - überproportionalen Präsenz von *laureati* und *diplomati* unter den Beschäftigten geführt hat. Betrachtet man jedoch die Zahlen der Arbeitsuchenden, so relativiert sich das Bild: 1993 ist der Anteil der Sekundarschulabgänger an den Arbeitsuchenden mit fast 80%, der der Hochschulabgänger mit fast 64% weit höher als ihr Anteil an den Beschäftigten (s. Tab. 21 im Anhang). Insgesamt liegt eine Entwicklung vor, in der die Zahl der gebildeten Arbeitslosen stark zugenommen hat, obgleich der Arbeitsmarkt flexibler

⁷⁵ Confindustria ist die Organisation der italienischen Großunternehmer.

geworden ist. Allerdings scheint ein höherer Bildungsabschluß bei der Arbeitsuche nach dem Verlust eines Arbeitsplatzes keinen Vorteil darzustellen: ein Titel wird beruflicher Erfahrung nicht vorgezogen (ISFOL, 1995: 45).

Was die Flexibilität des Arbeitsmarktes betrifft, so weist Capecchi (1979: 74) darauf hin, daß Ende der 70er Jahre bei den 14-29jährigen ein Rückgang des Anteils an den Beschäftigten und an den Arbeitsuchenden festzustellen ist (s. Tab. 20 im Anhang). Dies wird damit erklärt, daß Jugendliche mangels Aussichten am Arbeitsmarkt sich von den offiziellen Arbeitslosenlisten zurückziehen und sich in Kursen, Schule oder Universität weiterbilden und/oder nebenbei unter wenig abgesicherten Bedingungen arbeiten ⁷⁶.

Wie bei den Themen der Bildungsexpansion und der Selektion liegen auch beim Übergang auf den Arbeitsmarkt spezifische Unterschiede zwischen den Geschlechtern vor. Während 92,5% der Männer zwischen 25 und 34 Jahren zur aktiven Bevölkerung zählen, ist dies bei den Frauen im gleichen Alter nur zu 64,6% der Fall. Der maximale Anteil liegt bei den Männern bei Personen mit Pflichtschulabschluß (97,3%), bei den Frauen beim Hochschulabschluß (89,5%), der nur knapp unter dem der Männer liegt (91,1%). Die Beteiligung am Arbeitsleben steigt bei Frauen vom Grundschulabschluß bis zur *laurea*. Dies ist bei Männern nicht der Fall, da Sekundarschulabgänger einen geringeren Aktivitätsgrad aufweisen als Hochschulabgänger (ISTAT, 1995c: 45). Dies wird gerade bei der starken Bildungsbeteiligung von Mädchen immer relevanter, da die Integration der Frauen ins Erwerbsleben auf höherer Ebene weniger Hindernisse anzutreffen scheint als auf unterem Qualifikationsniveau. So stellen Anwältinnen über 42 Jahre 6,8%, unter 30 Jahren aber 42% der im Berufsregister eingetragenen Anwälte und Anwältinnen dar und sind in einigen Regionen bereits in der Überzahl. Auch in der Berufskategorie der Ärzte wird der Frauenanteil immer höher (Cartosio, Il Manifesto, 17.7.96). Allerdings sind junge Frauen weiterhin auf jeder Qualifikationsebene stärker von Arbeitslosigkeit betroffen als Männer im gleichen Alter: Bei den Personen mit Grundschulabschluß liegt die Arbeitslosenquote der Frauen bei 32%, bei den Männern bei 13%, beim Pflicht- und Sekundarschulabschluß sind ungefähr doppelt so viele Frauen wie Männer arbeitslos (19% vs. 8%, bzw. 19% vs. 10%), bei den akademischen Abschlüssen sind 22% der Frauen und 13% der Männer ohne Arbeit (ISTAT, 1995c: 44).

Diese Unterschiede zwischen den Geschlechtern werden durch die regionalen Unterschiede verstärkt. Junge Frauen stellen im Landesdurchschnitt ca. 30% der Nicht-Beschäftigten, im Süden

⁷⁶ Dem Rückgang der explizit aktiven Bevölkerung wird von Capecchi (1979: 73f.) die Dynamik der implizit Beschäftigten gegenübergestellt: die Zunahme von Heimarbeit, „Doppelarbeit“, wie sie z. B. bei arbeitenden

aber über 50% (vs. ca. 30% im Zentrum). Die Differenzierung der nördlichen Regionen nach Osten und Westen zeigt darüber hinaus eine weitaus stärkere Dynamik im Osten: Während noch 1981 dort 26% der weiblichen Jugendlichen keine Arbeit fand, halbierte sich diese Zahl bis 1991. Bis 1994 stieg sie dann allerdings wieder auf 16% an. Während die Möglichkeiten im Erwerbsleben für junge Männer im Norden, wiederum insbesondere im Nordosten des Landes (knapp 10% arbeitslose Jugendliche), deutlich besser sind, liegt ihre Arbeitslosenquote im Süden mit 35% zwar nicht so hoch wie bei den Frauen, aber ebenfalls deutlich über dem nationalen Schnitt. Eine ansteigende Tendenz zwischen 1991 und 1994 liegt ebenso bei männlichen Jugendlichen vor (s. Tab. 22 im Anhang); sie ist auf die Krise der 90er Jahre zurückzuführen (vgl. Grundlagen).

Die Dauer der Arbeitsuche war erheblich und hat sich eher erhöht⁷⁷ (ISTAT, 1995c: 44ff.). Im Jahr 1971 brauchten 19,7% der Personen mit Grundschul- und Pflichtschulabschluß weniger als 3 Monate, um eine erste Anstellung zu finden, während 33,3% bis 6 Monate, 27,9% bis ein Jahr, der Rest länger (19,1%) auf der Suche nach der ersten Beschäftigung waren (ISTAT, 1972: Tab. 71, eig. Ber.). Zwanzig Jahre später betrug die Dauer der Arbeitssuche durchschnittlich 27 bis 32 Monate (ISTAT, 1993b: Tab. 1.36). Bei Personen mit Hochschulreife dauerte die Suche nach der ersten Beschäftigung 1971 bei 25,8% aller Sekundarschulabgänger bis zu 6 bzw. bei 27,5% bis zu 12 Monate, 35,8% fanden noch später eine Erstanstellung (ISTAT, 1972: Tab. 71, eig. Ber.). Zwanzig Jahre später dauerte die Suche nach der ersten Arbeitsstelle für Sekundarschulabgänger bis 24 Jahre durchschnittlich 21 Monate, bis 29 Jahre 27 Monate (ISTAT, 1993b: Tab. 1.36). Auch bei den Akademikern hat sich die Situation nicht verbessert, sondern nur weniger verschlechtert: Die Wartezeit stieg von 12 auf 21 Monate, also auf etwas weniger als das Doppelte. Für die über Dreißigjährigen dauerte 1991 die Suche nach einer Erstbeschäftigung durchschnittlich 45 Monate bei Pflichtschulabschluß, 46 Monate bei Hochschulreife und 44 Monate bei Hochschulabschluß (ebd.).

Die Unterschiede in der mittleren Dauer der Suche nach einer Erstanstellung nach Geschlecht sind nicht sehr hoch. Außer bei Personen ohne Abschluß oder mit Grundschulabschluß liegt sie bei Frauen durchweg leicht, um einen bis drei Monate, höher (ebd.).

Studenten und Pensionierten vorliegt, Schwarzarbeit, kurz: das Anwachsen der nicht abgesicherten Beschäftigung in der parallelen Wirtschaft.

⁷⁷ Die Daten sind nur bedingt vergleichbar, da für das Jahr 1971 nur nach Bildungsabschluß, nicht jedoch nach Alter unterschieden wird. Bei den Zahlen zu 1991 handelt es sich um Altersgruppen (14 bis 24 und 25 bis 29 Jahre sowie über 30jährige), die nach Bildungsabschlüssen gegliedert werden. (ISTAT, 1972, Tab. 71; ISTAT, 1993b: Tab. 1.36)

Im europäischen Vergleich liegt die Arbeitslosigkeit von 25-34jährigen mit Sekundarschulabschluß oder abgeschlossenem Hochschulstudium relativ hoch. In Italien bzw. im OECD-Schnitt betrug die Arbeitslosigkeit bei Sekundarschulabgängern 12,7% versus 7,8%, bei Akademikern 14,7% gegenüber 5,7% (ISTAT, 1995c: 51).

Eine kritische Position gegenüber dem Befund aufgrund von ISTAT-Daten bezieht Reyneri (1997: 34). Er nimmt zwar ebenso an, daß die Schwierigkeiten, Arbeit zu finden, bei gleicher Bildung für die Kinder der höheren sozialen Schichten geringer seien, glaubt aber, daß dieses Phänomen überbewertet würde und nur die Suche nach der ersten Anstellung beträfe. Ferner hält er die Altersaufteilung für ungeeignet, das Phänomen korrekt zu eruieren: In der Regel würde nur eine Altersgruppe, die von 14 bis 29 Jahren reichte⁷⁸, untersucht. Nur bei einer Aufteilung in Jugendliche zwischen 14 und 19, 20 und 24 sowie 25 und 29 Jahren könne der Schulabschluß getrennt gehalten werden, da bspw. Personen mit Hochschulabschluß sich schwerlich bereits mit 20 Jahren auf Arbeitsuche begeben. Somit würde aufgrund der herkömmlichen Altersgruppierung die Arbeitslosigkeit von Personen mit niederem Bildungsabschluß unterschätzt, und jene von Personen mit Sekundar- und Hochschulabschluß überschätzt. Deutlich benachteiligt seien die Sekundarschulabgänger nur Ende der 70er Jahre gewesen, anschließend habe sich ihre Lage kontinuierlich verbessert, während für Schulabbrecher und Pflichtschulabgänger die Chancen auf dem Arbeitsmarkt stetig schlechter geworden seien. Hier wird erneut das Problem der Qualität von Daten deutlich. Die Argumentation von Reyneri bezüglich der Altersgruppen ist zwar überzeugend, aber er gibt nicht eine einzige empirische Untersuchung noch andere Quellen an, aus denen er seine Kritik nährt.

Insgesamt können folgende grobe Tendenzen herausgearbeitet werden: In jüngerer Zeit sind die Chancen für Qualifizierte deutlich gestiegen, ihr Anteil an der beschäftigten Bevölkerung beträgt rund ein Drittel (Sekundarschule- und Hochschulabgänger) gegenüber weniger als 20% im Jahr 1978. Der Übergang von der Schule ins Erwerbsleben erweist sich jedoch als äußerst langwierig, es ist zudem fraglich, ob dies nicht dazu beiträgt, unabhängig von der erlangten Qualifikation irgendeine Tätigkeit aufzunehmen. Hinweise darauf liegen in einer Studie der Provinz Bologna vor. Darin wird gezeigt, daß drei Jahre nach dem Schulabschluß bei denen, die erwerbstätig waren, bei 33% der weiblichen und 25% der männlichen Personen keinerlei Zusammenhang zwischen Schulabschluß und ausgeübter Tätigkeit vorhanden war; kein oder ein geringer

⁷⁸ Sowohl ISTAT als auch Censis definieren auch eine Altersgruppe von 14 bis 24 Jahren (ISTAT, 1993, Tab. 1.36; Censis, 1996: 253, 255), die allerdings ebenso ungeeignet ist, da darunter die Pflichtschul- wie die Sekundarstufenabgänger subsumiert sind.

Zusammenhang lag bei 43% der weiblichen und 39% der männlichen Personen vor (Provincia di Bologna, 1995: 189).

In den 90er Jahren wurde der Arbeitsmarkt dynamischer, wie an den zunehmenden Stellenanzeigen in den Tageszeitungen zu erkennen war. Allerdings fehlte in den meisten Fällen ein Hinweis auf die für die ausgeschriebene Stelle erforderliche Qualifikation. Am meisten nachgefragt wurden Tätigkeiten in Verkauf und Vertrieb, Direktoren und Manager, Angestellte in Leitungsfunktionen sowie Arbeits- und Steuerberater, also hauptsächlich auf Erfahrung beruhende, nicht aufgrund der schulischen Ausbildung erworbene Fähigkeiten (ISFOL, 1995: 44; 63f.). Das Fehlen eines Hinweises zur nötigen Qualifikation kann zum einen damit erklärt werden, daß v. a. Erfahrung gefragt ist, zum anderen liegt auch der Gedanke nahe, daß ein schulischer Abschluß allgemein als wenig aussagefähig für die Fähigkeiten und Kenntnisse eines Bewerbers angesehen wird.

Ungleichheiten bestehen hinsichtlich der Geschlechter und zwischen den Landesteilen, sie überraschen nicht bzw. nur insofern, als weibliche Akademiker vergleichsweise glatte Übergänge ins Berufsleben zeigen. Auch hier jedoch ist Vorsicht angebracht bezüglich der Kongruenz von Titel und Tätigkeit⁷⁹.

Dieser Überblick über die Beschäftigungsaussichten von Jugendlichen muß vor dem Hintergrund gesehen werden, daß die Massenschulen IT und IP mit über 60% der Schülerschaft berufsbildende Schulen sind, daß also eigentlich der anschließende Übergang ins Berufsleben vorgesehen ist. Unter diesem Gesichtspunkt ist ein gravierendes Funktionsdefizit des italienischen Schulsystems bis in jüngste Zeit hinein insofern zu verzeichnen, als zwar das Ergebnis „Beruf“ vorgegeben wird, aber eine Annäherung an die Nachfrage, selbst im geringen Rahmen des Möglichen, bspw. durch Aktualisierung der Inhalte, nicht systematisch und geplant zum Ziel der Maßnahmen gemacht wurde.

⁷⁹ So werden z. B. Frauen mit abgeschlossenem Fremdsprachenstudium in Tätigkeiten eingesetzt, die dem Berufsbild der Fremdsprachenkorrespondentin entsprechen.

Teil 2

Chronologie der Schulpolitik in Italien

Einleitung

Schulpolitik in Italien kennt kaum Maßnahmen, die den regulären Verlauf von der Gesetzesvorlage bis zum von beiden Kammern des Parlamentes verabschiedeten Gesetz genommen haben. Vielmehr dominieren, aus Gründen, auf die in Teil 3 der vorliegenden Arbeit einzugehen sein wird, Gesetzesdekrete und andere Maßnahmen. Diese sind in gleicher Weise wie Gesetze zu berücksichtigen, insoweit sie für den Gesamtcharakter des Schulsystems relevant oder für eine politische Konstellation charakteristisch sind. Die Chronologie kann sich außerdem nicht auf die tatsächlich erfolgten Akte beschränken, denn auch gescheiterten Projekten kommt eine nicht zu vernachlässigende Bedeutung zu. Zu betonen ist allerdings, daß keine vollständige Liste der normativen Regulierungen angestrebt wird, da eine solche angesichts der Vielzahl kaum realisierbar wäre⁸⁰.

Die Auswahl der hier aufgenommenen Maßnahmen erfolgt gemäß der Beachtung, die italienische Autoren ihnen widmen, worin sich ihre Bedeutung für verschiedene Aspekte des italienischen Schulsystems reflektiert. Allerdings sollen auch bedeutsame Details beachtet werden. Die Chronologie wird also dementsprechend selektiv vorgehen. Der Blick soll dabei auf die politische Dimension, auf die bildungspolitische Artikulation und die Zielsetzung der Parteien und den zeitgeschichtlichen Hintergrund, nicht aber auf pädagogische Fragestellungen gerichtet werden.

Die Gliederung des Untersuchungszeitraumes entspricht Phasen, die schulpolitisch zwar nicht unbedingt als abgeschlossene, aber als in sich zusammenhängende Zeiträume angesehen werden können⁸¹. Es wird zunächst die Ausgangslage thematisiert, wie sie sich in der unmittelbaren Nachkriegszeit und in der Verfassunggebenden Versammlung darstellte (Kap. 1.). Danach folgte eine Phase, in der die Christdemokratische Partei als stärkste Regierungspartei in einer Koalition mit Parteien des rechten Spektrums ihre zentrale Stellung in Staat und Gesellschaft ausbaute. Analog dazu stand der schulpolitische Bereich unter dem dominierenden Einfluß der Christdemokraten (Kap. 2.). Diese Hegemonie wurde Mitte der 50er Jahre brüchig und mündete zu Beginn der 60er Jahre in einer offenen Krise. Mit dem Eintritt der sozialistischen Partei in die Regierungskoalition begann auch schulpolitisch die Zeit der Reformen: Der Reform der Mittelstufe 1963 folgten weitere innovatorische Maßnahmen bis hin zu den Demokratisierungsversuchen zu Beginn der 70er Jahre (Kap. 3.). Die folgende Phase ist geprägt vom Reformversuch des Sekundarbereiches: zunächst als Neugestaltung geplant und in

80 Zu Besonderheiten in der italienischen Gesetzgebung s. Teil 3.

81 Eine ähnliche Periodisierung nehmen Chiarante/Magni (1984: 184ff.) vor, allerdings unter Anwendung von allgemein-politischen Kriterien.

jahrelanger Diskussion wiederholt an der Unvereinbarkeit der Positionen von PCI und DC gescheitert, wurde er schließlich mit unzähligen Versuchsprojekten unterschiedlichster Reichweite und ungeklärten Erfolges von einer „schleichenden Reform“ ersetzt. Ferner wurden in diesem Zeitraum Teilmaßnahmen im Bereich der Mittelstufe und der Grundschule durchgeführt (Kap. 4.). Mit dem Regierungswechsel 1996 wurde das Schulministerium vom ehemaligen PCI übernommen, im Januar 1997 stellte Schulminister Berlinguer eine umfassende Reform des gesamten Schulsystems der Öffentlichkeit zur Diskussion vor. Mit der Darstellung dieses Projektes und des Standes der Auseinandersetzung wird die Chronologie abgeschlossen (Kap. 5.).

1. Die Phase des Übergangs zur Republik

Die Zweiteilung des Landes zwischen 1943 und 1945 (vgl. Kap. Grundlagen 1) reflektierte sich auch im Schulwesen. Es stand in den unterschiedlichen Landesteilen unter dem Einfluß von drei Kräften:

1. den liberalen Schulministern der Übergangsregierungen unter Badoglio und Bonomi, die von den Alliierten unterstützt wurden. Im Schulbereich versuchte der Vertreter der Alliierten Washburne eine Politik der Modernisierung einzuleiten,
2. den Partisanen und deren Organisation CLN (*Comitato per la liberazione nazionale*),
3. und den Parteien, die sich nach 1943 konstituierten bzw. aus dem Exil zurückkehrten.

Zum Zeitpunkt der Diskussion in der Verfassunggebenden Versammlung, zwischen 1946 und 1947, war in der mehrmals umgebildeten Regierung De Gasperi der Christdemokrat Guido Gonella Schulminister⁸².

Die Positionen zur Schulpolitik vor der Verfassunggebenden Versammlung

Die Schulpolitik der Übergangsregierungen war geprägt von der vorrangigen Aufgabe, die materiellen Probleme des Schulbereichs zu lösen und die offensichtlichen Residuen des Faschismus zu entfernen, und wird als konservativ eingeschätzt (Ambrosoli, 1982: 17f.). Dagegen setzte sich die innovative Arbeit des Vertreters der Alliierten, Washburne, deutlich ab. Er veranlaßte eine Bestandsaufnahme über das Schulwesen, in der auf die Rückständigkeit der pädagogischen und didaktischen Realität in Italien, auf die unangemessene Ausbildung der Lehrer und die problematischen materiellen Verhältnisse des Schulwesens hingewiesen wurde. Ferner vertrat Washburne progressive Ansätze, die allerdings aufgrund verschiedener Faktoren nicht

82 S. Anhang, Tabelle 25.

umgesetzt werden konnten. Die ungünstigen Voraussetzungen wie z. B. die desolate materielle Lage, aufgrund derer inhaltliche Fragen in den Hintergrund traten, die kurze Zeit, in der die amerikanische Pädagogik auf die italienische Bildungslandschaft hatte einwirken können, sowie die politische Instabilität des Landes, welche die Alliierten jedes Konfliktpotential meiden ließ, führten dazu, daß das Werk von Washburne in Italien keine Spuren hinterlassen hat. So wurde die versuchsweise Einführung von neuen Lehrplänen für die Grundschule in Palermo abgebrochen, weil darin vom traditionellen Konzept der katholischen Erziehung abgewichen wurde. Die Absicht, die Erteilung von Religionsunterricht dem Ermessen des einzelnen Lehrers zu unterstellen und den Schwerpunkt von der Exegese des Katechismus zur Interpretation des Evangeliums zu verschieben, hatte die Intervention des Klerus provoziert, woraufhin die Lehrpläne zurückgezogen wurden (Washburne, 1970: 273ff.; Ambrosoli, 1982: 13ff.; Gaudio, 1991: 15f.).

Im Norden unternahmen in den von deutscher Besatzung befreiten Gebieten die Partisanenregierungen Versuche zur Erneuerung des Schulwesens. Diese konzentrierten sich hauptsächlich auf den Pflichtbereich und versuchten, die Spuren des Faschismus in Lehrmaterial und Verwaltung zu entfernen und eine demokratische Selbstorganisation zu initiieren. Allerdings zeigte sich am Konzept des Schulsystems, das mit seiner frühen Trennung von weiterführenden und berufsorientierten Zweigen die ursprünglich von Gentile definierte Form wieder aufnahm, daß der innovatorische Anspruch den Schwierigkeiten der Umsetzung nicht gewachsen war (Ambrosoli, 1982: 15; Canestri/ Ricuperati 1976: 191).

In den z. T. neugegründeten, z. T. aus dem Exil zurückgekehrten Parteien war das Thema Bildung noch nicht als eigener Bereich definiert. Insbesondere die marxistischen Parteien (Sozialistische Partei, *Partito socialista dell'unità proletaria* (PSIUP) und Kommunistische Partei, *Partito comunista italiano* (PCI)) konnten nicht in vergleichbarem Maße auf konkrete Erfahrungen zurückgreifen wie etwa die christdemokratische Partei (*Democrazia cristiana*, DC), die als politischer Ausdruck des Katholizismus dessen Positionen zu Bildungsfragen und außerdem das Interesse am Bestand der katholischen Schulen übernahm.

Der Sozialist Franco Lombardi hatte das Modell einer „Volksschule“, *scuola popolare*, entwickelt, die in der Pflichtphase einheitlich konzipiert war und der späteren *scuola media* sehr nahe kam. Es sollte eine „moderne humanistische“ Schule sein, in der Fächer wie Fremdsprachen und Bürgerkunde sowie das Fach „Arbeit“ gelehrt werden sollten – letzteres für alle Schüler, nicht als Alternative zu anderen, wie z.B. Latein, um nicht bereits zu einem solch frühen Zeitpunkt die Weichen für die Fortführung der Schulkarriere zu stellen (Ambrosoli, 1982: 23).

In der kommunistischen Partei (PCI) wurde das Thema Bildung im Rahmen der Klassenfrage und des Zusammenhangs zwischen Bildung und Emanzipation des Proletariats theoretisch bearbeitet. Gegenstand der Diskussion war im PCI der Versuch, die hierarchische Zweigleisigkeit des klassischen Bildungsverständnisses aus der liberalen Epoche, in der die Minderbewertung von praktischem Wissen impliziert war, zu überwinden. Schon in den 20er Jahren hatte Gramsci die Begrenztheit der Schulpolitik der Sozialisten⁸³ beklagt, die „den Popolari⁸⁴ die Sekundarschulen überließen im Tausch gegen die Berufsschulen“ aufgrund des „Konzept[es], daß die Berufsschulen für die Arbeiter da seien“. Dies komme dem Eingeständnis daß „die Zahl der Klassen, einer Erbschaft gleich, immer zwei betragen müsse“ (zit. n. Manacorda, 1980: 158). Allerdings blieben die Fragen, durch welche Maßnahmen die Trennung von Bildung vs. Ausbildung überwunden werden könnte und wie diese verschiedenen Funktionen der Schule und deren Auswirkungen jenseits des Schulsystems harmonisiert werden könnten, im PCI weiterhin kontrovers und ungeklärt. Dies zeigen deutlich die Vorstellungen, die verschiedene Exponenten der Partei zur Gestaltung einer neuen Schule entwickelten. Konkrete Unterschiede traten bei den Inhalten auf: ob der Lateinunterricht allen Schülern im Pflichtbereich zu erteilen sei, welche Rolle Fremdsprachen und naturwissenschaftlichen Fächern zukommen solle, ob und ab welchem Alter arbeitsorientierte Kenntnisse in den Vordergrund zu treten hätten.

Antonio Banfi vertrat die Vorstellung, daß die Unterscheidung zwischen „bildender“ und „nützlicher“ Schule anachronistisch sei, daß die Schule polytechnisches und naturwissenschaftliches Wissen vermitteln müsse, da der Mensch sich seine Realität durch Technik herstelle (Ambrosoli, 1982: 25). Bei Concetto Marchesi, der in der Verfassunggebenden Versammlung zum Wortführer des PCI ernannt wurde, lag dagegen ein Bildungskonzept vor, das der idealistischen Tradition entsprach. Gerade die Pflichtschule sollte nach Marchesi der Entwicklung der Persönlichkeit den Vorrang geben und deshalb frei von Zweckgebundenheit und Spezialisierungen für das spätere Berufsleben sein. In diesem Zusammenhang wurde das Fach Latein wegen seines nicht zweckgebundenen Charakters als wichtiges Element für die intellektuelle Schulung verteidigt (Ambrosoli, 1982: 25). Des weiteren sah er die Funktion der Schule in der Selektion und der Förderung der *capaci e meritevoli*, der Fähigen und Verdienstvollen - so der Wortlaut bei Marchesi und im späteren Verfassungstext (Marchesi, 1945: o. S.). Eine andere Position bezog Elio Vittorini: Er trennte zwischen den Aufgaben der Schule

83 Die Kommunistische Partei Italiens (PCI) entstand 1921 nach der Abspaltung von der Sozialistischen Partei Italiens (PSI) (Carocci, 1990: 234). Aus dem Zitat geht nicht hervor, ob Gramsci sich explizit auf den PSI bezieht, es ist eher wahrscheinlich, daß er mit dem Begriff „Sozialisten“ die Parteien marxistischer Tradition, also PSI und PCI meint.

84 Popolari ist der Kurzbezug für den Partito Popolare Italiano, gegründet von Don Luigi Sturzo im Jahr 1919 und Vorgänger der Christdemokratischen Partei Italiens (Carocci, 1990: 236).

und dem Zustandekommen von Statuszuweisungen in einer Gesellschaft. Im Bildungsverständnis von Vittorini wird betont, daß es im Interesse der Zivilisation liege, daß jedes Individuum die gleiche Möglichkeit des Zugangs zu Kultur erhalte, unabhängig davon, welchen Beruf es ausübe. Ausgehend davon, daß es nicht sinnvoll sein kann, daß alle bspw. Arzt oder Ingenieur werden, sondern daß auch einfache Tätigkeiten für den Bestand einer Gesellschaft von Bedeutung sind, wird die Frage des sozialen Status eines Berufes von der zugrundeliegenden Bildung getrennt und als soziale Frage verstanden, „welchen effektiven Grad an Würde eine soziale Organisation auch der bescheidensten manuellen Arbeit zuzuteilen imstande sei und wie Arbeitsleistung, sei sie manueller oder intellektueller Art, aufgrund der dazu nötigen Energie entlohnt werden könne und nicht aufgrund ihres Endwertes“ (Vittorini, 1945: o. S.).

Für den *Partito d'azione* unterstrich Vittorio Foa die Gefahr einer übermäßigen Betonung der Staatsschule, die, wie die Erfahrung des Faschismus gezeigt habe, als Propagandainstrument benützt werden könne. Er distanzierte sich vom „expliziten und offenen Etatismus“ und verwies auf die kurzen Erfahrungen der Sozialistischen Partei mit Fabrik-, Stadtteil- und Landschulen vor dem Faschismus (Ambrosoli, 1982: 26).

Der Beitrag anderer Parteien blieb im Rahmen des Bestehenden. Sie bezogen sich auf das von Gentile definierte System oder beschränkten sich auf Einzelaspekte, wie z. B. die republikanische Partei, welche die Bedeutung von Staatsbürgerkunde als Erziehung zum Bewußtsein von Rechten und Pflichten des Staatsbürgers betonte (ebd.: 28).

Übereinstimmung herrschte im gesamten politischen Spektrum bezüglich der Notwendigkeit, die Einhaltung der Schulpflicht⁸⁵ durchzusetzen, da zuallererst das allgemeine Bildungsniveau der Bevölkerung angehoben werden müsse. Unterschiede traten bei Fragen auf, die die Konkretisierung betrafen, wie z. B. ob diese grundlegende Bildung für alle Schüler gleich sein müsse oder ob (und: ab welchem Alter) ein differenziertes berufsbildendes Angebot einzuführen wäre.

Die Vorstellungen zur Gestaltung des Schulwesens in der DC standen in enger Verbindung zur katholischen Glaubenslehre. Dabei bildete die Ablehnung eines staatlichen Monopols im Bildungswesen einen zentralen Punkt. In fortschrittlicheren Kreisen wurde jedoch nicht der staatliche Bildungsauftrag schlechthin abgelehnt, wie anhand der Position von Aldo Moro zu zeigen sein wird.

85 Wie aus Teil 1, Kapitel 2 hervorgegangen ist, besuchte bis in die 50er Jahre hinein nur ein sehr geringer Teil der Bevölkerung die Schule länger als 3-5 Jahre, auch wenn die Schulpflicht seit 1923 acht Jahre betrug.

Für die Kirche bestand zum einen eine historische Gegnerschaft zur staatlichen Schule, da der weltliche Staat sich im vorigen Jahrhundert das Monopol der Kirche im Schulbereich selbst angeeignet hatte, zum anderen forderte die christliche Doktrin den Vorrang von Familie und Kirche vor jedweder „atheistischen“ Institution gerade im Bereich der Bildung (Gaudio, 1988: 82). Die daraus abgeleiteten Forderungen der Partei der Katholiken waren in der Formel „Freiheit der Schule“ (Bobbio, 1986: 13ff.) enthalten, die sich auf mehrere Bereiche bezog:

- die Freiheit der Familien, die gewünschte schulische Erziehung für ihre Kinder selbst zu wählen,
- Freiheit von Unwissenheit, weswegen die grundlegende Bildung kostenfrei sein müsse,
- die Freiheit, Privatschulen einzurichten,
- die Freiheit von staatlicher Kontrolle.

Die Rolle des Staates sollte darauf beschränkt bleiben, die Privatinitiative zu unterstützen und eventuelle Lücken zu schließen (Canestri/Ricuperati, 1976: 199). In fortschrittlicheren Kreisen der DC, die aus dem *movimento laureati* (Bewegung der Akademiker) der katholischen Organisation *Azione Cattolica Italiana* (ACI) hervorgingen (mit den Exponenten Moro und Dossetti), wurde zwar einem eigenen System große Bedeutung zugemessen, damit aber nicht *tout court* die Existenzberechtigung eines staatlichen Systems abgelehnt. Es herrschte eher die Auffassung vor, daß Katholiken ihren Glauben auch in die öffentlichen Schulen tragen sollten, um diese von innen nach ihrem Bild zu gestalten (Gaudio, 1991: 83; Chiosso, 1988a: 60).

Als Sprecher der christdemokratischen Partei in der *Assemblea Costituente*, der Verfassungsgebenden Versammlung, wurde Aldo Moro designiert. Seine Positionen sind allerdings nicht unbedingt repräsentativ für die gesamte Partei. Er gehörte der Parteilinken⁸⁶ an, und seine Argumentation war durchaus umstritten. Insbesondere seine Auffassung, daß soziale Gerechtigkeit nicht der Privatinitiative überlassen bleiben könne, und die Vorstellung vom öffentlichen Charakter und der sozialen Funktion von Bildung, die konsequent zu der Position führten, daß diesem Sektor als genuin staatlichem Handlungsfeld eine weit mehr als subsidiäre Rolle zukomme, wurde von Vertretern des Hl. Stuhls angefochten (Pazzaglia, 1988: 496). Moro stach ferner durch differenzierte Argumentationen hervor, die den Forderungen der Katholiken mehr Substanz verleihen sollten. Z. B. seine Begründung der Forderung nach religiösem

⁸⁶ Das Rechts-Links-Schema in der DC bezeichnete u. a. das Verhältnis zu den Parteien des linken Spektrums, insbesondere zum PCI. Während Dossetti (nicht aber Moro) noch für eine Zusammenarbeit zwischen DC und PCI eintrat, definierten alle späteren linken Strömungen sich in einem Konkurrenzverhältnis zum PCI, mit graduellen Unterschieden in der Annäherung an Positionen des PCI (Galli, 1978: 92).

Fundament der Bildung ging davon aus, daß Bildung die Ideale von Freiheit und Demokratie zu vermitteln habe. Dabei bezeichnete er einen in Fragen der Religion indifferenten Staat „bestenfalls als juristische Abstraktion“ (zit. n. Pazzaglia, 1979/80: 372). Der agnostische Staat vollziehe, selbst wenn er keine antireligiöse Ziele verfolge, eine Trennung zu lebendigen Teilen der Gesellschaft und dem moralischen Leben der Individuen, und würde so zur juristischen Hülse. Institutionen wie die Schule, die in echtem Kontakt mit den Bürgern stehen wollten, mußten demzufolge die Inhalte des sozialen Bewußtseins demokratisch aufnehmen. Die öffentliche, staatliche Schule mußte also, so Moro, religiösen Themen Raum geben wie auch die katholische Schule die staatsbürgerlichen Werte vermitteln solle, erstens, um den Kontakt zu den Familien zu wahren, und zweitens, weil die Lehre der Kirche Werte vermittele, die in der gegebenen Situation, nach den Zerstörungen des Faschismus auf moralischer Ebene, selbst für Kritiker der katholischen Dogmatik ihre Gültigkeit bewahrten (ebd.).

Grundsätzliche Unterschiede trennten das laizistische⁸⁷ Lager von den Vertretern der katholisch inspirierten Bereiche in der Frage, welches Gewicht dem Staat zukommen solle. Die laizistische Position, wie sie in allen Parteien des linken Spektrums vorlag, setzte „laizistisch“ mit „pluralistisch“ gleich: „über den Parteien, Ideologien, Religionen stehend“. Aus ihrer Prämisse, daß der Staat als Garant von Freiheit eine neutrale Instanz sein müsse, folgte, daß die katholische Schule, die nur eine der vielen, möglichen Sichtweisen der Welt als gültig anerkennt, lediglich als eine untergeordnete Form unter anderen im pluralistischen Gesamtsystem existieren könne. Nicht die Zulassung anders orientierter, privater Bildungseinrichtungen sollte ausgeschlossen werden, aber deren maximale Freiheit konnte nach laizistischer Auffassung nur in der völligen, auch finanziellen Enthaltung des Staates gegeben sein. Demnach könnten auch Privatschulen zur Anhebung des kulturellen Niveaus der Bevölkerung beitragen, was jedoch am Grundsatz des absoluten Vorrangs des Staates, der prinzipiell übergeordneten Aufgabe der öffentlichen Schule nicht rütteln könne.

Die Diskussion in der Verfassungsgebenden Versammlung

Die Vorarbeiten zur Verfassung wurden von der direkt gewählten *Assemblea Costituente* an eine Kommission von 75 Mitgliedern des Parlaments, Repräsentanten der verschiedenen Parteien (*commissione dei 75*), delegiert und von dieser in drei Unterkommissionen nach Themenkomplexen vorbereitet. Der Bereich Bildung wurde von der ersten Unterkommission („Rechte und Pflichten der Bürger“) im Oktober 1946 behandelt. Die endgültige Version der

⁸⁷ Galli (1978: 451, Fußn. 3) zitiert eine ebenso knappe wie prägnante „katholische“ Definition des *laicismo*, hier übertragen als „Laizismus“: „Der Laizismus verbannt den Glauben in die Abgeschlossenheit des Privatlebens“.

Normen zum Schulbereich wurde von der gesamten Gesetzgebenden Versammlung im April 1947 verabschiedet, also kurz vor dem Ende des antifaschistischen Bündnisses und unter starken politischen Spannungen.

Die Verfassunggebende Versammlung beriet über fünf spezifische Bereiche (Ambrosoli, 1987: 11): Dauer der Schulpflicht, Verhältnis von öffentlichen und privaten Einrichtungen⁸⁸, unterstützende Maßnahmen zur Bildungsgleichheit, Berufsausbildung, Religionsunterricht. Die Normen der italienischen Verfassung, die den Schulbereich betreffen, sind die Artikel 33 und 34 sowie im weiteren Sinn Art. 35 (Abs. 2: Berufsausbildung) und Art. 7 (Religionsunterricht). Besonders kontrovers waren die Diskussionen bezüglich der Regelung des Status von Privatschulen (Art. 33, Abs. 3 und 4) und bezüglich des Unterrichtes der katholischen Religion (Art. 7). Anhand dieser beiden Themen sollen die wichtigsten Aspekte der Verfassungsnormen in ihrem Entstehungszusammenhang dargestellt werden.

Die Politik der kommunistischen Partei basierte zwar auf der prinzipiellen Trennung zwischen laizistisch und katholisch, aber in mehreren Situationen folgte der PCI auch anderen Richtlinien, was den laizistischen Charakter der Partei als weniger radikal im Vergleich zu anderen Parteien erscheinen läßt. Die Position der Partei in Fragen der Staatsauffassung und Schulpolitik ist dennoch deutlich im laizistischen Lager verankert, Zugeständnisse und Kompromisse sind in der Verfassunggebenden Versammlung als solche deutlich zu erkennen, die Motive dafür werden, soweit möglich, aufgeführt.

Die Diskussionen bezüglich des **Religionsunterrichts** in der Unterkommission wie in der Verfassunggebenden Versammlung selbst gehörten zu den heftigsten insgesamt. Zwischen den laizistischen Parteien und den Christdemokraten kam in der Unterkommission kein Kompromiß zustande. Ausgangspunkt des Streites war ein Vorschlag von Moro, daß der Staat auf allen Schulniveaus mit Ausnahme der Universität den daran Interessierten Religionsunterricht im Sinne der katholischen Tradition erteilen lassen solle. Marchesi sprach sich grundsätzlich gegen die Erteilung von Religionsunterricht in staatlichen Schulen aus mit der Begründung, daß nicht die staatliche Schule, sondern Familie, Kirche und Betsäle der Ort für Religionsunterricht seien und daß bei allem Respekt für die katholische Religion die staatliche Schule andere „Wahrheiten“ zu lehren habe (im folgenden: Ambrosoli, 1987: 103ff, 205). Dazu bemerkte Moro, daß bei einer zu

88 Zum Zeitpunkt der Diskussion gab es dem Staat oder einer Körperschaft wie Region, Provinz oder Kommune unterstehende öffentliche Schulen, und von Privaten, Individuen oder anderen Trägern, geführte Schulen. Die Christdemokraten meiden den Begriff Privatschule, weil die Katholische Kirche und deren Schulen nicht private, sondern ein öffentliches Interesse wahrnehmende Einrichtungen seien (Ambrosoli, 1987: 75; Semeraro, 1996: 103). Im Folgenden wird der Begriff „öffentlich“ synonym für staatliche und von Gebietskörperschaften (Region, Provinz, Kommune) geführte Schulen benutzt, katholische Schulen werden, neben kommerziellen, unter den privaten Einrichtungen subsumiert.

über 90% katholischen Bevölkerung die Lehre der katholischen Religion in der Schule wohl unumgänglich sei und präzisierte, daß der Staat dabei keinerlei Verantwortung zu übernehmen hätte, sondern nur die Möglichkeit und die Räume zur Verfügung stellen solle. Die Repräsentanten des PCI rückten jedoch nicht davon ab, daß Religionsunterricht nur denen erteilt werde, die sich explizit dafür entscheiden, in der Absicht, an die liberale Tradition anzuknüpfen, derzufolge Religionsunterricht nur auf Antrag der Interessierten erteilt werden sollte. Für die Sozialistische Partei wies Basso darauf hin, daß der Regelung des Religionsunterrichtes wohl kaum der Rang einer Verfassungsnorm zukomme und betonte das Problem, daß der Vorschlag Moros das Gleichheitsprinzip verletze durch die einseitige Begünstigung der katholischen Religion, was zu beheben wäre, indem alle Religionen unterrichtet würden⁸⁹. Da sich aber keine Lösung abzeichnete, wurde das Problem auf Vorschlag von Dossetti vertagt auf die Diskussion des allgemeineren Problems der Beziehungen zwischen italienischem Staat und Vatikan, die in den Lateranverträgen von 1929 definiert worden waren. Diese enthielten in Art. 36 eine für den Religionsunterricht relevante Norm in der berühmten Formulierung : „Italien betrachtet als Grundlage und Krönung der öffentlichen Bildung die Lehre der christlichen Doktrin gemäß der Form, die sie in der katholischen Tradition erhält“ (zit. n. Ambrosoli, 1987: 101). Neben diesem für den Schulbereich relevanten Passus enthielten die Lateranverträge in ihrem Bezug auf das *Statuto Albertino*, die Rechtsgrundlage des liberalen Italien, die Definition des Katholizismus als einziger Staatsreligion (ebd.: 111). Ziel der Christdemokraten war die Übernahme des gesamten von Pius XII. und Mussolini unterzeichneten Abkommens (Konkordat und Vertrag) in die italienische Verfassung. Damit wäre die Erarbeitung einer eigenen Verfassungsnorm zur Regelung des Religionsunterrichtes nicht mehr nötig gewesen.

Die Linke war sich zunächst einig in der Ablehnung dieses christdemokratischen Projekts und versuchte, durch mehrere Änderungsanträge, die Übernahme der Lateranverträge auf einzelne Punkte zu begrenzen (Ambrosoli, 1987: 107ff.). Dies traf allerdings auf rigiden Widerstand bei den Christdemokraten: In Unterkommission und Plenum wurde die Übernahme der Lateranverträge kraft der Mehrheit des rechten Spektrums (DC, Liberale Partei, Partei des *Uomo Qualunque*) gegen die Stimmen der Parteien der Linken beschlossen. Versuche des PCI, erneut die – etwas weichen - Ausgangspositionen, wie sie zu Beginn der Diskussion in der Unterkommission vorgelegen hatten, zu thematisieren, scheiterten, - die Christdemokraten stellten den errungenen, numerischen Erfolg nicht für ein besseres Einvernehmen mit dem PCI zur Disposition (ebd.: 110ff.).

⁸⁹ Eine vergleichbare Position lag auch in der Republikanischen Partei vor, wie aus Veröffentlichungen im Parteiorgan hervorgeht (Panighetti, 1986: 41).

Bei der Diskussion des Verhältnisses zwischen Italienischer Republik und Hl. Stuhl in der Verfassungsgebenden Versammlung selbst zeichnete sich eine Änderung der Position von Togliatti ab, der zwar an seiner ablehnenden Haltung weiter festhielt, gleichwohl aber darauf hinwies, daß der religiöse Frieden im Land nicht gefährdet werden dürfe (ebd.: 114). Weitere Versuche des laizistischen Lagers, durch Änderungsanträge die volle Übertragung der Lateranverträge in italienisches Recht zu bremsen, - hierbei wurde auch auf den Widerspruch zwischen dem Postulat der Freiheit der Lehre und Art. 36, der katholischen Religion als Grundlage der Lehre, verwiesen und erneut die Diskriminierung anderer Religionen unterstrichen - scheiterten erneut an der unnachgiebigen Ablehnung der Christdemokraten, die ihre Haltung mit ihrem religiösen Bewußtsein begründeten und auf den Glauben der italienischen Bevölkerung verwiesen. In der letzten Phase der Diskussionen vollzog Togliatti eine Kehrtwendung mit der Begründung, den religiösen Frieden nicht riskieren zu wollen (ebd.: 116), und erklärte, daß er für den in Unterkommission und Plenum angenommenen Artikel, also die Übernahme des gesamten Textes der Lateranverträge in die italienische Verfassung, stimmen werde. Damit waren die zuvor unklaren Mehrheitsverhältnisse in der Verfassungsgebenden Versammlung entschieden zugunsten der Übernahme der Lateranverträge.

Dem ist hinzuzufügen, daß die politische Rechte, unterstützt vom Klerus, eine Strategie entwickelt hatte, die mehr als den religiösen Frieden zu gefährden drohte: Sie strebten an, den Verfassungstext der Bevölkerung zur Abstimmung vorzulegen. Der Ausgang eines solchen Referendums war äußerst ungewiß und hätte, so die Befürchtung Togliattis, auch die republikanische Staatsform⁹⁰ erneut in Frage stellen können (Galli, 1978: 93). Einigkeit in der Ablehnung der Republik herrschte zwischen Monarchisten und Klerus. Letzterer sah in der republikanischen Staatsform die Perpetuierung des antikonfessionellen Staates und legte auf die Übernahme der Lateranverträge sein ganzes politisches Gewicht (Ambrosoli, 1984: 117). Ausschlaggebend in dieser Situation war die Haltung der Christdemokraten. Für De Gasperi fielen zwei Faktoren ins Gewicht: Die Bedeutung der Unterstützung seiner Partei durch die Institutionen der katholischen Kirche und die christdemokratische Wählerschaft, bei der von 70% Monarchisten ausgegangen werden mußte (ebd.: Fußnote 5; Galli, 1978: 96). De Gasperi nutzte diese Konstellation und erklärte, daß seine Partei die Volksbefragung unterstützen werde, falls die Lateranverträge nicht in die Verfassung übernommen würden (Ambrosoli, 1984: 118).

90 Gleichzeitig zur Wahl der Verfassungsgebenden Versammlung am 2. Juni 1946 hatte die italienische Bevölkerung sich mit einer knappen Mehrheit für die republikanische Staatsform ausgesprochen: 54,2% der Stimmen für die Republik, 45,8% für die Monarchie (Ginsborg, 1989: 128f.).

Die Entscheidung für oder gegen die Übernahme der Lateranverträge in die italienische Verfassung wurde also in einem für die Italienische Republik existentiellen Rahmen getroffen. Die Ausgangsfragestellung, die Regelung des Religionsunterrichtes, war in ihrer Verflechtung mit Fragen wie der Freiheit der Lehre und des Ausmaßes des Zugriffs der katholischen Kirche auf das Schulwesen in eine Dimension übertragen worden, in der die Staatsraison Togliatti zu einem Kompromiß nötigte, der keine Spuren der ursprünglichen Positionen mehr aufwies.

In der (geheimen) Abstimmung in der Verfassungsgebenden Versammlung stimmten 350 Abgeordnete für, und 149 gegen eine Übernahme der Lateranverträge in die Verfassung. Damit wurde ein internationaler Vertrag, geschlossen zwischen italienischer Republik und Vatikan, Bestandteil der italienischen Verfassung (Art. 7), also des internen Rechts - ein juristisches Kuriosum. Nicht an der Abstimmung teil nahmen die Kommunisten Concetto Marchesi und Teresa Noce (Ambrosoli, 1987: 120). Explizit dagegen sprachen sich die Sozialisten und einzelne Abgeordnete verschiedener Parteien des linken Spektrums aus, sowie Vittorio Emanuele Orlando, greiser Exponent der liberalen Partei und Schulminister zu Beginn des Jahrhunderts, welcher 1904 den Religionsunterricht im Namen der Freiheit der Eltern verteidigt hatte (Semeraro, 1996: 104).

Weiteres Konfliktpotential entwickelte sich bei der Frage, wie der **Status von Privatschulen** hinsichtlich der Finanzierung und der Gleichstellung mit öffentlichen Schulen zu regeln sei - den späteren Absätzen 3 und 4 des Artikels 33 der italienischen Verfassung.

Angeichts der - nicht für alle katholischen Kreise repräsentativen - Position Moros (s. o.) war die grundsätzliche Frage der Einrichtung eines gemischten Systems von öffentlichen und privaten Schulen nicht Gegenstand der Diskussion, sondern vielmehr die Regelung des Verhältnisses zwischen privaten und öffentlichen Einrichtungen. Für Katholiken bildete die subsidiäre Rolle des Staates gegenüber den privaten Schulen als Ausdruck der Wahlfreiheit der Familien den grundsätzlichen Ausgangspunkt, die Kommunisten dagegen wollten unter allen Umständen sicherstellen, daß Schulen, die eine bestimmte Religion oder Ideologie vermitteln, den staatlichen, d. h. ideologiefreien und pluralistischen Schulen unterzuordnen seien. Kernpunkte waren dabei die Fragen der Gleichstellung und deren Implikationen sowie der Finanzierung von privaten Einrichtungen. Die Diskussion war sehr kontrovers, ferner liegen erhebliche Unterschiede zwischen den Positionen vor, wie sie in der Unterkommission und der *Assemblea Costituente* selbst vertreten wurden.

In der Unterkommission stand ein Vorschlag von Marchesi zur Diskussion, der die Integration von privater Initiative, neben Aktivitäten von Gebietskörperschaften, in die staatlichen Bemühungen zur Anhebung des allgemeinen Bildungsniveaus vorsah sowie die Zuteilung von

Prämien und Subventionen für die besten Initiativen⁹¹. Die christdemokratische Seite war nicht einverstanden, da als Rechtssubjekt der Staat definiert wurde, dieser also die Zuteilung von Prämien verfügte. Die zugrundeliegenden Divergenzen kreisten um das Konzept eines Monopols des Staates im Bildungswesen, das weder Marchesi noch Moro anstrebten, was dem PCI jedoch unterstellt wurde. Marchesi vertrat die Vorstellung von parallelen Bildungssystemen, die in einem Konkurrenzverhältnis stehen könnten. Von christdemokratischer Seite, insbesondere Dossetti, wurde ebenfalls ein integriertes System angestrebt, aber als sich gegenseitig ergänzende Initiativen - die staatliche Aktivität sollte auf gleicher Ebene mit den privaten Anbietern stehen (Ambrosoli, 1987: 171ff.). In dieser Phase der Diskussionen traf Moro die Aussage, daß seine Partei vom Staat die Garantie der Bedingungen für Freiheit und Effizienz der privaten Initiativen im Bildungsbereich fordere, nicht aber staatlichen Eingriff oder finanzielle Unterstützung. Ein weiteres Postulat war die Gleichheit der Behandlung aller Schüler, unabhängig davon, ob sie private oder staatliche Einrichtungen besuchten. Im übrigen - so Moro - verstehe er diese Vorschläge nicht als enge juristische Normen, sondern eher als ethische und politische Orientierung für den zukünftigen Gesetzgeber (ebd.: 184f.).

Zu Beginn der Auseinandersetzungen, so kann festgehalten werden, hatte sich der PCI eventuellen finanziellen Zuwendungen für private Einrichtungen in Anwendung des meritokratischen Selektionsprinzips nicht prinzipiell verschlossen, während die Gegenseite dieses Thema dem Prinzip der Freiheit der Schulen unterordnete, eher allgemeine Prinzipien vertrat und die Konkretisierung in die Zukunft verwies.

In dem von Tupini zur Abstimmung vorgelegten christdemokratischen Antrag⁹² war sowohl der Status der Privatinitiative hervorgehoben als auch ein Rechtsanspruch auf Subventionen enthalten. Nach einem Vermittlungsversuch von Moro⁹³, den Marchesi mit der zur christdemokratischen Kritik spiegelbildlichen Argumentation ablehnte, daß die Privatinitiative als Grundelement definiert sei, wurde ein Vorschlag des Repräsentanten der Gruppierung *Uomo Qualunque* mit geringen Modifikationen einstimmig angenommen⁹⁴: „Der Staat muß mit allen Mitteln die Kultur des Volkes und die Berufskultur verbreiten und in diesem Sinn Privatinitiativen unterstützen“

91 Vorschlag Marchesi: *Lo Stato, favorendo con premi e sovvenzioni le migliori iniziative private, stabilirà e svolgerà, con l'assistenza di enti locali, e per mezzo delle autorità centrali e periferiche, un piano di struttura scolastica diretto ad integrare e ad estendere l'istruzione popolare* (Ambrosoli, 1987: 202).

92 Vorschlag Präsident Tupini: *Le iniziative private dirette ad integrare e diffondere l'istruzione popolare saranno incoraggiate e favorite dallo Stato con premi e sovvenzioni* (Ambrosoli, 1987: 203).

93 Vorschlag Moro: *Lo Stato stimolando, coordinando e favorendo con premi e sovvenzioni le migliori iniziative di enti locali, di istituzioni e di privati, svilupperà in modo organico la cultura popolare e l'istruzione professionale* (Ambrosoli, 1987: 204).

94 Angenommener Vorschlag: *Lo Stato deve diffondere con ogni mezzo la cultura popolare e professionale e favorire in tal senso le private iniziative* (Ambrosoli, 1987: 204)

(Ambrosoli, 1987: 204). Die Frage der Finanzierung wurde an dieser Stelle nicht *expressis verbis* geklärt.

Die Diskussion der die Schule betreffenden Artikel in der gesamten *Assemblea Costituente* fand zwischen dem 17. und 22. April des folgenden Jahres, also kurz vor dem Ende der antifaschistischen Allianz und nach der Verabschiedung von Art. 7, bei der äußerster Druck auf den PCI ausgeübt worden war (s.o.). und damit in einem völlig veränderten politischen Klima statt. Nicht nur die Kommunisten, sondern auch die Sozialisten und die anderen laizistischen Parteien waren kaum noch zu Zugeständnissen bereit, genauso wenig allerdings die Christdemokraten, so daß die in den Vorarbeiten errungenen Kompromisse in der unter Hochspannung geführten Diskussion aufs Spiel gesetzt wurden. Wieder drehte sich die Auseinandersetzung um die Frage des Rechtssubjektes: ob der Staat resp. die Republik Privaten die Möglichkeit zugestehe, oder ob private Träger das Recht hätten, Schulen zu betreiben. Als nach der Abstimmung über die Änderungen ein Antrag von Dossetti und anderen Exponenten der DC eingebracht wurde, der die obigen Formulierungen wiederaufnahm, brach der Konflikt in besonderer Schärfe wieder auf. Die Christdemokraten gingen davon aus, durch ihre numerische Mehrheit im Saal die Abstimmung zu ihren Gunsten entscheiden zu können. Angesichts der dünn besetzten laizistischen Reihen griffen dieselben zu einem extremen Mittel: Sie verließen den Saal und verhinderten so, daß die gesetzlich vorgeschriebene Mindestanzahl an Abstimmenden zustandekam (Luzzatto, 1996: 313). In dieser blockierten Situation brachte der parteilose Corbino einen Änderungsantrag ein, der durch den berühmt gewordenen Zusatz „*senza oneri per lo Stato*“ eine Mehrheit herstellen konnte: die Privatschulen dürfen keine finanziellen Lasten für den Staat aufwerfen. In der Diskussion wurde der Zusatz mit den Hinweis verteidigt, daß damit nicht die kategorische Absage, sondern die Möglichkeit, Finanzierung zu gewähren, gemeint sei⁹⁵. Diese Formulierung rief in der Folgezeit unendliche Auslegungsversuche, in denen die Vertreter der katholischen Schulen versuchten, ein Recht auf Subventionen abzuleiten. Eine dieser Argumentationen trennte die Gründung und den Betrieb einer Schule und leitet Ansprüche für die laufenden Kosten des Schulbetriebes ab, da die Formulierung in der Verfassung sich nur auf die Gründung⁹⁶ einer Einrichtung beziehen würde. Dies traf auf Entrüstung auf der Gegenseite, die

95 In der konkreten Situation handelte es sich um eine Replik von Corbino und Ernesto Codignola (PSI) auf den Vorwurf, daß bspw. die kommunalen Berufsschulen durchaus mit staatlichen Subventionen unterstützt würden, obwohl sie juristisch keine staatlichen Schulen seien. In der Tat ist die Unterscheidung zwischen staatlichen und privaten Schulen unscharf. Andererseits ist auch der Begriff „öffentlich“ nicht klarer, denn die Katholiken betonten den Charakter ihrer Einrichtungen wie ihrer Religion insgesamt als wichtigem Bestandteil des „öffentlichen“ Lebens. Was die Verfassungsnorm betrifft, ist allerdings völlig eindeutig, daß die Möglichkeit, nicht aber das Recht auf Subventionen für alle Arten nicht-staatlicher Einrichtungen festgehalten werden sollte (Ambrosoli, 1984: 385).

96 Art. 33, Abs. 3: *Enti e privati hanno il diritto di istituire scuole ed istituti di educazione, senza oneri per lo Stato.*

sich auf den Geist der Verfassung berief, der klar und unmißverständlich jeden verfassungsrechtlichen Anspruch auf staatliche Finanzierung - aber nicht schlechthin die Möglichkeit von Subventionen - der Privatschulen ausschließe (Codignola, 1962: 22ff.).

Auch Abs. 4 desselben Artikels 33, die Norm zur Frage der Gleichstellung, der gesetzlichen Anerkennung von Privatschulen und zur Definition der Freiheit der Privatschulen (*libertà della scuola*), polarisierte die „Verfassungsväter“.

In der Diskussion wurde von keinem Vertreter die bisher praktizierten Modelle⁹⁷ thematisiert, so daß selbst terminologisch keine Klarheit bestand. In den Vorschlägen wurde zunächst von *scuole parificate* gesprochen, bis der allgemeinere Begriff *parità*, der keinen Zusammenhang mit den vorherigen Normen implizierte, sich durchsetzte. Die Konkretisierung dieses Begriffes endete wieder in zähen Verhandlungen. Das Problem der Ansprüche auf finanzielle Leistungen konzentrierte sich nun in einer Formulierung, in der die gleiche Behandlung aller Schüler festgehalten werden sollte. Um eventuellen Interpretationen von ökonomischen Implikationen vorzubeugen, bestand die laizistische Seite auf dem Adjektiv „schulische“ Gleichbehandlung, was von christdemokratischer Seite nicht vorgesehen war. Ein Vorschlag von Moro forderte Gleichheit für die Schulen und deren Schüler gegenüber denen der staatlichen Schulen. Dies wurde von Marchesi in Zusammenhang mit finanzieller Unterstützung an die „Fähigen und Würdigen“ interpretiert (wie in Art. 34, 4 vorgesehen) und abgelehnt aus dem Grund, daß derartige Zuwendungen im Rahmen des staatlichen Systems der öffentlichen Kontrolle unterworfen seien, nicht jedoch bei Schülern der privaten Institute. Er schlug deshalb die Verankerung von einheitlichen jährlichen Prüfungen zur Gewährung von Stipendien vor (Ambrosoli, 1987: 189). In der Bearbeitung der weiteren Artikel schlug Togliatti eine Formulierung vor, die die Gleichstellung von nicht-staatlichen Schulen und deren Schülern an die Gleichheit der didaktischen Bedingungen und deren Kontrolle von seiten des Staates binden sollte (Ambrosoli, 1987: 74f.; ebd.: 193). Moro legte dazu einen Gegenvorschlag vor, in dem die Kontrolle des Staates bezüglich der didaktischen Gleichheit für die Schüler durch den Begriff „laut Schulordnung“ ersetzt wurde: *a tenore dell'ordinamento scolastico* (Ambrosoli, 1987: 75; ebd.: 194) - eine eher vage Formulierung der Pflichten von Privatschulen. Letzten Endes wurde ein

97 Die vorherige Gesetzgebung kennt zwei Begriffe zur Gleichstellung von Privatschulen: *pareggiamento* und *parificazione*. Der erste Begriff geht auf die liberale Ära zurück und sieht genau definierte Bedingungen vor als Voraussetzung für die Anerkennung (Körperschaft des öffentlichen Rechts als Träger, Lehrpläne wie in staatlichen Schulen, Lehrkörper muß gleiche Titel vorweisen und gleich entlohnt werden wie im öffentlichen Dienst). Das Konzept der *parificazione* dagegen stammt aus der Praxis des Faschismus. Nach Dekret 647 vom 25. April 1929 und Gesetz 86 vom 19. Januar 1942 können „gesetzlich anerkannte“ Schulen von Privatverbänden eingerichtet werden, Bedingungen bezüglich der Titel und Entlohnung der Lehrer werden nicht gestellt, nur die Räume, Ausstattung und technische und didaktische Effizienz müssen denen der staatlichen Schulen „entsprechen“

Kompromiß gefunden in der folgenden Formulierung: „(1) Der Staat erläßt die allgemeinen Normen zum Bildungsbereich und die Organisation der Schule steht unter seiner Aufsicht. (2) Das Gesetz legt die Rechte und Pflichten der nicht-staatlichen Schule und die Voraussetzungen für ihre Gleichstellung fest und muß dieser eine effektive Freiheit zusichern sowie für deren Schüler, bei Gleichheit der didaktischen Bedingungen, gleiche Behandlung garantieren.“⁹⁸

Auch dieser Text ging aus der Diskussion in der *Assemblea Costituente* mit Veränderungen hervor. So wurde aus der puren Möglichkeit der Einrichtung von nicht-staatlichen Schulen ein verbrieftes Recht (Ambrosoli, 1987: 83). Es wurde der Begriff *parità* festgeschrieben, eine Gleichstellung, die zu beantragen ist und auf Rechten und Pflichten der Privaten sowie auf Garantien beruhen sollte, deren Präzisierung auf ein späteres Gesetz aufgeschoben wurde (Ambrosoli, 1987: 84). Nicht mehr enthalten war im verabschiedeten Text jener Passus, der eine staatliche Aufsicht über das Privatschulwesen vorsah; dieser wurde ersetzt durch eine Formulierung, nach der die privaten Schulbetreiber die Pflicht hatten, die in einem Gesetz zu definierenden Elemente zu respektieren. Dieser Passus wurde später, zusammen mit Art. 34, Abs. 3, von den Vertretern der katholischen Schulen dazu benutzt, die Diskussion um Subventionen für Privatschulen immer wieder aufs neue zu eröffnen.

Die Präzisierung der Bedingungen zur Gleichstellung sollte durch ein ordentliches Gesetz erfolgen, wurde also aufgeschoben. Luzzatto (1996: 316) weist darauf hin, daß diese Lösung für die Christdemokraten keineswegs ungünstig war: Das vorgesehene Gesetz wurde nie veranlaßt, bzw. die Versuche dazu wurden von der DC durch Inaktivität und Desinteresse blockiert (Ventura, 1998: 179ff.). Damit sei der Praxis der willkürlichen, breiten Vergabe der Gleichstellung von Privatschulen keine Grenze gesetzt worden und die christdemokratischen Bildungsminister hätten diese Möglichkeit, so ein zentraler Kritikpunkt der laizistischen Seite, umfassend zu nutzen gewußt (Cassese, 1976: 222).

Neben dem Problem der Definition und Praxis der rechtlichen Anerkennung birgt der Art. 33 ein weiteres, immer wieder auftauchendes prinzipielles Problem, auf das in der italienischen Literatur oft mit zwei Begriffen angespielt wird: „Freiheit in der Schule“ und „Freiheit der Schule“. Der erste Begriff umfaßt die Freiheit der Lehre, nach dem Faschismus unverzichtbares, in der Verfassung in Art. 33,1 festgeschriebenes Prinzip. Die zwei Subjekte der Schule, Lehrer und

(Mortati, 1976: 1185). Die letztere, noch gültige Norm ließ also den privaten Betreibern einen viel weiteren Spielraum.

⁹⁸ Originaltext nach Ambrosoli (1987: 194): *Lo Stato detta le norme generali in materia di istruzione e l'organizzazione scolastica è sotto la sua vigilanza. (2) La legge, nel fissare i diritti e gli obblighi della scuola non statale e nel determinare i requisiti per la sua parificazione, deve assicurarle una libertà effettiva, ed a parità di condizioni didattiche deve garantire agli alunni degli istituti non statali parità di trattamento.*

Schüler, können nicht auf die Vermittlung bzw. Annahme einer bestimmten Doktrin, Ideologie oder Religion verpflichtet werden.

Die Vertreter der katholischen Schulen dagegen bestehen v. a. auf der „Freiheit der Schule“: dem Recht für Private, Schulen zu führen bzw. nicht-staatliche Schulen zu besuchen. Als Prinzip mit dem laizistischen, pluralistischen Staat vereinbar, wirft die Freiheit der Schule das Problem des potentiellen Widerspruchs mit der Freiheit in der Schule auf. Wiederholt wurde darauf hingewiesen, daß diese Freiheit durch Art. 7 (Lateranverträge, Art. 36, s. o.) eingeschränkt werde und ferner in der Realität der konfessionellen Schulen nicht gewährleistet sei, weil der Arbeitsvertrag für Lehrer in den katholischen Schulen die Orientierung des Unterrichts vorschreibe. Es handelt sich um die bislang offene, grundsätzliche Frage, ob das Prinzip der Freiheit der Schule auch auf die anzuwenden ist, die diese Freiheit in der Schule nicht respektieren (Bobbio, 1986: 18).

Abschließend werden nun die für das Schulwesen relevanten Normen des Verfassungstextes aufgelistet und kurz zusammenfassend kommentiert.

In **Art. 33**, Abs.1 wird die Freiheit der Kunst und der Wissenschaft und deren Lehre festgelegt (*libertà nella scuola*). In Absatz 2 ist die Aufgabe des Staates der Normsetzung im Bildungsbereich und der Organisation eines artikulierten Schulsystems niedergeschrieben. Absatz 3 lautet: „Körperschaften und Private haben das Recht, Schulen und Erziehungsinstitute einzurichten, ohne Lasten für den Staat“. Absatz 4 weist allgemein auf Rechte und Pflichten für die Gleichstellung von die Privatschulen hin sowie auf die staatliche Pflicht, volle Freiheit für die Privatschulen und Gleichbehandlung für deren Schüler mit den Schülern der öffentlichen Schulen zu garantieren (*libertà della scuola*). Als weiteres Verfassungsprinzip wird in Art. 33, Absatz 5 die staatliche Prüfung als Schulzugang bzw. -abschluß auf den verschiedenen Ebenen und als Bedingung zur Ausübung eines Berufes vorgeschrieben. Absatz 6 bestätigt die Autonomie von Universitäten und Akademien.

Art. 34 lautet im ersten Absatz: Die Schule ist offen für alle. Absatz 2 definiert die Schulpflicht von 8 Jahren und den kostenfreien Besuch in diesem Zeitraum. Absatz 3 hält die Gleichheit der Zugangsbedingungen und das Recht der „Fähigen und Verdienstvollen“ fest, die höheren Schulgrade zu besuchen, auch wenn sie nicht über genügend Mittel verfügen, indem (Absatz. 4) staatliche Stipendien und andere Unterstützung aufgrund von Fähigkeitsprüfungen gewährt werden⁹⁹. Diese Normen legen zwei Funktionen der Schule fest, die keine starken Gegner fanden

⁹⁹ Ergänzt wird die soziale Funktion der Schule durch Artikel 3 Absatz 2: Es ist Aufgabe der Republik, ökonomische und soziale Hindernisse zu beseitigen, die, da sie die tatsächliche Freiheit und Gleichheit der Staatsbürger

und über die besonders Moro und Marchesi einig waren: Zugang aller zu einem gewissen Grad an Bildung, mit sozialer Funktion des Staates und selektiver Funktion der Schule was den Zugang zu weiterführender Bildung betraf.

Nach **Art. 35** hat der Staat Fürsorge für die Förderung der beruflichen Weiterbildung von Arbeitenden zu tragen. Die Zuständigkeit dafür wird mit Artikel 117 an die Regionen delegiert, die zwar in der Verfassung vorgesehen, aber erst 1970 eingerichtet wurden. Damit hat der grundlegende berufsbildende Unterricht zwei Instanzen: die staatlichen Schulen, nämlich die Zweige der staatlichen Sekundarschulen, die mit Ausnahme der *licei* (humanistisches, naturwissenschaftliches und sprachliches Gymnasium, s. Kap. 1.1.) alle einen Berufsabschluß ermöglichen, sowie die unter regionaler Aufsicht geführten Schulen und Zentren für berufsbildende Kurse.

In diesen Normen sind Aussagen über die Gestalt des Bildungssystems nicht enthalten, so daß dieses in der Form erhalten blieb, die ihm mit der Reform Gentile 1923 verliehen wurde. Es handelt sich um programmatische Richtlinien, deren Präzisierung an die allgemeine Gesetzgebung abgetreten wurde, die, wie oben bereits angemerkt, zum Teil nicht oder mit erheblicher Verzögerung durchgeführt wurde. Die Konzentration auf die Frage des Verhältnisses zwischen privater und staatlicher Schule lenkte den Blick von anderen Problemen ab; hinzu kam, daß in Italien die Zusammenhänge zwischen Schulbildung und wirtschaftlicher Entwicklung oder sozialer Mobilität in der Diskussion noch keinerlei Rolle spielten. Der Verfassungsrechtler Cassese beurteilt daher die Arbeit der Verfassunggebenden Versammlung als wenig einschneidend und geradezu nutzlos, da sie sich fast ausschließlich auf das Verhältnis zwischen privaten und staatlichen Einrichtungen und die Frage der Finanzierung konzentriert habe - und weil die Realität gezeigt habe, daß diese Normen „auf jeder Ebene des Schulsystems konstant umgangen“ worden seien (Cassese, 1976: 222).

Es wurde gezeigt, daß die Auseinandersetzungen in der Unterkommission nicht unbedingt die Polarisierungen annahmen, wie sie in der *Assemblea Costituente* auftraten. In der Frage der Finanzierung und des Rechtsstatus von Privatschulen schienen die Exponenten der Parteien in der Unterkommission einer Übereinkunft näher als unter den Bedingungen der gesamten Verfassunggebenden Versammlung. Hier spielten kontingente Faktoren der innen- und außenpolitischen Entwicklung eine wichtige Rolle, aber auch die im Vergleich zur Arena des Parlaments unterschiedliche Dynamik innerhalb einer kleinen Gruppe dürfte einen beachtlichen Beitrag geleistet haben.

Das Verhältnis zwischen den beiden dominanten Parteien war nicht symmetrisch. Es ist eine stärkere Annäherung des PCI an die Positionen der DC festzustellen, als bei anderen laizistischen Parteien und als umgekehrt bei der DC gegenüber dem PCI. Insgesamt ist die Einschätzung verbreitet, daß die Christdemokraten ihre Ziele mit größerem Erfolg durchgesetzt haben (Ambrosoli, 1987; Cassese, 1976; Luzzatto, 1996; Gaudio, 1991). Es schien in der Tat der PCI eher auf Kompromisse eingegangen zu sein als die DC, sowohl was Art. 7 als auch die vagen Formulierungen zum Privatschulwesen betrifft.

Dennoch ist zu relativieren, daß die Einrichtung eines gemischten Systems mit der übergeordneten Staatsfunktion sowie die Lösung der Finanzierung für Privatschulen dem Interesse der Laizisten entsprachen. Die numerisch geringe Relevanz der privaten Schulen steht allerdings in keinem Verhältnis zur Bedeutung des *issue* auf politischer Ebene. Das Problem der Privatschulen konfessioneller Ausrichtung wurde im Verfassungstext nicht gelöst, was der DC in der Folge, wie Kritiker immer wieder feststellten, ein breites Feld zur Unterstützung derselben bot.

2. Die Jahre des christdemokratischen Zentrismus

Mit den Wahlen von 1948 war das antifaschistische Bündnis endgültig aufgelöst, die politische Landschaft war in rechtes und linkes Spektrum gespalten. In den folgenden Jahren baute die Christdemokratische Partei ihre Hegemonialstellung auf verschiedenen Ebenen aus, wobei die Unterstützung der katholischen Kirche im allgemeinen und deren Organisationen im besonderen entscheidend war. Dies gilt auch für den Bereich der Schulpolitik.

Der erste christdemokratische Schulminister der Nachkriegszeit war Guido Gonella, ein „quasi direkter Repräsentant des Vatikans“ (Galli, 1978: 74). Er erreichte eine der längsten Amtszeiten im Schulministerium, sie dauerte von der ersten bis zur sechsten Regierung De Gasperi, also von Juli 1946 bis Juli 1951.

Das schulpolitische Programm der Christdemokraten war von Gonella bereits 1946 beim ersten nationalen Kongreß der DC, bei dem die Positionen für die *Assemblea Costituente* definiert wurden, formuliert worden. Gonella vertrat die bereits oben ausgeführten grundsätzlichen katholischen Standpunkte zur „Freiheit der Schule“, gepaart mit der für viele Katholiken

typischen, im Vergleich zu Moro aber doch eher schlichten Gleichsetzung von „katholischer Mehrheit“ und dem „ganzen Volk“¹⁰⁰ (Gaudio, 1991: 93).

Gonella stand vor der Aufgabe, materielle Verbesserungen zu realisieren und den Bildungsstand der Bevölkerung anzuheben, wobei er sich zunächst der DC nahestehender Organisationen bediente. So wurden in der Nachkriegszeit Alphabetisierungskurse angeboten, die hauptsächlich von der katholischen Grundschullehrergewerkschaft AIMC (*Associazione Italiana di Maestri Cattolici*) organisiert wurden. Die näheren Umstände dieser Aktivitäten, an denen fast 93.000 Lehrer und rund 2 Millionen Erwachsene (Chiosso, 1988a: 110f.) teil nahmen, riefen selbst bei katholischen Exponenten Kritik hervor. Öffentliche Mittel wurden von einer privaten Körperschaft, die sich als religiös-kulturelle, gewerkschaftliche und politische Organisation verstand, verwaltet. Explizites Ziel der Gewerkschaft war, die politische Mehrheit für sich, d. h. für die DC zu erlangen. Die Verfügungsgewalt über öffentliche Gelder versetzte diese Körperschaft in die Position einer Sozialisationsinstanz und eines Arbeitsvermittlers, der über Erfolg und Mißerfolg bei Stellenbewerbungen entschied, erweiterte also den Aktionsradius und lieferte die dazu nötigen materiellen Möglichkeiten. Der Erfolg dieser Strategie blieb nicht aus, nicht nur wurde die AIMC die wichtigste Organisation für den Grundschulbereich, sondern in ihrem explizit politischen Selbstverständnis wurde sie auch zur wichtigen Wahlhilfe, wie De Gasperi's Dankesrede nach den Wahlen 1948 zu verstehen gab (Gaudio, 1991: 54f.).

Im Zentrum seiner politischen Aktivität als Schulminister stand die von Gonella beabsichtigte Reform des gesamten Schulsystems. Als Vorbereitung dazu ließ er 1946/47 eine große Umfrage unter Lehrern sowie anderen in der Schule Tätigen und Interessierten durchführen, mit der die Bedürfnisse der Bevölkerung in Sachen Schule eruiert werden sollten. Die Umfrage, ihre Organisation und ihr Ansatz waren Objekt der Kritik von links wie rechts. So stand z. B. die für die Umfrage einberufene Kommission, die pluralistisch zusammengesetzt sein sollte, in ihrer Mehrheit deutlich dem Minister nahe (Gaudio, 1991: 177). Insbesondere der PCI kritisierte die Tatsache, daß die Exekutive diese Initiative leitete, und wollte eine solche Untersuchung lieber unter der Kontrolle des Parlaments wissen. Außerdem wurde der methodische Ansatz kritisiert, da zwar eine Reform des gesamten Schulwesens projiziert wurde, die Umfrage aber getrennt nach Schulgraden angelegt war. Der Sozialist Codignola stellte die Notwendigkeit eines solchen Unternehmens überhaupt in Frage, da die Probleme bereits bekannt wären und eher Taten als Umfragen anstünden (Semeraro, 1996: 111f.; Pazzaglia, 1988: 502f.).

100 Im Kontext der christdemokratischen Vorstellungen zur Verfassung zeigt sich dieser „Kurzschluß“ in folgendem Zitat: „Es soll nicht die Verfassung einer Partei oder einer Religion sein, sondern die Verfassung des italienischen

Auf katholischer Seite wurde das Projekt von den Berufsverbänden aktiv mitgetragen, allerdings wurden auch Bedenken laut, daß in der Untersuchung dem Staat mehr als die von der Verfassung vorgesehenen Kompetenzen eingeräumt würden und die Autonomie von Schule und Universität nicht genügend berücksichtigt würde (Pazzaglia, 1988: 503f.). Ferner wurde die Forderung erhoben, die Gleichstellung mit größerer Entschiedenheit zu vertreten (Semeraro, 1996: 111).

Die Ergebnisse der Untersuchung sollten die Grundlage für einen Gesetzesentwurf bilden. Nach Abschluß der Umfrage wurde im Frühjahr 1949 eine Ministerialkommission gebildet, die die Ergebnisse verarbeiten und den Entwurf für die Neuordnung des gesamten Sektors entwickeln sollte. Dabei erwies sich die Gestaltung der Mittelstufe als neuralgischer Punkt: Die Grundschullehrer forderten (nicht zuletzt aus Gründen der Beschäftigung) eine Mittelstufe als Fortsetzung der Grundschule mit insgesamt 8 Jahren Dauer, dagegen favorisierten die Sekundarschullehrer die Mittelstufe als Teil des Sekundarbereiches, in Zweigen oder einheitlich organisiert (Pazzaglia, 1988: 504ff.).

Nach einigen Korrekturen, die unter anderem - auf Wunsch von Gonella selbst - den definitiven Charakter des Gesetzes relativierten und allgemeinere, durch Anwendungsnormen zu präzisierende Formulierungen einführten, wurde schließlich im Juli 1951 ein Gesetzesentwurf (*disegno di legge n. 2100, 1951*) in der Abgeordnetenkammer eingebracht (ebd., 506).

Der Entwurf sah einen Pflichtbereich vor, *istruzione inferiore*, dem die Grundschule (5 Jahre) und anschließend drei verschiedene Schultypen (3 Jahre) zugehören sollten. Von letzteren waren zwei dem Sekundarbereich zugewandt und eine, die *scuola normale*, als Fortsetzung der Grundschule zu verstehen, nicht zuletzt, weil der Unterricht von Grundschullehrern gehalten werden sollte. Das Ziel der Grundschule war laut Entwurf die „Zusammenarbeit mit der Familie“ (Gaudio, 1991: 133). Dagegen sollte der zweite Abschnitt des Pflichtbereichs zwei diametral entgegengesetzten Aufgaben gerecht werden: Abschluß der Pflichtphase und Vorbereitung auf die weiterführende Schule. Dieser ambivalenten Zielsetzung konnte nur ein System entsprechen, das getrennte Schulen im Pflichtbereich vorsah. Für den Sekundarbereich sah das Projekt Gonella eine Angleichung von naturwissenschaftlichem Gymnasium und Lehrerbildungsschule an den 5jährigen Zyklus des humanistischen Gymnasiums vor (ebd.: 134f.). Besonderen Raum nahm die Regulierung des Privatschulwesens ein: In Ausführung der Verfassungsnorm wurden die Gleichstellungsbedingungen mit Bezug auf ein Gesetz von 1942 konkretisiert. Darin wurde die Festlegung der Lehrergehälter dem Gesetz unterstellt (und damit der bisherigen privaten Vereinbarung entzogen), die Freiheit der Schulen innerhalb der bestehenden Gesetzgebung

Volkes, das ein christliches Volk ist und das deshalb einen weltlichen oder agnostischen Staat nicht wollen kann“

bestätigt, eine bereits bestehende eigene Kommission für die nicht-staatliche Schule per Gesetz abgesichert, womit diesem Bereich praktisch die Selbstverwaltung zugestanden wurde, sowie eine noch zu präzisierende Konvention für die Privatschulen als Bedingung für die Finanzierung aus der öffentlichen Hand erwähnt, womit laut Entwurf die Frage der öffentlichen Finanzierung von Privatschulen von der Bedingung der Gleichstellungsgelöst wurde (Gaudio, 1991: 134f.; Pazzaglia, 1988: 508). Gerade dieser großzügige Umgang mit dem Privatschulwesen trug Gonella den Ruf ein, die konfessionellen Schulen mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln begünstigt zu haben (Ambrosoli, 1982: 42).

Das Projekt Gonellas wird selbst von gemäßigter Seite als wenig innovativ bezeichnet. Als hervorstechende Charakteristik wird von Chiosso die „Aufwertung der Rolle des Personals“ (ders., 1988b: 318) beschrieben - es kann kaum angezweifelt werden, daß Gonella den Forderungen der Lehrerorganisationen entgegenkommen und möglichst viele neue Stellen schaffen wollte. Die Dreiteilung des Mittelbereichs entsprach dabei dem „arithmetischen Mittel“ des Gewichtes der tendenziell unvereinbaren Interessen der beiden Lehrerkategorien und -gewerkschaften, den Grund- und Sekundarschullehrern.

Der Gesetzesentwurf wurde dem Parlament 1951 vorgelegt, jedoch nicht diskutiert und verworfen (Pazzaglia, 1988: 506). Die Gründe für das Scheitern waren sowohl ökonomischer als auch politischer Natur: das Fehlen einer Abschätzung der finanziellen Implikationen, die ungenügende Unterstützung innerhalb der eigenen Partei und im Parlament, schließlich auch das veraltete Konzept, das der Tradition Casatis und Gentiles entsprang und den Anforderungen, die die moderne Gesellschaft an die Schule stellt, nicht genügen konnte (Gozzer, 1959: 21f.).

Der politische Aspekt des Scheiterns lag darin, daß Gonella mit seinem Reformvorhaben zwischen allen Stühlen saß: Der Linken kam es den katholischen Interessen zu weit entgegen, in den Augen der konservativen Katholiken drohte es die staatliche Schule irreversibel über den subsidiären Charakter hinaus zu legitimieren, und die Lehrer, deren konservative, elitäre Einstellung aus der Umfrage hervorgegangen war, fürchteten, daß die Reform, insbesondere mit den geplanten Veränderungen im Anschluß an die Grundschule, den weiterführenden Einrichtungen einen zu offenen Charakter verleihen würde (Chiosso, 1988b: 311ff., 322f.).

In der Literatur wird die Amtszeit von Gonella mit wachsendem zeitlichen Abstand auf seiten der Linken milder beurteilt, während bei katholischen Autoren loyale Kritik zunimmt. So kommen zwei Autoren der beiden Lager übereinstimmend zu einer positiven Einschätzung bezüglich der Fähigkeit Gonellas, die finanzielle Lage der Schule und insbesondere die materielle Situation des

(zit. n. Gaudio, 1991: 93).

Personals kontinuierlich zu verbessern (Chiosso, 1988b: 315; Semeraro, 1996: 117). Ferner wird festgestellt, daß das Ausbleiben der von der Verfassung geforderten Ausführungsgesetze, daß das Fehlen eines klaren normativen Rahmens die Entscheidungsbefugnisse der Verwaltung vergrößert habe (Pazzaglia, 1988: 515) - diese Strategie der christdemokratischen Politik zieht sich durch den gesamten Untersuchungszeitraum hindurch. Bestehen bleibt der Vorwurf der Linken, Gonella habe jede Möglichkeit genutzt, katholische Schulen zu fördern, insgesamt eine „katholische“ Politik verfolgt (Ambrosoli, 1982: 42) und, in bezug auf die Umfrage, zweifellos die Fähigkeit besessen, Aktivismus vorzutäuschen, aber nur ein „Papiermonument“ ohnegleichen hinterlassen (Semeraro, 1996: 117f.).

Bei den Nachfolgern Gonellas schlug sich die beginnende Instabilität der christdemokratischen Regierungen nieder. Im Schulministerium fand ein häufiger Wechsel statt, und die kurzen Amtszeiten gestatteten kaum mehr als die Verwaltung des Bestehenden (Pazzaglia, 1988: 513; Semeraro, 1996: 128). Der direkte Nachfolger von Gonella, Segni, problematisierte die Kompetenzen seines Ministeriums, die nicht annähernd den Erfordernissen angemessen seien. Er verwies darauf, daß in der Mittelschule ein Drittel mehr Aushilfspersonal als fest angestellte Lehrer tätig waren, und berechnete, daß mit den geplanten Ressourcen ganze 26 Jahre nötig wären, um die dem Bedarf entsprechende Zahl an Grundschulen zu bauen. In dieser quantitativen Herangehensweise wird deutlich, daß der Handlungsspielraum des Ministers den Problemen nicht angemessen war, wie auch, daß diese insgesamt nicht als prioritär angesehen wurden (Gaudio, 1991: 136).

Unter Ermini wurden 1955 neue Lehrpläne für die Grundschule herausgegeben, die aus zwei Gründen starke Polemiken provozierten: Zum einen wurde die katholische Doktrin als „Grundlage und Krönung aller Lehre“ wieder bekräftigt, was auch katholische Autoren auf den Druck der Kirche zurückführen. Zum anderen enthielten die Programme Hinweise darauf, daß die *scuola postelementare*, die in einigen Provinzen, formalrechtlich als „Schulversuch“ geltend, zur Kompensation des Mangels an Mittelschulen aufgebaut worden waren, dauerhaft zementiert werden sollte. Dahingehende Befürchtungen erwiesen sich unter Rossi, dem Nachfolger Erminis, als berechtigt: Er veranlaßte die Ausweitung der Versuche auf alle Provinzen, in denen keine *scuola di avviamento professionale* und keine genügende Zahl von Schülern zwischen 11 und 14 Jahren vorhanden waren (Pazzaglia, 1988: 520).

Mitte der 50er Jahre, bei spürbar wachsender Bildungsbeteiligung und beginnendem wirtschaftlichen Aufschwung (s. Teil 1, Kap. 2 und 4), intensivierte sich die Diskussion über Bildungsfragen und öffnete sich neuen Zusammenhängen wie dem zwischen Bildung und Wirtschaftswachstum. Vorausgegangen war eine Untersuchung über Armut und Arbeitslosigkeit,

die das niedere Bildungsniveau der italienischen Bevölkerung ans Licht gebracht hatte (Canestri/Ricuperati, 1976: 247). In Tagungen, Auseinandersetzungen in Zeitschriften und auf politischer Ebene wurde das Problem der Anhebung des Bildungsniveaus und insbesondere das Thema der Reform des Schulabschnitts zwischen 11 und 14 Jahren aufgenommen (Ambrosoli, 1982: 72f.).

Im PCI begann die Diskussion über den Schulbereich und seine unter verschiedenen Aspekten zunehmende Bedeutung auf dem IV. nationalen Kongreß 1954. Ausgehend von der Selbstkritik, daß das Problem der Schule in seiner erstrangigen Bedeutung für die Konstruktion einer demokratischen Gesellschaft von der Partei nicht richtig erfaßt worden sei, was letztlich die Entwicklung eines richtungsweisenden Konzeptes verhindert und zum Kompromiß mit der katholischen Kirche geführt habe, sollte nun das Thema nicht nur von den direkt Betroffenen, sondern von möglichst breiten Teilen der Bevölkerung diskutiert werden (Pazzaglia, 1988: 523; Semeraro, 1996: 121). Darüber hinaus führte die Rezeption der Texte Gramscis, die erst in den 50er Jahren zugänglich wurden, zu der Einschätzung, daß für eine kommunistische Politik, die auch die Mittelklasse für ihre Ziele gewinnen wolle, die Schule ein zentrales strategisches Feld bilde, gehörten doch sowohl die Lehrer als auch ein großer Teil der Schüler und der Eltern dieser wachsenden Mittelschicht an (Semeraro, 1996: 126). Die Bildungsreform sollte Teil eines größeren Komplexes, der Kulturpolitik, werden (Semeraro, 1993: 224). Neben wahltaktischen Aspekten muß diese Öffnung des Horizontes als Umsetzungsversuch von Gramscis Theorie der Hegemonie¹⁰¹ gesehen werden.

Die Diskussion innerhalb der Linken über das spezifische Thema der Schulreform konzentrierte sich auf zwei Punkte: die Umsetzung der Schulpflicht bis 14 Jahre und die Neugestaltung des an die Grundschule anschließenden Bildungsganges. Die bisherige Struktur erlegte dem Schüler im Alter von 11 Jahren die irreversible Entscheidung zwischen einem weiterführenden oder einem zur Erwerbstätigkeit hinführenden Schultyp auf. Ein einheitlicher Schultyp für die Schüler bis zum Alter von 14 Jahren sollte die Kanalisierung in Berufsfelder aufschieben, einer breiteren Allgemeinbildung, auch in den naturwissenschaftlichen Fächern, mehr Raum geben und wurde insgesamt als die geeignetere Struktur angesehen, die in der Verfassung festgeschriebene allgemeine Schulpflicht umzusetzen (Semeraro, 1996: 236).

101 Nach Gramsci beruht in der Klassengesellschaft die Überlegenheit einer Klasse über eine andere auf den komplementären Modi der Herrschaft und der Hegemonie. Während Herrschaft über den Zwangsapparat der politischen Gesellschaft ausgeübt wird, bezeichnet „Hegemonie“ die kulturelle, intellektuelle und moralische Dimension der Legitimation der Vorherrschaft einer Klasse. Eine politische Klasse kann die Führung nur übernehmen, wenn sie Konsens oder zumindest Passivität der Massen bezüglich ihrer Ziele herstellen kann. Konsens nimmt also eine privilegierte Funktion gegenüber der Gewalt ein, auch als revolutionäre Strategie. Dabei benutzt

Für die Parteien des Zentrums und der Rechten barg eine Vereinheitlichung des Bildungsganges im Pflichtbereich viele Gefahren: es wurde befürchtet, dass das Niveau durch das Zusammentreffen von Schülern unterschiedlicher kultureller Herkunft absinke, und eine Aufweichung der Sozialstruktur in der und durch die Schule wurde abgelehnt. Die Schule müsse deshalb weiter den Schülern verschiedener Herkunft angemessene Differenzierung, d. h. berufsorientierte und bildungsorientierte Gänge bieten. Diese Positionen entsprachen dem Bildungsideal von Gentile, von Modernisierungen des pädagogischen Ansatzes abgesehen (Ambrosoli, 1990: 138).

Mit dem Beginn der 3. Legislaturperiode (1958) deutete sich ein Wandel in der Orientierung der DC an. Die neue Regierung Fanfani mit Moro als Schulminister ermöglichte eine Öffnung zur Linken, die sich allerdings erst Jahre später durchsetzen sollte. Parallel zur Wirtschaftspolitik entwickelten sich auch im Schulbereich Tendenzen, Politik als Planung zu konzipieren: Unter Moro wurde der *Piano decennale*, ein Zehnjahresplan zur Finanzierung des expandierenden Schulsystems ausgearbeitet (Ambrosoli, 1982: 85ff.). Nachdem die Reform Gonella diskussionslos gescheitert war und seitdem nur Details normativ angegangen worden waren, wurden nun die Zusammenhänge zwischen Bildung und wirtschaftlicher bzw. technologischer Entwicklung auch wissenschaftlich bearbeitet. Eine erste soziologische Analyse¹⁰² zum Bedarf an qualifiziertem Personal für die sich rasch entwickelnde Wirtschaft kam zwar zu völlig überhöhten Einschätzungen (Moscatti, 1989: XIV; Canestri/ Ricuperati, 1976: 259), machte jedoch der politischen Elite den Handlungsbedarf schlagartig deutlich.

Der ursprüngliche Zehnjahresplan war als finanzieller Rahmen zur Lösung der quantitativen Probleme des Schulwesens gedacht, der Strukturen schaffen bzw. erweitern, die Besoldung des Personals verbessern und allgemein die Deckung des zukünftigen Bedarfs an Gebäuden, didaktischem Material, Fürsorge (Stipendien) und Personal sicherstellen sollte. Die Einschränkung auf „einen Rahmen ohne Interesse für das Bild“ (Codignola, 1962: 232f.), also die Vernachlässigung bzw. Abtrennung von qualitativen Aspekten sowie die fehlende Abstimmung mit der wirtschaftspolitischen Planung standen denn auch im Zentrum der Kritik (Canestri/Ricuperati, 1976: 195). Es wurde ferner nicht zwischen staatlichen und nicht-staatlichen Schulen unterschieden, womit die Unterstützung der Linken und selbst der ansonsten äußerst loyalen Liberalen Partei nicht zu gewinnen war (Pazzaglia, 1988: 529). Neben dem alten Konflikt

jede Klasse spezifische Hegemonieapparate: Parlamentarismus, Parteien, öffentliche Meinung, Gewerkschaften u. a. m. (Belligni, 1990: 348ff.).

¹⁰² Es handelte sich um die Studie des SVIMEZ: *Mutamenti della struttura professionale e ruolo della scuola*, Roma, 1961. Die Fehleinschätzungen beruhten auf einem überhöht und als konstant eingeschätzten Anstieg der

zwischen Laizisten und „Klerikalen“ barg der Zehnjahresplan noch ein anderes verhängliches Thema: Die Mittelstufe war noch in der alten dreigeteilten Form (*scuola media, scuola di avviamento, scuola postelementare*) konzipiert, während für die Linke die Einheitlichkeit dieses Schulzyklus’ inzwischen eine feste Forderung war. Konsens fand der *piano decennale* weder unter den Laizisten, noch im gesamten katholischen Bereich. Der Plan war 1958 vom Senat diskutiert und dort verabschiedet worden, vier Jahre Auseinandersetzung in der Abgeordnetenkammer führten zu mehreren Änderungen, wodurch einige Hauptpunkte, an denen sich die Kritik entzündet hatte, entschärft wurden. Die DC verzichtete auf den Plan in der alten Version mit zehnjähriger Dauer und erklärte sich mit einem kürzeren zeitlichen Umfang einverstanden, der PSI nahm seine Vorstellungen bezüglich Schulstruktur und Regelung des Verhältnisses zwischen privatem und öffentlichem System zurück (Ventura, 1998: 133, Fußn. 17). Schließlich wurde 1962 eine reduzierte Form von Finanzierungsplan für einen Zeitraum von drei Jahren vom Parlament verabschiedet (Semeraro, 1996: 146).

Möglich wurde dies durch das Nachgeben eines der exponiertesten Vertreter der Opposition, des Sozialisten Tristano Codignola. Er begründete seinen Gesinnungswandel und den seiner Partei mit der gegenüber 1958 veränderten politischen Situation, daß durch die gefundene Vereinbarung zwischen Christdemokraten und Sozialisten der Finanzierungsplan neu bewertet werden müsse. Es wird dabei auf den neuen Kurs zwischen PSI und DC angespielt, der fünf Jahre später zur ersten Regierungsbeteiligung der Sozialisten führen sollte. Die von Codignola vorgebrachte Begründung verweist auf den Vorrang der politischen Konvergenz zwischen den beiden Parteien, rein schulpolitische Fragen waren hinter die politische Gesamtstrategie zurückgetreten (Ventura, 1998: 133, Fußnote 17).

Das Interesse am Zehnjahresplan wurde außerdem geringer, da parallel zur Absicht der Verbesserung der materiellen Verhältnisse die Diskussion um eine Strukturreform des Pflichtbereiches in den Vordergrund gerückt war. Es wurden 1959 zwei Gesetzesentwürfe eingebracht, einer vom PCI (Donini-Luporini) und einer vom christdemokratischen Schulminister Medici, der Moro nach der Rechtswende der Partei mit der Regierung Segni abgelöst hatte. Diese waren bereits die Vorläufer der Zeit der Reformen in der italienischen Schulgeschichte, die im nächsten Kapitel behandelt wird.

Die ebenso verbreitete wie kritikwürdige Einschätzung der 50er Jahre als Zeit der Unbeweglichkeit (Ginsborg, 1989: 193) gilt im Schulbereich nur für deren erste Hälfte, danach zeichnet sich Bewegung ab: Das Thema Schule rückte ins Zentrum der Aufmerksamkeit nicht nur

der Parteien, sondern v. a. der Intellektuellen, der Lehrerorganisationen und Wirtschaft. Das breite Interesse, beginnend bei der erhöhten Nachfrage nach Bildung seitens der Bevölkerung, und insbesondere die Beteiligung von Vertretern der Wirtschaft ließ die wachsende Bedeutung von Bildung zunehmend deutlich werden. Daneben war die Krise der Mitte-Rechts-Regierungen, die zu Beginn der 60er Jahre ihren Höhepunkt erreichte, Vorbedingung für die Öffnung nach links, welche wiederum die Grundlage für einen tragfähigen Konsens für Reformen im Schulbereich darstellte. Die 50er Jahre stehen somit in erster Linie für die Entwicklung der DC von der konservativen Politik Gonellas und der starken Bindung der Partei an den Klerus, zu Moro, dessen Strategie der Öffnung nach links nun mehr Erfolg beschieden sein sollte als im vorherigen Jahrzehnt.

3. Die Zeit der Reformen

Die Phase der Gesetzesinitiativen, die als innovativ betrachtet werden können, wird auf den Zeitraum zwischen 1963 (Reform der Mittelschule) und 1973 (*decreti delegati*, vgl. Teil 1, Kap. 1.3) eingegrenzt. Es handelt sich um Maßnahmen, die unter den Stichworten der Demokratisierung und Dezentralisierung zu subsumieren sind.

Bildungsminister sowohl unmittelbar vor als auch in der ganzen dritten Legislaturperiode, von Februar 1962 bis Juni 1968, war Luigi Gui, dem hohe Sensibilität bezüglich der katholisch-klerikalen Wünsche nachgesagt wurden (Codignola, 1986: 133). Auf Gui folgten in der Zeit der Protestbewegungen, zwischen 1968 und 1972, Scaglia, Sullo, Ferrari Aggradi und Misasi¹⁰³, ebenfalls Christdemokraten, deren Amtszeit jeweils nur kurz war.

Die erste Initiative für die Reform der Mittelstufe geht auf eine kommunistische Gesetzesinitiative vom Mai 1959, die nach den unterzeichnenden Senatoren Donini und Luporini benannt ist, zurück. Darauf folgte ein Vorschlag des Ministers Medici (August 1959) (Semeraro, 1982: 153). Der Unterschied zwischen den beiden Konzepten liegt im Grad der inneren Differenzierung des neuen Schultyps und in den damit implizierten Fortführungsmöglichkeiten in der Sekundarstufe.

Die Linke kämpfte für ein gesellschaftliches Projekt, die Massenschule, die allen Schülern eine gleiche Bildungsgrundlage und gleiche Weiterbildungsoptionen vermitteln sollte. Dies sollte in einem „einzigem“ Schultyp (*scuola media unica*) mit gleichen Inhalten für alle Schüler realisiert werden. Große Bedeutung kam dabei auch einer Neudefinition der Inhalte zu, da die Linke aus ihrer materialistischen Tradition heraus großen Wert auf die Vermittlung von geschichtlichem

Fehler wurden die Daten des SVIMEZ bis 1967 nicht hinterfragt (Canestri/Ricuperati, 1976: 259).

Bewußtsein und naturwissenschaftlichem Wissen legte. Der marxistischen Tradition entsprach die Absicht, die „neuen intellektuellen Energien zu fördern, die in immer breiterem Ausmaß aus den arbeitenden Klassen hervorgehen sollten“ (Text Donini/Luporini, zit. n. Semeraro, 1982: 153). Nicht nur das traditionelle Kulturverständnis, sondern auch die proletarische Identität sollte als kulturstiftendes Element das Leben in der Schule prägen.

Dagegen tat sich die christdemokratische Partei schwer, den neuen Zeitgeist zu verarbeiten. Unter der Formel *scuola media unitaria*, „einheitliche“ Mittelstufe, sollte die interne Aufgliederung beibehalten werden: Die klassische Mittelschule mit Latein und Fremdsprache, die technische Schule mit Fremdsprache und *attività di lavoro*, die künstlerische Sektion und schließlich die sogenannte *scuola normale*. Diese entsprach weitgehend der *post-elementare*, da die Klassen von zwei bis drei Grundschullehrern (vs. fünf akademisch gebildeten Lehrern in der klassischen Mittelschule) betreut werden sollten und Lehrinhalt eine unspezifische Vorbereitung auf das Arbeitsleben war, wenngleich der Begriff *scuola normale* üblicherweise Schulen zur Ausbildung der Grundschullehrer bezeichnet. Medici kam mit seinem Projekt nicht weit, zu offensichtlich reaktionär war das Konzept, so daß selbst der *Consiglio Superiore della Pubblica Istruzione* eine negative Beurteilung abgab (Codignola, 1986: 124). Eine überarbeitete Version wurde im Januar 1960 präsentiert, sie sah in der zweiten Klasse drei Optionen (Latein, naturwissenschaftliche Beobachtung, technische Übungen) vor, die mit unterschiedlichen Weiterführungsmöglichkeiten gekoppelt waren. Ferner sollte für weitere 10 Jahre ein Spezialkurs innerhalb der Mittelschule beibehalten werden, der fehlende Mittelschulen in strukturschwachen Gebieten ersetzen sollte und der Fortführung der *post-elementare* entsprach. Dieses Projekt fand ebenfalls wenig Zustimmung, das Thema Schulpolitik hatte mittlerweile den geschlossenen Kreis der Spezialisten verlassen und eine breitere öffentliche Meinung interessiert, welche bis in katholische Kreise hinein fortschrittlichere Vorstellungen vertrat (Semeraro, 1982: 154).

Während die Vorschläge von Medici noch klare Zeichen eines konservativen Bildungskonzeptes aufweisen, das ein rigide gegliedertes System (analog einer statischen Gesellschaft) und dadurch einen stark eingeschränkten Zugang zu weiterführender Bildung vorsah, brachte die allgemeine Krise der Partei Strömungen zum Tragen, die fortschrittlichere Vorstellungen auch in Bildungsfragen hatten. Die Zeit war nun offensichtlich in christdemokratischen und zum Teil auch katholischen Kreisen reif für eine veränderte Bewertung des Faktors Bildung im Hinblick sowohl auf die Entwicklung einer demokratischen Gesellschaft als auch auf die Bedürfnisse der wirtschaftlichen Expansion. Unter Bosco als Schulminister (1960) wurde auf dem

Verwaltungsweg die Situation einer Lösung angenähert: Er ließ einen neuen Typ Mittelschule zunächst als Versuchsprojekt erproben, der einheitlich konzipiert war und im zweiten Schuljahr zwei Optionen, die Wahlfächer Latein und technische Übungen vorsah, die gleichwertig waren in Hinsicht auf die anschließende Schulwahl. Diese Variante nahm praktisch die mittlere Position ein zwischen den zur Diskussion anstehenden Gesetzesanträgen von kommunistischer Seite (Donini-Luporini) und der Version von Medici (Codignola, 1986: 129f.).

Die Diskussion im Senat begann im September 1962 - der PSI hatte im Februar 1962 der Regierung die parlamentarische Unterstützung zugesichert - und beruhte auf direkten Verhandlungen zwischen PSI und DC. Wenige Monate vorher war der Finanzierungsplan vom Parlament abgesegnet worden (vgl. voriges Kapitel). Im parlamentarischen Verlauf der Reform traten noch einige Verzögerungen auf, es wurden weitere Änderungsanträge eingebracht, mit denen als Zugeständnisse an die Sozialistische Partei u. a. die Auswahl an Optionen mit selektiver Funktion weiter reduziert und die *post-elementare* abgeschafft wurde (ebd.: 131). Anfang Oktober wurde das Gesetz vom Senat angenommen, daraufhin der Abgeordnetenkammer vorgelegt und von dieser ohne Änderungsanträge akzeptiert (Ventura, 1998: 132f.).

Mit Gesetz Nr. 1859 vom 31. Dezember 1962 wurde die Einrichtung einer einheitlichen, kostenfreien und obligatorischen Mittelstufe verabschiedet, die als Anschluß an die Grundschule die Realisierung der Schulpflicht überhaupt konkret ermöglichen sollte. Die Unterrichtsinhalte waren von der ersten bis zur dritten Klasse gleich. Ein Streitfall, der quer durch alle politischen Lager verlief, war die Frage des Lateinunterrichtes. Von den einen als Diskriminante für einen elitären Bildungsbegriff, mit dem die kulturell Benachteiligten weiter ausgegrenzt werden sollten, abgelehnt, gehörte er für die anderen, darunter auch der Kommunisten Marchesi, zur Grundausrüstung jeder Bildung, die diese Bezeichnung verdiene. In der Reform wurde der Lateinunterricht im zweiten Jahr in den Italienischunterricht integriert, im dritten Jahr als Wahlfach festgehalten. „Diskriminierend“ blieb dieses Fach insofern, als es Bedingung zum Weiterbesuch des humanistischen Gymnasiums war.

Neben der Frage der konsequenten Einheitlichkeit der Inhalte und Anschlußmöglichkeiten wog das Problem des schlichten Mangels an Gebäuden gerade in strukturschwachen Gebieten schwer. Im Reformgesetz wurden alle Gemeinden mit über 3.000 Einwohnern verpflichtet, bis spätestens 1966 eine Mittelschule einzurichten, was sowohl die Bereitstellung der Gebäude als auch die Ausstattung mit Lernmaterialien und Personal umfaßte (Ventura, 1998: 132). Neue Lehrpläne wurden vom Ministerium per Dekret vom 24. April 1963 erlassen (Pesci, 1990: 443).

Die neue Mittelschule sollte Schülern jeder sozialen Herkunft gleiche Bildungschancen verschaffen und die bisher im Alter von 11 Jahren anliegende Entscheidung über den weiteren

schulischen und beruflichen Weg auf ein reiferes Alter verlegen. Der bisherige Dualismus zwischen einer Schule, die auf die weiterführenden Bildungsstufen hinauszielte, und Schulen, deren Abschluß ohne Möglichkeit der späteren Wiederaufnahme eines Bildungsganges ins Arbeitsleben führte, sollte aufgehoben werden. Im Unterschied zum vorherigen System zielte sie nicht auf Segregation der verschiedenen sozialen Komponenten, sondern im Gegenteil auf Integration, das Zusammenführen von Schülern unterschiedlichster Herkunft in einer Klasse, auf gleiche Zugangs- und Erfolgchancen unabhängig von materiellen und kulturellen Voraussetzungen.

Mit der neuen Mittelschule wurden die vorherigen drei Optionen auf eine reduziert: Es entfielen die bisherige Mittelschule, deren Abschluß alle weiterführenden Schulen zu besuchen gestattete, die *scuola di avviamento professionale*, in der eine praxisorientierte Berufsbildung vermittelt wurde und die wenige fachspezifische Anschlußmöglichkeiten vorsah, sowie die *post-elementare*, in der in Ermangelung eines adäquaten Bildungsangebotes die Pflichtschulzeit „abgesessen“ wurde, und die keine Weiterbildungsmöglichkeit eröffnete.

Der Lateinunterricht wurde wie im Projekt Bosco beibehalten, was nach Verabschiedung der Reform für Polemiken von kommunistischer Seite sorgte. Der Lateinunterricht wurde als „trojanisches Pferd“ gebrandmarkt, er bringe „in die einheitliche Schule ein diskriminierendes Element ein und würde verhindern, daß einem modernen Programm, das auf einem neuen Humanismus gründe, Konsistenz verliehen würde“ (Bertoni-Jovine, zit. n. Semeraro, 1982: 159, Fußnote 18). Ferner divergierten zwischen PCI und PSI die grundsätzlichen Herangehensweisen an die Schulreform. Die Kommunisten wollten sich nicht auf eine Politik der kleinen Schritte einlassen, sondern verlangten in maximalistischer Manier eine Globalreform. Demgegenüber vertrat der PSI mit Codignola eine gradualistische, an den Realitäten orientierte Strategie. Er sah zwei Probleme der Linken: die Unfähigkeit, die Prinzipien und Ideale mit der politischen Realisierung zu verbinden, und ein Gefälle zwischen dem Bewußtsein der politischen Eliten und dem der Lehrer. Dagegen begründete der PCI die Diskrepanz zwischen Eliten und Basis damit, daß die Eliten und gerade die Mitte-Links-Regierung keine angemessenen Antworten auf die realen Probleme der Schule anböten. Diese könnten nur von unten in einer selbstverwalteten Schule erarbeitet werden, die aus ihrer Abhängigkeit vom Verwaltungsapparat heraustrete (Semeraro, 1993: 271).

Kritik kam auch von der entgegengesetzten Seite, aus Kreisen der DC, in denen Positionen wie „jedem seine Schule“ bestehen blieben, die die soziale Hierarchie nicht durch das Bildungssystem gefährdet sehen wollten – und prognostizierten, daß durch die soziale Durchmischung eine Verflachung der schulischen Qualität eintreten würde (Barbagli, 1974: 453f.).

Das Projekt der „Linken“ stand in gewissem Maße im Einklang mit dem dringenden Interesse der Wirtschaft, besser vorbereitetes *human capital* in die sich entwickelnde und differenzierende Produktion einsetzen zu können. Exponenten der Wirtschaft hatten bereits Ende der 50er Jahre eine bessere vorbereitende Schulbildung gefordert (Ambrosoli, 1982: 80f.). Insofern ist die Verabschiedung des Gesetzes nicht nur als sozialpolitisches Zugeständnis, sondern auch in ihrer wirtschaftspolitischen Konnotation zu sehen. Der italienische Industriellenverband *Confindustria* hatte tatkräftig, bspw. mit Tagungen, zur Vorbereitung und zum Gelingen der Reform beigetragen (Pazzaglia, 1988: 528).

Aus größerer historischer Distanz wird die Reform als bedeutende Innovation, bezüglich ihrer Idee und ihrer sozialen Wirkung gewürdigt. Erst durch die *scuola media* wurde die Einhaltung der Schulpflicht überhaupt realistisch, da auch in kleineren Orten Schulen gebaut und ein Transportdienst eingerichtet wurden. Bleibende Kritik an der Umsetzung der Reform bezieht sich auf fehlende kollaterale Maßnahmen, vor allem die Vernachlässigung der Probleme, die diese Maßnahmen für das Lehrpersonal aufwerfen würde. Dieses, so wurde in einer der ersten wichtigen soziologischen Untersuchungen zum Bildungswesen¹⁰⁴ gezeigt, hatte größtenteils ein elitäres Bewußtsein und traditionelle Vorstellungen in bezug auf die bildungsfernen Schichten, und die neue Realität, sozial heterogene Klassen, stellte für das Lehrpersonal eine Verunsicherung dar. Mangels Vorbereitung auf die veränderten Anforderungen führte das Verhalten der Lehrer, die ihre Methode der neuen Situation nicht anpaßten und ihre Schüler weiterhin aufgrund der dominanten Werte beurteilten, zu einer Diskriminierung der durch ihre Herkunft nicht für die Schule Sozialisierten, wodurch sie die Funktion der Schule als konservativer Sozialisationsinstanz bestätigten. Während dieses Problem, die klassenspezifische Selektion, sich jedoch im Laufe der Zeit relativierte, blieb der Aspekt der Ausbildung der Lehrer ein ungelöstes Problem.

Im Juni 1964 zerbrach die erste Mitte-Links-Koalition unter Moro wegen einer Erhöhung der finanziellen Zuwendungen für die privaten Mittelschulen um 149 Millionen Lire. Eineinhalb Jahre später, im Januar 1966, stürzte Moro wieder über den Konflikt zwischen Laizisten und Vertretern der katholischen Interessen in der Frage der Einrichtung von staatlichen Kindergärten. Das in offener Abstimmung über die einzelnen Artikel bereits angenommene Gesetz wurde in der geheimen Abstimmung über den Gesamttext zurückgewiesen. Da Moro die Abstimmung mit der Vertrauensfrage verbunden hatte, war er seines Amtes enthoben (Ventura 1998: 174f.; Scoppola, 1991: 347). Wenige Monate später, in der dritten Legislaturperiode unter Moro, wurde ein neuer Vorschlag eingebracht, der im März 1968 angenommen wurde (Gesetz Nr. 444, 18. März 1968).

¹⁰⁴ Barbagli/Dei, (1969): *Le vestali della classe media*, Bologna.

Dieses Gesetz zur Einrichtung von staatlichen Kindergärten sah auch erhöhte finanzielle Unterstützung der privaten Vorschuleinrichtungen vor (Pedrazzi, 1973: 713; Ventura, 1998: 176). Im Gesetzestext waren diese Zuwendungen an die Klausel geknüpft, daß die privaten Kindergärten „Kinder aus benachteiligten wirtschaftlichen Verhältnissen“ aufnehmen (Ambrosoli, 1982: 195f.). Die Erhöhung dieser Zuwendungen an die privaten, praktisch ausschließlich katholischen Betreiber waren höher als die zusätzlichen Aufwendungen für die Erweiterung des staatlichen Kindergartenangebotes (Canestri/Ricuperati, 1976: 292). Es wurde also die Quadratur des Kreises erzielt: sowohl staatliche Kindergärten als auch Unterstützung für die kirchlichen Einrichtungen, ein Kompromiß, der beide Positionen bestehen ließ und durch die sozialpolitische Klausel legitimiert wurde.

Während in der ersten Krise die Frage der Finanzierung von Privatschulen wohl nur der Tropfen war, der das Faß zum Überlaufen brachte (Pedrazzi, 1973: 713), wird im zweiten Fall über das Abstimmungsverhalten ein Charakteristikum des Verhaltens der italienischen politischen Elite deutlich: Das abweichende Ergebnis der geheimen Abstimmung ist logisch nicht als Strategie der Opposition, sondern nur der Mitglieder der Koalition, wenn nicht gar der Partei Moros selbst zu verstehen. Dieses Verhalten ist als fester Begriff, der *franchi tiratori*, Freischützen, in den italienischen Sprachgebrauch eingegangen. Im zweiten Fall traf Moro auf den unüberwindlichen Widerstand der eher reaktionären kirchlich orientierten Kreise seiner Partei. Das letztendlich realisierte Gesetz bildet einen typischen Kompromiß zwischen sozialistischen und christdemokratischen Positionen: Keiner verzichtet, also wird beiden stattgegeben. Dies entspricht einer Summe, nicht einer Synthese der Positionen.

Um 1968 erreichte das Konfliktpotential, das durch Fragen der Bildung hervorgerufen wurde, seinen Höhepunkt. Die Bildungsexpansion hatte zu einer Überfüllung der Universitäten geführt, und die Ungleichheit der Chancen im italienischen Bildungswesen trat ans Licht. Das extrem niedere Bildungsniveau der erwerbstätigen Bevölkerung wurde in der Forderung nach bezahlter Weiterbildung zum Thema der Arbeiterkämpfe (vgl. Kap. Grundlagen).

Als Antwort auf die Studentenbewegung können drei Maßnahmen verstanden werden, die 1969 erlassen wurden: die versuchsweise Neuregelung der Reifeprüfung, die versuchsweise Erweiterung der Dauer aller Schultypen der Sekundarstufe auf fünf Jahre und die Öffnung der Universitäten für die Abgänger aller Sekundarschulen (Canestri/Ricuperati, 1976: 274).

Die Reifeprüfung sollte in der neuen Version mehr auf globale Aspekte, auf die intellektuelle und kulturelle Reife der Person und weniger die Quantität des gelernten Stoffes ausgerichtet werden. Dazu sollte als wichtiger Bestandteil des Gesamturteils die schulische Entwicklung der Person und die Lernmotivation zugrundegelegt sowie eine Orientierungshilfe für weitere Entscheidungen

bezüglich Berufs- oder Studienwahl gegeben werden. Bei Prüflingen, die in einem Arbeitsverhältnis standen, sollten die Vorbereitungsbedingungen berücksichtigt werden. Es sollten also die Person und das Umfeld der zu Prüfenden mehr berücksichtigt werden. Beibehalten wurde weitgehend der organisatorische Modus, die Form der Prüfung, nämlich vor externen Kommissionen, sowie die Aufteilung in zwei schriftliche Prüfungen und eine mündliche Prüfung (Ambrosoli, 1982: 219f.).

Auf Anordnung des Ministers wurden in den Berufsschulen mit zwei- und dreijähriger Dauer Ergänzungsjahre eingerichtet; derart auf ein fünf Jahre umfassendes Kursangebot „aufgestockt“, war jetzt auch in diesem Schultyp die Voraussetzung zur Reifeprüfung gegeben. Die Möglichkeit des Ausscheidens mit der *qualifica* nach drei (bzw. zwei) Jahren blieb bestehen. In den Instituten mit vierjähriger Dauer (IM, LA) wurde ebenso die Möglichkeit des Besuchs für ein weiteres, fünftes Jahr geschaffen, so daß die Sekundarstufe zumindest unter dem Gesichtspunkt der Schuldauer homogener gestaltet wurde. In allen Schultypen war nun die Möglichkeit gegeben, die Reifeprüfung abzulegen.

Drittes Element der Maßnahmen von 1969 war die Öffnung der Universitäten. Nachdem im Verlauf der 60er Jahre die Möglichkeiten, sich in Abhängigkeit vom besuchten Schultyp in eine Fakultät zu immatrikulieren, schrittweise liberalisiert worden waren, wurden schließlich alle Arten von Reifeprüfung als Zulassungsbedingung für eine frei gewählte Fakultät anerkannt. Damit ermöglichte ab 1969 der Abschluß aller Schultypen der Sekundarstufe den Besuch jeder Fakultät der Universität (Ambrosoli, 1990: 136).

Diese Maßnahmen tragen demokratisierenden Charakter, sind aber auch vor dem Hintergrund der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Dynamik zu sehen: Die wirtschaftliche Entwicklung verlangsamte sich, die erhoffte Zunahme des Bedarfs an Sekundarschulabgängern für die mittlere Ebene war nicht eingetreten, der Arbeitsmarkt absorbierte die Abiturienten nicht wie erwartet. Mit der Gleichsetzung der Reifeprüfungen und der Öffnung der Universitäten wurde das ganze Sekundarschulwesen auf den Übergang zur Universität ausgerichtet, insbesondere, da keine Maßnahmen zur Qualifizierung der berufsbildenden Schulen erfolgt waren. Die schulische Funktion der Vorbereitung auf das Erwerbsleben wurde geschwächt, Schultypen, die besonders von Schülern aus sozial schwächeren Schichten besucht wurden, erfuhren eine Dequalifizierung. Gleichzeitig konnte die drohende Arbeitslosigkeit der Sekundarschulabgänger durch den erleichterten Zugang zum Studium hinausgeschoben werden. Allerdings waren die dadurch eröffneten Chancen zweifelhaft: Auch im Universitätsbereich fehlten kollaterale Maßnahmen, die wachsende Zahl der Immatrikulierten mußte sich mit unveränderten Kapazitäten und Studienordnungen „arrangieren“ (Canestri/Ricuperati, 1976: 276f.).

Neben dieser Öffnung des Systems, die als - vom Gesichtspunkt der Steuerung aus ungenügende - Antwort auf die gestiegene Nachfrage nach Bildung zu sehen ist, wurde eine der Hauptforderungen der 68er-Bewegung, die Verstärkung der Partizipation im Schulwesen, 1974 in den *decreti delegati* aufgenommen (vgl. Teil 1, Kap. 1.3.). Bisher war eine Teilnahme an den Entscheidungsprozessen nicht vorgesehen, in der Folge der Studentenbewegung begann man sich im Schulministerium unter Misasi damit auseinanderzusetzen. In konservativen Kreisen wurde das Thema als Teilnahme der Familie am Schulleben formuliert. Gemäß dem katholischen Ideal der Familie und dem vorrangigen elterlichen Interesse an der Erziehung der Kinder sollte der Schule in ihrem Aspekt als Gemeinschaft mehr Raum verschafft werden (Gigante 1988: 219). Per Gesetz sollte ein Institutsrat im Sekundarbereich zur Repräsentanz der Familien und der Gemeindeverbände eingerichtet und, bereits in der Zeit bis zur Verabschiedung des Gesetzes, als Versuchsprojekt eingeführt werden (Ambrosoli, 1982: 335ff.).

Charakteristisch für das Verständnis von Partizipation im PCI war, neben dem innerschulischen Mitspracherecht von Schülern und Eltern, das Konzept des Distriktes. Die Linke verfolgte die Absicht der Vernetzung von sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Elementen im schulischen Leben, um die Schule und die in ihr Beschäftigten aus der Abgeschlossenheit einer rein pädagogischen Einrichtung stärker in die gesellschaftliche Realität zu integrieren (Gigante 1988: 218ff.). Dieses Ziel schlug sich in der Besetzung und den Kompetenzen des Distriktrates deutlich nieder. In ihm sind Vertreter von Schule, Wirtschaft, Gewerkschaften und lokalen Körperschaften vertreten. Die Kompetenzen dieses Organs sind territorial begrenzt und umfassen Orientierung und Zuarbeit zur Schule in Form von paraschulischen Veranstaltungen (Sport, Grundkurse, Berufskurse, Erwachsenenbildung, Kulturförderung). Die Effizienz dieser Einrichtung wird allerdings angezweifelt, da sie mangels Verankerung in einem definierbaren Bezugsrahmen kaum operativ wurde und ihre Funktionen besser von den einzelnen Schulen oder der Provinzebene wahrgenommen werden könnten (Aldisio 1995: 35f.).

Kritiker wiesen schon Mitte der 70er Jahre darauf hin, daß das Demokratisierungspotential dieser Maßnahme wegen der geringen, teilweise widersprüchlichen und sich überschneidenden Kompetenzen der neugeschaffenen Organe äußerst begrenzt bliebe (Gatullo 1975: 19ff.; Gigante, 1988: 212; Aldisio, 1995: 19ff.). Neben der Abschätzung ihres relativen Erfolgs ist der Kommentar von Ragazzini (1990a: 312) von Interesse, der darauf hinweist, daß bei den *decreti delegati* nicht die Reform der Schulverwaltung, sondern eine Bildungsphilosophie im Vordergrund gestanden habe. Durch die *decreti delegati* sollte weniger die Verwaltung den Bedürfnissen angepaßt, als die Realität einer die Gesellschaftsbilder der beiden größten Parteien reflektierenden Idealvorstellung angenähert werden. Das Problem wurde in einen abstrakten, gesellschaftspolitischen Rahmen gestellt und so von einer zielgerichteten Fragestellung auf eine

ideologische Ebene übertragen. Das Resultat kann vor dem Hintergrund des politisierten Klimas in der Gesellschaft gleichwohl als funktional angesehen werden insofern, als es eine *cooling-out*-Maßnahme darstellte, indem Forderungen aus der Gesellschaft aufgenommen wurden, im Formulierungsprozeß dann aber so verändert wurden, daß den ursprünglichen Intentionen die Spitze genommen wurde¹⁰⁵. Uneffektiv war die Maßnahme in Hinsicht auf das konkrete Ziel: die Schulverwaltung zu reformieren durch effektiver arbeitende dezentrale Organe, und gemessen an den Intentionen und Erwartungen der Akteure. Schließlich ist auch anzumerken, daß die Motivation zu stärkerer Partizipation beispielsweise bei den Eltern sich bald erschöpfte, daß also das Scheitern nicht ausschließlich in der unscharfen Formulierung der Maßnahme begründet ist.

Eine Errungenschaft, die zwar nicht das Schulsystem selbst, sondern den Bereich der Erwachsenenbildung betraf, und bei der die Gewerkschaften wieder treibender Faktor waren, stellen die *150 ore* dar: der Anspruch auf 150 Stunden bezahlten Bildungsurlaub innerhalb von drei Jahren. Die Kurse wurden von den Gewerkschaften in Zusammenarbeit mit dem Schulministerium organisiert und fanden großen Zuspruch. Ursprünglich konzipiert als Weiterbildung der Arbeiter bezüglich ihrer Erwerbstätigkeit, der Arbeitsorganisation und der demokratischen Interessenvertretung, entsprach diese Zielsetzung den Bedürfnissen der Betroffenen wenig. Es bestand nämlich vor allem ein Nachholbedarf an grundlegender Schulbildung (Blumenthal, 1978: 137), am Pflichtabschluß, der Voraussetzung für jede Bewerbung für den öffentlichen Dienst war. Wie der dem PCI nahestehende Autor Ambrosoli anmerkt, wurde damit Weiterbildung in einer auf den Erwerb eines Titels ausgerichteten Art betrieben und entfernte sich vom ursprünglichen Gedanken einer Bildung im weiteren Sinne, in der Arbeitsleben und politische sowie soziale Probleme thematisiert werden sollten (Ambrosoli, 1982: 357f.). Insofern diente dieses Abkommen zunächst hauptsächlich dazu, den angestauten Bildungsrückstand der italienischen Bevölkerung zu reduzieren, und entsprach weniger den Wünschen der Linken nach kritischer Bewußtseinsbildung, wie sie bei Ambrosoli durchklingen. Ein weiterer Artikel der *decreti delegati* definiert die normative Grundlage für Schulversuche, die Mitte der 70er Jahre zunehmend eingesetzt und insbesondere im Sekundarbereich maßgeblich wurden. Damit wurde die Phase der „schleichenden Reform“ eröffnet.

In der Phase zwischen 1963 und 1974 waren schulpolitische *Issues* so relevant, daß sie effektiv als Druckmittel auf die Regierung benützt werden konnten. Zunächst war die Reform der Mittelstufe für den neuen Koalitionspartner PSI eine *conditio sine qua non* für den Regierungseintritt, auf den die DC angewiesen war, dann stürzte die Regierung Moro zwei Mal über Konflikte, die aus dem

¹⁰⁵ Diese Argumentation entwickelt Ergas (1985) anhand anderer Beispiele aus dem Gesamtfeld der Sozialpolitik.

Bereich der Vorschuleinrichtungen herrührten und auf die Inkompatibilität von laizistischen und katholischen Interessen zurückgingen. Die anschließenden Maßnahmen können als formales Entgegenkommen angesichts des sozialen Drucks bezeichnet werden, die allerdings nicht geeignet waren, die Probleme effizient anzugehen.

4. Die Phase der „schleichenden“ Reform

Hauptthema dieser Phase ist der lange Prozeß der Nicht-Reform der Sekundarstufe in seinen unterschiedlichen Etappen. Außerdem fallen in diesen Zeitraum Innovationen wie die Lehrpläne für die Mittelstufe (1979) und die Grundschule (1985), die Reform der Grundschule (1990) und Auseinandersetzungen über den Religionsunterricht. Im folgenden wird von der Darstellung gemäß der chronologischen Abfolge der Maßnahmen abgewichen und thematisch geordnet vorgegangen, da die zu beschreibenden Prozesse sich zeitlich zum Teil überlagern, wie z. B. die kontinuierliche Thematisierung des Sekundarbereichs und die in sich geschlossenen Themen zu beiden Teilen der Pflichtschule.

Die Erneuerung der Sekundarstufe

Die Erneuerung der Sekundarstufe war seit der Reform der Mittelstufe (1963) virulent, da diese die Heterogenität des gesamten System erhöht hatte, und da angenommen wurde, daß eine verstärkte Nachfrage nach besser ausgebildetem Personal in absehbarer Zeit auch die Sekundarstufe und die Universität erreichen würde.

In den vor 1970 diskutierten Reformansätzen sollte die vorhandene Dreiteilung (Gymnasien, technische und Berufsschulen) beibehalten, aber Übergänge innerhalb dieser Zweige erleichtert und die Inhalte der wirtschaftlichen Entwicklung angepaßt werden. Ferner war ein graduelles Vorgehen, keine umfassende Reform des Sekundarbereiches vorgesehen. Der Begriff, der die Reform der Mittelstufe geprägt hatte, Vereinheitlichung, stand für den Sekundarbereich noch nicht zur Debatte (Benadusi, 1989: 146). Ein von verschiedenen Parteien der Regierungskoalition entwickelter Gesetzesantrag (1967), der in den ersten zwei Jahren der Sekundarstufe einige allen Typen gemeinsame Fächer vorsah und damit den Wechsel des Schultyps erleichtern sollte, verfiel 1968 mit dem Ende der Legislaturperiode (ebd.; Ventura, 1998: 139).

Die nächste Legislaturperiode stand unter dem Zeichen der Studentenbewegung, was den Reformdruck erheblich erhöhte (Benadusi, 1989: 147). Die Regierungsverhandlungen (DC, PSI, PRI, PSDI) hatten eine Vereinbarung zum Inhalt, die eine Sekundarstufe mit eingangs zwei einheitlichen Jahren (*biennio*: „Biennium“) mit gemeinsamen und mehreren, für den jeweiligen Schultyp spezifischen Wahlfächerkombinationen vorsah, innerhalb dessen ein problemloser

Wechsel des Schultyps möglich sein sollte. Der Wechsel von *biennio* zu *triennio* sollte nach fächergebundener Prüfung erfolgen, im anschließenden Dreijahreszyklus war zum Wechsel des Schultyps ebenfalls eine Prüfung vorgesehen. Dieses Projekt ging durch die Regierungsumbildung 1970 und einen Wechsel im Schulministerium unter (Ventura, 1998: 139f.). Wie bereits im vorigen Kapitel ausgeführt, fallen in diesen Zeitraum die Öffnung der Universitäten und die Verlängerung der Zyklusdauer in den verschiedenen Schultypen der Sekundarstufe auf fünf Jahre.

Als Ausgangspunkt für neue reformerische Impulse für die Sekundarstufe kann der Kongreß von Frascati angesehen werden, an dem die OECD maßgeblich beteiligt war. Hier entwickelte sich eine relative Konvergenz zwischen den politischen Repräsentanten, die in einem Zehnpunkteprogramm Ausdruck fand. Es wurde nun nicht nur von einer Schulpflicht bis zum Alter von 16 Jahren ausgegangen, sondern darüber hinaus eine volle Beschulung bis zum Alter von 18 Jahren angestrebt (Gozzer, 1978: 40). Die Sekundarstufe war als einheitliche Struktur konzipiert, eine zunehmende Orientierung hin auf spezifische Richtungen sollte durch Wahlfächer und Wahlpflichtfächer vorgenommen werden. Eine nicht rigide Ausrichtung in zwei Achsen, der sprachlich-logisch-mathematischen und der technologisch-wissenschaftlichen, sollte die Grundlage bilden. Es wurde explizit festgehalten, daß die Sekundarstufe an sich keinen berufsbildenden Charakter habe, aber zum Beruf hinführen und Möglichkeiten anbieten solle, vorzeitig abzugehen, um dann die eigentliche Berufsausbildung in regionalen Einrichtungen zu verfolgen. Ferner waren ein psycho-pädagogischer Dienst, Programmierung der Lehrerqualifikation, demokratische Selbstverwaltung und ein kontinuierlicher Innovationsprozeß durch Versuchsprojekte vorgesehen (ebd.: 42).

Ein weiteres wichtiges Ergebnis von Frascati waren Hinweise zum Reformmodus. Schon vor den 70er Jahren können zwei Typen von Schulpolitik unterschieden werden: eine graduelle, über Teilmaßnahmen auf administrativem Wege führende Modifikation (Beispiel: die Maßnahmen 1969) und den Versuch, ein Modell zu entwickeln und den politischen Konsens im Parlament für eine umfassende Reform zu erwirken (Beispiel: die Reform der Mittelstufe 1963). Von ausländischen Beobachtern wurde angesichts der politischen Verhältnisse Italiens und der bisherigen Reformverläufe im Schulbereich eine Reformstrategie nahegelegt, die über Partialmaßnahmen, eine graduelle Umformung des ganzen Systems realisieren sollte. Es sollte zunächst das Biennium vereinheitlicht werden, was nicht wenig Konfliktstoff bergen würde: Erhöhung der Schulpflicht, Konkretisierung der neuen, vereinheitlichten Struktur und die Frage der Berufsschulen. Nicht also die große umfassende Reform, sondern kleine Schritte unter ständiger zentraler Kontrolle sollten das italienische Schulsystem langsam modernisieren (Benadusi, 1989: 151f.).

Im Anschluß an diesen Kongreß wurde eine Kommission, die nach ihrem Präsidenten Biasini benannt wurde, mit den Vorarbeiten betraut. Implizit mit einer Reform der Sekundarstufe verbunden waren die Verlängerung der Schulpflicht und die Frage, ob, ab wann und in welcher Form eine interne Differenzierung in berufsbildende und propädeutische Zweige einzuführen wäre. Die Erhöhung der Schulpflicht hätte eine große finanzielle Belastung des Staatshaushaltes bedeutet, da zum damaligen Zeitpunkt die Übergangsquoten zwischen Pflichtschule und Sekundarstufe niedriger war¹⁰⁶ (Ambrosoli, 1990: 142).

Diese Kommission arbeitete ein Rahmengesetz aus, das eine graduelle Reform durch Schulversuche, die auf eine Gesamtschule abzielten, vorsah. Die ersten beiden Jahre (Biennium) sollten von Beginn an einheitlich gestaltet werden, während bezüglich der zukünftigen Schulstruktur für die folgenden drei Jahre (Triennium) drei Modelle vorlagen, die einer „rigorosen Erprobung von innovativen Prozessen“ unterzogen werden sollten (Gozzer, 1978: 45): eine Gesamtschule, in der sämtliche Schultypen¹⁰⁷ integriert sein sollten, eine „binäre Teilgesamtschule“ mit nur zwei von drei Untersystemen, und eine „ternäre“ mit drei von vier Untersystemen (ebd.: 44).

Die Arbeit dieser Kommission erfolgte unter relativ günstigen Bedingungen: Eine Mitte-Links-Regierung, ein dem linken Spektrum der DC zuzurechnender Schulminister sowie die relative Einstimmigkeit, mit welcher der Kongreß von Frascati abgeschlossen worden war, ließen auch ein weitgehend konsensuales Ergebnis der internen Diskussion erwarten. Ein Grundkonsens bestand insofern, als das Projekt einer Gesamtschule prinzipiell durchsetzbar schien. Kritik kam von der konservativen Seite, dem PLI, der die Reform für möglichst lange Zeit auf Schulversuche reduziert sehen wollte, und hauptsächlich vom PCI. Dieser bemängelte, daß die binäre und ternäre Variante nichts anderes darstellten als die alten Schultypen mit neuem Namen. Ferner wurde auf die Widersprüchlichkeit des Textes hingewiesen, die im Kontrast zwischen den allgemeinen Feststellungen, denen zugestimmt werden könne, und den vorgeschlagenen Methoden liege. Die Methode der Schulversuche, an denen nur ein Teil der Schulen beteiligt würde, wurde als Kompromiß zwischen Erneuern und Konservativen interpretiert, der beide, die alten und neuen Schulen zu realisieren gestatte. Damit aber würde keine Entscheidung im politischen und

106 Der PCI-nahe Autor Ambrosoli schreibt von einer Übergangsquote von 40%, weist aber nicht nach, wie er zu dieser Zahl kommt. Aus dem Kapitel zur Selektion geht eine weit höhere Übergangsquote hervor: für das Jahr 1968: 90,3%, für das Jahr 1978: 74,8%. Der Rückgang der Quote kann möglicherweise den Problemen der starken Expansion dieser Jahre zugeschrieben werden, es ist jedoch erneut zu betonen, daß diese Zahlen aufgrund der problematischen Datengrundlage als nicht zuverlässig angesehen werden. In Bezug auf Ambrosoli kann nur unterstellt werden, daß es dem politischen Interesse der Opposition entsprach, den Status quo etwas dunkler „einzufärben“, um die dramatische Lage zu unterstreichen und sowohl die Unfähigkeit der Regierung als auch die Notwendigkeit von Maßnahmen zu verdeutlichen.

kulturellen Sinne gefällt, wie sie den Vorgaben der Kommission entspräche (Zappa, in: Gozzer: 1978: 46f.). Nichtsdestotrotz wurden neue 115 Schulversuche gestartet, mit denen in zeitlich begrenztem Rahmen verschiedene Modelle für die Sekundarstufe getestet werden sollten und die als „Avantgarde“ der Reform fungieren sollten (Franchi/Segantini, 1994: 114).

Gleichzeitig zum Gesetzesentwurf der Kommission Biasini legte der PCI im November 1972 einen Gegenvorschlag vor. Darin wurde die Linie der großen Reform vertreten und ein äußerst fortschrittliches Modell vorgestellt. Es handelte sich um eine in Biennium und Triennium gegliederte Sekundarstufe, die im zweiten Teil in folgende Bereiche untergliedert war: mathematisch, wissenschaftlich, historisch, künstlerisch. Im Kontrast zur idealistischen Schulkultur Italiens wurde hier der technisch-wissenschaftliche Schultyp stark aufgewertet und zusätzlich von einer spezifisch berufsbezogenen Ausbildungsfunktion abgesehen, da diese in der Kompetenz der regionalen Systeme liege. Ferner waren spezielle Sektionen für Arbeiter und eine basisdemokratische Leitung der Schule vorgesehen. Die Schüler sollten Anspruch auf Versammlungen (auch zusammen mit anderen Schulen) haben, der Schulleiter sollte durch eine Kommission aus fünf Lehrern, fünf Schülern, drei Mitgliedern, die von der Stadtverwaltung ernannt werden sollten, und drei Gewerkschaftsvertretern ersetzt werden. Nicht im Lehrplan vorgesehene Fächer sollten auf Antrag der Schüler unterrichtet werden. Die Lehrpläne sollten orientierenden Charakter haben und die Freiheit der Lehre, der Forschung und didaktischen Experimente nicht einschränken. Das Wiederholen einer Klasse war nicht vorgesehen, die Versetzung zum folgenden Schuljahr sollte ohne Noten aufgrund einer globalen Beurteilung der Schüler erfolgen, und die Abschlußprüfung sollte aus einer öffentlichen Diskussion zu einem von den Schüler gewählten Thema bestehen (Gozzer, 1978: 50f.).

Dieser Vorschlag lag jenseits jeder Realisierungsmöglichkeit. Selbst wenn beispielsweise das Konzept des Bienniums als strikt einheitlich nicht von allen Parteien abgelehnt wurde (Benadusi, 1989: 155), so waren doch viele Punkte, nicht zuletzt die Forderung, die Reform in einem einzigen, umfassenden Schritt zu veranlassen, weit entfernt von einer nur annähernden Akzeptanz im politischen Spektrum.

Zur inhaltlichen und methodischen Unvereinbarkeit des Projektes der Kommunisten mit den Vorstellungen anderer Parteien kam hinzu, daß im Frühjahr 1972 die Legislaturperiode vorzeitig abgebrochen und nach den Wahlen eine zentristische Regierung unter Andreotti mit Scalfaro als Schulminister gebildet wurde. Die günstigen politischen Rahmenbedingungen und der Konsens, der sich nach Frascati angedeutet hatte, waren damit beendet. Die folgenden Jahre werden von

107 Folgende Sektoren wurden definiert: (1) sprachlich-literarisch-expressiv; (2) anthropologisch-historisch-sozial; (3)

Benadusi als Sisyphusphase bezeichnet, geprägt von „reuigen Reformern“ und „radikalisierten Reformern“ (ders., 1989: 154f.).

Der PCI legte seinen Antrag dem Parlament und der neuen Regierung im Juni 1972 wieder vor, obwohl von Regierungsseite in diese Richtung noch nichts unternommen worden war. Dadurch unter Zugzwang gesetzt, wurde von Scalfaro im April 1973 ein Gesetzesantrag vorgestellt, der von Schatzminister Malagodi (PLI) und Staatshaushaltsminister Taviani (DC) gebilligt wurde. Darin waren wiederum Biennium und Triennium in untergliederter Form vorgesehen, mit orientierender Funktion des ersten und der Möglichkeit, die Wahl durch zusätzliche Kurse im Triennium zu revidieren. Eine Erhöhung der Schulpflicht war nicht vorgesehen. Dieser Vorschlag fand keine Zustimmung bei der Linken (Ventura, 1998: 149f.).

Als Konfliktpunkte kristallisierten sich bis zu diesem Zeitpunkt folgende Fragen heraus: gradueller vs. umfassender Reformmodus, Erhöhung der Schulpflicht bis 16 Jahre und die Gestaltung der ersten zwei Jahre der Sekundarstufe. Konsens hatte sich direkt nach Frascati abgezeichnet in den letzten beiden Punkten, nicht aber bezüglich des Modus. Die Formulierungen der potentiell konsensfähigen Punkte brachten allerdings ans Licht, daß die Parteien des linken Spektrums und die Mitte-Rechts-Parteien ihre divergierenden Vorstellungen voll einzubringen gedachten.

Im Zuge einer Regierungsumbildung (Juli 1973) wurde der Christdemokrat Malfatti Schulminister in einer Mitte-Links-Koalition. Dieser hatte sich mit dem zunehmenden Einfluß der Gewerkschaften im Schulbereich auseinanderzusetzen. Die Reform der Sekundarstufe wurde hintangestellt und die parlamentarische Debatte den Themen gewidmet, die später als *decreti delegati* verabschiedet wurden (vgl. Teil 1, Kap. 3 und voriges Kapitel). Nach zwei Jahren wurde das Thema Sekundarstufe 1975 wieder aufgenommen. Mehrere Parteien, darunter die DC durch den für den Schulbereich Verantwortlichen Cervone (Ventura, 1998: 151), hatten eigene Vorschläge ausgearbeitet, aber erst 1976 legte der Minister einen neuen Regierungsantrag dem CNPI zur Begutachtung vor (Benadusi, 1989: 157). Die Situation wurde dadurch eher unübersichtlicher: Die Parteien hatten ohne Rücksicht auf frühere Konvergenzen ihre Projekte ausgearbeitet, die Regierungspartei präsentierte unabhängig von ihrem Antrag von 1973 (auf den der PLI sich weiterhin bezog) eine neue Version (Cervone), der Schulminister ließ auf Eigeninitiative warten (Gozzer, 1978: 62).

Der Vorschlag des PSI sah eine Schulpflicht bis zum Alter von 16 Jahren und einen nicht-berufsbildenden Charakter der gesamten Sekundarstufe vor. Allerdings enthielt er die Klausel,

wissenschaftlich-mathematisch; (4) technologisch-operativ (Gozzer, 1973: 44).

daß in den ersten zehn Jahren der Reform das letzte Pflichtschuljahr in einem Ganztageskurs der regionalen Berufsbildung absolviert werden könnte. Die fünf Jahre der Sekundarstufe waren einheitlich, ohne Abschnitte wie Biennium und Triennium, wie im Zehnpunkteprogramm von Frascati (mit gemeinsamen Wahl- und Wahlpflichtfächern) vorgesehen, wobei das Gewicht der nicht-gemeinsamen Fächer vom ersten zum fünften Jahr zunehmen sollte. Die Vorgehensweise war, mit Ausnahme des besonderen vorläufigen Modus der Pflichtzeit, als generelle Reform konzipiert, also abweichend vom Zehnpunkteprogramm und vom Text der Kommission Biasini (Benadusi, 1989: 157; Ventura, 1998: 151).

Nach dem Antrag des Christdemokraten Cervone sollte ebenfalls das Pflichtalter auf 16 Jahre angehoben werden, ansonsten blieb der Vorschlag aber weitgehend im Rahmen des Bestehenden: Unter neuem Namen zeichneten sich die bestehenden „Orgelpfeifen“ ab¹⁰⁸. Das Konzept sah eine formal einheitliche Sekundarstufe, in der allerdings im zweiten Halbjahr des ersten Schuljahres die Wahl für einen spezifischen Typ fallen mußte, sowie einen propädeutischen Charakter der ersten beiden Jahre vor (Ventura, 1998: 151f.). Neu war, daß nun auch in der Christdemokratischen Partei ein Interesse an der Teilnahme der Jugendlichen am Geschehen in der Schule aufkam: „damit die Schule keine Pflichtübung einer unnützen Liturgie ist; (...) sondern damit die Schule mit ihnen und für sie realisiert wird und sich ändert, damit sie auf neue Fragen und Bedürfnisse eingehen kann, die oft in der Luft bleiben und so Desillusionierung, Krisen und Unzufriedenheit schaffen“ (zit. n. Ambrosoli, 1982: 393).

Das Projekt der republikanischen Partei unterschied sich von den anderen v. a. dadurch, daß die Schulpflicht nicht erhöht werden, aber bereits im Alter von fünf Jahren im letzten Kindergartenjahr beginnen und daß der Sekundarzyklus auf vier Jahre verkürzt werden sollte (Michelagnoli/Taddeo, 1976: 22).

Die wichtigsten Unterscheidungsmerkmale der verschiedenen Vorschläge bildeten also die Dauer und der Beginn der Schulpflicht und verschiedene Aspekte der Gestaltung des Sekundarzyklus (Unterteilung in Biennium und Triennium, Aufzweigung von Fächerkombinationen analog den bestehenden Schultypen, Gewichtung der Wahlfächer im Verlauf der fünf Jahre, berufsbildende vs. propädeutische Funktion). Damit war die Situation keineswegs vereinfacht. Wieder wurde in eingeschränktem Kreis versucht, eine Synthese zu erarbeiten; unter dem Christdemokraten Meucci wurde ein Vorschlag vorgestellt, von den Parteien der Linken aber abgelehnt. Daraufhin trat Meucci zurück und der Sozialist Ballardini übernahm die Leitung der Kommission (Ventura, 1998: 153).

Gleichzeitig befand sich die Regierung in einer akuten Krise, die mit dem Austritt des PSI aus der Koalition (5. Regierung Moro, Februar 1976) und wenige Monate später mit vorgezogenen Neuwahlen verbunden war. Ballardini entwickelte einen neuen Vorschlag, der die Konzepte der Parteien vereinen sollte, und traf ebenfalls auf Ablehnung (Gozzer, 1978: 62). Mittlerweile hatte auch der Schulminister sein Projekt ausformuliert und stellte es der Öffentlichkeit vor. Das Projekt Malfatti sah eine Verlängerung der Schulpflicht um ein Jahr vor. Der Pflicht sollte aber auch Genüge getan sein, wenn ein Jugendlicher mit 15 Jahren mindestens neun Jahre Schulbesuch nachweisen konnte. Der Sekundarzyklus war intern in einen gemeinsamen und vier spezifische Bereiche, die ihrerseits untergliedert waren, aufgefächert. Neu war, daß nach dem vierten Schuljahr durch den Klassenrat eine Beurteilung der bisherigen Schulleistungen der Schüler stattfinden sollte, die über die Weiterversetzung in das abschließende Jahr entscheiden sollte. Im letzten Jahr waren nur noch spezifische, den Schultyp charakteristische Fächer zu unterrichten (Michelagnoli/Taddeo, 1976: 23ff.). Diese waren in bestimmten Schultypen direkt berufsbezogen. Damit führte das Regierungsprojekt erstens wieder die berufsbezogene Funktion des Sekundarzyklus ein, zweitens sollte die Bildungsexpansion durch die Erhöhung der Schulpflicht um nur ein Jahr gedämpft werden (Benadusi, 1989: 158).

Nach den Neuwahlen 1976 wurden die Projekte aller Parteien (mit Ausnahme der DC), die zuvor zu keinem Konsens geführt hatten, ohne wesentliche Veränderungen wieder vorgelegt (Gozzer, 1978: 65). Die Diskussion wurde dieses Mal vor dem Hintergrund der indirekten Regierungsbeteiligung des PCI wieder aufgenommen, und führten 1978 zur Verabschiedung eines Textes durch die Abgeordnetenkammer: zwischen DC und PCI war ein Kompromiß gefunden worden, der darin bestand, daß die Sekundarstufe einheitlich konzipiert war, aber das erste Jahr der Orientierung (gemäß den Vorstellungen von PCI und PSI) und das letzte Jahr der Vertiefung der jeweils spezifischen Fächer der Schultypen sowie der Arbeitspraxis dienen sollten und die Schulpflicht um nur ein Jahr verlängert werden sollte (wie im Projekt Malfatti). Charakteristischerweise wurde die konfliktgeladene Frage, ob die Schulpflicht auch im regionalen Berufsschulsystem (woran katholische Institutionen ein massives Interesse hatten, vgl. Benadusi, 1989: 161) absolviert werden könne, offengelassen und auf eine zukünftige gesetzliche Lösung „vertagt“ (Ventura, 1998: 155). Mit der vorzeitigen Beendigung der Legislaturperiode 1979 wurde auch dieser relativ weit gediehene Gesetzgebungsprozeß abgebrochen; der Text konnte nicht mehr vom Senat verabschiedet werden (Benadusi, 1989: 159).

108 So konnte z. B. das neue *indirizzo per l'edilizia e l'agrimensura* (Gebäude und Landvermessung) unschwer als der Schultyp für Landvermessung, das bestehende *IT per geometri*, identifiziert werden (vgl. Ambrosoli, 1982: 395).

In der neuen Legislaturperiode (1979-1983) präsentierten die Parteien den Text von 1978, wie er von der Deputiertenkammer verabschiedet worden war, versehen mit einem Kommentar, und behielten sich vor, in der Diskussion ihre abweichenden Positionen einzubringen. Wieder wurde der Kreis der Teilnehmer in einem Ausschuß beschränkt, der Ende 1981 sein Werk der für Bildung zuständigen parlamentarischen Kommission vorlegte. Darin wurde eine einheitliche Sekundarstufe gezeichnet, die eine „grundlegende berufliche Bildung, volle persönliche Entwicklung, moralische und intellektuelle Reife zusammen mit dem Zugang zur höheren Bildung und den Übergang ins Erwerbsleben gewährleisten“ sollte - so die Worte des Leiters der Kommission, Casati (zit. n. Ventura, 1998: 156). Diese „einheitliche“ Schule sollte in 16 Typen gegliedert sein, die vier Bereichen entsprachen: künstlerisch, sprachlich-literarisch, sozialwissenschaftlich, naturwissenschaftlich-mathematisch-technologisch. Es sollten wieder gemeinsame und Wahlfächer sowie Praktika in Labor und Werkstatt kombiniert werden. Bereits zu Beginn des ersten Jahres sollte die Wahl des Schultyps fallen, aber eine Revision derselben „ohne übertriebene Nachteile“ während des Bienniums durch Zusatzkurse, danach durch Prüfungen möglich sein. Dem Biennium wurde ein orientierender Charakter zugeschrieben, deshalb war der Pflichtbesuch von Fächern, die zu einem bestimmten Schultyp hinführten, vorgesehen. Allen Typen gemeinsame Fächer sollten im Stundenplan des Bienniums dominieren und dann im Triennium immer mehr den typgebundenen Fächern weichen, wobei alle Schultypen ein äquivalentes Bildungsangebot leisten sollten. Das Ende der Schulpflicht wurde im Projekt auf das Alter von 16 Jahren, nach Abschluß des Bienniums, festgelegt und als allgemeine „Bildungsverpflichtung“ (*obbligo formativo*) formuliert – eine Anspielung auf die Möglichkeit, die Schulpflicht in den regionalen Berufsschulkursen abzuschließen. Ferner war versuchsweise ein zwei- oder dreijähriger Bildungsgang innerhalb des Schulsystems vorgesehen, für die Schüler, die am Ende der Pflichtphase direkt ins Erwerbsleben übergehen wollten. Damit sollten also zwei berufsbildende Kurzzyklen geschaffen werden, wovon der eine zum nationalen Schulsystem, der andere zum regionalen Berufsschulsystem gehörte (Benadusi, 1989: 159). Es handelte sich damit um ein Lösung, die ein wenig von allem beinhaltete, aber am kritischen Punkt äußerst vage blieb: Das Biennium war wieder berufsorientiert und konnte darüber hinaus in zwei parallelen Kanälen absolviert werden, die Wahl sollte sofort mit Eintritt in die Sekundarstufe fallen, ein Wechsel wurde mit nebulösen Worten in Aussicht gestellt. Die politische Situation war einer konsensualen Aufnahme nicht günstig, der PCI hatte der Regierung seine Unterstützung entzogen, da die Bedingung der Regierungsbeteiligung nicht eingelöst worden war (vgl. Grundlagen 1). Die Christdemokraten bewegten sich, unterstützt vom PLI, immer entschiedener in die Richtung der berufsorientierten Sekundarstufe, womit insgesamt eine Polarisierung einsetzte.

Die Grenze der Kompromißfähigkeit von PCI und DC war nunmehr mit der Frage der „Kurzzyklen“ erreicht: der PCI war davon ausgegangen, daß die Sekundarstufe keinerlei berufsbildenden Charakter haben sollte und hatte 1978, unter politischen Umständen, die als konsoziativ bezeichnet wurden, einem Text zugestimmt, in dem sowohl der schulische als auch der außerschulische, regionale Modus der Erfüllung der Schulpflicht in der berufsbildenden Schule, allerdings als provisorische Lösung, vorgesehen waren. Mit der neuen Version des Kurzzyklus im nationalen System, dem zwei- oder dreijährigen, versuchsweise einzuführenden Typ der Berufsschule allerdings wurde das Maß der Kompromißbereitschaft des PCI überschritten; diesem wurde nicht zugestimmt, da sich ein außerschulischer Bildungsgang als „Sackgasse“ erweisen würde und gerade die sozial und kulturell schwächeren gesellschaftlichen Schichten von höherer Beschulung und Chancengleichheit ausschließe (Benadusi, 1989: 160f.).

Zwischen den Fronten befanden sich PSI und PRI, beide in der Regierungskoalition, prinzipiell loyal und an einem zügigen Abschluß interessiert. Sie hatten den Kurzzyklus im nationalen System als vereinbar mit dem einheitlichen Modell erklärt, aber ihre Strategie, nur diesen einen Kurzzyklus zu akzeptieren, scheiterte daran, daß eben diese Variante (im nationalen System) mehr Gegner fand als der regionale Kurzzyklus (Benadusi, 1989: 162).

Die Christdemokraten auf der anderen Seite waren zu einem Tausch bereit gewesen, indem sie für die Zustimmung des PCI zu den beiden Kurzzyklen das einheitliche Biennium und die Erhöhung der Schulpflicht akzeptiert hätten. Die Verlagerung des Gewichts auf den berufsbildenden Aspekt traf im übrigen auf das Interesse von anderen Kreisen. Es war zwar nicht die offizielle Position des italienischen Unternehmerverbandes, aber durchaus manifestes Interesse der Wirtschaft, die finanzielle Last der Berufsbildung in der öffentlichen Hand zu belassen. Eine nicht berufsorientierte Sekundarstufe hätte dem diametral widersprochen, während die Verstärkung der direkt berufsbezogenen Möglichkeiten zusammen mit einer generellen Erhöhung des Bildungsniveaus durch längere Schulpflicht den Vorstellungen breiter Kreise der Wirtschaft entsprach. Ferner zeichnete sich durch die Möglichkeit, den Pflichtschulabschluß im regionalen Berufsschulsystem zu absolvieren, ein Ausbau dieses Bereiches ab, was sowohl von den öffentlichen als auch den privaten Trägern begrüßt wurde (Benadusi, 1989: 160f.). Dazu kam, daß sich unter den privaten Trägern einflußreiche katholische Organisationen¹⁰⁹ befanden - ein Grund mehr für den PCI, dem Projekt der DC entgegenzutreten.

¹⁰⁹ So z. B. die ENAIP, eine im Bereich der berufsbildenden Kurse spezialisierte Körperschaft mit kirchlichem Träger, die in einigen Gebieten versuchsweise ein Berufsschulbiennium eingeführt hatte, das als Anschluß an die Schulpflicht gelten sollte und einen parallelen Kanal zum öffentlichen System darstellte, was als Antizipation des im christdemokratischen Gesetzestext vorgesehenen Kurzzyklus angesehen wurde (Magni, 1981: 41).

Der Prozeß wurde fortgesetzt mit der Diskussion im Parlament am 27 Juli 1982, wo der PCI den Artikel des Antrags Casati, der die beiden Kurzzyklen betraf (Art. 31), aufgrund der Abwesenheit von vielen Christdemokraten zu Fall bringen konnte (Ventura, 1998: 158). Statt dessen wurde eine unklare Formulierung über „integrative beruflich-kulturelle Bildungsaktivitäten“ angenommen. Die relativ erfolgreiche Taktik des PCI wurde von der Regierung nahestehenden Kreisen als Handstreich bezeichnet, der zum Ergebnis habe, daß die Gesetzesvorlage in einem wichtigen Punkt das Zeichen der Opposition und nicht der Mehrheit trage, was auf keinen Fall eine tragfähige Lösung darstelle (Benadusi, 1989: 164f.). Der Text wurde 1983 dem Senat vorgelegt, wo die durch den PCI eingeführte Modifikation wieder rückgängig gemacht wurde, indem die Kommunisten überstimmt wurden. Daraufhin wurde der Text wieder zurückgereicht an die parlamentarische Kommission, wo er akzeptiert wurde, und von dort zur Abgeordnetenversammlung. Da sich erneut ein vorzeitiges Ende der Legislaturperiode abzeichnete, bot der PSI, um nicht das gesamte Projekt von vorne aufrollen zu müssen, zur Vermittlung an, auf den Passus zur Wiedereinführung des Kurzzyklus' zu verzichten und in der folgenden Legislaturperiode das Problem zu klären. Der PCI ging darauf ein, nicht aber die Christdemokratische Partei (Ventura, 1998: 160). Mit dem vorgezogenen Ende der Legislaturperiode wurde erneut der gesamte Prozeß nichtig.

Da also zu verschiedenen Zeitpunkten PCI und DC vor dem Hintergrund des aufgekündigten überparteilichen Konsenses im *compromesso storico* und der andauernden Partei- und Regierungskrisen ihr Veto-Potential voll ausspielten, kam es zur Blockierung aller Versuche einer Reform des Sekundarbereiches.

In der neuen Regierung des *pentapartito* begab sich der PLI, der von Beginn an gegen die Reform war, in die Oppositionsrolle innerhalb der Regierungskoalition. Es mußte also sowohl innerhalb der Regierungsparteien als auch mit dem PCI ein Gleichgewicht hergestellt werden. Zwei Vorlagen wurden eingebracht: die von der Deputiertenversammlung und die vom Senat abgesegneten Versionen, erstere vom PCI, letztere von der DC. Darüber hinaus brachte die liberale Partei 1984 einen eigenen Antrag ein. Die Besprechungen in der Kommission brachten eine Mehrheits- und drei Minderheitenpositionen hervor. In der Diskussion im Parlament wurde keine Einigkeit über die Definition der Schultypen erreicht. Der PCI lehnte nun unter anderen politischen Bedingungen geduldete Vorschläge ab. Da sich das politische Gewicht immer mehr nach rechts verlagerte, bezog der PCI generell eine dezidiert linke Position (Benadusi, 1989: 166), was sich in einer Reduktion der Kompromißbereitschaft in bezug auf die der Reform zugrundeliegende Idee, nämlich die Frage der berufsbildenden Funktion der Sekundarstufe, niederschlug. Darüber hinaus standen für den PCI die zunehmenden Verweise auf Ausführungsgesetze, die im Gesetzesantrag der Mehrheit

enthalten waren, in Kontrast mit dem Geist der Verfassung, weil damit das Gewicht des Parlaments geschmälert würde zugunsten der legislativen Kompetenzen der Regierung.

Daneben herrschte aber auch zwischen den Regierungsparteien keine Einstimmigkeit über die Möglichkeit, die letzten Jahre der Schulpflicht im regionalen System zu absolvieren. Der Prozeß verlangsamte sich zunehmend, kurz vor der Diskussion eines neuen, dem vorherigen sehr ähnlichen Textes erklärte der PLI, daß er gegen den Vorschlag stimmen werde. Die Kontraste zwischen den Koalitionsparteien wurden durch die umstrittene neue Schulministerin Falcucci verstärkt (ebd.: 167). Der zur Abstimmung vorgelegte Artikel über die Definition der Schultypen wurde durch *franchi tiratori*, durch Mitglieder der Regierung, die in geheimer Abstimmung gegen den Antrag votierten, zu Fall gebracht. Damit wurde deutlich, daß nicht einmal die Regierungskoalition die nötige Geschlossenheit aufbrachte, um die eigene Vorlage zu verabschieden. Der Prozeß verlief noch einige Zeit weiter in der Suche nach Kompromissen, bis der PSI Mitte 1985 einen Bruch herbeiführte, indem er sich wegen des offensichtlichen Scheiterns vom Verfahren der großen Reform distanzierte und sich für eine graduelle Vorgehensweise über partielle Maßnahmen aussprach. Die Probleme, die sich als unlösbar erwiesen hätten, sollten einzeln angegangen werden, mit Vorrang der Erhöhung der Schulpflicht. Gleichzeitig sollten „Inseln“ von Versuchsprojekten zur Vorbereitung der endgültigen Reform geschaffen werden (Bertagna, 1993: 73). Die meisten Parteien waren von dieser Wende überrascht worden und beschuldigten den PSI, die Arbeit von fünfzehn Jahren zunichte zu machen. Einverstanden waren nur der PLI und breite Sektoren der Gewerkschaften, die den Prozeß wegen seiner Unfruchtbarkeit skeptisch beobachtet hatten. Es blieb den Parteien allerdings letzten Endes keine andere Wahl, als den Bruch zu akzeptieren und sich in Richtung auf Partialmaßnahmen zu orientieren (Benadusi, 1989: 169).

Somit wurde unter Schulministerin Falcucci die Strategie der großen Reform aufgegeben und der Weg der kleinen Schritte eingeleitet. Erklärtes Ziel war, die große Anzahl der unterschiedlichen Schultypen und -zweige (letztere in den *Istituti professionali* und *Istituti tecnici*, vgl. Teil 1, Kap. 1) zu rationalisieren, die Lehrpläne der ersten beiden Schuljahre in Hinblick auf die erwartete Erhöhung der Schulpflicht neu zu organisieren sowie Impulse zur Ausweitung der Schulversuche zu geben (Bertagna, 1993: 74). Es sollte also bei den Inhalten begonnen werden, und damit die notwendige Umgestaltung der Form, die als Reform auf Gesetzesbasis bislang gescheitert war, heraufbeschworen werden. Dieses Verfahren wurde auch auf die Grundschule angewandt, wo es sich insofern bewährte, als tatsächlich nach der Reform der Lehrpläne (1985) eine gesetzliche Norm (1990) die Struktur der Grundschule neu definierte (vgl. weiter unten). Im Fall der Sekundarstufe blieb es bei Verwaltungsmaßnahmen, eine Strukturreform ist bislang nicht erfolgt.

Schulversuche im Sekundarbereich waren bereits seit dem Schuljahr 69/70 im Gang, als in den *Istituti artistici*, *Istituti magistrali* und *Istituti professionali* die Kursdauer von vier bzw. drei Jahren auf fünf erhöht wurde. Mit den *decreti delegati* wurde 1974 eine einheitliche gesetzliche Grundlage für Schulversuche definiert und zwei Typen von Schulversuchen unterschieden: Versuche, die auf methodisch-didaktischer Ebene anzusiedeln sind und von den einzelnen Schulen entwickelt wurden, die sog. „Mini-Versuche“, und Innovationen, welche die bestehenden Strukturen betreffen, die sog. „Maxi-Versuche“, die vom Ministerium autorisiert werden müssen. Damit wurde zwar Raum geschaffen für Innovationen, aber es entstanden auch Probleme. Die Schulversuche, insbesondere die „Mini-Versuche“, waren kaum koordiniert und wurden weder systematisch überprüft noch ausgewertet (Franchi/Segantini, 1994: 115). Darüber hinaus wurden gegen Ende der 70er Jahre, zunächst aufgrund der von der EG lancierten Pilotprojekte für die technische Bildung, von der Verwaltung der einzelnen Schulsektoren im Ministerium¹¹⁰ ausgehende, „zentral gesteuerte Mini-Schulversuche“ methodisch-didaktischer Art, die sog. *progetti assistiti*, eingeführt. Diese Strategie der Innovation, die zunächst nur die IT betraf, wurde von der Zentralverwaltung auf immer mehr Schultypen angewandt. Im Schuljahr 1986/87 wurden 412 Maxi- und 489 Mini-Schulversuche registriert und zusätzlich 416 *progetti assistiti*, was 16% der Schulen der Sekundarstufe betraf. Verhältnismäßig viele der Schulversuche fanden im Norden statt, im Süden des Landes dagegen deutlich weniger (Palomba, 1988: 102ff.).

Die *progetti assistiti* waren bis zu Beginn der 90er Jahre mehrheitlich an den *Istituti tecnici* eingeführt¹¹¹. 1985 wurde mit dem *Piano Nazionale per l'Informatica* der Lehrstoff für das Fach Mathematik aktualisiert und erweitert, ferner wurde der Physikunterricht in den Biennien aller Sekundarschultypen eingeführt. An diesen zentral gesteuerten Mini-Schulversuchen der *progetti assistiti* waren im Schuljahr 1990/91 2732 (von insgesamt 4.500) Sekundarschulen (IA, LA, LC, IP, IT) beteiligt (Bertagna, 1993: 139).

1987 wurde das *Progetto 92* an den IP gestartet: Damit wurden die beiden ersten Jahre für die verschiedenen Schulzweige dieses Schultyps vereinheitlicht und das dritte Jahr, nach dem ein Abschluß möglich ist, direkt berufsorientiert gestaltet. Ferner wurden die Zahl der Qualifikationen

110 Den verschiedenen Schultypen entsprechen Abteilungen in der Zentralverwaltung. Die Kompetenzen im Schulministerium sind aufgeteilt in folgende Generaldirektionen: klassische Direktion für klassisches und naturwissenschaftliches Gymnasium sowie Lehrerbildungsschulen, technische Direktion für die technischen Fachoberschulen, berufliche Direktion für die Berufsschulen, Inspektorat für die künstlerische Bildung für Kunstgymnasium und -fachschiule sowie die Konservatorien und Kunstakademien (Aldisio, 1995: 54, 64, 99, 115).

111 So waren im Schuljahr 1992/93 Projekte Alfa, Aracne 90, Tempt und Geo zu 100% in den sie betreffenden Zweigen der IT eingeführt; andere wurden von der großen Mehrheit der Schulen übernommen: Ergon (92%), Ambra (90%), Cerere 90 und Nautilus (85%), Deuterio (80%), Cinque (79%) und Igea (75%) (Franchi/ Segantini, 1994: 120).

reduziert, die Unterrichtsinhalte, Stundenpläne, Fächerkombinationen aktualisiert und, was die gemeinsamen Fächer betrifft, ausgebaut. Auch das *Progetto 92* ist juristisch ein „Mini-Schulversuch“, seine Durchführung wurde ab 1995 für alle IP obligatorisch (Bertagna, 1993: 140; Franchi/Segantini, 1994: 124ff.).

Der Bereich der klassischen Gymnasien, der Lehrerbildung und der künstlerischen Ausbildung (LC, IM, LA und IA) wurde durch die Einführung der Lehrpläne Brocca modernisiert. 1988 wurde durch Schulminister Galloni eine Kommission einberufen, die neue Lehrpläne für das einheitliche Biennium der Sekundarstufe entwickeln sollte (Bertagna, 1993: 75). Im Unterschied zu den *progetti assistiti* handelte es sich hier nicht um ein Projekt, das von den Organen der Zentralverwaltung ausging, sondern das von einer eigens geschaffenen Kommission, die sich aus Experten aus dem Bildungsbereich, aus Verwaltung und Wirtschaft zusammensetzte, erarbeitet und auf alle Schulen des Sekundarbereichs angewandt werden sollte. Über diese ursprüngliche, auf die ersten beiden Jahre beschränkte Zielsetzung hinausgehend legte die Kommission ein neues Konzept für die gesamte Sekundarstufe vor¹¹² und entwickelte für die neue - mangels Reform hypothetische - Struktur der Sekundarschule Lehrpläne. Die Kommission schlug vor, verschiedene Fächer, die bisher nur in bestimmten Schultypen Bestandteil des Lehrplans waren, in allen Schultypen einzuführen (im Biennium Fremdsprachen und Wirtschafts- und Sozialkunde, im Triennium Philosophie). Ferner sollte das Biennium stark vereinheitlicht werden, - es wurde also der grundlegenden Bildung in der Perspektive einer Erhöhung der Schulpflicht stärkeres Gewicht beigemessen. Nicht zuletzt definierte die Kommission Brocca neue Beurteilungskriterien, indem nicht nur die Lehrpläne, sondern auch die damit verbundenen Lernziele verbindlich vorgeschrieben wurden. Mit dem Schuljahr 1990/91 wurden die Programme, wiederum als Schulversuche, eingeführt, v. a. im *Liceo classico* und *Istituto magistrale*, können also als Analogon zu den *progetti assistiti* in den IT und IP angesehen werden (Franchi/Segantini, 1994: 127ff.).

Innovationspotential und Effizienz der *progetti assistiti* sind unter bestimmten Aspekten als durchaus positiv zu bewerten. Während Benadusi 1989 noch skeptisch feststellt, daß die neue prozessuale Reformstrategie in der gleichen Zähigkeit geendet sei wie der parlamentarische Gesetzgebungsprozeß (ders., 1989: 170f.), wird in den 90er Jahren die Lage anders beurteilt. Gerade die *progetti assistiti* wurden, zumindest zum Teil, ständiger Überprüfung unterzogen und

¹¹² Im Biennium sollten neun Schultypen entstehen: klassische, sprachliche, sozio-psycho-pädagogische, wissenschaftliche, wissenschaftlich-technologische, technologische, wirtschaftliche, künstlerische und berufliche Richtung. Im Triennium fächert sich das System im wirtschaftlichen und im technologischen Gymnasium weiter auf, die anderen bleiben einheitlich, woraus sich eine Gesamtzahl von siebzehn Schultypen ergibt (Bertagna, 1993: 79).

fürten zu einer kontinuierlichen Modernisierung der Berufsprofile und zu einer effektiven Anpassung an die veränderten Anforderungen (Franchi/Segantini, 1994: 120). In bezug auf die Ergebnisse der Kommission Brocca werden die Einführung neuer Fächer und der kulturelle Zuschnitt gewürdigt, aber es werden auch die Grenzen benannt: Es mangle an geeignetem Lehrpersonal, weder die Ausbildung noch die Fortbildung genügten den neuen Ansprüchen. Die in den wissenschaftlichen Gymnasien für das Triennium vorgesehenen Laboraktivitäten könnten mangels ausgestatteter Labors oft nicht realisiert werden, ferner mache sich in den *Istituti tecnici* Widerstand gegen eine übertriebene *licealizzazione*, „Verkopfung“ und Entfernung von der ursprünglichen Charakteristik dieses Schultyps bemerkbar (ebd.: 129).

Von einer anderen Betrachtungsweise her hat die Entwicklung der Schulversuche Kritik hervorgerufen. Es lagen drei Arten von Schulversuchen vor: 1) „Mini“-Versionen, bei denen einzelne Schulen Veränderungen bspw. im Stundenplan oder in der Fächerauswahl vornahmen, 2) „Maxi“-Schulversuche, bei denen Abschlüsse in neuen Berufsbildern möglich waren oder die die traditionelle Trennung zwischen Schultypen (zwischen klassischem Gymnasium und technischer oder Berufsschule) aufhoben, und 3) die *progetti assistiti*, über die einzelnen Schultypen, seit 1981 die IT, ab 1987 auch die IP (*Progetto 92*) durch Verwaltungseingriffe umfassend modifiziert wurden. Dazu kamen die neuen Lehrpläne der Kommission Brocca, die in allen Schulen eingeführt werden sollen. Es lagen also Initiativen „von unten“, von den Lehrerkollegien der einzelnen Schulen, und die „von oben“ gesteuerten *progetti assistiti* sowie die Lehrpläne Brocca vor, was zu Widersprüchen sowie einen Mangel an Übersicht und Kontrolle führte (Bertagna, 1993: 138f.).

Ende der 80er Jahre wurden Versuche deutlich, die Übernahme der *progetti assistiti* durch zentrale Steuerung auf alle Schulen auszuweiten und die von den einzelnen Schulen ausgehenden Projekte einzudämmen, indem zunehmend vor allem Anträge zur Teilnahme an den zentral gesteuerten Versuchen autorisiert wurden (Palmieri, 1991: 46ff.). Dies widersprach dem Geist der *decreti delegati*, deren Ziel eine Stärkung der dezentralen Gestaltungsmöglichkeiten gewesen war. Mit der wachsenden zentralen Steuerung der Innovation wurde zwar das aus der Kontrolle geratene System wieder vereinheitlicht und modernisiert, unter politischen Gesichtspunkten aber wurde der PCI bestätigt: Seine Ablehnung des graduellen Modus basierte auf dem Mißtrauen, daß damit eine Reform in immer weitere Ferne rücken würde und daß die gesetzliche Reform durch die Ausweitung der Rolle der Verwaltung von der „schleichenden“ Reform ersetzt würde, daß also die politische Kontrolle der Innovationsprozesse geschwächt würde.

Maßnahmen für Grund- und Mittelschule

Neben den unfruchtbaren Reformversuchen der Sekundarstufe wurden für die Mittelstufe und die Grundschule Maßnahmen eingeführt, die zumindest teilweise als innovativ bewertet wurden. Prägendes Thema für beide Bereiche war die Umkehrung des Ansatzes, der den Schulbesuch zwischen sechs und vierzehn Jahren als Pflicht vorsah, zu der Position, dies als Recht zu definieren: Nicht der Bürger sei verpflichtet, den vorgeschriebenen Schulbesuch zu absolvieren, sondern der Staat sei verpflichtet, die großen sozialen Bedürfnisse (Gesundheit, Arbeit, Bildung) zu befriedigen. Grundlage dazu stellt Artikel 3 der italienischen Verfassung dar, der die Ungleichheit der Ausgangsbedingungen anerkennt und es als Aufgabe der Republik definiert, dazu beizutragen, diesbezügliche Hindernisse zu beseitigen (Bohicchio, 1981: 101). Eine von der Schule produzierte Selektion stünde dazu im Widerspruch, im Gegenteil müsse die Schule darauf verpflichtet werden, das Erreichen von unerläßlichen Kenntnissen und Fähigkeiten zu garantieren. Eine Voraussetzung dafür wäre, die Lehrpläne der Entwicklung der Kinder und Jugendlichen anzupassen, bspw. in der spielerischen Annäherung an Wissen, im Gegensatz zur bisher vorherrschenden abstrakten Wissensvermittlung, und in einer adäquaten Organisation der Zeit in der Schule (Bini, 1986: 82ff.).

Mit drei Maßnahmen wurden Veränderungen in der Mittelstufe herbeigeführt: zwei Gesetze von 1977 und die neuen Lehrpläne von 1979¹¹³. Die Unterscheidung zwischen Pflicht- und Wahlfächern wurde aufgehoben, so daß z. B. für Musik- und Kunstunterricht sowie technische Erziehung eine Teilnahmepflicht eingeführt wurde. Diese Maßnahme wurde pädagogisch damit begründet, daß die Fächerauswahl stärker orientierenden Charakter erhalten solle, der Beitrag dieser Fächer zur Entwicklung der Person wurde unterstrichen (Ambrosoli, 1982: 369). Verändert wurden ferner die Bestimmungen für die Prüfungen zum Abschluß der Pflichtschule: Sie bestand nun aus drei schriftliche Prüfungen (Italienisch, Mathematik, Fremdsprache) und einer mündlichen Prüfung in allen anderen Fächern. Die bisher gegebene Möglichkeit für Schüler, welche die Abschlußprüfung am Ende des letzten Schuljahres nicht bestanden hatten, diese nach den Sommerferien zu wiederholen, wurde gestrichen. Dieser Modus hatte die intendierte Wirkung, die Lernmotivation zu steigern, nicht erzielt, sondern sich eher als Selektionsmechanismus erwiesen, der besonders Kinder aus den unteren Bereichen der sozialen Hierarchie betraf (Bohicchio, 1981: 102). Die Neuregelung des Prüfungsmodus rief allerdings Kritik hervor, da die Durchführung der mündlichen Prüfung für wenig sinnvoll angesehen wurde aufgrund der Befürchtung, daß lediglich Wissen abgefragt werden könne (z. B. Biographien von

¹¹³ Es handelt sich um die Gesetze Nr. 348 vom 16. Juni 1977 und Nr. 517 vom 4. August 1977 sowie die Ministerialdekrete vom 9. Februar 1979 und vom 10. Dezember 1984 (Aldisio, 1995: 135ff.).

Komponisten im Fach Musik u. ä.), und die Aufgabe der Orientierung in einem solchen Verfahren keinen Platz finde (Ambrosoli, 1982: 370f.).

Eine besonders beachtete Innovation im Bereich der Mittelstufe war die Abschaffung des Lateinunterrichtes, bis dahin Wahlfach und Bedingung für die Aufnahme ins klassische Gymnasium. Dafür sollte der Italienischunterricht sich auf die lateinischen Ursprünge beziehen und insgesamt der Sprachunterricht, auch der Fremdsprache, aufgewertet werden. Damit entfiel das letzte diskriminierende Element der Mittelstufe, die ab jetzt konsequent einheitlich strukturiert war (ebd.: 371). Der diskriminierende Aspekt des Lateinunterrichtes war allerdings bereits durch die Öffnung der Universitäten 1969 relativiert worden, als die Abgänger aller Sekundarschulen mit fünfjähriger Dauer zum Studium an allen Fakultäten zugelassen wurden. Insofern handelte es sich bei dieser Modifizierung der Mittelstufe um die normative Sanktionierung eines bereits auf anderem Wege gelösten Problems (Bohicchio, 1981: 102).

Weitere Maßnahmen betrafen die didaktische und pädagogische Programmierung. Es wurden die Integration von Behinderten in die „normalen“ Klassen eingeführt und ein neues Konzept für die ergänzenden Aktivitäten außerhalb der eigentlichen Schulstunden vorgelegt (*tempo prolungato*). Diese waren bereits im Gesetz von 1962 als nachschulische Betreuung zur Unterstützung und Orientierung vorgesehen gewesen (unter der Bezeichnung *doposcuola*, hauptsächlich von kirchlicher Initiative), aber gescheitert, weil sie auf der Basis fakultativer Teilnahme von Schülern verschiedener Klassen, die von anderen Lehrern als im Vormittagsunterricht betreut wurden, nicht angenommen worden waren und sich zum „Ghetto“ für bedürftige Schüler entwickelt hatten. Um diese Situation zu verbessern, war aufgrund der Bestimmungen der *decreti delegati* das Konzept der Vollzeitschule (*tempo pieno*) entwickelt worden, das als Versuchsprojekt von den einzelnen Schulen eingeführt werden konnte. Hier leiteten die Lehrer, die vormittags den Unterricht erteilten, auch am Nachmittag ihre Schüler an, die Anwesenheitszeit für die Schüler betrug 36-39 Stunden (bei einem Soll von 30). Diese im Versuchsrahmen v. a. aufgrund von Aktivitäten der Lehrer realisierte Vollzeitschule hatte sich als erfolgreiche Integration der Schule erwiesen - die Schulen „gehörten praktisch den aktiven Lehrer/innen und Eltern“, und es entwickelte sich eine intensive Zusammenarbeit (Soldan-Schramm, 1991: 43). Das pädagogische Konzept der Vollzeitschule zielte auf die Aufwertung von außerplanmäßigen Aktivitäten, auf die Möglichkeit, kreativen Tätigkeiten nachgehen und auf Bedürfnisse und Interessen der Schüler besser eingehen zu können; weiterhin sollte sich die Schule über die Lehrinhalte hinaus für andere Einflüsse öffnen und nicht zuletzt dem Bedarf an Nachmittagsbetreuung entgegenkommen (Bini, 1986: 92f.). Die Projekte gerieten allerdings aus verschiedenen Gründen in Schwierigkeiten: Die Lehrer kümmerten sich verstärkt um problematische Schüler, wodurch der Konsens in bürgerlichen Kreisen sank und sich in den *tempo-pieno*-Klassen die schwierigen Fälle konzentrierten; die

öffentliche Meinung wandte sich zunehmend gegen die offensichtlich linksorientierten Projekte; auch nahm das Interesse bei Gewerkschaften und Parteien ab, wodurch die politische Rückendeckung schwand und die Projekte leichter durch finanzielle Kürzungen in Schwierigkeiten gebracht werden konnten (Soldan-Schramm, 1991: 44ff.).

Mit Gesetz 517 von 1977 wurde der Spielraum dieser Projekte reduziert: Der neue Begriff *tempo prolungato* weist auf eine verlängerte Zeit in der Schule hin, nicht mehr auf die, wie Soldan-Schramm den Begriff übertragen hat, „erfüllte Zeit“ - es wurde ein qualitativer Einschnitt vollzogen. Das *tempo prolungato* wurde nur noch auf Antrag der Eltern eingerichtet, ferner sollten die ergänzenden Aktivitäten innerhalb der regulären Schulzeit stattfinden und am Anfang sowie am Ende des Schuljahres intensiviert werden, was gänzlich der Idee der Vollzeitschule widersprach (Aldisio, 1995: 135ff.; Ambrosoli, 1982: 375ff.).

Zwar bleibt die positive Bewertung der Modernisierung des pädagogischen Ansatzes als Ergebnis der Maßnahmen für die Mittelstufe bestehen, aber eine Beurteilung der konkreten innovativen Wirkung ist nicht möglich, da Einrichtungen zur Kontrolle des Lernprozesses fehlen. Es fehlte außerdem an weiteren kollateralen Modernisierungsmaßnahmen, wobei das Problem der Lehrerbildung und -fortbildung an erster Stelle zu nennen ist (Bochicchio, 1981: 103).

Diese Maßnahmen zur Mittelstufe und das Konzept der Kontinuität von Grund- und Mittelschule erhöhten den Innovationsdruck in bezug auf die Grundschule erheblich. Diese hatte seit Gentile 1923 keine Veränderung erfahren mit Ausnahme der Lehrpläne von 1955, die unter dem Zeichen des christdemokratischen *centrismo* standen und den Unterricht der katholischen Doktrin zur Grundlage und Krönung der Lehre erklärten, also schon damals kaum als innovativ zu bezeichnen waren (vgl. Kap. 1). Die Diskussionen fanden vor dem Hintergrund der Auseinandersetzungen zur Reform der Sekundarstufe statt, für die ein bereits von einer Kammer des Parlaments abgesegneter Gesetzesantrag vorlag, und die somit unmittelbar vor der Realisierung zu stehen schien. Damit wäre die Grundstufe das letzte Glied eines in einzelnen Abschnitten reformierten Schulsystems gewesen.

In der politischen Auseinandersetzung standen die Parteien der Linken, die republikanische Partei und die Lehrerorganisation CIDI im Vordergrund. Sie strebten eine gesetzliche Grundlage für eine erneuerte Grundstufe an, die auch in progressiven Kreisen der Regierungspartei Konsens fand. Auf der Seite der konservativen Christdemokraten, die abwechselnd mit Exponenten der progressiven Strömung das Schulministerium leiteten, wurde ein administrativer Eingriff mit der Einführung von neuen Lehrplänen für ausreichend gehalten (Alberti, 1990: 9ff.).

Die Unterschiede zwischen progressiven und konservativen Reformvorstellungen sind an verschiedenen Punkten festzumachen. So war es ein erklärtes Ziel der Reform im Sinne einer

progressiven Erneuerung, eine Kontinuität zwischen den einzelnen Abschnitten von der Vorschulerziehung bis zum Pflichtschulabschluß herzustellen. Ferner sollte die Figur des Klassenlehrers abgeschafft werden zugunsten eines Teams aus drei Lehrern (Modul), um eine individuellere Betreuung erzielen zu können. Dies sollte eine Annäherung an den angestrebten Grundsatz ermöglichen, nicht nur „abgessene“ Zeit zu dokumentieren, sondern das Erreichen von vorgeschriebenen Zielen, wie sie in den Lehrplänen definiert waren, für alle Schüler verbindlich zu machen. Ein weiterer wesentlicher Punkt war die Forderung nach dem obligatorischen Angebot einer Vollzeitschule (*tempo pieno*, s. o.) (ebd.: 42).

Konkrete Schritte wurden durch eine Ministerialkommission unter Schulminister Bodrato (DC) eingeleitet, die im Mai 1981 einberufen wurde. Diese Kommission sollte die bestehenden normativen Grundlagen auf die darin enthaltenen allgemeinen Grundlinien untersuchen und Maximen für eine erneuerte Grundschule sowie spezifische kulturelle und pädagogische Richtlinien für einzelne Bereiche definieren. Erklärte Absicht war, auf dem administrativen Wege die kulturellen und juristischen Charakteristika der Grundschule zu erneuern. In einem Zwischenbericht der Kommission (*Relazione a medio termine*) wurde 1982 allerdings die bisherige Politik der „sektorialen Ausbesserungen“ kritisiert und die Notwendigkeit einer umfassenden Reform hervorgehoben, die in zwei Etappen - zuerst neue Lehrpläne per Verwaltungsakt, danach eine daran anschließende gesetzliche Reform - umgesetzt werden könnte. Auf diesen zweiteiligen Ansatz wollte sich die Opposition nicht einlassen. Aufgrund einer Regierungsumbildung war inzwischen im Schulministerium Bodrato - der christdemokratischen Linken zuzuordnen - von Franca Falcucci ersetzt worden, die konservative Kreise der Partei repräsentierte und deren Nähe zum Klerus ein Interesse an innovativer Politik geradezu ausschloss (Semeraro, 1993: 314f.).

1984 wurden von PCI und PSI Gesetzesanträge eingebracht, die sich auf die Ergebnisse der Vorarbeiten der Kommission beriefen. Zu den Gesetzesanträgen der Opposition kam eine im Vergleich zur konservativen Ausrichtung der Schulministerin Falcucci progressive Variante aus der DC hinzu (Antrag Buzzi) (Alberti, 1990: 10).

Im November 1983 legte die Kommission einstweilen neue Lehrpläne vor mit der Empfehlung, die Grundschule insgesamt zu reformieren, da nur so die volle Umsetzung der Lehrpläne gewährleistet sei. Die Lehrpläne wurden der Kontrolle durch den CNPI unterzogen und traten mit Modifikationen durch Dekret Nr. 104 (12. Februar 1985) ab dem Schuljahr 1987/88 in Kraft (ebd.: 11).

Zur Reform der Grundschule wurde im März 1985 eine weitere Gesetzesvorlage der Regierung präsentiert, sie wurde selbst von dem Ministerium nahestehenden Experten als „Gegenreform“ bezeichnet, da sie die bestehende Ordnung fortschrieb (ebd.: 11).

Die Reformvorschläge von CIDI sowie den Parteien (PCI, PSI und Buzzi für die DC) wurden zwischen 1985 und 1987 von der zuständigen parlamentarischen Kommission bearbeitet, deren Entwurf bei den verschiedenen politischen Akteuren Zustimmung fand. Erneut blockierten vorgezogenen Neuwahlen 1987 den Prozeß. Im September 1987 wurde nach den Wahlen das Schulministerium von Galloni übernommen, der die neuen Lehrpläne als Versuchsprojekte einführen ließ. Gleichzeitig wurde die Ausarbeitung eines Gesetzestextes in der Kommission fortgesetzt. Die Diskussion der verschiedenen Gesetzesanträge (PCI, PSI, Kommissionstext, der von der parlamentarischen Mehrheit angenommen worden war) im Parlament (Abgeordnetenversammlung) fand zwischen dem 13. April und dem 10. Mai 1989 statt und führte zu einem neuen Text, der abgesegnet und an den Senat weitergereicht wurde. Hier begann die Diskussion am 1. August 1989. Der mittlerweile eher glatt verlaufende Prozeß wurde noch einmal blockiert durch Falcucci, die erneut einen Gegenantrag einreichte, der auf der Beibehaltung des Klassenlehrers beharrte. Dadurch wurde die öffentliche Meinung erneut mobilisiert und die Verabschiedung verlangsamt. Nichtsdestotrotz wurde schließlich am 20. Februar 1990 ein weiter modifizierter Text vom Senat angenommen und zur endgültigen Ratifizierung wieder an die Abgeordnetenversammlung zurückgegeben, wo die Reform der Grundschule am 23. Mai 1990 zum Gesetz (Nr. 148) wurde (Alberti, 1990: 13f.). Die Reform erfolgte also in zwei Etappen: zuerst wurden auf administrativem Wege neue Lehrpläne eingeführt (1985), die eigentliche Reform durch ein Gesetz folgte 1990.

Wichtige und kontroverse Inhalte des Gesetzes waren die Erhöhung der Zahl der Wochenstunden von 24 auf 27 bzw. 30 Stunden (letzteres im Fall der Erteilung von Fremdsprachenunterricht), die Ablösung vom bisherigen einheitlichen Unterricht durch die Definition von abgegrenzten Fächern¹¹⁴ - neu darunter: eine Fremdsprache, in der Regel Englisch - die in drei oder vier Bereichen von jeweils einem Lehrer betreut werden sollten. Es sollten zwei Klassen von drei Lehrern betreut werden (Modul), womit als Bezugsperson nun nicht mehr nur ein/e Klassenlehrer/in vorhanden war. Einschränkend wurde festgelegt, daß für die ersten beiden Schuljahre die Module so zu organisieren sind, daß die „vorwiegende Präsenz von nur einer Lehrer/in“ gewährleistet ist (Gesetz Nr. 148, Art. 5, Abs. 5, zit. n. Alberti, 1990: 160). Zusätzlich zum Modul soll zur Erleichterung der Integration von Behinderten ein Unterstützungslehrer, bzw.

¹¹⁴ Italienisch, Mathematik, Naturwissenschaften, Geschichte mit Geographie und Sozialstudien, Erziehung zum Bild und zur Musik, Religion, Fremdsprache (Aldisio, 1995: 146).

ein im psychopädagogischen Bereich ausgebildeter Lehrer für die Prävention von Problemfällen eingestellt werden (ebd., Art. 6, Abs. 1 und 3).

Die von der Linken pädagogisch motivierte Erneuerung kam dem Problem der Verwaltung, die durch Schülerrückgang überzähligen Lehrer zu absorbieren, entgegen (Aldisio, 1995: 149). Zum Problem *tempo pieno* oder *tempo prolungato* sah das Gesetz zwei Möglichkeiten vor: eine Fortsetzung in vollem Umfang (40 Stunden), sofern die nötigen Strukturen vorhanden sind, bzw. die Möglichkeit, die Schulzeit auf Antrag der Familien zur Vertiefung oder Unterstützung für Schüler verschiedener Klassen auf maximal 37 Stunden auszudehnen. Da zu dieser Zeit auch der Mensabesuch zählte, blieb für eigentliche Aktivität, die sich oft in der Erledigung der Hausarbeiten erschöpft, nicht viel Raum (ebd.: 150).

Die fehlende Verbindlichkeit wesentlicher Inhalte der Reform wurde als Rückfall bewertet. Weder das Modul noch die Ganztagschule waren eindeutig definiert, ihre Realisierung und damit die innovative Potenz des Gesetzes waren damit kompromittiert. Ferner wurde die organisatorische Komplexität der Module kritisiert, die durch die häufig vorliegende Verteilung von Grundschulen auf mehrere Gebäude verschärft werde (Aldisio, 1995: 149). Bei den Lehrern stieß das Modul auf Abneigung, da sie weder auf den Unterricht von abgegrenzten Fächern noch auf die Arbeit in einer Gruppe vorbereitet waren. Für die Integration von Behinderten war ein Unterstützungslehrer vorgesehen, der als volles Mitglied des Moduls zu betrachten war. Die Realisierung allerdings stieß infolge des Mangels an spezifisch für diese Aufgabe ausgebildetem Personal auf Grenzen (ebd., 147ff.).

Auseinandersetzung über den Religionsunterricht

In den 80er Jahren bewegte noch ein weiterer Konfliktpunkt, der zwar keine umfassende Bedeutung für das Schulsystem besitzt, aber systematisch für die italienische Schulpolitik ist, die öffentliche Meinung: die Frage des Religionsunterrichts.

1985 erneuerte die Regierung Craxi das Konkordat mit dem Heiligen Stuhl. Wie im Vertrag von 1927 waren Bestimmungen zum Schulwesen darin enthalten: das Recht der Kirche, Schulen einzurichten, wie es in der italienischen Verfassung festgehalten ist, die Gleichbehandlung der Schüler von privaten und öffentlichen Schulen, auch was die Prüfungen betrifft, Anerkennung der in den katholischen Schulen und Hochschulen verliehenen Titel durch den italienischen Staat, zwingende kirchliche Genehmigung der Dozenten der katholischen Universität. Zum Religionsunterricht sagt Art. 9 aus: „Die Italienische Republik erkennt den Wert der religiösen Kultur an und berücksichtigt, daß die Prinzipien der katholischen Religion Teil des historischen Erbes des italienischen Volkes sind, und wird weiterhin im Rahmen der Zielsetzung der Schule den Unterricht der katholischen Religion in den öffentlichen nicht-universitären Schulen

zusichern“ (zit. n. Ragazzini, 1990b: 101). Damit war zum einen die Formel der katholischen Doktrin als „Grundlage und Krönung aller Lehre“ weggefallen, zum andern aber die Verpflichtung des Staates, katholischen Religionsunterricht anzubieten, auf die öffentlichen Kindergärten ausgeweitet¹¹⁵ und in der Grundschule von einer auf zwei Stunden pro Woche verdoppelt worden (Semeraro, 1996: 202). Im weiteren Text wurde vereinbart, daß die Teilnahme am Religionsunterricht fakultativ ist und daß daraus keine Diskriminierung entstehen dürfe. Im Pflichtbereich wird die Entscheidung den Eltern anheimgestellt, Sekundarschüler/innen können selbst entscheiden, ob sie am Unterricht der katholischen Religion teilnehmen wollen. Ein Zusatzprotokoll (*Intesa*), das vom Präsidenten der italienischen Bischofskonferenz und der damaligen Schulministerin Falcucci gezeichnet ist, legte Lehrpläne, Organisationsmodi und Bestimmungen zur Qualifikation der Lehrer fest, die später in Rundschreiben des Ministers weiter konkretisiert wurden (Ragazzini, 1990b: 101f.).

Sowohl das Zustandekommen als auch die Inhalte des neuen Konkordates und der *Intesa* provozierte Proteste und Diskussionen. Beim Zustandekommen wurde das Parlament ausgeschlossen, was auf scharfe Kritik bei den evangelischen und israelitischen Religionsgemeinschaften traf, die veränderten Bestimmungen und die Einführung von Religionsunterricht im Kindergarten mobilisierten Eltern und Schüler, während die laizistischen Parteien die besondere Rolle des Vatikans in der italienischen Politik erneut bestätigt sahen (Semeraro, 1996: 202ff.).

Inhaltlich wurde vor allem die grundsätzliche Unklarheit kritisiert, ob die vorliegende Formulierung der Anerkennung der katholischen Religion als Kulturerbe des italienischen Volkes so zu verstehen sei, daß deren Unterricht als kulturelles Datum, das für alle gültig ist, zu den Zielen der Schule gehören solle, oder ob es als Spezifikum nur derer, die diesen Unterricht besuchen, zu verstehen sei. Auf organisatorischer Ebene wurden verschiedene Möglichkeiten diskutiert: die Wahl zwischen Religion und einem alternativen Fach bzw. wie für jene Schüler, die keine der beiden Möglichkeiten akzeptierten, die Schulstunde zu gestalten sei, wobei sich Probleme der Aufsichtspflicht, der Räume und des Personals stellten. Zwar war gefordert worden, die Religionsstunde in die erste oder letzte Schulstunde zu legen, aber die Schulministerin war dem nicht nachgekommen (Semeraro, 1996: 204). Ferner wurden die Rolle der Religionslehrer im Kollegium, die Kriterien für deren Ausbildung und Rekrutierung sowie das Gewicht ihrer Beurteilung von Schüler problematisiert (Ragazzini, 1990b: 102f.).

¹¹⁵ Bis dahin war in den öffentlichen Kindergärten die Beachtung der religiösen Komponente vorgesehen, die weder formal organisiert noch konfessionell ausgerichtet zu sein hatte (Ragazzini, 1990b: 103).

Urteile der Verwaltungsgerichte Umbria und Lazio stellten teilweise Klarheit her, indem sie das Prinzip der Laizität des Staates bestätigten, dem ein Abkommen wie das zwischen italienischem Staat und Kirche unterzuordnen sei. Ferner wurde festgestellt, daß ein Wahlrecht bedeute, daß nicht zwischen zwei Alternativen gewählt werden muß, sondern daß es sich um eine Entscheidung für oder wider, hier den Unterricht der katholischen Religion, handele, staatlicherseits also nicht der Besuch eines alternativen Faches erzwungen werden könne (ebd., 104). Deutlich wurde darüber vor allem, daß der Konflikt zwischen Laizisten und „Klerikalen“ weiterhin am Schwelen war, wenngleich eingeschränkt auf das spezifische Thema des Religionsunterrichtes und durch den Rekurs auf die Ebene des Gerichtes der politischen Lösung entzogen.

Die 70er und 80er Jahre können als Parabel vom Aufkommen und Abklingen der Politisierung der Gesellschaft gesehen werden, die von der anfänglichen Erwartung großer Veränderungen übergang in Resignation bezüglich der Möglichkeiten von Gesellschaftsreformen, was sich im Schulbereich bestätigte. Charakteristisch für dieses desillusionierte Klima sind die gescheiterten Versuche der großangelegten Reform der Sekundarstufe und deren „Surrogat“, die Versuchsprojekte. Aus dem Scheitern des umfassenden Reformprojekts resultierte eine Vielzahl von Maßnahmen in Teilbereichen, die zwar durchaus einschneidende Veränderungen bewirkten (wie die Maßnahmen von 1969), aber nicht in eine allgemeine Innovation mündeten. Die dadurch entstandene Unübersichtlichkeit wirkte sich negativ auf die Effizienz des Systems aus, was zu Beginn der 90er Jahre zu einem Paradigmenwechsel in der Diskussion zur Schulreform führte: Vorherrschendes Thema wurde nun die Frage, wie die Effizienz des Systems gesteigert werden könne. Dabei wurde erstens der Pflichtbereich anvisiert, für dessen Schüler nunmehr ein „Recht auf schulischen Erfolg“ eingefordert wurde, und zweitens konzentrierte sich die Frage nach dem geeigneten Vorgehen auf zwei Begriffe: Entbürokratisierung und Dezentralisierung, die bis zum Projekt Berlinguer zentrale Bedeutung behalten sollten.

Der Beginn der 90er Jahre stand unter dem Zeichen der sich verschärfenden politischen Krise und des extremen Haushaltsdefizits; Schulpolitik wurde zwar weiter thematisiert, aber es wurden keine bedeutenden Maßnahmen getroffen. Verschiedene Schulminister, zunächst Exponenten des linken Spektrums in der DC (Galloni, Mattarella, Russo Jervolino), dann ein Exponent der *Lega Nord*, D’Onofrio, und schließlich der ehemalige Verantwortliche für den Bildungsbereich der Confindustria, Lombardi, sahen ihren Handlungsspielraum auf die Verwaltung des Bestehenden beschränkt (Knauf, 1995: 39). Effizienz bedeutete nun schlicht Reduktion der Ausgaben, was, je nach politischer Herkunft, zur Interpretation der Dezentralisierung als Privatisierung geführt hat. Diese war zwar zunächst als Stärkung der unteren Ebenen (Provinz, Kommunen) angesetzt worden (Knauf, 1995: 39), wurde aber später als Autonomie der einzelnen Schulen durchgesetzt. Zugrundeliegender Gedanke war die Konstruktion eines Systems von einzelnen Subjekten, die in

Konkurrenz untereinander stehen, was analog zum Marktmechanismus als geeignetes Mittel zur Steigerung der Effizienz angesehen wurde (Semeraro, 1997a: 53).

5. Das Projekt Berlinguer

Mit dem Regierungswechsel 1996 fand auch ein Wechsel im Schulministerium statt: Nach knapp 50 Jahren christdemokratischer Führung übernahm mit Luigi Berlinguer ein Exponent der ehemaligen kommunistischen Partei (seit 1989 „Partei der demokratischen Linken“, *Partito della sinistra democratica*, PDS) das Amt. Er stellte bereits im Januar 1997 ein Projekt vor, das als Arbeitspapier (Ministero della Pubblica Istruzione, 1997a) zunächst die Diskussion in der Öffentlichkeit anstoßen sollte. Darin wurde die gesamte Anlage des Schulsystems neu konzipiert.

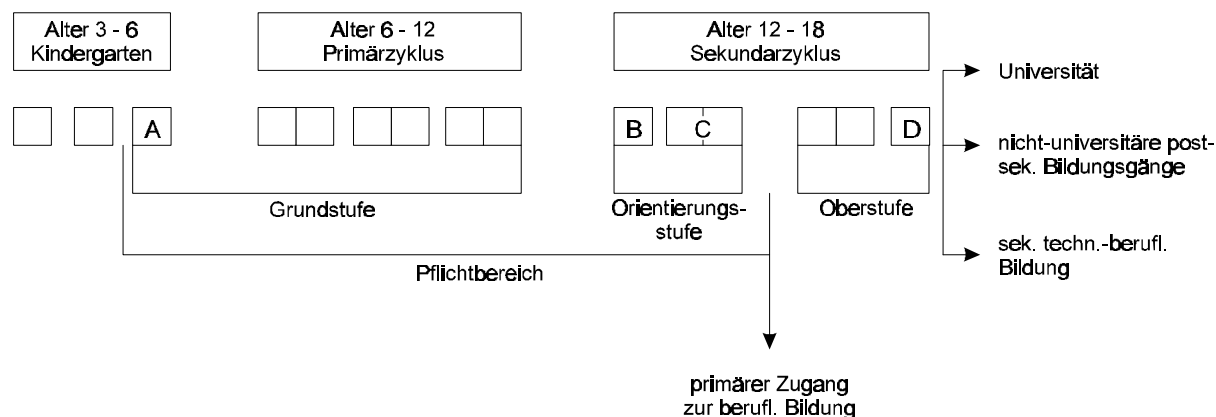
Ausgehend von der Einschätzung, daß die menschlichen Ressourcen eine zentrale Rolle spielen sowohl in der Regelung der Komplexität, die aus der wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und technologischen Entwicklung resultiert, als auch als Motor von Wirtschaftswachstum, demnach als strategischer Faktor für materiellen Wohlstand einzuschätzen sind, wird, analog zu anderen europäischen Ländern, die Potenzierung dieser menschlichen Ressourcen über die Steigerung der Qualität und Effizienz des Bildungswesens thematisiert. Über die funktionale Neuordnung hinaus müsse es dabei um die Verwirklichung einer neuen Qualität gehen, die durch die verstärkte Einbindung der Schuleinheiten in die lokale Realität realisiert werden soll, wobei dem Begriff „integriertes Schulsystem“ eine besondere Bedeutung zukommt. Dieses integrierte System umfaßt das eigentliche Schulsystem incl. Kindergarten, Berufsbildungskurse (regional), nichtuniversitären Bildungsbereich, Universität, Erwachsenenbildung und berührt das Produktionssystem, da Kontakte zwischen ansässigen Unternehmen und Schulen gefördert werden sollen. Wichtige Implikationen ergeben sich aus dem umfassenden Reformanspruch von Berlinguer: Neben der Neustrukturierung des traditionellen Schulsystems soll den Schuleinheiten organisatorische und didaktische Autonomie verliehen werden, es soll also das ganze System konsequent dezentralisiert und, um einen homogenen Bildungsstandard garantieren zu können, gleichzeitig dazu ein nationales Bewertungssystem eingerichtet werden. Aus der Neustrukturierung und Dezentralisierung wiederum ergibt sich die Notwendigkeit, den Status der Privatschulen neu zu definieren (ebd.: 4).

Diese vier Elemente: Neustrukturierung, Dezentralisierung, Bewertungssystem und Gleichstellung der Privatschulen werden nun zuerst in ihrer normativen Vorlage dargestellt und anschließend anhand der Reaktionen in der öffentlichen Meinung diskutiert.

Die **Neustrukturierung des Schulsystems** soll nicht, wie die bisherige Diskussion vermuten ließ, auf die Modifikation der Sekundarstufe beschränkt sein, sondern alle Stufen umfassen und sich mit der Erweiterung der Schulpflicht auf das Alter zwischen 5 und 15 Jahren auch auf das letzte Jahr im Kindergarten erstrecken. Das Modell sieht zwei Zyklen vor: den Primärzyklus von 6 bis 12 Jahren und den Sekundärzyklus zwischen 12 und 18 Jahren, die sich allerdings nicht mit der

Pflichtschulzeit decken. Diese beginnt vor dem ersten Zyklus und endet innerhalb des Sekundärzyklus mit 15 Jahren (vgl. Schaubild 13).

Schaubild 13: Das italienische Schulsystem im Projekt Berlinguer



- A - Vorbereitungsjahr
- B - allgemeines Orientierungsjahr mit mehreren Fchoptionen
- C - strukturiertes Orientierungsbiennium:
4 autonome Segmente von 4 Monaten; Wahl möglich zwischen
klassischer, wissenschaftlicher, sprachlicher, künstlerischer,
technischer oder beruflicher Ausrichtung
- D - Orientierungsjahr (Universität, Beruf)

Quelle: Ventura, 1998: 288

Das erste Pflichtjahr im Kindergarten ist nicht im strengen Sinn als Schuljahr, sondern als Vorbereitung zu verstehen. Es sollen die Fähigkeit der Kinder, sich in eine Gruppe zu integrieren und gemeinsame Aktivitäten auszuführen, gefördert, mit der dort möglichen Flexibilität auf Probleme individuell eingegangen sowie die Kinder auf den „Schulrhythmus“ vorbereitet werden. Der Primärzyklus soll aus drei Biennien bestehen. Die Inhalte der ersten vier Jahre werden unter dem Begriff der kulturellen Alphabetisierung subsumiert, worunter auch der erste Kontakt mit einer Fremdsprache und zu den Informationstechnologien sowie die Ausbildung von kritischem Bewußtsein und Toleranz verstanden wird (ebd.: 10). Der letzte Abschnitt des Primärzyklus ist der Vertiefung der Fähigkeiten und Kompetenzen und der Förderung der Selbständigkeit der Schüler im Verfolgen dieser Lernprozesse gewidmet.

Am Ende des ersten Zyklus steht eine staatliche Prüfung. Dabei distanziert sich der Text zwar von der herkommlichen Prüfung, führt aber den neuen Modus nicht aus (ebd.: 11).

Die Funktion der Sekundarstufe wird neu definiert. Die historische Ausrichtung des Sekundarschulwesens in propädeutische und berufsorientierte Kanäle wird als überholt angesehen, da die Realität zeige, daß die grundlegende Bildung immer mehr Zeit in Anspruch nehme und die berufsbildende Funktion von spezialisierten Systemen übernommen werde, während ein großer Teil der Vorbereitung auf das Studium sich in die ersten Jahre des

Universitätsbesuchs verlagert habe. Es wird dabei auf die Beispiele Englands, der USA, Deutschlands und Österreichs verwiesen, wo die Massenbeschulung zu einer Vereinfachung der Inhalte der ersten Studienjahre geführt habe. In Italien dagegen sei eine Anpassung an die Industriegesellschaft nicht erfolgt; statt dessen bestehe eine schlecht funktionierende schulische Berufsausbildung, die keinerlei Praxis vorsehe und darüber hinaus in Bezug auf die Allgemeinbildung als minderwertig anzusehen sei (ebd.: 12). Neben der wachsenden Bedeutung von Kompetenzen (dieser Begriff umfaßt sowohl den kulturellen als auch den berufsspezifische Aspekt) wird auch auf die Bedeutung von Kontrolle und Steuerung im Arbeitskontext sowie die Verantwortung, die jedes Individuum im sozialen und Berufsleben übernehme, hingewiesen. Ziel der Reform müsse es sein, die sogenannte allgemeine mit der berufsorientierten Bildung zu harmonisieren durch die Betonung der Zentralität des lernenden Individuums und seinem Bedürfnis nach kulturellem, sozialem und beruflichem Wachstum (ebd.: 13f.).

Insgesamt sei es die Aufgabe des Schulsystems, die kommenden Generationen zu bilden und für den Eintritt ins Arbeitsleben auf den verschiedenen Ebenen vorzubereiten, Basiswissen zu vermitteln und die Grundlagen für die Entscheidungsfähigkeit des Individuums durch Orientierungsmaßnahmen zu legen.

Der Sekundarzyklus wird als Folge von Modulen vorgestellt. Er dauert sechs Jahre, ist aber strukturiert in zwei Segmente, die jeweils drei Jahre umfassen. Das erste und das letzte Jahr der Sekundarstufe dienen der Orientierung. Zu Beginn soll ein allgemeines Orientierungsjahr stehen, in dem neben den Hauptfächern verschiedene Wahlfächer belegt werden können. Diese werden in den folgenden zwei Jahren des ersten Segmentes vertieft. Es handelt sich um folgende Bereiche: humanistisch, wissenschaftlich, technisch, technologisch, künstlerisch und musikalisch. Im Alter zwischen 13 und 15 Jahren soll also eine erste, in gewissem Maße revidierbare Wahl von Fächern stattfinden. In dieser Phase sollen die Eltern besonders einbezogen werden, um über Art und Ziele der Optionen informiert zu werden und die Schüler in ihrer Wahl unterstützen zu können (ebd.: 15). Ziel des letzten Jahres des Pflichtbereiches ist, den Schülern die Fähigkeit zu vermitteln, persönliche Perspektiven zu definieren, die Motivation zu stärken und die persönliche Begabung sowie die daraus resultierende Fächerwahl zu überprüfen.

Um zu verhindern, daß eine verfehlte Wahl sich dahin auswirkt, daß ein Schuljahr wiederholt werden müßte, wird dieses Biennium in viermonatige Segmente untergliedert. Bei nicht ausreichendem Erfolg müßte nur ein Segment wiederholt werden. Die Zulassung zur Abschlußprüfung des Pflichtbereiches könnte in diesem Fall nach dem erfolgreichen Absolvieren von mindestens vier dieser Segmente erfolgen. Der Abschluß der Pflichtschule erfolgt in einer staatlichen Prüfung, es besteht aber auch die Möglichkeit, das letzte Pflichtschuljahr im

regionalen berufsbildenden System zu absolvieren, bei bleibender Pflicht des Besuchs der Hauptfächer.

Die letzten drei Jahre des Sekundarbereiches (15 bis 18 Jahre) dienen der Annäherung an die spätere Perspektive, Studium oder Beruf. Dies soll durch Praktika und Projekte erreicht werden, in denen die Schulen unter Wahrung ihrer Autonomie den Kontakt mit dem kulturellen, schulischen und produktiven Umfeld herstellen. Der Abschluß der Sekundarstufe findet wieder in einer staatlichen Prüfung statt (ebd.: 16).

Ferner wird vorgeschlagen, am Ende jedes Schuljahres in einem anerkannten Dokument die Kompetenzen und Leistungen der Schüler zu beurkunden, um zum einen den Übergang auf den Arbeitsmarkt auch vor Zyklusende zu erleichtern, da nicht das Stigma des Abbruchs, sondern die nachweisbaren Kenntnisse in den Vordergrund gerückt würden. Zum anderen könnten diese Bildungskredite auch die Rückkehr ins Schulsystem erleichtern, da bereits erworbene Kenntnisse anerkannt würden (ebd.: 17).

In bezug auf die Lehrer wird zunächst betont, daß die Realisierung des Reformvorhabens zu großem Teil vom Lehrpersonal abhängt. Ferner wird darauf hingewiesen, daß nach der Einrichtung eines Studienganges für Erziehungswissenschaften nun der akademische Abschluß auch für die Grundschullehrer als Einstellungsvoraussetzung realisiert würde. Insgesamt wird für alle Schulebenen die Notwendigkeit von verstärkter Weiterbildung des Personals unterstrichen (ebd.: 22). Angesichts der Befürchtungen vieler Lehrer vor Abqualifizierung oder Verlust der Arbeitsstelle wird darauf hingewiesen, daß eine Reform dieser Tragweite graduell umgesetzt würde. Ferner wird in Aussicht gestellt, daß ein Überschuß an Lehrkräften zum einen in gezielten Stützkursen, Tutoraten und Orientierungsaktivitäten absorbiert werden könnte, zum anderen Weiterbildungsmaßnahmen und größere Mobilität weitere Perspektiven eröffnen könnten. Geplant ist der Übergang von zwei Dritteln der Grundschullehrer in den neuen Primärzyklus, während das verbleibende Drittel im ersten Dreijahresblock des Sekundarzyklus untergebracht würde, wieder in gradueller Abstufung (ebd.: 11).

Dieser Vorschlag wurde in einem Rahmengesetz (Ministero della Pubblica Istruzione, 1997b) am 3. Juni 1997 vom Ministerrat verabschiedet.

Die Umsetzung der Reform ist auf maximal drei Jahre konzipiert, geplanter Start ist das Schuljahr 1998/99. Da für Aspekte wie Fächerangebot und Aktualisierung des Lernstoffes eine Verwaltungsnorm genügt, sollen diese Teilbereiche ohne Verzögerung modernisiert werden, mit Beginn in der Sekundarstufe. So wurde per Ministerialdekret (Ministero della Pubblica Istruzione, 1997e) im November 1997 den Schulen die Möglichkeit gegeben, in Projekten den Stundenplan und die Einteilung in Schulklassen flexibler zu gestalten, Stützkurse und fakultative Fächer

anzubieten und mit anderen Schulen oder weiteren Akteuren die Integration von Schule und Umgebung voranzutreiben. Mit einem Rundschreiben vom 19. Mai 1998 (Ministero della Pubblica Istruzione, 1998) wurde einer Finanzierungsgrundlage von 500 Milliarden Lire¹¹⁶ (ca. 500 Millionen DM) gewährt, mit der die uneingeschränkte Realisierung der Autonomie abgesichert werden sollte und die in erster Linie für die Anhebung des Beschulungsniveaus, die Einführung einer Fremdsprache in der Grundschule, die Entwicklung einer Kultur der Autonomie, die Einführung von neuen didaktischen Technologien u. a. m. eingesetzt werden sollte.

Zweites Element des Projektes von Berlinguer ist das Vorantreiben der **Dezentralisierung**, die im Rahmen der Reform der öffentlichen Verwaltung durch das Gesetz Bassanini angelegt ist (Gesetz Nr. 59 vom 15. März 1997, zit. n. Semeraro, 1997a: 97ff). Art. 21 dieses Gesetzes ist der Herstellung der Autonomie der schulischen Einrichtungen gewidmet, mit dem Ziel, diese wie andere Bereiche der Verwaltung zu entbürokratisieren und deren Effizienz zu steigern. Den Schulen bzw. „schulischen Institutionen“, die die „optimalen Dimensionen“ vorweisen, wird der Status der juristischen Person verliehen, wodurch diese über didaktische und organisatorische Autonomie verfügen. Die „optimale Dimension“ ist abhängig von den Umgebungsbedingungen, sie kann bspw. durch Aggregation von mehreren Einheiten erreicht werden bzw. untersteht in bergigen oder zersiedelten Gebieten besonderen Kriterien. Mit diesem Konstrukt sollen die sozialen, wirtschaftlichen und territorialen Unterschiede durch gezielte Maßnahmen ausgeglichen werden. Der Übergang zur Autonomie soll ferner mit Bildungsmaßnahmen insbesondere für das leitende Personal begleitet werden (Abs. 3 und 4). Die Finanzierung wird durch gewöhnliche und außergewöhnliche Zuwendungen gewährleistet, wobei letztere der Kompensation von strukturellen Ungleichheiten dienen sollen. Diese Finanzierung ist vorrangig an die Bildungs- und Orientierungsaktivitäten gebunden, wie sie für die einzelnen Schultypen charakteristisch sind (Abs. 5). Die organisatorische Autonomie zielt auf größere Flexibilität, Diversifikation und Effizienz, sowohl in bezug auf die Lernerfolge als auch auf die Nutzung der finanziellen Ressourcen ab, sowie auf die Einführung von neuen Technologien und die Koppelung mit der Umgebung. Dazu wird auch die Möglichkeit eröffnet, bisherige Formen wie Schulstunde und Klasse zu modifizieren (Abs. 8). Die didaktische Autonomie (Abs. 9) - bereits mit den *decreti delegati* eingeführt (vgl. Teil 1, Kap. 1.3.) - wird im Rahmen der allgemeinen Ziele des nationalen Bildungssystems und unter Beachtung der Verfassungsnorm der Freiheit der Lehre bestätigt, neu eingeführt wird die Freiheit der Eltern, die Schule und die darin vermittelte Erziehung für ihre

¹¹⁶ Laut Censis (1994:195) betrugen die Gesamtausgaben für Bildung im Jahr 1993 44.059,7 Milliarden Lire. Davon betreffen 97,5% Ausgaben für Personal, der Rest, in diesem Jahr 1.097 Milliarden, wird unter „andere Ausgaben“ vermerkt. Der von Berlinguer zugewiesene Betrag entspricht also etwa der Hälfte der „anderen Ausgaben“ einer Jahresbilanz.

Kinder selbst zu wählen¹¹⁷. Die Autonomie soll dazu genutzt werden, das Angebot der schulischen Einrichtungen zu erweitern, z. B. im Bereich der Erwachsenenbildung, durch Maßnahmen zur Bekämpfung des Schulabbruchs, durch Initiativen zur Herstellung von Kontakten mit der ansässigen Produktion u. a. (Abs. 10). Auf nationaler Ebene verbleiben die Definition und Verwaltung der Rahmenbedingungen, wie die allgemeine Organisation der Schulbildung, die Rekrutierung des Personals, die Festlegung von Systemdaten vom Aufbau des Schulsystems bis zur Aufstellung der Lehrpläne.

Drittes Element des integrierten Schulsystems ist die **Gleichstellung von Schulen öffentlicher und privater Träger**. Bereits die Ausweitung des Pflichtbereiches auf das letzte Kindergartenjahr macht dies unumgänglich, da die Verteilung von öffentlichen Kindergärten im gesamten Staatsgebiet nicht ausreicht, um dieser Verpflichtung nachzukommen, so daß der Besuch von katholischen Kindergärten als Erfüllung der Schulpflicht anerkannt werden muß. Gleichzeitig handelt es sich dabei um ein Thema, das seit der Verfassungsgebenden Versammlung die Parteien polarisiert hat. Der Ministerrat stimmte am 18. Juli 1997 einem Gesetzesantrag (Ministero della Pubblica Istruzione, 1997f) zu, in dem der Wert und Charakter der Bildungsinitiativen von Privaten und Körperschaften als öffentliche Dienstleistung gewürdigt werden, sofern sie den allgemeinen Bestimmungen und der Bildungsnachfrage entsprechen. Unter dem Titel „Verfügungen zum Recht auf Studium und für die Expansion, Diversifikation und Integration des Bildungsangebotes im öffentlichen Bildungssystem“ (ders., zit. n. Semeraro, 1997a: 113ff.) wird geplant, Schulen, die den Titel „öffentlich gleichgestellt“ tragen, in das öffentliche Bildungssystem zu integrieren, so daß diese finanzielle Zuwendungen aus der öffentlichen Hand erhalten können (Art. 1, Abs. 2). Die an diesen Titel gebundenen Bedingungen verlangen, daß das Bildungsangebot den Standards der öffentlichen Einrichtungen entspricht in Bezug auf Räumlichkeiten, Ausstattung, Ziele und didaktische Ordnungen, Verzicht auf Selektion unter den Antragstellenden (inklusive Behinderte), geeignete Qualifikation des Leitungs- und Lehrpersonals unter Beachtung der kulturellen Identität der Einrichtung, demokratische Organisation und Mitbestimmung, Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit Projekten zur Integration des Bildungsangebotes der Umgebung, Transparenz und Öffentlichkeit von Leitung und Bilanz, die durch Kontrollen der Verwaltung sichergestellt werden (Abs. 2). Diese gleichgestellten Schulen sollen der nationalen Qualitätskontrolle unterstehen und sind gehalten, die Arbeitsvereinbarungen des Privatrechts in diesem Sektor einzuhalten, können aber bis zu einem Maximum von einem

117 In dieser Formulierung kehrt das seit der Diskussion in der Verfassungsgebenden Versammlung virulente Postulat der Verfechter der (katholischen) Privatschulen nach Finanzierung derselben wieder, die von den Gegnern mit dem Hinweis auf den in der Verfassung festgehaltenen Zusatz *senza oneri* kategorisch abgelehnt wurde (vgl. Teil 2, Kap. 1).

Viertel der Gesamtleistungen auf freiwillige Leistungen des Lehrpersonals zurückgreifen, sofern diese über die nötigen Voraussetzungen verfügen (Abs. 3). Die genauen Modalitäten zur Überwachung dieser Bedingungen obliegt dem Staat und den Regionen (Art. 4). Unter dem Titel „Recht auf Bildung“ (*diritto allo studio*) wird festgehalten, daß die öffentliche Finanzierung direkt an die Schulen gehen soll¹¹⁸, auch für die Schüler, deren Recht auf Bildung aufgrund von Bedürftigkeit und Eignung über den Pflichtbereich hinaus durch staatliche Unterstützung realisiert wird (Art. 3, Abs. 1; Art. 4).

Viertes Element der Reform Berlinguer ist die Einrichtung eines **nationalen Bewertungssystems**. Dazu wurde eine technisch-wissenschaftliche Kommission einberufen, die aus Experten verschiedener Einrichtungen und Universitäten zusammengesetzt ist. Diese Kommission erarbeitete einen Vorschlag, der im Dezember 1996 von Minister und Verwaltungsspitze des Schulministeriums angenommen wurde, wenngleich zum Ausdruck kam, daß die Realisierungshoffnungen durch die notorischen finanziellen Engpässe geschmälert würden (Ministero della Pubblica Istruzione, 1997d: 257). Mit einer Ministerialdirektive wurde dann im Mai 1997 ein Koordinierungskomitee eingerichtet, das für die Programmierung und die Aktivitäten des nationalen Bewertungsdienstes zuständig ist. Sitz dieser Einrichtung ist das *Centro europeo dell'Educazione*, CEDE (Europäisches Erziehungszentrum). Dieses soll die Effizienz des Schulsystems insofern steigern helfen, als die Kenntnis der Ergebnisse, des *Output* des Schulsystems als das grundlegende Instrument für die Erneuerung der Schulpolitik und für die Verbesserung der Qualität des Schulsystems verstanden wird. Dabei sollen auch die Grundlagen für eine Selbstbewertung der autonomen Schuleinheiten geschaffen werden (Ministero della Pubblica Istruzione, 1997c: 313).

Die Aufgaben dieser Instanz sind die Formulierung von Vorschlägen, die dazu dienen sollen, die Ziele der Bewertung zu definieren, Handlungsanleitungen für Eingriffe in die verschiedenen Schulsektoren zu erarbeiten, und die Abstimmung mit anderen Instanzen, die dem Ministerium unterstehen (Ministero della Pubblica Istruzione, 1997c: 311ff.). Sinn und Zweck dieser Einrichtung sind die Überwindung von schulischem Mißerfolg, Erhöhung der Funktionalität der Schulorganisation durch Überwindung von Strukturproblemen und durch Definition eines Qualitätsstandards, größere Transparenz zwischen Zivilgesellschaft und Institutionen (hier: Schule) sowie Informationen über Einstellungen der Benutzer, Konsolidierung der Strukturerneuerung und Qualifizierung der öffentlichen Bildungsausgaben (ebd.: 313). Ein

118 Als Alternativen wurden 1) eine Konvention, aufgrund derer feste Beträge beansprucht werden konnten, 2) Zuwendungen in Form von *vouchers* und 3) Steuererleichterungen diskutiert. Die vorliegende Formulierung scheint einen Kompromiß zwischen der Konvention und dem *vouchers*-System darzustellen, da von der Schülerzahl abhängige Beträge direkt an die Schulen gehen sollen (Ventura, 1998: 260; Reguzzoni, 1998: 356).

permanenter Informationsfluß bildet somit die Basis für die Arbeit dieser Instanz: In Bezug auf das Schulwesen sollen mehr Informationen über die Beschaffenheit der Schulpopulation und über das Niveau der Kenntnisse und Kompetenzen, aber auch der Befindlichkeit der Schüler erfaßt werden, ferner gehören soziologische Variablen wie die Bedeutung von sozioökonomischen Determinanten für die Bildungsarbeit und psychologische Faktoren wie kognitive, emotionale und Persönlichkeitskriterien, die sich auf die Beziehung zwischen Lehrenden und Lernenden auswirken, zu den Erhebungskategorien der Institution. Neben anderen Aufgaben zur Entwicklung einer „Kultur der Bewertung“ soll die Zufriedenheit von Schülern, Eltern und öffentlicher Meinung mit den Leistungen des Schulsystems gemessen werden (Ministero della Pubblica Istruzione, 1997d: 258f.).

Wie beabsichtigt, konnte Berlinguer mit seinem Arbeitspapier eine öffentliche Diskussion im Lande in Gang setzen. Viele Stimmen, von Pädagogen und Schülern über Gewerkschaften bis hin zu Wirtschaftsexponenten äußerten sich. Den allgemeinen Tenor bildet die grundsätzliche Wertschätzung der Absicht bei einer kritischen Beurteilung der Durchführungsvorschläge des Ministers. Weitgehende Akzeptanz findet die Absicht des Ministers, das gesamte System zu erneuern und so die Tradition der Teilmodifikationen zu beenden. Unterschiedliche Positionen zeigen sich bezüglich der verschiedenen Aspekte des Reformvorhabens: der geplanten Neustrukturierung, dem Bewertungssystem, Personalfragen, dem Problem der Gleichstellung von öffentlichen und Privatschulen.

Was die allgemeine Problematik der Neuordnung des Schulsystems betrifft, so wird zu bedenken gegeben, daß diese als politische Maßnahme auf einem wenig stabilen parlamentarischen Konsens basiere, da innerhalb der Regierungskoalition infolge deren heterogener Zusammensetzung überaus unterschiedliche Positionen zur Schulpolitik bestünden (Marradi, 1997: 409). Insbesondere die potentielle Sprengkraft des Konfliktes zwischen laizistischen und katholischen Interessen und die notorisch leere Staatskasse könnten den hohen Ansprüchen des Projekts entgegenstehen (Ajello, 1997: 107f.). Ferner wird kritisiert, daß die Reform in Gestalt eines Rahmengesetzes angegangen wird, welches zu seiner Operationalisierung auf Dekrete und andere Präzisierungen angewiesen ist, deren Formulierung dann der Verwaltung obliegt (Cives, 1997: 404). Von verschiedenen Seiten wird darauf hingewiesen, daß das Projekt an wichtigen Punkten zu ungenau konzipiert ist, z. B. in der Realisierung der Orientierungsjahre, bezüglich des Problems der Prüfungen und Bildungskredite, in der Frage der Definition und Kontrolle eines Qualitätsstandards; auch wird insgesamt die Realisierbarkeit der geplanten Bewertungsinstanz in Frage gestellt (Santoni Rugiu, 1997: 363).

An der von Berlinguer zur Diskussion gestellten Neustrukturierung werden mehrere Punkte kritisiert. In bezug auf das erste Jahr der Pflichtphase, das letzte Kindergartenjahr, wird festgestellt, daß dessen vorbereitende Funktion keine Begründung in der kognitiven Entwicklung des Kindes finde und insofern klärungsbedürftig sei (Ajello, 1997: 107). Es wird die Frage gestellt, ob es sinnvoll sei, die im internationalen Vergleich relativ gut abschneidenden Teile, die Grund- und die Mittelschule, völlig zu transformieren (Semeraro, 1997b: 405f.). Ebenfalls kritisiert wird, daß das Projekt die Inhalte und Ziele dieses Bereiches nicht hinterfrage, sondern als von der bestehenden Form vorgegeben fortsetze (Ajello, 1997: 107). Die Verlängerung der Schulpflicht wird zwar allgemein begrüßt, es wird aber festgestellt, daß die Erhöhung auf 15 Jahre nicht den Erwartungen entspreche, da zum einen das angestrebte europäische Niveau bei einer Beschulung bis zum 18. Lebensjahr liege (FNISM, 1997: 132) und da zum anderen die Schüler dieses Alters bereits weitgehend im ersten Zweijahresblock der Sekundarstufe erfaßt würden, wo sich das Problem der Selektion in besonderer Schärfe stelle (vgl. Teil 1, Kap. 2 und 3).

Beim Sekundarbereich wird die breit angelegte Orientierung als Problem betrachtet, da sie den Raum für die Möglichkeiten, eine solide Grundbildung zu erwerben, behindern könnte (CNPI, 1997: 118), bzw. es wird eine zu starke Verkürzung der eigentlichen Sekundarstufe und damit eine gravierende Beschneidung der Lehrpläne befürchtet (Benadusi, 1997: 88). Ferner würde mit der geplanten Einteilung der Zyklen das erste Orientierungsjahr, in dem also die Schüler eine erste Auswahl an Optionen zu treffen haben, im Vergleich zum bestehenden System geradezu vorverlagert auf das Alter von 11-12 Jahren (Cives, 1997: 403).

Über die Kritik am geplanten Modell hinaus wurde auch der Realisierungsplan bemängelt. Der Zeitraum von drei Jahren für die Durchführung der Reform erscheint zu kurz, auf jeden Fall dürfte unter diesem Zeitdruck eine Bewertung des Verlaufs und der evt. auftretenden Schwächen kaum möglich sein (Ribolzi, zit. n. Ventura, 1998: 266). Ferner sind wichtige Bereiche des integrierten Systems noch nicht ausreichend präzise definiert: die Frage der Anbindung des Schulsystems an das Berufsbildungssystem, der Finanzierungsplan, die Reform der zentralen und peripheren Artikulation des Schulministeriums (Ventura, 1998: 253f.), hinsichtlich des Lehrkörpers der juristische Status der Lehrer (CNPI, 1997: 116) und die Frage der besseren Ausbildung sowie Leistungsanreize, welche die Motivation erhöhen könnten (Ventura, 1988: 272).

Der italienische Unternehmerverband *Confindustria* betont besonders die Notwendigkeit der Konkurrenz im Schulsystem. Die Dezentralisierung garantiere noch keine Entbürokratisierung, wie die Politik der Regionen im Berufsbildungsbereich gezeigt habe. Dagegen wären die Kenntnisse über die Nachfrage an Bildungsniveaus auf dem italienischen und internationalen Markt in den Schulen selbst durchaus vorhanden. Das Projekt Berlinguer leide insofern noch an

Etatismus, auch wenn es gute Ideen enthalte, welche aber nur durch die Einführung des Konkurrenzprinzips in ein funktionierendes System umgesetzt werden könnten (Antiseri, Il Sole 24 ore, 25/1/1997).

Speziell im rechten politischen Spektrum wird Wert darauf gelegt, daß die Position des Schulleiters gestärkt wird, was u. a. die Einstellungsbefugnis für Lehrer einschließt¹¹⁹, also die freie Wahl und Kündbarkeit des Lehrpersonals auch in der Schule (Ventura, 1998: 255). Allgemein wird die Bedeutung der Lehrer für die Umsetzung der Reform betont (Ministero della Pubblica Istruzione 1997a, 21ff.; CNPI, 1997: 120) und darauf hingewiesen, daß die gegenwärtigen Bedingungen dem wenig Rechnung trügen (Ajello, 1997: 113). Schwach motivierte, unterbezahlte, schlecht ausgebildete Lehrer, die um ihre Stelle fürchteten, fehlende Aufstiegsmöglichkeiten, also keine Anreize für bessere Leistungen prägten das (Selbst-) Bild derer, von denen das Schulklima weitgehend abhängt (Bertagna, 1995: 159; Ventura, 1998: 247f.).

Neben der breiten Akzeptanz, mit der das Großprojekt zu Beginn aufgenommen wurde, kristallisierten sich im Lauf der Zeit Probleme und Positionen heraus, die an die alten Probleme erinnern. So wirkt z. B. die Frage der Rekrutierung von Personal polarisierend: Die Verfechter des marktwirtschaftlichen Schulmanagements sehen die Forderung nach freier Wahl der Personals durch den Schulleiter und Eingriffe in die Rechte der Lehrer als Bedingung für bessere Leistungen, während auf der Gegenseite der juristische Status und die Unabhängigkeit der Lehrer verteidigt werden mit dem Hinweis, daß es sich um eine Tätigkeit handle, die keine marktwirtschaftlichen Erträge produzieren könne und solle (Ventura, 1998: 256).

Insbesondere die Gestaltung des „integrierten“ Systems, d. h. von öffentlichen und privaten Trägern betriebene Einrichtungen, setzt Konflikte frei, da sie die Frage der Gleichstellung und Finanzierung von privaten Schulen, die bekanntermaßen mehrheitlich katholischen Trägern gehören, betrifft. Die Gesetzesvorlage des Ministers wird auf der einen Seite mit Genugtuung zur Kenntnis genommen, und hat auf der anderen Seite eine Flut von Reaktionen ausgelöst, die auf einen Nenner zu bringen sind: den Vorwurf, die Verfassungsnorm werde unterlaufen. Eine typische Argumentationslinie der Gegner von Zuwendungen an Privatschulen (hier dargestellt anhand von Gracceva, 1997: 407ff.) ist die folgende: Die katholische Kirche in Italien verfüge *de facto* über ein Monopol im Privatschulbereich. Diese Schulen entsprächen nicht dem Pluralismusgebot, durch welches öffentliche Zuwendungen gerechtfertigt würden, solange sie sich

¹¹⁹ Es war lange Gegenstand der Diskussion, ob das Lehrpersonal vom Ministerium oder vom Schulleiter eingestellt würde. Im aktuellsten Entwurf vom 4. März 1998 wurde eindeutig festgelegt, daß die Rekrutierung des

als katholische verstehen, während ihre Existenz hinfällig werde, wenn sie ihr Glaubensbekenntnis relativierten und der „Staatsdoktrin“ unterordneten. Ziel und Inhalt der katholischen Schulen müsse also die religiöse Erziehung sein, darin aber verletzten sie das Verfassungsgebot der Freiheit der Lehre, ganz abgesehen davon, daß sie nicht die demokratischen Spielregeln auf ihre eigene Organisation anwendeten. In diesem Sinne könnten diese Einrichtungen nicht zur staatsbürgerlichen Entwicklung der Schüler beitragen und könnten somit keinen Anspruch auf öffentliche Gelder erheben, wie ebenfalls in der Verfassung (Art. 33, Abs. 3: *senza oneri*, vgl. Teil 2, Kap. 1) festgehalten. Ein Bewertungssystem könne dabei nur den relativen Grad von Öffnung feststellen, aber das eigentliche Problem, das Fehlen der „staatsbürgerlichen Treue“ im Sinne einer pluralistischen Einstellung als Grundvoraussetzung für die Ausübung des Lehrerberufes, nicht beseitigen.

Diese Argumentation hat sich seit der Verfassungsgebenden Versammlung nicht geändert. Es liegen nur vereinzelte Fallstudien zur Qualität der katholischen Schulen vor (s. Malizia et al.: 1996), die jedoch kaum als repräsentativ anzusehen sind. Wahrscheinlich liegt eine ähnliche Bandbreite an Qualität wie im öffentlichen System vor. Auffällig ist an der Argumentation der Gegner der Privatschulen, daß sie sich auf die religiöse Sozialisation in den Einrichtungen beziehen, nicht darauf, daß im Privatschulwesen durch die Erhebung von Gebühren ungleiche Bedingungen für verschiedene soziale Schichten entstehen. Es scheint die Befürchtung vorzuliegen, daß die katholischen Schulen kleine integralistische Katholiken produzieren. Daß innerhalb der katholischen Kirche integralistische Bereiche existieren, steht außer Frage, aber es muß bezweifelt werden, daß diese Geisteshaltung sich durch den Schulbesuch zwingend auf die Schüler überträgt: „Daß intendierte Sozialisation durch Schulen heute wenig wirksam ist, kann als erwiesen gelten - aber keineswegs ist erwiesen, daß das so sein muß“ (Hanf, 1975: 178). Was allerdings die Wirkung der schulischen Sozialisation verstärkt, ist die Übereinstimmung mit den Erziehungszielen anderer relevanter Sozialisationsagenturen, also u. a. der Eltern (Hanf, 1983: 424). Es ist anzunehmen, daß in vielen Fällen eine Übereinstimmung zwischen den Bildungszielen der katholischen Schulen und den Erziehungszielen der Eltern, die eine solche Schule für ihre Kinder wählen, vorliegt. Damit wäre die Befürchtung der Gegner der Finanzierung von Privatschulen von einer anderen Seite untermauert: viele Katholiken wählen christdemokratisch, der politische Gegner hegt in den Privatschulen sein Wahlvolk. Es handelt sich hier aber nicht um eine empirische, sondern normative und politische, kurz: ideologische Argumentation. So stehen sich seit der Existenz der Italienischen Republik zwei ideologische

Positionen in einer Art „Kulturkampf“ (ebd., 421) gegenüber, der die Diskussion auf den schulpolitischen Nebenschauplatz der staatsbürgerlichen vs. katholischen Erziehung verlagert und zudem auf ein eher mechanisches Verständnis von schulischer Sozialisation schließen läßt.

Allerdings ist die vorgeschlagene Lösung der Gleichstellung von privaten und öffentlichen Schulen geeignet, die Polemiken weiter zu nähren. Ganz abgesehen davon, daß das Bewertungssystem noch weit von der Realisierung entfernt ist, so daß bis auf weiteres keine Kriterien über die Qualität der staatlich finanzierten Privatschulen vorliegen werden, sind verschiedene Punkte zumindest unklar formuliert (s. o.) - Unklarheiten, die allerdings im Interesse der privaten Träger liegen. So stellt der Passus, daß bis zu einem Viertel der Gesamtleistungen auf freiwillige Leistungen des Lehrpersonals zurückgegriffen werden kann, sofern diese über die nötigen Voraussetzungen verfügen, eine zumindest arbeitsrechtlich kaum zu rechtfertigende Situation her, ganz abgesehen von der unpräzisen Formulierung („freiwillige“ Leistungen - also unbezahlte?; die „nötigen“ Voraussetzungen - wer definiert was?). Diese Art der Vergabe von öffentlichen Geldern an Privatschulen ohne effektive Kontrolle über Qualitätsstandard, Qualifikation und arbeitsrechtlichen Status wird in der öffentlichen Meinung als „Geschenk“ an die Kirche, ja als ein angesichts der schlechten finanziellen Ausstattung des öffentlichen Systems kaum zu rechtfertigender Aderlaß zugunsten der privaten Träger empfunden.

Neu am Vorgehen Berlinguers ist die Zielstrebigkeit, mit der vorgegangen wird, wobei gleichzeitig Kompromißbereitschaft und Offenheit für Auseinandersetzungen auf breiter Front gezeigt werden, um die politische Basis für die geplante Reform herzustellen. Es scheint, als wolle Berlinguer die Stärke und Grenzen der alten Fronten neu ausloten, um kraft seiner Amtsautorität und durch weitgehende Zugeständnisse neue Konvergenzen herzustellen. Eine weitere Innovation ist die ausgiebige Nutzung des Internet, das als Informations- und Diskussionsforum dient. Es wird allerdings auch deutlich, daß der ursprüngliche Impetus einer zähen Auseinandersetzung in Details weicht. Der ursprünglich angesetzte Zeitplan von drei Jahren wird kaum einzuhalten sein, nach wie vor wird jedoch davon ausgegangen, daß eine Gesamtreform möglich ist.

Teil 3

Politikwissenschaftliche Zugänge zur italienischen Schulpolitik

1. Literaturübersicht

Die politischen Zusammenhänge bildungsrelevanter Entscheidungen in Italien wurden von vielen Autoren am Rande thematisiert. Systematisch aber setzten sich nur wenige Autoren mit der bildungspolitischen Dynamik auseinander. Die in spezifisch politikwissenschaftlicher Fragestellung verfaßten Werke stammen von Sofia Ventura (1998), Carla Fasano und Piero Romei (1995), Luciano Benadusi (1989) sowie Giorgio Franchi (1984). Als thematisch zusammengehörig können Fasano/Romei, Ventura und Benadusi betrachtet werden.

G. Franchi¹²⁰ hat als erster den Versuch einer theoretischen Fassung bildungspolitischer Phänomene geleistet. Sein Ausgangspunkt ist der Zusammenhang von Bildung und Arbeit im entwickelten Kapitalismus, wie er von den Theoretikern der Bildungsökonomie postuliert wurde: Sie erklärten Bildung als Investition in „Humankapital“ zur zentralen Bedingung für Fortschritt und wirtschaftliche Entwicklung. Wie die Entwicklung aber zeigte, entsprachen die Prognosen der liberalen Theoretiker nicht der langfristigen realen Entwicklung. Da die Nachfrage nach Qualifikation sich nicht in gleichem Maße wie das Angebot entwickelte, sondern sich ein Überangebot an höherer Qualifikation entwickelte, konnte der Zusammenhang zwischen mehr Bildung und sozialem Aufstieg nicht garantiert werden. Aber Franchi verweist auf Gesichtspunkte, unter denen eine nicht zu unterschätzende Wirkung dieser Theorie auszumachen ist. Damit ist die Wirkung der Theorie des *human capital* als Ideologie gemeint, die Überzeugungskraft, mit der die Erwartung von sozialem Aufstieg durch Bildung und Weiterentwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft (und einer neuen, meritokratischen Ordnung innerhalb derselben) bei den Individuen hergestellt worden war und daß deren Wirkung auch bei ausbleibenden Realisierungschancen der Erwartungen bestehen bleibt. Diese Erwartungen, von den Theorien an das Bildungssystem geknüpft, können jedoch nicht von diesem System eingelöst werden. Es wird aber darauf hingewiesen, daß diese Zentralität und strategische Rolle von Bildung in der Theorie trotz der Widerlegung der Prognosen nicht entkräftet worden ist. Laut Franchi bleibt die strategische Rolle von Bildung nicht nur in den Bildungstheorien liberaler Herkunft, sondern auch in den marxistischen Ansätzen, in denen Bildung als ideologischer Reproduktionsapparat des Kapitals oder die Funktionalität von Schule für die kapitalistischen Ausbeutungsstrategien theoretisiert wurde, bestehen. Bildung übernehme allerdings mit und seit der Protestbewegung von 1968 eine neue Funktion: Konflikte zu generieren. Nicht die nahtlose Integration der Individuen in das bestehende sozioökonomische System, sondern dauerhafte Krise resultiere aus der Bildungsexpansion und den ihr zugrundeliegenden Erwartungen. Diese neue

120 Franchi, G., 1984: L'istruzione come sistema. Tre saggi sulle trasformazioni del sistema di istruzione, Milano.

politische Valenz von Bildung könne nicht behoben werden, einzige Umgangsmöglichkeit sei die Nutzung des Widerspruchs, indem er auf das - ohnehin in seiner Wirkung nicht kontrollierbare - Subsystem Schule begrenzt werde.

Während 1968 als gesamtgesellschaftliche Krise mit Ursprung im Bildungssystem zu sehen sei, zeigt sich für Franchi mit der seit den 70er Jahren beobachtbaren zunehmende Komplexität des Organisationssystems Massenschule die wachsende Autonomie der Subsysteme, und darin eine systemhafte Konflikthanfälligkeit, welche politisch genutzt werden könne und müsse. Die Widersprüche bzw. Konflikte in Bezug auf die postulierte Zielsetzung treten zwar häufiger auf, werden aber durch ihre sektorale Begrenzung in ihrer Wirkung auf das Gesamtsystem entschärft. Eine auf Veränderung zielende Politik sei nicht auszumachen, vielmehr sei die Krise des Bildungssystems in dieser Phase institutionalisiert worden, wobei die reine Verwaltung der Prozesse eine wichtige Rolle gespielt und eine politisch richtungsweisende Führung ersetzt habe. Als Beispiele werden die *decreti delegati* und die Reform der Sekundarstufe herangezogen. Erstere hätten zum einen die Komplexität erhöht, zum anderen aber die postulierte Demokratisierung keineswegs realisiert, sondern vielmehr die Konflikte auf das Subsystem „dezentrale Selbstverwaltungsorgane“ eingehegt.

Daneben zeigten sich, so Franchi, zwei weitere Entwicklungen: Eine Zunahme der Autonomie des Funktionierens und des Selbstbezugs des Bildungssystems (Korporativierung) sowie eine Institutionalisierung der Krise. Auch entstünden häufiger Konflikte in verschiedenen Bereichen (Franchi benützt den Begriff „Kriseninflation“), die sich nun aber segmentiert und dadurch entschärft darstellen und eher auf Verwaltungs- als auf Politikebene einer „technischen“ Lösung zugeführt würden. Als Beispiele dafür werden die Demokratisierung der Schule (*decreti delegati*), die Auslagerung des Zusammenhangs zwischen Bildung und Arbeit auf private Einrichtungen und die Regionen genannt. Die Funktion des öffentlichen Schulsystems degeneriere so zum „Service“, der einen Mindestgrad an Bildung vermittele, aber nicht das eigentliche Ziel, die Verbindung zum realen Leben, zur Arbeit erreiche. Die Schule beschränke sich damit auf die Beurkundung eines Bildungsgrades, die Frage nach der Qualität von Bildung entfiele. Dieses „Unterschlagen“ der einst im Bildungssystem postulierten Ziele, wie sie im - stets uneingelösten - Zusammenhang zwischen Bildung und Arbeit als politische Direktive galten, entspreche einem Abschied der Politik aus dem Bildungswesen, welches immer mehr seiner Eigendynamik überlassen werde - wobei die endlosen Diskussion der zentralen Themen aus früheren Zeiten als Ersatz für Veränderung fungierten.

Franchi beschreibt treffend die Situation der 70er und 80er Jahre, in der die Reform der Sekundarstufe in den Diskussionen zwar unmittelbar bevorzustehen schien, sich aber gleichzeitig

die Klarheit darüber breit machte, daß man über das Reden nicht hinausgelangen würde. Insgesamt ist Franchis Darstellung eher assoziativ, er beschreibt Problemkreise als Anleitung für eine Ausarbeitung anhand des italienischen Falles. In der Tat bezeichnet er selbst seinen Ansatz als Entwurf, der weiterer Ausarbeitung bedürfe - diese ist bisher aber weder durch ihn selbst noch durch andere erfolgt. Franchis Aufsätze sind die einzige Auseinandersetzung auf der Ebene einer kritischen Gesamtanalyse von gesellschaftlichem und politischem System im italienischen Sprachraum geblieben. Es werden jedoch auch verschiedene Probleme des Ansatzes deutlich. Ein differenzierender Begriff von Politik, der es erlaubt, zwischen planungsgeleitetem Handeln und den jeweiligen Ergebnissen, die dem Plan entweder entsprechen oder von diesem abweichen, trotzdem jedoch funktional sein können, ist innerhalb dieser Argumentation nicht möglich. Ferner tritt ein anderes Problem auf: es gibt keine Subjekte, keine Akteure. Die Rolle von Akteuren nehmen das abstrakte Kapital und ein in Anführungszeichen gesetztes „*governo*“ ein, womit nicht die Regierung in Gestalt einer sichtbaren Koalition gemeint ist, sondern eine politische Klasse, der Homogenität sowie pure Funktionalität im Sinne des Kapitalismus unterstellt werden. Dies ist als allgemeines Analyseprinzip in systemkritischen Ansätzen gängig (Franchi bezieht sich auch explizit auf Offe), müßte jedoch in Fallanalysen, die bei Franchi nie erfolgt sind, exemplifiziert und verifiziert werden. Gerade die Frage, wie in der italienischen Schulpolitik, im Unterschied zu vielen anderen kapitalistischen Ländern, ein so eklatanter Mangel an Politik langfristig möglich war, wird damit zugedeckt. Nichtsdestotrotz weist der Text von Franchi Parallelen mit den in dieser Arbeit angeführten Faktoren auf, z. B. in seiner Kennzeichnung der Politik der Sektoralisierung, die hier als Strukturmerkmal christdemokratischen Vorgehens betrachtet wird (vgl. Teil 3, Kap. 5.), und der Nicht-Reform der Sekundarstufe als einem Versuch der Politik auf mittlerer Ebene, wo die Diskussion um die Reform den Platz der Aktion, der Reform selbst, einnimmt (vgl. Teil 3, Kap. 6).

Ventura, Fasano/Romei wie Benadusi richten ihr Augenmerk auf die Thematik des *Policy-making*, auf die Probleme zwischen *Output*, *Implementation* und *Outcome* sowie auf die Diskrepanz zwischen Zielen und Ergebnissen von politischem Handeln. Sie kommen denn auch zu vergleichbaren Schlüssen: die Rationalität der Institutionen müsse optimiert werden.

Carla Fasano und Piero Romei¹²¹ konzentrieren sich hauptsächlich auf die Möglichkeiten der Definition von optimierbaren Bereichen, die bildungspolitischen Entscheidungen zuarbeiten können, und auf die Notwendigkeit, Ergebnisse systematisch zu analysieren und an die Ausgangsinstanzen rückzukoppeln. Sie ergänzen den *top-down*-Verlauf also durch ein *bottom-up*-

121 Fasano/Romei, 1995: Formulazione e implementazione delle politiche dell'istruzione alla ricerca di paradigmi mai avuti, Bologna.

Modell. Ihre Kritik bezieht sich darauf, daß Grundlage für Schulpolitik hauptsächlich die Paradigmen der Erziehungswissenschaften sind, die sich im Lauf der Zeit zwar ausdifferenziert haben und erweitert wurden um psychologische, soziologische und ökonomische Dimensionen, daß dies aber nicht ausreiche. Vielmehr müsse der Horizont erweitert werden auf noch nicht klar definierte oder erforschte Komponenten und Determinanten des Bildungssystems: die Bürokratie und ihre Funktionsmodi, Interaktionen zwischen Schul- und anderen Politikbereichen (einschließlich Telekommunikation), unvermeidliche Zwänge (begrenzt verfügbare Ressourcen, Irrtümer etc.), die zeitliche Dimension des politischen Prozesses, andere im italienischen Bildungswesen unterentwickelte Bereiche wie etwa ein in der Privatwirtschaft längst etablierter Sektor für „Forschung und Entwicklung“ oder kollaterale Bildungsgänge (Berufsbildung, Fernstudien). Die traditionellen Paradigmen (auf erziehungswissenschaftlicher Ebene das Paar „lehren/lernen“ und die Begrenzung auf pädagogische Fragestellungen, auf verwaltungstechnischer Ebene der Grundsatz der Normeinhaltung) reichen nicht aus, sondern müssen ergänzt werden durch den Einbezug von zu erforschenden Bereichen wie z. B. den psychologischen Elementen des Lernverhältnisses oder den Managementwissenschaften für die administrative Leitung der einzelnen Schulen bzw. des Schulwesens. Es wird also eine unterentwickelte und rückständige Wissenschaft und Politik im Bereich des italienischen Schulwesens (im Vergleich zu anderen Ländern und anderen Bereichen wie der Privatwirtschaft) diagnostiziert. Die bessere Fundierung der Maßnahmen zielt auf eine Erhöhung der Systemrationalität. Kern zukünftiger Reformen müsse dabei die Entwicklung von Bewertungskriterien sein, anhand derer Ziele und Zwecke sowie Effizienz der Umsetzung von Schulpolitik abgegrenzt und gemessen werden können. Diese setzen eine genaue Festlegung der spezifischen Kompetenzen der Analyseeinheit (der Schule) und der Professionalität (des Lehrerberufs und der Schulkultur, die in ihrem Festhalten am „Mythos der Freiheit der Lehre“ kritisiert wird) voraus. Als Ausgangspunkt wird die einzelne Schule als Versuchsfeld empfohlen, indem die dort vorhandene Kenntnis der Schwachstellen und kreative Dynamik nutzbar gemacht werden. Abschließend erstellen die Autoren ein Arbeitsprogramm, das darauf abzielt, durch die Schaffung eines Forschungsnetzes und einer zentralen Bezugsinstanz in Gestalt eines nationalen Bildungsforschungszentrums einen verbesserten wissenschaftlichen Service für das Bildungswesen zu institutionalisieren.

Fasano/Romei decken Strukturdefizite des italienischen Schulwesens auf und benennen Bereiche, in denen durch systematische Forschung eine qualitative Abstützung von bildungspolitischen Maßnahmen ermöglicht werden könnte. Zu Recht wird die mangelnde Systemrationalität kritisiert, dann allerdings mit Empfehlungen abgehandelt, die der Realität der wild wuchernden Versuchsprojekte nur ein Postulat nach mehr systematischer Kontrolle des Output

gegenüberstellen - eine zwar richtige, aber keineswegs neue Forderung. Verdienstvoll und neu ist allerdings der Ansatz, konkret Bereiche zu benennen, in denen begonnen werden müßte; dieser programmatische Versuch ist allerdings auf offene Ohren in den Ministerien (Bildung, Finanzen) angewiesen.

Luciano Benadusi¹²² verweist mit seinem Titel „Die politische Nicht-Entscheidung“¹²³ auf die Entscheidungstheorien und den theoretischen Hintergrund der Krise des Wohlfahrtsstaates und der Unregierbarkeitsthese. Auch sein Ansatz kreist um die Phasen des politischen Entscheidungsprozesses (*Input, Output, Outcome*), er stellt jedoch einen theoretisch breiteren Hintergrund als Fasano/Romei her, indem er die Blockierung der Schulpolitik innerhalb der sozialstaatlichen Problematik darstellt, die in Phänomenen wie Blockierung der Handlungsfähigkeit und Auftreten von unbeabsichtigten Effekten beschrieben worden ist. Die Hauptprobleme sieht Benadusi in den gestiegenen Erwartungen der Bevölkerung, in der Schwierigkeit, Konsens herzustellen und der gleichzeitig sinkenden Effizienz der Regierungssysteme - Tendenzen, die auf einen Grundwiderspruch der Regierungstätigkeit zurückzuführen seien: mehr Probleme mit weniger (finanziellen) Mitteln und Instrumenten, die zur Herstellung von Massenkonsens nicht hinreichten, lösen zu müssen. Dies zeige auch die Bildungspolitik, die vor ständig steigenden Ausgaben stehe und gleichzeitig (wie bereits Franchi festgestellt hatte), Konflikt generiere. Nicht nur unter Gesichtspunkten der Effizienz, sondern auch hinsichtlich der Forderung nach Gleichheit sei, so Benadusi, ein Scheitern sowohl der *Public Policies* als auch der *Politics* in diesem Sektor festzustellen. Eine Antwort auf diesen Konflikt sei die Forderung nach „weniger Staat, mehr Markt“. Was jedoch die staatliche Aktion betrifft, weist Benadusi auf die unvollständige Analyse hin, die der Produktion von *Politics* mehr Beachtung gewidmet habe als der Untersuchung der Effekte der Sozialpolitik. Am Beispiel Bildung wird auf das Auseinandertreten von Titel, dem normativ definierten Ziel, und Qualifikation, dem operativen Ergebnis, verwiesen. Während die normative Seite sich mit der Definition des *issue*, hier Schulabschlüsse und den damit implizierten Bedingungen und Berechtigungen, begnügen kann, müsse der Analysehorizont für eine effektive Gestaltung von Politik den Bereich der Ergebnisse, hier Qualifikation, mit einschließen. Ferner stellt Benadusi für den Schulbereich als einem Sektor der Sozialpolitik geradezu eine Umkehrung der Ziele fest, da Ungleichheit nicht nur

122 Benadusi, L., 1989: La non-decisione politica. La scuola secondaria tra riforma e non riforma. Il caso italiano a confronto con altre esperienze europee, Firenze.

123 Benadusi unterstreicht den rein formalen Bezug seiner Terminologie zum Titel von Bachrach/Baratz (1963), denn es handle sich im italienischen Fall nicht um eine absichtlich von den politischen Eliten ausgehende Einschränkung des Entscheidungsbereiches zur Vermeidung von Konflikten, sondern um die unabsichtliche Nicht-Entscheidung als Folge von einzelnen oder aufeinanderfolgenden Entscheidungen der politischen Akteure (ders., 1989: XIX).

nicht reduziert, sondern geradezu perpetuiert worden sei dadurch, daß die ohnehin privilegierten sozialen Schichten weiterhin ihren Bildungsvorsprung beibehalten hätten. Anhand dieser Ergebnisse kritisiert Benadusi den Ausgangspunkt der Analyse: eine *Ratio*, die als festes Datum vorausgesetzt werde, aber einer komplexen Dynamik unterliege, die sich herstelle, wenn Normierungsprozesse mit dem sozialen System in Beziehung treten. Er stellt also fest, daß Politik als solche nicht die tatsächliche Reformierung beispielsweise der Mittelschule garantieren könne, da sie auf der einen Seite einen Selektions- und Transformationsprozeß der aus dem sozialen System als relevant hervorgegangenen Themen darstelle¹²⁴ und auf der anderen Seite nicht mit Sicherheit den Übertragungsmodus und Erfolg der eigenen Programme determinieren könne. Aus diesem Grund dürften die Forschungsstrategien sich nicht darauf beschränken, nur das Gefälle zwischen Zielen und Ergebnissen zu untersuchen, sondern müßten eine Kette von Variablen herausarbeiten, die, ausgehend von den normativen Ergebnissen des politischen Entscheidungsprozesses über die verschiedenen Akteure im Implementationsprozeß bis hin zur Phase der Realisierung reiche und so den gesamten Prozeß von *Police Making* in seiner Komplexität erfasse.

Bezüglich des Bildungssektors stellt Benadusi einen Forschungsmangel in Italien fest und weist auf die spezifische Problematik des Themas hin: Neben historischen und pädagogischen Ansätzen existierten nur quantitative Analysen - damit würden aber weder institutionelle Aspekte des Schulsystems noch seine Beziehungen zum Umfeld erfaßt.

Benadusi favorisiert eine historisch-vergleichende, qualitative Herangehensweise und zieht als konkretes Fallbeispiel die „Nicht-Reform“ der Sekundarstufe heran (ders., 1989: 143-199). Er vergleicht den Verlauf in Italien mit Reformen in Frankreich, England und Schweden und versucht, international anwendbare Parameter zu entwickeln und anzuwenden. Für den italienischen Fall wird eine Entscheidungsunfähigkeit diagnostiziert, die Benadusi auf folgende Faktoren zurückführt:

(1) dem politisch-institutionellen System inhärente Faktoren: zum einen die Problematik des Wohlfahrtsstaates allgemein (Unregierbarkeit wegen Überlastung und zu großer Komplexität des Systems), zum anderen jedoch auch die spezifisch italienischen Phänomene (Regierungskrisen, Heterogenität von Regierungskoalitionen und Fragmentierung der Parteien, aufwendige

124 Ergas (1992) hat diese Aspekte für Beispiele aus der Sozialpolitik aufgearbeitet, ihre Argumentation wäre für den Bereich der Schulpolitik auf die *decreti delegati* anwendbar. Die These ist, daß die spezifische Selektion und Transformation des von der Zivilgesellschaft formulierten Innovationsbedarfs die Doppelfunktion des *Cooling-out* erfülle, daß erstens Konflikte beschwichtigt würden, indem die Themen auf politischer Ebene rezipiert würden, aber zweitens „verstümmelt“, in stark reduzierter Form aus dem Prozeß der normativen Formulierung hervorgingen.

Prozeduren im Prozeß der politischen Entscheidungsfindung, Ideologisierung des politischen Diskurses);

(2) eine bis auf kurze Phasen fehlende breite, aktive soziale Konsensbasis;

(3) die von den politischen Kräften gewählten Strategien und deren Konsequenzen, die z. B. in polemischen Begriffen wie „Mehrheitsobstruktionismus“ (Gatullo/Visalberghi, 1986: VIII) oder als Folgen von fehlender Kompromissbereitschaft und Unfähigkeit zu Konfliktregulierung beschrieben werden

(4) exogene und endogene Faktoren, die zeitliche Verzögerungen provozieren und damit zu Aktualitätsverlust der Projekte führen, ferner eine Konsensminderung und einen Glaubwürdigkeitsverlust der politisch Handelnden bewirken und die Mobilisierungsbereitschaft reduzieren.

Reformen müssten, so Benadusi, an der zentralistischen Struktur ansetzen, die er in Anlehnung an Archer¹²⁵ als ungünstig für flexible Lösungen ansieht, da diese nur zwei Alternativen zulasse: entweder Blockierung oder Großprojekte (*Stop and Go Pattern*). Eine dezentrale Struktur dagegen könne auch für den italienischen Fall realistischere, schrittweise („inkrementalistische“) Lösungen ermöglichen, und somit zu größerer Kontinuität der Innovation führen, wenngleich diese weniger kohärent und einschneidend ausfielen.

Benadusi stellt seiner Erklärung aus der Krise des Wohlfahrtsstaates heraus ein Lösungsmodell zur Seite, das verfahrenstechnische Fehler zu beseitigen trachtet: die Ergänzung der wissenschaftlichen und politischen Aufbereitung von Schulpolitik um die bei Fasano/Romei „*Bottom-up*“ genannte Dimension in ihren einzelnen Phasen. In diesem Ansatz ist der Zusammenhang zur Problematik des *Welfare* nicht mehr ersichtlich; der theoretische Rahmen wird darüber zum Beiwerk, ist nicht kausal mit der Lösungsstrategie verbunden. Zwar entspringt die vom Autoren angesprochene Lösungsstrategie „weniger Staat, mehr Markt“ durchaus der Wohlfahrtsstaatsproblematik, der Autor arbeitet diese jedoch nicht weiter aus. Zentrum seiner Argumentation sind die verfahrenstechnischen Mängel, angefangen bei der zentralistischen Struktur des Schulsystems und seiner Verwaltung. Diese zu modifizieren hieße für Benadusi die Systemeffizienz zu steigern. Er sieht allerdings auch die Gefahr der „Vermarktung“ des Systems, da Chancengleichheit im Falle einer Dezentralisierung durch Privatisierung der Schule noch weniger als im staatlichen System gewährleistet werden könne. Hier kehrt das Postulat nach „mehr Markt“ wieder, wenn auch nicht als Allheilmittel (ebd.: 257).

¹²⁵ Archer, M. S. (1984): *Social Origins of Educational Systems*, Beverly Hills/London.

Wie bei Fasano/Romei, so liegt auch hier ein normativ-präskriptiver Ansatz vor. Benadusi postuliert aufgrund seiner Diagnose deren Gegenteil als Lösungsstrategie: Das zentralistische System ist reaktions- und anpassungsunfähig, es müsse daher dezentralisiert werden. Dezentralisierung wirft aber in Italien spezifische Probleme auf, wie die Berufsbildungskurse unter regionaler Obhut zeigen. Dort finden sich zum einen viele private Anbieter, vor allem kirchliche (vgl. Teil 2, Kap. 4), die keiner qualitativen Kontrolle unterstehen (Teil 1, Kap. 1.2); zum anderen reflektiert sich das Nord-Süd-Gefälle in dem Sinne, daß klientelistische Praktiken der Finanzierung, die von der Qualifikation eines Anbieters absehen, stärker im Süden vorliegen (Aresta, 1991: 14). Aber unabhängig davon, wie treffend die Analyse und wie angemessen die Lösungsstrategie auch sein mögen, beinhalten sie ein grundsätzliches Paradoxon: ein handlungsunfähiges System soll sich selbst abschaffen bzw. erneuern.

Als Ausarbeitung von Benadusis Ansatz in bezug auf das politisch-institutionelle System kann die Arbeit von **Sofia Ventura**¹²⁶ gelesen werden. Sie stellt im Vergleich von acht europäischen Demokratien¹²⁷ die Relevanz von drei abgrenzbaren Problembereichen (Reform der Mittelstufe, der Sekundarstufe und die Frage der Privatschulen) fest und vertieft das Fallbeispiel Italiens im Lichte der Spezifika des italienischen politischen Systems.

In einer knappen Darstellung der drei Reformbereiche in anderen Ländern gelangt die Autorin zur These, daß eine „starke Regierung und eine zentralistische Schulverwaltung innovative Schulpolitik begünstigen“ (dies., 95). Diese Feststellung wird dann allerdings eingeschränkt bzw. ergänzt. So wird festgestellt, daß weder die erste noch die zweite Bedingung hinreichend sei, aber doch eine begünstigende Funktion ausübten in dem Maße, in dem sie miteinander korrelierten. Darüber hinaus zeige der Fall Großbritanniens (dezentrales System, schwache Vorgaben von der nationalen Regierung), daß ein anderer Weg zur Reform existiere, bei dem ein zwar von nationaler Ebene ausgehender, aber nicht zwingender *Input* (also ein schwach auftretender Staat) sich günstig für die Realisierung einer Reform auswirken könne. Am Beispiel Schwedens wird auf die Bedeutung einer sozialdemokratischen Regierungstradition hingewiesen, die als entscheidender Faktor für soziopolitischen Fortschritt gesehen wird. Aber - wie das Beispiel Frankreich mit der Reform des *Collège* zeige - auch eine konservative Regierung könne innovative Maßnahmen ergreifen.

Im Anschluß an diese Versuche, das Thema theoretisch zu definieren, wird die Entwicklung der Schulpolitik in Italien seit den 50er Jahren für die genannten drei Problembereiche dargestellt.

126 Ventura, S., 1998: La politica scolastica, Bologna.

127 Belgien, Frankreich, Großbritannien, Italien, Niederlande, Deutschland, Spanien, Schweden.

Ventura rekonstruiert die Geschichte der Verwaltung des Schulwesens anhand der verschiedenen Maßnahmen zur Dezentralisierung (z. B. durch die Einrichtung der Regionen) und Demokratisierung (z. B. die *decreti delegati*) bis hin zur Frage der Autonomie der einzelnen Institute. Danach wird die Geschichte der erfolgreichen und der gescheiterten Reformen des Schulsystems nachgezeichnet, wobei der Blick v. a. auf die Positionen der Beteiligten (Parteien, Ministerium, Gewerkschaften) gerichtet wird. Ferner wird die Frage der Regelung des Privatschulwesens erörtert, die bisher am unüberwindbaren Dissens zwischen Laizisten und Exponenten des Katholizismus scheiterte. Zwar seien zahlreiche Versuche unternommen worden, kaum einer jedoch sei bis zur Diskussion im Parlament gelangt. Die Ursachen sieht Ventura darin, daß dieses *issue* nicht genügend stark vertreten werde und weder bei den Laizisten, für die der *Status quo* das vermutlich geringere Übel sei, noch in der DC selbst genügend Relevanz habe, da letztere konkurrenzlos die katholischen Interessen vertrete und die rein verbale, konsequenzlose Abhandlung derselben keine politischen Kosten aufwerfe.

Anschließend unternimmt Ventura den Versuch einer Erklärung der italienischen Schulpolitik „zwischen Entscheidung und Nicht-Entscheidung“ (dies., 185). Sie setzt auf zwei Ebenen an: der theoretisch-ideologischen und der empirischen. Als Parameter für die theoretische Ebene dient die politische Kultur der Akteure, der empirische Befund der Besonderheiten des politischen Systems Italiens stützt sich auf dessen institutionelle und politische Dynamik und auf die Charakteristika der Verwaltung.

Die Autorin charakterisiert zunächst ideologische Familien in bezug auf das Verhältnis zwischen Schule, Staat und Gesellschaft. Dabei beschreibt sie für die Phase der Bildungsexpansion ein „positives Bild der Schule“ bei Konservativen und Progressiven, wobei letztere sich dadurch von ersteren unterscheiden, daß sie die Notwendigkeit von Reformen im Sinne von Demokratisierung und Modernisierung unterstreichen. Gegen Ende der 60er Jahre dagegen sieht Ventura ein negatives Bild der Schule aufkommen: Dieses zeige sich bei den Kritikern der Theorien des Humankapitals (im Erkennen, daß die Schule als Integrations- und Mobilitätsinstrument nicht die erwarteten Wirkungen erzielt habe), im Neomarxismus (in der These von der Funktion der Schule als Reproduktionsapparat des Kapitalismus) sowie im Theorem der Titelinflation. Diesen verschiedenen Herangehensweisen zum Thema Bildung und Gesellschaft liegen, so Ventura, unterschiedliche Wertsysteme bezüglich des Menschenbildes, der Vorstellungen von Kultur und Gesellschaft, zugrunde, welche wiederum die politischen Prozesse konditionierten und auf der Ebene der Repräsentanz zu Unvereinbarkeiten führen könnten und führten. Der PCI wird dabei dem marxistischen und neomarxistischen Gedankengut zugeordnet, der PSI nehme eine zunächst vorsichtigeren, dann dem Kommunismus näherstehende Position ein, während die DC aufgrund ihrer internen Heterogenität und aufgrund ihrer Position in der Regierungsverantwortung, die zur

Suche nach Kompromissen zwingt, schwerer einzuordnen sei. In der DC hätten zu verschiedenen Zeitpunkten unterschiedliche Orientierungen dominiert; deren verbindendes Element sei jedoch die Strategie gewesen, das System durch die Einführung neuer Elemente an veränderte Bedürfnisse anzupassen, ohne die bestehenden Strukturen grundlegend zu verändern.

Diese ideologischen Familien, so Ventura, agierten in Gestalt der Parteien in einem institutionellen System, das seinerseits Besonderheiten aufweise: geringe Effizienz in Bezug auf die politische Entscheidungsfindung, Fragmentierung, Heterogenität der Koalitionen, Besonderheiten des politischen Wettbewerbs, fehlender Grundkonsens, der die Suche nach einem Kompromiß erschwerte, bzw. kompensiert werde durch Konvergenzen auf der Ebene der Verfahrensweisen. Diese Besonderheiten äußerten sich auch im Bereich der Schulpolitik.

Neben diesem empirischen Befund zum politischen System gilt die Aufmerksamkeit Venturas der Verwaltung des Schulwesens und der Rolle der Gewerkschaften in diesem. Letztere bezeichnet die Autorin als *cogoverno*, Mitregierung (das sie von Gigante, 1988, übernimmt), die zum Überwiegen von verteilungspolitischen Maßnahmen führe, was zwar Konsens schaffe, aber der Qualität der Lehre abträglich sei.

Anschließend untersucht die Autorin den Einfluß der oben genannten Faktoren auf die Fallbeispiele, die Reformpolitik im Mittel- und Sekundarschulbereich. Darüberhinaus werden die günstige politische und wirtschaftliche Entwicklung im Fall der Mittelschule, die institutionellen Hürden des Gesetzgebungsprozesses und die höhere Komplexität des *issue* im Fall der Sekundarschule für den Verlauf der (Nicht-)Reform verantwortlich gemacht.

Venturas Rekonstruktion der Geschichte der drei durchgeführten bzw. gescheiterten Reformen ist sehr präzise, im Gegensatz zu ihrem Versuch eines theoretischen Zugangs. Die anhand der internationalen Vergleichsfälle hergeleitete These, daß eine starke Regierung und zentralistische Verwaltung Innovationen förderlich seien, ist nicht nur äußerst unscharf, sondern wird durch die zusätzlich eingeführten Ausnahmen und Erweiterungen so weit relativiert, daß keine Aussagekraft mehr zu erkennen ist. Von der alleinigen internationalen Relevanz von bildungspolitischen *Issues* kann nicht auf theoretisch faßbare, vergleichbare Bedingungen und Operationalisierungsmodi geschlossen werden. Dies wird auch darin deutlich, daß Ventura in ihren Ausführungen zu den Fallbeispielen der italienischen Schulpolitik ebenfalls auf außerhalb des ursprünglich intendierten Rahmens (des politisch-institutionellen Systems mit seinen Besonderheiten) anzusiedelnde Erklärungen rekurriert (politische Konjunktur, Komplexität der Materie). In der Frage der Privatschulen läßt die Interpretation der Autorin, daß dieses *issue* selbst von der DC als sekundär betrachtet würde, die Frage offen, wie ihm dann das auch von der Autorin selbst zugestandene,

hohe Konfliktpotential zukommt. Somit ist der theoretische Versuch in dieser Arbeit als unzureichend zu beurteilen, da die Relevanz des *issue* zwar nachgewiesen, nicht jedoch ein falsifizierbares Modell zur Beschreibung von Schulpolitik entwickelt wurde, sondern nur ein anhand des selbst definierten internationalen Rahmens verallgemeinertes Muster durch Einschränkungen und Erweiterungen wieder in seiner Relevanz entwertet wird. Die Beschränkung auf politisch-institutionelle Faktoren zur Erklärung der Fallbeispiele wird von der Autorin schließlich selbst durchbrochen, der Ansatz ist der Komplexität des Themas nicht angemessen.

2. Abgrenzung des vorliegenden Ansatzes

Im Unterschied zu den vorgestellten Arbeiten soll hier weder ein homogener theoretischer Ansatz verfolgt werden, da nicht alle als relevant erachteten Phänomene in einem solchen Rahmen unterzubringen wären, noch soll mit verfahrenstechnischen Mängeln argumentiert werden, während hier davon ausgegangen wird, daß es kein ideales Instrument zur Sanierung der vielschichtigen Mängel in der italienischen Schulpolitik gibt. Erhebliche Übereinstimmung besteht zwischen Teilen meiner Erklärungen und den Arbeiten von Benadusi und v. a. von Ventura hinsichtlich der Aspekte des politisch-institutionellen Systems. Grundsätzlich verschieden sind jedoch die Blickwinkel. Während die beiden italienischen Autoren den Fall Italien in eine internationale Perspektive einzuordnen versuchen, ist meine Absicht, aus der Auslandsperspektive das Spezifische am italienischen Fallbeispiel zu beleuchten. Es soll also versucht werden, die nachweisbaren Determinanten der italienischen Schulpolitik in- und außerhalb des politischen Systems deutlich zu machen und zu ordnen, indem die Verschiedenheit der Einflußfaktoren benannt und möglichst auch gewichtet wird. Gerade die Auslandsperspektive legt zudem ein solches Herangehen nahe, denn es soll (und kann wohl) Schulpolitik nicht als ein untergeordnetes Feld unter die allgemeine italienische politische Dynamik subsumiert werden, sondern das mit sozialstrukturellen, historischen, wirtschaftlichen, sowie internationalen Gegebenheiten vernetzte Thema soll eingebettet werden in seine Entstehungszusammenhänge und Ursprungslogiken. Es handelt sich hier also darum, die Spezifik des italienischen Falles von Schulpolitik zu erarbeiten, und nicht darum, Schulpolitik auf die Spezifik des italienischen politischen Systems allein zu projizieren.

Dies hat zur Folge, daß meine Gewichtungen und Vertiefungen von den beschriebenen Ansätzen italienischer Autoren abweichen: Sie sollen nicht in ein geschlossenes, m. E. zu weitmaschiges

Theoriegebäude (Krise des Wohlfahrtsstaates¹²⁸ bei Benadusi, systemkritischer Ansatz bei Franchi) integriert werden, gleichzeitig aber kann auch eine auf das politische System begrenzte Erklärung (Ventura) nicht hinreichen. Bereiche wie der Arbeitsmarkt, der den Wert eines Titels und damit die konkrete Relevanz von Bildung abzuschätzen erlaubt, Charakteristika der hier als Subjekte der Schulpolitik betrachteten Parteien sowie Besonderheiten in der Herstellung von Konsens stellen wichtige Elemente zum Verständnis der italienischen „Nicht-Politik“ im Schulbereich dar, die in der italienischen Literatur in diesem Zusammenhang nicht thematisiert werden. Die „Nicht-Politik“, so wird in dieser Arbeit angenommen, dürfte nicht allein in verfahrenstechnischen Irrtümern begründet liegen. Zu fragen wäre vielmehr, auf welcher Art von Rationalität diese „Inaktivität“ aufbaut und welchen politischen Nutzen sie produzieren kann. Es wird also nicht nur auf die Frage der Kausalität einer Politik der Mängel und Unterlassungen einzugehen sein, sondern auch darauf, wie diese sich zum Problem der Herstellung von Konsens verhält.

Im folgenden werden daher vier Felder in ihrem Einfluß auf die Schulpolitik herausgearbeitet:

- internationale Einflüsse, politische und wirtschaftliche Konjunktur,
- das politisch-institutionelle System,
- die Profile der hier als relevant betrachteten Parteien DC und PCI,
- Konsensstrategien.

3. Internationale und konjunkturelle Einflußgrößen

Unter **internationalen Faktoren** wird hier der Einfluß der Vereinigten Staaten von Amerika und des Vatikans auf die politische Konfiguration Italiens, hauptsächlich über die Beziehungen zur christdemokratischen Partei, verstanden. In der italienischen Schulpolitik zeigt sich eine direkte und indirekte Begünstigung bzw. Behinderung von Innovationen durch internationale Einflüsse in der unmittelbaren Nachkriegszeit, also während und nach den Arbeiten an der Verfassung, zu Beginn der 60er Jahre und während der 68er Bewegung.

¹²⁸ Gerade Italien eignet sich nicht besonders gut zur Exemplifizierung der Krise des Wohlfahrtsstaates: Nicht nur erfolgte der Ausbau des Welfare relativ spät und wies in Italien einen vergleichsweise geringen Anteil an Ausgaben gerade bei Dienstleistungen für Personen auf, sondern die Krise des Wohlfahrtsstaates ist hier kaum aus dem Welfare selbst, sondern eher aus der speziellen Wirtschafts- und Finanzpolitik zu erklären, die dazu geführt hat, daß eher die Zinslast des Staatsdefizits als die bescheidenen Ausgaben für Welfare zur Manövrierunfähigkeit geführt hat (Ascoli, in Ginsborg, 1994: 538).

In der Nachkriegsphase schien der „Eiserne Vorhang“ auch durch das römische Parlament zu verlaufen: Auf der einen Seite stand der PCI, der Weisungen aus Moskau erhielt, auf der anderen die DC, die von der Wahlhilfe der USA in Form von materieller Unterstützung und vom Organisationsnetz der katholischen Kirche abhing. Während der Phase der provisorischen Regierungen zwischen 1943 und 1945 konnte ein progressiver Exponent der amerikanischen Bildungspolitik, Washburne, als Vertreter der Alliierten Einfluß auf die italienische Schulpolitik nehmen. Sein – allerdings nur kurzfristiges – Wirken setzte sich durch den demokratisch-reformatorischen Charakter deutlich von der italienischen Tradition ab. Nach dem Abzug der Alliierten wurde diese junge Tradition abgebrochen, 1955 wurde mit der Ersetzung von Washburnes Lehrplänen für die Grundschule durch die von Ermini (vgl. Kap. 2.1.) wieder an die Bildungspolitik der Vergangenheit angeknüpft. Dies ist im Rahmen der allgemein-politischen Strategie der USA in Italien zu sehen, die spätestens bei den ersten politischen Wahlen (1948), bei denen ein Sieg des linken Spektrums nicht auszuschließen war, unverhohlen alles auf die konservativen Elemente setzten und so auch die konservative Ausrichtung der Schulpolitik für die kommenden Jahre mitbestimmten. In diesem Wechsel von progressiver zu konservativer Bildungspolitik kann ein Indiz dafür gesehen werden, daß Schulpolitik einen sekundären Status einnahm, da diesbezügliche *Issues* unter allgemeine politische „Imperative“ untergeordnet wurden.

Ebenso wie der atlantische Partner war der Vatikan an der Stärkung der DC und an einer konservativen Bildungspolitik interessiert. Sowohl über direkte Kontakte zu Vertretern der DC als auch auf der Ebene der öffentlichen Meinungsbildung (Predigten, Vereine, Jugendarbeit) sowie durch massive Einschüchterung¹²⁹ wurde auf die politische Landschaft Einfluß genommen und für die Christdemokraten Partei ergriffen. Entsprechend betätigte sich die DC auf politischer Ebene als Vertreter der Interessen des Vatikans. Wie in Kap. 2.1. gezeigt, wurde von der DC massiver Druck auf die Opposition ausgeübt, um die Lateranverträge in die Verfassung zu integrieren.

Im Unterschied zum PCI war der PSI, da für seine noch von revolutionärer Entschlossenheit geprägte politische Grundhaltung die Erhaltung des sozialen Friedens keine politische Orientierungsgröße darstellte, in dieser Frage zu keinerlei Kompromiß bereit. Der PCI unter Parteichef Togliatti dagegen betrieb infolge einer pragmatischeren Realitätsanalyse letztendlich eine gemäßigte Politik. Er nahm die Gefährdung des sozialen Friedens wahr und sah sich in der Verantwortung, für dessen Erhaltung Zugeständnisse zu machen – gerade auch aufgrund einer vorsichtigen Einschätzung der eigenen Stärke angesichts der unabänderlichen Westorientierung

129 Vgl. z.B. die Exkommunizierung der Kommunisten 1949 durch Papst Pius XII. (Scoppola, 1991: 224).

des Landes (vgl. Tullio-Altan, 1989: 276). Mit der Zustimmung des PCI zu der Aufnahme der Lateranverträge in die Verfassung war das Problem allerdings noch nicht gelöst, sondern nur die akute Krise entschärft worden.

Auch 1963 und 1968 war ein indirekter Einfluß der internationalen Elemente festzustellen. Schulpolitik stand hier unter dem Zeichen des allgemeinen politischen Klimas, das zunächst von ideologischer Entspannung unter J. F. Kennedy und Papst Johannes XXIII. und dann durch die Politisierung und Radikalisierung der Gesellschaft Ende der 60er Jahre (nicht nur in Italien) gekennzeichnet war. Im Gegensatz zu andern Ländern saßen diese Faktoren aber der Politik in Italien wegen dessen Besonderheiten - geostrategische Position Italiens innerhalb der NATO, Sitz des Pontifex in der italienischen Hauptstadt, PCI als verlängerter Arm Moskaus und stärkste kommunistische Partei im Westen - buchstäblich im Nacken. In beiden Fällen, 1963 mit der Reform der Mittelstufe und mit den nach 1968 erfolgten Maßnahmen, wirkte das internationale Klima allgemein auf die innenpolitischen Kräfteverhältnisse ein, 1968 sogar in spezifischer Weise, da Bildung ein zentrales Thema der Auseinandersetzungen war.

Bei den **konjunkturellen Einflüssen** können eine **wirtschaftliche** und eine **politische Dimension** unterschieden werden. Sowohl die Entwicklungen der Zivilgesellschaft als auch jene der Produktionssphäre wirkten aktiv und passiv auf den politischen Prozeß ein; dies zeigte sich in der Bildungsexpansion, in der Studenten- und Arbeiterbewegung und in der Haltung der Wirtschaftsorganisationen gegenüber Reformprojekten.

Eine günstige **wirtschaftliche Konjunktur** für die Reform der Mittelschule kam zunächst durch das gewachsene Bildungsstreben der Bevölkerung zustande, welches wiederum mit dem wachsenden materiellen Wohlstand in Zusammenhang stand. Ferner unterstützten die dynamischeren Exponenten der italienischen Wirtschaft diese Reform, da der niedrige Bildungsstandard der italienischen Arbeiterschaft zwar eine geringe Entlohnung erlaubte, aber der Entwicklung zu höherer Komplexität im Arbeitsprozeß entgegenstand. Negative Aspekte der wirtschaftlichen Konjunktur äußern sich in der Beschränktheit der Mittel, aufgrund derer Schulpolitik nicht selten hinter andere Probleme zurücktritt. Darin zeigt sich erneut der sekundäre Status von Schulpolitik im Vergleich zu anderen Bereichen.

Die Bedeutung der **politischen Konjunktur** ist zunächst ersichtlich am Einfluß von Veränderungen im Parteiensystem auf die Bildungspolitik. Mitte der 50er Jahre bahnte sich mit dem Wechsel an der Parteispitze der DC eine langsame Öffnung in Richtung einer Mitte-Links-Koalition zunächst unter Fanfani, dann in der Realisierungsphase unter Moro an. Gleichzeitig dazu geriet das Aktionsbündnis zwischen PCI und PSI in eine Krise, so daß auch die sozialistische Partei sich auf „Partnersuche“ begab. Ferner fand zu diesem Zeitpunkt Bildung als Thema nicht

nur in den Parteien, sondern auch in der öffentlichen Meinung zunehmendes Interesse. Es handelte sich also um eine sowohl allgemein politisch wie spezifisch bildungspolitisch günstige Konjunktur. Schließlich lag damals eine einzigartige Konstellation vor, wurde doch die Schulreform zur *conditio sine qua non* für den Regierungseintritt der Sozialisten, während der Regierungspartei DC keine Alternative zur Erhaltung der Regierungsmacht zur Verfügung stand (die Mitte-Rechts-Variante war unter Tambroni in starken politischen Spannungen und öffentlichen Unruhen untergegangen).

Ende der 60er Jahre war die politische Konjunktur für Innovationen erneut günstig. Dieses Mal aber war es der Druck seitens der Zivilgesellschaft auf die politische Elite, der die bildungspolitischen Maßnahmen stimulierte, während die Regierungskoalitionen sich v. a. durch ihre Instabilität charakterisierten. Mit den Studentenunruhen und später der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung hatte sich eine Kraft formiert, die der politischen Elite die Themen quasi diktierte. Im Unterschied zur Phase der ersten Mitte-Links-Regierung, als eine Strukturreform auf der Ebene des Parlaments verabschiedet worden war, blieben die Maßnahmen nun auf mikrosektorale Gesetze (*leggine*, vgl. weiter unten, Kap. 4.) beschränkt. Drei voneinander unabhängige Einzelmaßnahmen (Öffnung der Universitäten, versuchsweise Aufstockung der Kursdauer der dreijährigen IP und Integrationsjahr für die vierjährigen IM) veränderten den Charakter des Bildungssystems zwar stark, waren aber von keiner weiteren Begleitmaßnahme ergänzt, so daß diese Maßnahmen zwar als Reaktion auf Druck, aber in Gestalt einer formalen Lösung zu sehen sind, die die Geister fürs erste beschwichtigen sollte. Ähnlich, also nur vordergründig innovativ, werden die 1974 von den Gewerkschaften als Demokratisierung angestrebten *decreti delegati* - ebenfalls ein Ergebnis der starken Politisierung der Zivilgesellschaft - eingeschätzt, da die Vielzahl der geschaffenen Organe und die schlecht abgegrenzten und nur beratenden Kompetenzen die Effektivität der propagierten Partizipation deutlich einschränkten. Wenig einschneidend war auch die „Reform“ der Normen zur Vollzeitschule (*tempo pieno*), die als Begleitmaßnahme zur Demokratisierung und Verbesserung der Chancengleichheit propagiert, aber in einer derart unverbindlichen Form geregelt wurde, daß sie tendentiell unwirksam blieb.

Bei der Reform Berlinguer (1997), wie auch schon Ende der 80er Jahre bei der Diskussion um die Autonomie der Schuleinheiten, liegt wieder ein positives Engagement der Wirtschaft vor. Ihr Interesse, die Standortdaten zu verbessern, macht eine Anhebung des allgemein im Schulsystem vermittelten Bildungsniveaus notwendig. Zur Erreichung dieses Zieles soll nicht allein die Schulpflicht erweitert werden, als ebenso dringend werden die Anpassung des Bildungsbegriffes an die Erfordernisse der hochindustrialisierten Welt (Flexibilität, Unternehmergeist, Verantwortlichkeit, „Lernen, zu Lernen“) sowie die Aktualisierung der speziell berufsorientierten

Kenntnisse eingefordert. Letzteres würde, so eine nicht nur in Unternehmerkreisen verbreitete Position, durch direkte Absprachen auf lokaler Ebene unter den Bedingungen von Dezentralisierung und Autonomie der einzelnen Institute erheblich erleichtert.

Konjunktur hat also erstens materielle Aspekte, wie die finanzielle Lage des Staates sowie der Familien, und bezieht sich zweitens auf die Thematisierung von bildungspolitischen *issues* jenseits des parteipolitischen Rahmens. Der Stellenwert von Bildung als Thema der politischen Auseinandersetzung hat sich vom Fehlen einer abgegrenzten definierbaren Zielsetzung in den Parteien zu Beginn der 50er Jahre weiterentwickelt über die Entdeckung von Bildungspolitik als Hegemonieinstrument (mehr und andere Bildung für die Emanzipation des Proletariats im PCI, Beibehaltung der Spaltung in „reine“ vs. berufliche Bildung in ihrer Funktion für die gesellschaftliche Hierarchie als Position der DC, Schule als Ausgangspunkt für die religiöse Durchdringung der Gesellschaft als Position der Katholiken bereits in der Verfassungsgebenden Versammlung), über das Verständnis von Bildung als Motor der wirtschaftlichen Entwicklung (das ebenfalls in beiden Parteien vorliegt, wenngleich in unterschiedlicher Ausprägung) bis hin zur Politisierung der Gesellschaft über das Thema, wie es sich nach 1968 in der Entstehung von sozialen Bewegungen und einer kritischen öffentlichen Meinung, die konkrete bildungspolitische Forderungen äußerte, zeigte. Eindeutig positiv ausgewirkt haben sich konjunkturelle Einflüsse nur im Fall der Reform der Mittelstufe, als sowohl die materiellen Aspekte als auch die im engeren und weiteren Sinne politische Dimension übereinstimmten.

Soweit zum Rahmen der internationalen und konjunkturellen Einflüsse, der Prägung durch den internationalen Bipolarismus, der den Handlungsspielraum der italienischen Politik gewissermaßen vorgab. Innerhalb dieses Handlungsspielraumes allerdings sind im Bereich der Schulpolitik einerseits klar innovatorische Maßnahmen vorzufinden (Reform der Mittelschule), andererseits auch Lösungen, die bereits im Ansatz die Aushöhlung der ursprünglich propagierten Ziele in sich tragen (*decreti delegati*) oder durch spätere Korrekturen entschärft wurden (*tempo pieno*).

4. Das politisch institutionelle System

Im folgenden wird auf Merkmale des politischen Systems Italiens eingegangen, die allgemein die Besonderheiten des Landes ausmachen und speziell auch für die Schulpolitik relevant sind. Diese Charakteristika sind: die katholische und kommunistische Subkultur, Polarisierung und Fragmentierung, fehlende Alternanz und Instabilität der Regierung, problematischer Gesetzgebungsprozeß, Besonderheiten des politischen Wettbewerbs und Parteienherrschaft.

Die Subkulturen

Die Genese der politischen Landschaft Italiens ist gekennzeichnet durch den langen Ausschluß der breiten Bevölkerung vom politischen Prozeß. Deren Integration begann zu Beginn des Jahrhunderts nur langsam, zunächst über die sukzessive Integration der gemäßigten Katholiken innerhalb der liberalen Partei¹³⁰ und über die sozialistische Partei, die die entstehende Arbeiterschaft organisierte, aber durch die geschickte Politik Giolittis¹³¹ im politischen System nur schwach repräsentiert war (Carocci, 1990: 198). Nach langem Ausschluß drängten plötzlich zwei neue starke politische Subjekte die traditionellen Parteien ins Abseits: Mit der Einführung des allgemeinen Wahlrechts für Männer ab 21 Jahren nach dem Ersten Weltkrieg wurden die Repräsentanten der beiden Subkulturen, der *Partito Popolare Italiano* für die katholischen Gläubigen und der *Partito Socialista Italiano* für die sozialistische Bewegung, die stärksten Parteien des Systems. Damit war die italienische politische Landschaft gespalten und die Entwicklung einer einheitlichen liberalen Grundlage blockiert: Es entwickelte kein politischer, sozialer, kultureller Grundkonsens, der eine verbindliche Basis für die politische Auseinandersetzung hätte darstellen können (Farneti, 1993: 220). Politik baut in Italien grundsätzlich nicht auf einem säkularisierten liberal-demokratischen Grundkonsens¹³² auf, ein Äquivalent muß immer wieder in unterschiedlichen Gleichgewichten gesucht werden. Die politische Landschaft Italiens ist also entlang zwei *cleavages* gespalten: der ideologischen „links-rechts“-Linie und dem Gegensatz zwischen katholischen und laizistischen Positionen. In vielen politischen Bereichen ist das zweite cleavage sekundär, nicht so in schulpolitischen Fragen: Die ideellen und personalpolitischen Konsequenzen der Nähe der katholischen Partei zum Vatikan und die Position des PCI, für den der Staat als Garant der Überparteilichkeit oberste Instanz ist, stellen einen durchgängigen Konflikt dar, der sich immer wieder an der Frage des privaten Schulwesens entzündet. Den beiden größten Parteien, DC und PCI, kommt in diesem Zusammenhang also besonderes Gewicht zu, da sie die beiden Subkulturen repräsentieren und weil

¹³⁰ Die Katholiken waren durch das päpstliche „non expedit“ 1874 von der aktiven und passiven Teilnahme am politischen Leben des jungen italienischen Staates ausgeschlossen worden (Wieser/Spotts, 1988: 251)

¹³¹ Giolitti hatte 1913 eine Ausweitung des Wahlrechts auf alle Männer, auch Analphabeten, die entweder Militärdienst geleistet oder das dreißigste Lebensjahr vollendet hatten, vorgenommen. Dies entsprach einer Zunahme der Wahlberechtigten von 9,5% auf 24,5%. Damit stärkte er erfolgreich die konservative Seite, indem er erstens der sozialistischen Opposition das Argument des Wahlrechts abnahm, während zweitens der Wählerzuwachs auf der Linken im rechten Spektrum durch die Integration der katholischen Subkultur über die liberale Partei sowie die Stimmen von der konservativen katholischen Landbevölkerung ausgeglichen wurde (Carocci, 1990: 197f.).

¹³² Vgl. dazu auch Scoppola (1991: 316f.), der in Italien ein eingeschränktes staatsbürgerliches Verständnis feststellt: „in Italia si è fascisti o antifascisti, e poi comunisti, cattolici o laici“, „in Italien ist man entweder Faschist oder Antifaschist, und dann Kommunist, Katholik oder Laizist“ (Übers. R. S.) - ein Entkommen aus dieser Zugehörigkeit zu einer der Gruppen sei nicht möglich. Für die Gründung der italienischen Republik auf einem neuen Ethos sei De Gasperi denn auch kein uneingeschränkter Appell an die italienische Nation möglich gewesen,

das Fehlen einer liberalen Kultur gerade auch den Bereich der Schulpolitik¹³³ weitgehend charakterisiert.

Polarisierung und Fragmentierung

Diese historische Erbschaft prägt das politische System der Republik Italien und ist unter den Begriffen der Fragmentierung und Polarisierung in die politikwissenschaftliche Terminologie eingegangen. Darunter ist die große Anzahl von Parteien zu verstehen, die am Prozeß der politischen Willensbildung beteiligt sind und zwischen denen zudem eine große ideologische Entfernung besteht. Es handelt sich nicht nur um ein Mehrparteiensystem (nach der Klassifizierung von Duverger, 1951), sondern um ein „extrem pluralistisches“ System, in dem sich mehr als fünf für die Koalitionsbildung relevante Parteien befinden. Darüber hinaus ist dieses durch ideologische Polarisierung¹³⁴ zwischen verschiedenen Parteien gekennzeichnet (Sartori, 1982: 6ff.). Die Extrempositionen auf beiden Seiten der ideologischen Trennlinie sind - in Sartoris Terminologie - von „Antisystemparteien“¹³⁵ (PCI, MSI, bis 1962 PSI) besetzt, welche in ihrer politischen Vision auf ein anderes System zielen und deshalb nicht in das bestehende demokratische System einzugliedern sind¹³⁶.

da diese mit dem Bild des Faschismus verknüpft geblieben sei, sondern nur an die Tradition des katholischen Volkes mit seinen moralischen Werten.

¹³³ Es gilt zu unterscheiden zwischen politischer Kultur und Kultur im Bildungswesen: Die Wurzeln der pädagogischen Kultur Italiens liegen im Idealismus, was sich in der Realität der Schule im humanistischen Bildungsideal, der Rolle von philosophischer Spekulation für die Schulung des Geistes und der Intuition des Lehrers für die Ausübung seines Berufes reflektiert und im Gegensatz zum Positivismus mit der Ablehnung von quantitativen, „objektiven“ Methoden bezüglich der Meßbarkeit von Leistung und Wissen steht (vgl. Gasperoni, 1996: 90ff.).

¹³⁴ Auf der Ebene der politikwissenschaftlichen Theorie ist darauf hinzuweisen, daß das Modell Sartoris bereits für die 70er Jahre für unangemessen gehalten wird, da in der Bewegung des PCI zum Zentrum eine Entpolarisierung manifest wurde. Dies wurde von Farneti (1993) als „zentripetaler Pluralismus“ beschrieben. Es geht hier jedoch nicht um eine Darstellung der Theorie, sondern meine Argumentation zielt auf die Besonderheiten des politischen Systems und deren Auswirkungen auf den politischen Entscheidungsprozeß und bestimmte Aspekte der politischen Kultur. Diesbezügliche Veränderungen werden weiter unten thematisiert.

¹³⁵ Sartori definiert als „Antisystemparteien“ diejenigen, die die Legitimität des Systems, in dem sie agieren, erodieren (ders., 1982: 13 und 14, Fußnote 17).

¹³⁶ Diese Argumentation Sartoris hat unendliche Polemiken provoziert, in welchen die demokratische Glaubwürdigkeit des PCI verteidigt werden sollte. Sartori bezieht sich hier auf 1) Einschätzungen von Wählern (ders., 1982: 9) und 2) darauf, daß im PCI und insbesondere in seiner militanten Basis weiterhin das Bezugsmodell der Oktoberrevolution gültig sei und die primäre Loyalität weiterhin der Sowjetunion gelte, solange er sich nicht öffentlich zur liberalen Demokratie bekenne. Er bezieht sich darin auf die *doppiezza* der Partei, das Beibehalten des revolutionären Mythos einerseits und das Verfahren nach demokratischen Spielregeln andererseits, für Sartori „sichtbare“ und „unsichtbare“ Politik. Zu dieser Charakteristik der Partei hatte Togliatti schon 1956 Stellung bezogen: Es gebe zwei Wahrheiten, die des Glaubens (marxistisch-leninistische Ideologie) und der Vernunft (repräsentative Demokratie) (Galli, 1968: 84). Die Kritiker Sartori's wurden nicht müde, darauf hinzuweisen, daß der PCI die demokratischen Spielregeln seit der Verfassungsgebenden Versammlung „verinnerlicht“ und dies immer wieder unter Beweis gestellt hätte, während Sartori sich weiterhin auf den revolutionären Mythos beruft, von dem sich die Partei erst ab dem Jahr 1982 zu distanzieren begonnen habe (ders., 1982: 16).

Unbestritten ist, daß der PCI nie in revolutionäre Aktivitäten verwickelt war - die nicht seltenen Anschläge auf die italienische Demokratie von Seiten des rechten und linken Terrorismus sowie der organisierten Kriminalität

Spürbar war dieser Ausschluß des PCI in seiner Position zur Reform von 1963, als die Prinzipientreue der Partei keinen Kompromiß zuließ und sich vom breiten Konsens, den diese Maßnahme erhielt, distanzierte, indem weiterhin die klassistischen Aspekte auch der neuen Mittelschule kritisiert wurden.

Fehlende Alternanz und Instabilität der Regierung

Dieser Problematik liegt eine Besonderheit der institutionellen Definition des politischen Systems zugrunde. Aus der Erfahrung des Faschismus heraus hatte sich die Absicht der „Verfassungsväter“ kristallisiert, das Parlament als Zentrum der Verhandlungen und der Vermittlung zwischen den Interessen zu definieren. Nicht Regierbarkeit, sondern Repräsentanz war das zugrundeliegende politische Prinzip (Cartocci, 1997: 222). Die Vielzahl der vertretenen Interessen führte zunehmend zu einer „proportionalistischen Mentalität“, so daß großer Wert darauf gelegt wurde, daß alle politischen Subjekte, unabhängig von ihrer numerischen Stärke, im Parlament Ausdruck finden, wodurch die Formierung von stabilen Mehrheiten behindert wurde (Guarnieri, 1989: 211).

Eine Alternanz der Regierungen fand insofern nicht statt, als die DC im gesamten Untersuchungszeitraum die stärkste Koalitionspartei war und das Amt des Regierungschefs nur zwei Mal an eine andere Partei abgab¹³⁷. Dies wird auf die Charakterisierung der größten Oppositionspartei als „Antisystempartei“ zurückgeführt: Der PCI, darüber bestand Konsens auch im internationalen Kontext, sollte nicht die Macht in einem demokratischen Land übernehmen und wurde deshalb nicht als Koalitionspartner akzeptiert. Zwar hat der PCI in seinen besten Wahlergebnissen 1976 und 1983 nur 4,3% bzw. 3% weniger Wählerstimmen erhalten als die DC (Ginsborg, 1989: 594), als Regierungspartei kam er aber trotzdem nicht in Frage (Sartori, 1982b: 12ff.).

Mit der Permanenz der DC an der Regierung war jedoch keine politische Stabilität gegeben. Die Partei war immer gezwungen, Koalitionen einzugehen, welche häufig vier bis fünf Parteien¹³⁸

wurden von der Partei weder verbal noch aktiv unterstützt, während eher Verflechtungen von Exponenten der DC sowohl mit dem Rechtsterrorismus als auch mit der organisierten Kriminalität zutage getreten sind.

¹³⁷ Es gab in der italienischen Nachkriegsgeschichte bis zur Auflösung der „klassischen“ Koalitionsparteien (1993) nur zwei Regierungen, deren Ministerpräsident nicht der DC angehörte: Spadolini (Partito Repubblicano Italiano, PRI) und Craxi (Partito Socialista Italiano, PSI). Große Stabilität zeigt sich auch in der Besetzung der „Posten“: Nicht selten wurde das Regierungsamt mehrmals von der gleichen Person bekleidet, mit Andreotti an der Spitze, der siebenmal Regierungschef war, gefolgt von Fanfani (6 Mal). Noch höhere „Stabilität“ zeigt sich bei den Ministerien: Colombo war 27 Mal Minister, Andreotti und Taviani 21 mal (alle DC). Insgesamt hatten zwischen 1946 und 1980 nur 31 Männer Schlüsselpositionen in der Regierung inne (Wieser/Spotts, 1988, 23f.)

¹³⁸ Motta (1992: 143ff.) beschreibt in einer Untersuchung die Logik, die DC und PCI bei der Zusammensetzung der Koalitionen auf Regionalebene verfolgen. Dabei wird festgestellt, daß die Christdemokraten Koalitionen bevorzugen, die größer sind, als es die aus den Wahlen hervorgegangenen Kräfteverhältnisse erfordern. Außerdem besetzen sie überproportional viele Ministerposten mit Repräsentanten der Koalitionspartner. Dadurch sollen

umfaßten und äußerst konfliktanfällig waren (Battezzato, 1976: 285ff.). Verstärkt wurde die Krisenanfälligkeit der Regierungskoalitionen durch die innere Heterogenität der DC. Innerhalb der Partei existierten immer mehrere organisierte *correnti*, Strömungen, die in erbitterten Machtkämpfen zwar mehrere Regierungen zu Fall brachten, wie z. B. Moro in der Frage der Finanzierung von privaten (kirchlichen) Kindergärten 1964 (vgl. Teil 2, Kap. 3), aber einig waren, wenn es darum ging, die Regierungsposition zu verteidigen (Wiesner/Spotts, 1988: 43f.; Cotta, 1987: 272).

Die Christdemokraten waren im Untersuchungszeitraum nicht nur ununterbrochen in Regierungsposition, auch die Verantwortung über die Schulpolitik wurde nur ausnahmsweise an Koalitionspartner abgegeben. Dies läßt darauf schließen, daß diesem Bereich große Bedeutung zugemessen wurde. Es wird hier davon ausgegangen, daß dies nicht inhaltlichen Gründen, sondern einer verteilungspolitischen Logik, die als ein Merkmal christdemokratischer Politik angesehen wird, zuzuschreiben ist. Für diese These gibt es keinen manifesten Nachweis, sie wurde konstruiert aufgrund verschiedener Indizien (Klientelismus, *Lottizzazione*, Bedeutung von Interessenvertretung der Lehrer auf politischer Ebene, Rolle der Ausgaben für Personal in der Gesamtbilanz des Ministeriums). Ferner erwächst die Bedeutung des Schulbereichs für die DC daraus, daß für die katholische Kirche der Einfluß auf das Entwicklungsalter existentiell ist, so daß sich die DC durch die politische Vertretung der katholischen Interessen im Schulbereich die Unterstützung durch eine Institution sicherte, die großen Einfluß auf die Meinungsbildung weiter Teile der Bevölkerung ausüben kann und diesen bis in die späten 80er Jahre zugunsten der DC geltend machte.

Besonderheiten im Gesetzgebungsprozeß

Das italienische Parlament besteht aus zwei Kammern, der Deputiertenkammer und dem Senat, die im Gesetzgebungsprozeß gleichberechtigt sind, wobei die eigentlich politische Aktivität sich in der Deputiertenkammer abspielt. Gesetze müssen von beiden Kammern verabschiedet werden; damit wird das Verfahren deutlich verlängert und darüber hinaus dem Risiko ausgesetzt, durch vorgezogene Neuwahlen abgebrochen zu werden, woraufhin jedes Gesetzgebungsverfahren neu initiiert werden muß. Ferner erfolgt die Schlußabstimmung über ein Gesetz in geheimem Votum; dies wurde nicht selten als Gelegenheit genutzt, eine - vom Inhalt des zu verabschiedenden

möglichst viele potentielle Gegner in die Regierung eingebunden und die Motivation der kleineren Partner, mit der Regierungspartei „gut auszukommen“, auf Kosten der Beibehaltung eigener, abweichender Positionen gestärkt werden. Dieses prekäre Gleichgewicht zwischen Abgrenzung einer klaren Identität einer Koalitionspartei und Loyalität als Regierungsmitglied geht einher mit dem Ausloten der eigenen Machtposition, was des öfteren Regierungskrisen auslöst, und der Betonung von Geschlossenheit, wenn es um das pure Überleben als Regierung geht.

Gesetzes potentiell unabhängige - Regierungskrise auszulösen (Wieser/Spotts, 1988: 144). Der Gesetzgebungsprozeß ist kaum strukturiert, Gesetzesinitiativen der Regierung erhalten keinen Vorrang (Braun, 1994: 18), jeder Parlamentarier kann Gesetzesanträge einreichen, auch wenn ein Antrag seiner eigenen Partei vorliegt (Cartocci, 1997: 223). Die Gesetzgebungskompetenz des Parlaments sieht kaum Delegation an andere (z. B. lokale, Verwaltungs-) Instanzen vor - unabhängig von der Relevanz eines Gesetzesinhalts ist das Parlament zuständig. Allerdings kann gesetzgeberische Kompetenz an die parlamentarischen Ausschüsse abgegeben werden (Verfassung, Art. 72, Abs. 1 und 3), was insbesondere seit der Änderung der Geschäftsordnung 1971 praktiziert wird (Drüke, 1986: 130).

In der Beurteilung der Gesetzgebungsprozesse werden Phasen unterschieden: Während der Phase des christdemokratischen Zentrismus war die Initiative der Regierung hoch, danach nahm das Gewicht des Parlamentes zu, in den 70er Jahren erhöhte sich wieder die Aktivität der Regierung in Form einer wachsenden Tendenz zu Gesetzesdekreten¹³⁹ (Di Palma, 1987: 195; Morisi/Cazzola, 1981: 448ff.; Predieri, 1975: 417), gleichzeitig wurde die Gesetzgebung stärker in die parlamentarischen Ausschüsse verlagert (Di Palma, 1987: 194).

Über die quantitative Analyse der Initiativen hinaus zeigen sich bei der Betrachtung der Zahl und Qualität der Gesetze - neben der Stabilität der Regierung wichtigster Index für die Leistungsfähigkeit einer Regierung - Besonderheiten (De Micheli, 1997: 152). Das italienische Parlament verabschiedet mehr Gesetze als seine europäischen Analoga, es ist sogar von einer Flut von Gesetzen¹⁴⁰ die Rede. Aber die heute zu den „Klassikern“ zählende Untersuchung von Di Palma (1977)¹⁴¹ hat ans Licht gebracht, daß hauptsächlich Normen, die positive Effekte¹⁴² bewirken und eng umgrenzte Interessen regeln, angenommen werden, während Gesetze zu nationalen Fragen, die negative Effekte implizieren, tendentiell „versanden“, z. B. indem sie nicht auf die Tagesordnung gesetzt werden (Guarnieri, 1989: 207).

¹³⁹ Es ist zu unterscheiden zwischen *decreto legge* und *decreto legislativo*. Das *decreto legge* (Gesetzesdekret) wird von der Regierung erlassen, um einen Notstand zu beheben oder eine dringende Frage zu lösen. Welche Fälle unter diese Bedingung fallen, ist in der Verfassung nicht definiert, so daß die Entscheidungsbefugnis der Regierung zufällt (Sidoti, 1988: 17). Das *decreto legge* muß zur Konvertierung in ein reguläres Gesetz binnen 60 Tagen dem Parlament vorgelegt werden, wo Änderungen möglich sind. Dies führt dazu, daß das Parlament nicht nur vor der Aufgabe der Konvertierung von unzähligen *decreti legge* steht, sondern nicht selten auch noch mehrere Änderungsanträge zu diskutieren hat, was den Prozeß verlängert (Wieser/Spotts, 1989: 147).

Das *decreto legislativo* (Ermächtigungsgesetz) wird von der Regierung aufgrund der vom Parlament erteilten Vollmacht erlassen und hat Gesetzeskraft. Ein Beispiel aus dem Schulbereich bilden die sog. *decreti delegati* (Sidoti, 1988: 17).

¹⁴⁰ So bei Cazzola/ Morisi (1981).

¹⁴¹ Di Palma, G., 1977: *Sopravvivere senza governare*, Bologna.

¹⁴² Als positive Effekte werden z. B. finanzielle Zuwendungen, als negative Effekte Steuererhöhungen oder andere direkte oder indirekte Belastungen bezeichnet.

Anschließende Untersuchungen haben dieses Phänomen weiter belegt. So wurde die Reichweite von Gesetzen definiert und zwischen Gesetzen von nationaler, sektionaler und mikrosektorialer Reichweite unterschieden ¹⁴³. In den ersten vier Legislaturperioden (also bis 1968) waren 37% bis 39% aller vom Parlament verabschiedeten Gesetze von mikrosektorialer Reichweite, danach (bis 1987) lag ihr Anteil an der gesamten Gesetzgebung zwischen 42% und 45%¹⁴⁴. Zwischen 1988 und 1994 sank die Zahl der *leggine*, die Zahl der Gesetzesdekrete stieg (De Micheli, 1997: 179f.).

Des weiteren fiel auf, daß die verabschiedeten Gesetze trotz der augenscheinlich unvereinbaren Positionen der politischen Akteure von breiten Mehrheiten angenommen wurden. Dies wurde zunächst darauf zurückgeführt, daß eben die *leggine* aufgrund ihrer mikrosektorialen Reichweite nur sekundäre Bedeutung hätten. Di Palma wies zwar selbst nach, daß bei 37% der Gesetzesprojekte (von Regierung und Parlament) zwischen 1963 und 1972 ein Verteilungscharakter vorlag, sie bezogen sich hauptsächlich auf Gehaltsfragen, Laufbahn und Rechtsstatus von öffentlichen Bediensteten (Wieser/Spotts, 1989: 146), unterschätzte aber die Bedeutung der distributiven Funktion für die Parteien und den nicht zu vernachlässigenden finanziellen *impact* dieser Gesetze (Zucchini, 1997: 575f.).

Dagegen hat Pizzorno die These entwickelt, daß die fehlende parlamentarische Aktivität auf der Ebene nationaler Gesetzgebung nicht im grundlegenden Dissens begründet liege, sondern als Kollusion der Parteien zu verstehen sei. Die ideologischen Kontraste werden von Pizzorno als „nützliche Fiktion“ gesehen, während die *leggine* als das Terrain für die Parteien begriffen werden, auf dem sie ihren Konsens durch Verteilung herstellen (Zucchini, 1997: 577f.). Wie Tarrow bereits 1967 festgestellt hatte, ist in Italien „(...) not policy, but distribution (...) the key to power“ (zit. n. Zuckermann, 1979: 167). Besonders geeignet für diese Art der Übereinkunft zwischen den Parteien sind die parlamentarischen Ausschüsse. Hier gehen die Entscheidungen über mikrosektorale Fragen mit breiteren Mehrheiten als in der Diskussion im Parlament vonstatten (De Micheli, 1997: 174f.), da der Ausschluß der Öffentlichkeit die Zusammenarbeit der Parteien über die ideologischen Grenzen hinweg erleichtert, zumal das geringe Konfliktpotential bei mikrosektorialen distributiven Gesetzen keine großen Ansprüche an die Konsensfindung stellt (Guarnieri, 1989: 207f.). Das Verhältnis der Parteien untereinander wird dabei zum Tauschhandel,

¹⁴³ Die Reichweite bezieht sich auf die von einer Maßnahme betroffenen Subjekte: 1) die nationale Gemeinschaft, 2) eine mit der nationalen Gemeinschaft korrelierende Einheit oder ein Sektor davon, der in großen identifizierbaren Institutionen oder Aktivitäten organisiert ist (z. B. Industriezweige), 3) kleinere homogene Gruppen, die in spezialisierten Institutionen oder Aktivitäten *sui generis* organisiert sind (De Micheli, 1997: 178). Für den letzten Typus wurde der Begriff *leggine*, Minigesetze (Begriff nach Wieser/Spotts, 1988: 145) geprägt.

¹⁴⁴ Mit diesem Anstieg bis Ende der 80er Jahre wird nachgewiesen, daß nicht die Polarisierung des Parteiensystems, sondern die Fragmentierung den Grund für diesen Aspekt der italienischen Gesetzgebung darstellt, da seit den 70er Jahren eine deutliche Entpolarisierung stattgefunden hat (De Micheli, 1997: 184).

Konsens auf dieser Ebene wird durch das „gegenseitige Anerkennen von vorbehaltenen Eingriffsbereichen“ (Cotta, 1987: 281, Übers. R. S.) ersetzt. Predieri nennt die *leggine* und das dezentrale Verfahren eine „funktionale Dysfunktion“ (ders., 1975: 422), bei der andere Steuerungszentren das Parlament ersetzen. Das Parlament übernimmt dabei zwei Funktionen: Es unterstützt die Nachfrage nach (mikrosektorialer, distributiver) Gesetzgebung und es integriert in gewissem Maße die Opposition in den Gesetzgebungsprozeß. Damit wird das doppelgleisige Verhältnis des „sichtbaren“ Antagonismus zwischen Regierung und Opposition und der „unsichtbaren“ Zusammenarbeit und Integration auf Gesetzgebungsebene perpetuiert, zum Nutzen der einen wie der anderen (ebd.: 423).

Es liegt also eine hohe Zahl verabschiedeter Normen mit relativ irrelevantem Charakter vor, die von großen Mehrheiten im Parlament verabschiedet wurden. Maßnahmen zur Regulierung wichtiger politischer Fragen dagegen werden kaum im Parlament diskutiert und verabschiedet. Diese werden eher über Gesetzesdekrete bewältigt.

Das Gesetzesdekret ist *per definitionem* ein Instrument, das der Regierung eine schnelle Regelung in Notlagen ermöglichen soll. Es erhält Gesetzeskraft erst durch die Verabschiedung im Parlament, die innerhalb von 60 Tagen zu erfolgen hat. Die Anwendung dieser Art von Gesetzgebung hat von der ersten bis zur elften Legislaturperiode (bis 1994) kontinuierlich zugenommen, mit sehr hohen Anteilen an vom Parlament bestätigten Normen bis 1976. Danach wurden immer weniger Dekrete vom Parlament verabschiedet bzw. nicht rechtzeitig vorgelegt (De Micheli, 1997: 165). Allein die hohe Zahl verweist darauf, daß dieses Instrument nicht im verfassungsgemäßen Sinne ausschließlich in dringenden Fällen benutzt worden ist. Der steigende Anteil nicht konvertierter Dekrete läßt vermuten, daß sich darin ein Konflikt zwischen Regierung und Parlament und eine schwache Position der Exekutive ausdrückt (ebd.: 166; Morisi/Cazzola, 1981: 457f.). Gesetzesdekrete finden Anwendung bei der Regulierung von Sachverhalten sektionaler Reichweite mit negativen Effekten sowie bei mikrosektorialen Fragen mit hohem Konfliktpotential, sind also komplementär zu den *leggine* (Morisi/Cazzola, 1981: 460f.). Ihre Anwendung dient tendentiell der Konfliktreduktion, indem zwar nicht hoch konfliktgeladene Themen, aber doch wichtige *issues* per Dekret geregelt und später in Gesetze konvertiert werden (ebd.: 447ff.). Seit Ende der 60er Jahre nahm bei der Konvertierung eines Dekretes in ein Gesetz die Zahl der Änderungen zu, womit der Inhalt eines Gesetzes immer mehr zum Verhandlungsobjekt zwischen Mehrheit und Opposition geriet. Insbesondere in der Phase der „nationalen Solidarität“ bot das Gesetzesdekret der Regierung die Möglichkeit, trotz instabiler Mehrheiten in wichtigen Bereichen zwar die Initiative zu übernehmen, aber die dabei zu lösenden Widersprüche zwischen bestehenden Vereinbarungen und Programmen und der gesetzlichen Normierung von der Koalition an das Parlament weiterzuleiten (Guarnieri, 1989: 206). Die

Anwendung von Gesetzesdekreten nutzte den Faktor Zeit, indem zwar eine Handlungsoption für die Regierung in einem blockierten Diskussionsprozeß hergestellt, aber die eigentliche politische Entscheidungsfindung verschoben wurde. Dies führte, da die häufigen Änderungsanträge diskutiert werden mußten, zu einer Verlängerung des gesamten Prozesses, auch wenn oft ein Erlaß eines inhaltlich gleichen, aber umformulierten Gesetzesdekretes das vorläufige Ende des Prozesses darstellte (Morisi/Cazzola, 1981: 477f.).

Diese Charakteristika des Gesetzgebungsverfahrens werden im Bereich der Schulpolitik bestätigt: Im gesamten Untersuchungszeitraum wurden nur zwei Gesetze von nationaler Reichweite vom Parlament verabschiedet: die Reform der Mittelstufe und der Grundschule. Alle anderen Maßnahmen entsprechen Verwaltungsakten (z. B. Prüfungsordnungen, Versuchsprojekte), sie betrafen mikrosektorale Fragen (z. B. Unkündbarkeit der nicht festangestellten Lehrer) bzw. Teilaspekte des Schulwesens (z. B. Lehrpläne, Ganztagschule).

Mit der mikrosektoralen distributiven Gesetzgebung wurde ferner ein Prozeß ausgelöst, durch den sich das Verhältnis zwischen Ausschüssen, Verwaltung und Interessengruppen verkehrte. Die Gesetzgebung erfolgte in einer Art von Mitregierung der Opposition (die wechselhaft und auf bestimmte *issues* beschränkt blieb) und übernahm teilweise Kompetenzen der Verwaltung. Da Gesetze von mikrosektoraler Reichweite vorherrschten und auf spezifische Interessen zugeschnitten waren, wurde die Verwaltung zum Ansprechpartner für Interessengruppen, zum Aggregator der Nachfrage nach gesetzlicher Regulierung von Partialinteressen, während die Parteien zwar als allgemeine Interessenvertretungen weiter existierten, aber auf dieser Ebene als solche nicht auf die Entscheidungsfindung eingewirkt haben. In diesem Sinn ist die in der italienischen Literatur verbreitete These der Korporativierung der italienischen Verwaltung zu verstehen (Predieri, 1975: 424).

Diese Tendenz kann am Beispiel des CNPI illustriert werden. Dieses Organ des Schulministeriums verfügt trotz seiner nur beratenden Kompetenz über großen politischen Einfluß. Wie in Kap. 1.3. ausgeführt, wird von *cogoverno* der Gewerkschaften im CNPI gesprochen. Die Kräfteverhältnisse der Gewerkschaften im CNPI werden mit ihrem politischen *Bias* in die Verwaltung übertragen. Dort werden hauptsächlich personalpolitische Forderungen vertreten, was zum einen die Korporativierungsthese bestätigt, zum anderen die Tendenz zu mikrosektoraler Gesetzgebung, da die Beschränkung auf Interessen des Personals v. a. Normen mikrosektoraler Reichweite hervorbringt. Diese These müßte allerdings anhand empirischer Untersuchungen zur Qualität der Gesamtheit der erlassenen Gesetze erhärtet werden, was in der italienischen Forschung bislang nicht erfolgt und im Rahmen dieser Arbeit nicht möglich ist. Die

Korporativierungsthese kann mit dieser Argumentation zwar nachvollzogen werden, ist damit aber nicht nachgewiesen.

Besonderheiten des politischen Wettbewerbs

Die Besonderheiten der Gesetzgebung stehen in direktem Bezug zur politischen Ebene hinsichtlich zweier Aspekte des politischen Wettbewerbs: Ideologisierung des politischen Diskurses und Personalismus im Verhältnis zwischen Wähler und Politiker.

Der politische Wettbewerb ist in Italien geprägt von zwei ideologisch polarisierten Landschaften. Diese müssen aufrechterhalten werden, eine Annäherung der Pole, wie z. B. in der Phase der *solidarietà nazionale*, der Annäherung zwischen PCI und DC, wurde vom Wähler „bestraft“ (so die These von Sartori, 1974: 207).

Das Wahlsystem seinerseits induziert das Element des Personalismus, indem es ein doppeltes Wahlniveau vorsieht: die Liste für die große Orientierung, und die Vorzugsstimmen, die direkt an die Repräsentanten gehen (Cotta, 1996: 32). Damit erscheinen im politischen Wettbewerb zwei Ebenen¹⁴⁵ von Relevanz: die meta-Ebene der ideologischen Ausrichtung und die mikro-Ebene des Partikularismus, es fehlt eine mittlere Ebene, die der Programmatik und im eigentlichen Sinn politischen Entscheidung. Der mikro-Ebene entsprechen die Vorzugsstimmen, die an bestimmte Politiker, i. d. R. an die lokalen Exponenten gehen. Diese Personenwahl entspricht den zwei Seiten des Personalismus: eine personenzentrierte Selbstdarstellung der Partei und eine ebenso personale Wahrnehmung durch den Bürger, der die Partei mit dem lokalen Exponenten identifiziert¹⁴⁶. Damit erscheint die Partei nicht als einheitlicher Akteur mit programmatischem Profil, sondern als komplexe Konstellation von Untergruppen, die in direktem Kontakt mit den Interessen interagieren. Es dominieren die ideologische und die persönliche Selbstdarstellung, die meso-Ebene bleibt vakant. Politische Fragen, die weder der ideologischen noch der individuellen Ebene zuzuschreiben sind, fallen aus dieser Dynamik heraus: weder sind sie für die politische

¹⁴⁵ Cotta (1996: 29f.) definiert drei Ebenen, auf denen der politische Wettbewerb ausgetragen wird:
metapolicies: betrifft die Positionen bezüglich der grundlegenden politischen, sozialen, wirtschaftlichen Ordnung, der internationalen Einbindung. Hier verläuft der Parteienwettbewerb stark ideologisiert, symbolisch und ist tendenziell ein Nullsummenspiel;

mesopolicies: hat keine Berührung mit der oberen Ebene, bringt bedeutsame Modifikationen in wichtigen Aspekten der Politik (z. B. Steuerreform, Umgestaltung des Gesundheitswesens);

micropolicies: begrenzte Retuschen des Bestehenden, Verteidigung der Interessen von Partikulkategorien. Der Wettbewerb wird sowohl wegen der Sektorialität der betroffenen Subjekte als auch der Begrenztheit der Materie mit starken Zügen des Partikularismus behaftet.

¹⁴⁶ Dies kommt besonders deutlich in folgendem Zitat, einer Interpretation der Tagespresse im Süden, zum Ausdruck: „Es ist nie der Staat, also die nationale Gemeinschaft, die für diese oder jene Arbeit, den Bau von Häusern oder Schulen, für die Realisierung von öffentlichen oder unternehmerischen Arbeitsprogrammen die Mittel bereitstellt, sondern dies geschieht immer dank des Engagements von diesem oder jenem Abgeordneten oder vom Parteisekretär der DC“ (zit. n. Tarrow, 1974: 317).

Identität des Wählers bzw. der Partei konstitutiv, noch wird das politische Mandat auf dieser Ebene definiert. Damit bleibt die Identität des Wählers in seiner Subkultur unangetastet, im übrigen interferiert die meta-Ebene nicht mit der mikro-Ebene, da auf letzterer keine Fragen von allgemeiner Relevanz verhandelt werden. (ebd.: 34).

Politische Fragen mittlerer Reichweite (meso-Ebene) werden auf die Ebene der Grundwidersprüche des Parteiensystems (meta-Ebene) übertragen, indem sie ideologisch aufgeladen werden. Ein Beispiel dafür wäre der Konflikt um das Privatschulwesen, der für den jeweiligen politischen Gegner entweder eine „zu katholische“ oder eine „zu laizistische“ Lösung erhalten würde - *tertium non datur*. Fragen dieser Reichweite bleiben ungelöst, zumindest bietet die „Arena“ des Parlaments dafür kein Forum. Für die Verfestigung dieses Mechanismus, der sich seit den 70er Jahren mit dem zunehmenden Konsens des PCI mit den anderen Parteien (und umgekehrt: der anderen Parteien mit dem PCI) in Gesetzgebungsprozessen vollzogen hat, wurde der Begriff *cogoverno* geprägt: die Opposition regiert mit.

Parteiherrschaft

Was nun das Verhältnis zwischen Regierung und Parteien betrifft, so ist zunächst festzustellen, daß politische Programme hinter die Frage der Stellenbesetzung zurücktreten (Cotta, 1996: 25). Angesichts der schwachen Stellung des Regierungspräsidenten wird die parlamentarische Unterstützung durch die Vergabe von Posten erhandelt, was eine Aufblähung des Regierungsapparates zur Folge hatte. Das Maximum wurde in der siebten Regierung Andreotti (1991) erreicht, wo 32 Minister- und 70 Staatssekretärsposten zu verteilen waren (Cartocci, 1997: 224).

Es handelt sich ferner im Falle Italiens um eine Form des *party-government*, im italienischen drastischer mit *partitocrazia*, Parteiherrschaft, ausgedrückt. Die damit bezeichnete Charakterisierung der politischen Führung eines Landes über das Parteiwesen bezieht sich in Italien hauptsächlich auf die DC. Im Unterschied zu den meisten westlichen Demokratien aber werden in Italien aber Parteispitze und Regierungschef mit Exponenten verschiedener *correnti* besetzt (mit wenigen Ausnahmen in der Phase des *Pentapartito* zwischen 1983 und 1987), wobei zudem noch die Regierungsposition der Parteispitze untergeordnet ist (weil der Exponent einer schwächeren *corrente* angehört) (Cotta, 1996: 21f.). Nicht also die Parteimehrheit, sondern eine Minderheit stellt die Regierung, wodurch sowohl deren Rückhalt in der Partei als auch ihre Position in der Koalition eher schwach ist (ebd.: 26). Verstärkend kommt hinzu, daß die Gesamtpartei nicht die Rolle einer richtungsweisenden Instanz einnimmt, sondern ihr Gewicht sich v. a. in ihrem Vetopotential äußert, mit dem unerwünschte Maßnahmen blockiert werden können. Da die Partei mit ihren Strömungen vielerlei Interessen zu vertreten hat, finden sich

häufig Gelegenheiten, eine gegenseitige Übereinkunft im Sinne eines *do ut des* zu erwirken oder den Prozeß zu blockieren (ebd.: 27).

Ein anderer Aspekt der *Partitocrazia* betrifft die Durchdringung des Staatsapparates durch die Regierungspartei und die Besetzung der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Machtzentren nach Parteikriterien (z. B. Aufsichtsräte von Banken und öffentlichen Unternehmen über das öffentlich-rechtliche Fernsehen bis hin zu Institutionen des Gesundheitswesens und Kulturbetrieben). Durch die Entwicklung des Wohlfahrtsstaates und das Anwachsen der öffentlichen Eingriffe erfuhr dieses *sottogoverno* eine kontinuierliche Ausweitung und blieb nur in den ersten zwei Jahrzehnten auf die christdemokratische Partei beschränkt. Ihren Ausgang nahm diese Praxis unter dem Parteisekretariat Fanfani mit den Zugriff auf öffentliche Ressourcen durch den Ausbau von staatlichen Wirtschaftsunternehmen (IRI, ENI, ENEL, *Cassa per il Mezzogiorno* etc.), wodurch sich die Partei Einfluß die traditionell klientelistischen Verhältnisse in einer modernisierten Form zunutze machte (vgl. folgendes Kapitel).

Diese Praxis, sei es als politisch determinierte Stellenbesetzung - sei es als Tausch von Vorteilen gegen Wählerstimmen oder als Vermittlung von öffentlichen Aufträgen gegen Gelder zur persönlichen Bereicherung oder für die Parteifinanzierung - blieb jedoch nicht auf die DC beschränkt. Wie die Ermittlungen von Milano gezeigt haben, stachen in dieser Hinsicht insbesondere die sozialistische und christdemokratische Partei hervor, wenngleich auch andere Regierungsparteien wie PLI und PRI wegen der Bestechlichkeit ihrer Exponenten ein unrühmliches Ende gefunden haben.

Eine gelindere Version stellt das Phänomen der *lottizzazione*, der Besetzung von Stellen nach Parteikriterien dar, die von allen Parteien praktiziert wurde, die dazu die Möglichkeit hatten (Wieser/Spotts, 1988: 16f.). So wird auch dem PCI nachgesagt, er habe sich im regionalen Rahmen bei Stellenbesetzungen analog zu den anderen Parteien verhalten und die Seinen bevorzugt (Ferrera, 1996: 59). Gesundheitswesen, Banken, Tourismusbehörden, Unternehmen mit staatlicher Beteiligung, kommunale Betriebe wurden auf diese Weise politisch „eingefärbt“ (Cartocci, 1997: 226). Bei dieser Methode der „Arbeitsvermittlung“ wird vom sachlichen Kriterium der Qualifikation weitgehend abgesehen, wie das Beispiel der Reform des Gesundheitswesens Anfang der 80er Jahre zeigt, wo die regionalen Führungskommissionen mehrheitlich mit Personen besetzt wurden, die über keinen akademischen Abschluß verfügten (Ferrera, 1996: 59).

Als in besonderem Maße klientelistisch durchdrungen gilt das Schulministerium (Calise, 1987: 219). Es ist jedoch Vorsicht geboten, diese Interpretation fraglos auf die Praxis im Schulwesen schlechthin anzuwenden, was in der italienischen Literatur häufig zwischen den Zeilen

mitschwingt. LaPalombara (1967: 397) weist darauf hin, daß zwar die Lehrer ein spezielles Verhältnis zum Schulminister anstreben und als Interessengruppe operieren, dies aber nicht einem klientelistischen Verhältnis entspricht, weil der Schulminister in der Tat ihr oberster Vorgesetzter und Arbeitgeber ist, sie sich also für die Durchsetzung ihrer Interessen gar nicht an eine andere Instanz wenden könnten.

Zusammenfassend kann also festgestellt werden, daß das italienische politische Leben geprägt war von einem „ideologischen“ *party-government* und einer „klientelistischen“ Parteienherrschaft (Cotta, 1996: 36), sowie einem ineffizienten Parlament, indem politische Entscheidungen für viele Bereiche nicht an diesem dafür zuständigen Ort möglich waren und nicht die Verfassungsorgane, sondern die Regierungspartei und die öffentlichen Unternehmen die tragende Struktur des Systems ausmachten (Predieri, 1975: 422).

Diese Strukturdefizite des politisch-institutionellen Systems reproduzierten sich in der italienischen Schulpolitik. Die aufgezeigten Besonderheiten in der Gesetzgebung finden sich in der schulpolitischen Praxis bestätigt. Es wurden eher Partikularinteressen als große politische Projekte einer Lösung zugeführt, was der binären Ausprägung der italienischen Politik in ideologische und mikrosektorale Dimension zuzuschreiben ist und der gesellschaftspolitischen Valenz von Schulpolitik, gerade auf der in Italien wenig bewältigten mittleren Ebene der *policies* anzusiedeln ist. Das Problem der klientelistischen Politik ist verbreitet als Vorwurf der Opposition gegenüber der Regierungspartei; es ist jedoch äußerst schwierig, eine solch pauschale Beurteilung konkret nachzuweisen. Diese Frage wird weiter unten wieder aufgenommen.

5. Parteien: Profil und schulpolitische Positionen bei DC und PCI

Im folgenden werden knapp die Profile und schulpolitischen Positionen der beiden größten Parteien Italiens, der DC und des PCI, beschrieben. Sie werden als Pole verstanden, in deren Spannungsfeld sich die Dynamik der italienischen Schulpolitik abgespielt hat. Diese Reduktion des Analysehorizontes kann damit begründet werden, daß in Italien eine liberale Kultur schwach ausgebildet ist und dies sich insbesondere in der Schulpolitik bemerkbar macht (Valitutti, 1978: 18ff.). Mit der Interpretation innerhalb eines bipolaren Rahmens wird der mitunter entscheidende Koalitionspartner der DC, die Sozialistische Partei, vernachlässigt, da diese sich innerhalb der Polaritäten bewegte und in Bildungsfragen nur selten eine eigene Identität entwickelte. Ihre schulpolitischen Aktivitäten finden sich in der Chronologie der Bildungspolitik (Teil 2).

Die christdemokratische Partei

Die vorrangigen Charakteristika der *Democrazia cristiana* (DC, Christdemokratische Partei) waren Interklassismus, Massencharakter und konservative Orientierung. Ferner verstand die DC sich selbst als Partei der Katholiken, ihre Wählerbasis umfaßte also virtuell die gesamte italienische Bevölkerung¹⁴⁷. Während die Partei zu Beginn der republikanischen Epoche sich vor allem auf Flankenorganisationen wie die *coltivatori diretti* (Organisation für Landwirte) und den organisatorischen Apparat der Kirche (*Azione cattolica*, *Associazione cristiana lavoratori italiani*, *Comitati civici*) stützte, suchte sie gegen Ende der 50er Jahre größere Autonomie und realisierte dies durch den zügigen Ausbau der eigenen Struktur. Äußerlich zunehmend unabhängig von der katholischen Kirche, blieb jedoch der Bezug der ideellen Basis auf den katholischen Glauben bestehen. Die Partei übernahm damit ein artikuliertes religiöses Weltbild und dessen Werte, die sie in einen politischen Rahmen übersetzte. Aus der katholischen Soziallehre stammen u. a. das Prinzip der Solidarität und der interklassistische Ansatz der Partei. Wie insgesamt die Partei sich als antikommunistisch definierte, so mußte auch der Solidaritätsbegriff der christdemokratischen Partei klar abgegrenzt werden vom Konzept der Klassensolidarität: Eine notwendige Strategie für die DC, um die eigene Machtbasis gegenüber dem kommunistischen Zugriff zu sichern, war die Desorganisation des Proletariats durch die Förderung des Mittelstandes und bürgerlicher Einstellungen, zumal diese zum katholischen Weltbild im Primat der Familie sowie der Hervorhebung des individuellen und privaten Charakters aller sozialen Bezüge deutliche Affinitäten aufwiesen. In der Gesellschaftsanalyse der DC existierte keine Klassenstruktur, sondern nur Einzelfragen: die Frage des Südens, der Katholiken, der Landbevölkerung, der Frauen (vgl. Cassano, 1979: 57, Fußnote 10). Für die DC war es somit typisch, daß soziale oder politische Probleme und Brüche isoliert und ohne diese in einen gesamtgesellschaftlichen Zusammenhang zu stellen (z. B. Modernisierungsprozesse, spezifische Staats- oder Produktionsform) und damit partikularistisch verkürzt betrachtet und bearbeitet wurden. Damit soll nicht über eine eventuelle Beschränktheit der Parteitheoretiker spekuliert werden, die Betonung liegt vielmehr darauf, daß die isolierte Darstellung von Problemen als voneinander unabhängige Einzelfragen dazu tendiert, die Entstehung von Solidaritätslinien zu verhindern, was durchaus im Interesse der Partei lag.

¹⁴⁷ Auch wenn Tendenzen der Säkularisierung und neue Glaubensriten sich im Laufe der Zeit verstärkt haben, so ist doch ein Anteil von 98% Getauften (Riccardi, 1994a: 339) im Jahr 1988 ein starkes Indiz für die Verwurzelung von katholischen Glaubenselementen in der Bevölkerung, wenngleich damit keine Aussagen über die Verbindlichkeit der Religiosität für die Lebensführung möglich sind. An nicht-katholischen Glaubensgemeinschaften sind die Waldenser mit ca. 200.000 und Juden mit ca. 35.000 Mitgliedern (Riccardi, 1994b: 347) von Bedeutung. Diese sind hier also numerisch, wenn auch nicht prinzipiell vernachlässigbar. In der Wahrnehmung der Repräsentanten der DC spielen andere Religionen keine Rolle, sie vertritt als Partei der Katholiken die Interessen dieser Religionsgemeinschaft, wie den Ausführungen in Teil 2 zu entnehmen ist.

Ein weiteres, die Identität der Partei determinierendes Element war ihr wirtschaftspolitisches Konzept. In ihrer Westanbindung bekannte sich die DC klar zur kapitalistischen Produktionsform und zu gemäßigten liberalen Wirtschaftsprinzipien; staatliche Eingriffe in die Wirtschaft galten ihr als möglich und durchaus nötig zum Schutz der wirtschaftlich Schwachen (Baget-Bozzo, 1990: 780).

Neben der Unterstützung durch die katholischen Organisationen stellt die für die DC typische Verschränkung von Partei- und Staatsämtern auf allen Ebenen eine wichtige Machtressource dar. Insbesondere die Übernahme der klientelistischen Strukturen, die in ihrer traditionellen Version vom Landadel ausgingen und von der DC auf Parteifunktionäre übertragen wurden, machte die Partei in der Peripherie zur unumgänglichen Schaltstelle für die Vermittlung von öffentlichen Ressourcen. Die wissenschaftliche Analyse prägte für diese Funktion der DC den Begriff *mediatori*, Vermittler¹⁴⁸, der vom Gegensatz zwischen Zentrum und Peripherie in einer rückständigen Gesellschaft ausgeht und sich zunächst auf die kulturellen Gegensätze bezieht. Die Funktion der Partei als Vermittler hat dabei zwei Seiten, von denen die eine der lokalen Kultur und die andere der Repräsentanz der Zentralmacht zugewandt ist. Dabei legitimiert sich die Partei als Beschützerin der traditionellen Werte und als Vertreterin der einfachen Bevölkerung, erhält aber ihre Machtposition durch den Zugang zu Ressourcen als Repräsentantin der politischen Macht. Im materiellen Sinn drückt sich dieses Verhältnis, dessen Grundbedingungen Unterentwicklung oder Entwicklungsgefälle und Ineffizienz der öffentlichen Strukturen sind (GriAUDI, 1980: 11ff.), beispielsweise in der „Hilfe“ bei der Bearbeitung von Anträgen, bei Krediten oder bei der Vermittlung von Erwerbsmöglichkeiten aus. Damit verfügt die Partei über die Zuteilung von Lebenschancen und Perspektiven. Es werden so Strukturen erhalten, die eine persönliche Abhängigkeit zum Parteirepräsentanten beibehalten und Fortschritt bspw. in Gestalt von sozialer Mobilität nur als individuellen Erfolg erfassen lassen - ein Gedankengefüge, das die Unersetzlichkeit der Partei lange garantierte und sich bestens in das bürgerliche, individualistische Weltbild einpaßt.

Wichtiges Element der Identität der DC ist also die Fundierung auf mehreren Modellen (katholischer Glaube, kapitalistische Wirtschaftsform, Wirtschaftsliberalismus). Ihre Politik basiert ferner auf der Durchdringung des Staatsapparates, der Nutzung der spezifischen politischen Kultur des Klientelismus sowie der Reduktion von sozialen und politischen Bezügen (inclusive der Beziehung zum politischen Repräsentanten) auf private oder individuelle Zusammenhänge. Der Begriff *mediatori* zeigt dabei einen ideellen und einen materiellen Aspekt:

¹⁴⁸ Graziano (1974) und GriAUDI (1980) für die Politik im Süden des Landes, Cassano (1980) für die allgemeine politische Strategie.

Katholischer Glaube und kapitalistische Wirtschaftsform stehen nicht per se in Übereinstimmung¹⁴⁹, werden aber in ihrer Komplexität gebrochen und als Einzelfragen einer *ad hoc*-Lösung zugeführt. Als materieller Aspekt der Vermittlerrolle ist die klientelistische Beziehung festzuhalten, innerhalb derer die Partei über den Zugang zu Ressourcen, z. B. das in Italien chronisch knappe Gut eines Arbeitsplatzes, verfügt.

Diese Merkmale zeigen sich auch unter schulpolitischer Perspektive: Konsistente Programme und Ziele von Schulpolitik sind nicht auszumachen.

In der ersten Phase, der Zeit der christdemokratischen Dominanz, wurden durch Ermini die progressiven Lehrpläne von Washburne eliminiert, also eine rückwärtsgewandte, den Wünschen des Klerus entsprechende Politik realisiert, und ansonsten die Personalbestände aufgestockt, was sicherlich verdienstvoll war, aber kaum weitere Perspektiven eröffnen konnte. Danach stimmte die Partei unter Druck der Reform der Mittelstufe, einer ausgesprochen progressiven Maßnahme zu. Das nächste Engagement galt den katholischen Kindergärten. Dabei zeigte sich die schwache Position des PSI, der der konservativen Untätigkeit der DC im Schulbereich kaum etwas entgegenzusetzen hatte, wie die magere Bilanz an Aktivitäten und der Kompromiß bei der Einrichtung von staatlichen Kindergärten, mit dem auch die Finanzierung von privaten Vorschuleinrichtungen sanktioniert wurde, zeigen. Erst die Bewegungen aus der Zivilgesellschaft und der über die Gewerkschaften gewachsene Einfluß des PCI erzeugten ausreichenden Handlungsdruck. In dieser Phase aber genügten Teilmodifikationen, die den Postulaten vordergründig gerecht wurden, während wichtige flankierende Maßnahmen unterblieben. Ein Anflug von innovativem Impetus haftet den *decreti delegati* an - die Demokratisierung der Schule konnte in linken christdemokratischen Kreisen Interesse wecken für eine verstärkte Teilnahme der Eltern. Im Prozeß der Nicht-Reform der Sekundarstufe zeigen sich die Grenzen christdemokratischer Kompromißbereitschaft in den Fragen, ob die Sekundarstufe, insbesondere die ersten beiden Schuljahre, die im geplanten reformierten System unter die Schulpflicht fielen, berufsbildende Funktionen übernehmen sollte und ob nebenbei die oft privaten (katholischen) Anbieter in der Berufsbildung unter regionaler Aufsicht unterstützt werden könnten. Hinter diesen Fragen steht die Annahme, daß die frühe Berufsorientierung insbesondere die sozial schwächeren Schichten interessiere, also deren Bedürfnis befriedige, während die Linke eine Anhebung des allgemeinen Bildungsniveaus damit für ausgeschlossen hielt. Unabhängig davon, ob diese Annahmen sich als realistisch erwiesen hätten, erweist sich die Politik der DC als konservativ

¹⁴⁹ Dies wurde in den letzten Jahren wieder in mehreren öffentlichen Äußerungen von Papst Johannes Paul II. deutlich, der im Konsumismus und der Verdinglichung aller Beziehungen wichtige Elemente des Kapitalismus stark kritisiert hat.

insofern, daß in diesem Punkt immer auf dem bestehenden Schulsystem beharrt wurde, das klare Züge einer klassenspezifischen Zuordnung von Bildungsniveaus trägt und erklärtermaßen dazu dienen sollte, die soziale Hierarchie zu untermauern. Es muß also unterstellt werden, daß die Partei diese Ausrichtung billigte oder guthieß, unabhängig von der Möglichkeit und dem Ausmaß von Veränderungen. Allerdings sind diese konservativen Elemente zu verschiedenen Zeitpunkten und abhängig von der *corrente*, die das Schulministerium leitet, unterschiedlich zu bewerten: Nach dem Kongreß von Frascati, in der Zusammenarbeit zu Beginn des historischen Kompromisses, unter Bodrato waren Annäherungen zu vermerken, die mitunter brüsk abbrachen, z. B. als Falcucci das Schulministerium übernahm.

Die Politik der Christdemokraten setzte sich aus verschiedenen Elementen zusammen: dem Primat der Familie, der die Verbindung zum katholischen sowie bürgerlichen Weltbild herstellt, weitgehendem *laisser faire* im liberalen Sinn, z. B. der Selbstregulierung des Systems durch die Schulversuche, und einer konservativen Besetzung des Machtzentrums. Gehandelt wurde dann, wenn diese Position bedroht war, wie 1962 und nach 1968, als im Zusammenhang mit der Krise der Partei, dem Druck durch Bildungsexpansion und Forderungen der Studenten- und Arbeiterbewegung den Christdemokraten die Einführung der *scuola media* und die einzelnen Maßnahmen zur Demokratisierung des Bildungssystems (Ende der 60er Jahre, Anfang der 70er Jahre) abgerungen wurden. Allerdings blieb gerade die Demokratisierung und Erweiterung der Partizipation „Stückwerk“, die Maßnahmen waren unvollständig (Gleichsetzung aller Sekundarschultypen, Öffnung der Universitäten) und hatten deshalb eher formalen Charakter. Die Partei agierte wenig, sondern reagierte mehr auf Druck und tendierte dabei zu partiellen und formalen Lösungen.

Unter dieser von formalen und unvollständigen Maßnahmen geprägten konservativen Politik entwickelte sich im Lauf der Zeit ein extrem heterogenes System (vgl. Teil 1), in dem sowohl im öffentlichen als auch im privaten Bereich unterschiedlichste Bedingungen vorliegen (Nord-Süd-Gefälle, Unterschiede zwischen urbanen Zentren und Peripherie, Qualität der Schulniveaus und -typen, Schulversuche) und diesbezüglich keinerlei Kontrolle ausgeübt wird. Als gemeinsamer Nenner der Ergebnisse des Schulbesuchs kann nur der Titel angesehen werden, welcher aber angesichts der Heterogenität des Schulsystems und der Qualitätsunterschiede zwischen Landesteilen, Schultypen und -niveaus kaum einen Rückschluß auf die Qualifikation einer Person erlaubt. Die unterschiedlichen Schulabschlüsse sind in der Tat zur Zeit der stärksten Bildungsmotivation (1968) schlicht „gleichgeschaltet“ worden, indem sie auf die einzige Bedingung des Besuchs einer fünfjährigen Sekundarschule reduziert wurden, während organisatorische, inhaltliche und didaktische Aspekte sowie wichtige Fragen wie die Qualifikation des Lehrpersonals nie in einer systematischen Reform angegangen worden sind. Es wurde das

Schulsystem in seinem institutionellen Aspekt demokratisiert und die Perspektive des sozialen Aufstiegs durch Bildung auf potentiell alle Schüler erweitert, aber die fehlenden Begleitmaßnahmen schränken die Wirkung der partiellen Reformen ein und lassen sie als formale, nicht substantielle Veränderungen erscheinen.

Ein Aspekt der fraglichen Qualität des Schulsystems zeigt sich an der Frage der Nützlichkeit von Bildungsabschlüssen, die in der Regel vor dem Hintergrund der sozialen Mobilität gesehen wird. Bildung gilt als Voraussetzung für sozialen Aufstieg. Dieser kann aber nur realisiert werden, wenn eine entsprechende Tätigkeit mit adäquater Entlohnung angeboten wird. Im italienischen Fall ist festzustellen, daß die Entwicklung der Bildungsexpansion und der Nachfrage von Qualifikation am Arbeitsmarkt auseinandertraten (vgl. Teil 1, Kap. 4.). Zum einen wurde die Sekundarstufe nach 1969 deprofessionalisiert, indem das Abitur als Abschluß zur Norm aller Sekundarstufen wurde, zum anderen wurden die beruflich qualifizierenden Schultypen und die Abschlußmöglichkeit nach drei Jahren in den IP unverändert beibehalten. Ferner haben die planlosen Experimentalprojekte sich „verselbständigt“, eine Selektion zwischen kurzlebigen und effizienten Versuchen wurde nicht vorgenommen bzw. erst Ende der 80er Jahre ein Homogenisierungsversuch durch die zentrale Steuerung mit den „*progetti assistiti*“ gestartet. Die Widersprüchlichkeit und Heterogenität des Systems wurden bis dahin verstärkt, gerade was die Qualität der Ergebnisse des Schulbesuchs in Bezug auf die vermittelten Qualifikationen für den Arbeitsmarkt betraf. Daher muß festgestellt werden, daß aufgrund der Heterogenität des Systems ein Abschlußtitel erstens keine Aussage über die Qualifikation erlaubte, und daß zweitens die Anwendbarkeit der Qualifikationen fraglich war, da diese als veraltet und provisorisch zu betrachten waren, daß also von seiten der Schule keine günstigen Voraussetzungen für den Übergang auf den Arbeitsmarkt geschaffen wurden. Dieses Ergebnis und seine Funktion für die Regierungspartei wird weiter unten wieder aufgenommen und diskutiert.

Die kommunistische Partei

Identitätsstiftendes Äquivalent zum katholischen Glauben in der DC war die marxistische Gesellschaftsanalyse im PCI. Die kommunistische Partei betonte damit den Aspekt, daß die sozialen Verhältnisse von den Menschen selbst geschaffen werden und ein Unterordnungsverhältnis darstellen. Nicht aber Vermittlung von kontingenten Interessenkonflikten, sondern Veränderung der Verhältnisse und die Aufhebung des strukturellen Interessengegensatzes waren sein Ziel.

Der PCI verfügte über eine große organisatorische Kontinuität, die selbst unter dem Faschismus bestehen blieb. Aufgrund der führenden Rolle im Befreiungskampf war die Partei unmittelbar nach dem Krieg organisatorisch funktionsfähig und besaß 1947 über 2,25 Millionen Mitglieder

(Wieser/Spotts, 1988: 63). Von Togliatti als Massenintegrationspartei betont offen gestaltet, wurde keine Bedingung für den Eintritt in die Partei gestellt, auch nicht die einer marxistischen Überzeugung (Ignazi, 1997: 82). Wichtig für die Organisation waren die Aktivität der Mitglieder und die kapillare Artikulierung vom Zentralkomitee bis zu den Zellen, die am Arbeitsplatz und im Wohngebiet präsent waren. Die Stärke der kommunistischen Partei lag neben der effizienten Mitgliederorganisation in der engen Verbindung mit der Gewerkschaftsbewegung, insbesondere der CGIL (*Confederazione generale italiana del lavoro*). Ferner realisierte die Partei mit den Kooperativen ein erfolgreiches wirtschaftliches Konzept, das ein Kontingent an Stellen und Positionen schuf, die nach Parteikriterien besetzt werden konnten (*lottizzazione*).

Nach innen war die Partei straff hierarchisch organisiert, wofür der Begriff des „demokratischen Zentralismus“ steht. Im Gegensatz zur DC wurde im PCI kein organisierter Dissens geduldet. Die Meinungsbildung verlief vertikal von oben nach unten, erst Ende der 80er Jahre wurde die Fassade der inneren Geschlossenheit, hinter der immer divergierende Meinungen existiert hatten¹⁵⁰, aufgegeben. Weitere wichtige Organisationselemente des PCI waren die Aktivität an der Basis und die Öffentlichkeitsarbeit. Die Arbeit der Kader in den Stadtteilen, in den Fabriken, in den Kulturhäusern der Partei, die Teilnahme an Schulungen, das Engagement der Parteimitglieder bei der jährlichen „*Festa dell'Unità*“ waren nicht nur „Voraussetzung für den kulturellen und politischen Einfluß der Partei“, sondern galten auch als „Zement“ für die Bindung des Mitgliedes an die Partei (Wieser/Spotts, 1988: 66f.).

Die Partei orientierte sich bis in die 80er Jahre am sowjetischen Modell. Auf seinem XVII. Parteitag (1986) schloß sich der PCI dem europäischen Reformismus an und distanzierte sich explizit vom real existierenden Sozialismus (Wieser/Spotts, 1988: 74; Gundle, 1995: 472). Die starke Bindung an die Arbeiterschaft blieb jedoch bestehen, aus ihr stammten weiterhin ca. 40% der Mitglieder und 29% der Delegierten (Drücke, 1986: 148). Das „operaistische Ghetto“ und die schwerfällige Organisationsstruktur erwiesen sich als Nachteil bezüglich notwendiger Adaptionsprozesse an die Veränderungen in der Gesellschaft, wie z. B. den zahlenmäßigen Rückgang der Arbeiterschaft (Merkel, 1983a: 342).

¹⁵⁰ Dies zeigen die zahlreichen Parteiausschlüsse und -austritte von Intellektuellen, die mehr Meinungsfreiheit in der Partei forderten, z. B. 1956 nach dem Einmarsch der sowjetischen Truppen in Ungarn sowie im Vorfeld und nach den Studentenunruhen 1968, als die Führungs- und Kontrollmethoden der Partei und theoretische Fragen der Gesellschaftsanalyse thematisiert wurden (Gundle, 1995: 211, 268ff.). Eine Öffnung erfolgte in den 70er Jahren, als der PCI begann, sich mit der Jugendkultur auseinanderzusetzen, und im Zusammenhang mit der Kampagne zum Scheidungsgesetz Kontakte zu Linkskatholiken entstanden (ebd., 456ff.). Formal aufgegeben wurde die Unfehlbarkeit der Partei beim XVII. Parteikongreß 1986, die Strukturen und Ziele des PCI sollten fortan einer kritischen Prüfung unterzogen werden (ebd.: 472).

Neben der Gesellschaftsanalyse war auch der Kulturbegriff vom Marxismus und insbesondere von der Interpretation Gramscis geprägt, allerdings war die Umsetzung der Konzepte problematisch. So lag in der Partei bei vielen Exponenten, z. B. bei Togliatti und Marchesi, ein traditionelles idealistisches Kulturverständnis vor, wenngleich die theoretischen und programmatischen Aussagen des PCI zum Kulturbegriff durchaus Neues enthielten: Als Träger von „Kultur“ wurden die Arbeiterklasse und ihre lebensweltlichen Inhalte und Werte ins Zentrum gerückt¹⁵¹. Der geistigen Elite wurde zwar die Führungsfunktion zugeordnet, gleichzeitig aber die Verankerung des Geistigen in der materiellen Realität betont, ohne welche Kultur ein abgehobener, leerer Begriff bleibe.

Im Parteileben blieben dies allerdings Minderheitenpositionen, zumal die Umsetzung eines neuen Bildungsbegriffes sich als eher schwierig herausstellte. Infolge dessen bildete sich eine Widersprüchlichkeit heraus, in der einerseits die Kultur der einfachen Bevölkerung idealisiert wurde, andererseits aber angesichts des Hereinbrechens der amerikanischen Unterhaltungskultur und der Verbreitung des Fernsehens das elitäre Kulturverständnis im PCI sich als dominant erwies, in dem diese neue Massenkultur dämonisiert und aus Furcht vor Verflachung bekämpft wurde, wenngleich ihr keine gleichermaßen attraktive Alternative entgegengesetzt werden konnte (Gundle, 1995: 272).

Bildung als politisches *issue* wurde vom PCI erst spät entdeckt. Im theoretischen Rahmen wurde sie als Voraussetzung für die Emanzipation des Proletariats zum bewußten und kritikfähigen Subjekt gefaßt, ihre Funktion sollte nicht die Zuordnung in die gesellschaftliche Hierarchie als Unterscheidungsmerkmal der Eliten sein (vgl. die Position von Vittorini, Teil 2, Kap. 1.), sondern sie wurde als Instrument zur Transformation der Gesellschaft konzipiert (Gundle, 1995: 361). Diese Interpretation von Erziehungsinstitutionen als Herrschaftsapparate wurde in ihrer Radikalität und als Ausdruck der Widersprüchlichkeit der Partei zwischen Idealismus und Neomarxismus deutlich in der Position des PCI zur Reform der Mittelschule, als der Lateinunterricht von kommunistischen Exponenten verteidigt wurde, aber die Kritik an der Reform wegen der Beibehaltung dieses Faches den Klassencharakter der neuen Mittelstufe unterstrich. Ferner kann mit dem Konzept des Herrschaftsapparates die kompromißlose Ablehnung privater, in Italien hauptsächlich katholischer Schulen erklärt werden: Zwar wurde eine direkte Konfrontation mit dem Vatikan vermieden, aber die Überlappung zweier Institutionen, der politisch-ideologischen und der religiösen Macht in Gestalt der von der Regierungspartei unterstützten Privatschulen, wo der politische Gegner sich eines ideologischen

¹⁵¹ Als Ausdruck dieser neuen Kultur können der Neorealismus im italienischen Film und Schriftsteller wie Pratolini, Fenoglio u.a. genannt werden (Gundle, 1995: 47f.).

Herrschaftsinstrumentes (Schule) in Kollusion mit der religiösen Macht bediente, entsprach einer Potenzierung der gegnerischen Möglichkeiten, gegenüber der die Partei in starre Opposition verfiel. In dieser theoretischen Konzeption fehlte der Einbezug der empirischen Realität, in der eine bruchlose Übertragung von Herrschaftswissen und entsprechenden Verhaltensweisen nicht stattfand. Insofern gerann der Ansatz des PCI zur Ideologie, die eingeschränkte Wahrnehmung der gesellschaftlichen Wirklichkeit behinderte eine Anpassung der theoretisch bestimmten politischen Linie an veränderte Bedingungen, so daß die Positionen des PCI oft maximalistisch und rigide erschienen.

Die Rolle des PCI im politischen Entscheidungsprozeß war zunächst die der Opposition, die keine Kompromisse zu schließen bereit war. Dazu bestand auch keine Veranlassung, da, im Gegensatz zum PSI, eine Veränderung des Status der Partei nicht zugelassen wurde (Antisystempartei). Später, beginnend in der Phase der konsoziativen Tendenzen während des historischen Kompromisses, erhöhte der PCI, im Zuge der informellen Regierungsbeteiligung deutlich seine Kompromißbereitschaft, was durch die teilweise Verlagerung der Gesetzgebung in Ausschüsse erleichtert wurde. Im reduzierten Rahmen waren Zugeständnisse möglich, ohne das Image der Partei zu schädigen. Es blieben die Maximen der Chancengleichheit und des ausschließlich öffentlichen Schulsystems zu deren Realisierung als Prinzipien der Schulpolitik bestehen. Das Konzept eines öffentlichen Schulsystems, dessen Aufgabe insbesondere im Rahmen der Schulpflicht die Vermittlung von Basiswissen ist und das außerhalb des Pflichtbereiches von einem regionalen berufsbildenden System flankiert werden sollte, eine in die Gesellschaft integrierte Schule, in der nicht allein auf die Kompetenz von Pädagogen und Lehrern gebaut werden sollte (z. B. im Versuch, in den *decreti delegati* die Rolle von nicht-lehrendem Personal, Eltern, auch Elementen der Umgebung zu stärken), war immer in der politischen Linie des PCI erkennbar.

Unter Berlinguer erscheinen die alten Streitthemen erneut: Verlängerung der Schulpflicht, Verhältnis zwischen privaten und öffentlichen Schulen, berufsbezogene vs. propädeutische Sekundarstufe. Unter veränderter politischer Konstellation hat der linksdemokratische Schulminister ein Projekt entworfen, in dem die Schulpflicht nach dem Modell des PRI in den 80er Jahren erfüllt werden soll, dessen Definition des juristischen Status der Privatschulen von katholischer Seite mit Zufriedenheit aufgenommen worden ist, das sich vom System der konkurrierenden Schulen eine Steigerung der Effizienz verspricht, womit Forderungen aus Wirtschaftskreisen entsprochen wird, das berufsbezogene Aspekte in der Sekundarstufe einführt (allerdings noch nicht klar definiert hat). Es scheint eine Strategie vorzuliegen, an verschiedenen Fronten möglichst breiten Konsens herzustellen. Das Projekt ist nicht frei von Widersprüchen, nicht zuletzt die Einrichtung eines zentralen Bewertungssystems verdeutlicht ein Paradox: Die

Dezentralisierung macht eine zentrale Bewertung und Kontrolle erforderlich, die angestrebte Entbürokratisierung produziert einen neuen Apparat von staatlichen Bewertern und Kontrollinstanzen. Dennoch ist dem Minister zugute zu halten, daß er die rigide Haltung der Partei aufgegeben, sowohl durch Diskussion als auch Zugeständnisse das Thema stark aufgewertet und eine Perspektive eröffnet hat, die bislang glaubhaft auf das Ziel einer großangelegten Reform gerichtet ist.

6. Konsensstrategien

Den bisherigen Ausführungen zu den Besonderheiten des politischen Systems ist zu entnehmen, daß die beiden Parteien sich in einem stark antagonistischen Verhältnis zueinander befinden, das sich auf die Ebene der sichtbaren Politik bezieht und aus der Notwendigkeit zur Abgrenzung resultiert, die durch das *cleavage* katholisch vs. kommunistisch provoziert wurde. Der äußere Rahmen der Schulpolitik wird so von der Problematik der *metapolitics* vorgegeben, diese aber finden unter den gegebenen Bedingungen keine Realisierung und werden in das rhetorische „Abseits“, die weitgehend ergebnislosen Diskussionen im Bereich der Grundsätze geschoben. Damit ist das Phänomen der „Nicht-Politik“ und das Vorherrschen von Teilmaßnahmen, *micropolitics*, als Spezifikum Italiens erklärt, das auch in der Schulpolitik vorliegt.

Über die Feststellung der Unzulänglichkeit der politischen Maßnahmen hinaus ist jedoch die Frage zu stellen, ob nicht doch eine Strategie vorliegt, die funktional auf den Weiterbestand des Systems bezogen ist. Es wäre doch anzunehmen, daß dauerhaft ungeeignete Politik nicht nur Protest, sondern langfristig auch Abwendung von den politisch Verantwortlichen zur Folge hätte. Während ersterer zwar der Form von Demonstrationen, Schulstreiks und -besetzungen sich in Italien zu verschiedenen Zeitpunkten mit unterschiedlichem Erfolg artikulierte, ist die zweite, langfristige Reaktion zum Erstaunen der Beobachter ausgeblieben: die christdemokratische Partei, die von 1948 bis 1992 ununterbrochen Regierungspartei war und das Schulministerium ebensolange, mit nur kurzen Unterbrechungen kontrollierte, wurde weniger vom Wähler als von der Justiz aus der politischen Arena befördert. Es stellt sich auch für den Schulbereich die Frage, wie die beschriebene Politik sich zur Notwendigkeit der Herstellung von Konsens verhält.

Diese Frage soll zunächst vor dem Hintergrund der allgemeinen Akzeptanz von Politik in Italien kommentiert werden. Eine Studie zur politischen Legitimität der Demokratie¹⁵² in den Mittelmeerländern Portugal, Spanien, Italien und Griechenland zeigt unter verschiedenen

¹⁵² Morlino/Montero (1994): Legittimità, consolidamento e crisi nell'Europa meridionale.

Aspekten eine geringere Legitimität des Politischen in der italienischen Bevölkerung. Es wird festgestellt, daß zwar insgesamt ein hohes Niveau von Legitimität der demokratischen Staatsform in den untersuchten Ländern vorliegt, aber unter den italienischen Befragten kritische und autoritäre Einstellungen stärker verbreitet sind und daß die Effizienz der Demokratie vergleichsweise schlechter eingeschätzt wird als in den anderen Ländern. Das Verhältnis zwischen uneingeschränkten Befürwortern der Demokratie und Kritikern beträgt 8:1 in Portugal und Griechenland, 6:1 in Spanien und nur 3:1 in Italien (Morlino/Montero, 1994: 35f.). Während der Grad der Zufriedenheit mit der Demokratie in den drei Ländern dem europäischen Durchschnitt entspricht, liegt er in Italien deutlich darunter¹⁵³. Allerdings wird aufgrund der relativ geringen Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie nicht antidemokratischen Lösungen der Vorzug gegeben, die Wahrnehmung von geringer Effizienz verweist auf einen schwachen Zusammenhang zwischen Legitimität der Staatsform und Effizienz der Regierung (ebd.: 40). Auf die Frage, welches Gefühl Politik bei den Befragten hervorrufe, antworteten 27% der Italiener mit: Ärger, Widerwille; 25% mit: Interesse, Begeisterung und Einsatzbereitschaft; knapp die Hälfte empfand Gleichgültigkeit, Mißtrauen, Langeweile (ebd.: 51). Dazu trägt eine eher geringe Sympathie für die Parteien bei, die mit 4,1 Punkten das Minimum erhalten (in einer Skala von 1 bis 10) gegenüber Gewerkschaften (4,5), Kirche (6,7), Institutionen (6,3) und Polizei (7,1; Maximum); 45% der befragten Italiener äußern ein negatives Urteil über die Parteien (ebd., 59).

Es liegt also trotz grundsätzlicher Akzeptanz der Demokratie ein verbreitetes schlechtes Verhältnis zur Politik in ihrer konkreten Erscheinungsform vor, das aber weder zu Handlung motivierte noch Alternativen attraktiver machte. Dem geringen Legitimitätsniveau der politischen Klasse entspricht ein wenig rationales Verhältnis breiter Wählerkreise zu derselben, wie den Ausführungen in Kapitel 3.4. zum Stichwort Personalismus zu entnehmen ist. Es werden hier drei Ansätze diskutiert, die zur Herstellung von Konsens, oder, umgekehrt: zur Reduktion von Konflikten, von Bedeutung sind. Es handelt sich um

- (1) zwei Strategien der kompensatorischen Legitimation: Planung und Partizipation bzw. Demokratisierung (Weiler),
- (2) ein Element der italienischen politischen Kultur, die klientelistische Beziehung, die sich als „alternative“ Strategie zur Herstellung und Kontrolle von Konsens bewährt hat,
- (3) Ungleichheit als Basis für Konsens.

¹⁵³ Nach der „Eurobarometer-Untersuchung“ des Jahres 1990 liegt der EG-Schnitt bei 62%, in Italien dagegen bei 21% der Befragten (zit. n. Morlino/Montero, 1994: 37).

(1) Weiler entwickelt vor dem theoretischen Hintergrund der Legitimationskrise des modernen Staates¹⁵⁴ Muster „kompensatorischer Legitimation“, die sich bei Phänomenen der Bildungspolitik nachweisen lassen. Gerade die Sozialisations- und Allokationsfunktion von Bildungspolitik bewirke, daß einerseits Bedarf an signifikanter Veränderung vorliege, daß diese andererseits aber Konflikte beträchtlichen Ausmaßes generiere. Konflikte wiederum sind Gegenstand von Reformpolitik, müssen eingehegt und reduziert werden, um den Konsens als Grundlage der staatlichen Autorität zu wahren oder wiederherzustellen (Weiler, 1989: 291). Dabei betont er, daß das Scheitern von Reformen ebenso politisch funktional und wissenschaftlich instruktiv sein kann wie das Gelingen. Er zeigt anhand von Beispielen (Frankreich, Deutschland), wie Reformpläne zwar in der Öffentlichkeit zur Diskussion gestellt, geplant, in Aussicht gestellt wurden, aber keine bedeutende Reform durchgeführt wurde. Nach Weiler kann es also vom Gesichtspunkt der politischen Kosten günstiger sein, ein Image von Reformwilligkeit zu erwecken, Reformen aber nicht durchzuführen. Dies wird weiter zugespitzt in der These, daß der moderne Staat grundsätzlich unfähig sei, größere Reformen zu implementieren (ebd.: 303).

Weiler wendet sich direkt der Seite des politischen *Output* zu und untersucht die Hintergründe des Scheiterns. Dabei stellt er fest, daß zwar Diskontinuitäten im makropolitischen Kontext eine Rolle spielen (wie die in Teil 3, Kap. 2. bis 5. ausgeführten Themen), daß diese aber in ihrer Bedeutung für die substantielle Richtung von Bildungsreformen tendentiell überschätzt würden. Weiler argumentiert, daß die Politik verschiedener Regierungsparteien größere Affinitäten aufweise als die Pläne verschiedener Minister ein und derselben Partei; hieraus könne die konjunkturelle Bewegung von Reformprojekten erklärt werden, nicht aber der offensichtliche Kontrast zwischen der anscheinenden Reformaktivität und der fehlenden Realisierung (ebd.: 302f.). Für den in dieser Arbeit untersuchten Sonderfall Italien ist Weilers Unterscheidung aber nicht anwendbar, da im untersuchten Zeitraum die Regierungskoalition immer von der christdemokratischen Partei dominiert war und das Schulministerium mit wenigen Ausnahmen von Repräsentanten der DC geleitet wurde, so daß in erster Linie dieser Partei das Geschehen zuzuschreiben ist. Konjunkturelle Bewegungen, etwa das Ausmaß des *cogoverno* des PCI, sind Folgen äußerer Umstände und reflektierten sich im Zusammenspiel der Politik aller Parteien, können aber (mit

¹⁵⁴ Weiler wie Franchi beziehen sich u.a. auf Arbeiten von Habermas und Offe. Im Unterschied zu diesen verfolgt Weiler nicht die demokratietheoretische Frage des Verhältnisses dieser Strategien der „gezielten Manipulation“ zum Ausgleich von Legitimationsdefiziten (Habermas, 1973: 100) bzw. der „scheinlegitimatorischen Abstützung“ (Offe, 1972: 143) zur Phänomenologie des Spätkapitalismus und der Systemkrise, die von der Annahme des „Grundwiderspruchs einer gesellschaftlichen Produktion für nicht verallgemeinerungsfähige Interessen“ (Habermas, 1973: 98) ausgeht. Weiler konzentriert sich auf die systematische Beschreibung, Exemplifizierung und Bewertung dieser Strategien für den Bereich der Bildungspolitik in der Perspektive einer Theorie der Bildungsreform, die zum einen auf die Entstehungsphase, zum anderen auf die Implementierungsphase zielt und gerade das Scheitern von Reformen innerhalb dieser Strategien kompensatorischer Legitimation erklärt.

Ausnahme der *correnti*) nicht mit einem Wechsel der Verantwortlichen begründet werden. Dies bestätigt zwar die Weiler'sche These, beruht aber auf Voraussetzungen, die von Weiler nicht vorgesehen sind.

Anhand der Analyse des Verlaufs verschiedener gescheiterter Reformen ermittelt Weiler folgende „Strategien kompensatorischer Legitimation“: Legalisierung oder Vergerichtlichung, Nutzung von rationalen Prozeduren wie Planung und Schulversuche sowie Verstärkung der Partizipation (ders., 1983: 262ff.). Diese liegen auch für das italienische Beispiel vor.

Mit „Vergerichtlichung“ bezeichnet Weiler den am Beispiel der USA und der BRD aufgewiesenen enormen Bedeutungszuwachs von gesetzlichen Normen und gerichtlichen Entscheidungen für Schulpolitik (Weiler, 1983: 263ff.). Dies trifft auf den Fall Italiens nur bedingt zu: hier ist eine Dominanz von Verwaltungsnormen festzustellen, die eine politische Entscheidung ersetzen oder relativieren (so zum Beispiel die Schulversuche in der Sekundarstufe oder die Entschärfung der *decreti delegati* und des *tempo pieno*). Ein Rekurs auf die richterliche Gewalt zur Legalisierung einer politischen Entscheidung ist schon aus dem Grund selten, daß wenige politische und insofern polarisierende Entscheidungen vorliegen. Eine richterliche Entscheidung liegt nur in einem einzigen Fall, zu einem spezifischem Aspekt der Frage der Finanzierung von Privatschulen, vor:

Im ideologisierten Konflikt um die Privatschulen unter katholischer Trägerschaft, der sich durch den gesamten untersuchten Zeitraum zieht, kam es in der letzten Phase (vgl. Teil 2, Kap. 5) zu einem Urteil des Verwaltungsgerichtes, das die laizistische Position in einer Detailfrage bestätigt (der Unterscheidung zwischen staatlichen Zuwendungen für Lehrmaterial und der Finanzierung direkter oder indirekter Art, an Schüler und Schulen, die von religiösen Trägern geführt werden). Da es sich aber nur um einen Teilaspekt handelte, kann festgehalten werden, daß auch hier die Strategie der Vergerichtlichung kaum zur Konfliktreduzierung fruchtbar gemacht wurde.

Als italienisches Beispiel der Strategien der Nutzung von rationalen Prozeduren wie Planung und Schulversuchen als Kompensation angesichts des Scheiterns von Reformen liegt die Nicht-Reform der Sekundarstufe nahe. Wichtig ist in diesem Zusammenhang die Feststellung von Weiler (1989: 291f.), daß die politischen Kosten von durchgeführten Reformen höher sein können als die politischen Kosten, die durch die pure Diskussion über Reformen entstehen. Gerade im Bildungsbereich mit seiner Schlüsselrolle für Allokation und Sozialisation riskiere Politik in besonderem Maße, von konfligierenden Werten blockiert zu werden und steht gleichzeitig wegen der hohen Wertladung des *issue* unter großem Legitimationsdruck (ders.: 1983: 261). In dieser prekären Situation eignen sich Planung und experimentelle Maßnahmen zur Legitimation, ohne die politischen Kosten der Durchführung einer Reform, die immer Gegner finden würde, auf sich

nehmen zu müssen. Während Planung in der italienischen Schulpolitik kaum vorfindbar ist, sind Versuchsprojekte seit Mitte der 70er Jahre ein Kennzeichen der italienischen Schulrealität. Die jahrelange Diskussion um die Reform und deren Ersatz in Gestalt von Klein- und Großprojekten passen sich gut in die Argumentation Weilers ein: Die lang andauernden, intensiven Auseinandersetzungen und die Präsentation von immer wieder neuen Reformprojekten fungierte, zumal eine Reform zeitweise machbar schien, als Mittel der Legitimationsbeschaffung, während die politischen Kosten, die bei der Durchführung einer Reform aufgetreten wären, vermieden wurden. Zusätzlich agiert wurde in Form von Projekten; hier allerdings fehlt ein bei Weiler nicht unwichtiges Kriterium: die Rationalität des Verfahrens. Gerade diesem Aspekt kommt bei Weiler eine erhebliche Bedeutung für die kompensatorische Legitimation zu, da die Wissenschaftlichkeit der Projekte die Schärfe der antagonistischen politischen Einschätzungen reduzieren könnte (ders., 1989: 300). Eine wissenschaftliche Begleitung der Versuchsprojekte und Auswertung der Ergebnisse fand in Italien aber nicht statt. Dies führt zurück zum Merkmal der politischen und Schulkultur Italiens, zu den Spuren des Idealismus und zu den geringen Anforderungen an abstrakt rationales, an Programme gebundenes, verbindliches Verhalten, die an die politische Elite gestellt werden.

Die Erhöhung der Partizipationsmöglichkeiten als Gegenstrategie in der Legitimationskrise untersucht Weiler am Beispiel der Mitgestaltung der Bildungsgänge, die er als den greifbarsten und detailliertesten Ausdruck der Ziele eines Bildungssystems versteht (ders., 1983: 273). Partizipation wurde in der italienischen Schulpolitik nicht gezielt in diesem Sinne genutzt. In den *decreti delegati* (vgl. Teil 1, Kap. 1.3 und Teil 2, Kap. 3) kann aber eine Ausweitung der Partizipation unter politischen und didaktischen Aspekten gesehen werden. Es handelt sich um die Beteiligung und Gestaltungsmöglichkeiten von Eltern, Schülern, Lehrern und anderen Interessierten am Schulgeschehen, um Repräsentanz von Interessen und um Gremien, die als politisch bezeichnet werden können, da sie als Demokratisierung der Entscheidungsprozesse intendiert waren. Der Weilerschen Argumentation näher kommt die Einführung der didaktischen Autonomie der Lehrer; hier allerdings bleibt Partizipation auf das Fachpersonal beschränkt und kann also die Breitenwirkung von kompensatorischer Legitimation schwerlich entwickeln.

(2) Unter Klientelismus wird im politikwissenschaftlichen Sinn ein spezifischer Modus der Machtausübung von einer dominanten Partei verstanden, die in Folge einer Transitionskrise der traditionellen klientelistischen Beziehung (die zur nicht in die nationale Gesellschaft integrierten ruralen Gemeinschaft gehört) in Phasen der Modernisierung entsteht. Es geht dabei um ein Tauschgeschäft, in dem Parteioxponenten und -funktionäre ihren Zugang zu öffentlichen Ressourcen für ihre Zwecke instrumentalisieren und Begünstigungen verschiedener Art gegen Wählerstimmen gewähren (Graziano, 1974: 12). Diese Strategie zur Schaffung von Konsens

praktizierte die Christdemokratische Partei seit den 50er Jahren im Süden des Landes, wo Unterentwicklung in vielfacher Hinsicht und politische Hegemonie der DC zusammentrafen, und sicherte sich so mit großem Erfolg die zentrale Machtposition. Von der traditionellen Macht der *notabili* über die ins parteipolitische übertragene dyadische klientelistische Beziehung hat sich das Phänomen weiterentwickelt und „modernisiert“ in einen Massen-Klientelismus, der ganze Kategorien, Gruppen und Organisationen „einfängt“ (Fritzsche, 1987: 113). Ferner hat diese Entwicklung die klientelistische Praxis über die Grenzen der meridionalen Gesellschaft hinauswachsen lassen, inzwischen, nach den Ermittlungen gegen die ehemaligen Regierungsparteien, wird seine Omnipräsenz im Begriff „Kleptokratie“ charakterisiert, die vom Palermo eines Luciano Lama bis zum Milano des Bettino Craxi gereicht habe (De Bernardi, 1994: 86). Bei den Ermittlungen in Milano stand die Sozialistische Partei im Mittelpunkt, die ebenfalls Vergünstigungen bei der Arbeit und Arbeitsstellen gegen Wählerstimmen tauschte¹⁵⁵ (Gribaudi/Musella, 1998: 133ff.). Wichtig ist festzuhalten, daß es sich dabei nicht um Einzelfälle, sondern um ein konsolidiertes System handelte (Berselli, 1995: 248), um eine verbreitete Praxis, welche sämtliche sozialen Bezüge durchdrang (Gribaudi/Musella, 1998: 132). Es handelte sich also um eine Kultur, die nicht nur auf der Ebene der politischen Eliten, sondern auch in den Einstellungen der Bürger präsent ist und sich z. B. im fehlenden Vertrauen in eine auf meritokratischen Kriterien basierende soziale Mobilität und im passiven Konsens zum bestehenden System äußert (Gribaudi, 1980: 11). Wichtig für die hier verfolgte Argumentation ist, daß ein Tauschgeschäft zustandekommt, das in den meisten Fällen den Zugang zu oder Verbesserung der Chancen im Bereich der Erwerbstätigkeit zum Inhalt hat.

Klientelistische Praktiken eingesetzt zu haben ist nun ein verbreiteter Vorwurf gegen die italienische Schulpolitik, doch wird dabei selten spezifiziert, worin diese Praxis bestanden haben soll. Zwei Bereiche können aber unterschieden werden: erstens die Begünstigung der katholischen Schulen, zweitens die Bedeutung von Personalfragen für die italienische Schulpolitik allgemein. Bereits die Tatsache, daß 98% der Haushaltsmittel von Aufwendungen für Lehr- und anderes Personal verschlungen wurden (vgl. Teil 1, Kap. 1.4.), läßt darauf schließen, daß Personalfragen eine besondere Bedeutung zukam. Dazu kommt, daß das italienische Schulpersonal über einen

¹⁵⁵ Gribaudi und Musella (1998: 134) ziehen als Beispiel den ersten Angeklagten, Mario Chiesa, in der folgenschweren Ermittlungsserie der Mailänder Staatsanwaltschaft heran, der seine Position in einem großen Mailänder Krankenhaus (ca. 1.000 Beschäftigte) mit seiner politischen Stellung als Sektionschef des PSI fruchtbar verknüpft hatte. Seine Position als obligatorische Durchgangsstelle für Einstellungen oder Beförderungen auf allen Qualifikationsebenen brachte ihm 1980 19.000 Präferenzstimmen ein. Ein anderes Beispiel wäre der Präsident der Mailänder Flughafengesellschaft, Manzi (PSI). Auch er kaufte Wählerstimmen mit Arbeitsstellen: Nicht einmal ein Gepäckträger sei eingestellt worden ohne eine „politische Prüfung“ abgelegt zu haben. Das Phänomen war keinesfalls auf den Süden beschränkt, allerdings wurde im Süden die Austauschstimme in den Ermittlungen gegen Politiker zum Gegenstand der Untersuchung, während die Mailänder Staatsanwälte den Tatbestand der Bestechung in den Vordergrund stellten (ebd., 132).

juristischen Status definiert war, der kaum Kontrollen und Disziplinierung zuließ (vgl. Teil 1, Kap. 4). Ventura (1998: 224f.) unterstreicht den Einstellungsmodus von Lehrern, durch den Tausende ohne die gesetzlich vorgeschriebenen Prüfungen in unbefristete Arbeitsverhältnisse übernommen worden sind. Diese Methode wird von italienischen Autoren als klientelistisch bezeichnet (z. B. De Fort, 1990: 234). Es handelte sich also um die modernere Form des Massenklientelismus. Ferner fällt auf, daß in Zeiten von rückgehenden Schülerzahlen die Einstellung von neuen Lehrern nicht zurückging, worin sich die personalbezogene, distributive Ausrichtung der italienischen Schulpolitik bestätigt. Es kann allerdings nicht nachgewiesen werden und es ist auch nicht wahrscheinlich, daß diese Einstellungen massiv über den Tausch gegen Wählerstimmen erfolgt sind: sie erklären sich eher aus der Korporativierung der Schulverwaltung, da dort der Lehrkörper besonders nach 1974 an Relevanz als „Instrument des Selbstschutzes“ gewonnen hat (Gigante, 1988: 281).

Soweit zu den allgemein verbreiteten, eher unpräzisen Vorstellungen zu Klientelismus im italienischen Schulwesen. Eine andere Perspektive eröffnet sich bei der Betrachtung des Phänomens Klientelismus von der Seite der Nützlichkeit der Titel auf dem Arbeitsmarkt.

Es ist zu beobachten, daß beim Übergang zum Arbeitsmarkt die Qualifikation in Form eines Bildungsabschlusses die persönliche Beziehung zu einflußreichen Personen nicht ersetzt hat, sondern daß ein Abschluß nur als notwendige, aber nicht hinreichende Voraussetzung angesehen werden muß¹⁵⁶. Dafür sprechen zwei Phänomene (vgl. Teil 1, Kap. 4):

- zum einen zeigte es sich, daß individualistische und familistische Strategien bei der Arbeitssuche verstärkt angewandt werden und zum Erfolg führen: Bei der Arbeitssuche steht also weiterhin die interpersonale Dimension im Vordergrund steht und nicht Institutionen (Arbeitsamt, -vermittler) oder die Qualifikation (Cavalli/ De Lillo, 1997: 37ff.);
- zum anderen zeigen Untersuchungen, daß abgehende Schüler oft eine der Ausrichtung ihrer schulischen Ausbildung überhaupt nicht entsprechende Tätigkeit annehmen. Dies läßt darauf schließen, daß der Lehrstoff in der Schule nur wenig auf das spätere Erwerbsleben vorbereitet (Provincia di Bologna, 1995: 183ff.; Cavalli/De Lillo, 1993: 56ff.).

Diese Phänomene werden als Hinweise dafür verstanden, daß der Zugang zum Arbeitsmarkt von der Schulkarriere abgekoppelt und der Nutzen des Titels also nicht direkt ersichtlich ist. Gerade weil Qualifikation nur ein formaler, kein spezifischer (bestimmte Kenntnisse garantierender) Titel ist, kann der klientelistische Mechanismus in Funktion treten: Bildung als Titel zählt nur als

¹⁵⁶ Diese Feststellung ist seit Jencks u. a. (1973) schon fast ein Allgemeinplatz der Bildungssoziologie - nicht geklärt ist aber die Frage, welche Attribute denn nun mehr oder weniger zählen.

formales Zugangskriterium, entscheidend bleiben die „Beziehungen“, die „Empfehlung“. In der klientelistischen Logik existiert Bildung nur als Formalität, Bedingung für den Zugang zu einer Stelle ist der politische Nutzen einer Vermittlung. Bildung als Titel und Qualifikation treten auseinander. Diese Rolle des Titels aber ist nicht an ein qualifizierendes Schulsystem gebunden. Der neuralgische Punkt für die Frage, wie ein nichtqualifizierendes System dennoch eine Funktion übernehmen kann, wird hier also am Übergang auf den Arbeitsmarkt verortet: hier zeigt sich, daß Angebot und Nachfrage sich nicht unbedingt um das Kriterium „Qualifikation“ bewegen. Das Verständnis von Bildung als einzigem Aufstiegskanal wird hier also relativiert bzw. kann als wenig realitätsnah angesehen werden.

Es kann nicht abgeschätzt werden, wie verbreitet dieser Mechanismus in der Realität ist. Allerdings ist unübersehbar, daß die Expansion des Tertiärsektors, die Ende der 50er Jahre einsetzte und mit der Einrichtung der Regionen 1970 eine zweite Welle erfuhr, und die sich zu gutem Teil im öffentlichen und halbstaatlichen Sektor abspielte, ein fruchtbares Terrain dafür abgab¹⁵⁷. Außerdem ist anzunehmen, daß die Selektion am Arbeitsmarkt sich in eine breiter aufzufassenden „klientelistischen“ Logik weiterentwickelt hat, wo nicht unbedingt politischer Nutzen zählt, sondern Vergünstigungen und Tauschaktionen verschiedenster Art¹⁵⁸ stattfinden.

Als ein Mechanismus, der die dargestellten lückenhaften und formalen Maßnahmen neu ausleuchtet, wird also die geringe Bedeutung von Qualifikation in der klientelistischen Logik verstanden. Dieser Mechanismus ist funktional auf die Konsensbildungsstrategie der DC bezogen: Nur solange Bildung als Qualifikation nicht den einzigen Mobilitätskanal darstellt, können kollaterale Kanäle wie der klientelistische genutzt werden, über die einer Partei ihre Vermittlerrolle zuwächst und die sie kontrolliert. Insofern erweist sich die Politik der DC als rational in dem Sinne, daß die für sie günstigen Bedingungen so wenig wie möglich angetastet wurden.

Als Koalitionspartner der DC ist auch der PSI in die Vermittlerposition „hineingewachsen“, bereits in den 60er Jahren wurden im PSI klientelistische Praktiken angewandt. Besonders skrupellos wurde unter Craxi verfahren, als, wie bereits von der DC im Süden, vor dem Hintergrund der Funktionsdefizite der staatlichen Institutionen „Rechte in von Politikern gewährte

¹⁵⁷ Nach Scharff hat sich die Zahl der direkten und mittelbaren Staatsbeamten und der Angestellten lokaler Konsortien zwischen 1948 und 1977 von rund 1,3 auf 3,6 Millionen erhöht (Scharff, 1989: 153f.). Unabhängig davon, ob in anderen Ländern eine ähnliche quantitative Ausweitung stattgefunden hat, soll damit gezeigt werden, daß es sich um eine relevante Anzahl von Stellen gehandelt hat, die mit großer Wahrscheinlichkeit nach klientelistischen und Parteikriterien besetzt wurden.

¹⁵⁸ Die Ineffizienz des öffentlichen Bereichs schafft hier unendliche Möglichkeiten, angefangen von der bevorzugten Behandlung, z. B. bei einem Termin für Operationen oder aufwendige Untersuchungen, bis hin zum „Nachhelfen“ bei den unzähligen *concorsi*, den Auswahlprüfungen für eine Stelle im öffentlichen Dienst.

Privilegien“ transformiert wurden (Braun, 1996: 43). Der PCI war zwar dagegen nicht immun, allerdings lagen erstens für diese Partei andere Bedingungen vor, da sie nur im regionalen Rahmen in der Regierungsposition war und deshalb keinen vergleichbaren Zugang zu Ressourcen hatte. Zweitens war das von DC und PSI mit Zynismus betriebene System für den PCI – trotz dessen autoritärer Struktur – nur schlecht damit vereinbar, daß er „den kleinen Mann“ nicht als politisch nützlichen Bedürftigen, sondern als zu entwickelndes Subjekt zu integrieren trachtete.

Was im PCI ebenso wie in den anderen Parteien praktiziert wurde, ist die Praxis der *lottizzazione*, der Stellenbesetzung nach Parteikriterien, bei der ebenfalls Qualifikation als Kriterium nicht unbedingt an erster Stelle steht. Da aber die kommunistische Partei in den Regionen des „roten Gürtels“, wo sie kontinuierlich die stärkste Partei war, ein vergleichsweise gut funktionierendes System aufgebaut hat und ferner in den Korruptionsprozessen nur mit Einzelfällen beteiligt war, kann wohl davon ausgegangen werden, daß die Partei ihre politische Praxis nicht systematisch auf diese Praktiken im Schatten der Legalität aufgebaut hat.

(3) Ungleichheit als Faktor in der Konsensbildung wird von Pizzorno (1974: 315-338) thematisiert. Er unterscheidet zwischen zwei Idealtypen von Strategien zur Gewinnung von gesellschaftlichem Konsens: die Institutionalisierung von kollektiven Forderungen und die individualistische Organisation des Konsens. Erstere beruht auf der Existenz von sozialen Gruppen, die gleiche Interessen teilen und diese organisiert über Repräsentanzstrukturen zu präsentieren fähig sind, welche auf grundlegender Solidarität beruhen. Die Interessenvermittlung findet in diesem Fall in der Organisation der Repräsentanz statt, in der Konflikte verarbeitet und Konsens definiert wird. Diese erste Strategie ist unschwer dem PCI zuzuschreiben. Die zweite Strategie beruht auf vorhandenen Ungleichheiten, die Dissens und Abkehr vom System provozieren könnten, diese aber wendet, indem ein Interesse daran erzeugt und die Chance als realistisch erfahren wird, die vom System zur Verfügung gestellten Vorteile zu nutzen. Dabei wird der Verbesserung der Bedingungen im individuellen Rahmen der Vorzug gegeben vor kollektiven Vorteilen. Pizzorno weist darauf hin, daß es sich bei diesen Strategien um Idealtypen handle, die in keiner historischen Situation in dieser Reinheit vorlägen, aber daß ein deutliches Vorwiegen eines dieser Typen nachgewiesen werden könne – für die individualistische Konsensstrategie sei dies in der italienischen Republik und in gewissem Ausmaß in der Politik Giolittis der Fall gewesen (ebd.: 322).

Faktische Ungleichheit ist insbesondere deshalb die gesellschaftsstrukturelle Grundlage der Organisation des Konsens' seitens der christdemokratischen Partei, weil in ihr die Mittelschichten eine zentrale Rolle spielt. Die Mittelschichten sind im Unterschied zur Arbeiterklasse, auf die sich der PCI, unabhängig von deren Quantität wie qualitativer Konsistenz, bis in die 80er Jahre

bezogen hat, durch ihre Heterogenität charakterisiert (Selbständige vs. abhängig Erwerbstätige, im Produktions- oder Dienstleistungssektor Beschäftigte, Land- bzw. Stadtbevölkerung), bzw. sie definiert sich negativ, in der Abgrenzung gegenüber Bauern und Arbeitern: Die unterschiedlichen Interessen der Mittelschichten sind daher kaum kollektiv organisierbar. Ein Beispiel für die Heterogenität des Mittelstandes und dessen Interessen für den Bereich der Bildung wäre der unterschiedliche Zusammenhang zwischen Bildung und Beschäftigung in den verschiedenen Segmenten der Mittelklassen. Wie Schizzerotto (1982: 224ff.) nachgewiesen hat, liegt bei Unternehmern und in geringerem Ausmaß bei Selbständigen nur ein schwacher Zusammenhang zwischen Position und Schulabschluß vor, im Gegensatz zu den Angestellten, wo der Titel für den Zugang zur Berufsposition von zunehmender Bedeutung ist. Insofern bestanden in den verschiedenen Bereichen des Mittelstandes unterschiedliche Erwartungen und Bedürfnisse gegenüber dem Bildungswesen. Dies minderte zum einen die Notwendigkeit einer klaren politischen Vorgabe, zum anderen wurde die Bedeutung der Qualität von Bildung auf dem Arbeitsmarkt dadurch relativiert, daß gerade jene Beschäftigungen, die verstärkt auf schulischer Bildung basierten und das größte Absorptionsreservoir in der wirtschaftlichen Entwicklung darstellten, in großem Umfang im öffentlichen Sektor klientelistisch vermittelt wurden.

Stabilisierend wirkt außerdem, daß zwischen der Strategie der individualistischen Mobilisierung des Konsens' und der meritokratischen Logik des Bildungsbereiches eine Strukturaffinität vorliegt. Beide rekurren auf das Individuum, das potentiell Chancen erhält, das diese zu nutzen imstande ist oder aber versagt, was wiederum auf die individuelle (Fehl-)Leistung zurückgeführt wird. Die Qualität dieser „Chancen“, wie sie sich z. B. im rein formal modifizierten, stark heterogenen Schul- und Universitätswesen darstellt, und die Frage, ob unter diesen Umständen jedes Individuum ähnlich gute Aussichten auf Erfolg hat, bleibt dabei ausgeblendet - hier könnten nur kollektiv formulierte Ziele greifen. Diese aber werden in der als „Vermittlung“ charakterisierten Politik der Christdemokraten nicht konzipiert, da diese sich um die Mittelschichten als sozialer Basis zentriert, deren Heterogenität nutzt und in einzelnen *issues* politisch abhandelt. Insofern kann festgestellt werden, daß Heterogenität als ein funktionales Grundelement und nicht als Makel der christdemokratischen Politik in Italien zu sehen ist: sie galt es nicht zu beseitigen, sondern zu perpetuieren; sie wurde weder propagiert noch ideologisch verfaßt und konnte deshalb neben unscharfen und politisch auslegungsbedürftigen Begriffen wie dem der Chancengleichheit bestens weiterbestehen. Kritik an der politischen Praxis der DC ging deshalb weitgehend ins Leere, weil sie die ideologische Ebene nie verließ, und die pragmatische Dimension, der die kulturellen Voraussetzungen (Partikularismus, Klientelismus, Personalismus) und die historische

Entwicklung (Veränderung der Zusammensetzung in der sozialen Schichtung)
entgegenkamen, nicht thematisierte und auflöste.

Abschließende Bemerkungen

Anhand von Leitthemen, die nicht unbedingt der systematischen Anordnung des Textes folgen, sondern sollen nun im Rückblick zentrale Aspekte der Arbeit knapp zusammengefaßt werden. Dabei werden Zusammenhänge hervorgehoben, die bisher nicht in dieser Form im Vordergrund standen.

Das italienische Schulsystem und weite Bereiche der diesbezüglichen Literatur sind durchdrungen vom Leitbild der **idealistischen Kultur**. Diese wird kaum als eigenes Thema aufbereitet, weder in der italienischen Literatur noch in der vorliegenden Arbeit, sondern manifestiert sich hauptsächlich in Details und „zwischen den Zeilen“. Als direkte Erbschaft des Idealismus ist der Aufbau des Schulsystems anzusehen, wie es von Gentile eingeführt wurde, in dem ein elitärer Bildungsbegriff und der Primat der humanistischen Bildung Ausdruck finden. Die damals explizit der Schule zugeordnete Funktion, die gesellschaftliche Hierarchie zu festigen, wurde in der italienischen Republik langsam und unvollständig aufgelöst. Ein Weiterbestehen der idealistischen Kultur kann anhand von drei Beispielen gezeigt werden.

Bei der Reform der Mittelstufe 1963, einem Zeitpunkt, als die Bedeutung von technischem Wissen für die wirtschaftliche Entwicklung ins Bewußtsein trat, war ein wichtiges Thema in den Auseinandersetzungen der Lateinunterricht. Die Breite des Diskurses und die Tatsache, daß nicht die politische, sondern die akademische Zugehörigkeit, der „Stand“, die Position der Verfechter charakterisierten (wie im Fall des Kommunisten Marchesi), zeigen, wie weit noch das Bildungskonzept des Idealismus den politischen Diskurs beherrschte, selbst zu einem Zeitpunkt, wo diesem klare Grenzen gesetzt wurden. Es wurde - ohne den PCI - ein Kompromiß gefunden, der die Beibehaltung des Faches, das für klassenspezifische Bildung stand, mit dem Postulat der Demokratisierung in Einklang brachte. Die Reduzierung, nicht die Abschaffung des Lateinunterrichtes, insbesondere die Beibehaltung seiner determinierenden Funktion hinsichtlich der weiteren Optionen im Schulsystem, erfüllte beide Bedingungen, humanistisches Bildungsideal und Massenschule sollten koexistieren.

Ein anderer Hinweis auf eine zugrundeliegende idealistische Kultur ist das problematische Verhältnis zur Empirie. Es wurde in Bezug auf die Verarbeitung der Schulversuche auf die fehlende Auswertung und den Mangel an Methode und Systematik hingewiesen, wodurch dieser empirische Ansatz zur Schulreform unvollständig geblieben ist. Ferner spielte die empirische Herangehensweise eine untergeordnete Rolle sowohl in der Kontrolle des erlernten Stoffes bei Schülern, wo das idealistische Konzept der Entwicklung der Individualität die Anwendung von allgemeingültigen Parametern „verbietet“, als auch in der Fachliteratur. Was letztere betrifft, so liegt erstens häufig eine identifizierbare Nähe des Autoren zu einer Partei oder einer Strömung

vor, was zum Teil zu ideologischer Argumentation, also dem Gegenstück zur Empirie führt. Zweitens wurde, was die Texte betrifft, die auf der Analyse von Daten beruhen, in der vorliegenden Arbeit gezeigt, daß die Daten, wie sie von der amtlichen Quelle ISTAT erhoben werden, in ihrer Qualität kaum geeignet sind, die von italienischen Bearbeitern (Personen und Institutionen) vorgenommenen Schlüsse abzusichern. In diesem Zusammenhang wurde auch die verbreitete Einschätzung der Qualitätshierarchie im Sekundarbereich relativiert insofern, als aufgrund von Stichprobendaten nachgewiesen wurde, daß die Anordnung von humanistischem über wissenschaftliches Gymnasium und technische Fachschulen zu den Berufsfachschulen weitgehend das idealistische Bildungsideal abbildet und die Leistungen der Schüler nur insofern ausdrückt, als die Kriterien der Leistungsbeurteilung ebenfalls diesem Ideal entspringen.

Ein letztes Merkmal, das auf den Einfluß der idealistischen Kultur verweist, ist die Ausbildung der Lehrer. Zwar wurde gesichert, daß beim Lehrer ein bestimmter Wissensstand vorliegt - beim Grundschullehrer durch einen Abschluß nach vier Jahren Sekundarstufe im *Istituto Magistrale*, bei Lehrern der Mittel- und Sekundarstufe durch einen akademischen Abschluß, also reines Fachwissen, weswegen bei letzteren aber die Spezifik der Ausbildung, die Professionalisierung fehlte. Das Erlernen von spezifischen Methoden zur Vermittlung von Wissen wurde lange Zeit nicht in Betracht gezogen. Wieder erscheint ein problematisches Verhältnis zu Systematik und Methode, hier aufgrund des idealistischen Verständnisses von Lernen, das einem individuellen Reifen gleichgesetzt wird, bei dem psychologische und pädagogische Aspekte der Lehrer-Schüler-Beziehung eine größere Rolle spielen als die „Technik des Lehrens und des Lernens“.

Weitere hervorstechende Elemente des italienischen Schulwesens können unter dem Begriff der **Heterogenität** subsumiert werden, welche sich in unterschiedlichen Bereichen zeigt.

Es wurde festgestellt, daß sowohl in geographischer Hinsicht in den unterschiedlichen Landesteilen als auch in den drei Schulstufen sowie den Schultypen in der Sekundarstufe keine homogene Qualität des Bildungsangebots vorlag.

Sowohl das historische Nord-Süd-Gefälle als auch die Dimension Zentrum-Peripherie haben sich auf die Qualität im Schulsystem ausgewirkt. Es liegt ein Gefälle von Norden nach Süden vor, das durch „Inseln“ konterkariert wird, die im Mittelbereich auf der Achse Zentrum-Peripherie liegen (also z. B. eine Provinzhauptstadt), in denen die Chancen für schulischen Erfolg am besten sind (Schaubild 12 und Tab. 24 im Anhang).

Das Schulsystem selbst wurde durch die Reform der Mittelstufe 1963 und das anschließende lange Fehlen einer Modernisierung des Grundschul- und Sekundarbereiches inkohärent, gerade was den Kontrast zwischen Mittelstufe, deren Grundprinzip die Gleichheit war, und Sekundarstufe, in der Unterschiede verschiedenster Art aufbrachen, betraf. Hier bestand eine

rigide Trennung der Bildungsgänge, in denen sich das soziokulturelle Profil der jeweiligen Schülerschaft reflektierte. Gleichzeitig lagen bessere Erfolgchancen in den Schultypen vor, deren Besucher sich aus den gehobenen Schichten rekrutierten (Gymnasien).

Eine weitere Verstärkung der Heterogenität des Systems erfolgte durch die Schulversuche. Diese Projekte trugen zwar zur Modernisierung bei, allerdings nicht in generalisierter Form, sondern nur punktuell, so daß im Ergebnis eine größere Unübersichtlichkeit entstand.

Diese je nach Ort und besuchtem Schultyp unterschiedlichen Bedingungen führten dazu, daß ein Abschluß, hier: die Reifeprüfung, kaum identifiziert werden konnte mit verbindlich zu erwartenden Kompetenzen und Kenntnissen. Dies wurde in der vorliegenden Arbeit in Zusammenhang gesetzt mit den schlechten Chancen der Jugendlichen beim Übergang auf den Arbeitsmarkt, die zwar sicherlich auf strukturellen Defiziten der wirtschaftlichen Entwicklung beruhen, aber auch darauf zurückzuführen sind, daß weder die erlernten Kompetenzen noch die Verbindlichkeit der Bildungsabschlüsse geeignet waren, die Jugendlichen für die Erfordernisse des Arbeitsmarktes zu qualifizieren.

In Bezug auf die politischen Maßnahmen ist eine **weitgehende Blockierung in Bezug auf die ideologische Ebene und geringe Transparenz auf faktischer Ebene** festzustellen. Beides resultiert weitgehend aus der besonderen Dynamik des italienischen politischen Systems und der Charakteristik der beiden größten Parteien.

Im vorliegenden Fall wurden die christdemokratische und die kommunistische Partei als Hauptakteure und Pole verstanden. Die Auseinandersetzung zwischen den Parteien war durchzogen von der Konfrontation der beiden Subkulturen. Während der PCI die Identität seiner Wähler auf ideologischer Ebene zu garantieren hatte, lag bei der DC mit den Austauschstimmen und klientelistischen Beziehungen eine Konsensstrategie vor, die sich der sichtbaren Politik entzog.

Eine Blockierung des politischen Systems wurde anhand des Zusammenhangs zwischen ideologischer Ebene und Gesetzgebung dargestellt, wo mikrosektorale Normen und Gesetzesdekrete vorherrschten. Dies galt auch für die Maßnahmen im Schulbereich. Hinzu kam die Instabilität der Regierungen, durch die mehrere Prozesse der Gesetzgebung kurz vor dem Abschluß zu Fall gebracht wurden. Ein Aspekt der Blockierung ist also durch den Funktionsmodus des gesamten politischen Systems gegeben, der zwar nicht unabhängig von den Parteien entstand, aber eine Eigendynamik aufweist.

Daneben kann für den PCI eine weitgehende Blockierung auf ideologischer Ebene festgestellt werden. Solange sich die Partei in klarer Oppositionsstellung befand, spiegelte sich diese Position auch in schulpolitischen Themen. Die Reform der Mittelstufe betrachtete der PCI als mißlungen,

weil der Klassencharakter nicht in hinreichender Radikalität beseitigt wurde, die Frage der Finanzierung von Privatschulen blieb auf das Feindbild des „integralistischen Katholizismus“ beschränkt und wurde nie alternativ zur Linie: privat gleich katholisch, öffentlich gleich pluralistisch, diskutiert. Seit den 70er Jahren können mit der zunehmenden politischen Integration des PCI (*cogoverno*) auch eine Entspannung und eine größere Kompromißbereitschaft in schulpolitischen *issues* festgestellt werden. Die Ergebnisse allerdings blieben entweder aus, wie im Beispiel der Reform der Sekundarstufe, die aufgrund von institutionellen Hindernissen und Unvereinbarkeiten der Parteien scheiterte, oder wurden bald als eher untauglich erkannt, wie die Beispiele der *decreti delegati* und des *tempo pieno* zeigen.

In der Dynamik zwischen den beiden Parteien könnte im übrigen die interne Machtverteilung zwischen den *correnti* der DC eine Rolle gespielt haben. Die Persönlichkeit eines Ministers, seine Zugehörigkeit zu einer Strömung, seine Nähe zum PCI oder zum Vatikan könnte für die „Kalibrierung“ des Spielraums für Kompromisse von Bedeutung gewesen sein (Moro, der von seinen Parteifreunden zu Fall gebracht wurde, vs. Gonella; Bodrato, der sich ebenfalls dem PCI zu stark angenähert hatte vs. Falcucci).

Mangelnde Transparenz kann dem PCI insofern zugeschrieben werden, als er die eigene Konvergenz mit dem politischen Zentrum in der Gesetzgebung auf die „geschützte“ Situation der Ausschüsse beschränkte bzw. die Tendenz zur mikrosektorialen Gesetzgebung zum eigenen Nutzen wendete. In der Doppelung zwischen dem Bild, das für den Wähler bestimmt war, und den Parteipositionen in der Gesetzgebung wurde die generelle gesamtgesellschaftliche Transformationsaspiration der Partei aufgegeben.

Ferner ist festzuhalten, daß der PCI Veränderungen in der gesellschaftlichen Realität nur langsam zu registrieren bereit war. Es bestand eine konservative Tendenz zur Wahrung des traditionellen Parteiprofils und der Bezugsgröße der Arbeiterklasse, die als Prinzipientreue und Radikalität den idealistischen Charakter der Partei unterstreichen sollten, aber eine Anpassung an die gesellschaftliche, wirtschaftlich und politische Dynamik aufhielten.

Nach der Transformation der Partei und in Regierungsposition gelangt, mit Berlinguer als Schulminister, zeigen die Nachfolgeparteien des PCI (PDS und dann DS) eine neue Politikfähigkeit: Es wird den alten Fragen mit neuer Kompromißbereitschaft entgegengetreten und versucht, pragmatisch in den verschiedenen Bereichen, die für die Reform relevant sind, Konsens durch Zugeständnisse herzustellen ohne das eigentliche Ziel, die Gesamtreform, aus den Augen zu verlieren.

Bei der christdemokratischen Partei dagegen konnten kein zusammenhängendes schulpolitisches Programm und kaum konkret und sichtbar vertretene Ziele festgestellt werden. Die Partei agierte

im Bildungs- wie in anderen Bereichen auch nur wenig, sondern reagierte hauptsächlich pragmatisch auf die Gefährdung ihrer Machtposition. Die Ergebnisse dieser Politik tragen deshalb formalen Charakter, sie stellen jeweils eine kurzfristige Reaktion dar - nicht aber eine langfristige Lösung eines strukturellen Mißstandes, vielmehr wurden durch sie neue, absehbare Folgeprobleme provoziert (z. B. Öffnung der Universitäten, Gleichstellung aller Sekundarstufentypen).

Bildung blieb in dieser Partei stark an ihrem Verhältnis zur katholischen Religion angelehnt. Ein augenfälliges Beispiel dafür bildet die Unterstützung von Privatschulen, die nicht aus einer liberalen Grundhaltung (wie etwa das Ende der 80er Jahre eingeführte Konzept der Konkurrenz unter den Schulen), sondern aus der Tatsache, daß die überwiegende Mehrzahl der privaten Schulen katholischen Trägern gehörte, gespeist war. Darüber hinaus fand unter gesellschaftspolitischem Aspekt die Maxime der Gleichheit wenig Grundlage in der DC, da sie die faktische Ungleichheit besser für ihre Ziele instrumentalisieren konnte. Diese Aspekte der christdemokratischen Politik führten allerdings ein „programmatisches Schattenleben“, sie wurden nicht formuliert und explizit eingefordert, sondern, soweit möglich, pragmatisch umgesetzt. Es wird also davon ausgegangen, daß die DC Schulpolitik nicht zur ideellen Parteiprofilierung, sondern aus der Position des „Vermittlers“ im weiteren, materiellen wie abstrakten Sinn, und mitunter als „Tauschgeschäft“ betrieben hat. Schulpolitik hatte für die DC, wie für den PCI, den Status von Gesellschaftspolitik, aber nicht in der Perspektive einer Veränderung, sondern eingebettet in die vorliegenden Bedingungen, soweit sie genutzt werden konnten.

Mit dieser Bilanz reiht sich diese Arbeit ein in die Interpretationen, wie sie prägnant von Benadusi als „Nicht-Politik“ oder von Di Palma als „Surviving without governing“ formuliert wurden. Darüber hinaus wurde der Versuch unternommen, in tiefere Schichten der „*arcana imperii*“ vorzudringen, um das lange Fortbestehen dieser Politik der Mängel dem Verständnis zu erschließen. Diese Mängel werden nicht als Nebenaspekte, sondern als funktionale Elemente verstanden, die sich allerdings nicht allein aus der Betrachtung der institutionellen Aspekte erklären lassen, sondern auch auf die politische Kultur des Landes (Personalismus, Klientelismus, *lottizzazione*, unsichtbare Politik) verweisen. Der seit 1996 amtierende Minister Berlinguer steht angesichts der wachsenden internationalen Konkurrenz unter erheblichem Handlungsdruck, es ist zu hoffen, daß sein aktiver und offener Stil von Erfolg belohnt wird.

BIBLIOGRAPHIE

1. Quellen zum Text

- Aldisio, S., 1995: Come funziona la scuola. Milano
- Ajello, A. M., 1997: Il riordino dei cicli scolastici: un commento al documento di lavoro, in: Scuola democratica, 1, S. 106-114
- Alberti, A., 1990: La riforma della scuola elementare. Il modulo organizzativo. Firenze
- Alf, S., 1977: Leitfaden Italien. Vom antifaschistischen Kampf zum Historischen Kompromiß. Berlin
- Ambrosoli, L., 1982: La scuola in Italia dal dopoguerra ad oggi. Bologna
- ders., 1987: La scuola alla Costituente, Brescia
- ders., 1990: La scuola secondaria, in: Cives, G.: La scuola italiana dall'Unità ai nostri giorni. Firenze, S. 105-151
- Antiseri, D., 1997: Più competizione per cambiare davvero, in: Il sole 24 ore, 25/1/1997
- Aresta, G., 1991: Riforma della secondaria, un nodo politico, in: Riforma della scuola, 12, S. 10-15
- Arnold, E., 1981: Unterricht und Erziehung im italienischen Bildungswesen, Weinheim, Basel
- Ascoli, U., 1994: Le prospettive dello stato sociale, in: Ginsborg, P., 1993: Stato dell'Italia, Milano, S. 538-541
- Baget-Bozzo, G., 1990: Il pensiero sociale cristiano, in: Dizionario di politica, UTET, Torino, S. 779-783
- Bagnasco, A., 1977: Tre Italie. La problematica territoriale dello sviluppo italiano, Bologna
- ders., 1996: L'Italia in tempi di cambiamento politico, Bologna
- Barbagli, M., 1974: Disoccupazione intellettuale e sistema scolastico in Italia, Bologna
- Barbagli, M./Dei, M., 1969: Le vestali della classe media, Bologna
- Battegazzorre, F., 1987: L'instabilità di governo in Italia, in: Rivista italiana di scienza politica, 2, S. 285-317
- Battini, S., 1994: Sotto accusa per scarso rendimento, in: Ginsborg, P.: Lo Stato dell'Italia, Milano, S. 497-500
- Battistoni, L./Palleschi, M. T. (Hrsg.), 1992: Nuovi orientamenti ed aspettative della professione docente: le donne insegnanti, ISFOL, Milano
- Becchi, E./Vertecchi, B., 1984: Manuale critico della sperimentazione e della ricerca educativa, Milano
- Belligni, S., 1990: Egemonia, in: Dizionario di politica, UTET, Torino, S. 348-350
- Benadusi, L., 1982: Governo e programmazione della scuola. Analisi sociologiche e ipotesi progettuali, Venezia
- ders., (Hrsg.), 1989: La non-decisione politica. La scuola secondaria tra riforma e non riforma. Il caso italiano a confronto con altre esperienze europee, Firenze
- ders., 1997: Scuola, lavoro e riforma Berlinguer, in: Il Mulino, n. 369, 1, Bologna, S. 77-92

- ders./Gandiglio, A., 1978: La scuola in Italia: valutazioni e statistiche, Firenze
- Bernardi, L., 1982: Scolarizzazione e selettività nel sistema scolastico italiano, in: Sarpellon, G. (Hrsg.): La povertà in Italia, Milano, S. 471-498
- Berselli, E., 1995: The Sunset of Christian Democracy, in: Sechi, S. (Hrsg.): Deconstructing Italy: Italy in the Nineties, Berkeley, S. 235-257
- Bertagna, G., 1993: La riforma necessaria. La scuola secondaria superiore 70 anni dopo la riforma Gentile, Brescia
- ders., 1995: Docenti frustrati e malpagati, in: Famiglia Cristiana, 21, S. 159
- Betti, C., 1989: La religione a scuola tra obbligo e facoltatività, Manzuoli, Firenze
- Bini, G., 1986: La riforma della scuola dell'obbligo, in: Gatullo, M./Visalberghi, A. (Hrsg.): La scuola italiana dal 1945 al 1983, Firenze, S. 80-95
- Blumenthal, V. von, 1978: Bildungswesen und Beschäftigungssystem: Italien. in: Bildungswesen und Beschäftigungssystem. Statistische Materialien aus England, Frankreich, Italien, Schweden, USA. Marburger Forschungsstelle für vergleichende Erziehungswissenschaft, S. 125-189
- ders., 1980: Die Reform der Sekundarstufe II in Italien, München
- ders., 1983: Bildung für alle: Die Reform der Sekundarstufe in Italien, München
- ders., 1989: Bildungspolitik in Italien (1975 – 1985) – vergleichende Daten und Analysen, München
- Bobbio, N., 1986: Libertà nella scuola e libertà della scuola, in: FNISM (Hrsg.): Stato e scuola oggi, L'opinione laica, Napoli, S. 13-24
- Bochicchio, F., 1981: La scuola media è cambiata con i nuovi programmi?, in: Inchiesta, gennaio-aprile, S. 100-103
- Bologna, S., 1992: Problematiche del lavoro autonomo in Italia (1). In: AltreRagioni, 1, S. 11-32
- ders., 1996: Neo-poveri, in: Il Manifesto, 26.3.96
- Borghi, L., 1951: Educazione e autorità nell'Italia moderna, Firenze
- Braun, M., 1994: Italiens politische Zukunft, Frankfurt
- Brütting, R. (Hg.), 1997: Italien-Lexikon, Berlin
- Cafarelli, A. et al., 1977: I giovani ad elevato livello di istruzione e i mercati del lavoro in Italia, Milano
- Calise, M., 1987: L'istituzionalizzazione del governo, in: Rivista italiana di Scienza Politica, 2, S. 209-239
- Campanella, F., 1993²: Introduzione all'economia politica, Milano
- ders./Ricuperati, G., 1976: La scuola in Italia dalla legge Casati a oggi, Torino
- Capecchi, V., 1979: Disoccupazione giovanile e rapporto scuola - lavoro: mutamenti strutturali e nuovi valori, in: Problemi della transizione, n. 2, S. 70-144
- Cappello, F./Dei, M., 1982: L'immobilità sociale. Stratificazione sociale e sistemi scolastici, Bologna
- Carocci, G., 1990: Storia d'Italia dall'Unità ad oggi, Milano

- Cartocci, R., 1997: L'Italia di tangentopoli e la crisi del sistema partitico, in: Tullio-Altan, C.: La coscienza civile degli italiani, Valori e disvalori nella storia nazionale, Udine, S. 219-248
- Cartosio, M., 1996: Le donne e il lavoro nell'era postfordista, in: Il Manifesto, 17.7.96
- Cassano, F., 1979: Il teorema democristiano. La mediazione della DC nella società e nel sistema politico italiano, Bari
- Cassese, S./Mura, A., 1976: Art. 33-34, in: Branca, G., (Hrsg.): Commentario della Costituzione, Bologna, S. 210-257
- Cavalli, A./De Lillo, A., 1993: Giovani anni 90. Terzo rapporto IARD sulla condizione giovanile in Italia, Bologna
- dies., 1997: Giovani verso il Duemila, Bologna
- Cavallini, G., 1975: Introduzione, in: ders., (Hrsg.): Sui decreti delegati, Milano, S. 5-28
- Cazzola, F./Morisi, M., 1981: L'alluvione dei decreti. Il processo legislativo tra settima e ottava legislatura, Milano
- Censis 1980: Quindicennale di note e commenti, anno XVI, n. 327-328
- Censis 1985: XIX Rapporto sulla situazione sociale del paese, Roma
- Censis 1988: XXII Rapporto sulla situazione sociale del paese, Roma
- Censis 1993: 27. Rapporto sulla situazione sociale del paese, Roma
- Censis 1994: 28. Rapporto sulla situazione sociale del paese, Roma
- Censis 1995: 29. Rapporto sulla situazione sociale del paese, Roma
- Cesareo, V./Giovannini, G., 1978: Scuola secondaria superiore e professionalità, in: Annali della Pubblica Istruzione, 2, S. 45-68
- Charnitzky, J., 1994: Die Schulpolitik des faschistischen Regimes in Italien (1922-43), Tübingen
- Chiarante, G./Magni, V., 1984: Per un confronto fra le politiche scolastiche, in: Curi, S.: Cattolici e scuola, Venezia, S. 189-199
- Chiosso, G., 1988a: I cattolici e la scuola dalla Costituente al centro-sinistra, Brescia
- dies., 1988b: I cattolici e la scuola dalla riforma Gonella al piano decennale, in: A.A.V.V.: Chiesa e progetto educativo nell'Italia del secondo dopoguerra. 1945-1958, Brescia, S. 303-339
- Cives, G., 1990: La scuola elementare e popolare, in: ders., (Hrsg.): La scuola italiana dall'Unità ai nostri giorni, Firenze, S. 55-103
- dies., 1997: Questioni aperte per la riforma, in: Scuola e Città, 9, S. 403-404
- CNPI (Consiglio nazionale della Pubblica Istruzione), 1997: Proposta di pronuncia di propria iniziativa sul riordino dei cicli scolastici, in: Scuola democratica, 1, S. 115-120
- Cobalti, A., 1988: Mobili e disuguali, in: Polis, 1, S. 53-82
- dies., 1989: Le disuguaglianze di opportunità educative in Italia. L'andamento nel tempo, in: Scuola e Città, 10, S. 417-427
- dies., 1996: Istruzione e mobilità in Italia: recenti analisi dei dati del 1985, in: Polis, 3, S. 405-429
- dies./Schizzerotto, A., 1996: La mobilità sociale in Italia, Bologna
- Codignola, T., 1962: Nascita e morte di un piano, Firenze
- dies., 1986: La guerra dei trenn'anni. Come è nata la scuola media in Italia, in: Gatullo, M./Visalberghi, A. (Hrsg.): La scuola italiana dal 1945 al 1983, Firenze, S. 120-148

- Collicelli, C., 1977: Sekundarabschlüsse mit Hochschulreife im italienischen Bildungswesen, Weinheim
- dies., 1979: Reformkonzeptionen der Lehrerbildung in Italien. DIPF, Studien und Dokumentationen zur vergleichenden Bildungsforschung, Band 9/3, Frankfurt
- Confindustria, 1988: L'azione scuola nelle associazioni industriali, paper, Roma, in: Informazioni CISEM, 10/11, 1990, Milano, o.S.
- Contini, B., 1988: Lavori e professioni emergenti, Roma
- Corrado, 1989: Alcune considerazioni sugli indicatori in campo scolastico, in: Scuola democratica, 1-2, S. 22-27
- Cotta, M., 1987: Il sottosistema governo-parlamento, in: Rivista italiana di Scienza Politica, 2, S. 241-283
- ders., 1996: La crisi del governo di partito all'italiana, in: Cotta, M./Isernia, P. (Hrsg.): Il gigante dai piedi di argilla, Bologna, S. 11-52
- D'Alessandro, V., 1996: La sfida dell'istruzione. Modernizzazione e formazione nella società italiana, Roma
- De Bernardi, A., 1994: Clientelismo, in: Ginsborg, P.: Stato dell' Italia, Milano, S. 83-86
- De Fort, E., 1990: Gli insegnanti, in: Cives, G., (Hrsg.), 1990: La scuola italiana dall'Unità ai nostri giorni, S. 199-261
- De Francesco, C., 1981: Mass Secondary Schooling and the Labour Market in Italy, Paris
- De Micheli, C., 1997: L'attività legislativa dei governi al tramonto della Prima Repubblica, in: Rivista italiana di Scienza Politica, 1, S. 151-187
- Dei, M., 1989: Insegnare oggi in Italia, in: Moscati, R. (Hrsg.): La sociologia dell'educazione in Italia, Bologna, S. 154-173
- ders., 1993: Cambiamento senza riforma: la scuola secondaria superiore negli ultimi trent'anni, in: Sodani, S./Turi, G. (Hrsg.): Fare gli italiani. Scuola e cultura nell'Italia contemporanea. II. Una società di massa, Bologna, S. 87-127
- ders., 1994: Insegnanti, parola d'ordine: insoddisfazione, in: Ginsborg, P., Lo stato dell'Italia, S. 572-577
- Di Palma, G., 1977: Sopravvivere senza governare, Bologna, im Orig.: ders., 1977: Surviving without governing. The Italian Parties in Parliament, Berkeley
- Ders., 1987: Parlamento-arena o parlamento di trasformazione?, in: Rivista italiana di Scienza Politica, 2, S. 179-201
- Drüke, H., 1986: Italien. Wirtschaft, Gesellschaft, Politik, Opladen
- Duverger, M., 1951: Les partis politiques, Paris
- Encyclopedia dell'economia Garzanti, 1992
- Ergas, Y., 1982: Allargamento della cittadinanza e governo del conflitto: le politiche sociali negli anni settanta in Italia, in: Stato e mercato, n. 6, dicembre 1982, S. 429-464
- Eurydice 1992: Formen und Status des privaten und nicht-staatlichen Bildungswesens in den Mitgliedstaaten der europäischen Gemeinschaft, Brüssel
- Fadiga Zanatta, A.L., 1976: Il sistema scolastico italiano, Bologna
- Falzone, F. et al., 1976: La Costituzione della Repubblica italiana, Milano
- ders., 1993: Il sistema dei partiti in Italia, 1946-1979, Bologna

- Fasano, C., Romei, P., 1995: Formulazione e implementazione delle politiche dell'istruzione: alla ricerca di paradigmi mai avuti. Serie di seminari su „Institutions and Institution-Building“, Dipartimento di Organizzazione e Sistema Politico, Università di Bologna, 29/5/1995
- Ferrera, M., 1996: La partitocrazia della salute, in: Cotta, M./Isernia, P. (Hrsg.): Il gigante dai piedi di argilla, Bologna, S. 53-72
- FNISM (Federazione nazionale italiana scuola media), 1997: Documento del Consiglio Nazionale sulla proposta di riordino dei cicli, in: Scuola democratica, 1, S. 131-135
- Franchi, G., 1984: L'istruzione come sistema. Tre saggi sulle trasformazioni del sistema di istruzione, Milano
- ders./Segantini, T., 1994: La scuola che non ho. Per una politica della piena scolarità, Firenze
- Fritzsche, P., 1987: Die politische Kultur Italiens, Frankfurt/New York
- Galli, G., 1966: Il bipartitismo imperfetto. Comunisti e democristiani in Italia, Bologna
- ders., 1978: Storia della Democrazia cristiana, Bari
- Gambetta, D., 1990: Per amore o per forza? Le decisioni scolastiche individuali. Bologna, (Orig. Engl.: Were they pushed or did they jump? Individual decision mechanisms in education, Cambridge, 1987)
- Gasperoni, G., 1996: Diplomi e istruiti. Rendimento scolastico e istruzione secondaria superiore, Bologna
- Gatullo, M., 1975: Di fronte ai decreti delegati, in: Cavallini, G. (Hrsg.): Sui decreti delegati, Milano, S. 29-141
- ders., 1991: Questioni attuali di politica scolastica, Bologna
- Gatullo, M./Visalberghi, A., 1986: Introduzione, in: dies., (Hrsg.): La scuola italiana dal 1945 al 1983. Firenze, S. VII-XIX
- Gaudio, A., 1991: La politica scolastica dei cattolici. 1943-1953. Dai programmi all'azione di governo, Brescia
- Gigante, M., 1988: Il governo della scuola, Padova
- Ginsborg, P., 1989: Storia d'Italia dal dopoguerra a oggi, Torino
- Gozzer, G., 1959: Sviluppo della scuola e piano decennale, Roma
- ders., 1978: Storia dei progetti di riforma della scuola secondaria superiore dal 1970 al 1978, in: Valitutti, S./Gozzer, G., 1978: La riforma assurda. La scuola secondaria superiore da G. Gentile a M. Di Giesi, Roma, S. 33-82
- Gracceva, D., 1997: Parità, pluralismo e Sistema nazionale di valutazione, in: Scuola e Città, 9, S. 407-409
- Graziani, A., 1996: Il declino. In: Il Manifesto, 25.9.96
- Graziano, L., 1974: Introduzione: Schema concettuale per lo studio del clientelismo, in: ders., (Hrsg.): Clientelismo e mutamento politico, Milano, S. 9-66
- Gribaudi, G., 1980: Mediatori. Antropologia del potere democristiano nel mezzogiorno, Torino
- dies./Musella, L., 1998: Il processo alla clientela. Il caso di Napoli nelle inchieste giudiziarie degli anni novanta, in: Quaderni storici, 17, S. 116-142
- Guarnieri, C., 1989: Strutture e processi decisionali, in: Morlino, L. (Hrsg.): Scienza Politica, Torino. S. 199-221

- ders., 1990: Il sistema politico italiano: sistema partitico e istituzioni dall'Unità ad oggi, Vorlesung an der Università degli Studi di Bologna, Facoltà di Scienze Politiche, Akad. Jahr 1990/91, eigener Mitschrieb
- ders., 1991: Magistratura e politica: il caso italiano, in: Rivista italiana di Scienza Politica, 1, S. 3-32
- Gundle, S., 1995: I comunisti italiani tra Hollywood e Mosca, Firenze
- Hanf, T. et al, 1975: Funk-Kolleg: Sozialer Wandel, Band 2, Frankfurt/M.
- ders., 1983: Vom pädagogischen Kulturkampf und seiner Vergeblichkeit. Überlegungen zum staatlichen Bildungsmonopol unter den Bedingungen gesellschaftlichen Wertdissens' und ökonomischer Verteilungskämpfe, in: Festschrift für Erwin Stein zum 80. Geburtstag, Bad Homburg, S. 421-435
- Ignazi, P., 1997: I partiti italiani. Bologna
- Internet: Bozza provvisoria del 4 marzo 1998 per il dibattito nelle scuole. Schema di regolamento in materia di autonomia delle istituzioni scolastiche, www.bdp.it/circolari/anre4m.htm, 3.12.1998
- ISTAT 1996a: La selezione scolastica nelle scuole superiori, Roma
- ISTAT 1996b: L'Italia in cifre, Roma
- ISTAT 1995a: L'Italia delle imprese e delle istituzioni, 1995, Roma
- ISTAT 1995b: Conoscere l'Italia/Introducing Italy, Roma
- ISTAT 1995c: Sistema educativo e mercato del lavoro nel contesto internazionale, Roma
- ISTAT 1993b: Rilevazione delle forze del lavoro, media 1991, ed. 1993, Roma
- ISTAT 1980: Statistiche dell'istruzione, Tomo I, Roma
- ISTAT 1972: Annuario di statistiche del lavoro, Roma
- ISTAT 1960: Statistiche dell'istruzione, Roma
- Jencks, C. u.a., 1973: Chancengleichheit, Reinbek
- LaPalombara, J., 1967: La clientela come canale di pressione, in: Cassese, S. (Hrsg.), 1974: L'amministrazione pubblica in Italia, Bologna, S. 387-402
- Laporta, R., 1984: I cattolici, la scuola, la libertà di coscienza, in: Curi, U.: Cattolici e scuola, Venezia, S. 105-117
- La Terza, T., 1984: Verso una ridefinizione del rapporto fra cattolici e scuola, in: Curi, U.: Cattolici e scuola, S. 159-167
- Luzzatto, G., 1996: Parità, ma senza oneri. Il dibattito sull'articolo 33 all'Assemblea Costituente, in: Scuola e Città, 7, S. 311-316
- Knauf, T., 1995: Italienische Verhältnisse. Bildungspolitische Tendenzen in der „Zweiten italienischen Republik“, in: Päd Extra, Mai, S. 39-40
- Magni, V., 1981: Innovazione e sperimentazione, in: Ariosi, V. et al. (Hrsg.), 1981: La scuola secondaria, Bologna, S. 43-56
- Malizia, G./Frisano, R./Pieroni, V., 1996: La qualità della scuola cattolica. Il caso italiano in una prospettiva internazionale, in: „Orientamenti pedagogici, 43, S. 569-597
- Manacorda, M. A., 1980: Pedagogia e politica scolastica del PCI dalle origini alla Liberazione, in: Critica marxista, 6, S. 153-175

- Marchesi, C., 1945: Nella scuola, la nostra salvezza, in: *Il Politecnico*, 6, o.S.
- Marconi, W., 1982: Norme sugli organi collegiali della scuola, Brescia
- Marradi, T., 1997: „Discorsi“ sulle riforme: caratteristiche, scopi, contesto storico, in: *Rivista dell'istruzione*, 4, S. 401-422
- Merkel, W., 1983a: Das italienische Parteiensystem im Wandel. Erklärungsversuche der Vergangenheit, Entwicklungen der Gegenwart, Tendenzen der Zukunft, in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 3, S. 331-345
- ders., 1983b: Das Parteiensystem Italiens. Stabilität, Instabilität und Dynamik, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 27, S. 3-14
- ders., 1985: Die Sozialistische Partei Italiens: zwischen Oppositionssozialismus und Staatspartei, Bochum
- Michelagnoli, S./Taddeo, R., 1976: Comparazione sinottica dei vari progetti di riforma, in: Franchi, G., (Hrsg.), 1976: La riforma della scuola secondaria superiore e della formazione professionale. Proposte e documenti 1970/1976, Milano, S. 21-36
- Ministero della Pubblica Istruzione, 1997a: Riordino dei cicli scolastici (documento di lavoro), Roma
- ders., 1997b: Legge quadro in materia di riordino dei cicli dell'istruzione, testo definitivo del disegno di legge sul riordino dei cicli approvato dal Consiglio dei Ministri del 3/6/97
- ders., 1997c: Servizio Nazionale per la qualità dell'istruzione, Direttiva n. 307 del 21/5/1997, in: *Scuola e città*, 7, 311-315
- ders., 1997d: Per un Servizio Nazionale di Valutazione, in: *Scuola e città*, 5-6, S. 257-262
- ders., 1997e: Decreto Ministeriale n. 765 del 27 novembre 1997, Roma
- ders., 1997f: Disposizioni per il diritto allo studio e per l'espansione, la diversificazione e l'integrazione dell'offerta formativa nel sistema pubblico dell'istruzione e della formazione, in: Semeraro, A., 1997: Pubblico e privato nella storia scolastica italiana del Novecento, Lecce, S. 113-116
- ders., 1998: Circolare ministeriale n. 239 del 19 maggio 1998, Roma
- Ministero del Lavoro e della Previdenza sociale, 1994: Rapporto '93-'94. Lavoro e Politiche della occupazione in Italia, Roma
- Modona, G., 1994: Tangentopoli e mani pulite: dopo le indagini, i processi, in: Ginsborg, P.: Lo stato dell'Italia, S. 526-529
- Morisi, M./Cazzola, F., 1981: La decisione urgente. Usi e funzioni del decreto legge nel sistema politico italiano, in: *Rivista italiana di Scienza Politica*, 3, S. 447-481
- Morlino, L./Montero, J.R. (1994): Legittimità, consolidamento e crisi nell'Europa meridionale, in: *Rivista italiana di Scienza Politica*, 1, S. 27-66
- Moscatti, R., 1989: Tendenze della sociologia dell'educazione: alcuni confronti tra l'Italia e le realtà straniere di riferimento, in: Moscati, R. (Hrsg.), 1989: La sociologia dell'educazione in Italia, Bologna, S. IX-XXI
- Mortati, C., 1976: Istituzioni del diritto pubblico, Vol. II, Padova
- Motta, R., 1992: Partiti e coalizioni. Teoria e problemi di ricerca, Bologna
- Mottana, P., 1992: Il Problema, in: IReR: La dispersione scolastica negli istituti professionali, un'indagine qualitativa, Milano, S. 131-144

- Padoa-Schioppa, F., 1974: Scuola e classi sociali in Italia, Bologna
- Palmieri, P., 1991: Paradossi di una politica, sperimentazione, innovazione, riforma, in: Riforma della Scuola, 12, S. 46-48
- Palomba, D., 1988: Scuola e società in Italia nel secondo dopoguerra. Analisi di una progressiva convergenza, Roma
- Panighetti, A., 1986: La scuola all'Assemblea Costituente e nella Costituzione, in: Gatullo, M./Visalberghi, A. (Hrsg.): La scuola italiana dal 1945 al 1983. Firenze, S. 34-51
- Parisi, A./Pasquino, G., (Hrsg.), 1977: Continuità e mutamento elettorale in Italia, Bologna
- Pasquino, G., 1995: The Left and the Transformation of Italian Politics, in: Sechi, S. (Hrsg.): Deconstructing Italy: Italy in the nineties, University of California, Research Series/ Number 91, Berkeley, S. 258-274
- Pazzaglia, L., 1979/80: Il dibattito sulla scuola nei lavori dell'Assemblea Costituente, in: Pedagogia e vita, 4, S. 365-399
- ders., 1988: Ideologie e scuola fra ricostruzione e sviluppo (1946-1958), in: A.A.V.V.: Chiesa e progetto educativo nell'Italia del secondo dopoguerra. 1945-1958, Brescia, S. 495-544
- Pedrazzi, L., 1973: La politica scolastica del primo centro sinistra, in: Il Mulino, 229, 1973, S. 697-723
- Pesci, F., 1990: Cronologia, Grafici, Statistiche, in: Cives, G. (Hrsg.): La scuola italiana dall'Unità ai nostri giorni, Firenze, S. 427-517
- Pizzorno, A., 1974: I ceti medi nei meccanismi del consenso, in: Cavazza, F. I./Graubard, S. R., (Hrsg.): Il caso italiano, Milano, S. 315-338
- Predieri, A., 1973: Il processo legislativo, in: Farneti, P. (Hrsg.), 1973: Il sistema politico italiano, Bologna, S. 341-363
- ders., 1975: Mediazione e indirizzo politico nel parlamento italiano, in: Rivista italiana di Scienza Politica, S. 407-441
- Provincia di Bologna, Assessorato Formazione Professionale, Provveditorato agli Studi di Bologna, 1995: Sistema di rivelazione degli sbocchi occupazionali e formativi dei diplomati delle scuole medie superiori. Indagine sui diplomati, anno scolastico 1991/1992, Bologna
- Ragazzini, D., 1990a: L'amministrazione della scuola, in: Cives, G. (Hrsg.): La scuola italiana dall'Unità ai nostri giorni, Firenze, S. 263-322
- ders., 1990b: Storia della scuola italiana. Linee generali e problemi di ricerca, Firenze
- Reguzzoni, M., 1998: La parità scolastica al senato, in: Aggiornamenti sociali 5, S. 355-368
- Reyneri, E., 1997: Occupati e disoccupati in Italia, Bologna
- Ribolzi, L., (Hrsg.), 1987: Il falso dilemma pubblico-privato. L'anomalia della scuola italiana nel contesto europeo, Torino
- dies., 1989: Disfunzione e malfunzionamento della scuola, in: Moscati, R., (Hrsg.): La sociologia dell'educazione in Italia, Bologna, S. 120-133
- dies., 1990: La selezione nella scuola italiana: uno sguardo dietro le cifre, in: Dirigenti Scuola, 4, S. 48-52
- Riccardi, A., 1994a: La chiesa di fronte a una società secolarizzata, in: Ginsborg, P.: Stato dell'Italia, S. 338-343

- ders., 1994b: Culti nuovi e tradizionali, movimenti emergenti, in: Ginsborg, P.: Stato dell'Italia, S. 347-349
- Rothlauf, J., 1990: Die Beziehungen zwischen Bildung, Berufsausbildung und Arbeitsmarkt. Ein Vergleich zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Italien, Diss., Fuchsstadt
- Sante Di Pol, R., 1996: La scuola di base nella società italiana dal dopoguerra ad oggi. Analisi dei fenomeni quantitativi dell'istruzione infantile e dell'obbligo, Torino
- Santoni Rugiu, A., 1997: La strana coppia SFI e SNV, in: Scuola e Città, 8, S. 363-365
- Sartori, G., 1974: Rivisitando il „pluralismo polarizzato“, in: Cavazza, F. L./Graubard, S. R. (Hrsg.): Il caso italiano, Milano, S. 196-223
- Ders., 1982a: Teoria dei partiti e caso italiano, Milano
- Ders., 1982b: Il pluralismo polarizzato: critiche e repliche, in: Rivista italiana di Scienza Politica, n. 1, S. 3-44
- Scanagatta, S., 1990: Cultura giovanile e perdita di centro della scuola, in: Scuola democratica, 1-2, S. 65-75
- Scharff, R., 1989: Gegenwartsgesellschaften: Italien, Tübingen
- Schizzerotto, A., 1988a: Il ruolo dell'istruzione nei processi di mobilità sociale, in: Polis 1, S. 83-123
- ders., 1988b: Problemi emergenti nelle ricerche di sociologia dell'educazione: processi formativi, sistema economico e mercato del lavoro
- ders., 1990: Stabilità e mutamento nelle disuguaglianze educative collegate alla classe d'origine, al genere e all'appartenenza territoriale, in: Scuola democratica 1, S. 60-72
- ders., 1994: La scuola è uguale per tutti?, in: Ginsborg, P.: Lo stato dell'Italia, S. 558-562
- ders./De Lillo, 1982: Diseguaglianze educative e diseguaglianze occupazionali, in: Cappello, F. S./Dei, M.: L'immobilità sociale, Stratificazione e sistema scolastico, Bologna, S. 201-255
- Scoppola, P., 1991: La repubblica dei partiti, Bologna
- Semeraro, A., 1982: Il PCI e la scuola dal dopoguerra al sessantotto, in: Critica marxista, 1, S. 145-166
- ders., 1993: Il mito della riforma. La parabola laica nella storia educativa della Repubblica, Firenze
- ders., 1996: Il sistema scolastico italiano. Profilo storico, Roma
- ders., 1997a: Pubblico e privato nella storia scolastica italiana del Novecento, Lecce
- ders., 1997b: Dieci anni di formazione generale unitaria, in: Scuola e Città, 9, S. 405-406
- Sidoti, S., 1988: Diritto scolastico. La scuola nell'ordinamento giuridico italiano, lo stato giuridico del personale, la giustizia amministrativa, Napoli
- Soldan-Schramm, G., 1991: Geschichtsunterricht in der italienischen Mittelstufe. Eine Untersuchung über die Wechselwirkungen zwischen Reformgesetzen und Schulalltag. Köln, Wien
- Spriano, P., 1975: Storia del Partito comunista italiano. 8. La Resistenza. Togliatti e il partito nuovo. Parte seconda, Torino

- Tarrow, S., 1974: La struttura del potere clientelare della DC nel sud: dal clientelismo del notabile al clientelismo orizzontale, in: Graziano, L. (Hrsg.): Clientelismo e mutamento politico, Milano, S. 313-332
- Tintori, C., 1996: I processi decisionali nelle commissioni parlamentari, in: Aggiornamenti sociali 6, S. 497-510
- Tonelli, A., 1964: L'istruzione tecnica e professionale di stato nelle strutture e nei programmi da Casati ai giorni nostri, Milano
- Trivellato, P., 1982: Le diseguaglianze sociali nella partecipazione e nella riuscita scolastica, in: Sarpellon, G., (Hrsg.), 1982: La povertà in Italia, Milano, S. 499-571
- Valitutti, S., 1978: Cultura, politica e scuola nel dopoguerra, in: Valitutti, S./Gozzer, G., 1978: La riforma assurda. La scuola secondaria superiore da G. Gentile a M. Di Giesi. Roma, S. 9-32
- Varine, A., 1979: Les liens entre la formation et l'emploi en France, en Allemagne, en Italie et en Espagne, Montreal
- Vecchi, B., 1996: Il cuore impazzito dell'economia. Interview mit A. Bagnasco, in: Il Manifesto, 12.6.96
- Ventura, S., 1998: La politica scolastica, Bologna
- Visani, P., 1990: Cronologia, in: Carocci, G., 1990: Storia d'Italia dall'Unità ad oggi, Milano, S. 365-400
- Vittorini, E., 1945: Ma il problema fondamentale della scuola è di fornire i mezzi di conoscenza a tutti gli uomini, in: Il Politecnico, 2, o.S.
- Washburne, C., 1970: La riorganizzazione dell'istruzione in Italia, in: Scuola e città, 6-7, S. 273-277
- Weiler, H., 1983: Legalization, Expertise, and Participation: Strategies of Compensatory Legitimation in Educational Policy, in: Comparative Education Review, 1983, S. 259-277
- ders., 1989: Why reforms fail: the politics of education in France and the Federal Republic of Germany, in: Journal of Curriculum Studies, 1989, 21(4), S. 291-305
- ders., 1990: Comparative Perspectives on Educational Decentralization: An Exercise in Contradiction?, in: Educational Evaluation and Policy Analysis, Vol 12, No. 4, S. 433-448
- Wieser, T./Spotts, F., 1988: Der Fall Italien. Dauerkrise einer schwierigen Demokratie. München
- Zuckermann, A.S., 1979: The politics of faction. Christian democratic rule in Italy, New Haven, London
- Zucchini, F., 1997: L'attività legislativa del parlamento italiano: consociativismo? Polarizzazione?, in: Rivista Italiana di Scienza Politica, 3, S. 569-609

2. Quellen zum Anhang

- Censis, 1993: 27. Rapporto sulla situazione sociale del paese, Roma
- Censis, 1994: 28. Rapporto sulla situazione sociale del paese, Roma
- Censis, 1995: 29. Rapporto sulla situazione sociale del paese, Roma
- ISFOL 1995: Rapporto ISFOL. Formazione, orientamento, occupazione, nuove tecnologie, professionalità, Milano
- ISTAT versch. Jg.: Annuario statistico dell'istruzione, Jg. 1952 bis 1974, für die Schuljahre 1948/49 bis 1974/75
- ISTAT versch. Jg.: Annuario statistico dell'istruzione, Tomo I, Jg. 1975 bis 1986, für die Schuljahre 70/71 bis 1982/83
- ISTAT versch. Jg.: Statistiche dell'istruzione, Jg. 1986 bis 1987, für die Schuljahre 1983/84 bis 1986/87
- ISTAT versch. Jg.: Statistiche della scuola media inferiore, Schuljahre 1987/88 bis 1989/90
- ISTAT versch. Jg.: Statistiche dell'istruzione, dati sommari, Schuljahr 1972/73, 1988/89, 1989/90, 1990/91
- ISTAT versch. Jg.: Statistiche delle scuole secondarie superiori, Schuljahre 1990/91 bis 1995/96
- ISTAT versch. Jg.: Annuario statistico italiano, ed. 1952/53, 1956/57, 1959, 1960, 1961/62, 1963/64, 1969, 1972, 1985 - 1994
- ISTAT 1986: Sommario di statistiche storiche
- ISTAT 1990: Sommario storico di statistiche sulla popolazione, anni 1951-1987
- ISTAT 1993a: Popolazione e abitazioni, 13. censimento della popolazione e delle abitazioni, fascicoli regionali 1-20
- ISTAT 1993c: Popolazione e movimento anagrafico dei comuni, anno 1991
- ISTAT 1995d: Popolazione e abitazioni, 13. censimento della popolazione e delle abitazioni, fascicolo nazionale
- ISTAT 1995e: Popolazione e movimento anagrafico dei comuni, anno 1994
- Pesci, F., 1990: Cronologia, grafici, statistiche, in: Cives, G. (Hrsg.): La scuola italiana dall'Unità ai nostri giorni, Firenze, S. 427-517

Anhang

Kommentar zum Anhang

Die im Anhang dokumentierten Daten stammen weitgehend von ISTAT, ferner von Censis. Mit Ausnahme der Daten in den Tabellen 7 bis 10 sowie 12 wurden sie aus der Quelle übernommen (z. T. mit geringfügigen Änderungen der Darstellung), ohne weitere Berechnungen anzustellen. In den Tabellen 7 bis 10 und 12 wurden einfache Rechenoperationen vorgenommen, die im Folgenden kommentiert werden. Es handelt sich um Daten zum nationalen System, die im Text in Teil 1, Kapitel 3 graphisch dargestellt und interpretiert werden.

Folgende Daten wurden aufgenommen (soweit vorhanden):

Schülerzahlen nach Schultyp, Schuljahr und Geschlecht (Tab. 7-10) bzw. nach Landesteil (Tab. 12), Zahl der Nichtversetzten (NV) nach Schultyp, Schuljahr und Geschlecht (Tab. 7-10) bzw. nach Landesteil (Tab. 12), Zahl der bestandenen Prüfungen nach Schultyp und Geschlecht (Tab. 7-10) bzw. nach Landesteil (Tab. 12). Diese Daten wurden in den **A-Tabellen** (7a-10a, 12a) festgehalten.

In den **B-Tabellen** wurden Subtraktionen vorgenommen: Es wurden die Nichtversetzten von den Schülerzahlen subtrahiert, was die „Nettoschülerzahlen“ ergab, und die Differenz zwischen den aufeinanderfolgenden Schuljahren berechnet. Dabei traten negative Differenzen auf, was nicht anders als mit der Annahme von Eintritten in das Schulsystem erklärt werden kann.

In den **C-Tabellen** wurden die Prozentanteile der Kategorien berechnet: Anteil der Nichtversetzten an den Nettoschülerzahlen eines Schuljahres bzw. Anteil der Nichtversetzten aller Schuljahre an der Gesamtschülerzahl eines Schuljahres und Schultyps, Anteil der Ausgeschiedenen an den Nettoschülerzahlen des vorherigen Schuljahres (z. B. Anteil der „Drop-out“ zwischen drittem und viertem Schuljahr im Verhältnis zu Nettoschülerzahl des dritten Jahres), Prozentsatz der Schüler, die einen „regulären“ Schulbesuch aufweisen, d.h. die von Nichtversetzten bereinigte Schülerzahl der Schuljahre 2 bis 5 sowie die Zahl der Abschlüsse dividiert durch die Zahl der Schüler im ersten Schuljahr (netto).

Bei der ersten Kohorte (Tab. 7) wurden die „Drop-out“ und die Quoten für „reguläre“ Verläufe für die *scuole tecniche*, *scuole d'arte* und IP nicht oder nur teilweise berechnet, da in diesen Schultypen Abschlüsse nach bereits zwei Jahren vorgesehen sind, also kein sinnvoller Zeitraum für solche Indikatoren vorliegt.

Bei Tabelle 12 lagen für die ersten drei Kohorten nicht für alle Sekundarstufentypen territorial desaggregierte Daten zu den Abschlüssen vor. Die Berechnung der Übertrittsquoten wurde deshalb direkt aus der Quelle nur für die Schultypen, für die Daten zu Abschlüssen vorlagen, angefertigt (s. Fußnote unter der jeweiligen Tabelle). Für die Schülerzahlen der einzelnen Jahre wurde die Summe der in der Fußnote angegebenen Schülerzahlen gebildet. Aus den vorliegenden Zahlen zum ersten Jahr ist also die Quote der Übertritte nicht zu berechnen (bzw. nur bei der 4. Kohorte), da sie mehr Schultypen berücksichtigen als der Indikator Übertritte, der nur für die in den Fußnoten genannten Typen gilt.

Auf folgende Besonderheiten ist hinzuweisen:

1. Die bei ISTAT vorliegenden Daten sind lückenhaft. Es fehlen Daten zu Schülerzahlen und Nichtversetzten in den ersten beiden Kohorten, zu den Grundschulabschlüssen liegen für diese Kohorten ebenfalls keine Daten vor. Für die dritte Kohorte liegen keine Daten zu Schülern und Nichtversetzten im ersten Schuljahr der Sekundarstufe vor.
2. Die Datengrundlage ist ungenau. So liegen (im vorliegenden Text nicht herangezogene) Fälle vor, wo ISTAT mehr erfolgreiche Prüflinge als zur Prüfung Angetretene aufführt (ISTAT 1992: 73, studenti interni, tot. scuole, IPA, IPI, IPSS). Dies wird von den Autoren nicht kommentiert. Es ist unklar, ob ein Erhebungs- oder Tippfehler oder andere Gründe vorliegen. Allerdings ist davon auszugehen, daß Qualität und Kontrolle der Richtigkeit aller Daten nicht optimal sind.
3. Das Auftreten von Schülerzuwachs (negative Zahlen von „Drop-out“) wird von ISTAT nicht registriert und insofern nicht kommentiert. Ferner unterscheidet ISTAT nicht zwischen Nichtversetzten und Wiederholern. Ob ein Nichtversetzter das Schulsystem verläßt, das Schuljahr wiederholt oder später, beispielsweise zum Abschlußjahr sich wieder reintegriert, oder sich als *esterno* der Prüfung unterzieht, also ohne die Schule zuvor besucht zu haben, kann aufgrund der vorliegenden Daten nicht festgestellt werden. Dies führt zu einer Verfälschung der Ergebnisse und dazu, daß die Indikatoren, so wie sie berechnet und angewandt wurden, nicht zuverlässig sind, auch wenn sie in der italienischen Literatur so gehandhabt werden.
4. Das Problem des Schülerzuwachses führt bei der Berechnung von regulären Verläufen fallweise zu Zahlen über 100%, was als „regulär“ nicht logisch zu erklären ist. Diese Zahlen sind also nicht zuverlässig (s. o.) da aber alle Zahlen auf die gleiche Weise berechnet wurden und von der gleichen Datenbasis stammen, müssen auch Zahlen unter 100% als nicht valide betrachtet werden. Es soll hier darauf hingewiesen werden, daß die Datenbasis für die Indikatoren, die analog zu den Berechnungen von italienischen Autoren und Institutionen entwickelt worden sind, nur sehr unsichere Interpretationen zuläßt - was von italienischer Seite, weder von ISTAT noch von Autoren, die ISTAT-Daten bearbeiten, nicht oder nur knapp und ungenau problematisiert wird.
5. Der Indikator „Drop-out“ kann zur Relativierung des Indikators „Regelmäßigkeit“ benutzt werden. Da viele Eintritte die Zahl der regulären Schulkarrieren erhöhen, kann der Indikator „Regelmäßigkeit“ bestenfalls bei einem Fehlen von Eintritten als wenig verfälscht angesehen werden. Es kann jedoch nicht ausgeschlossen werden, daß die Eintritte von den „Drop-out“ kompensiert werden, also eine niedere Zahl von „Drop-out“ vorzuliegen scheint, hinter der sich viele „Drop-out“ und fast ebenso viele Eintritte verbergen.

Tabelle 1: Wohnbevölkerung ab 6 Jahre nach Bildungsabschluß in %

		Univ.	Sekundar	Pflichtabschl.	Grundsch.	ohne Abschl.	Analphabeten
Piemonte	1951	1,0	3,6	7,9	73,5	11,4	2,6
	1961	1,2	4,4	11,8	46,9	33,8	1,9
	1971	1,5	6,5	16,3	52,6	21,6	1,5
	1981	2,4	11,3	25,3	45,4	14,5	1,1
	1991	3,4	18,4	32,2	36,2	8,8	0,9
V.d'Aosta	1951	0,6	2,7	5,2	75,3	13,6	2,6
	1961	1,0	3,8	8,9	54,7	29,9	1,7
	1971	1,2	6,3	15,2	50,9	25,3	1,1
	1981	2,1	11,0	25,2	47,0	14,0	0,7
	1991	3,2	18,6	32,9	37,1	7,7	0,6
Lombardia	1951	1,0	3,8	8,6	72,2	11,2	2,7
	1961	1,4	4,7	12,8	49,8	29,7	1,6
	1971	1,8	6,9	17,7	51,2	21,3	1,1
	1981	2,8	12,1	27,3	44,1	13,0	0,7
	1991	4,0	20,1	33,4	34,0	7,9	0,6
Trent.-Alto Adige	1951	0,8	3,3	6,8	79,5	8,7	0,9
	1961	1,0	4,1	10,7	68,9	14,7	0,6
	1971	1,3	5,7	17,8	61,0	13,8	0,4
	1981	2,2	9,4	30,5	48,1	9,5	0,3
	1991	3,2	18,9	36,2	34,7	6,7	0,3
Veneto	1951	0,6	2,5	4,6	68,9	17,0	6,4
	1961	1,0	3,4	8,0	47,0	36,7	3,9
	1971	1,4	5,4	14,6	54,3	22,4	1,9
	1981	2,2	10,4	25,5	43,8	17,0	1,1
	1991	3,3	17,9	32,7	35,1	10,3	0,8
Friuli-Ven.Giulia	1951	0,9	4,1	9,6	69,9	11,4	4,1
	1961	1,1	5,0	14,4	50,0	26,8	2,7
	1971	1,6	7,3	19,9	49,9	20,0	1,3
	1981	2,5	12,0	28,5	41,7	14,6	0,7
	1991	3,6	20,1	34,4	33,0	8,4	0,5
Liguria	1951	1,4	5,3	10,1	62,8	16,2	4,2
	1961	1,9	6,1	14,7	48,3	26,4	2,6
	1971	2,2	8,6	19,0	48,3	20,2	1,7
	1981	3,4	13,7	26,0	42,6	13,3	1,0
	1991	4,7	21,5	31,2	33,9	7,9	0,8
Emilia-Romagna	1951	0,9	3,1	5,3	67,7	14,9	8,1
	1961	1,2	4,2	8,8	43,9	36,9	5,0
	1971	1,7	6,9	14,3	46,4	27,9	2,8
	1981	2,9	12,0	23,0	41,6	19,0	1,5
	1991	4,2	20,1	28,4	34,5	11,8	1,0
Toscana	1951	0,9	3,1	5,5	62,1	17,4	11,0
	1961	1,2	3,9	8,7	44,5	34,6	7,1
	1971	1,7	6,6	13,5	47,9	26,1	4,2
	1981	2,8	11,5	22,0	43,5	18,0	2,2
	1991	3,8	18,7	28,5	36,4	11,4	1,3
Umbria	1951	0,7	2,8	4,2	60,3	17,8	14,2
	1961	1,1	3,7	7,4	37,9	40,4	9,5
	1971	1,7	6,9	13,7	39,0	33,0	5,7
	1981	2,9	12,9	21,3	38,4	21,3	3,2
	1991	4,1	20,5	26,5	32,5	14,6	1,9
Marche	1951	0,8	3,0	4,2	61,5	16,6	13,9
	1961	1,0	4,1	7,2	37,5	41,2	9,0
	1971	1,6	6,7	12,6	39,2	34,5	5,4
	1981	2,8	11,4	21,4	39,7	22,0	2,7
	1991	3,9	19	27,1	33,7	14,8	1,6

Tabelle 1: Wohnbevölkerung ab 6 Jahre nach Bildungsabschluß in % (Fortsetzung)

		Univ.	Sekundar	Pflichtabschl.	Grundsch.	ohne Abschl.	Analphabeten
Lazio	1951	2,2	5,4	8,9	55,6	17,7	10,2
	1961	2,6	7,0	13,7	41,9	28,3	6,5
	1971	3,4	10,2	18,2	39,0	25,4	3,8
	1981	4,5	15,6	26,0	35,9	15,9	2,1
	1991	5,8	23,8	30,7	27,6	10,7	1,4
Abruzzi	1951	0,6	2,5	3,5	52,7	21,8	18,9
	1961	0,9	3,8	6,6	36,8	38,9	13,0
	1971	1,5	7,1	12,4	36,4	34,1	8,5
	1981	2,6	11,6	20,8	37,2	22,8	5,0
	1991	3,8	19,0	27,4	30,6	16,1	3,1
Molise	1951	0,6	2,0	2,6	49,8	24,3	20,7
	1961	0,8	3,2	4,7	34,1	43,3	13,9
	1971	1,4	6,4	10,4	36,9	35,0	9,9
	1981	2,4	10,4	19,6	35,9	25,7	6,0
	1991	3,5	16,7	26,9	29,7	18,8	4,4
Campania	1951	1,1	3,1	5,1	44,0	23,7	23,0
	1961	1,3	4,0	8,7	36,6	34,3	15,1
	1971	1,8	6,6	12,8	37,0	31,7	10,1
	1981	2,8	10,3	22,6	37,8	20,8	5,7
	1991	3,6	16,6	30,7	29,7	15,2	4,2
Puglia	1951	0,8	2,3	4,0	45,2	23,7	24,0
	1961	1,0	3,2	7,0	35,0	38,1	15,7
	1971	1,5	6,6	11,4	36,6	34,6	9,9
	1981	2,3	9,5	20,5	38,3	23,6	5,8
	1991	2,9	15,2	29,8	31,9	16,6	3,5
Basilicata	1951	0,5	1,7	2,4	43,1	23,2	19,1
	1961	0,7	2,6	4,6	31,9	40,0	20,2
	1971	1,1	5,4	10,3	34,1	35,3	13,8
	1981	1,9	10,5	19,2	34,0	25,4	9,0
	1991	2,8	16,3	27,2	28,2	18,5	6,6
Calabria	1951	0,7	2,1	2,8	35,6	27,0	31,8
	1961	0,9	3,1	5,0	30,5	39,1	21,4
	1971	1,4	6,5	9,8	33,4	33,6	15,3
	1981	2,6	10,7	19,3	34,8	23,0	9,6
	1991	3,4	16,4	27,2	28,3	17,4	7,2
Sicilia	1951	1,1	2,8	4,0	44,2	23,4	24,5
	1961	1,4	3,7	6,7	33,7	38,5	16,0
	1971	1,9	6,5	10,7	35,2	35,0	10,7
	1981	2,9	10,0	19,4	37,1	24,3	6,3
	1991	3,5	15,2	28,5	31,1	17,4	4,3
Sardegna	1951	0,7	2,1	3,4	44,5	27,3	22,0
	1961	1,0	3,0	6,5	37,3	38,3	13,9
	1971	1,4	5,9	13,1	37,3	33,4	8,9
	1981	2,3	9,5	23,5	37,0	22,7	5,0
	1991	3,1	15	33,1	30,2	15,4	3,2
ITALIA	1951	1,0	3,3	5,9	59	17,9	12,9
	1961	1,3	4,3	9,6	42,3	34,2	8,3
	1971	1,8	6,9	14,7	44,3	27,1	5,2
	1981	2,8	11,5	23,8	40,6	18,2	3,1
	1991	3,7	19,1	30,3	32,4	12,8	2,4

Quellen: bis 1981: ISTAT (1990): *Sommario storico di statistiche sulla popolazione, anni 1951-1987, edizione 1990*, Tab. 1.7. für 1991: ISTAT (1993a): *Popolazione e abitazioni*, 13. *Censimento della Popolazione e delle abitazioni. Fascicoli regionali 1-20, Tab. 1.2., eigene Zusammenstellung*

Tabelle 2: Verteilung der Bevölkerung nach Alter, Geschlecht und Bildungsabschluß 1991

Bildungsgrad		Altersgruppen											
		6-11	11-14	14-18	19 - 25	25 - 29	30 - 34	35 - 44	45 - 54	55 - 64	65 - 74	75 und älter	gesamt
Analphabet	M	4232	1589	12238	11732	14494	15196	29666	43591	97611	85282	102958	418589
	F	3809	1330	12575	9164	11828	12554	30798	66152	165440	166367	247006	727023
	MF	8041	2919	24813	20896	26322	27750	60464	109743	263051	251649	349964	1145612
ohne Abschl.	M	1430386	30244	24073	20876	26320	31391	71385	130593	309592	318632	361302	2754794
	F	1354884	25730	26039	19510	26644	35990	113576	282410	580024	602238	710819	3777864
	MF	2785270	55974	50112	40386	52964	67381	184961	413003	889616	920870	1072121	6532658
Grundsch.	M	83828	897116	207998	184735	192636	228310	914809	1529499	1730377	1154816	667791	7791915
	F	82246	839094	147873	166839	212858	315707	1324874	1920555	1953802	1505218	1144988	9614054
	MF	166074	1736210	355871	351574	405494	544017	2239683	3450054	36884179	2660034	1812779	17405969
Pflichtabsch.	M	-	104745	1798515	1388253	1145536	922213	1435381	969257	593326	314428	137385	8809039
	F	-	111304	1738997	1097489	968653	795687	1186256	748455	474613	284868	197138	7603460
	MF	-	216049	3537512	2485742	2114189	1717900	2621637	1717712	1067939	599296	334523	16412499
Abitur	M	-	-	744094	1133414	829567	675121	1015160	574516	291405	163246	66750	4822273
	F	-	-	118376	1341536	918784	696578	891418	439841	247111	158304	89596	4901544
	MF	-	-	192470	2474950	1748351	1371699	1906578	1014357	538516	321550	155346	9723817
"laurea"	M	-	-	-	8226	119618	176628	364848	224317	138837	103163	47843	1183480
	F	-	-	-	13687	133751	160513	305656	129365	63440	42849	14898	864150
	MF	-	-	-	21904	253369	337141	670504	353682	202277	146012	62741	2047630
"diploma"	M	-	-	-	5408	14054	15640	22146	12177	6467	4174	2659	82725
	F	-	-	-	13573	29802	27756	30307	15508	7529	4033	2434	130942
	MF	-	-	-	18981	43856	43396	52453	27685	13996	8207	5093	213667

Quelle: ISTAT (1995d): *Popolazione e abitazioni, 13. censimento generale della Popolazione. Fascicolo nazionale, Tab. 2.22.*

Tabelle 3: Geburten- und Schülerzahlen 1945-1993

Jahr	Geburten	Zuwachs (1952=100)	absolute Zahlen (in Tsd.)			Nicht-integrierte Mittelstufe**		Zuwachs (1945=100)			Zuwachs nicht-integrierte Mittelstufe** (sc.med. 1945=100)	
			Grund- schule	Mittel- stufe	Sekundar- stufe	„scuola media“	„sc. di avviam.“	Grund- schule	Mittel- stufe	Sekundar- stufe	„scuola media“	„sc.di avviam.“
1945			4360	508	369			100,0	100,0	100,0		
1946			4703	519	379			107,9	102,2	102,7		
1947			4836	531	368			110,9	102,3	99,7		
1948			4878	571	374			111,9	112,4	101,4		
1949			4815	627	374			110,4	123,4	101,4		
1950			4640	719	388			106,4	141,5	105,1		
1951			4443	796	416			101,9	156,7	112,7		
1952	863661		4477	864	460	444	420	102,7	170,1	124,7		
1953	860345	99,6	4556	881	507	457	424	104,5	173,4	137,4	87,4	82,7
1954	881845	102,1	4656	897	556	469	428	106,8	176,6	150,7	90,0	83,5
1955	879130	101,8	4741	906	594	471	435	108,7	178,8	161,0	92,3	84,3
1956	884043	102,4	4828	930	625	482	448	110,7	183,1	169,4	92,7	85,6
1957	885812	102,6	4768	1020	657	529	491	109,4	200,8	178,0	94,9	88,2
1958	888361	102,9	4676	1150	679	590	560	107,2	226,4	184,0	104,1	96,7
1959	910628	105,4	4498	1311	706	650	661	103,2	258,1	191,3	116,1	110,2
1960	923004	106,9	4418	1414	762	683	731	101,3	278,3	206,5	128,0	130,1
1961	924203	107,0	4421	1539	840			101,4	303,0	227,6		
1962	945842	109,5	4391	1594	929			100,7	313,8	251,8		
1963	978143	113,3	4420	1685	1030			101,4	331,7	279,1		
1964	1035207	119,9	4469	1732	1155			102,5	340,9	313,0		
1965	1017944	117,9	4520	1795	1259			103,7	353,3	341,2		
1966	999316	115,7	4556	1821	1372			104,5	358,5	371,8		
1967	962197	111,4	4620	1891	1434			106,0	372,2	388,6		
1968	944837	109,4	4673	1982	1501			107,2	390,2	406,8		
1969	949155	109,9	4750	2064	1569			108,9	406,3	425,2		
1970	917496	106,2	4857	2168	1656			111,4	426,8	448,8		

Tabelle 3: Geburten- und Schülerzahlen 1945-1993 (Fortsetzung)

Jahr	Geburten*	Zuwachs (1952=100)	absolute Zahlen (in Tsd.)			Nicht-integrierte Mittelstufe**		Zuwachs (1952=100)		
			Grund- schule	Mittel- stufe	Sekundar- stufe	„scuola media“	„sc. di avviam.“	Grund- schule	Mittel- stufe	Sekundar- stufe
1971	911084	105,5	4926	2287	1732			113,0	450,2	469,4
1972	893061	103,4	4974	2422	1822			114,1	476,8	493,2
1973	887953	102,8	4970	2530	1916			114,0	498,0	519,2
1974	886310	102,6	4927	2629	1991			113,0	517,5	539,6
1975	841858	97,5	4835	2779	2097			110,9	547,0	568,3
1976	806358	93,4	4735	2870	2198			108,6	565,0	595,7
1977	757281	87,7	4649	2939	2270			106,6	578,5	615,2
1978	720545	83,4	4562	2923	2347			104,6	575,4	636,0
1979	682742	79,1	4507	2900	2397			103,4	570,9	649,6
1980	657278	76,1	4423	2885	2423			101,4	567,9	656,6
1981	628113	72,7	4333	2856	2444			99,4	562,2	662,3
1982	634794	73,5	4204	2850	2470			96,4	561,0	669,4
1983	612936	71,0	4063	2816	2509			93,2	554,3	679,9
1984	597560	69,2	3909	2798	2547			89,7	550,8	690,2
1985	589233	68,2	3716	2765	2608			85,2	544,3	706,8
1986	561972	65,1	3531	2714	2659			81,0	534,3	720,6
1987	560265	64,9	3371	2619	2719			77,3	515,6	736,9
1988	577856	66,9	3248	2484	2779			74,5	489,0	753,1
1989	567268	65,7	3139	2395	2853			72,0	471,5	773,2
1990	580761	67,2	3061	2276	2861			70,2	448,0	775,3
1991	556175	64,4	2985	2155	2865			68,5	424,2	776,4
1992	575216	66,6	2960	2059	2833			67,9	405,3	767,8
1993	552587	64,0	2863	1997	2719			65,7	393,1	736,9

Daten zwischen 1945 und 1951 fehlen wegen verschiedenem Erhebungsmodus: reale vs. angemeldete Bevölkerung,

** es liegen keine Daten von 1952 bis 1960 vor.

Quellen:

für Spalte 1: bis 1987: ISTAT (1990), *Sommario di statistiche sulla popolazione, anni 1951-1987, edizione 1990*, danach: ISTAT (1993c, 1995e): *Popolazione e movimento anagrafico dei comuni, anno 1991, anno 1994, Tab. 1.1.*, für Spalten 4-6: Schulbev. bis 1985: ISTAT (1986), *Sommario di statistiche storiche 1926-1985, Tab. 4.2. (Spalten 4 und 5), Tab. 4.3. (Spalte 6)*, danach: ISTAT: *Annuario statistico italiano, edizioni 1988-94, Tab. 4.1.*

für Spalte 7: ISTAT: *Annuario statistico italiano, Schuljahre 1957/58, 1958/59, 1959/60, Tab. 120, 123*

Tabelle 4: Schülerzahlen Sekundarstufe 1945-1993

Jahr	Schülerzahlen absolut						Zuwachs jährlich						Zuwachs absolut (1945=100)					
	IP ^{a)}	IT	SM + IM	LS + LL ^{b)}	LC	LA + IA	IP	IT	SM + IM	LS + LL	LC	LA + IA	IP	IT	SM + IM	LS + LL	LC	LA + IA
1945	25506	105329	64763	38416	132601	2059							100	100	100	100	100	100
1946	24176	110793	59652	43338	138721	2323	-5,2	5,2	-7,9	12,8	4,6	12,8	94,8	105,2	92,1	112,8	104,6	112,8
1947	20683	111154	55703	44539	134018	2125	-14,4	0,3	-6,6	2,8	-3,4	-8,5	81,1	105,5	86,0	115,9	101,1	103,2
1948	21976	116420	58004	43730	131639	2449	6,3	4,7	4,1	-1,8	-1,8	15,2	86,2	110,5	89,6	113,8	99,3	118,9
1949	25436	118694	61119	41669	124214	2753	15,7	2,0	5,4	-4,7	-5,6	12,4	99,7	112,7	94,4	108,5	93,7	133,7
1950	28840	123456	72338	40059	119911	3059	13,4	4,0	18,4	-3,9	-3,5	11,1	113,1	117,2	111,7	104,3	90,4	148,6
1951	38072	133064	81670	39476	120067	3999	32,0	7,8	12,9	-1,5	0,1	30,7	149,3	126,3	126,1	102,8	90,5	194,2
1952	47139	148791	93806	40786	125178	4303	23,8	11,8	14,9	3,3	4,3	7,6	184,8	141,3	144,8	106,2	94,4	209,0
1953	55792	169943	103052	41886	130281	6134	18,4	14,2	9,9	2,7	4,1	42,6	218,7	161,3	159,1	109,0	98,3	297,9
1954	62509	193288	109897	44501	138000	8151	12,0	13,7	6,6	6,2	5,9	32,9	245,1	183,5	169,7	115,8	104,1	395,9
1955	67974	217825	110658	46471	142451	8417	8,7	12,7	0,7	4,4	3,2	3,3	266,5	206,8	170,9	121,0	107,4	408,8
1956	70004	240757	111754	47712	144683	9825	3,0	10,5	1,0	2,7	1,6	16,7	274,5	228,6	172,6	124,2	109,1	477,2
1957	75658	261982	111777	50967	146961	10095	8,1	8,8	0,0	6,8	1,6	2,7	296,6	248,7	172,6	132,7	110,8	490,3
1958	80298	279395	109138	53698	144280	12039	6,1	6,6	-2,4	5,4	-1,8	19,3	314,8	265,3	168,5	139,8	108,8	584,7
1959	84930	299577	107234	57213	144050	12496	5,8	7,2	-1,7	6,5	-0,2	3,8	333,0	284,4	165,6	148,9	108,6	606,9
1960	99761	325916	111002	62122	147243	15787	17,5	8,8	3,5	8,6	2,2	26,3	391,1	309,4	171,4	161,7	111,0	766,7
1961	123586	359757	120009	67955	150171	18517	23,9	10,4	8,1	9,4	2,0	17,3	484,5	341,6	185,3	176,9	113,3	899,3
1962	151859	395228	131843	73938	154213	21952	22,9	9,9	9,9	8,8	2,7	18,6	595,4	375,2	203,6	192,5	116,3	1066,1
1963	183188	431603	150244	80807	163696	20584	20,6	9,2	14,0	9,3	6,1	-6,2	718,2	409,8	232,0	210,3	123,5	999,7
1964	173278	511178	179847	93309	172607	25151	-5,4	18,4	19,7	15,5	5,4	22,2	679,4	485,3	277,7	242,9	130,2	1221,5
1965	169927	561790	210631	104563	184096	27751	-1,9	9,9	17,1	12,1	6,7	10,3	666,2	533,4	325,2	272,2	138,8	1347,8
1966	169272	603893	246489	131015	191065	30585	-0,4	7,5	17,0	25,3	3,8	10,2	663,7	573,3	380,6	341,0	144,1	1485,4
1967	189670	609084	249736	157917	194778	32493	12,1	0,9	1,3	20,5	1,9	6,2	743,6	578,3	385,6	411,1	146,9	1578,1
1968	215315	618825	250155	184852	198468	33721	13,5	1,6	0,2	17,1	1,9	3,8	844,2	587,5	386,3	481,2	149,7	1637,7
1969	232669	642553	234832	219038	204930	34904	8,1	3,8	-6,1	18,5	3,3	3,5	912,2	610,0	362,6	570,2	154,5	1695,2
1970	200469	676667	221357	253497	204895	39232	-13,8	5,3	-5,7	15,7	0,0	12,4	786,0	642,4	341,8	659,9	154,5	1905,4
1971	275458	720326	207531	280693	203950	44220	37,4	6,5	-6,2	10,7	-0,5	12,7	1080,0	683,9	320,4	730,7	153,8	2147,6
1972	297008	763517	200419	310469	199846	49199	7,8	6,0	-3,4	10,6	-2,0	11,3	1164,5	724,9	309,5	808,2	150,7	2389,5
1973	317125	808697	199345	340272	198658	51760	6,8	5,9	-0,5	9,6	-0,6	5,2	1243,3	767,8	307,8	885,8	149,8	2513,8
1974	331152	859312	197030	356824	193171	53160	4,4	6,3	-1,2	4,9	-2,8	2,7	1298,3	815,8	304,2	928,8	145,7	2581,8

Tabelle 4: Schülerzahlen Sekundarstufe 1945-1993 (Fortsetzung)

Jahr	Schülerzahlen absolut						Zuwachs jährlich						Zuwachs absolut (1945=100)					
	IP ^{a)}	IT	SM + IM	LS + LL ^{b)}	LC	LA + IA	IP	IT	SM + IM	LS + LL	LC	LA + IA	IP	IT	SM + IM	LS + LL	LC	LA + IA
1975	347593	932003	198426	373614	190874	54072	5,0	8,5	0,7	4,7	-1,2	1,7	1362,8	884,8	306,4	972,5	143,9	2626,1
1976	370524	994695	201465	386845	188666	55555	6,6	6,7	1,5	3,5	-1,2	2,7	1452,7	944,4	311,1	1007,0	142,3	2698,2
1977	399345	1030206	206299	389777	187282	57025	7,8	3,6	2,4	0,8	-0,7	2,6	1565,7	978,1	318,5	1014,6	141,2	2769,5
1978	419922	1057938	219908	395292	196942	57222	5,2	2,7	6,6	1,4	5,2	0,3	1646,4	1004,4	339,6	1029,0	148,5	2779,1
1979	435622	1072746	232341	397751	202007	56400	3,7	1,4	5,7	0,6	2,6	-1,4	1707,9	1018,5	358,8	1035,4	152,3	2739,2
1980	448119	1081014	237471	393637	205943	57046	2,9	0,8	2,2	-1,0	1,9	1,1	1756,9	1026,3	366,7	1024,7	155,3	2770,6
1981	462504	1086397	241063	390621	205447	57932	3,2	0,5	1,5	-0,8	-0,2	1,6	1813,3	1031,4	372,2	1016,8	154,9	2813,6
1982	473859	1101032	238140	389933	206618	60454	2,5	1,3	-1,2	-0,2	0,6	4,4	1857,8	1045,3	367,7	1015,0	155,8	2936,1
1983	494569	1129207	222376	392151	205614	64883	4,4	2,6	-6,6	0,6	-0,5	7,3	1939,0	1072,1	343,4	1020,8	155,1	3151,2
1984	490892	1076854	210600	400110	206648	69334	-0,7	-4,6	-5,3	2,0	0,5	6,9	1924,6	1022,4	325,2	1041,5	155,8	3367,4
1985	498922	1113929	198722	418493	207828	74365	1,6	3,4	-5,6	4,6	0,6	7,3	1956,1	1057,6	306,8	1089,4	156,7	3611,7
1986	515239	1226172	190433	434808	212359	79577	3,3	10,1	-4,2	3,9	2,2	7,0	2020,1	1164,1	294,0	1131,8	160,1	3864,8
1987	521078	1252399	188735	454189	217282	85651	1,1	2,1	-0,9	4,5	2,3	7,6	2043,0	1189,0	291,4	1182,3	163,9	4159,8
1988	525450	1292544	186576	470021	220172	90816	0,8	3,2	-1,1	3,5	1,3	6,0	2060,1	1227,1	288,1	1223,5	166,0	4410,7
1989	539209	1304899	190542	493751	227628	94914	2,6	1,0	2,1	5,0	3,4	4,5	2114,0	1238,9	294,2	1285,3	171,7	4609,7
1990	526754	1211944	185804	505954	229548	97573	-2,3	-7,1	-2,5	2,5	0,8	2,8	2065,2	1150,6	286,9	1317,0	173,1	4738,9
1991	525233	1193582	183169	515605	231064	99268	-0,3	-1,5	-1,4	1,9	0,7	1,7	2059,3	1133,2	282,8	1342,2	174,3	4821,2
1992	521899	1184144	181040	515050	231064	98270	-0,6	-0,8	-1,2	-0,1	0,0	-1,0	2046,2	1124,2	279,5	1340,7	174,3	4772,7
1993	499952	1102267	183714	517180	228142	94115	-4,2	-6,9	1,5	0,4	-1,3	-4,2	1960,1	1046,5	283,7	1346,3	172,1	4570,9

a) bis 1967 sind bei den IP auch die scuole tecniche (dreijährig) enthalten

b) ISTAT summiert i.d.R. die Zahlen von Liceo Scientifico und Liceo Linguistico (ab 1975), desaggregierte Daten s. unten

Quellen: bis 1985: ISTAT (1986): *Sommario di statistiche storiche, 1926-1985, Tab. 4.4.*; für 1986: ISTAT: *Statistiche dell'istruzione, Jahrgang 1986 Tab. 4.1.*; danach *Annuario statistico italiano Jahrgänge 1987-1994*

Schüler in LS und LL gesamt (desaggregiert)

	1985/86	1986/87	1987/88	1988/89	1989/90	1990/91	1991/92	1992/93	1993/94
LS	369247	384612	405098	420873	447603	460297	471817	472950	482155
LL	49246	50196	49091	49148	46481	45657	43788	42100	35025

Quelle: ISTAT: *Annuario statistico italiano, Jahrgänge 1986-1994, Tab. 4.1.*

Tabelle 5: Schüler im 1. Schuljahr IT und IP 1985 – 1993

	IP Agrari	IP Industr.	IP Comm.	Andere IP*	IT Ind.	IT comm.	IT Geometri	Andere IT**
1985/86	10178	67395	60433	36449	98275	166192	36782	36360
1986/87	10237	67766	61405	36882	91897	170309	40804	36684
1987/88	9951	66124	61650	37022	90479	172435	42561	36126
1988/89	9895	65824	62380	37357	85755	175888	45828	36156
1989/90	9227	67677	60745	38253	91484	170125	44361	33997
1990/91	9113	68457	63495	31450	89034	158608	45481	32686
1991/92	8581	66127	59717	30348	81618	150204	47183	29678
1992/93	7291	60114	59217	25937	80703	146748	47230	26878
1993/94	7669	60358	50070	29568	69634	128849	44526	22584

* I.P. marinari, alberghieri, femminili

** I.T.agrari, nautici, per il turismo, per periti aziendali, femminili

Quellen: ISTAT, *Annuario statistico italiano, Jahrgänge 1985-1994, Tab. 4.1.*

Tabelle 6: Schüler im ersten Jahr IT und IP Sektoren Industrie und Handel in verschiedenen Landesteilen

		1988/89	1989/90	1990/91	1991/92	1992/93	1993/94
ITI	Prov. Torino	5480	5304	5022	4342	3574	3286
	Reg. Veneto	7013	6764	6550	5964	5810	5387
	Reg. Marche	1833	1891	1769	1620	1639	1492
	Prov. Roma	7619	6574	6748	6058	5638	5240
	Reg. Sardegna	2856	2759	2706	2618	2303	2233
	Reg. Em.-Rom.	6316	6283	5956	5411	5140	4520
IPI	Prov. Torino	2419	2346	2422	2521	2509	2404
	Reg. Veneto	5520	5169	5424	5256	4999	5069
	Reg. Marche	2103	2173	2387	2197	2256	2185
	Prov. Roma	3813	3974	3874	4063	3469	3060
	Reg. Sardegna	1936	2082	2237	2327	2286	2167
	Reg. Em.-Rom.	5223	5433	5022	4844	4417	4085
ITC	Prov. Torino	5242	4981	4443	3991	3660	3425
	Reg. Veneto	12815	11617	10822	10198	9904	8223
	Reg. Marche	4258	3988	3728	3572	3386	3139
	Prov. Roma	11178	10423	9718	9106	8688	8062
	Reg. Sardegna	8023	8134	7905	7667	7408	6927
	Reg. Em.Rom.	9603	8872	7928	7179	6538	5687
IPC	Prov. Torino	2976	2926	3230	3104	2772	2450
	Reg. Veneto	5803	5534	5573	5325	5032	4236
	Reg. Marche	1204	1255	1511	1434	1408	1243
	Prov. Roma	5211	4902	5056	4871	4411	3870
	Reg. Sardegna	783	805	750	749	732	704
	Reg. Em.Rom.	5002	4512	4543	4276	3770	3156

Da für einige Jahrgänge eine Subtraktion der Nichtversetzten nicht möglich ist, wird für alle Schuljahre die Gesamtziffer angegeben, auch wenn z.T. über 20% der Schüler wiederholt hat (z.B. IT, Sard., Roma)

Quelle: ISTAT, statistiche dell'istruzione, dati sommari dell'anno scolastico 1988/89 und 1989/90; Annuario statistico italiano, n. 2-5, (Schuljahre 1990/91 bis 1993/94)

Tabelle 7: 1. Kohorte: 1949-1962 (Grundschule und damalige Mittelstufe)

a) Schüler und Nichtversetzte (NV) der einzelnen Schuljahre sowie Abschlüsse

Grundschule	1. Schuljahr (49/50)		2. Schuljahr (50/51)		3. Schuljahr (51/52)		4. Schuljahr (52/53)		5. Schuljahr (53/54)		Abschlüsse "lic. elem."
	Schüler/innen	NV	Schüler/innen	NV	Schüler/innen	NV	Schüler/innen	NV	Schüler/innen	NV	
M	*	*	*	*	*	*	430895	63056	362954	28326	313372
F	*	*	*	*	*	*	379780	43865	312794	18687	269454
MF	1133494	288655	991889	184466	952489	16409	811298	106921	675788	47013	582826

Mittelstufe	1. Schuljahr (54/55)		2. Schuljahr (55/56)		3. Schuljahr (56/57)		"lic. media"/ "qualifica"	
	Schüler/innen	NV	Schüler/innen	NV	Schüler/innen	NV		
"scuola media"	M	100772	16414	87393	13405	76791	8347	72736
	F	79094	10792	69529	8776	61883	5441	55694
	MF	179866	27206	156922	22181	138674	13788	128430
"sc. avviam."	M	124061	20357	85517	13023	66532	7925	58182
	F	66811	8616	48950	5522	40249	3125	37157
	MF	190872	28973	134467	18545	106781	11050	95339

* es liegen keine Daten vor

Quellen: im Anschluß an Tabelle 10 c

b) Netto-Schülerzahl (= ohne NV) und Differenz 2.-5. Schuljahr zum jeweils vorherigen ('drop-outs')

Grundschule	1. Schuljahr		2. Schuljahr		3. Schuljahr		4. Schuljahr		5. Schuljahr
	Schüler/innen	'drop-out'	Schüler/innen	'drop-out'	Schüler/innen	'drop-out'	Schüler/innen	'drop-out'	Schüler/innen
M	-	-	-	-	-	-	-	-	-
F	-	-	-	-	-	-	-	-	-
MF	844839	37416	807423	19025	788398	84644	703754	75019	628735
Mittelstufe	1. Schuljahr		2. Schuljahr		3. Schuljahr				
	Schüler/innen	'drop-out'	Schüler/innen	'drop-out'	Schüler/innen				
"sc. media"	M	84358	10370	73988	5544	68444			
	F	68302	7549	60753	4311	56442			
	MF	152660	17919	134741	9855	124886			
"sc. avviam."	M	103704	31210	72494	13887	58607			
	F	58195	14767	43428	6304	37124			
	MF	161899	45977	115922	20191	95731			

Tabelle 7: 1. Kohorte (Grund- und Mittelstufe)
c) Nichtversetzte (NV), „drop-out“ und „reguläre“ Verläufe in %

		Nichtversetzte						'drop-out'				'reguläre' Verläufe				
		1. Jahr	2. Jahr	3. Jahr	4. Jahr	5. Jahr	gesamt	2. Jahr	3. Jahr	4. Jahr	5. Jahr	2. Jahr	3. Jahr	4. Jahr	5. Jahr	Abschl.
Grundschule	M	-	-	-	14,6	7,8	11,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	F	-	-	-	11,6	6,0	9,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	MF	25,5	18,6	17,2	13,2	7,0	17,3	4,4	2,4	10,7	10,7	95,6	93,3	83,3	74,4	69,0
Mittelstufe																
"scuola media"	M	16,3	15,3	10,9			14,4	12,3	7,5			87,7	81,1			106,0*
	F	13,6	12,6	8,8			11,9	11,1	7,1			88,9	82,6			95,1
	MF	15,1	14,1	9,9			13,3	11,7	7,3			88,3	81,8			101,1*
"sc. avviam."	M	16,4	15,2	11,9			15,0	30,1	19,2			69,9	56,5			56,1
	F	12,9	11,3	7,8			11,1	25,4	14,5			74,6	63,8			63,8
	MF	15,2	13,8	10,3			13,6	28,4	17,4			71,6	59,1			58,9

* siehe Kommentar zum Anhang

Tabelle 7: 1. Kohorte: 1949-1962 (Sekundarstufe)

a) Schüler und Nichtversetzte (NV) der einzelnen Schuljahre sowie Abschlüsse

		1. Schuljahr (57/58)		2. Schuljahr (58/59)		3. Schuljahr (59/60)		4. Schuljahr (60/61)		5. Schuljahr (61/62)		Abschlüsse
		Schüler/innen	NV	Schüler/innen	NV	Schüler/innen	NV	Schüler/innen	NV	Schüler/innen	NV	„maturità“ **
Sek. Stufe	M	116909	1283	102111	13130	80378	9842	70511	6700	66800	8490	54949
	F	69819	5678	63019	5620	50060	3373	49754	5288	23272	2203	38115
	MF	186728	1851	165130	18750	130438	13215	120265	11988	94739	10693	94975
LC	M	21306	2575	17630	1714	18592	2499	15936	1411	17025	2677	13593
	F	13060	1059	11077	649	10755	774	9543	476	9885	1101	8278
	MF	34366	3634	28707	2363	29347	3273	25479	1887	26910	3778	21869
LS	M	10516	1024	9182	877	9114	1112	8150	754	8738	1404	7093
	F	2176	116	1924	113	1872	167	1636	113	1688	264	1336
	MF	12692	1140	11106	990	10986	1279	9786	867	10426	1668	7970
IT	M	50535	7088	50284	9424	42994	5784	40203	3884	40850	4409	34153
	F	14915	1195	14417	1776	12490	957	11781	643	11550	838	11147
	MF	65450	8283	64701	11200	55484	6741	51984	4527	52400	5247	45300
IP¹⁾	M	11270	600	7908	442	4728	145	507	16	187	3	
	F	2677	88	2011	68	1449	35	1026	14	149	2	
	MF	13947	688	9919	510	6177	180	1533	30	336	5	
SM²⁾	M	0	0	0	*	*						
	F	1258	100	1158	*	*						
	MF	1258	100	1158	*	*						
IM	M	3751	615	3289	673	2909	302	3651	635			2482
	F	25036	2606	23513	3014	21207	1440	23784	4042			17354
	MF	28787	3221	26802	3687	24116	1742	27435	4677			19836
IA²⁾	M	832	*	751	*	727	*	1305	*	*		
	F	415	*	478	*	406	*	1133	*	*		
	MF	1247	*	1229	*	1133	*	2438	*	3729		
LA³⁾	M	391	*	315	*	282	*	302	*			
	F	618	*	568	*	508	*	557	*			
	MF	1009	*	883	*	790	*	859	*			
sc. tecniche	M	15974	930	11540	*							
	F	9068	514	7442	*							
	MF	25042	1444	18982	*							
sc. d'arte²⁾	M	2334	*	1212	*	1032	*	457	*	*		
	F	596	*	431	*	310	*	294	*	*		
	MF	2930	*	1643	*	1342	*	751	*	938		

* es liegen keine Daten vor

** maturità Gesamtzahl der Prüflinge aller Schulen, nur „interni“

1) bei IP NV für 4. Jahr incl. 5. Jahr

2) Zahl für Schüler/Innen 5. Jahr IA und sc. d'Arte incl. 6. Jahr

3) Daten für Schüler/Innen LA nur in Summe mit Accademie di Belle Arti

Quellen: im Anschluß an Tabelle 10 c

Tabelle 7: 1. Kohorte: 1949-1962 (Sekundarstufe)

b) Netto-Schülerzahl (= ohne NV) und Differenz 2.-5. Schuljahr zum jeweils vorherigen ('drop-outs')

		1. Schuljahr		2. Schuljahr		3. Schuljahr		4. Schuljahr		5. Schuljahr
		Schüler/innen	'dropout'	Schüler/innen	'drop-out'	Schüler/innen	'drop-out'	Schüler/innen	'drop-out'	Schüler/innen
Sek. Stufe	M	104077	15096	88981	18445	70536	6725	63811	5501	58310
	F	64141	6742	57399	10712	46687	2221	44466	23397	21069
	MF	168218	21838	146380	29157	117223	8946	108277	24231	84046
LC	M	18731	2815	15916	-177	16093	1568	14525	177	14348
	F	12001	1573	10428	447	9981	914	9067	283	8784
	MF	30732	4388	26344	270	26074	2482	23592	460	23132
LS	M	9492	1187	8305	303	8002	606	7396	62	7334
	F	2060	249	1811	106	1705	182	1523	99	1424
	MF	11552	1436	10116	409	9707	788	8919	161	8758
IT	M	43447	2587	40860	3650	37210	891	36319	-122	36441
	F	13720	1079	12641	1108	11533	395	11138	426	10712
	MF	57167	3666	53501	4758	48743	1286	47457	304	47153
IP	M	10670	3204	7466	2883	4583	4092	491	304	187
	F	2589	646	1943	529	1414	402	1012	863	149
	MF	13259	3850	9409	3412	5997	4494	1503	1167	336
SM	M	0	0	0	0	0				
	F	1158	0	1158	95	1063				
	MF	1158	0	1158	95	1063				
IM	M	3136	520	2616	9	2607	-409	3016		
	F	22430	1931	20499	732	19767	25	19742		
	MF	25566	2451	23115	741	22374	-384	22758		
IA	M	832	81	751	24	727	-578	1305		
	F	415	-63	478	72	406	-727	1133		
	MF	1247	18	1229	96	1133	-1305	2438		
LA	M	391	76	315	33	282	-20	302		
	F	618	50	568	60	508	-49	557		
	MF	1009	126	883	93	790	-69	859		
sc. tecnica	M	15044	3504	11540						
	F	8554	1112	7442						
	MF	23598	4616	18982						
sc. d'arte	M	2334	1122	1212	180	1032	575	457	-	-
	F	596	165	431	121	310	16	294	-	-
	MF	2930	1287	1643	301	1342	591	751	-	938

Tabelle 7: 1. Kohorte (Sekundarstufe)

c) Nichtversetzte (NV), „drop-out“ und „reguläre“ Verläufe in %

		Nichtversetzte						„drop-out“					„reguläre“ Verläufe				
		1. Jahr	2. Jahr	3. Jahr	4. Jahr	5. Jahr	gesamt	2. Jahr	3. Jahr	4. Jahr	5. Jahr		2. Jahr	3. Jahr	4. Jahr	5. Jahr	Abschl.
gesamt	M	11,0	12,9	12,2	9,5	12,7	11,7	14,5	20,7	9,5	8,6		85,5	67,8	61,3	56,0	52,8
	F	8,1	8,9	6,7	10,6	9,5	8,7	10,5	18,7	4,8	52,6		89,5	72,8	69,3	32,8	59,4
LC	MF	9,9	11,4	10,1	10,0	11,3	10,5	13,0	19,9	7,6	22,4		87,0	69,7	64,4	50,0	56,5
	M	12,1	9,7	13,4	8,9	15,7	12,0	15,0	-1,1*	9,7	1,2		85,0	85,9	77,5	76,6	72,6
LS	F	8,1	5,9	7,2	5,0	11,1	7,5	13,1	4,3	9,2	3,1		86,9	83,2	75,6	73,2	69,0
	MF	10,6	8,2	11,2	7,4	14,0	10,3	14,3	1,0	9,5	1,9		85,7	84,8	76,8	75,3	71,2
IT	M	9,7	9,6	12,2	9,3	16,1	11,3	12,5	3,6	7,6	0,8		87,5	84,3	77,9	77,3	74,7
	F	5,3	5,9	8,9	6,9	15,6	8,3	12,1	5,9	10,7	6,5		87,9	82,8	73,9	69,1	64,9
IP	MF	9,0	8,9	11,6	8,9	16,0	10,8	12,4	4,0	8,1	1,8		87,6	84,0	77,2	75,8	69,0
	M	14,0	18,7	13,5	9,7	10,8	13,6	6,0	8,9	2,4	-0,3*		94,0	85,6	83,6	83,9	78,6
SM	F	8,0	12,3	7,7	5,5	7,3	8,3	7,9	8,8	3,4	3,8		92,1	84,1	81,2	78,1	81,2
	MF	12,7	17,3	12,1	8,7	10,0	12,4	6,4	8,9	2,6	0,6		93,6	85,3	83,0	82,5	79,2
IM	M	5,3	5,6	3,1	3,2		4,9	30,0	38,6	89,3	**		70,0	43,0	**	**	
	F	3,3	3,4	2,4	1,4		2,8	25,0	27,2	28,4	**		75,0	54,6	**	**	
IA	MF	4,9	5,1	2,9	2,0		4,4	29,0	36,3	74,9	**		71,0	45,2	**	**	
	M																
LA	F	7,9					2,9	0,0	8,2								
	MF	7,9					2,9	0,0	8,2								
sc. technique	M	16,4	20,5	10,4	17,4		16,4	16,6	0,3	-15,7*			83,4	83,1	96,2		79,1
	F	10,4	12,8	6,8	17,0		11,9	8,6	3,6	0,1			91,4	88,1	88,0		77,4
sc. d'arte	MF	11,2	13,8	7,2	17,0		12,4	9,6	3,2	-1,7*			90,4	87,5	89,0		77,6
	M							9,7	3,2	-79,5*			90,3	87,4	156,8*		
sc. d'arte	F							-15,2*	15,1	-179,1*			115,2*	97,8	273,0*		
	MF							1,4	7,8	-115,2*			98,6	90,9	195,5*		
sc. d'arte	M							19,4	10,5	-7,1*			80,6	72,1	77,2		
	F							8,1	10,6	-9,6*			91,9	82,2	90,1		
sc. d'arte	MF							12,5	10,5	-8,7*			87,5	78,3	85,1		
	M	5,8						**					**				
sc. d'arte	F	5,7						**					**				
	MF	5,8						**					**				
sc. d'arte	M							**	**	**			**	**	**		
	F							**	**	**			**	**	**		
sc. d'arte	MF							**	**	**			**	**	**		

* siehe Kommentar zum Anhang

** nicht sinnvoll, da Schulabschlüsse bereits nach zwei Jahren möglich

Tabelle 8: 2. Kohorte: 1959-1972 (Grundschule und damalige Mittelstufe)

a) Schüler und Nichtversetzte (NV) der einzelnen Schuljahre sowie Abschlüsse

Grundschule		1. Schuljahr (59/60)		2. Schuljahr (60/61)		3. Schuljahr (61/62)		4. Schuljahr (62/63)		5. Schuljahr (63/64)		Abschlüsse
		Schüler/innen	NV	Schüler/innen	NV	Schüler/innen	NV	Schüler/innen	NV	Schüler/innen	NV	"lic. elem."
	M	451749	51692	465029	67941	434334	47389	425413	48128	410135	47433	351650
	F	422267	38488	430341	50226	412388	36612	401003	37176	382581	35802	332917
	MF	874016	90180	895370	118167	846722	84001	826416	85304	792716	83235	684567
Mittelstufe		1. Schuljahr (64/65)		2. Schuljahr (65/66)		3. Schuljahr (66/67)						"lic. media"
		Schüler/innen	NV	Schüler/innen	NV	Schüler/innen	NV					
"scuola media"	M	375492	62332	311709	41794	270642	29190					226967
	F	307791	35780	256627	22496	229150	16914					202760
	MF	683283	98112	568336	64290	499792	46190					429727

Quellen: im Anschluß an Tabelle 10 c

b) Netto-Schülerzahl (= ohne NV) und Differenz 2.-5. Schuljahr zum jeweils vorherigen ('drop-outs')

Grundschule		1. Schuljahr		2. Schuljahr		3. Schuljahr		4. Schuljahr		5. Schuljahr
		Schüler/innen	‘drop-out’	Schüler/innen	‘drop-out’	Schüler/innen	‘drop-out’	Schüler/innen	‘drop-out’	Schüler/innen
	M	400057	2969	397088	10143	386945	9660	377285	14583	362702
	F	383779	3664	380115	4339	375776	11949	363827	17048	346779
	MF	783836	6633	777203	14482	762721	21609	741112	31631	709481
Mittelstufe		1. Schuljahr		2. Schuljahr(65/66)		3. Schuljahr				
		Schüler/innen	‘drop-out’	Schüler/innen	‘drop-out’	Schüler/innen				
"sc. media"	M	313160	43245	269915	28463	241452				
	F	272011	37880	234131	21895	212236				
	MF	585171	81125	504046	50444	453602				

Tabelle 8: 2. Kohorte (Grund- und Mittelstufe)

c) Nichtversetzte (NV), „drop-out“ und „reguläre“ Verläufe in %

		Nichtversetzte						'drop-out'				'reguläre' Verläufe				
		1. Jahr	2. Jahr	3. Jahr	4. Jahr	5. Jahr	gesamt	2. Jahr	3. Jahr	4. Jahr	5. Jahr	2. Jahr	3. Jahr	4. Jahr	5. Jahr	Abschl.
Grundschule	M	11,4	14,6	10,9	11,3	11,6	12,0	0,7	2,6	2,5	3,9	99,3	96,7	94,3	90,7	87,9
	F	9,1	11,7	8,9	9,3	9,4	9,7	1,0	1,1	3,2	4,7	99,0	97,9	94,8	90,4	86,7
	MF	10,3	13,2	9,9	10,3	10,5	10,9	0,8	1,9	2,8	4,3	99,2	97,3	94,5	90,5	87,3
Mittelstufe																
"scuola media"	M	16,6	13,4	10,8			13,9	13,8	10,5			86,2	77,1			72,5
	F	11,6	8,8	7,4			9,5	13,9	9,4			86,1	78,0			74,5
	MF	14,4	11,3	9,2			11,9	13,9	10,0			86,1	77,5			73,4

Tabelle 8: 2. Kohorte: 1959-1972 (Sekundarstufe)

a) Schüler und Nichtversetzte (NV) der einzelnen Schuljahre sowie Abschlüsse

		1. Schuljahr (67/68)		2. Schuljahr (68/69)		3. Schuljahr (69/70)		4. Schuljahr (70/71)		5. Schuljahr (71/72)		Abschlüsse „maturità“ **
Sek. Stufe		Schüler/innen	NV	Schüler/innen	NV	Schüler/innen	NV	Schüler/innen	NV	Schüler/innen	NV	
LC	M	265567	418	202390	25530	181684	16067	147003	8452	133283	8358	232465
	F	184756	206	156836	13784	141196	7207	112990	4457	55132	1842	
	MF	450323	624	359226	39314	322880	23274	259993	12909	188415	10200	
LS	M	21486	273	19197	1720	20450	1703	19107	773	20311	937	36544
	F	22898	207	20511	1109	20877	971	19759	380	18848	468	
	MF	44384	481	39708	2829	41327	2674	38866	1153	39159	1405	
IT	M	37220	483	30317	2989	28763	2001	26160	1065	21890	1217	39465
	F	19028	164	16302	889	15654	815	14618	373	10501	432	
	MF	56248	647	46619	3878	44417	2816	40778	1438	32391	1649	
IP	M	136108	286	100776	16502	93411	10484	85302	5650	87479	5905	102991
	F	37177	449	29834	2738	28728	2131	26716	778	23420	826	
	MF	173285	331	130610	19240	122139	12615	112018	6428	110899	6731	
SM	M	56057	264	40731	2074	29062	1169	6649	202	3302	274	44016
	F	35290	132	27987	876	19755	557	3913	61	1982	74	
	MF	91347	396	68718	2950	48817	1726	10562	263	5284	348	
IM	M	0	0	0	0	0	0					5391
	F	8674	439	8016	289	8091	141					
	MF	8674	439	8016	289	8091	141					
IA	M	9064	295	7494	2245	6555	710	7493	712			4058
	F	54354	106	48369	7883	42723	2592	44250	2772			
	MF	63418	136	55863	10128	49278	3302	51743	3484			
LA	M	3674	*	2514	*	2308	*	1182	6	301	25	5391
	F	4148	*	3276	*	3138	*	1505	3	381	42	
	MF	7822	*	5790	*	5446	*	2687	9	682	67	
LA	M	1958	*	1361	*	1135	*	1110	44			4058
	F	3187	*	2541	*	2230	*	2229	90			
	MF	5145	*	3902	*	3365	*	3339	134			

* es liegen keine Daten vor

** maturità Gesamtzahl der Prüflinge aller Schulen, nur "interni"

Quellen: im Anschluß an Tabelle 10 c

Tabelle 8: 2. Kohorte: 1959-1972 (Sekundarstufe)

b) Netto-Schülerzahl (= ohne NV) und Differenz 2.-5. Schuljahr zum jeweils vorherigen ('drop-outs')

		1. Schuljahr		2. Schuljahr		3. Schuljahr		4. Schuljahr		5. Schuljahr
Sek. Stufe		Schüler/innen	'drop-out'	Schüler/innen	'drop-out'	Schüler/innen	'drop-out'	Schüler/innen	'drop-out'	Schüler/innen
	M	223745	46885	176860	11243	165617	27066	138551	13626	124925
	F	164122	21070	143052	9063	133989	25456	108533	55243	53290
	MF	387867	67955	319912	20306	299606	52522	247084	68869	178215
LC	M	18750	1273	17477	-1270	18747	413	18334	-1040	19374
	F	20820	1418	19402	-504	19906	527	19379	999	18380
	MF	39570	2691	36879	-1774	38653	940	37713	-41	37754
LS	M	32389	5061	27328	566	26762	1667	25095	4422	20673
	F	17380	1967	15413	574	14839	594	14245	4176	10069
	MF	49769	7028	42741	1140	41601	2261	39340	8598	30742
IT	M	107450	23176	84274	1347	82927	3275	79652	-1922	81574
	F	32681	5585	27096	499	26597	659	25938	3344	22594
	MF	140131	28761	111370	1846	109524	3934	105590	1422	104168
IP	M	53411	14754	38657	10764	27893	21446	6447	3419	3028
	F	33969	6858	27111	7913	19198	15346	3852	1944	1908
	MF	87380	21612	65768	18677	47091	36792	10299	5363	4936
SM	M	-	-	-	-	-				
	F	8235	508	7727	-223	7950				
	MF	8235	508	7727	-223	7950				
IM	M	6113	864	5249	-596	5845	-936	6781		
	F	43702	3216	40486	355	40131	-1347	41478		
	MF	49815	4080	45735	-241	45976	-2283	48259		
IA	M	3674	1160	2514	206	2308	1132	1176	900	276
	F	4148	872	3276	138	3138	1636	1502	1163	339
	MF	7822	2032	5790	344	5446	2768	2678	2063	615
LA	M	1958	597	1361	226	1135	69	1066		
	F	3187	646	2541	311	2230	91	2139		
	MF	5145	1243	3902	537	3365	160	3205		

Tabelle 8: 2. Kohorte (Sekundarstufe)

c) Nichtversetzte (NV), „drop-out“ und „reguläre“ Verläufe in %

		Nichtversetzte						„drop-out“				„reguläre“ Verläufe				
		1. Jahr	2. Jahr	3. Jahr	4. Jahr	5. Jahr	gesamt	2. Jahr	3. Jahr	4. Jahr	5. Jahr	2. Jahr	3. Jahr	4. Jahr	5. Jahr	Abschl.
gesamt	M	15,7	12,6	8,8	5,7	6,3	10,8	21,0	6,4	16,3	9,8	79,0	74,0	61,9	55,8	-
	F	11,2	8,8	5,1	3,9	3,3	7,4	12,8	6,3	19,0	50,9	87,2	81,6	66,1	32,5	-
	MF	13,9	10,9	7,2	5,0	5,4	9,4	17,5	6,3	17,5	27,9	82,5	77,2	63,7	45,9	59,9
LC	M	12,7	9,0	8,3	4,0	4,6	7,8	6,8	-7,3*	2,2	-5,7*	93,2	100,0	97,8	103,3*	-
	F	9,1	5,4	4,7	1,9	2,5	4,9	6,8	-2,6*	2,6	5,2	93,2	95,6	93,1	88,3	-
	MF	10,8	7,1	6,5	3,0	3,6	6,3	6,8	-4,8*	2,4	-0,1*	93,2	97,7	95,3	95,4	92,4
LS	M	13,0	9,9	7,0	4,1	5,6	8,4	15,6	2,1	6,2	17,6	84,4	82,6	77,5	63,8	-
	F	8,7	5,5	5,2	2,6	4,1	5,5	11,3	3,7	4,0	29,3	88,7	85,4	82,0	57,9	-
	MF	11,5	8,3	6,3	3,5	5,1	7,4	14,1	2,7	5,4	21,9	85,9	83,6	79,0	61,8	79,3
IT	M	21,1	16,4	11,2	6,6	6,8	13,4	21,6	1,6	3,9	-2,4*	78,4	77,2	74,1	75,9	-
	F	12,1	9,2	7,4	2,9	3,5	7,5	17,1	1,8	2,5	12,9	82,9	81,4	79,4	69,1	-
	MF	19,1	14,7	10,3	5,7	6,1	12,0	20,5	1,7	3,6	1,3	79,5	78,2	75,4	74,3	73,5
IP	M	4,7	5,1	4,0	3,0	8,3	4,7	27,6	27,8	**	**	72,4	52,2	12,1	5,7	
	F	3,7	3,1	2,8	1,6	3,7	3,2	20,2	29,2	**	**	79,8	56,5	11,3	5,6	
	MF	4,3	4,3	3,5	2,5	6,6	4,1	24,7	28,4	**	**	75,3	53,9	11,8	5,6	
SM	M															
	F	5,1	3,6	1,7			3,5	6,2	-2,9*			93,8	96,5			-
	MF	5,1	3,6	1,7			3,5	6,2	-2,9*			93,8	96,5			-
IM	M	32,6	30,0	10,8	9,5		21,6	14,1	-11,4*	-16,0*		85,9	95,6	110,9*		-
	F	19,6	16,3	6,1	6,3		12,6	7,4	0,9	-3,4*		92,6	91,8	94,9		-
	MF	21,4	18,1	6,7	6,7		13,9	8,2	-0,5*	-5,0*		91,8	92,3	96,9		88,4
IA	M				0,5	8,3	0,3	31,6	8,2	49,0	76,5	68,4	62,8	32,0	7,5	-
	F				0,2	11,0	0,4	21,0	4,2	52,1	77,4	79,0	75,7	36,2	8,2	-
	MF				0,3	9,8	0,3	26,0	5,9	50,8	77,0	74,0	69,6	34,2	7,9	68,9
LA	M				4,0		0,8	30,5	16,6	6,1		69,5	58,0	54,4		-
	F				4,0		0,9	20,3	12,2	4,1		79,7	70,0	67,1		-
	MF				4,0		0,9	24,2	13,8	4,8		75,8	65,4	62,3		78,9

* siehe Kommentar zum Anhang

** nicht sinnvoll, da Schulabschlüsse bereits nach zwei Jahren möglich

Tabelle 9: 3. Kohorte: 1969-1982 (Grundschule und damalige Mittelstufe)

a) Schüler und Nichtversetzte (NV) der einzelnen Schuljahre sowie Abschlüsse

Grundschule		1. Schuljahr (69/70)		2. Schuljahr (70/71)		3. Schuljahr (71/72)		4. Schuljahr (72/73)		5. Schuljahr (73/74)		Abschlüsse
		Schüler/innen	NV	Schüler/innen	NV	Schüler/innen	NV	Schüler/innen	NV	Schüler/innen	NV	"lic. elem."
M		522405	63321	517454	48721	504209	31104	506633	25531	483640	13547	*
F		484887	46247	482985	33712	474803	22101	469794	17991	458975	10087	*
MF		1007292	10956	1000439	82433	979012	53205	976427	43522	942615	23634	769692
Mittelstufe		1. Schuljahr (74/75)		2. Schuljahr (75/76)		3. Schuljahr (76/77)						
		Schüler/innen	NV	Schüler/innen	NV	Schüler/innen	NV					
"scuola media" M		525950	60199	479401	34993	431417	14652					
F		465013	34012	433077	18977	405525	8267					
MF		990963	94211	912478	53970	836942	22919					
												"lic. media"
												408087
												391311
												801311

* es liegen keine Daten vor

Quellen: im Anschluß an Tabelle 10 c

b) Netto-Schülerzahl (= ohne NV) und Differenz 2.-5. Schuljahr zum jeweils vorherigen ('drop-outs')

Grundschule	1. Schuljahr		2. Schuljahr		3. Schuljahr		4. Schuljahr		5. Schuljahr
	Schüler/innen	'drop-out'	Schüler/innen	'drop-out'	Schüler/innen	'drop-out'	Schüler/innen	'drop-out'	Schüler/innen
M	459084	-9649	468733	13245	455488	-25614	481102	11009	470093
F	438640	-10633	449273	8182	441091	-10712	451803	2915	448888
MF	897724	-20282	918006	21427	896579	-36326	932905	13924	918981

Mittelstufe	1. Schuljahr		2. Schuljahr(65/66)		3. Schuljahr
	Schüler/innen	'drop-out'	Schüler/innen	'drop-out'	Schüler/innen
"sc. media"	M	465751 21343	444408 47984		396424
	F	431001 16901	414100 27552		386548
	MF	896752 38244	858508 75536		782972

Tabelle 9: 3. Kohorte (Grund- und Mittelstufe)

c) Nichtversetzte (NV), „drop-out“ und „reguläre“ Verläufe in %

		Nichtversetzte						‘drop-out’				‘reguläre ‘ Verläufe				
		1. Jahr	2. Jahr	3. Jahr	4. Jahr	5. Jahr	gesamt	2. Jahr	3. Jahr	4. Jahr	5. Jahr	2. Jahr	3. Jahr	4. Jahr	5. Jahr	Abschl.
Grundschule	M	12,1	9,4	6,2	5,0	2,8	7,2	-2,1*	2,8	-5,6*	2,3	102,1*	99,2	104,8*	102,4*	-
	F	9,5	7,0	4,7	3,8	2,2	5,5	-2,4*	1,8	-2,4*	0,6	102,4*	100,6*	103,0*	102,3*	-
	MF	10,9	8,2	5,4	4,5	2,5	6,4	-2,3*	2,3	-4,1*	1,5	102,3*	99,9	103,9*	102,4*	99,9
Mittelstufe																
"scuola media"	M	11,4	7,3	3,4			7,6	4,6	10,8			95,4	85,1	87,6		
	F	7,3	4,4	2,0			4,7	3,9	6,7			96,1	89,7	90,8		
	MF	9,5	5,9	2,7			6,2	4,3	8,8			95,7	87,3	89,4		

* siehe Kommentar zum Anhang

Tabelle 9: 3. Kohorte: 1969-1982 (Sekundarstufe)

a) Schüler und Nichtversetzte (NV) der einzelnen Schuljahre sowie Abschlüsse

Sek. Stufe		1. Schuljahr (77/78)		2. Schuljahr (78/79)		3. Schuljahr (79/80)		4. Schuljahr (80/81)		5. Schuljahr (81/82)		Abschlüsse „maturità“ **
		Schüler/innen	NV	Schüler/innen	NV	Schüler/innen	NV	Schüler/innen	NV	Schüler/innen	NV	
	M	348848	35178	266350	26913	185850	24383	192700	15937	181688	11748	*
	F	304864	19288	251617	14710	277193	12588	182968	7805	135654	4240	*
	MF	653712	54466	517967	41623	463043	36971	375668	23742	317342	15988	330652
LC	M	17734	731	16216	407	16166	791	15231	492	14818	481	*
	F	21947	623	20296	301	20101	543	19064	340	18695	346	*
	MF	39681	1354	36512	708	36267	1334	34295	832	33513	827	32107
LS	M	46642	3326	41405	2547	39449	2902	35844	2042	35586	1631	*
	F	34886	1707	31421	1337	29984	1402	27565	923	27106	848	*
	MF	81528	5033	72826	3884	69433	4304	63409	2965	62692	2479	57975
LL	M	837	29	748	39	727	43	726	31	775	37	*
	F	6613	90	6436	127	6126	116	5927	106	6014	151	*
	MF	7450	119	7184	166	6853	159	6653	137	6789	188	6832
IT	M	187905	24323	140833	18216	125350	16235	107888	10928	112516	8645	*
	F	97970	7455	80256	5426	74016	6034	65286	2986	66085	2538	*
	MF	285875	31778	221089	23642	199366	22269	173174	13914	178601	11183	160017
IP	M	85254	5781	59647	4887	47436	3785	25580	2157	16320	899	*
	F	71340	4585	52259	3108	41620	1964	20019	716	14775	305	*
	MF	156594	10366	111906	7995	89056	5749	45599	2873	31095	1204	26609
SM	M	0	0	0	0	0	0					
	F	11607	600	9663	301	10268	166					
	MF	11607	600	9663	301	10268	166					
IM	M	3842	547	2757	402	2684	312	3667	344			*
	F	49992	3763	42851	3744	37650	2032	38255	2111			*
	MF	53834	4310	45608	4146	40334	2344	41922	2455			38313
IA	M	4099	245	2862	248	2342	167	2092	154	1673	55	*
	F	6162	223	4827	205	4192	148	3694	121	2979	52	*
	MF	10261	468	7689	453	6534	315	5786	275	4652	107	4463
LA	M	2535	196	1882	167	1696	148	1672	133			*
	F	4347	242	3608	161	3236	183	3158	158			*
	MF	6882	438	5490	328	4932	331	4830	291			4336

* es liegen keine Daten vor

** maturità: Gesamtzahl der Prüflinge aller Schulen, ohne „esterni“ der staatlichen Schulen

Quellen: im Anschluß an Tabelle 10 c

Tabelle 9: 3. Kohorte: 1969-1982 (Sekundarstufe)

b) Netto-Schülerzahl (= ohne NV) und Differenz 2.-5. Schuljahr zum jeweils vorherigen ('drop-outs')

		1. Schuljahr		2. Schuljahr		3. Schuljahr		4. Schuljahr		5. Schuljahr
Sek. Stufe		Schüler/innen	'drop-out'	Schüler/innen	'drop-out'	Schüler/innen	'drop-out'	Schüler/innen	'drop-out'	Schüler/innen
	M	313670	74233	239437	77970	161467	-15296	176763	6823	169940
	F	285576	48669	236907	-27698	264605	89442	175163	43749	131414
	MF	599246	122902	476344	50272	426072	74146	351926	50572	301354
LC	M	17003	1194	15809	434	15375	636	14739	402	14337
	F	21324	1329	19995	437	19558	834	18724	375	18349
	MF	38327	2523	35804	871	34933	1470	33463	777	32686
LS	M	43316	4458	38858	2311	36547	2745	33802	-153	33955
	F	33179	3095	30084	1502	28582	1940	26642	384	26258
	MF	76495	7553	68942	3813	65129	4685	60444	231	60213
LL	M	808	99	709	25	684	-11	695	-43	738
	F	6523	214	6309	299	6010	189	5821	-42	5863
	MF	7331	313	7018	324	6694	178	6516	-85	6601
IT	M	163582	40965	122617	13502	109115	12155	96960	-6911	103871
	F	90515	15685	74830	6848	67982	5682	62300	-1247	63547
	MF	254097	56650	197447	20350	177097	17837	159260	-8158	167418
IP	M	79473	24713	54760	11109	43651	20228	23423	8002	15421
	F	66755	17604	49151	9495	39656	20353	19303	4833	14470
	MF	146228	42317	103911	20604	83307	40581	42726	12835	29891
SM	M	0	0	0	0	0				
	F	11007	1645	9362	-740	10102				
	MF	11007	1645	9362	-740	10102				
IM	M	3295	940	2355	-17	2372	-951	3323		
	F	46229	7122	39107	3489	35618	-526	36144		
	MF	49524	8062	41462	3472	37990	-1477	39467		
IA	M	3854	1240	2614	439	2175	237	1938	320	1618
	F	5939	1317	4622	578	4044	471	3573	646	2927
	MF	9793	2557	7236	1017	6219	708	5511	966	4545
LA	M	2339	624	1715	167	1548	9	1539		
	F	4105	658	3447	394	3053	53	3000		
	MF	6444	1282	5162	561	4601	62	4539		

Tabelle 9: 3. Kohorte (Sekundarstufe)

c) Nichtversetzte (NV), „drop-out“ und „reguläre“ Verläufe in %

		Nichtversetzte						„drop-out“				„reguläre“ Verläufe				
		1. Jahr	2. Jahr	3. Jahr	4. Jahr	5. Jahr	gesamt	2. Jahr	3. Jahr	4. Jahr	5. Jahr	2. Jahr	3. Jahr	4. Jahr	5. Jahr	Abschl.
gesamt	M	10,1	10,1	13,1	8,3	6,5	9,7	23,7	32,6	-9,5	3,9	76,3	51,5	56,4	54,2	-
	F	6,3	5,8	4,5	4,3	3,1	5,1	17,0	-11,7*	33,8	25,0	83,0	92,7	61,3	46,0	-
	MF	8,3	8,0	8,0	6,3	5,0	7,4	20,5	10,6	17,4	14,4	79,5	71,1	58,7	50,3	55,2
LC	M	4,1	2,5	4,9	3,2	3,2	3,6	7,0	2,7	4,1	2,7	93,0	90,4	86,7	84,3	-
	F	2,8	1,5	2,7	1,8	1,9	2,2	6,2	2,2	4,3	2,0	93,8	91,7	87,8	86,0	-
	MF	3,4	1,9	3,7	2,4	2,5	2,8	6,6	2,4	4,2	2,3	93,4	91,1	87,3	85,3	83,8
LS	M	7,1	6,2	7,4	5,7	4,6	6,3	10,3	5,9	7,5	-0,5*	89,7	84,4	78,0	78,4	-
	F	4,9	4,3	4,7	3,3	3,1	4,1	9,3	5,0	6,8	1,4	90,7	86,1	80,3	79,1	-
	MF	6,2	5,3	6,2	4,7	4,0	5,3	9,9	5,5	7,2	0,4	90,1	85,1	79,0	78,7	75,8
LL	M	3,5	5,2	5,9	4,3	4,8	4,7	12,3	3,5	-1,6	-6,2*	87,7	84,7	86,0	91,3	-
	F	1,4	2,0	1,9	1,8	2,5	1,9	3,3	4,7	3,1	-0,7*	96,7	92,1	89,2	89,9	-
	MF	1,6	2,3	2,3	2,1	2,8	2,2	4,3	4,6	2,7	-1,3*	95,7	91,3	88,9	90,0	93,2
IT	M	12,9	12,9	13,0	10,1	7,7	11,6	25,0	11,0	11,1	-7,1*	75,0	66,7	59,3	63,5	-
	F	7,6	6,8	8,2	4,6	3,8	6,4	17,3	9,2	8,4	-2,0*	82,7	75,1	68,8	70,2	-
	MF	11,1	10,7	11,2	8,0	6,3	9,7	22,3	10,3	10,1	-5,1*	77,7	69,7	62,7	65,9	63,0
IP	M	6,8	8,2	8,0	8,4	5,5	7,5	31,1	20,3	46,3	34,2	68,9	54,9	29,5	19,4	-
	F	6,4	5,9	4,7	3,6	2,1	5,3	26,4	19,3	51,3	25,0	73,6	59,4	28,9	21,7	-
	MF	6,6	7,1	6,5	6,3	3,9	6,5	28,9	19,8	48,7	30,0	71,1	57,0	29,2	20,4	18,2
SM	M															
	F	5,2	3,1	1,6			3,4	14,9	-7,9*			85,1	91,8	-		-
	MF	5,2	3,1	1,6			3,4	14,9	-7,9*			85,1	91,8	-		-
IM	M	14,2	14,6	11,6	9,4		12,4	28,5	-0,7*	-40,1*		71,5	72,0	100,8*		-
	F	7,5	8,7	5,4	5,5		6,9	15,4	8,9	-1,5*		84,6	77,0	78,2		-
	MF	8,0	9,1	5,8	5,9		7,3	16,3	8,4	-3,9*		83,7	76,7	79,7		77,4
IA	M	6,0	8,7	7,1	7,4	3,3	6,6	32,2	16,8	10,9	16,5	67,8	56,4	50,3	42,0	-
	F	3,6	4,2	3,5	3,3	1,7	3,4	22,2	12,5	11,6	18,1	77,8	68,1	60,2	49,3	-
	MF	4,6	5,9	4,8	4,8	2,3	4,6	26,1	14,1	11,4	17,5	73,9	63,5	56,3	46,4	45,6
LA	M	7,7	8,9	8,7	8,0		8,3	26,7	9,7	0,6		73,3	66,2	65,8		-
	F	5,6	4,5	5,7	5,0		5,2	16,0	11,4	1,7		84,0	74,4	73,1		-
	MF	6,4	6,0	6,7	6,0		6,3	19,9	10,9	1,3		80,1	71,4	70,4		67,3

* siehe Kommentar zum Anhang

Tabelle 10: 4. Kohorte: 1982 - 1995 (Grundschule und Mittelstufe)

a) Schüler und Nichtversetzte (NV) der einzelnen Schuljahre sowie Abschlüsse

Grundschule		1. Schuljahr (82/83)		2. Schuljahr (83/84)		3. Schuljahr (84/85)		4. Schuljahr (85/86)		5. Schuljahr (86/87)		Abschlüsse "lic. elem."
		Schüler/innen	NV	Schüler/innen	NV	Schüler/innen	NV	Schüler/innen	NV	Schüler/innen	NV	
	M	383637	7510	404075	6746	402064	4286	400821	3967	405295	4968	*
	F	360592	4780	381100	3866	380818	2399	379881	2191	379743	3186	*
	MF	744229	12290	785175	10612	782882	6685	780702	6158	785038	8154	769692
Mittelstufe		1. Schuljahr (87/88)		2. Schuljahr (88/89)		3. Schuljahr (89/90)						"lic. media"
		Schüler/innen	NV	Schüler/innen	NV	Schüler/innen	NV					
"scuola media"	M	477253	73506	443465	52129	406942	20997					334671
	F	413271	33817	396762	23068	382775	10856					377510
	MF	890524	107323	840227	75197	789717	31853					712181

* es liegen keine Daten vor

Quellen: im Anschluß an Tabelle 10 c

b) Netto-Schülerzahl (= ohne NV) und Differenz 2.-5. Schuljahr zum jeweils vorherigen ('drop-outs')

Grundschule		1. Schuljahr		2. Schuljahr		3. Schuljahr		4. Schuljahr		5. Schuljahr
		Schüler/innen	'drop-out'	Schüler/innen	'drop-out'	Schüler/innen	'drop-out'	Schüler/innen	'drop-out'	Schüler/innen
	M	376127	-21202	397329	-449	397778	924	396854	-3473	400327
	F	355812	-21422	377234	-1185	378419	729	377690	1133	376557
	MF	731939	-42624	774563	-1634	776197	1653	774544	-2340	776884
Mittelstufe		1. Schuljahr		2. Schuljahr(65/66)		3. Schuljahr				
		Schüler/innen	'drop-out'	Schüler/innen	'drop-out'	Schüler/innen				
"sc. media"	M	403747	12411	391336	5391	385945				
	F	379454	5760	373694	1775	371919				
	MF	783201	18171	765030	7166	757864				

Tabelle 10: 4. Kohorte (Grund- und Mittelstufe)

c) Nichtversetzte (NV), „drop-out“ und „reguläre“ Verläufe in %

		Nichtversetzte						'drop-out'				'reguläre' Verläufe in %				
		1. Jahr	2. Jahr	3. Jahr	4. Jahr	5. Jahr	gesamt	2. Jahr	3. Jahr	4. Jahr	5. Jahr	2. Jahr	3. Jahr	4. Jahr	5. Jahr	Abschl.
Grundschule	M	2,0	1,7	1,1	1,0	1,2	1,4	-5,6*	-0,1	0,2	-0,9*	105,6*	105,8*	105,5*	106,4*	-
	F	1,3	1,0	0,6	0,6	0,8	0,9	-6,0*	-0,3	0,2	0,3	106,0*	106,4*	106,1*	105,8*	-
	MF	1,7	1,4	0,9	0,8	1,0	1,1	-5,8*	-0,2	0,2	-0,3*	105,8*	106,0*	105,8*	106,1*	105,2*
Mittelstufe																
"scuola media"	M	15,4	11,8	5,2			11,0	3,1	1,4*			96,9	95,6			82,9
	F	8,2	5,8	2,8			5,7	1,5	0,5*			98,5	98,0			99,5
	MF	12,1	8,9	4,0			8,5	2,3	0,9*			97,7	96,8			90,9

* siehe Kommentar zum Anhang

Tabelle 10: 4. Kohorte: 1982-1995 (Sekundarstufe)

a) Schüler und Nichtversetzte (NV) der einzelnen Schuljahre sowie Abschlüsse

S	k	1. Schuljahr (90/91)		2. Schuljahr (91/92)		3. Schuljahr (92/93)		4. Schuljahr (93/94)		5. Schuljahr (94/95)		Abschlüsse „maturità“ **
		Schüler/innen	NV	Schüler/innen	NV	Schüler/innen	NV	Schüler/innen	NV	Schüler/innen	NV	
S	M	381831	51774	295818	31544	277807	32268	244658	21113	235792	10295	222013
	F	361051	34713	302306	19210	288633	18662	259287	9436	227107	3550	242075
LC	MF	742882	86487	598124	50754	566440	50930	503945	30549	462899	13845	464088
	M	16973	1320	16016	623	14999	1101	13799	445	14288	308	13786
LS	F	35008	1743	31360	848	31328	1176	29838	516	28920	282	28564
	MF	51981	3063	47376	1471	46327	2277	43637	961	43208	590	42350
LL	M	57062	4092	51117	2915	50665	3539	46335	1856	46291	1155	44765
	F	50139	2184	45987	1636	45196	2039	42652	888	42464	423	41371
IT	MF	107279	6276	97104	4551	95861	5578	88987	2744	88755	1578	86136
	M	1235	103	1123	50	1169	451	1084	18	1282	64	1193
IP	F	7428	368	7116	168	7262	187	6901	72	7180	106	6930
	MF	8508	471	8239	218	8431	264	7985	90	8462	170	8123
SM	M	199905	32527	154150	19280	148469	22114	128822	12018	136169	6942	124616
	F	123408	13737	108228	7394	103429	9811	90453	3615	93833	2013	89934
IM	MF	325809	46264	262378	26674	251898	31925	219275	15633	230002	8955	214550
	M	93931	11929	65178	7598	54110	4667	46034	6085	33879	1738	30660
IA	F	77904	10378	58186	4645	50587	3180	41390	2608	35494	564	33778
	MF	172515	22307	123364	12243	104697	7847	87424	8693	69373	2302	64438
LA	M	176	28	68	1	104	6	47	0	48	0	89
	F	6803	494	5735	219	5337	202	2364	45	2241	24	2142
LA	MF	6979	522	5803	220	5441	208	2411	45	2289	24	2231
	M	3360	436	2761	303	2600	279	3322	229	958	6	2722
LA	F	41221	3749	35562	3101	31671	1409	32603	1119	9539	31	27967
	MF	44564	4185	38323	3404	34271	1688	35925	1348	10497	37	30689
LA	M	6090	937	4142	505	3614	270	3299	337	2645	74	2374
	F	11531	1238	8741	680	7919	396	7498	401	6527	95	6354
LA	MF	17471	2175	12883	1185	11533	666	10797	738	9172	169	8728
	M	3099	402	2258	263	2077	739	1916	125	232	8	1808
LA	F	7609	822	6891	519	5904	262	5588	172	909	12	5035
	MF	10609	1224	9149	782	7981	477	7504	297	1141	20	6843

** maturità Gesamtzahl der Prüflinge aller Schulen, nur "interni"

Quellen: im Anschluß an Tabelle 10 c

Tabelle 10: 4. Kohorte: 1982-1995 (Sekundarstufe)

b) Netto-Schülerzahl (= ohne NV) und Differenz 2.-5. Schuljahr zum jeweils vorherigen ('drop-outs')

		1. Schuljahr		2. Schuljahr		3. Schuljahr		4. Schuljahr		5. Schuljahr
		Schüler/innen	'drop-out'	Schüler/innen	'drop-out'	Schüler/innen	'drop-out'	Schüler/innen	'drop-out'	Schüler/innen
Sek. Stufe	M	330057	65783	264274	18735	245539	21994	223545	-1952	225497
	F	326338	43242	283096	13125	269971	20120	249851	26294	223557
	MF	656395	109025	547370	31860	515510	42114	473396	24342	449054
LC	M	15653	260	15393	1495	13898	544	13354	-626	13980
	F	33265	2753	30512	0	30152	830	29322	684	28638
	MF	48918	4157	45905	1855	44050	1374	42676	58	42618
LS	M	52970	4768	48202	1076	47126	2647	44479	-657	45136
	F	47955	3604	44351	1194	43157	1393	41764	-277	42041
	MF	101003	8450	92553	2270	90283	4040	86243	-934	87177
LL	M	1132	59	1073	355	718	-348	1066	--152	1218
	F	7060	112	6948	-127	7075	246	6829	-245	7074
	MF	8037	16	8021	-146	8167	272	7895	-397	8292
IT	M	167378	32508	134870	8515	126355	9551	116804	-12423	129227
	F	109671	8837	100834	7216	93618	6780	86838	-4982	91820
	MF	279545	43841	235704	15731	219973	16331	203642	-17405	221047
IP	M	82002	24422	57580	8137	49443	9494	39949	7808	32141
	F	67526	13985	53541	6134	47407	8625	38782	3852	34930
	MF	150208	39087	111121	14271	96850	18119	78731	11660	67071
SM	M	148	81	67	-31	98	51	47	-1	48
	F	6309	793	5516	381	5135	2816	2319	102	2217
	MF	6457	1065	5583	350	5233	2867	2366	101	2265
IM	M	2924	466	2458	137	2321	-772	3093	2141	952
	F	37472	5011	32461	2199	30262	-1222	31484	21976	9508
	MF	40379	5460	34919	2336	32583	-1994	34577	24117	10460
IA	M	5153	1516	3637	293	3344	382	2962	391	2571
	F	10293	2232	8061	538	7523	426	7097	665	6432
	MF	15296	3598	11698	831	10867	808	10059	1056	9003
LA	M	2697	702	1995	657	1338	-453	1791	1567	224
	F	6787	415	6372	730	5642	226	5416	4519	897
	MF	9385	1018	8367	863	7504	297	7207	6086	1121

Tabelle 10: 4. Kohorte (Sekundarstufe)

c) Nichtversetzte (NV), „drop-out“ und „reguläre“ Verläufe in %

		Nichtversetzte						„drop-out“				„reguläre“ Verläufe				
		1. Jahr	2. Jahr	3. Jahr	4. Jahr	5. Jahr	gesamt	2. Jahr	3. Jahr	4. Jahr	5. Jahr	2. Jahr	3. Jahr	4. Jahr	5. Jahr	Abschl.
gesamt	M	13,6	10,7	11,6	8,6	4,4	10,2	19,9	7,1	9,0	-0,9	80,1	74,4	67,7	68,3	67,3
	F	9,6	6,4	6,5	3,6	1,6	5,9	13,3	4,6	7,5	10,5	86,7	82,7	76,6	68,5	74,2
	MF	11,6	8,5	9,0	6,1	3,0	8,1	16,6	5,8	8,2	5,1	83,4	78,5	72,1	68,4	70,7
LC	M	7,8	3,9	7,3	3,2	2,2	5,0	1,7	-9,7*	3,9	-4,7*	98,3	88,8	85,3	89,3	88,1
	F	5,0	2,7	3,8	1,7	1,0	2,9	8,3	0	2,8	2,3	91,7	90,6	88,1	86,1	85,9
	MF	5,8	3,1	4,9	2,2	1,4	3,6	8,3	4,0	3,1	0,1	91,7	88,0	85,2	85,1	86,6
LS	M	7,2	5,7	7,0	4,0	2,5	5,4	9,0	2,2	5,6	-1,5*	91,0	89,0	84,0	85,2	84,5
	F	4,4	3,6	4,5	2,1	1,0	3,2	7,5	2,7	3,2	-0,7*	92,5	90,0	87,1	87,7	86,3
	MF	5,9	4,7	5,8	3,1	1,8	4,3	8,4	2,5	4,5	-1,1*	91,6	89,4	85,4	86,3	85,3
LL	M	8,3	4,5	38,6	1,7	5,0	11,6	5,2	33,1	-48,5*	-14,3*	94,8	63,4	94,2	107,6*	105,4*
	F	5,0	2,4	2,6	1,0	1,5	2,5	1,6	-1,8*	3,5	-3,6*	98,4	100,2*	96,7	100,2*	98,2
	MF	5,5	2,6	3,1	1,1	2,0	2,9	0,2	-1,8*	3,3	-5,0*	99,8	101,6*	98,2	103,2*	101,1*
IT	M	16,3	12,5	14,9	9,3	5,1	12,1	19,4	6,3	7,6	-10,6*	80,6	75,5	69,8	77,2	74,5
	F	11,1	6,8	9,5	4,0	2,1	7,0	8,1	7,2	7,2	-5,7*	91,9	85,4	79,2	83,7	82,0
	MF	14,2	10,2	12,7	7,1	3,9	10,0	15,7	6,7	7,4	-8,5*	84,3	78,7	72,8	79,1	76,7
IP	M	12,7	11,7	8,6	13,2	5,1	10,9	29,8	14,1	19,2	19,5	70,2	60,3	48,7	39,2	37,4
	F	13,3	8,0	6,3	6,3	1,6	8,1	20,7	11,5	18,2	9,9	79,3	70,2	57,4	51,7	50,0
	MF	12,9	9,9	7,5	9,9	3,3	9,6	26,0	12,8	18,7	14,8	74,0	64,5	52,4	44,7	42,9
SM	M	15,9	1,5	5,8	0,0	0,0	7,9	54,7	-46,3*	52,0	-2,1*	45,3	66,2	31,8	32,4	60,1
	F	7,3	3,8	3,8	1,9	1,1	4,4	12,6	6,9	54,8	4,4	87,4	81,4	36,8	35,1	34,0
	MF	7,3	3,8	3,8	1,9	1,0	4,4	16,0	6,3	54,8	4,3	84,0	78,7	35,6	34,1	34,6
IM	M	13,0	11,0	10,7	6,9	0,6	9,6	15,9	5,6	-33,3*	69,2	84,1	79,4	105,8*	32,6	93,1
	F	9,1	8,7	4,4	3,4	0,3	6,2	13,4	6,8	-4,0*	69,8	86,6	80,8	84,0	25,4	74,6
	MF	9,4	8,9	4,9	3,8	0,4	6,5	13,5	6,7	-6,1*	69,7	86,5	80,7	85,6	25,9	76,0
IA	M	15,4	12,2	7,5	10,2	2,8	10,7	29,4	8,1	11,4	13,2	70,6	64,9	57,5	49,9	46,1
	F	10,7	7,8	5,0	5,3	1,5	6,7	21,7	6,7	5,7	9,4	78,3	73,1	68,9	62,5	61,7
	MF	12,4	9,2	5,8	6,8	1,8	8,0	23,5	7,1	7,4	10,5	76,5	71,0	65,8	58,9	57,1
LA	M	13,0	11,6	35,6	6,5	3,4	16,0	26,0	32,9	-33,9*	87,5	74,0	49,6	66,4	8,3	67,0
	F	10,8	7,5	4,4	3,1	1,3	6,6	6,1	11,5	4,0	83,4	93,9	83,1	79,8	13,2	74,2
	MF	11,5	8,5	6,0	4,0	1,8	7,7	10,8	10,3	4,0	84,4	89,2	80,0	76,8	11,9	72,9

* siehe Kommentar zum Anhang

Quellen zu Tabellen 7 - 10

Die Quellen werden nach dem Schuljahr, auf welches sich die Daten beziehen, geordnet, da eine Auflistung nach Erscheinungsjahr weniger eindeutig und schwerer zuzuordnen wäre. Die Ergebnisse der Prüfungen sind nicht in dem Band veröffentlicht, in dem sich die Schülerzahlen der einzelnen Jahre befinden, sondern immer im Jahr danach, sodaß die Angabe des Schuljahres im Falle der Prüfungen nicht mit dem Schuljahr übereinstimmt, in dem die Prüfung abgelegt wurde, sondern dem Jahr danach entspricht.

Die Quellen werden wie folgt angegeben:

(Zahl): Titel der Veröffentlichung (s.u.); Schuljahr in Bezug auf die Zahl (nicht Veröffentlichungsjahr); Kategorien: (Schüler/Innen und NV) heißt: die mit „und“ verbundenen Tabellennummern beinhalten 1) Schülerzahlen und 2) Nichtversetzzahlen; Nummer der Tabelle im Original.

- (1) Annuario statistico dell'istruzione, Jg. 1952 bis 1974, für die Schuljahre 1948/49 bis 1974/75
- (2) Annuario statistico dell'istruzione, Tomo I, Jg. 1975 bis 1986, für die Schuljahre 1971/72 (bzw. Abschlüsse 1990/91) bis 1982/83
- (3) Statistiche dell'istruzione, Jg. 1986 bis 1987, für die Schuljahre 1983/84 bis 1986/87
- (4) Statistiche della scuola media inferiore, Schuljahre 1987/88 bis 1989/90
- (5) Statistiche dell'istruzione, dati sommari, Schuljahr 1990/91
- (6) Statistiche delle scuole secondarie superiori, Schuljahre 1990/91 bis 1995/96

1. Kohorte

Grundschule:	(1), 1949/50 - 1952/53	SchülerInnen, NV 1.-4. Jahr: 11
	(1), 1953/54	SchülerInnen, NV 5. Jahr: 7
	(1), 1954/55	Abschluß <i>licenza elementare</i> 1953/54: 15
Mittelstufe:	(1), 1954/55	SchülerInnen und NV, 1. Jahr: 21 und 22
	(1), 1955/56	SchülerInnen und NV, 2. Jahr: 21 und 22
		SchülerInnen und NV avviamento, 1.,2., Jahr: 27 und 28
	(1), 1955/57	SchülerInnen und NV sc. media, 3. Jahr: 26 und 27
		SchülerInnen und NV, avviam., 3. Jahr: 33 und 34
Sekundarstufe:	(1), 1957/58	Abschlüsse <i>licenza avviam.</i> : 35c, <i>licenza sc. media</i> : 28c
	(1), 1957/58	SchülerInnen und NV, 1. Jahr: LS, LC, IM: 57 und 58 / IP, sc. tecn.: 40 und 41 IT (eig. Berechn.): 46 und 47, 52 und 53 / sc. d'arte (k.D. zu NV): 62 IA (k.D. zu NV): 60 / LA (k.D. zu NV): 66
	(1), 1958/59	SchülerInnen und NV, 2. Jahr: IP, sc. tecn.: 38 und 39; / IT (eig. Berechn.): 44 und 45, 49 und 50 LS, LC, IM: 55 und 56 / sc. d'arte, IA: 60 / LA (k.D. zu NV): 63 / SM (k.D. zu NV): 69
	(1), 1959/60	SchülerInnen und NV, 3. Jahr: IP: 125 / IT (eig. Ber.): 132 und 135, 139, 143 IM: 146 / LS, LC: 149 und 152 / LA, SM fehlt: 153 / IA, sc. d'arte (k.D. zu NV): 154
	(1), 1960/61	SchülerInnen und NV, 4. Jahr: IP (NV 4.+5. Jahr): 35 und 36 / IT (eig. Berechn.): 41 und 42 IM: 47 und 48 / LS, LC: 53 und 54 / IM (k.D. zu NV): 58 LA+ Accademia (k.D. zu NV): 61
		SchülerInnen und NV, 5. Jahr: IP: 20 und 21 / sc. d'arte (5.+6. Jahr, k.D. zu NV): 23 / LA (k.D. zu NV): 25 IT (eig. Berechn.): 95 und 96, 101 und 102, 106 und 107, 114 und 115 IM: 121 / LS: 128 und 129 / LC: 134 und 135 / IA, (k.D. zu NV): 144
	(1), 1962/63	Abschlüsse <i>maturità, totale delle scuole, interni</i> : 23

2. Kohorte

Grundschule:	(1), 1965/60 (1), 1966/61 (1), 1961/62 - 1962/63 (1), 1963/64 (1), 1964/65	SchülerInnen und NV 1. Jahr: 14, SchülerInnen und NV, 2. Jahr: 13 SchülerInnen und NV 3. und 4. Jahr: 6 SchülerInnen und NV 5. Jahr: 7 <i>Abschluß licenza elementare (totale delle scuole, interni+esterni): 8</i>
Mittelstufe:	(1), 1964/65 (1), 1965/66 (1), 1966/67 (1), 1967/68	SchülerInnen und NV 1. Jahr: 17 SchülerInnen und NV, 2. Jahr: 16 SchülerInnen und NV 3. Jahr: 15 <i>Abschluß licenza media, totale delle scuole, interni: 16</i>
Sekundarstufe:	(1), 1967/68 (1), 1968/69 (1), 1969/70 (1) 1970/71 (1) 1971/72 (2) 1971/72	SchülerInnen und NV, 1. Jahr: LC, LS, IT, IP, SM, IM: 22 und 24; IA: 26; LA (k.D. zu NV): 29 SchülerInnen und NV, 2. Jahr: (wie oben): 22 und 24; 26,29 SchülerInnen und NV, 3. Jahr: alle Schultypen: 4 und 5 SchülerInnen und NV 4. Jahr: 3 und 4 SchülerInnen und NV 5. Jahr: 3 und 4 <i>Abschlüsse maturità, totale scuole, interni: 9</i>

3. Kohorte

Grundschule	(1) 1969/70 (1) 1970/71 (1) 1971/72 (1) 1972/73 (2) 1973/74 (2) 1974/75	SchülerInnen und NV 1. Jahr: 4 und 5 SchülerInnen und NV 2. Jahr: 4 und 5 SchülerInnen und NV 3. Jahr: 3 und 4 SchülerInnen und NV 4. Jahr: 3 und 4 SchülerInnen und NV 5. Jahr: 3 und 4 <i>Abschlüsse 1974, licenza elementare, totale scuole, interni: 5</i>
Mittelstufe	(2) 1974/75 (2) 1975/76 (2) 1976/77 (2) 1977/78	SchülerInnen und NV, 1. Jahr: 3 und 4 SchülerInnen und NV, 2. Jahr: 3 und 4 SchülerInnen und NV, 3. Jahr: 2 und 3 <i>Abschlüsse 1977, licenza media, totale scuole, interni: 21</i>
Sekundarstufe	(2) 1977/78 (2) 1978/79 (2) 1979/80 (2) 1980/81 (2) 1981/82 (2) 1982/83	SchülerInnen und NV, 1. Jahr: 2 und 3 SchülerInnen und NV; 2. Jahr: 3 und 5 SchülerInnen und NV, 3. Jahr: 3 und 5 SchülerInnen und NV, 4. Jahr: 3 und 5 SchülerInnen und NV, 5. Jahr: 3 und 5 <i>Abschlüsse 1982, maturità, totale scuole, interni: 24</i>

4. Kohorte

Grundschule	(2) 1982/83 (3) 1983/84 (3) 1984/85 (3) 1985/86 (3) 1986/87 (3) 1987/88	SchülerInnen und NV, 1. Jahr: 3 und 5 SchülerInnen und NV, 2. Jahr: 3 und 5 SchülerInnen und NV, 3. Jahr: 1.3 und 1.7 SchülerInnen und NV, 4. Jahr: 1.2 und 1.3 SchülerInnen und NV; 5. Jahr: 1.2 und 1.3 <i>Abschlüsse 1987, licenza elementare, scuole statali: 4.1 interni+esterni</i>
Mittelstufe	(4) 1987/88 (4) 1988/89 (4) 1989/90 (5) 1990/91	SchülerInnen und NV, 1. Jahr: 1.5 und 1.6 SchülerInnen und NV, 2. Jahr: 1.3 und 1.6 SchülerInnen und NV, 3. Jahr: 1.3 und 1.6 <i>Abschlüsse 1990, licenza elementare: 4.1</i>
Sekundarstufe	(6) 1990/91 (6) 1991/92 (6) 1992/93 (6) 1993/94 (6) 1994/95 (6) 1995/96	SchülerInnen und NV, 1. Jahr: 1.5 und 1.7 SchülerInnen und NV, 2. Jahr: 1.5 und 1.8 SchülerInnen und NV, 3. Jahr: 1.11 und 1.8 SchülerInnen und NV, 4. Jahr: 1.11 und 1.8 SchülerInnen und NV, 5. Jahr: 1.11 und 1.8 <i>Abschlüsse maturità, totale scuole, interni: 3.1</i>

Tabelle 11: Wahl des Schultyps der Schülerinnen und Schüler nach Kohorten in %

	1. Kohorte		2. Kohorte		3. Kohorte		4. Kohorte	
	M	F	M	F	M	F	M	F
LC	62	38	48	52	45	55	32	68
LS	83	17	66	34	57	43	53	47
IT	77	23	79	21	66	34	62	38
IM	13	87	14	86	7	93	8	92
IP	81	19	61	39	54	46	54	46
SM	0	100	0	100	0	100	2	98
IA+LA	54	46	43	57	39	61	33	67

Quelle: eigene Berechnung aufgrund Tab. 7 - 10

Tabelle 12a: Schüler, Nichtversetzte und Abschlüsse nach Landesteilen

	Norditalien		Zentrum		Süden		Gesamtzahl	
	Schüler/innen	NV	Schüler/innen	NV	Schüler/innen	NV	Schüler/innen	NV
1. Kohorte 1949 - 62								
Eintritt Grundschule	*	*	*	*	*	*	1133494	
Abschluß sc. media	45853		25972		43383		115208	
Abschluß sc. avviam.	45906		16486		22116		84508	
Sekundarstufe(1)								
1. Jahr (1957/58)	51653	4984	32132	3637	61462	7776	155242	16966
2. Jahr (1958/59)	49636	4638	29254	4020	55188	8201	141235	17223
3. Jahr (1959/60)	45368	4471	26779	2961	49052	5631	126110	13215
4. Jahr (1960/61)	43986	4018	25373	2653	45325	5287	114684	11958
5. Jahr (1961/62)	36475	4018	20529	2436	32732	4248	89736	10702
Abschluß	37234		21212		37693		95754	
2. Kohorte 1959 - 72								
Eintritt Grundschule	*	*	*	*	*	*	874016	
Abschluß sc. media	186478		86503		156746		429727	
Sekundarstufe(2)								
1. Jahr (1967/68)	174575	21793	94290	13261	182254	28329	451119	63388
2. Jahr (1968/69)	140780	13000	76888	7704	142227	19140	359895	39844
3. Jahr (1969/70)	126013	7240	70286	4975	127451	11608	323750	23823
4. Jahr (1970/71)	98191	4171	57267	2600	105580	6166	261038	12937
5. Jahr (1971/72)	83335	3995	47348	1958	75245	3747	205928	10200
Abschluß	87001		50637		88464		226102	
3. Kohorte 1969 - 82								
Eintritt Grundschule	406717		166704		433871		1007292	
Abschluß sc. media	359645		149234		262488		771367	
Sekundarstufe(3)								
1. Jahr (1977/78)	279170	20404	137918	11412	236624	22710	653712	54526
2. Jahr (1978/79)	222368	15212	109370	8954	186229	17727	517967	41923
3. Jahr (1979/80)	194418	6914	98430	4671	170195	9012	463043	20597
4. Jahr (1980/81)	151212	8149	80704	5261	143752	10332	375668	23742
5. Jahr (1981/82)	132291	6780	70563	4154	114488	5054	317342	15988
Abschluß	119209		62892		105388		287489	
4. Kohorte 1982 - 95								
Eintritt Grundschule	300853		131379		311997		744229	
Abschluß sc. media	279726		127966		304489		712181	
Sekundarstufe(4)								
1. Jahr (1990/91)	296613	37509	145274	17289	300995	31689	742882	86487
2. Jahr (1991/92)	240203	20684	118111	9753	239805	20317	598119	50754
3. Jahr (1992/93)	224773	19181	112793	10006	228874	21743	566440	50930
4. Jahr (1993/94)	199029	10675	100839	5982	204077	13892	503945	30549
5. Jahr (1994/95)	185598	5118	94815	3223	182486	5501	462899	13845
Abschluß	181971		94179		129781		464088	

* es liegen keine territorial desaggregierten Daten vor

(1) Schülerzahlen für LC, LS, IT, IP, IM; Abschlüsse für LC, LS, IT, IM

(2) Schülerzahlen für LC, LS, IT, IP, SM, IM, IA, LA; Abschlüsse für LC, LS, IT, IM

(3) Schülerzahlen für LC, LS, LL, IT, IP, SM, IM, IA, LA; Abschlüsse für LC, LS, LL, IT, IP, IM, IA, LA

(4) Schülerzahlen für LC, LS, LL, IT, IP, SM, IM, IA, LA; Abschlüsse für LC, LS, LL, IT, IP, SM, IM, IA, LA

Quellen: im Anschluß an Tabelle 12c

**Tabelle12b: Nettoschülerzahlen und "drop-out" (Sekundarstufe)
nach Landesteilen**

	Schüler/innen			„drop-out“		
	Norditalien	Zentrum	Süden	Norditalien	Zentrum	Süden
1. Kohorte						
1. Jahr (1957/58)	46669	28495	53686			
2. Jahr (1958/59)	44998	25234	46987	1671	3261	6699
3. Jahr (1959/60)	40897	23818	43421	4101	1416	3566
4. Jahr (1960/61)	39968	22720	40038	929	1098	3383
5. Jahr (1961/62)	32457	18093	28484	7511	4627	11554
2. Kohorte						
1. Jahr (1967/68)	152782	81029	153925			
2. Jahr (1968/69)	127780	69184	123087	25002	11845	30838
3. Jahr (1969/70)	118773	65311	115843	9007	3873	7244
4. Jahr (1970/71)	94020	54667	99414	24753	10644	16429
5. Jahr (1971/72)	79340	45390	71498	14680	9277	27916
3. Kohorte						
1. Jahr (1977/78)	258766	126506	213914			
2. Jahr (1978/79)	207156	100416	168502	51610	26090	45412
3. Jahr (1979/80)	187504	93759	161183	19652	6657	7319
4. Jahr (1980/81)	143063	75443	133420	44441	18316	27763
5. Jahr (1981/82)	125511	66409	109434	17552	9034	23986
4. Kohorte						
1. Jahr (1990/91)	259104	127985	269306			
2. Jahr (1991/92)	219519	108358	219488	39585	19627	49818
3. Jahr (1992/93)	205592	102787	207131	13927	5571	12357
4. Jahr (1993/94)	188354	94857	190185	17328	7930	16946
5. Jahr (1994/95)	180480	91592	176985	7847	3265	13200

Tabelle 12c: Nichtversetzte, „drop-out“ und Übertritte bzw. „reguläre“ Verläufe (in %)

	NV			„drop out“			Übertritte / „reguläre“ Verläufe		
	Norden	Zentrum	Süden	Norden	Zentrum	Süden	Norden	Zentrum	Süden
1. Kohorte									
Grundschule - „sc. media“ Mittelstufe- Sekundarstufe sc. avviam.							101,8*	109,7*	114,9*
Sekundarstufe									
1. Jahr (57/58)	9,6	11,3	12,7						
2. Jahr (58/59)	9,3	13,7	14,9	3,6	11,4	12,5	96,4	88,6	87,5
3. Jahr (59/60)	9,9	11,1	11,5	9,1	5,6	7,5	87,6	83,6	80,9
4. Jahr (60/61)	9,1	10,5	11,7	2,3	4,6	7,8	85,6	79,7	74,6
5. Jahr (61/62)	11,0	11,9	13,0	18,8	20,4	28,9	69,5	63,5	53,1
Abschluß							93,6	81,7	75,6
2. Kohorte									
Grundschule-Mittelstufe Mittelstufe- Sekundarstufe							80,7	92,1	96,8
Sekundarstufe									
1. Jahr (1967/68)	12,5	14,1	15,5						
2. Jahr (1968/69)	9,2	10,0	13,5	16,4	14,6	20,0	83,6	85,4	80,0
3. Jahr (1969/70)	5,7	7,1	9,1	7,0	5,6	5,9	77,7	80,6	75,3
4. Jahr (1970/71)	4,2	4,5	5,8	20,8	16,3	14,2	61,5	67,5	64,6
5. Jahr (1971/72)	4,8	4,1	5,0	15,6	17,0	28,1	51,9	56,0	46,4
Abschluß							81,5	84,1	78,8
3. Kohorte									
Grundschule-Mittelstufe Mittelstufe- Sekundarstufe							88,4 77,6	89,5 92,4	60,5 90,1
Sekundarstufe**									
1. Jahr (1977/78)	7,3	8,3	9,6						
2. Jahr (1978/79)	6,8	8,2	9,5	19,9	20,6	21,2	80,0	79,4	78,8
3. Jahr (1979/80)	3,6	4,7	5,3	9,5	6,6	4,3	72,5	74,1	75,3
4. Jahr (1980/81)	5,4	6,5	7,2	23,7	19,5	17,2	55,3	59,6	62,4
5. Jahr (1981/82)	5,1	5,9	4,4	12,3	12,0	18,0	48,5	52,5	51,2
Abschluß							58,8	63,8	63,6
4. Kohorte									
Grundschule-Mittelstufe Mittelstufe- Sekundarstufe							93,0 106,0*	97,4 113,5*	97,6 98,8
Sekundarstufe									
1. Jahr (1990/91)	12,6	11,9	10,5						
2. Jahr (1991/92)	8,6	8,3	8,3	15,3	15,3	18,5	84,7	84,7	81,5
3. Jahr (1992/93)	8,5	8,9	9,5	6,3	5,1	5,6	79,3	80,3	76,9
4. Jahr (1993/94)	5,4	5,9	6,8	8,4	7,7	8,2	72,7	74,1	70,6
5. Jahr (1994/95)	2,8	3,4	3,0	4,2	3,4	6,9	69,7	71,6	65,7
Abschluß							70,2	73,6	48,2

* Siehe Kommentar zum Anhang

Quellen zu Tabelle 12 a - c

Die Quellen werden nach dem Schuljahr, auf welches sich die Daten beziehen, geordnet, da eine Auflistung nach Erscheinungsjahr weniger eindeutig und schwerer zuzuordnen wäre. Die Ergebnisse der Prüfungen sind nicht in dem Band veröffentlicht, in dem sich die Schülerzahlen der einzelnen Jahre befinden, sondern immer im Jahr danach, sodaß die Angabe des Schuljahres im Falle der Prüfungen nicht mit dem Schuljahr übereinstimmt, in dem die Prüfung abgelegt wurde, sondern dem Jahr danach entspricht.

Die Quellen werden wie folgt angegeben:

(Zahl): Titel der Veröffentlichung (s.u.); Schuljahr in Bezug auf die Zahl (nicht Veröffentlichungsjahr); Kategorien: (SchülerInnen und NV) heißt: die mit „und“ verbundenen Tabellennummern beinhalten 1) Schülerzahlen und 2) Nichtversetzentzahlen; Nummer der Tabelle im Original.

(1) *Annuario statistico dell'istruzione*, Jg. 1952 bis 1974, für die Schuljahre 1948/49 bis 1974/75

(2) *Annuario statistico dell'istruzione*, Tomo I, Jg. 1975 bis 1986, für die Schuljahre 1971/72 (bzw. Abschlüsse 19970/71) bis 1982/83

(3) *Statistiche dell'istruzione*, Jg. 1986 bis 1987, für die Schuljahre 1983/84 bis 1986/87

(5) *Statistiche dell'istruzione, dati sommari*, Schuljahr 1990/91

(6) *Statistiche delle scuole secondarie superiori*, Schuljahre 1990/91 bis 1995/96

1. Kohorte

Eintritt Grundschule	(1) 1952/53	SchülerInnen 1. Jahr: 11
Abschluß Mittelstufe	(1) 1958/59	Abschluß <i>licenza media</i> : 142 Abschluß <i>licenza avviamento</i> (eigene Berechnung): 153
Sekundarstufe	(1) 1957/58	SchülerInnen und NV, 1. Jahr: LS: 209 und 210 / LC: 217 und 218 / IM: 225 und 226 IT(eigene Berechnung): 187, 194 und 195, 202 / IP: 165 und 166
	(1) 1958/59	SchülerInnen und NV, 2. Jahr: LS: 289 und 290 / LC: 296 und 297 / IM: 303 und 304 IT: 256 und 257, 262 und 264, 269, 276, 282 und 283 / IP: 250 und 251
	(1) 1959/60	SchülerInnen und NV, 3. Jahr: LS: 293 und 294 / LC: 300 und 301 / IM: 286 und 287 IT (eigene Berechnung): 251 und 252, 257 und 259, 264, 272 und 273, 280 IP: 245 und 246
	(1) 1960/61	SchülerInnen und NV, 4. Jahr: LS: 294 und 295 / LC: 301 und 302 / IM: 287 und 288 IT (eigene Berechnung): 252 und 253, 258 und 259, 265, 273 und 274, 281 IP: 246 und 247
	(1) 1961/62	SchülerInnen und NV, 5. Jahr: LS: 134 und 135 / LC: 140 und 141 / IM: 128 und 129 IT (eigene Berechnung): 95 und 96, 101 und 102, 106, 114 und 115, 121 / IP: 87 und 88
	(1) 1963/64	Abschlüsse <i>maturità</i> (eigene Berechnung): LS: 272 / LC: 278 / IM: 266 / IT: 230, 236, 241, 249, 258

2. Kohorte

Eintritt Grundschule	(1) 1959/60	SchülerInnen und NV, 1. Jahr: 13
Abschluß Mittelstufe	(1) 1967/68	Abschlüsse <i>licenza media</i> : 244
Sekundarstufe	(1) 1967/68	SchülerInnen und NV, 1. Jahr: LS: 152 und 153 / LC: 159 und 160 / IM: 145 und 146 / SM: 140 IT (eigene Berechnung): 90 und 91, 97 und 98, 102 und 103, 110 und 111, 117 und 118, 122 und 123, 128 und 129, 135 und 136 / IP: 82 und 83, IA
	(1) 1968/69	SchülerInnen und NV, 2. Jahr: LS: 149 und 150 / LC: 156 und 157 / IM: 142 und 143 / SM: 137, IT (eigene Berechnung): 87 und 88, 94 und 95, 99 und 100, 107 und 108, 114 und 115, 119 und 120, 125 und 126, 132 / IP: 79 und 80; IA und LA: 160
	(1) 1969/70:	SchülerInnen und NV, 3. Jahr: LS, LC, IM, SM, IT, IP, IA, LA: 58 und 59
	(1) 1970/71	SchülerInnen und NV, 4. Jahr: LS, LC, IM, SM, IT, IP, IA, LA: 55 und 56
	(1) 1971/72	SchülerInnen und NV, 5. Jahr: LS, LC, IM, SM, IT, IP, IA, LA: 53 und 54
	(1) 1972/73	Abschlüsse <i>maturità</i> , LS: 96, LC: 101, IM: 91, IT: 67

3. Kohorte

Eintritt Grundschule	(1) 1969/70	SchülerInnen und NV, 1. Jahr: 34
Abschluß Mittelstufe	(2) 1977/78	Abschlüsse <i>licenza media</i> : 87
Sekundarstufe	(2) 1977/78	SchülerInnen und NV, 1. Jahr: LS, LC, LL, IM, SM, IT, IP, IA, LA: 63 und 64
	(2) 1978/79	SchülerInnen und NV, 2.Jahr: 67 und 68
	(2) 1979/80	SchülerInnen und NV, 3. Jahr: 67 und 68
	(2) 1980/81	SchülerInnen und NV, 4. Jahr: 71 und 72
	(2) 1981/82	SchülerInnen und NV, 5. Jahr: 74 und 75
	(2) 1982/83	Abschlüsse <i>maturità</i> , LS: 141 / LC 142 / LL: 143 / IM: 140 / IT: 136 / IP: 132 / IA: 144 / LA: 145

4. Kohorte

Eintritt Grundschule	(3) 1982/83	SchülerInnen und NV, 1. Jahr: 57
Abschluß Mittelstufe	(5) 1990/91	Abschlüsse <i>licenza media</i> : 4..2
Sekundarstufe	(6) 1990/91-1995/96	SchülerInnen und NV, 1. - 5. Jahr: 7.1. und 10.1
	(6) 1995/96	Abschlüsse <i>maturità</i> : 11.1

Tabelle 18: Verteilung der Beschäftigten laut Volkszählungen 1961-1991

Sektor						Anteile in %			
		1961	1971	1981	1991	1961	1971	1981	1991
MF	Landwirtschaft	5.692.901	3.242.621	2.240.322	1.629.970	29,1	17,2	11,1	7,5
	Industrie	7.963.425	8.350.061	8.001.851	7.600.889	40,6	44,3	39,5	35,6
	andere Aktivitäten	5.935.622	7.238.445	10.004.164	12.091.900	30,3	38,4	49,4	56,7
	gesamt	19.591.948	18.831.127	20.246.337	21.332.759	100,0	100,0	100,0	100,0
F	Landwirtschaft	1.498.826	943.311	809.825	589.418	30,8	18,6	12,2	7,8
	Industrie	1.521.107	1.670.703	1.921.583	1.882.969	31,3	32,9	28,8	25,0
	andere Aktivitäten	1.844.224	2.469.274	3.929.449	5.057.617	37,9	48,6	59,0	67,2
	gesamt	4.864.157	5.083.288	6.660.857	7.530.004	100,0	100,0	100,0	100,0
M	Landwirtschaft	4.194.075	2.299.310	1.430.497	1.040.552	28,5	16,7	10,5	7,5
	Industrie	6.442.318	6.679.358	6.080.268	5.717.920	43,7	48,6	44,8	41,5
	andere Aktivitäten	4.091.398	4.769.171	6.074.715	7.034.283	27,8	34,7	44,7	51,0
	gesamt	14.727.791	13.747.839	13.585.480	13.792.755	100,0	100,0	100,0	100,0

Quelle: ISTAT, 1995d, Tab. 1.3, eigene Bearbeitung (Berechnung der Anteile)

Tabelle 19: Entwicklung der Bevölkerung nach Bildungsabschluß 1978-1994 (in %):

		1978	1986	1994
Beschäftigte	Universität	4,4	6,5	9,2
	Sekundarschule	13,8	21,7	25,9
	Pflichtschule	26,7	35,5	44,3
	Grundschule ⁽¹⁾	55,1	36,3	20,6
Arbeitsuchende	Universität	4,5	2,9	4,6
	Sekundarschule	28,6	30,6	30,4
	Pflichtschule	35,2	43,6	49,1
	Grundschule ⁽¹⁾	31,7	22,9	15,9
Gesamtbevölkerung über 14 J.	Universität	2,5	3,6	5,1
	Sekundarschule	11,3	16,5	19,8
	Pflichtschule	25,6	32,1	37,9
	Grundschule ⁽¹⁾	60,6	47,9	37,2

(1) inkl. Analphabeten

Quelle: Isfol 1995: 47

Tabelle 20: Jugendliche zwischen 14 und 29 Jahren auf dem Arbeitsmarkt

Jahr	% Jugendliche an allen		
	Beschäftigten	Arbeitsuchenden	Arbeitskräften
1981	26,7	75,2	30,8
1991	27,3	70,9	32,1
1994	24,5	62,7	28,8

Quelle: für 1981 und 1991: Censis 1993: 259; für 1994: Censis 1995: 233

Tabelle 21: Beschäftigte und nicht-beschäftigte¹⁾ Jugendliche nach Altersgruppe²⁾ und Schulabschluß sowie ihr Anteil an der Gesamtheit der Arbeitskräfte (jährliche Variation in 1000):

Bildungsabschluß	Jahr	Beschäftigte (x 1000)				Nicht-Beschäftigte (x 1000)				
		14-24	25-29	14-29	Anteil 14-29/ Gesamt in %	14-19	20-24	25-29	14-29	Anteil 14-29/ Gesamt in %
Grundschule*	1981	515	592	1107	11,1	93	58	45	196	37,4
	1991	174	187	361	6,5	42	57	50	149	33,9
	1993 ³⁾	105	128	233	5,1	28	42	36	106	28,3
Pflichtabschluß	1981	1988	1018	3006	47,3	400	210	66	676	89,3
	1991	1871	1525	3396	39,8	282	375	234	891	76,2
	1993 ³⁾	1422	1359	2781	36,3	215	301	215	731	71,4
Sek.-Abschluß	1981	609	656	1265	37,3	92	320	109	521	91,4
	1991	848	1134	1982	33,9	92	435	249	776	82,4
	1993 ³⁾	866	1213	2079	32,9	89	378	209	676	79,5
Univ.-Abschluß	1981	12	156	168	15,8	-	7	40	47	78,3
	1991	10	156	166	10,1	-	9	54	63	63,0
	1993 ³⁾	21	181	202	10,6	-	7	59	68	63,6
Gesamt	1981	3124	2422	5546	26,7	585	595	260	1440	75,4
	1991	2903	3002	5905	27,3	416	876	587	1879	70,9
	1993 ³⁾	2414	2881	5295	25,9	332	730	519	1581	67,1

* inkl. Analphabeten

1) Nichtbeschäftigte sind Personen, die ihre Arbeitsstelle verloren haben oder noch kein Arbeitsverhältnis hatten

2) die unterschiedliche Aufteilung in Altersgruppen geht auf die Quelle zurück.

3) Aufgrund der von ISTAT ab 1993 veränderten Kriterien kann (der Vergleichbarkeit wegen) der Zeitraum nur bis 1993 verfolgt werden

Quelle: eigene Darstellung nach Censis, 1994: 253 und 255 (Auszüge)

Tabelle 22: Anteil der nicht-beschäftigten Jugendlichen nach Geschlecht und Landesteil an der Zahl der Arbeitskräfte des gleichen Alters (in %)

		Landesteile				Italien
		Nord-Westen	Nord-Osten	Zentrum	Süden	
M	1981	10,2	9,5	18,5	23,1	16,1
	1991	8,5	6,8	17,2	33,8	19,4
	1994	12,7	9,6	18,4	35,5	21,2
F	1981	17,6	25,9	28,2	42,9	28,8
	1991	15,5	12,5	30,9	54,6	30,2
	1994	19,2	16,1	29,4	50,3	29,1
MF	1981	13,6	15,4	22,8	30,5	21,3
	1991	11,7	9,5	23,5	42,2	24,1
	1994	15,7	12,6	23,3	41,0	24,6

Quelle: Eigene Darstellung nach Censis 1993: 259 (für 1981 und 1991); Censis 1995: 233 (für 1994)

Tabelle 23: Rangfolge der Bildungsqualität nach Regionen

1985			1992			
Rang- liste	Regionen und Landesteile	synthe- tischer Index	Rang- liste	Regionen und Landesteile	synthe- tischer Index	Positions- gewinne / -verluste
1	Umbria	269,64	1	Umbria	274,73	0
2	Marche	264,57	2	Marche	265,75	0
3	Emilia Romagna	258,20	3	Molise	250,35	1
4	Molise	245,24	4	Emilia Romagna	248,50	-1
5	Lombardia	236,26	5	Abruzzi	238,61	3
6	Lazio	232,47	6	Lombardia	230,43	-1
7	Veneto	229,67	7	Lazio	228,76	-1
8	Abruzzi	227,67	8	Trentino A.A.	226,34	8
9	Liguria	224,42	9	Veneto	225,94	-2
10	Basilicata	223,93	10	Basilicata	224,00	0
11	Toscana	218,15	11	Toscana	223,72	0
12	Piemonte	215,86	12	Liguria	223,47	-3
13	Calabria	212,60	13	Calabria	223,41	0
14	Puglia	206,64	14	Puglia	215,07	0
15	Friuli V.G.	205,91	15	Friuli V.G.	214,33	0
16	Trentino A.A.	205,16	16	Piemonte	213,82	-4
17	Sicilia	179,98	17	Sicilia	177,92	0
18	Campania	172,82	18	Campania	177,44	0
19	Valle d'Aosta	152,79	19	Valle d'Aosta	174,99	0
20	Sardegna	96,13	20	Sardegna	109,00	0
1	<i>Nord-Osten</i>	234,47	1	<i>Nord-Osten</i>	234,80	1
2	<i>Zentrum</i>	234,27	2	<i>Zentrum</i>	232,38	-1
3	<i>Nord-Westen</i>	228,45	3	<i>Nord-Westen</i>	224,41	0
4	<i>Süden und Inseln</i>	183,66	4	<i>Süden und Inseln</i>	188,60	0
	Italien	211,02		Italien	210,87	

Quelle: Ausarbeitung von ISTAT-Daten durch Censis, 1993: 207

Tabelle 24: Rangfolge der Bildungsqualität nach Provinzen

1985			1992			Positions- Gewinne/Verluste
Rangliste	Provinzen	synth.Index	Rangliste	Provinzen	synth.Index	
1	Piacenza	284,86	1	Macerata	288,18	1
2	Macerata	282,12	2	Perugia	279,99	2
3	Ancona	276,93	3	Forlì	279,53	2
4	Perugia	275,50	4	Piacenza	274,61	-3
5	Forlì	270,52	5	Arezzo	271,48	4
6	Isernia	270,49	6	Benevento	271,03	11
7	Parma	267,77	7	Ancona	270,82	-4
8	Gorizia	262,70	8	Cuneo	261,51	27
9	Arezzo	261,45	9	Pesaro e Urbino	260,46	4
10	Cremona	258,35	10	Cremona	259,76	0
11	Reggio nell'Emilia	257,58	11	Terni	259,46	3
12	Modena	257,57	12	Teramo	255,72	40
13	Pesaro e Urbino	254,97	13	Reggio nell'Emilia	255,39	-2
14	Terni	254,26	14	Gorizia	255,21	-6
15	Ravenna	253,82	15	Campobasso	250,64	18
16	Bologna	253,33	16	Siena	250,63	16
17	Benevento	250,58	17	Isernia	249,38	-11
18	Ascoli Piceno	248,21	18	Ascoli Piceno	249,31	0
19	Treviso	247,95	19	Modena	249,29	-7
20	Frosinone	247,85	20	Pescara	247,54	34
21	La Spezia	246,45	21	Salerno	246,80	6
22	Lecce	246,36	22	Bergamo	244,77	14
23	Varese	244,94	23	Treviso	244,32	-4
24	Matera	241,67	24	Sondrio	243,93	20
25	Mantova	241,12	25	Verona	242,05	14
26	Milano	238,79	26	Ravenna	241,87	-11
27	Salerno	238,72	27	Trento	240,79	18
28	Alessandria	237,97	28	Parma	240,48	-21
29	Reggio di Calabria	237,84	29	Cosenza	239,39	17
30	Novara	237,42	30	Frosinone	239,11	-10
31	Avellino	236,69	31	Reggio di Calabria	238,63	-2
32	Siena	236,28	32	Rovigo	237,29	26
33	Campobasso	236,23	33	Pisa	236,45	9
34	L'Aquila	235,84	34	Mantova	236,40	-9
35	Cuneo	235,45	35	Avellino	235,67	-4
36	Bergamo	235,32	36	Novara	235,35	-6
37	Chieti	235,28	37	Varese	235,25	-14
38	Roma	235,07	38	Alessandria	234,31	-10
39	Verona	233,91	39	Lecce	232,88	-17
40	Brescia	233,01	40	Genova	232,75	7
41	Ferrara	232,67	41	Bologna	232,59	-25
42	Pisa	232,15	42	Matera	232,35	-18
43	Vicenza	231,93	43	Brescia	231,88	-3
44	Sondrio	228,08	44	Como	231,81	7
45	Trento	226,87	45	Savona	229,86	12
46	Cosenza	225,96	46	Roma	229,68	-8
47	Genova	225,31	47	L'Aquila	229,37	-13
48	Padova	224,86	48	Vicenza	229,36	-5
49	Massa - Carrara	223,40	49	Chieti	229,04	-12

1985			1992			Positions- Gewinne/Verluste
Rangliste	Provinzen	synth.Index	Rangliste	Provinzen	synth.Index	
50	Venezia	222,18	50	Rieti	227,89	25
51	Como	221,96	51	Pistoia	227,64	4
52	Teramo	221,38	52	Enna	227,09	22
53	Pavia	220,94	53	Viterbo	226,76	19
54	Pescara	220,64	54	Firenze	223,11	7
55	Pistoia	219,66	55	Massa - Carrara	223,00	-6
56	Latina	218,67	56	Milano	222,45	-30
57	Savona	217,82	57	Ragusa	221,69	30
58	Rovigo	215,48	58	Pavia	221,45	-5
59	Pordenone	214,78	59	Bari	220,25	20
60	Potenza	214,15	60	Potenza	219,46	0
61	Firenze	213,96	61	Ferrara	218,96	-20
62	Vercelli	212,02	62	La Spezia	216,96	-41
63	Livorno	211,07	63	Taranto	215,83	2
64	Messina	211,05	64	Bolzano	214,95	20
65	Taranto	210,83	65	Pordenone	214,14	-6
66	Brindisi	210,66	66	Vercelli	213,90	-4
67	Torino	207,78	67	Belluno	213,44	6
68	Imperia	206,99	68	Udine	212,15	12
69	Asti	204,08	69	Brindisi	211,33	-3
70	Catania	203,91	70	Latina	209,10	-14
71	Trapani	203,75	71	Padova	208,44	-23
72	Viterbo	202,82	72	Venezia	207,66	-22
73	Belluno	202,59	73	Asti	207,56	-4
74	Enna	201,12	74	Lucca	207,04	2
75	Rieti	200,61	75	Trapani	205,38	-4
76	Lucca	196,63	76	Livorno	201,76	-13
77	Trieste	193,61	77	Catania	198,75	-7
78	Siracusa	192,42	78	Torino	197,75	-11
79	Bari	190,81	79	Catanzaro	196,98	7
80	Udine	190,72	80	Messina	196,48	-16
81	Foggia	190,65	81	Siracusa	196,15	-3
82	Agrigento	190,64	82	Trieste	193,85	-5
83	Caserta	186,22	83	Foggia	187,08	-2
84	Bolzano	185,48	84	Imperia	184,32	-16
85	Grosseto	183,51	85	Agrigento	180,06	-3
86	Catanzaro	182,20	86	Caserta	180,03	-3
87	Ragusa	176,49	87	Aosta	174,99	2
88	Oristano	156,12	88	Grosseto	168,55	-3
89	Aosta	152,79	89	Nuoro	167,46	1
90	Nuoro	150,27	90	Oristano	166,84	-2
91	Palermo	137,69	91	Sassari	163,50	3
92	Napoli	133,39	92	Napoli	140,27	0
93	Caltanissetta	128,38	93	Palermo	133,14	-2
94	Sassari	127,71	94	Caltanissetta	118,88	-1
95	Cagliari	49,59	95	Cagliari	48,45	0
	ITALIA	211,02		ITALIA	210,87	0

☒ oberes Segment
 ☒ mittleres oberes Segment
 ☐ mittleres unteres Segment
 ☐ unteres Segment

Quelle: Ausarbeitung von ISTAT-Daten durch Censis, 1993: 205f.

Tabelle 25: Die Nachkriegsregierungen und ihre Schulminister (bis 1996)

Legislaturperiode	Ministerpräsident	Schulminister	von - bis
I	De Gasperi (5)	Gonella	23.5.48 - 27.1.50
	De Gasperi (6)	Gonella	27.1.50 - 26.7.51
	De Gasperi (7)	Segni, A.	26.7.51 - 16.7.53
II	De Gasperi (8)	Bettiol	16.7.53 - 17.8.53
	Pella	Segni, A.	17.8.53 - 18.1.54
	Fanfani (1)	Tosato	18.1.54 - 10.2.54
	Scelba	Ermini	10.2.54 - 6.7.55
	Segni, A. (1)	Rossi	6.7.55 - 19.5.57
	Zoli	Moro	19.5.57 - 1.7.58
III	Fanfani (2)	Moro	1.7.58 - 15.2.59
	Segni, A. (2)	Medici	25.3.60 - 26.7.60
	Tambroni	Medici	25.3.60 - 26.7.60
	Fanfani (3)	Bosco	26.7.60 - 21.2.62
	Fanfani (4)	Gui	21.2.62 - 21.6.63
IV	Leone (1)	Gui	21.6.63 - 4.12.63
	Moro (1)	Gui	4.12.63 - 22.7.64
	Moro (2)	Gui	22.7.64 - 23.2.66
	Moro (3)	Gui	23.2.66 - 24.6.68
V	Leone (2)	Scaglia	24.6.68 - 12.12.68
	Rumor (1)	Sullo	12.12.68 - 24.3.69
	Rumor (1)	Ferrari Aggradi	24.3.69 - 5.8.69
	Rumor (2)	Ferrari Aggradi	5.8.69 - 27.3.70
	Rumor (3)	Misasi	27.3.70 - 6.8.70
	Colombo	Misasi	6.8.70 - 17.2.72
	Andreotti (1)	Misasi	17.2.72 - 25.6.72
VI	Andreotti (2)	Scalfaro	26.6.72 - 6.7.73
	Rumor (4)	Malfatti	7.7.73 - 13.3.74
	Rumor (5)	Malfatti	14.3.74 - 22.11.74
	Moro (4)	Malfatti	23.11.74 - 11.2.76
	Moro (5)	Malfatti	12.2.76 - 29.7.76
VII	Andreotti (3)	Malfatti	29.7.76 - 16.3.78
	Andreotti (4)	Pedini	16.3.78 - 20.3.79
	Andreotti (5)	Spadolini	20.3.79 - 4.8.79
VIII	Cossiga (1)	Valitutti	4.8.79 - 4.4.80
	Cossiga (2)	Sarti	4.4.80 - 18.10.80
	Forlani	Bodrato	18.10.80 - 5.7.81
	Spadolini (1)	Bodrato	5.7.81 - 23.8.82
	Spadolini (2)	Bodrato	23.8.82 - 1.12.82
	Fanfani (5)	Falcucci	1.12.82 - 4.8.83
IX	Craxi (1)	Falcucci	4.8.83 - 1.8.86
	Craxi (2)	Falcucci	1.8.86 - 18.4.87
	Fanfani (6)	Falcucci	18.4.87 - 29.7.87
X	Goria	Galloni	29.7.87 - 13.4.88
	De Mita	Galloni	13.4.88 - 23.7.89
	Andreotti (6)	Mattarella	22.7.89 - 1.8.90
	Andreotti (7)	Misasi	12.4.91 - 24.4.92
XI	Amato	Russo Jervolino	28.6.92 - 22.4.93
	Ciampi	Russo Jervolini	28.4.93 - 16.4.94
XII	Berlusconi	D'Onofrio	10.5.94 - 22.12.94
	Dini	Lombardi	17.1.95 - 26.4.96
XIII	Prodi	Berlinguer	9.5.96 -

Quellen: bis XI. Legislaturperiode: Pesci, F., 1990: 452ff.,
danach: Senato della Repubblica, handschriftliche Aufstellung, o.J., o.S.

Gesetz über Leistungsverbesserungen in der gesetzlichen Rentenversicherung (RV-Leistungsverbesserungsgesetz)

Vom 23. Juni 2014

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1 Änderung des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch

Das Sechste Buch Sozialgesetzbuch – Gesetzliche Rentenversicherung – in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. Februar 2002 (BGBl. I S. 754, 1404, 3384), das zuletzt durch Artikel 12 des Gesetzes vom 19. Oktober 2013 (BGBl. I S. 3836) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Die Inhaltsübersicht wird wie folgt geändert:
 - a) Nach der Angabe zu § 236a wird folgende Angabe eingefügt:
„§ 236b Altersrente für besonders langjährig Versicherte“.
 - b) Die Angabe zu § 253a wird wie folgt gefasst:
„§ 253a (weggefallen)“.
 - c) Die Angabe zu § 307d wird wie folgt gefasst:
„§ 307d Zuschlag an persönlichen Entgeltpunkten für Kindererziehung“.
- 1a. Dem § 41 wird folgender Satz angefügt:
„Sieht eine Vereinbarung die Beendigung des Arbeitsverhältnisses mit dem Erreichen der Regelaltersgrenze vor, können die Arbeitsvertragsparteien durch Vereinbarung während des Arbeitsverhältnisses den Beendigungszeitpunkt, gegebenenfalls auch mehrfach, hinausschieben.“
2. § 51 Absatz 3a wird wie folgt gefasst:
„(3a) Auf die Wartezeit von 45 Jahren werden Kalendermonate angerechnet mit
 1. Pflichtbeiträgen für eine versicherte Beschäftigung oder Tätigkeit,
 2. Berücksichtigungszeiten,
 3. Zeiten des Bezugs von
 - a) Entgeltersatzleistungen der Arbeitsförderung,
 - b) Leistungen bei Krankheit und
 - c) Übergangsgeld,
 soweit sie Pflichtbeitragszeiten oder Anrechnungszeiten sind; dabei werden Zeiten nach Buchstabe a in den letzten zwei Jahren vor

Rentenbeginn nicht berücksichtigt, es sei denn, der Bezug von Entgeltersatzleistungen der Arbeitsförderung ist durch eine Insolvenz oder vollständige Geschäftsaufgabe des Arbeitgebers bedingt, und

4. freiwilligen Beiträgen, wenn mindestens 18 Jahre mit Zeiten nach Nummer 1 vorhanden sind; dabei werden Zeiten freiwilliger Beitragszahlung in den letzten zwei Jahren vor Rentenbeginn nicht berücksichtigt, wenn gleichzeitig Anrechnungszeiten wegen Arbeitslosigkeit vorliegen.

Kalendermonate, die durch Versorgungsausgleich oder Rentensplitting ermittelt werden, werden nicht angerechnet.“

3. § 56 Absatz 4 Nummer 3 wird wie folgt gefasst:
„3. während der Erziehungszeit Anwartschaften auf Versorgung im Alter aufgrund der Erziehung erworben haben, wenn diese nach den für sie geltenden besonderen Versorgungsregelungen systembezogen annähernd gleichwertig berücksichtigt wird wie die Kindererziehung nach diesem Buch; als in diesem Sinne systembezogen annähernd gleichwertig gilt eine Versorgung nach beamtenrechtlichen Vorschriften oder Grundsätzen oder entsprechenden kirchenrechtlichen Regelungen.“
4. In § 59 Absatz 1 und Absatz 2 Satz 2 wird jeweils die Angabe „60“ durch die Angabe „62“ ersetzt.
5. In § 73 Satz 1 wird der Punkt am Ende durch die Wörter „; bei Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit werden außerdem Entgeltpunkte für die letzten vier Jahre bis zum Eintritt der hierfür maßgebenden Minderung der Erwerbsfähigkeit nicht berücksichtigt, wenn sich dadurch ein höherer Wert aus der Vergleichsbewertung ergibt.“ ersetzt.
6. Dem § 154 Absatz 4 wird folgender Satz angefügt:
„Die Bundesregierung berichtet zudem vom Jahre 2018 an über die Auswirkungen der Altersrente für besonders langjährig Versicherte in der Fassung des RV-Leistungsverbesserungsgesetzes, insbesondere über den Umfang der Inanspruchnahme und die Erfüllung der Zugangsvoraussetzungen vor dem Hintergrund der Berücksichtigung von Zeiten des Arbeitslosengeldbezugs und macht

Vorschläge für eine Weiterentwicklung dieser Rentenart.“

7. Dem § 213 Absatz 2 wird folgender Satz angefügt:
„Der Bundeszuschuss wird in den Jahren 2019 bis 2022 um jeweils 400 Millionen Euro erhöht; diese Beträge sind jeweils bei den Änderungen des Bundeszuschusses in den darauf folgenden Kalenderjahren nach den Sätzen 1 bis 3 zu berücksichtigen.“
8. Nach § 236a wird folgender § 236b eingefügt:

„§ 236b

Altersrente für besonders langjährig Versicherte

(1) Versicherte, die vor dem 1. Januar 1964 geboren sind, haben frühestens Anspruch auf Altersrente für besonders langjährig Versicherte, wenn sie

1. das 63. Lebensjahr vollendet und
2. die Wartezeit von 45 Jahren erfüllt haben.

(2) Versicherte, die vor dem 1. Januar 1953 geboren sind, haben Anspruch auf diese Altersrente nach Vollendung des 63. Lebensjahres. Für Versicherte, die nach dem 31. Dezember 1952 geboren sind, wird die Altersgrenze von 63 Jahren wie folgt angehoben:

Versicherte Geburtsjahr	Anhebung um Monate	auf Alter	
		Jahr	Monat
1953	2	63	2
1954	4	63	4
1955	6	63	6
1956	8	63	8
1957	10	63	10
1958	12	64	0
1959	14	64	2
1960	16	64	4
1961	18	64	6
1962	20	64	8
1963	22	64	10“.

9. § 244 Absatz 3 wird wie folgt gefasst:

„(3) Auf die Wartezeit von 45 Jahren werden Zeiten des Bezugs von Arbeitslosenhilfe und Arbeitslosengeld II nicht angerechnet. Zeiten vor dem 1. Januar 2001, für die der Bezug von Leistungen nach § 51 Absatz 3a Nummer 3 Buchstabe a mit Ausnahme der Arbeitslosenhilfe oder nach Buchstabe b glaubhaft gemacht ist, werden auf die Wartezeit von 45 Jahren angerechnet. Als Mittel der Glaubhaftmachung können auch Versicherungen an Eides statt zugelassen werden. Der Träger der Rentenversicherung ist für die Abnahme eidesstattlicher Versicherungen zuständig.“

10. § 249 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 1 werden die Wörter „zwölf Kalendermonate“ durch die Angabe „24 Kalendermonate“ ersetzt.

- b) Absatz 7 wird wie folgt gefasst:

„(7) Bei Folgerenten, die die Voraussetzungen nach § 88 Absatz 1 oder 2 erfüllen und für die ein Zuschlag an persönlichen Entgeltpunkten nach § 307d zu berücksichtigen ist, endet die Kindererziehungszeit für ein vor dem 1. Januar 1992 geborenes Kind zwölf Kalendermonate nach Ablauf des Monats der Geburt.“

- c) Folgender Absatz 8 wird angefügt:

„(8) Die Anrechnung einer Kindererziehungszeit nach Absatz 1 ist ab dem 13. Kalendermonat nach Ablauf des Monats der Geburt ausgeschlossen, wenn für den Versicherten für dasselbe Kind ein Zuschlag an persönlichen Entgeltpunkten nach § 307d zu berücksichtigen ist. Satz 1 gilt entsprechend, wenn für einen anderen Versicherten oder Hinterbliebenen für dasselbe Kind ein Zuschlag an persönlichen Entgeltpunkten nach § 307d zu berücksichtigen ist oder zu berücksichtigen war.“

11. § 253a wird aufgehoben.

12. Dem § 287b wird folgender Absatz 3 angefügt:

„(3) Die jährlichen Ausgaben für Leistungen zur Teilhabe werden in der Zeit vom 1. Januar 2014 bis zum 31. Dezember 2050 bedarfsgerecht unter Berücksichtigung einer Demografiekomponente fortgeschrieben. Die Demografiekomponente ist zusätzlich zur voraussichtlichen Entwicklung der Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer bei der Festsetzung der jährlichen Ausgaben für Leistungen zur Teilhabe nach § 220 Absatz 1 Satz 1 als gesonderter Faktor zu berücksichtigen. Der Faktor wird wie folgt festgesetzt:

Jahr	Demografiekomponente
2014	1,0192
2015	1,0126
2016	1,0073
2017	1,0026
2018	0,9975
2019	0,9946
2020	0,9938
2021	0,9936
2022	0,9935
2023	0,9938
2024	0,9931
2025	0,9929
2026	0,9943
2027	0,9919
2028	0,9907
2029	0,9887
2030	0,9878
2031	0,9863
2032	0,9875
2033	0,9893
2034	0,9907
2035	0,9914
2036	0,9934
2037	0,9924

Jahr	Demografiekomponente
2038	0,9948
2039	0,9963
2040	0,9997
2041	1,0033
2042	1,0051
2043	1,0063
2044	1,0044
2045	1,0032
2046	1,0028
2047	1,0009
2048	0,9981
2049	0,9979
2050	0,9978“.

13. In § 295 werden die Wörter „der jeweils für die Berechnung von Renten maßgebende aktuelle Rentenwert“ durch die Wörter „das Zweifache des für die Berechnung von Renten jeweils maßgebenden aktuellen Rentenwerts“ ersetzt.
14. In § 295a Satz 1 werden die Wörter „der jeweils für die Berechnung von Renten maßgebende aktuelle Rentenwert (Ost)“ durch die Wörter „das Zweifache des für die Berechnung von Renten jeweils maßgebenden aktuellen Rentenwerts (Ost)“ ersetzt.
- 14a. In § 302 Absatz 7 wird die Angabe „2015“ durch die Angabe „2017“ ersetzt.
15. § 307d wird wie folgt gefasst:

„§ 307d

Zuschlag an persönlichen
Entgeltpunkten für Kindererziehung

(1) Bestand am 30. Juni 2014 Anspruch auf eine Rente, wird ein Zuschlag an persönlichen Entgeltpunkten für Kindererziehung für ein vor dem 1. Januar 1992 geborenes Kind berücksichtigt, wenn

1. in der Rente eine Kindererziehungszeit für den zwölften Kalendermonat nach Ablauf des Monats der Geburt angerechnet wurde,
2. kein Anspruch nach den §§ 294 und 294a besteht.

(2) Der Zuschlag beträgt für jedes Kind einen persönlichen Entgeltpunkt. Sind für Kindererziehungszeiten ausschließlich Entgeltpunkte (Ost) zugeordnet worden, beträgt der Zuschlag für jedes Kind einen persönlichen Entgeltpunkt (Ost). Ist die Kindererziehungszeit nach Absatz 1 Nummer 1 in der knappschaftlichen Rentenversicherung berücksichtigt worden, wird der Zuschlag an persönlichen Entgeltpunkten und persönlichen Entgeltpunkten (Ost) mit 0,75 vervielfältigt.

(3) Folgt auf eine Rente mit einem Zuschlag nach Absatz 1 eine Rente, die die Voraussetzungen nach § 88 Absatz 1 oder 2 erfüllt, ist der Zuschlag an persönlichen Entgeltpunkten nach den Absätzen 1 und 2 weiter zu berücksichtigen.

(4) Der Zuschlag nach Absatz 1 ist nicht zu berücksichtigen, wenn die Anrechnung von Kindererziehungszeiten nach § 56 Absatz 4 in der Fassung ab dem 1. Juli 2014 ganz oder teilweise ausgeschlossen ist.“

16. In § 313 Absatz 8 wird die Angabe „2015“ durch die Angabe „2017“ ersetzt.

Artikel 2

Änderung des Gesetzes über die Alterssicherung der Landwirte

Das Gesetz über die Alterssicherung der Landwirte vom 29. Juli 1994 (BGBl. I S. 1890, 1891), das zuletzt durch Artikel 16 Absatz 17 des Gesetzes vom 19. Oktober 2013 (BGBl. I S. 3836) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Die Inhaltsübersicht wird wie folgt geändert:
 - a) Nach der Angabe zu § 87b wird folgende Angabe eingefügt:
„§ 87c Vorzeitige Altersrente für langjährig Versicherte“.
 - b) Nach der Angabe zu § 117 wird folgende Angabe eingefügt:
„§ 117a Ausgaben für Leistungen zur Teilhabe sowie für Betriebs- und Haushaltshilfe“.
2. In § 19 Absatz 1 wird die Angabe „60“ durch die Angabe „62“ ersetzt.
- 2a. In § 23 Absatz 8 Satz 2 wird nach Nummer 1 folgende Nummer 1a eingefügt:
„1a. freiwillige Beiträge nach den §§ 4 oder 5, wenn für mindestens 18 Jahre Beiträge nach Nummer 1 vorhanden sind,“.
3. Nach § 80 Absatz 1 Satz 1 wird folgender Satz eingefügt:
„In der Zeit vom 1. Januar 2014 bis zum 31. Dezember 2050 werden die jährlichen Ausgaben nach Satz 1 unter zusätzlicher Berücksichtigung einer Demografiekomponente fortgeschrieben; § 287b Absatz 3 des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch ist entsprechend anzuwenden.“

4. Nach § 87b wird folgender § 87c eingefügt:

„§ 87c

Vorzeitige Altersrente für langjährig Versicherte

Versicherte, die vor 1964 geboren sind und insgesamt 45 Jahre Zeiten nach § 23 Absatz 8 Satz 2 zweiter Halbsatz zurückgelegt haben, können die vorzeitige Altersrente abweichend von § 12 Absatz 2 frühestens mit Vollendung des nachstehenden Lebensalters in Jahren und Monaten in Anspruch nehmen:

Geburtsjahrgänge	Jahre	Monate
vor 1953	63	0
1953	63	2
1954	63	4
1955	63	6
1956	63	8
1957	63	10
1958	64	0
1959	64	2
1960	64	4

Geburtsjahrgänge	Jahre	Monate
1961	64	6
1962	64	8
1963	64	10 ¹⁾

5. Nach § 117 wird folgender § 117a eingefügt:

„§ 117a

Ausgaben für Leistungen zur
Teilhabe sowie für Betriebs- und Haushaltshilfe

Abweichend von der Regelung über die Veränderung der jährlichen Ausgaben zur Teilhabe sowie für Betriebs- und Haushaltshilfe nach § 80 Absatz 1 beträgt der Ausgabenbetrag für das Jahr 2013 für Leistungen zur medizinischen Rehabilitation 15 Millionen Euro und für Betriebs- und Haushaltshilfe 12 Millionen Euro.“

Artikel 3
Änderung des
Betriebsrentengesetzes

In § 2 Absatz 1 Satz 1 zweiter Halbsatz des Betriebsrentengesetzes vom 19. Dezember 1974 (BGBl. I S. 3610), das zuletzt durch Artikel 4e des Gesetzes vom 21. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2940) geändert worden ist, werden die Wörter „, in dem“ durch die Wörter „der Vollendung des 65. Lebensjahres, falls“ ersetzt.

Artikel 3a

Änderung des
Altersteilzeitgesetzes

Nach § 15g des Altersteilzeitgesetzes vom 23. Juli 1996 (BGBl. I S. 1078), das zuletzt durch Artikel 13 Absatz 7 des Gesetzes vom 12. April 2012 (BGBl. I S. 579) geändert worden ist, wird folgender § 15h eingefügt:

„§ 15h

Übergangsregelung zum
Gesetz über Leistungsverbesserungen
in der gesetzlichen Rentenversicherung

Abweichend von § 5 Absatz 1 Nummer 2 erlischt der Anspruch auf die Leistungen nach § 4 nicht, wenn mit der Altersteilzeit vor dem 1. Januar 2010 begonnen worden ist und die Voraussetzungen für einen Anspruch auf eine Rente für besonders langjährig Versicherte nach § 236b des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch erfüllt sind.“

Artikel 4
Inkrafttreten

(1) Dieses Gesetz tritt vorbehaltlich des Absatzes 2 am 1. Juli 2014 in Kraft.

(2) Artikel 1 Nummer 12 und Artikel 2 Nummer 3 treten mit Wirkung vom 1. Januar 2014 in Kraft.

Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates
sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt. Es
ist im Bundesgesetzblatt zu verkünden.

Berlin, den 23. Juni 2014

Der Bundespräsident
Joachim Gauck

Die Bundeskanzlerin
Dr. Angela Merkel

Die Bundesministerin
für Arbeit und Soziales
Andrea Nahles